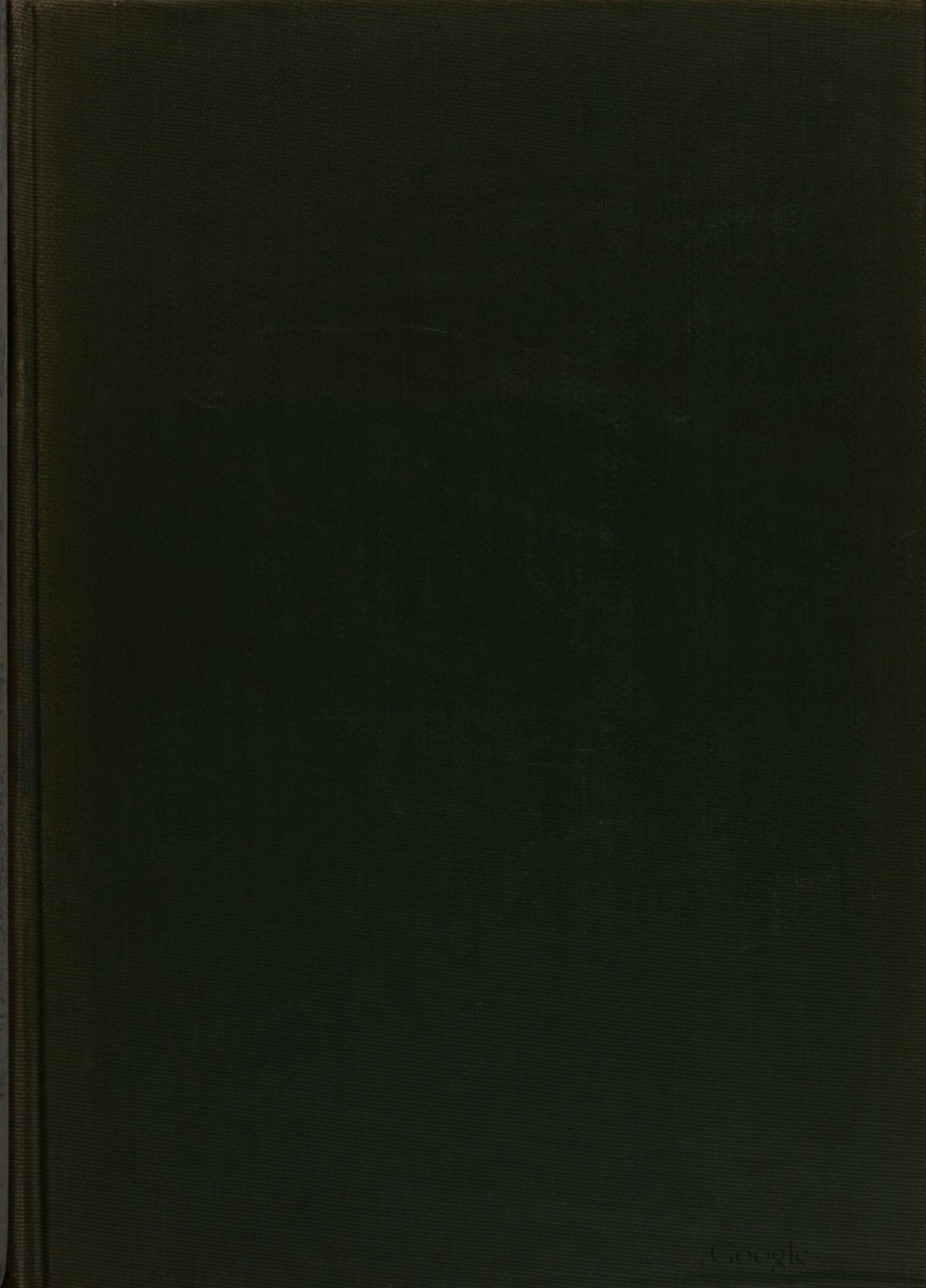
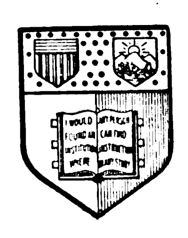








ZEITSCHRIFT

DES PREUSS. STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER.

70. JAHRGANG.

1. Abteilung.

Inhalt:



Berlin SW 68.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

1931.

Im gleichen Verlage erscheint:

Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts.

Diese Zeitschrift, die jetzt im 70. Jahrgang erscheint, hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten, sowohl durch das Preußische Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffes über den Freistaat Preußen und seine einzelnen Teile;
2. Gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaten;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zugrunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhalts.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

Die Zeitschrift erscheint in **vier Abteilungen** für jeden Jahrgang, die in zwangloser Folge ausgegeben werden. **Preis für den Jahrgang 12 RM**, die bei Lieferung der ersten Abteilung erhoben werden. — Einzelne Abteilungen werden nur ausnahmsweise abgegeben. **Ältere Jahrgänge** kosten ebenfalls 12 RM. (Vorhanden von 1864 bis 1898, von 1900 bis 1928 und die neueren Jahrgänge.)

Ein **systematisches Inhaltsverzeichnis** für die von 1861 bis 1912 erschienenen Jahrgänge ist als Sonderabdruck erschienen. Preis 4 RM.

Bei Bedarf werden

Ergänzungshefte

zur Zeitschrift herausgegeben.

Zuletzt sind erschienen:

Erg.-Heft **XXXVI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1909.** (180 S.) 1911 . . . . 4,60 RM

„ **XXXVII. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1910.** (67 S.) 1911 . . . . 2,— RM

„ **XXXVIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910.** (194 S.) 1912 . . . . 5,— RM

„ **XXXIX. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1911.** (67 S.) 1912 . . . . 2,— RM

„ **XL. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1911.** (176 S.) 1913 . . . . 4,60 RM

Erg.-Heft **XLI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1912.** (218 S.) 1914 . . . . 5,60 RM

XLII. Grundbesitzverteilung in Preußen nach den Ergebnissen der ländlichen Verschuldungsstatistik für 1902. (86 S.) . . . . 2,40 RM

„ **XLIII. Die preuß. Landtagswahlen von 1913.** (LIII u. 211 S.) 1916 . . . . 7,60 RM

„ **44. Kaufpreise ländlicher Grundstücke in Preußen im Durchschnitt aus den Jahren 1895 bis 1912.** (XLI u. 161 S.) 1917 . . . . 5,40 RM

„ **45. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1913 u. 1914.** (140 u. 108* S.) 1918 . . . . 6,80 RM

„ **46. Desgl. 1915/16.** (120 u. 107* S.) 1919 . . . 6,20 RM

@69936

Wichtige Neuerscheinung!

(Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag des Preußischen Statistischen Landesamts, Berlin SW 68.)

Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen

vollständig neu bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt.

Das neue Gemeindelexikon enthält, kreisweise geordnet, **sämtliche Ortschaften** bis zu den kleinsten Wohnplätzen mit Angabe der Einwohnerzahl nach der Volkszählung von 1925, Flächengröße, Grundsteuerreinertrag, Anzahl der Wohnhäuser und Haushaltungen, Bevölkerung nach Geschlecht und Religionsbekenntnis.

Ferner für jede Ortschaft die **wichtigsten Zuständigkeiten** (Gerichte, einschl. Arbeitsgericht, Finanzamt, Standesamt, Amtsbezirk, Kirchspiel, Landwirtschafts-, Industrie-, Handels- und Handwerkskammer, Katasteramt u. a.). Jeder Band enthält ein **Register**, das das rasche Auffinden jedes Ortes sichert. — Eine tabellarische Hauptübersicht über die Provinz und Kreisübersichten erhöhen die Brauchbarkeit.

Insgesamt wird das neue Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen

zwölf Provinzbände

umfassen: Ostpreußen, Brandenburg und Berlin, Pommern, Grenzmark, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz mit Hohenzollerische Lande. — Den Abschluß bildet ein **Generalregister**, das die Namen sämtlicher im Gemeindelexikon aufgeführten Ortschaften und deren Kennzeichnung enthält.

Jeder Provinzband enthält die während der Drucklegung noch in Kraft tretenden **Veränderungen** bis unmittelbar vor der Herausgabe des Bandes.

Bereits erschienen sind die Bände: **Rheinprovinz und Hohenzollerische Lande** (Preis 20,— RM), **Hannover** (Preis 18,— RM), **Hessen-Nassau** (Preis 16,— RM), **Schleswig-Holstein** (Preis 10,— RM) und **Grenzmark Posen-Westpreußen** (Preis 4,50 RM).

Als nächste Bände erscheinen: **Sachsen, Westfalen und Ostpreußen.**

Bei Verpflichtung zum Bezuge sämtlicher Bände ermäßigt sich der Preis um 10 %.

Verlag des Preußischen Statistischen Landesamts

Berlin SW. 68.

J. SCHWEITZER SORTIMENT

(ARTHUR SELLIER)

BERLIN W 8, BEHRENSTR. 7

Buchhandlung, Antiquariat und Mietbücherei für Rechts-, Wirtschafts-, Steuer- und Handelswissenschaften

Bank-Konten: Deutsche Bank und Diskonto-Ges., Stadtzentrale A
Darmstädter und Nationalbank, Berlin W 8
Postscheckkonto: Berlin 154534 / Fernsprecher: Zentrum 9968

State College of Agriculture,
Cornell University,
I t h a c a /New Jork

Berlin, 21.März 1931

Zur Ansicht — Auf Bestellung — Zur Fortsetzung

		RM	₰
1	Zeitschrift d.preuß.statistichen Landesamts 7o.Jahrg. Heft 1		
	pro cpl.t RM.	12.	--
	Porto u.Einschrieben für 3 Hefte	3,	4o
	RM.	15,	4o

5000. IX. 30.

Erfüllungsort: Berlin-Mitte.
Eigentumsvorbehalt nach § 455 BGB.



Das Erwerbsleben in den preußischen Großstädten

nach den Ergebnissen der Berufszählung vom Juni 1925.

Von

Dr. phil. Peter Quante,

Regierungs- und Volkswirtschaftsrat.

Inhalt.

I. Allgemeiner Teil.

Einleitung.

Die Methode der Berufszählung von 1925.

Die Aufbereitung der Berufszählung vom 16. Juni 1925, deren Ergebnisse jetzt für das Deutsche Reich und seine Länder vorliegen, erfolgte, um auch die Berufsverhältnisse kleinerer Gebietsteile darstellen zu können, in einer möglichst weitgehenden geographischen Gliederung. Außer den größeren Verwaltungsbezirken — in Preußen den Provinzen und Regierungsbezirken — wurden die Großstädte eingehend behandelt, ferner sämtliche Stadt- und Landkreise sowie noch besonders die Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern. Da es in Preußen 9 Provinzen gibt, die nicht gleichzeitig Regierungsbezirke sind, 34 Regierungsbezirke, 29 Großstädte (nach dem Stande vom 16. 6. 25), 88 sonstige Stadtkreise, 422 Landkreise, in diesen wieder 234 Gemeinden (Stadt- und Landgemeinden) mit 10 000 und mehr Einwohnern, so sind für insgesamt 773 geographische Einheiten die Berufsverhältnisse ermittelt und dargestellt worden. Daß diese Darstellung nur bei den Provinzen und Großstädten ganz ausführlich, bei den übrigen Gebieten etwas eingeschränkter gehalten ist, sei hier nur kurz erwähnt; für die Zwecke dieser Untersuchung kann von den dadurch bedingten Verschiedenheiten abgesehen werden. Jedenfalls gewährt diese Art der Aufbereitung die Möglichkeit, das Berufsleben in den verschiedenen Gemeindegrößenklassen zu untersuchen und festzustellen, in welchem Zusammenhang die Gestaltung des Wirtschaftslebens mit der Verteilung der Bevölkerung auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie das platte Land steht. Die Mittelstädte — worunter hier die Orte zwischen 10- und 100 000 Einwohnern verstanden sein sollen — sowie die Kleinstädte und das platte Land (alle Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern) sollen später gesondert behandelt werden. In diesem Aufsatz soll zunächst nur das Berufsleben in den preußischen Großstädten einer eingehenden Betrachtung unterzogen werden.

1. Persönlicher und „Betriebs“-Beruf.

Der Beruf oder Erwerb jedes Einwohners wurde bei der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 durch folgende Fragen der Haushaltungsliste festgestellt:

Hauptberuf — Haupterwerb		Wo wird der (Haupt-) Beruf ausgeübt?			Nebenberuf — Nebenerwerb	
Genaue Angabe des **gegenwärtigen** (Haupt-) **Berufs** (Berufstätigkeit oder Erwerbsquelle).	**Stellung** im (Haupt-) Beruf, ob: selbständiger Unternehmer, Eigentümer, Handwerksmeister, Pächter, Direktor, Angestellter, Betriebsbeamter, Werkmeister, Geselle, Lehrling, Arbeiter, Hausgewerbetreibender oder Heimarbeiter usw. Für Beamte und Militärpersonen Amts- od. Dienstbezeichnung.	**Name u. Ort der Firma** oder des Unternehmers, des Arbeitgebers, des Besitzers oder des Pächters, in der oder bei dem der (Haupt-) Beruf ausgeübt wird. Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende haben hier Namen und Sitz des Auftraggebers (Firma, Zwischenmeister) anzugeben, für den sie hauptsächlich arbeiten. Personen, die zurzeit arbeitslos od. stellenlos sind, haben hier Namen und Sitz des Betriebes anzugeben, in dem sie zuletzt gearbeitet haben.	**Nähere Bezeichnung der Art der Firma,** der Unternehmung, des Handwerksbetriebs, des landwirtsch. Betriebs oder des Dienstzweigs. Bei gemischten Großbetrieben ist hier außerdem die **Betriebsabtlg.** anzugeben, in welcher der (Haupt-) Beruf ausgeübt wird. Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende haben hier den Gewerbezweig der Fa. näher zu bezeichnen. Personen, die zurzeit arbeitslos od stellenlos sind, haben hier die Art des Betriebes, in dem sie zuletzt gearbeitet haben, näher zu bezeichnen.	Personen, die zurzeit **arbeitslos**, erwerbslos oder stellenlos sind, — nicht jedoch Streikende u. Ausgesperrte — haben hier ein „A“ einzutragen. Wenn sie wegen Krankheit oder vorübergehender Arbeitsunfähigkeit arbeitslos sind, ist ein „A kr.“ einzutragen.	Üben Sie einen **zweiten Beruf** (außer dem in Spalte 14 angegebenen) od einen od. mehrere **Nebenberufe** oder eine **nebensächliche Erwerbstätigkeit** aus, gleichviel ob jetzt oder zu einer anderen Jahreszeit? Wenn Ja, welchen od. welche? Wenn nicht jetzt, **wann** im Jahre?	**Stellung im Nebenberuf,** ob: selbständiger Unternehmer, Eigentümer, Handwerksmeister, Pächter, Direktor, Angestellter, Betriebsbeamter, Werkmeister, Geselle, Lehrling, Arbeiter, Hausgewerbetreibender oder Heimarbeiter usw.
					Falls mehrere Nebenberufe: mit a, b, c zu bezeichnen und untereinander aufzuführen.	
14	15	16	17	18	19	20

Wie die Fragestellung in Spalte 16 und 17 zeigt, wird hierbei ganz besonderer Wert auf die Feststellung des Erwerbszweiges gelegt, in dem der Beruf ausgeübt wird. Die früheren deutschen Berufszählungen, deren letzte vor dem Kriege 1907 stattgefunden hat, kennen eine solche Frage nicht. Sie begnügen sich mit einer Frage nach dem Beruf, durch die der sogenannte „persönliche“ Beruf erfaßt werden soll. Die Tatsache, daß diese Erfassung des persönlichen Berufs immer schwieriger wird, je mehr Arbeitsteilung und Industrialisierung fortschreiten, sodaß schon 1907 vielfach an die Stelle der tatsächlichen Berufstätigkeit die Angabe einer — mehr oder minder verschleierten — Betriebszugehörigkeit treten mußte, ließ eine Änderung in der Fragestellung unabweisbar erscheinen. Besonders die tiefgründigen Untersuchungen Meerwarths haben in diesem Punkte jede gewünschte Klarheit geschaffen. „Um das Wesen der modernen Berufe zu verstehen, geht man zweckmäßig davon aus, daß jeder Beruf regelmäßig im Rahmen eines Betriebes ausgeübt wird“ [1]). Nur so ist es möglich, all die unzählig vielen Personen im Berufsschema richtig einzugliedern, deren Berufstätigkeit beim besten Willen nicht mehr durch die Angabe eines persönlichen Berufs charakterisiert werden kann, die hiernach lediglich als Arbeiter oder als Angestellte zu bezeichnen wären, wenn es nicht gelänge, ihnen wenigstens das Merkmal des Betriebes aufzudrücken, in dem sie ihren — entpersönlichten — Beruf ausüben. Soweit tatsächlich noch die Angabe eines persönlichen Berufs möglich ist, soweit also ein bestimmtes Berufsbewußtsein unabhängig von dem bestimmten Erwerbszweige vorhanden ist, wird dieser Beruf in Spalte 14 eindeutig genug eingetragen, sodaß innerhalb der Erwerbszweige die Heraushebung eigentlicher Berufe wie Schmied, Schlosser, Tischler usw. erfolgen kann.

2. Der Erwerbszweig.

Die Bearbeitung der Berufszählung teilt also auf Grund der Eintragungen in den Spalten 16 und 17 jeden Erwerbstätigen zunächst seinem Erwerbszweig zu. Es hat sich gezeigt, daß die Doppelfrage sowohl nach Name und Ort der Firma wie nach der Art des Betriebes für die richtige Eingliederung unbedingt nötig war, ja in manchen Fällen trotzdem noch Zweifel genug übrig ließ, vor allem bei den Angehörigen großer kombinierter Werke. Wenn die Art des Betriebes nicht angegeben war — nicht nur aus Unachtsamkeit, sondern auch weil der Eintragende sie nicht anzugeben wußte —, konnte sie auf Grund der Firmenangabe durch Nachschlagewerke oder durch unmittelbare Auskunft der Firma fast stets ergänzt werden. Besonders schwierig wurde die Einreihung, wie schon erwähnt, wenn bei den großen („gemischten“) Betrieben zwar die Firma richtig angegeben war, aber entgegen der ausdrücklichen Vorschrift so allgemein, daß die besondere Betriebsabteilung nicht zu erkennen war, in der der Befragte tatsächlich arbeitete. Häufig bot hier noch der Beruf selbst (Spalte 14) einen gewissen Anhalt dafür, in welchem engeren Betriebszweig der Betreffende tätig sein mußte; in sehr vielen Fällen allerdings mußten andere Anhaltspunkte für eine solche Einordnung gesucht werden; wo solche versagten, half nur eine Anfrage an Ort und Stelle. Es leuchtet ein, daß eine solche Zuteilung zweifelhafter Fälle um so eindeutiger erfolgen kann, je weniger spezialisiert die der Einteilung zugrunde liegenden Erwerbszweige gewählt werden. Das ist bereits bei der Aufstellung der unten abgedruckten Berufsordnung mit ihrer Einteilung in 166 „Wirtschaftszweige“ (W 1—W 166) berücksichtigt worden. Selbst wenn aber die Zuweisung bestimmter Personen zu einem der genannten Wirtschaftszweige noch zweifelhaft sein konnte, so schwindet diese Möglichkeit bei der Zusammenfassung dieser Wirtschaftszweige zu den (mit römischen Zahlen bezeichneten) „Berufsgruppen“ des Verzeichnisses so gut wie vollständig. Die Frage, welcher Betriebsabteilung beispielsweise ein Arbeiter zugehört, der in einer Woll- und Baumwollfirma (W 37 oder 38) arbeitet, wird bei der Berufsgruppe X. Textilindustrie gegenstandslos. Da in der vorliegenden Abhandlung vorzugsweise auf diese Berufsgruppen Bezug genommen wird, kann also im allgemeinen mit einer möglichst vollkommenen Einreihung der erwerbstätigen Personen in die Erwerbszweige gerechnet werden.

[1]) R. Meerwarth: Nationalökonomie und Statistik (Handbuch der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 7. Band), Berlin und Leipzig 1925, S. 30.

Verzeichnis der Abteilungen, Gruppen und Wirtschaftszweige.

A. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei.

I. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht.

W 1. Landwirtschaft, Zucht landwirtschaftlicher Nutztiere, Milchwirtschaft.
W 2. Gärtnerei und Gartenbau.
W 3. Zucht nichtlandwirtschaftlicher Nutztiere (einschl. Bienenzucht).

II. Forstwirtschaft und Fischerei.

W 4. Forstwirtschaft.
W 5. Fischerei.

B. Industrie einschl. Bergbau und Baugewerbe.

III. Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei.

W 6. Gewinnung von Steinkohlen, Steinkohlenbriketts und Koks.
W 7. Gewinnung von Braunkohlen und Braunkohlenbriketts.
W 8. Gewinnung von Erzen.
W 9. Salzbergbau.
W 10. Salinenwesen.
W 11. Gewinnung von Asphalt, Graphit, Erdöl und Bernstein.
W 12. Torfgräberei und Torfbereitung.

IV. Industrie der Steine und Erden.

W 13. Gewinnung und Bearbeitung von natürlichen Gesteinen einschl. Nutzmineralien.
W 14. Gewinnung von Kies, Sand, Ton und Kaolin.
W 15. Kalk-, Gips-, Traß- und Zementindustrie.
W 16. Betonwaren- und Betonwerksteinindustrie.
W 17. Ziegelindustrie und Herstellung sonstiger künstlicher Mauersteine.
W 18. Grobkeramische Industrie.
W 19. Feinkeramische Industrie.
W 20. Glasindustrie.

V. Eisen- und Metallgewinnung.

W 21. Großeisenindustrie (Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Hammer- und Preßwerke, Eisen- und Stahlgießereien).
W 22. Metallhütten- und Metallhalbzeugwerke (einschl. Metallgießereien).

VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren.

W 23. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren (ausschl. Schmiederei, Schlosserei und Klempnerei).
W 24. Schmiederei.
W 25. Schlosserei.
W 26. Klempnerei, Gas- und Wasserinstallationsgewerbe.

VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau

W 27. Maschinenbau.
W 28. Kessel- und Apparatebau.
W 29. Eisenbau (Eisenkonstruktion).
W 30. Schiffbau (einschl. Schiffskesselbau).
W 31. Bau von Land- und Luftfahrzeugen (ausschl. Eisenbahnwagen-, Holzwagen- und Karosseriebau).
W 32. Eisenbahnwagenbau.

VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik.

W 33. Elektrotechnische Industrie.
W 34. Feinmechanische und optische Industrie.

IX. Chemische Industrie.

W 35. Chemische Industrie.

X. Textilindustrie.

W 36. Seiden- und Kunstseidenindustrie.
W 37. Wollindustrie.
W 38. Baumwollindustrie.
W 39. Bastfaserindustrie.
W 40. Teppich- und Möbelstoffindustrie.
W 41. Posamentenherstellung, Bandweberei, -wirkerei und -flechterei, Gummiweberei, -strickerei und -wirkerei.
W 42. Wirkerei und Strickerei.
W 43. Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, Häkelei und Stickerei.
W 44. Textilveredelung und -ausrüstung.
W 45. Herstellung von Seilen, Netzen, Bindfaden und Textilriemen.
W 46. Roßhaarverarbeitung.
W 47. Filzherstellung.
W 48. Lumpenreißanstalten und Herstellung von Putzwolle.
W 49. Andere Zweige und Hilfsgewerbe der Textilindustrie (Wachstuchindustrie, Papiertextilien, Typha u. dgl.).

XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe.

W 50. Papiererzeugung.
W 51. Papierveredelung und Papierverarbeitung (einschl. Tapetenindustrie).
W 52. Schriftgießerei und Messinglinienherstellung.
W 53. Hochdruck, Flachdruck, Tiefdruck.
W 54. Photographisches Gewerbe (ausschl. Filmaufnahme).

XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie.

W 55. Herstellung von Leder.
W 56. Herstellung von Ledertreibriemen und technischen Lederartikeln.
W 57. Herstellung von Leder- und Sattlerwaren.
W 58. Herstellung von Kunstleder, Linoleum und Linkrusta.

XIII. Kautschukindustrie und Asbestindustrie.

W 59. Herstellung von Kautschuk-, Guttapercha- und Balatawaren.
W 60. Herstellung von Asbestwaren.

XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe.

W 61. Säge- und Furnierwerke, einschl. Holzimprägnieranstalten.
W 62. Herstelllung von Holzbauten, Bauteilen und Möbeln (einschl. Modelltischlereien).
W 63. Herstellung von Holzwaren.
W 64. Herstellung von Verpackungsmitteln.
W 65. Stellmacherei und Holzwagenbau (einschl. Karosseriebau).
W 66. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (auch Sport- und Ruderbooten).
W 67. Herstellung von Stöcken, Schirmen und Peitschen.
W 68. Herstellung von Blei- und Farbstiften (auch Federhaltern).
W 69. Herstellung von Kämmen und Haarschmuck.
W 70. Herstellung von Bernstein-, Elfenbein-, Meerschaum-, Horn-, Bein-, Perlmutterwaren und Waren aus ähnlichen Stoffen.
W 71. Herstellung von Korbwaren und sonstigen Geflechten aus Holz, Stroh, Bast, Rohr, Weiden und Binsen.
W 72. Borstenverarbeitung und Herstellung von Bürsten, Besen und Pinseln (auch Bürstenhölzern).
W 73. Korkindustrie.

XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie.

W 74. Klavier-, Harmonium- und Orgelbau, Herstellung von Zubehörteilen.
W 75. Herstellung von Streich-, Zupf- und Blasinstrumenten, Harmoniken und sonstigen Musikinstrumenten.
W 76. Herstellung von Spielwaren.

XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.
- W 77. Mühlenindustrie.
- W 78. Bäckerei und Konditorei.
- W 79. Herstellung von Keks, Zwieback, Waffeln und Lebkuchen (soweit nicht unter W 78).
- W 80. Teigwarenindustrie.
- W 81. Zuckerindustrie.
- W 82. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konfitürenindustrie.
- W 83. Fleischerei und Fleischkonservenindustrie, Schlachthäuser.
- W 84. Fischindustrie.
- W 85. Molkerei, Herstellung von Butter, Käse und Milchdauerwaren.
- W 86. Herstellung von pflanzlichen Ölen und Fetten, Margarine und Kunstspeisefett.
- W 87. Herstellung von Obst- und Gemüsekonserven, Marmelade und Kunsthonig.
- W 88. Stärkeindustrie und Herstellung von Ersatzlebensmitteln, Dörrgemüse u. dgl.
- W 89. Kaffeerösterei und Kaffee-Ersatzherstellung.
- W 90. Mälzerei und Brauerei, Eisgewinnung.
- W 91. Herstellung von Wein, Branntwein, Mineralwasser u. dgl.
- W 92. Herstellung von Zigarren.
- W 93. Herstellung von Zigaretten.
- W 94. Herstellung von Rauch-, Kau- und Schnupftabak.

XVII. Bekleidungsgewerbe.
- W 95. Schneiderei und Kleiderherstellung.
- W 96. Näherei und Hilfsgewerbe der Kleider- und Wäscheherstellung.
- W 97. Wäscheherstellung (einschließlich Schürzenherstellung).
- W 98. Kürschnerei und Rauchwarenzurichtung.
- W 99. Mützenmacherei.
- W 100. Hutmacherei und Putzmacherei (einschließlich Strohhutmacherei).
- W 101. Herstellung von künstlichen Blumen und Putzfedern, Perückenmacherei und Menschenhaarverarbeitung.
- W 102. Herstellung von Korsetten und Binden.
- W 103. Herstellung von Krawatten, Gürteln und Hosenträgern.
- W 104. Handschuhmacherei.
- W 105. Schuhmacherei und Schuhindustrie.
- W 106. Reinigung und Wiederaufarbeitung von Textilerzeugnissen (einschl. Zurichtung u. Reinigung von Bettfedern und Pflanzendaunen).

XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe).
- W 107. Bauingenieur-, Architektur- und Vermessungsbüros.
- W 108. Hoch-, Eisenbeton- und Tiefbau (einschl. der Baunebengewerbe).
- W 109. Schornsteinfegergewerbe und Reinigung von Gebäuden und Wohnungen.

XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung.
- W 110. Wassergewinnung und -versorgung.
- W 111. Gasgewinnung und -versorgung.
- W 112. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung.
- W 113. Fernheizwerke.

C. Handel und Verkehr einschl. Gast- und Schankwirtschaft.

XX. Handelsgewerbe.
- W 114. Waren- und Produktenhandel.
- W 115. Verlagsgewerbe.
- W 116. Buchhandel (auch Buch- und Kunsthandel), Leihbibliotheken.
- W 117. Handel mit Tabak und Tabakwaren.
- W 118. Immobilienhandel.
- W 119. Bank- und Börsenwesen.
- W 120. Vermittlung, Verwaltung und Beratung.
- W 121. Markt- und Messewesen.
- W 122. Verleihung und Versteigerung.
- W 123. Aufbewahrung, Spedition und Bewachung.
- W 124. Hausier- und Straßenhandel.

XXI. Versicherungswesen.
- W 125. Versicherungswesen.

XXII. Verkehrswesen.
- W 126. See- und Küstenschiffahrt.
- W 127. Binnenschiffahrt und Flößerei.
- W 128. Küsten-, Kanal- und Hafenwesen (einschl. Schiffsreinigung).
- W 129. Post- und Telegraphenwesen.
- W 130. Reichsbahn.
- W 131. Eisenbahnwesen (ausschl. Reichsbahn).
- W 132. Straßen-, Berg-, Schwebe- und Seilbahnen (auch Hoch- und Untergrundbahnen).
- W 133. Sonstige Landbeförderung.
- W 134. Luftverkehr.
- W 135. Reiseauskunft und -vermittlung.

XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe.
- W 136. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe.

D. Verwaltung, Heerwesen, Kirche, freie Berufsarten.

XXIV. Verwaltung, Heerwesen, Kirche, freie Berufsarten.
- W 137. Diplomatie, Reichs-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung, Rechtspflege (soweit in beamteter Stellung) und Strafvollzug.
- W 138. Heer und Marine, Heeres- und Marineverwaltung (einschl. Militärlazarette).
- W 139. Kirche, Gottesdienst, Mission, Anstalten und Vereine für religiöse Zwecke.
- W 140. Bildung, Erziehung, Unterricht, Büchereien, wissenschaftliche Institute und Kunstsammlungen.
- W 141. Rechtsberatung und Interessenvertretung.
- W 142. Künstler, Privatgelehrte, Schriftsteller.
- W 143. Theater und Opernhäuser, Musikgewerbe.
- W 144. Lichtspielwesen.
- W 145. Rundfunkwesen.
- W 146. Sportliche Gewerbe, Pferdeverleihung, Schaustellungsgewerbe.

E. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe einschl. Wohlfahrtspflege.

XXV. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe einschl. Wohlfahrtspflege.
- W 147. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, Siechenheime.
- W 148. Offene Krankenpflege und Fürsorge gesundheitlicher Art.
- W 149. Bade- und Schwimmanstalten, Massage.
- W 150. Barbiergewerbe.
- W 151. Rettungswesen, Unfallstationen, Erste Hilfe, Krankenbeförderung.
- W 152. Veterinärwesen, Schlachtvieh- und Fleischbeschau, Abdeckerei.
- W 153. Apotheken.
- W 154. Desinfektionswesen u. Schädlingsbekämpfung.
- W 155. Straßenreinigung, Kanalisation, Müllabfuhr und Bedürfnisanstalten.
- W 156. Leichen- und Bestattungswesen.
- W 157. Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge.

F. Häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit.

XXVI. Häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit.
- W 158. Häusliche Dienste (Hausangestellte im Haushalt ihres Arbeitgebers lebend).
- W 159. Häusliche Dienste (soweit nicht unter W 158).
- W 160. Erwerbstätigkeit ohne Betriebszugehörigkeit oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit.



G. Ohne Beruf und Berufsangabe.

XXVII. Ohne Beruf und Berufsangabe.

W 161. Von eigenem Vermögen, von Renten und Pensionen Lebende.
W 162. Von Unterstützung Lebende, Insassen von Armenhäusern, Versorgungs- u Wohltätigkeitsanstalten.
W 163. Insassen von Irren- und Siechenanstalten.
W 164. Nicht in ihrer Familie lebende Studierende, Seminaristen und Schüler, Zöglinge in Anstalten für Bildung, Erziehung und Unterricht, Waisenanstalten usw.
W 165. Insassen von Straf- und Besserungsanstalten.
W 166. Ohne eigentlichen Beruf und ohne Berufsangabe.

Die in dem Verzeichnis der Erwerbszweige am Schlusse genannten Berufsabteilungen D bis G — gleichlautend mit den Berufsgruppen XXIV bis XXVII — sind in Analogie zu den im Wirtschaftsleben allgemein bekannten Berufsabteilungen A, B und C geschaffen worden, um auch für die hier Berufstätigen die doppelte Einreihung nach Betrieb und Beruf durchführen zu können. Bei einem Teil der Wirtschaftszweige dieser Abteilungen handelt es sich ja noch um echte Erwerbsbetriebe; man vergleiche z. B. W 143. Theater und Opernhäuser, Musikgewerbe, W150. Barbiergewerbe oder W153. Apotheken. In anderen Fällen dagegen fehlt dem „Betriebe" jeder Erwerbsgedanke, wie in W 137. Diplomatie, Reichs-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung, Rechtspflege, oder er tritt doch wesentlich zurück hinter der öffentlichen oder gemeinnützigen Bedeutung der betreffenden Veranstaltung, wie bei W 141. Rechtsberatung und Interessenvertretung, W 147. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, Siechenheime. In manchen Fällen wiederum besteht der „Betrieb" überhaupt nur insoweit, als eine zunächst rein persönliche Betätigung gewisse äußere Veranstaltungen in räumlicher oder personeller Hinsicht erfordert; man denke an W 142. Künstler, Privatgelehrte, Schriftsteller. In den Wirtschaftszweigen 158 und 159 der Abteilung F oder Gruppe XXVI ist der „Betrieb" dargestellt durch den Privathaushalt mit dem Haushaltungsvorstand oder der Hausfrau als Arbeitgeber, wobei allerdings die nicht erwerbende Hausfrau n i c h t als berufstätig gezählt wird. W 160 ist gewissermaßen nur ein Verlegenheitsbegriff zur Unterbringung derjenigen Erwerbstätigen, für die sich trotz aller Mühe der an sich zuständige Betrieb nicht feststellen ließ. Die Abteilung G oder Gruppe XXVII umfaßt endlich diejenigen Personen, für die schon deshalb keine Betriebseingliederung möglich ist, weil sie keinen Erwerbsberuf ausüben, die „beruflos Erwerbenden", wie Meerwarth[1]) sie nennt: „Die Angehörigen dieser Gruppe beziehen Einkommen ohne Erwerbstätigkeit: berufloses Einkommen. Solches Einkommen kann einmal erlangt werden auf Grund früherer Arbeit in Form von Pensionen, Versicherungsrenten, Altenteilen usw. oder vor allem auf Grund von Familienbesitz durch Verpachten, Vermieten von Gebäuden und Boden, durch Geldleihe oder durch Beteiligung bei Erwerbswirtschaften (z. B. Aktiengesellschaften). .... Vor dem Krieg konnte sogar das beruflose Einkommen ausreichen, die Lebenshaltung zu decken." Die Insassen von Anstalten aller Art sind diesen beruflos Erwerbenden in der Systematik der Berufszählung gleichgestellt worden. Die „Wirtschaftszweige" 160 bis 166 sind somit lediglich als Analogiebildungen zu verstehen. In Wirklichkeit handelt es sich hier um Fälle, wo die Eingliederung nur noch nach e i n e m Merkmal — statt wie sonst grundsätzlich nach zwei Merkmalen, Betrieb und Beruf — erfolgen kann, nämlich nach der als Quasi-Beruf aufgefaßten Beruflosigkeit.

3. Die Stellung im Beruf.

Ist auf diese Weise jeder Erwerbstätige auf Grund der Angaben in Spalte 16 und 17 der Haushaltungsliste (für W 160 bis 166 aushilfsweise der Angaben in Spalte 14) einem der „Wirtschaftszweige" und damit zugleich einer der Berufsgruppen und -abteilungen zugewiesen, so erfolgt innerhalb der Erwerbszweige die weitere Ausgliederung nach der sozialen Stellung, in Spalte 15 erfragt als „Stellung im Beruf". Solcher Berufsstellungen werden bei der Aufbereitung der Berufszählung von 1925 12 an Zahl unterschieden, nämlich:

a - P e r s o n e n.

a 1 Eigentümer und Miteigentümer, Besitzer, Inhaber, Handwerksmeister, selbständige Erwerbstätige, Unternehmer.
a 2 Pächter.
a 3 Administratoren, Direktoren, Geschäftsführer und leitende Beamte.
a fr Gewerbetreibende, die in der eigenen Wohnung für ein fremdes Geschäft arbeiten.

b - P e r s o n e n.

b 1 Technische Angestellte und Beamte, Fachpersonal.
b 2 Werkmeister und Aufsichtspersonal.
b 3 Kaufmännische Angestellte und Verwaltungsbeamte, Büropersonal.

c - P e r s o n e n.

c 1 Arbeiter in den für den Wirtschaftszweig charakteristischen Berufen.
c 2 Betriebshandwerker und wichtige Hilfsberufe.
c 3 Alle übrigen Arbeiter.

F e r n e r:

m Mithelfende Familienangehörige.
Hausangestellte.

Die a-Personen werden vielfach auch als „Selbständige" zusammengefaßt und bezeichnet; dabei soll jedoch in der vorliegenden Untersuchung von der sonst oft üblichen Einbeziehung der a fr-Personen in die Gruppe der Selbständigen abgesehen werden. Gewiß gibt es, besonders in bestimmten Gegenden, eine große Reihe von Hausgewerbetreibenden, die in starkem Maße als Selbständige anzusehen sind, denen lediglich infolge des Fehlens eigener Absatzeinrichtungen die Bezeichnung als selbständige Unternehmer im ausgesprochenen Sinne vorenthalten werden muß. Aber weit größer ist dafür auf der anderen Seite die Zahl derjenigen Personen, bei denen die durch den eigenen Arbeitsraum (die Privatwohnung) bedingte Selbständigkeit dermaßen gering ist, daß diese Personen eigentlich als dezentralisierte Arbeiter eines größeren Betriebes angesehen werden müssen. Diese reinen Heimarbeiter noch zu den, wenn auch eingeschränkt, Selbständigen zu rechnen, verbietet ihre ganze soziale Lage, die der des echten Fabrikarbeiters in nichts überlegen ist, oft sogar noch weit hinter ihr zurückbleibt. Aus diesem Grunde werden in der vorliegenden Arbeit sämtliche a fr-Personen, also sowohl Hausgewerbetreibende wie Heimarbeiter n i e m a l s den Selbständigen zugerechnet, sondern immer in einer Gruppe für sich behandelt. Die in den Gruppen a 1, a 2 und a 3 vertretenen Personen werden wir als a-Personen zusammenfassen, wobei man sich darüber klar sein muß, daß auch unter diesen „Selbständigen" noch recht große Unterschiede der äußeren Stellung sowohl wie vor allem des Einkommens vorhanden sind. Unter den a 1-Personen erscheint ebenso gut der kleine Schlossermeister wie der große Thyssen; eine Unterscheidung nach Groß- und Kleinbetrieb, nach geringer und riesenhafter Kapitalausstattung ist auf Grund der Aufbereitung der Berufszählung nicht möglich. Wo es wünschenswert erscheint, im einzelnen auch nach

[1]) a. a. O. S. 49.

diesen Unterschieden zu forschen, wird man die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung heranziehen müssen. Die Gruppe a 2 spielt eine Rolle vor allem in der Landwirtschaft, machen doch die Pächter im Deutschen Reich immerhin etwas über 5 v. H. der Selbständigen in der Berufsabteilung A aus. Dabei sind die Erbpächter entsprechend der Natur ihres Rechtsverhältnisses nicht zu den a 2-, sondern zu den a 1-Personen gerechnet worden. Dagegen stellen die Pächter in Industrie und Handwerk (Abteilung B) nur etwa 1, in Handel und Verkehr (Abteilung C) allerdings fast 3 v. H. der selbständigen Erwerbstätigen dar. Hier entfällt der größte Teil auf die Gruppe XXIII, Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, in der die Pächter fast 15 v. H. der Selbständigen ausmachen. Unter a 3 sind in den Abteilungen A bis C vor allem die Direktoren und Generaldirektoren der großen Aktiengesellschaften, die leitenden Geschäftsführer der Gesellschaften m. b. H. usw. zu verstehen; ihre Zahl beträgt im Reich in der Landwirtschaft usw. (A) nur etwa 1/2 v. H. der Selbständigen, in Industrie und Handwerk (B) mehr als 4, in Handel und Verkehr (C) 4 1/2 v. H. In den Abteilungen D und E handelt es sich vor allem um die höheren Beamten in den Reichs-, Staats- usw. Behörden, Körperschaften des öffentlichen Rechts usw.

Als b-Personen werden die Angestellten jeder Art (im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes) in den privaten Betrieben sowie den Behörden und den Körperschaften des öffentlichen Rechts zusammengefaßt, die vielfach auch als Privatbeamte, z. B. als Bankbeamte, Versicherungsbeamte usw. bezeichnet werden; ferner gehören hierzu die eigentlichen Beamten (im Sinne des Reichsbeamtengesetzes) bei den Behörden, Reichs-, Staats- und Kommunalbetrieben, soweit sie nicht als leitende Beamte zu a 3 gehören. Eine Heraushebung dieser Beamten (oder Festangestellten), wie sie von vielen Seiten als wünschenswert bezeichnet worden ist, hat sich nicht ermöglichen lassen, einmal weil man für die Kennzeichnung der Beamteneigenschaft lediglich auf die subjektiven Eintragungen der Haushaltungsvorstände angewiesen ist, von denen viele, ob aus Unwissenheit oder mit bewußter Absicht, sei dahingestellt, die Grenzen zwischen dem Beamten- und Angestelltenverhältnis verwischen; ferner, weil in der Praxis selbst diese Grenzen vielfach schon fließend geworden sind, man denke an die kündbaren oder nur für kurze Zeit angestellten Beamten der Betriebsverwaltungen (Reichspost, Reichseisenbahn) oder an die „Dauerangestellten“ der Kommunen, die sicher Angestellte im Sinne des Reichsbeamtenrechtes sind, aber hinsichtlich ihrer Gehalts- und sonstigen Rechtsansprüche kaum von den Beamten zu unterscheiden sind.

Bei einem Vergleich der b-Personen mit früheren Berufszählungsergebnissen ist wichtig festzustellen, daß nunmehr die Verkäufer in offenen Ladengeschäften samt und sonders zu den Angestellten (b 3) gerechnet worden sind, während sie noch 1907, bei der letzten großen Vorkriegs-Berufszählung, als c-Personen gewertet wurden.

Die c-Personen umfassen demnach heute ausschließlich Arbeiter, Gewerbegehilfen usw. im Sinne der Invalidenversicherungsvorschriften (R. V. O.). Die alte Trennung in gelernte, angelernte und ungelernte Arbeiter hat sich nicht mehr durchführen lassen; eher ist die jetzige Systematik auf die Erfassung der Facharbeiter und der sonstigen Arbeiter zugeschnitten. Jedenfalls sind unter c 1 und c 2 diejenigen Arbeiter aufgeführt, die, wie oben dargetan, ein ausgesprochenes Berufsbewußtsein besitzen und deren restlose Erfassung deshalb — grundsätzlich — gelingen konnte. Hierbei sollten die c 1-Personen diejenigen (Fach-) Arbeiter darstellen, die vor allem in dem Erwerbszweige ihres Ursprungs vorkommen und für ihn charakteristisch sind, die c 2-Personen diejenigen gelernten Arbeiter, die abgesehen von den sogenannten Hilfsberufen (Heizer, Kraftwagenführer) als Betriebshandwerker in anderen Erwerbszweigen als in denen ihres eigentlichen (gelernten) Berufes tätig sind, z. B. die Reparaturschlosser in einer Textilfabrik. Ganz scharf läßt sich diese Trennung nicht durchführen, weil in denjenigen Gewerbezweigen, in denen dieselben Berufe gleichzeitig als Facharbeiter und als Reparaturhandwerker vorkommen, die betreffenden Arbeiter nur bei den c 1-Personen geführt werden können; man denke an Schlosser, Schmiede, Tischler in der Maschinenherstellung, die sämtlich sowohl im produktiven Werkprozeß wie bei der Reparatur und Instandsetzung der Maschinen und Werksanlagen vorkommen können. Insofern stellen die unter c 2 angegebenen Zahlen Mindestwerte dar. Gleichwohl ist es von Bedeutung festzustellen, wie groß im Reich (im Freistaat Preußen) der Anteil dieser c 2-Personen an den überhaupt tätigen Arbeitern ist. Am geringsten ist er naturgemäß in der Landwirtschaft (Abteilung A) mit nur 2,2 (Preußen 2,5) v. H. der Arbeiter, steigt dann in Industrie und Handwerk (B) auf 7,8 (8,7), in Handel und Verkehr (C) sogar auf 20,9 (21,9) v. H. der Arbeiter. In dieser letzten Abteilung machen die c 2-Personen sogar von sämtlichen Erwerbstätigen (aller Berufsstellungen) noch 5,7 (6,4) v. H. aus. In den Abteilungen A bis F, in denen alle eigentlichen Erwerbstätigen zusammengefaßt sind, beträgt der Anteil der c 2-Arbeiter von allen Arbeitern 8,5 (9,2) v. H. Innerhalb der Industrie selbst ist dieser Anteil am größten in den Berufsgruppen V. Eisen- und Metallgewinnung und IX. Chemische Industrie mit je rund 26 (in Preußen 27 und 26) v. H. der Arbeiter.

Die c 3-Personen umfassen sämtliche ungelernten und diejenigen angelernten Arbeiter, bei denen sich kein festes Berufsbewußtsein herausgebildet hat, überhaupt diejenigen Arbeiter, die auf Grund ihrer, oft wechselnden, Eintragungen keinem bestimmten persönlichen Beruf zugerechnet werden können.

Als m-Personen werden diejenigen Familienangehörigen zusammengefaßt, die im eigenen Betriebe des Haushaltungsvorstandes helfend tätig sind, ohne zu ihm in einem bestimmten Dienst- (Arbeiter- oder Angestellten-) verhältnis zu stehen. Hierbei handelt es sich vorzugsweise um die Ehefrauen, Söhne und Töchter von Landwirten, besonders kleinen und mittleren, die ihnen das in ihrem Betriebe benötigte Gesinde ersetzen, derart, daß in sehr vielen Fällen der landwirtschaftliche Betrieb ausschließlich als „Familienwirtschaft“ anzusehen ist. Die Anzahl der mithelfenden Familienangehörigen beträgt von allen Erwerbstätigen der Abteilung A im Reich 49,1 v. H., also fast genau die Hälfte (in Preußen allerdings nur 45,8 v. H.), dagegen in Abteilung B (Industrie und Handwerk) nur 1,7 (1,5), in C (Handel und Verkehr) 7,9 (7,0) v. H. Im letzten Fall handelt es sich zweifellos vor allem um die in offenen Verkaufsgeschäften an Stelle gehobener Verkäufer tätigen Familienangehörigen. Will man die Bedeutung dieser „Mithelfenden“ für das Erwerbsleben richtig erfassen, so darf man allerdings nicht vergessen, daß sie in sehr vielen Fällen, besonders wenn es sich um jüngere Kinder, aber auch im Haushalt tätige und dort stark in Anspruch genommene Ehefrauen handelt, nicht als volle Arbeitskräfte im Sinne eines Angestellten oder Arbeiters (Knecht oder Magd) angesehen werden dürfen. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Die Hausangestellten werden als solche, auch wenn sie nicht im Haushalt ihres Arbeitgebers leben, als eine besondere Berufsstellung betrachtet.

4. Der persönliche Beruf.

Für einen großen Teil aller Erwerbstätigen ist mit der Zuweisung zu Erwerbszweig und Stellung im Beruf die Einordnung in das Berufsschema erledigt; eine weitere Gliederung

nach dem „persönlichen Beruf" kommt für sie nicht mehr in Frage. In allen übrigen Fällen wird dagegen noch der individuelle Beruf ermittelt — soweit es erforderlich ist, unter Zusammenziehung der unzählig vielen „Berufsbenennungen", wie sie in der Haushaltungsliste auftreten, zu den für die Aufbereitung vorgesehenen Berufsarten. Grundsätzlich wird der Beruf ausgezählt bei sämtlichen c 1- und c 2-Personen. Solcher c 1-Personen gibt es im Reich 8 443 036 = 26,4 v.H. (in Preußen 5 152 286 = 27,1 v. H.) der überhaupt Erwerbstätigen (Abteilungen A bis F), c 2-Personen 1 222 392 = 3,8 v. H. (815 978 = 4,3 v. H.) der Erwerbstätigen. Insgesamt konnten also bei den c-Personen zweifelsfrei 30,2 (31,4) v. H. oder wenigstens $^3/_{10}$ aller Erwerbstätigen nach Erwerbszweig und Beruf ausgezählt werden.

Während bei der Berufsstellung c 1 und c 2 für alle Erwerbstätigen der persönliche Beruf ermittelt wird, geschieht dies in den Berufsstellungen a 1, a 2, a 3, a fr und b 1 nur in bestimmten Fällen, wenn es sich nämlich um einen Handwerksmeister in einem entsprechenden Erwerbszweig oder um einen sonstigen „gelernten" Beruf (auch höherer geistiger Art, wie Arzt, Rechtsanwalt, Ingenieur usw.) in einem Erwerbszweig handelt, für den er grundsätzlich oder doch häufig Voraussetzung der Berufsausübung bildet. Am ehesten ist das noch bei den b 1-Personen der Fall, soweit ausgesprochenes Fachpersonal in Betracht kommt. Aber selbst wenn man alle b 1-Personen hierher rechnen wollte, würden mit diesen 1 588 367 Personen im Reiche (950 298 in Preußen) erst weitere 5,0 v. H. aller Erwerbstätigen nach Erwerbszweig und Beruf ausgezählt werden. Bei den a-Personen läßt sich von vornherein eine ganze Reihe von Fällen aufstellen, in denen eine Auszählung des persönlichen Berufs niemals in Frage kommt. Es sollen hierbei nur die — nach der Zahl der Selbständigen — wichtigsten Wirtschaftszweige an Hand der Reichsveröffentlichung[1]) herangezogen werden. Das sind die Wirtschaftszweige W 1, 114, 124 und 136, in denen die Zahl der a 1- und a 2-Personen (a 3 wurde hierbei nicht berücksichtigt) 3,065 Millionen (in Preußen 1,691 Millionen) beträgt. Selbständige Landwirte, Kaufleute (im Waren- und Produktenhandel sowie im Hausier- und Straßenhandel) und Gastwirte sind durch die Angabe von Wirtschaftszweig und Berufsstellung hinreichend charakterisiert, wobei es gleichgültig ist, ob sie diesen Beruf oder einen anderen „gelernt" haben. Zieht man die so ermittelten Personen von den überhaupt gezählten Selbständigen ab, so verbleiben im Höchstfall 1,947 Millionen (in Preußen 1,108 Millionen) a-Personen, bei denen die Feststellung eines persönlichen Berufs Sinn hätte. Das ergäbe weitere 6,1 (5,8) v. H. aller Erwerbstätigen zu den oben festgestellten hinzu. Es ergeben sich also insgesamt für eine Auszählung des persönlichen Berufs an a-Personen (Rest), b 1-Personen, c 1- und c 2-Personen 41,3 (42,2) v. H. aller Erwerbstätigen.

Auf der anderen Seite wird bei bestimmten Berufsstellungen ein persönlicher Beruf grundsätzlich nicht ausgezählt; das sind die b 2-, b 3-, c 3-, m-Personen und die Hausangestellten. Die hier vertretenen Erwerbstätigen machen im Reich insgesamt 15 217 005 oder 47,5 v. H. (in Preußen 8 989 937 oder 47,4 v. H.) aller Erwerbstätigen in den Abteilungen A bis F aus. Rechnet man die oben ermittelten 3,065 Millionen (1,691 Millionen) a-Personen = 9,6 (8,9) v. H. hinzu, so bleiben insgesamt 57,1 (56,3) v. H. aller Erwerbstätigen ohne Angabe eines persönlichen Berufs. Anders ausgedrückt sind $^4/_7$ aller Erwerbstätigen ausschließlich durch Erwerbszweig und Stellung im Beruf charakterisiert, während fast bei einem weiteren Siebentel die Feststellung des Berufs verhältnismäßig gleichgültig ist. Auf jeden Fall ist dieses Ergebnis einer der schlagendsten Beweise dafür, wie notwendig die vor allem von Meerwarth angeregte Eingliederung jedes Berufstätigen in den maßgebenden Erwerbszweig ist. Unterscheidet man die Erwerbstätigen nach dem Geschlecht, so ergeben sich als ausschließlich durch den Erwerbszweig charakterisierte Personen (b 2, b 3, c 3, m, Hausangestellte) bei den Männlichen 7 250 915 = 35,3 v. H. (4 449 605 = 35,7 v. H.), bei den Weiblichen 7 966 090 = 69,4 v. H. (4 540 332 = 69,6 v. H.) der Erwerbstätigen überhaupt (Abt. A bis F). Unter Hinzurechnung der oben angeführten a 1- und a 2-Personen — 2,506 Millionen (1,373 Millionen) männliche und 0,560 Millionen (0,318 Millionen) weibliche — erhöht sich der Anteilsatz bei den männlichen auf 47,5 (46,7), bei den weiblichen auf 74,3 (74,5) v. H. Wenn bei diesem Verfahren auch die Zahl der „betriebsorientierten" männlichen Erwerbstätigen auf weniger als die Hälfte sinkt, so ist dabei zu beachten, daß die für die Selbständigen angegebenen Zahlen nur Mindestzahlen sind; auf alle Fälle bleibt ein Anteil von fast der Hälfte der Erwerbstätigen bedeutend genug, um die Einreihung aller männlichen Erwerbstätigen nach dem Erwerbszweig zu rechtfertigen. Eine unbedingte Notwendigkeit aber stellt diese Art der Aufbereitung bei den weiblichen Personen dar, von denen rund $^3/_4$ gar nicht anders bezeichnet werden können!

Die hier getroffenen Feststellungen sind für die vorliegende Untersuchung umso wichtiger, als sie sich von vornherein bei der Darstellung der Berufsverhältnisse der preußischen Großstadtbevölkerung auf die Erwerbszweige beschränken will (und muß!). Der Beruf wird hier ausschließlich als Betätigung in einem bestimmten Erwerbszweig aufgefaßt. Nicht die Art der persönlichen Tätigkeit soll also maßgebend sein, sondern nur die Betriebsart als Quelle des Erwerbs. Der Verzicht auf die Darstellung der individuellen Berufe — selbst da, wo sie möglich ist — bedeutet also keine aus Mangel an Unterlagen gebotene resignierte Zurückhaltung, sondern ist eine notwendige Folge des Zwecks dieser Abhandlung. Wir wollen die großstädtische Bevölkerung an ihrer Arbeitsstelle aufsuchen, ermitteln, welche Arbeitsgelegenheiten hierbei trotz aller Mannigfaltigkeit im einzelnen im großen und ganzen bevorzugt werden, und so die großen Linien des großstädtischen Erwerbslebens ziehen. Es hieße nach Ansicht des Verfassers sich auf ein anderes Gebiet begeben, sich in nicht hierher gehörige Einzelheiten verlieren, wenn man dabei die „persönlichen" Berufe berücksichtigen wollte.

5. Die Berufszugehörigen.

Mit der Feststellung der Erwerbstätigen und der Berufslosen der Abteilung G ist die Bedeutung der Berufsgliederung noch nicht erschöpft. Es bleibt noch die Rolle der beruflosen Angehörigen im Berufsschema zu klären. Zu ihnen gehören die Ehefrauen ohne Haupterwerb — die Führung des Haushalts gilt nicht als Beruf! —, Kinder und sonstigen im Haushalt lebenden Verwandten, also alle Personen des Haushalts, die im Sinne der hier vertretenen Erwerbsauffassung lediglich als Konsumenten anzusehen sind oder sich erst in der Vorbereitung zu einem Beruf befinden, wobei „Lehrlinge" schon als erwerbstätig gelten. Die Anzahl der Angehörigen ohne Haupterwerb ist im Deutschen Reich (im Freistaat Preußen) fast ebenso groß wie die der Erwerbstätigen (einschließlich der Abteilung G). In den Abteilungen A bis F sind nämlich gezählt 32 009 300 (in Preußen 18 981 987) Erwerbstätige, in G 3 844 430 (2 285 046), zusammen also 35 853 730 Personen = 57,4 v. H. (21 267 033 = 55,8 v. H.) der gesamten Bevölkerung. Als beruflose Angehörige bleiben also übrig 26 556 889 Personen = 42,6 v. H. (16 853 140 = 44,2 v. H.) oder etwa $^3/_7$

[1]) Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Band 402 II, S. 244 ff., Band 403, Heft 1, S. 1 ff.

der Gesamtbevölkerung. Auf diese berufslosen Angehörigen wird nun das Berufsschema in der Weise angewandt, daß sie dem Beruf ihres „Haushaltungsvorstandes" zugewiesen werden. Man pflegt das auch so auszudrücken, daß mit den Erwerbstätigen und den Angehörigen (ohne Haupterwerb), die man unter dem Namen der „Berufszugehörigen" zusammenfaßt, die Zahl der von jedem Erwerbszweig oder Beruf insgesamt „ernährten" Personen umrissen sei. Die dieser Bezeichnung zugrunde liegende Auffassung ist nur beschränkt richtig. Gäbe es in jeder Familienhaushaltung nur einen Verdiener und im übrigen nur alleinstehende Erwerbstätige (außerhalb des Familienzusammenhangs), so wäre über die Bedeutung der Berufszugehörigen kein Zweifel. Dadurch aber, daß neben dem Haushaltungsvorstand oft noch Frau und Kinder und sonstige Verwandte erwerbstätig sind, wird der Zusammenhang zwischen Erwerbstätigen und Berufszugehörigen gestört. Aus folgenden Gründen: Wenn neben dem (in der Regel männlichen verheirateten) Haushaltungsvorstand noch die Ehefrau einen Erwerbsberuf ausübt, so tut sie es doch ausgesprochenermaßen, weil der Verdienst des Mannes zur Ernährung der Familie nicht ausreicht; die sonstigen Angehörigen, Kinder usw., werden also in Wirklichkeit aus zwei Erwerbsquellen, dem Beruf des Mannes und dem der Frau ernährt. Gleichwohl erscheinen sie als Berufszugehörige nur beim Beruf des Mannes. Die Frau aber tritt in ihrem Erwerbszweig als Erwerbstätige ohne Angehörige auf. Wenn außer dem Vater (und der Mutter) noch Kinder mitverdienen unter Aufrechterhaltung des Familienhaushalts, so tragen sie in der Regel nur zum Teil zu ihrem eigenen Unterhalt bei, meist liegt noch ein mehr oder minder großer Rest ihres Unterhalts den Eltern ob. Lehrlinge, die in der Berufszählung bereits als erwerbstätig gelten, fallen meist sogar den Eltern noch vollständig zur Last. Trotzdem werden auch diese jüngeren Personen sämtlich aus der Zahl der Berufszugehörigen ihres Vaters herausgenommen und als Erwerbstätige ohne Angehörige gezählt. Sind diese Kinder bereits Vollverdiener und tragen zum Unterhalt der gesamten Familie bei, so gilt für sie dasselbe, wie eben für die Ehefrauen gesagt. Die Zahl der Berufszugehörigen im Sinne der von einem Beruf Ernährten ist also der Wirklichkeit gegenüber entweder zu groß — wenn noch andere vollverdienende Familienglieder da sind — oder zu klein — wenn noch wenig oder gar nichts verdienende Erwerbstätige da sind. Das gilt ebenso im Hinblick auf einen ganzen Erwerbszweig wie auf die einzelnen sozialen Stellungen (Berufsstellungen) in diesem. Nur wenn ausnahmsweise alle Familienmitglieder im gleichen Erwerbszweig und in der gleichen Berufsstellung erwerbstätig sind, stimmt die Zahl der ermittelten Berufszugehörigen voll mit der Wirklichkeit überein.

Eine besondere Rolle spielen hierbei die mithelfenden Familienangehörigen, die sogenannten m-Personen. Zählt man sie als besondere Berufsstellung aus, so werden sie ebenfalls, wie die oben erwähnten Frauen, aus dem Berufszusammenhang mit dem Haushaltungsvorstand herausgerissen und werden Erwerbstätige ohne Angehörige. Da die Mithelfenden fast immer nur Ehefrauen oder unverheiratete jüngere Kinder usw. sind, so sind bei ihnen selbst Erwerbstätige und Berufszugehörige fast stets identisch: im Reich entfallen auf 5 437 227 (Preußen 2 917 511) erwerbstätige m-Personen in A bis F 5 565 478 (3 005 757) Berufszugehörige, d. h. zu einem Erwerbstätigen gehören 1,02 (1,03) Berufszugehörige; mit anderen Worten: auf 1 Erwerbstätigen entfallen hier nur 0,02 (0,03) nicht tätige Angehörige. Sieht man die Mithelfenden aber als Familienangehörige des Betriebsinhabers an — als welche sie ja überhaupt nur „mithelfen", — so wird dadurch ein zutreffenderes Bild der von Selbständigen (a-Personen) des betreffenden Erwerbszweiges ernährten Berufszugehörigen geboten. In der Abteilung A (Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei) bedeutet das nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1925 folgendes: Ohne die m-Personen haben im Reich die 2 202 840 (in Preußen 1 172 705) a-Personen nur 5 156 027 (2 730 494) Berufszugehörige oder 2,34 (2,33) auf einen Erwerbstätigen. Angesichts der Größe der ländlichen Familien erscheint diese Zahl viel zu gering, denn sie bedeutet nur etwas mehr als einen ernährten nicht tätigen Angehörigen. Rechnet man aber die Mithelfenden den Berufszugehörigen in a 1—3 hinzu, so ergeben sich insgesamt 9 946 533 (5 294 693) Berufszugehörige oder 4,52 (4,51) auf einen Erwerbstätigen. Diese Rechnung bedarf allerdings aus verschiedenen Gründen einer gewissen Korrektur: Zunächst können Mithelfende auch bei den landwirtschaftlichen Arbeitern mit eigenem oder gepachtetem Land sowie mit Deputat- oder Dienstland vorkommen, die ja als solche auch Leiter eines Betriebes, wenn auch von kleinstem Umfange, sind. Solcher Arbeiter mit Land kennt die Reichsstatistik rund 320 000 (in Preußen rund 250 000), bei denen nach Ausweis der Tabelle 3 A der Berufszählung rund 90 500 (in Preußen 62 500) Angehörige als im Betriebe des Haushaltungsvorstandes tätig ermittelt sind. Ferner müssen wir hier diejenigen Mithelfenden absetzen, die einem „Betriebsleiter" helfen, der nur im Nebenberuf — kleiner — Landwirt, im Hauptberuf aber (meist unselbständiger) Erwerbstätiger der Abteilungen B bis E ist. Schätzungsweise[1]) handelt es sich hier um 850 000 (in Preußen 600 000) Personen. Im ganzen würde sich also die Zahl der Berufszugehörigen bei den a-Personen um fast 940 000 (660 000) verringern, die Zahl der auf eine a-Person entfallenden Berufszugehörigen dadurch auf 4,09 (3,95) sinken. Dieses Ergebnis dürfte dem Begriff der von der selbständigen Landwirtschaft Ernährten besser entsprechen als die oben angegebene Zahl von 2,34 (2,33) Berufszugehörigen.

Läßt sich also hinsichtlich der m-Personen eine Korrektur an der Darstellung der Berufszugehörigen verhältnismäßig leicht anbringen, so stehen dem bei den anderen Berufsstellungen größere Schwierigkeiten entgegen. Je einheitlicher in einem bestimmten Gebiet die Erwerbsverhältnisse liegen, wo z. B. der größte Teil der Bevölkerung als Arbeiter im Kohlenbergbau tätig ist, desto weniger machen sich solche Schwierigkeiten bemerkbar, die andererseits umso größer werden, je mehr verschiedene Erwerbszweige am gleichen Ort vertreten sind; das ist besonders dann der Fall, wenn die Frauen sich grundsätzlich in anderen Wirtschaftszweigen betätigen (Textilindustrie, Bekleidungsgewerbe!) wie die Männer. Die hier gebotene Darstellung der Berufszugehörigen führt also in gewissem Sinne zu einer Atomisierung der Familien, der aber mit den Mitteln der Berufszählung schlecht oder gar nicht abzuhelfen ist. Ein gewisses Gegengewicht bildet die Auszählung nach Familienhaushaltungen, bei der sämtliche Mitglieder einer Familie, erwerbende sowohl wie nicht erwerbende, dem Berufszweig des Haushaltungsvorstandes zugewiesen werden[2]). Hier weiß man dann zwar, wieviel Mitglieder einer Familie zur Unterstützung des Hauptverdieners noch erwerbend tätig sind, weiß aber mit Ausnahme der Fälle einer Betätigung im eigenen Betriebe des Haushaltungsvorstandes nicht, in welchen Erwerbszweigen dies geschieht. Immerhin lassen sich bei geeigneter Gruppierung des Zählmaterials die Fälle herausheben, wo das Bild der Berufszugehörigen von keinem Mitverdienenden getrübt wird. Wie weit solche Feststellungen im einzelnen zu wichtigen Erkennt-

[1]) Genauere Angaben werden vom Verfasser an anderer Stelle gemacht werden. — [2]) Hierfür ist Tabelle 3 A der Berufszählung aufgestellt worden.

nissen führen, muß die Erfahrung lehren. Da wir im allgemeinen gezwungen sind, zwecks Einreihung der gesamten Bevölkerung nach dem Beruf jeweils die Summe der Berufszugehörigen im obigen Sinne zu bilden, so wollen wir uns wenigstens über die Mängel klar sein, die diesem Begriff anhaften, und uns vor Schlüssen hüten, die seiner Natur nach aus ihm nicht gezogen werden können.

Ein besonderes Wort muß in diesem Zusammenhang noch über die Hausangestellten gesagt werden. Da sie bei der Aufbereitung der Berufszählung von 1925 doppelt nachgewiesen werden, nämlich sowohl in einem eigenen Wirtschaftszweig (W 158) wie als Hausangestellte im Haushalt des Arbeitgebers bei dessen Wirtschaftszweig, so besteht die Möglichkeit, sie ebenfalls den Berufszugehörigen des Arbeitgebers zuzuzählen. Bei der Berufszählung von 1907 ist die Veröffentlichung der Berufszugehörigen in der Form üblich gewesen, daß die „Dienenden" mit darunter gefaßt wurden. Es gibt gute Gründe genug, dies auch heute noch zu tun; vor allem die Tatsache, daß die Hausangestellten ein aus der Berufstätigkeit des Haushaltungsvorstandes abgeleitetes Einkommen beziehen, spielt hierbei eine große Rolle. Andererseits spricht auch vieles dafür, die Hausangestellten als einen eigenen Beruf innerhalb der Gesamtbevölkerung getrennt darzustellen, besonders im Hinblick auf die kommende Neuregelung des ganzen Hausgehilfenrechts. Die Entscheidung, welches Verfahren man vorziehen solle, ist aber in einem wichtigen Punkte bereits gefallen: Bei der Aufbereitung der kleineren Verwaltungsbezirke (in Preußen der Kreise) und der Städte mit 10 000 und mehr Einwohnern — mit Ausnahme der Großstädte — sind als Berufszugehörige überall nur die Erwerbstätigen und ihre Angehörigen ausgezählt, ohne daß die Möglichkeit besteht, auch die Hausangestellten dem Berufszweig des Haushaltungsvorstandes zuzurechnen. Da in den kleineren Städten (mit weniger als 100 000 Einwohnern) und auf dem Lande zusammen fast ³/₄ der Reichsbevölkerung wohnen, so muß der bei weitem größte Teil der Bevölkerung bei einer Darstellung der Berufszugehörigen in den einzelnen Gemeindegrößenklassen nach dem Schema der kleineren Verwaltungsbezirke — d. h. Berufszugehörige gleich Erwerbstätige plus Angehörige ohne Haupterwerb — behandelt werden. Aus diesem Grunde soll grundsätzlich auch bei den großstädtischen Einwohnern dieselbe Regelung Platz greifen, weil sonst die Vergleichbarkeit mit den anderen Bevölkerungsgruppen beeinträchtigt würde. Wo es nottut, kann trotzdem in den Großstädten jederzeit der Anteil der Hausangestellten an jedem Erwerbszweig leicht festgestellt werden.

6. Haupt- und Nebenberuf.

Die hier gebotenen Ausführungen beziehen sich ausschließlich auf die im Hauptberuf ausgedrückte tragende Erwerbstätigkeit der Bevölkerung. Der Nebenberuf (oder zweite Beruf), wie er in der Haushaltungsliste[1]) in Spalte 19 und 20 erfragt wird, muß schon wegen seiner geringeren Bedeutung für das gesamte Erwerbsleben im allgemeinen außer Betracht bleiben. Hier nur einige Angaben aus der Reichsstatistik: Von den 35 853 730 (in Preußen 21 267 033) Erwerbstätigen der Abteilungen A bis G, also einschließlich der Beruflosen üben 3 726 187 = 10,4 v. H. (2 250 760 = 10,6 v. H.) einen Nebenberuf aus, dagegen nur 803 902 = 2,2 v. H. (395 088 = 1,9 v. H.) einen nicht landwirtschaftlichen Nebenberuf. Da andererseits 5 000 331 (2 957 271) Personen einen Nebenberuf ausüben — wobei infolge der Vereinigung mehrerer Nebenberufe in einer Hand rund 200 000 (in Preußen rund 100 000) Personen doppelt gezählt sind —, und zwar 4 061 511 (2 509 628) einen landwirtschaftlichen Nebenberuf, so müssen noch rund 1 074 000 = 4,0 v. H. (606 000 = 3,6 v. H.) Angehörige ohne Haupterwerb nebenberuflich tätig sein, unter diesen wieder rund 940 000 = 3,5 v. H. (554 000 = 3,3 v. H.) in der Landwirtschaft, sodaß also nur 134 000 = 0,5 v. H. (52 000 = 0,3 v. H.) Angehörige ohne Haupterwerb einen nicht landwirtschaftlichen Nebenberuf ausüben. Ein Interesse an der Darstellung des nicht landwirtschaftlichen Nebenberufs besteht also nicht; der wirklich landwirtschaftliche Nebenberuf kommt für das Gebiet der großen Städte kaum in Frage.

Hinsichtlich der in Spalte 18 der Haushaltungsliste erfragten Arbeitslosigkeit ist nur zu bemerken, daß die als arbeitslos eingetragenen Personen bei der Aufbereitung dem Erwerbszweig zugewiesen wurden, in dem sie zuletzt tätig gewesen waren (vgl. Sp. 16 der Haushaltungsliste). Eine besondere Darstellung dieser Arbeitslosen ist nicht erfolgt, sämtliche Zahlenangaben über die Erwerbstätigen eines bestimmten Erwerbszweiges müssen also einschließlich etwaiger Erwerbsloser hingenommen werden.

Soweit für die Betreffenden seinerzeit eine Aussicht bestand, wieder in ihren ursprünglichen Erwerbszweig zurückzukehren, liegen auch keine Bedenken gegen dieses Verfahren vor. Die Fälle, in denen eine Rückkehr in den alten Erwerb wegen inzwischen eingetretener grundsätzlicher (struktureller) Veränderungen auf dem Arbeitsgebiet ausgeschlossen ist, lassen sich nicht gesondert erfassen. In diesem Punkt haftet also allen Zahlenangaben in den besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Erwerbszweigen eine gewisse Unsicherheit an.

7. Wohnort und Arbeitsort.

Ebenso wie die im Vorstehenden behandelte systematische Gliederung der erwerbstätigen und nicht erwerbstätigen Bevölkerung erfordert ihre geographische Einteilung noch einige grundsätzliche Bemerkungen.

Bei der örtlichen Wiedergabe der Berufstätigkeit bestehen, zumal infolge der Angabe des Ortes der Berufsausübung, an sich zwei Möglichkeiten: Man kann die Erwerbstätigen (und ihre Angehörigen) dem Arbeitsort oder dem Wohnort zuweisen. In den meisten Fällen spielt diese Unterscheidung bekanntlich keine Rolle, aber gerade bei dem in dieser Abhandlung darzustellenden Erwerbsleben in den Großstädten kann der Unterschied von Arbeits- und Wohnort sehr wichtig werden. Die Berufszählung von 1925 verzichtet nun allgemein auf die Erfassung des Arbeitsortes, teilt vielmehr alle Berufszugehörigen grundsätzlich ihrem Wohnort zu, also der Gemeinde, in der die Erwerbstätigen mit oder bei ihrer Familie wohnen, von der aus sie morgens (oder am Wochenanfang) ihre Arbeitsstätte aufsuchen, in die sie abends (oder am Wochenende) zurückkehren. Es liegt auf der Hand, daß durch dieses System unter Umständen eine starke Abweichung im einzelnen zwischen Wohn- und Arbeitsbevölkerung entstehen kann. Meist wird sich diese Tatsache so äußern, daß bei der Darstellung der betreffenden Großstadt zahlreiche Berufstätige nicht erfaßt werden, die außerhalb der Gemeindegrenzen wohnen und aus den umliegenden, oft weiter entfernten Ortschaften mit allen möglichen Verkehrsmitteln regelmäßig zu ihrer großstädtischen Arbeitsstätte gelangen. In diesem Fall gibt die Tabelle über das großstädtische Erwerbsleben nur Mindestzahlen wieder, wenn man unter Erwerbsleben die Erwerbstätigkeit am Arbeitsort versteht. Der umgekehrte Fall, daß großstädtische Einwohner ihren Arbeitsort außerhalb der Stadtgrenzen liegen haben, wird im allgemeinen seltener vorkommen, obwohl auch hierfür zum Teil recht frappante Beispiele vorhanden sind. In diesem Fall würden die Zahlen

[1]) Vgl. S. 2.

der großstädtischen Tabelle zu hoch sein, da sich bei diesen Personen das eigentliche Erwerbsleben außerhalb abspielt. Die zahlreichen Eingemeindungen insbesondere der letzten Zeit verfolgen neben anderen Zwecken vielfach auch denjenigen, das Auseinanderfallen von Wohn- und Arbeitsort zu beseitigen, wobei man zur Vorbereitung dieser Maßnahmen öfter Feststellungen über den täglichen „Pendelverkehr" vorgenommen hat. Die folgende Darstellung beruht jedenfalls durchweg auf dem Gedanken, daß die Berufsausübung der in den Großstädten wohnenden Bevölkerung wiedergegeben werden soll, gleichgültig, wo dieser Beruf ausgeübt wird. Soweit dadurch Abweichungen von den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung vorkommen, die ihrem Begriff nach die Erwerbstätigen an ihrem Arbeitsort wiedergibt, müssen sie in Kauf genommen werden.

Die Einreihung der Bevölkerung in die einzelnen Gemeinden erfolgte bei der Zählung vom Juni 1925 nach dem Grundsatz der Ermittlung der Wohnbevölkerung. Während bei allen neueren deutschen Volkszählungen und auch bei den Berufs- und Betriebszählungen von 1895 und 1907 die oft sehr zufällige Ortsanwesenheit für die Zuweisung zu den einzelnen Gemeinden maßgebend war, hat man diesmal die möglichst dauernde Zugehörigkeit zu einer bestimmten Wohngemeinde, die auch rechtlich von Bedeutung ist, festzustellen sich bemüht. Das geschah grundsätzlich in der Weise, daß die nur vorübergehend Anwesenden von der ortsanwesenden Bevölkerung abgezogen, die vorübergehend Abwesenden dagegen hinzugesetzt wurden. Auf die Schwierigkeiten, die dabei im einzelnen entstehen können, näher einzugehen ist hier nicht der Ort. Solche Schwierigkeiten treten besonders dann auf, wenn der Beruf den Erwerbstätigen auf längere Zeit oder periodisch von seinem Wohnort fortführt, wie das vor allem bei Geschäftsreisenden (Vertretern), Monteuren (auf Außenmontage), vielfach auch bei Bauhandwerkern der Fall ist; ganz erhebliche Mühe verursachte im Freistaat Preußen in erster Linie die Feststellung der Schifferbevölkerung, wegen derer besonders eingehende Aufbereitungsmaßnahmen erforderlich waren.

1. Abschnitt.

Die Bevölkerung der preußischen Großstädte.

1. Die Einwohner nach Zahl und Geschlecht.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen können wir uns unserem besonderen Untersuchungsobjekt, der Bevölkerung der preußischen Großstädte, zuwenden. Zunächst ist hierbei festzustellen, mit welchem Personenkreis wir uns im folgenden zu beschäftigen haben. Es handelt sich um die am Zählungstage, dem 16. Juni 1925, zur Wohnbevölkerung gehörenden Einwohner aller preußischen Gemeinden mit mindestens 100 000 (nicht nur vorübergehend) ansässigen Personen. An sich wären hierbei also nur diejenigen Gemeinden zu berücksichtigen, die diese Einwohnerzahl bereits am Zähltage selbst aufzuweisen hatten; aus bestimmten Gründen sollen aber in diese Darstellung auch Städte einbezogen werden, die wenig später diesen Satz erreicht und überschritten haben, nämlich Hagen, Buer und Hindenburg O/S.; die beiden erstgenannten hatten am Volkszählungstage bereits 99 736 und 99 058 Einwohner, während Hindenburg zwar nur 73 163 Einwohner besaß, aber kurz danach infolge der kommunalen Umänderungen in Oberschlesien weit über 100 000 Personen in seinen Grenzen zählte.

Die Untersuchung erstreckt sich also auf folgende Großstädte, die hier mit ihrer Einwohnerzahl, getrennt nach männlichen und weiblichen Personen, wiedergegeben seien:

Einwohnerzahl der preußischen Großstädte.

Stadtgemeinden	insgesamt	männlich	weiblich	auf 100 männliche entfallen weibliche
1. Berlin	4 024 165	1 848 859	2 175 306	117,66
2. Köln	700 222	334 427	365 795	109,38
3. Breslau	557 139	249 740	307 399	123,09
4. Essen	470 524	234 368	236 156	100,76
5. Frankfurt a./M.	467 520	220 107	247 413	112,41
6. Düsseldorf	432 633	208 718	223 915	107,28
7. Hannover	422 745	202 429	220 316	108,84
8. Dortmund	321 743	160 719	161 024	100,19
9. Magdeburg	293 959	139 268	154 691	111,07
10. Königsberg i./Pr.	279 926	128 045	151 881	118,62
11. Duisburg	272 798	139 224	133 574	95,94
12. Stettin	254 466	120 552	133 914	111,08
13. Kiel	213 881	104 643	109 238	104,39
14. Bochum	[1]) 211 249	107 751	103 498	96,05
15. Gelsenkirchen	[1]) 208 512	106 102	102 410	96,52
16. Halle a./S.	194 575	92 688	101 887	109,92
17. Barmen	187 099	88 153	98 946	112,24
18. Altona	185 653	89 147	96 506	108,25
19. Kassel	171 234	80 242	90 992	113,40
20. Elberfeld	167 577	77 795	89 782	115,41
21. Aachen	155 816	72 704	83 112	114,32
22. Erfurt	135 579	63 381	72 198	113,91
23. Krefeld	131 098	61 434	69 664	113,40
24. Mülheim a. Rhr	127 400	63 812	63 588	99,65
25. Hamborn	126 618	67 082	59 536	88,75
26. München Gladbach	115 302	54 957	60 345	109,80
27. Münster i./W.	106 418	50 741	55 677	109,73
28. Oberhausen	105 436	53 753	51 683	96,15
29. Wiesbaden	102 737	44 681	58 056	129,93
1—29 zusammen	**11 144 024**	**5 265 522**	**5 878 502**	**111,64**
dazu:				
30. Hagen i./W.	99 736	49 150	50 586	102,92
31. Buer	99 058	51 225	47 833	93,38
32. Hindenburg O./S.	[2]) 122 671	61 798	60 873	98,50
1—32 insgesamt	**11 465 489**	**5 427 695**	**6 037 794**	**111,24.**

[1]) einschl. der infolge des Gesetzes vom 26. Februar 1926 vorgenommenen Eingemeindungen. — [2]) nach der Eingemeindung

In der Verteilung der großstädtischen Bevölkerung nach dem Geschlecht ergeben sich in einigen Städten zum Teil recht erhebliche Abweichungen von der sonst stets beobachteten Regel eines mehr oder minder großen Frauenüberschusses. Wie aus den Ziffern der letzten Spalte hervorgeht, die die Anzahl der Frauen auf je 100 Männer wiedergibt, beträgt dieser Frauenüberschuß im Durchschnitt der preußischen Großstädte 11,64 oder 11,24, je nachdem ob man Hagen, Buer und Hindenburg einbezieht oder nicht. In ganz Preußen beträgt der Frauenüberschuß 6,0, im Deutschen Reich 6,7. Er muß also in den Großstädten als ganz besonders hoch bezeichnet werden und wäre im Durchschnitt, wie aus den Einzelangaben zu ersehen ist, noch höher, wenn nicht in 8 Fällen ein zum Teil recht beträchtlicher Männerüberschuß in Erscheinung träte. Ohne der folgenden Untersuchung vorzugreifen, kann schon hier festgestellt werden, daß es sich in all diesen Fällen um Städte mit besonders ausgeprägter Industriebevölkerung handelt, am ausgesprochensten in Hamborn, das die verhältnismäßig kleinste weibliche Bevölkerung aufweist. Daß diese auffallende Geschlechtsverteilung tatsächlich in dem mehr oder minder industriellen Charakter der Städte begründet sein muß, zeigt sich auch in dem entsprechenden Verhalten der anderen hier aufgeführten Städte. Essen, Dortmund, Hagen, ebenfalls bekannt als Orte mit starker Industrie, haben einen kaum merkbaren Frauenüberschuß, Königsberg, Breslau, Wiesbaden (hier das Maximum mit 29,93 v. H.) auf der anderen Seite den stärksten Frauenüberschuß: hier sind Handel und Verkehr sowie die sonstigen Berufsabteilungen von viel größerer Bedeutung als Industrie und Handwerk. Auf weitere Einzelheiten wird an Ort und Stelle einzugehen sein.

Da die Wohnbevölkerung Preußens im ganzen 38 120 173 Personen umfaßt, so machen die 11 144 024 Einwohner der

erstgenannten 29 Städte 29,23 v. H., die 11 465 489 Einwohner sämtlicher aufgeführten 32 Städte 30,08 v. H. der preußischen Bevölkerung überhaupt aus, also fast ein Drittel. Bei einem Vergleich mit den Verhältnissen im ganzen Deutschen Reich stellt sich heraus, daß in den 45 deutschen Großstädten (nach dem Stande vom 16. Juni 1925) 16 711 309 Personen lebten oder 26,78 v. H. der Reichsbevölkerung (62 410 619). Sieht man von den Hansestädten ab, so wird der Prozentsatz der preußischen großstädtischen Bevölkerung nur noch übertroffen von Sachsen mit 34,88 v. H., fast erreicht von Braunschweig mit 29,24 v. H.

Innerhalb der preußischen Provinzen liegen die Verhältnisse recht verschieden. Die meisten Großstädte, nämlich 12 an der Zahl, zählt die Rheinprovinz; diese Städte umfassen 2 992 523 Einwohner oder 41,24 v. H., d. h. $^2/_5$ der Bewohner der Rheinprovinz. Von diesen 12 rheinischen Großstädten liegen allein 10 im Regierungsbezirk Düsseldorf. Ihre Einwohnerzahl beträgt 2 136 485 = 55,26 v. H. der Bevölkerung des ganzen Regierungbeszirks. Es folgt Westfalen mit 4 Großstädten (ohne Hagen und Buer), in denen 847 922 Personen = 17,62 v. H. der westfälischen Bevölkerung wohnen. In dieser Beziehung scheint also zwischen den beiden Provinzen, die sich doch sonst als die Hauptgebiete der Eisen schaffenden und Eisen verarbeitenden Industrie so sehr ähnlich sind, ein wesentlicher Unterschied zu bestehen. Dieser Unterschied ist aber hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Konzentration der Bevölkerung, die hier wie dort seit der Industrialisierung des Landes Platz gegriffen hat, in Westfalen im allgemeinen erst[1]) zur Bildung von Mittelstädten (20 000 bis 100 000 Einwohner) geführt hat, während in der Rheinprovinz, wo auch seit jeher Handel und Verkehr eine stärkere Rolle gespielt haben, der Typ der Großstadt die Oberhand gewonnen hat. Bei den Mittelstädten liegt nämlich das Verhältnis genau umgekehrt. Hierher gehören in der Rheinprovinz nur 14,79 v. H. in Westfalen dagegen 31,15 v. H. Der Unterschied zwischen beiden Provinzen schrumpft deshalb stark zusammen, wenn man beide Gemeindegrößenklassen zusammenfaßt; dann sind in Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern wohnhaft in der Rheinprovinz 56,02, in Westfalen 48,78 v. H. der Provinzbevölkerung.

Drei Großstädte liegen in Hessen-Nassau mit 741 491 Einwohnern = 30,94 v. H. der Provinzbevölkerung, ferner in Sachsen mit 624113 Einwohnern = 19,04 der Gesamtbevölkerung. Schleswig-Holstein hat 2 Großstädte mit 399 534 Einwohnern, die 26,30 v. H. der Provinzbevölkerung darstellen. Die übrigen in Frage kommenden Provinzen verfügen nur über je eine Großstadt, nämlich Niederschlesien mit 557 139 Personen = 17,79 v. H. Niederschlesiens, Pommern mit 254 466 Einwohnern (13,54 v. H.), Hannover mit 422 745 (13,25 v. H.), Ostpreußen mit 279 926 Einwohnern (12,41 v. H.). Im Falle Berlins fällt Großstadt und Provinz zusammen. Da Berlin aus dem Provinzialverband Brandenburg ausgeschieden ist, da ferner durch das Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom April 1920 die bis dahin kommunalpolitisch zu Brandenburg zählenden Großstädte mit Berlin vereint worden sind, hat die Provinz Brandenburg jetzt gar keine Großstadt mehr. Ebenso sind die Grenzmark Posen/Westpreußen, Hohenzollern (hier als besondere Provinz betrachtet) und Oberschlesien am Zählungstage ohne Großstädte. Hindenburg kommt ja für diesen Tag als Großstadt noch nicht in Betracht.

Das Verhältnis der Einwohnerzahl der Großstädte zu derjenigen des ganzen Staates oder der einzelnen Provinzen gibt nur ein ganz allgemeines Bild von der Bedeutung der Großstädte. Dieses Bild wird naturgemäß viel deutlicher und plastischer, wenn wir im folgenden auf den Anteil der Großstädte an den Berufsabteilungen und -Gruppen sowie an ausgewählten Wirtschaftszweigen eingehen.

[1]) N. B. nach dem Stande von 1925!

2. Die Berufszugehörigen.

a) nach Abteilungen.

Fassen wir hierbei zuerst die Gesamtbevölkerung nach ihrer Berufsgliederung ins Auge — wobei wir uns durchaus der Bedenken bewußt sind, die oben gegen den Begriff der „Berufszugehörigen" auszusprechen waren —, so ergibt sich für den Anteil der Berufsabteilungen folgendes Bild sowohl für die 29 Großstädte nach dem Stande vom Zählungstage wie für die 32 Städte, die wir im allgemeinen behandeln wollen:

Berufszugehörige nach Berufsabteilungen.

Abteilungen	im Staat	davon			
		in 29 Städten		in 32 Städten	
		überhaupt	v. H. des Staats	überhaupt	v. H. des Staats
A. Landwirtschaft . . .	8 387 047	108 102	1,29	112 255	1,34
B. Industrie u. Handwerk	15 738 912	5 368 358	34,11	5 583 062	35,47
C. Handel und Verkehr	6 653 547	3 018 952	45,37	3 066 395	46,09
D. Verwaltung	1 951 989	831 490	42,60	846 482	43,37
E. Gesundheitswesen . .	584 071	266 016	45,55	269 980	46,22
F. Häusliche Dienste . .	1 295 116	473 452	36,56	482 000	37,22
G. Ohne Beruf	3 509 491	1 077 654	30,71	1 105 315	31,50
A—G. Gesamtbevölkerung	**38 120 173**	**11 144 024**	**29,23**	**11 465 489**	**30,08**

Wie ein Vergleich der einzelnen Berufsabteilungen mit den am Schluß angegebenen Zahlen für die Gesamtbevölkerung zeigt, weichen die Verhältniszahlen in den Abteilungen B. Industrie, F. Häusliche Dienste und G. Ohne Beruf — hier herrscht fast völlige Übereinstimmung — in den Großstädten kaum erheblich von denen im Staate ab. Der Anteil der großstädtischen Bevölkerung in diesen Abteilungen entspricht mehr oder minder annähernd dem Anteil aller Großstadteinwohner an der Staatsbevölkerung. Daraus ergeben sich gewisse Folgerungen. Die vielfach vorhandene Auffassung, daß die Beruflosen (nicht zu verwechseln mit den vorübergehend Erwerbslosen!) vor allem in den Großstädten anzutreffen seien, trifft nicht zu; sie scheinen sich vielmehr recht gleichmäßig über den ganzen Staat zu verteilen. Für den Anteil der Industrie usw. an der Großstadt-Bevölkerung mögen diejenigen bedeutend höhere Zahlen erwartet haben, die in den Großstädten vor allem Zentralen des gewerblichen Lebens sehen — daß diese Meinung im allgemeinen falsch ist, wird noch eingehend zu erörtern sein; zum Teil ist die geringe Abweichung vom Gesamtdurchschnitt allerdings dadurch zu erklären, daß in der Abteilung B auch das gesamte Kleingewerbe, Handwerk usw. mitenthalten ist. Greift man, wie es weiter unten geschieht, die eigentlichen Industriegruppen aus der gesamten Abteilung B heraus, so gewinnt man immerhin für einige Spezialindustrien einen wesentlich anderen Eindruck. Bezüglich der Verteilung der Häuslichen Dienste ist nichts Besonderes zu bemerken.

Der Großstadtcharakter tritt dagegen durchaus in Erscheinung bei den anderen Abteilungen, A einerseits und C bis E andererseits. Daß überhaupt noch merkliche Reste von Landwirtschaft in den Großstädten vorhanden sind, ist vor allem auf die Eingemeindungs- und Abrundungspolitik der Großstädte zurückzuführen, die sich besonders für künftige Stadterweiterungsmöglichkeiten noch rein agrarisches Gebiet

einverleibten. Bei Handel und Verkehr und Gesundheitswesen übersteigt der Anteil der Großstädte am Staat den der Gesamtbevölkerung um rund 50 v. H.! Die wesentliche Bedeutung von Handel und Verkehr in den Großstädten, die schon in den genanten absoluten Zahlen hervortritt, erhellt noch aus der Tatsache, daß die Berufszugehörigen von C (Handel und Verkehr) in den Großstädten mehr als die Hälfte derjenigen von B (Industrie) ausmachen, während sie im Staat bei weitem nicht an die Hälfte heranreichen. Die Bedeutung von Verwaltung, Heerwesen usw. bleibt im Verhältnis etwas hinter derjenigen von Handel und Verkehr und Gesundheitswesen zurück.

Der hier gewonnene Eindruck wird noch in anderer Richtung vertieft, wenn man innerhalb des Staates und innerhalb der Städtegruppen die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Berufsabteilungen vergleicht:

Es entfallen von 100 Berufszugehörigen

auf die Abteilungen	im Staat	in 29 Städten	in 32 Städten
A. Landwirtschaft	22,00	0,97	0,98
B. Industrie u. Handwerk	41,29	48,17	48,69
C. Handel und Verkehr	17,45	27,09	26,75
D. Verwaltung	5,12	7,46	7,38
E. Gesundheitswesen	1,53	2,39	2,36
F. Häusliche Dienste	3,40	4,25	4,20
G. Ohne Beruf	9,21	9,67	9,64
A—G	100,00	100,00	100,00

Wie man sieht, nimmt die Abteilung B (Industrie usw.) sowohl im Staat wie in den Großstädten den verhältnismäßig größten Raum ein, mit einem zwar merklichen, aber nicht allzu erheblichen Unterschied zugunsten der Großstädte; die Anzahl der Berufszugehörigen bleibt hier noch etwas unter der Hälfte der gesamten Einwohnerzahl. Der bedeutende Vorrang von Handel und Verkehr (C) in den Großstädten tritt sehr gut in Erscheinung, indem die Berufszugehörigen hier mehr als $^1/_4$, im Staat dagegen nur wenig über $^1/_6$ einnehmen. Industrie und Handel zusammen (B+C) sind mit etwas mehr als $^3/_4$ der gesamten großstädtischen Bevölkerung vertreten. Auf der anderen Seite entfällt auf die Landwirtschaft noch nicht $^1/_{100}$ der Einwohnerzahl gegenüber fast $^1/_4$ im Staatsdurchschnitt. Die Unterschiede der Abteilungen D, E und F treten angesichts der überhaupt kleineren Zahlen nicht sehr deutlich hervor, während die fast völlige Übereinstimmung in der Abteilung G auch in den Anteilzahlen — zwischen 9 und 10 v. H. — offenbar wird.

Das hier nur schwach angedeutete Bild von der Bedeutung der Großstädte im Erwerbsleben des Staates wird wesentlich vertieft, wenn man statt der Berufsabteilungen die Berufsgruppen[1]) zugrunde legt.

b) nach Gruppen.

Um die — an den Anteilzahlen erkennbare — Bedeutung der Großstädte für die einzelnen Berufsgruppen richtig zu erfassen, muß man sich über folgendes klar sein: Das Erwerbsleben in den Städten überhaupt ist gekennzeichnet durch das fast ausschließliche Vorkommen der nichtlandwirtschaftlichen Berufe[2]), wie es ja aus der Entstehung und der Entwicklung der Städte im Gegensatz zum platten Lande ohne weiteres verständlich ist. Um also das normale städtische Erwerbsleben darzustellen, müssen beim Vergleich mit dem Staat die der Landwirtschaft (Abteilung A) zugehörigen Personen (Berufszugehörige auf S. 11) beiderseits ausgeschaltet werden. Diese landwirtschaftliche Bevölkerung macht in Preußen 22 v. H. der Staatsbevölkerung aus; betrüge sie genau $^1/_4$, also den dritten Teil der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung ($^3/_4$), so müßte nach dem Fortfall der landwirtschaftlichen Bevölkerung der Gesamtanteil der städtischen Bevölkerung am Staat — hier 30,08 v. H. — um dieses Drittel, also auf rund 40 v. H, erhöht werden. In Wirklichkeit ist der Anteilsatz etwas niedriger, nämlich 38,18 v. H. Diese Zahl stellt den Anteil der großstädtischen Bevölkerung in den Abteilungen B bis G — 11 353 234 — an der entsprechenden Staatsbevölkerung — 29 733 126 — dar. Sie liegt fast genau um $^{22}/_{78}$ (das Staatsverhältnis der landwirtschaftlichen und der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung) über dem Gesamtanteil der städtischen Bevölkerung am Staat; ganz genau würde diese Rechnung zutreffen, wenn in den Städten gar keine Berufszugehörigen der Abteilung A (Landwirtschaft usw.) vorhanden wären. Dieses Verhältnis zwischen dem Anteil der städtischen Bevölkerung an der gesamten Staatsbevölkerung und demjenigen an der nichtlandwirtschaftlichen Staatsbevölkerung findet sich mit der gleichen Regelmäßigkeit in sämtlichen Orten mit verschwindend kleiner landwirtschaftlicher Bevölkerung, also ebenso gut in kleinen wie in großen Städten.

Auf unsere 32 Großstädte angewandt, bedeutet das also, daß **rund 40 v. H. Staatsanteil erst das normale oder durchschnittliche städtische Vorkommen eines Berufs- oder Erwerbszweiges darstellen. Höhere Anteilsätze als 40 v. H. zeigen an, daß der betreffende Berufszweig vorzugsweise in Großstädten, niedrigere, daß er vorzugsweise in kleineren Orten vorkommt.**

Berufszugehörige nach Berufsgruppen.

Berufsgruppen	im Staat	davon: in 29 Städten überhaupt	in 29 Städten v. H. des Staates	in 32 Städten überhaupt	in 32 Städten v. H. des Staates
I. Landwirtschaft	8 156 158	104 612	1,28	108 659	1,33
II. Forstwirtschaft	230 889	3 490	1,51	3 596	1,56
III. Bergbau	2 134 524	415 922	19,49	533 428	24,99
IV. Steine u. Erden	812 266	78 922	9,72	80 852	9,95
V. Eisengewinnung	1 168 953	477 344	40,84	500 866	42,85
VI. Eisenwaren	1 053 056	292 174	27,75	307 742	29,22
VII. Maschinenbau	1 424 904	770 869	54,10	779 820	54,73
VIII. Elektrotechnik	621 741	432 513	69,56	438 842	70,58
IX. Chemie	460 572	153 166	33,26	155 478	33,76
X. Textilindustrie	809 108	217 332	26,86	218 781	27,04
XI. Papierindustrie	489 713	231 067	47,18	233 089	47,60
XII. Lederindustrie	168 372	43 522	25,85	43 813	26,02
XIII. Kautschuk und Asbest	85 874	58 347	67,94	58 455	68,07
XIV. Holzgewerbe	1 004 755	262 763	26,15	265 980	26,47
XV. Musikinstrumente	51 252	29 412	57,39	29 640	57,83
XVI. Nahrungsmittel	1 399 655	450 556	32,19	457 719	32,70
XVII. Bekleidung	1 457 274	681 879	46,79	687 349	47,17
XVIII. Baugewerbe	2 329 348	656 591	28,19	672 225	28,86
XIX. Wasser, Gas, Elektrizität	267 545	115 979	43,35	118 983	44,47
XX. Handel	3 197 079	1 707 265	53,40	1 731 234	54,15
XXI. Versicherung	136 074	94 110	69,16	94 581	69,51
XXII. Verkehr	2 717 006	951 901	35,03	971 096	35,74
XXIII. Gastwirtschaft	603 388	265 676	44,03	269 484	44,66
XXIV. Verwaltung	1 951 989	831 490	42,60	846 482	43,37
XXV. Gesundheitswes.	584 071	266 016	45,55	269 980	46,22
XXVI. Häusl. Dienste	1 295 116	473 452	36,56	482 000	37,22
XXVII. Ohne Beruf	3 509 491	1 077 654	30,71	1 105 315	31,50
I—XXVII. Gesamtbevölkerung	38 120 173	11 144 024	29,23	11 465 489	30,08

[1]) Vergl. das Verzeichnis auf S. 3 ff. — [2]) Wir folgen hier der Sombartschen Theorie der Städtebildung: „Eine Stadt im ökonomischen Sinne ist eine größere Ansiedlung von Menschen, die für ihren Unterhalt auf die Erzeugnisse fremder landwirtschaftlicher Arbeit angewiesen ist.“ W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 6. Aufl. 1924, I. 1, S. 128.

Wir wollen also die Berufsgruppen mit mehr als 40 v. H. Anteil am Staat als „vorzugsweise großstädtische Berufe“ bezeichnen. Solche Berufe sind, nach der relativen Bedeutung geordnet VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik, XXI. Versicherungswesen, XIII. Kautschukindustrie und Asbestindustrie, XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie, VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau, XX. Handelsgewerbe, XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe, XVII. Bekleidungsgewerbe, XXV. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe einschließlich Wohlfahrtspflege, XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung, XXIV. Verwaltung, Heerwesen, Kirche, freie Berufsarten, V. Eisen- und Metallgewinnung. Der durchschnittliche Anteil dieser 13 Berufsgruppen an den entsprechenden Zahlen der Staatseinwohner beträgt in den 32 Großstädten 50,32 v. H. oder fast genau die Hälfte. Wie steht es nun mit der Bedeutung dieser Berufe selbst innerhalb des Staates und innerhalb der Großstädte? Die genannten 13 Berufsgruppen umfassen im Staat 12 039 857 Berufszugehörige oder 31,58 v. H., also noch nicht ein Drittel der Staatsbevölkerung, in den 32 Großstädten dagegen 6 058 805 Berufszugehörige oder 52,84 v. H., also mehr als die Hälfte der großstädtischen Bevölkerung. Es ist demnach ein immerhin beträchtlicher Teil der Großstadteinwohner, der sich den vorzugsweise großstädtischen Berufen widmet. Neben zahlenmäßig recht unbedeutenden befinden sich darunter auch Berufe mit ganz großer Beteiligung. Mindestens je 1/2 Million Berufszugehörige zählen wir nämlich in den 32 Großstädten in folgenden 5 Berufsgruppen: Handelsgewerbe, Verwaltung, Maschinenbau, Bekleidungsgewerbe, Eisen- und Metallgewinnung — zusammen über 4 1/2 Millionen oder 3/4 aller genannten 13 Berufsgruppen.

Eine andere Auswahl aus diesen Gruppen gewinnen wir, indem wir nur diejenigen in Betracht ziehen, bei denen der großstädtische Anteil an dem Staatsvorkommen **über** dem eben ermittelten Durchschnitt von 50,32 v. H. liegt. Das sind die ersten 6 von den 13 Gruppen, also VIII. Elektrotechnik, XXI. Versicherung, XIII. Kautschuk und Asbest, XV. Musikinstrumente, VII. Maschinenbau, XX. Handel; der Anteil steigt hier von 54,15 bis auf 70,58 v. H. Wenn unter diesen 6 Gruppen auch 3 weniger als 100 000 Berufszugehörige aufweisen (XXI. Versicherungswesen, XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie, XV. Musikinstrumentenindustrie), so verfügen sie doch insgesamt dank vor allem Handel und Maschinenbau über 3 132 572 Großstädter oder 56,78 v. H. von insgesamt 5 516 924 Staatseinwohnern der gleichen Berufsgruppen. Diese Berufe könnte man wohl die „besonderen großstädtischen Berufe“ nennen. Sie umfassen mehr als 1/4 der großstädtischen Bevölkerung oder die Hälfte der „vorzugsweise großstädtischen Berufe“, während die entsprechenden Berufe im Staat beinah nur 1/7 der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Die niedrigere Anteilzahl der übrigen 14 Berufsgruppen läßt erkennen, wie oben bereits bemerkt, daß sie vorzugsweise **nicht** in Großstädten vorkommen. Abgesehen von der Land- und Forstwirtschaft gilt das ganz besonders von den mehr oder minder „urerzeugenden“ Gruppen III. Bergbau und IV. Steine und Erden. Die Industrie der Steine und Erden hat in den Großstädten nur rund 10 v. H. Berufszugehörige, der Bergbau rund 25 v. H., also auch dieser noch immer merklich weniger, als dem Anteil der Gesamtbevölkerung entspricht. Daß auch die Chemische Industrie (Gruppe IX) und das Verkehrswesen (Gruppe XXII) nicht zu den vorzugsweise großstädtischen Berufen gehören, mag nicht ohne weiteres selbstverständlich erscheinen, weil für beide Gruppen manche Großstädte recht erhebliche Bedeutung haben, es trifft im Durchschnitt aller Großstädte aber doch zu.

Ebenso wie für die Berufsabteilungen wird im folgenden die Verteilung der Bevölkerung des Staates und der Großstädte auf die einzelnen Berufsgruppen wiedergegeben:

Verteilung der Berufszugehörigen auf die Berufsgruppen.
Es entfallen von 100 Berufszugehörigen auf die

Gruppen	im Staat	in 29 Städten	in 32 Städten
I. Landwirtschaft	21,40	0,94	0,95
II. Forstwirtschaft	0,60	0,03	0,03
III. Bergbau	5,60	3,73	4,65
IV. Steine und Erden	2,13	0,71	0,71
V. Eisengewinnung	3,07	4,28	4,37
VI. Eisenwaren	2,76	2,62	2,68
VII. Maschinenbau	3,74	6,93	6,80
VIII. Elektrotechnik	1,63	3,88	3,83
IX. Chemie	1,21	1,38	1,36
X. Textilindustrie	2,12	1,95	1,91
XI. Papierindustrie	1,29	2,07	2,03
XII. Lederindustrie	0,44	0,39	0,38
XIII. Kautschuk und Asbest	0,23	0,52	0,51
XIV. Holzgewerbe	2,64	2,36	2,32
XV. Musikinstrumente	0,13	0,27	0,26
XVI. Nahrungsmittel	3,67	4,04	3,99
XVII. Bekleidung	3,82	6,12	5,99
XVIII. Baugewerbe	6,11	5,89	5,86
XIX. Wasser, Gas, Elektrizität	0,70	1,04	1,04
XX. Handel	8,38	15,32	15,10
XXI. Versicherung	0,36	0,85	0,83
XXII. Verkehr	7,13	8,54	8,47
XXIII. Gastwirtschaft	1,58	2,38	2,35
XXIV. Verwaltung	5,12	7,16	7,38
XXV. Gesundheitswesen	1,53	2,39	2,36
XXVI. Häusliche Dienste	3,40	4,25	4,20
XXVII. Ohne Beruf	9,21	9,67	9,64
I–XXVII. Gesamtbevölkerung	**100,00**	**100,00**	**100,00**

Die bisher beobachtete Unterscheidung der 29 „eigentlichen“ und der gesamten 32 Großstädte wird im folgenden unterbleiben, da sich herausgestellt hat, daß sich durch die Einrechnung oder Fortlassung der drei neuen Großstädte weder in den absoluten noch in den Verhältniszahlen Wesentliches ändert.

Bevor wir aber zu einem weiteren Punkt übergehen, bedarf die bisherige Untersuchung noch einer kleinen Ergänzung in Bezug auf die Geschlechtsverteilung der Berufszugehörigen. Wie oben[1]) genauer ausgeführt, ist die Zahl der Berufszugehörigen ein mehr oder minder fiktiver Begriff. Das erweist sich auch dann, wenn man die Berufszugehörigen nach dem Geschlecht unterscheiden will. In der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs ebenso gut wie der hier betrachteten 32 preußischen Großstädte findet sich ein bestimmter Frauenüberschuß, der hier etwas über 11 v. H. beträgt. Weist man nun die Gesamtbevölkerung den einzelnen Erwerbszweigen zu, so wird man an sich erwarten, auch in diesen das genannte Verhältnis von männlichen und weiblichen Personen, also einen gewissen Frauenüberschuß wiederzufinden, da einschließlich der beruflosen Angehörigen von jedem Beruf gleichermaßen männliche wie weibliche Personen ernährt werden. Das trifft aber eben, wie nur ein Blick in das Zahlenmaterial beweist, nicht zu, vielmehr macht sich hier die Geschlechtsverteilung unter den Erwerbstätigen so stark bemerkbar, daß das Geschlechtverhältnis der Berufszugehörigen fast nie das normale wiederspiegelt. Ohne dies im einzelnen zahlenmäßig zu belegen, seien nur folgende Tatsachen für die Geschlechtsverteilung der Berufszugehörigen genannt:

In Abteilung A. Landwirtschaft usw. ist zwar im ganzen Staat ein — sogar übernormaler — Frauenüberschuß[2]) vorhanden, in den Großstädten dagegen ein etwa ebenso großer (verhältnismäßig zu verstehen) Männerüberschuß. In B. Industrie und Hand-

[1]) Vgl. S. 11 ff. — [2]) Hierbei spielen zweifellos die oben (S. 8) erwähnten Mithelfenden in kleinen landwirtschaftlichen Nebenbetrieben eine wichtige Rolle.

werk zeigen Staat und Großstädte einen Männerüberschuß, der aber im Staatsdurchschnitt noch erheblich größer ist, ein Zeichen dafür, daß in den Großstädten eine verhältnismäßig stärkere weibliche Erwerbstätigkeit einen gewissen Ausgleich schafft. Darauf wird später noch näher einzugehen sein. In C. Handel und Verkehr finden wir in Staat und Großstädten einen Frauenüberschuß, der in den Großstädten höher und näher dem Normalen liegt. D. Verwaltung weist im Staat einen fühlbaren Männerüberschuß auf, der in den Großstädten so gut wie ganz verschwunden ist. In E. Gesundheitswesen beträgt der Frauenüberschuß entsprechend den hier sehr zahlreichen weiblichen Erwerbstätigen im Staat und in den Großstädten beinah 50 v. H. Die Abteilung F. Häusliche Dienste ist nun einmal die Domäne der weiblichen Berufstätigen, die deshalb auch im Staat fünfmal, in den Großstädten sechsmal so stark vertreten sind wie die Männer. In G. Ohne Beruf ist der Frauenüberschuß im Staate etwas größer als 50, in den Großstädten fast 90 v. H. Die Berufsgruppen unterliegen im großen und ganzen denselben Regeln wie ihre Berufsabteilungen, sodaß in den industriellen Gruppen fast stets ein Männerüberschuß vorhanden ist, und zwar übereinstimmend im Staat und in den Großstädten. Anders liegt es bei Gruppe IX. Chemie, wo die Großstädte einen normalen Frauenüberschuß aufweisen, der Staat dagegen einen wenn auch geringen Männerüberschuß. Gruppe X. Textilindustrie kennt beiderseits infolge der starken Beteiligung der Frauenarbeit einen erheblichen Frauenüberschuß. In XI. Papierindustrie ist er im Staat ganz unbedeutend, in den Großstädten absolut und verhältnismäßig größer. In XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie ist er beiderseits ziemlich unbedeutend. In Gruppe XVII. Bekleidungsgewerbe hingegen ist der Frauenüberschuß übermäßig groß und macht im Staate mehr als 60, in den Großstädten sogar mehr als 100 v. H. aus; hier liegt auch die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen erheblich über derjenigen der männlichen, und zwar ganz besonders in den Städten. Innerhalb von Handel und Verkehr beträgt der Frauenüberschuß in Gruppe XX. Handelsgewerbe im Staat etwa 10 v. H., in den Großstädten noch etwas mehr. In XXI. Versicherungswesen herrscht wieder ein gewisser Männerüberschuß, der sich allerdings in den Städten fast ganz verliert. Dagegen ist der Männerüberschuß in XXII. Verkehrswesen beiderseits ziemlich ausgesprochen. Gruppe XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe dagegen zeigt wieder in Staat und Großstädten einen sehr großen Frauenüberschuß.

2. Abschnitt.

Die Erwerbstätigen in den preußischen Großstädten.

1. Die Erwerbstätigen nach Abteilungen.

Damit verlassen wir die Berufszugehörigen und wenden uns den eigentlichen Erwerbstätigen zu. Als solche wollen wir die Erwerbstätigen der Berufsabteilungen A bis F betrachten, da die in Gruppe G gezählten „beruflosen Selbständigen", wie oben dargelegt, eigentlich nur durch einen Kunstgriff den Erwerbstätigen gleichgestellt wurden. Auch hier betrachten wir zuerst die Berufsabteilungen, und zwar zunächst ohne Unterscheidung nach dem Geschlecht.

Erwerbstätige nach Berufsabteilungen.

Abteilungen	im Staat	davon in 32 Großstädten überhaupt	davon in 32 Großstädten v. H. des Staates
A. Landwirtschaft	5 593 144	70 457	1,26
B. Industrie	7 771 799	2 937 169	37,79
C. Handel und Verkehr.	3 248 145	1 631 722	50,24
D. Verwaltung	921 048	415 014	45,06
E. Gesundheitswesen . .	356 416	165 027	46,30
F. Häusliche Dienste . .	1 091 435	426 278	39,06
A.—F. Erwerbstätige	**18 981 987**	**5 645 667**	**29,74**

Bei einem Vergleich mit derselben Übersicht für die Berufszugehörigen auf S. 11 fällt auf, daß hier bei den Erwerbstätigen die Anteilzahlen fast durchweg höher sind als dort; am meisten macht sich das bei der Abteilung C. Handel und Verkehr bemerkbar, deren Erwerbstätige glatt die Hälfte derjenigen im Staate ausmachen. Die Erklärung für diese Erscheinung ist darin zu suchen, daß die Zahl der beruflosen Angehörigen bei den in Frage kommenden Abteilungen im Staate verhältnismäßig größer sein wird als in den Großstädten, sodaß sich für die Berufszugehörigen (Erwerbstätige plus Angehörige) ein kleinerer Quotient ergibt als für die Erwerbstätigen allein. Die geringere Zahl von Angehörigen in den Großstädten wieder hängt eng zusammen mit der größeren Zahl von Ledigen und dem kleineren Familienumfang.

Die Verteilung der Erwerbstätigen (in Abteilung A bis F) auf die einzelnen Berufsabteilungen stellt sich folgendermaßen dar:

Es entfallen von 100 Erwerbstätigen

auf die Abteilungen	im Staat	in 32 Großstädten
A. Landwirtschaft	29,47	1,25
B. Industrie u. Handwerk . . .	40,94	52,03
C. Handel und Verkehr.	17,11	28,90
D. Verwaltung	4,65	7,35
E. Gesundheitswesen	1,88	2,92
F. Häusliche Dienste	5,75	7,55
A—F. Erwerbstätige . . .	**100,00**	**100,00**

In den Großstädten gehört hiernach mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen der Industrie und dem Gewerbe an und mehr als 1/4 dem Handel und Verkehr; zusammen sind es etwas mehr als 4/5, während es im Staat noch nicht 3/5 sind. Die Überlegenheit insbesondere des Handels und Verkehrs gegenüber dem Staat tritt hier noch stärker hervor als in derselben Übersicht für die Berufszugehörigen auf S. 12. Auch die Industrie stellt sich jetzt in den Großstädten günstiger als dort. Daß der Grund für die höheren Anteilzahlen in der obigen Übersicht nicht in dem Fortfall der Abteilung G (Ohne Beruf) liegen kann, geht aus den Staatszahlen hervor, die für die Berufszugehörigen von B und C (Industrie und Handel und Verkehr) sogar noch über den obengenannten liegen. Vielmehr gilt auch hier die oben beim Vergleich mit den Berufszugehörigen gegebene Begründung.

Unterscheidet man nun die Erwerbstätigen nach dem Geschlecht, so ergibt sich folgendes Bild:

Männliche und weibliche Erwerbstätige nach Berufsabteilungen.

Abteilungen	im Staat		davon in 32 Großstädten			
			überhaupt		v. H. des Staates	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
A. Landwirtschaft	2 787 195	2 805 949	46 403	24 054	1,65	0,86
B. Industrie . . .	6 280 562	1 491 237	2 235 408	701 761	35,59	47,06
C. Handel und Verkehr . . .	2 311 391	936 754	1 126 609	505 113	48,74	53,93
D. Verwaltung .	741 292	179 756	317 569	97 445	42,84	54,21
E. Gesundheitswesen	178 737	177 679	85 347	79 680	47,75	44,84
F. Häusliche Dienste . . .	163 865	927 570	51 006	375 272	31,13	40,46
A—F. Erwerbstätige . .	**12 463 042**	**6 518 945**	**3 862 342**	**1 783 325**	**30,99**	**27,36**

Hieraus geht folgendes hervor: Von den Erwerbstätigen überhaupt, ohne Unterscheidung der Berufsabteilungen, sind die männlichen etwas stärker in

Großstädten beschäftigt (eigentlich wohnhaft!) als die weiblichen. Der Anteil der männlichen Erwerbstätigen liegt ein Geringes über dem großstädtischen Anteil der männlichen Bevölkerung überhaupt (29,33 v. H.), der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen dagegen nicht unerheblich unter dem großstädtischen Satz für die weiblichen (30,78 v. H.). Der Grund für diesen verhältnismäßig niedrigeren Anteil der weiblichen Erwerbstätigen liegt darin, daß bei ihnen im Staat die landwirtschaftlichen Personen, insbesondere die Mithelfenden, eine ausschlaggebende Rolle spielen, von denen, wie auch oben ersichtlich ist, nur ein Bruchteil in den Großstädten vorkommt. Bei den Männern dagegen, von denen übrigens ein etwas größerer Anteil in der großstädtischen Landwirtschaft tätig ist, vermag die an sich geringe Erwerbstätigkeit der Abteilung A (Landwirtschaft usw.) in den Großstädten den Durchschnitt nicht so stark zu drücken, weil die Bedeutung der in A (Landwirtschaft usw.) erwerbstätigen Männer überhaupt nur halb so groß ist wie bei den weiblichen. Mit Ausnahme der an sich geringfügigen Abteilung A (Landwirtschaft) überwiegt der männliche Anteil in den Großstädten nur in der Abteilung E. Gesundheitswesen. In allen übrigen Fällen ist die weibliche Erwerbstätigkeit — gemessen an den jeweiligen Staatszahlen — in den Großstädten nicht unerheblich, zum Teil sogar bedeutend größer als die männliche. Am meisten fällt dieser Unterschied ins Gewicht bei der Abteilung B. Industrie, wo die relative Beteiligung der Geschlechter etwa im Verhältnis 3 : 4 (männlich zu weiblich) steht. Von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, ist die Beteiligung der Frauen am größten in der Verwaltung (D), demnächst im Handel und Verkehr (C), da hier in beiden Fällen rund 54 v. H. der preußischen weiblichen Erwerbstätigen überhaupt in Großstädten tätig sind, also beinah doppelt soviel wie der Anteil der Frauen in Großstädten an denen im Staat beträgt. Von Männern dagegen ist in keinem Fall mehr als die Hälfte in Großstädten beschäftigt, der höchste Anteil wird hier im Handel und Verkehr mit fast 49 v. H. erreicht, dem das Gesundheitswesen mit rund 48 v. H. unmittelbar folgt. Der männliche Anteil in der Industrie (B) sticht seltsam von dem weiblichen ab, liegt erheblich unter dem normalen städtischen Anteilsatz (vergl. S. 12) und nähert sich sogar stark dem Durchschnittsanteil der Männer, ein Zeichen dafür, daß die Beschäftigung von Männern in der Industrie nichts den Großstädten Eigentümliches bedeutet, während es umgekehrt bei den Frauen durchaus der Fall ist. In den Abteilungen C bis E macht sich dagegen bei beiden Geschlechtern der großstädtische Charakter mehr oder minder bemerkbar, wie wir das oben (S. 11 f.) bereits für die Berufszugehörigen feststellen konnten.

Auch hier ist es wünschenswert, die Verteilung der männlichen und weiblichen Erwerbstätigen auf die einzelnen Berufsabteilungen kennen zu lernen:

Es entfallen von 100 männlichen und weiblichen Erwerbstätigen

auf die Abteilungen	männlich		weiblich	
	im Staat	in den Großstädten	im Staat	in den Großstädten
A. Landwirtschaft	22,36	1,20	43,04	1,35
B. Industrie	50,39	57,88	22,87	39,35
C. Handel und Verkehr	18,55	29,17	14,37	28,32
D. Verwaltung	5,95	8,22	2,76	5,47
E. Gesundheitswesen	1,43	2,21	2,73	4,47
F. Häusliche Dienste	1,32	1,32	14,23	21,01
A—F. Erwerbstätige	100,00	100,00	100,00	100,00

Im Vergleich mit den ohne Geschlechtsunterscheidung dargestellten Zahlen tritt hier die Bedeutung der industriellen Tätigkeit für die männlichen Großstadteinwohner noch stärker hervor. Vor allem aber fällt die ganz verschiedene Besetzung dieser Abteilung B bei den beiden Geschlechtern auf, während in C (Handel und Verkehr) nur ein recht geringfügiger Unterschied vorliegt. Daß von allen weiblichen Erwerbstätigen mehr als $1/5$ auf die Häuslichen Dienste usw. entfällt, war bei dem vorwiegend weiblichen Charakter dieses Beschäftigungszweiges zu erwarten. Im ganzen läßt sich sagen, daß der Unterschied zwischen Großstädten und Staat bei den weiblichen Erwerbstätigen viel mehr ins Gewicht fällt als bei den Männern. Das gilt ganz besonders für Abteilung B (Industrie), wo bei den Männern zwar auch eine gewisse Zunahme des Beschäftigungsanteils, bei den Frauen aber fast eine Verdoppelung gegenüber dem Staat wahrzunehmen ist. In Abteilung C (Handel und Verkehr) ist der Anteil bei den Frauen um etwa 100, bei den Männern um mehr als 50 v. H. gestiegen.

2. Die Erwerbstätigen nach Gruppen.

Im Anschluß an die Darstellung der Erwerbstätigen nach Berufsabteilungen gehen wir zur Betrachtung der Verhältnisse in den Berufsgruppen über; auch hier zunächst ohne Unterscheidung des Geschlechts.

Erwerbstätige nach Berufsgruppen.

Gruppen	im Staat	davon in 32 Großstädten überhaupt	v. H. des Staates
I. Landwirtschaft	5 495 717	68 860	1,25
II. Forstwirtschaft	97 427	1 597	1,64
III. Bergbau	760 305	189 364	24,91
IV. Steine und Erden	376 534	41 527	11,03
V. Eisengewinnung	486 624	208 234	42,79
VI. Eisenwaren	570 818	176 736	30,96
VII. Maschinenbau	713 881	395 168	55,35
VIII. Elektrotechnik	361 264	260 209	72,03
IX. Chemie	211 315	81 600	38,62
X. Textilindustrie	491 967	131 376	26,70
XI. Papierindustrie	269 418	137 887	51,18
XII. Lederindustrie	83 472	23 384	28,01
XIII. Kautschuk und Asbest	47 254	31 985	67,69
XIV. Holzgewerbe	508 317	139 344	27,41
XV. Musikinstrumente	27 036	16 044	59,34
XVI. Nahrungsmittel	779 529	267 014	34,25
XVII. Bekleidung	953 351	474 583	49,78
XVIII. Baugewerbe	1 023 367	314 314	30,71
XIX. Wasser, Gas, Elektrizität	107 347	48 400	45,09
XX. Handel	1 820 044	1 018 763	55,97
XXI. Versicherung	69 234	49 577	71,61
XXII. Verkehr	972 363	394 470	40,57
XXIII. Gastwirtschaft	386 504	168 912	43,70
XXIV. Verwaltung	921 048	415 014	45,06
XXV. Gesundheitswesen	356 416	165 027	46,30
XXVI. Häusliche Dienste	1 091 435	426 278	39,06
I—XXVI. Erwerbstätige	**18 981 987**	**5 645 667**	**29,74**

Bei dieser Übersicht fällt die weitgehende Übereinstimmung mit den Anteilzahlen auf S. 12 (Berufszugehörige nach Berufsgruppen) ins Auge. Immerhin sind auch hier entsprechend den bereits bei den Berufsabteilungen festgestellten Unterschieden[1]) bei einer ganzen Reihe von Berufsgruppen die Anteilzahlen merklich, in einigen Fällen sogar erheblich höher als dort. Um 4 bis 5 Punkte höher sind die Anteilzahlen der Gruppen Chemische Industrie, Papierindustrie und Verkehrswesen, um etwa 2 Punkte die der Gruppen Elektrotechnische Industrie, Lederindustrie, Musikinstrumentenindustrie, Nahrungsmittelgewerbe, Bekleidungsgewerbe, Baugewerbe, Versicherungswesen, Verwaltung und Häusliche Dienste. Auf S. 13 hatten wir die Erwerbszweige mit

[1]) Vergl. S. 14.

mindestens 50 v. H. Staatsanteil als „besondere großstädtische Berufe“ bezeichnet; zu den dort genannten 6 Gruppen käme hier noch die Gruppe XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe mit 51,18 v. H. hinzu, die auch nach der Zahl der Berufszugehörigen bereits zu den „vorzugsweise großstädtischen Berufen“ gehört.

Die eben festgestellten Unterschiede wirken sich auch bei der Verteilung der Erwerbstätigen des Staates und der Großstädte auf die einzelnen Berufsgruppen aus:

Anteil der einzelnen Berufsgruppen an den Erwerbstätigen.
Es entfallen von 100 Erwerbstätigen auf die

Gruppen	im Staat	in 32 Großstädten
I. Landwirtschaft	28,95	1,22
II. Forstwirtschaft	0,52	0,03
III. Bergbau	4,01	3,35
IV. Steine und Erden	1,98	0,74
V. Eisengewinnung	2,56	3,69
VI. Eisenwaren	3,01	3,13
VII. Maschinenbau	3,76	7,00
VIII. Elektrotechnik	1,90	4,61
IX. Chemie	1,11	1,44
X. Textilindustrie	2,59	2,33
XI. Papierindustrie	1,42	2,41
XII. Lederindustrie	0,44	0,41
XIII. Kautschuk und Asbest	0,25	0,57
XIV. Holzgewerbe	2,68	2,47
XV. Musikinstrumente	0,14	0,28
XVI. Nahrungsmittel	4,11	4,73
XVII. Bekleidung	5,02	8,41
XVIII. Baugewerbe	5,39	5,57
XIX. Wasser, Gas, Elektrizität	0,57	0,86
XX. Handel	9,59	18,04
XXI. Versicherung	0,36	0,88
XXII. Verkehr	5,12	6,99
XXIII. Gastwirtschaft	2,04	2,99
XXIV. Verwaltung	4,85	7,35
XXV. Gesundheitswesen	1,88	2,92
XXVI. Häusliche Dienste	5,75	7,55
I–XXVI. Erwerbstätige	**100,00**	**100,00**

Vergleicht man die hier gewonnenen Zahlen mit den gleichen für die Berufszugehörigen auf S. 13, so sind in einer Reihe von Berufsgruppen merklich höhere, dafür aber bei einigen anderen Gruppen auch niedrigere Anteilzahlen wahrzunehmen. Höhere Zahlen finden wir in der Herstellung von Eisenwaren, in der Elektrotechnischen Industrie, im Nahrungsmittelgewerbe und in den Häuslichen Diensten, ganz besonders aber im Bekleidungsgewerbe und im Handel; niedrigere Zahlen dagegen im Bergbau, in der Eisen- und Metallgewinnung und im Verkehrswesen. Diese geringere Bedeutung des Verkehrswesens für die Erwerbstätigen als solche gegenüber den Berufszugehörigen fällt umso mehr auf, als, wie eben festgestellt, der Anteil am Staat für die Erwerbstätigen wesentlich höher liegt als für die Berufszugehörigen. Im übrigen sind die Unterschiede zwischen Staat und Großstädten bei den Erwerbstätigen etwa ebenso groß wie bei den Berufszugehörigen.

Abgesehen aber von diesen mehr allgemeinen Feststellungen läßt sich aus der obigen Übersicht ganz deutlich die Bedeutung der einzelnen Berufsgruppen für das Erwerbsleben der Großstädte im ganzen herauslesen. Hatte oben — auf S. 13 — die Frage gelautet: Welche von den im Staat ermittelten Erwerbszweigen kommen vorzugsweise in Großstädten vor?, so lautet sie hier: W e l c h e E r w e r b s z w e i g e w e r d e n i n d e n G r o ß s t ä d t e n s e l b s t v o n d e n E r w e r b s t ä t i g e n b e v o r z u g t ? Daß die Ergebnisse dieser beiden Fragestellungen sich ganz und gar nicht zu decken brauchen, liegt auf der Hand, da das eine Mal die Bedeutung der großstädtischen Berufe im Staatsganzen, das andere Mal die Bedeutung dieser Berufe in den Großstädten selbst zur Erörterung steht. Welches sind also in diesem zweiten Sinne die w i c h t i g s t e n g r o ß s t ä d t i s c h e n B e r u f e ? Erkennt man als einigermaßen wichtig noch diejenigen an, für die der Anteil der Erwerbstätigen mehr als 3 v. H. der großstädtischen Erwerbstätigen überhaupt beträgt, so ergeben sich hierbei 12 Berufsgruppen mit zusammen 80,42 v. H. der Erwerbstätigen überhaupt, davon die 6 größten mit mehr als 55 v. H. Man sieht also, daß **e i n e v e r h ä l t n i s m ä ß i g k l e i n e A u s w a h l v o n E r w e r b s z w e i g e n — 12 von insgesamt 26 — genügt, um 4/5 der gesamten g r o ß s t ä d t i s c h e n e r w e r b s t ä t i g e n B e v ö l k e r u n g z u e r f a s s e n.** In den verbleibenden Rest von nicht ganz 20 v. H. teilen sich 14 Berufsgruppen. Der Durchschnittsanteil der wichtigen Gruppen ist also 6,7 v. H., der der unwichtigen Gruppen nur 1,4 v. H.

Die wichtigsten großstädtischen Berufe, gemessen an der Zahl der großstädtischen Erwerbstätigen, sind also folgende: Gruppe XX. Handelsgewerbe, XVII. Bekleidungsgewerbe, XXVI. Häusliche Dienste, XXIV. Verwaltung usw., VII. Maschinenbau, XXII. Verkehrswesen, XVIII. Baugewerbe, XVI. Nahrungsmittelgewerbe, VIII. Elektrotechnische Industrie, V. Eisen- und Metallgewinnung, III. Bergbau, VI. Herstellung von Eisenwaren. Die zur Abteilung B. Industrie und Handwerk gehörenden Gruppen umfassen allein 40,49 v. H. aller Erwerbstätigen, also den weitaus größten Teil aller in B Erwerbstätigen (52,03 v. H.) und gleichzeitig ziemlich genau die Hälfte der hier zu den wichtigsten Berufsgruppen gezählten (80,42 v. H.). Zur Abteilung C (Handel und Verkehr) gehören 25,03 v. H. aller Erwerbstätigen (gegenüber einem Gesamtanteil in C von 28,90 v. H.). Von den wichtigeren Berufen sind also annähernd 2/3 aller großstädtischen Erwerbstätigen im Durchschnitt aller Großstädte in Industrie und Handel beschäftigt, der Rest in der Verwaltung und in den Häuslichen Diensten. Die besondere Bedeutung dieser 12 Berufsgruppen für das großstädtische Erwerbsleben erhellt im übrigen noch aus der Tatsache, daß diese Gruppen im Staatsdurchschnitt nur 55,07 v. H. der Erwerbstätigen umfassen.

Daß die vorzugsweise großstädtischen Berufe nicht ohne weiteres auch die wichtigsten Berufe innerhalb des großstädtischen Erwerbslebens selbst sind, wurde oben bereits angedeutet. Tatsächlich sind nur 6 von den genannten 12 Gruppen in beiden Richtungen gleich bedeutungsvoll, nämlich das Handelsgewerbe, das Bekleidungsgewerbe, die Verwaltung, der Maschinenbau, die Elektrotechnische Industrie und die Eisen- und Metallgewinnung. In diesen Gruppen sind 49,10 v. H., also annähernd die Hälfte aller großstädtischen Erwerbstätigen vereinigt.

Unter den 14 unwichtigen Gruppen befindet sich auch eine ganze Reihe solcher, die wir oben zu den vorzugsweise großstädtischen Berufen gezählt haben, vor allem das Versicherungswesen und die Kautschuk- und Asbestindustrie.

Die eben für die Erwerbstätigen allgemein gewonnenen Kenntnisse gilt es jetzt an Hand der Geschlechtsgliederung nachzuprüfen.

Die auf S. 13 aufgeführten „vorzugsweise großstädtischen Berufe“ — 13 Gruppen — finden wir bei den **männlichen** Erwerbstätigen samt und sonders wieder. Allerdings nicht ohne wesentliche Unterschiede. Die Reihenfolge nach der relativen Bedeutung der einzelnen Gruppen, die sich in einigen Punkten schon beim Übergang von den Berufszugehörigen zu den Erwerbstätigen geändert hatte, stellt sich jetzt ganz anders, und zwar folgendermaßen dar: XXI. Versicherungswesen, XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie, VIII. Elektrotechnische Industrie, XV. Musikinstrumentenindustrie, XX. Handelsgewerbe, VII. Maschinenbau, XI. Papierindustrie, XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe, XXV. Gesundheitswesen, XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, XXIV. Verwaltung, V. Eisengewinnung, XVII. Bekleidungsgewerbe. Am größten ist die Änderung in der Reihenfolge beim Bekleidungsgewerbe,

Männliche und weibliche Erwerbstätige nach Berufsgruppen.

Berufsgruppen	im Staat		davon in 32 Großstädten			
			überhaupt		v. H. des Staates	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
I. Landwirtschaft	2 702 292	2 793 425	44 972	23 888	1,66	0,86
II. Forstwirtschaft	84 903	12 524	1 431	166	1,69	1,33
III. Bergbau	751 468	8 837	187 585	1 779	24,96	20,13
IV. Steine und Erden	336 010	40 524	36 584	4 943	10,89	12,20
V. Eisengewinnung	467 138	19 486	199 724	8 510	42,75	43,67
VI. Eisenwaren	503 589	67 229	149 064	27 672	29,60	41,16
VII. Maschinenbau	666 314	47 567	364 110	31 058	54,65	65,29
VIII. Elektrotechnik	276 594	84 670	190 577	69 632	68,90	82,24
IX. Chemie	166 435	44 880	57 390	24 210	34,48	53,94
X. Textilindustrie	246 430	245 537	71 289	60 087	28,93	24,47
XI. Papierindustrie	187 442	81 976	91 607	46 280	48,87	56,46
XII. Lederindustrie	73 190	10 282	19 241	4 143	26,29	40,29
XIII. Kautschuk und Asbest	32 399	14 855	22 331	9 654	68,92	64,99
XIV. Holzgewerbe	471 061	37 256	125 557	13 787	26,65	37,01
XV. Musikinstrumente	21 566	5 470	13 176	2 868	61,10	52,43
XVI. Nahrungsmittel	555 362	224 167	185 662	81 352	33,43	36,29
XVII. Bekleidung	422 021	531 330	172 688	301 895	40,92	56,82
XVIII. Baugewerbe	1 001 832	21 535	303 355	10 959	30,28	50,89
XIX. Wasser, Gas, Elektrizität	101 711	5 636	45 468	2 932	44,70	52,02
XX. Handel	1 167 220	652 824	646 245	372 518	55,37	57,06
XXI. Versicherung	53 975	15 259	37 608	11 969	69,68	78,44
XXII. Verkehr	908 419	63 944	355 342	39 128	39,12	61,19
XXIII. Gastwirtschaft	181 777	204 727	87 414	81 498	48,09	39,81
XXIV. Verwaltung	741 292	179 756	317 569	97 445	42,84	54,21
XXV. Gesundheitswesen	178 737	177 679	85 347	79 680	47,75	44,84
XXVI. Häusliche Dienste	163 865	927 570	51 006	375 272	31,13	40,46
I—XXVI. Erwerbstätige	**12 463 042**	**6 518 945**	**3 862 342**	**1 783 325**	**30,99**	**27,36**

das von der 8. Stelle (bei den Berufszugehörigen) an die 13. Stelle gerückt ist und jetzt gerade noch eben zu diesen Berufen gehört, da sein Anteil am Staat nur ganz wenig über 40 v. H. beträgt, also den normalen städtischen Anteil nur wenig übertrifft. Die wesentliche Bedeutung dieser Berufsgruppe liegt eben nicht mehr bei den männlichen, sondern bei den weiblichen Erwerbstätigen. Die Gruppen Eisen- und Metallgewinnung und Handel haben ihren Anteil am Staat bei den männlichen Erwerbstätigen im Vergleich zu den Erwerbstätigen überhaupt nicht geändert. In den meisten Fällen ist dieser Anteil aber bei den Männlichen allein geringer geworden, am meisten bei dem schon erwähnten Bekleidungsgewerbe; nur in vier Fällen ist der Anteil gestiegen, und zwar am stärksten im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe.

Für die weiblichen Erwerbstätigen ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Hier liegt bei nicht weniger als 13 Gruppen der Anteil am Staat über 50 v. H., sodaß sie im Sinne unserer früheren Ausführungen sämtlich als „besondere großstädtische Berufe" anzusprechen wären. Es sind dies, wieder in der Reihenfolge ihres Staatsanteils, die Gruppen VIII. Elektrotechnische Industrie, XXI. Versicherungswesen, VII. Maschinenbau, XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie, XXII. Verkehrswesen, XX. Handelsgewerbe, XVII. Bekleidungsgewerbe, XI. Papierindustrie, XXIV. Verwaltung, IX. Chemische Industrie, XV. Musikinstrumentenindustrie, XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke, XVIII. Baugewerbe. Die Gruppen IX, XVIII und XXII treten hierbei erstmalig in Erscheinung, da sie diese Bedeutung weder bei den Erwerbstätigen insgesamt, noch bei den männlichen allein aufzuweisen hatten. Fünf weitere Gruppen liegen mit ihrem Staatsanteil zwischen 40 und 50 v. H., nämlich XXV. Gesundheitswesen, V. Eisen- und Metallgewinnung, VI. Herstellung von Eisenwaren (neu), XXVI. Häusliche Dienste (neu), XII. Lederindustrie (neu). Mit etwas über 40 v. H. oder dem fast $1\frac{1}{2}$fachen Anteil gegenüber den weiblichen Erwerbstätigen insgesamt können auch diese beiden letzten Gruppen immerhin noch als „vorzugsweise großstädtische Berufe" angesehen werden.

Mit Ausnahme der Gruppe XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe treten also alle für die männlichen Erwerbstätigen bedeutenden Berufe auch bei den weiblichen in Erscheinung. Unter Einschluß der allein bei den weiblichen in größerem Umfange (gemessen an den Staatszahlen) vorkommenden Berufe sind also 18 Berufsgruppen der weiblichen Erwerbstätigen vorzugsweise großstädtisch, also nicht nur die Hälfte, wie bei den männlichen, sondern gut $^2/_3$. Die besondere Bedeutung dieser ausgewählten Gruppen für das weibliche Erwerbsleben in den Großstädten ergibt sich aus folgender Überlegung: Allein die zuerst genannten 13 Gruppen mit mindestens 50 v. H. Staatsanteil umfassen in den Großstädten 1 020 548 Erwerbstätige = 57,23 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen überhaupt, im ganzen Staat dagegen 1 749 702 = 26,84 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen des Staates. Im Vergleich mit den 13 ausgewählten Berufsgruppen der Berufszugehörigen[1]) (dort ohne Unterscheidung des Geschlechts) ist hier, bei den weiblichen Erwerbstätigen, der Anteil in den Großstädten größer, im Staat dagegen kleiner als dort, sodaß sich die Spannung zwischen beiden Anteilzahlen noch wesentlich verstärkt (von 52,84 : 31,58 auf 57,23 : 26,84), und zwar beträgt sie jetzt mehr als das Doppelte. Vergleichsweise seien hier übrigens dieselben Verhältniszahlen für die oben genannten 13 Gruppen der männlichen Erwerbstätigen (mit mehr als 40 v. H. Staatsanteil) wiedergegeben; sie lauten 58,87 in den Großstädten und 36,10 v. H. im Staat. Eine ganz starke Mehrheit der hier behandelten weiblichen Erwerbstätigen befindet sich allein in zwei Berufsgruppen, nämlich XVII. Bekleidungsgewerbe und XX. Handel. Es handelt sich hier um 674 413 Erwerbstätige = 66,08 v. H. oder nahezu $^2/_3$ der ausgewählten 13 Gruppen. Dehnt man die Rechnung auf sämtliche genannten 18 Berufsgruppen aus, so umfassen diese in den Großstädten 85,00, im Staat erst 45,28 v. H. sämtlicher weiblichen Erwerbstätigen. Hierbei spielen in den Städten die Hausangestellten mit mehr als 375 000 Personen die Hauptrolle, während die auffallend niedrige Zahl für den

[1]) Vgl. S. 13 f.

Staat so zu erklären ist, daß ganz große Berufsgruppen wie Landwirtschaft mit fast 2,8 Millionen, aber auch Textilindustrie, Nahrungsmittelgewerbe, Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe mit mehr als je 200 000 Personen (im Staat) außerhalb dieser Berechnung bleiben.

Mit den letzten Feststellungen wurde bereits die Frage der Bedeutung der einzelnen Berufsgruppen innerhalb der gesamten Erwerbstätigen berührt. Sie soll an Hand der Verteilung der männlichen und weiblichen Erwerbstätigen des Staates und der Großstädte auf die Berufsgruppen im folgenden weiter geklärt werden:

Anteil der Berufsgruppen an den Erwerbstätigen (nach dem Geschlecht).

Es entfallen von 100 männlichen und weiblichen Erwerbstätigen

auf die Gruppen	männlich		weiblich	
	im Staat	in den Großstädten	im Staat	in den Großstädten
I. Landwirtschaft	21,68	1,16	42,85	1,34
II. Forstwirtschaft	0,68	0,04	0,19	0,01
III. Bergbau	6,03	4,86	0,13	0,10
IV. Steine und Erden	2,69	0,95	0,62	0,28
V. Eisengewinnung	3,75	5,17	0,30	0,48
VI. Eisenwaren	4,04	3,86	1,03	1,55
VII. Maschinenbau	5,35	9,43	0,73	1,74
VIII. Elektrotechnik	2,22	4,93	1,30	3,91
IX. Chemie	1,33	1,49	0,69	1,36
X. Textilindustrie	1,98	1,84	3,77	3,37
XI. Papierindustrie	1,50	2,37	1,26	2,60
XII. Lederindustrie	0,59	0,50	0,16	0,23
XIII. Kautschuk und Asbest	0,26	0,58	0,23	0,54
XIV. Holzgewerbe	3,78	3,25	0,57	0,77
XV. Musikinstrumente	0,17	0,34	0,08	0,16
XVI. Nahrungsmittel	4,45	4,81	3,44	4,56
XVII. Bekleidung	3,39	4,47	8,15	16,93
XVIII. Baugewerbe	8,04	7,85	0,33	0,61
XIX. Wasser, Gas, Elektrizität	0,82	1,18	0,08	0,16
XX. Handel	9,37	16,73	10,02	20,89
XXI. Versicherung	0,43	0,98	0,23	0,67
XXII. Verkehr	7,29	9,20	0,98	2,19
XXIII. Gastwirtschaft	1,46	2,26	3,14	4,57
XXIV. Verwaltung	5,95	8,22	2,76	5,47
XXV. Gesundheitswesen	1,43	2,21	2,73	4,47
XXVI. Häusliche Dienste	1,32	1,32	14,23	21,04
I—XXVI. Erwerbstätige	100,00	100,00	100,00	100,00

Sehen wir auch hier wie oben auf S. 16 f. die Berufsgruppen mit mehr als 3 v. H. Anteil an den großstädtischen Erwerbstätigen als die wichtigsten großstädtischen Berufe an, so erhalten wir für die männlichen folgende Gruppen, nach ihrer Bedeutung geordnet: XX. Handelsgewerbe, VII. Maschinenbau, XXII. Verkehrswesen, XXIV. Verwaltung, XVIII. Baugewerbe, V. Eisen- und Metallgewinnung, VIII. Elektrotechnische Industrie, III. Bergbau, XVI. Nahrungsmittelgewerbe, XVII. Bekleidungsgewerbe, VI. Herstellung von Eisenwaren, XIV. Holzgewerbe. Vergleicht man diese Reihe mit derjenigen für die Erwerbstätigen ohne Unterscheidung des Geschlechts, so finden wir hier bei den Männlichen ziemlich wesentliche Änderungen in der Reihenfolge. Außerdem fällt hier die Gruppe XXVI. Häusliche Dienste ganz fort, dafür ist XIV. Holzgewerbe neu aufgenommen. Die hier genannten 12 Berufsgruppen — dieselbe Anzahl ergab sich auch bei den Erwerbstätigen insgesamt — umfassen 82,78 v. H. oder fast $^5/_6$ der männlichen Erwerbstätigen in den Großstädten. Ist somit die Bedeutung dieser Berufsgruppen für die Großstädte bei den männlichen Erwerbstätigen noch etwas größer als bei den Erwerbstätigen insgesamt (82,78 gegen 80,42 v. H.), so ist diese Bedeutung auf der anderen Seite hier auch im Staat viel größer als dort (63,66 gegen 55,07 v. H.). Überhaupt sind ja auch im Staat dieselben Berufsgruppen die wichtigsten (mit einem Anteil über 3 v. H.) mit der einzigen Ausnahme, daß dort statt der Gruppe VIII. Elektrotechnik die Gruppe I. Landwirtschaft zu nennen ist.

Unter den für die männlichen Erwerbstätigen wichtigsten Berufen nimmt, wie man sieht, das Handelsgewerbe mit 16,73 v. H. in den Großstädten eine ganz hervorragende Stelle ein; die nächst wichtige Gruppe, der Maschinenbau, zählt beinah nur halb soviel beschäftigte Personen. Der Handel und die anderen nicht industriellen Berufe (Verkehr und Verwaltung) umfassen zusammen 34,15 v. H. der männlichen Erwerbstätigen, sodaß für die industriellen Gruppen 48,63 v. H. übrig bleiben, d. h. also der bei weitem größere Teil der „wichtigsten Berufe" und zugleich fast die Hälfte der (großstädtischen männlichen) Erwerbstätigen überhaupt. Der größte Teil wieder der industriellen Gruppen, nämlich 28,25 v. H., entfällt auf die „schwere Industrie" und die Eisen und Metall verarbeitende Industrie einschließlich der Elektrotechnik (Gruppen III, V bis VIII). Die schwere Industrie allein umfaßt in den Großstädten nur 10 v. H. der Erwerbstätigen, im Staate sogar noch eine Kleinigkeit weniger. Der Rest der Erwerbstätigen in den wichtigsten Berufen, etwa 20 v. H., gehört Gewerbegruppen an, die abgesehen vom Bekleidungsgewerbe ganz oder überwiegend für den örtlichen Bedarf arbeiten[1]).

Ein sehr viel anderes Bild zeigen die wichtigsten Berufe bei den weiblichen Erwerbstätigen. Hier sind bereits in 9 Gruppen (mit mehr als 3 v. H. Staatsanteil) 85,19 v. H. oder annähernd $^6/_7$ aller weiblichen Erwerbstätigen in den Großstädten vereinigt. Es sind dies Gruppe XXVI. Häusliche Dienste, XX. Handelsgewerbe, XVII. Bekleidungsgewerbe, XXIV. Verwaltung, XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, XVI. Nahrungsmittelgewerbe, XXV. Gesundheitswesen, VIII. Elektrotechnische Industrie, X. Textilindustrie. Allein die drei erstgenannten Gruppen umfassen 58,86 v. H. oder gut $^4/_7$ der weiblichen Erwerbstätigen. Nicht industriell beschäftigt sind in den wichtigeren Berufen 56,43 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen, industriell also nur 28,76 v. H., wovon wieder der Löwenanteil mit fast 17 v. H. auf das Bekleidungsgewerbe entfällt. Das Verhältnis zwischen industriellen und nichtindustriellen Berufen ist also gerade umgekehrt wie bei den männlichen Erwerbstätigen, sogar noch mit einer weiteren Abschwächung der industriellen Betätigung bei den weiblichen. Schwere Industrie kommt bei den Frauen so gut wie gar nicht, Eisen und Metall verarbeitende Industrie im wesentlichen in der Elektrotechnik in Betracht. Nächst den hier genannten Gruppen erreicht übrigens noch die Papierindustrie (Gruppe XI) nennenswerte Zahlen. Bei dem besonderen Charakter der weiblichen Erwerbstätigkeit ist damit zu rechnen, daß bei der Einzeluntersuchung die gewiß auch vorhandenen Unterschiede der einzelnen Großstädte bei weitem nicht so groß sein werden wie bei den männlichen Berufen.

3. Die Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen.

a) Berufszugehörige und Erwerbstätige (allgemein).

Um die in den vorhergehenden Ausführungen gewonnenen Ergebnisse nach bestimmten Richtungen zu vertiefen, werden jetzt im Anschluß an die Berufsabteilungen und -gruppen die einzelnen Wirtschaftszweige betrachtet, sofern sie in den Großstädten (im ganzen) in erheblicherem Umfange vorkommen. Und zwar werden zunächst die Zahlen für die Berufszugehörigen und die Erwerbstätigen der ausgewählten Wirtschaftszweige für die Großstädte und den ganzen Staat unter Angabe des Anteils der Großstädte am Staat mitgeteilt. In erster Linie

[1]) Vergl. die Untersuchung bei Werner Sombart, Der moderne Kapitalismus (III 1, 1927) S. 408 ff.



werden diejenigen Wirtschaftszweige berücksichtigt, die zu Berufsgruppen gehören, die wir oben[1]) als „vorzugsweise großstädtische Berufe" bezeichnet haben, und zwar in der Reihenfolge der verhältnismäßigen Bedeutung dieser Berufsgruppen.

Unter den Berufsgruppen stand sowohl bei den Berufszugehörigen wie bei den Erwerbstätigen die Gruppe VIII. Elektrotechnische Industrie mit 70,58 und 72,03 v. H. Staatsanteil an der Spitze. Die beiden hierher gehörigen Wirtschaftszweige W 33. Elektrotechnische Industrie und W 34. Feinmechanische und optische Industrie zeigen folgendes Bild:

Berufszugehörige und Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen.

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 33 . .	507 422	388 966	76,66	297 945	231 392	77,66
W 34 . .	114 319	49 876	43,63	63 319	28 817	45,51

Die eigentliche Elektrotechnische Industrie steht also nach ihrem Staatsanteil noch etwas günstiger da als die ganze Berufsgruppe VIII. Elektrotechnik, während allerdings die Feinmechanische Industrie wesentlich niedriger liegt, also in sehr viel geringerem Maße als großstädtischer Erwerbszweig anzusehen ist.

Die Gruppe XXI. Versicherungswesen, die ihrer relativen Bedeutung nach hier folgen müßte, ist nicht weiter zu behandeln, weil sie nicht in Wirtschaftszweige aufgeteilt ist. Es folgt also Gruppe XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie mit 68,07 und 67,69 v. H. Staatsanteil. Die zugehörigen Erwerbszweige sind W 59. Herstellung von Kautschuk-, Guttapercha- und Balatawaren, W 60. Herstellung von Asbestwaren:

W 59 . .	82 958	57 070	68,79	45 569	31 185	68,43
W 60 . .	2 916	1 385	47,50	1 685	800	47,48

Für die Asbestindustrie allein gilt das gleiche wie für die Feinmechanische Industrie, nur mit dem Unterschied, daß sie vermöge ihres geringen Umfangs den Staatsanteil der gesamten Gruppe so gut wie gar nicht zu beeinflussen vermag.

Die Gruppe XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie verfügt über einen Staatsanteil von 57,83 und 59,34 v. H. In den hierher gehörigen Wirtschaftszweigen W 74. Klavier-, Harmonium- und Orgelbau, Herstellung von Zubehörteilen, und W 75. Herstellung von Streich-, Zupf- und Blasinstrumenten, Harmoniken und sonstigen Musikinstrumenten sieht es folgendermaßen aus:

W 74 . .	38 023	22 052	58,00	18 948	11 499	60,69
W 75 . .	7 769	6 045	77,81	4 326	3 429	79,26

Der Klavierbau usw. ähnelt sehr der gesamten Gruppe, die Herstellung von Streichinstrumenten usw., die wieder dem Umfang nach sehr unerheblich ist, weist dagegen den bisher bei den Wirtschaftszweigen festzustellenden höchsten Staatsanteil auf. Dafür ist dieser Anteil bei dem letzten Wirtschaftszweig W 76. Herstellung von Spielwaren noch niedriger als der gesamte Bevölkerungsanteil der Großstädte; die 1 543 Berufszugehörigen der Spielwarenindustrie machen nämlich von den 5 460 Personen im ganzen Staat nur 28,26 v. H. aus.

Die beiden folgenden Berufsgruppen VII. Maschinenbau und XX. Handelsgewerbe sind, am Staatsanteil gemessen, etwa gleichbedeutend; bei den Berufszugehörigen ist der Maschinenbau, bei den Erwerbstätigen der Handel etwas wichtiger. Mit Rücksicht auf den viel größeren Umfang des Handels soll dieser zuerst behandelt werden.

In Gruppe XX. Handelsgewerbe beträgt der Staatsanteil 54,15 und 55,97 v. H. Hierzu zählen 11 Wirtschaftszweige, nämlich W 114. Waren- und Produktenhandel, W 115. Verlagsgewerbe, W 116. Buchhandel (auch Buch- und Kunsthandel), Leihbibliotheken, W 117. Handel mit Tabak und Tabakwaren, W 118. Immobilienhandel, W 119. Bank- und Börsenwesen, W 120. Vermittlung, Verwaltung und Beratung, W 121. Markt- und Messewesen, W 122. Verleihung und Versteigerung, W 123. Aufbewahrung, Spedition und Bewachung, W 124. Hausier- und Straßenhandel:

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 114 . .	2 340 110	1 183 781	50,59	1 365 470	719 394	52,68
W 115 . .	79 936	60 243	75,36	49 100	37 781	76,95
W 116 . .	37 791	22 047	58,34	23 017	13 654	59,32
W 117 . .	73 671	40 861	55,46	41 283	23 682	57,37
W 118 . .	15 670	9 683	61,79	7 475	4 985	66,69
W 119 . .	260 172	176 423	67,81	146 235	98 560	67,40
W 120 . .	183 419	126 135	68,77	88 663	62 972	71,02
W 121 . .	4 406	4 049	91,90	2 335	2 151	92,12
W 122 . .	13 627	6 296	46,20	6 668	3 579	53,67
W 123 . .	109 673	62 407	56,90	51 076	30 175	59,08
W 124 . .	78 604	39 309	50,01	38 722	21 830	56,38

Ein in ganz besonderem Maße großstädtischer Beruf liegt also in W 121. Markt- und Messewesen vor, von dem weniger als 1/10 in kleineren Orten vorkommt. Recht ausgeprägt ist der großstädtische Charakter auch noch bei W 115. Verlagsgewerbe, von dem sich nur 1/4 außerhalb der Großstädte befindet. Mit reichlich zwei Dritteln ihres gesamten Staatsvorkommens erscheinen hier noch W 120. Vermittlung usw., W 119. Bank- und Börsenwesen. Wesentlich unter dem Gruppendurchschnitt liegt W 122. Verleihung und Versteigerung. Die übrigen Zweige gruppieren sich enger um den Durchschnitt.

Gruppe VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau nimmt vom Staat 54,73 und 55,35 v. H. ein. Hierher gehören W 27. Maschinenbau, W 28. Kessel- und Apparatebau, W 29. Eisenbau (Eisenkonstruktion), W 30. Schiffbau (einschl. Schiffskesselbau), W 31. Bau von Land- und Luftfahrzeugen (ausschl. Eisenbahnwagen-, Holzwagen- und Karosseriebau), W 32. Eisenbahnwagenbau.

W 27 . .	874 318	485 719	55,55	445 028	249 997	56,18
W 28 . .	109 161	57 299	52,49	52 217	28 490	54,56
W 29 . .	32 595	19 571	60,04	15 493	9 436	60,90
W 30 . .	126 939	63 224	49,81	53 826	26 976	50,12
W 31 . .	205 366	107 166	52,18	113 274	59 351	52,40
W 32 . .	76 525	46 840	61,21	34 043	20 918	61,45

Hier gruppieren sich die Anteilzahlen sowohl bei den Berufszugehörigen wie bei den Erwerbstätigen ziemlich gleichmäßig und nahe um den Gruppendurchschnitt, und zwar so, daß Eisenbau und Eisenbahnwagenbau etwas günstiger, Schiffbau dagegen etwa ebenso viel ungünstiger dastehen als der Durchschnitt.

Bei Gruppe XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe machen die Berufszugehörigen 47,60, die Erwerbstätigen dagegen 51,18 v. H. der entsprechenden Staatszahlen aus. Die Gruppe zerfällt in die Wirtschaftszweige W 50. Papiererzeugung, W 51. Papierveredlung und Papierverarbeitung einschl. Tapetenindustrie, W 52. Schriftgießerei und Messinglinienherstellung, W 53. Hochdruck, Flachdruck, Tiefdruck, W 54. Photographisches Gewerbe (ausschl. Filmaufnahmen). Diese Erwerbszweige sind folgendermaßen besetzt:

W 51 . .	103 334	56 586	54,76	65 427	37 793	57,76
W 52 . .	7 392	6 005	81,24	4 241	3 420	80,64
W 53 . .	232 028	145 203	62,58	131 434	83 430	63,48
W 54 . .	19 131	9 664	50,51	10 148	5 458	53,78

[1]) Vergl. S. 13.

Die Papiererzeugung selbst in W 50 hat in den Großstädten so gut wie gar keine Bedeutung; ihre 15 631 großstädtischen Berufszugehörigen umfassen nämlich nur 12,23 v. H. der 127 828 Personen im Staat. Anders bei den übrigen Erwerbszweigen.

Infolge des Ausfalles der Papiererzeugung liegt also der Anteil sämtlicher anderen Zweige mehr oder weniger stark über dem Gruppendurchschnitt, am wenigsten noch bei der Photographie und der Papierveredelung. Ein ganz ausgesprochener großstädtischer Erwerbszweig ist aber nach den angegebenen Zahlen die Schriftgießerei, von der nur 1/5 außerhalb der Großstädte anzutreffen ist. Das Druckereigewerbe dagegen hat in den kleineren Orten schon etwas mehr Fuß gefaßt.

In der Gruppe XVII. Bekleidungsgewerbe sind in den Großstädten 47,17 v. H. der Berufszugehörigen und 49,78 v. H. der Erwerbstätigen des Staates vereinigt. Die Zahl der einzelnen Erwerbszweige ist hier mit 12 recht groß: W 95. Schneiderei und Kleiderherstellung, W 96. Näherei und Hilfsgewerbe der Kleider- und Wäscheherstellung, W 97. Wäscheherstellung (einschl. Schürzenherstellung), W 98. Kürschnerei und Rauchwarenzurichtung, W 99. Mützenmacherei, W 100. Hutmacherei und Putzmacherei (einschl. Strohhutmacherei), W 101. Herstellung von künstlichen Blumen und Putzfedern, Perückenmacherei und Menschenhaarverarbeitung, W 102. Herstellung von Korsetten und Binden, W 103. Herstellung von Krawatten, Gürteln und Hosenträgern, W 104. Handschuhmacherei, W. 105. Schuhmacherei und Schuhindustrie, W 106. Reinigung und Wiederaufarbeitung von Textilerzeugnissen (einschl. Zurichtung und Reinigung von Bettfedern und Pflanzendaunen):

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 95 . .	726 996	388 688	53,46	481 157	266 149	55,31
W 96 . .	65 958	30 782	46,67	58 221	26 791	46,02
W 97 . .	86 463	49 001	56,67	72 229	40 216	55,68
W 98 . .	22 535	12 319	54,67	14 232	8 219	57,75
W 99 . .	7 396	5 854	79,15	5 061	4 082	80,66
W 100. .	73 080	34 511	47,22	58 605	28 644	48,88
W 101. .	6 553	4 763	72,68	5 062	3 750	74,08
W 102. .	4 967	3 774	75,98	4 025	3 064	76,12
W 103. .	9 049	7 739	85,52	6 766	5 817	85,97
W 106. .	53 171	32 005	60,19	40 082	24 356	60,77

Von den beiden in der Übersicht fehlenden Wirtschaftszweigen ist W 104. Handschuhmacherei nicht nur absolut ziemlich unbedeutend — 1 215 Berufszugehörige in den Großstädten; 7 160 im Staat —, sondern auch in den Großstädten sehr selten: Der Staatsanteil beträgt nur 16,97 v. H. W 105. Schuhmacherei dagegen nimmt zwar in den Großstädten auch nur 29,62 v. H. des Staates ein, ist aber der Zahl der Beteiligten nach recht wichtig: 116 698 in den Großstädten, 393 946 im Staat. Im übrigen kommen die dem Umfang nach kleinsten, meist mit Spezialartikeln beschäftigten Wirtschaftszweige in den Großstädten am häufigsten vor; am auffälligsten ist dies bei W 103. Herstellung von Kravatten usw., von dem nur 1/7 außerhalb der Großstädte liegt.

Bei einigen der genannten Wirtschaftszweige fällt übrigens der geringe Unterschied zwischen der Zahl der Berufszugehörigen und der der Erwerbstätigen auf, ein Zeichen, daß in diesen Zweigen vorwiegend jüngere und ledige Arbeitskräfte tätig sind; es handelt sich vor allem um die Näherei (W 96), die Wäscheherstellung (W 97), die Hutmacherei und Putzmacherei (W 100), die Herstellung von künstlichen Blumen usw. (W 101).

Von den übrigen Berufsgruppen, die oben als „vorzugsweise großstädtische Berufe“ bezeichnet waren, sollen im folgenden nur noch die Wirtschaftszweige mit einem ziemlich bedeutenden Staatsanteil ausführlich behandelt, die anderen dagegen nur kurz erwähnt werden.

Gruppe XXV. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe einschl. Wohlfahrtspflege nimmt vom Staat 46,22 und 46,80 v. H. ein. Die über dem Durchschnitt liegenden Erwerbszweige sind folgende: W 149. Bade- und Schwimmanstalten, Massage, W 151. Rettungswesen, Unfallstationen, Erste Hilfe, Krankenbeförderung, W 154. Desinfektionswesen und Schädlingsbekämpfung, W 155. Straßenreinigung, Kanalisation, Müllabfuhr und Bedürfnisanstalten, W 156. Leichen- und Bestattungswesen, W 157. Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge.

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 149. .	10 815	5 819	53,80	5 619	3 125	55,61
W 151. .	16 829	14 080	83,67	5 920	4 992	84,32
W 154. .	2 428	1 474	60,71	979	617	63,02
W 155. .	31 864	24 395	76,56	12 442	9 604	77,19
W 156. .	17 368	9 662	55,63	7 818	4 405	56,34
W 157. .	50 274	23 397	46,54	40 654	18 672	45,93

Ganz besonders großstädtische Berufe sind danach das Rettungswesen usw. sowie die Straßenreinigung usw., von denen nur 1/6 und 1/4 auch in kleineren Gemeinden vorkommen. Verhältnismäßig am unbedeutendsten in den Großstädten ist von diesen Berufszweigen noch die Wohlfahrtspflege, ein Zeichen, daß die soziale Not mehr und mehr auch in den kleineren Orten behördliche und andere Organisationen zu ihrer Linderung hervorruft.

Für die übrigen Wirtschaftszweige sei nur der Staatsanteil der Berufszugehörigen genannt: W 147. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, Siechenheime 41,76 v. H., W 148. Offene Krankenpflege und Fürsorge gesundheitlicher Art 44,14 v. H., W 150. Barbiergewerbe 44,37 v. H., W 152. Veterinärwesen, Schlachtvieh- und Fleischbeschau, Abdeckerei 14,28 v. H.; der letztgenannte Erwerbszweig steht also nach seiner in den Großstädten ganz geringen Bedeutung in scharfem Gegensatz zu allen vorhergehenden, deren Anteil nur wenig unter dem Gruppendurchschnitt liegt; W 153. Apotheken 40,11 v. H.

Die Gruppe XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe enthält nur einen Wirtschaftszweig, ist hier also nicht weiter zu behandeln.

Die Gruppe XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung, umfaßt vom Staat 44,47 und 45,09 v. H. Hierher gehören W 110. Wassergewinnung und -versorgung, W 111. Gasgewinnung und -versorgung, W 112. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung, W 113. Fernheizwerke. Die Elektrizitätsgewinnung (W 112) ist in den Großstädten mit einem Anteil von 33,70 v. H, kaum bedeutender als anderswo. In den übrigen Wirtschaftszweigen sieht es folgendermaßen aus:

W 110. .	29 245	13 809	47,22	11 270	5 577	49,49
W 111. .	108 794	61 507	56,54	40 839	23 717	58,07
W 113. .	27	27	100,00	14	14	100,00

Die hier genannten Fernheizwerke sind eine Spezialität von Berlin, sie kommen vorläufig[1]) sonst nirgends im Staate vor.

Von der Gruppe XXIV. Verwaltung, Heerwesen, Kirche, Freie Berufsarten entfallen auf die Großstädte 43,37 und 45,06 v. H. des Staates. Verhältnismäßig unbedeutend sind die Wirtschaftszweige W 138. Heer und Marine, Heeres- und Marineverwaltung (einschl. Militärlazarette) mit 35,44 v. H., W 139. Kirche, Gottesdienst, Mission, Anstalten und Vereine für religiöse Zwecke mit 26,15 v. H., W 140. Bildung, Erziehung, Unterricht, Büchereien, Wissenschaftliche Institute und Kunstsammlungen mit 33,22 v. H.

[1]) nach dem Stande von 1925.

Wichtiger sind die Großstädte für die übrigen Erwerbszweige W 137. Diplomatie, Reichs-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung, Rechtspflege (soweit in beamteter Stellung) und Strafvollzug, W 141. Rechtsberatung und Interessenvertretung, W 142. Künstler, Privatgelehrte, Schriftsteller, W 143. Theater und Opernhäuser, Musikgewerbe, W 144. Lichtspielwesen, W 145. Rundfunkwesen, W 146. Sportliche Gewerbe, Pferdeverleihung, Schaustellungsgewerbe:

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 137. .	959 616	428 977	44,70	400 683	185 467	46,29
W 141. .	134 818	85 115	63,13	73 605	47 588	64,65
W 142. .	20 778	16 179	77,87	11 653	9 304	79,84
W 143. .	84 663	51 794	61,18	48 680	30 657	62,98
W 144. .	27 720	19 820	71,50	15 843	11 645	73,50
W 145. .	861	791	91,87	506	470	92,89
W 146. .	28 532	16 495	57,81	16 706	9 739	58,30

Wie schon öfter zu beobachten Gelegenheit war, hat auch hier der zahlenmäßig bedeutendste Erwerbszweig (W 137) die verhältnismäßig geringste Bedeutung in den Großstädten, der dem Umfang nach kleinste dagegen (W 145), das damals noch recht neue Rundfunkwesen, fast **nur** Bedeutung in den Großstädten. Sehr wichtig sind hier vor allem noch die eigentlichen freien Berufe (Künstler usw.) und das Lichtspielwesen, von dem doch erst ein recht kleiner Teil außerhalb der Großstädte zu finden ist.

Als letzte Gruppe unter den „vorzugsweise großstädtischen Berufen" ist Gruppe V. Eisen- und Metallgewinnung zu nennen mit einem Staatsanteil von 42,85 und 42,79 v. H. Von den *beiden* zugehörigen Wirtschaftszweigen trägt nur der erste einen einigermaßen großstädtischen Charakter, nämlich W 21. Großeisenindustrie (Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Hammer- und Preßwerke, Eisen- und Stahlgießereien).

W 21 . .	1 037 971	462 547	44,56	429 734	190 771	44,39

Der andere Wirtschaftszweig dagegen, W 22. Metallhütten- und Metallhalbzeugwerke (einschl. Metallgießereien) verfügt nur über 29,26 v. H. der Berufszugehörigen des Staates oder 38 319 von 130 982.

Aus dieser Darstellung ergibt sich also, daß die Großstädte für die einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb der vorzugsweise großstädtischen Berufsgruppen zum größten Teil eine ähnliche oder noch stärkere Bedeutung haben wie für die Gruppen selbst. Im Anschluß daran sollen im folgenden diejenigen Wirtschaftszweige genannt werden, die sich aus den **übrigen** Berufsgruppen durch ihr besonderes Vorkommen *in den Großstädten* herausheben.

Die Gruppe VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren umfaßt als solche nur 29,22 und 30,96 v. H. der Berufszugehörigen des Staates, wichtig ist dagegen in dem *hier* behandelten Sinne ihr Wirtschaftszweig W 26. Klempnerei, Gas- und Wasserinstallationsgewerbe.

W 26 . .	104 106	44 679	42,92	54 059	23 426	43,33

Gruppe X. Textilindustrie ist mit einem Anteil von 27,04 und 26,70 v. H. noch weniger städtisch als die vorige Gruppe; aber auch aus ihr heben sich einige Wirtschaftszweige in dem besprochenen Sinne heraus, W 41. Posamentenherstellung, Bandweberei, -wirkerei und -flechterei, Gummiweberei, -strickerei und wirkerei, W 43. Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, -häkelei und -stickerei, W 44. Textilveredelung und -ausrüstung:

W 41 . .	69 537	48 954	70,40	40 790	29 018	71,14
W 43 . .	23 814	16 823	70,64	17 337	11 667	67,30
W 44 . .	54 395	26 830	49,32	28 636	14 316	49,99

Die beiden erstgenannten Wirtschaftszweige stellen also ziemliche Spezialitäten für die Großstädte dar, wogegen die Bedeutung der Textilveredelung allerdings stark zurücktritt.

Aus der Gruppe XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie mit 26,02 und 28,01 v. H. hebt sich nur der Wirtschaftszweig W 56. Herstellung von Ledertreibriemen und technischen Lederartikeln heraus:

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 56 . .	4 709	2 789	59,23	2 344	1 444	61,60

In der Gruppe XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit einem Anteil von 26,47 und 27,41 v. H. sind zu erwähnen die Wirtschaftszweige W 67. Herstellung von Stöcken, Schirmen und Peitschen, W 68. Herstellung von Blei- und Farbstiften (auch Federhaltern), W 69. Herstellung von Kämmen und Haarschmuck, W 70. Herstellung von Bernstein-, Elfenbein-, Meerschaum-, Horn-, Bein-, Perlmutterwaren und Waren aus ähnlichen Stoffen, W 73. Korkindustrie:

W 67 . .	17 157	7 103	41,41	10 391	4 642	44,67
W 68 . .	710	471	66,34	430	312	72,56
W 69 . .	4 212	1 693	40,19	2 465	1 154	46,82
W 70 . .	10 952	4 868	44,45	6 822	3 357	49,21
W 73 . .	2 244	979	43,63	1 283	585	45,60

Hier spielt die Herstellung von Blei- und Farbstiften, wenn auch von bescheidenem Umfange, verhältnismäßig eine größere Rolle.

Gruppe XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe umfaßt von den Berufszugehörigen des Staates 32,70 und 34,25 v. H. Zu nennen sind hier die Wirtschaftszweige W 79. Herstellung von Keks, Zwieback, Waffeln und Lebkuchen, W 82. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konfitürenindustrie, W 84. Fischindustrie, W 89. Kaffeerösterei und Kaffeersatzherstellung, W 90. Mälzerei und Brauerei, Eisgewinnung, W 93. Herstellung von Zigaretten:

W 79 . .	8 934	4 118	46,09	5 741	2 692	46,89
W 82 . .	72 540	42 500	58,59	47 898	29 073	60,70
W 84 . .	8 800	4 160	47,27	5 003	2 468	49,33
W 89 . .	12 153	6 369	52,41	6 468	3 572	55,23
W 90 . .	112 229	57 603	51,33	49 016	26 237	53,53
W 93 . .	26 924	21 747	80,77	18 593	15 085	81,13

Der unbestritten großstädtische Zweig der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist also die Zigarettenindustrie, von der nur $^{1}/_{5}$ außerhalb der Großstädte vorkommt; von erheblicherer Bedeutung ist noch die Kakao- und Schokoladenindustrie usw.

Die Berufszugehörigen der Gruppe XVIII. Baugewerbe (einschließlich der Baunebengewerbe) machen 28,86 und 30,71 v. H. des Staates aus. Ihr wichtigster und dem Umfang nach größter Wirtschaftszweig W 108. Hoch-, Eisenbeton- und Tiefbau (einschließlich der Baunebengewerbe) bringt es mit 636 686 großstädtischen Berufszugehörigen von 2 266 542 im Staat nur auf einen Anteil von 28,09 v. H. Die Zahlen für die beiden anderen Wirtschaftszweige W 107. Bauingenieur-, Architektur- und Vermessungsbüros, W 109. Schornsteinfegergewerbe und Reinigung von Gebäuden und Wohnungen sind folgende:

W 107 . .	39 300	24 622	62,65	18 498	11 922	64,45
W 109 . .	23 506	10 917	46,44	10 605	5 166	48,71

In besonderem Sinne als großstädtisch ist also auch nur der erstgenannte Wirschaftszweig anzusprechen.

In der Gruppe XXII. Verkehrswesen mit einem Anteil von 35,74 und 40,57 v. H. sind die Großstädte für folgende 5 Wirtschaftszweige (von insgesamt 10) von besonderer Bedeutung:

Die Papiererzeugung selbst in W 50 hat in den Großstädten so gut wie gar keine Bedeutung; ihre 15 631 großstädtischen Berufszugehörigen umfassen nämlich nur 12,23 v. H. der 127 828 Personen im Staat. Anders bei den übrigen Erwerbszweigen.

Infolge des Ausfalles der Papiererzeugung liegt also der Anteil sämtlicher anderen Zweige mehr oder weniger stark über dem Gruppendurchschnitt, am wenigsten noch bei der Photographie und der Papierveredelung. Ein ganz ausgesprochener großstädtischer Erwerbszweig ist aber nach den angegebenen Zahlen die Schriftgießerei, von der nur 1/5 außerhalb der Großstädte anzutreffen ist. Das Druckereigewerbe dagegen hat in den kleineren Orten schon etwas mehr Fuß gefaßt.

In der Gruppe XVII. Bekleidungsgewerbe sind in den Großstädten 47,17 v. H. der Berufszugehörigen und 49,78 v. H. der Erwerbstätigen des Staates vereinigt. Die Zahl der einzelnen Erwerbszweige ist hier mit 12 recht groß: W 95. Schneiderei und Kleiderherstellung, W 96. Näherei und Hilfsgewerbe der Kleider- und Wäscheherstellung, W 97. Wäscheherstellung (einschl. Schürzenherstellung), W 98. Kürschnerei und Rauchwarenzurichtung, W 99. Mützenmacherei, W 100. Hutmacherei und Putzmacherei (einschl. Strohhutmacherei), W 101. Herstellung von künstlichen Blumen und Putzfedern, Perückenmacherei und Menschenhaarverarbeitung, W 102. Herstellung von Korsetten und Binden, W 103. Herstellung von Krawatten, Gürteln und Hosenträgern, W 104. Handschuhmacherei, W. 105. Schuhmacherei und Schuhindustrie, W 106. Reinigung und Wiederaufarbeitung von Textilerzeugnissen (einschl. Zurichtung und Reinigung von Bettfedern und Pflanzendaunen):

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 95 . .	726 996	388 688	53,46	481 157	266 149	55,31
W 96 . .	65 958	30 782	46,67	58 221	26 791	46,02
W 97 . .	86 463	49 001	56,67	72 229	40 216	55,68
W 98 . .	22 535	12 319	54,67	14 232	8 219	57,75
W 99 . .	7 396	5 854	79,15	5 061	4 082	80,66
W 100. .	73 080	34 511	47,22	58 605	28 644	48,88
W 101. .	6 553	4 763	72,68	5 062	3 750	74,08
W 102. .	4 967	3 774	75,98	4 025	3 064	76,12
W 103. .	9 049	7 739	85,52	6 766	5 817	85,97
W 106. .	53 171	32 005	60,19	40 082	24 356	60,77

Von den beiden in der Übersicht fehlenden Wirtschaftszweigen ist W 104. Handschuhmacherei nicht nur absolut ziemlich unbedeutend — 1 215 Berufszugehörige in den Großstädten; 7 160 im Staat —, sondern auch in den Großstädten sehr selten: Der Staatsanteil beträgt nur 16,97 v. H. W 105. Schuhmacherei dagegen nimmt zwar in den Großstädten auch nur 29,62 v. H. des Staates ein, ist aber der Zahl der Beteiligten nach recht wichtig: 116 698 in den Großstädten, 393 946 im Staat. Im übrigen kommen die dem Umfang nach kleinsten, meist mit Spezialartikeln beschäftigten Wirtschaftszweige in den Großstädten am häufigsten vor; am auffälligsten ist dies bei W 103. Herstellung von Kravatten usw., von dem nur 1/7 außerhalb der Großstädte liegt.

Bei einigen der genannten Wirtschaftszweige fällt übrigens der geringe Unterschied zwischen der Zahl der Berufszugehörigen und der der Erwerbstätigen auf, ein Zeichen, daß in diesen Zweigen vorwiegend jüngere und ledige Arbeitskräfte tätig sind; es handelt sich vor allem um die Näherei (W 96), die Wäscheherstellung (W 97), die Hutmacherei und Putzmacherei (W 100), die Herstellung von künstlichen Blumen usw. (W 101).

Von den übrigen Berufsgruppen, die oben als „vorzugsweise großstädtische Berufe“ bezeichnet waren, sollen im folgenden nur noch die Wirtschaftszweige mit einem ziemlich bedeutenden Staatsanteil ausführlich behandelt, die anderen dagegen nur kurz erwähnt werden.

Gruppe XXV. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe einschl. Wohlfahrtspflege nimmt vom Staat 46,22 und 46,30 v. H. ein. Die über dem Durchschnitt liegenden Erwerbszweige sind folgende: W 149. Bade- und Schwimmanstalten, Massage, W 151. Rettungswesen, Unfallstationen, Erste Hilfe, Krankenbeförderung, W 154. Desinfektionswesen und Schädlingsbekämpfung, W 155. Straßenreinigung, Kanalisation, Müllabfuhr und Bedürfnisanstalten, W 156. Leichen- und Bestattungswesen, W 157. Wohlfahrtspflege und soziale Fürsorge.

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 149. .	10 815	5 819	53,80	5 619	3 125	55,61
W 151. .	16 829	14 080	83,67	5 920	4 992	84,32
W 154. .	2 428	1 474	60,71	979	617	63,02
W 155. .	31 864	24 395	76,56	12 442	9 604	77,19
W 156. .	17 368	9 662	55,63	7 818	4 405	56,34
W 157. .	50 274	23 397	46,54	40 654	18 672	45,93

Ganz besonders großstädtische Berufe sind danach das Rettungswesen usw. sowie die Straßenreinigung usw., von denen nur 1/6 und 1/4 auch in kleineren Gemeinden vorkommen. Verhältnismäßig am unbedeutendsten in den Großstädten ist von diesen Berufszweigen noch die Wohlfahrtspflege, ein Zeichen, daß die soziale Not mehr und mehr auch in den kleineren Orten behördliche und andere Organisationen zu ihrer Linderung hervorruft.

Für die übrigen Wirtschaftszweige sei nur der Staatsanteil der Berufszugehörigen genannt: W 147. Krankenanstalten, Heil- und Pflegeanstalten, Siechenheime 41,76 v. H., W 148. Offene Krankenpflege und Fürsorge gesundheitlicher Art 44,14 v. H., W 150. Barbiergewerbe 44,37 v. H., W 152. Veterinärwesen, Schlachtvieh- und Fleischbeschau, Abdeckerei 14,28 v. H.; der letztgenannte Erwerbszweig steht also nach seiner in den Großstädten ganz geringen Bedeutung in scharfem Gegensatz zu allen vorhergehenden, deren Anteil nur wenig unter dem Gruppendurchschnitt liegt; W 153. Apotheken 40,11 v. H.

Die Gruppe XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe enthält nur einen Wirtschaftszweig, ist hier also nicht weiter zu behandeln.

Die Gruppe XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung, umfaßt vom Staat 44,47 und 45,09 v. H. Hierher gehören W 110. Wassergewinnung und -versorgung, W 111. Gasgewinnung und -versorgung, W 112. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung, W 113. Fernheizwerke. Die Elektrizitätsgewinnung (W 112) ist in den Großstädten mit einem Anteil von 33,70 v. H, kaum bedeutender als anderswo. In den übrigen Wirtschaftszweigen sieht es folgendermaßen aus:

W 110. .	29 245	13 809	47,22	11 270	5 577	49,49
W 111. .	108 794	61 507	56,54	40 839	23 717	58,07
W 113. .	27	27	100,00	14	14	100,00

Die hier genannten Fernheizwerke sind eine Spezialität von Berlin, sie kommen vorläufig[1]) sonst nirgends im Staate vor.

Von der Gruppe XXIV. Verwaltung, Heerwesen, Kirche, Freie Berufsarten entfallen auf die Großstädte 43,3[illegible] und 45,06 v. H. des Staates. Verhältnismäßig unbedeutend sind die Wirtschaftszweige W 138. Heer und Marine, Heeres- und Marineverwaltung (einschl. Militärlazarette) mit 35,44 v. H., W 139. Kirche, Gottesdienst, Mission, Anstalten und Vereine für religiöse Zwecke mit 26,15 v. H., W 140. Bildung, Erziehung, Unterricht, Büchereien, Wissenschaftliche Institute und Kunstsammlungen mit 33,22 v. H.

[1]) nach dem Stande von 1925.

Wichtiger sind die Großstädte für die übrigen Erwerbszweige W 137. Diplomatie, Reichs-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung, Rechtspflege (soweit in beamteter Stellung) und Strafvollzug, W 141. Rechtsberatung und Interessenvertretung, W 142. Künstler, Privatgelehrte, Schriftsteller, W 143. Theater und Opernhäuser, Musikgewerbe, W 144. Lichtspielwesen, W 145. Rundfunkwesen, W 146. Sportliche Gewerbe, Pferdeverleihung, Schaustellungsgewerbe:

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 137. .	959 616	428 977	44,70	400 683	185 467	46,29
W 141. .	134 818	85 115	63,13	73 605	47 588	64,65
W 142. .	20 778	16 179	77,87	11 653	9 304	79,84
W 143. .	84 663	51 794	61,18	48 680	30 657	62,98
W 144. .	27 720	19 820	71,50	15 843	11 645	73,50
W 145. .	861	791	91,87	506	470	92,89
W 146. .	28 532	16 495	57,81	16 706	9 739	58,30

Wie schon öfter zu beobachten Gelegenheit war, hat auch hier der zahlenmäßig bedeutendste Erwerbszweig (W 137) die verhältnismäßig geringste Bedeutung in den Großstädten, der dem Umfang nach kleinste dagegen (W 145), das damals noch recht neue Rundfunkwesen, fast nur Bedeutung in den Großstädten. Sehr wichtig sind hier vor allem noch die eigentlichen freien Berufe (Künstler usw.) und das Lichtspielwesen, von dem doch erst ein recht kleiner Teil außerhalb der Großstädte zu finden ist.

Als letzte Gruppe unter den „vorzugsweise großstädtischen Berufen" ist Gruppe V. Eisen- und Metallgewinnung zu nennen mit einem Staatsanteil von 42,85 und 42,79 v. H. Von den beiden zugehörigen Wirtschaftszweigen trägt nur der erste einen einigermaßen großstädtischen Charakter, nämlich W 21. Großeisenindustrie (Hochöfen, Stahl- und Walzwerke, Hammer- und Preßwerke, Eisen- und Stahlgießereien).

W 21 . .	1 037 971	462 547	44,56	429 734	190 771	44,39

Der andere Wirtschaftszweig dagegen, W 22. Metallhütten- und Metallhalbzeugwerke (einschl. Metallgießereien) verfügt nur über 29,26 v. H. der Berufszugehörigen des Staates oder 38 319 von 130 982.

Aus dieser Darstellung ergibt sich also, daß die Großstädte für die einzelnen Wirtschaftszweige innerhalb der vorzugsweise großstädtischen Berufsgruppen zum größten Teil eine ähnliche oder noch stärkere Bedeutung haben wie für die Gruppen selbst. Im Anschluß daran sollen im folgenden diejenigen Wirtschaftszweige genannt werden, die sich aus den übrigen Berufsgruppen durch ihr besonderes Vorkommen in den Großstädten herausheben.

Die Gruppe VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren umfaßt als solche nur 29,22 und 30,96 v. H. der Berufszugehörigen des Staates, wichtig ist dagegen in dem hier behandelten Sinne ihr Wirtschaftszweig W 26. Klempnerei, Gas- und Wasserinstallationsgewerbe.

W 26 . .	104 106	44 679	42,92	54 059	23 426	43,33

Gruppe X. Textilindustrie ist mit einem Anteil von 27,04 und 26,70 v. H. noch weniger städtisch als die vorige Gruppe; aber auch aus ihr heben sich einige Wirtschaftszweige in dem besprochenen Sinne heraus, W 41. Posamentenherstellung, Bandweberei, -wirkerei und -flechterei, Gummiweberei, -strickerei und wirkerei, W 43. Gardinenherstellung, Spitzen- und Tüllweberei, -häkelei und -stickerei, W 44. Textilveredelung und -ausrüstung:

W 41 . .	69 537	48 954	70,40	40 790	29 018	71,14
W 43 . .	23 814	16 823	70,64	17 337	11 667	67,30
W 44 . .	54 395	26 830	49,32	28 636	14 316	49,99

Die beiden erstgenannten Wirtschaftszweige stellen also ziemliche Spezialitäten für die Großstädte dar, wogegen die Bedeutung der Textilveredelung allerdings stark zurücktritt.

Aus der Gruppe XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie mit 26,02 und 28,01 v. H. hebt sich nur der Wirtschaftszweig W 56. Herstellung von Ledertreibriemen und technischen Lederartikeln heraus:

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 56 . .	4 709	2 789	59,23	2 344	1 444	61,60

In der Gruppe XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe mit einem Anteil von 26,47 und 27,41 v. H. sind zu erwähnen die Wirtschaftszweige W 67. Herstellung von Stöcken, Schirmen und Peitschen, W 68. Herstellung von Blei- und Farbstiften (auch Federhaltern), W 69. Herstellung von Kämmen und Haarschmuck, W 70. Herstellung von Bernstein-, Elfenbein-, Meerschaum-, Horn-, Bein-, Perlmutterwaren und Waren aus ähnlichen Stoffen, W 73. Korkindustrie:

W 67 . .	17 157	7 108	41,43	10 391	4 642	44,67
W 68 . .	710	471	66,34	430	312	72,56
W 69 . .	4 212	1 693	40,19	2 465	1 154	46,82
W 70 . .	10 952	4 868	44,45	6 822	3 357	49,21
W 73 . .	2 244	979	43,63	1 283	585	45,60

Hier spielt die Herstellung von Blei- und Farbstiften, wenn auch von bescheidenem Umfange, verhältnismäßig eine größere Rolle.

Gruppe XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe umfaßt von den Berufszugehörigen des Staates 32,70 und 34,25 v. H. Zu nennen sind hier die Wirtschaftszweige W 79. Herstellung von Keks, Zwieback, Waffeln und Lebkuchen, W 82. Kakao-, Schokoladen-, Zuckerwaren- und Konfitürenindustrie, W 84. Fischindustrie, W 89. Kaffeerösterei und Kaffeersatzherstellung, W 90. Mälzerei und Brauerei, Eisgewinnung, W 93. Herstellung von Zigaretten:

W 79 . .	8 934	4 118	46,09	5 741	2 692	46,89
W 82 . .	72 540	42 500	58,59	47 898	29 073	60,70
W 84 . .	8 800	4 160	47,27	5 003	2 468	49,33
W 89 . .	12 153	6 369	52,41	6 468	3 572	55,23
W 90 . .	112 229	57 603	51,33	49 016	26 237	53,53
W 93 . .	26 924	21 747	80,77	18 593	15 085	81,13

Der unbestritten großstädtische Zweig der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist also die Zigarettenindustrie, von der nur $^1/_5$ außerhalb der Großstädte vorkommt; von erheblicherer Bedeutung ist noch die Kakao- und Schokoladenindustrie usw.

Die Berufszugehörigen der Gruppe XVIII. Baugewerbe (einschließlich der Baunebengewerbe) machen 28,86 und 30,71 v. H. des Staates aus. Ihr wichtigster und dem Umfang nach größter Wirtschaftszweig W 108. Hoch-, Eisenbeton- und Tiefbau (einschließlich der Baunebengewerbe) bringt es mit 636 686 großstädtischen Berufszugehörigen von 2 266 542 im Staat nur auf einen Anteil von 28,09 v. H. Die Zahlen für die beiden anderen Wirtschaftszweige W 107. Bauingenieur-, Architektur- und Vermessungsbüros, W 109. Schornsteinfegergewerbe und Reinigung von Gebäuden und Wohnungen sind folgende:

W 107 . .	39 300	24 622	62,65	18 498	11 922	64,45
W 109 . .	23 506	10 917	46,44	10 605	5 166	48,71

In besonderem Sinne als großstädtisch ist also auch nur der erstgenannte Wirschaftszweig anzusprechen.

In der Gruppe XXII. Verkehrswesen mit einem Anteil von 35,74 und 40,57 v. H. sind die Großstädte für folgende 5 Wirtschaftszweige (von insgesamt 10) von besonderer Bedeutung:

W 129. Post- und Telegraphenwesen, W 132. Straßen-, Berg- Schwebe- und Seilbahnen (auch Hoch- und Untergrundbahnen), W 133. Sonstige Landbeförderung, W 134. Luftverkehr, W 135. Reiseauskunft und -vermittlung:

	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Groß-städten	v. H.	im Staat	in den Groß-städten	v. H.
W 129. .	520 647	250 975	48,20	217 900	118 673	54,46
W 132. .	154 862	121 083	78,19	60 205	47 724	79,27
W 133. .	174 265	95 531	54,82	76 096	42 925	56,41
W 134. .	2 190	1 705	77,85	1 271	1 004	78,99
W 135. .	2 738	2 288	83,56	1 695	1 424	84,01

Auch hier sind, wie oft beobachtet, die „Spezialitäten" Luftverkehr und Reisevermittlung fast ausschließlich großstädtisch; daneben spielt aber auch ein recht umfangreicher Erwerbszweig, die Straßenbahnen usw. (W 132) eine überaus wichtige Rolle in den Großstädten; nur 1/5 der in diesem Erwerbszweig Beschäftigten tat in kleineren Orten Dienst.

Die übrigen Wirtschaftszweige im Verkehr haben folgenden Anteil: W 126. See- und Küstenschiffahrt 28,65 v. H., W 127. Binnenschiffahrt und Flößerei 23,20 v. H, W 128. Küsten-, Kanal- und Hafenwesen (einschl. Schiffsreinigung) 31,47 v. H., W 130. Reichsbahn 27,47 v. H. – an Umfang der bedeutendste Wirtschaftszweig im Verkehr mit 431 596 großstädtischen Berufszugehörigen von 1 571 054 im Staat –, W 131. Eisenbahnwesen (ausschl. Reichsbahn) 11,71 v. H.

In Gruppe XXVI. Häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Berufszugehörigkeit mit 37,22 und 39,06 v. H. Staatsanteil ist hier nur W 159. Häusliche Dienste (soweit nicht unter W 158) zu erwähnen.

W 159. .	293 354	134 569	45,87	244 713	113 311	46,30

b) Die Erwerbstätigen nach dem Geschlecht.

Während bisher in jedem dargestellten Wirtschaftszweige die Erwerbstätigen in den Großstädten und im Staat nur mit ihrer Gesamtzahl, ohne Unterschied des Geschlechts, aufgeführt wurden, sollen im folgenden in denjenigen Wirtschaftszweigen, wo die Anteilzahlen von männlichen und weiblichen Erwerbstätigen ganz verschieden sind, die beiden Geschlechter besonders behandelt werden. Geringfügigere Unterschiede werden hierbei aber nicht berücksichtigt.

Nicht unerheblich ist der Unterschied in W 33. Elektrotechnische Industrie:

	Männliche Erwerbstätige			Weibliche Erwerbstätige		
	im Staat	in den Groß-städten	v. H.	im Staat	in den Groß-städten	v. H.
W 33 . .	222 705	166 128	74,60	75 240	65 264	86,74

Der Staatsanteil der weiblichen Erwerbstätigen, die ein reichliches Viertel der Erwerbstätigen in der Elektrotechnik überhaupt ausmachen (vgl. S. 19), liegt also recht fühlbar über dem allgemeinen Anteil der Erwerbstätigen, der oben mit 77,66 v. H. angegeben war. Während von den männlichen immerhin noch 1/4 der Erwerbstätigen außerhalb der Großstädte vorkommt, ist es bei den weiblichen weniger als 1/4.

Ähnlich, wenn auch etwas geringer, ist der Unterschied in W 75. Herstellung von Streichinstrumenten usw. (vgl. S. 19).

W 75 . .	3 297	2 559	77,62	1 029	870	84,55

Aus der großen Gruppe Handelsgewerbe (XX) ist hier zunächst zu nennen

W 118. .	5 960	3 761	63,10	1 515	1 224	80,79

Die im Immobilienhandel beschäftigten weiblichen Angestellten – denn um solche wird es sich hier fast durchweg handeln – liegen also mit ihrem Anteil ziemlich erheblich über dem Durchschnitt von 66,69 (vgl. S. 19). Mehr den obigen Zahlen entsprechen die Verhältnisse in W 120. Vermittlung, Verwaltung und Beratung:

	Männliche Erwerbstätige			Weibliche Erwerbstätige		
	im Staat	in den Groß-städten	v. H.	im Staat	in den Groß-städten	v. H.
W 120. .	70 878	49 392	69,69	17 785	13 580	76,36,

während der weibliche Anteil sehr viel höher liegt in W 122. Verleihung und Versteigerung, bei einem durchschnittlichen Anteil von 53,67 v. H.:

W 122. .	4 977	2 305	46,31	1 691	1 274	75,34

Innerhalb der Gruppe VII. Maschinenbau usw. finden sich mehrere derartige Unterschiede, die allerdings auch mit einem sehr viel geringeren Umfang der weiblichen Erwerbstätigkeit in den betreffenden Wirtschaftszweigen Hand in Hand gehen:

W 27 . .	413 837	228 761	55,28	31 191	21 236	68,08
W 28 . .	48 409	25 764	53,22	3 808	2 726	71,59
W 29 . .	14 951	9 054	60,56	542	382	70,48
W 30 . .	52 553	26 196	49,85	1 273	780	61,27

Der durchschnittliche Anteil beträgt (vgl. S. 19) im Maschinenbau (27) 56,18, im Kessel- und Apparatebau (28) 54,56, im Eisenbau (29) 60,90, im Schiffbau (30) 50,12 v. H. Die Anzahl der weiblichen Erwerbstätigen ist hier überall ganz besonders gering – sie erreicht nirgends 10 v. H. der Erwerbstätigen überhaupt –; es wird sich wohl überwiegend um kaufmännische Büroangestellte in den großstädtischen Verwaltungen dieser Industriezweige handeln.

In der Papierindustrie bieten die Wirtschaftszweige W 51. Papierveredlung usw. und W 54. Photographisches Gewerbe folgendes Bild:

W 51 . .	33 750	18 171	53,84	31 677	19 622	61,94
W 54 . .	7 237	3 700	51,13	2 911	1 758	60,39

bei einem Durchschnitt von 57,76 und 53,78 v. H. (vgl. S. 19). In der Papierveredlung ist, wie man sieht, die Anzahl der Erwerbstätigen in beiden Geschlechtern etwa gleich groß.

Im Bekleidungsgewerbe überragen die weiblichen Erwerbstätigen fast durchweg ihrer absoluten Zahl nach und in den hier zu nennenden Fällen auch hinsichtlich ihres Staatsanteils die männlichen nicht unerheblich:

W 95. .	204 089	98 830	48,42	277 068	167 319	60,39
W 98. .	8 147	4 379	53,75	6 035	3 840	63,11
W 100. .	11 114	4 460	40,13	47 491	24 184	50,92

In der Schneiderei (95) beträgt zum Vergleich der durchschnittliche Anteil 55,31, in der Kürschnerei (98) 57,75, in der Hutmacherei (100) 48,88 v. H. (vgl. S. 20).

In der Gruppe Gesundheitswesen tritt in diesem Zusammenhang nur der Wirtschaftszweig W 150. Barbiergewerbe hervor

W 150. .	55 893	23 987	42,92	16 203	9 183	56,67

bei einem Durchschnittsanteil von 46,01 v. H. entsprechend 33 170 großstädtischen Erwerbstätigen unter 72 096 im Staat.

In der Elektrizitätsgewinnung und -Versorgung (W 112) spielen überhaupt nur für die weiblichen Erwerbstätigen die Großstädte eine größere Rolle:

W 112. .	51 803	17 472	33,73	3 421	1 620	47,35

Eine anteilsmäßige Überlegenheit der Weiblichen zeigt sich auch in einem anderen hierher gehörigen Wirtschaftszweig, W 110. Wassergewinnung und -Versorgung:

W 110. .	10 843	5 316	49,03	427	261	61,12

Der durchschnittliche Anteil (vgl. S. 20) beträgt hier 34,57 und 49,49 v. H.

Aus der Gruppe XXIV. Verwaltung usw. sind folgende Wirtschaftszweige zu nennen:

	Männliche Erwerbstätige			Weibliche Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 137 . .	365 069	165 397	45,31	35 614	20 070	56,35
W 140 . .	144 847	46 079	31,81	72 261	32 060	44,37
W 141 . .	47 627	29 184	61,28	25 978	18 404	70,84
W 143 . .	32 165	18 449	57,36	16 515	12 208	73,92
W 144 . .	11 287	8 102	71,78	4 556	3 543	77,77

Der Wirtschaftszweig 140. Bildung, Erziehung usw. würde nach seinem durchschnittlichen Anteil, 35,99 v. H., garnicht zu den vorzugsweise großstädtischen Berufen rechnen, wie es für seine weiblichen Erwerbstätigen der Fall ist; zu erklären ist diese Tatsache damit, daß die weiblichen Lehrkräfte sich von jeher mehr in den Städten, besonders den Großstädten, zusammendrängen. Bei den übrigen Wirtschaftszweigen beträgt der durchschnittliche Anteil: W 137. Diplomatie, Reichs- usw. Verwaltung 46,29, W 141. Rechtsberatung 64,65, W 143. Theater und Opernhäuser 62,98, W 144. Lichtspielwesen 73,50 v. H.

In Gruppe VI. Herstellung von Eisen- und Metallwaren sind die Großstädte für die Wirtschaftszweige W 23. Herstellung von Eisenwaren usw. sowie W 25. Schlosserei nur wegen der weiblichen Erwerbstätigen von Bedeutung:

W 23 . .	270 842	82 162	30,34	62 219	25 785	41,44
W 25 . .	95 479	34 534	36,17	1 452	659	45,39

Die Anzahl der Weiblichen ist hier allerdings in dem zweiten Falle ganz besonders gering.

Hinsichtlich des Anteils der weiblichen Erwerbstätigen gilt dasselbe für den Wirtschaftszweig W 62. Herstellung von Möbeln usw.

W 62 . .	259 624	79 607	30,66	7 169	3 090	43,10

Im übrigen sind aus der Gruppe XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe anzuführen W 66. Herstellung von Turn- und Sportgeräten (durchschnittlicher Anteil 42,44 v. H.), W 67. Herstellung von Stöcken, Schirmen und Peitschen (44,67 v. H.), W 68. Herstellung von Blei- und Farbstiften (72,56), W 69. Herstellung von Kämmen und Haarschmuck (46,82), W 70. Herstellung von Bernsteinwaren usw. (49,21), W 73. Korbindustrie (45,60 v. H.), also ein Wirtschaftszweig mehr als oben auf S. 21.

W 66 . .	4 437	1 871	42,17	160	80	50,00
W 67 . .	5 795	2 060	35,55	4 596	2 582	56,18
W 68 . .	233	159	68,24	197	153	77,66
W 69 . .	1 488	561	37,70	977	593	60,70
W 70 . .	4 167	1 770	42,48	2 655	1 587	59,77
W 73 . .	812	334	41,13	471	251	53,29

Aus der ganzen großen Gruppe XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ist nur der Wirtschaftszweig W 91. Herstellung von Wein, Branntwein usw. anzuführen, auch dieser lediglich wegen der weiblichen Erwerbstätigen:

W 91 . .	27 451	10 877	39,62	7 129	3 563	49,98

Der durchschnittliche Anteil beträgt hier bei 14 440 großstädtischen Erwerbstätigen von 34 580 im Staat 41,76 v. H.

Desgleichen ist der wichtigste Zweig des Baugewerbes W 108. Hoch- und Tiefbau usw. nur mit Rücksicht auf die weiblichen Erwerbstätigen zu erwähnen, da die 297 226 Erwerbstätigen in den Großstädten von 994 264 im Staat nur 29,89 v. H. ausmachen.

W 108 . .	975 663	288 586	29,58	18 601	8 640	46,45

Aber auch die beiden anderen Zweige des Baugewerbes W 107. Bauingenieurbüros mit einem durchschnittlichen Anteil von 64,45 und W 109. Schornsteinfegergewerbe und Reinigung usw. mit einem solchen von 48,71 v. H. zeigen einen verhältnismäßigen Vorrang der weiblichen Erwerbstätigen:

	Männliche Erwerbstätige			Weibliche Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 107 . .	16 300	10 258	62,93	2 198	1 664	75,71
W 109 . .	9 869	4 511	45,71	736	655	88,99

Auch im Verkehrswesen (Gruppe XXII) spielen im Wirtschaftszweig W 130. Reichsbahn nur die weiblichen Erwerbstätigen eine gewisse Rolle in den Großstädten, da sein Anteil im allgemeinen bei 152 065 großstädtischen Erwerbstätigen von 496 256 im Staate nur 30,64 v. H. ausmacht.

W 130 . .	488 072	148 087	30,34	8 184	3 978	48,61

Im übrigen ist hier W 129. Post- und Telegraphenwesen mit einem durchschnittlichen Anteil von 54,46 v. H. zu erwähnen.

W 129 . .	172 413	88 992	51,62	45 487	29 681	65,25

Der Wirtschaftszweig W 159. Häusliche Dienste (soweit nicht unter 158) endlich zeigt ebenfalls eine Überlegenheit der weiblichen Erwerbstätigen bei einem durchschnittlichen Anteil von 46,30 v. H.:

W 159 . .	22 939	8 307	36,21	221 774	105 004	47,35

Von den nicht eigentlich Erwerbstätigen aus der Gruppe XXVII. Ohne Beruf und Berufsangabe sind die von Unterstützung Lebenden usw. des Wirtschaftszweiges W 162 zu erwähnen, deren durchschnittlicher Anteil bei 43 013 großstädtischen Personen unter 107 257 im Staate 40,10 v. H. beträgt:

W 162 . .	29 650	10 808	36,45	77 607	32 205	41,50

Die eben aufgeführten 42 Wirtschaftszweige haben das gemeinsam, daß bei ihnen der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen (am Staat) mehr oder minder erheblich größer ist als der der männlichen. Im folgenden werden nun die 11 Fälle behandelt, in denen der Anteil der männlichen Erwerbstätigen den der weiblichen überragt.

In Anlehnung an die obige Reihenfolge ist zunächst aus dem Handelsgewerbe (Gruppe XX) der Wirtschaftszweig W 116. Buchhandel usw. (durchschnittlicher Anteil 59,32 v. H.) zu nennen:

W 116 . .	14 143	8 773	62,03	8 874	4 881	55,00

Selbst in einigen Zweigen des Bekleidungsgewerbes (Gruppe XVII), in dem an sich absolut und relativ die weiblichen Erwerbstätigen die größte Rolle spielen, treten die männlichen anteilsmäßig stärker hervor, wobei allerdings ihre Anzahl zum Teil sehr stark hinter der der weiblichen zurückbleibt; es handelt sich um die Wirtschaftszweige W 96. Näherei usw. (durchschnittlicher Anteil 46,02 v. H.), W 97. Wäscheherstellung (55,68 v. H.), W 106. Reinigung und Wiederaufarbeitung usw. (60,77):

W 96 . .	1 162	777	66,87	57 059	26 014	45,59
W 97 . .	9 188	5 921	64,44	63 041	34 295	54,40
W 106 . .	8 423	5 683	67,47	31 659	18 673	58,98

In der Gruppe XXV. Gesundheitswesen usw. treten hervor die Wirtschaftszweige W 148. Offene Krankenpflege usw. (durchschnittlicher Anteil 44,92 v. H.), W 155. Straßenreinigung (77,19 v. H.), W 156. Leichen- und Bestattungswesen (56,34 v. H.):

W 148 . .	40 769	20 024	49,12	33 253	13 227	39,78
W 155 . .	11 548	8 984	77,80	894	620	69,35
W 156 . .	5 939	3 476	58,53	1 879	929	49,44

Von der Gruppe X. Textilindustrie gilt ähnliches wie von Gruppe XVII; auch hier sind drei Wirtschaftszweige mit

überwiegendem männlichem Staatsanteil anzuführen, W 40. Teppich- und Möbelstoffindustrie (durchschnittlicher Anteil 37,23 v. H.), W 43. Gardinenherstellung usw. (67,30 v. H.), W 49. Andere Zweige der Textilindustrie (38,54 v. H):

	Männliche Erwerbstätige			Weibliche Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H.	im Staat	in den Großstädten	v. H.
W 40 . .	5 468	2 275	41,61	4 158	1 309	31,48
W 43 . .	4 740	4 053	85,51	12 597	7 614	60,44
W 49 . .	950	414	43,58	464	131	28,23

Für die Teppichindustrie sind die Großstädte also nur wegen der männlichen Erwerbstätigen von einiger Bedeutung.

Schließlich ist aus Gruppe XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe nur noch Wirtschaftszweig W 90 mit einem durchschnittlichen Anteil von 53,53 v. H. zu erwähnen:

W 90 . .	45 013	24 464	54,35	4 003	1 773	44,29

Was das Zahlenverhältnis zwischen den hier behandelten männlichen und weiblichen Erwerbstätigen angeht, so fällt ein ziemlich deutlicher Unterschied zwischen den Fällen, wo der weibliche Staatsanteil überwiegt, und denen, wo der männliche überwiegt, ins Auge. Von den 42 Fällen mit größerem weiblichen Anteil ist in 34 Fällen die Zahl der großstädtischen weiblichen Erwerbstätigen geringer als die der männlichen, nur in 8 Fällen ist sie größer, nämlich in der Papierveredlung (51), Schneiderei (95), Hutmacherei (100), Korsettherstellung (102), Herstellung von Stöcken, Schirmen und Peitschen (67), Herstellung von Kämmen und Haarschmuck (69), in den Häuslichen Diensten (159) und bei den von Unterstützung Lebenden (162). In den weitaus überwiegenden Fällen entspricht also das Ergebnis der bereits öfter festgestellten Regel, daß der größte Staatsanteil mit einem zahlenmäßig geringeren Vorkommen Hand in Hand geht.

Von den 11 Fällen mit größerem männlichen Anteil ist dagegen in 7 Fällen die Zahl der männlichen Erwerbstätigen größer als die der weiblichen, nur in 4 Fällen ist sie niedriger, nämlich in allen drei Zweigen des Bekleidungsgewerbes und in der Gardinenherstellung (43). Die Dinge liegen also hinsichtlich der männlichen Erwerbstätigen ziemlich genau umgekehrt wie bei den weiblichen.

Wenn wir die Wirtschaftszweige, bei denen der Anteil der großstädtischen Erwerbstätigen an denen des Staates höher liegt als 40 v. H., ebenfalls als vorzugsweise großstädtische Berufe zusammenfassen [1]), so erhalten wir in 87 Wirtschaftszweigen (einschließlich der Wirtschaftszweige W 125 und 136 gleich den Gruppen XXI. Versicherung und XXIII. Gastwirtschaft). 3 730 148 Erwerbstätige in vorzugsweise großstädtischen Berufen, das sind 54,44 v. H. der im ganzen Staat vorkommenden 6 851 873 Erwerbstätigen dieser Berufe. Der durchschnittliche Anteil dieser großstädtischen Berufe liegt also nicht sehr erheblich über dem für die Städte überhaupt erforderlichen Anteil von etwa 40 v. H. (genau 38,18 v. H.). Um einen weiteren Anhalt für die Bedeutung dieser großstädtischen Berufe zu gewinnen, ermitteln wir für alle in Betracht kommenden Wirtschaftszweige die Anzahl der Erwerbstätigen, die jeweils dem 40 v. H. überschießenden Anteilssatz entspricht, oder, was dasselbe ist, für die 87 Wirtschaftszweige insgesamt die Anzahl der Erwerbstätigen, die einem Staatsanteil von 54,44 – 38,18 = 16,26 v. H. entspricht. Das sind 1 114 115 oder 19,7 v. H. aller großstädtischen Erwerbstätigen überhaupt. Dieses Fünftel der großstädtischen Erwerbstätigen stellt gewissermaßen den Teil dar, der nur in den Großstädten seine Daseinsberechtigung hat, durch den sie besonders charakterisiert werden.

c) Die wichtigsten Wirtschaftszweige.

Im Anschluß an diese Feststellungen sollen im folgenden diejenigen Wirtschaftszweige besonders dargestellt werden, deren Hauptvorkommen sich auf eine möglichst geringe Zahl von Großstädten beschränkt, in denen sie im Vergleich zur Einwohnerzahl eine besonders wichtige Rolle spielen. Es handelt sich hierbei um alle Wirtschaftszweige, von denen mindestens 80 v. H. der Erwerbstätigen (des Staates) in höchstens 5 (soviel nur in einem einzigen Fall, sonst 1 bis 4) Großstädten vorkommen, und zwar so, daß diese Großstädte höchstens 50 v. H. der Einwohner aller Großstädte umfassen. Diese Wirtschaftszweige sind im folgenden einzeln aufgeführt, und zwar in der Reihenfolge des Einwohneranteils, mit dem niedrigsten beginnend:

[1]) Vgl. oben S. 19.

Wirtschaftszweige	Anteil der Erwerbstätigen v. H.	in Großstädten		Anteil der Einwohner v. H.
		Zahl	Name	
1. W 41. Posamentenherstellung	84,80	2	Barmen, Elberfeld	3,09
2. W 30. Schiffbau	87,24	3	Kiel, Stettin, Altona	5,70
3. W 113. Fernheizwerke	100,00	1	Berlin	35,10
4. W 101. Herstellung von künstlichen Blumen	84,37	1	Berlin	35,10
5. W 69. Herstellung von Kämmen	90,90	2	Berlin, Krefeld	36,24
6. W 74. Klavierbau	83,58	2	Berlin, Barmen	36,73
7. W 134. Luftverkehr	80,78	2	Berlin, Königsberg	37,54
8. W 103. Herstellung von Krawatten	84,20	3	Berlin, Krefeld, Barmen	37,87
9. W 68. Herstellung von Bleistiften	88,78	3	Berlin, Altona, Elberfeld	38,18
10. W 40. Teppichindustrie [1])	85,77	3	Berlin, Barmen, Elberfeld	38,19
11. W 75. Herstellung von Streichinstrumenten	82,44	2	Berlin, Hannover	38,79
12. W 52. Schriftgießerei	80,20	2	Berlin, Frankfurt	39,18
13. W 145. Rundfunkwesen	85,53	2	Berlin, Breslau	39,96
14. W 44. Textilveredlung	82,77	5	Krefeld, Barmen, Berlin, Elberfeld, M.-Gladbach	40,34
15. W 99. Mützenmacherei	82,29	2	Berlin, Köln	41,21
16. W 33. Elektrotechnische Industrie	80,45	2	Berlin, Köln	41,21
17. W 70. Herstellung von Bernsteinwaren	88,03	3	Berlin, Hannover, Königsberg	41,23
18. W 66. Herstellung von Turngeräten	82,57	4	Berlin, Frankfurt, Kiel, Hagen	41,91
19. W 84. Fischindustrie	81,97	4	Altona, Berlin, Kiel, Hannover	42,27
20. W 43. Gardinenherstellung	81,61	4	Berlin, Barmen, Breslau, Elberfeld	43,05
21. W 59. Herstellung von Kautschukwaren	87,33	3	Hannover, Berlin, Köln	44,89
22. W 60. Herstellung von Asbestwaren	85,38	4	Berlin, Frankfurt, Dortmund, Hannover	45,67
23. W 98. Kürschnerei	81,46	3	Berlin, Breslau, Köln	46,06
24. W 102. Herstellung von Korsetten	80,52	4	Berlin, Köln, Frankfurt, Barmen	46,91
25. W 121. Markt- und Messewesen	85,59	4	Berlin, Köln, Frankfurt, Königsberg	47,72
26. W 142. Künstler, Privatgelehrte	80,54	4	Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Köln	49,06
27. W 93. Herstellung von Zigaretten	80,38	4	Berlin, Breslau, Köln, Hannover	49,75

[1]) nur männliche Erwerbstätige.

Die Städte sind in der vorstehenden Übersicht bei den einzelnen Erwerbszweigen nach der Anzahl der in ihnen vorkommenden Erwerbstätigen geordnet. Wie man sieht, ist mit Ausnahme der beiden ersten Fälle Berlin in allen genannten Wirtschaftszweigen vertreten, und zwar meist an erster Stelle. Da seine Einwohnerzahl allein 35,10 v. H. derjenigen aller preußischen Großstädte ausmacht, ist die Höhe der Anteilzahlen der weiterhin genannten Städteverbindungen (36,24 bis 49,75) trotz der an sich sehr geringen Anzahl der beteiligten Städte ohne weiteres verständlich. Aber auch in den letzten Fällen, wo der Einwohneranteil nahe an 50 v. H. heranreicht, ist die Häufung der Erwerbstätigen in wenigen Städten noch intensiv genug, da sie der Voraussetzung gemäß immer über 80 v. H. der gesamten Erwerbstätigen in Großstädten ausmacht. Durchschnittlich ist der Anteil der Erwerbstätigen der aufgeführten Erwerbszweige doppelt so groß wie der Anteil der Einwohner der betreffenden Städte (80 : 40).

War für die bisherige Betrachtung der Wirtschaftszweige der mehr oder minder große A n t e i l der in allen oder einzelnen Großstädten vorkommenden Erwerbstätigen und Berufszugehörigen an der Gesamtzahl dieser Personen maßgebend, so sollen im folgenden noch die Wirtschaftszweige besonders behandelt werden, die sich durch eine absolut große Zahl von Beteiligten auszeichnen, gleichgültig, ob die Großstädte von ihnen einen besonders großen Staatsanteil umfassen oder nicht. Bei den Berufsgruppen (S. 16 ff.) hatten wir in diesem Sinne als die „wichtigsten großstädtischen Berufe" diejenigen bezeichnet, für die der Anteil der Erwerbstätigen mehr als 3 v. H. der großstädtischen Erwerbstätigen überhaupt betrug. Hier bei den Wirtschaftszweigen wollen wir diejenigen als wichtig genug ansehen, bei denen die Zahl der Berufszugehörigen mindestens 100 000 beträgt, also beinahe 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung. Ausnahmsweise wird auch der Wirtschaftszweig W 160 mit aufgenommen, weil in ihm die großstädtischen Erwerbstätigen sowohl insgesamt wie bei beiden Geschlechtern mehr als 1 v. H. der gesamten Erwerbstätigen ausmachen, wenn auch die Zahl für die Berufszugehörigen unter 1 v. H. liegt. Während bei den Erwerbstätigen nur die Berufsabteilungen A bis F (Wirtschaftszweige 1 bis 160) berücksichtigt sind, ist für die Berufszugehörigen die Gesamtbevölkerung (Abteilungen A bis G oder Wirtschaftszweige 1 bis 166) herangezogen worden, sodaß hier mit dem Wirtschaftszweig 161 noch ein weiterer Fall zu nennen ist.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige						Berufszugehörige	
	männlich		weiblich		zusammen		überhaupt	v. H. der Ges.-Bev.
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.		
W 6 .	184 249	4,77	1 379	0,08	185 628	3,29	525 034	4,58
W 21 .	183 806	4,76	6 965	0,39	190 771	3,38	462 547	4,03
W 23 .	82 162	2,13	25 785	1,45	107 947	1,91	188 628	1,65
W 27 .	228 761	5,92	21 236	1,19	249 997	4,43	485 719	4,24
W 31 .	54 321	1,41	5 030	0,28	59 351	1,05	107 166	0,93
W 33 .	166 128	4,30	65 264	3,66	231 392	4,10	388 966	3,39
W 35 .	57 390	1,49	24 210	1,36	81 600	1,45	155 478	1,36
W 53 .	61 845	1,60	21 585	1,21	83 430	1,48	145 203	1,27
W 62 .	79 607	2,06	3 090	0,17	82 697	1,46	163 228	1,42
W 78 .	56 081	1,45	17 548	0,98	73 629	1,30	119 042	1,04
W 83 .	44 030	1,14	14 162	0,79	58 192	1,03	100 306	0,88
W 95 .	98 830	2,56	167 319	9,38	266 149	4,71	388 688	3,39
W 105 .	47 770	1,24	14 904	0,84	62 674	1,11	116 698	1,02
W 108 .	288 586	7,47	8 640	0,48	297 226	5,26	636 686	5,55
W 114 .	426 098	11,03	293 296	16,45	719 394	12,74	1 183 781	10,33
W 119 .	76 699	1,99	21 861	1,23	98 560	1,75	176 423	1,54
W 120 .	49 392	1,28	13 580	0,76	62 972	1,12	126 135	1,10
W 129 .	88 992	2,30	29 681	1,66	118 673	2,10	250 975	2,19
W 130 .	148 087	3,83	3 978	0,22	152 065	2,69	431 596	3,76
W 132 .	46 122	1,19	1 602	0,09	47 724	0,85	121 083	1,06
W 136 .	87 414	2,26	81 498	4,57	168 912	2,99	269 484	2,35
W 137 .	165 397	4,28	20 070	1,13	185 467	3,29	428 977	3,74
W 140 .	46 079	1.19	32 060	1,80	78 139	1,38	156 302	1,36
W 158 .	947	0,03	246 032	13,80	246 979	4,37	250 407	2,18
W 159 .	8 307	0,22	105 004	5,89	113 311	2,01	134 569	1,17
W 160 .	41 752	1,08	24 236	1,36	65 988	1,17	97 024	0,85
W 161 .	.	.	.	.	.	.	920 822	8,03
[illegible]26[1])	2 818 852	72,98	1 270 015	71,22	4 088 867	72,42	8 530 967	74,41
[illegible]0[2])	3 862 342	100,00	1 783 325	100,00	5 645 667	100,00	11 465 489	100,00

[1]) bei den Berufszugehörigen 27. — [2]) desgl. 166.

Die Bedeutung dieser 26 wichtigsten Wirtschaftszweige für die großstädtische Erwerbstätigkeit ähnelt einigermaßen derjenigen der oben (S. 16) ausgewählten 12 Berufsgruppen. Diese Gruppen umfaßten damals rund 80 v. H. der großstädtischen Erwerbstätigen. Hier ergibt sich für die Erwerbstätigen ein Satz zwischen 71 und 73 v. H., während d e r A n t e i l d e r B e r u f s z u g e h ö r i g e n m i t 27 W i r t s c h a f t s z w e i g e n f a s t g e n a u ¾ d e r g r o ß s t ä d t i s c h e n G e s a m t b e v ö l k e r u n g a u s m a c h t. Der Durchschnittsanteil der wichtigsten Wirtschaftszweige beträgt also bei den Erwerbstätigen insgesamt 2,79 v. H.; die übrigen 139 Wirtschaftszweige müssen sich in 27,58 v. H. teilen, sodaß auf jeden einzelnen im Durchschnitt nur 0,20 v. H. entfallen.

Vergleicht man die hier aufgeführten Wirtschaftszweige mit den auf S. 19 ff. genannten, so finden sich hier 14 oder etwa die Hälfte der „wichtigsten Berufe" wieder. Es sind die Wirtschaftszweige W 21. Großeisenindustrie, 27. Maschinenbau, 31. Bau von Land- und Luftfahrzeugen, 33. Elektrotechnische Industrie, 53. Hochdruck, Flachdruck, Tiefdruck, 95. Schneiderei und Kleiderherstellung, 114. Waren- und Produktenhandel, 119. Bank- und Börsenwesen, 120. Vermittlung, Verwaltung und Beratung, 129. Post- und Telegraphenwesen, 132. Straßenbahnen usw., 136. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, 137. Reichsverwaltung usw., 159. Häusliche Dienste. Diese 14 Wirtschaftszweige verdienen also in beiden Richtungen Beachtung in den Großstädten: einmal ist ihr Vorkommen in den Großstädten selbst sehr erheblich, zum anderen nehmen sie dort einen überdurchschnittlichen Teil des Staatsvorkommens ein. Sieht man aber von diesen Wirtschaftszweigen ab, so findet sich auch hier wieder die bereits öfter erwähnte Regel bestätigt: D i e v o r z u g s w e i s e g r o ß s t ä d t i s c h e n B e r u f e (a l s o d i e j e n i g e n m i t e i n e m b e s o n d e r s h o h e n S t a a t s a n t e i l) s i n d m e i s t n i c h t g l e i c h z e i t i g d i e f ü r d i e G r o ß s t ä d t e s e l b s t w i c h t i g s t e n B e r u f e.

Geht man bei den Erwerbstätigen noch auf die Geschlechtsgliederung ein, so sind zwischen den männlichen und den weiblichen nicht unerhebliche Unterschiede festzustellen: Während bei den Erwerbstätigen überhaupt in einem Fall, bei den männlichen in 2 Fällen der Anteil des betreffenden Wirtschaftszweiges unter 1 v. H. der großstädtischen Erwerbstätigen liegt, kommt dies bei den weiblichen 11 mal vor. Bei den männlichen handelt es sich um die Wirtschaftszweige W 158 und 159 (Häusliche Dienste), also um solche, in denen naturgemäß die Männer nur eine geringe Rolle spielen. Man könnte diese beiden ersetzen durch den Wirtschaftszweig W 133. Sonstige Landbeförderung, der mit 40 969 männlichen Erwerbstätigen auch noch etwas über 1 v. H. der entsprechenden großstädtischen Erwerbstätigen umfaßt. An dem Gesamtbild ändert sich dadurch aber so gut wie nichts.

Ganz anders liegt es dagegen bei den w e i b l i c h e n Erwerbstätigen. Stellt man hier diejenigen Wirtschaftszweige zusammen, deren Anteil allemal 1 v. H. überschreitet, so sind außer den in der Übersicht genannten 15 Fällen noch folgende 7 bisher nicht genannte heranzuziehen:

W 51.	Papierveredlung u. Papierverarbeitung	19 622 =	1,10 v. H.
W 96.	Näherei usw.	26 014	1,46 „
W 97.	Wäscheherstellung	34 295	1,92 „
W 100.	Hutmacherei und Putzmacherei	24 184	1,36 „
W 106.	Reinigung und Wiederaufarbeitung	18 673	1,05 „
W 141.	Rechtsberatung u. Interessenvertretung	18 404	1,03 „
W 147.	Krankenanstalten usw.	36 730	2,06 „

Sämtliche 22 Wirtschaftszweige dieser Art umfassen zusammen 1 357 059 weibliche Erwerbstätige oder 76,10 v. H. der in den Großstädten beschäftigten Frauen. Geht schon hieraus hervor, daß *die berufstätigen Frauen in den Großstädten im allgemeinen nur eine verhältnismäßig kleine Auswahl von Berufszweigen zur Verfügung haben*, so wird dieser Eindruck noch verstärkt, wenn man die am dichtesten besetzten Wirtschaftszweige, sagen wir diejenigen mit einem Anteil von mindestens 3 v. H., zusammenstellt. Es sind das die 6 Wirtschaftszweige 114. Waren- und Produktenhandel, 158. Häusliche Dienste (beim Arbeitgeber wohnend), 95. Schneiderei und Kleiderherstellung, 159. Häusliche Dienste, 136. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, 33. Elektrotechnische Industrie. *Diese 6 zusammen umfassen nicht weniger als 53,75 v. H. der großstädtischen erwerbstätigen Frauen*, also eine gute Mehrheit.

3. Abschnitt.

Berufsstellung, Alter und Familienstand.

1. Die Stellung im Beruf.

Haben wir somit einen Überblick über die wichtigsten Berufszweige im großstädtischen Erwerbsleben gewonnen, so wollen wir uns im folgenden noch kurz zusammenfassend der sozialen Gliederung und der Altersverteilung sowie dem Familienstand der Erwerbstätigen zuwenden.

Für die Angehörigen der Abteilung G. Ohne Beruf kommt eine Gliederung nach der sozialen Stellung nicht in Frage, sodaß wir uns in diesem Zusammenhang auf die Abteilungen A – F beschränken müssen. Für diese ergibt sich im Vergleich mit den entsprechenden Staatszahlen folgendes Bild bei den Berufszugehörigen und den Erwerbstätigen:

Stellung im Beruf	Berufszugehörige			Erwerbstätige		
	im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates	im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates
a1—a3 Selbständige	7112314	1608222	22,61	2938462	706 151	24,03
afr Heimarbeiter	220131	121499	55,19	135026	78 723	58,30
b Angestellte .	6336419	2977421	46,99	3243285	1 648 959	50,84
c Arbeiter . . .	17053694	5160969	30,26	8908930	2 743 558	30,80
m Mithelfende .	3005757	129333	4,30	2917511	125 783	4,31
Hausangestellte . . .	882367	362730	41,11	838773	342 493	40,83
Zusammen A—F . .	34610682	10360174	29,93	18981987	5 645 667	29,74

Eine sehr weitgehende Übereinstimmung zwischen dem Anteil *aller* großstädtischen Berufszugehörigen und Erwerbstätigen und dem einer einzelnen sozialen Schicht findet sich nur bei den Arbeitern (c-Personen). *Die Arbeiterschaft scheint hiernach recht gleichmäßig über Stadt und Land verteilt zu sein.* Die größte Abweichung auf der anderen Seite zeigt sich bei den Mithelfenden, von denen nur ein verschwindender Teil in Großstädten vorkommt; wie bereits oben festgestellt, handelt es sich bei dieser sozialen Schicht in erster Linie um eine Besonderheit des landwirtschaftlichen Berufs, in den Städten spielt sie eine gewisse Rolle nur bei den kleinen Kaufleuten und kleinen Gewerbetreibenden. Geringer vertreten in den Großstädten sind auch die Selbständigen (a1 – a3); auch hierfür ist die Gestaltung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse entscheidend, bei der in vielen Gegenden der Kleinbetrieb bevorzugt wird. Eine größere Bedeutung als im ganzen Lande haben in den Großstädten die Heimarbeiter (afr), Angestellten (b) und Hausangestellten. *Heimarbeiter sowohl wie Angestellte finden vor allem in den städtischen Großbetrieben Arbeitsmöglichkeit*, desgleichen die häuslichen Berufe in den städtischen Haushalten der Unternehmer, höheren Beamten usw. Daß die Anteilzahlen der Erwerbstätigen bei den Selbständigen, Heimarbeitern und Angestellten größer sind als die der Berufszugehörigen, hängt mit der Tatsache zusammen, daß das Verhältnis zwischen Erwerbenden und Nichterwerbenden in der großstädtischen Familie günstiger ist als im ganzen Lande. Dies wieder kann entweder durch eine größere Zahl von „Mitverdienern" oder durch eine geringere Kinderzahl oder durch beides zusammen erklärt werden.

Wie wirkt sich nun diese Gestaltung der sozialen Verhältnisse in den Großstädten und im ganzen Lande aus, wenn man die einzelnen Berufsstellungen zueinander in Beziehung setzt?

Anteil der einzelnen Berufsstellungen an den Berufszugehörigen und Erwerbstätigen.

Stellung im Beruf	Berufszugehörige		Erwerbstätige	
	im Staat	in den Großstädten	im Staat	in den Großstädten
a 1—a 3 Selbständige	20,55	15,52	15,48	12,51
afr Heimarbeiter.	0,64	1,17	0,71	1,39
b Angestellte	18,31	28,74	17,09	29,21
c Arbeiter	49,27	49,82	46,93	48,59
m Mithelfende	8,68	1,25	15,87	2,23
Hausangestellte	2,55	3,50	4,42	6,07
Zusammen A—F . . .	100,00	100,00	100,00	100,00

Auch hier ist die Übereinstimmung bei den Arbeitern sehr groß, besonders hinsichtlich der Berufszugehörigen, wo die Arbeiter in beiden Fällen fast genau die Hälfte der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung samt Angehörigen ausmachen. Bei den Erwerbstätigen allein zeigen die Arbeiter im Staat einen etwas geringeren Anteil als in den Großstädten, wo sie auch nicht ganz die Hälfte erreichen. Die wichtigsten Unterschiede zeigen sich bei den Selbständigen und den Angestellten. Wenn wir die Mithelfenden, was vom Standpunkt der Familienwirtschaft berechtigt ist, mit zu den Selbständigen rechnen, so ist der Anteil dieser Selbständigen im weiteren Sinne beim Staat etwa ebenso groß wie der der Angestellten in den Großstädten, und umgekehrt. Das gilt sowohl für die Berufszugehörigen wie für die Erwerbstätigen. Im Staatsdurchschnitt gibt es also wesentlich mehr „Selbständige" — dank vor allem den kleinen Landwirten —, in den Großstädten wesentlich mehr Angestellte. Die übrigen Unterschiede fallen weniger ins Gewicht, obwohl der größere Anteil der Heimarbeiter und der Hausangestellten ohne weiteres deutlich ist.

Gehen wir nunmehr auch bei der sozialen Stellung zu einer getrennten Betrachtung der Geschlechter über, so ist nach allem Obigen bereits zu erwarten, daß auch hier zwischen männlichen und weiblichen Personen wesentliche Unterschiede obwalten. Die *Erwerbstätigen* gliedern sich im Staat und in den Großstädten wie folgt nach dem Geschlecht:

Gliederung der Erwerbstätigen nach Stellung im Beruf und Geschlecht.

Stellung im Beruf	Männliche			Weibliche		
	im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates	im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates
a 1—a 3 Selbständige	2 430 664	557 216	22,92	507 798	148 935	29,33
afr Heimarbeiter	46 685	23 044	49,36	88 341	55 679	63,03
b Angestellte .	2 350 169	1 108 051	47,15	893 116	540 908	60,56
c Arbeiter . . .	6 926 831	2 149 425	31,03	1 982 099	594 133	29,97
m Mithelfende .	697 706	19 574	2,81	2 219 805	106 209	4,78
Hausangestellte . . .	10 987	5 032	45,80	827 786	337 461	40,77
Zusammen A—F . .	12463042	3 862 342	30,99	6 518 945	1 783 325	27,36

Während die Verhältnisse bei den männlichen und weiblichen Arbeitern etwa gleich liegen mit einem geringen Mehr zugunsten der Männlichen, fällt der höhere Anteil der Weiblichen bei den Selbständigen, den Heimarbeitern und den Angestellten, schließlich auch noch bei den Mithelfenden ins

Auge. Diese Berufsstellungen zeigen also einen relativ stärkeren weiblichen Einschlag in den Großstädten. Einzig bei den Hausangestellten ist der Anteil der Männlichen etwas größer als der der Weiblichen, ein Zeichen, daß die — überhaupt seltenen — männlichen Erwerbstätigen dieses Berufszweiges etwas stärker zur Großstadt neigen als die weiblichen. Im Vergleich mit dem Durchschnittsanteil sämtlicher Erwerbstätigen ist der Anteil der weiblichen Heimarbeiter wie der der Angestellten am bedeutendsten.

Der Anteil der einzelnen Berufsstellungen an sämtlichen männlichen und weiblichen Erwerbstätigen stellt sich folgendermaßen dar:

Von je 100 Erwerbstätigen gehören den einzelnen Berufsstellungen an

Stellung im Beruf	Männliche		Weibliche	
	im Staat	in den Großstädten	im Staat	in den Großstädten
a 1—a 3 Selbständige	19,50	14,43	7,79	8,35
afr Heimarbeiter	0,37	0,59	1,35	3,12
b Angestellte	18,86	28,69	13,70	30,33
c Arbeiter	55,58	55,65	30,41	33,32
m Mithelfende	5,60	0,51	34,05	5,96
Hausangestellte	0,09	0,13	12,70	18,92
Zusammen A—F	100,00	100,00	100,00	100,00

Der Unterschied zwischen den männlichen und den weiblichen Erwerbstätigen ist sowohl im Staat wie in den Großstädten recht erheblich. Der Anteil der Selbständigen ist bei den Männern etwa doppelt so groß wie bei den Frauen, im Staat etwas darüber, in den Großstädten etwas darunter. Bei den weiblichen Angestellten vertieft sich der schon bei den Männern vorhandene Unterschied zwischen Staat und Großstädten noch erheblich. Während aber die männlichen Arbeiter beiderseits mehr als die Hälfte aller Erwerbstätigen ausmachen, ist der Anteil bei den weiblichen höchstens ein Drittel, im Staat noch etwas weniger. Am deutlichsten tritt der Unterschied in Erscheinung bei den Mithelfenden; deren Anteil ist im Staat mit mehr als einem Drittel der weiblichen Erwerbstätigen bei weitem der größte, in den Großstädten mit noch nicht 6 v. H. nur wenig größer als der der Heimarbeiterinnen; bei den Männern spielen die Mithelfenden im Staat eine geringe, in den Großstädten so gut wie gar keine Rolle. Die Beteiligung der weiblichen Hausangestellten macht in den Großstädten beinah ein Fünftel, im ganzen Staat nur ein Achtel aller Frauen aus. Nimmt man den Anteil der Angestellten, Arbeiter und Hausangestellten als der eigentlich abhängigen Personen zusammen, so gleicht sich der Unterschied bei Männern und Frauen in den Großstädten fast vollkommen aus.

Da die Abteilungen B und C, Industrie und Handwerk sowie Handel und Verkehr, zusammen mehr als 4/5 der großstädtischen Erwerbstätigen umfassen[1]), so wollen wir die soziale Gliederung dieser beiden Abteilungen noch besonders darstellen, und zwar unter Beschränkung auf die Erwerbstätigen.

Die Erwerbstätigen der Industrie nach der Stellung im Beruf.

Stellung im Beruf	Erwerbstätige der Abteilung B			von 100 Erwerbstätigen entfallen auf die Berufsstellungen	
	im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates	im Staat	in den Großstädten
a 1—a 3 Selbständige	841 775	262 081	31,13	10,83	8,92
afr Heimarbeiter	134 067	78 442	58,51	1,73	2,67
b Angestellte	882 382	478 181	54,19	11,35	16,28
c Arbeiter	5 795 653	2 084 303	35,96	74,57	70,96
m Mithelfende	117 922	34 162	28,97	1,52	1,17
Zusammen Abteilung B	7 771 799	2 937 169	37,79	100,00	100,00

[1]) Vgl. oben S. 14.

Während die Arbeiter im ganzen Staate fast 3/4 der in Industrie und Handwerk Erwerbstätigen ausmachen — vergl. die letzten Spalten der Übersicht —, ist ihr Anteil in den Großstädten, wenn auch nicht erheblich, so doch merklich kleiner. Dafür ist aber der Anteil der Angestellten wesentlich größer, eine Erscheinung, die zum guten Teil mit der Konzentration der Verwaltungsabteilungen der großen Industriewerke in den Großstädten zusammenhängt, während die technischen Betriebe vielfach draußen im Lande liegen. Die Zahl der Unternehmer und unternehmerähnlichen Personen ist in den Großstädten auch merklich niedriger. Der Staatsanteil entspricht nur bei den Arbeitern einigermaßen dem Abteilungsdurchschnitt; er liegt wesentlich höher bei den Heimarbeitern und Angestellten, niedriger bei den Selbständigen und Mithelfenden. Die drei letzten Zahlenreihen ergeben somit ein recht anschauliches Bild von der Bedeutung der einzelnen sozialen Stellungen innerhalb des Gewerbes für die Großstädte.

Wie gestaltet sich nun dasselbe Bild bei Handel und Verkehr?

Die Erwerbstätigen von Handel und Verkehr nach der Stellung im Beruf.

Stellung im Beruf	Erwerbstätige der Abteilung C			Von 100 Erwerbstätigen entfallen auf die Berufsstellungen	
	im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates	im Staat	in den Großstädten
a 1—a 3 Selbständige	716 953	337 166	47,03	22,07	20,66
b Angestellte	1 359 741	764 931	56,26	41,86	46,88
c Arbeiter	943 496	457 539	48,49	29,05	28,04
m Mithelfende	227 955	72 086	31,62	7,02	4,42
Zusammen Abteilung C	3 248 145	1 631 722	50,24	100,00	100,00

Beim Vergleich mit der Abteilung B. Industrie und Handwerk tritt der größere Staatsanteil, den Handel und Verkehr aufweisen, vor allem bei den Selbständigen und den Arbeitern in Erscheinung, während bei den Angestellten und den Mithelfenden kaum ein Mehranteil wahrzunehmen ist. Heimarbeiter kommen beim Handel und Verkehr nicht vor. Die Verteilung der Erwerbstätigen auf die einzelnen Berufsstellungen im Staat und in den Großstädten zeigt in der Abteilung C. Handel und Verkehr größere Ähnlichkeiten als in B. Industrie: die Beteiligung der Angestellten ist zwar auch hier größer als im Staat, aber längst nicht in demselben Verhältnis wie oben.

Teilt man die Erwerbstätigen beider Berufsabteilungen noch nach dem Geschlecht ein, so ergibt sich folgendes Bild, zunächst für Abteilung B (Industrie usw.).

Stellung im Beruf	im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates	Von 100 männlichen Erwerbstätigen entfallen auf die Berufsstellungen: im Staat	in den Großstädten
Männliche Erwerbstätige der Abteilung B					
a 1—a 3 Selbständige	711 995	214 166	30,08	11,34	9,58
afr Heimarbeiter	46 491	23 015	49,50	0,74	1,03
b Angestellte	676 777	343 655	50,78	10,77	15,37
c Arbeiter	4 823 385	1 649 970	34,21	76,80	73,81
m Mithelfende	21 914	4 602	21,00	0,35	0,21
Zus. Abteilung B	6 280 562	2 235 408	35,59	100,00	100,00
Weibliche Erwerbstätige der Abteilung B					
a 1—a 3 Selbständige	129 780	47 915	36,92	8,70	6,83
afr Heimarbeiter	87 576	55 427	63,29	5,87	7,90
b Angestellte	205 605	134 526	65,43	13,79	19,17
c Arbeiter	972 268	434 333	44,67	65,20	61,89
m Mithelfende	96 008	29 560	30,79	6,44	4,21
Zus. Abteilung B	1 491 237	701 761	47,06	100,00	100,00

Bei den männlichen Erwerbstätigen ergibt sich somit keine wesentliche Abweichung von den Verhältnissen der Erwerbstätigen überhaupt, mit Ausnahme der — an sich unbedeutenderen — Heimarbeiter und Mithelfenden. Unter den einzelnen Berufsstellungen ist hier die Bedeutung der Arbeiter etwas größer als ohne Geschlechtsunterscheidung, und zwar sowohl im Staat wie in den Großstädten. Bei den weiblichen Erwerbstätigen treten vor allem die Angestellten stärker hervor, einmal bezüglich des Staatsanteils, der hier beinah $^{2}/_{3}$ ausmacht gegenüber $^{1}/_{2}$ bei den männlichen, zum andern bei einem Vergleich der Berufsstellungen unter sich. Hier spielen auch die Heimarbeiter und die Mithelfenden eine wesentlich größere Rolle als bei den Männern, wogegen die Arbeiter etwas mehr zurücktreten; bei den Männern machen sie etwa $^{3}/_{4}$ aller Erwerbstätigen aus, bei den Frauen nur noch $^{3}/_{5}$ bis $^{2}/_{3}$.

Es folgt die gleiche Berechnung für die **Abteilung C. Handel und Verkehr**:

Stellung im Beruf		im Staat	in den Großstädten	v. H. des Staates	Von 100 männlichen Erwerbstätigen entfallen auf die Berufsstellungen: im Staat	in den Großstädten
		Männliche Erwerbstätige der Abteilung C				
a 1—a 3	Selbständige	559 740	257 588	46,02	24,22	22,87
b	Angestellte	931 891	485 724	52,12	40,32	43,11
c	Arbeiter	783 443	372 491	47,55	33,89	33,06
m	Mithelfende	36 317	10 806	29,75	1,57	0,96
Zus. Abteilung C		**2 311 391**	**1 126 609**	**48,74**	**100,00**	**100,00**
		Weibliche Erwerbstätige der Abteilung C				
a 1—a 3	Selbständige	157 213	79 578	50,62	16,78	15,75
b	Angestellte	427 850	279 207	65,26	45,67	55,28
c	Arbeiter	160 053	85 048	53,14	17,09	16,84
m	Mithelfende	191 638	61 280	31,98	20,46	12,13
Zus. Abteilung C		**936 754**	**505 113**	**53,92**	**100,00**	**100,00**

Auch hier sind, ähnlich wie in der Abteilung B, die Ziffern der männlichen allein nicht sehr verschieden von denen sämtlicher Erwerbstätigen. Immerhin ist bei den Angestellten der Staatsanteil in den Großstädten fühlbar geringer, in schwächerem Maße bei den Mithelfenden. Beim Vergleich der einzelnen Berufsstellungen untereinander zeigt sich, daß den Selbständigen, vor allem aber den Arbeitern in Handel und Verkehr bei den männlichen eine größere Bedeutung zukommt als bei den Erwerbstätigen überhaupt; die Arbeiter machen hier ein rundes Drittel der männlichen Erwerbstätigen aus. Die Mithelfenden treten dagegen anteilsmäßig stark zurück. Die weiblichen Erwerbstätigen zeigen mit Ausnahme der Mithelfenden durchweg einen höheren Staatsanteil als sämtliche Erwerbstätige; die weiblichen Angestellten in den Großstädten machen beinah $^{2}/_{3}$ derjenigen des Staates aus. Hinsichtlich der Bedeutung der einzelnen Berufsstellungen unter sich ist zu bemerken, daß bei den weiblichen allein die Angestellten und die Mithelfenden eine größere, die Selbständigen und die Arbeiter — besonders die letztgenannten — eine geringere Rolle spielen als bei den Erwerbstätigen überhaupt. Im Vergleich mit den männlichen Erwerbstätigen fällt ebenfalls der größere Anteil der Angestellten und der Mithelfenden, der geringere der Selbständigen und der Arbeiter auf.

2. Das Alter.

Das Alter und der — im folgenden noch zu behandelnde — Familienstand ist für die gesamte Reichsbevölkerung, Haushaltsvorstände wie Angehörige, ermittelt worden und kann somit sowohl für die Erwerbstätigen wie für die übrigen „Berufszugehörigen" in summa dargestellt werden; für die Nichterwerbstätigen, mit Ausnahme der „beruflosen Selbständigen" (Haushaltsvorstände der Abteilung G) aber eben nur in summa, denn die Auszählung von Alter und Familienstand wurde bei der Zählung von 1925 nicht mit der Berufszugehörigkeit der nicht erwerbstätigen Angehörigen verbunden, sodaß wir also nicht sagen können, wieviel Angehörige in den Abteilungen A, B, C usw. in einem bestimmten Alter stehen oder einen bestimmten Familienstand haben. Bei der ohnehin schon recht komplizierten Berufsdarstellung — Einreihung jedes Erwerbstätigen in den Wirtschaftszweig seiner Tätigkeit und in den ausgeübten persönlichen Beruf — mußte man die Gliederung nach Alter und Familienstand auf die Erwerbstätigen selbst beschränken. Bei dieser Sachlage werden wir also im folgenden die Alterszusammensetzung auch nur für die Erwerbstätigen (und die ihnen gleichgestellten beruflosen Selbständigen) wiedergeben.

Für die Erwerbstätigen im ganzen einschließlich der beruflosen Selbständigen (Abteilungen A — G) ergibt sich folgende Altersgliederung im Vergleich mit den Staatszahlen:

Erwerbstätige in A — G nach dem Alter.

Altergruppen	im Staat: überhaupt	im Staat: v. H. aller Erwerbstätigen	in den Großstädten: überhaupt	in den Großstädten: v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren	177 999	0,84	29 418	0,46
14 bis unter 16 Jahren	962 719	4,53	204 387	3,21
16 „ „ 18 „	1 300 403	6,11	339 180	5,32
18 „ „ 20 „	1 342 125	6,31	386 661	6,06
„ 20 „	3 783 246	17,79	959 646	15,05
20 „ „ 25 „	3 066 487	14,42	939 848	14,73
25 „ „ 30 „	2 314 827	10,88	739 695	11,60
20 „ „ 30 „	5 381 314	25,30	1 679 543	26,33
30 „ „ 40 „	3 663 891	17,23	1 220 243	19,13
40 „ „ 50 „	3 262 459	15,34	1 079 828	16,93
50 „ „ 60 „	2 570 211	12,08	768 137	12,04
60 „ „ 65 „	974 901	4,59	265 425	4,16
65 „ „ 70 „	738 452	3,47	189 518	2,97
60 „ „ 70 „	1 713 353	8,06	454 943	7,13
70 Jahre und darüber	892 559	4,20	216 470	3,39
Zusammen	**21 267 033**	**100,00**	**6 378 810**	**100,00**

Wie man sieht, sind in den Großstädten die mittleren Altersstufen von 20 — 50 Jahren, im ganzen Freistaat Preußen dagegen die unteren und die oberen Altersstufen unter 20 Jahren und über 50 Jahre stärker besetzt. Zwischen 20 und 50 Jahren befinden sich in den Großstädten 62,39, im Staat dagegen nur 57,87 v. H. aller Erwerbstätigen usw. Jünger und älter sind hingegen in den Großstädten 37,61, im Staat 42,13 v. H. aller Erwerbstätigen. Dieser wichtige Unterschied in der Altersklassenbesetzung ist vermutlich auf die Erwerbstätigen der Abteilung A (Landwirtschaft usw.) zurückzuführen, in der die ganz Jungen vor allem als Mithelfende eine große Rolle spielen und wo sich die Erwerbstätigkeit gemeinhin in ein höheres Alter hinauf erstreckt als in den Städten. Diese Erscheinung wird vielfach auch damit begründet, daß die Abwanderung vom platten Lande vor allem die Männer und Frauen in den zum Erwerb geeignetsten Altersjahren, das sind eben diejenigen zwischen 20 und 50, ergreift.

Bei einer Trennung nach dem Geschlecht stellen sich die Dinge folgendermaßen dar:

[siehe erste Übersicht auf S. 29 oben.]

Bei einem Vergleich mit der genannten Übersicht fällt zunächst ins Auge, daß die **männlichen Erwerbstätigen sowohl im Staat wie in den Großstädten nicht unerheblich älter sind als der Durchschnitt.** Im Staat befinden sich nämlich von allen Erwerbstätigen 43,09 v. H. in den Altersgruppen unter 30 Jahren, von den **männlichen** dagegen nur 40,81 v. H.; in den Großstädten ist die Spannung

Männliche in A—G nach dem Alter.

Altergruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren	104 241	0,77	17 192	0,41
14 bis unter 16 Jahren	576 487	4,27	124 211	2,98
16 „ „ 18 „	735 092	5,41	182 676	4,39
18 „ „ 20 „	750 715	5,56	204 176	4,91
„ 20 „	2 166 535	16,04	528 255	12,69
20 „ „ 25 „	1 836 425	13,60	541 937	13,02
25 „ „ 30 „	1 508 940	11,17	483 096	11,60
20 „ „ 30 „	3 345 365	24,77	1 025 033	24,62
30 „ „ 40 „	2 461 696	18,22	851 691	20,45
40 „ „ 50 „	2 248 899	16,65	803 014	19,29
50 „ „ 60 „	1 736 900	12,85	564 077	13,55
60 „ „ 65 „	620 985	4,60	176 774	4,25
65 „ „ 70 „	443 087	3,28	110 411	2,65
60 „ „ 70 „	1 064 072	7,88	287 185	6,90
70 Jahre und darüber	483 857	3,58	104 025	2,50
Zusammen	13 507 324	100,00	4 163 280	100,00

sogar noch größer, hier sind die beiden Ziffern nämlich 41,38 und 37,31 v. H., was für die männlichen allein eine um $^1/_{10}$ geringere Besetzung der jüngeren Altersstufen bedeutet, während dieser Unterschied im Staate beinah nur $^1/_{20}$ ausmacht.

Unter den männlichen selbst ist auch ein verschiedener Altersaufbau nach Staat und Großstädten zu erkennen, doch verläuft er hier wesentlich anders wie bei den Zahlen ohne Geschlechtsgliederung. Bei den männlichen ist zunächst einmal die Altersgruppe 20—30 Jahre in beiden Fällen so gut wie gleich besetzt, da sich die kleinen Verschiedenheiten der beiden Jahrfünfte dieser Altersgruppe gegenseitig aufheben. Auch hier zeigt sich ein Unterschied zugunsten der Großstädte in den mittleren Altersgruppen, jedoch reichen diese hier bis zu 60 Jahren hinauf. Bei den ganz Jungen und den ganz Alten ist wieder der Staat im Vorteil: Zwischen 30 und 60 Jahren befinden sich in den Großstädten 53,29, im Staat dagegen nur 47,73 v. H. aller Erwerbstätigen usw. Jünger als 20 und älter als 60 sind dagegen in den Großstädten 22,09, im Staat 27,50 v. H. aller Erwerbstätigen. Die Unterschiede sind also auch hier recht beachtlich.

Weibliche in A—G nach dem Alter

Altergruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren	73 758	0,95	12 226	0,55
14 bis unter 16 Jahren	386 232	4,98	80 176	3,62
16 „ „ 18 „	565 311	7,28	156 504	7,06
18 „ „ 20 „	591 410	7,62	182 485	8,24
„ 20 „	1 616 711	20,83	431 391	19,47
20 „ „ 25 „	1 230 062	15,85	397 911	17,96
25 „ „ 30 „	805 887	10,39	256 599	11,58
20 „ „ 30 „	2 035 949	26,24	654 510	29,54
30 „ „ 40 „	1 202 195	15,49	368 552	16,64
40 „ „ 50 „	1 013 560	13,06	276 814	12,49
50 „ „ 60 „	833 311	10,74	204 060	9,21
60 „ „ 65 „	353 916	4,56	88 651	4,00
65 „ „ 70 „	295 365	3,81	79 107	3,57
60 „ „ 70 „	649 281	8,37	167 758	7,57
70 Jahre und darüber	408 702	5,27	112 445	5,08
Zusammen	7 759 709	100,00	2 215 530	100,00

Ähnlich wie bei der Gesamtzahl und bei den männlichen zeigen auch die weiblichen Erwerbstätigen usw. eine stärkere Besetzung der mittleren Altersklassen zugunsten der Großstädte, mit dem Unterschied, daß hier die Jahre von 18—40 in Betracht kommen, also verhältnismäßig junge Altersklassen. Der Anteil der mittleren Altersklassen beträgt in den Großstädten 54,42, im Staat 49,35 v. H. aller Erwerbstätigen, für die ganz Jungen (unter 18) und die Alten (über 40) sind die Zahlen 45,58 und 50,65 v. H.

Da die Altersgliederung der Erwerbstätigen für sich allein — also ohne die „beruflosen Selbständigen“ — besonderes Interesse beansprucht, seien die Zahlen für diese, die Erwerbstätigen der Berufsabteilungen A—F, getrennt für die männlichen und weiblichen im folgenden wiedergegeben.

Männliche Erwerbstätige in A—F nach dem Alter.

Altersgruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren	56 235	0,45	3 787	0,10
14 bis unter 16 Jahren	562 296	4,51	121 917	3.16
16 „ „ 18 „	722 668	5,80	180 422	4,67
18 „ „ 20 „	737 417	5,92	200 417	5,19
„ 20 „	2 078 616	16,68	506 543	13,12
20 „ „ 25 „	1 790 298	14,36	520 594	13,48
25 „ „ 30 „	1 476 615	11,85	471 141	12,20
20 „ „ 30 „	3 266 913	26,21	991 735	25,68
30 „ „ 40 „	2 409 202	19,33	835 031	21,62
40 „ „ 50 „	2 181 786	17,51	779 865	20,19
50 „ „ 60 „	1 600 008	12,84	520 294	13,47
60 „ „ 65 „	488 122	3,91	137 115	3,55
65 „ „ 70 „	267 743	2,15	61 591	1,59
60 „ „ 70 „	755 865	6,06	198 706	5,14
70 Jahre und darüber	170 652	1,37	30 168	0,78
Zusammen	12 463 042	100,00	3 862 342	100,00

Die Altersverteilung in den Abteilungen A—F ähnelt also, abgesehen von den niedrigsten und den höchsten Altersgruppen, im allgemeinen derjenigen von A—G. Auch hier sind die ganz Jungen und die ganz Alten im Staat verhältnismäßig stärker vertreten als in den Großstädten, während es bei den mittleren Jahren (30—60) umgekehrt liegt, auch hier ist der Anteil der 20—30 Jahre alten in beiden Beziehungen etwa gleich. Der Anteil der 30 bis 60-jährigen beträgt in den Großstädten 55,28, im Staat nur 49,68 v. H. aller Erwerbstätigen, umgekehrt der der Jungen unter 20 und der Alten über 60 im Staat 24,11, in den Großstädten nur 19,04 v. H. aller Erwerbstätigen. Wie steht es nun bei den Weiblichen?

Weibliche Erwerbstätige in A—F nach dem Alter.

Altersgruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren	40 377	0,62	1 988	0,11
14 bis unter 16 Jahren	374 813	5,75	76 833	4,31
16 „ „ 18 „	551 950	8,47	152 527	8,55
18 „ „ 20 „	577 913	8,86	178 056	9,99
„ 20 „	1 545 053	23,70	409 404	22,96
20 „ „ 25 „	1 203 287	18,46	387 600	21,73
25 „ „ 30 „	776 176	11,90	244 973	13,74
20 „ „ 30 „	1 979 463	30,36	632 573	35,47
30 „ „ 40 „	1 093 301	16,77	328 003	18,39
40 „ „ 50 „	862 840	13,24	219 325	12,30
50 „ „ 60 „	636 265	9,76	129 579	7,26
60 „ „ 65 „	205 647	3,16	36 330	2,01
65 „ „ 70 „	115 656	1,77	17 828	1,00
60 „ „ 70 „	321 303	4,93	54 158	3,01
70 Jahre und darüber	80 720	1,24	10 283	0.58
Zusammen	6 518 945	100,00	1 783 325	100,00

Im Vergleich mit den Weiblichen der Abteilungen A—G fallen hier ziemlich starke Unterschiede in der Altersverteilung ins Auge: Hier bei A—F sind die Altersgruppen von 14 bis 40 Jahren stärker besetzt als dort, vor allem tritt das bei der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahre in Erscheinung. Die Gruppe 40 bis 50 Jahre ist in beiden Fällen etwa gleich besetzt. Bei den ganz Jungen (unter 14) und den Alten (über 50) sind die Anteilzahlen in A—G höher, ganz besonders bei den über 60 Jahre alten. Hier macht sich die Einwirkung der „beruflosen Selbständigen" der Abteilung G sehr stark bemerkbar, die sowohl absolut wie relativ bei den Weiblichen eine wesentlich größere Bedeutung haben als bei den Männlichen. Kommen doch in den Großstädten auf 300 938 männliche G-Personen 432 205 weibliche, also etwa 40 v. H. mehr, während die Gesamtzahl der männlichen in A—G 4 163 280, die der weiblichen nur 2 215 530, d. h. etwa die Hälfte der männlichen beträgt. Oder anders ausgedrückt: In den Großstädten machen die männlichen G-Personen von sämtlichen in A—G befindlichen 7,23, die weiblichen dagegen unter ihresgleichen 19,51 v. H. aus. Bei diesem verhältnismäßig großen Anteil der weiblichen G-Personen fällt natürlich ihre Altersverteilung bei einem Vergleich zwischen A—G und A—F sehr ins Gewicht. Diese Altersverteilung in der Abteilung G — unter Beschränkung auf die Verhältniszahlen — ist folgende:

Altersgruppen	im Staat	in den Großstädten
unter 14 Jahren	2,69	2,37
14 bis unter 16 Jahren	0,92	0,77
16 „ „ 18 „	1,08	0,92
18 „ „ 20 „	1,09	1,02
20 „ „ 25 „	2,16	2,39
25 „ „ 30 „	2,89	2,69
30 „ „ 40 „	8,78	9,38
40 „ „ 50 „	12,15	13,30
50 „ „ 60 „	15,88	17,23
60 „ „ 65 „	11,95	12,11
65 „ „ 70 „	14,48	14,18
70 Jahre und darüber	26,43	23,64
Zusammen	**100,00**	**100,00**

Was nun die einzelnen Altersgruppen der erwerbstätigen Frauen in A—F im Vergleich der Großstädte mit dem Staat angeht, so sind auch hier die mittleren Altersgruppen, wie bisher überall festgestellt, in den Städten stärker besetzt, und zwar gehören diesmal dazu die Altersjahre von 16 bis 40; in diesen Altersgruppen befinden sich in den Großstädten 72,40, im Staat 64,46 v. H. aller weiblichen Erwerbstätigen. Bei den ganz Jungen (unter 16) und den Alten (über 40) haben wir im Staat demnach 35,54, in den Großstädten dagegen nur 27,60 v. H. Die Spannungen sind hier also wesentlich größer als bei den männlichen Erwerbstätigen, ganz abgesehen von der ohnehin ganz anderen Altersverteilung.

Aus demselben Grunde, wie auf S. 27 für die Behandlung der Stellung im Beruf angegeben, wollen wir auch hinsichtlich der Altersverteilung die Verhältnisse in den Abteilungen B und C (Industrie und Handel und Verkehr) besonders hervorheben. Für die Erwerbstätigen jeder Abteilung insgesamt seien hier nur die Ziffern für den Anteil der mittleren sowie jüngeren und älteren Altersklassen mitgeteilt: In Abteilung B (Industrie) sind bei den männlichen die Altersklassen von 30—65 Jahren in den Großstädten stärker vertreten als im Staat, umgekehrt im Staat die Jungen (unter 30) und die ganz Alten (über 65) stärker.

Alter	Großstädte	Staat
30—65	54,86	50,60 v. H.
unter 30, über 65	45,14	49,40 „ .

Bei den weiblichen Erwerbstätigen in B sind die mittleren Altersklassen von 25—50 Jahren in den Großstädten, die übrigen im Staat besser vertreten.

Alter	Großstädte	Staat
25—50	44,85	41,51 v. H.
unter 25, über 50	55,15	58,49 „ .

Während bei den männlichen in A—F die bevorzugten Altersklassen in den Großstädten die Jahre von 30 bis 60 waren, sind es hier diejenigen von 30 bis 65. Bei den weiblichen dagegen waren dort bevorzugt die Altersjahre von 16 bis 40, hier sind es ganz andere, nämlich diejenigen von 25 bis 50. Die Abweichungen sind hier also recht groß.

In der Abteilung C (Handel und Verkehr) läßt sich bei den männlichen Erwerbstätigen keine klare Bevorzugung bestimmter Altersklassen feststellen, vielmehr wandert die größere Anteilzahl dauernd von Altersklasse zu Altersklasse hin und her; faßt man dennoch die einen und die anderen zusammen, so sind die Unterschiede zwischen ihnen im Vergleich von Großstädten und Staat denkbar gering. Auch bei den weiblichen Erwerbstätigen von C sind die genannten Unterschiede recht gering, doch läßt sich hier wenigstens eine gewisse Bevorzugung der Altersklassen von 20 bis 40 Jahren in den Großstädten feststellen.

Wichtiger als diese allgemeinen Feststellungen für die Abteilungen B und C ist die Mitteilung der Zahlen für die Arbeiter in Industrie und Gewerbe (B, c) sowie für die Angestellten in Handel und Verkehr (C, b). Die Industriearbeiter umfassen nämlich mit 74,57 v. H. im Staat und 70,96 v. H. in den Großstädten die ganz überwiegende Mehrheit der Erwerbstätigen der Abteilung B. Bei den Handelsangestellten ist die Bedeutung im Vergleich zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen nicht so groß, immerhin erreichen auch sie innerhalb der Abteilung C mit 41,86 und 46,88 v. H. wenigstens die relative Mehrheit. Diese beiden Gruppen seien also im folgenden ausführlicher dargestellt, und zwar getrennt nach männlichen und weiblichen.

Männliche Arbeiter der Abteilung B (Industrie) nach dem Alter.

Altersgruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren	12 749	0,26	2 568	0,16
14 bis „ 16 „	300 308	6,23	84 714	5,13
16 „ „ 18 „	397 128	8,23	115 757	7,02
18 „ „ 20 „	389 714	8,08	119 699	7,25
„ 20 „	1 099 899	22,80	322 738	19,56
20 „ „ 25 „	871 765	18,08	276 374	16,75
25 „ „ 30 „	621 767	12,89	203 355	12,33
20 „ „ 30 „	1 493 532	30,97	479 729	29,08
30 „ „ 40 „	831 652	17,24	302 023	18,30
40 „ „ 50 „	690 615	14,32	268 697	16,29
50 „ „ 60 „	480 569	9,96	188 409	11,42
60 „ „ 65 „	133 561	2,77	53 482	3,24
65 „ „ 70 „	64 977	1,35	24 623	1,49
60 „ „ 70 „	198 538	4,12	78 105	4,73
70 Jahre und darüber	28 580	0,59	10 269	0,62
Zusammen	**4 823 385**	**100,00**	**1 649 970**	**100,00**

Die Altersverteilung zwischen Staat und Großstädten ist hier auf eine sehr einfache Formel zu bringen: **Im Staat überwiegen die jüngeren Arbeiter, in den Großstädten die älteren**, und zwar entfallen im Staat auf die Arbeiter unter 30 53,77, auf diejenigen über 30 Jahre 46,23 v. H. in den Großstädten auf die jüngeren

Arbeiter 48,64, auf die älteren 51,36 v. H. Die Spannung zwischen den Anteilen beträgt in beiden Fällen etwa $^{1}/_{10}$.

Weibliche Arbeiter der Abteilung B (Industrie) nach dem Alter.

Altersgruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren . . .	2 057	0,21	575	0,13
14 bis „ 16 „ . . .	68 280	7,03	28 431	6,55
16 „ „ 18 „ . . .	117 571	12,09	49 188	11,33
18 „ „ 20 „ . . .	124 558	12,81	53 306	12,27
„ 20 „ . . .	312 466	32,14	131 500	30,28
20 „ „ 25 „ . . .	237 765	24,45	98 669	22,72
25 „ „ 30 „ . . .	125 503	12,91	57 980	13,35
20 „ „ 30 „ . . .	363 268	37,36	156 649	36,07
30 „ „ 40 „ . . .	143 781	14,79	75 330	17,34
40 „ „ 50 „ . . .	84 311	8,67	42 240	9,72
50 „ „ 60 „ . . .	46 708	4,80	20 141	4,64
60 „ „ 65 „ . . .	12 921	1,33	5 225	1,20
65 „ „ 70 „ . . .	5 829	0,60	2 194	0,51
60 „ „ 70 „ . . .	18 750	1,93	7 419	1,71
70 Jahre und darüber	2 984	0,31	1 054	0,24
Zusammen . . .	**972 268**	**100,00**	**434 333**	**100,00**

Diesmal sind die Altersjahre zwischen 25 und 50 in den Großstädten stärker vertreten, die jüngeren und älteren dagegen, wie auch früher stets festgestellt, im Staat. Im Staat entfallen auf diese mittleren Altersklassen 36,37, in den Großstädten 40,41 v. H., im Staat auf die jüngeren und älteren 63,63, in den Großstädten 59,59 v. H. aller Arbeiterinnen der Abteilung B.

Um einen wichtigen Unterschied in der Altersverteilung zwischen den Industriearbeitern und sämtlichen Erwerbstätigen (A–F) der Großstädte zu erfassen, wollen wir sowohl bei den männlichen wie bei den weiblichen alle Erwerbstätigen unter 30 als die „Jüngeren" zusammenfassen. Dann ist der Anteil bei den männlichen für diese in A–F 38,80, bei den Industriearbeitern dagegen (B, c) 48,64 v. H., bei den weiblichen in A–F 58,43, bei den Industriearbeiterinnen dagegen 66,35 v. H. Die Industriearbeiter bringen also bei beiden Geschlechtern das verjüngende Element in die großstädtischen Erwerbstätigen hinein, und zwar bei den männlichen verhältnismäßig noch stärker.

Männliche Angestellte der Abteilung C (Handel und Verkehr) nach dem Alter.

Altersgruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren . . .	1 250	0,13	379	0,08
14 bis „ 16 „ . . .	31 927	3,43	13 486	2,77
16 „ „ 18 „ . . .	51 890	5,57	25 398	5,23
18 „ „ 20 „ . . .	53 579	5.75	28 933	5.96
„ 20 „ . . .	138 646	14,88	68 196	14,04
20 „ „ 25 „ . . .	115 613	12.41	66 187	13.63
25 „ „ 30 „ . . .	113 805	12.21	64 025	13,18
20 „ „ 30 „ . . .	229 418	24,62	130 212	26,81
30 „ „ 40 „ . . .	226 760	24,33	116 541	23,99
40 „ „ 50 „ . . .	206 179	22,12	99 988	20,59
50 „ „ 60 „ . . .	108 687	11,66	56 695	11,67
60 „ „ 65 „ . . .	13 967	1,50	8 902	1,83
65 „ „ 70 „ . . .	5 462	0,59	3 535	0,73
60 „ „ 70 „ . . .	19 429	2,09	12 437	2,56
70 Jahre und darüber	2 772	0,30	1 655	0,34
Zusammen . . .	931 891	100,00	485 724	100,00

Auch hier sind, ähnlich wie bei den gesamten Erwerbstätigen der Abteilung C, die einzelnen Altersgruppen ziemlich unregelmäßig mal im Staat, mal in den Großstädten stärker besetzt:

Weibliche Angestellte der Abteilung C (Handel und Verkehr) nach dem Alter.

Altersgruppen	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
unter 14 Jahren	1 088	0,25	511	0,18
14 bis unter 16 Jahren. . . .	33 337	7,79	18 894	6,77
16 „ „ 18 „	58 813	13,75	34 747	12,45
18 „ „ 20 „	59 329	13,87	36 254	12,98
„ 20 „	152 567	35,66	90 406	32,38
20 „ „ 25 „	117 867	27,55	77 223	27,66
25 „ „ 30 „	64 278	15,02	44 101	15,79
20 „ „ 30 „	182 145	42,57	121 324	43,45
30 „ „ 40 „	59 833	13,99	43 465	15,57
40 „ „ 50 „	23 329	5,45	17 292	6,19
50 „ „ 60 „	7 401	1,73	5 202	1,86
60 „ „ 65 „	1 454	0,34	882	0,32
65 „ „ 70 „	688	0.16	392	0,14
60 „ „ 70 „	2 142	0,50	1 274	0,46
70 Jahre und darüber	433	0.10	244	0,09
Zusammen . . .	**427 850**	**100,00**	**279 207**	**100,00**

War bei allen weiblichen Erwerbstätigen von C eine gewisse Bevorzugung der Altersklassen von 20 bis 40 Jahren in den Großstädten festzustellen, so findet sich diese Bevorzugung hier ebenfalls bei den mittleren Altersklassen; hier reichen diese aber bis zu 60 Jahren hinauf! Jm Alter von 20 bis 60 Jahren stehen im Staat 63,74, in den Großstädten 67,07 v. H. aller weiblichen Angestellten der Abteilung C; für die ganz Jungen und die ganz Alten bleiben also im Staat 36,26, in den Großstädten 32,93 v. H. übrig.

Unterziehen wir auch hier wie bei den Industriearbeitern die „Jüngeren" (unter 30) einer vergleichenden Betrachtung, so ergibt sich folgendes: Der Anteil der männlichen Angestellten beträgt hier 40,85 gegen 38,80 v. H. in A–F, der der weiblichen Angestellten dagegen 75,83 gegen 58,43 v. H. in A–F. Die männlichen Angestellten in C wirken also kaum verjüngend, dagegen recht stark die weiblichen. Überhaupt ähnelt der Aufbau der männlichen Angestellten in C, wie man sich sehr leicht durch einen Vergleich der beiden Übersichten überzeugen kann, in sämtlichen Altersgruppen stark dem aller männlichen Erwerbstätigen (A–F), während bei den Weiblichen die entsprechenden Unterschiede recht beträchtlich sind.

3. Der Familienstand.

Beim Familienstand können wir uns wesentlich kürzer fassen als beim Alter, schon, weil hier nur 3 Fälle zu unterscheiden sind — ledig, verheiratet, verwitwet und geschieden — gegenüber jenen 12 Altersgruppen. Auch der Familienstand ist bei der Berufszählung im einzelnen nur für die Erwerbstätigen selbst ermittelt worden, für die Angehörigen nur in summa.

Fassen wir zunächst sämtliche Erwerbstätigen einschließlich der berufslosen Selbständigen (Abteilungen A–G) zusammen, so ergibt sich folgende Gliederung:

Erwerbstätige (A—G) nach dem Familienstand.

Familienstand	im Staat überhaupt	im Staat v. H. aller Erwerbstätigen	in den Großstädten überhaupt	in den Großstädten v. H. aller Erwerbstätigen
Männliche				
ledig	5 197 297	38,48	1 481 961	35,59
verheiratet	7 748 727	57,37	2 511 559	60,33
verwitwet, geschieden	561 300	4,15	169 760	4,08
Zusammen	**13 507 324**	**100,00**	**4 163 280**	**100,00**
Weibliche				
ledig	4 192 240	54,02	1 381 572	62,36
verheiratet	2 128 191	27,43	337 620	15,21
verwitwet, geschieden	1 439 278	18,55	496 338	22,40
Zusammen	**7 759 709**	**100,00**	**2 215 530**	**100,00**

Bei den männlichen in A—G liegen die Dinge also in den Großstädten ganz ähnlich wie im Staat, nur ist für die Verheirateten ein kleiner Vorsprung zugunsten der Großstädte festzustellen. Bei den weiblichen sind die Unterschiede wesentlich größer und zwar in allen 3 Familienstandsgruppen. Vor allem finden sich in den Großstädten sehr viel weniger (weibliche) Verheiratete als im Staat: dort mehr als ¼, hier weniger als ⅙; dafür auf der anderen Seite in den Großstädten ein Erhebliches mehr an Ledigen, aber auch an Verwitweten und Geschiedenen. In den Großstädten tritt also die verheiratete Frau als Erwerbstätige (und quasi Erwerbstätige!) hinter ihren ledigen und verwitweten Schwestern stark zurück: Im wesentlichen wird das auch hier wieder an der sehr viel geringeren Beteiligung der mithelfenden Tätigkeit in den Großstädten liegen, die bekanntlich auf dem platten Lande gerade auch bei den verheirateten Frauen eine Hauptrolle spielt.

Dieses Bild verändert sich nicht allzu erheblich, wenn wir die Berufslosen der Abteilung G ausschalten. Bei diesen selbst ist die Verteilung auf die Familienstandsgruppen — unter Fortlassung der absoluten Zahlen — folgende:

Familienstand	männlich im Staat	männlich in den Großstädten	weiblich im Staat	weiblich in den Großstädten
ledig	23,60	25,05	23,27	22,44
verheiratet	56,08	57,47	8,77	7,33
verwitwet, geschieden	20,32	17,48	67,96	70,23

Der Unterschied zwischen Staat und Großstädten, so groß auch derjenige zwischen den Geschlechtern ist, fällt also ganz unbedeutend aus. Bei den Männern überwiegen die Ledigen um ein Geringes, bei den Frauen dagegen die ohnehin wichtigen Verwitweten um ein ähnliches Maß. Demnach sieht es bei den eigentlichen Erwerbstätigen (Abteilungen A—F) so aus:

Die eigentlichen Erwerbstätigen (A—F) nach dem Familienstand.

Familienstand	im Staat überhaupt	im Staat v. H. aller Erwerbstätigen	in den Großstädten überhaupt	in den Großstädten v. H. aller Erwerbstätigen
Männliche				
ledig	4 950 878	39,72	1 406 592	36,42
verheiratet	7 163 072	57,48	2 338 604	60,55
verwitwet, geschieden	349 092	2,80	117 146	3,03
Zusammen	**12 463 042**	**100,00**	**3 862 342**	**100,00**
Weibliche				
ledig	3 903 536	59,88	1 284 607	72,04
verheiratet	2 019 335	30,98	305 918	17,15
verwitwet, geschieden	596 074	9,14	192 800	10,81
Zusammen	**6 518 945**	**100,00**	**1 783 325**	**100,00**

Bei den weiblichen Erwerbstätigen ist nunmehr allerdings eine merkliche Verschiebung zugunsten der Ledigen eingetreten, die sich in den Großstädten noch stärker ausdrückt als im Staat. In den Großstädten sind jetzt fast ¾ aller erwerbstätigen Frauen ledig, während es im Staat nur ⅗ sind. Auch der Anteil der Verheirateten ist, wenn auch nur etwas, gestiegen, dagegen haben die Verwitweten (und Geschiedenen) etwa um die Hälfte nachgegeben; kein Wunder, da sich ja aus diesen vor allem die Berufslosen der Abteilung G rekrutierten.

Daß die besonders bei den Frauen festgestellten Unterschiede zwischen Staat und Großstädten vor allem aus der eben erwähnten Beteiligung oder Nichtbeteiligung der Mithelfenden zu erklären sind und nicht aus den Verhältnissen in den eigentlich städtischen Erwerbszweigen (B—F), ist leicht aus den Zahlen für die Abteilungen B und C (Industrie und Handel und Verkehr) zu ersehen, die wir ähnlich wie beim Alter, wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Großstädte wiedergeben, und zwar für die Abteilungen insgesamt auch unter Fortlassung der absoluten Zahlen.

Familienstand in Abteilung B. Industrie (in v. H.).

Familienstand	männlich im Staat	männlich in den Großstädten	weiblich im Staat	weiblich in den Großstädten
ledig	41,26	38,78	67,80	67,47
verheiratet	56,25	58,18	22,17	21,28
verwitwet, geschieden	2,49	3,04	10,03	11,25

Bei den Männern zeigt sich also immer noch in den Großstädten im Vergleich zum Staat ein kleines Übergewicht zugunsten der Verheirateten, bei den Frauen dagegen ist durchweg so gut wie gar kein Unterschied zu bemerken. Stellt man das Ergebnis für die Großstädte den Verhältnissen bei allen Erwerbstätigen (A—F) gegenüber, so sind bei den Männern in B die Ledigen um ein Geringes im Vorteil, bei den Frauen dagegen die Verheirateten; die ledigen Frauen sind auf etwa ⅔ zurückgegangen, während sie dort fast noch ¾ ausmachten.

Wie steht es nun mit den Industriearbeitern (B, c)?

Familienstand der Industriearbeiter.

Familienstand	im Staat überhaupt	im Staat v. H. aller Erwerbstätigen	in den Großstädten überhaupt	in den Großstädten v. H. aller Erwerbstätigen
Männliche				
ledig	2 261 995	46,90	717 023	43,46
verheiratet	2 456 362	50,92	885 120	53,64
verwitwet, geschieden	105 028	2,18	47 827	2,90
Zusammen	**4 823 385**	**100,00**	**1 649 970**	**100,00**
Weibliche				
ledig	695 489	71,53	305 736	70,39
verheiratet	183 783	18,90	80 633	18,57
verwitwet, geschieden	92 996	9,57	47 964	11,04
Zusammen	**972 268**	**100,00**	**434 333**	**100,00**

Beim Vergleich zwischen Staat und Großstädten fällt auch hier der kleine Vorrang ins Auge, den die männlichen Arbeiter in den Großstädten gegenüber denen im Staat haben. Bei den

Arbeiterinnen sind wiederum die Unterschiede kaum nennenswert. Gegenüber der gesamten Abteilung B treten jetzt die Ledigen bei beiden Geschlechtern stärker hervor.

Familienstand in Abteilung C. Handel und Verkehr (in v. H.).

Familienstand	männlich		weiblich	
	im Staat	in den Großstädten	im Staat	in den Großstädten
ledig	30,38	32,11	63,50	67,05
verheiratet	67,07	64,94	25,07	21,16
verwitwet, geschieden	2,55	2,95	11,43	11,79

Hier sind bei beiden Geschlechtern die Ledigen in den Großstädten gegenüber dem Staat etwas im Vorteil. Beim Vergleich mit der Abteilung B (insgesamt) ergibt sich für die Frauen in den Großstädten eine auffallende Übereinstimmung, während bei den Männern in C die Verheirateten doch merklich in den Vordergrund treten.

Nun zum Schluß noch die Angestellten im Handel und Verkehr (C, b):

Handelsangestellte nach dem Familienstand.

Familienstand	im Staat		in den Großstädten	
	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen	überhaupt	v. H. aller Erwerbstätigen
Männliche				
ledig	350 353	37,60	194 931	40,13
verheiratet	566 229	60,76	281 134	57,88
verwitwet, geschieden	15 309	1,64	9 659	1,99
Zusammen	**931 891**	**100,00**	**485 724**	**100,00**
Weibliche				
ledig	391 234	91,44	252 144	90,31
verheiratet	22 412	5,24	16 522	5,92
verwitwet, geschieden	14 204	3,32	10 541	3,77
Zusammen	**427 850**	**100,00**	**279 207**	**100,00**

Hier wie überall bei den Männern ist der etwas stärkere Anteil der Ledigen in den Großstädten zu nennen, bei den Weiblichen fällt der übermäßig große Anteil der Ledigen — gleichmäßig in Staat und Großstädten — auf, der sich in dieser Höhe bisher noch in keinem einzigen Falle gezeigt hat. Dieses Überwiegen der ledigen Angestellten in C findet seine Erklärung in der starken Besetzung der jüngsten Altersklassen dieser Gruppe (75,83 v. H. unter 30 Jahren)[1].

4. Gesamtbevölkerung und Erwerbstätige nach Alter und Familienstand.

Zum Abschluß dieser Betrachtung über Alter und Familienstand soll noch festgestellt werden, wie stark die einzelnen Altersklassen und Familienstandsgruppen der Erwerbstätigen (A—F) an der Gesamtbevölkerung beteiligt sind; oder mit anderen Worten, es soll die Frage beantwortet werden: wieviel von allen Männern und Frauen eines bestimmten Alters, eines bestimmten Familienstandes sind erwerbstätig im Staat, in den Großstädten?

Hier behandeln wir ebenfalls zunächst das Alter, und zwar beginnen wir mit den männlichen Erwerbstätigen.

[1]) Vergl. S. 31.

Anteil der männlichen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung.

Altersgruppen	im Staat			in den Großstädten		
	Gesamtbevölkerung	Erwerbstätige überhaupt	Erwerbstätige v. H. der Gesamtbevölkerung	Gesamtbevölkerung	Erwerbstätige überhaupt	Erwerbstätige v. H. der Gesamtbevölkerung
unt. 14 J.	4 618 177	56 235	1,22	1 120 998	3 787	0,34
14 bis unt. 16 „	804 671	562 296	69,88	201 244	121 917	60,58
16 „ „ 18 „	822 600	722 668	87,85	214 073	180 422	84,28
18 „ „ 20 „	787 001	737 417	93,70	217 570	200 417	92,12
20 „ „ 25 „	1 882 796	1 790 298	95,09	562 049	520 594	92,62
25 „ „ 30 „	1 521 012	1 476 615	97,08	484 487	471 141	97,25
30 „ „ 40 „	2 476 517	2 409 202	97,28	855 842	835 031	97,57
40 „ „ 50 „	2 259 807	2 181 786	96,55	806 969	779 865	96,64
50 „ „ 60 „	1 749 567	1 600 008	91,45	567 479	520 294	91,69
60 „ „ 65 „	623 375	488 122	78,30	176 939	137 115	77,49
65 „ „ 70 „	449 017	267 743	59,63	111 646	61 591	55,17
70 Jahr u. darüb.	509 461	170 652	33,50	108 399	30 168	27,83
Zusammen	**18 504 001**	**12 463 042**	**67,35**	**5 427 695**	**3 862 342**	**71,16**

Größere Unterschiede im Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung zeigen sich also nur bei den jüngeren Personen (unter 18 Jahren) sowie bei den ganz alten (über 65 Jahre); diese Unterschiede sind sogar sehr erheblich bei den Jugendlichen unter 14, auch noch bei denen von 14 bis 16 Jahren und auf der anderen Seite bei den über 70 Jahre alten. Eine merkwürdige Differenz zeigt sich nochmal bei den zwischen 20 und 25 Jahre alten. In allen genannten Fällen ist der Anteil der großstädtischen Erwerbstätigen geringer als im Staatsdurchschnitt, und das ist überhaupt meist der Fall; größer, wenn auch nur ganz unerheblich, sind die Anteilzahlen der männlichen Großstädter nur zwischen 25 und 60 Jahren. Daß trotzdem im ganzen die Erwerbstätigkeit der Großstädter verhältnismäßig doch merklich größer ist als im Staatsdurchschnitt, ist nur durch den wesentlich geringeren großstädtischen Anteil der so gut wie gänzlich erwerbslosen Personen unter 14 Jahren zu erklären; diese nehmen nämlich im Staat 24,96 (also $^1/_4$), in den Großstädten dagegen nur 20,65 (also etwas über $^1/_5$) v. H. der männlichen Gesamtbevölkerung ein. Dank dieser Altersverteilung haben also die großstädtischen Erwerbstätigen weniger nicht erwerbende Angehörige zu ernähren als im Staatsdurchschnitt, sodaß das Verhältnis für die Erwerbenden hier günstiger ausfällt als dort. Der durch diese Altersverteilung bedingte Unterschied zwischen Staat und Großstädten verschärft sich noch erheblich, wenn man beiderseits die Mithelfenden ausschaltet[1]); da diese Mithelfenden nicht in vollem Sinne als Erwerbstätige anzusehen sind, jedenfalls nicht in ihrer Gesamtheit, liegt die Berechtigung dieses Verfahrens auf der Hand. Nach Abzug der Mithelfenden verringert sich der Anteil der Erwerbstätigen insgesamt im Staat auf 63,58, in den Großstädten nur auf 70,80 v. H. Hiernach liegt auch die Vermutung nahe, daß die Differenzen in den Altersklassen bis zu 25 Jahren und jenseits der 60 Jahre zugunsten des Staates im wesentlichen auf dieser Einrechnung der Mithelfenden beruhen; während in den Großstädten ein wesentlicher Teil der jungen Männer — auch noch bis zu 25 Jahren! — sich in diesem Alter noch in der Berufsausbildung (außerhalb des Lehrlingsverhältnisses) befindet, sind die gleichen Altersklassen auf dem Lande meist als Mithelfende im elterlichen Betrieb tätig und rechnen damit zu den voll Erwerbstätigen. Ebenso „helfen“ die Alten, auch wenn sie die Wirtschaft längst übergeben haben, oft noch ziemlich ausgiebig in der Landwirtschaft, während sie in der Stadt, wenn sie aus ihrem Beruf ausgeschieden sind, fast restlos zur Abteilung G, ohne Beruf, gehören.

[1]) Vgl. die Angaben auf S. 26.

Nun zu den weiblichen Erwerbstätigen.

Anteil der weiblichen Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung.

Altersgruppen	im Staat			in den Großstädten		
	Gesamt-bevöl-kerung	Erwerbstätige		Gesamt-bevöl-kerung	Erwerbstätige	
		überhaupt	v. H. der Gesamt-bevölkerung		überhaupt	v. H. der Gesamt-bevölkerung
unt. 14 J.	4 478 494	40 377	0,90	1 091 037	1 988	0,18
14 bis unt. 16 „	781 838	374 813	47,94	205 425	76 833	37,40
16 „ „ 18 „	806 868	551 950	68,41	230 872	152 527	66,07
18 „ „ 20 „	782 133	577 913	73,89	239 155	178 056	74,45
20 „ „ 25 „	1 880 470	1 203 287	63,99	595 432	387 600	65,10
25 „ „ 30 „	1 734 723	776 176	44,74	580 243	244 973	42,22
30 „ „ 40 „	2 988 026	1 093 301	36,59	1 072 810	328 003	30,57
40 „ „ 50 „	2 437 364	862 840	35,40	872 407	219 325	25,14
50 „ „ 60 „	1 822 992	636 265	34,90	598 402	129 579	21,65
60 „ „ 65 „	690 582	205 647	29,78	209 079	36 330	17,38
65 „ „ 70 „	532 152	115 656	21,73	154 703	17 828	11,52
70 Jahr u. darüb.	680 530	80 720	11,86	188 229	10 283	5,46
Zusammen . . .	**19 616 172**	**6 518 945**	**33,23**	**6 037 794**	**1 783 325**	**29,54**

Hier sind die Unterschiede zwischen Staat und Großstädten wesentlich größer als bei den Männern; eine gewisse Übereinstimmung zeigt sich überhaupt nur bei den Jahresklassen zwischen 16 und 30. Einen größeren Anteil als im Staat weisen die Großstädte nur bei den zwei Altersgruppen zwischen 18 und 20 sowie 20 und 25 auf. Sonst bleibt der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen in den Großstädten durchweg, und zwar meist erheblich, hinter dem Staatsdurchschnitt zurück. Auch in der Summe ist infolgedessen die Großstadtziffer geringer, obwohl hier hinsichtlich der jüngsten Altersklassen dasselbe zutrifft wie bei den männlichen: Von der Gesamtbevölkerung machen die Kinder unter 14 im Staat 22,83, in den Großstädten nur 18,07 v. H. aus. Das Bild wird sofort wesentlich anders, wenn man auch hier die Mithelfenden ausschaltet: Dann sinkt der Anteil der Erwerbstätigen an der weiblichen Gesamtbevölkerung im Staat auf 21,92, in den Großstädten nur auf 27,78 v. H. Diese große Beteiligung der Mithelfenden ist es denn auch, die im Staatsdurchschnitt die Erwerbsziffer bis in die höchsten Altersklassen hinauf ziemlich hoch hält, während sie bei der großstädtischen Bevölkerung nach dem 30. Lebensjahr sehr rasch absinkt. Bemerkenswerterweise zeigt sich der größte Anteil an Erwerbstätigen mit fast $^3/_4$ der entsprechenden Bevölkerung in der Altersklasse 18—20 Jahre.

Dehnen wir dieselbe Betrachtungsweise auf den Familienstand aus, so erhalten wir für die männlichen und weiblichen Erwerbstätigen folgendes Bild:

Familien-stand	im Staat			in den Großstädten		
	Gesamt-bevöl-kerung	Erwerbstätige		Gesamt-bevöl-kerung	Erwerbstätige	
		überhaupt	v. H. der Gesamt-bevölkerung		überhaupt	v. H. der Gesamt-bevölkerung
Männliche						
ledig	10 137 771	4 950 878	48,84	2 737 381	1 406 592	51,38
verheiratet .	7 779 250	7 163 072	92,08	2 516 542	2 338 604	92,93
verw., gesch.	586 980	349 092	59,47	173 772	117 146	67,41
Zusammen . .	**18 504 001**	**12 463 042**	**67,35**	**5 427 695**	**3 862 342**	**71,16**
Weibliche						
ledig	10 024 338	3 903 536	38,94	2 887 085	1 284 607	44.49
verheiratet .	7 775 552	2 019 335	25,97	2 514 550	305 918	12,17
verw., gesch.	1 816 282	596 074	32,82	636 159	192 800	30,31
Zusammen . .	**19 616 172**	**6 518 945**	**33,23**	**6 037 794**	**1 783 325**	**29,54**

Bei den Männern sind die Unterschiede zwischen Staat und Großstädten nicht allzu erheblich, abgesehen davon, daß in den Großstädten die Verwitweten und Geschiedenen ein gut Teil stärker erwerbstätig sind als im Staatsdurchschnitt. Bei den Frauen dagegen ist der Unterschied bei den ledigen, noch viel mehr aber bei den verheirateten recht groß. Von den verheirateten Frauen sind in den Großstädten nicht einmal halb soviel beschäftigt wie im Staatsdurchschnitt! Die für die Ledigen angegebenen Zahlen sind insofern nicht voll beweiskräftig, als hier in der Gesamtbevölkerung auch all die Kinder enthalten sind, die notwendigerweise ledig und gleichzeitig nicht erwerbstätig sind. Um ein angemesseneres Bild zu erhalten, setzen wir die Kinder unter 14 Jahren, die wir durchweg als ledig ansehen können, von der Gesamtbevölkerung ab und bekommen dann folgende Anteilsziffern: Von den männlichen Ledigen sind im Staat erwerbstätig 89,70, in den Großstädten 87,09 v. H., von den weiblichen im Staat 70,39, in den Großstädten 71,52 v. H. Die Unterschiede zwischen Staat und Großstädten schrumpfen bei diesem Verfahren, besonders bei den weiblichen, stark zusammen; vor allem aber sieht man hierbei, daß von den im erwerbsfähigen Alter stehenden Ledigen bei den Männern fast ebenso viele erwerbstätig sind wie von den Verheirateten, und daß bei den Frauen diese Erwerbstätigkeit zwar etwas geringer ist als die männliche, aber doch unvergleichlich hoch über derjenigen der Verheirateten liegt; die ledigen Frauen (über 14) sind eben grundsätzlich in Stadt und Land erwerbstätig. Der große Unterschied bei den Verheirateten zugunsten des Staatsdurchschnitts ist zweifellos wieder auf die Einrechnung der mithelfenden Ehefrauen in der Landwirtschaft zurückzuführen.

II. Besonderer Teil.

I. Abschnitt.

Die Großstädte im Erwerbsleben ihrer Provinzen.

Der erste allgemeine Teil dieser Untersuchung hatte die Aufgabe, die Erwerbsverhältnisse in den preußischen Großstädten im Vergleich mit denen des ganzen Landes darzustellen, ohne dabei auf die Besonderheiten der einzelnen Städte einzugehen. Nur an einer Stelle[1]) hatten wir Gelegenheit, einzelne Städte zu erwähnen, als es sich um die Feststellung der Wirtschaftszweige handelte, deren Hauptvorkommen in wenigen bestimmten Städten liegt. Hierbei kam es aber weniger auf die Eigenarten dieser Städte, als auf ihre Anzahl an. Hat sich somit aus dem Bisherigen im wesentlichen ergeben, wie sich der Erwerb in der durchschnittlichen preußischen Großstadt vollzieht, so soll im folgenden gerade den Besonderheiten der einzelnen Städte und Städtegruppen nachgegangen werden. Und zwar wollen wir zunächst feststellen, welche Rolle die Großstädte in dem Erwerbsleben ihrer jeweiligen Provinz spielen, die in den meisten Fällen auch ihr natürliches und wirtschaftliches Hinterland bildet. Die Provinzen Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen sowie die Hohenzollernschen Lande bleiben dabei außer Betracht, weil sich in ihnen keine Großstädte befinden. Bei Berlin, das ja geographisch inmitten von Brandenburg liegt, könnte man an sich denken, es zu dieser Provinz in Beziehung zu setzen, jedoch läßt der besondere Charakter von Berlin als Landes- und Reichshauptstadt und darüber hinaus als Weltstadt es geraten erscheinen, hiervon Abstand zu nehmen. Es verbleiben also 10 Provinzen, für die die Beziehungen von einer oder mehreren Großstädten zur Gesamtheit der Provinzbevölkerung untersucht werden sollen.

[1]) Vgl S. 24 ff.

1. Ostpreußen.

Wir beginnen, entsprechend der bei der amtlichen preußischen Statistik üblichen Reihenfolge, mit der Provinz Ostpreußen mit ihrer einzigen Großstadt Königsberg. Ostpreußen ist von allen hier zu behandelnden Provinzen die am meisten agrarische, umfaßt doch die agrarische Bevölkerung (Berufsabteilung A) hier fast die Hälfte (genau 45,4 v. H.) der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich hiermit treten alle anderen Berufszweige stark in den Hintergrund; in der zweitgrößten Berufsabteilung B, Industrie und Handwerk, ist nur noch 1/5 der Bevölkerung von Ostpreußen vereinigt. Von diesem Hintergrunde hebt sich Königsberg folgendermaßen ab:

Die Berufszugehörigen in Ostpreußen und Königsberg nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz Ostpreußen	Königsberg	Von 100 Berufszugehörigen in Ostpreußen entfallen auf Königsberg
A. Landwirtschaft	1 023 502	2 607	0,25
B. Industrie und Handwerk	442 785	88 874	20,07
C. Handel und Verkehr	290 352	95 013	32,72
D. Verwaltung	130 721	32 615	24,95
E. Gesundheitswesen	26 461	8 801	33,26
F. Häusliche Dienste	77 810	12 609	16,20
G. Ohne Beruf	264 718	39 407	14,89
A-G. Gesamtbevölkerung	**2 256 349**	**279 926**	**12,41**

Mit der — selbstverständlichen — Ausnahme der Abteilung A liegen die Anteilziffern aller (nichtlandwirtschaftlichen) Abteilungen über dem Königsberger Anteil der Gesamtbevölkerung. Wie aber bereits oben[1]) ausführlich bei der Betrachtung der Großstädte insgesamt dargestellt, können wir diese Anteilziffer der Gesamtbevölkerung nicht weiter zum Vergleich zwischen der Großstadt und dem übrigen Lande verwenden. Wir müssen vielmehr auch hier zur Ermittlung des normalen städtischen Bevölkerungsanteils die Berufszugehörigen der Landwirtschaft (Abteilung A) außer acht lassen und erhalten dann als vergleichsfähige Anteilziffer für Königsberg 22,49 v. H.; diese Ziffer stellt den Anteil der (nicht landwirtschaftlichen) Bevölkerung Königsbergs an der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung der Provinz Ostpreußen dar. Legt man diese Zahl zugrunde, so erkennt man sofort, daß die Berufsabteilungen G und F, in etwas geringerem Maße sogar noch die Abteilung B (Industrie und Handwerk) unter dem normalen städtischen Anteilsatz liegen. Das bedeutet, daß diese Berufe in den übrigen Städten und auf dem platten Lande stärker vertreten sind als in der Großstadt. Großstädtischen Charakter tragen nur die Abteilungen C. Handel und Verkehr und E. Gesundheitswesen, während die Verwaltung (Abteilung D) etwa nur gerade dem städtischen Durchschnitt entspricht.

Während sich also die Industrie als Ganzes in Königsberg nur wenig von der Provinz abhebt, zeigt sich doch bei einigen ihrer Berufsgruppen ein wesentlich anderes Bild; nach der Anteilziffer geordnet liegen nämlich über dem städtischen [illegible]satz nebenstehende Berufsgruppen.

[illegible]on so oft, zeigt sich auch hier, daß der groß[illegible]nteil der zahlenmäßig unbedeutendsten Industrien [illegible]ößten ist: Die Hälfte aller genannten Berufs[illegible]mfaßt weniger als 1 v. H. der Königsberger [illegible]; ferner fällt der Anteilsatz im allgemeinen mit [illegible]sen der Zahl der Berufszugehörigen. Insgesamt [illegible] sich bei den zum Vergleich herangezogenen [illegible]ppen um rund 1/7 der Königsberger und 1/16 der [illegible]chen Bevölkerung. Der mittlere Anteil dieser [illegible]pen mit 29,37 v. H. liegt auch nicht allzu erheblich [illegible] städtischen Normalsatz von 22,49 v. H.

[1]) [illegible]gl. S. 12ff.

Berufsgruppen	Provinz Ostpreußen	Königsberg	Von 100 Berufszugehörigen in Ostpreußen entfallen auf Königsberg
XIII. Kautschuk- und Asbest-Industrie	252	193	76,59
XV. Musikinstrumenten-Industrie	394	253	64,21
V. Eisen- und Metallgewinnung	1 737	857	49,34
XI. Papierindustrie	21 825	8 647	39,62
VIII. Elektrotechn. Industrie	7 309	2 877	39,36
XIX. Wasser-, Gas-, Elektrizitäts-Versorgung	13 246	4 894	36,95
IX. Chemische Industrie	2 221	763	34,35
X. Textilindustrie	3 957	1 145	28,94
VII. Maschinenbau	33 375	8 504	25,48
XVII. Bekleidungsgewerbe	54 673	12 691	23,21
Zusammen 10 Berufsgruppen	**138 989**	**40 824**	**29,37**

Aus der Abteilung C. Handel und Verkehr ist einzig der hervorragende Anteil der Gruppe XXI. Versicherungswesen zu erwähnen mit 61,08 v. H. — 3 052 Berufszugehörige in Königsberg von 4 997 in Ostpreußen.

Um einen genaueren Einblick in die hier in Rede stehenden Verhältnisse gewinnen zu können, sind im Folgenden diejenigen Wirtschaftszweige nach der Zahl der Erwerbstätigen und der Berufszugehörigen aufgeführt, bei denen der Anteil von Königsberg an der Provinz den städtischen Normalsatz übertrifft; außer Acht gelassen sind dabei die Wirtschaftszweige, bei denen die Zahl der Erwerbstätigen unter 100 bleibt, es sei denn, daß der Anteilsatz entweder bei den Erwerbstätigen oder bei den Berufszugehörigen mindestens 50 v. H. beträgt. Die Wirtschaftszweige werden dabei in Klassen zusammengefaßt, und zwar nach dem Anteilsatz der Erwerbstätigen oder der Berufszugehörigen (über 80, über 60 bis 80, über 40 bis 60, über 20 v. H.), wobei der jeweils höhere Satz für die Eingruppierung entscheidend ist:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 80 v. H.						
W 70. Herst. v. Bernsteinwaren usw.	303	295	97,36	415	397	95,66
W 73. Korkindustrie	16	15	93,75	25	24	96,00
W 32. Eisenbahnwagenbau	901	837	92,90	2 254	2 083	92,41
W 93. Herst. v. Zigaretten	246	225	91,46	394	363	92,13
W 29. Eisenbau	83	74	89,16	171	152	88,89
W 102. Herst. v. Korsetten	26	23	88,46	32	28	87,50
W 132. Straßenbahnen	1 208	1 050	86,92	3 705	3 216	86,80
W 145. Rundfunkwesen	26	21	80,77	50	41	82,00
W 38. Baumwollindustrie	88	73	82,95	133	104	78,20
W 121. Markt- und Messewesen	136	110	80,88	234	177	75,64
W 134. Luftverkehr	96	77	80,21	175	132	75,43

Bei den vorgenannten Wirtschaftszweigen handelt es sich nur zum Teil um solche, die ihrer Natur nach auf Großstädte beschränkt sind: Straßenbahnen, Rundfunkwesen, Messewesen (die Ostdeutsche Messe in Königsberg!), Luftverkehr. Eine Besonderheit von Ostpreußen bildet die Verarbeitung des nur dort in ausreichender Menge gefundenen Bernsteins, die offenbar nur in der Hauptstadt vorgenommen wird. Mit Ausnahme des Eisenbahnwagenbaus und der Straßenbahnen sind sämtliche genannten Zweige nach Zahl der Beschäftigten und der Berufszugehörigen überaus geringfügig, selbst der größte von ihnen (W 70) erreicht noch nicht einmal 2 vom Tausend der Gesamtbevölkerung Königsbergs.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufsangehörige		
	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 bis 80 v. H.						
W 135. Reiseauskunft . . .	52	39	75,00	97	77	79,38
W 67. Herst. v. Stöcken .	240	190	79,17	378	286	75,66
W 59. Herst. v. Kautschukwaren	123	94	76,42	246	193	78,46
W 155. Straßenreinigung .	734	560	76,29	2 399	1 847	76,99
W 89. Kaffeerösterei . . .	110	80	72,73	192	138	71,88
W 122. Verleihung, Versteigerung	239	190	79,50	378	259	68,52
W 75. Herst. v. Streichinstrumenten . . .	35	27	77,14	72	48	66,67
W 142. Künstler, Schriftsteller	196	141	71,94	350	240	68,57
W 86. Herst. v. Margarine	173	123	71,10	363	248	68,32
W 79. Herst. v. Keks . .	37	25	67,57	65	44	67,69
W 84. Fischindustrie . . .	95	64	67,37	169	110	65,09
W 20. Glasindustrie . . .	69	46	66,67	122	82	67,21
W 15. Kalk- u. Zementind.	169	111	65,68	416	270	64,90
W 125. Versicherungswesen	2 528	1 634	64.64	4 997	3 052	61,08
W 74. Klavierbau	156	99	63,46	300	183	61,00
W 115. Verlagsgewerbe . .	825	518	62,79	1 434	865	60,32
W 28. Kessel- u. Apparatebau	377	234	62,07	854	521	61,01
W 120. Vermittlung	3 419	2 109	61,68	7 142	4 127	57,78

Auch hier kann man nur von einem Teil der Wirtschaftszweige sagen, daß sie ihrer Eigenart nach am ehesten in Großstädten zu erwarten sind: Reiseauskunft, Straßenreinigung, Verleihung und Versteigerung, Versicherungswesen, Verlagsgewerbe, Vermittlung und Beratung. Wie in der ersten Gruppe gehört keiner dieser Zweige zu Abteilung B (Industrie), vielmehr tritt Handel und Verkehr (Abt. C) am stärksten in Erscheinung. Die wenigen an Zahl bedeutenderen Wirtschaftszweige gehören mit Ausnahme der Straßenreinigung samt und sonders dem Handel und Verkehr an; von den übrigen überschreitet nur der Kessel- und Apparatebau sowie die Stock- und Schirmherstellung 1 v. T. der Einwohnerzahl Königsbergs.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufsangehörige		
	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 40 bis 60 v. H.						
W 97. Wäscheherstellung	850	508	59,76	1 070	630	58,88
W 151. Rettungswesen . .	329	186	56,53	1 052	588	55,89
W 51. Papierverarbeitung	470	263	55,96	771	402	52,14
W 82. Schokoladenindustrie	736	395	53,67	1 156	626	54,15
W 154. Desinfektionswesen	57	28	49,12	176	93	52,84
W 21. Großeisenindustrie (Gießerei)	674	330	48,96	1 634	808	49,45
W 33. Elektrotechnik . .	2 819	1 349	47,85	4 722	2 267	48,01
W 117. Tabakhandel . . .	1 197	551	46,03	2 302	1 034	44,92
W 143. Theater und Musik	1 692	775	45,80	2 964	1 278	43,12
W 53. Buchdruck	2 814	1 250	44,42	5 020	2 252	44,86
W 123. Spedition	2 683	1 201	44,76	6 406	2 788	43,52
W 106. Reinigung v. Textilerzeugnissen . . .	1 423	633	44,48	1 923	798	41,50
W 133. Sonst. Landbefördg.	2 766	1 224	44,25	7 380	3 216	43,58
W 91. Herst. v. Branntwein	1 321	584	44,21	2 821	1 132	40,13
W 119. Bank- und Börsenwesen	4 847	2 042	42,13	8 015	3 384	42,22
W 141. Rechtsberatung . .	3 497	1 494	42,72	6 438	2 680	41,63
W 44. Textilveredelung .	314	140	44,59	515	198	38,45
W 110. Wasserversorgung	404	175	43,32	1 183	464	39,22
W 126 Seeschiffahrt	979	409	41,78	2 201	782	35,53
W 96. Näherei	1 206	493	40,88	1 418	566	39,92
W 50. Papiererzeugung .	5 495	2 226	40,51	15 339	5 781	37,69
W 156 Bestattungswesen.	302	122	40,40	718	248	34,54

Bei dieser Klasse von Wirtschaftszweigen fällt zunächst auf, daß nur ganz wenige näher der Obergrenze, zwischen 50 und 60 v. H. liegen; weit mehr als die Hälfte liegt sogar unter 45 v. H. An sich in der Großstadt zu erwarten sind die Wirtschaftszweige Rettungswesen, Desinfektionswesen, Theater und Musik, Bank- und Börsenwesen, Rechtsberatung und Interessenvertretung, Wasserversorgung. Hier treten zum erstenmal einige Industriezweige mit nennenswerten Zahlen in Erscheinung: Elektrotechnik, Buchdruck, Branntweinherstellung und vor allem Papiererzeugung.

Die der Anzahl der beteiligten Wirtschaftszweige nach größte Klasse ist diejenige unter 40 v. H., worunter an sich alle die zu verstehen sind, bei denen die Anteilziffer sowohl der Erwerbstätigen wie der Berufszugehörigen über 22,49 liegt; aus Gründen der Raumersparnis und wegen der geringen Bedeutung der meisten dieser Wirtschaftszweige sind hier (und werden bei den folgenden Provinzen) nur diejenigen abgedruckt, bei denen die Zahl der Berufszugehörigen 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung überschreitet:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.	in der Provinz	in Königsberg	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 22,49 bis 40 v. H. (in Auswahl)						
W 114. Warenhandel . . .	57 177	21 036	36,79	100 027	35 204	35,19
W 164. Studierende, Zöglinge	8 465	2 850	33,67	8 465	2 850	33,67
W 138. Heer und Marine	16 887	5 114	30,28	25 654	8 481	33,06
W 130. Reichsbahn	19 635	5 981	30,46	75 175	19 754	26,28
W 129. Post u. Telegraphie	9 964	2 752	27,62	28 326	6 441	22,74
W 78. Bäckerei	7 484	1 983	26,50	12 441	3 276	26,33
W 95. Schneiderei	19 379	4 914	25,36	31 527	7 501	23,79
W 136. Gast- und Schankwirtschaft	15 410	3 753	24,35	25 323	6 366	25,14
W 137. Staatsverwaltung .	23 909	5 886	24,62	60 843	14 357	23,60

Von 34 insgesamt hierher gehörenden Wirtschaftszweigen sind aus dem oben genannten Grunde nur 9 abgedruckt. Soweit von den übrigen einige im Text erwähnt werden, ist ihnen in Klammern die Anteilziffer für die Berufszugehörigen beigesetzt worden. In dieser Klasse sind, wie auch nach dem geringeren Anteilsatz zu erwarten, für die Großstädte besonders charakteristische Erwerbszweige nicht mehr vorhanden, wohl aber treten eine Reihe Wirtschaftszweige stärker hervor, die an sich jeder Stadt ihr Gepräge verleihen könnten, hier aber wegen der Besonderheiten der Handelsstadt sowie der Provinzialhauptstadt eine noch immer überdurchschnittliche Rolle spielen: Allen voran der Warenhandel, dann in größerem Abstande die Reichsbahn, die Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung, Heer und Marine, Post und Telegraphie, Gastwirtschaftsgewerbe. Ein Teil von ihnen liegt schon stark an der Untergrenze dieser Klasse, das gilt vor allem auch von dem wichtigsten Industriezweig, der hierher gehört, nämlich der Schneiderei und Kleiderherstellung. Die übrigen Wirtschaftszweige dieser Klasse treten, wie erwähnt, zahlenmäßig sehr in den Hintergrund; über mehr als 1 v. H. der Gesamtbevölkerung Königsbergs verfügen nur die Studierenden und Anstaltszöglinge usw. sowie die Bäcker und Konditoren. Von den übrigen Erwerbszweigen sollen wegen ihrer **allgemeinen** Bedeutung wenigstens noch folgende kurz genannt werd-
Chemische Industrie (34,35), Buchhandel (35,68),
versorgung (35,75), Wohlfahrtspflege (30,24), Kle
Installation (28,63), Hafenwesen (23,79), Feinm
Optik (23,58), Schlosserei (22,68).

Von den insgesamt 166 Wirtschaftszweigen
im ganzen 85, von denen sich sagen läßt, daf
Großstadt Königsberg im Verhältnis eine größere l
als in der Provinz Ostpreußen. Unter diesen wied
sich 51 Wirtschaftszweige mit einem Anteilsatz von
40 v. H. (wenigstens für die Erwerbstätigen), die
in gewissem Sinne als eigentlich großstädtische
zweige dieser Provinz ansehen kann.

Fällen
land bildet.
Westpreußen
abei außer
inden. Bei
iburg liegt,
inz in Be-
rakter von
er hinaus
tand zu
die Be-
Gesamt-

2. Pommern.

Pommerns einzige Großstadt Stettin umfaßt 13,54 v. H. der Einwohner der Provinz, also im Verhältnis etwas mehr als Königsberg. Der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist hier dagegen in der Provinz nicht unerheblich geringer als in Ostpreußen; er beträgt hier rund 41 v. H. gegen 45 dort. Der Anteil der nächstgrößten Berufsabteilung B. Industrie und Handwerk nähert sich stark einem Viertel (23,5 v. H.). Im einzelnen zeigt sich im Vergleich zwischen Pommern und Stettin folgendes:

Die Berufszugehörigen in Pommern und Stettin nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz Pommern	Stettin	Von 100 Berufszugehörigen in Pommern entfallen auf Stettin
A. Landwirtschaft	774 404	1 849	0,24
B. Industrie und Handwerk	442 347	105 366	23,82
C. Handel und Verkehr	278 013	79 072	28,44
D. Verwaltung	94 819	23 595	24,88
E. Gesundheitswesen	23 853	6 376	26,73
F. Häusliche Dienste	68 167	10 562	15,49
G. Ohne Beruf	197 178	27 646	14,02
A—G. Gesamtbevölkerung	**1 878 781**	**254 466**	**13,54**

Im Vergleich mit Ostpreußen fällt sofort auf, daß die Anteilsätze der einzelnen Abteilungen mit Ausnahme von B. Industrie und Handwerk unter denen von Königsberg liegen. Während dort C und E (Handel und Verkehr sowie Gesundheitswesen) rund 33 v. H. der Provinzbevölkerung umfassen, bringen diese beiden Abteilungen es hier nur auf rund 28 und 27 v. H. Setzen wir auch hier die aus der nicht agrarischen Bevölkerung gewonnene „normale städtische Anteilziffer" mit 22,87 v. H. zum Vergleich ein, so erkennen wir, daß hier nur die beiden letzten Abteilungen F und G darunter bleiben, während sich die wichtige Abteilung B. Industrie und Handwerk abweichend von Ostpreußen um ein Geringes über diesen Normalsatz erhebt. Das deutet schon auf eine etwas größere Bedeutung der Industrie für das großstädtische Erwerbsleben in der Provinz Pommern hin, wie wir es auch noch im einzelnen bestätigt finden werden. Auf der anderen Seite ist der großstädtische Charakter von Handel und Verkehr sowie Gesundheitswesen längst nicht so ausgesprochen wie dort.

Die industriellen Berufsgruppen, die über dem städtischen Normalsatz liegen, sind in Pommern folgende:

Berufsgruppen	Provinz Pommern	Stettin	von 100 Berufszugehörigen in Pommern entfallen auf Stettin
XIII. Kautschuk- u. Asbest-Industrie	210	135	64,29
VII. Maschinenbau	43 288	25 759	59,51
XV. Musikinstrumenten-Industrie	255	115	45,10
XVII. Bekleidungsgewerbe	59 220	21 461	36,24
VIII. Elektrotechn. Industrie	7 339	2 238	30,49
IX. Chemische Industrie	8 643	2 441	28,24
XIX. Wasser-, Gas-, Elekt.-Versorg.	11 168	2 954	26,45
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	60 605	14 468	23,87
X. Textilindustrie	8 848	2 050	23,17
Zus. 9 Berufsgruppen	**199 576**	**71 621**	**35,89**

In 8 von den aufgeführten 9 Fällen handelt es sich um dieselben Berufsgruppen wie in der Provinz Ostpreußen; neu ist hier das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, während die dort genannten Gruppen Eisen- und Metallgewinnung (Gießereien) und Papierindustrie hier fehlen. Vor allem aber ist die Reihenfolge eine andere geworden: Nur die — zahlenmäßig ganz unbedeutende — Kautschuk- und Asbestindustrie und die Elektrotechnische Industrie stehen an genau der gleichen Stelle wie dort, geringe Veränderungen zeigen die — ebenfalls der Zahl nach unbedeutende — Musikinstrumentenindustrie, die Chemische Industrie, die Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung und die Textilindustrie. Von entscheidender Bedeutung ist die Veränderung, die der Maschinen- und Fahrzeugbau (Schiffswerften!) und das Bekleidungsgewerbe hinsichtlich ihrer Reihenfolge erfahren haben. In Ostpreußen standen beide an letzter Stelle, ihre Anteilziffer lag nur ganz unwesentlich über dem städtischen Normalsatz; in Pommern dagegen erscheinen beide Gruppen mit unter den ersten, und ihre Anteilziffer beträgt bei der einen mehr als das $2^1/_2$ fache, bei der anderen mehr als das $1^1/_2$ fache des Normalsatzes. Da beide Gruppen auch zahlenmäßig sehr gut besetzt sind, beeinflussen sie auch sehr stark den mittleren Anteil dieser 9 Gruppen, der wesentlich höher liegt als in Ostpreußen, obwohl dort die einzelnen Anteilziffern, für sich betrachtet, durchweg höher sind als in Pommern. Von den hier genannten Gruppen umfassen 4 mehr als 1 v. H., eine mehr als 10 v. H. der Stettiner Bevölkerung. Insgesamt werden durch alle 9 Gruppen mehr als $^2/_7$ der Stettiner und fast $^1/_9$ der pommerschen Bevölkerung erfaßt.

Innerhalb der Abteilung C. Handel und Verkehr ist genau wie in Ostpreußen nur die Anteilziffer von Gruppe XXI. Versicherungswesen zu erwähnen mit 60,38 v. H. — 3 527 Berufszugehörige in Stettin von 5 841 in Pommern. Eigenartigerweise liegt hier das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe (Gruppe XXIII) mit 18,82 v. H. unter dem städtischen Normalsatz, tritt also in kleineren Orten Pommerns verhältnismäßig häufiger auf als in der Provinzialhauptstadt. Diese Erscheinung ist ohne weiteres begreiflich, wenn man an die zahlreichen alljährlich vom Fremdenstrom aufgesuchten Ostseebäder Pommerns denkt.

Stellen wir nach demselben Verfahren wie in Ostpreußen die Wirtschaftszweige zu Klassen von 20 zu 20 v. H. nach der Anteilziffer zusammen, so erhalten wir folgendes Bild:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in Stettin	Anteil v. H.	in der Provinz	in Stettin	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 80 v H.						
W 73. Korkindustrie	67	67	100,00	95	95	100,00
W 29. Eisenbau	241	211	87,55	512	454	88,67
W 56. Herst. von Ledertreibriemen	48	40	83,33	92	81	88,04
W 41. Posamentenherstellung	24	20	83,33	39	33	84,62

Im Gegensatz zu Ostpreußen finden wir hier nur Industriezweige, während dort auch einige Wirtschaftszweige aus den Abteilungen C und D (Handel und Verkehr und Freie Berufe) stark in den Vordergrund traten. Die beiden erstgenannten Zweige erschienen auch dort mit ähnlichen Anteilziffern. Im übrigen sind die 4 hier aufgeführten Wirtschaftszweige zahlenmäßig herzlich unbedeutend, nur der Eisenbau umfaßt mehr als 1 v. T. der Stettiner Bevölkerung.

Von den umseitig aufgeführten Wirtschaftszweigen sind in Großstädten ohne weiteres zu erwarten Markt- und Messewesen, Rettungswesen, Straßenbahnen, Straßenreinigung und Versicherungswesen; an Umfang bedeutender sind hiervon nur die Straßenbahnen und das Versicherungswesen. Unter den übrigen Wirtschaftszweigen, die samt und sonders zur Abteilung B. Industrie und Handwerk gehören, zeichnet sich vor allem der Schiffbau durch eine recht starke Besetzung aus; auch der

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in Stettin	Anteil v. H.	in der Provinz	in Stettin	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 bis 80 v H.						
W 121. Markt- und Messewesen	38	29	76,32	83	66	79,52
W 151. Rettungswesen	200	155	77,50	569	412	72,41
W 59. Herstellung von Kautschukwaren	102	77	75,49	177	132	74,58
W 132. Straßenbahnen	987	739	74,87	2 638	1 858	70,43
W 28. Kessel- u. Apparatebau	521	390	74,86	1 075	790	73,49
W 80. Teigwarenindustrie	19	14	73,68	28	20	71,43
W 18. Grobkeramik	1 190	863	72,52	2 734	1 934	70,74
W 31. Fahrzeugbau	4 643	3 258	70,17	9 179	6 491	70,72
W 93. Herstellung von Zigaretten	46	31	67,39	93	65	69,89
W 82. Schokoladenindustrie	796	551	69,22	1 219	840	68,91
W 30. Schiffbau	7 667	5 033	65,64	18 137	12 090	66,66
W 155. Straßenreinigung	333	219	65,77	852	515	60,45
W 125. Versicherungswesen	3 006	1 969	65,50	5 841	3 527	60,38
W 79. Herst. v. Keks	20	12	60,00	28	18	64,29
W 51. Papierverarbeitung	1 064	669	62,88	1 630	980	60,12
W 89. Kaffeerösterei	161	98	60,87	334	206	61,68
W 102. Herstellung von Korsetten	40	27	67,50	52	31	59,62
W 67. Herst. v. Stöcken	59	34	57,63	115	73	63,48
W 74. Klavierbau	79	50	63,29	167	97	58,08
W 101. Herstellung von künstl. Blumen	25	15	60,00	40	23	57,50

Bau von Land- und Luftfahrzeugen erreicht einen größeren Umfang, in sehr viel geringem Maße gilt das von der Grobkeramischen Industrie; drei weitere Wirtschaftszweige überschreiten immerhin noch 1 v. T. der Einwohnerzahl Stettins, dagegen bleiben 9 von den genannten Industriezweigen **unter** diesem Satz! Acht von allen hier auftretenden Wirtschaftszweigen finden sich auch in Ostpreußen in der gleichen Klasse (60 bis 80 v. H.).

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in Stettin	Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in Stettin	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 40 bis 60 v. H.						
W 156. Bestattungswesen	474	273	57,59	1 037	599	57,76
W 128. Kanal- und Hafenwesen	3 156	1 787	56,62	8 254	4 740	57,43
W 120. Vermittlung usw.	2 692	1 539	57,17	5 531	3 060	55,32
W 86. Herst. v. Margarine	1 122	635	56,60	2 565	1 401	54,62
W 115. Verlagsgewerbe	780	431	55,26	1 275	656	51,45
W 123. Spedition	2 531	1 341	52,98	5 592	2 562	45,82
W 126. See- und Küstenschiffahrt	4 029	2 013	49,96	8 927	4 001	44,82
W 81. Zuckerindustrie	2 453	1 178	48,02	5 445	2 207	40,53
W 90. Brauerei	1 752	816	46,58	4 024	1 724	42,84
W 95. Schneiderei	21 648	10 055	46,45	36 544	16 947	46,37
W 144. Lichtspielwesen	314	133	42,36	600	245	40,83
W 27. Maschinenbau	7 070	2 904	41,07	13 960	5 854	41,93
W 96. Näherei	1 342	557	41,51	1 617	669	41,37
W 141. Rechtsberatung	3 041	1 234	40,58	5 360	2 153	40,17
W 107. Baubüros	493	212	43,00	1 040	404	38,85
W 36. Seidenindustrie	1 936	809	41,79	3 526	1 272	36,07
W 53. Buchdruck	2 971	1 209	40,69	5 295	2 047	38,66
W 23. Herst. v. Eisenwaren	1 001	407	40,66	1 893	734	38,77

Im Vergleich mit Ostpreußen werden in dieser Klasse die höheren Anteilziffern mehr bevorzugt; zum Teil erklärt sich das daraus, daß einige Wirtschaftszweige, die dort der Klasse 60—80 v. H. angehören, in Pommern in die Klasse 40—60 v. H. hinabgerückt sind. Ihrem Wesen nach gehören am ehesten in eine Großstadt die Wirtschaftszweige Bestattungswesen, Vermittlung und Beratung, Verlagsgewerbe, Spedition, auch Lichtspielwesen, Rechtsberatung und Interessenvertretung, schließlich noch Baubüros und Buchdruck. Einige von diesen Zweigen verfügen auch über eine ganz ansehnliche Zahl von Berufszugehörigen. Noch mehr gilt das vom Hafenwesen und von der See- und Küstenschiffahrt. Den größten Umfang zeigen aber die beiden Industriezweige Schneiderei und Kleiderherstellung sowie der Maschinenbau, der besonders als Ergänzung des in der vorigen Klasse genannten Schiffbaus zu werten ist. Das Auftreten der Schneiderei an dieser Stelle ist von ganz besonderem Interesse, weil dieser Erwerbszweig in Ostpreußen nur ganz wenig über dem städtischen Normalsatz liegt[1]).

Auch in Pommern ist der Zahl der Fälle nach am größten die Klasse unter 40 v. H., die hier nur diejenigen umfaßt, deren beide Anteilziffern über 22,87 liegen, von denen hier aber entsprechend der Bemerkung bei Ostpreußen auch nur ein ganz kleiner Teil (3 von insgesamt 28) abgedruckt wird:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in Stettin	Anteil v. H.	in der Provinz	in Stettin	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 22,87 bis 40 v. H. (in Auswahl)						
W 114. Warenhandel	53 022	17 513	33,03	94 820	29 070	30,66
W 137. Staatsverwaltung	17 194	5 326	30,98	42 530	12 172	28,62
W 138. Heer und Marine	10 051	2 643	26,30	14 774	3 973	26,[illegible]

Ähnlich wie in Ostpreußen spielen auch hier der Handel und die mit ihm zusammenhängenden Wirtschaftszweige eine überdurchschnittliche Rolle: Als wichtigster und dem Umfang nach bedeutendster Erwerbszweig der Waren- und Produktenhandel, damit verwandt der Tabakhandel (36,20), der Buchhandel (36,21), aber auch der Immobilienhandel (31,10) und der Hausier- und Straßenhandel (29,57). Diesmal befindet sich auch das Bank- und Börsenwesen (37,87) in dieser Klasse, das in Ostpreußen verhältnismäßig etwas günstiger dasteht. Unter den Zweigen des Verkehrs vermissen wir hier die Reichsbahn, die in Ostpreußen in dieser Klasse noch recht stark vertreten war; zu nennen sind hier die Binnenschiffahrt (33,40) und die sonstige Landbeförderung (30,11; vor allem das Droschkenwesen!). Die Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung sowie Heer und Marine erscheinen hier genau wie in Ostpreußen, nur daß diesmal die Zivilverwaltung die höhere Anteilziffer zeigt. Die Offene Krankenpflege (24,33) und die Krankenhäuser (24,49) liegen hier nur wenig über dem Normalsatz. Von sonstigen nicht industriellen Zweigen ist nur noch Theater und Musik (25,75), das Schaustellungsgewerbe (23,55) sowie das Barbiergewerbe (24,05) zu erwähnen. Von allen hierher gehörigen Industriezweigen erreicht also nicht einer 1 v. H. der Bevölkerung Stettins.

Die Zahl der hier behandelten Wirtschaftszweige ist nicht unerheblich kleiner als in Ostpreußen, nämlich nur 70 von insgesamt 166; einen Anteilsatz über 40 v. H. (wenigstens für die Erwerbstätigen) weisen diesmal 42 Wirtschaftszweige auf.

3. Niederschlesien.

Auch diese Provinz verfügt wie alle östlichen Provinzen Preußens nur über eine Großstadt; der Anteil der Einwohner Breslaus an der Provinzbevölkerung ist mit 17,79 v. H. erheblich größer als in Ostpreußen und Pommern. Die Landwirtschaft tritt in Niederschlesien stark zurück, ihr Anteil beschränkt sich auf rund 27 v. H., während die Industrie und das Handwerk (Abteilung B) mit mehr als einem Drittel (rund 37 v. H.) diesmal an der Spitze steht. Die einzelnen Abteilungen zeigen nach Provinz und Großstädten folgendes Bild:

---

[1]) Vgl. S. 36 ff.

Die Berufszugehörigen in Niederschlesien und Breslau nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz Niederschlesien	Breslau	Von 100 Berufszugehörigen in Niederschlesien entf. auf Breslau
A. Landwirtschaft	859 622	3 358	0,89
B. Industrie und Handwerk	1 163 417	215 327	18,51
C. Handel und Verkehr	491 244	178 855	36,41
D. Verwaltung	144 179	45 294	31,42
E. Gesundheitswesen	49 127	15 357	31,26
F. Häusliche Dienste	113 402	30 562	26,95
G. Ohne Beruf	311 337	68 386	21,97
A—G. Gesamtbevölkerung	**3 132 328**	**557 139**	17,79

Von den bisher behandelten drei Großstädten zeigt Breslau die höchsten Anteilziffern (im Vergleich mit der Provinz) in den Abteilungen C. Handel und Verkehr, D. Verwaltung, F. Häusliche Dienste und G. Ohne Beruf. In B. Industrie und Handwerk wird es dagegen von den beiden anderen, in E. Gesundheitswesen wenigstens von Königsberg übertroffen. Legen wir auch hier nach Abzug der agrarischen Bevölkerung die „normale städtische Anteilziffer" zugrunde mit 24,37 v. H., so erkennen wir den großstädtischen Charakter von Handel und Verkehr (C), Verwaltung (D) und Gesundheitswesen (E), während die Häuslichen Dienste (F) etwa gerade dem städtischen Durchschnitt entsprechen. Die Abteilung B. Industrie und Handwerk, die in Pommern etwas über dem Normalsatz, in Ostpreußen wenig unter ihm lag, kommt hier sogar recht schlecht weg. Infolgedessen ist auch die Zahl der Berufsgruppen, die sich über den städtischen Normalsatz erheben, hier besonders gering:

Berufsgruppen	Provinz Niederschlesien	Breslau	Von 100 Berufszugehörigen in Niederschlesien entf auf Breslau
XIII. Kautschuk- u. Asbest-Industrie	573	322	56,20
XVII. Bekleidungsgewerbe	130 784	56 908	43,51
VII. Maschinenbau	78 054	31 643	40,54
VIII. Elektrotechn. Industrie	23 589	7 159	30,35
XIX. Wasser-, Gas-, Elektr. Gew.	21 038	6 252	29,72
VI. Herstellung von Eisenwaren	48 743	12 179	24,99
Zusammen 6 Berufsgruppen	**302 781**	**114 463**	37,80

Abgesehen von der letztgenannten Berufsgruppe sind die hier aufgeführten Gruppen auch bereits in den anderen Provinzen erschienen; auffällig ist, daß die Bedeutung des Bekleidungsgewerbes abermals wesentlich gestiegen ist. Außer der Kautschuk- und Asbestindustrie sind diesmal sämtliche Gruppen ganz gut besetzt und weisen allemal mehr als 1 v. H. der Breslauer Bevölkerung auf, das Bekleidungsgewerbe sogar mehr als 10 v. H. Wenn auch die höheren Anteilsätze der beiden vorhergehenden Provinzen fehlen, so liegt der Durchschnitt der 6 Berufsgruppen doch noch höher als in beiden anderen Fällen, und zwar infolge der guten Besetzung des Bekleidungsgewerbes. Von der Gesamtbevölkerung der Provinz umfassen die 6 Gruppen rund 1/10, von derjenigen Breslaus rund 1/5.

Aus der Abteilung C. Handel und Verkehr zeigt bei Niederschlesien das Versicherungswesen (XXI) mit 58,33 v. H. einen etwas niedrigeren, der Handel dagegen (XX) mit 42,83 v. H. einen wesentlich höheren Anteilsatz als in den beiden ersten Provinzen.

Die Darstellung nach Wirtschaftszweigen ergibt folgende Gruppierung:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in Breslau	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in Breslau	Berufszugehörige Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 80 v. H.						
W 121. Markt- und Messewesen	69	69	100,00	146	146	100,00
W 93. Herst. v. Zigaretten	2 086	1 954	93,67	2 874	2 641	91,89
W 103. Herst. v. Krawatten	228	212	92,98	290	265	91,38
W 145. Rundfunkwesen	44	38	86,36	68	61	89,71
W 132. Straßenbahnen	3 580	3 006	83,97	9 955	8 548	85,87

Die Ähnlichkeit dieser Aufstellung mit derjenigen für Königsberg ist unverkennbar; spielen doch 4 von den hier genannten 5 Erwerbszweigen dort eine ganz ähnliche Rolle, wenn auch auf der anderen Seite diese Klasse (über 80 v. H.) in Königsberg weit zahlreicher besetzt ist. Markt- und Messewesen, Rundfunkwesen und Straßenbahnen sind dabei typische Großstadterwerbszweige, während die Zigarettenherstellung und die Herstellung von Krawatten und Gürteln usw. an sich ebenso gut in kleineren Orten zu finden sein könnten. Nach dem Umfang der Beteiligung sind nur die Straßenbahnen und die Herstellung von Zigaretten von größerem Belang.

Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 bis 80 v. H.	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in Breslau	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in Breslau	Berufszugehörige Anteil v. H.
W 52. Schriftgießerei	97	72	74,23	159	119	74,81
W 28. Kessel- u. Apparatebau	2 062	1 525	73,96	4 046	2 966	73,31
W 73. Korkindustrie	67	45	67,16	103	76	73,79
W 89. Kaffeerösterei	322	221	68,63	502	356	70,92
W 67. Herst. v. Stöcken	794	537	67,63	1 120	715	63,81
W 98. Kürschnerei	1 536	1 026	66,80	2 399	1 548	64,53
W 59. Herst. v. Kautschukwaren	296	192	64,86	533	322	60,41
W 154. Desinfektionswesen	76	48	63,16	195	121	62,05
W 120. Vermittlung	6 558	4 115	62,75	13 421	8 125	60,54
W 135. Reiseauskunft	61	37	60,66	88	55	62,50
W 29. Eisenbau	430	257	59,77	773	498	64,42
W 118. Immobilienhandel	647	416	64,30	1 445	865	59,86
W 125. Versicherungswes.	6 071	3 658	60,25	11 512	6 715	58,33

Eigenartigerweise gehören hier die 7 ersten von insgesamt 13 Erwerbszweigen der Industrie an; unter den späteren befindet sich nur noch ein Industriezweig (Eisenbau). Hervorzuheben sind von diesen nur die beiden Kessel- und Apparatebau und Kürschnerei, aber auch sie erreichen noch lange nicht 1 v. H. der Breslauer Bevölkerung. Unter den übrigen Wirtschaftszweigen, die vorwiegend dem Handel und Verkehr angehören und samt und sonders in Großstädten in erster Linie zu erwarten sind, zeichnen sich Vermittlung und Beratung sowie Versicherungswesen durch eine Beteiligung von mehr als 1 v. H. der Breslauer Bevölkerung aus. Die hier dargestellte Klasse von Erwerbszweigen zeigt gewisse Berührungen mit der entsprechenden Klasse in den erstgenannten Provinzen.

Von den bisher genannten Provinzen ist die Klasse 40 bis 60 v. H. (s. S. 40) hier am besten besetzt; handelt es sich doch in Niederschlesien um 29 Wirtschaftszweige gegenüber 22 in Ostpreußen und 18 in Pommern. Ihrem Wesen nach großstädtisch sind hier die Erwerbszweige Rettungswesen, Verlagsgewerbe, Bank- und Börsenwesen, Rechtsberatung und Interessenvertretung, Lichtspielwesen, Straßenreinigung, Theater und Musikgewerbe, sonstige Landbeförderung (Droschken!), Verleihung und Versteigerung. Eine sehr wichtige Rolle spielen hier Waren- und Produktenhandel und Post und Telegraphie, die bisher noch nie mit so hohen Anteilziffern in Erscheinung traten. Von Handelszweigen ist noch der Tabakhandel zu erwähnen.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in Breslau	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in Breslau	Berufszugehörige Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 40 bis 60 v. H.						
W 151. Rettungswesen	404	242	59,90	1 198	713	59,52
W 115. Verlagsgewerbe	2 502	1 420	56,75	4 051	2 284	56,38
W 100. Hutmacherei und Putzmacherei	6 296	3 553	56,43	7 902	4 457	56,40
W 95. Schneiderei	44 726	24 678	55,18	64 718	34 976	54,04
W 94. Herst. von Tabak	126	63	50,00	190	104	54,74
W 142. Künstler, Schriftsteller	512	277	54,10	939	497	52,93
W 107. Baubüros	1 018	534	52,46	2 084	1 100	52,78
W 119. Bank- und Börsenwesen	8 139	4 147	50,95	14 263	7 278	51,03
W 82. Schokolad.-Industr.	2 713	1 364	50,28	3 881	1 967	50,68
W 84. Fischindustrie	46	22	47,83	74	39	52,70
W 99. Mützenmacherei	185	81	43,78	265	139	52,45
W 141. Rechtsberatung	5 415	2 683	49,55	9 492	4 557	48,01
W 101. Herst. von künstl. Blumen	337	153	45,40	432	207	47,92
W 144. Lichtspielwesen	727	344	47,32	1 293	601	46,48
W 155. Straßenreinigung	607	255	42,01	1 460	686	46,99
W 117. Tabakhandel	2 805	1 305	46,52	5 019	2 296	45,75
W 143. Theater und Musik	3 645	1 583	43,43	5 735	2 542	44,32
W 133. Sonstige Landbeförderung	4 135	1 796	43,43	9 312	4 078	43,79
W 23. Herst. von Eisenwaren	8 547	3 560	41,65	14 773	6 279	42,50
W 96. Näherei	4 249	1 767	41,59	4 937	2 085	42,23
W 114. Warenhandel	100 278	41 729	41,61	166 537	68 113	40,90
W 146. Schaustellung	881	354	40,18	1 575	647	41,08
W 122. Verleihg., Versteigerung	385	161	41,82	750	266	35,47
W 30. Schiffbau	1 178	489	41,51	2 495	970	38,88
W 129. Post u. Telegraphie	15 474	6 393	41,31	40 663	15 174	37,32
W 53. Buchdruck	8 327	3 268	39,25	14 512	5 889	40,58
W 31. Fahrzeugbau	3 665	1 458	39,78	5 931	2 399	40,45
W 32. Eisenbahnwagenbau	6 874	2 655	38,62	15 930	6 389	40,11
W 33. Elektrotechnik	8 808	3 533	40,11	14 356	5 525	38,49

Die Hälfte der hier aufgeführten Erwerbszweige gehört zur Industrie, allen an Bedeutung voran die Schneiderei, deren Anteilziffer auch gerade wieder in Breslau besonders hoch ist, wesentlich höher noch als in Stettin. Die Bedeutung der Konfektion als „Ausfuhrindustrie" (im Sinne Sombarts) dürfte hierdurch besonders sinnfällig werden. Neben zahlenmäßig ganz unbedeutenden Industriezweigen sind folgende größere — bei denen die Zahl der Berufszugehörigen über 1 v. H. der Breslauer Bevölkerung liegt — zu nennen: Herstellung von Eisenwaren, Eisenbahnwagenbau und Buchdruck.

Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 24,37 bis 40 v. H. (in Auswahl).

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in Breslau	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in Breslau	Berufszugehörige Anteil v. H.
W 27. Maschinenbau	24 883	8 932	35,90	48 879	18 421	37,69
W 137. Staatsverwaltung	29 549	10 311	34,89	70 392	24 580	34,92
W 159. Häusliche Dienste [1]	25 487	8 331	32,69	31 837	10 113	31,76
W 130. Reichsbahn	41 029	10 684	26,04	129 587	31 582	24,37
W 158. Häusliche Dienste	58 556	14 858	25,37	59 932	15 032	25,08

[1]) nicht im Haushalt des Arbeitgebers lebend.

Im Gegensatz zu den beiden vorhergehenden Provinzen tauchen hier die „Häuslichen Dienste" als großstädtische Erwerbszweige auf; einen überdurchschnittlichen Anteilsatz zeigen besonders die im Haushalt tätigen Personen, die nicht im Haushalt des Arbeitgebers leben (W 159). Darf man aus diesem verhältnismäßig großen Umfang von Hausangestelltentätigkeit auf eine größere Wohlhabenheit von Breslau schließen? Der Anteil der Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltung ist hier größer als in den anderen genannten Provinzen. Auf dem Gebiet des Verkehrswesens zeichnet sich die Reichsbahn durch ihren recht großen Umfang, weniger durch die Höhe ihres Anteilsatzes aus; von sonstigen Zweigen des Verkehrs sind zu nennen Binnenschiffahrt (25,50) und Hafenwesen (26,56). Dem Handel, der selbst in der höheren Klasse (über 40 v. H.) liegt, stehen nahe der Buchhandel (37,55), die Spedition (35,58), der Hausier- und Straßenhandel (34,78). Aus dem Kreise der Eisen- und Metallindustrie erscheinen außer dem oben aufgeführten Maschinenbau noch die Metallgießereien (31,56), die Schlosserei (26,62) und die Klempnerei (31,12). Von sonstigen Industriezweigen verdient noch die Brauerei (37,70) Erwähnung. Wasserversorgung (34,07) und Gasversorgung (37,61) zeigen einen überdurchschnittlichen Anteilsatz, während die Elektrizitätsversorgung unter dem normalen städtischen Satz liegt. Ihrer allgemeinen Bedeutung wegen sollen noch die Krankenanstalten (30,26) und die Offene Krankenpflege (31,97) erwähnt werden. Aus der Berufsabteilung G (Ohne Beruf) gehören in diese Klasse die von Unterstützung Lebenden (27,22), die Studierenden usw. (32,00) und die Personen ohne eigentlichen Beruf oder Berufsangabe (35,93).

Insgesamt liegt in Niederschlesien der Anteilsatz von 86 Wirtschaftszweigen über 24,37 v. H., dabei derjenige von 47 Wirtschaftszweigen über 40 v. H.

4. Oberschlesien.

Oberschlesien nimmt unter den östlichen Provinzen Preußens eine besondere Stellung ein, weil es auch nach den erzwungenen Abtretungen an Polen die einzige „schwerindustrielle" Provinz des Ostens ist. An diesem schwerindustriellen Charakter der Provinz hat die einzige Großstadt Hindenburg lebhaften Anteil. Wie bereits oben[1]) erwähnt, hatte Hindenburg am Volkszählungstage allerdings nur 73 163 Einwohner, hat dann aber zu Anfang des Jahres 1926 seine Volkszahl durch Eingemeindungen bis auf 122 671 gesteigert. Aber auch so macht die Bevölkerung von Hindenburg erst 8,89 v. H. der oberschlesischen Bevölkerung überhaupt aus. Dieser Großstadtanteil ist der geringste unter allen behandelten und noch zu behandelnden Provinzen.

Die ganze Provinz ist beruflich ähnlich wie Niederschlesien dadurch charakterisiert, daß die Industrie und das Handwerk mit 36 v. H. der Gesamtbevölkerung an der Spitze der Berufsabteilungen steht, während die Landwirtschaft mit 31 v. H. immerhin noch etwas besser vertreten ist als in Niederschlesien. Vergleicht man die Provinz mit ihrer Großstadt, so verschiebt sich allerdings das Bild sehr stark zugunsten der Industrie.

Die Berufszugehörigen in Oberschlesien und Hindenburg nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz Oberschlesien	Hindenburg	von 100 Berufszugehörigen in Oberschlesien entfallen auf Hindenburg
A. Landwirtschaft	424 099	1 469	0,35
B. Industrie und Handwerk	503 024	84 339	16,77
C. Handel und Verkehr	190 533	12 794	6,71
D. Verwaltung	61 523	5 461	8,88
E. Gesundheitswesen	13 334	1 428	10,71
F. Häusliche Dienste	41 689	3 008	7,22
G. Ohne Beruf	145 076	14 172	9,77
A—G. Gesamtbevölkerung	**1 379 278**	**122 671**	**8,89**

Infolge seines im Vergleich mit der ganzen Provinz recht geringen Bevölkerungsanteils kann sich Hindenburg natürlich nicht mit einer der bisher behandelten Großstädte hinsichtlich der Anteilziffern der einzelnen Abteilungen messen. Errechnet man hier die „normale städtische Anteilziffer" (ohne die agrarische Bevölkerung) mit 12,69 v. H., so tritt lediglich bei der Abteilung B. Industrie und Handwerk der großstädtische

[1]) Vgl. S. 10.

Charakter in Erscheinung; dagegen kommt die Abteilung C. Handel und Verkehr, die sonst immer mehr oder minder stark **über** dem städtischen Normalsatz lag, hier ganz besonders schlecht weg. Es wiederholt sich hier für die Abteilung C in verschärftem Maße das, was wir für die Abteilung B bei der Provinz Niederschlesien festgestellt haben.

Geht man weiter auf die Berufsgruppen ein, so finden sich solche **über** dem städtischen Normalsatz nur in der Abteilung B, während die anderen Provinzen deren gerade auch in der Abteilung C hatten. Nach der Anteilziffer geordnet handelt es sich hier um folgende Gruppen:

Berufsgruppen	Provinz Oberschlesien	Hindenburg	von 100 Berufszugehörigen in Oberschlesien entfallen auf Hindenburg
III. Bergbau	143 470	49 744	34,67
IX. Chemische Industrie	6 742	1 823	27,04
V. Eisen- und Metallgewinnung	57 804	13 824	23,92
XIX. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung	6 680	1 160	17,37
VI. Herst v. Eisenwaren	20 594	3 165	15,37
VII. Maschinenbau	14 614	2 209	15,12
Zusammen 6 Berufsgruppen	**249 904**	**71 925**	**28,78**

Infolge der hervorragenden Bedeutung der Gruppe Bergbau für das Erwerbsleben von Hindenburg im Vergleich mit Oberschlesien liegt der durchschnittliche Anteilsatz dieser 6 Berufsgruppen recht nahe an demjenigen für die Gruppe III. Diese Gruppe ist hier zum erstenmal als großstädtische in Erscheinung getreten, während die übrigen Gruppen bereits in den anderen Provinzen aufgeführt werden konnten, die Gruppe V und VI allerdings nur je einmal. Von der Gesamtbevölkerung der Provinz machen diese 6 Berufsgruppen fast $^1/_5$, von derjenigen Hindenburgs fast $^3/_5$ aus. Das sind die höchsten in diesem Zusammenhange bisher ermittelten Sätze. Wie bereits erwähnt, liegen in der Abteilung C sämtliche Anteilsätze unter dem „Normalsatz". Am schlechtesten kommt hier das Verkehrswesen (Gruppe XXII) weg mit nur 4,63 v. H.; der Verkehr ist also in den übrigen Orten Oberschlesiens verhältnismäßig weit stärker ausgebildet[1]) als in Hindenburg.

Die Darstellung der Wirtschaftszweige ist hier ganz besonders einfach, da in Oberschlesien insgesamt nur 11 Wirtschaftszweige im Sinne der Ausführungen auf S. 35 über dem städtischen Normalsatz liegen:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in Hindenburg	Anteil v. H.	in der Provinz	in Hindenburg	Anteil v. H.
W 29. Eisenbau	453	267	58,94	895	565	63,13
W 6. Steinkohlenbergbau	50 731	18 148	35,77	138 794	49 644	35,77
W 23. Herst. v. Eisenwaren	3 341	926	27,72	7 675	2 138	27,86
W 20. Glasindustrie	846	242	28,61	1 867	439	23,51
W 35. Chemische Industrie	2 983	737	24,71	6 742	1 823	27,04
W 21. Großeisenindustrie	22 694	5 653	24,91	55 863	13 780	24,67
W 112. Elektrizitätsversorgung	1 678	339	20,20	3 671	896	24,41
W 133. Sonst. Landbefördg.	1 389	320	23,04	3 432	771	22,47
W 28. Kessel- u. Apparatebau	907	151	16,65	2 047	346	16,90
W 117. Tabakhandel	656	109	16,62	1 273	199	15,63
W 150. Barbiergewerbe	1 620	215	13,27	2 981	382	12,81

[1]) Vgl. W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, III, 1 (1927), S 400: „Die Organisation des modernen Landverkehrs bringt es mit sich, daß dessen Träger sich über das ganze Land zerstreuen und als Städtebildner schwer zu erfassen sind".

Von den genannten Wirtschaftszweigen umfassen 4 mehr als 1 v. H. der Bevölkerung Hindenburgs, zwei davon sogar mehr als 10 v. H. Nimmt man diese beiden, nämlich den Steinkohlenbergbau und die Großeisenindustrie, zusammen, so sind in ihnen 51,70 v. H. der Einwohner Hindenburgs vertreten. Acht von allen 11 gehören zu Industrie und Handwerk, davon wieder die bedeutendsten zur „schweren Industrie" und zum Maschinenbau. Zum erstenmal unter den bisher behandelten östlichen Provinzen zeigt sich hier der Bergbau (W 6); die Wirtschaftszweige 20 und 21 waren bisher nur einmal, und zwar in Ostpreußen vertreten. Im übrigen sprechen die Wirtschaftszweige in Oberschlesien für sich selber.

5. Sachsen.

Mit der Provinz Sachsen kommen wir zu denjenigen Provinzen, die im Gegensatz zu den bisher geannten vier östlichen Provinzen über mehr als eine Großstadt verfügen, und zwar handelt es sich hier um die Städte Magdeburg, Halle und Erfurt, die zusammen fast $^1/_5$ der Bevölkerung der ganzen Provinz umfassen. Der Anteil der Industrie ist hier in der Provinz besonders groß mit 42 v. H., der der Landwirtschaft besonders klein mit 23 v. H. Dieses Verhältnis entspricht bekanntlich ziemlich genau dem Staatsdurchschnitt — 22,0 v. H. der preußischen Bevölkerung in Abteilung A, 41,3 v. H. in Abteilung B —. In diesen Rahmen stellen sich die drei sächsischen Großstädte folgendermaßen hinein:

Die Berufszugehörigen in der Provinz Sachsen und ihren Großstädten nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz Sachsen	Großstädte	von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
A. Landwirtschaft	769 897	8 976	1,17
B. Industrie und Handwerk	1 381 949	274 882	19,89
C. Handel und Verkehr	524 735	184 766	35,21
D. Verwaltung	144 892	44 909	30,99
E. Gesundheitswesen	42 422	14 761	34,80
F. Häusliche Dienste	97 264	23 512	24,17
G. Ohne Beruf	316 317	72 307	22,86
A—G. Gesamtbevölkerung	**3 277 476**	**624 113**	**19,04**

Die Anteilsätze der sächsischen Großstädte ähneln, wie man sieht, ziemlich stark denjenigen von Niederschlesien. Diese Ähnlichkeit bezieht sich auch auf den „städtischen Normalsatz", der (nach Abzug der agrarischen Bevölkerung) in der Provinz Sachsen 24,53 v. H. (in Niederschlesien 24,37) ausmacht. Erheblich über diesem Normalsatz liegen die Abteilungen C. Handel und Verkehr, beinah ebenso hoch E. Gesundheitswesen, und schließlich D. Verwaltung. Dagegen bleibt auch hier die Abteilung B. Industrie und Handwerk fühlbar hinter dem Normalsatz zurück. Die Zahl der einzelnen Berufsgruppen der Abteilung B, die **über** dem Normalsatz liegen, erreicht in dieser Provinz mit 4 einen Tiefstand:

Berufsgruppen	Provinz Sachsen	Großstädte	von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
VII. Maschinenbau	146 594	71 256	48,61
XI. Papierindustrie	45 461	16 225	35,69
XVII. Bekleidungsgewerbe	126 776	39 258	30,97
VIII. Elektrotechn. Industrie	23 584	7 184	30,46
Zus. 4 Berufsgruppen	**342 415**	**133 923**	**39,11**

Die hier genannten Berufsgruppen sind auch sämtlich schon in den östlichen Provinzen mehr oder weniger oft vorgekommen, am wenigsten die Gruppe XI. Papierindustrie, (bisher nur in Ostpreußen). Die Beteiligung an der großstädtischen Bevölkerung ist überall größer als 1 v. H., beim Maschinenbau sogar größer als 10 v. H. Insgesamt umfassen diese 4 Gruppen etwas mehr als $^1/_{10}$ der Provinzbevölkerung und etwas mehr als $^1/_5$ der Großstadtbevölkerung.

Innerhalb der Abteilung C. Handel und Verkehr fällt der besonders hohe Anteil — der höchste unter allen bisher behandelten Provinzen — der Gruppe XXI. Versicherungswesen auf mit 65,57 v. H.: 8 215 Berufszugehörige in den Großstädten gegen 12 528 in der ganzen Provinz.

Trotz der geringen Zahl der über dem städtischen Normalsatz liegenden Berufsgruppen ist die Zahl der hierher gehörigen Wirtschaftszweige etwa ebenso hoch wie in den zuerst behandelten drei Provinzen; sie beträgt nämlich insgesamt 78, von denen wieder die wichtigsten im folgenden einzeln dargestellt werden:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 80 v. H.						
W 49. Sonstige Textilindustrie	7	7	100,00	13	13	100,00
W 68. Herst. v. Bleistiften	26	26	100,00	42	42	100,00
W 151. Rettungswesen	297	267	89,90	794	702	88,41
W 132. Straßenbahnen	2 271	1 879	82,74	5 753	4 660	81,00

Die beiden hier genannten Industriezweige tauchen zum erstenmal in diesen Zusammenstellungen auf, sind aber im übrigen herzlich unbedeutend. Das Rettungswesen und die Straßenbahnen sind altbekannte großstädtische Erwerbszweige, sie beschränken sich, wie man sieht, in der Provinz Sachsen fast ausschließlich auf die Großstädte.

Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 bis 80 v. H.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in den Großstädten	Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in den Großstädten	Anteil v. H.
W 155. Straßenreinigung	496	376	75,81	1 296	996	76,85
W 103. Herst. v. Krawatten	50	36	72,00	93	70	75,27
W 73. Korkindustrie	71	50	70,42	133	96	72,18
W 93. Herst. v. Zigaretten	290	198	68,28	477	333	69,81
W 125. Versicherungswesen	6 051	4 103	67,81	12 528	8 215	65,57
W 89. Kaffeerösterei	1 309	879	67,15	2 575	1 667	64,74
W 121. Markt- und Messewesen	41	27	65,85	86	56	65,12
W 120. Vermittlung	6 109	3 829	62,68	13 083	8 134	62,17
W 107. Baubüros	1 109	689	62,13	2 362	1 420	60,12
W 135. Reiseauskunft	58	39	67,24	86	51	59,80
W 99. Mützenmacherei	116	70	60,34	173	102	58,96

Sechs von diesen 11 Wirtschaftszweigen gehören zur Abteilung B. Industrie und Handwerk; einen nennenswerten Umfang — mehr als 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung — weisen von ihnen nur die Kaffeerösterei und die Baubüros auf. Die Hauptrolle spielen in dieser Größenklasse die beiden zu Handel und Verkehr gehörenden Zweige Versicherungswesen und Vermittlung, Verwaltung und Beratung mit mehr als 1 v. H. der Bevölkerung. Über 1 v. T. erhebt sich wenigstens noch der Wirtschaftszweig Straßenreinigung.

Alle in der Klasse 40—60 v. H. aufgeführten Wirtschaftszweige sind von den anderen Provinzen her schon bekannt. Die beiden letztgenannten (Krankenanstalten und Wohlfahrtspflege) haben allerdings noch nie einen so hohen Anteilsatz aufzuweisen gehabt. Verhältnismäßig häufig sind hier Zweige der Nahrungsmittelindustrie, des Handels und der freien Berufe vertreten. Die hier vorkommenden industriellen Wirtschaftszweige machen nicht ganz die Hälfte aller Zweige dieser Klasse aus, obwohl die Abteilung B über reichlich doppelt soviel Wirtschafts-

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 40 bis 60 v. H.						
W 56. Herstell. v. Ledertreibriemen	223	132	59,19	482	263	54,56
W 118 Immobilienhandel	337	198	58,75	768	409	53,26
W 134. Luftverkehr	59	34	57,63	115	64	55,65
W 52. Schriftgießerei	246	132	53,66	462	262	56,71
W 142. Künstler, Schriftsteller	403	224	55,58	736	406	55,16
W 115. Verlagsgewerbe	2 629	1 449	55,12	4 468	2 422	54,21
W 80. Teigwarenindustrie	255	138	54,12	404	216	53,47
W 27. Maschinenbau	57 103	30 193	52,87	117 408	63 102	53,75
W 84. Fischindustrie	107	55	51,40	176	93	52,84
W 41. Posamentenherst.	720	384	53,33	1 099	501	45,59
W 141. Rechtsberatung	4 933	2 485	50,38	9 065	4 528	49,95
W 119. Bank- und Börsenwesen	8 190	3 935	48,05	14 635	7 272	49,69
W 43. Gardinenherstellung	755	375	49,67	929	456	49,09
W 116. Buchhandel	1 972	957	48,53	3 357	1 613	48,05
W 156. Bestattungswesen	671	312	46,50	1 505	727	48,31
W 53. Buchdruck	11 438	5 356	46,83	21 012	9 746	46,38
W 79. Herstellung v. Keks	638	287	44,98	950	420	44,21
W 123. Spedition	3 554	1 585	44,60	8 364	3 540	42,32
W 129. Post u. Telegraphie	15 940	6 974	43,75	39 507	15 880	40,20
W 144. Lichtspielwesen	807	345	42,75	1 533	661	43,12
W 106. Reinigung von Textilerzeugnissen	2 214	938	42,37	2 897	1 231	42,49
W 117. Tabakhandel	3 054	1 292	42,31	5 673	2 338	41,21
W 82. Schokoladenindustrie	8 403	3 504	41,70	12 985	5 262	40,52
W 33. Elektrotechnik	7 028	2 928	41,66	11 935	4 940	41,39
W 86. Herst. v. Margarine	1 535	647	42,15	3 540	1 385	39,12
W 143. Theater und Musik	4 498	1 878	41,75	8 444	3 331	39,45
W 72. Borstenverarbeitung	1 377	573	41,61	2 140	827	38,64
W 147. Krankenanstalten	6 822	2 802	41,07	9 476	3 667	38,70
W 157. Wohlfahrtspflege	2 345	909	38,76	3 065	1 236	40,33

zweige verfügt wie alle nachfolgenden Abteilungen (C bis G). Der hervorragendste industrielle Erwerbszweig, zugleich der wichtigste dieser Größenklasse überhaupt, ist der Maschinenbau, der allein mehr als 10 v. H. der großstädtischen Einwohner der Provinz Sachsen umfaßt. In großem Abstand folgen der Buchdruck mit mehr als 1 v. H., die Schokoladenindustrie und die Elektrotechnische Industrie mit etwas weniger als 1 v. H. Über 1 v. T. der Einwohnerzahl erheben sich wenigstens noch die Margarineindustrie, die Reinigung von Textilerzeugnissen und die Borstenverarbeitung. Die anderen gewerblichen Wirtschaftszweige sind dem Umfange nach ganz unbedeutend. Die Wirtschaftszweige der übrigen Berufsabteilungen liegen fast alle über 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung, über 1 v. H. dagegen nur das Bank- und Börsenwesen und vor allem die Post und Telegraphie.

Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 24,53 bis 40 v. H. (in Auswahl)

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in den Großstädten	Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in den Großstädten	Anteil v. H.
W 114. Warenhandel	102 232	40 257	39,38	177 538	67 709	38,14
W 95. Schneiderei	29 902	10 277	34,37	46 079	15 645	33,95
W 137. Staatsverwaltung	30 809	9 617	31,21	71 978	22 886	31,80
W 105. Schuhmacherei	33 117	10 398	31,40	58 412	18 092	30,97
W 159. Häusliche Dienste	17 088	5 275	30,87	21 008	6 387	30,40
W 130. Reichsbahn	51 018	15 060	29,52	154 912	42 868	27,67
W 136. Gast- und Schankwirtschaft	28 007	7 389	26,38	43 856	12 443	28,37

In dieser Größenklasse befinden sich insgesamt 34 Wirtschaftszweige, davon 19 aus der Abteilung B. Industrie und Handwerk, also wesentlich mehr als die Hälfte. Mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung umfassen aber nur 2 von diesen 19 industriellen Erwerbszweigen, dagegen 5 von den 15 Zweigen der Abteilungen C bis G. Einschließlich der wegen ihres geringeren Umfanges hier nicht aufgenommenen Zweige sind in dieser Größenklasse vor allem vertreten der

Apparate- und Fahrzeugbau (Berufsgruppe VII): Kessel- und Apparatebau (37,44), Eisenbau (35,57), Schiffbau (27,57), Eisenbahnwagenbau (35,88); das Bekleidungsgewerbe (Berufsgruppe XVII): Näherei (33,00), Wäscheherstellung (33,04), Hutmacherei und Putzmacherei (38,37); die größten hierher gehörigen Erwerbszweige Schneiderei und Schuhmacherei sind oben genannt. Die Wasser- und die Gasversorgung erscheinen ebenfalls noch mit ziemlich hohen Anteilsätzen (38,59 und 35,36). Erwähnenswert ist hier ferner die ganze Abteilung E. Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege: Offene Krankenpflege (30,86), Bade- und Schwimmanstalten (38,78), Barbiergewerbe (27,94), Apotheken (29,56); schließlich noch die Abteilung G. Ohne Beruf: Von Unterstützung Lebende (34,94), nicht in ihrer Familie lebende Studierende, Schüler, Zöglinge usw. (33,23), Insassen von Straf- und Besserungsanstalten (31,50).

Um die Bedeutung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Berufszugehörige jeweils mehr als 1 v. H. der großstädtischen Einwohner umfassen, noch nach einer anderen Richtung zu kennzeichnen, fassen wir die oben aufgeführten 13 dieser Art zusammen und können dann feststellen, daß ihr Anteil an der Großstadtbevölkerung 47,81 v. H., also fast die Hälfte, ausmacht, an der gesamten Provinzbevölkerung dagegen noch nicht ein Viertel. Im Vergleich zwischen Großstädten und Provinz ergibt sich für diese 13 Erwerbszweige ein verhältnismäßig niedriger durchschnittlicher Anteilsatz, nämlich nur 37,68.

6. Schleswig-Holstein.

In Schleswig-Holstein handelt es sich um die beiden Großstädte Kiel und Altona, die zusammen etwas mehr als 1/4 der Bevölkerung der Provinz umfassen. In der Provinz nimmt die Abteilung B. Industrie und Handwerk genau 1/3 aller Berufszugehörigen ein, die Abteilung A. Landwirtschaft usw. 23 v. H. wie in der Provinz Sachsen, es folgt dann gleich die Abteilung C. Handel und Verkehr mit 1/5 aller Berufszugehörigen. Abgesehen von Berlin ist dies der höchste Satz, den Handel und Verkehr in irgend einer preußischen Provinz erreicht.

Beim Vergleich zwischen den beiden Großstädten und der ganzen Provinz zeigt sich folgendes:

Die Berufszugehörigen in der Provinz Schleswig-Holstein und ihren Großstädten nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz Schleswig-Holstein	Großstädte	von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
A. Landwirtschaft	349 329	4 433	1,27
B. Industrie und Handwerk	506 417	168 607	33,29
C. Handel und Verkehr	310 674	112 393	36,18
D. Verwaltung	97 513	43 354	44,46
E. Gesundheitswesen	26 510	9 836	37,10
F. Häusliche Dienste	71 501	16 588	23,20
G. Ohne Beruf	157 421	44 323	28,16
A—G. Gesamtbevölkerung	**1 519 365**	**399 534**	26,30

Vergleicht man alle bisher behandelten Provinzen mit einander, so zeigt Schleswig-Holstein die höchsten Anteilsätze der Abteilungen B, D, E und G. Zum Teil erklärt sich das zwanglos aus der Tatsache, daß auch die Großstädte dieser Provinz den bisher größten Bevölkerungsanteil aufweisen. Stellt man auch hier durch Fortlassung der agrarischen Bevölkerung den normalen städtischen Anteilsatz her mit 33,77 v. H., dann ergibt sich ein etwas anderes Bild. Die Industrie erreicht diesen Normalsatz nicht mehr ganz, noch weniger die Abteilung G. Ohne Beruf; aber vor allem die Verwaltung, in zweiter Linie das Gesundheitswesen und der Handel und Verkehr bleiben darüber. Innerhalb der Abteilung B liegen diesmal 5 Gruppen über dem Normalsatz:

Berufsgruppen	Provinz Schleswig-Holstein	Großstädte	von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
VII. Maschinenbau	87 379	60 677	69,44
XV. Musikinstrumentenindustrie	769	465	60,47
VIII. Elektrotechnische Industrie	12 850	5 901	45,92
XIX. Wasser-, Gas-, Elektr.-Vers.	11 853	4 831	40,76
XI. Papierindustrie	13 001	4 801	36,93
Zusammen 5 Berufsgruppen	**125 852**	**76 675**	**60,92**

Die hier genannten Berufsgruppen sind uns bereits bekannt. Mit Ausnahme der Musikinstrumentenindustrie verfügen alle über mehr als 1 v. H. der großstädtischen Einwohner, eine, der Maschinenbau, sogar über mehr als 15 v. H. Infolgedessen liegt auch der Durchschnitt aller 5 Gruppen dicht bei dem Anteilsatz des Maschinenbaus. Sie umfassen zusammen 1/12 der Einwohner der ganzen Provinz und fast 1/5 der Einwohner der beiden Großstädte. Innerhalb der Abteilung C ist ein besonders auffälliges Verhalten einer einzelnen Berufsgruppe, wie bei einigen anderen Provinzen, nicht zu erkennen; allerdings liegt auch hier, wenn auch nicht im gleichen Maße wie in Pommern, der Anteilsatz der Gruppe XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe unter dem „Normalsatz". Sicher spielt in diesem Fall die hervorragende Besetzung dieser Berufsgruppe in den Nord- und Ostseebädern eine Rolle.

Die Zahl der Wirtschaftszweige, deren Anteilsatz über dem städtischen Normalsatz liegt, ist hier wieder recht groß (83).

Die Größenklasse über 80 v. H. kommt praktisch nicht in Frage, da nur die Wirtschaftszweige W 32 (100 v. H.) und W 29, und dieser auch nur bei den Berufszugehörigen, einen höheren Anteil aufweisen; wir führen sie deshalb mit bei der nächsten Größenklasse. Es sind also, nach den einzelnen Größenklassen getrennt, folgende Wirtschaftszweige:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in den Großstädten	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in den Großstädten	Berufszugehörige Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 v. H.						
W 32. Eisenbahnwagenbau	135	135	100,00	306	306	100,00
W 29. Eisenbau	401	320	79,80	843	696	82,56
W 121. Markt- und Messewesen	52	38	73,08	89	71	79,78
W 151. Rettungswesen	295	234	79,32	868	677	78,00
W 30. Schiffbau	24 086	18 500	76,81	58 622	44 514	75,93
W 20. Glasindustrie	398	304	76,38	706	521	73,80
W 99. Mützenmacherei	99	75	75,76	126	94	74,60
W 155. Straßenreinigung	646	485	75,08	1 879	1 404	74,72
W 138. Heer und Marine	9 726	7 234	74,38	16 657	12 361	74,21
W 134. Luftverkehr	30	21	70,00	49	35	71,43
W 80. Teigwarenindustrie	34	27	79,41	48	33	68,75
W 69. Herst. v. Kämmen	15	11	73,33	27	16	59,26
W 103. Herst v. Krawatten	35	25	71,43	46	31	67,39
W 18. Großkeramik	17	10	58,82	35	25	71,43
W 135. Reiseauskunft	58	39	67,24	105	72	68,57
W 28. Kessel- u. Apparatebau	1 437	983	68,41	2 807	1 883	67,08
W 93. Herst. v. Zigaretten	1 462	987	67,51	1 973	1 332	67,51
W 86. Herst. v. Margarine	3 293	2 197	66,72	6 303	3 848	61,05
W 84. Fischindustrie	2 173	1 411	64,93	3 940	2 448	62,13
W 74. Klavierbau	241	155	64,32	543	335	61,69
W 92. Herst. v. Zigarren	1 897	1 200	63,26	3 455	2 043	59,13
W 76. Herst. v. Spielwaren	34	21	61,76	51	28	54,90
W 68. Herst. v. Bleistiften	105	64	60,95	165	91	55,15

Unter diesen 23 Wirtschaftszweigen nehmen diejenigen aus Industrie und Handwerk mit 17 der Zahl nach einen hervorragenden Platz ein; dem Umfang nach von einiger Bedeutung sind aber nur ganz wenige von ihnen. An der Spitze marschiert der Schiffbau mit mehr als 10 v. H. der großstädtischen Einwohner. Unter 1 v. H. liegen bereits die Margarineherstellung und Fischindustrie, die Zigarrenherstellung, der Kessel- und Apparatebau, die Zigarettenherstellung. Wenig über 1 v. T. weisen noch der Eisenbau und die Glasindustrie auf. Die übrigen gewerblichen Wirtschaftszweige dieser Klasse sind zum Teil ganz besonders winzig, allein bei 7 bleibt die Zahl der Berufszugehörigen in den Großstädten unter 100. Diese Eigenschaft teilen mit ihnen 3 von den 6 nicht gewerblichen Zweigen, weitere 2 von ihnen erreichen nicht einmal 1 v. H., nur ein einziger, Heer und Marine, liegt über 3 v. H. Besonders stark vertreten sind in dieser Größenklasse die Berufsgruppen VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau und XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe.

Da der städtische Normalsatz in Schleswig-Holstein, wie erwähnt, 33,77 v. H. beträgt, ist es gerechtfertigt, die nächste Größenklasse erst bei 50 v. H. beginnen zu lassen:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 50 bis 60 v. H.						
W 56. Herst. von Ledertreibriemen	131	78	59,54	243	134	55,14
W 75. Herst. von Streichinstrumenten	94	53	56,38	175	102	58,29
W 154. Desinfektionswesen	59	34	57,63	139	79	56,83
W 128. Kanal- und Hafenwesen	5 957	3 417	57,36	15 471	8 420	54,42
W 104. Handschuhmacherei	55	31	56,36	69	37	53,62
W 123. Spedition	2 806	1 574	56,09	6 034	3 262	54,06
W 126. Seeschiffahrt	7 116	3 984	55,99	16 130	8 499	52,69
W 27. Maschinenbau	11 303	6 074	53,74	22 215	12 337	55,53
W 51. Papierverarbeitung	1 608	890	55,35	2 680	1 342	50,07
W 132. Straßenbahnen	2 374	1 265	53,29	5 895	3 186	54,05
W 87. Herst. v. Konserven	403	212	52,61	655	331	50,53
W 96. Näherei	1 858	943	50,75	2 163	1 093	50,53
W 70. Herst. v. Bernsteinwaren	51	30	58,82	96	47	48,96
W 67. Herst. v. Stöcken	170	97	57,06	327	144	44,04
W 52. Schriftgießerei	68	36	52,94	130	64	49,23
W 124. Hausier- u Straßenhandel	1 231	644	52,32	2 568	1 147	44,67
W 102. Herst. v. Korsetten	83	43	51,81	107	53	49,53
W 142. Künstler, Schriftsteller	327	166	50,76	645	288	44,65
W 125. Versicherungswesen	2 460	1 241	50,45	5 114	2 431	47,54
W 115. Verlagsgewerbe	1 049	526	50,14	1 860	880	47,31

Genau die Hälfte von diesen Erwerbszweigen gehört zur Abteilung B. Industrie und Handwerk, ebenfalls genau die Hälfte — aber nicht durchweg dieselben Wirtschaftszweige! — ist an Umfang so unbedeutend, daß sie nicht einmal 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung erreicht. Obenan steht unter den industriellen Erwerbszweigen wie überhaupt in dieser Größenklasse der Maschinenbau mit mehr als 3 v. H. der Großstadtbevölkerung, von einiger Bedeutung sind noch Papierveredlung und Näherei, vielleicht auch noch das Verlagsgewerbe. Aus Handel und Verkehr sind eine Reihe wichtiger Erwerbszweige zu nennen: Seeschiffahrt und Hafenwesen mit etwa 2 v. H., Spedition und Straßenbahn mit nicht ganz 1 v. H., schließlich noch das Versicherungswesen und der Hausierhandel. Was die Berufsgruppen angeht, so ist hier eine gewisse stärkere Beteiligung des Bekleidungsgewerbes (XVII) sowie des Verkehrswesens (XXII) zu erkennen.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 33,77 bis 50 v. H. (in Auswahl)						
W 33. Elektrotechnik	4 907	2 416	49,24	9 139	4 469	48,90
W 120. Vermittlung	4 853	2 242	46,20	10 440	4 418	42,32
W 137. Staatsverwaltung	18 222	8 297	45,53	43 613	18 643	42,75
W 114. Warenhandel	61 694	24 707	40,05	114 219	41 874	36,66
W 95. Schneiderei	12 629	4 655	36,86	19 768	7 216	36,50
W 159. Häusliche Dienste	12 008	4 388	36,54	14 005	4 966	35,46

Unter den 40 Wirtschaftszweigen dieser Größenklasse, von denen vorstehend nur 6 aufgeführt sind, befinden sich insgesamt 23 aus der Abteilung B. Industrie und Handel. Nur 2 von diesen umfassen mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung, während es bei den 17 Erwerbszweigen der Abteilungen C bis G immerhin 4 sind. Einschließlich der hier nicht genannten Wirtschaftszweige gehören in diese Klasse beide Wirtschaftszweige der Gruppe VIII. Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik: Feinmechanische und optische Industrie (38,59); drei Wirtschaftszweige aus der Gruppe XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe: Herstellung von Holzwaren (35,18), Herstellung von Turn- und Sportgeräten (36,74), Borstenverarbeitung (35,89); vier Wirtschaftszweige aus der Gruppe XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe: Stärkeindustrie (33,71), Kaffeerösterei (36,03), Mälzerei und Brauerei (46,57), Herstellung von Rauch-, Kau- und Schnupftabak (37,83); fünf Wirtschaftszweige aus der Gruppe XVII. Bekleidungsgewerbe: außer der Schneiderei die Wäscheherstellung (48,24), die Kürschnerei (34,76), Hutmacherei und Putzmacherei (44,51), Reinigung von Textilerzeugnissen (38,26); die drei Zweige der Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung (Gruppe XIX mit 43,89, 42,12 und 38,49 v. H.); sechs Zweige des Handelsgewerbes (Gruppe XX): außer den oben genannten noch Buchhandel (41,14), Tabakhandel (45,53), Immobilienhandel (36,99), Bank- und Börsenwesen (36,49); fünf Zweige aus der Abteilung D. Verwaltung und freie Berufe: also außer der eigentlichen Staatsverwaltung noch die Rechtsberatung (44,79), Theater und Musikgewerbe (43,94), Lichtspielwesen (48,45), sportliche Gewerbe (44,12); aus der Abteilung E. Gesundheitswesen erscheinen die Wirtschaftszweige Krankenanstalten usw. (34,94), Bade- und Schwimmanstalten (39,35), Barbiergewerbe (35,44)

Faßt man auch hier wie in der Provinz Sachsen alle diejenigen von den oben genannten Wirtschaftszweigen zusammen, deren Berufszugehörige mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung ausmachen, so ergibt sich folgendes: Diese 11 Wirtschaftszweige enthalten 41,98 v. H. der Bevölkerung der beiden Großstädte von Schleswig-Holstein, dagegen nur ein reichliches Fünftel der Einwohner der ganzen Provinz. Der durchschnittliche Anteilsatz dieser Wirtschaftszweige (im Vergleich zwischen Großstädten und Provinz) beträgt hier 49,29 v. H.

7. Hannover.

Die Provinz Hannover verfügt als einzige westliche Provinz wieder nur über eine Großstadt gleichen Namens, die wenig mehr als 1/8 der Provinzbevölkerung umfaßt. In der Provinz selbst steht die Abteilung B. Industrie und Handwerk mit einem Drittel (33,9 v. H.) der Bevölkerung an der Spitze, es folgt aber in ganz geringem Abstand die Abteilung A. Landwirtschaft mit 31,7 v. H., sodaß die Verhältnisse hier ganz ähnlich liegen wie in der Provinz Brandenburg (34,6 und 31,5 v. H.). Die Abteilung C. Handel und Verkehr umfaßt nur mehr 1/6 der Provinzbevölkerung.

Die Beteiligung der Einwohnerschaft der Stadt Hannover an den einzelnen Berufsabteilungen der Provinz ergibt sich aus folgender Übersicht:

Die Berufszugehörigen in Provinz und Stadt Hannover nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz	Großstadt	von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstadt
	Hannover		
A. Landwirtschaft	1 009 851	4 923	0,49
B. Industrie und Handwerk	1 083 106	204 048	18,84
C. Handel und Verkehr	538 671	110 989	20,60
D. Verwaltung	149 022	31 962	21,45
E. Gesundheitswesen	40 065	9 136	22,80
F. Häusliche Dienste	100 296	17 304	17,25
G. Ohne Beruf	269 608	44 383	16,46
A—G. Gesamtbevölkerung	**3 190 619**	**422 745**	**13,25**

Bei einer Betrachtung der Anteilziffern der einzelnen Abteilungen fällt sofort ins Auge, daß sie alle, mit Ausnahme natürlich der Landwirtschaft, ziemlich nahe bei einander liegen, während wir bei den früher behandelten Provinzen dabei zum Teil recht erhebliche Unterschiede fanden. Um das exakt ausdrücken zu können, stellen wir die einzelnen „Spannungen" zwischen dem jeweils niedrigsten und dem jeweils höchsten Anteilsatz jeder Provinz (bezogen auf den niedrigsten Anteilsatz = 100) im folgenden zusammen, wobei für Hannover derjenige zwischen Abteilung G und Abteilung E maßgebend ist:

Ostpreußen	G : E = 100 : 223
Pommern	G : C = 100 : 203
Niederschlesien	B : C = 100 : 197
Oberschlesien	C : B = 100 : 250
Sachsen	B : C = 100 : 177
Schleswig-Holstein	F : D = 100 : 192
Hannover	G : E = 100 : 139.

Die Spannung ist hier also, im Vomhundert der niedrigsten Abteilung ausgedrückt, nur halb so groß wie in der sonst am niedrigsten liegenden Provinz Sachsen. Zieht man hier, der weiteren Darstellung vorgreifend, noch die restlichen drei Provinzen in Betracht, so zeigt sich, daß diese niedrigeren Spannungen offenbar eine Eigentümlichkeit der drei Provinzen des äußersten Westens sind:

Westfalen	B : D = 100 : 134
Hessen-Nassau	B : E = 100 : 182
Rheinprovinz	G : C = 100 : 124.

Bei dieser geringen Spannung zwischen den einzelnen Abteilungen ist es auch verständlich, daß die einzelnen Anteilsätze nur ganz wenig vom „städtischen Normalsatz" abweichen, der in Hannover nach Abzug der agrarischen Bevölkerung 19,16 v. H. beträgt. Die drei Abteilungen E, G und C liegen nur unbedeutend über diesem Normalsatz, die Abteilung B. Industrie und Handwerk um ein Geringes unter ihm. Auffällig ist dabei, daß diesmal aus der Abteilung B 8 Gruppen den Normalsatz übertreffen, also doch erheblich mehr als in den zuletzt behandelten Provinzen. Es handelt sich um die folgenden Berufsgruppen:

Berufsgruppen	Provinz	Großstadt	von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstadt
	Hannover		
XIII. Kautschukindustrie	51 153	35 871	70,12
XV. Musikinstrumentenindustrie	2 168	1 043	48,11
VIII. Elektrotechnische Industrie	21 669	7 765	35,83
XI. Papierindustrie	35 971	12 161	33,81
VII. Maschinenbau	109 881	35 640	32,44
XIX. Wasser-, Gas-, Elektr.-Vers.	18 772	4 706	25,07
IX. Chemische Industrie	32 992	8 161	24,74
XVII. Bekleidungsgewerbe	97 666	19 768	20,24
Zusammen 8 Berufsgruppen	370 272	125 115	33,79

Diese Zusammenstellung ähnelt, wie man sieht, sehr stark derjenigen für Ostpreußen und Pommern. Auch dort stand die Kautschuk- und Asbestindustrie mit ähnlichen Anteilsätzen an der Spitze, mit dem Unterschied allerdings, daß sie hier (in der Stadt Hannover) einen unvergleichlich größeren Umfang aufweist, den größten der überhaupt genannten. Die Bedeutung Hannovers für die Fabrikation von Gummierzeugnissen aller Art ist ja bekannt. Mit Ausnahme der Musikinstrumentenindustrie umfassen alle aufgeführten Berufsgruppen mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung, sie bleiben allerdings alle unter 10 v. H. Der Anteil aller 8 Gruppen an der Bevölkerung der Provinz beträgt etwas weniger als $^1/_8$, an der Bevölkerung der Großstadt mehr als $^2/_7$.

In der Abteilung C. Handel und Verkehr liegt das Verkehrswesen (Gruppe XXII) mit seinem Anteilsatz 14,24 v. H. erheblich unter dem Normalsatz. Wir haben diese Erscheinung für den gleichen Berufszweig bereits in Oberschlesien[1]) beobachtet.

Die Anzahl der Wirtschaftszweige, deren Anteilsatz über dem städtischen Normalsatz liegt, beträgt 71. Bei der Einteilung in Größenklassen ziehen wir auch hier diejenigen über 80 v. H. mit der nächsten Klasse zusammen:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in der Großstadt	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in der Großstadt	Berufszugehörige Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 v. H.						
W 75. Herst. von Streichinstrumenten	391	322	82,35	746	617	82,71
W 93. Herst. v. Zigaretten	1 776	1 451	81,70	2 489	2 045	82,16
W 151. Rettungswesen	322	229	71,12	902	641	71,06
W 59. Herst. v. Kautschukwaren	27 471	19 124	69,62	50 286	35 734	71,06
W 32. Eisenbahnwagenbau	3 001	2 034	67,78	6 719	4 509	67,11
W 56. Herst. von Ledertreibriemen	155	98	63,23	273	170	62,27

Von diesen 6 Wirtschaftszweigen gehört nur ein einziger nicht zur Abteilung B. Industrie und Handwerk. Sowohl absolut wie relativ hervorragend ist die Herstellung von Kautschukwaren usw., aber auch der Eisenbahnwagenbau mit mehr als 1 v. H. der großstädtischen Einwohner ist noch nennenswert.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in der Großstadt	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in der Großstadt	Berufszugehörige Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 40 bis 60 v. H.						
W 82. Schokoladenindustrie	1 895	1 059	55,88	2 928	1 619	55,29
W 29. Eisenbau	857	473	55,19	1 703	918	53,90
W 125. Versicherungswesen	3 979	2 193	55,11	8 001	4 201	52,51
W 41. Posamentenherst.	247	125	50,61	402	215	53,48
W 49. Sonstige Textilindustrie	283	148	52,30	570	298	52,28
W 107. Baubüros	1 256	656	52,23	2 712	1 402	51,70
W 27. Maschinenbau	26 289	13 193	50,18	51 175	25 922	50,65
W 132. Straßenbahnen	2 959	1 618	54,68	6 863	3 417	49,79
W 51. Papierverarbeitung	5 537	2 918	52,70	9 584	4 616	48,16
W 79. Herst. v. Keks	1 672	870	52,03	2 519	1 259	49,98
W 52. Schriftgießerei	138	66	47,83	281	143	50,89
W 115. Verlagsgewerbe	2 108	1 046	49,62	3 635	1 746	48,03
W 120. Vermittlung	5 207	2 576	49,47	11 269	5 422	48,11
W 144. Lichtspielwesen	551	264	47,91	985	465	47,21
W 70. Herst. v. Bernsteinwaren usw.	721	345	47,85	951	405	42,59
W 53. Buchdruck	8 082	3 781	46,78	14 575	6 579	45,14
W 156. Bestattungswesen	484	217	44,83	1 005	460	45,77
W 155. Straßenreinigung	373	166	44,50	1 024	416	40,63
W 142. Künstler, Schriftsteller	602	263	43,69	1 158	499	43,09
W 33. Elektrotechnik	8 288	3 466	41,82	14 017	5 919	42,23

[1]) Vgl. S. 41 unter Anm. [1]).

Von den 12 Wirtschaftszweigen dieser Größenklasse, die zur Abteilung B. Industrie und Handwerk gehören (im ganzen sind es hier 20 Wirtschaftszweige), verfügen 8 über mehr als 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung, darunter wieder 4 über mehr als 1 v. H., an der Spitze der Maschinenbau mit mehr als 6 v. H. Die nicht industriellen Erwerbszweige umfassen mit einer einzigen Ausnahme stets mehr als 1 v. T. der großstädtischen Einwohner, aber nur in einem einzigen Falle mehr als 1 v. H. (Vermittlung, Verwaltung und Beratung). Von den einzelnen Berufsgruppen ist lediglich die Papierindustrie (Gruppe XI) stärker beteiligt, nämlich mit 3 Wirtschaftszweigen.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in der Großstadt	Anteil v. H.	in der Provinz	in der Großstadt	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 19,16 bis 40 v. H. (in Auswahl)						
W 119. Bank- und Börsenwesen	8 683	2 842	32,73	14 868	4 975	33,46
W 129. Post- u. Telegraphie	15 743	4 699	29,85	38 852	9 862	25,38
W 35. Chemische Industrie	16 476	4 697	28,51	32 992	8 161	24,74
W 114. Warenhandel	99 302	26 663	26,85	176 781	42 985	24,32
W 137. Staatsverwaltung	27 086	6 414	23,68	65 206	14 840	22,76
W 95. Schneiderei	32 354	7 612	23,53	50 158	11 857	23,64
W 136. Gast- und Schankwirtschaft	31 577	6 065	19,21	47 681	10 225	21,44

In dieser Größenklasse befinden sich in Hannover insgesamt 45 Wirtschaftszweige, von denen 24 den Abteilungen C bis G angehören, während sich in der Industrie (Abteilung B) nur 21 befinden. Die Abteilung B verfügt, wie man sieht, nur über 2 Wirtschaftszweige mit mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung. Ganz besonders wichtig ist hier der Waren- und Produktenhandel mit mehr als 10 v. H. dieser Bevölkerung. Unter Einschluß der wegen ihres geringeren Umfangs in die Übersicht nicht aufgenommenen Wirtschaftszweige sind mit einer größeren Anzahl von Wirtschaftszweigen folgende Berufsgruppen vertreten: Textilindustrie (Gruppe X): Wollindustrie (19,79), Baumwollindustrie (22,15), Wirkerei und Strickerei (28,60), Gardinenherstellung usw. (36,09); Bekleidungsgewerbe (Gruppe XVII): Wäscheherstellung (29,07), Kürschnerei (35,07), Hutmacherei und Putzmacherei (33,20), Herstellung von Korsetten und Binden (38,54), Reinigung von Textilerzeugnissen (37,85); Handelsgewerbe (Gruppe XX): Buchhandel (29,61), Tabakhandel (32,58), Immobilienhandel (35,95), Spedition (21,17), Hausier- und Straßenhandel (20,14); Verwaltung und freie Berufsarten (Abteilung D): Heer und Marine (20,79), Rechtsberatung und Interessenvertretung (34,98), Theater und Musikgewerbe (37,09), sportliche Gewerbe (38,51); Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege (Abteilung E): Krankenanstalten (19,34), Offene Krankenpflege (21,15), Bade- und Schwimmanstalten (23,53), Barbiergewerbe (23,66), Wohlfahrtspflege (23,73); schließlich die Abteilung G. Ohne Beruf vertreten mit den Nicht in ihrer Familie lebenden Studenten, Zöglingen usw. (23,87), Insassen von Straf- und Besserungsanstalten (24,20), Ohne Beruf und Berufsangabe (21,32). Wie man sieht, erhebt sich ein großer Teil der hier genannten Erwerbszweige nur wenig über den städtischen Normalsatz, sodaß das Vorkommen dieser Zweige in der Stadt Hannover selbst relativ kaum größer ist als in den anderen Städten. Das gilt vor allem für die beiden Abteilungen E und G. Für das Gesundheitswesen könnte man daraus schließen, daß es in den kleineren Städten der Provinz Hannover kaum weniger gut ausgebildet ist als in der Provinzialhauptstadt.

8. Westfalen.

In Westfalen handelt es sich — nach dem Stande vom Juni 1925 — um die 4 Großstädte Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Münster, denen wir als 5. und 6. noch Hagen und Buer hinzurechnen wollten. Gerade hier haben sich durch die Ein- und Umgemeindungsgesetze von 1929 manche wesentlichen Veränderungen vollzogen, die wir hier aber nicht berücksichtigen können, wenn nicht die Vergleichsmöglichkeit mit den Verhältnissen der anderen Provinzen unterbunden werden soll.

Das Erwerbsleben in der ganzen Provinz Westfalen unterscheidet sich grundlegend von dem der bisher behandelten Provinzen, und zwar durch den hervorragenden Anteil der industriellen und handwerklichen Betätigung. Nimmt doch die Abteilung B nicht weniger als 56,8 v. H. der Provinzbevölkerung ein; es ist das der höchste Satz, der überhaupt in einer preußischen Provinz erreicht worden ist. Einen höheren Satz weist auch keins der deutschen Länder auf, nur im Freistaat Sachsen ist er fast ebenso hoch wie in Westfalen mit 56,4 v. H. der Bevölkerung. Dahinter kommt zunächst, wenn auch in weitem Abstande, die Abteilung C. Handel und Verkehr mit 14,2 v. H., dann erst die Landwirtschaft (A) mit 13,3 v. H. der Provinzbevölkerung. Bisher hatte die Landwirtschaft immer an erster oder wenigstens an zweiter Stelle gestanden.

Im Vergleich mit den Großstädten ergibt sich folgendes Bild:

Die Berufszugehörigen in der Provinz Westfalen und ihren Großstädten nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilung	Provinz	Großstädte	Von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
A. Landwirtschaft	639 944	9 811	1,53
B. Industrie und Handwerk	2 734 312	635 621	23,25
C. Handel und Verkehr	683 992	198 183	28,97
D. Verwaltung	194 767	60 645	31,14
E. Gesundheitswesen	60 705	17 054	28,09
F. Häusliche Dienste	133 624	39 844	29,82
G. Ohne Beruf	363 875	85 558	23,51
A—G. Gesamtbevölkerung	**4 811 219**	**1 046 716**	**21,76**

Die geringe Spannung zwischen den Anteilsätzen der einzelnen Abteilungen wurde schon oben bei Hannover erwähnt. Errechnet man auch hier durch Abzug der agrarischen Bevölkerung den „städtischen Normalsatz" mit 24,86 v. H., so zeigt es sich, daß die Abteilungen C bis F nicht wesentlich über ihm liegen, während B und G gleichmäßig um ein Geringes unter ihm liegen. Aus der Abteilung B liegen diesmal 6 Berufsgruppen über dem Normalsatz:

Berufsgruppen	Provinz	Großstädte	Von 100 Berufszugehörigen entfallen auf die Großstädte
VIII. Elektrotechn. Industrie	34 885	12 538	35,94
V. Eisen- und Metallgew.	317 543	112 576	35,45
XIII. Kautschukindustrie	1 649	535	32,44
XIX. Wasser-, Gas-, Elektr.-Vers.	25 782	7 949	30,83
VII. Maschinenbau	170 943	48 746	28,52
III. Bergbau	1 023 603	268 751	26,26
Zusammen 6 Berufsgruppen	**1 574 405**	**451 095**	**28,65**

Während der höchste Anteilsatz der an dieser Stelle aufgeführten Berufsgruppen bei den bisherigen Provinzen immer das Doppelte und Dreifache, gelegentlich sogar noch mehr, des städtischen Normalsatzes betragen hatte, überragt er hier diesen Normalsatz nur um die Hälfte. Der Durchschnitt dieser 6 Gruppen liegt auch wegen der besonderen Bedeutung des

an letzter Stelle genannten Bergbaus sehr tief. Zwei von diesen Gruppen verfügen über weniger als 1 v. H. der Großstadtbevölkerung, eine sogar über weniger als 1 v. T. Im ganzen umfassen diese 6 Gruppen von der Bevölkerung der Provinz fast $^1/_3$ (dank vor allem dem Bergbau!), von der der Großstädte fast die Hälfte. Im übrigen sind die hier vertretenen Berufsgruppen fast dieselben wie in Oberschlesien, nur daß hier in Westfalen statt der Gruppe VI. Herstellung von Eisen und Stahlwaren die Gruppe XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie erscheint.

Aus der Abteilung C. Handel und Verkehr ist wieder die Gruppe XXI. Versicherungswesen mit 61,05 v. H. nennenswert — 7255 großstädtische Berufszugehörige gegenüber 11 884 in der Provinz. Der Anteil der Gruppe XXII. Verkehrswesen[1]) liegt auch hier um ein Geringes **unter** dem städtischen Normalsatz.

An wichtigeren Wirtschaftszweigen sind diesmal 63 zu nennen:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 80 v. H.						
W 121. Markt- und Messewesen	25	25	100,00	43	43	100,00
W 145. Rundfunkwesen	10	10	100,00	24	24	100,00
W 60. Herstellung von Asbestwaren	157	153	97,45	226	212	93,81
W 151. Rettungswesen	319	264	82,76	973	805	82,73

Es sind dem Umfang nach nur ganz unbedeutende Erwerbszweige in dieser Klasse vertreten, nicht einer von ihnen erreicht 1 v. T. der großstädtischen Einwohnerzahl. Aus der Abteilung B. Industrie und Handwerk stammt nur ein einziger, die übrigen sind auch von den anderen Provinzen aus den Abteilungen C bis G mit ähnlich hohen Anteilsätzen bekannt.

Wirtschaftszweige	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 bis 80 v. H.						
W 66. Herstellung von Sportgeräten	105	75	71,43	178	129	72,47
W 134. Luftverkehr	48	30	62,50	80	54	67,50
W 32. Eisenbahnwagenbau	5 169	3 397	65,72	10 896	7 314	67,13
W 135. Reiseauskunft	66	42	63,64	109	69	63,30
W 125. Versicherungswesen	5 636	3 439	61,02	11 884	7 255	61,05

Unter den 5 Wirtschaftszweigen dieser Größenklasse zeichnen sich immerhin 2 durch einen größeren Umfang — je 7 v. T. der großstädtischen Einwohnerzahl — aus, und zwar einer aus der Industrie, einer aus Handel und Verkehr. Die übrigen Zweige sind ebenso unbedeutend wie in der vorigen Größenklasse.

Wirtschaftszweige	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 40 bis 60 v. H.						
W 84. Fischindustrie	119	65	54,62	211	122	57,82
W 143. Theater und Musik	3 015	1 591	52,77	5 567	2 970	53,35
W 155. Straßenreinigung	665	354	53,23	1 754	907	51,71
W 90. Brauerei	5 141	2 734	53,18	11 911	6 212	52,15
W 29. Eisenbau	3 806	1 926	50,60	8 291	4 339	52,33
W 132. Straßenbahn	5 731	2 910	50,78	15 323	7 859	51,29
W 118. Immobilienhandel	255	126	49,41	597	295	49,41
W 28. Kessel- u. Apparatebau	9 608	4 650	48,40	21 095	10 329	48,96
W 142. Künstler, Schriftsteller	343	155	45,19	662	309	46,68
W 146. Schaustellung	1 222	497	40,67	2 142	951	44,40
W 141. Rechtsberatung	5 225	2 302	44,06	10 450	4 516	43,22
W 107. Baubüros	2 060	906	43,98	4 532	1 965	43,36
W 138. Heer und Marine	4 789	2 094	43,73	6 430	2 761	42,94
W 89. Kaffeerösterei	389	158	40,62	681	289	42,44
W 156. Bestattungswesen	522	221	42,34	1 295	536	41,39
W 165. Strafgefangene	6 928	2 918	42,12	6 928	2 918	42,12
W 123. Spedition	3 271	1 344	41,09	7 371	3 008	40,81
W 120. Vermittlung	6 737	2 699	40,06	15 175	6 090	40,13

[1]) Vgl. S. 41 mit Anm. [1]).

Von den 18 Wirtschaftszweigen dieser Größenklasse gehören nur 6 der Abteilung B. Industrie und Handwerk an. 4 davon umfassen mehr als 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung, einer, der Kessel- und Apparatebau, sogar fast 1 v. H. Mit 3 Wirtschaftszweigen ist das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe vertreten. Von den 12 Wirtschaftszweigen der Abteilungen C bis G umfassen nur 7 mehr als 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung. Von den Berufsgruppen sind stärker vertreten das Handelsgewerbe (Gr. XX) mit 3 Zweigen und Verwaltung und Freie Berufe (Gr. XXIV = Abteilung D) mit 5 Zweigen.

Wirtschaftszweig	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 24,86 bis 40 v. H. (in Auswahl)						
W 21. Großeisenindustrie	119 619	44 430	37,14	294 338	111 673	37,94
W 33. Elektrotechnik	16 179	5 805	35,88	28 847	10 905	37,80
W 160. Ohne Betriebszugehörigkeit	22 286	8 402	37,70	34 410	12 546	36,46
W 129. Post u. Telegraphie	18 735	6 268	33,46	48 180	14 643	30,39
W 137. Staatsverwaltung	39 307	12 943	32,93	97 303	32 173	33,06
W 114. Warenhandel	136 556	44 872	32,86	240 166	77 104	32,10
W 136. Gast- und Schankwirtschaft	33 873	9 345	27,59	55 978	15 655	27,97
W 6. Steinkohlenbergbau	348 275	93 234	26,77	1 005 103	268 704	26,78
W 158. Häusliche Dienste	70 639	17 821	25,23	71 678	18 067	25,21

Allen anderen Wirtschaftszweigen weit voran, nämlich mit mehr als 10 v. H. der großstädtischen Einwohner, erscheinen hier Steinkohlenbergbau und Großeisenindustrie; diese beiden Wirtschaftszweige zusammen umfassen allein 36,34 v. H. der Einwohner der Großstädte, also noch mehr als $^1/_3$. Hier sehen wir eine gewisse Ähnlichkeit mit den Verhältnissen in Oberschlesien[1]); in Hindenburg betrug der Anteil dieser beiden Wirtschaftszweige an der Einwohnerzahl allerdings sogar 51,70 v. H. Im ganzen ist die Abteilung B. Industrie und Handwerk unter den ausgewählten 9 Wirtschaftszweigen mit dreien vertreten, unter den 36 Zweigen dieser Größenklasse überhaupt mit 13. Von recht erheblichem Umfang ist in den Großstädten Westfalens auch noch der Warenhandel mit mehr als 7 v. H. der Einwohnerzahl.

Mit einer größeren Anzahl von Wirtschaftszweigen (einschließlich der oben genannten) sind vertreten die Berufsgruppe XX. **Handelsgewerbe**: außer dem Warenhandel das Verlagsgewerbe (38,66), der Buchhandel (33,49), der Tabakhandel (34,25), das Bank- und Börsenwesen (34,91), der Hausier- und Straßenhandel (29,91); Gruppe XXII. **Verkehrswesen**: außer Post und Telegraphie die Binnenschiffahrt (29,14) mit einem übrigens recht unbedeutenden Umfang, sonstige Landbeförderung (31,63); Gruppe XXV = Abteilung E. **Gesundheitswesen und Wohlfahrtspflege**: Krankenanstalten (25,28), Offene Krankenpflege (26,01), Badeanstalten (32,36), Barbiergewerbe (26,54), Apotheken (25,24), Wohlfahrtspflege (30,35).

9. Hessen-Nassau.

In der Provinz Hessen-Nassau haben wir es mit den drei Großstädten Frankfurt a./M., Kassel und Wiesbaden zu tun, die rund 30 v. H. der Provinzbevölkerung umfassen. In der Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Berufsabteilungen zeigt Hessen-Nassau ähnliche Verhältnisse wie der Staatsdurchschnitt und ähnelt damit auch stark der Provinz Sachsen, mit dem Unterschied, daß in Hessen-Nassau Landwirtschaft und Industrie etwas geringer, Handel und Verkehr

[1]) Vgl. S. 41.

etwas stärker vertreten sind als in Sachsen. Dadurch liegen die Verhältniszahlen dieser drei wichtigsten Wirtschaftsabteilungen näher aneinander als bei Sachsen: Die an der Spitze stehende Abteilung B. Industrie und Handwerk umfaßt hier 39,6, die Abteilung A. Landwirtschaft usw. 21,9, die Abteilung C. Handel und Verkehr 18,9 v. H. der Provinzbevölkerung.

Am Erwerbsleben der ganzen Provinz sind die drei Großstädte folgendermaßen beteiligt:

Die Berufszugehörigen in der Provinz Hessen-Nassau nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz	Großstädte	Von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
A. Landwirtschaft	526 104	10 829	2,06
B. Industrie und Handwerk	948 329	283 653	29,91
C. Handel und Verkehr	453 738	244 293	53,84
D. Verwaltung	126 598	59 090	46,68
E. Gesundheitswesen	43 908	23 883	54,39
F. Häusliche Dienste	86 187	41 935	48,66
G. Ohne Beruf	212 007	77 808	36,70
A–G. Gesamtbevölkerung	**2 396 871**	**741 491**	**30,94**

Bezüglich der Gesamtbevölkerung (A bis G) ist das Verhältnis zwischen Großstädten und Provinz ganz ähnlich wie zwischen den 32 preußischen Großstädten und dem ganzen Staate; dort nahm die großstädtische Bevölkerung 30,08[1]), hier nimmt sie 30,94 v. H. des ganzen Gebietes ein. In den einzelnen Abteilungen finden sich aber zum Teil recht erhebliche Unterschiede: In den Großstädten von Hessen-Nassau spielen Handel und Verkehr, Gesundheitswesen, Häusliche Dienste und die Personen ohne Beruf — also die Abteilungen C, E, F, G — verhältnismäßig eine bedeutend größere Rolle als im Staatsdurchschnitt; auch die Verwaltung (Abteilung D) ist noch etwas stärker beteiligt. Dagegen bleibt der Anteil der Abteilung B. Industrie und Handwerk nicht unerheblich hinter dem Staatsdurchschnitt zurück; er ist sogar noch um etwas geringer als der Anteil der Gesamtbevölkerung.

Nimmt man weiter den „städtischen Normalsatz" (nach Abzug der agrarischen Bevölkerung) mit 39,06 v. H. zum Vergleich, so sieht man, daß nur die Abteilungen B und G, Industrie und Handwerk sowie Ohne Beruf, darunter liegen. Dessen ungeachtet liegen innerhalb der Abteilung B 7 Berufsgruppen mit ihrem Anteilsatz zum Teil ganz erheblich über dem Normalsatz:

Berufsgruppen	Provinz	Großstädte	Von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
VIII. Elektrotechn. Industrie	38 859	26 002	66,91
XV. Musikinstrumenten-Industrie	1 834	1 168	63,69
VII. Maschinenbau	98 285	52 773	53,69
XIX. Wasser-, Gas-, Elektr.-Vers.	18 500	9 444	51,05
XI. Papierindustrie	31 165	15 156	48,63
XVII. Bekleidungsgewerbe	93 617	45 215	48,30
XIII. Kautschuk- u. Asbestindustrie	8 810	3 541	40,19
Zusammen 7 Berufsgruppen	**291 070**	**153 299**	52,67

Die hier aufgeführten Berufsgruppen sind dieselben wie in der Provinz Hannover mit der einen Ausnahme, daß hier die dort genannte Chemische Industrie fehlt. Hinsichtlich der Reihenfolge ist allerdings gegenüber Hannover —. und den anderen Provinzen, wo diese Berufsgruppe eine Rolle spielt — wichtig festzustellen, daß die Kautschuk- und Asbestindustrie diesmal an allerletzter Stelle, sonst durchweg an erster Stelle steht. Dem Umfang nach bleiben sowohl die Kautschukindustrie wie der Musikinstrumentenbau hinter 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung zurück, von den übrigen Gruppen erreicht auch nicht eine 10 v. H. Von der Bevölkerung der ganzen Provinz nehmen diese 7 Berufsgruppen nicht ganz $^1/_8$, von der der Großstädte etwas mehr als $^1/_5$ ein.

In der Abteilung C. Handel und Verkehr liegt der Anteilsatz der Gruppe XXI. Versicherungswesen noch weit über dem Höchstsatz der industriellen Gruppen: 77,37 v. H. bei 7 063 Berufszugehörigen in den Großstädten und 9 129 in der Provinz.

Die Anzahl der Wirtschaftszweige, deren Anteilsatz über dem städtischen Normalsatz liegt, ist diesmal mit 94 am größten unter allen preußischen Provinzen. Selbst Niederschlesien bleibt dahinter noch merklich zurück. Man darf wohl daraus den Schluß ziehen, daß sich das gewerbliche Leben in Hessen-Nassau ganz besonders in den drei Großstädten abspielt, weniger in kleineren Städten. Bei der Einteilung der betreffenden Wirtschaftszweige in die üblichen Größenklassen (von 20 zu 20 v. H.) ergibt sich folgendes:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in den Großstädten	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in den Großstädten	Berufszugehörige Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 80 v. H.						
W 84. Fischindustrie	24	24	100,00	40	40	100,00
W 48. Lumpenreißanstalt	17	17	100,00	33	33	100,00
W 145. Rundfunkwesen	8	8	100,00	15	15	100,00
W 151 Rettungswesen	479	456	95,20	1 386	1 326	95,67
W 121. Markt- und Messewesen	163	151	92,64	301	270	89,70
W 155. Straßenreinigung	1 141	1 021	89,48	3 062	2 759	90,10
W 103. Herst. v. Krawatten	81	68	83,95	118	103	87,29
W 135. Reiseauskunft	130	112	86,15	241	204	84,65
W 132. Straßenbahnen	4 616	3 851	83,43	12 557	10 421	82,99
W 120. Vermittlung	6 342	5 254	82,84	13 246	10 799	81,53
W 118. Immobilienhandel	456	374	82,02	894	723	80,87
W 115. Verlagsgewerbe	2 265	1 855	81,90	4 015	3 260	81,20
W 93. Herst. v. Zigaretten	958	755	78,81	1 522	1 241	81,54

Es ist bezeichnend, daß sich unter den 13 Wirtschaftszweigen dieser Größenklasse nur 4 aus der Abteilung B. Industrie und Handwerk befinden; und von diesen wieder umfaßt nur ein einziger mehr als 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung. Allerdings sind auch viele der übrigen Wirtschaftszweige von recht bescheidenem Umfang, wie das Rundfunkwesen, die Reiseauskunft, der Immobilienhandel. Gleichwohl finden wir in den Abteilungen C bis E auch verhältnismäßig bedeutende Wirtschaftszweige, 2 mit mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung, die Vermittlung und Beratung, wie sie besonders der Handelsstadt Frankfurt eigen ist, sowie die Straßenbahnen; weitere 3 Zweige umfassen mehr als 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung. Die Gruppe XX. Handelsgewerbe ist mit 4 Zweigen vertreten.

Wie man sieht, ist die Größenklasse 60 – 80 v. H. (Übersicht S. 49) mit 38 Wirtschaftszweigen der Zahl nach recht gut besetzt; abweichend von der Größenklasse über 80 v. H. gehört diesmal der weitaus größte Teil dieser Wirtschaftszweige, nämlich 24, zur Abteilung B. Industrie und Handwerk. Über mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung verfügen im ganzen 5 Wirtschaftszweige dieser Klasse, darunter 2 in der Abteilung B. Der einzige Wirtschaftszweig mit mehr als 10 v. H. ist auch hier wieder der Waren- und Produktenhandel (W 114). An Berufsgruppen mit mindestens 3 vertretenen Wirtschaftszweigen sind folgende zu nennen: Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit der Margarineherstellung, der Stärkeindustrie und der Kaffeerösterei; das Bekleidungsgewerbe mit der Wäscheherstellung, der Kürschnerei, der Mützenmacherei, der Hutmacherei und Putzmacherei, der Herstellung von künstlichen Blumen und Putzfedern usw., der Herstellung von Korsetten, der Reinigung von Textilerzeugnissen; das Handelsgewerbe mit dem Waren- und Produktenhandel, dem Buchhandel, dem

[1]) Vgl. oben S. 11.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 bis 80 v. H.						
W 143. Theater und Musik	3 435	2 717	79,10	6 063	4 773	78,72
W 102. Herst. v. Korsetten	264	202	76,52	319	252	79,00
W 125. Versicherungswesen	4 637	3 640	78,50	9 129	7 063	77,37
W 88. Stärkeindustrie	609	475	78,00	1 090	830	76,15
W 66. Herst. v. Sportgeräten	165	126	76,36	297	230	77,41
W 154. Desinfektionswesen	50	38	76,00	122	94	77,05
W 144. Lichtspielwesen	559	427	76,39	986	731	74,14
W 142. Künstler, Schriftsteller	812	610	75,12	1 449	1 095	75,57
W 119. Bank- und Börsenwesen	12 597	9 433	74,88	22 613	17 054	75,42
W 74. Klavierbau	503	379	75,35	1 056	773	73,20
W 43. Gardinenherst.	734	517	70,44	900	650	72,22
W 52. Schriftgießerei	1 275	893	70,04	2 243	1 606	71,60
W 134. Luftverkehr	47	34	72,34	75	52	69,33
W 141. Rechtsberatung	3 844	2 705	70,37	7 143	4 909	68,72
W 101. Herst. v. künstl. Blumen	213	149	69,95	302	199	65,89
W 99. Mützenmacherei	148	99	66,89	254	174	68,50
W 33. Elektrotechnik	16 509	11 191	67,79	29 196	19 856	68,01
W 111. Gasversorgung	2 674	1 816	67,91	7 253	4 835	66,66
W 89. Kaffeerösterei	105	71	67,62	198	131	66,16
W 149. Badeanstalten	438	292	66,67	875	591	67,54
W 116. Buchhandel	1 369	907	66,25	2 285	1 530	66,96
W 98. Kürschnerei	425	284	66,82	662	429	64,80
W 56. Herst. v. Ledertreibriemen	75	50	66,67	146	93	63,70
W 54. Photographie	733	483	65,89	1 374	869	63,25
W 31. Fahrzeugbau	10 874	6 895	63,41	21 136	13 646	64,56
W 123. Spedition	2 626	1 724	65,65	5 668	3 623	63,92
W 129. Post u. Telegraphie	17 092	11 156	65,27	41 040	24 961	60,82
W 106. Reinigg. v. Textilerzeugnissen	2 685	1 738	64,73	3 583	2 328	64,97
W 107. Baubüros	1 350	876	64,89	2 832	1 824	64,41
W 100. Hutmacherei, Putzmacherei	3 210	2 071	64,52	4 275	2 640	61,75
W 117. Tabakhandel	2 365	1 519	64,23	4 262	2 724	63,91
W 34. Feinmechanik, Optik	5 349	3 428	64,09	9 663	6 146	63,60
W 86. Herst. v. Margarine	665	419	63,01	1 342	856	63,79
W 29. Eisenbau	246	154	62,60	476	296	62,18
W 60. Herst. v. Asbestwaren	254	156	61,42	459	285	62,09
W 114. Warenhandel	91 843	55 986	60,96	160 337	94 952	59,22
W 44. Textilveredlung	589	358	60,78	999	571	57,16
W 97. Wäscheherstellung	2 904	1 680	57,85	3 421	2 069	60,48

Tabakhandel, dem Bank- und Börsenwesen, der Spedition; schließlich die Freien Berufsarten (Abteilung D) mit der Rechtsberatung, den Künstlern und Schriftstellern, den Theatern und dem Musikgewerbe, dem Lichtspielwesen. Zu erwähnen ist noch, daß 14 der Wirtschaftszweige dieser Klasse, also ein reichliches Drittel, dem Umfang nach so unbedeutend sind, daß sie es nicht einmal auf 1 v. T. der großstädtischen Einwohner bringen.

Da der städtische Normalsatz in der Provinz Hessen-Nassau 39,06 v. H. beträgt, ist die nächste Größenklasse, diejenige von rund 40 bis 60 v. H, bereits die unterste dieser Provinz. sodaß entsprechend der bisher beobachteten Übung die minder wichtigen Zweige dieser Klasse in der Übersicht selbst nicht mehr wiedergegeben zu werden brauchen.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 39,06 bis 60 v. H. (in Auswahl)						
W 53. Buchdruck	8 837	5 054	57,19	16 169	9 394	58,10
W 27. Maschinenbau	31 123	15 768	55,66	65 144	33 340	51,18
W 158. Häusliche Dienste	40 408	22 225	55,00	40 788	22 408	54,94
W 159. Häusliche Dienste[1])	12 959	7 046	54,37	15 235	8 266	54,26
W 136. Gast- und Schankwirtschaft	26 704	13 967	52,30	41 586	22 529	54,17
W 95. Schneiderei	30 017	15 742	52,44	44 876	23 265	51,84
W 137. Staatsverwaltung	25 208	12 238	48,55	63 649	29 770	46,77
W 78. Bäckerei	12 260	4 913	40,07	20 850	8 258	39,61

[1]) außerhalb des Haushalts des Arbeitgebers.

Insgesamt befinden sich in dieser Klasse 43 Wirtschaftszweige, von denen oben nur 8 wiedergegeben sind. Ausnahmsweise ist diesmal ein Wirtschaftszweig aus der Abteilung A. Landwirtschaft usw. vertreten, nämlich W 2. Gärtnerei und Gartenbau mit einem Anteilsatz von 49,75 v. H. bei den Berufszugehörigen (6 699 Personen in den Großstädten). Im übrigen gehören 25 Wirtschaftszweige zur Abteilung B. Industrie und Handwerk, 4 davon mit mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung, 18 Wirtschaftszweige zu den Abteilungen C bis G, davon ebenfalls 4 mit mehr als 1 v. H. Überragend hoch ist die Beteiligung der großstädtischen Bevölkerung hier nirgends; selbst in dem größten vertretenen Wirtschaftszweig, dem Maschinenbau, beträgt dieser Anteil noch nicht 5 v. H.

Mit mehreren Wirtschaftszweigen (einschließlich der oben angeführten) sind hier folgende Berufsgruppen vertreten: Gruppe VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau noch mit dem Kessel- und Apparatebau (45,50), dem Schiffbau (39,38), dem Eisenbahnwagenbau (51,69); Gruppe X. Textilindustrie mit der Teppich- und Möbelstoffindustrie (55,56 — dabei nur 70 Berufszugehörige in Großstädten!), der Posamentenherstellung (47,93), der Wirkerei und Strickerei (39,82), der Roßhaarverarbeitung (50,00 bei 80 Berufszugehörigen); Gruppe XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe noch mit der Schokoladenindustrie (43,83), der Fleischerei (39,16), der Molkerei usw. (46,90), der Herstellung von Konserven (45,28), der Mälzerei und Brauerei (59,62); Gruppe XVII. Bekleidungsgewerbe noch mit der Näherei (42,77) und der Handschuhmacherei (53,89 bei 63 großstädtischen Berufszugehörigen). Vor allem wichtig ist hier das Gesundheitswesen (Gruppe XXV = Abteilung E), von dem allein 6 Wirtschaftszweige von insgesamt 11 vertreten sind: Krankenanstalten (47,06), Offene Krankenpflege (49,27), Barbiergewerbe (54,72), Apotheken (46,55), Bestattungswesen (57,48), Wohlfahrtspflege (56,96). Aus der letzten Abteilung G. Ohne Beruf schließlich erscheinen folgende Wirtschaftszweige: Von Unterstützung Lebende (45,96), Nicht in ihrer Familie lebende Studierende, Zöglinge (40,94), Strafgefangene (41,61). Einige dieser Wirtschaftszweige liegen hart an der Grenze, die durch den „städtischen Normalsatz" bezeichnet ist; das gilt ganz besonders von der Fleischerei, die bekanntlich etwa gleichmäßig stark in allen Städten vertreten ist. Das Vorkommen der beiden Arten von Häuslichen Diensten mit verhältnismäßig hohen Anteilsätzen darf wohl als ein Zeichen einer gewissen Wohlhabenheit der vertretenen Städte aufgefaßt werden, soweit es sich nicht wie bei Wiesbaden aus der Besonderheit der dortigen Haushaltungen (viel Fremdenpensionate usw.) erklärt.

Faßt man die in den obigen Übersichten enthaltenen 15 Wirtschaftszweige zusammen, die je über mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung verfügen, so umfassen sie insgesamt 47,06 v. H., also fast die Hälfte der Bevölkerung der drei Großstädte, aber nur 25,38 v. H. der Bevölkerung der ganzen Provinz Hessen-Nassau. Der Anteil der Großstädte an der Provinz beträgt bei ihnen im Durchschnitt 57,35 v. H.

10. Rheinprovinz.

In der Rheinprovinz haben wir es mit 12 Großstädten zu tun, und zwar — nach der Einwohnerzahl geordnet — Köln, Essen, Düsseldorf, Duisburg, Barmen, Elberfeld, Aachen, Krefeld, Mülheim a./Ruhr, Hamborn, M.-Gladbach, Oberhausen. Auch hier sind, ähnlich wie in Westfalen, die Ein- und Umgemeindungen von 1929 noch nicht berücksichtigt, durch die unter anderem mehrere der genannten Städte mit einander

vereinigt worden sind. Diese 12 Städte umfassen, wie bereits erwähnt[1]), etwas mehr als ²/₅ der Einwohner der Rheinprovinz.

Die berufliche Zusammensetzung der Bevölkerung der Rheinprovinz (hier wie im folgenden ohne die Hohenzollernschen Lande) ist etwas weniger extrem als in der bereits behandelten Provinz Westfalen. Zwar ist der Anteil der Landwirtschaft (Abteilung A) mit 13,3 v. H. genau so gering wie in Westfalen; aber die von Industrie und Handwerk lebende Bevölkerung umfaßt hier mit 50,9 v. H. der Gesamtbevölkerung doch noch wesentlich weniger als dort (56,8). An zweiter Stelle steht hier ebenfalls die Abteilung C. Handel und Verkehr, und zwar mit einem wesentlich größeren Anteil, 18,6 v. H. Das Mehr bei Handel und Verkehr gleicht also das Weniger bei Industrie und Handwerk fast aus.

Nach den einzelnen Abteilungen ergibt sich folgendes Verhältnis zwischen den Großstädten der Rheinprovinz und der ganzen Provinz:

Die Berufsgruppen in der Rheinprovinz und ihren Großstädten nach Berufsabteilungen.

Berufsabteilungen	Provinz	Großstädte	Von 100 Berufszugehörigen d. Provinz entfallen auf die Großstädte
A. Landwirtschaft	965 405	32 589	3,38
B. Industrie und Handwerk	3 692 388	1 662 720	45,03
C. Handel und Verkehr	1 353 191	719 846	53,20
D. Verwaltung	332 847	166 476	50,02
E. Gesundheitswesen	114 554	60 074	52,44
F. Häusliche Dienste	228 949	106 472	46,50
G. Ohne Beruf	569 644	244 346	42,89
A—G. Gesamtbevölkerung	**7 256 978**	**2 992 523**	41,24

Wie bereits oben bei Hannover[2]) dargestellt, ist die Spannung zwischen den Anteilsätzen der einzelnen Abteilungen bei der Rheinprovinz am geringsten unter allen preußischen Provinzen. Sieht man auch hier von der landwirtschaftlichen Bevölkerung ab und ermittelt so den „städtischen Normalsatz" mit 47,05 v. H., so gruppieren sich die Abteilungen D bis G ziemlich gleichmäßig um diesen herum; und zwar liegen die Abteilungen C, D und E darüber, B, F und besonders G darunter.

Wenn die Abteilung B als ganze auch unter dem Normalsatz liegt, so erheben sich doch 8 ihrer Gruppen darüber:

Berufsgruppen	Provinz	Großstädte	Von 100 Berufszugehörigen entfallen auf die Großstädte
XIII. Kautschukindustrie	9 131	7 647	83,75
VII. Maschinenbau	315 212	199 216	63,20
XV. Musikinstrumenten-Industrie	4 491	2 737	60,94
VIII. Elektrotechn Industrie	91 616	54 817	59,83
V. Eisen- und Metallgewinnung	528 609	311 008	58,84
XIX. Wasser-, Gas-, Elektr.-Versorg.	53 712	26 596	49,52
X. Textilindustrie	302 959	149 347	49,30
XVII. Bekleidungsgewerbe	246 060	116 598	47,39
Zusammen 8 Berufsgruppen	**1 551 790**	**867 966**	55,93

Abgesehen von den hier fehlenden Gruppen IX. Chemische Industrie und XI. Papierindustrie handelt es sich diesmal um dieselben Gruppen wie in Ostpreußen, der ersten in diesem Abschnitt behandelten Provinz, wenn auch naturgemäß in wesentlich anderer Reihenfolge. Fast ebenso groß ist die Ähnlichkeit mit Hannover mit dem Unterschied, daß dort statt der Gruppen V und X die Gruppen IX und XI in Erscheinung treten, dieselben, die den Unterschied gegenüber Ostpreußen bedingen. Drei der hier aufgeführten Berufsgruppen verfügen über weniger als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung, von denen zwei dem Anteilsatz nach zu den wichtigsten gehören. Die Bedeutung sämtlicher 8 Berufsgruppen ist im übrigen dadurch gekennzeichnet, daß sie von der Bevölkerung der ganzen Rheinprovinz mehr als ¹/₅, von der der 12 Großstädte mehr als ²/₇ umfassen.

Aus der Abteilung C. Handel und Verkehr ragt auch hier wie so oft die Gruppe XXI. Versicherungswesen weit aus dem Durchschnitt heraus mit einem Anteil von 71,92 v. H.: 17 782 Berufszugehörige in den Großstädten von 24 725 in der Provinz.

Gehen wir nunmehr zu den einzelnen Wirtschaftszweigen über, so haben wir in der Rheinprovinz 82 solcher Erwerbszweige darzustellen, deren Anteilsatz über dem städtischen Normalsatz liegt:

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige in der Provinz	Erwerbstätige in den Großstädten	Erwerbstätige Anteil v. H.	Berufszugehörige in der Provinz	Berufszugehörige in den Großstädten	Berufszugehörige Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 80 v. H.						
W 134. Luftverkehr	28	28	100,00	53	53	100,00
W 46. Roßhaarverarbeitg.	12	12	100,00	23	23	100,00
W 121. Markt- und Messewesen	531	500	94,16	1 118	1 047	93,63
W 151. Rettungswesen	1 180	1 098	93,05	3 567	3 289	92,21
W 102. Herst. v. Korsetten	1 306	1 187	90,89	1 587	1 452	91,49
W 43. Gardinenherstellg.	5 389	4 801	89,09	8 954	8 181	91,37
W 135. Reiseauskunft	223	192	86,10	394	341	86,55
W 59. Herstellung von Kautschukwaren	4 912	4 170	84,89	8 848	7 449	84,19
W 49. Sonst. Textilindustr.	268	226	84,33	534	452	84,64
W 103. Herst. v. Krawatten	2 903	2 437	83,95	3 999	3 372	84,32
W 52. Schriftgießerei	413	334	80,87	706	587	83,14
W 75. Herst. v. Streichinstrumenten	224	187	83,48	412	326	79,13

Von den 12 Wirtschaftszweigen dieser Größenklasse gehören 8 der Abteilung B. Industrie und Handwerk an. Dem Umfang nach sind sie alle ziemlich unbedeutend, kein einziger reicht auch nur entfernt an 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung heran; mehr als 1 v. T. umfassen nur 4 dieser Erwerbszweige, darunter ein nicht industrieller. Nach der Zahl der Beteiligten am unbedeutendsten sind die beiden erstgenannten Wirtschaftszweige, was durchaus den bisherigen Erfahrungen entspricht. Bereits in dieser Zusammenstellung tritt deutlicher die Textilindustrie und das Bekleidungsgewerbe hervor.

Von den insgesamt 39 Wirtschaftszweigen der Größenklasse 60—80 v. H. (Übersicht S. 51) gehören 19 zur Abteilung B. Industrie und Handwerk; in der Reihenfolge überwiegen aber zunächst ganz stark die Wirtschaftszweige aus den Abteilungen C bis F, erst in der zweiten Hälfte der Übersicht treten die industriellen Erwerbszweige mehr in den Vordergrund. Die alte Erfahrung, daß die zahlenmäßig umfangreichsten Berufszweige nach der Höhe des Anteilsatzes in der Regel weit zurückstehen, wird hier wieder besonders bestätigt; die Großeisenindustrie mit fast 300 000 großstädtischen Berufszugehörigen steht an allerletzter Stelle, der Maschinenbau mit rund 140 000 Großstädtern an 26. Stelle.

Während die Größenklasse über 80 v. H. keinen einzigen Wirtschaftszweig mit mehr als 1 v. H. der großstädtischen Bevölkerung enthielt, gibt es hier 6 solcher Erwerbszweige, darunter einen — die schon erwähnte Großeisenindustrie — mit fast 10 v. H. Von diesen umfangreichen Wirtschaftszweigen gehören nur zwei, Post und Telegraphie und Straßenbahnen, nicht zur Abteilung B. 20 weitere Erwerbszweige umfassen mehr als 1 v. T. der großstädtischen Bevölkerung, sodaß also nur 13 = ¹/₃ der Gesamtzahl für die unbedeutenderen Zweige übrig bleiben. Diese 20 Erwerbszweige sind etwa je zur Hälfte auf die Abteilung B und die anderen Abteilungen verteilt (genau 9 zu 11).

[1]) Vgl. oben S. 11. — [2]) Vgl. S. 45.

Wirtschaftszweige	Erwerbstätige			Berufszugehörige		
	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.	in der Provinz	in den Großstädten	Anteil v. H.
Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 60 bis 80 v. H.						
W 155. Straßenreinigung	2 657	2 098	78,96	7 151	5 570	77,89
W 118. Immobilienhandel	676	533	78,85	1 526	1 178	77,20
W 41. Posamentenherst.	33 805	25 654	75,89	58 903	44 196	75,03
W 132. Straßenbahnen	16 145	12 175	75,41	45 408	33 878	74,61
W 120. Vermittlung	16 699	12 534	75,06	37 371	27 560	73,75
W 142. Künstler, Schriftsteller	1 620	1 192	73,58	3 266	2 364	72,38
W 97. Wäscheherstellung	8 222	5 946	72,32	10 030	7 363	73,41
W 125. Versicherungswes.	12 133	8 899	73,35	24 725	17 782	71,92
W 154. Desinfektionswesen	170	124	72,94	431	305	70,77
W 143. Theater, Musik	7 936	5 698	71,80	14 907	10 667	71,56
W 144. Lichtspielwesen	1 957	1 401	71,59	3 659	2 603	71,14
W 107. Baubüros	4 606	3 293	71,49	10 051	7 104	70,68
W 141. Rechtsberatung	12 885	9 136	70,90	25 805	18 103	70,15
W 32. Eisenbahnwagenbau	9 411	6 661	70,78	22 146	15 695	70,87
W 149. Badeanstalten	1 148	822	71,60	2 423	1 679	69,29
W 30. Schiffsbau	2 461	1 760	71,52	4 951	3 452	69,72
W 44. Textilveredelung	13 841	9 836	71,06	27 913	19 483	69,80
W 156. Bestattungswesen	1 353	950	70,21	3 467	2 349	67,75
W 60. Herstellg. v. Asbestwaren	128	89	69,53	283	198	69,96
W 82. Schokoladenindust.	10 025	6 751	67,34	15 333	10 041	65,49
W 146. Schaustellung	3 234	2 156	66,67	5 366	3 526	65,71
W 84. Fischindustrie	277	182	65,70	484	322	66,53
W 116. Buchhandel	3 928	2 605	66,32	6 974	4 590	65,82
W 128. Kanal- und Hafenwesen	3 371	2 231	66,18	8 976	5 871	65,41
W 119. Bank- und Börsenwesen	21 744	14 277	65,66	39 919	26 385	66,10
W 27. Maschinenbau	103 112	67 934	65,88	212 717	139 995	65,81
W 111. Gasversorgung	7 891	5 150	65,26	22 308	14 153	63,44
W 53. Buchdruck	22 914	14 678	64,06	42 345	26 818	63,53
W 33. Elektrotechnik	39 157	24 980	63,79	73 517	46 978	63,90
W 99. Mützenmacherei	869	544	62,60	1 347	846	62,81
W 74. Klavierbau	1 797	1 108	61,66	3 821	2 316	60,61
W 106. Reinig. v. Textilien	7 306	4 452	60,94	9 942	6 047	60,82
W 122. Verleihg., Versteig.	840	539	64,17	1 841	1 016	55,19
W 127. Binnenschiffahrt	7 476	4 698	62,84	15 704	9 183	58,48
W 98. Kürschnerei	1 046	651	62,24	1 662	992	59,69
W 129. Post- u. Telegraphie	40 856	24 658	60,35	96 822	53 722	55,49
W 117. Tabakhandel	8 753	5 263	60,18	15 684	9 313	59,38
W 88. Stärkeindustrie	692	416	60,12	1 329	750	56,43
W 21. Großeisenindustrie	197 682	118 150	59,77	488 495	293 173	60,02

Mit einer größeren Zahl von Wirtschaftszweigen sind in dieser Klasse folgende Berufsgruppen vertreten: XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit der Schokoladenindustrie, der Fischindustrie und der Stärkeindustrie; XVII. Bekleidungsgewerbe mit der Wäscheherstellung, der Kürschnerei, der Mützenmacherei und der Reinigung von Textilerzeugnissen; XX. Handelsgewerbe mit dem Buchhandel, dem Tabakhandel, dem Immobilienhandel, dem Bank- und Börsenwesen, der Vermittlung und Beratung und der Verleihung und Versteigerung; XXII. Verkehrswesen mit der Binnenschiffahrt, dem Kanal- und Hafenwesen, der Post und Telegraphie und den Straßenbahnen; XXIV. (= Abteilung D) Freie Berufsarten mit der Rechtsberatung, den Künstlern und Schriftstellern, dem Theater und Musikgewerbe, dem Lichtspielwesen und dem Schaustellungsgewerbe; XXV. (= Abteilung E) Gesundheitswesen mit den Badeanstalten, dem Desinfektionswesen, der Straßenreinigung und dem Bestattungswesen. Auffällig ist, daß in dieser ganzen großen Reihe von Wirtschaftszweigen auch nicht ein einziges Mal das Holz- und Schnitzstoffgewerbe vertreten ist.

Wirtschaftszweige mit einem Anteil von mehr als 47,05 bis 60 v. H. (in Auswahl).						
W 114. Warenhandel	287 547	169 621	58,99	503 549	289 921	57,58
W 95. Schneiderei	71 816	38 883	54,14	114 619	60 614	52,88
W 136. Gast- und Schankwirtschaft	70 934	36 268	51,13	116 115	60 120	51,78
W 158. Häusliche Dienste	114 627	58 856	51,35	116 188	59 729	51,41
W 137. Staatsverwaltung	67 935	34 204	50,35	170 943	84 512	49,44

Hier ist, wie man sieht, die Abteilung B. Industrie und Handwerk nur einmal vertreten, und zwar mit der Schneiderei. Der Waren- und Produktenhandel ist die wichtigste Erwerbsart dieser Klasse, er erreicht fast 10 v. H. der großstädtischen Einwohnerzahl und steht auch nach seinem Staatsanteil an der Spitze. Im ganzen handelt es sich in dieser Klasse um 31 Wirtschaftszweige, von denen außer den obengenannten noch folgenden einige Bedeutung zukommt: in der Gruppe VII, Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau dem Kessel- und Apparatebau (55,50), dem Eisenbau (50,18), dem Fahrzeugbau (52,20); in der Gruppe XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe der Mälzerei und Brauerei (51,00), der Zigarettenherstellung (55,83), der Tabakherstellung (47,49); XX. Handelsgewerbe außer dem Waren- und Produktenhandel dem Verlagsgewerbe (53,75) und der Spedition (54,67); in der Gruppe XXV. Gesundheitswesen (= Abteilung E) der Offenen Krankenpflege (48,41), dem Barbiergewerbe (54,84), den Apotheken (48,93) und der Wohlfahrtspflege (47,84). Was es mit den Wirtschaftszweigen auf sich hat, deren Anteil hart an der Grenze des „normalen städtischen Anteilsatzes" liegt, ist schon des öfteren bemerkt worden.

Im ganzen gibt es in den rheinischen Großstädten 11 Wirtschaftszweige mit mehr als 1 v. H. der Bevölkerung; sie umfassen zusammen 27,52 v. H. der Einwohner der Provinz, aber 38,99 v. H. der Einwohner der Großstädte. Der Anteil dieser 11 Wirtschaftszweige an den entsprechenden des Staates beträgt im Durchschnitt 58,42 v. H.

2. Abschnitt.

Die Besonderheiten der einzelnen Großstädte.

1. Die Großstädte einzeln.

Der erste Abschnitt des besonderen Teils dieser Arbeit zeigte die Großstädte innerhalb des Erwerbslebens ihrer Provinzen. Dabei kam es vor allem darauf an zu zeigen, in welchen Fällen die einzelnen Berufszweige der Provinz überdurchschnittlich in den Großstädten vertreten sind, d. h. in stärkerem Maße, als dem allgemeinen Anteil dieser Großstädte an der Provinzbevölkerung entspricht. Bei dieser Betrachtungsweise waren sehr häufig, man kann sogar sagen, in den allermeisten Fällen, Berufszweige zu behandeln, die für die betreffenden Großstädte selbst nur eine ganz bescheidene oder so gut wie gar keine Rolle spielen, weil sie der Anzahl ihrer Erwerbstätigen und Berufszugehörigen nach äußerst unbedeutend sind. Um gleichzeitig aber die Berufszweige hervorzuheben, die unter den „vorzugsweise großstädtischen" auch mit zu den wichtigsten (dem Umfange nach) gehören, sind allemal noch diejenigen mit mehr als 1 v. H. Anteil an der großstädtischen Bevölkerung besonders genannt worden.

In diesem 2. Abschnitt soll zunächst einmal jede preußische Großstadt für sich allein betrachtet werden, ohne Rücksicht auf den Zusammenhang mit der zugehörigen Provinz. Dabei können und sollen nur noch die Berufszweige behandelt werden, die die wichtigste Rolle im Erwerbsleben der jeweiligen Großstadt spielen. Eine Darstellung der Verteilung der Berufstätigen usw. nach der sozialen Stellung, dem Alter und dem Familienstande schließt sich an, wobei Bezug zu nehmen ist auf die im I. Teil der Arbeit ermittelten durchschnittlichen Verhältnisse.

Für die Reihenfolge der einzelnen Großstädte soll diesmal die Größe der Einwohnerzahl maßgebend sein.

Berlin.

Berlin steht mit 4 024 165 Einwohnern bei weitem an der Spitze aller preußischen Großstädte, es hat beinah sechs-

mal soviel Einwohner wie die nächstgrößte Stadt Köln. Diese Einwohner verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Berufsabteilungen:

Die Einwohner von Berlin nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	31 411	0,78
B. Industrie und Handwerk	1 859 625	46,21
C. Handel und Verkehr	1 130 191	28,09
D. Verwaltung	333 081	8,27
E. Gesundheitswesen	103 274	2,57
F. Häusliche Dienste	179 604	4,46
G. Ohne Beruf	386 979	9,62
A—G. Sämtliche Einwohner	**4 024 165**	**100,00**

Im Schlußband seines „Modernen Kapitalismus"[1]) setzt sich W. Sombart mit der u. a. von E. Engel und K. Bücher vertretenen Auffassung auseinander, daß Berlin als „Industriestadt" anzusehen sei. Er weist das Irrige dieser Auffassung nach, indem er feststellt, daß (nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1907) von der erwerbstätigen Bevölkerung Berlins nur wenig über ein Viertel (genau 25,8 v. H.) in „Ausfuhrindustrien" beschäftigt sind. Wir können uns der von Sombart geübten Kritik nur anschließen. Soweit es nicht schon aus den Zahlen für Berlin selbst hervorgeht, wird uns noch der Vergleich mit anderen preußischen Großstädten zeigen, wie wenig Berlin als Industriestadt anzusehen ist. Bereits aus den obigen Zahlen ergibt sich, daß sich nicht einmal die Hälfte der Berliner Einwohnerschaft von Industrie und Handwerk nährt; die in der Abteilung B enthaltenen für den rein örtlichen Bedarf arbeitenden Wirtschaftszweige lassen den „ausfuhrindustriellen Anteil" naturgemäß noch weit tiefer sinken.

Bei einem Vergleich des Anteils der einzelnen Berufsabteilungen mit dem Durchschnitt aus den 32 Großstädten des Staates[2]) stellt sich heraus, daß Berlin ziemlich genau diesem Durchschnitt entspricht; Industrie und Handwerk sind in Berlin etwas geringer, Handel und Verkehr etwa ebensoviel stärker vertreten als im Durchschnitt der 32 Großstädte. Bei den übrigen Abteilungen ist die Übereinstimmung noch offensichtlicher.

Um die wichtigsten Nahrungszweige der einzelnen Großstädte festzustellen, sind genau wie oben bei der Gesamtheit aller Großstädte[3]) die Berufsgruppen herausgehoben worden, für die der Anteil der Berufszugehörigen und der Erwerbstätigen mehr als 3 v. H. der entsprechenden Gesamteinwohnerzahl beträgt. Als die wichtigsten Berufe sind in diesem Sinne in Berlin anzusehen zunächst bei den Berufszugehörigen:

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	692 377	17,21
XXVIII. Ohne Beruf	386 979	9,62
XVII. Bekleidungsgewerbe	333 807	8,30
XXIV. Verwaltung	333 081	8,28
VIII. Elektrotechnische Industrie	311 587	7,74
XXII. Verkehrswesen	291 059	7,23
VII. Maschinenbau	243 397	6,05
XVIII. Baugewerbe	208 654	5,18
XXVI. Häusliche Dienste	179 604	4,46
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	167 707	4,17
VI. Herstellung von Eisenwaren	125 622	3,12
Übrige 16 Berufsgruppen	750 291	18,64
Sämtliche Einwohner	**4 024 165**	**100,00**

Stärkere Unterschiede gegenüber dem Durchschnitt aus 32 Großstädten[4]) ergeben sich in den folgenden Fällen: Das Handelsgewerbe ist in Berlin noch merklich besser besetzt, das Bekleidungsgewerbe ganz erheblich stärker vertreten, die Elektrotechnische Industrie sogar verhältnismäßig doppelt so zahlreich wie dort. Von den oben genannten industriellen Berufsgruppen arbeiten lediglich für örtlichen Bedarf das Baugewerbe und der größte Teil des Nahrungsmittelgewerbes (anders die Brauereien und Zigarettenfabriken!) sowie der Herstellung von Eisenwaren, außerdem sicher ein Teil der Restgruppen. Von Ausfuhrindustrien — als welche sicher das Bekleidungsgewerbe, die Elektrotechnische Industrie und der Maschinenbau, ferner Teile des Nahrungsmittelgewerbes und der Herstellung von Eisenwaren anzusehen sind, leben etwa 25 v. H. der Einwohner Berlins, sodaß die obige Angabe Sombarts sich durchaus bestätigt.

Für die Erwerbstätigen ermitteln wir die wichtigsten Berufe gleich nach den Geschlechtern getrennt, da die Zusammenfassung der männlichen und der weiblichen Erwerbstätigen hierbei zwar ein zahlenmäßig richtiges, aber kein den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragendes Bild ergibt:

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	267 438	19,32
VIII. Elektrotechnische Industrie	129 314	9,34
XXIV. Verwaltung	127 221	9,19
VII. Maschinenbau	120 330	8,70
XXII. Verkehrswesen	116 254	8,40
XVIII. Baugewerbe	98 279	7,10
XVII. Bekleidungsgewerbe	80 329	5,80
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	70 269	5,08
VI. Herstellung von Eisenwaren	60 469	4,37
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	55 783	4,03
XI. Papierindustrie	44 361	3,21
Übrige 15 Berufsgruppen	214 025	15,46
Männliche Erwerbstätige zusammen	**1 384 072**	**100,00**

Es handelt sich bei den männlichen Erwerbstätigen Berlins im allgemeinen um dieselben wichtigsten Berufsgruppen wie im Durchschnitt aller Großstädte[1]); jedoch fehlen in Berlin der Bergbau und die Eisen- und Metallgewinnung, während die Papierindustrie neu hinzutritt.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XVII. Bekleidungsgewerbe	161 469	20,19
XX. Handelsgewerbe	157 189	19,65
XXVI. Häusliche Dienste	143 074	17,89
VIII. Elektrotechnische Industrie	60 660	7,59
XXIV. Verwaltung	43 612	5,45
XXIII. Gastwirtschaft	35 995	4,50
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	32 650	4,08
XXV. Gesundheitswesen	29 195	3,65
XI. Papierindustrie	24 419	3,05
Übrige 17 Berufsgruppen	111 611	13,95
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**799 875**	**100,00**

Hier ist die Anzahl der wichtigsten Berufsgruppen die gleiche wie im Durchschnitt aller Großstädte[1]); nur ist anstatt der Textilindustrie hier die Papierindustrie an letzter Stelle aufgetreten. Die Übereinstimmung bezieht sich auch auf die drei wichtigsten Berufsgruppen, wenn auch deren Reihenfolge hier genau die entgegengesetzte ist wie dort; in Berlin sind in diesen drei Gruppen zusammen 57,73 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen vertreten.

Vergleicht man die Erwerbstätigen mit der Gesamtbevölkerung des gleichen Geschlechts, so zeigt sich in Berlin eine zahlenmäßige Überlegenheit gegenüber dem Großstadt-

[1]) Band III, 1: „Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus", München und Leipzig 1927, S. 411 ff. — [2]) Vgl. oben S. 12. — [3]) Vgl. S. 16. — [4]) Vgl. oben S. 13.

[1]) Vgl. oben S. 18.



durchschnitt; denn in Berlin sind von den männlichen 74,85, von den weiblichen 36,77 v. H. erwerbstätig gegenüber 71,16 und 29,54 v. H. dort [1]). Danach könnte man also die Berliner Frauen als „fleißiger" bezeichnen als diejenigen des Großstadtdurchschnitts. Sicherlich steht diese Tatsache aber auch im Zusammenhang mit dem überdurchschnittlich hohen Frauenüberschuß Berlins von 17,66 v. H. Diese Überlegenheit des weiblichen Geschlechts bleibt auch dann bestehen, wenn man – was methodisch zuverlässiger ist – die Erwerbstätigen nur mit den Personen über 14 Jahren vergleicht: Dann sind von den (erwachsenen) Männlichen 89,76 v. H. erwerbstätig (89,68 im Durchschnitt), von den Weiblichen 42,65 (gegen 36,05), ein Satz, der von keiner anderen Großstadt übertroffen wird.

Die soziale Schichtung in Berlin.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A–F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,34	14,81	10,98	10,93	5,14	23,67	16,81
Heimarbeiter (afr)	2,00	0,42	2,07	1,68	10,33	—	—
Angestellte (b)	30,73	30,69	30,04	17,13	19,61	43,22	54,41
Arbeiter (c)	45,67	51,66	35,99	70,03	61,16	32,32	17,15
Mithelfende (m)	1,35	0,42	5,26	0,23	3,73	0,79	11,63
Hausangestellte	3,91	0,26	10,03	—	—	—	—

Die soziale Schichtung im Durchschnitt aller Großstädte.

Berufsstellung	Berufszugehörige in A–F	A—F m.	A—F w.	B. Industrie m.	B. Industrie w.	C. Handel m.	C. Handel w.
Selbständige (a1—a3)	15,52	14,43	8,35	9,58	6,83	22,87	15,75
Heimarbeiter (afr)	1,17	0,59	3,12	1,03	7,90	—	—
Angestellte (b)	28,74	28,69	30,33	15,37	19,17	43,11	55,28
Arbeiter (c)	49,82	55,65	33,32	73,81	61,89	33,06	16,84
Mithelfende (m)	1,25	0,51	5,96	0,21	4,21	0,96	12,13
Hausangestellte	3,50	0,13	18,92	—	—	—	—

Die Verteilung der Berufszugehörigen und der Erwerbstätigen auf die einzelnen sozialen Stellungen im Vergleich mit dem Großstadtdurchschnitt ist in der obigen Übersicht dargestellt: Berlin verfügt also über etwas mehr Personen im selbständigen Stande, auch über mehr Heimarbeiter, Angestellte und Mithelfende; nicht unerheblich geringer ist dafür der Anteil der Arbeiterbevölkerung.

Bei den Erwerbstätigen sind die männlichen Mithelfenden in Berlin etwas geringer vertreten, bei den Weiblichen zeigt sich dagegen ein nicht unbedeutender Vorrang der Heimarbeiter und der Arbeiter. Wie im Durchschnitt sind auch hier und bei allen folgenden Großstädten die Ziffern für die Abteilungen B und C besonders wiedergegeben.

Die Altersverteilung der Erwerbstätigen (der Abteilungen A bis F) zeigt in Berlin eine gewisse Überalterung gegenüber dem großstädtischen Durchschnitt [2]). Denn die Altersstufen unter 30 sind in Berlin bei den Männlichen schwächer, diejenigen über 30 Jahre dagegen stärker vertreten als dort, und zwar befinden sich in Berlin im Alter über 30 Jahre 65,64, im Durchschnitt dagegen nur 61,20 v. H. der männlichen Erwerbstätigen. Bei den Weiblichen beginnt die stärkere Besetzung der höheren Altersklassen bereits bei 25 Jahren, und zwar beträgt der Unterschied hier sogar 62,31 gegen 55,32 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen.

Was schließlich den Familienstand betrifft, so sind die Erwerbstätigen (A bis F) in Berlin bei beiden Geschlechtern in stärkerem Umfange verheiratet oder verwitwet und geschieden als im Großstadtdurchschnitt [3]), und zwar beträgt die Beteiligung bei den Männlichen 65,86 gegen 63,58 v. H., bei den Weiblichen sogar 33,95 gegen 27,96 v. H. der Erwerbstätigen.

[1]) Vgl. oben S. 34. — [2]) desgl. S. 29. — [3]) desgl. S. 32.

Köln.

Die Einwohner von Köln nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	9 009	1,29
B. Industrie und Handwerk	312 460	44,62
C. Handel und Verkehr	226 176	32,30
D. Verwaltung	45 841	6,55
E. Gesundheitswesen	16 867	2,41
F. Häusliche Dienste	28 035	4,00
G. Ohne Beruf	61 834	8,83
A—G. Sämtliche Einwohner	**700 222**	**100,00**

Bei den Abteilungen Industrie und Handel und Verkehr ist die Abweichung der Anteilsätze vom Großstadtdurchschnitt [1]) noch stärker als in Berlin, und zwar besonders zugunsten des Handels und Verkehrs. Die Verwaltung und die Abteilung „Ohne Beruf" liegen merklich unter dem Durchschnitt; gegenüber Berlin bedeutet das für die Verwaltung einen sehr viel geringeren Anteil.

Die wichtigsten Berufe von Köln ergeben sich aus folgender Übersicht:

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	111 462	16,92
XXII. Verkehrswesen	83 339	11,90
XXVII. Ohne Beruf	61 834	8,83
VII. Maschinenbau	55 537	7,93
XVIII. Baugewerbe	53 958	7,71
XXIV. Verwaltung	45 841	6,55
XVII. Bekleidungsgewerbe	34 684	4,95
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	32 594	4,66
XXVI. Häusliche Dienste	28 035	4,00
VIII. Elektrotechnische Industrie	25 984	3,71
Übrige 17 Berufsgruppen	159 954	22,84
Sämtliche Einwohner	**700 222**	**100,00**

Gegenüber dem Durchschnitt aus sämtlichen Großstädten [2]) ist vor allem die Bedeutung des Verkehrswesens erheblich gestiegen; hier spielt besonders die Schiffahrt eine große Rolle. Auch das Baugewerbe liegt nicht unwesentlich höher. Abgesehen von der in Köln fehlenden Herstellung von Eisenwaren handelt es sich hier um die gleichen Gruppen wie in Berlin, allerdings mit starken Verschiebungen nach Reihenfolge und Umfang. Während die bereits erwähnten Gruppen Verkehrswesen und Baugewerbe Berlin wesentlich überragen, bleiben Bekleidungsgewerbe und Elektrotechnische Industrie etwa um die Hälfte hinter den gleichen Gruppen im Staatsdurchschnitt zurück.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	43 380	18,41
XXII. Verkehrswesen	28 735	12,19
VII. Maschinenbau	25 139	10,67
XVIII. Baugewerbe	23 132	9,82
XXIV. Verwaltung	16 239	6,89
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	12 297	5,22
VIII. Elektrotechnische Industrie	11 572	4,91
VI. Herstellung von Eisenwaren	9 655	4,10
XVII. Bekleidungsgewerbe	9 069	3,85
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	8 675	3,68
IX. Chemische Industrie	7 101	3,01
Übrige 15 Berufsgruppen	40 635	17,25
Männliche Erwerbstätige zusammen	**235 629**	**100,00**

Beim Vergleich mit dem großstädtischen Durchschnitt [3]) fehlen hier wie in Berlin der Bergbau und die Eisen- und Metallgewinnung, wärend in Köln abweichend die Chemische Industrie in Erscheinung tritt.

[1]) Vgl. S. 12. — [2]) desgl. S. 13. — [3]) desgl. S. 18.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	23 547	23,90
XXVI. Häusliche Dienste	22 672	23,02
XVII. Bekleidungsgewerbe	14 235	14,45
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 794	6,90
XXV. Gesundheitswesen	5 094	5,17
XXIV. Verwaltung	4 894	4,97
XXIII. Gastwirtschaft	4 861	4,93
XXII. Verkehrswesen	3 231	3,28
Übrige 18 Berufsgruppen	13 175	13,38
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**98 503**	**100,00**

Diese Übersicht enthält eine Gruppe weniger als der Großstadtdurchschnitt[1]); neu ist hier das Verkehrswesen, dagegen fehlen die Elektrotechnische und die Textilindustrie. Die drei wichtigsten Gruppen, hier wieder in anderer Reihenfolge, umfassen sogar 61,37 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen.

Von den gesamten männlichen Einwohnern der Stadt Köln machen die Erwerbstätigen 70,46, von den weiblichen 26,93 v. H. aus, bleiben also hinter dem großstädtischen Durchschnitt[2]) bei den männlichen um ein Geringes, bei den weiblichen aber recht fühlbar zurück; der Unterschied gegen Berlin ist bei den Frauen geradezu auffallend, verschwindet auch nicht beim Vergleich der Erwerbstätigen mit den über 14 Jahre alten (33,49 v. H.). Von den (erwachsenen) Männern sind dann 90,24 v. H. erwerbstätig (gegen 89,68). Bezüglich der Frauen mag die Tatsache Erwähnung finden, daß der Frauenüberschuß in Köln mit 9,38 v. H. unter dem Durchschnitt der Großstädte liegt.

Die soziale Schichtung in Köln.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufs-zuge-hörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,73	15,34	8,63	11,32	8,24	20,91	14,60
Heimarbeiter (afr)	0,34	0,25	0,57	0,46	1,75	—	—
Angestellte (b)	30,10	29,65	32,95	16,67	20,17	42,72	58,21
Arbeiter (c)	48,05	53,96	29,74	71,26	64,34	35,c6	14,27
Mithelfende (m)	1,40	0,75	7,09	0,29	5,50	1,28	12,92
Hausangestellte	3,38	0,05	21,02	—	—	—	—

Nach der sozialen Stellung weisen die Berufszugehörigen etwas mehr Selbständige, auch Angestellte, schließlich auch noch mehr Mithelfende auf, als dem Durchschnitt der Großstädte[3]) entspricht, dagegen erheblich weniger Heimarbeiter, aber nur unwesentlich weniger Arbeiter — hierin deutlich von Berlin abweichend — und Hausangestellte. Bei den weiblichen Erwerbstätigen überhaupt prägen sich die Unterschiede gegenüber dem Durchschnitt zahlenmäßig besonders bei den Arbeitern stärker aus, dagegen sind die Hausangestellten in Köln stärker vertreten als im Durchschnitt. Bei den weiblichen Erwerbstätigen der Abteilung B ist der überaus geringe Anteil der Heimarbeiter hervorzuheben.

In der Altersverteilung der männlichen Erwerbstätigen weicht Köln erheblich von Berlin, aber nur unerheblich vom großstädtischen Durchschnitt[4]) ab. Im Gegensatz zu Berlin sind hier die jüngeren Altersklassen (bis 25 Jahre) und merkwürdigerweise auch die Klasse 40 bis 50 Jahre stärker vertreten als im Durchschnitt. Jedoch beträgt der Anteilsatz nur 48,22 gegen 46,79 v. H. Bei den Weiblichen sind die Altersjahre bis 25, und nur diese, besser besetzt als im Durchschnitt[4]), und zwar ist die Abweichung wesentlich größer als bei den Männlichen: 51,35 gegenüber 44,68 v. H.

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 34. — [3]) desgl. S. 26. — [4]) desgl. S. 29.

Hinsichtlich des Familienstandes zeigen die männlichen Erwerbstätigen fast völlige Übereinstimmung mit dem Durchschnitt aller Großstädte[1]). Dagegen sind unter den weiblichen die Ledigen weit stärker vertreten als im Durchschnitt (79,48 gegen 72,03 v. H.) und erst recht stärker als in Berlin.

Breslau.

Die Einwohner von Breslau nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	3 358	0,60
B. Industrie und Handwerk	215 327	38,65
C. Handel und Verkehr	178 855	32,10
D. Verwaltung	45 294	8,13
E. Gesundheitswesen	15 357	2,76
F. Häusliche Dienste	30 562	5,49
G. Ohne Beruf	68 386	12,27
A—G. Sämtliche Einwohner	**557 139**	**100,00**

Die Anteilsätze von Industrie und Handel und Verkehr sind hier durch abermalige Senkung des Satzes der Industrie noch näher an einander gerückt als in den bisher betrachteten Fällen; die Abweichung vom Durchschnitt[2]) ist jetzt bei beiden Abteilungen sehr beträchtlich. Sehr stark gestiegen ist der Anteil der Häuslichen Dienste und vor allem der Personen ohne Beruf.

Die wichtigsten Berufe sind im folgenden verzeichnet:

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	95 730	17,18
XXVII. Ohne Beruf	68 386	12,28
XXII. Verkehrswesen	63 027	11,31
XVII. Bekleidungsgewerbe	56 908	10,21
XXIV. Verwaltung	45 297	8,13
VII. Maschinenbau	31 634	5,68
XVIII. Baugewerbe	30 647	5,50
XXVI. Häusliche Dienste	30 562	5,49
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	26 976	4,84
Übrige 18 Berufsgruppen	107 972	19,38
Sämtliche Einwohner	**557 139**	**100,00**

Es ist jetzt abermals eine Gruppe weniger geworden (in Berlin 11, in Köln 10 wichtige Berufsgruppen), und zwar ist jetzt gegen Köln noch die Elektrotechnische Industrie fortgefallen. Die ersten 4 Gruppen stellen ein Maximum dar, sie umfassen zusammen nicht weniger als 50,98 v. H., also die gute Hälfte aller Einwohner von Breslau. Im Vergleich mit dem großstädtischen Durchschnitt[3]) treten Verkehrswesen und Bekleidungsgewerbe stark hervor.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	35 626	20,97
XXII. Verkehrswesen	21 610	12,72
XXIV. Verwaltung	15 882	9,35
VII. Maschinenbau	14 329	8,43
XVIII. Baugewerbe	13 679	8,05
XVII. Bekleidungsgewerbe	12 677	7,46
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	10 272	6,05
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	6 610	3,89
VI. Herstellung von Eisenwaren	6 209	3,65
Übrige 17 Berufsgruppen	33 024	19,43
Männliche Erwerbstätige zusammen	**169 918**	**100,00**

Gegenüber dem Durchschnitt aus allen Großstädten[4]) fehlt hier Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung und Elektrotechnische Industrie. Neu ist diesmal kein Berufszweig vertreten. Eine wesentlich stärkere Besetzung als dort zeigen Handelsgewerbe, Verkehrswesen und Bekleidungsgewerbe.

[1]) Vgl. S. 32. — [2]) desgl. S. 12. — [3]) desgl. S. 13. — [4]) desgl. S. 18.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XVII. Bekleidungsgewerbe	26 990	25,33
XXVI. Häusliche Dienste	24 255	22,76
XX. Handelsgewerbe	21 023	19,73
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	5 941	5,58
XXIV. Verwaltung	5 941	5,57
XXV. Gesundheitswesen	5 018	4,71
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	4 419	4,15
Übrige 19 Berufsgruppen	12 972	12,17
Weibliche Erwerbstätige zusammen	106 559	100,00

Hier sind in 7 Gruppen — gegenüber dem Großstadtdurchschnitt[1]) fehlen die Elektrotechnische und die Textilindustrie — mehr weibliche Erwerbstätige enthalten als dort in 9 Gruppen; auch die drei erstgenannten Gruppen umfassen mit 67,82 v. H. wesentlich mehr als im Durchschnitt, was ausschließlich auf den starken Anteil des Bekleidungsgewerbes zurückzuführen ist.

Von der männlichen Bevölkerung Breslaus sind 68,04 v. H. (über 14 Jahre: 87,90), von der weiblichen 34,66 (42,28) v. H. erwerbstätig, im Vergleich mit dem Durchschnitt[2]) also bei den Männlichen etwas weniger, bei den Weiblichen nicht unerheblich mehr. Die Weiblichen nähern sich stark dem Anteil von Berlin. Der Frauenüberschuß ist hier wieder mit 23,09 v. H. stark überdurchschnittlich und wird nur noch von demjenigen von Wiesbaden übertroffen.

Die soziale Schichtung in Breslau.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufs-zuge-hörige in A–F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	17,16	16,43	9,40	12,28	8,72	21,73	17,42
Heimarbeiter (afr)	3,18	1,32	7,55	2,75	18,95	—	—
Angestellte (b)	30,08	31,49	27,73	14,69	15,04	42,66	54,27
Arbeiter (c)	43,51	50,24	30,11	70,10	52,76	35,06	18,11
Mithelfende (m)	1,19	0,31	4,79	0,18	4,53	0,55	10,20
Hausangestellte	4,88	0,21	20,42	—	—	—	—

Geringer vertreten sind unter den Berufszugehörigen (A–F) vor allem die Arbeiter, bei denen also der Rückgang noch stärker ist als in Berlin. Bemerkenswert ist bei den weiblichen Erwerbstätigen der große Anteil der Heimarbeiter, besonders in Abteilung B. Breslau hat hier den größten Anteilsatz unter allen Großstädten.

In der Altersverteilung der Erwerbstätigen stimmt Breslau ziemlich genau mit dem Durchschnitt aller Großstädte[3]) überein; die vorhandenen, meist ganz geringen Abweichungen gleichen sich durch die verschiedenen Altersklassen hindurch immer wieder aus.

Beim Familienstand liegt es ganz ähnlich wie beim Alter; eine nennenswerte Abweichung zeigen nur die Weiblichen insofern, als hier die verwitweten Erwerbstätigen etwas stärker, die verheirateten um ebenso viel schwächer vertreten sind als im Durchschnitt[4]).

Essen.

Mit Essen tritt zum erstenmal eine Industriestadt in den Kreis der Betrachtung ein. Das zeigt sich bereits bei der Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Berufsabteilungen:

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 34. — [3]) desgl. S. 29. — [4]) desgl. S. 32.

Die Einwohner von Essen nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	3 620	0,77
B. Industrie und Handwerk	290 527	61,75
C. Handel und Verkehr	84 913	18,05
D. Verwaltung	23 499	4,99
E. Gesundheitswesen	7 206	1,53
F. Häusliche Dienste	16 155	3,43
G. Ohne Beruf	44 604	9,48
A—G. Sämtliche Einwohner	470 524	100,00

Mit Ausnahme von A und G erstreckt sich die Abweichung vom Durchschnitt[1]) auf sämtliche Abteilungen, zahlenmäßig am bedeutendsten tritt sie bei der Industrie und dem Handel und Verkehr in Erscheinung, wobei die Industrie sogar mehr gewonnen hat als der Handel verloren.

Die wichtigsten Berufe erscheinen in der folgenden Zusammenstellung:

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	96 587	20,53
V. Eisen- und Metallgewinnung	88 393	18,79
XX. Handelsgewerbe	47 842	10,17
XXVII. Ohne Beruf	44 604	9,48
XVIII. Baugewerbe	32 597	6,93
XXII. Verkehrswesen	28 581	6,07
XXIV. Verwaltung	23 499	4,99
VII. Maschinenbau	19 555	4,16
XXVI. Häusliche Dienste	16 155	3,43
Übrige 18 Berufsgruppen	72 711	15,45
Sämtliche Einwohner	470 524	100,00

Hier sind es ebenfalls 9 wichtige Gruppen wie in Breslau, aber bereits die ersten drei verfügen mit 49,49 v. H. ziemlich genau über die Hälfte der Einwohner von Essen. Bergbau und Eisen- und Metallgewinnung haben diesmal ganz entscheidend das Handelsgewerbe von seiner bisher bewahrten ersten Stelle verdrängt. Die beiden ersten übertreffen den großstädtischen Durchschnitt[2]) um ein Vielfaches, der Handel bleibt nicht unerheblich dahinter zurück. An „Ausfuhrindustrien" sind in Essen zweifellos der Bergbau, die Eisen- und Metallgewinnung und der Maschinenbau mit insgesamt 43,48 v. H. der Einwohner vorhanden; zusammen mit den im Rest enthaltenen Gruppen kommen wir für die Beteiligung an Ausfuhrindustrien sicher auf rund die Hälfte der Bevölkerung Essens.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
III. Bergbau	35 150	22,54
V. Eisen- und Metallgewinnung	32 951	21,13
XX. Handelsgewerbe	16 150	10,36
XVIII. Baugewerbe	15 080	9,67
XXII. Verkehrswesen	9 846	6,31
VII. Maschinenbau	8 504	5,45
XXIV. Verwaltung	7 832	5,02
Übrige 19 Berufsgruppen	30 451	19,52
Männliche Erwerbstätige zusammen	155 964	100,00

Die Zahl der wichtigsten Berufsgruppen ist hier mit 7 für die männlichen ganz besonders niedrig; wir werden diese Erscheinung noch öfter bei den Industriestädten finden. Es fehlen hier gegenüber dem großstädtischen Durchschnitt[3]) die Herstellung von Eisenwaren, die Elektrotechnische Industrie, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, das Nahrungsmittelgewerbe und das Bekleidungsgewerbe.

[1]) Vgl. S. 12. — [2]) desgl. S. 13. — [3]) desgl. S. 18.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	12 219	28,20
XX. Handelsgewerbe	12 024	27,75
XVII. Bekleidungsgewerbe	4 805	11,09
XXIV. Verwaltung	2 580	5,95
XXV. Gesundheitswesen	2 408	5,56
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	2 057	4,75
V. Eisen- und Metallgewinnung	1 415	3,26
Übrige 19 Berufsgruppen	5 826	13,44
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**43 334**	**100,00**

Die Reihenfolge der ersten vier Gruppen ist hier dieselbe wie im Durchschnitt[1]); es fehlen aber die Elektrotechnische Industrie, die Textilindustrie und das Nahrungsmittelgewerbe, neu hinzugetreten ist die Eisen- und Metallgewinnung, in einer Stadt der schweren Industrie durchaus verständlich. Die beiden zuerst genannten Gruppen umfassen schon mehr als die Hälfte aller weiblichen Erwerbstätigen, die ersten drei Gruppen insgesamt 67,04 v. H., also ähnlich mehr als der Durchschnitt wie in Breslau; hier ist aber der Anteil der beiden ersten erheblich größer, der des Bekleidungsgewerbes erheblich geringer als im Durchschnitt.

Von der männlichen Gesamtbevölkerung sind in Essen erwerbstätig 65,55 (über 14 Jahre: 88,88), von der weiblichen sogar nur 18,35 (24,20) v. H. Beide Ziffern zeigen bei den Frauen einen Tiefstand an. Im Vergleich zu Berlin sind von ihnen etwa nur halb soviel beschäftigt! Allerdings ist hier auch der Frauenüberschuß ganz besonders gering, er beträgt nur 0,78 v. H. der männlichen Bevölkerung. Wir haben oben[2]) bereits einen geringen Frauenüberschuß oder sogar einen Männerüberschuß als charakteristisch für Industriestädte bezeichnet. Wir dürfen nach den bisherigen Erfahrungen auch die Regel aussprechen, daß ein starker Frauenüberschuß Hand in Hand geht mit einer relativ starken weiblichen Erwerbstätigkeit, ein schwacher Frauenüberschuß — und erst recht ein Männerüberschuß — Hand in Hand mit einer schwachen weiblichen Erwerbstätigkeit. Die Erklärung für diese Erscheinung liegt zweifellos in der Tatsache, daß in den Orten mit verhältnismäßig geringer weiblicher Bevölkerung diese in stärkstem Maße für die Haushaltführung in Anspruch genommen wird.

Die soziale Schichtung in Essen.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	10,27	8,37	8,72	4,34	9,58	21,81	15,17
Heimarbeiter (afr)	0,17	0,08	0,75	0,10	3,17	—	—
Angestellte (b)	24,25	22,68	35,08	13,61	28,70	43,66	57,20
Arbeiter (c)	61,65	68,38	22,53	81,85	53,70	32,86	15,06
Mithelfende (m)	0,91	0,47	7,06	0,10	4,85	1,67	12,57
Hausangestellte	2,75	0,02	25,86	—	—	—	—

Hier steht eine starke Vermehrung der Arbeiterbevölkerung einer Verminderung in allen anderen Berufsstellungen gegenüber. Am meisten charakteristisch für die Industriestadt sind die Veränderungen bei den Selbständigen — Rückgang der kleinen Unternehmer und Handwerksmeister! — und den Arbeitern.

Eigenartig ist allerdings bei den weiblichen Erwerbstätigen der stärkere Anteil der Angestellten und erst recht der Hausangestellten, auffällig der Unterschied bei den Arbeitern. Die festgestellte stärkere Beanspruchung der weiblichen Personen für den Haushalt tritt auch hier ganz deutlich in Erscheinung.

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 10.

Die Gliederung der Erwerbstätigen nach dem Alter weicht in Essen ganz erheblich von der des großstädtischen Durchschnitts[1]) ab, und zwar überwiegen bei beiden Geschlechtern die jüngeren Altersklassen: Der Anteil der Männlichen bis zum 30. Jahr beträgt 44,72 gegen 38,80 v. H., der der Weiblichen bis zum 25. Jahr sogar 60,53 gegen 44,68 v. H. Von den genannten Altersgrenzen ab sind die einzelnen Klassen durchweg geringer besetzt.

Bei der Einteilung nach dem Familienstand sind in Essen die Ledigen stärker vertreten als im Durchschnitt[2]), nicht sehr erheblich bei den Männlichen, denn hier betragen die Anteilsätze nur 39,57 und 36,42; aber ganz bedeutend bei den Weiblichen, von denen 82,23 ledig sind gegen nur 72,04 v. H. im Durchschnitt.

Die schwächere Besetzung der höheren Altersklassen — und gleichzeitig der Verheirateten — erklärt sich bei den Männlichen zwanglos aus dem größeren Anteil der Arbeiter, die nach allen Erfahrungen durchschnittlich in früheren Jahren aus dem Beruf ausscheiden als die Angestellten und vor allem die Selbständigen. Bei den Weiblichen kann dieser Grund schon deshalb nicht zutreffen, weil hier bedeutend weniger Arbeiterinnen vorkommen als im Durchschnitt. Entscheidend ist hier vielmehr offenbar die schon erwähnte Tatsache, daß die Frauen bei der vorhandenen Frauenarmut in höherem Alter sich als Ehefrauen ausschließlicher dem Haushalt widmen.

Frankfurt a. Main.

Die Einwohner von Frankfurt a. M. nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	7 066	1,51
B. Industrie und Handwerk	181 930	38,91
C. Handel und Verkehr	163 774	35,03
D. Verwaltung	30 735	6,58
E. Gesundheitswesen	15 035	3,22
F. Häusliche Dienste	29 145	6,23
G. Ohne Beruf	39 835	8,52
A—G. Sämtliche Einwohner	**467 520**	**100,00**

Hier fällt sofort die starke Beteiligung des Handels und Verkehrs ins Auge, die fast die größte ist in allen preußischen Großstädten und nur noch von Altona um ein Geringes übertroffen wird (dort 35,75 v. H.). Der Handel hat gegenüber dem Durchschnitt[3]) ungefähr ebenso viel gewonnen, wie die Industrie verloren hat. Wesentlich ist noch die Zunahme bei den Häuslichen Diensten; mit diesem Anteil wird Frankfurt von keiner anderen preußischen Stadt übertroffen, nur von Wiesbaden fast erreicht. Auf die Gründe dieser Erscheinung wurde bereits hingewiesen[4]).

Nachfolgend die wichtigsten Berufe:

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	94 977	20,32
XXII. Verkehrswesen	50 646	10,83
XXVII. Ohne Beruf	39 835	8,52
VII. Maschinenbau	30 936	6,62
XXIV. Verwaltung	30 735	6,57
XVII. Bekleidungsgewerbe	30 143	6,45
XXVI. Häusliche Dienste	29 145	6,23
XVIII. Baugewerbe	21 205	4,54
VIII. Elektrotechnische Industrie	19 979	4,27
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	16 659	3,56
XXV. Gesundheitswesen	15 035	3,22
Übrige 16 Berufsgruppen	88 225	18,87
Sämtliche Einwohner	**467 520**	**100,00**

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 32. — [3]) desgl. S. 12. — [4]) desgl. S. 49.



Bemerkenswert gegenüber dem großstädtischen Durchschnitt[1]) ist hier vor allem das an erster Stelle stehende Handelsgewerbe; mit einem so starken Anteil wie hier erscheint es in keiner anderen preußischen Großstadt. Zu erwähnen ist auch noch die Steigerung beim Verkehrswesen.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe		Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX.	Handelsgewerbe	37 425	23,15
XXII.	Verkehrswesen	18 104	11,20
VII.	Maschinenbau	14 661	9,07
XXIV.	Verwaltung	11 050	6,83
XVIII.	Baugewerbe	9 736	6,02
VIII.	Elektrotechnische Industrie	9 207	5,69
XVII.	Bekleidungsgewerbe	8 195	5,07
XVI.	Nahrungsmittelgewerbe	7 144	4,42
VI.	Herstellung von Eisenwaren	6 556	4,05
	Übrige 17 Berufsgruppen	39 622	24,50
Männliche Erwerbstätige zusammen		**161 700**	**100,00**

Im Vergleich mit dem Durchschnitt aus sämtlichen Großstädten[2]) fehlen hier der Bergbau, die Eisen- und Metallgewinnung und das Holz- und Schnitzstoffgewerbe, sodaß sich diese Übersicht derjenigen für Breslau stark nähert; immerhin sind die Anteilsätze gegenüber dort zum Teil sehr verschieden. Die erhebliche Steigerung beim Handelsgewerbe spielt auch hier eine große Rolle, ein deutlicher Abfall ist dagegen z. B. beim Baugewerbe zu verzeichnen.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe		Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI.	Häusliche Dienste	21 202	27,25
XX.	Handelsgewerbe	16 821	21,62
XVII.	Bekleidungsgewerbe	12 329	15,85
XXV.	Gesundheitswesen	4 198	5,40
XXIII.	Gastwirtschaftsgewerbe	3 732	4,80
XXIV.	Verwaltung	3 549	4,56
XXII.	Verkehrswesen	2 481	3,19
	Übrige 19 Berufsgruppen	13 479	17,33
Weibliche Erwerbstätige zusammen		**77 791**	**100,00**

Die Anzahl der wichtigsten Berufsgruppen ist hier dieselbe wie in Breslau und Essen, jedoch ist die Besetzung der ersten drei Gruppen, wenn sie auch recht bedeutend ist, mit 64,72 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen merklich geringer als dort. Gegenüber dem großstädtischen Durchschnitt[3]) fehlen die Elektrotechnische Industrie, die Textilindustrie und das Nahrungsmittelgewerbe; neu tritt hier das Verkehrswesen in Erscheinung. Eine erhebliche Steigerung gegen den Durchschnitt zeigen eigentlich nur die Häuslichen Dienste.

Der Beschäftigungsanteil der männlichen Bevölkerung ähnelt in Frankfurt mit 73,46 v. H. (über 14 Jahre: 90,10 v. H.) stark demjenigen von Berlin, bei der weiblichen Bevölkerung liegt er mit 31,44 (37,44) v. H. etwas über dem großstädtischen Durchschnitt, erreicht also bei weitem nicht den Satz von Berlin, auch nicht von Breslau. Auch der Frauenüberschuß ist hier mit 12,41 v. H. leicht überdurchschnittlich.

Soziale Schichtung in Frankfurt.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	18,58	17,63	7,55	13,56	10,33	22,15	10,02
Heimarbeiter (afr)	0,57	0,41	0,81	0,86	2,53	—	—
Angestellte (b)	34,57	34,83	34,81	20,50	24,52	48,05	63,93
Arbeiter (c)	40,71	46,45	28,68	64,80	58,60	29,15	15,67
Mithelfende (m)	1,30	0,56	5,82	0,28	4,02	0,65	10,38
Hausangestellte	4,27	0,12	22,23	—	—	—	—

[1]) Vergl. S. 13. — [2]) desgl. S. 18. — [3]) desgl. S. 18.

Der Anteil der Selbständigen und der Angestellten ist also stark gestiegen, der der Arbeiter stark gesunken. Der Anteil der Angestellten ist fast der größte überhaupt in einer preußischen Großstadt vorkommende. Ebenso wird umgekehrt der Anteil der Arbeiter kaum noch irgendwo unterschritten. Eine solche Verteilung scheint der Handels- und Bankstadt eigentümlich zu sein.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen allein zeigt sich für die Selbständigen und die Mithelfenden eine ganz schwache Abnahme, in Abteilung B dagegen eine Zunahme der Selbständigen.

Abweichend haben in Abteilung C die Selbständigen durchweg gegen den Durchschnitt abgenommen, wenn auch bei den Männlichen ganz unbedeutend.

Die Altersverteilung der Erwerbstätigen ist im allgemeinen die gleiche wie im Durchschnitt[1]), die geringen Abweichungen nach oben und unten gleichen sich wie in Breslau durch die Altersklassen hindurch fast durchweg aus; erwähnenswert wäre höchstens die Tatsache, daß die Weiblichen zwischen 20 bis 25 Jahren mit 24,34 v. H. vertreten sind statt 21,73 im Durchschnitt.

Die Verteilung nach dem Familienstand stimmt bei den männlichen Erwerbstätigen fast haarscharf mit dem Durchschnitt aller Großstädte[2]) überein, bei den weiblichen sind die Ledigen allerdings merklich stärker vertreten: 78,48 v. H. statt 72,03.

Düsseldorf.

Die Einwohner von Düsseldorf nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	5 332	1,23
B. Industrie und Handwerk	227 718	52,64
C. Handel und Verkehr	109 201	25,24
D. Verwaltung	29 133	6,73
E. Gesundheitswesen	10 547	2,44
F. Häusliche Dienste	16 370	3,78
G. Ohne Beruf	34 332	7,94
A—G. Sämtliche Einwohner	**432 633**	**100,00**

Auch in Düsseldorf liegt die Verteilung der Einwohner auf die einzelnen Berufsabteilungen ähnlich wie in Berlin dem Großstadtdurchschnitt[3]) recht nahe. Die Abteilung B. Industrie und Handwerk liegt zwar merklich über dem Durchschnitt, sodaß sie sogar mehr als die Hälfte aller Einwohner einnimmt, der Unterschied gleicht sich dann aber bei den anderen Abteilungen einigermaßen wieder aus, vor allem scheinen die Beruflosen zugunsten der in der Industrie Beschäftigten verloren zu haben. Als ausgesprochene Industriestadt wird man Düsseldorf trotz seinem verhältnismäßig hohen Anteilsatz in B nicht bezeichnen können, da ja hiervon ein großer Teil für den rein örtlichen Bedarf abzuziehen ist. Das geht z. B. auch aus den folgenden Übersichten hervor:

Die Einwohner nach den wichtigsten Berufsgruppen.

Gruppe		Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX.	Handelsgewerbe	66 320	15,33
VII.	Maschinenbau	54 961	12,70
V.	Eisen- und Metallgewinnung	42 979	9,94
XVIII.	Baugewerbe	34 568	7,99
XXVII.	Ohne Beruf	34 332	7,94
XXIV.	Verwaltung	29 133	6,73
XXII.	Verkehrswesen	27 596	6,38
XXVI.	Häusliche Dienste	16 370	3,78
VI.	Herstellung von Eisenwaren	16 265	3,76
XVI.	Nahrungsmittelgewerbe	15 235	3,52
XVII.	Bekleidungsgewerbe	14 263	3,30
	Übrige 16 Berufsgruppen	80 611	18,63
	Sämtliche Einwohner	432 633	100,00

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 32. — [3]) desgl. S. 12.

Im Vergleich mit dem großstädtischen Durchschnitt[1]) treten der Maschinenbau und die Eisen- und Metallgewinnung mit etwa dem doppelten Satz wie dort stark hervor; der Anteil des Maschinenbaus liegt nur noch in Kiel und in Magdeburg höher als in Düsseldorf. Auch das Baugewerbe zeigt einen nicht unerheblich höheren Satz. Dagegen ist z. B. das Handelsgewerbe fast identisch mit dem Durchschnitt, und das Bekleidungsgewerbe liegt erheblich darunter. Faßt man die vermutlich für „Ausfuhrbedarf" arbeitenden Industrien zusammen (selbst wenn von den Restgruppen die Hälfte hierzu gerechnet wird), so erhält man etwa nur $^1/_3$ der Einwohnerzahl als Anteil der Ausfuhrindustrien.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
VII. Maschinenbau	25 262	16,72
XX. Handelsgewerbe	23 736	15,71
V. Eisen- und Metallgewinnung	17 198	11,38
XVIII. Baugewerbe	15 287	10,12
XXIV. Verwaltung	10 133	6,71
XXII. Verkehrsgewerbe	10 024	6,63
VI. Herstellung von Eisenwaren	7 181	4,75
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 141	4,07
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	4 599	3,04
Übrige 17 Berufsgruppen	31 544	20,87
Männliche Erwerbstätige zusammen	**151 105**	**100,00**

Im Vergleich mit dem allgemeinen Verzeichnis der wichtigsten Berufe[2]) fehlen hier Bergbau, Elektrotechnische Industrie und Bekleidungsgewerbe. Das Verkehrswesen hat gegenüber dem Durchschnitt erheblich nachgelassen. Die „Ausfuhrindustrien" sind in ihrer Bedeutung hier zweifellos etwas gestiegen, reichen aber bei weitem noch nicht an den Umfang echter Industriestädte heran.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	13 986	24,52
XX. Handelsgewerbe	13 956	24,46
XVII. Bekleidungsgewerbe	5 231	9,17
XXIV. Verwaltung	3 537	6,20
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	3 113	5,46
XXV. Gesundheitswesen	3 073	5,39
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 651	4,65
Übrige 19 Berufsgruppen	11 496	20,15
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**57 043**	**100,00**

Es handelt sich hier um dieselben 7 wichtigsten Berufsgruppen wie in Breslau, sodaß gegenüber dem Durchschnitt[3]) die Elektrotechnische und die Textilindustrie fehlen. Der Umfang der drei erstgenannten Hauptgruppen ist diesmal mit zusammen 58,15 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen verhältnismäßig klein, er bleibt sogar noch etwas hinter dem Durchschnitt (58,86 v. H.) zurück. Was die Häuslichen Dienste und das Handelsgewerbe gewonnen haben, hat das Bekleidungsgewerbe verloren und ist damit fast auf die Hälfte seines durchschnittlichen Bestandes eingeschrumpft.

Der Beschäftigungsanteil beträgt in Düsseldorf bei der männlichen Bevölkerung 72,40 (über 14 Jahre: 91,97), bei der weiblichen 25,48 (31,61) v. H.; er liegt also bei den Männern etwas über dem Großstadtdurchschnitt, bei den Frauen dagegen sehr fühlbar darunter und ähnelt stark demjenigen von Köln. Auch der Frauenüberschuß ist wie in Köln in Düsseldorf unterdurchschnittlich mit 7,28 v. H. Die schon öfter festgestellte Beziehung zwischen beiden Größen findet sich also auch hier bestätigt.

[1]) Vgl. S. 13. — [2]) desgl. S. 18. — [3]) desgl. S. 18.

Die soziale Schichtung in Düsseldorf.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,22	14,44	7,55	9,05	8,56	25,10	11,53
Heimarbeiter (afr)	0,23	0,19	0,25	0,30	0,85	—	—
Angestellte (b)	28,48	27,49	35,38	17,21	27,16	41,76	57,59
Arbeiter (c)	50,09	57,12	25,41	73,25	56,93	31,79	16,37
Mithelfende (m)	1,49	0,72	8,19	0,19	6,50	1,35	14,21
Hausangestellte	3,49	0,04	23,22	—	—	—	—

Bei den weiblichen Erwerbstätigen unterscheiden sich also fast alle Berufsstellungen mehr oder minder stark vom Durchschnitt; nur bei den Selbständigen ist der Unterschied unbedeutend, außer in Abteilung C. Die Ähnlichkeit mit Essen ist bei den weiblichen Erwerbstätigen teilweise ganz auffallend.

Hinsichtlich des Alters zeigen die männlichen Erwerbstätigen (A – F) fast gar keine Abweichungen vom Durchschnitt[1]), die weiblichen dagegen bevorzugen deutlich die jüngeren Altersklassen: Im Alter bis zu 30 Jahren befinden sich in Düsseldorf 67,36, im Durchschnitt nur 58,42 v. H.

Entsprechend dieser Altersverteilung zeigen sich auch beim Familienstand für die männlichen Erwerbstätigen keine Unterschiede, während bei den weiblichen wieder die Ledigen überwiegen: 80,95 gegen 72,04 v. H. im Durchschnitt[2]).

Hannover.

Die Einwohner von Hannover nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	4 923	1,17
B. Industrie und Handwerk	204 048	48,27
C. Handel und Verkehr	110 989	26,25
D. Verwaltung	31 962	7,56
E. Gesundheitswesen	9 136	2,16
F. Häusliche Dienste	17 304	4,09
G. Ohne Beruf	44 383	10,50
A—G. Sämtliche Einwohner	**422 745**	**100,00**

Konnten wir schon bei Berlin eine gewisse Annäherung der Berufsverteilung an den großstädtischen Durchschnitt[3]) feststellen, so muß man hier in Hannover fast von einer Identität sprechen, die gerade bei den größten Abteilungen B und C besonders sinnfällig ist.

Die wichtigsten Berufe werden im folgenden wiedergegeben:

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	60 120	14,22
XXVII. Ohne Beruf	44 383	10,50
XXII. Verkehrswesen	36 443	8,62
XIII. Kautschukindustrie	35 871	8,49
VII. Maschinenbau	35 640	8,43
XXIV. Verwaltung	31 962	7,56
XVIII. Baugewerbe	22 466	5,31
XVII. Bekleidungsgewerbe	19 768	4,68
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	18 048	4,27
XXVI. Häusliche Dienste	17 304	4,09
Übrige 17 Berufsgruppen	100 740	23,83
Sämtliche Einwohner	**422 745**	**100,00**

Ganz besonders groß ist die Abweichung vom Durchschnitt[4]) hier bei der Kautschukindustrie, deren Anteil dort nur 0,51 v. H. beträgt. Die besondere Bedeutung dieses Gewerbezweiges für Hannover hatten wir bereits bei der

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 32. — [3]) desgl. S. 12. — [4]) desgl. S. 13.

Provinzialbetrachtung[1]) Anlaß zu betonen. Erwähnenswert ist auch noch die Zunahme beim Maschinen- und Fahrzeugbau.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	24 124	16,37
VII. Maschinenbau	17 099	11,61
XIII. Kautschukindustrie	13 772	9,35
XXII. Verkehrswesen	13 769	9,35
XXIV. Verwaltung	13 141	8,92
XVIII. Baugewerbe	10 400	7,06
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 856	4,65
XVII. Bekleidungsgewerbe	5 709	3,87
XI. Papierindustrie	4 621	3,14
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	4 527	3,07
Übrige 16 Berufsgruppen	33 308	22,61
Männliche Erwerbstätige zusammen	**147 326**	**100,00**

Es fehlen hier gegenüber dem großstädtischen Durchschnitt[2]) die Gruppen Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung, Herstellung von Eisenwaren, Elektrotechnische Industrie, neu sind dagegen Papierindustrie und Kautschukindustrie, sodaß es im ganzen zwei weniger sind als dort; die Reihenfolge der hier genannten Gruppen stimmt übrigens ganz genau mit der des Durchschnitts überein. Die Bedeutung der Kautschukindustrie und des Maschinenbaus wurde oben bereits hervorgehoben.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	13 667	20,91
XX. Handelsgewerbe	11 672	17,86
XVII. Bekleidungsgewerbe	7 177	10,98
XIII. Kautschukindustrie	5 442	8,33
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	4 206	6,44
XXIV. Verwaltung	3 037	4,65
XXV. Gesundheitswesen	2 755	4,21
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	2 713	4,15
XI. Papierindustrie	2 642	4,04
X. Textilindustrie	2 535	3,88
Übrige 16 Berufsgruppen	9 509	14,55
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**65 355**	**100,00**

Bei den bisher genannten Städten handelt es sich meist um 7, höchstens 9 Gruppen der wichtigsten weiblichen Berufe, hier sind es zum erstenmal 10. Es fehlt gegenüber dem Durchschnitt[3]) die Elektrotechnische Industrie, neu treten auf die Papierindustrie und die Kautschukindustrie. Die drei erstgenannten umfassen hier nur 49,75 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen, und zwar liegt das Handelsgewerbe und vor allem das Bekleidungsgewerbe tiefer als im Durchschnitt. Eine im Vergleich mit dem Durchschnitt besonders große Rolle spielt auch bei den Weiblichen die Kautschukindustrie, stärker vertreten sind ferner noch das Nahrungsmittelgewerbe und die Papierindustrie.

Der Anteil der Erwerbstätigen beträgt bei der männlichen Bevölkerung Hannovers 72,78 v. H. (über 14 Jahre: 89,49), bei der weiblichen Bevölkerung 29,66 (35,59) v. H., ist also etwa durchschnittlich. Der Frauenüberschuß ist allerdings mit 8,84 v. H. um einige Punkte unterdurchschnittlich.

Die soziale Schichtung in Hannover.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,77	15,53	8,10	10,51	7,00	24,60	14,99
Heimarbeiter (afr)	0,38	0,25	0,69	0,43	1,61	—	—
Angestellte (b)	30,01	30,96	27,62	17,85	18,26	43,71	53,26
Arbeiter (c)	48,23	52,71	39,12	71,01	70,18	30,85	19,10
Mithelfende (m)	1,28	0,51	5,98	0,20	2,95	0,84	12,65
Hausangestellte	3,33	0,04	18,49	—	—	—	—

[1]) Vgl. S. 45. — [2]) desgl. S. 18. — [3]) desgl. S. 18.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen ist der Unterschied im Anteil der Arbeiter hervorzuheben.

Die Altersverteilung der Erwerbstätigen (A—F) ist mit geringen Schwankungen etwa dieselbe wie im Durchschnitt[1]). Nur bei den Weiblichen ist die Altersklasse 20 bis 25 Jahre erwähnenswert: 24,39 gegen 21,73 v. H.

Über den Familienstand ist aus dem gleichen Grunde nichts weiter zu bemerken.

Dortmund.

Zwischen Hannover und Dortmund ist in der Reihenfolge der Großstädte eine deutliche Lücke wahrzunehmen: Abgesehen von den beiden ersten Städten, Berlin und Köln, beträgt der Größenunterschied zwischen den bisher genannten Großstädten stets weniger als 100 000, dasselbe gilt von den jetzt folgenden Großstädten unter einander — die größte Differenz ist 41 000 zwischen Stettin und Kiel —. Dortmund hat dagegen um 101 000 Einwohner weniger als Hannover, ist also um die Einwohnerzahl einer Großstadt selbst von jenem verschieden.

Die Einwohner von Dortmund nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 776	0,55
B. Industrie und Handwerk	187 528	58,29
C. Handel und Verkehr	72 967	22,68
D. Verwaltung	16 130	5,01
E. Gesundheitswesen	5 799	1,80
F. Häusliche Dienste	13 799	4,29
G. Ohne Beruf	23 744	7,38
A—G. Sämtliche Einwohner	**321 743**	**100,00**

Wenn hier auch ähnlich wie in Essen die Industrie stark überwiegt, so liegen doch die beiden Hauptabteilungen dem Durchschnitt[2]) etwas näher als dort. Mit Ausnahme der Häuslichen Dienste sind die Abweichungen sonst in allen Abteilungen recht bedeutend.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	52 435	16,30
V. Eisen- und Metallgewinnung	51 527	16,02
XX. Handelsgewerbe	35 568	11,05
XXII. Verkehrswesen	29 851	9,28
XXVII. Ohne Beruf	23 744	7,38
XVIII. Baugewerbe	22 895	7,12
VII. Maschinenbau	17 999	5,59
XXIV. Verwaltung	16 130	5,01
XXVI. Häusliche Dienste	13 799	4,29
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	11 100	3,45
Übrige 17 Berufsgruppen	46 695	14,51
Sämtliche Einwohner	**321 743**	**100,00**

Es sind im allgemeinen die gleichen Berufsgruppen wie in Essen[3]), und zwar auch etwa in derselben Reihenfolge; neu ist hier das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (Dortmunder Brauereien!). Immerhin sind die Abweichungen im Anteilsatz der einzelnen Gruppen gerade im Vergleich mit Essen nicht unbeträchtlich; die drei wichtigsten „Ausfuhrindustrien" umfassen hier nur 37,91 v. H. der Einwohner gegen 43,48 in Essen. Nimmt man allerdings noch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hinzu (wegen der Brauereien) sowie einen Teil des Restes, so dürften auch in Dortmund zwischen 40 und 50 v. H. der Einwohner in Ausfuhrindustrien ihre Nahrung finden.

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 12. — [3]) desgl. S. 55.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
V. Eisen- und Metallgewinnung	19 691	17,78
III. Bergbau	19 012	17,12
XX. Handelsgewerbe	12 108	10,90
XXII. Verkehrswesen	10 466	9,43
XVIII. Baugewerbe	10 400	9,37
VII. Maschinenbau	8 434	7,60
XXIV. Verwaltung	5 626	5,07
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	4 688	4,22
Übrige 18 Berufsgruppen	20 610	18,56
Männliche Erwerbstätige zusammen	**111 035**	**100,00**

Auch hier kommt das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zu den in Essen genannten hinzu. Gegenüber dem Durchschnitt aus allen Großstädten[1]) tritt außer den beiden zuerst genannten Gruppen noch das Baugewerbe hervor, während das Handelsgewerbe erheblich, der Maschinenbau und die Verwaltung in schwächerem Maße dahinter zurückbleiben.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	9 513	30,44
XX. Handelsgewerbe	7 891	25,26
XVII. Bekleidungsgewerbe	3 258	10,43
XXIV. Verwaltung	1 881	6,02
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 698	5,43
XXV. Gesundheitswesen	1 638	5,24
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 179	3,77
Übrige 19 Berufsgruppen	4 189	13,41
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**31 247**	**100,00**

Die Anzahl der wichtigsten weiblichen Berufe ist die gleiche wie in Essen, nur tritt hier anstatt der Eisen- und Metallgewinnung das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe in Erscheinung. Die Zusammenfassung der drei ersten Berufsgruppen ergibt 66,13 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen, also etwa dieselbe Ziffer wie in Breslau und Essen und damit wesentlich mehr als im Durchschnitt[2]). Auch hier liegen die beiden ersten erheblich über dem Durchschnitt, das Bekleidungsgewerbe dagegen sehr stark darunter.

Der Beschäftigungsgrad der männlichen Gesamtbevölkerung beträgt 69,09 (über 14 Jahre: 91,55), der der weiblichen nur 19,41 (25,44) v. H. Im Vergleich mit Essen ist der männliche Anteil merklich größer, der weibliche dagegen etwa der gleiche. Tatsächlich ist auch der Frauenüberschuß ähnlich klein wie in Essen, nämlich nur 0,19 v. H. der männlichen Bevölkerung.

Die soziale Schichtung in Dortmund.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	12,01	10,09	8,84	5,54	10,79	22,15	15,60
Heimarbeiter (afr)	0,13	0,09	0,26	0,13	1,08	—	—
Angestellte (b)	23,57	22,03	34,24	12,52	25,19	38,87	57,52
Arbeiter (c)	60,65	67,39	24,68	81,69	58,13	37,94	17,83
Mithelfende (m)	0,67	0,38	4,80	0,12	4,81	1,04	9,05
Hausangestellte	2,97	0,02	27,18	—	—	—	—

Diese Verteilung ähnelt sehr stark derjenigen von Essen.

Auch die Altersgliederung der Erwerbstätigen zeigt große Ähnlichkeit mit derjenigen von Essen. Der Anteil der Männlichen bis zum 30. Jahr beträgt hier 45,21, der der Weiblichen bis zum 25. Jahr 61,24 v. H.

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 18.

Nach dem Familienstand treten auch hier die Ledigen hervor. Der Anteil der Männlichen beträgt 39,90, der der Weiblichen 83,51 v. H.

Magdeburg.

Die Einwohner von Magdeburg nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	3 757	1,28
B. Industrie und Handwerk	128 201	43,61
C. Handel und Verkehr	90 732	30,86
D. Verwaltung	21 487	7,31
E. Gesundheitswesen	6 402	2,18
F. Häusliche Dienste	10 277	3,50
G. Ohne Beruf	33 103	11,26
A—G. Sämtliche Einwohner	**293 959**	**100,00**

Industrie und Handel liegen wesentlich näher an einander als im Durchschnitt[1]), die ganze Verteilung ähnelt ziemlich stark derjenigen von Köln, abgesehen von dem wesentlich größeren Anteil der Personen ohne Beruf.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	46 670	15,88
VII. Maschinenbau	44 246	15,05
XXII. Verkehrswesen	33 655	11,45
XXVII. Ohne Beruf	33 103	11,26
XXIV. Verwaltung	21 487	7,31
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	17 256	5,87
XVIII. Baugewerbe	13 693	4,66
XVII. Bekleidungsgewerbe	12 850	4,37
XXVI. Häusliche Dienste	10 277	3,49
Übrige 18 Berufsgruppen	60 722	20,66
Sämtliche Einwohner	**293 959**	**100,00**

Der Maschinenbau hat hier mehr als den doppelten Anteil des Großstadtdurchschnitts[2]) und wird nur noch von demjenigen Kiels (Schiffswerften) übertroffen. Aber auch das Verkehrswesen und das Nahrungsmittelgewerbe liegen wesentlich über dem Durchschnitt, während das Baugewerbe und das Bekleidungsgewerbe fühlbar dahinter zurückbleiben.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
VII. Maschinenbau	19 554	19,77
XX. Handelsgewerbe	17 705	17,90
XXII. Verkehrswesen	12 143	12,27
XXIV. Verwaltung	8 610	8,70
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 911	6,99
XVIII. Baugewerbe	5 976	6,04
VI. Herstellung von Eisenwaren	3 594	3,63
XVII. Bekleidungsgewerbe	3 249	3,28
Übrige 18 Berufsgruppen	21 190	21,42
Männliche Erwerbstätige zusammen	**98 932**	**100,00**

In der Auswahl der wichtigsten Berufe ähnelt diese Zusammenstellung am meisten derjenigen für Frankfurt a. M.[3]), mit dem Unterschied, daß die dort vertretene Elektrotechnische Industrie hier fehlt. Die Anteilsätze sind allerdings zum Teil recht verschieden von den dortigen. Bezeichnend ist dabei, daß die drei erstgenannten Berufsgruppen zusammen 49,94 v. H., also die runde Hälfte der gesamten männlichen Erwerbstätigen umfassen.

[1]) Vgl. S. 12. — [2]) desgl. S. 13. — [3]) desgl. S. 57.



Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	9 177	22,80
XXVI. Häusliche Dienste	7 899	19,62
XVII. Bekleidungsgewerbe	5 349	13,29
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	3 107	7,72
XXIV. Verwaltung	1 911	4,74
XXV. Gesundheitswesen	1 868	4,64
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 702	4,23
XI. Papierindustrie	1 545	3,84
VII. Maschinenbau	1 288	3,20
Übrige 17 Berufsgruppen	6 408	15,92
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**40 254**	**100,00**

Die Anzahl dieser Gruppen ist dieselbe wie im Durchschnitt[1]); anstatt der Elektrotechnischen und der Textilindustrie erscheinen hier die Papierindustrie und der Maschinenbau. Die drei weiblichen „Standard“-Gruppen umfassen mit 55,71 v. H. weniger als im Durchschnitt, und zwar wegen des geringen Anteils des Bekleidungsgewerbes.

Von der männlichen Bevölkerung Magdeburgs sind 71,04 v. H. (über 14 Jahre: 89,14) erwerbstätig, also beinah genau soviel wie im Durchschnitt, von der weiblichen 26,02 (31,67) v. H., also merklich weniger als im Durchschnitt (ähnlich Köln), obwohl der Frauenüberschuß mit 11,07 v. H. der männlichen Bevölkerung fast genau dem Durchschnitt entspricht. Eine ähnliche Verschiebung, nur im umgekehrten Sinne, haben wir in Hannover festgestellt.

Die soziale Schichtung in Magdeburg.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	15,79	14,81	9,32	10,51	9,79	21,15	14,28
Heimarbeiter (afr)	0,50	0,38	0,95	0,72	2,49	—	—
Angestellte (b)	31,50	32,36	29,90	17,08	17,80	45,37	55,16
Arbeiter (c)	47,99	51,96	35,11	71,54	64,92	32,88	18,01
Mithelfende (m)	1,27	0,42	7,02	0,15	5,00	0,60	12,55
Hausangestellte	2,95	0,07	17,70	—	—	—	—

Die Abweichungen vom Durchschnitt sind also im allgemeinen unbedeutend, nur die Heimarbeiter bleiben stärker zurück.

Die bei der Gesamtheit der Erwerbstätigen festgestellten Abweichungen vom Durchschnitt beruhen mehr auf der verschiedenen beruflichen Zusammensetzung der Bevölkerung als auf tatsächlichen Unterschieden in der sozialen Gliederung.

In der Altersverteilung ist bei den männlichen Erwerbstätigen ein Unterschied gegen den Durchschnitt nicht festzustellen; bei den weiblichen überwiegen die jüngeren Altersklassen etwas: Der Anteil der unter 30jährigen beträgt hier 62,57 v. H. gegenüber 58,42 im Durchschnitt[2]).

Gleichwohl zeigt die Verteilung nach dem Familienstand bei den Männlichen ein deutliches Zurücktreten der ledigen Personen: 31,95 gegen 36,42 v. H., während bei den Weiblichen so gut wie gar kein Unterschied herrscht.

Königsberg i. Pr.

Die Einwohner von Königsberg nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	2 607	0,93
B. Industrie und Handwerk	88 874	31,75
C. Handel und Verkehr	95 013	33,94
D. Verwaltung	32 615	11,65
E. Gesundheitswesen	8 801	3,14
F. Häusliche Dienste	12 609	4,51
G. Ohne Beruf	39 407	14,08
A—G. Sämtliche Einwohner	**279 926**	**100,00**

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 29.

Diese Verteilung weicht fast in allen Punkten ganz entscheidend vom Durchschnitt[1]) ab: Der Anteil von Industrie und Handwerk macht nur noch ²/₃ des durchschnittlichen aus, nur in einer einzigen Großstadt, nämlich Münster, ist er noch geringer; der Handel und Verkehr liegt infolgedessen — zum erstenmal in der bisherigen Betrachtung — über Industrie und Handwerk; auch hier ist Münster die einzige Stadt, in der sich dieses Vorkommnis wiederholt. Der Anteil der Verwaltung ist überaus hoch und wird nur noch von demjenigen in Kiel und Münster übertroffen, beides typischen Provinzialhauptstädten. Selbst die Berufslosen umfassen einen ganz besonders hohen Anteil der Bevölkerung, fast ebenso hoch wie in Wiesbaden und Münster.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	49 313	17,62
XXVII. Ohne Beruf	39 407	14,08
XXII. Verkehrswesen	36 282	12,96
XXIV. Verwaltung	32 615	11,65
XVIII. Baugewerbe	21 470	7,67
XVII. Bekleidungsgewerbe	12 691	4,53
XXVI. Häusliche Dienste	12 609	4,51
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	11 948	4,27
XXV. Gesundheitswesen	8 801	3,14
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	8 707	3,11
XI. Papierindustrie	8 647	3,09
VII. Maschinenbau	8 504	3,04
Übrige 15 Berufsgruppen	28 932	10,33
Sämtliche Einwohner	**279 926**	**100,00**

So groß wie hier, 12 an der Zahl, ist die Anzahl der wichtigsten Berufsgruppen unter der Gesamtbevölkerung noch nie gewesen; es ist nur eine natürliche Folge, daß dann auch die Restgruppe so gering ausgefallen ist. Dabei sind in den vier erstgenannten Berufsgruppen bereits 56,31 v. H. der Einwohnerschaft enthalten, und darunter befindet sich, was besonders hervorzuheben ist, nicht ein einziger industrieller Erwerbszweig! Nach alldem ist Königsberg die typische Handels- und Verwaltungsstadt. Als vom Durchschnitt[2]) abweichend sind hier noch zu nennen: das Verkehrswesen und der Maschinenbau (der hier ganz besonders niedrig liegt).

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	17 685	21,22
XXIV. Verwaltung	12 981	15,57
XXII. Verkehrswesen	11 509	13,81
XVIII. Baugewerbe	8 495	10,19
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	4 646	5,57
VII. Maschinenbau	3 865	4,64
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	3 553	4,26
XVII. Bekleidungsgewerbe	3 031	3,64
XI. Papierindustrie	2 922	3,51
XXV. Gesundheitswesen	2 513	3,01
Übrige 16 Berufsgruppen	12 158	14,58
Männliche Erwerbstätige zusammen	**83 358**	**100,00**

Wir haben hier zwei Berufsgruppen weniger als im Durchschnitt[3]), und zwar fehlen Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung, Herstellung von Eisenwaren und Elektrotechnische Industrie, während Papierindustrie und Gesundheitswesen neu auftreten. Unter den vier erstgenannten Gruppen mit zusammen 60,79 v. H. der männlichen Erwerbstätigen befindet sich diesmal wenigstens eine Gruppe aus der Abteilung B. Wesentlich stärker vertreten als im Durchschnitt sind überhaupt das Handelsgewerbe, die Verwaltung, das Verkehrswesen, das Baugewerbe, während der Maschinenbau weniger als die Hälfte des Durchschnitts ausmacht.

[1]) Vgl. S. 12. — [2]) desgl. S. 13. — [3]) desgl. S. 18.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	10 903	26,60
XXVI. Häusliche Dienste	9 656	23,55
XVII. Bekleidungsgewerbe	5 136	12,53
XXIV. Verwaltung	3 195	7,79
XXV. Gesundheitswesen	2 419	5,90
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 976	4,82
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 855	4,53
Übrige 19 Berufsgruppen	5 855	14,28
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**40 995**	**100,00**

Im Vergleich mit dem Durchschnitt[1]) fehlen hier die Gruppen Elektrotechnische und Textilindustrie. Der Handel liegt weit über dem Durchschnitt, etwas auch die Häuslichen Dienste, das Bekleidungsgewerbe dagegen darunter, sodaß diese drei Gruppen zusammen noch etwas mehr umfassen als im Durchschnitt.

Der Beschäftigungsanteil beträgt in Königsberg bei der männlichen Bevölkerung 65,10 (über 14 Jahre: 85,68), bei der weiblichen 26,99 (33,68) v. H. Er ist in beiden Fällen — bei der weiblichen Bevölkerung in Anbetracht des hohen Frauenüberschusses von 18,62 v. H. — besonders niedrig, wie es ja auch dem überaus hohen Anteil der Beruflosen entspricht. Im übrigen ist hinsichtlich der Beschäftigung der Frauen daran zu erinnern, daß Ehefrauen und Töchter von Beamten seltener mitzuverdienen pflegen[2]), was sich in einer so ausgesprochenen Beamtenstadt wie Königsberg stark bemerkbar machen muß.

Die soziale Schichtung in Königsberg.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,37	14,81	10,98	13,08	14,72	25,88	15,54
Heimarbeiter (afr)	0,82	0,42	2,07	1,04	7,78	—	—
Angestellte (b)	32,06	33,78	37,31	11,88	22,93	38,47	37,56
Arbeiter (c)	46,03	50,64	23,78	73,88	49,87	33,50	19,47
Mithelfende (m)	0,74	0,25	3,70	0,12	4,75	2,15	27,43
Hausangestellte	3,98	0,10	22,16	—	—	—	—

Hier tritt besonders der stärkere Anteil der Angestellten und Beamten, der schwächere der Arbeiter hervor, vor allem bei den weiblichen Erwerbstätigen.

In Abteilung B und C liegen abweichend hiervon die männlichen Selbständigen über, die Angestellten unter dem Durchschnitt, die Arbeiter kommen ihm gleich. Der Anteil der weiblichen Selbständigen in Abteilung B wird nur noch von Münster und Wiesbaden übertroffen, der der weiblichen Arbeiter ist fast der geringste unter allen preußischen Großstädten, nur Buer liegt noch etwas tiefer.

Eigenartigerweise ist in Abteilung C der Anteil der weiblichen Angestellten besonders niedrig, der der Mithelfenden ganz besonders hoch. Damit ist der Handel in Königsberg zum großen Teil als „kleines Familiengeschäft" charakterisiert. Der Anteil der weiblichen Angestellten ist der geringste, der der Mithelfenden der höchste unter allen preußischen Großstädten.

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach dem Alter stimmt mit derjenigen des Durchschnitts[3]) fast vollständig überein.

Das gleiche gilt beim Familienstand für die Männlichen. Bei den Weiblichen dagegen sind die Ledigen weit stärker vertreten als im Durchschnitt[4]): 80,36 gegen 72,04 v. H.

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. Statistische Korrespondenz Nr. 15 vom 18. 4. 1929. — [3]) desgl. S. 29. — [4]) desgl. S. 32.

Duisburg.

Die Einwohner von Duisburg nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 206	0,44
B. Industrie und Handwerk	167 756	61,49
C. Handel und Verkehr	62 331	22,85
D. Verwaltung	11 976	4,39
E. Gesundheitswesen	4 435	1,63
F. Häusliche Dienste	9 775	3,58
G. Ohne Beruf	15 319	5,62
A—G. Sämtliche Einwohner	**272 798**	**100,00**

Diese Übersicht ähnelt in den Anteilsätzen stark derjenigen für Essen, mit einem wichtigen Unterschied: In Duisburg liegt Handel und Verkehr nicht unerheblich höher als in Essen — ohne allerdings den großstädtischen Durchschnitt zu erreichen —, die Abteilung G dafür um die gleiche Spanne tiefer.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
V. Eisen- und Metallgewinnung	72 690	26,65
XX. Handelsgewerbe	30 386	11,14
XXII. Verkehrswesen	27 288	10,00
XVIII. Baugewerbe	21 270	7,80
III. Bergbau	17 432	6,39
VII. Maschinenbau	17 060	6,25
XXVII. Ohne Beruf	15 319	5,62
XXIV. Verwaltung	11 976	4,39
XXVI. Häusliche Dienste	9 775	3,58
Übrige 18 Berufsgruppen	49 602	18,28
Sämtliche Einwohner	**272 798**	**100,00**

Es handelt sich hier um genau dieselben Gruppen wie in Essen[1]), nur in wesentlich anderer Reihenfolge. Während dort der Bergbau an der Spitze steht und die Eisen- und Metallgewinnung ihm gleich folgt, ist diese hier weitaus dominierend, läßt aber den Bergbau weit hinter sich. Auch hier verfügen die ersten drei Gruppen fast über die Hälfte der Einwohner — genau 47,79 v. H. —, aber bezeichnenderweise sind in Duisburg zwei davon aus der Abteilung C, in Essen aus der Abteilung B. Während Essen tatsächlich eine Industriestadt darstellt, hat Duisburg einen mehr gemischten Charakter; das zeigt sich auch an der geringeren Besetzung der drei „Ausfuhrindustrien", hier 39,29 v. H. gegen 43,48 dort, und der stärkeren Besetzung von Handelsgewerbe und Verkehrswesen: hier 21,14 v. H. gegen 16,24 dort.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
V. Eisen- und Metallgewinnung	28 601	29,14
XX. Handelsgewerbe	10 379	10,58
XXII. Verkehrswesen	10 090	10,28
XVIII. Baugewerbe	9 938	10,13
VII. Maschinenbau	8 064	8,22
III. Bergbau	6 171	6,29
XXIV. Verwaltung	4 091	4,17
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	3 475	3,54
Übrige 18 Berufsgruppen	17 320	17,65
Männliche Erwerbstätige zusammen	**98 129**	**100,00**

Die Zahl der wichtigsten Berufsgruppen ist um eine größer als in Essen, und zwar ist hier das Nahrungsmittelgewerbe hinzugetreten. Die Reihenfolge dagegen ist etwa dieselbe wie oben bei der gesamten Einwohnerschaft.

[1]) Vergl. S. 55 f.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	7 594	31,77
XX. Handelsgewerbe	6 235	26,09
XVII. Bekleidungsgewerbe	1 769	7,40
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 348	5,64
XXIV. Verwaltung	1 230	5,15
XXV. Gesundheitswesen	1 169	4,89
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 018	4,26
Übrige 19 Berufsgruppen	3 538	14,80
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**23 901**	**100,00**

Die Zahl der Gruppen ist hier die gleiche wie in Essen, doch fehlt hier eigenartigerweise die Eisen- und Metallgewinnung, die sonst in allem eine so große Rolle spielt, und ist durch das Nahrungsmittelgewerbe ersetzt. Die drei ersten Gruppen umfassen zusammen 65,26 v.H. der weiblichen Erwerbstätigen, also fast ebenso viel wie in Essen, wobei die Häuslichen Dienste mehr enthalten, das Bekleidungsgewerbe aber weit weniger.

Von der männlichen Gesamtbevölkerung sind in Duisburg 70,48 (über 14 Jahre: 94,00), von der weiblichen nur 17,89 (23,57) v. H. erwerbstätig. Während wir also bei den Männlichen ein beinah durchschnittliches — bezogen auf die Erwachsenen sogar ganz stark überdurchschnittliches — Verhältnis haben, ist der Anteil der Weiblichen ähnlich gering wie in Essen und Dortmund, mit einer leichten Neigung nach unten; hier haben wir ja überhaupt keinen Frauenüberschuß mehr, sondern es fehlen bereits im Vergleich mit den Männern 4,06 v. H. Frauen.

Die soziale Schichtung in Duisburg.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a5)	10,74	8,72	8,06	4,97	8,79	18,72	14,72
Heimarbeiter (afr)	0,09	0,06	0,19	0,06	0,83	—	—
Angestellte (b)	24,18	22,27	32,22	13,99	26,58	38,59	54,66
Arbeiter (c)	61,20	68,55	22,04	80,85	55,31	41,45	15,21
Mithelfende (m)	0,89	0,38	7,81	0,11	8,49	1,24	15,41
Hausangestellte	2,90	0,02	29,68	—	—	—	—

Die Anteilzahlen sind also fast dieselben wie in Essen[1]); der Anteil der weiblichen Hausangestellten ist allerdings noch wesentlich größer als dort.

Ferner liegt in Abteilung B der Anteil der weiblichen Heimarbeiter besonders tief, der der weiblichen Mithelfenden besonders hoch (doppelt so hoch wie im Durchschnitt). Und in Abteilung C liegen die männlichen Selbständigen und Angestellten unter, die Arbeiter dagegen beträchtlich über dem Durchschnitt. Hierdurch wird die Tatsache deutlich unterstrichen, daß in Duisburg die Großunternehmungen des Handels und Verkehrs von besonderer Bedeutung sind.

Auch beim Alter ist die Ähnlichkeit mit Essen groß. Der Anteil der Männlichen bis zum 30. Jahr beträgt hier 46,27 v. H. (gegen 38,80 im Durchschnitt), der der Weiblichen bis zum 25. Jahr 61,50 (gegen 44,68) v. H.

Beim Familienstand ist genau wie dort der stärkere Anteil der Ledigen hervorzuheben: bei den Männlichen 41,55 (gegen 36,42) v. H., bei den Weiblichen 82,06 (gegen 72,04) v. H.

[1]) Vergl. S. 56.

Stettin.

Die Einwohner von Stettin nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 849	0,73
B. Industrie und Handwerk	105 366	41,41
C. Handel und Verkehr	79 072	31,07
D. Verwaltung	23 595	9,27
E. Gesundheitswesen	6 376	2,51
F. Häusliche Dienste	10 562	4,15
G. Ohne Beruf	27 646	10,86
A—G. Sämtliche Einwohner	**254 466**	**100,00**

Diese Verteilung weicht recht erheblich vom Durchschnitt[1]) ab; sie hat ziemliche Ähnlichkeit mit derjenigen von Magdeburg; allerdings ist dort die Industrie, in Stettin dagegen die Verwaltung etwas stärker vertreten.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	40 641	15,97
XXII. Verkehrswesen	29 436	11,57
XXVII. Ohne Beruf	27 646	10,86
VII. Maschinenbau	25 759	10,12
XXIV. Verwaltung	23 595	9,27
XVII. Bekleidungsgewerbe	21 461	8,43
XVIII. Baugewerbe	14 930	5,87
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	14 468	5,69
XXVI. Häusliche Dienste	10 562	4,15
Übrige 18 Berufsgruppen	45 968	18,07
Sämtliche Einwohner	**254 466**	**100,00**

Nicht unerheblich über dem Durchschnitt[2]) liegen Verkehrswesen, Maschinenbau, Bekleidungsgewerbe, auch Nahrungsmittelgewerbe, ohne daß hier eine Gruppe besonders auffällig wäre.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätige
XX. Handelsgewerbe	15 257	17,78
VII. Maschinenbau	11 299	13,17
XXII. Verkehrswesen	11 234	13,09
XXIV. Verwaltung	9 799	11,42
XVIII. Baugewerbe	6 467	7,54
XVII. Bekleidungsgewerbe	6 323	7,37
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	5 766	6,72
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2 734	3,19
Übrige 18 Berufsgruppen	16 922	19,72
Männliche Erwerbstätige zusammen	**85 801**	**100,00**

Im Vergleich mit dem Durchschnitt[3]) fehlen hier der Bergbau, die Eisen- und Metallgewinnung, die Herstellung von Eisenwaren, die Elektrotechnische Industrie. Die hier aufgeführten Gruppen zeigen fast die gleiche Reihenfolge wie der Großstadtdurchschnitt. Die vier erstgenannten Gruppen umfassen zusammen immerhin 55,46 v. H. der männlichen Erwerbstätigen.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	8 529	23,98
XXVI. Häusliche Dienste	7 510	21,12
XVII. Bekleidungsgewerbe	6 545	18,41
XXIV. Verwaltung	2 141	6,02
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 093	5,89
XXV. Gesundheitswesen	1 757	4,94
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 703	4,79
Übrige 19 Berufsgruppen	5 281	14,85
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**35 559**	**100,00**

[1]) Vgl. S. 12. — [2]) desgl. S. 13. — [3]) desgl. S. 18.

Die Anzahl der wichtigsten Gruppen der weiblichen Erwerbstätigen ist um zwei geringer als im Durchschnitt[1]), und zwar fehlen hier die Elektrotechnische und die Textilindustrie. Die hier genannten Gruppen sind also dieselben wie in Breslau, Düsseldorf, Dortmund, Königsberg und Duisburg. Der Anteil der drei ersten Gruppen ist mit zusammen 63,51 v. H. wieder überdurchschnittlich.

Von der männlichen Bevölkerung Stettins sind im ganzen 71,17 v. H. (über 14 Jahre: 89,52), von der weiblichen 26,55 (32,24) v. H. erwerbstätig. Die männliche Zahl trifft fast haargenau den Durchschnitt, die weibliche liegt immerhin merklich darunter, obwohl der Frauenüberschuß mit 11,08 v. H. fast durchschnittlich ist. Wie wir uns erinnern, lagen die Verhältnisse in Magdeburg ganz ähnlich.

Die soziale Schichtung in Stettin.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	15,49	14,08	10,05	10,21	8,91	20,36	16,76
Heimarbeiter (afr)	3,66	2,65	5,04	5,39	14,63	—	—
Angestellte (b)	30,45	31,69	30,60	13,19	16,72	43,12	53,36
Arbeiter (c)	45,80	50,95	28,09	70,98	51,65	35,42	18,30
Mithelfende (m)	1,15	0,54	7,08	0,23	8,06	1,10	11,58
Hausangestellte	3,25	0,09	19,19	—	—	—	—

Die Verteilung ähnelt also ziemlich stark dem Durchschnitt. Unterschiede zeigen sich vor allem bei den Heimarbeitern und Arbeitern.

In der Altersverteilung zeigen die Erwerbstätigen (A – F) keine großen Abweichungen vom Durchschnitt[2]); geringe Mehr- und Minderbeträge wechseln sich in der Regel ab.

Das Gleiche gilt für den Familienstand mit dem einzigen Unterschied, daß bei den weiblichen Erwerbstätigen in Stettin die Verwitweten und Geschiedenen etwas stärker hervortreten auf Kosten der Verheirateten.

Kiel.

Die Einwohner von Kiel nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	2 478	1,16
B. Industrie und Handwerk	94 431	44,15
C. Handel und Verkehr	46 026	21,52
D. Verwaltung	30 327	14,18
E. Gesundheitswesen	5 129	2,40
F. Häusliche Dienste	8 636	4,04
G. Ohne Beruf	26 854	12,55
A—G. Sämtliche Einwohner	**213 881**	**100,00**

Gegenüber dem Durchschnitt aus sämtlichen Großstädten[3]) treten hier Industrie und Handwerk sowie Handel und Verkehr merklich zurück, dafür weisen die Verwaltung und die Personen ohne Beruf ein genau entsprechendes Mehr auf, nämlich rund 10 v. H. der Gesamtzahl. Der starke Umfang der Verwaltung — fast doppelt soviel wie im Durchschnitt — wird nur noch von Münster übertroffen und hängt in beiden Fällen damit zusammen, daß sich hier der Sitz der Provinzialverwaltung befindet. Da Kiel infolge der Auswirkungen des Krieges seine Bedeutung als Hafen- und Schiffbaustadt stark eingebüßt hat, tritt naturgemäß diejenige als Beamten- und Rentnerstadt umso mehr hervor. Eine ähnliche Berufsverteilung wie in Kiel findet sich in keiner anderen preußischen Großstadt.

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 29. — [3]) desgl. S. 12.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
VII. Maschinenbau	46 917	21,94
XXIV. Verwaltung	30 327	14,18
XXVII. Ohne Beruf	26 854	12,55
XX. Handelsgewerbe	26 039	12,17
XXII. Verkehrswesen	14 645	6,85
XVIII. Baugewerbe	12 765	5,97
XXVI. Häusliche Dienste	8 636	4,01
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	8 041	3,76
XVII. Bekleidungsgewerbe	6 508	3,04
Übrige 18 Berufsgruppen	33 149	15,50
Sämtliche Einwohner	**213 881**	**100,00**

Die ganz besondere Bedeutung des Maschinen- und Fahrzeugbaus für das Kieler Erwerbsleben hatten wir bereits bei der Betrachtung der Magdeburger Verhältnisse[1]) hervorheben können. Dank vor allem diesem starken Anteil bringen es bereits die erstgenannten vier Gruppen auf insgesamt 60,84 v. H. Während die ersten drei Gruppen, wie erwähnt, wesentlich über dem Durchschnitt[2]) liegen, bleiben Handelsgewerbe und Verkehrswesen merklich dahinter zurück, ebenso das zuletzt genannte Bekleidungsgewerbe.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
VII. Maschinenbau	18 415	26,19
XXIV. Verwaltung	13 464	19,15
XX. Handelsgewerbe	9 359	13,31
XXII. Verkehrswesen	5 296	7,53
XVIII. Baugewerbe	5 172	7,35
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	3 139	4,46
Übrige 20 Berufsgruppen	15 481	22,01
Männliche Erwerbstätige zusammen	**70 326**	**100,00**

Die Anzahl der wichtigsten Gruppen ist hier nur halb so groß wie im großstädtischen Durchschnitt[3]); geringer ist sie nur noch in den erst später zu behandelnden Städten Buer und Hamborn. Auch hier ist wieder der ganz besonders große Anteil des Maschinen- und Fahrzeugbaus entscheidend. Diesmal bringen es bereits die drei ersten Gruppen auf 58,65 v. H. der männlichen Erwerbstätigen.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	6 212	28,11
XX. Handelsgewerbe	5 135	23,23
XVII. Bekleidungsgewerbe	2 355	10,66
XXIV. Verwaltung	1 669	7,55
XXV. Gesundheitswesen	1 394	6,31
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 151	5,21
VII. Maschinenbau	961	4,35
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	952	4,31
Übrige 18 Berufsgruppen	2 270	10,27
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**22 099**	**100,00**

Im Vergleich mit dem Durchschnitt[4]) fehlen hier die Elektrotechnische und die Textilindustrie, neu hinzugekommen ist der Maschinenbau. Die drei „Standard"-Gruppen umfassen hier zusammen 62,00 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen, also etwas mehr als im Durchschnitt. Dabei sind die Häuslichen Dienste sehr viel stärker, das Handelsgewerbe etwas mehr vertreten als im Durchschnitt, während das Bekleidungsgewerbe wesentlich schlechter besetzt ist. Die Erwerbstätigkeit im Maschinenbau beträgt ein Vielfaches der durchschnitt-

[1]) Vgl. S. 60. — [2]) desgl. S. 13. — [3]) desgl. S. 18. — [4]) desgl. S. 18.

lichen, auch Verwaltung und Gesundheitswesen sind etwas stärker vertreten.

Der Beschäftigungsanteil beträgt bei den männlichen Personen 67,21 (über 14 Jahre: 85,55), bei den weiblichen 20,23 (25,35) v. H. Der Anteilsatz der Männer ähnelt z. B. demjenigen von Königsberg und Breslau, zwischen denen er liegt, der Anteil der Frauen am meisten demjenigen von Dortmund, der Frauenüberschuß beträgt in Kiel auch nur 4,39 v. H.

Die soziale Schichtung in Kiel.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	15,78	13,87	12,45	9,17	14,02	26,69	23,53
Heimarbeiter (afr)	0,15	0,07	0,59	0,14	2,10	—	—
Angestellte (b)	29,62	32,56	28,83	13,85	21,19	40,37	46,17
Arbeiter (c)	50,57	53,16	28,07	76,73	57,98	32,20	20,17
Mithelfende (m)	0,75	0,28	5,02	0,11	4,71	0,74	10,13
Hausangestellte	3,13	0,06	25,04	—	—	—	—

Die Verteilung entspricht also im allgemeinen ziemlich genau dem Durchschnitt.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen zeigen sich allerdings größere Unterschiede, so bei den Selbständigen überhaupt und im Handel (C); deren Anteil wird nur noch von demjenigen von Hindenburg um ein Geringes übertroffen.

Bei den Weiblichen der Abteilung B heben sich besonders deutlich die Selbständigen und die Heimarbeiter heraus, in Abteilung C noch die Angestellten.

Die Altersverteilung der Erwerbstätigen (A—F) entspricht fast durchweg derjenigen des Durchschnitts.

Beim Familienstand zeigen die männlichen Verheirateten eine etwas stärkere Besetzung als der Durchschnitt[1]), und zwar 64,28 gegen 60,55 v. H., bei den Weiblichen dagegen treten die Verwitweten und Geschiedenen etwas deutlicher hervor: 12,46 v. H. gegen 10,81.

Bochum.

Die Einwohner von Bochum nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 435	0,68
B. Industrie und Handwerk	139 686	66,12
C. Handel und Verkehr	32 336	15,31
D. Verwaltung	10 373	4,91
E. Gesundheitswesen	3 009	1,42
F. Häusliche Dienste	7 121	3,37
G. Ohne Beruf	17 289	8,19
A—G. Sämtliche Einwohner	**211 249**	**100,00**

Im Vergleich mit den bisher behandelten Großstädten zeigt Bochum den größten Industrieanteil und gleichzeitig den geringsten Anteil in Handel und Verkehr. Auch die niedrigen Anteilzahlen der übrigen Abteilungen sind typisch für die echte Industriestadt.

[1]) Vgl. S. 32.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	61 408	29,07
V. Eisen- und Metallgewinnung	26 748	12,66
XXVII. Ohne Beruf	17 289	8,18
XX. Handelsgewerbe	17 195	8,14
VII. Maschinenbau	15 792	7,48
XVIII. Baugewerbe	13 119	6,21
XXIV. Verwaltung	10 373	4,91
XXII. Verkehrswesen	9 380	4,44
XXVI. Häusliche Dienste	7 121	3,37
Übrige 18 Berufsgruppen	32 824	15,54
Sämtliche Einwohner	**211 249**	**100,00**

Es sind, wie man sieht, genau dieselben 9 wichtigsten Berufsgruppen wie in Essen[1]), wenn auch zum Teil in etwas anderer Reihenfolge. Auch hier verfügen die drei ersten Gruppen — deren dritte aber durch die Personen ohne Beruf dargestellt wird — mit 49,91 v. H. bereits fast genau über die Hälfte der Einwohner von Bochum. Das Handelsgewerbe bleibt hier noch stärker hinter dem Durchschnitt[2]) zurück als dort. Die „Ausfuhrindustrien" Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung und Maschinenbau umfassen zusammen schon 49,21 v. H. der Einwohner, sodaß die Ausfuhrindustrien einschließlich der im „Rest" enthaltenen Gruppen jedenfalls die gute Hälfte ausmachen.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
III. Bergbau	21 529	30,21
V. Eisen- und Metallgewinnung	10 740	15,08
VII. Maschinenbau	7 597	10,66
XVIII. Baugewerbe	6 078	8,53
XX. Handelsgewerbe	5 422	7,61
XXIV. Verwaltung	3 391	4,76
XXII. Verkehrswesen	3 074	4,31
Übrige 19 Berufsgruppen	13 428	18,84
Männliche Erwerbstätige zusammen	**71 259**	**100,00**

Auch hier finden wir die gleichen Berufsgruppen vor wie in Essen, wobei auch wieder Handelsgewerbe und Verkehrswesen recht stark zurücktreten.

Die wichtigsten Gruppen der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	5 502	31,49
XX. Handelsgewerbe	4 432	25,37
XVII. Bekleidungsgewerbe	1 959	11,21
XXIV. Verwaltung	1 048	6,00
XXV. Gesundheitswesen	1 032	5,91
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	861	4,93
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	693	3,96
Übrige 19 Berufsgruppen	1 945	11,13
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**17 472**	**100,00**

Dieselben Gruppen wie hier haben wir bereits in Breslau und Düsseldorf gefunden; der Umfang der drei ersten Gruppen beträgt aber 68,07 v. H. der Erwerbstätigen, ähnlich wie in Essen. Das Bekleidungsgewerbe bleibt hierbei wesentlich hinter dem Durchschnitt[3]) zurück.

Von den männlichen Einwohnern Bochums sind insgesamt erwerbstätig (in den Abteilungen A—F) 66,13 (über 14 Jahre: 90,22), von den weiblichen 16,88 (23,01) v. H. Wegen der recht geringen weiblichen Erwerbstätigkeit sei auch hier auf die Tatsache eines starken Männerüberschusses hingewiesen; der Frauenanteil liegt um 3,95 v. H. unter 100.

[1]) Vgl. S. 55. — [2]) desgl. S. 13. — [3]) desgl. S. 18.

Soziale Schichtung in Bochum.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3) .	9,73	7,70	7,85	4,07	10,96	23,49	13,49
Heimarbeiter (afr) . . .	0,16	0,08	0,54	0,10	2,46	—	—
Angestellte (b)	21,23	19,44	33,29	10,80	24,67	46,10	58,31
Arbeiter (c)	65,34	72,83	22,10	84,93	54,78	28,50	14,35
Mithelfende (m)	0,89	0,44	7,82	0,10	7,13	1,91	13,85
Hausangestellte	2,65	0,01	28,40	—	—	—	—

Die Verteilung ist hier ganz ähnlich wie in Essen, der Anteil der männlichen Arbeiter sogar noch etwas größer, der der Angestellten geringer als dort, mit Ausnahme der Abteilung C, bei der es umgekehrt liegt.

Bei der Altersverteilung der Erwerbstätigen überwiegen ebenfalls, wie auch in Essen, bei beiden Geschlechtern die Jüngeren; in den Altersklassen bis zu 30 Jahren sind bei den Männlichen 48,03 v. H. enthalten (gegen 38,80 im Durchschnitt[1])), bei den Weiblichen bis zu 25 Jahren 63,27 (gegen 44,68). Die „Verjüngung" ist also noch deutlicher ausgeprägt als z. B. in Essen.

Nach dem Familienstand treten die Ledigen bei beiden Geschlechtern sehr stark hervor, wie bisher immer in den Industriestädten: Männliche 42,94 v. H. gegen 36,42 im Durchschnitt[2]), Weibliche 84,47 gegen 72,04.

Gelsenkirchen.

Die Einwohner von Gelsenkirchen nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	916	0,44
B. Industrie und Handwerk	148 565	71,25
C. Handel und Verkehr	25 890	12,42
D. Verwaltung	7 894	3,79
E. Gesundheitswesen	2 445	1,17
F. Häusliche Dienste	7 162	3,43
G. Ohne Beruf	15 640	7,50
A—G. Sämtliche Einwohner	**208 512**	**100,00**

In Gelsenkirchen, das nach der Einwohnerzahl fast ebenso groß ist wie Bochum, nimmt die Industriebevölkerung einen noch erheblich größeren Raum ein als dort; die Stadt wird darin nur noch von Hamborn und Buer übertroffen. Die anderen Abteilungen, vor allem Handel und Verkehr, büßen entsprechend ein.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	87 097	41,77
V. Eisen- und Metallgewinnung	24 397	11,70
XXVII. Ohne Beruf	15 640	7,50
XX. Handelsgewerbe	14 470	6,94
XVIII. Baugewerbe	9 828	4,71
XXII. Verkehrswesen	8 964	4,30
XXIV. Verwaltung	7 894	3,79
XXVI. Häusliche Dienste	7 162	3,44
VII. Maschinenbau	6 432	3,08
Übrige 18 Berufsgruppen	26 628	12,77
Sämtliche Einwohner	208 512	100,00

Der Anteil des an erster Stelle genannten Bergbaus ist ungewöhnlich hoch und wird unter den preußischen Großstädten nur noch von Hamborn und vor allem Buer übertroffen, von Hindenburg fast erreicht. Infolgedessen nehmen die drei „Ausfuhrindustrien" (die beiden erstgenannten und die letzte) zusammen allein schon 56,55 v. H. der Einwohnerzahl ein. Im übrigen sind es hier genau dieselben Berufsgruppen wie in Bochum, auch ungefähr in derselben Reihenfolge, von der allerdings der Maschinenbau ganz stark abweicht.

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 32.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
III. Bergbau	30 148	43,76
V. Eisen- und Metallgewinnung	9 401	13,65
XX. Handelsgewerbe	4 519	6,56
XVIII. Baugewerbe	4 435	6,44
VII. Maschinenbau	3 002	4,36
XXII. Verkehrswesen	2 931	4,25
XXIV. Verwaltung	2 504	3,63
VI. Herstellung von Eisenwaren	2 150	3,12
Übrige 18 Berufsgruppen	9 807	14,23
Männliche Erwerbstätige zusammen	**68 897**	**100,00**

Es sind, unter selbstverständlichem Fortfall der Personen ohne Beruf und unter Ersetzung der Häuslichen Dienste durch die Herstellung von Eisenwaren, fast dieselben Gruppen wie oben und fast in der gleichen Reihenfolge; nur der Maschinenbau spielt hier, unter den männlichen Erwerbstätigen, eine weit wichtigere Rolle als in der Gesamtbevölkerung.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	4 511	31,36
XX. Handelsgewerbe	4 037	28,07
XVII. Bekleidungsgewerbe	1 408	9,79
XXIV. Verwaltung	814	5,66
XXV. Gesundheitswesen	791	5,50
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	626	4,35
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	557	3,87
Übrige 19 Berufsgruppen	1 639	11,40
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**14 383**	**100,00**

Im Vergleich mit dem Durchschnitt[1]) fehlen hier die Gruppen Elektrotechnische und Textilindustrie, genau wie in Bochum und den dort genannten anderen Städten. Der Anteil der drei wichtigsten Gruppen beträgt hier 69,22 v. H., wobei das Bekleidungsgewerbe noch stärker hinter dem Durchschnitt zurückbleibt als oben.

Der Beschäftigungsanteil der Männer beträgt in Gelsenkirchen 64,93 (über 14 Jahre: 90,97), der der Frauen 14,04 (19,70) v. H. der entsprechenden Bevölkerung. Der niedrige Anteil besonders der Männlichen beim Vergleich mit der Gesamtbevölkerung erklärt sich aus dem stark unterdurchschnittlichen Anteil der Erwachsenen (über 14). Das Geschlechtsverhältnis ist ungefähr das gleiche wie in Bochum: 96,52 Frauen auf 100 Männer.

Die soziale Schichtung in Gelsenkirchen.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3) .	8,50	6,81	9,35	3,45	11,02	26,47	17,04
Heimarbeiter (afr) . . .	0,08	0,05	0,19	0,07	0,82	—	—
Angestellte (b)	16,28	14,58	30,74	8,05	18,78	38,45	53,87
Arbeiter (c)	72,30	78,04	25,18	88,28	60,74	32,31	11,55
Mithelfende (m)	0,83	0,50	8,42	0,15	8,64	2,77	17,54
Hausangestellte	2,01	0,02	26,12	—	—	—	—

[1]) Vgl. S. 18.

Die Abweichungen vom Durchschnitt aller Großstädte sind hier größer als bisher beobachtet, sodaß die Anteilzahlen in Gelsenkirchen oft ein Maximum oder Minimum darstellen, besonders bei den männlichen Selbständigen, Angestellten und Arbeitern.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen ähneln die Ziffern der Arbeiter und Hausangestellten stark denen von Dortmund.

In Abteilung C liegen die Anteile dem Durchschnitt näher, unter den Weiblichen zeigen nur die Arbeiter und die Mithelfenden stärkere Abweichungen, und zwar erscheinen die Anteilzahlen wie vertauscht.

Die Altersverteilung der Erwerbstätigen (in A–F) stimmt sehr stark mit derjenigen von Bochum überein, während beim Familienstand mehr Dortmund zum Vergleich heranzuziehen ist.

Halle a./S.

Die Einwohner von Halle nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	2 222	1,14
B. Industrie und Handwerk	85 847	44,12
C. Handel und Verkehr	55 386	28,46
D. Verwaltung	14 586	7,50
E. Gesundheitswesen	5 529	2,84
F. Häusliche Dienste	7 119	3,66
G. Ohne Beruf	23 886	12,28
A—G. Sämtliche Einwohner	**194 575**	**100,00**

Diese Verteilung ähnelt stark derjenigen von Berlin, auch noch einigermaßen derjenigen von Magdeburg.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	28 613	14,70
XXVII. Ohne Beruf	23 886	12,27
XXII. Verkehrswesen	21 189	10,89
VII. Maschinenbau	16 343	8,40
XXIV. Verwaltung	14 586	7,50
XVIII. Baugewerbe	13 447	6,91
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	11 045	5,68
IX. Chemische Industrie	10 886	5,59
XVII. Bekleidungsgewerbe	7 134	3,67
XXVI. Häusliche Dienste	7 119	3,66
XI. Papierindustrie	5 895	3,03
Übrige 16 Berufsgruppen	34 432	17,70
Sämtliche Einwohner	**194 575**	**100,00**

Zu den bereits von Magdeburg her bekannten Gruppen treten noch die Chemische und die Papierindustrie hinzu; die Chemische Industrie liegt dabei erheblich über dem Großstadtdurchschnitt[1], sie taucht überhaupt zum ersten und einzigenmal unter allen preußischen Großstädten in dem Verzeichnis der wichtigsten Berufsgruppen auf.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	10 535	16,70
VII. Maschinenbau	7 728	12,25
XXII. Verkehrswesen	7 488	11,87
XVIII. Baugewerbe	5 668	8,98
XXIV. Verwaltung	5 324	8,44
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	4 162	6,60
IX. Chemische Industrie	4 109	6,51
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2 249	3,56
XI. Papierindustrie	1 985	3,15
Übrige 17 Berufsgruppen	13 843	21,94
Männliche Erwerbstätige zusammen	**63 091**	**100,00**

[1]) Vgl. S. 13.

Im Vergleich mit dem großstädtischen Durchschnitt[1]) treten auch hier die Chemische und die Papierindustrie neu auf, während die Gruppen der schweren Industrie und der Eisen und Metall verarbeitenden Industrie mit Ausnahme des Maschinenbaus sowie das Bekleidungsgewerbe fehlen. Auch die Abweichungen von Magdeburg sind nicht unerheblich.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	5 768	22,75
XXVI. Häusliche Dienste	5 641	22,25
XVII. Bekleidungsgewerbe	2 741	10,81
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 952	7,70
XXV. Gesundheitswesen	1 724	6,80
XXIV. Verwaltung	1 575	6,21
XI. Papierindustrie	1 520	5,99
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	989	3,90
Übrige 18 Berufsgruppen	3 445	13,59
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**25 355**	**100,00**

Abgesehen von dem hier fehlenden Maschinenbau finden wir hier genau dieselben Gruppen vor wie in Magdeburg, auch fast in derselben Reihenfolge. Auch der Anteil der ersten drei Gruppen ist mit 55,81 v. H. fast der gleiche wie dort.

Der Anteil der Erwerbstätigen beträgt in Halle bei der männlichen Bevölkerung 68,07 (über 14 Jahre: 86,64), bei der weiblichen 24,89 (30,65) v. H., also beidemal, besonders bei den Weiblichen, weniger als im Großstadtdurchschnitt, weniger auch als in Magdeburg; der Frauenüberschuß bleibt hier mit 9,92 v. H. merklich hinter dem Durchschnitt zurück.

Die soziale Schichtung in Halle.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	15,75	14,81	9,50	10,45	9,43	20,22	16,77
Heimarbeiter (afr)	0,49	0,31	0,96	0,56	2,82	—	—
Angestellte (b)	31,69	32,24	31,61	17,27	21,09	46,78	53,64
Arbeiter (c)	47,95	52,68	33,13	71,52	62,49	32,23	19,26
Mithelfende (m)	0,93	0,39	5,06	0,20	4,15	0,77	10,33
Hausangestellte	3,19	0,07	19,74	—	—	—	—

Die Verteilung ähnelt also ganz stark derjenigen von Magdeburg.

Auch in der Altersverteilung ist die Ähnlichkeit mit Magdeburg groß: die männlichen Erwerbstätigen sind fast ebenso verteilt wie im Durchschnitt, bei den weiblichen dagegen überwiegen die jüngeren Altersklassen, die unter 25 Jahre alten umfassen in Halle 51,64 gegen 44,69 v. H. im Durchschnitt.

Beim Familienstand zeigen die Männlichen ein geringeres Zurücktreten der Ledigen als in Magdeburg (33,75 gegen 36,42 v. H. im Durchschnitt), die Weiblichen dagegen ein kleines Überwiegen der Ledigen (75,89 gegen 72,04).

Barmen.

Die Einwohner von Barmen nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 499	0,80
B. Industrie und Handwerk	119 213	63,72
C. Handel und Verkehr	36 412	19,46
D. Verwaltung	7 909	4,23
E. Gesundheitswesen	3 732	1,99
F. Häusliche Dienste	5 241	2,80
G. Ohne Beruf	13 093	7,00
A—G. Sämtliche Einwohner	187 099	100,00

[1]) Vgl. S. 18.

Die Ähnlichkeit mit Essen ist ziemlich groß, wenn auch in Barmen Industrie und Handel je etwas stärker vertreten sind.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
X. Textilindustrie	55 830	29,84
XX. Handelsgewerbe	22 721	12,14
XXVII. Ohne Beruf	13 093	7,00
XVIII. Baugewerbe	11 071	5,92
VII. Maschinenbau	10 069	5,38
XXII. Verkehrswesen	9 978	5,33
VI. Herstellung von Eisenwaren	9 299	4,97
XXIV. Verwaltung	7 909	4,23
XVII. Bekleidungsgewerbe	6 550	3,50
Übrige 18 Berufsgruppen	40 579	21,69
Sämtliche Einwohner	**187 099**	**100,00**

Hinsichtlich der Berufsgruppen läßt sich der Vergleich mit Essen nicht mehr aufrecht erhalten; während dort die „schwere Industrie" die Hauptrolle spielt, kommen hier besonders Textil- und Bekleidungsindustrie in Betracht. Der Anteil der Textilindustrie ist in keiner anderen preußischen Stadt so groß wie in Barmen. Die ersten drei Gruppen nehmen mit 48,98 v. H. fast genau die Hälfte der Einwohnerzahl ein. Eigenartigerweise befindet sich schon darunter die Gruppe Ohne Beruf. An „Ausfuhrindustrien" sind hier zweifellos die Textilindustrie, der Maschinenbau, die Herstellung von Eisenwaren und das Bekleidungsgewerbe vertreten mit zusammen 43,69 v. H. der Einwohner. Zusammen mit einigen im „Rest" enthaltenen Gruppen kommen wir auch hier für die Ausfuhrindustrien sicher auf die Hälfte der Bevölkerung Barmens.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
X. Textilindustrie	19 539	30,39
XX. Handelsgewerbe	7 900	12,29
VII. Maschinenbau	5 149	8,01
XVIII. Baugewerbe	4 759	7,40
VI. Herstellung von Eisenwaren	4 307	6,70
XXII. Verkehrswesen	3 547	5,51
XXIV. Verwaltung	2 719	4,23
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 324	3,61
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2 058	3,20
XI. Papierindustrie	2 052	3,19
Übrige 16 Berufsgruppen	9 945	15,47
Männliche Erwerbstätige zusammen	**64 299**	**100,00**

Im Gegensatz zu der allgemeinen Feststellung auf S. 55 für die Industriestädte ist hier die Zahl der wichtigsten Berufsgruppen verhältnismäßig groß, sie ist nur um zwei geringer als im Durchschnitt aller Großstädte[1]). Es fehlen hier Eisen- und Metallgewinnung, Elektrotechnische Industrie, Bergbau, Bekleidungsgewerbe, dagegen sind neu Textilindustrie und Papierindustrie.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
X. Textilindustrie	12 020	38,70
XX. Handelsgewerbe	4 599	14,80
XXVI. Häusliche Dienste	4 416	14,22
XVII. Bekleidungsgewerbe	2 634	8,48
XXV. Gesundheitswesen	996	3,21
VI. Herstellung von Eisenwaren	957	3,08
Übrige 20 Berufsgruppen	5 440	17,51
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**31 062**	**100,00**

[1]) Vgl. S. 18.

So gering wie hier ist die Anzahl der wichtigsten weiblichen Berufsgruppen in keiner anderen preußischen Großstadt. Ungewöhnlich ist auch die Tatsache, daß sich unter den drei ersten Gruppen, die bisher stets und auch in den meisten übrigen Städten wie im Durchschnitt von den Häuslichen Diensten, dem Handelsgewerbe und dem Bekleidungsgewerbe gebildet werden, die Textilindustrie befindet. Wir werden diese Tatsache später noch in Krefeld, M.-Gladbach und Aachen vorfinden, Abweichungen anderer Art in Altona, Münster, Buer und Hindenburg. Jedenfalls ist wichtig festzustellen, daß in Barmen die Textilindustrie unter den weiblichen Erwerbstätigen die erste Stelle einnimmt, während sie im Durchschnitt[1]) eben noch an letzter Stelle steht. Infolge dieses überragenden Anteils der Textilindustrie umfassen die drei ersten Gruppen mit 67,72 v. H. bereits mehr als ²/₃ der gesamten weiblichen Erwerbstätigen. Handel, Bekleidung und Häusliche Dienste liegen diesmal recht tief unter dem durchschnittlichen Anteil.

Der Beschäftigungsanteil der männlichen Bevölkerung beträgt hier 72,94 (über 14 Jahre: 91,97), der der weiblichen Bevölkerung 31,39 (38,10) v. H.; diese Ziffern liegen etwas über dem großstädtischen Durchschnitt, genau wie der Frauenüberschuß selbst mit 12,24 v. H. der männlichen Bevölkerung.

Die soziale Schichtung in Barmen.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A–F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	17,74	15,72	6,34	11,49	4,40	29,51	15,20
Heimarbeiter (afr)	1,27	0,93	1,65	1,28	2,73	—	—
Angestellte (b)	23,82	23,12	22,61	15,22	13,70	41,21	54,79
Arbeiter (c)	53,39	59,47	50,40	71,59	76,18	27,79	12,67
Mithelfende (m)	1,37	0,75	5,85	0,42	2,99	1,49	17,34
Hausangestellte	2,41	0,01	13,15	—	—	—	—

Die Verteilung weicht also längst nicht so stark von der durchschnittlichen ab wie in ausgesprochenen Industriestädten; der Anteilsatz der Arbeiterinnen überhaupt und in Abteilung B ist überaus hoch und wird unter allen preußischen Großstädten nur noch von M.-Gladbach übertroffen. Der Anteilsatz der weiblichen Angestellten und Hausangestellten ist dafür überaus niedrig. In Abteilung C haben die weiblichen Arbeiter und Mithelfenden gleichsam die Rollen getauscht.

Dem Alter nach sind bei den männlichen Erwerbstätigen keine allzu großen Unterschiede festzustellen, wenn auch die jüngeren Altersklassen (unter 25) und dann wieder die älteren (über 50) in Barmen leicht überwiegen. Bei den Weiblichen ist der Vorrang der jüngeren Altersklassen stärker ausgeprägt: unter 30 Jahren stehen in Barmen 64,81, im Durchschnitt nur 58,43 v. H.

Beim Familienstand ist nur ein leichtes Überwiegen der weiblichen Ledigen (75,84 gegen 72,04 v. H.) auf Kosten der Verwitweten und Geschiedenen (7,07 gegen 10,81 v. H.) anzumerken.

Altona.

Die Einwohner von Altona nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 955	1,05
B. Industrie und Handwerk	74 176	39,95
C. Handel und Verkehr	66 367	35,75
D. Verwaltung	13 027	7,02
E. Gesundheitswesen	4 707	2,54
F. Häusliche Dienste	7 952	4,28
G. Ohne Beruf	17 469	9,41
A—G. Sämtliche Einwohner	185 653	100,00

[1]) Vgl. S. 18.

Diese Verteilung ähnelt noch am meisten derjenigen von Frankfurt a./M. Wie dort schon erwähnt wurde, ist der Anteil von Handel und Verkehr in Altona der größte unter allen preußischen Großstädten.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	32 428	17,47
XXII. Verkehrswesen	27 248	14,68
XXVII. Ohne Beruf	17 469	9,41
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	17 203	9,26
VII. Maschinenbau	13 760	7,41
XXIV. Verwaltung	13 027	7,02
XVIII. Baugewerbe	8 909	4,80
XXVI. Häusliche Dienste	7 952	4,28
XVII. Bekleidungsgewerbe	7 125	3,84
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	6 109	3,29
Übrige 17 Berufsgruppen	34 423	18,54
Sämtliche Einwohner	**185 653**	**100,00**

Die Ähnlichkeit mit Frankfurt ist auch hier recht groß. Mit Ausnahme des zuletzt genannten Holzgewerbes sind sämtliche Altonaer Gruppen auch dort vertreten, die dort erwähnten Elektrotechnik und Gesundheitswesen fehlen hier allerdings, sodaß Altona der Zahl nach einen wichtigen Zweig weniger hat als Frankfurt. Der Reihenfolge nach stimmen übrigens die drei ersten Gruppen überein. Der Altonaer Anteil des Verkehrswesens wird von keiner anderen preußischen Großstadt erreicht.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	12 824	19,58
XXII. Verkehrswesen	10 896	16,64
VII. Maschinenbau	6 852	10,46
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 388	9,75
XXIV. Verwaltung	5 335	8,15
XVIII. Baugewerbe	4 070	6,22
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	2 907	4,44
VI. Herstellung von Eisenwaren	2 377	3,63
Übrige Berufsgruppen	13 834	21,13
Männliche Erwerbstätige zusammen	**65 483**	**100,00**

Im Vergleich zu Frankfurt fehlen hier Elektrotechnische Industrie und Bekleidungsgewerbe, neu ist das Holzgewerbe. Die Ähnlichkeit mit Breslau ist diesmal noch größer, insofern als Breslau vor Altona nur das Bekleidungsgewerbe voraus hat.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	6 206	21,51
XXVI. Häusliche Dienste	5 585	19,36
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	3 780	13,10
XVII. Bekleidungsgewerbe	3 155	10,93
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 667	5,78
XXIV. Verwaltung	1 405	4,87
XXV. Gesundheitswesen	1 304	4,52
X. Textilindustrie	1 142	3,96
XXII. Verkehrswesen	1 008	3,49
XI. Papierindustrie	914	3,17
Übrige 16 Berufsgruppen	2 688	9,31
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**28 854**	**100,00**

Hier ist die Anzahl der wichtigsten weiblichen Berufe mit 10 ebenso groß wie in Hannover, ein Fall mehr als im großstädtischen Durchschnitt[1]). Es fehlt die Elektrotechnische Industrie, dafür sind die beiden an letzter Stelle genannten Berufe neu. Unter den drei erstgenannten Berufen befindet sich erstmalig das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, dessen Anteil ganz stark über dem durchschnittlichen liegt.

[1]) Vergl. S. 18.

Von der gesamten männlichen Bevölkerung Altonas sind 73,46 (über 14 Jahre: 91,31), von der weiblichen 29,90 (36,93) v. H. erwerbstätig; das entspricht etwa dem Durchschnitt. Der Frauenüberschuß ist mit 8,25 v. H. etwas unterdurchschnittlich.

Die soziale Schichtung in Altona.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufs-zugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,42	14,94	9,71	11,57	7,13	19,82	18,90
Heimarbeiter (afr)	0,61	0,48	1,06	1,02	2,69	—	—
Angestellte (b)	28,52	28,77	28,41	12,84	17,00	38,05	49,15
Arbeiter (c)	49,81	55,39	36,56	74,42	69,82	41,41	15,69
Mithelfende (m)	1,35	0,37	6,69	0,15	3,36	0,72	16,26
Hausangestellte	3,26	0,05	17,57	—	—	—	—

Die Verteilung stimmt also abgesehen von der Abteilung C weitgehend mit dem Durchschnitt überein. Bei den weiblichen Erwerbstätigen der Abteilung B ist allerdings der Anteil der Arbeiter recht groß, dagegen der der Heimarbeiter gering. In Abteilung C liegen die männlichen Arbeiter stark über, die weiblichen stark unter dem Durchschnitt.

Die Altersverteilung stimmt bei den männlichen Erwerbstätigen einigermaßen mit der durchschnittlichen[1]) überein, wenn auch die Altersklassen unter 25 Jahren in Altona etwas geringer vertreten sind als im Durchschnitt (24,40 gegen 26,60 v. H. der Erwerbstätigen). Bei den Weiblichen ist die Übereinstimmung noch viel ausgesprochener.

Beim Familienstand ist eine Abweichung vom Durchschnitt[2]) für die männlichen Erwerbstätigen nicht festzustellen, bei den weiblichen dagegen sind die Verwitweten und Geschiedenen stärker (13,46 gegen 10,81 v. H.) und die Ledigen schwächer vertreten (67,55 gegen 72,04 v. H.) als im Durchschnitt.

Kassel.

Die Einwohner von Kassel nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 953	1,14
B. Industrie und Handwerk	68 145	39,80
C. Handel und Verkehr	49 716	29,03
D. Verwaltung	18 001	10,51
E. Gesundheitswesen	4 514	2,64
F. Häusliche Dienste	6 557	3,83
G. Ohne Beruf	22 348	13,05
A—G. Sämtliche Einwohner	**171 234**	**100,00**

Diese Verteilung ähnelt einigermaßen derjenigen von Stettin und Breslau, ohne daß zunächst von mehr als einer äußerlichen Übereinstimmung gesprochen werden kann.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	24 473	14,29
XXVII. Ohne Beruf	22 348	13,05
XXII. Verkehrswesen	20 250	11,83
VII. Maschinenbau	19 374	11,31
XXIV. Verwaltung	18 001	10,51
XVII. Bekleidungsgewerbe	8 131	4,75
XVIII. Baugewerbe	8 086	4,72
XXVI. Häusliche Dienste	6 557	3,83
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	5 782	3,38
Übrige 18 Berufsgruppen	38 232	22,33
Sämtliche Einwohner	171 234	100,00

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 32.

Es sind, wie man sieht, genau dieselben Gruppen wie in Breslau und Stettin, vielfach sogar in genau derselben Reihenfolge. Ähnlich wie in Breslau umfassen die ersten vier Gruppen bereits die Hälfte aller Einwohner der Stadt (genau 50,48 v. H.).

Die wichtigsten Berufe der **männlichen** Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	9 115	17,00
VII. Maschinenbau	7 958	14,84
XXIV. Verwaltung	6 724	12,54
XXII. Verkehrswesen	6 682	12,46
XVIII. Baugewerbe	3 449	6,43
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 376	4,43
VIII. Elektrotechnische Industrie	2 180	4,07
XVII. Bekleidungsgewerbe	2 088	3,90
VI. Herstellung von Eisenwaren	1 787	3,33
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1 609	3,00
Übrige 16 Berufsgruppen	9 648	18,00
Männliche Erwerbstätige zusammen	**53 616**	**100,00**

Gegenüber Breslau ist hier die Elektrotechnische Industrie neu zu verzeichnen, gegenüber Stettin außerdem noch die Herstellung von Eisenwaren.

Die wichtigsten Berufe der **weiblichen** Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	5 484	23,91
XX. Handelsgewerbe	4 795	20,91
XVII. Bekleidungsgewerbe	3 111	13,56
XXIV. Verwaltung	1 502	6,55
X. Textilindustrie	1 342	5,85
XXV. Gesundheitswesen	1 255	5,47
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 032	4,50
I. Landwirtschaft	851	3,71
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	796	3,47
Übrige 17 Berufsgruppen	2 769	12,07
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**22 937**	**100,00**

Der Zahl nach sind es genau soviel Gruppen wie im großstädtischen Durchschnitt[1]), es fehlt hier aber die Elektrotechnische Industrie, an deren Stelle eigenartigerweise die Landwirtschaft getreten ist. Dabei handelt es sich beinah zu ³/₄ (genau 628 Personen) um mithelfende Familienangehörige des Wirtschaftszweiges 1, Eigentliche Landwirtschaft, deren Zahl in einem ganz außergewöhnlichen Mißverhältnis steht zur Zahl der selbständigen Landwirte (89). Hier kann es sich nur um die eingangs[2]) erwähnten Mithelfenden handeln, die einem „Betriebsleiter" im Nebenberuf helfen. Der Anteil der drei erstgenannten Gruppen ist mit 58,38 v. H. beinah so groß wie im Durchschnitt.

Der Beschäftigungsanteil der männlichen Bevölkerung beträgt in Kassel 66,82 (über 14 Jahre: 86,88), der der weiblichen 25,21 (31,42) v. H., er liegt also in beiden Fällen nicht unerheblich unter dem Durchschnitt und ähnelt demjenigen von Königsberg. Der Frauenüberschuß ist mit 13,40 v. H. überdurchschnittlich, sodaß man sich den verhältnismäßig kleinen weiblichen Anteil nur mit ähnlichen Gründen erklären kann wie dort.

Bemerkenswert ist vor allem ein stärkeres Überwiegen der Angestellten und Beamten und ein starkes Nachlassen der Arbeiter — ähnlich wie in Frankfurt a./M. —, das allerdings bei den Weiblichen nicht durchweg in Erscheinung tritt. In Abteilung B fallen noch besonders die Unterschiede der weiblichen Selbständigen und der Heimarbeiter ins Auge.

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 8.

Die soziale Schichtung in Kassel.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,90	15,38	8,74	11,91	11,56	20,72	12,10
Heimarbeiter (afr)	0,27	0,19	0,49	0,37	1,48	—	—
Angestellte (b)	35,12	36,36	31,63	18,47	22,13	48,89	58,38
Arbeiter (c)	42,52	47,51	28,15	69,02	59,84	29,59	16,75
Mithelfende (m)	1,60	0,52	8,74	0,23	5,49	0,80	12,77
Hausangestellte	3,59	0,04	22,25	—	—	—	—

Die **Altersverteilung** ist bei den männlichen Erwerbstätigen fast die gleiche wie im Durchschnitt[1]), bei den weiblichen überwiegen die jüngeren Altersklassen (bis zu 25 Jahren) recht stark: 52,43 gegen 44,69 v. H.

Beim **Familienstand** zeigen wieder die Männlichen eine große Übereinstimmung mit dem Durchschnitt[2]), dagegen überwiegen die weiblichen Ledigen ziemlich erheblich (80,65 gegen 72,04 v. H.), während die Verheirateten (12,77 gegen 17,15) und Verwitweten und Geschiedenen (6,58 gegen 10,81 v. H.) etwa gleichmäßig hinter dem Durchschnitt zurückbleiben.

Elberfeld.

Die Einwohner von Elberfeld nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 199	0,72
B. Industrie und Handwerk	84 679	50,53
C. Handel und Verkehr	47 197	28,17
D. Verwaltung	9 808	5,85
E. Gesundheitswesen	3 909	2,33
F. Häusliche Dienste	5 921	3,53
G. Ohne Beruf	14 864	8,87
A—G. Sämtliche Einwohner	**167 577**	**100,00**

Die Industrie ist hier weit schwächer, der Handel und Verkehr etwa ebenso viel stärker vertreten als in der Schwesterstadt Barmen. Die ganze Verteilung zeigt eine gewisse Ähnlichkeit mit Hannover.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	30 339	18,11
X. Textilindustrie	19 644	11,72
XXVII. Ohne Beruf	14 864	8,87
XVII. Bekleidungsgewerbe	13 280	7,93
XXII. Verkehrswesen	11 692	6,98
XVIII. Baugewerbe	10 293	6,14
XXIV. Verwaltung	9 808	5,85
VI. Herstellung von Eisenwaren	8 294	4,95
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 828	4,07
XXVI. Häusliche Dienste	5 921	3,53
Übrige 17 Berufsgruppen	36 614	21,85
Sämtliche Einwohner	**167 577**	**100,00**

Die Anzahl der wichtigsten Gruppen ist dieselbe wie in Hannover, nur daß hier Textilindustrie und Herstellung von Eisenwaren erscheinen statt der Kautschukindustrie und des Maschinenbaus dort. Die Textilindustrie spielt hier längst nicht mehr dieselbe Rolle wie in Barmen. Die hier allenfalls vorhandenen „Ausfuhrindustrien" (Textilindustrie, Bekleidungsgewerbe, Eisenwarenherstellung, Nahrungsmittelgewerbe — teilweise —) nehmen deshalb zusammen auch höchstens 28,67 v. H. der Einwohner ein, sodaß Elberfeld keineswegs als „Industriestadt" im eigentlichen Sinne anzusprechen ist.

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 32.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	11 070	19,87
X. Textilindustrie	6 522	11,71
XVIII. Baugewerbe	4 562	8,19
XXII. Verkehrswesen	4 266	7,66
VI. Herstellung von Eisenwaren	4 038	7,25
XXIV. Verwaltung	3 467	6,22
XVII. Bekleidungsgewerbe	3 353	6,02
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 892	5,19
VII. Maschinenbau	2 357	4,23
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1 923	3,45
XI. Papierindustrie	1 896	3,40
Übrige 15 Berufsgruppen	9 362	16,81
Männliche Erwerbstätige zusammen	**55 708**	**100,00**

Im Vergleich mit Hannover haben wir hier eine Berufsgruppe mehr, da zwar die Kautschukindustrie hier fehlt, aber Textilindustrie und Herstellung von Eisenwaren wie bei den Berufszugehörigen neu auftreten.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	5 782	20,41
XVII. Bekleidungsgewerbe	5 419	19,13
XXVI. Häusliche Dienste	4 820	17,01
X. Textilindustrie	4 704	16,61
XXV. Gesundheitswesen	1 448	5,11
XXIV. Verwaltung	1 090	3,85
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 015	3,58
XI. Papierindustrie	923	3,26
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	861	3,04
Übrige 17 Berufsgruppen	2 265	8,00
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**28 327**	**100,00**

Gegenüber Hannover fehlt hier nur eine Berufsgruppe, und zwar eben die Kautschukindustrie; die drei ersten Gruppen umfassen mit 56,55 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen wesentlich mehr als in Hannover, wenn auch etwas weniger als im Durchschnitt[1]). Der Unterschied der Textilindustrie gegenüber dem Durchschnitt ist auch hier ganz bedeutend.

Von der männlichen Bevölkerung Elberfelds sind erwerbstätig 71,61 v. H. (über 14 Jahre: 90,34), von der weiblichen 31,55 (38,20) v. H., bei den Männlichen also ungefähr ebenso viel wie im Durchschnitt, bei den Weiblichen etwas mehr, entsprechend dem etwas größeren Frauenüberschuß: 15,41 gegen 11,24 v. H.

Die soziale Schichtung in Elberfeld.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufs-zugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	19,02	17,35	7,13	12,67	5,90	26,51	13,44
Heimarbeiter (afr)	1,61	1,15	2,38	1,95	5,01	—	—
Angestellte (b)	28,67	28,61	28,47	15,76	14,83	44,80	57,35
Arbeiter (c)	46,32	52,17	40,59	69,26	70,54	27,56	16,67
Mithelfende (m)	1,30	0,67	5,55	0,36	3,72	1,13	12,54
Hausangestellte	3,08	0,05	15,88	—	—	—	—

Die Abweichungen vom Durchschnitt lassen sich bei der Gesamtbevölkerung und den Männlichen auf die Formel bringen: mehr Selbständige, etwas weniger Arbeiter; bei den Weiblichen dagegen zeigen die Arbeiter mit Ausnahme der Abteilung C ein starkes Überwiegen gegen den Durchschnitt und die Hausangestellten ein geringeres Nachlassen.

[1]) Vgl. S. 18.

In der Altersverteilung ähneln die männlichen Erwerbstätigen ziemlich stark dem Durchschnitt[1]), bei den weiblichen überwiegen die jüngeren Altersklassen bis zu 30 Jahren: 65,07 gegen 58,43 v. H.

Beim Familienstand zeigen sich für die Männlichen keine Abweichungen vom Durchschnitt[2]), unter den Weiblichen überwiegen die Ledigen (78,09 gegen 72,04 v. H.) vor allem auf Kosten der Verwitweten und Geschiedenen (6,83 gegen 10,81), weniger der Verheirateten (15,08 gegen 17,15 v. H.)

Aachen.

Die Einwohner von Aachen nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	2 402	1,54
B. Industrie und Handwerk	74 318	47,70
C. Handel und Verkehr	40 436	25,95
D. Verwaltung	12 054	7,74
E. Gesundheitswesen	4 384	2,81
F. Häusliche Dienste	5 752	3,69
G. Ohne Beruf	16 470	10,57
A—G. Sämtliche Einwohner	**155 816**	**100,00**

Auch hier ist die Übereinstimmung mit dem Durchschnitt aller Großstädte[3]) ähnlich groß wie in Hannover.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	22 040	14,14
XXVII. Ohne Beruf	16 470	10,57
X. Textilindustrie	14 367	9,22
XXII. Verkehrswesen	12 988	8,34
XXIV. Verwaltung	12 054	7,74
XVIII. Baugewerbe	9 615	6,17
VI. Herstellung von Eisenwaren	8 829	5,67
VII. Maschinenbau	8 423	5,40
XVII. Bekleidungsgewerbe	7 122	4,57
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 454	4,14
XXVI. Häusliche Dienste	5 752	3,69
Übrige 16 Berufsgruppen	31 702	20,35
Sämtliche Einwohner	**155 816**	**100,00**

Die Berufsverteilung ähnelt einigermaßen derjenigen von Elberfeld, besonders hinsichtlich der Textilindustrie, wenn auch hier in Aachen eine Berufsgruppe mehr auftritt, nämlich der Maschinenbau.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XX. Handelsgewerbe	7 529	15,20
XXII. Verkehrswesen	4 426	8,94
X. Textilindustrie	4 402	8,89
VII. Maschinenbau	4 207	8,49
XVIII. Baugewerbe	4 174	8,43
XXIV. Verwaltung	3 931	7,94
VI. Herstellung von Eisenwaren	3 860	7,79
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 276	4,59
XVII. Bekleidungsgewerbe	1 946	3,93
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1 573	3,18
VIII. Elektrotechnische Industrie	1 546	3,12
Übrige 15 Berufsgruppen	9 661	19,50
Männliche Erwerbstätige zusammen	**49 531**	**100,00**

Es ist dieselbe Anzahl von Berufsgruppen (11) wie in Elberfeld, nur daß wir hier in Aachen statt der Papierindustrie die Elektrotechnische Industrie vorfinden.

[1]) Vgl. S. 29. — [2]) desgl. S. 32. — [3]) desgl. S. 12.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	4 848	18,48
XX. Handelsgewerbe	4 741	18,07
X. Textilindustrie	4 149	15,81
XVII. Bekleidungsgewerbe	2 780	10,60
XXIV. Verwaltung	1 832	6,98
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 659	6,32
VI. Herstellung von Eisenwaren	1 459	5,56
XXV. Gesundheitswesen	1 256	4,79
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 158	4,41
Übrige 17 Berufsgruppen	2 355	8,98
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**26 237**	**100,00**

Wir haben hier gleich viel Berufsgruppen wie im Durchschnitt[1]), aber anstatt der Elektrotechnischen Industrie die Herstellung von Eisenwaren, oder wie in Elberfeld, aber anstatt der Papierindustrie ebenfalls die Herstellung von Eisenwaren. Die Bedeutung der Textilindustrie ist hier ähnlich groß wie in Elberfeld, wenn sie auch dort erst an 4. Stelle steht.

Der Anteil der Erwerbstätigen beträgt bei der männlichen Bevölkerung von Aachen 68,13 (über 14 Jahre: 87,66), bei der weiblichen 31,57 (38,75) v. H., liegt also im ersten Fall unter, im zweiten Fall über dem großstädtischen Durchschnitt. Der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen ist fast genau derselbe wie in Elberfeld, der Frauenüberschuß etwas geringer (14,32 v. H.) als dort.

Die soziale Schichtung in Aachen.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	19,00	16,75	8,11	12,28	7,42	25,22	16,34
Heimarbeiter (afr)	1,01	0,43	2,89	0,74	6,53	—	—
Angestellte (b)	27,55	26,32	26,05	14,17	11,03	39,29	51,76
Arbeiter (c)	47,37	55,37	39,04	72,47	71,40	33,81	16,31
Mithelfende (m)	1,67	1,06	€,69	0,34	3,62	1,68	15,59
Hausangestellte	3,40	0,07	17,22	—	—	—	—

Hier finden wir bei der Gesamtbevölkerung und den Männlichen etwas mehr Selbständige nnd etwas weniger Angestellte, bei den Weiblichen wie in Elberfeld wesentlich mehr Arbeiter.

Die Unterschiede in der Abteilung C weisen auf etwas größere Beteiligung des „Familienbetriebes" hin.

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach dem Alter ähnelt sehr der durchschnittlichen[2]), höchstens könnte man bei den Männlichen von einem geringen Überwiegen der jüngsten und der ältesten Klassen sprechen.

Beim Familienstand sehen wir leichte Abweichungen bei den männlichen Ledigen (38,59 gegen 36,42 v. H.) zuungunsten der Verheirateten (58,36 gegen 60,55 v. H.), bei den Weiblichen ein stärkeres Nachlassen der Verwitweten und Geschiedenen (6,04 gegen 10,81 v. H.), das den beiden anderen Familienständen gleichmäßig zugute kommt.

Erfurt.

Die Einwohner von Erfurt nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	2 997	2,21
B. Industrie und Handwerk	60 834	44,87
C. Handel und Verkehr	38 648	28,50
D. Verwaltung	8 836	6,52
E. Gesundheitswesen	2 830	2,09
F. Häusliche Dienste	6 116	4,51
G. Ohne Beruf	15 318	11,30
A—G. Sämtliche Einwohner	**135 579**	**100,00**

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 29.

Hier fällt zunächst der verhältnismäßig große Anteil der Abteilung A ins Auge, der größer ist als in allen bisher behandelten Großstädten, sogar größer noch als der der Abteilung E. Gesundheitswesen. Dieselbe Erscheinung wiederholt sich nur noch einmal in M.-Gladbach; ein größerer Anteilsatz für A findet sich auch noch für Münster, wo er allerdings unter dem Satz für E liegt. Zu erklären ist diese Erscheinung in Erfurt durch den Umfang der Blumen- usw. Gärtnerei. Im übrigen ähnelt die ganze Verteilung ziemlich stark derjenigen von Berlin und beinah auch dem Durchschnitt.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	19 998	14,75
XVII. Bekleidungsgewerbe	19 274	14,22
XXVII. Ohne Beruf	15 318	11,30
XXII. Verkehrswesen	13 983	10,31
VII. Maschinenbau	10 667	7,87
XXIV. Verwaltung	8 836	6,52
XVIII. Baugewerbe	6 858	5,06
XXVI. Häusliche Dienste	6 116	4,51
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	5 821	4,29
VI. Herstellung von Eisenwaren	4 874	3,59
Übrige 17 Berufsgruppen	23 834	17,58
Sämtliche Einwohner	**135 579**	**100,00**

Der Anteil des Bekleidungsgewerbes liegt hier ganz besonders hoch über dem Durchschnitt[1]) und ist der höchste unter allen preußischen Großstädten. Beim Vergleich mit Berlin fehlt hier nur die dort recht wichtige Elektrotechnische Industrie.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	7 693	17,77
XVII. Bekleidungsgewerbe	5 830	13,47
VII. Maschinenbau	4 538	10,49
XXII. Verkehrswesen	4 525	10,46
XXIV. Verwaltung	3 047	7,04
XVIII. Baugewerbe	2 914	6,73
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 494	5,76
VI. Herstellung von Eisenwaren	2 293	5,30
Übrige 18 Berufsgruppen	9 945	22,98
Männliche Erwerbstätige zusammen	**43 279**	**100,00**

Es sind hier, wenn auch in ganz anderer Reihenfolge, dieselben Gruppen wie in Magdeburg, wobei wieder vor allem der Unterschied in den Anteilzahlen des Bekleidungsgewerbes auffällt.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XVII. Bekleidungsgewerbe	6 065	28,36
XXVI. Häusliche Dienste	3 887	18,18
XX. Handelsgewerbe	3 553	16,61
XXIV. Verwaltung	907	4,24
XXV. Gesundheitswesen	867	4,05
X. Textilindustrie	819	3,83
VII. Maschinenbau	796	3,72
XXII. Verkehrswesen	743	3,48
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	724	3,39
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	672	3,14
XI. Papierindustrie	648	3,03
Übrige 15 Berufsgruppen	1 705	7,97
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**21 386**	**100,00**

[1]) Vgl. S. 13.

Es sind hier zwei Gruppen mehr als im Durchschnitt (neu das Verkehrswesen, der Maschinenbau und die Papierindustrie, es fehlt die Elektrotechnische Industrie) und als in Magdeburg (neu Textilindustrie und Verkehrswesen). Eine so große Anzahl von wichtigen weiblichen Berufen findet sich in keiner anderen Großstadt Preußens; dabei sind von besonderer Wichtigkeit eigentlich nur die drei erstgenannten mit zusammen 63,15 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen, die übrigen sind gleich durch eine tiefe Kluft von den ersten getrennt. Der Anteil des Bekleidungsgewerbes ist auch hier der höchste unter allen Großstädten, er liegt sogar noch über demjenigen von Breslau.

Der Anteil der Erwerbstätigen beträgt in Erfurt bei den Männlichen 68,26 (über 14 Jahre: 88,25), bei den Weiblichen 29,62 (36,72) v. H. Bei den Männern sind also die Abweichungen vom Durchschnitt gering, bei den Frauen ist das Verhältnis dasselbe wie im Durchschnitt; der Frauenüberschuß liegt dagegen mit 13,91 v. H. etwas über dem Durchschnitt.

Die soziale Schichtung in Erfurt.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A – F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	16,76	15,80	7,38	12,23	6,03	22,10	15,15
Heimarbeiter (afr)	0,72	0,39	1,66	0,71	3,42	—	—
Angestellte (b)	31,31	32,13	27,54	16,42	14,99	51,22	56,64
Arbeiter (c)	47,32	51,11	43,94	70,43	72,61	25,83	18,16
Mithelfende (m)	1,03	0,50	4,46	0,21	2,95	0,85	10,05
Hausangestellte	2,86	0,07	15,02	—	—	—	—

Bei der Gesamtbevölkerung und den Männlichen haben wir hier etwas mehr Angestellte und etwas weniger Arbeiter, bei den Weiblichen außer C mehr Arbeiter und weniger Angestellte, auch Hausangestellte.

Die Anteile der männlichen Angestellten und Arbeiter in Abteilung C sind beinah die höchsten und niedrigsten in Preußen.

In der **Altersverteilung** sind die Abweichungen vom Durchschnitt[1]) für die männlichen Erwerbstätigen, abgesehen von den ganz jungen Altersklassen, überall unbedeutend; bei den weiblichen überwiegen wie in Magdeburg die jüngeren Altersklassen stärker: der Anteil der unter 25 Jahre alten beträgt in Erfurt 50,25 v. H. gegen 44,69 im Durchschnitt.

Beim **Familienstand** sind keine wesentlichen Unterschiede festzustellen.

Krefeld.

Die Einwohner von Krefeld nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	2 007	1,53
B. Industrie und Handwerk	69 862	53,29
C. Handel und Verkehr	33 802	25,78
D. Verwaltung	7 100	5,42
E. Gesundheitswesen	2 548	1,94
F. Häusliche Dienste	4 836	3,69
G. Ohne Beruf	10 943	8,35
A—G. Sämtliche Einwohner	**131 098**	**100,00**

Die Anteilzahlen der einzelnen Abteilungen, besonders B und C, ähneln sehr stark denjenigen von Düsseldorf, doch wird die weitere Untersuchung noch große Unterschiede im einzelnen aufzeigen.

[1]) Vgl. S. 29.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
X. Textilindustrie	19 307	14,73
XX. Handelsgewerbe	18 222	13,90
XXII. Verkehrswesen	12 358	9,43
XXVII. Ohne Beruf	10 943	8,35
XVIII. Baugewerbe	8 248	6,29
XVII. Bekleidungsgewerbe	8 022	6,12
XXIV. Verwaltung	7 100	5,41
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	6 193	4,72
VII. Maschinenbau	6 130	4,68
V. Eisen- und Metallgewinnung	4 890	3,73
XXVI. Häusliche Dienste	4 836	3,69
Übrige 16 Berufsgruppen	24 849	18,95
Sämtliche Einwohner	**131 098**	**100,00**

Die größte Ähnlichkeit besteht hier mit Aachen, in Krefeld ist allerdings die Herstellung von Eisenwaren durch die Eisen- und Metallgewinnung ersetzt. Zählt man die Anteile der „Ausfuhrindustrien“ zusammen, als welche hier Textilindustrie, Bekleidungsgewerbe, Maschinenbau, Eisen- und Metallgewinnung, wohl auch Nahrungsmittelgewerbe in Betracht kommen, so erhält man 33,98 v. H., sodaß man Krefeld ähnlich wie Düsseldorf als Mischung von Industrie- und Handelsstadt bezeichnen kann.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
X. Textilindustrie	6 814	15,37
XX. Handelsgewerbe	6 372	14,37
XXII. Verkehrswesen	4 557	10,28
XVIII. Baugewerbe	3 561	8,03
VII. Maschinenbau	3 195	7,20
XXIV. Verwaltung	2 677	6,04
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	2 537	5,72
V. Eisen- und Metallgewinnung	2 076	4,68
XVII. Bekleidungsgewerbe	2 004	4,52
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1 584	3,57
VI. Herstellung von Eisenwaren	1 452	3,27
Übrige 15 Berufsgruppen	7 518	16,95
Männliche Erwerbstätige zusammen	**44 347**	**100,00**

Es handelt sich hierbei um dieselbe Anzahl von Berufsgruppen wie in Aachen, nur daß hier statt der Elektrotechnischen Industrie die Eisen- und Metallgewinnung vorkommt.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
X. Textilindustrie	4 800	22,22
XXVI. Häusliche Dienste	4 063	18,81
XX Handelsgewerbe	3 732	17,28
XVII. Bekleidungsgewerbe	3 539	16,38
XXIV. Verwaltung	848	3,92
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	844	3,91
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	718	3,32
XXV. Gesundheitswesen	686	3,18
Übrige 18 Berufsgruppen	2 372	10,98
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**21 602**	**100,00**

Da hier die Herstellung von Eisenwaren fehlt, haben wir hier eine Berufsgruppe weniger als in Aachen. Im Vergleich mit dem Durchschnitt[1]) vermissen wir in Krefeld nur die Elektrotechnische Industrie. Die drei „Standard“-Gruppen (die an 2. bis 4. Stelle stehen) umfassen diesmal nur 52,47 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen.

[1]) Vgl. S. 18.

Der Beschäftigungsanteil beträgt bei der männlichen Bevölkerung 72,19 (über 14 Jahre: 91,01), bei der weiblichen 31,01 (37,69) v. H., also in beiden Fällen etwas mehr als im Durchschnitt. Der weibliche Anteil liegt nur wenig unter demjenigen von Elberfeld und Aachen, was übrigens auch für den Frauenüberschuß (13,40 v. H. der männlichen Bevölkerung) zutrifft.

Die soziale Schichtung in Krefeld.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A–F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	18,82	16,93	6,62	13,44	5,23	24,27	14,44
Heimarbeiter (afr)	0,98	0,30	3,63	0,48	7,16	—	—
Angestellte (b)	25,93	25,57	24,25	16,81	14,93	37,01	53,16
Arbeiter (c)	49,52	56,34	41,54	69,00	69,07	37,31	17,12
Mithelfende (m)	1,49	0,83	6,36	0,27	3,61	1,41	15,28
Hausangestellte	3,26	0,03	17,60	—	—	—	—

Bei der Gesamtbevölkerung und den Männlichen zeigen sich durchweg, besonders in Abteilung B, etwas mehr Selbständige, dafür in B weniger Arbeiter, sonst weniger Angestellte, in C auch mehr Arbeiter. Bei den weiblichen Erwerbstätigen überhaupt und in B heben sich wieder die Arbeiter auf Kosten der Angestellten stärker hervor.

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach dem Alter stimmt fast durchweg mit dem großstädtischen Durchschnitt[1]) überein.

Beim Familienstand zeigen die Männlichen ein geringes Überwiegen der Verheirateten auf Kosten der Ledigen, die Weiblichen ein recht starkes Hervortreten der Verheirateten (22,34 gegen 17,15 v. H. im Durchschnitt) auf Kosten der Verwitweten und Geschiedenen (5,88 gegen 10,81 v. H.).

Mülheim a. d. Ruhr.

Die Einwohner von Mülheim nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 926	1,51
B. Industrie und Handwerk	76 171	59,79
C. Handel und Verkehr	27 824	21,84
D. Verwaltung	5 267	4,13
E. Gesundheitswesen	1 745	1,37
F. Häusliche Dienste	3 972	3,12
G. Ohne Beruf	10 495	8,24
A—G. Sämtliche Einwohner	**127 400**	**100,00**

Die Anteilzahlen von Mülheim erinnern stark an diejenigen von Dortmund, auch noch von Duisburg; die Gruppeneinteilung wird zeigen, wie weit hier der rein industrielle Charakter vertreten ist.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
V. Eisen- und Metallgewinnung	25 310	19,87
XXII. Verkehrswesen	14 542	11,41
VII. Maschinenbau	11 870	9,32
XX. Handelsgewerbe	11 273	8,85
XXVII. Ohne Beruf	10 495	8,24
XVIII. Baugewerbe	9 247	7,26
III. Bergbau	9 169	7,20
XXIV. Verwaltung	5 267	4,13
XII. Lederindustrie	4 772	3,74
XXVI. Häusliche Dienste	3 972	3,12
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	3 825	3,00
Übrige 16 Berufsgruppen	17 658	13,86
Sämtliche Einwohner	127 400	100,00

Wir finden hier dieselben Berufsgruppen wieder wie in Dortmund, wenn auch in anderer Reihenfolge, außerdem neu die Lederindustrie. Als „Ausfuhrindustrien" sind hier zweifellos anzusehen die Eisen- und Metallgewinnung, der Maschinenbau, der Bergbau, die Lederindustrie mit zusammen 40,13 v. H., also mehr als in Dortmund, aber weniger als in Essen. Unter Einbeziehung einiger restlicher Gruppen dürfte jedenfalls auch in Mülheim beinah die Hälfte der Bevölkerung von Ausfuhrindustrien ernährt werden.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
V. Eisen- und Metallgewinnung	9 939	22,65
XXII. Verkehrswesen	5 238	11,94
VII. Maschinenbau	5 117	11,66
XVIII. Baugewerbe	4 244	9,67
XX. Handelsgewerbe	3 754	8,55
III. Bergbau	3 207	7,31
XII. Lederindustrie	2 001	4,56
XXIV. Verwaltung	1 687	3,84
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 508	3,44
Übrige 17 Berufsgruppen	7 189	16,38
Männliche Erwerbstätige zusammen	**43 884**	**100,00**

Auch hier sind es dieselben Gruppen wie in Dortmund, nur vermehrt um die Lederindustrie. Im Vergleich mit dem Durchschnitt[1]) treten besonders die Eisen- und Metallgewinnung, das Baugewerbe und die Lederindustrie, in geringerem Maße der Maschinenbau und das Verkehrswesen hervor, während das Handelsgewerbe nur halb so bedeutend ist wie dort.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	3 225	30,04
XX. Handelsgewerbe	2 528	23,55
XVII. Bekleidungsgewerbe	984	9,17
XXV. Gesundheitswesen	635	5,91
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	561	5,22
I. Landwirtschaft	537	5,00
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	516	4,81
XXIV. Verwaltung	471	4,39
Übrige 18 Berufsgruppen	1 279	11,91
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**10 736**	**100,00**

Die — sonst gleichen — Berufsgruppen von Dortmund erscheinen hier um eine vermehrt, und zwar eigenartigerweise wieder um die Landwirtschaft, die wir auch schon in Kassel vorfanden. Hier kann es sich übrigens im Gegensatz zu Kassel zum Teil noch um echte Landwirtschaft handeln, da wir hier in W 1. Landwirtschaft 247 weibliche Mithelfende bei 237 Selbständigen zählen. Die ersten drei Gruppen haben im einzelnen und zusammen etwa den gleichen Umfang wie in Dortmund: 62,76 v. H., liegen also zusammen noch immer wesentlich über dem Durchschnitt, wenn auch das Bekleidungsgewerbe allein sehr zurücksteht.

Von der männlichen Gesamtbevölkerung sind in Mülheim 68,77 (über 14 Jahre: 90,76), von der weiblichen nur 16,88 (22,09) v. H. erwerbstätig, bei den Männlichen also beinah ebenso viel wie in Dortmund, bei den Weiblichen etwa genau soviel wie in Bochum. Auch hier ist aus dem üblichen Frauenüberschuß ein Fehlbetrag geworden, der allerdings nur 0,35 v. H. der männlichen Bevölkerung ausmacht.

Die soziale Schichtung in Mülheim.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A–F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	11,52	9,28	8,84	5,60	10,68	18,42	15,81
Heimarbeiter (afr)	0,08	0,06	0,23	0,08	0,88	—	—
Angestellte (b)	23,85	21,46	29,34	13,78	24,18	37,24	54,24
Arbeiter (c)	60,71	68,45	24,17	80,41	57,36	42,81	14,27
Mithelfende (m)	1,12	0,71	8,93	0,13	6,90	1,53	15,68
Hausangestellte	2,72	0,04	28,49	—	—	—	—

[1]) Vgl. S. 29.

[1]) Vgl. S. 18.



Die soziale Verteilung erinnert sehr stark an diejenige von Dortmund.

Auch in der Verteilung nach dem Alter zeigt sich die Ähnlichkeit mit Dortmund: die unter 30 Jahre alten Männlichen umfassen hier 46,70 v. H. der männlichen Erwerbstätigen (gegen 38,80 im Durchschnitt). Bei den Weiblichen befinden sich in den Altersklassen unter 25 Jahren sogar 63,08 v. H. (gegen 44,69 im Durchschnitt).

Der Familienstand ist beinah der gleiche wie in Dortmund und Essen.

Hamborn.

Die Einwohner von Hamborn nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	559	0,44
B. Industrie und Handwerk	100 523	79,39
C. Handel und Verkehr	10 996	8,68
D. Verwaltung	4 158	3,28
E. Gesundheitswesen	1 266	1,00
F. Häusliche Dienste	3 703	2,93
G. Ohne Beruf	5 413	4,28
A—G. Sämtliche Einwohner	**126 618**	**100,00**

Hier haben wir die Stadt mit dem weitaus bedeutendsten Industrieanteil vor uns. Dementsprechend ist hier auch der Anteil des Handels und Verkehrs fast am geringsten unter allen preußischen Großstädten (nur Buer liegt damit noch tiefer); das gleiche gilt vom Gesundheitswesen, während in Verwaltung und Abteilung Ohne Beruf Hamborn tatsächlich an letzter Stelle steht.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	53 332	42,12
V. Eisen- und Metallgewinnung	29 245	23,10
XVIII. Baugewerbe	8 294	6,55
XX. Handelsgewerbe	6 805	5,37
XXVII. Ohne Beruf	5 413	4,28
XXIV. Verwaltung	4 158	3,28
Übrige 21 Berufsgruppen	19 371	15,30
Sämtliche Einwohner	**126 618**	**100,00**

Eine so geringe Anzahl wichtiger Berufsgruppen ist uns bisher noch nicht begegnet. Hamborn ist als die Industriestadt schon daran zu erkennen, daß die beiden erstgenannten Berufsgruppen allein 65,22 v. H. oder beinah $^2/_3$ der Einwohner umfassen. Die anderen Berufe spielen daneben nur eine untergeordnete Rolle.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
III. Bergbau	18 602	41,36
V. Eisen- und Metallgewinnung	11 965	26,61
XVIII. Baugewerbe	4 117	9,15
XX. Handelsgewerbe	2 121	4,72
XXIV. Verwaltung	1 464	3,25
Übrige 21 Berufsgruppen	6 704	14,91
Männliche Erwerbstätige zusammen	**44 970**	**100,00**

Die Anzahl der wichtigsten Berufsgruppen ist auch hier die geringste bisher festgestellte; sie wird allerdings noch in einem Falle unterboten werden. Es sind hier dieselben Gruppen wie bei den Berufszugehörigen, unter — selbstverständlichem — Fortfall der Personen ohne Beruf.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen handelt es sich um genau dieselben Berufsgruppen wie in Essen. Diesmal steht allerdings an dritter Stelle nicht wie sonst meist eine der „Standard"-Gruppen, sondern das Gesundheitswesen. Im übrigen umfassen hier schon die beiden ersten Gruppen zusammen 61,58 v. H.; das liegt vor allem an dem außergewöhnlich hohen Anteil der Häuslichen Dienste, dem höchsten, der überhaupt in einer preußischen Großstadt vorkommt.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	2 533	35,87
XX. Handelsgewerbe	1 816	25,71
XXV. Gesundheitswesen	444	6,29
XXIV. Verwaltung	438	6,20
XVII. Bekleidungsgewerbe	418	5,92
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	418	5,92
V. Eisen- und Metallgewinnung	220	3,12
Übrige 19 Berufsgruppen	775	10,97
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**7 062**	**100,00**

Der Beschäftigungsanteil beträgt in Hamborn bei der männlichen Bevölkerung 67,04 (über 14 Jahre: 94,01), bei der weiblichen nur 11,86 (17,43) v. H. Bei den Männern ist der Anteil, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, ungefähr derselbe wie in Essen, bezogen auf die Erwachsenen ganz erheblich höher, und zwar am höchsten unter allen preußischen Großstädten, bei den Frauen liegt er fast am tiefsten unter allen Großstädten (nur Buer erreicht noch niedrigere Zahlen); jedenfalls ist hier auch der stärkste Männerüberschuß: die Frauen weisen gegenüber den Männern einen Fehlbetrag von 11,25 v. H. auf.

Die soziale Schichtung in Hamborn.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A–F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	6,57	4,97	7,60	2,16	10,09	30,59	14,21
Heimarbeiter (afr)	0,06	0,02	0,42	0,02	1,94	—	—
Angestellte (b)	14,87	12,69	28,84	8,20	21,06	34,58	50,37
Arbeiter (c)	76,19	81,92	20,75	89,54	54,40	31,24	12,86
Mithelfende (m)	0,79	0,40	10,37	0,08	12,51	3,59	22,56
Hausangestellte	2,02	—	32,02	—	—	—	—

In der Verteilung nach der sozialen Stellung weist Hamborn recht extreme Verhältnisse auf: der Anteil der männlichen Selbständigen ist mit Ausnahme der Abteilung C der niedrigste in allen preußischen Großstädten; überaus niedrig sind auch die Anteile der Heimarbeiter und der Angestellten (14,37 gegen 28,74), überaus hoch dagegen der Anteil der Arbeiter.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen liegen dagegen die Arbeiter erheblich unter, die Hausangestellten und Mithelfenden ebenso erheblich über dem Durchschnitt; die Hausangestellten erreichen hier den höchsten Satz unter allen preußischen Großstädten.

Anders ist es in der zahlenmäßig allerdings recht unbedeutenden Abteilung C, wo die männlichen Selbständigen über dem Durchschnitt liegen, während die Angestellten stark und die Arbeiter wenig dahinter zurückbleiben. Die weiblichen Mithelfenden liegen hier wieder überaus hoch, nur noch übertroffen von Königsberg. Aus alledem geht (ähnlich wie in Königsberg) hervor, daß in Hamborn das kleine Familiengeschäft überwiegt.

Hinsichtlich der Altersverteilung stehen bei den Erwerbstätigen die jüngeren Altersklassen im Vordergrund: die Männlichen unter 30 umfassen in Hamborn 47,54 v. H. gegen 38,80 im Durchschnitt, die Weiblichen unter 25 sogar 60,59 v. H. gegen 44,69, ähnlich wie in Mülheim.

Beim Familienstand zeigt sich wieder ein Mehr zugunsten der Ledigen, bei den Männern genau wie in Bochum, bei den Frauen in schwächerem Maße: Ledige 76,95 v. H. gegen 72,04 im Durchschnitt[1]) mit entsprechenden Minderbeträgen bei den beiden anderen Gruppen.

[1]) Vgl. S. 32.

Hindenburg O./S.

Die Einwohner von Hindenburg nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 469	1,20
B. Industrie und Handwerk	84 339	68,75
C. Handel und Verkehr	12 794	10,43
D. Verwaltung	5 461	4,45
E. Gesundheitswesen	1 428	1,17
F. Häusliche Dienste	3 008	2,45
G. Ohne Beruf	14 172	11,55
A—G. Sämtliche Einwohner	**122 671**	**100,00**

Mit dieser Verteilung erinnert Hindenburg einigermaßen an Gelsenkirchen und Bochum, von denen es allerdings vor allem durch den großen Anteil der Abteilung Ohne Beruf abweicht.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	49 744	40,55
XXVII. Ohne Beruf	14 172	11,55
V. Eisen- und Metallgewinnung	13 824	11,27
XX. Handelsgewerbe	6 374	5,20
XXIV. Verwaltung	5 461	4,45
XXII. Verkehrswesen	5 141	4,19
XVIII. Baugewerbe	4 455	3,63
Übrige 20 Berufsgruppen	23 500	19,16
Sämtliche Einwohner	**122 671**	**100,00**

Im Vergleich mit Bochum und Gelsenkirchen fehlen hier Maschinenbau und Häusliche Dienste; die ersten vier Gruppen sind die gleichen wie dort. Die beiden „Ausfuhrindustrien" umfassen hier mit 51,82 v. H. bereits mehr als die Hälfte der Einwohnerschaft.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
III. Bergbau	17 730	45,39
V. Eisen- und Metallgewinnung	5 353	13,70
XVIII. Baugewerbe	2 096	5,36
XXIV. Verwaltung	2 032	5,20
XX. Handelsgewerbe	1 957	5,01
XXII. Verkehrswesen	1 613	4,13
VI. Herstellung von Eisenwaren	1 358	3,48
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 300	3,33
Übrige 18 Berufsgruppen	5 625	14,40
Männliche Erwerbstätige zusammen	**39 064**	**100,00**

Die Anzahl der Gruppen ist hier die gleiche wie in Gelsenkirchen, nur erscheint hier anstatt des Maschinenbaus das Nahrungsmittelgewerbe. Der Anteil des Bergbaus liegt hier noch etwas höher als in Gelsenkirchen.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XXVI. Häusliche Dienste	2 170	25,94
XX. Handelsgewerbe	1 881	22,48
I. Landwirtschaft	731	8,74
XVII. Bekleidungsgewerbe	505	6,03
III. Bergbau	449	5,37
XXV. Gesundheitswesen	449	5,37
XXIV. Verwaltung	399	4,77
V. Eisen- und Metallgewinnung	322	3,85
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	307	3,67
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	296	3,54
Übrige 16 Berufsgruppen	857	10,24
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**8 366**	**100,00**

Wenn es sich hier auch um 10 Gruppen handelt, eine mehr als im Durchschnitt[1]), so fehlen hier doch zwei Gruppen des Durchschnitts, nämlich Elektrotechnische Industrie und Textilindustrie, dafür sind neu aufgetreten Landwirtschaft, Bergbau und Eisen- u. Metallgewinnung, besonders die letzten beiden eigentlich „männliche" Berufe. Der Bergbau erscheint auch sonst in keiner anderen preußischen Großstadt, die Eisen- und Metallgewinnung nur noch in Essen und Hamborn.

[1]) Vgl. S. 18.

Der Beschäftigungsanteil beträgt in Hindenburg bei den männlichen Personen 63,21 v. H. (über 14 Jahre: 88,39); daß der Anteil im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung der niedrigste unter allen preußischen Großstädten ist, erklärt sich also lediglich aus dem ziemlich geringen Erwachsenenanteil. Von den weiblichen Personen sind 13,74 (19,11) v. H. erwerbstätig, also noch etwas weniger als in Gelsenkirchen; auch hier haben wir einen Männerüberschuß, indem bei den Frauen im Vergleich mit den Männern 1,48 v. H. fehlen.

Die soziale Schichtung in Hindenburg.

Berufsstellung	Es entfielen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	8,30	6,31	12,85	3,35	10,63	26,06	29,53
Heimarbeiter (afr)	0,03	0,02	0,14	0,02	0,52	—	—
Angestellte (b)	17,93	17,73	21,65	10,89	15,50	40,67	39,52
Arbeiter (c)	70,58	75,39	29,54	86,13	64,90	30,27	14,61
Mithelfende (m)	1,25	0,53	13,16	0,11	8,45	3,00	16,31
Hausangestellte	1,85	0,02	22,66	—	—	—	—

Die soziale Verteilung der Gesamtbevölkerung und der Männlichen erinnert sehr deutlich an Gelsenkirchen. Bei den weiblichen Erwerbstätigen liegen die Selbständigen und Mithelfenden wesentlich über, die Angestellten und Heimarbeiter unter dem Durchschnitt.

In Abteilung C fällt der hohe Anteil der Selbständigen auf, der der höchste ist unter allen preußischen Großstädten, der Anteil der Angestellten ist fast ebenso gering wie in Königsberg.

Die Altersverteilung zeigt bei den männlichen Erwerbstätigen ganz starke Unterschiede gegenüber dem Durchschnitt[1]): die Altersklassen unter 40 Jahren umfassen in Hindenburg 71,47 v. H. gegen 60,42, also ein erhebliches Überwiegen der Jüngeren. Bei den Weiblichen gleichen sich die einzelnen Abweichungen mehr oder minder aus.

Die Verteilung der Erwerbstätigen nach dem Familienstand ist bei den männlichen die gleiche wie in Hamborn, bei den weiblichen sind die Abweichungen vom Durchschnitt nicht nennenswert.

München-Gladbach.

Die Einwohner von München-Gladbach nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	3 378	2,93
B. Industrie und Handwerk	68 031	59,00
C. Handel und Verkehr	22 671	19,66
D. Verwaltung	5 820	5,05
E. Gesundheitswesen	2 130	1,85
F. Häusliche Dienste	3 459	3,00
G. Ohne Beruf	9 813	8,51
A—G. Sämtliche Einwohner	**115 302**	**100,00**

Die Berufsverteilung erinnert hinsichtlich der Abteilung B am stärksten an Mülheim, hinsichtlich der Abteilung C am stärksten an Barmen, mit dem München-Gladbach wohl innerlich die meiste Verwandtschaft hat. Die Landwirtschaft verfügt hier über den größten Anteil unter allen preußischen Großstädten.

[1]) Vgl. S. 29.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe		Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
X.	Textilindustrie	30 678	26,61
XX.	Handelsgewerbe	13 762	11,93
XXVII	Ohne Beruf	9 813	8,51
XVII.	Bekleidungsgewerbe	9 581	8,31
XVIII.	Baugewerbe	7 698	6,68
XXII.	Verkehrswesen	6 429	5,57
XXIV.	Verwaltung	5 820	5,05
VII.	Maschinenbau	4 612	4,00
XXVI.	Häusliche Dienste	3 459	3,00
	Übrige 18 Berufsgruppen	23 450	20,34
	Sämtliche Einwohner	**115 302**	100,00

Die Anzahl der wichtigsten Berufsgruppen ist dieselbe wie in Barmen, nur erscheinen hier anstatt der Herstellung von Eisenwaren die Häuslichen Dienste. Textilindustrie und Bekleidungsgewerbe geben auch hier der Stadt ihr Gepräge. An „Ausfuhrindustrien“ sind hier nur Textilindustrie, Bekleidungsgewerbe und Maschinenbau zu nennen mit zusammen 38,92 v. H. der Einwohner; der Charakter als Industriestadt dürfte damit immer noch gewahrt bleiben, wenn er auch undeutlicher ist als z. B. in Barmen.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe		Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
X.	Textilindustrie	10 411	28,56
XX.	Handelsgewerbe	4 586	12,58
XVIII.	Baugewerbe	2 979	8,17
XVII.	Bekleidungsgewerbe	2 449	6,72
VII.	Maschinenbau	2 174	5,97
XXII.	Verkehrswesen	2 106	5,78
XXIV.	Verwaltung	1 908	5,24
XVI.	Nahrungsmittelgewerbe	1 378	3,78
I.	Landwirtschaft	1 273	3,49
	Übrige 17 Berufsgruppen	7 184	19,71
	Männliche Erwerbstätige zusammen	**36 448**	100,00

Die Landwirtschaft taucht hier zum erstenmal bei den männlichen Erwerbstätigen auf und wird auch nur noch einmal, nämlich in Münster, eine gewisse Rolle spielen. Auch im übrigen weicht diese Zusammenstellung einigermaßen von Barmen ab; es fehlen hier von den dortigen Gruppen die Herstellung von Eisenwaren, das Holz- und Schnitzstoffgewerbe und die Papierindustrie, neu haben wir hier Landwirtschaft und Bekleidungsgewerbe, also insgesamt eine Gruppe weniger als dort.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe		Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
X.	Textilindustrie	6 678	34,11
XVII.	Bekleidungsgewerbe	3 981	20,34
XXVI.	Häusliche Dienste	2 682	13,70
XX.	Handelsgewerbe	2 424	12,38
I.	Landwirtschaft	883	4,51
XXV.	Gesundheitswesen	751	3,84
XXIV.	Verwaltung	625	3,19
	Übrige 19 Berufsgruppen	1 552	7,93
	Weibliche Erwerbstätige zusammen	**19 576**	100,00

Im Gegensatz zu Barmen erscheinen hier Landwirtschaft und Verwaltung, dagegen fehlt die dort vertretene Herstellung von Eisenwaren. Die ersten drei Gruppen umfassen hier zusammen ähnlich wie in Barmen 68,15 v. H., wobei in ihnen allerdings statt des Handelsgewerbes das Bekleidungsgewerbe erscheint. Die Häuslichen Dienste und noch mehr das Handelsgewerbe liegen diesmal tief unter dem Durchschnitt[1]) —, längst nicht in dem gleichen Maße Verwaltung und Gesundheitswesen.

Der Anteil der Erwerbstätigen beträgt bei den männlichen 66,32 v. H. (über 14 Jahre: 89,49), bei den weiblichen 32,44 (41,81), ist also bei den Frauen merklich überdurchschnittlich, obwohl der Frauenüberschuß mit 9,80 v. H. unter dem Durchschnitt liegt. Es ist der höchste weibliche Anteil unter allen Textil-Städten.

Die soziale Schichtung in München-Gladbach.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	19,29	17,02	6,05	11,08	3,51	32,63	18,16
Heimarbeiter (afr)	0,75	0,11	2,98	0,16	5,00	—	—
Angestellte (b)	20,83	21,34	16,09	13,67	6,16	35,97	48,88
Arbeiter (c)	14,66	59,91	54,25	74,82	82,77	29,01	11,70
Mithelfende (m)	2,15	1,61	8,28	0,27	2,56	2,34	21,26
Hausangestellte	2,32	0,01	12,35	—	—	—	—

Die soziale Verteilung erinnert einigermaßen an Barmen. Bei den weiblichen Erwerbstätigen, mit Ausnahme von C, bilden die meisten Anteilzahlen ein Extrem: die höchste Anteilzahl unter allen preußischen Großstädten erreichen hier die Arbeiter, die niedrigste die Selbständigen, Angestellten und Hausangestellten, in Abteilung B auch die Mithelfenden.

In Abteilung C tritt wieder die Bedeutung des kleinen Familienbetriebes, die wir schon in mehreren Industriestädten festzustellen hatten, in Erscheinung.

Bei der Altersgliederung haben die jüngeren Personen (bis zu 25 Jahren) den Vorzug: von den männlichen Erwerbstätigen umfassen die genannten Altersklassen 33,60 v. H. gegen 26,60 im Durchschnitt, von den weiblichen 54,45 v. H. gegen 44,69. Daß bei den Männlichen auch die ganz hohen Klassen etwas stärker besetzt sind als im Durchschnitt, ändert nichts an diesem Bild.

Beim Familienstand treten beiderseits die Ledigen (männliche 40,76 v. H. gegen durchschnittlich 36,42, weibliche 77,12 gegen 72,04) stärker hervor. Bei den Männern büßen die beiden anderen Gruppen entsprechend ein, bei den Frauen entfällt der ganze Verlust auf die Verwitweten und Geschiedenen (4,81 gegen 10,81 v. H.).

Münster.

Die Einwohner von Münster nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	3 000	2,82
B. Industrie und Handwerk	29 477	27,70
C. Handel und Verkehr	32 341	30,39
D. Verwaltung	16 717	15,71
E. Gesundheitswesen	3 265	3,07
F. Häusliche Dienste	6 222	5,84
G. Ohne Beruf	15 396	14,47
A—G. Sämtliche Einwohner	**106 418**	100,00

Münster ist so ziemlich in allem das Gegenteil einer Industriestadt. Jedenfalls ist hier der Industrieanteil der geringste, der überhaupt in einer preußischen Großstadt vorkommt, andrerseits der Verwaltungsanteil der größte derartige. Der Handel und Verkehr ist zwar stärker entwickelt als die Industrie, wird aber von anderen Städten im Ausmaß noch übertroffen. Die übrigen Abteilungen stehen anteilsmäßig sämtlich fast an erster Stelle.

[1]) Vgl. S. 18.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XXIV. Verwaltung	16 717	15,71
XX. Handelsgewerbe	15 578	14,64
XXVII. Ohne Beruf	15 396	14,47
XXII. Verkehrswesen	12 618	11,86
XVIII. Baugewerbe	8 285	7,78
XXVI. Häusliche Dienste	6 222	5,85
XVII. Bekleidungsgewerbe	5 233	4,92
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	3 551	3,33
XV. Gesundheitswesen	3 265	3,07
Übrige 18 Berufsgruppen	19 553	18,37
Sämtliche Einwohner	**106 418**	**100,00**

Es ist bezeichnend, aber bei der Provinzialhauptstadt verständlich, daß hier die Verwaltung an der ersten Stelle steht. Das dann folgende Handelsgewerbe erreicht noch nicht einmal ganz den großstädtischen Durchschnitt[1]), während das Verkehrswesen erheblich darüber liegt. Von den wenigen Industrien liegt nur das Baugewerbe über dem Durchschnitt. Als „Ausfuhrindustrie" ist hier kaum eine einzige anzusprechen.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXIV. Verwaltung	7 150	21,85
XX. Handelsgewerbe	5 608	17,14
XXII. Verkehrswesen	3 856	11,78
XVIII. Baugewerbe	3 490	10,67
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 457	4,45
XVII. Bekleidungsgewerbe	1 445	4,42
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1 344	4,11
I. Landwirtschaft	1 102	3,37
VI. Herstellung von Eisenwaren	1 040	3,18
Übrige 17 Berufsgruppen	6 228	19,03
Männliche Erwerbstätige zusammen	**32 720**	**100,00**

Mit Ausnahme der Landwirtschaft sind sämtliche hier genannten Berufsgruppen in den wichtigsten Berufen des großstädtischen Durchschnitts[2]) enthalten, es fehlen aber Maschinenbau, Eisen- und Metallgewinnung, Elektrotechnische Industrie und Bergbau, also die „schwere" Industrie und die meisten Eisen verarbeitenden Industrien.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	4 716	30,13
XX. Handelsgewerbe	2 592	16,56
XXIV. Verwaltung	1 880	12,01
XVII. Bekleidungsgewerbe	1 721	10,99
XXV. Gesundheitswesen	1 396	8,92
I. Landwirtschaft	891	5,69
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	860	5,49
Übrige 19 Berufsgruppen	1 599	10,21
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**15 655**	**100,00**

Der Anteil der Verwaltung ist auch hier weitaus der größte unter allen preußischen Großstädten. Die drei ersten Gruppen, zu denen hier auch die Verwaltung gehört, umfassen zusammen 58,70 v. H., also beinah genau soviel wie die drei ersten Gruppen des Durchschnitts. Handel und Bekleidungsgewerbe sind hier stark unterdurchschnittlich.

Der Beschäftigungsanteil beträgt in Münster bei den männlichen Personen 64,48 (über 14 Jahre : 82,41), bei den weiblichen 28,12 (34,96) v. H., ist also in beiden Fällen, besonders bei den Männlichen, unterdurchschnittlich. Bei den Männern ist der Anteil, gemessen an den Erwachsenen, der geringste unter allen preußischen Großstädten. Der Frauenüberschuß ist mit 9,73 v. H. auch etwas geringer als im Durchschnitt.

[1]) Vgl. S. 13. — [2]) desgl. S. 18.

Die soziale Schichtung in Münster.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	21,23	17,64	7,22	17,70	19,71	20,60	10,03
Heimarbeiter (afr)	0,47	0,36	0,24	0,98	0,90	—	—
Angestellte (b)	40,12	42,43	36,94	14,30	17,99	52,57	60,55
Arbeiter (c)	31,58	38,13	20,92	66,41	54,47	25,79	18,28
Mithelfende (m)	1,96	1,39	8,17	0,61	6,93	1,01	11,11
Hausangestellte	4,64	0,05	26,61	—	—	—	—

Unter den Berufszugehörigen und männlichen Erwerbstätigen überhaupt sowie in C (nicht in B) gibt es hier am meisten Angestellte und Beamte und am wenigsten Arbeiter von allen preußischen Großstädten. Erheblich über dem Durchschnitt liegen auch in Abteilung B die Selbständigen. Bei den weiblichen Erwerbstätigen in B erreichen die Selbständigen den höchsten Satz aller preußischen Großstädte, stark unterdurchschnittlich sind die Heimarbeiterinnen und Arbeiterinnen.

In der Verteilung nach dem Alter zeigen wieder die jüngeren Altersklassen der erwerbstätigen Männer einen gewissen Vorsprung: unter 30 Jahre alt sind in Münster 45,29 v. H. gegen 38,80 im Durchschnitt. Bei den weiblichen Erwerbstätigen fallen diesmal nicht die jüngeren aus dem Rahmen, sondern die Klassen von 20 bis zu 30 Jahren mit insgesamt 43,06 v. H. gegen 35,47 im Durchschnitt.

Die bereits erwähnten extremen Verhältnisse von Münster zeigen sich auch ganz besonders beim Familienstand: mit Ausnahme der männlichen Verwitweten und Geschiedenen sind alle Anteilzahlen die jeweils höchsten und niedrigsten unter den preußischen Großstädten. Über dem Durchschnitt liegen beiderseits die Ledigen (männliche 46,54, weibliche 87,69 v. H.), darunter die Verheirateten (51,72 und 8,55 v. H.) sowie die Verwitweten und Geschiedenen (1,74 und 3,83 v. H.).

Oberhausen.

Die Einwohner von Oberhausen nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	452	0,43
B. Industrie und Handwerk	71 462	67,78
C. Handel und Verkehr	17 887	16,96
D. Verwaltung	3 911	3,71
E. Gesundheitswesen	1 305	1,24
F. Häusliche Dienste	3 253	3,08
G. Ohne Beruf	7 166	6,80
A—G. Sämtliche Einwohner	**105 436**	**100,00**

Diese Verteilung erinnert noch am meisten an diejenige von Bochum, wenn auch die Anteile der Industrie und des Handels je etwas über den dortigen liegen. Die Landwirtschaft ist hier am geringsten unter allen preußischen Großstädten vertreten, die Verwaltung beinah am geringsten.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	27 180	25,78
V. Eisen- und Metallgewinnung	22 460	21,30
XXII. Verkehrswesen	9 059	8,59
XX. Handelsgewerbe	7 310	6,93
XXVII. Ohne Beruf	7 166	6,80
XVIII. Baugewerbe	6 318	5,99
VII. Maschinenbau	5 265	4,99
XXIV. Verwaltung	3 911	3,71
XXVI. Häusliche Dienste	3 253	3,0[illegible]
Übrige 18 Berufsgruppen	13 514	12,82
Sämtliche Einwohner	**105 436**	**100,00**

Es sind tatsächlich genau dieselben Berufsgruppen wie in Bochum (und Essen), wenn auch zum Teil in ganz anderer Reihenfolge. Bei dem führenden Beruf Bergbau sind auch die Anteilsätze ungefähr gleich. Die ersten drei Gruppen, zu denen hier das Verkehrswesen gehört, umfassen mit 55,67 v. H. weit mehr als die Hälfte der Einwohner. Das Handelsgewerbe liegt hier wieder noch niedriger als in Bochum. Die „Ausfuhrindustrien" Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung und Maschinenbau verfügen mit 52,07 v. H. schon für sich allein über mehr als die Hälfte der Einwohnerschaft.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
III. Bergbau	9 216	26,07
V. Eisen- und Metallgewinnung	8 583	24,28
XXII. Verkehrswesen	3 035	8,58
XVIII. Baugewerbe	2 853	8,07
VII. Maschinenbau	2 558	7,23
XX. Handelsgewerbe	2 302	6,51
XXIV. Verwaltung	1 265	3,58
Übrige 19 Berufsgruppen	5 544	15,68
Männliche Erwerbstätige zusammen	**35 356**	**100,00**

Auch hier finden sich wieder die gleichen Gruppen wie in Bochum und Essen.

Die wichtigsten Gruppen der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	2 464	33,07
XX. Handelsgewerbe	1 970	26,44
XVII. Bekleidungsgewerbe	611	8,20
XXV. Gesundheitswesen	475	6,38
XXIV. Verwaltung	424	5,69
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	405	5,44
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	297	3,99
Übrige 19 Berufsgruppen	804	10,79
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**7 450**	**100,00**

Die Ähnlichkeit mit Bochum erstreckt sich hier sogar auf die (fast identische) Reihenfolge. Das Bekleidungsgewerbe ist noch stärker unterdurchschnittlich als dort, trotzdem umfassen die drei ersten Gruppen mit 67,71 v. H. auch beinah denselben Bevölkerungsanteil wie dort.

Von der männlichen Gesamtbevölkerung sind in Oberhausen 65,77 v. H. (über 14 Jahre: 91,62) beschäftigt, von der weiblichen 14,41 (20,21). Diese Anteile ähneln denjenigen von Bochum, der weibliche ist allerdings noch merklich niedriger als dort, obwohl das Verhältnis zwischen Männern und Frauen hier fast genau das gleiche ist wie in Bochum: auf 100 Männer kommen hier 96,15, dort 96,05 Frauen.

Die soziale Schichtung in Oberhausen.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	8,87	6,87	10,35	3,67	12,80	19,28	19,58
Heimarbeiter (afr)	0,04	0,02	0,21	0,02	1,08	—	—
Angestellte (b)	19,70	18,17	29,41	10,40	22,92	41,08	48,37
Arbeiter (c)	68,05	74,47	20,21	85,82	53,35	37,63	14,15
Mithelfende (m)	0,85	0,44	8,81	0,09	9,85	2,01	17,90
Hausangestellte	2,49	0,03	31,01	—	—	—	—

Die soziale Gliederung ist am ehesten mit derjenigen von Bochum und Gelsenkirchen zu vergleichen. Diese Ähnlichkeit gilt allerdings nicht in Abteilung C.

Die Gliederung der Erwerbstätigen nach dem Alter zeigt dieselben Züge wie in Essen und Bochum, und zwar liegt der Anteil der männlichen Altersklassen unter 30 Jahren zwischen denen der beiden Städte, während der Anteil der weiblichen Klassen unter 25 Jahren fast genau mit demjenigen von Essen übereinstimmt.

Nicht viel anders ist es beim Familienstand: Die Verteilung der Männer ist ganz ähnlich wie in Essen, bei den Weiblichen ist der Anteil der Ledigen wesentlich geringer als in Essen, obwohl er immer noch ziemlich stark über dem Durchschnitt[1]) liegt, und erinnert mehr an Hamborn.

Wiesbaden.

Die Einwohner von Wiesbaden nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 810	1,76
B. Industrie und Handwerk	33 578	32,68
C. Handel und Verkehr	30 803	29,98
D. Verwaltung	10 354	10,08
E. Gesundheitswesen	4 334	4,22
F. Häusliche Dienste	6 233	6,07
G. Ohne Beruf	15 625	15,21
A—G. Sämtliche Einwohner	**102 737**	**100,00**

Eine ähnliche Berufsgliederung wie hier findet sich in keiner anderen preußischen Großstadt. Der Anteil von Industrie und Handwerk ist verhältnismäßig niedrig, der von Handel und Verkehr verhältnismäßig hoch, ebenso der der Verwaltung und der Häuslichen Dienste. Gesundheitswesen und Abteilung Ohne Beruf werden von keiner anderen Großstadt erreicht, durchaus erklärlich in Anbetracht der Tatsache, daß Wiesbaden Badeort und gleichzeitig „Pensionopolis" ist.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	17 593	17,12
XXVII. Ohne Beruf	15 625	15,21
XXIV. Verwaltung	10 354	10,08
XVII. Bekleidungsgewerbe	6 941	6,76
XXII. Verkehrswesen	6 762	6,58
XXVI. Häusliche Dienste	6 233	6,07
XVIII. Baugewerbe	6 157	5,99
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	5 908	5,75
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	4 540	4,42
XXV. Gesundheitswesen	4 334	4,22
Übrige 17 Berufsgruppen	18 290	17,80
Sämtliche Einwohner	**102 737**	**100,00**

Recht groß im Vergleich mit dem Durchschnitt[2]) ist der Anteil des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes, das sonst nirgends bei den Berufszugehörigen unter den wichtigsten Gruppen vorkommt. Zu den übrigen Gruppen, die nicht gleichzeitig Abteilungen sind, ist hier nichts weiter zu sagen.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	6 877	21,82
XXIV. Verwaltung	3 633	11,52
XVIII. Baugewerbe	2 548	8,08
XXII. Verkehrswesen	2 415	7,66
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 989	6,31
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 933	6,13
XVII. Bekleidungsgewerbe	1 882	5,97
XXV. Gesundheitswesen	1 310	4,16
VII. Maschinenbau	1 294	4,10
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	1 043	3,31
VI Herstellung von Eisenwaren	1 039	3,30
Übrige 15 Berufsgruppen	5 559	17,64
Männliche Erwerbstätige zusammen	**31 522**	**100,00**

[1]) Vgl S. 32. — [2]) desgl. S. 13.

Im Vergleich mit dem Durchschnitt[1]) fehlen hier Bergbau, Eisen- und Metallgewinnung und Elektrotechnische Industrie, neu dagegen erscheinen Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe und Gesundheitswesen. Die Anzahl der wichtigsten Gruppen ist hier ebenso groß wie in Berlin.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
XXVI. Häusliche Dienste	4 785	27,04
XX. Handelsgewerbe	3 255	18,40
XVII. Bekleidungsgewerbe	2 974	16,81
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	1 728	9,76
XXV. Gesundheitswesen	1 346	7,61
XXIV. Verwaltung	1 217	6,88
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	621	3,51
Übrige 19 Berufsgruppen	1 767	9,99
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**17 693**	**100,00**

Es sind dieselben 7 Berufsgruppen, die wir in einer ganzen Reihe von preußischen Großstädten gefunden haben: Königsberg, Stettin, Breslau, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen. Man ersieht wieder aus dieser Zusammenstellung, daß die Verteilung der weiblichen Berufe ziemlich unabhängig ist von dem Charakter der betreffenden Stadt. Die drei ersten Gruppen umfassen hier zusammen 62,25 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen, also etwas mehr als im Durchschnitt.

Der Beschäftigungsanteil beträgt hier bei der männlichen Bevölkerung 70,55 (über 14 Jahre: 86,71), bei der weiblichen 30,48 (35,50) v. H., liegt also im allgemeinen etwas unter dem Durchschnitt; daß Wiesbaden dabei den höchsten Frauenüberschuß (29,93 v. H.) aufweist, wurde oben[2]) schon bemerkt.

Die soziale Schichtung in Wiesbaden.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	23,61	23,27	10,90	21,26	17,27	27,35	13,23
Heimarbeiter (afr)	0,67	0,55	0,69	1,28	2,44	—	—
Angestellte (b)	30,77	32,21	28,25	15,44	17,41	41,79	47,16
Arbeiter (c)	38,14	43,08	29,30	61,39	56,21	29,88	26,52
Mithelfende (m)	1,66	0,75	6,65	0,63	6,67	0,98	13,09
Hausangestellte	5,15	0,14	24,21	—	—	—	—

Die Gliederung nach der sozialen Stellung bringt für Wiesbaden einige Höchstzahlen: wir finden hier den höchsten großstädtischen Anteil der männlichen Selbständigen außer in Abteilung C, bei den Berufszugehörigen auch der Hausangestellten.

Den höchsten großstädtischen Anteil haben wir hier auch bei den weiblichen Arbeitern in C, den niedrigsten bei den männlichen Arbeitern in B.

Die Altersverteilung entspricht im großen und ganzen dem Durchschnitt[3]); zwischen 40 und 60 Jahren ist bei beiden Geschlechtern ein kleiner Mehranteil für Wiesbaden wahrzunehmen.

Beim Familienstand zeigt sich für die Männer eine kleine Abschwächung der Ledigen, für die Frauen dagegen ein erheblicher Mehranteil: 79,25 v. H. gegen 72,04, und zwar vor allem auf Kosten der Verheirateten (11,69 gegen 17,15 v. H.).

[1]) Vgl. S. 18. — [2]) desgl. S. 10. — [3]) desgl. S. 29.

Hagen i./W.

Zum Schluß haben wir uns noch kurz mit den beiden Städten zu befassen, die an sich am Volkszählungstage noch keine Großstädte waren, Hagen und Buer.

Die Einwohner von Hagen nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	727	0,73
B. Industrie und Handwerk	52 900	53,04
C. Handel und Verkehr	27 336	27,41
D. Verwaltung	5 829	5,84
E. Gesundheitswesen	1 731	1,74
F. Häusliche Dienste	3 479	3,49
G. Ohne Beruf	7 734	7,75
A—G. Sämtliche Einwohner	**99 736**	**100,00**

Diese Verteilung kommt derjenigen von Krefeld noch am nächsten, besonders hinsichtlich der Industrie, weiterhin derjenigen von Düsseldorf.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufs-zugehörige	v. H. der Einwohner
XX. Handelsgewerbe	13 287	13,32
VI. Herstellung von Eisenwaren	11 926	11,96
XXII. Verkehrswesen	11 859	11,89
V. Eisen- und Metallgewinnung	9 489	9,51
XXVII. Ohne Beruf	7 734	7,76
XVIII. Baugewerbe	7 069	7,09
VII. Maschinenbau	6 315	6,33
XXIV. Verwaltung	5 829	5,84
VIII. Elektrotechnische Industrie	5 315	5,33
XXVI. Häusliche Dienste	3 479	3,49
Übrige 17 Berufsgruppen	17 434	17,48
Sämtliche Einwohner	**99 736**	**100,00**

Im Vergleich mit Düsseldorf — der hier noch am ehesten zulässig ist — fehlen Nahrungsmittel- und Bekleidungsgewerbe, dagegen findet sich hier die Elektrotechnische Industrie, sodaß sich insgesamt eine Berufsgruppe weniger ergibt. Eine besondere Rolle spielt hier die Herstellung von Eisenwaren mit dem größten Anteil unter allen preußischen Großstädten (gegen 2,68 v. H. im Durchschnitt). Auch die Elektrotechnische Industrie ist besonders erwähnenswert. Die Zusammenfassung der „Ausfuhrindustrien" Herstellung von Eisenwaren, Eisen- und Metallgewinnung, Maschinenbau und Elektrotechnische Industrie ergibt 33,13 v. H. der Bevölkerung, also fast genau soviel wie in Krefeld; auch wenn noch einige Restgruppen dazukommen, stellt Hagen keinesfalls eine reine Industriestadt dar.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbs-tätige	v. H. der Erwerbs-tätigen
VI. Herstellung von Eisenwaren	5 188	15,02
XX. Handelsgewerbe	4 511	13,06
XXII. Verkehrswesen	3 894	11,28
V. Eisen- und Metallgewinnung	3 885	11,25
XVIII. Baugewerbe	3 250	9,41
VII. Maschinenbau	2 743	7,94
VIII. Elektrotechnische Industrie	2 292	6,64
XXIV. Verwaltung	2 099	6,08
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	1 079	3,13
Übrige 17 Berufsgruppen	5 589	16,19
Männliche Erwerbstätige zusammen	**34 530**	**100,00**

Die Ähnlichkeit mit Düsseldorf ist hier noch größer als oben; es handelt sich um dieselbe Anzahl von Berufsgruppen, wobei hier nur anstatt des Holz- und Schnitzstoffgewerbes die Elektrotechnische Industrie erscheint.



Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XX. Handelsgewerbe	3 009	26,11
XXVI. Häusliche Dienste	2 960	25,69
XVII. Bekleidungsgewerbe	924	8,02
XXIV. Verwaltung	580	5,03
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	578	5,02
XXV. Gesundheitswesen	532	4,62
VI. Herstellung von Eisenwaren	514	4,46
VII. Maschinenbau	495	4,30
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	399	3,46
Übrige 17 Berufsgruppen	1 531	13,29
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**11 522**	**100,00**

Über Düsseldorf hinaus sind hier noch Herstellung von Eisenwaren und Maschinenbau vertreten, an Stelle der im Durchschnitt[1]) enthaltenen Elektrotechnischen und der Textilindustrie. Die Anzahl der Gruppen ist immerhin dieselbe wie im Durchschnitt; die drei „Standard"-Gruppen ergeben hier zusammen 59,82 v. H., also nur wenig mehr als dort.

Von der männlichen Bevölkerung Hagens sind 70,25 (über 14 Jahre: 91,19), von der weiblichen nur 22,78 (29,18) v. H. erwerbstätig. Bei den Männern ist also der Durchschnitt z. T. beinah erreicht, z. T. leicht überschritten, bei den Frauen dagegen liegt der Anteil stark darunter, entsprechend dem sehr viel geringeren Frauenüberschuß (2,92 v. H. der Männer).

Die soziale Schichtung in Hagen.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3)	14,38	12,32	7,65	8,26	8,31	20,57	12,00
Heimarbeiter (afr)	0,14	0,08	0,35	0,12	0,73	—	—
Angestellte (b)	28,69	26,70	33,08	13,49	22,84	47,03	58,41
Arbeiter (c)	52,45	60,39	26,95	77,96	62,17	31,30	14,98
Mithelfende (m)	1,20	0,50	7,63	0,17	5,95	1,10	14,61
Hausangestellte	3,14	0,01	24,34	—	—	—	—

Die Gliederung nach der sozialen Stellung weicht im allgemeinen wenig vom Durchschnitt ab.

Die Gliederung nach dem Alter zeigt ein deutliches Überwiegen der jüngeren Erwerbstätigen, besonders bei den Weiblichen. Die Männlichen unter 30 Jahren umfassen in Hagen 43,75 v. H. gegen 38,80 im Durchschnitt, die Weiblichen unter 25 Jahren sogar 60,08 v. H. gegen 44,69

Dementsprechend überwiegen auch beim Familienstand beiderseits die Ledigen: bei den Männlichen haben wir ganz ähnliche Anteile wie in Oberhausen, bei den Weiblichen wie in Mülheim.

Buer.

Die Einwohner von Buer nach Berufsabteilungen.

Abteilung	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
A. Landwirtschaft	1 957	1,98
B. Industrie und Handwerk	77 465	78,20
C. Handel und Verkehr	7 313	7,38
D. Verwaltung	3 702	3,74
E. Gesundheitswesen	805	0,81
F. Häusliche Dienste	2 061	2,08
G. Ohne Beruf	5 755	5,81
A—G. Sämtliche Einwohner	**99 058**	**100,00**

Die Ähnlichkeit mit Hamborn ist unverkennbar. Genau wie dort finden sich auch hier einige Minima: die Anteile des Handels und Verkehrs, des Gesundheitswesens und der Häuslichen Dienste sind die niedrigsten unter allen preußischen Großstädten.

Die Einwohner nach Berufsgruppen.

Gruppe	Berufszugehörige	v. H. der Einwohner
III. Bergbau	67 726	68,37
XXVII. Ohne Beruf	5 755	5,81
XX. Handelsgewerbe	4 308	4,35
XVIII. Baugewerbe	4 110	4,15
XXIV. Verwaltung	3 702	3,74
Übrige 22 Berufsgruppen	13 457	13,58
Sämtliche Einwohner	**99 058**	**100,00**

Wir haben hier noch eine Berufsgruppe weniger als in Hamborn, und zwar fehlt die dort ziemlich wichtige Eisen- und Metallgewinnung. Buer ist die Bergbaustadt, denn dieser Erwerbszweig umfaßt allein bereits mehr Einwohner (verhältnismäßig) als dort Bergbau und Eisengewinnung zusammen. Alle anderen Berufe verschwinden daneben.

Die wichtigsten Berufe der männlichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
III. Bergbau	22 080	71,13
XVIII. Baugewerbe	2 070	6,67
XX. Handelsgewerbe	1 178	3,79
XXIV. Verwaltung	1 143	3,68
Übrige 22 Berufsgruppen	4 572	14,73
Männliche Erwerbstätige zusammen	**31 043**	**100,00**

Auch diese Zusammenstellung unterscheidet sich von Hamborn nur durch das Fehlen der Eisen- und Metallgewinnung.

Die wichtigsten Berufe der weiblichen Erwerbstätigen.

Gruppe	Erwerbstätige	v. H. der Erwerbstätigen
XXVI. Häusliche Dienste	1 621	31,57
XX. Handelsgewerbe	1 296	25,24
I. Landwirtschaft	652	12,70
XXIV. Verwaltung	323	6,29
XVII. Bekleidungsgewerbe	318	6,19
XXV. Gesundheitswesen	306	5,96
XXIII. Gastwirtschaftsgewerbe	208	4,05
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	196	3,81
Übrige 19 Berufsgruppen	215	4,19
Weibliche Erwerbstätige zusammen	**5 135**	**100,00**

Hier finden wir genau dieselben Gruppen wieder wie in Mülheim. Die auch hier vertretene Landwirtschaft weist den größten Anteil der preußischen Großstädte auf. Die drei ersten Gruppen umfassen zusammengenommen bereits 69,51 v. H. der weiblichen Erwerbstätigen, also weit mehr als im großstädtischen Durchschnitt[1]).

Der Beschäftigungsanteil beträgt in Buer bei der männlichen Bevölkerung 60,60 (über 14 Jahre: 91,12), bei der weiblichen 10,73 (16,33) v. H. Es sind in beiden Fällen im Vergleich mit der Gesamtbevölkerung die geringsten überhaupt erreichten Sätze, bei den Frauen auch im Vergleich mit den Erwachsenen (über 14 Jahre). Bei den Männern entspricht dem auch der niedrigste Anteil der über 14 Jahre alten Personen (66,50 v. H. aller Männlichen), die ihrerseits einen normalen Beschäftigungsanteil aufweisen. Bei den Frauen ist daran zu erinnern, daß im Vergleich mit der männlichen Bevölkerung hier 6,62 v. H. fehlen — wenn der Männerüberschuß, wie erwähnt, auch in Hamborn noch etwas größer ist.

[1]) Vgl. S. 18.

[1]) Vgl. S. 18.

Die soziale Schichtung in Buer.

Berufsstellung	Es entfallen auf 100						
	Berufszugehörige in A—F	Erwerbstätige der Abteilungen					
		A—F		B. Industrie		C. Handel	
		m.	w.	m.	w.	m.	w.
Selbständige (a1—a3) .	6,91	5,58	8,76	2,37	13,94	33,04	16,14
Heimarbeiter (afr) . . .	0,02	0,01	0,12	0,01	0,86	—	—
Angestellte (b)	11,56	10,36	27,87	5,66	19,40	30,64	54,20
Arbeiter (c)	78,58	83,35	16,28	91,91	48,42	33,04	9,43
Mithelfende (m)	1,25	0,68	17,70	0,05	17,38	3,28	20,23
Hausangestellte	1,63	0,02	29,27	—	—	—	—

Die soziale Verteilung erinnert stark an Hamborn, doch zeichnet sich Buer ganz besonders durch Extreme aus: am größten unter allen preußischen Großstädten ist hier der Anteil der männlichen Arbeiter, außer in Abteilung C, am geringsten die Anteile der Angestellten und Heimarbeiter. Fast am tiefsten liegt auch der Anteil der Selbständigen.

Bei den weiblichen Erwerbstätigen weisen den höchsten Anteil aller preußischen Großstädte die Mithelfenden auf (in Abteilung C immerhin einen überaus hohen Anteil), den geringsten die Arbeiter.

In Abteilung C ist außerdem der Anteil der männlichen Selbständigen der größte unter allen preußischen Großstädten.

Die Altersverteilung ähnelt ganz stark derjenigen von Hamborn: in Buer umfassen die Männlichen unter 30 Jahren 48,07, die Weiblichen unter 25 Jahren 60,00 v. H.

Beim Familienstand endlich zeigen die männlichen Erwerbstätigen einen etwas größeren Anteil bei den Ledigen, dafür etwas weniger bei den Verwitweten und Geschiedenen; bei den Weiblichen überwiegen die Ledigen (77,18 gegen 72,04 v. H.) auf Kosten der Verwitweten und Geschiedenen (4,65 gegen 10,81 v. H.).

2. Beschreibung der wichtigsten Großstadttypen.

Bereits bei der Darstellung der einzelnen preußischen Großstädte war des öfteren Gelegenheit, von dem allgemeinen Charakter der einen oder anderen Stadt zu sprechen, sie als typische Industriestadt, als Handelsstadt, als Beamten- und Rentnerstadt zu bezeichnen. Wodurch wird nun dieser Charakter bestimmt? Wie schon bei der Feststellung des Stadtbegriffs selbst folgen wir auch hier den Ausführungen Sombarts in seinem „Hochkapitalismus“[1]), wo er insbesondere bezüglich der Industriestadt darauf hinweist, daß für diese nicht der Umfang der gesamten Industrie (Abteilung B der Berufszählung), sondern nur der der „Ausfuhrindustrien“ entscheidend sein könne[2]). Selbstverständlich kann nicht daran gedacht werden, etwa alle „Städtebildner“ in diesen Großstädten im einzelnen nachzuweisen, wir müssen uns vielmehr damit begnügen, die Haupttypen herauszugreifen und die einzelnen Städte auf diese mehr oder minder genau zu verteilen.

I. Was zunächst die Industriestädte angeht, so wollen wir als ausgesprochene Industriestädte diejenigen bezeichnen, in denen sich mehr als die Hälfte der Einwohner von Ausfuhrindustrien ernähren. Die Anzahl dieser Städte ist gar nicht so groß, wie man gemeinhin vermutet. Es handelt sich in Preußen um Buer, Hamborn, Gelsenkirchen, Hindenburg, Oberhausen, Bochum; die Städte sind in der Reihenfolge ihres ausfuhrindustriellen Anteils wiedergegeben. Mit Ausnahme von Hindenburg sind es ausschließlich Orte des rheinisch-westfälischen Industriegebiets. Gemeinsam ist ihnen allen der starke Anteil des Bergbaus (25,78 bis 68,37 v. H.). Weiter ist allen diesen Städten folgendes eigentümlich: An Stelle des sonst üblichen Frauenüberschusses weisen sie samt und sonders einen

[1]) Der moderne Kapitalismus III, 1, S. 399 ff. — [2]) Vgl. die Ausführungen bei Berlin, oben S. 52.

nicht unbeträchtlichen Männerüberschuß auf[1]). Sie sind gleichzeitig ausgesprochene „Arbeiterstädte“: während die Arbeiter im Großstadt- und im Staatsdurchschnitt[2]) nur die Hälfte (49,82 und 49,27 v. H.) der Einwohner ausmachen, nehmen sie hier zwei Drittel und mehr der Bevölkerung der Abteilungen A bis F ein (genau 65,34 bis 78,58 v. H.). Sämtliche anderen Städte, auch diejenigen mit erheblicher Industrie, bleiben mit ihren Arbeiteranteilen deutlich, zum Teil sehr weit dahinter zurück. In der Abteilung B (Industrie und Handwerk) allein schwankt der Arbeiteranteil bei den männlichen Erwerbstätigen gar zwischen 84,93 und 91,91 v. H., während er im Durchschnitt nur 73,81 (im Staat 76,80) v. H. beträgt. Auffallend ist auch, daß fast in allen diesen Städten von den Frauen über 14 Jahre weniger als $^1/_5$ erwerbstätig ist; in Oberhausen sind es 20,21 und nur in Bochum etwas mehr, nämlich 23,01 v. H. Die Ähnlichkeit dieser 6 Städte bezieht sich auch auf das Alter: in allen treten die jüngeren Altersklassen der Erwerbstätigen gegenüber dem Durchschnitt stärker hervor; bei den Männern umfassen die Erwerbstätigen unter 30 Jahren zwischen 45 und 48 v. H. (gegen 38,80 im Durchschnitt), bei den Frauen 60—63 v. H (gegen 44,68). Einzig in Hindenburg ist dieser Unterschied bei den Frauen nicht in diesem Maße vorhanden; bei den Männern erstreckt sich die Abweichung vom Durchschnitt bis zur Altersklasse unter 40 Jahren. Das ebenfalls vorhandene stärkere Hervortreten der ledigen Erwerbstätigen in diesen Städten gibt keinen so ausgesprochenen Unterschied gegen die übrigen Städte ab.

Mit einigem Recht dürfen wir 6 weitere Städte noch annähernd als Industriestädte bezeichnen, weil in ihnen der Anteil der Ausfuhrindustrien mehr als 40 v. H. der Gesamtbevölkerung ausmacht. In erster Linie sind hier zu nennen Barmen und Essen, in denen die Ausfuhrindustrie annähernd die Hälfte erreicht und die Abteilung C (Handel und Verkehr) weniger als $^1/_5$ ausmacht; dann kommen Dortmund, Duisburg, Mülheim, M.-Gladbach mit etwa 45 v. H. an Ausfuhrindustrie, 20—23 v. H. in Abteilung C. Eine Besonderheit zeigen hier noch Barmen und M.-Gladbach als „Textil“-Städte mit 27—30 v. H. der Einwohner in der Textilindustrie, während die vier anderen Städte sich als solche der schweren Industrie kennzeichnen; in Duisburg und Mülheim hebt sich die Eisengewinnung allein hervor, in Essen und Dortmund außerdem der Bergbau. Den beiden Textilstädten ist auch ein ziemlich erheblicher Frauenüberschuß eigentümlich, während in den vier schwerindustriellen Städten entweder Männerüberschuß oder Gleichheit der Geschlechtsanteile besteht. Gemessen am Arbeiteranteil schließen sich diese Städte genau an die oben genannten ausgesprochenen Industriestädte an, und zwar kommen zuerst die schwerindustriellen Städte mit 60,65 bis 61,65 v. H., dann die Textilstädte mit 53,39 und 54,66 v. H. In der Abteilung B. Industrie und Handwerk selbst liegen die Arbeiter der vier schwerindustriellen Städte mit 80,41 bis 81,85 v. H. der männlichen Erwerbstätigen über dem Anteil aller noch nicht genannten Großstädte, während die Anteile in den beiden Textilstädten (74,82 und 71,59 v. H.) doch noch in einigen Fällen von anderen Städten übertroffen werden. Ein ganz ähnlicher Unterschied zeigt sich bei dem Beschäftigungsanteil der weiblichen Personen über 14 Jahre: er ist mit 22,09 bis 25,44 v. H. bei den vier schwerindustriellen Städten ähnlich niedrig wie bei den ausgesprochenen Industriestädten, liegt dagegen bei den beiden Textilstädten überaus hoch (41,81 und 38,10 v. H.). Nicht minder deutlich ist der Unterschied der beiden Arten von Städten bei der Altersgruppierung: in den schwerindustriellen Städten umfassen die männlichen Erwerbstätigen unter 30 Jahren ähnlich wie oben 45—47 v. H., die weiblichen unter 25 Jahren 61—63 v. H. der Erwerbstätigen;

[1]) Vgl. oben S. 10. — [2]) desgl. S. 26.

in Barmen dagegen weichen die Männer im Alter kaum vom Durchschnitt ab, bei den Frauen tritt auch noch die Altersklasse von 25—30 Jahren hervor, in M.-Gladbach bleibt diese Altersklasse bei den Männlichen unter dem Durchschnitt. Für den Familienstand gilt dasselbe wie bei den ausgesprochenen Industriestädten.

Als in gewissem Sinne für die Industriestädte charakteristisch hatten wir oben[1]) noch die verhältnismäßig geringe Anzahl der wichtigsten Gruppen der männlichen Erwerbstätigen bezeichnet. Wenn man bedenkt, daß in Buer nur vier Gruppen mit mehr als 3 v. H. der männlichen Erwerbstätigen überhaupt ermittelt wurden, in Hamborn nur fünf, so ist einzusehen, daß dieses Merkmal tatsächlich in den Industriestädten eine gewisse Rolle spielt, und zwar offenbar umso mehr, je stärker der Charakter als Industriestadt ausgeprägt ist. Im allgemeinen wird die Anzahl von 8 dieser wichtigsten Gruppen nicht überschritten, nur M.-Gladbach (allerdings auch Mülheim!) zeigt 9, Barmen sogar 10 solcher Gruppen. Die Einseitigkeit der Erwerbsrichtungen scheint also für die ausgesprochenen Industriestädte unbedingt typisch zu sein, nicht dagegen für die Textilstädte.

Ein weiteres Merkmal der Industriestädte ist der größere Kinderreichtum (Anteil der Personen unter 14 Jahren), obwohl auch diese Tatsache nicht durchweg zutrifft. Während sich im Durchschnitt aller Großstädte im Alter von weniger als 14 Jahren nur 20,65 v. H. der männlichen Personen befinden, schwankt dieser Anteil bei den genannten Industriestädten — abgesehen von Barmen — zwischen 24,23 und 33,50 v. H., und zwar ist er umso höher, je größer der Industrieanteil ist. Bei den Weiblichen schwanken die Anteilzahlen zwischen 22,42 und 34,27 v. H. bei einem durchschnittlichen Anteil der Personen unter 14 Jahren von 18,07 v. H. Bei beiden Geschlechtern werden die genannten Anteilsätze von den anderen Großstädten nicht erreicht, vielmehr ist dort die Kinderzahl meist sehr viel geringer. Das trifft allerdings merkwürdigerweise auch auf Barmen zu mit einem Kinderanteil von 20,69 und 17,60 v. H.

II. Während sich so der Typus der Industriestadt mit einiger Sicherheit auf Grund klarer Merkmale aus der Erscheinung der Großstadt heraus entwickeln läßt, ist die Abgrenzung der anderen Typen nicht so einfach vorzunehmen. Jedoch wollen wir versuchen, wenigstens einige als solche erkennbare Handels- und Verkehrsstädte zu beschreiben. Wenn man dazu diejenigen zählt, in denen der Umfang der Abteilung C etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmacht und gleichzeitig die etwa vorhandenen Ausfuhrindustrien mit ihrem Anteil ganz wesentlich darunter liegen, so haben wir hier zu nennen Frankfurt a. M., Königsberg i. Pr., Köln und Breslau. Die Abteilung C nimmt in diesen Städten 32,10—35,03 v. H. der Gesamtbevölkerung ein, die Ausfuhrindustrien höchstens 20 v. H. Da zu erwarten ist, daß in Handelsstädten der Anteil der Angestellten besonders hoch ist, sei festgestellt, daß er in diesen Städten zwischen 30,08 und 34,57 v. H. der Bevölkerung (der Abteilungen A—F) schwankt. Höhere Anteile finden sich zwar noch in Münster und Kassel, jedoch gehören diese Städte aus anderen Gründen nicht hierher. Zum Vergleich sei bemerkt, daß in den — ausgesprochenen und annähernden — Industriestädten der Anteil der Angestellten zwischen 11,56 und 24,25 v. H. schwankte. Die Verteilung der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung nach dem Alter entspricht hier überall im großen und ganzen dem Durchschnitt.

Es ist bestimmt kein Zufall, daß die ausgesprochenen Handelsstädte, wenn man von Königsberg absieht, mit zu den allergrößten Großstädten gehören: Köln, Breslau und Frankfurt erscheinen der Einwohnerzahl nach an 2., 3. und 5. Stelle. Ebenso sicher ist es auf der anderen Seite kein Zufall, daß die ausgesprochenen Industriestädte an 32. (also letzter), 25., 15., 26., 29. und 14. Stelle der Großstädte stehen und von den annähernden, Essen ausgenommen, keine höher steht als an 8. Stelle. Mit dem Größerwerden der Stadt verlieren sie in der Regel immer mehr ihren Industriecharakter und nehmen den Charakter der Handelsstadt an; oder, wie es Sombart[1]) ausdrückt: „Die Großstadt ist also in immer geringerem Maße „Industriestadt,“ das heißt: lebt in immer geringerem Umfang von ihrer gewerblichen Tätigkeit“ (als Beispiel führt er dann Berlin an).

Wenn wir, ähnlich wie oben bei den Industriestädten, jetzt den ausgesprochenen auch die annähernden Handels- und Verkehrsstädte folgen lassen, so soll mit dieser Reihenfolge nicht gesagt sein, daß in den noch zu nennenden Städten der Charakter der Handelsstadt unbedingt geringer ausgeprägt sei als in den vier oben genannten. Die folgenden Städte unterscheiden sich vielmehr von den genannten vor allem dadurch, daß in ihnen der Anteil der Ausfuhrindustrien nicht unerheblich größer ist als dort, und zwar beträgt er durchweg ein Viertel und etwas mehr der gesamten Bevölkerung, überschreitet aber nie 30 v. H. Der Anteil der Abteilung C an der Gesamtbevölkerung ist nur in einem Fall (Altona) höher als in den vier obigen Städten, er schwankt sonst zwischen 26,25 und 31,07 v. H. Der durchschnittliche Anteil der Abteilung C (in sämtlichen 32 Großstädten) beträgt 26,75 v. H. Es handelt sich also um die sechs Städte Altona, Stettin, Magdeburg, Halle a. S., Berlin, Hannover; die letzte, deren Handelsanteil leicht unter dem durchschnittlichen liegt, ist hier nur mit einigem Vorbehalt aufzuführen. Der Anteil der Angestellten an der Gesamtbevölkerung (der Abteilungen A—F) bewegt sich hier zwischen 28,52 und 31,69 v. H.; abgesehen von dem einen Falle Altonas liegt er immer über 30 v. H. und damit fast durchweg über dem Anteil der Industriestädte und der noch nicht behandelten Städte. Auch in diesen Städten entspricht die Altersverteilung der Erwerbstätigen im großen und ganzen dem Durchschnitt, wenn auch in Magdeburg und besonders in Halle unter den weiblichen die jüngeren Altersklassen stärker hervortreten. Berlin allerdings erscheint einigermaßen überaltert, wie bereits bei Beschreibung der Stadt selbst zu bemerken Veranlassung war. Der Einwohnerzahl nach gehören diese Städte, von Berlin abgesehen, zu den mittleren, denn sie verteilen sich zwischen der 7. und 18. Stelle der Großstädte.

Weitere gemeinsame Merkmale für diese 10 Handels- und Verkehrsstädte — wie oben bei den Industriestädten — lassen sich nur schwer feststellen. Was z. B. den Beschäftigungsanteil angeht, so ist er bei den Männlichen (über 14 Jahre) nie übermäßig hoch (zwischen 85,68 und 91,31 v. H.), bei den Weiblichen dagegen teilweise recht niedrig, wenn auch nie unter 30,65 v. H. (der über 14 jährigen), teilweise extrem hoch: in Berlin und Breslau beträgt er 42,65 und 42,23 v. H. Während für die Industriestädte im allgemeinen eine gewisse Einseitigkeit der Erwerbsrichtungen typisch war, scheint bei den Handelsstädten durchweg eine größere Mannigfaltigkeit obzuwalten: Die Anzahl der wichtigsten Gruppen der männlichen Erwerbwerbstätigen beläuft sich in den zehn Handelsstädten auf 8—11 (durchschnittlich 9,3 gegen 7,5 bei den Industriestädten). War den Industriestädten mit einer einzigen Ausnahme ein ziemlich starker Kinderreichtum eigentümlich, so zeichnen sich die Handelsstädte im allgemeinen durch eine wesentlich geringere Kinderzahl aus: Der Anteil der männlichen Personen unter 14 Jahren an den männlichen überhaupt schwankt — abgesehen von Königsberg, wo er mit 24,02 v. H. demjenigen von Mülheim nahekommt — zwischen

[1]) Vgl. S. 55.

[1]) A. a. O. S. 411.

16,60 und 22,59 v. H. Am niedrigsten, und zwar unterdurchschnittlich, ist er in Berlin, Frankfurt a. M., Hannover, Altona, Magdeburg und Stettin. Mit Ausnahme von Wiesbaden liegt er auch sonst in keiner anderen preußischen Großstadt tiefer. Bei den weiblichen Personen schwankt der Anteil zwischen 13,79 und 19,86 v. H. und ist hier in denselben Städten wie bei den Männlichen sowie in Breslau unterdurchschnittlich (sonst allerdings noch in Wiesbaden, Krefeld und Elberfeld). Trotz den genannten Ausnahmen bleibt also die bei weitem geringere Kinderzahl der Handels- und Verkehrsstädte als Unterscheidungsmerkmal gegen die Industriestädte bestehen.

III. Sind so die Typen der Industriestadt einerseits, der Handels- und Verkehrsstadt andererseits einigermaßen klar einander gegenübergestellt, haben wir jetzt noch die bisher nicht behandelten zehn Städte ihrem wesentlichen Merkmal nach unterzubringen. Sieben davon sind zweifellos als **gemischte** Städte — Mischung von Industrie- und Handelsstadt — mit einem deutlichen Überwiegen des Industrieanteils zu bezeichnen, nämlich Krefeld, Hagen, Düsseldorf, Erfurt, Elberfeld, Aachen, Kiel, wiedergegeben in der Reihenfolge des, vermutlichen, Anteils an Ausfuhrindustrie. In den ersten drei Städten beträgt der ausfuhrindustrielle Anteil mehr als 30, aber weniger als 40 v. H., in den anderen Städten etwas über und unter 30 v. H., aber stets mehr als der Anteil von Handel und Verkehr (Abteilung C), der immer niedriger ist als 30 v. H. (28,50 in Erfurt, 21,52 in Kiel). Der Anteil der Abteilung C ist mit Ausnahme von Kiel etwa derselbe wie in Berlin, Halle und Hannover.

Was nun den industriellen Anteil dieser gemischten Städte angeht, so sind von ihnen als eisen- und metallindustriell anzusehen Hagen mit recht erheblichen Anteilsätzen in den Berufsgruppen V, VI und VII. Düsseldorf mit erheblichen Anteilen in den Gruppen V und VII, Kiel mit beinah 22 v. H. in der Gruppe VII (Schiffbau und Schiffsmaschinenbau); als Textil- (und Bekleidungs-) Städte treten hervor Krefeld und Elberfeld; in Aachen spielen neben der Textilindustrie noch die Gruppen VI und VII eine erheblichere Rolle, in Erfurt neben dem Bekleidungsgewerbe (mit 14 v. H.) noch die Maschinenindustrie, sodaß die beiden letztgenannten Städte auch hinsichtlich des Industrieanteils einen gemischten Charakter haben. Während der Textilanteil in Barmen und M.-Gladbach 27 bis 30 v. H. der Einwohner ausmacht, beträgt er hier nur 9 bis 15 v. H., sodaß wir erneut allen Anlaß haben, diese Städte nicht als reine Industriestädte zu bezeichnen.

Was die Anzahl der wichtigsten Gruppen (der männlichen Erwerbstätigen) anlangt, so ähneln die gemischten Städte im allgemeinen — ausgenommen Kiel mit 6 Gruppen — den Handelsstädten, denn diese Anzahl bewegt sich hier ebenfalls zwischen 8 und 11 (durchschnittlich 9,4). Der Kinderanteil ist leicht überdurchschnittlich, denn bei den männlichen Personen nehmen die unter 14 Jahre alten 20,68 bis 22,96 v. H. ein, bei den weiblichen 17,41 bis 21,95 v. H. Diese Anteilsätze gleichen den höheren Sätzen der Handelsstädte, gehen auch noch etwas darüber hinaus, bleiben aber ganz deutlich hinter denen der Industriestädte zurück.

Der gemischte Charakter dieser Städte tritt auch in der Geschlechtsverteilung in Erscheinung. Die drei Textilstädte (und Erfurt) haben genau wie Barmen und M.-Gladbach einen recht starken Frauenüberschuß, der übrigens größer ist als dort, Düsseldorf dagegen und vor allem Hagen und Kiel einen sehr viel geringeren Frauenüberschuß (2,92 bis 7,28 v. H.), aber immerhin nie einen Männerüberschuß. Der Beschäftigungsanteil der weiblichen Personen (über 14 Jahre) ist in Erfurt durchschnittlich, in den Textilstädten leicht überdurchschnittlich, in den Eisen- und Metallstädten erheblich unter dem Durchschnitt (25,35 bis 31,61 v. H.). Der Arbeiteranteil bewegt sich in diesen sieben Städten zwischen 46,32 und 52,45 v. H. der Bevölkerung (der Abteilungen A—F), ist also etwa durchschnittlich, während er in den reinen Industriestädten (ausgesprochenen wie annähernden) über 53 v. H. betragen hatte. Man sieht hier deutlich die Einwirkung des nicht industriellen Bevölkerungsteils der gemischten Städte, der den Arbeiteranteil auf den Durchschnitt herabdrückt. Vollends beim Alter wird der gemischte Charakter dieser sieben Städte deutlich: Während die reinen Industriestädte mit Ausnahme der Textilstädte die jüngeren Altersklassen bei beiden Geschlechtern bevorzugen und die Handelsstädte mehr eine durchschnittliche Altersverteilung zeigen, entsprechen jetzt Krefeld und Aachen sowie Kiel beiderseits dem Durchschnitt, in Düsseldorf, Elberfeld und Erfurt treten nur bei den Weiblichen die Jüngeren stärker hervor, in Hagen endlich bei beiden Geschlechtern.

IV. Noch nicht behandelt sind bisher die Städte Münster, Kassel und Wiesbaden. Man wird sie wohl am besten als **Beamten- und Rentnerstädte** bezeichnen, unbeschadet ihrer sonstigen Bevölkerungsteile. In allen drei Städten ist der Anteil der Abteilungen D (Verwaltung) und G (Ohne Beruf) recht hoch: 23,56 bis 30,18 v. H. der Gesamtbevölkerung. Ähnlich hohe Anteile werden zwar auch in Königsberg und Kiel erreicht, aber offenbar nur dank der Eigenschaft dieser beiden Städte als Provinzialhauptstadt, während ihr sonstiger Charakter als Handels- und gemischte Stadt außer allem Zweifel steht. Immerhin kann man, dieser Tatsache Rechnung tragend, wie es oben[1]) geschehen ist, Königsberg auch als Handels- und Verwaltungsstadt bezeichnen. Sieht man von Königsberg ab, so ist der Anteil der Abteilung G in diesen drei Städten mit 13,05 bis 15,21 v. H. der Bevölkerung am größten unter allen preußischen Großstädten, sieht man von Königsberg und Kiel ab, desgleichen der der Abteilung D mit 10,08 bis 15,71 v. H. Der Anteil der Abteilung C ist überall ziemlich gleich mit 29,03 bis 30,39 v. H. Die Ausfuhrindustrien nehmen in Münster und Wiesbaden weniger als 10 v. H. ein, in Kassel zwar mehr, aber doch weniger als 20 v. H. Immerhin verleiht hier der Maschinenbau der Stadt ein gewisses industrielles Gepräge. Der Anteil der Angestellten und Beamten (b-Personen) ist in Münster und Kassel mit 40,12 und 35,12 v. H. am größten unter allen preußischen Großstädten, derjenige von Wiesbaden (30,77 v. H.) wird zwar von einigen anderen Städten übertroffen, dafür ist aber hier der Anteil der Selbständigen mit 23,61 v. H. im übrigen unerreicht.

Als weitere übereinstimmende Merkmale dieser drei Städte sind folgende zu nennen: der Beschäftigungsanteil ist hier bei den männlichen und weiblichen Personen unterdurchschnittlich, besonders bei den männlichen in Münster und bei den weiblichen in Kassel. Die Anzahl der wichtigsten Berufsgruppen (der männlichen Erwerbstätigen) ist überall recht groß (9 bis 11). Beim Alter zeigen sich gewisse Verschiedenheiten; in Wiesbaden entspricht die Verteilung im großen und ganzen dem Durchschnitt, in Kassel bei den Männlichen ebenfalls, bei den Weiblichen treten die Jüngeren stärker hervor, in Münster ebenso bei den Männlichen, während hier unter den Weiblichen die Altersklasse 20 bis 30 Jahre eine größere Rolle spielt.

[1]) Vgl. oben S. 61.

Erfahrungen des Preußischen Statistischen Landesamts bei der Aufbereitung der Berufszählung vom 16. Juni 1925

unter besonderer Berücksichtigung des maschinellen Auszählverfahrens.

Von

Dr. Edgar Schulz, .

Wissenschaftlichem Hilfsarbeiter im Preußischen Statistischen Landesamt.

Die Arbeit hat den Zweck, die Erfahrungen, die bei der Aufbereitung der letzten Berufszählung innerhalb des Preußischen Statistischen Landesamts gemacht wurden, festzuhalten und für kommende Zählungen nutzbringend zu verwerten. Als Statistiker kann man die Berufszählung von 1925 im allgemeinen als gut gelungen bezeichnen. Auch der Außenstehende sieht nach Abschluß der Zählungen nur ein abgerundetes Ganzes. Es bleibt ihm jedoch verborgen, daß es für den Bearbeiter des Zählmaterials diesmal erhebliche und oft unvorhergesehene Schwierigkeiten in organisatorischer und wissenschaftlicher Hinsicht zu überwinden gab, die umso größer waren, als frühere Zählungen nie in dem Umfange durchgeführt waren, wie die als Volks-, Berufs- und Betriebszählung kombinierte vom 16. Juni 1925. Dies hat naturgemäß auch ihren Aufbereitungsumfang erheblich erweitert, abgesehen davon, daß jede dieser Erhebungen an sich durch ihren größeren Umfang bereits umfassendere Aufbereitungsarbeiten erforderte. Das trifft ganz besonders auf die Berufszählung zu. Auf ihre Unterscheidungsmerkmale auf systematischem Gebiete gegenüber der Zählung des Jahres 1907 ist schon vielfach hingewiesen worden. Sie müssen jedoch an dieser Stelle noch einmal kurz hervorgehoben werden, da sie in erster Linie als Grund für den größeren Aufbereitungsumfang der letzten Berufszählung genannt werden können. Bei den vorhergehenden Zählungen war die Zugehörigkeit der Berufstätigen zu einem Berufszweig auf der einen und zu einem Wirtschafts- oder Betriebszweig auf der anderen Seite nicht klar genug auseinandergehalten worden, was mit fortschreitender Industrialisierung als schwerwiegender Mangel empfunden werden mußte. Diese Unvollkommenheit wurde durch die Aufstellung einer neuen Berufsordnung beseitigt. Die Berufsarten, Berufsgruppen und Berufsabteilungen der Zählung vom Jahre 1907 wurden durch die Berufe, Wirtschafts (Betriebs-) zweige, Wirtschafts- (Betriebs-) gruppen und Wirtschafts- (Betriebs-) abteilungen von 1925 ersetzt. Früher erfaßte man im Fragebogen in einer einzigen Frage — wenigstens der Absicht nach — nur den persönlichen Beruf, sodaß z. B. der Schneider immer der Schneiderei (als Berufszweig), der Bäcker der Bäckerei, der Modelltischler, auch wenn er in einer Maschinenfabrik tätig war, der Tischlerei zugewiesen wurde. Die Zählung von 1925 ging so vor, daß sie den persönlichen Beruf in Verbindung mit dem Wirtschaftszweig, in dem er ausgeübt wurde, ermittelte. Es wurden also einmal alle Erwerbstätigen ihrem „tragenden" Betriebszweig zugeteilt, auf der anderen Seite jedoch der persönliche Beruf der Beschäftigten, soweit er sich noch auf ein bestimmtes Berufsbewußtsein gründete, unabhängig von dem betreffenden Betriebszweige festgestellt. Schon 1907 machte sich das Fehlen einer Kombination von Beruf und Betrieb unangenehm bemerkbar, sodaß bereits damals Ansätze zu einer gleichzeitigen Erfassung des Betriebszweiges erkennbar sind, besonders in den Fällen, wo der Berufstätige weniger durch den Beruf als solchen, als durch die **Stellung** im Beruf charakterisiert war (z. B. die angelernten und ungelernten Arbeiter, die meisten Angestellten!). Eigentlich stand dieses Verfahren im Widerspruch zu der Grundidee der damaligen Systematik. Durch die grundsätzliche Erfassung des Betriebszweiges bei der Berufszählung von 1925 kann man nunmehr zu Erkenntnissen hinsichtlich der Erwerbstätigkeit in den einzelnen Industrie- und Gewerbezweigen gelangen. Da, wie es allerdings auch schon 1907 geschah, gleichzeitig die Angehörigen der Erwerbstätigen erfaßt wurden, bietet die Berufszählung vom Jahre 1925 im allgemeinen zuverlässige Ergebnisse zur Beantwortung der Frage: Wie groß ist der Anteil der Bevölkerung, der aus einem bestimmten Betriebszweig, einer bestimmten Industrie seinen Lebensunterhalt bestreitet? Der Bedeutung des persönlichen Berufs wurde auch diesmal insoweit Rechnung getragen, als man in einer besonderen Tabelle „Zusammenfassung der Berufe" eine größere Zahl der wichtigsten handwerklichen und geistigen Berufe unter Beschränkung auf die sozial abhängige Stellung (a 3-, b- und c-Personen) neben ihrer Nachweisung in den einzelnen Wirtschaftszweigen auch unter der Bezeichnung ihres persönlichen Berufs summiert darstellte. Erreicht wurde hierdurch ein annähernder Überblick über eine gewisse Zahl von Berufen und die Häufigkeit ihres Vorkommens im Wirtschaftsleben. Weit über den Umfang der Zählung von 1907 hinaus geht der Versuch, diesmal im Rahmen der Berufszählung eine Familienstatistik zu schaffen, deren Fehlen schon oft unangenehm empfunden wurde. Der Erkenntniswert der hier in Frage kommenden Tabellen 3 A I und II (Die Einzel- und Familienhaushaltungen nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes) entspricht zwar nicht ganz den Erfordernissen einer speziellen Familienstatistik, da auf eine Erfassung der Kinder im Sinne des biologischen Familienbegriffs verzichtet wird; immerhin ist auf diese stark untergegliederte Tabelle bei der Bearbeitung sehr viel Mühe verwandt worden, sodaß auch durch die Aufnahme dieser Tabellen ins Reichsprogramm eine weitere erhebliche Mehrarbeit gegenüber 1907 zu bewältigen war.

I.

Bei der Darstellung der Erfahrungen betrachten wir zunächst die Zweckmäßigkeit der Fragestellung in der Haushaltungsliste und im Zusammenhang damit die Vollständigkeit der einzelnen Eintragungen. Im allgemeinen läßt sich feststellen, daß der **Berufsbegriff**, wie er der letzten Zählung

zu Grunde gelegt war[1]), richtig erfaßt wurde. Auf der anderen Seite sind allerdings zahlreiche Anzeichen dafür vorhanden, daß statt des gegenwärtig ausgeübten Berufs der „gelernte“ Beruf angegeben wurde. Vielleicht ließe sich in Zukunft die Zahl dieser Falscheintragungen auf ein Minimum zurückführen, wenn man die Frage nach dem Beruf so faßte: „Welchen Hauptberuf üben Sie zur Zeit aus?“. Jedenfalls würden sich hierdurch umständliche Erläuterungen, deren Wert wegen der geringen Beachtung, die sie gefunden haben, sowieso recht zweifelhaft erscheint, ganz erübrigen. Es ist hierbei hervorzuheben, daß ganz allgemein den Erläuterungen in viel zu geringem Umfange Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Gerade das Gegenteil gilt allerdings von den in der Haushaltungsliste vorgedruckten Musterbeispielen. Ihr Zweck, Richtlinien für typische Eintragungsfälle zu liefern, kann zwar im allgemeinen als erfüllt angesprochen werden, andererseits war jedoch leider in zahlreichen Fällen nicht nur eine starke Beeinflussung des Eintragenden, sondern sogar vielfach eine gedankenlose Übernahme ganzer Musterbeispiele zu beobachten. In erster Linie gilt dies für ausgesprochen landwirtschaftliche Bezirke, wo außerdem noch Verwechslungen bei der Eintragung von Haupt- und Nebenberuf durchaus nicht zu den Seltenheiten gehörten. In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß besonders bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung in zahlreichen Fällen bei Familienangehörigen die Eintragungen dahingehend berichtigt werden mußten, daß sie als „im Betriebe des Haushaltungsvorstandes mithelfend“ (sogenannte mithelfende Familienangehörige) anzusehen waren, obwohl sie sich nicht als solche bezeichnet hatten. Von sämtlichen in der Landwirtschaft hauptberuflich Erwerbstätigen, die als mithelfende Familienangehörige gezählt wurden, beruhen schätzungsweise 80 v. H. auf eigener Eintragung, während 20 v. H. nachgetragen wurden. An sich ein recht hoher Prozentsatz, der durchaus geeignet wäre, Zweifel an der Zuverlässigkeit dieser Ergebnisse aufkommen zu lassen. An Bedenken, diese Nachtragung durchzuführen, hat es selbstverständlich nicht gefehlt. Diese Bedenken mußten aber in den Hintergrund treten angesichts der Tatsache, daß die Eintragungen in der Haushaltungsliste von denen des Landwirtschaftsbogens stark abwichen. Wollte man nicht Gefahr laufen, am Schlusse der Zählung unerklärliche Differenzen zwischen Berufszählung und landwirtschaftlicher Betriebszählung in Kauf nehmen zu müssen, so konnte nur eine teilweise Übernahme der Eintragungen aus den Landwirtschaftsbogen in die Haushaltungsliste einen Ausweg schaffen. Maßgebend hierfür war der Gesichtspunkt, daß die Ausfüllung des Landwirtschaftsbogens vom Standpunkte des Betriebsinhabers erfolgt war, während in der Haushaltungsliste mehr oder weniger die Familienzugehörigkeit betont wurde. Solche Nachtragungen erfolgten selbstverständlich nur in zweifelsfreien Fällen. Auch im Nebenberuf wurden in diesem Falle Ergänzungen erforderlich, die, wenn auch nicht ganz so umfangreich, sich doch immer noch auf schätzungsweise 10 v. H. sämtlicher erfaßten Mithelfenden beliefen.

Wesentlich größere Schwierigkeiten entstanden bei Behandlung der sogenannten „untätigen Inhaber“. Hier war die Frage zu entscheiden, ob Ehefrauen oder Kinder, sofern sie neben dem beruflosen Haushaltungsvorstand als Eigentümer von Betrieben auftraten, im Sinne der Berufsstatistik als hauptberuflich Erwerbstätige anzusehen waren. Die Gesichtspunkte, nach denen derartige Zweifelsfälle entschieden wurden, waren im wesentlichen folgende: War aus den Eintragungen zu vermuten, daß Ehefrauen oder Kinder lediglich aus juristischen oder sonstigen formalen Gründen als Eigentümer von Betrieben bezeichnet wurden, während der Haushaltungs- und Familienvorstand als nicht erwerbstätig oder als Mithelfender auftrat, so wurde der Haushaltungs- bezw. Familienvorstand als Inhaber gezählt. Derartige Änderungen sind jedoch nur in geringerem Umfange vorgekommen. Im allgemeinen wurden ältere Kinder, die als Inhaber eingetragen waren, auch als solche gezählt, bei jüngeren Kindern erfolgte ihre Zuweisung zum Wirtschaftszweig 161 (Von eigenem Vermögen, von Renten und Pensionen Lebende), der ganz allgemein als Behelfsmittel für alle Zweifelsfälle am geeignetsten erschien. Bei gänzlich fehlenden Berufsangaben wurden vielfach Bürgermeister und Gemeindevorsteher zu Rückfragen veranlaßt. Boten sonstige Eintragungen Anhaltspunkte für die Art des Berufes, so konnten entsprechend Ergänzungen seitens des Bearbeiters eigenmächtig vorgenommen werden.

Wie bereits oben ausgeführt, haben Art und Form der Fragestellung in der Haushaltungsliste über Beruf, Berufsstellung und Betriebszugehörigkeit entschieden den gewünschten Erfolg in großen Zügen erreicht. Vielfach ging jedoch aus den Beantwortungen hervor, daß der Sinn der Fragestellung vom Eintragenden nicht richtig verstanden worden war. Besondere Schwierigkeiten hat in dieser Hinsicht die Frage nach der „Stellung im Beruf“ verursacht, die in erster Linie zu Mißverständnissen Veranlassung gab. Die Frage nach der „Stellung im Beruf“ erscheint dem Laien vielfach unverständlich, da ihre Fassung zu abstrakt wirkt. Selbst die aufklärenden Erläuterungen scheinen für eine richtige Eintragung nicht ausgereicht zu haben. Die zahlreichen falschen Antworten dürften allem Anschein nach auf das Fehlen einer direkten Fragestellung zurückzuführen sein. Es wäre deshalb vielleicht zu empfehlen, in Zukunft diese Fragestellung zu bevorzugen. Eine Fassung in der Form etwa „Sind Sie selbständig, sind Sie Angestellter, sind Sie Arbeiter, sind Sie Hausgewerbetreibender usw.“ könnte erheblich zur Ausschaltung vieler Falscheintragungen beitragen. Überhaupt sollte der Frage einer direkten Fragestellung überall dort, wo es noch nicht geschehen ist, vielleicht ganz allgemein näher getreten werden. Bekanntlich gehört die Formulierung mancher Frage in der Haushaltungsliste zu den schwierigsten Aufgaben für die Vorbereitung einer Erhebung. Von ihr hängt in entscheidendem Maße das ganze Ergebnis gewisser Teile einer Zählung ab. Die Hauptschwierigkeit in der Fragestellung liegt doch darin, daß der Sinn einer Frage allen Bevölkerungsschichten nur eindeutig verständlich sein muß. Ob dieses zu erstrebende Ziel wenigstens annähernd erreicht ist, sollte, wenn irgend möglich, bereits vor der eigentlichen Erhebung durch eine Probezählung festgestellt werden. Diese Probeerhebung dürfte allerdings nicht im Amte selbst erfolgen, da dessen Personal bereits hinlänglich statistisch geschult ist, um den Sinn der einzelnen Fragen richtig zu erfassen. Gedacht ist vielmehr an eine Probeerhebung in einer größeren nichtstatistischen Behörde oder in einem industriellen Betriebe, in dem erfahrungsgemäß die verschiedenstartigen Bevölkerungsschichten vertreten sind. Man würde hierdurch ganz gewiß wertvolle Anregungen zu den einzelnen Antworten für die endgültige Frageformulierung gewinnen. In diesem Zusammenhange muß auf den Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter als „Stellung im Beruf“ näher eingegangen werden. Gerade hier haben sich die Falscheintragungen in einem Umfange gehäuft, wie vielleicht sonst an keiner Stelle der Haushaltungsliste. Man konnte nicht im geringsten den Eindruck gewinnen, daß den Erläuterungen über den Begriff des Hausgewerbetreibenden

[1]) Max Weber: Grundrisse der Sozialökonomie, Wirtschaft und Gesellschaft I Tübingen 1921 S. 80: Beruf soll jene Spezifizierung, Spezialisierung und Kombination von Leistungen einer Person heißen, welche für sie Grundlage einer kontinuierlichen Versorgungs- oder Erwerbschance ist.

und Heimarbeiters Beachtung geschenkt war. Als Heimarbeiter oder Hausgewerbetreibende sollten sich nach der Erläuterung in der Haushaltungsliste bekanntlich alle diejenigen Personen bezeichnen, die in ihrer eigenen Wohnung oder in eigener oder in selbstgemieteter Werkstätte für einen anderen Meister, Fabrikanten, Verleger, Kaufmann oder für ein Geschäft arbeiten. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in den allermeisten Fällen, sofern die Erläuterungen überhaupt gelesen wurden, nur der erste Teil bezüglich der Ausübung des Gewerbes in eigener Wohnung beachtet wurde. Gerade diese Definition hat dahin geführt, daß besonders kleinere selbständige Gewerbetreibende, Handwerksmeister usw. auf sich die Definition des Hausgewerbetreibenden anwandten, nur weil sie ihr Gewerbe in eigenen Räumen ausübten. Glücklicherweise ließen sich in den allermeisten Fällen derartige falsche Eintragungen unter Zuhilfenahme des Gewerbebogens richtigstellen. Bei der umstrittenen Stellung des Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiters in sozialer Hinsicht erscheint es unzweifelhaft, daß mit seiner Zuweisung in die Rubrik der Selbständigen (a-Personen) in statistischer Hinsicht nicht das Richtige getroffen wurde. Bei den deutschen Berufszählungen konnten die beiden Begriffe des Hausgewerbetreibenden als verhältnismäßig selbstständigen Gewerbetreibenden und des Heimarbeiters als reiner Hilfsperson nicht von einander getrennt werden. Es erscheint fraglich, ob in Zukunft das Ziel erreicht werden kann. Auf jeden Fall aber bleibt es wünschenswert, den Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern zusammen eine besondere Stellung in der Systematik der Berufszählung zuzuweisen. Sie wären am zweckmäßigsten weder unter die a-Personen noch unter die c-Personen aufzunehmen, sondern müßten als „Fremdarbeiter" (fr-Personen) eine besondere Stellung erhalten. Damit ließe sich vielleicht am ehesten ihrer besonderen Bedeutung im Wirtschaftsleben auch statistisch Rechnung tragen.

Hervorgehoben werden muß, daß sich Art und Form der Fragestellung, in der die Betriebszugehörigkeit erfaßt werden sollte, im allgemeinen sehr gut bewährt hat. Hiermit dürfte der Beweis erbracht sein, daß sich das erstmalig bei dieser Berufszählung angewandte System einer kombinierten Erhebung von Beruf und Betrieb im Prinzip erfolgreich durchgesetzt hat, wenn auch in zahlreichen Fällen die Angabe des Betriebszweiges fehlte und nur der Name der Firma eingetragen war. Allerdings konnten hier zumeist an Hand der Gewerbebogen sowie von Adreßbüchern und sonstigen Nachschlagewerken fehlende Eintragungen ergänzend nachgetragen werden. Von der Möglichkeit, bei vollständig mangelnden Eintragungen Rückfrage zu halten, wurde nur in verhältnismäßig geringem Umfange Gebrauch gemacht. Nur dort, wo aus den Eintragungen auf eine größere Firma mit zahlreichem Personal geschlossen werden mußte und auch Nachschlagewerke versagten, konnte mit Rücksicht auf die Genauigkeit der Erhebung auf Rückfragen beim Magistrat usw. nicht verzichtet werden. Wesentlich umständlicher gestaltete sich jedoch die Verteilung der in „kombinierten Betrieben" (Hüttenzechen usw., Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken) beschäftigten Personen auf die einzelnen Wirtschaftszweige. Hier reichten die Eintragungen in vielen Fällen für eine genaue Aufbereitung nicht aus. Ganz besondere Schwierigkeiten verursachten in dieser Hinsicht die stark industriell durchsetzten Provinzen, in erster Linie Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau mit ihren Großbetrieben. Wenn trotzdem die Berufsaufteilung in den kombinierten Betrieben als gelungen bezeichnet werden kann, so ist dies in erster Linie auf interne Organisationsmaßnahmen der Berufszählung, auf welche in diesem Zusammenhange kurz eingegangen sei, zurückzuführen. Gleich zu Beginn der Bearbeitung zeigte sich, daß die jetzige Zählung wegen der fortgeschrittenen Spezialisierung der Wirtschaft seit 1907 ein Maß umfassender volkswirtschaftlicher Spezialkenntnisse und Erfahrungen verlangte, das bei einer einzelnen verantwortlichen Person weder vorausgesetzt noch von ihr verlangt werden konnte. Man ging daher im Interesse einer erfolgreichen Zählung dazu über, volkswirtschaftlich vorgebildetes Personal mit praktischer Tätigkeit in den einzelnen Industriezweigen als verantwortliche Bearbeiter für die einzelnen Wirtschaftsgruppen heranzuziehen, wobei genaue Kenntnis der Berufsstruktur Voraussetzung war. Der Entscheidung dieses speziell vorgebildeten Personals blieben sämtliche Zweifelsfragen, deren Zahl zu Beginn der Zählung naturgemäß sehr erheblich war, vorbehalten. Noch vor Beginn der allgemeinen Vorbereitungsarbeiten einer Provinz wurden Vorarbeiten über ihre charakteristischen Merkmale in volkswirtschaftlicher Hinsicht geleistet, wobei den industriellen Verhältnissen in ihrer örtlichen Verschiedenheit besonders Rechnung getragen wurde. Im allgemeinen wurden vorweg Verzeichnisse aufgestellt und die einzelnen Industriebetriebe ihren Wirtschaftszweigen zugewiesen. Bei kombinierten Betrieben erfolgte eine entsprechende Aufteilung der Werke, Betriebsabteilungen usw. auf die Wirtschaftszweige. Hierdurch erreichte man, daß dem Büropersonal, das die vielfach unzureichenden Angaben in den Haushaltungslisten zu bearbeiten und sie für die weitere schematische Auszählung mit Signaturen für die verschiedenen Betriebszweige zu versehen hatte, ein fest umrissenes Signierschema für die wichtigsten örtlichen Industrien und ihr Vorkommen bei einzelnen Großfirmen bereits vor Inangriffnahme eines Arbeitsteiles in die Hand gegeben werden konnte. Um eine möglichst genaue Aufteilung der einzelnen Berufe bei kombinierten Betrieben zu erzielen, wurden sogar oftmals von den Personalabteilungen größerer Werke Mitteilungen über die Höhe der Belegschaften in ihren einzelnen Abteilungen erbeten. Vergleiche mit den bereits gewonnenen Auszählungsergebnissen der Berufszählung ergaben dann meist das Resultat, daß unerklärliche Differenzen nur in den wenigsten Fällen vorhanden waren. Andererseits muß zugegeben werden, daß vielfach trotz aller Hilfsmittel die Zuweisung eines Berufes zu seinem Wirtschaftszweige nicht gelang, ohne daß man allerdings von einer Gefährdung des Gesamtergebnisses sprechen kann. Die umfassenden Arbeiten, welche der richtigen Erfassung der kombinierten Betriebe gewidmet wurden, waren für die Provinzen Rheinland, Westfalen und Hessen-Nassau in einem Nachschlagewerk, das dem Bearbeiter ausgehändigt wurde, niedergelegt. Es enthielt eine Aufteilung der hauptsächlichsten Firmen nach dem Sitz und der Art ihrer Unterbetriebe. Die Auffindung des einzelnen Betriebes wurde ermöglicht durch ein alphabetisches Stichwortverzeichnis.

Als weniger zuverlässig müssen die Berufszählungsergebnisse bezeichnet werden, die auf Grund einer Trennung von Industrieen nach Rohstoffen gewonnen wurden. Dies gilt in erster Linie für die Seiden-, Woll- und Baumwollindustrie. Anhaltspunktef ür die Zuweisung der einzelnen Berufe zu ihren Wirtschaftszweigen konnten bei mangelhaften Eintragungen vielfach nur unter dem Gesichtspunkte des „Industriestandortes" gefunden werden. So sprach z. B. eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß es sich bei einer Eintragung aus der Lausitzer Gegend um eine Firma handelte, die ausschließlich Baumwollfabrikate herstellte, während im Aachener Bezirk vornehmlich Woll- und Seidenwaren gefertigt werden. Soweit als irgend möglich wurden auch hier Nachschlagewerke benutzt, — leider mußte ein häufiges Versagen festgestellt werden, da es sich weitaus um kleinere Firmen handelte, die keine Aufnahme im Lexikon gefunden hatten — während in den allermeisten Fällen auf die Erhebung der

gewerblichen Betriebszählung zurückgegriffen wurde. Die gleichen Schwierigkeiten ergaben sich mehr oder weniger im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, in der Leder- und Linoleumindustrie sowie im Lebens- und Genußmittel- und im Bekleidungsgewerbe. Man kann hier die Ursache für die nicht hinreichende Erfassung der Berufe nach der Betriebszugehörigkeit ohne Zweifel zum Teil in einer zuweitgehenden Unterteilung der Berufssystematik nach Wirtschaftszweigen sehen, die beispielsweise beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zu einer sehr großen Zersplitterung dieser ganzen Wirtschaftsgruppe geführt hat. Bei einer künftigen Zählung sollte auch vom Standpunkte einer praktischen Signierarbeit zweckmäßigerweise eine zu weit spezialisierte Aufteilung unterbleiben. Die Trennung der Betriebe, in denen Kommunen oder der Staat als Unternehmer auftreten, von der im Wirtschaftszweig 137 (Reichs-, Landes-, Bezirks- und Gemeindeverwaltung, Rechtspflege und Strafvollzug) aufgenommenen reinen Verwaltung kann als gelungen bezeichnet werden. Als wesentliche Erleichterung wurden bei der Auszeichnung von Beruf und Betrieb die vom Statistischen Reichsamt aufgestellten Berufs- und Betriebsverzeichnisse — vgl. Bd. 402, I der Statistik des Deutschen Reiches — empfunden. Durch das Landesamt wurden allerdings erhebliche ergänzende Berufsnachtragungen vorgenommen, die besonders das alphabetische Berufsverzeichnis betrafen. Vielfach mußten bei einzelnen Berufen Unmöglichkeiten in der vorgezeichneten „Stellung im Beruf", die mit der Praxis des Berufslebens nicht im Einklang standen, berichtigt werden. In anderen Fällen hatte in die Verzeichnisse ein großer Teil von Benennungen Aufnahme gefunden, die in der Praxis wegen ihres geringfügigen Vorkommens wenig Bedeutung besitzen.

Bei der Gliederung nach der Stellung im Beruf erhebt sich die Frage, ob in Zukunft eine derartig spezialisierte Aufteilung der Berufe nach sozialen Gesichtspunkten, wie es z. B. bei den Selbständigen (a-Personen) geschah, zweckmäßig ist. Die Praxis der Zählung hat erwiesen, daß z. B. der Pächter (als a2-Person) nicht in allen Wirtschaftszweigen, abgesehen von der Landwirtschaft, so von Bedeutung ist, daß er durch eine besondere Stellung im Beruf erfaßt werden müßte. Es liegt daher der Gedanke nahe, hierauf bei einer kommenden Erhebung überhaupt zu verzichten, da man nicht einmal Gefahr läuft, die Vergleichbarkeit der einzelnen Zählungen zu gefährden. Bei der Landwirtschaft wäre allerdings auf die Erfassung des „Pächters" nicht zu verzichten, da er hier eine volkswirtschaftlich wesentlich wichtigere Rolle spielt, als in der Industrie, im Gewerbe und im Handel. Zu falschen Eintragungen führten vielfach die Fälle, in denen z. B. Industriearbeiter, welche ein kleines Grundstück als „Eigentum" besaßen, sich als „Eigentümer" im Hauptberuf bezeichneten. Richtigstellungen konnten hier im allgemeinen mühelos an Hand des Landwirtschaftsbogens durch einfache Streichung erfolgen. Über die Zweckmäßigkeit der Zuweisung von Administratoren, Direktoren, Geschäftsführern und leitenden Beamten (a3-Personen) zur Gruppe der Selbständigen (a-Personen) bestehen wohl mit Recht allerseits starke Bedenken. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die Eintragungen als solche häufig nicht erkennen lassen, ob die betreffende Person in ihrem Betriebe leitende Befugnisse hat, oder ob es sich nur um eine mehr oder weniger gehobene Stellung handelt. Nach der Systematik der Berufszählung erscheint beispielsweise der Prokurist eines großen Industriewerkes oder einer Großbank unter den b-Personen (Angestellte), während der Geschäftsführer eines an sich unbedeutenden Betriebes unter die Selbständigen (a-Personen) gezählt werden muß. Zweifellos spielt doch die Größe des Betriebes in diesem Zusammenhange keine untergeordnete Rolle. Ob aus der Tatsache allein, daß unter den a-3-Personen zu einem nicht unbedeutenden Teile auch Berufstätige in ausgesprochen abhängiger Stellung erfaßt wurden, durchweg eine Zuweisung zu den b-Personen gerechtfertigt wäre, erscheint zum mindesten ebenso bedenklich, wie ihre Beibehaltung bei den a-Personen. So unbefriedigend in jeder Hinsicht die jetzige Lösung ist, so wenig wird sich schon bei der nächsten Zählung anscheinend eine allseitig befriedigende finden lassen. In diesem Zusammenhange auf die Stellung des Heimarbeiters in sozialer Hinsicht einzugehen, erübrigt sich, da bereits früher ausführlich hierüber abgehandelt wurde. Als starker Mangel muß das Fehlen einer getrennten Erfassung des staatlichen und kommunalen Beamtentums bezeichnet werden. Man steht bei Prüfung der Frage, ob bei der nächsten Zählung diesem Umstande Rechnung getragen werden sollte, genau vor denselben Schwierigkeiten und Erörterungen, wie sie anläßlich der Vorbereitungen der alten Zählung auftauchten. Sie bestehen auch heute noch in aller Stärke weiter, sodaß eine Änderung in der Situation von 1925 nicht eingetreten ist. Man wird daher wohl auch in Zukunft hierauf verzichten müssen. Vielleicht führt eine Sondererhebung, wie sie das Reich für seine Reichsbeamten bereits durchgeführt hat, auch für Preußen am schnellsten zum Ziel.

Zur Frage nach der vollständigen Erfassung des persönlichen Berufs ist folgendes zu bemerken. Noch zu einem Zeitpunkt, als die Aufbereitung der Berufszählung im vollen Gange war, wurden vom Landesamt Vorschläge über eine Beschränkung der Anzahl der für die Tabelle 1 e (Die Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf in den kleineren Verwaltungsbezirken und Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern) auszuzählenden Berufe gemacht und begründet. Preußen konnte damals dem Reich gegenüber betonen, daß gewisse Ergebnisse zum Teil anfechtbar seien, was sich in den Kreistabellen besonders ungünstig auswirken müßte. Es wurde darauf hingewiesen, daß viele dieser Berufe „Teilarbeiten eines bestimmten Industriezweiges" darstellten, die oft so zersplittert sind, daß man bei den Ausübenden kaum ein Berufsbewußtsein annehmen darf. Das Landesamt stand daher auf dem Standpunkt, daß ein großer Teil der Tätigen dieser sogenannten Berufe sich gar nicht mit der bestimmten Benennung bezeichnet, sondern lediglich als Arbeiter usw. eingetragen hat. Als Beleg konnten einige beliebig herausgegriffenen Berufe angeführt werden, von denen man aus den genannten Gründen nicht erwarten konnte, daß sie bei weitgehender lokaler Aufgliederung befriedigende Ergebnisse liefern würden.

Mit den inzwischen fertiggestellten Ergebnissen der Berufszählung nach Wirtschaftszweigen und Berufen liegt nunmehr das Zahlenmaterial vor, das die damals geäußerten Bedenken bestätigt. Tatsächlich läßt es die Unzulänglichkeit vieler Ergebnisse erkennen. Zur Überprüfung der damals vertretenen Auffassung sollen die auffallendsten Resultate hier noch einmal gestreift werden.

Besonders häufig tritt diese unvollkommene Erfassung z. B. in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie auf. Die „Berufe" der Teigmacher, Wurstmacher, Zigarettenmacher, Kirnarbeiter, Kocher (Schmelzer), Verschließer (Löter) sind anscheinend sehr unvollständig erfaßt, da wahrscheinlich ein großer Teil der mit diesen Arbeiten Beschäftigten infolge unterbliebener Angabe der entsprechenden Berufsbezeichnung zu den Arbeitern ohne besondere Berufsangabe (c 3-Personen) gezählt worden ist. Dies läßt sich aus einem Vergleich der zahlenmäßig geringfügigen Ergebnisse in den betreffenden Berufen mit der weit größeren Zahl der in den gleichen Wirtschaftszweigen ausgewiesenen c 3-Personen schließen. Weitere Berufe, deren Erfassung angesichts einer sehr geringen Zahl von nachgewiesenen Personen als zweifelhaft bezeichnet

werden muß, sind z. B. Zinngießer, Häkler, Rauchwarenzurichter, Stubenbohner, Nahrungsmittelchemiker, Patentanwälte. (Bei anderen Berufen dagegen spiegelt eine geringe Zahl von erfaßten Personen oft den Niedergang des Gewerbezweiges wieder, z. B. bei Seilern, Kammachern). Zum größten Teil sind die Schwierigkeiten der vollständigen Erfassung des persönlichen Berufs, soweit es sich um Arbeiterberufe handelt, auf die Unmöglichkeit zurückzuführen, die Berufssystematik der wirklichen Gliederung der Industriearbeiterschaft, ihrer Schichtung in Fach- und Hilfsarbeiter (gelernte, angelernte und ungelernte Arbeiter) entsprechend aufzustellen. Die jetzt vorgenommene Zweiteilung der Arbeiter scheidet diese erstens in solche Arbeiter, bei denen ein genügendes Berufsbewußtsein vorausgesetzt wird, um sie auf Grund ihrer Angabe in der Haushaltungsliste einem besonderen, persönlichen Beruf zuweisen zu können, zweitens in solche Arbeiter, bei denen dies nicht anzunehmen ist, und die deshalb schlechthin als „Arbeiter" in dem Betriebszweig, in dem sie beschäftigt sind, nachgewiesen werden. Dies führt dazu, daß bei den Arbeitern in besonders nachgewiesenen Berufen durchaus nicht nur Gelernte enthalten sind, sondern auch Teilarbeiter, und zwar nicht nur in den als industrielle Spezialarbeiterberufe erkennbaren Berufen, sondern auch zum Teil in den ursprünglich rein handwerklichen Berufen. Als vom Erfassungsgesichtspunkt aus einigermaßen befriedigend können die Ergebnisse also nur dann bezeichnet werden, wenn man sich damit bescheidet, daß die Personen, die einen dieser problematischen Berufe ausüben, jeweils soweit vollständig „erfaßt" seien, als sie ihr Berufsbewußtsein veranlast hat, sich mit der in der Systematik der auszuzählenden Berufe vorgesehenen Bezeichnung in der Haushaltsliste einzutragen.

Es ist schwer zu beurteilen, wie weit die Art der Fragestellung und die Vorschrift „A" (Arbeitslos) oder „Akr" (Arbeitslos wegen Krankheit) einzutragen, von der Bevölkerung richtig verstanden wurde. Verschiedentlich ließ sich feststellen, daß auch Personen ohne Beruf[1]) oder Kranke, darunter auch Selbständige, ihren Angaben den Vermerk „A" oder „Akr" hinzufügten. Derartige Eintragungen wurden bei der Bearbeitung richtiggestellt. Zur Vermeidung von Mißverständnissen dürfte künftig auch hier eine präzisere Fragestellung angebracht sein. Man gewinnt nämlich den Eindruck, daß für die erstrebte Antwort „Akr", die in allen den Fällen eingetragen werden sollte, in denen Stellungslosigkeit auf Grund von Krankheit vorlag, das Hauptgewicht zu sehr auf das Merkmal der Krankheit gelegt wurde. Könnte man der Spalte der Haushaltungsliste, in der die Frage nach der Arbeitslosigkeit gestellt wird, etwa die Fassung geben:

Sind Sie zur Zeit arbeitslos bezw. stellungslos? Wenn ja, ist ein „A" einzutragen,

Ist diese Arbeitslosigkeit bezw. Stellungslosigkeit durch Krankheit verursacht, so ist ein „Akr" einzutragen,

so würden viele Falscheintragungen vermieden werden. Der Betrieb, dem der Arbeitslose zuletzt angehörte, war in den meisten Fällen angegeben; fehlte er, so wurde der Betreffende nach Möglichkeit dem für den fraglichen Beruf bodenständigen Wirtschaftszweig zugewiesen. Abschließend entsteht die Frage, ob es in Zukunft überhaupt zweckmäßig erscheint, im Rahmen der Berufszählung eine Erhebung der Arbeitslosen vorzunehmen. Für die letzte Zählung sprach noch manches für diese Erfassung, da die nach der Stabilisierung der Währung einsetzende Umschichtung des Wirtschaftslebens, die teilweise starke Arbeitslosigkeit mit sich brachte, zahlenmäßige Angaben hierüber verlangte und auf der anderen Seite eine zentrale Stelle, wie sie jetzt in der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung geschaffen ist, noch nicht vorhanden war. Im übrigen sollte auch der Umstand zu denken Veranlassung geben, daß gerade die Zahlen über den Stand der Arbeitslosigkeit umso mehr für den praktischen Gebrauch an Wert verlieren, je weiter ihre Veröffentlichung vom Erhebungstage entfernt ist. Eine gewisse Spanne, die durch die technische Aufbereitung bedingt ist, wird sich auch in Zukunft nicht vermeiden lassen, wenn auch die Möglichkeit besteht, sie gegenüber der letzten Zählung erheblich zu kürzen. Praktisch sind denn auch die Arbeitslosenzahlen nicht ausgewertet worden, zumal da sich bald nach Abschluß der Zählung größere Differenzen mit den von den Arbeisnachweisen ermittelten Zahlen herausstellten, die eine Veröffentlichung nicht ratsam erscheinen ließen. Den Ausführungen des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung in diesem Punkte für das Reich kann für Preußen im allgemeinen beigetreten werden. Sie seien ihrer besonderen Bedeutung wegen daher hier wiedergegeben:

„Bei der Berufszählung vom 16. Juni 1925 haben sich rund 870 000 Personen als arbeitslos bezeichnet. Von diesen gaben nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Reichsamts 32 v. H., also etwa 282 000, Krankheit als Ursache ihrer Arbeitslosigkeit an. Als arbeitslos im engeren Sinne bezeichneten sich danach nur 588 000.

Für Mitte Juni 1925 ergibt die Monatsstatistik der Arbeitsnachweise rund 467 000 verfügbare Arbeitsuchende. Erfahrungsgemäß können diese nicht sämtlich als arbeitslos aufgefaßt werden; rund etwa 20 v. H. sind für noch in Stellung befindliche Arbeitsuchende, Doppelzählungen, Nichtabmeldung beim Nachweis trotz Arbeitsaufnahme usw. abzusetzen. Die Arbeitsnachweisstatistik hatte demnach für Mitte Juni 1925 nur etwa mit 374 000 Arbeitslosen zu rechnen. Der Unterschied zwischen dieser Zahl und den obigen 588 000 Arbeitslosen der Berufszählung beträgt also rund 214 000.

Dieser Unterschied erklärt sich wie folgt:

Zum kleineren Teil sind die Arbeitslosenzahlen der Arbeitsnachweisstatistik zu niedrig, da sie diejenigen Personen nicht mitumfassen, die dem Arbeitsnachweis fernbleiben (verarmte Angehörige des früheren Mittelstandes, Landarbeiter mit kleinem Besitz, Heimarbeiter usw.). Ferner ist anzunehmen, daß sich unter den 588 000 Arbeitslosen der Berufszählung in größerer Zahl dauernd Erwerbsunfähige befinden, die in der Arbeitsnachweisstatistik in der Regel nicht enthalten sind. Sie hätten zwar nach den Erläuterungen auf den Haushaltungslisten in der Berufszählung nicht als arbeitslos gezählt werden dürfen, haben sich aber dennoch vermutlich in der Hoffnung, Unterstützung zu erhalten, häufig eingetragen. Erinnert sei hierbei auch an die bei statistischen Erhebungen oft beobachte Neigung, im Hinblick auf Steuerveranlagung oder in Hoffnung auf Zuwendungen die eigene Lage ungünstig zu schildern.

Zum größeren Teile ist anzunehmen, daß der Unterschied zwischen den Zahlenergebnissen darauf beruht, daß der Zweck der Frage in Spalte 18 bei der Berufszählung nicht von allen Haushaltungsvorständen klar erfaßt und erfüllt wurde. Hier sollten „Arbeitslose, Erwerbslose, Stellenlose, d. h. Personen, die sonst einer Beschäftigung nachgehen, jetzt (am 16. Juni 1925) aber ohne eine solche sind, ein „A" oder — falls die Arbeitslosigkeit wegen Krankheit oder vorübergehende Arbeitsunfähigkeit eingetreten ist — ein „Akr" eintragen". Auf diesen zweiten Teil der Frage haben nach den vorläufigen Ermittlungen des Statistischen Reichsamts 32 % der Arbeitslosen, also 282 000, reagiert. Tatsächlich waren im Zeitpunkt der Berufszählung bedeutend mehr Personen infolge Krankheit vorübergehend ohne Beschäftigung, also mit „Akr" im Sinne der Fragestellung zu bezeichnen. Nach der Monatsstatistik der Krankenkassen waren im Juni 1925 unter 14,5 Millionen erfaßter Krankenkassenmitglieder rund 550 000, also 3,8 v. H. arbeitsunfähige

[1]) also solche Arbeitslosen, die weder die Absicht noch die Möglichkeit hatten, je wieder ihren früheren Beruf auszuüben, z. B. Invalidenrentenempfänger.

Kranke. Überträgt man diesen Vomhundertsatz auf die durchschnittliche Gesamtmitgliederzahl (1925) aller Krankenkassen von rund 18,3 Millionen, so würde das im ganzen für das Reichsgebiet etwa 695 000 arbeitsunfähige Kranke ergeben. Bei der Berufszählung haben sich aber nur 282 000 (vorläufiges Ergebnis) als arbeitslos wegen Krankheit (Akr) bezeichnet. Es liegt daher die Annahme nahe, daß eine recht erhebliche Zahl von Personen sich irrtümlich mit „A" und nicht mit „Akr" eingetragen haben[1]). Unter Abzug von 695 000 arbeitsunfähigen Kranken von den 870 000 Arbeitslosen der Berufszählung, würden sogar nur 175 000 Arbeitslose übrig bleiben, also weniger als bei den Arbeitsnachweisen (374 000) oder bei der Erwerbslosenfürsorge (214 000) gezählte Arbeitslose. Letztere Zahl bleibt naturgemäß hinter der Zahl der bei den Arbeitsnachweisen vorhandenen Arbeitslosen wegen der einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen der Erwerbslosenfürsorge, z. B. Bedürftigkeit, Erschöpfung der Höchstdauer noch zurück.

Aus den obigen Überlegungen ergibt sich, daß die Zahl der 282 000 Ark-Personen bei der Berufszählung sicher zu gering ist. Je größer diese Zahl wird, desto mehr nähert sich das Ergebnis der Berufszählung dem Ergebnis der Arbeitsnachweisstatistik. Ein völliges Übereinstimmen beider Zählungen ist aus den sonstigen oben genannten Gründen nicht zu erwarten."

II.

Behandelte der erste Teil der Arbeit die Erfahrungen des Landesamts hinsichtlich der zweckmäßigen Fragestellung in der Haushaltungsliste, so soll nunmehr auf die Erfahrungen bei der praktischen Aufbereitung, im besonderen auf die Reihenfolge der Arbeiten näher eingegangen werden. Von eigentlichen Aufbereitungsarbeiten der Berufszählung im engeren Sinne kann hierbei erst gesprochen werden, nachdem die bereits in den vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen „Richtlinien für die Aufbereitung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925" vorgesehene strenge Scheidung der Arbeiten der Zählungsabteilungen (Volks-, Berufs-, Betriebszählung) durchgefürt war, also nach vorbereitenden Arbeiten, die eine Trennung von Haushaltungsliste einerseits und Gewerbe- und Landwirtschaftsbogen andererseits zum Inhalt hatten. Hierbei spielten die bereits erwähnten „Richtlinien„ eine nicht unwesentlich unterstützende Rolle. Es handelt sich für die Berufszählung zunächst um die Prüfung und Signierung der Wirtschaftszweige und Berufe, d. h. ihre „Auszeichnung zu dem Zweck, das Vielerlei der Publikumsangaben unter bestimmten Gesichtspunkten (z. B. nach Berufsarten) zusammenzufassen und diesen Zusammenfassungen gleichzeitig eine möglichst einfache Form (in Zahlen oder Buchstaben) zu geben, die eine mechanische Weiterbearbeitung ermöglicht". Zu signieren waren die hauptberuflich und nebenberuflich erwerbstätigen Personen.

1. nach dem Wirtschaftszweig,
2. nach ihrer Stellung im Beruf,
3. nach ihrem Beruf.

Als Hilfsmittel dienten die vom Statistischen Reichsamt herausgegebenen systematischen und alphabetischen Verzeichnisse:

a) Berufsordnung,
b) alphabetisches Verzeichnis der Wirtschaftszweige,
c) systematisches Verzeichnis der Wirtschaftszweige,
d) alphabetisches Berufsverzeichnis,
e) systematisches Berufsverzeichnis [1]),

Nach diesen Verzeichnissen war die Nummer des betreffenden Wirtschaftszweiges, die Berufsnummer und die Nummer für die Stellung im Beruf einzutragen. Gleich hierbei entstand die Frage, ob es zweckmäßig sei, die Signaturen, wie es vom Reichamt vorgesehen war, in die einzelnen Spalten der Haushaltungsliste unmittelbar einzutragen, oder die Signierung auf einem besonderen Signierblatt vorzunehmen, bei dem die gleiche Einteilung der einzelnen Spalten wie auf der für das maschinelle Auszählverfahren benötigten Lochkarte vorgesehen war. Man ließ sich bei den Erwägungen über die geplante Einführung des Signierblattes zunächst von dem Gesichtspunkt leiten, daß vielfach die Spalte der Haushaltungsliste durch zu große Schrift ausgefüllt, oft sogar ihre Grenzen bei der Eintragung überschritten waren, sodaß der Signierer oft nicht gewußt hätte, wo er die Signaturen hinzusetzen hatte. Ferner waren von der Bevölkerung häufig die Berufsspalten bei der Eintragung verwechselt und die Stellung im Beruf und die Berufsart vertauscht, oder sogar der Name der Firma aus Spalte 16 in Spalte 14 eingetragen. Da die ursprünglichen Eintragungen oftmals durch den Bearbeiter und den Prüfer noch richtig gestellt werden mußten, hoben sich die maßgebenden Zahlen noch weniger hervor, als bei korrekter Ausfüllung der betreffenden Spalten. Der Vorteil des Signierblattes bestand nun darin, daß sich seine Spalten mit denen der Lochkarte deckten, was für die Spalten der Haushaltungsliste im Vergleich mit denen der Lochkarte nicht zutraf. Für die Locherin entfiel demnach die notwendige Umstellung, die zeitraubend und teilweise verwirrend war.

[1]) Diese Folgerung, die von der Reichsarbeitsverwaltung gezogen wird, ist durchaus nicht zwingend. Stichproben, die im Statistischen Landesamt angestellt wurden, haben ergeben, daß ein großer Teil von Personen sich mit „Akr" oder nur „Kr" eingetragen hat, weil er zur Zeit der Zählung krankheitshalber seine Tätigkeit unterbrechen mußte, trotzdem aber nicht stellungslos war. Dagegen konnte nicht festgestellt werden, daß sich derartige Personen mit arbeitslos „A" bezeichnet hatten. Es liegt daher vielmehr die Vermutung nahe, daß im Zweifelsfalle überhaupt keine Eintragung in Spalte 18 der Haushaltungsliste erfolgt ist.

[1]) Diese Verzeichnisse sind in etwas anderer Form vom Stat. Reichsamt (in Bd. 402 d. Stat. d. Dt. Reiches) veröffentlicht.

Kreis .... **Gemeinde** .... **Zählbezirk** .... **Haushaltungsliste Nr.** .... **Leitname** ....

Laufende Nummer	Hv.	Geboren		W	Staatsangehörigkeit	Muttersprache	Wohnsitz	Religion	Konf. Mischehen	Hauptberuf		Stellung im Beruf	Art der Zugehörigkeit	Familienhaushaltungen								Nebenberuf	Stellung im Beruf
															Zahl d. Familienmitglieder				Zahl d. Fam.-Fremd.				
																darunter							
																hauptberufl. erwerbstät. Angeh. (ohne H.V.)							
	Stellung im Haushalt	vor 16.6.	Jahr	Familienstand						Betriebszweig	Berufsart			Größe der Haushaltungen	im ganzen (einschl. H.V.)	überhaupt	im Betriebe d. H.V.	Angehörige (ohne Hpt.-beruf) unter 14 J.	Hausangestellte	Gewerbegehilfen	Sonstige		
	Sp. 11	Sp. 12	Sp. 13—14	Sp. 15	Sp. 16—17	Sp. 18—19	Sp. 20—21	Sp. 22—23	Sp. 24—25	Sp. 26—28	Sp. 29—31	Sp. 32	Sp. 33	Sp. 34	Sp. 35	Sp. 36	Sp. 37	Sp. 38	Sp. 39	Sp. 40	Sp. 41	Sp. 42—44	Sp. 45
1.																							
2.																							
usw.																							

Ferner wird durch das Signierblatt die Übersichtlichkeit, die infolge der Größe der Haushaltungsliste nicht immer vorhanden war, wesentlich für die Locherin erleichtert, wodurch eine erheblich größere Lochleistung erreicht werden konnte. Dies alles waren Vorzüge, die für die Benutzung des Signierblattes hätten sprechen können. Wenn hiervon nach kurzem Gebrauch trotzdem Abstand genommen wurde und die Signierung in den Haushaltungslisten erfolgte, so ist der Grund darin zu suchen, daß teilweise durch die doppelte Übertragung weitere Fehlerquellen eingeschaltet wurden, die das Ergebnis hätten ungünstig beeinflussen können. Hierzu kam die Beobachtung, daß vielfach die Signierblätter, die zusammen mit der Haushaltungsliste zur Prüfung weitergeleitet wurden, nicht rechtzeitig aus den Listen entfernt wurden, sodaß ihre Lochung einfach unterblieb. Bei Abwägung des Für und Wider entschloß man sich daher, auf eine Verwendung des Signierblattes zu verzichten; immerhin dürften die Vorteile des Signierblattes unverkennbar sein, sofern es gelingt, seine Nachteile auszuschalten oder auf ein Minimum zurückzuführen. Diese Möglichkeit scheint für die nächste Zählung gegeben, sofern man dazu übergehen könnte, das Signierblatt in die Haushaltungsliste einzubauen. Es wird hierbei davon ausgegangen, daß die Haushaltungsliste keine wesentlich andere Gestaltung erfährt. Bis ins Einzelne gehende Anregungen können naturgemäß erst gegeben werden, sofern der Umfang der nächsten Erhebung überhaupt festliegt, wobei die Größe der Haushaltungsliste nicht einmal wesentlich, vielleicht überhaupt nicht geändert zu werden brauchte. Ähnliche Erhebungsformulare sind überdies im Gebrauch und haben sich, wie z. B. bei Steuerformularen, durchaus praktisch bewährt. Die Signierung könnte eventuell in der Mitte der Haushaltungsliste erfolgen, wobei sie überhaupt erst bei der Frage nach der Staatsangehörigkeit einzusetzen brauchte. Auf eine Signierung der vorhergehenden Spalten könnte, ähnlich wie 1925, verzichtet werden, da sie teils für die Auszeichnung überhaupt nicht in Frage kommen, teils, wie z. B. beim „Familienstand“ nur wenige Variationen zulassen. Hier würde eine kurze Unterweisung der Locherinnen, ähnlich wie bisher, genügen, um die Lochung aus der Haushaltungsliste heraus ohne vorhergehende Signatur selbständig vornehmen zu lassen.

Bei der Berufszählung vom 16. Juni 1925 ist der Signierung der einzelnen Angaben, da sie ausschlaggebend für das Gelingen der Zählung war, die denkbar größte Aufmerksamkeit geschenkt worden. Das Personal wurde wochenlang vor Beginn der Arbeiten eingehend instruiert, von einer Sondergruppe wurden Probesignierungen vorgenommen und die hier gemachten Erfahrungen erst nach mehrfacher Durchprüfung in Gestalt einer ausführlichen Arbeitsanweisung niedergelegt. Rückschauend kann behauptet werden, daß die Signieranweisung in jeder Hinsicht sich gut bewährt. Es ist hier der offenbar geglückte Versuch unternommen worden, jede auftretende Eintragung in der Haushaltungsliste in das gegebene Signierschema einzupassen und in Zweifelsfällen, die anfänglich sehr häufig auftraten, Hilfsmittel durch Anführung von Musterbeispielen zu schaffen. Sie enthielt zunächst allgemeine Richtlinien über die Behandlung der Zählpapiere, sodann Vorschriften über die Prüfung der Eintragungen sowie eine Anleitung über eventuelle Richtigstellungen. Weitere Abschnitte gaben eingehende Anweisungen über die einzelnen Signierungen, die für den Beruf, die Stellung im Beruf, den Wirtschaftszweig, die Berufszugehörigkeit, den Nebenberuf und die Familienhaushaltungen, vorzunehmen waren. Ganz allgemein könnte der Einwand erhoben werden, die Anweisung sei durch ihre Ausführlichkeit vielleicht zu unübersichtlich gewesen und biete dem Bearbeiter eine zu große Zahl von Erläuterungen. Für den im Amte tätigen Angestellten könnte dies zutreffen, da er ja jederzeit in Zweifelsfällen die Möglichkeit der Rückfrage an leitender Stelle hatte. Anders liegen jedoch die Verhältnisse bei den Heimarbeitern, die in gleicher Weise zu Signierarbeiten wegen der Dringlichkeiten der Arbeiten herangezogen werden mußten. Für sie hatte eine ausführliche Anweisung die größte Bedeutung, da ihnen die Möglichkeit, Rückfragen zu halten, im allgemeinen fehlte.

Was die Höhe der Arbeitsleistung anlangt, so war sie bei den einzelnen Bearbeitern grundverschieden und wechselte mehr oder weniger mit der Brauchbarkeit des Personals. Außerdem war sie in starkem Maße abhängig von der beruflichen Struktur des einzelnen Gebietsteiles. Je nachdem, ob es sich um rein ländliche Bezirke mit gleichmäßiger beruflicher Schichtung oder um städtische oder industrielle Bevölkerung mit ständig wechselnden Berufen handelte, wurden ganz verschiedene Arbeitsleistungen erzielt. Im allgemeinen dürfte die durchschnittliche Signierarbeitsleistung bei 30 bis 40 Haushaltungslisten in der Stunde gelegen haben. Die Beendigung der Signierarbeiten leitete zu den Lochungsarbeiten und somit zur maschinellen Bearbeitung des Zählmaterials über. Diese Maschinenarbeit ist das in technischer Hinsicht charakteristische Merkmal der diesmaligen Aufbereitung der Volks- und Berufszählung und bedarf daher einer besonders eingehenden Darstellung.

Das Statistische Reichsamt hatte die Entscheidung der Frage, ob die Zählung im Hand- oder Maschinenzählverfahren durchgeführt werden sollte, dem Ermessen der einzelnen Länder überlassen. Wenn das Landesamt sich nach längeren Erwägungen für eine maschinelle Bearbeitung der Erhebung entschloß, so war hierfür der Gesichtspunkt der Schnelligkeit und der Billigkeit ausschlaggebend. Auf Schnelligkeit drängte das Statistische Reichsamt durch Festsetzung kurzer Liefertermine, auf Billigkeit vor allem der Reichssparkommissar — die Kosten der Berufszählung sollten nämlich im Gegensatz zu denen der Volkszählung dem Plan nach ausschließlich vom Reich getragen werden —. Beiden Forderungen glaubte man durch die Wahl des maschinellen Aufbereitungsverfahrens am besten gerecht zu werden. Für die Entscheidung des Amtes war überdies noch folgender Gesichtspunkt mitbestimmend: Die Handarbeit konnte bei der Auszählung nur in Frage kommen, wenn es möglich war, wie bei allen früheren größeren Zählungen, die Auszählarbeit und auch die Prüfung in weitestem Maße in Hausarbeit an die Angehörigen der Beamten und Angestellten ohne Festlegung eines Höchstverdienstsatzes zu vergeben. Die Überzeugung, daß eine derartige Arbeitsmethode, die schon 1907 zu sehr bedenklichen Erscheinungen geführt hatte, angesichts der Lage des Arbeitsmarktes und der sozialen Einstellung des Staates nicht durchführbar war, erforderte also sehr stark die maschinelle Aufbereitung. Wenn im Laufe der Zählung dann doch stärker als anfangs beabsichtigt war, auf Haus- und Heimarbeit zurückgegriffen werden mußte, so geschah das aus folgendem Grunde: Die besonders bei der Bearbeitung bestimmter Gegenden sich häufenden Fälle von mangelhafter Ausfüllung der Haushaltungslisten bewirkten eine so starke Verzögerung der Aufbereitungsarbeiten, daß ohne Inanspruchnahme von Haus- und Heimarbeit die Zählung weder zeitlich noch kostenmäßig befriedigend durchgeführt werden konnte.

Bei Einführung des Maschinenverfahrens hatte man die Wahl zwischen zwei verschiedenen Zählsystemen: beide waren amerikanischer Herkunft: Hollerith und Powers. Beide Systeme erschienen zu Beginn der Zählung für die Zwecke des Amtes gleichmäßig brauchbar. Erst im Laufe der Auszählungsarbeiten kristallisierten sich ihre Vorteile und Nachteile heraus und

führten schließlich zu einer Bevorzugung der Powers-Maschine, wenn auch die Lochungsarbeiten wegen der Mietbarkeit der Lochmaschinen zweckmäßigerweise in erster Linie mit dem Hollerith-System durchgeführt werden mußten. Für das Landesamt war bei einer Wahl auf lange Sicht ausschlaggebend, daß Hollerith seinerzeit noch das vertikale Sortiersystem verwandte, das den Anforderungen auf leichte Handhabung der Maschinen nicht gerecht wurde. Bei derartigen Massenzählungen, wo der einzelne Bearbeiter stundenlang ohne Unterbrechung an der Maschine tätig sein mußte, führte dauerndes Bücken des Personals beim Herausnehmen der Karten notwendigerweise zu vorzeitiger Ermüdung und infolgedessen zu einem Sinken der Arbeitsleistung. Was jedoch in erster Linie das Amt bestimmte, allmählich ausschließlich Powers-Maschinen zu verwenden, war der Umstand, daß dieses System in allen den Fällen, in denen mit der Sortierung eine gleichzeitige Zählung verbunden war, keinen Maschinenwechsel bedingte. Das Hollerith-System setzte sich nämlich aus der vertikalen Sortiermaschine, die ausschließlich sortierte und dem sogenannten Volkszählungs-Tabulator, der nur zählte, zusammen. Annähernd gleichartig in der Arbeit waren daher die Powers-Sortiermaschine und die Hollerith-Sortiermaschine, sofern lediglich Sortierungen zu leisten waren. Andererseits bestand auch kein wesentlicher Unterschied zwischen Powers-Maschinen und dem Hollerith-Volkszählungs-Tabulator, solange nur reine Auszählarbeiten bewältigt werden mußten. Die Unterschiede bei beiden Systemen konnten daher so lange nicht in die Erscheinung treten, als es sich, wie z. B. bei dreistelligen Zahlen von Wirtschaftszweigen nur um eine Bearbeitung der Hunderter- und Zehnerspalte handelte. Hier war lediglich nur eine reine Sortierung notwendig, die eine Verwendung beider Systeme zuließ. Da jedoch der nächste Sortiergang der Einerstelle bei der Berufszählung in den allermeisten Fällen gleichzeitig eine Auszählung der Karten erforderte, war man gezwungen, wenn die vorhergehende Sortierung auf der Hollerith-Sortiermaschine vorgenommen war, mit den Lochkarten zum Volkszählungstabulator hinüberzuwechseln. Der Verwendbarkeit des Hollerith-Systems war also von vornherein eine bestimmte Grenze gezogen insofern, als die Hollerith-Sortiermaschine ausschließlich zu sogenannten Vorsortierungen verwandt werden konnte. Andererseits war der Hollerith-Volkszählungstabulator nur zu reinen Zählarbeiten zu verwenden, z. B. in allen den Fällen, in denen die Gesamtzahlen der von der Volkszählung an die Berufszählung abgegebenen Kreise nachgeprüft werden mußten. Außerdem konnte der Volkszählungstabulator auch dann benutzt werden, wenn es sich, wie z. B. bei der Lochkartenspalte des Familienstandes lediglich um eine Zählarbeit handelte, bei der eine Sortierung ganz entfiel. Da das Powers-System die Herstellung aller dieser Teilarbeiten durch eine einzige Maschine gestattete, bestand ihr Hauptvorteil gegenüber dem Hollerith-System also in ihrer universelleren Verwendungsmöglichkeit. Lag schon beim Hollerith-System in der Notwendigkeit, die Karten von einer Maschine zur anderen zu bewegen, ein nicht zu unterschätzender Nachteil, so trat noch hinzu, daß das Hollerith-System an Leistungsfähigkeit und Betriebssicherheit dem Powers-System damals nicht unbedeutend unterlegen war. Zunächst war festzustellen, daß z. B. bei Grobsortierungen, bei denen ein ununterbrochenes Laufen der Maschine möglich ist, die Schichtleistung der Powersmaschine mit 100 bis 110 000 Lochkarten die der Hollerith-Sortiermaschine mit 60 bis höchstens 80 000 bei weitem übertraf. Bei Hollerith litt die Betriebssicherheit häufig darunter, daß oftmals während der Arbeit bedeutend mehr Karten von der Maschine zerstört wurden, als bei Powers. Es war u. a. kaum zu verzeichnen, daß sich bei der Powers-Maschine sogenannte Querläufer (d. h., die Karten gingen nicht in gerader wagerechter Richtung durch die Maschine) auftraten. Bei der Hollerith-Maschine hingegen kamen derartige Störungen häufiger vor. Hierdurch wurde in jedem Falle eine größere Anzahl Karten beschädigt, die durch Neulochungen ersetzt werden mußten. Auch an die Aufmerksamkeit des Bedienungspersonals wurden bei der Hollerith-Sortiermaschine unverhältnismäßig mehr Anforderungen gestellt, als bei der Powers-Maschine, da bei der Hollerith-Maschine, wenn ein Sortierfach ganz mit Karten angefüllt war, keine mechanische Stoppvorrichtung in Kraft trat, die die Maschine selbsttätig außer Gang setzte. Dies hatte wiederum zur Folge, daß beim nicht rechtzeitigen Leeren des Sortierfaches ein großer Teil der Lochkarten zu Bruch ging.

Für die maschinellen Aufbereitungsarbeiten wurden für die Zählung 200 Magnetlocher, 50 Handlochmaschinen, 13 Sortiermaschinen, 11 Tabulatoren (System Hollerith) sowie weitere 35 Powers-Sortiermaschinen verwendet. Hinzu traten 5 automatische Tasten-Lochmaschinen (System Powers) mit automatischer Kartenzuführung und -Ablage für die Fälle, in denen sich, wie z. B. beim Kreis, bei der Gemeinde und beim Zählbezirk verschiedene Lochungen wiederholten. Die Locharbeiten wurden von etwa 500 weiblichen Angestellten im Alter von etwa 18 bis 30 Jahren bewältigt. Die Einführung einer doppelten (6 stündigen) Arbeitsschicht — führte zur vollen Ausnutzung sämtlicher vorhandenen Lochmaschinen. Gelocht wurde auf Grund einer besonderen Anweisung, die sich bemühte, für fast sämtliche Zweifelsfälle Erläuterungen zu geben. Sie war nach dem Gesichtspunkte aufgebaut, die Denkarbeit der einzelnen Bearbeiterin auf ein Minimum zu beschränken. Das Lochen mußte, um die Herstellung der für Preußen in Frage kommenden 40 Millionen Karten nur einigermaßen fristgemäß sicherzustellen, möglichst mechanisch erfolgen. Die anfänglich geforderte Mindestleistung von 600 Karten je Schicht ließ sich daher nach verhältnismäßig kurzer Einarbeitungszeit auf 800 Karten je Schicht und Locherin heraufsetzen. Durch die Einführung eines Prämiensystems von 70 Rpf für je 100 Karten Mehrleistung wurden allmählich Durchschnittsleistungen von 1 100 bis 1 200 Karten je Schicht und Locherin erreicht. Höchst-Leistungen waren sogar bis zur Höhe von 1 500 bis 1 600 Karten festzustellen. Es mag dahingestellt bleiben, ob eine kommende Zählung sich wieder eines Prämiensystems bedienen soll. Tatsache ist, daß die Qualität der Arbeit vielfach unter der Quantität litt. Konnte auch bei der Prüfung der Lochkarten, die anfangs 10, später 15 v. H. betrug, ein großer Teil falscher Lochungen ausgemerzt werden, so entstand doch andererseits eine nicht unerhebliche Mehrarbeit durch Nachlochungen, die durch Ausschaltung des Prämiensystems sich wesentlich hätte verringern lassen. Es muß in diesem Zusammenhange bereits darauf hingewiesen werden, daß die Prüfung der Lochkarten in Höhe von 15 v. H. durchaus nicht ausgereicht hat, um sämtliche Falschlochungen zu beseitigen. In der Natur der Tabellenaufstellung lag es, daß Unwahrscheinlichkeiten bzw. Unmöglichkeiten im Beruf und Alter oder in Kombination von Beruf und Alter z. B. erst dem Bearbeiter beim Tabellieren auffallen konnten. In allen diesen Fällen waren verhältnismäßig umfangreiche Nacharbeiten erforderlich, die zum mindesten bis zur Lochkarte zurückführten. In besonders kritischen Fällen wurde sogar im Anfang der Bearbeitung bis zur Haushaltungsliste zurückgegangen. Ließen sich auch in den allermeisten Fällen Irrtümer aufklären, so waren derartige Nachprüfungen doch mit solch erheblichem Zeitverlust erkauft, daß etwaige Bedenken gegen eine 100 prozentige Prüfung der Lochkarten allein schon von diesem Gesichtspunkte aus zurücktreten mußten. Auf eine Nachprüfung sämtlicher Lochkarten wird daher im Interesse der unbedingten Sicherheit der Auszählung bei einer späteren Erhebung nicht verzichtet

werden können. Die Technik ist hierin den Erfordernissen der Praxis bereits entgegengekommen. Die bisherige manuelle Prüfung könnte durch eine der Tastenlochmaschine ähnliche Kontrollmaschine ersetzt werden. Die gelochten Karten werden in derselben Reihenfolge, wie sie aus der Lochmaschine kommen, in das Kartenmagazin dieser Kontrollmaschine eingelegt. Von hier gelangt Karte für Karte automatisch in die Maschine, wo sie durch Fühlstifte abgefühlt wird. Es erfolgt also eine nochmalige blinde Lochung der Karten nach der Haushaltungsliste, wobei in jedem Falle, in dem die Lochung mit der Signatur nicht übereinstimmt, die Maschine selbsttätig sperrt und den Fehler durch Herauswerfen der Karten zu erkennen gibt. Es ist bereits früher darauf hingewiesen worden, daß eine angemessene Lochleistung ganz allgemein nur dann zu erreichen ist, wenn es gelingt, der Locherin nur mechanische Arbeit zuzuweisen, sie also von Denkarbeit möglichst freizustellen. Hierzu gehört in erster Linie eine rein mechanische Übernahme der Signaturen auf die Lochkarte. Eine erneute Nachprüfung der Signaturen, wie es teilweise von den Locherinnen versucht wurde, mußte, um den Fortgang der Arbeiten nicht aufzuhalten, zu Beginn der Zählung mehrfach unterbunden werden. Immerhin müßte man jede Locherin mit den häufigsten Signaturen soweit vertraut machen, daß ihr auch beim ganz mechanischen Ablochen ganz sinnfällige Fehler nicht entgehen. Eine solche verhältnismäßig kleine Denkarbeit dürfte sich überdies nur angenehm auswirken, denn es hat sich gezeigt, daß die Ausführung rein mechanischer Arbeitsleistung mit einer vorgeschriebenen Mindestleistung verhältnismäßig stark ermüdend auf die einzelne Bearbeiterin wirkt. Um diese Ermüdung, die sich mit anderen Mitteln schwer beseitigen läßt, abzuwenden, könnte man in Erwägung ziehen, die Arbeitsdauer noch unter die bei der letzten Zählung angesetzte Zeit von 6 Stunden herabzusetzen und den hierdurch entstehenden Ausfall durch Einführung einer dritten Arbeitsschicht zu ersetzen. Andererseits wäre ein mehrfacher Wechsel in der Arbeitsart, z. B. 3 Stunden Lochen, 3 Stunden Signieren, 2 Stunden Lochen, wie er bereits mehrfach bei anderen Behörden erfolgreich durchgeführt wurde, durchaus zweckmäßig. Die Zuverlässigkeit der einzelnen Arbeitsleistung würde höchstwahrscheinlich eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Abgesehen hiervon spielt speziell bei den Lochleistungen das Alter der Bearbeiterin eine nicht zu unterschätzende Rolle. Wurden auch im Landesamt grundsätzlich nur jüngere weibliche Arbeitskräfte für derartige Arbeiten herangezogen, so ließ es sich bei dem großen Bedarf nicht immer vermeiden, daß teilweise auch älteres Personal — über 30 Jahre — herangezogen werden mußte. Im allgemeinen dürfte die größte Leistungsfähigkeit der Locherinnen zwischen 18 und 25 Jahren liegen. Zu Beginn der maschinellen Aufbereitungsarbeiten verursachte es bei der völligen Neuheit derartiger Arbeiten nicht unerhebliche Schwierigkeiten, ein größeres Personal zweckmäßig auf die erforderliche Handhabung der Maschinen einzuarbeiten. Bei der verschiedenartigen Begabung der einzelnen, (es gilt dies sowohl für die Lochmaschinen- als auch die Sortiermaschinenarbeit) ging mehr oder weniger kostbare Zeit verloren. Werden sich auch bei einer zukünftigen Zählung derartige Belastungen bei der Aufbereitung auf ein Minimum herabdrücken lassen, wenn es gelingt, einen größeren Teil des eingearbeiteten Personals wieder einzustellen, so bleibt mit einer nicht unerheblichen Einarbeitung nicht geübten Personals doch immer noch zu rechnen. Auch hier läßt sich die notwendige Einarbeitungszeit vielleicht merklich mindern, wenn man, wie es bei der Reichsbahn mit Erfolg bereits jetzt schon geschieht, die Lieferfirmen der Maschinen verpflichtet, einen größeren Prozentsatz des Personals vor Einstellung ins Amt technisch vorzubilden.

Bei der letzten Zählung mußte noch jede einzelne Spalte der Lochkarte durch einen Hebeldruck ausgelocht werden. Dieser Arbeitsgang erwies sich vor allen Dingen in den Fällen äußerst zeitraubend, in denen sich Lochungen auf jeder einzelnen Karte in zahlreichen Fällen wiederholten, wie z. B. bei der Kreis-, Gemeinde- und Zählbezirkslochung. Gelang es auch bereits, derartige ständig wiederkehrende Lochungen durch Magnetlocher automatisch vorzulochen, so hätte doch eine wesentliche Arbeitsersparnis erst erzielt werden können, wenn es gelungen wäre, die Einsparung von Handlochungen auch auf andere als die vorgenannten Signaturen auszudehnen. Erfahrungsgemäß wiederholten sich nämlich — und werden sich in Zukunft wiederholen — die Signaturen „Staatsangehörigkeit“, „Muttersprache“, „Religion“ innerhalb einer Familie und eines geographischen Bezirkes. Es ist daher nicht unerheblich für eine Arbeitseinsparung, wenn man bei einer kommenden Zählung im Lochmaschinenverfahren bereits auf einige Fortschritte in der Technik zurück greifen kann, die eine wesentliche Vereinfachung des ganzen Verfahrens bedeuten. Es ist nämlich jetzt möglich, durch eine Vorrichtung, die an jeder Lochmaschine anzubringen ist, ständig sich wiederholende Signaturen durch einen einzigen Hebeldruck laufend auf die einzelnen Lochkarten zu übertragen, sodaß eine erhebliche, bisher notwendige Locharbeit in Zukunft entfallen könnte. Von besonderem Wert erscheint diese technische Neuerung in rein landwirtschaftlichen Bezirken, in denen eine Vorlochung sich sogar in den meisten Fällen — mit einigen Unterbrechungen — bis auf den Betriebszweig und die Berufsart erstrecken könnte. Ungehindert durch diese automatischen Vorlochungen können selbstverständlich manuelle Zwischenlochungen erfolgen. Faßt man die bei der letzten Zählung gemachten Erfahrungen hinsichtlich des Lochverfahrens in Verbindung mit den inzwischen bekannt gewordenen technischen Verbesserungen zusammen, so wird sich in Zukunft schätzungsweise eine Zeitersparnis bis zu 20 % erreichen lassen.

Im Anschluß an die Lochung der Karten erfolgte an Hand einer besonderen Anweisung ihre maschinelle Sortierung und Auszählung nach den einzelnen vorgesehenen Merkmalen. Die Reihenfolge, in der sich diese Arbeitsgänge vollzogen, mußte, um unnötige Doppelauszählungen zu vermeiden, vorher genau festgelegt werden. Eine gewisse Marschroute war dem Amte bereits durch das gesetzlich festgelegte Reichsprogramm vorgezeichnet, sodaß mit Rücksicht auf die verlangte beschleunigte Herstellung der Tabelle 1 (die Bevölkerung nach Haupt- und Nebenberuf) gewisse, als zweckmäßig erkannte Einsparungen an Sortier- und Konzentrationsgängen nicht durchgeführt werden konnten. Die Aufbereitung begann daher mit einer provinzweisen Sortierung der Lochkarten zur Herstellung der Tabelle 1 nach Wirtschaftszweigen. Hierbei war darauf zu achten, daß die Karten männlichen und weiblichen Geschlechts voneinander getrennt blieben. Bei der letzten Zählung wurden diese Kennzeichen äußerlich durch Überlochungen gezeigt. In Zukunft dürfte es jedoch zweckmäßig erscheinen, diese Unterscheidung durch verschiedenartige Färbung der Karten zu wählen. Die nach Wirtschaftszweigen auseinandergelegten Karten — auf eine genaue Wiedergabe der speziellen Einzelgänge des Sortierverfahrens soll, da sie zu weit führen würde, verzichtet werden — waren sodann nach der Berufszugehörigkeit (nach Erwerbstätigen, beruflose Ehefrauen, sonstigen beruflosen Angehörigen, Hausangestellten und Angehörigen von Hausangestellten) zu sortieren, wobei zur Kontrolle die fünf anfallenden Ergebnisse zu einer Summe addiert wurden, die sich mit dem Ergebnis eines an der Maschine angebrachten Kontrollzählers decken mußte. Bereits für die Sortierung nach dem Gesichtspunkte der „Berufszugehörigkeit“ war häufiger der Fall zu verzeichnen, daß einige Wirtschaftszweige so geringe Kartenanzahlen aufwiesen, daß eine maschi-

nelle Auszählung nicht lohnend erschien, vielfach sogar durch die notwendige Neueinstellung der Maschine eine erheblich längere Zeitspanne erforderlich wurde, als es durch eine manuelle Auszählung erforderlich war. Es konnte daher in allen derartigen Fällen unter Ersatz durch Handzählung auf die Maschinenzählung verzichtet werden. Im allgemeinen wird eine maschinelle Zählung bei weniger als 20 Karten sich als nicht lohnend erweisen. Die nächste Auszählung erstreckte sich auf die „Stellung im Beruf" und im Anschluß hieran auf die vorkommenden Berufsarten, hierbei ähnlich wie bei der Zerlegung nach Wirtschaftszweigen wiederum nach Hunderten, Zehnern und Einern. Diese Auszählung der Berufe war insofern erheblich umfangreicher, als im Gegensatz zur Zahl von 166 Wirtschaftszweigen nunmehr Berufsnummern von 1 bis 450 auftraten, von denen allerdings nur unter Berücksichtigung besonderer Gesichtspunkte eine gewisse Anzahl auszuzählen waren. Hieran schloß sich zur Erfassung des Nebenberufs eine besondere Auszählung der Erwerbstätigen. Sämtliche in der angeführten Reihenfolge gewonnenen Ergebnisse waren, um nachträgliche Einbesserung ohne Korrektur bereits weiter verarbeiteter Ergebnisse zu ermöglichen, auf Hilfstabellen einzutragen, die einer anschließenden eingehenden wissenschaftlichen Prüfung auf ihren Wahrscheinlichkeitsgehalt unterlagen. Auf diese Nachprüfungen glaubte man — wenigstens im größeren Ausmaße — anfänglich verzichten zu können; sie erwiesen sich aber im Laufe der Arbeiten als immer notwendiger und sind, rückschauend betrachtet, zum A und O der Berufszählung geworden. Es stellte sich nämlich heraus, daß in früheren Arbeitsgängen zahlreiche Signier- und Lochungsfehler unterlaufen waren, die durch eine prozentmäßig zu geringe Prüfung nicht ausgemerzt werden konnten. Am augenfälligsten waren in diesem Zusammenhange, nachdem die Ergebnisse schon einmal zu Papier gebracht waren, gewisse falsche Ergebnisse in beruflicher Hinsicht. Nicht selten waren z. B. männliche Hebammen ausgezählt worden. In anderen Fällen waren vielfach in ein und demselben Wirtschaftszweige in den Hilfstabellen weit mehr nicht erwerbstätige Ehefrauen vorhanden als überhaupt erwerbstätige Männer nachgewiesen wurden, während in anderen Wirtschaftszweigen die Verhältnisse entsprechend umgekehrt lagen. Die durch derartige Fehler notwendig werdenden Korrekturen erwiesen sich durchaus nicht als unbedeutend, da anfänglich zwecks Richtigstellung erneut Einblick in die Haushaltungsliste genommen werden mußte, was wiederum in den meisten Fällen die Herstellung ganz neuer Lochkarten zur Folge hatte. Die Wichtigkeit und Notwendigkeit derartiger Nachprüfungen tritt noch mehr hervor, wenn man berücksichtigt, daß jeder einzelne bei der Tabelle 1 unterlaufene Fehler, teilweise sogar in verstärktem Maße, sich bei den anschließenden Tabellen auswirken mußte, wo die gleiche Zahl der Erwerbstätigen in derselben Gruppierung wieder auftraten. Eine spätere Berichtigung hätte naturgemäß infolge der Verflechtung der einzelnen Tabellen untereinander weitaus größere Schwierigkeiten bereitet. Waren die Hilfstabellen erst einmal von derartigen Unstimmigkeiten bereinigt, so ging die Übertragung der Ergebnisse auf Haupttabellen und ihre anschließende Konzentration zu Gruppen und Abteilungen einerseits und geographischen und Verwaltungseinheiten andererseits verhältnismäßig schnell vonstatten.

Das Charakteristikum für die Herstellung der Tabellen 2 (Die Bevölkerung nach Hauptberuf, Alter und Familienstand) und 3 A I und 3 A II (Die Haushaltungen nach dem Beruf des Haushaltungsvorstandes sowie die Familien, ausschließlich der einzeln lebenden Personen und der alleinstehenden Vorstände gemeinsamer Hauswirtschaften) ist im Gegensatz zu Tabelle 1 ihre weitgehende Sortierung in manueller Arbeit. Lohnte sich bei Tabelle 1 vielfach bereits die maschinelle Sortierung nicht mehr, so trat diese Erscheinung bei den folgenden Tabellen in erheblich stärkerem Umfange auf. Die maschinelle Sortierung und Auszählung mußte sich daher auf die erfahrungsgemäß stärker besetzten Wirtschaftszweige, wie z. B. W 1 (Landwirtschaft, Zucht landwirtschaftlicher Nutztiere, Milchwirtschaft), W 23 (Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren [ausschließlich Schmiederei, Schlosserei und Klempnerei]), W 27 (Maschinenbau), W 95 (Schneiderei und Kleiderherstellung), W 96 (Näherei und Hilfsgewerbe der Kleider- und Wäscheherstellung), W 108 (Hoch-, Eisenbeton- und Tiefbau [einschließlich der Baunebengewerbe]), W 114 (Waren- und Produktenhandel), beschränken. Alle übrigen Wirtschaftszweige konnten zweckmäßigerweise im Handsortier- und -zählverfahren nach Altersklassen, Familienstand und Familiengröße ausgezählt werden. Einige Versuche, auch hier zur maschinellen Sortierung zurückzukehren, erbrachten bald das Ergebnis, daß bei kleineren Begriffseinheiten mit einer schätzungsweise mit ein Viertel höheren Zeitdauer als bei der Handzählung zu rechnen war. Dieser drohende Zeitverlust bestimmte das Amt, in allen gleichgelagerten Fällen die manuelle Aufbereitung der Lochkarten zu bevorzugen, selbst auf die nicht zu unterschätzende Gefahr hin, daß das Lochkartenmaterial hierdurch stark in Mitleidenschaft gezogen würde und eventuell für weitere notwendige maschinelle Bearbeitung verhältnismäßig stark ausfallen könnte. Die in dieser Richtung liegenden Befürchtungen sind zum Teil bei späteren Sortierungen bestätigt worden, wenn der unbrauchbar gewordene Kartenanteil mit schätzungsweise 5 bis 6 v. H. allerdings auch nicht die erwartete Höhe erreichte. Immerhin wurden hierdurch entsprechende Nachlochungen erforderlich, die jedoch nicht so erheblich waren, daß die manuelle Auszählung nachträglich nicht gerechtfertigt erschienen wäre.

Man kann die Darstellung des maschinellen Sortierverfahrens nicht schließen, ohne vorher noch eine Betrachtung über die Brauchbarkeit von Maschinen bei statistischen Aufbereitungen überhaupt anzustellen. Wie bereits eingangs des Kapitels hervorgehoben wurde, ließ sich das Amt bei seinem Entschluß, Maschinen zu verwenden, von dem Gesichtspunkt der Schnelligkeit und Billigkeit leiten. Es entsteht nunmehr die Frage, ob die Erwartungen in Erfüllung gegangen sind oder nicht. Man kann sie im großen und ganzen wohl bejahen, wenn man davon absieht, daß die Erprobung jeglicher Neuerung zuerst mit einem gewissen Verlust an Zeit und Geld verbunden ist, wenn man weiter davon absieht, daß im Landesamte mit einem absolut ungeschulten Personal gerechnet werden mußte, das nicht über den geringsten Erfahrungschatz aus einer früheren Zählung verfügte. Hinzu kam, daß auch das leitende Personal erst eine gewisse Einarbeitungszeit benötigte, um erfolgreich die neue Aufbereitungssystematik vorzubereiten. Aus der verhältnismäßig langen Dauer der Zählungsarbeiten — wozu man unter normalen Verhältnissen berechtigt gewesen wäre — auf die Brauchbarkeit der Maschinen einen Schluß zu ziehen, erscheint nicht angängig. Zugegeben werden muß allerdings, daß manche Maßnahme, die ihren Ursprung jedoch in der nicht genügend bekannten Verwendungsmöglichkeit der Maschinen hatte, teilweise verzögernd gewirkt haben könnte. Wenn die Dauer der Aufbereitungsarbeiten von mancher Seite als zu lang bezeichnet wurde, so darf andererseits nicht übersehen werden, daß die ursprünglich vorgesehenen Ablieferungstermine der Tabellen an und für sich, selbst unter dem Gesichtspunkte maschineller Aufbereitung auch noch heute als vielfach zu kurz bemessen anzusprechen sind. Es muß allerdings zugegeben werden, daß die Festsetzung kurzer Termine von dem durchaus verständlichen Wunsche getragen war, die Ergebnisse so früh als möglich der Öffentlichkeit zuzuleiten. Außerdem

waren während der im Gang befindlichen Aufbereitung noch nachträglich vorher nicht bekannte Wünsche des Reichsamts zu berücksichtigen, deren Erfüllung vielfach zeitraubend in den planmäßigen Aufbereitungsgang eingreifen mußte. Im allgemeinen muß zugegeben werden, daß die Verwendung der Maschinen durchaus vorteilhaft gewesen ist. Traten teilweise Enttäuschungen ein, so ist der Grund eben darin zu suchen, daß die Erwartungen allgemein etwas zu hoch gespannt waren. Wie die Erfahrung zeigte, ließ sich die Maschine bei einer Reihe von Arbeitsgängen nicht mehr rationell verwenden. Es wäre jedoch falsch, aus solchen Erfahrungen heraus die Verwendung von Zählmaschinen überhaupt abzulehnen und der manuellen Aufbereitung wieder den Vorzug zu geben. Gerade die Zählung von 1925 hat nämlich bewiesen, daß ein Verzicht auf die Zählmaschinen den Zeitpunkt für die Fertigstellung der Tabellen und somit auch die Kosten recht ungünstig hätte beeinflussen müssen. Der grundlegende Unterschied von Maschinen- und Handzählungen liegt, abgesehen von der Maschine selbst, in der Verwendung der Lochkarte anstelle des Zählblättchens Bei der manuellen Aufbereitung sind die Zählblättchen erst zu sortieren und in einem besonderen Arbeitsgange zu zählen. Die maschinelle Aufbereitung ermöglicht Sortierung und Zählung in einem einzigen Arbeitsgang. Liegen hierin schon ganz erhebliche Vorteile an Arbeitsersparnis, so vervielfältigen sie sich noch bei der erforderlichen Prüfung. Die richtige Sortierung eines bestimmten Merkmals kann bei den Lochkarten durch ein einfaches Hindurchsehen durch die sortierten Kartenstapel nachgeprüft werden. Jede Feststellung und Beseitigung eines Fehlers ist demnach mit dem geringsten Zeitaufwand möglich. Anders beim Zählblättchen, hier muß wieder Blättchen für Blättchen gelesen werden. Es liegt auf der Hand, daß ein Bearbeiter, der ununterbrochen diese Sortierung bezw. Kontrollen bei der manuellen Aufbereitung vorzunehmen hat, durch die Einförmigkeit der Arbeit leicht geneigt ist, Fehler zu machen, bezw. Fehler zu übersehen, abgesehen davon, daß selbst nach vorgenommener Prüfung nicht die absolute Fehlerlosigkeit der Arbeit feststeht. Der Fortfall jeder besonderen Prüfung muß demnach eine stark in die Wagschale fallende Arbeits- und somit auch Zeitersparnis zur Folge haben. Hinzu kommt, daß die Maschine zumal bei großen Auszähleinheiten dem mit Zählblättchen arbeitenden Handarbeiter unvergleichlich überlegen ist. Bei kleinen Auszähleinheiten (unter 20 Lochkarten) war eine rationelle Verwendung der Maschine, wie bereits ausgeführt, nicht mehr möglich; trotzdem war auch hier die Lochkarte dem Zählblatt überlegen, zum mindesten jedoch gleichwertig, da sie sich bei manueller Aufbereitung leichter sortieren läßt als das Zählblättchen. Im übrigen ist auch diese bisher zweifelsohne bestehende beschränkte Ausnutzungsmöglichkeit der Sortiermaschine inzwischen wesentlich durch Konstruktion einer registrierenden Sortierzählmaschine (Hollerith) herabgemindert worden. Bei dieser registrierenden Sortierzählmaschine, welche die Ergebnisse gleichzeitig nieder schreibt, — die Fehlerquelle der Übertragung wird also aus geschaltet — ist die Sortier- und Zählapparatur getrennt, sodaß die Maschine bei ein und demselben Kartendurchlauf eine Spalte sortieren und drei weitere Spalten auszählen kann. Der große Vorteil der getrennten Sortierung und Zählung besteht darin, daß es jetzt nicht mehr notwendig ist, bei der Auszählung gleichzeitig auch die Karten in die Ablagefächer zu sortieren, wie es bei sämtlichen bisherigen Typen der Sortierzählmaschinen der Fall war. Es ist also grundsätzlich die Sortierung der Einerspalte bei allen Auszählungen erspart. Selbstverständlich kann, wenn es aus anderen Gründen notwendig ist, die Sortierung und Zählung aus ein und derselben Spalte gleichzeitig bewirkt werden. Die Zählbänke, von denen auf einem Gestell in der Regel drei angeordnet sind, können nun in zweifacher Form mit den Auszählbürsten der Sortiermaschinen geschaltet werden. Im ersteren Fall werden, wenn es sich um die gleichzeitige Auszählung aus drei verschiedenen Zählspalten der Karten handelt, die drei Zählbürsten je für sich mit einer Zählbank verbunden. In den Kartenzählern der einzelnen Zählbänke sammeln sich die Summen der durchgezählten Karten. Nach Beendigung des Gesamtkartendurchgangs werden die Zählbänke durch Abdrucken der Endsummen gelöscht.

Will man nun im zweiten Fall aber nicht nur eine einfache Zählung aus einer Kartenspalte, sondern auch die Gruppensummen erlangen, so schaltet man die drei Zählbänke parallel zu einer Zählbürste. Es ergeben sich in der einen Zählbank die Gruppensummen, in der zweiten werden die Gruppensummen zu höheren Gruppen zusammengefaßt, und in der dritten Zählbank alle Gruppen zum Gesamtergebnis zusammengestellt.

Die gleiche dreifache Summenstaffelung der Auszählung aus einer Kartenspalte läßt sich auch für die 2. und 3. Zählbürste der Sortiermaschine einrichten, sodaß im Höchstfalle die Sortiermaschine mit drei Zählbankaggregaten zu arbeiten vermag. Neben diesen Auszählungsarbeiten wird die Maschine bei Einschaltung der Sortierbürsten unabhängig Sortierungen ausführen können, die entweder mit der Auszählung verbunden oder unabhängig von der Auszählung vorgenommen werden. Darüber hinaus dürfte bei einer kommenden Zählung die inzwischen erfolgten technischen Verbesserungen an der Tabelliermaschine auch zu einer Heranziehung dieses Maschinentyps zu den reinen Aufbereitungsarbeiten der Volks- und Berufszählung führen. Zusammenfassend gehen daher die Erfahrungen des Amtes bezüglich der maschinellen Aufbereitung dahin, daß auch in Zukunft auf eine Verwendung von Maschinen nicht mehr verzichtet werden kann.

Die wichtigste Erkenntnis, die aus der letzten Zählung gewonnen wurde, besteht jedoch darin, daß eine absolut rationelle Ausnutzung von Maschinen und Personal in Zukunft nur dann möglich erscheint, wenn es gelingt, die Herstellung der Tabellen in der Art des laufenden Bandes zu gestalten. Hiermit ist bereits zum Ausdruck gebracht, daß bei der letzten Zählung dieser Forderung nicht Genüge geschah, ja nicht geschehen konnte, da ihrer Erfüllung die mindestens gleichberechtigte Forderung des Reichsamtes nach möglichst frühzeitiger Veröffentlichung eines Reichsergebnisses im Wege stand. Dieser Wunsch ist, das sei auch hier nochmals zum Ausdruck gebracht, durchaus berechtigt und nach den Erfordernissen einer modernen Zählung notwendiger denn je. Es fragt sich nur, ob seine Verwirklichung nicht stark nachteilige Folgen hinsichtlich einer rationellen Arbeitsweise mit sich bringen muß. Die bei der letzten Zählung befolgte Methode, eine Tabelle erst nach erfolgter Aufstellung der vorhergehenden in Angriff zu nehmen, führte dazu, daß das gesamte Erhebungs- und Lochkartenmaterial doppelt, ja sogar dreifach und mehr aus dem Lagerraum zur Arbeitsstelle bewegt werden mußte — bei einem Material von ca. 40 Millionen Karten ein immerhin nicht zu unterschätzender Zeit- und Arbeitsverlust! Durch die zeitlich verhältnismäßig weit auseinander liegende Bearbeitung der einzelnen Tabellen ging dem Bearbeiter vielfach der Überblick über die den Tabellen innewohnende Verflechtung verloren Die notwendige und unvermeidliche Abstimmung der einzelnen Tabellen wurde an das Ende der gesamten Zählung verlegt und konnte vielfach nur unter den größten Schwierigkeiten durch Korrektur bereits im Druck befindlicher Ergebnisse bewerkstelligt werden. Diese Nachteile, die durchaus nicht zu unterschätzen sind, und ganz erheblich zur Verzögerung beitrugen, sollten sich in Zukunft vermeiden lassen, indem man nach Fertigstellung einer Tabelle für beispielsweise eine Provinz die Bearbeitung des Materials für die anschließende Tabelle

gleichsam am laufenden Bande anschließt. Das Ergebnis bestünde in einer restlosen Auszählung einer Provinz nach sämtlichen erforderlichen Gesichtspunkten. Hierin dürfte unbedingt eine ganz wesentliche Zeit- und Kostenersparnis liegen, die im Endergebnis der gesamten Zählung zugute käme. Allerdings würde die Herstellung des Staatsergebnisses für alle Tabellen notwendigerweise an den Schluß der Aufbereitung rücken. Die mit einer derartigen Aufbereitungsmethode verbundenen Vorteile sind besonders in finanzieller Hinsicht von so weitgehender Bedeutung, daß sie bei einer kommenden Zählung immerhin stärkste Beachtung verdienen.

Im Gegensatz zur Berufszählung von 1907, bei der im weitestgehenden Maße Haus- und Heimarbeiter[1]) mit der Aufbereitung betraut waren, wollte die Zählung vom Jahre 1925 den Versuch unternehmen, den Schwerpunkt der Aufbereitungsarbeiten in das Amt zu verlegen. Die Vergebung der Aufbereitungsarbeiten in Haus- und Heimarbeit entspricht der Forderung, die Ergebnisse der Zählung in der denkbar kürzesten Zeit veröffentlichen zu können, was mit einem durch räumliche Verhältnisse vielfach begrenzten Büropersonal nicht immer möglich ist. Mit der Verwendung von Zählmaschinen hoffte man bei der letzten Zählung zunächst auf Hilfskräfte außerhalb des Büros verzichten zu können. Hierzu kam, daß die soziale Einstellung der Staatsverwaltung stärker denn je auf Ausführung der Aufbereitung in reiner Büroarbeit drängte. Diese Forderung war durchaus verständlich unter dem Gesichtspunkte des Arbeitslosenproblems. Es ist bereits ausgeführt worden, daß die Erwartungen bezüglich der Maschinenarbeit in vielen Fällen zu hoch gespannt waren, sodaß sich speziell Auszählungsarbeiten für kleinere Einheiten zweckmäßiger im manuellen Verfahren durchführen ließen. Hierfür erschienen Haus- und Heimarbeiter besonders geeignet, zumal da auf der anderen Seite die Möglichkeit bestand, den im Laufe der Zählung eingetretenen Zeitverlust durch eine Verstärkung des Bearbeiterstammes einzuholen. Derartige Erwägungen führten somit zu einen stärkeren Verwendung von Haus- und Heimarbeitern bei Signier- und Konzentrationsarbeiten, besonders da ausführliche Signieranweisungen in der ersten Zeit die Gewähr für eine sachgemäße Bearbeitung zu bieten schienen. Bald mußte man jedoch beim Signieren die Erfahrung machen, daß der Heimarbeiter den Anforderungen der Arbeit in vielen Fällen nicht gewachsen war. Es fehlte der Konnex zwischen Bearbeiter und Leitung, um die vielen Zweifelsfälle zu beheben, wie es sich dagegen für den Hausarbeiter durch seine gleichzeitige Tätigkeit im Büro von selbst ergab. Die erforderlichen Prüfungen und Richtigstellungen nahmen daher häufig dieselbe Zeit wie die eigentliche Bearbeitung in Anspruch, sodaß der Vorteil der Heimarbeit in Frage gestellt wurde. Auf jeden Fall müßte eine kommende Zählung mit der Vergebung von Signierarbeiten in Heimarbeit grundsätzlich in allen den Fällen brechen, in denen es sich um die Bearbeitung städtischer oder stark industriell durchsetzter Bevölkerungsteile mit ihren zahlreichen Variationen in der beruflichen Struktur handelt. Bei der Bearbeitung der ländlichen Bevölkerung fallen derartige Bedenken wegen ihrer mehr oder weniger einseitigen Schichtung nicht so stark ins Gewicht. Immerhin wäre vielleicht zu erwägen, ob wegen der Wichtigkeit der Signierarbeiten auf eine Bearbeitung in Heimarbeit zweckmäßigerweise nicht überhaupt ganz zu verzichten wäre.

Auch bei den reinen Konzentrationsarbeiten ließ die Ausführung der Arbeiten durch Heimarbeiter vielfach zu wünschen übrig. Dies trifft besonders für die Tabellen 2 a, b, c (Alter- und Familienstandtabelle) zu. Die Verflechtung dieser Tabellen mit der Tabelle 1 sowie Tabelle 3 A I und II war bekanntlich so stark, daß geringe Vorkenntnisse in der Berufssystematik, wie sie meist nur vorhanden waren, nicht genügten, um den im Anstellungsverhältnis beschäftigten Büroarbeiter vollständig zu ersetzten erst nach verhältnismäßig längerer Beobachtungszeit war es möglich, einen Heimarbeiter heranzubilden, der den Anforderungen einigermaßen genügte. In der Zwischenzeit ließ es sich nicht umgehen, in stärkerem Maße als bisher beabsichtigt war, auf Hausarbeit zurückzugreifen, um den Forderungen des Statistischen Reichsamts auf fristgemäße Ablieferung der Tabellen nur einigermaßen gerecht zu werden. Hierbei entstanden allerdings starke Hemmungen, da die durchaus begründeten Richtlinien der Staatsverwaltung sich vielfach mit den Erfordernissen einer rationellen Arbeitsweise nicht in Einklang bringen ließen. War die Verdienstgrenze des Heimarbeiters zunächst unbegrenzt, so unterlag der Hausarbeiter einer bestimmten Höchstgrenze, die in den meisten Fällen erreicht wurde und somit zu einer automatischen Sperrung der Hausarbeit führte. Es liegt ohne Zweifel in der Beschäftigung von Hausarbeitern ein unsoziales Moment, da der Hausarbeiter im Grunde genommen ja nichts anderes als eine Überstundenkraft bedeutet, wodurch allein schon im Hinblick auf die herrschende starke Arbeitslosigkeit seine Verwendung ausgeschaltet werden müßte. Andererseits konnte der Heimarbeiter, wie bereits ausgeführt, einen vollwertigen Ersatz nicht bieten, da die mit seiner Verwendung verbundenen Vorteile erst nach geraumer Einarbeitungszeit erfahrungsgemäß sich auswirkten. Wenn das Amt auch im Laufe der Zeit verschiedentlich die Zustimmung der Staatsverwaltung zu einer Erhöhung der Hausarbeitsverdienstgrenze erlangte, so kam es doch nie zu einer vollen Auswirkung der durch die Hausarbeiter bedingten Vorteile, da das Maß der Erhöhung mit der zu bewältigenden Arbeit in einem ungenügenden Verhältnis stand. Trotz aller Bedenken vom sozialen Standpunkt aus über eine Wiederaufnahme der Hausarbeit bei künftigen Zählungen darf nicht unerwähnt bleiben, daß, gemessen an der Büroarbeit, vielfach eine Kostenersparnis von 30 bis 40 v. H. durch eine Beschränkung der notwendigen Prüfungsarbeiten auf ein Minimum erreicht werden konnte. Immerhin wird auch eine kommende Zählung, wegen ihres saisonmäßigen Charakters, der durch einen verhältnismäßig stark wechselnden Bearbeiterstand charakterisiert wird, wohl mit gewissem Vorteil Heimarbeiter verwenden können, wobei allerdings Voraussetzung die Heranbildung eines geeigneten Heimarbeiterbestandes für bestimmte Arbeitsgänge bleibt.

[1]) Als „Hausarbeit“ wird die von Angehörigen der Angestellten und Beamten des Amtes geleistete Hausarbeit, als „Heimarbeit“ die Tätigkeit von Heimarbeitern, d. h. von mit dem Amte sonst in keinerlei Beziehung stehenden Personen bezeichnet.

Die Ehescheidungen in Preußen
von 1923 bis 1929

von

Regierungs- und Volkswirtschaftsrat **Dr. Simon,**
Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamts,
mit einem Nachwort von Kammergerichtsrat **Felix Naumann.**

Inhaltsangabe.

1. Einleitung.

Die Ehescheidungen wurden letztmals an dieser Stelle für die Zeit von 1905 bis 1922 behandelt[1]).

Nunmehr liegt das Tabellenmaterial aus 7 weiteren Jahren zur kritischen Verwertung vor[2]).

Im Hinblick auf die vorausgehende Bearbeitung kann von ausführlichen Vorbemerkungen abgesehen werden, insbesondere da auch rechtlich sich seit dem Erscheinen unserer letzten statistischen Veröffentlichung nichts geändert hat. Über den Einfluß des BGB. auf die Scheidungsmöglichkeit ist a. a. O. eingehend besprochen worden. Vor 1900 hatte, wie man sich erinnern wird, die in Aussicht stehende Einführung des Gesetzes eine Häufung der Ehescheidungen gebracht, weil das BGB. angeblich die Ehescheidung gegen das in einem großen Teil Preußens vorher geltende Recht erschwerte. Später zeigte sich aber, daß die beim Gesetzgeber zweifellos vorhandene Absicht, die Ehescheidung schwieriger zu machen, in der Praxis zu durchkreuzen war. Hierüber kann a. a. O. nachgelesen werden. — Bestrebungen der neuesten Zeit, die darauf hinzielen, die Scheidung zu erleichtern, sind seit Erscheinen der letzten Besprechung nicht vorwärts gekommen, sodaß ein Vergleich der hier vorliegenden Zahlen mit denen der vorausgehenden Zeit einwandfrei ist.

Die Zählkarten über die rechtskräftig[3]) gewordenen Ehescheidungen erhält das Preußische Statistische Landesamt, wie bisher, von den Urkundsbeamten der Landgerichte. Aus dem Saargebiet fehlen die Karten.

Der für die Messung der Scheidungshäufigkeit benötigte Bestand an Ehen (die Zahl der stehenden Ehen) wurde mit Hilfe der Zahl der Eheschließungen, der Ehescheidungen (einschließlich der Ehelösungen durch Nichtigkeits- oder Ungültigkeitserklärung oder Feststellens des Nichtbestehens) und der Ehelösungen durch Tod eines Ehegatten weiter fortgeschrieben und das Ergebnis der Fortschreibung durch das der Volkszählung von 1925 berichtigt[4]), sodaß für die Berichtszeit eine ziemlich einwandfreie Grundlage[5]) zur Berechnung von „qualifizierten" Ehescheidungsziffern (nach Georg v. Mayr) vorhanden war. Zur Ergänzung wurden auch die „allgemeinen" Ehescheidungsziffern auf 1.000 der Gesamtbevölkerung festgestellt, während die Relation auf die Zahl der Eheschließungen, die man gelegentlich in der Literatur findet,

[1]) 64. Jahrgang 1924, III. Abteilung, S. 71 ff. — [2]) Das Jahr 1929 ist nachträglich in das bereits druckfertige Manuskript hineingearbeitet worden. Es fiel dabei auf, daß die Zahlen und Ziffern für dieses Jahr sich stärker von denen der Vorjahre unterscheiden als diese untereinander. Der Verfasser überlegte deshalb, ob er nicht von der Darstellung des Jahres 1929 in diesem Rahmen absehen sollte, entschloß sich aber trotzdem dazu, weil leider möglich ist, daß die preußische Ehescheidungsstatistik den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen wird. Übrigens zeigen sich Anfänge der abweichenden Entwicklung schon 1928. — [3]) Leider ist damit als „Tag der Ehescheidung" ein Zeitpunkt festgelegt, der von dem Vorgang, der die Veranlassung zur Scheidung bot, um eine beträchtliche Zeitspanne entfernt sein kann. — [4]) Damit sind die Wanderungen oder, besser gesagt, der „Wanderungseffekt" wenigstens rückwirkend berücksichtigt. Die Korrektur betrug fast genau 1 %, d. h. es mußte der auf den 1. 1. 1925 fortgeschriebene Bestand an Ehen nachträglich um 1 % herabgesetzt werden. Für die Weiterschreibung fehlt leider ein Maßstab, jedoch dürften diese 1 % ein Maximum darstellen, sodaß der Fehler nicht schwer wiegt. — [5]) Es ist bekannt, daß das Statistische Reichsamt die Fortschreibungszahlen jeweils „um das Mittel der im Ehescheidungsjahr und im Vorjahr geschlossenen Ehen verringert". (Statistik des Deutschen Reichs, Band 316, S. 19* ganz unten). Es gibt als Grund hierfür an, daß „diese neugeschlossenen Ehen so gut wie gar keinen Anteil an der Ehescheidungszahl haben". Wir haben uns zu dieser Korrektur nicht entschließen können, weil von den Ehen, die nach 1 bis 2jähriger Dauer geschieden werden, ein Teil zu denen gehört, die bereits im 1. Ehejahr brüchig geworden sind (s. Anm. 1).

als nicht einwandfrei so wenig wie möglich benutzt wurde. (Näheres siehe im Text der letzten Bearbeitung S. 72).

Ist das Material somit in gewissem Sinne vollständig, so besteht eine solche Vollständigkeit keineswegs, wenn man es zu moralstatistischen Untersuchungen gebrauchen (vielleicht besser gesagt: mißbrauchen) will. Johannes Müller führte in seinem Vortrag bei der Tagung der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Stuttgart am 21. Mai 1930[1]) aus, daß es für die Ehescheidungen nur eine einzige wirkliche Ursache gibt: Den mangelnden Willen der Ehegatten, die Ehe aufrechtzuerhalten. Das bedeutet, daß nur solche Fälle einer brüchigen Ehe zur Scheidung führen, bei denen zum mindesten der eine Teil die Scheidung wünscht. Eine Übersicht über die Brüchigkeit von Ehen gibt die Ehescheidungsstatistik nicht. Wir werden im Schlußwort unserer statistischen Berichterstattung auf diesen Gedanken nochmals eingehen, möchten aber nicht versäumen, ihn auch schon hier zu erwähnen, ehe wir uns mit den Zahlen befassen, die uns die rechtskräftig gewordenen Urteile auf Ehescheidung liefern.

[1]) Siehe Allgemeines Statistisches Archiv 20. Band, 3. Heft, Seite 325.

2. Die Häufigkeit der Ehescheidungen im Staat und in seinen einzelnen Teilen.

Seit 1920 werden in jedem Jahr in Preußen absolut und relativ mehr als doppelt soviel Ehen geschieden als 1912 bis 1914 (10 000 bis 11 000 jährlich) und rund dreimal soviel als 1905 bis 1907 (7 000 bis 8 000 jährlich). Seit 1920 wurde, wie aus Tabelle 1 ersichtlich, 20 000 stets überschritten.

Tabelle 1. Scheidungen und sonstige Ehelösungen in Preußen von 1920 bis 1929.

Jahr	Zahl der Ehescheidungen insgesamt	Zahl der Ehescheidungen auf 1 000 stehende Ehen	Ehelösungen durch Nichtigkeits- oder Ungültigkeitserklärung oder Feststellens des Nichtbestehens
1	2	3	4
1920	22 534	3,29	422
1921	25 160	3,59	422
1922	23 711	3,26	430
1923	21 906	2,92	410
1924	23 251	3,04	400
1925	22 721	2,93	417
1926	21 789	2,78	282
1927	23 051	2,90	335
1928	23 515	2,91	333
1929	25 276	3,06	307

Die größte relative Scheidungshäufigkeit hatte, wie man sieht, das Jahr 1921. Seit 1923 war die Ziffer wesentlich niedriger; 1926 hatte sie mit 2,78 ‰ innerhalb der Berichtszeit ihren tiefsten Stand, stieg aber in den letzten Jahren wieder an. Während die Vorkriegszeit durch eine qualifizierte Scheidungsziffer von 1 bis 1 1/2 Promille gekennzeichnet war, hat Preußen also heute eine solche von rund 3 Promille. Absolut war die Zahl der Scheidungen im letzten[1]) der 7 Berichtsjahre wieder so groß wie 1921, dem Jahr mit der höchsten Scheidungsziffer. Es kamen in den letzten Jahren jährlich 22 000 bis über 25 000 Ehen zur Scheidung. Weitere rund 170 000 bis 175 000 Ehen werden jährlich durch den Tod eines der beiden Ehegatten gelöst, rund 300 bis 400 für nichtig oder ungültig erklärt, rund 300 000 Ehen werden jährlich neu geschlossen. Das ist der Zu- und Abgang. Der Nettozuwachs an Ehepaaren ist danach in Preußen jährlich rund 100 000. (Dieser Zugang ist aber nicht mit dem Mehrbedarf an Wohnungen zu verwechseln, da in der Mehrzahl der Fälle weder die Scheidung noch der Tod eines Ehegatten zur Freigabe einer Wohnung führt, im Gegenteil sehr häufig bei Scheidungen der Bedarf sich verdoppelt; andererseits verlangt auch nicht jedes neue Ehepaar eine Wohnung. Das nur nebenbei).

In den meisten Provinzen ist die Zahl der geschiedenen Ehen in den 7 Jahren 1923 bis 1929, die speziell Gegenstand der vorliegenden Untersuchung sind, absolut und relativ[2]) ungefähr gleich geblieben oder zeigte Schwankungen, die keine Tendenz erkennen lassen (s. Tabelle 2).

[1]) Das Jahr 1929 weicht auffallend von den vorausgehenden Jahren ab. Es kann sein, daß sich mit ihm die Entwicklungsrichtung wieder ändert. — [2]) bezogen auf die Einwohnerzahl, weil eine Fortschreibung der stehenden Ehen nach Provinzen mittelst des vorhandenen Materials unmöglich ist. Da innerhalb von 7 Jahren sich die Bevölkerungszusammensetzung der Provinzen nicht wesentlich geändert haben dürfte, ist dies Verfahren unbedenklich.

Tabelle 2. Die Ehescheidungen nach Provinzen.

Provinzen	1923 absolut	1923 auf 10 000 Einwohner	1924 absolut	1924 auf 10 000 Einwohner	1925 absolut	1925 auf 10 000 Einwohner	1926 absolut	1926 auf 10 000 Einwohner	1927 absolut	1927 auf 10 000 Einwohner	1928 absolut	1928 auf 10 000 Einwohner	1929 absolut	1929 auf 10 000 Einwohner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Ostpreußen	821	3,7	892	4,0	823	3,6	736	3,2	792	3,4	846	3,6	960	4,1
Brandenburg	1 235	4,8	1 134	4,4	1 198	4,6	1 179	4,5	1 236	4,7	1 223	4,7	1 268	4,8
Stadt Berlin	6 701	16,6	7 372	18,3	7 497	18,6	7 332	18,2	7 592	18,2	7 530	17,7	8 183	18,9
Pommern	763	4,1	789	4,2	854	4,5	768	4,0	699	3,7	763	4,0	787	4,0
Grenzmark Posen-Westpreußen	71	2,2	59	1,8	74	2,2	72	2,1	86	2,5	73	2,1	76	2,2
Niederschlesien	1 246	4,0	1 376	4,4	1 442	4,6	1 298	4,1	1 417	4,5	1 625	5,1	1 572	4,9
Oberschlesien	202	1,5	278	2,0	226	1,6	223	1,6	223	1,6	301	2,1	311	2,1
Sachsen	1 973	6,1	1 929	5,9	1 799	5,5	1 859	5,6	1 807	5,4	1 967	5,9	2 040	6,0
Schleswig-Holstein	1 194	8,0	1 074	7,1	961	6,3	896	5,9	863	5,6	945	6,1	1 216	7,8
Hannover	1 222	3,9	1 348	4,3	1 224	3,8	1 172	3,6	1 342	4,1	1 294	4,0	1 291	3,9
Westfalen	1 564	3,3	1 823	3,8	1 664	3,5	1 516	3,1	1 771	3,6	1 745	3,5	1 819	3,7
Hessen-Nassau	1 060	4,5	1 195	5,0	1 109	4,6	1 116	4,6	1 220	5,0	1 194	4,9	1 330	5,3
Rheinprovinz	3 852	5,4	3 977	5,5	3 840	5,3	3 612	4,9	3 984	5,4	3 996	5,4	4 410	5,9
Hohenzoll. Lande	2	0,3	5	0,7	10	1,4	10	1,4	19	2,6	13	1,8	13	1,8
Staat	21 906	5,8	23 251	6,2	22 721	6,0	21 789	5,7	23 051	6,0	23 515	6,0	25 276	6,4

Tabelle 3. Die Ehescheidungen nach Stadt und Land und nach Ortsgrößenklassen.

Gebietsteile	1923		1924		1925		1926		1927		1928		1929	
	absolut	auf 10 000 Einwohner	absolut	auf 10 000 Einwohner	absolut	auf 10 000 Einwohner	absolut	auf 10 000 Einwohner	absolut	auf 10 000 Einwohner	absolut	auf 10 000 Einwohner	absolut	auf 10 000 Einwohner
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Staat	**21 906**	**5,8**	**23 251**	**6,2**	**22 721**	**6,0**	**21 789**	**5,7**	**23 051**	**6,0**	**23 515**	**6,0**	**25 276**	**6,4**
davon in den														
Landgemeinden	2 962	1,8	2 992	1,8	2 994	1,8	2 805	1,7	2 873	1,7	2 894	1,7	3 175	1,9
Städten	18 944	9,1	20 259	9,7	19 727	9,4	18 984	8,9	20 178	9,3	20 621	9,8	22 101	9,7
davon in den Städten mit														
über 100 000 Einwohnern	14 016	12,7	14 998	13,5	14 677	13,2	14 161	12,6	15 101	13,2	15 715	12,7	17 157	12,7
bis 100 000 „	4 928	5,0	5 261	5,4	5 050	5,1	4 823	4,7	5 077	5,0	4 906	5,1	4 944	5,4

Für den gesamten Staat war die Scheidungshäufigkeit (s. Tabelle 3), bezogen auf 10 000 Einwohner, 1923 5,8, 1924 6,2, 1925 6,0, 1926 5,7, 1927 und 1928 jeweils 6,0, 1929 6,4 und im Durchschnitt der vorausgehenden vier Jahre 5,9. Die Schwankungen sind also bei Verwendung dieses Maßstabes noch geringer als beim Bezug auf die stehenden Ehen. Dagegen sind die Unterschiede zwischen Stadt und Land, worauf bereits bei der letzten Besprechung hingewiesen wurde, in jedem Jahr beträchtlich. In den Landgemeinden kamen auf 10 000 Einwohner in sämtlichen Nachkriegsjahren 1,7 bis 1,9 geschiedene Ehen, in den Städten war die Ziffer jeweils unter 10 und bis auf einen Fall, der ein wenig darunter blieb, stets über 9. In den Großstädten schwankte sie um 13, in den Städten unter 100 000 Einwohnern um 5 auf 10 000 Personen.

Von den rund 22 000 bis 25 000 Ehescheidungen der letzten Jahre kamen (s. Tabelle 4) 6 700 bis rund 8 000 jährlich auf Berlin. 1 000 Ehescheidungen wurden in keiner weiteren preußischen Großstadt erreicht. Die nächstgrößte absolute Zahl hatte jeweils Köln. Bezogen auf 10 000 Einwohner der Wohnbevölkerung vom 16. Juni 1925 hatte Berlin 1925 eine Scheidungsziffer von 18,6 und weitere 13 Großstädte eine solche von über 10, darunter als nach Berlin höchste Ziffern Altona 14,8 und Erfurt 14,2, während die Ziffern der übrigen Großstädte kleiner waren. Die niedrigsten hatten München Gladbach (4,9) und Münster i./W. (4,8), die damit trotz ihrer Großstadteigenschaft eine geringere Scheidungsziffer hatten, als für den Durchschnitt der Städte mit unter 100 000 Einwohnern (5,1) festgestellt wurde.

Tabelle 4. Die Ehescheidungen in den Großstädten.

	1923	1924	1925 absolut	1925 auf 10 000 Einwohner[1])	1926	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Berlin	6 701	7 372	7 497	18,6	7 332	7 592	7 530	8 183
Köln	964	957	897	12,8	845	845	920	941
Breslau	490	503	540	9,7	517	638	749	616
Essen	407	406	378	8,0	394	352	362	490
Frankfurt a./M.	564	676	543	11,6	567	630	663	707
Düsseldorf	614	593	479	11,1	431	586	568	674
Hannover	528	556	504	11,9	522	594	577	576
Dortmund	330	343	317	9,9	257	312	375	442
Magdeburg	382	364	327	11,1	346	364	432	358
Königsberg i. Pr.	277	267	235	8,4	213	266	297	335
Duisburg	175	236	253	9,8	222	240	228	365
Stettin	266	274	338	13,3	298	272	296	279
Kiel	263	273	243	11,4	196	214	249	253
Gelsenkirchen	142	154	148	4,8	140	151	146	177
Halle a. S.	243	186	210	10,8	261	219	240	229
Barmen	157	159	145	7,7	121	141	143	350
Altona	399	361	275	14,8	222	257	305	471
Kassel	121	140	158	9,2	157	163	125	175
Elberfeld	151	171	178	10,6	155	216	178	.
Bochum	99	153	123	5,8	120	150	147	194
Aachen	107	115	102	6,5	96	129	132	147
Erfurt	182	237	192	14,2	195	186	179	225
Krefeld	101	97	139	10,6	108	97	119	121
Mülheim (Ruhr)	49	74	80	6,3	66	66	63	71
Hamborn	81	85	102	8,1	94	122	92	.
München Gladbach	46	50	56	4,9	68	53	67	76
Münster i./W.	44	58	51	4,8	46	61	66	53
Oberhausen	43	62	91	8,6	72	78	61	56
Wiesbaden	123	115	110	10,7	140	145	157	169

1) Auf 10 000 bei der Volkszählung 1925 gezählte Personen.

3. Die persönlichen Verhältnisse der Geschiedenen.

a) Das Religionsbekenntnis.

Die sehr naheliegende Frage, ob Personen des einen religiösen Bekenntnisses leichter und häufiger geschieden werden als die eines anderen, kann nur mit großem Vorbehalt beantwortet werden.

Man weiß nämlich nicht, wie weit an den stehenden Ehen Personen der einzelnen Religionen beteiligt sind, man kennt nicht einmal die Zahl der verheirateten Personen der verschiedenen Bekenntnisse. Es fehlt auch die Kombination von Religion und Alter, sodaß die Reduktion auf die Zahl der ehefähigen Personen gleichfalls nicht möglich ist. Ja sogar die Mischehen, die 1910 gezählt worden waren (sodaß daraus bei der letzten Bearbeitung – a. a. O. S. 77 – einige, wenn auch nicht sehr weitgehende Schlüsse gezogen werden konnten), wurden bei der Volkszählung 1925, bei der äußerste Sparsamkeit geboten war, nicht festgestellt. Nur zweierlei kann heute angegeben werden: Zunächst der Anteil der geschiedenen Personen der einzelnen Bekenntnisse, getrennt nach dem Geschlecht, bezogen auf den Gesamtbestand an Personen der gleichen Religion, und dann die Verteilung der geschiedenen Ehen auf die einzelnen Religionen.

Beginnen wir mit dem Anteil der geschiedenen Personen der einzelnen Religionen an der Gesamtbevölkerung.

Im Durchschnitt der Jahre 1923/27 wurden, bezogen auf je 10 000 Religionszugehörige, die bei der Volkszählung 1925 ermittelt wurden, geschieden:

	evangelische Personen	römisch-katholische Personen	jüdische Personen	Gesamtbevölkerung ohne religiöse Unterscheidung
männlich	12,80	8,54	16,29	12,18
weiblich	12,12	7,90	14,94	11,49.

Diese Tabelle wäre ganz lehrreich, wenn man voraussetzen dürfte, daß sich unter der Gesamtbevölkerung der einzelnen Religionen der gleiche Anteil Verheirateter befindet. Wahrscheinlich ist das nicht der Fall. Schon die Ehelosigkeit

der katholischen Priester, Mönche und Nonnen berechtigt zu der Annahme, daß bei der katholischen Bevölkerung dieser Anteil kleiner ist. Auf zwei Drittel wird man ihn aber nicht schätzen und daher nicht den ganzen Unterschied (12 : 8 auf 10 000) auf sein Konto setzen dürfen. **Die katholische Bevölkerung wird** also tatsächlich entsprechend der konfessionellen Vorschrift **weniger geschieden als die evangelische**[1]). Wie das **Plus bei der jüdischen Bevölkerung** entsteht, kann man nur mutmaßen. Vielleicht sind unter den Juden verhältnismäßig mehr Ehepaare. Wären die Juden noch sehr strenggläubig, so würde früheres Heiraten und leichtes Scheiden, das man aus den Ziffern ablesen kann, zu unterstellen sein. Möglicherweise wirkt die Ostzuwanderung wieder in dieser Richtung. Sicherlich sprechen aber daneben Unterschiede in der sozialen Struktur stark mit.

Da die Zahlen für die jüdische Bevölkerung etwa ebensoviel über denen für die evangelische blieben, wie die für die katholische darunter, lag das Mittel in der Nähe der Ziffern für die evangelische Bevölkerung. Die Ziffern für das männliche Geschlecht sind stets höher als die für das weibliche, weil die Zahl der männlichen Personen in der Gesamtbevölkerung kleiner ist als die der weiblichen. An sich werden natürlich ebensoviel Männer wie Frauen geschieden.

[1]) s. dazu auch die Bemerkung im vorigen Abschnitt über die Scheidungshäufigkeit in München Gladbach und Münster i./W. — Köln ist wohl zu groß, als daß der Einfluß der Kirche direkt statistisch merkbar ist.

Das zweite, was in diesem Zusammenhang festgestellt werden kann, ist der Anteil der einzelnen Religionsgruppen an der Gesamtzahl der Scheidungen. Bei der letzten Bearbeitung (a. a. O. S. 77 ganz unten) wurde eine Tabelle aufgestellt, in der die durchschnittliche Zahl der jährlich geschiedenen Ehen nach Religion für drei Zeiträume dargestellt wurde; sie wird in Tab. 5 fortgesetzt. Danach war der Anteil der geschiedenen, beiderseits evangelischen Paare an den Gesamtscheidungen 1905/13 im Durchschnitt 68,9 % und sank bis 1923/29 bis auf 56,5 % mit einem recht beträchtlichen Unterschied zwischen 1919/22 und 1923/29. Sämtliche Ziffern der Reihe entsprechen aber ungefähr dem Anteil der evangelischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. Bei den beiderseits katholischen Paaren war der Anteil an den Scheidungen 1905/13

Tabelle 5. Die geschiedenen Ehen nach der Konfession der Geschiedenen

a) im Jahresdurchschnitt.

Konfessionen	1905/13		1914/18		1919/22		1923/29	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
beide evangelisch . .	6 195	68,9	5 346	66,3	14 006	66,1	13 043	56,5
„ röm.-katholisch	1 197	13,3	1 175	14,6	3 062	14,5	3 353	14,6
„ jüdisch	131	1,5	118	1,5	219	1,0	238	1,0
evang. — röm.-kathol.	1 343	14,9	1 277	15,8	3 429	16,2	3 076	13,4
„ — jüdisch . . .	48	0,5	50	0,6	135	0,6	119	0,5
röm.-kathol. — jüdisch	12	0,1	11	0,1	31	0,1	30	0,1
sonstige	59	0,7	93	1,2	308	1,5	3 214	13,9
zusammen . . .	**8 985**	**100**	**8 069**	**100**	**21 189**	**100**	**23 073**	**100**

b) in den einzelnen Jahren.

Konfessionen	1923		1924		1925		1926		1927		1928		1929	
	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
beide evangelisch	13 988	63,9	14 399	61,9	13 732	60,4	12 437	57,1	12 426	53,9	12 469	53,0	11 848	46,9
„ römisch-katholisch	3 268	14,9	3 419	14,7	3 376	14,9	3 006	13,8	3 279	14,2	3 492	14,9	3 634	14,4
„ jüdisch	230	1,0	235	1,0	222	1,0	215	1,0	254	1,1	282	1,2	226	0,9
evangelisch — römisch-katholisch .	3 343	15,3	3 315	14,3	3 120	13,7	2 957	13,6	3 152	13,7	2 814	12,0	2 833	11,2
„ — jüdisch	147	0,7	127	0,5	126	0,6	100	0,5	124	0,5	105	0,4	101	0,4
römisch-katholisch — jüdisch	31	0,1	23	0,1	24	0,1	36	0,2	40	0,2	29	0,1	29	0,1
sonstige	899	4,1	1 733	7,5	2 121	9,3	3 038	13,9	3 776	16,4	4 324	18,4	6 605	26,1
zusammen . . .	**21 906**	**100**	**23 251**	**100**	**22 721**	**100**	**21 789**	**100**	**23 051**	**100**	**23 515**	**100**	**25 276**	**100**

13,3 % und in den übrigen drei Zeiträumen 14,6 und 14,5 %. Das ist wesentlich weniger als der Gesamtanteil der Katholiken an der Bevölkerung. Dagegen wird bei den Juden mit 1,5 % in den beiden ersten und 1,0 % in den beiden letzten Zeiträumen der Anteil an der Gesamtbevölkerung überschritten. Die Senkung in der zweiten Hälfte ihrer Reihe ist zunächst unklar. Die Scheidungslinie der evangelisch-katholisch gemischten Ehen hat eine klare Richtung nach oben bis zum dritten Zeitraum, fällt aber dann ab. Für die evangelisch—jüdischen und katholisch—jüdischen Ehen blieb die Reihe die vier Zeiträume hindurch unverändert. Des Rätsels Lösung bietet die Schlußlinie unter dem Sammelbegriff „Sonstige" mit der Verzwanzigfachung des Anteils von 1905/13 bis 1923/29. Nicht etwa, daß in Preußen die Zahl der Anhänger sonstiger Konfessionen seitdem so gewaltig zugenommen hat! Auch nicht darin liegt der Grund, daß eine so große Anzahl von Personen ihre bisherige Religion aufgegeben hat, sondern es finden sich in der Rubrik „Sonstige" zahlreiche Fälle ohne Angabe der Religion. Es wird nämlich von der Verfassungsbestimmung, daß niemand verpflichtet ist, seine Religionszugehörigkeit öffentlich zu bekennen, bei der Ausfüllung von Zählkarten leider allzuhäufig Gebrauch gemacht. Wir werden also berechtigt sein, von den 13,9 % einen ganz beträchtlichen Teil auf die übrigen Gruppen zu übernehmen. Zunächst wollen wir einige Prozent bei den rein evangelischen Ehen zuschlagen, sodaß deren Anteil auf 63 bis 64 % zu stehen kommt. Bei der rein katholischen Ehe wird mit einem Zuschlag auszukommen sein, der nur ein oder zwei Bruchteile eines Prozentes ausmacht, aber den jüdischen Anteil beider letzten Zeiträume wird man gut und gern um die Hälfte und die evangelisch—katholische Rate um 2 ½ % heraufsetzen dürfen. Diese Ziffern dürften ungefähr die tatsächliche Entwicklung anzeigen, die besagt, daß der Anteil der Scheidungen rein evangelischer Ehen an den Gesamtscheidungen etwas sinkt, der der rein katholischen, der evangelisch—katholischen und der evangelisch—jüdischen Mischehen etwas steigt und der der jüdischen Ehen gleichbleibt, alles bezogen auf 1905/13.

Wie war nun damals das Verhältnis? Wir haben seinerzeit auf Grund der Unterlagen, die die Volkszählung 1910 gewährte, berechnet, daß im Durchschnitt auf 1 000 Ehen der einzelnen Religionen Ehescheidungen entfielen:

in rein evangelischen Ehen	1,5
„ „ römisch-katholischen Ehen	0,5
„ „ jüdischen Ehen	1,8
„ evangelisch — römisch-katholischen Mischehen	3,4
„ „ — jüdischen „	9,7
„ römisch-katholisch — jüdischen „	11,7
„ sämtlichen Ehen	1,3.

Die Erkenntnis der geringfügigen Veränderungen, die wir bei der vorausgehenden Betrachtung gewonnen haben, kann keine Veranlassung geben, diese Ziffern gegeneinander zu verschieben. Wir dürfen mit ausreichender Wahrscheinlichkeit die Gesamtzunahme an Ehescheidungen (1905/13 im Durchschnitt 8 985, 1923/29 23 073 = rund 157 %) den Religionsgruppen gleichmäßig zukommen lassen und behaupten, daß zur Zeit

rein evangelische Ehen	zu	3,85 %
„ römisch-katholische Ehen	„	1,28 „
„ jüdische Ehen	„	4,62 „
evangelisch — römisch-katholische Mischehen	„	8,73 „
und sämtlichen Ehen	„	3,31 „

geschieden werden. Für Mischehen, bei denen die jüdische Bevölkerung beteiligt ist, führt eine solche schematische Erhöhung zu Sätzen, die mit den vorhergehenden Ziffern nicht vergleichbar sind, weil christlich — jüdische Mischehen wohl allein in den größeren Gemeinden mit im allgemeinen höheren Scheidungsziffern vorkommen, wobei auch die besondere soziale Schichtung der jüdischen Bevölkerung nicht außer acht gelassen werden darf. Czellitzer behauptet sogar in der Medizinischen Welt Nr. 39, Jahrgang 1928, S. 1456, daß in Berlin die christlich — jüdischen Mischehen die geringsten Scheidungsziffern haben. Hoffentlich gibt die nächste Volkszählung die Möglichkeit zur Auszählung solcher familienstatistischer Kombinationen, damit man zu einer einwandfreien Erkenntnis der Tatsachen ohne allzu gewagte Konstruktionen gelangen kann.

b) Das Alter der Geschiedenen zur Zeit der Heirat und zur Zeit der Scheidung, der Altersunterschied der geschiedenen Ehegatten, sowie die Dauer der Ehen.

Es ist anzunehmen, daß Vorkommnisse, die einen Scheidungsgrund geben können, in den verschiedenen Alters- und Ehedauerklassen nicht gleich bewertet werden. Es ist aber schwierig, den statistischen Beweis für diese Behauptung zu erbringen, da das ausschlaggebende Moment nicht rein in Erscheinung tritt. Daneben werden zeitliche Vergleiche sicherlich durch die veränderte Auffassung über die Ehe behindert, die in weiten Kreisen durch den Krieg und in der Nachkriegszeit entstanden ist. Wir wollen trotzdem versuchen, in den Gegenstand auch von dieser Seite her einzudringen, indem wir zunächst jedes Moment einzeln behandeln.

Tabelle 6. Anteil der einzelnen Altersklassen an der Gesamtzahl der Geschiedenen.

Alter bei der Ehescheidung	1905 bis 1913 durchschnittl. jährlich	1914 bis 1918 durchschnittl. jährlich	1919 bis 1922 durchschnittl. jährlich	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	Verheiratete Personen V. Z. 1925
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Männer:														
a) absolut														
bis 20 Jahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1 614
über 20 bis 25 Jahre	116	107	398	395	427	542	575	756	777	634	563	518	642	206 333
„ 25 „ 30 „	1 215	1 148	3 118	3 498	3 602	3 282	3 180	3 831	4 336	4 348	4 389	4 095	4 402	821 056
„ 30 „ 35 „	2 154	1 745	5 232	5 650	6 356	5 426	4 838	4 911	4 732	4 662	5 043	5 270	5 787	999 130
„ 35 „ 40 „	2 021	1 711	4 639	5 084	5 628	4 996	4 529	4 557	4 302	4 122	4 376	4 415	4 701	1 068 890
„ 40 „ 45 „	1 490	1 306	3 559	3 794	4 221	4 051	3 532	3 453	3 222	2 976	3 269	3 403	3 635	1 019 377
„ 45 „ 50 „	980	941	2 162	2 235	2 514	2 678	2 462	2 601	2 432	2 216	2 359	2 465	2 460	1 014 621
„ 50 Jahre	1 004	1 109	2 072	1 868	2 410	2 720	2 720	3 012	2 867	2 732	3 017	3 303	3 612	2 648 229
unbekannt	4	3	10	10	2	16	70	130	53	99	35	46	37	—
zusammen	**8 985**	**8 069**	**21 189**	**22 534**	**25 160**	**23 711**	**21 906**	**23 251**	**22 721**	**21 789**	**23 051**	**23 515**	**25 276**	**7 779 250**
b) relativ														
bis 20 Jahre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	0,0
über 20 bis 25 Jahre	1,3	1,3	1,9	1,8	1,7	2,3	2,6	3,2	3,4	2,9	2,4	2,2	2,5	2,7
„ 25 „ 30 „	13,5	14,2	14,7	15,5	14,3	13,8	14,5	16,5	19,1	20,0	19,0	17,4	17,4	10,6
„ 30 „ 35 „	24,0	21,6	24,7	25,1	25,3	22,9	22,1	21,1	20,8	21,4	21,9	22,4	22,9	12,9
„ 35 „ 40 „	22,5	21,2	21,9	22,6	22,4	21,1	20,7	19,6	18,9	18,9	19,0	18,8	18,6	13,7
„ 40 „ 45 „	16,6	16,2	16,8	16,8	16,8	17,1	16,1	14,8	14,2	13,7	14,2	14,5	14,4	13,1
„ 45 „ 50 „	10,9	11,7	10,2	9,9	10,0	11,3	11,2	11,2	10,7	10,2	10,2	10,5	9,7	13,0
„ 50 Jahre	11,2	13,7	9,8	8,3	9,6	11,5	12,4	13,0	12,6	12,5	13,1	14,0	14,3	34,0
unbekannt	0,04	0,04	0,04	0,01	0,01	0,1	0,3	0,5	0,2	0,5	0,2	0,2	0,1	—
zusammen	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
Frauen:														
a) absolut														
bis 20 Jahre	25	19	27	27	28	35	59	57	68	52	55	61	63	26 664
über 20 bis 25 Jahre	710	721	1 685	1 901	1 847	1 804	1 959	2 221	2 358	2 187	2 042	1 901	2 264	479 432
„ 25 „ 30 „	1 876	1 764	5 144	5 712	6 044	5 231	4 813	5 274	5 528	5 502	5 727	5 509	5 819	1 078 983
„ 30 „ 35 „	2 168	1 750	5 202	5 631	6 277	5 644	4 998	5 084	4 988	4 868	5 287	5 503	5 836	1 164 591
„ 35 „ 40 „	1 692	1 440	3 841	4 053	4 666	4 347	3 830	3 981	3 664	3 460	3 863	3 910	4 344	1 096 670
„ 40 „ 45 „	1 127	1 041	2 499	2 551	3 020	3 009	2 678	2 706	2 516	2 275	2 480	2 710	2 948	964 101
„ 45 „ 50 „	715	658	1 451	1 415	1 693	1 893	1 776	1 912	1 768	1 562	1 706	1 812	1 806	916 036
„ 50 Jahre	667	674	1 329	1 234	1 581	1 726	1 703	1 867	1 778	1 783	1 847	2 060	2 160	2 049 075
unbekannt	5	3	12	10	4	22	90	149	53	100	44	49	36	—
zusammen	**8 985**	**8 069**	**21 189**	**22 534**	**25 160**	**23 711**	**21 906**	**23 251**	**22 721**	**21 789**	**23 051**	**23 515**	**25 276**	**7 775 552**
b) relativ														
bis 20 Jahre	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3
über 20 bis 25 Jahre	7,9	8,9	8,0	8,4	7,3	7,6	8,9	9,6	10,4	10,0	8,9	8,1	9,0	6,2
„ 25 „ 30 „	20,9	21,9	24,3	25,3	24,0	22,1	22,0	22,7	24,3	25,3	24,8	23,4	23,0	14,0
„ 30 „ 35 „	24,1	21,7	24,5	25,0	24,9	23,8	22,8	21,9	22,0	22,3	22,9	23,4	23,1	15,0
„ 35 „ 40 „	18,8	17,8	18,1	18,0	18,5	18,3	17,5	17,1	16,1	15,9	16,8	16,6	17,2	14,1
„ 40 „ 45 „	12,5	12,9	11,8	11,3	12,0	12,7	12,2	11,6	11,1	10,4	10,8	11,5	11,7	12,4
„ 45 „ 50 „	8,0	8,2	6,8	6,3	6,7	8,0	8,1	8,2	7,8	7,2	7,4	7,7	7,1	11,6
„ 50 Jahre	7,4	8,3	6,3	5,5	6,3	7,3	7,8	8,0	7,8	8,2	8,0	8,8	8,5	26,4
unbekannt	0,05	0,04	0,05	0,04	0,02	0,1	0,4	0,6	0,2	0,5	0,2	0,2	0,1	—
zusammen	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

Zuerst sei die Verteilung der Geschiedenen nach Altersklassen dargestellt. (Tab. 6.) Von 100 geschiedenen Männern stand in den Jahren 1920 bis 1929 stets der größte Teil im Alter von 30 bis 35 Jahren, und zwar schwankten die Anteilsziffern zwischen 25,3 % und 20,8 %, sodaß man dieser Altersklasse $^1/_4$ bis $^1/_5$ sämtlicher geschiedener Männer zurechnen kann. Die zweitgrößte Zahl von Scheidungen entfiel zumeist auf die Altersklasse 35 bis 40; jedoch wurde sie in den Jahren 1925 bis 1927 von der Altersklasse 25 bis 30 übertroffen bezw. erreicht. Die Anteilsziffern für die Klasse 35 bis 40 senkten sich in der Berichtszeit von 22,6 % bis 18,6 %, sodaß als Mittel für diese Altersklasse der Wert $^1/_5$ anzunehmen ist. Die 3. Stelle hatte in der ersten Hälfte der Berichtszeit (1920 bis 1923) die Altersklasse 40 bis 45, die während der ganzen Zeitspanne zwischen 17 % und nicht ganz 14 % an den Scheidungen der Männer beteiligt war. In der 2. Hälfte der Berichtszeit wurde diese Klasse aber von den 25 bis 30 jährigen übertroffen, deren Anteil an der Gesamtheit der Scheidungen sich von 1920 bis 1923 unter 16 % hielt, in den Jahren 1925 bis 1927 jedoch 19 % und 20 % erreichte. Die übrigen Altersklassen waren mit kleineren Ziffern beteiligt, wobei die über 50 jährigen in der 2. Hälfte der Berichtszeit den Anteil der 40 bis 45 jährigen fast erreichten, während die dazwischen liegende Gruppe der 45 bis 50 jährigen sonderbarerweise stets wesentlich darunter blieb. Man kann also aus der Tabelle mehrere Tatsachen ablesen:

1. Die meisten Männer, die geschieden werden, stehen bei der Scheidung zwischen 30 und 40 Jahren.
2. Die 25 bis 30 jährigen waren in den Jahren 1925 bis 1927 gleichfalls recht häufig unter den Geschiedenen vertreten.
3. Auch die über 50 jährigen hatten im letzten Teil der Berichtszeit einen auffallend großen Anteil an den Scheidungen.

Das erstgenannte Ergebnis entspricht den Erwartungen. Das zweite dürfte vielleicht die Folge davon sein, daß in der Inflationszeit zum Teil früher geheiratet wurde, sodaß auch die Ehen dieser Altersgruppe bei ihrer Scheidung bereits eine gewisse Zeit bestanden, das dritte ist wohl die Folge mehrerer Komponenten. Zusammenfassend ist aber zu sagen, daß die Entwicklung die Berichtszeit über bei den Männern keine ganz gleichmäßige war.

Bei den Frauen hatten die Altersklassen 25 bis 30 und 30 bis 35 die höchsten Anteilssätze an den Scheidungen; die Anteilsziffern blieben während der Berichtszeit in beiden Klassen zwischen fast 22 % und etwas über 25 %. Keine andere Altersklasse erreichte diese Ziffern auch nur annähernd. Die nächstgrößten hatten die 35 bis 40 jährigen mit 16 bis 18,5 %; die übrigen blieben bei weitem darunter. Bei den Frauen haben sich die Verhältnisse innerhalb der Berichtszeit nicht verändert, und es ist interessant festzustellen, daß es auch in früheren Perioden (1905/13, 1914/18, 1919/22) nicht anders war.

Die auf die Gesamtzahl der Ehescheidungen bezogenen Anteilssätze haben jedoch keinen vollen Erkenntniswert, da der Bestand an verheirateten Personen in den einzelnen Altersklassen dabei nicht berücksichtigt ist. Es war daher nach einer Methode zu suchen, die die Berechnung des Anteils der Geschiedenen, ausgegliedert nach dem Alter und dem in gleicher Weise aufgeteilten Gesamtbestand an Verheirateten, ermöglicht. Zu diesem Zweck wurden die verheirateten männlichen und die verheirateten weiblichen Personen, die bei der Volkszählung 1925 nach Geburtsjahren aufgeteilt ermittelt worden waren, jeweils auf den 1. Januar der Jahre 1923 bis 1929 zurück – bezw. fortgeschrieben, indem Neuschließungen von Ehen und Ehelösungen durch Tod und durch Scheidungen zugezählt und abgezogen wurden[1]). Wir werden uns mit dieser Fortschreibung und ihrer Bedeutung für die Bevölkerungszusammensetzung noch an anderer Stelle zu beschäftigen haben. Hier interessiert zunächst nur die aus ihr gewonnene Übersicht (Tabelle 7) über den Stand und die Entwicklung der Scheidungsziffern beider Geschlechter nach Altersklassen.

Tabelle 7. Der Anteil der Geschiedenen an den Verheirateten gegliedert nach dem Alter der Geschiedenen.
Auf 1 000 verheirateten Personen jeden Geschlechts und Alters kamen Geschiedene.

Alter der Geschiedenen	Geschlecht	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	Durchschnitt 1923 bis 1929
1		2	3	4	5	6	7	8	9
Insgesamt . . .		**2,9**	**3,0**	**2,9**	**2,8**	**2,9**	**2,9**	**3,1**	**2,9**
davon im Alter									
bis 20 Jahre	weibl.	2,2	2,1	2,6	2,0	2,1	2,3	2,4	2,2
20 bis 25 Jahre	männl.	2,8	3,7	3,8	3,1	2,7	2,5	3,1	3,1
	weibl.	4,1	4,6	4,9	4,6	4,3	4,0	4,7	4,5
25 „ 30 „	männl.	3,9	4,7	5,3	5,3	5,3	5,0	5,4	5,0
	weibl.	4,5	4,9	5,1	5,1	5,3	5,1	5,4	5,1
30 „ 35 „	männl.	4,8	4,9	4,7	4,7	5,0	5,3	5,8	5,0
	weibl.	4,3	4,4	4,3	4,2	4,5	4,7	5,0	4,5
35 „ 40 „	männl.	4,2	4,8	4,0	3,9	4,1	4,1	4,4	4,1
	weibl.	3,5	3,6	3,3	3,2	3,5	3,6	4,0	3,5
40 „ 45 „	männl.	3,5	3,4	3,2	2,9	3,2	3,3	3,6	3,3
	weibl.	2,8	2,8	2,6	2,4	2,6	2,8	3,1	2,7
45 „ 50 „	männl.	2,4	2,6	2,4	2,2	2,3	2,4	2,4	2,4
	weibl.	1,9	2,1	1,9	1,7	1,9	2,0	2,0	1,9

Die mittlere Scheidungsziffer beider Geschlechter war in der Berichtszeit 2,9 ‰, d. h. es wurden im Mittel von 1 000 verheirateten Personen jedes Geschlechts jährlich 2,9 Personen geschieden. In den einzelnen Berichtsjahren schwankten die mittleren Ziffern kaum: Die höchste Ziffer ergab sich für 1929 mit 3,1 ‰, die niedrigste für 1926 mit 2,8 ‰; 1924 hatte 3,0 ‰; für die übrigen Jahre traf der Mittelwert der Berichtszeit zu.

Bei den Männern war die Scheidungshäufigkeit im Durchschnitt der Jahre 1923 bis 1929, bezogen auf den Bestand an Ehen der gleichen Altersklasse, am größten in den Altersklassen 25 bis 30 und 30 bis 35 Jahre mit 5,0 ‰. Dann folgte die Altersklasse 35 bis 40 mit 4,1 ‰, an die sich die Klassen 40 bis 45 und 20 bis 25 mit 3,3 ‰ und 3,1 ‰ anschlossen, und endlich die Klasse 45 bis 50 mit 2,4 ‰[2]). Bei den Frauen war gleichfalls die Scheidungsintensität in der Altersgruppe 25 bis 30 Jahre mit 5,1 ‰ am größten. Die beiden Klassen mit den nächsthöchsten Ziffern (20 bis 25 und 30 bis 35 Jahre mit je 4,5 ‰) blieben dagegen etwas zurück. Dann kommt eine Senkung um ein volles Promille bis auf 3,5 ‰, dem Satz der Klasse 35 bis 40 Jahre, gegen die wiederum um ungefähr 1 ‰ die Klasse 40 bis 45 und um ein weiteres halbes Promille die der unter 20 jährigen abfallen. In der Klasse 45 bis 50 Jahre wurde bei den Frauen 2 ‰ nicht erreicht.

[1]) Die sonstigen Ehelösungen (Anfechtung usw.) wurden nicht berücksichtigt, weil sie nicht nach Geburtsjahren vorliegen. Da sie verhältnismäßig selten sind, ist ihr Ausfall bedeutungslos. — [2]) Die Ausgliederung der höheren Klasse begegnet technischen Schwierigkeiten.

Damit entsteht folgende Skala:

Tabelle 8. Scheidungshäufigkeit
auf 1 000 verheiratete Personen der gleichen Altersklassen
im Durchschnitt von 1923 bis 1929
bei den Männern — bei den Frauen
geordnet nach fallenden Ziffern

Jahre	‰	Jahre	‰
25 bis 30	5,0	25 bis 30	5,1
30 „ 35	5,0	20 „ 25	4,5
35 „ 40	4,1	30 „ 35	4,5
40 „ 45	3,3	35 „ 40	3,5
20 „ 25	3,1	40 „ 45	2,7
45 „ 50	2,4	bis 20	2,2
		45 bis 50	1,9

Wir können also bei beiden Geschlechtern eine mit steigendem Alter sinkende Scheidungshäufigkeit feststellen, beginnend mit der Altersklasse 25 bis 30 Jahre. Die vorausgehende jüngere Altersklasse 20 bis 25 Jahre[1]) schiebt sich bei den Männern als vorletzte in die Reihe hinter die 40 bis 45jährigen ein, hat also eine verhältnismäßig geringe Scheidungsintensität. Beim weiblichen Geschlecht ist die Scheidungshäufigkeit dieser Klasse schon hoch und steht mit der der 30 bis 35jährigen Frauen an 2. Stelle; auch bei ihnen hat die jüngste Klasse der unter 20jährigen eine wesentlich kleinere Scheidungshäufigkeit und rangiert an der gleichen Stelle, an der bei den Männern gleichfalls deren jüngste Klasse ihren Platz hat. — In den einzelnen Altersklassen sind die Schwankungen von Jahr zu Jahr nicht ganz unbeträchtlich, ohne daß sich eine klare Tendenz erkennen läßt, es sei denn, daß man hervorhebt, daß 1929 eine höhere Scheidungsintensität nicht nur durchschnittlich, sondern auch für die einzelnen Altersklassen bestand.

In sämtlichen Jahren seit 1920 war in ungefähr ¾ der Fälle der geschiedene Ehemann älter als die Frau, aber während bis 1923 (abgesehen von 1922, das eine kleine Abweichung zeigte) die Anteile der Ehen, bei denen der Mann älter war, 75 % überschritten, blieb der Anteil dieser Ehen von 1924 ab deutlich um 74 % herum, ja hielt sich zumeist darunter.

1) Bei der Volkszählung 1925 wurden 4 235 verheiratete Männer im Alter von 20 bis 21 Jahren ermittelt.

Tabelle 9. Der Altersunterschied der Ehegatten bei den geschiedenen Ehen.

Altersunterschied	1920		1921		1922		1923		1924		1925		1926		1927		1928		1929	
Der Mann älter als die Frau																				
a) absolut																				
bis 5 Jahre	10 230		11 521		10 402		9 701		10 114		10 040		9 624		10 143		10 346		11 162	
über 5 bis 10 Jahre	5 085		5 455		5 093		4 638		4 728		4 516		4 320		4 565		4 615		5 009	
„ 10 „ 15 „	1 311		1 363		1 399		1 381		1 491		1 413		1 319		1 445		1 519		1 617	
„ 15 „ 20 „	383		469		490		474		508		537		487		558		541		575	
„ 20 „ 25 „	128		165		174		183		196		185		181		179		211		258	
„ 25 Jahre	97		82		106		125		121		139		116		142		144		132	
zusammen	**17 234**		**19 055**		**17 664**		**16 502**		**17 158**		**16 830**		**16 047**		**17 032**		**17 376**		**18 753**	
b) relativ	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen
bis 5 Jahre	59,4	45,4	60,5	45,8	58,9	43,9	58,8	44,3	58,9	43,5	59,7	44,2	60,0	44,2	59,6	44,0	59,5	44,0	59,5	44,2
über 5 bis 10 Jahre	29,5	22,6	28,6	21,7	28,8	21,5	28,1	21,2	27,6	20,4	26,8	19,9	26,9	19,8	26,8	19,8	26,6	19,6	26,7	19,8
„ 10 „ 15 „	7,6	5,8	7,2	5,4	7,9	5,9	8,4	6,3	8,7	6,4	8,4	6,2	8,2	6,1	8,5	6,3	8,7	6,5	8,6	6,4
„ 15 „ 20 „	2,2	1,7	2,5	1,8	2,8	2,1	2,9	2,1	3,0	2,2	3,2	2,4	3,0	2,2	3,3	2,4	3,1	2,3	3,1	2,3
„ 20 „ 25 „	0,7	0,6	0,9	0,7	1,0	0,7	1,1	0,8	1,1	0,8	1,1	0,8	1,1	0,8	1,1	0,8	1,2	0,9	1,4	1,0
„ 25 Jahre	0,6	0,4	0,4	0,3	0,6	0,4	0,8	0,6	0,7	0,5	0,8	0,6	0,7	0,5	0,8	0,6	0.8	0,6	0,7	0.5
zusammen	**100**	**76,5**	**100**	**75,7**	**100**	**74,5**	**100**	**75,3**	**100**	**73,8**	**100**	**74,1**	**100**	**73,6**	**100**	**73,9**	**100**	**73,9**	**100**	**74,2**
Die Frau älter als der Mann																				
a) absolut																				
bis 5 Jahre	4 034		4 654		4 678		4 082		4 584		4 509		4 341		4 595		4 576		5 005	
über 5 bis 10 Jahre	891		1 016		927		874		962		950		946		999		1 115		1 054	
„ 10 „ 15 „	263		299		300		265		303		277		237		279		282		308	
„ 15 „ 20 „	74		100		82		58		72		79		78		78		88		93	
„ 20 Jahre	27		32		37		35		19		16		31		22		26		25	
zusammen	**5 289**		**6 101**		**6 024**		**5 314**		**5 940**		**5 831**		**5 633**		**5 973**		**6 087**		**6 485**	
b) relativ	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen	der gleichen Gruppe	der Gesamtheit der gesch. Ehen
bis 5 Jahre	76,8	17,9	76,3	18,5	77,7	19,7	76,8	18,6	77,2	19,7	77,3	19,9	77,1	19,9	76,9	20,0	75,2	19,5	77,2	19,8
über 5 bis 10 Jahre	16,8	4,0	16,7	4,0	15,4	3,9	16,4	4,0	16,2	4,1	16,3	4,2	16,8	4,4	16,7	4,3	18,3	4,7	16,3	4,2
„ 10 „ 15 „	5,0	1,2	4,9	1,2	5,0	1,3	5,0	1,2	5,1	1,3	4,8	1,2	4,2	1,1	4,7	1,2	4,6	1,2	4,7	1,2
„ 15 „ 20 „	1,4	0,3	1,6	0,4	1,4	0,3	1,1	0,3	1,2	0,3	1,4	0,3	1,4	0,4	1,3	0,3	1,4	0,4	1,4	0,4
„ 20 Jahre	0,5	0,1	0,5	0,1	0,6	0,2	0,7	0,2	0,3	0,1	0,3	0,1	0,6	0,1	0,4	0,1	0,4	0,1	0,4	0,1
zusammen	**100**	**23,5**	**100**	**24,2**	**100**	**25,4**	**100**	**24,3**	**100**	**25,5**	**100**	**25,7**	**100**	**25,9**	**100**	**25,9**	**100**	**25,9**	**100**	**25,7**
Außerdem:																				
Unbekannt	11		4		23		90		153		60		109		46		52		38	
	0,0		0,0		0,1		0,4		0,7		0,3		0,5		0,2		0,2		0,2	

Unter den geschiedenen Ehen der allerletzten Zeit waren also zweifellos in verstärktem Maße solche, bei denen die Frau älter als der Mann war. Ob der Grund für diese Veränderung darin liegt, daß zeitweilig mehr Ehen geschlossen worden sind, bei denen die Frau älter war, oder ob Ehen dieser Art wirklich neuestens eine größere Scheidungshäufigkeit aufweisen, läßt sich nicht klar darstellen. In der Kriegszeit (1914 bis 18) kamen auf diese Ehen 77,2 % des Gesamtanteils, im Durchschnitt 1905/13 74,1 %.

In der Berichtszeit (1920 bis 28) batten die Ehen, bei denen der Mann bis zu 5 Jahren älter war als die Frau, den größten Anteil an der Gesamtheit der geschiedenen Ehen (rund 43 bis 46 %). Der danach stärkste Anteil entfiel auf die Klasse, in der der Mann 5 bis 10 Jahre älter war als die Frau (rund 20 bis 23 %). Die Ziffern sanken dabei ohne Unterbrechung fast bis zum Schluß der Berichtszeit. Nur wenig darunter, zum Teil sogar gleich und darüber waren die Anteilssätze der Gruppe, in der die Frauen bis zu 5 Jahren älter waren als die Männer (rund 18 bis 20 %), wobei im allgemeinen die Ziffern stiegen. Auf diese 3 Klassen entfällt die Hauptmasse der Scheidungen. Im Durchschnitt der Jahre 1905/13 war die Klasse, in der die Männer bis zu 5 Jahren älter waren, mit 41,8 %, die, in der die Männer 5 bis 10 Jahre älter waren, mit 22,5 %, und die, in der andererseits die Frauen bis zu 5 Jahren älter waren, mit 19,0 % beteiligt. Auch damals waren die übrigen Klassen daneben gering belegt. Man sieht aus dieser Gegenüberstellung, daß der Zeitablauf die beiden letztgenannten Klassen kaum beeinflußt hat. Der Anteil der am stärksten geschiedenen Gruppe (Männer bis zu 5 Jahren älter) war aber in der neuesten Zeit höher und zwar, wie Tab. 9 zeigt, insbesondere 1920 und 1921. Man wird zu prüfen haben, ob nach dem Kriege wesentlich mehr Ehen dieser Art geschlossen worden sind als in der Vorkriegszeit. Dann wäre der stärkere Anteil dieser Klasse an den Scheidungen ohne weiteres erklärt. Wir berechneten folgendes:

Tabelle 10. Der Altersunterschied bei den Heiratenden.

Der Mann war nur bis zu 5 Jahren älter als die Frau:

1911/13	durchschnittlich	in 62,7 %	1924	durchschnittlich	in 61,9 %
1919	„	„ 59,2 „	1925	„	„ 63,5 „
1920	„	„ 60,7 „	1926	„	„ 64,5 „
1921	„	„ 60,6 „	1927	„	„ 65,9 „
1922	„	„ 61,9 „	1928	„	„ 66,5 „
1923	„	„ 62,5 „			

sämtlicher Ehen, bei denen der Mann älter war.

Es sind also in der ersten Nachkriegszeit anteilig nicht mehr Ehen als in der Vorkriegszeit geschlossen worden, bei denen der Mann (nur) bis zu fünf Jahren älter war als die Frau. Mit 1925 setzt dann eine augenfällige Zunahme ein. Man kann daher höchstens für die allererste Nachkriegszeit den Schluß ziehen, daß Ehen, bei denen der Mann nur wenig älter ist als die Frau, stärker geschieden werden als in der Vorkriegszeit. Für die späteren Kalenderjahre gestattet die Gegenüberstellung des Altersunterschiedes der Heiratenden und der Geschiedenen diese Folgerung nicht. Ob der Altersunterschied der Ehegatten auch sonst in einer der beiden Richtungen von Einfluß auf die Scheidungshäufigkeit ist, läßt sich schwer entscheiden, da der Anteil der betreffenden Gruppen an der Gesamtmasse der stehenden Ehen fehlt.

Ein weiteres zu beachtendes Moment ist die Dauer der geschiedenen Ehen. Es ist auffallend, daß diese (Tabelle 11) in der Gesamtzeit seit 1905 kaum schwankt.

Tabelle 11. Die durchschnittliche Dauer der geschiedenen Ehen.

1905	10,5 Jahre	1914	10,7 Jahre	1922	10,6 Jahre
1906	10,7 „	1915	11,8 „	1923	10,4 „
1907	10,8 „	1916	11,4 „	1924	10,1 „
1908	10,8 „	1917	10,7 „	1925	9,8 „
1909	10,7 „	1918	10,4 „	1926	9,8 „
1910	10,7 „	1919	10,2 „	1927	10,0 „
1911	10,6 „	1920	10,4 „	1928	10,1 „
1912	10,7 „	1921	10,5 „	1929	10,1 „
1913	10,7 „				

Sie betrug stets rund ungefähr 10 bis 11 Jahre. Trotzdem sind kleinere Veränderungen erkennbar.

Vom Beginn der Reihe (1905) bis zum Kriegsanfang ergaben sich wechselnd Durchschnittswerte zwischen 10,5 und 10,8 Ehe-Dauerjahren. Die darauf folgenden Kalenderjahre 1915 und 1916 brachten Durchschnitte von über 11 Ehe-Dauerjahren. Vielleicht trifft folgende Erklärung für diese Abweichung zu: Mit Beginn des Krieges wurden wohl jüngere Ehen in geringem Umfange geschieden, da anhängige Klagen unerledigt blieben, wodurch sich die durchschnittliche Dauer der Gesamtheit der geschiedenen Ehen erhöht. In der zweiten Hälfte des Krieges kam dann ein leicht erklärbarer Umschwung, der 1919 zu einem gewissen Tiefstand der mittleren Ehedauer der geschiedenen Ehen führte, worauf in den nächsten Jahren wieder erhöhte Durchschnittszahlen folgten. Mit 1923 begann erneut eine Senkung mit den niedrigsten Werten der Reihe (9,8 Ehe-Dauerjahre) für die Kalenderjahre 1925 und 1926. Diese Feststellung weist auch darauf hin, daß in den letzten Berichtsjahren manche Ehe aus neuerer Zeit durch Scheidung zum Abschluß kam.

Tabelle 12. Die Dauer der Ehen.

Von 100 geschiedenen Ehen überhaupt wurden durchschnittlich geschieden nach einer Dauer von ..... Jahren.

Dauer der Ehen	Im Durchschnitt der Jahre			
	1905/13	1914/18	1919/23	1924/29
1	2	3	4	5
bis 5 Jahre	23,0	23,3	25,4	28,4
„ 1 Jahr	*0,6*	*0,6*	*0,6*	*0,8*
über 1 bis 2 Jahre	*3,2*	*3,0*	*3,5*	*3,7*
„ 2 „ 3 „	*5,4*	*5,6*	*6,5*	*6,5*
„ 3 „ 4 „	*6,7*	*6,9*	*7,7*	*8,2*
„ 4 „ 5 „	*7,1*	*7,2*	*7,1*	*9,2*
„ 5 „ 10 „	31,7	31,1	30,7	35,3
„ 10 „ 15 „	21,9	20,2	20,9	15,0
„ 15 „ 20 „	12,6	12,8	12,3	9,9
„ 20 „ 25 „	6,5	7,3	6,4	6,1
„ 25 Jahre	4,4	5,4	4,2	5,3
zusammen	100	100	100	100

Im gleichen Sinne ist das Ergebnis der Tabelle 12 zu werten, wenngleich Tabellen dieser Art, bei der sich die Ziffern in sich zu 100 ergänzen, im allgemeinen nur mit Vorsicht zu benutzen sind. Es zeigt sich, daß auch die Ehen mit einer Dauer von 5 bis 10 Jahren die gleiche Entwicklung genommen haben. Wir werden also neben den Ehen der Nachkriegszeit auch die der Kriegszeit als im Durchschnitt weniger haltbar bezeichnen können. Daß die Ehen der allerneuesten Zeit schon wieder bessere Haltbarkeit haben, kann man vielleicht aus den Kursivziffern der Tabelle 13 schließen, da die Ehen mit einer Dauer bis zu drei Jahren die anteilsmäßige Zunahme weniger mitmachten. Das Gesagte gilt also zunächst nur für die Ehen der Kriegs- und der ersten Nachkriegszeit.

In Tabelle 13 wird die Entwicklung, die wir in der Tabelle 12 kennengelernt haben, für die neuesten Jahre nochmals im einzelnen dargestellt. Es zeigen sich dabei recht sonderbare Schwankungen, zum Teil sogar periodischer Art,

Tabelle 13. Die Dauer der Ehen der Geschiedenen.

Dauer der Ehe	1920		1921		1922		1923		1924		1925		1926		1927		1928		1929	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
bis 5 Jahre	5 162	22,9	5 915	23,5	6 207	26,2	6 667	30,4	7 766	33,4	7 321	32,2	6 407	29,4	6 142	26,6	5 731	24,4	6 194	24,5
„ 1 Jahr	141	0,6	124	0,5	126	0,5	132	0,6	174	0,7	147	0,6	166	0,8	167	0,7	193	0,8	221	0.9
über 1 bis 2 Jahre	746	3,3	957	3,8	873	3,7	717	3,8	1 031	4,4	974	4,3	686	3,1	747	3,2	826	3,5	992	3,9
„ 2 „ 3 „	1 273	5,6	1 475	5,9	1 840	7,8	1 651	7,5	1 616	7,0	1 793	7,9	1 465	6,7	1 258	5,5	1 343	5.7	1 624	6,4
„ 3 „ 4 „	1 437	6,4	1 717	6,8	1 824	7,7	2 366	10.8	2 277	9,8	2 061	9,1	2 010	9,2	1 800	7,8	1 488	6,3	1 773	7,0
„ 4 „ 5 „	1 565	6,9	1 642	6,5	1 544	6,5	1 801	8,2	2 668	11,5	2 346	10,3	2 080	9,5	2 170	9,4	1 881	8,0	1 584	6,3
„ 5 „ 10 „	7 553	33,5	8 067	32,1	6 773	28,6	5 724	26,1	6 031	25,9	7 022	30,9	7 769	35,7	8 931	38,7	9 624	40,9	10 018	39,6
„ 10 „ 15 „	4 940	21,9	5 485	21,8	4 857	20,5	4 281	19,5	4 103	17,6	3 636	16,0	3 127	14,4	3 145	13,6	3 114	13,2	3 762	14,9
„ 15 „ 20 „	2 746	12,2	3 109	12,4	3 118	13,2	2 624	12,0	2 626	11,3	2 222	9,8	2 094	9,6	2 268	9,8	2 256	9,6	2 404	9,5
„ 20 „ 25 „	1 384	6,1	1 608	6,4	1 636	6,9	1 484	6,8	1 531	6,6	1 417	6,2	1 280	5,9	1 379	6,0	1 464	6,2	1 461	5,8
„ 25 Jahre	749	3,3	976	3,9	1 120	4,7	1 126	5,1	1 194	5,1	1 103	4,9	1 112	5,1	1 186	5,1	1 326	5,6	1 437	5,7
zusammen	22 534	100	25 160	100	23 711	100	21 906	100	23 251	100	22 721	100	21 789	100	23 051	100	23 515	100	25 276	100

die sich zum mindesten für die Nachkriegsehen deuten lassen. Es ist auffallend, daß überall, wenn Dauer und Scheidungsjahr auf das Jahr 1919 als Eheschließungsjahr hinweisen, eine Ziffernerhöhung gegenüber der vorausgehenden Zahl der Reihe Platz greift; die Erhöhung hält sich dann einige Jahre oder fällt nur gering ab, ist aber am Schluß der Berichtszeit wieder von niedrigeren Ziffern gefolgt. Da leider die Tabelle für die Ehedauerjahre über 5 nicht im einzelnen ausgegliedert ist, läßt sich das gleiche für die aus der Kriegszeit stammenden Ehen nicht nachweisen.

Tabelle 14. Das durchschnittliche Heiratsalter.

Jahr	der heiratenden Personen	der geschiedenen Personen
1	2	3
Männer (Jahre)		
1920	30,2	27,6
1921	30,0	27,8
1922	29,7	28,3
1923	29,6	28,6
1924	29,8	28,8
1925	29,6	29,0
1926	29,4	28,5
1927	29,3	28,6
1928	29,2	28,8
1929	29,2	28,7
Frauen (Jahre)		
1920	26,8	24,5
1921	26,6	24,8
1922	26,4	25,0
1923	26,3	25,3
1924	26,4	25,6
1925	26,3	25,8
1926	26,2	25,4
1927	26,1	25,4
1928	26,0	25,6
1929	26,0	25,5

Aber auch die Beobachtung des Heiratsalters muß bei Erörterung der Frage: „Bestehen Unterschiede hinsichtlich der Scheidungsintensität zwischen Ehen aus den verschiedenen Zeiten?“ herangezogen werden. Es ist, wie Tabelle 14 ausweist, auffallend, daß das durchschnittliche Heiratsalter der heiratenden Personen sich in der Zeit seit dem Kriege, wenn auch nicht viel, so doch fast ohne Unterbrechung gesenkt hat, und zwar bei den Männern von 30,2 (1920) bis auf 29,2 Jahre (1928 und 1929) und bei den Frauen von 26,8 (1920) bis auf 26,0 Jahre (1928 und 1929). Dagegen stieg es gleichzeitig bei den Geschiedenen, und zwar bei den Männern von 27,6 (1920) bis auf 29,0 Jahre (1925) und hatte in den nachfolgenden Kalenderjahren die Werte 28,5, 28,6, 28,8 und 28,7 Jahre, während bei den Frauen die niedrigste Zahl (24,5 Jahre) gleichfalls für das Kalenderjahr 1920 festgestellt wurde und von da ab das durchschnittliche Heiratsalter ebenso wie bei den Männern bis zum Jahre 1925 stieg, wo es 25,8 Jahre erreichte. In den 4 folgenden Jahren waren die Durchschnitte mit zweimal 25,4 und je einmal 25,5 und 25,6 nicht viel niedriger. Bei beiden Geschlechtern hat also das durchschnittliche Heiratsalter der Geschiedenen im Gegensatz zum durchschnittlichen Heiratsalter der heiratenden Personen während der Berichtszeit eine Steigerung erfahren.

Das veranlaßt zu der Mutmaßung, daß die geschiedenen Ehen der Berichtszeit vornehmlich aus einer Zeit stammen, in der das Heiratsalter stieg. Gab es nun eine nicht zu weit zurückliegende Zeit, in der dies der Fall war? Die vorstehende Tabelle enthält die Zahlen für die Zeit seit 1920. Fügen wir diejenigen für die letzte Vorkriegszeit und die Kriegszeit hinzu, so sehen wir, daß das durchschnittliche Heiratsalter der Männer in der Vorkriegszeit bis 1914 lange Jahre hindurch stets 28,8 und 28,9 (zumeist 28,9) Jahre und das der Frauen 25,5 und 25,6 (zumeist 25,6) Jahre war; nur in einigen wenigen Fällen stieg es auf 25,7 Jahre. Im großen und ganzen war also das Heiratsalter in der Vorkriegszeit bei beiden Geschlechtern keinen wesentlichen Schwankungen ausgesetzt.

Mit 1915 stieg es bei beiden Geschlechtern und zwar

	bei den Männern	bei den Frauen
1915	auf 29,4	auf 26,1
1916	„ 30,0	„ 26,3
1917	„ 30,3	„ 26,6
1918	„ 31,2	„ 27,1
1919	„ 30,7	„ 27,1.

Das ist in Verbindung mit der vorausgehenden Tabelle ein ziemlich deutlicher Hinweis auf stärkere Scheidungshäufigkeit der Ehen aus den Kriegsjahren.

Zu einer ähnlichen Mutmaßung kommt man bei Betrachtung der nachstehenden Ziffern:

Es wurden nämlich von 1 000 der in den nebenstehenden Jahren geschlossenen Ehen in den Jahren 1923 bis 1928 geschieden:

1903	6,07	1912	13,20	1921	24,02
1904	6,61	1913	13,87	1922	23,02
1905	7,04	1914	17,33	1923	21,87
1906	8,21	1915	25,31	1924	15,24
1907	8,88	1916	26,87	1925	9,33
1908	9,10	1917	28,50	1926	5,03
1909	10,19	1918	31,11	1927	1,35
1910	10,95	1919	26,01	1928	0.13
1911	12,10	1920	25,23		

Wenn auch die Vergleichbarkeit dieser Ziffern stark dadurch beeinträchtigt ist, daß die Scheidung nur die eine Form der Ehelösung ist, die von der durch den Tod um ein Vielfaches der Fälle übertroffen wird (1928 wurden 177 351 Ehen durch den Tod, 23 515 durch Ehescheidung und 333 durch Nichtigkeits- oder Ungültigkeitserklärung oder durch

Feststellung des Nichtbestehens gelöst), was um so stärker in Erscheinung tritt, je weiter das Jahr der Eheschließung zurückliegt, so zeigt doch die bis zum Heiratsjahr 1918 steigende und seitdem wieder fallende Reihe für die Heiratsjahre 1915 bis 1918 ein Übergewicht über die Ziffern für 1919 bis 1923, wobei noch die besonders hohe Sterblichkeit der Kriegsjahre berücksichtigt werden muß.

Damit soll das Kapitel abgeschlossen sein, das sich mit dem Alter der Geschiedenen zur Zeit der Eheschließung und der Ehescheidung, mit ihrem gegenseitigen Alter und mit der Dauer der geschiedenen Ehen befaßt. Die Erkenntnis, die wir gewonnen haben, ist, wie vorauszusehen war, nicht eindeutig. Immerhin kann behauptet werden, daß in der Berichtszeit, trotzdem die meisten geschiedenen Männer, absolut genommen, bei der Scheidung im Alter zwischen 30 und 40 Jahren und die meisten geschiedenen Frauen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren standen, relativ bei beiden Geschlechtern mit steigendem Alter die Heiratshäufigkeit, beginnend mit dem 25. bis 30. Jahre sank, daß in der neuesten Zeit unter den geschiedenen Ehen in verstärktem Maße solche waren, bei denen die Frau älter als der Mann war, und daß auch Ehen, bei denen der Mann nur wenig älter als die Frau war, zur Zeit relativ stärker geschieden werden als vor dem Kriege. Schließlich darf wohl auch gesagt werden, daß überhaupt die Ehen der Kriegs- und Nachkriegszeit vorläufig eine geringere Festigkeit haben als Ehen aus früheren Jahren bei gleicher Ehedauer. Letztere Behauptung stellen wir aber nur mit allem Vorbehalt auf, da die größte Zahl dieser Ehen noch nicht in diejenigen Ehedauer- und Altersjahre gekommen sind, die wir nach dem Vorhergesagten und auch nach unseren früheren Ausführungen (s. Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 64. Jahrgang, III. und IV. Abtg., S. 80 ff) als die kritischen bezeichnen müssen.

c) Die Kinderzahl der Geschiedenen.

Die in den Jahren 1923 bis 1929 geschiedenen Ehepaare hatten fast zur Hälfte keine gemeinschaftlichen Kinder.

Tabelle 15. Die Kinderzahl der Geschiedenen.

Geschiedene Ehen, in denen vorhanden waren	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8
keine gemeinschaftlichen Kinder . .	10 033	10 703	10 701	10 267	10 889	11 222	11 768
gemeinschaftliche Kinder	11 873	12 548	12 020	11 522	12 162	12 293	13 508
und zwar:							
1 minderjähriges .	6 082	6 713	6 609	6 493	6 817	6 831	7 614
2 minderjährige .	3 073	3 168	3 089	2 855	3 074	3 080	3 375
3 „ .	1 322	1 306	1 122	1 067	1 094	1 150	1 237
4 „ .	575	537	476	461	461	406	456
5 „ .	267	229	204	155	166	188	159
mehr als 5 minderjährige	173	185	136	101	97	115	112
nur volljährige . .	381	410	384	390	453	523	555

Der Anteil der zur Scheidung kommenden kinderlosen Ehen stieg dabei und zwar sowohl für einen größeren Zeitraum als auch innerhalb der Berichtszeit bis 1928, wie nachstehende Übersicht zeigt. Ob sich mit 1929 eine Senkung anbahnt, läßt sich nicht voraussagen.

Tabelle 16. Geschiedene Ehen ohne gemeinschaftliche Kinder im Verhältnis zu sämtlichen geschiedenen Ehen:

im Durchschnitt	1905/13	1914/18	1919/22	1923/29
	39,6 %	40,9 %	44,7 %	46,8 %

im einzelnen . .	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929
	45,8 %	46,0 %	47,1 %	47,1 %	47,2 %	47,7 %	46,6 %.

Die Entwicklung bis 1928 geht mit derjenigen, die in Tabelle 1 dargestellt ist (wo seit 1921 zunächst eine rückläufige Bewegung der auf die stehenden Ehen bezogenen Scheidungsziffer und für die letzten Jahre abgesehen vom allerletzten Berichtsjahr 1929 ein Beharrungszustand festgestellt wurde) keineswegs parallel. Leider fehlt die Möglichkeit, die geschiedenen Ehen, gegliedert nach der Kinderzahl, auf die Gesamtheit der in gleicher Weise gegliederten stehenden Ehen zu beziehen. Erst hieraus würde der Einfluß des Vorhandenseins von Kindern auf die Scheidungsintensität abzulesen sein, während man bisher nicht weiß, wie stark die in den Tab. 16 und 17 dargestellte Entwicklung durch das Vorhandensein verhältnismäßig vieler Ehen ohne oder nur mit einem Kind beeinflußt wird. An sich dürften sich wohl Ehepaare dieser Art leichter zur Scheidung entschließen. Auch die Ehen mit nur volljährigen Kindern werden vielleicht heute, wo Mann und Frau relativ länger „jung" bleiben, in zunehmendem Maße an der Scheidung beteiligt sein, worauf bereits bei der früheren Bearbeitung des Gegenstandes hingewiesen werden konnte. — Dementsprechend sinkt bei den Ehen mit 2 und mehr minderjährigen Kindern der Anteil an der Gesamtscheidungszahl, wobei man, wie gesagt, leider nicht feststellen kann, ob sich bei ihnen wirklich die Scheidungsintensität ändert.

Tabelle 17. Der Anteil der nach der Kinderzahl gegliederten Ehescheidungen an der Gesamtzahl der Scheidungen von Ehen mit gemeinschaftlichen Kindern.

Anzahl der Kinder	1905/13 %	1914/18 %	1919/22 %	1923/29 %
1	2	3	4	5
1 minderjähriges Kind	42,8	42,5	49,1	54,9
2 minderjährige Kinder	27,5	27,1	26,5	25,3
3 „ „	14,1	14,6	12,1	9,7
4 „ „	7,4	7,2	5,4	3,9
5 „ „	3,6	3,3	2,4	1,6
mehr als 5 minderjährige Kinder	2,8	2,6	1,8	1,1
nur volljährige Kinder	2,2	2,8	2,6	3,6
insgesamt . . .	**100**	**100**	**100**	**100**

4. Die Scheidungsgründe (allgemein).

Bestehende Ehen können nach 5 Paragraphen des BGB. geschieden werden, und zwar nach § 1565 wegen Ehebruch, Doppelehe, widernatürlicher Unzucht, nach § 1566 wegen Lebensnachstellung, nach § 1567 wegen böslicher Verlassung, nach § 1568 wegen schwerer Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten, ehrloses oder unsittliches Verhalten, nach § 1569 wegen Geisteskrankheit. Bei der einzelnen Ehe führen oft mehrere Ursachen zur Scheidung, und zwar selbst dann, wenn nur der eine Teil der Ehegatten für schuldig erklärt wird. Wird die Schuld bei beiden festgestellt, so können beide aus dem gleichen Grunde für schuldig erklärt werden; es können aber auch verschiedene Gründe oder teils verschiedene, teils gleiche Gründe vorliegen. Die Auswertung der preußischen Ehescheidungsstatistik fußt bei Feststellung der Schuld auf der Anwendung der einzelnen Paragraphen. Eine Trennung zwischen den zum Teil durchaus nicht gleichartigen Gründen innerhalb der Paragraphen (z. B. Ehebruch und widernatürlicher Unzucht in § 1565) erfolgt nicht. Die Statistik beruhte dabei in früheren Jahren auf der Häufigkeit des Vorkommens der einzelnen Paragraphen, die, losgelöst

von der Zahl der geschiedenen Ehen, in Kombination mit Alter, Konfession, Beruf usw. ausgezählt wurden. Im Anschluß an die letzte Bearbeitung, die im 64. Jahrgang der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts veröffentlicht ist, wurde sie auf die geschiedenen Personen umgestellt. Während früher z. B. ermittelt wurde, wie oft bösliche Verlassung als Scheidungsgrund bei den einzelnen Konfessionen vorkam, zählen wir heute aus, wieviel Personen der einzelnen Konfessionen wegen böslicher Verlassung für schuldig erklärt werden. Wir glauben hiermit, die Statistik verbessert zu haben.

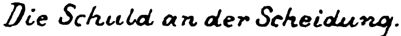
Die Durchführung dieser Maßnahme brachte aber zwangsläufig eine weitere Änderung mit sich: Während bisher bei der Auszählung nach einzelnen Paragraphen eine Kombination von solchen nicht notwendig war, da jeder Fall so oft gezählt wurde, als Paragraphen zur Scheidung führten, war man bei der neuen Form der Auszählung gezwungen, entweder die Paragraphen weitgehendst zu kombinieren oder sie zusammenzufassen. Man entschied sich zu letzterem. Es wurden alle Fälle, bei denen beim gleichen Ehepartner neben § 1565 (Ehebruch usw.) Gründe aus den §§ 1566 (Lebensnachstellung), 1567 (bösliche Verlassung) und 1568 (schwere Verletzung der ehelichen Pflichten usw.) angegeben waren, nur als Ehebruch gezählt, in der Annahme, daß der Ehebruch mit großer Wahrscheinlichkeit bei ihnen die wesentliche Scheidungsursache war[1]). Entsprechend wurden, wenn neben schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten (§ 1568) Lebensnachstellung (§ 1566) oder bösliche Verlassung (§ 1567) festgestellt war, als Hauptgrund schwere Verletzung der ehelichen Pflichten angenommen, und schließlich wurde beim Zusammentreffen von böslicher Verlassung (§ 1567) und Lebensnachstellung (§ 1566) ersterer Ursache der Vorrang gegeben. Bei Vorkommen von Geisteskrankheit als Scheidungsgrund (§ 1569) wurde diese stets als Grund angenommen.

Diese Umstellung hindert die Vergleichbarkeit mit früheren Auszählungen nicht so stark, wie man zunächst befürchtete. Scheidungen wegen Ehebruch und wegen Geisteskrankheit berührt sie überhaupt nicht. Auch bei Scheidungen gemäß § 1568 (schwere Verletzung der ehelichen Pflichten usw.) sind die Unterschiede nicht sehr erheblich. Die beiden §§ 1567 und 1566 sind aber gegenüber den vorgenannten verhältnismäßig selten Scheidungsgrund; es bedeutet daher nicht viel, wenn beide Auszählungsformen, wie sich bei kleineren Zahlen von selbst versteht, bei diesen Paragraphen mehr differieren.

Tabelle 18. Die für schuldig erklärten Personen insgesamt und nach dem Geschlecht.

Jahr	Ehescheidungen	Zahl der für schuldig erklärten Personen insgesamt	und zwar beide	der Mann allein	die Frau allein
1	2	3	4	5	6
1923	21 906	27 242	5 336	11 299	5 271
1924	23 251	28 939	5 688	12 332	5 231
1925	22 721	28 227	5 506	12 579	4 636
1926	21 789	27 004	5 215	12 177	4 397
1927	23 051	28 985	5 934	12 663	4 454
1928	23 515	29 769	6 254	12 621	4 640
1929	25 276	32 363	7 087	13 290	4 899

[1]) Daß hiermit das Richtige getroffen ist, ergibt sich auch aus dem Nachwort des juristischen Mitarbeiters, der darauf hinweist, daß das Gericht nur dann wegen § 1565 scheidet, wenn der Verletzte die Scheidung wegen Ehebruch ausdrücklich beantragt, während ohne Vorliegen eines solchen Antrages von der Möglichkeit, auf Grund anderer Paragraphen zu scheiden, Gebrauch gemacht wird, um die weiteren straf- und zivilrechtlichen Folgen einer Scheidung wegen Ehebruchs zu vermeiden.



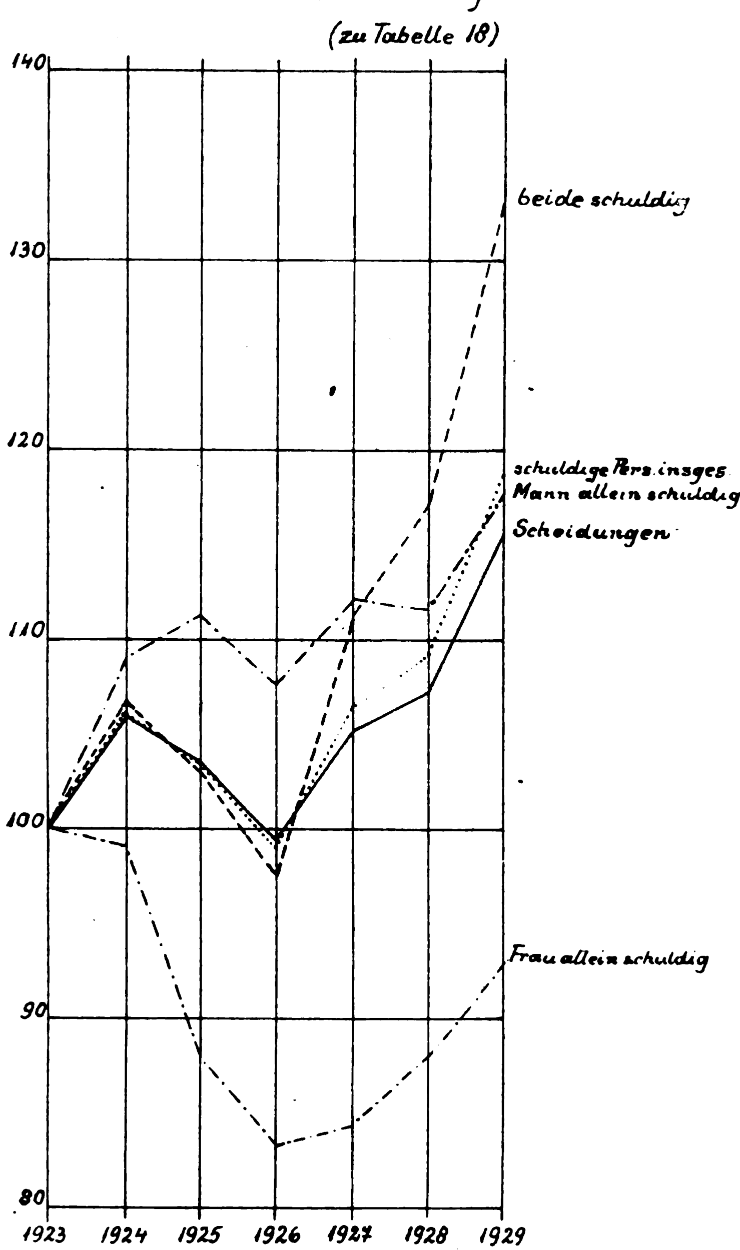


Tabelle 19. Relativziffern zur Verteilung der Ehescheidungen nach der Schuld in den Jahren 1923 bis 1929.

Jahr	Auf 100 Ehescheidungen kamen für schuldig erklärte Personen	Von 100 schuldig erklärten Personen waren schuldig: beide	der Mann allein	die Frau allein	Also wurden für schuldig erklärt: Männer 3 + 4	Frauen 3 + 5
1	2	3	4	5	6	7
1923	124	19,6	41,5	19,4	61,1	39,0
1924	124	19,7	42,5	18,1	62,2	37,8
1925	124	19,5	44,6	16,4	64,1	35,9
1926	124	19,3	45,1	16,3	64,4	35,6
1927	126	20,5	43,6	15,4	64,1	35,9
1928	127	21,0	42,4	15,6	63,4	36,6
1929	128	21,9	41,1	15,1	63,0	37,0

Das Verhältnis der Zahl der für schuldig erklärten Personen zur Zahl der Ehescheidungen ist während der Berichtszeit auffallend gleichgeblieben. Es kamen (Tab. 18) auf 22 000 bis 25 300 Scheidungen 27 000 bis 32 400 für schuldig erklärte Personen oder (Tab. 19) auf 100 Ehescheidungen 124 bis 128 für schuldig erklärte Personen. Es waren also durchweg von vier Ehescheidungen drei mit nur 1 und eine mit 2 schuldigen Personen. In rund 20 bis 22 % der Fälle waren beide Ehepartner schuldig, in 41 bis 45 % der Mann allein, in 15 bis 20 % die Frau allein. Dabei sank die Zahl

der Fälle, in denen die Frau allein schuldig war, seit 1923 absolut (Tab. 18) bis 1926, worauf sie wieder stieg, während die Zahl der Fälle, bei denen der Mann allein schuldig war, mit Schwankungen die Berichtszeit hindurch zunahm. Die Zahl der Fälle, in denen beide für schuldig erklärt wurden, war von 1924 bis 1926 gesunken und von da ab gestiegen. Stellt man die Entwicklung durch Zeichnung dar, indem man von der gleich 100 gesetzten absoluten Zahl der Ehescheidungen für 1923 ausgeht, so geht die Kurve der Scheidungen und die der für schuldig erklärten Personen erst seit 1927 auseinander. Auch die Kurve der Fälle, bei denen beide Partner für schuldig erklärt wurden, weicht von 1923 bis 1926 kaum von der Kurve der Gesamtzahl der Scheidungen ab, schnellt dann aber in den letzten Jahren beträchtlich in die Höhe, was teils mit wirtschaftlichen (nur in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs ist der Ehemann geneigt, die Schuld allein auf sich zu nehmen), teils mit sozialen Gründen (Übergreifen der Scheidungs„freudigkeit" auf breitere Schichten der Bevölkerung) zusammenhängen dürfte. Auffällig auseinander entwickeln sich jedoch die Kurven, die die Schuld nur eines Teils der beiden Ehepartner darstellen, bei den Männern ansteigend, bei den Frauen zunächst stark abfallend und dann wieder steigend.

Im ganzen waren unter den für schuldig erklärten Personen (Tab. 19) 61 bis 64 % Männer und 39 bis 36 % Frauen.

Ehebruch und schwere Verletzung der ehelichen Pflichten kamen von 1923 bis 1927 ungefähr gleich häufig als Scheidungsgrund vor, beide zu 45 bis 50 % der Fälle, sodaß für die anderen Scheidungsgründe nur sehr wenig Fälle übrig blieben (Tab. 20 u. 21). Dabei ergibt sich eine deutliche und klare Entwicklung der Zahlenreihen in der Richtung, daß Ehebruch als Scheidungsgrund abnimmt (1929 nur 37,8 % der Fälle), während schwere Verletzung der ehelichen Pflichten zunimmt (1929 58,4 % der Fälle). Diese Entwicklung zeigen die Ziffern bei Männern und Frauen und zwar bei letzteren so stark, daß Ehebruch in den Jahren 1928 und 1929 nicht mehr der verhältnismäßig stärkste Scheidungsgrund ist, der diese Ursache in früheren Jahren stets war. Man kann wohl mutmaßen, daß eine wirkliche Entwicklung in der angegebenen Richtung in solch auffallend starkem Ausmaß nicht stattgefunden hat, sondern andere Einflüsse sich geltend machen. Dabei scheint die Wirkung gewisser, statistisch nicht meßbarer Kräfte in Stadt und Land verschieden zu sein. Wir hoffen aus der Feder eines juristischen Mitarbeiters unserer Zeitschrift hierüber noch näheres zu erfahren.

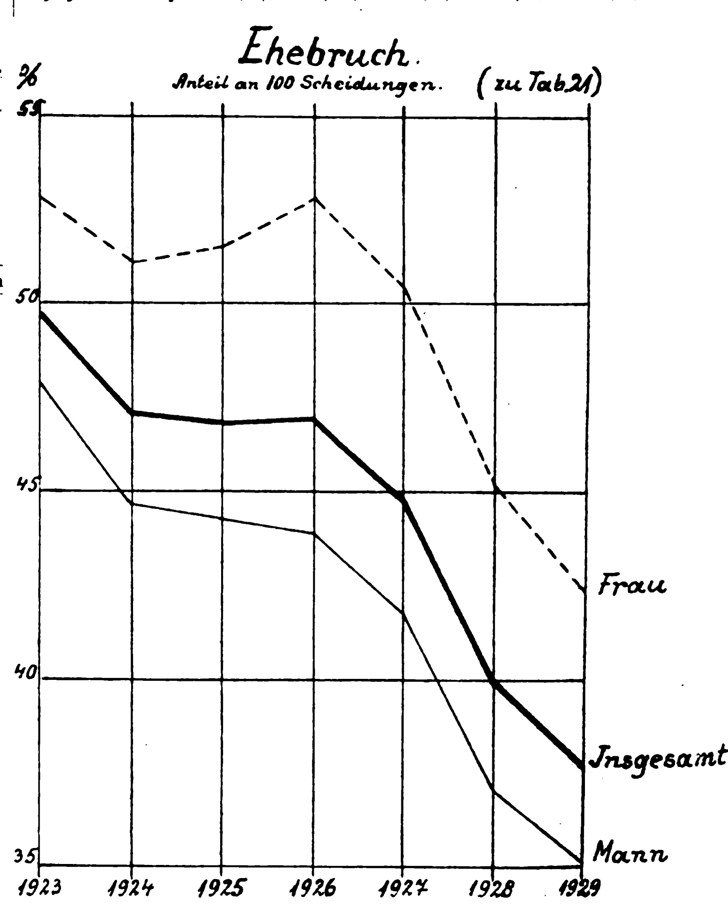
Tabelle 20. Das Vorkommen der einzelnen Scheidungsgründe bei den beiden Geschlechtern.

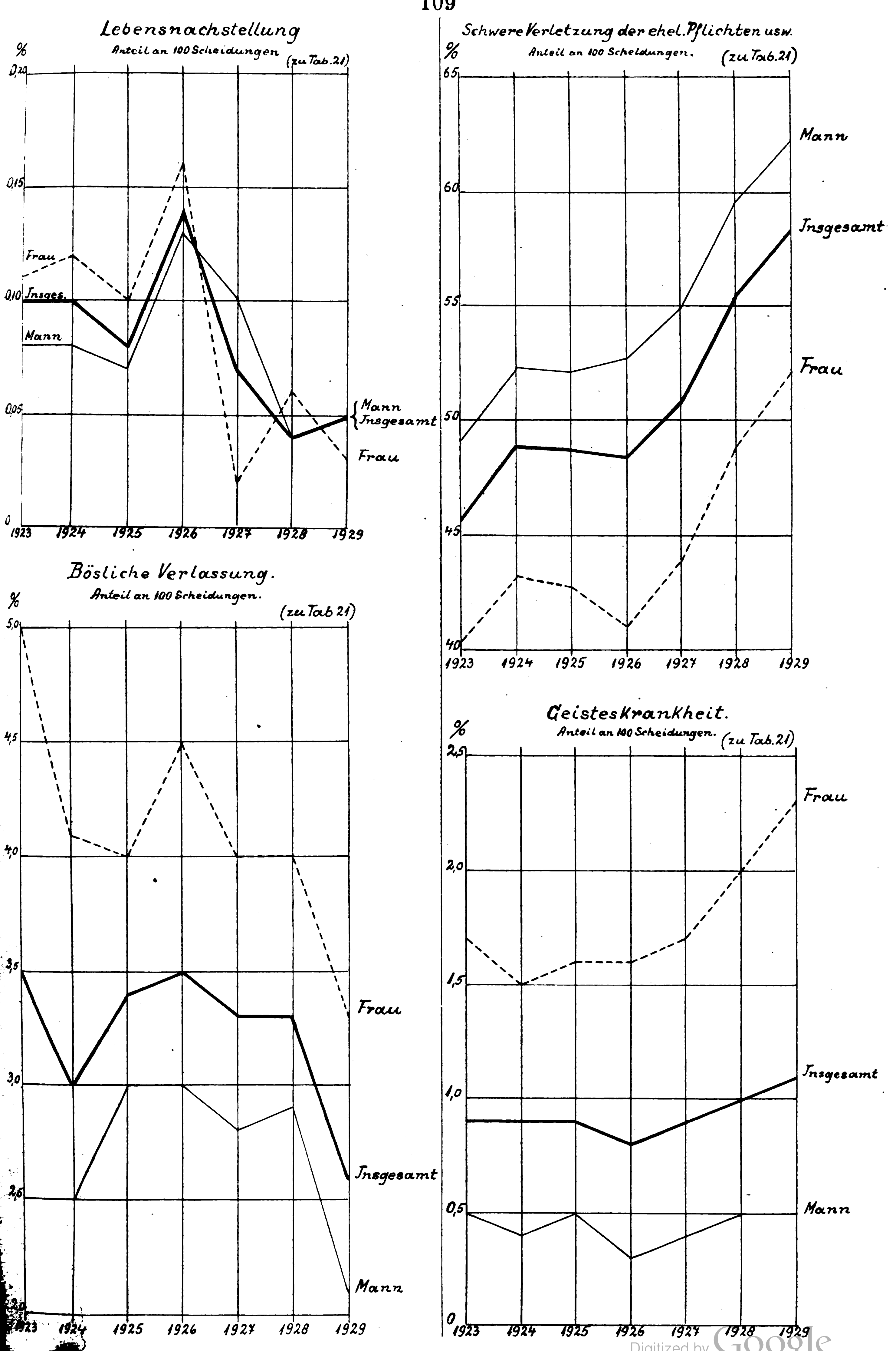
Jahr	Es wurden für schuldig erklärt wegen									
	Ehebruch (§ 1565 BGB.)[1]		Lebensnachstellung (§ 1566 BGB.)		böslicher Verlassung (§ 1567 BGB.)[2]		schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten usw. (§ 1568 BGB.)[3]		Geisteskrankheit (§ 1569 BGB.)	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1923	7 965	5 602	14	12	423	530	8 155	4 283	78	180
	13 567		26		953		12 438		258	
1924	8 055	5 576	15	13	448	446	9 426	4 717	76	167
	13 631		28		894		14 143		243	
1925	8 011	5 222	13	10	545	410	9 429	4 344	87	156
	13 233		23		955		13 773		243	
1926	7 629	5 074	22	15	521	435	9 165	3 937	55	151
	12 703		37		956		13 102		206	
1927	7 772	5 233	18	2	530	418	10 204	4 561	73	174
	13 005		20		948		14 765		247	
1928	7 004	4 910	7	6	544	435	11 233	5 323	87	220
	11 914		13		979		16 556		307	
1929	7 169	5 080	11	4	431	399	12 671	6 230	95	273
	12 249		15		830		18 901		368	

[1] allein und in Verbindung mit §§ 1566, 1567 und 1568.
[2] „ „ „ „ „ § 1566.
[3] „ „ „ „ „ §§ 1566 und 1567.

Tabelle 21. Von 100 in den einzelnen Jahren vorgekommenen Scheidungsgründen entfielen auf:

Jahr	Ehebruch	Lebensnachstellung	bösliche Verlassung	schwere Verletzung der ehelichen Pflichten usw.	Geisteskrankheit	zusammen
1	2	3	4	5	6	7
a) bei den Männern						
1923	47,9	0,08	2,5	49,0	0,5	100,0
1924	44,7	0,08	2,5	52,3	0,4	100,0
1925	44,3	0,07	3,0	52,1	0,5	100,0
1926	43,9	0,13	3,0	52,7	0,3	100,0
1927	41,8	0,10	2,8	54,9	0,4	100,0
1928	37,1	0,04	2,9	59,5	0,5	100,0
1929	35,2	0,06	2,1	62,2	0,5	100,0
b) bei den Frauen						
1923	52,8	0,11	5,0	40,4	1,7	100,0
1924	51,1	0,12	4,1	43,2	1,5	100,0
1925	51,5	0,10	4,0	42,8	1,6	100,0
1926	52,8	0,16	4,5	41,0	1,6	100,0
1927	50,4	0,02	4,0	43,9	1,7	100,0
1928	45,1	0,06	4,0	48,9	2,0	100,0
1929	42,4	0,03	3,3	52,0	2,3	100,0
c) insgesamt						
1923	49,8	0,10	3,5	45,7	0,9	100,0
1924	47,1	0,10	3,0	48,9	0,9	100,0
1925	46,9	0,08	3,4	48,8	0,9	100,0
1926	47,0	0,14	3,5	48,5	0,8	100,0
1927	44,9	0,07	3,3	50,9	0,9	100,0
1928	40,0	0,04	3,8	55,6	1,0	100,0
1929	37,8	0,05	2,6	58,4	1,1	100,0




Lebensnachstellung
Anteil an 100 Scheidungen
(zu Tab. 21)
%
Frau
Insges.
Mann
Mann
Insgesamt
Frau
0,20
0,15
0,10
0,05
0
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
Bösliche Verlassung.
Anteil an 100 Scheidungen.
(zu Tab. 21)
%
5,0
4,5
4,0
3,5
3,0
2,5
2,0
Frau
Insgesamt
Mann
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
Schwere Verletzung der ehel. Pflichten usw.
Anteil an 100 Scheidungen.
(zu Tab. 21)
%
65
60
55
50
45
40
Mann
Insgesamt
Frau
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929
Geisteskrankheit.
Anteil an 100 Scheidungen.
(zu Tab. 21)
%
2,5
2,0
1,5
1,0
0,5
0
Frau
Insgesamt
Mann
1923
1924
1925
1926
1927
1928
1929

Die einzelnen Gründe treten verschieden häufig bei Männern und Frauen auf. Das zeigen neben den genannten Tabellen sehr klar die beigegebenen Zeichnungen. Schwere Verletzung der ehelichen Pflichten ist eine Scheidungsursache, die mit Schuld auf seiten der Männer relativ wesentlich häufiger vorliegt als mit Schuld auf seiten der Frauen. Dagegen führt Ehebruch und bösliche Verlassung häufiger als Schuld bei der Frau denn als Schuld beim Manne zur Scheidung. Weiter werden Ehen öfters wegen Geisteskrankheit der Frau als wegen solcher des Mannes geschieden, was wohl mit der größeren Bedeutung der Frau für das Bestehen des Hausstandes zusammenhängt. (Ein Schluß auf die Häufigkeit der Geisteskrankheit bei Männern oder Frauen darf hieraus nicht gezogen werden). Nur bei Lebensnachstellung geben die Zahlen und Kurven kein einheitliches Bild, wahrscheinlich weil die Anzahl der Fälle gering ist.

Speziell von den wegen Ehebruch für schuldig erklärten Personen waren die gesamte Berichtszeit hindurch in 16 % der Fälle beide aus diesem Grunde schuldig, in 42 bis 44 % der Fälle nur der Mann wegen Ehebruch und in 23 bis 26 % nur die Frau wegen Ehebruch, aber nur in 38,5 bis 41 % der Fälle war die Frau neben ihrem des Ehebruchs schuldigen Manne selbst nicht schuldig, während in 3 bis 4 % der Fälle bei der Frau gleichzeitig ein anderer Schuldgrund vorlag. Entsprechend waren von den Fällen, in denen die Frau allein wegen Ehebruch schuldig erklärt wurde, nur in 18 bis 21 % der Mann nicht schuldig, während in 4 ½ bis fast 7 % der Fälle bei diesem ein anderer Scheidungsgrund vorlag. Die in Worten schwer zu fassenden Unterschiede lassen sich aus der Tabelle 22 sehr deutlich ablesen, weshalb auf sie besonders verwiesen wird.

Tabelle 22. Der Anteil beider Geschlechter an den Scheidungen wegen Ehebruch.

Jahr	Von 100 wegen Ehebruchs schuldig erklärten Personen waren schuldig					Also wurden wegen Ehebruchs schuldig erklärt	
	beide	der Mann allein		die Frau allein			
		die Frau nicht schuldig	die Frau aus einem anderen Grunde schuldig	der Mann nicht schuldig	der Mann aus einem anderen Grunde schuldig	Männer zu %	Frauen zu %
1	2	3	4	5	6	7	8
1923	15,8	39,5	3,4	20,8	4,7	58,7	41,3
1924	16,1	39,6	3,4	20,3	4,5	59,1	40,9
1925	16,1	41,3	3,1	18,5	4,9	60,5	39,5
1926	16,4	40,8	2,9	18,5	5,0	60,1	39,9
1927	16,6	39,7	3,5	17,7	5,9	59,8	40,2
1928	16,2	39,2	3,4	18,8	6,2	58,8	41,2
1929	15,7	38,5	4,3	19,2	6,6	58,5	41,5

Von den wegen schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten geschiedenen Personen waren in den einzelnen Jahren der Berichtszeit beide Ehepartner aus diesem Grunde zu 16 bis 20 % schuldig. In 4 der 7 Jahre war dabei der Anteil rund 17 %. In 47 bis 54 % der Fälle war nur der Mann wegen schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten, in 13 bis fast 18 % nur die Frau aus diesem Grunde schuldig, aber in 4 bis 5 % der Fälle war neben dem schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten schuldigen Manne die Frau aus einem anderen Grunde schuldig, während neben den schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten schuldigen Ehefrauen die Männer zu rund 3 % der Fälle gleichfalls, aber aus einem anderen Grunde schuldig waren. Unter Zusammenfassung sämtlicher Fälle von schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten kamen 66 bis 70 % auf die Männer und 30 bis 34 % auf die Frauen. Auch diese im Text sehr kompliziert klingenden Unterscheidungen lassen sich aus Tabelle 23 deutlich ablesen.

Tabelle 23. Der Anteil beider Geschlechter an den Scheidungen wegen schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten usw.

Jahr	Von 100 wegen schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten usw. schuldig erklärten Personen waren schuldig					Also wurden wegen schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten usw. schuldig erklärt	
	beide	der Mann allein		die Frau allein			
		die Frau nicht schuldig	die Frau aus einem anderen Grunde schuldig	der Mann nicht schuldig	der Mann aus einem anderen Grunde schuldig	Männer zu %	Frauen zu %
1	2	3	4	5	6	7	8
1923	16,8	43,7	5,1	14,0	3,6	65,6	34,4
1924	17,0	45,2	4,4	13,1	3,3	66,6	33,4
1925	16,8	47,0	4,7	11,7	3,0	68,5	31,5
1926	16,1	49,0	4,9	11,1	2,8	70,0	30,0
1927	17,2	46,7	5,2	10,7	3,0	69,1	30,9
1928	19,2	44,2	4,4	10,6	2,4	67,8	32,2
1929	20,2	42,6	4,3	10,0	2,8	67,0	33,0

Bösliche Verlassung ist eine Scheidungsursache, die im allgemeinen nicht beiderseitig vorkommt. Sie war bei beiden Geschlechtern in den einzelnen Jahren der Berichtszeit zu 44 bis 57 % der Fälle Scheidungsgrund, jedoch wurden daneben jeweils beim anderen Geschlecht in geringem Umfange auch andere Ursachen zu Scheidungsgründen (s. Tabelle 24).

Tabelle 24. Der Anteil beider Geschlechter an den Scheidungen wegen böslicher Verlassung.

Jahr	Von 100 wegen böslicher Verlassung schuldig erklärten Personen waren schuldig					Also wurden wegen böslicher Verlassung schuldig erklärt	
	beide	der Mann allein		die Frau allein			
		die Frau nicht schuldig	die Frau aus einem anderen Grunde schuldig	der Mann nicht schuldig	der Mann aus einem anderen Grunde schuldig	Männer zu %	Frauen zu %
1	2	3	4	5	6	7	8
1923	—	44,1	0,3	54,6	1,0	44,4	55,6
1924	—	49,7	0,4	49,4	0,5	50,1	49,9
1925	—	57,0	0,1	42,9	—	57,1	42,9
1926	—	54,5	—	44,8	0,7	54,5	45,5
1927	—	55,9	—	43,2	0,9	55,9	44,1
1928	—	55,4	0,2	43,2	1,2	55,6	44,4
1929	0,2	51,1	0,6	47,0	0,9	51,9	48,1

Lebensnachstellung ist merkwürdigerweise auch gegenseitiger Scheidungsgrund. Die absoluten Zahlen sind aber bei dieser Ursache sehr klein, sodaß die großen Schwankungen in Tabelle 25 zum Teil auf Zufälligkeiten beruhen.

Tabelle 25. Der Anteil beider Geschlechter an den Scheidungen wegen Lebensnachstellung.

Jahr	Von 100 wegen Lebensnachstellung schuldig erklärten Personen waren schuldig					Also wurden wegen Lebensnachstellung schuldig erklärt	
	beide	der Mann allein		die Frau allein			
		die Frau nicht schuldig	die Frau aus einem anderen Grunde schuldig	der Mann nicht schuldig	der Mann aus einem anderen Grunde schuldig	Männer zu %	Frauen zu %
1	2	3	4	5	6	7	8
1923	11,5	34,6	7,7	30,9	3,8	53,8	46,2
1924	7,1	43,0	3,5	25,0	14,3	53,6	46,4
1925	8,7	30,4	17,4	26,1	8,7	56,5	43,5
1926	21,6	32,5	5,4	16,2	2,7	59,5	40,5
1927	—	75,0	15,0	10,0	—	90,0	10,0
1928	23,1	23,0	7,7	23,1	—	53,8	46,2
1929	13,3	46,7	13,3	6,7	6,7	73,3	26,7

Geisteskrankheit führt nur einseitig zur Scheidung. Sie lag zu 26 bis 36 % auf seiten des Mannes und zu 64 bis 74 % auf der der Frau, jedoch kamen daneben beim anderen Partner in geringem Umfange auch weitere Scheidungsgründe vor (Tabelle 26).

Tabelle 26. Der Anteil beider Geschlechter an den Scheidungen wegen Geisteskrankheit.

Jahr	Von 100 wegen Geisteskrankheit schuldig erklärten Personen waren schuldig					Also wurden wegen Geisteskrankheit schuldig erklärt	
	beide	der Mann allein		die Frau allein			
		die Frau nicht schuldig	die Frau aus einem anderen Grunde schuldig	der Mann nicht schuldig	der Mann aus einem anderen Grunde schuldig	Männer zu %	Frauen zu %
1	2	3	4	5	6	7	8
1923	—	30,2	—	69,8	—	30,2	69,8
1924	—	30,9	0,4	66,7	2,0	31,3	68,7
1925	—	34,2	1,6	63,0	1,2	35,8	64,2
1926	—	26,2	0,5	72,8	0,5	26,7	73,3
1927	—	28,3	1,3	68,4	2,0	29,6	70,4
1928	—	27,4	0,9	71,3	0,4	28,3	71,7
1929	—	23,6	2,2	71,7	2,4	25,8	74,2

Die absoluten Zahlen, aus denen sich die in den Tabellen 19 bis 26 dargestellten Verhältnisziffern ergeben, sind in Tabelle 27 nachgewiesen.

Tabelle 27. Die Verteilung der Scheidungen nach der Schuld.

Scheidungsgründe auf seiten des Mannes:	Scheidungsgründe auf seiten der Frau:						
	nicht schuldig	§ 1565 BGB.[1]	§ 1566 BGB.	§ 1567 BGB.[2]	§ 1568 BGB.[3]	§ 1569 BGB.	zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8
1923							
nicht schuldig .	.	2 825	8	520	1 738	180	5 271
§ 1565 BGB.[1]	5 362	2 142	—	7	454	—	7 965
§ 1566 BGB. .	9	1	3	—	1	—	14
§ 1567 BGB.[2]	420	2	—	—	1	—	423
§ 1568 BGB.[3]	5 430	632	1	3	2 089	—	8 155
§ 1569 BGB. .	78	—	—	—	—	—	78
zusammen . .	**11 299**	**5 602**	**12**	**530**	**4 283**	**180**	**21 906**
1924							
nicht schuldig .	.	2 772	7	442	1 848	162	5 231
§ 1565 BGB.[1]	5 393	2 189	3	4	462	4	8 055
§ 1566 BGB. .	12	—	2	—	1	—	15
§ 1567 BGB.[2]	444	3	—	—	1	—	448
§ 1568 BGB.[3]	6 408	612	1	—	2 404	1	9 426
§ 1569 BGB. .	75	—	—	—	1	—	76
zusammen . .	**12 332**	**5 576**	**13**	**446**	**4 717**	**167**	**23 251**
1925							
nicht schuldig .	.	2 450	6	404	1 623	153	4 636
§ 1565 BGB.[1]	5 468	2 129	1	4	407	2	8 011
§ 1566 BGB. .	7	2	2	—	2	—	13
§ 1567 BGB.[2]	544	1	—	—	—	—	545
§ 1568 BGB.[3]	6 477	636	1	2	2 312	1	9 429
§ 1569 BGB. .	83	4	—	—	—	—	87
zusammen . .	**12 579**	**5 222**	**10**	**410**	**4 344**	**156**	**22 721**
1926							
nicht schuldig .	.	2 357	6	428	1 456	150	4 397
§ 1565 BGB.[1]	5 182	2 077	—	4	365	1	7 629
§ 1566 BGB. .	12	1	8	—	1	—	22
§ 1567 BGB.[2]	521	—	—	—	—	—	521
§ 1568 BGB.[3]	6 408	638	1	3	2 115	—	9 165
§ 1569 BGB. .	54	1	—	—	—	—	55
zusammen . .	**12 177**	**5 074**	**15**	**435**	**3 937**	**151**	**21 789**

[1] allein und in Verbindung mit §§ 1566, 1567 und 1568.
[2] " " " " " § 1566.
[3] " " " " " §§ 1566 und 1567.

Noch: Tabelle 27. Die Verteilung der Scheidungen nach der Schuld.

Scheidungsgründe auf seiten des Mannes:	Scheidungsgründe auf seiten der Frau:						
	nicht schuldig	§ 1565 BGB.[1]	§ 1566 BGB.	§ 1567 BGB.[2]	§ 1568 BGB.[3]	§ 1569 BGB.	zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8
1927							
nicht schuldig .	.	2 296	2	410	1 577	169	4 454
§ 1565 BGB.[1]	5 154	2 163	—	6	444	5	7 772
§ 1566 BGB. .	15	—	—	—	3	—	18
§ 1567 BGB.[2]	530	—	—	—	—	—	530
§ 1568 BGB.[3]	6 894	771	—	2	2 537	—	10 204
§ 1569 BGB. .	70	3	—	—	—	—	73
zusammen . .	**12 663**	**5 233**	**2**	**418**	**4 561**	**174**	**23 051**
1928							
nicht schuldig .	.	2 250	3	423	1 745	219	4 640
§ 1565 BGB.[1]	4 675	1 925	—	5	398	1	7 004
§ 1566 BGB. .	3	—	3	—	1	—	7
§ 1567 BGB.[2]	542	2	—	—	—	—	544
§ 1568 BGB.[3]	7 317	730	—	7	3 179	—	11 233
§ 1569 BGB. .	84	3	—	—	—	—	87
zusammen . .	**12 621**	**4 910**	**6**	**435**	**5 323**	**220**	**23 515**
1929							
nicht schuldig .	.	2 347	1	390	1 897	264	4 899
§ 1565 BGB.[1]	4 716	1 922	1	4	518	8	7 169
§ 1566 BGB. .	7	—	2	—	2	—	11
§ 1567 BGB.[2]	424	2	—	2	3	—	431
§ 1568 BGB.[3]	8 056	801	—	3	3 810	1	12 671
§ 1569 BGB. .	87	8	—	—	—	—	95
zusammen . .	**13 290**	**5 080**	**4**	**399**	**6 230**	**273**	**25 276**

[1] [2] [3] s. vorhergehende Spalte.

Es ist bereits an früherer Stelle auf die unterschiedliche Höhe der Scheidungshäufigkeit in Stadt und Land hingewiesen worden. In den Landgemeinden kamen in der Nachkriegszeit jeweils 1,7 bis 1,9, in den kleineren und mittleren Städten rund 5, in den Großstädten rund 13 geschiedene Ehen auf 10 000 Einwohner. Hier ist festzustellen, ob neben diesen Mengenunterschieden auch solche hinsichtlich

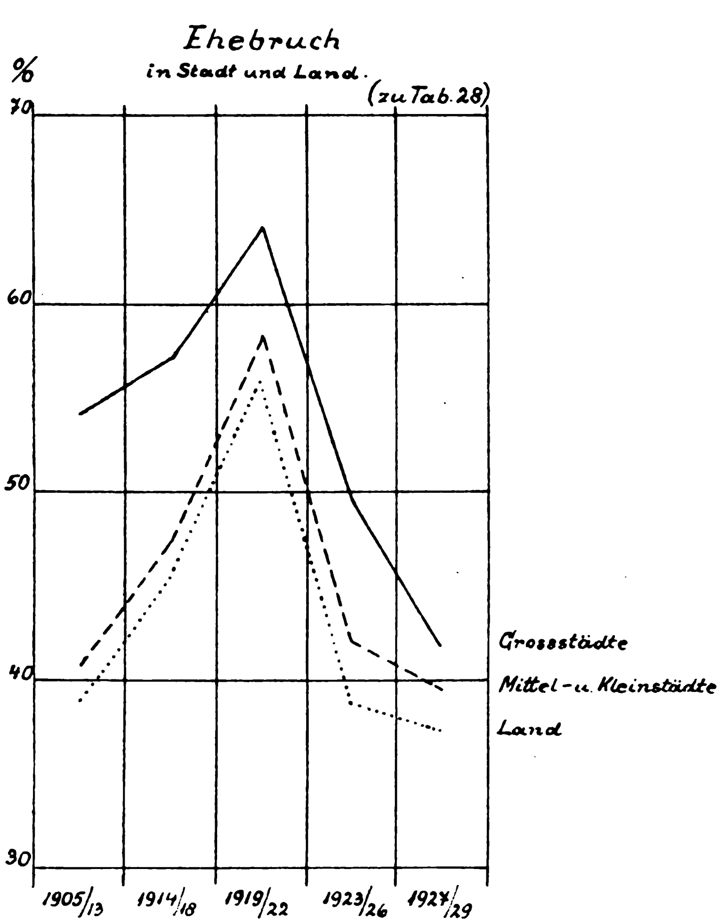
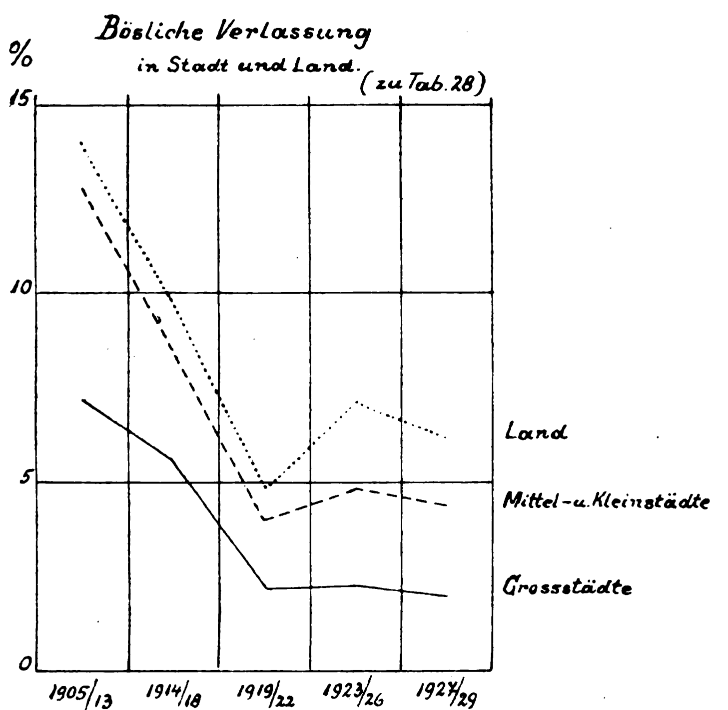
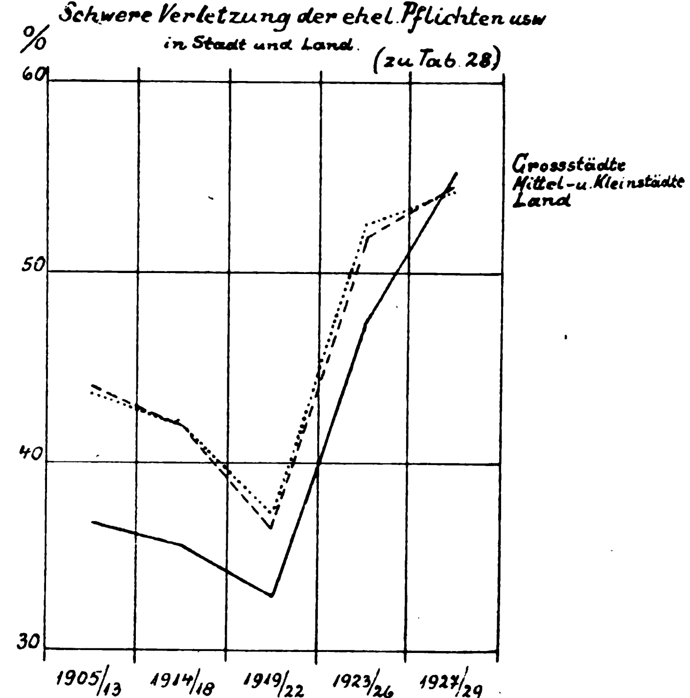


Tabelle 28. Die Ehescheidungen nach Stadt und Land und Scheidungsgründen, nach Jahresgruppen zusammengefaßt.

Scheidungsgründe	Zeitraum	Insgesamt Fälle in den nebenbezeichneten Jahren	im Durchschnitt auf 1 Jahr	auf 100[1])	davon: in den Städten mit über 100 000 Einw.: Insgesamt Fälle in den nebenbezeichneten Jahren	im Durchschnitt auf 1 Jahr	auf 100[1])	in den Städten bis zu 100 000 Einw.: Insgesamt Fälle in den nebenbezeichneten Jahren	im Durchschnitt auf 1 Jahr	auf 100[1])	auf dem Lande: Insgesamt Fälle in den nebenbezeichneten Jahren	im Durchschnitt auf 1 Jahr	auf 100[1])
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
§ 1565 Ehebruch	1905 bis 1913	45 865	5 096	47,8	29 079	3 231	54,1	9 486	1 054	40,6	7 300	811	38,8
	1914 „ 1918	25 808	5 161	52,8	16 538	3 308	57,2	5 124	1 025	47,3	4 146	829	45,5
	1919 „ 1922	65 204	16 301	61,5	41 938	10 485	64,1	14 618	3 655	58,2	8 648	2 162	55,9
	1923 „ 1926	53 134	13 284	46,5	36 656	9 164	49,6	10 817	2 704	42,1	5 661	1 415	38,9
	1927 „ 1929	37 168	12 389	40,8	25 771	8 591	41,8	7 290	2 430	39,5	4 107	1 369	37,3
§ 1566 Lebensnachstellung	1905 „ 1913	214	24	0,2	79	9	0,2	68	8	0,3	67	7	0,3
	1914 „ 1918	85	17	0,2	33	7	0,1	25	5	0,2	27	5	0,3
	1919 „ 1922	117	29	0,1	44	11	0,1	37	9	0,1	36	9	0,2
	1923 „ 1926	150	38	0,1	53	13	0,1	60	15	0,2	37	9	0,1
	1927 „ 1929	48	16	0,1	20	7	0,03	14	5	0,1	14	5	0,1
§ 1567 Bösliche Verlassung	1905 „ 1913	9 512	1 057	9,9	3 887	432	7,2	2 986	332	12,8	2 639	293	14,0
	1914 „ 1918	3 445	689	7,1	1 627	325	5,6	927	185	8,5	891	178	9,8
	1919 „ 1922	3 189	797	3,0	1 438	360	2,2	1 000	250	4,0	751	188	4,9
	1923 „ 1926	3 969	992	3,5	1 669	417	2,3	1 264	316	4,9	1 036	259	7,1
	1927 „ 1929	2 757	919	3,0	1 263	421	2,0	814	271	4,4	680	226	6,3
§ 1568 Schwere Verletzung der ehelichen Pflichten usw.	1905 „ 1913	38 248	4 250	39,9	19 781	2 198	36,8	10 269	1 141	43,9	8 198	911	43,6
	1914 „ 1918	18 572	3 714	38,0	10 225	2 045	35,4	4 533	907	41,9	3 814	763	41,9
	1919 „ 1922	36 515	9 129	34,4	21 554	5 389	32,9	9 193	2 298	36,6	5 768	1 442	37,3
	1923 „ 1926	55 978	13 995	49,0	35 006	8 752	47,4	13 326	3 332	51,8	7 646	1 912	52,6
	1927 „ 1929	50 222	16 741	55,1	34 144	11 381	55,4	10 094	3 365	54,7	5 984	1 995	54,4
§ 1569 Geisteskrankheit	1905 „ 1913	2 115	235	2,2	931	103	1,7	578	64	2,5	606	67	3,2
	1914 „ 1918	933	187	1,9	473	95	1,6	223	45	2,1	237	47	2,6
	1919 „ 1922	1 015	254	1,0	472	118	0,7	274	69	1,1	269	67	1,7
	1923 „ 1926	950	238	0,8	529	132	0,7	249	62	1,0	172	43	1,2
	1927 „ 1929	922	307	1,0	475	158	0,8	234	78	1,3	213	71	1,9
Für 1905 bis 1926: zus. Scheidungsgründe Für 1927 bis 1929: insges. für schuldig erklärte Personen	1905 „ 1913	**95 954**	**10 662**	**100**	**53 757**	**5 973**	**100**	**23 387**	**2 599**	**100**	**18 810**	**2 089**	**100**
	1914 „ 1918	**48 843**	**9 768**	**100**	**28 896**	**5 780**	**100**	**10 832**	**2 167**	**100**	**9 115**	**1 822**	**100**
	1919 „ 1922	**106 040**	**26 510**	**100**	**65 446**	**16 363**	**100**	**25 122**	**6 281**	**100**	**15 472**	**3 868**	**100**
	1923 „ 1926	**114 181**	**28 547**	**100**	**73 913**	**18 478**	**100**	**25 716**	**6 429**	**100**	**14 552**	**3 638**	**100**
	1927 „ 1929	**91 117**	**30 372**	**100**	**61 673**	**20 558**	**100**	**18 446**	**6 149**	**100**	**10 998**	**3 666**	**100**

[1]) Scheidungsgründe für 1905 bis 1926 und für schuldig erklärte Personen für 1927 bis 1929.





der Häufigkeit der einzelnen Scheidungsgründe bestehen. Aus Tabelle 28 und noch besser aus den beigegebenen Zeichnungen sieht man, daß, bezogen auf je 100 Scheidungsgründe (für 1905 bis 1926) oder auf 100 für schuldig erklärte Personen (für 1927 bis 1929)[1]), in den Großstädten Ehebruch in sämtlichen Zeitabschnitten ein häufigerer Scheidungsgrund war als in den mittleren und kleineren Städten, und daß bei diesen wiederum Ehebruch häufiger vorkam als bei den Landgemeinden. Andererseits waren schwere Verletzung der ehelichen Pflichten und bösliche

[1]) Man beachte die grundsätzlichen Bemerkungen über die Änderung der Auszählung zu Eingang dieses Abschnitts. Eine Umrechnung, die für 1923 bis 1926 zum Teil möglich war, hat ergeben, daß die Abweichung 2 % beträgt, also in der Zeichnung überhaupt nicht erkennbar sein würde.

Verlassung 2 Scheidungsgründe, die in den Großstädten, bei ersterer Ursache merkwürdigerweise, abgesehen von 1927 bis 1929, relativ seltener zur Scheidung führten als in den Mittel- und Kleinstädten und auf dem Lande, wobei bei böslicher Verlassung die Anteilssätze der Mittel- und Kleinstädte stets kleiner waren als die des Landes, während bei schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten die beiden Ziffernreihen ziemlich zusammenfielen. Lebensnachstellung und Geisteskrankheit sind seltene Scheidungsgründe. Aus den kleineren Ziffern läßt sich aber wohl ablesen, daß Lebensnachstellung auf dem Lande und in den mittleren und kleineren Städten etwas häufiger vorkommt als in den Großstädten. Geisteskrankheit führt gleichfalls auf dem Lande relativ häufiger zur Scheidung als in den Städten, wobei die obige Reihenfolge wieder gewahrt bleibt.

Die Schuld an der Scheidung lag im Durchschnitt der Jahre 1927 bis 1929, wie bereits oben erwähnt, beim § 1565 mit größeren Anteilssätzen bei den Frauen, dagegen beim § 1568 mit der Mehrheit bei den Männern. Das gilt aber nicht nur für den Gesamtstaat, sondern auch bei Aufteilung nach Stadt und Land, wie Tabelle 29 zeigt. Weiter wurde oben festgestellt, daß auch bei den §§ 1567 und 1569 der Anteil der Frauen bei der Veranlassung zur Scheidung überwiegt; das zeigt sich gleichfalls bei der Gliederung nach Stadt und Land. Beim § 1566 gibt die Tabelle 29 ebenso wie die frühere Tabelle 21 kein klares Bild.

Tabelle 29. Die Ehescheidungen nach Stadt und Land und Scheidungsgründen mit Hervorhebung des für schuldig erklärten Teils im Mittel der Jahre 1927 bis 1929.

schuldig		Scheidungsgründe					zusammen
		§ 1565	§ 1566	§ 1567	§ 1568	§ 1569	
1		2	3	4	5	6	7
a) auf dem Lande							
Mann	1927	730	4	132	1 317	11	2 194
	1928	670	3	130	1 334	19	2 156
	1929	717	3	119	1 508	16	2 363
Frau	1927	608	1	106	543	49	1 307
	1928	658	2	103	593	45	1 401
	1929	724	1	90	689	73	1 577
im Jahresdurchschnitt	Mann	706	3	127	1 386	15	2 238
	Frau	663	1	100	608	56	1 428
vom Hundert	Mann	31,5	0,1	5,7	61,9	0,7	100
	Frau	46,4	0,1	7,0	42,6	3,9	100
b) in den Städten bis zu 100 000 Einwohnern							
Mann	1927	1 394	7	170	2 257	19	3 847
	1928	1 275	2	194	2 369	20	3 860
	1929	1 310	2	99	2 411	25	3 847
Frau	1927	1 122	1	126	928	40	2 217
	1928	1 082	1	116	1 007	62	2 268
	1929	1 107	1	109	1 122	68	2 407
im Jahresdurchschnitt	Mann	1 326	4	154	2 346	21	3 851
	Frau	1 104	1	117	1 019	57	2 297
vom Hundert	Mann	34,4	0,1	4,0	60,9	0,5	100
	Frau	48,1	—	5,1	44,4	2,5	100
c) in den Städten mit über 100 000 Einwohnern							
Mann	1927	5 648	7	228	6 630	43	12 556
	1928	5 059	2	220	7 530	48	12 859
	1929	5 142	6	213	8 752	54	14 167
Frau	1927	3 503	—	186	3 090	85	6 864
	1928	3 170	3	216	3 723	113	7 225
	1929	3 249	2	200	4 419	132	8 002
im Jahresdurchschnitt	Mann	5 283	5	220	7 637	48	13 194
	Frau	3 307	2	201	3 744	110	7 364
vom Hundert	Mann	40,0	—	1,7	57,9	0,4	100
	Frau	44,9	—	2,7	50,8	1,5	100
d) Stadt und Land zusammen							
Mann	1927	7 772	18	530	10 204	73	18 597
	1928	7 004	7	544	11 233	87	18 875
	1929	7 169	11	431	12 671	95	20 377
Frau	1927	5 233	2	418	4 561	174	10 388
	1928	4 910	6	435	5 323	220	10 894
	1929	5 080	4	399	6 230	273	11 986
im Jahresdurchschnitt	Mann	7 315	12	502	11 369	85	19 283
	Frau	5 074	4	417	5 371	222	11 089
vom Hundert	Mann	37,9	0,1	2,6	59,0	0,4	100
	Frau	45,8	—	3,8	48,4	2,0	100

5. Die Scheidungsgründe in Verbindung mit den persönlichen Verhältnissen der Geschiedenen[1]).

a) Scheidungsgründe und Religion.

Bei den Männern war, wie bereits mehrfach erwähnt, der häufigste Scheidungsgrund schwere Verletzung der ehelichen Pflichten, während Ehebruch erst an 2. Stelle kam, und zwar waren die Anteilssätze im Durchschnitt der Jahre 1927/29 für schwere Verletzung der ehelichen Pflichten 59,0 %, für Ehebruch 37,9 %. Bei sämtlichen in Tabelle 30 aufgeführten Konfessionen findet sich das gleiche. Schwere Verletzung der ehelichen Pflichten war bei evangelischen Männern zu 58,1 %, bei katholischen Männern zu 60,3 %, bei jüdischen Männern zu 54,6 % Scheidungsgrund, während Ehebruch nur zu 38,5 %, 36,5 % und 43,7 % beteiligt war, wobei man noch bedenken muß, daß beim Zusammentreffen beider Scheidungsgründe bei Schuld auf gleicher Seite stets Ehebruch als Hauptscheidungsgrund angenommen wurde. Ob die Anteilsunterschiede (60,3 % gegen 54,6 %, 36,5 gegen 43,7 %) als wesentlich anzusehen sind, mag dahin gestellt bleiben.

Tabelle 30. Die Ehescheidungen nach der Konfession der Geschiedenen im Mittel der Jahre 1927 bis 1929.

Konfession des schuldigen Teils	§ 1565	§ 1566	§ 1567	§ 1568	§ 1569	zusammen
1	2	3	4	5	6	7
a) Grundzahlen						
evangelisch	4 286	6	312	6 460	58	11 122
römisch-katholisch	1 464	5	107	2 418	19	4 013
anders christlich	12	—	1	20	—	33
jüdisch	129	—	4	161	1	295
sonstig u. unbekannt	1 424	1	78	2 310	7	3 820
zus. Mann schuldig	**7 315**	**12**	**502**	**11 369**	**85**	**19 283**
evangelisch	2 925	2	259	3 003	156	6 345
römisch-katholisch	1 176	2	86	1 121	44	2 429
anders christlich	9	—	2	9	—	20
jüdisch	29	—	1	77	3	110
sonstig u. unbekannt	935	—	69	1 162	19	2 185
zus. Frau schuldig	**5 074**	**4**	**417**	**5 372**	**222**	**11 089**

[1]) In diesem Abschnitt wirkt sich das im Eingang zu Abschnitt 4 auf Seite 107 Gesagte über die Änderung der Auszählungsmethode am stärksten aus, sodaß sich die Betrachtung besser nur auf die Jahre 1927 bis 1929 beschränkt.

Noch: Tabelle 30. Die Ehescheidungen nach der Konfession der Geschiedenen im Mittel der Jahre 1927 bis 1929.

Konfession des schuldigen Teils	§ 1565	§ 1566	§ 1567	§ 1568	§ 1569	zusammen
1	2	3	4	5	6	7
			b) Verhältnisziffern			
evangelisch	38,5	0,1	2,8	58,1	0,5	100
römisch-katholisch	36,5	0,1	2,7	60,3	0,5	100
anders christlich	36,4	—	3,0	60,6	—	100
jüdisch	43,7	—	1,4	54,6	0,3	100
sonstig u. unbekannt	37,3	0,03	2,0	60,5	0,2	100
zus. Mann schuldig	**37,9**	**0,1**	**2,6**	**59,0**	**0,4**	**100**
evangelisch	46,1	0,03	4,1	47,3	2,5	100
römisch-katholisch	48,4	0,1	3,5	46,2	1,8	100
anders christlich	45,0	—	10,0	45,0	—	100
jüdisch	26,4	—	0,9	70,0	2,7	100
sonstig u. unbekannt	42,8	—	3,2	53,2	0,9	100
zus. Frau schuldig	**45,8**	**0,04**	**3,8**	**48,4**	**2,0**	**100**

Bei den Frauen waren die Anteilssätze für die Gesamtheit der Geschiedenen für Ehebruch 45,8 %, für schwere Verletzung der ehelichen Pflichten 48,4 %. An früherer Stelle wurde bereits darauf hingewiesen, daß damit das Verhältnis, das seit langem bestanden hatte, nämlich daß Ehebruch der häufigste Scheidungsgrund der Frauen war, in das Gegenteil verwandelt ist, wenngleich der Unterschied vorläufig nicht stark ist. Auch bei den evangelischen und katholischen Frauen kommen beide Gründe ziemlich gleich häufig vor. Nur bei den jüdischen Frauen ist der Unterschied (Ehebruch 26,4 %, schwere Verletzung der ehelichen Pflichten 70,0 %) auffallend. Ob die Religion bei diesem Ergebnis primäre Bedeutung hat, oder ob nicht, wie so oft, die soziologische Zusammensetzung der konfessionell verschiedenen Schichten das wesentliche ist, läßt sich, wie fast stets, auch in diesem Falle nicht klarstellen.

b) Scheidungsgründe und Alter.

Auch in den einzelnen Altersklassen war schwere Verletzung der ehelichen Pflichten bei den Männern jeweils der stärkste Scheidungsgrund. Die Anteilssätze (Durchschnitt 59,0 %) schwankten zwischen 56,4 % (Altersklasse 30 bis 35) und 67,1 % (unter 25 Jahren). Auffallend ist, daß dieser Scheidungsgrund mit einem hohen Anteilssatz außer bei der zuletzt genannten Klasse, auch bei den über 50 jährigen mit 65,1 % erscheint. (Siehe Tab. 31.)

Tabelle 31. Scheidungsgründe und Alter bei der Scheidung im Mittel der Jahre 1927 bis 1929.

Alter	Scheidungsgründe					
	§ 1565 Ehebruch	§ 1566 Lebensnachstellung	§ 1567 Bösliche Verlassung	§ 1568 schwere Verletzung der ehelichen Pflichten usw.	§ 1569 Geisteskrankheit	Insgesamt §§ 1565 bis 1569
1	2	3	4	5	6	7
			a) Grundzahlen			
			Männer			
bis 25 Jahre	145	—	4	304	—	453
über 25 bis 30 Jahre	1 319	3	81	1 950	4	3 357
„ 30 „ 35 „	1 752	2	109	2 428	15	4 306
„ 35 „ 40 „	1 477	2	90	2 096	18	3 683
„ 40 „ 50 „	1 792	3	131	2 846	31	4 803
„ 50 Jahre	823	2	84	1 727	17	2 653
unbekannt	7	—	3	18	—	28
zusammen	7 315	12	502	11 369	85	19 283
			Frauen			
bis 25 Jahre	557	—	19	579	1	1 156
über 25 bis 30 Jahre	1 458	1	90	1 332	11	2 892
„ 30 „ 35 „	1 299	1	93	1 182	38	2 613
„ 35 „ 40 „	842	—	67	863	51	1 823
„ 40 „ 50 „	742	1	72	976	81	1 872
„ 50 Jahre	168	1	74	427	40	710
unbekannt	8	—	2	13	—	23
zusammen	5 074	4	417	5 372	222	11 089

Noch: Tabelle 31. Scheidungsgründe und Alter bei der Scheidung im Mittel der Jahre 1929.

Alter	Scheidungsgründe					
	§ 1565 Ehebruch	§ 1566 Lebensnachstellung	§ 1567 Bösliche Verlassung	§ 1568 schwere Verletzung der ehelichen Pflichten usw.	§ 1569 Geisteskrankheit	Insgesamt §§ 1565 bis 1569
1	2	3	4	5	6	7
		b) Der Anteil der einzelnen Scheidungsgründe an den verschiedenen Altersklassen				
			Männer			
bis 25 Jahre	32,0	—	0,9	67,1	—	100
über 25 bis 30 Jahre	39,3	0,1	2,4	58,1	0,1	100
„ 30 „ 35 „	40,7	0,04	2,5	56,4	0,3	100
„ 35 „ 40 „	40,1	0,1	2,4	56,9	0,5	100
„ 40 „ 50 „	37,3	0,1	2,7	59,3	0,6	100
„ 50 Jahre	31,0	0,1	3,2	65,1	0,6	100
Durchschnitt	**37,9**	0,1	**2,6**	**59,0**	**0,4**	**100**
			Frauen			
bis 25 Jahre	48,2	—	1,6	50,1	0,1	100
über 25 bis 30 Jahre	50,4	0,03	3,1	46,1	0,4	100
„ 30 „ 35 „	49,7	0,04	3,6	45,2	1,5	100
„ 35 „ 40 „	46,2	—	3,7	47,3	2,8	100
„ 40 „ 50 „	39,6	0,1	3,8	52,1	4,3	100
„ 50 Jahre	23,7	0,1	10,4	60,1	5,6	100
Durchschnitt	**45,8**	**0,04**	**3,8**	**48,4**	**2,0**	**100**
		c) Der Anteil der verschiedenen Altersklassen an den einzelnen Scheidungsgründen				
			Männer			
bis 25 Jahre	2,0	—	0,8	2,7	—	2,3
über 25 bis 30 Jahre	18,0	25,0	16,1	17,2	4,7	17,4
„ 30 „ 35 „	24,0	16,7	21,7	21,4	17,6	22,3
„ 35 „ 40 „	20,2	16,7	17,9	18,4	21,2	19,1
„ 40 „ 50 „	24,5	25,0	26,1	25,0	36,5	24,9
„ 50 Jahre	11,3	16,7	16,7	15,2	20,0	13,8
unbekannt	0,1	—	0,6	0,2	—	0,1
zusammen	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
			Frauen			
bis 25 Jahre	11,0	—	4,6	10,8	0,5	10,4
über 25 bis 30 Jahre	28,7	25,0	21,6	24,8	5,0	26,1
„ 30 „ 35 „	25,6	25,0	22,3	22,0	17,1	23,6
„ 35 „ 40 „	16,6	—	16,1	16,1	23,0	16,4
„ 40 „ 50 „	14,6	25,0	17,3	18,2	36,5	16,9
„ 50 Jahre	3,3	25,0	17,7	7,9	18,0	6,4
unbekannt	0,2	—	0,5	0,2	—	0,2
zusammen	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

Bei den Frauen ist Ehebruch für die Altersklassen mit der höchsten Scheidungshäufigkeit (25 bis 30 und 30 bis 35) auch der stärkste Scheidungsgrund, während bei den übrigen Altersklassen schwere Verletzung der ehelichen Pflichten etwas überwiegt. Dieses Ergebnis ist nur bei der Klasse der unter 25 jährigen Frauen auffallend, wenn auch vielleicht symptomatisch. Bei Aufgliederung der letzten Ziffer zeigt sich, daß es das Jahr 1929 ist, das in dieser Richtung wirkt. Bei den über 50 jährigen Frauen entfielen auf Ehebruch nur noch (oder sollte man sagen: immerhin noch ?) 23,7 %. Entsprechend wuchsen die Anteilssätze für schwere Verletzung der ehelichen Pflichten, aber auch bösliche Verlassung spielte als Schuld bei den Frauen von über 50 Jahre mit 10,4 % eine gewisse Rolle.

Geisteskrankheit, bei den Männern, wie schon einmal erwähnt, ein seltener Scheidungsgrund, wurde bei den Frauen mit zunehmendem Alter (wahrscheinlich auch wieder konstitutionell begründet) häufiger und war in der Klasse der über 50 jährigen zu 5,6 % beteiligt.

Um die Bedeutung der Beziehung von Scheidungsursache und Alter noch weiter zu klären, wurde die relative Aufteilung auch in vertikaler Richtung vorgenommen. Man sieht dabei, daß Ehebruch bei den Männern am häufigsten in den Altersklassen 30 bis 35 und 40 bis 50 mit 24,0 % und 24,5 % vorkommt, während bei den Frauen Ehebruch am häufigsten

im Alter von 25 bis 30 mit 28,7 % und danach im Alter von 30 bis 35 Jahren mit 25,6 % Ursache zur Scheidung war. Schwere Verletzung der ehelichen Pflichten haben das Maximum bei den Männern im Alter von 40 bis 50 Jahren (25,0 %), bei den Frauen im Alter von 25 bis 30 Jahren (24,8 %), bösliche Verlassung bei den Männern im Alter von 40 bis 50 Jahren (26,1 %), bei den Frauen mit nicht sehr verschiedenen Sätzen in den Altersklassen 25 bis 30 (21,6 %) und 30 bis 35 (22,3 %). Geisteskrankheit war bei beiden Geschlechtern am häufigsten Scheidungsgrund in der Klasse 40 bis 50 (beidemal zu 36,5 %). — Vorstehende Ziffern sind selbstverständlich stark von der Gesamtverteilung der Scheidungen auf die Altersklassen beeinflußt, bei gleichzeitiger Abhängigkeit vom Bestand an verheirateten Personen in den einzelnen Klassen. Aber die Gegenüberstellung der Reihen läßt doch gewisse kleine Abweichungen erkennen, wenn auch die Parallelität, wie erwähnt, sehr weitgehend war.

Etwas typisches ist wiederum bei einer Ausgliederung nach Altersunterschiedsklassen zu erkennen (Tab. 32).

Tabelle 32. Scheidungsgründe und Altersunterschied der Geschiedenen im Mittel der Jahre 1927 bis 1929.

Altersunterschied der Geschiedenen	Scheidungsgründe: § 1565 Ehebruch		§ 1566 Lebensnachstellung		§ 1567 Bösliche Verlassung		§ 1568 Verletzung der ehelichen Pflichten usw.		§ 1569 Geisteskrankheit		Überhaupt §§ 1565 bis 1569	
	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
a) Grundzahlen												
Mann älter als die Frau												
bis 5 Jahre	3 329	2 358	5	2	213	184	4 922	2 307	34	107	8 503	4 958
über 5 bis 10 Jahre	1 232	1 018	3	1	99	83	2 362	1 192	21	43	3 717	2 337
„ 10 „ 15 „	340	320	2	—	32	33	791	393	8	9	1 173	755
„ 15 „ 20 „	118	124	—	—	16	6	289	150	3	1	426	281
„ 20 „ 25 „	35	54	—	—	5	5	105	68	1	—	146	127
„ 25 Jahre	22	48	—	—	2	3	61	42	—	1	85	94
zusammen	**5 076**	**3 922**	**10**	**3**	**367**	**314**	**8 530**	**4 152**	**67**	**161**	**14 050**	**8 552**
Mann jünger als die Frau												
bis 5 Jahre	1 665	925	1	1	96	76	2 171	940	14	47	3 947	1 989
über 5 bis 10 Jahre	405	167	1	—	26	20	471	195	3	10	906	392
„ 10 „ 15 „	114	37	—	—	7	5	131	52	1	3	253	97
„ 15 „ 20 „	36	12	—	—	2	1	38	16	—	1	76	30
„ 20 Jahre	10	2	—	—	—	—	10	3	—	1	20	6
zusammen	**2 230**	**1 143**	**2**	**1**	**131**	**102**	**2 821**	**1 206**	**18**	**62**	**5 202**	**2 514**
außerdem unbekannten Alters	9	9	—	—	3	2	19	12	—	—	31	23
b) Der Anteil der einzelnen Scheidungsgründe an den verschiedenen Altersunterschiedsklassen												
Mann älter als die Frau												
bis 5 Jahre	39,2	47,6	0,1	0,04	2,5	3,7	57,9	46,5	0,4	2,2	100	100
über 5 bis 10 Jahre	33,1	43,6	0,1	0,04	2,7	3,6	63,5	51,0	0,6	1,8	100	100
„ 10 „ 15 „	29,0	42,4	0,2	—	2,7	4,4	67,4	52,1	0,7	1,2	100	100
„ 15 „ 20 „	27,7	44,1	—	—	3,8	2,1	67,8	53,4	0,7	0,4	100	100
„ 20 „ 25 „	24,0	42,5	—	—	3,4	3,9	71,9	53,5	0,7	—	100	100
„ 25 Jahre	25,9	51,1	—	—	2,4	3,2	71,8	44,7	—	1,1	100	100
zusammen	**36,1**	**45,9**	**0,1**	**0,04**	**2,6**	**3,7**	**60,7**	**48,5**	**0,5**	**1,9**	**100**	**100**
Mann jünger als die Frau												
bis 5 Jahre	42,2	46,5	0,03	0,1	2,4	3,8	55,0	47,2	0,4	2,4	100	100
über 5 bis 10 Jahre	44,7	42,6	0,1	—	2,9	5,1	52,0	49,7	0,3	2,6	100	100
„ 10 „ 15 „	45,1	38,1	—	—	2,8	5,2	51,8	53,6	0,4	3,1	100	100
„ 15 „ 20 „	47,4	40,0	—	—	2,6	3,3	50,0	53,3	—	3,3	100	100
„ 20 Jahre	50,0	33,3	—	—	—	—	50,0	50,0	—	16,7	100	100
zusammen	**42,9**	**45,4**	**0,04**	**0,04**	**2,5**	**4,1**	**54,2**	**48,0**	**0,3**	**2,5**	**100**	**100**
außerdem unbekannten Alters	29,0	39,1	—	—	9,7	8,7	61,3	52,2	—	—	100	100
c) Der Anteil der verschiedenen Altersunterschiedsklassen an den einzelnen Scheidungsgründen												
Mann älter als die Frau												
bis 5 Jahre	65,6	60,1	50,0	66,7	58,0	58,6	57,7	55,6	50,7	66,5	60,5	58,0
über 5 bis 10 Jahre	24,3	26,0	30,0	33,3	27,0	26,4	27,7	28,7	31,3	26,7	26,5	27,3
„ 10 „ 15 „	6,7	8,2	20,0	—	8,7	10,5	9,3	9,5	11,9	5,6	8,3	8,8
„ 15 „ 20 „	2,3	3,2	—	—	4,4	1,9	3,4	3,6	4,5	0,6	3,0	3,3
„ 20 „ 25 „	0,7	1,4	—	—	1,4	1,6	1,2	1,6	1,5	—	1,0	1,5
„ 25 Jahre	0,4	1,2	—	—	0,5	1,0	0,7	1,0	—	0,6	0,6	1,1
zusammen	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**
Mann jünger als die Frau												
bis 5 Jahre	74,7	80,9	50,0	100,0	73,3	74,5	77,0	77,9	77,8	75,8	75,9	79,1
über 5 bis 10 Jahre	18,2	14,6	50,0	—	19,8	19,6	16,7	16,2	16,7	16,1	17,4	15,6
„ 10 „ 15 „	5,1	3,2	—	—	5,3	4,9	4,6	4,3	5,6	4,8	4,9	3,9
„ 15 „ 20 „	1,6	1,0	—	—	1,5	1,0	1,3	1,3	—	1,6	1,5	1,2
„ 20 Jahre	0,4	0,2	—	—	—	—	0,4	0,2	—	1,6	0,4	0,2
zusammen	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

Es ist ganz auffallend, daß der Anteil der Scheidungen wegen Ehebruch des Mannes sinkt, je mehr der Mann im Alter die Frau übertrifft. Die Anteilsziffern fielen im Durchschnitt der Jahre 1927/29 von 39,2 % beim Altersunterschied bis zu 5 Jahren ununterbrochen bis auf 24,0 % beim Altersunterschied von 20 bis 25 Jahren; nur die höchste Gruppe mit einem Altersunterschied von über 25 Jahren hatte eine etwas größere Ziffer, vielleicht ein Zufall infolge zu geringer Anzahl von Fällen. Wenn also ein älterer Mann mit einer jüngeren Frau verheiratet ist, so neigt der Mann anscheinend seltener zum Ehebruch, als wenn sie sich beide im Alter ähnlich sind. Wenn dagegen der Mann jünger als die Frau war, so stiegen die Anteilssätze für Ehebruch des Mannes mit zunehmendem Altersunterschied. Ehebruch bei der Frau war dagegen ziemlich unabhängig von Altersunterschieden der Ehegatten. Auch wenn die Frau älter als der Mann war, zeigten die Ziffern keine Entwicklungsreihe.

Die Ehedauer scheint auf das Vorkommen der einzelnen Scheidungsgründe nur bei den Ehen mit kürzester Dauer einen spezifischen Einfluß auszuüben. Bei diesen stieg der Anteil von Ehebruch bei den Männern; wenn man von der Ziffer 28,8 % in der Ehedauerklasse bis 1 Jahr absieht, von 26,4 % in der Ehedauerklasse 1 bis 2 Jahre bis 36,5 % in der Ehedauerklasse 4 bis 5 Jahre, bei den Frauen von 33,0 % bis 46,6 % unter entsprechender Anteilssenkung für schwere Verletzung der ehelichen Pflichten. Aber bei den übrigen Ehedauerklassen entwickelt sich der Anteil der verschiedenen Scheidungsursachen nach keiner Richtung parallel zur Dauer der Ehe, und auch bei Zusammenfassung nach Scheidungsursachen läßt sich eine in irgend einer Richtung steigende oder fallende Entwicklung in der Ehedauer nicht feststellen. Ein weiteres Eingehen auf die in Tabelle 33 dargestellten Ziffern erübrigt sich daher.

Tabelle 33. Scheidungsgründe und Ehedauer im Mittel der Jahre 1927 bis 1929.

Dauer der Ehe der Geschiedenen	Scheidungsgründe: § 1565 Ebebruch		§ 1566 Lebensnachstellung		§ 1567 Bösliche Verlassung		§ 1568 Verletzung der ehelichen Pflichten usw.		§ 1569 Geisteskrankheit		insgesamt §§ 1565 bis 1569		Zahl der Ehescheidungen insgesamt §§ 1565 bis 1569
	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
a) Grundzahlen													
bis 1 Jahr	44	30	—	—	2	—	107	60	—	1	153	91	194
über 1 bis 2 Jahre	177	148	1	1	3	1	490	259	—	—	671	409	855
„ 2 „ 3 „	325	288	1	—	15	11	771	392	1	—	1 113	692	1 408
„ 3 „ 4 „	449	364	—	—	29	36	840	431	—	1	1 319	832	1 687
„ 4 „ 5 „	540	421	1	—	37	41	901	438	1	4	1 480	904	1 878
„ 5 „ 10 „	2 923	2 163	6	1	224	186	4 468	2 041	39	55	7 659	4 446	9 525
„ 10 „ 15 „	1 114	757	1	—	89	51	1 496	699	17	41	2 717	1 548	3 340
„ 15 „ 20 „	821	495	1	1	45	36	1 003	484	14	53	1 884	1 069	2 309
„ 20 „ 25 „	469	254	1	—	29	23	670	310	8	34	1 176	622	1 435
„ 25 Jahre	453	154	—	1	29	32	623	257	5	33	1 110	476	1 316
zusammen	**7 315**	**5 074**	**12**	**4**	**502**	**417**	**11 369**	**5 371**	**85**	**222**	**19 283**	**11 089**	**23 947**
b) Der Anteil der einzelnen Scheidungsgründe an den verschiedenen Ehedauerklassen													
bis 1 Jahr	28,8	33,0	—	—	1,3	—	69,9	65,9	—	1,1	100	100	—
über 1 bis 2 Jahre	26,4	36,2	0,1	0,2	0,4	0,2	73,0	63,3	—	—	100	100	—
„ 2 „ 3 „	29,2	41,6	0,1	—	1,3	1,6	69,3	56,7	0,1	—	100	100	—
„ 3 „ 4 „	34,0	43,8	—	—	2,2	4,3	63,7	51,8	—	0,1	100	100	—
„ 4 „ 5 „	36,5	46,6	0,1	—	2,5	4,5	60,9	48,5	0,1	0,4	100	100	—
zusammen bis 5 Jahre	32,4	42,7	0,1	0,03	1,8	3,0	65,6	54,0	0,04	0,2	100	100	—
über 5 bis 10 Jahre	38,2	48,7	0,1	0,02	2,9	4,2	58,3	45,9	0,5	1,2	100	100	—
„ 10 „ 15 „	41,0	48,9	0,04	—	3,2	3,3	55,1	45,2	0,6	2,6	100	100	—
„ 15 „ 20 „	43,6	46,3	0,1	0,1	2,4	3,5	53,2	45,2	0,7	5,0	100	100	—
„ 20 „ 25 „	39,9	40,8	0,1	—	2,5	3,7	57,0	49,8	0,6	5,5	100	100	—
„ 25 Jahre	40,8	32,4	—	0,2	2,5	6,7	56,1	54,0	0,5	6,9	100	100	—
zusammen	**37,9**	**45,8**	**0,1**	**0,04**	**2,6**	**3,8**	**59,0**	**48,4**	**0,4**	**2,0**	**100**	**100**	**—**
c) Der Anteil der verschiedenen Ehedauerklassen an den einzelnen Scheidungsgründen													
bis 1 Jahr	0,6	0,6	—	—	0,4	—	0,9	1,1	—	0,5	0,8	0,8	0,8
über 1 bis 2 Jahre	2,4	2,9	8,3	25,0	0,6	0,2	4,3	4,8	—	—	3,5	3,7	3,6
„ 2 „ 3 „	4,4	5,7	8,3	—	3,0	2,6	6,8	7,3	1,2	—	5,8	6,2	5,9
„ 3 „ 4 „	6,1	7,2	—	—	5,8	8,6	7,4	8,0	—	0,5	6,8	7,5	7,0
„ 4 „ 5 „	7,4	8,3	8,3	—	7,4	9,8	7,9	8,2	1,2	1,8	7,7	8,2	7,8
zusammen bis 5 Jahre	21,0	24,7	25,0	25,0	17,1	21,8	27,3	29,4	2,4	2,7	24,6	26,4	25,1
über 5 bis 10 Jahre	40,0	42,6	50,0	25,0	44,6	44,6	39,3	38,0	45,9	24,8	39,7	40,1	39,8
„ 10 „ 15 „	15,2	14,9	8,3	—	17,7	12,2	13,2	13,0	20,0	18,5	14,1	14,0	13,9
„ 15 „ 20 „	11,2	9,8	8,3	25,0	9,0	8,6	8,8	9,0	16,5	23,9	9,8	9,6	9,6
„ 20 „ 25 „	6,4	5,0	8,3	—	5,8	5,5	5,9	5,8	9,4	15,3	6,1	5,6	6,0
„ 25 Jahre	6,2	3,0	—	25,0	5,8	7,7	5,5	4,8	5,9	14,9	5,8	4,3	5,5
zusammen	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**	**100**

c) Scheidungsgründe und Kinderzahl.

Von der Gesamtheit der 1927 bis 1929 durch Schuld des Ehemannes geschiedenen Ehen waren (s. Tabelle 34) 36,9 % wegen Ehebruch geschieden worden. Dabei waren in den Berichtsjahren die Anteilssätze ziemlich unbeeinflußt von der Kinderzahl; nur die Ehen mit mehr als 5 Kindern waren in geringerem Umfange beteiligt. Bei den Ehen, die infolge Ehebruch der Frau zur Scheidung führten, stiegen dagegen die Anteilssätze bei größerer Kinderzahl und zwar von 45,5 % bei nur 1 Kind bis auf 52,9 % bei 5 und mehr Kindern. Bei schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten zeigte sich demgemäß im allgemeinen die umgekehrte Entwicklung. Ehebruch scheint also bei der Frau sogar im Gegensatz zur Familiengröße zu stehen. (Daß die Scheidungshäufigkeit als Gesamt-

heit mit dem Vorhandensein von Kindern stark sinkt, ist an anderer Stelle bereits gezeigt worden.) Die Frau, die Schuld an der Scheidung ist, ist dies also bei größerer Familie eher infolge eines Ehebruchs als einer schweren Verletzung ihrer ehelichen Pflichten.[1])

[1]) Angeregt durch das Nachwort des juristischen Mitarbeiters, kommt mir für diese Auffälligkeit eine vielleicht stichhaltige Erklärung: Antrag auf Ehescheidung bei Ehen mit Kindern wird bei Schuld auf seiten der Frau nur dann gestellt, wenn der Fall sehr schwer liegt, also bei wirklichem Ehebruch, während Fälle von „Liebelei und ehewidrigem Verhalten“ mit Rücksicht auf das Vorhandensein von Kindern häufig nicht verfolgt werden.
Der Verf.

Tabelle 34. Scheidungen von Ehepaaren mit minderjährigen Kindern in Verbindung mit den Ehescheidungsgründen im Mittel der Jahre 1927 bis 1929.

In den geschiedenen Ehen waren minderjährige Kinder vorhanden	Zahl der Ehescheidungen	Für schuldig erklärte Personen		und zwar wegen[1]) Ehebruch (§ 1565 BGB.)[2])		Lebensnachstellung (§ 1566 BGB.)		böslicher Verlassung (§ 1567 BGB.)[3])		schwerer Verletzung der ehelichen Pflichten usw. (§ 1568 BGB.)[4])		Geisteskrankheit (§ 1569 BGB.)	
		Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau	Mann	Frau
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
		100	100	36,4	45,5	0,1	0,03	2,6	3,0	60,5	49,7	0,4	1,8
1 Kind	7 088	5 887	3 048	2 144	1 387	3	1	155	90	3 561	1 515	24	55
		100	100	38,2	49,4	0,1	0,1	3,0	2,3	58,3	45,3	0,4	3,0
2 Kinder	3 176	2 612	1 402	998	692	2	1	78	32	1 523	635	11	42
		100	100	37,5	50,6	—	—	2,8	1,9	59,0	43,2	0,7	4,3
3 Kinder	1 160	937	530	351	268	—	—	26	10	553	229	7	23
		100	100	35,3	51,5	—	0,5	3,0	3,0	60,9	40,5	0,8	4,5
4 Kinder	441	363	200	128	103	—	1	11	6	221	81	3	9
		100	100	38,8	51,3	—	—	1,4	1,3	59,0	42,1	0,7	5,3
5 Kinder	171	139	76	54	39	—	—	2	1	82	32	1	4
		100	100	27,1	52,9	1,2	—	3,5	2,0	67,1	39,2	1,2	5,9
mehr als 5 Kinder	108	85	51	23	27	1	—	3	1	57	20	1	3
		100	100	36,9	47,4	0,1	0,1	2,7	2,6	59,8	47,3	0,5	2,6
zusammen	**12 144**	**10 023**	**5 307**	**3 698**	**2 516**	**6**	**3**	**275**	**140**	**5 997**	**2 512**	**47**	**136**

[1]) Fälle, in denen beide Teile für schuldig erklärt wurden, sind doppelt gezählt, und zwar jeder Teil in der die Schuldfrage betreffenden Spalte.
[2]) allein und in Verbindung mit §§ 1566, 1567 und 1568.
[3]) „ „ „ „ „ § 1566.
[4]) „ „ „ „ „ §§ 1566 und 1567.

6. Die Scheidungshäufigkeit in den einzelnen Schichten des Volkes.

Man kann wohl annehmen, daß die innerliche Einstellung zur Ehe in den einzelnen Schichten des Volkes verschieden ist. Zunächst dürften die Gründe, die zur Scheidung führen können, nicht in allen Kreisen verhältnismäßig gleich häufig vorkommen. Aber auch die Folgerung, die aus dem Vorkommen einer Tatsache gezogen wird, die Ehescheidungsgrund sein kann, dürfte nicht überall gleich sein. Den statistischen Beweis für diese Annahme zu erbringen, ist jedoch nicht leicht. Theoretisch bedarf es freilich dazu nur einer Ausgliederung nach Beruf und sozialer Stellung und Bezugnahme auf die Ergebnisse der Berufszählung. Leider stößt man bei dieser Gegenüberstellung in der Praxis auf große Schwierigkeiten. Es ist eine Unmöglichkeit, die Zählkarten der Ehescheidungsstatistik in einer solchen Genauigkeit auszugliedern, daß beide Erhebungen sich restlos gegenüberstellen lassen, und wenn in Tabelle 35 für 46 Berufe der Versuch gemacht wird, so zeigt die Übersicht deutlich, daß er keineswegs vollkommen geglückt ist.

Bei der Berufszählung sind ebensowenig wie bei der Volkszählung die stehenden Ehen nach ihrer Anzahl festgestellt worden. Aber die Zahl der verheirateten berufstätigen männlichen Personen ist nach Beruf und Stellung im Beruf bekannt. Man darf diese wohl ohne Bedenken der Zahl der stehenden Ehen gleich setzen. Die Gegenüberstellung mit der Ehescheidungsstatistik muß sich freilich auf gewisse Berufe beschränken, die aus den Wirtschaftszweigen der Berufszählung mit ausreichender Vollständigkeit ausgeschieden werden können, da man die Ehescheidungsstatistik nicht nach Wirtschaftszweigen aufzuteilen vermag.

Tabelle 35. Scheidungshäufigkeit in den verschiedenen sozialen Schichten.

Auf 1 000 stehende Ehen nach der Volks- und Berufszählung 1925 kamen Scheidungen im Durchschnitt 1927 bis 1929.

Beruf		Beruf	
Angestellte im Handel und Versicherung	15,66	Bergarbeiter	2,73
Fleischergesellen	14,89	Gastwirte	2,52
Schuhmachergesellen	11,74	Landwirtschaftl. Arbeiter	2,30
Bäcker- und Konditorgesellen	11,42	Zimmergesellen	2,29
Schneidergesellen	10,51	Stellmachergesellen	2,21
Angestellte im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	10,01	Selbständige Fleischer, Schlächter	2,09
Ärzte	7,53	Mittlere Beamte und entsprechende Angestellte	2,02
Ingenieure	6,77	Maurergesellen	1,89
Klempner- u. Installateurgehilfen	6,50	Unterbeamte und entsprechende Angestellte	1,69
Chemiker	5,75	Selbständige Bäcker und Konditoren	1,57
Schlossergesellen	5,00	Selbständige Schneider	1,37
Verkehrsarbeiter	4,92	Selbständige Schuhmacher	1,33
Häusliche Angestellte	4,87	Selbständige Tischler	1,24
Sattlergesellen	4,69	Lehrer	1,23
Selbständige Kaufleute	4,00	Selbständige Sattler	1,16
Tischlergesellen	3,47	Selbständige Stellmacher	1,11
Selbständige Schlosser	3,17	Selbständige Schmiede	1,11
Müllergesellen	3,31	Müller	1,05
Schmiedegesellen	3,30	Selbständige Baugewerbetreibende	0,99
Selbständige Klempner u. Installateure	3,07	Rentner, Pensionäre	0,87
Obere Beamte	2,84	Selbständige Zimmerleute	0,82
Heizer und Maschinisten	2,78	Selbständige Landwirte und Bauern	0,15
Offiziere u. Mannschaften von Heer und Marine	2,75	Geistliche	0,31
		Im Durchschnitt	3,99

Ein Blick in die Tabelle 35 lehrt, daß unselbständige Personen im allgemeinen eine größere Scheidungshäufigkeit haben als selbständige Personen des gleichen Berufes. Das hängt damit zusammen, daß die Selbständigkeit erst im höheren Alter und dementsprechend erst nach längerer Ehedauer erreicht wird, wo die Scheidungshäufigkeit unabhängig von der Berufsstellung schon wieder geringer ist: auch wird bekanntlich in Berufen, in denen überhaupt heute noch eine Selbständigkeit zu erlangen ist, später geheiratet (insbesondere von denen, die Selbständigkeit erstreben), sodaß die Berufszugehörigen bei der Heirat und erst recht nach einer gewissen Ehedauer ein Alter erreicht haben, das keine hohe Scheidungshäufigkeit hat. Daß die Angestellten des Handels, und zwar mit einer Scheidungshäufigkeit von 15,66 ‰ an der Spitze stehen, ist keine Auffälligkeit. Auch daß die akademischen Berufe, soweit feststellbar, und der selbständige Handel eine überdurchschnittliche Scheidungshäufigkeit haben, war vorauszusehen. Daß Rentner und Pensionäre eine kleine Scheidungshäufigkeit haben, ist wiederum eine Folge des hohen Alters sämtlicher Berufsangehörigen, und daß die Scheidungshäufigkeit der Geistlichen sich als gering ergibt, entspricht der Erwartung. Bei vielen anderen Berufen mag aber die Reihenfolge und die Höhe der Ziffern bei dieser erstmaligen Ausgliederung auf Zufälligkeiten beruhen. Wir möchten daher davon absehen, weitere Schlüsse zu ziehen und uns darauf beschränken festzustellen, daß eine Gegenüberstellung möglich ist, aber wohl erst dann ein wirklich brauchbares Ergebnis haben wird, wenn durch Zusammenfassung von mehr als 3 Jahre eine breitere Grundlage für die Erkenntnis geschaffen wird.

---

7. Schlußwort.

Das Ergebnis der vorausgehenden Untersuchungen soll noch einmal in kurzen Worten zusammengefaßt werden.

Es wurde folgendes festgestellt:

1. Die katholische Bevölkerung wird weniger häufig geschieden als die evangelische, weil die katholische Kirche die Ehescheidung verbietet. Dagegen hat die jüdische Bevölkerung eine höhere Scheidungsziffer als die beiden christlichen Konfessionen.
2. Die meisten Männer, die geschieden werden, stehen bei der Scheidung im Alter von 30 bis 40 Jahren, während bei den Frauen die Altersklassen zwischen 25 und 35 die höchsten Anteilssätze haben.
3. Auf 1 000 verheiratete Personen wurden jährlich 2,9 Personen geschieden.
4. Die höchste Scheidungsintensität auf 1 000 verheiratete Personen der gleichen Altersklasse ergab sich bei beiden Geschlechtern für das Alter von 25 bis 30 Jahren mit 5,0 ‰.
5. Mit steigendem Alter sinkt die Scheidungsintensität.
6. Unter den geschiedenen Ehen der allerletzten Zeit waren in verstärktem Maße solche, bei denen die Frau älter als der Mann war.
7. Die Ehen der Kriegs- und der ersten Nachkriegszeit sind im Durchschnitt weniger haltbar als die der Vorkriegszeit. Mit den allerneuesten Ehen scheint es aber wieder besser zu stehen.
8. Von je 4 Ehescheidungen waren im Durchschnitt 3 Ehen mit einer und 1 mit zwei schuldigen Personen.
9. Die Zahl der Fälle, in denen beide für schuldig erklärt werden, steigt in allerneuester Zeit.
10. Schwere Verletzung der ehelichen Pflichten ist ein Scheidungsgrund, der häufiger mit Schuld beim Manne als mit solcher bei der Frau festgestellt wird und zwar sowohl bei einer Aufteilung der Geschiedenen nach Stadt und Land als auch bei einer solchen nach Altersklassen. Die größere Häufigkeit beim Manne findet sich im allgemeinen in jedem Alter. Dagegen sind Ehebruch und bösliche Verlassung häufigerer Scheidungsgrund mit Schuld bei der Frau, auch wieder gleichfalls bei Aufteilung nach Stadt und Land, aber Ehebruch nur in den mittleren Altersklassen.
11. Geisteskrankheit der Frau führt häufiger zur Scheidung als solche des Mannes, wobei keine Unterschiede zwischen Stadt und Land nachweisbar sind.
12. Ehebruch ist in den Großstädten häufiger als in den mittleren und kleineren Städten und in diesen wieder häufiger als in den Landgemeinden. Schwere Verletzungen der ehelichen Pflichten und bösliche Verlassung sind seltener in den Großstädten als in den mittleren und kleinen Städten und auf dem Lande.
13. Ehebruch war am häufigsten bei den Männern von 30 bis 35 und 40 bis 50 Jahren und bei den Frauen von 25 bis 30 und 30 bis 35 Jahren. Schwere Verletzungen der ehelichen Pflichten kamen am häufigsten bei den Männern von 40 bis 50 und bei den Frauen von 25 bis 30 Jahren vor. Bösliche Verlassung durch den Mann war am häufigsten Scheidungsgrund, wenn der Mann im Alter von 40 bis 50 Jahren stand, und durch die Frau, wenn diese sich in den Altersklassen von 25 bis 30 und 30 bis 35 befand. Geisteskrankheit war bei beiden als Scheidungsgrund am häufigsten in der Altersklasse von 40 bis 50.
14. In einer Ehe zwischen älterem Mann und jüngerer Frau neigt der Mann seltener zu Ehebruch als bei Altersgleichheit. Dagegen scheint Ehebruch bei der Frau unabhängig vom Altersunterschied der Ehegatten vorzukommen.
15. Kinder wirken scheidungshindernd, aber bei Frauen, die sich einen Ehebruch zu schulden kommen lassen, ist die Familiengröße ohne Einfluß. Dagegen führt schwere Verletzung der ehelichen Pflichten bei Frauen mit mehreren Kindern in größerem Umfange nicht zur Scheidung.
16. Unselbständige Personen haben eine größere Scheidungshäufigkeit als selbständige, wohl als Folge davon, daß man selbständig im allgemeinen erst im höheren Alter wird.

Die wahrscheinlichen Ursachen für diese ziemlich eindeutig sich ergebenden Folgerungen aus unseren Untersuchungen haben wir im Text erwähnt. Wir haben sie hier nur in einigen Fällen angedeutet, um beim Lesen dieser Schlußfolgerungen keine Mißverständnisse aufkommmen zu lassen. An sich ist der Statistiker gerade bei einer Untersuchung, wie der vorliegenden, in seinen Schlußfolgerungen sehr stark behindert. Die Statistik der Ehescheidungen unterscheidet sich von vielen anderen Statistiken ganz wesentlich dadurch, daß das anfallende Material durch Zeitströmungen beeinflußt ist. Ob eine Ehe scheidungsreif ist, unterliegt den wandelnden Ansichten in der Bevölkerung (sowohl der Außenstehenden als auch der beiden Hauptbeteiligten), aber auch einer nicht stets gleichbleibenden Rechtsprechung. Einerseits werden Handlungen, die früher zweifellos zur Ehescheidung geführt hätten, vielleicht heute nicht mehr als ausreichend angesehen. Andererseits wird eine Aussöhnung zwischen den Ehegatten und eine Verzeihung jetzt wohl schon in Handlungen gesehen, aus denen man früher diese Folgerung nicht zog. Ob die Gerichte ihrerseits wieder dazu übergehen, die Ehescheidung zu erschweren, um die Ehe als sittliche Grundlage unseres Volkstums zu erhalten, oder ob sie der (teilweisen) Zeitströmung Rechnung tragen, die die Lösung von Ehebanden fordert, wenn die Partner selbst die Ehe für scheidungsreif halten, hierüber möchten wir als Statistiker kein Urteil fällen. Wir haben aber einen Fachmann gebeten, in einem Nachwort hierauf einzugehen.



Nachwort.

Von Kammergerichtsrat **Felix Naumann.**

Die Statistik der Ehescheidungen dürfte dem Arzt, dem Soziologen, dem Psychologen eine unerschöpfliche Fundgrube bieten. Dem Juristen stellt sie sich als das Ergebnis einer siebenjährigen Berufstätigkeit dar. In nüchternen Zahlen ist herauskristallisiert, was an menschlichen Leidenschaften, an wirtschaftlichem und seelischem Elend in all den Jahren auf ihn eingestürmt ist. Die Aufgabe kann es jedoch hier nicht sein, in die seelischen und wirtschaftlichen Hintergründe des Scheidungsproblems hineinzuleuchten, vielmehr kommt es nur darauf an, festzustellen, inwiefern die Erfahrungen, die der Jurist tagaus, tagein auf dem Gebiet des Scheidungsrechts macht, durch die statistischen Feststellungen bestätigt werden. Es zeigt sich alsdann, daß, von geringen Ausnahmen abgesehen, das statistische Ergebnis nicht allzu sehr von dem abweicht, was der berufstätige Jurist aus der Menge seiner Einzelerfahrungen als deren Ergebnis gesichtet hat.

Nicht überraschend ist es zunächst, daß die Häufigkeit der Scheidungen mit der Dichte der Bevölkerung wächst. Auf dem Lande und in den kleineren Städten ist die Zahl der Scheidungen ungleich geringer als in den Großstädten und vor allem in Berlin. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand. Je enger die Menschen zusammenwohnen, um so größer die Reibungsflächen zwischen ihnen, um so größer auch der Einfluß, den fremde Personen auf die Beziehungen anderer Menschen gewinnen können. Gerade die Einflußnahme dritter Personen auf das eheliche Leben, besonders eine solche sexueller Natur, ist es, die erfahrungsgemäß die Hauptursache für die Zerstörung des ehelichen Lebens bietet. Hinzu kommt, daß in den kleineren Verhältnissen der Dörfer und kleinen Städten die Ehegatten fast ständig miteinander im Zusammenhang sind, daß jedes Abweichen vom ehelichen Verkehr auf Schwierigkeiten stößt, und die Gelegenheiten, die sich vielleicht bieten, vom gewohnten Wege abzuweichen, daher seltener ausgenutzt werden. In der Großstadt ist mindestens einer der Ehegatten den Tag über beruflich dem Hause fern. Die Eheleute sehen sich seltener, sie sind sich mehr selbst überlassen und den Einflüssen, die von außen hereindringen, im höheren Grade ausgeliefert.

Nicht zu unterschätzen dürfte auch die Tatsache sein, daß auf dem Lande und in den kleineren Städten die sittlich religiösen Bindungen eine ungleich größere Rolle spielen als in der Großstadt. Auch dies läßt sich aus der vorliegenden Statistik unschwer erkennen. Bekanntlich lebt ein verhältnismäßig hoher Anteil der katholischen Bevölkerung auf dem Lande, während umgekehrt die jüdische Bevölkerung in der Hauptsache in den Großstädten konzentriert ist. Als Ergebnis zeigt sich, daß die Scheidung jüdischer Ehen fast viermal so häufig ist als die Scheidung der katholischen Ehen. Dieses Verhältnis kann nicht ohne weiteres nur aus der Tatsache erklärt werden, daß die katholische Religion eine Scheidung, von geringen Ausnahmen abgesehen, als Verstoß gegen die Sakramentsnatur der Ehe verwirft, während in der jüdischen Religion eine Scheidungsmöglichkeit von jeher anerkannt wurde. Sämtliche in Deutschland bestehenden Religionen und Konfessionen sehen in der Scheidung das Anormale, Nichtwünschenswerte und pflegen von dieser Auffassung ihren Anhängern gegenüber keinen Hehl zu machen. Wenn dennoch derartige Unterschiede, wie sie die Statistik offen legt, bei den einzelnen Konfessionen vorhanden sind, so ist dies sicherlich zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Rücksicht auf religiöse Bindungen in den großen Städten weniger vorherrschend ist als in den übrigen Landesteilen. Einen Anhalt in dieser Richtung gibt z. B. die Tatsache, daß die in der Überzahl von Katholiken bewohnte Großstadt Köln in der Häufigkeit der Scheidungen den anderen Großstädten nicht nachsteht, sie vielmehr zum großen Teil nicht unwesentlich übertrifft. Ob und wieweit auch die soziale Schichtung innerhalb der einzelnen Religionsgruppen eine Rolle spielt, kann nur vermutet werden.

Die durch die statistischen Feststellungen bestätigte Tatsache, daß mit steigendem Alter die Scheidungshäufigkeit sinkt, entspricht den Erfahrungen, die der Jurist wohl ganz allgemein macht. Es ist dies auch nur etwas ganz natürliches. In höheren Jahren entwickelt sich im allgemeinen eine reifere, ruhigere Lebensauffassung, die einer Scheidung ungünstig ist. Diejenigen Ehejahre, in denen die Krisis der Ehe einzutreten pflegt, sind bereits überwunden, der Lebenswille und der Lebensmut, die Voraussetzungen für den Kampf, der mit jeder Ehescheidung verbunden ist, sind nicht mehr in dem erforderlichen Grad vorhanden, und auch sonstige Gründe biologischer Natur machen sich als Hindernis für die Scheidung bemerkbar.

Dies gilt insbesondere in den Fällen, in denen die Frau jünger ist als der Mann, also in der weitaus größeren Zahl der Ehen. Ist die Frau älter als der Mann, so bilden sich gerade in späteren Jahren erfahrungsgemäß Spannungsmomente, die einer Ehescheidung günstig sind. Auch dies wird von der vorliegenden Statistik bestätigt. Derartige Ehen werden häufig in jungen Lebensjahren abgeschlossen. Die Frau, reifer als der Mann, veranlaßt diesen oft zu einer übereilten Eheschließung, deren ungünstige Folgen sich erst später herausstellen, wenn der Mann in zunehmenden Jahren seine Unerfahrenheit abgelegt hat. Ein großer Teil dieser oft leichtfertig geschlossenen Ehen dürfte in der Scheidungsstatistik enthalten sein. Die Annahme des Bearbeiters der Statistik, daß für die Zunahme der Ehescheidungen, bei denen die Frau älter als der Mann war, die Kriegszeit mit verantwortlich zu machen ist, in der häufig derartige Ehen geschlossen wurden, dürfte zutreffen. Nicht zu unterschätzen ist auch der Umstand, daß im allgemeinen bei dem Manne der Drang nach sexueller Betätigung länger anzuhalten pflegt als bei der Frau. Die gealterte Frau bietet dem jüngeren Manne nicht mehr den genügenden Anreiz, und es kommt zum Ehebruch oder mindestens zu ehewidrigem Verkehr des Mannes mit anderen Frauen und damit zur Scheidung. Es ist dies eine Erfahrung, die der Jurist in seinem Berufsleben häufig macht.

Die Angaben der Statistik über die Dauer der Ehen wirken gleichfalls nicht überraschend. Es ist eine dem Juristen geläufige Tatsache, daß die Krisis der Ehe im allgemeinen nach 5 bis 10 jähriger Dauer eintritt. Die Achtung vor der Wichtigkeit und Heiligkeit der Ehe ist im allgemeinen so groß, daß der Ehegatte sich scheut, schon nach den ersten unglücklichen Erfahrungen das Band, das ihn mit dem anderen Teile verknüpft, wieder zu lösen. Beide Teile sind meist guten Willens; sie suchen sich einander zu nähern, Mißhelligkeiten zu beseitigen, auf die Eigenart des Anderen Rücksicht zu nehmen. Erst wenn sich nach jahrelangen Versuchen herausgestellt hat, daß die Gegensätze nicht zu überbrücken sind, wird allmählich der Wunsch nach einer Trennung übermächtig und drängt alle anderen Gefühle zurück. Wird die Krisis, die wie gesagt, nach 5 bis 10 jähriger Ehe sich zu zeigen pflegt, überwunden, so tritt eine Erschlaffung der Gefühle, eine gewisse Gleichgültigkeit ein, die ein reibungsloses Zusammenleben der Ehegatten in der Folge ermöglicht.

Die verhältnismäßig große Beteiligung kinderloser Ehen an den Scheidungen ergibt sich aus der Natur der Sache. Gemeinsame Kinder bilden nun einmal das festeste Band zwischen den Ehegatten. In der großen Mehrzahl der Ehen pflegt mit der Dauer ein Abklingen der Liebesgefühle und damit eine gewisse Erkaltung der Beziehungen einzutreten. Sind keine Kinder vorhanden, so fehlt es an dem Hauptbindeglied, das den Ehegatten das gemeinschaftliche Leben über die Jahre und Jahrzehnte hinaus erleichtert. Je größer die Zahl der Kinder, um so fester pflegt damit das eheliche Band zu sein. Vielfach hält auch die Sorge für die Zukunft der Kinder selbst Ehegatten, die sich vollständig auseinander gelebt haben, davon ab, die äußersten Folgen zu ziehen. Kommt es auch dann noch zu einer Ehescheidung, so lassen allerdings häufig die Eltern jede Rücksichtnahme gegenüber ihren Kinder vermissen. Ein jeder Teil sucht sie gegen den anderen auszuspielen. Die Benennung der Kinder als Zeugen in Scheidungsprozessen ist eine oft beobachtete Tatsache.

Was die einzelnen Scheidungsgründe anbelangt, so zeigt in den letzten Jahren die Scheidung wegen Ehebruch (§ 1565 BGB.) eine Abnahme, die Scheidung wegen Verletzung der Ehepflichten (§ 1568 BGB.) eine Zunahme. Dem Juristen überrascht hierbei, daß der Anteil der Ehescheidungen wegen Ehebruchs noch so groß ist. Die Erfahrung lehrt, daß der verletzte Teil im allgemeinen nicht mehr großen Wert darauf legt, daß der Ehebruch des anderen Teils festgestellt wird; er begnügt sich vielmehr mit der Feststellung, daß zwischen dem anderen Teil und dem Dritten lediglich ehewidrige Beziehungen bestanden haben, die zu einer Scheidung nach § 1568 BGB. ausreichen. Abgesehen davon ist der Nachweis des Ehebruchs unverhältnismäßig schwerer als der Nachweis, daß der schuldige Ehegatte ein Liebesverhältnis unterhalten oder unerlaubte Zärtlichkeiten ausgetauscht hat. Der Wunsch des scheidungsberechtigten Teiles nach der Feststellung des Ehebruchs beruht häufig auf einem gewissen Rachegefühl. Eine solche Feststellung im Urteil gibt ihm das Recht, die Bestrafung des schuldigen Teiles und des Mitschuldigen zu beantragen (§ 172 STGB.). Ferner bildet die Feststellung ein Ehehindernis für den wegen des Ehebruchs geschiedenen Gatten und denjenigen, mit dem er den Ehebruch begangen hat, eine Ehe miteinander abzuschließen (§ 1312 BGB.). Die Bestimmung des Strafgesetzbuchs hat in den Beweggründen des verletzten Ehegatten wohl von jeher eine geringere Rolle gespielt, da sie weiten Bevölkerungskreisen unbekannt ist. Bekannter ist die Bestimmung über das Ehehindernis, und in der Tat hat mancher verletzte Ehegatte Wert auf die Scheidung wegen Ehebruchs gelegt, um eine spätere Ehe mit dem schuldigen Teil unmöglich zu machen. Von dem Ehehindernis kann allerdings Befreiung gewährt werden. Es ist möglich, daß die von den zuständigen Behörden hier befolgte Praxis eine mildere geworden ist und dem verletzten Teil den Anreiz genommen hat, auf der Scheidung wegen Ehebruchs zu bestehen. Die Rechtsprechung geht dahin, daß die Feststellung des Ehebruchs nur dann notwendig ist, wenn der verletzte Teil die Scheidung in erster Linie aus § 1565 begehrt und sie nur eventuell auf § 1568 stützt (vgl. Entsch. des Reichsgerichts, Bd. 115, Seite 1). Werden beide Gründe nebeneinander geltend gemacht, so kann die Ehescheidung auch ohne die Feststellung des Ehebruchs erfolgen, wenn sonstige schwere eheliche Verfehlungen des schuldigen Ehegatten dargetan werden. Nimmt man hinzu, daß im allgemeinen dem verletzten Teil an einer möglichst schnellen Scheidung gelegen ist, so erkennt man die psychologischen Hintergründe, die dazu führen, daß der § 1565 allmählich an Bedeutung hinter den § 1568 zurücktritt. Diese Erscheinung zeigt sich, wie die Statistik ergibt, nicht nur in den Großstädten, sondern auch in den kleinen Städten. Auch hier ist ein Anwachsen der Ehescheidungen aus § 1568, ein Zurückdrängen der Scheidungen aus § 1565, wenn auch mit prozentualem Unterschied, bemerkbar.

Manchen Juristen wird die statistisch festgelegte Tatsache überraschen, daß der Ehebruch häufiger bei der Frau, die schwere Pflichtverletzung häufiger bei dem Manne vorkommt. Die Erfahrungen, die der einzelne Jurist in dieser Hinsicht macht, werden verschieden sein. Die Ursache, aus der der Ehebruch bei der Frau in höherem Grade einen Scheidungsgrund bildet, wird wohl darin liegen, daß auch in den heutigen Ehen der Mann in ungleich reicherem Maße beruflich tätig ist als die Frau. Diese hat daher im allgemeinen mehr Zeit, Beziehungen erotischer Natur nachzugehen. Einen gewissen Einfluß mag auch die Tatsache haben, daß die Frau vielfach leichter geneigt ist, dem Manne einen Ehebruch, sofern dieser nicht mit der Unterhaltung ständiger Beziehungen zu dem mitschuldigen Teil verbunden ist, zu verzeihen als der Mann.

Die von der Statistik festgestellte Tatsache, daß der Anteil der Scheidungen wegen Ehebruchs des Mannes sinkt, je mehr der Mann im Alter die Frau übertrifft, erscheint ohne weiteres verständlich. Wie bereits hervorgehoben, macht sich erfahrungsgemäß die sexuelle Energie bei dem Manne noch in höherem Alter bemerkbar als bei der Frau. Je mehr der Mann daher an Lebensjahren seine Frau übertrifft, um so geringer wird der Anreiz nach sexuellem Verkehr mit anderen Frauen für ihn sein.

Merkwürdig und schwer erklärbar ist der durch die Statistik festgestellte Umstand, daß die Frauen mit zunehmender Kinderzahl, anstatt weniger, mehr zum Ehebruch zu neigen scheinen. Eine Erklärung vermag auch der Jurist nicht zu geben. Im übrigen wird man hier aus der Statistik nicht zu weitgehende Schlüsse ziehen können. Zunächst ist der prozentuale Unterschied bei den Frauen mit verschiedener Kinderzahl nicht sehr groß; er steigt von 45,5 % bei Frauen mit 1 Kind auf 52,9 % bei Frauen mit mehr als 5 Kindern. Sodann aber handelt es sich um eine verhältnismäßig nur geringe Anzahl von Ehescheidungen, bei Frauen mit 4 Kindern um 103 Scheidungen, bei Frauen mit 5 Kindern um 39 Scheidungen und bei Frauen mit mehr als 5 Kindern um 27 Scheidungen.

Dem Statistiker fällt auf, daß der Ehebruch in den Großstädten häufiger als in den mittleren und kleineren Städten und in diesen wieder häufiger als in den Landgemeinden ist. Diese Ursache ergibt sich, wie schon angedeutet, ohne weiteres aus dem Grad der Beobachtung, der der Mensch auf dem Lande, in den kleineren und größeren Städten unterworfen ist. Je unbeobachteter er sich fühlt, um so leichter wird er dazu kommen, seine sexuelle Befriedigung außerhalb der Ehe zu suchen. Hinzu tritt, daß, je enger das Zusammenwohnen der Menschen ist, sich um so eher die Gelegenheit findet, Bekanntschaften zu machen, die leicht zu Verbindungen führen, die mit dem ehelichen Leben nicht mehr verträglich sind.

Der Blick in die Tabelle 35 lehrt, wie der Sachbearbeiter der Statistik bereits hervorhebt, daß unselbständige Personen im allgemeinen eine größere Scheidungsziffer haben, als selbständige Personen des gleichen Berufs. Soziale Gründe dürften vorwiegend der Anlaß zu dieser Erscheinung sein. Die wirtschaftliche Not der Unselbständigen bietet der Verführung in jeder Richtung Tür und Tor, insbesondere spielen Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit als Anlaß zum Ehebruch und sonstigen ehelichen Verfehlungen eine große Rolle, wie jeder Jurist aus seinen Erfahrungen wird bestätigen können.

Die Beobachtung des Statistikers, daß die Zahl der Fälle, in denen beide Teile für schuldig erklärt werden, in allerneuster Zeit steigt, entspricht auch der Beobachtung, die der Jurist im allgemeinen macht. Diese Entwicklung hängt wahrscheinlich

mit der Zunahme psychologischer Kenntnisse und Erkenntnisse bei Anwalt und Richter zusammen. Der Jurist beschränkt sich heute in Ehesachen nicht mehr darauf, rein rationalistisch die ihm vorgelegten Scheidungsgründe auf ihre äußere Feststellbarkeit hin zu prüfen. Er sucht vielmehr mit den Mitteln der modernen Psychologie, der Psychoanalyse in die seelischen Hintergründe einzudringen, um auf diese Weise die Frage zu klären, ob eine Eheverfehlung vorliegt, die als Scheidungsgrund gewertet werden kann. Eine solche Untersuchung wird häufiger als früher zu dem im allgemeinen doch wohl richtigen Ergebnis führen, daß in der Ehe selten der eine Teil ganz Teufel und der andere Teil ganz Engel ist, daß vielmehr an der Zerstörung des ehelichen Bandes beide Teile Anteil zu haben pflegen. Kurz ausgedrückt: Eine wesentliche Rolle im modernen Scheidungsprozeß spielt nicht nur die Frage: „Was war?“, sondern auch die Frage: „Wie kam es?“

Alles in allem wirken auch nach Ansicht des Juristen vielerlei Ursachen zusammen, um das Ergebnis zu zeitigen, das in der ziffermäßigen Statistik ihren Niederschlag findet. Wirtschaftliche und seelische Momente, in geringerem Umfange auch die Art der Rechtsprechung vereinigen sich zu einem vielfarbigem Bilde, das nicht mit Sicherheit erkennen läßt, wie die Entwicklung in der Zukunft sein wird. Wenn der statistische Sachbearbeiter die Frage aufwirft, ob die Gerichte dazu übergeben, die Scheidung zu erschweren, um die sittliche Grundlage unseres Volkstums zu erhalten, oder ob sie, einer Zeitströmung Rechnung tragend, der Lösung des Ehebandes einen geringeren Widerstand entgegensetzen, so läßt sich diese Frage nicht eindeutig beantworten. Ebensowenig, wie in den einzelnen Bevölkerungsteilen Übereinstimmung in der Frage der Scheidung herrscht, ist dies bei den Juristen der Fall. Ein Gericht, das etwa in Landesteilen mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung zu urteilen hat, wird im gegebenen Falle die Frage, ob eine Ehe scheidungsreif ist, möglicherweise anders beantworten als ein großstädtisches Gericht. Von religiösen, politischen und sozialpolitischen Einflüssen wird der Richter ebensowenig wie alle anderen Volksgenossen sich völlig frei machen können. Auch die Verwertung von Erfahrungen persönlicher Natur läßt sich gerade auf dem Gebiete des Scheidungsrechts kaum vermeiden. Es können hier irrationale Kräfte mitwirken, deren sich der Richter bei seiner Entscheidung selbst nicht bewußt wird. Wenn jedoch nicht alles täuscht — und die Statistik scheint die Richtigkeit dieser Ansicht zu bestätigen — geht im allgemeinen die Rechtsprechung zur Zeit dahin, von dem Mittel, das der § 1568 BGB bietet, in zunehmendem Maße Gebrauch zu machen. Bekanntlich richten sich die Angriffe auf das bestehende Scheidungsrecht, vor allem gegen die Tatsache, daß das Gesetz fast nur absolute Scheidungsgründe kennt, die die Feststellung eines bestimmten Tatbestandes erfordern. Die einzige gesetzliche Vorschrift, die eine gewisse Bewegungsfreiheit gestattet, ist der § 1568 BGB, und gerade diese Sonderstellung, die er einnimmt, wirkt unverkennbar in höherem Grade scheidungserleichternd, als es der Gesetzgeber vielleicht beabsichtigt hat. Ein Beispiel hierfür bildet die Entscheidung des Reichsgerichts vom 12. Juli 1926, abgedruckt in der Juristischen Wochenschrift 1927, S. 1193. Hier hatte der Ehemann nichts anderes getan, als daß er sich häufig in einem von ihm sonst geschäftlich besuchten Büro während der Mittagsstunden und abends nach Geschäftsschluß, wenn die Sekretärin anwesend war, aufgehalten, das gleiche eines Sonntagnachmittags getan und die Sekretärin wiederholt zu einem Glas Bier eingeladen hatte. Daß irgend welche Zärtlichkeiten zwischen dem Ehemann und der Sekretärin vorgefallen seien, war nicht festgestellt. Hier hat das Reichsgericht eine schwere Verletzung der ehelichen Treue angenommen und die Ehe aus § 1568 BGB geschieden. Dieses Urteil dürfte für die Stellung, die die Rechtsprechung zur Anwendung des § 1568 BGB einnimmt, bezeichnend sein. In ihrem Wunsche, die unleugbaren Härten, die die gesetzliche Regelung des Scheidungsrechts mit sich bringt, zu mildern, schießt sie zuweilen über das Ziel hinaus und neigt dazu, Scheidungsgründe selbst da anzunehmen, wo die Umstände dies nicht zu rechtfertigen scheinen.

Zur Beurteilung des Geburtenrückgangs.

(In eigener Sache.)

Von

Regierungs- und Volkswirtschaftsrat **Dr. Simon.**

I.

In der allgemeinen Übersicht, die ich im 69. Jahrgang der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts der üblichen textlichen Auswertung des bei der Bearbeitung der standesamtlichen Statistik anfallenden Zahlenmaterials über die Geburten in Preußen in den Jahren 1922 bis 1928 vorausschickte, habe ich mich mit einer bemerkenswerten literarischen Erscheinung der letzten Zeit über die Frage des Geburtenrückganges, mit Burgdörfers bekannter Schrift: „Der Geburtenrückgang und seine Bedeutung. Die Lebensfrage des Deutschen Volkes" auseinander zu setzen versucht und meinen, von dem Burgdörfers abweichenden Standpunkt erläutert. Die Verknüpfung zweier Dinge, der textlichen Verarbeitung amtlicher Zahlen und einer Buchbesprechung, die nicht zusammengehören, hat sich nachträglich als Fehler herausgestellt, denn eine Gegenkritik, die Burgdörfers Mitarbeiter Hage im Deutschen Statistischen Zentralblatt, Heft 6 (1930) veröffentlicht hat, sucht die Argumente, die ich Burgdörfer gegenüber vorbringe, dadurch zu entkräften, daß er die Ergebnisse meiner Arbeit zum erheblichen Teil als falsch bezeichnet, obwohl ich ausdrücklich gesagt hatte, daß „mein wesentlichster Einwand" gegen Burgdörfer sich nicht gegen seine statistischen Berechnungen richtet.

Zunächst behauptet Hage, ich hätte bei der Prüfung der Häufigkeit der Erstgeburten durch Beziehung auf die Eheschließungen des Vorjahres eine primitive Untersuchungsmethode angewandt. Daß die Methode unsicher ist, habe ich auch ohne Hages Kritik gewußt und deshalb als Fußnote wörtlich geschrieben (S. 243, Fußnote 1):

> „Dem Verfasser ist nicht entgangen, daß diese Kombination zu einem Trugschluß führen kann, denn die Erstgeborenen gliedern sich in Kinder, die im ersten Jahr der Ehe geboren sind, und in sogenannte nachgeholte Kinder, die als erste nach längerer Ehedauer zur Welt kamen. Um diese Scheidung vornehmen zu können, wird seit 1929 in Preußen bei Geburten nach dem Jahr der Eheschließung der Eltern gefragt."

Weiter fügte ich hinzu, daß die Ziffern auch noch wegen zahlreicher Fälle ohne Ordnungsnummer unsicher sind. Wer meine Darstellung unvoreingenommen liest, dem kann nicht entgehen, daß ich mit den Ziffern nur eine Entwicklungstendenz beweisen wollte, und es mir dabei gar nicht auf große Genauigkeit der Ziffern ankam, die man doch erst erlangen kann, wenn die von mir in die Zählkarten neueingefügte Frage nach dem Jahr der Eheschließung der Eltern für ein paar Jahre ausgezählt ist. Ich lehne aber nachdrücklich Schätzungen und Umrechnungen ab, die durch willkürlich angewandte Gewichte zu leicht den Beweis dessen erbringen können, was man als Ergebnis zu finden hofft. Der Vorschlag, Gewichte aus der Vorkriegszeit bei dieser heiklen Frage zu benutzen, scheint mir aber ein recht bedenklicher methodischer Mißgriff, ebenso wie ein Vergleich zwischen den Verhältnissen in dem stark industriellen Sachsen und dem ganz anders zusammengesetzten Preußen unhaltbar ist. Auch, was das Wort „Repräsentativmethode" in diesem Zusammenhang bedeuten soll, ist mir unklar, da man hierunter eine Teilauszählung versteht, die angebracht ist, wenn eine solche des Gesamtmaterials nicht möglich ist oder zu teuer kommen würde. Hier nützt aber weder Teilauszählung noch Gesamtauszählung, weil, wie gesagt, bis 1928 die Unterlagen fehlten.

Da mir, wie angeführt, die Bezugnahme auf die Ehen zu unsicher schien, habe ich die Untersuchung in dieser Richtung abgebrochen und habe die Zahl der nach der Geburtenfolge aufgegliederten Kinder untereinander verglichen. Es ist selbstverständlich, daß dabei die Ziffern voneinander abhängen, und wenn ich als auffällig bezeichnet hätte, daß die einen Ziffern hoch und die anderen niedrig sind, so wäre Hages Vorwurf berechtigt, daß ich etwas Selbstverständliches als großen Erfolg meiner Untersuchung gepriesen hätte. So einfach habe ich mir aber die Sache nicht gemacht. Es gaben jedoch die Ziffern bei richtiger Gliederung so typische Bilder, daß mir damit eine Entwicklung bewiesen zu sein schien. Daß das Statistische Reichsamt anderer Ansicht ist, weiß ich, da ich Band 360 der Reichsstatistik, und speziell dort S. 23, gelesen habe. Trotzdem haben die Ausführungen a. a. O. mich nicht überzeugt, weil auch an dieser Stelle Hage, der wahrscheinlich der Verfasser des betreffenden Abschnittes des Textes der Reichsstatistik ist, mit Gewichten aus der sächsischen Vorkriegsstatistik die preußischen Auszählungsergebnisse korrigiert. Wer recht hat, wird sich, wie gesagt, erst zeigen, wenn die auf meine Veranlassung vorgenommene erweiterte Fragestellung bei der preußischen Geburtenstatistik beantwortet vorliegt. Vorläufig scheint mir aber meine Schlußfolgerung mehr mit dem in Einklang zu stehen, was man täglich hört und sieht, nämlich, „daß der Geburtenausfall der neuesten Zeit in der Hauptsache entweder auf einem Ausbleiben der ersten oder der zweiten Kinder, nicht auf einem solchen der Kinder mit höherer Ordnungsnummer beruht". Woher kommt denn die große Masse der Kinder höherer Ordnungsnummern, die doch absolut tatsächlich wenig abnehmen, wenn sich die Geburtensenkung vorwiegend bei ihnen zeigen soll? Das Gegenteil von dem, was ich behauptet habe, ist vorläufig noch nicht bewiesen. Die Beweisführung auf SS. 23 und 24 a. a. O. der Reichsstatistik scheint mir reichlich kompliziert. Auch der Vergleich mit der französischen Geburtenstatistik, auf die Hage hinweist, ist nicht schlüssig. Der in diesem Zusammenhange von Hage geschriebene Satz: „In Preußen . . . . dagegen reichte die durch die Heiratshochflut der ersten Nachkriegsjahre bedingte starke Vermehrung der jungen Ehen nur gerade dazu aus, die Zahl der zweiten, dritten, vierten und folgenden Geburten auf annähernd gleichbleibender Höhe zu erhalten" ist mir unverständlich. Wenn ich boshaft sein wollte, würde ich Hage unterschieben, er habe angenommen, daß die jungen Ehen zunächst ihre zweiten, dritten usw. Kinder hervorgebracht hätten und dann erst ihre ersten. Einen anderen Sinn kann ich aber in dem Satze nicht finden. Man sieht, wie leicht man mißverstanden werden kann.



Einem „weiteren eigenartigen Trugschluß" soll ich bei der Beurteilung der unehelichen Geburtlichkeit verfallen sein. Wie Hage richtig zitiert, bin ich der Ansicht, daß es heute zahlreiche eheähnliche Verhältnisse gibt, die nicht kinderlos bleiben wollen, zum mindesten nicht kinderärmer als die jungen Ehen. Hage sagt, ich überschätzte einseitig eine im Grunde genommen nebensächliche Entwicklungskomponente, und fährt dann fort: „Die Hauptursache der Zunahme der unehelichen Quote ist (a) das Anwachsen der absoluten Zahl von ledigen Frauen infolge der Kriegsverluste an Männern sowie (b) infolge der durch die ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse bedingten Verminderung der Heiratshäufigkeit der jüngeren Männer seit 1924." Daß der von mir mit a bezeichnete Gegengrund Hages nicht von wesentlicher Bedeutung ist, ergibt sich aus dem nächsten Satze Hages, wonach die uneheliche Fruchtbarkeitsziffer jetzt 30 % niedriger ist als 1913, denn damit ist meine Behauptung bewiesen, daß das alleinige Vorhandensein von zu viel Frauen die Illegitimität noch nicht steigert, und auf den Gegenbeweis b kann ich nur erwidern, daß auch ich überzeugt bin, daß die Armut von der Pauvreté herkommt. Die Sache ist doch so: Unverheiratete Frauen, die Geschlechtsverkehr haben, beschränken ihre Kinderzahl genau so wie verheiratete. Da aber die Zahl der eheähnlichen Verhältnisse zugenommen hat (Man denke an Kriegsrentenempfängerinnen, die, wenn sie wieder heiraten, ihre Rente verlieren.), so steigt trotzdem die absolute Zahl der unehelichen Geburten.

Damit ist auf die Haupteinwände Hages erwidert. Es heißt dann weiter, daß „auch die übrigen Abschnitte meiner Arbeit noch mehrfach zur Kritik herausfordern", wozu ich bei dieser allgemeinen Fassung keine Stellung nehmen kann. Und dann kommt Hage auf den Hauptpunkt, nämlich auf meine Kritik an der Arbeit Burgdörfers. Zunächst soll ich einmal Burgdörfer nicht richtig zitieren, und dabei soll ich sogar einen logischen Widerspruch nicht bemerkt haben. Dagegen ist zu sagen, daß Hage seinerseits mich unvollkommen zitiert und durch Fortlassen des Satzes, der lautet: „Sonst werde zwar die Bevölkerungszahl Deutschlands vorübergehend noch um einige Millionen steigen, dann aber werde die Entwicklung die Richtung wechseln und eine unaufhaltsame Abnahme folgen", die Unlogik hineinbringt. In diesem Satze steht nämlich genau das, was Hage als wirkliche Begründung Burgdörfers eine Zeile später anführt: „Daß sonst der jetzige Geburtenüberschuß sehr bald in ein Geburtendefizit, d. h. in Bevölkerungsabnahme, übergehen würde." Mit „Erhaltung des Bevölkerungsstandes" meine ich, daß die Bevölkerung nach Burgdörfer zunächst einmal ansteigt und dann erst auf den jetzigen Stand zurückgeht. Dieser Anstieg ist aber nur durch einen erhöhten Geburtenüberschuß möglich.

Ich komme nun zu den Bedenken gegen die Methode, durch die Burgdörfer zu beweisen sucht, daß Deutschland bereits heute einen Sterbeüberschuß hat. Seitdem man erkannte, daß die allgemeinen, d. h. auf der Gesamtbevölkerung aufgebauten Geburten-, Eheschließungs- und Sterbeziffern ein unzulängliches, wenn nicht gar falsches Bild dieser Vorgänge ergeben, hat man versucht, bessere Ziffern zu errechnen, die man als „besondere", „korrekte", „verbesserte" oder „bereinigte" Ziffern bezeichnet. Dabei wird die Ersatzziffer zumeist um so zutreffender sein, je stärker gegliedert das statistische Material ist. Wer aber eine „bereinigte" Geburtenüberschußziffer aus der Differenz solcher Geburten- und Sterbeziffern errechnen will, muß besonders darauf achten, daß die betreffenden Geburten- und Sterbeziffern die gleiche Bevölkerungsmasse zur Grundlage haben. Burgdörfer berechnet nun zunächst auf S. 30 ff. die korrekte Sterbeziffer aus der Sterbetafel für 1924/26 als reziproken Wert der mittleren Lebensdauer der Neugeborenen (57,4 Jahre) auf 17,4 ‰. Er sagt dann weiter in einem Abschnitt, den er auf Seite 34 mit der fettgedruckten Überschrift „Bereinigung der deutschen Geburtenziffer" versieht, daß auch unsere Geburtenziffer korrigiert werden muß. Auf Seite 34 unten und Seite 35 oben fährt er dann (zum Teil im Sperrdruck) fort, daß man mit Rücksicht auf die fehlenden Jugendlichen infolge des Geburtenausfalles zunächst die Alterspyramide auffüllen müsse. Wenn er der bereinigten Geburtenziffer diese aufgefüllte Bevölkerung zu Grunde legt, so ist dies zweifelsohne eine anders zusammengesetzte Bevölkerung als die, aus der die Sterbetafel für 1924/26 und die korrekte Sterbeziffer gewonnen worden ist. Ich sagte deshalb in meiner Besprechung, daß ich Bedenken gegen die Gegenüberstellung und Subtrahierung zweier Ziffern habe, die durch Beziehung auf verschiedene Grundmassen gewonnen sind. Hage wendet demgegenüber ein, daß eine solche Gegenüberstellung garnicht stattfindet, sondern daß Burgdörfer die von mir eben geschilderte Auffüllung der Alterspyramide bei der Bereinigung nicht verwendet. Ich gebe zu, daß mich (und nicht mich allein) die fettgedruckte Abschnittüberschrift irre geführt hat, und daß Burgdörfer bei der Schlußabrechnung diesen Teil der Beweisführung, der wohlgemerkt im Abschnitt „Bereinigung der deutschen Geburtenziffer" steht, wieder ausschaltet. Daß seine Darstellung etwas verwirrend ist, muß Burgdörfer wohl selbst eingesehen haben, denn in einer 1930 erschienenen Behandlung des Themas in Bd. II der „Ergebnisse der Sozialen Hygiene und Gesundheitsfürsorge" (bei Georg Thieme, Leipzig) läßt er diese Stelle der Beweisführung fort. — Aber ich sehe auch die Gegenüberstellung der absoluten Zahlen der Geburten und Sterbefälle nicht mehr als beweiskräftig an, weil das Schwergewicht unserer Sterblichkeit immer stärker den höheren Altersjahren zufällt. Es werden also zwei Massen gegenübergestellt, die unabhängig voneinander sind. Das war anders, solange die Kindersterblichkeit noch einen wesentlichen Teil der Sterblichkeit darstellte. — Wenn ich sagte, daß noch zu prüfen ist, ob die „veredelte Sterbeziffer einen genauen Ausdruck der wirklich derzeitigen Sterblichkeit darstellt", so wollte ich damit andeuten, daß die aus der Volkszählung 1925 gewonnene Sterbetafel keine unbedingte Gültigkeit hat, wenn die Entwicklung so schnell fortschreitet, wie in den letzten Jahren. Rahts hatte vollkommen recht, daß er mich bereits in der Vorkriegszeit für Charlottenburg für jedes Jahr eine besondere Sterbetafel berechnen ließ und sich nicht mit Durchschnittstafeln für ein Jahrfünft oder Jahrzehnt begnügte. In Deutschland ist aber heute die Entwicklung grundsätzlich ähnlich wie damals in einer aufstrebenden Großstadt, wenn auch freilich zum Teil mit umgekehrtem Vorzeichen.

Wie schwierig der Gegenstand ist, und zum Beweis dafür, daß die Sache immer wieder anders aussieht, je nachdem man die Vorbedingungen ändert, zeigt die Zurückweisung, die Burgdörfer durch Kürten in Nr. 27 der „Berliner Wirtschaftsberichte" von 1929 erfuhr. In seiner Replik in Nr. 1 der „Verhandlungen des Deutschen Industrie- und Handelstages 1930" S. 48 geht Burgdörfer nur auf einen nebensächlichen Einwand Kürtens ein, während er den Hauptfehler, den Kürten ihm vorwirft, stillschweigend übergeht, nämlich die Tatsache, daß ein großer Teil der Berliner Bevölkerung, weil fluktuierend, für die Zeugung von Kindern überhaupt nicht in Frage kommt. Um es nochmals ausführlich zu wiederholen: Kürten sagt, in der Berliner Bevölkerung seien in großen Massen junge Leute in Berufsausbildung, jugendliche Angestellte usw., die außerhalb Berlins zu Hause seien, aber von Jahr zu Jahr wechselten. Es sei immer ungefähr die gleiche Zahl, es seien aber nicht die gleichen Personen. In der Gesamtbevölkerung Berlins müsse man also ihre Zahl als vorhanden annehmen, aber, wenn es sich darum handle, einen Promilleanteil der Geburten zu berechnen, so müßten diese Personen ausgeschieden werden.

Würde man die Geburtenziffer durch Ausmerzung dieser Personen bereinigen, so wäre die Geburtlichkeit auch in Berlin wesentlich höher. — Ich glaube, daß Kürten mit diesem Einwand gegen Burgdörfers Beweisführung recht hat.

II.

Wie ich aber bereits oben erwähnt habe, liegen meine Haupteinwände gegenüber Burgdörfers Ausführungen nicht auf statistischem Gebiet. Ich benutze gern die Gelegenheit, mich über die Frage der Bedeutung des Geburtenrückganges nochmals ausführlich zu äußern. Nicht nur Burgdörfer, sondern auch andere namhafte Schriftsteller treten nachdrücklich für eine Erhöhung der Geburtlichkeit ein, weil sie befürchten, daß das Deutschtum seinem Untergang entgegen geht und durch slawische Völker, die einer anderen Kultur angehören, erdrückt wird, wenn der bisherige Zustand anhält, daß von Jahr zu Jahr weniger Kinder geboren werden. Ich kann mich dieser pessimistischen Auffassung nicht anschließen und zwar auf Grund folgender Erwägungen:

Vorläufig ist in jedem Jahr die Zahl der Personen, die in das erwerbsfähige Alter eintreten, größer als die derjenigen, die es infolge Überalterung verlassen. Nach Burgdörfers Berechnungen dürfte dieser Zustand bis in die 60er Jahre unseres Jahrhunderts anhalten. Außerdem ist anzunehmen, daß die Menschheit künftig länger erwerbsfähig bleibt als bis zu 65 Jahren. Es ist doch so, daß nicht nur heute mehr Menschen ein höheres Alter erreichen, als es früher der Fall war, sondern, daß auch die Vergreisung später eintritt als vordem; wir werden also in kurzer Zeit zahlreiche Personen haben, die mit 65 Jahren durchaus noch erwerbsfähig sind, sodaß ihre Ausschaltung aus dem Erwerbsprozeß mit Härte verbunden ist. Diesen Einwand habe ich bereits früher einmal gemacht, und Burgdörfer hat mir darauf erwidert, daß ich zu übersehen scheine, daß unsere soziale Gesetzgebung das Alter von 65 Jahren als das Schlußalter der Erwerbsfähigkeit ansieht. Hierauf ist zu erwidern, daß Gesetze Menschenwerk sind und geändert werden können, wenn eine Beibehaltung nicht mehr den natürlichen Bedingungen entspricht.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nimmt also trotz der seit langem bestehenden Geburtensenkung vorläufig auf 30 bis 35 Jahre noch nicht ab, sondern zu, und zwar ist dies nach Burgdörfer auch dann nicht der Fall, wenn die Geburtenzahl bis auf dreiviertel ihrer jetzigen Höhe sinkt, eine Senkung, die Burgdörfer selbst als das wahrscheinliche Maximum für die nächsten 25 Jahre bezeichnet. Selbst nach dieser ungünstigsten Annahme dürfte die Reichsbevölkerung bis zum Jahre 1945 auf 67,7 Millionen Einwohner steigen.

Andererseits leben wir in Deutschland zurzeit unter schlimmstem wirtschaftlichem Druck. Wir haben eine Arbeitslosigkeit, wie wir sie früher niemals gekannt haben. Wir müssen Steuern in einem unerhörten Umfange zahlen. Beides zusammen bewirkt, daß unsere deutsche Bevölkerung nicht zur Ruhe kommt. Es hören daher die Versuche nicht auf, die schwierigen wirtschaftlichen Fragen auf politischem Wege zu lösen, Versuche, die zwar hoffentlich nicht zum Ziele gelangen werden, aber unser deutsches Volk dauernd in Unruhe halten, sodaß die wirtschaftliche Gesundung schon aus diesem Grunde gehemmt wird. Es ist daher notwendig, zunächst einmal eine wirtschaftliche Beruhigung zu schaffen. In solch schwerer Zeit aber bedeuten Personen, die nur konsumieren und nicht produzieren können, eine Belastung. Es ist daher durchaus unrationell, im Augenblick eine vermehrte Kinderzeugung zu propagieren.

Dazu kommt aber noch ein zweites. Wir leben in Deutschland auf einem sehr hohen Kulturniveau, und zwar können wir stolz darauf sein, daß unsere Kultur nicht nur auf gewisse Oberschichten der Bevölkerung beschränkt ist, sondern auf dem Wege ist, Gemeingut sämtlicher Bevölkerungsklassen zu werden. Wir haben eine ausgezeichnete Volksschulbildung und verbessern sie durch Fortbildungsschulen, die nicht allein eine Fachausbildung lehren, sondern sich auch sehr stark mit allgemeiner Bildung beschäftigen. Wir können aber nicht den Schülern dieser Schulen das Ideal einer Volksbildung zeigen und ihnen gleichzeitig predigen: Seid fruchtbar und mehret Euch!, denn wirtschaftlich ist heute eine Arbeiterfamilie, die mehrere Kinder hat, nicht in der Lage, auf einem kulturell hochstehenden Niveau zu leben, sofern die Löhne nicht ganz beträchtlich über den jetzigen Stand erhöht werden. Dieses wiederum ist unmöglich mit Rücksicht auf unsere sehr hohen Kosten der Lebenshaltung infolge von Preisen, die über den Weltmarktpreisen liegen. Im Gegenteil muß die Fabrikation versuchen, die Preise zu senken, und zwar entweder durch Lohnsenkung oder durch Ersatz von Arbeitskräften durch Maschinen. Soziale Kinderzulagen für Arbeiter mit größerer Familie sind bei dem heutigen Stand unserer Wirtschaft ausgeschlossen. Daher ist es vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit durchaus verständlich, wenn jüngere Arbeitskräfte, die geringere Ansprüche stellen, bevorzugt werden. Auch diese Überlegung führt dazu, daß Ehepaare ihre Kinderzahl beschränken oder überhaupt keine Kinder zur Welt bringen [1]).

Die vermehrte Verwendung von Maschinen — und das ist ein drittes Argument — macht aber insbesondere ältere Menschen, d. h. solche von über 40 Jahren, vorzeitig arbeitslos; diese stehen dann für leichtere Arbeiten, auch für solche, die ihnen bisher fremd sind, zur Verfügung und treten dort in Konkurrenz mit Anfängern. Es scheint mir daher ein durchaus glücklicher Zufall, das in der nächsten Zeit wegen der Geburtenabnahme der Kriegszeit weniger Jugendliche ins Erwerbsleben eintreten. Für ihren Ausfall ist Ersatz vorhanden und wird auch vorhanden sein, wenn die schwächeren Generationen der neuesten Geburtsjahrgänge soweit herangewachsen sein werden, denn ich bin überzeugt, daß unsere Technik bis dahin solche Fortschritte gemacht hat, daß der Bedarf an Menschenkräften noch geringer sein wird.

Es ist nun zu prüfen, ob diese wirtschaftlichen Überlegungen, die doch dem Interesse der deutschen Wirtschaftskraft dienen, nicht gefährlich sind im Hinblick auf die Erhaltung des Deutschtums überhaupt. Dabei ist folgendes zu bedenken: Bis 1960/65 treten, wie oben bereits gesagt, noch jährlich mehr Personen in den Erwerbsprozeß ein, als ihn wegen Überalterung verlassen. Also vor 1940/45 brauchen die Kinder nicht gezeugt zu werden, die mit 15 bis 20 Jahren in die Bresche zu springen haben, wenn einmal die Zahl der Erwerbsfähigen abnimmt. Nun sagt aber eine einfache Überlegung, daß wir zu einer für die Geburt dieser Kinder durchaus günstigen Zeit noch einmal eine erhöhte Eheschließungszahl haben können, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse die Eheschließung gestatten. Das Lebensjahr, in dem von der männlichen Bevölkerung, die ja für die Eheschließung maßgebend ist, am stärksten geheiratet wird, ist das 26. Dicht nach dem Kriege hatten wir eine erhöhte Geburtlichkeit, während diese in den Kriegsjahren auf einen sehr niedrigen Tiefstand gesunken war. Addiert man zu dem Jahre 1920 26 Lebensjahre hinzu, so kommt man auf 1946. Ich schließe daraus, daß Mitte der 40er Jahre dieses Jahrhunderts genügend Personen im heiratsfähigen Alter vorhanden sein werden, wenn nur die wirtschaftliche Voraussetzung für die Eheschließung und Kindererzeugung vorliegt. Diese zu schaffen muß unsere Aufgabe in den nächsten 10 Jahren sein.

[1]) An dieser Stelle empfiehlt es sich anzugeben, daß auch heute noch jährlich in Deutschland der Geburtenüberschuß über 400 000 ist!



Die stark verzögerte Drucklegung dieses Aufsatzes, der bereits im Herbst 1930 geschrieben worden ist, gibt mir die Möglichkeit, eine Stütze für diese meine Annahme und für meine gesamte Stellungnahme zu dem Problem in einem Artikel zu finden, der in Nr. 1 von „Wirtschaft und Statistik“ des Jahrgangs 1931 steht und aus der Feder von Burgdörfer oder der eines seiner nächsten Mitarbeiter stammen dürfte, zum mindesten mit seiner Billigung erschienen ist. Es ist dies der Aufsatz mit der Überschrift: „Eheschließungen, Bevölkerungsaufbau und Wirtschaftslage“. Der Verfasser kommt darin zu einem Schluß, den ich wörtlich abdrucken muß:

„Im Falle einer grundlegenden Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage andererseits steht zu erwarten, daß die bisher unterbliebenen Eheschließungen nachgeholt werden. Dann wird die Zahl der Eheschließungen lediger Männer längere Zeit hindurch sich beträchtlich über den berechneten Zahlen bewegen, sodaß die Gesamtzahl der Eheschließungen einschließlich der Wiederverheiratungen von Witwern und geschiedenen Männern zeitweise sogar die Zahl von 600 000 beträchtlich übersteigen kann, zumal bei Fortdauer der gesteigerten Ehefreudigkeit der älteren Junggesellen. Unter Umständen kann dadurch auch die spätere Wiederabnahme der Eheschließungszahl, die mit dem Eintritt der schwachbesetzten Kriegsjahrgänge in das heiratsfähige Alter verbunden ist, etwas verzögert werden.

Dieser Rückgang, der im Jahre 1936 beginnt, wird nach den eingehenden Berechnungen bei weitem nicht so stark sein, wie gemeinhin angenommen wird, da gleichzeitig mit den Kriegsjahrgängen auch noch mehrere stärkst besetzte Vorkriegsjahrgänge zur Verheiratung kommen. Daher sinkt die Zahl der Eheschließungen voraussichtlich bis zum Jahre 1945 nur um rd. 100 000 unter den gegenwärtigen Stand, um später, wenn die ersten Nachkriegsjahrgänge zur Verheiratung kommen, wieder um ein geringes anzusteigen. Selbst in den Jahren 1943 bis 1945, wenn die schwachbesetzten Kriegsjahrgänge im Alter größter Heiratshäufigkeit stehen, dürfte die Gesamtzahl der Eheschließungen also kaum niedriger sein als in den Jahren 1925/26 (480 000).“

Da es aber bei der ganzen Frage nur auf die absolute Zahl der Eheschließungen und der Geburten, nicht auf die Geburtenziffer ankommt, so mag diese in den nächsten Jahren weiter absinken, wenn nur inzwischen die Grundlage für die Gesundung unserer Volkswirtschaft geschaffen wird. Wie dies zu geschehen hat, ist an dieser Stelle nicht zu erörtern. Wenn erst die wirtschaftlichen Vorbedingungen da sind, wird es Zeit sein zu prüfen, ob das „Optimum unserer Volkswirtschaft“ eine Stabilisierung unserer Volkszahl oder eine Zunahme fordert.

Ich weiß, daß der Einwand erhoben werden kann, daß ein Volk, das einmal seine Geburtlichkeit gesenkt hat, schwer geneigt sein wird, sie wieder zu erhöhen. Auch in diesem Einwand sehe ich einen unbegründeten Pessimismus. Der Hinweis auf ausländische Beispiele ist nicht stichhaltig. Unser deutsches Volk ist sehr arbeitsam, durchaus nicht dem Luxus geneigt und hat einen ausgeprägten Familiensinn, der nach sachkundiger Ansicht eher zu- als abnimmt. Ich zitiere hierzu aus der Vossischen Zeitung Nr. 551 vom 22. November 1930, was Elly Heuß-Knapp in einer Besprechung eines Buches über „Das Familienleben in der Gegenwart“ von Alice Salomon und Marie Baum sagt:

„Ich bin in Straßburg aufgewachsen und habe dort in der Armenverwaltung vor dem Krieg sehr häufig den Fall erlebt, daß in den Familien über das Schicksal erwachsener Söhne und Töchter nichts mehr bekannt war. Da hieß es immer wieder in den Akten: Tochter Lucie ist seit vier Jahren in Paris und schreibt nicht mehr, oder Sohn Emil ist in Metz, Adresse unbekannt, wahrscheinlich hat er geheiratet. Das wurde oft als Selbstverständlichkeit hingenommen, denn das Schreiben war eine schwere, halbvergessene Kunst. Heute kommen z. B. in der Wohlfahrtsarbeit in Berlin solche Fälle weit seltener vor. Das allgemeine Bildungsniveau ist höher, und, obgleich die Lebensform sich dem industriellen Zeitalter angepaßt hat, während sie damals in Straßburg kleinbürgerlich war, ist der Zusammenhalt auch zwischen erwachsenen Kindern und Eltern heute fester als zu jener Zeit. Wer mit offenem Blick viele Einzelschicksale beobachtet, der weiß, daß die Menschen tausendfach versagen in der Eheführung, in der Erziehung ihrer Kinder, in der gegenseitigen Hilfe. Aber trotz alledem sehen sie die Familie als das Erstrebenswerte an, als Norm, als das Naturgemäße“.

Aus vorstehendem möchte ich schließen, daß Elly Heuß-Knapp der Ansicht ist, daß unser erhöhtes Kulturniveau günstig auf den Familiensinn wirkt. Familiensinn und Freude an Nachkommenschaft sind aber nicht zu trennen, wenn die wirtschaftliche Basis dafür vorhanden ist.

Wenn auch in den Städten eine gewisse Überkultur in Kleidung und Vergnügen um sich gegriffen hat, so ist damit nicht gesagt, daß nicht in sehr kurzer Zeit wieder ein Umschwung auf ein verständiges Maß erfolgen kann. Wir sehen heute schon Anzeichen dafür in der Jugendbewegung. Meines Erachtens dürfen wir durchaus voraussetzen, daß sich bei wirtschaftlicher Beruhigung auch der Wunsch nach Familie wieder findet, insbesondere dann, wenn es uns glückt, die Fabrikarbeiter mit ihrem Werk, die Landarbeiter mit ihrem Boden besser zu verketten, als dies in unserer rationalistischen Vorkriegszeit der Fall war. Untersuchungen, die in der letzten Zeit in einigen Großstädten vorgenommen wurden, haben gezeigt, daß innerhalb der gleichen Berufsschicht die Kinderzahl bereits jetzt ungefähr parallel mit dem Einkommen steigt.

Schließlich noch ein Gedanke: Wenn man sich Deutschlands Aufschwung im letzten Jahrhundert überlegt, so erkennt man, daß er nur möglich war, weil viele Teile der Welt noch keine industrielle Produktion hatten und Deutschlands Arbeitskraft benötigten. Man kann sich die Frage stellen, ob die damit Hand in Hand gehende Bevölkerungs- und industrielle Entwicklung nicht viel zu stürmisch gewesen ist, ob nach dem unerhörten Aufschwung der Vorkriegszeit nicht ein Abfall kommen mußte, der auch dann, wenn freilich auch in einem wesentlich geringerem Ausmaß, eingetreten wäre, wenn Deutschland nicht den Krieg verloren hätte. Bekanntlich hatten wir vor einigen Jahrzehnten eine Geburtenziffer, die, wenn sie auch in den vorausgehenden Jahrhunderten bei entsprechend geringer Sterblichkeit die gleiche gewesen wäre, zu dem Schluß nötigen würde, daß das erste Menschenpaar, von dem die gesamte heutige Weltbevölkerung abstammt, im 2. Jahrhundert nach Christi Geburt gelebt hat! Wir befinden uns möglicherweise heute in einem Wellental, das auf einen überhöhten Wellenberg folgte. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß dieses Tal nicht zu tief wird. Die ganze Frage ist also zunächst eine wirtschaftliche, und die Bevölkerungsfrage ist nicht *die* Frage, um die sich alles zu drehen hat. Wir müssen aber dafür sorgen, daß die Bevölkerungsfrage nicht einmal *die* Frage für das Deutschtum wird. Das wird nach meiner Überzeugung unbedingt dann geschehen, wenn wir eine zu schnelle Vermehrung der Bevölkerung haben, denn Not und Unruhen, die damit Hand in Hand gehen können, würden Deutschland zerbrechen. Es wird aber ebenfalls dann der Fall sein, wenn wir diese Klippe zwar vermeiden, es aber auch nicht verstehen, der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Herr zu werden. Daß wir aus der wirtschaftlichen Bedrängnis herauskommen, ist für mich zunächst *die* Forderung des Tages.

Kleinere Beiträge.

Der Fremdenverkehr in Preußen 1928/29.

I. Allgemeine Bemerkungen.

Die Zahlen der Fremdenverkehrsstatistik sind, wie wiederholt betont, Mindestzahlen, denn es werden nur die Personen gezählt, die am Berichtsort übernachten. Der Touristenverkehr der Bade- und Kurorte, der Besuch der Städte durch Käufer aus Nachbarorten wird von der Fremdenverkehrsstatistik nur erfaßt, wenn es dabei zu einer Übernachtung der Fremden am Berichtsorte kommt. Auch das eigene Auto, das selbst Firmen mittleren Umfangs und Privatleute durchaus nicht nur der wohlhabendsten Kreise heute besitzen, ermöglicht es, an einem anderen Ort als dem Ziel der Reise zu übernachten. Diese und ähnliche Vorbehalte müssen der Betrachtung der folgenden Zahlen vorausgeschickt werden.

Die Anordnung des Stoffes ist die gleiche wie im Vorjahr. Es wird der Fremdenverkehr der in die preußische Fremdenverkehrsstatistik einbezogenen Orte, deren Zahl sich gegen das Vorjahr nicht unwesentlich vermehrt hat, für das Sommer- und das Winterhalbjahr getrennt nachgewiesen und zwar stets unter Gliederung nach der Herkunft der Fremden, da der Besuch aus dem Inland und der aus dem Ausland verschiedene wirtschaftliche Bedeutung hat. Die Fremdenorte gliedern sich, soweit es sich um Städte handelt, nach der Ortsgröße, während die Kur- und Badeorte in 4 Gruppen: Ostseebäder, Nordseebäder, Heilbäder und Luftkurorte aufgeteilt sind. Am Schluß dieser Arbeit sind in den Tabellen 12 und 13 die Bade- und Kurorte mit mindestens 1 000 Fremden und die sonstigen Orte mit mindestens 500 Fremden, nebst der Zahl der Übernachtungen nachgewiesen. Letztere Feststellung ist besonders bedeutsam, weil bei einer Berechnung der Zahl der Fremden Mehrfachzählungen nicht zu vermeiden sind, falls Fremde, wie das häufig der Fall ist, bei einer Reise mehrere Orte aufgesucht haben. Eine wirkliche Übersicht über den Gesamtfremdenverkehr gibt also nur die Zahl der Übernachtungen; leider fehlen gerade diese Angaben bei einigen Berichtsorten. Wegen des verschiedenen Ausmaßes des Fremdenverkehrs in den einzelnen Jahreszeiten wird zwischen der Besucherzahl in der Sommer- und in der Wintersaison unterschieden.

Weitere Angaben auch allgemeinerer Art finden sich im nachfolgenden bei der kritischen Betrachtung der einzelnen Tabellen.

II. Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1928.

Die Zahl der Berichtsorte hat sich gegen den Vorsommer genau verdoppelt (362 gegenüber 181 im Sommer 1927). In den einzelnen Gruppen von Berichtsorten war die Zunahme wie folgt: Ostseebäder 64 gegen 24; Nordseebäder 11 gegen 10; Heilbäder 72 gegen 27; Luftkurorte 82 gegen 18 und „sonstige Orte" (hierbei auch die Groß- und Mittelstädte) 133 gegen 102. Zwei Großstädte (Essen und Altona) fehlten auch noch im Sommer 1928.

Von der Gesamtheit der Fremden entfallen genau 2/3 auf die Berichtsorte, die nicht Bade- oder Kurorte sind; etwa 1/8 kommt auf Heilbäder, etwa 1/10 auf Luftkurorte, 1/7 auf Ost- und Nordseebäder.

Im ganzen wurden (Tab. 1) im Sommer 1928 4 806 772 Fremde gezählt. Vergleichbar mit dem Vorjahr sind 161 Gemeinden (94 Kurorte und 67 Städte). Diese Kurorte hatten im Sommer 1928 1 011 897 Gäste (1927: 949 954). Die Zunahme beträgt hier 6,5 %. Stärker war sie in den 67 Städten. Diese hatten im Sommer 1928: 2 535 646 Besucher (1927: 2 280 763), die Zunahme war also 11,2 %. Insgesamt ist für die 161 Gemeinden eine Zunahme von 9,8 % zu verzeichnen. (Besucherzahl 3 547 543 gegen 3 230 717).

Der Anteil der Gäste aus dem Ausland war 9,0 %. Er war besonders in den größeren Städten und Heilbädern erheblich. In den Nordseebädern (ohne Helgoland) war die Zahl der Auslandsgäste mit 0,3 % (874 Fremde) geringfügig. In Helgoland wurde die Herkunft der Gäste nicht ermittelt; daher die große Zahl der nicht aufgeteilten Fälle in der Tabelle.

Im Vorjahre war es nur möglich, für etwa 2/3 der Fremden Übernachtungszahlen zu erhalten, dieses Mal aber für mehr als 4/5. — Von den 362 Berichtsorten fehlen sie nur bei 34. Das ist ein erfreulicher Fortschritt, denn bekanntlich drückt sich der wirtschaftliche Wert des Fremdenverkehrs am besten in der Zahl der Übernachtungen aus; alle Hotel- und Verkehrsorganisationen streben deshalb nicht nur danach, mehr Gäste heranzuziehen, sondern auch, sie länger festzuhalten. Das ist offensichtlich im allgemeinen gelungen. Tabelle 2 zeigt nämlich für alle Fremden insgesamt einen Durchschnittsaufenthalt von 4,5 Tagen (1927: 4,0), für die Gäste aus dem Deutschen Reich 5,1 Tage (4,1) und für die Gäste aus dem Ausland 3,6 Tage

1. Die Zahl der Fremden im Sommerhalbjahr 1928 (1. 4. bis 30. 9.).

Ortsgruppen	Zahl der Berichtsorte	In sämtlichen Berichtsorten sind ermittelt: Fremde überhaupt: Zahl	v. H. der Gesamtzahl	davon haben ihren Wohnsitz in Deutschland: Zahl	v. H. der Sp. 3	im Auslande: Zahl	v. H. der Sp. 3	Unbekannter Wohnsitz: Zahl	v. H. der Sp. 3
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ostseebäder	64	377 685	7,9	369 526	97,8	6 046	1,6	2 113	0,6
Nordseebäder	11	254 402	5,3	82 130	32,3	874	0,3	[1]) 171 398	67,4
Heilbäder	72	543 554	11,3	492 479	90,6	49 604	9,1	1 471	0,3
Luftkurorte	82	441 059	9,2	422 346	95,8	18 357	4,2	356	0,1
Städte mit über 200 000 Einwohnern	15	2 106 395	43,8	1 796 659	85,2	293 975	14,0	15 761	0,7
„ „ „ 100 000 bis 200 000 Einwohnern	15	342 208	7,1	316 934	92,6	19 737	5,8	5 537	1,6
„ „ „ 50 000 „ 100 000 „	22	421 349	8,8	382 485	90,8	33 677	8,0	5 187	1,2
„ „ „ 20 000 „ 50 000 „	19	183 630	3,8	174 675	95,1	8 432	4,6	523	0,3
„ bis zu 20 000 Einwohnern	62	136 490	2,8	132 844	97,3	3 430	2,5	216	0,2
Zusammen	**362**	**4 806 772**	**100**	**4 170 078**	**86,8**	**434 132**	**9,0**	**202 562**	**4,2**

[1]) Darunter 162 731 Besucher Helgolands.

2. Die Dauer des Aufenthalts der Fremden im Sommerhalbjahr 1928 (1. 4. bis 30. 9.).

Ortsgruppen	Zahl der Berichtsorte mit Übernachtungsangabe	In denjenigen Berichtsorten, für die Übernachtungsangaben vorliegen, sind gezählt								Es entfallen Übernachtungen auf einen Fremden			
		insgesamt		davon haben ihren Wohnsitz in Deutschland		im Auslande		Unbekannter Wohnsitz [1]		überhaupt	mit Wohnsitz in Deutschland	im Auslande	mit unbekanntem Wohnsitz
		Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ostseebäder	48	260 533	4 313 797	229 752	3 932 419	3 136	43 305	27 645	338 073	16,6	17,1	13,8	12,2
Nordseebäder	7	74 924	1 169 386	74 075	1 159 167	849	10 219	—	—	15,6	15,6	12,0	—
Heilbäder	67	501 535	4 910 758	443 570	4 480 243	48 493	343 112	9 472	87 403	9,8	10,1	7,1	9,2
Luftkurorte	81	431 007	2 382 693	412 499	2 311 104	18 152	70 798	356	791	5,5	5,6	3,9	2,2
Städte mit über 200 000 Einw.	10	1 757 172	3 786 561	889 900	1 625 771	162 292	484 090	704 980	1 676 700	2,2	1,8	3,0	2,4
„ „ 100 000 bis 200 000 E.	14	276 652	551 674	177 008	390 204	13 263	27 914	86 381	133 556	2,0	2,2	2,1	1,5
„ „ 50 000 „ 100 000 „	21	417 549	589 679	365 874	506 336	31 614	46 539	20 061	36 804	1,4	1,4	1,5	1,8
„ „ 20 000 „ 50 000 „	19	183 630	256 749	170 840	230 210	8 046	13 318	4 744	13 221	1,4	1,3	1,7	2,8
„ bis zu 20 000 Einw.	61	136 249	261 169	132 610	254 771	3 423	6 166	216	232	1,9	1,9	1,8	1,1
Zusammen	328	4 039 251	18 222 466	2 896 128	14 890 225	289 268	1 045 461	853 855	2 286 780	4,5	5,1	3,6	2,7

[1]) Sämtliche Fälle, bei denen zwar der Wohnsitz der Fremden bekannt ist, aber die Aufenthaltsdauer nicht nach Wohnsitz aufgeteilt, sondern nur in einer Zahl angegeben war, mußten bei dieser Tabelle in den Spalten 9 und 10 nachgewiesen werden, da es hier auf den Vergleich zwischen Personenzahl und Aufenthaltsdauer ankommt.

(3,2). Der Durchschnittsaufenthalt der Fremden war in den einzelnen Gruppen der Berichtsorte sehr verschieden: bei den Ostseebädern waren es 16,6, bei den Nordseebädern 15,6, bei den Heilbädern 9,8 und bei den Luftkurorten 5,5 Tage. Der Aufenthalt der Fremden in den mittleren und kleineren Städten liegt, wie im Vorjahre, zwischen 1 und 2 Tagen, im Durchschnitt der Großstädte mit über 200 000 Einwohnern nur wenig darüber (2,2 Tage). Der Aufenthaltsunterschied zwischen Inlands- und Auslandsgästen war zum Teil erheblich. Besondere Beachtung verdient die verhältnismäßig hohe Durchschnittsziffer für den Aufenthalt der Auslandsfremden in den ganz großen Orten.

III. Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1928/29.

Die Zahl der Berichtsorte ist im Winter 1928/29 gegenüber dem Vorwinter erheblich, nämlich von 167 auf 252 gestiegen, und zwar im einzelnen bei den Ostseebädern von 4 auf 10, bei den Nordseebädern von 3 auf 5, bei den Heilbädern von 25 auf 46, bei den Luftkurorten von 24 auf 69, bei den Großstädten von 26 auf 30 und bei den Städten unter 100 000 Einwohnern von 85 auf 92. Neu hinzugekommen ist Essen, von wo seit dem 1. Januar 1929 Angaben geliefert werden; die Zahlen von dort für das Vierteljahr Januar bis März 1929 sind aber in der vorliegenden Statistik der Vergleichbarkeit wegen nicht enthalten.

Im ganzen wurden (Tab. 3) in den 252 Orten im Winter 1928/29 2 684 127 Fremde gezählt. Wenn man dem gegenüberstellt, daß im vorhergegangenen Winter in nur 167 Orten fast ebensoviel, nämlich 2 594 259 Fremde ermittelt worden sind, so ist ein Rückgang des Fremdenverkehrs festzustellen, denn die Zunahme beträgt nur 90 000, obwohl sich 85 Berichtsorte mehr an der Statistik beteiligten. Bei den wichtigsten Gruppen stellen sich unter Fortlassung der neu hinzugekommenen Städte in den beiden Winterhalbjahren 1927/28 und 1928/29 die Fremdenzahlen wie folgt:

Berlin	690 866	und	650 572	(Abnahme 5,8 %)
weitere 25 Großstädte	1 199 411	und	1 177 726	(„ 1,8 %)
26 Mittelstädte	367 979	und	356 849	(„ 3,0 %).

Lediglich bei den kleineren Orten ist eine geringe Zunahme zu verzeichnen, und zwar von 165 324 auf 171 976 (Zunahme 4,0 %). Der erwähnte Rückgang ist entweder auf eine Verschlechterung der Wirtschaftslage oder, was wahrscheinlicher ist, auf den abnorm strengen Winter zurückzuführen.

Bei den Großstädten zeigt sich die überragende Bedeutung gerade der Städte mit über 200 000 Einwohnern, auf die 59 % aller Fremden kamen. Auf Berlin allein entfielen 24 %.

3. Die Zahl der Fremden im Winterhalbjahr 1928/29 (vom 1. 10. 1928 bis 31. 3. 1929).

Ortsgruppen	Zahl der Berichtsorte	In sämtlichen Berichtsorten sind ermittelt							
		Fremde überhaupt		davon haben ihren Wohnsitz in Deutschland		im Auslande		Unbekannter Wohnsitz	
		Zahl	v. H. der Gesamtzahl	Zahl	v. H. der Spalte 3	Zahl	v. H. der Spalte 3	Zahl	v. H. der Spalte 3
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ostseebäder	10	6 275	0,2	6 236	99,4	35	0,6	4	0,1
Nordseebäder	5	2 076	0,08	2 062	99,3	14	0,7	—	—
Heilbäder	46	166 111	6,2	157 217	94,6	8 555	5,2	339	0,2
Luftkurorte	69	124 784	4,6	121 239	97,2	3 401	2,7	144	0,1
Städte mit über 200 000 Einwohnern	[1]) 15	1 584 077	59,2	1 407 980	88,9	166 962	10,5	9 135	0,6
„ „ 100 000 bis 200 000 Einwohnern	15	319 453	11,9	304 395	95,3	14 301	4,5	757	0,2
„ „ 50 000 „ 100 000 „	22	276 038	10,3	261 043	94,6	13 851	5,0	1 144	0,4
„ „ 20 000 „ 50 000 „	19	153 565	5,7	147 305	95,9	5 663	3,7	597	0,4
„ bis zu 20 000 Einwohnern	51	51 748	1,9	50 417	97,4	1 166	2,3	165	0,3
Zusammen	252	2 684 127	100	2 457 894	91,6	213 948	8,0	12 285	0,4
[1]) darunter Berlin	*1*	*650 572*	*24,2*	*555 908*	*85,5*	*93 972*	*14,4*	*692*	*0,1*

4. Die Dauer des Aufenthalts der Fremden im Winterhalbjahr 1928/29 (1. 10. 1928 bis 31. 3. 1929).

Ortsgruppen		Zahl der Berichtsorte mit Übernachtungsangabe	In denjenigen Berichtsorten, für die Übernachtungsangaben vorliegen, sind gezählt								Es entfallen Übernachtungen auf einen Fremden			
			insgesamt		davon haben ihren Wohnsitz in Deutschland		im Auslande		Unbekannter Wohnsitz³)		überhaupt	mit Wohnsitz in Deutschland	im Auslande	mit unbekanntem Wohnsitz
			Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen				
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ostseebäder		10	6 275	128 408	6 236	128 108	35	295	4	5	20,5	20,5	8,4	1,3
Nordseebäder		4	2 002	9 625	1 988	9 595	14	30	—	—	4,8	4,8	2,1	—
Heilbäder		46	166 111	1 234 865	157 217	1 096 949	8 555	134 355	339	3 561	7,4	7,0	15,7	10,5
Luftkurorte		69	124 784	686 029	121 239	668 249	3 401	17 465	144	315	5,5	5,5	5,1	2,2
Städte mit über 200 000 Einwohnern	[1])	10	1 278 258	2 642 852	781 513	1 584 506	106 011	333 502	390 734	724 844	2,1	2,0	3,2	1,9
„ „ 100 000 bis 200 000 „		13	246 651	461 534	164 768	328 945	8 576	14 980	73 307	117 609	1,9	2,0	1,7	1,6
„ „ 50 000 „ 100 000 „		20	242 123	359 523	228 907	338 229	12 192	19 922	1 024	1 372	1,5	1,5	1,6	1,3
„ „ 20 000 „ 50 000 „	[2])	19	153 565	220 224	140 558	197 655	5 226	9 027	7 781	13 542	1,4	1,4	1,7	1,7
„ bis zu 20 000 Einwohnern		51	51 748	71 369	50 417	69 388	1 166	1 809	165	172	1,4	1,4	1,6	1,0
Zusammen		**242**	**2 271 517**	**5 814 429**	**1 652 843**	**4 421 624**	**145 176**	**531 385**	**473 498**	**861 420**	**2,6**	**2,7**	**3,7**	**1,8**
[1]) darunter Berlin		*1*	*650 572*	*1 482 419*	*555 908*	*1 171 196*	*93 972*	*309 395*	*692*	*1 828*	*2,8*	*2,1*	*3,3*	*2,6*
[2]) dazu Goslar ohne Angabe der Fremdenzahl		1	.	13 992	.	13 825	.	167	—	—	.	.	.	—

[3]) Vergl. Anmerkung 1 zu Tab. 2 auf Seite 127.

Die Ost- und Nordseebäder spielen in dem winterlichen Fremdenverkehr noch immer keine Rolle, obgleich die medizinische Wissenschaft und die Verkehrsverbände dauernd auf die große Bedeutung der Winterkuren an der See hinweisen.

Der Anteil der Gäste aus dem Auslande ist ein wenig zurückgegangen, und zwar von 8,7 % im Winterhalbjahr vorher auf 8,0 %. Bei den Großstädten mit über 200 000 Einwohnern war der Anteil der Gäste aus dem Ausland (167 000) 10,5 %.

Mit Befriedigung stellt das Preußische Statistische Landesamt fest, daß seine Bemühungen, die Berichtsorte zur Angabe der Aufenthaltsdauer zu veranlassen, mehr und mehr von Erfolg gekrönt sind. Während sie im Sommer 1928 noch bei 34 Berichtsorten fehlte, ist die Zahl der die Übernachtungen nicht angebenden Orte im Winter auf 10 gesunken. Bedauerlich ist, daß hierbei 7 Großstädte, darunter 5 mit über 200 000 Einwohnern, sind. Bei den Bade- und Kurorten wird die Aufenthaltsdauer jetzt durchweg angegeben. (Im Sommer fehlte sie noch bei 26 von 229 Berichtsorten dieser Art.)

Das allgemein erstrebte Ziel, die Gäste länger am Ort festzuhalten, ist zum Teil erreicht worden; die Durchschnittsaufenthaltsdauer ist nämlich im ganzen von 2,3 (Winter 1927/28) auf 2,6 Tage gestiegen. Bei den Gästen aus dem Ausland beträgt sie 3,7 Tage (gegenüber 3,5). Leider ist bei einer großen Zahl von Städten keine Aufteilung der Übernachtungen nach Herkunftsländern erfolgt.

Der Durchschnittsaufenthalt (2,6 Tage) bleibt infolge des geringeren Besuchs in den Bade- und Kurorten gegenüber dem Sommer 1928 (4,5) stark zurück; jedoch sind die Unterschiede bei den 5 Kategorien der Städte sehr gering. Die Zahlen lauten: Großstädte über 200 000 Einwohner 2,1 Tage (Sommer 1928 2,2); Großstädte mit 100 000 bis 200 000 Einwohnern 1,9 (2,0); Städte von 50 000 bis 100 000 Einwohnern 1,5 (1,4); mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern 1,4 (1,4) und Städte unter 20 000 Einwohnern 1,4 (1,9). Man ersieht also wiederum, daß, Sommer wie Winter, der Durchschnittsaufenthalt der Fremden in den Städten aller Kategorien sich kaum über 2 Tage erhebt.

IV. Jahresbilanz.

Im ganzen Berichtsjahre 1928/29 sind demnach in Preußen 7 490 899 (Vorjahr: 5 925 144) Fremde von der Statistik des Fremdenverkehrs erfaßt worden. 648 080 (521 766) oder 8,7 % (8,8 %) der gezählten Fremden sind Auslandsfremde gewesen. Es wurden 24 036 895 Übernachtungen (14 478 678) für 6 310 768 (4 501 436) Fremde gezählt, sodaß sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 3,8 (3,2) Übernachtungen ergibt.

V. Sonderdarstellung des Fremdenverkehrs in den bedeutenderen Bade- und Kurorten im Jahre 1928/29.

Tabelle 12 enthält im Berichtsjahr 190 Orte, obgleich nur solche aufgeführt sind, die einen Fremdenverkehr von mindestens 1 000 Personen im Jahre hatten. (Im Vorjahr 102 Orte ohne jede Einschränkung.) Es ist also eine sehr erfreuliche Zunahme der Zahl der Berichtsorte gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Eine bessere Übersicht, als sie Tabelle 12 gewährt, bietet aber nachstehende Zusammenstellung (Tabelle 5), die den Fremdenverkehr in 27 Bade- und Kurorten wiedergibt, in denen über 100 000 Übernachtungen oder über 15 000 Fremde im Jahr gezählt wurden und für die vergleichbare Angaben aus dem Vorjahr vorhanden sind. Bei 20 von diesen 27 Orten hat die Zahl der Fremden zugenommen, bei 7 abgenommen. Bei den Übernachtungen konnten nur 24 Orte berücksichtigt werden, von denen 19 eine Zunahme und 5 eine Abnahme hatten. Die Hotelbesitzer klagen bekanntlich in den letzten Jahren sehr über die Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, und das anscheinend mit Recht, denn von 24 Vergleichsorten hatten nur 9 eine Zunahme und 13 eine Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, während sie bei 2 unverändert blieb.

Im einzelnen hatten 18 Bade- und Kurorte eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von über 20 Übernachtungen. Daß sie bei Sülzhayn 60,2 und bei Obernigk 46,4 Tage beträgt, beruht auf den großen Krankenanstalten und Sanatorien dieser Orte. Es folgen Werl (30,2), Rehburg (28,1), Lippspringe (27,7), Dürrenberg (27,4), Orb (26,4), Sorenbohm (26,3), Pretzsch (25,8), Nenndorf (24,1), Rügenwaldermünde und Salzdetfurth (je 23,5), Henkenhagen (21,6), Horst (21,2), Berg-Dievenow und Neuhof (je 21,1), Salzschlirf (20,5) und Falkenstein (20,4 Tage).

Der Auslandsfremdenverkehr ist in den preußischen Bade- und Kurorten (mit Ausnahme von Wiesbaden) nicht sehr erheblich. Immerhin waren in 12 Orten mehr als 1 000 Gäste aus dem Ausland, und zwar in Wiesbaden 40 070, Aachen 7 986, Königswinter 6 977, Ems 3 681, Godesberg 3 179, Rüdesheim a. Rh. 1 926, Marienburg, Westpr. 1 851, Boppard 1 741, Neuenahr 1 335, Binz 1 152, Swinemünde 1 104 und Schreiberhau 1 096.

Wenn man die Übernachtungen der Gäste aus dem Ausland allein betrachtet, so ist auch bei ihnen zum Teil eine erhebliche Aufenthaltsdauer festzustellen. 12 Bade- und Kurorte mit mehr als 50 Gästen aus dem Ausland melden für diese eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von über 20 Tagen. Es sind das:

Obernigk mit 57,2, Oeynhausen mit 29,1, Polzin mit 25,3, Bansin und Nenndorf mit je 24,5, Misdroy mit 23,8, Reinerz mit 23,2, Salzschlirf mit 22,8, Kolberg und Henkenhagen mit je 21,8, Prerow mit 21,1 und Bertrich mit 21,0 Tagen.

5. Der Fremdenverkehr in den Bade- und Kurorten, die im Berichtsjahr über 100 000 Übernachtungen oder über 15 000 Fremde gehabt haben.

Gemeinden (geordnet nach der Größe der Übernachtungszahlen 1928)		Zahl der		Zunahme oder Abnahme in %		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen	Zunahme od. Abnahme der durchschnittl. Aufenthaltsdauer in %
		Fremden	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen		
1		2	3	4	5	6	7
1. Wiesbaden .	1927	158 197	1 196 532			7,6	
	1928	156 223	1 123 745	— 1,2	— 6,1	7,2	— 5,3
2. Kolberg . . .	1927	59 624	585 588			9,8	
	1928	65 139	897 216	+ 9,2	+ 53,2	13,8	+ 40,8
3. Oeynhausen .	1927	28 688	562 718			19,6	
	1928	32 350	616 816	+ 12,8	+ 9,6	19,1	— 2,6
4. Norderney .	1927	38 581	709 134			18,4	
	1928	32 515	475 973	— 15,7	— 32,9	14,6	— 20,7
5. Misdroy . .	1927	25 262	299 808			11,9	
	1928	20 494	334 341	— 18,9	+ 11,5	16,3	+ 37,0
6. Landeck in Schles.	1927	19 361	242 471			12,5	
	1928	22 420	236 448	+ 15,8	— 2,5	10,5	— 16,0
7. Cranz	1927	12 396	188 016			15,2	
	1928	12 580	231 729	+ 1,5	+ 23,2	18,4	+ 21,1
8. Altheide-Bad	1927	10 515	210 789			20,0	
	1928	15 285	231 591	+ 45,4	+ 9,9	15,2	— 24,0
9. Kudowa . . .	1927	18 354	187 853			10,2	
	1928	18 327	225 417	— 0,1	+ 20,0	12,3	+ 20,6
10. Flinsberg . .	1927	16 752	188 895			11,3	
	1928	18 154	221 066	+ 8,4	+ 17,0	12,2	+ 8,0
11. Göhren . . .	1927	14 731	219 945			14,9	
	1928	13 038	191 291	— 11,5	— 13,0	14,7	— 1,3
12. Schierke . . .	1927	28 398	153 954			5,4	
	1928	28 144	178 192	— 0,9	+ 15,7	6,3	+ 16,7
13. Bockswiese-Hahnenklee	1927	12 321	158 131			12,8	
	1928	17 094	173 930	+ 38,7	+ 10,0	10,2	— 20,3
14. Driburg . . .	1927	9 339	169 992			18,2	
	1928	9 307	162 107	— 0,3	— 4,6	17,4	— 4,4
15. Polzin	1927	9 040	119 053			13,2	
	1928	12 269	141 391	+ 35,7	+ 18,8	11,5	— 12,9
16. Krummhübel	1927	18 407	124 570			6,8	
	1928	21 352	139 138	+ 16,0	+ 11,7	6,5	— 4,4
17. Sachsa . . .	1927	7 298	105 851			14,5	
	1928	10 276	134 387	+ 40,8	+ 27,0	13,1	— 9,7
18. Soden-Allendorf	1927	5 975	118 823			19,9	
	1928	6 375	125 570	+ 6,7	+ 5,7	19,7	— 1,0
19. Königstein a. Taunus	1927	6 347	80 698			12,7	
	1928	8 413	108 167	+ 32,6	+ 34,0	12,9	+ 1,6
20. Warmbrunn	1927	7 356	91 900			12,5	
	1928	8 460	105 500	+ 15,0	+ 14,8	12,5	0,0
21. Rüdesheim a. Rh.	1927	48 254	55 005			1,1	
	1928	57 048	66 782	+ 18,2	+ 21,4	1,2	+ 9,1
22. Swinemünde	1927	42 879	.			.	
	1928	43 040	.	+ 0,4	.	.	.
23. Pyrmont . .	1927	21 681	.			.	
	1928	28 288	.	+ 30,5	.	.	.
24. Saßnitz . . .	1927	25 821	.			.	
	1928	26 816	.	+ 3,9	.	.	.
25. Thale	1927	17 816	40 537			2,3	
	1928	23 537	70 896	+ 32,1	+ 74,9	3,0	+ 30,4
26. Honnef . . .	1927	12 108	68 524			5,7	
	1928	21 722	95 563	+ 79,4	+ 39,5	4,4	— 22,8
27. Boppard . .	1927	16 574	31 269			1,9	
	1928	17 677	33 531	+ 6,7	+ 7,2	1,9	0,0

VI. Sonderdarstellung des Fremdenverkehrs in den Groß- und Mittelstädten mit mindestens 500 Fremden im Jahre 1928/29.

Während im Vorjahr nur die Städte mit einem Fremdenverkehr von mindestens 10 000 Personen berücksichtigt waren, sind diesmal in die Hauptübersicht (Tabelle 13) die Städte mit einem Fremdenverkehr bis hinunter zu 500 Personen aufgenommen worden, sodaß die Zahl (einschließlich Wiesbaden und Aachen, die auch bei den Bade- und Kurorten gezählt sind) von 61 auf 115 gestiegen ist.

In Berlin blieb die Zahl der Fremden mit rund 1½ Millionen fast unverändert. Sie zeigte nämlich eine Zunahme von nur 489 Personen. Von den Fremden kamen 241 000 (222 000) aus dem Ausland. Es folgen: Köln mit 541 000, Frankfurt a./M. mit 365 000, Hannover mit 264 000, Breslau mit 218 000, Düsseldorf mit 175 000, Wiesbaden mit 156 000, Koblenz mit 150 000, Dortmund mit 139 000, Magdeburg mit 122 000, Erfurt mit 119 000, Kassel mit 111 000, Halle a. S. mit 102 000, Stettin mit 98 000 und Münster i./W. mit 97 000 Fremden insgesamt.

6. Der Fremdenverkehr in den Großstädten, die im Berichtsjahr über 100 000 Übernachtungen bezw. über 100 000 Fremde gehabt haben.

Gemeinden		Zahl der		Zunahme oder Abnahme in %		durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen	Zunahme oder Abnahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in %
		Fremden	Übernachtungen	Fremde	Übernachtungen		
1		2	3	4	5	6	7
1. Berlin	1927	1 438 008	3 075 589			2,1	
	1928	1 438 497	3 127 988	+ 0,03	+ 1,7	2,2	+ 4,8
2. Köln	1927	393 622	765 080			1,9	
	1928	540 660	1 404 526	+ 37,4	+ 78,9	2,6	+ 36,8
3. Wiesbaden .	1927	158 197	1 196 532			7,6	
	1928	156 223	1 123 745	— 1,2	— 6,1	7,2	— 5,3
4. Frankfurt a./M.	1927	361 619	659 588			1,8	
	1928	365 382	657 201	+ 1,0	— 0,4	1,8	0,0
5. Breslau . . .	1927	.	.			.	
	1928	218 337	452 304	.	.	2,1	.
6. Düsseldorf . .	1927	161 414	339 982			2,1	
	1928	175 033	314 968	+ 8,4	— 4,0	1,8	— 14,3
7. Aachen . . .	1927	42 792	.			.	
	1928	44 907	309 143	+ 4,9	.	6,9	.
8. Stettin . . .	1927	98 920	.			.	
	1928	98 193	204 579	— 1,0	.	2,1	.
9. Erfurt . . .	1927	115 549	171 457			1,5	
	1928	119 220	170 719	+ 3,2	— 0,4	1,4	— 6,7
10. Magdeburg .	1927	129 395	180 127			1,4	
	1928	121 864	166 221	— 5,8	— 7,7	1,4	0,0
11. Münster i./W.	1927	85 512	130 874			1,5	
	1928	96 765	146 261	+ 13,2	+ 11,8	1,5	0,0
12. Hannover . .	1927	278 253	.			.	
	1928	263 773	.	— 5,2	.	.	.
13. Dortmund . .	1927	159 790	.			.	
	1928	139 205	.	— 12,9	.	.	.
14. Kassel	1927	102 134	.			.	
	1928	110 537	.	+ 8,2	.	.	.
15. Halle a. S. .	1927	99 712	.			.	
	1928	102 285	.	+ 2,6	.	.	.

In einer besonderen Tabelle (6) sind die 11 Großstädte mit mehr als 100 000 Übernachtungen aufgeführt, denen 4 Großstädte mit mehr als 100 000 Fremden, aber ohne Übernachtungsangabe, hinzugefügt sind. Soweit Angaben vorhanden, sind die entsprechenden Zahlen des Vorjahres beigegeben. Bei der Zahl der Fremden ergibt sich für 9 Orte eine Zunahme und für 5 eine Abnahme. Bei den Übernachtungen haben 3 Städte eine Zunahme und 5 eine Abnahme, während für 3 Städte die Angaben fehlen; bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer schließlich haben von den 8 vergleichbaren Städten nur 2 eine Zunahme, 3 eine Abnahme und bei 3 blieb die Aufenthaltsdauer unverändert.

Die Summierung der Zahlen in den 7 Großstädten mit vergleichbaren Angaben (Köln blieb wegen des ungewöhnlichen Aufschwungs 1928 durch Pressa und Deutsches Turnfest unberücksichtigt): Berlin, Wiesbaden, Frankfurt a./M., Düsseldorf, Erfurt, Magdeburg und Münster i./W. zeigt folgendes Bild:

1927 . . . 2 449 694 Fremde mit 5 754 149 Übernachtungen
1928 . . . 2 472 984 „ „ 5 707 103 „ .

Das bedeutet eine Zunahme der Zahl der Fremden um 23 290 und eine Abnahme der Übernachtungen um 47 046.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt in fast allen 115 Städten wieder zwischen 1 und 2 Tagen. Die Durchschnittszahl von 7,2 Tagen in Wiesbaden erklärt sich aus der Eigenschaft dieser Großstadt als Heilbad. Über 3 Tage beträgt die durchschnittliche Aufenthaltsdauer noch in Lagow (3,8), Eckartsberga und Schmiedefeld (Kr. Schleusingen) (je 3,4) und Münstermaifeld (3,3). In Berlin blieb die Zahl mit 2,2 Tagen fast unverändert (Vorjahr 2,1). Wenn die Aufenthaltsdauer in Köln von 1,9 auf 2,6 Tage stieg, so erklärt sich das, wie bereits gesagt, aus den besonderen Veranstaltungen, die im Jahre 1928 dort stattfanden.

Die folgende Tabelle (7) enthält die 27 Groß- und Mittelstädte mit mehr als 2 000 Gästen aus dem Ausland 1928/29.

7. Groß- und Mittelstädte mit mehr als 2 000 Auslandsfremden.

Gemeinden	Zahl der Auslandsfremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittl. Aufenthaltsdauer (Tage)
1	2	3	4
1. Berlin	240 510	764 020	3,2
2. Köln	91 819	.	.
3. Frankfurt a./M.	49 205	.	.
4. Wiesbaden	40 070	330 632	8,3
5. Düsseldorf	21 559	.	.
6. Koblenz	15 035	19 596	1,3
7. Breslau	12 487	28 098	2,3
8. Hannover	8 578	.	.
9. Aachen	7 986	21 009	2,6
10. Dortmund	7 701	.	.
11. Bonn	7 149	12 287	1,7
12. Königsberg i. Pr.	6 186	.	.
13. Stettin	5 499	10 522	1,9
14. Krefeld	4 492	.	.
15. Magdeburg	4 412	5 799	1,3
16. Elberfeld	4 312	.	.
17. Flensburg	4 148	6 949	1,7
18. Halle a. S.	4 060	.	.
19. Kassel	3 961	.	.
20. Duisburg	3 875	7 195	1,9
21. Kiel	3 526	.	.
22. Trier	3 332	4 276	1,3
23. Münster i./W.	3 136	5 295	1,7
24. Görlitz	2 944	.	.
25. Hagen (Westf.)	2 651	4 148	1,6
26. Hildesheim	2 162	.	.
27. Bielefeld	2 015	3 951	2,0

VII. Der Auslandsfremdenverkehr im Jahre 1928/29 nach der Herkunft der Fremden.

Unter „Herkunftsland" ist im folgenden nur der dauernde Wohnsitz, nicht die Staatsangehörigkeit der Fremden zu verstehen, sodaß der Ausländer, der seinen Wohnsitz in Deutschland hat, nicht eingeschlossen ist, während der deutsche Staatsangehörige, der im Auslande wohnt, beim Besuch einer preußischen Stadt oder eines preußischen Bade- oder Kurortes hier mitgezählt wird.

Von den 4 806 772 Fremden, die im Sommer 1928 in 362 preußischen Orten Aufenthalt nahmen, kamen 434 132 oder 9 % aus dem Ausland. (Sommer 1927: 328 246 = 9,9 % in 181 Orten.) Nach der Größe der Besucherzahl geordnet, ergibt sich folgende Herkunftsreihe: Vereinigte Staaten von Amerika 88 612 = 20,4 % der Gesamtzahl der Auslandsfremden (Sommer 1927: 23,2 %), Niederlande 78 281 = 18,0 % (17,1 %), Großbritannien 40 400 = 9,3 % (9,0 %), Österreich 28 289 = 6,5 % (6,6 %), Dänemark 21 882 = 5,0 % (4,7 %), Polen 19 145 = 4,4 % (3,8 %), Tschechoslowakei 17 719 = 4,1 % (3,7 %), Schweiz 16 308 = 3,8 % (4,0 %), Schweden 16 276 = 3,7 % (4,7 %), Frankreich 14 725 = 3,4 % (3,3 %). Auf diese 10 Staaten entfallen 78,6 % der Gesamtzahl der Auslandsfremden (80,1 %). Eine wesentliche Verschiebung gegen den Sommer des Vorjahres ist bei keinem der Staaten eingetreten; hervorzuheben wäre lediglich der relative Rückgang der Gäste aus den Vereinigten Staaten; jedoch steht dem Sinken der Prozentzahl von 23,2 % auf 20,4 % eine Zunahme der absoluten Zahl von 76 281 auf 88 612 gegenüber. Da sich der Kreis der Berichtsorte in den Vergleichszeiträumen geändert hat, würde es eines tieferen Eindringens in die Materie benötigen, um festzustellen, wie diese Veränderungen zu erklären sind.

Da die Summe der gezählten Fremden nicht der Zahl der Personen entspricht, die, aus dem Ausland stammend, preußische Orte besuchen (weil beim Besuch mehrerer Orte Mehrfachzählung stattfindet), muß der Hauptwert auf die Zählung der Übernachtungen gelegt werden. Leider gingen Übernachtungsangaben im Sommer 1928 nur aus 328 von 362 Orten ein. Die Gesamtzahl der von diesen gemeldeten Übernachtungen der Gäste aus dem Ausland betrug für 289 268 Fremde 1 045 461. Es zeigt sich, daß sich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer am Ort damit gegenüber dem vorhergehenden Sommer von 3,0 Tagen auf 3,6 Tage erhöht hat[1]). Für einzelne Herkunftsländer wurde dieser Durchschnitt erheblich übertroffen, nämlich für Übriges Asien (Asien ohne Japan und China) (5,9), Südamerika (5,7), Griechenland, Afrika (je 5,3), Mexiko (5,2), Spanien, Portugal (5,0), Danzig (4,9), Übriges Amerika (Mittelamerika ohne Mexiko), Lettland (je 4,8), Polen, China (je 4,6), Litauen, Memelgebiet (4,4), Ungarn (4,3), Italien, Rußland (je 4,2), Rumänien, Estland (je 4,1), Großbritannien, Schweden, Norwegen, Australien (je 4,0 Tage). Es konnten aber 155 613 Übernachtungen von 54 402 Fremden nicht auf die einzelnen Herkunftsländer verteilt werden, da die Übernachtungen dieser Gäste nur in einer Summe mitgeteilt worden sind.

Im Winter 1928/29 wurden 2 684 127 Fremde in 252 preußischen Orten gezählt; von diesen kamen 213 948 = 8,0 % aus dem Ausland. Auch für den Winter 1928/29 ist eine Zunahme des Auslandsfremdenverkehrs gegenüber dem Vorwinter festzustellen, die Zahl der Auslandsfremden betrug damals 193 520 = 7,5 %. Im Berichtshalbjahr standen im Gegensatz zum vorausgehenden Sommer die Gäste aus den Vereinigten Staaten mit 17 615 = 8,2 % erst an 4. Stelle. Die erste nahmen die aus den Niederlanden mit 30 313 = 14,2 % ein. Es folgten Österreich mit 22 858 = 10,7 % und Großbritannien mit 17 933 = 8,4 %.

Übernachtungsangaben lagen im Winter 1928/29 aus 242 von 252 Orten vor und zwar bezogen sie sich auf 145 176 Auslandsfremde mit 531 385 Übernachtungen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer am Ort hat sich damit von 3,9 auf 3,7 Tage gesenkt[2]). Sehr stark überschritten wurde dieser Durchschnitt beim Übrigen Amerika (Mittelamerika ohne Mexiko) (8,5 Tage). Erheblich ist die Durchschnittsaufenthaltsdauer am Ort noch bei den Gästen aus Südamerika (6,2), Mexiko (6,0; es handelte sich jedoch hier nur um 78 Fremde), Großbritannien (5,3), dann Übriges Asien (Asien ohne Japan und China) (5,3) und den Vereinigten Staaten von Amerika (5,2). Für 38 410 Gäste, die zusammen 112 949 Übernachtungen hatten, war keine Trennung der Übernachtungen nach Herkunftsländern vorgenommen worden.

Von den Berliner Hotels werden zwar für alle Fremden aus dem Ausland die Übernachtungen angegeben, aber ein Teil der Hotels teilt nur die Gesamtzahl dieser Übernachtungen mit. Im Sommer 1928 wurden im ganzen für 146 538 Auslandsfremde 454 625 Übernachtungen gemeldet. Es ergab sich somit ein Durchschnittsaufenthalt von 3,1 Tagen gegen 3,0 Tage im Sommer 1927. Den längsten Aufenthalt finden wir für die Gäste aus Mexiko (allerdings nur 116 an der Zahl) mit 5,4 Tagen, den kürzesten für die aus Danzig und aus Polen mit je 2,3 Tagen.

Im Winter 1928/29 wurde Berlin von 93 972 Gästen aus dem Ausland besucht. Damit ist die Besucherzahl Berlins vom Winter 1927/28 (87 926) zum Winter 1928/29 etwas gestiegen.

[1]) Bei den Gästen aus dem Inland betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer am Ort im Sommer 1928 5,1 Tage. — [2]) Bei den Gästen aus dem Inland betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer am Ort im Winter 1928/29 2,7 Tage.

8. Die Herkunft der Auslandsfremden.

Herkunftsland	Sommerhalbjahr 1928					Winterhalbjahr 1928/29				
	Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland		durchschnittl. Aufenthalt in Tagen	Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland		durchschnittl. Aufenthalt in Tagen
			Fremde	Übernachtg.				Fremde	Übernachtg.	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Österreich	28 289	6,5	14 781	46 907	3,2	22 858	10,7	11 748	36 117	3,1
Tschechoslowakei	17 719	4,1	11 365	40 850	3,6	12 675	5,9	7 703	22 375	2,9
Ungarn	7 695	1,8	3 773	16 186	4,3	5 171	2,4	2 738	9 684	3,5
Jugoslavien	1 582	0,4	838	2 649	3,2	1 151	0,5	578	2 463	4,3
Rumänien	3 307	0,8	2 430	9 886	4,1	2 826	1,3	1 692	6 808	4,0
Bulgarien	1 013	0,2	460	1 476	3,2	664	0,3	343	1 205	3,5
Türkei	1 315	0,3	656	2 578	3,9	885	0,4	398	1 652	4,2
Griechenland, Albanien	973	0,2	606	3 197	5,3	750	0,3	465	2 175	4,7
Italien	7 119	1,6	3 189	13 486	4,2	4 816	2,2	2 089	9 747	4,7
Schweiz	16 308	3,8	7 170	25 972	3,6	10 983	5,1	4 362	16 627	3,8
Frankreich	14 725	3,4	7 149	25 687	3,6	10 983	5,1	4 668	17 296	3,7
Spanien, Portugal	3 865	0,9	1 989	9 902	5,0	2 075	1,0	790	3 828	4,8
Großbritannien und Irland	40 400	9,3	19 636	79 473	4,0	17 933	8,4	8 600	45 856	5,3
Niederlande	78 281	18,0	44 988	165 513	3,7	30 313	14,2	13 194	56 622	4,3
Belgien	8 042	1,9	3 215	10 778	3,4	5 748	2,7	1 770	5 526	3,1
Luxemburg	1 048	0,2	804	2 528	3,1	979	0,5	490	1 625	3,3
Schweden	16 276	3,7	8 935	35 260	4,0	9 604	4,5	4 437	13 338	3,0
Dänemark	21 882	5,0	12 466	32 752	2,6	8 654	4,0	5 046	14 769	2,9
Norwegen	4 722	1,1	2 818	11 159	4,0	3 621	1,7	2 040	7 601	3,7
Danzig	13 209	3,0	9 283	45 767	4,9	7 392	3,4	4 488	15 864	3,5
Finnland	3 429	0,8	2 302	7 092	3,1	1 618	0,8	923	3 022	3,3
Estland	1 080	0,2	605	2 455	4,1	663	0,3	326	1 364	4,2
Lettland	2 877	0,7	1 444	6 932	4,8	1 983	0,9	962	3 459	3,6
Litauen, Memelgebiet	3 102	0,7	1 732	7 616	4,4	2 412	1,1	1 108	3 608	3,3
Polen	19 145	4,4	13 765	63 973	4,6	14 167	6,6	9 537	32 502	3,4
Rußland	6 841	1,6	4 304	18 075	4,2	4 277	2,0	2 497	11 676	4,7
Vereinigte Staaten	88 612	20,4	44 857	156 243	3,5	17 615	8,2	9 837	51 060	5,2
Kanada	658	0,2	577	1 767	3,1	273	0,1	123	447	3,6
Mexiko	417	0,1	227	1 180	5,2	202	0,6	78	470	6,0
Südamerika	6 867	1,6	3 753	21 418	5,7	3 005	1,4	1 480	9 229	6,2
Übriges Amerika	1 837	0,4	1 464	6 989	4,8	547	0,2	316	2 671	8,5
China	826	0,2	599	2 732	4,6	814	0,4	516	1 704	3,3
Japan	2 197	0,5	1 395	4 634	3,3	1 401	0,6	821	3 378	4,1
Übriges Asien	2 614	0,6	493	2 896	5,9	597	0,3	270	1 429	5,3
Afrika	662	0,2	492	2 630	5,3	304	0,1	188	748	4,0
Australien	414	0,1	306	1 210	4,0	221	0,1	145	491	3,4
Ohne Angabe	[1] 4 784	1,1	—	—	—	[1] 3 768	1,8	—	—	—
I. Zusammen	**434 132**	**100**	**234 866**	**889 848**	3,8	**213 948**	**100**	**106 766**	**418 436**	3,9
II. dazu Fremde mit Übernachtungsangabe, aber ohne deren Trennung nach dem Herkunftsland	—	—	54 402	155 613	2,9	—	—	38 410	112 949	2,9
Zusammen I und II	—	—	**289 268**	**1 045 461**	3,6	—	—	**145 176**	**531 385**	3,7
III. dazu Fremde ohne Übernachtungsangabe	—	—	144 864	.	.	—	—	68 772	.	.

[1] Hiervon entfallen im Sommerhalbjahr auf Halle a. S. 2 007 und auf Krefeld 2 777 und im Winterhalbjahr 2 053 bezw. 1 715 Auslandsfremde ohne Angabe des Herkunftslandes und der Übernachtungen.

Der Herkunft nach standen im Sommer an erster Stelle die Vereinigten Staaten mit 33 356 = 22,8 % (im Vorjahre 28 885 = 21,9 %). In weitem Abstand folgten Schweden mit 11 509 = 7,9 %, Großbritannien mit 11 361 = 7,8 %, Österreich mit 10 299 = 7,1 %, Dänemark mit 10 201 = 7,0 %, Polen mit 9 054 = 6,2 %, die Tschechoslowakei mit 7 303 = 5,0 % und die Niederlande mit 6 810 = 4,6 %.

Die 93 972 Wintergäste, die, aus dem Ausland kommend, Berlin besuchten, hatten 309 395 Übernachtungen. Der Durchschnittsaufenthalt von 3,3 Tagen ist damit derselbe, wie im Vorjahre. Der höchste Durchschnittsaufenthalt ergab sich in Berlin mit 4,8 Tagen bei den Gästen aus Südamerika und bei den unter der Bezeichnung „Übriges Amerika" (Mittelamerika ohne Mexiko) zusammengefaßten Ländern. Über 4 Tage Durchschnittsaufenthalt finden wir noch bei Afrika (4,7 Tage; jedoch nur 66 Gäste), Türkei, Spanien-Portugal und den Vereinigten Staaten von Amerika (je 4,5), Jugoslawien (4,4), Japan (4,3) und Rumänien (4,1).

Die erste Stelle nahmen auch im Winter die Gäste aus den Vereinigten Staaten mit 10 181 (10,8 % der Gesamtzahl) ein. Es folgten Österreich (9 628 = 10,2 %), Großbritannien (8 292 = 8,8 %), Polen (7 167 = 7,6 %), Schweden (7 032 = 7,5 %), Niederlande (6 653 = 7,1 %) und die Tschechoslowakei (6 360 = 6,8 %).

Speziell bei den Bade- und Kurorten ist die Anziehungskraft, die ein Ort auf Gäste aus dem Ausland ausübt, ein besonderes Kennzeichen für die Bedeutung als Fremdenort. Man zählte im Sommer 1928 in den 230 an der Statistik beteiligten Bade- und Kurorten (einschl. Aachen) 79 884 solcher Fremden. In den darunter befindlichen 204 Kurorten mit Übernachtungsangabe wurden 482 137 Übernachtungen der Gäste aus dem Auslande festgestellt. 10 Orte (siehe Tabelle 10) hatten über 1 000 Gäste aus dem Auslande. Allen voran steht dabei Wiesbaden mit 33 239. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer dieser Auslandsfremden in Wiesbaden (6,2 Tage) wird jedoch um mehr als das Doppelte (13,0 Tage) in Neuenahr überschritten. Im übrigen war die

9. Die Herkunft der Auslandsfremden in Berlin 1928/29.
(Zwei Berliner Hotelbesitzerverbände.)

Herkunftsland	Sommerhalbjahr 1928					Winterhalbjahr 1928/29				
	Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland: Fremde	Übernachtg.	durchschnittl. Aufenthalt in Tagen	Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland: Fremde	Übernachtg.	durchschnittl. Aufenthalt in Tagen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Österreich	10 299	7,1	5 915	17 080	2,9	9 628	10,2	5 341	18 506	3,5
Tschechoslowakei	7 303	5,0	5 179	13 812	2,7	6 360	6,8	4 398	12 185	2,8
Ungarn	3 552	2,4	2 295	7 714	3,4	2 733	2,9	1 876	6 677	3,6
Jugoslawien	812	0,6	549	1 737	3,2	546	0,6	305	1 346	4,4
Rumänien	1 975	1,8	1 434	5 480	3,8	1 541	1,6	1 124	4 663	4,1
Bulgarien	455	0,3	308	1 028	3,3	454	0,5	263	1 019	3,9
Türkei	600	0,4	401	1 803	4,5	492	0,5	239	1 076	4,5
Griechenland, Albanien	582	0,4	364	1 371	3,8	499	0,5	340	1 056	3,1
Italien	2 669	1,8	1 787	6 427	3,6	2 274	2,4	1 350	5 215	3,9
Schweiz	4 255	2,9	2 991	10 451	3,5	3 810	4,1	2 460	9 195	3,7
Frankreich	4 527	3,1	2 943	9 776	3,3	4 169	4,4	2 599	9 044	3,5
Spanien, Portugal	1 790	1,2	1 274	6 024	4,7	990	1,1	578	2 627	4,5
Großbritannien und Irland	11 361	7,8	8 125	26 482	3,3	8 292	8,8	5 767	19 350	3,4
Niederlande	6 810	4,6	4 821	15 071	3,1	6 653	7,1	4 624	14 634	3,2
Belgien	1 179	0,8	794	3 027	3,8	1 159	1,2	765	2 771	3,6
Luxemburg	140	0,1	74	265	3,6	104	0,1	55	203	3,7
Schweden	11 509	7,9	6 399	16 292	2,5	7 032	7,5	3 723	10 226	2,7
Dänemark	10 201	7,0	6 023	14 687	2,4	5 495	5,9	3 292	8 959	2,7
Norwegen	3 269	2,2	2 020	6 406	3,2	2 344	2,5	1 311	4 182	3,2
Danzig	4 330	3,1	3 021	6 802	2,3	2 866	3,0	1 953	4 528	2,3
Finnland	2 700	1,8	1 976	5 764	2,9	1 165	1,2	770	2 269	2,9
Estland	638	0,4	423	1 121	2,7	430	0,5	225	682	3,0
Lettland	1 818	1,2	924	2 605	2,8	1 244	1,3	645	1 896	2,9
Litauen, Memelgebiet	940	0,6	642	1 645	2,6	653	0,7	361	1 062	2,9
Polen	9 054	6,2	6 461	15 086	2,3	7 167	7,6	4 717	13 149	2,8
Rußland	3 493	2,4	2 824	9 321	3,3	2 018	2,2	1 415	5 347	3,8
Vereinigte Staaten	33 356	22,8	25 437	93 929	3,7	10 181	10,8	7 710	34 320	4,5
Kanada	363	0,2	317	1 187	3,7	147	0,2	93	328	3,5
Mexiko	215	0,1	116	629	5,4	104	0,1	47	125	2,7
Südamerika	2 964	2,0	2 191	9 241	4,2	1 507	1,6	1 114	5 364	4,8
Übriges Amerika	743	0,5	596	2 056	3,4	226	0,2	149	718	4,8
China	339	0,2	220	905	4,1	317	0,3	140	560	4,0
Japan	1 274	0,9	1 001	3 574	3,6	805	0,9	626	2 665	4,3
Übriges Asien	407	0,3	297	1 181	4,0	307	0,3	204	710	3,5
Afrika	357	0,2	263	1 032	3,9	119	0,1	66	313	4,7
Australien	259	0,2	203	856	4,2	141	0,2	110	297	2,7
I. Zusammen	**146 538**	**100**	**100 608**	**321 867**	**3,2**	**93 972**	**100**	**60 755**	**207 267**	**3,4**
II. dazu Fremde mit Übernachtungsangabe, aber ohne deren Trennung nach dem Herkunftsland	—	—	45 930	132 758	2,9	—	—	33 217	102 128	3,1
Zusammen I und II	—	—	**146 538**	**454 625**	**3,1**	—	—	**93 972**	**309 395**	**3,3**

Dauer des Aufenthalts auch der Auslandsfremden sehr verschieden. Die geringste Durchschnittsziffer (1,2 Tage) ergab sich für Rüdesheim a. Rh.

10. Orte mit mehr als 1 000 Gästen aus dem Auslande. Sommer 1928.

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittl. Aufenthalt
1	2	3	4
1. Wiesbaden	33 239	207 146	6,2
2. Königswinter	6 753	15 121	2,2
3. Aachen	5 003	14 703	2,9
4. Ems	3 623	25 000	6,9
5. Godesberg	2 909	13 243	4,6
6. Rüdesheim a. Rh.	1 926	2 303	1,2
7. Boppard	1 508	3 298	2,2
8. Neuenahr	1 312	17 075	13,0
9. Binz	1 147	.	.
10. Swinemünde	1 104	.	.

Ergänzt wird die Tabelle 10 durch eine weitere (11), die solche Kurorte enthält, welche zwar eine Besucherzahl von 1 000 Personen aus dem Ausland nicht erreicht haben, es aber auf über 5 000 Übernachtungen, also auf eine hohe Übernachtungsziffer brachten. So ergaben sich für Oeynhausen 28,9 Tage, für Misdroy 24,0 Tage und für Reinerz 23,1 Tage.

11. Orte mit weniger als 1 000 Gästen aus dem Auslande, aber mit über 5 000 Übernachtungen. Sommer 1928.

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittl. Aufenthalt
1	2	3	4
1. Oeynhausen	316	9 134	28,9
2. Altheide-Bad	527	9 077	17,2
3. Schreiberhau	833	8 160	9,8
4. Reinerz	335	7 742	23,1
5. Norderney	634	7 268	11,5
6. Kudowa	382	7 080	18,5
7. Misdroy	283	6 735	24,0
8. Bentheim, Schloß	517	6 304	12,2
9. Königstein a. Taunus	396	5 614	14,2
10. Sellin	505	5 251	10,4
11. Landeck i. Schlesien	507	5 240	10,3

Für das Winterhalbjahr 1928/29 ist eine entsprechende Auszählung nicht vorgenommen worden.



12. Bade- und Kurorte mit einem Fremdenverkehr von mindestens 1 000 Personen im Jahre 1928/29 (1. April 1928 bis 31. März 1929)[1].

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	im Auslande: Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Aachen	44 907	309 143	6,9	36 360	286 607	7,9	7 986	21 009	2,6	561	1 527	2,7
2. Agnetendorf	3 656	21 481	5,9	3 567	20 897	5,9	89	584	6,6	—	—	—
3. Ahlbeck (Seebad)	28 537	467 122	16,4	28 142	460 642	16,4	236	3 872	16,4	159	2 608	16,4
4. Ahrenshoop	2 671	37 827	14,2	2 652	37 630	14,2	19	197	10,4	—	—	—
5. Altenau	6 324	84 458	13,4	6 292	83 998	13,3	32	460	14,4	—	—	—
6. Altenkirchen-Westerwald	2 804	3 176	1,1	2 804	3 176	1,1	—	—	—	—	—	—
7. Altheide-Bad	15 285	231 591	15,2	14 435	218 268	15,1	572	9 884	17,3	278	3 439	12,4
8. Aschersleben	13 416	16 622	1,2	12 892	15 971	1,2	519	646	1,2	5	5	1,0
9. Baabe	3 970	58 363	14,7	3 864	56 968	14,7	28	420	15,0	78	975	12,5
10. Baltrum	3 480	52 200	15,0	3 477	52 155	15,0	3	45	15,0	—	—	—
11. Bansin	12 007	182 534	15,2	11 861	178 953	15,1	146	3 581	24,5	—	—	—
12. Benneckenstein	8 465	76 053	9,0	8 395	75 201	9,0	70	852	12,2	—	—	—
13. Berg Dievenow	5 743	121 327	21,1	5 717	120 898	21,1	26	429	16,5	—	—	—
14. Bertrich	5 728	84 791	14,8	5 661	83 386	14,7	67	1 405	21,0	—	—	—
15. Biedenkopf	4 243	9 959	2,3	4 160	9 772	2,3	83	187	2,3	—	—	—
16. Binz	27 650	334 068	12,1	26 490	.	.	1 152	.	.	8	.	.
17. Bockswiese-Hahnenklee	17 094	173 930	10,2	16 974	172 544	10,2	120	1 386	11,6	—	—	—
18. Bodenwerder	1 971	5 252	2,7	1 964	5 181	2,6	7	71	10,1	—	—	—
19. Boppard	17 677	33 531	1,9	15 932	29 721	1,9	1 741	3 800	2,2	4	10	2,5
20. Braunfels	1 892	10 266	5,4	1 877	10 198	5,4	15	68	4,5	—	—	—
21. Breege	2 139	.	.	2 101	.	.	38	.	.	—	—	—
22. Brotterode	4 735	7 350	1,6	4 690	7 305	1,6	45	45	1,0	—	—	—
23. Buckow	8 908	85 784	9,6	8 869	85 559	9,6	18	180	10,0	21	45	2,1
24. Büsum	8 154	.	.	8 129	.	.	25	.	.	—	—	—
25. Cammin i. Pomm.	1 974	2 180	1,1	1 974	2 180	1,1	—	—	—	—	—	—
26. Carlshafen	5 133	17 209	3,4	5 122	17 198	3,4	11	11	1,0	—	—	—
27. Carlshagen	2 003	.	.	1 992	.	.	11	.	.	—	—	—
28. Charlottenbrunn	4 647	71 352	15,4	4 614	70 564	15,3	33	788	23,9	—	—	—
29. Clausthal-Zellerfeld	5 532	31 316	5,7	5 476	31 079	5,7	54	235	4,4	2	2	1,0
30. Cranz	12 580	231 729	18,4	12 399	230 831	18,6	181	898	5,0	—	—	—
31. Daun	6 402	26 602	4,2	5 870	24 445	4,2	532	2 157	4,1	—	—	—
32. Dillenburg	4 050	7 186	1,8	3 925	6 590	1,7	125	596	4,8	—	—	—
33. Driburg i. Westf.	9 307	162 107	17,4	9 289	161 875	17,4	18	232	12,9	—	—	—
34. Dürrenberg	2 422	66 394	27,4	2 422	66 394	27,4	—	—	—	—	—	—
35. Elbingerode	1 767	24 770	14,0	1 753	24 601	14,0	14	169	12,1	—	—	—
36. Ellrich	1 550	1 797	1,2	1 547	1 794	1,2	3	3	1,0	—	—	—
37. Ems	28 782	238 998	8,3	25 101	213 526	8,5	3 681	25 472	6,9	—	—	—
38. Eslohe	1 448	12 591	8,7	1 434	12 472	8,7	13	115	8,8	1	4	4,0
39. Essen-Bad	3 512	37 960	10,8	3 512	37 960	10,8	—	—	—	—	—	—
40. Falkenstein	1 687	34 431	20,4	1 669	34 120	20,4	18	311	17,3	—	—	—
41. Flinsberg	18 154	221 066	12,2	17 858	217 471	12,2	262	3 178	12,1	34	417	12,3
42. Freienwalde a. O.	10 109	37 413	3,7	10 077	37 128	3,7	32	285	8,9	—	—	—
43. Friedeberg a. Queis	1 845	2 093	1,1	1 816	2 064	1,1	29	29	1,0	—	—	—
44. Friedrichsbrunn	3 807	55 007	14,1	3 790	54 834	14,5	17	173	10,2	—	—	—
45. Gelnhausen	3 432	4 927	1,4	3 370	4 759	1,4	44	134	3,0	18	34	1,9
46. Gemünd	6 675	9 831	1,5	6 381	9 456	1,5	288	346	1,2	6	29	4,8
47. Gerolstein	6 187	10 913	1,8	5 754	9 946	1,7	419	953	2,3	14	14	1,0
48. Giersdorf	2 438	17 769	7,3	2 400	17 514	7,3	34	239	7,0	4	16	4,0
49. Glowe	1 173	20 824	17,8	1 154	20 668	17,9	13	150	11,5	6	6	1,0
50. Godesberg	24 081	106 555	4,4	20 838	90 710	4,4	3 179	15 534	4,9	64	311	4,9
51 Göhren	13 038	191 291	14,7	12 855	188 298	14,6	183	2 993	16,4	—	—	—
52. Greifswald	12 460	15 686	1,3	12 138	15 166	1,2	320	518	1,6	2	2	1,0
53. Großmöllen	2 091	.	.	2 066	.	.	25	.	.	—	—	—
54. Grund (Harz)	4 306	60 179	14,0	4 227	58 869	13,9	79	1 310	16,6	—	—	—
55. Heidebrink	3 357	23 900	7,1	3 348	23 852	7,1	9	48	5,3	—	—	—
56. Helgoland	162 731	.	.	.	.	.	.	.	.	162 731	.	.
57. Henkenhagen	4 520	97 809	21,6	4 461	96 521	21,6	59	1 288	21,8	—	—	—
58. Heringsdorf, Seebad	12 053	.	.	11 829	.	.	210	.	.	14	.	.
59. Hermsdorf u. K.	4 627	22 395	4,8	4 538	21 991	4,8	89	404	4,5	—	.	—
60. Hersfeld	9 055	38 013	4,2	8 942	37 440	4,2	113	573	5,1	—	—	—
61. Homburg v. d. Höhe	9 744	103 381	10,6	9 005	.	.	736	.	.	3	.	.
62. Honnef	21 722	95 563	4,4	21 244	92 733	4,4	478	2 830	5,9	—	—	—
63. Horst, Seebad	4 419	93 777	21,2	4 407	93 447	21,2	12	330	27,5	—	—	—
64. Jannowitz	1 619	29 568	18,3	1 602	29 215	18,2	17	353	20,8	—	—	—
65. Juist	11 372	191 523	16,8	11 348	191 161	16,8	24	362	15,1	—	—	—
66. Kahlberg	4 564	61 249	13,4	4 133	57 695	14,0	431	3 554	8,2	—	—	—
67. Kampen	3 667	.	.	.	.	.	.	.	.	3 667	.	.
68. Klein Dievenow	1 687	27 486	16,3	1 686	27 479	16,3	1	7	7,0	—	—	—
69. Kloster Grieben	1 788	34 620	19,4	1 733	33 439	19,3	32	828	25,9	23	353	15,3
70. Kölpinsee	1 392	24 053	17,8	1 386	23 906	17,3	6	147	24,5	—	—	—
71. Königstein a. Taunus	8 413	108 167	12,9	7 969	101 358	12,7	444	6 809	15,3	—	—	—
72. Königswinter	47 570	90 118	1,9	40 497	74 339	1,8	6 977	15 650	2,2	96	129	1,3
73. Kolberg	65 139	897 216	13,8	65 005	894 289	13,8	134	2 927	21,8	—	—	—
74. Koserow	6 583	75 354	11,4	6 524	74 308	11,4	59	1 046	17,7	—	—	—
75. Krummhübel	21 352	139 138	6,5	20 766	135 188	6,5	565	3 783	6,7	21	167	8,0
76. Kudowa	18 327	225 417	12,3	17 907	217 613	12,2	412	7 681	18,6	8	123	15,4
77. Lähn	1 477	16 385	11,1	1 371	15 793	11,5	34	250	7,4	72	342	4,8
78. Landeck i. Schles.	22 420	236 448	10,5	21 875	230 880	10,6	545	5 568	10,2	—	—	—
79. Langenau	2 456	6 240	2,5	2 441	6 225	2,6	15	15	1,0	—	—	—

[1] Als Fremde werden solche Personen gezählt, die mindestens einmal übernachtet haben. Die Punkte in den Spalten bedeuten, daß die Zahl der Fremden oder der Übernachtungen für das Jahr 1928/29 nicht bekannt ist.

Noch: 12. Bade- und Kurorte mit einem Fremdenverkehr von mindestens 1 000 Personen im Jahre 1928/29 (1. April 1928 bis 31. März 1929) [1].

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	in Deutschland: Übernachtungen	in Deutschland: Durchschnittlicher Aufenthalt	im Auslande: Fremde	im Auslande: Übernachtungen	im Auslande: Durchschnittlicher Aufenthalt	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	m. unbekannt. Wohnsitz: Übernachtungen	m. unbekannt. Wohnsitz: Durchschnittlicher Aufenthalt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
80. Langenbielau	1 008	1 391	1,4	982	1 359	1,4	26	32	1,2	—	—	—
81. Langeoog	8 963	169 166	18,9	8 960	169 096	18,9	3	70	23,3	—	—	—
82. Lauterberg i. Harz	4 526	38 481	8,5	4 493	37 000	8,2	33	1 481	44,9	—	—	—
83. Linz a. Rh.	3 557	4 514	1,3	3 382	4 303	1,3	175	211	1,2	—	—	—
84. Lippspringe	12 670	350 763	27,7	12 648	350 479	27,7	22	284	12,9	—	—	—
85. Lohme	3 468	22 430	6,5	3 367	21 110	6,3	47	1 020	21,7	54	300	5,6
86. Lubmin	3 516	67 718	19,3	3 513	67 634	19,3	3	84	28,0	—	—	—
87. Lüneburg	23 078	49 794	2,2	22 812	49 488	2,2	260	300	1,2	6	6	1,0
88. Lychen	5 154	39 479	7,7	5 143	39 367	7,7	11	112	10,2	—	—	—
89. Marienburg, Westpr.	19 446	21 360	1,1	17 493	19 159	1,1	1 851	2 082	1,1	102	119	1,2
90. Mayen	5 193	6 141	1,2	4 897	5 824	1,2	271	292	1,1	25	25	1,0
91. Meinerzhagen	1 254	2 250	1,8	1 230	2 201	1,8	24	49	2,0	—	—	—
92. Minden	15 597	22 002	1,4	14 998	21 280	1,4	290	393	1,4	309	329	1,1
93. Misdroy [2]	20 494	334 341	16,3	20 167	327 428	16,2	283	6 735	23,8	44	178	4,0
94. Monschau	3 540	11 250	3,2	2 957	9 406	3,2	583	1 844	3,2	—	—	—
95. Münden (Hann. Münden)	11 353	.	.	11 179	.	.	174	.	.	—	—	—
96. Münster a. Stein	6 831	97 656	14,3	6 518	93 571	14,4	311	4 082	13,1	2	3	1,5
97. Muskau	4 334	4 623	1,1	4 219	4 495	1,1	108	121	1,1	7	7	1,0
98. Nenndorf	7 568	182 757	24,1	7 509	181 313	24,1	59	1 444	24,5	—	—	—
99. Nest	1 300	.	.	1 297	.	.	3	.	.	—	—	—
100. Neuenahr	21 589	150 781	7,0	20 232	133 000	6,6	1 335	17 560	13,2	22	221	10,0
101. Neuendorf auf Hiddensee	1 591	23 145	14,5	1 588	23 089	14,5	3	56	18,7	—	—	—
102. Neuhäuser	2 368	.	.	2 348	.	.	20	.	.	—	—	—
103. Neuhof, Insel Usedom	2 364	49 839	21,1	2 363	49 834	21,1	1	5	5,0	—	—	—
104. Neukuhren	3 077	.	.	3 056	.	.	21	.	.	—	—	—
105. Neuruppin	12 838	16 598	1,3	12 437	16 045	1,3	370	505	1,4	31	48	1,5
106. Niederbreisig	2 069	9 369	4,5	2 007	9 197	4,6	62	172	2,8	—	—	—
107. Niedermendig	1 420	1 420	1,0	1 411	1 411	1,0	9	9	1,0	—	—	—
108. Nöschenrode	4 167	26 725	6,4	3 823	24 592	6,4	344	2 133	6,2	—	—	—
109. Norddorf	5 000	.	.	.	.	.	.	.	.	5 000	.	.
110. Norderney	32 515	475 973	14,6	31 867	468 675	14,7	648	7 298	11,3	—	—	.
111. Nümbrecht	1 573	8 435	5,4	1 573	8 435	5,4	—	—	—	—	—	—
112. Oberlahnstein	2 109	3 091	1,5	2 084	3 047	1,5	25	44	1,8	—	—	—
113. Obernigk	3 192	148 175	46,4	3 014	138 013	45,8	177	10 121	57,2	1	41	41,0
114. Obersalzbrunn	7 734	34 131	4,4	6 500	30 256	4,7	512	2 532	4,9	722	1 343	1,9
115. Oberwesel	4 258	11 906	2,8	4 046	11 517	2,8	212	389	1,8	—	—	—
116. Oeynhausen	32 350	616 816	19,1	32 013	607 008	19,0	337	9 808	29,1	—	—	—
117. Oldesloe	1 261	1 933	1,5	1 156	1 674	1,4	55	190	3,5	50	69	1,4
118. Orb	9 190	242 428	26,4	9 163	241 747	26,4	27	681	25,2	—	—	—
119. Ost Dievenow	2 853	51 016	17,9	2 834	50 675	17,9	19	341	17,9	—	—	—
120. Osternothafen	4 555	.	.	4 555	.	.	—	—	—	—	—	—
121. Osterode a. Harz	5 240	20 553	3,9	5 169	19 811	3,8	71	742	10,5	—	—	—
122. Petersdorf	5 492	33 572	6,1	5 322	33 038	6,2	170	534	3,1	—	—	—
123. Pillau	1 482	2 320	1,6	1 424	2 247	1,6	56	71	1,3	2	2	1,0
124. Plön	3 745	11 465	3,1	3 604	11 032	3,1	141	433	3,1	—	—	—
125. Polzin	12 269	141 391	11,5	12 056	136 000	11,3	213	5 391	25,3	—	—	—
126. Prerow	5 064	76 350	15,1	5 000	75 000	15,0	64	1 350	21,1	—	—	—
127. Pertzsch	3 129	80 616	25,8	3 122	80 406	25,8	7	210	30,0	—	—	—
128. Putbus, Badeort	2 070	4 297	2,1	2 032	4 183	2,1	35	110	3,1	3	4	1,3
129. Pyrmont	28 288	.	.	28 022	.	.	260	.	.	6	.	.
130. Rauschen	8 126	148 750	18,3	7 908	146 765	18,6	200	1 858	9,3	18	127	7,1
131. Rehburg	1 222	34 283	28,1	1 222	34 283	28,1	—	—	—	—	—	—
132. Reinerz	35 530	279 981	7,9	35 154	271 258	7,7	370	8 567	23,2	6	156	26,0
133. Rengsdorf	11 481	.	.	11 253	.	.	228	.	.	—	—	—
134. Rewahl	3 640	58 272	16,0	3 596	57 536	16,0	44	736	16,7	—	—	—
135. Rheinsberg	4 616	15 499	3,4	4 525	15 191	3,4	89	302	3,4	2	6	3,0
136. Rossitten	4 106	15 385	3,7	4 020	15 082	3,8	85	302	3,6	1	1	1,0
137. Rüdesheim a. Rh.	57 048	66 782	1,2	55 116	64 473	1,2	1 926	2 303	1,2	6	6	1,0
138. Rügenwaldermünde	1 402	32 995	23,5	1 384	32 283	23,3	18	712	40,0	—	—	—
139. Sachsa	10 276	134 387	13,1	10 196	133 347	13,1	80	1 040	13,0	—	—	—
140. Salzderhelden	1 390	.	.	1 390	.	.	—	—	—	—	—	—
141. Salzdetfurth	2 578	60 618	23,5	2 570	60 409	23,5	8	209	26,1	—	—	—
142. Salzelmen	1 314	.	.	1 306	.	.	8	.	.	—	—	—
143. Salzgitter	1 547	24 639	15,9	1 538	24 604	16,0	9	35	3,9	—	—	—
144. Salzig	4 117	31 310	7,6	4 106	31 299	7,6	11	11	1,0	—	—	—
145. Salzschlirf	3 659	75 166	20,5	3 480	71 093	20,4	179	4 073	22,8	—	—	—
146. Sankt Peter und Ording	11 783	163 358	13,9	11 672	162 008	13,9	111	1 350	12,2	—	—	—
147. Saßnitz	26 816	.	.	26 326	.	.	235	.	.	255	.	.
148. Schierke	28 144	178 192	6,3	27 733	173 905	6,3	411	4 287	10,4	—	—	—
149. Schlangenbad	3 712	39 934	10,8	3 493	37 723	10,8	219	2 211	10,1	—	—	—
150. Schmiedeberg i. S.	3 516	60 375	17,2	3 511	60 231	17,2	5	144	28,8	—	—	—
151. Schmiedeberg i. Schles.	2 141	11 743	5,5	2 115	11 710	5,5	23	29	1,3	3	4	1,3
152. Schönfließ (Nm.)	3 215	15 888	4,9	3 214	15 884	4,9	1	4	4,0	—	—	—
153. Schreiberhau	44 847	422 571	9,4	43 750	411 904	9,4	1 096	10 665	9,7	1	2	2,0
154. Segeberg	1 499	20 183	13,5	1 455	19 781	13,6	44	402	9,1	—	—	—
155. Sellin	16 792	213 337	12,7	16 287	208 086	12,8	505	5 251	10,4	—	—	—
156. Sobernheim	4 340	44 285	10,2	4 206	42 926	10,2	103	1 328	12,9	31	31	1,0
157. Sooden-Allendorf	6 375	125 570	19,7	6 375	125 570	19,7	—	—	—	—	—	—
158. Sorenbohm	1 656	43 505	26,3	1 637	43 013	26,3	19	492	25,9	—	—	—
159. Stargard i. Pomm.	16 773	22 496	1,3	16 258	21 780	1,3	463	658	1,4	52	58	1,1

[1] Vergl. die Anmerkung auf Seite 133. — [2] ohne Kinderheim.

Noch: 12. Bade- und Kurorte mit einem Fremdenverkehr von mindestens 1 000 Personen im Jahre 1928/29 (1. April 1928 bis 31. März 1929)[1].

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	in Deutschland: Übernachtungen	in Deutschland: Durchschnittlicher Aufenthalt	im Auslande: Fremde	im Auslande: Übernachtungen	im Auslande: Durchschnittlicher Aufenthalt	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	m. unbekannt. Wohnsitz: Übernachtungen	m. unbekannt. Wohnsitz: Durchschnittlicher Aufenthalt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
160. Steinkunzendorf	1 251	15 938	12,7	1 244	15 902	12,8	7	36	5,1	—	—	—
161. Stolberg	3 083	6 031	2,0	3 075	6 017	2,0	8	14	1,8	—	—	—
162. Stolpmünde	3 824	70 029	18,3	3 735	69 239	18,5	89	790	8,9	—	—	—
163. Stromberg	1 633	14 676	9,0	1 603	14 314	8,9	30	362	12,1	—	—	—
164. Suderode	3 828	46 321	12,1	3 799	46 110	12,1	27	195	7,2	2	16	8,0
165. Sülzhayn	2 365	142 432	60,2	2 352	141 984	60,4	13	448	34,5	—	—	—
166. Suhl	11 310	15 248	1,3	11 187	15 094	1,3	122	153	1,3	1	1	1,0
167. Swinemünde	43 040	.	.	41 353	.	.	1 104	.	.	583	.	.
168. Thale	23 537	70 896	3,0	22 562	66 903	3,0	974	3 988	4,1	1	5	5,0
169. Thießow	2 198	.	.	2 188	.	.	10	.	.	—	—	—
170. Ückeritz	3 251	59 749	18,4	3 249	59 707	18,4	2	42	21,0	—	—	—
171. Unna	10 841	14 286	1,3	10 578	13 933	1,3	263	353	1,3	—	—	—
172. Vitte	3 257	48 855	15,0	3 257	48 855	15,0	—	—	—	—	—	—
173. Vlotho	1 245	18 041	14,5	1 241	17 997	14,5	4	44	11,0	—	—	—
174. Waldenburg i. Schles.	18 439	30 062	1,6	18 155	29 615	1,6	280	440	1,6	4	7	1,8
175. Warmbrunn	8 460	105 500	12,5	8 263	103 408	12,5	193	2 068	10,7	4	24	6,0
176. Wartha	2 444	45 451	18,6	2 433	45 203	18,6	11	248	22,5	—	—	—
177. Wenningstedt	5 197	72 758	14,0	5 147	72 058	14,0	50	700	14,0	—	—	—
178. Werl	1 107	33 436	30,2	1 107	33 436	30,2	—	—	—	—	—	—
179. Westerburg	1 006	2 624	2,6	1 005	2 623	2,6	1	1	1,0	—	—	—
180. Wiesbaden	156 223	1 123 745	7,2	115 893	787 541	6,8	40 070	330 632	8,3	260	5 572	21,4
181. Wildemann	5 773	76 377	13,2	5 773	76 377	13,2	—	—	—	—	—	—
182. Wilsnack	1 218	.	.	1 212	.	.	6	.	.	—	—	—
183. Winterberg	8 051	30 646	3,8	7 914	29 961	3,8	137	685	5,0	—	—	—
184. Wittdün	3 591	52 758	14,7	3 567	52 334	14,7	24	424	17,7	—	—	—
185. Wölfelsgrund	7 138	56 925	8,0	7 050	55 823	7,9	88	1 102	12,5	—	—	—
186. Zempin	3 046	3 174	1,0	3 012	3 140	1,0	34	34	1,0	—	—	—
187. Zeven, Flecken	2 538	2 691	1,1	2 521	2 674	1,1	17	17	1,0	—	—	—
188. Ziegenrück	4 741	17 057	3,6	4 716	16 942	3,6	25	115	4,6	—	—	—
189. Zingst	4 260	82 683	19,4	4 234	82 166	19,4	26	517	19,9	—	—	—
190. Zinnowitz	12 570	.	.	12 484	.	.	86	.	.	—	—	—

13. Sonstige Orte mit einem Fremdenverkehr von mindestens 500 Personen im Jahre 1928/29 (1. April 1928 bis 31 März 1929)[1].

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	in Deutschland: Übernachtungen	in Deutschland: Durchschnittlicher Aufenthalt	im Auslande: Fremde	im Auslande: Übernachtungen	im Auslande: Durchschnittlicher Aufenthalt	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	m. unbekannt. Wohnsitz: Übernachtungen	m. unbekannt. Wohnsitz: Durchschnittlicher Aufenthalt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Berlin	1 438 497	3 127 988	2,2	1 196 124	2 359 158	2,0	240 510	764 020	3,2	1 863	4 810	2,6
2. Köln	540 660	1 404 526	2,6	441 804	.	.	91 819	.	.	7 037	.	.
3. Breslau	218 337	452 304	2,1	205 539	423 473	2,1	12 487	28 098	2,3	311	733	2,4
4. Frankfurt a./M.	365 382	657 201	1,8	313 899	.	.	49 205	.	.	2 278	.	.
5. Essen[2]	29 440	69 620	2,4	28 220	67 193	2,4	1 220	2 427	2,0	—	—	—
6. Dortmund	139 205	.	.	131 226	.	.	7 701	.	.	278	.	.
7. Düsseldorf	175 033	314 968	1,8	153 445	.	.	21 559	.	.	29	.	.
8. Hannover	263 773	.	.	255 182	.	.	8 578	.	.	13	.	.
9. Gelsenkirchen	9 081	14 379	1,6	8 724	13 890	1,6	356	488	1,4	1	1	1,0
10. Magdeburg	121 864	166 221	1,4	105 417	141 915	1,3	4 412	5 799	1,3	12 035	18 507	1,5
11. Königsberg i. Pr.	82 872	.	.	76 531	.	.	6 186	.	.	155	.	.
12. Duisburg	37 795	54 051	1,4	33 889	46 822	1,4	3 875	7 195	1,9	31	34	1,1
13. Stettin	98 193	204 579	2,1	92 331	193 333	2,1	5 499	10 522	1,9	363	724	2,0
14. Bochum	30 588	33 196	1,1	29 389	31 686	1,1	1 164	1 470	1,3	35	40	1,1
15. Kiel	66 907	.	.	62 914	.	.	3 526	.	.	467	.	.
16. Halle a. S.	102 285	.	.	98 225	.	.	4 060	.	.	—	—	—
17. Barmen	17 832	21 892	1,2	17 331	21 100	1,2	499	778	1,6	2	14	7,0
18. Kassel	110 537	.	.	106 554	.	.	3 961	.	.	22	.	.
19. Elberfeld	59 549	.	.	55 213	.	.	4 312	.	.	24	.	.
20. Aachen	44 907	309 143	6,9	36 360	286 607	7,9	7 986	21 009	2,6	561	1 527	2,7
21. Wiesbaden	156 223	1 123 745	7,2	115 893	787 541	6,8	40 070	330 632	8,3	260	5 572	21,4
22. Erfurt	119 220	170 719	1,4	117 478	.	.	1 742	.	.	—	—	—
23. Krefeld	34 530	71 522	2,1	29 720	.	.	4 492	.	.	318	.	.
24. Mülheim (Ruhr)	8 600	13 416	1,6	8 028	12 362	1,5	559	1 028	1,8	13	26	2,0
25. Hamborn	2 891	3 477	1,2	2 689	3 259	1,2	199	214	1,1	3	4	1,3
26. Hindenburg O. S.	7 002	8 492	1,2	6 251	7 463	1,2	697	950	1,4	54	79	1,5
27. München Gladbach	14 736	28 754	2,0	13 741	26 555	1,9	986	2 179	2,2	9	20	2,2
28. Münster i./W.	96 765	146 261	1,5	93 516	140 853	1,5	3 136	5 295	1,7	113	113	1,0
29. Harburg-Wilhelmsburg	54 309	65 435	1,2	48 542	57 532	1,2	859	1 161	1,4	4 908	6 742	1,4
30. Oberhausen	8 712	9 918	1,1	7 965	9 049	1,1	733	855	1,2	14	14	1,0
31. Gleiwitz	17 779	24 209	1,4	16 312	22 050	1,4	1 226	1 799	1,5	241	360	1,5
32. Hagen (Westf.)	64 292	95 075	1,5	61 629	90 915	1,5	2 651	4 148	1,6	12	12	1,0
33. Bonn	59 647	94 311	1,6	52 466	81 970	1,6	7 149	12 287	1,7	32	54	1,7
34. Osnabrück	44 184	51 023	1,2	42 733	49 199	1,2	1 451	1 824	1,3	—	—	—
35. Görlitz	64 341	.	.	61 211	.	.	2 944	.	.	186	.	.

[1]) Vergl. die Anmerkung auf Seite 133. — [2]) Die Angaben beziehen sich auf die Monate Januar bis März 1929.

Noch: 13. Sonstige Orte mit einem Fremdenverkehr von mindestens 500 Personen im Jahre 1928/29 (1. April 1928 bis 31. März 1929)[1].

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	im Auslande: Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
36. Beuthen O. S.	16 568	18 050	1,1	14 436	15 810	1,1	1 984	2 089	1,1	148	151	1,0
37. Bielefeld	56 515	92 184	1,6	54 487	88 214	1,6	2 015	3 951	2,0	13	19	1,5
38. Bottrop	825	836	1,0	808	819	1,0	17	17	1,0	—	—	—
39. Wesermünde	14 593	23 250	1,6	13 866	22 263	1,6	706	953	1,3	21	34	1,6
40. Liegnitz	28 117	33 246	1,2	27 626	32 629	1,2	486	612	1,3	5	5	1,0
41. Frankfurt a. O.	30 796	37 353	1,2	30 271	36 432	1,2	449	804	1,8	76	117	1,5
42. Elbing	23 507	30 746	1,3	22 041	27 990	1,3	1 441	2 706	1,9	25	50	2,0
43. Potsdam	9 037	.	.	8 703	.	.	320	.	.	14	.	.
44. Flensburg	28 026	41 035	1,5	23 868	34 071	1,4	4 148	6 949	1,7	10	15	1,5
45. Gladbeck	1 451	1 635	1,1	1 367	1 545	1,1	74	78	1,1	10	12	1,2
46. Brandenburg (Havel)	36 148	42 102	1,2	35 260	41 094	1,2	688	766	1,1	200	242	1,2
47. Trier	41 273	68 016	1,6	37 915	63 713	1,7	3 332	4 276	1,3	26	27	1,0
48. Koblenz	149 703	194 725	1,3	134 264	174 577	1,3	15 035	19 596	1,3	404	552	1,4
49. Hildesheim	30 413	59 858	2,0	23 743	.	.	2 162	.	.	4 508	.	.
50. Solingen	1 932	1 934	1,0	1 809	1 811	1,0	120	120	1,0	3	3	1,0
51. Sterkrade	540	976	1,8	528	923	1,7	12	53	4,4	—	—	—
52. Tilsit	14 028	27 297	1,9	12 333	21 999	1,8	1 566	5 064	3,2	129	234	1,8
53. Hamm i. Westf.	19 944	26 871	1,3	19 601	26 317	1,3	341	552	1,6	2	2	1,0
54. Cottbus	25 921	50 838	2,0	24 314	48 815	2,0	1 088	1 395	1,3	519	628	1,2
55. Halberstadt	34 579	42 496	1,2	32 568	39 820	1,2	1 447	1 857	1,3	564	819	1,5
56. Witten	2 930	4 883	1,7	2 820	4 676	1,7	109	206	1,9	1	1	1,0
57. Landsberg a. W.	19 436	28 791	1,5	18 880	27 710	1,5	556	1 081	1,9	—	—	—
58. Stolp	12 698	14 326	1,1	11 957	13 537	1,1	625	668	1,1	116	121	1,0
59. Ratibor	11 507	25 217	2,2	10 582	.	.	823	.	.	102	.	.
60. Stralsund	29 931	45 896	1,5	28 578	43 214	1,5	1 287	2 576	2,0	66	106	1,6
61. Hanau	15 424	20 664	1,3	14 563	19 479	1,3	842	1 166	1,4	19	19	1,0
62. Allenstein	30 322	47 803	1,6	29 224	46 060	1,6	1 095	1 740	1,6	3	3	1,0
63. Schneidemühl	15 302	29 437	1,9	14 570	26 747	1,8	558	2 361	4,2	174	329	1,9
64. Mühlhausen i. Th.	16 667	18 707	1,1	16 267	18 119	1,1	389	577	1,5	11	11	1,0
65. Forst (Lausitz)	17 653	28 232	1,6	16 797	26 623	1,6	836	1 563	1,9	20	46	2,3
66. Paderborn	17 313	22 866	1,3	16 048	20 921	1,3	1 264	1 944	1,5	1	1	1,0
67. Stendal	10 890	12 420	1,1	10 858	12 348	1,1	32	72	2,3	—	—	—
68. Naumburg a. S.	32 341	39 793	1,2	31 496	38 742	1,2	834	1 019	1,2	11	32	2,9
69. Köslin	9 743	11 908	1,2	9 498	11 499	1,2	240	403	1,7	5	6	1,2
70. Celle	8 175	8 292	1,0	7 985	8 102	1,0	189	189	1,0	1	1	1,0
71. Grünberg (Schles.)	10 836	13 288	1,2	10 475	12 537	1,2	361	751	2,1	—	—	—
72. Marburg a. d. Lahn	30 721	46 862	1,5	29 398	44 336	1,5	1 304	2 484	1,9	19	42	2,2
73. Goslar	.	57 293	.	.	55 106	.	.	2 187	.	—	—	—
74. Cleve	10 727	15 092	1,4	9 416	13 395	1,4	1 304	1 688	1,3	7	9	1,3
75. Wermelskirchen	3 528	4 435	1,3	3 412	4 268	1,3	116	167	1,4	—	—	—
76. Neustettin	5 677	6 306	1,1	5 651	6 263	1,1	26	43	1,7	—	—	—
77. Oranienburg	1 233	1 233	1,0	1 205	1 205	1,0	27	27	1,0	1	1	1,0
78. Neusalz a. O.	9 165	10 015	1,1	8 880	9 668	1,1	239	299	1,3	46	48	1,0
79. Lennep	1 479	1 479	1,0	1 431	1 431	1,0	46	46	1,0	2	2	1,0
80 Gottesberg	2 371	2 948	1,2	2 318	2 860	1,2	42	77	1,8	11	11	1,0
81. Andernach	5 482	6 145	1,1	5 247	5 820	1,1	235	325	1,4	—	—	—
82. Schwiebus	4 291	5 227	1,2	4 227	5 162	1,2	64	65	1,0	—	—	—
83. Strausberg	989	2 173	2,2	976	2 118	2,2	11	40	3,6	2	15	7,5
84. Nordhorn	6 275	9 939	1,6	6 132	9 622	1,6	142	316	2,2	1	1	1,0
85. Lübben	8 890	9 395	1,1	8 795	9 298	1,1	92	94	1,0	3	3	1,0
86. Neudamm	1 484	2 531	1,7	1 310	2 350	1,8	48	53	1,1	126	128	1,0
87. Höxter	10 645	12 812	1,2	10 589	12 754	1,2	56	58	1,0	—	—	—
88. Soldin	2 906	3 257	1,1	2 706	3 050	1,1	59	63	1,1	141	144	1,0
89. Steinbach-Hallenberg	659	1 281	1,9	649	1 170	1,8	10	111	11,1	—	—	—
90. Johannisburg	3 838	5 061	1,3	3 573	4 705	1,3	235	324	1,4	30	32	1,1
91. Hechingen	7 483	7 866	1,1	7 144	7 452	1,0	337	411	1,2	2	3	1,5
92. Schlochau	3 371	4 767	1,4	2 687	3 745	1,4	678	1 016	1,5	6	6	1,0
93. Preetz	1 334	1 726	1,3	1 308	1 695	1,3	26	31	1,2	—	—	—
94. Herzberg a. Harz[2]	7 325	19 712	2,7	7 248	18 967	2,6	77	745	9,7	—	—	—
95. Bernkastel-Cues	11 850	13 027	1,1	11 639	12 732	1,1	211	295	1,4	—	—	—
96. Belzig	5 419	5 840	1,1	5 385	5 806	1,1	33	33	1,0	1	1	1,0
97. Ottmachau	992	1 296	1,3	976	1 280	1,3	16	16	1,0	—	—	—
98. Weilburg	4 897	8 934	1,8	4 860	8 890	1,8	37	44	1,2	—	—	—
99. Gerdauen	5 825	8 417	1,4	5 782	8 238	1,4	43	179	4,2	—	—	—
100. Schmiedefeld (Kr. Schleus.)	1 966	6 654	3,4	1 950	6 533	3,4	16	121	7,6	—	—	—
101. Ehrenbreitstein	2 886	3 548	1,2	2 835	3 483	1,2	51	65	1,3	—	—	—
102. Treffurt	1 012	1 772	1,8	1 009	1 769	1,8	3	3	1,0	—	—	—
103. Vetschau	1 929	2 115	1,1	1 922	2 108	1,1	7	7	1,0	—	—	—
104. Dabringhausen	1 293	1 636	1,3	1 293	1 336	1,3	—	—	—	—	—	—
105. Kaub	10 784	14 694	1,4	10 570	14 438	1,4	210	252	1,2	4	4	1,0
106. Rhens[2]	589	600	1,0	547	558	1,0	42	42	1,0	—	—	—
107. Eckartsberga[2]	1 049	3 617	3,4	1 045	3 613	3,5	4	4	1,0	—	—	—
108. Balve[2]	866	2 419	2,8	863	2 367	2,7	3	52	17,3	—	—	—
109. Münstermaifeld[2]	1 146	3 830	3,3	1 139	3 823	3,4	7	7	1,0	—	—	—
110. Altenahr	21 031	24 664	1,2	20 390	23 887	1,2	641	777	1,2	—	—	—
111. Niederheimbach	1 224	2 327	1,9	1 208	2 309	1,9	16	18	1,1	—	—	—
112. Horka	796	818	1,0	774	795	1,0	21	22	1,0	1	1	1,0
113. Lagow[2]	4 421	16 605	3,8	4 418	16 557	3,7	3	48	16,0	—	—	—
114. Kapellen-Stolzenfels[2]	1 430	1 609	1,1	1 215	1 381	1,1	215	228	1,1	—	—	—
115. Beuron	10 519	25 774	2,5	10 191	24 917	2,4	328	857	2,6	—	—	—

[1]) Vergl. die Anmerkung auf Seite 133. — [2]) Die Zahlen beziehen sich nur auf das Sommerhalbjahr 1928.

Die gewerblichen Unternehmungen in Preußen und ihre Rechtsform.

(Ergebnisse der gewerbl. Betriebszählung vom 16. 6. 1925.)

I.

Die allgemeinen Grundlagen der Aufbereitung. Starke Integration in der Montanindustrie.

Die gewerblichen Betriebe sind in der Zählung von 1925 nach 3 Betriebseinheiten aufbereitet worden: der örtlichen, der technischen und der Wirtschaftseinheit. Der Aufbereitung nach örtlichen Einheiten (Niederlassungen) lagen räumliche Gesichtspunkte zugrunde. Als Niederlassung wurde jede örtlich in sich abgeschlossene Betriebsstätte gezählt, ob sie nun ein Spezialbetrieb oder ein zu mehreren Branchen gehörender Betrieb war. Da Betriebe dieser letzten Art heute im Wirtschaftsleben sehr häufig vorkommen[1]), erscheinen bei der Aufbereitung des Zählmaterials nach örtlichen Einheiten einige Gewerbezweige zu stark, andere zu schwach besetzt. Dem Mangel ist durch die Aufbereitung des Zählmaterials nach technischen Betriebseinheiten abgeholfen worden. Hierbei wurden bei entsprechender Aufteilung des gesamten Personals alle örtlichen, aus mehreren Teilbetrieben bestehenden Betriebsstätten so oft gezählt, als sie Teilbetriebe hatten. Die dritte Zähleinheit, mit der wir uns im folgenden besonders zu beschäftigen haben, ist die wirtschaftlich einheitlich betriebene, nach außen hin selbständige Unternehmung, oder wie sie in der Terminologie der gewerblichen Betriebsstatistik heißt: die Wirtschaftseinheit. Die Unternehmung (Wirtschaftseinheit) braucht sich nicht immer mit dem juristischen Begriff „Firma" zu decken. Das zähltechnische Kriterium für die Wirtschaftseinheit ist der Name, unter dem die gewerblichen Niederlassungen betrieben werden. Die Wirtschaftseinheit ist mit der Niederlassung identisch, wenn die Unternehmung nur eine (örtlich in sich abgeschlossene) Betriebsstätte unterhält. Der weitaus größte Teil aller gewerblichen Niederlassungen ist örtliche und Wirtschaftseinheit zugleich. Gehören jedoch mehrere Niederlassungen (Zweigwerke, Zweiggeschäfte, Verkaufsfilialen, Heimarbeiterbetriebe usw.) zu einer Unternehmung, so sind sie zu neuen Einheiten, den Wirtschaftseinheiten im engeren Sinne, zusammengestellt worden. Die Wirtschaftseinheit ist also statistisch-technisch eine Zwischenstufe zwischen der örtlichen Einheit und dem Konzern. Die Aufbereitung der gewerblichen Betriebszählung nach Wirtschaftseinheiten soll zeigen, in welchem Umfange die gewerbliche Konzentration über die standortsmäßig gebundenen Niederlassungen hinausgreift, und inwieweit die Spezialbetriebe von der Integrationstendenz erfaßt und zu „All"-Firmen zusammengeschweißt werden. Vielfach sind die Wirtschaftseinheiten mit mehreren Niederlassungen auch dadurch entstanden, daß die standortsmäßig gebundenen Produktionsbetriebe die Verbindung mit den Bevölkerungszentren durch technische Büros, Werkhandelsgeschäfte und Verkaufsfilialen — oftmals auf Kosten der freien selbständigen Vermittler — hergestellt haben.

In Preußen sind 1925 1 941 298 gewerbliche Niederlassungen gezählt worden. Davon sind rund 86 v. H. (1 671 404 Niederlassungen) örtliche und Wirtschaftseinheit zugleich. In ihnen sind 6 229 255 Personen beschäftigt gewesen, d. s. bei 11 098 604 betriebsgebundenen Erwerbstätigen insgesamt rund 56 v. H. Die durchschnittliche Größe dieser Wirtschaftseinheiten beträgt nicht ganz 4 Personen. Es sind demnach in der Hauptsache Kleinbetriebe.

Von den Wirtschaftseinheiten mit mehreren Niederlassungen befanden sich in Preußen 36 730 Hauptniederlassungen mit 1 909 239 Personen (durchschnittliche Betriebsgröße 52 Personen) und 94 809 Zweigniederlassungen mit 2 759 918 Personen (durchschnittliche Betriebsgröße 29 Personen).

[1]) In Preußen waren 1925 annähernd 3 Millionen der betriebsgebundenen Erwerbstätigen (bei rd. 11,1 Mill. in den Gewerbebetrieben Beschäftigten überhaupt) in solchen räumlich in sich abgeschlossenen Betriebsstätten tätig, die ihrem sachlichen Inhalt nach zu mehreren Gewerbezweigen gezählt werden konnten, bezw. nur z. T. zu dem Gewerbezweig, in dem sie gezählt worden sind, z. T. zu anderen, beispielsweise zum Maschinenbau und zur Elektrotechnik, gehörten.

Eine besondere Kategorie unter den Wirtschaftseinheiten mit mehreren Niederlassungen bilden die Verlegerbetriebe, die mit Heimarbeitern und Zwischenmeistern arbeiten. Die Heimarbeiter- und Zwischenmeisterbetriebe können als dezentralisierte Produktionsbetriebe der Verlegerfirmen angesehen werden. Sie bilden aber auch durch ihre formale Selbständigkeit zusammen mit den Verlegerbetrieben (in Preußen vornehmlich Konfektionsbetriebe und Konfektionsgroßhandelsbetriebe) Wirtschaftseinheiten besonderer Art. Darum sind sie in die Übersicht 1 nicht mitaufgenommen. Es sind in Preußen 138 355 Hausgewerbe- und Zwischenmeisterbetriebe mit 200 192 beschäftigten Personen gezählt worden. Davon kamen 67,5 v. H. der Betriebe (93 466) und 69,6 v. H. der Personen (139 278) auf die Bekleidungsindustrie und 11,3 v. H. der Betriebe (15 631) und 10,4 v. H. der Personen (20 831) auf die Textilindustrie, insbesondere auf die Zweige, die (wie Herstellung von Posamenten, Spitzen- und Tüllweberei, Häkelei und Stickerei) die Übergangsstufe der Textilindustrie zum Bekleidungsgewerbe darstellen.

Zum Verständnis der in der Übersicht 1 dargestellten Unternehmungen in Preußen sind einige aus den allgemeinen Aufbereitungsgrundsätzen sich ergebende Erklärungen erforderlich. In der Spalte 1 sind die gewerblichen Niederlassungen und in der Spalte 2 die darin beschäftigten Personen aufgeführt, d. h. in beiden Spalten die örtlichen Betriebsstätten ohne Rücksicht auf ihre Verbundenheit durch die Firma. In den Spalten 3 und 4 sind die Unternehmungen und ihr Personal gezählt. Die Differenzen in der Gesamtsumme zwischen den Spalten 1 und 3, 2 und 4 haben mehrere Ursachen. Zunächst werden alle örtlichen Betriebsstätten der Spalte 1, die derselben Firma gehören, in der Spalte 3 zusammen als eine Einheit geführt. Sodann sind 6 463 preußische Niederlassungen mit 170 996 Personen als Zweigniederlassungen nichtpreußischer Wirtschaftseinheiten in den Spalten 3 und 4 nicht gezählt worden, dafür mußten aber 20 232 nichtpreußische Niederlassungen mit 604 900 Personen (davon entfallen allein auf Reichspost 7 112 Niederlassungen mit 133 347 Personen und Reichsbahn 5 209 Niederlassungen mit 269 627 Personen) als Zweigniederlassungen preußischer Wirtschaftseinheiten in die Spalten 3 und 4 mitaufgenommen werden. Ferner ist aus den weiter oben genannten Gründen eine Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in die Spalten 3, 4 (und ferner auch 7, 8) verzichtet worden. Bei den Differenzen zwischen den Spalten 1 und 3, 2 und 4 in den Gewerbeabteilungen und Gewerbegruppen kommt des weiteren noch hinzu, daß die Wirtschaftseinheit nach dem zahlenmäßig am meisten hervortretenden Bestandteil der ganzen Firma in die Gewerbesystematik eingeordnet worden ist. Die Handelsniederlassungen von Großeisenwerken sind in der Großeisenindustrie, Lokomotivfabriken elektrotechnischer Unternehmungen in der Elektrotechnik, die Eisenwerke, Hochöfen der Montangesellschaften in der Gewerbegruppe „Mit Bergbau kombinierte Werke" gezählt worden usw.

Diese letztgenannten wechselseitigen Verbindungen der Gewerbegruppen untereinander verändern nur durch die Salden das Zahlenbild, sind tatsächlich also nicht kenntlich gemacht worden. Man kann auf Grund eines Vergleichs der Personalbesetzung der nach örtlichen und nach Wirtschaftseinheiten ausgezählten Gewerbegruppen nur folgern, daß (vergl. Übersicht 1, Spalten 2 und 4) wohl ein Drittel der bergbaulichen Förderung in Preußen, etwa die Hälfte der preußischen Eisen- und Metallgewinnung, auch ein Teil der Erzeugnisse der mit der Eisen- und Metallgewinnung kombinierten Fertigindustrie und schließlich selbst etwas von der reinen Eisen- und Stahlproduktion und vom Maschinenbau von solchen Firmen auf den Markt gebracht wird, die Kohlengruben und Eisenwerke betreiben und darüber hinaus in die Fertigindustrie eingedrungen sind. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftseinheit mußten sie daher in der Gewerbegruppe III A (mit Bergbau kombinierte

(Übersicht 1)

Gewerbeabteilungen Gewerbegruppen	Gewerbliche Niederlassungen (örtliche Einheiten) Zahl	Gewerbliche Niederlassungen (örtliche Einheiten) Personen	Gewerbliche Unternehmungen (Wirtschaftseinheiten) überhaupt Zahl	überhaupt Personen [1]	davon: Selbständige Einzelniederlassungen Zahl	Selbständige Einzelniederlassungen Personen	Unternehmungen mit mehreren Niederlassungen Zahl	Unternehmungen mit mehreren Niederlassungen Personen [1]	Zweigniederlassungen	Hausgewerbebetriebe	Von den Zweigniederlassungen (Spalte 10) befinden sich außerhalb Preußens Zahl	Personen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Gewerbe überhaupt. Gesamtsumme . . .	**1 941 298**	**11 098 604**	**1 708 101**	**11 324 654**	**1 671 404**	**6 229 255**	**36 697**	**5 095 399**	**108 002**	**132 759**	**20 232**	604 90[illegible]
Gewerbeabteilungen.												
A. Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht und Hochseefischerei	9 079	34 132	8 933	33 923	8 765	30 385	168	3 538	208	16	6	10
B. Industrie einschl. Bergbau und Baugewerbe	981 689	7 432 271	830 658	7 342 551	809 923	4 072 644	20 735	3 269 907	29 837	124 279	3 040	143 909
C. Handel und Verkehr einschl. Gast- und Schankwirtschaft	893 688	3 328 919	814 118	3 644 444	799 321	1 898 462	14 797	1 745 982	75 386	8 463	17 049	458 902
D. Theater, Musik- und Schaustellungsgewerbe und gewerbl. betriebener Unterricht	8 919	63 943	8 418	66 167	8 203	46 592	215	19 575	575		85	1 646
E. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	47 923	239 339	45 974	237 569	45 192	181 172	782	56 397	1 996	1	52	43[illegible]
Gewerbegruppen.												
I. Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht	8 697	29 146	8 557	29 065	8 394	26 144	163	2 921	202	16	5	[illegible]
II. Hochseefischerei	382	4 986	376	4 858	371	4 241	5	617	6		1	1
III. Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	2 062	611 474	1 313	382 826	1 148	50 841	165	331 985	649		44	6 01[illegible]
III A. Mit Bergbau kombinierte Werke	77	118 917	77	573 608	22	13 259	55	560 349	877		41	10 7[illegible]
IV. Industrie der Steine u. Erden	16 182	380 802	14 019	370 473	12 914	205 685	1 105	164 788	2 075	42	196	14 2[illegible]
V. Eisen- und Metallgewinnung	2 100	240 288	1 757	115 694	1 614	63 128	143	52 566	269	14	42	2 7[illegible]
V A. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	451	293 627	442	255 247	278	62 130	164	193 117	436	351	52	2 2[illegible]
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl und Metallwaren	85 939	482 022	74 791	451 264	73 559	382 461	1 232	68 803	847	7 879	91	1 3[illegible]
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau.	24 258	659 936	23 078	630 975	22 046	323 048	1 032	307 927	2 245	38	511	24 3[illegible]
VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik . .	25 886	375 259	23 954	411 467	23 214	140 862	740	270 605	1 511	313	267	21 8[illegible]
IX. Chemische Industrie.	4 218	188 269	3 812	194 934	3 322	47 925	490	147 009	1 002	553	218	8 9[illegible]
X. Textilindustrie	27 238	488 369	11 040	473 213	9 516	218 053	1 524	255 160	1 128	21 941	114	11 1[illegible]
XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	18 488	296 757	16 422	298 445	15 695	184 632	727	113 813	1 251	1 005	132	3 0[illegible]
XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie	17 544	79 345	16 547	78 857	16 188	59 179	359	19 678	237	724	27	1 4[illegible]
XIII. Kautschukindustrie u. Asbestindustrie	824	48 040	567	49 170	516	8 431	51	40 739	186	159	71	2 1[illegible]
XIV. Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	109 381	499 567	104 190	488 066	102 859	407 342	1 331	80 724	1 718	1 476	142	2 2[illegible]
XV. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	2 369	27 992	1 909	28 414	1 747	13 413	162	15 001	170	375	15	6[illegible]
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	160 955	771 115	149 302	764 970	144 900	552 732	4 402	212 238	8 366	7 908	581	9 8[illegible]
XVII. Bekleidungsgewerbe	350 569	830 244	257 325	713 227	251 908	537 222	5 417	176 005	3 186	81 493	225	3 9[illegible]
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	125 536	949 590	124 169	952 697	123 084	790 361	1 085	162 336	1 647	8	200	15 9[illegible]
XIX. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	7 612	90 658	5 944	109 004	5 393	11 940	551	97 064	2 037		71	1 1[illegible]
XX. Handelsgewerbe	676 948	1 935 244	620 779	1 829 462	607 486	1 385 248	13 293	444 214	39 149	8 463	3 919	45 0[illegible]
XXI. Versicherungswesen	11 594	64 219	9 953	71 316	9 558	29 586	395	41 730	1 882		367	4 9[illegible]
XXII. Verkehrswesen	57 405	919 990	39 259	1 334 570	38 759	102 538	500	1 232 032	31 183		12 680	406 5[illegible]
XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	147 741	409 466	144 127	409 096	143 518	381 090	609	28 006	3 172		83	2 3[illegible]
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe. . . .	6 080	49 754	5 761	52 898	5 600	36 813	161	16 085	408		73	1 5[illegible]
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	2 839	14 189	2 657	13 269	2 603	9 779	54	3 490	167		12	1[illegible]
XXVI. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	47 923	239 339	45 974	237 569	45 192	181 172	782	56 397	1 996	1	52	4[illegible]

[1]) Ohne die in Hausgewerbebetrieben beschäftigten Personen.

Werke) gezählt werden. Weiter kann man folgern, daß die elektrotechnische Industrie, die von Großfirmen mit einem ausgedehnten Netz technischer Büros und Verkaufsgeschäfte beherrscht wird, unter dem Gesichtspunkt der „Wirtschaftseinheit" Zuwachs aus dem Handel bekommen hat, außerdem auch durch Maschinenbauniederlassungen verstärkt worden ist. Ferner ist die bei einem solchen Vergleich hervortretende Abnahme der Gewerbegruppe IV (Industrie der Steine und Erden) auf die (im Verhältnis zur Stärke dieses Industriezweiges geringe) Verbundenheit mit dem Bergbau und dem Baugewerbe zurückzuführen. Bei der Textilindustrie, beim Bekleidungsgewerbe und beim Holz- und Schnitzstoffgewerbe fehlen die Hausgewerbetreibenden. Ebenso macht sich beim Nahrungs- und Genußmittelgewerbe das Fehlen der als Heimarbeiter beschäftigten Zigarrenmacher bemerkbar. Die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgungsunternehmungen führen vielfach die Installationsarbeiten selbst aus. Sie haben dann ein ganzes Netz



von Installationsbetrieben in ihrem Versorgungsbereich. Um das Personal dieser Niederlassungen wird bei einer Auszählung nach Wirtschaftseinheiten die Gewerbegruppe XIX stärker und die Gewerbegruppe VI weniger stark besetzt sein als bei einer Auszählung nach örtlichen Einheiten. Beim Handelsgewerbe treten die Abgänge hervor, die durch die sich über fast alle Großhandelszweige erstreckende Gebundenheit an die produzierende Industrie entstehen. Der weitaus stärkste Abgang dieser Gewerbegruppe beruht jedoch darauf, daß als örtliche Einheiten in ihr 2 168 gewerbliche Verwaltungsbetriebe (Zentralverwaltungen) mit 54 087 Personen (davon allein in Berlin 774 Verwaltungsbetriebe mit 24 271 Personen) gezählt wurden. Sie sind bei der Aufbereitung nach Wirtschaftseinheiten fast restlos (bis auf 2 625 Personen) zur Industrie gekommen.

Mit diesen Integrationserscheinungen der Gewerbegruppen untereinander kreuzen sich die regionalen Verflechtungserscheinungen, d. h. solche, die durch die Firmenverbundenheit der preußischen und der nichtpreußischen Niederlassungen entstehen. Teilweise handelt es sich um dieselben, die voraufgehend genannt worden sind, nur mit dem Unterschied, daß sie sich außerdem über die preußischen Grenzen erstrecken. Teilweise sind es aber innerhalb derselben Gewerbegruppen bleibende, rein regionale Verflechtungen. Aus dem Einfluß dieser letzten Art der regionalen Verflechtung auf Reichsbahn und Reichspost (Gewerbegruppe XXII) ist bereits aufmerksam gemacht worden. Im übrigen ist zur Frage der regionalen Verflechtungserscheinungen auf die Spalten 11 und 12 der Übersicht 1 zu verweisen.

Durch die Art der tabellarischen Aufbereitung gewährt die Auszählung nach Wirtschaftseinheiten im wesentlichen nur einen genaueren Einblick in die Betriebskonzentration. Man kann einmal feststellen, in welchem Umfange im Gewerbe die Unternehmungen mit mehreren Niederlassungen an die Stelle der selbständigen Einzelniederlassungen getreten sind.

Vom Gesamtpersonal entfallen auf:

Gewerbeabteilungen Gewerbegruppen	selbständige Einzelniederlassungen	Unternehmungen mit mehreren Niederlassungen
1	2	3
Gesamtsumme	55,0	45,0
Gewerbeabteilungen [1])		
A. Gärtnerei	89,6	10,4
B. Industrie	55,5	44,5
C. Handel und Verkehr	52,1	47,9
D. Schaustellungsgewerbe	70,4	29,6
E. Gesundheitswesen	76,3	23,7
Gewerbegruppen [1])		
I. Gärtnerei	90,0	10,0
II. Hochseefischerei	87,3	12,7
III. Bergbau	13,3	86,7
III A. Kombinierter Bergbau	2,3	97,7
IV. Industrie der Steine und Erden	55,5	44,5
V. Eisen- und Metallgewinnung	54,6	45,4
V A. Kombinierte Eisen- u. Metallgewinnung	24,3	75,7
VI. Eisen- und Metallwarenherstellung	84,7	15,3
VII. Maschinenbau	51,2	48,8
VIII. Elektrotechnik, Optik	34,2	65,8
IX. Chemische Industrie	24,6	75,4
X. Textilindustrie	46,1	53,9
XI. Papierindustrie	61,9	38,1
XII. Lederindustrie	75,0	25,0
XIII. Kautschukindustrie	17,1	82,9
XIV. Holzgewerbe	83,5	16,5
XV. Musikinstrumentenindustrie	47,2	52,8
XVI. Nahrungsmittelgewerbe	72,3	27,7
XVII. Bekleidungsgewerbe	75,3	24,7
XVIII. Baugewerbe	83,0	17,0
XIX. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung	11,0	89,0
XX. Handelsgewerbe	75,7	24,3
XXI. Versicherungswesen	41,5	58,5
XXII. Verkehrswesen	7,7	92,3
XXIII. Schankwirtschaftsgewerbe	93,2	6,8
XXIV. Schaustellungsgewerbe	69,6	30,4
XXV. Gewerblicher Unterricht	73,7	26,3
XXVI. Gesundheitswesen	76,3	23,7

[1]) Genaue Benennung der Abteilungen und Gruppen siehe Übersicht 1.

Zum anderen sieht man, welche Veränderungen der „Betriebs"größen durch die Auszählung der Unternehmungen eintreten. Man vergleiche beispielsweise nur die mit Bergbau kombinierten Werke, diese einmal nach örtlichen Einheiten und dann nach Wirtschaftseinheiten ausgezählt, miteinander. Unter dem Gesichtspunkt der örtlichen Einheiten beträgt die durchschnittliche Betriebsgröße 1 544 Personen. Die durchschnittliche Größe der Wirtschaftseinheiten beläuft sich auf 7 450 Personen, darunter diejenige der Wirtschaftseinheiten mit mehreren Niederlassungen auf 10 188 Personen (vergl. Gewerbegruppe III A, Spalten 1, 2; 3, 4 und 7, 8). Außerdem wird durch einen solchen Vergleich aber auch deutlich, daß verschiedene Gewerbezweige (Modeindustrie [Bekleidung, Möbel] und die zum größten Teil im unmittelbaren Dienst der Konsumenten stehenden Gewerbezweige [Schmiede, Schlosser, Klempner usw.]) von den Zusammenschlußtendenzen der gewerblichen Wirtschaft kaum erfaßt werden.

II.

Der Anteil der öffentlichen Hand an der gewerblichen Wirtschaft weniger als 5 v. H. Ein starker Einfluß nur bei den Versorgungsunternehmungen.

Der erste Teil dieses Aufsatzes unterrichtet über die allgemeinen Aufbereitungsgrundlagen der gewerblichen Betriebszählung nach Wirtschaftseinheiten. Diese Art der Aufbereitung des Zählmaterials wird dadurch besonders wertvoll, daß sie zahlenmäßige Aufschlüsse über den Anteil der einzelnen Unternehmungsformen am Gewerbeleben gibt. Darüber ist im folgenden zu berichten.

Von den in Preußen gezählten 1 708 101 gewerblichen Unternehmungen mit 11 324 654 Personen wurden 1 695 991 Unternehmungen mit 9 830 542 Personen, also rund 99,3 v. H. aller Unternehmungen mit 86,8 v. H. aller Personen, von Firmen des privaten Rechts betrieben. 0,7 v. H. der Unternehmungen (12 110) mit 13,2 v. H. der Personen (1 494 112) waren Unternehmungen öffentlicher Körperschaften. Von diesen kamen 3,3 v. H. (399) mit 77,5 v. H. der Personen (1 157 623) auf das Verkehrswesen, darunter der weitaus überwiegende Teil der Personen auf die Reichsbahn (755 541) und die Reichspost (353 614). Weitere 20,7 v. H. der öffentlich-rechtlichen Unternehmungen (2 509) und 6,5 v. H. der in diesen beschäftigten Personen (97 399) entfielen auf die Gewerbegruppe „Gesundheitswesen" (XXVI), darunter die Mehrzahl auf die Krankenhäuser.

Unter den privatrechtlichen Unternehmungen sind 717 mit 226 215 Personen, d. h. 0,04 v. H. aller Unternehmungen und 2,0 v. H. der in den Unternehmungen beschäftigten Personen in der Form gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen geführt worden. Beinahe die Hälfte der letztgenannten (355 Unternehmungen mit 101 996 Personen) waren Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgungsunternehmungen (146 mit 51 992 Personen) und Verkehrsgesellschaften (209 mit 50 004 Personen). Bei den gemischtwirtschaftlichen Verkehrsgesellschaften handelt es sich hauptsächlich um Privatbahn-Unternehmungen (168 mit 42 998 Personen). Bei 69,7 v. H. (500) mit 82,6 v. H. des Personals (186 784) der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen befand sich mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals in der öffentlichen Hand.

Selbst wenn man alle öffentlich-rechtlichen und alle gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen den privatrechtlichen Unternehmungen gegenüberstellt, kommt man für Preußen nur zu einem Anteil der öffentlichen Hand am gesamten „Gewerbe" von 0,8 v. H. der Unternehmungen und von 15,2 v. H. des Personals, unter Abzug der Reichspost und der Reichsbahn gar nur auf einen Anteil am Gesamtpersonal von 5,4 v. H. Auch unter letzteren befinden sich noch zahlreiche Betriebe (Krankenhäuser, Provinzial- und Kreisbauverwaltungen, städtische Bauämter usw.), bei denen die Frage, ob sie überhaupt in eine Gewerbezählung gehören, noch durchaus nicht als allgemeingültig geklärt gelten kann.

(Übersicht 2)

Gewerbeabteilungen / Gewerbegruppen	Gewerbliche Unternehmungen		davon: privatrechtliche Unternehmungen in privater Hand				in gemischtwirtschaftl. Form				Unternehmungen öffentlicher Körperschaften			
	Zahl	Personen	Zahl	v. H.	Personen	v. H.	Zahl	v. H.	Personen	v. H.	Zahl	v. H.	Personen	v. H.
1	2	3	4		5		6		7		8		9	
Gewerbe überhaupt.														
Gesamtsumme . . .	**1 708 101**	**11 324 654**	**1 695 274**	**99,3**	**9 604 327**	**84,8**	**717**	**0,0**	**226 215**	**2,0**	**12 110**	**0,7**	**1 494 112**	**13,2**
Gewerbeabteilungen.														
A. Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei und Tierzucht und Hochseefischerei . . .	8 933	33 923	8 782	98,3	29 217	86,1	4	0,1	24	0,0	147	1,6	4 682	13,9
B. Industrie einschl. Bergbau und Baugewerbe	830 658	7 342 551	826 553	99,5	7 035 620	95,8	266	0,0	162 666	2,2	3 839	0,5	144 265	2,0
C. Handel und Verkehr einschl. Gast- und Schankwirtschaft	814 118	3 644 444	808 180	99,3	2 344 870	64,3	413	0,0	60 758	1,7	5 525	0,7	1 238 816	34,0
D. Theater-, Musik- u. Schaustellungsgewerbe und gewerblich betriebener Unterricht	8 418	66 167	8 312	98,7	55 452	83,8	16	0,2	1 765	2,7	90	1,1	8 950	13,5
E. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	45 974	237 569	43 447	94,5	139 168	58,6	18	0,0	1 002	0,4	2 509	5,5	97 399	41,0
Gewerbegruppen.														
I. Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei und Tierzucht.	8 557	29 065	8 407	98,3	24 362	83,8	3	0,0	21	0,1	147	1,7	4 682	16,1
II. Hochseefischerei.	376	4 858	375	99,7	4 855	99,9	1	0,3	3	0,0	—	—	—	—
III. Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	1 313	382 826	1 291	98,3	331 906	86,7	9	0,6	38 298	10,0	13	1,1	12 622	3,3
III A. Mit Bergbau kombinierte Werke .	77	573 608	74	96,1	535 514	93,4	3	3,9	38 094	6,6	—	—	—	—
IV. Industrie der Steine und Erden	14 019	370 473	13 803	98,5	360 537	97,3	39	0,3	6 341	1,7	177	1,2	3 595	1,0
V. Eisen- und Metallgewinnung . .	1 757	115 694	1 749	99,6	112 777	97,5	4	0,2	2 780	2,4	4	0,2	137	0,1
V A. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	442	255 247	440	99,6	234 111	91,7	1	0,2	12 377	4,9	1	0,2	8 759	3,4
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	74 791	451 264	74 739	99,9	450 699	99,9	1	0,0	40	0,0	51	0,1	525	0,1
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	23 078	630 975	23 057	99,9	625 352	99,1	4	0,0	2 658	0,4	17	0,1	2 965	0,5
VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	23 954	411 467	23 940	99,9	409 718	99,6	8	0,0	1 666	0,4	6	0,0	83	0,0
IX. Chemische Industrie	3 812	194 934	3 804	99,8	191 575	98,3	1	0,0	3 178	1,6	7	0,2	181	0,1
X. Textilindustrie.	11 040	473 213	11 007	99,7	471 611	99,7	1	0,0	227	0,0	32	0,3	1 375	0,3
XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	16 422	298 445	16 344	99,5	292 504	98,0	3	0,0	123	0,0	75	0,5	5 818	2,0
XII. Lederindustrie u. Linoleumindustrie	16 547	78 857	16 542	99,9	78 793	99,9	—	—	—	—	5	0,0	64	0,1
XIII. Kautschukindustrie u. Asbestindustrie	567	49 170	567	100,0	49 170	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	104 190	488 066	104 047	99,9	483 624	99,1	7	0,0	903	0,2	136	0,1	3 539	0,7
XV. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	1 909	28 414	1 909	100,0	28 414	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—
XVI. Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	149 302	764 970	148 792	99,7	755 908	98,8	14	0,0	569	0,1	496	0,3	8 493	1,1
XVII. Bekleidungsgewerbe	257 325	713 227	257 213	99,9	708 272	99,3	—	—	—	—	112	0,1	4 955	0,7
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	124 169	952 697	123 073	99,1	903 285	94,8	25	0,0	3 420	0,4	1 071	0,9	45 992	4,8
XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung . . .	5 944	109 004	4 162	70,0	11 850	10,9	146	2,5	51 992	47,7	1 636	27,5	45 162	41,4
XX. Handelsgewerbe	620 779	1 829 462	617 960	99,6	1 773 875	97,0	195	0,0	6 856	0,3	2 624	0,4	48 731	2,7
XXI. Versicherungswesen	9 953	71 316	7 852	78,9	41 845	58,7	4	0,0	44	0,0	2 097	21,1	29 427	41,3
XXII. Verkehrswesen	39 259	1 334 570	38 651	98,5	126 943	9,5	209	0,5	50 004	3,8	399	1,0	1 157 623	86,7
XXIII. Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	144 127	409 096	143 717	99,7	402 207	98,3	5	0,0	3 854	1,0	405	0,3	3 035	0,7
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- u. Schaustellungsgewerbe.	5 761	52 898	5 663	98,3	42 304	80,0	16	0,3	1 765	3,3	82	1,4	8 829	16,7
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	2 657	13 269	2 649	99,7	13 148	99,1	—	—	—	—	8	0,3	121	0,9
XXVI. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	45 974	237 569	43 447	94,5	139 168	58,6	18	0,0	1 002	0,4	2 509	5,5	97 399	41,0

Die privatrechtlichen Unternehmungen sind nach 12 Unternehmungsformen gruppiert worden. Davon entfielen auf Wirtschaftseinheiten, die betrieben wurden

von	Unternehmungen überhaupt	v. H.	Personen überhaupt	v. H.
Einzelinhabern	1 552 304	91,5	4 362 012	44,4
Mehreren Inhabern	45 948	2,7	294 908	3,0
Nichteingetr. Genossenschaften .	436	0,03	2 138	0,0
Eingetragenen Vereinen	1 972	0,1	28 132	0,3
Eingetragenen Genossenschaften.	20 256	1,2	81 293	0,8
Offenen Handelsgesellschaften . .	38 093	2,3	1 125 607	11,4
Kommanditgesellschaften	3 932	0,2	280 709	2,9
Aktiengesellschaften	6 783	0,4	2 349 065	23,9
Kommanditgesellschaften a. A. .	86	0,01	21 806	0,2
Gesellschaften m. b. H.	25 240	1,5	1 051 714	10,7
Bergrechtlichen Gewerkschaften .	291	0,02	202 336	2,1
Anderen wirtschaftl. Vereinen .	482	0,04	24 252	0,3
Summe . . .	**1 695 991**	**100,0**	**9 830 542**	**100,0**

Die von Einzelinhabern geleiteten Unternehmungen, die der Zahl der Unternehmungen und der darin beschäftigten Personen nach am häufigsten vorkommende Unternehmungsform, sind vornehmlich Firmen kleineren Umfanges. Ihr Hauptkontingent entfällt auf den Handel (553 154 Unternehmungen, d. i. 35,6 v. H., mit 1 080 021 Personen, d. i. 24,8 v. H.). Sie beschäftigten außer im Handel noch mehr als 100 000 Personen im Baugewerbe (605 984 Personen, d. i. 14,1 v. H.), im Bekleidungsgewerbe (506 365 Personen, d. i. 11,6 v. H.), im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (467 805 Personen, d. i. 10,7 v. H.), im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe (352 318 Personen, d. i. 8,8 v. H.), im Holz- und Schnitzstoffgewerbe (306 629 Personen, d. i. 7,0 v. H.), in der Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren, in der Hauptsache Schmiede, Klempner, Installateure usw., (241 527 Personen, d. i. 5,5 v. H.), im Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau (124 816 Personen, d. i. 2,9 v. H.) und in der Industrie

der Steine und Erden (108 675 Personen, d. s. 2,5 v. H.). Rund 88 v. H. des Personals der von Einzelinhabern geleiteten Unternehmungen entfallen also auf solche Gewerbegruppen, die in beträchtlichem Maße vom Kleingewerbe durchsetzt sind.

Die Aktiengesellschaft, die der Personalbesetzung nach zweitstärkste Unternehmungsform, ist vorwiegend die Unternehmungsform der Großindustrie. Daher tritt sie auch im Bergbau (hier [Gewerbegruppen III und III A] bei einer Personalbesetzung von 714 855 Personen selbst mehr als vier mal so stark wie die Bergrechtlichen Gewerkschaften [mit 170 000 Personen]) in der Eisen- und Metallgewinnung, im Maschinenbau und in der Elektroindustrie besonders hervor. Es sind 1925 in Preußen gezählt worden:

in der Gewerbegruppe	Aktiengesellschaften	v. H. der privatrechtlichen Unternehmungen der Gewerbegruppe (Spalten 3, 5 der Übersicht 2)	mit Personen	v. H. der in den privatrechtlichen Unternehmungen der Gewerbegruppe beschäftigten Personen (Spalten 4, 6 der Übersicht 2)
I. Gärtnerei, Tierzucht	6	0,1	367	1,5
II. Hochseefischerei	14	3,7	2 718	55,9
III. Bergbau, Salinen Torfgräberei	92	7,1	201 404	54,4
III A. Mit Bergbau kombinierte Werke	48	62,3	513 451	89,5
IV. Industrie d. Steine u. Erden	331	2,4	95 460	26,0
V. Eisen- u. Metallgewinnung	118	6,7	50 039	43,3
V A. Mit V kombinierte Werke	116	26,3	133 195	54,0
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	198	0,3	31 694	7,0
VII. Maschinen- Apparate- und Fahrzeugbau	485	2,1	266 742	42,5
VIII. Elektrotechnik, Optik	199	0,8	188 530	45,8
IX. Chemische Industrie	327	0,6	106 125	54,5
X. Textilindustrie	326	3,0	153 721	32,6
XI. Papierindustrie	197	1,2	97 018	33,2
XII. Lederindustrie	75	0,5	12 345	15,7
XIII. Kautschukindustrie	30	5,8	38 582	78,5
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	208	0,2	27 524	5,7
XV. Musikinstrumenten-, Spielwarenindustrie	38	2,0	8 632	13,4
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	699	0,5	92 893	12,3
XVII. Bekleidungsgewerbe	179	0,1	37 555	5,3
XVIII. Baugewerbe	138	0,1	66 274	7,3
XIX. Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-Versorgung	96	2,2	43 875	68,7
XX. Handelsgewerbe	2 154	0,3	121 247	6,8
XXI. Versicherungswesen	254	3,2	21 550	51,4
XXII. Verkehrswesen	274	0,7	52 361	29,6
XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	86	0,1	14 281	3,5
XXIV. Theater- usw. Gewerbe	63	1,1	8 490	9,3
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	3	0,1	104	0,8
XXVI. Gesundheitswesen	29	0,1	2 888	2,1

Die Unternehmungen, die in der Form der offenen Handelsgesellschaft und der Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrieben werden, sind fast gleich stark mit Personal besetzt. Der Personalstärke nach stehen sie an der dritten und vierten Stelle der 12 Unternehmungsformen der gewerblichen Betriebszählung. Im Verhältnis zu den übrigen Rechtsformen verteilen sie sich ziemlich gleichmäßig über alle Gewerbegruppen.

Unter den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen ragen die am Gesamtpersonal aller privatrechtlichen Unternehmungen mit 0,8 v. H. beteiligten eingetragenen Genossenschaften hervor. Von den 20 256 eingetragenen Genossenschaften mit 81 293 Personen entfallen auf

den Handel . . . . . 14 040 = 69,3 v. H. mit 57 319 Pers. = 70,5 v. H.
das Nahrungs- u. Genußmittel-Gewerbe 1 929 = 9,5 v. H. „ 12 377 „ = 15,2 v. H.
das Baugewerbe . . 85 = 0,4 v. H. „ 4 264 „ = 5,2 v. H.

Der Zahl der Genossenschaften nach stehen an 2. Stelle die Elektrizitäts- (fast ausschließlich Elektrizitätsverteilungs-) Genossenschaften mit 3 823, d. s. 18,9 v. H. aller eingetragenen Genossenschaften. Da es sich vorwiegend um (ehrenamtlich geleitete) Verwaltungsgenossenschaften handelt, ist die Personalbesetzung gering (533, d. s. 0,7 v. H. des Personals aller eingetragenen Genossenschaften). Die Hauptstärke der eingetragenen „Handels"-Genossenschaften liegt (der Personalbesetzung nach) im Großhandel mit landwirtschaftlichen Produkten und Düngemitteln, im Nahrungs- und Genußmittelgroßhandel, im Einzelhandel mit Lebensmitteln und Kolonialwaren (Konsumvereine) und in den Kreditgenossenschaften.

Bei den eingetragenen Genossenschaften des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes liegt das Hauptgewicht mit 1 637 Genossenschaften und 8 344 Personen (d. s. 84,9 v. H. der Genossenschaften dieser Gewerbegruppe und 67,4 v. H. der darin beschäftigten Personen) in den Molkerei-Genossenschaften. Die Baugenossenschaften sind vorwiegend die als Hochbaugenossenschaften gezählten Siedlungsgenossenschaften.

Was nun die gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen und die Unternehmungen öffentlicher Körperschaften angeht, so ist noch einmal auf Übersicht 2 zurückzugreifen.

Wenn das statistische Bild von dem Einfluß der Reichsbahn und den Nebenbahnen und von der Reichspost (Gewerbegruppe XXII) befreit wird, daneben auch die öffentlichen Krankenhäuser (Gewerbegruppe XXVI) und die Versicherungsämter (Gewerbegruppe XXI) als zur Beurteilung dieser Frage nicht geeignete Zweige außer Betracht bleiben, so ist (der Personalbesetzung nach) im Verhältnis zur Gesamtstärke der betreffenden Gewerbegruppen nur in der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung (Gewerbegruppe XIX), im Bergbau (III), in den mit Bergbau kombinierten Werken (III A), in den mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierten Werken (V A) und im Baugewerbe (XVIII) eine nennenswerte Beteiligung der öffentlichen Hand, sei es in der Form von Unternehmungen öffentlicher Körperschaften, sei es in gemischtwirtschaftlicher Form, nachzuweisen. In den Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgungsunternehmungen beträgt die Beteiligung der öffentlichen Hand der Personalbesetzung nach 89,1 v. H. Dieses Übergewicht ist zum Teil in der Natur dieses Gewerbezweiges und zum Teil in der geschichtlichen Entwicklung begründet, die — was wohl im Auge behalten werden muß — nicht erst in neuerer Zeit eingesetzt hat, sondern schon in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts zurückreicht. Das öffentlich-rechtliche bezw. gemischtwirtschaftliche Baugewerbe ist in früheren Zählungen, da es sich im wesentlichen um die Kreis-, Provinzial-, Wasserbauämter, städtische Bauverwaltungen usw. handelt, überhaupt nicht in die Gewerbezählung mitaufgenommen worden. Somit treten im Jahre 1925 hinsichtlich der Beteiligung der öffentlichen Hand am Gewerbeleben nur die in der Viag vereinigten Reichsunternehmungen (Deutsche Werke Spandau mit Werft in Kiel [Gewerbegruppe V A], Vereinigten Aluminiumwerke Lauta [V], Mitteldeutschen Stickstoffwerke Piesteritz [IX]), die in der Preußischen Bergwerks- und Hütten A.-G. vereinigten Gewerbebetriebe (Gewerbegruppe III), die Bergwerksgesellschaft Hibernia (III A), in der rund die Hälfte des Personals der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen dieser Gewerbegruppe beschäftigt sind, die Gruben- und Schachtanlagen der Preußischen Berginspektion[1]) (Gewerbegruppe III) und schließlich noch die Reichswerft Wilhelmshaven (Gewerbegruppe V A) und die Reichsdruckerei (Gewerbegruppe XI) besonders hervor. Unter den gemischtwirtschaftlichen Bergwerksunternehmungen ist als von einer Stadtgemeinde (Breslau) maßgeblich (70%) beeinflußte die Gewerkschaft Steinkohlenwerk Vereinigte Glückhilf-Friedenshoffnung in Hermsdorf (Niederschlesien) bemerkenswert. Diese und die Bergwerksgesellschaft Hibernia sind die beiden einzigen gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerbegruppe V A, deren Gesellschaftskapital mehr als zur Hälfte von der öffentlichen Hand gehalten wird.

[1]) jetzige Recklinghausen A.-G.



Die Ernte in Preußen 1929. — Das Ernteergebnis ist auch in diesem Jahre durch die Witterungsfaktoren stark beeinflußt worden. Es ist daher zur richtigen Beurteilung der Ernte 1929 zweckdienlich, die für den Landwirt wichtigen Witterungsphasen des vergangenen Jahres kurz in die Erinnerung zurückzurufen.

(Übersicht 1) Hektarerträge in Doppelzentnern

	1929	1928	1927	1926	1925	1924	1923	1913
Winterweizen	21,8	23,4	19,4	17,2	22,6	17,7	21,3	25,5
Sommerweizen	22,7	23,9	19,8	17,7	19,7	19,1	20,7	25,4
Spelz	12,8	13,0	11,6	11,3	13,1	9,7	15,3	16,0
Winterroggen	17,2	18,5	14,4	13,7	17,4	13,6	15,7	19,2
Sommerroggen	13,3	13,9	11,6	11,3	12,1	11,3	12,4	13,4
Wintergerste	21,0	25,6	23,5	21,4	25,6	20,8	22,3	24,9
Sommergerste	21,8	23,2	18,6	17,1	19,2	18,9	19,5	23,6
Hafer	21,6	20,9	18,8	18,8	17,3	16,9	19,3	22,8
Erbsen	15,8	16,5	13,9	12,5	13,9	14,7	15,5	.
Acker- (Sau-) bohnen	18,6	19,1	16,4	16,4	13,4	17,7	17,1	.
Wicken	14,3	15,0	13,2	13,7	13,0	13,0	14,2	.
Frühkartoffeln	123,6	122,7	112,2	117,6	153,4	140,1	127,2	167,9
Spätkartoffeln	144,0	154,7	136,6					
Zuckerrüben	246,1	243,3	250,4	261,1	261,3	262,3	231,4	302,6
Futterrüben (Runkeln)	352,2	347,5	360,4	370,5	397,6	356,7	339,3	425,7
Kohlrüben	271,4	345,6	298,8	358,2	341,6	322,3	353,3	.
Winterraps und Rübsen	14,0	14,1	13,8	11,9	14,7	12,3	12,9	15,0
Klee	42,7	42,7	51,5	45,7	46,2	46,8	50,2	55,9
Luzerne	46,7	47,5	61,9	59,6	54,5	52,1	57,8	63,5
Be- und Entwäss.-Wiesen	44,1	46,3	51,0	52,9	51,6	50,3	55,0	57,9
Andere Wiesen	33,5	34,2	40,3	40,3	37,7	39,5	42,7	44,6

(In the printed table, the 1926–1913 values in the Frühkartoffeln row are joined by a brace and cover both Frühkartoffeln and Spätkartoffeln.)

Die Herbstsaaten des Jahres 1928 gingen in gesundem und kräftigem Zustand in den außergewöhnlich strengen Winter von 1928/29 hinein. Die Auswinterungsschäden beim Winterweizen und bei der Wintergerste waren dann gegenüber 1927/28 besonders stark. Der Winterroggen ist allerdings weniger als 1927/28 ausgewintert. Mit den Bestellungsarbeiten im Frühjahr 1929 konnte gegenüber den vergangenen Jahren verhältnismäßig erst spät begonnen werden. Im Monat März und auch zum Teil zu Beginn des Monats April waren die Ackerarbeiten infolge noch vorhandener Schneedecken und, wo diese bereits geschmolzen waren, wegen des noch gefrorenen Erdreichs nicht auszuführen. Die Temperaturen lagen meistens unter dem normalen Mittel. Erst in der zweiten Hälfte des April war die Frühjahrsbestellung im ganzen Staate mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bewerkstelligen. Die Wachstumsbedingungen für die jungen Pflanzen gestalteten sich in den Monaten Mai und Juni einigermaßen günstig. Das Getreide vermochte alsdann infolge des schönen Wetters gut abzublühen. In der zweiten Hälfte des Monats Juli setzte, wie erinnerlich, die außergewöhnliche Trockenperiode ein, die bis in den September hinein mit geringer Unterbrechung andauerte. Infolge dieser trockenen Witterung konnte die Halmfruchternte schnell und in verhältnismäßig guter Qualität eingebracht werden.

Die Hackfrüchte litten in ihrer Hauptwachstumszeit August und September unter dieser seit langem nicht mehr dagewesenen Dürre. Die Frühkartoffeln haben wegen des frühen Abschlusses ihres Wachstums nicht den Schaden genommen wie die Spätkartoffeln, die wegen der geringen Niederschläge niedrigere Erträge als im vergangenen Jahre brachten. Ein im letzten Septemberdrittel einsetzender Regen vermochte dann, sozusagen noch vor Toresschluß, das Wachstum der Zucker- und Futterrüben ein wenig zu fördern. Auch die Grünlandflächen haben erheblich unter der obenerwähnten Trockenheit gelitten.

In den Übersichten 1 bis 3 ist die Ernte der einzelnen Feldfrüchte zahlenmäßig, unter Vergleich mit den zurückliegenden Jahren und aufgegliedert nach Provinzen dargestellt worden.

Danach hat die Brotgetreideernte mengenmäßig diejenige von 1928 nicht erreicht. Das ist beim Winterweizen Sommerweizen, Spelz und Sommerroggen bedingt sowohl

(Übersicht 2) Hektarerträge in dz von

Staat — Provinzen	Winterweizen	Winterroggen	Sommergerste	Hafer	Frühkartoffeln	Spätkartoffeln	Zuckerrüben	Runkelrüben	Kohlrüben	Klee	gewöhnlichen Wiesen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Staat	21,8	17,2	21,8	21,6	123,6	144,0	246,1	352,2	271,4	42,7	33,5
Provinzen.											
Ostpreußen	16,9	14,0	18,2	17,9	126,0	144,1	246,6	363,1	355,2	44,9	35,7
Brandenburg	22,2	16,0	22,5	21,3	116,8	126,1	220,9	318,8	228,9	35,0	32,[illegible]
Stadt Berlin	21,5	19,0	19,5	21,0	132,1	117,0	216,5	292,4	174,6	53,9	36,7
Pommern	23,2	16,7	22,3	21,6	111,2	129,2	218,3	265,8	253,8	36,3	31,[illegible]
Grenzm. Posen-Westpreußen	19,5	13,7	21,2	20,3	106,0	111,0	229,1	253,0	234,9	34,8	32,9
Niederschlesien	21,3	16,6	22,1	22,0	130,8	164,8	272,1	371,4	297,0	48,4	36,2
Oberschlesien	19,3	16,1	21,6	21,9	141,6	177,2	272,5	385,1	226,8	52,1	39,2
Sachsen	25,5	18,5	24,9	23,7	114,7	129,7	228,5	281,9	172,8	40,0	30,7
Schleswig-Holst.	30,5	19,7	24,6	24,3	134,3	163,6	253,5	408,5	311,1	46,1	35,8
Hannover	25,6	19,2	21,3	23,8	137,6	161,5	255,7	334,1	243,2	46,7	32,7
Westfalen	17,8	19,5	19,8	21,2	134,7	161,0	228,3	389,9	246,7	40,5	31,9
Hessen-Nassau	21,0	19,6	18,5	21,3	117,6	145,3	240,0	341,9	251,4	43,9	34,1
Rheinprovinz	15,7	20,5	20,9	21,5	125,1	155,5	274,4	393,9	255,3	36,9	30,3
Hohenzoll. Lande	17,6	12,8	15,2	12,6	108,2	139,6	—	267,0	258,2	52,8	50,5

durch die gegenüber 1928 zurückgegangenen Ernteflächen als auch durch die geringeren Hektarerträge. Aber auch die um 2,2 % gegenüber 1928 größere Anbaufläche des Winterroggens hat den Gesamtminderertrag dieser Getreideart nicht aufheben können. Die Erträge je Flächeneinheit stehen eben nicht unerheblich hinter denen des vergangenen Jahres zurück. Die Erträge an Wintergerste sind je Hektar um 4,6 dz niedriger als im Jahre 1928, sodaß im Verein mit der verringerten Erntefläche ein Ernteausfall von 22 % vorliegt. Wenn auch bei der Sommergerste die diesjährige Anbaufläche größer ist als im vergangenen Jahre, so ergibt sich doch auf Grund des geringeren Hektarertrages eine Mindererernte gegenüber 1928.

An Hafer sind auf Grund des höheren Ertrages je Hektar und infolge der größeren Anbaufläche 2,6 Millionen dz = 5,3 % gegenüber 1928 mehr geerntet worden.

Beim Gemenge aus Getreide zeigt sich im Durchschnitt ein höherer Hektarertrag, der zusammen mit der größeren Anbaufläche einen Mehrertrag von fast 300 000 dz = + 6,1 % gegenüber 1928 dargestellt.

Die Erträge an Buchweizen insgesamt sind zurückgegangen, obgleich auf der Flächeneinheit mehr geerntet wurde. Dies hängt mit der geringeren Anbaufläche im Jahre 1929 zusammen.

Bei den Ackerbohnen, Wicken und Lupinen, die in reiner Kultur zum Zwecke der Körnergewinnung angebaut werden, ist ein geringer Rückgang der Durchschnittserträge je Hektar festzustellen. Das hat wiederum zusammen mit den im Vergleich zu 1928 kleineren Ernteflächen einen Gesamtminderertrag dieser Feldfrüchte zur Folge. Erbsen und Futtererbsen sind zwar mehr angebaut worden, der Hektarertrag ist aber geringer, sodaß auch hier die Gesamternte die Höhe von 1928 nicht erreicht hat. Nur die Speisebohnen weisen trotz Rückganges des Hektarertrages einen höheren Gesamtertrag als im Jahre 1928 auf. Das hängt mit der vergrößerten Anbaufläche zusammen. Im Gegensatz zum Anbau der Leguminosen in reiner Kultur ist bei dem Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide und dem Gemenge aus Hülsenfrüchten mit Getreide derselbe Hektarertrag wie im Jahre 1928 erzielt worden. Die verringerten Ernteflächen in diesem Jahre bedingen allerdings eine Minderung der Gesamterntemenge.

Die Hackfruchternte ist im allgemeinen besser ausgefallen, als erwartet wurde. Die Frühkartoffeln, die im gleichen Ausmaß wie 1928 angebaut wurden, weisen eine geringe Steigerung des Hektarertrages und somit auch eine entsprechende Steigerung der Gesamterntemenge auf. Der Prozentsatz an kranken Knollen ist kleiner geworden. Die Spätkartoffelernte reicht an diejenige von 1928 nicht heran. Das hängt einesteils mit dem verminderten Ertrag je Hektar, andernteils aber auch mit der gegenüber 1928

(Übersicht 3)

Fruchtarten	Ernte 1929			Ernte 1928			Ernte 1913		
	Erntefläche	Ernteertrag		Erntefläche	Ernteertrag		Erntefläche	Ernteertrag	
		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen		vom ha	im ganzen
	ha	dz	dz	ha	dz	dz	ha	dz	dz
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Winterweizen	812 104	21,8	17 715 820	886 770	23,4	20 781 761	875 581	25,5	22 308 181
Sommerweizen	86 913	22,7	1 973 309	113 909	23,9	2 728 114	135 263	25,4	3 434 898
Spelz, Emer, Einkorn	10 902	12,8	140 034	11 333	13,0	147 378	16 749	16,0	268 330
Winterroggen	3 520 798	17,2	60 543 309	3 445 343	18,5	63 868 408	3 804 704	19,2	73 187 090
Sommerroggen	44 425	13,3	592 681	52 630	13,9	731 639	46 466	13,4	623 731
Wintergerste	123 154	21,0	2 590 088	129 662	25,6	3 321 578	30 522	24,9	758 931
Sommergerste	685 388	21,8	14 937 888	662 333	23,2	15 344 605	669 148	23,6	15 798 146
Hafer	2 408 720	21,6	52 106 399	2 364 515	20,9	49 466 635	2 558 836	22,3	57 105 282
Gemenge aus Getreide aller Art	268 724	18,8	5 055 912	258 372	18,5	4 767 445	.	.	.
Buchweizen	15 417	10,7	164 327	17 081	10,3	176 256	.	.	.
Erbsen	66 969	15,8	1 059 651	64 785	16,5	1 070 397	.	.	.
Speisebohnen	5 199	15,0	77 729	4 747	15,2	72 248	.	.	.
Ackerbohnen	51 039	18,6	949 877	56 452	19,1	1 076 879	.	.	.
Wicken	27 761	14,3	397 531	27 803	15,0	417 077	.	.	.
Lupinen	25 625	11,1	284 196	40 645	11,2	457 217	.	.	.
Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide	27 782	15,8	437 800	29 553	15,8	466 608	.	.	.
„ „ „ mit „	83 464	17,9	1 496 303	89 310	17,9	1 601 394	.	.	.
Frühkartoffeln	165 728	123,6	20 477 994	165 728	122,7	20 336 971	} 1 819 289	167,9	305 489 958
Spätkartoffeln	1 704 751	144,0	245 443 345	1 718 956	154,7	265 928 165			
Zuckerrüben	345 915	246,1	85 140 338	348 951	243,3	84 897 613	345 183	302,6	104 461 030
Runkelrüben	370 360	352,2	130 423 757	357 662	347,5	124 272 845	298 307	425,7	126 982 659
Kohlrüben	188 607	271,4	51 192 087	184 285	345,6	63 690 392	.	.	.
Mohrrüben	18 884	211,7	3 998 056	18 880	223,2	4 213 878	.	.	.
Weißkohl	20 482	276,8	5 668 734	18 266	260,3	4 754 007	.	.	.
Zwiebeln	3 478	181,2	630 264	3 141	128,3	402 857	.	.	.
Raps und Rübsen	9 086	14,0	126 925	9 914	14,1	139 952	17 957	15,0	269 271
Klee, auch mit Beimischung von Gräsern	1 002 393	42,7	42 849 976	1 056 966	42,7	45 120 492	1 076 707	55,9	60 165 757
Luzerne	104 231	46,7	4 864 657	107 998	47,5	5 131 261	84 997	63,5	5 395 536
Be- (Ent-) wässerungswiesen	115 962	44,1	5 111 619	116 084	46,3	5 380 261	97 364	57,9	5 639 910
Andere Wiesen	2 685 063	33,5	89 931 957	2 692 951	34,2	91 972 831	2 681 357	44,6	119 508 860

(Fortsetzung)

Fruchtarten	1929 gegen 1928 mehr (+), weniger (—)				1929 gegen 1913 mehr (+), weniger (—)			
	Erntefläche		Ernteertrag		Erntefläche		Ernteertrag	
	ha	v. H.	dz	v. H.	ha	v. H.	dz	v. H.
1	11	12	13	14	15	16	17	18
Winterweizen	— 74 666	— 8,4	— 3 065 941	— 14,8	— 63 477	— 7,2	— 4 592 361	— 20,6
Sommerweizen	— 26 996	— 23,7	— 754 805	— 27,7	— 48 350	— 35,7	— 1 461 589	— 42,6
Spelz, Emer, Einkorn	— 431	— 3,8	— 7 344	— 5,0	— 5 847	— 34,9	— 128 296	— 47,8
Winterroggen	+ 75 455	+ 2,2	— 3 325 099	— 5,2	— 283 906	— 7,5	— 12 643 781	— 17,3
Sommerroggen	— 8 205	— 15,6	— 138 958	— 19,0	— 2 041	— 4,4	— 31 050	— 5,0
Wintergerste	— 6 508	— 5,0	— 731 490	— 22,0	+ 92 632	+ 303,5	+ 1 831 157	+ 241,3
Sommergerste	+ 23 055	+ 3,5	— 406 717	— 2,7	+ 16 240	+ 2,4	— 860 258	— 5,4
Hafer	+ 44 205	+ 1,9	+ 2 639 764	+ 5,3	— 150 116	— 5,9	— 4 998 883	— 8,8
Gemenge aus Getreide aller Art	+ 10 352	+ 4,0	+ 288 467	+ 6,1	.	.	.	.
Buchweizen	— 1 664	— 9,7	— 11 929	— 6,8	.	.	.	.
Erbsen	+ 2 184	+ 3,4	— 10 746	— 1,0	.	.	.	.
Speisebohnen	+ 452	+ 9,5	+ 5 481	+ 7,6	.	.	.	.
Ackerbohnen	— 5 413	— 9,6	— 127 002	— 11,8	.	.	.	.
Wicken	— 42	— 0,2	— 19 546	— 4,7	.	.	.	.
Lupinen	— 15 020	— 37,0	— 173 021	— 37,8	.	.	.	.
Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide	— 1 771	— 6,0	— 28 808	— 6,2	.	.	.	.
„ „ „ mit „	— 5 846	— 6,5	— 105 091	— 6,6	.	.	.	.
Frühkartoffeln	0	0	+ 141 023	+ 0,7	} — 114 538	— 6,3	— 60 046 613	— 19,7
Spätkartoffeln	— 14 205	— 0,8	— 20 484 820	— 7,7				
Zuckerrüben	— 3 036	— 0,9	+ 242 725	+ 0,3	+ 732	+ 0,2	— 19 320 692	— 18,5
Futterrüben (Runkeln)	+ 12 698	+ 3,6	+ 6 150 912	+ 4,9	+ 72 053	+ 24,2	+ 3 441 098	+ 2,7
Kohlrüben	+ 4 322	+ 2,3	— 12 498 305	— 19,6	.	.	.	.
Mohrrüben	+ 4	+ 0,0	— 215 822	— 5,1	.	.	.	.
Weißkohl	+ 2 216	+ 12,1	+ 914 727	+ 19,2	.	.	.	.
Zwiebeln	+ 337	+ 10,7	+ 227 407	+ 56,4	.	.	.	.
Raps und Rübsen	— 828	— 8,4	— 13 027	— 9,3	— 8 871	— 49,4	— 142 346	— 52,9
Klee, auch mit Beimischung von Gräsern	— 54 573	— 5,2	— 2 270 516	— 5,0	— 74 314	— 6,9	— 17 315 781	— 28,9
Luzerne	— 3 767	— 3,5	— 266 604	— 5,2	+ 19 234	+ 22,6	— 530 879	— 9,8
Be- (Ent-) wässerungswiesen	— 122	— 0,1	— 268 642	— 5,0	+ 18 598	+ 19,1	— 528 291	— 9,4
Andere Wiesen	— 7 888	— 0,3	— 2 040 874	— 2,2	+ 3 706	+ 0,1	— 29 576 903	— 24,7

etwas kleineren Erntefläche zusammen. Auch hier ist der Krankheitsbefall an den Knollen zurückgegangen.

Überraschender Weise sind die Zuckerrübenerträge je Hektar noch etwas höher als im vergangenen Jahre. Obgleich die Anbaufläche gegenüber 1928 zurückgegangen ist, übersteigt die Gesamt-Zuckerrübenmenge diejenige des vergangenen Jahres.

Auch an Futterrüben ist im Vergleich zum Jahre 1928 bei stärkerem Anbau und besserem Hektarertrag insgesamt mehr geerntet worden. Im Gegensatz dazu ist aber trotz größerer Anbaufläche gegenüber 1928 der Hektarertrag der Kohlrüben beträchtlich zurückgegangen, was eine wesentliche Gesamtminderung der Ernte dieses Futtergewächses bewirkt.

Die gesamte Erntemenge der **Mohrrüben** ist trotz geringer Vermehrung der Ernteflächen nicht gestiegen, weil die Erträge je Flächeneinheit zurückgegangen sind. Die Ernteerträge des statistisch erfaßten, feldmäßig angebauten Gemüses wie **Weißkohl** und **Zwiebeln** sind infolge des größeren Anbaues und der nicht unerheblichen Steigerung der Hektarerträge gegenüber 1928 besser geworden.

Der Anbau von **Raps** und **Rübsen** ist zurückgegangen. Der Ernteertrag je Hektar hat annähernd den von 1928 erreicht. Es ergibt sich somit ein Gesamtminderertrag dieser Ölfrüchte gegenüber 1928.

Die **Gesamtheuernte** an Klee, Luzerne und an Gräsern weist einen Rückgang gegenüber 1928 auf. Die Ernteflächen dieser Grünlandkulturen sind in diesem Jahre kleiner gewesen als im vergangenen. Außerdem sind — ausgenommen beim Klee — die 1928er Erträge je Flächeneinheit diesmal nicht eingebracht worden.

Schädigungen und Krankheiten der Feldfrüchte 1929. — Alljährlich entstehen der deutschen Landwirtschaft Verluste durch Witterungsschäden, durch tierische und pflanzliche Schädlinge. Infolge enger Zusammenarbeit des Preußischen Statistischen Landesamts mit der Biologischen Reichsanstalt ist es vielfach gelungen, die Verbreitung der Schädlinge und Krankheitserreger mit geeigneten Mitteln zu bekämpfen.

Um über Umfang und Art der Schädigungen ein möglichst genaues Bild zum Zwecke der Bekämpfungsmaßnahmen zu gewinnen,

Auftreten von Schädigungen usw. an Feldfrüchten in Preußen 1929.

Staat — Regierungsbezirke	Landwirtschaftlich genutzte Fläche ohne Rebland und feldmäßigen Obstbau ha	Anzahl der Meldungen der Saatenstandsberichterstatter über das hauptsächlichste Vorkommen von Schädlingen usw. an Feldfrüchten																						
		Auswinterung an Getreide	Auswinterung an Klee	Auswinterung an Raps	Brandkrankheiten am Getreide	Rostkrankheiten am Getreide	Blattroll- und Kräuselkrankheit an Kartoffeln	Schwarzbeinigkeit an Kartoffeln	Kartoffelfäule	Wild	Saatkrähen	Mäuse	Hamster	Maulwürfe	Engerlinge	Drahtwürmer	Erdflöhe	Rapskäfer	Fritfliegen	Runkelfliegen	Wiesenschnaken	Kohlraupen	Ackerschnecken	Andere
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
Staat																								
Anfang April	—	688	258	70	—	—	—	—	37	17	6	394	3	8	—	1	—	—	1	—	—	—	8	1
„ Mai	—	1 351	737	138	—	4	—	—	—	24	7	521	—	10	3	48	1	—	3	—	1	—	3	4
„ Juni	—	1 683	748	141	—	2	—	—	—	19	6	252	8	10	69	378	259	16	137	31	20	—	6	42
„ Juli	—	—	—	—	264	298	24	13	—	15	8	145	5	17	186	249	543	4	74	858	15	—	5	144
„ August	—	—	—	—	466	354	28	29	—	18	8	197	4	9	72	80	206	1	49	902	3	4	1	141
„ September	—	—	—	—	20	19	204	98	5	14	—	444	12	1	29	12	89	—	10	111	—	74	2	158
„ Oktober	—	—	—	—	—	—	5	4	—	13	3	742	8	—	77	26	35	—	5	79	—	500	11	352
„ November	—	—	—	—	—	—	1	—	—	126	31	1 171	6	8	150	59	2	—	9	—	1	12	159	37
„ Dezember	—	—	—	—	—	—	—	—	1	153	445	1 483	2	19	23	66	3	—	23	—	—	—	154	10
Im ganzen 1929	**18 213 876**	**3 722**	**1743**	**349**	**750**	**677**	**262**	**144**	**43**	**399**	**514**	**5 349**	**48**	**82**	**609**	**919**	**1138**	**21**	**311**	**1981**	**40**	**590**	**349**	**889**
1928	*18 232 640*	*4 435*	*1592*	*650*	*1 154*	*810*	*184*	*146*	*46*	*424*	*573*	*8 590*	*110*	*196*	*529*	*931*	*179*	*23*	*254*	*928*	*112*	*479*	*1 231*	*930*
Regierungsbezirke:																								
1. Königsberg	978 656	157	33	17	37	34	3	3	5	3	3	363	—	4	9	33	47	1	11	22	—	9	42	32
2. Gumbinnen	709 920	78	19	1	16	10	—	3	2	1	1	189	—	2	2	13	29	—	7	6	—	14	49	9
3. Allenstein	728 123	131	36	—	26	9	4	11	5	11	5	131	1	3	5	8	55	—	14	9	—	18	16	6
4. Westpreußen	216 116	37	14	5	8	6	1	4	1	1	2	35	—	1	4	2	10	—	2	5	2	2	1	8
5. Potsdam u. Berlin	1 160 784	51	17	1	29	34	7	4	4	15	18	115	1	5	43	16	8	—	8	15	1	29	8	25
6. Frankfurt	1 015 340	91	34	17	30	28	6	7	2	18	17	156	—	1	19	30	10	—	9	48	—	11	—	40
7. Stettin	859 656	89	29	5	36	44	8	9	6	10	15	242	1	—	36	32	35	—	19	62	—	35	11	50
8. Köslin	889 903	126	49	2	22	17	2	9	7	22	2	293	—	—	33	30	29	—	24	29	—	9	13	55
9. Stralsund	308 151	14	7	1	22	21	4	1	2	12	9	95	—	—	46	15	9	—	11	13	—	11	—	13
10. Schneidemühl	447 460	19	12	1	5	10	3	5	2	—	1	66	—	3	4	9	3	—	7	4	—	2	—	14
11. Breslau	929 228	154	42	24	65	76	9	10	1	19	25	681	3	2	40	25	74	4	11	132	—	1	6	29
12. Liegnitz	749 689	139	39	16	48	41	5	5	—	20	18	517	—	1	55	36	54	3	7	63	—	3	4	32
13. Oppeln	634 682	78	15	4	38	46	6	6	1	12	8	415	3	6	22	32	29	9	6	30	—	1	4	20
14. Magdeburg	788 319	127	16	8	59	60	5	6	1	16	45	228	17	3	54	56	36	—	11	188	—	34	6	78
15. Merseburg	717 028	129	30	6	57	55	16	3	—	15	34	301	9	1	143	109	53	—	23	109	—	5	5	35
16. Erfurt	233 705	53	19	4	23	25	2	2	—	4	4	124	2	2	12	37	52	1	7	42	—	7	4	20
17. Schleswig	1 153 904	155	27	33	20	13	8	2	—	11	17	159	—	1	13	38	189	—	4	34	26	81	17	49
18. Hannover	364 492	131	37	4	11	8	8	—	—	4	21	109	1	2	4	43	34	—	9	125	1	43	6	38
19. Hildesheim	298 059	122	18	4	16	19	6	2	—	4	12	183	5	—	11	46	34	—	5	115	—	28	9	13
20. Lüneburg	549 956	70	22	1	23	8	6	3	—	11	18	121	1	8	15	30	30	—	9	37	1	44	11	77
21. Stade	387 707	47	16	5	2	3	8	—	—	1	3	74	—	3	6	8	6	—	4	10	5	36	1	33
22. Osnabrück	314 978	134	80	18	3	4	11	2	1	7	12	45	—	5	—	30	11	—	4	32	2	14	3	12
23. Aurich	239 886	59	32	5	1	3	—	1	—	4	3	33	1	1	—	10	8	—	—	7	2	3	6	5
24. Münster	475 699	160	123	6	3	5	9	—	—	11	10	14	—	—	—	11	5	—	14	30	—	10	11	17
25. Minden	364 351	126	73	2	14	5	7	3	—	4	17	44	1	3	2	24	21	—	4	89	—	8	5	15
26. Arnsberg	361 657	253	203	1	14	17	29	7	1	14	20	77	1	9	1	26	28	—	13	221	—	36	16	33
27. Kassel	605 039	105	36	19	30	24	19	9	—	11	30	180	—	—	11	69	66	1	13	144	—	29	32	18
28. Wiesbaden	276 666	26	13	5	7	8	4	5	—	14	14	93	—	4	4	19	37	1	3	25	—	7	13	7
29. Koblenz	301 405	98	73	33	17	10	24	5	—	30	11	70	—	3	2	17	32	—	4	24	—	18	11	9
30. Düsseldorf	349 774	260	192	4	18	12	16	4	2	15	39	44	—	4	7	17	21	—	16	161	—	15	17	33
31. Köln	227 496	204	174	6	22	11	6	2	—	20	38	48	—	1	3	24	27	1	11	88	—	8	4	24
32. Trier	308 940	194	140	78	21	7	10	10	—	37	8	53	—	4	—	18	47	—	6	13	—	18	14	27
33. Aachen	199 568	93	67	13	2	2	9	1	—	22	31	35	—	—	2	6	6	—	13	49	—	1	4	12
34. Sigmaringen	67 539	12	6	—	5	2	1	—	—	—	3	16	1	—	1	—	3	—	2	—	—	—	—	1

haben die landwirtschaftlichen Vertrauensmänner neben der Berichterstattung über Saatenstand und Ernteerträge auch noch über gewisse Schädigungen der Saaten und der Ernte Mitteilungen an die statistische Zentralstelle zu machen. Das Gesamtergebnis der im Jahre 1929 gemeldeten Fälle an Schädigungen liegt jetzt vor; sie sind in der vorstehenden Übersicht aufgeführt. Dem Gesamtergebnis für den Staat wurden zum Vergleich die entsprechenden Zahlen vom Jahre 1928 gegenübergestellt. Spalte 2 gibt die bei der Anbauflächenerhebung ermittelten landwirtschaftlich genutzten Gesamtflächen wieder, die einen Anhalt für die Bedeutung der gemeldeten Fälle geben.

Trotz des außergewöhnlich kalten Winters 1928/29 sind die Auswinterungsschäden in normalen Grenzen geblieben dank der schützenden Schneedecke, die fast überall vorhanden war. Die Auswinterung ist — mit Ausnahme von Klee, der am meisten gelitten hatte — sogar geringer als im Vorjahre, wenngleich die Temperaturen bis zu — 35°C fielen. Die meisten Meldungen über Auswinterungsschäden gingen aus einigen westlichen Bezirken (Arnsberg, Düsseldorf) ein, da der Westen des Staates nicht so reichlichen Schneefall aufwies wie z. B. die östlichen Provinzen.

Die Schädigungen der Pflanzen im Frühjahr und Sommer durch Rost und Brand waren erheblich geringer als 1928; die häufigsten Meldungen hierüber kamen aus dem Regierungsbezirk Breslau. Im Gegensatz hierzu machte sich die Blattroll- und Kräuselkrankheit an Kartoffeln öfter bemerkbar — 262 Fälle gegen 184 im Vorjahr. Die Gesamtzahl der Berichte über Schwarzbeinigkeit der Kartoffeln ist fast die gleiche wie im vergangenen Jahre.

Die Abnahme der Meldungen über tierische Schädlinge erklärt sich zum Teil durch die ungewöhnliche Kälte des Winters, die viel Ungeziefer vernichtet hat, zum Teil durch den trockenen Sommer, der manchen Schädlingen, die auf Grund ihrer Lebensbedingungen auf Feuchtigkeit angewiesen sind, wie z. B. Schnecken, keine Entwicklungsmöglichkeit bot. Mäuse traten in viel geringerem Umfang auf als im Vorjahr — über 3 000 Berichte weniger als 1928 —. Auch hier scheint der Winter einen Vernichtungskampf geführt zu haben. Erst im Herbst machte sich durch den vom warmen Sommer begünstigten Nachwuchs wieder ein stärkeres Auftreten, wie immer besonders in Schlesien, bemerkbar. Meldungen über Vorkommen von Ackerschnecken waren verhältnismäßig gering und betrugen noch nicht ein Drittel der Vorjahrszahlen. Dagegen wurde im ganzen Staatsgebiet über starkes Auftreten von Erdflöhen berichtet. Die meisten Meldungen weist hier Schleswig-Holstein auf. Engerlinge, Kohlraupen, Frit- und Runkelfliegen traten im Berichtsjahr ein wenig stärker auf als im letzten Jahr. Das Vorkommen von Hamstern und Maulwürfen war hingegen nicht so häufig wie sonst. Schädigungen durch Wild, Saatkrähen, Drahtwurm usw. hielten sich in ungefähr denselben Grenzen wie im vergangenen Jahr.

Die Viehschlachtungen und die Schlachtviehpreise in Preußen im IV. Vierteljahr und im ganzen Jahr 1929. — Die nachstehend für den Staat und die größeren Verwaltungsbezirke veröffentlichten Ergebnisse der Fleischbeschau und Trichinenschau zeigen, daß im letzten Vierteljahr (Oktober bis Dezember) 1929 in ganz Preußen, und zwar vorwiegend für gewerbliche Zwecke, geschlachtet wurden: rund 127 000 Ochsen und Bullen, 292 000 Kühe, 169 000 Jungrinder und 539 000 Kälber, insgesamt also 1 127 000 Stück Rindvieh; ferner rund 37 000 Pferde, 256 000 Schafe und 73 000 Ziegen. Die durch die Trichinenschau, der in Preußen auch die meisten Hausschlachtungen unterliegen, ermittelten Schweineschlachtungen beziffern sich auf rund 3 827 000 Stück. Hierin sind nicht nur die gewerblichen, sondern auch die meisten Hausschlachtungen, die in den letzten Monaten des Jahres gewöhnlich recht zahlreich sind, enthalten. In diesen Schlachtungen ist das Auslandvieh einbegriffen, das in den Seegrenzschlachthäusern Altona, Flensburg, Kiel und Saßnitz geschlachtet wurde und das sich auf rund 19 000 Stück Rindvieh (1,7% aller Rindviehschlachtungen), 4 300 Schweine (0,1%) und 20 Schafe (0,01%) bezifferte.

Während die Rindviehschlachtungen insgesamt in den drei ersten Vierteljahren 1929 gegenüber den entsprechenden Zeiträumen des Vorjahres durchweg zugenommen haben, ist für das vierte Vierteljahr eine verhältnismäßig geringe Abnahme von rund 4 000 Stück = 0,4 % gegenüber dem letzten Vierteljahr 1928 festzustellen. Dieser Rückgang entstand durch die nicht unerhebliche Verminderung der Kälberschlachtungen um rund 35 000 Stück = 6,1 %. Die Schlachtungsziffern des Großviehes und der Jungrinder haben hingegen auch diesmal zugenommen, und zwar bei Ochsen und Bullen um rund 4 000 Stück oder 3,2 %, bei Kühen um 11 000 Stück oder 4,1 % und bei Jungrindern um 15 000 Stück oder 10,1 %.

Zugenommen haben ferner gegenüber der gleichen Jahreszeit 1928 die Pferdeschlachtungen um rund 2 300 Stück und die Schaf- und Ziegenschlachtungen um je 6 500 Stück.

Demgegenüber sind die Schweineschlachtungen im Vergleich zum vierten Vierteljahr 1928 in beträchtlicher Weise — um rund 639 000 Stück, d. s. 14,3 v. H. — zurückgegangen. Nachdem im Verlauf des Jahres 1929 von Vierteljahr zu Vierteljahr ständig erhebliche Rückgänge gegenüber den entsprechenden Zeitabschnitten des Vorjahres zu beobachten waren, hätte man auf Grund der günstigen Ergebnisse der Schweinezählung im September 1929 eine höhere Schlachtungsziffer erwarten können. Der Rückgang war aber im letzten Vierteljahr, wie die oben angeführten Zahlen zeigen, noch höher als in den ersten drei Vierteljahren.

Mit den Schlachtungsergebnissen des letzten Vierteljahres liegen nunmehr auch die Gesamtzahlen für das ganze Jahr 1929 vor. Sie sind in folgender Übersicht 1 dargestellt.

Hieraus geht hervor, daß, während die Schweineschlachtungen sich vermindert haben, die Schlachtungen an Rindvieh 1929 ähnlich wie im Vorjahre, gestiegen waren. 1929 sind rund 283 000 Stück Rindvieh oder 6,6 % mehr geschlachtet als 1928. Davon entfällt der größere Teil der Mehrschlachtungen auf Großvieh: es wurden rund 51 000 Stück = 11,8 % mehr Ochsen und Bullen und 100 000 Stück = 10,0 % mehr Kühe geschlachtet; die Zunahme bei den Jungrindern beträgt rund 91 000 Stück, d. s. 18,7 % und bei den Kälbern 41 000 Stück oder 1,7 %.

Während also für 1929 eine reichlichere Versorgung der Bevölkerung mit Rindfleisch aus den heimischen Schlachtungen als 1928 festgestellt werden kann, ist andererseits die Versorgung mit Schweinefleisch und Fett in erheblichem Maße zurückgegangen. Es wurden 1929 rund 1 796 000 Stück = 12,4 % weniger Schweine geschlachtet als 1928. Diese Fehlmenge wird durch die Mehrschlachtungen an Rindvieh bei weitem nicht ausgeglichen. Nach Angaben von 76 Schlachthöfen des Deutschen Reiches betrugen die Schlachtgewichte im Durchschnitt der ersten 9 Monate 1929 für Ochsen und Bullen 312,2 kg, für Kühe 240,0 kg, Jungrinder 192,7 kg und Kälber 44,0 kg. Bei den Schlachtschweinen bezifferte sich das durchschnittliche Schlachtgewicht auf 89,3 kg. Nimmt man zur Feststellung der Fleisch- und Fettproduktion diese Schlachtgewichte, wie auch die entsprechenden für 1928 als Grundlage, so ergibt sich gegenüber 1928 aus der Zunahme der Rindviehschlachtungen einerseits ein Mehr von 59,5 Millionen kg, aus der Abnahme der Schweineschlachtungen hingegen ein Weniger von 141,6 Millionen kg Fleisch und Fett. Demnach betrug bei den hauptsächlichsten und wichtigsten Viehschlachtungen der Rückgang in der Fleisch- und Fetterzeugung 1929 gegen 1928 rund 82 Millionen kg.

(Übersicht 1)	Pferde	Ochsen und Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber	Rindvieh überhaupt	Schweine	Schafe	Ziegen
	in 1 000 Stück								
1929	114	485	1 100	578	2 414	4 577	12 670	1 081	191
1928	100	434	1 000	487	2 373	4 294	14 466	1 098	193
1929 gegen 1928 (+ oder —)	+ 14	+ 51	+ 100	+ 91	+ 41	+ 283	— 1 796	— 17	— 2
in % (+ oder —)	+ 14,0	+ 11,8	+ 10,0	+ 18,7	+ 1,7	+ 6,6	— 12,4	— 1,5	— 1,0

Im Zusammenhang mit dieser Feststellung soll in folgendem die Bewegung der Auftriebszahlen und der Preise auf den 16 wichtigsten preußischen Schlachtviehmärkten im Jahre 1929 dargestellt werden. Da das Rindvieh und die Schweine die überwiegenden Fleischversorgungsquellen sind, sind nur diese Viehgattungen in den folgenden Übersichten berücksichtigt worden.

(Übersicht 2) Monate	Auftrieb von Rindvieh insgesamt auf 16 preußischen Schlachtviehmärkten		Zahl der beschaupflichtigen Rindviehschlachtungen im ganzen Staat		Durchschnittlicher Marktpreis in Reichsmark je 50 kg Lebendgewicht für			
					Kühe (Klasse B) (vollfleischige oder ausgemästete)		Kälber (Klasse C) (mittlere Mast- und Saugkälber)	
	1929	1928	1929	1928				
	in 1 000 Stück				1929	1928	1929	1928
Januar	128	117	369	311	39,7	41,9	65,4	66,6
Februar	118	121	341	323	40,5	41,8	63,6	65,9
März	146	135	435	366	41,0	42,2	65,7	66,5
April	141	130	386	365	41,7	42,9	65,0	64,5
Mai	148	139	425	399	42,1	44,5	66,1	65,6
Juni	126	125	359	334	43,7	45,3	66,2	66,7
Juli	136	126	394	354	43,5	43,7	66,1	63,2
August	133	132	371	372	42,9	42,7	68,9	65,9
September	144	130	371	340	42,0	41,9	70,6	68,7
Oktober	140	144	397	386	42,7	40,1	72,2	67,9
November	127	129	347	363	43,0	39,9	72,3	65,1
Dezember	138	132	382	382	43,0	40,2	74,1	66,6

Der Auftrieb an Rindvieh, der sich in den einzelnen Monaten 1929 zwischen 118 000 und 148 000 Stück bewegte, war außer einem verhältnismäßig geringen Rückgang um je 2 000 bis 4 000 Stück in den Monaten Februar, Oktober und November höher als 1928. Die Schlachtungen insgesamt, die sich monatlich in den Grenzen zwischen 341 000 bis 435 000 Stück bewegten, sind lediglich im November hinter denen im gleichen Monat des Vorjahres um 16 000 Stück zurückgeblieben, während sie in der übrigen Jahreszeit meist beträchtlich zahlreicher waren als 1928.

Bei der Darstellung der Preise wurden nur die Schlachtkühe und Schlachtkälber (Klasse B bezw. C mittlerer Qualität), die den Hauptanteil an den Rindviehschlachtungen haben, berücksichtigt. Die monatlichen Preisnotierungen für Schlachtkühe weisen in den ersten sechs Monaten 1929 eine stetige Steigerung auf, und zwar von rund 40,00 RM im Januar auf rund 43,70 RM je 50 kg Lebendgewicht im Juni, und zeigen diesem Stand gegenüber in den folgenden Monaten nur geringe Schwankungen. Gegenüber dem Vorjahr haben die Preise in den Monaten Januar bis Juni trotz ihres Anstieges die Höhe der entsprechenden Monate von 1928 nicht erreicht, erst im Juli 1929 waren die Preise nahezu ebenso hoch wie 1928, während sie in den Monaten Oktober bis Dezember 1929 für je 50 kg Lebendgewicht um 2,50 bis 3,00 RM oder um durchschnittlich 7 % höher waren als 1928. Bei den Schlachtkälbern war im Laufe von 1929 eine fast stetige Aufwärtsbewegung der Preise von 65,40 RM am Anfang auf 74,10 RM je 50 kg Lebendgewicht am Ende des Jahres zu beobachten. Während sie bis Juni ziemlich den gleichen Stand wie 1928 aufwiesen, nahmen sie seit Juli gegenüber den vorjährigen zu und zeigten namentlich im November und Dezember eine Steigerung um 7,00 bis 8,00 RM auf.

Die Bewegung der Schlachtungszahlen der Schweine im Zusammenhang mit den Auftriebsziffern und Durchschnittspreisen ist in folgender Übersicht 3 dargestellt.

(Übersicht 3) Monate	Auftrieb von Schlachtschweinen auf 16 preußischen Schlachtviehmärkten		Zahl der trichinenschaupflichtigen Schweineschlachtungen im ganzen Staat		Durchschnittlicher Marktpreis je 50 kg Lebendgewicht für Schlachtschweine von 100 bis 120 kg (Klasse C) (in Reichsmark)	
	1929	1928	1929	1928	1929	1928
	in 1 000 Stück					
Januar	324	417	1 491	1 676	74,8	55,9
Februar	313	412	1 191	1 490	75,2	56,8
März	352	433	1 328	1 345	78,6	54,1
April	344	396	904	1 026	75,8	52,9
Mai	328	403	884	1 037	73,9	59,1
Juni	277	347	746	831	79,2	69,3
Juli	294	336	784	852	86,4	69,7
August	282	331	737	863	87,6	76,4
September	301	350	777	881	87,5	75,2
Oktober	314	391	934	1 166	87,5	76,1
November	315	345	1 242	1 478	83,5	76,1
Dezember	327	356	1 651	1 822	79,1	75,0

Hieraus geht hervor, daß die Auftriebs- und Schlachtungszahlen der Schweine 1929 durchweg niedriger waren als 1928. Die Preise hingegen waren in jedem Monat des Jahres 1929 erheblich höher als 1928. In der ersten Hälfte des Jahres, wo sie sich in den Grenzen zwischen 75,00 und 79,00 RM je 50 kg Lebendgewicht bewegten, waren sie um 10,00 bis 24,00 RM höher als in der gleichen Hälfte 1928. In den Monaten Juli bis Oktober wiesen die Preise mit rund 87,00 RM den höchsten Stand auf. Erst im November und Dezember 1929 sind sie auf 83,50 RM bezw. 79,10 RM gefallen, wodurch ihr Unterschied sich gegenüber dem vorjährigen Stand bis auf 4,00 RM verringert hat. Der Jahresmittelpreis 1929 betrug 80,80 RM gegenüber 66,40 RM im Jahre 1928, war also um 14,40 RM = 21,70 % höher als 1928.

Die Schweinehaltung im Freistaat Preußen und in seinen Provinzen nach den vorläufigen Ergebnissen der Viehzählung vom 2. Dezember 1929. — Auf Grund der vorläufigen Viehzählungsergebnisse vom 2. Dezember 1929 sollen im folgenden die Schweinebestände in den einzelnen preußischen Provinzen unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl und der Entwicklung gegenüber 1928 und 1913 dargestellt werden.

Am 2. Dezember 1929 wurden im Freistaat Preußen insgesamt rund 13 721 000 Schweine festgestellt. Gegenüber dem Stande vom 1. Dezember 1928 von insgesamt rund 13 854 000 Schweinen ist also ein Rückgang um rund 133 000 Stück oder 1 % eingetreten. Im letzten Vorkriegsjahr betrug der Schweinestapel auf dem jetzigen Gebietsstand Preußens rund 15 510 000 Stück; demnach beziffert sich die Abnahme gegenüber dem 1. Dezember 1913 auf rund 1 789 000 Stück, d. s. 11,5 %.

Schwerwiegender als der verhältnismäßig geringe Rückgang des Jetztbestandes gegenüber 1928 ist die veränderte Zusammensetzung des Stapels, insbesondere der geringere Anteil der Schlachtschweine und das stärkere Hervortreten der Nachzucht (Ferkel und Läufer) im Dezember 1929. Daraus ergibt sich, daß gegenwärtig ein geringerer Teil des Gesamtstapels für die Schlachtungen verfügbar ist, hingegen für die kommenden Monate ein stärkeres Angebot an mehr oder weniger schlachtreifen Schweinen zu erwarten ist. Außerdem ist eine weitere Auffüllung des Stapels durch den

Wurf des gegenwärtigen Mehrbestandes von rund 104 000 Stück (+ 14,7 %) trächtigen Sauen zu erwarten.

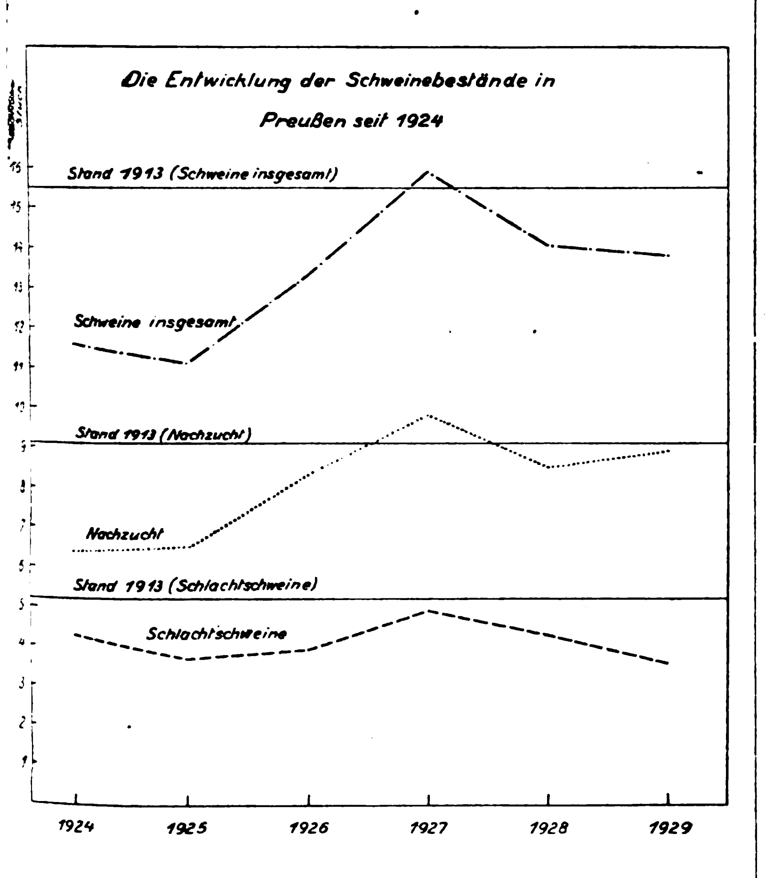
Folgende Übersicht gibt ein Bild von der veränderten Zusammensetzung des Schweinestapels im Dezember 1929 gegen die Vorjahre.

Von je 100 Schweinen entfielen im Dezember

	1913	1927	1928	1929
auf Nachzucht (Ferkel und Läufer)	58,6	61,5	61,0	65,0
„ Zuchtsauen	8,8	7,3	7,9	9,1
„ Zuchteber	0,4	0,5	0,5	0,5
„ Schlachtschweine	32,2	30,7	30,6	25,4.

Bei den Anteilsziffern der Nachzucht und der Schlachtschweine sind im Jahre 1929 Veränderungen mit entgegengesetzter Richtung gegenüber den vorangegangenen Vergleichsjahren zu beobachten. Der Anteil der schlachtreifen Tiere fällt von ungefähr ein Drittel auf ein Viertel des Gesamtbestandes, der Anteil der Nachzucht hingegen steigt auf fast zwei Drittel des Gesamtbestandes. Dieses starke Hervortreten der Nachzucht ist in der Nachkriegszeit bisher noch in keinem Jahre zu beobachten gewesen. Im Dezember 1929 hat die Nachzucht gegenüber 1928 auch in absoluten Zahlen, nicht unerheblich, um rund 466 000 Stück = 5,5 % zugenommen. Die Abnahme des Gesamtstapels ist lediglich darauf zurückzuführen, daß der Bestand an Schlachtschweinen in noch größerem Maße, nämlich um rund 762 000 Stück, d. s. 18,0 % abgenommen hat.

Bevor die Bestandsverhältnisse in den einzelnen Provinzen dargelegt werden, soll durch nachstehendes Schaubild die Entwicklung der Dezemberbestände seit 1924 für den Gesamtstapel, die Nachzucht und die Schlachtschweine veranschaulicht werden.



Die Entwicklungslinie der Schweinezucht führte lediglich im Jahre 1927 über den Stand von 1913 hinaus. Für Schlachtschweine wurde auch 1927 die Bestandsziffer von 1913 nicht erreicht. Im Dezember 1929 war ihre Zahl mit rund 3,6 Millionen Stück die niedrigste seit 1924.

Der Umfang der Schweinehaltung in den einzelnen Provinzen wird durch mannigfaltige Umstände beeinflußt. Neben dem mehr oder weniger landwirtschaftlichen Charakter des betreffenden Landesteiles spielen insbesondere die Aufzucht- und Marktverhältnisse, die Beschaffung von billigen Futtermitteln aus eigner Wirtschaft oder durch Ankauf bei günstigen Frachtverhältnissen eine wesentliche Rolle. Außerdem ist zu beachten, daß in einzelnen Landesteilen z. B. in den Provinzen Sachsen und Rheinprovinz Ferkel und Läufer aus anderen Provinzen (Schleswig-Holstein, Oberschlesien) eingeführt werden und dort zumeist in kleinen Arbeiterhaushaltungen für den eignen Verbrauch gemästet werden.

Folgende Tabelle gibt Aufschluß über die Schweinebestände der einzelnen Provinzen in den Jahren 1913, 1928 und 1929 an Hand der Dezemberzählungen. Die Reihenfolge der Provinzen richtet sich hier nach der Größenordnung ihrer Bestände am 2. Dezember 1929.

Mit fast drei Millionen Schweinen am 2. Dezember 1929 steht die Provinz Hannover an der Spitze und erst in großem Abstand folgt an zweiter Stelle Westfalen mit annähernd 1 ½ Millionen Stück. Wird von der besonders schweinereichen Provinz Hannover einerseits und der für die Schweineproduktion fast bedeutungslosen Stadtgemeinde Berlin und den Hohenzollerischen Landen andererseits abgesehen, so kann man drei Hauptgruppen feststellen: 6 Provinzen mit Beständen von 1 bis 1 ½ Millionen Stück, nämlich: Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein, Pommern, Ostpreußen und Brandenburg; weiterhin 3 Provinzen mit Stapelgrößen von ½ bis 1 Million Stück und zwar Rheinprovinz, Niederschlesien und Hessen-Nassau, und 2 Landesteile mit weniger als ½ Million Schweinen: Oberschlesien und Grenzmark. Allein auf die fünf schweinereichsten Provinzen: Hannover, Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Pommern entfallen 60,5 % des gesamten Staatsbestandes. Im einzelnen sind die Landesteile an der Schweineproduktion in folgenden Anteilsätzen beteiligt: Hannover 21,9 %, Westfalen 10,4 %, Sachsen 10,0 %, Schleswig-Holstein und Pommern je 9,1 %, Ostpreußen 8,7 %, Brandenburg 8,2 %, Rheinprovinz 6,8 %, Niederschlesien 6,2 %, Hessen-Nassau 5,2 %, Oberschlesien 2,9 %, Grenzmark Posen-Westpreußen 1,6 %, Hohenzollerische Lande und Stadt Berlin je 0,2 %.

Aus dem zweiten Teil der Tabelle — den Gegenüberstellungen mit den Dezemberbeständen von 1928 und 1913 — ist zu erkennen, daß die Veränderungen in den einzelnen Provinzen im hohen Maße verschiedenartig sind. 1929 gegenüber 1928 weisen sieben Provinzen Zunahmen und sechs Provinzen Abnahmen der Stapelgrößen auf[1]). Wird von den Hohenzollerischen Landen, deren Umfang nicht mit der Größe der anderen Provinzen vergleichbar ist, abgesehen, so zeigt es sich, daß sich die Zunahmen zwischen + 0,4 % in Niederschlesien und + 2,6 % in Westfalen bewegen. Die sowohl relativ wie absolut stärkste Vermehrung des Schweinestapels in der Provinz Westfalen ist auf die besonders starke Zunahme der Nachzucht in diesem Landesteile um 16,7 % — gegenüber der Staatsdurchschnittsziffer von 5,5 % — zurückzuführen. Unter den Provinzen mit rückläufiger Bewegung sind stärkere Schwankungen festzustellen. Die Abnahmesätze 1929 gegenüber 1928 steigen von 1,5 % in der Provinz Pommern auf 6,0 % in der Provinz Sachsen. In diesen Provinzen weisen die Zunahmen des Nachwuchses weit geringere Ziffern auf als im Durchschnitt des Gesamtstaates. Die Bestände an Schlachtschweinen haben sich in sämtlichen Provinzen verringert. Die Abnahmeziffern bewegen sich zwischen 8,7 % in Schleswig-Holstein und 20,2 % in Hessen-Nassau.

Während demnach 1929 gegenüber 1928 innerhalb der einzelnen preußischen Landesteile teils eine Vermehrung, teils eine Ver-

[1]) In Berlin ist am 2. Dezember 1929 die Zählung nicht durchgeführt worden.

(Tab. 1)

Provinz	Schweinestapel im Dezember			Zu- (+) bezw. Abnahme (−) 1929 gegen 1928		Zu- (+) bezw. Abnahme (−) 1929 gegen 1913	
	1929	1928	1913	überhaupt	in v. H. von 1928	überhaupt	in v. H. von 1913
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Hannover	2 999 361	2 981 172	3 357 318	+ 18 189	+ 0,6	− 357 957	− 10,7
2. Westfalen[1])	1 433 351	1 397 252	1 543 830	+ 36 099	+ 2,6	− 110 479	− 7,2
3. Sachsen	1 369 618	1 457 612	1 591 089	− 87 994	− 6,0	− 221 471	− 13,9
4. Schleswig-Holstein	1 253 695	1 222 842	1 545 521	+ 30 853	+ 2,5	− 291 826	− 18,9
5. Pommern	1 247 059	1 266 380	1 332 865	− 19 321	− 1,5	− 85 806	− 6,4
6. Ostpreußen	1 189 551	1 165 103	1 325 104	+ 24 448	+ 2,1	− 135 553	− 10,2
7. Brandenburg	1 130 631	1 199 296	1 348 187	− 68 665	− 5,7	− 217 556	− 16,1
8. Rheinprovinz[1])	856 842	885 981	1 120 641	− 29 139	− 3,3	− 263 799	− 23,5
9. Niederschlesien	852 028	848 322	857 161	+ 3 706	+ 0,4	− 5 133	− 0,6
10. Hessen-Nassau[2])	717 572	756 340	818 127	− 38 768	− 5,1	− 100 555	− 12,3
11. Oberschlesien	396 300	394 065	371 204	+ 2 235	+ 0,6	+ 25 096	+ 6,8
12. Grenzmark Posen-Westpreußen	212 776	220 553	229 615	− 7 777	− 3,5	− 16 839	− 7,3
13. Stadt Berlin[3])	32 652	32 652	38 315	—	—	− 5 663	− 14,8
14. Hohenzollerische Lande	29 429	26 103	30 653	+ 3 326	+ 12,7	− 1 224	− 4,0
Staat[1])[2])[3])	**13 720 865**	**13 853 673**	**15 509 630**	**− 132 808**	**− 1,0**	**− 1 788 765**	**− 11,5**

[1]) Für die Jahre 1928 und 1913 sind die wenigen Verschiebungen infolge Umgemeindungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet nicht berücksichtigt. — [2]) Heutiger Gebietsstand einschließlich Waldeck. — [3]) Für Berlin wurden am 2. Dezember 1929 die Zahlen vom 1. Dezember 1928 eingesetzt.

minderung der Schweinebestände festzustellen ist, ergibt die Gegenüberstellung mit 1913 — bis auf eine Ausnahme — in allen Provinzen einen Rückgang der Bestände. Lediglich der Stapel von Oberschlesien hat sich um 6,8 % vergrößert. Diese Ausnahmestellung Oberschlesiens wie auch die auffallend niedrige Abnahmeziffer Niederschlesiens (— 0,6 %) sind wohl vorwiegend darauf zurückzuführen, daß diese Landesteile mit dem Fortfall der Einfuhr von Schweinen aus Posen und Polen sich in der Nachkriegszeit im stärkeren Maße der Schweinezucht zugewendet haben. Von Niederschlesien abgesehen bewegen sich die Abnahmeziffern der Provinzen zwischen 4,0 % in den Hohenzollerischen Landen und 23,5 % in der Rheinprovinz. Von den wichtigen Schweineproduktionsgebieten haben Schleswig-Holstein (18,9 %) und Sachsen (13,9 %) größere Rückgänge zu verzeichnen; bei Hannover (10,7 %), Westfalen (7,2 %) und Pommern (6,4 %) bleiben die Verminderungen hinter der Staatsdurchschnittsziffer zurück.

Ausschlaggebend für die Beurteilung der Größe der Schweinebestände ist das Verhältnis zwischen Bestandsziffer und Bevölkerungszahl.

Innerhalb des heutigen Gebietsstandes beziffert sich die Bevölkerung Preußens 1913 auf rund 36 572 000, 1928 auf rund 39 048 000 Personen.[1]) Setzt man diese Bevölkerungszahlen in Beziehung zu den Schweinebestandsziffern der Dezemberzählungen 1913 und 1929, so ergibt sich, daß auf je 1000 Einwohner 1929 352 Stück gegenüber 424 Stück im Jahre 1913 entfallen. Der Rückgang ist demnach am Bevölkerungsmaßstabe gemessen noch wesentlich größer als die Abnahme der absoluten Schweinebestandzahlen. Während diese von 1913 bis 1929 um 11,5 % abgenommen haben, beziffert sich die Verringerung der auf 1 000 Einwohner entfallenden Schweineanzahl auf 72 Stück, d. s. 17,0 %. Ein noch weit größerer Rückgang zeigt sich, wenn man die Bestände, der mehr oder weniger schlachtreifen Schweine, der Jahre 1929 und 1913 zu den jeweiligen Bevölkerungszahlen in Beziehung setzt. 1913 entfielen auf 1 000 Einwohner 137 Schlachtschweine, 1929 hingegen nur 89 Stück; das bedeutet einen Rückgang um 47 Stück oder 35,0 %. Es standen demnach aus der heimischen Produktion im Dezember 1929 ein Drittel weniger Schlachtschweine zur Verfügung als im Dezember 1913. Über das Verhältnis zwischen den Schweinebeständen und der Einwohnerzahl in den einzelnen Provinzen gibt folgende Tabelle 2 ein Bild.

[1]) Mittlere Bevölkerung von 1928 aus den Akten des Preuß. Stat. Landesamts. Für 1929 ist die mittlere Bevölkerungszahl noch nicht festgestellt worden.

(Tabelle 2)

Provinzen	Auf je 1 000 Einwohner entfallen Schweine		Unterschied	
	1929	1913	überhaupt	v. H. von 1913
1	2	3	4	5
1. Hannover	918	1 097	− 179	− 16
2. Schleswig-Holstein	808	1 018	− 210	− 21
3. Pommern	647	767	− 120	− 16
4. Grenzmark Posen-Westpreußen	621	730	− 109	− 15
5. Ostpreußen	511	611	− 100	− 16
6. Brandenburg	430	542	− 112	− 21
7. Sachsen	409	504	− 95	− 19
8. Hohenzollerische Lande	402	422	− 20	− 5
9. Hessen-Nassau	293	346	− 53	− 15
10. Westfalen	289	350	− 61	− 17
11. Oberschlesien	276	285	− 9	− 3
12. Niederschlesien	266	280	− 14	− 5
13. Rheinprovinz	115	163	− 48	− 29
14. Stadt Berlin	8	9	− 1	− 11
Staat	**352**	**424**	**− 72**	**− 17**

Die Reihenfolge der Provinzen wurde hier nach der Größenordnung der Verhältnisziffern des Jahres 1929 gewählt und unterscheidet sich wesentlich von der Größenfolge der Schweinebestände. Aber auch hier steht Hannover mit 918 Stück je 1 000 Einwohner an der Spitze, Westfalen hingegen mit der Verhältnisziffer von 289 rückt von der zweiten zur zehnten Stelle und Sachsen mit 409 von der dritten zur siebenten Stelle. Die ersten acht Provinzen, nämlich Hannover, Schleswig-Holstein, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen und Hohenzollerische Lande, deren Bestandsziffern über die Staatsdurchschnittsziffer hinausgeht, können als schweinereiche Gebiete angesehen werden. Die Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen, Oberschlesien, Niederschlesien, Rheinprovinz und Stadt Berlin hingegen sind unter der obigen Voraussetzung Bedarfsgebiete.

Bezüglich der Veränderungen gegenüber 1913 ist an Hand dieser Übersicht folgendes festzustellen. Die schweinereichsten Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein und Pommern haben die größten Rückgänge aufzuweisen. Die stärkste Abnahme zeigt sich in Schleswig-Holstein, wo die Verhältnisziffer von 1 018 auf 808, d. h. um 210 = rund 21 % gefallen ist. Die weniger schweinereichen Landesteile weisen absolut zwar geringere Verminderungen auf, doch prozentual sind die Rückgänge der Verhältnisziffern in diesen Provinzen oftmals besonders hoch. So zeigt sich in der Rheinprovinz eine Abnahme von 163 auf 115 Stück, d. s. rund 29 %.

In wesentlich anderen Verhältnissen stehen die Provinzen zueinander, wenn man die Bestände an Schlachtschweinen zu den Bevölkerungszahlen in Beziehung setzt. Es ergibt sich dann folgendes Bild:

(Tabelle 3)

Provinzen	Auf je 1 000 Einwohner entfallen Schlachtschweine 1929	1913	Unterschied überhaupt	v. H. von 1913
1	2	3	4	5
1. Hannover	186	290	— 104	— 36
2. Pommern	148	243	— 95	— 39
3. Grenzmark Posen-Westpreußen	148	249	— 101	— 41
4. Sachsen	132	195	— 63	— 32
5. Brandenburg	131	203	— 72	— 35
6. Ostpreußen	129	201	— 72	— 36
7. Schleswig-Holstein	111	187	— 76	— 41
8. Hessen-Nassau	103	136	— 33	— 24
9. Westfalen	95	137	— 42	— 31
10. Hohenzollerische Lande	94	116	— 22	— 19
11. Niederschlesien	63	107	— 44	— 41
12. Oberschlesien	43	67	— 24	— 36
13. Rheinprovinz	35	56	— 21	— 38
14. Stadt Berlin	6	7	— 1	— 14
Staat	89	136	— 47	— 35

Aus dieser Aufstellung ist zu ersehen, daß im Staatsdurchschnitt auf 1 000 Einwohner 1929 nur 89 Schlachtschweine entfallen, während 1913 47 Stück mehr, — nämlich 136 Schlachtschweine — vorhanden waren. Hiervon ausgehend findet man in vier Provinzen, nämlich in Niederschlesien, Oberschlesien, Rheinprovinz und Stadt Berlin, nicht nur erhebliche Rückgänge gegenüber 1913, sondern auch ein beträchtliches Zurückbleiben hinter der Staatsdurchschnittsziffer 1929 Die Verhältnisziffern der übrigen Provinzen gehen allerdings über den Staatsdurchschnitt hinaus, bleiben aber zum großen Teil um 30 bis 40 % hinter den entsprechenden Ziffern von 1913 zurück. Bei Hannover und der Grenzmark Posen-Westpreußen betragen die Abnahmen 104 (— 36 %) bezw. 101 (— 41 %) Stück Schlachtschweine je 1 000 Einwohner.

Ergebnisse der Provinzial- und Kommunallandtagswahlen vom 17. November 1929. — Auf Beschluß des Preußischen Staatsministeriums haben gemäß Runderlaß des Ministeriums des Innern vom 25. Juli 1929 — IV a I 318 III — am 17. November 1929 allgemeine Neuwahlen zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften stattgefunden. Die vom Ministerium des Innern gesammelten Einzelergebnisse werden im Statistischen Landesamt zwecks Veröffentlichung zusammengestellt. Als erstes Gesamtergebnis liegt nun die Verteilung der Provinzial- und Kommunallandtagsmandate vor, der vergleichsweise die Sitzverteilung bei den Provinziallandtagswahlen vom 29. November 1925 gegenübergestellt ist.

Vorauszuschicken ist eine knappe Darstellung der wichtigsten Bestimmungen des für die Wahlen der Provinzialvertretungen geltenden Wahlrechts. Die gesetzliche Grundlage bildet das Wahlgesetz für die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925 (GS. S. 123) mit den Änderungen des Gesetzes über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen usw. vom 29. Oktober 1928 (GS. S. 197). Die Ausführungsbestimmungen dazu sind in der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und Kreistagen in der Fassung vom 25. Juli 1929[1]) enthalten.

Wahlberechtigt sind alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die ihren Wohnsitz in der Provinz bezw. im Regierungsbezirk[1]) haben und in die rechtsgültig festgestellte Wählerliste eingetragen oder im Besitz eines Wahlscheines sind. Die Ausschluß- und Behinderungsgründe sind die gleichen wie bei den Reichstags- und Landtagswahlen. Wählbar sind die 25- und mehrjährigen Wahlberechtigten der einzelnen Provinzen oder Regierungsbezirke. Die Zahl der auf 4 Jahre zu wählenden Provinzial-(Kommunal-)Landtagsabgeordneten beträgt mit Ausnahme des Kommunallandtages der Hohenzollernschen Lande, der 24 Abgeordnete hat, mindestens 30 und bemißt sich nach der Einwohnerzahl bei der letzten Volkszählung, wobei innerhalb der 1. und 2. Million der Bevölkerung auf je volle 25 000 Einwohner, innerhalb der 3. Million auf je volle 35 000 Einwohner, innerhalb der 4. Million auf je 50 000 Einwohner, innerhalb der 5. Million auf je volle 75 000, darüber hinaus auf je volle 100 000 Einwohner 1 Abgeordneter entfällt.

Wahlbezirke sind die Stadt- und Landkreise; sie werden jedoch mit einem benachbarten Kreis zu einem Wahlbezirk vereinigt, sofern auf sie nach ihrer Einwohnerzahl nicht mindestens ein Abgeordneter kommt. Jeder Wahlbezirk wird in Abstimmungsbezirke mit einer Höchstzahl von 2 500 Einwohnern eingeteilt.

Gewählt wird nach Wahlvorschlägen (Listenwahl), die für jeden Wahlbezirk als Bezirkswahlvorschläge aufgestellt werden. Wahlvorschläge verschiedener Parteien dürfen neuerdings nicht mehr das gleiche Kennwort tragen. Während das bisherige Wahlrecht zwei Arten von Listenverbindungen kannte, nämlich die Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei mit demselben Kennwort und die Verbindung von Wahlvorschlägen verschiedener Parteien zu einer gemeinsamen Gruppe unter einem gemeinsamen Gruppenkennwort, gleichgültig ob aus demselben Wahlbezirk oder aus verschiedenen Wahlbezirken, ist nach dem Gesetz vom 29. Oktober 1928 nur noch die aus dem gleichen Kennwort folgende Verbindung von Wahlvorschlägen derselben Partei aus verschiedenen Wahlbezirken zulässig.

Die Verteilung der Abgeordnetensitze geschieht nach dem Hare'schen Verfahren in der Weise, daß die Gesamtzahl der in der Provinz abgegebenen gültigen Stimmen durch die Zahl der zu wählenden Abgeordneten geteilt wird. Die so festgestellte Verteilungszahl gibt an, auf wieviel gültige Stimmen ein Mandat entfällt. So oft diese Verteilungszahl in der Zahl der für jeden Wahlvorschlag oder jede Gruppe von Wahlvorschlägen abgegebenen gültigen Stimmen voll enthalten ist, soviele Mandate werden jeder Gruppe und ebenso den unverbundenen Listen zugeteilt. Noch unverteilte Abgeordnetensitze werden nach der Höhe der Reststimmen verteilt, bei gleicher Zahl der Reststimmen entscheidet das Los. Diesem Verteilungsmodus des Gesetzes betr. die Wahl zu den Provinziallandtagen und zu den Kreistagen vom 3. Dezember 1920 (GS. S. 1) wurde durch das Gesetz vom 7. Oktober 1925 ein Mandatsausgleich innerhalb der Regierungsbezirke hinzugefügt, indem weiter die Zahl der Abgeordnetensitze der einzelnen Regierungsbezirke nach ihrer Einwohnerzahl festgestellt und dann mittels der für die Regierungsbezirke errechneten Verteilungszahl zunächst auf die Gruppen und die unverbundenen Wahlvorschläge und dann innerhalb der Gruppen auf die einzelnen Bezirkswahlvorschläge unterverteilt wird. Bei der Mandatsverteilung bleiben aber in den Provinzen sowohl als auch in den Regierungsbezirken Gruppen von verbundenen Listen und unverbundene Wahlvorschläge, deren Stimmenzahl in einem Wahlbezirk nicht mindestens die Verteilungszahl oder insgesamt die doppelte Verteilungszahl der Provinz erreicht, unberücksichtigt. Erhält nun eine Gruppe in allen Regierungsbezirken der Provinz mehr oder weniger Mandate als ihr nach der Sitzverteilung innerhalb der Provinz zustehen, so findet ein Ausgleich dadurch

[1]) Vgl. Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung vom 31. Juli 1929 Nr. 31 S. 667 ff. Die vorher geltende Wahlordnung vom 14. Oktober 1925 findet sich ebenda in Nr. 44 vom 15. Oktober 1925 S. 1033 ff, die Wahlordnung vom 31. Dezember 1920 in der Preußischen Gesetzsammlung S. 8 ff.

[1]) Die Kommunallandtage der Bezirksverbände Kassel und Wiesbaden, die zusammen den Provinziallandtag der Provinz Hessen-Nassau bilden, und der Kommunallandtag der Hohenzollernschen Lande werden in der gleichen Weise gewählt wie die Provinzialvertretungen.

Die Zusammensetzung der Provinzial- und Kommunallandtage nach dem Ergebnis der Provinziallandtagswahlen vom 17. November 1929 und vom 29. November 1925.

(Die Listenverbindungen sind durch Klammern [{] kenntlich gemacht.)

Parteien	Ostpreußen	Brandenburg	Pommern	Grenzmark Posen-Westpreußen	Niederschlesien	Oberschlesien	Sachsen	Schleswig-Holstein[1]	Hannover	Westfalen	Reg.-Bez. Kassel	Reg.-Bez. Wiesbaden	Rheinprovinz	Hohenzollernsche Lande	Abgeordnetensitze zusammen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Provinziallandtagswahlen vom 17. November 1929															
Völkische Parteien	4	6	4 }		6	—	7	7	8 }	4	3	4	6	—	59 }
Deutschnationale Volkspartei	27	29	31 }	11	25	10 [2]	21 }	17	8 } 2	9	— } 11	3	12	—	175 } 13 } 28
Deutsche Volkspartei	8	6	4 }		7	—	10 }		10 }	12	2 }	5	14	—	78 }
Zentrum	7 }	4	—	9	16	23	5	—	10	46	6	10	64	15	211 }
Deutsche Demokratische Partei	3 }		3	—	5	—	5	3	4	4	2	3	4	[4] 3	39 } 4
Sozialdemokratische Partei	23	34	24	6	39	7	37	21	39	31	15	14	25	2	317
Kommunistische Partei	8	9	5	—	5	5	16	5	4	13	3	5	21	—	99
Christlich-natl. Bauern- und Landvolkpartei u. Deutsch-hannoversche Partei	—	—	—	—	—	3	4	—	[5] 16	4	—	5	3	—	35
Bauernbund und sonstige Bauernparteien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	4
Wirtschaftspartei	4	8	4	—	7	—	8	4	—	9	3	3	11	—	61
Sonstige unpolitische Listen	—	—	—	4	—	3	—	[6] 4	10	—	—	—	—	—	21
Sparer- und Aufwertungsparteien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Christlicher Volksdienst	3	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	3	—	12
Polen	—	—	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	3
	87	96	75	30	110	54	113	61	111	138	45	52	163	24	1 159
Provinziallandtagswahlen vom 29. November 1925															
Völkische Parteien	4	3	—	2 }	1 }		3 }		1 }	—	—	—	—	—	14 }
Deutschnationale Volkspartei	33	33 } 1	37	11 } 1	29 }	12	16 } [2] 20	21	2 } 30	16	7	6	16	— } 1	206 } 84 } 2
Deutsche Volkspartei	7	[3] 7 }	5	2 }	7 }		2 }		1 }	17	6	7	16	— }	77 }
Zentrum	6	2	—	9	17	26	4	—	11	50	7	12	72	17	233
Deutsche Demokratische Partei	3	4	3	—	5	2	5	4	5	5	3	4	4	[4] 3	50
Sozialdemokratische Partei	22	32	20	5	41	5	34	20	37	32	15	16	23	—	302
Kommunistische Partei	6	9	4	—	4	5	18	5	5	14	3	4	21	—	98
Christlich-natl. Bauern- und Landvolkpartei u. Deutsch-hannoversche Partei	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1
Bauernbund und sonstige Bauernparteien	—	—	—	—	3	—	—	7	—	—	2	—	2	3	17
Wirtschaftspartei	—	5	3	—	4	—	1	2	—	4	—	3	6	—	28
Sonstige unpolitische Listen	[7] 4	[8] 1	[9] 1	—	—	—	7	[10] 2	[11] 16	—	—	—	—	—	31
Sparer- und Aufwertungsparteien	2	—	3	—	—	—	3	—	3	—	—	—	3	—	14
Christlicher Volksdienst	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Polen	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	4
	87	97	76	30	111	54	113	61	112	138	43	52	163	24	1 161

1) Einschl. des Kommunalverbandes Kreis Herzogtum Lauenburg mit je (1929 und 1925) 3 Abgeordneten. — 2) Einschl. Landbund. — 3) Darunter 1 Nationalliberaler. — 4) Freie Wahlvereinigung. — 5) Darunter 12 Deutsch-Hannoveraner. — 6) 3 Volkswohl, 1 Mittelstand. — 7) Deutsche Wirtschaftspartei und Ostpreußischer Bauernbund. — 8) Wirtschaftsblock Osthavelland. — 9) Wirtschaftspolitische Liste. — 10) 1 Handwerk, Handel und Gewerbe, 1 Eigenheim. — 11) 8 Haus- und Grundbesitz, 5 Handel und Gewerbe, 1 Neuhaus an d. Oste-Hadeln, 1 Beermann, 1 Fürbringer.

statt, daß den durch die Sitzverteilung innerhalb der Regierungsbezirke begünstigten Gruppen die mit den wenigsten Reststimmen zu viel erhaltenen Sitze entzogen und den mit zu wenig Sitzen bedachten Gruppen nach der Höhe der Reststimmen zugeteilt werden, ohne daß sich die Gesamtzahl der Sitze für jeden Regierungsbezirk ändert. Die Wahlordnung in der Fassung vom 25. Juli 1929 hat diese Regelung beibehalten, ordnet aber an, daß auf die ursprünglichen Reststimmen zurückzugreifen ist, falls die Reststimmen zur Verteilung aller Sitze nicht ausreichen. Ferner greift nunmehr der Mandatsausgleich auf andere Regierungsbezirke der Provinz über, falls er sich nicht in demselben Regierungsbezirk bewerkstelligen läßt.

Soweit die gesetzlichen Unterlagen.

Die Zahl der *zugelassenen Wahlvorschläge* hat sich 1929 in Pommern, Oberschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, der Rheinprovinz und den Hohenzollernschen Landen gegenüber 1925 erhöht, dagegen in Brandenburg, der Grenzmark Posen-Westpreußen, in Hannover, Westfalen und in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden vermindert. Die Folge ist — wie aus der nachstehenden Gegenüberstellung ersichtlich ist —, daß die Zahl der ohne Mandat gebliebenen Listen mit Ausnahme Oberschlesiens, wo keine Veränderung eintrat, dort stieg und hier sank. Unter den 1929 erfolglos gebliebenen Wahlvorschlägen seien hervorgehoben 4 polnische und 1 litauische Liste, 8 Wahlvorschläge der Kommunistischen Opposition, 2 der U. S. P. D., je 3 des Zentrums, der Nationalsozialisten und der Christlich-Sozialen, ferner 4 Wahlvorschläge des Christlichen Volksdienstes, 9 der Volksrechtpartei und 5 der Mieterbünde.

	1929 Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge	1929 davon erhielten kein Mandat	1925 Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge	1925 davon erhielten kein Mandat
Ostpreußen	13	4	13	5
Brandenburg	13	6	18	7
Pommern	14	7	11	3
Grenzmark Posen-Westpreußen	7	3	12	5
Niederschlesien	13	5	13	4
Oberschlesien	10	3	9	3
Sachsen	20	10	16	3
Schleswig-Holstein (einschl. des Kommunalverbandes Kreis Herzogtum Lauenburg)	17	7	13	1
Hannover	13	2	20	5
Westfalen	15	5	17	10
Reg.-Bez. Kassel	9	1	11	4
Reg.-Bez. Wiesbaden	14	5	17	6
Rheinprovinz	20	10	15	5
Hohenzollernsche Lande	5	1	4	—

Die Listenverbindung verschiedener Parteien, die 1925 in Form eines Gruppenkennwortes erfolgte und von den Parteien im allgemeinen der Gemeinschaftsliste vorgezogen wurde, ist 1929 durch die oben erwähnte Änderung der Wahlordnung erschwert worden. Ausnahmen finden sich in einem Teile Brandenburgs und in Hohenzollern als „Bürgerblock", im Kreise Bomst als „Nationale Vereinigung", in Oberschlesien als „Schwarz-Weiß-Rot", in Sachsen als „Nationaler Ordnungsblock" und als Wahlvorschlag „Arbeit und Ordnung", in Schleswig-Holstein als Liste „Wiederaufbau" und in Hannover als „Vereinigte Hannoversche Provinziallandtagsliste". Jetzt ist den Parteien ein Zusammengehen nur noch möglich, indem sie gemeinsame Listen aufstellen, wie das auch seitens des Zentrums und der Demokraten in Brandenburg (Block der Mitte), seitens der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in Schleswig-Holstein (Heimat und Wirtschaft) und im Bezirk Kassel (Hess. Arbeitsgemeinschaft Stadt und Land, jedoch ohne die Volkspartei in Kassel und Marburg), weiter seitens der beiden zuletzt genannten Parteien und der Völkischen in der Grenzmark (Nationaler Block), und in Teilen Hannovers (Nationale Front) sowie endlich seitens des Mittelstandes in der Grenzmark (Mittelstand in Stadt und Land), in Teilen Oberschlesiens (Bürger- und Bauernblock) und in Hannover (Mittelstandsblock) geschehen ist.

Die Tafel der Seite 150 gibt die Zusammensetzung der Provinzial- und Kommunallandtage nach dem Ergebnis der Wahlen vom 17. November 1929 und vom 29. November 1925 wieder.

Die Abgeordnetensitze haben sich ihrer Zahl nach in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Niederschlesien und Hannover 1929 gegenüber 1925 um je einen Sitz vermindert, aber im Regierungsbezirk Kassel um 2 erhöht. Daher ist die Gesamtzahl der Mandate von 1 161 auf 1 159 gesunken. Infolge der Staffelung der Abgeordnetenzahl nach der Bevölkerung entfällt jetzt in der Rheinprovinz erst auf 44 521 und in Westfalen auf 34 864 Einwohner (Volkszählung vom 16. Juni 1925) ein Provinziallandtagsabgeordneter, in Schleswig-Holstein dagegen schon auf 24 908 und in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden auf 24 058 bezw. 25 274 Einwohner bei einem Staatsmittel von 32 890 Einwohnern. In der Grenzmark und in Hohenzollern, denen Sonderbestimmungen zugute kommen, trifft sogar ein Abgeordneter auf 11 083 bezw. 2 993 Einwohner.

Die Mandatsverteilung hat sich 1929 gegenüber 1925 nicht unerheblich geändert. Von den politischen Parteien haben lediglich die Völkischen (1929 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei 59 Sitze gegenüber 12 Deutschvölkischen und 2 Deutschsozialen 1925) und die Sozialdemokratische Partei (317 Mandate gegenüber 302) namhafte Mandatsgewinne erzielt. Die Deutschnationale Volkspartei hat auf eigene Listen 1929: 175 Sitze gegenüber 1925: 206 Sitzen erhalten, ferner zusammen mit der Deutschen Volkspartei 28 Mandate gegenüber 2 und weiter in Gemeinschaft mit dieser und den Völkischen (in Hannover 1925 mit Unterstützung der Deutsch-Hannoveraner) 13 Sitze gegen 84. Die Deutsche Volkspartei vermochte ihren Mandatsstand gut zu behaupten (78 Sitze auf eigene Listen gegenüber 77), ebenso die Kommunistische Partei (99 Mandate gegenüber 98). Die Zahl der Zentrumsmandate ging von 233 auf 211 herunter, die der Demokraten von 50 auf 39, wozu 1929 auf gemeinsame Liste noch 4 Mandate zu zählen sind. Auf die Wahlvorschläge der Polnisch-Katholischen Volkspartei sind endlich in Oberschlesien jetzt 3 Mandate gegen 4 bei den vorigen Wahlen entfallen.

Das wesentliche Merkmal der jüngsten Provinziallandtagswahlen ist die Stärkung der Nationalsozialisten und der Wirtschaftspartei. Die mehr wirtschaftlich eingestellten Parteien haben 1929 insgesamt 133 Mandate erhalten, und zwar: die Wirtschaftspartei 61, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 23, die Deutsch-Hannoveraner und der in drei Provinziallandtage eingezogene Christliche Volksdienst je 12, der Hohenzollernsche Bauernbund 4 und die gemeinsamen Listen dieser Parteien und die sonstigen unpolitischen Listen 21 Mandate. 1925 hatten dagegen die Wirtschaftspartei nur 28, die Bauernbünde und andere Bauernparteien 17, die jetzt aus den Provinziallandtagen völlig verschwundenen Aufwertungsparteien und Sparerbünde 14 Sitze, die Deutsch-Hannoveraner, die allerdings zumeist für die „Vereinigte Hannoversche Provinziallandtagsliste" gestimmt hatten, 1 Sitz und die gemeinsamen Listen dieser Parteien und die sonstigen unpolitischen Wahlvorschläge 31 Sitze, insgesamt also 91.

Ergebnisse der Kreistagswahlen vom 17. November 1929. — Als weiteres Ergebnis der allgemeinen Neuwahlen zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften wird die Verteilung der Kreistagsmandate vorgelegt. Die vom Preußischen Landkreistag veröffentlichten Ergebnisse der Kreistagswahlen vom 29. November 1925[1]) sind der Haupttafel beigefügt. Auf eine eingehende Vergleichung beider Wahlen muß jedoch angesichts der zahlreichen und zum Teil recht erheblichen Eingemeindungen von Landkreisen oder ihren Teilen in bestehende Stadtkreise und der Bildung neuer Stadtkreise verzichtet werden; von diesen sind namentlich die Regierungsbezirke Oppeln, Wiesbaden, Arnsberg und Düsseldorf betroffen. Einen Zuwachs an Landkreisen hat lediglich der Bezirk Kassel infolge der Einverleibung des ehemaligen Freistaates Waldeck erfahren.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Kreistagswahlen[2]) sind in ihren Grundzügen im wesentlichen die gleichen wie diejenigen der Provinziallandtagswahlen. Es dürfte daher genügen, hier lediglich die Abweichungen von den auf Seite 149 im Auszug wiedergegebenen Bestimmungen über die Provinziallandtagswahlen hervorzuheben.

Die Zahl der zu wählenden Abgeordneten beträgt in Landkreisen bis zu 30 000 Einwohnern 20; sie erhöht sich in Landkreisen mit mehr als 30 000 bis 50 000 für je angefangene weitere 5 000, in Landkreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern für je angefangene weitere 10 000 Einwohner um einen Abgeordneten. Die Verbindung von Listen ist im Gegensatz zu den Provinziallandtagswahlen nicht statthaft, und endlich erfolgt die Verteilung der Mandate seit 1921 unverändert in der gleichen Weise wie bei den Provinziallandtagswahlen 1921, nämlich so, daß jedem Wahlvorschlage so viele Sitze zugeteilt werden, wie die Zahl der für den Wahlvorschlag abgegebenen Stimmen durch die Verteilungszahl (d. i. die Zahl der im Kreise abgegebenen gültigen Stimmen geteilt durch die Zahl der zu wählenden Abgeordneten) voll teilbar ist. Noch unverteilte Mandate werden nach der Höhe der Reststimmen besetzt.

Die Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge beträgt in 406 Landkreisen — hier fehlt der Kasseler Kreis Kirchhain — insgesamt 2 732 und schwankt im einzelnen sehr stark wie die Zusammenstellung auf der ersten Seite zeigt.

Weit stärker als bei den Provinziallandtagswahlen tritt der Gegensatz zwischen der Geschlossenheit der Wählerschaft in einem Teil der Landkreise und der Zersplitterung der politischen Meinungen in anderen Landkreisen hervor. In 79 Landkreisen (19,5 v. H.) liegen

---

[1]) Vgl. Constantin-Stein, die Deutschen Landkreise, Berlin 1926 Bd. 2, S. 1021 f. Aus den Spalten „Abgeordnete sonstiger Parteien" und „Unpolitische Abgeordnete" sind jedoch die Abgeordneten der völkischen Parteien, der Deutsch-Hannoveraner sowie der Polen und Dänen herausgezogen und besonders gebracht worden.

[2]) Wahlgesetz über die Provinziallandtage und Kreistage vom 7. Oktober 1925 (GS. S. 123) mit den Änderungen des Gesetzes über die Festsetzung der Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen 2c. vom 29. Oktober 1928 (GS. S. 197). Die Ausführungsbestimmungen dazu sind in der Wahlordnung für die Provinziallandtage und Kreistage vom 15. Oktober 1925 (Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung 1925 Nr. 44) und in der Wahlordnung für die Wahlen zu den Provinziallandtagen (Kommunallandtagen) und den Kreistagen in der Fassung vom 25. Juli 1929 (a. a. O. 1929 Nr. 31) enthalten.

Die Landkreise nach der Zahl der bei den Wahlen vom 17. November 1929 zugelassenen Wahlvorschläge.

Regierungsbezirke	Zahl der Landkreise	Die Zahl der zugelassenen Wahlvorschläge beträgt												Gesamtzahl der zugelassenen Wahlvorschläge	Das ist im Durchschnitt der Landkreise
		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	mehr als 12		
		in … Landkreisen													
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
Königsberg	13	—	3	2	2	2	1	1	—	1	—	—	1	77	5,9
Gumbinnen	10	—	2	—	2	2	2	—	1	—	—	—	1	65	6,5
Allenstein	9	—	—	—	1	—	1	1	1	1	—	—	4	117	13,0
Westpreußen	5	—	—	—	1	2	—	1	—	1	—	—	—	35	7,0
Potsdam	14	—	—	—	1	1	4	3	3	2	—	—	—	110	7,9
Frankfurt	17	—	—	—	7	4	1	—	3	2	—	—	—	113	6,6
Stettin	12	—	—	2	—	4	—	4	1	1	—	—	—	83	6,9
Köslin	12	—	—	2	3	4	2	—	—	—	—	1	—	73	6,1
Stralsund	4	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	18	4,5
Schneidemühl	8	—	1	1	2	2	1	—	—	—	—	1	—	48	6,0
Breslau	23	—	—	2	6	3	3	6	3	—	—	—	—	152	6,6
Liegnitz	19	—	1	3	4	4	2	3	1	—	—	—	1	121	6,4
Oppeln	14	—	1	1	2	3	2	3	2	—	—	—	—	91	6,5
Magdeburg	14	—	2	4	3	3	—	—	—	1	1	—	—	76	5,4
Merseburg	16	—	—	4	3	4	5	—	—	—	—	—	—	90	5,6
Erfurt	9	—	1	2	3	2	1	—	—	—	—	—	—	45	5,0
Schleswig	[1]) 17	—	—	1	3	4	3	3	1	—	2	—	—	119	7,0
Hannover	11	2	2	1	2	3	1	—	—	—	—	—	—	49	4,5
Hildesheim	15	1	2	5	6	—	1	—	—	—	—	—	—	65	4,3
Lüneburg	13	—	1	3	3	2	2	1	1	—	—	—	—	73	5,6
Stade	14	—	—	5	4	4	—	—	1	—	—	—	—	73	5,2
Osnabrück	10	1	—	5	2	1	—	—	1	—	—	—	—	47	4,7
Aurich	6	—	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	4	104	17,3
Münster	10	—	1	1	3	2	1	2	—	—	—	—	—	57	5,7
Minden	10	—	1	1	2	3	—	1	1	—	—	1	—	64	6,4
Arnsberg	12	—	—	—	—	—	3	5	2	1	1	—	—	100	8,3
Kassel	[2]) 25	—	—	5	3	7	3	1	—	1	1	2	1	170	6,8
Wiesbaden	14	—	—	—	—	2	4	2	2	—	3	—	1	124	8,9
Koblenz	13	—	—	1	3	2	4	1	1	—	1	—	—	87	6,7
Düsseldorf	9	—	—	—	—	1	2	1	2	2	1	—	—	77	8,6
Köln	10	—	—	—	1	1	2	2	1	1	—	1	1	97	9,7
Trier	9	1	1	—	2	1	2	—	1	—	1	—	—	55	6,1
Aachen	8	1	1	—	1	2	1	—	2	—	—	—	—	47	5,9
Sigmaringen	2	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	10	5,0
Freistaat Preußen	407	6	20	53	80	76	54	41	31	14	11	6	14	2 732	6,7

[1]) ohne die Insel Helgoland, die hinsichtlich der Provinziallandtags- und Kreistagswahlen als Gemeinde anzusehen ist. — [2]) Die weiteren Angaben verstehen sich ohne den Kreis Kirchhain, aus dessen Material nichts zu ersehen war.

2 bis 4 Wahlvorschläge vor, in 156 (38,4 v. H.) 5 und 6, in 126 (31,0 v. H.) 7 bis 9 Wahlvorschläge, in 31 Landkreisen (7,6 v. H.) 10 bis 12 und in den übrigen 14 Landkreisen (3,4 v. H.) mehr als 12. Die Kreise mit den wenigsten Wahlvorschlägen[1]) sind zumeist kleine Kreise, diejenigen mit zahlreichen Wahlvorschlägen[2]) gehören in der Hauptsache zu den mittelgroßen.

Bemerkenswert ist es, daß in den Regierungsbezirken Allenstein, Westpreußen, Potsdam, Frankfurt, Aurich, Köln und Sigmaringen kein einziger Landkreis mit weniger als 5 Wahlvorschlägen, in Wiesbaden und Düsseldorf sogar keiner unter 6 und in Arnsberg kein Landkreis mit weniger als 7 Wahlvorschlägen zu finden ist. Beachtlich ist auch die Reihendichtigkeit der Landkreise in einigen Regierungsbezirken (so in Köslin, Stralsund, Merseburg und Stade) gegenüber der Streuung in anderen Bezirken, namentlich in Allenstein, Aurich, Minden, Kassel, Wiesbaden, Köln und Trier. Dies alles gelangt in dem Quotienten aus der Zahl der Wahlvorschläge und derjenigen der Landkreise (Spalte 15 der obigen Tafel) zum Ausdruck. Da stehen sich beispielsweise sehr niedrige Ziffern in den Regierungsbezirken Stralsund, Erfurt, Hannover, Hildesheim, Osnabrück und Sigmaringen und besonders hohe Ziffern in den Bezirken Allenstein, Aurich, Arnsberg, Wiesbaden, Düsseldorf und Köln gegenüber.

Eigene Wahlvorschläge der im Preußischen Landtag vertretenen Parteien liegen 1929 insgesamt 1 502 vor, und zwar hat die Sozialdemokratische Partei in 399 Landkreisen, die Kommunistische Partei in 270, das Zentrum in 198, die Nationalsozialistische Arbeiterpartei in 192 Landkreisen, ferner die Wirtschaftspartei in 107, die Demokratische Partei in 100, die Deutschnationale Volkspartei in 91, die Deutsche Volkspartei in 71 Landkreisen, weiter die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei in 40, die Deutsch-Hannoversche Partei in 14, die Volkrechtpartei in 13 und endlich der Völkisch-Nationale Block in 7 Landkreisen eigene Listen rechtzeitig eingereicht. Außerdem sind noch an Wahlvorschlägen weiterer Parteien vom Christlichen Volksdienst in 15 Landkreisen, von der Christlich-Sozialen Reichspartei in 12, von der U. S. P. D. in 10, von der kommunistischen Opposition in 5, von den Polen in 18, und von den Dänen in 3 Landkreisen zu erwähnen. Von den übrigen Listen entfällt ein beträchtlicher Teil auf die gemeinsamen Wahlvorschläge zweier oder mehrerer Parteien (die eine Folge des Verbots der Listenverbindungen ist).

[1]) Die Landkreise Stolzenau, Sulingen, Uslar, Hümmling, Prüm und Monschau haben nur je 2 Wahlvorschläge. — [2]) Labiau, Johannisburg und Rössel mit je 13, Niederung und Norden mit je 14, Freystadt mit 15, Sensburg mit 16, der Dillkreis mit 17, Frankenberg mit 19, Aurich mit 23, Waldbröl mit 25, Wittmund mit 27, Leer mit 29 und endlich Ortelsburg mit 36 Wahlvorschlägen.

Die gemeinsamen Listen tragen in der Regel Kennworte wirtschaftlicher Art, die die dahinterstehenden Parteien nicht ohne weiteres erkennen lassen. Das Hervortreten der wirtschaftlichen Listen überhaupt ist bei den Kreistagswahlen besonders zu betonen. An Listenverbindungen der mittleren und mehr rechts gerichteten Parteien, also vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten, werden nicht weniger als 20 verschiedene Arten nachgewiesen, ungerechnet diejenigen, die sich noch in den „Vereinigten Bürgerlichen Listen ohne nähere Angabe“ (Spalte 11 der Haupttafel unter 1 auf Seite 154) verbergen mögen. An den gemeinsamen Listen sind die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei und die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) besonders stark beteiligt, wohingegen die SPD nur höchst selten, die Kommunistische Partei nirgends Listenverbindungen eingegangen ist. Ähnlich wie mit den Wahlvorschlägen der Parteien steht es mit den berufsständischen Listen, wo Wahlvorschläge von Industrie, Handel und Handwerk, Haus- und Grundbesitz, landwirtschaftlichem Mittel- und Kleinbesitz, Beamten und Arbeitnehmern sowie von Verbänden sowohl allein als auch gemeinsam zu zweit oder mehreren aufgestellt worden sind. Des weiteren sind örtliche Wahlvorschläge und Mieterlisten keine seltene Erscheinung; doch treten sie gegenüber den politischen und berufsständischen Listen in den Hintergrund. Als vereinzelt vorkommend sind dann noch offenbar politische Wahlvorschläge unter wirtschaftlicher Bezeichnung (der Gewerkvereine, der Verbraucher und der Kriegsopfer) zu erwähnen.

Von den 2732 zugelassenen Wahlvorschlägen ist überraschenderweise nur etwa der zehnte Teil (253 ohne den Kreis Frankenberg) ohne Mandat geblieben. Die bei der Verteilung der Abgeordnetensitze ausgefallenen Wahlvorschläge sind hauptsächlich in Landkreisen mit zahlreichen Wahlvorschlägen zu suchen. Die Höchstzahlen an erfolglosen Listen haben die Regierungsbezirke Allenstein mit 34, Köln mit 27, Wiesbaden mit 25, Breslau und Stade mit je 16, Potsdam mit 14, Königsberg mit 13, Arnsberg mit 12 und Stettin und Köslin mit je 11 Wahlvorschlägen. Dagegen waren in den Bezirken Westpreußen, Stralsund, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Hildesheim, Osnabrück, Aurich, Münster, Koblenz, Düsseldorf, Trier, Aachen und Sigmaringen sämtliche oder fast alle Wahlvorschläge erfolgreich.

Zu der in der Haupttafel nachgewiesenen Mandatsverteilung ist zu bemerken, daß die Sitze auf gemeinsame Listen mehrerer Parteien 1929 überall da unter die betreffenden Parteien aufgeteilt worden sind, wo die Unterlagen entsprechende Hinweise enthielten. Alle übrigen Mandate auf gemeinsame Wahlvorschläge, die mangels solcher Hinweise unaufteilbar waren, sind einschließlich der „Vereinigten bürgerlichen Listen ohne nähere Angabe“ in Spalte 11 gebracht, sodaß für Spalte 12 „sonstige“ lediglich berufsständische, örtliche und weitere, vereinzelt vorkommende Listen übrigbleiben. Eine ähnliche Trennung bei den Kreistagswahlen von 1925 vorzunehmen, war nicht mehr durchführbar; somit ist 1925 unter „sonstige“ alles das zusammengefaßt, was den Spalten 11 und 12 und den aufgeteilten Listen der Wahlen von 1929 entspricht. Für die Vergleichbarkeit der beiden Wahlen bietet diese Verschiedenheit einen weiteren Nachteil.

Die Abweichungen in den Gesamtzahlen der Abgeordnetensitze 1929 gegenüber 1925 sind zu einem Teil auf topographische Veränderungen, zum anderen auf Bevölkerungszu- oder abnahmen zurückzuführen. Die gleiche Gesamtzahl von Kreistagsabgeordneten haben 1929 und 1925 die 9 Regierungsbezirke Allenstein, Westpreußen, Frankfurt, Stralsund, Schneidemühl, Merseburg, Stade, Koblenz und Sigmaringen; gestiegen ist die Mandatszahl lediglich in 7 Bezirken — in Köslin, Erfurt, Minden, Köln, Trier und Aachen um je 1, in Kassel infolge der Zuteilung der 3 ehemals Waldeckschen Kreise um 52 —, dagegen in den übrigen 18 Regierungsbezirken gesunken, und zwar besonders stark in Arnsberg (um 183), Düsseldorf (um 163), in Wiesbaden (um 33) und Oppeln (unter Hinzurechnung der Zahl der Abgeordneten der 5 Grenzkreise, die 1925 nicht neu gewählt haben, um 22).

Die größten Landkreise, Aachen und Recklinghausen, zählen 37 Abgeordnete, die nächstfolgenden Kreise Mörs, Düsseldorf-Mettmann und der Ennepe-Ruhrkreis je 36, Solingen-Lennep 34, Niederbarnim, der Siegkreis, Kempen-Krefeld, Hamm und Waldenburg je 33. Somit kommt in Aachen und Recklinghausen auf je rund 4 800 Einwohner ein Abgeordneter, in Mörs auf etwa 4 700, in Düsseldorf-Mettmann, im Ennepe-Ruhrkreis, in Solingen-Lennep, Niederbarnim, im Siegkreis, in Kempen-Krefeld, Hamm und in Waldenburg auf je 4 500 bis 4 000 Einwohner. Dagegen entfällt in den kleinsten Kreisen Bomst, Dramburg und Meisenheim bereits auf rund 660 bis 680 Einwohner, in Eiderstedt auf 740, in Naumburg auf 790, in Hadeln und Ilfeld auf 850 bis 860 Einwohner ein Abgeordneter.

Die Mandatsverteilung ist folgende:

Es entfallen auf	1929 überhaupt	1929 v. H.	1925 überhaupt	1925 v. H.
die Nationalen Minderheiten	40	0,4	39	0,4
„ Kommunisten	471	4,8	536	5,3
„ Sozialdemokraten	2 518	25,7	2 431	24,1
„ Demokraten	274	2,8	266	2,6
das Zentrum	1 815	18,5	1 914	19,0
die Deutsch-Hannoveraner	147	1,5	108	1,1
„ Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei	270	2,8	—	—
„ Wirtschaftspartei	374	3,8	300	3,0
„ Deutsche Volkspartei	590	6,0	462	4,6
„ Deutschnationalen	1 562	15,9	1 787	17,8
„ Völkischen Parteien	388	4,0	69	0,7
„ gemeinsamen Listen der Bürgerlichen Parteien und der Völkischen	696	7,1	2 155	21,4
„ Sonstigen Wahlvorschläge	667	6,8		
	9 812	100,0	10 067	100,0

Mit einiger Sicherheit läßt sich sagen, daß die Sozialdemokraten, die Wirtschaftspartei und die Nationalsozialisten Sitze gewonnen, dagegen die Kommunisten, die Deutschnationalen (diese hauptsächlich wohl zugunsten der bei den Kreistagswahlen 1929 zum ersten Male in Wettbewerb getretenen Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei), das Zentrum und die Nationalen Minderheiten Mandate verloren haben. Von den letztgenannten kommen nämlich 1929 allein 10 Polen auf die oberschlesischen Landkreise, die 1925 nicht neugewählt hatten. Die Sozialdemokratie hat nach Absetzung der erwähnten oberschlesischen Kreise infolge ihres Mandatszuwachses im Norden und in der Mitte Preußens insgesamt ein Plus von 75 Mandaten, obwohl ihr in den Regierungsbezirken Arnsberg 57, Wiesbaden 16, Düsseldorf 14 und in der Provinz Niederschlesien 15 Sitze verlorengingen. Auch die Verluste des Zentrums (142 Sitze) und der Kommunisten (78 Mandate) sind zumeist durch große Umgemeindungen — soweit nicht Bündnisse mit anderen Parteien seitens des Zentrums in Frage stehen — verursacht. Die Zahl der Zentrumssitze hat sich z. B. in Düsseldorf um 82, in Arnsberg um 46, in Oppeln um 18 und in Wiesbaden um 5, diejenige der kommunistischen Mandate in Düsseldorf um 28, in Arnsberg um 25 und in Wiesbaden um 5 vermindert.

Betreffs der in Spalte 11 der Haupttabelle unter a bis k aufgeführten 10 Arten von gemeinsamen Listen mehrerer Parteien ist noch nachzutragen, daß 1929 die Deutschnationalen bei 9, die Deutsche Volkspartei bei 8, die Wirtschaftspartei bei 5, die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei und die Deutsch-Hannoveraner bei 4, das Zentrum und die Demokraten bei je 3 und schließlich die Völkischen Parteien bei 2 Arten beteiligt waren. Jedoch ist

Die Mandatsverteilung nach den Ergebnissen der Kreistagswahlen

Kreistagswahlen vom 17. November 1929.

Landkreise der Regierungsbezirke	Polen, Dänen	Kommunisten	Sozialdemokraten	Demokraten	Zentrum	Chr.-natl. Bauern- u. Landvolkp. u. Deutschhannoveraner	Wirtschaftspartei	Deutsche Volkspartei	Deutschnationale	Völkische	Unaufgeteilte Sitze auf Einheitslisten mehrerer Parteien[1])	Sonstige	Gesamtzahl der Abgeordnetensitze
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Königsberg . . .	—	20	92	7	30	1	5	29	97	11	c 6	14	312
Gumbinnen . . .	—	14	65	10	—	—	1	14	52	8	c 22, h 12, i 11, l 5	19	233
Allenstein	3	6	53	9	26	5	4	14	78	12	d 4	10	224
Westpreußen . . .	2	4	28	4	14	—	3	6	44	2	l 2	2	111
Potsdam	—	43	120	14	3	4	28	16	76	24	d 35, l 13	4	380
Frankfurt	—	22	151	10	1	18	14	12	47	15	b 15, d 70, f 5, h 16, k 3, l 26	6	431
Stettin	—	15	84	6	—	8	16	11	95	12	d 24, l 5	20	296
Köslin	1	9	72	7	3	—	7	5	146	5	a 13, l 1	13	282
Stralsund	—	6	37	4	—	1	9	5	32	—	—	1	95
Schneidemühl . .	6	2	32	—	47	—	4	8	44	9	a 11, d 7	8	178
Breslau	—	10	173	7	115	3	40	14	91	21	a 10, c 43, g 2, h 2	21	552
Liegnitz	—	13	163	14	44	5	32	29	92	10	c 8, h 19, l 9	20	458
Oppeln	25	24	44	—	155	17	9	8	67	2	—	12	363
Magdeburg . . .	—	16	145	12	3	1	19	37	77	20	d 8	16	354
Merseburg	—	85	109	26	2	10	15	25	69	31	c 13, l 7	21	413
Erfurt	—	16	53	3	42	3	7	16	46	9	l 1	7	203
Schleswig	3	17	119	20	1	1	12	62	60	52	c 17, d 9, l 7	38	418
Hannover	—	3	73	6	4	19	3	16	22	9	d 45, l 26	10	236
Hildesheim . . .	—	7	139	12	26	23	7	30	27	13	l 17	15	316
Lüneburg	—	3	64	10	—	86	6	24	39	14	l 21	14	281
Stade	—	6	74	8	1	50	2	17	37	9	—	84	288
Osnabrück	—	—	30	3	112	21	5	21	14	2	—	7	215
Aurich	—	3	38	11	—	—	—	17	20	14	—	32	135
Münster	—	12	29	—	170	4	9	3	2	—	c 3, l 11	28	271
Minden	—	4	63	3	85	5	7	16	17	5	l 17	39	261
Arnsberg	—	14	63	12	118	9	21	20	29	8	l 5	29	328
Kassel	—	24	167	26	66	32	16	29	52	25	c 20, d 27, l 14	48	546
Wiesbaden . . .	—	7	81	10	87	63	18	17	14	15	—	13	325
Koblenz	—	9	44	6	143	21	12	20	13	10	e 9, f 7	26	320
Düsseldorf	—	31	34	4	117	—	23	15	22	5	c 5, l 2	16	274
Köln	—	14	45	3	119	—	9	18	18	9	—	20	255
Trier	—	4	13	—	121	7	4	7	5	5	c 2, l 4	37	209
Aachen	—	8	17	2	134	—	7	9	10	1	—	17	205
Sigmaringen . .	—	—	4	5	26	—	—	—	8	1	—	—	44
Landkreise überhaupt	**40**	**471**	**2 518**	**274**	**1 815**	**417**	**374**	**590**	**1 562**	**388**	**696**	**667**	**9 812**
darunter	3 Dänen	1 kommun. Opposition	7 U. S. P. D.			147 Deutschhannoveraner					a 34, b 15, c 139, d 229, e 9, f 12, g 2, h 49, i 11, k 3, l 193		

[1]) a = Völkische, Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp. (Sp. 8—10). — b = Völkische, Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp., Wirtsch. P., Chr. natl. (Sp. 7—9). — e = Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp., Chr. natl. Bauern- u. Landvolkp. (Sp. 6, 8 u. 9). — f = Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp., Wirtsch. P., Demokr. (Sp. 4 u. 7—9). — i = Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp., Wirtsch. P., Chr. natl. Bauern- u. Landvolkp., Zentr., Demokr. Cosel, Ratibor, Tarnowitz und Tost-Gleiwitz haben 1925 nicht neugewählt.

nun nicht etwa der Schluß zulässig, die 503 Sitze der Parteibündnisse a bis k könnten ungefähr nach diesem Maßstab in Verbindung mit der Zahl der auf die einzelnen Arten von gemeinsamen Wahlvorständen entfallenen Mandate verteilt werden, sondern es darf nur festgestellt werden, daß der Anteil der an den Parteibündnissen c und d unbeteiligten Parteien (der Völkischen, der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei und der Deutsch-Hannoveraner sowie des Zentrums und der Demokraten) gegenüber

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im Jahre 1929. — Zu Beginn des Jahres 1929 gab es in Preußen (ohne Saargebiet) 33 Großstädte. Im Laufe des Jahres verringerte sich infolge von Umgemeindungen ihre Zahl auf 31, da in die neugebildete Stadtgemeinde Wuppertal die beiden Großstädte Elberfeld und Barmen aufgingen und die beiden Großstädte Duisburg und Hamborn zur Stadtgemeinde Duisburg-Hamborn zusammengeschlossen wurden. Nach der von den einzelnen Städten vorgenommenen Bevölkerungsfortschreibung betrug Ende 1929 die Gesamteinwohnerzahl dieser 31 preußischen Großstädte 13 320 601, sodaß ungefähr ein Drittel der preußischen Bevölkerung heute in Großstädten lebt.

Da zu Beginn des Jahres 1929 die preußischen Großstädte 12 544 926 Einwohner zählten, belief sich der Bevölkerungszuwachs des Jahres auf 775 675 (gegenüber 432 028 im Vorjahre). Hiervon entfielen aber auf Eingemeindungen allein 693 524 (im Vorjahre 295 550), sodaß der durch Bevölkerungsbewegung entstandene Zuwachs nur 82 151 (im Vorjahre 136 478) betrug. Davon stellten 55 298 oder 4,2 v. T. der mittleren Bevölkerung den Überschuß der zugezogenen über die fortgezogenen Personen (im Vorjahre 95 634 oder 7,7 v. T.) und 26 853 oder 2,2 v. T. den Geburtenüberschuß (im Vorjahre 40 844 oder 3,3 v. T.) dar.

Was zunächst den Wanderungsgewinn betrifft, so zeigen die eben genannten Zahlen, daß der Zuzug in die Großstädte

in den preußischen Landkreisen
vom 17. November 1929 und vom 29. November 1925.

Kreistagswahlen vom 29. November 1925.

Polen, Dänen	Kommunisten	Sozialdemokraten	Demokraten	Zentrum	Deutschhannoveraner	Wirtschaftspartei	Deutsche Volkspartei	Deutschnationale	Völkische	Sonstige	Gesamtzahl der Abgeordnetensitze	Landkreise der Regierungsbezirke
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11+12	13	
—	16	88	7	33	—	22	9	83	3	53	314	Königsberg
—	18	62	12	—	—	4	8	88	1	41	234	Gumbinnen
6	8	45	4	22	—	1	14	71	6	47	224	Allenstein
3	3	21	5	10	—	—	3	47	7	12	111	Westpreußen
—	41	118	13	1	—	18	3	105	12	72	383	Potsdam
—	24	142	10	25	—	10	11	84	1	124	431	Frankfurt
—	11	72	10	—	—	9	10	104	—	83	299	Stettin
1	6	61	5	1	—	15	3	143	—	46	281	Köslin
—	5	35	3	—	—	6	6	34	—	6	95	Stralsund
8	1	27	—	46	—	—	11	49	9	27	178	Schneidemühl
—	9	180	11	121	—	14	21	110	—	94	560	Breslau
—	18	171	18	54	—	7	16	92	1	85	462	Liegnitz
14	8	26	1	130	—	12	3	43	—	20	[2]) 257	Oppeln
—	18	138	12	4	—	30	35	73	5	42	357	Magdeburg
—	94	90	16	3	—	10	23	81	3	93	413	Merseburg
—	20	42	6	42	—	5	5	42	2	38	202	Erfurt
4	19	108	11	14	—	27	21	29	—	190	423	Schleswig
—	4	74	4	5	6	21	5	37	—	82	238	Hannover
—	8	136	8	36	23	20	28	33	—	25	317	Hildesheim
—	4	59	9	—	71	—	21	40	4	74	282	Lüneburg
—	5	69	4	1	—	2	12	45	—	150	288	Stade
—	—	26	4	99	8	12	16	12	—	40	217	Osnabrück
—	5	22	11	—	—	—	12	11	9	67	137	Aurich
1	12	29	1	158	—	10	8	11	—	44	274	Münster
—	5	62	7	81	—	2	12	22	—	69	260	Minden
2	39	120	17	164	—	12	36	71	—	50	511	Arnsberg
—	24	152	16	76	—	3	27	85	5	106	494	Kassel
—	12	97	16	92	—	2	27	40	1	71	358	Wiesbaden
—	10	39	8	144	—	7	15	35	—	62	320	Koblenz
—	59	48	11	199	—	12	26	43	—	39	437	Düsseldorf
—	16	44	4	110	—	3	11	16	—	50	254	Köln
—	3	9	—	95	—	2	—	—	—	99	208	Trier
—	11	17	2	119	—	2	4	7	—	42	204	Aachen
—	—	2	—	29	—	—	—	1	—	12	44	Sigmaringen
39	**536**	**2 431**	**266**	**1 914**	**108**	**300**	**462**	**1 787**	**69**	**2 155**	**10 067**	**Landkreise überhaupt**
4 Dänen		2 U.S.P.D.										darunter

Bauern- u. Landvolkp. (Sp. 6—10). — e = Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp. (Sp. 8 u. 9). — d = Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp., Wirtsch. P. Wirtsch. P., Chr. natl. Bauern- u. Landvolkp. (Sp. 6—9). — g = Dtsch. Natl. Vp., Zentr. (Sp. 5 u. 9). — h = Dtsch. Natl. Vp., Dtsch. Vp. (Sp. 4—9). — k = Zentr., Demokr. (Sp. 4 u. 5). — l = Vereinigte bürgerliche Listen ohne nähere Angabe. — [2]) Die Landkreise Beuthen,

dem Anteil der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei verhältnismäßig gering sein dürfte. Weil sich die genaue oder annähernde Stärke der ersteren Parteien für 1929 nicht feststellen läßt und weil ferner nicht bekannt ist, welche Parteibündnisse 1925 abgeschlossen worden sind und wieviele Mandate auf gemeinsame Listen dieser Parteien 1925 unter „sonstige" gebracht sein mögen, muß auf weitere Vergleiche der Parteistärken 1929 und 1925 verzichtet werden.

---

im Berichtsjahre stark abgenommen hat. Berlin, das 1928 einen Wanderungsgewinn von 86 330 Personen (= 20,3 v. T. der mittleren Bevölkerung) gehabt hatte, verzeichnete im Berichtsjahre nur einen Mehrzuzug von 59 923 Personen (= 13,9 v. T.). Von den übrigen Großstädten hatten 14 einen Wanderungsgewinn von zusammen 18 468, während sechzehn einen Wanderungsverlust von zusammen 23 093 Personen aufwiesen, sodaß die preußischen Großstädte ohne Berlin insgesamt einen Wanderungsverlust von 4 625 Personen hatten. Unter den Großstädten mit Wanderungsgewinn stand Münster i./W. an erster Stelle; der Wanderungsgewinn machte hier 14,1 v. T. der Bevölkerung aus. Es folgten Berlin (13,9 v. T.), Gleiwitz (12,6 v. T.), Hannover (10,2 v. T.), Harburg-Wilhelmsburg (8,2 v. T.), Breslau (6,7 v. T.) und Hindenburg O. S. (6,6 v. T.). Weiter hatten noch einen Wanderungsgewinn Krefeld-Uerdingen a. Rh. (4,8 v. T.), Königsberg i. Pr. (4,6 v. T.), Altona (3,6 v. T.), Halle a. S. (3,0 v. T.), Stettin (1,6 v. T.), Köln (1,3 v. T.), Magdeburg (0,3 v. T.) und Duisburg-Hamborn (0,1 v. T.). Die größten Wanderungsverluste verzeichneten dagegen Gelsenkirchen-Buer (13,1 v. T.), Hagen (Westf.) (9,6 v. T.), Aachen (8,0 v. T.), Oberhausen (7,8 v. T.), Frankfurt a./M. (7,0 v. T.), Bochum (6,9 v. T.), Kiel (4,9 v. T.), Düsseldorf (4,8 v. T.), Essen (3,4 v. T.) und Mülheim a./d. Ruhr (3,1 v. T.). Unter 3 v. T. Wanderungsverlust hatten Gladbach-Rheydt, Erfurt, Dortmund, Wiesbaden

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preußischen Großstädten in den Jahren 1929 und 1928.

Städte	Eheschließungen 1929¹) insgesamt	Eheschließungen 1929¹) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Eheschließungen 1928 insgesamt	Eheschließungen 1928 auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Geborene einschl. Totgeborener 1929¹) insgesamt	Geborene einschl. Totgeborener 1929¹) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Geborene einschl. Totgeborener 1928 insgesamt	Geborene einschl. Totgeborener 1928 auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Totgeborene 1929¹) insgesamt	Totgeborene 1929¹) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Totgeborene 1928 insgesamt	Totgeborene 1928 auf 1 000 der mittleren Bevölkerung
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Berlin	47 102	10,9	46 030	10,8	44 740	10,4	45 128	10,6	1 592	0,4	1 776	0,4
2. Köln	7 767	10,6	7 641	10,5	12 242	16,7	12 400	17,0	397	0,5	367	0,5
3. Essen²)	6 465	10,0	4 693	9,8	11 771	18,3	9 030	18,9	372	0,6	292	0,6
4. Breslau	5 749	9,4	5 750	9,4	10 116	16,5	10 576	17,4	425	0,7	420	0,7
5. Frankfurt a./M.	5 889	10,7	5 843	10,6	7 071	12,9	7 460	13,5	223	0,4	283	0,5
6. Dortmund²)	5 655	10,5	4 726	10,2	9 676	18,0	8 946	19,2	361	0,7	347	0,7
7. Düsseldorf²)	5 166	10,8	4 708	10,6	7 380	15,4	7 050	15,9	245	0,5	215	0,5
8. Hannover	4 434	10,1	4 449	10,2	6 190	14,1	6 415	14,6	293	0,7	310	0,7
9. Duisburg-Hamborn²)	4 805	11,1	4 480	11,0	9 596	22,1	9 352	23,0	260	0,6	289	0,7
10. Wuppertal²)	4 137	9,9	3 538	9,7	5 886	14,1	5 528	15,2	185	0,4	189	0,5
11. Gelsenkirchen-Buer²)	3 375	10,0	3 370	9,8	7 653	22,6	7 948	23,2	254	0,7	277	0,8
12. Bochum²)	3 224	10,0	2 147	9,9	6 500	20,1	4 919	22,6	243	0,8	184	0,8
13. Magdeburg	2 940	9,8	2 874	9,6	4 435	14,8	4 674	15,6	211	0,7	214	0,7
14. Königsberg i. Pr.	2 812	9,6	2 667	9,1	5 525	18,8	5 537	18,9	227	0,8	218	0,7
15. Stettin	2 591	9,6	2 568	9,6	4 808	17,8	5 044	18,8	137	0,5	169	0,6
16. Altona	2 516	10,7	2 388	10,2	3 243	13,8	3 434	14,7	150	0,6	140	0,6
17. Kiel	1 902	8,7	1 940	8,9	3 564	16,4	3 655	16,8	111	0,5	137	0,6
18. Halle a. S.	2 086	10,3	2 071	10,3	3 934	19,4	3 890	19,3	170	0,8	148	0,7
19. Gladbach-Rheydt²)	2 012	10,1	1 719	10,5	3 646	18,3	3 105	19,0	107	0,5	65	0,4
20. Oberhausen²)	1 924	9,9	1 186	10,8	4 584	23,7	2 482	22,5	117	0,6	64	0,6
21. Kassel	1 601	9,1	1 603	9,2	2 796	16,0	2 897	16,6	102	0,6	107	0,6
22. Krefeld-Uerdingen a. Rh.²)	1 543	9,4	1 385	9,5	2 310	14,1	2 166	14,8	78	0,5	91	0,6
23. Aachen	1 561	10,1	1 446	9,2	2 708	17,5	2 807	17,9	74	0,5	83	0,5
24. Wiesbaden	1 560	10,2	1 542	10,0	2 274	14,8	2 229	14,5	75	0,5	77	0,5
25. Hagen (Westf.)²)	1 546	10,5	1 050	10,4	2 487	16,8	1 896	18,8	78	0,5	55	0,5
26. Erfurt	1 340	9,6	1 416	10,1	2 392	17,1	2540	18,1	86	0,6	108	0,8
27. Mülheim a./d. Ruhr²)	1 394	10,5	1 242	9,5	2 134	16,1	2286	17,6	51	0,4	71	0,5
28. Hindenburg O. S.	1 243	9,5	1 225	9,5	2 985	22,9	2998	23,2	92	0,7	92	0,7
29. Münster i./W.	924	7,9	955	8,3	2 542	21,7	2560	22,2	62	0,5	71	0,6
30. Harburg-Wilhelmsburg	1 254	11,0	1 185	10,5	1 805	15,8	1833	16,3	56	0,5	61	0,5
31. Gleiwitz	834	7,8	859	8,2	2 257	21,0	2254	21,4	55	0,5	57	0,5
32. Saarbrücken	1 259	9,9	1 380	10,9	2 349	18,5	2351	18,6	80	0,6	76	0,6
Mittlere Ziffern	.	9,9	.	9,9	.	17,4	.	18,0	.	0,6	.	0,6

Städte	Gestorbene einschl. Totgeborener 1929¹) insgesamt	Gestorbene einschl. Totgeborener 1929¹) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Gestorbene einschl. Totgeborener 1928 insgesamt	Gestorbene einschl. Totgeborener 1928 auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Geburtenüberschuß od. Sterbeüberschuß 1929¹) insgesamt	Geburtenüberschuß od. Sterbeüberschuß 1929¹) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Geburtenüberschuß od. Sterbeüberschuß 1928 insgesamt	Geburtenüberschuß od. Sterbeüberschuß 1928 auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle lebendgeborener Kinder im 1. Lebensjahre) 1929¹) insgesamt	Säuglingssterblichkeit 1929¹) auf 100 Lebendgeborene des Berichtsjahres	Säuglingssterblichkeit 1928 insgesamt	Säuglingssterblichkeit 1928 auf 100 Lebendgeborene des Berichtsjahres
1	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1. Berlin	55 386	12,8	51 369	12,0	—10 646	— 2,5	— 6 241	— 1,5	3 720	8,6	3 379	7,8
2. Köln	9 333	12,7	8 437	11,6	2 909	4,0	3 963	5,4	1 201	10,1	1 084	9,0
3. Essen²)	7 296	11,3	4 970	10,4	4 475	6,9	4 060	8,5	1 265	11,1	867	9,9
4. Breslau	9 174	15,0	8 883	14,6	942	1,5	1 693	2,8	1 111	11,5	1 072	10,6
5. Frankfurt a./M.	6 496	11,8	6 096	11,1	575	1,0	1 364	2,5	426	6,2	459	6,4
6. Dortmund²)	6 612	12,3	5 227	11,2	3 064	5,7	3 719	8,0	1 074	11,5	827	9,6
7. Düsseldorf²)	5 902	12,3	4 681	10,5	1 478	3,1	2 369	5,3	595	8,3	525	7,7
8. Hannover	5 684	12,9	5 094	11,6	506	1,1	1 321	3,0	470	8,0	455	7,5
9. Duisburg-Hamborn²)	5 164	11,9	4 621	11,3	4 432	10,2	4 731	11,6	1 028	11,0	950	10,5
10. Wuppertal²)	5 192	12,5	3 844	10,6	694	1,7	1 684	4,6	365	6,4	356	6,7
11. Gelsenkirchen-Buer²)	4 271	12,6	3 724	10,8	3 382	10,0	4 224	12,3	900	12,2	790	10,3
12. Bochum²)	3 804	11,8	2 643	12,2	2 696	8,3	2 276	10,5	604	9,7	436	9,2
13. Magdeburg	4 806	16,0	4 195	14,0	— 371	— 1,2	479	1,6	479	11,3	460	10,3
14. Königsberg i. Pr.	4 826	16,4	4 558	15,5	699	2,4	979	3,3	487	9,2	531	10,0
15. Stettin	3 878	14,4	3 520	13,1	930	3,5	1 524	5,7	457	9,8	378	7,8
16. Altona	3 006	12,8	2 922	12,5	237	1,0	512	2,2	316	10,2	407	12,4
17. Kiel	2 955	13,6	2 709	12,5	609	2,8	946	4,3	327	9,5	324	9,2
18. Halle a. S.	3 549	17,5	3 357	16,6	385	1,9	533	2,6	528	14,0	459	12,3
19. Gladbach-Rheydt²)	2 400	12,0	1 910	11,7	1 246	6,2	1 195	7,3	292	8,3	281	9,2
20. Oberhausen²)	2 360	12,2	1 155	10,5	2 224	11,5	1 327	12,0	462	10,3	199	8,2
21. Kassel	2 354	13,4	1 972	11,3	442	2,5	925	5,3	227	8,4	211	7,6
22. Krefeld-Uerdingen a. Rh.²)	2 207	13,5	1 762	12,1	103	0,6	404	2,8	202	9,1	160	7,7
23. Aachen	2 513	16,2	2 388	15,3	195	1,3	419	2,7	319	12,1	256	9,4
24. Wiesbaden	2 241	14,6	1 981	12,9	33	0,2	248	1,6	157	7,1	158	7,3
25. Hagen (Westf.)²)	1 788	12,1	1 140	11,3	699	4,7	756	7,5	259	10,8	149	8,1
26. Erfurt	1 886	13,5	1 755	12,5	506	3,6	785	5,6	212	9,2	197	8,1
27. Mülheim a./d. Ruhr²)	1 476	11,1	1 232	9,5	658	5,0	1 054	8,1	204	9,8	177	8,0
28. Hindenburg O. S.	1 617	12,4	1 778	13,8	1 368	10,5	1 220	9,4	424	14,7	409	14,1
29. Münster i./W.	1 663	14,2	1 532	13,3	879	7,5	1 028	8,9	193	7,8	187	7,5
30. Harburg-Wilhelmsburg	1 295	11,4	1 185	10,5	510	4,5	648	5,8	163	9,3	158	8,9
31. Gleiwitz	1 263	11,7	1 163	11,0	994	9,2	1 091	10,4	264	12,0	276	12,6
32. Saarbrücken	1 565	12,3	1 361	10,8	784	6,2	990	7,8	282	12,4	199	8,7
Mittlere Ziffern	.	13,2	.	12,1	.	4,2	.	5,9	.	10,0	.	9,1

¹) vorläufiges Ergebnis. — ²) für 1929 nach dem jetzigen Gebietsumfang.

Wuppertal und Kassel. Wie im Vorjahre waren die westdeutschen Industriestädte, insbesondere die des Ruhrgebiets, unter den Großstädten mit Wanderungsverlusten stark vertreten. Dies ist offenbar auf die starke Arbeitslosigkeit dieses Gebietes und die daraus entsprungene Abwanderung der dortigen Erwerbslosen nach anderen Industrieorten zurückzuführen.

Die anscheinend große Heiratsfreudigkeit, die schon im Vorjahre in den preußischen Großstädten bestand, dauerte auch im Berichtsjahre an. Wie im Vorjahre betrug die mittlere Heiratsziffer aller Großstädte 9,9 v. T. Duisburg-Hamborn zeigte mit 11,1 v. T. wieder die höchste Heiratsziffer, es folgten Harburg-Wilhelmsburg mit 11,0 v. T. und Berlin mit 10,9 v. T., Gleiwitz und Münster i./W. hatten, wie in den beiden letzten Jahren, die niedrigsten Heiratsziffern (7,8 und 7,9 v. T.). Diese auf die Gesamteinwohnerzahl errechneten Ziffern geben freilich keinen genauen Einblick in die Heiratsintensität, da sie von der Alterszusammensetzung der Bevölkerung abhängen. Leider besteht keine Möglichkeit, entsprechende Ziffern, bezogen auf die Bevölkerung im heiratsfähigen Alter, mit ausreichender Genauigkeit zu berechnen.

Die Geburtlichkeit zeigte wieder einen Rückgang. Im Mittel sämtlicher Großstädte belief sich die Geburtenziffer auf 17,4 v. T. (gegenüber 18,0 v. T. in den beiden letzten Jahren). Die höchsten Ziffern hatten die Städte mit starker Arbeiterbevölkerung. Oberhausen mit 23,7 v. T. stand an erster Stelle; Hindenburg O. S. mit 22,9 v. T., Gelsenkirchen-Buer mit 22,6 v. T. und Duisburg-Hamborn mit 22,1 v. T. folgten. Die geringste Geburtlichkeit zeigte Berlin, dessen Geburtenziffer von 10,6 auf 10,4 v. T. zurückgegangen ist. Niedrige Ziffern wiesen ferner auf: Frankfurt a./M. (12,9 v. T.), Altona (13,8 v. T.); Hannover, Wuppertal und Krefeld-Uerdingen a. Rh. (je 14,1 v. T.), ferner Magdeburg und Wiesbaden (je 14,8 v. T.).

Die Sterblichkeit war in sämtlichen Großstädten — mit Ausnahme von Bochum und Hindenburg O. S. — erheblich höher als im Vorjahre. Infolge der ungewöhnlich starken Kälte im ersten Vierteljahre erhöhte sich die Zahl der Sterbefälle an Grippe und sonstigen Erkältungskrankheiten außerordentlich. Die höchsten Sterbeziffern hatten, wie auch in den vorhergehenden Jahren, Halle a. S. (17,5 v. T.), Königsberg i. Pr. (16,4 v. T.), Aachen (16,2 v. T.), Magdeburg (16,0 v. T.) und Breslau (15,0 v. T.), wobei zu beachten ist, daß in diesen Städten mit ihren vielen medizinischen Anstalten die Ortsfremden stets einen hohen Prozentsatz ausmachen. Am günstigsten war die Sterblichkeit wieder in Mühlheim a./d. Ruhr (11,1 v. T.) und in Essen (11,3 v. T.); auch Harburg-Wilhelmsburg (11,4 v. T.), Gleiwitz (11,7 v. T.), Frankfurt a./M. und Bochum (je 11,8 v. T.), sowie Duisburg-Hamborn (11,9 v. T.) sind hier zu erwähnen.

Auch die Säuglingssterblichkeit hat unter der Ungunst der Witterung eine Erhöhung erfahren. Auf je 100 Lebendgeborene kamen im Durchschnitt der Großstädte 10 Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr, gegenüber 9,1 im Vorjahre, 9,3 im Jahre 1927 und 9,5 im Jahre 1926. Hindenburg O. S. mit 14,7 v. H. und Halle a. S. mit 14,0 v. H. standen an der Spitze, während Frankfurt a./M. mit 6,2 v. H. und Wuppertal mit 6,4 v. H. die niedrigste Säuglingssterblichkeit aufwiesen.

Der erhebliche Geburtenrückgang und die vermehrte Sterblichkeit, die das Berichtsjahr hatte, mußte einen ungünstigen Geburtenüberschuß ergeben. Die mittlere Geburtenüberschußziffer der einzelnen preußischen Großstädte wies daher gegen das Vorjahr einen ganz erheblichen Rückgang auf. Sie belief sich auf 4,2 v. T. gegenüber 5,9 v. T. im Jahre 1928. (Faßt man dagegen die Bevölkerung sämtlicher Großstädte als eine Einheit zusammen, so beträgt die Geburtenüberschußziffer, die besonders bei der Gegenüberstellung von Stadt und Land zu verwenden ist, sogar, wie eingangs gesagt wurde, nur eine Höhe von 2,2 v. T.). Die einzelnen Städte zeigten dabei ein sehr verschiedenes Bild. Während die Industriestädte der Bergbaugebiete noch einen nicht unerheblichen Geburtenüberschuß hatten — z. B. Oberhausen 11,5 v. T., Hindenburg O. S. 10,5 v. T., Duisburg-Hamborn 10,2 v. T., Gelsenkirchen-Buer 10,0 v. T., Gleiwitz 9,2 v. T. und Bochum 8,3 v. T. — blieben die meisten übrigen Großstädte unter der genannten Durchschnittsziffer; Berlin (— 2,5 v. T.) und Magdeburg (— 1,2 v. T.) hatten sogar einen Sterbeüberschuß. Die Gründe für diese Entwicklung können dabei sehr verschiedene sein: Alterszusammensetzung der Bevölkerung, Benutzung der städtischen Kliniken durch Ortsfremde, Unterschiede der Industrialisierung sind von Einfluß. Die Tatsache als Endergebnis bleibt aber bestehen, daß sich die preußische Bevölkerung, die in den Großstädten lebt, durch Geburtenüberschuß nur noch schwach vermehrt, und daß gleichzeitig, wie oben gezeigt wurde, auch die Zuwanderung bei weitem nicht mehr den Umfang hatte, wie früher und zum Teil in eine Abwanderung umgeschlagen ist.

Krebssterbefälle in Preußen während der Jahre 1923—1927 nach dem Sitz der Geschwulst (ohne Saargebiet). — Von den im Laufe der Jahre 1923—1927 in Preußen Verstorbenen starben an Krebs der

	männl.	weibl.	zus.	In Hundertteilen männl.	In Hundertteilen weibl.	In Hundertteilen zus.
1. äußeren Bedeckungen .	822	1 164	1 986	1,01	1,11	1,07
2. Verdauungsorgane . .	66 817	62 723	129 540	82,30	60,08	69,80
3. Atmungsorgane . . .	4 157	1 575	5 732	5,12	1,51	3,09
4. Harnorgane	2 785	1 187	3 972	3,43	1,14	2,14
5. Geschlechtsorgane. . .	1 663	24 992	26 655	2,05	23,94	14,36
6. sonstigen Körperteile .	1 933	7 334	9 267	2,38	7,02	4,99
7. ohne nähere Angabe .	3 007	5 429	8 436	3,70	5,20	4,55
Summe . . .	81 184	104 404	185 588	100	100	100.

Danach bilden in fast 70 v. H. aller Fälle die Verdauungsorgane den Sitz des zum Tode führenden Krebsleidens. Auf Krebs der Geschlechtsorgane entfallen nicht ganz 15 v. H., auf Krebs der Atmungsorgane etwa 3 v. H., der Harnorgane rund 2 v. H. und auf Krebs der äußeren Bedeckungen nur etwa 1 v. H. aller Sterbefälle an dieser Todesursache. Alle sonstigen Körperteile (Sinnesorgane, Nerven, Knochen und Gelenke, Drüsen usw.) sind nur mit etwa 2 v. H. der Gesamtfälle beteiligt; die übrigen 3 v. H. der unter Nr. 6 gezählten Fälle entfallen auf Unterleibskrebs ohne nähere Angabe, welches Unterleibsorgan in Frage kommt. Etwa 4—5 v. H. aller Krebssterbefälle waren ohne jede Angabe über den Sitz des tödlichen Leidens.

Nach diesen Feststellungen sind also der Unterleib des Menschen, seine Organe, Zuführungswege und Ausmündungen ganz überwiegend der Sitz tödlicher Krebserkrankungen. Unter Mitrechnung der Fälle von Unterleibskrebs ohne weitere Angabe und des größeren Teils derer, bei denen eine Angabe über den Sitz des Leidens überhaupt fehlte, entfallen mehr als $^9/_{10}$ aller Krebssterbefälle der Berichtszeit auf diesen Teil des menschlichen Körpers.

Die Geschlechter verhalten sich hier ziemlich verschieden: Während die Zahl der Krebstodesfälle des weiblichen Geschlechts bei den Verdauungsorganen um etwa 6 v. H. hinter der des männlichen zurückbleibt und beim Krebs der Atmungsorgane anteilsmäßig nicht ganz, beim Krebs der Harnorgane nur wenig mehr als $^2/_5$ des männlichen Geschlechts ausmacht, weisen die Frauen beim Krebs der Geschlechtsorgane rund 15 mal so viel Todesfälle auf als die Männer. Auch beim Krebs der äußeren Bedeckungen und der sonstigen Körperteile überwiegt ihr Anteil nicht unerheblich. (Die um etwa 13 v. H. größere Zahl der Lebenden weiblichen Geschlechts von über 30 Jahren spielt dabei nur eine untergeordnete Rolle). Weitere Einzelheiten darüber sowie über die Sterblichkeit an Krebs in den einzelnen Regierungsbezirken Preußens auch unter Berücksichtigung der verschiedenen Altersbesetzung sind in der Zeitschrift des Preuß. Statist. Landesamts auf Seite 285, 69. Jahrg. 2. und 3. Abtl., zu finden.

Hat die Krebssterblichkeit zugenommen? — Wie in den übrigen Kulturländern ist auch in Preußen der Krebs als Todesursache von ständig wachsender Bedeutung. In der Häufigkeitsreihe der einzelnen Todesursachen steht er zur Zeit an zweiter Stelle (vergl. Tabelle am Schluß des Aufsatzes); sein Anteil an den Gesamtsterbefällen ist etwa 9 mal so groß wie vor einem halben Jahrhundert. Während im Jahre 1878 nur 24 Krebssterbefälle männlicher und 32 weiblicher Personen auf 100 000 Einwohner festgestellt werden konnten, waren es im Jahre 1900 bereits 57 und 65; im Jahre 1913 wurden bereits 67 und 81 ermittelt, und 1928 belief sich die Zahl der auf 100 000 Lebende des gleichen Geschlechts entfallenden Krebstodesfälle männlicher Personen auf 102, weiblicher auf 120; letztere weisen demnach nicht ganz, erstere sogar etwas mehr als das Vierfache der Ziffernhöhe des Jahres 1878 auf.

Trotzdem ist es recht fraglich, ob diesem erheblichen Anwachsen der Krebssterbeziffern eine wirkliche Zunahme der Krebssterblichkeit entspricht. Denn hier sind zwei rein äußerliche Umstände wirksam, die mit einer wirklich erhöhten Bereitschaft zum Krebstod nichts zu tun haben. Einmal trägt nämlich die ständig bessere Erfassung der eigentlichen Todesursachen in der amtlichen Statistik gerade beim Krebs in sicher nicht unerheblichem Umfang dazu bei, die Zahl der Sterbefälle an dieser Krankheit alljährlich zu erhöhen; leider läßt sich die Auswirkung dieses Umstandes ziffernmäßig nicht feststellen. Sodann ist — das gilt im wesentlichen für die Kriegs- und Nachkriegszeit — im Altersaufbau der Bevölkerung eine nicht unbeträchtliche Veränderung eingetreten; durch den Rückgang der Sterblichkeit im allgemeinen ist die Zahl der Personen, die in höherem Lebensalter stehen, erheblich gewachsen, während gleichzeitig infolge des Geburtenrückganges die Zahl der jugendlichen Personen in ständiger Abnahme begriffen ist. Da nun der Krebs als Todesursache ganz überwiegend nur bei Personen vorgerückten Lebensalters eine Rolle spielt, so wird auch hierdurch eine Erhöhung der Krebssterbeziffern bewirkt und damit eine Zunahme der Eigensterblichkeit an dieser Todesursache vorgetäuscht, die tatsächlich nicht besteht. Ausführlichere Untersuchungen darüber finden sich in den gleichfalls im Verlage des Preuß. Statist. Landesamts erscheinenden „Medizinalstatistischen Nachrichten," Jahrg. 16 Heft 2.

V. H. der Gesamtsterbefälle entfielen auf:

	1878	1900	1913	1928²)
1	2	3	4	5
Altersschwäche	9,8	10,9	10,6	9,5
Diphtherie und Krupp	6,4	2,2	1,2	0,6
Tuberkulose	12,6	9,5	9,2	7,8
Krankheit der Kreislauforgane	¹) —	¹) —	10,1	16,8
„ „ der Verdauungsorgane	¹) —	¹) —	11,7	7,1
Krebs	1,1	2,7	5,0	9,6.

Todesursachen der im Freistaat Preußen im Jahre 1928 gestorbenen Personen (ohne Saargebiet). — Im Berichtsjahre starben 449 709 (228 184 m., 221 525 w.) Personen gegen 461 938 (232 953 m., 228 985 w.) im Vorjahre. Hiervon waren

alt	1928 m.	1928 w.	1927 m.	1927 w.	Auf 10 000 Lebende ihrer Altersgruppe starben 1928 m.	1928 w.	1927 m.	1927 w.
bis 1 Jahr	36 753	27 882	39 269	30 087	1 074	852	1 128	905
üb. 1 bis 5 Jahre	8 443	7 451	10 144	8 563	62	56	73	64
„ 5 „ 15 „	5 758	4 939	5 521	4 869	19	16	18	16
„ 15 „ 30 „	21 282	17 015	20 641	17 574	37	30	37	31
„ 30 „ 60 „	55 287	52 178	55 334	53 030	82	68	83	71
„ 60 „ 70 „	42 015	39 335	41 450	39 974	358	300	362	310
„ 70 Jahre	58 608	72 718	60 554	74 877	1 038	980	1 111	1 039
unbekannt	38	7	40	11	.	.	.	.

¹) Erscheinen im Verzeichnis erst seit 1903. — ²) ohne Saargebiet.

Die Staatssterbeziffer ist, nach einem Anstieg von 115,9 auf 119,3 im Vorjahr, diesmal bis unter den Stand des Jahres 1926 auf 115,3 (120,3 m., 110,6 w.) zurückgegangen. Der Rückgang der Altersklassen-Eigensterbeziffern betrug bei der Altersklasse 0 bis 1 Jahr 5 v. H., bei den Altersklassen über 1 bis 5 Jahre 14 v. H. und bei den über 70 Jahre alten Personen 6 v. H.; in den übrigen Altersklassen mit Ausnahme der 5 bis 15 jährigen Knaben, die eine Zunahme von etwa 6 v. H. aufweisen, sind die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, wie aus der vorstehenden Tabelle hervorgeht, nicht wesentlicher Natur.

Zu dem allgemeinen Sterblichkeitsrückgang im Jahre 1928 hat besonders das Nachlassen der Grippe beigetragen, die nur 8 635 Todesfälle gegen 19 869 im Vorjahre aufwies. Die Sterbeziffer dieser Todesursache, die im Vorjahre 5,1 betrug, war mit 2,2 auch niedriger als während der Jahre 1924—1926.

Der bisherige Rückgang der Tuberkulose — die Sterbeziffer betrug in den Jahren 1924: 12,2; 1925: 10,9; 1926: 10,0; 1927: 9,6 — hielt auch im Berichtsjahre an. Die Zahl der Sterbefälle fiel von 37 244 auf 34 927, die Sterbeziffer 9,6 auf 9,0. Eine weitere bedeutende Abnahme von rund 4 000 Sterbefällen konnte bei der Todesursache Altersschwäche festgestellt werden; ihre Sterbeziffer fiel von 12,2 auf 11,0. Diese Abnahme dürfte jedoch zum Teil auf die genauere Erfassung der eigentlichen Todesursachen älterer Leute zurückzuführen sein. Im geringeren Umfange sank die Sterbeziffer noch bei Lungenentzündung (um 0,09), bei den Krankheiten der Atmungsorgane (um 0,14) und bei den Krankheiten des Nervensystems (um 0,19).

Bei den epidemischen Kinderkrankheiten wiesen die Sterbeziffern für Masern und Röteln sowie für Keuchhusten Abnahmen von 0,27 und 0,11 auf. Auch die anderen benannten Todesursachen gingen um 3 482 Fälle oder um 15 v. H. zurück.

Zugenommen haben dagegen die Todesfälle infolge Erkrankungen der Kreislauforgane um rund 4 500; die Sterbeziffer, die in den Jahren 1924 bis 1926 17,3 bis 17,1 betrug, stieg 1927 auf 18,4 und im Berichtsjahre auf 19,4. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß hier ein Teil der Todesfälle älterer Personen, die früher häufiger unter der Angabe „Altersschwäche" gezählt wurden, infolge der ständigen Verbesserung der Unterlagen der Todesursachenstatistik wieder erscheint. Gegenüber der fortschreitenden Abnahme bei der Tuberkulose fand bei Krebs eine weitere Zunahme statt. Seit 1924 ist die Sterbeziffer von 9,4 auf 10,5 im Vorjahre und auf 11,1 bei einem Mehr von 2 569 Todesfällen gestiegen. Bei dieser Todesursache kommt neben der ständig besseren Erfassung der Sterbefälle die zunehmend stärkere Besetzung der höheren Altersklassen als Ursache des Anstiegs der Krebssterbeziffer in Betracht. Weitere Zunahmen der Sterbeziffern konnten bei den Harn- und Geschlechtskrankheiten um 0,27, bei den Verunglückungen um 0,18, bei Diphtherie um 0,16, bei den anderen Neubildungen um 0,14, bei Rose um 0,12, bei den anderen Wundinfektionskrankheiten um 0,11, beim Kindbett um 0,10, bei der Blinddarmentzündung und bei der Zuckerkrankheit um je 0,07 und beim Scharlach um 0,05 festgestellt werden.

Die folgende Tabelle enthält die Grundzahlen sowie die auf 10 000 Lebende berechneten Verhältnisziffern der im Berichtsjahre an den einzelnen Todesursachen verstorbenen Personen.

Die Sterbeziffern der Regierungsbezirke schwankten zwischen 99,3 im Regierungsbezirk Stade und 137,9 im Regierungsbezirk Oppeln. Über dem Staatsdurchschnitt von 115,3 lagen 17 Regierungsbezirke, und zwar

Oppeln	137,9	(131,1)
Stralsund	133,9	(146,8)
Breslau	132,6	(136,8)
Königsberg	129,7	(136,4)
Westpreußen	127,2	(139,0)
Sigmaringen	125,3	(127,9)
Potsdam	124,2	(129,4)
Liegnitz	124,1	(132,3)
Berlin	123,5	(121,3)
Frankfurt	123,5	(132,3)
Gumbinnen	123,4	(137,2)
Magdeburg	122,8	(128,3)
Allenstein	121,8	(138,8)
Aachen	120,8	(119,6)
Stettin	119,2	(128,8)
Trier	117,2	(124,9)
Merseburg	116,8	(115,9)
Hildesheim	115,3	(121,9).

Todesursachen	Summe der Gestorbenen im Jahre 1928			Auf 10 000 Lebende starben		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7
1. Angeborene Lebensschwäche u. Bildungsfehler	15 107	11 458	26 565	7,97	5,72	6,81
darunter: im 1. Lebensmonat	13 830	10 330	24 160	7,28	5,16	6,20
2. Altersschw. (üb. 60 J.)	17 489	25 422	42 911	9,22	12,70	11,01
3. Im Kindbett gestorben	—	4 524	4 524	—	2,26	1,16
darunter: Kindbettfieber	—	2 408	2 408	—	1,20	0,62
4. Scharlach	615	644	1 259	0,32	0,32	0,32
5. Masern und Röteln	794	669	1 463	0,42	0,33	0,38
6. Diphtherie und Krupp	1 348	1 277	2 625	0,71	0,64	0,67
7. Keuchhusten	1 198	1 293	2 491	0,63	0,65	0,64
8. Typhus	425	434	859	0,22	0,22	0,22
9. Übertragb. Tierkrankh.	9	—	9	0,004	—	0,002
10. a) Rose (Erysipel)	780	786	1 566	0,41	0,39	0,40
b) Andere Wundinfektionskrankheiten	2 324	1 549	3 873	1,23	0,77	0,99
11. Tuberkulose	17 514	17 413	34 927	9,23	8,70	8,96
darunter: a) der Lungen (Lungenschwindsucht)	14 642	14 604	29 246	7,72	7,29	7,50
b) anderer Organe	2 500	2 498	4 998	1,32	1,25	1,28
c) akute allgemeine Miliartuberkulose	372	311	683	0,20	0,16	0,18
12. Lungenentzündung (Pneumonie)	19 800	17 157	36 957	10,44	8,57	9,48
13. Grippe (Influenza)	4 100	4 535	8 635	2,16	2,26	2,21
14. Andere übertragbare Krankheiten	1 397	982	2 379	0,74	0,49	0,61
darunter: Venerische Krankheiten	873	630	1 503	0,46	0,31	0,39
15. Krankh. d. Atmungsorgane (ausschl. 6, 7, 11, 12, 13 und 20)	10 360	8 572	18 932	5,46	4,28	4,86
16. Krankheiten der Kreislauforgane (Herz usw.)	36 552	39 141	75 693	19,27	19,55	19,41
17. a) Gehirnschlag	10 110	11 383	21 493	5,33	5,68	5,51
b) Andere Krankheiten des Nervensystems	7 751	7 025	14 776	4,09	3,51	3,79
18. Krankheiten d. Verdauungsorgane	16 595	15 228	31 823	8,75	7,60	8,16
darunter: a) Magen und Darmkatarrh	4 371	3 711	8 082	2,30	1,85	2,07
b) Brechdurchfall	1 220	945	2 165	0,64	0,47	0,55
c) Blinddarmentzünd.	2 151	1 637	3 788	1,13	0,82	0,97
19. Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane (ausschl. 3, 11 b, 14 und 20)	7 429	6 168	13 597	3,92	3,08	3,49
20. a) Krebskrankheit	19 274	23 963	43 237	10,16	11,97	11,09
b) And. Neubildungen	2 512	3 069	5 581	1,32	1,53	1,43
21. a) Selbstmord	6 690	2 840	9 530	3,53	1,42	2,44
b) Mord und Totschlag	498	330	828	0,26	0,16	0,21
c) Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung	12 680	3 786	16 466	6,69	1,89	4,22
22. Andere benannte Todesursachen	14 364	11 534	25 898	7,57	5,76	6,61
darunter: a) Alkoholismus (Säuferwahnsinn)	460	47	507	0,24	0,02	0,13
b) Zuckerkrankheit	2 444	2 982	2 426	1,29	1,49	1,39
23. Todesursachen nicht angegeben u. unbekannt	469	343	812	0,25	0,17	0,21
Gestorbene überhaupt	228 184	221 525	449 709	120,31	110,62	115,34

Folgende 17 Regierungsbezirke blieben unter dem Staatsdurchschnitt:

Köln	114,7 (114,5)	Osnabrück	105,8 (115,0)
Koblenz	114,6 (121,8)	Aurich	105,1 (107,6)
Schneidemühl	114,5 (126,8)	Kassel	105,0 (111,7)
Erfurt	112,9 (120,3)	Minden	105,6 (107,3)
Köslin	111,4 (123,4)	Münster	102,8 (110,7)
Wiesbaden	109,6 (112,5)	Düsseldorf	102,0 (103,4)
Schleswig	108,7 (113,8)	Arnsberg	100,0 (104,5)
Hannover	108,7 (111,6)	Stade	99,3 (102,6).
Lüneburg	106,5 (109,1)		

Entsprechend der Staatsdurchschnittsziffer ist in fast allen Regierungsbezirken die Sterbeziffer mehr oder weniger zurückgegangen; nur in den Bezirken Oppeln, Berlin, Merseburg, Köln und Aachen war ein Anstieg nachweisbar, der aber bei den vier letzten Bezirken ganz unbedeutend war.

Die Regierungsbezirke Köslin, Schneidemühl, Erfurt und Koblenz, deren Sterbeziffer im Vorjahr höher lag als die Staatssterbeziffer, lagen im Berichtsjahr unter derselben, während bei Merseburg das Umgekehrte der Fall war. Abgesehen von einigen Ausnahmen wie Trier, Hildesheim, Aachen und Sigmaringen liegen die westlichen Regierungsbezirke mit ihrer Sterbeziffer unter dem Staatsdurchschnitt, während die östlichen ausschließlich Schneidemühl und Köslin ihn überschritten.

Wichtige Todesursachen der im 2. Vierteljahr 1929 in Preußen Gestorbenen. — Die Zahl der Gestorbenen im 2. Vierteljahr 1929 betrug 117 644 gegen 116 728 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Sterbeziffer, berechnet auf 10 000 Lebende, ist von 119,88 um ein Geringes auf 119,95 gestiegen; sie war größer als die der gleichen Vierteljahre 1925 bis 1927, aber kleiner als im 2. Vierteljahre 1924 mit 121,01. Im allgemeinen zeigen auch die Sterbeziffern der einzelnen Todesursachen keine auffallenden Abweichungen gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres und der früheren Jahre.

Bei den übertragbaren Krankheiten konnte im ganzen ein kleiner Rückgang festgestellt werden. Die Zunahme bei Masern und Röteln sowie Diphtherie und Krupp wurden durch den noch größeren

Wichtige Todesursachen der Gestorbenen.

Todesursachen	Es starben im 2. Vierteljahr			im 2. Vierteljahr		
	1927	1928	1929	1927	1928	1929
	überhaupt			auf 10 000 der mittleren Bevölkerung		
1	2	3	4	5	6	7
Übertragbare Krankheiten	25 055	26 979	26 867	25,91	27,71	27,39
darunter: Kindbettfieber	476	519	501	0,49	0,53	0,51
Scharlach	236	367	251	0,24	0,38	0,26
Masern und Röteln	817	365	416	0,84	0,37	0,42
Diphtherie und Krupp	400	512	634	0,41	0,53	0,65
Keuchhusten	661	618	536	0,68	0,63	0,55
Typhus	182	156	132	0,19	0,16	0,13
Venerische Krankheiten	348	382	382	0,36	0,39	0,39
Tuberkulose	9 729	9 408	9 384	10,06	9,65	9,57
Lungenentzündung	8 640	10 286	10 108	8,93	10,56	10,31
Grippe (Influenza)	2 243	2 724	2 863	2,32	2,80	2,92
Andere übertragb. Krankh.	1 323	1 642	1 660	1,37	1,69	1,69
Andere Krankheiten der Atmungsorgane	4 693	5 243	5 291	4,86	5,38	5,39
Krankh. d. Kreislauforgane	17 066	18 964	19 474	17,65	19,48	19,86
Gehirnschlag u. and. Krankh. des Nervensystems	9 480	9 776	9 830	9,80	10,04	10,02
Krankh. d. Verdauungsorgane	7 559	7 690	8 059	7,82	7,90	8,22
Krebskrankheiten	9 905	10 572	10 924	10,24	10,86	11,14
Lebensschwäche im 1. Lebensmonat	5 923	6 164	6 173	6,12	6,33	6,29
Selbstmord	2 478	2 566	2 606	2,56	2,64	2,66
Mord und Totschlag	181	194	186	0,19	0,20	0,19
Verunglückung	3 759	4 143	4 659	3,89	4,25	4,75
Alle übrigen Todesursachen	23 490	24 437	23 575	24,29	25,10	24,04
Zusammen	109 594	116 728	117 644	113,32	119,38	119,95

Rückgang bei Scharlach und Keuchhusten ausgeglichen. Dasselbe war bei der Influenza, die eine kleine Zunahme und der Lungenentzündung, die eine entsprechende Abnahme aufwies, der Fall. Bei den Krankheiten der Kreislauforgane und den Krebskrankheiten hielt die Aufwärtsbewegung mit einem Mehr von 510 und 352 Sterbefällen und einem Anstieg der Sterbeziffern um 0,38 und 0,28 auf 10 000 Lebende an. Bei den Krankheiten der Verdauungsorgane und den Verunglückungen fand gleichfalls eine Zunahme von 369 und 516 Todesfällen sowie ein Steigen der Sterbeziffern um 0,32 und 0,50 statt. Die Krankheiten der Atmungsorgane und die Selbstmorde haben kaum merklich zugenommen, während bei allen übrigen Todesursachen ein Rückgang festgestellt werden konnte.

Die Entbindungs- und Augenheilanstalten in Preußen im Jahre 1927*) (ohne Saargebiet). — In die Statistik der Entbindungsanstalten wurden 4 neu eröffnete Anstalten aufgenommen, außerdem wurden 17 Abteilungen für Entbindungen in den allgemeinen Krankenhäusern, über die bisher bei der Krankenhausstatistik berichtet worden war, in die der Entbindungsanstalten miteinbezogen, sodaß diese nach dem Abgang von 3 Anstalten sich um 18 erhöhte und statt 135 im Vorjahr nunmehr 153 Anstalten umfaßte.

Hiervon waren 62 (59) selbständige Anstalten und 91 (76) Abteilungen in den öffentlichen und privaten Krankenhäusern. Die Gesamtzahl der Betten stieg von 5 101 im Vorjahr auf 5 475 an. Die 17 neu aufgenommenen Abteilungen für Entbindungen enthielten 290 Betten.

In diesen Anstalten wurden 68 229 (67 965) Schwangere entbunden, wovon bei 15 v. H. (14 v. H.) operative Hilfe notwendig war.

Kindbettfieber wurde 188 mal festgestellt, wovon 94 Fälle tödlich verliefen.

Im ganzen starben 406 (357) oder 0,6 v. H. (0,5 v. H.) Schwangere bei oder nach der Geburt.

Fehlgeburten wurden 10 861 (8 334) mit 119 (131) Todesfällen gezählt; fieberhaft hiervon waren ein Viertel der Gesamtfälle, die in der Mehrzahl wieder operative Hilfe erforderten.

Die Zahl der Neugeborenen betrug 69 113 (68 733); von ihnen kamen 8 v. H. (7 v. H) vorzeitig zur Welt. 2 697 (2 931) oder 3,9 v. H. (4,3 v. H.) der Kinder waren totgeboren, während 1 600 (1 489) oder 2,3 v. H (2,2 v. H.) noch während ihres Aufenthaltes in der Anstalt verstarben; von den frühzeitig Geborenen entfielen auf die ersteren ein Drittel, auf die letzteren mehr als die Hälfte. An Mehrgeburten kamen 872 mal Zwillinge und 6 mal Drillinge vor, rund ein Fünftel davon wurde totgeboren oder starb noch in der Anstalt.

Unter Einbeziehung der allgemeinen Heilanstalten ergibt sich, daß von den rund 740 000 im Berichtsjahr in Preußen Entbundenen 13,6 v. H. (12,4 v. H.) sich zurzeit ihrer Niederkunft in einer Anstalt befanden. Es wurden Kinder geboren

	überhaupt	darunter in Anstalten	v. H.
1927	738 824	100 605	13,62
1926	780 621	97 561	12,50
1925	824 761	88 478	10,73

Die Zahl der Verpflegungstage für insgesamt 79090 (76299) Schwangere in den Entbindungsanstalten betrug 1179234 (1148339). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer einer Verpflegten ist wie im Vorjahr etwas zurückgegangen und betrug 14,9 Tage.

Die Zahl der Augenheilanstalten, die sich 1927 an der Morbiditätsstatistik beteiligten, betrug ausschl. der Privatheilanstalten mit 10 und weniger Betten, aber einschl. der Abteilungen für Augenkranke in den allgemeinen Heilanstalten 74, d. h. eine mehr als im Vorjahr. Selbständige Augenheilanstalten waren 48 vorhanden. Öffentlichen Charakter hatten 44 Anstalten, darunter 11 Universitätskliniken, während von den 30 privaten 29 Eigentum von Ärzten waren. Die Bettenzahl war gegen früher fast unverändert und betrug 2 592. Verpflegt wurden im ganzen 25 928 Kranke statt 25 065 im Vorjahr.

Die durchschnittliche Verpflegungsdauer ist mit 21,5 Tagen trotz eines kleinen Anstieges der Verpflegungstage auf 554 940 etwas zurückgegangen.

In den Augenheilanstalten wurden behandelt

an	1927	1926
Erkrankungen der Augenlider	1 207	1 141
„ „ Tränenorgane	1 244	1 097
„ „ Orbitalgebilde	155	160
Trachom	921	957
Andere Erkrankungen der Bindehaut	1 354	1 434
Erkrankungen der Hornhaut	5 348	5 160
„ „ Iris	1 350	1 328
„ „ Chorioidea und des Ziliarkörpers	620	618
Glaukom	1 491	1 418
Erkrankungen der Retina und des Sehnerven	1 671	1 545
„ des Linsensystems	4 751	4 743
„ „ Glaskörpers	179	215
„ der Augenmuskeln	1 795	1 800
Neubildungen des Augapfels	173	138
Verletzungen des Augapfels	2 581	2 313
Refraktions- und Akkommodationsanomalien	150	146
Sonstige Augenkrankheiten	938	852

Außerdem wurden in den Augenheilanstalten 278 (1926: 310) nichtaugenkranke Personen verpflegt.

*) Die Zahlen für 1926 sind in ( ) beigefügt.

Mord und Totschlag [sowie Hinrichtung] im Freistaat Preußen im Jahre 1928[1]) (ohne Saargebiet). — Durch Mord und Totschlag verloren im Jahre 1928 827 *497* m., *330* w. Personen ihr Leben. Gegenüber dem Vorjahre hat die Zahl der männlichen Personen um 4 zu-, die der weiblichen um 18 abgenommen.

Bei den Provinzen, deren Beteiligung mit Hervorhebung der bis ein Jahr alten Kinder in der folgenden Tabelle nachgewiesen wird, ergab sich gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 17 Fällen in Berlin, 10 in Pommern und 7 in Hannover; eine Abnahme dagegen von 26 Fällen in Hessen-Nassau, 11 in Schleswig-Holstein und 6 in Brandenburg. In den übrigen Provinzen gingen die Unterschiede über 5 Fälle mehr oder weniger gegenüber dem Vorjahre nicht hinaus.

An der Spitze der Provinzen stand Berlin mit 34 Fällen auf 1 000 000 Lebende, die 2. Stelle nahm Sachsen mit 23 ein, während Brandenburg, Oberschlesien und die Rheinprovinz mit je 22 folgten. Der Staatsdurchschnitt betrug 21. Darunter blieben Ostpreußen, Pommern und Westfalen mit je 20, Niederschlesien mit 18, Hessen-Nassau mit 17, Hannover mit 14 und Schleswig-Holstein mit 11 Fällen auf 1 000 000 Lebende.

In der Hauptsache lagen also die Provinzen mit überwiegender Industriebevölkerung (außer Westfalen) über dem Staatsdurchschnitt, während die mit vorwiegend ländlicher Bevölkerung (außer Brandenburg) darunter blieben. Die Grenzmark und die Hohenzollerischen Lande sind ihrer kleinen Zahlen wegen außer Betracht geblieben.

Der Anteil der bis ein Jahr alten Kinder, der dem Vorjahre gegenüber im Staat wieder etwas geringer geworden ist, ist mit 45 v. H. wieder am größten in Berlin; es folgen Hessen-Nassau mit 38 v. H., Ostpreußen mit 35 v. H. und die Rheinprovinz mit 32 v. H. Die übrigen Provinzen erreichen den Staatsdurchschnitt mit 30 v. H. nicht mehr.

Obgleich bei den Tötungen die Gesamtanteile des männlichen und weiblichen Geschlechts sich wie 3:2 zueinander verhalten, so überragt doch im Kindesalter die Zahl der weiblichen Personen die der männlichen gleichen Alters noch um 13 Fälle. In den

[1]) Die Zahlen von 1927 sind in ( ) angegeben.

Staat — Provinzen	Getötete Personen								
	überhaupt			davon Kinder bis 1 Jahr alt			auf 1 000 000 Lebende		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus	m.	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Staat . . .	**497**	**330**	**827**	**125**	**127**	**252**	**26**	**16**	**21**
Provinzen									
Ostpreußen	26	20	46	5	11	16	23	17	20
Brandenburg . .	34	24	58	5	9	14	26	18	22
Stadt Berlin . .	72	65	137	31	30	61	39	30	34
Pommern	25	14	39	3	4	7	27	14	20
Grenzmark Posen-Westpreußen . .	4	4	8	1	1	2	.	.	.
Niederschlesien . .	28	29	57	7	9	16	18	17	18
Oberschlesien . . .	23	9	32	4	4	8	33	12	22
Sachsen	44	32	76	12	8	20	27	19	23
Schleswig-Holstein	9	8	17	2	3	5	12	10	11
Hannover	30	17	47	10	3	13	19	10	14
Westfalen	74	27	101	10	10	20	30	11	20
Hessen-Nassau . .	22	20	42	10	6	16	19	16	17
Rheinprovinz . .	103	61	164	24	29	53	28	16	22
Hohenzoll. Lande .	3	—	3	1	—	1	.	.	.

nächsten Altersklassen bis zum 25. Lebensjahre stellt sich bei 78 männlichen und 53 weiblichen Getöteten das Verhältnis auf 3:2. In den folgenden Altersklassen, bei denen 256 Tötungen männlicher 101 weiblicher Personen gegenüberstehen, erreichte das weibliche Geschlecht dies Verhältnis nicht mehr; vielmehr entfallen nur etwa 2 weibliche auf 5 männliche Sterbefälle dieser Art.

Nach dem Familienstand der Getöteten waren 66,3 v. H. (68,5 v. H.) ledig, 28,3 v. H. (25,2 v. H.) verheiratet, 3,7 v. H. (4,5 v. H.) verwitwet und 1,7 v. H. (1,4 v. H.) geschieden.

Die hauptsächlichsten Tötungsarten waren Erschießen mit 21,8 v. H. (22,1 v. H.), Erschlagen mit 17,2 v. H. (14,1 v. H.), Erstechen mit 16,7 v. H. (18,5 v. H.) und Ertränken mit 15,5 v. H. (16,2 v. H.) aller Fälle. Darauf folgen mit geringen Anteilen Tötungen durch Erwürgen, Ersticken und die ohne nähere Angabe der Tötungsart mit zusammen 20,9 v. H. (19,8 v. H.). Ferner wurden 37 (45) Personen durch Gase, 5 (3) durch Gift und der Rest von 24 (29) Personen auf sonstige Weise umgebracht.

Je nach der Art ihres gewaltsamen Todes kann man die getöteten Personen in mehrere Gruppen einteilen. Die erste umfaßt mit 252 Personen ungefähr ein Drittel der Gesamtfälle und besteht aus den bis 1 Jahr alten Kindern, die in der Mehrzahl gleich nach der Geburt von der, zumeist unehelichen, Mutter ertränkt, erstickt oder erwürgt wurden. Die 2. Gruppe ist mit 123 Getöteten nur etwa halb so stark wie die erste. Hier handelt es sich vorwiegend um Tötungen, bei denen die Täter durch Selbstmord zugleich aus dem Leben schieden; dabei standen beide Teile zumeist in einem verwandtschaftlichen Verhältnis. Soweit sich an der Hand der Zählkarten ermitteln ließ, nahmen in den meisten Fällen Mütter ihre minderjährigen Kinder mit in den Tod, vereinzelt auch der Vater oder beide Eltern zusammen. In 31 Fällen geschah dies mit einem Kinde, in 6 Fällen mit je 2, in 3 Fällen mit je 3 und in einem Fall mit 4 Kindern.

Bei 16 Ehepaaren und 20 Braut- und Liebespaaren tötete der Mann zuvor die Frau, ehe er Selbstmord beging. Das Umgekehrte kam nur einige Male vor. Auch in weiteren 20 Fällen, in denen insgesamt 31 Personen getötet wurden, endeten die Täter durch eigene Hand. Dabei wurden in 12 Fällen je eine, in 6 Fällen je 2, einmal 3 und einmal 4 Personen umgebracht. Wirtschaftliche Not, zerrüttete Familienverhältnisse und Liebeskummer bildeten in den meisten Fällen die Ursachen der Tat.

Eine weitere Gruppe umfaßt mit 179 Getöteten etwas mehr als ein Drittel der Männer; es sind vornehmlich Arbeiter, darunter vielfach Bergleute, die infolge einer Schlägerei oder eines Streites Verletzungen erlitten hatten, die zum Tode führten. Der Rest von 273 oder ein Drittel der getöteten Personen überhaupt umfaßt hauptsächlich Raubmorde, Überfälle aus dem Hinterhalt, Todesfälle bei Verfolgung von Verbrechern und diejenigen Fälle, wo Näheres nicht ermittelt werden konnte.

Von den getöteten Personen gehörten 2 der Reichswehr und 18 dem Polizei- und Wachpersonal an.

[Hingerichtet wurde eine männliche Person in Berlin.]

Zwangsversteigerungen ländlicher Grundstücke in Preußen im Vierteljahr Juli/September 1929. — In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1929 ist über 2 905 ländliche Grundstücke, die 49 035 ha Gesamtfläche mit insgesamt 500 177 RM Grundsteuer-Reinertrag umfassen, das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet worden. In derselben Zeit sind 440 Liegenschaften im Gesamtumfang von 26 483 ha und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 270 380 RM zur Zwangsversteigerung gelangt. Die eingeleiteten Verfahren haben gegenüber dem Vorvierteljahr April/Juni 1929 um 127 Fälle (4,2 v. H.) und 4 499 ha (8,4 v. H.) angemeldeter Fläche abgenommen, gegen das gleiche Viertel des Vorjahres zeigen sie jedoch eine Zunahme von 121 Fällen (4,3 v. H.) und 11 646 ha (31,1 v. H.) Fläche. Die Zahl der Subhastationen stellt sich um 123 (21,8 v. H.) niedriger als im vorhergehenden Vierteljahr und um 53 (13,7 v. H.) höher als im Zeitraum Juli/September 1928, während die versteigerte Fläche um 9 280 ha (53,9 v. H.) bezw. 12 706 ha (92,9 v. H.) größer gewesen ist.

Von den eingeleiteten Verfahren haben 170 (5,9 v. H.) der Fälle mit 561 ha (1,1 v. H.) der Fläche und von den durchgeführten Versteigerungen 56 (12,7 v. H.) der Fälle mit 1551 ha (5,9 v. H.) der Fläche die Aufhebung einer Gemeinschaft behufs Erbteilung, Auseinandersetzung usw. zum Ziele gehabt. Eröffnet sind solche Verfahren namentlich in der Rheinprovinz (32), Hessen-Nassau (31) und Sachsen (28), in nennenswerter Anzahl durchgeführt jedoch nur in Hessen-Nassau (16) und Provinz Sachsen (11). Auf die reinen landwirtschaftlichen Grundstücke von Besitzern, die in Land- oder Forstwirtschaft ihren Hauptberuf sehen, entfallen 36,6 v. H. der Anmeldungen mit 89,0 v. H. der Fläche und 50,5 v. H. der Subhastationen mit 88,4 v. H. der Fläche. Schließlich treffen von den eingeleiteten Verfahren 57,6 v. H. mit 9,9 v. H. der Fläche und von den durchgeführten Versteigerungen 36,8 v. H. mit 5,8 v. H. der Fläche auf Grundstücke, deren Besitzer Land- und Forstwirtschaft nur nebenberuflich betreiben.

Gegen die Zahlen der Fälle im vorangehenden Vierteljahr sind die eingeleiteten und durchgeführten Zwangsversteigerungen bei den reinen landwirtschaftlichen Grundstücken um 8,1 und 22,4 v. H. und bei den Betrieben von nebenberuflich in Land- oder Forstwirtschaft tätigen Handwerkern, Gewerbetreibenden usw. um 2,2 und 27,0 v. H. zurückgeblieben. Die im Zwangsverfahren angemeldete Fläche ist bei den Hauptbetrieben um 2,3 v. H., bei den Nebenbetrieben um 27,0 v. H. kleiner, die versteigerte Fläche dagegen um 46,3 und 40,3 v. H. größer als im Vierteljahr April/Juni 1929.

Verglichen mit dem gleichen Viertel des Vorjahres weisen die neueröffneten Verfahren nach Zahl und Fläche bei den landwirtschaftlichen Hauptbetrieben eine Zunahme um 15,7 und 55,4 v. H., bei den Nebenbetrieben eine Abnahme um 1,6 und 42,7 v. H. auf. Versteigert sind 21,3 v. H. mehr reine landwirtschaftliche Grundstücke und 10,2 v. H. mehr Liegenschaften von Besitzern mit Land- oder Forstwirtschaft als Nebenberuf; die betroffene Fläche ist hier um 88,8 und 46,4 v. H. größer.

Die vorstehende Zusammenstellung gliedert die dem Zwangsversteigerungsverfahren unterworfenen landwirtschaftlichen Hauptbetriebe nach Größenklassen. Gegenüber den Ergebnissen des Vorvierteljahres zeigt sich in fast allen Größengruppen eine Abnahme nach Zahl und Fläche. Eine Ausnahme bilden nur die Großbetriebe über 100 ha, die bei den eingeleiteten Verfahren eine Zunahme der

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke.

(Tabelle 1)

Im Vierteljahr	Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe: eingeleitete		durchgeführte		Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Nebenbetriebe: eingeleitete		durchgeführte	
	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Juli/September 1929	**1 063**	**43 631**	**222**	**23 399**	**1 672**	**4 843**	**162**	1 533
April/Juni 1929	1 157	44 666	286	15 992	1 710	6 635	222	1 093
Juli/September 1928	919	28 075	183	12 391	1 700	8 447	147	1 047
gegen April/Juni 1929:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	— 94	— 1 035	— 64	+ 7 407	— 38	— 1 792	— 60	+ 440
i. v. H.	— 8,1	— 2,3	— 22,4	+ 46,3	— 2,2	— 27,0	— 27,0	+ 40,3
gegen Juli/September 1928:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 144	+ 15 556	+ 39	+ 11 008	— 28	— 3 604	+ 15	+ 486
i. v. H.	+ 15,7	+ 55,4	+ 21,3	+ 88,8	— 1,6	— 42,7	+ 10,2	+ 46,4

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe nach Größenklassen.

(Tabelle 2)

Im Vierteljahr	In den Größenklassen: unter 2 ha		2 bis unter 5 ha		5 bis unter 20 ha		20 bis unter 50 ha		50 bis unter 100 ha		über 100 ha	
	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche
	wurden Zwangsverfahren gegen landwirtschaftliche Hauptbetriebe											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
a) eingeleitet:												
Juli/September 1929	**205**	**179**	**205**	**703**	**352**	**3 704**	**131**	**4 063**	**71**	**5 199**	**99**	**29 783**
April/Juni 1929	238	234	210	724	371	3 972	156	5 012	81	5 640	101	29 084
Juli/September 1928	184	155	189	640	302	3 193	136	4 186	51	3 655	57	16 246
gegen April/Juni 1929:												
Zu- oder Abnahme überhaupt	— 33	— 55	— 5	— 21	— 19	— 268	— 25	— 949	— 10	— 441	— 2	+ 699
v. H.	— 13,9	— 23,5	— 2,4	— 2,9	— 5,1	— 6,7	— 16,0	— 18,9	— 12,3	— 7,8	— 2,0	+ 2,4
gegen Juli/September 1928:												
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 21	+ 24	+ 16	+ 63	+ 50	+ 511	— 5	— 123	+ 20	+ 1 544	+ 42	+ 13 537
v. H.	+ 11,4	+ 15,5	+ 8,5	+ 9,8	+ 16,6	+ 16,0	— 3,7	— 2,9	+ 39,2	+ 42,2	+ 73,7	+ 83,3
b) durchgeführt:												
Juli/September 1929	**25**	**23**	**26**	**90**	**68**	**786**	**33**	**1 064**	**19**	**1 388**	**51**	**20 048**
April/Juni 1929	25	26	33	114	93	1 006	65	2 027	29	2 215	41	10 604
Juli/September 1928	25	19	33	117	44	520	28	906	23	1 585	30	9 244
gegen April/Juni 1929:												
Zu- oder Abnahme überhaupt	± —	— 3	— 7	— 24	— 25	— 220	— 32	— 963	— 10	— 827	+ 10	+ 9 444
v. H.	± —	— 11,5	— 21,2	— 21,1	— 26,9	— 21,9	— 49,2	— 47,5	— 34,5	— 37,3	+ 24,4	+ 89,1
gegen Juli/September 1928:												
Zu- oder Abnahme überhaupt	± —	+ 4	— 7	— 27	+ 24	+ 266	+ 5	+ 158	— 4	— 197	+ 21	+ 10 804
v. H.	± —	+ 21,1	— 21,2	— 23,1	+ 54,5	+ 51,2	+ 17,9	+ 17,4	— 17,4	— 12,4	+ 70,0	+ 116,9

Fläche von 2,4 v. H. und bei den durchgeführten Verfahren eine solche der Zahl nach um 24,4 v. H. und der Fläche nach um 89,1 v. H. aufweisen, und ferner die Zwerg und Parzellenbetriebe unter 2 ha, bei denen die Zahl der Versteigerungen unverändert geblieben ist. Von den statistisch als Großbetriebe gezählten Gütern von über 100 ha ist wirtschaftlich und technisch ein Teil, zum mindesten in der Größenklasse 100 bis 200 ha noch als Großbauerngüter anzusehen. Die Zahl der angemeldeten Zwangsverfahren hat bei den Hauptbetrieben von 100 bis 200 ha um 6,3 v. H. zugenommen, und nur die Betriebe von 200 und mehr ha weisen eine Abnahme von 9,4 v. H. auf, während in beiden Gruppen die betroffene Fläche um 6,1 und 1,3 v. H. angewachsen ist; die Subhastationen haben sich nach der Zahl um 5,0 und 42,9 v. H. und nach der Gesamtfläche um 12,8 und 116,6 v. H. erhöht.

Gegenüber dem gleichen Viertel des Vorjahres ist bei den meisten Besitzgruppen eine Vermehrung der eingeleiteten und durchgeführten Verfahren nach Zahl und Fläche eingetreten.

Aus der Verteilung der angemeldeten und durchgeführten Zwangsversteigerungsverfahren im Staat und in den Provinzen nach Größenklassen der reinen landwirtschaftlichen Betriebe ist zu ersehen, wie vor allem die Bauernbetriebe wieder an den Verfahren stark beteiligt gewesen sind. Eröffnet ist das Zwangsversteigerungsverfahren gegen 205 Zwerg- und Parzellenbetriebe mit 179 ha, 205 Kleinbauernbetriebe mit 703 ha, 352 mittelbäuerliche Betriebe mit 3 704 ha und 202 Großbauernbetriebe mit 9 262 ha, also gegen 759 **Bauernbetriebe mit 13 669 ha Gesamtfläche**, ferner gegen 99 Großbetriebe (100 und mehr ha) mit einem Gesamtumfang von 29 783 ha. **Weitaus** die meisten eingeleiteten Verfahren, nämlich 229 (21,5 v. H.) entfallen auf Ostpreußen, darunter 39 Großbetriebe und 72 Großbauernwirtschaften. Über 100 Fälle sind noch in Pommern (122), Brandenburg (117), der Rheinprovinz (104), Niederschlesien (103) und Hannover (101) verzeichnet. In Pommern ist gegen 27 Groß- und 31 Großbauernbetriebe und in Brandenburg gegen 14 und

Zwangsversteigerungen reiner landwirtschaftlicher Grundstücke im Juli/September 1929.

(Tabelle 3)

Staat — Provinzen	Von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben, sind																
	überhaupt			in Größe von . . . ha													
				unter 2		2 bis 5		5 bis 20		20 bis 50		50 bis 100		100 bis 200		200 und mehr	
	Zahl	Fläche	Grundsteuer-Reinertrag RM	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
a) zur Zwangsversteigerung angemeldet worden:																	
A. Staat	1 063	43 631	433 244	205	179	205	703	352	3 704	131	4 063	71	5 199	51	7 133	48	22 650
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	229	11 770	96 709	14	10	29	102	75	815	39	1 134	33	2 457	26	3 584	13	3 668
II. Brandenburg	117	11 407	90 506	14	15	23	80	44	482	16	548	6	463	2	283	12	9 536
III. Stadt Berlin	4	10	282	1	0,18	3	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	122	10 949	97 304	7	7	15	52	42	499	17	576	14	951	10	1 430	17	7 434
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	31	1 230	4 199	5	4	4	15	11	126	5	164	2	111	3	398	1	412
VI. Niederschlesien	103	2 428	40 184	13	10	20	73	46	434	14	402	5	344	3	450	2	715
VII. Oberschlesien	36	318	5 991	6	7	10	36	16	148	4	127	—	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen	81	1 706	36 384	20	17	14	47	31	305	7	212	3	232	5	693	1	200
IX. Schleswig-Holstein .	63	1 386	31 522	11	11	14	49	22	225	11	325	4	306	—	—	1	470
X. Hannover	101	1 374	9 125	29	30	23	83	32	359	12	377	4	335	1	190	—	—
XI. Westfalen	33	251	2 793	9	8	13	39	7	81	4	123	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	35	359	9 113	16	13	9	28	8	78	1	25	—	—	—	—	1	215
XIII. Rheinprovinz	104	420	7 832	59	45	27	85	16	135	1	50	—	—	1	105	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande . .	4	23	1 300	1	2	1	4	2	17	—	—	—	—	—	—	—	—
b) zwangsversteigert worden:																	
A. Staat	222	23 399	198 445	25	23	26	90	68	786	33	1 064	19	1 388	21	3 173	30	16 875
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	49	2 918	23 472	3	4	9	30	11	117	7	256	6	436	11	1 636	2	439
II. Brandenburg	35	6 021	35 543	4	4	3	9	9	96	10	328	1	54	1	125	7	5 405
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	47	9 845	64 377	4	3	2	9	12	148	4	119	7	524	5	823	13	8 219
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	3	34	270	—	—	—	—	3	34	—	—	—	—	—	—	—	—
VI. Niederschlesien	25	1 710	23 001	1	1	3	12	11	136	3	77	2	164	1	140	4	1 180
VII. Oberschlesien	1	24	628	—	—	—	—	—	—	1	24	—	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen	12	417	11 381	2	1	2	6	4	50	2	71	—	—	2	289	—	—
IX. Schleswig-Holstein .	17	802	12 935	—	—	1	5	9	105	3	102	2	127	1	160	1	303
X. Hannover	18	1 543	25 636	3	5	3	10	6	59	2	57	1	83	—	—	3	1 329
XI. Westfalen	5	30	497	2	1	1	2	2	27	—	—	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	4	6	151	3	3	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	5	45	314	3	1	—	—	1	14	1	30	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande . .	1	4	240	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

22 Betriebe gleicher Art des Zwangsversteigerungsverfahren angeordnet. Mehr als 10 Anmeldungen von großbäuerlichen Grundstücken haben in Niederschlesien (19), Hannover (16) und Schleswig-Holstein (15) vorgelegen.

Zur Zwangsversteigerung gelangt sind im Berichtsvierteljahr 25 Zwerg- und Parzellenbetriebe mit 23 ha Fläche, 26 Kleinbauernstellen mit 90 ha, 68 mittelbäuerliche Güter mit 786 ha und 52 Großbauernbetriebe mit 2 452 ha, zusammen 146 **Bauernwirtschaften mit 3 328 ha Gesamtfläche**, schließlich 51 Großbetriebe mit 20 048 ha Gesamtumfang. Allein 49 (22,1 v. H.) der Subhastationen entfallen auf Ostpreußen und 47 (21,2 v. H.) auf Pommern. An Großbetrieben sind in Pommern 18 mit 9 042 ha und in Ostpreußen 13 mit 2 075 ha versteigert. Das sind zusammen 60,8 v. H. der zwangsversteigerten großen Güter und 55,5 v. H. ihrer Gesamtfläche. Von den 52 der Subhastation verfallenen Großbauernwirtschaften liegen 13 mit 692 ha in Ostpreußen, je 11 in Pommern mit 643 ha und Brandenburg mit 382 ha.

Im Vergleich der beiden Vierteljahre April/Juni und Juli/September 1929 ist die Zahl der angemeldeten Zwangsversteigerungsverfahren im Verhältnis zur Gesamtzahl der bei der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1925 festgestellten Güter bei sämtlichen Betriebsgruppen zurückgegangen, ebenso die der durchgeführten Verfahren bei allen Größenklassen — mit Ausnahme der Zwerg- und Parzellenbetriebe, wo keine Veränderung eingetreten ist.

Auf je 10 000 bei der Betriebszählung von 1925 ermittelte landwirtschaftliche Betriebe der einzelnen Größengruppen entfielen Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe.

bei den	im April/Juni 1929		im Juli/September 1929	
	eingeleitete	durchgeführte	eingeleitete	durchgeführte
1	2	3	4	5
Zwerg- und Parzellenbetrieben .	0,92	0,10	0,79	0,10
Kleinbauernbetrieben	4,57	0,72	4,46	0,57
Mittelbauernbetrieben	7,19	1,80	6,82	1,32
Großbauernbetrieben	18,23	7,23	15,54	4,00
Großbetrieben	68,28	27,72	66,93	34,48.

Zwangsversteigerungen landwirtschaftlich genutzter Grundstücke in Preußen im Vierteljahr Oktober/Dezember 1929. — In der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1929 ist über 2 962 ländliche Grundstücke, die 53 334 ha Gesamtfläche mit insgesamt 555 445 RM Grundsteuer-Reinertrag umfassen, das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet worden. Im gleichen Zeitraum sind 548 landwirtschaftliche Anwesen im Gesamtumfange von 24 537 ha Fläche und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 232 087 RM zur Versteigerung gelangt. Die eingeleiteten Verfahren haben gegenüber dem Vorvierteljahr Juli/September 1929 um 57 Fälle (2,0 v. H.) und 4 299 ha (8,8 v. H.) zugenommen; gegen das gleiche Viertel des Vorjahres zeigen sie eine Abnahme der Fälle um 109 (3,5 v. H.) und ein Anwachsen der angemeldeten Fläche um 9 682 ha (22,2 v. H.). Die Zahl der Versteigerungen stellt sich um 108 (24,5 v. H.) und 116 (26,9 v. H.) niedriger als in den beiden Vergleichsvierteljahren, während die versteigerte Fläche um 1 946 ha (7,3 v. H.) kleiner als im vorhergehenden Vierteljahr, aber mehr als doppelt so groß (+ 12 975 ha = 112,2 v. H.) wie im Zeitraum Oktober/Dezember 1928 gewesen ist.

Von den eingeleiteten Verfahren haben 182 = 6,1 v. H. aller Fälle mit 1 108 ha = 2,1 v. H. der Gesamtfläche die Aufhebung einer Gemeinschaft behufs Erbteilung, Auseinandersetzung usw. zum Ziele gehabt. Auf Liegenschaften, deren Besitzer in Land- oder Forstwirtschaft nur ihren Nebenberuf sehen, entfallen 56,8 v. H. der Anmeldungen mit 9,1 v. H. der Fläche und 35,9 v. H. der Subhastationen mit 8,8 v. H. der Fläche. Schließlich treffen von den Anmeldungen 37,1 v. H. mit 88,9 v. H. der Fläche und von

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke.

(Tab. 1)

Im Vierteljahr	Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe: Eingeleitete Zahl	Eingeleitete Fläche ha	Durchgeführte Zahl	Durchgeführte Fläche ha	Nebenbetriebe: Eingeleitete Zahl	Eingeleitete Fläche ha	Durchgeführte Zahl	Durchgeführte Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Oktober/Dezember 1929	1 099	47 391	302	22 156	1 681	4 835	197	2 166
Juli/September 1929	1 063	43 631	222	23 399	1 672	4 843	162	1 533
Oktober/Dezember 1928	1 065	37 143	203	10 382	1 822	6 005	166	918
gegen Juli/September 1929:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 36	+ 3 760	+ 80	— 1 243	+ 9	— 8	+ 35	+ 633
i. v. H.	+ 3,4	+ 8,6	+ 36,0	— 5,3	+ 0,5	— 0,2	+ 21,6	+ 41,3
gegen Oktober/Dezember 1928:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 34	+ 10 248	+ 99	+ 11 774	— 141	— 1 170	+ 31	+ 1 248
i. v. H.	+ 3,2	+ 27,6	+ 48,8	+ 113,4	— 7,7	— 19,5	+ 18,7	+ 135,9

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe nach Größenklassen.

(Tab. 2)

Im Vierteljahr	unter 2 ha Zahl	unter 2 ha Fläche	2 bis unter 5 ha Zahl	2 bis unter 5 ha Fläche	5 bis unter 20 ha Zahl	5 bis unter 20 ha Fläche	20 bis unter 50 ha Zahl	20 bis unter 50 ha Fläche	50 bis unter 100 ha Zahl	50 bis unter 100 ha Fläche	über 100 ha Zahl	über 100 ha Fläche
	In den Größenklassen wurden Zwangsverfahren gegen landwirtschaftliche Hauptbetriebe											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
a) eingeleitet:												
Oktober/Dezember 1929	180	172	206	692	366	3 887	165	5 363	79	5 630	103	31 647
Juli/September 1929	205	179	205	703	352	3 704	131	4 063	71	5 199	99	29 783
Oktober/Dezember 1928	185	184	225	790	366	3 839	138	4 398	71	4 878	80	23 054
gegen Juli/September 1929:												
Zu- od. Abnahme überhaupt	— 25	— 7	+ 1	— 11	+ 14	+ 183	+ 34	+ 1 300	+ 8	+ 431	+ 4	+ 1864
v. H.	— 12,2	— 3,9	+ 0,5	— 1,6	+ 4,0	+ 4,9	+ 26,0	+ 32,0	+ 11,3	+ 8,3	+ 4,0	+ 6,3
gegen Oktob./Dezemb. 1928:												
Zu- od. Abnahme überhaupt	— 5	— 12	— 19	— 98	± —	+ 48	+ 27	+ 965	+ 8	+ 752	+ 23	+ 8593
v. H.	— 2,7	— 6,5	— 8,4	— 12,4	± —	+ 1,3	+ 19,6	+ 21,9	+ 11,3	+ 15,4	+ 28,8	+ 37,3
b) durchgeführt:												
Oktober/Dezember 1929	36	39	33	110	89	969	59	1 892	31	2 319	54	16 827
Juli/September 1929	25	23	26	90	68	786	33	1 064	19	1 388	51	20 048
Oktober/Dezember 1928	17	18	27	87	84	926	35	1 041	12	831	28	7 479
gegen Juli/September 1929:												
Zu- od. Abnahme überhaupt	+ 11	+ 16	+ 7	+ 20	+ 21	+ 183	+ 26	+ 828	+ 12	+ 931	+ 3	— 3 221
v. H.	+ 44,0	+ 69,6	+ 26,9	+ 22,2	+ 30,9	+ 23,3	+ 78,8	+ 77,8	+ 63,2	+ 67,1	+ 5,9	— 16,1
gegen Oktob./Dezemb. 1928:												
Zu- od. Abnahme überhaupt	+ 19	+ 21	+ 6	+ 23	+ 5	+ 43	+ 24	+ 851	+ 19	+ 1488	+ 26	+ 9 348
v. H.	+ 111,8	+ 116,7	+ 22,2	+ 26,4	+ 6,0	+ 4,6	+ 68,6	+ 81,7	+ 158,3	+ 179,1	+ 92,9	+ 125,0

Zwangsversteigerungen reiner landwirtschaftlicher Grundstücke Oktober/Dezember 1929.

(Tab. 3)

Staat — Provinzen	Von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben, sind: überhaupt Zahl	überhaupt Fläche ha	überhaupt Grundsteuer-Reinertrag RM	in Größe von . . . ha: unter 2 Zahl	unter 2 Fläche ha	2 bis 5 Zahl	2 bis 5 Fläche ha	5 bis 20 Zahl	5 bis 20 Fläche ha	20 bis 50 Zahl	20 bis 50 Fläche ha	50 bis 100 Zahl	50 bis 100 Fläche ha	100 bis 200 Zahl	100 bis 200 Fläche ha	200 und mehr Zahl	200 und mehr Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
a) zur Zwangsversteigerung angemeldet worden:																	
A. Staat	1 099	47 391	477 123	180	172	206	692	366	3 887	165	5 363	79	5 630	47	6 707	56	24 940
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	260	17 436	156 741	11	8	23	75	90	1 014	51	1 647	33	2 516	28	3 961	24	8 215
II. Brandenburg	122	9 675	84 856	19	20	21	77	30	292	23	738	7	479	11	1 625	11	6 444
III. Stadt Berlin	1	1	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	97	7 351	44 454	11	11	14	52	34	406	19	638	7	475	2	341	10	5 428
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	18	1 332	5 280	2	1	—	—	7	83	4	102	2	122	1	133	2	891
VI. Niederschlesien	122	5 106	90 820	13	15	27	91	51	544	15	482	8	558	1	102	7	3 314
VII. Oberschlesien	40	347	5 929	9	13	10	37	18	192	2	53	1	52	—	—	—	—
VIII. Sachsen	71	1 458	21 289	14	16	17	49	28	273	5	170	4	259	2	291	1	400
IX. Schleswig-Holstein .	90	2 283	30 786	3	4	18	62	34	374	23	815	11	780	—	—	1	248
X. Hannover	88	1 315	17 733	21	22	16	52	33	344	11	352	5	291	2	254	—	—
XI. Westfalen	34	460	5 346	3	3	13	43	9	93	8	223	1	98	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	38	223	2 899	11	12	12	42	14	133	1	36	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	112	371	9 647	60	44	34	110	15	110	3	107	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande . .	6	33	1 340	2	2	1	2	3	29	—	—	—	—	—	—	—	—
b) zwangsversteigert worden:																	
A. Staat	302	22 156	204 551	36	39	33	110	89	969	59	1 892	31	2 319	20	2 572	34	14 255
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	79	5 377	44 459	2	3	3	10	25	261	19	654	12	848	12	1 511	6	2 090
II. Brandenburg	35	4 790	51 845	3	5	1	5	13	150	6	217	3	272	1	145	8	3 996
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	58	8 382	51 275	4	4	7	20	12	142	10	313	7	552	2	222	16	7 129
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	10	296	992	1	1	1	4	3	38	4	144	—	—	1	109	—	—
VI. Niederschlesien	27	1 310	28 936	4	6	2	7	9	96	5	75	4	286	—	—	3	840
VII. Oberschlesien	10	129	2 372	1	2	1	5	6	48	2	74	—	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen	14	679	8 980	—	—	4	13	4	43	2	68	1	65	2	290	1	200
IX. Schleswig-Holstein .	26	640	9 821	2	3	4	12	9	101	7	228	4	296	—	—	—	—
X. Hannover	22	372	2 444	6	7	6	19	6	64	3	92	—	—	1	190	—	—
XI. Westfalen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	6	8	61	4	2	2	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	13	164	2 951	8	5	2	9	1	18	1	27	—	—	1	105	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande . .	2	9	415	1	1	—	—	1	8	—	—	—	—	—	—	—	—

den Zwangsversteigerungen 55,1 v. H. mit 90,3 v. H. der Fläche auf die reinen landwirtschaftlichen Grundstücke, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben.

Gegenüber den Ergebnissen des vorangehenden Vierteljahres ist die Zahl der eingeleiteten und durchgeführten Zwangsversteigerungen bei den reinen landwirtschaftlichen Grundstücken um 3,4 und 36,0 v. H. und bei den Betrieben von nebenberuflich in Land- oder Forstwirtschaft tätigen Handwerkern, Gewerbetreibenden usw. um 0,5 und 21,6 v. H. gestiegen. Die im Zwangsversteigerungsverfahren angemeldete Fläche ist bei den Hauptbetrieben um 8,6 v. H. größer, bei den Nebenbetrieben um 0,2 v. H. kleiner als im Vierteljahr Juli/September 1929. Die versteigerte Fläche ist dagegen bei den Anwesen von hauptberuflich in Land- oder Forstwirtschaft tätigen Besitzern um 5,3 v. H. zurückgegangen und bei den Nebenbetrieben um 41,3 v. H. angewachsen.

Verglichen mit dem gleichen Viertel des Vorjahres weisen die neueröffneten Verfahren nach Zahl und Fläche bei den landwirtschaftlichen Hauptbetrieben eine Zunahme um 3,2 und 27,6 v. H., bei den Liegenschaften mit Land- oder Forstwirtschaft als Nebenberuf dagegen eine Abnahme um 7,7 und 19,5 v. H. auf. Ferner sind 48,8 v. H. mehr reine landwirtschaftliche Grundstücke und 18,7 v. H. mehr Nebenbetriebe versteigert worden. Die versteigerte Fläche ist erheblich — nämlich um 113,4 und 135,9 v. H. — größer als im Zeitraum Oktober/Dezember 1928.

Nach der Übersicht, welche die dem Zwangsversteigerungsverfahren unterworfenen landwirtschaftlichen Hauptbetriebe nach Größenklassen gliedert, sind diesmal fast alle Besitzgruppen stärker als im Vorvierteljahr und im gleichen Vorjahrsviertel betroffen worden. Gegenüber dem vorhergehenden Vierteljahr ist ein Rückgang nach Zahl und Fläche allein bei den gegen Zwerg- und Parzellenbetriebe gerichteten neu eröffneten Verfahren, und zwar um 12,2 und 3,9 v. H. festzustellen. Eine weitere Ausnahme bilden die kleinbäuerlichen Grundstücke, wo die angemeldete Fläche um 1,6 v. H. zurückgegangen ist, ferner die Großbetriebe, die eine um 16,1 v. H. geringere zwangsversteigerte Fläche aufweisen. Gegenüber dem Zeitraum Oktober/Dezember 1928 haben nur die eingeleiteten Verfahren gegen landwirtschaftliche Anwesen bis unter 5 ha eine Verminderung nach Zahl und Fläche erfahren, während die Anzahl der Anmeldungen von mittelbäuerlichen Betrieben (5 bis unter 20 ha) — bei einer Flächenzunahme um 1,3 v. H. — unverändert geblieben ist.

Aus der Verteilung der angemeldeten und durchgeführten Zwangsversteigerungsverfahren im Staat und in den Provinzen nach Größenklassen der reinen landwirtschaftlichen Grundstücke ist zu ersehen, wie vor allem die Bauernbetriebe wieder an den Verfahren stark beteiligt gewesen und inwieweit die östlichen

Provinzen[1]) betroffen sind. Eröffnet ist das Zwangsversteigerungsverfahren gegen 180 Zwerg- und Parzellenbetriebe mit 172 ha, 206 Kleinbauernbetriebe mit 692 ha, 366 mittelbäuerliche Betriebe mit 3 887 ha, 244 Großbauernwirtschaften mit 10 993 ha, also gegen 816 Bauernbetriebe mit 15 572 ha Gesamtfläche, ferner gegen 103 Großbetriebe (100 und mehr ha) mit einem Gesamtumfang von 31 647 ha. Auf die östlichen Landesteile[1]) kommen 660 (60,1 v. H.) Anmeldungen mit 41 248 ha (87,0 v. H.) Fläche, und zwar gegen 497 Bauernbetriebe (60,9 v. H) mit 10 725 ha (68,9 ha) — darunter gegen 172 großbäuerliche Wirtschaften (70,5 v. H.) mit 7 862 ha (71,6 v. H.) — und gegen 97 Großbetriebe (94,2 v. H.) mit 30 454 ha Gesamtumfang (96,2 v. H.). Weitaus die meisten Verfahren sind in Ostpreußen, nämlich 260 (23,7 v. H.) — davon 52 gegen Großbetriebe und 84 gegen großbäuerliche Anwesen — eingeleitet worden. In weitem Abstande folgen Brandenburg und Niederschlesien mit je 122 und die Rheinprovinz, wo es sich ausschließlich um Betriebe in Größe bis unter 50 ha, und zwar überwiegend um Kleinbetriebe bis unter 5 ha (94) handelt, mit 112 Anmeldungen. Mehr als 10 neue Zwangsversteigerungsverfahren sind außer in Ostpreußen gegen Großbetriebe nur in Brandenburg (22) und Pommern (12), gegen Großbauernwirtschaften in Schleswig-Holstein (34), Brandenburg (30), Pommern (26), Niederschlesien (23) und Hannover (16) neu eröffnet worden.

Zur zwangsweisen Versteigerung gekommen sind im Berichtsvierteljahr 36 Zwerg- und Parzellenbetriebe mit 39 ha Fläche, 33 kleinbäuerliche Anwesen mit 110 ha, 89 Mittelbauernwirtschaften mit 969 ha und 90 großbäuerliche Betriebe mit 4 211 ha, zusammen 212 Bauernwirtschaften mit 5 290 ha Gesamtfläche, schließlich 54 Großbetriebe mit 16 827 ha Gesamtumfang. Auf die östlichen[1]) Provinzen entfallen 219 Subhastationen (72,5 v. H.) mit 20 284 ha (91,6 v. H.), und zwar 155 Versteigerungen von bäuerlichen Grundstücken (73,1 v. H) mit einer Gesamtfläche von 4 221 ha (79,8 v. H.) — darunter von 72 Großbauernbetrieben (80,0 v. H.) mit 3 435 ha (81,6 v. H.) — und 49 (90,7 v. H.) Versteigerungen von Großbetrieben mit 16 042 ha (95,3 v. H.). Allein 79, d. s. 26,2 v. H. der Subhastationen kommen auf Ostpreußen, 58 = 19,2 v. H. auf Pommern und 35 = 11,6 v. H. auf Brandenburg. An Großbetrieben sind in Pommern und Ostpreußen je 18 mit 7 351 und 3 601 ha und in Brandenburg 9 mit 4 141 ha versteigert. Das sind 83,3 v. H. der zwangsversteigerten großen Güter über 100 ha und 89,7 v. H. ihrer Gesamtfläche. Von den 90 Großbauernwirtschaften liegen 31 mit 1 502 ha in Ostpreußen, 17 mit 865 ha in Pommern, 11 mit 524 ha in Schleswig-Holstein und je 9 mit 489 und 361 ha in Brandenburg und Niederschlesien.

Auf je 10 000 bei der Betriebszählung von 1925 ermittelte landwirtschaftliche Betriebe der einzelnen Größengruppen entfielen Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe

(Tab 4)

bei den	im Juli/September 1929		im Oktober/Dezember 1929	
	eingeleitete	durchgeführte	eingeleitete	durchgeführte
1	2	3	4	5
Zwerg- und Parzellenbetrieben .	0,79	0,10	0,69	0,14
Kleinbauernbetrieben	4,46	0,57	4,48	0,72
Mittelbauernbetrieben	6,82	1,32	7,10	1,73
Großbauernbetrieben	15,54	4,00	18,77	6,92
Großbetrieben	66,93	34,48	69,64	36,51

[1]) Als östliche Provinzen gelten: Ostpreußen, Brandenburg, Stadt Berlin, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien und Oberschlesien.

Bücheranzeigen.

An dieser Stelle werden alle der Schriftleitung der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts", Berlin SW 68, Lindenstr. 28 zur Verfügung gestellten Bücher usw. dem Titel nach angezeigt. Inhaltsangaben und Besprechungen bleiben vorbehalten.

Tischer, Arthur: Grundlegung der Statistik. Jena: Gustav Fischer, 1929. X, 211 S.

In seinem Buche versucht Tischer eine neue Lösung der alten Frage zu geben, ob die Statistik eine Wissenschaft sei, worin das Wesen dieser Wissenschaft bestehe und wie ihre Stellung im System der Wissenschaften sei. Der Verfasser bejaht die gestellte Frage, unterscheidet sich aber von anderen Theoretikern, welche die Statistik gleichfalls für eine eigene Wissenschaft halten, wesentlich dadurch, daß er die Statistik als reine Formalwissenschaft definiert, die ein Teil der Logik sei. Gegenstand der Statistik sei das Wissen um die formalen Eigenheiten von kollektiven Ganzen und die Beantwortung der Frage, worin die zahlenmäßige Beschreibung dieser Kollektiven bestehe und wie sie zu geschehen habe. Mit den materiellen Inhalten habe die Statistik als Wissenschaft nichts zu tun. Die Auffassung von Mayr, daß die Statistik eine Sozialwissenschaft sei, lehnt Tischer ausdrücklich ab. Von der Statistik als Wissenschaft unterscheidet er die Statistik als Lehrgegenstand der Hochschulen, die außerdem noch die Anwendung der statistischen Betrachtungsweise auf die verschiedenen Einzelwissenschaften (Bevölkerungslehre, Wirtschaftswissenschaft, Meteorologie usw.), die Organisation der statistischen Erhebung und Bearbeitung und die Geschichte der Statistik umfasse.

Obwohl der Verfasser der Ansicht ist, daß nur seine Theorie das Herabsinken der Statistik zum bloßen Range einer Methodenlehre verhindern könne, geht aus vorstehenden Angaben hervor, daß in Wirklichkeit der Standpunkt von Tischer sich von dem derjenigen Theoretiker, welche die Statistik lediglich für eine Methode bezw. eine Methodenlehre halten, nicht allzu erheblich unterscheidet. Wenn ich mich also auch von der Originalität der Gedanken von Tischer nicht ohne weiteres überzeugen kann, so erkenne ich andererseits gern an, daß er mit seinen Ausführungen, wenn sie auch nicht allzu neu sind, meist das Richtige trifft. Insbesondere stimme ich ihm darin bei, wenn er die Konstruktion einer besonderen Sozialwissenschaft, namens Statistik, ablehnt. Was v. Mayr unter diesem Namen zusammenfaßt, sind in Wirklichkeit ganz heterogene Gebiete, die zu den verschiedensten Wissenschaften gehören und nur das miteinander gemeinsam haben, daß in ihnen irgendwelche Fälle gezählt werden. Tischer hat ganz recht, wenn er sagt: „Die Sozialwissenschaften im allgemeinen gegenständlich bestimmt sein zu lassen, dann aber plötzlich eine neue Sozialwissenschaft auf Grund einer bestimmten Methode ins Leben zu rufen, ist für die wissenschaftliche Begriffsbestimmung ein Widerspruch." (S. 178).

Die gewaltsame Losreißung der Bevölkerungsstatistik von der Bevölkerungslehre, der Wirtschaftsstatistik von der Nationalökonomie, der Schulstatistik von der Pädagogik und der Geschichte des Unterrichtswesens usw. kann nur zu dem verhängnisvollen Irrtum verleiten, daß man Statistik treiben könne, ohne die sachlichen Probleme zu beherrschen, oder daß die Statistik nur Ergebnisse, die auf anderen Wegen gewonnen sind, nachträglich zu illustrieren habe. Wie weit verbreitet selbst in akademischen Kreisen dieser Irrtum ist, weiß jeder Referent eines Statistischen Amtes; denn immer wieder werden diese Behörden durch die Zuschriften von Studenten belästigt, welche für Dissertationen die Aufstellung umfangreicher Tabellen fordern, meist mit dem Zusatz, daß die Sache sehr eilig sei, weil sich die betreffende Arbeit schon im Druck befinde und die Tabellen noch schnell am Schlusse angehängt werden müßten. So nützlich also vielleicht in mancher Hinsicht Tischers Arbeit wirken kann, so sehr möchte ich denjenigen Kritikern zustimmen, welche den Wunsch ausgesprochen haben, daß man jetzt, nachdem eine große Anzahl neuer Systeme der Statistik veröffentlicht worden ist, mit der Produktion allgemeiner Theorien der Statistik aufhören und sich der Lösung von Einzelfragen zuwenden möge, wobei die methodologischen und sachlichen Erörterungen Hand in Hand gehen müssen. Mit Recht sagt Tischer auf S. 169: „Die statistisch-methodischen Fragen können überhaupt erst gelöst werden auf der Grundlage konkreter Fälle, in Verfolg derer sie auftreten." Methodische Erörterungen, die losgelöst von praktischen Aufgaben der Wissenschaft gewissermaßen im luftleeren Raume angestellt werden, sind häufig von zweifelhaftem Werte. Wenn ich z. B. von einem bekannten neueren Theoretiker darüber belehrt werde, daß im Falle von Blitzschlägen auf einen Häuserbestand eine „eigenbürtige Einwirkung" vorliege, weil „eine Streckenmasse von einer nicht massenbürtigen Punktmasse eine Beeinflussung erfährt", (zitiert von Tischer auf S. 55), so wird durch diese Feststellung weder meine Einsicht in das Wesen der Dinge erheblich gefördert, noch erfahre ich damit etwas, was für die Lösung praktischer Aufgaben von besonderer Bedeutung ist.

Schließlich möge noch der Wunsch ausgesprochen werden, daß unsere Fachgenossen in den Büchern, die sie veröffentlichen, die Sprache sorgfältiger pflegen möchten, als dies gewöhnlich geschieht. Tischer schreibt z. B. auf S. VI folgenden Satz: „Diese Grundlage zu klären und darauf ein theoretisches System zu errichten, das war die von mir gestellte und in ihren Grundzügen zu lösen versuchte Aufgabe.“ Der erste Teil dieses Satzes enthält ein falsches Bild, der zweite Teil eine sprachlich unerträgliche Härte. Man könnte aus dem Buch von Tischer noch eine Menge ähnlicher Sätze heraussuchen.

K. Keller.

Lazarsfeld, Paul F.: Statistisches Praktikum für Psychologen und Lehrer. Jena: Gustav Fischer, 1929. VIII, 180 S. 8°.

Das Buch behandelt ein besonders interessant erscheinendes Anwendungsgebiet der statistischen Methoden: mit ihrer Hilfe sollen die Ergebnisse der statistischen Erfassung psychischer Tatbestände (Äußerungen und Leistungen von Individuen) geordnet und zusammengefaßt werden, sodaß dadurch die psychischen Erscheinungen selbst in qualitativer und quantitativer Hinsicht bestimmt und miteinander verglichen werden können. Der Verfasser schildert im einzelnen die Wege, die zu diesem Ziele führen sollen. Von einfachen mathematischen Grundbegriffen ausgehend, erläutert er die Regeln, nach denen die Verteilung von Beobachtungsergebnissen nach einem bestimmten Merkmal vorgenommen und beurteilt werden kann. Die Frage nach der Gesetzmäßigkeit dieser Verteilung führt dann zum Begriff des Verteilungsgesetzes; die Feststellung und Kenntnis eines Verteilungsgesetzes ist von großer Bedeutung für die weitere Forschung. Zur Kennzeichnung solcher Verteilungsgesetze können eine Reihe von Mittelwerten und Streuungswerten dienen, deren Berechnung und Bedeutung näher dargelegt wird. In den beiden letzten Kapiteln wird die Verteilung eines Kollektivs nach zwei veränderlichen Merkmalen behandelt; zur Beurteilung des Zusammenhanges zwischen den beiden Merkmalen werden die für die beiden Fälle der Rangkorrelation und der Maßkorrelation wichtigsten Koeffizienten abgeleitet. Die mathematischen Darlegungen werden von zwei Abschnitten unterbrochen, in denen das Gebiet der psychologischen Statistik, insbesondere die Probleme der Intelligenzprüfung, eingehend behandelt werden. Man muß es dem Verfasser als ein Verdienst anrechnen, daß seine klare und anschauliche Darstellungsweise das Verständnis der manchmal abstrakten Ausführungen wesentlich erleichtert.

In sachlicher Hinsicht jedoch wird man den Standpunkt des Verfassers nicht immer teilen können. Die eingehende Durchsicht seines Buches gibt aufs neue zu grundsätzlichen Erwägungen Anlaß, ob die Anwendung der mathematisch-statistischen Verfahren in den zahlreichen Forschungsgebieten, die sich ihrer bereits bedienen, auch sachlich begründet erscheint und in richtiger Weise geschieht. Gerade bei der psychologischen Statistik, in der die Intelligenzprüfungen eine hervorragende Rolle spielen, wird man die Frage aufwerfen müssen, ob das Auftreten der psychischen Erscheinungen im Einklang steht mit den mathematischen Voraussetzungen, von denen die Ausbildung der statistischen Methoden ausgeht. Die exakte Ableitung und der strenge logische Zusammenhang der mathematischen Formeln wirken auf den mathematisch nicht geschulten Benutzer immer etwas bestechend und überzeugend; man glaubt bei einer Anwendung der Formeln diesen Zusammenhang auch bei den beobachteten Erscheinungen voraussetzen zu können und macht sich keine Gedanken darüber, ob bei der Ableitung der Formeln und dem Auftreten der Erscheinungen die gleichen Voraussetzungen vorliegen. Die Gefahr unüberlegter Anwendung ist dann besonders groß, wenn eine Ableitung gar nicht oder nur in knapper Form gegeben wird, die Formeln gewissermaßen fertig zum Gebrauch erscheinen, sodaß der Benutzer nicht erkennen kann, was sie eigentlich besagen.

Diese Gefahr scheint auch der Verfasser nicht ganz erkannt zu haben; man gewinnt den Eindruck, daß er die Anwendbarkeit der mathematischen Methoden zu günstig beurteilt und daß seine Ausführungen keine überzeugende Lösung der aufgeworfenen Frage darstellen. Dies tritt besonders bei seinen Ausführungen über die Bedeutung des Verteilungsgesetzes hervor. Er weist darauf hin (S. 51 ff), daß die Gestalt der aus den Messungsergebnissen abgeleiteten Verteilungskurven von dem gewählten Maß abhängt. An einem angenommenen Beispiel zeigt er, wie eine normale (symmetrische) Verteilung durch die Wahl eines unzweckmäßigen Maßes unsymmetrisch wird. Aus diesem „Gedankenexperiment“ zieht er den umgekehrten Schluß, daß „es im Prinzip immer möglich sein muß, für dasselbe Phänomen ein Maß zu finden, auf Grund dessen es sich normal verteilt“. Da nun tatsächlich in gewissen Fällen eine angenähert symmetrische Verteilung auftritt oder sich ziemlich sicher ergibt, „darf man in aller Vorsicht voraussetzen, daß man umgekehrt d u r c h d i e A n n a h m e e i n e r n o r m a l e n V e r t e i l u n g p s y c h i s c h e r P h ä n o m e n e a u f a u s g e z e i c h n e t e M a ß s y s t e m e g e f ü h r t w i r d, d. h. auf Maßsysteme, die sich entweder praktisch besonders gut bewähren oder die die weitere Untersuchung auf Zusammenhänge führen, die vorher nicht bemerkt wurden oder die einer natürlichen Maßgrundlage entsprechen, die eine spätere nicht statistische, sondern individuelle Analyse des Phänomens aufzudecken imstande sein wird“. Verteilen sich also die empirischen Beobachtungsergebnisse nicht symmetrisch, so ist nach Ansicht des Verfassers ein nicht entsprechender Maßstab angewendet worden und durch einen besseren zu ersetzen, der dann zu einer normalen Verteilung führt. Allerdings weist der Verfasser im folgenden noch darauf hin, daß eine anscheinend unsymmetrische Verteilung auch durch eine ungeeignete Klassenzusammenfassung oder durch eine Überlagerung zweier symmetrischer Verteilungen hervorgerufen werden kann. Die Frage, welche der drei Möglichkeiten im Einzelfall vorliegt, gehört jedoch nach seiner Ansicht nicht mehr in den Rahmen des Buches hinein.

Die Bedeutung eines richtig zu wählenden Maßes wird an einem Beispiel erläutert (S. 52), das doch wohl als eine zu schematische und zu wenig durchdachte Anwendung mathematischer Gedankengänge bezeichnet werden muß. Aus dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926 (nicht 1927) bringt der Verfasser eine Übersicht über die Verteilung der im Jahre 1924 heiratenden Männer nach Altersjahrfünften. Er interpretiert diese Übersicht dem Sinne nach folgendermaßen: Nimmt man das Heiratsalter als Maß des „Ergänzungsbedürfnisses“, so ist das Heiratsalter um so niedriger, je größer das Ergänzungsbedürfnis ist. Hierbei erscheint die Verteilung der Eheschließenden stark unsymmetrisch; das Heiratsalter wird also kein geeigneter Maßstab sein. Da viele biologische Funktionen proportional dem Logarithmus des Alters sind, ist es richtiger, eine Verteilung der Eheschließenden nach diesem logarithmischen Maßstab vorzunehmen; es bleiben also nicht mehr die Unterschiede zwischen den einzelnen Altersklassengrenzen, sondern die Unterschiede zwischen den Logarithmen der Altersklassengrenzen gleich.

Selbst wenn diese Überlegungen nur „statistischen Illustrationszwecken“ dienen sollen, sind sie nur wenig überzeugend, solange sie lediglich die absolute Größe der angegebenen Zahlen berücksichtigen. Es wird ganz außer acht gelassen, daß die Zahl der Eheschließenden in den einzelnen Altersklassen aus verschieden großen Geburtenjahrgängen bzw.

Lebendengesamtheiten stammen, daß der Heiratswille der einzelnen Altersklassen in den letzten 40 Jahren nicht unverändert geblieben ist und daß die Kriegsverluste ebenfalls eine Rolle spielen. Durch die eben angeführten Faktoren ist das Zahlenbild so stark beeinflußt worden, daß demgegenüber die Wahl eines anderen Maßsystems nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen dürfte. Die ganzen Überlegungen — das Bestehen einer symmetrischen Verteilung einmal als richtig angenommen — hätten allenfalls für eine stationäre Bevölkerung Geltung.

Die neue logarithmische Verteilung wird nun durch folgende Zahlenoperationen gewonnen. Als Grundlage für die Berechnung werden nicht etwa die beiden am stärksten besetzten Altersklassen (20—25 und 25—30 Jahre) genommen, sondern die erste, sehr gering besetzte Altersklasse (unter 20 Jahre). Von den 2 116 Eheschließenden dieser Altersklasse wird angenommen, daß sie im Alter von 16,5 bis 19 Jahren heirateten, während ein Blick in das Statistische Jahrbuch zeigt, daß 330 im Alter von 18 bis 19 Jahren und die übrigen 1 786 im Alter von 19 bis 20 Jahren geheiratet haben. Die Differenz zwischen dem Logarithmus von 19 und dem Logarithmus von 16,5 (= 0,06) soll nun die Maßeinheit für eine neue logarithmische Verteilung sein. Aus der auf dieser Grundlage neu gewonnenen Verteilung zieht der Verfasser nun den Schluß: „Sie ist zwar noch keineswegs symmetrisch, aber doch erheblich symmetrischer als die Verteilung nach dem Alter. Wir sehen also, daß die Annäherung an die Symmetrie hier wirklich parallel geht mit der Einführung eines neuen Maßes, das wir als sachlich vernünftiger erkannt haben als das alte“.

Sieht man sich die neue Verteilung genauer an, so erkennt man, daß die größere Symmetrie an der entscheidenden Stelle lediglich durch die Verschiebung der Zahl der Eheschließenden des am stärksten besetzten Altersjahres (24—25 Jahre) in die nächste Altersklasse (24—29 Jahre) entsteht und daß die vorhergehende Altersklasse (20—24 Jahre) durch die Angabe einer falschen Zahl (73 541 statt 100 541) noch geringer besetzt erscheint, als sie durch die Abtrennung des am stärksten besetzten Altersjahres tatsächlich schon ist. Wir haben also den Fall einer — auch vom Verfasser behandelten — neuen „geeigneten“ Klassenzusammenfassung vor uns. Hinzu kommt, daß man die oben gewonnene Maßeinheit für die Klassenbreite von 0,06 in der neuen Übersicht vergebens sucht; die tatsächliche Klassenbreite der neuen Verteilung schwankt zwischen 0,08 und 0,07. Diese Unterschiede untereinander und gegenüber der im Text angegebenen Maßeinheit lassen sich auch durch die Abrundung der Klassengrenzen auf volle Altersjahre nicht erklären.

Das ganze Beispiel mit seinen unzutreffenden Überlegungen flüchtigen Berechnungen und falschen Zahlenangaben zeigt, wie notwendig für die Durchführung solcher Untersuchungen ein gewisser Zahlensinn und eine richtige Einstellung zu den mathematischen Methoden ist. Mag man mit dem Verfasser die Möglichkeit einer symmetrischen Verteilung annehmen oder sie bestreiten, auf jeden Fall müßten solche Beispiele — wenn sie nicht rein fiktive Vorstellungen ohne praktische Bedeutung bleiben sollen — so durchgeführt werden, daß ihr Zusammenhang mit der Wirklichkeit, zu deren Erkenntnis sie gerade dienen sollen, nicht verloren geht.

Das Beispiel des Bourdontests (S. 52) wirkt ebenfalls nicht überzeugend. Es ist durchaus nicht notwendig, in dem zweiten Fall (gleiche Leistung in verschiedener Zeit) bei der Feststellung der Zeiten stehen zu bleiben und diese als Maß zugrunde zu legen. Man braucht nur die (konstante) Zahl der Buchstaben durch die festgestellten Zeiten zu dividieren, um wie im ersten Falle die „Fixigkeit“ als richtiges Maß zu erhalten.

Der Glaube an das Vorherrschen einer normalen Verteilung führt dann auch in den späteren Ausführungen (S. 93 ff) dazu, an der Stelle der empirisch gewonnenen Beobachtungsergebnisse, durch die die Intelligenzleistungen gemessen werden sollen, „wahre“ Maßwerte zu berechnen, falls die Beobachtungsergebnisse sich nicht normal verteilen. Das bedeutet, anders ausgedrückt, daß man auf Grund der Beobachtungsergebnisse — immer unter der Voraussetzung einer normalen Verteilung der Leistungen — die Leistungsstufen, die man messen wollte, erst berechnet. Diese wahren Maßwerte sollen dann auch bei einer weiteren Verwendung eine viel regelmäßigere Verteilung garantieren.

Es sind hier absichtlich die angeführten Beispiele herausgegriffen worden, da gerade sie die Zweckmäßigkeit der behandelten Methoden beweisen sollen und der Leser dadurch von der Anwendbarkeit dieser Methoden überzeugt werden soll. Ob gegen die vorgebrachten Einwände etwa didaktische Rücksichten zur Rechtfertigung geltend gemacht werden könnten, ist wohl zweifelhaft. Daß die Einwände sich nicht gegen das ganze Buch richten, braucht nicht besonders betont werden; in mancher Hinsicht kann man dem Verfasser durchaus zustimmen. Jedenfalls aber erscheint es notwendig, immer wieder auf die Voraussetzungen der statistischen Methoden hinzuweisen.

Lucht.

Back, Joseph: Die Entwicklung der reinen Ökonomie zur nationalökonomischen Wesenswissenschaft. Jena: Gustav Fischer. 1929. VIII, 244 S. 8°.

Wer mit noch so guter statistischer Schulung auf einem bestimmten Gebiet der Nationalökonomie, sei es auch noch so „praktisch“, eine zulängliche Tatsachenforschung durchführen will, wird bald gewahr werden, daß er der Beziehungen zur Wirtschaftstheorie nicht entraten kann, wenn anders er die Ergebnisse seines Forschens in einen sinnvollen Zusammenhang bringen will. So richtig und anscheinend selbstverständlich dieser Satz ist, so wenig beneidenswert ist die Situation des Forschers, der gezwungen ist, in der Unzahl von vorhandenen Theorien und Systemen sich die passende Theorie herauszusuchen. Seit die nationalökonomische Forschung mehr und mehr von den verschiedenen Richtungen der Philosophie (Erkenntnistheorie) beeinflußt worden ist, haben sich die einzelnen theoretischen Systeme in ihren Ergebnissen eigentlich immer stärker von einander entfernt, sodaß sich der Leser vor eine ihn verwirrende Vielheit der Tatsachen gestellt sieht.

Dieser Zustand der nationalökonomischen Theorie hat es mit sich gebracht, daß in den letzten Jahrzehnten immer stärker das Bedürfnis in den Vordergrund trat, eine „Theorie über die Theorie“ zu schreiben — wogegen die systembildende theoretische Forschung oft stark zurücktrat. Soviel Geist vielfach auf diese methodologischen Untersuchungen verwendet wurde, will es dem Referenten doch scheinen, als ob hier oft des Guten zuviel getan sei und sich hinter solchen Auslassungen häufig nur die Schwäche des Verfassers verberge, wirklich wertvolle systembildende Gedanken zu formen.

Diesen Vorwurf kann man offenbar dem vorliegenden Buche nicht machen. Es zeichnet sich zunächst dadurch aus, daß es mit lebendiger Frische den Gedanken einer klaren „reinen Ökonomie“ bejaht und mit guten Gründen gegen die Richtung zu Felde zieht, die die Möglichkeit einer nationalökonomischen Theorie eigenen Wertes leugnet. Der Verfasser steht der eben als notwendig bezeichneten Theorie so positiv gegenüber, daß man ihm wohl die Fähigkeit zutrauen möchte, ein in sich gefestigtes System zur öffentlichen Diskussion zu stellen, wenn auch in dem Buch selbst nur hier und da solche systembildenden

Gedanken angedeutet werden. Das liegt aber in der Natur der Arbeit, die die Grundlagen und allgemeinen Bedingungen einer reinen Ökonomie behandeln will.

Eins vorweg: Der Verfasser ist ein Schüler und Anhänger Husserls. Als solcher wendet er vielfach die Ausdrucksweise der phänomenologischen Philosophie an, ohne eine Erläuterung für diejenigen Leser für nötig zu halten, die von einer anderen philosophischen Einstellung herkommen. Hier dürfte der Verfasser bei seinen Lesern ruhig etwas weniger voraussetzen; das ohnehin nicht immer einfache Studium des Buches könnte dadurch nur erleichtert werden.

Das Ziel des Buches ist, der reinen Ökonomie den ihr gebührenden Platz im Gesamtrahmen der Wissenschaft zu geben, als einer solchen nationalökonomischen Forschung, „die allgemeingültige Urteile über gesetzmäßige Zusammenhänge der reinen Wirtschaft zu gewinnen versucht" (S. 4). Zunächst werden die bisherigen Versuche kritisch beleuchtet und dabei besonders ausführlich Carl Menger, Emil Sax, Joseph Schumpeter und Max Weber behandelt. Bei Menger, dessen Arbeit immerhin als erster großer Versuch einer reinen Ökonomie zu werten ist, wird besonders bemängelt, daß er die reine Ökonomie auch sachlich analog den exakten Naturwissenschaften begründen will, was ihrer Eigenart nicht gerecht wird. Bei Sax (dem typischen Vertreter der psychologischen Wirtschaftstheorie) ist die reine Ökonomie die exakte Theorie „von den elementaren psychologischen Gesetzmäßigkeiten des wirtschaftlichen Geschehens". Verfasser lehnt diese psychologische Richtung, die heute im allgemeinen überwunden sei, vor allem mit der Begründung ab, daß „allgemeingültige psychologische Wirtschaftsgesetze mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht in Einklang zu bringen sind" (S. 78). Schumpeter, dessen reine Ökonomie als exakte Theorie von streng statisch gedachten Funktionalzusammenhängen ökonomischer Quantitäten bezeichnet wird, kennt als Erkenntnisobjekt der Theorie nicht die reale Wirtschaft, sondern eine nach formalen Regeln umfingierte Wirtschaft; die Schemata dieser reinen Ökonomie sind nie richtig oder falsch, sondern nur „brauchbar oder unbrauchbar". Verfasser lehnt mit Recht diese Auffassung, die den Verzicht auf eine regelrechte Theorie bedeutet, ab, vor allem auch mit dem Argument, daß „aus den Ergebnissen seiner Theorie keine praktischen Folgerungen, weder in Hinsicht auf die bestehende Wirtschaft, noch in Hinsicht auf geforderte Umgestaltungen der Wirtschaft gezogen werden können" (S. 108). Es ist schließlich ein Unding, das ökonomische System als ein reines „Gütersystem" aufzufassen, ohne darin dem menschlichen Handeln den gebührenden Platz anzuweisen. Max Weber endlich stellt der reinen Ökonomie wieder eine ganz andere Aufgabe; bei ihm wird sie eine „nomologische Hilfswissenschaft" von rational konstruierten idealtypischen Zusammenhängen der reinen Wirtschaft. Sie verliert ihren Selbstzweck und wird Mittel zum Zweck der individuellen Seinsbestimmung und Zurechnung. Die Eigenart der Erscheinungen wird dabei in „idealtypischen Begriffen" erfaßt, die ihrerseits wieder durch „Übersteigerung der Merkmale" (S. 144) gewonnen werden. Durch die Konfrontierung der Wirklichkeit mit diesen Idealtypen soll die Eigenart der wirklichen Erscheinungen besser hervortreten: was Verfasser mit guten Gründen ablehnt (z. B. S. 162).

Nach dieser Kritik zeigt Verfasser folgende Grundzüge einer reinen Ökonomie auf: Um die Wirtschaft zu erkennen, muß man sie als gesetzmäßig und notwendig denken. Die Wirtschaft ist aber keine Einheit des sinnlichen Erlebens, sondern des Denkens (S. 178), oder, anders ausgedrückt, eine Einheit von Sachzusammenhängen. Die reine Ökonomie erfaßt als „Wesenswissenschaft" das (wie er sagt) ontische Sein der Wirtschaft; sie gibt die wesensnotwendige Struktur der Wirtschaft wieder im Gegensatz zur Erforschung der nur historisch bedingten Wirtschaft. Der Wesensforschung steht die Tatsachenforschung gegenüber, die nicht das wesentliche, sondern das faktische Sein der Wirtschaft erklärt. Gegenstand der reinen Ökonomie sind also „die reinen wirtschaftlichen Wesensmöglichkeiten" (S. 233) und damit, weil sie eine Vernunftwissenschaft ist, die „vernunftnotwendige wirtschaftliche Praxis" (S. 234). Ihr Verfahren ist nicht eigentliche Induktion und Deduktion, sondern „Explikation", die darin besteht, „daß auf Grund der menschlichen Daseinslage und der allgemein gleichen praktischen wirtschaftlichen Vernunft expliziert wird, welche gesetzmäßige Ordnung im Handeln eingehalten werden muß, um eine bestimmte Wirtschaftlichkeit des Handelns zu erreichen" (S. 236). Verfasser kennzeichnet die Wirtschaft als einen lebensnotwendigen, gesetzmäßigen, objektiv-gegenständlichen Wirkungszusammenhang. Das Dasein muß, um die Dauer der Wirtschaft zu verbürgen, gestalthafte Ordnungen, „Gebilde", schaffen; hierin berührt sich der Verfasser mit Gottl.

Mit diesen Ausführungen kann der reiche Inhalt des Buches nur angedeutet werden. Wie bereits einleitend ausgeführt wurde, gibt es einen guten Überblick über diese immerhin komplizierten Gedankengänge und wird deshalb mit Erfolg von jedem benutzt werden, der auf neuen Wegen einen Zugang zu den Grundlagen der nationalökonomischen Theorie sucht. Ein einführendes Buch ist es nicht, wohl aber ein weiterführendes.

Quante.

Klug, Dr. Oskar: Robert Liefmanns Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge. Kritik und Beweisführung. Berlin & Leipzig: de Gruyter 1929. 254 S. 8°. (Sozialwiss. Forschungen. Abt. I, H. 9).

Die umfangreiche, rein kritisch eingestellte Arbeit ist — wenn man es so nennen will — eine Art schriftlicher Diskussion der bedeutendsten Vertreter der theoretischen Nationalökonomie über das Liefmannsche Gesetz. Der Verfasser als Leiter dieser Diskussion hat sich die Interpretation und Beurteilung der einzelnen Meinungen, wie sie in ausführlichen Zitaten zum Ausdruck kommen, zur Aufgabe gemacht, um dann zusammenfassend die gewonnenen Ergebnisse festzustellen. Zunächst geht es allerdings um die Frage, ob denn überhaupt bei den verschiedenen begrifflichen Grundlagen eine Kritik anderer Systeme möglich erscheint. Unter Berücksichtigung älterer Theorien wird dann das Liefmannsche System in seinem logischen Zusammenhang dargestellt und daraus das Gesetz des Ausgleichs der Grenzerträge als „der exakteste Ausdruck des Wirtschaftens" entwickelt. Auf dieser Grundlage setzt die eigentliche „Diskussion" ein, aus der sich für den Verfasser die Gültigkeit des Liefmannschen Gesetzes ergibt, das er selbst in seiner abschließenden Kritik als Erscheinungsform des wirtschaftlichen Handelns ansieht. Wieweit nun die Ansichten und Schlußfolgerungen des Verfassers richtig sind, darüber ein Urteil abzugeben, hieße einen beträchtlichen Teil des Buches noch einmal schreiben. Ganz allgemein wird man sich jedoch die Frage vorlegen müssen, ob solche Untersuchungen in einer Zeit wichtig genug sind, in der so große wirtschaftliche Probleme ihrer Lösung harren.

L.

Mombert, Paul: Bevölkerungslehre. Jena: Gustav Fischer 1929. IV, 490 S. 8°. (Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie, hrsg. von Diehl und Mombert, Bd. 15).

Das vorliegende Werk von Mombert bildet eine sehr wertvolle Bereicherung unserer bevölkerungswissenschaftlichen Literatur; nach Umfang und Inhalt geht es weit über das hinaus, was man gemeinhin unter einem „Grundriß zum

Studium" zu verstehen pflegt. Im allgemeinen begnügen sich derartige Bücher damit, dem Studierenden die wichtigsten Ergebnisse der Bevölkerungsstatistik, die bedeutenderen Lehrmeinungen auf dem Gebiete der Bevölkerungstheorie und die hauptsächlichsten Richtlinien einer Bevölkerungspolitik nacheinander vorzutragen. Mombert sagt sich von dieser üblichen Dreiteilung los; er will eine in sich geschlossene, sozialwissenschaftlich orientierte Bevölkerungslehre geben. Sein Ziel ist es, die engen Wechselbeziehungen klarzustellen, die zu allen Zeiten zwischen Größe und Wachstum der Bevölkerung einerseits sowie Art und Entwicklung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Formen andererseits bestanden haben. Aus der Betrachtung der tatsächlichen Vorgänge heraus wird dann versucht, die Anschauungen und Maßnahmen zu erklären, die auf dem Gebiete des Bevölkerungswesens jeweils geherrscht haben. Die statistischen Daten sind hierbei nur Hilfsmittel der Darstellung; sie werden nur insoweit herangezogen, als sie zur Erläuterung der Tatsachen unbedingt notwendig sind.

Die Beziehungen zwischen Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft können nun in doppelter Weise untersucht werden: einmal in geschichtlicher und dann in systematisch-theoretischer Weise. Mombert wendet beide Betrachtungsformen an. Im ersten Teil seines Buches wird uns eine kritische Darstellung der Bevölkerungsentwicklung von den ältesten Zeiten bis in die Gegenwart geboten. Nach einer mehr skizzenhaften Schilderung der primitiven Völkerschaften werden zunächst die Zustände im griechischen und römischen Altertum beleuchtet. Es folgt ein fast 100 Seiten langes Kapitel über Bevölkerung und Wirtschaft im Mittelalter und in der Neuzeit bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts; besondere Unterabschnitte sind dabei den Ergebnissen der älteren Bevölkerungsstatistik und den Anschauungen gewidmet, die bis zum Auftreten von Malthus über Fragen der Bevölkerung verbreitet waren. Malthus selbst wird eingehend gewürdigt, und es wird versucht, seine Lehren aus den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Zuständen seiner Zeit heraus zu erklären. Mit Recht werden die mannigfachen Widersprüche und Unklarheiten hervorgehoben, die sein „Bevölkerungsgesetz" enthält und die wesentlich zu dem gewaltigen Schrifttum beigetragen haben, das sich auch heute noch mit ihm beschäftigt. Den Abschluß des ersten Teils bildet eine Darstellung der tiefgreifenden Umschichtungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die das ungeheure Volkswachstum des 19. Jahrhunderts in allen Ländern der Erde zur Folge gehabt hat; vielleicht hätte die Beschreibung dieser Zeit noch etwas ausführlicher sein können, besonders wenn man den Raum vergleicht, der der mittelalterlichen Bevölkerungsgeschichte eingeräumt worden ist. Überhaupt sind die historischen Ausführungen Momberts nicht voll erschöpfend: dazu wäre es u. a. notwendig gewesen, nicht nur — wie es geschehen ist — die Entwicklung im Mittelalter und in der Neuzeit vornehmlich innerhalb der deutschen Geschichte zu behandeln, sondern auch die Verhältnisse in anderen Ländern zu berücksichtigen, denn trotz zahlreicher Einzelforschungen fehlt es bisher noch an einer umfassenden Darstellung der Rolle, die die Bevölkerungsvermehrung als treibende Kraft im Ablauf der Geschichte gespielt hat. Mombert kommt es in seinen Darlegungen nur darauf an, für alle Stufen der menschlichen Entwicklung die gegenseitige Abhängigkeit und Beeinflussung von Bevölkerung, Wirtschaft und Gesellschaft nachzuweisen und so die Grundlage zu schaffen für die systematisch-theoretische Betrachtung in der zweiten Hälfte seines Werkes.

Dieser zweite Teil bildet den eigentlichen Kern des ganzen Buches. Mombart untersucht hier im einzelnen die Probleme, die sich aus der historischen Darstellung ergeben haben. Ausgehend von dem Bevölkerungsoptimum als dem Idealzustand, den nach Momberts Ansicht jede Bevölkerungspolitik anstreben muß, erläutert er zunächst die Begriffe Unter- und Übervölkerung. Er weist dabei auf die Relativität aller dieser Begriffe hin, denn das für ein Land angemessene Größenverhältnis zwischen Volkszahl und Nahrungsspielraum ist nicht etwas ein für allemal Feststehendes, sondern dauernd Änderungen unterworfen. So ergeben sich von selbst die weiteren Betrachtungen; sie erstrecken sich einmal auf die Stärke, Wege und Formen des Volkswachstums, andererseits auf die Faktoren, die auf die Größe des Nahrungsspielraumes von Einfluß sind. Die Ausführungen über den letzteren sind sehr weit ausgesponnen. Erwähnt seien vor allem die Darlegungen über die wachsende Bedeutung des „außenbedingten" Teiles des Nahrungsspielraumes für die modernen Industriestaaten. Sie geben Mombert Veranlassung, näher auf die weitreichenden strukturellen Wandlungen einzugehen, die sich seit dem Weltkriege in der gesamten Weltwirtschaft vollzogen haben. Die dadurch hervorgerufene starke Einengung des außenbedingten Teiles des Nahrungsspielraumes hat besonders in Deutschland zu einer gewissen Übervölkerung geführt, die sich in den heutigen Kulturstaaten nicht mehr in einem Mangel an Nahrungsmitteln, sondern in einem Mangel an Arbeitsgelegenheit äußert. Mombert sieht deshalb in einer vernünftigen Geburtenregelung durchaus nichts Bedenkliches; bedrohlich wird sie vielmehr erst, wenn sie einen Umfang annimmt, der zu einem Bevölkerungsstillstande oder gar zu einer Abnahme der Volkszahl führt. Allerdings glaubt auch Mombert nicht, daß es durch äußere Maßnahmen möglich sein könnte, einer gefahrvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten, denn die Ursachen des heutigen Geburtenrückganges sind weniger wirtschaftlicher Natur, als auf seelischem und geistigem Gebiete zu suchen. Mombert hält dabei an seiner — von anderen gerade nicht sehr treffend als „Wohlstandstheorie" bezeichneten — Lehre fest, daß die Zunahme an Wohlstand und Bildung wirtschaftlich-rationales Denken erzeuge, das seinerseits zur Kleinhaltung der Familie führe; habe dann eine solche Anschauung erst von einer Bevölkerung Besitz ergriffen, so lasse jede Erschwerung der Lebensbedingungen die geburtenmindernden Tendenzen jener Denkweise nur noch um so stärker zur Geltung kommen. Wenn Mombert allerdings glaubt, daß neben einer Abnahme des Fortpflanzungs**willens** auch eine Verminderung in der Fortpflanzungs**fähigkeit**, insbesondere durch eine größere Verbreitung der Geschlechtskrankheiten nach dem Kriege, eingetreten ist, so steht diese Anschauung mit den tatsächlichen Beobachtungen zahlreicher Ärzte nicht recht in Einklang. Am Ende des ganzen Buches werden schließlich noch die Zusammenhänge untersucht, die zwischen den Wandlungen von Volkszahl und Nahrungsspielraum und dem Gange der gesellschaftlichen Entwicklung bestehen; dazu kommt ein kurzer Ausblick auf die Maximalbevölkerung, die die Erde unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Produktions- und Verkehrstechnik zu tragen imstande ist.

Übersieht man noch einmal die Fülle von Belehrungen und Anregungen, die das ausgezeichnete Buch bietet, so kann man ihm nur weiteste Verbreitung in allen Kreisen wünschen, die an Bevölkerungsfragen Interesse nehmen. Der Wert des Werkes wird auch dadurch nicht beeinträchtigt, daß sich — besonders im ersten Teil — mehrfach größere Druckfehler eingeschlichen haben. So ist in der Tabelle auf S. 191 bei sämtlichen Geburten- und Sterbeziffern (nicht aber bei den Geburtenüberschußziffern) zwischen der Zehner- und Einerziffer ein Komma zu setzen. Ferner ist auf S. 249 die Zahl der Fremden in Frankreich und auf S. 307 (Tabelle) die Zahl der Lebendgeborenen in einigen europäischen Staaten auf 10 000 der Bevölkerung (statt auf 1 000) zu beziehen.

Heinel.

Burgdörfer, Friedrich: Bevölkerungsfrage und Steuerreform. Berlin: Dümmler 1930. 68 S. 8°. (Das kommende Geschlecht. Bd. 5, H. 4/5).

Die Darstellung gibt einen ausgezeichneten Einblick in die Steuerermäßigungen, die nach der deutschen Steuergesetzgebung Ehepaaren, insbesondere denen mit Kindern, gewährt werden. Es ist dem Verfasser zuzustimmen, daß durch sie kein Ausgleich der Mehrkosten, die ein Familienhaushalt hat, geschweige denn ein Anreiz zur Kindererzeugung entsteht.

Interessant war mir besonders die auf der Statistik von Hamburg, Lübeck und Bremen fußende Feststellung des Verfassers (S. 39 ff.), daß von gewissen Einkommenstufen an die Kinderzahl steigt. Ich sehe darin einen Beweis für meine Behauptung (vergl. Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 60. Jahrgang S. 235 ff), daß die Kinderfrage sehr wesentlich eine solche der ausreichenden Entlohnung ist. Burgdörfer hat sich in seinem bekannten Werk „Das Bevölkerungsproblem. Die Lebensfrage des deutschen Volkes" auf einen etwas anderen Standpunkt gestellt; ich freue mich, daß sich jetzt unsere Ansichten nähern.

E. Simon.

Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden, hrsg. vom Büro für Statistik der Juden, Berlin. Schriftleitung: Dr. Jacob Segall u. I. Koralnik. Jg. 5 (Neue Folge), Nr. 1, Juli 1930. — Die Zeitschrift erscheint monatlich; Preis der Einzelnummer RM 1,—, Abonnementspreis RM 12,— jährlich.

Im Gegensatz zur evangelischen und zur katholischen Kirche, die bereits seit langem eigene statistische Ämter besitzen, fehlte es bisher an einer entsprechenden amtlichen Organisation für die Statistik des Judentums. Erst in jüngster Zeit ist innerhalb der „Akademie für die Wissenschaft des Judentums" eine besondere Sektion für Statistik geschaffen worden, die unter Leitung von Prof. Dr. H. Silbergleit steht; sie wird demnächst ein großes Quellenwerk über die israelitische Bevölkerung Deutschlands im Rahmen der Volks- und Berufszählung von 1925 veröffentlichen. Außerdem wurde im Jahre 1930 bei der Jüdischen Gemeinde in Berlin eine statistische Stelle errichtet.

Neben dieser „amtlichen" jüdischen Statistik werden aber bereits seit vielen Jahren außerordentlich wertvolle und umfangreiche statistische Arbeiten von privater jüdischer Seite geleistet. Besondere Beachtung erfordern dabei die Untersuchungen, die von dem Büro für Statistik der Juden in Berlin, einer Gründung des dortigen Vereins für jüdische Statistik, angestellt werden. Als Veröffentlichungsorgan des Büros wurde im Jahre 1905 eine „Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden" ins Leben gerufen. In zahlreichen Aufsätzen und Archivnotizen wurde hier alles Material zusammengetragen, das über die demologischen und sozialen Verhältnisse der israelitischen Bevölkerung Auskunft geben kann. Leider brachte der Krieg die Zeitschrift nach zehnjährigem Erscheinen im Jahre 1914 zum Erliegen. Auch in der ersten Zeit nach dem Kriege konnte das Büro für Statistik der Juden seine Tätigkeit nur in geringem Umfange wieder aufnehmen. Erst 1925 kam es zu einer Neuherausgabe der Zeitschrift; aber bereits 1927 führte die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer nochmaligen Unterbrechung in der Veröffentlichung. Es ist nun sehr zu begrüßen, daß jetzt trotz der Not der Zeit daran gegangen wird, die Zeitschrift wieder in regelmäßiger monatlicher Folge erscheinen zu lassen.

In dem Einleitungsaufsatz des ersten Heftes des neuen Jahrgangs gibt zunächst Dr. Jacob Segall, einer der beiden Herausgeber der Zeitschrift, einen kurzen Überblick über die wichtigsten Arbeiten, die in den letzten 25 Jahren auf dem Gebiete der Statistik der Juden erschienen sind. Es folgt dann eine Abhandlung von Regierungsrat Dr. E. Simon, Referent für Bevölkerungsstatistik im Preußischen Statistischen Landesamt, in der „die Bilanz der jüdischen Bevölkerung Preußens 1922—1928" gezogen wird. Bekanntlich war schon vor dem Kriege die Geburtenzahl der israelitischen Bevölkerung in Deutschland so gering, daß von mancher Seite bereits damals der „Untergang der deutschen Juden" vorausgesagt wurde. Nach dem Kriege hat sich diese Entwicklung geradezu katastrophal fortgesetzt; denn während in der Vorkriegszeit jährlich noch rund 6 000 Kinder jüdischen Glaubens geboren wurden und diese Zahl auch in der ersten Nachkriegszeit wieder erreicht worden ist, waren es 1925 nur noch 5 200, 1927 und 1928 sogar nur wenig mehr als 4 000 Geburten. Da die Sterblichkeit nicht im gleichen Maße zurückgegangen ist — die Zahl von 5 700 Sterbefällen 1927/1928 entsprach fast genau der Zahl von 1912/1913 —, so ergab sich seit 1925 ein von Jahr zu Jahr stärkerer Sterbefallüberschuß (1928: — 1 633 Köpfe). Diese Entwicklung ist allerdings keine spezifisch jüdische Erscheinung, sondern sie ist Gemeingut aller derjenigen städtischen Schichten Deutschlands, ganz gleich welcher Konfession, in denen die Israeliten besonders stark vertreten sind. Der sehr wesentliche Unterschied gegenüber der Gesamtbevölkerung des Reiches besteht jedoch darin, daß die nichtjüdische Bevölkerung zur Zeit noch die Minderzahl der Geburten in den Städten aus den noch immer vorhandenen Überschüssen des platten Landes zu decken vermag, während die jüdische Bevölkerung derartige Reserven nicht mehr besitzt.

In einem weiteren Aufsatz nimmt I. Koralnik, der zweite Herausgeber der Zeitschrift, Stellung „zum jüdischen Studentenproblem in Ost- und Mitteleuropa". Koralnik weist darauf hin, daß die Zahl der jüdischen Studierenden auf je 100 000 Einwohner in dem zur Betrachtung stehenden Gesamtgebiet 1927 fast 3 mal so hoch gewesen ist als im Jahre 1914. Es ist dies jedoch zum größten Teil auf den vermehrten Hochschulbesuch in Sowjet-Rußland zurückzuführen, wo früher die lernbegierigen Schichten des Judentums nur in sehr beschränktem Maße zum Studium zugelassen waren. Ein genauer Vergleich mit dem Vorkriegsstande läßt sich für die einzelnen Länder Ost- und Mitteleuropas infolge der starken Gebietsveränderungen leider nicht durchführen. Immerhin bleibt zu erkennen, daß auch heute noch in Polen, Ungarn und Rumänien die Lage der jüdischen Studentenschaft außerordentlich ungünstig ist, sodaß sich — wie vor dem Kriege — ein erheblicher Teil der jüdischen Hochschuljugend dieser Länder den deutschen Bildungsstätten zuwendet.

Den Abschluß des ersten Heftes bilden einige kurze Notizen über die jüdischen Eheschließungen in Deutschland 1919—1927, über die Selbstmorde bei der jüdischen Bevölkerung in Wien 1925—1928, über die Mobilität der jüdischen Bevölkerung der Sowjetunion sowie über die Zahl der Juden in Polen im Jahre 1929.

Heinel.

Woytinsky, Wl. Zehn Jahre neues Deutschland. Ein Gesamtüberblick in Zahlen. Berlin: Mosse 1929. 208 S. 8°.

Ein Vergleich mit dem großen Sammelwerk „Die Welt in Zahlen" desselben Verfassers liegt nahe. Wie dort in den einzelnen Bänden die wichtigsten geographischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tatsachen der ganzen Welt behandelt worden sind, so gibt das vorliegende Buch einen noch umfassenderen Überblick über die Entwicklung Deutschlands in den letzten Jahrzehnten und besonders in der Zeit nach dem

Kriege. Der Verfasser hat hierzu die verschiedensten Quellen, vor allem die amtliche deutsche Statistik, benutzt und eine Fülle von Angaben für das Verständnis des heutigen Deutschlands zusammengetragen. Der verbindende und erläuternde Text sowie zahlreiche graphische Darstellungen erhöhen noch den Wert der wiedergegebenen Zahlen. Aus den Zahlenübersichten gewinnt man ein anschauliches Bild von dem Aufbau und der Bewegung der Bevölkerung, von der Bedeutung der großen Wirtschaftszweige Landwirtschaft, Industrie und Bergbau, Handel und Verkehr, von der Entwicklung auf dem Waren-, Geld- und Arbeitsmarkt sowie auf dem Gebiete des Finanz- und Wohnungswesens. Wer sich zahlenmäßig über die Entwicklung Deutschlands unterrichten will, wird in diesem Buche alle gewünschten Unterlagen finden.

L.

Behördenjahrbuch. Deutscher Kommunal-Kalender. Beamten-Kalender und Handbuch für Verwaltungsbehörden. Hrsg. von Alfred Finke und Erwin Stein. Jg. 10, 1930. Berlin-Friedenau: Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H. 396 S. 4°.

Mit dem vorliegenden Band vollendet das Behördenjahrbuch sein erstes Jahrzehnt. Es ist in diesem Zeitraum durch ständige Erweiterung und Vervollkommnung zu einem immer wertvolleren Hilfsmittel für die Verwaltungspraxis geworden, das in seinem Tabellen- und Kalenderteil für die Tagesarbeit ebenso nützliche Dienste leistete wie es mit seinen hunderten von Aufsätzen ein reiches Material für Wissenschaft und Praxis bereitstellte. Der 10. Jahrgang bringt nach beiden Seiten hin neue Beweise für die Anpassungsfähigkeit des Verlags an zeitgegebene Forderungen. So ist der Hauptabschnitt des literarischen Teils diesmal den Kommunen im Dienst der Hygiene gewidmet. Mehr als zwei Dutzend Einzelbeiträge behandeln die Bedeutung dieser Aufgabe, das Aufgabengebiet der Verwaltungsämter, der Bauämter, der kommunalen Anstalten und Betriebe. In diesen Abhandlungen wird den Kommunen und Kommunalverbänden nicht nur ein Bild vom Stand der Dinge gezeichnet, sondern es werden ihnen auch neue Wege gewiesen, wie mit den verringerten Mitteln das erreichbar Beste auf dem Gebiet der Hygiene getan werden kann.

Sch.

Reinhardt, Hedwig: Grundfragen der deutschen öffentlichen Verschuldung. Berlin: Reiss 1929. 193 S. 8°.

Ein leichtfaßlich geschriebener Führer zur allgemeinen Orientierung über das Problem der deutschen öffentlichen Verschuldung in rechtlicher und wirtschaftlicher Beziehung, ergänzt durch kurze Rückblicke auf die Entwicklung seit der Vorkriegszeit. Im dritten Teil des Buches werden die funktionellen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsverlauf und öffentlicher Verschuldung untersucht, wobei abschließend die Notwendigkeit einer organischen Systemisierung der öffentlichen Kreditwirtschaft betont wird. Diese Systemisierung könne nach Ansicht der Verfasserin durch folgende Maßnahmen angebahnt werden: Erweiterung der Reichskompetenzen hinsichtlich des Schuldenwesens (analog der Reichskompetenz in Steuersachen) und Ergänzung des Finanzausgleichs durch einen kreditären Ausgleich. Diese Forderungen weisen zweifellos einen gangbaren Weg zum Aufbau einer mehr organisch regulierten öffentlichen Kreditwirtschaft.

Dr. E. M.

Dissinger, Dr. Arthur: Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie. Jena: Gustav Fischer 1929. V, 234 S.

Das Organisationsproblem der „freien" Gewerkschaften war vor einigen Jahren, als der Streit um die Organisationsfrage innerhalb der gewerkschaftlichen Organisationen heftig wogte, durch die Streitformel „Berufsverband oder Industrieverband" gekennzeichnet. Die Diskussionen sind verstummt, es wäre aber falsch, anzunehmen, daß es sich bei der Frage des Organisationsprinzips, die in dieser Formel schlagwortartig zusammengefaßt worden war, nur um einen politischen Tagesstreit gehandelt hätte. Die Frage muß vielmehr als eins der wichtigsten Probleme der Weiterentwicklung der Gewerkschaften angesehen werden. Die Gewerkschaften haben im wesentlichen, obwohl sie inzwischen infolge von Zusammenschlüssen und durch den Mitgliederaufschwung zum großen Teil zu großen Verbänden geworden sind, das Organisationsprinzip ihrer Gründungszeit, das auf dem B e r u f basiert, grundsätzlich nicht verlassen. Der berufliche und wirtschaftliche Aufbau hat sich inzwischen aber grundlegend verändert; Beruf und Industriezweig, die sich früher meist deckten, klaffen heute auseinander. Daraus ist die organisationspolitische Frage entstanden: In welcher Weise sind die den Gewerkschaften zugeströmten Massen verschiedener beruflicher Schichtung am zweckmäßigsten — d. h. im Einklang mit der Art ihrer Einfügung in den Wirtschaftsprozeß und mit den Notwendigkeiten gewerkschaftlicher Aufgabenerfüllung — organisatorisch zu verwalten?

Dissinger stellt sich in seinem Buche die Aufgabe, das Organisationsproblem — in ausdrücklich ausgesprochenem Gegensatz zu seiner bisherigen stark polemischen Behandlung — wissenschaftlich zu untersuchen. Doch ist die von ihm gewählte Methode nicht geeignet, die beabsichtigte Objektivität sehr zu fördern. Diese Methode ist in der Hauptsache soziologisch-psychologisch, aber mit stark wertendem Einschlag. Wer wertet, muß fordern; hierin liegt die Schwäche einer Methode, die, mag sie noch so konsequent und grundlegend ihren Apparat ethischer Begriffe ausgebaut und dem Anschein nach die letzte Kausa der Dinge wissenschaftlich aufgedeckt haben, doch in ganz anderer Weise die Dinge betrachtet als eine Methode, für die es keine Begrenzung durch ethische Momente, sondern einzig und allein eine Begrenzung durch die realen Möglichkeiten gibt. Dadurch, daß D. bereits eine vorgefaßte Meinung von dem hat, was sein soll, engt er sich den Weg zur vollen Erkenntnis dessen, was ist, ein. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt nicht in der vorurteilsfreien Untersuchung der Tatsachen, sondern in der Abwägung einer Anzahl bestimmter ethischer Postulate, die zur Grundlage der ganzen Darstellung gemacht werden.

Die ethischen Begriffe, mit denen Dissinger operiert, sind die B e r u f s i d e e und der K l a s s e n k a m p f g e d a n k e. Unter der Berufsidee versteht D. das potenzierte Berufsbewußtsein, die Auffassung des Berufs als Lebenszweck seitens des Arbeitenden, das völlige Aufgehen im Beruf, wie es nach D. der vorkapitalistischen, insbesondere der mittelalterlichen (zünftlerischen) Wirtschaft eigen war. Dieses Durchdrungensein vom „Berufsgedanken" hat nach D. allein gemeinschaftsbildende Kraft. Nur wenn der Beruf Dienst an der Gemeinschaft, „eine Funktion der Gemeinschaft" ist, bildet sich Gemeinschaftsleben, bilden sich „Stände", die allein imstande sind, über dem notwendigen sozialen Kampf die „echte" Solidarität, d. h. das allem Einzelinteresse übergeordnete Gemeinschaftsinteresse zu ermöglichen. D. verkennt nicht, daß diese ursprüngliche Auffassung des Berufs unter dem kapitalistischen System, in dem das Erwerbsstreben als Motiv an die Stelle der Berufsidee trat, stark leiden mußte.

Aber die Frage, ob die Wiederherstellung des alten Ideals unter der heutigen Wirtschaftsform möglich sei, wird von ihm bejaht. Er bemüht sich zu zeigen, daß die ethische Kraft des Berufsbewußtseins neue Beweise (in der gewerkschaftlichen Organisation) gezeitigt habe und daß auch die Arbeitsfreude, die Vorbedingung des echten Berufsbewußtseins, selbst im rationalisiertesten Großbetriebe den Arbeiter beherrschen kann, was wohlgemerkt ausschließlich im Wesen des Berufs begründet sein soll. Der Berufsidee, dem Dienst an der Gemeinschaft steht gegenüber der Klassenkampfgedanke. Er verkörpert das egoistische Erwerbsstreben, die unethische Solidarität einer Klasse, er bezweckt die Herrschaft einer Klasse, atomisiert die Gemeinschaft, bewirkt den Kampf aller gegen alle, ist ungeistig, ideallos. Die Klasse als Begriff einer rein wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist ein künstliches Agitationsprodukt, basierend auf wirtschaftlich gleicher Lage, der Stand in universalistischem Sinn (O. Spann) dagegen ein naturgewachsenes Gebilde. Mit dem Klassenkampf, bei dem es sich ausschließlich um die Erringung materieller Werte dreht, hat der eigentliche soziale Kampf — d. h. die Standesbewegungen, die geistigen Gütern gelten — keine Berührungspunkte. Dies ist in kurzen Worten das wissenschaftliche Gerüst, von dem aus D. die Wirklichkeit erforscht.

D. braucht diese Begriffe, um der alten Streitfrage — die auch er als Kern des Problems ansieht — ob der Berufs- oder der Industriezweig als Grundlage der Organisation dienen solle, zu Leibe zu gehen. Für ihn ist die Idee, die Zugehörigkeit zu einer Industrie statt zu einem Beruf zur Organisationsbasis zu machen, gleichbedeutend mit der Notwendigkeit der Propagierung des Klassenkampfgedankens als Grundlage der Organisation, da er weder der gemeinsamen Arbeit in einem Betriebe noch in einem Industriezweige genügende organisationsbildende Kraft zubilligt. Vom sozialethischen Standpunkt aus — der für D. entscheidend ist — löst sich also das Problem der Organisationsform, wenigstens theoretisch, mit größter Eindeutigkeit.

Wenn D. nun auch durch seine Einstellung davon abgehalten wird, die Lösung frei an Hand sämtlicher wirklichen Bewegungskräfte zu suchen, kann er doch nicht umhin, auch die praktische Seite und die tatsächlichen Verhältnisse einer Prüfung zu unterziehen. Hier sieht er dank weitestgehender Heranziehung der ergiebigen Literatur und auch dank seiner Einblicke in das Wirtschaftsleben die Dinge meist richtig. Die praktischen Notwendigkeiten erfordern wahrscheinlich eine Lösung, die sich zwar mit seiner in der Hauptsache ethisch begründeten nicht genau deckt, aber auch nicht allzuweit davon entfernt ist. So ergibt sich das Eigenartige, daß zwar Dissingers Buch theoretisch von angreifbaren Grundlagen ausgeht, daß der Versuch, die Praxis mit seiner Theorie in Einklang zu bringen, in vielen Einzelzügen gewaltsam erscheint, daß er aber trotzdem im Endergebnis keinen grundsätzlich entgegengesetzten Stand der voraussichtlichen Entwicklung gegenüber einnimmt. Man wird aber kaum sagen können, daß das Buch die Frage ihrer Lösung nähergebracht hat. Dissingers Lösungsvorschlag zielt im wesentlichen nur auf eine Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes hin. Kompromißlösungen, wie sie von Kennern der Verhältnisse vorgeschlagen worden sind, lehnt er ab. Seine kultische Philosophie der Berufsethik, die es als möglich ansieht, daß der Arbeiter in der kapitalistischen Wirtschaft „wieder mit Leib und Seele im Beruf aufgeht", und die es als notwendig bezeichnet, daß an die Stelle der „Aufpeitschung der Masseninstinkte" seelische Gemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern tritt, muß bei Arbeitern und ihren Organisationen auf Widerspruch stoßen, da sie auf Mißachtung der natürlichen Wechselwirkung zwischen der Klassenlage der Arbeiterschaft und ihrer geistigen und seelischen Haltung — die sich eben nicht einfach durch bessere Einsicht ändern läßt — beruht.

D. verwendet ein außergewöhnliches Maß von Zitaten. Aber gerade wenn er Autoren wie z. B. Cassau oder Tarnow zitiert, so bemerkt man, daß er, auf einer ganz anderen Ebene wandelnd, die Ansichten dieser Autoren in ihrem ursprünglichen Sinne gar nicht für sich verwenden kann, denn diese äußern sie als nüchterne Praktiker aus der Erwägung aller Möglichkeiten und Notwendigkeiten heraus. D. begreift z. B. nicht, wenn Tarnow trotz Eintretens für den Beruf dem Industrieverband das Wort redet. Das kommt aber daher, weil D. opportunistische Erwägungen infolge seiner starren, unfruchtbaren Einstellung nicht versteht und weil er bei seiner unbeweglichen Auffassung von der Nichteignung der „Industriezweige" zur organisatorischen Grundlage nicht genügend berücksichtigt, daß man darunter verschiedenerlei verstehen kann, daß es Zwischenlösungen gibt, die in der Hauptsache vom Standpunkt der Organisationspolitik zu verstehen sind. Dieser Standpunkt kann gegenüber Dissingers Dogmen in dem Buche, obwohl er ihn berücksichtigt, kein rechtes Leben gewinnen.

Die Frage, ob D. Romantiker oder Realpolitiker bei der anscheinend so tiefen theoretischen Verankerung seiner Untersuchung ist, könnte sich erheben, wenn seine Problemstellung treffend wäre. Sie ist es aber nicht. Der Klassenkampfgedanke kann so wenig einfach als verwerfliche Massensuggestion abgetan werden wie es möglich ist, einzig und allein die Berufsethik als wahres Heilmittel zu verklären. D. bezeichnet selbst die dem modernen Proletariat abgeschnittene soziale Aufstiegsmöglichkeit als Grundlage für die Entstehung der Idee der Klasse (im wirtschaftlichen Sinn) und des Klassenkampfes. Er weiß, daß nur das Vorhandensein der Aufstiegsmöglichkeit den Berufsgedanken in dem von ihm verstandenen Sinne fördert. Wie kann er dann behaupten, der Berufsgedanke sei in diesem Sinne heute tief im Arbeiter verwurzelt, sodaß sich die Gewerkschaften zu ständischen Organisationen umschaffen ließen? Wie kann er schreiben, die Arbeit „wird ethisch, wenn der Berufsgedanke Sinnen und Trachten des Arbeiters beherrscht"? Der „Aufstieg" des Un- und Angelernten zum Facharbeiter ist kein Ersatz für die versperrte soziale Stufenleiter. Die auch beim Un- und Angelernten nach D. vorhandenen und voll entwicklungsfähigen Keime zur echten Arbeits- und Berufsfreude entstammen aber nicht der dem Beruf an sich innewohnenden Kraft, sondern sind zum größten Teil der Arbeit der gewerkschaftlichen Organisation zu verdanken, die erst die Vorbedingungen hierzu schuf. Was bildet einen Stand? Wieviel Stände gibt es innerhalb der Arbeiterschaft, deren verschiedene Zusammensetzung D. so stark betont? D. verkennt den Charakter der verschiedenen Einzelinteressen innerhalb der Arbeiterschaft und erhöht deren Bedeutung über Gebühr, weil er das volle Gewicht der Klassenverbundenheit nicht erkennt. Er übersieht die Rolle, die die gleiche Klassenlage als notwendiges Organisationselement bei allen Arbeiterkategorien, nicht nur bei den Ungelernten, spielt. Seine Schwarz-Weißmalerei verhindert ihn, sowohl den entwicklungsgeschichtlichen (also geistigen) Gehalt der Klassenidee als auch die Grenzen der Bedeutung des beruflichen Zusammengehörigkeitsgefühls zu erkennen. Man kann mit gleichem Recht Klassen- und Berufsidee als nicht einander feindliche, sondern als gleichwertige Elemente des organisatorischen Aufbaus ansehen. Dieser Aufbau ist jedoch nicht durch diese Faktoren allein bestimmt, sondern hängt auch von anderen Dingen ab. Die Berücksichtigung des gewerkschaftlichen Aufgabenkreises führt z. B. zu der Überlegung, ob die Zusammenfassung der Verbände zu einer

Spitzenorganisation zentralistisch oder dezentralistisch erfolgen soll. Das Organisationsproblem erschöpft sich nicht in der Frage, wie die Organisation in Rücksicht auf die Bedeutung des Industriezweiges oder des Berufes zu gestalten ist.

Dissingers praktischer Lösungsvorschlag bejaht die Notwendigkeit des großen schlagkräftigen Verbandes. Er bezeichnet als Weg dazu den Zusammenschluß „verwandter" Berufe einschließlich der Un- und Angelernten und nennt die so entstehende Organisation „erweiterten Berufsverband". Der Leser, insbesondere der Statistiker vermißt hier eine Untersuchung der tatsächlichen beruflichen Verhältnisse in den einzelnen Industrien. Wenn auch das statistische Interesse kein Gesichtspunkt für die Beurteilung des Buches ist, kann doch darauf hingewiesen werden, daß die heutige Problematik der Berufszweige für die Statistik ganz ähnliche Schwierigkeiten enthält wie für die gewerkschaftliche Organisationspraxis. Die Berufsstatistik steht ebenfalls vor der Notwendigkeit, Industrie und Beruf in ihrem Einfluß auf die Schichtung und Klassifikation der Berufszweige zu studieren; die tatsächliche berufliche Schichtung der Industriearbeiter wird in der heutigen Berufsstatistik nur angedeutet. Aber abgesehen davon wäre vor allem für die Klärung der behandelten organisatorischen Fragen eine ins Einzelne gehende Untersuchung des heutigen Stadiums der Zerfaserung der Berufe und ihrer Folgen für das Berufsgefühl der Arbeiter von Wichtigkeit gewesen. **Wild.**

Reichsreform und Harzgebiet. Hrsg. vom Landeshauptmann der Provinz Sachsen. Merseburg 1930. XI. 59 S. 8°.

Die Reihe der Gutachten und Schriften zur Reichsreform, die sich mit dem Problem „Mitteldeutschland" befassen, ist um ein „Gutachten über eine Neuregelung der Grenze im Harze zwischen den Provinzen Sachsen und Hannover nach wasserwirtschaftlichen und landeskulturellen Gesichtspunkten" vermehrt worden. Das Gutachten sieht von industriewirtschaftlichen Gesichtspunkten ganz ab, kommt jedoch im Harzgebiet zu einer Grenzführung, die dem Vorschlage von Feldhaus in seiner (zu Gunsten Magdeburgs als Provinzialhauptstadt geschriebenen, von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehenden) „mitteldeutschen Frage" (Magdeburg 1927) sehr ähnlich ist. **Gutfeld.**

Sy, Margarete: Die Thüringer Spielwarenindustrie im Kampf um ihre Existenz. Jena: G. Fischer 1929. 82 S. 8°.

Die Arbeit prüft für einen Teil der überwiegend auf Heimarbeit beruhenden deutschen Gewerbezweige die einzelnen Abhilfemöglichkeiten der schwierigen Lage, in der sich diese Gewerbezweige befinden, kritisch durch. Die besondere Struktur, die außerwirtschaftlichen Voraussetzungen der eigenartigen Hausindustrien, die — zusammen mit einigen Fabriken — den Begriff der Thüringer Spielwarenindustrie ergeben, werden zwar im Rahmen dieser Erörterung erwähnt, aber nicht in systematischer Form zur Grundlage der Untersuchung gemacht. Der Vorzug dieser Art der Behandlung des Stoffes besteht in dem denkschriftartigen Charakter der Arbeit, die sich darauf beschränkt, in knapper Form die einzelnen Punkte in besonderer Betrachtung aneinanderzureihen. Als Nachteil ist es dagegen anzusehen, daß auf diese Weise kein zusammenfassender Überblick und keine Herausarbeitung der Hauptprobleme und entscheidenden Faktoren gegeben wird. Zum Teil mag dies an der Art der Darstellung liegen. Z. B. wird deutlich gesagt, daß der Existenzkampf der Thüringer Spielwarenindustrie nur Erfolg haben kann, wenn das bestehende Mißverhältnis zwischen dem vergrößerten Angebot und der verringerten Nachfrage beseitigt wird, und es wird auch zum Schluß der Arbeit, nachdem die anderen Abhilfemaßnahmen systematisch besprochen worden sind, das Umstellungs- und Aussiedlungsproblem angeschnitten. Aber neben der Behandlung dieser entscheidend wichtigen Dinge stehen mit gleichwertiger Betonung und ohne in Beziehung zu den Hauptfragen gesetzt zu werden, Erörterungen von Dingen, die, gemessen an den grundlegenden Fragen, erst in zweiter Linie von Bedeutung sind.

Wenn dieser Mangel zum Teil nur auf einer Ungeschicklichkeit der Darstellung beruht, so ist doch auch inhaltlich die Lebensfrage der Thüringer Spielwarenindustrie nicht völlig erschöpfend behandelt. Es kommt nicht klar zum Ausdruck, ob und inwieweit jetzt und nach einer etwaigen Verringerung der Zahl der Produzenten und der Produktionsmenge die hauptsächlichsten Mißstände beseitigt werden könnten, die einer Besserung der Verhältnisse im Wege stehen. Es ist fraglich, ob selbst durch etwaige Beseitigung des Überangebots — was an sich einen langwierigen Prozeß erfordert — wirklich das Übel an der Wurzel gepackt wäre. Die Mißstände (Schmutzkonkurrenz, Unterbieten, unrationeller Einkauf, unrationelle Verwertung und Bearbeitung der Rohstoffe, Erzeugung billigsten Schundes) sind nicht lediglich in dem durch die Übervölkerung bedingten Überangebot von Arbeitskräften und ihrer einseitigen Berufsrichtung begründet, sondern — wie auch die Verfasserin weiß — zum großen Teil in dem mangelhaft ausgebildeten Produktionssystem. (Die Stellung der Verlagsunternehmer wird leider nicht dargelegt.) Die Ungeregeltheit der „Heimindustrien" in jeder Hinsicht ist der Hauptgrund für ihre wirtschaftliche, technische und sozialpolitische Rückständigkeit. (Zwischen der Heimarbeit und dem Hausgewerbe besteht, zumal in der Spielwarenindustrie, wohl nicht ein so großer Unterschied — in der Praxis, — wie die Verfasserin — theoretisch — annimmt). Diese Unorganisiertheit würde sich auch nach einer Anpassung der Produktionskapazität an den Bedarf mit ähnlichen Folgeerscheinungen, wie sie jetzt bestehen, auswirken. Wie Verfasserin ausführt, beruht diese mangelhafte Organisation zum Teil auf der starken Dezentralisation der Produzenten und auf der Vielheit der hergestellten Artikel, zum Teil auf außerwirtschaftlichen (psychologischen) Bedingungen (Individualismus, Traditionalismus der Hausgewerbetreibenden). Die Frage wird bewußt offen gelassen, ob gegen das psychische Moment angekämpft werden soll, „ob das Lustgefühl, das aus dem Bewußtsein der Freiheit entpringt, nicht bei weitem den Organisationserfolg, das Mehr an materiellem Verdienst, aufwiegt" (S. 22). Es handelt sich aber nicht nur um einen Mehrverdienst, sondern um den Fortschritt und damit um die Existenzgrundlage des Gewerbes. Dieser Fortschritt wird gewiß auch hier durch Organisation — genossenschaftliche, gewerkschaftliche, Kartellierung — notwendig befördert werden müssen, wenn auch die Verfasserin schreibt (S. 17): „Alle gesetzlichen und gewerkschaftlichen Mittel zur Lohnerhöhung oder Lohnkontrolle versagen in Zeiten schlechter Konjunktur".

Wenn man der Verfasserin bei ihren Darlegungen auch nicht immer zustimmen kann, verdient doch das wissenschaftliche Eindringen in die Schwierigkeiten sowie die knappe Darstellung der praktischen Einzelprobleme Anerkennung. **Wild.**

Bormann, Artur: Die Lehre vom Fremdenverkehr. Berlin: Verlag der Verkehrswissenschaftlichen Lehrmittel-Gesellschaft m. b. H. bei der deutschen Reichsbahn 1931. IX, 167 S. 9,50 RM.

Man kann von Bormann's Buch sagen, daß es die erste systematische Darstellung des Fremdenverkehrs zu geben versucht und insofern füllt das Werk wirklich eine Lücke aus. Dies kann man behaupten, ohne sich dadurch mit allen

Einzelheiten einverstanden zu erklären. Die fünf Kapitel des Buches behandeln:

1. Begriff und Zusammensetzung des Fremdenverkehrs.
2. Bestimmungsfaktoren des Fremdenverkehrs.
3. Statistik des Fremdenverkehrs.
4. Einrichtungen des Fremdenverkehrs.
5. Allgemeine Fremdenverkehrs-Politik.

Unter teilweiser Abweichung von der Definition Glücksmann's bezeichnet B. den Fremdenverkehr seinem Begriff und seiner Zusammensetzung nach als „den Inbegriff der Reisen, die zum Zwecke der Erholung, des Vergnügens, geschäftlicher oder beruflicher Betätigung oder aus sonstigen Gründen, in vielen Fällen aus Anlaß besonderer Veranstaltungen oder Ereignisse vorgenommen werden, und bei denen die Abwesenheit vom ständigen Wohnsitz nur vorübergehend, im Berufsverkehr jedoch nicht bloß durch die regelmäßige Fahrt zur Arbeitsstätte bedingt ist." — Wenn B. mehr als 50 Seiten seines Buches der Statistik des Fremdenverkehrs widmet, so kann schon allein daran die Bedeutung dieser Statistik ermessen werden, eine Bedeutung, der man sich selbst heutzutage noch nicht in all den Kreisen bewußt zu sein scheint, in denen man das erwarten dürfte. B. vertritt bei seinen Vorschlägen für die Reform und den Ausbau der Fremdenverkehrsstatistik den Standpunkt, daß ein polizeilicher Abmeldezwang nicht erforderlich sei, wenn man das von ihm schon früher an anderer Stelle stark empfohlene „Italienische" System anwende. „Das Prinzip dieser Methode beruht darauf, daß der Beherbergungswirt für jeden Tag angibt, wieviele Gäste bei ihm abgestiegen sind und wieviele von der vorhergehenden Nacht anwesend waren". Es ist hier nicht der Ort, darüber zu entscheiden, ob dieser Weg sich in der Praxis als gangbar erweisen kann oder nicht. Übrigens weist B., wie das neuerdings auch sonst in der Literatur geschieht, darauf hin, daß selbst eine gute Übernachtungsstatistik den Fremdenverkehr zahlenmäßig noch nicht ganz erfaßt, weil viele Leute mit dem Kraftwagen und der Eisenbahn am Morgen einen Ort aufsuchen und abends wieder verlassen; außerdem kommt noch der Schlafwagenverkehr in Betracht. Der Verfasser berücksichtigt ausgiebig die Veröffentlichungen des Preuß. Statistischen Landesamts und hat mit deren Hilfe für das Jahr 1927/28 eine interessante Tabelle (S. 68) für die einzelnen Fremdenverkehrsgebiete ausgearbeitet. Wenn B. auch mit Schätzungen arbeitet, die übrigens z. T. von den Schätzungen des Statistischen Reichsamts abweichen, so sei doch das interessante Ergebnis, zu dem er für das Jahr 1929 kommt, mitgeteilt. Danach beläuft sich der Fremdenverkehr in Deutschland auf etwa 18,5 bis 19 Millionen Fremden-Meldungen mit 56 bis 58 Millionen Übernachtungen, wovon auf Gästen aus dem Ausland etwa 1,6 bis 1,8 Millionen Fremden-Meldungen mit 4,5 bis 4,7 Millionen Übernachtungen entfallen. (Als ein Vorteil oder Fortschritt kann es angesehen werden, daß B. von Fremden-Meldungen statt von Fremden spricht).

Besonderes Interesse bringt B. der Frage des Umsatzes im Fremdenverkehr entgegen. Seine Untersuchungen können an dieser Stelle nicht im einzelnen wiedergegeben werden; seine Berechnungen führen zu dem Ergebnis, daß gegenwärtig die jährliche Gesamt-Umsatzsumme im deutschen Fremdenverkehr nicht weit von 1 3/4 — 2 Milliarden Mark liegt. Die Zahl der vorhandenen Fremdenbetten hat B. festzustellen versucht und kommt dabei für Deutschland auf rund 500 000. Das würde eine maximale Übernachtungskapazität von 150 bis 200 Millionen ergeben. Die von Bormann angenommenen Übernachtungen würden also einer Belegungsquote von etwa 30—40 % im Durchschnitt aller Beherbergungsstätten gleichkommen, ein Ergebnis, das die Rentabilität aller deutschen Beherbergungsstätten als nicht günstig erscheinen läßt.

Im Ausland hat man in allerletzter Zeit ungeheure Zahlen genannt, die Deutschland angeblich als Werbungskosten aufwendet. Demgegenüber kommt B. unter Annahme von 3 Millionen durch die Reichsbahnzentrale für den Deutschen Reiseverkehr, ebensoviel durch die Verkehrsverbände der einzelnen Orte und etwa 4 Millionen durch die Schiffahrtsgesellschaften auf etwa 10 Millionen Reichsmark als deutsche Auslands-Werbungskosten. Wiederholt kommt B. darauf zu sprechen, daß die finanzielle Unterstützung des Fremdenverkehrs Sache des Reichs bzw. der Länder sein müsse, wie eine solche Unterstützung schon vielfach im Auslande erfolgt. Schließlich sei bei dem jetzigen Streben nach einer Reichsfremdenverkehrsstatistik noch hervorgehoben, daß B. hier die allein richtige Ansicht vertritt, daß die unmittelbare Durchführung der Erhebungen weiterhin den Ländern überlassen sein müsse, während das Reich die Aufgabe hätte, im Interesse der rationellen Durchführung der Erhebungen für diese Statistik einheitliche Richtlinien aufzustellen und die Ergebnisse der Erhebungen der Länder zusammenzustellen und zu verwerten.

Dr. Bloch.

Häussler, Xaver: Der Fremdenverkehr. Eine Studie über seine volkswirtschaftliche Bedeutung und seine Förderung. Leipzig: Noske 1930, VI, 102 S. 8° 5.—. (Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar an der Universität Erlangen. H. 8.)

Nachdem sich die Erkenntnis von der großen Bedeutung des Fremdenverkehrs langsam in der Öffentlichkeit durchgesetzt hat, beginnt auch die Wissenschaft sich mehr und mehr systematisch mit seiner Erforschung zu beschäftigen. So ist außer dem Werke von Bormann (Die Lehre vom Fremdenverkehr) nun auch die sehr brauchbare Dissertation von Häussler erschienen. Häussler's Arbeit zerfällt in zwei Teile. 1. „Der Fremdenverkehr als Gegenstand volkswirtschaftlicher Bedeutung", 2. „Der Fremdenverkehr als Gegenstand der Förderung". Es läßt sich feststellen, daß H. der wirtschaftlichen Bedeutung des Fremdenverkehrs in vollem Umfange gerecht wird; besonderes Interesse verdienen gerade jetzt seine Ausführungen über den Zusammenhang von Konjunktur und Fremdenverkehr.

H. versucht einen Einblick in den heutigen Stand der Fremdenverkehrsorganisation zu geben, jedoch mit dem nötigen Vorbehalt, da hier noch alles im Fluß ist. Erst jetzt scheint nach der Gründung des „Reichsausschusses für den Fremdenverkehr" endlich eine Zentralisation erfolgt zu sein, die die widerstreitenden Interessen zur Ruhe bringt. Auch H. vertritt mit Recht den Standpunkt, daß der Staat bei den Vorteilen, die er aus dem Fremdenverkehr zieht, den Fremdenverkehrsorganisationen materielle Hilfe zuteil werden lassen müsse.

Das letzte Kapitel betrifft die „Fremdenverkehrstatistik". Hier kann man sich durchaus mit Häussler's Ausführungen einverstanden erklären. Er fordert eine nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgende Reichsfremdenverkehrsstatistik, die durch die Länder erhoben wird. Eine weitere Forderung, für die ich schon an anderer Stelle eingetreten bin und die sich vor zwei Jahren auch das Internationale Statistische Institut auf seiner Tagung in Kairo zu eigen gemacht hat, betrifft die Schaffung einer internationalen Fremdenverkehrsstatistik. — Hervorgehoben zu werden verdient der Abschnitt „Nutzanwendung der Statistik", der alle aus einer solchen Statistik sich ergebenden Vorteile gut zusammenfaßt. Im übrigen solle sich „die Statistik auf die Erfassung weniger, aber wichtigster Daten beschränken, auf deren Grundlage gewisse Schätzungen über beigebrachtes Volkseinkommen und

Betrachtungen über Fragen wirtschaftlichen und soziologischen Inhalts angestellt werden können" (S. 86).

Dem Buche sind im Anhang eine Reihe instruktiver Tabellen beigegeben und ein für weiteres Studium sehr brauchbares Literaturverzeichnis.

Dr. W. Bloch.

Deutscher Bäderkalender. Hrsg. vom Allgemeinen Deutschen Bäderverband E. V. Abteilung A. Red. von Prof. Dr. Weißbein. Mit einer Einführung von Ministerialdirektor i. R. Prof. Dr. Dietrich. Jg. 10. Berlin: Bäder- und Verkehrs- Verlag G. m. b. H. (1930). 523 S. Preis 5,– *RM.* 8°.

Der 10. Jahrgang des Deutschen Bäderkalenders weist in seiner Anlage keine Abweichungen gegenüber den früheren Jahrgängen auf. Er soll nach den einführenden Worten des Ministerialdirektors Dr. Dietrich „ein zuverläßiges Nachschlagewerk sein, das nicht nur den Ärzten, sondern auch den Behörden, namentlich den Gesundheitsbehörden und den amtlichen Verkehrsanstalten des In- und Auslandes, über alle wichtigen Eigenschaften unserer deutschen Kur- und Badeorte, sowie über ihre Benutzung zutreffend Aufschluß gibt". Alle Artikel sind auf den neuesten Stand der Wissenschaft gebracht. Einige wenige Artikel sind gekürzt oder fortgefallen. Neu hinzugekommen ist ein kurzer Aufsatz über den „Postkraftwagen im Reiseverkehr". Wir entnehmen ihm, daß der Postkraftwagen auf 2 200 regelmäßig befahrenen Linien den gewöhnlichen Reiseverkehr vermittelt. Die deutschen Postkraftfahrlinien sind mehr als 41 000 *km* lang. Die tägliche Fahrleistung in den Hauptreisemonaten des Jahres 1929 stieg auf 240 000 *km*.

Die beigefügte Bäderkarte von Deutschland ist dadurch besonders übersichtlich gemacht, daß die Bäder- und Kurorte in roter Farbe gedruckt sind; außerdem erhält sie ein Verzeichnis der Kurorte nach ihrer geographischen Lage.

Dr. Wilhelm Bloch.

Albacharys Plakathandbuch. Ausgabe 1930. Berlin: Albachary. 400 S.

Zum fünften Mal erscheint dieses ganz auf die Bedürfnisse der Praxis eingestellte Buch. Es enthält ein reiches Material zur Aufklärung über die Verhältnisse und die Möglichkeiten im Plakatanschlagwesen. In besonderen tabellarischen Zusammenstellungen werden Kostenübersichten für einen Plakatanschlag in ganz Deutschland nach Städtegruppen zusammengefaßt.

Der redaktionelle Teil bringt noch eine ganze Anzahl von Abhandlungen auf dem Gebiet der Außenreklame, die sehr geeignet sind, Aufklärung und Anregungen in allen irgendwie am Werbewesen interessierten Kreisen zu vermitteln.

Sch.

Heberle, Rudolf: Über die Mobilität der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten. Jena: Gustav Fischer 1929. IV, 224 S. 12,– *RM.*

Das große Interesse, das der Europäer, besonders auch der Deutsche, von jeher für die wirtschaftlichen und kulturellen Erscheinungen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gehabt hat, ist in den letzten Jahren noch besonders genährt worden durch eine Reihe von aufklärenden Büchern und Aufsätzen über die Eigentümlichkeiten des von dem unseren so oft abweichenden Lebens in der „Neuen Welt". Besonders wertvoll sind solche Schriften, wenn sie von Männern verfaßt sind, die als Forscher auf dem Gebiet der Wirtschaft oder auf anderen Gebieten durch eigene Anschauung sich einen begründeten Einblick in das dortige Leben verschaffen und dann ihre Erfahrungen gleichzeitig in wissenschaftlich ernst zu nehmender und wiederum fesselnder Weise vortragen. So hat auch der Verfasser des vorliegenden Buches auf Grund eines Stipendiums der Rockefeller-Stiftung über zwei Jahre in den Vereinigten Staaten leben können und bietet uns nunmehr als Frucht seiner Studien diese Untersuchung über die „Beweglichkeit" oder die Wanderungen in den Vereinigten Staaten. Diese Beweglichkeit der Bevölkerung ist dort bekanntlich unendlich viel größer als bei uns, man muß sich ihre Ursachen und Wirkungen vor Augen halten, wenn man amerikanische Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur verstehen will. Diese Beweglichkeit hängt zweifellos mit der sehr viel größeren Neigung des Amerikaners zusammen, auf jeden ökonomischen Anreiz, wenn es sein muß, auch durch schnellen Ortswechsel zu reagieren.

Diese Tatsache als bekannt vorausgesetzt, sieht Verfasser seine Aufgabe darin, den Grad dieser Beweglichkeit in den einzelnen Landesteilen und Volksschichten näher zu bestimmen und ihre Bedeutung für das ökonomische, politische und geistige Leben der Amerikaner darzulegen. Den Grad der Mobilität will Verfasser dabei bestimmt wissen durch die Zahl der auf jedes Individuum entfallenden Ortswechsel (dauernden oder vorübergehenden) innerhalb eines bestimmten Zeitraums. Die Feststellung dieser Ortswechsel ist bei dem Zustand der amerikanischen Statistik außerordentlich schwierig. Im großen und ganzen muß man sich für diesen Zweck mit den Gebürtigkeitsziffern begnügen, bei denen aber auch nur der Geburtsstaat berücksichtigt wird. Für die Messung der Mobilität der landwirtschaftlichen Bevölkerung stehen allerdings drei Arten von Daten zur Verfügung: Die Statistik der Eigentumsübertragungen, Schätzungen des Besitzwechsels (jährlich) durch das Department of Agriculture, schließlich die Erhebung der Bewirtschaftungsdauer (zur Zeit der Volkszählung).

Aus den Ergebnissen der Untersuchung seien folgende Tatsachen hervorgehoben: Die Abwanderung vom Lande in die Städte hat mit zunehmender Ausbreitung der Industrie und gleichzeitiger Abnahme des Arbeitsbedarfs in der Landwirtschaft infolge Spezialisierung und Mechanisierung der Betriebe an Bedeutung gewonnen. Ähnlich wie in Deutschland ergibt sich beim Vergleich zwischen Stadt und Land ein ganz starkes Wachstum der (größeren) Städte, ein weit geringeres Wachstum der „ländlichen" Bevölkerung, dagegen eine Abnahme der landwirtschaftlichen (Farm-) Bevölkerung (statistisch genau erfaßbar seit 1910), was alles nur durch die Wanderung großer Bevölkerungsmassen vom platten Lande (und den kleineren Ortschaften) in die Städte erklärt werden kann. Auch abgesehen von dieser Abwanderung vom Lande, die im allgemeinen mit der Aufgabe des landwirtschaftlichen Berufs verbunden ist, bemerken wir eine starke Beweglichkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung in den Wanderungen von Farm zu Farm. Es besteht „kein Zweifel, daß kaum irgendwo in Europa der Landwirt sich so wenig gefühlsmäßig mit dem Boden verbunden fühlt wie in den Vereinigten Staaten" (S. 99). In der Landwirtschaft sind weiter in immer stärkerem Grade Massenwanderungen von Saisonarbeitern üblich geworden, und zwar werden sie „vor allen durch hochgradige Spezialisierung der Landwirtschaft auf Getreide, Gemüse oder Früchte hervorgerufen" (S. 113). Dabei ist der auf die einzelne Farm entfallende Arbeiterbedarf gering. Durch die neuartigen Erntemaschinen scheint sich übrigens dieser Bedarf besonders im Weizengebiet fortschreitend zu vermindern.

Was die Wanderungen der übrigen Berufsklassen angeht, so sind sie ebenfalls weit häufiger als in Europa, was Verfasser,



wie oben bemerkt, mit der viel stärkeren und schnelleren Reaktion des Amerikaners auf jeden ökonomischen Anreiz erklärt. Dieser Anreiz wirkt umso prompter, als dort weit mehr als bei uns der Berufsgedanke der Zersetzung verfallen ist, sodaß „der Sinn der Arbeit nicht das Produkt, sondern der Erfolg" ist (S. 86). Man kann die höhere Mobilität der amerikanischen Arbeiter auch als einen Ausdruck für den reiner entwickelten kapitalistischen Charakter der amerikanischen Gesellschaft bezeichnen (S. 107).

Im allgemeinen ist zu den Wanderungen noch zu bemerken, daß — wie bei uns — vorwiegend die den jüngeren Altersklassen angehörigen Individuen abzuwandern pflegen, daß im allgemeinen Männer leichter abwandern als Frauen — aber nicht bei der Abwanderung vom Lande in die Städte! Der weit verbreiteten Auffassung, daß durch die Abwanderung von Individuen mit besonders guten Qualitäten eine „soziale Auslese" stattfinde, die den Abwanderungsgebieten nachteilig sei, den Zuwanderungsgebieten aber zum Vorteil gereiche, kann Verf. nicht beipflichten. Insbesondere glaubt er nicht, daß die Abwanderung vom Lande notwendig zu einer Verschlechterung des wirtschaftlichen und intellektuellen Niveaus der (zurückbleibenden) Landbevölkerung führen müsse (S. 144).

Mit diesen Ausführungen konnte nur der Inhalt des I. Teils des Buches „Die Mobilität der Bevölkerung" sowie eines kleinen Ausschnittes des 1. Kapitels (Wirkungen auf soziale Wesenheiten) des II. Teils „Soziale Wirkungen der Mobilität" kurz wiedergegeben werden, da Referent sich absichtlich auf die statistisch-ökonomischen Ausführungen des Buches in seiner Besprechung beschränkt hat. Nach diesen Proben darf aber angenommen werden, daß auch die allgemeinen soziologischen Ausführungen mindestens das gleiche Interesse beanspruchen dürfen und in gleich gründlicher und klug abwägender Art gehalten sind wie die eben behandelten. Wer eine wissenschaftlich begründete Darstellung der Eigenarten des amerikanischen sozialen Lebens sucht, darf an diesem Buch nicht vorübergehen.

Quante.

Eingesandte Schriften.

Poppelreuter, W.: Zur Frage der Steigerung der industriellen Arbeitsfähigkeit durch Recresalzufuhr. Berlin: Springer 1930. S. 507—518. Aus: Arbeitsphysiologie. Bd. 2, H. 7/8.

Jahrbuch der Geographischen Gesellschaft zu Hannover für das Jahr 1929. Im Auftrag des Vorstandes hrsg. von Kurt Brüning. Hannover 1929: (Göhmann). XIX, 127 S.

Handbuch, Statistisches, für die deutsche Maschinenindustrie. 1930. Berlin: Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. XIV, 158 S.

Jahrbuch für Wirtschaft, Verwaltung und Kultur Niederschlesiens. 1930. Hrsg. mit amtl. Unterstützung des Oberpräsidenten von Niederschlesien. Breslau: Neuer Breslauer Verlag (1930). X, 400 S. 8°. 6.— RM.

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit. Jahresbericht 1929. 195, XIII S. 8°. (RKW-Veröffentlichungen. Nr. 60).

Der I. G. Farben-Konzern 1930. Aufbau, Entwicklung, Werke, Arbeitsgebiete, Organisation und Finanzen der I. G. Farben-Industrie A. G. (Sonderveröffentlichung des „Spezial-Archiv der deutschen Wirtschaft".) Berlin: R. & H. Hoppenstedt 1930. 56 S.

Chase, Stuart: Mensch und Maschine. 3. Aufl. Stuttgart: Dieck & Co. (1930). 79 S. (Technische Bücher für Alle).

Enderlen, L.: Versuch einer Synthese zwischen Metallismus und Nominalismus. Berlin und Leipzig: de Gruyter 1929. 138 S. 8°. (Sozialwissenschaftliche Forschungen. Abt. 1, H. 10.)

Preußische Statistik (Amtliches Quellenwerk).

Herausgegeben in zwanglosen Heften vom

Preußischen Statistischen Landesamt in Berlin.

Format: Hoch-Quart.

Jedes Heft bildet ein abgeschlossenes Ganzes und ist einzeln käuflich.

Über die früher erschienenen Hefte dieses Quellenwerks sowie über alle anderen Veröffentlichungen wird auf Wunsch ein besonderes Verzeichnis kostenfrei übersandt.

Heft 243. Finanzstatistik der preußischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911:
Ostpreußen. (VIII u. 324 S.) 1914 . . . . 8,40 RM
Westpreußen. (VIII u. 282 S.) 1915 . . . . 7,40 „
Pommern. (XXII u. 362 S.) 1916 . . . . 9,80 „
Brandenburg. (CXXII u. 780 S.) 1918 . . . . 23,20 „
Schleswig-Holstein. (L. u. 334 S.) 1918 . . . . 9,80 „
Rheinprovinz und Hohenzollernsche Lande. (XCIV u. 416 S.) 1919 . . . . 13,— RM
Posen und Schlesien. (VIII u. 432 S.) 1919 . . . . 11,20 „
Sachsen und Hannover. (VIII u. 347 S.) 1919 . . 9,— „
Westfalen und Hessen-Nassau. (VIII u. 415 S.) 1920 10,80 „
Staat. (183* u. 47 S.) 1920 . . . . 6,— „

Heft 244. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1913. (XII u. 212 S.) 1914 . . . . 5,80 RM

Heft 245. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1913. (XXIX u. 250 S.) 1914. 7,20 RM

Heft 246. Statistik der Landwirtschaft (land- und forstwirtschaftliche Bodenbenutzung) im preußischen Staate für das Jahr 1913.
I. Teil: Die Bodenbenutzung im allgemeinen. (LII u. 193 S.) 1918 . . . . 6,80 RM
II. Teil: Die Forsten und Holzungen im besonderen. (XXIV u. 86 S.) 1918 . . . . 3,— RM

Heft 249. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1914. (XXIX u. 250 S.) 1916. 7,20 RM

Heft 250. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1915. (XIV u. 186 S.) 1917 . . . . 5,20 RM

Heft 251. Die Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921.
Erster Teil (79 S.) . . . . 2,40 RM
Zweiter Teil. (130 S.) 1924 . . . . 3,60 „

Heft 252. Die endgültigen Ergebnisse der Vieh- und Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1913 und der Viehzählungen vom 1. Dezember 1914 und 1915 im preußischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (116 S.) 1916. 3,20 RM

Heft 253. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel usw. im Jahre 1916. (11* u. 176 S.) 1918. 5,20 RM

Heft 254. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1915. (14* u. 188 S.) 1918. 5,40 RM

Heft 255. Desgl. für 1916. (14* u. 188 S.) 1919 . . . . . 5,40 RM

Heft 256. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel usw. im Jahre 1917. (11* u. 141 S.) 1919. 4,20 RM

Heft 257. Statistik der Landwirtschaft im preußischen Staate für die Jahre 1915 bis 1918 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (94* u. 198 S.) 1921 . . . . 7,80 RM

Heft 258. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1917. (14* u. 188 S.) 1919. 5,40 RM

Heft 259. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1918. (11* u. 129 S.) 1920 . . . . 3,60 RM

Heft 260. Der Viehstand im Freistaat Preußen sowie in Waldeck und Pyrmont nach den endgültigen Ergebnissen sämtlicher Zählungen im Zeitraum 1913 bis 1918. Dazu eine Tafel graphischer Darstellungen. (143 S.) 1921 . . . . 4,20 RM

Heft 261. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1919 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (68* u. 81 S.) 1922 . . . . 4,40 RM

Heft 262. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preußischen Staate während des Jahres 1918. (14* u. 172 S.) 1920. 5.— RM

Heft 263. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1919. (8* u. 130 S.) 1921 . . . . 3,80 RM

Heft 264. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1920 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (58* u. 81 S.) 1922 . . . . 4,40 RM

Heft 265. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen während des Jahres 1919. (15* u. 151 S.) 1922. 4,40 RM

Heft 266. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1920. (10* u. 135 S.) 1921 . . . . 4.— RM

Heft 267. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1921 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (56* u. 63 S.) 1923 . . . . 3,40 RM

Heft 268. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen während des Jahres 1920. (16* u. 185 S.) 1922. 5,40 RM

Heft 269. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1921. (10* u. 82 S.) 1923 . . . . 2,80 RM

Heft 270. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen während des Jahres 1921. (18* u. 183 S.) 1923. 5,40 RM

Heft 271. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1922 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (56* u. 63 S.) 1923 . . . . 3,40 RM

Heft 272. Das Schulwesen in Preußen 1921. (VIII, 65*, 366 u. 16 S. Anhang) 1924 . . . . 11,80 RM

Heft 273. Für 1922 wie Heft 269 nebst Monatspreisen von 10 Städten im Jahre 1923. (30* u. 90 S.) 1924 . . . . 4,80 RM

Heft 274. Die Geburten, Eheschließungen, Ehescheidungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen 1922 (14* u. 150 S.) 1924 4,40 RM

Heft 275. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1923 nebst den Ergebnissen in Waldeck (61* u. 63 S.) 1924 3,60 RM

Heft 276. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen 1923. (18* u. 146 S.) 1925 6,90 RM

Heft 277. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1924 nebst den Ergebnissen in Waldeck (50* u. 63 S.) 1925 . . . . 5,20 RM

Heft 278. Die Wahlen zum preußischen Landtag am 7. Dezember 1924. Erster Teil. (106 S.) 1925 . . . . 4,20 RM
Zweiter Teil. (120 S.) 1927 . . . . 4,80 RM

Heft 279. Statistik der Landesuniversitäten und Hochschulen mit Einschluß der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und der Akademie zu Braunsberg, Winterhalbjahr 1924/25. (105 S.) 1925 4.— RM

Heft 280. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1924. (10* u. 111 S.) 1926 . . . . 5,20 RM

Heft 281. Statistik der Landesuniversitäten und Hochschulen mit Einschluß der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und der Akademie zu Braunsberg, Sommerhalbjahr 1925 (85 S.) 1925 4.— RM

Heft 282. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen für das Jahr 1924. (18* u. 164 S.) 1926 . . . . 7,60 RM

Heft 283. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1925 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (82* u. 63 S.) 1926 . . . . 6,40 RM

Heft 284. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1925. (14* u. 76 S.) 1926 . . . . 4,20 RM

Heft 285. Statistik der Landesuniversitäten und Hochschulen mit Einschluß der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und der Akademie zu Braunsberg, Sommerhalbjahr 1926. (33 S.) 1926 . . 3,75 RM

Heft 286. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1926 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (48* u. 63 S.) 1927 . . . . 4,80 RM

Heft 287. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1925. (22* u. 116 S.) 1927 . . . . 5,40 RM

Heft 288. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1926. (11* u. 75 S.) 1927 . . . . 3,60 RM

Heft 289. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1926. (22* u. 79 S.) 1927 . . . . 4,20 RM

Heft 290. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1927 nebst den Ergebnissen in Waldeck (56* u. 63 S.) 5,— RM

Heft 291. Statistik der Land- und Forstwirtschaft. Die Ergebnisse der Bodenbenutzungsaufnahme von 1927 im Freistaat Preußen nebst Waldeck. Teil I: Die Bodenbenutzung im allgemeinen und die landwirtschaftlich genutzte Fläche. (53* u. 176 S.) 1928 9,40 RM
Teil II: Die Forsten und Holzungen und ihre Erträge. (27* u. 90 S.) 1929 . . . . 5,20 RM

Heft 292. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschließlich lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1927. (10* u. 75 S.) 1928 . . . . 3,60 RM

Heft 293. Die Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Mai 1928.
Erster Teil. (118 S.) 1929 . . . . 5,00 RM
Desgl. II. Teil. (Im Druck).

Heft 294. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1927. (22* u. 79 S.) 1928 . . . . 4,20 RM

Heft 295. Das Schulwesen in Preußen 1926. (Im Druck.)

Heft 296. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1928 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (37* u. 54 S.) 1929 . . . . 4,50 RM

Heft 297. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschließlich lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1928. (10* u. 75 S.) 1929 . . . . 3,60 RM

Heft 298. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1928. (25* u. 79 S.) 1929 . . . . 4,60 RM

Heft 299. Wohnungsbestand, Wohnungsbedarf und Wohnungsbau in Preußen. (115* u. 545 S.) 1930 . . . . 15,— RM

Heft 300. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1929. (Im Druck.)

Heft 301. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1929. (26* u. 79 S.) 1930 . . . . 4,20 RM

Heft 302. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1930. (Im Druck).

Berlin SW 68. **Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.** Lindenstr. 28.

Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preussen, 26. Band, 1930.

Herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamt. Format: Oktav. Preis 4,50 *RM.*

Der Inhalt des Jahrbuchs umfaßt folgende Gebiete:

I. Staatsgebiet. — II. Bevölkerung. — III. Grundeigentum, Gebäude und Wohnungen. — IV. Gütergewinnung. — V. Güterverarbeitung (Gewerbe und Industrie). — VI. Arbeiterverhältnisse. — VII. Verkehrsmittel und Verkehr. — VIII. Handel und Preise. — IX. Geld- und Kreditwesen. — X. Versicherungswesen. — XI. Brand- und sonstige Schäden. — XII. Gesundheitswesen. — XIII. Kirche und Gottesdienst. — XIV. Unterrichtswesen, Kunst und Wissenschaft. — XV. Wohlfahrtspflege. — XVI. Rechtspflege und Strafvollzug. — XVII. Finanzwesen. — XVIII. Gesetzgebende Körperschaften. — XIX. Beamtenverhältnisse. — Der Anhang enthält u. a. eine Übersicht über die gewerblichen Niederlassungen, nach Regierungsbezirken und Kreisen geordnet und Angaben über das Saargebiet und über Danzig.

Besondere Beachtung beansprucht der auf das Mehrfache seines früheren Umfanges ausgestaltete Abschnitt „Finanzwesen". Er enthält die letzten Ergebnisse der Reichs- und Landesfinanzstatistik (zum großen Teil unveröffentlichtes Material). — Der Abschnitt bringt auch gebietsweise gegliederte Einzelübersichten der wichtigsten Reichs- und Landessteuern; ferner für das Land Preußen, seine Gemeindeverbände und Gemeinden ausführliche Angaben über Haushalt und gesamte Steuereinnahmen, sowie über Schulden und Personalstand.

Ausführliches Inhaltsverzeichnis der letzten Bände kostenlos.

Statistische Korrespondenz.

Sie erscheint monatlich in 4 Nummern. — Bezugspreis für 1 Vierteljahr 6 Reichsmark. Bestellungen und Reklamationen sind an das zuständige Postamt zu richten. — Sie bringt u. a. die Hauptergebnisse allgemeiner statistischer Erhebungen sofort nach deren Bearbeitung, so Saatenstand, Ernteaussichten, Ergebnisse der Volks- und Viehzählungen sowie die amtlichen Preisberichte. — Eine besondere Beilage „Finanzstatistischer Teil" wird der Statist. Korrespondenz seit Anfang 1930 in loser Folge beigefügt, in der die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik, soweit sie Preußen betreffen, wissenschaftlich bearbeitet, veröffentlicht werden — Ferner erscheinen in der „Statist. Korrespondenz" allmonatlich der „Deutsche Witterungsbericht" und „Die Wasserstands- und Eisverhältnisse der norddeutschen Ströme."

Taschenbuch der Finanzstatistik in Preussen.

Die wichtigsten Zahlen aus dem Haushalts-, Schulden- und Steuerwesen von Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden. Ausgabe 1930 (Rechnungsjahr 1927/28). Ausgabe 1931 (Rechnungsjahr 1928/29). Preis je 2 *RM.*

Medizinalstatistische Nachrichten.

Im Auftrage des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamt. Jährlich erscheinen 4 Hefte im Oktavformat. Die Hefte sind auch einzeln käuflich. Preis je nach Umfang. Erschienen sind bisher die Jahrgänge 1 bis 16 und 17. Jahrgang Heft 1 u. 2.

Der Inhalt der Medizinalstatistischen Nachrichten bezieht sich auf vierteljährliche Nachrichten über Geburten, Eheschließungen und Todesfälle mit Hervorhebung wichtiger Todesursachen im Freistaat Preußen, ferner auf jährliche Todesursachenstatistik, Säuglingssterblichkeit, Sterblichkeit an Zufällen der Schwangerschaft, der Entbindung und des Wochenbetts, Selbstmorde, Verunglückungen, Mord und Totschlag usw., ferner auf die Krankenhausstatistik (allgemeine Heilanstalten, Irren-, Augenheil-, Entbindungsanstalten, Kliniken usw.) mit Hervorhebung einzelner wichtiger Krankheiten.

Gemeinde- und Ortschaftsverzeichnis des Regierungsbezirks Trier und des preussischen und bayerischen Teils des Saargebiets.

Verzeichnis sämtlicher Gemeindeeinheiten und Ortschaften mit ihren Kreisen, Postbestellanstalten, Amts- und Landgerichtsbezirken, Bürgermeistereien (oder Bürgermeisterämtern im bayerischen Saaranteil). 58 Seiten. Preis 1,— *RM.*

Die Wahlen zum Preussischen Landtag vom 20. Mai 1928.

I. Teil. (Heft 293 der Preußischen Statistik.) Preis 5 *RM.*

Das Heft behandelt ausführlich die Ergebnisse der preußischen Landtagswahlen für jeden Wahlkreis, Wahlkreisverband und unteren Verwaltungsbezirk. Es enthält außerdem sämtliche Wahlvorschläge, mit Hervorhebung der Gewählten, und ein Verzeichnis der Abgeordneten nach Namen, Stand, Wohnort und Parteistellung.

Ortschaftsverzeichnis

für alle vom Deutschen Reich auf Grund des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 abgetretenen Gebiete (einschl. Elsaß-Lothringen).

Das Verzeichnis enthält außer den Ortsnamen vollständige Angaben über den früheren Regierungsbezirk, Kreis, Kanton, Amtsgerichtsbezirk, Standesamtsbezirk, Polizeidistrikt, Amtsbezirk und die Landbürgermeisterei eines jeden Ortes. Übersichten der abgetretenen Gebiete mit Angabe der Flächengröße und der Einwohnerzahl der einzelnen Verwaltungsbezirke, eine Zusammenstellung der in dem abgetretenen Gebiet belegenen Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte, und endlich einige Angaben über den früheren deutschen Kolonialbesitz gehen dem Ortschaftsverzeichnis voraus. 576 Seiten. Preis 12,— *RM.*

Als Ergänzung hierzu ist erschienen:

Deutsch-fremdsprachiges und fremdsprachig-deutsches Ortschaftsverzeichnis

für alle vom Deutschen Reich abgetretenen Gebiete.

Mit einem Anhang: Die von Österreichisch-Schlesien an Polen abgetretenen Ortschaften. 619 Seiten. Preis 18,— *RM.*

Diese Veröffentlichung enthält sämtliche abgetretenen Ortschaften mit ihrem **neuen, fremdsprachigen Namen** in amtlicher Schreibweise und die Angabe ihres jetzigen Verwaltungsbezirkes.

Für den Verkehr mit den abgetretenen Gebieten ist das Werk unentbehrlich.

Besetzte Gebiete Deutschlands.

Das Druckwerk behandelt sämtliche besetzten und besetzt gewesenen deutschen Gebietsteile, also auch die bayerischen, badischen und hessischen, und enthält:

a) den Text der **Waffenstillstandsabkommen,** die einschlägigen Bestimmungen des **Versailler Vertrages** über **Annexionen und Besetzungen** sowie alle Noten und Abkommen über **Besetzungen, Räumungen** und **Abgrenzungen** der Besetzungsgebiete im amtlichen Wortlaut,

b) eine farbige **amtliche Karte von den besetzten Gebieten Deutschlands,** aus der Abgrenzung, Art und Dauer der Besetzung, Sanktionsgebiet, Einflußzone usw. genau ersichtlich sind, 1 : 600 000,

c) Angaben über:
altbesetztes Gebiet, getrennt nach 5-, 10- und 15jähriger Besetzungszone — **Maineinbruchsgebiet — Sanktionsgebiet — Einbruchsgebiet** an der Ruhr, in Hessen und Baden mit Flächengrößen und Einwohnerzahlen **für 1910 und 1919, — entmilitarisiertes Gebiet,**

d) ein **vollständiges Gemeindeverzeichnis** für die **Rheinprovinz** und den Regierungsbezirk **Wiesbaden,**

e) ein alphabetisches **Gemeinde- und Ortsverzeichnis.**

Der Inhalt des Werkes ist gegliedert nach **Ländern, staatlichen** (Provinzen, Regierungsbezirken, **Kreisen, Bezirksämtern,** Amtsbezirken) und **kommunalen Verwaltungsbezirken** (Bürgermeistereien, Ämtern, Bürgermeisterämtern, Notariatsdistrikten) und **Amtsgerichtsbezirken,** deren Namen bei jeder Gemeinde angegeben sind. Die Gemeinden sind kreisweise in der unter c bezeichneten Gliederung der Besetzungsgebiete zusammengestellt. 500 Seiten. Preis 12 *RM.* — **Preis der Karte im Einzelverkauf 1,20** *RM.*

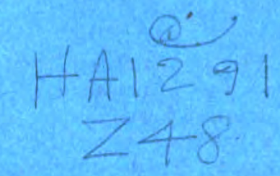
Buchdruckerei W. Koebke, Berlin S., Alexandrinenstraße 99.

ZEITSCHRIFT

DES PREUSS. STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER.



70. JAHRGANG.

2., 3. u. 4. Abteilung.

Inhalt:



Berlin SW 68.

Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.

1931.



Im gleichen Verlage erscheint:

Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts.

Diese Zeitschrift, die jetzt im 70. Jahrgang erscheint, hat sich folgende Aufgaben gestellt:

1. Veröffentlichung des neuesten, sowohl durch das Preußische Statistische Landesamt als auch durch andere Staatsbehörden erhobenen und aufbereiteten statistischen Stoffes über den Freistaat Preußen und seine einzelnen Teile;
2. Gedrängte Mitteilung von statistischen Nachrichten über das Deutsche Reich und dessen Einzelstaaten;
3. Berichterstattung über die Zustände der übrigen Kulturländer in Form statistischer Korrespondenzen;
4. statistische Vergleichung der Zustände Preußens und seiner Gebietsteile unter sich sowie mit den entsprechenden Zuständen anderer Kulturstaaten;
5. Besprechung wichtiger, das Interesse der Gegenwart berührender staatswirtschaftlicher und staatswissenschaftlicher Fragen, soweit ihnen meßbare Tatsachen zugrunde liegen;
6. Fortbildung der Theorie und der Technik der Statistik, insbesondere auch der internationalen Statistik;
7. Anzeige und Besprechung wichtiger literarischer Erscheinungen statistischen und staatswirtschaftlichen Inhalts.

Erscheinungsweise und Bezugsbedingungen:

Die Zeitschrift erscheint in **vier Abteilungen** für jeden Jahrgang, die in zwangloser Folge ausgegeben werden. **Preis für den Jahrgang 12 RM,** die bei Lieferung der ersten Abteilung erhoben werden. – Einzelne Abteilungen nur ausnahmsweise abgegeben. **Ältere Jahrgänge** kosten ebenfalls 12 RM. (Vorhanden von 1864 bis 1898, von 1900 bis 1928 und die neueren Jahrgänge.)

Ein **systematisches Inhaltsverzeichnis** für die von 1861 bis 1912 erschienenen Jahrgänge ist als Sonderabdruck erschienen. Preis 4 RM.

Bei Bedarf werden

Ergänzungshefte

zur Zeitschrift herausgegeben.

Zuletzt sind erschienen:

Erg.-Heft **XXXVI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1909.** (180 S.) 1911 . . . . 4,60 RM

„ **XXXVII. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1910.** (67 S.) 1911 . . . . 2,— RM

„ **XXXVIII. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1910.** (194 S.) 1912 . . . . 5,— RM

„ **XXXIX. Der Viehstand nach der Stückzahl der Tiere auf Grund der außerordentlichen Zählung vom 1. Dezember 1911.** (67 S.) 1912 . . . . 2,— RM

„ **XL. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1911.** (176 S.) 1913 . . . . 4,60 RM

„ **XLI. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1912.** (218 S.) 1914 . . . . 5,60 RM

Erg.-Heft **XLII. Grundbesitzverteilung in Preußen nach den Ergebnissen der ländlichen Verschuldungsstatistik für 1902.** (86 S.) . . . . 2,40 RM

„ **XLIII. Die preuß. Landtagswahlen von 1913.** (LIII u. 211 S.) 1916 . . . . 7,60 RM

„ **44. Kaufpreise ländlicher Grundstücke in Preußen im Durchschnitt aus den Jahren 1895 bis 1912.** (XLI u. 161 S.) 1917 . . . . 5,40 RM

„ **45. Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1913 u. 1914.** (140 u. 108* S.) 1918 . . . . 6,80 RM

„ **46. Desgl. 1915/16.** (120 u. 107* S.) 1919 . . . 6,20 RM

„ 47. (Heft 1 der Finanz- u. steuerstatistischen Schriften). **Die Durchgangsstraßen in Preußen.** (42 S. mit Tabellen und Textübersichten) 1931 . . . . 2,40 RM

„ 48. (Heft 2 der Finanz- u. steuerstatistischen Schriften). **Die Entwicklung der gemeindlichen Realsteuerbelastung in Preußen 1927—1930.** (70 S.) . . . . 3,20 RM

Wichtige Neuerscheinung!

(Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag des Preußischen Statistischen Landesamts, Berlin SW 68.)

Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen

vollständig neu bearbeitet vom Preußischen Statistischen Landesamt.

Das neue Gemeindelexikon enthält, kreisweise geordnet, **sämtliche Ortschaften** bis zu den kleinsten Wohnplätzen mit Angabe der Einwohnerzahl nach der Volkszählung von 1925, Flächengröße, Grundsteuerreinertrag, Anzahl der Wohnhäuser und Haushaltungen, Bevölkerung nach Geschlecht und Religionsbekenntnis.

Ferner für jede Ortschaft die **wichtigsten Zuständigkeiten** (Gerichte, einschl. Arbeitsgericht, Finanzamt, Standesamt, Amtsbezirk, Kirchspiel, Landwirtschafts-, Industrie-, Handels- und Handwerkskammer, Katasteramt u. a.). Jeder Band enthält ein **Register**, das das rasche Auffinden jedes Ortes sichert. — Eine tabellarische Hauptübersicht über die Provinz und Kreisübersichten erhöhen die Brauchbarkeit.

Insgesamt wird das neue Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen folgende

Provinzbände

umfassen: Ostpreußen, Brandenburg und Berlin, Pommern, Grenzmark, Niederschlesien, Oberschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz mit Hohenzollerische Lande. — In Aussicht genommen ist ein **Generalregister**, das die Namen sämtlicher im Gemeindelexikon aufgeführten Ortschaften und deren Kennzeichnung enthält.

Jeder Provinzband enthält die während der Drucklegung noch in Kraft tretenden **Veränderungen** bis unmittelbar vor der Herausgabe des Bandes.

Bereits erschienen sind die Bände: **Rheinprovinz und Hohenzollerische Lande** (Preis 20,— RM), **Hannover** (Preis 18,— RM), **Hessen-Nassau** (Preis 16,— RM), **Schleswig-Holstein** (Preis 10,— RM), **Grenzmark Posen-Westpreußen** (Preis 4,50 RM), **Sachsen** (Preis 18,— RM), **Westfalen** (Preis 12,50 RM) und **Ostpreußen** (Preis 20,— RM).

Als nächste Bände erscheinen: **Pommern und Oberschlesien**; Die Bände Niederschlesien und Brandenburg erscheinen 1932.

Bei Verpflichtung zum Bezuge sämtlicher Bände ermäßigt sich der Preis um 10 %.

Verlag des Preußischen Statistischen Landesamts
Berlin SW. 68.

ZEITSCHRIFT

DES PREUSS. STATISTISCHEN LANDESAMTS.

HERAUSGEGEBEN VON DEM PRÄSIDENTEN

DR. SAENGER.

70. JAHRGANG.



Berlin SW68.
Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.
1931.

Inhaltsübersicht.

1. Abteilung.

Kleinere Beiträge.

2., 3. und 4. Abteilung.

Kleinere Beiträge.



Berlin-Brandenburg.

(Die wirtschaftliche Verflechtung)[1].

Von

Dr. Fritz Milkowski,

Wissenschaftlichem Hilfsarbeiter im Preußischen Statistischen Landesamt.

Inhaltsverzeichnis.

---

[1]) Die nachfolgende Niederschrift ist ein Auszug aus einer größeren Arbeit über die „Struktur und Verflechtung der berlin-brandenburgischen Wirtschaft“. Diese Arbeit hatte sich die Aufgabe gestellt, die Verbundenheit der beiden Gebietskörperschaften Berlin und Brandenburg untereinander und mit anderen Gebietskörperschaften durch den Bevölkerungsaustausch und Warenverkehr darzustellen. Da sie sich hierbei — abgesehen von der Bevölkerungs- und Wanderungsstatistik — im wesentlichen auf die Güterverkehrsstatistik der deutschen Eisenbahn und Binnenschiffahrt stützen mußte und diese im großen und ganzen noch stark ausbaufähig ist (für 1927 besteht sie aus 108 Warenpositionen), schien es zur Erfüllung der gestellten Aufgabe zweckmäßig, die Wirtschafts- (und Bevölkerungs-) struktur besonders eingehend darzustellen. Raummangel gestattet es nicht, die ganze Arbeit zu veröffentlichen. Da die Unterlagen für die Wirtschaftsstruktur, die Ergebnisse der Volks-, Berufs- und Betriebszählung, im allgemeinen bekannt sind, mußte bei der Auswahl für den Druck die Darstellung wieder auf die Tatsachen beschränkt werden, die in den Zahlen der Güterverkehrsstatistik zum Ausdruck kommen. Um für diese Teile der ursprünglichen Fassung wenigstens eine Art von Rahmen zu schaffen, ist nachfolgend eine kurze allgemeine Einleitung, beim landwirtschaftlichen Güterverkehr ein kurzer Überblick über die Landwirtschaft und beim gewerblichen Güterverkehr ein kurzer Überblick über das Gewerbe vorangeschickt worden.

A. Einleitung.

Berlin-Brandenburg ist eine 39 913,93 *qkm* große geographische Einheit. Sie umfaßt 13,6 v. H. der Fläche aller preußischen Provinzen und 8,4 v. H. der gesamten Reichsfläche. Das Gebiet ist etwa doppelt so groß wie Westfalen, mehr als zwei und einhalb mal so groß wie Schleswig-Holstein oder Hessen-Nassau, ein und einhalb mal so groß wie die Rheinprovinz und über vier mal so groß wie Oberschlesien. Seine Grenznachbarn sind im Osten die Grenzmark Posen-Westpreußen, im Süden Niederschlesien, im Westen die Provinz Sachsen und Anhalt und im Norden die Provinz Pommern und die beiden Mecklenburg. Die schiffbaren Wasserstraßen der Raumeinheit Berlin-Brandenburg, Oder, Havel, Spree und Elbe, stehen durch Kanäle miteinander in Verbindung. Ein strahlenförmig von Berlin ausgehendes Eisenbahnnetz überzieht die ganze Provinz Brandenburg. Inmitten dieses Gebietes liegt die Stadtgemeinde Berlin. Sie umfaßt ungefähr den 45 ten Teil des berlin-brandenburgischen Gebiets (878,4 *qkm*) und wird von den zum Regierungsbezirk Potsdam gehörenden Kreisen Niederbarnim, Osthavelland und Teltow umschlossen.

Das Gesamtgebiet hat sich der Fläche nach im Laufe der letzten 25 Jahre nicht wesentlich verändert. Durch den Versailler Vertrag mußten 5,2 *ha* des Brandenburger Kreises Friedeberg i./Nm. an Polen abgetreten werden. Demgegenüber ist durch Neuvermessungen, Korrektur usw. eine Vergrößerung des Gesamtgebietes um 823 *ha* eingetreten. Bedeutsam sind hinsichtlich des Flächenbesitzes die inneren Verschiebungen zwischen Berlin und Brandenburg. Sie kennzeichnen das Wachstum der Stadt Berlin. Als der Große Kurfürst zur Regierung kam (1640), war Berlin nicht viel mehr als ein Fischerdorf. Rasch wuchs es durch die Anziehungskraft, die der Hof auf die Bevölkerungsmassen ausübte. 1709 war Berlin 626 *ha* groß. 1825 bedeckte die Stadt Berlin eine Fläche von 1 400 *ha*. In diesen Zeitraum etwa fällt die Geburtsstunde Berlins als Ort industrieller Agglomeration. Bis 1920 war Berlin 6 572 *ha* groß geworden. Durch die Bildung der neuen Stadtgemeinde im Jahre 1920 wurden die um die (Alt-)Stadt im Umkreis von etwa 15 *km* und zum Teil darüber hinaus entstandenen 94 Einzelgemeinden mit Alt-Berlin zu einer neuen Großgemeinde zusammengeschweißt. Der Flächeninhalt beträgt 878,4 *qkm*, ist also fast 14 mal so groß wie zuvor.

Berlin-Brandenburg gehört landschaftlich zum norddeutschen Tiefland. Die Fläche wird im Süden und im Norden von Landrücken durchzogen. Der nördliche Höhenzug, ein Teil des Norddeutschen Landrückens, bildet eine breite, seenreiche Platte, die mit ihren Südausläufern bis an das Rhinluch und den Warthebruch reicht. Der südliche Höhenzug ist der Fläming im Regierungsbezirk Potsdam und seine Fortsetzung, der Lausitzer Grenzwall, als natürliche Grenze zwischen der Oberlausitz und der Niederlausitz im Regierungsbezirk Frankfurt a./O. Zwischen diesen beiden Hochflächen breiten sich abwechselnd Tiefebenen und Hügelketten aus. Der geologische Aufbau des berlin-brandenburgischen Gebiets ist nicht einheitlich. Der Kamm des den Norden Brandenburgs durchziehenden Höhenrückens wird aus sogenannten Endmoränen gebildet. Das sind Anhäufungen erratischer Blöcke, grobe, steinige Kiesablagerungen und Geröllpackungen. Die Tonlager im Norden der Provinz Brandenburg werden von Ziegeleien ausgebeutet. Als geologische Einzelerscheinung innerhalb der Ostprovinzen sind bedeutsam die Gipslager bei Sperenberg i./M. Das Gipsvorkommen bei Sperenberg erstreckt sich über eine 13,4 *km* lange und 1 *km* breite Fläche und liefert jährlich zwischen 70 und 80 000 *cbm* Gips. In ursächlichem Zusammenhang mit dem Gipsvorkommen stehen auch die älteren Kalksteinvorkommen bei Rüdersdorf, wo Zementfabriken in den 75 Meter mächtigen Schichten des Wellenkalkes, Bau- und Werksteinbetriebe im Muschelkalk ihre Rohstoffbasis gefunden haben. Neben den häufiger vorkommenden Wiesenkalklagern befindet sich auf der Gr. Drewitzer Flur bei Guben ein auf 1 Millionen Tonnen hochprozentigen Kalk geschätztes Seekalkvorkommen. In den südlichen Teil der Provinz Brandenburg ragt einer der Vorberge des festen Steingrundes des Freistaates Sachsen, der Koschenberg bei Senftenberg, hinein. Die im Süden Brandenburgs vielfach zutage tretenden Tertiärformationen enthalten neben Glassand, Quarzsand und dem Tertiärton für die Tonindustrie die bekannten Braunkohlenlager der Niederlausitz, die nach den sächsisch-thüringischen die mächtigsten in Deutschland sind. Das Schwergewicht des Abbaues der Niederlausitzer Braunkohlenlager verschiebt sich in neuerer Zeit aus der Provinz Brandenburg nach Süden zu in die Provinz Niederschlesien. Erst wenn in größerem Maße der Abbau des Unterflözes in Angriff genommen werden wird, ist wieder eine rückläufige Bewegung zu erwarten. Der jüngere Bruder der Braunkohle, der Torf, verteilt sich ziemlich gleichmäßig über die brandenburgischen Moorflächen. Allerjüngstes Ergebnis der geologischen Forschungen ist die Feststellung von Steinkohlenvorkommen und Petroleum in der Provinz Brandenburg, und zwar im südlichen Teil des Kreises Luckau.

B. Die Bevölkerung in Berlin-Brandenburg.

Ist Brandenburg der Fläche nach bedeutend größer als Berlin, so ist Berlin der Bevölkerung nach erheblich größer. Auf der nur etwa den 45ten Teil des Gesamtgebietes großen Berliner Fläche wohnten am 16. Juni 1925 4 024 165 Menschen; in Brandenburg hingegen, wo der zweitkleinste Kreis der Provinz (Züllichau-Schwiebus) größer ist als das ganze Berliner Stadtgebiet, waren an demselben Tage 2 592 419 Einwohner seßhaft. Die Bevölkerungsdichte pro *qkm* betrug demnach im Jahre 1925 in Berlin 4 581 Einwohner, in der Provinz Brandenburg 66 Einwohner. Bis zum 1. Januar 1929 war die Berliner Bevölkerung auf 4 297 160 Köpfe, d. h. die Bevölkerungsdichte pro *qkm* auf 4 892 Einwohner angewachsen. Der Bevölkerungsentwicklung entsprechend ist die Bevölkerungsdichte in der Berliner Innenstadt weitaus größer als in den 1920 eingemeindeten Außenbezirken, die erst seit 1890 etwa ein absolut und relativ stärkeres Wachstum der Bevölkerung haben als die Innenstadt. In der Innenstadt wohnten 1925 auf dem *qkm* 29 601 Einwohner, in der Außenstadt auf dem *qkm* 2 529 Einwohner. Die brandenburgische Bevölkerung verteilte sich 1925 auf 5 024 Gemeinden. Mehr als die Hälfte (1 310 632 Personen) wohnte in den 4 863 Landgemeinden. 1 281 787 Personen wohnten in den Gemeinden mit 2 000 Einwohnern und mehr. Davon entfielen auf die

94 Landstädte . . . . . . 290 627 Personen = 11,21 v. H.
53 Kleinstädte . . . . . . 447 076 „ = 17,24 v. H.
14 Mittelstädte . . . . . . 544 084 „ = 20,09 v. H.

Über ³/₄ der brandenburgischen Bevölkerung wohnt demnach in Dörfern, Land- und Kleinstädten.

Die Bevölkerung in Berlin und Brandenburg seit 1871[1]).

	Berlin	Brandenburg	davon im Reg. Bez. Potsdam	Frankfurt a. O.
1871 . . .	931 984	1 930 765	896 245	1 034 520
1885 . . .	1 565 698	2 091 940	975 649	1 116 291
1890 . . .	1 960 147	2 161 477	1 024 320	1 137 157
1895 . . .	2 269 960	2 229 039	1 059 338	1 169 701
1900 . . .	2 712 190	2 285 212	1 105 984	1 179 228
1905 . . .	3 226 049	2 346 005	1 143 984	1 202 021
1910 . . .	3 734 258	2 429 615	1 196 426	1 233 189
1919 . . .	3 804 048	2 445 349	1 212 310	1 233 039
1925 . . .	4 024 165	2 592 419	1 299 894	1 292 525
(am 1. 1.) 1929 . . .	4 297 160	?	?	?

Der Zuwachs betrug in

	Berlin überhaupt	Berlin jährlich	Brandenburg überhaupt	Brandenburg jährlich
1871 bis 1885 . . .	633 714	45 265	161 175	11 512
1885 „ 1890 . . .	394 449	78 889	69 537	13 907
1890 „ 1895 . . .	309 813	61 962	67 562	13 512
1895 „ 1900 . . .	442 230	88 446	56 173	11 234
1900 „ 1905 . . .	513 859	102 771	60 793	12 158
1905 „ 1910 . . .	508 209	101 641	83 610	16 722
1910 „ 1919 . . .	69 790	7 754	15 734	1 748
1919 „ 1925[2]) . .	220 117	38 844	147 070	25 953
1925 „ 1928[3]) . .	272 995	77 998		

[1]) Die Bevölkerungszahlen für Berlin sind den Mitteilungen des Statistischen Amts der Stadt Berlin Nr. 8 vom August 1928 S. 7 entnommen; die Bevölkerungszahlen für Brandenburg als Differenz zwischen der berlin-brandenburgischen und der Berliner Bevölkerung errechnet. — [2]) Der Berechnung sind 68 Monate zugrunde gelegt. — [3]) Der Berechnung sind 42 Monate zugrunde gelegt.

Der stärkste Zuwachs der Berliner Bevölkerung kommt seit etwa 1890 auf die Außenbezirke. Der Bevölkerungszuwachs der Provinz Brandenburg entfällt in der Hauptsache auf das bis zu 30 *km* von Berlin entfernte und auf das Niederlausitzer Industriegebiet.

Während die brandenburgische Bevölkerung sich vornehmlich auf natürlichem Wege erneuerte und vermehrte, hat sich die Berliner Bevölkerung hauptsächlich durch eine Mehrzuwanderung vergrößert. In Brandenburg erfolgte der Bevölkerungszuwachs durch den Geburtenüberschuß (bei gleichzeitiger Abwanderung eines Teiles der Bevölkerung), in Berlin trugen in besonders starkem Maße die Zuwandernden zur Bevölkerungsvergrößerung bei. Es betrug

der Bevölkerungszuwachs in der Periode	Personen	der Geburten- bezw. Sterbe- (—) überschuß	der Wanderungsgewinn [1]) oder -verlust (—)
in Berlin			
1900 bis 1905	513 859	144 205	369 654
1905 „ 1910	508 209	169 821	338 388
1910 „ 1919	69 790	— 80 603	150 393
1919 „ 1925	220 117	— 1 758	221 875
1925 „ 1928	272 995	— 11 813	284 808
in Brandenburg			
1900 bis 1905	60 793	111 758	— 50 965
1905 „ 1910	83 610	111 406	— 27 796
1910 „ 1919	15 734	— 52 461	68 195
1919 „ 1925	147 070	89 422	57 648
1925 „ 1927	?	31 377	?

[1]) Zur Beurteilung einer Reihe von Bevölkerungsfragen und zur Kennzeichnung der sozialen Struktur der Bevölkerung, ihrer Mentalität und des Verwurzeltseins genügt es nicht, ausschließlich den Wanderungsgewinn oder -verlust heranzuziehen. Die Fluktuationen der Berliner Bevölkerung sind viel stärker, als sie in dem Wanderungsgewinn zum Ausdruck kommen. In den Jahren von 1921 bis 1927 betrug der Wanderungsgewinn 358 539 Personen. Von auswärts zugewandert sind in demselben Zeitraum aber 1 996 779 Personen. Es betrug

	der Zuzug von auswärts	der Zuzugsüberschuß
1921	245 819	27 853
1922	294 363	47 067
1923	232 986	— 24 027
1924	275 570	73 106
1925	339 970	104 905
1926	288 358	48 503
1927	319 713	81 132.

Demnach hat sich jährlich

in der Periode	durch Geburten- oder Sterbeüberschuß (—) vermehrt oder vermindert (—) überhaupt	v. H. der Anfangsbevölkerung	durch Wanderung überhaupt	v. H. der Anfangsbevölkerung
die Berliner Bevölkerung				
1900 bis 1905 . .	28 841	1,06	73 931	2,7
1905 „ 1910 . .	33 964	1,05	67 677	2,1
1910 „ 1919 . .	— 8 956	— 0,2	16 710	0,4
1919 „ 1925 [1])	— 310	— 0,0	39 154	1,0
1925 „ 1928 [2])	— 3 375	— 0,08	74 623	1,8
die Brandenburger Bevölkerung				
1900 bis 1905 . .	22 351	1,0	— 10 193	— 0,4
1905 „ 1910 . .	22 281	0,9	— 5 559	— 0,2
1910 „ 1919 . .	— 5 829	— 0,2	7 577	0,3
1919 „ 1925 [1])	15 780	0,6	10 173	0,4
1925 „ 1927 [3])	12 551	0,5	?	?

[1]) 68 Monate. — [2]) 42 Monate. — [3]) 30 Monate.

Die Provinz Brandenburg stellte das Hauptkontingent der nach Berlin Zugewanderten.

Die Haupteinkommensquellen der Berliner Bevölkerung sind Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr. Die Haupteinkommensquelle der brandenburgischen Bevölkerung ist die Landwirtschaft.

Von den 4 024 165 Berliner Einwohnern zogen unmittelbar und mittelbar (als Erwerbstätige und nichterwerbstätige Angehörige) ihr Einkommen aus der Wirtschaftsabteilung

	Personen	v. H.
A. Land- und Forstwirtschaft	31 411	0,8
B. Industrie und Handwerk	1 859 625	46,2
C. Handel und Verkehr	1 130 191	28,1
D. Verwaltung	333 081	8,3
E. Gesundheitswesen	103 274	2,5
F. Häusliche Dienste	179 604	4,5
bezw. gaben keinen Beruf an	386 679	9,6.

Von den 2 592 419 brandenburgischen Einwohnern kamen als Erwerbstätige und nichterwerbstätige Angehörige auf die Wirtschaftsabteilung

	Personen	v. H.
A. Land- und Forstwirtschaft	816 922	31,5
B. Industrie und Handwerk	897 913	34,6
C. Handel und Verkehr	360 402	13,9
D. Verwaltung	122 280	4,7
E. Gesundheitswesen	36 315	1,4
F. Häusliche Dienste	83 872	3,2
bezw. gaben keinen Beruf an	274 715	10,6.

Durch eine über das Schema der Reichsstatistik hinausgehende Analyse lassen sich schon vom Gesichtspunkt der Bevölkerungsstruktur aus gewisse Rückschlüsse auf den Warenverkehr ziehen. Bei diesem (hier nur anzudeutenden) Verfahren werden die „Grunderwerbszweige" von dem „Hilfsgewerbe" oder auch „lokalen Gewerbe" zu trennen sein[1]). Zum Beispiel: Die auf dem Lande lebenden Handwerker sind ausschließlich für die Landwirtschaft tätig. Sie müßten also der Landwirtschaft zugerechnet werden. Die Berufsgruppen,

[1]) Die Grunderwerbszweige wären dann diejenigen Gewerbezweige, die nicht nur den lokalen Markt beliefern, sondern auch in bedeutendem Maße an dem die lokalen Grenzen sprengenden Warenverkehr teilhaben. Vom Gesichtspunkt der Bevölkerungsstruktur gibt es für die Trennung in Grunderwerbszweige und Hilfsgewerbe (lokales Gewerbe) nur einen Maßstab, nämlich den Bevölkerungsanteil des betreffenden Gebiets. Haben Gewerbezweige einen Anteil an den Erwerbstätigen, der den Bevölkerungsanteil erheblich übersteigt, wird man diesen Gewerbezweigen eine überlokale Bedeutung zuschreiben und sie als Grunderwerbszweige bezeichnen dürfen. (Siehe dazu Seite 212, Anmerkung 2).

die in jeder Stadt vorhanden sind, ohne sie nach der einen oder der anderen Richtung zu kennzeichnen, müßten entweder den Grunderwerbszweigen zugerechnet oder gesondert ausgewiesen werden. Das Verfahren ist etwas umständlich, insbesondere, wenn man es zur Analyse der Berufsstruktur der brandenburgischen Bevölkerung anwenden wollte.

Für Berlin kommt man zu dem Ergebnis, daß von je 100 Einwohnern

25 zur industriellen Bevölkerung,
16 zum Warenhandel,
38 zum Stadtgewerbe und Stadthandel und
21 zur Verwaltung gehören bezw. Rentner sind.

Rund $^{7}/_{12}$ der Berliner Einwohner sind als Verbraucher oder Bearbeiter nur in den lokalen Warenkreislauf eingeschaltet.

Rechnet man bei der brandenburgischen Bevölkerung die 295 556 in der Landwirtschaft nebenberuflich Erwerbstätigen zur Landwirtschaft und macht bei der Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk einen entsprechenden Abzug, so ergibt sich entgegen den Ergebnissen der Berufszählung, daß zur Land- und Forstwirtschaft 1 112 478 Einwohner, d. s. 42,9 v. H., und zur Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk 602 357 Einwohner, d. s. 23,2 v. H. der Gesamtbevölkerung, gehören.

C. Die brandenburgische Landwirtschaft.

Schon aus der Berufsstruktur der Berliner Bevölkerung ist ersichtlich, daß ihre Ernährung so gut wie ausschließlich durch die Nahrungsmittelzufuhr von außen erfolgen muß. Die Berliner Landwirtschaft ist zu bedeutungslos, als daß im Rahmen dieses Auszuges auf sie eingegangen werden könnte. Erwähnt mag werden, daß die Bodenbenutzungsstatistik des Jahres 1927 für Berlin eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 33 319 *ha* ausgewiesen hat. Davon entfallen 15 145 *ha* auf Ackerland, 14 024 *ha* auf Gartenland und 3 948 *ha* auf Wiesen. Neben der landwirtschaftlich genutzten Fläche waren 16 950 *ha* mit Forsten und Holzungen bestanden.

Von der brandenburgischen Fläche wurden 1927 genutzt

als	ha	v. H.	(die v. H.-Zahlen für Preußen)
Ackerland	1 666 835	42,69	46,32
Wiesen	404 365	10,36	9,62
Viehweiden	98 948	2,53	6,40
Obstanlagen auf dem Felde	4 673	0,12	0,09
Weinberge	89	0,00	0,06
Gartenland	35 797	0,92	1,14
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	**2 210 707**	**56,62**	**63,65**
Forsten und Holzungen	**1 346 768**	**34,49**	**25,31**
Haus- und Hofräume	38 332	0,98	1,39
Moorflächen unkultiviert	6 769	0,17	1,06
Sonstiges Öd- und Unland	87 687	2,25	3,58
Wegeland	} 214 443	2,61	2,84
Friedhöfe und öffentl. Parks		0,20	0,20
Plätze		0,24	0,14
Gewässer		2,44	1,83

Die Nutzung der brandenburgischen Bodenfläche ist im wesentlichen durch die Qualität des Bodens bedingt. Während die Witterungsverhältnisse in Brandenburg namentlich infolge genügenden Wassergehaltes der Luft als landwirtschaftlich günstig zu bezeichnen sind, überwiegt beim Boden der schlechte Sandboden. Von der Gesamtfläche der Provinz Brandenburg (nach dem Gebietsstand vor 1920: 3 988 752 *ha*) entfielen auf[1]):

Lehm- und Tonboden	410 990 *ha*	= 10,3 v. H.
mittleren Boden	1 415 438 „	= 35,5 „
Sandboden	1 693 969 „	= 42,5 „
Moorboden	347 194 „	= 8,7 „ ,

und zwar im Regierungsbezirk

auf	Frankfurt a. O. (1 919 298 *ha*)	Potsdam (2 069 454 *ha*)
Lehm- u. Tonboden	189 598 *ha* = 9,9 v. H.	221 392 *ha* = 10,7 v. H.
mittleren Boden	512 186 „ = 26,7 „	903 252 „ = 43,7 „
Sandboden	1 008 088 „ = 52,5 „	685 881 „ = 33,1 „
Moorboden	160 007 „ = 8,3 „	187 187 „ = 9,0 „

Aus den Bodenverhältnissen erklärt sich der absolut und relativ starke Bestand an Forsten und Holzungen in der Provinz Brandenburg. Die Provinz Brandenburg ist für bestimmte Hölzer das bedeutendste Liefergebiet Deutschlands. Wir kommen im Anschluß an die Darstellung des Güterverkehrs mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen darauf noch zurück. Die mindere Qualität des brandenburgischen Bodens schränkt darüber hinaus auch die Wahlfreiheit des Landwirts hinsichtlich des Anbaues der Feldfrüchte ein. Das Vorherrschen des Anbaues von Roggen, Kartoffeln und Hafer ist zum Teil unzweifelhaft darin begründet. Neuerdings ist der Anbau von Stoppellupinen nach der Roggenernte (als Nebennutzung) zu einem Haupthebel der Kultur aller leichteren Bodenarten geworden. Er stieg vom 673,8 *ha* im Jahr 1878 auf 84 110,4 *ha* im Jahre 1927. 1913 wurden 28 809,4 *ha* Lupinen als Nebennutzung angebaut. Über Einzelheiten der brandenburgischen Ackernutzung und der Veränderungen gegenüber 1913 unterrichtet die nachstehende Übersicht.

[1]) Krische, Die Verteilung der landwirtschaftlichen Hauptbodenarten im Reich, Berlin 1921, Seite 31.

Die Nutzung des brandenburgischen Ackerlandes 1927 und 1913 (in ha)[1]).

Liegenschaften und Fruchtarten	1927	1913	1927 gegen 1913 mehr (+) weniger (—) überhaupt	1927 gegen 1913 mehr (+) weniger (—) v. H.	in Preußen mehr (+) weniger (—) v. H.
Weizen	78 614,6	64 084	+ 14 530,6	+ 22,7	+ 0,1
Roggen	592 137,2	655 448	— 63 310,8	— 9,7	— 8,8
Gerste	86 176,4	74 905	+ 11 271,4	+ 15,0	+ 9,4
Hafer	226 033,1	252 026	— 25 992,9	— 10,3	— 9,1
Menggetreide	29 495,5	21 070	+ 8 425,5	+ 40,0	+ 38,6
Lupinen	50 845,9	40 675	+ 10 170,9	+ 25,0	+ 23,9
Mischfrucht	12 920,7	14 977	— 2 056,3	— 13,7	— 0,6
alle übrigen Arten	20 009,8	18 194	+ 1 815,8	+ 10,0	+ 2,0
Getreide und Hülsenfrüchte zusammen	**1 096 233,2**	**1 141 379**	— 45 145,8	— 4,0	— 4,5
Kartoffeln	311 946,8	321 257	— 9 310,2	— 2,9	+ 0,0
Zuckerrüben	26 457,3	28 285	— 1 827,7	— 6,5	— 5,6
Runkelrüben	38 283,2	32 377	+ 5 906,2	+ 18,2	+ 19,6
alle and. Hackfrüchte	9 951,9	7 158	+ 2 793,9	+ 39,0	+ 28,4
Hackfrüchte zus.	**386 639,2**	**389 077**	— 2 473,8	— 0,6	+ 3,2
Gartengewächse auf dem Felde	**6 953,0**	**5 307**	+ 1 646,0	+ 31,0	+ 9,0
Handelsgewächse	**3 576,3**	**4 391**	— 814,7	— 18,6	— 22,3
Klee	74 206,5	87 730	— 13 523,5	— 15,4	— 6,7
Seradella	31 936,6	23 669	+ 8 627,6	+ 34,9	+ 32,5
sonst. Futterpflanzen	18 500,5	14 907	+ 3 693,5	+ 24,8	+ 16,7
Futterpflanzen zusammen	**124 743,6**	**126 306**	— 1 562,4	— 1,2	— 2,0
Brache	27 495,3	32 223	— 4 727,7	— 14,7	— 12,4
Ackerweide	21 194,8	23 520	— 2 325,7	— 9,9	— 8,1
Hauptnutzung überhaupt	**1 666 834,9**	**1 722 203**	— 55 368,1	— 3,2	— 3,1

[1]) Bodenbenutzungsstatistik von 1927, Preuß. Statistik Band 291 S. 33*.



Da die Gefahr besteht, daß die Veränderungen bei den einzelnen Positionen überschätzt werden, sei zur gründlicheren Orientierung auf die nachfolgende Übersicht verwiesen. In ihr mußten die Hauptnutzungen der Berliner und der brandenburgischen Ackerfläche der Vergleichbarkeit wegen zusammengefaßt werden.

Die Hauptnutzung der Ackerfläche der Provinz Brandenburg (einschl. Berlin) in ihrer Entwicklung seit 1878 (in ha)[1].

	1878	1883	1893	1900	1913	1927
Getreide und Hülsenfrüchte	1 086 403	1 084 653	1 084 128	1 082 777	1 117 222	1 072 972
Hackfrüchte und feldm. gewonn. Gemüse (zusammen)	298 037	328 890	348 242	373 735		
Hackfrüchte					391 636	390 820
feldm. gewonn. Gemüse					7 157	9 208
Gartengewächse[2]	12 990	18 639	23 872	25 337	36 380	47 842
Handelsgewächse	19 565	16 286	12 609	9 039	7 205	3 488
Feldfrüchte zum Unterpflügen[3])	46 990	55 502	41 322	45 237	21 111	37 287
Futterpflanzen	122 354	120 222	156 271	159 774	141 572	120 286
Ackerweide	94 882	96 936	66 714	44 636	23 521	21 198
Brache	162 265	119 346	91 861	69 065	32 932	27 719

[1]) Amtliche Bodenbenutzungserhebungen. — [2]) = Haus- und Obstgärten, Obstanlagen auf dem Felde, ohne private Parkanlagen. — [3]) vorwiegend Lupinen.

Man kann nun allerdings die Art der brandenburgischen Bodennutzung nicht ausschließlich auf die der menschlichen Einwirkung entzogenen Produktionsfaktoren zurückführen. Einen großen Einfluß haben auch die Betriebsverhältnisse. In dieser Hinsicht steht die Provinz Brandenburg auf der Grenzscheide, wo — vom Osten Deutschlands nach dem Westen gehend — das Übergewicht des Großbetriebes in die Vorherrschaft des klein- und mittelbäuerlichen Betriebes umschlägt. In der Provinz Brandenburg sind die Großbetriebe und die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe an der Bodennutzung zu etwa gleichen Teilen beteiligt. Unter den 306 647 Betrieben sind 197 395 oder beinahe $^2/_3$ aller solche Betriebe (Forst-, Kleingarten-, Zwerg- und Parzellenbetriebe), die im allgemeinen keine selbständige Ackernahrung abwerfen. Wenn sie auch, besonders je näher sie der oberen Grenze dieser Gruppe (2 *ha* landwirtschaftlich genutzte Fläche) kommen, im einzelnen den Eigenbedarf der Wirtschaften sicherstellen und darüber hinaus Erträge auf den Markt werfen können, so bieten sie für ihre Besitzer doch nicht Arbeitsgelegenheit genug[1]); sie sind also relativ unselbständig. Auf Betriebe dieser Kategorie entfällt eine Fläche von rund 570 000 *ha* oder nicht ganz $^1/_6$ der Gesamtfläche (davon 85 000 *ha* landwirtschaftlich genutzte Fläche oder 4,3 v. H. der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Provinz Brandenburg). Die 91 497 klein- und mittelbäuerlichen Betriebe besetzen eine Fläche von 1,021 Millionen *ha*, also etwas mehr als $^1/_3$ der Gesamtfläche. Rund 881 000 *ha* oder nicht ganz $^1/_4$ der Gesamtfläche werden von großbäuerlichen Betrieben (20 bis unter 100 *ha*) bewirtschaftet. 1,13 Millionen *ha* oder etwas über $^3/_{10}$ der Gesamtfläche kommen auf die 2 025 Großbetriebe. Würde die Gesamtfläche der beiden Hauptkategorien der brandenburgischen Landwirtschaftsbetriebe gleichmäßig auf die betreffenden Betriebe aufgeteilt, hätte von den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben jeder eine Gesamtfläche von 11,2 *ha* zu bewirtschaften, von den Großbetrieben jeder eine solche von 558 *ha* zu nutzen. Ebenso verschieden ist ihre Betriebsführung. In den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben sind von 1,024 Millionen *ha* Gesamtfläche beinahe $^2/_3$ landwirtschaftlich genutzt, $^1/_4$ Waldfläche; in den Großbetrieben sind von 1,13 Millionen *ha* Gesamtfläche $^3/_5$ landwirtschaftlich genutzt und $^1/_3$ Waldfläche. In jenen sind 338 032 Personen erwerbstätig. Es bearbeiten also 100 *ha* der Gesamtfläche rund 33 Personen. In diesen sind 135 509 erwerbstätig. Es bearbeiten also 100 *ha* nur 12 Personen. Die Annahme, der Ausfall an Arbeitskräften werde durch die größere Maschinenintensität ausgeglichen, würde nicht unbedingt richtig sein. Auf 1 000 *ha* landwirschaftlich genutzter Fläche kamen in

[1]) Zu beachten ist, daß die Forstbetriebe in diese Zusammenfassung miteinbezogen worden sind.

	klein-	mittel-	Großbetrieben	
	bäuerlichen Betrieben		100 bis 200 *ha*	200 *ha* u. mehr
Sämaschinen	5,8	28,1	9,7	5,5
Hackmaschinen	4,1	3,2	5,9	3,8
Kartoffelpflanzmaschinen	0,5	3,6	5,4	3,0
Kartoffelerntemaschinen	0,6	9,2	3,6	1,6
Getreidemähmaschinen	0,9	15,2	16,7	11,2

(Grundsätzlich besagen die Zahlen über die Art der Betriebsführung natürlich nichts, weil man nicht weiß, in welchem Grade die Betriebseinrichtungen ausgenutzt werden. Sie geben also nur Anhaltspunkte zur Frage der Betriebsführung). Die Arbeit in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben wird zu mehr als $^4/_5$ von den Besitzern selbst und ihren Familienangehörigen geleistet. In den Großbetrieben sind 97 v. H. fremde Arbeitskräfte. In den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben besteht also ein starkes unmittelbares Interesse an der Wirtschaftsführung seitens der Gesamtheit der Arbeitleistenden. In der Viehhaltung und in der Nutzung des Ackerlandes bestehen ähnlich tiefeinschneidende Unterschiede zwischen den beiden Betriebskategorien. In den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben wurden gezählt 399 646 Rinder, 378 151 Schweine und 55 498 Schafe. In den Großbetrieben 172 679 Rinder, 90 054 Schweine und 449 826 Schafe. Auf 100 *ha* landwirtschaftlich genutzter Fläche kamen

	Rinder	Schweine	Schafe
in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben	60	57	8
in den Großbetrieben	25	13	66

Das Ackerland wurde bestellt in den

	klein- bäuerlichen	mittel- Betrieben	Groß- betrieben
	in Hundertteilen		
mit Brotgetreide	47,1	44,8	32,2
„ sonstigem Getreide (Hafer, Gerste, Buchweizen)	11,6	19,3	24,2
„ Hülsenfrüchten	3,9	6,7	5,7
„ Kartoffeln	28,0	17,5	19,5
„ Rüben und sonst. Hackfrüchten	4,2	4,1	5,8
„ Futterpflanzen	2,9	5,2	8,0
	97,7	97,6	95,4

Bei den Großbetrieben hat die Stallfütterung eine verhältnismäßig größere Bedeutung als bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben. Daher erklärt es sich, daß dort der Futterpflanzenanbau relativ stärker vertreten ist als bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben. Bei den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben treten mehr die Wiesen und Weiden hervor. Das Mischungsverhältnis von klein- und mittelbäuerlichen Betrieben einerseits und Großbetrieben andererseits ist nicht gleichmäßig in allen Teilen der Provinz Brandenburg. In der Neumark und in der nördlichen Mark, wo verhältnismäßig guter Boden vorhanden ist, haben die Großbetriebe das Übergewicht, in der Niederlausitz, wo bei vorherrschendem Sandboden Sand- und besserer Boden sehr häufig wechseln, regiert der klein- und mittelbäuerliche Betrieb. In der sich um Berlin erstreckenden Mittelmark halten sich beide Betriebskategorien die Waage. Doch werden sie beide — das einzige Mal in der ganzen Provinz — vom großbäuerlichen Betrieb (20 bis unter 100 *ha*) übertroffen.

D. Die landwirtschaftliche Verflechtung.

Nachdem wir uns mit groben Strichen das Bild der brandenburgischen Landwirtschaft vergegenwärtigt haben, stellen wir nachfolgend alle Unterlagen zusammen, die Aufschluß geben über die Nahrungs- und Genußmittellieferanten der Berliner und Brandenburger Bevölkerung bezw. über die Abnehmergebiete der brandenburgischen Agrarprodukte. Da die Düngemittelzufuhr der Hauptpassivposten in der Verkehrsbilanz ist, der zu Lasten der brandenburgischen Landwirtschaft geht, stellen wir die Düngemittelversorgung vorweg.

1. Der Düngemittelverbrauch der brandenburgischen Landwirtschaft.

Stallmist, Gründüngung und Kunstdünger sind die hauptsächlichsten — wenigstens mit Näherungswerten — auch statistisch erfaßbaren Düngemittel.

An Stallmist fällt an[1]):

im Regierungsbezirk Potsdam einschl. Berlin 4 Millionen Tonnen
„ „ Frankfurt a. O. . . . . . 3¾ „ „

Damit ist nur ein Teil des Fäkalienanfalles überhaupt erfaßt. Insbesondere bleiben der Müll und die Abwässerdungstoffe unberücksichtigt. Der Müll, von dem in Berlin jährlich rund 1 400 000 *cbm*, das sind etwa 930 000 Tonnen = 62 200 Eisenbahnwaggons zu je 15 Tonnen Ladegewicht, anfallen[2]), wird vorerst bloß auf kleinen Gebietsstücken zur Ausfüllung von Moorlöchern, Erdgruben usw. verwendet (soll hier allerdings von einem gewissen Zustand der Verrottung an mehrere Jahre hindurch ohne Dungzufuhr außerordentlich gute Ernten liefern). Der als Abwasser (jährlich etwa 160 Millionen Kubikmeter) den Rieselfeldern durch die Kanalisation zugeführte Dünger (1 000 *cbm* Abwasser = 9 *kg* Stickstoff, 7 *kg* Kali und 2,5 *kg* Phosphorsäure, insgesamt also 1 440 Tonnen Stickstoff, 1 120 Tonnen Kali und 400 Tonnen Phosphorsäure) kommt nur dem Rieselland zugute[3]).

Die **Gründüngung** hat insbesondere als Nebennutzung eine Ausdehnung gewonnen, wie wohl keine der Bodennutzungen. Sie ging zum Teil mit der Ausdehnung des Anbaues der Wintergerste (1913: 1 300 *ha*, 1925: 8 360 *ha*, 1927: 11 742 *ha*) Hand in Hand.

Die Wintergerste wird 2 bis 3 Wochen früher reif als das übrige Getreide. Dadurch kommen den Stoppelfrüchten noch die langen warmen Tage des Spätsommers so zugute, daß sich hier die weitaus größten Massen von Gründünger gewinnen lassen. Da die Gründüngung die Erträge der nachfolgenden Kartoffeln und Zuckerrüben stark steigert, kann der Nachteil, der im Anbau der schwer verkäuflichen und gewöhnlich zu Futterzwecken verwendeten Wintergerste liegt, in Kauf genommen werden.

Da auch die brachliegenden und die als Ackerweide genutzten Ackerflächen der Düngestoffgewinnung dienen, sind in der nachfolgenden Übersicht die entsprechenden Zahlen mit aufgenommen. Es wurden in Brandenburg-Berlin Leguminosen zum Zwecke der Gründüngung angebaut:

	1913 *ha*	v. H. des Ackerlandes	Die v. H.-Zahlen in Preußen	1927 *ha*	v. H. des Ackerlandes	Die v. H.-Zahlen in Preußen
Leguminosen als Hauptnutzung	21 110,9	1,2	0,5	37 287,4	2,2	0,9
Brache	32 932,7	1,9	2,8	27 719,2	1,6	2,2
Ackerweiden . .	23 521,5	1,3	3,6	21 197,8	1,2	3,3
Leguminosen als Nebennutzung (Vor-, Nach- oder Zwischenfrucht)	28 809,4	1,7	1,1	84 413,1	5,0	2,6

Den weitaus überwiegenden Teil der als Hauptnutzung angebauten Leguminosen stellen die Lupinen (1913: 20632,7 *ha*, 1927: 32 248,2 *ha*), als Nebennutzung hat die Seradella größere Bedeutung (Nebennutzung 1913: Lupinen 7 794,4 *ha*, Seradella 19 622,1 *ha*, 1927: Lupinen 29 170,0 *ha*, Seradella 52 287,6 *ha*).

An **Kunstdünger** werden dem Boden außer dem Kali und den stickstoffhaltigen Düngemitteln die phosphorsäurehaltigen, die kalkhaltigen und auch solche zugesetzt, welche mehrere Nährstoffe enthalten, wie z. B. das Ammoniak-Superphosphat, das gewöhnlich eine innige Mischung von 9 Teilen wasserlöslicher Phosphorsäure und 9 Teilen Ammoniakstickstoff darstellt. Nur über den Verbrauch von kalihaltigen und stickstoffhaltigen Düngemitteln sind von den Syndikaten genauere Berechnungen nach Reinstickstoff bezw. Reinkali vorgenommen worden. Die nachfolgenden Zusammenstellungen orientieren über den Verbrauch der brandenburgisch(-berlinischen) Landwirtschaft.

Der Kaliverbrauch in der brandenburgischen Landwirtschaft.

	Reinkali		davon Kalirohsalze			
			Karnallit		Kainit	
	dz	v. H. von Preußen	*dz*	v. H. von Preußen	*dz*	v. H. von Preußen
1924	479 288	15,4	690	16,9	147 858	15,1
1925	764 879	15,5	1 470	30,8	214 971	14,8
1926	634 286	14,8	862	22,7	206 624	14,6
1927	693 529	14,5	762	20,2	213 752	14,6

	(noch davon) Kalidüngesalze						Chlorkalium 80 %		kg Reinkali auf 1 ha Anbaufläche
	18—22 %		28—32 %		38—42 %				
	dz	v. H. von Preußen	*dz*	v. H. von Preußen	*dz*	v. H. von Preußen	*dz*	v. H. von Preußen	
1924 . .	41 487			25,4	279 554	15,7	8 360	3,5	20,9
1925 . .	33 634	26,4	17 239	17,5	465 680	15,1	30 301	19,0	33,4
1926 . .	31 141	25,3	15 344	15,1	354 698	14,1	24 514	19,5	27,7
1927 . .	26 851	23,0	13 056	12,4	402 175	13,8	34 413	18,1	30,8

[1]) Hanau-Paetzmann: Der Stickstoff-Verbrauch der Landwirtschaft usw. in: Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung, Sonderheft 8, S. 10. — [2]) Im allgemeinen rechnet man mit einem Müllanfall von 1 Liter täglich pro Kopf der Bevölkerung; in Kälteperioden steigt er auf 1⅕ Liter. — [3]) Auf 1 *ha* Rieselland kommen (nach Ruths, Stadtgüter und Stadtversorgung, in Probleme der neuen Stadt Berlin, S. 125) 117 *kg* Stickstoff, 90 *kg* Kali, 33 *kg* Phosphorsäure. Bei 1 681 980 *ha* Ackerland und gleichmäßiger Verteilung von Kali und Stickstoff auf diese werden normalerweise je *ha* 41 *kg* Kali (? siehe weiter unten) und 20 *kg* Stickstoff (? siehe weiter unten) in Berlin-Brandenburg verbraucht. Dazu kommen schätzungsweise 26 *kg* Stickstoff, der zu 35 v. H. gegen 70 v. H. bei den künstlichen Düngemitteln ausgenutzt wird. Das Rieselland erhält also eine schwache Phosphorsäuredüngung, eine normale Kalidüngung und eine viel zu starke Stickstoffdüngung. Die Rieselfelder erhalten diese Düngung umsonst. Der Vorteil wird jedoch vollständig aufgehoben durch den Nachteil der erschwerten Bewirtschaftung. Bei den kleinen Parzellen braucht man auf je 100 Morgen 10 Arbeiter und 6 Pferde; bei Naturland, wenn das gleiche Gut in 8 großen Schlägen anstatt 5 000 Einzelstücken bewirtschaftet werden kann, benötigt man nur 3—4 Arbeiter und 2—3 Pferde. Da die Düngerkosten auf gleich großen Privatgütern 15 bis höchstens 18 ℳ je Morgen betragen, die Löhne aber 30—50 Mark und die Gespannkosten 50—60 Mark, so haben die Rieselgüter für die Düngung im Werte von höchstens 30—50 Mark eine erhöhte Ausgabe an Löhnen bis 150 Mark und an Gespannkosten bis 60 Mark, im ganzen also von 210 Mark je Morgen. Dabei ist der Ertrag an Getreide und Hackfrüchten im Durchschnitt der Jahre geringer als auf der gleichen Fläche Naturland derselben Güte.

Der Verbrauch an künstlichen Stickstoffdüngemitteln (einschl. Ammoniak-Superphosphat) in Brandenburg und Berlin.
(in Tonnen Reinstickstoff)

1924/25 . . . . . 29 511 = 11,7 v. H. des preußischen Verbrauchs
1925/26 . . . . . 26 725 = 10,9 „ „ „ „
1926/27 . . . . . 34 049 = 11,7 „ „ „ „ ,

davon

	1924/25	1925/26	1926/27	
Reg. Bez. Potsdam u. Berlin	16 670	15 086	19 199 *t.*	Reinstickstoff
„ „ Frankfurt a. O.	12 841	11 639	14 850 „	„

Die brandenburgische Landwirtschaft verbraucht an Kali pro *ha* Anbaufläche (nach der Syndikatsberechnung) durchweg etwas mehr als 5 *kg* über dem Staatsdurchschnitt[1]). 1913 hatte sie pro *ha* einen Verbrauch von 25,97 *kg*, wurde damit in Preußen nur von der Provinz Posen, im Reich von Oldenburg (29,76 *kg*) und Anhalt (29,14 *kg*) übertroffen. Seit 1924 verbrauchten pro *ha* Anbaufläche von den preußischen Provinzen 1924: Schlesien ebensoviel, Grenzmark und Westfalen mehr, 1925: Schlesien, 1926: Hannover und Westfalen, 1927: Hannover mehr als Brandenburg. Das Vorrücken der Provinz Hannover als Kaliverbraucher ist wahrscheinlich auf den steigenden Anbau von Kartoffeln zurückzuführen.

Neben den hochprozentigen Kalidüngesalzen, die sowohl aus frachtlichen Gründen als auch aus dem Grunde bevorzugt werden, weil die minderwertigen Kalirohsalze den Kohlehydratgehalt der Kartoffeln und Zuckerrüben herabdrücken, verbraucht die brandenburgische Landwirtschaft bemerkenswert viel Kalirohsalze. Sie wirken auf Sandboden durch Bindung und Feuchthaltung günstig. Außerdem liegt Brandenburg, von der Mitte der Provinz an gerechnet, nur etwa 150 *km* von den Staßfurter Salzlagern entfernt, sodaß Brandenburg eher als viele andere Provinzen von dem verhältnismäßig niedrigen Preis des in den Rohsalzen gebundenen Reinkalis Nutzen ziehen kann.

Von den kalkhaltigen Düngemitteln nimmt in der brandenburgischen Landwirtschaft der Mergel eine bevorzugte Stellung ein. Der Ätzkalk ist für den Sandboden, in welchem infolge der stärkeren Durchlüftung die Umsetzungsvorgänge an sich schon ziemlich rasch vonstatten gehen, zu scharf und zu tätig.

Superphosphat und Thomasmehl sind die gängigsten phosphorsäurehaltigen Düngemittel, welche außer auf Frühreife besonders auf die Körnerbildung einwirken.

Der teuerste Nährstoff in der Landwirtschaft ist der Stickstoff. In der Form des künstlichen Düngers wird er in der brandenburgischen Landwirtschaft in geringem Maße verwendet. Dieses Minus auf der einen Seite wird teilweise durch das Plus an Gründüngung auf der andern Seite ausgeglichen. Die Gründüngung wirkt chemisch wie eine Stickstoffdüngung. Sie hat dem Kunstdünger die physikalische Wirkung voraus, daß sie infolge des sich bildenden Humus lockernd, erwärmend und feuchtigkeitsvermehrend wirkt. Gut entwickelte Seradella entspricht dem Stickstoffwerte nach abzüglich der Umsetzungsverluste etwa 1 bis 1,5 *dz*, die Lupinen etwa 4 *dz* Salpeter (pro *ha*). Mit Erbsen, Wicken und großen Bohnen ist sogar das Doppelte der Lupinenleistung erzielt worden.

Die Gesamtzufuhr an ausnutzbarem Stickstoff durch Stallmist, Leguminosenbenutzung und Kunstdünger ist (nach Hanau-Paetzmann[2]):

Reg.-Bez.	Gesamtzufuhr *t*	Abzuziehen für Wiese *t*	Abzuziehen für Weide *t*	Es verbleiben für Acker *t*	Auf 1 *ha* red. Acker[1]) entfallen *t*	Verhältnis v. organischem z. anorgan. Stickstoff auf Acker
Potsdam (und Berlin) . . .	18 679,4	1 284,1	329,0	17 066,3	22,6	1 : 2,3
Frankfurt . .	15 389,1	1 379,1	150,2	13 859,8	19,8	1 : 1,9

[1]) Reduzierte Ackerfläche = Gesamtackerfläche minus reine Leguminosenfläche und Ackerweide minus 1 1/2 Gründunglupinenfläche minus 1/2 Leguminosengetreidefläche.

Die Zufuhr von ausnutzbarem Stickstoff in kg je ha reduzierter Ackerfläche.

	durch Stallmist			durch Kunstdünger			überhaupt (einschl. Leguminosen)		
	1924 bis 1925	1925 bis 1926	1926 bis 1927	1924 bis 1925	1925 bis 1926	1926 bis 1927	1924 bis 1925	1925 bis 1926	1926 bis 1927
Potsdam (und Berlin)	6,6	6,5	6,5	13,7	12,4	15,8	20,7	19,2	22,6
Frankfurt . . .	6,5	6,4	6,4	11,1	10,1	12,9	18,2	17,0	19,8
Dtsch. Reich .	**8,1**	**8,1**	**8,2**	**11,8**	**11,4**	**13,8**	**20,1**	**19,7**	**22,2**

In Verbindung mit den von Hanau-Paetzmann berechneten Erträgen folgt aus dem Düngemittelverbrauch: Von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben Gebiete mit überdurchschnittlichen Stickstoffgaben auch überdurchschnittliche Erträge und Gebiete mit unterdurchschnittlichen Gaben unterdurchschnittliche Erträge aufzuweisen. Potsdam mit Berlin und Frankfurt a. O. stehen unter 62 Gebieten dem Stickstoffverbrauch nach an der 30. und 37. Stelle. Der Ertragszahl[1]) nach ist die Reihenfolge beider brandenburgischen Bezirke umgekehrt, und zwar steht Frankfurt an der 19., Potsdam an der 25. bis 28. Stelle zusammen mit Lüneburg und Hamburg, Arnsberg und Waldeck und Koblenz. Im Anschluß an Hanau-Paetzmann müßte die Abweichung in der Begünstigung der Provinz Brandenburg durch klimatische Verhältnisse zu suchen sein.

Im Jahre 1913 betrug der gesamte Einfuhrüberschuß der Provinz Brandenburg an Düngemitteln 1,17 Millionen Tonnen, 1925, 1926 und 1927 bestand ein Einfuhrüberschuß (in Tonnen):

an	1925	v. H.	1926	v. H.	1927	v. H.
tierischem Dünger .	178 856	14,8	191 898	13,7	209 098	14,1
Kalisalzen	278 844	23,0	244 389	17,4	257 502	17,3
künstl. Stickstoffdünger	99 517	8,2	149 593	10,7	145 191	9,8
phosphorsäurehaltigen Düngemitteln	160 093	13,2	118 210	8,4	165 351	11,1
Chilesalpeter und Natronsalpeter . .	18 672	1,5	8 035	0,5	592	0.0
sonstigen Düngemitteln (Kalk, Mergel)	475 266	39,3	692 398	49,3	710 516	47,7
Düngemittel insges.	**1 211 248**	**100,0**	**1 404 523**	**100,0**	**1 488 250**	**100,0**

Der Anteil des organischen und erdigen Düngers liegt zwischen 50 und 60 v. H. des gesamten Düngemittelempfanges. Der übrige Dünger ist der Kunstdünger.

Die Zufuhr erfolgte, kaum verändert gegenüber der Vorkriegszeit, zum weitaus überwiegenden Teil auf der Eisenbahn. Auf das Binnenschiff als Transportmittel kam 1925 ein Einfuhrüberschuß von 39 339 Tonnen, 1926 ein solcher von 43 170 Tonnen, 1927 von 26 031 Tonnen, gegen 38 139 Tonnen im Jahre 1913.

Die Herkunft der Düngemittel läßt sich erst seit den Nachkriegsjahren genauer verfolgen.

[1]) Der beträchtliche Kaliverbrauch der brandenburgischen Landwirtschaft ist zum Teil durch die Bodenbeschaffenheit bedingt. Sandboden ist arm an Kali. — [2]) Siehe S. 184 Anmerkung 1. Die Zahlen stellen eine ganz grobe Schätzung dar. Jedoch kann hier auf die Spezialfragen nicht eingegangen werden.

[1]) Zusammengefaßt sind in ihr die Hektarerträge von Roggen, Weizen, Spelz, Gerste, Hafer, Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterrüben in v. H. der entsprechenden Reichsdurchschnittserträge gewogen mit den Anbauflächen der Ernten 1923/27.

Der tierische Dünger kommt fast ausschließlich aus Berlin. Ebenso geht die Steigerung des brandenburgischen Empfanges von erdigen und kalkhaltigen Düngemitteln fast ausschließlich auf Konto des Berliner Mehrversandes. Berlin partizipierte 1925 mit 72,7 v. H., 1926 mit 80,0 v. H. und 1927 mit 77,6 v. H. am brandenburgischen Gesamtempfang und schickte damit fast (1925: 86 v. H., 1926: 97 v. H., 1927: 99,2 v. H.) seinen gesamten nach auswärts versandten Anfall an erdigen Düngern in die Provinz: Kennzeichen der Konsumzentrale, deren Abfälle und Fäkalien an die Landwirtschaft der Umgebung gehen.

Die Kalisalze kommen zu etwa 98 v. H. aus den mitteldeutschen Salzlagerstätten. Der Verschiebung des Schwergewichtes im Kalibergbau von Nordosten nach Südwesten ist der Verkehr gefolgt. Die Anteile der drei Gebiete Hannover (Frachtbasis Vienenburg), Provinz Sachsen und Anhalt (Frachtbasis Staßfurt—Leopoldshall) und Thüringen (Frachtbasis Salzungen) an der Belieferung Brandenburgs mit Kalisalzen betrugen 1925: 12, 63 und 22 v. H.; 1926: 6, 69 und 22 v. H. und 1927 (Gesamteinfuhr 259 312 Tonnen): 7, 70 und 21 v. H.

Bei den künstlichen Stickstoff-Düngemitteln ist anstelle des Chilesalpeters der Natronsalpeter bezw. Kalisalpeter (1925 der Leunawerke[1], 1926 vermutlich aus dem Stickstoffwerk Piesteritz[2]) getreten[3]. Die Hauptposition der Stickstoffdüngemittel enthält Ammoniak, Ammonsulphatsalpeter, Kalistickstoff, Kaliammonsalpeter, Natronsalpeter und andere stickstoffhaltige Düngemittel. Entsprechend dem Neubildungsprozeß in der chemischen Industrie, der mit den Namen Oppau und Leuna hinreichend gekennzeichnet ist, haben sich in der Versorgung mit künstlichen Stickstoffdüngemitteln recht erhebliche Verschiebungen vollzogen. Die brandenburgische Landwirtschaft bezieht heute nur noch in verschwindendem Maße das bei der Verkokung in den Hochöfen des Ruhrbezirks oder bei der Vergasung in den vereinzelt liegenden Gasanstalten anfallende schwefelsaure Ammoniak, dafür aber in größerem Umfang das Ammonsulphat des Leunawerkes. Sie deckt dort ihren Bedarf zu ca. 90 v. H. und nimmt schätzungsweise 1/9 bis 1/8 der Produktion des Werkes ab.

Die phosphorsäurehaltigen Düngemittel werden nicht wie alle vorher genannten Düngemittel aus nur einem oder einigen wenigen Produktionsgebieten bezogen, sondern der Bedarf wird durch Lieferungen gedeckt, die aus fast allen Gegenden Deutschlands kommen. Der Rückgang im Verbrauch überhaupt ist in den Preisverhältnissen begründet. Bis 1926 lag der Preis für Phosphorsäuredünger über dem aller übrigen Düngemittel. Die Hauptversorger der brandenburgischen Landwirtschaft mit phosphorsäurehaltigen Düngemitteln sind:

	1925		1926		1927	
	t	v. H. des Empfangs	t	v. H. des Empfangs	t	v. H. des Empfangs
Ruhrgebiet (einschl. Duisburg-Ruhrort)	68 206	37,3	38 776	25,7	76 096	42,2
Luxemburg	18 936	10,4	12 474	8,3	11 253	6,2
linksrheinische Rheinprovinz	12 122	6,6	12 968	8,6	7 877	4,4
Elbhäfen	11 132	6,1	12 127	8,0	4 013	2,2
Pommersche Häfen	13 417	7,3	11 155	7,4	17 094	9,5
übriges Pommern	9 507	5,2	7 542	5,0	9 895	5,5
Reg. Bez. Hannover, Hildesheim, Braunschweig	9 947	5,4	7 168	4,7	10 219	5,7
Elsaß-Lothringen	8 887	4,9	15 349	10,2	9 616	5,3
Belgien	7 015	3,8	11 533	7,5	20 757	11,5

[1]) 17 626 Tonnen aus Verkehrsbezirk 19a (= 95 v. H. des Gesamtempfanges). — [2]) 7 077 Tonnen aus Verkehrsbezirk 18 (= 87 v. H. des Gesamtempfanges). — [3]) Die Mengen sind (offenbar) fälschlich als Chilesalpeter gezählt und 1927 wahrscheinlich an anderer Stelle ausgewiesen worden. Der Gesamtbezug an Chilesalpeter wird 1927 auf 1 195 Tonnen beziffert, davon kamen 739 Tonnen über Hamburg.

Hier noch einige Zahlen über die Bedeutung der Stadt Berlin als Düngemittelliefergebiet, die wir, von Brandenburg aus gesehen, bereits kennen gelernt haben. Berlin hatte 1913 einen Düngemittelausfuhrüberschuß von 618 990 Tonnen. 1925 betrug der Ausfuhrüberschuß an erdigen Düngemitteln 327 321 Tonnen, an tierischem Dünger 318 220 Tonnen und der Einfuhrüberschuß an künstlichem Dünger 53 215 Tonnen. 1926 war der Ausfuhrüberschuß an erdigen Düngern auf 564 291 Tonnen, der Ausfuhrüberschuß an tierischem Dünger auf 322 244 Tonnen gestiegen und der Einfuhrüberschuß an künstlichem Dünger auf 19 187 Tonnen gefallen. 1927 bestand in allen drei Düngerarten ein Ausfuhrüberschuß. (Die Verkehrsbilanz für die künstlichen Düngemittel ist vornehmlich handelsfunktionell bedingt). Es wurden mehr aus- als eingeführt: an erdigem Dünger 547 633 Tonnen, an tierischem Dünger 347 779 Tonnen und an künstlichen Düngemitteln 35 323 Tonnen. Als Abnehmer des aus Berlin transportierten tierischen Düngers kommen neben der weitaus an der Spitze stehenden Provinz Brandenburg die transportnahe Provinz Sachsen, insbesondere das magdeburgisch-anhaltische Gebiet (1925: 70 434 Tonnen, 1926: 62 812 Tonnen, 1927: 74 469 Tonnen), das Land Sachsen (1925: 15 975 Tonnen, 1926: 14 289 Tonnen, 1927: 19 734 Tonnen) und Hannover-Oldenburg (1925: 29 643 Tonnen, 1926: 26 562 Tonnen, 1927: 27 090 Tonnen) in Betracht — zum größten Teil alles Gebiete, die hinsichtlich ihres Bedarfs an tierischem Dünger selbstgenügsame Wirtschaftssysteme darstellen und für die der Empfang aus Berlin fast der gesamte Empfang von auswärts ist.

2. Der Güterverkehr mit landwirtschaftlichen Produkten.

Im „Güterverkehr mit landwirtschaftlichen Produkten" sollen nicht nur die landwirtschaftlichen Produkte behandelt, sondern es soll der Güterverkehr mit allem, was schlechthin organisches, pflanzliches und tierisches, Erzeugnis des Bodens ist, dargestellt werden. Die Holzerträge und das Vieh, welches nicht von der Landwirtschaft gezüchtet wird (Schweinemästereien, Gestüte, Geflügelfarmen) sind die wesentlichen Posten, die über die landwirtschaftliche Produktion im engeren Sinne hinausgreifen. Beim Vieh beträgt dieser Posten ungefähr 1/4 des gesamten Viehstandes. Nur 3/4 etwa kommen aus der Landwirtschaft. Außerdem wird der Verkehr mit solchen gewerblichen Produkten dargestellt, die veredelte Agrarerzeugnisse sind. Zur Vergegenwärtigung dessen, was die versandten bzw. eingegangenen Erzeugnisse für die Bevölkerung jedes der beiden hier zu betrachtenden Gebiete bedeuten, ist — soweit wie möglich — die Eigenproduktion mit in die Darstellung einzubeziehen. Wenn einigermaßen zureichende Unterlagen vorhanden sind, wird versucht werden, zu einer Verbrauchsberechnung zu kommen. (Daß [aus statistischen, arbeitsökonomischen und anderen Gründen] nicht alles, was agrarisches Erzeugnis ist, in die Darstellung einbezogen werden konnte, ergibt sich aus den folgenden Abschnitten.)

a) Die Hauptbodenerträge.

Die Übersicht oben auf Seite 187 enthält die Hauptpositionen des brandenburgischen (und berlinischen) landwirtschaftlichen Ertrages. In Brandenburg besetzten die aufgeführten Bodenfrüchte (1927) 63 v. H. des Ackerlandes. Unter Einbeziehung der Wiesen ist damit die Bedeutung von 65 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche zu untersuchen.

Um die Veränderungen auf das richtige Maß zu bringen, muß man verschiedene Momente berücksichtigen. Im regelmäßigen Turnus der Fruchtwechselwirtschaft verschiebt sich das Verhältnis der Nährflächen zueinander von Jahr zu Jahr. Außerdem wird diese Bewe-

Die Anbauflächen und die Erträge der wichtigsten Feldfrüchte in Berlin und Brandenburg.

Fruchtart	Anbauflächen in Hektar						Erträge in Tonnen					
	1909/13	1913	1925	1926	1927	1928	1909/13	1913	1925	1926	1927	1928
Berlin												
Weizen	119	125	191	221	261	206	199	248	321	335	400	563
Roggen	7 133	7 348	5 297	5 701	5 309	4 949	11 445	12 376	8 684	8 640	7 474	10 727
Gerste	419	435	497	496	504	447	690	763	710	839	887	921
Hafer	3 103	3 222	2 006	1 830	1 847	1 809	4 442	4 631	3 335	3 225	3 048	3 669
Kartoffeln	4 795	4 906	3 536	3 302	3 332	3 156	66 229	80 193	56 560	43 797	46 424	41 850
Zuckerrüben	[1]) 126	128	47	39	41	26	[1]) 3 633	3 639	1 246	1 203	1 046	650
Futterrüben	[1]) 363	473	431	468	441	382	[1]) 19 992	26 164	16 302	20 160	17 344	14 166
Heu v. Klee u. Luzerne	479	482	143	123	155	151	1 705	1 913	731	520	807	921
Wiesenheu	4 485	4 481	4 133	3 835	3 948	3 870	16 569	17 644	17 506	16 610	17 887	20 304
Brandenburg												
Weizen	59 481	64 084	57 060	65 519	78 615	74 632	140 668	171 381	128 732	123 689	136 897	166 800
Roggen	629 168	655 448	596 712	600 645	592 138	581 048	1 068 537	1 156 242	965 898	764 868	801 095	1 007 345
Gerste	71 810	74 905	82 792	89 229	86 176	87 562	159 529	175 837	160 911	165 440	157 599	230 315
Hafer	241 402	252 026	226 944	228 386	226 033	232 576	478 810	500 915	358 450	429 469	426 961	475 733
Kartoffeln	308 531	321 257	320 715	309 118	311 946	315 529	4 804 939	5 823 432	5 201 591	3 693 656	4 222 581	4 572 794
Zuckerrüben	[1]) 25 562	26 228	24 153	23 023	24 637	25 447	[1]) 770 424	772 665	622 680	589 107	562 794	616 686
Futterrüben	[1]) 20 574	31 261	38 100	38 809	37 801	38 353	[1]) 1 006 261	1 317 578	1 470 749	1 428 829	1 339 393	1 265 186
Heu v. Klee u. Luzerne	91 506	80 324	92 023	84 150	89 030	84 766	386 385	435 177	383 432	402 088	464 370	334 891
Wiesenheu	403 064	409 283	404 389	402 108	404 364	402 341	1 476 330	1 572 873	1 422 785	1 425 313	1 523 368	1 307 212

[1]) 1912/13.

gung durch eine Grundtendenz beherrscht. Das heißt: Veränderungen dauernder Natur auf der Nachfrageseite (Bevölkerungsvermehrung, Veränderungen der Lebensgewohnheiten usw.) paßt sich die Produktion an. So ist z. B. im Laufe der letzten 50 Jahre die Kartoffel als Feldfrucht der brandenburgischen Landwirtschaft noch mehr in den Vordergrund gerückt. 1878 wurden in Brandenburg-Berlin 271 000 *ha* Kartoffeln angebaut, 1913: 326 000 *ha*. Dazu kommt, daß die Erträge von Jahr zu Jahr, überwiegend durch klimatische Einflüsse verursacht, wechseln. So wurden 1925 in Brandenburg pro *ha* Kartoffelanbaufläche 162,2 Doppelzentner, 1926: 119,6 Doppelzentner geerntet. Außerdem besteht oder bestand auch hinsichtlich der Erträge eine Grundtendenz zur Leistungssteigerung pro Flächeneinheit. Pro *ha* werden in der Gegenwart erheblich mehr Feldfrüchte gewonnen als vor 50 Jahren. Ein *ha* Kartoffelanbaufläche warf z. B. in Brandenburg im Jahre 1878: 98 Doppelzentner, im Jahresdurchschnitt 1909/13: 155 Doppelzentner ab; 1 *ha* Winterroggen brachte 1878 10,6 Doppelzentner, im Durchschnitt 1909/13: 18,6 Doppelzentner Körner.

b) Die Hauptbodenfrüchte im Güterverkehr.

Vergegenwärtigt man sich die Lage Berlins inmitten der Provinz Brandenburg, und berücksichtigt man dabei, daß in Berlin, wo die eigene Ernährungsbasis so gut wie ganz fehlt, 4,3 Millionen Menschen leben, in der Provinz Brandenburg hingegen nur eine Bevölkerung von 2,6 Millionen Einwohnern ansässig ist, so wird man die nach dem regionalen Ausgleich drängenden Spannungen deutlich vor Augen haben. Daß der Anteil der Provinz Brandenburg an der Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Nahrungs- und Genußmitteln dann, wenn Überschüsse vorhanden sind, besonders groß sein wird, kann man auch ohne Kenntnis der Statistik aus der Transportlage schließen. Genauere Einblicke geben die nachfolgenden Übersichten.

Die Ausfuhr- (−) oder Einfuhr- (+) überschüsse betrugen

an	Jahr	in Brandenburg	in Berlin
		Tonnen	
Weizen	1913	− 34 654	+ 91 704
	1925	− 8 364	+ 92 987
	1926	+ 26 221	+ 113 316
	1927	+ 38 147	+ 138 574
Roggen	1913	− 226 314	+ 166 843
	1925	− 142 668	+ 123 917
	1926	− 147 357	+ 123 369
	1927	− 51 269	+ 135 100
Gerste	1913	− 18 200	+ 93 168
	1925	− 56 462	+ 72 397
	1926	− 53 363	+ 87 850
	1927	− 31 352	+ 70 427
Hafer	1913	− 59 359	+ 162 513
	1925	− 10 637	+ 88 613
	1926	− 18 638	+ 84 102
	1927	− 15 102	+ 81 406
Kartoffeln	1913	− 293 406	+ 360 851
	1925	− 534 125	+ 430 894
	1926	− 611 856	+ 423 899
	1927	− 342 469	+ 446 428
Rüben (Zucker- und Futterrüben)	1913	− 52 699	+ 74 115
	1925	− 66 221	+ 37 265
	1926	− 83 424	+ 45 461
	1927	− 60 828	+ 34 229
Heu, Häcksel, Stroh	1913[1])	(− 4 082)	(+ 3 835)
	1925	− 122 584	+ 125 255
	1926	− 56 752	+ 126 233
	1927	− 72 697	+ 127 352

[1]) nur Binnenschiffsverkehr.

Der Verbrauch stellte sich demnach

bei	Jahr	in Brandenburg	in Berlin
		auf Tonnen	
Weizen	1913	136 727	91 952
	1925	120 368	93 308
	1926	149 910	113 651
	1927	175 044	138 974
Roggen	1913	929 928	179 219
	1925	823 230	132 595
	1926	617 511	132 009
	1927	749 826	142 574
Gerste	1913	157 637	93 931
	1925	104 449	73 107
	1926	112 077	88 689
	1927	126 247	71 314
Hafer	1913	441 556	167 144
	1925	347 813	91 948
	1926	410 831	87 327
	1927	411 859	84 454
Kartoffeln	1913	5 530 026	441 044
	1925	4 667 466	487 454
	1926	3 081 800	467 696
	1927	3 880 112	492 852

Es überraschen die ganz erheblichen Verbrauchsunterschiede zwischen der Land- und Stadtbevölkerung. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß in der Provinz Brandenburg nicht soviel Feldfrüchte dem eigentlichen Verbrauch unterliegen, wie hier errechnet worden ist. Man denke z. B. nur an die Mengen, die als Saatgut Verwendung finden. Das sind in Brandenburg ungefähr

10 000 Tonnen Weizen[1]) (= 7,7 v. H. der Ernte),
72 000 „ Roggen[2]) (= 8,5 „ „ „ „),
13 000 „ Gerste[3]) (= 8,1 „ „ „ „),
23 000 „ Hafer[4]) (= 5,7 „ „ „ „),
785 000 „ Kartoffeln[5]) (= 18,0 „ „ „ „).

Andererseits ist der Berliner Verbrauch an Roherträgen der Landwirtschaft zum größten Teil darum so unvergleichlich niedriger als in der Provinz Brandenburg, weil große Mengen in veredeltem Zustande bezogen werden. Rechnet man beispielsweise mit einem Einfuhrüberschuß an Schweinen von jährlich 1,1 Millionen Stück und die Futterration eines jeden Schweines mit 8 *dz* Kartoffeln, so sind das in Kartoffeln umgerechnet allein schon weitere 880 000 Tonnen Kartoffeln. Dennoch bleibt unter Berücksichtigung aller solcher Mängel einer Verbrauchsberechnung die Tatsache bestehen, daß in Berlin der Verbrauch an den Hauptbodenfrüchten relativ geringer ist als in der Provinz Brandenburg.

Die Art der Verbundenheit der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin untereinander und mit anderen Gebieten ist durch eine Analyse der weiter oben aufgeführten Salden der Verkehrsbilanz bei den Waren einzeln zu verfolgen. Die durch Vorgänge in der Umlaufssphäre und durch die Austauschverhältnisse im Grenzverkehr aufgeblähte Verkehrsbilanz wird dabei in der Weise vereinfacht, daß nur mit den Überschüssen operiert wird. Die geographische Richtung der Austauschverhältnisse mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen läßt sich zahlenmäßig so am klarsten zeigen. Nur bei den Rüben liegen besondere Verhältnisse vor, denen durch Berücksichtigung vom Versand und Empfang Rechnung getragen wird. Zur Orientierung über die Art der Zusammenstellung sei bemerkt, daß zunächst die Provinz Brandenburg betrachtet werden wird, wobei sich Berlin in der Regel als Hauptabnehmergebiet erweist. Daran anschließend sollen die übrigen Liefergebiete der Stadt Berlin zur Darstellung kommen.

I. Der brandenburgische Güterverkehr.

Die Versand- (Weizen 1926 und 1927: Empfangs-) überschüsse der Provinz Brandenburg insgesamt waren das Ergebnis eines Mehrausganges (−) und Mehreinganges (+) von .... Tonnen nach und von folgenden Gebieten:

	1913	1925	1926	1927
Weizen				
Berlin	— 42 842	— 21 412	— 15 209	— 12 677
Pommern	— 17 064	— 20 940	— 7 410	— 3 092
Elbhäfen	+ 7 595	+ 10 642	+ 31 879	+ 28 677
Provinz Sachsen und Thüringen	+ 7 433	+ 16 371	+ 14 104	+ 23 916
Land Sachsen	+ 4 123	+ 3 382	+ 1 386	+ 2 723
Niederschlesien	+ 3 466	+ 3 524	+ 4 338	+ 300
Provinz Posen	+ 2 056	—	—	—
Mecklenburg (Verkehrsbezirk 5)	+ 455	— 3	+ 3 027	— 1 802
Sonstige Gebiete	+ 124	+ 72	— 5 894	+ 102

[1]) 150 *kg* pro *ha* Anbaufläche. — [2]) desgl. 120. — [3]) desgl. 150. — [4]) desgl. 100. — [5]) desgl. 2 500.

	1913	1925	1926	1927
Roggen				
Berlin	— 99 962	— 60 797	— 74 921	— 30 020
Land Sachsen	— 41 896	— 33 747	— 25 299	— 22 106
Pommern	— 50 328	— 18 088	— 15 079	— 3 694
Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt	— 13 566	— 22 871	— 18 762	— 12 590
Elbhäfen	— 12 392	— 1 494	— 9 788	+ 25 469
Posen (1913) bezw. Grenzmark (seit 1925)	— 425	+ 3 945	+ 2 305	+ 641
Mecklenburg	— 1 552	+ 1 937	— 678	+ 1 652
Niederschlesien	— 2 263	— 2 324	+ 2 699	— 4 733
Sonstige Gebiete	— 3 930	— 9 029	— 7 834	— 5 888
Gerste				
Berlin	— 22 854	— 30 721	— 33 578	— 25 496
Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt	— 15 731	— 15 134	— 22 088	— 9 086
Pommern	— 6 451	— 1 831	— 75	— 194
Land Sachsen	— 2 965	— 7 120	— 5 679	— 4 332
Elbhäfen	+ 14 838	+ 453	+ 1 433	+ 1 455
Posen (1913) bezw. Grenzmark (seit 1925)	+ 8 448	+ 1 556	+ 2 702	+ 3 058
Niederschlesien	+ 5 002	+ 1 611	+ 3 325	+ 2 432
Sonstige Gebiete	+ 1 513	— 5 276	+ 597	+ 811
Hafer				
Berlin	— 42 463	— 8 683	— 17 722	— 15 174
Land Sachsen	— 5 550	— 563	— 1 362	— 1 264
Pommern	— 8 868	+ 5 660	+ 3 178	+ 1 512
Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt	— 7 535	— 4 757	— 6 426	— 5 681
Hannover-Oldenburg (ohne Häfen)	— 3 826	— 1 067	— 1 332	— 1 757
Posen (1913) bezw. Grenzmark (seit 1925)	+ 6 304	+ 2 559	+ 3 299	+ 3 502
Niederschlesien	+ 6 177	+ 516	+ 2 147	+ 2 261
Hessen-Nassau	— 1 369	— 1 792	— 487	— 184
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	— 1 600	— 1 949	— 962	— 777
Sonstige Gebiete	— 629	— 561	+ 1 029	+ 2 460
Kartoffeln				
Berlin	—264 589	—312 014	—298 113	— 272 455
Land Sachsen	— 39 359	— 48 467	—113 311	— 34 395
Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt	— 20 743	— 30 501	— 57 922	— 18 717
Ruhrgebiet	— 26 869	— 79 511	— 65 729	— 50 595
Niederschlesien	— 6 280	— 8 478	— 21 850	— 2 423
Elbhäfen	— 2 428	— 41 643	— 6 649	— 11 343
Pommern	+ 15 358	+ 46 429	+ 2 167	+ 8 962
Mecklenburg	+ 31 058	+ 16 011	+ 7 338	+ 15 159
Posen (1913) bezw. Grenzmark (seit 1925)	+ 32 301	+ 262	+ 7 139	+ 20 048
Westpolen (ohne Ostoberschlesien)	.	+ 6 642	+ 106	+ 22 185
Sonstige Gebiete	— 11 855	— 82 855	— 65 032	— 18 895

Rüben
(Zucker- und Futterrüben).

(nur Hauptpositionen)	1913		1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Emp[illegible]
Pommern	68 522	63 093	61 077	71 907	62 334	64 279	49 904	56[illegible]
Mecklenburg	11 129	12 929	15 685	15 758	17 818	18 230	15 138	11[illegible]
Prov. Sachsen, Anhalt und Thüringen	29 084	21 204	72 415	11 421	69 913	14 310	61 366	14[illegible]
Berlin	65 264	17 125	24 071	2 206	28 808	3 034	20 803	1[illegible]

Heu, Häcksel, Stroh und andere grüne und trockene Futterpflanzen.

	1925	1926	1927
Berlin	— 89 903	— 73 820	— 82 071
Provinz Sachsen, Anhalt	— 15 206	— 3 468	+ 2 039
Land Sachsen	— 8 492	— 6 369	— 10 511
Niederschlesien	+ 4 393	+ 9 552	+ 6 894
Pommern	— 912	+ 4 440	+ 6 156
Grenzmark	+ 2 611	+ 2 983	+ 2 087
Westpolen (alle ehem. deutschen Gebiete ohne Ostoberschlesien)	+ 49	+ 2 484	+ 1 650
Schleswig-Holstein (ohne Häfen)	— 5 683	+ 1 273	— 945
Elbhäfen	— 4 609	— 1 354	— 694
Sonstige Gebiete	— 4 832	+ 7 527	+ 2 698

Aus den Übersichten seien einige Einzelheiten hervorgehoben. Der Ausfuhrrückgang an Weizen ist eine notwendige Folge der in den Jahren 1925 bis 1927 gegenüber 1913 um etwa 1/4 niedrigeren Ernte der Provinz Brandenburg. Obgleich die Provinz Brandenburg in ungünstigen Erntejahren auf die Weizenzufuhr von außerhalb angewiesen ist, hat sie infolge der Anbauverhältnisse des Weizens einen Aktivhandel mit der Provinz Pommern und mit Berlin. Nur wenige der brandenburgischen Kreise sind nämlich für den Weizenanbau geeignet. Diese sind mit einem Ernteertrag von .... Tonnen:

	1913	1925	1926	1927
Prenzlau	38 976	25 362	25 635	25 190
Angermünde	18 194	12 113	11 349	9 708
Templin	6 580	4 086	3 826	3 968
Oberbarnim	8 223	6 921	6 126	7 087
Westhavelland	5 773	3 401	3 476	5 693
Lebus	16 110	15 391	15 507	18 756
Königsberg i. Nm.	19 569	13 544	13 156	12 550
Soldin	11 527	9 631	8 003	8 880
Arnswalde	7 468	5 083	3 855	4 468
Insgesamt in v. H. der brandenburgischen Ernte	77,3	74,2	73,5	70,3

Diese Kreise liegen größtenteils an der Nordgrenze bzw. auf halbem Wege zwischen der Provinz Pommern und Berlin. Daher geben sie auch ihre Weizenüberschüsse entweder nach der Provinz Pommern oder nach Berlin ab. Dagegen wird der Süden Brandenburgs, welcher arm an Weizenböden ist, und wo Weizenbau fast eine Seltenheit ist, vom Land Sachsen, von der Provinz Sachsen und von Niederschlesien beherrscht, soweit nicht ausländischer, über Hamburg kommender Weizen zur Befriedigung des Bedarfes herangezogen wird.

Abgesehen von den absoluten Veränderungen im Roggenversand, sind die relativen wahrscheinlich eine Folge des in den Berichtsjahren unterbundenen Auslandsabsatzes. Wenn man den Versand aus der Provinz Brandenburg nach den Elbhäfen und nach den pommerschen Häfen als Anteil am deutschen Roggenexport auffaßt, ist die Provinz vom Rückgang der deutschen Ausfuhr (1913: 9,3; 1925: 1,7; 1926: 2,8 Millionen *dz*) überdurchschnittlich betroffen. Insbesondere ist das die Ursache der nach Dänemark auf etwa 1/9 (1913: 683 000, 1926: 79 000 *dz*), nach Norwegen auf 1/3 (1913: 1,7 Millionen, 1926: 563 000 *dz*) und nach Schweden auf 1/6 (1913: 1,1 Millionen, 1926: 178 000 *dz*) gesunkenen deutschen Ausfuhr. Die derzeitige Ausfuhr nach dorthin wird augenscheinlich ausschließlich von den deutschen Ostseeküstengebieten gedeckt, denen auch die deutsche Mehrausfuhr nach Finnland (1913: 204 000 *dz*, 1926: 366 000 *dz*) zugefallen ist. Im Rahmen der veränderten Gesamtsituation sucht die Provinz Brandenburg dafür den Ausgleich in einer stärkeren Belieferung des Binnenlandes (Berlin und Norddeutschland). Dieser Vorgang wird noch bei den Veredelungsprodukten zu beleuchten sein[1]).

Bei den Kartoffeln war trotz der gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr um über 1/10 (1925) bzw. um etwa 1/3 (1926 und 1927) geringeren Ernte der Ausfuhrüberschuß 1925 und 1926 doppelt so groß wie 1913. 1927 war er noch um 1/6 höher als vor dem Krieg. Die Kartoffeln sind neben der Milch der größte Aktivposten in der Verkehrsbilanz der brandenburgischen Landwirtschaft. Bei diesem Posten wird nun allgemein bezweifelt, daß Ausfuhrüberschüsse in der Höhe von 600 000 Tonnen vorteilhaft sein sollen. Da der Berliner Markt nur etwa 300 000 Tonnen aus Brandenburg aufnimmt, andererseits Mecklenburg, Pommern und die Grenzmark selbst Kartoffelüberschüsse haben, im Norden und Osten also kein Markt für brandenburgische Kartoffeln ist, müssen diese nach dem Süden und Westen gehen. Solange die brandenburgischen Kartoffeln in Niederschlesien oder im Land Sachsen sich Abnehmergebiete erschließen, sind die Verhältnisse nicht ungünstig. Aber jeder Transport auf weitere Entfernungen, besonders vom November ab, wenn die Nachtfröste einsetzen, bringt für den Kartoffelbau ein hohes Risiko. Kommt dann noch hinzu eine aus mißverstandenem Eigeninteresse nicht sehr sorgfältig vorgenommene Sortierung der Kartoffeln, so entstehen recht häufig erhebliche Schäden. Als Risikoausgleich wurde für Brandenburg, das in den Jahren 1925—27 etwa 17 v. H. der gesamten preußischen Kartoffelernte gewann, aber am preußischen Schweinebestand nur mit etwa 9 v. H. beteiligt war, die Steigerung der Schweinemast propagiert. Seither konnte wiederholt auf das Bestehen der Tendenz zur Verstärkung der Schweinemast in Ostdeutschland hingewiesen werden.

Bei den Rüben ist der Ausfuhrüberschuß weniger bemerkenswert als der Wechselverkehr, der sich infolge der Lage der Zuckerfabriken mit Pommern, Mecklenburg und der Provinz Sachsen herausgebildet hat. Die brandenburgischen Zuckerfabriken liegen in den 5 Kreisen, welche jeweilig mehr als die Hälfte der gesamten brandenburgischen Zuckerrübenernte gewinnen: Prenzlau, Lebus, Osthavelland, Arnswalde und Oberbarnim. Da die Zuckerrübe im Fabrikationsprozeß auf 1/6 ihres Gewichts eingekocht wird, verträgt sie bei den heutigen Zuckerpreisen durchschnittlich keine höhere Frachtbelastung als für 30 bis 40 *km*. Nun sind außer den genannten Kreisen an der Nordgrenze die beiden Kreise Soldin und Königsberg i./Nm., welche 1/8 der brandenburgischen Zuckerrübenernte gewinnen und in den Grenzzonen pommerschen Zuckerfabriken[1]) näher als brandenburgischen liegen, an der mecklenburgischen Grenze der Kreis Ostprignitz und ein Stück des Kreises Ruppin, welche mecklenburgischen (Mecklenburg-Schwerin!) Zuckerfabriken[2]) am nächsten liegen und im Westen der Kreis Westhavelland, der — obendrein durch Wasserstraßenverbindung begünstigt — Lieferungen nach Zuckerfabriken der Provinz Sachsen[3]) tätigt. Auf der anderen Seite wird die Zuckerrübenernte des pommerschen Kreises Saatzig teilweise nach der brandenburgischen Zuckerfabrik im Kreise Arnswalde, von den vorpommerschen, an Brandenburg grenzenden Kreisen nach den Zuckerfabriken im Kreise Prenzlau, 1/10 des pommerschen Versandes nach Brandenburg auch oderaufwärts nach den Zuckerfabriken im Kreise Lebus und schließlich von Mecklenburg-Strelitz nach den Zuckerfabriken im Kreise Prenzlau geliefert. Aus den Anbauverhältnissen und den Standorten der Zuckerfabriken ergeben sich die Wechselbeziehungen, die in der Rübenverkehrsbilanz der Provinz Brandenburg ihren zahlenmäßigen Niederschlag finden. Sie ist mit Mecklenburg (beide Mecklenburg sind ein Verkehrsbezirk) und Pommern im großen und ganzen ausgeglichen. Nur nach der Provinz Sachsen und nach Berlin ist der Rübenhandel aktiv. Was nach Berlin geht, dürften im wesentlichen Futterrüben und Schnitzel sein.

Nach der Zuckerproduktionsstatistik sind in der sich auf längstens 3 Monate, regelmäßig von Anfang oder Mitte Oktober bis Mitte Dezember, zusammendrängenden Zuckerkampagne in Brandenburg verarbeitet worden 1913 rund 750 000 Tonnen, 1925 629 000 Tonnen und 1926 605 000 Tonnen Rüben. 1913 stimmen die landwirtschaftliche Erntestatistik und die Produktionsstatistik in Verbindung mit den Ausfuhrüberschüssen überein. Für die Jahre 1925 und 1926 bestehen Differenzen von etwas mehr als 50 000 Tonnen. Diese haben in verkehrsstatistischen Mängeln

[1]) Durch die Roggenstützungen im Inlande und die besonders gelagerten Verhältnisse auf dem Weltmarkte haben die Zahlen heute (1931) nur noch historischen Wert.

[1]) Zuckerfabrik Friedrichsthal b. Pyritz mit einer Verarbeitung von rund 65 000 Tonnen Zuckerrüben. — [2]) Der Zuckerfabrik in Lübz. — [3]) Zuckerraffinerie Genthin, die mit einer Verarbeitung von etwa 115 000 Tonnen Rüben eine der größten deutschen Zuckerfabriken ist.

ihre Ursache. Die Verkehrsstatistik erfaßt nur Schiffs-, Reichsbahn- und einige Kleinbahntransporte. Ein großer Teil der Feldbahn-, Kreisbahn- und Achsentransporte wird von ihr nicht erfaßt. Da mehr als die Hälfte des ganzen Rübenverbrauches der an der Nordgrenze gelegenen brandenburgischen Zuckerfabriken mit Hilfe dieser Transportmittel angefahren wird, darf man folgern, daß aus Pommern und Mecklenburg über die zwischen 60 und 70 000 Tonnen liegende statistisch erfaßte Einfuhr hinaus weitere 50 000 Tonnen Zuckerrüben nach Brandenburg „inoffiziell" eingeführt werden.

II. Berlin als Empfangsgebiet.

Für den Überschuß der brandenburgischen Landwirtschaft an Hauptbodenfrüchten ist, wie aus den voraufgeschickten Übersichten zu ersehen, **Berlin der Hauptmarkt**. Sogar dann, wenn Brandenburg seinen Bedarf aus der eigenen Produktion nicht zu decken vermag, wie beispielsweise beim Weizen im Jahre 1926, liefert es nicht unbeträchtliche Mengen nach der Reichshauptstadt. Vielfach ist es auch so, daß der brandenburgische Ausfuhrüberschuß nach Berlin größer ist als der gesamte Ausfuhrüberschuß der Provinz Brandenburg. Dieser Fall tritt dann ein, wenn Brandenburg — regelmäßig durch den Grenzverkehr — in passiven Verkehrsbeziehungen mit den landwirtschaftlichen Nachbargebieten steht. Beispielsweise betrug der brandenburgische Gerstenausfuhrüberschuß nach Berlin 1913 125 v. H. des gesamten Ausfuhrüberschusses. Der sachliche Hintergrund dieses Zahlenbildes war der: Brandenburg versandte in nicht größerem Umfange als in der Gegenwart ungefähr 40 v. H. seiner Gerstenernte (Braugerste) nach Berlin, bezog vor dem Kriege aber (vgl. den weiter vorn bei der Gerste gebrachten Nachweis) große Mengen Winter- (Futter) gerste aus dem Auslande. Da diese Einfuhr in den Nachkriegsjahren fortgefallen ist, der brandenburgische Gerstenversand sich aber nicht wesentlich veränderte, stieg der Ausfuhrüberschuß.

Der Zuschußbedarf Berlins wurde in v. H. von der brandenburgischen Landwirtschaft gedeckt

an	1913	1925	1926	1927
Weizen	46,7	23,0	13,4	9,1
Roggen	59,9	49,1	60,7	22,2
Gerste	24,5	42,4	38,2	36,1
Hafer	26,1	9,8	21,1	18,6
Kartoffeln	73,3	72,4	70,3	61,0
Rüben	65,1	58,7	56,7	55,8
Heu, Häcksel	[1]) ?	71,8	58,8	64,4

[1]) nicht nachgewiesen.

Die übrigen Hauptlieferanten gehen aus der nachfolgenden Zusammenstellung hervor.

Berlin hatte außer aus Brandenburg einen Einfuhrüberschuß (Ausfuhrüberschuß = —) von ..... Tonnen aus (nach)

		Pommern	Mecklenburg	Niederschlesien	Posen-Westpreußen einschl. Grenzmark	Provinz Sachsen, Thüringen	Ostpreußen	Elbhäfen	dem Ausland ohne Westpolen und Danzig	sonstigen Gebieten
Weizen	1913	4 658	2 542	14 041	1 459	14 189	2	11 376	10	585
	1925	3 485	2 760	5 447	2 380	17 674	31	31 713	225	7 860
	1926	8 101	2 522	13 935	217	3 289	—	69 097	63	883
	1927	4 939	2 015	1 714	— 3 282	26 957	—	91 115	— 386	2 825
Roggen	1913	1 492	8 166	22 235	39 732	813	11	— 5 310	—	— 258
	1925	16 352	6 697	2 310	2 102	2 879	31	29 473	— 425	3 701
	1926	25 155	9 843	48 137	2 711	2 801	17	— 32 349	—	— 7 867
	1927	18 925	6 298	— 1 186	— 2 618	59	6	86 895	— 390	— 2 909
Hafer	1913	20 456	15 892	58 675	25 849	896	42	839	36	— 2 635
	1925	37 909	9 813	735	7 833	953	202	26 873	— 350	— 4 038
	1926	24 888	10 764	20 530	8 721	113	85	2 094	270	— 1 085
	1927	25 842	16 672	11 987	4 218	33	102	4 376	30	2 972
Gerste	1913	3 362	1 298	28 483	26 991	1 544	9	11 348	1 632	— 4 353
	1925	20 075	6 728	4 780	4 942	3 593	1 892	3 445	2 273	— 6 052
	1926	16 053	4 083	10 217	6 990	1 756	2 199	6 464	9 463	— 2 953
	1927	8 416	2 597	15 876	1 368	— 748	449	3 268	13 506	169
Kartoffeln	1913	20 774	12 478	323	17 228	24 168	20	1 055	18 122	2 094
	1925	46 100	5 333	7 151	22 266	12 875	1 473	570	17 073	6 039
	1926	44 063	6 303	3 220	23 018	14 336	1 682	441	20 254	12 469
	1927	33 310	5 294	12 554	23 303	46 932	2 530	859	31 812	17 379
Rüben	1913	1 176	3 950	647	9 486	5 124	35	66	4 422	1 070
	1925	216	447	1 760	4 827	4 629	79	3	1 494	1 945
	1926	833	3 473	2 489	8 064	3 294	64	—	244	1 226
	1927	751	131	1 125	7 714	4 737	—	193	284	199
Heu, Häcksel[1])	1925	5 595	4 025	1 620	1 526	1 779	1 691	520	6 442	12 154
	1926	13 420	5 041	5 020	4 141	1 826	1 560	1 380	9 454	10 571
	1927	13 318	7 448	3 543	3 389	4 350	359	3 656	3 371	5 847

[1]) 1913 noch nicht als selbständige Warengruppe erfaßt.

Die bedeutsamsten Wandlungen in den regionalen Beziehungen haben sich für Berlin — abgesehen von den durch einen Verbrauchsrückgang (Roggen, Rüben, Hafer) oder eine Verbrauchssteigerung (Weizen) bedingten — im Verkehr mit den Elbhäfen und mit den ehemals deutschen Ostgebieten ergeben. Die Gersteneinfuhr über See ist abgedrosselt, die Weizeneinfuhr über See infolge schlechter deutscher Ernten einerseits und gesteigertem Weizenverbrauch andererseits 1926 auf das 6fache, 1927 auf das 8fache der Vorkriegszeit gestiegen. Der Verkehr mit den ehemals deutschen Ostgebieten ist beinahe völlig abgeschnitten. Daß die Kartoffeleinfuhr von dorther dementgegen größer geworden ist, ist nicht auf geringere politische Hemmungen zurückzuführen, sondern ausschließlich dem Mehrversand aus der Grenzmark zuzuschreiben. Dieser Mehrversand zeigt genau so wie der Minderversand an Roggen, Hafer und Gerste die Grenzschwierigkeiten im Osten. Vor dem Kriege lieferte nämlich die heutige Grenzmark ihre Kartoffeln in die westpreußischen

Brennereien und Trockenanstalten, nunmehr ist sie gezwungen, Absatz dort zu suchen, wo in Zeiten einer einigermaßen guten Ernte der Markt vergeben ist. Die im Jahre 1926 plötzlich in Erscheinung getretenen Roggenlieferungen aus Niederschlesien waren — wahrscheinlich durch die Wasserverhältnisse verursacht — Durchgangsposten, die elbabwärts nach Hamburg weiter verschickt worden sind. 1925 lieferte Niederschlesien in ähnlicher Höhe nach Hamburg und Stettin direkt.

Der Eindruck, der bei den brandenburgischen und berlinischen Verkehrsbeziehungen am stärksten hervortritt, ist die enge Verbindung zwischen Berlin als Marktgebiet und Brandenburg als Erzeugungsgebiet. Der Ertrag der brandenburgischen Landwirtschaft an den Hauptfrüchten würde beim Roggen, bei Kartoffeln, Rüben und Heu, Häcksel usw. genügen, um den Berliner Bedarf zu decken. Daß er nicht in voller Höhe dem Zentrum zugeführt wird, ist insoweit durchaus am Platze, als Grenzzonen anderer Gebiete, insbesondere des sächsischen Industriezentrums brandenburgischen Produktionsorten näher liegen und auch umgekehrt Berlin zum Teil bessere Verbindungen mit Produktionsorten anderer Provinzen als mit einer Anzahl abgelegener brandenburgischer Kreise hat. Außerdem nähert sich die berlin-brandenburgische Verkehrsverbindung umso stärker dem Idealbild, das man sich von den Verkehrsbeziehungen zwischen einer Großstadt und ihrem landwirtschaftlichen Hinterland macht, je einfacher der Bedarf ist, die Verkehrsverbindung wird umso schwächer, je differenzierter der Bedarf nach Zeit und Art ist. Insbesondere beim Obst- und Gemüseverkehr zwischen Berlin und Brandenburg tritt der Umstand, daß dem weder einmaligen noch gleichförmigen Bedarf nicht Rechnung getragen wird, deutlich in Erscheinung. Aber auch im Kartoffelanbau ist die brandenburgische Produktion der Berliner Nachfrage nur sehr schlecht angepaßt. Beispielsweise steht Brandenburg, der größte deutsche Kartoffelerzeuger [1]), mit einem Frühkartoffelanbau von 9,4 v. H. der gesamten Kartoffelfläche (1927) unter dem Staatsdurchschnitt und ziemlich weit unten in der Reihe aller preußischen Provinzen — trotz des sehr günstigen und transportnahen Berliner Marktes für Frühkartoffeln. (Demgegenüber werden in Berlin 23,2 v. H. der gesamten Kartoffelanbaufläche mit Frühkartoffeln besetzt). Dadurch wird der brandenburgische Kartoffelanbau natürlich mit einem hohen Risiko belastet, was zu Gegenmaßnahmen treibt und sich dann, wenn keine Änderung in der Produktion erfolgt, notwendigerweise in aufgeblähten Verkehrsvorgängen niederschlägt.

c) Die Ernte und der Güterverkehr mit Obst und Gemüse.

Die Diskrepanz zwischen Bedarf und Produktion könnte, wie angedeutet, dazu führen, daß anstelle des uniformen Anbaus der Bodenfrüchte eine größere Abwechslung tritt, und die brandenburgische Landwirtschaft mehr den Anbau solcher Früchte bevorzugt, in denen Berlin seinen Bedarf von weither decken muß, insbesondere also den Anbau von Obst und Gemüse. Daß hier noch unerschöpfte Möglichkeiten für eine produktionstechnische Neuorientierung der brandenburgischen Landwirtschaft vorhanden sind, scheint ziemlich einleuchtend schon daraus hervorzugehen, daß Gemüse in Brandenburg nur knapp 4 v. H. über die feldmäßig angebauten Gartengewächse hinaus in Nebennutzung gewonnen werden gegen $^1/_3$ in Berlin, $^1/_5$ in der Rheinprovinz und $^1/_{12}$ im Staatsdurchschnitt [2]).

Von den feldmäßig gewonnenen Gartengewächsen wurden angebaut:

		Berlin	Regierungbezirk Potsdam	Regierungbezirk Frankfurt/O.	Brandenburg insgesamt	Berlin und Brandenburg in v. H. von Preußen
		ha	ha	ha	ha	
Kohl	1913	—	2 210,9	674,6	2 885,5	9,0
	1927	1 303,3	1 325,8	625,1	1 950,9	11,2
Grüne Erbsen	1913	—	177,9	109,7	287,6	4,7
	1927	11,8	112,9	95,2	208,1	4,9
Grüne Bohnen	1913	—	340,4	154,2	494,6	11,7
	1927	23,5	85,6	56,9	142,5	7,9
Gurken	1913	—	136,5	468,7	605,2	12,0
	1927	19,4	101,1	519,5	620,6	14,7
Spargel	1913	—	1 083,0	310,7	1 393,7	20,7
	1927	33,7	1 588,0	343,6	1 931,6	25,3
Zwiebeln . . .	1913	—	21,5	139,8	161,3	6,1
	1927	18,0	37,9	176,1	214,0	7,6
Meerrettich .	1913	—	—	247,3	247,3	52,4
	1927	2,6	7,0	215,8	225,8	41,1
Sonstige Gew.	1913	—	565,6	516,2	1 081,8	11,3
	1927	842,9	1 046,1	613,4	1 659,5	18,8
Zusammen . .	1913	—	**4 535,8**	**2 621,2**	**7 157,0**	**10,7**
	1927	**2 255,2**	**4 304,4**	**2 648,6**	**6 953,0**	**14,2**
Dazu die Obstanl. auf d. Felde	1913	—	3 703,2	443,5	4 146,7	26,9
	1927	88,0	3 958,8	713,7	4 672,5	18,4

Etwa $^1/_6$ von diesen werden im Kreise Zauch-Belzig und $^1/_5$ in den beiden Kreisen Osthavelland und Teltow gewonnen, also mehr als $^1/_3$ in unmittelbarer Nähe von Berlin. Nur in Gurken, Zwiebeln und Meerrettich hat mit der Hälfte und sogar $^3/_4$ (Meerrettich) des gesamten brandenburgischen Anbaues der nördliche Teil des Kreises Calau, das Spreewaldgebiet, die unbestrittene erste Stelle inne. Der genannte Kreis Zauch-Belzig ist nicht nur bekannt wegen seiner ausgedehnten Erdbeerkulturen (mehr als die Hälfte aller in Brandenburg angelegten) und Spargelkulturen (über $^1/_3$ aller brandenburgischen), sondern auch wegen seines feldmäßigen Obstbaues, der mit 2 722,5 *ha* die Hälfte des gesamten brandenburgischen feldmäßigen Obstbaues erheblich überschreitet. Die Obststadt Werder ist als Prototyp dieser Kulturen jedem bekannt.

---

[1]) Der Versand von 669 216 Tonnen im Jahre 1926 beträgt $^1/_3$ des gesamten Versandes der deutschen Hauptversandgebiete: Brandenburg, Pommern, Mecklenburg, Grenzmark, Niederschlesien, Nordhannover mit Oldenburg, Magdeburg-Anhalt, linksrheinische Rheinprovinz. — [2]) Vgl. Ruths, Stadtgüter und Stadtversorgung in Probleme der neuen Stadt Berlin S. 27. „Ist es doch ungeheuerlich, daß jeden Winter und jedes Frühjahr fast das gesamte Frühgemüse wie Gurken, Bohnen, Tomaten, Blumenkohl usw., auch Blumen, aus dem Auslande (Holland und Italien) eingeführt wird, trotzdem der Nachweis erbracht ist, daß in den Glashäusern um Berlin herum diese Früchte nicht nur in derselben Güte, sondern sogar noch etwas früher erzeugt werden können als im Auslande." Einer der Hauptmängel ist nach Ruths, daß Angebot und Nachfrage zeitlich nie ausgeglichen sind. Jeder Gemüsebauer und Gärtner baut nach eigenem Gutdünken. Dadurch kommt dann zeitweise eine derartige Fülle von Gemüsearten auf den Markt, daß das Gemüse mit Verlust abgesetzt werden muß oder überhaupt nicht abgesetzt werden kann und als Viehfutter verwendet oder untergepflügt wird. Bei alledem muß man zu Beurteilung der Gesamtsituation in Betracht ziehen, daß selbst für eine vollständige Befriedigung des Berliner Bedarfs an Obst und Gemüse durch die Provinz Brandenburg nur schätzungsweise 50 000 *ha* Land beansprucht werden würden, also nur etwa 3 v. H. der brandenburgischen Ackerfläche.

Ein großzügiger Versuch zur Behebung der von Ruths geschilderten Mängel in der Berliner Gemüseversorgung ist die im Entstehen begriffene (Januar 1930) Erwerbsgartensiedlung Dahmsdorf (bei Lehnin). Die Stadt Berlin wird auf dem ihr gehörigen Gute Dahmsdorf 70 Gärtnereien (darunter 14 Glasgärtnereien und 5 Geflügelfarmen) einrichten und zu einer Absatzgenossenschaft (mit Kühlhaus, Kohlscheune, Trocknungsanstalt und Süßmostbereitung) zusammenfassen. Die zunächst bewirtschaftete Fläche wird rund 160 *ha* umfassen.

Ertragsstatistiken gibt es leider nur für einige Gartengewächse und auch erst seit den letzten Jahren[1]). Es wurden geerntet in Doppelzentnern[2]):

	1925		1926		1927	
	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
Mohrrüben als Gemüse[3])	22 430	336 302	15 721	346 646	26 970	336 312
Zwiebeln	?	?	?	?	2 633	24 685
Weißkohl	137 421	305 121	109 404	293 369	127 295	291 255

Wenn man mit Erdbeererträgen von 40 Zentnern, mit Spargelerträgen von 50 Zentnern und mit Obsterträgen von 30 Zentnern pro Morgen rechnet (nach Angaben von Kleingärtnern) müßte man auf den feldmäßig bebauten Flächen eine jährliche Ernte (in Berlin und Brandenburg) von rund

32 500 Doppelzentnern Erdbeeren
393 000 „ Spargel
571 200 „ Obst

erwarten.

Nach den verkehrsstatistischen Unterlagen beträgt der Ausfuhrüberschuß der Provinz Brandenburg und der Einfuhrüberschuß der Stadt Berlin an Obst und Gemüse (in Tonnen)

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg. . .	29 634	43 930	60 548	46 955
Berlin	308 031	307 521	334 038	356 524

Brandenburg hat genau wie in der Vorkriegszeit eine passive Bilanz mit Niederschlesien und der Magdeburger Gegend. Außerdem kommen aus Schleswig-Holstein und aus den Seehäfen jährlich ca 5 000 Tonnen. Im übrigen bestehen Wechselbeziehungen zu allen Teilen Deutschlands. Der gesamte brandenburgische Empfang an Obst und Gemüse belief sich auf 23 000 bis 35 000 Tonnen (1913: 23 232, 1926: 24 250, 1927: 35 524 Tonnen). Stark gestiegen ist die Ausfuhr, und zwar im Vergleich mit der Vorkriegszeit um fast ²/₃ (1913: 52 866, 1926: 84 798 Tonnen, 1927: 82 479 Tonnen).

[1]) Landwirtschaftliche Erzeugungsstatistik; Preußische Statistik Bd. 283, 286, 290. — [2]) Nicht zu ermitteln ist, wieviel von der Kohlrübenernte (1927: 2¹/₄ Millionen Doppelzentner) der menschlichen Ernährung dienen. — [3]) = Hälfte des Gesamtertrages und zwar angenommen auf Grund dessen, daß die Gemüse- und Futterflächen sich wie 1,1 : 1,6 verhalten.

Hauptabnehmer ist mit rund ²/₃ Berlin (1913: 40 651, 1926: 59 124, 1927: 55 012 Tonnen). Eine steigende Tendenz zeigt auch der Ausfuhrüberschuß nach dem Land Sachsen (1913: 2 612, 1925: 3 152, 1926: 4 985, 1927: 6 589 Tonnen).

Der Berliner Bedarf wird zum größten Teil aus dem Ausland gedeckt. Einschließlich der über Hamburg kommenden, zwischen 40 und 50 000 Tonnen liegenden Überseelieferungen bezog Berlin aus dem Auslande 1925 rund 123 000 Tonnen, 1926 rund 154 000 Tonnen und 1927 rund 183 000 Tonnen. Fast die Hälfte der Obst- und Gemüseversorgung Berlins deckt das Ausland. Auch von dem Rest stellt Brandenburg nur etwa ¹/₃. Alles übrige Obst und Gemüse wird von recht erheblich transportferneren Gegenden geliefert. Die hauptsächlichsten inländischen Liefergebiete für den Berliner Obst- und Gemüsebedarf sind neben Brandenburg Schleswig-Holstein (1926: 19 869, 1927: 14 102 Tonnen), Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt (1926: 25 236, 1927: 20 174 Tonnen), Niederschlesien (1926: 10 636, 1927: 9 468 Tonnen) und Bayern (1926: 20 363, 1927: 26 018 Tonnen), die drei erstgenannten zusammen etwa ebensoviel wie Brandenburg. In den Rest teilen sich alle übrigen Gegenden Deutschlands mit mehr oder weniger großer Annäherung an die Grenze von 10 000 Tonnen.

Die anläßlich der Ernährungsausstellung (28. IV. bis 5. VIII. 1928) bekanntgegebene Statistik des Statistischen Amtes der Stadt Berlin[1]) beziffert den täglichen Verbrauch an Gemüse auf 684 930 *kg* und an Obst auf 411 000 *kg*, offenbar unter der Annahme, daß 70 bis 100 000 Tonnen, das sind ca ¹/₆ bis ¹/₄ des Gesamtverbrauches, nicht per Bahn oder Schiff, sondern mit Lastauto oder Fuhrwerk in die Stadt gelangen und somit nicht von der Statistik erfaßt werden. Pro Kopf der Bevölkerung ergibt das einen jährlichen Verbrauch von 60 *kg* Gemüse und 36 *kg* Obst.

3. Der Viehstapel und die Fleischversorgung.

Hinsichtlich der Versorgung der Berliner Bevölkerung mit Vieh und Fleisch liegen die Dinge ähnlich wie bei Obst und Gemüse: Die Viehhaltung in der Provinz Brandenburg ist nicht wesentlich größer als zur Deckung des Selbstverbrauches erforderlich ist. Daher wird der Berliner Fleischmarkt in der Hauptsache von außerbrandenburgischen Gegenden beliefert.

Über die Höhe des Bedarfes unterrichten die Schlachtungen.

[1]) Vgl. Berliner Wirtschaftsberichte vom 7. IV. 1929.

Beschaupflichtige Schlachtungen (= B) und Hausschlachtungen (= H) in Berlin und Brandenburg.

		1911/12 bezw. 12[1])		1923/24 bezw. 25[2])		1926		1926/27 bezw. 27[3])	
		Berlin[4])	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg	Berlin	Brandenburg
Pferde	B	12 546	16 653	8 353	7 472	9 723	8 884	9 834	8 722
	H	—	—	—	—	—	—	—	—
	Se.	**12 546**	**16 653**	**8 353**	**7 472**	**9 723**	**8 884**	**9 834**	**8 722**
Rinder	B	114 064	235 448	225 216	135 006	198 145	133 519	159 429	122 337
	H	—	4 632	1	484	—	—	—	181
	Se.	**114 064**	**240 080**	**225 217**	**135 490**	**198 145**	**133 519**	**159 429**	**122 518**
Kälber	B	145 752	220 850	258 181	197 909	261 788	196 218	242 743	191 991
	H	—	in Rind.	—	5 588	—	—	—	3 440
	Se.	**145 752**	**220 850**	**258 181**	**203 497**	**261 788**	**196 218**	**242 743**	**195 431**
Schweine	B	1 286 852	950 876	1 072 955	592 566	1 115 796	602 298	1 504 150	731 908
	H	—	340 682	30	364 649	—	—	—	339 380
	Se.	**1 286 852**	**1 291 558**	**1 072 985**	**957 215**	**1 115 796**	**602 298**	**1 504 150**	**1 071 288**
Schafe	B	499 206	121 149	641 259	74 411	561 124	71 814	489 513	60 748
	H	—	57 113	21	44 844	—	—	—	30 021
	Se.	**499 206**	**178 262**	**641 280**	**119 255**	**561 124**	**71 814**	**489 513**	**90 769**
Ziegen	B	117	14 287	5 638	10 167	4 315	10 633	6 719	12 918
	H	—	69 478	217	45 257	—	—	—	31 249
	Se.	**117**	**83 765**	**5 855**	**55 424**	**4 315**	**10 633**	**6 719**	**44 167**

[1]) B = 1912, H = 1911/12. — [2]) B = 1925, H = 1923/24. — [3]) B = 1927, H = 1926/27. — [4]) Alt-Berlin.

Gegenüber 1912 haben die Schlachtungen in Berlin-Brandenburg[1]) zugenommen (+) oder abgenommen (−) um ... Stück

	1925	1927	1927 gegen 1925
Pferde	− 13 374	− 10 643	+ 2 731
Rinder	+ 6 563	− 72 197	− 78 760
Kälber	+ 95 076	+ 71 572	− 23 504
Schweine	− 548 210	− 2 972	+ 545 238
Schafe	+ 83 067	− 97 186	− 180 253
Ziegen	− 22 603	− 32 996	− 10 393

Außerdem hatten Berlin und Brandenburg nach der Verkehrsstatistik einen Ausfuhrüberschuß (−) bezw. Einfuhrüberschuß (+) an Fleisch und Speck von Tonnen

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	− 21 041	− 18 138	− 16 587	− 19 799
Berlin	+ 42 064	+ 83 888	+ 91 916	+ 95 347

[1]) Infolge der Gebietsveränderung nicht zu trennen.

An zollfreiem Gefrierfleisch sind in Berlin 1926: 18 715 Tonnen, 1927: 19 493 Tonnen verbraucht worden, d. h. durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung 4,6 *kg*. Selbstverständlich ist der Verbrauch in allen Berliner Bezirken nicht gleichmäßig hoch. Die Bezirke, welche Wohngegend der wohlhabenderen Bevölkerung Berlins sind, haben einen geringen, die Arbeiterwohnbezirke einen hohen Gefrierfleischverbrauch. Beispielsweise wurden 1926 in Zehlendorf 0,2 *kg*, in Wilmersdorf 2,0 *kg*, im Bezirk Mitte 9,2 *kg*, Weißensee 8,8 *kg*, Friedrichshain 6,5 *kg* und Lichtenberg 6,2 *kg* pro Kopf der Bevölkerung verbraucht.

Das Berliner Statistische Amt errechnete für die Ernährungsausstellung einen täglichen Verbrauch
an Fleisch u Fleischwaren
insgesamt .... v. 917 878 *kg*, jährl. pro Kopf d. Bevölk. 80,1 *kg*,
darunter:
an frischem Rindfleisch . „ 104 220 „ , „ „ „ „ „ 9 „ ,
„ Schweinefleisch .... „ 342 465 „ , „ „ „ „ „ 30 „ .

Der Viehbestand in Berlin und der Provinz Brandenburg und die Verkehrsüberschüsse.[2])
(in Stück)

		1913[1])		1925[1])		1926[1])		1927[1])	
		Bestand	Überschuß	Bestand	Überschuß	Bestand	Überschuß	Bestand	Überschuß
Pferde	Brandenburg	280 582	+ 408	301 170	− 2 101	297 470	− 7 114	291 518	− 2 620
	Berlin	80 238	+ 16 816	45 929	+ 15 158	44 517	+ 11 642	42 974	+ 11 123
Rindvieh	Brandenburg	814 270	− 25 272	779 606	− 41 778	760 103	− 29 029	783 339	− 24 329
	Berlin	27 555	+ 190 384	24 207	+ 239 069	25 202	+ 203 511	26 314	+ 177 452
Kälber	Brandenburg	76 340	− 32 404	66 882	− 55 571	67 019	− 43 584	73 262	− 38 233
	Berlin	358	+ 149 100	873	+ 326 018	2 633	+ 282 808	620	− 265 644
Schafe	Brandenburg	473 267	− 74 762	453 612	− 98 503	396 945	− 91 240	374 178	− 81 544
	Berlin	6 267	+ 435 600	6 542	+ 520 725	6 867	+ 477 259	3 927	+ 412 481
Schweine	Brandenburg	1 348 187	+ 132 425	1 055 069	− 59 104	1 193 979	− 25 126	1 389 110	− 32 811
	Berlin	38 315	+ 1 327 455	25 474	+ 1 069 579	36 235	+ 1 142 312	33 404	+ 1 431 587
Ziegen	Brandenburg	209 965	in Schafe	267 411	in Schafe	239 028	in Schafe	217 880	in Schafe
	Berlin	7 937	„ „	21 874	„ „	15 768	„ „	11 645	„ „
Federvieh	Brandenburg	4 770 549	+ 1 519 726	4 583 669	+ 643 553	4 931 282	+ 840 785	5 112 727	+ 992 024
	Berlin	519 401	+ 5 412 152	575 352	+ 810 305	624 398	+ 2 465 939	654 739	+ 2 631 823

[1]) Am 1. 12. des Jahres. — [2]) + = Einfuhrüberschuß, — = Ausfuhrüberschuß.

a) **Der brandenburgische Güterverkehr mit Vieh.**

Was den brandenburgischen Viehstand und die brandenburgischen Viehlieferungen im einzelnen anbetrifft:

Gegenüber dem im Jahre 1913 bestehenden Einfuhrüberschuß an Pferden hat Brandenburg in der Nachkriegszeit dank des ständigen Rückganges der Einfuhr (1913: 30 138; 1926: 20 820) bei einer nahezu gleichen oder nur wenig veränderten Ausfuhr (1913: 29 730; 1926: 27 934) einen Ausfuhrüberschuß. Die ehedem aus der Provinz Posen kommenden leichten polnischen Pferde treten verkehrsstatistisch neben den Lieferungen aus der Grenzmark als Lieferungen aus Westpolen auf. Ostpreußen schickt jährlich gegen 3 000 schwere Arbeitspferde nach Brandenburg. Von Brandenburg gingen nach Niederschlesien: 1913: 2 373, 1925: 2 954 und 1926: 1 961 Stück. Eine steigende Tendenz haben die Sendungen nach dem Land Sachsen, welches 1913: 1 505, 1925: 2 619 und 1926: 2 792 Pferde erhielt. Sachsen, Niederschlesien und Berlin (1913: 11 905, 1925: 8 556, 1926: 7 851, 1927: 17 371 Pferde) stehen unter den Empfangsgebieten des brandenburgischen Pferdeversandes an der Spitze.

Die Grundzahlen der Rindviehverkehrsbilanz der Provinz Brandenburg sind die folgenden (in Stück):

	1913	1925	1926	1927
Versand	129 401	91 104	82 544	82 677
Empfang	104 129	49 326	53 515	58 348

Diejenigen Gebiete, welche als Hauptlieferanten in Betracht kommen und als Versandgebiete von dem Rückgang der Einfuhr an Rindern nach Brandenburg am stärksten betroffen wurden (mit durchgehenden Anzeichen der Erholung in jüngerer Zeit), sind aus den nachfolgenden Empfangszahlen der Provinz Brandenburg ersichtlich.

Brandenburg empfing aus:	1913	1925	1926	1927
	..... Stück Rindvieh			
Berlin[1])	17 512	11 703	10 976	10 115
Posen (1913)	10755	—	—	—
Grenzmark / Westpolen } seit 1925	—	2 507	2 515	2 864
Ostpreußen	18 811	11 464	17 723	17 764
Hannover-Oldenbg ohne Häfen	6 386	3 008	2 587	4 015
Pommern	14 290	4 859	4 261	6 168
Reg.-Bez. Magdebg. und Anhalt	6 928	4 255	3 319	4 449

[1]) Es ist nicht unbedingt erforderlich, daß der Versand von Rindvieh aus Berlin nach Brandenburg nur durch den die Verkehrsbeziehungen stark beeinflußenden Zwischenhandel hervorgerufen worden ist, vielmehr wahrscheinlich, daß er in der Art der Berliner Viehhaltung begründet ist. In Berlin werden fast nur Milchkühe gehalten, und zwar tragende aufgekauft, nach dem Kalben abgemolken und dann wieder verkauft oder mit einem Aufgeld gegen andere hochtragende Kühe eingetauscht.

Der in der verringerten Rindviehhaltung begründete Rückgang des Rinderversandes aus der Provinz Brandenburg hatte auf die Hauptempfangsgebiete die aus der nachstehenden Aufstellung erkenntlichen Auswirkungen.

Brandenburg versandte nach:	1913	1925	1926	1927
	..... Stück Rindvieh			
Berlin	66 137	62 781	55 011	52 476
Land Sachsen	14 376	3 571	3 206	4 680
Reg. Bez. Magdeburg und Anhalt	10 825	6 392	6 476	6 455
Hannover-Oldenburg	4 774	1 745	1 806	1 961
Linksrheinische Rheinprovinz	3 731	1 535	1 497	764
Reg.Bez. Merseburg, Erfurt u. Thüringen	8 243	4 472	5 607	5 595
Ruhrgebiet	3 909	644	1 014	804

Beim Kälberbestand ist zu berücksichtigen, daß die Hauptkalbzeit im Frühjahr und dem Vorhandensein von Futter angepaßt ist. Alle vom Frühjahr bis zum August geworfenen Kälber sind am 1. Dezember bereits in den Jungviehbestand hineingewachsen. Die Nachteile, die daraus entstehen, daß die meisten Kälber im Frühjahr geworfen werden und eine schlechte Risikoverteilung im Milchabsatz nach sich ziehen, werden nachher noch gestreift werden. Der Rückgang des Kälberbestandes ist ebenso wie der Rückgang des Rindviehbestandes der nach der Stabilisierung ausnehmend ungünstigen Marktlage besonders für die Haupterzeugnisse der Ostgebiete Deutschlands — Kartoffeln und Roggen — zuzuschreiben. Sie machte dauernde Eingriffe in den Rindviehbestand und seinen Nachwuchs erforderlich[1]).

Die brandenburgische Landwirtschaft gibt alljährlich gegen 50 000 Kälber ab und bekommt für die Nordkreise aus Pommern und für die an Berlin grenzenden Kreise aus den Berliner Kuhställen Nachschübe (siehe Anmerkung 1 zur Tabelle auf Seite 193 unten) geringeren Umfanges.

Es betrug der brandenburgische

	1913	1925	1926	1927
	Stück			
Versand von Kälbern	48 099	66 201	53 385	50 971
Empfang von Kälbern	15 695	10 630	9 801	12 738
Vom Versand gingen nach				
Berlin	34 277	55 376	45 186	42 151
Land Sachsen	8 320	9 746	6 245	6 127
Vom Empfang kamen aus				
Berlin	5 815	2 030	1 212	2 244
Posen (1913) bzw. Grenzmark (seit 1925)	2 695	1 200	967	734
Pommern (ohne Häfen)	1 469	3 583	2 969	3 620
Ostpreußen (ohne Häfen)	655	506	1 624	1 924

Der durch die Kriegsverhältnisse dezimierte Schweinebestand hat erst 1927 wieder die Vorkriegshöhe erreicht.

Daß anstelle des in der Vorkriegszeit bestehenden Schweineeinfuhrüberschusses nach der Provinz Brandenburg in der Nachkriegszeit ein Ausfuhrüberschuß getreten ist, hat seine besonderen Gründe. Trennt man die Ferkel von den übrigen Schweinen, so sieht die Verkehrsbilanz der Provinz Brandenburg so aus (in Stück):

	1913		1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
Ferkel	46 381	207 898	49 387	78 535	66 847	93 568	61 285	103 023
Fette und magere Schweine	155 714	126 622	146 451	58 199	118 091	66 244	166 222	91 673

Es besteht also ein Einfuhrüberschuß an Ferkeln

	1913	1925	1926	1927
von	161 517	29 148	26 721	41 738 Stück,

ein Ausfuhrüberschuß an fetten und mageren Schweinen

	1913	1925	1926	1927
von	29 092	88 252	51 847	74 549 Stück.

Der Rückgang der Ferkeleinfuhr ist die Folge der in dieser Hinsicht grundsätzlichen Strukturveränderung, ja, man kann sagen, der Zerreißung der Struktur der Verkehrsbeziehungen durch die Neufestsetzung der Ostgrenzen und des darauf eingetretenen Handelskrieges mit dem Osten. Schon die ersten geschichtlich weit zurückliegenden Handelsbeziehungen mit dem slawischen Osten hatten in der Schweinehaltung eine Arbeitsteilung solcher Art hervorgerufen, daß dort die Anzucht und in Brandenburg die Mast erfolgte. Das war — wie man wohl cum grano salis behaupten kann — schlechthin typisch in der Schweinehaltung der deutschen Ostprovinzen. Je intensiver die brandenburgische Wirtschaft wurde, desto mehr wurde jenen unentwickelten Ländern die vorbereitende Arbeit überlassen. Bis zur neueren Ausdehnung des Eisenbahnverkehrs erfolgte die Einfuhr der mastbereiten Tiere durch das alte primitive Mittel der hausierenden Einzeltreiber. Durch die handelspolitischen Auseinandersetzungen mit dem Osten ist in der Nachkriegszeit dieses Wirtschaftsgebilde zerrissen worden, ob von Dauer oder nicht, muß dahingestellt bleiben. Die Provinz Brandenburg bezieht von dorther überhaupt keine Ferkel mehr. Nur einen geringen Teil des Ausfalls deckt Ostpreußen, dazu liefert Ostpreußen älteres Jungvieh mehr als vor dem Kriege (siehe unten). Auch im Ferkelbezug aus den westlich von Brandenburg gelegenen Schweinezuchtgebieten hat eine Umlagerung stattgefunden. Der Hauptlieferant ist z. Zt. die Provinz Sachsen.

Da im Grunde an die Stelle der Ferkellieferungen aus dem Osten kein Ersatz getreten ist, ist aus der (geographisch) arbeitsteiligen Schweinezucht eine arbeitsvereinigte rein brandenburgische geworden mit einer merklichen Orientierung in der Weise, daß von Pommern und Ostpreußen magere Schweine zur weiteren Aufzucht bezogen und die aus der Schweinehaltung der Niederlausitzer Betriebe kommenden Ferkel zum Teil nach dem angrenzenden Niederschlesien geliefert werden. Nachstehend der zahlenmäßige Beweis. Die nach Brandenburg gesandten Ferkel kamen mit ..... Stück aus:

(Hauptliefergebiete)	1913	1925	1926	1927
	Stück			
Posen	84 869			
Westpreußen	7 597	·	·	·
Grenzmark	·	1 021	1 202	670
Berlin	46 125	12 781	17 175	19 159
Magdeburg-Anhalt	27 413	31 429	37 930	40 386
Hannover-Oldenburg	28 887	12 116	11 546	12 323
Pommern	7 153	4 545	2 503	2 722
Ostpreußen	413	2 435	10 787	15 848

Brandenburg versandte Ferkel nach

(Hauptempfangsgebiete)	1913	1925	1926	1927
	Stück			
Niederschlesien	14 343	29 610	32 909	35 934
Land Sachsen	15 193	2 825	2 353	4 455
Berlin	5 029	8 581	8 315	6 696
Magdeburg-Anhalt	4 306	3 820	7 393	5 281
Merseburg-Erfurt, Thüringen	4 172	2 533	8 354	6 284

Die Verkehrsbilanz der Provinz Brandenburg sieht für fette und magere Schweine auf der Empfangsseite nach den Hauptpositionen so aus:

	1913	1925	1926	1927
	Stück			
Berlin	61 873	21 747	24 086	27 808
Posen	14 607			
Westpreußen	1 467	·	·	·
Grenzmark	·	2 333	1 941	2 501
Ostpreußen	7 341	7 220	13 452	15 715
Mecklenburg	9 248	778	1 174	4 047
Pommern	7 343	17 191	15 770	21 328
Hannover-Oldenburg	7 237	1 639	1 104	1 405
Schleswig-Holstein	6 545	221	708	4 898
Magdeburg-Anhalt	5 413	2 282	3 598	5 678

[1]) Der gesamte Rindviehbestand ging von 873 117 Stück im Jahre 1924 auf 846 488 Stück im Jahre 1925 zurück und erreichte mit 827 122 Stück im Jahre 1926 seinen tiefsten Stand. 1927 wurden bereits 856 601 Rinder gezählt und 1928 ist mit 881 085 Rindern der Vorkriegsstand nahezu wieder erreicht.

Die brandenburgische Ausfuhr an fetten und mageren Schweinen ging in der Hauptsache nach:

	1913	1925	1926	1927
	Stück			
Berlin	103 854	118 543	93 403	136 668
Land Sachsen	32 722	19 347	17 527	17 509
Pommern	8 326	4 790	3 175	4 114
Nordbayern	4 912	687	—	560

Mehr als $^9/_{10}$ der brandenburgischen Schweineausfuhr nehmen Berlin und das Land Sachsen auf.

Die Schafhaltung hat sich gegenüber der Vorkriegszeit um etwa 150 000 Stück verringert. Ursprünglich war das brandenburgische Schaf vornehmlich ein Wollschaf. Die Züchtung und Veredelung des Schafes in der Zeit des Merkantilismus erfolgte fast ausschließlich, um der Tuchindustrie eine Rohstoffbasis zu geben. Heute steht, wie die starke Konzentration der Lieferungen nach Berlin beweist, die Fleischschafzucht im Vordergrund. Die im Kriege durch Abschluß von den Wolliefergebieten notwendig gewordene Umstellung auf das Wollschaf ist damit nicht nur wieder völlig rückgängig gemacht, sondern darüber hinaus noch stärker als vor dem Kriege die Wollerzeugung aufgegeben worden[1]).

Die fast ausnahmslos nach Berlin gehenden Schaflieferungen sind die größten Aktivposten der brandenburgischen Viehwirtschaft (der Stückzahl nach). Hierin zeigen sich die Auswirkungen der Betriebsstruktur der brandenburgischen Landwirtschaft: die kleinen und mittleren Betriebe haben zwar die stärkste Schweine- und Rindviehhaltung, verbrauchen aber, da die Personalbesetzung stärker ist, sehr viel mehr in der eigenen Wirtschaft; die Schafhaltung ist die Domäne der Großbetriebe, deshalb ist auch der Ausfuhrüberschuß im Verhältnis zum Bestand sehr viel höher.

Durch Lieferungen im Grenzverkehr bekam Brandenburg Schafe aus:

	1913	1925	1926	1927
	Stück			
(Gesamtempfang	51 587	25 453	24 319	23 909)
Berlin	23 990	12 930	9 275	9 109
Pommern	9 450	4 648	5 133	7 268
Mecklenburg	10 422	1 108	2 440	2 312

Von dem vor dem Kriege sich etwas mehr verteilenden Versand aus Brandenburg gingen nach:

	1913	1925	1926	1927
	Stück			
(Gesamtversand	126 649	123 956	115 559	105 453)
Berlin	99 782	116 268	104 869	92 581

In Geflügel besteht nach wie vor dem Kriege ein sehr starker Passivsaldo für Brandenburg. Durch die Gebietsveränderungen im Osten einerseits und durch die lebhafte Propaganda zur Förderung der heimischen Geflügelhaltung andererseits ist die Unterbilanz auf beinahe die Hälfte verringert. Von 1925 zu 1926 ist die Geflügeleinfuhr wieder um 200 000 Tiere und im Jahre 1927 um weitere 140 000 Tiere gestiegen. Daß hinsichtlich des Ausbaues der brandenburgischen Geflügelzucht noch einiges getan werden kann, lehrt schlagend der Umstand, daß Brandenburg aus dem Ruhrgebiet, wo in der Nachkriegszeit die Geflügelzucht einen bedeutenden Aufschwung genommen hat,

1913	1925	1926	1927
16 463	22 948	84 552	123 025

Stück Geflügel empfing.

Es betrugen die brandenburgische

	1913	1925	1926	1927	
Gesamteinfuhr	1 578 279	686 263	886 466	1 020 796	Stück,
Gesamtausfuhr	58 553	42 710	45 681	28 772	„ .

Von der Einfuhr kamen, außer dem oben erwähnten, aus dem Ruhrgebiet bezogenen Geflügel, ... Stück aus:

	1913	1925	1926	1927
Posen, Westpreußen, Grenzmark	739 986	.	.	.
Grenzmark	.	94 663	63 988	59 330
Westpolen	—	60 821	96 404	430 676
Ostpolen mit Galizien	360 920	76 436	96 274	27 644
Memelgebiet	—	30 966	—	43 519
Danzig	—	—	23 117	—
Rußland	113 039	187 482	248 216	7 268

b) Berlin als Marktgebiet für Vieh.

Berlin, als Marktgebiet für Vieh, ist der Hauptabnehmer der brandenburgischen Ausfuhr an lebenden Tieren und Fleisch. Im Durchschnitt 1913, 1925 und 1926 übernahm Berlin vom brandenburgischen Versand an Rindern $^3/_5$, an Kälbern $^4/_5$, an Schafen $^9/_{10}$, an Pferden $^1/_3$ und an fetten und mageren Schweinen $^3/_4$. Außerdem ging der Versand an Fleisch und Speck aus der Provinz Brandenburg so gut wie ganz nach Berlin[1]). Aber die Viehhaltung der Provinz Brandenburg ist zu gering, um erhebliche Ausfuhrüberschüsse zu gestatten, und der Bedarf einer 4,3-Millionenstadt ist groß. Für Berlin liefert Brandenburg noch nicht — in ganz groben Näherungswerten — $^1/_{10}$ der Rinder, $^1/_7$ der Kälber, $^1/_4$ der Schafe, ganz abgesehen vom Geflügel, das Brandenburg für die Mästung selbst einführt. Die brandenburgischen Fleisch- und Specklieferungen decken 1926 und 1927 nur etwa $^1/_8$ des Berliner Bedarfs.

Auf eine Analyse des Berliner Viehverkehrs sei aus dem Grunde verzichtet, weil die Veränderungen größtenteils dieselben Ursachen haben, die wir schon bei Brandenburg darstellten, die Umlagerungen aber, die vornehmlich in einer verstärkten Heranziehung von Ostpreußen bestehen, aus der Tabelle auf Seite 196 oben zu ersehen sind[2]). Als Liefergebiet macht Pommern Brandenburg in fast allen Viehgattungen die Spitze auf dem Berliner Markt streitig. Es versendet dank einer fast gleich starken oder, wie bei Schweinen um 50 bis 100 000, bei Schafen sogar um 200 000 Stück, größeren

[1]) Schweißwolle wurde in Deutschland gewonnen (Brandenburg ca $^1/_{10}$ davon):

1909/13	1923	1924	1925	1926	
23 587	24 313	24 041	22 753	18 920	Tonnen.

[1]) Der Gesamtversand aus Brandenburg nach Berlin betrug 1913: 23 212, 1925: 19 642, 1926: 17 984 und 1927: 20 341 Tonnen. Rechnet man auf eine Tonne Transportgewicht 3 Rinder oder 10 Schweine, würden das 50 bis 70 000 Rinder oder 180 000 bis 230 000 Schweine sein, also ungefähr ebensoviel Rinder oder doppelt soviel Schweine wie lebend aus Brandenburg nach Berlin versandt werden. Da man nicht weiß, was von „Fleisch und Speck" Rindfleisch, was Schweinefleisch ist, läßt sich eine Analyse des brandenburgischen Fleischverbrauches und durch eine Prokopfberechnung ein Vergleich mit dem Berliner Verbrauch nicht geben. — [2]) Bei der Einfuhr von lebendem Vieh und von Fleisch nach Berlin darf nicht vergessen werden, auf die Mängel der amtlichen Güterverkehrsstatistik hinzuweisen, die darin bestehen, daß die per Lastauto ankommenden Transporte nicht erfaßt werden. Beispielsweise mußten unmittelbar vor dem Weihnachtsfest 1929 469 000 *kg* Gänsefleisch in Stettin und 90 000 *kg* Fisch in Hamburg eingelagert und an einem der nächsten Tage in der Zeit von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends mittels Lastkraftwagenzügen nach Berlin gebracht werden.

Der Eingang von lebendem Vieh nach Berlin 1913, 1926 und 1927.

Herkunftsgebiet und Jahr		Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe u. Ziegen	Geflügel[1]	v. H. der Einfuhr von Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen und Ziegen	Geflügel
Insgesamt	**1913**	**42 988**	**293 443**	**170 588**	**1 499 097**	**512 445**	**5 962 094**						
	1926	**24 453**	**247 612**	**288 070**	**1 194 069**	**516 920**	**2 500 587**						
	1927	**23 017**	**219 870**	**274 197**	**1 489 022**	**446 283**	**2 695 904**						
davon aus:													
Brandenburg	1913	11 905	66 137	34 277	108 883	99 782	20 700	27,7	22,5	20,1	7,3	19,5	0,3
	1926	7 851	55 011	45 186	101 718	104 869	4 235	32,1	22,2	15,7	8,5	20,3	0,2
	1927	7 371	52 476	42 151	143 364	92 581	7 338	32,0	23,9	15,4	9,6	20,7	0,3
Pommern	1913	7 324	50 104	84 742	421 459	120 242	7 861	17,0	17,1	49,7	28,1	23,5	0,1
	1926	4 157	53 491	134 052	471 837	127 835	740	17,0	21,6	46,5	39,5	24,7	0,0
	1927	3 546	50 321	135 410	568 975	107 320	1 054	15,4	22,9	49,4	38,2	24,0	0,0
Ostpreußen	1913	3 315	30 872	14 548	162 105	23 244	21 740	7,7	10,5	8,5	10,8	4,5	0,4
	1926	4 556	67 144	26 902	249 070	34 275	17 542	18,6	27,1	9,3	20,9	6,6	0,7
	1927	3 504	46 357	19 274	298 494	29 421	13 948	15,2	21,1	7,0	20,0	6,6	0,5
Mecklenburg	1913	975	6 808	7 678	86 450	59 031	652	2,3	2,3	4,5	5,8	11,5	0,0
	1926	935	22 667	29 731	92 560	66 607	81	3,8	9,2	10,8	7,8	12,9	0,0
	1927	812	19 262	33 741	122 734	53 607	93	3,5	8,8	12,3	8,2	12,0	0,0
Schleswig-Holstein	1913	1 243	16 867	135	144 851	27 189	184	2,9	5,7	0,1	9,7	5,3	0,0
	1926	1 022	14 088	1 651	77 419	20 515	84	4,2	5,7	0,6	6,5	4,0	0,0
	1927	1 078	14 310	1 562	133 024	20 274	49	4,7	6,5	0,6	8,9	4,5	0,0
Sachsen, Thüringen	1913	2 782	4 033	545	16 679	35 939	3 267	6,5	1,4	0,3	1,1	7,0	0,1
	1926	1 026	7 587	7 985	27 955	84 771	3 236	4,2	3,1	2,8	2,3	16,4	0,1
	1927	1 272	7 910	5 803	36 215	83 276	1 868	5,5	3,6	2,1	2,4	18,7	0,1
Posen, Westpreußen, Grenzm.: Westpolen	1913	7 658	108 836	24 481	490 732	120 593	1 050 219	17,8	37,1	14,4	32,7	23,5	17,6
	1926	1 308	9 240	16 583	53 738	13 481	318 732	5,3	3,7	5,8	4,5	2,6	12,7
	1927	1 193	7 072	14 011	64 584	11 395	187 949	5,2	3,2	5,1	4,3	2,6	7,0
Memel	1926	—	3 236	14 393	66 209	43	—	—	1,3	5,0	5,5	—	—
	1927	84	1 854	12 889	52 184	227	7 018	0,4	0,8	4,7	3,5	0,1	0,3
Rußland, Randstaaten	1913	—	—	—	—	—	2 464 518	—	—	—	—	—	41,3
	1926	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1927	4	—	—	—	—	14 485	—	—	—	—	—	0,5
Ostpolen, Galizien, Rumänien	1913	—	—	—	—	—	1 609 279	—	—	—	—	—	27,0
	1926	187	—	2	—	—	397 705	0,8	—	—	—	—	15,9
	1927	42	—	—	—	—	365 421	0,2	—	—	—	—	13,6
Ungarn, Jugoslawien	1913	227	—	—	—	—	354 199	0,5	—	—	—	—	5,9
	1926	—	—	—	—	—	668 425	—	—	—	—	—	26,7
	1927	30	—	—	—	—	630 230	0,1	—	—	—	—	23,4
Niederlande	1913	124	—	—	—	—	330 956	0,3	—	—	—	—	5,6
	1926	105	—	—	2	—	839 982	0,4	—	—	—	—	33,6
	1927	74	—	—	—	—	1 320 601	0,3	—	—	—	—	49,0

[1]) Unter den inländischen Liefergebieten für Geflügel ragt Niederschlesien weitaus hervor. Berlin empfing von dort 1913: 27 744, 1925: 75 436, 1926: 113 968 und 1927: 105 699 Stück.

Viehhaltung und infolgedessen, weil auf brandenburgischem Boden fast genau 50 v. H. mehr Menschen wohnen als in Pommern, mehr Tiere nach Berlin als Brandenburg. Pommern ist hinsichtlich des Absatzes von Vieh von der Aufnahmefähigkeit des Berliner Marktes vollkommen abhängig, während die Provinz Brandenburg auf ihrem „inneren" Markt den stärksten Absatz hat. Ostpreußen hat aus ähnlichen Gründen wie Pommern eine absolut stärkere Zufuhr von Schweinen und in der Nachkriegszeit auch von Rindern nach Berlin als Brandenburg; aber das sind von seinem ganzen Versand von Rindern und Schweinen immerhin nur etwa rund die Hälfte. Die Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit des Berliner Marktes für lebendes Vieh ist also für Ostpreußen nicht nur geringer als für Pommern, sondern sogar geringer als für Brandenburg. Zu der den Berliner Viehempfang darstellenden Tabelle ist zu bemerken, daß in Berlin große Viehmärkte stattfinden und daher auch nicht unerhebliche Wiederausgänge zu verzeichnen sind. Insbesondere ist eine ständige Erscheinung in der Verkehrsbilanz, daß aus Berlin jährlich 10 bis 15 000 Rinder nach dem Land Sachsen gesandt werden. Im übrigen sind mit den Eingängen die auf Seite 193 gebrachten Empfangsüberschüsse zu vergleichen.

An der schon erwähnten Versorgung des Berliner Marktes mit Fleisch und Speck, Lieferungen, die sicher zum Teil Ersatz der Einfuhr von lebendem Vieh sind, haben teil mit Tonnen

	1913	1925	1926	1927
(Einfuhr überhaupt	53 083	89 522	97 102	101 005)
Brandenburg	22 239	19 223	17 488	20 341
Mecklenburg	1 906	4 214	2 667	3 171
Elbhäfen	1 151	23 322	23 076	23 676
Posen - Westpreußen bezw. Grenzmark und Polen	8 403	10 933	412	847
Schleswig-Holstein und Häfen von Rostock bis Flensburg	11 178	12 175	22 342	20 646

Die Zunahme der Lieferungen aus dem Elbhafengebiet sind ausschließlich Folge der Gefrierfleischeinfuhr, die 1926 nach Berlin 19 000 Tonnen betrug, d. h. rund 1/6 der gesamten deutschen Gefrierfleischeinfuhr.

4. Die Berliner Milchversorgung und der brandenburgische Milchversand.

Die Provinz Brandenburg ist im berlinischen Milcheinzugsgebiet der Hauptlieferant. In Brandenburg werden etwa 450 000 Milchkühe gehalten. Mit einer Milchkuhhaltung von rd. 12 Stück pro *qkm* Gesamtfläche ist die brandenburgische Kuhhaltung um 8 Stück geringer als der Reichsdurchschnitt. Auch im Vergleich mit dem preußischen Durchschnitt werden in Brandenburg je Flächeneinheit 6 Kühe weniger gehalten. Im Vergleich mit der Bevölkerungsdichte ändert sich das Bild.

In Brandenburg kommen auf 1 000 Einwohner 174 Milchkühe, d. h. 27 mehr als im Reichsdurchschnitt und 38 mehr als im preußischen Durchschnitt: Kennzeichen des Milchlieferungsgebietes für die Metropole. Innerhalb des berlinischen Milcheinzugsgebietes, welches sich über Brandenburg hinaus nach Pommern, Mecklenburg, Sachsen-Hannover, Schlesien und der Grenzmark hinein erstreckt, hat die Provinz Brandenburg die verhältnismäßig geringste Milchkuhhaltung. Pro *qkm* Gesamtfläche dieses Gebietes werden rd. 14 Milchkühe und pro 1 000 Einwohner 205 Milchkühe gehalten. Bei einem Durchschnittsertrag je Kuh und Jahr von 2 200 Litern[1]) werden in Brandenburg jährlich etwa 1 Milliarde Liter Milch erzeugt[2]). Zur Kälberaufzucht werden 10 v. H. verwendet, sodaß 900 Millionen Liter verbleiben. Da die Provinz Brandenburg jährlich einen Milchausgang von ca. 250 000 Tonnen (etwa 10 000 Tonnen per Achse und 240 000 Tonnen per Bahn) hat einschließlich des Fastagegewichts von ca. 10 v. H.[3]), muß man mit einem Selbstverbrauch von 675 000 000 Liter, das sind pro Kopf der Bevölkerung täglich 3/4 Liter Milch, rechnen[4]). Der Selbstverbrauch der Bevölkerung ist demnach um mehr als 1/2 Liter größer, als er in Berlin ist. Allerdings ist im Verbrauch der Provinz Brandenburg der größte Teil des Verbrauches an Butter und Käse enthalten, hingegen werden in Berlin erhebliche Mengen an Butter, insbesondere aus Dänemark, Schweden, Finnland, Estland und Lettland, und Käse (aus Bayern, Ostpreußen, der Schweiz und Italien) in bereits konsumbereitem Zustand bezogen.

Mit dem Wachsen der Stadt Berlin, insbesondere freilich erst durch die Nachkriegsverhältnisse ist der Anteil der brandenburgischen Milch an der Berliner Milchversorgung immer mehr zusammengeschrumpft. Die Tarifgestaltung war eine der Hauptursachen dieses Rückganges. Die seit 1924 geltenden Tarife stehen alle, einschließlich des seit dem 1. Oktober 1928 geltenden, sich wieder mehr dem Vorkriegstarif annähernden Tarifs, unter den Nachwirkungen der Milchknappheit. Sie wurden geschaffen aus der Notwendigkeit heraus, möglichst große Milchmengen, das hieß damals infolge der verringerten Milchkuhhaltung aus verhältnismäßig weiten Entfernungen, heranzuziehen. Daher begünstigten sie am Friedenstarif gemessen die weiten Entfernungen erheblich. Das Wachstum der Stadt Berlin und die Staffeltarifierung einerseits, die verhältnismäßig geringe Milchkuhhaltung, die im Durchschnitt vielleicht nicht viel bessere Leistung der Kühe[5]) und die durch die Kriegs- und Inflationsverhältnisse wesentlich geförderte Tendenz der Selbstversorgung[6]) der Betriebe mit Butter und Käse andererseits, hatten im Gefolge, daß der brandenburgische Anteil an der Frischmilchversorgung Berlins nicht nur relativ, sondern sogar absolut zurückgegangen ist.

Brandenburg lieferte nach Berlin

1903	1913	1924	1927
(18. 2. 1903)	(durchschnittl. pro Tag)	(durchschnittl. pro Tag)	(29. 12. 1927)
512 042 kg	805 100 Liter	527 600 Liter	581 400 Liter
Das waren in v. H. des Berliner Empfanges			
96,6	89,2	74,6	65,8

Nach den Unterlagen der Eisenbahnverkehrsstatistik lieferte Brandenburg

	1925	1926	1927
bei einem Gesamtversand von ... Tonnen	254 690	236 309	240 042
nach Berlin ... Tonnen	251 144	231 375	224 030
in v. H seines Gesamtversandes	98,6	97,9	93,3

Dazu ist eine, in der Gesamtsumme nicht enthaltene, per Achse nach Berlin gehende Milchmenge von 10 000 Tonnen zu rechnen. Außerdem knüpfen sich in den letzten Jahren, in der Hauptsache durch den Einfluß einiger anderer Verbrauchszentren auf ihnen nahegelegene Teile der Provinz Brandenburg, engere Beziehungen mit dem Land Sachsen, Niederschlesien, der Provinz Sachsen und eigenartigerweise auch mit dem Ruhrgebiet und mit Bayern (Rahm?). Es wurden aus Brandenburg, abgesehen von der nach Berlin geschickten, Milch versandt ... Tonnen

nach	1925	1926	1927
Provinz Sachsen mit Anhalt	2 585	3 212	5 329
Land Sachsen	180	882	2 341
Niederschlesien (ohne Breslau)	54	173	2 916
Ruhrgebiet	—	40	1 408
Bayern (ohne Pfalz)	4	—	624

Um einen Anhaltspunkt über die Bedeutung der Frischmilchlieferungen der brandenburgischen Landwirtschaft nach Berlin zu vermitteln: bei einem Stallpreis von 13,5 Pfg. im Jahre 1913 und von 16 Pfg. im Jahre 1926 würden bei einer täglichen Lieferung von 800 000 Litern im Jahre 1913 und von 600 000 Litern im Jahre 1926 der brandenburgischen Landwirtschaft aus der Milchlieferung täglich zugeflossen sein:

1913	108 000 Mark
1926	96 000 Mark

oder im ganzen Jahr

1913	39 420 000 Mark
1926	35 040 000 Mark.

Der Umfang der Milchlieferungen nach Berlin ist mit der Vergrößerung der Berliner Bevölkerung und der damit verbundenen Verbrauchssteigerung gewachsen. Der Gesamtverbrauch belief sich

im Jahre	auf Liter täglich
1894	376 177
1903	710 907
1914	1 140 000
1927	1 330 000[1])

Eingeführt wurden unter Benutzung des Bahnweges

	Millionen Liter		Millionen Liter
1893	75	1919	104
1902	180	1920	107
1911	262	1921	127
1913	332	1922	143
1914	309	1923	107
1915	226	1924	206
1916	178	1925	300
1917	130	1926	310
1918	106	1927	365

[1]) Die Berliner Wirtschaftsberichte berechnen den gesamten Jahresverbrauch 1927 auf 385 Millionen Liter; davon als Einfuhr 303 Millionen Liter und Eigenproduktion 82 Millionen Liter, das wären also täglich nur etwa 1 055 000 Liter.

[1]) In den von den Milchviehkontrollvereinen kontrollierten Ställen beträgt die Durchschnittsleistung über 3 000 Liter, die Höchstleistung im Jahre 1926 sogar 8 700 Liter, der beste Herdendurchschnitt 5 516 Liter. — [2]) Wir halten uns im ff. an Brandt, Der heutige Stand der Berliner Milchversorgung, Berlin 1928. — [3]) Nach Angaben der Vereinigten Berliner Milchhändler sind 1926: 308,95 Millionen Liter, 1927: 303,4 Millionen Liter, nach der Verkehrsstatistik 1926: 325 071 Tonnen, 1927: 353 127 Tonnen (Milch und Rahm!) nach Berlin eingeführt. 1926 ist die Menge nach der Verkehrsstatistik also 5 v. H., 1927 14 v. H. größer als die nach den Angaben der Milchhändler, sodaß man wahrscheinlich mit einem Durchschnittsgewicht der Transportgefäße von 10 v. H. des Gesamtgewichts rechnen kann. — [4]) Brand berechnet eine Verbrauch von 1 Liter täglich. — [5]) Im Kalenderjahr 1927 standen in Brandenburg nur 13,8 v. H. aller Milchkühe unter der Kontrolle von Milchkontrollvereinen. Die breite Masse der brandenburgischen Bauern steht also im Gegensatz zu den Bauern der Nordwestgebiete Deutschlands den Bestrebungen zur systematischen Leistungssteigerung der Milchkühe noch fern. — [6]) Nicht die gewerbliche Verarbeitung der Milch. Die Provinz Brandenburg ist ebenso wie weite Strecken in Westfalen und der Rheinprovinz ein typisches Frischmilchlieferungsgebiet mit im Verhältnis zur Milchkuhhaltung wenig Molkereien.

Bis zum Jahre 1903 erfolgte die Belieferung fast ausschließlich durch brandenburgische Stallungen. Wie sich das Berliner Milcheinzugsgebiet ausdehnte, lehren die folgenden Zahlen. Es lieferten

	1903		1913		1924		1927	
	Tagesmenge am 18. 2. 1903		durchschn. Tagesmenge		durchschn. Tagesmenge		Tagesmenge am 29. 12. 1927	
	in kg	v. H.	in Litern	v. H.	in Litern	v. H.	in Litern	v. H.
Brandenburg	512 042	96,6	805 100	89,2	527 600	74,6	581 400	65,8
Vorpommern	8 897	1,7 (Vorpommern und Hinterpommern)	55 600	6,2	79 500 (Vorpommern und Hinterpommern)	11,3 (Vorpommern und Hinterpommern)	103 200	11,7
Hinterpommern	19		9 700	1,1			67 400	7,6
beide Mecklenburg	2 139	0,4	15 600	1,7	65 600	9,3	86 100	9,7
Sachsen und Hannover	6 575	1,24	16 000 (Sachsen und Hannover bis andere Gebiete)	1,8 (Sachsen und Hannover bis andere Gebiete)	33 300	4,71	13 300	1,5
Schlesien	—	—			500	0,07	19 800	2,3
Grenzmark	180	0,04			200	0,03	9 800	1,1
andere Gebiete	230	0,04			100	0,02	2 500	0,3

Obgleich die Zahlen aus anderen Quellen stammen und anderer Art sind als die seit 1925 festgestellten Ergebnisse der Verkehrsstatistik decken sie sich im großen und ganzen mit ihnen. In den Ergebnissen der Verkehrsstatistik sind die Lieferungen von Sahne und kondensierter Milch mitenthalten. Danach bekam Berlin ... Tonnen Milch und Sahne

	1925		1926		1927	
insgesamt	401 851		325 071		353 127	
Davon aus	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
Brandenburg	250 144	62,2	231 375	71,2	224 030	63,4
Pommern	85 739	21,3	40 752	12,5	69 608	19,7
Mecklenburg	39 845	9,9	30 258	9,3	36 294	10,3
Provinz Sachsen und Anhalt	9 166	2,3	8 200	2,5	5 534	1,3
Grenzmark	2 651	0,7	2 603	0,8	3 240	0,9
Niederschlesien	6 998	1,7	6 856	2,1	7 466	2,1
Schleswig-Holstein einschl. Häfen von Rostock bis Flensburg	2 257	0,6	501	0,2	2 388	0,7
Südbayern	261	0,1	1 379	0,4	2 448	0,7
Elbhäfen	3 864	1,0	537	0,2	—	—
anderen Gebieten	926	0,2	2 610	0,8	2 119	0,9

(In den Zahlen für 1925 steckt insofern eine Fehlerquelle als zu Beginn des Jahres Posten unter 500 *kg* noch nicht erfaßt wurden. Erst Mitte des Jahres ist eine vollständige Erhebung angeordnet und für das vorhergehende Halbjahr die nicht erfaßte Menge wahrscheinlich zu hoch eingesetzt worden. Nach den Angaben der Vereinigten Berliner Milchhändler ist die Milcheinfuhr im Jahre 1925 etwas niedriger gewesen als in den Jahren 1926 und 1927.)

Den kilometrischen Entfernungen nach bekam Berlin seine Milch

aus Zonen (in *km*)	1893		1903 18. 2. 1903		1911		1927 29. 12. 1927	
	v. H. des Gesamtempfanges							
0— 20	6,0	51,6	2,7	47,9	1,8	38,6	2,5	22,1
21— 30	14,8		7,9		7,7		3,7	
31— 40	16,2		24,1		20,6		9,0	
41— 50	14,6		13,2		8,5		6,9	
51— 60	9,8	46,1	12,2	45,2	10,1	46,9	7,1	35,1
61— 70	17,5		11,1		12,0		8,3	
71— 80	10,0		9,3		8,7		6,5	
81— 90	6,1		9,4		9,0		6,6	
91—100	2,7		3,2		7,1		6,6	
101—120	1,8	1,9	5,6	6,8	6,7	8,6	7,0	14,5
121—150	0,1		1,2		1,9		7,5	
151—200	0,4	0,4	0,1	0,1	4,0	5,9	14,7	28,3
über 200	—		0,0		1,9		13,6	

Außer dem Anteil der Bahnmilch aus den Nahzonen ging auch der Anteil der Achsenmilch zurück. Es wurden mittels Fuhrwerkes eingeführt

nach Berlin	täglich in Litern	v. H. des Gesamtverbrauches
1894	113 972	30
1903	73 550	10
1914	40 000	3
1927	30 000	2

Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch die Erweiterung der Stadtgemeinde Berlin ein erheblicher Teil der Achsenmilch nunmehr als Berliner Eigenerzeugung zu betrachten ist.

Die Berliner Eigenerzeugung bildet „den stabilsten und im Absatz unerschütterlichsten Grundstock der Berliner Milchversorgung. ... Die Berliner Molker sind gleichsam Inhaber der ersten Hypothek auf den Milchabsatz in Berlin, die als solche alle danach rangierenden Milchmengen beeinträchtigt und sie zum Teil in die Gefahrenzone des ungesicherten Absatzes hineindrückt“[1]). Infolge der Spannungen, die zwischen dem Berliner Milchhandel und den landwirtschaftlichen Erzeugern in der Preisfrage bestehen, gewinnen die Berliner Molker immer mehr an Boden. Besonders in den Außenbezirken hat die Milchkuhhaltung seit dem außerordentlichen Rückgang während der Kriegsjahre erheblich zugenommen. (Selbstverständlich ist, daß eine auch nur annähernd völlige Eigenversorgung nie in Frage kommt).

Die Zahl der Milchkühe betrug

	Alt-Berlin	Groß-Berlin
1893	5 017	.
1902	9 453	.
1906	11 042	.
1910	11 351	.
1912	11 080	.
1914	10 529	.
1918	3 756	.
1922	?	15 289
1924	7 499	18 328
1925	8 719	21 749
1926	8 963	22 569
1927	?	24 435

Nach den Wirtschaftsberichten der Stadt Berlin standen am 1. Dezember 1927 19 771 Milchkühe in 1 297 „Abmelkwirtschaften“ und 3 577 Milchkühe in Berliner landwirtschaftlichen Betrieben[2]). 83,1 v. H. aller Molkereien haben bis zu 20 Kühen, nur 37 haben über 30 Kühe im Stall. Zur Fütterung wurden verbraucht (von den Hauptposten in runden Zahlen): 100 000 Zentner getrocknete Zuckerrübenschnitzel, 55 000 Zentner Rübenschnitzel, 51 000 Zentner frische Rübenschnitzel, 152 000 Zentner Runkelrüben, 57 000 Zentner getrocknete Biertreber, 68 000 Zentner nasse Kartoffelpülpe, 103 000 Zentner Heu. Der Futterart entspricht die außergewöhnlich hohe Leistung der Berliner Milchkühe[3]). Da fast die gesamte Milch zum Verkauf kommt, ist der Anteil der Berliner Eigenerzeugung an der Berliner Frischmilchversorgung höher, als man der Zahl der Kühe nach erwarten würde. Aus der Berliner Eigenerzeugung wurden geliefert

	täglich in Litern	v. H. des Gesamtverbrauches
1894	56 013	15
1903	122 714	18
1914	200 000	18
1927	300 000	23

[1]) Brandt a. a. O. (Seite 197). — [2]) Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung am 16. 6. 1925 5 849 Milchkühe. — [3]) 4 400 Liter pro Jahr gegen 2 200 Liter in der Provinz. Der Dung aus den Abmelkwirtschaften wird von der Molkereigenossenschaft abgefahren. Sie befördert täglich 6 500 Zentner Dünger aus Berlin, davon jährlich 350 000 Zentner nach Werder und Umgebung.

5. Der Güterverkehr mit gewerblich verarbeiteten Bodenfrüchten.

a) Der Zucker im berlin-brandenburgischen Güterverkehr.

I. Der Zuckerversand und -empfang der Provinz Brandenburg.

Die Zuckerfabriken sind ein rohstofforientierter Gewerbezweig. Da die Menge der zu verarbeitenden Rüben der Fläche proportional ist, würde bei zentraler Lage der brandenburgischen Zuckerfabriken nach dem Stand der Hektarerträge von 1926 der Rohstoffbedarf innerhalb eines Umkreises von 2 (im günstigsten Fall) bis 4 *km* (im ungünstigsten Fall) gedeckt werden können. Tatsächlich sind die Transportwege infolge der Anbau- und Besitzverhältnisse recht erheblich länger. Hinzu kommt, daß die Linienführung der Bahnen (besonders in der Uckermark) und Wasserscheiden nicht immer dazu beitragen, daß die Rüben auf dem nächsten Weg in die Fabrik kommen. Außerdem ist für einige Rübenlieferanten in den östlichen Kreisen durch die Grenzziehung ein Anschluß an brandenburgische Fabriken erforderlich geworden. Im gewogenen Durchschnitt dürfte mit einem Transportradius von 30 *km* zu rechnen sein. Die Transportverhältnisse liegen folglich bedeutend ungünstiger als in dem deutschen Hauptgebiet der Zuckerproduktion, der Provinz Sachsen, wo die Fabriken nach grober Schätzung im Höchstfall etwa 10 *km* auseinander liegen, wo mithin ein durchschnittlicher Transportradius von 5 *km* in Frage kommt. In der Provinz Brandenburg werden also bei einem Durchschnittsverbrauch von etwa 6,3 Tonnen Rüben pro Tonne Zucker für jede Tonne Rohzucker 157,5 *tkm* Rüben mehr bewegt als in der Provinz Sachsen. Nicht zu vergessen ist, daß auch die Kohlenzufuhr nicht unbeträchtlich höhere Kosten verursacht als in der Provinz Sachsen, wo die Zuckerfabriken nicht selten eigene Braunkohlengruben haben.

Die regionalen Beziehungen der Provinz Brandenburg mit Pommern, Mecklenburg und der Provinz Sachsen, soweit sie den Zuckerrübenverkehr angehen, sind schon weiter vorn dargestellt. Hier sei daher ergänzend nur der Weg der Zuckerrübe durch die Verarbeitung hindurch und zum Verbraucher hin beschrieben.

Vor dem Kriege waren in der Provinz Brandenburg 10 Zuckerfabriken in Betrieb. Zwei sind während des Krieges stillgelegt und nicht wieder in Gang gesetzt worden. Verarbeitet wurden von den Fabriken

1913/14	7 505 676	*dz* Rüben,
1923/24	4 006 037	„ „ ,
1924/25	5 357 563	„ „ ,
1925/26	6 187 350	„ „ ,
1926/27	6 049 231	„ „ [1]).

Von den verarbeiteten Rüben waren (in *dz*)

	von den Fabriken selbst gewonnene	v. H	von den Gesellschaftern vertragsmäßig gelieferte	v. H.	andere	v. H.
1913/14	40 208	0,6	1 576 737	21,0	5 888 731	78,4
1923/24	64 783	1,7	2 068 249	51,6	1 873 005	46,7
1924/25	100 567	1,9	2 988 831	55,8	2 268 165	42,3
1925/26	[1]) 113 706	1,9	3 347 385	54,1	2 726 259	44,0

[1]) Nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung von 1925 sind in der Provinz Brandenburg 9 Betriebe der Größenklassen 0—100 *ha* und 6 Betriebe der Größenklassen über 100 *ha* mit Zuckerfabriken verbunden gewesen.

Die brandenburgischen Zuckerfabriken haben die für die Verkehrsbeziehungen bedeutsame Umstellung von Rohzucker auf Verbrauchszucker vorgenommen. Diese Umstellung ist eine allgemein deutsche Erscheinung, sie fällt jedoch für die Provinz Brandenburg stärker als anderswo ins Gewicht, weil es hier vor dem Kriege überhaupt keine Weißzuckerfabriken gab.

[1]) Vorläufige Angaben.

Die Verarbeitung der Zuckerrüben auf Rohzucker und seine Weiterverarbeitung in der Raffinerie war in Brandenburg vor dem Kriege die ausnahmslose Regel. Da es hier keine Raffinerien gibt, hatten sich dadurch bestimmte Verkehrsbeziehungen mit anderen Provinzen herausgebildet.

Es wurden erzeugt

	Rohzucker	Verbrauchszucker
	in *dz*	
1913/14	1 188 974	52
1923/24	373 667	401 239
1924/25	596 525	369 600
1925/26	651 021	375 519

Es verarbeiteten 1927 drei Fabriken nur Rohzucker, 3 verkauften an die Raffinerien nur das Nachprodukt und 2 arbeiteten auf Roh- und Weißzucker. Auf das Gesamtergebnis der Verkehrsbeziehungen hatte diese Umstellung den Einfluß, daß der Ausfuhrüberschuß an Rohzucker sehr stark gesunken und anstelle des vor dem Kriege sich notwendig aus den Produktionsverhältnissen ergebenden Einfuhrüberschusses an Verbrauchszucker ein Ausfuhrüberschuß getreten ist. Es wurden daher mehr aus- (—) oder ein- (+) geführt ..... Tonnen

	Rohzucker	Verbrauchszucker
1913	—111 181	+ 26 963
1925	— 30 007	+ 2 329
1926	— 46 203	— 7 259
1927	— 41 412	+ 12 137

Der Rohzucker ging mit geringfügigen Ausnahmen in die Stettiner, Hamburger und Tangermünder Zuckerraffinierien. Es gingen

nach		Tonnen Rohzucker	davon per Schiff	davon per Eisenbahn
Stettin[1])	1913	65 774	24 962	41 812
	1925	25 752	2 733	23 019
	1926	32 191	276	31 915
	1927	28 898	—	28 898
Hamburg[2])	1913	27 569	27 569	—
	1925	12 314	12 314	—
	1926	20 900	20 900	—
	1927	3 782	3 782	—
Tangermünde[3]) (bezw. Magdeburg?)	1913	27 113	27 063	50
	1925	496	496	—
	1926	1 398	1 398	—
	1927	562	524	38

[1]) Eisenbahnverkehrsbezirk 4, Binnenschiffahrtsverkehrsbezirk 3; (1926: Eisenbahnverkehrsbezirk 3! Wahrscheinlich falsch einrubriziert). — [2]) Eisenbahnverkehrsbezirk 8, Binnenschiffahrtsverkehrsbezirk 8a. — [3]) Eisenbahnverkehrsbezirk 18, Binnenschiffahrtsverkehrsbezirk 18b, c.

Der Verkehr mit Tangermünde hat infolge der Umstellung der liefernden, günstige Schiffsverkehrsverbindungen besitzenden Fabrik so gut wie ganz aufgehört. Ebenso sind die brandenburgischen Rohzuckerfabriken, welche günstige Schiffsverkehrsverbindungen nach Stettin hatten, zur Weißzuckerherstellung übergegangen. Bemerkenswert ist, daß aus Niederschlesien folgender, vermutlich zum Weitertransport nach Hamburg bestimmter Rohzucker eingegangen ist

	1913	1925	1926
	Tonnen		
überhaupt	729	6 917	8 183
davon mit Umschlag aufs Schiff in Breslau	—	5 276	5 613

1927 hat die Zufuhr aus Niederschlesien völlig (bis auf 30 Tonnen) aufgehört. Der in diesem Jahr in Erscheinung getretene Rohzuckerversand von 7 583 Tonnen nach der bayrischen Pfalz (Empfänger: Süddeutsche Zucker A. G.?) ist offenbar nur ein einmaliges, durch den Rohzuckermangel der selbständigen Raffinerien begründetes Ereignis.

Die betrieblichen Umstellungen der brandenburgischen Zuckerfabriken wirkten auf die Verkehrsbeziehungen mit Verbrauchszucker in der Weise zurück, daß Berlin ein Absatzgebiet für die brandenburgische Zuckererzeugung geworden ist, außerdem heute nicht nur Rohzucker, sondern auch Verbrauchszucker zur Ausfuhr nach den Häfen gesandt wird. Südbrandenburg wird mit ungefähr derselben Menge wie vor dem Kriege aus Niederschlesien und der Provinz Sachsen mit Verbrauchszucker beliefert. Der Empfang und Versand überhaupt und nach Hauptempfangs- und -versandgebieten geht aus der nachfolgenden Übersicht hervor. Der Versand aus Brandenburg vollzieht sich zu etwa $^2/_3$ per Bahn, der Empfang zu etwa $^5/_6$ per Bahn und zu $^1/_6$ per Schiff. Der Verbrauchszuckerempfang und -versand der Provinz Brandenburg betrug ..... Tonnen

	Versand				Empfang			
	1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	1927
überhaupt ...	**4 859**	**28 556**	**36 641**	**22 790**	**32 022**	**30 885**	**29 382**	**34 927**
darunter nach bezw. von[1])								
Pommerschen Häfen	2 798	7 558	7 219	1 709	5 654	3 252	2 261	3 061
Elbhäfen	1 002	1 718	12 911	1 733	.	.	.	.
Berlin	336	15 491	12 196	15 380	.	.	.	.
Niederschlesien	.	.	.	.	8 968	10 715	11 014	14 142
Prov. Sachsen (und Anhalt) .	.	.	.	.	14 091	8 896	11 484	12 931
Westpolen ...	.	.	.	.	.	3 859	.	.

[1]) Nur die Hauptpositionen!

II. Die Zuckerlieferungen nach Berlin.

In der Belieferung des Berliner Marktes sind durch die Veränderungen in der Betriebsstruktur der brandenburgischen Zuckerindustrie und durch die Grenzziehung im Osten Deutschlands einige Wandlungen zu verzeichnen. Anstelle der Verbrauchszuckerlieferungen aus den pommerschen Zuckerraffinerien sind die Verbrauchszuckerlieferungen aus den brandenburgischen Weißzuckerfabriken getreten. Die nicht unbeträchtlichen Mengen Rohzucker, die vor dem Kriege mit der Bahn aus der Provinz Posen ankamen, in Berlin aufs Schiff umgeschlagen und nach Hamburg weiter verfrachtet wurden, sind ausgefallen. Im Jahre 1913 gingen insgesamt 8 641 Tonnen Rohzucker ein, davon 8 132 Tonnen aus der Provinz Posen. Weiter versandt wurden 10 413 Tonnen, davon nach Hamburg per Schiff 10 280 Tonnen[1]). Was heute an Zucker nach Berlin kommt, ist — mit Ausnahme von Bruchteilen von Prozenten — nur mehr Verbrauchszucker.

Der Empfang an Verbrauchszucker betrug (in Tonnen)

	1913	1925	1926	1927
überhaupt	**90 283**	**86 894**	**82 711**	**85 868**
davon den Hauptversandgebieten nach aus:				
Provinz Sachsen (einschl. Anhalt und Thüringen)	55 685	43 278	49 456	50 758
Niederschlesien	13 635	12 670	17 902	14 115
Brandenburg	336	15 491	12 196	15 380
Pommern	17 307	8 032	1 175	2 277
Elbhäfen	59	2 916	315	1 144

[1]) Die Differenz zwischen Empfang und Versand ist aus Lagerbeständen des Vorjahres ergänzt worden.

III. Die Nebenprodukte der Zuckerfabriken.

In diesem Zusammenhang sei mit einigen Worten der Abfallprodukte der Zuckerfabriken gedacht.

Ein sehr wertvolles Düngemittel ist der Scheideschlamm. In welcher Menge er anfällt, war nicht zu ermitteln. Er kommt nur den den Zuckerfabriken benachbarten Rübenbauern zugute, da er sich bei längerem Transport durch die Stoßbewegungen verflüssigt.

Der Anfall an Schnitzeln ist von Betrieb zu Betrieb ebenfalls so verschieden, daß sich bezüglich der Menge Genaueres nicht sagen läßt. Zur Erweiterung des Transportradius und zur Erhöhung der Lagerfähigkeit wird mehr und mehr dazu übergegangen, die Zuckerrübenschnitzel zu trocknen. Man bedient sich dazu der Kesselabdämpfe, die in den Zuckerfabriken in ausreichendem Maße vorhanden sind. Rechnet man mit einem Trockenschnitzelanfall von etwa 2 *kg* pro Zentner Rüben, hätten 1925/26 ungefähr 500 000 Zentner Trockenschnitzel zur Verfügung gestellt werden können. In Wirklichkeit liegen die Verhältnisse allerdings anders, da sehr viel feuchte Schnitzel meistens direkt als Rückfuhre von den Rüben liefernden Bauern mitgenommen werden. Verkehrsstatistische Ausweise über dieses wichtige Futtermittel gibt es nicht. Schnitzel, Zuckerrüben und Futterrüben sind eine Warenposition.

Die Melasse, als letztes der Nebenprodukte, wird als Futtermittel verbraucht oder zur Verarbeitung an die Brennereien und die Entzuckerungsanstalten abgegeben. Wird die Melasse als Futtermittel verbraucht, so kehren die den Boden durch die Rübe entzogenen Nährstoffe auf dem Wege der natürlichen Düngung wieder zu ihm zurück. Die durch die technischen Verbesserungen im Produktionsprozeß bis auf etwa 16 v. H. des Rübengewichtes gesteigerte Zuckerausbeute stellt sich somit — landwirtschaftlich-statisch betrachtet — fast nur als ein durch die Arbeit angeeignetes Erzeugnis von Licht und Luft dar. Die Verarbeitung der Melasse in Brennereien ist mehr und mehr der Kartoffelverarbeitung gewichen.[1]) In welchem Umfange die Entzuckerungsanstalten[2]), die mit günstigeren Kostenfaktoren als die Zuckerfabriken zu rechnen haben, Melasse aus brandenburgischen Fabriken beziehen, ist fraglich. Nach der Verkehrsstatistik zu urteilen, wurde vor dem Kriege mehr Melasse entzuckert als heute. Da nach Auskunft von Fachleuten durchschnittlich mit einem Melasseanfall von 1,8 bis 2,4 Pfund Melasse pro Zentner Rüben zu rechnen ist, also in Brandenburg jährlich zwischen 12 und 15 000 Tonnen Melasse zur Verfügung stehen, und die Melasse zur Hälfte ihres Gewichtes Zucker enthält, könnte die brandenburgische Zuckerproduktion jährlich um etwa 6 v. H. durch die Entzuckerung der Melasse gesteigert werden. Der jährliche Ausfuhrüberschuß an Melasse (und Rübensirup!) stellte sich

	1913	1925	1926	1927
auf	10 464	6 089	10 149	7 901 t.

Er setzte sich aus folgenden (Haupt-) Ausfuhr- (—) bezw. Einfuhr- (+) überschüssen zusammen (in Tonnen):

Provinz Sachsen (Anhalt, Thüringen)	— 7 755	+ 400	— 2 071	— 705
Pommersche Häfen	— 2 011	— 1 693	— 2 400	— 2 491
Berlin	+ 119	— 1 842	— 3 126	— 1 849
Schleswig-Holstein	+ 5	— 2 835	— 2 855	— 1 568
Niederschlesien	+ 684	+ 680	+ 798	+ 707.

Der Berliner Empfangsüberschuß an Melasse stellte sich

	1913	1925	1926	1927
auf	5 739	9 183	11 507	7 685 t.

[1]) 1925/26 wurden in Brennereien insgesamt 2 676 Tonnen Rüben, Rübensaft und Melasse verarbeitet. — [2]) In Brandenburg gibt es keine.



Zur Zeit sind an der Belieferung des Berliner Marktes mit Melasse zu etwa gleichen Teilen beteiligt die Provinzen Pommern, Sachsen und Brandenburg. Die Lieferungen aus Posen-Westpreußen, die sich vor dem Kriege auf nahezu 80 v. H. des gesamten Einfuhrüberschusses beliefen, haben vollständig aufgehört.

b) Die Mühlenfabrikate in der Güterverkehrsstatistik.

Den Abschluß in der Darstellung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen Produkten bilden die Hauptbodenfrüchte, die – im Gegensatz zur Zuckerrübe – vor der Überführung in den Konsum nur zum Teil einer gewerblichen Verarbeitung unterzogen werden. Es sollen in der nachstehenden Reihenfolge behandelt werden: Roggen und Weizen (Mühlengewerbe), Kartoffeln (Kartoffelbrennereien und -trocknereien) und aus dem Grunde, um auch hier im Anschluß an die landwirtschaftliche Erzeugung der Gerste auf dem Wege der Überführung in den Konsum folgen zu können, die Brauereien. Im Mühlen- und Braugewerbe tritt uns Berlin zum ersten Male als Verarbeitungsgebiet größeren Ausmaßes entgegen. Jedoch darf man nicht, wie es meist geschieht, Berlin als ein Agglomerationsgebiet, wenigstens betreffs des Mühlengewerbes nicht, bezeichnen. Auf die Fläche bezogen, ist Berlin das industrielle Agglomerationsgebiet. Insofern wäre auch das Mühlengewerbe eingeschlossen. Auf die Bevölkerung bezogen hat Berlin weniger Mühlen, wenn auch durchschnittlich weit größere, als jedes andere deutsche Gebiet.

Über die Menge des in brandenburgischen und berlinischen Mühlen vermahlenen Getreides sind Unterlagen nur für Berlin zu beschaffen gewesen.[1]) Für Brandenburg scheiterten die Versuche (unter anderem) an der großen Zahl von Kundenmüllereien kleinen und kleinsten Umfanges, die hier fast ausschließlich das Feld beherrschen.[2]) Berlin ist der Sitz der Handelsmüllereien, solcher Mühlen also, die mit der Vermahlung des Kornes nur einen Teil ihrer wirtschaftlichen Funktion erfüllen. Ihre andere Funktion ist der Getreideankauf und der Mehlverkauf, unter Umständen auch ausschließlich der Getreide- und Mehlhandel. Die Berliner Mühlen mahlen allmonatlich je nach der Lage des Marktes zwischen 15 und 30 000 Tonnen Roggen und Weizen aus, und zwar Roggen und Weizen im Verhältnis von 7 : 10 bis 10 : 10.[3])

Die verkehrsstatistischen Unterlagen sind etwas unzureichend, um eingehender den Veredlungsprozeß kennen zu lernen und genaue Einblicke in die Marktgebiete gewinnen zu können. Aus der Provinz Brandenburg wurden versandt bezw. von der Provinz wurden empfangen an Mehl- und Mühlenerzeugnissen:

	1913	1925	1926	1927
	Tonnen			
Versand	164 253	133 969	168 894	138 561
Empfang	54 243	34 629	36 494	39 831

Was Brandenburg an Mehl- und Mühlenerzeugnissen bekommt, ist zum größeren Teil Weizenmehl, nur zum kleineren Teil aus dem Grenzverkehr stammendes Roggenmehl. Es bekam an Mehl- und Mühlenerzeugnissen . . . Tonnen

aus	1913	1925	1926	1927
Elbhäfen	4 136	2 710	4 665	3 356
Pommerschen Häfen	1 588	1 010	1 477	1 812
dem übrigen Pommern	3 757	2 480	1 702	1 852
Berlin	14 996	12 149	12 007	13 511
Niederschlesien	7 036	4 288	5 401	3 898
Prov. Sachsen (einschl. Anhalt-Thüringen)	7 357	4 192	4 295	5 056
Posen (1913) bezw. Grenzmark (seit 1925)	4 711	1 167	746	1 399
Mecklenburg	6 580	2 286	2 540	3 993
Land Sachsen	1 873	2 126	1 993	2 647

Die Hauptliefergebiete sind dieselben wie beim Weizenkorn. Berlin spielt für Brandenburg die Rolle eines Vermittlers, indem das ausländische Weizenmehl durch die Hände des berlinischen Mehlhandels geht oder das Weizenkorn in den Berliner Mühlen gemahlen wird, und dann das Mehl überwiegend südwärts in die weizenanbauarmen und industriereichen Gegenden der Provinz Brandenburg geht. Hier treffen sich die Lieferungen mit den von Süden (Niederschlesien) und von Westen (Provinz Sachsen) kommenden Lieferungen. Daß der direkte Weizenmehlbezug der Provinz Brandenburg aus dem Ausland (über Hamburg und Stettin) verhältnismäßig gering ist, hängt offenbar mit der Vermittlerrolle zusammen, die der Berliner Mehlhandel einnimmt.

Der Versand an Mehl- und Mühlenerzeugnissen aus der Provinz Brandenburg umfaßt Roggen- und Weizenmehl, ohne daß sich – ebensowenig wie bei der Analyse des

---

[1]) Inzwischen sind amtliche Produktionserhebungen durchgeführt worden (vgl. Stat. Jahrbuch f. d. Deutsche Reich S. 126 ff) — [2]) In der Provinz Brandenburg gibt es 900 landwirtschaftliche Betriebe, die gleichzeitig eine Mühle betreiben. — [3]) Die Industrie- und Handelskammer Berlin gibt seit dem 1. Januar 1928 einen internen Bericht über den Getreideverkehr in Groß-Berlin heraus, und zwar über die Lagerbestände am Ende des Monats, den Eingang und Ausgang im ganzen Monat in Weizen, Roggen und Weizen- und Roggenmehl. Daraus läßt sich ungefähr berechnen, was die Berliner Mühlen vermahlen haben und wie hoch sich der Berliner Verbrauch an Roggen- und Weizenmehl beläuft (die Gewichtseinheit in der nachstehenden Übersicht ist die Tonne):

	1. Es wurden in Berliner Mühlen vermahlen		2. Daraus wurde gewonnen bei einer 70 % igen Ausbeute		3. Aus Lagerei und Einfuhrüberschüssen kamen auf den Markt		4. Dem Konsum wurden zugeführt (Summe 2+3)	
	Weizen	Roggen	Weizenmehl	Roggenmehl	Weizenmehl	Roggenmehl	Weizenmehl	Roggenmehl
1928								
Januar	9 381	9 013	6 567	6 309	6 622	2 090	13 189	8 399
Februar	11 029	6 448	7 720	4 514	9 195	1 618	16 915	6 132
März	15 693	14 720	10 985	10 304	10 899	145	21 884	10 447
April	10 311	8 184	7 218	5 729	8 271	769	15 489	6 498
Mai	14 211	12 011	9 948	8 408	9 927	3 987	19 875	12 395
Juni	13 857	4 138	9 700	2 897	5 693	1 265	15 393	4 162
Juli	11 410	4 090	7 987	2 863	9 246	5 146	17 233	8 009
August	12 746	9 892	8 922	6 924	7 098	1 874	16 020	8 798
September	15 471	9 640	10 830	6 748	5 992	1 185	16 822	7 933
Oktober	14 099	10 426	9 869	7 298	8 511	1 894	18 380	9 192
November	13 039	8 887	9 127	6 221	7 922	3 336	17 049	9 557
Dezember	10 336	4 558	7 235	3 191	8 168	2 607	15 403	5 598
Insgesamt	**151 583**	**102 007**	**106 108**	**71 406**	**97 544**	**25 914**	**203 652**	**97 120**
1929								
Januar	12 050	8 357	8 435	5 850	6 184	3 820	14 619	9 670
Februar	8 914	5 364	6 240	3 755	8 339	4 624	14 579	8 379
März	10 593	7 064	7 415	4 945	9 579	2 969	16 994	7 914
April	18 927	11 854	13 249	8 298	5 373	2 100	18 622	10 398
Mai	13 510	6 466	9 457	4 526	5 365	3 481	14 822	8 007
Juni	11 835	8 918	8 285	6 243	5 170	3 727	13 455	9 970
Juli	16 790	6 866	11 753	4 806	10 286	5 527	22 039	10 335
August	14 831	11 220	10 382	7 854	4 386	2 822	14 768	10 676
September	11 008	12 168	7 706	8 518	1 097	2 273	8 803	10 791
Oktober	12 582	16 528	8 807	11 570	6 299	3 079	15 106	14 649
November	13 552	10 125	9 486	7 088	7 968	4 268	17 454	11 356
Dezember	16 047	7 664	11 232	5 365	7 057	4 684	18 289	10 049
Insgesamt	**160 639**	**112 594**	**112 447**	**78 818**	**77 103**	**43 374**	**189 550**	**122 194**

Empfanges[1]) — genau sagen läßt, in welchem Verhältnis Roggen- und Weizenmehl darin enthalten sind. Als Empfangsgebiete haben teil am brandenburgischen Versand mit ... Tonnen:

	1913	1925	1926	1927
Pommersche Häfen	12 101	3 530	3 124	2 162
Elbhäfen	15 746	9 862	12 393	10 149
Berlin	75 402	58 974	79 031	68 281
Prov. Sachsen (einschl. Anh.-Thür.)	15 562	22 175	30 760	23 241
Land Sachsen	26 148	20 231	23 329	20 527
Nordbayern	1 948	4 667	4 292	4 375

Aus der Richtung des Mehlversandes, der aus Brandenburg nach Berlin, der Provinz Sachsen, welche ihrerseits ihren guten Boden dem Weizen- und Zuckerrübenanbau vorbehält, und dem Land Sachsen geht, kann man schließen, daß es sich vornehmlich um Roggenmehl handelt. Bezieht man die Verkehrsergebnisse der Jahre 1925 und 1926 auf die Durchschnittsernte dieser beiden Jahre, so ergibt sich bei einer Ausmahlung des Roggens von 60 v. H., daß Brandenburg 40 bis 50 v. H. seiner jährlichen Roggenernte in nicht verarbeitetem und in vermahlenem Zustande ausführt.

Da	1913	1925	1926	1927
	(in 1 000 Tonnen)			
bei einer Roggenernte von	1 156	965	764	801
an unvermahlenem Roggen mehr aus- als eingeführt wurden	226	142	147	51
außerdem bei einer Ausmahlung des Roggens von 60 v. H.	273	223	281	231

Roggen in vermahlener Form ausgeführt[2]) wurden, folgt die auch zur Beleuchtung der Verhältnisse im Berliner Mühlengewerbe sehr wichtige Feststellung, daß das brandenburgische Produktionsgebiet heute verhältnismäßig mehr Korn in veredeltem Zustande ausführt als vor dem Kriege. Von der Gesamtausfuhr an Roggen wurden — vorausgesetzt, daß die Annahmen richtig sind — in der Provinz Brandenburg ausgemahlen 1913: 54,7 v. H., 1925: 61,1 v. H., 1926: 65,7 v. H. und 1927: 81,9 v. H.; von der brandenburgischen Gesamtausfuhr an Roggen nach Berlin 1913: 52,4 v. H., 1925: 60,2 v. H., 1926: 62,6 v. H. und 1927: 74,1 v. H.[3]).

Die Folge dieser Verschiebung des Veredlungsprozesses zur Rohstoffbasis hin, müßte, wenn sie eine allgemeine Erscheinung ist, (theoretisch) demnach die sein, daß das Mühlengewerbe in den Konsumzentren geringer beschäftigt ist als vor dem Kriege. Der im Durchschnitt der drei letzten Jahre gesunkene Brotgetreideeinfuhrüberschuß Berlins (Weizen und Roggen 1913: 258, 1925: 217, 1926: 237 und 1927: 274 tausend Tonnen) ist nur ein Beweis dafür, daß die Vermahlung von Brotgetreide infolge der veränderten Ansprüche der Konsumenten absolut nicht den Umfang erreicht wie vor dem Kriege. Er ist aber kein Beweis für eine im Rahmen der Gesamtveränderung relative Verschiebung des Veredlungsprozesses vom konsumorientierten Standort zum materialorientierten Standort hin. Dieser Folgerung steht nämlich entgegen, daß bei einer nicht gestiegenen, sondern ebenfalls verringerten Mehleinfuhr die Ausfuhr an Mehl- und Mühlenerzeugnissen aus Berlin zugenommen hat.

Berlin hat	1913	1925	1926	1927
versandt	76 781	81 425	98 894	73 899
empfangen	258 473	193 282	218 449	189 995

[1]) Auf Grund des in der Binnenschiffahrtsstatistik vor dem Kriege getrennten Nachweises von Weizen- und Roggenmehl glauben wir, zu Orientierungszwecken die Annahme machen zu dürfen, der Empfang sei Weizenmehl, der Versand Roggenmehl. — [2]) Angenommen, der gesamte Versand sei Roggenmehl. — [3]) Zur Erleichterung der Nachprüfung: Roggenversand 1927: 39 222 Tonnen, Mehlversand (Roggenmehl?) 1927: 68 281 Tonnen, bei 60 % Ausmahlung = 113 802 Tonnen Roggen.

Tonnen Mehl- und Mühlenerzeugnisse. Man kann demnach an Hand der Materialien, die durch die Verkehrsstatistik zugänglich sind, nicht beweisen, daß im Rahmen der veränderten Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide eine allgemeine Tendenz im Mühlengewerbe besteht, sich zur Rohstoffbasis hin zu orientieren. Wohl aber läßt sich beweisen, daß das Berliner Mühlengewerbe im Verhältnis zur Vorkriegszeit und zu materialorientierten Mühlen durch die Einführung der Staffeltarife — ganz abgesehen von den Ausnahmetarifen, die z. B. den ostpreußischen Mühlen zugestanden worden sind — dann benachteiligt ist, wenn es sein Mehl außerhalb Berlins absetzt.

Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Angenommen, eine Berliner Mühle bezieht den Roggen einer 100 *km* östlich von Berlin gelegenen Anbaufläche und verkauft das Mehl nach einem Ort, welcher 200 *km* westlich von Berlin liegt, etwa Hannover. Eine andere Mühle vermahle das Korn unmittelbar am Gewinnungsort (etwa Drossen) und liefere ebenfalls nach Hannover. Von den Gewichtsverlustmaterialien soll in diesem Zusammenhange abgesehen werden. In rein tariflicher Hinsicht würde das Mehl aus beiden Mühlen am Konsumort mit den Frachtkosten für 300 *km* belastet sein. Da die Fracht für 1 Tonne pro *km* vor dem Kriege auf allen Entfernungen dasselbe kostete, wären die Frachten beider Mühlen dieselben gewesen, z. B. je 100 *km* 100, also 300 insgesamt. Nunmehr nach dem Staffeltarif. Korn und Mehl werden (1925) nach der Wagenladungsklasse C befördert. Der Frachtindex beträgt (1913 = 100) von 0 bis 100 *km*: 209,0, von 101 bis 200 *km*: 174,2 und von 201 bis 300 *km*: 168,4[1]). Die Frachtkosten für die Berliner Mühle werden indiziert durch die Anfuhrkosten für das Getreide und durch die Abfuhrkosten für das Mehl, insgesamt also 209,0 + 209,0 + 174,2 = 592,2. Die Drossener Mühle hat die durchgehende Fracht für 300 *km* zu zahlen, das sind, ausgedrückt durch die Summe der Indexe, 209,0 + 174,2 + 168,4 = 551,6. Das Drossener Mehl wäre also in Hannover im Verhältnis zur Vorkriegszeit frachtlich um 40 Punkte günstiger gestellt als das Berliner. Je weiter die Entfernung zum Konsumort ist, desto mehr verschlechtert sich das Verhältnis zu Ungunsten des Berliner Mehlversandes.

Für eine Untersuchung, inwieweit diese Nachteile durch Vorteile anderer Art kompensiert werden können, fehlt es an Raum. Es ist jedenfalls durchaus denkbar, daß die Tarifgestaltung auf die seit der Stabilisierung der Währung durchgehend ungünstige Wirtschaftslage der Berliner Mühlen[2]) von Einfluß gewesen ist. 1928 heißt es im Berliner Tageblatt gelegentlich der Besprechung der Sanierungsmaßnahmen: „Die Konkurrenz der auswärtigen Mühlen, die mit großen Angeboten zu billigeren Preisen am Markt ist, macht sich stark fühlbar". Daß darüber hinaus die vorher aufgeführten allgemeinen Gründe die Wirtschaftlichkeit des Berliner Mühlengewerbes mindestens ebenso stark beeinflussen, liest man in der (Sanierungs-) Bilanz der Berliner Dampfmühlen A.G., in der von einer allgemeinen Notlage des Mühlengewerbes im östlichen und mittleren Deutschland gesprochen und besonders auf die im umgekehrten Verhältnis zum verminderten Brotkonsum stehende Steigerung der Kapazität der Mühlen hingewiesen wird.

Nachstehend die Übersicht über die aus Berlin mit Mehl- und Mühlenerzeugnissen belieferten und Mehl- und Mühlenerzeugnisse nach Berlin liefernden (Haupt-) Gebiete (in Tonnen):

[1]) Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927 Seite 123. — [2]) In den Jahren 1925 und 1926 hat von den Berliner Aktienmühlen nur die Humboldtmühle, deren völlige Erneuerung und Modernisierung 1918 beendet worden ist (1913 durch Brand zerstört), eine Dividende von 8 % gezahlt. Die Viktoriamühle zahlte 1925 die letzte Dividende von 6 %. Alle übrigen blieben ohne Dividende.

Nach bzw. von	Versand				Empfang			
	1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	14 994	12 149	12 007	13 511	66 281	58 974	79 031	68 281
Elbhäfen	48 608	28 938	54 654	22 295	44 765	36 020	40 107	43 336
Niederschlesien	641	1 613	726	1 829	54 347	29 277	44 738	23 235
Mecklenburg	163	65	194	361	15 370	28 860	17 932	21 506
Posen-Westpreußen (seit 1925 Grenzmark u. Westpolen)	159	4 620	590	375	30 610	2 440	2 517	557
Pommern	2 454	3 165	5 932	7 112	8 027	12 577	9 654	11 280
Provinz Sachsen (einschl. Anhalt-Thüringen)	1 297	6 635	8 044	12 120	15 722	11 331	5 791	9 335
Land Sachsen	4 148	2 545	2 521	4 081	8 494	7 139	14 059	8 637
Bayern (ohne Pfalz)	1 854	10 845	4 848	4 961	6	15	2	57

Der veränderten Lage in der Verarbeitung des Brotgetreides entsprechend, mußte sich auch die Versorgung mit Kleie verschieben.

Der Einfuhrüberschuß an Kleie betrug in Brandenburg

	1913	1925	1926	1927
	Tonnen			
Insgesamt	**163 110**	**31 191**	**39 440**	**68 415**
Davon entfielen auf:				
Elbhäfen	28 903	1 970	3 472	10 961
Pommersche Häfen	34 544	349	939	1 667
Posen-Westpreußen (seit 1925 Grenzmark u. Westpolen)	52 553	3 952	5 482	7 385
Berlin	24 620	11 753	10 463	15 093
Mecklenburg	6 768	5 187	3 974	5 648
Ostpolen	585	2 912	15 935	13 887

Außer mit diesen Gebieten bestand noch eine ganze Reihe anderer Beziehungen teils aktiver, teils passiver Art, jedoch kaum eine mit einem 1 000 Tonnen übersteigenden Überschuß.

Berlin hat aus der Produktion der eigenen Müllereien einen Kleieüberschuß, der fast ausnahmslos nach Brandenburg versandt wird. Außerdem führte Berlin in der Vorkriegszeit verhältnismäßig geringfügige Mengen Kleie über Hamburg und Stettin ein. Sie sind in der Nachkriegszeit in Fortfall gekommen. Der Berliner Ausfuhrüberschuß an Kleie betrug

1913	1925	1926	1927	
15 291	14 165	17 238	20 158	Tonnen.

Welche Mengen davon nach Brandenburg gingen, ist oben zu ersehen.

c) Die gewerbliche Verarbeitung der Kartoffel.

Einer der Gewerbezweige in der Provinz Brandenburg, welcher am meisten das Recht für sich beanspruchen kann, als landwirtschaftliches Nebengewerbe bezeichnet zu werden, ist das Kartoffeln verarbeitende Gewerbe. Fast ausnahmslos direkt mit der Landwirtschaft verbunden sind die Branntweinbrennereien [1]), die Kartoffeltrocknereien [2]) und die Stärkefabriken [3]), selten die Trinkbranntwein herstellenden Betriebe.

I. Die Kartoffel als gewerblicher Rohstoff.

In den Branntweinbrennereien der Provinz Brandenburg (und Berlin) sind verarbeitet worden in Tonnen:

	1912/13	1923/24	1924/25	1925/26
Kartoffeln				
Brandenburg	516 001	209 802	342 371	406 857
Berlin	—	855	1 237	2 898
Roggen und Gerste				
Brandenburg [1])	21 303	4 810	83	7 860
Berlin	—	36	84	248
Mais und Dari				
Brandenburg	2 366	10 244	385	205
Berlin	—	75	53	—
Anderes Getreide und mehl. Stoffe				
Brandenburg	1 534	352	5 912	294
Berlin	—	3	47	52
Rüben, Rübensaft, Melasse				
Brandenburg	20	3 500	1 732	2 676
Berlin	—	55	38	4

[1]) Fast ausschließlich Gerste.

Die Kartoffel ist das Rohmaterial der brandenburgischen Branntweinbrennereien. 1925/26 sind ungefähr 8 v. H. der brandenburgischen Kartoffelernte in den Brennereien verarbeitet worden, absolut rund 100 000 Tonnen weniger als im letzten Vorkriegsjahr, relativ zur Kartoffelernte ebenfalls nicht ganz so viel wie vor dem Kriege (8 gegen 10 v. H.).

Erzeugt wurden . . . . *hl* Branntwein

in	1912/13	1923/24	1924/25	1925/26
Brandenburg	552 443	275 139	332 368	421 485
Berlin	—	1 256	1 769	3 237
Insgesamt v. H. der deutschen Erzeugung	?	17,8	18,1	19,0

Die berlinisch-brandenburgische Branntweinerzeugung bleibt 1927 noch um ca. 130 000 *hl* hinter der Vorkriegserzeugung zurück. Von der Erzeugung wurden in landwirtschaftlichen Betrieben hergestellt

	hl Branntwein insgesamt	Davon aus Kartoffeln	Getreide
1912/13	541 876	541 687	189
1923/24	272 828	264 943	7 885
1924/25	329 707	328 880	827
1925/26	418 130	418 112	18

In Brandenburg wird mehr als $^1/_4$ (1923/24 31,6 v. H.) des gesamten deutschen Kartoffelbranntweins hergestellt. Pro hl Kartoffelbranntwein werden ungefähr 10 dz Kartoffeln verbraucht.

Die Produktionsfähigkeit der brandenburgischen Kartoffeltrocknereien wird auf 415 000 Tonnen Kartoffeln, d. h. auf etwas mehr als $^1/_4$ der Kapazität aller deutschen Kartoffel-

[1]) In der Provinz Brandenburg sind 551 Landwirtschaftsbetriebe mit Branntweinbrennereien verbunden, davon 27 der Größenklasse 0—100 *ha*, 524 der Größenklasse 100 *ha* und mehr. In Berlin haben drei landwirtschaftliche Großbetriebe eine Branntweinbrennerei. — [2]) In Brandenburg sind 98 Landwirtschaftsbetriebe an Kartoffeltrocknereien angeschlossen. Da die Zahl der Kartoffeltrocknereien nur 64 beträgt, haben demnach die Bauern ihren zum Zwecke der Kartoffeltrocknung meistens in der Form der Genossenschaft mit unbeschränkter Nachschußpflicht erfolgten Zusammenschluß als eine nebengewerbliche Betätigung aufgefaßt. Übrigens bestehen bezüglich der Kartoffeltrocknereien sehr erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Statistiken. Von der gewerblichen Betriebsstatistik werden 64, im Enquetebericht über die Kartoffelverwertung werden 1926 in Brandenburg 93 Gutstrocknereien, 12 Genossenschaftstrocknereien und 8 gewerbliche Trocknereien, insgesamt also 113 gezählt. (Desgl. in einem Artikel in der Zeitschrift für die Spiritusindustrie 1927 Nr. 42). Danach ist der genossenschaftliche Betrieb von Kartoffeltrocknereien in Brandenburg im Verhältnis zur Zahl der Kartoffeltrocknereien überhaupt geringer als in anderen Provinzen. Mit 113 Kartoffeltrocknereien steht Brandenburg an der Spitze aller deutschen Länder und Landesteile vor Pommern (111). Mit seinen 12 Genossenschaftstrocknereien steht Brandenburg nur an der 4. Stelle. — [3]) In der Provinz Brandenburg sind 50 Landwirtschaftsbetriebe (davon 6 mit weniger als 100 *ha* und 44 mit mehr als 100 *ha* landwirtschaftlich genutzter Fläche) mit Stärkefabriken liiert. Die Stärkeindustrie der Provinz Brandenburg hat genau wie die Kartoffeltrocknerei einen genossenschaftlichen Einschlag. Die größten Betriebe sind allerdings gewerbliche Unternehmungen.



trocknereien (2 013 000 Tonnen) geschätzt. Bei voller Ausnutzung der Anlagen würde demnach in den brandenburgischen Kartoffeltrocknereien rund 8—10 v. H. der Ernte verarbeitet werden können. Der Grad der tatsächlichen Ausnutzung der Trocknereien ist eine Funktion der Aufnahmefähigkeit des Marktes für frische Kartoffeln. Bei einem Stärkegehalt der Kartoffel von etwa 17 % würden alljährlich in der Provinz Brandenburg ungefähr 100 000 Tonnen Trockenkartoffeln hergestellt werden können, davon etwa 80 000 Tonnen Flocken und 20 000 Tonnen Schnitzel (vgl. Zeitschrift für die Spiritusindustrie 1927 Nr. 42).

Die Stärke- und Stärkeveredlungsindustrie, die sich auch auf Weizen, Mais und Reis aufbauen kann, verarbeitet in Brandenburg fast ausnahmslos Kartoffeln, das in technischer Hinsicht vorzüglichste Rohmaterial der Stärkeherstellung. Das Abfallprodukt der Stärkeherstellung, die breiige Pülze, wird, getrocknet oder auch naß, als Viehfutter verwendet. Schätzt man den Anteil der brandenburgischen Kartoffelstärkefabriken auf etwa 1/6 des deutschen Vorkriegsbestandes[1]) und legt man einen dementsprechenden Anteil an verarbeiteten Kartoffeln zugrunde, so sind in Brandenburg ungefähr 220 000 Tonnen Kartoffeln von der Stärkeindustrie verarbeitet worden, also etwa die Hälfte des in den brandenburgischen Kartoffeltrocknereien und Branntweinbrennereien verarbeiteten Rohmaterials. Daraus würden etwa 30000 Tonnen Kartoffelmehl und trockene Kartoffelstärke und 10000 Tonnen feuchte Stärke und Schlemmstärke gewonnen sein.[2])

Einen weiteren Grad der Veredlung kann die Kartoffelstärke in den Stärkezuckerfabriken erfahren. Der Stärkezucker findet (in der Form von Sirup) Verwendung in der Marmeladen-, Schokoladen- und Likörfabrikation. Die Industrie war in Deutschland vor dem Kriege (1913/14) mit 24, im Jahre 1925/26 mit nur 10 Fabriken vertreten. Von den 10 entfielen 7 auf die Landesfinanzämter Brandenburg und Magdeburg. Sie verarbeiteten von der in den eigenen Fabriken erzeugten Rohstärke 2 497 Tonnen trockene und 13 656 Tonnen nasse Stärke, außerdem 19 891 Tonnen von anderen Kartoffelstärkefabriken aufgekaufte Stärke und 19 947 Tonnen Maisstärke. Erzeugt wurden von ihnen 5 071 Tonnen fester Stärkezucker, 38 490 Tonnen Stärkesirup und 1 994 Tonnen Zuckerfarben.

II. Der Güterverkehr mit Kartoffelveredlungsfabrikaten.

Der regionale Markt der Veredlungsprodukte, die in Brandenburg aus Kartoffeln hergestellt werden, läßt sich größenmäßig nicht bestimmen. Es ist sogar schwer bezw. unmöglich, die geographische Richtung ihres Ausganges zu bestimmen, weil in der Verkehrsstatistik Weingeist, Branntwein und Essig eine Warenposition bilden, auch Stärke schlechthin, also einschließlich Reisstärke, Stärkezucker und Kartoffelmehl, und ebenso die Kartoffelflocken und die frischen Kartoffeln eine Position sind.

Weingeist, Branntwein und Essig hat die Provinz Brandenburg (in Tonnen)

	1913	1925	1926	1927
versandt	51 968	42 877	37 151	43 979
empfangen	14 003	16 784	13 545	15 177

[1]) 1910/11 303 Kartoffelstärkefabriken. — [2]) Bei den Zahlen handelt es sich um ganz rohe Näherungswerte. Sie können nur eine Vorstellung von dem Produktionsumfang der brandenburgischen (-berlinischen) Stärkeindustrie geben (vgl. Enzyklopädie der technischen Chemie Band X [Berlin 1922] Seite 604).

Vom Versand gingen .... Tonnen nach

	1913	1925	1926	1927
Elbhäfen	3 519	367	1 767	547
Häfen in Pommern	3 214	1 249	1 149	1 089
Berlin	29 297	23 130	23 436	26 350
Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen	7 524	8 813	3 684	8 842
Land Sachsen	2 886	2 244	1 715	2 136

Vom Empfang kamen .... Tonnen aus

	1913	1925	1926	1927
Posen-Westpreußen (seit 1925 Grenzmark und Westpolen)	4 751	2 418	1 971	1 741
Berlin	3 115	2 926	4 586	5 583
Niederschlesien	1 868	3 184	2 617	2 250
Pommern	1 722	5 816	2 257	3 523

Die enge Verbindung zwischen Brandenburg und Berlin ist eine Folge der (gebiets-) arbeitsteiligen Organisation zwischen beiden Provinzen. In Brandenburg wird der Rohbranntwein gebrannt und dann nach Berlin geschickt, um hier gereinigt und zu Trinkbranntwein verarbeitet zu werden. Allerdings ist die Provinz Brandenburg, zum Teil, weil sie fast ausschließlich Kartoffelbranntwein herstellt, nicht in der Lage, den Berliner Bedarf zu decken.

Berlin hat Branntwein, Weingeist und Essig (in Tonnen)

	1913	1925	1926	1927
empfangen	46 571	50 845	46 581	56 705
versandt	18 127	22 654	27 608	32 145

Vom Empfang kamen .... Tonnen aus

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	29 297	23 130	23 436	26 350
Pommern	5 164	12 588	10 654	14 038
Posen-Westpreußen (seit 1925 Grenzmark und Westpolen)	8 862	2 461	2 270	2 116
Ostpreußen	20	4 344	2 921	6 182
Baden	34	1 055	424	1 086
Hessen	36	1 185	149	282

Die Vergrößerung des Kreises der Anlieferungsgebiete ist beeinflußt worden durch die Eingriffe der Reichsmonopolverwaltung in die Marktgestaltung und durch den Ausfall der Lieferungen aus der ehemaligen Provinz Posen. Mit der Ausdehnung der Anlieferungsgebiete erfolgte eine Ausweitung des Berliner Absatzgebietes. Letztere ist durch den guten Ruf, den sich das Berliner Trinkbranntweingewerbe und die Reinigungsanstalten erworben haben, gefördert worden. Mehr als 1 000 Tonnen Branntwein (und Essig!) haben (1927) aus Berlin empfangen:

	1913	1925	1926	1927
	Tonnen			
Elbhäfen	5 202	4 478	6 087	3 884
Provinz Sachsen (einschl. Anh.-Thür.)	1 471	3 474	2 264	3 921
Brandenburg	3 115	2 926	4 586	5 583
Land Sachsen	497	1 428	2 400	5 594
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	708	1 699	2 296	2 045
Ruhrgebiet	691	423	933	1 008
Baden	1 302	822	677	1 174
Hessen	743	298	778	1 308
Pommern	944	724	1 231	1 873

Der Markt für Kartoffelstärke und Kartoffelmehl ist unbeeinflußt von einer zentralen Organisation. Dem Umfang des brandenburgischen Kartoffelbaues und der Größe seiner



Kartoffelstärkeindustrie entsprechend bringt Brandenburg unter allen deutschen Ländern und Landesteilen weitaus am meisten Kartoffelstärke und Kartoffelmehl auf den Markt, mehr als doppelt soviel wie Pommern, dem in der Reihe der versendenden Länder und Landesteile an zweiter Stelle stehenden Gebiet. Da der Transportradius der Kartoffelveredlungsprodukte erheblich größer ist als der für frische Kartoffeln, nimmt es nicht wunder, daß brandenburgisches Kartoffelmehl den Weg nach allen deutschen Gegenden findet. Auch als wichtiger Exportartikel kommt es in Betracht, heute allerdings nicht mehr in dem Maße wie vor dem Kriege. Andererseits beziehen brandenburgische Grenzkreise auch Kartoffelmehl aus Pommern, Posen resp. der Grenzmark und Niederschlesien. Der Hauptteil des brandenburgischen Empfangs (21 000 Tonnen bis 23 000 Tonnen) kommt aus der Provinz Sachsen (einschließlich Thüringen und Anhalt) und aus den pommerschen Häfen. (1927: aus der Provinz Sachsen 12 071 Tonnen, aus den pommerschen Häfen 4 499 Tonnen). Das Bild ist durch die Zusammensetzung der Warenposition (einschl. Kleberleim, Glykose, Sago) etwas verwischt. Brandenburg hat Stärke, Stärkezucker und Kartoffelmehl (in Tonnen)

	1913	1925	1926	1927
versandt	89 522	63 106	65 167	53 794
empfangen	30 267	23 724	21 239	23 437

Vom Versand gingen in .... Tonnen

nach	1913	1925	1926	1927
Elbhäfen	7 149	5 440	4 981	2 941
Häfen in Pommern	36 734	14 313	10 191	9 048
Berlin	9 507	6 159	7 243	4 033
Land Sachsen	10 885	8 119	7 112	7 662
Provinz Sachsen (einschl. Anh.-Thür.)	8 157	4 902	5 273	5 152
Hannover-Oldenburg	3 314	5 235	5 719	5 384
Bayern-Württemberg (ohne Pfalz)	2 829	5 316	8 709	6 566

Berlin ist im großen und ganzen nur Empfangsgebiet für Kartoffelmehl und die ähnlichen Erzeugnisse. Beim Versand handelt es sich fast ausschließlich um den von der Bahn aufs Schiff umgeschlagenen Weiterversand nach Hamburg und Stettin. Berlin

	1913	1925	1926	1927
versandte	1 565	4 128	3 371	4 636,
empfing	16 583	11 945	10 802	10 317

Tonnen.

Die Hauptliefergebiete waren mit .... Tonnen

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	9 507	6 159	7 243	4 083
Provinz Sachsen (einschl. Anh.-Thür.)	2 806	1 373	321	1 294
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	1 220	1 058	1 113	1 193
Pommern	1 150	600	285	224

d) Die Gerste als Rohstoff der Bierbrauereien.

Die Untersuchung über die Verwertung und über die Absatzgebiete der Gerste, als letzte unter den Hauptbodenfrüchten, bringt die Verbindung mit der Brauindustrie. Als Standort des deutschen Brauereigewerbes steht Berlin mit München, Nürnberg und Münster an der Spitze. Diese vier Bierstädte des deutschen Reiches brauen mit einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Brauereien annähernd die Hälfte der jährlichen Biermenge[1]). Ihnen gegenüber sind die restlichen Bierbrauereien (mehr als 26 000) ziemlich stark verteilt.

[1])

Städte	Produktion 1928/29 in Mill. *hl*	Zahl der Brauereien
Berlin	5,2	37
München (Stadt)	3,2	801
München (Stadt und Land)	6,9	
Nürnberg	4,6	1 834
Münster	3,9	89

I. Die Biererzeugung.

Über den Produktionsumfang und den Rohstoffverbrauch der Brauereien unterrichtet die Biersteuerstatistik. Durch den allgemeinen Rückgang der Produktion und durch die verhältnismäßig noch größere Verdrängung des obergärigen Bieres (Berliner Weiße, Braunbier) hat sich eine starke Betriebskonzentration vollzogen[1]). 1910 sind in Berlin 112 Brauereien vorhanden gewesen, 1925 nur noch 40. In Brandenburg nimmt die Produktion von obergärigem Bier noch rund $^1/_3$ der Erzeugung von untergärigem Bier ein. Dadurch wird die verhältnismäßig große Zahl von kleinen Brauereien verständlich[2]). Die Erzeugung von obergärigem Bier ist übrigens eine Spezialität der Provinz Brandenburg. Nach der Biersteuerstatistik kamen im Reich im Jahre 1925 auf 12 221 Betriebe für untergäriges Bier 841 für obergäriges Bier, in Brandenburg auf 40 Betriebe für untergäriges, 90 für obergäriges Bier[3]). Erzeugt wurden

	Hektoliter obergäriges Bier	Hektoliter untergäriges Bier	zusammen	Der Verbrauch an Malz betrug in *dz*	Der Verbrauch an Zucker betrug in *dz*
1913/14					
Berlin-Brandenburg	1 244 365	5 722 990	6 967 355	1 289 460	30 203
1923/24					
Berlin	230 909	2 253 911	2 484 820	319 880	4 342
Brandenburg	61 365	249 680	311 045	46 909	706
1924/25					
Berlin	340 482	3 483 297	3 873 779	613 489	8 831
Brandenburg	111 794	384 695	496 489	86 572	1 254
1925/26					
Berlin	587 353	4 534 969	5 122 322	880 328	12 097
Brandenburg	174 269	502 690	676 959	112 868	2 937
1926/27					
Berlin[1])	—	—	5 183 400	—	—
1927/28					
Berlin[1])	—	—	5 446 400	—	—

[1]) Aus den Handelskammerberichten.

Die Erzeugung in Berlin-Brandenburg betrug im Jahre 1925/26 rund $^1/_8$ der deutschen Bierproduktion.

II. Die Rohstoffversorgung der Brauereien.

Die Rohstoffversorgung der Bierbrauereien in Berlin und Brandenburg geschieht zu einem beträchtlichen Teil durch Gerste aus dem brandenburgischen Braugerstegebiet, das ist der sich längs der Oder nördlich von Frankfurt a./O. über die Kreise Lebus, Königsberg i. N., Angermünde und Prenzlau nach Pommern hinziehende Strich fruchtbarer Boden, in dem auch die Zuckerrübe und der Weizen gedeiht.

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg versandte	72 357	70 094	73 393	56 765
" empfing	54 157	13 632	20 020	25 413
		Tonnen Gerste,		
und				
" versandte	19 367	10 119	12 802	9 721
" empfing	7 491	4 731	4 872	6 205
		Tonnen Malz.		

[1]) Zur Produktion von untergärigem Bier werden ausgedehnte Lagerräumlichkeiten benötigt. Eine Brauerei muß erfahrungsgemäß mindestens auf 10 Wochen Bier vorrätig halten, außerdem Malz und Hopfen auf $^1/_4$ Jahr. — [2]) In der Provinz Brandenburg gab es 1925 noch 42 Brauereien, die mit landwirtschaftlichen Betrieben verbunden waren. $^3/_8$ aller brandenburgischen Brauereien konnten also neben ihrem Gewerbe noch die Landwirtschaft betreiben. — [3]) Die zahlenmäßigen Differenzen gegenüber den Ergebnissen der gewerblichen Betriebszählung entstehen dadurch, daß in der Biersteuerstatistik Betriebe, die unter- und obergäriges Bier brauen, für diese Zwecke doppelt gezählt werden.

Der Gesamtausgang an Gerste (Verkehrsstatistik: Brau- und Futtergerste!) beträgt demnach aus der Provinz Brandenburg bei kaum verändertem Stand gegenüber der Vorkriegszeit rund 85 000 Tonnen[1]), d. h. etwas mehr als die Hälfte der jährlichen Gerstenernte. Infolge des Rückganges der Gerstenernte von 1926 zu 1927 haben die Landwirte 1927 die Braugerste vermutlich zurückgehalten, sodaß der Gesamtausgang auf 39 v. H. der Ernte gesunken ist. Die Folge war das Anziehen des Gerstenpreises im Durchschnitt 1927 gegen 1926 um 15 Prozent. Im Mai 1928 stand der Preis für Braugerste 30 Prozent über dem Jahresdurchschnitt 1926. Den Gerstenempfang der Provinz, der in der Hauptsache aus den Elbhäfen[2]), Berlin[3]), Posen bzw. Grenzmark[4]), Pommern[5]) und Niederschlesien[6]) kommt, darf man wohl als einen Empfang von Futtergerste betrachten. Beim Gerstenversand aus Brandenburg ist hingegen fraglich, was davon Futtergerste, was Braugerste ist. Von dem brandenburgischen Gerstenversand gingen .... Tonnen nach

	1913	1925	1926	1927
Berlin	34 104	32 325	36 450	28 694
Häfen in Pommern	9 178	5 587	3 738	6 398
Provinz Sachsen (einschl. Anhalt-Thüringen)	19 158	16 861	22 153	11 525
Land Sachsen	3 432	7 254	5 287	4 493

Daß Braugerste aus Brandenburg exportiert wird, ist nicht anzunehmen. Auch ist es unwahrscheinlich, daß die Provinz Sachsen, eins der besten Braugerstegebiete in Deutschland, Braugerste aus Brandenburg empfängt. Wohl aber kann man annehmen, daß die Provinz Sachsen, gerade weil sie viel Braugerste anbaut, Bedarf an Futtergerste hat und zu dessen Befriedigung die Provinz Brandenburg herangezogen wird. Mit einiger Sicherheit läßt sich demnach nur der brandenburgische Gerstenversand nach Berlin als Versand von Braugerste bezeichnen. Diese 1927 auf 29 000 Tonnen heruntergegangene, sonst zwischen 32 und 36 000 Tonnen liegende Ausfuhr entspricht ungefähr $^2/_3$ des Gesamtertrages an Sommergerste in den Kreisen Lebus, Königsberg i. N., Prenzlau und Angermünde. Das restliche Drittel der Sommergersteernte dieser 4 Kreise würde gerade ausreichen, um den Bedarf der brandenburgischen Brauereien sicherzustellen. Von dem Versand der Provinz Brandenburg an Malz gingen nach Berlin 1913: 12 293, 1925: 7 530, 1926: 9 488 und 1927: 7 120 Tonnen, vom gesamten Malzausgang also ungefähr $^3/_4$. Wird Malz auf Gerste umgerechnet, würde die Provinz Brandenburg mithin bei normalen Ernten rund 50 000 Tonnen Gerste für die Berliner Brauereien zur Verfügung stellen. 1927 ist durch die besonderen Verhältnisse die Menge auf 38 000 Tonnen gesunken.

Die von der brandenburgischen Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Braustoffe reichen für die **Versorgung der Berliner Brauereien** nicht aus. Nach der auf S. 205, 2. Sp. oben gebrachten Produktionsstatistik betrug der Gerstenverbrauch im Berliner Braugewerbe 1925/26 etwa 120 000 Tonnen.[7]) Zur Deckung des Fehlbetrages trugen vor dem Kriege das Ausland, Posen-Westpreußen und Niederschlesien bei. Infolge des Produktionsrückganges einerseits, der Grenzveränderungen im Osten andererseits und wahrscheinlich auch durch den anstelle der ausländischen Futtermittel getretenen Verbrauch heimischer Gerste in Niederschlesien haben sich die Veränderungen im Anteil der Liefergebiete vollzogen, die aus der folgenden Übersicht zu ersehen sind. Einen der absoluten Menge nach beachtlichen Gewinn auf dem Berliner Markt hat die Provinz Pommern, ebenso die Tschechoslowakei.

Berlin

	1913	1925	1926	1927
empfing	108 497	81 007	94 856	81 690
versandte	16 329	8 610	7 006	11 263
Tonnen Gerste.				
Vom Versand gingen (durch den Futtermittelhandel) nach Brandenburg	10 924	1 604	2 872	3 198

Der Empfang kam mit .... Tonnen aus

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	34 104	32 325	36 450	28 694
Posen-Westpreußen (bezw. seit 1925: Grenzmark und Westpolen)	27 057	4 942	6 993	1 368
Niederschlesien	28 507	4 829	10 246	15 910
Elbhäfen	11 443	4 341	7 316	6 212
Pommern	3 561	20 124	16 120	8 521
Mecklenburg	1 389	6 913	4 170	2 622
Ostpreußen	29	1 892	2 202	449
Böhmen (bezw. Tschechoslowakei)	1 431	2 273	9 830	13 218

Außerdem beziehen die Berliner Brauereien über die **Hälfte** des gesamten Braustoffbedarfs als bereits zu **Malz** verarbeitete Gerste. Es hängt wahrscheinlich mit der Betriebskonzentration in Berlin zusammen, daß das Verhältnis zwischen Gerste und Malz sich zu Ungunsten des letzteren verschoben hat. Auch ist es denkbar, daß durch die Einflußnahme der Berliner Großbrauereien auf die Provinzbetriebe eine verhältnismäßig stärkere Einschränkung im Malzbezug erfolgt ist.

Berlin

	1913	1925	1926	1927
versandte	4 385	3 178	2 866	2 396
empfing	60 076	39 849	40 060	40 336

Tonnen Malz.

Vom Empfang kamen . . . Tonnen aus

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	12 293	7 530	9 488	7 120
Niederschlesien	13 147	3 120	5 833	6 767
Böhmen und Österreich	10 850	11 213	11 309	11 162
Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen	9 438	10 607	5 178	6 410
Land Sachsen	6 900	2 270	3 223	2 438
Oberschlesien	3 893	2 212	2 401	2 305

Den **Hopfenbedarf** der Berliner und der Brandenburger Brauereien, der nach der Verkehrsstatistik für Berlin ca. 1 500 Tonnen und für Brandenburg ca. 150 Tonnen beträgt, bestreiten in der Hauptsache Nordbayern (rund $^2/_3$), Württemberg (rund $^1/_{10}$) und die Tschechoslowakei (rund $^1/_6$).

III. Der Absatz des Bieres.

Das Erzeugnis der Brauereien, das Bier, ist einer der wenigen Posten, welcher in der Verkehrsbilanz ein **Aktivum für Berlin** darstellt. Etwa $^1/_4$ (1,3 Millionen hl)[1]) der Berliner Biererzeugung verläßt das Weichbild der Stadt. Davon geht am meisten in die Provinz Brandenburg. Da

[1]) Versand von Gerste plus Ausfuhrüberschuß an Malz; Malz: Gerste = 3 : 4.

[2]) 1913: 15 798, 1926: 2 274, 1927: 3 756 Tonnen

[3]) „ : 11 250, „ : 2 872, „ : 3 198 „

[4]) „ : 8 678, „ : 2 782, „ : 3 212 „

[5]) „ : 4 254, „ : 4 513, „ : 6 866 „

[6]) „ : 5 507, „ : 3 771, „ : 2 840 „ .

[7]) 88 033 Tonnen Malz = 117 377 Tonnen Gerste.

[1]) Berechnungsgrundlage 1 l = 1 kg.

etwa 800 000 hl nach dorthin gehen und pro hl ungefähr 18 kg Malz verbraucht werden, kommen von der Gersteneinfuhr aus Brandenburg (1926: 36 450 Tonnen) etwas mehr als die Hälfte in der Form des Bieres wieder nach Brandenburg zurück. Beachtlich ist im Berliner Bierempfang und -versand der Rückgang des Bezuges bayrischer Spezialbiere und die Steigerung des Exports. Berlin hat .... Tonnen Bier

	1913	1925	1926	1927
empfangen	61 745	23 972	23 274	26 507
versandt	140 162	133 180	132 972	123 155

Die Hauptlieferanten (von Spezialbieren!) waren .... mit .... Tonnen

	1913	1925	1926	1927
Tschechoslowakei (Böhmen)	14 376	6 045	5 463	6 524
Bayern	29 817	11 421	12 348	12 972
Baden	1 756	804	785	1 319
Ruhrgebiet	101	1 426	1 459	1 526
Brandenburg	7 392	251	712	1 444

Die Hauptempfangsgebiete Berliner Biere waren ... mit ... Tonnen

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	112 242	79 032	81 179	75 582
Elbhäfen	2 367	21 090	20 066	17 556
Stettin	7 536	13 239	11 443	10 896
Ostseehäfen von Rostock bis Flensburg	512	1 151	1 149	948
Prov. Sachsen (einschl. Anhalt-Thüringen)	5 520	5 580	6 478	7 358
Übriges Pommern	1 983	3 378	3 264	2 557
Grenzmark (1913: Prov. Posen)	1 460	2 928	3 153	3 199
Mecklenburg (ohne Häfen)	2 764	2 464	2 912	2 900

Die Provinz Brandenburg hat eine passive Bierbilanz, allerdings nicht in dem Grade, wie es nach der Verkehrsstatistik den Anschein hat, weil ein wahrscheinlich nicht unbeträchtlicher Teil der Berliner Biere auch von den dem Biere als Ausflügler nachreisenden Berlinern konsumiert wird.

Brandenburg	1913	1925	1926	1927
versandte	18 754	3 175	4 076	4 338
empfing	133 994	98 466	94 292	88 791

Tonnen Bier.

Daß der Versand brandenburgischer Biere, von dem 1913: 7 392 Tonnen nach Berlin, 3 592 Tonnen nach Posen, 2 160 Tonnen nach Niederschlesien, 2 078 Tonnen nach Mecklenburg, 1 336 Tonnen nach dem Land Sachsen und 1 235 Tonnen nach der Provinz Sachsen (Hauptpositionen!) gingen, fast vollständig unterbunden worden ist, hängt sicher mit der Umlegung des Versandes auf die Berliner Brauereien zusammen.

Der brandenburgische Empfang kam in der Hauptsache aus ... mit ... Tonnen

	1913	1925	1926	1927
Berlin	112 242	79 032	81 179	75 582
Land Sachsen	9 928	9 814	5 337	5 402
Niederschlesien	3 140	2 135	2 196	2 539
Stettin	3 225	1 418	1 122	1 140
Bayern	1 720	2 922	2 660	2 983
Böhmen (bezw. Tschechoslowakei)	816	109	198	81

e) Der Tabak.

Der brandenburgische Tabakbau, der sich im 18ten Jahrhundert eines gleich guten Rufes erfreute wie der Tabakanbau in Kleve und in der Pfalz, ist durch die überseeische und von den Balkanländern her erfolgende Einfuhr immer mehr zurückgegangen. 1925 wurde in der Provinz Brandenburg fast ausschließlich von „gewerblichen" Kleinbetrieben in Pflanzungen bis 2 *ar* 740 *ha* Tabak angebaut. Davon kamen 580 *ha* auf den Prenzlauer Steuerbezirk, in welchem der im 19ten Jahrhundert bedeutendste Herstellungsort Vierraden die Vorherrschaft an seine alte Nebenbuhlerin Schwedt hat abtreten müssen. 740 *ha* Tabakanbaufläche sind 1/3 der Anbaufläche des Jahres 1900 und kaum mehr als die Hälfte der Anbaufläche des Jahres 1914 (1 436 *ha*). Dem Rückgang der Fläche entsprechend hat sich auch der Ertrag der Tabakpflanzungen von 3 300 Tonnen im Jahre 1913 auf 1 408 Tonnen im Jahre 1925 vermindert. In welchem Umfange der Ertrag der Tabakpflanzungen in der Mark Brandenburg für die Deckung des heimischen Bedarfes herangezogen, in welchem Umfange von anderen Gebieten angeliefert wird, läßt sich mit Hilfe der Binnenverkehrsstatistik nicht ermitteln. Die Tabakfertigwaren werden gerade für die kleineren Abnehmer in der Provinz als Postkolli verschickt und erscheinen als solche nicht unter dem Massengüterverkehr.

Brandenburg	1913	1925	1926	1927
versandte	1 844	1 361	1 887	690
empfing	1 905	1 574	891	723

Tonnen Tabak und Tabakwaren. Der Empfang überhaupt dürfte aus den genannten Gründen erheblich höher sein. Für die Berliner Tabakindustrie fällt der Empfang an Tabak aus der Provinz Brandenburg nicht ins Gewicht. Er beträgt 100 Tonnen und weniger bei einem Berliner

	1913	1925	1926	1927
	Tonnen			
Gesamtempfang von	5 486	13 602	12 626	12 376
Gesamtversand von	399	2 299	2 039	1 444

Der nach Berlin eingehende Rohtabak kommt insbesondere aus dem Balkan und Italien[1]) über das Land Sachsen und Österreich, aus Übersee über die Elb- und Weserhäfen und über die Niederlande. An deutschen Erzeugnissen werden vornehmlich Zigarren aus den deutschen Zigarrenproduktionsgebieten Oppeln, Elbing, Baden und Brandenburg bezogen; aus Brandenburg in geringerem Umfang und in so kleinen Teilsendungen, daß der Empfang nicht von der Güterverkehrsstatistik erfaßt wird. In Brandenburg wird der Tabak — in der Hauptsache das heimische Erzeugnis — auf Zigarren und Rauchtabak verarbeitet. Berlin, einer der Hauptsitze der deutschen Zigarettenproduktion, ist in der Periode von 1923 bis 1925 von Dresden (1925: 9,9 Millionen Stück) erheblich überflügelt worden. Hergestellt wurden nach der Tabaksteuerstatistik

		Zigarren	Zigaretten	Rauchtabak feingeschnitten	Pfeifentabak
		in 1 000 Stück		in *kg*	
1923	Brandenburg	82 919	14 869	406 818	106 458
	Berlin	56 585	5 019 537	384 039	500 478
	Reich	5 434 405	24 108 951	9 078 949	25 426 250
1924	Brandenburg	137 239	27 421	136 479	599 214
	Berlin	78 346	4 525 928	350 055	346 107
	Reich	6 639 485	27 316 018	7 964 867	21 679 769
1925	Brandenburg	117 770	1 012	33 128	343 686
	Berlin	58 588	5 032 083	140 528	214 871
	Reich	5 681 459	29 458 930	7 227 287	23 237 016

[1]) In Europa nächst Griechenland das bedeutendste Tabakanbaugebiet.

6. Die Forstwirtschaft und der Güterverkehr mit Holz und Holzwaren.

Als geschlossene und gleichartige Nutzung der brandenburgischen Fläche tritt unter allen die Nutzung durch Forsten und Holzungen am stärksten hervor. Die Forsten besetzen eine Fläche, die 4/5 so groß ist wie die von der gesamten Ackernutzung in Anspruch genommene. Im Jahre 1927 sind nach der Bodennutzungsstatistik 1 363 718 *ha* mit Forsten und Holzungen bestanden gewesen, etwas mehr also als 1/3 der Gesamtfläche. Brandenburg steht mit diesem relativen Anteil nach Hessen-Nassau und Hohenzollern an der dritten Stelle unter den preußischen Provinzen. Da Brandenburg der Gesamtfläche nach die größte preußische Provinz und auch der Anteilssatz der Forsten nahezu der höchste in Preußen ist, erklärt es sich, daß der brandenburgische Forstbestand um rund 3/4 (575 000 *ha*) größer ist als der nächstgrößte der Provinz Niederschlesien. Auch unter dem Forstbestand der deutschen Länder ist nur der bayerische, der rund 2 1/2 Millionen *ha* umfaßt, größer. Die brandenburgischen Forsten sind vorwiegend Nadelholzwaldungen. Während (1913) im Reich und in Preußen 70 und 71 v. H., mit Ausschluß von Brandenburg sogar nur 68 und 67 v. H. der gesamten Forstfläche Nadelholzwaldungen sind, besetzen in Brandenburg die Nadelhölzer 93 v. H. der gesamten Forstfläche. Der verhältnismäßig große Forstbestand der Provinz Brandenburg ist wesentlich durch die Bodenverhältnisse bedingt. Im großen und ganzen ist dem Anteil des Sandbodens in den brandenburgischen Kreisen der Anteil der Forstfläche proportional.[1]) Bemerkenswert ist, daß die an und für sich extensive forstwirtschaftliche Nutzung des brandenburgischen Bodens sich in einem wenn auch langsamen, so doch stetigen Wachstum befindet und auch in der Zeit der allmählichen Umbildung der deutschen Wirtschaftsstruktur vom Agrar- zum Industriestaat mit der zunehmenden Intensivierung der Landwirtschaft zu keinem Stillstand gekommen ist. Die jährliche Zuwachsrate ist allerdings kleiner geworden. Seit der Bodennutzungserhebung von 1878 hat die Forstfläche in Brandenburg (einschließlich der Berliner Forstfläche) um 81 500 *ha* gewonnen, das heißt, es sind jährlich rund 1 660 *ha* mehr der Forstwirtschaft unterworfen worden. Erst in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ist der Jahresdurchschnitt nicht mehr erreicht worden.

	Es hätten nach dem Gesamtwachstum der Forstfläche von 1878 bis 1927 bei gleichmäßigem Wachstum für Forstzwecke zusätzlich nutzbar gemacht werden müssen .... *ha*	Es sind für Forstzwecke zusätzlich nutzbar gemacht worden .... *ha*	Es sind mehr (+) oder weniger (−) aufgeforstet als im Durchschnitt .... *ha*	
			überhaupt	jährlich
1878/83	8 317	12 442	+ 4 125	+ 825
1883/93	16 632	23 257	+ 6 625	+ 663
1893/00	11 643	13 750	+ 2 107	+ 301
1900/13	21 622	24 646	+ 3 024	+ 232
1913/27	23 286	7 405	− 15 881	− 1 134
1878/1927 ...	**81 500**	**81 500**		

Der Holzertrag der brandenburgischen Waldungen betrug in Festmetern

Jahr	Nutzholz	Brennholz	Derbholz insgesamt	Stock- und Reisholz	Weidenruten, Eschenlohe und andere Holzarten
1900.....	1 298 388	1 112 595	2 410 983	620 126	8 511
1913.....	2 359 847	1 280 995	3 640 842	587 477	5 175
1927.....	2 913 042	1 797 324	4 710 366	445 594	1 024

Beachtlich ist nicht nur die Ertragssteigerung der Forstflächen überhaupt, sondern auch die bedeutsame Intensivierung der Nutzung, wie sie zahlenmäßig einerseits in dem zu Gunsten der Nutzholzausbeute gestiegenen Verhältnis von Nutzholz zum Brennholz[1]) zum Ausdruck kommt, andererseits in der Abnahme der Stock- und Reisholzerträge[2]) ihre Bestätigung findet. In derselben Richtung bewegt sich auch die Aufgabe der früher, besonders in der Niederlausitz infolge des Strohmangels, sehr umfangreichen Streunutzung des Waldes. Um einen Anhaltspunkt für die Bedeutung der Erträge der brandenburgischen Holznutzungen zu geben — ohne Nebennutzungen wie Waldstreu, Waldweide, Beeren und Pilze, Arzneikräuter, Seegras (zur Polsterung) usw. — kann man (nach Mitteilung von Forstleuten) vor dem Kriege einen Erlös von 12 Mark pro Festmeter, nach dem Kriege von etwa 14 Mark pro Festmeter annehmen. Aus dem brandenburgischen Wald (einschließlich der Berliner Forsten) würde demnach 1913 ein Erlös von rund 50 Millionen Mark, 1927 von rund 72 Millionen Mark erzielt worden sein, d. h. vor dem Kriege ca. 1/5 des Wertes der gesamten Roggenernte oder fast den doppelten Wert der gesamten Weizenernte. Der durchschnittliche Wert der Kartoffelernte ist im Jahr 1927 auf etwa 330 Millionen Mark zu veranschlagen. In einigen, besonders in den Niederlausitzer Kreisen ist die verhältnismäßige Bedeutung der Holznutzung noch größer. Zur Beurteilung der Gesamtlage mag es aber auch gut sein, sich gleichzeitig zu erinnern, daß die Kartoffelanbaufläche nur etwa 1/4, die Roggenanbaufläche nur halb und die Weizenanbaufläche nur 1/20 so groß ist wie die Forstfläche.

a) Der brandenburgische Güterverkehr mit Holz.

Der Warenausgang der Provinz Brandenburg an Holz läßt sich mit der Erzeugungsstatistik nicht oder nur mit ganz groben Näherungswerten in Beziehung bringen. Daher ist es auch fast unmöglich, eine Verbrauchsbilanz aufzubauen. Die Erzeugnisse sind in Festmetern ausgewiesen, der Verkehr in Tonnen. Für die Vorkriegszeit ist ein derartiger Versuch ganz unmöglich, weil die Warenpositionen Holz in der Verkehrsstatistik äußerst unglücklich aufgebaut waren. Nachfolgend sei für die Gegenwart durch Verbindung des Durchschnittes der drei Jahre 1925 bis 1927 mit der Holzerzeugung des Jahres 1927 ein derartiger Versuch unternommen.

An Brennholz, Farbhölzern, Weiden und ähnlichen Hölzern hatte die Provinz Brandenburg im Durchschnitt der drei Jahre 1925 bis 1927 einen Ausfuhrüberschuß von 192 968 Tonnen. Identifiziert man diese Warenposition inhaltlich mit dem, was die Forstertragsstatistik als Brennholz, Stock- und Reisholz und der geringfügigen sonstigen Holznutzung (Rinde der Fichten und Eichen, Weiden usw.) ausweist, so ergibt sich bei einer (grob geschätzten) Gewichtseinheit von etwa 600 *kg* pro Festmeter folgende Verbrauchsbilanz

Brennholz Erzeugung (1927)	Ausfuhrüberschuß Durchschnitt 1925/27	Verbrauch
2 243 942 *fm* = 1 346 365 *t*	192 968 *t*	1 153 397 *t*.

[1]) Jedoch ist nicht aller Sandboden forstwirtschaftlich genutzt, ebenso wie auch nicht alle forstwirtschaftlich genutzten Flächen Sandböden sind. Abgesehen von einigen Ausnahmen, tragen bei einem Anteil der Sandböden an der Gesamtfläche von 1/3 bis zur Hälfte nur Sandböden Holzbestände. Ist von der gesamten Kreisfläche 60 v. H. und mehr Sandboden, wird bis zur Hälfte des Sandbodens landwirtschaftlich genutzt. Ist weniger als 1/3 der Kreisfläche Sandboden, so wird verhältnismäßig mehr anderer Boden von Forsten eingenommen. Den größten Anteil hat der landwirtschaftlich genutzte Sandboden im Kreise Züllichau-Schwiebus, am meisten anderer Boden ist im Kreise Landsberg a. d. Warthe aufgeforstet worden.

[1]) Von 1913 zu 1927 ist allerdings der Anteil des Brennholzes am gesamten Derbholz wieder um 3 v. H. gestiegen. — [2]) Stock- und Reisholz wird heute mehr als früher im Boden belassen, weil es einen natürlichen Dünger gibt, und dank der entstehenden Höhlungen der Boden lockerer und für die Arbeit der Bodenbakterien aufnahmewilliger wird.

Ungeachtet dessen, daß die Zahlen ihrem absoluten Wert nach sehr problematisch sind, können sie doch als Beweis dafür, daß der weitaus überwiegende Teil des Brennholzertrages in der Provinz bleibt und hier verbraucht wird, unbedenklich Verwendung finden. Nur schätzungsweise $^1/_7$ bis $^1/_8$ der brandenburgischen Erzeugung wird, hauptsächlich nach Berlin und nach dem Land Sachsen, ausgeführt. Im Durchschnitt der drei Jahre nahm Berlin 64 v. H. und Sachsen ca. 13 v. H. der brandenburgischen Brennholzausfuhr auf[1]). Das restliche Viertel verteilte sich auf die Grenzzonen der anstoßenden Provinzen Pommern, Sachsen und Niederschlesien, zum Teil allerdings aufgewogen durch die Brennholzmengen, die umgekehrt aus den Grenzgebieten dieser Provinzen nach Brandenburg kamen.

Rechnet man den Brennholzverbrauch der Provinz Brandenburg auf Steinkohle um (3,5 Festmeter = 1 Tonne Steinkohle), ergibt sich, daß Heizwerte in Höhe von ca. 550 000 Tonnen Steinkohle, das sind $^1/_3$ des brandenburgischen Steinkohlenverbrauchs, aus den heimischen Waldungen gewonnen werden.

An unbearbeitetem und in der Längsrichtung gesägtem Bau- und Nutzholz, an Grubenholz und an Eisenbahnschwellen hatte die Provinz Brandenburg einen Ausfuhrüberschuß von

1925	1926	1927
945 382	1 377 032	1 136 042 Tonnen,

im Durchschnitt der drei Jahre also 1 152 819 Tonnen. Rechnet man bei diesen Holzarten, die zum Teil imprägniert sind, mit einem Gewicht von 700 *kg* pro Festmeter, erhält man folgende Verbrauchsbilanz

Nutzholz Erzeugung 1927	Ausfuhrüberschuß Durchschnitt 1925/1927	Verbrauch
2 913 042 *fm* = 2 039 129 *t*	1 152 819 *t*	886 310 *t*.

Die Nutzholzerzeugung in der Provinz Brandenburg ist also vornehmlich für die Deckung des auswärtigen Bedarfs bestimmt, dagegen das Brennholz weitaus überwiegend für den heimischen Verbrauch. Zu berücksichtigen ist, daß die Provinz Brandenburg außer in den genannten Warenpositionen im Durchschnitt der drei Jahre 1925/27 auch noch 7 628 Tonnen Holzwaren und Möbel mehr ausführte als einführte. Es würde sich bei ca. 3 fm Rohholz, die in einer Tonne Fertigwaren stecken, der heimische Verbrauch also auf etwa 870 000 Tonnen Rohholz reduzieren. Durch den Ausfuhrüberschuß an Holz für Holzzeugmasse in Höhe von 11 462 Tonnen (Durchschnitt 1925/26[2])) verringert sich der brandenburgische Verbrauch schon nachweisbar auf rund 850 000 Tonnen. Darüber hinaus ist aber noch in Betracht zu ziehen, daß in dem Ausfuhrüberschuß neben nicht bearbeitetem Holz ein sehr großer Teil bearbeitetes Holz steckt. Um den Gewichtsverlust des Rohholzes bei der Herstellung der Eisenbahnschwellen, bei der Zurichtung des Bau- und Nutzholzes im ersten Stadium der Bearbeitung usw. müßte der Ausfuhrüberschuß über die angegebenen Zahlen hinaus erhöht werden. Man darf somit annehmen, daß in der Provinz Brandenburg nur etwa $^1/_3$ bis $^1/_4$ der eigenen Nutzholzerzeugung verbraucht, $^2/_3$ bis $^3/_4$ ausgeführt werden.

Die brandenburgische Verkehrsbilanz für unbearbeitetes und in der Längsrichtung gesägtes Bau- und Nutzholz beträgt:

	1925	1926	1927	
Versand	641 427	722 571	789 161	
Empfang	268 024	247 744	529 208	Tonnen.
Vom Versand wurden				
per Schiff	96 870	148 758	154 442	
„ Eisenbahn	544 557	573 813	634 719	Tonnen
abtransportiert,				
vom Empfang per Schiff	60 824	64 083	139 071	
„ „ „ Eisenbahn	207 200	183 661	390 137	Tonnen

eingeführt. Der Bau- und Nutzholztransport, der vor dem Kriege weit stärker als in der Nachkriegszeit auf dem Schiffsweg erfolgte[1]), beginnt danach sich wieder langsam auf eine stärkere Inanspruchnahme der Wassertransportmöglichkeiten umzustellen. 1925 wurden 17 v. H., 1926 und 1927 22 v. H. der gesamten An- und Abfuhr von Bau- und Nutzholz per Schiff verfrachtet.

Die Hauptzufuhr nach Brandenburg erfolgt aus West- und Ostpolen (1925: 69 839 Tonnen, 1926: 113 167 Tonnen, 1927: 315 318 Tonnen). Von hier kommt netze- oder warthеabwärts besonders viel Floßholz, welches zunächst in den Sägewerken Küstrins und Landsbergs zum großen Teil irgendwie vorgerichtet wird und dann als Eisenbahngut weitergeht. Der Empfang an Floßholz[2]) aus Polen stieg von 1925 zu 1926 von rund 32 000 Tonnen auf rund 54 000 Tonnen, stieg 1927 auf rund 111 000 Tonnen und erreichte damit in diesem Jahre ungefähr $^7/_{10}$ des Vorkriegsempfanges. Neben dem aus Polen hereinkommenden Bau- und Nutzholz haben die Mengen, die aus den an Brandenburg angrenzenden Gebieten kommen, geringere Bedeutung, noch dazu, da sie der Versand aus Brandenburg nach dorthin fast ausgleicht, teilweise sogar übertrifft. Aus Pommern kamen 1925: 30 926 Tonnen, 1926: 18 037 Tonnen und 1927: 46 839 Tonnen, aus Niederschlesien 1925: 41 877 Tonnen, 1926: 28 181 Tonnen und 1927: 46 625 Tonnen, aus der Grenzmark 1925: 16 933 Tonnen, 1926: 13 393 Tonnen und 1927: 25 685 Tonnen. Auch Berlin belieferte die im engeren Umkreise der Stadt gelegenen Orte der Provinz Brandenburg 1925 mit 20 435 Tonnen, 1926 mit 11 389 Tonnen und 1927 mit 13 008 Tonnen überwiegend in der Längsrichtung gesägtem Bau- und Nutzholz.

Auf der Versandseite der brandenburgischen Verkehrsbilanz hat die Stadt Berlin die erste Stelle inne. Außerdem gehen noch größere Posten Bau- und Nutzholz nach dem Land Sachsen, nach Mitteldeutschland und nach den Elbhäfen. Mengen von 3 000, 4 000 und 5 000 Tonnen gehen überdies noch nach einer ganzen Reihe von Staaten und Provinzen. Doch würde es zu weit führen, sie alle aufzuführen.

Vom brandenburgischen Bau- und Nutzholzversand gingen ... Tonnen

nach	1925	1926	1927
Berlin	325 326	374 344	415 471
Land Sachsen	60 430	64 702	67 457
Provinz Sachsen und Thüringen	79 262	74 509	86 791
Elbhäfen	36 003	52 771	68 691

[1]) Der Versand an Brennholz aus Brandenburg betrug im Jahre 1927 insgesamt 235 078 Tonnen,
davon gingen nach Berlin . . . . . . 150 132 Tonnen = 63,9 v. H.
„ Land Sachsen . 38 633 „ = 16,4 v. H

[2]) Wir haben hier nur den Durchschnitt 1925/26 genommen, weil das Jahr 1927 von den beiden vorhergehenden Jahren sehr stark abweicht. Der Ausfuhrüberschuß an Holzstoffholz stieg von 12 902 im Jahre 1926 auf 63 252 im Jahre 1927, die Ausfuhr von 15 609 Tonnen im Jahre 1926 auf 80 851 Tonnen im Jahre 1927. Der Hauptteil der Ausfuhrsteigerung kam auf Konto der 1927 zum erstenmal angeknüpften Verkehrsbeziehungen mit oberschlesischen Zellstoffwerken. Oberschlesien bekam 1927 per Wassertransport aus dem Oder-Warthe Bereich 46 859 Tonnen Holzstoffholz.

[1]) Infolge der tiefgreifenden Änderungen der verkehrsstatistischen Positionen kann nur mit Vorbehalt angegeben werden, daß Schiffsversand und -empfang sich 1913 zum Bahnversand und -empfang wie 3 : 4 verhalten haben. — [2]) In der Binnenschiffahrtsstatistik ausgewiesenes unbearbeitetes Bau- und Nutzholz schlechthin gleich Floßholz gesetzt.

Bemerkenswert ist, daß in Brandenburg die Veredelung in unmittelbarer Nähe der Holzgewinnung und auch der Veredelungsverkehr im Laufe der letzten Jahre zugenommen hat. Einer Zunahme der Zufuhr an unbearbeitetem Bau- und Nutzholz von 143056 Tonnen im Jahre 1925 auf 149937 Tonnen im Jahre 1926 und auf 380.096 Tonnen im Jahre 1927 steht von 1925 bis 1926 eine Abnahme der Zufuhr von in der Längsrichtung gesägtem Bau- und Nutzholz von 124 968 Tonnen auf 97 807 Tonnen gegenüber. Die neuerliche Steigerung der Zufuhr längsgesägten Holzes von 1926 zu 1927 auf 149 112 Tonnen bleibt weit hinter der Erhöhung der Zufuhr unbearbeiteten Holzes zurück. Umgekehrt hat sich der Versand von unbearbeitetem Bau- und Nutzholz von 230 469 Tonnen im Jahre 1925 auf 211 983 Tonnen im Jahre 1926 und auf 201 574 Tonnen im Jahre 1927 gesenkt, der Versand von längsgesägtem Bau- und Nutzholz von 410 958 Tonnen im Jahre 1925 auf 510 588 Tonnen im Jahre 1926 und auf 587 587 Tonnen im Jahre 1927 gehoben. In Berlin, dem nicht materialorientierten Standort der Holzindustrie, haben sich die Verkehrsbeziehungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen bearbeitetem und unbearbeitetem Bau- und Nutzholz entsprechend umgekehrt verändert, sodaß auch von diesem Gesichtspunkt aus die Tendenz zur Materialorientierung der Holzindustrie ihre Bestätigung findet. Zumindest ist das der Fall in den Beziehungen zwischen Brandenburg und Berlin, aus denen hervorzugehen scheint, daß sich hier in zunehmendem Maße eine arbeitsteilige Wirtschaft solcher Art anbahnt, daß die groben Arbeiten in der Provinz Brandenburg vorgenommen und erst die endgültigen Veredelungsarbeiten in Berlin durchgeführt werden. Der Versand von unbearbeitetem Bau- und Nutzholz nach Berlin hat von 55 500 Tonnen im Jahr 1925 auf 44 381 Tonnen im Jahre 1926 und auf 38 398 Tonnen im Jahre 1927 abgenommen. Umgekehrt sind gegenüber 1925 an längsgesägtem Holz von Brandenburg nach Berlin 1926 rund 60 000 Tonnen und 1927 über 100 000 Tonnen mehr geschickt worden (1925: 269 826 Tonnen, 1926: 329 963 Tonnen, 1927: 377 073 Tonnen).

Die größte Nutzung der brandenburgischen Forsten besteht — wie man auch durch ihren Altersaufbau beweisen kann — in der Grubenholzgewinnung. Der Ausfuhrüberschuß der Provinz Brandenburg an Bau- und Nutzholz betrug 1925 373 403 Tonnen, 1926: 473 827 Tonnen. Er fiel 1927 durch die große Steigerung der Zufuhr unbearbeiteten Holzes aus Polen auf 259 953 Tonnen. Der Ausfuhrüberschuß an Grubenholz betrug 1925: 498 086 Tonnen, 1926: 749 837 Tonnen und 1927: 776 874 Tonnen. Der brandenburgische Ausfuhrüberschuß an Grubenholz war demnach 1925 um 124 683, 1926 um 276 010 und 1927 um 516 921 Tonnen größer als der Ausfuhrüberschuß an Bau- und Nutzholz. Der gesamte deutsche Inlandsversand ist mit rund 2,5 Millionen Tonnen Grubenholz zu berechnen, sodaß Brandenburg an dem gesamten deutschen Grubenholzverkehr mit etwa $^1/_3$ teilhat (1926). Die Bedeutung ist in Wirklichkeit noch größer, da die Summenzahlen über den deutschen Inlandsverkehr an Grubenholz durch den Zwischenhandelsverkehr stark aufgebläht werden. Der Grubenholzhandel muß genau die Sorten liefern, die im Verzeichnis der Zechen in umfangreicher Zahl vorgeschrieben sind. Das bedingt praktisch eine große Lagerhaltung und wirkt sich verkehrsstatistisch darin aus, daß manche Verkehrsbezirke, in denen der Grubenholzhandel stark vertreten ist, in einzelnen Jahren mehr ausführen, als sie tatsächlich holzen und einführen. Außerdem sind in der Gesamtsumme rund 500 000 Tonnen Lokalverkehr enthalten. Dieser Lokalverkehr enthält sehr viel Doppelzählungen. In den Versandzahlen der Provinz Brandenburg sind die Doppelzählungen ausgemerzt.

Für brandenburgisches Grubenholz kommt Berlin naturgemäß als Markt nicht in Betracht. Von dem Gesamtversand aus Brandenburg

	1925	1926	1927
in Höhe von	523 810 t	804 338 t	808 469 t
gingen nach			
dem Ruhrgebiet	365 362 t	563 602 t	556 645 t
der linksrheinischen Rheinprovinz	37 927 t	62 979 t	75 917 t
der übrigen Rheinprovinz und Westfalen	15 148 t	20 670 t	23 503 t

Der Rest verteilte sich in Posten von 10 000 bis 20 000 Tonnen auf die mitteldeutschen Verkehrsbezirke (Sachsen-Thüringen 1927: 51 621 Tonnen) und auf das Land Sachsen (1927: 24 494 Tonnen). Nach dem Saargebiet gingen 1927 10488 Tonnen, nach Belgien und Holland 8 559 Tonnen. Bemerkenswert ist, daß das brandenburgische Grubenholz in Oberschlesien keinen Markt gefunden hat (1927: 465 Tonnen). Der Bedarf Oberschlesiens an Grubenholz ist infolge der geringeren Förderung einerseits überhaupt geringer als im Ruhrgebiet und infolge der außerordentlich günstigen Abbauverhältnisse andererseits relativ pro Tonne Förderung sogar am geringsten unter allen Steinkohlenabbaugebieten. In Niederschlesien wird pro Tonne geförderter Steinkohle mehr als doppelt so viel, im Ruhrgebiet etwa ein Drittel mehr Grubenholz verbraucht als in Oberschlesien. So weit Oberschlesien seinen Bedarf an Grubenholz aus eigenen Forsten nicht selbst zu decken vermag, bezieht es sein Grubenholz in Mengen, die zwischen 10 000 und 20 000 Tonnen liegen, aus Niederschlesien, Westpolen, Ostoberschlesien und dem polnischen Galizien. Zwei weitere bemerkenswerte Einzelheiten zum Grubenholzverkehr der Provinz Brandenburg sind der Aktivverkehr mit den pommerschen Häfen und der Passivverkehr mit Westpolen, d. h. mit den ehemaligen deutschen Gebieten (ohne Ostoberschlesien). Nach den „pommerschen Häfen“ (Stettin) gingen 1925: 17 554 Tonnen, 1926: 28 399 Tonnen und 1927: 37 130 Tonnen Grubenholz. Das Grubenholz ist entweder nach England, Belgien oder nach Frankreich (den Hauptempfängern der etwa 100 000 Tonnen Grubenholz, die 1926 aus Stettin ausgeführt wurden) gegangen. Was den Passivverkehr angeht, so bekam Brandenburg aus Westpolen 1925: 14 767, 1926: 50 015 und 1927: 25 720 Tonnen Grubenholz. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich auch hier um Floßholz handelt, welches zum größeren Teil nach Stettin weiter transportiert wird.

Der Versand an Eisenbahnschwellen aus der Provinz Brandenburg verzweigt sich stark, auch ist er für die brandenburgische Holzverwertung von geringerer Bedeutung als die vorhergenannten Positionen.[1]) Der Ausfuhrüberschuß betrug 1925: 73 893 Tonnen, 1926: 153 368 Tonnen und 1927: 99 215 Tonnen hölzerne Eisenbahnschwellen.

Die Verkehrsbilanz Brandenburgs für Eisenbahnschwellen sieht so aus (in Tonnen):

	1925	1926	1927
Versand	155 700	250 447	203 983
Empfang	81 807	97 079	104 768.

Die Hauptabnehmer des brandenburgischen Versandes an Eisenbahnschwellen sind (mit Tonnen):

	1925	1926	1927
Berlin	19 866	44 742	40 100
Land Sachsen	12 371	42 892	30 902
Thüringen und Regierungsbezirke Merseburg, Erfurt	25 096	30 745	27 451.

[1]) Mit Bezug auf die Versorgung des Reichsgebiets mit Eisenbahnschwellen stehen die Lieferungen aus Brandenburg den Grubenholzlieferungen nicht wesentlich nach. Der gesamte deutsche Inlandsversand per Eisenbahn einschließlich Lokalverkehr betrug 1926 1 706 000 Tonnen, davon kamen auf Brandenburg 364 665 Tonnen, das heißt mehr als $^1/_5$. Umgekehrt stand Brandenburg mit einem Empfang von 167 566 Tonnen (einschließlich Lokalverkehr) ebenfalls an der Spitze aller deutschen Verkehrsbezirke.

Der Haupteingang an Eisenbahnschwellen kam aus West- und Ostpolen, Galizien und der Tschechoslowakei: 1925 mit 52 705, 1926 mit 50 418 und 1927 mit 44 043 Tonnen. Hier zeigt sich dieselbe Erscheinung wie vielfach beim Holz: Brandenburg nimmt die von Osten kommenden, mehr oder minder zu einem bestimmten Zweck vorbereiteten Rohhölzer auf, veredelt[1]) sie und gibt sie dann nebst einem entsprechenden Teil seiner Eigenerzeugung westwärts ab.

Der überwiegend lokalen Verwendung des Brennholzes war schon Erwähnung geschehen. Da sein Wert relativ gering ist, und es sich nur in engen Grenzen der Kohle gegenüber behaupten kann, vermag es auch keine hohen Transportkosten zu tragen. Es wird sich also immer nur innerhalb enger Grenzen durchsetzen können, im übrigen aber als Heizungsmaterial lediglich subsidiäre Bedeutung haben. Vom brandenburgischen Versand an Brennholz (darin auch Korb- und Faßweiden)

	1925	1926	1927	
in Höhe von	195 483	209 564	235 078	Tonnen
gingen nach Berlin	123 175	135 887	150 132	„ ,
Land Sachsen	24 461	35 831	38 653	„ .

Zur Abrundung des Überblicks über den brandenburgischen Verkehr mit Holz sei abschließend bemerkt, daß die Provinz einen Ausfuhrüberschuß an Rundholz zur Herstellung von Holzzeugmasse und Zellstoff 1925 von 10 023 Tonnen, 1926 von 12 902 Tonnen und 1927 von 63 252 Tonnen hatte, die (zu gleichen Teilen etwa) in der Hauptsache nach Pommern (Papierfabrik Feldmühle!), Berlin, dem Land Sachsen und Niederschlesien (1927) gingen. Die Steigerung des Ausfuhrüberschusses an Zellstoffholz im Jahre 1927 entstand durch den (erstmaligen) Versand von 46 859 Tonnen an die großen oberschlesischen Zellstoff- und Papierfabriken. Weiter bestand an Holzwaren (einschließlich zugerichteten Brettern) und Möbeln 1925 ein Ausfuhrüberschuß von 5 678 Tonnen, 1926 von 10 082 Tonnen und 1927 von 7 123 Tonnen. In dieser Bilanz tritt ein verhältnismäßig starker Wechselverkehr mit Berlin in Erscheinung[2]), sodaß anzunehmen ist, daß zubereitete Bretter in die Möbeltischlerei der Stadt gehen und fertige Möbel umgekehrt wieder hinausgeschickt werden.

b) Die Berliner Holzversorgung.

Überschauen wir rückblickend das Verhältnis von Berlin als Holzmarkt zu Brandenburg als Holzerzeugungsgebiet, so ergibt sich — soweit nicht die Verwertung zwangsläufig ist und mit Naturnotwendigkeit in andere Bahnen zwingt (so beim Grubenholz für die Bergwerke) —, daß Berlin auch mit Bezug auf Holz in fast demselben Verhältnis zu Brandenburg steht wie bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen: Berlin ist der Hauptabnehmer der brandenburgischen Ausfuhr. Vom gesamten brandenburgischen Holzversand, außer dem Grubenholzversand, nahm Berlin 1925: 46,8 v. H., 1926: 46,2 v. H. und 1927: 46,2 v. H. auf.[1]) Der unveränderte Anteilssatz bei absolut steigender Einfuhr aus Brandenburg (1925: 485 386 Tonnen, 1926: 567 726 Tonnen und 1927: 622 626 Tonnen) zeigt einerseits, da die Steigerung der gesamten Holzausfuhr aus Brandenburg von 1 auf 1,2 und 1,35 Millionen Tonnen proportional ist, wie eng Berlin und Brandenburg als Markt- und Lieferungsgebiet verbunden sind, kennzeichnet andererseits aber auch die Tatsache, daß Brandenburg eine der Schlüsselstellungen der deutschen Holzindustrie überhaupt ist.

Berlin bekam	1925	1926	1927
Bau- und Nutzholz	702 472	619 442	816 099
davon aus Brandenburg	325 326	374 344	415 471
Holzstoffholz	7 888	2 886	877
davon aus Brandenburg	5 344	906	460
hölzerne Eisenbahnschwellen . .	23 994	46 143	46 600
davon aus Brandenburg	19 866	44 742	40 100
Brennholz	169 155	177 484	183 680
davon aus Brandenburg	125 175	135 887	150 132
Holzzeugmasse	13 637	16 905	13 887
davon aus Brandenburg	8 361	8 854	6 082
gehobelte Hölzer, Holzwaren, Möbel	48 996	44 463	65 775
davon aus Brandenburg	11 675	11 847	16 643

Das nach Berlin eingeführte Holz, welches nicht aus Brandenburg kommt, sind Holzarten, die in Brandenburg überhaupt nicht oder in nicht genügendem Ausmaße gewonnen werden. Wenn Brennholz aus Pommern, Mecklenburg, der Grenzmark und Niederschlesien in mit den brandenburgischen Lieferungen garnicht vergleichbaren Ausmaßen (5 000 Tonnen, 2 000 Tonnen usw.) nach Berlin gelangt, so wird das Brennholz aus den Kreisen sein, die Berlin näher liegen als manche brandenburgischen. An der Bau- und Nutzholzeinfuhr nach Berlin partizipierten von den nächst Brandenburg als Hauptversandgebiete zu bezeichnenden Gebieten mit . . . . Tonnen:

	1925	1926	1927
Ostpreußen	57 253	38 703	37 972
Pommern	43 590	35 305	49 234
Grenzmark	24 402	25 482	41 489
Niederschlesien	31 086	20 683	28 059
West- und Ostpolen	106 783	54 588	111 489
Elbhäfen	22 728	14 103	36 207

Das restliche Zehntel (1925: 13 v. H., 1926: 9,1 v. H., 1927: 11,8 v. H.) des Berliner Bau- und Nutzholzempfanges kam auf Lieferungen aus Mecklenburg, aus der Tschechoslowakei und aus anderen Gebieten.

[1]) Brandenburg hatte 1925 (gewerbliche Betriebszählung, technische Einheiten:) 9 Holzimprägnieranstalten mit 566 Personen und 12 Fabrikationsbetriebe für Eisenbahnschwellen mit 341 Personen. Im Reich wurden gezählt 110 Holzimprägnieranstalten mit 3 022 Personen und 52 Eisenbahnschwellensägewerke mit 2 696 Personen.

[2])

	Versand nach Berlin (in Tonnen)	Empfang aus
1925	11 675	9 191
1926	11 847	7 746
1927	16 643	10 705.

[1]) Versucht man einen Vergleich mit der Vorkriegszeit, und setzt man vom gesamten brandenburgischen Holzversand des Jahres 1913 den Grubenholzversand in Höhe des von 1925 (500 000 Tonnen) ab, so kommt man zu folgendem Resultat: Brandenburg versandte außer Grubenholz 730 195 Tonnen Holz und Holzwaren. Davon gingen nach Berlin 331 430 Tonnen, also 45,4 v. H.

E. Das Gewerbe in Berlin-Brandenburg.

Im nachfolgenden soll der Güterverkehr mit gewerblichen Erzeugnissen, sofern er nicht zuvor schon in Verbindung mit den landwirtschaftlichen Produkten dargestellt worden ist, untersucht werden. So wie dort ist auch hier ein allgemeiner Überblick über das Gewerbe vorauszuschicken.

1. Allgemeine Übersicht.

Für die Bevölkerung der Raumeinheit Brandenburg-Berlin in ihrer Gesamtheit sind alle diejenigen Tätigkeiten, welche als gewerbliche im weitesten Sinne bezeichnet werden, von größerer Bedeutung als die Landwirtschaft — eine Folge der



fast ausschließlich gewerblichen Tätigkeit der ungefähr 60 v. H. der Gesamtbevölkerung starken Berliner Bevölkerung. In der Provinz Brandenburg ist — wie schon gezeigt wurde — ungeachtet der Industrialisierung der Niederlausitz und ungeachtet des um Berlin sich herumziehenden Industriegürtels die Landwirtschaft die vorherrschende unmittelbare und (für die Familienangehörigen) mittelbare Einkommensquelle. Nach den Betriebszählungen sind am 16. Juni 1925 gezählt worden in

Brandenburg		Berlin	
landwirtschaftliche Betriebe[1])	darin beschäftigte Personen	landwirtschaftliche Betriebe[1])	darin beschäftigte Personen
306 647	815 971	86 420	44 166
gewerbliche Niederlassungen	darin beschäftigte Personen	gewerbliche Niederlassungen	darin beschäftigte Personen
123 862	645 936	297 771	1 770 140 .

Von den gewerblichen Niederlassungen und den darin beschäftigten Personen kamen auf

die Gewerbeabteilungen	in Brandenburg		in Berlin	
	Niederlassungen	Personen	Niederlassungen	Personen
A. Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht und Hochseefischerei . .	750	2 143	644	2 969
B. Industrie und Handwerk	64 992	458 341	138 295	1 033 346
C. Handel und Verkehr einschließlich Gast- und Schankwirtschaft	54 234	167 597	150 067	673 628
D. Theater-, Musik- und Schaustellungsgewerbe und gewerblich betriebener Unterricht	614	4 014	1 798	15 788
E. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe .	3 272	13 841	6 967	44 409

Setzt man die Zahlen der im Staat bezw. im Reich in den vorstehenden Gewerbeabteilungen vorhandenen Niederlassungen oder der darin beschäftigten Personen jeweils gleich 100, so betragen die Anteile

in den Gewerbe-Abteilungen	für Brandenburg				für Berlin			
	Niederlassungen		Personen		Niederlassungen		Personen	
	vom Hundert des							
	Staats	Reichs	Staats	Reichs	Staats	Reichs	Staats	Reichs
A . . .	8,3	4,2	6,3	3,5	7,1	3,6	8,8	4,8
B . . .	6,6	3,5	6,2	3,7	14,1	7,5	13,9	8,3
C . . .	6,1	3,6	5,0	3,1	16,8	10,0	20,2	12,5
D . . .	6,9	3,7	6,3	4,0	20,2	10,9	24,7	15,6
E . . .	6,8	4,0	5,8	3,8	14,5	8,4	18,6	12,3

Mit diesen Verhältniszahlen ist der Bevölkerungsanteil zu vergleichen.

Von 100 Bewohnern im

kamen auf	Staat	Reich
Brandenburg	6,8	4,2
Berlin	10,5	6,4.

Die — zum Teil selbstverständliche — überdurchschnittliche Besetzung des Gewerbes in Berlin und die unterdurchschnittliche in der Provinz Brandenburg ist nur in der Zusammenfassung der Betriebszählungsergebnisse nach Gewerbeabteilungen vorhanden. Wie es in Berlin eine, nicht einmal unbeträchtliche, Anzahl von Wirtschaftszweigen gibt, die hier nicht oder doch nur in verhältnismäßig geringem Umfange vorkommen, so sind andererseits in der Provinz Brandenburg eine Reihe von Wirtschaftszweigen vorhanden, welche sich gerade hier in ziemlich starkem Maße konzentriert haben. Ein zahlenmäßig annähernd richtiges Bild gibt die aus der Unterteilung der Gewerbeabteilungen hervorgegangene Übersicht 1 auf Seite 213.

Im Rahmen dieser Arbeit ist bei den einzelnen Gewerbegruppen — entsprechend dem weiter vorn gemachten Versuch einer Analyse der Bevölkerungsstruktur — zwischen dem lokal gebundenen, das soll heißen: nur in den lokalen Kreislauf der Erzeugnisse eingeschalteten Gewerbe und dem Gewerbe mit interlokaler Bedeutung zu unterscheiden. Gewerbezweige von verhältnismäßig großer lokaler Bedeutung wie z. B. das Baugewerbe (vergl. Spalte 8 der Übersicht 1) in Brandenburg oder auch das gesamte „Handwerk“, welches — wenn man dazu alle Betriebe mit höchstens 10 Beschäftigten rechnet — 26,2 und 29,3 v. H. aller in Berlin und Brandenburg in Industrie und Handwerk Tätigen umfaßt, brauchen auf die Größe des interlokalen Verkehrs direkt überhaupt keinen Einfluß auszuüben. Hier interessieren aber vornehmlich die Gewerbezweige, die unmittelbar in den interlokalen Warenverkehr eingeschaltet sind. Das sind regelmäßig diejenigen, welche im Verhältnis zur Wohnbevölkerung eine überdurchschnittliche Besetzung mit Personal haben (Vergl. Spalte 9 und 10 der Übersicht 1). Unter diesen sind allerdings auch diejenigen Zweige als vornehmlich lokale Gewerbe zu bezeichnen, die — besonders beachtlich im Berliner Gewerbeleben — schließlich doch nur durch den in bestimmten Richtungen überdurchschnittlichen Verbrauch der Großstadtbevölkerung gestützt werden. Wir denken hierbei besonders an das Berliner Zeitungs- und Druckgewerbe, dessen räumliche Konzentration im „Zeitungsviertel“ durch die großen Gebäudekomplexe von Ullstein, Mosse, Scherl und der Reichsdruckerei jedem anschaulich demonstriert wird[1]).

Nach diesen Maßstäben zu urteilen, müßten im Gebiet Berlin-Brandenburg von 28 Gewerbegruppen 20 mit mehr oder minder großen Anteilen ihrer Produktion unmittelbar in den interlokalen Warenaustausch verflochten sein[2]). Dabei ist jedoch folgendes zu berücksichtigen. Die Gewerbegruppen sind in ihrem Aufbau durchweg so zusammengesetzt, daß die Arten und Klassen, die sie enthalten, wenig oder garnichts miteinander gemein haben — das heißt natürlich, von scharf umgrenzten methodologischen Gesichtspunkten aus gesehen. So sind von den Gewerbeklassen und -arten der überdurchschnittlich besetzten Gewerbegruppen eine ganze Reihe für den interlokalen Warenverkehr völlig irrelevant. Andererseits enthalten die unterdurchschnittlich besetzten Gewerbegruppen viele für den interlokalen Warenverkehr hoch bedeutsame Gewerbearten. So der Bergbau den Braunkohlenbergbau, in dem in der Provinz Brandenburg 1925 rund $1/4$ aller im preußischen Braunkohlenbergbau Beschäftigten tätig waren. Aus der brandenburgischen Textilindustrie sind die Schafwoll- und Bastfaserindustrie und die Kunstseidenfabriken in Berlin und in Premnitz im Kreise Westhavelland, aus der Industrie der Steine und Erden die Weißhohlglas- und Flachglasindustrie, aus der Eisen- und Metallgewinnung und den mit der Eisen- und Metallgewinnung kombinierten Werken die Lokomotiv-

[1]) Einschließlich der reinen Forstbetriebe und der Kleingärten.

[1]) Über das Berliner Zeitungsgewerbe siehe den Aufsatz in den Berliner Wirtschaftsberichten vom Juli 1929. — [2]) Das ist natürlich eine nur grobe Abgrenzung des Marktumfanges. Selbst wenn die Besetzung des Gewerbes unterdurchschnittlich ist, kann das Übergewicht des Absatzes außerhalb der berlin-brandenburgischen Grenze liegen. Sortenprobleme, Lage der Werke an der Grenze und andere Dinge, die sich ihrer Bedeutung nach garnicht feststellen lassen, bestimmen den Umfang des regionalen Marktes. Immerhin zeigt die Verkehrsstatistik — soweit sie Einblick in die Marktgestaltung überhaupt gibt — eine starke Annäherung an die schematischen Voraussetzungen.

1. Die gewerblichen Niederlassungen in Berlin und in Brandenburg nach der Betriebszählung vom 16. Juni 1925.

Gewerbegruppen	Gesamtzahl der gewerblichen Niederlassungen	Von 100 gewerblichen Niederlassungen überhaupt entfallen auf die in der Vorspalte bezeichneten Gewerbegruppen	Von 100 im Staat in der Gewerbegruppe der Vorspalte vorhandenen Niederlassungen entfallen auf die Provinz	Von 100 im Reich in der Gewerbegruppe der Vorspalte vorhandenen Niederlassungen entfallen auf die Provinz	Zahl der beschäftigten Personen männlich	Zahl der beschäftigten Personen weiblich	Zahl der beschäftigten Personen insgesamt	Von 100 beschäftigten Personen sind in Niederlassungen der Gewerbegruppen der Vorspalte tätig	Von 100 im Staat in Niederlassungen der Gewerbegruppen der Vorspalte beschäftigten Personen entfallen auf die Provinz	Von 100 im Reich in Niederlassungen der Gewerbegruppen der Vorspalte beschäftigten Personen entfallen auf die Provinz	Leistung der vorhandenen zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten Primärmotoren PS	Elektromotoren PS	Primär- und Sekundärmotoren zusammen PS	Von 100 der in Sp. 13 ausgewiesenen Pferdestärken überhaupt entfallen auf die in der Vorspalte bezeichneten Gewerbegruppen	Von 100 im Staat in Niederlassungen der Gewerbegruppen der Vorspalte verwendeten Pferdestärken entfallen auf die Provinz	Von 100 im Reich in Niederlassungen der Gewerbegruppen der Vorspalte verwendeten Pferdestärken entfallen auf die Provinz
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
In Berlin																
Gesamtsumme . . .	**297 771**	**100,00**	**15,34**	**8,53**	**1 193 586**	**576 554**	**1 770 140**	**100,00**	**15,95**	**9,14**	**70 621**	**686 610**	**757 231**	**100,00**	**5,15**	**2,81**
I. Nichtlandw. Gärtnerei u. Tierzucht	644	0,22	7,40	3,68	2 354	615	2 969	0,17	10,19	5,59	28	35	63	0,01	2,81	1,41
III. Bergbau, Salinenwes. u. Torfgräb.	2	0,0006	0,10	0,07	26	1	27	0,002	0,004	0,001	150	6	156	0,02	0,005	0,005
IV. Industrie der Steine und Erden	667	0,22	4,12	1,91	7 309	1 848	9 157	0,52	2,40	1,34	627	5 687	6 314	0,83	1,06	0,67
V. Eisen- und Metallgewinnung . . .	199	0,07	9,18	6,45	7 876	511	8 387	0,47	3,49	2,60	532	16 393	16 925	2,24	0,94	0,81
VA. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	17	0,01	3,77	3,55	16 335	1 314	17 649	1,00	6,01	5,92	1 931	33 440	35 371	4,67	2,04	2,03
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	7 150	2,40	8,32	4,76	52 654	12 636	65 290	3,69	13,55	7,56	1 088	35 872	36 960	4,88	11,16	6,81
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	2 871	0,96	11,84	6,95	96 129	11 557	107 686	6,08	16,32	8,68	1 107	92 096	93 203	12,31	11,56	6,27
VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	5 161	1,73	19,94	11,11	133 586	67 363	200 949	11,35	53,55	33,56	326	179 170	179 496	23,70	55,07	39,29
IX. Chemische Industrie	876	0,29	20,77	10,14	14 073	10 974	25 047	1,41	13,30	7,98	1 769	19 424	21 193	2,80	3,49	2,24
X. Textilindustrie	2 773	0,93	10,18	2,25	8 238	11 054	19 292	1,09	3,95	1,59	1 061	8 349	9 410	1,24	1,55	0,73
XI. Papierind. u. Vervielfältigungsgew.	3 746	1,26	20,26	10,47	49 225	26 711	75 936	4,29	25,59	13,19	1 141	37 644	38 785	5,12	8,60	3,90
XII. Lederindustrie u. Linoleumindustrie	1 629	0,55	9,29	4,84	7 268	2 009	9 277	0,52	11,69	5,61	208	4 596	4 804	0,63	6,53	3,08
XIII. Kautschukindustrie u. Asbestind.	190	0,06	23,06	14,81	3 065	1 700	4 765	0,27	9,92	7,20	2 663	6 665	9 328	1,23	13,38	9,72
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	8 495	2,85	7,77	3,87	53 114	6 664	59 778	3,38	11,97	6,24	4 151	43 034	47 185	6,23	8,74	4,51
XV. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	796	0,27	33,60	3,95	11 118	2 696	13 814	0,78	49,35	11,57	365	8 498	8 863	1,17	56,05	19,96
XVI. Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	11 761	3,95	7,31	4,01	57 168	31 025	88 193	4,98	11,44	6,46	12 131	52 355	64 486	8,52	6,11	3,69
XVII. Bekleidungsgewerbe	79 297	26,63	22,62	13,22	69 752	133 743	203 495	11,50	24,51	14,25	1 360	11 622	12 982	1,71	18,50	9,45
XVIII. Baugewerbe (einschl. d. Baunebengew.)	12 525	4,21	9,98	5,52	107 379	3 438	110 817	6,26	11,67	7,22	11 594	30 316	41 910	5,53	14,41	8,84
XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung . . .	140	0,05	1,84	1,23	13 324	463	13 787	0,78	15,21	9,31	13 797	30 875	44 672	5,90	13,43	9,01
XX. Handelsgewerbe	123 811	41,58	18,29	10,83	291 992	170 939	462 931	26,15	23,92	14,58	1 019	28 641	29 660	3,92	17,32	7,85
XXI. Versicherungswesen	1 257	0,42	10,84	5,78	13 142	4 680	17 822	1,01	27,75	17,04	—	324	324	0,04	54,45	32,43
XXII. Verkehrswesen	5 292	1,78	9,22	5,67	111 034	16 614	127 648	7,21	13,87	8,66	1 302	24 876	26 178	3,46	7,11	3,70
XXIII. Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	19 707	6,62	13,31	7,61	30 838	34 389	65 227	3,68	15,92	9,02	88	4 828	4 916	0,65	24,48	12,93
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe	1 280	0,43	21,05	12,14	9 346	3 718	13 064	0,74	26,26	15,54	26	2 259	2 285	0,30	29,13	16,13
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	518	0,17	18,25	7,95	1 193	1 531	2 724	0,15	19,20	10,25	20	187	207	0,03	19,33	11,82
XXVI. Gesundheitswesen u. hygien. Gew.	6 967	2,34	14,54	8,32	26 048	18 361	44 409	2,51	18,55	11,21	12 137	9 418	21 555	2,85	35,10	23,94
In Brandenburg																
Gesamtsumme . . .	**123 862**	**100,00**	**6,38**	**3,55**	**492 595**	**153 341**	**645 936**	**100,00**	**5,82**	**3,45**	**216773**	**402 201**	**618 974**	**100,00**	**4,46**	**3,12**
I. Nichtlandw. Gärtnerei u. Tierzucht	750	0,61	8,62	4,28	1 331	812	2 143	0,33	7,35	4,01	28	211	239	0,04	10,77	6,87
III. Bergbau, Salinenwes u. Torfgräb.	78	0,06	3,78	2,73	19 643	425	20 068	3,11	3,28	2,93	45 219	67 810	113 029	18,26	3,72	3,37
IV. Industrie der Steine und Erden	1 189	0,96	7,35	3,41	33 947	7 539	41 486	6,42	10,89	6,06	25 814	29 466	55 280	8,93	9,26	5,89
V. Eisen- und Metallgewinnung. . .	63	0,05	3,00	2,01	8 578	453	9 031	1,40	3,76	2,80	3 139	58 179	61 318	9,91	3,42	2,95
VA. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	19	0,02	4,21	3,97	8 675	594	9 269	1,43	3,16	3,11	1 752	12 355	14 107	2,28	0,81	0,81
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	5 191	4,19	6,01	3,45	19 019	2 960	21 979	3,40	4,56	2,55	2 355	11 978	14 333	2,32	4,33	2,64
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	1 887	1,52	7,78	4,57	40 375	4 450	44 825	6,94	6,79	3,61	6 051	39 692	45 743	7,39	5,68	3,08
VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	1 797	1,45	6,91	3,85	13 248	4 226	17 474	2,71	4,66	2,92	261	11 630	11 891	1,92	3,65	2,60
IX. Chemische Industrie	227	0,18	5,38	2,63	4 427	1 387	5 814	0,90	3,09	1,85	1 174	8 489	9 663	1,56	1,59	1,03
X. Textilindustrie	1 801	1,45	6,61	1,46	26 617	32 177	58 794	9,10	12,04	4,85	39 874	33 536	73 410	11,86	12,10	5,66
XI. Papierind. u. Vervielfältigungsgew.	1 001	0,81	5,41	2,80	8 270	4 497	12 767	1,98	4,30	2,22	9 313	10 173	19 486	3,15	4,32	1,96
XII. Lederindustrie u. Linoleumindustrie	1 472	1,19	8,39	4,38	4 577	695	5 272	0,82	6,64	3,19	894	3 470	4 364	0,71	5,94	2,80
XIII. Kautschukindustrie u. Asbestind.	21	0,02	2,55	1,64	146	253	399	0,06	0,83	0,60	147	280	427	0,07	0,61	0,44
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe . .	7 945	6,41	7,26	3,62	39 736	2 661	42 397	6,56	8,49	4,43	26 900	24 671	51 571	8,33	9,55	4,93
XV. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie	124	0,10	5,23	0,62	1 341	923	2 264	0,35	8,09	1,93	171	683	854	0,14	5,40	1,92
XVI. Nahrungs- u. Genußmittelgewerbe	12 398	10,01	7,70	4,23	34 977	12 706	47 683	7,38	6,18	3,49	32 472	33 673	66 145	10,69	6,57	3,79
XVII. Bekleidungsgewerbe	20 157	16,27	5,75	3,36	26 877	22 640	49 517	7,67	5,96	3,47	3 107	8 147	11 254	1,82	16,03	8,19
XVIII. Baugewerbe (einschl. d. Baunebengew.)	8 514	6,87	6,78	3,75	62 743	801	63 544	9,84	6,69	4,14	10 225	7 295	17 520	2,83	6,02	3,70
XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung . . .	1 108	0,89	14,56	9,70	5 480	278	5 758	0,89	6,35	3,89	2 223	12 555	14 778	2,39	4,44	2,98
XX. Handelsgewerbe	37 088	29,94	5,48	3,24	51 625	29 071	80 696	12,49	4,17	2,54	3 351	6 335	9 686	1,56	5,66	2,56
XXI. Versicherungswesen	814	0,66	7,02	3,74	2 082	353	2 435	0,38	3,79	2,33	—	3	3	0,0005	0,50	0,30
XXII. Verkehrswesen	6 206	5,01	10,81	6,65	57 598	2 634	60 232	9,32	6,55	4,09	1 368	17 375	18 743	3,03	5,09	2,65
XXIII. Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	10 126	8,18	6,85	3,91	10 261	13 973	24 234	3,75	5,92	3,35	18	503	521	0,08	2,59	1,37
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe	487	0,39	8,01	4,62	3 018	496	3 514	0,54	7,06	5,08	16	211	227	0,04	2,89	1,60
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	127	0,10	4,47	1,95	150	350	500	0,08	3,52	1,88	—	44	44	0,01	4,11	2,51
XXVI. Gesundheitswesen u. hygien. Gew.	3 272	2,64	6,83	3,91	7 854	5 987	13 841	2,14	5,78	3,49	901	3 437	4 338	0,70	7,06	4,82

Gewerbegruppen	Gesamtzahl der gewerblichen Niederlassungen	Gesamtzahl der beschäftigten Personen	Summe der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendeten motorischen Kraft PS	Es entfallen					
				0 bis 5			6 bis 10		
				Niederlassungen	Beschäftigte Personen	Zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendete motorische Kraft PS	Niederlassungen	Beschäftigte Personen	Zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendete motorische Kraft PS
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
In									
Summe . . .	297 771	1 770 140	757 231	262 089	442 961	35 148	17 546	130 907	28 596
I. Nichtlandw. Gärtnerei und Tierzucht	644	2 969	63	540	1 101	27	53	382	15
III. Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei . .	2	27	156	1	4	—	—	—	—
IV. Industrie der Steine und Erden	667	9 157	6 314	408	875	440	96	743	585
V. Eisen- und Metallgewinnung	199	8 387	16 925	56	154	69	42	350	183
V A. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	17	17 649	35 371	—	—	—	—	—	—
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	7 150	65 290	36 960	5 222	11 286	3 498	863	6 555	2 633
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau . .	2 871	107 686	93 203	1 605	3 367	1 311	389	3 028	1 455
VIII. Elektrotechn. Industrie, Feinmechanik u. Optik	5 161	200 949	179 496	3 958	7 184	935	480	3 591	1 072
IX. Chemische Industrie	876	25 047	21 193	408	1 034	435	174	1 338	663
X. Textilindustrie	2 773	19 292	9 410	2 389	3 356	126	132	1 016	291
XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	3 746	75 936	38 785	2 443	4 688	1 051	417	3 247	1 586
XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie	1 629	9 277	4 804	1 351	2 401	132	115	884	205
XIII. Kautschukindustrie und Asbestindustrie . . .	190	4 765	9 328	135	278	78	15	111	268
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	8 495	59 778	47 185	6 373	12 046	6 660	939	7 131	7 418
XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	796	13 814	8 863	505	855	162	56	429	427
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	11 761	88 193	64 486	9 059	27 551	11 087	1 884	13 629	6 286
XVII. Bekleidungsgewerbe	79 297	203 495	12 982	74 279	105 499	1 952	3 015	22 300	1 024
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	12 525	110 817	41 910	10 149	18 147	342	1 012	7 638	339
XIX. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgew. u. -versorg.	140	13 787	44 672	20	63	291	11	85	843
XX. Handelsgewerbe	123 811	462 931	29 660	112 494	185 249	3 466	5 745	42 807	2 405
XXI. Versicherungswesen	1 257	17 822	324	804	1 414	—	129	1 012	1
XXII. Verkehrswesen	5 292	127 648	26 178	4 317	8 846	1 179	415	3 065	42
XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	19 707	65 227	4 916	18 251	32 534	119	820	6 081	173
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- u. Schaustellungsgew.	1 280	13 064	2 285	885	1 929	254	177	1 370	81
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	518	2 724	207	411	748	7	47	350	—
XXVI. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	6 967	44 409	21 555	6 026	12 352	1 527	520	3 765	601
In									
Summe . . .	123 862	645 936	618 974	110 742	196 418	58 102	6 448	47 444	25 799
I. Nichtlandw. Gärtnerei und Tierzucht	750	2 143	239	663	1 264	105	64	473	48
III Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei . .	78	20 068	113 029	7	20	6	4	30	190
IV. Industrie der Steine und Erden	1 189	41 486	55 280	577	1 263	597	123	922	670
V. Eisen- und Metallgewinnung	63	9 031	61 318	13	33	28	7	55	41
V A. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	19	9 269	14 107	—	—	—	—	—	—
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	5 191	21 979	14 333	4 678	10 468	2 795	325	2 407	761
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau . .	1 887	44 825	45 743	1 286	2 501	1 087	236	1 832	991
VIII. Elektrotechn. Industrie, Feinmechanik u. Optik	1 797	17 474	11 891	1 435	2 715	319	194	1 457	439
IX. Chemische Industrie	227	5 814	9 663	104	259	189	34	262	470
X. Textilindustrie	1 801	58 794	73 410	1 114	1 593	784	149	1 164	1 426
XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	1 001	12 767	19 486	736	1 358	236	78	614	359
XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie	1 472	5 272	4 364	1 352	2 695	396	73	512	247
XIII. Kautschukindustrie und Asbestindustrie . . .	21	399	427	14	18	3	2	12	2
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	7 945	42 397	51 571	6 651	12 658	12 267	625	4 568	6 118
XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	124	2 264	854	97	119	12	4	30	24
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	12 398	47 683	66 145	11 016	27 274	30 501	961	6 718	8 906
XVII. Bekleidungsgewerbe	20 157	49 517	11 254	19 412	27 497	267	470	3 335	228
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	8 514	63 544	17 520	6 489	13 007	606	830	6 251	720
XIX. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgew. u. -versorg.	1 108	5 758	14 778	963	372	2 534	44	328	1 322
XX. Handelsgewerbe	37 088	80 696	9 686	35 027	54 183	4 077	1 276	9 394	1 993
XXI. Versicherungswesen	814	2 435	3	715	987	—	57	441	1
XXII. Verkehrswesen	6 206	60 232	18 743	5 350	10 379	501	271	2 040	472
XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	10 126	24 234	521	9 584	18 979	244	409	2 976	110
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- u. Schaustellungsgew.	487	3 514	227	347	880	118	77	606	18
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	127	500	44	105	155	5	11	86	2
XXVI. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	3 272	13 841	4 338	3 007	5 741	425	124	931	241

In der Summe und Gruppe XXII fehlen in den Spalten 6, 9, 12, 15, 18 und 21 die PS der Post und Eisenbahn.

fabriken von Borsig in Berlin und von Schwartzkopff in Wildau, die brandenburgischen Stahlwerke in Brandenburg a./H. und Hennigsdorf, das Messingwerk der Hirsch, Kupfer A.-G. am Finowkanal mit den zugehörigen Konzernfirmen in Berlin-Niederschöneweide und Oranienburg, das brandenburgische Aluminiumwerk in Lauta, welches etwa 1/3 der gesamten deutschen Aluminiumerzeugung liefert, hervorzuheben. Schließlich ist aus der Gewerbegruppe Elektrotechnische und optische

auf Niederlassungen mit ..... beschäftigten Personen												
11 bis 50			51 bis 200			201 bis 1 000			mehr als 1 000			
Niederlassungen	Beschäftigte Personen	Zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendete motorische Kraft PS	Niederlassungen	Beschäftigte Personen	Zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendete motorische Kraft PS	Niederlassungen	Beschäftigte Personen	Zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendete motorische Kraft PS	Niederlassungen	Beschäftigte Personen	Zum Antrieb von Arbeitsmaschinen verwendete motorische Kraft PS	Wiederholung der Vorspalte
10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	
Berlin												
14 433	**299 894**	**98 338**	**2 831**	**258 547**	**124 909**	**739**	**295 566**	**159 275**	**133**	**342 265**	**292 788**	**Summe**
48	954	21	2	222	—	1	310	—	—	—	—	I.
1	23	156	—	—	—	—	—	—	—	—	—	III.
127	2 435	2 125	28	2 203	1 149	8	2 901	2 015	—	—	—	IV.
66	1 596	1 434	24	2 286	3 249	11	4 001	11 990	—	—	—	V.
3	116	116	5	553	584	6	3 800	6 370	3	13 180	28 301	V A.
869	18 708	7 737	160	13 775	9 107	34	11 470	9 828	2	3 496	4 157	VI.
574	12 952	6 991	217	21 342	13 867	70	28 448	24 674	16	38 549	44 905	VII.
484	10 342	3 511	141	13 170	5 423	66	27 883	14 742	32	138 779	153 813	VIII.
216	4 785	4 324	53	4 812	4 089	21	7 158	7 662	4	5 920	4 020	IX.
201	4 212	1 582	44	4 113	2 471	6	3 606	2 807	1	2 989	2 133	X.
625	14 371	7 190	204	18 420	11 111	52	18 905	8 862	5	16 305	8 985	XI.
130	2 686	953	30	2 579	1 451	3	727	2 063	—	—	—	XII.
21	483	853	10	958	1 453	9	2 935	6 676	—	—	—	XIII.
1 007	20 881	18 893	159	13 298	10 034	16	4 879	3 783	1	1 543	397	XIV.
177	4 051	2 234	52	4 820	2 739	5	2 274	1 368	1	1 385	1 933	XV.
664	12 478	8 758	109	9 797	15 941	38	15 403	15 924	7	9 335	6 490	XVI.
1 669	32 890	3 221	294	27 369	3 788	39	14 149	2 470	1	1 288	527	XVII.
1 061	22 505	2 292	236	22 048	6 434	57	22 901	5 214	10	17 578	27 289	XVIII.
58	1 447	5 309	35	3 647	14 319	15	7 493	20 767	1	1 052	3 143	XIX.
4 775	97 133	8 639	659	57 848	4 676	123	44 533	4 488	15	35 361	5 986	XX.
253	5 699	20	60	5 088	167	11	4 609	136	—	—	—	XXI.
359	7 152	1 037	75	8 855	4 149	94	46 801	1 398	32	52 929	196	XXII.
523	10 475	521	93	8 592	1 178	20	7 545	2 925	—	—	—	XXIII.
176	3 669	280	33	2 877	374	9	3 219	1 296	—	—	—	XXIV.
53	941	8	7	685	192	—	—	—	—	—	—	XXV.
293	6 910	10 133	101	9 190	6 964	25	9 616	1 817	2	2 576	513	XXVI.
Brandenburg												
4 983	**107 375**	**85 747**	**1 346**	**124 998**	**119 392**	**316**	**117 414**	**192 537**	**27**	**52 287**	**121 068**	**Summe**
22	353	59	1	53	27	—	—	—	—	—	—	I
13	403	1 266	23	2 676	13 044	28	13 013	72 552	3	3 926	25 971	III.
269	6 704	10 165	175	16 425	19 115	45	16 172	24 733	—	—	—	IV.
25	627	1 532	11	787	1 247	4	1 858	8 184	3	5 671	50 286	V.
1	33	33	7	779	1 136	8	3 400	4 776	3	5 057	8 162	V A.
153	3 038	1 842	26	2 193	1 830	9	3 873	7 105	—	—	—	VI.
262	6 028	4 756	82	8 122	7 715	15	5 738	6 027	6	20 604	25 167	VII.
128	2 664	865	29	2 764	1 143	8	3 673	5 526	3	4 201	3 599	VIII.
60	1 333	2 087	24	2 457	3 953	5	1 503	2 964	—	—	—	IX.
294	7 164	8 947	161	16 956	23 649	81	27 888	32 440	2	4 029	6 164	X.
128	2 957	1 731	49	4 698	11 128	10	3 140	6 032	—	—	—	XI.
33	701	1 164	13	1 122	2 472	1	242	85	—	—	—	XII.
4	100	121	—	—	—	1	269	301	—	—	—	XIII.
549	12 382	19 110	112	10 175	12 213	8	2 614	1 863	—	—	—	XIV.
12	313	108	9	913	345	2	889	365	—	—	—	XV.
366	7 326	15 643	49	4 420	7 279	6	1 945	3 816	—	—	—	XVI.
207	4 186	1 159	47	4 821	2 519	19	6 913	5 362	2	2 765	1 719	XVII.
945	21 118	6 847	242	19 914	6 964	8	3 254	2 383	—	—	—	XVIII.
78	1 892	2 410	18	1 464	2 413	5	1 702	6 099	—	—	—	XIX.
741	13 523	3 241	43	3 374	375	1	222	—	—	—	—	XX.
37	670	—	5	337	2	—	—	—	—	—	—	XXI.
342	7 857	941	196	18 327	353	42	15 595	147	5	6 034	—	XXII.
130	2 115	145	3	164	22	—	—	—	—	—	—	XXIII.
62	1 171	6	—	—	—	1	857	85	—	—	—	XXIV.
10	193	34	1	66	3	—	—	—	—	—	—	XXV.
112	2 524	1 535	20	1 991	445	9	2 654	1 692	—	—	—	XXVI.

Industrie die brandenburgische optische Industrie zu nennen, die in Rathenow ihren Standort hat und von internationaler Bedeutung ist.

Leider läßt sich eine eingehende Behandlung aller markanten Gewerbezweige, so wünschenswert es wäre, nicht durchführen, weil sie einmal an der Fülle des Materials — es dürfte sich bei Berlin-Brandenburg bei 687 Gewerbearten überhaupt um ca. 500 Gewerbearten handeln — scheitern

muß, zum andern deshalb nicht, weil die Produkte einer ganzen Zahl besonders stark vertretener Gewerbezweige (beispielsweise die Textilindustrie zum Teil, die optische Industrie, das Bekleidungsgewerbe ganz usw.) im Massengüterverkehr nicht zur Geltung kommen, ja unter Umständen durch diesen statistisch überhaupt nicht erfaßt werden. Dieser kurze Vorbericht muß sich daher damit begnügen, zur Erweiterung der allgemeinen Charakterisierung, auf die Betriebsgrößengestaltung im Gewerbe zu verweisen. Im allgemeinen kann wohl behauptet werden, daß die lokale oder interlokale Bedeutung der Gewerbezweige proportional der Betriebsgröße ist. Einige Vorsicht ist dieser Allgemeinbehauptung gegenüber am Platze. Die Schaffellgerbereien in Kirchhain (Kreis Luckau) sind fast ausnahmslos Handwerksbetriebe. Dennoch haben sie unter den deutschen Schaffellgerbereien eine dominierende Stellung inne und versorgen weite Gebiete Deutschlands mit ihrem weißgaren und lohgaren Schafleder. Umgekehrt ist eine großbetrieblich organisierte Eisenbahnwerkstätte ein Betrieb, der sicher bei weitem nicht in dem Umfang unmittelbar in den interlokalen Verkehr einbezogen ist, wie etwa ein gleich großer Betrieb einer Elektrofirma. Diese Momente, die durch das Ausmaß des Konzentrationsprozesses in den Gewerbezweigen, durch das von Gewerbezweig zu Gewerbezweig verschiedene Betriebsoptimum und durch die historische Entwicklung bedingt sind, müssen bei der Betrachtung der vorstehenden Betriebsgrößenübersicht berücksichtigt werden.

Jedenfalls läßt sich auch auf Grund dieser von der Betriebsgrößengestaltung ausgehenden Erwägungen ziemlich eindeutig schon an dieser Stelle festhalten, daß das Gewerbe der Provinz Brandenburg in einem höheren Maße im Dienste eines lokal enger umgrenzten Kundenkreises steht als das Berliner Gewerbe. Es ist schon weiter oben darauf hingewiesen worden, daß das Handwerk — unter diesem alle Betriebe der Gewerbeabteilung Industrie und Handwerk (Gewerbegruppen III bis XIX) mit einer Beschäftigtenzahl bis zu 10 Personen verstanden — in Berlin mit 26,2 v. H., in Brandenburg mit 29,3 v. H. aller in Industrie und Handwerk beschäftigten Personen vertreten ist. In der ganzen gewerblichen Wirtschaft sind in diesen Betriebsgrößenklassen in Berlin 32,4 v. H., in Brandenburg 37,7 v. H. aller gewerblich Tätigen beschäftigt. Der Anteil der Großbetriebe ist umgekehrt in Berlin größer als in Brandenburg. In Berlin sind 133 Niederlassungen gezählt worden, in denen je Niederlassung mehr als 1 000 Personen beschäftigt waren. Die Gesamtzahl der in diesen Niederlassungen Beschäftigten betrug 342 265 Personen, das heißt 19,4 v. H. aller im Gewerbe Tätigen. In Brandenburg gab es im Juni 1925 27 solcher Großbetriebe. In ihnen waren 52 287 Personen betriebsgebunden, das heißt 8,1 v. H. aller im brandenburgischen Gewerbe Tätigen. Die „Riesenbetriebe" mit mehr als 5 000 Beschäftigten treten besonders hervor. In der Provinz Brandenburg gab es davon nur einen Betrieb, die Brennaborwerke in Brandenburg a. H.[1]). Die Firma beschäftigte um die Mitte des Jahres 1928 etwa 8 000 Personen, das heißt über 1 000 Personen mehr als im Jahre 1925 (6 883). In Berlin gab es 1925 9 solcher Betriebe. An der Spitze standen die 5 Elektrobetriebe, mit 76 414 Personen insgesamt. Unter ihnen dominierten die beiden Siemenswerke in Spandau-Siemensstadt, die nach der Zählung von 1925 nächst Krupp (ca. 34 000 Beschäftigte) die beiden größten Werke in Deutschland waren.

Faßt man den Grundbegriff der gewerblichen Betriebsstatistik von 1925, die „örtliche Einheit" oder „Niederlassung", soweit, daß man darunter einen räumlich in sich geschlossenen, sachlich zusammengehörigen — wenn auch formal-juristisch durch verschiedene Firmennamen getrennten — Betriebskomplex versteht, so war das Siemenswerk (Siemens-Schuckert, Siemens & Halske und Siemens Bauunion) mit 53 796 Personen der größte Betrieb Deutschlands.

Die Werkanlagen der A. E. G. sind nicht wie bei Siemens räumlich konzentriert, sondern, was begründet ist in der äußerst vorsichtigen Expansionspolitik Rathenaus, über das ganze Weichbild der Stadt Berlin verstreut. Daher ist die A. E. G. unter den Betrieben mit mehr als 5 000 Personen verhältnismäßig schwach vertreten. Es fallen darunter die A. E. G.-Fabriken Brunnenstraße (Verwaltungsbezirk Wedding), die mit 11 306 Personen die drittgrößte Berliner Niederlassung sind und das Kabelwerk Oberspree (Verwaltungsbezirk Treptow), in dem 8 682 Personen beschäftigt waren. Der letzte der elektrotechnischen Riesenbetriebe in Berlin ist die Fabrik der Bergmann Elektrizitätswerke in der Seestraße (Verwaltungsbezirk Wedding), in der 7 006 Personen tätig waren.

In der Metallindustrie (im weitesten Sinne) gab es 1925 3 Riesenbetriebe: Die Fabrik der A. Borsig G. m. b. H. in Tegel (Verwaltungsbezirk Reinickendorf) mit 7 309 Personen (Gewerbesignatur VA 2b), der weithin sichtbare Bau der zum A. E. G.-Konzern gehörenden Nationalen Automobilgesellschaft A.-G. in Berlin-Oberschöneweide (Verwaltungsbezirk Treptow) mit 5 205 Personen (Gewerbesignatur VII 1c) und die Fabrik der Deutsche Kraftfahrzeugwerke A.-G. in Spandau mit 5 300 Personen (Gewerbesignatur VII 6d). Der einzige Riesenbetrieb der Gewerbegruppe XX (Handel) ist die Deutsche Bank A.-G. im Verwaltungsbezirk Mitte mit 5 170 Personen (Gewerbesignatur XX 7c).

2. Die Standortsfrage.

Das Grundproblem der sachlichen Verbundenheit des berlin-brandenburgischen Wirtschaftslebens untereinander und mit anderen Territorien ist die Standortsfrage. Das Berliner Gewerbe hat vom Gesichtspunkt seines Standortes besondere Eigenarten. Diese zeichnen sich einmal in der fast dreimal so starken personellen Besetzung wie die des brandenburgischen Gewerbes ab, zum andern treten sie in anderer Hinsicht hervor. Die brandenburgische Industrie gehört zu einem Teil zu dem sich um Berlin ziehenden Industriegürtel. Der andere Teil liegt in dem im südlichen Ostelbien auf den natürlichen Bodenschätzen sich aufbauenden bezw. mittelbar damit verbundenen schlesisch-sächsischen Industriegebiet. Dieses Gebiet hat einen — wenn man so sagen darf — „natürlichen" Zusammenhang. Berlin und seine Umgebung stellt sich als eine große industrielle Insel in dem sonst nur von industriellen Enklaven weitaus kleineren Umfanges durchsetzten landwirtschaftlichen Ostelbien dar. Von diesen industriellen Enklaven entfallen einige auch auf die Provinz Brandenburg. Die Niederlausitzer Textilstädte Kottbus und Forst sowie Guben, die Hutmacherstadt Deutschlands, gehören zum „natürlichen" Industriegebiet der Provinz Brandenburg. Rechnet man — ein Verfahren, das durch die Betriebsverbundenheit und durch die Entfernungen begründet werden kann — Luckenwalde (Metallindustrie und Hutindustrie), Nowawes (Metallindustrie und gegenüber 1925 stark eingeschränkte Textilindustrie), Eberswalde und Fürstenwalde (Metallindustrie) zum Berliner Industriegürtel, so gehören zu Brandenburg folgende industrielle Enklaven Ostelbiens: Wittenberge, nördlich der Havelmündung am Elbübergang gelegen, die brandenburgische Nähmaschinenstadt (Singer); Rathenow, die Brillenstadt Deutschlands; Brandenburg, die ehemalige Residenzstadt der Provinz, welche 1929 ihr tausendjähriges Jubiläum feierte, mit ihrer Fahrzeugindustrie (Brennabor, Korona, Exzelsior) und der Metallspielwarenindustrie (Lehmann) und im Osten Brandenburgs Landsberg a. W., der Sitz der größten Jutespinnerei und -weberei Deutschlands (Bahr). Nach der 1926 erfolgten Stillegung der Maschinenbauanstalt H. Paucksch A.-G. dürfte Landsberg als ein Standort der brandenburgischen Metallindustrie der Vergangenheit angehören. Frankfurt a. O. ist die alte Markt- und Messestadt der Provinz Brandenburg, der den Mittellauf der Oder beherrschende Stapelplatz und der Knotenpunkt des ostwestlichen Warenumschlags.

[1]) Die Brennaborwerke sind als eine örtliche Einheit gezählt worden. Tatsächlich bestehen sie aus 5 räumlich nicht zusammenhängenden Betrieben.

Potsdam und Prenzlau, die beiden letzten der 14 brandenburgischen Mittelstädte, können in diesem Zusammemhang übergangen werden. In Potsdam sind etwa $^1/_5$ der Bevölkerung Verwaltungs- und Militärpersonen. Die Stadt Prenzlau ist ihrer Art nach kaum mehr als eine Kleinstadt. Sie hatte 1925 21 622 Einwohner und ist die brandenburgische Mittelstadt, welche von dem Industrialisierungsprozeß der letzten 4 Jahrzehnte am wenigsten berührt worden ist.

Jedoch sind alle die industriellen Einzelstandorte der Provinz Brandenburg in keiner Weise mit Berlin zu vergleichen. Berlin ist schlechthin die industrielle Insel im industriearmen Ostelbien.

Wenn man sich das Ausmaß der industriellen Zusammenballung in Berlin durch einen Vergleich mit der in ihrer Grundstruktur agrarischen Provinz Brandenburg vergegenwärtigt, so wird einem schon dadurch ohne weiteres die Notwendigkeit klar, der Standortsfrage einige eingehendere Betrachtungen zu widmen. In Berlin werden 42 000 *ha* nicht land- und forstwirtschaftlich genutzt. Auf dieser Fläche ballen sich neben den Wohnungen für die Bevölkerung, neben den Wegen usw. insgesamt fast 300 000 gewerbliche Niederlassungen zusammen. Darin sind ca. 1,8 Millionen Menschen betriebsgebunden. Auf der land- und forstwirtschaftlich nicht genutzten Fläche der Provinz Brandenburg von etwa 300 000 *ha* befanden sich 1925 rund 124 000 gewerbliche Niederlassungen mit 646 000 darin beschäftigten Personen. Auf $^1/_7$ derjenigen Fläche, die in der Provinz Brandenburg für dieselben Zwecke zur Verfügung steht, konzentrieren sich demnach in Berlin mehr als dreimal soviel Niederlassungen mit fast dreimal soviel betriebsgebundenen Erwerbstätigen, oder anders: Auf die Raumeinheit bezogen haben wir in Berlin eine etwa 20 mal so starke Besetzung des Gewerbes wie in Brandenburg.

Die Eigenart Berlins als Standort einer bedeutenden Industrie hebt sich nicht minder deutlich hervor, wenn man sich der großen wirtschaftlichen Erschwernisse bewußt wird, die die Konzentration der Betriebe auf der kleinen und vielfach zu kleinen Berliner Fläche im Gefolge hat. Die Erschwernisse und Hemmungen sind betriebsökonomische und allgemein sozialökonomische.

Unter den betriebsökonomischen Erschwernissen fällt wahrscheinlich die Belastung durch die Grundrente mit am meisten ins Gewicht. Die hohe Grundrente ist nicht nur (unter anderen eine) Ursache der (im allgemeinen vorteilhaften) Betriebskonzentration, sondern sie hat darüber hinaus im Gefolge, daß sich die Niederlassungen in drei, vier und fünf Etagen übereinander aufstocken müssen und sich selbst in einem solchen Maße beengen, daß Erweiterungen nur mit größtem Kostenaufwand möglich sind. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Im Hause Elisabethufer 53 (Südosten von Berlin) befinden sich neben Wohnungen 24 Fabrikbetriebe. Nichts kann die Belastung der gewerblichen Tätigkeit in Berlin mit Grundrente — sei es als hohe Miete oder als hohe Kosten für Grund und Boden zur Errichtung der Fabrikgebäude — schärfer beleuchten als das Beispiel der Verlegung der Lokomotivfabrik Schwartzkopff von Berlin, Chausseestraße nach Wildau. Als sich mit der Vergrößerung des Produktionsumfanges eine Erweiterung der Fabrik erforderlich machte und Schwartzkopff sich in Wildau niederließ, kostete der Quadratmeter Erdoberfläche in der Chausseestraße 425 Mk, in Wildau dagegen nur 71 Pfg. Und das im Jahre 1900. Heute werden im Stadtmittelpunkt für den Quadratmeter 10 000 *RM* und mehr gefordert und gezahlt.

Auch der Arbeitslohn steigt durch die Nachfrage nach Arbeitskräften einerseits, der Organisationswilligkeit der Arbeiter andererseits über das durchschnittliche Lohnniveau der Gewerbezweige und unter Umständen sogar soweit, daß trotz der nicht zu leugnenden Anziehungskraft, die Berlin auf das Gewerbeleben ausübt, eine Abwanderung erforderlich wird. Die Berliner Textilindustrie hat die durch das Wachsen der Maschinen- und Elektroindustrie herbeigeführte allgemeine Erhöhung des Lohnniveaus seit den 60 er Jahren des vorigen Jahrhunderts nicht tragen können und mußte sich dem Niederlausitzer Zentrum anschließen oder ihre Betriebe nach anderen Orten verlegen. Eine ganze Reihe von Kleinunternehmungen, die beweglicher als die Großunternehmungen sind, haben ihre Fabrikationsbetriebe nach Brandenburg und Niederschlesien verlegt, lediglich aus dem Grunde, um nicht die hohen Berliner Löhne zahlen zu müssen. Auch die Elektroindustrie (A. E. G.) spaltet neuerdings solche Teile ihrer Unternehmung ab, deren Erzeugnisse — Sicherungen, Fassungen usw. — in Fließarbeit mit geringer bezahlten Arbeitskräften hergestellt werden können, und verlegt die Betriebe dieser Art nach dem Erzgebirge [1]).

Man denke weiter daran, daß Berlin jährlich bis zu 300 000 Tonnen Eisen- und Stahlbruch versendet. Zu einem Teil handelt es sich hierbei um Altmaterial, zu einem Teil ist der Versand aber auch Neuschrott und somit Kennzeichen der starken Belastung der Betriebe mit Transportkosten für Gewichtsverlustmaterialien, die ganz oder zum Teil erspart werden könnten, wenn die Betriebe auf oder näher an der Rohstoffbasis säßen. Außerdem werden jährlich nach Berlin für industrielle Zwecke etwa 3 Millionen Tonnen Steinkohlen und Steinkohlenkoks geliefert[2]), das sind jährlich rund 2 000 Güterzüge und 2 300 Kahnladungen Industriekohlen[3]) oder täglich ungefähr 6 Güterzüge zu je 40 Waggons und 6 Kahnladungen. Diese Kohlentransporte, die im Durchschnitt nicht viel weniger als 500 *km* Wegstrecke zurückzulegen haben, sind ausnahmslos Gewichtsverlustmaterialien und die Transportkosten für sie eine Vorbelastung für die Berliner Industrie jeder anderen auf den Brennstofflagern sitzenden Industrie gegenüber[4]).

Für die Nachkriegsjahre ist als eine weitere Erschwernis die durch die Einführung des Staffeltarifs durch zusätzliche Transportkosten hinzugekommene Belastung der Berliner Betriebe gegenüber den materialorientierten Betrieben zu erwähnen. Die Auswirkung des Staffeltarifs ist bereits weiter vorn beim Mühlengewerbe (S. 202) an einem praktischen Beispiel illustriert worden. Wenn das gesamte Erzeugnis auf dem Berliner Markt bleibt, ist die Steigerung der Transportkosten für die Berliner Betriebe im Verhältnis zu der Steigerung der Transportkosten der materialorientierten Betriebe nicht größer als vor dem Krieg. Geht aber das Produkt über Berlin hinaus, ist die Steigerung der Transportkosten für die Berliner Betriebe um soviel größer,

[1]) In diesem Zusammenhang muß auch daran erinnert werden, daß Ford seine in Deutschland neu zu gründende Fabrik nicht in Berlin, wo er am Westhafen seine Montagewerkstätte hat, sondern in Köln errichten wird. Ferner lief (Januar 1930) auch das Gerücht um, daß die zum A. E. G. Konzern gehörende Automobilfabrik der N. A. G. nach Chemnitz verlegt werden sollte. Für Ford scheinen allerdings vornehmlich Erwägungen ausschlaggebend gewesen zu sein, die sich auf die Materialversorgung und die Kommunalsteuern beziehen. — [2]) Berliner Einfuhr insgesamt 4,5 Millionen Tonnen, davon Verbrauch der Elektrizitäts- und Gaswerke rund 1,5 Millionen Tonnen. — [3]) Von der Gesamteinfuhr von 4,5 Millionen Tonnen Steinkohlen und Steinkohlenkoks kommen rund 2 Millionen Tonnen per Schiff. Bei proportionaler Verteilung gemäß Anmerkung 2 würden auf die Industrie rund 1,6 Millionen Tonnen Schiffskohle entfallen. Die weitere Berechnung legt Kähne mit 600 Tonnen Tragfähigkeit und Güterzüge mit 800 Tonnen Transportkapazität zugrunde. — [4]) Die unmittelbar nach dem Weltkrieg einsetzende Versorgung des Berliner Wirtschaftslebens mit elektrischem Fernstrom stellt eine gewisse Gegentendenz dar. Doch darf man ihre Bedeutung nicht überschätzen, da der Fernstrom vornehmlich nur zur Versorgung der Verkehrsunternehmungen dient.

als die Differenz zwischen den Frachtkosten für die durch den Verarbeitungsprozeß in Berlin **unterbrochene** Beförderung und den Frachtkosten für die von den materialorientierten Betrieben aus erfolgende **durchgehende** Beförderung beträgt. Diese „Über"-steigerung ist bei einer gegebenen Entfernung zwischen den Materiallagern und dem Konsumplatz um so größer, je näher der Verarbeitungsprozeß in der Mitte zwischen Materiallager und Konsumplatz liegt[1]). Bei sich verändernder Entfernung zwischen Materiallager und Konsumplatz steigt sie außerdem mit zunehmender Entfernung[2]), d. h. praktisch jede Ausdehnung, die das Berliner Gewerbe auf dem außerberlinischen Markt sucht, muß sie mit einer „Über"-steigerung der Transportkosten bezahlen[3]).

Neben diesen wichtigsten betriebsökonomischen Erschwernissen sind auch die sozialökonomischen Erschwernisse höchst bedeutsam. Die Wohnungen werden auf kleinste Räume zusammengedrängt. Sie erhalten kein Licht und keine Luft, sind dauernd den belästigenden Einflüssen der gewerblichen Niederlassungen ausgesetzt und werden durch deren unmittelbare Nähe bezw. durch die unmittelbare Verbundenheit mit gewerblichen Gebäuden in erhöhte Gefahren gebracht. Dann entsteht ferner durch das Zusammenpressen der gewerblichen Betriebe und der Wohnungen und der praktisch höchst beschränkten Freizügigkeit für die Bevölkerung die Notwendigkeit, vielfach mehrere Stunden am Tage für den Weg in den Betrieb und zurück in die Wohnung zu opfern, und das auch noch unter den erschwerenden Umständen, die die stoßweise Belastung der Verkehrsinstitute mit sich bringt. Kennzeichnend ist, daß 1910 bei einer mittleren Bevölkerung von 3,73 Millionen Einwohner täglich durchschnittlich nur (!) 2,96 Millionen Menschen im Personen-„nah"-verkehr (bis zu 50 *km* einfache Entfernung) befördert wurden und daß die Zahl der Beförderten im Jahre 1925 bei einer mittleren Bevölkerung von 4,03 Millionen auf 3,98 Millionen gestiegen war. Macht man die in Wirklichkeit nicht ganz zutreffende Annahme, daß alle Fahrgäste Berliner Erwerbstätige sind, so ergibt sich, daß rund $^5/_6$ aller Berliner Erwerbstätigen täglich einmal hin und zurück die Verkehrsmittel in Anspruch nehmen[4]). Darunter befinden sich Tausende, die so täglich 60 *km* zurücklegen und Zehn-, vielleicht Hunderttausende, die täglich 40 *km* fahren. Welche Erschwernisse durch die stoßweise Inanspruchnahme der Verkehrsmittel entstehen, demonstrieren anschaulich die Verkehrsmittel, die zu Arbeitsbeginn und zum Arbeitsende die Arbeitskräfte nach und von den Siemenswerken befördern. Die Menschen stehen zusammengepfercht in den Wagen und müssen sich oft an die Wagen hängen, um überhaupt mitzukommen.

[1]) Sind Materiallagerplatz und Konsumplatz 600 *km* voneinander entfernt, und liegt Berlin, als Verarbeitungsplatz, 100 *km* vom Materiallager und 500 *km* vom Konsumplatz entfernt, so beträgt die Steigerung der Transportkosten für die Berliner Betriebe etwa 1,9 v. H. mehr als die Steigerung der Transportkosten für die materialorientierten Betriebe. Liegt Berlin in der Mitte zwischen Materiallagerplatz und Konsumplatz, so beträgt die Steigerung 2,7 v. H. mehr. — [2]) Bei einer Entfernung von 600 *km* zwischen Materiallager und Konsumplatz beträgt die Mehrerhöhung der Transportkosten nach Anm. 1 2,7 v. H. Bei einer Entfernung von 1 000 *km* zwischen Materiallager und Konsumplatz, ebenfalls unter Annahme der „Mittellage" der Berliner Betriebe, beträgt die Mehrerhöhung der Transportkosten für die Berliner Betriebe 9,9 v. H. — [3]) Berechnungen vorgenommen nach den Indizes der Eisenbahnfrachtsätze im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich 1927 Seite 123. — [4]) Im Jahre 1928 sind rund 1 800 Millionen Menschen im Berliner Nahverkehr befördert worden, täglich also im Durchschnitt (360 Tage) rund 5 Millionen. Nimmt man an, daß sich die Zahl der Berliner Erwerbstätigen von 2,46 Millionen im Jahre 1925 auf 2,6 Millionen im Jahre 1928 erhöht habe, würden unter denselben Voraussetzungen wie oben rund 96 v. H. aller Erwerbstätigen 2 mal täglich die Verkehrsmittel benutzen.

Wenn sich trotz aller eben in groben Zügen skizzierten Nachteile das gewerbliche Wirtschaftsleben in Berlin, losgelöst von den Materiallagerplätzen, in so starkem Maße konzentriert hat, so muß das seine Gründe haben, auf die hier noch einzugehen ist.

Zunächst können wir durch einige negative Feststellungen die Bedingungen umgrenzen, die augenscheinlich die räumliche Konzentration in Berlin verhindert haben, ein Vorgehen, das hier besonders zweckmäßig ist, weil dadurch gleich etwas genauer der Standort des brandenburgischen Gewerbes gekennzeichnet werden kann.

1. Es fehlen in Berlin alle die Gewerbezweige, die zwangsläufig an die Materialgewinnungsstätten gebunden sind, der Bergbau, die Hochseefischerei, die Holzfällerei, Kalk- und Gipsgräberei, kurzum alle diejenigen Gewerbezweige, die in der nationalökonomischen Literatur als die extraktiven bekannt sind. Diese finden wir in den brandenburgischen Braunkohlenbezirken in der Niederlausitz längs der Südgrenze und in der Odergegend um Frankfurt a. O. [Die früher in der Nähe von Berlin (Beeskow-Storkow) und in der Inflationszeit im Nordwestzipfel der Provinz Brandenburg (Prignitz) abgebauten bezw. in Abbau genommenen Braunkohlenlager sind erschöpft oder als nicht lohnend aufgegeben worden.] Dazu gehören auch die Kalksteinbrüche bei Rüdersdorf, die Holzfällereien in den brandenburgischen Wäldern, die Torfgräbereien, die besonders in der Umgebung von Berlin befindlichen, aber auch in der Niederlausitz und in der Neumark zu findenden Kies- und Sandgruben und Findlingsgräbereien.

2. Es fehlen in Berlin diejenigen Gewerbezweige, die Massenfabrikate herstellen, welche beträchtlich geringer wiegen als die Rohmaterialien, also die mit hohen Gewichtsverlustmaterialien arbeitenden Gewerbezweige. Das sind die schon behandelten, in den brandenburgischen Zuckerrübenanbaugebieten errichteten Zuckerfabriken (Produktgewicht : Materialgewicht[1]) = 1 : 6) und die Sägewerke (Produktgewicht : Materialgewicht = 1 : 2 und mehr), außerdem die Glasindustrie, die sich, da der Brennstoff ihr größtes Gewichtsverlustmaterial ist, auf den Kohlenlagern niedergelassen hat (Produktgewicht : Materialgewicht = 1 : 3), die Ziegelindustrie, welche in der Provinz Brandenburg besonders die an den Wasserstraßen in der näheren Umgebung Berlins gelegenen Tonlager frequentiert (Produktgewicht : Materialgewicht = 1 : 2) und die auf den Rüdersdorfer Kalklagern im Kreise Niederbarnim errichteten 3 Portlandzementfabriken (Produktgewicht : Materialgewicht = 1 : 2). Zu der Kategorie der infolge hohen Materialgewichtverlustes im Produktionsprozeß in Berlin nicht seßhaft gewordenen, jedoch auch in der Provinz Brandenburg nicht übermäßig stark vertretenen Gewerbezweige — außer durch einige Pappenfabriken, darunter die größte deutsche — gehört die papiererzeugende Industrie. Des weiteren sind als Industriezweige dieser Art die im Anschluß an den rheinisch-westfälischen und den schlesischen Steinkohlenbergbau errichteten Hochöfen und Kokereien zu nennen. Zu allen diesen unter 2. erwähnten Gewerbezweigen ist zu bemerken, daß im einzelnen die Ansiedlung in Berlin trotz hohen Gewichtsverlustmaterials durchgeführt bezw. aufrechterhalten worden ist, dann nämlich, wenn eine neue Erfindung das bis dahin übliche Verfahren geändert hat — die Glaskolbenherstellung in der Glühlampenherstellung der Osramwerke, die von Weißwasser nach Berlin verlegt worden ist — oder durch Patent (im Verein mit einer straffen Organisation des gesamten Gewerbezweiges) einer kleinen Minderheit vorbehalten geblieben ist — die Flaschenglasfabrikation in der Stralauer Glashütte — oder wenn sich die Betriebe einen betriebstechnischen Vorsprung der Mehrzahl aller übrigen Betriebe ihres Gewerbezweiges gegenüber gesichert

[1]) ausschließlich Brennstoff!



haben — die Hohlglashütte Marienhütte in Cöpenick. Bei letzterer wird die Benachteiligung, die sie an und für sich allen anderen Hohlglashütten gegenüber durch ihre Lage zu den Brennstoffen hat, in der Veredelung der Hohlgläser (Schliff, Ätzen, Gravieren) wieder aufgeholt.

Auf die dritte Kategorie der Betriebe, die in Berlin seßhaft gewesen sind, aber infolge ungünstiger Standortsverhältnisse abwandern mußten, ist schon weiter oben hingewiesen worden. So wie von Gewerbezweig zu Gewerbezweig erhebliche Lohnunterschiede bestehen, so hat sich an dem einen Ort ein durchschnittlich höheres Lohnniveau herausgebildet als an dem andern. Die Gewerbezweige mit verhältnismäßig sehr niedrigem Lohnniveau — wie die Textilindustrie — werden dadurch unter Umständen gezwungen, den Orten mit hohem Lohnniveau den Rücken zu kehren. Der Rückgang der Textilindustrie in Berlin[1]) ging parallel mit dem Aufstieg der Niederlausitzer Textilindustrie, die auch heute noch, selbst innerhalb ihrer Branche, neben der räumlich anschließenden niederschlesischen Textilindustrie mit die niedrigsten Löhne in Deutschland zahlt.

Das scheinen im großen und ganzen alle Bedingungen zu sein, die der räumlichen Konzentration des Gewerbes in Berlin entgegenstehen, andererseits größtenteils sein Entstehen in Brandenburg begünstigen. Demnach läßt sich der Umfang der Berliner Großindustrien negativ etwa so bestimmen: Das in Berlin konzentrierte Gewerbe sind Gewerbezweige, welche an keinen Zwangsstandort gebunden sind, auch nicht mit hohen Gewichtsverlustmaterialien arbeiten und hohe Löhne zahlen können. Das letztgenannte Merkmal erhält insoweit seine Einschränkung, als unter Umständen Gewerbezweige Nutznießer eines mit der tatsächlichen Klassenlage nicht übereinstimmenden Klassenbewußtseins sein können und infolgedessen trotz niedrigster Löhne gerade in Berlin ausreichend Arbeitskräfte (als Heimarbeiter) finden. So rekrutiert sich ein ganz erheblicher Teil der Arbeitskräfte im Bekleidungsgewerbe aus (besonders weiblichen) Angehörigen solcher Schichten, die sich öffentlich nicht als in den Wirtschaftsprozeß eingeschaltete „Arbeits“-kräfte bekennen wollen, aus einer Schicht also, die sich selbst gegenüber die Funktion der „industriellen Reservearmee“ übernimmt. (Selbstverständlich sind nicht alle 79 000 Heimarbeiter des Berliner Bekleidungsgewerbes, die etwa 93 v. H. aller Berliner Heimarbeiter und zwischen $^1/_5$ und $^1/_6$ aller in Deutschland gezählten Heimarbeiter ausmachen, zu dieser Kategorie zu zählen.) In anderer Hinsicht erfolgt auch eine nicht nur eine Branche begünstigende, sondern durch die zunehmende allgemeine Kapitalakkumulation, damit relative Freisetzung von Arbeitskräften und durch das ständige Wachstum des Angebots von Arbeitskräften allgemeine Herabsetzung des Lohnniveaus. Dieser Fall liegt vor bei den sogenannten ungelernten Arbeitskräften. Während das Lohnniveau für Facharbeiter in Berlin schlechthin das höchste in Deutschland ist, liegt der Lohn für die „Hilfsarbeiter“ fast durchweg unter dem Lohnniveau einer ganzen Reihe anderer Orte. (Zu beachten ist die nach dem Kriege vor sich gegangene Angleichung der Berliner Löhne an Löhne anderer Orte.)

Was kann man nun aber als positives Merkmal des durch negative Merkmale seinem Umfang nach schon etwas mehr begrenzten Berliner Gewerbes besonders hervorheben? „Bei allen Berliner Industrien tritt der eine Charakterzug vorherrschend in Erscheinung. Die Berliner Industrie ist fast durchweg Verfeinerungsindustrie, Veredelungsproduktion. Nicht auf die Gewinnung von Rohstoffen, von denen es in Berlin und in seiner Umgebung keine nennenswerten gibt, kommt es bei ihr an, sondern auf die möglichst verfeinerte Verarbeitung anderwärts gewonnener Rohstoffe durch eine gelernte, intelligente und daher verhältnismäßig hoch bezahlte Arbeiterschaft. Das Vorhandensein oder doch die allmähliche Heranbildung und Durchbildung dieser Arbeiterschaft war auf der einen Seite Grundlage und weiterhin Folge dieser in Berlin schon frühzeitig entwickelten Verfeinerungsindustrie“. In diesen Ausführungen Pinners[1]) kommt dasselbe zum Ausdruck, was (indirekt) gelegentlich Weber auch als allgemeines Raumproblem anschneidet[2]), nämlich die einzelnen Orten — hier also Berlin — durch den zeitlichen Vorsprung (und auch andere gesellschaftliche und sachliche Sicherungen) zuteil gewordene monopolistische Stellung seiner Grundindustrien. Denn die Meinung, daß nicht an jedem andern Ort auch höchstqualifizierte Arbeitskräfte herangezogen werden könnten, rechtfertigt die wirtschaftliche Entwicklung in keiner Weise. Rathenow z. B. war ein unbedeutendes Landstädtchen und ist heute der Wohnsitz der besonders hoch qualifizierten Arbeiterschaft des optischen und feinmechanischen Gewerbes. Mithin kann also Berlin nur deshalb hohe Löhne zahlen und dadurch Standort insbesondere der mit hohen Lohnanteilen am Produkt arbeitenden Veredelungs- und Verfeinerungsindustrie sein, weil anderen Orten gegenüber ein zeitlicher Vorsprung in Hinsicht auf die Qualität der Arbeitsleistungen besteht.

Um die kurze Skizze über die Standortsverhältnisse abzuschließen, sind die historischen Verhältnisse, denen die Berliner Grundindustrien diesen zeitlichen Vorsprung verdanken, mit einigen Worten anzudeuten. Berlin war die Residenz des preußischen Staates und unzweifelhaft auch sein geistiges Zentrum. Hier sammelte sich alles, was einen Namen hatte. Diese Gemeinschaft gab gewissermaßen den Ton an, und was von ihr als wertvoll erachtet wurde, fand zunächst Eingang in diesen Kreisen selbst und erst durch diese Sanktion Eingang auch in allen anderen Kreisen Berlins und in außerberlinischen Gebieten. Außerdem hatten für die Entwicklung der Grundindustrien zunächst die Staatsaufträge eine überragende Bedeutung, und ihre Vergebung lag in den Händen der genannten Kreise. Die Erzeugnisse der jungen Industriezweige mußten also den Beifall der herrschenden Schichten gefunden haben, damit die Unternehmer überhaupt erst „ins Geschäft kamen“. So wurde Berlin der „geistige Filter“, den die Neuerfindungen zu passieren hatten. Daß es heute noch kaum anders ist, lehrt die Radioindustrie, die Kundschaft und Fabriken in Berlin bereits in ziemlich großem Umfange besaß, als draußen im Reich erst die ersten tastenden Versuche mit dem Rundfunk gemacht wurden. Auch die erst seit dem Kriegsende sich entfaltende Kunstseidenindustrie, die in Berlin sicher nicht die günstigsten Bedingungen vorgefunden hat, ja zum Teil sogar direkt ungünstige Standortsbedingungen in Kauf nahm[3]), hat Berlin aufgesucht. Zur Zeit der Zählung von 1925 war die Zehlendorfer Fabrik der einzige Berliner Betrieb, 1926/27 ist die Lichtenberger Fabrik der Agfa hinzugekommen. Beide Fabriken dürften schätzungsweise 4—5 000 Personen beschäftigen. Diese zur Entwicklung eines Industriezweiges erforderliche Sanktion des Industrieproduktes wurde vor fast

[1]) In der Berliner Textilindustrie waren 1861: 28 106 = 26 v. H. aller in den Berliner Industrien tätigen Arbeiter beschäftigt (Städt. Jahrbuch für Berlin 1868). Die Zahl der Beschäftigten in der Berliner Textilindustrie ging dann nicht nur relativ durch das Wachsen der anderen Industriezweige, sondern auch durch die absolute Verringerung um ca. 9 000 Personen auf 1,1 v. H. der Gesamtzahl aller gewerblich Tätigen zurück.

[1]) Berlin als Industrie- und Handelsstadt in der Festausgabe des Zeitungsverlags zur Hauptversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Berlin 6. Oktober 1928, Seite 73. — [2]) Weber, Standort der Industrien S. 99 „Plätze hoher Löhne (können) vielleicht durch die größeren Leistungen gerade Plätze der billigsten Arbeitskosten sein . . . .“ — [3]) Die Zehlendorfer Kunstseidenfabrik mußte ihre Spinnerei in Nowawes eröffnen, weil sie in Zehlendorf keine geeigneten Arbeitskräfte heranzuziehen vermochte.

3. Die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählungen 1925 und 1907 in Brandenburg und Berlin.

(Nach technischen Einheiten)

Gewerbegruppen	1925: In Betrieben der in der Vorspalte bezeichneten Gewerbegruppen beschäftigte Personen			1925: Von 100 beschäftigten Personen überhaupt waren in den in der Vorspalte bezeichneten Gewerbegruppen tätig	1907: In Betrieben der in der Vorspalte bezeichneten Gewerbegruppen beschäftige Personen			1907: Von 100 beschäftigten Personen überhaupt waren in den in der Vorspalte bezeichneten Gewerbegruppen tätig	Zunahme (+) oder Abnahme (—) der beschäftigten Personen von 1907 bis 1925		Zunahme (+) oder Abnahme (—) der beschäftigten Personen im Reich 1907 bis 1925
	männlich	weiblich	insgesamt		männlich	weiblich	insgesamt		Anzahl	v. H. der 1907 beschäftigten Personen	v. H.
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Summe . . .	1 566 788	711 318	2 278 106	100,00	1 193 845	460 062	1 653 907	100,00	+624 199	+ 37,74	—
I. Nichtlandwirtschaftl. Gärtnerei und Tierzucht	3 689	1 426	5 115	0,22	11 511	5 455	16 966	1,03	— 11 851	— 69,85	—
II. Hochseefischerei	—	—	—	—	3	1	4	0,00	— 4	—100,00	—
III. Bergbau, Salinenwesen u. Torfgräberei	19 277	318	19 595	0,86	10 849	326	11 175	0,68	+ 8 420	+ 75,35	+ 47,5
IV. Industrie der Steine und Erden	41 834	9 384	51 218	2,25	53 554	7 263	60 817	3,68	— 9 599	— 15,78	— 0,0
V. Eisen- und Metallgewinnung	30 648	2 261	32 909	1,44	11 495	559	12 054	0,73	+ 20 855	+173,01	+ 45,1
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	84 541	16 863	101 404	4,45	89 269	10 221	99 490	6,02	+ 1 914	+ 1,92	+ 26,5
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	147 922	16 783	164 705	7,23	66 442	2 023	68 465	4,14	+ 96 240	+140,57	+ 94,0
VIII. Elektrotechn. Industrie, Feinmechanik und Optik	135 868	69 522	205 390	9,02	59 284	14 635	73 919	4,47	+131 471	+177,86	+ 183,3
IX. Chemische Industrie	18 640	12 278	30 918	1,36	18 642	9 671	28 313	1,71	+ 2 605	+ 9,20	+ 62,1
X. Textilindustrie	35 112	43 400	78 512	3,45	33 281	36 259	69 540	4,20	+ 8 972	+ 12,90	+ 16,8
XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	52 783	28 078	80 861	3,55	45 382	22 904	68 286	4,13	+ 12 575	+ 18,42	+ 31,9
XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie	11 869	2 716	14 585	0,64	12 560	2 045	14 605	0,88	— 20	— 0,14	+ 25,5
XIII. Kautschukindustrie und Asbestindustrie	3 410	2 071	5 481	0,24	2 049	889	2 938	0,18	+ 2 543	+ 86,56	+ 132,5
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	99 070	9 917	108 987	4,78	100 167	5 552	105 719	6,39	+ 3 289	+ 3,09	+ 26,9
XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	12 483	3 618	16 101	0,71	9 549	2 268	11 817	0,71	+ 4 284	+ 36,25	+ 52,5
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	90 931	43 122	134 053	5,88	84 241	28 108	112 349	6,79	+ 21 704	+ 19,32	+ 15,4
XVII. Bekleidungsgewerbe	93 234	146 718	239 952	10,53	91 640	139 355	230 995	13,97	+ 8 957	+ 3,88	— 17,[illegible]
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	163 392	3 870	167 262	7,34	140 009	2 674	142 683	8,63	+ 24 579	+ 17,23	+ 5,5
XIX. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung	15 893	648	16 541	0,73	11 942	127	12 069	0,73	+ 4 472	+ 37,05	+ 82,3
XX. Handelsgewerbe	346 802	202 513	549 315	24,11	205 537	107 379	312 916	18,92	+236 399	+ 75,55	+ 63,2
XXI. Versicherungswesen	15 151	4 983	20 134	0,88	11 960	1 005	12 965	0,78	+ 7 169	+ 55,30	+ 57,8
XXII. Verkehrswesen	52 523	2 527	55 050	2,42	47 590	1 472	49 062	2,97	+ 5 988	+ 12,20	+ 4,2
XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	41 235	48 428	89 663	3,94	44 917	52 444	97 361	5,89	— 7 698	— 7,91	+ 0,5
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe	12 148	4 201	16 349	0,72	11 795	3 851	15 646	0,95	+ 703	+ 4,49	+ 1,2
XXV. Gewerblich betr. Unterricht	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
XXVI. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	38 333	35 673	74 006	3,25	20 177	3 576	23 753	1,44	+ 50 253	+211,56	+ 166,5

100 Jahren dem Lokomotivbau zuteil. Die Elektrotechnik nahm Berlin als Ausgangspforte, ebenso Werkzeugfabriken und andere Industrien. Und in diesem Stadium spielte der Preis des Produktes überhaupt keine oder doch nicht die Rolle, daß räumlich bedingte Kostenfaktoren in Rechnung gestellt werden mußten. Den Ausschlag gab ausschließlich der Fühlungsvorteil, den sich der Unternehmer im Kreise der (zeitlich) ersten Abnehmer sichern mußte. Dann trat der in seinen Wirkungen garnicht zu berechnende Agglomerationsfaktor in Erscheinung: Der Ort wird bekannt als Sitz dieses oder jenes Industriezweiges und bekommt allein dadurch eine monopolartige Stellung jedem andern Ort gegenüber. Beispielsweise hat eine Textilfirma in Brandenburg a. H., deren Etablissement 1913 abbrannte, nur aus dem Grunde ihren Sitz in Kottbus genommen, weil Kottbus als Zentralsitz der Herrentuchfabriken bereits bekannt war. Eine pommersche Tuchfabrik hat aus demselben Grunde ihren Sitz nach Forst verlegt. Der heute sich abspielende Prozeß der Konzentration der Banken in Berlin, die ehedem vor sich gegangene Zusammenballung der Möbeltischlereien und alle anderen Ausdehnungen gleichartiger Gewerbezweige, die vielfach sogar denselben Stadtteil und dieselben Straßenzüge frequentierten, sind zu einem ganz wesentlichen Teil auf diesen Agglomerationsfaktor zurückzuführen. Darunter befinden sich nun allerdings schon solche Industriezweige, die mit den Grundindustrien vertikal verbunden und gewissermaßen Industriezweige sind, die ihre Existenz von den Grundindustrien, welche allein Berlin zu einem wirtschaftlichen Kraftzentrum eigener Art gemacht haben, ableiten. Sowohl hinsichtlich der Agglomeration der gleichartigen Gewerbebetriebe als auch im Hinblick auf die Agglomeration der Hilfsindustrien und der „abgeleiteten" Gewerbe in Berlin ist aber noch einmal die Tatsache zu unterstreichen, daß die Grundindustrien noch lange nach ihrem Entstehen infolge ihrer Verbundenheit mit maßgeblichen Käuferschichten ein natürliches Monopol besaßen und hinterher durch Verbandsbildung, durch betriebstechnische, vielfach patentrechtlich gesicherte Vorsprünge, durch besondere Lieferungsvereinbarungen, die eine ganz andere Auswirkung der Transportkosten herbeiführen, als

nach den Tarifen als solchen zu erwarten wäre[1]), und durch andere Dinge mehr die Standortsgesetze praktisch nur in dem beschränkten Umfange zur Geltung kommen ließen, wie es schon weiter vorn durch die negative Abgrenzung des Charakteristischen im Berliner Gewerbe verdeutlicht worden ist. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß die Berliner Lokomotivfabriken (Borsig, Schwartzkopff, Orenstein & Koppel; 1925 zusammen ca. 17 600 Beschäftigte), die pro Lokomotive z. B der Firma Henschel, Kassel gegenüber die Transportmehrkosten von 16 Tonnen Gewichtsverlustmaterial für die (ungefähre!) Entfernung von Kassel bis Berlin[2]), desgleichen die Transportmehrkosten von 74 — 75 Tonnen Kohlen für dieselbe Entfernung zu tragen haben[3]) und ausnahmslos erheblich höhere Löhne und Gehälter zahlen mußten[4]), sich in dem Umfange entwickelten, wie sie sich entwickelt haben?

Zur weiteren Ergänzung der zahlenmäßigen Darstellung des Gewerbes in Berlin-Brandenburg (vgl. Übersicht 1 und 2, S. 213 — 215) im Hinblick auf die letzte, statistisch erfaßbare Entwicklungsperiode[5]) ist in der Übersicht 3, S. 220 der Personalbestand von 1907 dem von 1925 gegenübergestellt[6]). Auf eine eingehende Besprechung muß hier wegen Raummangels verzichtet werden. Im allgemeinen dürften die voraufgeschickten Ausführungen Handhaben zur sachlichen Beurteilung der Übersicht bieten.

---

[1]) Beispielsweise wird Roheisen nach Wittenberge so geliefert, daß die Transportkosten ab Magdeburg berechnet werden. Die Zementsyndikate haben des öfteren als Frachtbasis solche Bahnstationen gewählt, die Außenseitern den Markt abschnitten.

[2]) K. Martin, die deutsche Lokomotivbauindustrie, Diss. Münster 1913, Seite 83, 87.
Gewicht der Lokomotive mit Tender 62,7 Tonnen
„ des Materials . . . . 78,7 „

[3]) wie Anmerkung 2 Seite 100.

[4]) Der Stundenverdienst betrug in Pfg. für (wie Anmerkung 2 Seite 109)

	Dreher	Former	Kesselschmiede	Maschinenarbeiter	Schmiede
Henschel . . .	40—70	46	40—70	35—60	35—70
Borsig	85	92	95	86	80
Schwartzkopff	80	?	80—100	72—77 1/2	90—100

Der durchschnittliche Lohnanteil betrug im Lokomotivbau 28,3 v. H. des Umsatzes und 40 v. H. der tatsächlichen Kosten (Martin, S. 102).

[5]) Soweit man das Ergebnis der Aufwärtsentwicklung von 1907 bis 1914, der Bestandsverminderung des Gewerbes während des Krieges, der Inflationsblüte und der Mitte 1925 gerade begonnenen Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse als „Entwicklung" bezeichnen darf!

[6]) In methodischer Hinsicht ist dazu zu bemerken, daß sich der Vergleich an die vom Statistischen Reichsamt für diese Zwecke ausgearbeiteten Richtlinien anlehnt (vgl. Ordnung der Gewerbearten, Statistik des Deutschen Reiches, Band 413, Berlin 1928). Da eine Zurückführung der Ergebnisse der Zählung von 1907 auf den heutigen Gebietsumfang für Berlin und Brandenburg gesondert sich nicht durchführen läßt, sind die Ergebnisse beider Gebiete zusammengefaßt. Ebenso ist auf die zahlenmäßigen Unterschiede der Übersicht 3 im Verhältnis zu den Übersichten 1 und 2 aufmerksam zu machen. Der Personalbestand von 1925 unterscheidet sich dadurch von dem durch Addition der Übersichten 1 und 2 zu gewinnenden, daß in der Übersicht 3 die „technische Einheit," hingegen in den Übersichten 1 und 2 die „örtliche Einheit" die Zähleinheit ist. In der Übersicht 3 sind alle Betriebsabteilungen der kombinierten Niederlassungen zu ihrer Gewerbeart hinzugekommen, in den Übersichten 1 und 2 entweder in den für diese Zwecke vorgesehenen, nur kombinierte Niederlassungen enthaltenen Gewerbearten, -klassen und -gruppen oder — wenn solche Kombinationen nicht vorgesehen waren — in der Gewerbeart, -klasse und -gruppe gezählt worden, in der die tragende Abteilung der Niederlassung zu zählen war. Außerdem ist auch die Gesamtsumme nicht dieselbe, weil die Gegenüberstellung der Ergebnisse von 1925 und von 1907 nur dadurch möglich war, daß einige Positionen — darunter als wichtigste Post und Eisenbahn — herausgelassen wurden.

F. Die gewerbliche Verflechtung.

1. Die Versorgung der berlin-brandenburgischen Wirtschaft mit Kraftstoffen.

Auf der Anlieferung von Kraftstoffen bezw. auf ihrer Gewinnung in der Raumeinheit Berlin-Brandenburg selbst beruht die Energieversorgung des berlin-brandenburgischen Gewerbes. Der bei weitem wichtigste Kraftstoff ist die Steinkohle. Erst in weitem Abstand folgen die anderen.

Der Kraftstoffverbrauch im Jahre 1927.

	Eigenerzeugung Millionen Tonnen	Empfangs- Überschuß (Tonnen)	Versand- Überschuß (Tonnen)	Selbstverbrauch als Kraftstoff 1 000 t	Wärmeeinheiten pro kg Brennstoff	Mechanischer Wirkungsgrad[9])	Nutzbar werdende W. E. überhaupt (10 Millionen W. E.)	Nutzbar werdende W. E. v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Berlin								
Steinkohle	—	4 126 236	—	[4]) 2 726	7 000	12 v. H.	228 984	68,1
Steinkohlenbriketts	—	198 983	—	199	6 800	12 v. H.	16 238	4,8
Steinkohlenkoks	[1]) —	662 620	—	663	6 300	12 v. H.	50 123	14,9
Rohbraunkohle	—	64 103	—	64	2 500	12 v. H.	1 920	0,6
Braunkohlenbriketts	—	2 555 741	—	[5]) —	—	—	—	—
Petroleum und seine Derivate	—	174 765	—	175	10 500	20 v. H.	36 750	10,9
Steinkohlenteeröl und Derivate	[1]) —	12 793	—	13	9 000	20 v. H.	2 340	0,7
Brandenburg								
Steinkohle	—	1 841 332	—	[6]) 1 476	7 000	12 v. H.	123 984	35,2
Steinkohlenbriketts	—	159 179	—	159	6 800	12 v. H.	12 974	3,7
Steinkohlenkoks	[1]) —	207 889	—	208	6 300	12 v. H.	15 724	4,5
Rohbraunkohle	[2]) 22,4	147 257	—	[7]) 3 600	2 500	12 v. H.	108 000	30,7
Braunkohlenbriketts	[3]) 7,1	—	4 568 436	[8]) 1 532	4 300	12 v. H.	79 051	22,5
Petroleum und seine Derivate	—	40 601	—	41	10 500	20 v. H.	8 610	2,4
Steinkohlenteeröl und Derivate	[1]) —	19 149	—	19	9 000	20 v. H.	3 420	1,1

[1]) Erzeugung der Gasanstalten als Kraftstoff? — [2]) 1925. — [3]) 1925/26. — [4]) ohne Verbrauch der Gasanstalten, dieser für 1927 auf rund 1 400 000 geschätzt. — [5]) Hausbrand (zum allergrößten Teil!). — [6]) Verbrauch der brandenburgischen Gasanstalten auf 1/4 der berlinischen geschätzt, für 1927 auf 365 000 Tonnen. — [7]) Rest brikettiert. — [8]) Berliner Hausbrand = 2,556 Millonen Tonnen bei einer Bevölkerung von 4,3 Millionen; dementsprechend der brandenburgische Hausbrand (Bevölkerung 2,6 Millionen) $\frac{2{,}556 \cdot 2{,}6}{4{,}3}$ = 1,545 Millionen Tonnen, davon durch Holz ersetzt 545 000 Tonnen, mithin Hausbrand 1 Million Tonnen. Erzeugung minus Ausfuhrüberschuß = 2,532 Millionen Tonnen, minus 1 Million Tonnen für Hausbrand = 1,532 Millionen Tonnen. — [9]) Nach Schmidt Wirtschaftlichkeit in technischen Betrieben, Berlin 1921, Seite 38, 46.

Um eine Vorstellung von der Größenordnung der einzelnen Kraftstoffe an der Gesamtversorgung zu vermitteln, genügt es nicht, einfach den nach Gewicht — im einzelnen auch nur ganz grob und ungenügend — feststellbaren Verbrauch zu nennen. Man muß den Verbrauch der einzelnen Brennstoffe auf den damit zu leistenden mechanischen Arbeitseffekt bringen. Es bestehen sehr viel Bedenken gegen das Verfahren. Da trotzdem unzweifelhaft eine Verbesserung der durch die Gewichtsbilanz gegebenen Größenordnung der Kraftstoffe erreicht zu werden scheint, sei ohne Eingehen auf die Bedenken eine Beschränkung auf die Wiedergabe der Tabelle und der Berechnungsgrundlage (Anmerkungen) gestattet. Schon der Umfang der Anmerkungen zur Tabelle zeigt, welche Schwierigkeiten aus der Umgrenzung des Begriffes Kraftstoff, sofern er aus den offiziellen Statistiken herausgeschält werden soll, erwachsen.

a) Die brandenburgische Braunkohlen- und Braunkohlenbrikettversorgung.

Eine einigermaßen zuverlässige Darstellung kann nur von der Brennstoffversorgung schlechthin gegeben werden. In dieser nimmt die Eigenerzeugung, der Braunkohlenbergbau in der Provinz Brandenburg, der nahezu $1/3$ seiner Förderung in Form von Briketts für die berlinische Hausbrandversorgung und fast $1/3$ seines anderweitigen Rohkohlenabsatzes in Form von Elektrizität nach Berlin liefert, eine bevorzugte Stelle ein. Die Hauptförderung entfällt auf die sich durch das niederschlesisch-brandenburgisch-sächsische Grenzgebiet erstreckenden, zum Lausitzer Braunkohlenbezirk gehörenden Kreise Calau, Spremberg und Sorau. In den letzten Jahren ist auch die Förderung im Kreise Lebus, die zum überwiegenden Teil im Großkraftwerk Finkenheerd verfeuert wird, recht beträchtlich gestiegen. Nach der durch das Kohlenwirtschaftsgesetz sanktionierten Zusammenfassung des deutschen Kohlenbergbaues zu Interessentenvereinigungen (Syndikaten) gehört der brandenburgische Braunkohlenbergbau zur ostelbischen Gruppe. In der ostelbischen Gruppe, deren Anteil an der gesamten deutschen Braunkohlenförderung ebenso wie der der mitteldeutschen Gruppe durch das stärkere Wachstum des unter wesentlich besseren Abbauverhältnissen arbeitenden rheinischen Braunkohlenbergbaues zurücktritt, hat der brandenburgische Braunkohlenbergbau verhältnismäßig am wenigsten vom Wachstum der Braunkohlengewinnung profitiert: Kennzeichen der Umlagerung des Schwergewichts im ostelbischen Braunkohlengebiet vom Norden nach dem Süden.

Es wurden gefördert (Tonnen)

Jahr	im Regierungsbezirk		Insgesamt	v. H. der preußischen Förderung im ostelbischen Kohlengebiet
	Frankfurt a. O.	Potsdam		
1913	18 919 944	44 080	18 964 024	77,7
1918	17 932 233	21 694	17 953 927	72,1
1919	15 521 676	30 321	15 551 997	66,5
1920	17 745 271	35 781	17 781 052	65,3
1921	20 334 789	19 361	20 354 150	65,6
1922	21 917 560	1 393	21 918 953	63,9
1923	20 330 834	608	20 331 442	61,6
1924	21 138 787	—	21 138 787	63,2
1925	22 414 466	—	22 414 456	59,6
1926	22 350 233	—	22 350 233	59,1
1927	22 957 771	—	22 957 771	58,0
1928	23 906 845	—	23 906 845	56,3

Die Förderung verteilt sich auf die den geologischen Verhältnissen angepaßten Bergreviere Frankfurt a. O., Ost-Kottbus und West-Kottbus in folgender Weise:

Jahr	Frankfurt a. O.		Ost-Kottbus		West-Kottbus	
	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.	überhaupt	v. H.
1913	966 684	5,1	6 193 807	32,7	11 803 533	62,2
1918	702 343	3,9	5 415 284	30,2	11 836 300	65,9
1919	673 437	4,3	5 099 069	32,8	9 779 943	62,9
1920	830 941	4,7	5 431 925	30,5	11 523 371	64,8
1921	901 308	4,4	5 954 479	29,1	13 500 866	66,0
1922	1 044 450	4,8	6 321 983	28,8	14 553 169	66,4
1923	1 026 779	5,1	5 919 517	29,1	13 389 837	65,8
1924	1 179 219	5,6	6 384 770	30,2	13 574 984	64,2
1925	1 252 742	5,6	6 647 095	29,6	14 514 619	64,7
1926	1 272 665	5,7	6 584 642	29,5	14 492 926	64,8
1927	1 176 645	5,1	6 861 238	29,9	14 919 888	65,0
1928	1 195 054	5,0	7 261 233	30,4	15 450 558	64,6

Geht man in der West-Ost-Richtung von dem an Sachsen und Niederschlesien grenzenden Kreis Luckau aus, so ergibt sich für die Jahre 1921 und 1925[1]) die folgende Aufstellung der brandenburgischen Braunkohlenförderung (in Tonnen):

Kreis	1921	1925
Luckau	1 367 968	1 678 088
Calau	15 139 224	16 002 985
Spremberg	2 179 036	2 705 486
Sorau	769 117	775 155
Guben	209 489	259 845
Crossen	6 299	3 597
Züllichau-Schwiebus	119 693	185 929
Oststernberg	98 558	63 885
Landsberg a. W.	1 077	555
Weststernberg	240 526	300 259
Lebus	203 802	438 672
Beeskow-Storkow	18 815	—
Oberbarnim	546	—
	[2]) 20 354 150	22 414 456

Die erheblichen Unterschiede in der Bruttoförderung der einzelnen Reviere und Kreise sind meistens auch kennzeichnend für die natürlichen Abbauverhältnisse.

Die Rohbraunkohle wird nur zum kleinsten Teil unmittelbar in dem Zustande, in dem sie gefördert wird, als Feuerungsmaterial für Kraftwerke, Glashütten, Ziegeleien, Branntweinbrennereien usw. verbraucht. Sie enthält verhältnismäßig viel Wasser, ihr Heizwert pro Gewichtseinheit ist weitaus geringer als der der Steinkohle — 2 000 bis 2 800 Wärmeeinheiten gegenüber 6 000 bis 8 000 Wärmeeinheiten bei der Steinkohle —, und die Wärmeeinheiten der Rohbraunkohle werden nur zu 68 v. H. gegenüber 80 v. H. bei der Steinkohle thermisch nutzbar. Daher vermag die Rohbraunkohle trotz erheblich geringerer Förderkosten nur innerhalb eines verhältnismäßig kleinen Transportradius von der Förderstelle aus mit der Steinkohle zu konkurrieren. Beispielsweise wird der brandenburgischen Rohbraunkohle unter Berücksichtigung der eben genannten Zahlen (2 100 Wärmeeinheiten) im Absatz nach Süden bereits bei 45 *km* Entfernung durch die niederschlesische Steinkohle und bei 90 *km* durch die oberschlesiche Steinkohle erfolgreich Konkurrenz gemacht. Im Absatz nach dem Norden wird der Vorsprung, den die brandenburgische Rohbraunkohle infolge der erheblich niedrigeren Förderkosten und infolge des bis zu 400 *km* weiten räumlichen Vorsprungs hat, durch die mit bezug auf den Nutzeffekt erheblich größere frachtliche Belastung von der niederschlesischen Steinkohle bereits bei 75 *km* Entfernung, von der oberschlesischen Steinkohle bei 115 *km* Entfernung aufgeholt[3]).

[1]) Die nach Kreisen zusammengestellte Förderung ist (in der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen) bisher nur für die Jahre 1921 und 1925 veröffentlicht worden und soll zukünftig etwa alle 5 Jahre bekannt gegeben werden. — [2]) Gegenüber der Zusammenstellung nach Bergrevieren besteht eine Differenz von 2 503 Tonnen nicht nachgewiesener Förderung. — [3]) Den Berechnungen sind für Braunkohle zugrunde gelegt die Verladestationen Senftenberg, Spremberg und Sorau, für niederschlesische Steinkohle Waldenburg und für oberschlesische Steinkohle Gleiwitz.

Etwas günstiger liegen die Verhältnisse für die Rohkohle des Frankfurter Randreviers, weil sie qualitativ besser ist als die der Niederlausitz, sich außerdem die billigeren Schiffstransporte nutzbar machen kann und schließlich nur in einer solchen Menge gefördert wird, daß sie größtenteils in unmittelbarer Nähe der Förderstellen Verwertung findet.

In welchem Umfange die Rohbraunkohle direkt verfeuert, in welchem Umfange sie für die Brikettierung verwendet wird, ist in der jährlichen Reichsstatistik (Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches[1]) nur nach Ländern und Wirtschaftsgebieten, nicht nach Provinzen nachgewiesen. Um diesem Mangel abzuhelfen, mußte eine entsprechende Aufbereitung der liebenswürdigerweise für das Geschäftsjahr 1925/26 zur Verfügung gestellten Einzelnachweise der Statistik des Ostelbischen Braunkohlensyndikats vorgenommen werden. Die **Briketterzeugung** und **der Rohkohlenverbrauch** für die Briketterzeugung verteilten sich auf die Syndikatsreviere im Geschäftsjahr 1925/26 wie folgt:

Syndikats-revier	Briketterzeugung		Rohbraunkohlen-verbrauch dafür	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H. der gesamten Förderung
Niederlausitz	10 441 200	94,3	28 229 696	84,1
Frankfurt	155 964	1,4	363 367	24,3
Forst	142 375	1,3	395 876	21,8
Görlitz	329 901	3,0	912 246	33,2
Syndikat insgesamt	**11 069 440**	**100,0**	**29 901 185**	**75,4**

In der **Provinz Brandenburg** wurden in demselben Jahre 7 034 132 Tonnen Briketts (rund 64 v. H. der Erzeugung des Ostelbischen Syndikats) erzeugt, bezw. — da man die unmittelbar an die Grube angeschlossene, jedoch jenseits der Grenze des Kreises Luckau in der Provinz Sachsen gelegene Brikettfabrik der Beutersitzer Kohlenwerke als brandenburgische Brikettfabrik betrachten kann — 7 132 357 Tonnen Briketts. Erzeugung und der Rohkohlenverbrauch für die Briketterzeugung in Brandenburg verteilten sich im Jahre 1925/26 wie folgt:

Syndikats-revier	Kreis	Briketterzeugung			Rohkohlen-verbrauch dafür	
		Tonnen	v. H. der Brikett-erzeugung		Tonnen	v. H. der Förderung des Kreises
			der Provinz	des Syndikatsrevieres		
		1	2	3	4	5
Niederlausitz	Luckau	490 137	6,9	65,4	1 321 911	71,7
	Luckau einschl. der in der Prov. Sachsen gelegenen Brikettfabr. der Beutersitzer Kohlenwerke	588 362	8,2	bezw. 66,4	1 585 594	86,1
	Calau	5 588 037	78,3		14 814 281	94,2
	Spremberg . .	753 002	10,6		2 258 797	85,2
Forst	Sorau	47 241	0,7	33,2	144 326	19,1
Frankfurt	Guben	46 281	0,7	100,0	95 680	36,5
	Züllichau-Schwiebus .	65 737	0,9		155 429	77,4
	Oststernberg .	4 274	—		11 214	14,3
	Landsberg a. W.	—			—	
	Crossen	—			—	
	Weststernberg	39 423	0,6		100 338	31,4
	Lebus	—			—	
Brandenburg insgesamt		**7 132 357**	**100,0**		**19 165 659**	**86,1**

[1]) Zur Kritik und Analyse der Zahlen vgl. M. Saitzew, Steinkohlenpreise und Dampfkraftkosten in Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 143. Band, 2. Teil.

Im gesamten Gebiet des Ostelbischen Braunkohlensyndikats wurde 1927/28 etwa 3 mal soviel Rohbraunkohle unmittelbar verfeuert wie vor dem Kriege, obwohl die Förderung in diesem Zeitraum nur um 79,8 v. H. zunahm: Zeichen der Industrialisierung des Braunkohlengebiets, insbesondere der Angliederung von Kraftwerken. Allerdings bestehen Unterschiede nach Revieren und nach der Art der Verwendung, wie aus folgender Übersicht zu entnehmen ist.

Syndikats-revier	Jahr	Nicht brikettierte Rohbraunkohle Tonnen	Grubenselbstverbrauch[1]) u Abgabe an angeschlossene Kraftwerke usw.[2])		Landabsatz		Bahn- und Wasserversand	
			Tonnen	v. H. von Sp. 1	Tonnen	v. H. von Sp. 1	Tonnen	v. H. von Sp. 1
		1	2		3		4	
Niederlausitz	1913/14	1 592 570	1 123 751	70,6	125 178	7,9	343 641	21,5
	1925/26	5 290 849	3 958 618	74,8	126 289	2,4	1205 942	22,8
	1926/27	5 238 139	4 128 365	78,8	123 640	2,4	986 134	18,8
	1927/28	5 710 763	4 318 170	75,6	140 813	2,5	1251 780	21,9
Frankfurt	1913/14	489 267	54 469	11,1	147 739	30,2	287 059	58,7
	1925/26	1 139 476	709 309	62,2	161 334	14,2	268 833	23,6
	1926/27	1 033 466	670 111	64,8	125 145	12,1	238 210	23,1
	1927/28	1 132 855	791 950	69,9	122 751	10,8	218 154	19,3
Forst	1913/14	1 101 164	547 784	49,7	25 251	2,3	528 129	48,0
	1925/26	1 418 248	497 066	35,0	270 742	19,1	650 440	45,9
	1926/27	1 369 209	472 379	34,5	288 683	21,1	608 147	44,4
	1927/28	1 477 252	553 327	37,5	292 208	19,8	631 717	42,7
Görlitz	1913/14	723 073	269 018	37,2	261 256	36,1	192 799	26,7
	1925/26	1 832 542	1 289 921	70,4	314 979	17,2	227 642	12,4
	1926/27	1 756 219	1 272 238	72,4	276 947	15,8	207 034	11,8
	1927/28	1 892 086	1 364 864	72,1	301 428	15,9	225 794	12,0

[1]) Der Grubenselbstverbrauch setzt sich zusammen aus solcher Kohle, die von den Gruben unmittelbar verfeuert und solcher, die mittelbar als elektrischer Strom bezogen wird. — [2]) In dem Absatz an „angeschlossene Werke und Nebenbetriebe" handelt es sich a) um den Absatz an „fremde" Werke, die durch eigene Bahnanlagen oder durch andere Transportvorrichtungen mit den Gruben gewissermaßen eine Betriebsverbundenheit eingegangen sind, und b) um den Absatz an die mit den Gruben verbundenen „Nebenbetriebe".

Zur Verdeutlichung dieser Übersicht vergegenwärtige man sich die gesamte Förderung der 4 Syndikatsreviere (in Tonnen):

Jahr	Niederlausitz	Frankfurt	Forst	Görlitz
1913/14 . . .	19 547 886	1 044 891	1 407 172	1 667 813
1925/26 . . .	33 586 501	1 493 514	1 814 051	2 746 368
1926/27 . . .	34 389 314	1 372 745	1 753 741	2 674 218
1927/28 . . .	36 565 758	1 317 627	1 841 565	2 840 099

Im Verhältnis zur Bewegung der Förderung hat das Frankfurter Revier den augenfälligsten Strukturwandel hinsichtlich der Rohkohlenverwertung zu verzeichnen. Dieser kommt zum größten Teil auf das Konto des Ausbaues der Märkischen Elektrizitätswerke A.-G., vornehmlich ihres Großkraftwerkes Finkenheerd. Eine verhältnismäßig große Stabilität haben Förderung und Verwertung der Rohbraunkohle im Forster Revier. Das Revier konnte schon vor dem Kriege weit mehr als ein Selbstversorgungsgebiet denn als Marktliefergebiet bezeichnet werden. Die Gruben sind vielfach mit anderen gewerblichen Betrieben verbunden. Wird die Kohle nicht in den eigenen Glashütten, Ziegeleien oder Kraftwerken verbraucht, so bringen die Braunkohlengruben ihre Förderung in der Industrie des Kreises unter. Die Gruben Conrad in Groß-Kölzig und Providentia in Döbern (beide im Kreis Sorau) fahren einen erheblichen Teil ihres Landabsatzes per Achse nach Forst und sind dadurch die Sorgenkinder des für die Kreischaussee Döbern-Forst unterhaltspflichtigen Kreisbauamtes. Die Grube Augusta, welche eine Förderung von rund 50 000

Tonnen hat, liefert ihre ganze Förderung mittels einer Seilbahn zur Entladungsstelle und dann mit Fuhrwerk weiter an die Sorauer Industrie. (Diese Verhältnisse muß man sich vor Augen halten, um zu verstehen, wieso die mit erheblich höheren Kosten als im Kernrevier fördernden Gruben der Randreviere ihre Produktion aufrecht erhalten können.) Da von den Revieren nur Teile zur Provinz Brandenburg gehören, und es für diese Arbeit wünschenswert war, genauere Unterlagen ausschließlich für die Provinz Brandenburg zu bekommen, ist, ähnlich wie weiter oben bei der der Briketterzeugung dienenden Rohkohle (aus arbeitstechnischen und anderen Gründen leider nur für das Geschäftsjahr 1925/26), nachfolgend eine entsprechende Zusammenstellung vorgenommen worden. Entsprechend der relativen Stabilität der Förderung dürften auch diese Zahlen Gültigkeit für einen längeren Zeitraum haben.

Kreis	Nicht brikettierte Rohbraunkohle		Grubenselbstverbrauch (einschl. Deputate) und Absatz an angeschlossene Werke		Landabsatz und Bahn- und Wasserversand	
	Tonnen	v. H. der Förderung	Tonnen	v. H. von Spalte 1	Tonnen	v. H. von Sp. 1
	1		2		3	
Luckau	255 690	13,9	76 161	29,8	179 529	70,2
Calau	892 483	5,7	501 654	56,2	390 829	43,8
Spremberg	392 343	14,8	178 219	45,4	214 124	54,6
Sorau	612 805	80,9	155 693	25,4	457 112	74,6
Guben	166 222	63,5	55 466	33,4	110 756	66,6
Züllichau-Schwiebus	45 322	22,6	11 988	26,5	33 334	73,5
Oststernberg	66 845	85,6	9 885	14,8	56 960	85,2
Landsberg	594	100,0	594	100,0	—	—
Crossen	1 604	100,0	1 604	100,0	—	—
Weststernberg	200 109	66,6	101 219	50,6	98 890	49,4
Lebus	457 019	100,0	424 214	92,8	32 805	7,2
Brandenburg insgesamt	**3 091 036**	**13,9**	**1 516 697**	**49,1**	**1 574 339**	**50,9**

Berücksichtigt man, daß der Landabsatz nur bedingt als Marktlieferung anzusprechen ist, so stehen demnach in Brandenburg bei den derzeitigen Verhältnissen hinsichtlich Förderung, Brikettierung und Abgabe an eigene Werke etwa 1 Million Tonnen Rohbraunkohle und 6½ bis 7 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts für Fernlieferungen zur Verfügung.

b) Der brandenburgische Güterverkehr mit Braunkohlen und Braunkohlenbriketts.

Bei den Fernlieferungen ist zu berücksichtigen:

1. Zwischen dem Ostelbischen und dem Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat besteht ein Vertrag, der jedem der beiden Syndikate ein festumgrenztes Absatzgebiet sichert. Das Absatzgebiet des Ostelbischen Syndikats ist das Gebiet östlich der Linie, die man sich von Glashütte über Riesa, dem Laufe der Elbe bis zum Einfluß der Elster folgend, dann längs der brandenburgischen Grenze westliche Spitzen der Provinz Brandenburg etwa bis Rathenow und nördlich davon den Kreis Westprignitz und einen westlichen Teil des Kreises Ostprignitz abschneidend, schließlich im westlichen Knick der Nordgrenze der Provinz Brandenburg folgend nach Cuxhaven gezogen denkt. Das westlich von dieser Linie gelegene Gebiet ist das Absatzgebiet des Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats. Dieses ist außerdem berechtigt, ein Kontingent von 200 000 Tonnen in einen Teil des Absatzgebietes des Ostelbischen Syndikats (Mittelpunkt Berlin) einzuführen.

2. Wenn die Rohbraunkohle über das „natürliche" Absatzgebiet hinaus vordringt, so ist das — abgesehen von unkontrollierbaren Einzelfällen — eine Folge entweder der Staffelung der Preise (höhere Preise im Nahgebiet, niedrigere im Ferngebiet) oder der Ausnahmetarife. Zu erwähnen ist hier der Küstenausnahmetarif und ein Spezialtarif, der Rohkohlenlieferungen von Briesko — Gr. Räschen (Kreis Calau) nach der Eisenspalterei an der Bahn Eberswalde/Schöpfurth betrifft und einen Mindestjahresversand von 40 000 Tonnen Rohbraunkohle vorsieht.

I. Der brandenburgische Güterverkehr mit Rohbraunkohlen.

Der Gesamtversand an Rohbraunkohlen aus Brandenburg betrug 1913: 201 443 *t*, 1925: 325 197 *t*, 1926: 292 282 *t* und 1927: 230 552 *t*. Demnach bleibt der Rest der marktgängigen Rohbraunkohlenförderung in Höhe von ca. 800 000 Tonnen in der Provinz Brandenburg. Die Abnehmer dürften im großen und ganzen gleicher Art sein wie im Ostelbischen Braunkohlensyndikat insgesamt, also etwa 60 v. H. Elektrizitätswerke, nicht ganz 12 v. H. die Textilindustrie, knapp 10 v. H. Glas- und Porzellanindustrie, 5 v. H. Papier- und Zellstoffindustrie und 3,5 v. H. Ziegeleien, Kalkwerke usw. Die restlichen 10 v. H. verteilen sich auf andere Industrien und den Hausbrand. Die Hauptempfangsgebiete für brandenburgische Rohbraunkohlen sind (mit Tonnen):

	1913	1925	1926	1927
Berlin	15 919	86 433	88 209	44 611
Niederschlesien	159 198	59 879	48 101	46 206
Prov. Sachsen u. Thüringen	9 740	23 191	135 332	10 121
Land Sachsen	5 055	137 913	—	107 831

Die niederschlesische Industrie fällt (durch das Wachsen des niederschlesischen Braunkohlenbergbaues) mehr und mehr als Abnehmer für in Brandenburg gewonnene Rohbraunkohle aus. An ihre Stelle sind die Industriebetriebe in der Grenzzone des Freistaates Sachsen getreten. Die Anomalie in den durch den Rohbraunkohlenversand geschaffenen Verkehrsbeziehungen zwischen Brandenburg einerseits und Thüringen und dem Land Sachsen andererseits im Jahre 1926 war nicht aufzuklären. Es ist zu vermuten, daß bei der Aufbereitung der verkehrsstatistischen Unterlagen die Anschreibung, anstatt für den Verkehrsbezirk 20 (Land Sachsen) zu erfolgen, eine Spalte höher in den Verkehrsbezirk 19 *b* (Thüringen) geraten ist.

Trotz des Eigenversandes an Rohbraunkohle hat die Provinz Brandenburg nach der Güterverkehrsstatistik einen Einfuhrüberschuß von

1913	1925	1926	1927
211 798	97 311	11 731	137 257 Tonnen.

Der Rückgang des Braunkohleneinfuhrüberschusses ist vornehmlich die Folge der Kontingentierung der Braunkohleneinfuhr aus der Tschechoslowakei[1]). Im übrigen beliefern nach der Verkehrsstatistik der Kreis Liebenwerda (Provinz Sachsen) und niederschlesische Braunkohlengruben Grenzkreise der Provinz Brandenburg mit ca. 350000 Tonnen Rohbraunkohle. Tatsächlich ist jedoch entgegen den Ergebnissen der Güterverkehrsstatistik der Braunkohleneinfuhrüberschuß der Provinz Brandenburg im Verhältnis zur Vorkriegszeit nicht gefallen, sondern gestiegen. Nach der Güterverkehrsstatistik betrug im Jahre 1927 der Einfuhrüberschuß an Rohbraunkohle rund 137 000 Tonnen. Diese Bilanz der Güterverkehrsstatistik ist aber deshalb nicht richtig, weil verschiedene Posten von ihr überhaupt nicht erfaßt werden. Die im Kreis Liebenwerda unmittelbar an der brandenburgischen Grenze gelegene Brikettfabrik der Beutersitzer Kohlenwerke bezieht ihre Rohbraunkohle (ca. 265 000 Tonnen) aus den auf der anderen Seite der Grenze gelegenen brandenburgischen Gruben (durch eigene Kettenbahn). Der brandenburgische Einfuhrüberschuß würde sich demnach in einen Ausfuhrüberschuß von 128 000 Tonnen verwandeln. Ferner kommt in Betracht, daß die branden-

[1]) Einfuhr von Rohbraunkohle aus der Tschechoslowakei nach Brandenburg 1913: 189 985 *t*, 1925: 22 564 *t*, 1926: 15 927 *t*, 1927: 25 796 *t*.

burgischen Elektrizitätswerke Lauta und Trattendorf ihre Rohbraunkohle aus den beiden jenseits der brandenburgischen Grenze in Niederschlesien gelegenen Gruben Erika und Brigitta durch eigene Beförderungsanlagen beziehen. Das ergibt für die Provinz Brandenburg eine Rohbraunkohleneinfuhr von ungefähr 2,5 Millionen Tonnen. Mithin betrug im Jahre 1927 der tatsächliche Einfuhrüberschuß der Provinz Brandenburg an Rohbraunkohle rund 2,4 Millionen Tonnen.

II. Der brandenburgische Güterverkehr mit Braunkohlenbriketts.

Für den Fernabsatz kommt so gut wie ausschließlich nur die brikettierte Braunkohle in Betracht. Der Gesamtversand an Braunkohlenbriketts aus der Provinz Brandenburg[1]) betrug

1913: 3 814 078 Tonnen, 1925: 5 130 396 Tonnen,
1926: 5 320 738 „ , 1927: 5 166 182 „ ,

also ungefähr 3/4 der für den freien Markt zur Verfügung stehenden Briketts. Der Brikettversand ist (im Durchschnitt der Jahre 1925/27) gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr um 36,5 v. H. gestiegen. Da die brandenburgische Förderung in demselben Zeitraum nur um rund 19 v. H. gewachsen ist, muß — selbst ein verhältnismäßig stärkeres Anwachsen der Briketterzeugung unterstellt — in Brandenburg die Braunkohlenfeuerung, neben Einsparungen infolge von Rationalisierungsmaßnahmen, durch eine andere Energie entlastet, d. h. praktisch durch die Elektrizitätslieferungen (insbesondere von Lauta und Trattendorf mit ihrem Kohlenbezug aus Niederschlesien) ersetzt worden sein. Dadurch konnten über das Wachstum der brandenburgischen Förderung und Brikettierung hinaus erhebliche Mehrmengen für den nordwärts gerichteten Fernabsatz freigemacht werden. Die Voraussetzung für diese Entwicklung war allerdings wohl das planmäßige Zusammenarbeiten zwischen dem Mitteldeutschen und dem Ostelbischen Syndikat. Welche Änderungen im Absatz nach außerbrandenburgischen Gebieten eingetreten sind, lehrt die nachstehende Übersicht. Es gingen ... Tonnen Briketts nach:

	1913	1925	1926	1927
Berlin	1 791 068	2 156 049	2 029 756	2 241 442
Land Sachsen	542 583	839 096	653 962	686 639
Pommern	[1]) 544 989	[1]) 634 724	[1]) 785 111	[1]) 683 302
Schleswig-Holstein einschl. Häfen von Flensburg bis Rostock	151 446	334 844	394 206	412 388
Nordschleswig	—	40 213	25 021	14 687
Ostpreußen	55 665	228 145	319 393	257 175
Niederschlesien	163 375	223 484	198 961	215 846
Mecklenburg-Schwerin u. Strelitz ohne Häfen	186 856	198 003	218 551	183 401
Hamburg	42 127	166 148	[2]) 302 528	177 029
Provinz Sachsen und Thüringen	36 897	84 323	145 237	91 119
Provinz Posen	164 775	—	—	—
Provinz Westpreußen	82 525	—	—	—
Grenzmark	—	79 505	87 191	78 610
Westpolen	—	25 723	—	—
Danzig	—	17 500	24 056	22 561
Dänemark	32 747	45 198	47 786	37 121
Rest	19 025	57 441	88 979	64 862

[1]) Darunter nach dem Hafengebiet Stettin 1913: 144 349, 1925: 207 691, 1926: 319 246, 1927: 256 750 Tonnen. Von Stettin wurden seewärts ausgeführt 1925: 24 903, 1926: 147 246, 1927: 74 960 Tonnen Braunkohlenbriketts. — [2]) Die Steigerung war durch die vorübergehende Ausfuhr nach dem Auslande (vgl. Anm. 1) verursacht. Normalerweise werden aus Hamburg keine Braunkohlenbriketts seewärts ausgeführt. 1926 wurden 155 567 Tonnen aus Hamburg per Schiff weitergesandt, und zwar fast ausschließlich nach England (Bergarbeiterstreik!).

[1]) Der Steigerung des Brikettversandes steht eine Verdoppelung der Briketteinfuhr nach Brandenburg (Kontingent des Mitteldeutschen Syndikats und Zufuhr aus dem zum Ostelbischen Syndikat gehörenden Kreis Liebenwerda, in der Hauptsache wahrscheinlich nach den brandenburgischen Kreisen Jüterbog-Luckenwalde, Zauch-Belzig und Lübben) gegenüber. Briketteinfuhr nach Brandenburg 1913: 298 950 *t*, 1925: 602 401 *t*, 1926: 538 672 *t*, 1927: 616 462 *t*.

Unter Zugrundelegung der Erzeugung und des Versandes von Braunkohlenbriketts aus Brandenburg im Jahre 1925/26 ergibt sich für Brandenburg ein Eigenverbrauch von (rund) 2,6 Millionen Tonnen Braunkohlenbriketts, ein Reinversand über die brandenburgischen Grenzen hinaus von 4,5 Millionen Tonnen, davon rund die Hälfte (2,2 Millionen Tonnen) nach Berlin[1]).

Am Mehrversand von Briketts aus Brandenburg gegenüber der Vorkriegszeit partizipieren mit den Durchschnitt, zum Teil sehr erheblich, übersteigenden Anteilsätzen Schleswig-Holstein, Ostpreußen, Hamburg und auch die Provinz Sachsen einschließlich Thüringen. (Bei dem letztgenannten Empfangsgebiet handelt es sich vermutlich um das Stück der Provinz Sachsen, welches zum Ostelbischen Braunkohlensyndikat gehört). Die stärkere Belieferung dieser Gebiete mit Braunkohlenbriketts aus der Provinz Brandenburg erklärt sich zum Teil aus dem Ausfall der Lieferungen nach dem ehemals deutschen Ostgebiete, zum Teil aus dem unterdurchschnittlichen Mehrversand brandenburgischer Braunkohlenbriketts nach den Kernabsatzgebieten Berlin, Land Sachsen und Pommern. In Berlin hat offenbar durch die steigende Verbreitung der Zentralheizung der Gaskoks dem Braunkohlenbrikett einen wenn z. Zt. auch noch verschwindenden Teil der ihm andernfalls zugefallenen Absatzmöglichkeiten mit Erfolg streitig gemacht[2]). Die Verbrauchssteigerung an Braunkohlenbriketts im Land Sachsen ist durch die Gebietssicherungen der Syndikate dem Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat bezw. durch die den brandenburgischen Brikettfabriken gegenüber günstigere Lage der ostelbischen Brikettfabriken im südöstlichen Zipfel der Provinz Sachsen (Kreis Liebenwerda: Bubiag, Plessaer Braunkohlenwerke, Beutersitzer Kohlenwerke) diesen zugute gekommen[3]). Außerdem haben die niederschlesischen Brikettfabriken ihren Brikettversand nach dem Land Sachsen erheblich steigern können[4]). Die unterdurchschnittliche Zunahme des brandenburgischen Brikettversandes nach Pommern ist gleichfalls wesentlich durch den niederschlesischen Mehrversand nach dorthin verursacht worden[5]). Die Ausweitung des Absatzgebiets für brandenburgische Braunkohlenbriketts ist zum Teil eine Folge des die Absatzgebiete sichernden Vertrages zwischen dem Mitteldeutschen und dem Ostelbischen Syndikat, zum Teil eine Folge der ähnlich wie bei der Rohbraunkohle erfolgten Staffelung der Preise[6]), zum Teil aber auch eine Folge des Affektionswertes, den sich das Braunkohlenbrikett im Haushalt allgemein erworben hat und der das Vordringen des Briketts in die entferntesten Gebiete begünstigt, ungeachtet des auf weite Entfernungen höheren Preises der im Braunkohlenbrikett gebundenen Wärmeeinheiten.

Rechnet man genau nach Wärmeeinheiten, so würde der Absatzradius des brandenburgischen Braunkohlenbriketts erstens nur etwa 150 *km* lang sein und zweitens gegenüber der Vorkriegszeit nicht (wie man annehmen könnte) verlängert, sondern infolge der verhältnismäßig (!) größeren Vergünstigung, die der schlesischen Steinkohle durch die Staffelung der

[1]) 1925/26: Erzeugung in Brandenburg 7,1 Millionen Tonnen Briketts. Gesamter Ausfuhrüberschuß 1925 (Ausfuhr: 5,1 Millionen Tonnen, Einfuhr: 0,6 Millionen Tonnen) 4,5 Millionen Tonnen, davon nach Berlin 2,2 Millionen *t*. Rest 2,3 Millionen Tonnen = 32,4 v. H. der Erzeugung nach anderen Gebieten. — [2]) Zum Teil vielleicht auch durch die Wohnungsnot verursacht. — [3]) Braunkohlenbrikettversand aus der Provinz Sachsen und Thüringen nach dem Land Sachsen 1913: 1 659 519, 1927: 3 355 080 Tonnen. — [4]) Braunkohlenbrikettversand aus Niederschlesien nach dem Land Sachsen 1913: 187 844, 1927: 735 529 Tonnen. — [5]) Braunkohlenbrikettversand aus Niederschlesien nach Pommern 1913: 13 827, 1927: 142 905 Tonnen. — [6]) Es kosteten z. B. am 1. August 1925 Salonbriketts des Niederlausitzer Kernreviers in der „Normalzone" 14,35 *RM*, in den Küstengebieten und im südöstlichen Schlesien nur 11 *RM* pro Tonne.

Kohlentarife zugefallen ist, verkürzt worden sein. Wenn trotzdem eine Ausdehnung des Absatzgebiets für Braunkohlenbriketts erfolgt ist, so kann das eben nur der besonderen Wertschätzung zugeschrieben werden, der sich das Brikett als reinliches und bequem zu lagerndes Feuerungsmaterial im Haushalt erfreut.

Rund 70 v. H. der ostelbischen Braunkohlenbriketts gehen über den Platzhandel, sind also größtenteils für die Hausbrandversorgung bestimmt. (Als nennenswerte Abnehmergruppen des Braunkohlenbriketts kommen außer dem Hausbrand nur noch die Eisen- und Metallgewinnung (besondere Eignung des Braunkohlenbriketts für verschiedene Sorten von Feinstahl) mit 6,7 v. H. und die Glas- und Porzellanindustrie und die Ziegel- und Kalkwerke usw. mit je 4,4 v. H. in Betracht.)

c) Die Berliner Braunkohlen- und Braunkohlenbrikettversorgung.

Berlin hatte einen Einfuhrüberschuß an Rohbraunkohle

im Jahr	von Tonnen
1913	46 505
1925	131 504
1926	101 759
1927	64 103.

Nachdem durch die Kontingentierung der tschechischen Braunkohleneinfuhr nach Deutschland die böhmische Braunkohle auch auf dem Berliner Markt ihren Platz hat räumen müssen [1]), und weiter durch Beendigung des Kohlenmangels der Nachkriegsjahre auch die Braunkohle aus der Provinz Sachsen nur mehr in verschwindenden Mengen nach Berlin gelangt [2]), findet fast nur noch eine Anlieferung aus der Provinz Brandenburg statt.

Ebenso deckt Brandenburg den weitaus überwiegenden Teil des Berliner Brikettbedarfes. Außer den 1913 in Höhe von 1,7 Millionen Tonnen und 1927 in Höhe von 2,2 Millionen Tonnen aus Brandenburg nach Berlin gesandten Braunkohlenbriketts lieferten noch nach Berlin Braunkohlenbriketts (in Tonnen):

	1913	1925	1926	1927
Prov. Sachsen und Thüringen	192 605	231 910	217 249	230 272
Niederschlesien	32 094	48 330	46 646	79 343
sonstige Gebiete	3 625	2 158	8 640	11 905.

d) Die berlin-brandenburgische Steinkohlenversorgung.

Der Kern der berlin-brandenburgischen industriellen Brennstoffversorgung liegt in den Steinkohlenanlieferungen. Es wurden geliefert .... Tonnen Steinkohlen und Steinkohlenbriketts

nach	1913	1925	1926	1927
Berlin	4 558 507	3 305 624	3 933 924	4 355 929
Brandenburg	1 958 538	1 885 684	1 919 234	2 017 223.

Hierzu kam ein Eingang an Steinkohlenkoks von .... Tonnen

nach	1913	1925	1926	1927
Berlin	507 484	568 630	566 473	706 913
Brandenburg	141 927	177 319	157 764	214 650

Die nach Berlin angefahrenen Steinkohlen- und Steinkohlenbriketts kamen mit .... Tonnen [3])

aus	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges
Hamburg	1 420 036	31,2	591 213	17,9	561 376	14,3	604 304	13,[illegible]
Stettin	282 522	6,2	207 438	6,3	131 394	3,3	209 524	[illegible]
Rheinl.-Westf. (vorwiegend Ruhrgebiet)	182 460	4,0	352 973	10,7	734 079	18,7	816 826	18,[illegible]
Niederschlesien	620 428	13,6	477 335	14,4	535 794	13,6	614 024	14,[illegible]
Deutsch- Ober-Schles.	951 898	42,8	1 444 235	43,7	1 760 814	44,8	2 027 277	46,[illegible]
Polnisch- Ober-Schles.			194 376	5,9	—	—	—	—
Land Sachsen u. Thüringen	8 545	0,2	11 520	0,3	33 444	0,9	4 867	0,[illegible]

Der brandenburgische Steinkohlen- und Steinkohlenbrikettempfang kam mit .... Tonnen

aus	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges
Hamburg	200 800	10,3	42 519	2,3	46 338	2,4	58 364	[illegible]
Stettin	81 372	4,2	45 643	2,4	31 731	1,7	36 704	1,[illegible]
Rheinl.-Westf. (vorwiegend Ruhrgebiet)	164 394	8,4	481 173	25,5	356 388	18,6	404 019	20,[illegible]
Niederschlesien	165 391	8,4	195 595	10,4	332 388	17,3	366 301	18,[illegible]
Deutsch- Ober-Schles.	1 219 291	62,3	893 293	47,4	1 042 396	54,3	1 084 000	53,[illegible]
Polnisch- Ober-Schles.			124 364	6,6	349	0,0	30	0,[illegible]
Land Sachsen u. Thüringen	8 522	0,4	14 509	0,8	12 425	0,6	12 398	0,[illegible]
Berlin	11 084	0,6	34 805	1,8	40 976	2,1	26 551	1,[illegible]
Pommern (außer Häfen)	[4]) 2 275	0,1	[4]) 144	0,0	[4]) 9 720	0,5	[4]) 13 330	0,[illegible]
Magdeburg-Anhalt	[4]) 1 239	0,1	[4]) 4 436	0,2	[4]) 29 789	1,6	[4]) 2 669	0,[illegible]

[1]) Einfuhr von Braunkohle aus Böhmen nach Berlin 1913: 23 394 t, 1925: 7 867 t, 1926: 5 177 t, 1927: 3 168 t. — [2]) Einfuhr aus den Regierungsbezirken Merseburg, Erfurt und aus Thüringen nach Berlin 1913: 1 967 t, 1925: 36 867 t, 1926: 7 247 t, 1927: 8 101 t. — [3]) Nach der Statistik des Reichskohlenkommissars und der Reichsbahndirektion, die sich sowohl nach dem Erhebungsgebiet als auch nach dem Inhalt (Zweifelsfrage bezügl. der Eisenbahndienstkohle) von der Güterverkehrsstatistik unterscheidet, in absehbarer Zeit aber angeglichen werden wird, sollen folgende Mengen (überhaupt und nach Herkunftsgebieten) eingeführt worden sein (einschließlich Koks):

Herkunftsgebiet	1913		1925		1926		1927		1928	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
England	1 933 850	45,2	600 139	16,9	358 883	9,5	605 382	13,5	809 136	17,2
Westfalen	459 216	10,7	820 324	23,1	1 126 103	29,8	1 225 881	27,4	1 462 652	31,3
Sachsen	23 148	0,5	13 230	0,4	12 083	0,3	9 480	0,2	11 341	0,2
Deutsch-Oberschlesien	1 612 948	37,7	1 493 377	42,0	1 742 543	46,1	1 993 932	44,6	2 013 541	42,9
Polnisch-Oberschlesien			267 497	7,5	—	—	—	—	—	—
Niederschlesien	253 878	5,9	361 021	10,1	519 585	13,8	634 467	14,2	395 004	8,4
Tschechoslowakei	—	—	—	—	19 034	0,5	5 975	0,1	—	—
Zusammen	4 283 040	100,0	3 555 588	100,0	3 778 231	100,0	4 475 117	100,0	4 691 674	100,0

In der Gesamtmenge hat die Statistik des Reichskohlenkommissars und der Reichsbahndirektion 1927 einen Empfang an Steinkohlen, Steinkohlenkoks und -briketts in Höhe von 4 475 117, die Güterverkehrsstatistik von 5 062 842 Tonnen. Die Differenzen liegen Jahr für Jahr in ähnlicher Höhe. — [4]) Fast nur Steinkohlenbriketts.

Die Aufteilung des berlin-brandenburgischen Gesamtempfanges enthält geringfügige, aus zufälligen Verkehrsbeziehungen entstehende Posten nicht.

Der Berliner Steinkohlenkoks kam mit .... Tonnen

aus	1913	1925	1926	1927
Rheinland-Westfalen . . .	170 551	352 061	347 689	416 577
Niederschlesien	84 348	83 992	60 836	73 538
Oberschlesien	12 534	85 337	64 776	104 025
Hamburg	101 916	23 049	50 713	102 045
Pommern	4 087	5 766	3 411	5 680

Der nicht ganz unwichtige, aus Berlin zum Versand gelangende Posten Steinkohlenkoks dürfte Gaskoks sein; er geht fast ausschließlich nach der Provinz Brandenburg. Berlin versandte .... Tonnen Koks

	1913	1925	1926	1927
insgesamt	43 962	56 656	62 885	44 293
davon nach Brandenburg	40 485	41 924	28 970	42 450
„ „ Pommern (z. Ausfuhr?)	201	6 844	27 983	559.

Der brandenburgische Koksempfang kam mit ... Tonnen

aus	1913	1925	1926	1927
Niederschlesien	26 755	23 835	20 504	35 705
Oberschlesien	9 126	45 733	45 445	54 145
Berlin	40 485	41 924	28 970	42 450
Rheinland-Westfalen	41 687	62 330	57 305	75 001
Hamburg	16 962	134	850	1 484

Das Zahlenbild der berlin-brandenburgischen Steinkohlenversorgung beweist einige interessante Strukturverschiebungen. Was den Steinkohlenempfang überhaupt angeht, so hat sich sowohl in Berlin als auch in Brandenburg das Verhältnis zwischen Steinkohle und Steinkohlenkoks verschoben. Daß der Steinkohlenempfang Berlins noch nicht die Höhe von 1913 erreicht hat, dürfte zum Teil auf diese Verschiebung, zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Elektrifizierung des Betriebsvollzuges die Industrie nicht mehr in dem Umfange wie vor dem Kriege mit den Transportkosten für das Gewichtsverlustmaterial Kohle belastet. Weiterhin ist eine beachtliche Veränderung im Anteil der einzelnen Liefergebiete eingetreten. Die englische Kohle ist vom berlin-brandenburgischen Markt in erheblichem Umfange zurückgedrängt worden.

(Der größte Teil der oben als Zufuhr aus Hamburg und Stettin nachgewiesenen Steinkohle dürfte englische Kohle sein. Dennoch ist nicht alle über Hamburg oder Stettin eingeführte Kohle englische Kohle. Das Ruhrgebiet versendet seine Kohlen zum Teil nach Hamburg mit Seeumschlag in Rotterdam und dann per Binnenschiff nach Berlin weiter. Frachtlich läßt sich dieser ziemlich große Umweg durchaus rechtfertigen. Während beispielsweise im Jahre 1925 die Eisenbahnfracht für Steinkohlen pro Tonne 12 bis 13 RM betrug, kostete die Kohlenfracht per Binnenschiff von den Rhein-Ruhrhäfen nach Rotterdam 1,10 RM, die Seefracht von Rotterdam nach Hamburg etwa 4 RM und die Fracht per Binnenschiff von Hamburg nach Berlin 3,81 RM; die Transportkosten der auf dem Wasserweg nach Berlin geschickten rheinisch-westfälischen Steinkohle betrugen mithin ungefähr 9 RM pro Tonne, d. h. 25 v. H. weniger als die Bahntransportkosten.)

An die Stelle der englischen Kohle ist die rheinisch-westfälische Steinkohle getreten. Hatte diese vor dem Kriege an der Belieferung Berlins nur einen Anteil von 4 v. H. und in Brandenburg von 8,4 v. H., so deckt sie zur Zeit sowohl in Berlin als auch in Brandenburg rund 20 v. H. des Gesamtverbrauches an Steinkohlen und Steinkohlenbriketts. (Die verkehrsstatistischen Zahlen sind um die Mengen zu erhöhen, welche über Hamburg und Stettin nach Berlin gelangt sind)[1]). Aber nicht nur die rheinisch-westfälische Kohle hat durch die Verdrängung der englischen Kohle einen Gewinn gehabt, sondern auch die schlesische. Wenn letztere auch verhältnismäßig nur unwesentlich an Boden gewonnen hat und ihr Gewinn keinen Vergleich mit dem der rheinisch-westfälischen Kohle aushält, so muß man andererseits doch die durch die Gebietsveränderungen in Oberschlesien eingetretene Veränderung der Gesamtlage berücksichtigen. Wenn vor dem Kriege aus Oberschlesien nach Berlin und Brandenburg rund 3,2 Millionen Tonnen Steinkohle und Steinkohlenbriketts verschickt wurden, so waren das etwa 7,5 v. H. der Förderung. Der oberschlesische Steinkohlenversand nach Berlin und Brandenburg betrug im Jahre 1927 (3,11 Millionen Tonnen) aber rund 1/6 der oberschlesischen Förderung. Der Mehrversand nach Brandenburg ist von den beiden schlesischen Revieren dem niederschlesischen (wahrscheinlich gefördert durch die konzernmäßigen Bindungen zwischen den niederschlesischen und den oberschlesischen Steinkohlenbergwerken) zugefallen.

An der Mehranfuhr von Steinkohlenkoks nach Berlin hat Oberschlesien den weitaus größten Gewinn gehabt, ist trotzdem allerdings am Berliner Gesamtverbrauch nur erst mit rund 1/7 beteiligt (1913: 2,4 v. H.) gegenüber dem knappen Drittel der Lieferungen aus dem rheinisch-westfälischen Steinkohlengebiet. Ähnlich wie auf dem Berliner Koksmarkt ist die Lage in der brandenburgischen Koksversorgung. Immerhin ist hier ein entschiedenes Übergewicht der Lieferungen aus den beiden schlesischen Revieren geschaffen. Deckte die Provinz Brandenburg ihren Bedarf an Steinkohlenkoks vor dem Kriege nur zu rund 1/4 aus Schlesien, so bezieht sie heute mehr als 2/5 von dort. Die stabilsten Verhältnisse haben unter den Kokslieferungen nach Brandenburg die Gaskokslieferungen aus Berlin, die sich unverändert um 40 000 Tonnen herum bewegen, relativ durch den brandenburgischen Mehrverbrauch allerdings von 28 v. H. auf weniger als 1/5 an der Gesamtkoksanfuhr nach Brandenburg zurückgegangen sind.

Die Anlieferung erfolgte in v. H. der Gesamtanfuhr per

	der Steinkohlen und Steinkohlenbriketts: Bahn	Schiff	des Steinkohlenkoks: Bahn	Schiff
nach Berlin				
1913	32,1	67,9	53,8	46,2
1925	42,2	57,8	88,2	17,8
1926	49,7	50,3	81,1	18,9
1927	43,4	56,6	75,1	14,9
nach Brandenburg				
1913	63,0	37,0	80,0	20,0
1925	75,2	24,8	85,7	14,3
1926	76,4	23,6	88,6	11,4
1927	71,7	28,3	85,0	15,0

Es hat den Anschein, als ob die Anfuhr der Brennstoffe per Schiff in Zeiten dringenden Brennstoffbedarfes wie z. B. im Jahr 1926 zurückgeht.

2. Die Energieversorgung.

Die Hauptabnehmer der für gewerbliche Zwecke benötigten Kohle sind die Elektrizitätswerke und die Gaswerke. Über die Gaserzeugung und den Kohlenverbrauch der Gaswerke sind erschöpfende Unterlagen nicht zu beschaffen gewesen.

a) Die Elektrizitätsversorgung.

Von der berlin-brandenburgischen Gesamterzeugung an elektrischer Energie in Höhe von 1 969 198 000 Kilowattstunden (kwh) Strom im Jahre 1926 und von 2 324 629 000 kwh im Jahre 1927 wurden 1926 61,9 v. H. und 1927 52,8 v. H. von den auf den Braunkohlenlagern errichteten Elektrizitätswerken geliefert. Der Rückgang des Anteils der Braunkohlenfeuerung von 1926 zu 1927 war die Folge der Inbetriebnahme des Großkraftwerkes Klingenberg. An dem von der Braunkohle und der Steinkohle gewonnenen Strom (in Berlin-

[1]) Vgl. Seite 226 Anmerkung 3.

Brandenburg = 98 v. H. der gesamten Stromerzeugung, in Deutschland = 72 v. H.) hatten teil mit . . . v. H.

	1926 Rohbraunkohle	1926 Steinkohle	1927 Rohbraunkohle	1927 Steinkohle
Berlin-Brandenburg	64,1	35,9	54,3	45,7
Berlin	?	?	—	100,0
Brandenburg .	?	?	92,6	7,4.

Damit vergleiche man die Anteilsätze in

Preußen	45,5	54,5	48,4	51,6
Deutschland . .	45,0	55,0	46,9	53,1.

Bei einer gesamten berlin-brandenburgischen Stromerzeugung im Jahre

	1925	1926	1927
in Höhe von	1 858,9	1 969,2	2 324,6 Mill. kwh.
betrug der Anteil (v. H.) der			
öffentlichen Elektrizitätswerke[1])	74	76,6	81,3
gewerblichen Eigenanlagen . . .	26	23,4	18,7.

Die berlin-brandenburgische Stromerzeugung (1927 rund 13 v. H. der preußischen, 9,2 v. H. der deutschen) erfolgt zu mehr als $^3/_4$ in öffentlichen Elektrizitätswerken. Der Anteil der Stromlieferungen aus öffentlichen Elektrizitätswerken ist in Berlin-Brandenburg also weit höher als in den westlichen Provinzen und im Staats- und Reichsdurchschnitt. 1927 sind beispielsweise in der Rheinprovinz nur 38,2 v. H., in Westfalen nur 25,4 v. H., in der Provinz Sachsen 41,8 v. H., in Preußen 46,2 v. H. und im Reich 49 v. H. aus öffentlichen Elektrizitätswerken geliefert worden. Die Stromversorgung des berlin-brandenburgischen Gebietes wird in der Hauptsache von der Berliner Städtischen Elektrizitätswerke A. G. (Bewag) und von der Märkischen Elektrizitätswerke A. G. (MEW) durchgeführt. Unter den größeren Kraftanlagen der Provinz Brandenburg sind außerdem noch zu nennen die im Niederlausitzer Braunkohlengebiet liegenden Kraftwerke Lauta und Trattendorf der zum Reichskonzern gehörenden Elektrowerke A. G., die Niederlausitzer Überlandzentrale G. m. b. H. in Cottbus und die Gewerkschaften Lohser Werke und Kronprinz Wilhelm. An der Stromversorgung Berlins sind auf Grund langfristiger Konzessionen außer der Bewag noch weitere 6 Elektrizitätsgesellschaften beteiligt:

1. Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen (Hochbahngesellschaft),
2. Städtisches Werk Buch,
3. Elektrizitätswerk Südwest A. G. (gemischtwirtschaftlich, versorgt Schöneberg, Schmargendorf und Wilmersdorf),
4. Märkische Elektrizitätswerke A. G. (versorgt Weißensee teilweise; hiervon abhängig sind
   a) Berliner Vororts-Elektrizitätswerke G. m. b. H. (versorgt Grunewald, Dahlem, Lankwitz, Südende, Mariendorf und Marienfelde),
   b) Tempelhofer Elektrizitäts-Lieferungs-G. m. b. H. (für Tempelhof),
5. Brandenburgische Kreis-Elektrizitätswerke G. m. b. H. (versorgt Staaken, Gatow, Kladow, Pichelsdorf, Tiefwerder),
6. Elektrizitätswerk der Stadt Potsdam (versorgt Wannsee, Potsdam-Forst, Klein-Glienicke-Forst und Kohlhasenbrück).

[1]) Das sind solche, die den Strom vornehmlich an betriebsfremde Verbraucher abgeben, nicht etwa nur die in der öffentlichen Hand befindlichen.

Der Anteil dieser einzelnen Gesellschaften ist jedoch im Verhältnis zur Lieferung der Bewag gering[1]).

Die gesamte Selbsterzeugung und der Strombezug der Bewag betrug in den folgenden Jahren (nach Rehmer[2]) und Geschäftsbericht der Bewag für 1928):

Jahr	Nutzbare Selbsterzeugung Mill. *kwh*	Nutzbarer Strombezug Mill. *kwh*	Insgesamt Mill. *kwh*	Anteile an der Gesamtarbeit (v. H.) Eigenerzeugung	Strombezug
1923	151,5	329,2	480,7	31,5	68,5
1924	193,5	358,0	551,5	35,1	64,9
1925	365,2	383,9	749,1	48,8	51,3
1926	412,1	396,7	808,8	50,9	49,1
1927	686,5	338,9	[1]) 1 025,4	66,9	33,1
1928	888,1	341,5	1 229,6	72,2	27,8

[1]) Nicht enthalten ist der Strombezug von den Berliner Vororts-Elektrizitätswerken, von den Märkischen Elektrizitätswerken und dem Kraftwerk Spandau, der sich auf 53,7 Mill. kwh beläuft. (Das Kraftwerk Spandau ist inzwischen in Berliner Besitz übergegangen. — D. V.).

Die Märkischen Elektrizitätswerke (MEW) sind erst seit dem Jahre 1916, als die Provinz Einfluß auf die — wie die Bewag — ehemalige Tochtergesellschaft der A. E. G. bekam, mit der schrittweisen Angliederung der einzelnen Überland- und Kreiszentralen die dominierende Gesellschaft in der brandenburgischen Elektrizitätsversorgung geworden. Die wichtigsten Kennziffern ihrer Entwicklung sind in der nachfolgenden Aufstellung enthalten.

	1915	1925	1927	1928
Zur Verfügung stehende eigene Leistung in Kilowatt	24 500	105 000	136 000	151 000(?)
Fremdstrombezug . . .	5 000	24 000	14 000	?
zusammen . . .	**29 500**	**129 000**	**150 000**	?
Versorgte Stadt- und Landkreise	16	36	38	40
Versorgte Städte und Ortschaften	325	3 066	3 500	3 626
Länge der Hochspannungsleitungen	1 955 *km*	9 246 *km*	10 300 *km*	10 800 *km*
Größe d. Versorgungsgebietes	14 500 *qkm*	34 600 *qkm*	35 250 *qkm*	36 000 *qkm*

1925 wurde von den MEW eine Fläche mit Strom versorgt, welche rund 88,6 v. H. der brandenburgischen Gesamtfläche entsprach. 1928 ist die versorgte Fläche nur um 3 000 *qkm* kleiner als die der Provinz Brandenburg. Jedoch ist das Versorgungsgebiet nicht identisch mit der Provinz Brandenburg. Es überschneidet teilweise die Grenzen (siehe dazu weiter unten).

Der von den Märkischen Elektrizitätswerken abgegebene Strom betrug (ab Kraftwerke) 1913 rund 33 Millionen *kwh*, 1925 rund 285 Millionen *kwh*, 1926: 311 Millionen *kwh*, 1927: 428 Millionen *kwh* und 1928: 477 Millionen *kwh*. Unter den 12 eigenen Kraftwerken ist das leistungsfähigste das Großkraftwerk Finkenheerd mit einer installierten Leistung von 90 000 *KW* 1927 und 130 000 *KW* 1928. Es liegt unmittelbar auf den Braunkohlenfeldern des Kreises Lebus und ist vollständig

[1]) Stromlieferant	Strommenge in Millionen kwh (1927)	Bemerkungen
Bewag	898,9	Verkaufsmenge
Elektrizitätswerk Südwest	68,2	
Hochbahn	49,0	für Bahnzwecke
Berliner Vororts-Elektrizitätswerke und Tempelhofer Elektrizitäts-Lieferungs-G. m. b. H.	12,5	geschätzt
Buch	1,8	Gesamterzeugung
Brandenburgische Kreis-Elektrizitätswerke	0,5	geschätzt
Elektrizitätswerk Potsdam	0,4	geschätzt

[2]) „Die Stromversorgung der Reichshauptstadt Berlin" in Elektrizitätswirtschaft Nr. 460, Sonderausgabe S. 278.

auf die Kohlenselbstversorgung eingestellt. Die Kraftwerke Heegermühle (eine nach den Plänen des Erbauers des Berliner Großkraftwerkes Klingenberg errichtete, auf Steinkohlen eingestellte, ganz moderne Kraftstation), Rüdersdorf und Schönow am Teltow-Kanal haben zusammen nur $^1/_3$ der Leistungsfähigkeit des Großkraftwerkes. Außerdem ist 1927 das Dieselkraftwerk Hennigsdorf (mit 15 000 *KW*) im Bau gewesen und Anfang 1929 in Probedienst genommen worden.

Die Niederlausitzer Überlandzentrale ist 1915 von den Kreisen Calau, Luckau und Lübben in Gemeinschaft mit der Ilse Bergbau A. G. ins Leben gerufen worden. Sie versorgt außer den drei genannten Kreisen den nördlichen und östlichen Teil des Kreises Cottbus und den mittleren Teil des niederschlesischen Kreises Hoyerswerda. Neben der Lieferung aus den drei eigenen Kraftwerken in Dobrilugk, Kirchhain und Peitz übernimmt sie insbesondere die überschüssige Leistung der Gruben Erika und Marga der Ilse Bergbau A. G.

Während die Bewag, die MEW und die Niederlausitzer Überlandzentrale sich zu einem weitaus überwiegenden Teil auf die Versorgung des Gebietes Berlin-Brandenburg beschränken, liefern die beiden eingangs genannten Kraftwerke Lauta und Trattendorf Strom in größerem Maße auch an außerhalb Brandenburgs seßhafte Verbraucher.

Die Gewerkschaft Lohser Werke und Kronprinz Wilhelm versorgen Teile der Kreise Sorau (Brandenburg) und Sagan (Niederschlesien).

Um einen Einblick in den Kohlenverbrauch der Elektrizitätswerke zu gewinnen, muß man sich zum Teil rechnerischer Größen bedienen und mit dem Durchschnittsverbrauch pro *kwh* operieren. Die Berechnungen geben nur Anhaltspunkte, weil der Kohlenverbrauch pro Kilowattstunde sowohl vom ständig schwankenden Wärmewert der Feuerungskohle als auch von der Größe der Kraftanlage, ihrer Annäherung an die optimale Ausnutzung und der wechselnden Spannung zwischen höchster und niedrigster Belastung beeinflußt wird. Andererseits sind die derzeit zur Verfügung stehenden Grubenausweise über den Rohkohlenverbrauch der brandenburgischen Kraftwerke nicht ganz zuverlässig.

Die Bewag verbrauchte für die Stromerzeugung (Betrieb einschl. Anheizen, Abdecken und Reservestehen)

	Tonnen Steinkohle	v. H. des gesamten Berliner Steinkohlenverbrauches[1] rund
1924	273 143	10
1925	273 402	11
1926	399 000	10
1927	664 500[2])	15

[1]) Steinkohlen und Steinkohlenbriketts ohne Eisenbahndienstkohlen. — [2]) Errechnet auf Grund des Kohlenverbrauchs pro kwh im Jahre 1926 von 0,968 kg.

Für die übrigen Berliner Werke dürfte im Jahre 1927 ein auf ca. 100 000 Tonnen Steinkohlen zu schätzender Verbrauch einzusetzen sein, sodaß insgesamt etwa 17 bis 18 v. H. des gesamten Berliner Steinkohlenverbrauches für die Stromerzeugung verwendet worden ist.

Für die Großkraftwerke der Provinz Brandenburg ergibt sich nach den Unterlagen für 1925/26 folgendes: Die Gesamteigenerzeugung der MEW betrug 1925 rund 208 Millionen *kwh*, davon erzeugte das Großkraftwerk Finkenheerd im Jahre 1925 rund 164 Millionen *kwh*. Demnach lieferte Finkenheerd rund 79 v. H. der Gesamteigenerzeugung der MEW, ein deshalb sehr bemerkenswerter Prozentsatz, weil 1925 die in Finkenheerd installierte Maschinenleistung nur 54,5 % der gesamten installierten Maschinenleistung der MEW betrug. Bei einem Rohkohlenverbrauch im Jahre 1925/26 (!) von rund 385 000 Tonnen Rohkohle wurden pro *kwh* abgegebenen Stromes 2,34 *kg* Rohkohle verbraucht. Der Verbrauch ist im Verhältnis zu Lauta und Trattendorf (3,5 *kg* pro *kwh*) gering. Die Feuerungskohle ist besser, andererseits allerdings mit höheren Förderkosten belastet. Seit 1927 dürften auch die Förderkosten herabgemindert worden sein, da in diesem Jahr Finkenheerd die Großraum-Förderung für den Abraumbetrieb eingeführt hat.

Grube Erika und Grube Brigitta setzten an „angeschlossene Werke" rund 1 300 000 Tonnen und rund 960 000 Tonnen Rohkohle, insgesamt 2,26 Millionen Tonnen Rohkohle ab. Diese Menge entspricht einer Energieerzeugung von rund 646 Millionen *kwh*. Da Lauta, Trattendorf und Zschornewitz 1925 zusammen 1,6 Milliarden *kwh* lieferten[1]) und in Zschornewitz allein „im Jahre 1925 rund 940 Millionen *kwh* erzeugt" worden sind, müssen Lauta und Trattendorf rund 660 Millionen *kwh* Strom erzeugt haben. Die aus der Elektrizitätsstatistik der Elektrowerke und aus der Kohlenstatistik des Ostelbischen Syndikats errechneten Zahlen stimmen beinahe überein. Sie dürften also richtig sein.

Die Gewerkschaft Lohser Werke und die Gewerkschaft Kronprinz Wilhelm gaben an „angeschlossene Werke" rund 80 000 Tonnen Rohkohle ab, d. h. die den Kreis Sagan mitversorgenden Kraftwerke dieser beiden Gruben der Elektrowerke lieferten rund 23 Millionen *kwh*.

Rechnet man mit einem Rohbraunkohlenverbrauch von 3 *kg* pro *kwh* Strom (im Frankfurter Revier liegt der Verbrauch niedriger, im Niederlausitzer Revier infolge minderer Qualität der Rohbraunkohle höher), mit einem Steinkohlen- und Braunkohlenbrikettverbrauch von 1 *kg* pro *kwh*, so sind in der Provinz Brandenburg

	in öffentlichen Elektrizitätswerken 1926	1927	in Eigenanlagen 1926	1927	
an Steinkohlenstrom . . .	55 000[1])	58 260	40 000[1])	40 272	*kwh*,
„ Rohbraunkohlenstrom	2 584 683	2 757 852	1 070 928	926 376	„ ,
„ Braunkohlenbrikettstrom	4 436[1])	4 656	7 000[1])	6 152	„

Strom erzeugt und dafür

	1926	1927	
an Steinkohlen	95 000	98 000	Tonnen
„ Rohbraunkohlen	3 655 000	3 684 000	„
„ Braunkohlenbriketts . .	11 000	11 000	„

[1]) geschätzt nach der Elektrizitätsstatistik von 1927.

verwendet worden. Das sind ungefähr $^1/_6$ der brandenburgischen Rohbraunkohlenförderung oder richtiger, da Trattendorf seine Rohbraunkohlen (schätzungsweise 1 Million Tonnen) aus der in der Provinz Niederschlesien gelegenen Grube Brigitta bezieht, rund 12 v. H. der brandenburgischen Rohbraunkohlenförderung und zwischen 5 und 6 v. H. des gesamten Steinkohlenverbrauches der Provinz Brandenburg.

Zum Zwecke einer genaueren Berechnung müßte die nach jenseits der Grenze gelieferte und von jenseits der Grenze hereingekommene elektrische Energie auf Kohle umgerechnet werden. Leider gibt es dafür keine zureichenden Unterlagen. Der Hauptlieferant des nach Berlin-Brandenburg hereinkommenden Fremdstromes ist das zu der Elektrowerke A. G. gehörende Kraftwerk Golpa-Zschornewitz. Der Strombezug der Bewag (einschl. Leitungs- und anderen Verlust) betrug[2])

	1924	1925	1926	1927	1928
	kwh				
insgesamt . . .	**404 180 642**	**440 656 961**	**454 059 711**	**408 525 714**	**411 514 544**
davon von der:					
Elektrowerke A. G.	376 884 262	404 098 200	399 248 800	343 108 200	363 208 110
Berliner Vororts-Elektrizitätswerke G. m. b. H. . .	8 645 580	12 244 130	12 832 707	15 321 792	}
Märkische Elektrizitätswerke A. G. .	5 341 429	7 255 248	8 527 198	10 228 790	}48 306 434
Städt.- u. Kreiskraftwerk Spandau G. m. b. H. . .	13 309 371	17 059 383	33 451 006	39 866 932	}

[1]) 1927: 1 677 Millionen *kwh*, 1928: 2 008 Millionen *kwh*. —
[2]) Vergleiche damit die Berechnungen Seite 228, rechte Spalte oben.

Empfängt so Berlin von Lauta und Trattendorf[1]), den beiden Werken der Elektrowerke A. G., den MEW und den anderen genannten Gesellschaften elektrischen Strom, der in der Provinz Brandenburg erzeugt wird, und ist Berlin weiter mit der Provinz Sachsen durch die Stromlieferungen aus Golpa-Zschornewitz verbunden, so geht auch ebenso in Berlin erzeugter Strom über die Berliner Grenzen hinaus. Das Elektrizitätsversorgungsgebiet der Berliner Gesellschaften reicht im Norden und Osten bis zu 28 *km* und im Süden bis zu fast 50 *km* vom Mittelpunkt Berlins. Die Bewag belieferte 1927 z. B. direkt im Kreise Teltow 57 Gemeinden, im Kreise Niederbarnim 14 Gemeinden, im Kreis Oberbarnim 2 Gemeinden und im Kreis Beeskow-Storkow 1 Gemeinde und indirekt (d. h. für andere Werke als Fremdstromlieferant) im Kreise Teltow 16 Gemeinden, im Kreise Niederbarnim 29 Gemeinden, im Kreise Oberbarnim 1 Gemeinde und im Kreise Beeskow-Storkow 4 Gemeinden, insgesamt also 124 Gemeinden in den anstoßenden brandenburgischen Kreisen.

Die Verbindungen, die zwischen der Provinz Brandenburg und anderen Provinzen durch Stromlieferungen bestehen, sind — abgesehen von den durch die Überlandleitung von Golpa-Zschornewitz nach Brandenburg bestehenden — aktiv. Sie gehen fast ausschließlich nach Niederschlesien, und zwar handelt es sich um die Strombelieferung des Kreises Sagan durch die Gewerkschaften Kronprinz Wilhelm und Lohser Werke und um die über Hansdorf, Bunzlau nach Tschechnitz (Breslau) führende Überlandleitung von Trattendorf. (Beim Werk Trattendorf tritt übrigens durch die Lage unmittelbar an der brandenburgisch-niederschlesischen Grenze der Fall ein, daß die Kohle aus der in Niederschlesien gelegenen Grube herantransportiert und der in Brandenburg daraus erzeugte Strom wieder nach Niederschlesien geleitet wird.) Von Lauta geht eine Leitung durch den Südostzipfel der Provinz Sachsen nach dem Land Sachsen hinein. Nach Norden zu haben sich die MEW 1928 den südlichen Teil des Staates Mecklenburg-Strelitz in ihr Versorgungsgebiet eingegliedert. In demselben Jahr ist auch mit der Überlandzentrale Pommern A. G. ein Vertrag geschlossen worden, der die zukünftigen Beziehungen zu diesem wichtigen Nachbarwerk regelt und vom Jahr 1929 an die Lieferung eines erheblichen Anteils des Strombedarfes der Provinz Pommern durch die MEW zum Gegenstand hat. Inzwischen ist auch wieder eine Neuregelung der Beziehungen zwischen den MEW und der Bewag erfolgt. Am 1. Februar 1929 ist die von der Bewag bisher noch in der Provinz Brandenburg durchgeführte Stromlieferung auf die MEW übergegangen und umgekehrt die von den MEW im Groß-Berliner Bezirk durchgeführte Stromlieferung auf die Bewag mit der Einschränkung, daß die Stromversorgung im Bezirke der Berliner Vororts-Elektrizitätswerke und der Tempelhofer Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft noch bis zum 30. Juni 1938 bei den MEW verbleibt, und der wesentlichste Strombedarf für dieses Gebiet noch weitere 10 Jahre, d. h. bis 1948, von den MEW geliefert wird.

b) Die Gasversorgung
einschl. der Gasglühlichtindustrie.

Das Gas, die andere in diesem Zusammenhang zu nennende Energiequelle, hat für das industrielle Wirtschaftsleben heute, nachdem die Fabrikräume so gut wie ausschließlich durch elektrische Lampen beleuchtet werden, nicht mehr die Bedeutung, die es ehedem hatte. In Berlin beträgt beispielsweise der Anteil des Gasverbrauchs für

öffentliche Beleuchtung	8 v. H.
Hausbeleuchtung	16 v. H.
Gewerbe und Industrie	27 v. H.
Koch- und Heizzwecke	49 v. H.

[1]) Der Leitungszug Trattendorf-Spandau-Charlottenburg-Moabit dient vorzugsweise der Berliner Stadtbahnbelieferung und ist bereits 1928 in Betrieb genommen worden, obgleich Lieferungen vertragsmäßig erst für 1929 vorgesehen waren.

Die Hauptverbraucher in Gewerbe und Industrie sind das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, die Gast- und Schankwirtschaften und die (in der gewerblichen Betriebszählung von 1925 in der Gewerbegruppe XVII „Bekleidungsgewerbe" gezählten) Reinigungs- und Plättanstalten.

Die Gasversorgung der Provinz Brandenburg ist dezentralisiert und erfolgt meistens durch kommunale Gaswerke. Jedoch ist die überwiegende Mehrzahl der brandenburgischen Bevölkerung infolge der landwirtschaftlichen Struktur der Provinz der Vorteile der Gasversorgung noch nicht teilhaftig geworden. Zum größten Teil dürfte eine Gasversorgung für sie überhaupt nicht in Betracht kommen, weil schon die Anlagen in den Kleinstädten erheblich unvorteilhafter arbeiten als Großanlagen, wie sie beispielsweise in Berlin geschaffen werden konnten[1]). Die Versorgung der Stadt Berlin ruht zum größten Teil ebenso wie die Elektrizitätsversorgung in der Hand einer einzigen, der Kommune gehörenden Gesellschaft, der Berliner Städtischen Gaswerke A. G. Die Ortsteile bezw. Verwaltungsbezirke Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof und Niederschöneweide werden von der Gasbetriebsgesellschaft A. G. beliefert. Der Ortsteil Müggelheim ist sogar noch ohne Gasversorgung[2]).

Da über die Gaserzeugung und den Kohlenverbrauch der brandenburgischen Gaswerke außer einigen Einzelangaben Unterlagen nicht vorhanden sind, muß sich die Darstellung auf die Verhältnisse der Berliner Städtischen Gaswerke A. G. (B. St. G) und der Gasbetriebsgesellschaft A. G. (G. B.) beschränken. Die B. St. G. erzeugte (in 1 000 *cbm*)

	Steinkohlengas	Wassergas	zusammen	bezog außerdem Ferngas
1924	313 661	41 015	354 676	768
1925	366 652	59 260	425 912	1 484
1926	402 763	54 742	457 505	1 265
1927	430 051	42 806	472 857	1 639
1928	440 308	44 254	488 562	1 059.

Die Gasbetriebsgesellschaft A. G. (G. B.)

	erzeugte	übernahm außerdem von anderen Gaswerken
	(in 1 000 *cbm* Gas)	
1924	135 077	1 371
1925	147 442	1 242
1926	153 457	—
1927	162 024	—.

[1]) Inwieweit der in der deutschen Gasversorgung sich allgemein durchsetzende Übergang zur „Gruppengasversorgung", d. h. Ersetzung kleinerer Erzeugungsstellen durch ein größeres modernes Werk, auch für die Provinz Brandenburg sich durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Zu weitreichende Hoffnungen darf man in dieser Hinsicht für die nächste Zukunft wohl kaum hegen — [2]) Die Zählung von 1925 fiel in die Zeit einer starken Konzentration der Berliner Gaserzeugung. Es wurden von der Berliner Städtischen Gaswerke A. G. stillgelegt die Gaswerke Friedrichshagen (1923), Schmargendorf (1924), Hermsdorf (1924), Cöpenick (1925), Spandau (1927) und Oberschöneweide (1927). Am Jahresschluß 1927 und ebenso 1928 hatten die Berliner Städtischen Gaswerke noch 6 große Werke (Tegel, Danziger Straße, Charlottenburg, Neukölln, Lichtenberg und Weißensee) in Betrieb. Über $1/3$ der Gesamterzeugung entfällt auf das Gaswerk Tegel. Am 1. 4. 1929 ist das Gaswerk Holzmarktstraße der Deutschen Gasgesellschaft auf die städtischen Gaswerke übergegangen. Seit diesem Zeitpunkt erfolgt die Gasversorgung der Berliner Innestadt ausschließlich durch die städtischen Gaswerke. Die Zahl der Öfen verringerte sich (vornehmlich durch Stillegung der Retortöfen, welche 1928 noch rund $1/3$ der Zahl aller waren) von 452 im Jahr 1923 auf 350 im Jahr 1924, 231 im Jahr 1925, 193 im Jahr 1926 168 im Jahr 1927 und 156 im Jahr 1928 (Ende des Jahres!).

Die Zahl der am Jahresschluß angeschlossenen Gasmesser betrug bei der

	B. St G.	G. B.
1924	904 921	261 114
1925	939 758	265 557
1926	948 219	268 485
1927	962 080	273 493
1928	976 203	—

Verbraucht wurden (in 1 000 *cbm*)

		durch Gasmesser	zur Straßenbeleuchtung	für Selbstverbrauch	durch Verlust
1924	B. St G.	323 161	11 018	6 550	32 283
	B. G.	124 992	3 236	8 193	
1925	B. St. G.	364 089	26 428	4 894	31 895
	B. G.	136 569	7 261	4 884	
1926	B. St. G.	377 787	34 433	5 309	41 241
	B. G.	137 876	9 628	5 963	
1927	B. St. G.	390 965	36 845	4 759	41 756
	B. G.	146 462	9 993	5 518	
1928	B. St. G.	406 210	40 262	5 337	?

Der Kohlenverbrauch bei der

	B. St. G.		G. B.
belief sich		auf Tonnen	
	Steinkohle	Koks	Steinkohle
1924	931 528	28 002	288 620
1925	1 009 327	35 699	291 572
1926	1 026 688	29 190	304 048
1927	1 074 308[1])	21 455	311 708
1928	1 072 251[1])	?	? ,

bei den beiden Gesellschaften zusammen also auf rund $^1/_3$ (1926: 36,8 v. H., 1927: 33,6 v. H.) des gesamten Berliner Steinkohlenverbrauches[2]). Davon entfällt ein Teil des Verbrauches allerdings auf Berlin benachbarte Gemeinden. Die B. St. G. beliefern beispielsweise im Kreise Niederbarnim 34 Gemeinden und Ortsteile, (das sind außer Bernau alle Niederbarnimer Orte, die Gasversorgung haben) im Kreise Teltow 3 Orte, im Kreise Beeskow-Storkow 7 Orte und im Kreise Osthavelland 3 Orte.

Der große Vorteil, den die Zentralisierung der Gasversorgung mit sich bringt, ist der, daß die in kleinen Werken ihrer Geringfügigkeit wegen vielfach nicht nutzbar zu machenden Nebenprodukte restlos verwertet werden können (die „steigende Wichtigkeit des Kleinen" wie Gottl diese Tatsache systematisch rubriziert). Zahlen liegen leider nur für die B. St. G. vor. Sie gewann an Nebenprodukten (in Tonnen):

	1924	1925	1926	1927	1928
Koks	716 415	789 980[3])	826 378	853 694	862 484
Teer	35 536	40 036	45 030	46 738	48 242
Ammoniakrohwasser . . .	110 720	136 954	141 441	145 962	157 334
Benzolvorprodukte . . .	7 480	3 580	4 707	6 026	6 560
Sonstige Nebenprodukte	11 216	18 082[4])	14 351	13 888	14 303.

Zum Teil findet die Nutzbarmachung der Nebenprodukte in den Gasanstalten selbst statt, im Gaswerk Tegel, der größten Gasanstalt der Berliner Städtische Gaswerke A. G., sogar einschließlich der Weiterverarbeitung zu Schwefelsäure[5]). Die im Geschäftsbericht der B. St. G. von 1925 als Nebenprodukte aufgeführten 1 278 Tonnen Reinbenzol[6]), 1 645 Tonnen Ammoniak-Konzentrat[6]), und 7 467 Tonnen Ammoniumsulfat[6]) sind offenbar bereits Verarbeitungsprodukte aus den vorhergenannten Nebenprodukten. Die Berliner Städtische Gaswerke A. G. hat eine Ammoniakfabrik, in der die anfallenden Ammoniakprodukte zentral verarbeitet werden (mit fast restlosem Verbrauch der im Gaswerk Tegel hergestellten Schwefelsäure) und von wo sie als Dünger in die Landwirtschaft gehen oder in anderer Form an die Wäschereien, Färbereien und Werke der chemischen Industrie abgegeben werden. Im Geschäftsbericht von 1928 wird gemeldet, daß die Ammoniakprodukte der Gaswerke mehr und mehr durch den synthetischen Ammoniak verdrängt werden.

Die Gasglühlichtindustrie.

Die Gasversorgung selbst ist nur wenig oder so gut wie garnicht — abgesehen von den Kohlenbezügen — in die über die Grenze sich erstreckende Verflechtung der Wirtschaft eingeschaltet; sie übt in dieser Hinsicht aber insoweit einen Einfluß aus, als die Gasanstalten Ursache der Agglomeration von Industriezweigen geworden sind, welche sehr bedeutende Lieferungen nach auswärts tätigen. Zu erinnern ist besonders an die chemische Industrie in Berlin und seiner Umgebung, darunter — unter Umständen ließe sich auch auf die Schwefelsäurefabriken hinweisen[7]) — vornehmlich auf die Glühstrumpfindustrie. Das bekannteste Unternehmen der Glühstrumpfindustrie ist die Auergesellschaft, welche 3 Werke betreibt und zwar zwei in Oranienburg (Herstellung von Farben für die Emailleindustrie, Titanfarben, Salicylsäure, ein über das Phenol aus der Teerdestillation gewonnenes Endprodukt, Kosmetika und das zur Glühstrumpffabrikation erforderliche Tonnitrat, die Cersalze und deren chemische Verbindungen[8]) und die Glüh-

[1]) Die Kohle setzte sich nach Herkunftsgebieten wie folgt zusammen:

	1927 Tonnen	v. H.	1928 Tonnen	v. H.
Westfälische Kohle . . .	337 105,0	31,4	297 139,3	27,7
Oberschlesische Kohle .	268 698,2	25,0	274 774,3	25,6
Niederschlesische Kohle	156 705,2	14,6	117 421,7	11,0
Sächsische Kohle	7 730,0	0,7	6 931,0	0,6
Englische Kohle	266 612,1	24,8	364 863,1	34,1
Ostrauer Kohle	37 457,8	3,5	11 122,0	1,0

Im Vergleich zum gesamten berlinischen Steinkohlen- (-koks und -brikett) empfang aus den genannten Herkunftsgebieten würden sich demnach 1927 folgende Anteile (v. H.) ergeben (Grundzahlen S. 226 Anmerkung 3): Westfalen 27,5, Oberschlesien 13,5, Niederschlesien 24,7, Sachsen 81,5 und England 44,0. — [2]) = Empfang minus Versand (ohne Steinkohlenbriketts und -koks). — [3]) Nach dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin 645 480 Tonnen. Offenbar sind 144 500 Tonnen Koksgrus und Waschkoks hierin nicht enthalten, sondern abweichend ausnahmsweise bei den „sonstigen Nebenprodukten" ausgewiesen (vergleiche Anmerkung 4). — [4]) Nach dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin 162 582. Offenbar durch Einrechnung des Koksgruses und Waschkokses von 144 500 Tonnen. — [5]) Man darf sich allerdings keine übertriebene Vorstellung von der Größe der Schwefelsäureherstellung aus der Gasreinigungsmasse (?) der Gaswerke machen. Im ganzen nordöstlichen Bezirk Deutschlands sind 1925 93 578 Tonnen Schwefelsäure (in Deutschland überhaupt: 1 238 763 Tonnen) hergestellt worden. Im Gaswerk Tegel, das infolge Reparatur mehrere Monate stillag, wurden 1928 3 845 Tonnen Schwefelsäure hergestellt. — [6]) In den 18 082 Tonnen „sonstigen Nebenprodukten" der vorhergehenden Aufstellung enthalten. — [7]) Die Schwefelsäurefabriken sind nur auf dem Umwege ihrer Angliederung an chemische Fabriken mit der Gaserzeugung verbunden. Die Schwefelsäurefabriken sind an und für sich transportkostenorientiert und auf den frachtgünstigen Bezug des aus Norwegen, Spanien und Cypern kommenden Schwefelkieses eingestellt, daher auch an den Wasserstraßen gelegen.

Der Empfang an Schwefelkies in

	Berlin	Brandenburg	
	betrug in Tonnen		
1913 . . .	11 278	23 275	(nur Schiffahrt)
1925 . . .	194	24 240	
1926 . . .	2 951	21 556	
1927 . . .	3 989	20 058.	

Während 1913 etwa 80 v. H. über Stettin (Norwegen) kamen, sind in den Nachkriegsjahren 80 v. H. über Hamburg angeliefert worden. Die dem Gewicht nach etwa $^3/_4$ des Schwefelkieses wiegenden Kiesabbrände werden an die Hüttenwerke zur Verhüttung verkauft. Hauptabnehmer sind die Hochofenwerke Lübeck. — [8]) Die Erden werden aus dem Uralgebiet bezogen.

körperfabrik im Verwaltungsbezirk Friedrichshain mit über 1 000 Beschäftigten. Außer der Auergesellschaft sind in Berlin einige kleinere Unternehmungen der Glühstrumpfindustrie seßhaft geworden, darunter als größte die Diamco A. G. für Glühlicht im Verwaltungsbezirk Friedrichshain mit 400 Beschäftigten (1 Million Aktienkapital). Die Glühstrumpfindustrie rechnet mit durchweg erheblichen Auslandsaufträgen. Sie stellte im Rechnungsjahr 1925 47 046 842 Stück Glühkörper (= 95 v. H. der Reichssumme) her und versandte davon unversteuert ins Ausland 31 447 107 Stück (= 91,3 v. H. der entsprechenden Reichssumme).

3. Die Versorgung der berlin-brandenburgischen Wirtschaft mit erdigen Baumaterialien.

Die erdigen Baumaterialien stehen dem Gewicht und der Inanspruchnahme der Verkehrsmittel nach sowohl im Berliner als auch im brandenburgischen Güterverkehr (hinter der Kohle) an der zweiten Stelle aller Güterkategorien. Unter ihnen sind dem Volumen nach Erde, Kies und Lehm die bedeutendsten, dann kommen die Mauersteine, dann die natürlichen Steine, dann Zement und schließlich Kalk und ähnliche Bindemittel. Brandenburg ist in bezug auf die Lieferung aller dieser Materialien, mit Ausnahme von Straßenbausteinen und anderen natürlichen Steinen, das natürliche Erzeugungsgebiet für die Millionenstadt Berlin. Nach Maßgabe des Vorkommens und des Bedarfes treten außerdem Niederschlesien, Hannover-Braunschweig, das Land Sachsen und Bayern (Schiefer) als Lieferanten hinzu.

Bei den Bindemitteln ist in der Warenposition Erde, Kies, Lehm und Sand Brandenburg der fast ausschließliche Lieferant für Berlin, beim Kalk und ähnlichen Materialien wird der Berliner Bedarf nur zur Hälfte aus Brandenburg gedeckt. In die andere Hälfte teilen sich in der Hauptsache Niederschlesien, Hannover-Braunschweig und die Provinz Sachsen (mit Anhalt und Thüringen). Brandenburg hat in diesen Materialien, neben den Beziehungen zur Stadt Berlin, einen nicht ganz unbeträchtlichen Verkehr mit Pommern, Niederschlesien, auch mit dem angrenzenden Sachsen-Anhalt, dem hannover-braunschweigischen Gebiet und dem Land Sachsen. Über Einzelheiten und über das quantitative Verhältnis unterrichten die beiden nachfolgenden Auszüge aus der Verkehrsstatistik. (Die Aufteilungen der Summen enthalten nur die Hauptpositionen.).

Der Berliner Verkehr:

	1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	Tonnen					
a) mit Erde, Kies, Lehm und Sand.						
insgesamt	**475 602**	**1 677 390**	**608 717**	**2 131 251**	**606 388**	**2 289 423**
Brandenburg	463 004	1 499 005	585 864	1 827 547	602 841	1 861 682
Sachsen-Thüringen	5 225	129 493	2 612	262 442	997	378 765
Hannover-Braunschweig	16	17 072	81	6 504	144	10 124
b) mit Kalk, Kalkstein zum Brennen, Gips und Mörtel.						
insgesamt	**2 874**	**156 510**	**1 116**	**236 801**	**1 115**	**271 699**
Brandenburg	1 383	71 757	587	123 877	871	110 812
Niederschlesien	21	40 924	11	54 722	18	48 728
Hannover-Braunschweig	72	19 069	1	45 411	3	50 137
Sachsen-Thüringen	534	19 512	20	27 240	37	58 202

Der brandenburgische Verkehr:

	1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	Tonnen					
a) mit Erde, Kies, Lehm und Sand.						
insgesamt	**1 669 859**	**729 619**	**2 057 106**	**837 283**	**2 200 074**	**921 519**
Berlin	1 499 015	463 004	1 827 547	585 864	1 861 682	602 841
Niederschlesien	14 544	101 480	18 238	105 218	34 013	117 313
Sachsen-Thüringen	14 397	101 303	16 898	93 618	29 088	89 591
Land Sachsen	7 220	24 074	11 925	11 554	19 307	10 222
Hannover-Braunschweig	3 834	20 414	2 405	14 814	4 304	31 044
Pommern	118 727	2 042	136 270	13 447	192 227	9 388
Mecklenburg ohne Häfen	1 073	6 131	8 269	3 956	4 066	40 313
Schleswig-Holstein o. Häfen	1 649	788	9 023	768	25 363	1 383
b) mit Kalk, Kalkstein zum Brennen, Gips und Mörtel.						
insgesamt	**186 568**	**78 595**	**216 645**	**91 312**	**225 870**	**128 040**
Berlin	71 757	1 383	123 877	587	110 812	871
Niederschlesien	850	40 579	359	45 131	249	53 117
Pommern	71 492	1 248	38 995	1 054	86 059	1 649
Hannover-Braunschweig	76	15 673	83	24 120	91	34 507
Schleswig-Holstein o. Häfen	14 634	—	6 289	10	45	18
Oberschlesien	50	7 325	638	6 797	1 625	11 774
Sachsen-Thüringen	5 389	9 116	8 085	11 275	6 469	22 568

In der Versorgung Berlins mit Mauersteinen hat Brandenburg die unbestrittene Vormachtstellung, ebenso wie umgekehrt für die brandenburgischen Ziegeleien der Absatz nach Berlin den Aktivposten in der Verkehrsbilanz bildet. Die natürliche Verbundenheit zwischen Berlin und Brandenburg läßt sich schon auf Grund der Beschäftigtenzahlen in den Ziegeleien zeigen. Auf 1 000 Einwohner kamen

in	Ziegeleiarbeiter und Angestellte	
Ostpreußen	36,7	
Brandenburg	69,5	} 27,2
Berlin	0,03	
Pommern	28,0	
Grenzmark	24,0	
Niederschlesien	43,3	
Oberschlesien	38,2	
Sachsen	32,7	
Schleswig-Holstein	15,8	
Hannover	36,5	
Westfalen	26,9	
Hessen-Nassau	24,4	
Rheinprovinz	20,8	
Hohenzollern	9,0	
Preußen	28,8	

In Berlin befindet sich keine Ziegelindustrie, dagegen ist die brandenburgische Ziegelindustrie verhältnismäßig umso stärker und relativ am stärksten in ganz Preußen besetzt. Die Ziegelsteinlieferungen aus Niederschlesien, dem Land Sachsen und dem sächsisch-anhaltischen Bezirk spielen den Anlieferungen aus Brandenburg gegenüber nur eine untergeordnete Rolle. (Zu den nachstehenden Zahlen können Vergleichszahlen aus der Vorkriegszeit wegen der damals üblichen Zusammenfassung von Ziegelsteinen mit natürlichen Steinen nicht gegeben werden.)

Der Berliner Verkehr mit Ziegelsteinen:

	1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	Tonnen					
insgesamt	**16 715**	**1 491 985**	**19 652**	**2 021 655**	**21 103**	**2 247 032**
Brandenburg	11 814	1 297 334	15 023	1 809 592	15 988	1 993 822
Pommern	887	5 186	640	3 457	1 004	2 901
Niederschlesien	462	51 415	308	39 535	424	46 786
Land Sachsen	569	33 573	325	40 641	369	58 458
Sachsen-Thüringen	733	67 061	1 393	85 801	639	93 436

Die brandenburgische Ziegelindustrie ist auf Gedeih und Verderb mit dem Berliner Baumarkt verbunden. Unter den sich aus dem Verkehr mit den Nachbarprovinzen ergebenden Wechselbeziehungen sind — bedingt durch die lokale Lage der Ziegeleien — die mit Pommern aktiv und die mit Niederschlesien passiv.

Der brandenburgische Verkehr mit Ziegelsteinen:

	1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	Tonnen					
insgesamt	**1 493 549**	**279 178**	**2 036 935**	**173 599**	**2 275 655**	**271 613**
Berlin	1 297 334	11 814	1 809 592	15 023	1 993 822	15 988
Niederschlesien	26 691	143 244	56 599	59 914	20 384	106 577
Sachsen-Thüringen	37 996	38 945	48 957	41 409	61 799	62 810
Land Sachsen	25 823	20 459	28 030	12 066	34 542	21 387
Pommern	39 843	21 511	43 987	9 947	84 609	14 100
Hannover-Braunschweig	3 621	21 209	2 910	21 611	3 985	11 768

In der Versorgung mit natürlichen Steinen ist sowohl Berlin als auch Brandenburg vom Land Sachsen, von Niederschlesien und von der Provinz Sachsen (einschließlich Thüringen) abhängig. Schiefer wird aus Nordbayern herangebracht.

Der Verkehr mit natürlichen Steinen:

	1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	Tonnen					
	a) aus bezw. in Berlin					
insgesamt	**9 483**	**513 640**	**13 752**	**608 472**	**24 096**	**757 653**
Land Sachsen	98	250 366	99	292 151	79	374 705
Niederschlesien	43	170 345	156	190 973	542	252 379
Sachsen-Thüringen	236	44 867	251	48 068	302	65 406
Brandenburg	8 800	22 025	11 544	26 911	20 109	26 666
Pommern	79	7 140	291	24 905	2 029	3 389
Mecklenburg	108	27	793	3 751	506	3 212
Nordbayern	—	6 022	57	7 740	13	10 078
	b) aus bezw. in Brandenburg					
insgesamt	**64 703**	**1 044 730**	**141 625**	**1 485 622**	**154 586**	**1 863 854**
Niederschlesien	389	458 253	1 016	683 083	1 124	880 902
Land Sachsen	601	428 047	65	555 144	173	686 317
Sachsen-Thüringen	19 231	77 716	1 093	138 627	750	130 103
Pommern	18 035	15 355	87 527	1 523	58 564	68 600
Hannover-Braunschweig	617	19 787	5 175	32 246	1 351	27 848
Hessen-Nassau	—	27 141	1	19 961	1	20 893
Berlin	22 025	8 800	26 911	11 544	26 666	20 109
Oberschlesien	—	642	12	35 166	116	8 952
Mecklenburg	3 337	9	18 241	241	8 333	1 473
Ostpreußen	—	20	43	—	55 095	—
Nordbayern	—	682	—	2 020	5	8 000

Zement liefern nach Berlin außer Brandenburg mit ca. 2/3 des Gesamtverbrauches die mitteldeutschen, an der Saale und in Hannover sowie die bei Stettin gelegenen Zementfabriken. In der Nachkriegszeit haben auch die Lieferungen aus den schleswig-holsteinischen Zementfabriken an Bedeutung gewonnen. Die 1927 je etwa 5 000 Tonnen betragenden Anfuhren aus Westfalen und Hessen-Nassau können unter Umständen Lieferungen von Außenseitern der Zementverbände sein.

Die Zementversorgung Berlins:

	1913[1]		1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	Tonnen							
insgesamt	**22 082**	**297 046**	**7 090**	**262 022**	**6 908**	**323 280**	**4 593**	**380 312**
Brandenburg	7 103	171 856	1 332	198 184	1 202	191 700	943	253 242
Sachsen-Thüring.	2 940	57 443	160	11 344	29	20 833	606	20 712
Hannover-Braunschweig	7 267	40 473	1	17 001	1	45 284	7	58 939
Pommern	802	15 837	1 733	4 975	3 035	26 007	1 949	11 024
Oberschlesien	88	58	—	8 540	17	11 015	—	1 811
Schleswig-Holstein	371	3 395	—	17 480	—	12 375	—	14 573

[1]) einschließlich Zementsteine, -fliesen, -platten.

Obgleich die Zementfabriken der Provinz Brandenburg nach (wahrscheinlich zu hoch gegriffenen) Kriegsschätzungen eine Produktionskapazität von ungefähr 650 000 Tonnen haben, übersteigen ihre jährlichen Lieferungen den Versand nach Berlin, nach den Elbhäfen (Hamburg) und den geringen Austauschversand des Grenzverkehres nicht, d. h. es werden (einschließlich der 1913 rund 113 000 Tonnen, 1927 76 000 Tonnen des Lokalverkehrs) jährlich etwa 350 000 Tonnen Zement produziert. (Der Vergleich mit 1913 wird dadurch beeinträchtigt, daß 1913 in der Warenposition Zement und Traß auch Zementsteine und Zementdielen enthalten waren.) In Brandenburg selbst werden nur die Mittelbezirke durch die brandenburgischen Zementfabriken beliefert (siehe Lokalverkehr). Den Südbezirk der Provinz Brandenburg beherrschen die oberschlesischen Zementwerke, die westlichen Grenzkreise werden von den Zementfabriken der Provinzen Sachsen und Hannover, die Nordkreise durch die schleswig-holsteinischen und pommerschen Zementfabriken beliefert.

Die Zementversorgung Brandenburgs:

	1913[1]		1925		1926		1927	
	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang
	Tonnen							
insgesamt	**236 063**	**126 196**	**273 433**	**119 925**	**223 609**	**145 829**	**294 093**	**159 316**
Berlin	171 856	7 103	198 184	1 332	191 700	1 202	253 242	943
Sachsen-Thüringen	1 617	37 371	9 510	14 065	3 128	20 390	7 243	20 440
Pommern	29 075	24 863	13 342	14 282	6 069	37 981	3 659	28 938
Hannover-Braunschweig	903	24 394	85	19 280	106	29 229	62	35 148
Oberschlesien	—	21 259	16	46 868	45	43 346	140	50 086
Elbhäfen	16 046	55	38 124	15	17 790	464	22 435	3
Schleswig-Holstein	120	1 017	37	13 230	27	4 188	268	4 657

[1]) einschließlich Zementsteine, -fliesen, -platten.

4. Die Glasindustrie und die Glaslieferungen.

Wegen der nahen Verwandtschaft des Glashüttenrohmaterials mit den Baumaterialien — der Glassand ist in der Warenposition Erde, Kies usw. enhalten — soll hier im Anschluß an die Baumateriallieferungen die Rohstoffversorgung, die Produktion und der Absatz der berlin-brandenburgischen Glasindustrie dargestellt werden.

Die brandenburgischen Glashütten beziehen zum weitaus größten Teil den sich durch seine Reinheit eines guten Rufes in ganz Deutschland erfreuenden Glassand aus Hohenbocka im niederschlesischen Kreis Hoyerswerda. Die Hütten im Kreise Sorau werden auch mit Sand aus dem angrenzenden niederschlesischen Kreis Sagan (Wiesauer Sand) beliefert. (Siehe weiter oben den brandenburgischen Empfang an Erde, Kies usw. aus Niederschlesien). Die Osramwerke in Berlin verarbeiten Sand aus der Elbniederung[1]).

Das Brennmaterial beziehen die Glashütten aus den Kohlenrevieren, in denen sie sich befinden, d. h. meistens — abgesehen von den Grenzfällen — aus demselben Kreis, zu dem sie gehören. Die Baruther Glashütte bezieht die Braunkohlen aus dem an die brandenburgische Niederlausitz anstoßenden Kreis Liebenwerda der Provinz Sachsen.

Für den Umfang der Produktion in der Weißhohlglasindustrie könnte man genauere Unterlagen beschaffen, indem man den Versand der in Betracht kommenden Versandstationen einforderte. Doch würde eine genaue Berechnung wahrscheinlich daran scheitern, daß erstens von denselben Versandstationen sowohl Weißhohlgläser als auch Flaschen und auch Flachglas verschickt werden und zweitens die Mannigfaltigkeit des Produktes sowohl nach Art (Beleuchtungsgläser, Likörflaschen, Bierkelche, Glaskörbe, Konservengläser, Vasen, technische Gläser für Bakteriologie, Medizin, Pharmazie, Krankenpflege, Überfangrömer, Dessertteller) als auch nach Größe und Verarbeitung eine solche Berechnung ziemlich entwerten würde. Einige Angaben werden im Adreßbuch der Glasindustrie gemacht. Wertangaben liegen vor für 8 Betriebe. Durchschnittlich würde demnach auf 100 Arbeiter ein Gesamtprodukt im Werte von 400000 RM kommen. Zwischen etwa 385 000 RM und 450 000 RM liegen die Angaben von 4 Betrieben, um 550 000 RM die von 2 Betrieben und die der restlichen 2 Betriebe bei 270 000 und 330 000 RM. Anhaltspunkte für eine Schätzung des Gesamtproduktes werden mit den Zahlen sicher geboten, mehr allerdings auch nicht, insbesondere keine Unterlagen für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage. Sehr roh sind auch die mengenmäßigen Angaben. In vier Betrieben wurden von 1 056 Arbeitern 950 „Waggons" Glaserzeugnisse fertiggestellt. Demnach würde die Fertigstellung von 10 Waggons Glaswaren im Jahr durchschnittlich 11 Arbeitskräfte benötigen, in zwei Betrieben 13 Arbeiter, in einem Betrieb 14 Arbeiter und in dem letzten 7,5 Arbeiter. Daneben erzeugt ein Betrieb mit 430 Arbeitern 3 000 000 Stück Gläser.

Über die Produktion der Flaschenhütten sind wir durch das Kontingent beim Flaschensyndikat unterrichtet, welches für die Stralauer Glashütte (Berlin und Brandenburg, Kreis Crossen und Niederschlesien) 50 000 000 Flaschen und für die Hallesche Pfännerschaft (Brandenburg, Kreis Calau) 10 000 000 Flaschen beträgt (bezw. im Jahre 1922 betrug[2]).

In den Flachglashütten wurden (nach dem Adreßbuch[3]) produziert als ungünstigste Arbeitsleistung pro Jahr und Arbeiter 2 000 *qm*, als Bestleistung 3 500 *qm*, im gewogenen Mittel 2 600 *qm*. Daß die letzte Zahl den gegebenen Verhältnissen sehr nahe kommt, scheint die (1927) in der Praxis der brandenburgischen Flachglashütten geläufige Faustregel, 50 *qm* pro Arbeiter und Woche, zu bestätigen. Bezieht man die Produktionszahlen des Adreßbuches auf die Personalangaben der gewerblichen Betriebszählung, so erhält man folgende Leistungquoten pro Arbeiter und Jahr (abgerundet auf volle Hundert nach oben):

qm	in Betrieben	*qm*	in Betrieben
2 200	1	3 400	2
2 700	1	3 500	3
3 000	2	3 600	1
3 200	3	3 900	1

Demnach beträgt die Leistungsquote pro Arbeiter und Jahr in 10 von 14 Betrieben zwischen 3 000 und 3 500 *qm*.

Die Zahlen sind für Rentabilitäts- und Unkostenberechnungen nicht zu gebrauchen, weil fraglich ist, ob die Differenzen nicht durch den verschieden hohen Anteil der einzelnen Glasstärken entstanden sind.

Die Gesamtproduktion der brandenburgischen Tafelglashütten ist nach dem Stande von 1925 auf 3,2 bis 3,4 Millionen *qm* zu schätzen. Davon kamen 2,8 bis 3 Millionen *qm* auf den Kreis Sorau. Rechnet man mit einem Durchschnittsgewicht von 9 *kg* pro *qm*[1]), so würden das 28 000 bis 30 000 Tonnen Tafelglas sein.

Die Glaserzeugnisse gehen zum Teil in Industrie und Gewerbe (so die Bierflaschen in die Bierbrauereien, die Beleuchtungsgläser in die Lampenindustrie), zum Teil sind es typische, der Mode unterworfene Konsumgüter, deren Absatz sich nach den allgemeinen Einkommensverhältnissen richtet (so die Kristallgläser, die Photoplatten, Vasen usw.). Die Tafelglasindustrie beliefert den Baumarkt und die Möbelindustrie.[2])

Die Richtung des Absatzes aus der Verkehrsstatistik zu bestimmen, bereitet dadurch einige Schwierigkeiten, daß Glas, Glaswaren und die Glasscherben, welche von den Hütten mit eingeschmolzen werden, zu einer Position zusammengefaßt sind.

Berlin

	1913	1925	1926	1927
	Tonnen Glas und Glasabfälle			
versandte	35 943	27 400	27 177	29 654
empfing	87 714	77 201	61 903	73 179.
Der Einfuhrüberschuß betrug	51 771	49 801	34 726	43 525

Brandenburg

	1913	1925	1926	1927
	Tonnen Glas			
versandte	74 772	79 994	76 529	90 210
empfing	16 332	15 925	12 676	14 676.
Der Ausfuhrüberschuß betrug	58 440	64 069	63 853	75 534

Den Berliner Verbrauch deckten zum weitaus größten Teil die Glashütten Brandenburgs, Niederschlesiens und des Landes Sachsen. Kristallspiegelglas kommt aus dem rheinischen Gebiet, das geblasene Spiegelglas aus Bayern. Unter den Sendungen aus dem Auslande dominieren die Glaslieferungen aus Böhmen oder, wie der jetzige Name lautet, aus der Tschechoslowakei.

[1]) Ob die von der Stralauer Flaschenglashütte bewirtschaftete Sandgrube das Rohmaterial für die Hütte stellt, war zweifelsfrei nicht zu ermitteln. — [2]) In der Anfang 1930 gegründeten Deutschen Flaschenverkaufs G. m. b. H. entfällt auf die Stralauer Glashütte eine Quote von 48,45 Millionen Flaschen. — [3]) In zwei Fällen wurden die sonst ziemlich genau mit dem Urmaterial der gewerblichen Betriebszählung übereinstimmenden Angaben des Adreßbuches durch die Zahlen der Betriebszählung korrigiert. In dem einen Fall war das gesamte Personal, auch der angeschlossenen andersgearteten Betriebe, in der Glashütte gezählt worden.

[1]) 4/4 Glas (2 *mm*) = 6 *kg*, 6/4 Glas (3 *mm*) = 9 *kg* und 8/4 Glas (4 *mm*) = 12 *kg*. — [2]) Allerdings wollen einige Berliner Möbeltischler von dem brandenburgischen Flachglas nichts wissen. Sie beziehen das angeblich bessere böhmische Flachglas.



Berlin bekam . . . . Tonnen Glas

aus	1913	1925	1926	1927
Niederschlesien	28 196	21 923	17 133	14 674
Brandenburg	18 533	13 887	12 227	14 703
Land Sachsen	15 900	15 534	10 590	12 378
Thüringen, Merseburg, Erfurt	4 034	5 071	4 612	8 755
Ruhrgebiet.	2 627	5 327	3 306	5 450
Rheinland und Westfalen ohne Ruhrgebiet	5 449	3 265	3 718	3 949
Hannover—Oldenburg	2 613	5 293	3 814	3 219
Bayern.	1 502	2 032	1 587	1 851
Ausland direkt	1 278	2 814	2 575	4 868
„ über Hamburg und Stettin	2 175	156	202	803

Der Rückgang des berlinischen Empfanges aus Niederschlesien ist eine Folge der durch die Errichtung der Maschinenglashütte in Berlin zwischen den Berliner Osramwerken (bezw. der AEG) und den niederschlesischen Hütten (Weißwasser) veränderten Verkehrsbeziehungen. Der Rückgang des Empfanges aus dem Land Sachsen kann auf die Aufstellung der zweiten Owens-Maschine in der Stralauer Glashütte zurückzuführen sein. Dadurch sind die Flaschenlieferungen des Siemens-Glas-Konzerns[1]) und zum Teil vielleicht auch die Flaschenlieferungen aus der Provinz Brandenburg hinfällig geworden.[2])

Der Berliner Versand geht der Hauptmasse nach über Hamburg oder Stettin oder auch direkt ins Ausland. Ob die übrigen Versandposten solche sind, die von Berlin, dem Musterlager der deutschen Glasindustrie, zur Verteilung kommen, oder ob es sich um Glasscherben für die Hütten handelt, ist fraglich. Lieferungen, die nach Pommern oder nach Mecklenburg gehen, geben sich als Lieferungen neuer Ware zu erkennen. Doch alle diese Sendungen haben keine Bedeutung gegenüber den nach Brandenburg, Niederschlesien, dem Land Sachsen, der Provinz Sachsen und Thüringen gehenden. Hier ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich um Glasbruch handelt.

Vom Berliner Glasversand gingen . . . Tonnen

	1913	1925	1926	1927
nach dem Ausland[3])	11 727	8 115	9 079	9 470
davon: direkt.	2 561	2 442	1 933	2 734
über Hamburg[3]) . .	7 601	2 776	6 054	5 976
„ Stettin[3]) . . .	1 565	897	1 092	760
Brandenburg	6 482	4 201	3 957	3 759
Niederschlesien	2 364	2 414	1 200	2 444
Land Sachsen	2 746	2 680	3 564	3 786
Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen.	2 376	3 156	2 918	2 691

Nach Brandenburg lieferten außer Berlin nur noch Niederschlesien und das Land Sachsen mehr als 1 000 Tonnen Glas. Was außer von diesen Gebieten nach Brandenburg eingeht, sind ganz geringfügige, vielfach unter 100 Tonnen bleibende Posten. Es sandten nach Brandenburg . . . Tonnen Glas und Glaswaren

	1913	1925	1926	1927
Niederschlesien	4 179	5 419	3 805	3 489
Land Sachsen.	2 348	2 172	1 762	3 042.

Diese Sendungen können nur den Grenzverkehr betreffen oder sie müssen Spezialgläser enthalten (z. B. Kristallglas aus dem niederschlesischen Kristallglaszentrum). Daß gewöhnliche Massenware von Süden her über den Wall der in der brandenburgischen Niederlausitz befindlichen Glashütten nach Brandenburg eindringen könne, ist für den Normalfall nicht anzunehmen. Den auswärtigen Standorten der Glasindustrie sind nämlich die wichtigsten Glasversandstationen der Provinz Brandenburg unmittelbar vorgelagert: In der brandenburgischen Westecke Senftenberg (Flaschen- und Beleuchtungsglas) mit einem Versand von 3 001 Tonnen 1913, 4 412 Tonnen 1926 und 5 388 Tonnen 1927; in der Mitte Petershain (Beleuchtungsglas, Maschinenglas, Flachglas) mit einem Versand von 13 633 Tonnen 1913, 12 178 Tonnen 1926 und 12 489 Tonnen 1927 und Döbern bei Forst (Flachglas, Hohlglas) mit einem Versand von 17 325 Tonnen 1913, 13 470 Tonnen 1926 und 21 060 Tonnen 1927; in der Ostecke Triebel (Wirtschaftsglas, Flachglas) mit einem Versand von (ca. 3 500 Tonnen 1913,) 3 868 Tonnen 1925, 3 453 Tonnen 1926 und 3 937 Tonnen 1927 und Kunzendorf (überwiegend Flachglas) mit einem Versand von 4 291 Tonnen 1913, 4 538 Tonnen 1925, 3 465 Tonnen 1926 und 4 229 Tonnen 1927. Die letztgenannte Station hat nach der fast restlosen Stillegung der brandenburgischen Flachglasindustrie[1]) infolge der Mechanisierung einer einzigen Flachglashütte im Kreise Sorau durch Übernahme des Fourcaultschen Ziehverfahrens ihren Versand auf etwa das Doppelte (1928: 9 138 *t*) erhöht. Zwischen den genannten Orten liegt noch eine ganze Anzahl weiterer Stationen; ihr Glasversand ist aber verhältnismäßig geringer. Im Osten, am Zusammenfluß von Oder und Spree-Oder-Kanal, ist außerdem noch Fürstenberg als namhafte Versandstation zu nennen. Da sich der gesamte Schiffsversand der Provinz Brandenburg auf dem mittleren Wasserstraßennetz der Provinz (sogenannte „Märkische Wasserstraßen" in der Verkehrsstatistik [Verkehrsbezirk 17 c]) nur auf den Hafen Fürstenberg beziehen kann, muß der Versand an Glas und Glaswaren aus Fürstenberg

	1925	1926	1927
per Bahn	2 653	2 362	2 181
per Schiff[2])	3 702	4 900	3 907
insgesamt	**6 355**	**7 262**	**6 088**

Tonnen betragen haben.

Mithin ist bloß die brandenburgische Westgrenze für die Glaswareneinfuhr frei. Und hier befinden sich in nächster Nähe keine Glashütten, denen die Versorgung des Gebietes leichter fallen könnte als den Hütten der brandenburgischen Niederlausitz.

Umgekehrt ist das Marktgebiet für brandenburgische Glaswaren ein recht ausgedehntes. Neben dem Versand nach Berlin sind besonders die Sendungen ins Ausland recht erheblich. Sie sind sogar der wichtigste Versandposten der brandenburgischen Glasindustrie. Allerdings wird über den Verlust der Auslandsmärkte geklagt.

[1]) Die A.G. für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden stand 1922 mit einem Kontingent von 104 Millionen Flaschen nach den Gerresheimer Glashüttenwerken an der zweiten Stelle in der Reihe aller deutschen Flaschenglasunternehmungen. Sie beherrschte Firmen in Sachsen, Schlesien und Hannover. — [2]) Übrigens mag hier erwähnt werden, daß die Berliner Flaschenindustrie in der Zählung von 1925 eine schlecht ausgewertete Gewerbeart ist. Darin enthalten sind 1 Flaschenglashütte mit 800 Personen und 10 Isolierflaschenfabriken mit 417 Personen. Letztere beziehen fast ausnahmslos die Glasgefäße aus den thüringischen Glashütten und montieren sie in die metallenen Schutzgefäße ein. Selbst wenn sie im einzelnen nicht die fertigen Gefäße, sondern nur die Glasrohre kaufen und sie über der Bunsenflamme formen, so sind sie doch höchstens Glasbläsereien vor der Lampe, aber keine Flaschenglashütten. Im großen und ganzen wäre ihre Einordnung (was Berlin angeht!) in die Gewerbegruppe: Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren richtiger. — [3]) Fraglich, wieviel davon Verbrauch in Hamburg und Stettin.

[1]) In der Zählung von 1925 sind durch Doppelzählung einer Flachglashütte im Kreise Calau mit 67 Personen fälschlicherweise 15 anstatt 14 Flachglashütten gezählt worden. — [2]) Fast ausschließlich nach Hamburg. Ob der ganze Schiffsversand aus den Fürstenberger und Finkenheerder Glashütten gestellt wird, ist fraglich. Es sind in Fürstenberg von der Bahn auf die Wasserstraße umgeschlagen worden: 1925: 2 986 *t*, 1926: 2 613 *t* und 1927: 1 736 *t*. Darunter können Niederlausitzer Glassendungen sein.

„Was den Export anlangt, so ist wiederholt in diesen Jahresberichten betont worden, daß in der Vorkriegszeit der Export das Rückgrat der Industrie war, daß aber in der Nachkriegszeit der Export stark zurückgegangen ist. Im Ausland ist jetzt nicht mehr 1/3 der Verkehrsmenge abzusetzen.“ (Niederlausitzer Wirtschaftsblatt 1927, Seite 8). Nach Schwarzer (Die Niederlausitzer Weißhohlglasindustrie, Diss. Marburg 1924, S. 37) ist „nach dem übereinstimmenden Urteil zahlreicher Fachleute“ weit mehr als die Hälfte der Erzeugung der brandenburgischen Weißhohlglasindustrie entweder direkt oder durch Vermittlung von Exporteuren ins Ausland abgesetzt worden.

Die Ergebnisse der Verkehrsstatistik lassen sich mit diesen Klagen nicht in Einklang bringen. Brandenburg versandte ... Tonnen Glas und Glaswaren

nach	1913	1925	1926	1927
dem Ausland[1][2]	13 684	24 223	29 591	26 158
davon: direkt	1 976	3 980	5 124	4 868
(über) Hamburg[1]	3 348	9 135	10 772	8 189
„ Stettin[1]	2 144	1 620	1 743	1 971
„ Umschlag in Riesa[2]	6 216	9 488	11 952	11 130

Selbst wenn man zugeben muß, daß die Zahlen zu hoch sind, besonders weil in Riesa nicht nur brandenburgische, sondern auch niederschlesische und sächsische Glaswaren umgeschlagen werden und in den Hamburger und Stettiner Zahlen der Eigenverbrauch der beiden Hafenstädte enthalten ist, so spricht doch gegen einen Rückgang des Auslandsabsatzes die statistisch nachweisbare Steigerung der direkten Auslandslieferungen. Diese Tatsache würde nur dann nicht als Gegenbeweis gelten können, wenn die Steigerung der direkten Lieferungen durch einen Rückgang der indirekten Auslandslieferungen über Riesa und über die Hamburger und Stettiner Läger überkompensiert sein sollte. Warum sollten aber in einem doppelt so hohen Gesamtversand aus Riesa und nach Hamburg und Stettin weniger brandenburgische Auslandslieferungen enthalten sein als vor dem Kriege? Auch der Berliner und der sächsische Auslandsabsatz ist gestiegen. Unter Berücksichtigung der Vorbehalte kann man annehmen, daß 1913 etwa 15 bis 20 v. H. und 1925 und die folgenden Jahre im Durchschnitt 30 v. H. des brandenburgischen Glasversandes ins Ausland gingen[3]). Es ist anzunehmen, daß die Meinung — eine Statistik führen weder die Verbände, soweit solche da sind, noch die Handelskammern —, der Auslandsmarkt sei für brandenburgische Glaserzeugnisse weniger aufnahmebereit als vor dem Kriege, dadurch entstanden ist, daß die Mechanisierung — so geringfügig sie in vieler Hinsicht auch noch sein mag — mehr Hütten als früher auf die Herstellung der für die Ausfuhr in Betracht kommenden Artikel verweist und sich dadurch nur die Exportquote je Hütte gesenkt hat. Aber für den Export aller Hütten zusammen stimmt das sicher nicht.

Außer den Sendungen ins Ausland verschickte Brandenburg ... Tonnen Glaswaren

nach	1913	1925	1926	1927
Berlin	18 533	13 887	12 227	14 703
Land Sachsen[1]	11 827	15 417	17 582	19 416
Niederschlesien	6 106	4 812	4 426	7 003
Prov. Sachsen, Anhalt u. Thüringen	6 484	4 226	4 108	6 750
Hannover-Oldenburg	5 679	4 634	5 123	5 556
Rheinland-Westfalen	4 214	5 953	4 205	5 748
Hessen-Nassau	2 122	1 879	1 309	1 709
Pommern ohne Stettin	1 082	1 176	837	1 178
Bayern	1 379	3 882	2 594	3 782
Posen bezw. Grenzmark	2 949	509	381	591

Über 1 000 Tonnen gingen außerdem noch nach Ostpreußen und nach Schleswig-Holstein. Der nicht aufgeführte Versand enthält durchweg kleinere Posten. Jedenfalls gibt es in Deutschland kein Gebiet, welches nicht mit brandenburgischen Glaserzeugnissen beliefert wird.

Abgesehen von den Verschiebungen zwischen Berlin und dem Land Sachsen, welche vermutlich überwiegend durch das Wachstum des Umschlags in Riesa hervorgerufen worden sind, hat demnach der Inlandsmarkt keine nennenswerten Veränderungen erfahren. Die Lieferungen nach dem Osten sind ausgefallen. Dieser Verlust ist jedoch durch den Mehrversand nach Westdeutschland und nach Bayern mehr als aufgeholt worden.

5. Die Rohmaterialversorgung und der Absatz der berlin-brandenburgischen Metallindustrie.

Die Rohmaterialversorgung der berlin-brandenburgischen Metallindustrie (im weitesten Sinne) ist infolge der fehlenden Angleichung zwischen der gewerblichen Betriebsstatistik und der Güterverkehrsstatistik und wegen der geringen Differenzierung der bezüglichen Warenpositionen nur höchst unvollkommen darzustellen; ebenso sind auch aus denselben Gründen die durch den Absatz und die Einfuhr von Fertigfabrikaten geschaffenen Verkehrsbeziehungen ziemlich undurchsichtig.

Da in Berlin-Brandenburg verhältnismäßig wenig Rohmaterial erzeugt wird, besteht die Rohmaterialversorgung entweder in der Anlieferung von Rohstoffen (Roheisen z. B.) oder von Halbfabrikaten. Zum Teil wird auch das besonders in Berlin in verhältnismäßig konzentrierten Massen anfallende Bruch- und Abfallmaterial zu Halb- und Fertigerzeugnissen verarbeitet (Messingindustrie, Stahlwerk).

a) Die Aluminiumerzeugung und -lieferungen.

Nur das brandenburgische Aluminiumwerk Lauta gewinnt (im engsten Sinn) das für die Weiterverarbeitung bestimmte Rohmaterial. Da außerdem der Rohstoffbezug und die Ablieferung der daraus gewonnenen Erzeugnisse über die Bahnstation Schwarzkollm im Verkehrsbezirk Niederschlesien geht, der brandenburgische Aluminiumverkehr durch die Statistik also einem nichtbrandenburgischen Verkehrsbezirk zugeschrieben wird[2]), soll die brandenburgische Aluminiumproduktion im Rahmen der Eisen- und Metallindustrie vorweg gesondert behandelt werden.

Der Urstoff der Aluminiumerzeugung ist der Bauxit, aus dem in großen Drehrohrkesseln und nach Anwendung stufenweise sich ablösender chemischer Verfahren die kalzinierte Tonerde gewonnen wird. Diese wird in der Elektrolyse vom Sauerstoff gereinigt. In den Wannen, in denen sich die Elektrolyse vollzieht, bleibt dann das reine Aluminiummetall zurück. Zur Herstellung von einer Tonne Aluminium werden etwa 4 Tonnen Bauxit, 100 *kg* Kryolith und 650 *kg* Elektrodenkohle verbraucht. Recht erheblich ist der Stromverbrauch. Die Rentabilität eines Aluminiumwerkes steht und fällt mit dem billigen Strombezug. Da in der Elektrolyse pro Tonne

[1]) Fraglich ist, was davon in Hamburg und Stettin verbraucht worden ist. — [2]) Fraglich ist, wieviel niederschlesisches und sächsisches Glas darin enthalten ist. Die Glassendungen aus Niederschlesien nach dem Land Sachsen betragen durchschnittlich 60—75 v. H. des brandenburgischen Versandes nach dorthin. Jedoch ist bei der Lage der niederschlesischen Glashütten, abgesehen von den an der brandenburgischen Grenze gelegenen, ein Umschlag in Riesa für die niederschlesischen Hütten nicht in dem Maße anzunehmen wie für die brandenburgischen. Mithin müßte der niederschlesische Anteil am Umschlag in Riesa unter 40 v. H. bleiben. — [3]) Der Versand nach den übrigen Ostsee- und Nordseehäfen, der 1913: 2 844 Tonnen und 1927: 2 879 Tonnen betrug, ist in die Berechnung nicht miteinbezogen worden.

[1]) Darin ist der Umschlag in Riesa enthalten. — [2]) Vgl. die Zwischenbemerkung zur folgenden Tabelle über die Bauxiteingänge des Lautawerkes (S. 237, rechte Spalte oben).



Aluminium 29 000 *kwh* Strom verbraucht werden und in der Niederlausitz zur Erzeugung einer *kwh* Strom etwa 3 *kg* Braunkohle erforderlich sind, müssen pro Tonne Aluminium 87 Tonnen Braunkohle in elektrische Energie umgewandelt werden. Unter Hinzurechnung des Stromverbrauches für das Produktionsstadium vom Bauxit bis zur Gewinnung der kalzinierten Tonerde (ca. 11 000 *kwh*) ist für das Niederlausitzer Lautawerk der Braunkohlenverbrauch pro Tonne Aluminium auf ungefähr 120 Tonnen zu veranschlagen. Da das Kraftwerk Lauta ausschließlicher Stromlieferant des Lautawerkes ist, und es seine Braunkohle von der Grube Erika bezieht, kann man bei einer (niedrig geschätzten) Produktion des Lautawerkes von 8 000 Tonnen Reinaluminium pro Jahr annehmen, daß 1925 annähernd $^1/_2$ der Förderung der Grube Erika (1925/26: 3,35 Millionen Tonnen) der Aluminiumfabrikation des Lautawerkes zugeflossen ist, oder rund $^3/_4$ des Gesamtrohkohlenabsatzes (1925/26: 1,3 Millionen Tonnen). Da die Anlage- und Unterhaltungskosten einer Drehrohrofenanlage es der Vereinigten Aluminiumwerke A. G. zweckmäßig erscheinen ließen, die Aufbereitung des Bauxits und die Gewinnung der Tonerde auch für die Zweigfabrik in Töging (Bayern) und für das zum Reichskonzern gehörende Erftwerk (linksrheinische Rheinprovinz), soweit der Bedarf nicht durch Lieferungen von betriebsfremden Tonerdefabriken gedeckt wurde, in Lauta zu zentralisieren, ist der Kohlenverbrauch für den Strombedarf des Lautawerkes noch größer und dürfte um 2 Millionen Tonnen liegen (was bedingt, daß der Rohkohlenabsatz der Grube Erika sich in den Jahren 1926/27 sehr erheblich vergrößert haben muß[1]).

Der Bauxitempfang des Lautawerkes, das in den ersten Kriegsjahren errichtet worden ist, betrug (nach Angaben des Lautawerkes)

1925 . . . 46 000 *t*
1926 . . . 71 500 *t*
1927 . . . 251 000 *t*.

Die Hauptmenge des Bauxits kommt, nachdem ungarische Gruben von der Vereinigten Aluminiumwerke A.G. erworben worden sind, aus Ungarn. Die Herkunft und der Weg dieser Rohstoffmengen geht aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

Die Bauxiteingänge des Lautawerkes.

	über Riesa	über Torgau	über Fürstenberg	per Bahn aus Ungarn	zusammen
1925	aus Istrien				
	38 713 *t*	**7 230 *t***		**47 *t***	**45 990 *t***
1926	aus Istrien				
	18 450 *t*	20 128 *t*	8 350 *t*	2 012 *t*	
	aus Frankreich				
	1 200 *t*	7 391 *t*	1 630 *t*		
	aus Dalmatien				
	6 300 *t*	5 760 *t*	—		
	aus Griechenland				
	—	300 *t*	—		
	25 950 *t*	**33 579 *t***	**9 980 *t***	**2 012 *t***	**71 521 *t***
1927	aus Istrien				
	5 683 *t*	—		230 745 *t*[2])	
	aus Dalmatien				
	5 000 *t*	2 044 *t*			
	aus Frankreich				
	3 973 *t*	983 *t*			
	aus Griechenland				
	—	3 220 *t*			
	14 656 *t*	**6 247 *t***		**230 745 *t***	**251 648 *t***

Für einen Vergleich mit der offiziellen Güterverkehrsstatistik sei bemerkt, daß der Umschlagshafen Riesa im Verkehrsbezirk 20 (Land Sachsen), der Umschlagshafen Torgau im Verkehrsbezirk 18c (Elbe in der Provinz Sachsen, mit Ausnahme der Stadt Magdeburg, und in Anhalt) liegt, Fürstenberg zum Verkehrsbezirk 17c (Märkische Wasserstraßen) gehört, und die von der Wasserstraße auf die Bahn in den Verkehrsbezirken 20 (Land Sachsen), 19a (Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt) und 17c (Brandenburg) zum Weiterversand nach dem brandenburgischen Aluminiumwerk umgeschlagenen Mengen nicht als Versand nach Brandenburg (Verkehrsbezirk 17), wie zu erwarten wäre, sondern als Versand nach dem Verkehrsbezirk 15 (Niederschlesien) angeschrieben werden. Das hängt damit zusammen, daß die Bahnstation des Lautawerkes, Schwarzkollm, an der brandenburgischen Grenze in der Provinz Niederschlesien liegt und durch ein Privatanschlußgleis mit dem Lautawerk verbunden ist. Der Empfang des Bauxites aus Ungarn wird Empfang des Verkehrsbezirks 15 aus Verkehrsbezirk 53 (Ungarn).

Von der in Lauta gewonnenen Tonerde, die nach dem Aufbereitungsprozeß nur noch halb soviel wiegt wie der für die Herstellung erforderliche Bauxit, wurden versandt nach

	Töging	Bitterfeld
1925	8 578	9 163 Tonnen
1926	18 279	— „
1927	17 223	— „ .

Die Bitterfelder Aluminiumfabrik, vordem ein von dem Konsortium Metallbank-J. G. Farbenindustrie abgepachteter Betrieb, ist seit 1926 aus der Unternehmungseinheit der Vereinigten Aluminiumwerke ausgeschieden. Sie bezieht ihre Tonerde nunmehr von der Firma Giulini in Ludwigshafen a. Rh. welche auch 14 000 *t* Tonerde (verarbeiteten Bauxit also) an die Vereinigten Aluminiumwerke abgibt. Diese Mengen werden natürlich dem am nächsten gelegenen Erftwerk in der linksrheinischen Rheinprovinz (Verkehrsbezirk 26) resp. der Töginger Zweigniederlassung direkt zugeleitet.

Bezüglich des Versandes vom Lautawerk nach Töging bleibt eine die Verkehrsstatistik betreffende Frage ungeklärt. 1925 wurden in der Warenposition 21b (Porzellanerde, Ton, Bauxit usw.) vom Verkehrsbezirk 15 nach dem Verkehrsbezirk 37 15 976 Tonnen, 1926 vom Verkehrsbezirk 15 nach dem Verkehrsbezirk 36 19 447 Tonnen und 1927 ebenfalls nach dem Verkehrsbezirk 36 18071 Tonnen versandt. Da nur diese beiden Posten den Versand vom Lautawerk nach Töging enthalten können, muß entweder die Grenze zwischen den beiden Verkehrsbezirken 36 und 37 (Nordbayern und Südbayern) seit dem Jahre 1926 anders verlaufen als 1925, so daß Töging 1925 zum Verkehrsbezirk 37 und seit 1926 zum Verkehrsbezirk 36 gehört, oder aber 1925 eine falsche Anschreibung erfolgt sein.

Der Absatz des Reinaluminiums, der erst für die Nachkriegsjahre in Betracht kommt und sich ausschließlich per Bahn über die Station Schwarzkollm in Niederschlesien vollzieht, läßt sich nur indirekt, allerdings mit einer verhältnismäßig großen Sicherheit, darstellen. Nicht ausreichend läßt sich der Aluminiumverbrauch in den einzelnen Gegenden darstellen. Heranzuziehen ist für die Jahre 1925 und 1926 die Warenposition 19b „Unedle Metalle und Waren daraus, ohne Blei, Eisen, Zink"; für das Jahr 1927 die Warenposition „Aluminium, Antimon, Nickel, Zinn und sonstige unedle Metalle", d. h. dieselbe Warenposition der beiden Vorjahre, aus der aber das Kupfer und die Kupferwaren und die „Abfälle und Altwaren von unedlen Nichteisenmetallen usw." ausgeschieden worden sind. Es wurden aus Niederschlesien (Verkehrsbezirk 15) in den genannten Warengruppen per Eisenbahn versandt (1913: 815 Tonnen!):

[1]) Wahrscheinlich hängen damit die umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen des Ilse-Konzerns zusammen, über die leider nur zu erfahren war, daß „infolge der durch die Mechanisierung entstandenen vollkommen veränderten Betriebsverhältnisse . . . . sich die (aus dem Geschäftsbericht für 1928) fortgelassenen (Lohn-) Ziffern in keiner Weise mehr mit denjenigen der früheren Zeit, vergleichen lassen . . . ." — [2]) Nach der Verkehrsstatistik bekam die Provinz Niederschlesien im Jahre 1927 per Bahn

aus Ungarn . . . . 184 822 Tonnen
„ Tschechoslowakei . 77 189 „

	1925	1926	1927	Zum mengenmäßigen Vergleich mit den Vorjahren sind für 1927 hinzuzurechnen Tonnen	
	Tonnen			Kupfer	Altmetall
insgesamt . . .	**10 413**	**11 155**	**9 610**	**123**	**2 305**
Davon nach					
Ruhrgebiet	1 651	1 184	1 851	—	9
Westfalen ohne Ruhrgeb.	1 079	1 194	1 134	—	8
linksrhein Rheinprovinz einschl. Köln	214	793	1 852	—	27
Baden	648	8	675	—	23
Nordbayern	115	683	920	—	—
Land Sachsen	1 582	1 184	703	4	281
Breslau, Stadt	628	910	506	56	613
Hessen-Nassau einschl. Frankfurt a./M. . . .	1 313	937	419	—	2
Elbhäfen	504	1 203	414	—	12
Brandenburg	434	404	325	16	331
Oberschlesien	142	124	271	5	98
Berlin	787	637	177	50	611
Hannover – Oldenburg .	156	434	120	—	40

Mit Sicherheit läßt sich auf Grund dieser Zahlen zunächst feststellen, daß etwa $^1/_3$ der Aluminiumproduktion des Lautawerkes in die rheinisch-westfälischen Metallhütten- und Walzwerke geht und zum größten Teil vermutlich von den mit der Vereinigten Aluminiumwerke A. G. konzernmäßig verbundenen Gesellschaften abgenommen wird. Rechnet man die nach der linksrheinischen Rheinprovinz gegangenen, entweder von der Vereinigte Leichtmetall A. G. Bonn oder im Ausgleichswege vom Erftwerk bezogenen Mengen hinzu, so ergibt sich, daß mindestens die Hälfte der Aluminiumproduktion des Lautawerkes im eigenen Konzern zur Weiterverarbeitung kommt. Die nach Hessen-Nassau (fast ausschließlich nach Frankfurt a./M.) gegangene Aluminiumproduktion könnte durch die Opelwerke angekauft worden sein. Der Rückgang des Versandes nach dorthin scheint damit zusammenzuhängen, daß als Aluminiumlieferant anstelle des Lautawerkes die Aluminiumfabrik Bitterfeld getreten ist[1]). Da die Aluminiumhalbzeug- und fertigfabrikation in Berlin und Brandenburg nur schwach vertreten ist, nimmt es nicht wunder, daß beide Provinzen mit am wenigsten von der gesamten Produktion des Lautawerkes aufnehmen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das Bitterfelder Werk offenbar erheblich mehr Aluminium auf den Berliner Markt liefert als das Lautawerk[2]). Vielleicht hängt der (zunächst nur vermutete[3])) Minderverbrauch an Reinaluminium in Berlin auch damit zusammen, daß entweder die Berliner Aluminiumgießereien Altaluminium aufbereiten oder in Berlin — abgesehen von dem Fertigwarenbezug (an Küchengeschirr z. B. aus den rheinischen Fabriken) — vornehmlich Aluminiumlegierungen aus den rheinischen Betrieben des reichseigenen Aluminiumkonzerns bezogen werden (Elektroindustrie!). Für die Richtigkeit dieser letzten Annahme sprechen die Anteile, mit der die einzelnen Verbrauchergruppen an der Abnahme des Reinaluminiums und der Aluminiumlegierungen in Deutschland beteiligt sind. Der Hauptabnehmer des Aluminiums ist mit 30,8 v. H. die Metallwarenindustrie. Eine der wichtigsten Gruppen darunter sind die Aluminiumfolienwalzwerke, die etwa 10 v. H. der deutschen Aluminiumproduktion abnehmen. (Die Aluminiumfolie dient zum Einpacken von Zigaretten, Schokolade, neuerdings als Wandbekleidung und hat der Zinnfolie den Platz als das Packmaterial für Nahrungs- und Genußmittel entschieden streitig gemacht.) Das Erftwerk berichtet im Jahre 1927, daß die Aluminium-Walzwerks- und -Folienindustrie „gemeinsam Abnehmerinnen für etwa $^3/_8$ unseres Jahresabsatzes an Aluminium waren". Weiter nehmen die Elektrotechnik 6,2 v. H., der Lokomotiv-, Waggon- und Schiffsbau 4,9 v. H., die Automobilindustrie 12 v. H., das Handwerk 1,3 v. H., der Handel 6,1 v. H. und alle übrigen Abnehmergruppen 25 v. H. der deutschen Aluminiumerzeugung ab. 13,7 v. H. werden ausgeführt.

[1]) Frankfurt a./M. empfing per Bahn aus dem Bitterfeld enthaltenden Verkehrsbezirk 19a 1925: 658 Tonnen, 1926: 487 Tonnen und 1927: 1 261 Tonnen Aluminium, Antimon, Nickel usw. (außerdem 418 Tonnen Kupfer und Altmetall). — [2]) Im Jahre 1927 wurden aus dem Verkehrsbezirk 19a in der entsprechenden Warenposition 3 314 Tonnen Aluminium, Antimon, Nickel, Zinn usw. angeliefert. Doch kann bei weitem nicht alles Aluminium sein. — [3]) Vgl. Seite 245.

Von der gesamten Aluminiumerzeugung werden schätzungsweise 15 bis 20 v. H. zu Aluminiumlegierungen verarbeitet. Zu bestimmten Zeiten kann der Anteilsatz auch kleiner sein. Der Abnehmerkreis für Aluminiumlegierungen ist in seiner Zusammensetzung völlig verschieden von dem für Reinaluminium. Es nahmen ab die Metallindustrie 5,1 v. H., die Elektrotechnik 13,2 v. H., die Lokomotiv-, Waggon- und Schiffsbauindustrie 27,2 v. H., die Autoindustrie 40,1 v. H., Handwerk und Handel nichts, Ausfuhr 4,4 v. H. und die anderen Abnehmergruppen 10 v. H.

b) Die berlin-brandenburgische Roheisenversorgung.

Das Rohmaterial der berlin-brandenburgischen Eisenindustrie (im weitesten Sinne) ist das Roheisen, welches, außer dem durch die Schrottverarbeitung in Berlin-Brandenburg selbst gewonnenen Roheisen, in erheblichen Mengen aus den Hüttenzentren eingeführt wird. Erzanlieferungen kommen nicht in Betracht. Entweder handelt es sich um einen geringfügigen Erzumschlag oder um Schwefelkies, welcher in den Schwefelsäurefabriken verarbeitet wird und dessen Abbrände aus Berlin-Brandenburg zur Verhüttung hauptsächlich nach dem Hochofenwerk Lübeck geschickt werden (vgl. Seite 231 Anmerkung 7). Der Verbrauch an Hüttenroheisen betrug in den berlin-brandenburgischen Gießereien 1913 rund 120 000 Tonnen, 1925: 100 000 Tonnen, 1926: 59 000 Tonnen, 1927: 86 000 Tonnen.

In der Verkehrsbilanz stellte sich der Berliner Verbrauch wie folgt dar (in Tonnen):

	1913	1925	1926	1927
Roheisenversand	962	8 863	5 709	9 111
Roheisenempfang	82 714	64 511	41 425	68 971
Einfuhrüberschuß	81 752	55 648	35 716	59 860.
Brandenburg hatte einen				
Roheisenversand	1 662	1 028	1 366	10 486
Roheisenempfang	49 688	43 617	36 034	75 812
Einfuhrüberschuß	48 026	42 589	34 668	65 326.

Der Einfuhrüberschuß in den beiden Gebieten zusammen hat nach dem Minderverbrauch in den vorhergehenden Jahren im Jahr 1927 wieder nahezu die Vorkriegshöhe erreicht, obgleich demgegenüber der Verbrauch der Gießereien an Roheisen auch noch 1927 nicht nur erheblich (28 v. H.) unter dem Vorkriegsstand, sondern sogar noch, ohne durch den Mehrschrottverbrauch kompensiert zu sein, unter dem Stand von 1925 (15 v. H.) liegt[1]).

[1]) Daß eine genaue Übereinstimmung zwischen der Güterverkehrsstatistik und der Produktionsstatistik der Gießereien nicht erreicht wird, hängt offenbar mit der Bevorratungspolitik und der Lagerhaltung der Gießereien zusammen.

	Roheisenverbrauch der Gießereien	Einfuhrüberschuß	Differenz
1913	120 142 t	129 778 t	9 636 t
1925	101 199 „	98 237 „	2 962 „
1926	59 143 „	70 384 „	11 241 „
1927	86 036 „	125 186 „	39 150 „

Da der gesamte Roheisenversand aus Berlin verhältnismäßig geringfügig ist und sich außerdem aus vielen kleinen Posten zusammensetzt[1]), braucht hier nicht auf ihn eingegangen zu werden. Auch der brandenburgische Roheisenversand ist unbedeutend. Das Jahr 1927 mit dem gegenüber den Vorjahren verachtfachten, vornehmlich nach dem Land Sachsen gehenden Versand ist offenbar ein Ausnahmejahr.

Die Hauptlieferanten für die Berliner Roheisenversorgung sind die folgenden Gebiete (mit . . . Tonnen):

	1913	1925	1926	1927
Ruhrgebiet	16 731	17 989	10 817	9 396
Pommersche Häfen	15 144	11 338	4 348	11 069
Elbhäfen	2 794	7 132	1 741	3 238
Rheinland und Westfalen außer Ruhrgebiet	8 365	10 919	8 546	10 596
Oberschlesien	2 038	5 172	4 049	7 015
Schleswig-Holstein[2])	14 812	3 751	3 336	8 716
Hannover-Oldenburg	343	1 352	2 613	2 733
Lothringen	16 302	772	1 204	673

Die stärkste Veränderung ist durch den Ausfall der lothringischen Roheisenlieferungen entstanden; auch die Roheisenlieferungen aus dem Ruhrgebiet, aus der Hütte Kraft bei Stettin (auch schwedisches über Stettin eingeführtes Roheisen?) und dem Hochofenwerk Lübeck sind zurückgegangen. Anstelle dieser Lieferanten haben sich die Hütten der rechtsrheinischen Rheinprovinz und Oberschlesiens mehr in den Vordergrund geschoben, die letzteren verhältnismäßig besonders stark. Die vor dem Kriege kaum erwähnenswerten, gegenwärtig fast 3000 Tonnen erreichenden Lieferungen aus Hannover-Oldenburg kommen vermutlich aus der Ilseder Hütte im Harz.

Dieselben Liefergebiete, die Berlin versorgen, versorgen auch die Provinz Brandenburg mit Roheisen. Doch ist ihre Reihenfolge nach den Anteilen an der Gesamtversorgung eine andere.

Die Hauptlieferanten des nach der Provinz Brandenburg eingeführten Roheisens sind (mit . . . Tonnen):

	1913	1925	1926	1927
Pommersche Häfen	24 045	11 720	6 788	16 682
Elbhäfen	7 600	449	667	443
Ruhrgebiet	4 135	7 903	4 854	15 226
Oberschlesien	264	9 281	4 607	7 162
Rheinland und Westfalen außer Ruhrgebiet	2 909	5 712	11 168	24 008
Schleswig-Holstein	2 045	2 999	2 528	5 012
Lothringen	5 131	447	341	1 015
Luxemburg	1 134	—	153	969
Nordbayern	37	920	1 698	1 650

Während vor dem Kriege fast 50 v. H. des gesamten brandenburgischen Verbrauchs durch Lieferungen aus Stettin (es handelt sich also um die Roheisenlieferungen der Hütte Kraft und um das aus Schweden kommende Roheisen) gedeckt wurden, ist, teilweise durch den Umbau der Hütte Kraft in den Jahren 1925 und 1926 und durch ihre Umstellung auf Gießereieisen, also auf direkte Kundenbelieferung, eine ganz erhebliche Umlagerung in den Nachkriegsjahren eingetreten. Die rheinisch-westfälischen Lieferungen[3]) haben den pommerschen Lieferungen nach Brandenburg den ersten Platz mit Erfolg streitig gemacht. Mehr als 50 v. H. des brandenburgischen Roheisenempfanges decken nunmehr das Rheinland und Westfalen. Die durch den Verlust von Elsaß-Lothringen erfolgte Einbuße an Lieferungen aus Lothringen war für die brandenburgische Eisenindustrie von geringerer Bedeutung als für die Berliner.

[1]) Die drei Gebiete, welche 1927 — ebenso in den vorhergehenden Jahren — das meiste Roheisen aus Berlin bekamen, sind Brandenburg mit 1 651 Tonnen, das Land Sachsen mit 1 305 Tonnen und das Ruhrgebiet mit 1 289 Tonnen. — [2]) Ohne Verkehrsbezirk 6 (Eisenbahnverkehrsbezirk 6 = Häfen von Rostock bis Flensburg; Binnenschiffahrtsverkehrsbezirk 6 = Wasserstraßen in Schleswig-Holstein und Lübeck ohne Elbe). — [3]) Wenn es sich hierbei nicht lediglich um einen Wechsel der Verkehrswege handelt und anstatt der seewärtigen Lieferungen über Stettin die direkten Lieferungen getreten sind! Vgl. analog Seite 242 oben.

c) Die Schrott- und Luppenlieferungen.

Außerordentlich vielseitig sind die Beziehungen, die sich durch den Verkehr mit dem anderen Grundstoff der berlin-brandenburgischen Eisenindustrie, dem Schrott, ergeben.

Es betrug der Berliner

	1913	1925	1926	1927
Schrottversand	182 649	247 223	229 910	265 667 t,
„ empfang	57 172	35 837	24 933	38 423 t,
„ ausfuhrüberschuß	125 477	211 386	204 977	227 244 t;

der brandenburgische

	1913	1925	1926	1927
Schrottversand	67 461	78 422	97 069	87 028 t,
„ empfang	37 482	107 939	119 757	177 921 t,
„ einfuhr- (ausfuhr- = —) überschuß	—29 979	29 517	22 688	90 893 t.

Zieht man den Schrottverbrauch der Gießereien und den Schrottausfuhrüberschuß des berlin-brandenburgischen Gebietes zusammen, so ergibt sich ein Schrottanfall

	1913	1925	1926	1927
in Höhe von	208 847	253 789	228 479	200 683 t.

Da in diesen Mengen zum nicht geringen Teil Alteisen enthalten ist, muß sich in den Zahlen ein Stück der Betriebsrationalisierung der Nachkriegszeit widerspiegeln.

Als bedeutsamste Veränderung gegenüber der Vorkriegszeit ist bei den Schrottverkehrsbeziehungen festzustellen, daß aus Brandenburg ein Zuschußgebiet für Schrott geworden ist. Diese Veränderung ist die Folge der Gründung eines schrottverarbeitenden Stahlwerkes in Brandenburg a./H. im Jahre 1913 (u. W. z. Zt. das einzige Stahlwerk in Deutschland, welches nur Schrott verarbeitet[1])). In den Verkehrsbeziehungen mit Berlin zeigt es sich, daß die Idee, die damals dem Gründer des Stahlwerkes, Weber, vor Augen schwebte, nämlich Berlin mit seinem Schrottanfall zur Rohstoffbasis für das neue Stahlwerk zu machen, verwirklicht worden ist. Der Schrottausfuhrüberschuß aus Berlin hat sich dagegen erheblich vergrößert und ist mit 227 000 Tonnen über 100 000 Tonnen größer als im letzten Vorkriegsjahr. Daß die Verkehrsbeziehungen zwischen Berlin-Brandenburg und anderen Gebieten ziemlich vielseitig sind und nicht nur erhebliche Mengen Schrott versandt, sondern auch empfangen werden, ist dem Einfluß des Handels zuzuschreiben. Unter den Verkehrsbeziehungen sind allerdings auch viele, die lediglich als Grenzverkehr zu bezeichnen sind, so z. B., daß Brandenburg 1926 aus Berlin ca 86 000 Tonnen empfing, aber auch 12 000 Tonnen nach dort versandte, daß Brandenburg nach der Magdeburger Gegend 1925 2 000 Tonnen versandte und 9 000 Tonnen von dort bekam usw. Darüber hinaus erfährt aber auch der von den Schrott verarbeitenden Werken des öfteren erhobene Vorwurf, daß der Schrottmarkt mancherlei Mißstände aufweist, durch die Aufblähung der Verkehrsbeziehungen eine gewisse Bestätigung. In Fachkreisen wird es z. B. für unmöglich gehalten, die Tatsache eines Schrottversandes aus Berlin in Höhe von 182 000 — 265 000 Tonnen und eines gleichzeitigen Schrottempfanges in Höhe von 57 000 — 38 000 Tonnen, oder einen Schrottversand aus Brandenburg in Höhe

[1]) In welchem Umfange das von der A. E. G. gegründete und 1926 an die Mitteldeutschen Stahlwerke übergegangene Stahlwerk Hennigsdorf Schrott als Zusatz verbraucht, konnte nicht ermittelt werden.

von 67 000 — 97 000 Tonnen neben einem gleichzeitigen Schrottempfang in Höhe von 37 000 — 177 000 Tonnen aus allgemeinwirtschaftlichen Notwendigkeiten, z. B. durch die Sortenfrage, zu begründen. Zu beachten ist auch, daß der Vorwurf der Schrott verarbeitenden Werke gegen den für die Schrottausfuhr zuständigen Reichskommissar, in Zeiten des Schrottüberflußes, also meist auch einer ungünstigen Marktlage für die aus dem Schrott hergestellten Produkte, werde die Schrottausfuhr freigegeben, der Schrott aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet hinausgelassen und so der Schrottverarbeitung die Bevorratung erschwert, durch die Verkehrsstatistik zum Teil als richtig bestätigt wird. Daß dann in besseren Jahren der Schrott im Ausland wieder zu weit höheren Preisen zurückgekauft werden muß, als die Verkaufspreise betragen haben, ist ebenfalls anzunehmen. So betrug beispielsweise für Berlin

	der Versand nach den Elbhäfen	der Empfang aus den Elbhäfen	
1925	1 239	1 407	Tonnen
1926	12 857	685	„
1927	168	3 648	„ .

Da im Berliner Schrottempfang nur der Empfang aus der Provinz Brandenburg ein größerer Posten ist[1]) (1913: 10870 Tonnen = 19 v. H., 1925: 14692 Tonnen = 41 v. H., 1926: 12485 Tonnen = 50 v. H. und 1927: 15583 Tonnen = 40 v. H.), und für Berlin als Schrottproduzenten überwiegend die Frage Bedeutung hat, wohin der Schrott geht, soll nachfolgend nur der Versand aus Berlin dargestellt sein. Es gingen ... Tonnen Schrott von Berlin nach folgenden Hauptempfangsgebieten

	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	21 650	78 519	86 017	112 189
Deutsch-Oberschlesien	107 891	78 560	62 622	63 224
Polnisch-Oberschlesien		9 298	12 210	14 841
Ruhrgebiet	7 848	25 459	11 454	16 966
Land Sachsen	16 191	10 162	8 731	13 974
Rheinld.-Westf. ohne Ruhrgebiet	4 287	8 264	2 736	1 571
Hannover-Oldenburg	2 625	7 322	8 050	22 164
Niederschlesien	6 079	3 629	5 511	4 224.

Das Magdeburger und Thüringer Gebiet hat eine ausgeglichene Schrottbilanz mit Berlin. Es bekam aus Berlin (in runden Zahlen) 1925: 4 700 Tonnen, 1926: 2 300 Tonnen, 1927: 7 500 Tonnen und schickte etwa ebensoviel Schrott nach hier. Brandenburg, der jetzige Hauptabnehmer des Berliner Schrotts, nahm 1913 nur ungefähr 1/6 des Berliner Versandes auf, bekam hingegen 1927 von dem um 1/3 höheren Schrottversand aus Berlin 42 v. H.

Noch viel deutlicher tritt die enge Bindung der brandenburgischen Schrott verarbeitenden Industrie mit Berlin in Erscheinung, wenn man das Verkehrsbild umgekehrt von der Provinz Brandenburg aus betrachtet. Der Schrott, den die Provinz Brandenburg aus Berlin empfing, betrug in Hundertteilen des gesamten brandenburgischen Schrottempfanges 1913: 57,8; 1925: 72,7; 1926: 71,8; 1927: 63,1 (bei einem im Jahre 1927 gegenüber 1913 mehr als fünfmal so großen Gesamtempfang). Daneben treten als Liefergebiete mit größeren Posten nur noch das nahegelegene magdeburg-anhaltische Gebiet (1925: 9571, 1926: 6 992, 1927: 17 488 Tonnen) und das pommern-mecklenburgische Gebiet (Pommern 1913: 3 444, 1925: 5 163, 1926: 3 944, 1927: 11 443 Tonnen; Mecklenburg einschließlich der Häfen bis Flensburg 1913: 1 056, 1925: 3 242, 1926: 2 044, 1927: 5 731 Tonnen) hervor. Zur Ergänzung des oben über den Schrottverkehr mit dem Ausland Gesagten und zur Erklärung des verhältnismäßigen Rückganges der berlinischen Schrottlieferungen nach Brandenburg im Jahre 1927 sei noch bemerkt, daß der brandenburgische Schrottempfang aus den Elbhäfen 1913: 535, 1925: 2 262, 1926: 16 694, 1927: 23 892 Tonnen betrug. Durch die Veränderungen der Verkehrsbeziehungen insbesondere mit Berlin ist der in den südlichen Teilen der Provinz Brandenburg anfallende Schrott in höherem Maße als früher auf den Weg nach den südlich von Brandenburg liegenden Eisen erzeugenden Gebieten verwiesen, insbesondere nach Schlesien und Sachsen; hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in den Nachkriegsjahren durch die Ausmerzung der Kriegsschäden und das Rationalisierungstempo mehr Schrott angefallen ist als in den Vorkriegsjahren. Vom brandenburgischen Schrottversand gingen ... Tonnen

nach	1913	1925	1926	1927
Deutsch-Oberschlesien	29 721	27 719	31 794	22 621
Polnisch-Oberschlesien		2 043	3 026	5 663
Niederschlesien	3 754	3 122	9 153	5 707
Berlin	10 870	14 692	12 485	15 583
Land Sachsen	8 314	11 267	14 415	13 134
Ruhrgebiet	88	6 088	5 829	7 585
Hannover-Oldenburg	293	2 613	5 020	5 110
Prov. Sachsen und Thüringen	5 634	3 820	2 166	4 647.

Ergänzend zum Roheisen und Schrott als Grundstoffen der berlin-brandenburgischen Eisenindustrie treten die „Luppen von Schweißeisen und Schweißstahl, auch Luppenstäbe (Rohschienen), rohe Blöcke von Flußeisen und Flußstahl, auch Stahlknüppel (Billets)“ hinzu. Der mannigfaltigen Verwendungsmöglichkeit des in dieser Warenposition der Güterverkehrsstatistik ausgewiesenen Materials mag es zuzuschreiben sein, daß Versand und Empfang in Berlin einmal einen Ausfuhrüberschuß, das andere Mal einen Einfuhrüberschuß ergeben. Es wurden ... Tonnen Eisenluppen aus (nach) Berlin

	1913	1925	1926	1927
versandt	3	12 494	3 172	3 664
eingeführt	10 407	5 456	2 790	5 642
mehr ausgeführt		7 038	382	
mehr eingeführt	10 404			1 978.

Die brandenburgische Verkehrsbilanz scheint nur der Ausdruck der Schwankungen der Marktlage zu sein. Es wurden ... Tonnen Luppen

	1913	1925	1926	1927
versandt	313	10 156	11 373	5 303
empfangen	1 143	11 062	18 064	8 159
mehr eingeführt	830	906	6 691	2 856.

Doch bestehen hier folgende eigenartige, vorerst noch ungeklärte geographischen Beziehungen: Im Jahr 1925 wurde der Empfang ausschließlich auf dem Bahnwege, und zwar im großen und ganzen zu gleichen Teilen aus Oberschlesien, Berlin und dem Land Sachsen, gedeckt. Der Versand ging (ebenfalls per Bahn) fast vollständig nach dem Land Sachsen. Im Jahr 1926 bezog Brandenburg rund 95 v. H. seines Luppenempfanges aus dem Ruhrgebiet (16 876 Tonnen) und versandte rund 95 v. H. seines Luppenversandes nach den Elbhäfen (10 627 Tonnen). Im Jahr 1927 ist der Luppeneinfuhrüberschuß der Provinz Brandenburg im wesentlichen eine Folge der Luppeneinfuhr aus Oberschlesien (2 782 Tonnen), während die darüber hinausgehende Aufblähung der Verkehrsbilanz auf 5 000 Tonnen Gesamtversand bezw. 8 000 Tonnen Gesamtempfang darauf zurückzuführen ist, daß per Schiff nach Hamburg 3 348 Tonnen versandt und etwa ebensoviel (3 533) Tonnen per Schiff von dort bezogen worden sind.

[1]) Mit Ausnahme des Vorkriegsjahrs, in dem aus dem Ruhrgebiet 20 348 Tonnen Schrott, also doppelt soviel nach Berlin versandt wurde wie aus Brandenburg nach Berlin.

d) **Die Versorgung mit Eisen- und Stahlhalbzeugen.**

Unter den Eisen- und Stahlhalbzeugen (je nach der nicht erkennbaren Zweckbestimmung auch Fertigerzeugnisse) der Güterverkehrsstatistik können unterschieden werden: die allgemeinen Halbzeuge, die zu Bauzwecken, zur Eisen- und Stahlwarenherstellung und auch im Maschinenbau Verwendung finden und die besonderen, für den Eisenbahnbau und den Eisenbahnwagenbau bestimmten. Zur ersten Gruppe gehören drei Arten:

1. Eisen- und Stahlstäbe, Formeisen, Eisenträger und Eisen- und Stahlbleche und -platten,
2. eiserne Röhren und Säulen,
3. Eisen- und Stahldraht.

In der zweiten Gruppe sind enthalten:

1. Eisenbahnschienen und -zubehör,
2. eiserne Eisenbahnschwellen,
3. eiserne Achsen, Eisenräder, Bandagen usw. für die Eisenbahnwagen.

Bei den Halbzeugen ist allgemein zu berücksichtigen, daß die Lagerhaltung den Erkenntniswert der Güterverkehrsstatistik in Bezug auf die wirtschaftliche Verflechtung sehr stark beeinträchtigt.

I. Der Berliner Güterverkehr mit Eisen- und Stahlhalbzeugen
(ohne Eisenbahnmaterialien).

Es betrug für Berlin der

	an Stabeisen, Formeisen, Platten u. Blechen	an eisernen Röhren und Säulen	an Eisen- und Stahldraht
	Tonnen		
1913 Versand	110 199	15 951	77 318
Empfang	486 483	81 763	24 317
Empfangsüberschuß	376 284	65 812	.
Versandüberschuß	.		53 001
1925 Versand	95 519	18 217	35 354
Empfang	461 464	76 647	30 060
Empfangsüberschuß	365 945	58 430	.
Versandüberschuß			5 294
1926 Versand	63 365	14 698	40 587
Empfang	333 682	70 531	17 665
Empfangsüberschuß	270 317	55 833	.
Versandüberschuß			22 922
1927 Versand	88 099	18 247	31 316
Empfang	600 957	84 859	28 988
Empfangsüberschuß	512 858	66 612	.
Versandüberschuß			2 328

Demnach hatte Berlin im Durchschnitt der letzten drei Nachkriegsjahre jährlich einen Einfuhrüberschuß von 383 000 Tonnen Stab- und Formeisen, von 60 000 Tonnen eisernen Röhren und Säulen und einen Ausfuhrüberschuß von 10 000 Tonnen Eisendraht. In den ersten beiden Warenpositionen sind den Vorkriegsverhältnissen gegenüber keine beachtlichen Veränderungen eingetreten. In der letzten ist der Ausfuhrüberschuß auf $^1/_5$ der Vorkriegszeit gesunken.

Der Wert dieser verkehrsstatistischen Warenposition ist äußerst zweifelhaft. Berlin hat überhaupt keine Eisendrahtziehereien (in Deutschland 154 Betriebe mit 6 071 Personen), kann daher auch keinen Eisendrahtausfuhrüberschuß haben. Es muß sich also um die Kabel handeln, die von den Berliner Kabelwerken verschickt und, wenn die Kupferseele der Kabel durch Eisendrähte geschützt ist, als Eisendrahtkabel deklariert werden. Offenbar erfolgt nun in der Nachkriegszeit die statistische Anschreibung häufiger als „Kupferdraht"; denn die entsprechende Warenposition hat in der Verkehrsstatistik einen erheblichen Zuwachs erfahren, während andererseits die Eisendrahtwarenposition auf die Hälfte ihres Vorkriegsumfanges zusammengeschmolzen ist. Der Rückgang des berlinischen Eisendrahtausfuhrüberschusses ist also wahrscheinlich nur ein statistischer, kein tatsächlicher.

Daß der Berliner Versand in allen diesen drei Warengattungen vornehmlich auf den Berliner Zwischenhandel hinweist, ergibt sich daraus, daß es in Berlin Werke dieser Art mit einer nennenswerten Produktion nicht gibt. Dadurch dürfte sich auch der verhältnismäßig große Kreis der belieferten Gebiete erklären. Es gibt wohl kaum eine Provinz oder ein Land, welches nicht beliefert wird. Die mengenmäßigen Unterschiede sind zu gering, als daß sie ein besonderer Anlaß zur namentlichen Hervorhebung dieser Gebiete sein könnten. Nur hinsichtlich des Stab- und Formeisens und der (insbesondere in Betracht kommenden) Bleche ist auf den Verkehr mit der Provinz Brandenburg aufmerksam zu machen. Stab-, Formeisen und Bleche wurden aus Berlin nach Brandenburg geschickt bezw. von dort eingeführt:

	1913	1925	1926	1927
Ausfuhr	40 060	38 181	26 561	35 865
Einfuhr	10 380	41 885	41 459	70 834
Ausfuhrüberschuß	29 680	—	—	—
Einfuhrüberschuß	—	3 704	14 898	34 969

Der Versand von Berlin nach Brandenburg ist der einzige Posten im Berliner Gesamtversand von Eisenhalbzeugen, welcher sich als eine kompakte Masse hervorhebt. Er beträgt durchweg zwischen 30 und 40 v. H. des berlinischen Gesamtversandes.

In die Belieferung des Berliner Marktes teilen sich in der Hauptsache die deutschen Produktionszentren für Eisenwalzwerks- und Eisenziehereiprodukte: das Ruhrgebiet, Oberschlesien, Rheinland und Westfalen und Hannover-Oldenburg (die Ilseder Hütte und die zum Klöckner-Konzern gehörende Georg-Marienhütte bei Osnabrück). Ein erheblicher Teil der rheinischen (darin zum Teil belgischen) Walzwerksprodukte geht über See nach Stettin und wird von dort mittels Binnenschiff nach Berlin herangeführt. Die vor dem Kriege etwa zu gleichen Teilen über Hamburg und Stettin erfolgende Einfuhr kommt nunmehr fast ausschließlich über Stettin, offenbar ein Erfolg des Ausbaus des Großschiffahrtsweges Stettin-Berlin, durch den Stettin wieder mehr seiner natürlichen Funktion als Seehafen des ostelbischen Binnenlandes gerecht werden kann. Auch die Lieferungen aus den sächsischen Walzwerken haben einen bedeutenden Umfang. Verschiebungen haben sich gegenüber der Vorkriegsversorgung dadurch ergeben, daß Brandenburg in die Reihe der Hauptlieferanten gerückt ist, die hannoverschen und sächsischen Walzwerke ihren Anteil erhöht haben und die Lieferungen aus Lothringen und dem Saargebiet (vornehmlich Röhren) eingestellt bezw. erheblich reduziert worden sind.

Es sandten Stab-, Formeisen, Platten und Bleche nach Berlin:

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges
Ruhrgebiet	100 073	20,6	95 349	20,7	55 951	16,8	114 914	19,1
Rheinld.-Westf. ohne Ruhrgebiet	114 336	23,5	86 777	18,8	37 631	11,3	74 905	12,5
Stettin	26 437	5,4	39 707	8,6	28 651	8,6	66 556	11,1
Hamburg	27 007	5,6	8 097	1,8	2 149	0,6	4 877	0,8
Hannov.-Oldenb.	62 689	12,9	69 755	15,1	47 043	14,1	99 275	16,5
Land Sachsen	27 020	5,6	43 557	9,4	49 785	14,9	56 068	9,3
Oberschlesien	49 935	10,3	21 105	4,6	38 457	11,5	43 609	7,3
Magdebg.-Anhalt	20 928	4,3	14 809	3,2	7 321	2,2	16 022	2,7
Lothringen	7 761	1,6	3 235	0,7	2 003	0,6	4 152	0,7
Saargebiet	9 990	2,1	2 326	0,5	1 750	0,5	3 161	0,5
Brandenburg	10 380	2,1	41 885	9,1	41 459	12,4	70 834	11,8
Die Hauptlieferanten von eisernen Röhren und Säulen sind								
Ruhrgebiet	33 480	40,9	33 668	43,9	23 446	33,2	32 187	37,9
Oberschlesien	9 000	11,0	7 796	10,2	11 797	16,7	11 421	13,5
Land Sachsen	3 094	3,8	6 783	8,8	6 159	8,7	7 384	8,7
Niederschlesien	10 525	12,9	3 524	4,6	5 405	7,7	5 830	6,9
Rheinld.-Westf. ohne Ruhrgebiet	4 645	5,7	7 284	9,5	3 621	5,1	6 692	7,9
Saargebiet	7 245	8,9	428	0,6	57	0,1	1 059	1,2

Die nach Berlin eingeführten eisernen Röhren und Säulen nehmen fast ausschließlich den direkten Weg und kommen gegenüber dem Formeisen z. Zt. noch[1]) nur zu einem verschwindenden Teil über See.

Hinsichtlich der berlinischen Eisen- und Stahldrahtversorgung kann man Rheinland-Westfalen und Oberschlesien beinahe als die Liefergebiete bezeichnen. Es sandten nach Berlin Eisen- und Stahldraht:

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges
Ruhrgebiet	6 177	25,4	16 834	56,0	8 625	48,8	17 052	58,8
Rheinld.- u. Westf. ohne Ruhrgebiet	7 667	31,5	5 327	17,7	2 504	14,2	2 902	10,0
Oberschlesien . . .	5 896	24,2	3 396	11,3	4 081	23,1	4 073	14,1

II. Der brandenburgische Güterverkehr mit Eisen- und Stahlhalbzeugen
(ohne Eisenbahnmaterialien).

Die brandenburgische Güterverkehrsbilanz in Stab- und Formeisen, Platten und Blechen hat sich gegenüber der Vorkriegszeit grundlegend verändert. Sie schließt infolge der schon beim Berliner Güterverkehr erwähnten Neugründungen in Brandenburg mit einem Versandüberschuß ab. Wenn auch im Jahr 1925 noch, ebenso wie in den vorhergehenden Jahren, der Bedarf an Stab- und Formeisen, Platten und Blechen so groß war, daß die eigene Walzwerksproduktion nicht genügte, um in der Verkehrsbilanz einen Aktivsaldo in der betreffenden Warengruppe zu erreichen, sondern dieser erst seit 1926 besteht, so zeigt doch die Versandseite der Verkehrsbilanz bereits 1925 den Einfluß der industriellen Neugründungen. Allerdings darf man nicht die gesamte Steigerung der Ausfuhr von 21 000 Tonnen im Jahre 1913 auf 184 000 Tonnen im Jahre 1927 auf eine Steigerung der Eigenproduktion zurückführen. Diese dürfte auf höchstens 20 000 — 30 000 Tonnen zu veranschlagen sein. Darüber hinaus müssen sich in der Verkehrsbilanz also Einflüsse der reinen Warenzirkulation oder auch des Veredlungsverkehrs bemerkbar machen, bei dem z. B. ein Vorprodukt bezogen wird, das dann vielleicht nur einen solchen Grad der Weiterverarbeitung erfährt, daß das Produkt in derselben Warengruppe verbleibt.

Es betrug für Brandenburg der

	an		
	Stabeisen, Formeisen, Platten u. Blechen	eisernen Röhren u. Säulen	Eisen und Stahldraht
	Tonnen		
1913 Versand	21 428	15 006	6 154
Empfang	161 776	27 329	11 918
Empfangsüberschuß	140 348	12 323	5 764
1925 Versand	98 621	8 966	2 603
Empfang	152 663	18 262	17 226
Empfangsüberschuß	54 042	9 296	14 623
1926 Versand	156 935	18 818	1 975
Empfang	115 107	20 156	9 128
Versandüberschuß	41 828	—	—
Empfangsüberschuß	—	1 338	7 153
1927 Versand	184 477	13 664	1 680
Empfang	168 707	26 283	13 113
Versandüberschuß	15 770	—	—
Empfangsüberschuß	—	12 619	11 433

[1]) Die Einfuhr über Stettin war vor dem Kriege ganz gering. Sie betrug aber 1925: 848 Tonnen, 1926: 2 099 Tonnen, 1927: 3 786 Tonnen.

Die Hauptempfänger des brandenburgischen Versandes von Stab- und Formeisen, Blechen und Platten sind Berlin, das Land Sachsen, das magdeburg-thüringische Gebiet, Hannover-Oldenburg und Niederschlesien. Einiges geht zur Ausfuhr nach Hamburg und Stettin. Bemerkenswert ist die Steigerung des Versandes nach Schleswig-Holstein. Vom brandenburgischen Versand an Stab- und Formeisen, Platten und Blechen gingen

nach	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges
Berlin	10 398	48,5	41 885	42,5	41 459	26,4	70 834	38,[illegible]
Prov. Sachs. u. Thür.	1 229	5,7	15 142	15,4	29 780	19,0	24 402	13,[illegible]
Land Sachsen . . .	1 272	5,9	10 446	10,6	34 517	22,0	15 093	8[illegible]
Schleswig-Holstein u. Häfen v. Rostock bis Flensburg . .	130	0,6	2 337	2,4	5 166	3,3	15 036	8[illegible]
Hamburg	384	1,8	6 668	6,8	14 695	9,4	17 734	9[illegible]
Hannov.-Oldenburg	155	0,7	1 521	1,5	8 373	5,3	12 563	6[illegible]
Niederschlesien . .	2 830	13,2	6 922	7,0	6 426	4,1	7 046	3[illegible]
Stettin	735	3,4	2 470	2,5	4 773	3,0	7 086	3[illegible]

In der Zunahme der Platten- und Blecheinfuhr aus Brandenburg nach Berlin spiegelt sich das Anwachsen der Schrottausfuhr aus Berlin nach Brandenburg wider, auf das schon oben hingewiesen worden ist.

Unter den Hauptempfängern der aus Brandenburg hinausgehenden Röhren und Säulen ist nur Berlin und vielleicht noch das an Brandenburg angrenzende Magdeburger Gebiet zu erwähnen. Da in Brandenburg „eiserne Röhren und Säulen" nicht produziert werden, dürfte der Versand durch die Hände des Handels gegangene Wiederausfuhr sein.

Die Belieferung der Provinz Brandenburg sowohl mit Form- und Stabeisen, eisernen Röhren als auch mit Draht geschieht durch die schon bei Berlin genannten Produktionsgebiete. Allerdings macht sich bei allen drei Warenpositionen außerordentlich stark der Durchgang der Waren durch die Läger der Berliner Eisenhändler bemerkbar. Daher bekam Brandenburg beispielsweise 1926 rund 24 v. H. seines Stab- und Formeisens usw., rund 23 v. H. seiner Eisenröhren und rund 28 v. H. seines Eisendrahtes über Berlin. Der brandenburgische Empfang über Hamburg und Stettin ist im Gegensatz zu Berlin verhältnismäßig gering.

Brandenburg bekam Stab- und Formeisen, Bleche und Platten

aus	1913		1925		1926		1927
	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen	v. H. des Empfanges	Tonnen
Berlin	40 060	24,8	38 181	25,0	26 561	23,1	35 865
Land Sachsen . . .	6 523	4,0	18 621	12,2	15 094	13,1	20 041
Deutsch-Oberschles.	29 515	18,2	9 617	6,3	9 319	8,1	15 837
Polnisch-Oberschles.			1 723	1,1	794	0,7	857
Ruhrgebiet	24 071	14,9	35 873	23,5	17 817	15,5	36 896
Rheinland u. Westf. ohne Ruhrgebiet .	15 426	9,5	12 571	8,2	9 894	8,6	14 477
Hannover-Oldenburg	18 733	11,6	27 663	18,1	16 998	14,8	17 389

III. Der berlin-brandenburgische Güterverkehr mit Eisenbahnmaterialien.

Die Eisenbahnmaterialien sind nächst den vorhergenannten Halbzeugen die wichtigsten Erzeugnisse der deutschen Walzwerke. Von der Gesamtproduktion der deutschen Walzwerke an sogenannten Fertigerzeugnissen in Höhe von rund 9 Millionen Tonnen waren (1926) 1,58 Millionen Tonnen Eisenbahnoberbauzeug und 118 000 Tonnen rollendes Eisenbahnzeug. Unter Beibehaltung dieser beiden aus der Produktionsstatistik entnommenen Begriffe werden nachfolgend die Schienen und die eisernen Eisenbahnschwellen als Eisenbahnoberbauzeug bezeichnet und zu einer Warengattung zusammengezogen.

Die Versorgung mit Eisenbahnmaterialien ist stärker als bei jeder anderen Warengruppe von einer einzigen Stelle, und zwar vom Eisenbahnzentralamt abhängig. Gleichzeitig wirkte sich in den Verkehrsbeziehungen der Nachkriegszeit die Zentralisierung des Eisenbahnreparaturwerkstättenwesens aus. Durch die zentrale Beschaffung und Verteilung und durch die Lagerhaltung des Eisenbahnzentralamtes (große Schienen- und Zubehörlager befinden sich in Berlin-Köpenick und in Brandenburg a. H.) ist einmal der recht erhebliche Wechselverkehr zwischen Berlin und Brandenburg erklärlich, wird es andererseits aber auch verständlich, daß sowohl von Berlin als auch von Brandenburg aus Schienen und Schwellen nach so ziemlich allen Gebieten verteilt werden. Die Größe des berlin-brandenburgischen Wechselverkehrs mit Radsätzen und Wagenachsen dürfte außerdem durch die Zugehörigkeit der betreffenden brandenburgischen Erzeugerbetriebe zu Berliner Firmen beeinflußt werden (Orenstein & Koppel in Nowawes, Schwartzkopff in Wildau, A. E. G. in Hennigsdorf). Als echte Produzentenlieferungen sind wohl nur die Lieferungen aus Rheinland und Westfalen, aus Belgien (über Stettin) und aus den hannoverschen Schienenwalzwerken zu betrachten. Als Lieferant von Radsätzen und Achsen kommt daneben noch Brandenburg in Betracht (ist in neuerer Zeit aber durch die Stillegung der betreffenden Betriebsabteilung des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf wieder ausgefallen). Wenn Oberschlesien, wo Borsig sein Halbzeugwerk hat, in den Nachkriegsjahren nicht mehr in der Reihe der Hauptlieferanten für Wagenräder und -achsen erscheint, so ist das zum Teil lediglich auf die Aufblähung der Verkehrsbeziehungen durch den starken Wechselverkehr und die damit verbundene Undurchsichtigkeit der Verkehrsstatistik zurückzuführen, zum Teil aber auch im Rückgang des Lokomotivbaues sachlich begründet. Grundsätzliche Wandlungen der Verkehrsbeziehungen im Eisenbahnoberbauzeug haben sich durch den Ausfall der Lieferungen aus dem Saargebiet vollzogen. Der Gesamtverkehr an Eisenbahnmaterialien ist aus der nachfolgenden Zusammenstellung zu entnehmen (in Tonnen):

	Berlin		Brandenburg	
	Eisenbahnoberbauzeug	Rollendes Eisenbahnzeug	Eisenbahnoberbauzeug	Rollendes Eisenbahnzeug
1913 Versand	38 879	3 303	59 781	2 450
Empfang	103 492	15 435	115 078	14 441
Empfangsüberschuß	64 613	12 132	55 297	11 991
1925 Versand	50 345	37 618	56 012	28 728
Empfang	65 506	47 099	116 260	34 485
Empfangsüberschuß	15 161	9 481	60 248	5 757
1926 Versand	48 527	26 889	95 744	87 801
Empfang	83 157	83 441	140 935	80 730
Empfangsüberschuß	34 630	[1]) 56 552	45 191	.
Versandüberschuß				7 071
1927 Versand	51 523	52 593	107 502	27 433
Empfang	109 841	33 305	201 162	56 736
Empfangsüberschuß	58 318	.	93 660	29 303
Versandüberschuß		19 288		

Um die Verkehrsbeziehungen mit Eisenbahnmaterialien etwas übersichtlicher zu machen, sind nachfolgend nur die hauptsächlichsten Einfuhrüberschüsse, sofern die Wahrscheinlichkeit besteht, daß es sich um Produzentenlieferungen handelt, zusammengestellt. (In einigen Fällen hat sich ein Ausfuhrüberschuß = – ergeben.)

[1]) Der hohe Einfuhrüberschuß an rollendem Eisenbahnzeug im Jahre 1926 ist außer durch den Lieferungsüberschuß aus der Provinz Brandenburg vornehmlich durch die Lieferungen aus Schleswig-Holstein (Einfuhrüberschuß = 10 398 Tonnen) und Pommern ohne Häfen (Einfuhrüberschuß = 13 202 Tonnen) entstanden.

		Berlin		Brandenburg	
		Eisenbahnoberbauzeug	Rollendes Eisenbahnzeug	Eisenbahnoberbauzeug	Rollendes Eisenbahnzeug
		in Tonnen			
Ruhrgebiet	1913	16 862	6 513	16 001	6 638
	1925	14 470	5 545	33 339	3 977
	1926	21 900	4 076	39 853	3 706
	1927	12 151	4 938	64 384	8 290
Rheinland-Westf. ohne Ruhrgebiet	1913	9 995	714	6 019	592
	1925	6 154	— 1 435	8 934	— 84
	1926	6 900	1 631	3 108	855
	1927	23 730	503	23 109	2 948
Oberschlesien	1913	4 977	3 660	6 794	2 468
	1925	269	57	938	570
	1926	— 282	421	87	382
	1927	6	168	— 2 224	461
Hannover-Oldenb.	1913	2 121	141	2 638	768
	1925	1 419	— 1 833	748	— 279
	1926	3 578	— 110	9 985	— 433
	1927	9 185	— 1 775	11 182	— 221
(Über) Stettin	1913	971	— 98	— 2 497	71
	1925	2 535	1 186	— 1 002	598
	1926	6 193	68	— 9 407	[1]) 1 866
	1927	7 932	— 346	— 3 420	— 20
Saargebiet	1913	45 989	28	15 171	1
	1925	1 012	58	2 126	—
	1926	—	— 16	97	— 11
	1927	2 640	9	2 838	2

Die Verkehrsbeziehungen zwischen Berlin und Brandenburg seien wegen der verhältnismäßig beträchtlichen Größe der Warenposten nachstehend für sich aufgeführt.

		Berlin versandte nach Brandenburg	Berlin empfing aus Brandenburg
		.... Tonnen	
Eisenbahnoberbauzeug	1913	16 928	7 378
	1925	19 563	20 783
	1926	27 300	31 445
	1927	25 604	39 637
Rollendes Eisenbahnzeug	1913	913	485
	1925	10 648	9 220
	1926	6 291	23 042
	1927	18 924	9 276

e) **Der Güterverkehr mit Eisen- und Stahlwaren.**

Je mehr man sich bei der Darstellung der Eisen- und Metallindustrie den Fertigwaren nähert, desto größer und vielgestaltiger werden die Verkehrsbeziehungen, und desto mehr entziehen sie sich infolge der Zusammensetzung der Warenpositionen der Güterverkehrsstatistik einer sinnvollen Durchleuchtung.

Für die Eisen- und Stahlindustrie gibt es (abgesehen von den Dampfkesseln und Maschinen) nur noch eine Warenposition, welche Anhaltspunkte über die Beziehungen zwischen Berlin, Brandenburg und anderen Provinzen gibt: die Warenposition Eisen- und Stahlwaren. Für sie kommen mehr als 120 im Güterverkehrsverzeichnis namentlich aufgeführte Waren in Betracht, die nach der Systematik der Gewerbestatistik teilweise schon zu den Erzeugnissen des Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbaues gehören. Viele von den Waren – so Geldschränke (Ade, Panzer, Arnheim) Gartenmöbel, eiserne Bettstellen (Ebefa), Emailgeschirre, landwirtschaftliche Geräte, Eggen, Hacken, Pflüge (Hartung, Eckert, Flöther), Hufeisen, Drahtgeflechte, Brückenwaagen, Kinderwagen (Brennabor),

[1]) Brandenburg hatte in Eisenbahnrädern und -achsen mit Pommern insgesamt einen Ausfuhrüberschuß von 14 190 Tonnen (Versand: 32 874, Empfang: 18 684 Tonnen), dem bemerkenswerterweise ein aus den Elbhäfen kommender Einfuhrüberschuß in Höhe von 17 423 Tonnen gegenüberstand.

eiserne Öfen, Fahrräder und Fahrradteile (Brennabor, Lindcar), Rasierklingen (Büchner Werke), Feuerlöschapparate (Minimax), Hand- und Schneidewerkzeuge (Stock & Co. A.-G., Ludwig Loewe & Co.), Lampen und Lampenteile usw. – werden in Berlin und Brandenburg hergestellt und vertrieben, viele werden aber hier nicht oder doch nicht in nennenswertem Umfang angefertigt, so Nadeln, Eisenbeschläge, Messer, Drahtstifte, Feilen, Maschinenkratzen für die Textilindustrie (Aachen), Sensen usw. Sachsen, Rheinland (Kleineisenindustrie), Niederschlesien, Pommern und andere Liefergebiete beschicken mit diesen Waren den Berliner und Brandenburger Markt, während umgekehrt nach dorthin berlin-brandenburgische Erzeugnisse versandt werden. Eine Gewichtsbilanz zu ziehen, wäre sachlich verfehlt; eine Wertbilanz läßt sich nicht aufstellen. Eine begrenzte Kenntnis von den Hauptrichtungen des Eisen- und Stahlwarenstromes vermitteln die nachfolgenden Auszüge aus der Güterverkehrsstatistik. An Eisen- und Stahlwaren wurden (in Tonnen)

		von Berlin	von Brandenburg
1913	versandt	99 418	44 124
	empfangen	157 956	58 597
1925	versandt	66 846	45 470
	empfangen	151 719	54 400
1926	versandt	67 747	34 393
	empfangen	116 290	51 034
1927	versandt	76 256	44 420
	empfangen	155 511	67 558.

Dem Gewicht nach die meisten Eisen- und Stahlwaren liefern (in Tonnen):

	nach Berlin				nach Brandenburg			
	1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	1927
Ruhrgebiet	39 172	32 633	25 653	33 886	7 173	9 811	7 803	13 096
Land Sachsen	10 715	17 075	10 795	13 224	3 123	4 087	3 133	4 800
Rheinland u. Westf. ohne Ruhrgebiet	11 179	15 757	12 158	16 265	4 987	5 722	5 818	7 478
Pommern ohne Häfen	20 324	14 192	8 880	13 897	1 812	1 837	1 193	2 072
Niederschlesien	10 392	12 184	9 007	12 251	5 846	5 539	6 216	7 384
Oberschlesien	6 503	5 015	4 579	5 947	1 729	2 138	1 614	2 697
Magdeburg-Anhalt	12 136	11 113	7 364	11 406	[1]) 2975	[1]) 2423	[1]) 1760	[1]) 2938
Hannover-Oldenburg	5 003	8 084	5 287	7 402	2 263	3 160	2 432	3 705
Brandenburg	18 809	13 251	9 246	10 456	—	—	—	—
Berlin	—	—	—	—	16 398	10 178	12 396	12 883

An Eisen- und Stahlwaren empfingen ... Tonnen

	aus Berlin				aus Brandenburg			
	1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	1927
Brandenburg	16 398	10 178	12 396	12 883	—	—	—	—
Berlin	—	—	—	—	18 809	13 251	9 246	10 456
Elbhäfen	15 135	16 634	11 216	8 570	2 055	3 985	3 232	5 033
Oderhäfen	4 296	5 116	4 241	3 580	1 486	3 852	1 623	1 580
alle übrigen Empfangsgebiete	63 589	34 918	39 894	51 223	21 774	24 382	20 292	27 351

Unter dem Versand an „alle übrigen Empfangsgebiete" befanden sich ... Tonnen direkte Auslandslieferungen (seit 1925 einschließlich der Lieferungen nach den ehemals bezw. noch unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Grenzgebieten):

aus Berlin				aus Brandenburg			
1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	1927
4 767	1 674	1 793	5 094	1 015	1 998	2 382	1 595

Zieht man die Sendungen nach Hamburg und nach Stettin und die direkten Auslandssendungen als Auslandslieferungen schlechthin zusammen, so ergeben sich für Berlin und Brandenburg zwischen dem Versand nach In- und Ausland folgende Anteile (v. H.):

	für Berlin				für Brandenburg			
	1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	1927
Auslandsabsatz	24,3	35,0	25,5	22,6	10,3	21,6	21,0	18,5
Inlandsabsatz	75,7	65,0	74,5	77,4	89,7	78,4	79,0	81,5
davon nach Brandenbg.	21,8	23,4	24,5	21,8	—	—	—	—
Berlin	—	—	—	—	47,5	37,2	34,0	28,9

[1]) Etwa die gleiche Menge wird aus der anschließenden Thüringer Gegend eingeführt (landwirtschaftliche Schneidewerkzeuge aus Suhl?).

f) Der Güterverkehr mit Nichteisenmetallen und Waren daraus.

Während für die Verkehrsbeziehungen mit Eisen und Stahl wenigstens Andeutungen einer Trennung zwischen Rohmaterialien, Halbfabrikaten und Fertigerzeugnissen vorhanden sind, lassen sich die Verkehrsbeziehungen mit den Nichteisenmetallen und den daraus hergestellten Waren auf Grund der Güterverkehrsstatistik nicht einmal in diesem geringen Umfang analysieren.

I. Die Zinklieferungen.

Nur beim Zink besteht eine Ausnahme. In der Warenposition der Güterverkehrsstatistik ist einbegriffen die Zinkasche. Es wurden ... Tonnen Zink

	aus (in) Berlin				aus (in) Brandenburg			
	1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	19[illegible]
versandt	7 583	5 073	8 047	5 879	906	401	491	[illegible]
empfangen	26 481	14 410	17 227	28 849	5 270	6 968	6 543	11[illegible]
darunter aus:								
Oberschlesien	16 948	3 546	5 040	11 857	1 587	1 430	1 776	2[illegible]
Niederschlesien[1])	4 666	3 761	2 088	2 692	909	235	113	[illegible]
Ruhrgebiet der Rheinprovinz	1 519	1 244	1 834	2 241	103	48	193	[illegible]
linksrh. Rheinprov.	115	1 655	4 139	5 411	15	65	62	[illegible]
(über) Hamburg	477	1 437	813	3 436	4	4 028	3 167	5[illegible]
(über) Stettin	171	684	98	63	1 640	5	—	[illegible]
Belgien	40	337	803	1 160	—	28	150	[illegible]

II. Die Bleiversorgung.

In der Warenposition Blei sind das Rohblei, die Bleiwaren, Bleiabfälle usw. vereinigt. Es wurden ... Tonnen Blei und Bleiwaren

	aus (in) Berlin				aus (in) Brandenburg			
	1913	1925	1626	1927	1913	1925	1926	1927
versandt	7 052	21 866	14 881	15 520	5 853	10 265	11 100	12 872
empfangen	49 494	64 786	37 694	60 993	5 532	12 182	7 036	11 110

Die eigentliche Bleiversorgung – wobei also von dem Wechselverkehr zwischen Berlin und Brandenburg abzusehen ist – geschieht im wesentlichen durch Auslandslieferungen, die heute, nachdem die ostoberschlesischen Lieferungen (Tarnowitz) ausgefallen bezw. erheblich zurückgegangen sind, noch mehr als vor dem Kriege in der berlin-brandenburgischen Bleiversorgung überwiegen. Die bemerkenswerte Übereinstimmung zwischen Versand und Empfang in der Provinz Brandenburg ist das Ergebnis des starken Wechsels der Bleimaterialien bei der Schwefelsäureherstellung. Durch die Verarbeitung des Bleis zu Legierungen (Schriftsetzmaterial für die Druckereien) ist der Versand in der Regel etwas (um das Gewicht der Zusatzmaterialien) größer. Der Versand geht nach den Elb- und Oderhäfen, nach Bayern und nach Niederschlesien. Daneben besteht ein beachtenswerter Wechselverkehr zwischen Berlin und Brandenburg.

[1]) Vornehmlich das in Breslau von der Bahn aufs Schiff umgeschlagene, aus Oberschlesien kommende Zink.



	Berlin[1])				Brandenburg			
	empfing . . . . Tonnen Blei							
	1913	1925	1926	1927	1913	1925	1926	1927
aus:								
Hannover-Oldenb.(Harz)	1 217	3 533	1 290	1 352	476	506	614	576
Oberschlesien	10 105	2 680	1 460	97	67	5	—	38
Niederschlesien . . .	3 579	1 398	1 299	190	100	108	72	18
Land Sachsen	1 384	825	715	662	533	219	337	437
(üb.) Hamburg	26 518	42 212	22 558	47 894	762	3 527	2 241	4 385
Brandenburg	3 295	5 061	4 462	6 521	—	—	—	—
Berlin	—	—	—	—	1 828	3 463	1 597	3 451

III. Der Güterverkehr mit sonstigen unedlen Metallen und Waren daraus.

Alle übrigen Nichteisenmetalle und die daraus hergestellten Waren, darunter auch die Zinkwaren, sind zu einer einzigen Position zusammengefaßt. Da eine derartige Sammelrubrik naturgemäß die Analyse völlig unterbindet, können wieder nur einige allgemeine Hinweise gegeben werden. Der Versand und Empfang von allen bisher nicht genannten unedlen Metallen und Waren daraus erstreckt sich schlechthin über das ganze Reich. Er ist nach dem einen Gebiet etwas größer, nach dem anderen weniger groß. Zum Hauptverkehr gehören einmal der Wechselverkehr zwischen Berlin und Brandenburg, zum andern der Verkehr beider Provinzen mit den Elbhäfen, und zwar nicht nur der Empfang aus den Elbhäfen — was wegen des überwiegenden Materialbezuges (Kupfer!) aus dem Auslande nicht weiter bemerkenswert wäre —, sondern auch der Versand nach den Elbhäfen.

	Berlin versandte	Berlin empfing	Brandenburg versandte	Brandenburg empfing
	. . . . Tonnen unedle Metalle und Waren daraus			
1913	57 837	115 258	15 814	20 096
1925	109 005	113 581	33 641	39 401
1926	95 236	88 046	30 952	32 378
1927	130 511	138 713	16 227	51 576.

Vom Berliner Empfang kamen aus

	1913	1925	1926	1927
Hamburg	79 783	65 868	49 761	86 996
Stettin	2 402	886	531	663
Thüringen	5 247	9 046	4 097	7 677
Ruhrgebiet	7 021	2 834	1 679	3 711
Rheinland-Westf. ohne Ruhrgebiet	4 538	3 907	3 393	7 108
Brandenburg . . .	4 627	10 944	10 880	7 578.

Vom Berliner Versand gingen nach

	1913	1925	1926	1927
Hamburg	14 818	35 276	43 836	39 310
Stettin	5 411	2 589	2 818	3 287
Brandenburg . .	9 446	14 413	9 520	11 548
Land Sachsen . .	3 310	11 228	5 617	13 063.

Zieht man die Lieferungen nach (von) den Seehäfen und die — verhältnismäßig geringen — direkten Lieferungen nach (aus) dem Ausland als Ausfuhr (Einfuhr) zusammen, so ergeben sich für Berlin folgende Anteile (v. H.) des Auslands- und Inlandsverkehrs:

	1913 Versand	1913 Empfang	1925 Versand	1925 Empfang	1926 Versand	1926 Empfang	1927 Versand	1927 Empfang
Ausland . . .	37,7	74,8	37,4	59,5	50,8	58,7	36,1	64,2
Inland	62,3	28,2	62,6	40,5	49,2	41,3	63,9	35,8
davon nach oder aus Brandenburg	26,2	14,3	21,1	23,8	20,3	39,0	13,9	15,3

[1]) Davon werden schätzungsweise 8 000 Tonnen (hauptsächlich in der Oberschöneweider Fabrik der Afag) von der Akkumulatorenindustrie verbraucht.

Im Warenverkehr der Provinz Brandenburg mit unedlen Metallen und den Fertigerzeugnissen daraus tritt noch schärfer als bei Berlin die große Bedeutung des Wechselverkehrs mit Berlin einerseits, des Verkehrs mit dem Ausland andererseits hervor.

	Brandenburg							
	versandte	empfing	versandte	empfing	versandte	empfing	versandte	empfing
	1913		1925		1926		1927	
	. . . Tonnen unedle Metalle und Waren daraus							
nach oder von dem Ausland	2 875	3 836	4 719	14 270	6 931	13 232	4 258	27 850
davon nach oder aus Hamburg .	604	1 110	3 470	12 507	5 630	11 658	3 283	26 121
Stettin . .	457	2 217	230	900	725	1 317	209	855
Ausl. direkt	1 814	509	919	863	576	257	766	874
dem Inland .	12 939	16 260	28 922	25 131	24 021	19 146	11 969	23 726
davon nach od. aus Berlin	4 627	9 446	10 944	14 413	10 880	9 520	7 578	11 548
	vom Hundert							
Ausland überhaupt.	18,2	19,1	14,0	36,2	22,4	40,9	26,2	54,0
Inland	81,8	80,9	86,0	63,8	77,6	59,1	73,8	46,0
davon nach od. aus Berlin	35,8	58,1	37,8	57,4	45,3	49,7	63,3	48,7

Für das Jahr 1927 läßt sich durch die Aufteilung der Warenposition „unedle Metalle und Waren daraus“ in 1. Aluminium, Antimon, Nickel, Zinn und sonstige Metalle, 2. Kupfer und Waren daraus, 3. Abfälle von Altwaren und unedlen Nichteisenmetallen eine etwas genauere Kenntnis über die Sammelposition gewinnen. Der Wert dieser Aufteilung wird leider dadurch recht stark eingeschränkt, daß sie nur für den Eisenbahnverkehr, nicht auch für die Binnenschiffahrtsstatistik durchgeführt worden ist. In der gesamten Warenposition wurden 1927 . . . Tonnen

	aus Berlin versandt	nach Berlin eingeführt	aus Brandenburg versandt	nach Brandenburg eingeführt
per Schiff	39 657	86 015	4 131	27 912
per Eisenbahn .	90 854	52 698	12 096	23 664.

Vom Eisenbahntransportgut wurden . . . . Tonnen

	aus Berlin versandt	nach Berlin eingeführt	aus Brandenburg versandt	nach Brandenburg eingeführt
Aluminium, Antimon usw. . .	23 240	19 042	3 505	6 747
Kupfer	58 890	15 119	5 800	8 279
Altmetall	8 805	18 537	2 791	8 636.

Hingewiesen zu werden verdient auf den außerordentlich hohen Kupferversand aus Berlin. Er entfällt fast ausschließlich auf die Berliner Außenstadt, die insgesamt 62 923 Tonnen verschickte, davon nach der Innenstadt 5 554 Tonnen. Hierbei dürfte es sich zum weitaus größten Teil um die in Siemensstadt und im Kabelwerk Oberspree (AEG) hergestellten Kabel handeln, mit denen die entferntesten Teile des Deutschen Reiches beliefert werden. Das Rohmaterial wird per Schiff von Hamburg aus eingeführt und stammt fast ausschließlich aus Amerika. Gewichtsmäßig dürfte die Versandseite durch die Zusammensetzung der Kabel aus einer Kupferseele, der Eisendraht-, Guttapercha- und Bleiisolierung den Materialgehalt nicht richtig wiedergeben. Schon bei der Darstellung des Versands an Eisendraht aus Berlin ist auf dieses verkehrsstatistische Problem hingewiesen worden.

6. Die Verkehrsbeziehungen der berlin-brandenburgischen Maschinenindustrie und Elektroindustrie.

Die Maschinenindustrie und die Elektroindustrie — erstere in Berlin und Brandenburg (nach der Zahl der Beschäftigten) etwas mehr als $^1/_8$, letztere ungefähr $^2/_5$ des ganzen deutschen Industriezweiges umfassend — sind die Hauptabnehmer der zuvor dargestellten Eisen-, Stahl- und Metallmaterialienlieferungen. In der Maschinenindustrie dominieren (dominierten 1925) der Automobilbau (Brennabor, N. A. G., Daimler-Benz und die inzwischen eingegangene Aga; Ford, General-Motors und der Karosseriebau Ambi-Budd sind neuere Gründungen), der Lokomotivbau (Borsig, Schwartzkopff, Orenstein & Koppel, A. E. G.), die Herstellung von Preßluftgeräten und -werkzeugen (Knorrbremse, Pressag), der Aufzugbau (Flohr), die Werkzeugmaschinenfabrikation (Loewe, Stock Spiralbohrer, Werner, Samson usw.), der Setzmaschinenbau (Mergenthaler, Typograph) und der Fahrrad- und Motorradbau (Brennabor, Excelsior, Lindcar, Deutsche Werke). In der Elektroindustrie überschreiten den durchschnittlichen Anteil von $^2/_5$ die Schwachstromindustrie (Siemens & Halske, Mix & Genest, Lorenz, Zwietusch usw.), die Glühlampenherstellung (Osram, Pintsch) und die Herstellung von Brennstiften für Bogenlampen (Siemens & Co.); es sind aber, gemessen am Produktionsanteil, auch die übrigen Zweige der Starkstromindustrie infolge der Konzentration der besonders leistungsfähigen Allfirmen (Siemens, A. E. G. und Bergmann) in Berlin stärker vertreten, als es durch den Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten zum Ausdruck kommt.

In welchem Umfange Berlin-Brandenburg als Markt- und Liefergebiet von Erzeugnissen der Maschinenbauindustrie in Betracht kommt, läßt sich mit Hilfe der vorhandenen Unterlagen nur höchst unvollkommen nachweisen. Über die Produktion sind nur Einzelheiten bekannt.

Borsig baute 1914 seine 9000ste, 1925 seine 12000ste Lokomotive, Schwartzkopff 1913 die 5000ste. Außerdem sind einige Mitteilungen über die Inlands- und Auslandslieferungen vorhanden. So hat Borsig von den im Zeitraum von 1854—1878 gebauten 3166 Lokomotiven 836 an das Ausland abgeliefert. „1914, kurz vor Ausbruch des Krieges, haben wir (Borsig) 10 Lokomotiven an England geliefert. Es war dies die erste Auslandsbestellung von Lokomotiven, die England bis dahin getätigt hatte." Schwartzkopff bekam bald nach der Aufnahme des Lokomotivbaues Auslandsaufträge. Man übertreibt nicht, wenn man behauptet, daß Berliner Lokomotiven in der ganzen Welt laufen. Durch den Ausfall bezw. durch die Reduzierung der Reichsbahnaufträge dürfte sich in den letzten Jahren das Verhältnis zwischen Auslands- und Inlandslieferungen wesentlich zu Ungunsten der Inlandslieferungen verschoben haben[1]). Aus Berlin gehen auch Werkzeugmaschinen in alle Welt. Die Landmaschinenindustrie (Flöther, Eckert) hatte vor dem Kriege viele Zweigniederlassungen in Osteuropa, also im Osten und auf dem Balkan ein besonders bevorzugtes Absatzgebiet. Ähnliche, zum Teil allerdings umfassendere Einzelheiten sind über die Elektroindustrie vorhanden. Wegen der Bedeutung, die diese Berliner Gewerbegruppe nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland hat, soll ihr im Anschluß an die Besprechung der verkehrsstatistischen Unterlagen für die Maschinenindustrie, in denen die Elektromotoren und die elektrischen Maschinen mitenthalten sind, noch ein besonderer Abschnitt gewidmet werden.

[1]) In den Jahren 1909 bis 1913 betrug der

	Gesamt-	Inlands-	Auslands-
	absatz der 19 deutschen Lokomotivfabriken (in 1 000 Tonnen)		
1909 . . .	125	91	34
1910 . . .	131	76	55
1911 . . .	123	81	42
1912 . . .	156	107	49
1913 . . .	180	134	46

Für die Nachkriegszeit ist von Borsig der gesamte Absatz der deutschen Lokomotivfabriken auf 220000 *t* (1920), 220000 *t* (1921), 150000 *t* (1922), 140000 *t* (1923), 33000 *t* (1924), 29000 *t* (1925), 26000 *t* (1926) und 43000 *t* (1927) beziffert worden.

a) Der berlin-brandenburgische Maschinenversand und -empfang.

Für die Darstellung der Versorgung des berlin-brandenburgischen Gebietes mit Maschinen (einschl. der elektrischen Maschinen) und der Lieferungen von Maschinen aus Berlin-Brandenburg können die beiden Warenpositionen 19a und 16 der Binnenverkehrsstatistik herangezogen werden. Von beiden ist die Warenposition 16 die vergleichsweise beste Quelle. Aber auch sie ist nur ein höchst unzureichendes Behelfsmittel.

Sie ist nur Behelfsmittel zum Teil deshalb, weil sich auch hier die allgemeinen Mängel der Binnenverkehrsstatistik auswirken, zum Teil aus dem Grunde, weil sie sich nicht viel besser mit dem deckt, was die Gewerbestatistik unter der Maschinenindustrie versteht, als die Warenposition 19a. In der Warenposition 19a (Eisen und Stahlwaren) sind enthalten Fahrräder, Feuerlöschapparate, Flaschenzüge, Förderwagen, Gasmesser, Gasöfen, Pflüge, Eggen, Walzen, Stellwerke, Waagen, Kugellager und Zahnräder. Diese Erzeugnisse der (betriebsstatistischen) Gewerbegruppe Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau sind in der Verkehrsstatistik mit den Werkzeugen, eisernen Geräten, Geldschränken und allen sonstigen Eisen- und Stahlwaren (sofern sie nicht — grob gesagt — zur Großeisenindustrie gehören) vereinigt, den Erzeugnissen also, die (nach der Gewerbesystematik) Produkte der Eisen- und Stahlwarenherstellung sind. Dem Namen nach hat die Warenposition 16 (eiserne Dampfkessel, Kondensationsröhren, Gas-, Wasser- und andere Behälter, Ausrüstungsstücke für Dampfkessel und Rohrleitungen, ferner Maschinen und Maschinenteile) die meisten Berührungspunkte mit der Gewerbegruppe Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau. Da wir diese Warenposition im folgenden zugrundelegen müssen, fehlen in der Darstellung also einerseits die durch die Warenposition 19a erfaßten Geräte und Apparate, andererseits ist der Warenverkehr mit Elektromaschinen miteinbegriffen.

Die Berliner Maschinenausfuhr und Maschineneinfuhr betrug (in Tonnen):

	1913	1925	1926	1927
Ausfuhr	209 665	155 366	139 365	165 170
Einfuhr	102 659	119 404	108 184	132 359
Ausfuhrüberschuß	107 006	35 962	31 181	32 811.

Die Brandenburger Maschinenausfuhr und Maschineneinfuhr betrug (in Tonnen):

	1913	1925	1926	1927
Ausfuhr	90 475	79 767	75 712	70 633
Einfuhr	78 377	79 249	49 729	64 060
Ausfuhrüberschuß	12 098	518	25 983	6 573.

Die Maschinenausfuhr ist für Berlin einer der wenigen Aktivposten der Verkehrsbilanz. Für Brandenburg ist sie ein Aktivposten unter vielen. Gegenüber 1913 ist die Ausfuhr von Maschinen und Maschinenteilen zurückgegangen. Der Rückgang beträgt im Durchschnitt der drei Jahre 1925 bis 1927 für Berlin rund $^1/_4$ und für Brandenburg rund $^1/_6$ der 1913 ausgeführten Maschinen und Maschinenteile. Die Veränderungen in der Einfuhr gehen für beide Provinzen nicht parallel. Die Einfuhr nach Berlin ist (Vergleichsjahre wie zuvor) um rund $^1/_6$ gestiegen, die Einfuhr nach Brandenburg um etwa $^1/_6$ gefallen. Aus der verschiedenartigen Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr erklärt sich die Bewegung des Ausfuhrüberschusses, wie sie aus der oben wiedergegebenen Aufstellung ersichtlich ist.

I. Der Berliner Güterverkehr mit Maschinen.

Für die Berliner Maschinenindustrie ist die stärkste Veränderung im Marktgebiet dadurch eingetreten, daß der Auslandsabsatz (nicht nur der Absatz nach den ehemaligen deutschen Ostprovinzen) ganz erheblich gesunken ist, umgekehrt aber die Zufuhr aus dem Ausland eine beträchtliche Steigerung erfahren hat. Die fast völlig vernichtete Kaufkraft Rußlands und die Industrialisierung der ehemaligen Einfuhrgebiete einerseits und die Automobilisierung Berlins andererseits sind die Ursachen dieser entgegengesetzt verlaufenden Bewegungen. Auf die Frachtfrage wird später eingegangen. Im Jahre 1927



machte sich eine starke Steigerung der Zufuhr über Hamburg (wahrscheinlich Automobile und Automobilteile) bemerkbar. Umgekehrt wurde die Ausfuhr nach Rußland durch den Russenkredit außerordentlich stark angekurbelt. Durch das Geschäft mit Rußland verdoppelten sich in diesem Jahr die direkten Auslandslieferungen.

Aus Berlin wurden versandt Maschinen und Maschinenteile

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
1. nach dem Elbhafengebiet . .	35 837	17,1	32 348	20,8	31 905	22,9	27 054	16,4
2. Oderhafengeb.	4 582	2,2	3 934	2,5	3 388	2,4	5 869	3,6
3. Ausland . . .	[1])50 580	24,1	[2]) 9 780	6,3	[2])10 397	7,5	[2])20 508	12,4
4. Inland (außer 1 und 2)	118 666	56,6	109 304	70,4	93 675	67,2	111 739	67,6

[1]) Ausland und Provinzen Posen, Westpreußen, Elsaß-Lothringen, Saargebiet. — [2]) Wie 1 ausschl. Grenzmark Posen-Westpreußen, aber einschl. Nordschleswig.

(Der Versand nach den ostpreußischen Häfen und nach anderen Hafengebieten, Ostseehäfen von Flensburg bis Rostock, Weserhäfen und Emshäfen, ist im Inlandsverkehr enthalten. Er betrug 1925: 4 453 Tonnen, 1913: 7 480 Tonnen).

Verhältnismäßig am stärksten sind von den direkten Auslandslieferungen die Lieferungen nach den abgetretenen Gebieten zurückgegangen: im Osten nach Posen und Westpreußen, im Westen nach Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet. Daneben macht sich auch die verhältnismäßig sehr starke Einbuße des Absatzes an belgische, niederländische und französische Abnehmer bemerkbar. Unter den osteuropäischen Staaten, die im übrigen beinahe ausnahmslos als Abnehmer Berliner Maschinen ausgefallen sind, hat Böhmen bemerkenswerterweise eine wenn auch nur geringe Steigerung seiner Maschineneinfuhr aus Berlin. Es wurden ... Tonnen Maschinen und Maschinenteile aus Berlin versandt:

nach	1913	1925	1926	1927
Russisch-Polen und Galizien . . .	1 954	435	402	526
Deutsch-Polen[1])	11 474	[2]) 1 849	[2]) 1 693	[2]) 1 878
Rußland und Randstaaten	3 991	531	5	438
Rumänien, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Türkei, Griechenland .	4 178	111	190	449
Österreich	3 236	690	487	632
Böhmen	1 591	1 771	1 828	1 808
Elsaß-Lothringen	4 733	93	70	60
Saargebiet	1 449	130	50	298
Belgien	4 821	310	258	467
Niederlande	5 089	1 558	2 448	1 475
Frankreich	3 088	222	586	486
Italien	2 303	259	729	1 007

[1]) Die ehemaligen deutschen Ostprovinzen Posen, Westpreußen, Ostoberschlesien. — [2]) Ohne Grenzmark Posen-Westpreußen (1925: 543 t, 1926: 475 t, 1927: 671 t).

Der Versand Berliner Maschinen nach dem Inland hat — verglichen mit den einschneidenden Veränderungen des Exports — grundlegende Wandlungen nicht durchgemacht. Der durchschnittliche Rückgang liegt bei rund 12 Prozent. Es sind aber in seiner inneren Zusammensetzung bemerkenswerte Verschiebungen eingetreten. Sie gehen aus der nachstehenden Aufstellung hervor. Die inländischen Hauptempfangsgebiete des berlinischen Maschinenversandes (außer Elb- und Oderhäfen) sind in der nachfolgenden Übersicht aufgeführt:

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
Brandenburg	15 054	12,7	18 012	16,5	12 120	12,9	12 255	11,0
Ruhrgebiet	16 969	14,3	10 616	9,7	8 580	9,2	13 347	11,9
Rheinland-Westfalen ohne Ruhrgebiet .	12 778	10,8	8 687	7,9	6 539	7,0	10 449	9,4
Land Sachsen . . .	8 981	7,6	9 257	8,5	8 503	9,1	11 167	10,0
Thüringen u. Reg.-Bez. Merseburg, Erfurt	8 669	7,3	8 799	8,1	8 612	9,2	10 319	9,2
Hannover, Braunschweig, Oldenburg (ohne Häfen) . . .	7 297	6,1	6 918	6,3	6 893	7,4	6 702	6,0
Niederschlesien . .	6 494	5,5	7 909	7,2	6 607	7,1	6 247	5,6
Oberschlesien . . .	6 098	5,1	1 722	1,6	2 331	2,5	2 669	2,4
Ostpreußen[1])	5 826	4,9	2 850	2,6	5 558	5,9	2 806	2,5
Hessen-Nassau, Oberhessen	5 288	4,5	2 904	2,7	2 354	2,5	3 665	3,3
Anhalt, Reg.-Bez. Magdeburg	5 134	4,3	4 227	3,9	3 746	4,0	4 453	4,0
Schleswig-Holstein[2]) einschl. Häfen von Rostock bis Flensburg	4 021	3,4	3 361	3,1	2 133	2,3	3 814	3,4
Bayern	2 400	2,0	8 309	7,7	7 689	8,2	8 210	7,3

Der Berliner Empfang an Maschinen und Maschinenteilen betrug aus dem

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
1. Elbhafengebiet .	5 661	5,5	6 039	5,1	6 060	5,6	28 948	21,9
2. Oderhafengebiet	901	0,8	1 002	0,8	2 884	2,7	2 054	1,6
3. Ausland	4 540	4,4	3 987	3,3	8 199	7,6	6 547	4,9
4. Inland (außer 1 und 2)	91 554	89,3	108 376	90,8	91 041	84,1	94 810	71,6

Unter den Inlandsliefergebieten kommen überwiegend Brandenburg, das Land Sachsen, der magdeburg-anhaltische Maschinenbaubezirk, das rheinisch-westfälische Industriegebiet und Hessen-Nassau in Betracht. Neuerdings hat sich auch Hannover-Braunschweig in den Vordergrund geschoben. Der Empfang aus Bayern und Württemberg steht ebenso wie der Eingang von Maschinen aus Thüringen (mit den Regierungsbezirken Merseburg und Erfurt) an der Grenze von 5 000 Tonnen. Der Berliner Empfang aus den zuerstgenannten Liefergebieten betrug

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
Brandenburg	10 647	11,6	9 719	9,0	12 977	14,3	9 141	9,6
Land Sachsen . . .	13 873	15,2	15 310	14,1	11 848	13,0	11 634	12,3
Anhalt, Reg.-Bez. Magdeburg	11 990	13,1	8 945	8,3	6 921	7,6	8 131	8,6
Hessen-Nassau, Oberhessen	9 599	10,5	6 819	6,3	5 807	6,4	6 927	7,3
Ruhrgebiet	5 232	5,7	10 070	9,2	6 266	6,9	9 485	10,0
Rheinland-Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	5 906	6,5	7 243	6,7	5 331	5,9	7 018	7,4
Hannover, Braunschweig, Oldenburg (ohne Häfen) . . .	3 959	4,3	8 160	7,5	9 308	10,2	10 741	11,3

Nach drei von den 7 Hauptliefergebieten hat Berlin (dem Gewicht nach) einen Aktivverkehr (Brandenburg, Rheinland und Westfalen, Ruhrgebiet). Der Maschinenaustausch mit den übrigen vier Gebieten, darunter neuerdings auch mit Hannover-Braunschweig, ist für Berlin passiv.

II. Der brandenburgische Güterverkehr mit Maschinen.

Der Maschinenversand aus der Provinz Brandenburg ist rund (47 v. H.) halb so groß wie der berlinische, also etwas größer als das Verhältnis der im Maschinenbau beschäftigten

[1]) Seit 1925 ohne Memel. — [2]) Seit 1925 ohne Nordschleswig.

Personen (39 v. H.). Der Empfang beträgt 59 v. H. des berlinischen Empfanges und entspricht ungefähr dem Verhältnis der Bevölkerung beider Gebiete.

Vom brandenburgischen Versand gingen

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
1. ins Elbhafengebiet	9 416	10,4	11 195	14,0	8 938	11,8	9 201	13,0
2. ins Oderhafengebiet	1 179	1,8	2 237	2,8	2 714	3,6	1 242	1,8
3. ins Ausland[1]) . .	18 889	20,9	5 020	6,3	5 725	7,6	9 177	13,0
4. ins Inland (außer 1 und 2)	60 991	67,4	61 315	76,9	58 335	77,0	51 013	72,2

Der Versand aus Brandenburg nach der Grenzmark Posen-Westpreußen, der der Vergleichsmöglichkeit wegen mit in die Position Ausland hineingenommen werden müßte, betrug 1925: 1 248 t, 1926: 4 090 t und 1927: 1 499 t. Danach hat der brandenburgische Versand über die trockene Grenze verhältnismäßig weniger gelitten als der berlinische. Die Bewegung des Versandes (in Tonnen) nach den betreffenden Hauptempfangsgebieten (1913) geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor:

	1913	1925	1926	1927
Rußland, Randstaaten	385	478	1 223	2 878
Russisch-Polen und Galizien	2 249	1 128	66	169
Deutsch-Polen	9 621	929	401	604
(Grenzmark[2])		1 248	4 090	1 499)
Rumänien, Ungarn, Jugoslawien usw.	766	159	622	514
Tschechoslowakei	468	524	820	530
Österreich	811	469	1 554	2 467
Elsaß-Lothringen	1 018	92	190	27
Niederlande	981	310	274	424
Luxemburg	560	—	2	43
Italien	443	24	76	222

Am brandenburgischen Versand nach den Inlandsverkehrsbezirken partizipieren als Hauptempfangsgebiete:

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
Berlin	10 647	17,5	9 719	15,9	12 977	22,2	9 141	17,9
Ruhrgebiet	6 824	11,2	2 551	4,2	2 273	3,9	3 183	6,2
Rheinland-Westfalen ohne Ruhrgebiet .	3 946	6,5	3 452	5,6	2 763	4,7	3 454	6,8
Thüringen, Reg.-Bez. Merseburg, Erfurt	6 131	10,1	5 064	8,3	3 074	5,3	4 371	8,6
Niederschlesien . .	5 655	9,3	7 974	13,0	4 501	7,7	4 287	8,4
Oberschlesien . . .	1 394	2,3	1 022	1,7	630	1,1	590	1,2
(Ostoberschlesien[2]) .			101	0,2	119	0,2	100	0,2)
Hessen-Nassau, Oberhessen	3 881	6,4	1 211	2,0	880	1,5	1 442	2,8
Land Sachsen . . .	3 132	5,1	4 823	7,9	4 517	7,7	4 199	8,2
Anhalt, Reg.-Bez. Magdeburg	2 905	4,8	3 618	5,9	3 478	6,0	2 986	5,9
Hannover, Braunschweig, Oldenburg (ohne Häfen) . . .	3 039	5,0	3 843	6,3	3 825	6,6	2 523	4,9
Pommern (ohne Häfen) . . .	3 007	4,9	2 491	4,1	4 380	7,5	3 000	5,9
Ostpreußen	2 734	4,5	1 868	3,0	3 008	5,2	1 277	2,5
Schleswig-Holstein u. Häfen v. Rostock bis Flensburg . . .	2 004	3,3	1 833	3,0	1 472	2,5	1 050	2,1
(Nordschleswig[2]) . .			—		—		205	0,4)
Mecklenburg	903	1,5	973	1,6	849	1,5	1 170	2,3
Bayern	1 839	3,0	5 489	9,0	2 710	4,6	3 613	7,1

[1]) Siehe Anmerkungen zu den entsprechenden Berliner Zahlen Seite 247. — [2]) In diese Aufstellung nur zur Ergänzung der vorhergehenden Position aufgenommen.

Beim brandenburgischen Empfang von Maschinen und Maschinenteilen ist die Zufuhr über Hamburg außerordentlich zurückgegangen (zum Teil wahrscheinlich als Folge des Überganges rheinischer Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen auf eine amerikanische Gesellschaft und des dadurch eingetretenen Rückgangs der Zufuhr landwirtschaftlicher Maschinen aus Amerika); ebenso ist die Anlieferung von Maschinen aus dem Magdeburger Maschinenbaugebiet gesunken. Eine verhältnismäßig nicht unbedeutende Steigerung hatte die Zufuhr aus dem Land Sachsen, aus Bayern und für 1927 aus Baden (mit Mannheim, Rheinau und Ludwigshafen) aufzuweisen.

Vom brandenburgischen Empfang kamen aus:

	1913		1925		1926		1927	
	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.	Tonnen	v. H.
1. Elbhafengebiet .	11 956	15,3	1 865	2,4	2 413	4,8	1 903	3,0
2. Oderhafengebiet	1 536	2,0	674	0,8	786	1,6	867	1,3
3. Ausland	3 971	5,1	1 583	2,0	296	0,6	775	1,2
4. Inland (außer 1 u. 2)	60 914	77,7	75 127	94,8	46 234	93,0	60 515	94,5
Vom Inlandsempfang kamen aus:								
Berlin	15 054	24,7	18 012	24,0	12 120	26,2	12 255	20,3
Land Sachsen . . .	5 943	9,8	9 891	13,2	5 962	12,9	9 655	16,0
Anhalt, Reg.-Bez. Magdeburg	14 626	24,0	9 460	12,6	5 734	12,4	7 714	12,7
Niederschlesien . .	3 957	6,5	5 696	7,6	3 181	6,9	4 899	8,1
Thüringen, Reg.-Bez. Merseburg, Erfurt	3 879	6,4	5 378	7,2	3 650	7,9	3 315	5,5
Hannover, Braunschweig, Oldenburg (ohne Häfen) . . .	3 945	6,5	3 661	4,9	2 372	5,1	3 921	6,5
Ruhrgebiet	1 461	2,4	2 117	2,8	1 293	2,8	2 002	3,3
Rheinland-Westfalen ohne Ruhrgebiet .	2 164	3,6	2 839	3,8	2 357	5,1	3 087	5,1
Hessen-Nassau, Oberhessen	2 802	4,6	2 140	2,8	1 072	2,3	1 328	2,2
Baden mit Mannheim, Ludwigshafen, Rheinau	1 575	2,6	1 917	2,6	1 332	2,9	5 159	8,5
Bayern	828	1,4	2 268	3,0	1 217	2,6	1 882	3,1

III. Die Frachtsätze und der berlin-brandenburgische Güterverkehr mit Maschinen.

Wenn man das Verkehrsbild der Maschinenlieferungen nach bezw. aus Berlin und Brandenburg in seiner Gesamtheit betrachtet, wird man zu dem Urteil kommen, daß ursächlich einmal die durch die Kriegsereignisse herbeigeführte Grenzziehung und zum anderen die allgemeine wirtschaftliche Lage eingewirkt haben. Die Maschinenbauindustrie macht außerdem auf die Einengung des Absatzgebietes und der Konkurrenzfähigkeit durch die im Rahmen der gesamten Frachtsteigerung besonders starke Verteuerung der Transportkosten für Maschinen und Maschinenteile aufmerksam. Für die 10 t-Ladung ergeben sich danach folgende Veränderungen gegenüber 1913 (= 100)

auf Entfernungen von . . . km	nach dem Tarif vom 1. 10. 1926		nach dem Tarif vom 1. 8. 1927	
	für Landmaschinen ohne motorischen Antrieb	für die Mehrzahl aller übrigen Eisen- und Stahlwaren	für Landmaschinen ohne motorischen Antrieb	für die Mehrzahl aller übrigen Eisen- und Stahlwaren
50	227,6	258,6	182,3	210,3
100	203,7	237,0	180,0	209,3
250	182,4	212,0	161,6	191,2
500	160,3	187,3	143,0	168,8
700	135,4	158,9	121,1	143,1

Was die Maschinenindustrie besonders hervorhebt, sind die Steigerung der Transportkosten nach den Seehäfen und der Fortfall der Ausnahmetarife für den Maschinenversand über die trockene Grenze.

Vor dem Krieg waren für den Versand über die Seehäfen die Transportkosten differenziert, je nachdem ob außerdeutsche europäische oder außereuropäische Stationen die Empfänger waren. Nach dem Krieg fiel zunächst der Seehafenausnahmetarif fort. Erst später wurde dieser als Ausnahmetarif (AT) 35 wieder eingeführt. Welche Steigerung der Transportkosten dadurch eingetreten ist, zeigt die nachfolgende Zusammenstellung. Die Maschinenfrachten für 10 *t*-Ladungen bei der Ausfuhr über See betrugen

von Berlin	nach Hamburg	Lübeck	Bremen	Stettin
für Entfernungen von ... *km*	*280*	*264*	*339*	*137*
I. 1913				
a) nach außerdeutschen europäischen Stationen Mk./100 *kg*	0,96	0,96	1,07	0,59
b) nach außereuropäischen Stationen Mk./100 *kg*	0,74	0,70	0,87	0,42
II. 1925/26				
a) Stationsfrachtsatz RM./100 *kg*	2,06	2,00	2,38	1,24
b) nach Abtarifierung am 1.10.26 und teilweiser Übernahme der Ermäßigung des Normalgütertarifes von 1927 in den AT 35 RM./100 *kg*.	1,69	1,65	1,95	1,03

Die Steigerung von II a gegen I a = 215 v. H., gegen I b = 281 v. H.,
„ „ „ II b „ I a = 177 v. H., „ I b = 232 v. H.

Demgegenüber betrug die Steigerung der Maschinentransportkosten für den Versand nach denselben Hafenstationen aus Frankfurt a./M.

von II a gegen I a = 183 v. H., gegen I b = 229 v. H.,
„ II b „ I a = 149 v. H., „ I b = 187 v. H.

und für den Versand aus Nürnberg

von II a gegen I a = 196 v. H., gegen I b = 246 v. H.,
„ II b „ I a = 160 v. H., „ I b = 200 v. H.

Es ergibt sich also über die allgemeine Frachtverteuerung hinaus noch eine besondere Benachteiligung der Berliner Maschinenindustrie.

Für den Versand über die trockene Grenze bestehen im Gegensatz zu 1913 Ausnahmetarife nicht mehr. Selbst nach der Ermäßigung der Tarife im August 1927 betrug die Steigerung noch immer für den Versand nach

der Schweiz 222 v. H., den Niederlanden 248 v. H., Polen/Rußland 350 v. H. und Österreich/Ungarn, Tschechoslowakei usw. 379 v. H.

Sicher fallen diese Veränderungen auf der Seite der Kosten für den Abtransport ins Gewicht. Umgekehrt dürften auch die Nachteile, die sich aus der Steigerung der Transportkosten für die Anfuhr der Materialien ergeben, eine Rolle spielen. Außerdem kommt für die berlin-brandenburgische Maschinenindustrie hinzu, daß sie einer materialorientierten Maschinenindustrie gegenüber in allen den Fällen, in denen die Maschinen nicht in Berlin aufgestellt werden, durch die Einführung der Staffeltarife noch besonders benachteiligt wird[1]). Andererseits darf man jedoch nicht außer acht lassen, daß gegenüber 1913 auch Verbesserungen durch die Elektrifizierung der Betriebe, durch die vielfache Reduzierung der Standortsgewichte der Maschinen usw. eingetreten sind. Dennoch läßt sich an Hand der verkehrsstatistischen Unterlagen ein Beweis dafür, daß die Steigerung der Transportkosten eine Veränderung unter den Empfangsgebieten bewirkt hat, nicht erbringen. Die Steigerung der Transportkosten wird wahrscheinlich irgendwie mitgewirkt haben, doch ein Beweis für die Auswirkung und für das Maß dieser Auswirkung ist unmöglich.

[1]) Die berlin-brandenburgische Maschinenindustrie, die beispielshalber mit einer Materialanfuhr aus einer Entfernung von 400 *km* rechnen und gegebenenfalls die Maschinen noch nach 300 *km* entfernt liegenden Konsumorten transportieren muß, zahlt die Fracht für 400 *km* und 300 *km*. Die materialorientierte Maschinenindustrie zahlt die Fracht für die durchgehenden 700 *km*. Da bei einer Staffeltarifierung der Frachtsatz je Entfernungseinheit fortlaufend sinkt, muß die Fracht für durchgehende 700 *km* billiger sein als die Fracht für einmal 400 *km* und dann für 300 *km*. Die Auswirkung des Staffeltarifes für Berlin ist schon bei anderen Industrien (z. B. Mühlengewerbe Seite 202) und im allgemeinen Teil (Seiten 217/218) aufgezeigt worden.

b) Die Rohstoffversorgung, die Produktion und der Absatz der Berliner Elektroindustrie.

Wegen der besonderen Bedeutung, die Berlin als Standort der deutschen Elektroindustrie zukommt, wird der Rohstoffversorgung, der Produktion und dem Absatz der Berliner Elektroindustrie ein besonderer Abschnitt gewidmet. Es ist dabei von vornherein zu bemerken, daß auch hier kein erschöpfendes Bild gegeben werden kann, und besonders hinsichtlich des Absatzes, für den die Verkehrsstatistik überhaupt keine Unterlagen gibt[1]), nur indirekte Hinweise gegeben werden können.

I. Die Rohstoffversorgung.

Nimmt man an, daß vom gesamten Materialverbrauch der deutschen Elektroindustrie (vgl. den Artikel Elektrizitätsindustrie im Handwörterbuch für Staatswissenschaften 4. Auflage) nur die Hälfte auf die Berliner Betriebe entfällt, so müßten sie pro Jahr verarbeiten

140 – 150 000 *t* Walzwerkserzeugnisse,
45 000 *t* Kupfer,
30 – 35 000 *t* Blei,
5 – 6 000 *t* andere Metalle,
12 – 13 000 *t* Schmiedematerial und Kleinzeug,
70 – 75 000 *t* Guß,
10 000 *t* Porzellan.

Außerdem benötigen sie Textilwaren, Isoliermaterial, Gummi, Mennige (für Akkumulatoren), Farben, Lacke und andere Rohstoffe und dazu als Feuerungsmaterial die Kohle. Mengenmäßige Angaben über den Materialverbrauch einzelner Betriebe sind für die Vorkriegsjahre für das Kabelwerk Oberspree und bis auf die Gegenwart für die Akkumulatorenfabrik A. G. vorhanden. Das Kabelwerk Oberspree verarbeitete 1909/10 23 000 *t* Kupfer, 1910/11 27 000 *t*, 1911/12 31 236 *t* und 1912/13 33 800 *t*. Der Bleiverbrauch des Oberschöneweider Werkes der Akkumulatorenfabrik ist auf 7 – 9 000 *t* zu veranschlagen, also auf ungefähr 1/4 des gesamten Bleiverbrauchs der Berliner Elektroindustrie. Der größte Teil des von der Elektroindustrie verbrauchten Bleis dürfte in die Kabelwerke gehen.

Die Liefergebiete der Metallrohstoffe sind dieselben, die schon in den Abschnitten über die Eisen- und Metallversorgung der Berlin-Brandenburger Industrie genannt wurden: Oberschlesien, Niederschlesien, Brandenburg und Westdeutschland. In mancher Hinsicht kann man die Rohstoffliefergebiete der Berliner Elektroindustrie noch enger umgrenzen. Das Elektroporzellan dürften die beiden Großfirmen aus ihren eigenen Zweigwerken beziehen: die Siemenswerke aus ihrer Fabrik in Neuhaus in Thüringen, die AEG aus ihrer Porzellanfabrik in Hennigsdorf. Ebenfalls aus Hennigsdorf werden vermutlich die Feinbleche der AEG und viel Guß und Preßmaterial kommen. Das Weißblech dürfte aus den rheinischen Weißblechwalzwerken bezogen werden. Neuerdings hat die AEG mit der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A. G. (Eberswalde) einen Lieferungsvertrag abgeschlossen. Aluminium wird entweder aus Lauta

[1]) Die Elektromaschinen sind mit den anderen Maschinen zu einer Warengruppe vereinigt. Die Mehrzahl aller übrigen Erzeugnisse — außer Kabel — sind in einer Sammelposition zusammen mit Stoffen, Emballagen, Federbetten, Pianos, Gummiwaren, Kanariensaat usw. enthalten.

oder (und?) Bitterfeld angeliefert; die Aluminiumlegierungen werden wahrscheinlich von rheinischen Werken gekauft. Die fertigen Glaskörper für elektrische Beleuchtungen liefern für die Osramwerke die eigenen Werke in Weißwasser (Niederschlesien), Finkenheerd und Fürstenberg a./O. (Brandenburg), für sonstige Beleuchtungskörperfabriken andere Weißhohlglashütten der Niederlausitz. Die Glaskolben für Glühbirnen stellt die Osram G. m. b. H. in ihrem Berliner Maschinenglaswerk her. Den zur Herstellung benötigten Sand läßt sie in eigener Grube in der Altmark (Elbsand) graben.

II. Die Produktion und der Umsatz.

Die Größe des Umsatzes der Menge nach läßt sich für Berlin allein im allgemeinen nur durch Einzelheiten andeuten. Für die Vorkriegszeit gibt es für alle Betriebe der AEG und der Siemens-Schuckert-Werke einige Angaben (einbegriffen ist also auch die Fabrikation der außerhalb Berlins gelegenen Betriebe). Danach produzierte die AEG Dynamomaschinen bezw. Elektromotore

Jahr	Stück	mit einer KW-Leistung von
1904/05	27 791	647 773
1905/06	37 240	818 263
1906/07	43 953	1 161 060
1907/08	47 726	1 350 327
1908/09	47 351	1 239 639
1909/10	72 460	1 476 623
1910/11	92 186	1 756 001
1911/12	118 205	1 861 344
1912/13	122 452	1 973 987.

(Bis 1913 hatte die AEG außerdem über 1 000 Lokomotiven ausgerüstet. Die Turbinen, die im Jahre 1912/13 von der AEG gebaut wurden, hatten eine Leistung von 559 988 *KW*.) Von allen deutschen und außerdeutschen Werken der Siemens-Schuckert G. m. b. H. wurden Motoren, Maschinen und Transformatoren abgeliefert

Jahr	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13
Stück. . . .	52 038	66 227	95 116	134 539	132 800
mit einer PS-Leistung von	1 597 556	2 056 508	2 646 327	3 737 674	4 064 228

Für die Nachkriegszeit enthalten die Geschäftsberichte der Großfirmen Hinweise auf Einzelaufträge von Straßenbahngesellschaften, Funkstationen, auf Ausrüstung von Kraftwerken usw. Doch vermitteln die Einzelangaben der Geschäftsberichte ein ganz oberflächliches und zu verzerrtes Bild, als daß es sich lohnen könnte, die Hinweise hier zu verwerten. Umfassende und den Berliner Anteil hervorhebende Angaben gibt es nur für die Produktion von Elektrokohle und von Glühbirnen. Diese Umsatzzahlen sind der Leuchtmittelsteuerstatistik zu entnehmen.

Berlin hat in der gesamten deutschen Herstellung von Elektrokohlen aller Art keinen bevorzugten Platz, wohl aber in einem Unterzweig: der Herstellung von Lichtkohlen. Auf diesem Gebiet ist die Firma Gebr. Siemens & Co. (Berlin-Lichtenberg), ein zum Siemens-Konzern gehörendes und 1928 mit den Planiawerken (Oberschlesien) vereinigtes Unternehmen, führend. Nach der Leuchtmittelsteuerstatistik wurden im deutschen Zollgebiet 1913 10 779 435 *kg* Brennstifte hergestellt, die sich den hauptsächlichsten Produktionsstandorten nach folgendermaßen verteilten (errechnet auf Grund des Steueraufkommens unter der Voraussetzung, daß die Gebiete am steuerfreien Export im gleichen Verhältnis teilhaben wie an der Erzeugung für das Inland):

	Brennstifte aus Reinkohle		Brennstifte aus Kohle mit Leuchtzusätzen	
	kg	v. H.	*kg*	v. H.
Berlin (-Brandenburg)	2 414 323	30,9	1 045 536	35,1
Schlesien	1 701 106	21,8	613 690	20,6
Sachsen	77 252	1,0		
Preußen insgesamt	**4 211 409**	**54,0**	**1 667 263**	**56,0**
Bayern	3 406 895	43,7	1 079 762	36,3
Elsaß-Lothringen	174 012	2,2	171 726	7,6
Deutsches Zollgebiet insges.	**7 803 242**	**100,0**	**2 976 193**	**100,0.**

1925 wurden 777 447 *kg* Lichtkohle versteuert. Davon kamen auf

Berlin . . . . . . 466 602 *kg* = 60,01 %,
Oberschlesien . . 37 732 *kg* = 4,85 %,
Nürnberg . . . . . 273 113 *kg* = 35,13 %.

1913 wurden von der Erzeugung 65,7 v. H., 1925 77,4 v. H. ins Ausland ausgeführt.

In der deutschen Glühlampenherstellung haben die Berliner Glühlampenfabriken (einschließlich der Fabrik von Pintsch in Fürstenwalde) eine nahezu monopolistische Stellung. 1913 wurden in den hauptsächlichsten Produktionsstandorten hergestellt[1])

in	Kohlenfadenlampen (einschließlich Nernstbrenner) Stück	v. H.	Metallfadenlampen Stück	v. H.
Berlin (-Brandenburg) . . .	9 404 019	68,81	79 413 677	85,54
Schlesien	—	—	603 447	0,65
Provinz Sachsen	ca. 103 000	0,80	668 434	0,72
Westfalen	722 966	5,29	148 541	0,16
Rheinprovinz	2 107 397	15,42	1 708 220	1,84
Preußen	**12 357 381**	**90,42**	**82 681 577**	**89,05**
Bayern	ca. 100 000	0,79	3 899 169	4,20
Sachsen	731 166	5,35	3 351 454	3,61
Thüringen	ca. 50 000	0,35	1 188 327	1,28
Hamburg	217 300	1,59	1 132 624	1,22
Elsaß-Lothringen	194 066	1,42	362 068	0,39
Deutsches Zollgebiet	**13 666 646**	**100,00**	**92 838 061**	**100,00**

Im Jahre 1925 soll nach der Steuerstatistik gegenüber 1913 die Erzeugung von Metallfadenlampen (die Kohlenfadenlampe wird nicht mehr besteuert, auch dürfte sie bald ganz aus dem Produktionsprogramm der Firmen verschwunden sein) um 16,1 v. H. zurückgegangen sein. Es ist anzunehmen, daß der Rückgang durch Änderung der Steuergrenzen entstanden, also ein statistischer ist (vergl. Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 35. Jahrgang, IV S. 81).

1925/26 wurden Metallfadenlampen und Nernstbrenner hergestellt:

Im Bezirk des Landesfinanzamtes	Stück	v. H.
Berlin	68 576 761	88,03
Brandenburg	4 000 146	5,13
München	2 708 764	3,48
Köln	2 089 594	2,68
Münster	345 037	0,44
Oberschlesien	54 879	0,07
Leipzig	48 386	0,06
Thüringen	32 845	0,04
Unterelbe	23 761	0,03
in Deutschland insgesamt	**77 902 239**	**100,00**

[1]) Errechnet unter der Voraussetzung, daß die Gebiete am Export im Verhältnis ihres versteuerten Inlandsabsatzes beteiligt sind.

Die gesamte deutsche Produktion betrug 1924/25 71,5 Millionen Stück Metallfadenlampen und Nernstbrenner, 1925/26 77,9 Millionen, 1926/27 76,3 Millionen, 1927/28 94 Millionen Stück. Zu beachten ist, daß in neuerer Zeit mit Edelgasen (Neon) gefüllte Glasröhren, die zwar zwei- bis dreimal so teuer sind wie Glühlampen, aber nur 1/6 bis 1/10 soviel Strom verbrauchen, immer mehr die Stelle der Metallfadenlampen einnehmen. Besonders in der Lichtreklame treten sie sehr stark in den Vordergrund[1]).

Die wertmäßige Größe des Umsatzes der Berliner Elektrofirmen schätzte[2]) Direktor Werner von den Siemenswerken für 1925 auf 1,5 Milliarden Mark. Davon sollen 2/3 bis 3/4 auf Berlin entfallen. Neuerlich bekanntgewordene Zahlen beweisen, daß die Angaben von Werner, wenn nicht schon damals zu niedrig gegriffen, so doch später bestimmt überholt worden sind. Der Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie schätzte den Wert der deutschen Elektroproduktion für das Jahr 1925 auf 2,1 Milliarden Mark. Für die jüngste Zeit ist der Umsatz allein bei den Großfirmen (einschließlich der 100 prozentig beherrschten Tochtergesellschaften) erheblich höher. Die A. E. G. hatte einen Gesamtumsatz im Durchschnitt der Jahre 1910/14: 357 Millionen Mark, 1924: 227 Millionen Mark, 1926/27: 420 Millionen Mark, 1927/28: 500 Millionen Mark und 1928/29: 580 Millionen Mark. Der Umsatz der Siemens & Halske A. G. betrug 1924/25: 183 Millionen Mark, 1927/28: etwa 250 Millionen Mark, 1928/29: 300 Millionen Mark. Die Siemens-Schuckert-Werke setzten um 1924/25 für 391 Millionen Mark, 1927/28 für reichlich 500 Millionen Mark, 1928/29 für 550 Millionen Mark. Der Umsatz der Bergmann A. G., der von 1902 bis 1911 von 6,8 Millionen Mark auf 66 Millionen Mark gestiegen war, betrug 1924: 53, 1925: 81, 1926: 75, 1927: 100 und 1928: 115 Millionen Mark. Der Umsatz der Mix & Genest A. G. betrug 1926: 19,9, 1927: 20,8 und 1928: 20,6 Millionen Mark. Der Umsatz der Deutsche Kabelwerke A. G. stieg von 15,8 Millionen Mark im Jahre 1925 auf 21,4 Millionen Mark im Jahre 1926, auf 25 Millionen Mark im Jahre 1927 und betrug im ersten Halbjahr 1928 12,7 Millionen Mark, lag damit 15 v. H. über dem Umsatz des ersten Halbjahres von 1927.

III. Die Richtung des Absatzes.

Über die Richtung des Absatzes der Produkte der Berliner Elektrobetriebe läßt sich direkt nicht mehr sagen, als was an Einzelangaben in den Geschäftsberichten der Firmen enthalten ist. Indirekt kann man nach Art einer Marktanalyse bei entsprechender Berücksichtigung des Anteils, der von der deutschen Elektroproduktion auf die Berliner Fabriken entfällt, schlechthin alle Angaben verwenden, die den Stand der Elektrifizierung kennzeichnen.

Ein wesentlicher Teil der deutschen Elektroproduktion wird ausgeführt. Die Ausfuhr an Elektroerzeugnissen betrug 1913: 330,5; 1925: 356,3; 1926: 390,8; 1927: 441,2 Millionen Reichsmark. Da für 1913 der Wert der gesamten deutschen Elektroproduktion auf 1 300 Millionen Reichsmark, für das Jahr 1925 auf 2 100 Millionen Reichsmark beziffert wird, wurden 1913 rund 25 v. H. und 1925 rund 17 v. H. der gesamten Produktion ausgeführt. Von der Ausfuhr entfielen

auf	1913	1925	1926	1927
	vom Hundert			
Schaltapparate, Installationsmaterial usw.	22,5	21,6	20,5	23,2
Elektrische Maschinen und Transformatoren	19,5	14,6	13,9	16,8
Kabel und isolierte Leitungen	18,5	15,8	19,3	15,4
Glühlampen	14,6	7,5	5,8	5,6
Meß-, Zähl- und Registriervorrichtungen	7,3	8,9	7,8	8,2
Telegraphie und Telephonie mit und ohne Draht, Sicherungsapparate	4,5	15,2	17,2	13,8
sonstige Elektroerzeugnisse	13,1	16,4	15,5	17,0

Für die Richtung des Absatzes von Elektroerzeugnissen im Binnenlande dürften die Anteilsätze der beiden folgenden Übersichten gewisse Anhaltspunkte geben.

Länder und Provinzen	Es betrug 1925 in den in der Vorspalte genannten Ländern und Provinzen der			
	Anteil an der deutschen Stromerzeugung	Anteil an der in Stromerzeugungsanlagen installierten Maschinenleistung	Anteil an den in den Gewerbebetrieben zum Antrieb von Arbeitsmaschinen dienenden elektromotorischen Kräften	Anteil an den in den Landwirtschaftsbetrieben verwendeten elektromotorischen Kräften
	v. H.	v. H.	v. H.	v. H.
Anhalt	0,16	0,22	0,79	0,59
Baden	2,97	3,08	3,77	2,84
Bayern	11,04	11,24	10,37	16,39
Braunschweig	0,44	0,44	0,84	0,88
Bremen			0,68	0,05
Hamburg	2,31 (Bremen, Hamburg, Lübeck)	2,23 (Bremen, Hamburg, Lübeck)	2,23	0,05
Lübeck			0,29	0,06
Hessen	0,85	1,19	1,64	0,77
Lippe	0,40	0,50	0,20	0,44
Mecklenburg-Schwerin	0,19	0,31	0,70	1,74
Mecklenburg-Strelitz	0,01	0,03	0,11	0,33
Oldenburg	in Lippe	in Lippe	0,69	1,17
Sachsen	6,91	7,49	9,28	6,10
Schaumburg-Lippe	in Lippe	in Lippe	0,06	0,14
Thüringen	1,25	1,69	2,61	3,34
Waldeck	—	—	0,05	0,15
Württemberg	2,06	3,16	4,72	7,56
Preußen	71,39	68,42	60,97	57,40
darunter:				
Berlin	9,14 (Berlin, Brandenburg)	9,69 (Berlin, Brandenburg)	4,57	0,05
Brandenburg			2,68	7,05
Grenzm. Posen-Westpr.	0,12	0,18	0,09	0,85
Hannover	3,06	3,60	3,97	9,11
Hessen-Nassau	2,54	3,04	2,34	2,17
Hohenzollern	0,01	0,01	0,05	0,35
Niederschlesien	5,20 (Nieder- und Oberschlesien)	5,49 (Nieder- und Oberschlesien)	2,93	7,67
Oberschlesien			1,75	1,32
Ostpreußen	0,85	0,95	0,81	2,36
Pommern	1,58	1,87	1,20	5,40
Rheinprovinz	20,69	19,26	20,11	5,88
Sachsen	13,69	9,40	5,07	8,69
Schleswig-Holstein	1,28	1,86	1,49	2,39
Westfalen	13,23	13,06	13,91	4,08
Summe	100,00	100,00	100,00	100,00
Summe in absoluten Zahlen	kwh 20327989000	KW 8713000	PS 15 210 432	PS 3325311

Der Übersicht liegen die Ergebnisse der Stromerzeugungsstatistik und der gewerblichen und der landwirtschaftlichen Betriebszählung zugrunde (vgl. Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrg. Nr. 24, S. 907, 7. Jahrg. Nr. 18, S. 767, Nr. 5, S. 221, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928, S. 124). Wenn man es mit den Grenzfällen nicht zu genau nimmt, kann man sagen, daß die ganze Elektrifizierung Preußens von der berlinischen Elektroindustrie hätte durchgeführt werden können.

Unter den Gewerbezweigen, welche zum Antrieb von Arbeitsmaschinen am meisten elektromotorische Kräfte verwenden, ragen der Bergbau und die Eisen- und Metallgewinnung dadurch, daß sie schwere Maschinen benötigen, bei weitem hervor. Aus der Übersicht auf Seite 252 ist einmal zu ersehen, wieviel vom Hundert der in Preußen zum Antrieb von Arbeits-

[1]) Welche Bedeutung dieser besonders für Berlin zukommt, mag man daran ermessen, daß für 1926/27 die Zahl der in Lichtreklameanlagen brennenden Birnen auf 3 000 000 Stück und ihr Jahresverbrauch auf 109,5 Millionen Kilowattstunden, das sind 1/8 der gesamten Stromabgabe der Berliner Elektrizitätswerke A. G., geschätzt worden ist. — [2]) Der Weltspiegel vom 9. Oktober 1927, Seite 14.

maschinen dienenden elektromotorischen Kräfte auf die einzelnen Gewerbegruppen entfallen (Spalte 2) und zum anderen, mit welchen Anteilssätzen die Provinzen an den elektromotorischen Kräften jeder Gewerbegruppe beteiligt sind.

Über den Absatz und das Absatzgebiet eines der jüngsten und in Berlin ebenfalls stark vertretenen Zweiges der Elektroindustrie, der Radioindustrie, geben die Zahlen der am Reichsrundfunk angeschlossenen Teilnehmer einige Hinweise. Am Reichsrundfunk waren angeschlossen am 1. 1. 1924 1 500 Apparate, am 1. 1. 1925 549 000 Apparate, Ende 1925 rund 1 Million, am 1. 4. 1926 rund 1 1/4 Million, am 1. 4. 1928 2 234 732 und Ende 1928 2 512 000 Apparate. Im Sendebezirk Berlin waren am 1. 7. 1926 451 311, am 1. 4. 1928 513 205 und Ende 1928 771 000 Apparate angemeldet.

Anteil (v. H.) der Gewerbegruppen und Provinzen an den in Preußen zum Antrieb von Arbeitsmaschinen dienenden elektromotorischen Kräften.

Gewerbegruppen	Anteil der Gruppe am Gesamtgewerbe	Von der gesamten elektromotorischen Kraft jeder Gewerbegruppe entfallen auf die Provinz (v. H.)													
		Ostpreußen	Brandenburg	Berlin	Pommern	Grenzmark	Niederschlesien	Oberschlesien	Sachsen	Schleswig-Holstein	Hannover	Westfalen	Hessen-Nassau	Rheinprovinz	Hohenzollernsche Lande
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
I. Gärtnerei u. Tierzucht	0,02	0,29	12,04	2,00	7,13	0,17	6,50	0,29	28,41	10,90	20,82	3,54	3,88	3,37	0,68
II. Hochseefischerei . . .	0,00	—	—	—	10,32	—	—	—	—	6,35	83,33	—	—	—	—
III. Bergbau, Salinenwes., Torfgewinnung	16,90	0,21	4,38	0,00	0,06	—	7,64	4,36	10,84	0,07	3,47	42,33	1,32	25,30	0,01
III A. Mit Bergbau kombinierte Werke	3,16	—	—	—	—	—	2,46	16,21	13,86	—	12,89	28,96	5,40	20,22	—
IV. Steine und Erden . .	3,78	0,82	8,52	1,65	4,03	0,24	10,76	4,04	6,57	2,28	8,93	16,36	7,87	27,92	0,02
V. Eisen- und Metallgewinnung	14,40	0,003	4,42	1,24	0,35	0,00	0,13	1,62	2,51	0,23	6,72	23,67	1,37	57,61	0,12
V A. Mit V. komb. Werke	14,28	0,03	0,95	2,56	0,11	—	0,61	2,89	2,56	0,60	2,32	39,34	0,46	47,57	0,01
VI. Herstellung v. Eisen- und Metallwaren . . .	3,03	0,66	4,32	12,95	0,73	0,10	2,83	1,23	5,22	2,11	4,19	26,18	5,45	33,53	0,51
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau . .	7,79	3,77	5,57	12,92	4,12	0,07	5,84	0,79	8,00	7,32	9,41	12,43	5,77	23,99	0,01
VIII. Elektroindustrie, Feinmechanik, Optik . . .	3,49	0,10	3,64	55,70	0,25	0,03	0,74	1,98	0,91	0,83	2,68	3,69	2,67	26,75	0,05
IX. Chemische Industrie	4,88	0,16	1,90	4,35	1,05	0,002	1,32	0,74	35,26	2,84	5,06	3,81	12,96	30,53	—
X. Textilindustrie	3,57	0,20	10,26	2,55	1,27	0,02	16,32	1,06	2,23	1,87	9,12	14,34	2,90	36,91	0,35
XI. Papierindustrie u. Vervielfältigungsgewerbe	3,28	10,82	5,03	18,83	23,63	0,13	11,77	9,67	12,94	6,37	7,65	12,10	5,63	25,24	0,04
XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie . .	0,61	1,36	6,21	8,22	0,52	0,01	5,84	0,85	3,81	20,17	5,55	6,67	6,52	34,77	0,01
XIII. Kautschuk- u. Asbestindustrie.	0,59	0,01	0,52	12,31	0,02	—	0,09	0,02	3,02	1,89	59,03	2,62	12,23	8,75	—
XIV. Holz- u. Schnitzstoffgewerbe	3,61	2,82	7,47	13,03	3,56	0,58	8,05	1,19	8,45	4,19	10,40	11,68	7,66	20,36	0,55
XV. Musikinstrumenten- u. Spielwarenindustrie .	0,14	0,41	5,21	64,83	0,02	—	4,17	0,02	6,19	1,52	4,78	4,00	2,88	5,97	—
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	6,15	3,11	5,99	9,26	4,82	0,59	7,98	1,82	12,54	7,82	9,92	10,26	4,69	21,07	0,12
XVII. Bekleidungsgewerbe .	0,61	0,63	14,69	21,16	1,14	0,10	6,03	0,85	13,36	2,59	5,15	8,25	6,23	18,98	0,83
XVIII. Baugewerbe.	1,48	2,49	5,39	22,40	2,59	0,37	6,01	0,86	8,27	9,53	8,09	8,82	6,73	18,27	0,18
XIX. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung. .	2,46	1,59	5,57	13,71	2,67	0,37	6,16	2,01	14,79	2,96	4,85	9,49	5,37	30,98	0,04
XX. Handelsgewerbe . . .	1,54	3,87	4,49	20,28	4,76	0,26	4,95	0,75	8,89	8,51	7,27	8,60	6,28	21,05	0,05
XXI. Versicherungsgewerbe	0,01	—	0,50	54,45	1,85	—	6,72	2,35	15,13	4,87	1,85	0,84	1,85	9,55	—
XXII. Verkehrswesen	3,47	6,36	5,48	7,85	3,90	1,29	6,03	3,52	8,63	1,88	11,26	14,38	5,68	23,73	0,01
XXIII. Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe	0,21	1,37	2,63	25,27	2,66	0,24	6,23	0,66	4,76	2,64	7,75	7,53	15,24	22,93	0,09
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- u. Schaustellungsgew.	0,08	2,51	3,02	32,38	1,12	0,10	5,00	0,63	8,82	4,03	7,41	6,18	8,60	20,05	0,14
XXV. Gewerbl. betriebener Unterricht.	0,01	3,82	4,55	19,32	0,83	—	5,37	2,38	3,72	2,17	4,44	8,06	3,31	42,05	—
XXVI. Gesundheitswesen u. hygienische Gewerbe	0,44	3,69	8,51	23.33	2,96	1,21	6,53	1,89	4,91	4,36	5,07	11,91	6,13	19,46	0,08
Gewerbe insgesamt . . .	100,00	1,32	4.40	7,49	1,96	0,15	4,81	2,87	8,32	2,45	6,51	22,81	3,83	32,99	0,09
Elektromotorische Kräfte im Gewerbe insgesamt (in PS)	9 169 649	121 048	402 201	686 610	179 784	13 642	440 531	262 738	760 964	223 874	609 317	2 086 627	351 651	3 022 516	8 146

7. Die Verkehrsbeziehungen sonstiger wichtiger Zweige der berlin-brandenburgischen Industrie.

Je mehr die Darstellung der wirtschaftlichen Verflechtung von Berlin und Brandenburg auf die Industriezweige übergeht, deren Produkte, da sie keine schwer wiegenden Massenerzeugnisse sind, in der Verkehrsstatistik nur wenig oder, durch Zusammenfassung mit den Erzeugnissen anderer Industriezweige, garnicht in Erscheinung treten, desto geringer sind die Erkenntnisse, die sich auf dem für diese Arbeit bestimmend gewesenen Weg gewinnen lassen. Beispielsweise sind die Kirchhainer Schaffellgerbereien, denen in Fachkreisen — sicher nicht ganz mit Recht — eine dominierende Stellung unter den deutschen Schaffellgerbereien zugeschrieben wird, ihrer Bedeutung nach mit Hilfe der Verkehrsstatistik

so gut wie garnicht verständlich zu machen[1]). Was sich nachweisen läßt, ist, daß die zum Gerben benötigte Fichtenrinde in der Hauptsache aus Österreich bezogen wird[2]). Über die recht bedeutende Brillenindustrie der Stadt Rathenow und ihrer nächsten Umgebung besagt die Verkehrsstatistik überhaupt nichts, obgleich es gerade besonders wünschenswert wäre, auch auf diesem Wege über einen Industriezweig, der nach der Zahl der beschäftigten Personen die Hälfte der deutschen Brillenindustrie umfaßt, etwas Näheres zu erfahren. Einige Hinweise lassen sich infolge des relativ hohen Anteils der Beschäftigtenzahl aus der Außenhandelsstatistik gewinnen[3]).

a) Die brandenburgische Hutindustrie.

Die brandenburgische Woll- und Haarhutindustrie ist nicht nur hinsichtlich der deutschen binnenwirtschaftlichen Verflechtung bedeutsam, sondern auch in Bezug auf den deutschen Außenhandel. Schätzt man die gesamte deutsche Produktion an Woll- und Haarhüten für das Jahr 1927 auf rd. 20 Millionen Stück (einschl. der Halbfabrikate), so hat man die brandenburgische für dasselbe Jahr auf etwa 16 bis 17 Millionen Stück zu veranschlagen. Davon entfallen allein 10 Millionen Stück auf die Stadt Guben, die im Jahre 1927 nicht nur die Friedensproduktion erreicht, sondern sogar etwas überschritten hatte. Der Syndikus der Gubener Hutfabrikantenvereinigung behauptet in aller Kürze, daß „mindestens jeder zweite Filzhut deutschen Ursprungs, der im Inlande getragen wird, aus Guben stammt[4])“. Wie unzuverlässig zur Beurteilung dieser Frage die Binnenverkehrsstatistik ist, mag man sich auf Grund der Tatsachen vergegenwärtigen, daß in Guben 1920 4 Millionen, 1925 7½ Millionen und 1927 10 Millionen Hüte und Stumpen erzeugt wurden, nach der Eisenbahngüterverkehrsstatistik aber zum Versand gelangten 1925: 2 320 *dz*, 1926: 1 380 *dz* und 1927: 1 090 *dz*, d. h. ungefähr 15, 9 und 7 hunderttausend Stück. Wegen der besonderen Bedeutung, die die Provinz Brandenburg für die deutsche Hutindustrie als einen für den deutschen Export wichtigen Industriezweig hat, sei in diesem Zusammenhang auch auf die nachfolgenden Exportzahlen für die Jahre 1913 und 1928 verwiesen. Das Jahr 1928 unterscheidet sich hinsichtlich der Ausfuhr vom Jahr 1927 im wesentlichen (abgesehen von gewissen Abschwächungstendenzen in allen die Hutindustrie betreffenden Warengattungen) nur dadurch, daß die Ausfuhr in Wollhutstumpen um fast 50 v. H. gesunken war.

Die Ausfuhr betrug in 1 000 Stück

	1913	1928
Herren-Haarfilzhüte (Pos. 537)	131,0	308,0
Herren-Wollfilzhüte (Pos. 538)	1 948,9	2 451,7
Frauen-Woll- und Haarfilzhüte (Pos. 539)	853,9	2 084,6
Haarhutstumpen in Hutform (Pos. 540 a)	32,4	126,1
Wollhutstumpen in Hutform (Pos 540 b)	224,3	769,6
Haarhutstumpen nicht in Hutform (Pos. 541 a) }	321,8	400,1
Wollhutstumpen „ „ „ (Pos. 514 a) }		1 378,1
Insgesamt	3 512,3	7 518,2

b) Die brandenburgische Textilindustrie.

Neben der Hutindustrie hat für die Versorgung des deutschen Marktes mit Bekleidungsstoffen die brandenburgische Textilindustrie eine besondere Bedeutung. (Berlin ist im Verlauf der Entwicklung seit etwa 1870 völlig in den Hintergrund getreten.) Abgesehen von solchen Zweigen der Textilindustrie, die allgemein mit Personal schwach besetzt sind (z. B. die Roßhaarverarbeitung), haben eine größere Bedeutung die brandenburgische Streichgarnindustrie und die Juteindustrie. Die brandenburgische Streichgarnindustrie bekommt ihr besonderes Gepräge durch das Vorherrschen des Vollbetriebes, d. h. eines Betriebes, in dem sämtliche oder doch fast alle Arbeiten von der Wollwäsche bis zur Stoffweberei vorgenommen werden[1]). Die Reste der ehemals bedeutenden brandenburgischen Leinenindustrie haben sich in dem Kreis Sorau konzentriert. Ihre begriffliche Bezeichnung als Leinenindustrie ist dadurch höchst problematisch geworden, daß gegenüber einer Verarbeitung von 60 v. H. Leinengarn und 40 v. H. Baumwollgarn in der letzten Vorkriegszeit heute nur noch 35 v. H. Leinengarn und 65 v. H. Baumwollgarn verwebt werden. Die Juteindustrie ist heute entgegen der Zählung von 1925 nur noch durch zwei Jutefabriken vertreten[2]): die Max Bahr A.-G. in Landsberg a./W. und die Feinjutegarnspinnerei in Brandenburg a./H. Zur Kennzeichnung der lokalen Verteilung der brandenburgischen Textilindustrie sei noch erwähnt, daß von der Berufszählung 1925 insgesamt 88 971 Berufszugehörige (betriebsgebundene Erwerbstätige und Angehörige) der brandenburgischen Textilindustrie ausgewiesen wurden, das sind 3,4 v. H. der Bevölkerung. Davon kamen auf den Regierungsbezirk Potsdam 18 063 Berufszugehörige oder 1,4 v. H. der Bevölkerung des Regierungsbezirkes und auf den Regierungsbezirk Frankfurt a./O. 70 908 Berufszugehörige oder 5,5 v. H. der Bevölkerung des Regierungsbezirkes. Die Hauptwohnsitze der unmittelbar als Erwerbstätige und mittelbar als Familienangehörige von der Textilindustrie des Regierungsbezirkes Frankfurt a./O. abhängigen Bevölkerung waren

---

[1]) Die Verkehrsstatistik faßt Häute, Felle, Leder und Pelze zu einer Warenposition zusammen. Für die Provinz Brandenburg betrug der

	Empfang	Versand
1913	12 687	8 585 Tonnen
1925	9 503	6 581 „
1926	9 109	5 530 „
1927	10 991	6 063 „

[2]) Die Provinz Brandenburg hatte an Borke und Gerbhölzern einen

	Empfang	Versand
	von	Tonnen
1913	4 876	1 166
1925	4 599	400
1926	3 182	311
1927	4 676	498

Vom Empfang kamen .... Tonnen

aus	1913	1925	1926	1927
Österreich	1 043	567	1 308	2 234

[3]) In der deutschen Ausfuhr optischer Artikel waren enthalten (in *dz*)

	1913	1925	1926
Brillengläser, ungeschliffene	630	1 718	1 052
Brillengläser, geschliffen, ungefaßt	1 398	1 071	969
sonstiges optisches Glas geschliffen u. gef.	1 861	5 723	4 909

[4]) Monographien deutscher Städte, Guben, Seite 178.

[1]) Der Begriff Vollbetrieb ist praktisch nur mit Einschränkung zu gebrauchen. Die Wollwäsche beispielsweise wird heute nur noch zum allergeringsten Teil in den Betrieben selbst vorgenommen. Auch die Spinnerei deckt nur in den Fabriken, die Stapelware herstellen, den ganzen Bedarf. In allen Fabriken, die Modewaren anfertigen, und das ist die übergroße Mehrheit, wird hingegen von der betriebseigenen Streichgarnspinnerei nur ein Teil des Garnbedarfes geliefert. Der Bedarf der Webereien an solchen Garnen, durch die die einzelnen Farbtöne und -schattierungen in den Stoff kommen, ist viel zu mannigfaltig und dabei mengenmäßig in jeder Sorte viel zu gering, um sie im eigenen Betriebe spinnen zu können. „Vollbetriebe“ (im strengsten begrifflichen Sinn), die Modewaren herstellen, gibt es wohl überhaupt nicht. Zumindest habe ich in der Provinz Brandenburg keinen einzigen solchen Betrieb kennen gelernt. In den in der Praxis so genannten Vollbetrieben habe ich in Brandenburg Betriebe angetroffen, die ihren Garnbedarf zu 70—80 v. H. aus der eigenen Spinnerei deckten und solche, deren Spinnerei nur 10 v. H. des Garnbedarfes der mit ihr betriebsverbundenen Weberei lieferte. — [2]) Die Nowaweser Jutefabrik, eine Zweigfabrik eines Meißener Unternehmens, ist stillgelegt und ausgeschlachtet worden. Die vor dem Krieg nicht unbedeutende Jutefabrik in Berlin-Stralau hat inzwischen ebenfalls endgültig aufgehört zu existieren.

			v. H. der Bevölkerung
Stadtkreis Forst	mit 18 263	Berufszugehörigen	= 50,8
„ Cottbus	„ 8 870	„	= 17,6
Landkreis Sorau	„ 7 853	„	= 11,4
Stadtkreis Guben	„ 5 017	„	= 12,3
Stadtgemeinde Sorau	„ 4 371	„	= 23,8
Stadtkreis Landsberg a./W.	„ 4 315	„	= 7,7
Landkreis Cottbus	„ 4 281	„	= 7,9
Stadtgemeinde Spremberg .	„ 4 078	„	= 32,0
Landkreis Spremberg	„ 3 192	„	= 11,0
Stadtgemeinde Sommerfeld .	„ 2 754	„	= 24,6
Landkr. Züllichau-Schwiebus	„ 1 996	„	= 3,9
Stadtgemeinde Finsterwalde	„ 1 126	„	= 8,4.

Es wohnten 1925 also mehr als 93 v. H. der ganzen textilindustriellen Bevölkerung des Regierungsbezirkes Frankfurt a./O. in der brandenburgischen Niederlausitz.

Die Verflechtung der brandenburgischen Textilindustrie mit dem übrigen deutschen Wirtschaftsleben kann nur hinsichtlich der Rohstoffversorgung dargestellt werden. Ein Eingehen auf die Leinenindustrie, die ihren Bedarf an Flachsen zum Teil aus der brandenburgischen Erzeugung, zum Teil aus Niederschlesien, aus Belgien, Rußland und anderen Gebieten deckt, ihre Baumwollgarne zu einem großen Teil vermutlich aus den bayrischen Baumwollspinnereien bezieht, erübrigt sich dabei infolge der relativen Bedeutungslosigkeit der brandenburgischen Leinenindustrie[1]).

I. Die brandenburgische Juteindustrie.

Der Rohstoffverbrauch der brandenburgischen Juteindustrie läßt sich mit ziemlich großer Genauigkeit auf Grund der Verkehrsstatistik nachweisen. Es betrug

	1913	1925	1926	1927	
der Juteversand	217	1 459	1 302	742	Tonnen,
„ Juteempfang[2]) ...	11 990	15 290	13 816	15 797	Tonnen.

[1]) An Flachs, Hanf, Werg, Hede (einbegriffen ist also die Rohstoffversorgung der Hanffabrik Bergerdamm b. Nauen, der Verbrauch der Bootsbauereien an Dichtungsmaterial und anderes) wurden Tonnen

	1913	1925	1926	1927
nach Brandenburg eingeführt	2 749	2 813	1 975	2 715,
aus Brandenburg ausgeführt	594	3 363	1 671	1 410;
der Lokalverkehr betrug	540	751	1 024	767.

Rechnet man mit einem Ertrage von 3 Tonnen Strohflachs pro *ha* (der Ansatz mag vielleicht etwas zweifelhaft sein [vergl. Tobler, Der Flachs als Faser- und Ölpflanze, 1928 Seite 74, 77 und Musäus, Die Leinenindustrie der Niederlausitz, 1922 Seite 71], jedoch waren bessere Anhaltspunkte nicht zu gewinnen), so betrug die brandenburgische Flachsernte

	1913	1925	1926	1927
	(701 *ha*)	(1 997 *ha*)	(1 598 *ha*)	(974 *ha*)
rund ...	2 100	6 000	4 800	2 900 *t*,

das sind bei einer Ausbeute von 20 v. H. (vergl. Tobler Seite 209, Musäus Seite 71) ..... Tonnen

Flachsfaser	420	1 200	960	580.

Würde man aus Empfang und Versand den Überschuß errechnen und die Erzeugung hinzu addieren, so ergäbe sich

	1913	1925	1926	1927
ein Verbrauch von rd.	2 600	650	1 260	1 825 *t*

Flachsleinen. Auf die Baumwoll- und Garnversorgung wird später im Text eingegangen.

[2]) Die Einfuhr von Rohjute nach Deutschland betrug in Tonnen

1913	1925	1926	1927	1928
162 063	135 414	88 577	140 357	139 520.

Mithin kamen auf die Provinz Brandenburg

7,4	11,3	15,6	11,2	?

v. H. der deutschen Juteeinfuhr.

Der Versand ist zum größten Teil eine betriebsinterne Angelegenheit der Landsberger Firma Bahr, welche nach ihrer Zweigniederlassung in Magdeburg[1]) sandte 1925: 968 Tonnen, 1926: 803 Tonnen, 1927: 302 Tonnen (Schiffahrtsverkehrsbezirk 17b nach Schiffahrtsverkehrsbezirk 18b). Der Versand von Jutefabrikaten ist aus der Verkehrsstatistik nicht zu ersehen. Der Empfang kam fast ausschließlich per Binnenschiff über Hamburg, und zwar 1913 mit 11 612 Tonnen (97 v. H. des Gesamtempfanges), 1925 mit 14 172 Tonnen (93 v. H.), 1926 mit 13 016 Tonnen (94 v. H.) und 1927 mit 14 222 Tonnen (90 v. H.). Von diesem Empfang gingen (in Tonnen)

	1913	1925	1926	1927
in den Warthebereich (also Landsberg)	8 839	11 488	10 866	115 69,
in den Bereich der märkischen Wasserstraßen (also Brandenburg a./H. und — unwahrscheinlich — Nowawes)	2 773	2 734	2 151	2 640.

Bei der Annahme, daß Empfang und Verbrauch identisch sind (was nur für einen Zeitraum von mehreren Jahren zutrifft), entfiel auf die brandenburgische Juteindustrie in den Jahren 1925—1927 10,7, 12,5 und 11,9 v. H. des Juteverbrauchs aller deutschen Jutefabriken, gegen etwa 8—9 v. H. im Jahre 1913. Über den Verkehr der Landsberger Jutefabrik sind durch die Ausführungen von Max Bahr im Berliner Tageblatt (vergl. Abendausgabe v. 6. 1. 1930) einige genauere Angaben möglich, besonders über den Verkehr mit Jutefabrikaten, die in der Verkehrsstatistik in einer Sammelposition stecken[2]). Der Wasserfrachtverkehr belief sich für Hamburg—Landsberg 1925 auf 10 385 Tonnen, 1926 auf 10 408 Tonnen, und 1927 auf 11 817 Tonnen Rohjute, für Landsberg—Magdeburg 1925 auf 3 960 Tonnen, 1926 auf 4 229 Tonnen und 1927 auf 4 230 Tonnen Fabrikate, für Landsberg—Hamburg 1925 auf 3 571, 1926 auf 3 450 Tonnen und 1927 auf 3732 Tonnen Fabrikate.

Im Anschluß an diese Ausführungen über die Jutefabrik in Landsberg a./W. sei noch darauf hingewiesen, daß Bahr allein der Möglichkeit, den billigen Wasserweg benutzen zu können, es zuschreibt, daß er sein Werk zum größten Deutschlands machen konnte und imstande war, „nach dem Kriege — trotz des Verlustes des für Landsberg günstigsten Absatzgebietes in Posen und Westpreußen den Betrieb in vollem Umfange aufrechtzuerhalten und im Ausland Ersatz zu finden für den empfindlichen Absatzrückgang in ganz Deutschland". Die Mehrfracht, die Bahr bei einem Bahnversand hätte zahlen müssen, stellt sich nach seiner Berechnung wie folgt:

1925 für 10 385 *t* Rohjute zu 20,50 *RM* 212 893 *RM*
für 3 960 *t* Fabrikate 20,50 *RM* 89 496 *RM* (nach Magdeburg)
für 3 571 *t* Fabrikate 32,00 *RM* 114 272 *RM* (nach Hamburg)
für 1925 zusammen ... 416 661 *RM*.

1926 ergibt die gleiche Rechnung
für 10 408, 4 229, 3 451 *t* .... 419 310 *RM*,
1927 für 11 817, 4 230, 3 732 *t* .... 417 176 *RM* Mehrfracht!

Die Erzeugung der brandenburgischen Juteindustrie insgesamt entspricht mengenmäßig fast genau — der Gewichtsverlust beläuft sich beim Endprodukt auf etwa 4—5 Prozent — dem Rohstoffverbrauch. Das Garn der Brandenburger Fabrik (Feingarn) wird zu Teppichen, Wattierleinen, Möbelstoffen verarbeitet; die Landsberger Fabrik verarbeitet ihr Spinnereiprodukt vornehmlich zu Packleinen und dieses teilweise zu Säcken in der eigenen Sackfabrik. Alle brandenburgischen Jutewebereien müßten nach dem Anteil an der Produktions-

[1]) Nach den Ausführungen des Begründers der Firma, M. Bahr, ist Magdeburg der „Abnehmer von 40 v. H. der (landsbergischen) Spinnerei-Erzeugung". — [2]) Einige rechnerische Unstimmigkeiten in dem Artikel von Bahr müssen in den folgenden Ausführungen auf sich beruhen bleiben.



kapazität der deutschen Jutewebereien im Jahre 1925 für etwa 17 bis 18 Millionen Mark Jutegewebe auf den Markt gebracht haben. Das Spinnereiprodukt bleibt so gut wie ausschließlich im Inland. Die Jutegewebe, welche vornehmlich als Verpackungsmaterial dienen und nur zum kleinsten Teil in die Linoleumindustrie gehen oder für andere Zwecke Verwendung finden, haben ihre Position auf dem Weltmarkt befestigt. Das ist deshalb beachtlich, weil sich erhebliche Veränderungen für die Juteindustrie durch den Ausbau der Juteindustrie in Brasilien, Japan und besonders Britisch-Indien vollzogen haben (vgl. Wirtschaft und Statistik 1927 Nr. 18, Seite 768). Die deutsche Ausfuhr von Jutesäcken betrug 1913: 14 238, 1925: 87 372, 1926: 123 438, 1927: 76 534 und 1928: 108 411 Doppelzentner, die Ausfuhr von Packleinwand 1913: 15 807, 1925: 102 536, 1926: 122 553, 1927: 76 534 und 1928: 108 411 Doppelzentner. Wie schon oben gezeigt wurde, hat die Landsberger Jutefabrik einen recht erheblichen Anteil an der Steigerung der deutschen Ausfuhr.

II. Die brandenburgische Wollindustrie.

Die Rohstoffversorgung der brandenburgischen Wollindustrie[1]) sieht im Lichte der Verkehrsstatistik so aus (in Tonnen):

	1913		1925		1926		1927	
	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand	Empfang	Versand
Garne und Twiste . .	13 132	9 113	9 411	7 362	8 486	6 681	13 718	8 487
Wolle	19 951	10 173	15 064	7 854	13 916	5 550	19 256	6 530
Baumwolle .	4 891	1 893	5 084	4 163	3 223	2 406	5 000	3 256
Lumpen . . .	30 425	15 486	18 705	10 634	12 777	8 935	22 444	9 611

Daneben ist der Lokalverkehr zu berücksichtigen. Dieser betrug (in Tonnen) für:

	Garne u. Twiste	Wolle	Baumwolle	Lumpen
1913	2 595	5 251	582	6 879
1925	1 137	2 610	474	3 958
1926	979	2 354	488	3 375
1927	1 455	3 445	565	4 485

[1]) Da die Binnenverkehrsstatistik nur ungenügende Aufschlüsse gewährt, ist versucht worden, wenigstens annähernd eine Vorstellung über den gesamten Rohstoffverbrauch zu bekommen. In der ersten Stufe der Wollindustrie, den Streichgarnspinnereien, muß sich im Jahre 1925 bei einem Anteil von ungefähr 1/3 an der deutschen Streichgarnspinnereiverarbeitung der brandenburgische Verbrauch an Spinnstoffen auf etwa 27 000 Tonnen belaufen (vgl. Wirtschaft und Statistik 1929 Nr. 8, S. 322). Davon sind 24 v. H. Schafwolle, 14 v. H. Kämmlinge, 40 v. H. Kunstwolle, 12 v. H. Baumwolle und Kunstbaumwolle, nicht ganz 2 v. H. Seide und Kunstseide und etwa 8 v. H. andere Spinnstoffe. Der Verbrauch der brandenburgischen Streichgarnspinnereien an Kunstwolle (das sind zerrissene und aufgelöste Wollumpen) liegt über dem deutschen Durchschnitt. Das hängt damit zusammen, daß ungefähr 35 v. H. der brandenburgischen Wollverarbeitung auf die Stadt Forst entfällt, und hier besonders die billigen Streichgarntuche angefertigt und dazu viel Lumpen verarbeitet werden. Auch die Wittenberger Fabrik verarbeitet zu etwa 90 v. H. Lumpen. (Für das Jahr 1890 hat Quandt [Die Niederlausitzer Schafwollindustrie, Leipzig 1895 S. 146, 160] für die Niederlausitzer Wollindustrie einen Verbrauch von 18 375 Tonnen Schafwolle [davon knapp 10 Prozent deutsche Wolle] und [1888] 2 600 Tonnen Kunstwolle ermittelt. 1890 betrug also der Verbrauch an Kunstwolle in der Niederlausitz rund 28 v. H. des Verbrauchs an Schafwolle.) Aus 27 000 Tonnen Spinnstoffen lassen sich ungefähr 25 000 Tonnen Streichgarne und Streichgarnzwirne herstellen (vgl. Wirtschaft und Statistik 1929 Nr. 8, S. 321). Da in allen deutschen Bekleidungsstoff- und sonstigen Wollwarenstoffwebereien 1925 rund 98 000 Tonnen Gespinste verwebt worden sind und auf die Provinz Brandenburg 1/7—1/5 der Produktionskapazität entfällt, wäre in Brandenburg im Jahre 1925 ein Mindestverbrauch an Garnen von 14 000 Tonnen und ein Höchstverbrauch von nicht ganz 20 000 Tonnen anzunehmen. Demnach müßte 1925 in den brandenburgischen Streichgarnspinnereien ein Garnüberschuß von mindestens 5 000 Tonnen vorhanden gewesen sein. Wahrscheinlich liegt die unterste Grenze noch höher, da ein Teil der verwebten Garne Kammgarne gewesen sind.

In der Position Garne und Twiste sind alle Garne und Twiste enthalten: Leinengarne, Baumwollgarne, Hanfgarne, Wollgarne, Jutegarne. Ein Teil des Wollverkehrs entfällt auf die Hutindustrie und die Kammgarnspinnereien. Baumwolle ist ein Hauptrohstoff der Leinenindustrie. Da sie nur schwach vertreten ist, dürften auf sie (und die Baumwollindustrie!) etwa 2 000 Tonnen kommen. Lumpen werden zum Teil in den Streichgarnspinnereien selbst, zum Teil in Kunstwollfabriken (Sorau und Forst) verarbeitet. Die Kunstwolle ist mit den Spinnabfällen ein beachtliches Handelsobjekt auf Forster Auktionen.

Der Verkehr mit Baumwolle (und Baumwollabfällen!) ist undurchsichtig. Es wurden nach (bezw. aus) Brandenburg .... Tonnen Baumwolle und Baumwollabfälle

	1913	1925	1926	1927
eingeführt	4 891	5 084	3 223	5 000
ausgeführt	1 893	4 163	2 406	3 256.
Vom Empfang kamen aus				
Hamburg	691	1 447	710	1 266
Land Sachsen	2 042	1 537	1 082	1 660.

Das Verkehrsbild wird dadurch besonders undurchsichtig, daß vom brandenburgischen Baumwollversand, der sich im übrigen ziemlich verteilt, der größte Posten nach Sachsen geht (1913: 495 *t*, 1925: 2 044 *t*, 1926: 1 061 *t*, 1927: 1 457 *t*) und von dort auch die Hauptmengen bezogen werden. Der brandenburgische Empfang von dort kann Umschlagsgut über Riesa sein, kann auch in Lieferungen sächsischer Importeure bestehen, die ihrerseits die Baumwolle über Hamburg und Bremen beziehen.

Der brandenburgische Empfang in den übrigen drei Textil-Rohstoffpositionen der Verkehrsstatistik kam 1927 hauptsächlich

aus	Garne u. Twiste	Wolle in Tonnen	Lumpen
Land Sachsen	+ 2 898	+ 2 179	+ 2 075
Niederschlesien	+ 2 065	689	+ 1 795
Bayern einschl. Pfalz	+ 2 296	131	515
Tschechoslowakei	+ 1 125	209	385
Merseburg, Erfurt, Thüringen	+ 1 059	864	515
linksrheinische Rheinprovinz .	+ 971	579	+ 1 154
Westfalen ohne Ruhrgebiet . .	828	35	781
Hamburg	563	+ 3 687	+ 1 264
Stettin	396	99	233
Hannover-Oldenburg	255	+ 4 475	813
Belgien	112	+ 2 171	254
Bremen	18	+ 1 162	103
Berlin	195	753	+ 6 795
Baden	189	156	+ 1 315
Oberschlesien	17	1	909

Da der Versand der Liefergebiete nach Brandenburg der statistischen Sauberkeit halber für alle drei Warengattungen aufgenommen worden ist, ohne daß die Gebiete in jeder Warengattung zu den Hauptliefergebieten gehören, sind die eigentlichen Hauptliefergebiete durch ein + hervorgehoben.

Aus Sachsen und Thüringen kommen Kammgarne, aus Niederschlesien und der Tschechoslowakei Leinengarne, aus Bayern (rund das achtfache von 1913!) und der linksrheinischen Rheinprovinz (Aachen, M.-Gladbach) Baumwollgarne. Die Wolle wird aus den in Sachsen, Hannover, Bremen gelegenen Wollwäschereien und Wollkämmereien und zum Teil direkt aus dem Ausland über Hamburg bezogen. Das Hauptkontingent der in den brandenburgischen Lumpenreißereien aufbereiteten Lumpen stellt Berlin.

Die Hauptempfangsgebiete für die aus der Provinz Brandenburg hinausgehenden Wollrohstoffe sind 1927 in

	Garnen u. Twisten	Wolle mit Tonnen	Lumpen
Berlin	+ 2 226	+ 629	+ 2 751
Niederschlesien	+ 1 581	+ 1 044	947
Land Sachsen	+ 1 421	+ 2 093	+ 1 283
Hamburg	487	110	657
Merseburg, Erfurt, Thüringen	619	+ 654	282
Oberschlesien	581	53	147
Westfalen ohne Ruhrgebiet .	283	63	116
Hannover-Oldenburg	57	553	262
Stettin	193	204	322
Pommern ohne Häfen	152	55	+ 1 047

Brandenburg ist der Streichgarnlieferant für Berlin, Niederschlesien und das Land Sachsen. Beim Wollversand dürfte es sich wahrscheinlich um Kunstwolle handeln. Die Lumpen, die nach Pommern gehen, werden vermutlich von der Papierfabrik Feldmühle verbraucht. Der besonderen Stellung wegen, die Forst in der brandenburgischen Textilindustrie einnimmt, sei hier noch darauf hingewiesen, daß (nach Lummerzheim, Forst als Industrie- und Handelsplatz, 1925, Seite 62) auf dem Forster Güterbahnhof ankamen (in Tonnen):

Jahr	Textilrohstoffe insgesamt	davon					
		Wolle und Wollgarne	v. H.	Lumpen und Surrogate	v. H.	Baumwolle und Baumwollgarne	v. H.
1910 . .	22 818,9	4 859,8	21,3	13 505,6	59,2	4 354,4	19,1
1911 . .	28 428,6	8 838,0	31,1	14 272,6	50,2	5 317,6	18,7
1912 . .	31 734,0	9 222,4	29,1	16 752,8	52,8	5 758,8	18,1
1913 . .	30 409,2	8 190,0	26,9	15 650,2	51,5	6 569,2	21,6
1920 . .	19 753,1	4 912,9	24,8	11 492,3	58,2	3 347,8	16,9
1921 . .	20 851,2	9 099,5	43,6	8 246,1	39,5	3 505,5	15,8
1922 . .	26 018,2	11 671,1	44,9	7 157,9	27,5	7 189,0	27,6
1923 . .	21 846,7	5 258,9	24,1	12 391,1	56,7	4 196,6	19,2

Über die Erzeugung und über die Absatzgebiete der Fertigfabrikate der Wollindustrie sagt die Verkehrsstatistik nichts. Wenn daher im folgenden über diese Frage auch nur Einzelheiten, die auf anderem Wege ermittelt worden sind, nachgetragen werden können, so schien es dennoch wünschenswert, besser etwas als garnichts zu bringen.

Die Erzeugung der brandenburgischen Wollwebereien erstreckt sich in der Hauptsache auf Bekleidungsstoffe. Im Jahre 1890 wurden erzeugt

in Forst . . . . 6 939 780 kg Tuche,
„ Cottbus . . . . 1 479 000 „ „ ,
„ Spremberg. . . . . . . 2 300 000 „ „ ,
„ Finsterwalde . . . . . 600 000 „ „ ,
„ Sommerfeld . . . . . . 600 000 „ „ ,
„ Sorau . . . . 550 000 „ „ ,
„ Peitz . . . . 350 000 „ „ ,
„ Guben . . . . rd. 1 100 000 „ „ ,
in der Niederlausitz insgesamt rd. 14 000 000 kg Tuche,

das waren gewichtsmäßig rund 1/6 der Produktion der deutschen Wollindustrie.

Für das Jahr 1912 macht die Handelskammer in Sorau über die Niederlausitzer Wollproduktion folgende Angaben:

Cottbus, Spremberg, Finsterwalde . . . 11,2 Mill. kg im Werte von 74,5 Mill. ℳ
Sommerfeld, Sorau, Guben, Forst . . . 17,0 „ „ „ „ „ 94 „ „
darunt. Forst allein 12,0 „ „ „ „ „ 70 „ „

oder umgerechnet in Stück

westliche Niederlausitz . . . . 448 000 Stück,
östliche „ . . . . 665 000 „ ;
darunter Forst allein. . . . . 480 000 „ ;
Niederlausitz insgesamt . . . . 1 113 000 Stück.

Im Jahre 1922 betrug (nach Witschell, Die Niederlausitzer Wollindustrie in ihrer Entwicklung von 1890 bis zur Gegenwart, Diss. Köln 1923, S. 155) die Produktion der Niederlausitzer Wollindustrie 968 000 Stück Tuche, davon kamen auf

Cottbus[1] . . . . 170 000 Stück
Finsterwalde[1]) . . . . . . 30 000 „
Forst . . . . 400 000 „
Guben . . . . 60 000 „
Peitz[1]) . . . . 25 000 „
Sommerfeld . . . . 90 000—100 000 Stück
Sorau . . . . 33 000 Stück
Spremberg[1]) . . . . 160 000 „

Über den Wert der brandenburgischen Webereiproduktion veröffentlichte die Reichsproduktionsstatistik (Wirtschaft und Statistik 1929, Nr. 8, S. 318, 319) für das Jahr 1925 folgende Zahlen (in 1 000 RM):

	Wollweberei	Bekleidungsstoffweberei	davon Gewebe im Gewicht je qm Gewebefläche von			
			über 700 gr	500 bis 700 gr	200 bis 500 gr	bis 200 gr
Brandenburg	9 014	225 932	14 327	57 906	152 622	988
v. H. der Reichsproduktion	17,4	20,2	53,3	39,1	25,2	0,3

Der Tuchausgang ist — ohne Kennzeichnung der Absatzgebiete — mit einiger Zuverlässigkeit nur für Forst zu ermitteln. Er betrug

1913: 10,89 Mill. kg = 20 v. H. des Gesamtgüterausganges aus Forst,
1922: 13,87 „ „ = 32,8 „ „ „ „ „ .
1923: 10,39 „ „ = 26,6 „ „ „ „ „ ;
1926: 7,98 „ „ ,
1927: 12,25 „ „ .

Davon waren 1913: 271 100 kg, 1922: 84 710 kg, 1923: 104 760 kg direkter Export.

Diese Zahlen sind mit Ausnahme der neueren eiserner Bestand der Literatur über die Niederlausitzer Wollindustrie. Ob sie außer ihrer Eignung als Gradmesser der wirtschaftlichen Lage der Forster Tuchindustrie der absoluten Größe nach richtig sind, muß deshalb dahingestellt bleiben, weil der Versand anderer Stationen wie Cottbus[2]), Spremberg[3]), Finsterwalde[4]), Sorau[5]), Sommerfeld[6]), Guben[7]) so ganz unbegründet hohe Differenzen gegenüber den Forster Zahlen hat.

c) Die Berliner Bekleidungsindustrie.

Im Anschluß an die Textilindustrie wäre hier noch eine Darstellung des Stoffverbrauchs des bedeutenden und durch die Zahl seiner Heimarbeiter besonders hervortretenden Berliner Bekleidungsgewerbes sehr erwünscht. Leider steht es damit genau so wie mit der Frage nach den Absatzgebieten des Bekleidungsgewerbes: zureichende Aussagen lassen sich nicht machen. Über die Materialversorgung des Berliner Bekleidungsgewerbes berichtet das Statistische Amt der Stadt Berlin in seinen Mitteilungen Nr. 8 vom August 1928 S. 50, daß Wolltuche aus den sächsischen, rheinischen, thüringischen, brandenburgischen und schlesischen Textilindustriebezirken sowie aus Holland und England, baumwollene Gewebe außerdem aus Bayern, Württemberg, Westfalen und Elsaß, Seidenstoffe und Samt überwiegend aus Krefeld, Elberfeld und Barmen, Felle für Pelze aus Leipzig, Knöpfe aus Berlin selbst, Leinenstoffe aus Bielefeld und Niederschlesien, Strohgeflechte aus dem Erzgebirge, Posamenten aus Annaberg (Erzgebirge), Leder aus Mecklenburg, Holstein, Hannover, Westfalen (bestimmt auch aus Brandenburg, d. V.), kurzum die Halbfabrikate für die Berliner Bekleidungsindustrie aus allen Teilen des Reiches und darüber hinaus auch aus dem Ausland (Hasen- und Kaninchenhaare aus Belgien und Italien, Strohgeflechte aus China, Japan und der Schweiz, getrocknete Pflanzenteile aus Madagaskar, Frankreich,

[1]) Nach dem Handelskammerbericht Cottbus 1913 S. 43 wurden im Jahre 1913 angefertigt: in Cottbus rd. 230 000 St. im Werte von 50 Mill. ℳ, in Spremberg 180 000 St. im Werte von 22,5 Mill. ℳ, in Finsterwalde 20 000 St. im Werte von 3,5 Mill. ℳ, in Peitz 8 000 St. im Werte von 1,75 Mill. ℳ.

	[2])	[3])	[4])	[5])	[6])	[7])	
1926	175	539	21	3	102	312	Tonnen
1927	178	157	—	13	212	269	„

Italien, Japan, Australien, Brasilien usw.) bezogen werden. Das Absatzgebiet ist ebenso ausgedehnt, wenn auch der Menge nach der größere Teil der Erzeugnisse des Berliner Bekleidungsgewerbes in Berlin selbst verbraucht werden dürfte. Angaben darüber, wieviel Bekleidungsstoffe von den genannten Gebieten bezogen wurden, und wieviel Bekleidungsstücke das Berliner Bekleidungsgewerbe nach den einzelnen Absatzgebieten versandte, waren nur von einzelnen Firmen zu erhalten. Doch muß auf die Wiedergabe der im einzelnen zugänglich gewesenen Zahlen besser verzichtet werden, da es nicht möglich gewesen ist, nachzuprüfen, was es bedeutet, wenn eine Firma z. B. 80 v. H. ihrer Erzeugung an Bekleidungsstücken „nach dem Ausland" verschickt und eine andere nur 3 v. H. exportiert. Selbst wenn beide Aussagen hätten auf einen Generalnenner gebracht werden können, wäre immer noch offen gewesen, was die Produktion und der Absatz beider Firmen zusammen für die Gesamterzeugung ihrer Branche bedeuten. Welche Schwierigkeiten hier noch gerade für das Bekleidungsgewerbe zu überwinden sind, lehrt der Umstand zur Genüge, daß eine Produktionsstatistik, obgleich sie schon seit langem in Vorbereitung genommen worden ist, bis 1929 noch nicht durchgeführt werden konnte (vgl. die erste Veröffentlichung darüber in Wirtschaft und Statistik 1931 Nr. 1, Seite 2).

Es wären außer den schon genannten, zum Teil von der Verkehrsstatistik sehr stiefmütterlich behandelten, zum Teil in der Verkehrsstatistik überhaupt nicht in Erscheinung tretenden Gewerbezweigen noch eine Reihe anderer Gewerbezweige vom Gesichtspunkt des Verkehrs aus zu beleuchten. Einige Ergänzungen wird der folgende Abschnitt, der den Gesamtverkehr untersucht, bringen. Im übrigen muß jede Untersuchung auf dem hier eingeschlagenen Weg an der für viele Zwecke unzureichenden Differenzierung der Binnenverkehrsstatistik und an der heute noch fehlenden Angleichung zwischen Binnenverkehrs- und Gewerbestatistik scheitern.

G. Zusammenfassende Übersicht über den berlin-brandenburgischen Güterverkehr.

Nachfolgend soll der gesamte Wirtschaftsprozeß der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg durch die Lupe der Güterverkehrsstatistik betrachtet werden. Es soll dabei nicht noch einmal auf die schon im Verlauf der Darstellung vorgetragenen Einzelheiten eingegangen, sondern es soll das Gesamtbild unter dem Gesichtspunkt der Art und Größe des Gesamtverkehrs, der Inanspruchnahme der Transportmittel und der Transportwege vor Augen geführt werden. Die Art des Güterverkehrs und seine Größe sind aufs engste mit der wirtschaftlichen Struktur eines Gebiets verbunden, ganz gleichgültig, wie man dieses Gebiet auch abgrenzen mag. In der modernen Wirtschaft muß die gesamte Sachguterzeugung mit Hilfe der Transporteinrichtungen den Verbrauchern zugeführt werden. Nur die in den eigenen Betrieben der Wirtschaftssubjekte hergestellten, für den Selbstverbrauch bestimmten Sachgüter sind, auch nur zum Teil, von der Beförderung befreit. Das, was an Sachgütern in einem geographischen Bezirk erzeugt und hier auch verbraucht wird, findet man abzüglich des nicht transportierten Selbstverbrauches im Lokalverkehr der Güterverkehrsstatistik wieder. Die Güter, die von anderen Gebieten bezogen oder nach anderen Gebieten versandt werden, sind als Empfang oder Versand in der Güterverkehrsstatistik ausgewiesen.

Von den zahlreichen Mängeln der Güterverkehrsstatistik sind die wichtigsten, daß nur Eisenbahn- und Schiffstransporte (nicht Postsendungen und Autotransporte) erfaßt werden, bei den Eisenbahntransporten überdies meistens die Kleinbahntransporte fehlen, alle Waren (1927!) auf insgesamt 108 Gruppen (100 Warengruppen im engeren Sinne und 8 Viehgruppen) konzentriert sind, daß nur Gewichtsangaben, keine Wertangaben gemacht werden und im Lokalverkehr alle Waren erscheinen, die von einer Station des betreffenden Bezirkes nach einer anderen aufgegeben worden sind, auch wenn sie von dort aus weitertransportiert werden (Umschlagsverkehr). Außerdem wird der gesamte Stückgutverkehr nicht angeschrieben.

Berlin hatte einen Gesamtverkehr[1]) im Jahre

	1913	1925	1926	1927	
von	22 860 421	20 878 645	22 619 037	25 298 345	Tonnen.

Der Gesamtverkehr der Provinz Brandenburg betrug im Jahre

1913	1925	1926	1927	
23 412 316	23 328 120	25 611 818	27 570 706	Tonnen.

Der Unterschied zwischen beiden Provinzen, vom Gesamtverkehr aus gesehen, ist nicht wesentlich. Die grundsätzlichen Verschiedenheiten in der Wirtschaftsstruktur beider Provinzen, Brandenburgs als einer Provinz, die sich zu einem Teil selbst versorgt, Berlins als einer Stadt-Provinz, welche so gut wie alles, was sie zur Verarbeitung und zum Verbrauch benötigt, von auswärts beziehen muß, treten erst deutlich in Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß in Berlin

	1913	1925	1926	1927
der Anteil des Empfangs .	85,3	83,3	83,2	84,2
und der des Versandes . . .	15,7	16,7	16,8	15,8

v. H. des Gesamtverkehrs beträgt, wohingegen in Brandenburg

	1913	1925	1926	1927
der Empfang mit	42,0	40,0	38,4	42,7
dem Versande gegenüber mit	58,0	60,0	61,6	57,3

v. H. beträchtlich zurückbleibt. Der Empfang der Stadt Berlin war

	1913	1925	1926	1927
um rund	96	86	92	80

v. H. größer als der Empfang der Provinz Brandenburg (bei einer um rd. 65 v. H. größeren Bevölkerung!). Der Unterschied ist in Wirklichkeit noch größer, weil der gesamte Viehverkehr wegen der Berechnung nach Stück hier nicht mitaufgenommen werden konnte. Der Versand aus Berlin beträgt durchschnittlich nur 1/4 (1913: 26,5; 1925: 24,9; 1926: 24,1; 1927: 25,4 v. H.) des Versandes der Provinz Brandenburg.

Sicher ist der Berliner Versand höherwertiger als der Versand aus der Provinz Brandenburg. Im Versand der Provinz Brandenburg betragen die Kohlen, die Produkte der Industrie der Steine und Erden (Erde und Kies und Mauersteine) und das Holz beinahe 7/10 des gesamten Versandes (Durchschnitt 1925/27). Am Versand der Stadt Berlin sind die Produkte der Eisen- und

[1]) Hier und im folgenden, soweit nichts anderes gesagt ist, stets als Empfang plus Versand zu verstehen. Den Lokalverkehr mit in die Berechnung aufzunehmen, ist deshalb nicht zweckmäßig, weil er in Berlin zum weitaus größeren Teil von der Statistik nicht erfaßt wird, und weil er in der Provinz Brandenburg ebenfalls zu einem großen Teil — man denke an den Verkehr der Städte mit dem umliegenden flachen Land — nicht erfaßt und zum anderen um den ganzen Umschlagsverkehr (1927: rund 700 000 Tonnen) entweder, wenn dieser in der Provinz bleibt, doppelt gezählt wird oder, wenn er aus der Provinz herausgeht, nicht zum eigentlichen Lokalverkehr — soweit dieser als Index der Verbundenheit zwischen den brandenburgischen Erzeugern und Verbrauchern gedeutet werden kann — gehört. Der nach Stück gezählte Verkehr mit lebendem Vieh bleibt in dem Abschnitt ganz außer Betracht.

Metallindustrie und eine überwiegend Fertigfabrikate aller Art zusammenfassende Sammelposition der Güterverkehrsstatistik mit 33 v. H. (Durchschnitt 1925/27) beteiligt. Aber man darf sich keine übertriebene Meinung von der Bedeutung dieser beiden Warengattungen für den Berliner Gesamtversand bilden. Nicht nur, daß sie beide von dem Versand an Erde und Kies und tierischem und erdigem Dünger (40,2 v. H. des gesamten Versandes) dem Anteil nach übertroffen werden, eine genauere Untersuchung der Warenpositionen lehrt auch, daß Berlin grundsätzlich doch vornehmlich als ein Konsumgebiet im Wirtschaftsleben hervortritt.

(Zum vorhergehenden und zum folgenden sind die beiden als Anhang beigefügten Tabellen 1 und 2 Seite 264/267 zu vergleichen).

Der gesamte Einfuhrüberschuß der Stadt Berlin (außer Vieh!) beträgt 1913: 15,7 Millionen, 1925: 13,9 Millionen, 1926: 15,0 Millionen und 1927: 17,3 Millionen Tonnen. In der Verkehrsbilanz befinden sich nur wenige Warengruppen, die durch einen Ausfuhrüberschuß aus dem Gesamtbild des Warenverkehrs hervortreten: Eisen- und Stahlbruch, Lumpen, tierischer und erdiger Dünger und Abfälle. „Die steigende Wichtigkeit des Kleinen" hat für Berlin, als Raumeinheit, in der Verkehrsbilanz dieselbe Bedeutung wie für das Gewerbe, von einem bestimmten Stadium der Betriebskonzentration ab, in der Betriebsbilanz. Abfallprodukte treten beidemal in derartigen Massen auf, daß sie verwertet werden können. Allerdings ist die analoge Anwendung des betriebswirtschaftlichen Begriffs auf den Verkehr insofern nicht ganz korrekt, als die Betriebe ihre Abfallprodukte nur dann verwerten, wenn dabei ein Nutzen abfällt, während der Berliner Ausfuhrüberschuß an Abfallprodukten zum Teil fraglos durch erhebliche Zubußen erkauft wird. Aktivposten, die tatsächlich das Ergebnis einer über den Eigenbedarf hinausgehenden Eigenerzeugung sind, sind der Ausfuhrüberschuß von eisernen Maschinen und Dampfkesseln, von Eisen- und Stahldraht (Kabel!), von Bier und schließlich, als Nebenprodukt der Mühlen, von Kleie. Einschließlich des Ausfuhrüberschusses an Abfallstoffen hatte Berlin 1927 unter den (zur Vereinfachung auf) 76 (konzentrierten) Warengruppen des Güterverkehrs 10 Warengruppen, die mit einem Aktivsaldo abschlossen.

Die Provinz Brandenburg hat, im Gegensatz zu Berlin, eine aktive Verkehrsbilanz. Sie schließt mit einem Ausfuhrüberschuß von 3,7 Millionen Tonnen im Jahre 1913, 4,65 Millionen Tonnen im Jahre 1925, 5,95 Millionen Tonnen im Jahre 1926 und 4 Millionen Tonnen im Jahre 1927 ab. Die besonders hervortretenden Hauptausfuhrsalden sind die Ausfuhrüberschüsse an Braunkohlenbriketts (1927: 4,6 Millionen Tonnen), Ziegelsteinen (1927: 2 Millionen Tonnen), Erde und Kies (1927: 1,3 Millionen Tonnen), Holz und den Hauptbodenfrüchten der brandenburgischen Landwirtschaft. Ein Gegengewicht in der Verkehrsbilanz sind die Einfuhrüberschüsse an Steinkohlen (1927: 2 Millionen Tonnen), Natursteinen (1927: 1,7 Millionen Tonnen) und an Düngemitteln (1927: 1,5 Millionen Tonnen).

Zieht man das Ergebnis der in den beiden Tabellen 1 und 2 (S. 264/267) einzeln nach Warengruppen spezifizierten Verkehrsübersicht zu ganzen Warengattungen, wie sie in den Tabellen durch die Horizontalzäsuren angedeutet sind, zusammen, so ergibt sich für Berlin die nachfolgende Verkehrsbilanz (in Tonnen):

	Empfang		Versand	
	1913	Durchschnitt 1925/27	1913	Durchschnitt 1925/27
Brennstoffe	7 049 797	7 030 046	64 237	113 233
Eisen und Metalle	1 342 873	1 273 989	850 060	857 290
Steine und Erden	5 427 732	5 325 869	538 085	650 163
Chemikalien	436 475	451 785	194 891	196 327
Textilien	52 164	30 306	39 541	31 462
Zellstoff, Papier	367 673	356 993	124 429	117 307
Gerbstoffe, Leder	45 122	25 367	37 907	23 678
Holz	789 542	987 601	64 051	85 642
Düngemittel	42 950	53 313	665 274	860 525
Nahrungs- u. Genußmittel	2 150 573	2 389 758	379 557	388 890
Futtermittel	191 804	229 221	78 211	50 855
Sonstiges	1 366 232	1 015 989	561 244	386 390

Die Zu- (+) oder Abnahme (−) im Durchschnitt der Jahre 1925/27 beträgt gegenüber 1913

	beim Empfang	beim Versand
	vom Hundert	
Insgesamt	− 0,5	+ 4,6
Brennstoffe	− 0,3	+ 76,3
Eisen und Metalle	− 5,1	+ 0,9
Steine und Erden	− 1,9	+ 20,8
Chemikalien	+ 3,5	+ 0,7
Textilien	− 42,0	− 20,4
Zellstoff, Papier	− 2,9	− 5,7
Gerbstoffe, Leder	− 43,8	− 37,5
Holz	+ 25,1	+ 33,7
Düngemittel	+ 24,1	+ 29,3
Nahrungs- u. Genußmittel	+ 11,1	+ 2,5
Futtermittel	+ 19,5	− 35,0
Sonstiges	− 25,6	− 31,2

Nicht bei allen Warengattungen sind sachliche Ursachen — wie bei der Kohle Ersatz durch Elektrizität, bei den Gerbstoffen Ersatz der Rinde durch feste und flüssige Gerbstoffauszüge usw. — der Anlaß für die Zunahme oder die Abnahme der beförderten Gütermengen. Im einzelnen sind auch statistische Ursachen ganz oder teilweise der Anlaß dafür. Im „Holz" waren 1913 noch nicht die mit der Eisenbahn beförderten Holzwaren und Möbel enthalten. Nimmt man an, daß im Durchschnitt der drei Jahre 1925 bis 1927 genau dieselben Mengen Holzwaren mit der Eisenbahn transportiert worden sind wie im Jahre 1913, so wäre die Steigerung des Empfanges um rund 52 000 Tonnen (etwa 5 v. H.) und die Zunahme des Versandes um 37 000 Tonnen, das sind mehr als der statistisch nachgewiesene Zuwachs, zu hoch. Ebenso ist bei den „Nahrungs- und Genußmitteln" der Zuwachs des Empfanges um rd. 360 000 Tonnen „Milch und Rahm", die 1913 in den „sonstigen Gütern" gezählt worden sind, zu hoch. Bei entsprechender Korrektur ergibt sich tatsächlich eine Abnahme des Empfanges an Nahrungs- und Genußmitteln, was bei dem Wachstum der Berliner Bevölkerung nur damit erklärt werden kann, daß ein erheblicher Teil der Nahrungs- und Genußmittel in neuerer Zeit mit dem Lastauto herantransportiert wird. Die Seefischtransporte aus Pommern und die Anfuhr der landwirtschaftlichen Produkte aus der nächsten Umgebung Berlins geben eine zureichende Bestätigung für diese Annahme. Schließlich ist auch die Steigerung des „Futtermittel"-empfanges eine rein statistische, da 1913 der Eisenbahnverkehr mit Heu und Häcksel nicht gesondert ausgewiesen worden ist. Die genannten drei Warengruppen sind 1913 in der Gruppe „Sonstiges" enthalten gewesen. Demnach ist auch dieser Rückgang nur ein statistischer und kein tatsächlicher.

Gegenüber dem Stand vom Jahre 1913 haben sich die Anteile der Warengattungen am Berliner Gesamtverkehr im Durchschnitt der Jahre 1925/27 nicht wesentlich verschoben, insbesondere wenn man dabei die rein statistisch bedingten Veränderungen in Betracht zieht. Es partizipierten mit . . . . . v. H.

	am Empfang		am Versand	
	1913	1925/27	1913	1925/27
Brennstoffe	36,6	36,7	1,8	3,0
Eisen und Metalle	7,0	6,6	23,6	22,8
Steine und Erden	28,2	27,8	14,9	17,3
Chemikalien	2,3	2,4	5,4	5,2
Textilien	0,3	0,2	1,1	0,8
Zellstoff, Papier	2,0	1,9	3,5	3,1
Gerbstoffe, Leder	0,2	0,1	1,0	0,6
Holz	4,1	5,2	1,8	2,3
Düngemittel	0,2	0,3	18,5	22,9
Nahrungs- u. Genußmittel	11,2	12,5	10,6	10,3
Futtermittel	1,0	1,2	2,2	1,4
Sonstiges	6,9	5,3	15,6	10,3

In der gleichen Weise wie vorhergehend für Berlin ist nachstehend die Verkehrsbilanz der Provinz Brandenburg vereinfacht worden (Angaben in Tonnen).

	Empfang 1913	Empfang Durchschnitt 1925/27	Versand 1913	Versand Durchschnitt 1925/27
Brennstoffe	2 322 443	3 066 741	4 151 539	5 525 510
Eisen und Metalle	645 240	804 787	360 102	585 881
Steine und Erden	2 734 200	2 920 162	5 030 845	4 652 011
Chemikalien	231 859	233 463	117 386	130 754
Textilien[1]	83 183	66 499	37 486	30 490
Zellstoff, Zellstoffholz, Papier	72 116	94 314	82 895	121 611
Gerbstoffe, Leder	17 563	14 017	9 751	6 458
Holz	471 221	524 755	1 238 188	1 878 169
Düngemittel	1 216 234	1 428 188	49 395	68 519
Nahrungs- u. Genußmittel	720 155	591 493	1 514 323	1 606 740
Futtermittel	486 854	348 485	248 601	337 670
Sonstiges	341 716	224 154	729 066	242 680

Insoweit als bei den Warengattungen statistisch bedingte Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit vorliegen, ist auf das zu den entsprechenden Berliner Zahlen Gesagte zu verweisen. Für Brandenburg kommt außerdem noch hinzu, daß in die Position Zellstoff, Papier das Zellstoffholz mitaufgenommen worden ist, wodurch auch hier sowohl die Steigerung des Empfanges als auch die Steigerung des Versandes zu einer lediglich statistisch bedingten wird.

Die Zu- (+) oder Abnahme (—) im Durchschnitt der Jahre 1925/27 gegenüber 1913 beträgt

	beim Empfang vom Hundert	beim Versand vom Hundert
Insgesamt	+ 4,8	+ 11,9
Brennstoffe	+ 8,7	+ 33,1
Eisen und Metalle	+ 24,7	+ 62,7
Steine und Erden	+ 6,4	— 7,5
Chemikalien	+ 0,7	+ 11,4
Textilien	— 20,0	— 18,7
Zellstoff, Zellstoffholz, Papier	+ 30,8	+ 46,7
Gerbstoffe, Leder	— 20,2	— 33,8
Holz	+ 11,4	+ 51,7
Düngemittel	+ 17,4	+ 38,7
Nahrungs- und Genußmittel	— 17,9	+ 6,1
Futtermittel	— 28,4	+ 35,8
Sonstiges	— 34,4	— 66,7

Bei den Relativzahlen ist daran zu erinnern, daß einmal statistische Umgruppierungen an den Veränderungen teilhaben, zum andern bei verhältnismäßig kleinen absoluten Zahlen jedes Zufallsereignis in den Verkehrsbeziehungen ungewöhnlich hohe Relativzahlen ergeben kann. Ein Zurückgreifen auf die absoluten Zahlen und auf die große Verkehrstabelle (S. 266/67, Tabelle 2) wird sich daher für einen genaueren Einblick, als er hier gegeben werden soll, nicht umgehen lassen.

Die Veränderungen in den Anteilen am Gesamtverkehr, die sich als Folge der verschiedenartigen Bewegungen der Warengattungen ergeben, sind aus der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich. Es waren beteiligt mit v. H.

	am Empfang 1913	am Empfang 1925/27	am Versand 1913	am Versand 1925/27
Brennstoffe	28,7	29,7	30,6	36,4
Eisen und Metalle	6,6	7,8	2,7	3,9
Steine und Erden	27,8	28,3	37,1	30,6
Chemikalien	2,4	2,3	0,9	0,9
Textilien	0,8	0,6	0,3	0,2
Zellstoff, Zellstoffholz, Papier	0,7	0,9	0,6	0,8
Gerbstoffe, Leder	0,2	0,1	0,1	0,0
Holz	4,8	5,1	9,1	12,4
Düngemittel	12,4	13,8	0,4	0,5
Nahrungs- und Genußmittel	7,3	5,7	11,2	10,6
Futtermittel	4,9	3,4	1,8	2,2
Sonstiges	3,5	2,2	5,4	1,6

[1]) Tuche, Hüte usw. stecken in den „sonstigen Gütern“.

Um das Bild des Gesamtverkehrs der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg nach regionalen Gesichtspunkten zu ergänzen, werden nachfolgend alle Waren zu einer einzigen Masse zusammengefaßt. (Das Verfahren ist zur Beurteilung von Tariffragen und anderer Probleme nicht anwendbar, aber zwecks Darstellung der Verbundenheit der Gebiete untereinander durch die Warenströme statthaft; denn die Verkehrsmittel werden in gleicher Maße beansprucht, gleichgültig, ob es sich bei den Waren um Kohlen, um Federn oder um Gold handelt.

Zu vergleichen ist für den ganzen folgenden Teil der Darstellung die Tabelle 3 Seite 268/269, in der eine zweckmäßig erscheinende Gruppierung und Zusammenfassung der Verkehrsbezirke der Güterverkehrsstatistik vorgenommen worden ist.

Gleichartig ist bei beiden Provinzen, daß sie von allen den in der Tabelle genannten Provinzen, Ländern und Gebietsteilen Waren bekommen und auch Waren nach dorthin versenden. Sie unterscheiden sich darin, daß Berlin eine Einfuhrprovinz und Brandenburg eine Ausfuhrprovinz ist. Diese grundverschiedene Artung der Wirtschaftsstruktur beider Provinzen tritt in der nach regionalen Gesichtspunkten aufgestellten Verkehrsbilanz noch stärker als in den unter dem Gesichtspunkt der Warengruppen zusammengestellten Verkehrsbilanzen in Erscheinung. Abgesehen von den beiden Ausnahmefällen des Berliner Warenverkehrs mit den Niederlanden im Jahre 1925 und des Warenverkehrs mit Belgien im Jahre 1913 hat Berlin im Warenverkehr mit keinem Gebiet und in keinem Jahr einen Aktivsaldo. Umgekehrt schließt der Warenverkehr der Provinz Brandenburg mit mehr als der Hälfte der aufgeführten Verkehrsgebiete aktiv ab. Wären nicht die nach Brandenburg vom Süden her aus dem oberschlesischen und niederschlesischen Steinkohlengebiet und vom Westen her aus dem ostelbischen Braunkohlengebiet und dem westelbischen Düngemittelzentrum der Provinz Sachsen kommenden Warenströme, so würde das Aktivum (im Jahre 1927) noch um 3,7 Millionen Tonnen größer sein.

Am Berliner Gesamtverkehr (Empfang und Versand) sind im Jahre

	1913	1925	1926	1927
das Inland mit	94,8	96,4	97,5	97,1
das Ausland mit	5,2	3,6	2,5	2,9

v. H. beteiligt gewesen. Am Gesamtverkehr der Provinz Brandenburg war die Beteiligung

	1913	1925	1926	1927
des Inlands	93,8	97,2	97,8	96,9
des Auslands	6,2	2,8	2,2	3,1

v. H. Der direkte Auslandsverkehr ist also bei beiden Provinzen sehr gering. Der indirekte überwiegend über Hamburg und Stettin gehende Auslandsverkehr läßt sich nur insoweit, als es sich einwandfrei um Überseeware handelt, erkennen. Die nicht unbeträchtliche Eigenproduktion innerhalb der Hafengebiete und die über See erfolgende Anfuhr aus deutschen Provinzen (Ruhr — Rotterdam — Hamburg) verhindert im großen und ganzen eine genaue Analyse.

Der Inlandsverkehr (folgend stets einschließlich des indirekten Auslandsverkehrs über die Seehäfen) betrug

	1913	1925	1926	1927
für Berlin	21 668 221	20 122 482	22 053 691	24 561 490
„ Brandenburg	21 952 193	22 677 106	25 040 444	26 720 473

Tonnen. Davon kamen in Berlin

	1913	1925	1926	1927
auf den Empfang	84,5	83,2	83,2	84,2
„ „ Versand	15,5	16,8	16,8	15,8,

in Brandenburg

	1913	1925	1926	1927
auf den Empfang	40,8	39,3	37,8	41,5
„ „ Versand	59,2	60,7	62,2	58,5 v. H.

Vom Berliner Empfang aus dem Inlande kamen

aus:	1913	1925/27
	Tonnen	
Brandenburg	7 689 036	7 954 500
Oberschlesien	2 139 381	2 009 589
Hamburg	2 411 745	1 682 791
Niederschlesien	1 410 705	1 334 766
Provinz Sachsen und Thüringen	1 326 964	1 336 281
Ruhrgebiet	670 022	1 170 483
Pommern	799 946	777 451
Land Sachsen	642 694	750 628
Hannover-Oldenburg	316 983	365 350
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	196 149	185 034
Bayern einschließlich Pfalz	134 072	159 654
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	78 649	197 611
Mecklenburg ohne Häfen	132 188	158 581
Schleswig-Holstein (einschl. d. meckl. Häfen)	106 374	121 302
Ostpreußen	91 174	82 109
Grenzmark	?	87 022
Hessen, Hessen-Nassau	66 691	85 925
Baden	34 245	53 091
Bremen	31 673	40 309
Württemberg	27 710	39 258

Vom Berliner Versand nach dem Inland gingen

nach:	1913	1925/27
	Tonnen	
Brandenburg	1 635 418	1 952 818
Hamburg	351 336	343 635
Provinz Sachsen und Thüringen	318 948	285 628
Land Sachsen	172 763	170 652
Pommern	160 986	170 146
Hannover-Oldenburg	122 295	102 323
Oberschlesien	140 900	88 969
Niederschlesien	96 712	108 070
Ruhrgebiet	67 869	81 846
Bayern einschließlich Pfalz	47 572	72 317
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	43 033	44 277
Schleswig-Holstein (einschl. d. meckl. Häfen)	36 750	48 850
Hessen, Hessen-Nassau	37 672	36 971
Ostpreußen	30 927	29 466
Mecklenburg ohne Häfen	26 102	29 212
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	21 372	22 102
Baden	17 975	24 953
Bremen	22 314	11 872
Württemberg	10 806	16 962
Grenzmark	?	13 081

Die Zu- (+) oder Abnahme (—) des Berliner Verkehrs mit den einzelnen Inlandsverkehrsgebieten beläuft sich im Verhältnis des Jahresdurchschnitts 1925/27 gegenüber 1913

	beim Empfang	beim Versand
	auf ..... v. H.	
Brandenburg	+ 3,5	+ 19,4
Oberschlesien	— 6,1	— 36,9
Hamburg	— 43,3	— 2,2
Niederschlesien	— 5,7	+ 11,7
Provinz Sachsen und Thüringen	+ 0,7	— 11,7
Ruhrgebiet	+ 74,7	+ 20,6
Pommern	— 2,8	+ 5,7
Land Sachsen	+ 16,8	— 1,2
Hannover-Oldenburg	+ 15,3	— 16,3
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	— 5,7	+ 2,8
Bayern einschließlich Pfalz	+ 19,1	+ 52,0
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	+ 151,3	+ 3,4
Mecklenburg ohne Häfen	+ 20,0	+ 11,9
Schleswig-Holstein (mit meckl. Häfen)	+ 14,0	+ 32,9
Ostpreußen	— 9,9	— 4,7
Grenzmark	?	?
Hessen, Hessen-Nassau	+ 28,8	— 1,9
Baden	+ 55,0	+ 38,3
Bremen	+ 27,3	— 46,8
Württemberg	+ 41,7	+ 57,1

Der Anteil der Inlandsverkehrsgebiete am Berliner

	Empfang		Versand	
	beträgt ... v. H.			
	1913	1925/27	1913	1925/27
Brandenburg	42,0	42,8	48,6	53,4
Oberschlesien	11,7	10,8	4,2	2,4
Hamburg	13,2	9,1	10,5	9,4
Niederschlesien	7,7	7,2	2,9	3,1
Provinz Sachsen und Thüringen	7,3	7,2	9,5	7,8
Ruhrgebiet	3,7	6,3	2,0	2,2
Pommern	4,4	4,2	4,8	4,7
Land Sachsen	3,5	4,0	5,1	4,7
Hannover-Oldenburg	1,7	2,0	3,6	2,8
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	1,1	1,0	1,8	1,2
Bayern einschließlich Pfalz	0,7	0,9	1,4	2,0
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	0,4	1,1	0,6	0,6
Mecklenburg ohne Häfen	0,7	0,9	0,8	0,8
Schleswig-Holstein (m. meckl. Häfen)	0,6	0,7	1,1	1,3
Ostpreußen	0,5	0,4	0,9	0,8
Grenzmark	?	0,5	?	0,8
Hessen, Hessen-Nassau	0,4	0,5	1,1	1,0
Baden	0,2	0,3	0,5	0,7
Bremen	0,2	0,2	0,7	0,3
Württemberg	0,1	0,2	0,5	0,5

Da die Bewegung und durch sie die Verschiebung im Anteil der einzelnen Gebiete am Gesamtverkehr eine durchaus uneinheitliche ist, kann man auf eine gleichmäßig auf den gesamten Verkehr einwirkende Ursache nicht schließen. Die hauptsächlichste Veränderung ist dadurch eingetreten, daß anstelle eines großen Teiles der Kohlenzufuhr über Hamburg die Belieferung aus dem Ruhrgebiet erfolgt.

Die Güterverkehrsbilanz der Provinz Brandenburg mit dem Inland sieht so aus (in Tonnen):

	Empfang		Versand	
	1913	1925/27	1913	1925/27
Berlin	1 635 418	1 952 818	7 689 036	7 954 500
Niederschlesien	1 358 029	1 784 046	564 220	520 860
Oberschlesien	1 338 565	1 182 275	69 386	79 063
Prov. Sachsen u. Thüringen	1 480 570	1 655 813	524 680	816 913
Land Sachsen	800 478	798 955	890 037	1 291 573
Pommern	769 402	549 700	1 598 039	1 433 368
Ruhrgebiet	379 744	662 334	457 281	622 429
Hamburg	543 309	328 925	359 270	486 734
Hannover-Oldenburg	227 779	355 131	95 466	154 761
Mecklenburg ohne Häfen	114 028	103 114	332 477	310 272
Grenzmark	?	107 787	?	179 933
Schleswig-Holstein (mit mecklenburg. Häfen)	89 340	56 164	210 392	486 900
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	47 594	69 871	27 448	101 339
Westfalen (o. Ruhrgebiet)	31 169	59 953	33 810	67 112
Bayern einschl. Pfalz	19 941	43 399	23 168	72 376
Ostpreußen	49 100	22 084	79 440	322 694
Bremen	28 790	14 544	7 982	13 025
Hessen, Hessen-Nassau	26 996	51 464	25 022	38 393
Baden	6 756	14 449	7 544	20 543
Württemberg	5 160	8 491	5 327	18 562

Die Zu- (+) oder Abnahme (—) des brandenburgischen Güterverkehrs im Durchschnitt der Jahre 1925/27 gegenüber dem Jahre 1913 betrug

aus oder nach:	beim Empfang	beim Versand
	vom Hundert	
Berlin	+ 19,4	+ 3,5
Niederschlesien	+ 31,4	— 7,7
Oberschlesien	— 11,7	+ 13,9
Provinz Sachsen und Thüringen	+ 11,8	+ 55,7
Land Sachsen	— 0,2	+ 45,1
Pommern	— 28,6	— 10,3
Ruhrgebiet	+ 74,4	+ 36,1

aus oder nach:	beim Empfang	beim Versand
	vom Hundert	
Hamburg	— 39,5	+ 35,5
Hannover-Oldenburg	+ 55,9	+ 62,3
Mecklenburg ohne Häfen	— 9,6	— 6,7
Grenzmark	?	?
Schleswig-Holstein (mit meckl. Häfen)	— 37,1	+ 131,4
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	+ 46,8	+ 269,2
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	+ 92,3	+ 98,5
Bayern einschl. Pfalz	+ 117,6	+ 212,4
Ostpreußen	— 55,0	+ 306,2
Bremen	— 49,5	+ 63,2
Hessen, Hessen-Nassau	+ 91,0	+ 53,4
Baden	+ 113,9	+ 172,3
Württemberg	+ 64,6	+ 24,8

Im großen und ganzen ist die ziemlich allseitige Zunahme des Versandes aus der Provinz Brandenburg das Kennzeichen der Ausdehnung des Marktes für Braunkohlenbriketts. Nach West- und Süddeutschland gehen Grubenhölzer, Glas und Glaswaren, Kartoffeln und anderes. Die relativ hohe Steigerung des Versandes nach Süddeutschland findet vornehmlich darin ihre Erklärung, daß der Versand nach dorthin seiner absoluten Größe nach für Brandenburg doch nur verhältnismäßig wenig ins Gewicht fällt.

Es betrug der Anteil (v. H.) der einzelnen inländischen Gebiete am brandenburgischen

	Empfang		Versand	
	1913	1925/27	1913	1925/27
Berlin	18,3	19,9	59,1	53,1
Niederschlesien	15,2	18,2	4,3	3,5
Oberschlesien	15,0	12,0	0,5	0,5
Provinz Sachsen und Thüringen	16,5	16,9	4,0	3,4
Land Sachsen	8,9	8,1	6,8	8,6
Pommern	8,6	5,6	12,3	9,6
Ruhrgebiet	4,2	6,7	3,5	4,2
Hamburg	6,1	3,3	2,8	3,2
Hannover-Oldenburg	2,5	3,6	0,7	1,0
Mecklenburg ohne Häfen	1,3	1,0	2,6	2,1
Grenzmark	?	1,1	?	1,2
Schleswig-Holstein (mit meckl. Häfen)	1,0	0,6	1,6	3,2
Rheinprovinz (ohne Ruhrgebiet)	0,5	0,7	0,2	0,7
Westfalen (ohne Ruhrgebiet)	0,3	0,6	0,3	0,4
Bayern einschl. Pfalz	0,2	0,4	0,2	0,5
Ostpreußen	0,5	0,2	0,6	2,2
Bremen	0,3	0,1	0,1	0,1
Hessen, Hessen-Nassau	0,3	0,5	0,2	0,3
Baden	0,1	0,1	0,1	0,1
Württemberg	0,1	0,1	0,04	0,1

Der weitaus überwiegende Teil des berlinischen und auch des brandenburgischen Gesamtverkehrs vollzieht sich auf dem Bahnwege. Der Wasserweg ist nur für den Verkehr mit einer begrenzten Zahl von Gebieten offen und dann zum Teil auch noch, wie im Verkehr mit Ober- und Niederschlesien, durch die schlechte Wasserführung der Wasserstraßen nicht oder nur höchst unzureichend benutzbar.

Es wurden nach und aus Berlin befördert

		per Eisenbahn	per Binnenschiff
1913	Tonnen	14 398 131	8 462 290
	v. H.	63,0	37,0
1925	Tonnen	14 877 169	6 001 476
	v. H.	71,3	28,7
1926	Tonnen	15 284 072	7 334 965
	v. H.	67,6	32,4
1927	Tonnen	17 214 334	8 084 011
	v. H.	68,0	32,0

Bei der Einfuhr liegt der Anteil der Schiffstransporte, unter denen die Ziegelsteinzufuhren aus der Provinz Brandenburg und die Kohlenzufuhren über Hamburg, Stettin und aus Ober- und Niederschlesien die meiste Tonnage in Anspruch nehmen, über dem Durchschnitt.

Nach Berlin wurden eingeführt

		per Eisenbahn	per Binnenschiff
1913	Tonnen	11 441 691	7 821 243
	v. H.	59,4	40,6
1925	Tonnen	11 891 715	5 505 018
	v. H.	68,4	31,6
1926	Tonnen	12 132 842	6 688 804
	v. H.	64,5	35,5
1927	Tonnen	13 697 221	7 595 142
	v. H.	64,3	35,7

Rechnet man zur Veranschaulichung der Warenströme für jeden Güterzug ein Fassungsvermögen von 800 Tonnen (40 Wagen zu je 20 Tonnen) und für jedes Binnenschiff ein Fassungsvermögen von 600 Tonnen, so sind im Jahre 1927 außer den Güterzügen für den täglichen Eingang von rd. 1 400 Rindern und Kälbern, ebensoviel Schafen, von rd. 3 300 Schweinen und über 7 000 Stück Geflügel und außer den Lastautos und Fuhrwerken mit Güter- und Viehtransporten täglich 47 voll beladene Güterzüge eingelaufen und 35 Kahnladungen gelöscht worden.

Da der Versand aus Berlin mengenmäßig an und für sich gering ist und der Schiffsversand überhaupt kaum in Erscheinung tritt, muß der größte Teil der Güterzüge und fast der gesamte Schiffsraum das städtische Weichbild unbeladen verlassen. Man kann in groben Näherungswerten annehmen, daß von den täglich einlaufenden 47 Güterzügen nur $^1/_4$ oder rund 12 Güterzüge Rücktransportgüter finden. Davon sind fast die Hälfte mit Abfallprodukten (einschließlich Schrott!) der Großstadt beladen. 35 Güterzüge und außerdem die Viehwagen fahren täglich leer aus Berlin hinaus. Von den täglich in Berlin zur Löschung kommenden 35 Kähnen finden gar nur 2 Kähne Rückfracht.

Es wurden aus Berlin versandt

		per Eisenbahn	per Binnenschiff
1913	Tonnen	2 956 440	641 047
	v. H.	82,2	17,8
1925	Tonnen	2 985 454	496 458
	v. H.	85,7	14,3
1926	Tonnen	3 151 230	646 161
	v. H.	83,0	17,0
1927	Tonnen	3 517 113	488 869
	v. H.	87,8	12,2

Von den Hauptliefergebieten, für die neben den Eisenbahntransporten die Schiffstransporte nach Berlin eine gewisse Rolle spielen, sind heute, nach der auf weniger als $^1/_4$ der Vorkriegslieferungen reduzierten Einfuhr aus den nunmehr zu Polen gehörenden Territorien, noch zu nennen (in der Reihenfolge ihres Anteils an den gesamten Schiffstransporten nach Berlin) Brandenburg, Hamburg, Oberschlesien, Niederschlesien, Pommern und die Provinz Sachsen (einschließlich Thüringen).

Der Berliner Empfang aus diesen Gebieten (die absoluten Zahlen siehe Tabelle 3 Seite 268/69) kam (mit v. H.)

aus:		per Eisenbahn	per Binnenschiff
Brandenburg	1913	64,2	35,8
	1925	69,9	30,1
	1926	63,3	36,7
	1927	65,3	44,7
Hamburg	1913	6,7	93,3
	1925	12,6	87,4
	1926	10,5	89,5
	1927	10,3	89,7

aus:		per Eisenbahn	per Binnenschiff
Oberschlesien	1913	46,6	53,4
	1925	47,2	52,8
	1926	51,2	48,8
	1927	46,1	53,9
Niederschlesien	1913	54,7	45,3
	1925	65,3	34,7
	1926	57,5	42,5
	1927	55,8	44,2
Pommern	1913	45,2	54,8
	1925	49,6	50,4
	1926	51,9	48,1
	1927	45,4	54,6
Provinz Sachsen	1913	71,4	28,6
	1925	82,2	17,8
	1926	75,4	24,6
	1927	75,6	24,4

Der Anteil der Eisenbahntransporte am Gesamtverkehr ist für die Provinz Brandenburg noch größer als für Berlin. Das ganze Niederlausitzer Industriegebiet hat vorläufig noch — bis zur eventuell einmal erfolgenden Inangriffnahme des Elbe-Oder-Kanalprojektes — keine direkte Wasserstraßenverbindung. Es kann seine Güter entweder nur per Eisenbahn oder im Umschlagsverkehr über Königswusterhausen, Müllrose, Fürstenberg, Riesa und Torgau (um die hauptsächlich in Betracht kommenden Umschlagshäfen zu nennen) bekommen oder versenden. Für den Steinkohlenempfang aus Niederschlesien und Oberschlesien kommt wegen der Kürze des Transportweges der Schiffstransport nur für die an den Wasserstraßen selbst gelegenen brandenburgischen Industriestandorte in Betracht.

Es wurden nach und aus der Provinz Brandenburg befördert:

		per Eisenbahn	per Binnenschiff
1913	Tonnen	17 777 055	5 635 261
	v. H.	75,9	24,1
1925	Tonnen	19 479 826	3 848 294
	v. H.	83,5	16,5
1926	Tonnen	20 611 020	5 000 798
	v. H.	80,5	19,5
1927	Tonnen	22 275 746	5 294 960
	v. H.	80,8	19,2

Für die Provinz Brandenburg ist umgekehrt wie bei Berlin nicht die Einfuhr, sondern die Ausfuhr per Schiff etwas größer als im Durchschnitt; dementsprechend bleibt natürlich die Einfuhr per Schiff unter dem Durchschnitt.

Nach Brandenburg wurden eingeführt

		per Eisenbahn	per Binnenschiff
1913	Tonnen	7 903 713	1 939 026
	v. H.	80,3	19,7
1925	Tonnen	8 338 065	1 000 799
	v. H.	89,3	10,7
1926	Tonnen	8 692 222	1 136 874
	v. H.	88,4	11,6
1927	Tonnen	10 342 508	1 440 703
	v. H.	87,8	12,2;

ausgeführt wurden

		per Eisenbahn	per Binnenschiff
1913	Tonnen	9 873 342	3 696 235
	v. H.	72,8	27,2
1925	Tonnen	11 141 761	2 847 495
	v. H.	79,6	20,4
1926	Tonnen	11 918 798	3 863 924
	v. H.	75,5	24,5
1927	Tonnen	11 933 238	3 854 257
	v. H.	75,6	24,4.

Unter den Hauptliefergebieten, die neben den Eisenbahntransporten nennenswerte Schiffstransporte nach Brandenburg abgehen lassen, sind Oberschlesien, Hamburg, Berlin, Pommern, Niederschlesien und die Provinz Sachsen zu nennen. Außerdem kommt die Wasserstraße als Transportweg für die aus Polen eingeführten Güter, insbesondere für Holz, in Betracht. Die vor dem Kriege recht beträchtliche Einfuhr böhmischer Braunkohlen elbabwärts durch den Plaue-Ihle-Kanal nach Brandenburg hinein ist infolge der Kontingentierung der Braunkohleneinfuhr aus der Tschechoslowakei fast völlig unterbunden.

Von den per Schiff abgehenden Lieferungen aus der Provinz Brandenburg sind größeren Umfanges die Sendungen nach Berlin, Pommern, Hamburg und der Provinz Sachsen.

Von der Einfuhr nach Brandenburg

aus:		kamen . . . v. H. per Eisenbahn	per Binnenschiff
Oberschlesien	1913	71,4	28,6
	1925	65,8	34,2
	1926	67,0	33,0
	1927	65,1	34,9
Niederschlesien	1913	89,5	10,5
	1925	93,6	6,4
	1926	92,9	7,1
	1927	91,6	8,4
Hamburg	1913	29,5	70,5
	1925	45,2	54,8
	1926	35,8	64,2
	1927	30,4	69,6
Pommern	1913	70,1	29,9
	1925	78,2	21,8
	1926	83,0	17,0
	1927	84,1	15,9
Provinz Sachsen	1913	90,5	9,5
	1925	91,4	8,6
	1926	96,5	3,5
	1927	95,3	4,7
Berlin	1913	81,7	18,3
	1925	93,1	6,9
	1926	93,3	6,7
	1927	92,5	7,5
Polen	1913	68,6	31,4
	1925	74,0	26,0
	1926	56,0	44,0
	1927	69,0	31,0

Bei den Schiffslieferungen aus Hamburg bleibt zu berücksichtigen, daß ein Teil per Schiff bis Riesa geht, dann auf die Bahn umgeschlagen wird und als Bahnempfang aus dem Land Sachsen in der Güterverkehrsstatistik der Provinz Brandenburg erscheint.

Von der brandenburgischen Ausfuhr

nach:		gingen . . . v. H. per Eisenbahn	per Binnenschiff
Berlin	1913	64,2	35,8
	1925	69,9	30,1
	1926	63,3	36,7
	1927	65,3	34,7
Pommern	1913	70,0	30,0
	1925	74,5	25,5
	1926	76,0	24,0
	1927	71,3	28,7
Hamburg	1913	22,8	77,2
	1925	50,6	49,4
	1926	40,0	60,0
	1927	37,5	62,5
Provinz Sachsen	1913	88,2	11,8
	1925	91,4	8,6
	1926	91,8	8,2
	1927	89,9	10,1

Im allgemeinen ist sowohl für Berlin als auch für Brandenburg unverkennbar die Tendenz vorhanden, daß sich das Verhältnis zwischen Bahn- und Schiffstransporten, welches sich durch die Inflationsjahre stark verschoben hatte, wieder dem Vorkriegsstande anpaßt.

Zum Abschluß des Überblicks über den berlin-brandenburgischen Verkehr und damit der ganzen Arbeit möchten wir noch kurz die Frage der Beziehungen zwischen den Transportkosten und der Verkehrsgestaltung streifen. Lassen sich die Veränderungen in den Verkehrsbeziehungen, sei es mit Berücksichtigung der regionalen Verflechtung überhaupt, sei es im Hinblick auf die vom Vorkriegsstand (Basisjahr ist nur 1913!) abweichende Inanspruchnahme der einzelnen Verkehrsmittel oder sei es schließlich hinsichtlich der Bedeutung der Liefer- oder Empfangsgebiete bei den einzelnen Waren auf die Veränderungen der Transportkosten als alleiniger oder als mitwirkender Ursache zurückführen? Die Veränderungen der Verkehrsbeziehungen bestehen für Berlin im wesentlichen darin, daß das Verkehrsvolumen mit Hamburg, ebenso der Verkehr mit den ehemals deutschen Ostprovinzen sich vermindert hat und dafür eine Zunahme des direkten Verkehrs mit dem Ruhrgebiet und mit der Provinz Brandenburg erfolgt ist. Sie sind für den Verkehr oder eigentlich nur für den Versand der Provinz Brandenburg eine Ausweitung des Marktes schlechthin. Bei beiden Gebieten ist außerdem eine verhältnismäßige Verminderung der Schiffstransporte zu verzeichnen.

In den Transportkosten ist eine grundsätzliche Veränderung durch die Einführung des Staffeltarifes eingetreten; außerdem sind viele Einzelveränderungen zu verzeichnen, auf die aber nicht eingegangen werden kann.

Diese Detailfragen der Tarifgestaltung, z. B. die Verschiebung im Verhältnis der Transportkosten der Waren zueinander und ähnliche Probleme, können hier nicht nur wegen der Begrenztheit des Raumes nicht behandelt werden, sondern lassen sich auch mit Hilfe der Güterverkehrsstatistik nur in den allerwenigsten Fällen erörtern. Für die Mehrzahl der Warengruppen der Güterverkehrsstatistik gelten (infolge ihrer Konzentration in der Statistik) regelmäßig mehrere Tarifklassen, zum Teil außerdem noch Ausnahmetarife. Da man nicht weiß, wieviel von der betreffenden Warengruppe zu der einen und wieviel zu der anderen Tarifklasse befördert worden ist, kommt man regelmäßig mit der Untersuchung solcher Fragen nicht allzuweit.

Schon an anderen Stellen der Arbeit (S. 202, 217/218, 249, Anmerkung 1) ist auf die Bedeutung des Staffeltarifes für das Berliner Gewerbeleben hingewiesen worden. Insoweit als die Erzeugung nicht in Berlin bleibt, sondern weiter versandt wird, hat er prinzipiell Nachteile gegenüber den materialorientierten Betrieben gebracht. Umgekehrt ist er für die materialorientierte brandenburgische Industrie ein Vorteil gewesen. Steht sie allerdings mit weiter abgelegenen materialorientierten Industrien in Konkurrenz, so wird auch ihr Markt im Verhältnis zur Vorkriegszeit eingeengt.

Trotzdem ist es unmöglich, an Hand der verkehrsstatistischen Unterlagen zu beweisen, daß die Staffeltarifierung die alleinige Ursache der Veränderungen in den Verkehrsbeziehungen gewesen ist. In Einzelfällen besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit einer solchen Annahme, wie beispielsweise bei den Milchlieferungen nach Berlin. Trotzdem ist auch hier zu berücksichtigen, daß der Milchtarif unter dem Vorkriegstarif liegt, sodaß die Senkung der Transportkosten schlechthin die Ausweitung des Berliner Milcheinzuggebietes gefördert hat und nicht die Staffeltarifierung. In anderen Fällen ist gerade entgegen der Benachteiligung durch den Staffeltarif eine Ausweitung des Marktes erfolgt, so beim brandenburgischen Braunkohlenbrikett, welches dem Heizwert nach gegenüber der schlesischen Steinkohle einen kleineren Markt haben müßte als vor dem Kriege. Dennoch beruht fast die ganze Ausdehnung des brandenburgischen Absatzgebietes auf dem Vordringen des Braunkohlenbriketts in die fernsten Gebiete (siehe Tabelle 3, Ostpreußen).

Ob die Tarifgestaltung als mitwirkende Ursache für die Veränderungen in den Verkehrsbeziehungen in Betracht gekommen ist, läßt sich in Anbetracht dessen, daß sie nicht isoliert werden kann, noch viel weniger sagen. Man kann sich der Meinung nicht ganz verschließen, daß politische und natürliche Ursachen, die Kartellpolitik der Verbände und die allgemeine Marktlage die einzigen Kräfte gewesen sind, welche, wenn beachtliche Veränderungen der Verkehrsbeziehungen überhaupt vorliegen, in ihrer Wirksamkeit nachgewiesen werden können.

Bei gewissen Gütergattungen, insbesondere hochwertigen und meistens im Einzeltransport zum Versand kommenden, aber auch leichtverderblichen Waren, ist eine Abwanderung auf das Lastauto, der die Reichsbahn in allerletzter Zeit durch einen ermäßigten Tarif für Sammelgut und durch eine Neuregelung der Bahnspedition begegnet, eingetreten. Für den Umfang dieses Wechsels des Güterverkehrs von einem Verkehrsmittel zu einem anderen sind die Unterlagen so unzureichend, daß sich auch über diese Frage ein zuverlässiges, durch Zahlen belegbares Bild nicht geben läßt. (Siehe dazu Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Berlin Nr. 8 vom August 1928, S. 138 ff. und Berliner Wirtschaftsberichte vom 26. Oktober 1929, S. 321 ff.).

	Warengruppe	1913 Empfang Eisenbahn	1913 Empfang Binnenschiff	1913 Empfang Insgesamt	1913 Versand Eisenbahn	1913 Versand Binnenschiff	1913 Versand Insgesamt	1925 Empfang Eisenbahn	1925 Empfang Binnenschiff	1925 Empfang Insgesamt	1925 Versand Eisenbahn	1925 Versand Binnenschiff
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Brennstoffe	1. Rohbraunkohle, Torf	51 047	13 364	64 411	1 752	192	1 944	137 971	8 283	146 254	979	13
	2. Braunkohlenbriketts	2 016 015	3 377	2 019 392	734	1 320	2 054	2425270	13 177	2438447	3 994	17 735
	3. Steinkohlen und -briketts	1 457 222	3 101 285	4 558 507	11 549	5 028	16 577	1394451	1911173	3305624	19 160	18 367
	4. Steinkohlenkoks	272 794	134 690	407 484	41 991	1 671	43 662	501 751	66 879	568 630	34 758	21 898
Erze, Eisen u. Metalle	5. Erze einschl. Schwefelkies	21 310	17 970	39 280	11 835	25 154	36 989	14 319	3 678	17 997	13 294	5 047
	6. Roheisen, Luppen	79 857	13 264	93 121	846	119	965	61 829	8 138	69 967	20 889	468
	7. Eisen- und Stahlbruch	46 161	982	47 143	182 105	2 796	184 901	34 653	1 184	35 837	239 437	7 786
	8. Stab-, Formeisen, Platten, Röhren	510 117	58 120	568 237	120 968	5 182	126 150	485 524	52 587	538 111	104 892	8 844
	9. Eisernes Eisenbahnmaterial	116 720	2 207	118 927	42 062	120	42 182	108 460	6 835	115 295	87 255	708
	10. Eiserne Dampfkessel	100 391	2 268	102 659	202 483	7 182	209 665	117 382	2 022	119 404	137 543	17 823
	11. Eisen- und Stahldraht	22 611	1 706	24 317	52 163	25 155	77 318	30 038	22	30 060	34 953	401
	12. Eisen- und Stahlwaren	151 428	6 528	157 956	93 690	5 728	99 418	151 354	365	151 719	53 807	13 039
	13. Unedle Metalle und Waren daraus	32 362	82 896	115 258	39 816	18 021	57 837	47 192	66 389	113 581	72 625	36 380
	14. Zink	15 699	10 782	26 481	2 876	4 707	7 583	8 412	5 998	14 410	2 558	2 515
	15. Blei und Bleiwaren	8 054	41 440	49 494	4 153	2 899	7 052	16 879	47 907	64 786	9 242	12 624
Ind. d. Steine u. Erden	16. Erde und Kies	688 412	1 544 268	2 232 680	162 724	159 464	322 188	500 183	1177207	1677390	438 420	37 182
	17. Kalk	135 387	97 871	233 258	388	3 036	3 424	117 342	39 168	156 510	2 028	846
	18. Porzellanerde (Ton, Farberde, Graphit)	*in Pos. 16*	25 642	(25 642)	*in Pos. 16*	1 100	(1 100)	45 377	13 162	58 539	2 402	1 042
	19. Zement	162 977	133 310	296 287	15 953	5 674	21 627	201 698	60 324	262 022	1 682	5 408
	20. Künstliche Steine (gebr. Mauersteine	1 296 966	1 149 054	2 446 020	82 964	57 870	140 834	651 953	840 032	1491985	15 070	1 645
	21. Natursteine							510 716	2 924	513 640	9 451	32
	22. Waren aus natürlichen Steinen	60 711	2 180	62 891	3 947	43	3 990	13 357	299	13 656	1 173	131
	23. Ton- und Zementwaren, Porzellan	39 411	3 829	43 240	7 793	1 186	8 979	53 054	140	53 194	5 973	2 618
	24. Glas und Glaswaren	85 972	1 742	87 714	29 347	6 596	35 943	76 525	676	77 201	23 804	3 596
Chemikalien	25. Chemikalien	48 316	19 943	68 259	35 288	15 301	50 589	55 599	4 808	60 407	32 718	16 508
	26. Salpeter- und Schwefelsäure	30 770	10 593	41 363	12 106	173	12 279	19 434	8 700	28 134	3 490	1 070
	27. Teer, Pech, Asphalt	43 338	60 627	103 965	69 131	8 713	77 844	44 667	32 697	77 364	46 270	3 733
	28. Dachpappe	3 359	—	3 359	5 548	—	5 548	8 424	831	9 255	3 623	297
	29. Petroleum und Mineralöle	95 991	93 191	189 182	42 746	3 074	45 820	38 790	102 533	141 323	39 236	4 492
	30. Steinkohlenteeröle und Naphthalin							36 887	2 186	39 073	15 924	2 676
	31. Soda	25 579	4 768	30 347	2 374	437	2 811	22 816	1 586	24 402	1 573	523
Textilien	32. Flachs und Hanf	3 616	305	3 921	386	259	645	2 158	160	2 318	410	9
	33. Garne und Twiste	9 216	718	9 934	1 870	438	2 308	11 669	59	11 728	601	30
	34. Lumpen	16 745	1 529	18 274	23 287	5 088	28 375	10 554	647	11 201	20 901	6 392
	35. Jute	1 313	6 112	7 425	119	108	227	687	306	993	98	51
	36. Wolle	7 416	676	8 092	6 554	329	6 883	5 158	—	5 158	4 080	46
	37. Baumwolle	3 926	592	4 518	416	687	1 103	2 717	5	2 722	396	71
Papier	38. Zellulose	17 478	1 788	19 266	220	187	407	13 294	343	13 637	1 306	21
	39. Papier und -waren, Pappe	288 620	59 787	348 407	108 224	15 798	124 022	295 834	43 729	339 563	95 527	11 969
Leder	40. Borke und Gerbhölzer	1 901	3 852	5 753	262	432	694	729	870	1 599	416	59
	41. Häute und Felle	34 592	4 777	39 369	31 999	5 214	37 213	25 266	547	25 813	22 645	993
Holz	42. Bau- und Nutzholz	551 038	238 504	789 542	43 999	20 052	64 051	622 730	103 736	726 466	46 087	3 972
	43. Holzstoffholz, Grubenholz, Brennholz							143 526	36 936	180 462	6 585	2
	44. Holzwaren und Möbel[1]							47 178	1 818	48 996	35 902	2 891
Düngemittel	45. Künstliche Düngemittel	27 332	10 343	37 675	614 426	42 140	656 566	60 807	28	60 835	1 878	5 742
	46. Erdige Düngemittel							15 278	115	15 393	339 900	2 814
	47. Tierischer Dünger							1 728	—	1 728	287 851	32 097
	48. Abfälle von Horn und Häuten	4 684	591	5 275	8 638	70	8 708	984	5	989	11 518	40
Nahrungs- und Genußmittel	49. Weizen	48 841	50 933	99 774	1 181	6 889	8 070	37 985	73 324	111 309	3 287	15 035
	50. Roggen	87 631	86 917	174 548	825	6 880	7 705	61 878	75 398	137 276	2 376	10 983
	51. Hafer	106 139	68 304	174 443	9 954	1 976	11 930	64 878	35 123	100 001	9 952	1 436
	52. Gerste	55 719	52 778	108 497	14 629	700	15 329	64 546	16 461	81 007	5 949	2 661
	53. Mehl und Mühlenerzeugnisse	108 319	150 154	258 473	22 993	53 788	76 781	78 601	114 681	193 282	42 215	39 210
	54. Kartoffeln	369 226	644	369 870	8 595	424	9 019	448 306	118	448 424	17 525	5
	55. Obst	272 891	47 561	320 452	10 784	1 637	12 421	302 311	21 401	323 712	15 646	545
	56. Hirse und Hülsenfrüchte	7 569	12 563	20 132	1 954	627	2 581	10 944	1 148	12 092	981	364
	57. Reismehl, Stärke, Kartoffelmehl	14 239	11 335	25 574	416	2 259	2 675	10 118	5 511	15 629	2 155	3 008
	58. Milch und Rahm	*in „sonstige Güter" Pos. 76*						398 065	3 785	401 850	550	272
	59. Fleisch	52 866	217	53 083	10 868	151	11 019	86 177	3 345	89 522	5 201	433
	60. Fische und Schaltiere	41 688	17 449	59 137	5 230	514	5 744	46 508	10 337	56 845	3 304	860
	61. Öle, Fette	34 114	59 287	93 401	12 715	6 635	19 350	59 963	23 634	83 597	16 946	2 838
	62. Salz	60 467	1 253	61 720	10 764	1 499	12 263	54 150	238	54 388	2 969	139
	63. Roh- und Verbrauchszucker	19 643	82 628	102 271	1 379	12 248	13 627	21 352	66 981	88 333	2 468	2 515
	64. Tabak	5 119	367	5 486	374	25	399	13 165	391	13 556	2 054	199
	65. Malz	50 572	9 504	60 076	3 456	929	4 385	33 981	5 868	39 849	2 511	697
	66. Hopfen	1 474	—	1 474	122	—	122	1 461	—	1 461	11	—
	67. Bier	57 736	4 009	61 745	129 685	10 477	140 162	23 858	16	23 874	100 458	32 624
	68. Weingeist, Branntwein	45 951	620	46 571	11 743	6 384	18 127	50 778	67	50 845	21 318	1 336
	69. Wein	12 197	10 164	22 361	2 285	1 088	3 373	16 596	878	17 474	2 077	184
	70. Kaffee, Kakao	11 171	20 314	31 485	2 905	1 570	4 475	11 658	3 896	15 554	5 685	1 262
Futtermittel	71. Mais, Lein- und Ölsamen, Ölkuchen	15 512	53 313	68 825	20 960	2 670	23 630	6 454	15 236	21 690	6 998	355
	72. Kleie	11 148	3 760	14 908	30 042	157	30 199	9 051	1 238	10 289	21 026	3 428
	73. Heu, Häcksel	*in Pos. 76*	3 852	(3 852)	*in Pos. 76*	17	(17)	125 006	2 799	127 805	2 548	2
	74. Rüben, -schnitzel, -sirup, Melasse	96 025	8 194	104 219	23 534	831	24 365	48 551	1 823	50 374	3 140	807
Sonst. Güter	75. Sammelladungen	156 003	38 235	194 238	94 753	4 771	99 524	66 479	326 193	392 672	59 981	16 598
	76. Sonstige Güter	1 112 577	59 417	(1 171 994)	404 562	57 158	(461 720)	546 291	23 914	570 205	271 799	46 016

Die Zahlen in ( ) sind mit denen von 1925 ff nicht zu vergleichen.

[1]) 1913 ohne Eisenbahnverkehr mit Holzwaren (s. Pos. 76).

… 1913, 1925 bis 1927 (nach Warengruppen in Tonnen).

1926 Empfang Eisen-bahn	1926 Empfang Binnen-schiff	1926 Empfang Ins-gesamt	1926 Versand Eisen-bahn	1926 Versand Binnen-schiff	1926 Versand Ins-gesamt	1927 Empfang Eisen-bahn	1927 Empfang Binnen-schiff	1927 Empfang Ins-gesamt	1927 Versand Eisen-bahn	1927 Versand Binnen-schiff	1927 Versand Ins-gesamt	Einfuhr- bezw. Ausfuhr- (= —) Überschuß 1913	1925	1926	1927	Wiederh. d. Sp. 1
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
647	10 628	120 275	1 569	144	1 713	70 626	11 791	82 417	1 065	63	1 128	62 467	145 262	118 562	81 289	1.
650	8 641	2 302 291	3 182	17 645	20 827	2 556 924	6 038	2 562 962	3 281	3 940	7 221	2 017 338	2 416 718	2 281 464	2 555 741	2.
757	1 980 167	3 933 924	39 773	14 245	54 018	1 900 452	2 455 477	4 355 929	29 512	1 198	30 710	4 541 930	3 268 097	3 879 906	4 325 219	3.
238	107 235	566 473	32 814	30 071	62 885	530 980	175 933	706 913	39 200	5 093	44 293	363 822	511 974	503 588	662 620	4.
672	2 711	14 383	5 130	4 460	9 590	20 804	5 216	26 020	4 551	5 810	10 361	2 291	— 344	4 793	15 659	5.
222	2 993	44 215	7 572	1 309	8 881	68 661	3 833	72 494	9 730	926	10 656	92 156	48 610	35 334	61 838	6.
184	749	24 933	206 684	23 226	229 910	35 218	3 205	38 423	263 252	2 415	265 667	—137 758	—211 386	—204 977	—227 244	7.
34	55 679	404 213	71 242	6 821	78 063	593 934	91 882	685 816	101 949	4 397	106 346	442 087	424 375	326 150	579 470	8.
36	7 162	166 598	75 011	405	75 416	133 931	9 215	143 146	103 541	755	104 296	76 745	27 332	91 182	38 850	9.
81	4 223	108 184	123 411	15 954	139 365	122 363	10 036	132 399	150 328	14 882	165 210	—107 006	— 35 962	— 31 181	— 32 811	10.
57	308	17 665	40 248	339	40 587	28 300	688	28 988	31 183	133	31 316	— 53 001	— 5 294	— 22 922	— 2 328	11.
41	1 249	116 290	56 556	11 191	67 747	153 683	1 828	155 511	69 091	7 165	76 256	58 538	84 873	48 543	79 255	12.
986	52 060	88 046	47 493	47 743	95 236	52 698	86 015	138 713	90 854	39 657	130 511	57 421	4 576	— 7 190	8 202	13.
821	4 406	17 227	3 269	4 778	8 047	14 706	14 143	28 849	3 000	2 879	5 879	18 898	9 337	9 180	22 970	14.
305	26 389	37 694	7 429	7 452	14 881	12 114	48 879	60 993	6 344	9 176	15 520	42 442	42 920	22 813	45 473	15.
984	1 583 267	2 131 251	561 794	46 923	608 717	740 458	1 548 965	2 289 423	526 884	79 504	606 388	1 910 492	1 201 788	1 522 534	1 683 035	16.
874	97 927	236 801	649	467	1 116	171 879	99 820	271 699	1 084	31	1 115	229 834	153 636	235 685	270 584	17.
479	12 101	56 580	2 834	4 894	7 728	52 094	19 296	71 390	5 181	1 013	6 194	(24 542)	55 095	48 852	65 196	18.
625	65 655	323 280	1 384	5 524	6 908	316 917	63 395	380 312	1 145	3 448	4 593	274 660	254 932	316 372	375 719	19.
887	1 214 768	2 021 655	13 259	6 393	19 652	969 335	1 277 697	2 247 032	15 884	5 219	21 103	} 2 305 186	{ 1 475 270	2 002 003	2 225 929	20.
759	4 713	608 472	9 528	4 224	13 752	752 575	5 078	757 653	13 226	10 870	24 096		{ 504 157	594 720	733 557	21.
	—	23 864	955	204	1 159	10 422	178	10 600	1 317	60	1 377	58 901	12 352	22 705	9 223	22.
	75	49 988	5 408	3 234	8 642	58 250	138	58 388	6 670	1 944	8 614	34 261	44 603	41 346	49 774	23.
	921	61 903	22 526	4 651	27 177	71 958	1 221	73 179	25 568	4 086	29 654	51 771	49 801	34 726	43 525	24.
54	2 434	55 468	29 086	17 896	46 982	60 456	3 181	63 637	39 372	21 879	61 251	17 670	11 181	8 486	2 386	25.
689	10 214	27 903	2 986	276	3 262	24 832	10 444	35 276	2 500	1 464	3 964	29 084	23 574	24 641	31 312	26.
348	35 024	78 372	56 382	3 179	59 561	57 800	59 791	117 591	77 258	2 530	79 788	26 121	27 361	18 811	37 803	27.
	646	12 141	2 549	277	2 826	12 134	1 011	13 145	2 340	131	2 471	— 2 189	5 335	9 315	10 674	28.
916	189 922	224 838	54 880	6 808	61 688	40 042	191 709	231 751	47 650	9 336	56 986	} 143 362	{ 97 595	163 150	174 765	29.
562	3 101	30 763	10 842	1 032	11 874	28 186	8 359	36 545	23 509	243	23 752		{ 20 473	18 889	12 793	30.
382	1 342	20 724	1 125	586	1 711	26 148	1 094	27 242	591	140	731	27 536	22 306	19 013	26 511	31.
	7	1 615	129	29	158	2 197	31	2 228	50	11	61	3 276	1 899	1 457	2 167	32.
	55	9 486	314	55	369	12 357	82	12 439	455	83	538	7 626	11 097	9 117	11 901	33.
	340	10 367	20 000	6 712	26 712	9 141	154	9 295	22 518	3 441	25 959	— 10 101	— 16 092	— 16 345	— 16 664	34.
	56	328	181	2	183	369	62	431	16	6	22	7 198	844	145	409	35.
	9	2 709	2 941	63	3 004	3 507	—	3 507	3 339	129	3 468	1 209	1 032	— 295	39	36.
	—	1 868	277	85	362	2 511	13	2 524	276	188	464	3 415	2 255	1 506	2 060	37.
	439	16 905	1 570	256	1 826	13 486	401	13 887	237	275	512	18 859	12 310	15 079	13 375	38.
54	47 383	302 977	98 009	17 629	115 638	336 202	47 839	384 041	109 337	15 786	125 123	224 385	232 067	187 339	258 918	39.
	490	1 189	75	114	189	739	1 358	2 097	220	109	329	5 059	1 124	1 000	1 768	40.
	841	20 811	17 630	4 857	22 487	23 794	798	24 592	20 404	3 513	23 917	2 156	2 175	— 1 676	675	41.
000	90 585	665 585	32 424	5 297	37 721	721 379	141 320	862 699	35 078	1 434	36 512	} [1])725491	{ 676 407	627 864	826 187	42.
786	48 266	182 052	3 116	3	3 119	143 353	42 951	186 304	3 294	8	3 302		173 875	178 933	183 002	43.
793	670	44 463	31 907	2 565	34 472	65 495	280	65 775	43 872	2 490	46 362		10 203	9 991	19 413	44.
	267	32 422	904	12 331	13 235	14 029	1 588	15 617	41 068	9 872	50 940	} —622324	{ 53 215	19 187	— 35 323	45.
	300	17 353	575 473	6 171	581 644	10 653	522	11 175	557 970	841	558 811		—327321	—564 291	—547 636	46.
	—	800	276 860	46 184	323 044	528	—	528	314 198	34 109	348 307		—318220	—322 244	—347 779	47.
	6	1 274	10 842	5	10 847	1 756	70	1 826	12 898	8	12 906		— 10 569	— 9 573	— 11 080	48.
225	108 030	129 255	3 272	12 667	15 939	21 491	127 687	149 178	2 029	8 575	10 604	91 704	92 987	113 316	138 574	49.
8 471	109 330	167 801	1 212	43 220	44 432	30 270	124 197	154 467	4 093	15 274	19 367	166 843	123 917	123 369	135 100	50.
6 910	32 254	89 164	4 223	839	5 062	55 573	31 225	86 798	3 843	1 549	5 392	162 513	88 613	84 102	81 406	51.
7 843	37 013	94 856	4 070	2 936	7 006	31 954	49 736	81 690	4 701	6 562	11 263	93 168	72 397	87 850	70 427	52.
519	135 930	218 449	27 323	71 571	98 894	66 554	123 441	189 995	31 886	42 013	73 899	181 692	111 857	119 555	116 096	53.
	298	440 368	16 454	15	16 469	465 662	53	465 715	19 198	89	19 287	360 851	430 894	423 899	446 428	54.
493	31 338	350 831	15 870	923	16 793	353 792	23 307	377 099	19 616	959	20 575	308 031	307 521	334 038	356 524	55.
882	2 827	13 709	1 081	421	1 502	9 018	1 391	10 409	1 392	919	2 311	17 551	10 747	12 207	8 098	56.
226	4 881	13 107	1 659	3 099	4 758	9 262	4 878	14 140	1 810	3 590	5 400	22 899	10 466	8 349	8 740	57.
	486	325 071	118	37	155	353 127	868	353 995	48	98	146	.	401 028	324 916	353 849	58.
	2 055	97 102	5 022	164	5 186	101 005	1 955	102 960	7 583	30	7 613	42 064	83 888	91 916	95 347	59.
2 308	7 593	59 901	2 705	1 082	3 787	50 689	3 427	54 116	2 127	665	2 792	53 393	52 681	56 114	51 324	60.
5 294	21 799	77 093	10 919	2 759	13 678	49 919	26 359	76 278	13 041	3 153	16 194	74 051	63 813	63 415	60 084	61.
	—	55 456	2 103	30	2 133	57 328	65	57 393	2 211	298	2 509	49 457	51 280	53 323	54 884	62.
798	72 276	84 074	1 966	1 714	3 680	13 437	73 404	86 841	2 169	2 233	4 402	88 644	83 350	80 394	82 439	63.
0 667	1 700	12 367	1 541	239	1 780	10 423	1 953	12 376	1 353	91	1 444	85 087	11 303	10 587	10 932	64.
587	10 473	40 060	2 615	251	2 866	29 765	10 571	40 336	2 192	204	2 396	55 691	36 641	37 194	37 940	65.
		1 089	13	—	13	1 379	—	1 379	21	—	21	1 352	1 450	1 076	1 358	66.
	18	23 274	100 847	32 125	132 972	26 418	89	26 507	96 219	26 916	123 135	— 78 417	—109 208	—109 698	— 96 628	67.
	43	46 581	25 968	1 596	27 564	56 684	21	56 705	31 154	991	32 145	28 444	28 191	19 017	24 560	68.
	463	16 832	2 237	561	2 798	19 258	1 165	20 423	1 592	310	1 902	18 988	15 213	14 034	18 521	69.
2 500	3 326	15 826	5 126	1 381	6 507	13 719	4 608	18 327	6 103	1 551	7 654	27 010	8 607	9 319	10 673	70.
848	15 892	25 740	7 480	574	8 054	11 839	42 181	54 020	28 624	606	29 230	45 195	14 337	17 686	24 790	71.
422	1 969	10 391	20 863	6 766	27 629	9 533	1 920	11 453	30 213	1 398	31 611	— 15 291	— 14 165	— 17 238	— 20 158	72.
686	1 956	130 642	4 387	22	4 409	127 483	4 383	131 866	4 508	6	4 514	(3 835)	125 255	126 233	127 352	73.
9 995	2 072	62 067	4 376	723	5 099	49 269	2 057	51 326	2 763	951	3 714	79 854	46 427	56 968	47 612	74.
674	386 100	440 774	43 458	26 425	69 883	69 850	455 079	524 929	63 353	17 460	80 813	94 714	316 093	370 891	444 116	75.
18 890	22 258	541 148	264 100	39 312	303 412	552 144	26 097	578 241	270 981	39 688	310 669	(710 274)	252 390	237 736	267 572	76.

	Warengruppe	1913 Empfang Eisenbahn	1913 Empfang Binnenschiff	1913 Empfang Insgesamt	1913 Versand Eisenbahn	1913 Versand Binnenschiff	1913 Versand Insgesamt	1925 Empfang Eisenbahn	1925 Empfang Binnenschiff	1925 Empfang Insgesamt	1925 Versand Eisenbahn	1925 Versand Binnenschiff	1925 Versand Insgesamt
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Brennstoffe	1. Rohbraunkohle, Torf	289 652	133 376	423 028	204 172	8 077	212 249	412 525	19 286	431 811	324 636	5 065	329 701
	2. Braunkohlenbriketts	296 733	2 217	298 950	3 737 778	76 300	3 814 078	559 101	3 299	562 400	4 958 785	171 611	5 130 396
	3. Steinkohlen und -briketts	1 233 902	724 636	1 958 538	90 081	19 292	109 373	1 418 640	467 114	1 885 754	30 340	2 222	32 562
	4. Steinkohlenkoks	113 414	28 513	141 927	10 106	5 733	15 839	151 927	25 392	177 319	16 541	941	17 482
Erze, Eisen und Metalle	5. Erze einschl. Schwefelkies	20 138	38 075	58 213	16 102	12 573	28 675	19 424	18 492	37 916	14 726	11 865	26 591
	6. Roheisen, Luppen	37 133	13 698	51 131	1 752	223	1 975	53 484	1 195	54 679	11 093	91	11 184
	7. Eisen- und Stahlbruch	37 256	226	37 482	67 458	3	67 461	106 515	1 424	107 939	77 452	970	78 422
	8. Stab-, Formeisen, Platten, Röhren	181 136	7 969	189 105	35 061	1 373	36 434	167 444	3 481	170 925	101 829	5 758	107 587
	9. Eisernes Eisenbahnmaterial	129 518	1	129 519	61 970	261	62 231	150 641	104	150 745	84 002	738	84 740
	10. Eiserne Dampfkessel	68 974	9 403	78 377	90 069	406	90 475	79 000	247	79 247	76 587	3 178	79 765
	11. Eisen- und Stahldraht	11 879	39	11 918	5 823	331	6 154	16 000	1 226	17 226	1 958	645	2 603
	12. Eisen- und Stahlwaren	55 740	2 857	58 597	41 031	3 093	44 124	54 001	399	54 400	44 215	1 255	45 470
	13. Unedle Metalle und Waren daraus	13 479	6 617	20 096	15 163	651	15 814	25 353	14 048	39 401	30 356	3 285	33 641
	14. Zink	2 644	2 626	5 270	850	56	906	1 509	5 459	6 968	254	147	401
	15. Blei und Bleiwaren	5 155	377	5 532	3 324	2 529	5 853	7 187	4 995	12 182	7 239	3 026	10 265
Industrie der Steine u. Erden	16. Erde und Kies	591 446	178 550	769 996	748 074	1 580 769	2 328 843	679 687	49 932	729 619	434 030	1 235 829	1 669 859
	17. Kalk	91 819	4 931	96 750	73 561	152 421	225 982	78 374	221	78 595	88 561	98 007	186 568
	18. Porzellanerde (Ton, Farberde, Graphit)	*in Pos. 16*	48 385	(48 385)	*in Pos. 16*	21 122	(21 122)	75 908	25 120	101 028	12 605	671	13 276
	19. Zement	116 473	9 481	125 954	101 681	134 382	236 063	115 378	4 547	119 925	174 095	99 338	273 433
	20. Künstl. Steine (gebr. Mauersteine)	1 493 464	154 065	1 647 529	992 959	1 116 468	2 109 427	274 019	5 159	279 178	651 562	841 987	1 493 549
	21. Natursteine							979 430	65 300	1 044 730	63 315	1 388	64 703
	22. Waren aus natürlichen Steinen	16 180	4 681	20 861	1 414	385	1 799	12 832	17	12 849	1 179	2	1 181
	23. Ton- und Zementwaren, Porzellan	8 320	73	8 393	30 493	2 344	32 837	24 747	150	24 897	43 396	500	43 896
	24. Glas und Glaswaren	16 257	75	16 332	74 388	384	74 772	15 743	182	15 925	76 212	3 782	79 994
Chemikalien	25. Chemikalien	29 215	15 321	44 536	14 419	1 312	15 731	48 893	1 665	50 558	27 308	1 072	28 380
	26. Salpeter- und Schwefelsäure	9 371	405	9 776	19 683	4 657	24 340	8 390	862	9 252	19 299	7 555	26 854
	27. Teer, Pech, Asphalt	65 356	1 160	66 516	29 906	6 919	36 825	55 684	562	56 246	33 671	626	34 297
	28. Dachpappe	8 818	—	8 814	10 828	—	10 828	7 145	68	7 213	13 707	318	14 025
	29. Petroleum, Mineralöle	62 993	17 667	80 660	22 746	5 721	28 467	33 465	2 505	35 970	5 766	582	6 348
	30. Steinkohlenteeröl und Naphtalin							26 942	233	27 175	12 736	2	12 738
	31. Soda	21 072	485	21 557	1 194	1	1 195	25 672	28	25 700	1 093	60	1 153
Textilien	32. Flachs und Hanf	2 584	165	2 749	565	39	604	2 659	154	2 813	3 352	11	3 363
	33. Garne und Twiste	11 928	1 204	13 132	8 196	917	9 113	9 406	5	9 411	6 636	726	7 362
	34. Lumpen	30 379	46	30 425	15 198	288	15 486	18 610	95	18 705	10 412	222	10 634
	35. Jute	323	11 667	11 990	217	—	217	913	14 377	15 290	287	1 172	1 459
	36. Wolle	19 644	307	19 951	10 106	67	10 173	14 877	187	15 064	7 804	50	7 854
	37. Baumwolle	4 724	167	4 891	1 890	3	1 893	5 032	52	5 084	4 163	—	4 163
Papier	38. Holzstoffholz, Zellulose	[1]) 5 935	2 482	[1]) (8 417)	[1]) 11 421	8 880	[1]) (20 301)	24 484	2 596	27 080	41 080	68	41 148
	39. Papier und Papierwaren, Pappe	59 058	4 641	63 699	52 525	10 069	62 594	59 677	1 783	61 460	53 391	9 359	62 750
Leder	40. Borke und Gerbhölzer	4 308	568	4 876	1 015	151	1 166	4 042	557	4 599	306	94	400
	41. Häute und Felle	12 355	332	12 687	8 178	407	8 585	9 325	178	9 503	6 473	108	6 581
Holz	42. Bau- und Nutzholz unbearbeitet	249 767	221 454	471 221	1 013 166	225 022	1 238 188	87 921	55 135	143 056	195 781	34 688	230 469
	43. Bau- und Nutzholz in Längsr. gesägt							119 279	5 689	124 968	348 776	62 182	410 958
	44. Eisenbahnschwellen							56 158	25 649	81 807	151 103	4 597	155 700
	45. Grubenholz							10 957	14 767	25 724	500 666	23 144	523 810
	46. Brennholz und anderes Holz							21 656	283	21 939	165 360	30 123	195 483
	47. Holzwaren und Möbel [3])							22 308	213	22 521	26 327	1 872	28 199
Düngemittel	48. Phosphorhaltige Düngemittel	1 166 029	48 692	1 214 721	36 708	10 553	47 261	168 495	14 454	182 949	22 840	16	22 856
	49. Stickstoffdüngemittel, Chilesalpeter							143 904	15	143 919	25 680	50	25 730
	50. Kalisalze							279 491	—	279 491	646	1	647
	51. Erdige Düngemittel							462 813	2	462 815	5 549	—	5 549
	52. Tierischer Dünger							155 649	25 047	180 696	1 728	112	1 840
	53. Abfälle von Horn, Häuten usw.	891	622	1 513	2 131	3	2 134	2 892	3	2 895	5 768	1	5 769
Nahrungs- und Genußmittel	54. Weizen	34 023	14 144	48 167	75 009	7 812	82 821	29 113	19 438	48 551	53 032	3 883	56 915
	55. Roggen	18 488	1 740	20 228	209 214	37 328	246 542	18 650	12 835	31 485	151 513	22 640	174 153
	56. Hafer	27 162	5 878	33 040	88 166	4 233	92 399	19 437	4 475	23 912	33 794	755	34 549
	57. Gerste	32 102	22 055	54 157	66 778	5 579	72 357	9 907	3 725	13 632	67 054	3 040	70 094
	58. Mehl und Mühlenerzeugnisse	44 142	10 101	54 243	122 921	41 332	164 253	28 879	5 750	34 629	98 407	35 562	133 969
	59. Kartoffeln	139 173	11 342	150 515	440 478	3 443	443 921	131 777	750	132 527	666 483	169	666 652
	60. Obst und Gemüse	21 126	2 106	23 232	48 742	4 124	52 866	22 926	302	23 228	61 501	5 657	67 158
	61. Hirse, Hülsenfrüchte, Buchweizen	5 156	6 248	11 404	3 111	89	3 200	4 757	222	4 979	8 387	99	8 486
	62. Stärke, -zucker, Kartoffelmehl	23 084	7 183	30 267	51 137	38 385	89 522	22 048	1 676	23 724	45 418	17 688	63 106
	63. Reis, Reismehl	8 480	4 953	13 433	1 448	566	2 014	7 465	1 885	9 350	353	138	491
	64. Milch und Rahm	*in „sonstige Güter" Pos. 83*						4 215	5	4 220	254 690	11	254 701
	65. Fleisch und Speck	2 142	29	2 171	23 203	9	23 212	1 465	39	1 504	19 641	1	19 642
	66. Fische und Schaltiere	5 673	7 521	13 194	3 528	31	3 559	6 552	1 466	8 018	3 048	252	3 300
	67. Öle, Fette, Tran	12 874	12 746	25 620	9 266	2 861	12 127	29 799	2 408	32 207	5 980	926	6 906
	68. Salz	33 986	418	34 404	4 060	992	5 052	34 154	183	34 337	974	42	1 016
	69. Roh- und Verbrauchszucker	26 726	14 774	41 500	42 681	83 100	125 781	29 253	10 604	39 857	34 122	33 413	67 535
	70. Tabak	1 069	836	1 905	1 360	484	1 844	1 558	16	1 574	1 171	190	1 361
	71. Malz, Hopfen [2])	7 431	195	7 626	18 270	1 109	19 379	4 672	195	4 867	6 807	3 314	10 121
	72. Bier	131 168	2 826	133 994	17 583	1 171	18 754	92 573	5 893	98 466	3 168	7	3 175
	73. Weingeist, Branntwein	12 938	1 065	14 003	51 848	120	51 968	12 814	3 970	16 784	42 770	107	42 877
	74. Wein	2 050	1 317	3 367	650	1 159	1 809	3 086	142	3 228	429	5	434
	75. Kaffee, Kakao	1 882	1 803	3 685	485	458	943	4 968	101	5 069	1 299	16	1 315
Futtermittel	76. Mais	22 116	15 535	37 651	1 885	360	2 245	9 779	2 899	12 678	1 275	2 970	4 245
	77. Leinsamen, and. Sämereien, Ölkuchen	105 258	26 681	131 639	24 016	641	24 657	61 582	2 467	64 049	7 323	183	7 506
	78. Kleie	173 832	6 037	179 869	16 523	236	16 759	46 712	317	47 029	15 063	775	15 838
	79. Heu, Häcksel	*in Pos. 83*	407	(407)	*in Pos. 83*	4 489	(4 489)	20 871	1	20 872	141 277	2 179	143 456
	80. Rüben, Rübenschnitzel	110 480	21 130	131 610	167 474	16 835	184 309	102 187	14 804	116 991	159 332	23 880	183 212
	81. Rübensirup, Melasse	4 956	722	5 678	11 259	4 883	16 142	3 663	137	3 800	8 792	1 097	9 889
Sonst. Güter	82. Sammelladungen, Stückgüter	12 113	20 341	32 454	4 207	3 565	7 772	3 579	14 933	18 512	4 408	6 803	11 211
	83. Sonstige Güter	288 625	20 637	(309 262)	704 638	16 656	(721 294)	204 016	5 208	209 224	221 574	10 581	232 155

[1]) Ohne den Eisenbahnverkehr mit Holzstoffholz. — [2]) Hopfeneinfuhr jährlich durchschnittlich 140 t, -ausfuhr 10 t. — [3]) 1913 ohne Eisenbahnverkehr mit Holzwaren (in Pos. 83)

1926						1927						Einfuhr- bzw. Ausfuhr- (= —) Überschuß				Wiederh. d. Sp. 1
Empfang			Versand			Empfang			Versand							
Eisenbahn	Binnenschiff	Insgesamt	Eisenbahn	Binnenschiff	Insgesamt	Eisenbahn	Binnenschiff	Insgesamt	Eisenbahn	Binnenschiff	Insgesamt	1913	1925	1926	1927	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
303 896	13 232	317 128	290 487	8 343	298 830	358 844	21 680	380 524	233 256	2 800	236 056	210 779	102 110	18 298	144 468	1.
535 723	2 948	538 671	5 026 371	294 315	5 320 686	589 824	7 922	597 746	4 963 590	202 592	5 166 182	—3515128	—4567996	—4782015	—4568436	2.
1 466 174	453 060	1 919 234	7 049	6 620	13 669	1 446 950	570 273	2 017 223	12 187	4 525	16 712	1 849 165	1 853 192	1 905 565	2 000 511	3.
139 835	17 929	157 764	5 657	1 826	7 483	182 556	32 094	214 650	6 460	301	6 761	126 088	159 837	150 281	207 889	4.
7 723	25 968	33 691	9 860	27 390	37 250	6 256	22 568	28 824	12 558	21 395	33 953	29 538	11 325	— 3 559	— 5 129	5.
51 539	2 559	54 098	1 609	11 130	12 739	77 178	6 793	83 971	12 441	3 348	15 789	49 156	43 495	41 359	68 182	6.
102 505	17 252	119 757	91 556	5 513	97 069	155 026	22 905	177 931	86 643	385	87 028	— 29 979	29 517	22 688	90 903	7.
132 457	2 806	135 263	161 236	14 517	175 753	191 440	3 550	194 990	183 369	14 772	198 141	152 671	63 338	— 40 490	— 3 151	8.
221 369	317	221 686	183 520	25	183 545	255 034	2 864	257 898	134 716	219	134 935	67 288	66 005	38 141	122 963	9.
49 485	244	49 729	71 821	3 891	75 712	63 773	265	64 038	67 707	2 904	70 611	— 12 098	— 518	— 25 983	— 6 573	10.
9 120	8	9 128	1 765	210	1 975	13 102	11	13 113	1 656	124	1 780	5 764	14 623	7 153	11 333	11.
50 735	299	51 034	33 710	683	34 393	67 249	309	67 558	43 193	1 227	44 420	14 473	8 930	16 641	23 138	12.
15 789	16 589	32 378	25 220	5 732	30 952	23 664	27 912	51 576	12 096	4 131	16 227	4 282	5 760	1 426	35 349	13.
1 728	4 815	6 543	312	179	491	2 130	9 250	11 380	204	36	240	4 364	6 567	6 052	11 140	14.
4 269	2 767	7 036	9 474	1 626	11 100	3 221	7 889	11 110	10 645	2 227	12 872	— 321	1 917	— 4 064	— 1 762	15.
775 336	61 947	837 283	512 282	1 544 824	2 057 106	822 850	98 669	921 519	653 990	1 546 084	2 200 074	—1558847	— 940 240	—1219823	—1278555	16.
90 611	701	91 312	73 773	142 872	216 645	128 015	25	128 040	65 883	159 987	225 870	— 129 232	— 107 973	— 125 333	— 97 830	17.
71 130	18 106	89 236	20 373	2 347	22 720	81 150	6 455	87 605	10 522	4 097	14 619	(27 263)	87 752	66 516	72 986	18.
136 151	9 678	145 829	146 385	77 224	223 609	158 128	1 188	159 316	208 671	85 422	294 093	— 110 109	— 153 508	— 77 780	— 134 777	19.
160 516	13 083	173 599	836 110	1 200 825	2 036 935	253 072	18 541	271 613	991 024	1 284 631	2 275 655	—461 898	—1214371	—1863336	—2004042	20.
1 386 366	99 256	1 485 622	136 603	5 022	141 625	1 760 814	103 040	1 863 854	149 871	4 715	154 586		980 027	1 343 997	1 709 268	21.
4 998	12	5 010	192	—	192	2 430	7	2 437	270	181	451	19 062	11 668	4 818	1 986	22.
24 321	47	24 368	43 767	1 076	44 843	38 619	1 126	39 745	53 268	544	53 812	— 24 444	— 18 999	— 20 475	— 14 067	23.
12 654	22	12 676	71 628	4 901	76 529	14 657	19	14 676	86 219	3 991	90 210	— 58 440	— 64 069	— 63 853	— 75 534	24.
40 569	2 801	43 370	31 546	976	32 522	64 373	4 597	68 970	23 794	2 404	26 198	28 805	22 178	10 848	42 772	25.
4 744	235	4 979	20 700	8 935	29 635	6 283	1 047	7 330	23 198	8 545	31 743	— 14 564	— 17 602	— 24 656	— 24 413	26.
53 026	871	53 897	35 837	946	36 783	83 792	3 285	87 077	37 761	1 654	39 415	29 691	21 949	17 114	47 662	27.
5 849	87	5 936	11 972	25	11 997	6 589	64	6 653	16 741	87	16 828	— 2 014	— 6 812	— 6 061	— 10 175	28.
46 323	2 191	48 514	4 234	1 653	5 887	46 013	3 117	49 130	6 801	1 728	8 529	52 193	29 622	42 627	40 601	29.
24 602	556	25 158	12 454	181	12 635	32 433	49	32 482	13 225	108	13 333		14 437	12 523	19 149	30.
24 178	301	24 479	1 321	280	1 601	30 122	177	30 299	758	603	1 361	20 362	24 547	22 878	28 938	31.
1 896	79	1 975	1 650	21	1 671	2 572	143	2 715	1 466	4	1 470	2 145	— 550	304	1 245	32.
8 359	127	8 486	5 890	791	6 681	13 632	86	13 718	8 007	480	8 487	4 019	2 049	1 805	5 231	33.
12 759	18	12 777	8 633	302	8 935	22 428	46	22 474	9 512	99	9 611	14 939	8 071	3 842	12 863	34.
799	13 017	13 816	372	930	1 302	1 551	14 228	15 779	149	593	742	11 773	13 831	12 514	15 037	35.
13 721	190	13 911	5 503	42	5 545	18 650	606	19 256	6 495	35	6 530	9 778	7 210	8 366	12 726	36.
3 205	18	3 223	2 402	4	2 406	4 998	2	5 000	3 256	—	3 256	2 998	921	817	1 744	37.
13 878	2 432	16 310	29 038	1 193	30 231	33 535	3 014	36 549	41 708	52 096	93 804	[1])—(11884)	— 14 068	— 13 921	— 57 255	38.
56 179	3 443	59 622	52 321	11 744	64 065	77 514	4 406	81 920	59 913	12 923	72 836	1 105	— 1 290	— 4 443	9 084	39.
2 748	434	3 182	102	209	311	3 760	916	4 676	257	241	498	3 710	4 199	2 871	4 178	40.
8 815	285	9 100	5 336	185	5 521	10 730	261	10 991	5 883	180	6 063	4 102	2 922	3 579	4 928	41.
91 974	58 963	150 937	174 349	37 634	211 983	256 979	123 117	380 096	161 230	40 344	201 574	[3])—765 006	— 87 413	— 61 046	178 522	42.
91 687	6 120	97 807	399 464	111 124	510 588	133 158	15 954	149 112	473 489	114 098	587 587		— 285 990	— 412 781	— 438 475	43.
92 237	4 842	97 079	243 464	6 983	250 447	104 092	676	104 768	202 225	1 758	203 983		— 73 893	— 153 368	— 99 215	44.
4 486	50 015	54 501	753 039	51 299	804 338	6 559	25 036	31 595	755 984	52 485	808 469		— 498 086	— 749 837	— 776 874	45.
14 558	1 352	15 910	168 537	41 027	209 564	15 443	7 929	23 372	198 061	37 017	235 078		— 173 544	— 193 654	— 211 706	46.
18 391	476	18 867	28 539	410	28 949	29 763	442	30 205	35 827	1 501	37 328		— 5 678	— 10 082	— 7 123	47.
138 009	13 076	151 085	31 002	1 873	32 875	175 796	4 381	180 177	12 713	2 113	14 826	1 167 460	160 093	118 210	165 351	48.
188 512	53	188 565	29 839	1 098	30 937	180 027	16	180 043	34 228	32	34 260		118 189	157 628	145 783	49.
246 488	—	246 488	672	1 427	2 099	259 312	—	259 312	369	1 441	1 810		278 844	244 389	257 502	50.
690 264	5 786	696 050	3 512	140	3 652	716 187	237	716 424	5 907	1	5 908		457 266	692 398	710 516	51.
164 393	29 144	193 507	1 289	320	1 609	185 975	24 983	210 958	1 860	—	1 860		178 856	191 898	209 098	52.
4 185	—	4 185	6 083	—	6 083	5 004	1	5 005	7 248	—	7 248	— 621	— 2 874	— 1 898	— 2 243	53.
21 032	41 228	62 260	33 132	2 907	36 039	24 623	42 595	67 218	26 297	2 774	29 071	— 34 654	— 8 364	26 221	38 147	54.
13 576	9 603	23 179	130 500	40 036	170 536	16 768	36 225	52 993	85 322	18 940	104 262	— 226 314	— 142 668	— 147 357	— 51 269	55.
14 881	2 946	17 827	35 156	1 309	36 465	15 978	2 466	18 444	32 320	1 226	33 546	— 59 359	— 10 637	— 18 638	— 15 102	56.
14 036	5 994	20 030	67 763	5 630	73 393	16 275	9 138	25 413	45 871	10 894	56 765	— 18 200	— 56 462	— 53 363	— 31 352	57.
26 745	9 749	36 494	121 708	47 186	168 894	30 472	9 359	39 831	95 023	43 538	138 561	— 110 010	— 99 340	— 132 400	— 98 730	58.
56 010	1 711	57 721	669 216	361	669 577	149 720	3 583	153 303	495 506	266	495 772	— 293 406	— 534 125	— 611 856	— 342 469	59.
23 637	623	24 260	76 770	8 028	84 798	34 574	950	35 524	79 536	2 943	82 479	— 29 634	— 43 930	— 60 538	— 46 955	60.
6 895	1 935	8 830	5 619	24	5 643	5 510	2 641	8 151	7 320	341	7 661	8 204	— 3 507	3 187	490	61.
13 030	8 209	21 239	49 537	15 630	65 167	9 591	13 846	23 437	43 044	10 750	53 794	— 59 255	— 39 382	— 43 928	— 30 357	62.
5 154	1 899	7 053	140	235	375	8 075	2 505	10 580	320	556	876	11 419	8 859	6 678	9 704	63.
2 830	3	2 833	236 309	—	236 309	7 553	199	7 752	240 042	7	240 049	.	— 250 481	— 233 476	— 232 297	64.
1 366	31	1 397	17 962	22	17 984	1 000	29	1 029	20 827	1	20 828	— 21 041	— 18 138	— 16 587	— 19 799	65.
6 886	2 043	8 929	3 227	564	3 791	6 411	1 297	7 708	3 810	162	3 972	9 635	4 718	5 138	3 736	66.
23 034	4 395	27 429	6 310	559	6 869	23 906	4 489	28 395	7 460	1 213	8 673	13 493	25 301	20 560	19 722	67.
31 601	19	31 620	619	85	704	35 490	20	35 510	1 361	369	1 730	29 352	33 321	30 916	33 780	68.
24 392	13 358	37 750	43 192	48 020	91 212	23 647	11 349	34 996	43 414	20 857	64 271	— 84 281	— 27 678	— 53 462	— 29 275	69.
871	20	891	1 096	791	1 887	722	1	723	548	142	690	61	213	— 996	33	70.
5 019	8	5 027	6 291	6 514	12 805	6 333	22	6 355	4 626	5 104	9 730	— 11 753	— 5 254	— 7 778	— 3 375	71.
88 024	6 268	94 292	3 898	178	4 076	83 128	5 663	88 791	4 337	1	4 338	115 240	95 291	90 216	84 453	72.
13 355	190	13 545	37 150	1	37 151	15 064	113	15 177	43 632	347	43 979	— 37 965	— 26 093	— 23 606	— 28 802	73.
2 896	193	3 089	538	44	582	2 916	214	3 130	492	28	520	1 558	2 794	2 507	2 610	74.
3 815	216	4 031	2 233	78	2 311	3 905	240	4 145	4 033	96	4 129	2 742	3 754	1 720	16	75.
11 864	13 986	25 850	1 058	165	1 223	69 082	37 455	106 537	4 408	418	4 826	35 406	8 433	24 627	101 711	76.
80 547	7 110	87 657	6 734	245	6 979	112 791	7 722	120 513	10 476	1 984	12 460	106 982	56 543	80 678	108 053	77.
59 732	729	60 461	20 275	746	21 021	86 731	418	87 149	18 271	463	18 734	163 110	31 191	39 440	68 415	78.
41 773	14	41 787	98 186	353	98 539	33 675	27	33 702	105 969	430	106 399	— (4 082)	— 122 584	— 56 752	— 72 697	79.
96 296	14 596	110 892	175 926	18 390	194 316	83 770	11 878	95 648	132 839	23 637	156 476	— 52 699	— 66 221	— 83 424	— 60 828	80.
5 053	188	5 241	12 701	2 689	15 390	4 307	292	4 599	9 802	2 698	12 500	— 10 464	— 6 089	— 10 149	— 7 901	81.
2 292	23 815	26 107	805	6 588	7 393	2 955	24 727	27 682	3 678	3 806	7 484	24 682	7 301	18 714	20 198	82.
174 316	5 268	179 584	224 887	13 703	238 590	204 284	7 069	211 353	214 150	17 058	231 208	—(412032)	— 22 931	— 59 006	— 19 855	83.

[1]) Die Zahlen in () sind mit denen von 1925 ff. nicht zu vergleichen.

Provinzen und Länder	1913 Empfang Eisenbahn	1913 Empfang Binnenschiff	1913 Empfang Insgesamt	1913 Versand Eisenbahn	1913 Versand Binnenschiff	1913 Versand Insgesamt	1925 Empfang Eisenbahn	1925 Empfang Binnenschiff	1925 Empfang Insgesamt	1925 Versand Eisenbahn	1925 Versand Binnenschiff
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Berlin.											
1. Brandenburg	4 935 147	2 753 889	7 689 036	1 335 887	299 531	1 635 418	5 065 187	2 184 580	7 249 767	1 550 040	114 783
2. Ostpreußen	81 117	10 057	91 174	30 063	864	30 927	97 089	—	97 089	25 891	—
3. Pommern	361 846	438 100	799 946	83 774	77 212	160 986	404 578	411 544	816 122	89 784	75 161
4. Mecklenburg ohne Häfen	108 040	24 148	132 188	24 701	1 401	26 102	131 820	35 947	167 767	22 587	1 032
5. Schleswig-Holstein mit Häfen von Rostock bis Flensburg	93 798	12 576	106 374	35 500	1 250	36 750	112 014	2 957	114 971	41 824	20 086
6. Hamburg	160 443	2 251 302	2 411 745	117 670	233 666	351 336	189 118	1 316 922	1 506 040	74 728	245 460
7. Bremen	31 673	—	31 673	22 314	—	22 314	32 022	—	32 022	13 071	—
8. Hannover-Oldenburg	316 853	130	316 983	122 295	—	122 295	340 559	89	340 648	95 113	—
9. Oberschlesien	995 921	1 143 460	2 139 381	138 265	2 635	140 900	781 241	872 219	1 653 460	96 225	1 022
10. Niederschlesien	771 180	639 525	1 410 705	85 689	11 023	96 712	776 657	412 355	1 189 012	94 528	12 801
11. Provinz Sachsen u. Thüringen	947 146	379 818	1 326 964	311 397	7 551	318 948	973 345	211 443	1 184 788	268 844	23 490
12. Land Sachsen	624 160	18 534	642 694	170 863	1 900	172 763	670 639	13 510	684 149	182 432	1 157
13. Hessen, Hessen-Nassau	66 691	—	66 691	37 672	—	37 672	78 431	—	78 431	36 470	—
14. Ruhrgebiet	670 022	—	670 022	67 869	—	67 869	972 632	—	972 632	93 931	—
15. Westfalen	78 649	—	78 649	21 372	—	21 372	158 979	—	158 979	25 701	—
16. Rheinprovinz	196 149	—	196 149	43 033	—	43 033	158 011	—	158 011	44 468	—
17. Bayern einschl. Pfalz	134 072	—	134 072	47 572	—	47 572	158 104	—	158 104	74 888	—
18. Baden mit Mannh. u. Ludwigsh.	34 245	—	34 245	17 975	—	17 975	52 485	—	52 485	27 782	—
19. Württemberg	27 770	—	27 770	10 806	—	10 806	38 784	—	38 784	17 680	—
20. Grenzmark	.	.	.	.	.	.	85 384	—	85 384	12 858	—
21. Polen einschl. Danzig[1]	393 233	119 529	512 762	94 186	4 014	98 200	336 655	29 658	366 313	30 923	—
22. Saargebiet	74 271	—	74 271	3 379	—	3 379	7 824	—	7 824	794	—
23. Elsaß-Lothringen	45 897	—	45 897	14 529	—	14 529	7 645	—	7 645	317	—
24. Rußland u. Randstaaten, Memel	22 702	—	22 702	6 532	—	6 532	4 949	257	5 206	778	—
25. Tschechoslowakei	61 856	30 175	92 031	13 271	—	13 271	68 923	13 537	82 460	24 554	1 466
26. Österreich	63 734	—	63 734	22 374	—	22 374	27 951	—	27 951	2 889	—
27. Luxemburg	12 011	—	12 011	1 637	—	1 637	2 683	—	2 683	611	—
28. Niederlande	46 119	—	46 119	20 328	—	20 328	14 908	—	14 908	21 099	—
29. Belgien	3 878	—	3 878	12 079	—	12 079	3 898	—	3 898	982	—
30. Italien	28 068	—	28 068	11 186	—	11 186	40 395	—	40 395	990	—
31. Übriges Ausland	55 000	—	55 000	32 222	—	32 222	98 805	—	98 805	12 672	—
Summe Inland (1—20)[2]	10 634 922	7 671 539	18 306 461	2 724 717	637 033	3 361 750	11277079	5 461 566	16 738 645	2 888 845	494 992
Summe Ausland (21—31)	806 769	149 704	956 473	231 723	4 014	235 737	614 636	43 452	658 088	96 609	1 466
Insgesamt	**11 441 691**	**7 821 243**	**19 262 934**	**2 956 440**	**641 047**	**3 597 487**	**11891715**	**5 505 018**	**17 396 733**	**2 985 454**	**496 458**
Lokalverkehr			2 119 339						1 813 059		
Brandenburg.											
1. Berlin	1 335 887	299 531	1 635 418	4 935 147	2 753 889	7 689 036	1 550 040	114 783	1 664 823	5 065 187	2 184 580
2. Ostpreußen	37 049	12 051	49 100	68 293	11 147	79 440	24 794	—	24 794	260 917	—
3. Pommern	539 013	230 389	769 402	1 118 366	479 673	1 598 039	434 741	120 992	555 733	946 124	323 288
4. Mecklenburg ohne Häfen	99 273	14 755	114 028	280 999	51 478	332 477	96 887	2 786	99 673	278 335	11 633
5. Schleswig-Holstein mit Häfen von Rostock bis Flensburg	87 814	1 526	89 340	191 291	19 101	210 392	54 977	967	55 944	394 976	31 507
6. Hamburg	160 208	383 101	543 309	82 080	277 190	359 270	112 244	135 903	248 147	223 871	218 561
7. Bremen	28 790	—	28 790	7 982	—	7 982	12 907	—	12 907	11 774	—
8. Hannover-Oldenburg	226 972	807	227 779	91 873	3 593	95 466	376 393	—	376 393	143 776	2 871
9. Oberschlesien	955 810	382 755	1 338 565	65 845	3 541	69 386	693 556	360 498	1 054 054	45 450	7 172
10. Niederschlesien	1 215 580	142 449	1 358 029	556 440	7 780	564 220	1 438 037	97 672	1 535 709	500 326	4 441
11. Provinz Sachsen u. Thüringen	1 340 655	139 915	1 480 570	462 794	61 886	524 680	1 517 373	38 973	1 556 346	669 904	62 766
12. Land Sachsen	786 980	13 498	800 478	888 302	1 735	890 037	645 166	23 085	668 251	1 391 769	571
13. Hessen, Hessen-Nassau	26 996	—	26 996	25 022	—	25 022	53 027	—	53 027	47 481	—
14. Ruhrgebiet	379 744	—	379 744	457 281	—	457 281	695 466	—	695 466	510 832	—
15. Westfalen	31 169	—	31 169	33 810	—	33 810	74 020	—	74 020	61 245	—
16. Rheinprovinz	47 594	—	47 594	27 448	—	27 448	57 232	—	57 232	84 783	—
17. Bayern einschl. Pfalz	19 941	—	19 941	23 168	—	23 168	39 504	—	39 504	77 021	—
18. Baden mit Mannh. u. Ludwigsh.	6 756	—	6 756	7 544	—	7 544	15 963	—	15 963	24 072	—
19. Württemberg	5 160	—	5 160	5 327	—	5 327	9 157	—	9 157	18 068	—
20. Grenzmark	.	.	.	.	.	.	104 539	—	104 539	172 123	—
21. Polen einschl. Danzig[1]	384 811	176 334	561 145	468 419	25 222	493 641	236 220	82 981	319 201	62 148	—
22. Saargebiet	20 128	—	20 128	2 269	—	2 269	7 669	—	7 669	1 434	—
23. Elsaß-Lothringen	61 291	—	61 291	3 822	—	3 822	10 846	—	10 846	216	—
24. Rußland u. Randstaaten, Memel	4 581	—	4 581	1 091	—	1 091	455	—	455	10 671	—
25. Tschechoslowakei	66 719	141 915	208 634	14 815	—	14 815	32 862	22 159	55 021	12 376	105
26. Dänemark	41	—	41	35 236	—	35 236	414	—	414	87 077	—
27. Übriges Ausland	34 751	—	34 751	18 678	—	18 678	43 576	—	43 576	39 805	—
Summe Inland (1—20)[2]	7 331 391	1 620 777	8 952 168	9 329 012	3 671 013	13 000 025	8 006 023	895 659	8 901 682	10 928 034	2 847 390
Summe Ausland (21—27)	572 322	318 249	890 571	544 330	25 222	569 552	332 042	105 140	437 182	213 727	105
Insgesamt	**7 903 713**	**1 939 026**	**9 842 739**	**9 873 342**	**3 696 235**	**13 569 577**	**8 338 065**	**1 000 799**	**9 338 864**	**11 141 761**	**2 847 495**
Lokalverkehr			6 840 365						6 166 002		

[1]) 1913 = Polen und die Provinzen Westpreußen, Posen. — [2]) 1913 = altes Reichsgebiet ohne Provinzen und Landesteile Westpreußen, Posen, Saargebiet, Elsaß-Lothringen.

Brandenburg 1913, 1925 bis 1927 (nach Gebieten in Tonnen).

1926 Empfang Eisenbahn	1926 Empfang Binnenschiff	1926 Empfang Insgesamt	1926 Versand Eisenbahn	1926 Versand Binnenschiff	1926 Versand Insgesamt	1927 Empfang Eisenbahn	1927 Empfang Binnenschiff	1927 Empfang Insgesamt	1927 Versand Eisenbahn	1927 Versand Binnenschiff	1927 Versand Insgesamt	Einfuhr- bezw. Ausfuhr- (= —) Überschuß 1913	1925	1926	1927	Wiederh. d. Sp. 1
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	
Berlin.																
5 124 171	2972137	8 096 308	1 885 899	135 365	2 021 264	5 559 161	2958264	8 517 425	2 010 255	162 113	2 172 368	6 053 618	5 584 944	6 075 044	6 345 057	1.
74 848	—	74 848	27 422	—	27 422	74 389	—	74 389	35 084	—	35 084	60 247	71 198	47 426	39 305	2.
357 039	331 020	688 059	91 393	93 872	185 265	376 109	452 064	828 173	106 183	54 047	160 230	638 960	651 177	502 794	667 943	3.
114 253	32 175	146 428	35 931	362	36 293	131 599	29 950	161 549	25 866	1 859	27 725	106 086	144 148	110 135	133 824	4.
126 897	3 178	130 075	31 268	10 530	41 798	110 919	7 942	118 861	37 477	5 366	42 843	69 624	53 061	88 277	76 018	5.
160 391	1372277	1 532 668	72 769	354 094	426 863	207 909	1801756	2 009 665	75 447	208 407	283 854	2 060 409	1 185 852	1 105 805	1 725 811	6.
38 895	—	38 895	10 953	—	10 953	50 011	—	50 011	11 593	—	11 593	9 359	18 951	27 942	38 418	7.
340 167	—	340 167	93 224	134	93 358	415 236	—	415 236	118 348	150	118 498	194 688	245 535	246 809	296 738	8.
1 056 997	1008788	2 065 785	73 092	8 619	81 711	1 065 519	1244004	2 309 523	80 280	7 668	87 948	1 998 481	1 556 213	1 984 074	2 221 575	9.
774 028	572 231	1 346 259	84 487	13 808	98 295	819 901	649 126	1 469 027	97 523	21 063	118 586	1 313 993	1 081 683	1 247 964	1 350 441	10.
969 161	316 067	1 285 228	230 061	20 582	250 643	1 163 098	375 729	1 538 827	299 948	13 958	313 906	1 008 016	892 454	1 034 585	1 224 921	11.
694 170	16 984	711 154	144 449	4 188	148 637	847 952	8 628	856 580	177 745	1 986	179 731	469 931	500 560	562 517	676 849	12.
79 903	—	79 903	32 922	—	32 922	99 442	—	99 442	41 522	—	41 522	29 019	41 961	46 981	57 920	13.
1 129 989	8 878	1 138 867	64 361	—	64 361	1 396 187	3 763	1 399 950	87 245	—	87 245	602 153	878 701	1 074 506	1 312 705	14.
216 327	—	216 327	17 492	—	17 492	217 528	—	217 528	23 114	—	23 114	57 277	133 278	198 835	194 414	15.
155 407	—	155 407	41 397	—	41 397	241 183	501	241 684	46 965	—	46 965	153 116	113 543	114 010	194 719	16.
142 043	—	142 043	66 985	—	66 985	178 814	—	178 814	75 079	—	75 079	86 500	83 216	75 058	103 735	17.
53 817	—	53 817	24 787	—	24 787	52 971	—	52 971	22 289	—	22 289	16 270	24 703	29 030	30 682	18.
30 936	—	30 936	15 361	—	15 361	48 055	—	48 055	17 844	—	17 844	16 964	21 104	15 575	30 211	19.
83 480	—	83 480	11 230	—	11 230	92 201	—	92 201	15 155	—	15 155	.	72 526	72 250	77 046	20.
105 123	23 717	128 840	34 820	—	34 820	135 919	25 559	161 478	38 892	6 683	45 575	414 562	335 390	94 020	115 903	21.
3 598	—	3 598	297	—	297	7 851	—	7 851	690	—	690	70 892	7 030	3 301	7 161	22.
6 597	—	6 597	1 374	—	1 374	8 746	—	8 746	942	—	942	31 368	7 328	5 223	7 804	23.
19 773	—	19 773	73	—	73	21 134	130	21 264	16 190	—	16 190	16 170	4 428	19 700	5 074	24.
61 304	31 352	92 656	22 871	4 607	27 478	79 889	37 726	117 615	20 284	5 569	25 853	78 760	56 440	65 178	91 762	25.
17 490	—	17 490	4 244	—	4 244	16 490	—	16 490	3 624	—	3 624	41 360	25 062	13 246	12 866	26.
2 274	—	2 274	699	—	699	10 233	—	10 233	656	—	656	10 374	2 072	1 575	9 577	27.
52 973	—	52 973	11 768	—	11 768	56 442	—	56 442	8 870	—	8 870	25 791	— 6 191	41 205	47 572	28.
4 248	—	4 248	2 061	—	2 061	9 253	—	9 253	2 251	—	2 251	— 8 201	2 916	2 187	7 002	29.
47 101	—	47 101	2 191	—	2 191	76 233	—	76 233	4 812	—	4 812	16 882	39 405	44 910	71 421	30.
89 442	—	89 442	15 349	—	15 349	126 847	—	126 847	14 940	—	14 940	22 778	86 133	74 093	111 907	31.
11722919	6633735	18356654	3 055 483	641 554	3 697 037	13148184	7531727	20679911	3 404 962	476 617	3 881 579	14 944 711	13 354 808	14 659 617	16 798 332	
409 923	55 069	464 992	95 747	4 607	100 354	549 037	63 415	612 452	112 151	12 252	124 403	720 736	560 013	364 638	488 049	
12132842	**6688804**	**18821646**	**3 151 230**	**646 161**	**3 797 391**	**13697221**	**7595142**	**21292363**	**3 517 113**	**488 869**	**4 005 982**	**15 665 447**	**13 914 821**	**15 024 255**	**17 286 381**	
		2 026 029						2 399 323								
Brandenburg.																
1 885 899	135 365	2 021 264	5 124 171	2972137	8 096 308	2 010 255	162 113	2 172 368	5 559 161	2958264	8 517 425	—6053618	—5584944	—6075044	—6345057	1.
18 633	—	18 633	354 555	—	354 555	22 825	—	22 825	352 467	142	352 609	— 30 340	— 236 123	— 335 922	— 329 784	2.
386 196	79 233	465 429	1 184 244	374 630	1 558 874	527 836	100 102	627 938	1 049 465	422 354	1 471 819	— 828 637	— 713 679	—1093445	— 843 881	3.
71 759	3 507	75 266	329 124	10 521	339 645	130 136	4 267	134 403	288 661	12 541	301 202	— 218 449	— 190 295	— 264 379	— 166 799	4.
45 565	1 643	47 208	442 205	57 937	500 142	62 591	2 750	65 341	490 036	44 039	534 075	— 121 052	— 370 539	— 452 934	— 468 734	5.
113 499	203 540	317 039	235 388	351 312	586 700	128 185	293 403	421 588	161 445	269 626	431 071	184 039	— 194 285	— 269 661	— 9 483	6.
10 917	—	10 917	18 835	—	18 835	19 808	—	19 808	8 477	—	8 477	20 808	1 133	— 7 918	11 331	7.
311 009	—	311 009	158 221	3 043	161 264	377 979	13	377 992	152 740	3 632	156 372	132 313	229 746	149 745	221 620	8.
815 171	401 618	1 216 789	65 723	12 032	77 755	830 182	445 800	1 275 982	53 961	52 850	106 811	1 269 179	1 001 432	1 139 034	1 169 171	9.
1 608 691	123 655	1 732 346	528 429	2 627	531 056	1 910 005	174 078	2 084 083	515 076	11 682	526 758	793 809	1 030 942	1 201 290	1 557 325	10.
1 573 022	56 529	1 629 551	883 896	78 740	962 636	1 698 537	83 004	1 781 541	678 788	76 645	755 433	955 890	823 676	666 915	1 026 108	11.
746 321	7 570	753 891	1 209 353	935	1 210 288	963 531	11 191	974 722	1 269 941	2 150	1 272 091	— 89 559	— 724 039	— 456 397	— 297 369	12.
42 134	—	42 134	35 386	—	35 386	59 231	—	59 231	32 311	—	32 311	1 974	5 546	6 748	26 920	13.
558 949	—	558 949	682 261	—	682 261	732 587	—	732 587	674 193	—	674 193	— 77 537	184 634	— 123 312	58 394	14.
47 353	—	47 353	70 860	—	70 860	58 497	—	58 497	69 230	—	69 230	— 2 641	12 775	— 23 507	— 10 733	15.
61 288	—	61 288	104 610	—	104 610	91 094	—	91 094	114 625	—	114 625	20 146	— 27 551	— 43 322	— 23 531	16.
38 640	—	38 640	68 714	—	68 714	52 054	—	52 054	71 392	—	71 392	— 3 227	— 37 517	— 30 074	— 19 338	17.
11 848	—	11 848	18 565	—	18 565	15 535	—	15 535	18 993	—	18 993	— 788	— 8 109	— 6 717	— 3 458	18.
6 179	—	6 179	19 197	—	19 197	10 138	—	10 138	18 421	—	18 421	— 167	— 8 911	— 13 018	— 8 283	19.
95 618	—	95 618	181 442	—	181 442	123 205	—	123 205	186 233	—	186 233	.	— 67 584	— 85 824	— 63 028	20.
141 501	111 328	252 829	31 657	—	31 657	325 608	146 525	472 133	35 307	332	35 639	67 504	257 053	221 172	436 494	21.
3 532	—	3 532	7 277	—	7 277	7 887	—	7 887	11 525	—	11 525	17 859	6 235	— 3 745	— 3 638	22.
16 705	—	16 705	1 761	—	1 761	12 343	—	12 343	568	—	568	57 469	10 630	14 944	11 775	23.
304	—	304	30 353	—	30 353	8 328	—	8 328	15 522	—	15 522	3 490	— 10 216	— 30 049	— 7 194	24.
40 091	12 886	52 977	13 992	10	14 002	70 357	17 457	87 814	14 543	—	14 543	193 819	42 540	38 975	73 271	25.
553	—	553	73 947	—	73 947	977	—	977	53 595	—	53 595	— 35 195	— 86 663	— 73 394	— 52 618	26.
40 845	—	40 845	44 632	—	44 632	92 797	—	92 797	36 562	—	36 562	16 073	3 771	— 3 787	56 235	27.
8 448 691	1012660	9 461 351	11715179	3863914	15579093	9 824 211	1276721	11100932	11765616	3853925	15619541	—4047857	—4873742	—6117742	—4518609	
243 531	124 214	367 745	203 619	10	203 629	518 297	163 982	682 279	167 622	332	167 954	321 019	223 350	164 116	514 325	
8 692 222	**1136874**	**9 829 096**	**11918798**	**3863924**	**15782722**	**10342508**	**1440703**	**11783211**	**11933238**	**3854257**	**15787495**	**—3726838**	**—4650392**	**—5953626**	**—4004284**	
		6 331 052						6 686 143								

Das Taubstummen-Unterrichtswesen in Preußen
in den Jahren 1924 bis 1930.

Über die frühere Entwicklung des Taubstummenschulwesens in Preußen ist bereits in Jahrgang 1922, Nr. 32 und in Jahrgang 1924, Nr. 39 der „Statistischen Korrespondenz“ berichtet worden.

Gleich in den ersten beiden Berichtsjahren ist die Zahl der Taubstummenanstalten und -Schulen, die im Jahre 1923 noch 40 betragen hatte, auf 38 zurückgegangen. Im Jahre 1925 wurde die erst im Jahre 1922 neugegründete zweite Taubstummenanstalt in Schleswig mit der ersten zu einer Anstalt vereinigt; ferner entfällt seit 1924 ein besonderer Bericht über ein kleines Internat in Guben, das Naémi-Wilke-Stift, in dem nur einige wenige, noch nicht schulpflichtige taubstumme Kinder erzogen werden. Weitere Veränderungen in der Zahl der Taubstummenanstalten Preußens haben sich seitdem nicht vollzogen, wohl aber in der Art der Unterbringung der Zöglinge.

Bekanntlich unterscheidet man hier ebenso wie bei Erziehungsanstalten anderer Art Internate, d. h. Anstalten, in denen die eingeschulten Kinder zugleich auch wohnen und verpflegt werden, und Externate, bei denen sie am gleichen Ort, aber außerhalb der Anstalt, gewöhnlich in Familienpflege, untergebracht sind; eine Reihe von Taubstummenanstalten ist gemischter Art, ein Teil der Schüler wohnt innerhalb der Anstalt, ein anderer außerhalb. Schulgänger, d. h. Kinder, deren Eltern am Ort von Anstalten oder in ihrer Nähe wohnen und die nur die Anstaltsschule besuchen, gibt es in fast allen Anstalten. In Berlin und (seit 1924) auch in Frankfurt bestehen 2 reine Taubstummenschulen.

Vor dem Weltkriege waren nun 26, also fast $^3/_5$ der damaligen Anstalten reine Externate gewesen, reine Internate gab es dagegen nur 5; 14 Anstalten waren gemischter Art. Von den 3 Anstalten, die mit den Gebietsabtretungen verlorengingen, waren 2, von den weiteren 6, die ihre Tore geschlossen haben, 5 reine Externate gewesen. Das erste Berichtsjahr zeigt nun gegenüber der Vorkriegszeit eine erhebliche Zunahme der reinen Internate, deren Zahl auf 12 gestiegen ist, während die der reinen Externate, wenn man von den durch Abtretung und Schließung fortgefallenen absieht, unverändert blieb; stark verringert hat sich dagegen die Zahl der gemischten Anstalten, die im Jahre 1924 nur noch 6 betrug. Auf diese Wandlung wurde bereits in einem der früheren Berichte hingewiesen. Wohnungsnot und Preissteigerungen machten offenbar eine Unterbringung außerhalb der Anstalten vielfach mehr und mehr unmöglich; diese sahen sich daher genötigt, die Zöglinge wieder bei sich selbst unterzubringen und zu verpflegen. Die Möglichkeit dazu war ja vorhanden, da die Zahl der verfügbaren Plätze für gewöhnlich größer war als die der tatsächlich beanspruchten. Freilich war diese Umstellung, die Rückkehr zum reinen Internat, nur eine Notmaßnahme; denn den Forderungen der Fachleute entspricht am besten das gemischte System: zunächst Aufnahme und Erziehung der jüngeren Kinder im Internat, später aber Begebung in Familienerziehung, um sie nicht gar zu sehr der Außenwelt, der sie sich doch später einmal anpassen sollen, zu entfremden. Sobald es daher möglich war, ging man dann im Laufe der Berichtszeit wieder zum gemischten System über, und so zeigt sich im letzten Berichtsjahr 1930 eine erhebliche Wiederzunahme der Anstalten gemischter Art, die mit 12 der Zahl nach ihren Vorkriegsstand fast erreicht haben, unter gleichzeitiger Abnahme der reinen Anstalten, vornehmlich der Internate; ihre Zahl beträgt im letzten Berichtsjahr 9, die der reinen Externate 15.

Zöglinge und Schüler.

In der Tabelle 1 sind zunächst die eigentlichen Zöglinge der Taubstummenanstalten ohne die Schulgänger nach Art ihrer Unterbringung für die Jahre 1914, 1924 und 1930 auch unter Berechnung von Anteilsziffern aufgeführt.

Zahl der Zöglinge nach Anstaltsarten (ohne Schulgänger) in den Jahren 1914, 1924 und 1930.

(Tabelle 1) Jahr	Internate	Externate	Gemischte Anstalten überhaupt	davon intern	davon extern
1	2	3	4	5	6
1914	450	2 265	1 876	1 034	842
1924	1 019	1 362	476	270	206
1930	718	1 222	1 001	657	344
		Vom Hundert			
1914	10	49	41	23	18
1924	36	48	17	9	7
1930	24	42	34	22	12

An der stark wechselnden Höhe der Belegungszahlen erkennt man deutlich die ziemlich erheblichen Wandlungen, die sich seit der Vorkriegszeit hier vollzogen haben, besonders bei den gemischten Anstalten, die auch im letzten Berichtsjahre wieder erst nur wenig über $^1/_3$ ihrer Zöglinge gegenüber rund 45 v. H. im Jahre 1914 extern untergebracht hatten.

Eigenartigerweise hat sich die Gesamtzahl der Zöglinge und Schüler der Taubstummenanstalten (s. a. Tabelle 2) nur wenig verändert, trotzdem gerade im Laufe der Berichtszeit, zwischen den Jahren 1922 und 1926, die taubstummen Kinder der erheblich schwächer besetzten Lebenden-Jahrgänge aus der Zeit des Geburtenrückgangs 1915 bis 1919 Aufnahme gefunden haben. Wenn man bedenkt, daß die Zahl der Lebenden zwischen 7 und 15 Jahren, verglichen mit den Jahrgängen unmittelbar vor dem Geburtenrückgang, rund 25 v. H. geringer ist — ein Rückgang, der sich z. B. für die Volksschüler in ziemlich genau gleichem Umfange nachweisen läßt — so mußte man schlechterdings auch annehmen, daß sich dieser Umstand gleicherweise auch bei den Taubstummenanstalten auswirken würde. Das ist nun aber keineswegs der Fall. Denn gegenüber dem Jahre 1921, in dem noch die taubstummen Kinder aus einem vollbesetzten Geburtenjahrgang (1914) zur Aufnahme gelangt waren, beträgt die gesamte Einbuße bis zum Jahre 1926, in dem die Einschulung aller Jahrgänge aus der Zeit des Geburtenrückgangs, abgesehen von einigen Zurückstellungen, beendet sein mußte, nur rund 10 v. H. Als wirkliche Abnahme kommt aber höchstens die Hälfte davon in Betracht. Denn bereits bis zum Jahre 1923 war die Zahl der Zöglinge und Schüler um 7,7 v. H. zurückgegangen, mindestens 4 v. H. sind dabei infolge der Abtretung der jetzt polnischen Gebiete Oberschlesiens und durch Abwanderung polnischer Arbeiter aus Westfalen ausgeschieden; Oberschlesien hat von 1921 bis 1923 fast 40 v. H., die Provinz

Westfalen beinahe 20 v. H. ihres Bestandes verloren, während sich in allen übrigen Provinzen des Freistaates der Bestand an Zöglingen und Schülern der Taubstummenanstalten im gleichen Zeitraum durchschnittlich nur um 3,5 v. H. verringerte.

Wenn nun die Zahl der in diesen Anstalten untergebrachten oder beschulten Kinder um mindestens 700 größer blieb als man nach dem Rückgange der Lebenden gleichen Alters erwarten durfte, so erhebt sich natürlich die Frage, worauf denn eigentlich dieser Umstand zurückzuführen ist. Unwillkürlich könnte man da zunächst an eine Häufigkeitszunahme der Fälle von Taubstummheit d. h. Ertaubung vor dem 7. Lebensjahr während der Kriegszeit denken; bei dem namentlich im Jahre 1915 stark vermehrten Auftreten von Infektionskrankheiten wie Scharlach, Masern, Genickstarre, später auch der Grippe und anderer vielfach zu Ertaubungen führenden Erkrankungen, andererseits bei dem Mangel an Ärzten und dementsprechend sachgemäßer Heilbehandlung lag eine solche durchaus nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Indessen liefert die Reichsgebrechlichenzählung von 1926 keinerlei Anhalt dafür, daß eine irgendwie wesentliche Zunahme stattgefunden hat; vielmehr zeigt ein Vergleich der Taubstummenziffern der 5–15jährigen mit der Zählung von 1910 eine Abnahme von rund 25 v. H. Eine etwaige Verhältniszunahme der Ertaubungsfälle bei jüngeren Kindern in der Kriegszeit kann also nur geringen Umfanges gewesen sein und daher nicht als Erklärung für die so geringe Abnahme der Anstaltszöglinge und -Schüler dienen. Es bleibt daher nur übrig, anzunehmen, daß nach dem Jahre 1921 die Zuführung von Kindern zur Aufnahme und zum Schulbesuch in diesen Anstalten besondere Fortschritte gemacht hat. Und hier war tatsächlich manches nachzuholen. Zwar war in Preußen bereits seit dem Jahre 1911 die Schulpflicht für alle taubstummen und die ihnen gleichgestellten sehr schwerhörigen oder nach dem 7. Lebensjahr ertaubten oder stummen Kinder, soweit sie bildungsfähig und körperlich tauglich waren, gesetzlich festgelegt; die völlige Durchführung des Gesetzes vom 7. August 1911, das mit dem 1. April 1912 in Kraft trat, war aber erst bis zum Jahre 1917 vorgesehen. Durch den Ausbruch des Weltkrieges und der nachher folgenden Geldentwertung ist indessen von einer strengen Durchführung der Gesetzesvorschriften noch bis in den Anfang der Berichtszeit hinein wohl kaum die Rede gewesen. Die Kosten für die Unterbringung fallen im wesentlichen den Kommunal- und Armenverbänden zur Last, die nur bei zahlungsfähigen Eltern ein Recht auf Wiedererstattung haben; daher stieß wohl das Bestreben mancher Eltern ihr taubstummes Kind der Unterbringung in einer Taubstummenanstalt zu entziehen, um es nicht auf Jahre hinaus weggeben zu müssen, bei den nachgeordneten Behörden in dieser Zeit auf geringen Widerstand. Daß auch im Jahre 1926 noch immer keineswegs alle für den Taubstummenunterricht in Betracht kommenden Kinder den dafür bestimmten Sonderanstalten zugeführt worden sind, beweist die Tatsache, daß nach der Schulstatistik dieses Jahres noch 237 taubstumme Kinder in den Volksschulen Aufnahme gefunden hatten, offenbar weil Geldmangel der Gemeinden oder Wunsch der Eltern die Unterbringung in einer Taubstummenanstalt verhindert hatten; Platzmangel in den Anstalten scheint jedenfalls weniger vorzuliegen. Im Jahre 1921 waren noch 329, im Jahre 1910 noch 718 solcher Kinder in den Volksschulen zu finden gewesen. Auf mangelhafte Erfüllung des Gesetzes deutet auch ein Erlaß des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 24. Juli 1926 hin, in dem nochmals dringend ersucht wird, das Gesetz vom 7. August 1911 wirklich durchzuführen. U. a. werden auch darin die Leiter von Privatlehranstalten dringend ermahnt, die unter die Bestimmung des Gesetzes fallenden Kinder ihrem Sonderunterricht nicht zu entziehen. Eigentlicher Einzel-Privatunterricht kommt übrigens bei den Taubstummen wenig in Frage, denn nach der Reichsgebrechlichenzählung von 1926 hatten von den Taubstummen im Alter von 7–15 Jahren nur 21 Privatunterricht; von den Taubstummen im Alter von 15–20 Jahren waren sogar nur 6, von denen im Alter von 20–40 Jahren nur 46 d. h. jedesmal noch nicht 1 v. H. der Gesamtzahl privatim unterrichtet worden. Ganz abgesehen von der Kleinheit dieser Zahlen an sich kommt also eine vermehrte Aufgabe des Privatunterrichts zu Gunsten des Unterrichts in den Taubstummenanstalten und -Schulen als Erklärung ebenfalls nicht in Frage, selbst wenn man annehmen will, daß das vielleicht bei den später ertaubten, stark schwerhörigen oder stummen Kindern in etwas stärkerem Maße der Fall war. Denkbar ist es übrigens, daß in der kritischen Zeit nach 1921 gerade eine größere Anzahl solcher Kinder dem Taubstummen-Sonderunterricht zugeführt wurde. Endlich ist auch noch an die Zuführung taubstummer Kinder von Rück- oder Einwanderern zu denken.

Die folgende Tabelle 2 zeigt die Zahl der Kinder in den Anstalten unter Trennung der Geschlechter bei Unterscheidung nach Internen, Externen und Schulgängern für die einzelnen Berichtsjahre.

Zöglinge und Schüler.

(Tabelle 2)

Jahr	Im Internat		Im Externat		Schulgänger		Gesamtzahl		
	m	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1924	683	606	879	689	448	406	2 010	1 701	3 711
1925	715	643	843	653	407	355	1 965	1 651	3 616
1926	722	641	829	674	385	351	1 936	1 666	3 602
1927	708	623	885	669	390	327	1 983	1 619	3 602
1928	747	649	908	650	363	318	2 018	1 617	3 635
1929	728	647	883	661	378	307	1 989	1 615	3 604
1930	745	630	905	662	395	288	2 045	1 580	3 625

Gegenüber dem Tiefstand von insgesamt 3 602 Zöglingen und Schülern, den die Jahre 1926/27 aufweisen, zeigt sich in den drei letzten Jahren bis zum Jahre 1930 keine irgendwie wesentliche Zunahme, die doch auf Grund der verschärften Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen wie auch auf Grund der Tatsache des Geburtenwiederanstiegs in den Jahren 1920/21 denkbar war; man wird also hier offenbar mit einer Abnahme solcher Fälle in der Bevölkerung zu rechnen haben. — Im Laufe der Berichtszeit hat sich die Zahl der Schulgänger, die im Jahre 1924 noch rund 23 v. H. der Gesamtzahl ausmachte, auf etwa 19 v. H. verringert; dagegen ist in der gleichen Zeit der Anteil der Internen von 35 v. H. auf 38 v. H., derjenige der Externen von 42 v. H. auf 43 v. H. gestiegen. Vor dem Kriege waren die Externen etwa doppelt so stark gewesen wie die Internen; im Durchschnitt der Berichtszeit entfallen nur noch 114 Externe auf 100 Interne. — Wie gewöhnlich sind die Knaben in den Taubstummenanstalten und -Schulen — 122 im Durchschnitt der Berichtszeit auf 100 Mädchen — anteilsmäßig erheblich stärker vertreten als in der Gesamtbevölkerung, in der ihre Zahl in den gleichen Altersklassen nur um rund 3 v. H. größer ist. Nach der Reichsgebrechlichenzählung von 1926 entfielen auf 100 taubstumme Mädchen zwischen 7 und 15 Jahren 118 Knaben gleichen Alters. Diese neigen an sich häufiger zu Erkrankungen (und Verletzungen) mit folgender Taubheit, und an Zahl überwiegen diese Fälle stark gegenüber denen mit angeborener Taubstummheit, die bei Mädchen häufiger vorkommen soll. Daß bei den übrigen diese Anstalten besuchenden später ertaubten, stark schwer-

hörigen oder stummen Kindern der Anteil der Knaben noch stärker ist als bei den eigentlich taubstummen, ist denkbar; der wahrscheinlichere Grund für ihr starkes Überwiegen in den Taubstummenanstalten ist aber wohl darin zu suchen, daß sie im allgemeinen besser der Schulpflicht genügen als die Mädchen, bei denen manche kurzsichtigen Eltern der segensreichen Einrichtung des Taubstummenunterrichts oft noch weniger Verständnis entgegenbringen als bei den Knaben.

Berufswahl der Taubstummen.

Seit dem Jahre 1926 liegen von einer Reihe von Anstalten freiwillige Angaben über den zukünftigen Beruf der entlassenen Zöglinge und Schüler vor. Danach wählten von insgesamt 1 010 in den letzten 5 Jahren ausgeschiedenen männlichen Taubstummen, über die Angaben vorlagen, 339 oder rund $1/3$ das Schneiderhandwerk, 239 oder fast $1/4$ wurden Schuhmacher, 128 oder rund 13 v. H. Tischler, während 57 oder 5,6 v. H. zur Landwirtschaft übergingen und endlich 48 oder nicht ganz 5 v. H. den Beruf eines Malers und Tapezierers ergriffen haben. Etwa 80 v. H. der schulentlassenen männlichen Taubstummen gingen also in diese eben genannten 5 Berufe über. Weniger stark war der Andrang zu den Berufen eines Sattlers, Schlossers, Gärtners, Bäckers, Buchbinders, Schriftsetzers und Korbmachers, die zusammen von weiteren 10 v. H. der Zöglinge ergriffen wurden. Abgesehen von der wohl durchschnittlich schlechteren sozialen Lage engt natürlich die Art des Gebrechens bei den Taubstummen die Berufswahl stark ein; immerhin sind unter den gewählten Berufen einige, die doch eine gewisse Geschicklichkeit oder besondere Begabung erfordern. So finden sich mit zusammen 3,3 v. H. unter der Gesamtzahl angehende Mechaniker, Optiker, Elektrotechniker, Uhrmacher und Photographen, auch Zeichner, Schrift- und Porzellanmaler, Chemigraphen und Zahntechniker. Der Rest verteilt sich auf verschiedene einfache Berufe; oft mag dabei der Beruf des Vaters eine Rolle spielen. — Die weiblichen Zöglinge entschieden sich ganz überwiegend für den Beruf einer Schneiderin, den von insgesamt 718 Entlassenen, über die Angaben vorlagen, nicht weniger als 460 oder fast $2/3$ erwählten. Daneben wurde die Tätigkeit im Haushalt bevorzugt, sei es, daß sie sich zunächst noch einer Sonderausbildung in Haushaltungsschulen unterziehen wollten, sei es, daß sie sofort in Stellung gingen oder im elterlichen Haushalt Beschäftigung fanden; diese Absicht äußerten 207 oder 29 v. H. Unter den sonstigen zukünftigen Berufen weiblicher schulentlassener Taubstummer sind eigentlich nur noch die der Weißnäherin, Stickerin und Putzmacherin erwähnenswert, die von zusammen 25 weiblichen Zöglingen ergriffen wurden und endlich noch der Beruf einer Plätterin, den 10 Mädchen erwählten. Die genannten umfassen fast 98 v. H. der überhaupt gewählten Berufe; der kleine Rest verteilt sich auf verschiedene einfache Berufe.

Lehr- und Aufsichtspersonen.

In der Tabelle 3 ist das Lehr- und Aufsichtspersonal der Taubstummenanstalten und -Schulen unter Trennung der Geschlechter für die Berichtszeit nachgewiesen.

(Tabelle 3) Jahr	Anstalten	Ordentliche Lehrer		Hilfslehrer		Technische Lehrer		Aufseher		Gesamtzahl		
		m.	w.	m.	w.	m.	w	m	w	m	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1924 . . .	39	295	81	13	7	1	25	8	15	317	128	445
1925 . . .	38	286	81	17	10	3	30	8	18	314	139	453
1926 . . .	38	286	83	15	10	3	29	8	21	312	143	455
1927 . . .	38	286	87	23	8	5	28	8	18	322	141	463
1928 . . .	38	302	86	16	6	3	32	8	28	329	152	481
1929 . . .	38	310	83	13	8	2	29	10	29	335	149	484
1930 . . .	38	305	85	12	7	2	29	11	30	330	151	481

Ihre Gesamtzahl, die im Jahre 1923 noch 497 betragen hatte, ist gleich im ersten Berichtsjahr um rund 10 v. H. auf 445 zurückgegangen; damit weist das Jahr 1924 den niedrigsten Stand der ganzen Berichtszeit auf. Unter Schwankungen in den einzelnen Jahren erfolgt doch in den letzten Jahren eine Wiederzunahme; immerhin aber bleibt auch das Jahr 1929, das mit einer Gesamtzahl von 484 den höchsten Stand der Berichtsjahre zeigt, immer noch um 13 Personen hinter dem des Jahres 1923 zurück. Eine gewisse Verstärkung gegenüber diesem Jahr weist nur das Aufsichtspersonal auf, in zweiter Linie auch das technische Lehrpersonal, dessen Zahl allerdings in den letzten beiden Berichtsjahren wieder etwas abgenommen hat. Die Zahl des eigentlichen Lehrpersonals, der ordentlichen und Hilfslehrer, ist bei ihrem Höchststande im Jahre 1929 — das Jahr 1930 wies bei ihnen wieder einen kleinen Rückgang auf — immer noch um 8 v. H. geringer als im Jahre 1923.

Von den gesamten Lehr- und Aufsichtspersonen waren im Jahre 1923 nicht ganz 28 v. H. und im Jahre 1924 etwa 29 v. H. weiblichen Geschlechts; in den letzten Berichtsjahren machte ihr Anteil fast 31 v. H. aus. Beim Aufsichts-, mehr noch beim technischen Lehrpersonal sind sie bei weitem in der Überzahl; beim eigentlichen Lehrpersonal ist dagegen ihr Anteil geringer, er schwankt hier zwischen 22,0 v. H. (1929) und 23,6 v. H. (1926).

Läßt man einmal die namentlich für Schulgänger wenig in Betracht kommenden Aufsichtspersonen sowie das technische Lehrpersonal außer Betracht und vergleicht nur das Zahlenverhältnis zwischen Unterrichtenden und Unterrichteten im eigentlichen Taubstummen-Schulunterricht, so entfielen auf 100 Lehrer und Hilfslehrer im Jahre 1923 nur 829, im Jahre 1924 aber 937 zu Unterrichtende. Gegen Ende der Berichtszeit zeigt sich hier wieder wenigstens eine teilweise Besserung; in den letzten drei Jahren ist die im Durchschnitt zu unterrichtende Schülerzahl auf 880 zurückgegangen. — Nach den Berichten der einzelnen Anstalten schwankt im Jahre 1930 die im Durchschnitt auf je eine Lehrperson entfallende Schülerzahl zwischen 7 und 14; jedoch erscheint eine so hohe Durchschnittszahl wie die letztere wohl nur als eine mehr zufällige Ausnahme; nur vier Anstalten weisen eine über den Durchschnitt von 10 hinausgehende Zahl auf. Bei diesen dem gewöhnlichen Schulunterricht ziemlich klein erscheinenden Ziffern muß man natürlich bedenken, daß der Taubstummenunterricht eine viel eingehendere Beschäftigung mit dem einzelnen Schüler als bei normalen Kindern erfordert.

Wie sehr trotz gewisser noch bestehender Unvollkommenheiten das Gesetz vom 7. August 1911 doch den Taubstummen zugutegekommen ist, mag zum Schluß noch eine Feststellung aus der Reichsgebrechlichenzählung von 1926 erweisen. Danach erhielten von den zur Zeit der Zählung 7—15 Jahre alten Taubstummen rund 90 v. H. Unterricht in den besonderen Fachanstalten und fast ebensogroß, 89 v. H., war der Anteil bei den 15—20 Jahre alten Taubstummen. Von den 20—40 Jahre alten war dieser Vorteil nur 81 v. H. und von den über 40 Jahre alten Taubstummen sogar nur 63 v. H. zuteil geworden. Wenn von letzteren auch außerdem noch 19 v. H. eine andere Schule besucht hatten, so ist doch der dadurch erzielte Erfolg sicher weit geringer anzuschlagen als der sachgemäße Taubstummenunterricht. Über 13 v. H. der älteren Taubstummen hatten überhaupt keinen Unterricht genossen, bei den 7—15 jährigen sind es nur 5 v. H. und darunter befinden sich offenbar noch vorläufig aus irgendwelchen Gründen Zurückgestellte in größerer Anzahl. Hoffentlich wird es in absehbarer Zeit gelingen, alle für den Sonderunterricht in den Taubstummenanstalten und -Schulen in Betracht kommenden Kinder zu erfassen und sie damit für Leben und Beruf tauglicher zu machen als dies ehedem der Fall war.

Umfang und Richtung der Wanderungen zwischen den preußischen Provinzen in den Jahren 1871 bis 1925.

Von

Oberregierungsrat Dr. Karl Keller.

1. Vorbemerkungen.

Die Binnenwanderungen in Preußen sind für die Jahre 1895 bis 1905 von Broesike in der Zeitschrift des Statistischen Landesamts (Jahrgang 1907, 1. Abtlg.) eingehend dargestellt worden; der Verfasser hat in seinem Aufsatze die Wanderungserscheinungen zu einer Reihe anderer sozialer und wirtschaftlicher Tatsachen in Beziehung gesetzt und sich bemüht, die Ursachen der Bevölkerungsverschiebungen festzustellen. In Fortsetzung und Erweiterung der Untersuchungen von Broesike ist im Statistischen Landesamte eine Arbeit über die Binnenwanderungen der Jahre 1900 bis 1925 begonnen worden, wobei es sich als notwendig herausgestellt hat, zur Aufklärung der Ursachen über den Anfangstermin der Broesikeschen Forschungen rückwärts bis zum Jahre 1819 zurückzugehen. Mit der Vollendung dieser Arbeit würde in der bevölkerungsstatistischen Literatur zum ersten Male eine Gesamtdarstellung der preußischen Wanderungen für ein volles Jahrhundert gegeben werden. Die folgenden Ausführungen waren im Anfang dazu bestimmt, ein Kapitel dieser umfangreichen Untersuchung zu bilden. Leider hat die Einschränkung aller statistischen Arbeiten, die durch die Finanzlage des Staates erzwungen worden ist, dazu genötigt, auch die Untersuchungen über die Binnenwanderungen vorläufig einzustellen. Mit Rücksicht darauf erscheint es ratsam, die folgenden Teilergebnisse nicht länger zurückzuhalten, zumal, da es sich um Zahlen aus der Volkszählung von 1925 handelt, auf deren nicht allzu späte Bekanntgabe die Öffentlichkeit ein Recht hat. Die nachstehenden Untersuchungen werden daher jetzt besonders gedruckt; doch wird der Leser gebeten, sich immer gegenwärtig zu halten, daß es im folgenden nicht beabsichtigt ist, das Problem der Binnenwanderungen erschöpfend zu behandeln. Insbesondere soll die Frage nach den Ursachen zunächst ausgeschaltet werden; diese läßt sich nur im Rahmen der größeren Arbeit beantworten. Auch nach einer zweiten Richtung hin muß sich unsere Darstellung vorläufig Grenzen setzen; wir wollen in vorliegendem Aufsatze nur die Wanderungen zwischen den Provinzen, nicht die innerhalb ihrer betrachten. Damit scheidet ein großer Teil der Erscheinungen, die man mit dem volkstümlichen, aber durchaus unpräzisen und mißverständlichen Schlagwort „Landflucht“[1]) bezeichnet, für uns zunächst aus; auch diese Erscheinungen können erst in der größeren Arbeit berücksichtigt werden.

[1]) In der Vorstellung von der Landflucht gehen, wie bereits Dr. Golding in dieser Zeitschrift (69. Jahrgang, 2. u. 3. Abtlg., S. 214) dargelegt hat, und wie Dr. Quante in einem demnächst erscheinenden Buche noch ausführlicher nachweisen wird, fortwährend zwei Begriffe durcheinander: der des Ortswechsels, der Abwanderung aus einer Landgemeinde in eine Stadtgemeinde, und der des Berufswechsels, der Abwanderung aus dem landwirtschaftlichen Berufe in einen nicht landwirtschaftlichen Beruf. Vgl. auch den Aufsatz von Quante, „Die Abwanderung vom Lande und das „Goltzsche Gesetz“, Schmollers Jahrbuch, Jahrgang 55, Heft 1, S. 63 ff.

Das Hauptgewicht wird im folgenden darauf gelegt, die Richtung der Wanderungsströme festzustellen. Die Möglichkeit hierzu wird dadurch geboten, daß bei der Volkszählung vom 16. Juni 1925 an alle Zählpersonen die Frage nach ihrem Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges gerichtet worden ist. Der Vergleich des Wohnsitzes Anfang August 1914 mit dem Wohnsitz Mitte Juni 1925 läßt erkennen, ob in der Zwischenzeit eine Wanderung stattgefunden hat. Freilich ist aus den Angaben nicht ersichtlich, ob es sich nur um eine Ortsveränderung oder um mehrere Ortsveränderungen handelt, ebensowenig, in welchem der zwischen 1914 und 1925 liegenden Jahre sich diese Ortsveränderungen vollzogen haben; das hätte sich nur durch eine unmittelbare Erfassung der Wanderungen mittels Auszählung der polizeilichen An- und Abmeldungen feststellen lassen, eine Arbeit, deren nachträgliche Ausführung selbstverständlich unmöglich war. Bei früheren Volkszählungen wurde zur Feststellung der Wanderungen häufig die Frage nach dem Geburtsorte benutzt. Diese bringt aber den Nachteil mit sich, daß die hierdurch festgestellten Wanderungen sich auf einen Zeitraum von etwa 70 Jahren verteilen. Es kommen also in den Zahlen auch die Wirkungen sozialer und wirtschaftlicher Erscheinungen zum Ausdruck, die längst der Vergangenheit angehören, und zwar ohne daß sich diese Wirkungen von denen der neuesten Vorgänge sondern ließen. Demgegenüber bot die Frage nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges den Vorteil, daß der Zeitraum, innerhalb dessen die Wanderungen stattgefunden haben mußten, von etwa 70 auf nur 11 Jahre verkürzt wurde; der Einfluß längst verflossener Jahrzehnte auf die Zahlen wurde mithin ausgeschaltet. Außer der Frage nach dem Geburtsort hat man bisher zur Feststellung der Wanderungen in der Regel die sogenannte Differenzmethode benutzt; diese besteht darin, daß man die Ergebnisse zweier Volkszählungen vergleicht und den Geburtenüberschuß von dem Bevölkerungszuwachs abzieht. Was man auf diese Weise erhält, ist aber nicht die Gesamtheit aller Wanderungen, sondern nur die Differenz der Zu- und Abwanderungen, der Wanderungsgewinn oder Wanderungsverlust. Wenn Broesike den „Abgleichungen“ der Zuwanderungen durch die Abwanderungen und umgekehrt noch 1907 keine große Bedeutung beimessen zu dürfen glaubte, weil man es meist mit ausgesprochenen Ein- oder Auswanderungsbezirken zu tun habe, so wird man für die Gegenwart jedenfalls die Richtigkeit dieser Ansicht nicht zugeben können; die folgende Darstellung wird zeigen, wie außerordentlich verschieden das Maß dieser „Abgleichungen“ in den einzelnen Provinzen des preußischen Staates ist. Durch die Frage nach dem Geburtsort oder dem Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges (in diesem Punkte besteht zwischen beiden Fragestellungen kein Unterschied) erhielt man die Möglichkeit, die Zuwanderungen vollständig, einschließlich der Einwanderung (der Zuwanderung über die Staatsgrenzen), und die Abwanderungen größtenteils, nämlich ausschließlich der Auswanderung (der Abwanderung über die Staatsgrenzen), zu erfassen. Ein großer

Vorteil der Feststellung des Geburtsortes bezw. des Wohnsitzes bei Ausbruch des Krieges war schließlich, daß Ausgangspunkt und Ziel, also die Richtung der Wanderung, ermittelt werden konnten, was mit Hilfe der Differenzmethode nicht möglich ist.

Die Auswertung der Frage nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges sollte sich nach dem vom Reiche für die Volkszählung vom 16. Juni 1925 aufgestellten Programme im wesentlichen darauf beschränken, die Zahl der Einwanderer, insbesondere der Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten, festzustellen. Das Preußische Statistische Landesamt hat jedoch darüber hinaus versucht, auch die Binnenwanderungen innerhalb des preußischen Staates zu ermitteln. Da bei jeder einzelnen Wanderung Ausgangspunkt und Ziel erfragt wurden, lag theoretisch die Möglichkeit vor, bei der Auszählung sämtliche Herkunftsgemeinden mit sämtlichen Zielgemeinden zu kombinieren, was mehrere Hundert Millionen Kombinationen ergeben hätte. Diese Arbeit war praktisch natürlich unausführbar, aber selbst die Kombination eines jeden Kreises mit jedem anderen, die für eine genaue Feststellung der Wanderströme streng genommen unentbehrlich war, hätte immer noch 146 000 Möglichkeiten ergeben und daher zu viel Zeitverlust und Kosten verursacht; außerdem mußte zwecks maschineller Auszählung der Ergebnisse der Volkszählung der Name der Heimat des Wanderers in Zahlen umgesetzt werden, und hierfür standen auf der Zählkarte nur zwei Spalten, d. h. die Zahlen 1 bis 99, zur Verfügung, während für die 544 Kreise drei Spalten erforderlich gewesen wären. Aus allen diesen Gründen mußte man sich darauf beschränken, die Provinzen miteinander zu kombinieren, wobei sowohl bei der Herkunftswie bei der Zielprovinz noch zwischen Stadt- und Landkreisen unterschieden wurde. Das ergab für die Binnenwanderungen schon 338 Kombinationen. So stark mithin das Auszählungsprogramm beschnitten werden mußte, so werden die folgenden Ausführungen zeigen, daß die Ergebnisse trotzdem manchen lehrreichen Einblick gestatten.

2. Die Binnenwanderungen vor dem Kriege.

Das Bild, das ich auf den folgenden Seiten von den interprovinziellen Wanderungen der Kriegs- und Nachkriegszeit entwerfen will, wird aber erst dann ganz lebendig, wenn es die Vorkriegszeit als Hintergrund erhält. Natürlich können wir aber aus der Vorkriegszeit nur solche Zahlen gebrauchen, die mit denen der Kriegs- und Nachkriegszeit einigermaßen vergleichbar sind, d. h. die ebenfalls die Richtung der Wanderungsströme erkennen lassen. Wie gewinnen wir solche Zahlen? Ich habe schon vorhin erwähnt, daß vor dem Kriege bei der Volkszählung manchmal der Geburtsort ausgezählt wurde, und zwar ist das für den ganzen Staat in den Jahren 1871, 1880, 1890 und 1900 geschehen. Durch den Vergleich des Geburtsortes mit dem Aufenthaltsorte am Stichtage der Volkszählung läßt sich Größe und Richtung der Binnenwanderungen feststellen. Allerdings können auf diese Weise nur Annäherungswerte gewonnen werden; denn es werden einerseits die Personen nicht erfaßt, die über die Grenzen des preußischen Staates ausgewandert sind, andererseits nicht die Personen, die bis zum Stichtage der Volkszählung verstorben sind. Wie schon oben ausgeführt, verteilen sich die Wanderungen, die durch Ermittlung des Geburtsortes festgestellt werden, auf einen Zeitraum von etwa 70 Jahren; doch beeinflussen die einzelnen Jahre dieses Zeitraumes das Gesamtergebnis nicht gleichmäßig, sondern um so schwächer, je weiter das Jahr der Wanderung von dem Stichtage der Volkszählung entfernt ist. Das hängt damit zusammen, daß natürlich von den in früheren Jahren geborenen Personen ein größerer Prozentsatz verstorben ist als von den in späteren Jahren Geborenen.

Um nun die Wanderungen der verschiedenen Jahrzehnte wenigstens annähernd zu erhalten, habe ich folgendes Verfahren eingeschlagen. Da in dem Ergebnis von 1900 die Wanderungen der Jahrzehnte 1890 bis 1900, 1880 bis 1890, 1871 bis 1880 und der Zeit vor 1871 enthalten sind, in dem Ergebnis von 1890 dieselben Zeiträume mit Ausnahme des erstgenannten Jahrzehnts (1890 bis 1900), so kann man die Wanderungen des Jahrzehnts 1890 bis 1900 dadurch errechnen, daß man die Zahlen von 1890 von denen des Jahres 1900 subtrahiert. Ganz genau wird das Ergebnis allerdings deshalb nicht, weil hierbei die Verstorbenen nicht berücksichtigt werden. Wir wollen, um das klar zu machen, als Beispiel die Abwanderung von Ostpreußen nach dem Ruhrgebiet wählen. Von den Personen, die in dem Jahrzehnt 1880 bis 1890 aus Ostpreußen nach dem Ruhrgebiet gewandert sind, waren im Jahre 1890 natürlich noch mehr am Leben als im Jahre 1900. Wenn ich die Zahlen von 1890 von denen von 1900 abziehe, um den Zeitraum 1890 bis 1900 zu erhalten, so ziehe ich also streng genommen zu viel ab, weil ich alle im Jahre 1890 gezählten Personen im Jahre 1900 noch als lebend betrachte. Ich unterschätze also die Zuwanderung um die Zahl derjenigen Personen, die notwendig waren, um die durch den Tod gerissenen Lücken auszufüllen. Ich müßte eigentlich noch an der Hand der Absterbeordnung von den Zahlen von 1890 einen Abschlag machen, bevor ich die Subtraktion ausführe. Das habe ich zur Vermeidung der großen Rechenarbeiten unterlassen. Natürlich erhalte ich dann für das Jahrzehnt 1890 bis 1900 Zahlen, die hinter der Wirklichkeit etwas zurückbleiben. Diese Abweichung ist jedoch nur geringfügig, weil die Sterblichkeit in den für die Zuwanderung hauptsächlich in Betracht kommenden Altersjahren überhaupt sehr niedrig ist. So starben z. B. im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1880 von 1 000 männlichen Personen im Alter von 20 Jahren jährlich nur 7,5, was mithin bei einer Zuwanderung von 100 000 Personen in einem Jahrzehnt nur eine Unterschätzung von etwa 7 500 ausmacht. Der Fehler wird ferner dadurch abgeschwächt, daß ich für die Jahrzehnte 1880 bis 1890 und 1871 bis 1880, die nach derselben Methode errechnet worden sind, ebenfalls etwas zu niedrige Zahlen erhalte. Das Verhältnis der Zahlen zu einander bleibt also dasselbe, und da es bei einem Vergleich mehr hierauf als auf die absolute Größe der Zahlen ankommt, so wird die Vergleichbarkeit der Ergebnisse dadurch wenig berührt. Allerdings gilt dieser Satz streng genommen nur unter der Voraussetzung, daß der Abschlag in allen Zeiträumen gleichmäßig ist, was voraussetzt, daß die Sterblichkeit in der betrachteten Periode sich nicht erheblich geändert hat. Trifft diese Voraussetzung in unserem Falle zu? Wir haben eben gesehen, daß im Durchschnitt der Jahre 1871 bis 1880 die Sterbenswahrscheinlichkeit 7,5 ‰ betrug. Im Jahrzehnt 1901 bis 1910 war sie 5,0 ‰. Das läuft darauf hinaus, daß bei einer Zuwanderung von 100 000 Personen die Unterschätzung sich im Verlaufe von 30 Jahren von 7 500 Personen auf 5 000 Personen vermindert, also das Ergebnis sich um 2 500 Personen der Wirklichkeit mehr nähert. Es zeigt sich mithin, daß die Fehler so unbedeutend sind, daß sie unbedenklich vernachlässigt werden können.

Auch die Richtung der Wanderungen kann mit der von mir gewählten Methode nicht immer ganz genau festgestellt werden. Ermitteln wir z. B. im Jahre 1900 in Rheinland-Westfalen 210 000 Personen, die in Ost- und Westpreußen geboren sind, im Jahre 1890 nur 85 000 und ziehen wir daraus den Schluß, daß in den Jahren 1890 bis 1900 rund 125 000 Personen aus den beiden östlichen nach den beiden westlichen Provinzen abgewandert sind, so ist dieser Schluß insofern nicht ganz zutreffend, als sich darunter vielleicht einige Tausend Personen befinden, die zwar im Osten ge-

boren sind, aber 1890 in Berlin gewohnt haben, sodaß in dem Jahrzent 1890 bis 1900 also nicht eine Wanderung von Ost- und Westpreußen nach dem Ruhrgebiet, sondern von Berlin nach dem Ruhrgebiet vorliegt. Es wird also bei unserer Art der Berechnung die Tatsache außer acht gelassen, daß die Wanderung häufig in Etappen erfolgt. Aber abgesehen davon, daß die Mehrzahl der oben erwähnten 125 000 Personen doch 1890 noch in Ost- und Westpreußen gewohnt haben dürfte, ist dieser Fehler deshalb nicht so schlimm, weil es sich letzten Endes doch nicht um eine Zuwanderung aus Berlin, sondern tatsächlich um eine solche aus Ost- und Westpreußen handelt, bei der Berlin nur Zwischenstation ist; die Ungenauigkeit besteht eigentlich nur darin, daß ein Teil der Wanderungen aus dem Osten nach dem Ruhrgebiet aus dem Jahrzent 1880 bis 1890 nach dem Jahrzehnt 1890 bis 1900 verschoben wird. Aber diesem Mangel steht die Tatsache gegenüber, daß es eine bessere Methode, die Richtung der Wanderungen zu erfassen, als die von mir angewandte für die Jahre vor 1900 überhaupt nicht gibt. Will man daher für die ganze Vorkriegszeit auf die Feststellung des Ursprungs und des Zieles der verschiedenen Wanderströme nicht gänzlich verzichten, so muß man die erwähnten Unvollkommenheiten mit in Kauf nehmen. Tatsächlich dürften sie auch das Ergebnis nur wenig beeinträchtigen.

Ich gebe nun zunächst acht Tabellen, welche den Zeitraum vor 1871 und die drei Jahrzehnte 1871—1880, 1880—1890 und 1890—1900 darstellen und zwar für jeden dieser vier Zeiträume in der mit a) bezeichneten Übersicht die gesamte Zu- und Abwanderung und in der mit b) bezeichneten Übersicht den Gewinn und Verlust durch Wanderungen. In den Tabellen ergeben die Zahlen zeilenweise von links nach rechts gelesen in Übersicht a) die Zuwanderung, in Übersicht b) den Wandergewinn bezw. (—) Wanderverlust, spaltenweise von oben nach unten gelesen in Übersicht a) die Abwanderung.

1. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen vor dem Jahre 1871.

a) Zu- oder Abwanderung.

Ziel der Wanderungen	Herkunftsgebiet												
	I. Preußen (Ostpreußen u. Westpreußen)	II. Brandenburg einschl. Berlin	III. Pommern	IV. Posen	V. Schlesien	VI. Sachsen	VII. Schleswig-Holstein	VIII. Hannover	IX. Westfalen	X. Hessen-Nassau	XI. Rheinprovinz	XII. Hohenzollerische Lande	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Preußen (Ostpr. u. Westpr.)	—	11 633	30 542	22 015	5 812	3 272	455	734	798	226	1 036	1	76 524
II. Brandenburg einschl. Berlin	44 586	—	74 501	50 834	108 612	91 759	3 323	8 141	6 750	3 672	10 769	22	402 969
III. Pommern	22 172	29 971	—	9 772	4 363	3 776	406	855	662	270	824	3	73 074
IV. Posen	34 191	19 979	7 673	—	33 516	1 725	118	296	567	120	503	4	98 692
V. Schlesien	5 873	24 346	3 542	33 449	—	6 964	491	1 250	1 400	607	1 930	52	79 904
VI. Sachsen	4 118	29 321	4 246	4 238	11 000	—	833	11 761	2 906	3 782	3 833	59	76 097
VII. Schleswig-Holstein	2 450	3 262	3 168	871	2 257	4 283	—	10 258	1 129	1 083	1 484	11	30 256
VIII. Hannover	2 821	4 634	2 976	1 542	3 996	15 104	3 424	—	14 879	7 692	3 634	19	60 721
IX. Westfalen	1 630	2 931	1 213	1 007	4 499	6 832	422	11 955	—	28 249	50 047	37	108 822
X. Hessen-Nassau	1 191	2 282	869	553	2 023	5 503	505	5 727	4 688	—	13 037	57	36 435
XI. Rheinprovinz	3 699	6 143	2 430	1 535	6 561	9 895	724	5 808	82 855	31 316	—	740	151 706
XII. Hohenzollerische Lande	12	25	18	2	43	50	2	21	64	46	178	—	461
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz)	122 743	134 527	131 178	125 818	182 682	149 163	10 703	56 806	116 698	77 063	87 275	1 005	*) 1 195 661

*) Diese Zahl ist die Gesamtzahl der Personen, die in der Zeit vor 1871 aus einer Provinz in eine andere gewandert sind, soweit sie 1871 noch lebten. Diese Bemerkung gilt sinngemäß auch für die anderen Übersichten a), von ihrer jedesmaligen Wiederholung wird abgesehen.

Noch: 1. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen vor dem Jahre 1871.

b) Gewinn oder Verlust durch Wanderungen.

in nachstehendem Gebiete	Der Wandergewinn oder Wanderverlust (—) betrug: gegenüber nachstehendem Gebiete												
	I. Preußen (Ostpreußen u. Westpreußen)	II. Brandenburg einschl. Berlin	III. Pommern	IV. Posen	V. Schlesien	VI. Sachsen	VII. Schleswig-Holstein	VIII. Hannover	IX. Westfalen	X. Hessen-Nassau	XI. der Rheinprovinz	XII. den Hohenzollerischen Landen	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Preußen (Ostpr. u. Westpr.)	—	— 32 953	8 370	—12 176	— 61	— 846	— 1 995	—2 087	— 832	— 965	— 2 663	— 11	— 46 219
II. Brandenburg einschl. Berlin	32 953	—	44 530	30 855	84 266	62 438	61	3 507	3 819	1 390	4 626	— 3	268 442
III. Pommern	—8 370	— 44 530	—	2 099	821	— 470	— 2 762	—2 121	— 551	— 599	— 1 606	— 15	— 58 104
IV. Posen	12 176	— 30 855	—2 099	—	67	—2 513	— 753	—1 246	— 440	— 433	— 1 032	2	— 27 126
V. Schlesien	61	— 84 266	— 821	— 67	—	—4 036	— 1 766	—2 746	— 3 099	—1 416	— 4 631	9	—102 778
VI. Sachsen	846	— 62 438	470	2 513	4 036	—	— 3 450	—3 343	— 3 926	—1 721	— 6 062	9	— 73 066
VII. Schleswig-Holstein	1 995	— 61	2 762	753	1 766	3 450	—	6 834	707	578	760	9	19 553
VIII. Hannover	2 087	— 3 507	2 121	1 246	2 746	3 343	— 6 834	—	2 924	1 965	— 2 174	— 2	3 915
IX. Westfalen	832	— 3 819	551	440	3 099	3 926	— 707	—2 924	—	23 561	—32 808	— 27	— 7 876
X. Hessen-Nassau	965	— 1 390	599	433	1 416	1 721	— 578	—1 965	—23 561	—	—18 279	11	— 40 628
XI. der Rheinprovinz	2 663	— 4 626	1 606	1 032	4 631	6 062	— 760	2 174	32 808	18 279	—	562	64 431
XII. den Hohenzollerisch. Landen	11	3	15	— 2	— 9	— 9	— 9	2	27	— 11	— 562	—	— 544

2. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen in der Zeit von 1871 bis 1880.

a) Zu- oder Abwanderung.

Ziel der Wanderungen	Herkunftsgebiet: I. Preußen (Ostpreußen u. Westpreußen)	II. Brandenburg einschl. Berlin	III. Pommern	IV. Posen	V. Schlesien	VI. Sachsen	VII. Schleswig-Holstein	VIII. Hannover	IX. Westfalen	X. Hessen-Nassau	XI. Rheinprovinz	XII. Hohenzollerische Lande	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Preußen (Ostpr. u. Westpr.)	—	912	— 618	2 066	1 268	244	427	224	240	251	256	5	5 275
II. Brandenburg einschl. Berlin	41 618	—	30 734	29 138	30 446	12 487	1 300	2 990	1 463	1 563	1 666	161	153 566
III. Pommern	8 026	4 759	—	1 341	1 434	421	271	176	167	180	80	4	16 859
IV. Posen	4 187	1 223	843	—	1 864	537	106	123	— 45	86	58	3	8 985
V. Schlesien	1 155	5 075	820	7 415	—	1 317	178	230	134	211	326	7	16 868
VI. Sachsen	3 482	8 828	1 387	6 649	5 592	—	461	1 942	713	1 975	345	3	31 377
VII. Schleswig-Holstein	2 985	2 197	2 400	960	1 681	906	—	3 292	377	206	39	4	15 047
VIII. Hannover	2 558	3 328	1 752	1 510	1 534	8 726	2 242	—	4 548	3 574	1 433	19	31 224
IX. Westfalen	10 046	1 315	873	3 218	5 706	1 875	345	4 616	—	3 476	16 755	37	48 262
X. Hessen-Nassau	1 281	1 790	823	546	1 194	3 601	259	1 690	2 251	—	5 098	122	18 655
XI. Rheinprovinz	11 002	2 848	1 504	1 709	3 707	3 365	538	2 238	15 682	5 819	—	— 252	48 160
XII. Hohenzollerische Lande	23	29	— 2	6	3	6	1	— 6	— 7	— 20	— 14	—	19
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz)	**86 363**	**32 304**	**40 516**	**54 558**	**54 429**	**33 485**	**6 128**	**17 515**	**25 523**	**17 321**	**26 042**	**113**	**394 297**

Noch: 2. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen innerhalb des Zeitraumes von 1871 bis 1880.

b) Gewinn oder Verlust durch Wanderungen.

in nachstehendem Gebiete	Der Wandergewinn oder Wanderverlust von 1871 bis 1880 betrug: gegenüber nachstehendem Gebiete: I. Preußen (Ostpreußen u. Westpreußen)	II. Brandenburg einschl. Berlin	III. Pommern	IV. Posen	V. Schlesien	VI. Sachsen	VII. Schleswig-Holstein	VIII. Hannover	IX. Westfalen	X. Hessen-Nassau	XI. der Rheinprovinz	XII. den Hohenzollerischen Landen	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Preußen (Ostpr. u. Westpr.)	—	— 40 706	— 8 644	— 2 121	113	— 3 238	— 2 558	— 2 334	— 9 806	— 1 030	— 10 746	— 18	— 81 088
II. Brandenburg einschl. Berlin	40 706	—	25 975	27 915	25 371	3 659	— 897	— 338	148	— 227	— 1 182	132	121 262
III. Pommern	8 644	— 25 975	—	498	614	— 966	— 2 129	— 1 576	— 706	— 643	— 1 424	6	— 23 657
IV. Posen	2 121	— 27 915	— 498	—	— 5 551	— 6 112	— 854	— 1 387	— 3 263	— 460	— 1 651	— 3	— 45 573
V. Schlesien	— 113	— 25 371	— 614	5 551	—	— 4 275	— 1 503	— 1 304	— 5 572	— 983	— 3 381	4	— 37 561
VI. Sachsen	3 238	— 3 659	966	6 112	4 275	—	— 445	— 6 784	— 1 162	— 1 626	— 3 020	— 3	— 2 108
VII. Schleswig-Holstein	2 558	897	2 129	854	1 503	445	—	1 050	32	— 53	— 499	3	8 919
VIII. Hannover	2 334	338	1 576	1 387	1 304	6 784	— 1 050	—	— 68	1 884	— 805	25	13 709
IX. Westfalen	9 806	— 148	706	3 263	5 572	1 162	— 32	68	—	1 225	1 073	44	22 739
X. Hessen-Nassau	1 030	227	643	460	983	1 626	53	— 1 884	— 1 225	—	— 721	142	1 334
XI. der Rheinprovinz	10 746	1 182	1 424	1 651	3 381	3 020	499	805	— 1 073	721	—	— 238	22 118
XII. den Hohenzollerisch. Landen	18	— 132	— 6	3	— 4	3	— 3	— 25	— 44	— 142	238	—	— 94

3. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen in der Zeit von 1880 bis 1890.

a) Zu- oder Abwanderung.

Ziel der Wanderungen	Herkunftsgebiet: I. Ostpreußen	II. Westpreußen	III. Brandenburg einschl. Berlin	IV. Pommern	V. Posen	VI. Schlesien	VII. Sachsen	VIII. Schleswig-Holstein	IX. Hannover	X. Westfalen	XI. Hessen-Nassau	XII. Rheinprovinz	XIII. Hohenzollerische Lande	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Ostpreußen	—	2 529	2 781	683	1 263	2 558	565	249	286	374	103	363	— 1	11 753
II. Westpreußen	11 377	—	2 828	1 513	6 174	2 270	1 025	231	445	359	177	457	9	26 865
III. Brandenburg einschl. Berlin	62 462	41 291	—	55 962	52 085	62 785	29 667	3 242	5 655	3 801	4 322	7 487	19	328 778
IV. Pommern	2 807	3 693	3 966	—	1 307	1 127	492	395	286	116	174	304	8	14 675
V. Posen	2 433	4 400	3 883	2 899	—	4 448	2 075	1 225	995	824	458	550	3	24 193
VI. Schlesien	1 284	1 114	4 406	1 421	8 383	—	1 866	364	589	673	442	779	— 15	21 306
VII. Sachsen	5 573	6 130	9 129	3 706	18 769	19 635	—	812	4 347	1 578	3 090	2 152	3	74 924
VIII. Schleswig-Holstein	13 019	3 325	4 557	4 312	4 751	3 018	3 518	—	5 568	1 215	937	1 287	12	45 519
IX. Hannover	9 812	2 425	3 208	1 557	6 003	3 791	11 032	2 447	—	4 995	4 728	2 870	6	52 874
X. Westfalen	30 353	9 164	1 502	940	9 650	11 394	3 172	585	8 445	—	10 728	20 477	39	106 449
XI. Hessen-Nassau	844	474	1 450	575	838	1 710	3 169	337	2 857	2 935	—	6 984	133	22 306
XII. Rheinprovinz	18 300	5 267	2 995	1 449	4 318	6 192	3 318	854	4 905	34 787	15 046	—	218	97 649
XIII. Hohenzollerische Lande	— 6	— 3	— 4	— 6	17	6	8	—	14	— 8	46	66	—	130
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz)	158 258	79 809	40 701	75 011	113 558	118 934	59 907	10 741	34 392	51 649	40 251	43 776	434	827 421

Noch: 3. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen innerhalb des Zeitraumes von 1880 bis 1890.

b) Gewinn oder Verlust durch Wanderungen.

Der Wandergewinn oder Wanderverlust von 1880 bis 1890 betrug: in nachstehendem Gebiete	gegenüber nachstehendem Gebiete: I. Ostpreußen	II. Westpreußen	III. Brandenburg einschl. Berlin	IV. Pommern	V. Posen	VI. Schlesien	VII. Sachsen	VIII. Schleswig-Holstein	IX. Hannover	X. Westfalen	XI. Hessen-Nassau	XII. der Rheinprovinz	XIII. den Hohenzollerischen Landen	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
I. Ostpreußen	—	—8 848	— 59 681	—2 124	—1 170	1 274	— 5 008	—12 770	— 9 526	—29 979	— 741	—17 937	5	— 146 505
II. Westpreußen	8 848	—	— 38 463	—2 180	1 774	1 156	— 5 105	— 3 094	— 1 980	— 8 805	— 297	— 4 810	12	— 52 944
III. Brandenburg einschl. Berlin	59 681	38 463	—	51 996	48 202	58 379	20 538	— 1 315	2 447	2 299	2 872	4 492	23	288 077
IV. Pommern	2 124	2 180	— 51 996	—	—1 592	— 294	— 3 214	— 3 917	— 1 271	— 824	— 401	— 1 145	14	— 60 336
V. Posen	1 170	—1 774	— 48 202	1 592	—	—3 935	—16 694	— 3 526	— 5 008	— 8 826	— 380	— 3 768	— 14	— 89 365
VI. Schlesien	—1 274	—1 156	— 58 379	294	3 935	—	—17 769	— 2 654	— 3 202	—10 721	—1 268	— 5 413	— 21	— 97 628
VII. Sachsen	5 008	5 105	— 20 538	3 214	16 694	17 769	—	— 2 706	— 6 685	— 1 594	— 79	— 1 166	— 5	15 017
VIII. Schleswig-Holstein	12 770	3 094	1 315	3 917	3 526	2 654	2 706	—	3 121	630	600	433	12	34 778
IX. Hannover	9 526	1 980	— 2 447	1 271	5 008	3 202	6 685	— 3 121	—	— 3 450	1 871	— 2 035	— 8	18 482
X. Westfalen	29 979	8 805	— 2 299	824	8 826	10 721	1 594	— 630	3 450	—	7 793	—14 310	47	54 800
XI. Hessen-Nassau	741	297	— 2 872	401	380	1 268	79	— 600	— 1 871	— 7 793	—	— 8 062	87	— 17 945
XII. der Rheinprovinz	17 937	4 810	— 4 492	1 145	3 768	5 413	1 166	— 433	2 035	14 310	8 062	—	152	53 873
XIII. den Hohenzollerisch. Landen	— 5	— 12	— 23	— 14	14	21	5	— 12	8	— 47	— 87	— 152	—	— 304

4. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen in der Zeit von 1890 bis 1900.

a) Zu- oder Abwanderung.

Ziel der Wanderungen	Herkunftsgebiet: I. Ostpreußen	II. Westpreußen	III. Stadt Berlin	IV. Brandenburg	V. Pommern	VI. Posen	VII. Schlesien	VIII. Sachsen	IX. Schleswig-Holstein	X. Hannover	XI. Westfalen	XII. Hessen-Nassau	XIII. Rheinprovinz	XIV. Hohenzollerische Lande	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
I. Ostpreußen	—	2 296	2 184	2 822	1 022	1 810	— 388	819	883	1 068	2 362	238	786	9	15 911
II. Westpreußen	11 123	—	1 134	898	737	3 708	— 314	2 396	559	724	3 416	237	832	— 2	25 448
III. Stadt Berlin	20 556	14 730	—	47 097	16 843	18 490	14 447	2 739	1 749	2 515	1 143	1 575	2 445	50	144 379
IV. Brandenburg	26 212	22 386	99 433	—	37 326	30 303	37 486	26 252	3 753	6 161	3 721	3 301	6 740	43	303 117
V. Pommern	3 355	6 056	2 423	8 252	—	3 661	2 005	1 474	795	787	328	274	520	7	29 937
VI. Posen	1 387	8 736	570	704	1 347	—	964	2 916	685	1 782	3 565	198	754	6	23 614
VII. Schlesien	1 995	2 541	2 727	8 567	1 778	9 887	—	2 729	700	1 504	1 278	619	1 392	10	35 727
VIII. Sachsen	2 609	2 464	2 077	5 540	2 234	4 974	5 761	—	1 206	3 946	755	816	1 251	9	33 642
IX. Schleswig-Holstein	7 016	2 553	1 097	2 520	3 788	1 482	2 024	2 768	—	5 911	1 262	595	1 362	1	32 379
X. Hannover	7 279	3 005	1 624	3 690	2 994	7 501	4 957	15 419	4 698	—	5 885	4 940	3 886	15	65 893
XI. Westfalen	65 620	19 263	1 659	3 894	3 038	43 472	21 487	11 597	1 939	16 546	—	14 623	34 974	1	238 113
XII. Hessen-Nassau	1 229	1 087	1 214	1 832	918	1 588	2 614	6 519	872	3 866	4 023	—	10 903	141	36 806
XIII. Rheinprovinz	35 938	12 531	2 670	5 700	3 517	20 707	13 045	11 957	2 889	11 232	50 043	19 459	—	306	189 994
XIV. Hohenzoll. Lande	—	4	—	16	10	— 1	—	7	5	10	16	12	31	—	110
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz)	**184 319**	**97 652**	**118 812**	**91 532**	**75 552**	**147582**	**104 088**	**87 592**	**20 733**	**56 052**	**77 797**	**46 887**	**65 876**	**596**	**1 175 070**

Noch: 4. Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen innerhalb des Zeitraumes von 1890 bis 1900.

b) Gewinn oder Verlust durch Wanderungen.

Der Wandergewinn oder Wanderverlust von 1890 bis 1900 betrug: in nachstehendem Gebiete	gegenüber nachstehendem Gebiete: I. Ostpreußen	II. Westpreußen	III. Stadt Berlin	IV. Brandenburg	V. Pommern	VI. Posen	VII. Schlesien	VIII. Sachsen	IX. Schleswig-Holstein	X. Hannover	XI. Westfalen	XII. Hessen-Nassau	XIII. der Rheinprovinz	XIV. den Hohenzollerischen Landen	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
I. Ostpreußen	—	—8827	—18 372	— 23 390	—2 333	423	—2 383	—1 790	— 6 133	—6 211	— 63 258	— 991	— 35 152	9	—168 408
II. Westpreußen	8 827	—	—13 596	— 21 488	—5 319	—5028	—2 855	— 68	— 1 994	—2 281	— 15 847	— 850	— 11 699	— 6	— 72 204
III. Stadt Berlin	18 372	13 596	—	— 52 336	14 420	17 920	11 720	662	652	891	— 516	361	— 225	50	25 567
IV. Brandenburg	23 390	21 488	52 336	—	29 074	29 599	28 919	20 712	1 233	2 471	— 173	1 469	1 040	27	211 585
V. Pommern	2 333	5 319	—14 420	— 29 074	—	2 314	227	— 760	— 2 993	—2 207	— 2 710	— 644	— 2 997	— 3	— 45 615
VI. Posen	— 423	5 028	—17 920	— 29 599	—2 314	—	—8 923	—2 058	— 797	—5 719	— 39 907	—1 390	— 19 953	7	—123 968
VII. Schlesien	2 383	2 855	—11 720	— 28 919	— 227	8 923	—	—3 032	— 1 324	—3 453	— 20 209	—1 995	— 11 653	10	— 68 361
VIII. Sachsen	1 790	68	— 662	— 20 712	760	2 058	3 032	—	— 1 562	—11473	— 10 842	—5 703	— 10 706	2	— 53 950
IX. Schleswig-Holstein	6 133	1 994	— 652	— 1 233	2 993	797	1 324	1 562	—	1 213	— 677	— 277	— 1 527	— 4	11 646
X. Hannover	6 211	2 281	— 891	— 2 471	2 207	5 719	3 453	11 473	— 1 213	—	— 10 661	1 074	— 7 346	5	9 841
XI. Westfalen	63 258	15 847	516	173	2 710	39 907	20 209	10 842	677	10 661	—	10 600	— 15 069	— 15	160 316
XII. Hessen-Nassau	991	850	— 361	— 1 469	644	1 390	1 995	5 703	277	—1 074	— 10 600	—	— 8 556	129	— 10 081
XIII. der Rheinprovinz	35 152	11 699	225	— 1 040	2 997	19 953	11 653	10 706	1 527	7 346	15 069	8 556	—	275	124 118
XIV. den Hohenz. Landen	— 9	6	— 50	— 27	3	— 7	— 10	— 2	4	— 5	15	— 129	— 275	—	— 486

Um die vier Zeiträume leichter miteinander vergleichen zu können, wollen wir die Tatsache, daß die Provinz Preußen später in Ost- und Westpreußen geteilt wurde und daß Berlin aus der Provinz Brandenburg ausgeschieden ist, unberücksichtigt lassen.

Der Zuwanderung nach haben Brandenburg-Berlin, die Rheinprovinz und Westfalen in allen vier Zeiträumen an der Spitze der preußischen Provinzen gestanden, nur hat Westfalen seit der Reichsgründung die Rheinprovinz von der zweiten auf die dritte Stelle zurückgedrängt. Bei den übrigen acht Provinzen (wenn wir von Hohenzollern absehen) haben sich erhebliche Verschiebungen in der Rangordnung ergeben. So zeigt z. B. ein Vergleich der ersten mit der letzten Periode, daß Posen 7, Sachsen 4 Plätze zurückgeglitten ist, ferner daß Schlesien und Pommern je einen Platz verloren haben, während Hannover und Hessen-Nassau je 5 Plätze emporgerückt sind, Schleswig-Holstein 3 Plätze gewonnen hat. In der Abwanderung ist Preußen 5, Posen 3 Stellen aufgestiegen, ferner haben Westfalen und Hannover je 1 Stelle gewonnen, dagegen sind Schlesien, Sachsen und Pommern je 3 Stellen zurückgetreten, Hessen-Nassau ist einen Platz heruntergerückt.

Ein klareres Bild ergibt sich, wenn wir die Zu- und Abwanderung miteinander vergleichen, also den Wanderverlust und Wandergewinn ermitteln.

	Zahl der Provinzen mit	
	Wanderverlust	Wandergewinn
vor 1871 . . .	8	4
1871—1880 . . .	6	6
1880—1890 . . .	6	6
1890—1900 . . .	7	5

Fünf Provinzen hatten in allen vier Zeiträumen einen Wanderverlust, nämlich Preußen, Posen, Pommern, Schlesien und Hohenzollern. Andererseits hatten vier Provinzen ständig einen Wandergewinn, nämlich Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hannover und die Rheinprovinz. Bezeichnend für die Änderung der wirtschaftlichen Struktur des Preußischen Staates ist die Tatsache, daß Westfalen vor 1871 ein Abwanderungsgebiet war und erst seit der Reichsgründung, seitdem allerdings ständig, einen Wandergewinn hat. Sachsen und Hessen-Nassau waren in drei Zeiträumen Abwanderungsgebiet; Sachsen, das vor 1871 sogar den zweitgrößten Wanderverlust unter allen preußischen Provinzen aufwies, hatte nur 1880—1890, Hessen-Nassau nur 1871—1880 einen Wandergewinn. Auch hier haben sich in der Rangordnung der Gebiete wichtige Änderungen vollzogen. Vor 1871 stand Schlesien bei weitem an der Spitze aller Abwanderungsgebiete, es sinkt 1871—1880 an die dritte Stelle hinter Preußen und Posen zurück, erreicht 1880—1890 vorübergehend wieder die zweite Stelle, indem es Posen überholt, rückt jedoch 1890—1900 endgiltig hinter Posen an die dritte Stelle. Seit der Reichsgründung hat also Preußen, das vor 1871 an vierter Stelle stand, den zweifelhaften Vorzug, die Reihe der Abwanderungsgebiete anzuführen; ihm rückt Posen nach, das, vor 1871 noch an sechster Stelle stehend, schließlich endgiltig Schlesien von der zweiten Stelle verdrängt. Pommern tritt im Laufe der Jahrzehnte in der Reihe der Abwanderungsgebiete von der dritten zur vierten und endlich zur fünften Stelle zurück. Unter den Zuwanderungsgebieten behauptet Brandenburg ständig den ersten Rang. An zweiter Stelle steht vor 1871 die Rheinprovinz, die aber seit der Reichsgründung durch Westfalen endgiltig vom zweiten auf den dritten Platz zurückgedrängt wird.

Lehrreich ist es auch, festzustellen, wieviel Prozent von der Abwanderung in den Provinzen mit Wanderverlust die Zuwanderung ausmacht, wieviel Prozent von der Zuwanderung in den Provinzen mit Wandergewinn die Abwanderung. Vergleichen wir daraufhin die erste mit der letzten Periode, so erhalten wir für die Abwanderungsgebiete folgende Zahlen:

Schlesien	43,74	und	34,32 %
Pommern	55,71	„	39,62 %
Posen	78,44	„	16,00 %
Preußen	62,34	„	14,67 %
Hohenzollern	45,87	„	18,46 %.

Für die Zuwanderungsgebiete erhalten wir nachfolgendes Ergebnis:

Brandenburg-Berlin	33,38	und	47,00 %
Rheinprovinz	57,58	„	34,67 %
Hannover	93,55	„	85,07 %
Schleswig-Holstein	35,37	„	64,03 %.

Die Zahlen beweisen, daß sich der Charakter der Abwanderungsgebiete vor dem Kriege immer schärfer ausgeprägt hat, besonders gilt das für Posen und Preußen. Bei den Zuwanderungsgebieten ist das Entsprechende für die Rheinprovinz und Hannover festzustellen, dagegen ist in Berlin-Brandenburg und Schleswig-Holstein der Anteil der Abwanderung an der Zuwanderung gewachsen.

Wir wollen nunmehr die einzelnen Provinzen etwas näher betrachten und beginnen mit Preußen. Wie sehr der Wanderverlust dieses Gebietes in den unserer Darstellung zu Grunde liegenden vier Zeiträumen gestiegen ist, zeigen folgende Zahlen: —46 219, —81 088, —199 449, —240 612. Vor 1871 entfielen fast drei Viertel des Wanderverlustes auf den Bevölkerungsaustausch mit Brandenburg-Berlin, mehr als ein Viertel auf den mit Posen. Unbedeutend war die Abwanderung nach dem Rheinland, Hannover und Schleswig-Holstein. Aus Pommern wanderten sogar mehr als 8 000 Personen nach Preußen ein. Wie einschneidend sich die Verhältnisse in den nächsten dreißig Jahren geändert haben, lehrt folgende Übersicht:

Der Wanderverlust Preußens betrug gegenüber

	Berlin-Brandenburg	Rheinland-Westfalen
vor 1871	32 953	3 495
1871—1880	40 706	20 552
1880—1890	98 144	61 531
1890—1900	76 846	125 956

Aus vorstehenden Zahlen ergibt sich, wie sehr im Laufe der Jahrzehnte Rheinland-Westfalen als Ziel für die preußischen Abwanderer Berlin-Brandenburg zurückgedrängt hat. Die Abwanderung nach dem westlichen Industriegebiet stieg nach und nach von etwa einem Zehntel auf die Hälfte, dann auf zwei Drittel und schließlich auf fast das Doppelte der Abwanderung nach der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung. Innerhalb Preußens selbst ergießt sich ein Wanderstrom von Ostpreußen nach Westpreußen.

Der Wanderverlust Posens betrug ständig etwa die Hälfte desjenigen von Preußen; seine Zunahme ist aus folgenden Zahlen ersichtlich: — 27 126, — 45 573, — 89 365, — 123 968. Auch hier zeigt sich zwischen Berlin-Brandenburg und Rheinland-Westfalen als Wanderziel im Laufe der dreißig Jahre von 1871—1900 eine ähnliche Verschiebung wie in Preußen:

Der Wanderverlust Posens betrug gegenüber

	Berlin-Brandenburg	Rheinland-Westfalen
vor 1871	30 855	1 472
1871—1880	27 915	4 914
1880—1890	48 202	12 594
1890—1900	47 519	59 860

Mit Ausnahme der Periode 1880—1890 erfreute sich Posen einer Zuwanderung aus Preußen; in dem Jahrzehnt 1890—1900 stammten die Zuwanderer aus Westpreußen.



Im Gegensatz zu den Abwanderungsgebieten Preußen und Posen zeigte Pommern keine Tendenz zur Steigerung des Wanderverlustes, was aus folgenden Zahlen hervorgeht: — 58 104, — 23 657, — 60 336, — 45 615. Wichtigstes Wanderziel für die Pommern war immer Berlin-Brandenburg, während der Westen nur eine unbedeutende Rolle spielte. Die Abwanderung nach Preußen vor 1871 machte bald einer Zuwanderung aus Preußen nach Pommern Platz.

Ebenso wie bei Pommern können wir auch bei Schlesien keine Steigerung des Wanderverlustes feststellen, eher eine Neigung zur Abnahme, mindestens seit 1890. Die genauen Zahlen sind folgende: — 102 778, — 37 561, — 97 628, — 68 361. Gerade in Schlesien weisen aber die verschiedenen Teile der Provinz sehr große Abweichungen von einander auf, die jedoch im Rahmen dieses Aufsatzes nicht berücksichtigt werden können. Es muß hier auf die geplante größere Veröffentlichung verwiesen werden.

Auch bei Schlesien zeigt sich eine ähnliche Entwicklung wie bei Preußen und Posen, nämlich eine langsame Zurückdrängung Berlin-Brandenburgs als Wanderziel durch Rheinland-Westfalen, besonders seit 1890; doch hat die Reichshauptstadt bis 1900 für die schlesischen Abwanderer immer eine viel größere Bedeutung behalten als für die preußischen und posenschen. Das zeigen folgende Zahlen:

Wanderverlust Schlesiens gegenüber

	Berlin-Brandenburg	Rheinland-Westfalen
vor 1871	84 266	7 730
1871—1880	25 371	8 953
1880—1890	58 379	16 134
1890—1900	40 639	31 862

Eine Zuwanderung zeigte sich seit 1871 aus Posen und seit 1890 auch aus Preußen.

In Berlin-Brandenburg begegnen wir nunmehr dem ersten großen Zuwanderungsgebiete des preußischen Staates. Der Wandergewinn betrug vor 1871 268 442 Personen, 1871 — 1880 121 262, 1880 — 1890 288 077 und 1890 — 1900 237 152. Es zeigte sich also bis 1890 ein starkes Wachstum, seitdem eine Abnahme der Zuwanderung. Über die Gebiete, aus denen die Zuwanderung stammte, unterrichtet folgende Tabelle:

Wandergewinn Berlin-Brandenburgs gegenüber

	Preußen	Posen	Pommern	Schlesien	Sachsen
vor 1871	32 953	30 855	44 530	84 266	62 438
1871—1880	40 706	27 915	25 175	25 371	3 659
1880—1890	97 144	48 202	51 996	58 379	20 538
1890—1900	76 846	47 519	43 519	40 639	21 374

Die Übersicht zeigt, daß im Laufe der Jahrzehnte die Zuwanderung aus Preußen die aus Posen, Pommern und vor allem die aus Schlesien zurückgedrängt hat; die Zuwanderung aus Sachsen läßt auffallend große Schwankungen erkennen.

Diese Schwankungen weist Sachsen nicht nur gegenüber Berlin-Brandenburg, sondern auch im ganzen auf. Wie schon erwähnt, hatte Sachsen in drei Perioden einen Wanderverlust, in einer Periode einen Wandergewinn; das Gepräge des Abwanderungsgebietes überwiegt also. Im einzelnen lauten die Zahlen: vor 1871 — 73 066, 1871 — 1880 — 2 108, 1880 — 1890 + 15 017, 1890 — 1900 — 53 950. Das Ziel der Abwanderung ergibt sich aus folgender Übersicht:

Wanderverlust Sachsens gegenüber

	Berlin-Brandenburg	Rheinland-Westfalen	Hannover
vor 1871	62 438	9 988	3 343
1871—1880	3 659	4 182	6 784
1880—1890	20 538	2 760	6 685
1890—1900	21 374	21 548	11 473

Die Zahlen lassen erkennen, wie sehr namentlich seit 1890 die Anziehungskraft von Rheinland-Westfalen gegenüber der von Berlin gewachsen ist, also ganz dieselbe Feststellung, die wir schon bei Preußen, Posen und Schlesien machen konnten. Die Zuwanderer kamen hauptsächlich aus Schlesien, Posen und Preußen.

Im Gegensatz zu Sachsen ist Schleswig-Holstein ein Zuwanderungsgebiet, wenn auch nur in geringem Maße; der Wandergewinn betrug in den einzelnen Zeiträumen: vor 1871 + 19 553, 1871 — 1880 + 8 919, 1880 — 1890 + 34 778, 1890 — 1900 + 11 646. Die Herkunft der Wanderer zeigt nachstehende Tabelle:

Wandergewinn Schleswig-Holsteins gegenüber

	Hannover	Preußen	Pommern
vor 1871	6 834	1 995	2 762
1871—1880	1 050	2 558	2 129
1880—1890	3 121	15 864	3 917
1890—1900	1 213	8 127	2 993

Wir sehen, wie sehr als Heimat der Zuwanderer Preußen im Laufe der Jahrzehnte gegenüber Pommern und noch mehr gegenüber Hannover in den Vordergrund getreten ist. Eine Abwanderung machte sich in größerem Umfange erst im letzten Jahrzehnt des betrachteten Zeitraumes bemerkbar, sie ging nach dem Rheinland, Brandenburg, Westfalen, Berlin und Hessen-Nassau.

Noch geringer als in Schleswig-Holstein ist das Übergewicht der Zuwanderung in Hannover. Der Wandergewinn betrug vor 1871 3 915, 1871 — 1880 13 709, 1880 — 1890 18 482, 1890 — 1900 9 841. Da Hannover als Ausgangspunkt der Wanderung fast ebenso sehr in Betracht kommt wie als Ziel, so gebe ich für diese Provinz zwei kleine Tabellen, je eine für den Wandergewinn und Wanderverlust.

Wandergewinn Hannovers gegenüber

	Sachsen	Preußen	Posen	Schlesien	Pommern
vor 1871	3 343	2 087	1 246	2 746	2 121
1871—1880	6 784	2 334	1 387	1 304	1 576
1880—1890	6 685	11 506	5 008	3 202	1 271
1890—1900	11 473	8 492	5 719	3 453	2 207

Wir sehen, daß im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts die Zuwanderung aus Sachsen nach Hannover besonders stark zugenommen hat, während der Wanderstrom aus Preußen, der in den 80 er Jahren stark angeschwollen war, später etwas abebbte. Eine stetige Steigerung zeigt der Zufluß aus Posen und seit 1871 der aus Schlesien, Schwankungen der aus Pommern.

Wanderverlust Hannovers gegenüber

	Westfalen	Rheinprovinz	Berlin-Brandenburg	Schleswig-Holstein
vor 1871	Wandergewinn von 2 924	2 174	3 507	6 834
1871—1880	68	805	338	1 050
1880—1890	3 450	2 035	2 447	3 121
1890—1900	10 661	7 346	3 362	1 213

Nach vorstehender Tabelle ist die Abwanderung von Hannover nach Westfalen und dem Rheinland seit 1871 stark gewachsen, nach ersterer Provinz besonders in den 80 er, nach letzterer besonders in den 90 er Jahren, und hat die Abwanderung nach Berlin-Brandenburg bedeutend überflügelt. Der Wanderverlust gegenüber Schleswig-Holstein läßt keine deutliche Entwicklungstendenz erkennen.

Hessen-Nassau ist von den westlichen Provinzen Preußens (wenn wir von dem kleinen Hohenzollern absehen) die einzige mit Wanderverlust. Nur das Jahrzehnt 1871 — 1880 brachte einen Wandergewinn von 1 334 Personen, die übrigen drei



Zeiträume ergaben Wanderverluste von 40 628, 17 945 und 10 081. Die Abwanderung richtete sich hauptsächlich nach Westfalen und dem Rheinland, wie folgende Tabelle zeigt:

Wanderverlust Hessen-Nassaus gegenüber

	Westfalen	dem Rheinland
vor 1871	23 561	18 279
1871—1880	1 225	721
1880—1890	7 793	8 062
1890—1900	10 600	8 556

Der Hauptteil der Zuwanderung stammte aus Sachsen, es waren in den vier Zeiträumen 1 721, 1626, 79 und 5 703 Personen.

Wir kommen nunmehr zu den beiden Provinzen, die nächst Berlin-Brandenburg die Hauptmasse der Abwanderer aus dem übrigen Staatsgebiete an sich gezogen haben, nämlich Westfalen und dem Rheinlande. Wie schon vorhin erwähnt, ist Westfalen erst seit der Reichsgründung Zuwanderungsgebiet, hat aber im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts als solches das Rheinland überflügelt. Vor 1871 hatte Westfalen einen Wanderverlust von 7 876 Personen, in den drei folgenden Zeiträumem Wandergewinne von 22 739, 54 800 und 160 316.

Wandergewinn Westfalens gegenüber

	Preußen	Schlesien	Posen	Hessen-Nassau
vor 1871 . .	832	3 099	440	23 561
1871—1880 . .	9 806	5 572	3 263	1 225
1880—1890 . .	38 784	10 721	8 826	7 793
1890—1900 . .	79 105	20 209	39 907	10 600

Die Zuwanderung stammte hauptsächlich aus den östlichsten Provinzen des preußischen Staats und aus dem benachbarten Hessen-Nassau. Dabei ist der Zustrom aus Preußen und Posen in den letzten 20 Jahren des 19. Jahrhunderts stärker angeschwollen als der aus Schlesien. Hessen-Nassau hatte vor der Reichsgründung an der Zuwanderung nach Westfalen anscheinend einen viel größeren Anteil als in den späteren Jahrzehnten.

Wanderverlust Westfalens gegenüber

	Berlin-Brandenburg	der Rheinprovinz
vor 1871	3 819	32 808
1871—1880	148	Wandergewinn von 1 073
1880—1890	2 299	14 310
1890—1900	Wandergewinn von 689	15 069

Die Abwanderung richtete sich hauptsächlich nach der Rheinprovinz, nur in verhältnismäßig geringem Umfange nach der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung.

Die Rheinprovinz war nach Berlin-Brandenburg und Westfalen das drittgrößte Zuwanderungsgebiet des Preußischen Staates; im Unterschied von Westfalen hatte sie schon vor der Reichsgründung einen erheblichen Wandergewinnn, dagegen blieb im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts ihre Zuwanderung hinter der Westfalens zurück. Der Wandergewinn betrug vor 1871 64 431, 1871—1880 22 118, 1880—1890 53 873, 1890—1900 124 118.

Wandergewinn der Rheinprovinz gegenüber

	Westfalen	Hessen-Nassau	Preußen	Posen	Schlesien	Sachsen
vor 1871	32 808	18 279	2 663	1 032	4 631	6 062
1871—1880	Wanderverlust von 1 073	721	10 746	1 651	3 381	3 020
1880—1890	14 310	8 062	22 747	3 768	5 413	1 166
1890—1900	15 069	8 556	46 851	19 953	11 653	10 706

Was die Herkunft der Zuwanderer anbetrifft, so haben im Vergleich mit der Zeit vor der Reichsgründung in den nachfolgenden dreißig Jahren die Nachbarprovinzen Rheinlands, Westfalen und Hessen-Nassau, an Bedeutung gegenüber den östlichen Gebieten des Preußischen Staates erheblich verloren. Mehr als die Hälfte des Wandergewinns stammte in den Jahren 1890—1900 aus den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Posen. Einen Wanderverlust erlitt das Rheinland in größerem Umfange nur gegenüber Berlin-Brandenburg.

Aus vorstehenden Untersuchungen ergibt sich bereits, daß die Binnenwanderungen in Preußen vor der Reichsgründung nach Bedeutung der Zu- und Abwanderungsgebiete, Herkunft und Ziel der Wanderer, Richtung und Stärke der Wanderströme offenbar von der Zeit nach 1871 erhebliche Unterschiede aufwiesen. Das werden die späteren Veröffentlichungen über die Zeit 1819 bis 1871 noch deutlicher zeigen. Bis sie vorliegen, muß auf die Arbeit des Kaiserlichen Statistischen Amts über die Volkszahl der Deutschen Staaten nach den Zählungen seit 1816 (Berlin 1879), S. 42/43, verwiesen werden. Diese Arbeit zeigt, daß die verschiedenen preußischen Provinzen in den 19 Zählungsperioden von 1819 bis 1875 gegenüber dem Staatsdurchschnitt eine stärkere (+) bezw. geringere (−) Zunahme der Bevölkerung hatten in . . . . Perioden:

	+	−
Brandenburg . .	18	1
Pommern	15	4
Preußen	12	7
Rheinland	11	6 (2 ±)
Schlesien	11	7 (1 ±)
Posen	10	9
Westfalen	7	12
Sachsen	6	13.

Wir sehen also, daß die Bevölkerungszunahme vor 1875 in Westfalen meist schwächer war als im Staatsdurchschnitt, dagegen in Pommern und Preußen meist stärker. Im allgemeinen war das Wachstum in Ostelbien stärker als in Westelbien, d. h. der Geburtenüberschuß Ostelbiens blieb damals in viel höherem Maße auf der Scholle sitzen als später. Diese Feststellung bestätigt die Schilderung von Sombart in seinem „Modernen Kapitalismus“, 2. Aufl., 3. Bd., 1. Halbband, S. 377 ff. Sombart weist nach, daß man damals in weiten Gebieten von einer Übervölkerung des Landes sprechen konnte.

3. Die Binnenwanderungen seit Kriegsausbruch.

A. Allgemeines.

Nachdem wir im vorstehenden uns ein Bild von den interprovinziellen Wanderungen der Vorkriegszeit gemacht haben, können wir uns nunmehr den Jahren 1914—1925 zuwenden. Die Frage nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges gibt uns die Möglichkeit, für alle preußischen Provinzen festzustellen, wieviel Abwanderer sie an jede andere Provinz abgegeben und wieviel Zuwanderer sie von jeder anderen Provinz empfangen haben. Dadurch kann der Wandergewinn und Wanderverlust einer jeden Provinz sowohl insgesamt wie gegenüber jeder anderen Provinz einzeln ermittelt werden.

Zunächst gebe ich in folgender Tabelle den gesamten Wandergewinn bezw. Wanderverlust der Provinzen ohne Unterscheidung der Heimat der Zuwanderer bezw. des Ziels der Abwanderer, aber gegliedert nach Stadt- und Landkreisen.

Wandergewinn (+) und Wanderverlust (−) der preußischen Provinzen 1914—1925.

Provinzen	Stadtkreise	Landkreise	Stadt- und Landkreise zusammen	Mittlere Bevölkerung 1910/25	Wandergewinn (+) bezw. Wanderverlust (−) in Prozent der mittl. Bevölkerung
Berlin	+ 146 553	—	+ 146 553	3 879 211	+ 3,78
Rheinprovinz . .	+ 55 547	+ 3 393	+ 58 940	6 871 133	+ 0,86
Westfalen	+ 43 364	− 4 990	+ 38 374	4 469 988	+ 0,86
Brandenburg . .	+ 2 815	+ 15 437	+ 18 252	2 511 017	+ 0,73
Hannover	+ 14 580	+ 2 287	+ 16 867	3 071 240	+ 0,55
Schleswig-Holst.	+ 2 391	+ 329	+ 2 720	1 487 010	+ 0,18
Hohenzoll. Lande	—	− 508	− 508	71 426	− 0,71
Hessen-Nassau .	+ 5 235	− 13 457	− 8 222	2 308 946	− 0,36
Sachsen	− 1 960	− 13 969	− 15 929	3 183 347	− 0,50
Posen-Westpr. .	− 1 549	− 21 721	− 23 270	321 300	− 7,24
Pommern	− 3 810	− 20 385	− 24 195	1 798 858	− 1,35
Niederschlesien .	− 2 164	− 31 504	− 33 668	3 061 999	− 1,10
Oberschlesien . .	− 7 722	− 43 023	− 50 745	1 323 153	− 3,84
Ostpreußen . . .	− 13 343	− 111 826	− 125 169	2 201 846	− 5,68

Wir sehen, daß dieselben Provinzen, die wir schon in der Vorkriegszeit als Zuwanderungsgebiete einerseits, Abwanderungsgebiete andererseits kennen gelernt haben, sich auch in den Jahren 1914—1925 diesen Charakter bewahrt haben.

Die Prozentzahlen, welche angeben, wie groß der Wandergewinn und Wanderverlust jeder einzelnen Provinz im Vergleich mit der mittleren Bevölkerung der Jahre 1910 und 1925 war, lassen gleichzeitig erkennen, daß die Bedeutung eines Wandergewinnes und Wanderverlustes im Rahmen der Gesamtheit der Wanderungen im ganzen Staate oft eine andere ist als die Bedeutung für die betreffende Provinz. So sehen wir z. B., daß der Wandergewinn von Berlin noch nicht einmal das Dreifache des Wandergewinnes der Rheinprovinz beträgt, daß sich darin aber, gemessen an der mittleren Bevölkerung, eine mehr als 4 mal so große Anziehungskraft auswirkt. Der Wandergewinn von Westfalen ist, an der Bevölkerung gemessen, ebenso groß wie der der Rheinprovinz, bleibt aber absolut dahinter erheblich zurück. Noch deutlicher wird das bei den Abwanderungsgebieten. Absolut genommen ist die Abwanderung von Ostpreußen weitaus die größte und mehr als 5 mal so groß wie die Abwanderung der Grenzmark Posen-Westpreußen. Im Vergleich mit der Bevölkerung ist sie jedoch erheblich geringer als diese.

Prüfen wir, wie die Wandergewinne und Wanderverluste der verschiedenen Provinzen sich auf die Stadt- und Landkreise verteilen, so ergibt sich, daß sämtliche Zuwanderungsgebiete mit alleiniger Ausnahme von Westfalen auch einen Wandergewinn der Landkreise aufzuweisen haben, sämtliche Abwanderungsgebiete mit Ausnahme von Hessen-Nassau auch einen Wanderverlust der Stadtkreise. Doch ist bei Gruppe 1 der Wandergewinn der Landkreise nur in der Provinz Brandenburg von wirklicher Bedeutung. Vom dem Wandergewinn der Zuwanderungsgebiete entfallen 265 250 Personen auf Stadt- und 16 456 Personen auf Landkreise, von dem Wanderverlust der Abwanderungsgebiete 25 313 Personen auf Stadt- und 256 393 auf Landkreise.

Im vorstehenden haben wir von dem Wandergewinn und Wanderverlust der Gesamtheit der Stadtkreise und der Gesamtheit der Landkreise einer jeden Provinz gesprochen. Für die Frage, auf welche Gebiete sich die sogenannte „Landflucht" erstreckt, wäre es von größter Bedeutung, den Wandergewinn und Wanderverlust für jeden einzelnen Kreis zu ermitteln. Das ist an der Hand der Angaben über den Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges nicht möglich. Es ist daher notwendig, zur Ergänzung die Zahlen heranzuziehen, die für die Jahre 1900—1910, 1910—1919 und 1919—1925 an der Hand der Differenzmethode gewonnen worden sind. (Vgl. S. 273 dieses Aufsatzes). Im Preußischen Statistischen Landesamt ist berechnet worden, in wieviel Kreisen die Städte und Landgemeinden im verwaltungsrechtlichen Sinne einen Wandergewinn und Wanderverlust von mehr als 500 Personen erlitten haben, und es ist festgestellt worden, wie sich diese Kreise auf die Provinzen des Staates verteilen. Das Ergebnis, das bereits früher in der Zeitschrift „Der Heimatdienst" (Nr. 15, 16 u. 17 des Jahrgangs 1927) zum Teil veröffentlicht worden ist, wird in folgender Tabelle in ergänzter und berichtigter Fassung nochmals wiedergegeben.

Zahl der Kreise, deren städtische bezw. ländliche Bevölkerung 500 und mehr Personen durch Wanderung gewonnen (+) oder verloren (—) hat.

In den Provinzen und Jahren		Städtische Bevölkerung		Ländliche Bevölkerung	
		+	—	+	—
1		2	3	4	5
Ostpreußen	1900 bis 1905	10	3	—	37
	1905 „ 1910	9	5	—	36
	1910 „ 1919	15	6	9	18
	1919 „ 1925	10	4	—	36
Brandenburg	1900 „ 1905	14	11	2	26
	1905 „ 1910	16	10	3	22
	1910 „ 1919	20	7	16	7
	1919 „ 1925	30	—	4	20
Pommern	1900 „ 1905	6	5	—	28
	1905 „ 1910	7	7	—	28
	1910 „ 1919	15	3	17	7
	1919 „ 1925	16	1	1	25
Grenzmark Posen-Westpr.	1900 „ 1905	1	4	—	8
	1905 „ 1910	1	2	—	8
	1910 „ 1919	3	—	—	1
	1919 „ 1925	4	1	—	8
Niederschlesien	1900 „ 1905	14	—	1	36
	1905 „ 1910	18	4	1	38
	1910 „ 1919	17	9	13	18
	1919 „ 1925	28	1	2	36
Oberschlesien	1900 „ 1905	4	2	1	14
	1905 „ 1910	1	3	2	13
	1910 „ 1919	3	6	4	8
	1919 „ 1925	10	1	3	14
Sachsen	1900 „ 1905	12	13	1	29
	1905 „ 1910	11	23	1	31
	1910 „ 1919	21	13	10	18
	1919 „ 1925	17	8	3	29
Schleswig-Holstein	1900 „ 1905	5	3	3	13
	1905 „ 1910	5	4	6	12
	1910 „ 1919	5	5	4	9
	1919 „ 1925	8	1	2	15
Hannover	1900 „ 1905	15	7	5	46
	1905 „ 1910	16	6	3	43
	1910 „ 1919	17	8	10	20
	1919 „ 1925	12	7	5	39
Westfalen	1900 „ 1905	23	5	6	28
	1905 „ 1910	24	6	11	21
	1910 „ 1919	22	13	11	19
	1919 „ 1925	24	8	4	29
Hessen-Nassau	1900 „ 1905	12	1	4	29
	1905 „ 1910	10	2	3	31
	1910 „ 1919	12	8	9	7
	1919 „ 1925	12	2	4	28
Rheinprovinz	1900 „ 1905	28	7	7	40
	1905 „ 1910	25	12	9	34
	1910 „ 1919	23	21	19	22
	1919 „ 1925	31	6	13	30
Hohenzollerische Lande	1900 „ 1905	—	—	—	1
	1905 „ 1910	2	—	—	4
	1910 „ 1919	—	—	—	—
	1919 „ 1925	—	—	—	3
Staat	**1900 bis 1905**	**144**	**61**	**30**	**335**
	1905 „ 1910	**145**	**84**	**39**	**321**
	1910 „ 1919	**173**	**99**	**122**	**154**
	1919 „ 1925	**202**	**40**	**41**	**312**

Die Übersicht ist nach verschiedenen Richtungen hin lehrreich. Sie läßt zunächst deutlich erkennen, wie sich während der Kriegszeit die Wanderung vom Lande in die Stadt zum Teil in eine Wanderung von der Stadt auf das Land umgedreht und wie sich nach dem Kriege eine neue Umkehr in die Vorkriegsrichtung vollzogen hat. Aber diese Erscheinung ist es nicht, auf die wir jetzt unser Augenmerk richten wollen. Für uns ist die Beobachtung wichtiger, daß, wenn wir von den abnormen Verhältnissen der Kriegszeit absehen, sich die Abwanderung auf das platte Land gleichmäßiger verteilt als die Zuwanderung auf die Städte. Während in den vier Zeiträumen 1900—1905, 1905—1910, 1910—1919 und 1919—1925 die ländliche Bevölkerung in 91,78, 89,17, 55,80 und 88,39 Prozent aller Kreise mit größeren Veränderungen abnahm, nahm die städtische Bevölkerung nur in 70,24, 63,32, 63,60 und 83,17 Prozent aller betreffenden Kreise zu. Während sich demnach die sogenannte „Landflucht" fast auf das ganze platte Land erstreckt, kann man andererseits nicht ohne weiteres sämtlichen

Städten eine Anziehungskraft auf die Bevölkerung zuschreiben. Vielmehr besitzen eine solche in der Hauptsache nur die größeren Städte[1]). In dem ganzen Zeitraume 1910—1925 betrug die Zunahme oder Abnahme der Bevölkerung in Prozent der Bevölkerung von 1910 in den verschiedenen Größenklassen der preußischen Städte:

Einwohnerzahl	prozentuale Zu- oder Abnahme	Einwohnerzahl	prozentuale Zu- oder Abnahme
500 b. unt. 1 000	—0,36	30 000 b. unt. 40 000	+11,72
1 000 „ „ 2 000	+1,19	40 000 „ „ 50 000	+10,73
2 000 „ „ 5 000	+5,43	50 000 „ „ 100 000	+13,08
5 000 „ „ 10 000	+6,32	100 000 „ „ 500 000	+10,37
10 000 „ „ 20 000	+7,95	500 000 „ „ 1 000 000	+12,74
20 000 „ „ 30 000	+9,27	1 000 000 und mehr	+ 7,76

Zur Beurteilung dieser Zahl sei daran erinnert, daß der Geburtenüberschuß in ganz Preußen in den Jahren 1910—1925 7,62 Prozent der Anfangsbevölkerung betrug. (In den Großstädten war er natürlich niedriger; Berlin hatte in den letzten Jahren sogar regelmäßig einen Sterbeüberschuß). Die Größenklassen bis zu etwa 10 000 Einwohnern hatten demnach einen Wanderverlust zu verzeichnen; ein nennenswerter Wandergewinn zeigt sich durchschnittlich erst von 20 000 Einwohnern an.

Die herrschende Theorie glaubt in der Landflucht zwischen der ostelbischen und der westelbischen Hälfte des preußischen Staates, zwischen den Gebieten überwiegenden Großgrundbesitzes und den Gebieten vorherrschenden bäuerlichen Besitzes einen schroffen Gegensatz feststellen zu können. Sie schreibt dem Großgrundbesitz die Tendenz zu, die Menschen vom Lande zu vertreiben, dem bäuerlichen Besitz die Kraft, die Bevölkerung festzuhalten. Mit dieser Theorie befindet sich unsere Übersicht auf S. 281 nicht im Einklang. Stellen wir die ostelbischen und westelbischen Gebiete einander gegenüber, wobei wir mit Rücksicht auf die natürlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse abweichend von geographischen Tatsachen ganz Sachsen zur ersten, Schleswig-Holstein zur zweiten Gruppe rechnen, so erhalten wir folgendes Ergebnis:

Zahl der Kreise, in denen die ländliche Bevölkerung

in den Jahren	wuchs		zurückging	
	im Osten	im Westen	im Osten	im Westen
1900—1905	5	25	178	157
1905—1910	7	32	176	145
1910—1919	69	53	77	77
1919—1925	13	28	168	144

Die absolute Zahl der Kreise, in denen die ländliche Bevölkerung abgenommen hat, war also im Westen fast ebenso groß wie im Osten. Wenn die absolute Zahl der Kreise mit Wachstum der ländlichen Bevölkerung im Westen etwas größer war als im Osten, so hat das zunächst bei der Geringfügigkeit der Zahlen überhaupt wenig zu bedeuten, außerdem würde eine nähere Untersuchung wahrscheinlich ergeben, daß es sich hierbei um Kreise handelt, die stark von Industrie durchsetzt sind, sodaß die „Landflucht" nicht in Erscheinung tritt, weil sich die Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie innerhalb der Kreis- oder Gemeindegrenzen vollzieht.

Bei der städtischen Bevölkerung liefert die Gegenüberstellung der ostelbischen und der westelbischen Gebiete folgendes Ergebnis:

Zahl der Kreise, in denen die städtische Bevölkerung

in den Jahren	wuchs		zurückging	
	im Osten	im Westen	im Osten	im Westen
1900—1905	61	83	38	23
1905—1910	63	82	54	30
1910—1919	94	79	44	55
1919—1925	115	87	16	24

Die Übersicht zeigt für die Zeit vor und nach Kriegsausbruch ein gänzlich verändertes Bild. Vor dem Kriege war die Zahl der Kreise mit Wachstum der städtischen Bevölkerung im Westen absolut und relativ größer als im Osten, die Zahl der Kreise mit Rückgang der städtischen Bevölkerung absolut und relativ geringer. Nach dem Kriege war das Verhältnis umgekehrt.

Dem vorhin erwähnten Aufsatze im „Heimatdienst" sind Karten beigegeben, bei denen die absoluten Zahlen der Wandergewinne der verschiedenen Gemeinden mit Hilfe der Penkschen Punktmethode eingetragen sind (ein roter Punkt = 1 000 Personen Wandergewinn, ein grüner Punkt = 1 000 Personen Wanderverlust). Aus diesen Karten ist die Lage der Zu- und Abwanderungsgebiete genau ersichtlich. Als Zuwanderungsgebiete sind in der Hauptsache zu erkennen: Berlin und Umgebung, die Inseln Usedom und Wollin, das oberschlesische Industriegebiet, Hamburg und Umgebung, Bremen und Umgebung, Hannover und Umgebung, die Gegenden um Halle und Bielefeld, das Ruhrgebiet, die Gegenden um Düsseldorf Köln, Krefeld, Aachen, Frankfurt a./M., Hanau und Wiesbaden, außerdem viele einzelne Städte. Alles übrige ist Abwanderungsgebiet.

Im vorstehenden mußten wir uns mit dem Saldo zwischen Zuwanderung und Abwanderung, dem Wandergewinn oder Wanderverlust, begnügen, da uns die Differenzmethode keine anderen Zahlen zu liefern imstande ist. Wenn wir im folgenden die gesamte Zuwanderung und die gesamte Abwanderung einander gegenüberstellen wollen, so müssen wir zu der anderen Methode zurückkehren, nämlich den Zahlen, die wir mit der Frage nach dem Wohnsitz bei Ausbruch des Krieges gewonnen haben. Wir erkaufen aber diese Vorteile auf der anderen Seite mit dem Nachteil, daß der Wohnsitz von 1914, wie wir wissen, nur provinzweise, nicht kreisweise festgestellt worden ist. Nehmen wir also jede Provinz als ein Ganzes und vergleichen wir in ihr die gesamte Zuwanderung mit der gesamten Abwanderung, so erkennen wir, daß der Charakter der Zuwanderungsgebiete nicht so scharf ausgeprägt ist wie der Charakter der Abwanderungsgebiete. In den sechs Provinzen mit Wandergewinn zusammengenommen machte die Zuwanderung 1 173 393 Personen, die Abwanderung 891 687 Personen aus, die Abwanderung betrug also 75,99 % der Zuwanderung. In den acht Provinzen mit Wanderverlust zusammengenommen machte die Zuwanderung 425 635, die Abwanderung 707 341 Personen aus, die Zuwanderung betrug also nur 60,17 % der Abwanderung. Die Prozentsätze schwanken in den Zuwanderungsprovinzen zwischen 58,52 und 94,32, in den Abwanderungsprovinzen zwischen 26,22 und 87,85. Am reinsten ist der Charakter des Zuwanderungsgebietes ausgeprägt in Berlin, viel schwächer in der Rheinprovinz, noch undeutlicher in Westfalen, Hannover, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Das Gepräge des Abwanderungsgebietes ist am klarsten aufgedrückt der Provinz Ostpreußen, demnächst den Provinzen Oberschlesien, Grenzmark, Hohenzollern, Niederschlesien, Pommern, Sachsen und Hessen-Nassau. Doch ist das reinste Zuwanderungsgebiet lange nicht so „rein" wie das reinste Abwanderungsgebiet.

[1]) Das Gesagte bezieht sich auf die Zeit vor 1925. In den letzten Jahren hatten auch eine Reihe von Großstädten Wanderungsverluste zu verzeichnen.

B. Die einzelnen Provinzen.

Wir wollen nunmehr die Beziehungen der einzelnen Provinzen zueinander näher betrachten. Zu diesem Zwecke gebe ich zunächst zwei Tabellen, in denen die Zu- oder Abwanderung und der Wandergewinn oder Wanderverlust jeder Provinz gegenüber jeder anderen Provinz dargestellt ist; ferner unterrichten zwei weitere Tabellen für die Zuwanderungsgebiete und Abwanderungsgebiete darüber, wie stark der eine Wanderstrom gemessen an dem anderen Wanderstrome ist.

Bei der Einzelbetrachtung der Provinzen beginnen wir mit den Zuwanderungsgebieten, und zwar mit Berlin. Es gibt keine preußische Provinz, der gegenüber Berlin einen Wanderverlust aufzuweisen hätte. Den größten Wandergewinn hat Berlin gegenüber Ostpreußen mit 29 934, und zwar verläuft neben dem starken Wanderstrom von Ostpreußen nach Berlin nur eine sehr schwache Strömung in entgegengesetzter Richtung; die Abwanderung von Berlin macht bloß 24,86 % der Zuwanderung aus. An zweiter und dritter Stelle folgt der Wandergewinn, den Berlin gegenüber Niederschlesien (26 013) und Pommern (23 694) hat; aber hier ist die Gegenströmung (40,44 und 44,87 % der Zuwanderung) viel stärker. In noch höherem Maße gilt das für Brandenburg, dem gegenüber Berlin einen Wandergewinn von 19 373 hat und bei dem die Abwanderung 82,70 % der Zuwanderung beträgt. An Sachsen, das der absoluten Höhe des Berliner Wandergewinns nach (12 759) nunmehr folgt, gibt Berlin dagegen nur 60,03 % der Bevölkerung, die es empfängt, wieder ab. In noch weit höherem Maße ist der Bevölkerungsaustausch mit Oberschlesien (Berliner Wandergewinn 9 585) und der Grenzmark (8 664) zu Gunsten Berlins, das nur 22,74 bezw. 26,17 % der Zuwanderung wieder verliert. Dagegen steht bei allen westlichen Provinzen der Wanderung nach Berlin hin eine starke Strömung in entgegengesetzter Richtung gegenüber. Der Wandergewinn Berlins beträgt gegenüber der Rheinprovinz 6 109, Hannover 3 052, Hessen-Nassau 2 675, Westfalen 2 350 und Schleswig-Holstein 2 265. Der Anteil der Abwanderung an der Zuwanderung bewegt sich zwischen 67,94 % als Untergrenze bei Rheinland und 78,59 % als Obergrenze bei Westfalen. Von dem gesamten Wandergewinn Berlins in Höhe von 146 553 stammen aus Ostelbien (einschl. Sachsens, oder ausschl. Schleswig-Holsteins) 130 022, aus Westelbien 16 531.

Die Provinz Brandenburg, die zwar unter den Zuwanderungsgebieten erst an vierter Stelle steht, die ich aber wegen ihres wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Berlin hier gleich anschließen will, hat drei Provinzen gegenüber einen Wanderverlust aufzuweisen, der allerdings nur gegenüber Berlin mit 19 373 Personen bedeutend, gegenüber Hannover und Schleswig-Holstein mit 554 und 161 kaum nennenswert ist. Den übrigen 10 Provinzen gegenüber hat sie einen Wandergewinn, und zwar folgen die Provinzen nach der absoluten Größe der Bevölkerung, die sie an Brandenburg abgeben, so aufeinander: Niederschlesien 8 394, Ostpreußen 8 110, Grenzmark 5 273, Pommern 4 671, Oberschlesien 4 516, Sachsen 4 362, Rheinprovinz 1 286, Westfalen 1 181, Hessen-Nassau 527, Hohenzollern 20. Bei Oberschlesien und Ostpreußen bewegt sich der Wanderstrom fast nur in der Richtung auf Brandenburg zu; die Abwanderung beträgt nur 24,10 bezw. 28,75 der Zuwanderung. In der Mitte steht die Grenzmark, bei der die Abwanderung sich auf 40,61 % der Zuwanderung beläuft. Dagegen steht bei den sechs übrigen Provinzen (außer Hohenzollern) der Strömung nach Brandenburg hin eine starke Gegenströmung gegenüber; die Abwanderung bewegt sich, in Prozenten der Zuwanderung gemessen, zwischen 63,23 % als Untergrenze bei Niederschlesien und 81,18 % als Obergrenze bei Westfalen. Gegenüber Ostelbien in dem vorhin bestimmten Sinne ausschl. der Stadt Berlin hatte Brandenburg einen Wandergewinn von 35 326 Personen, gegenüber Westelbien einen solchen von 2 299, der Wanderverlust gegenüber Berlin wurde schon vorhin angeführt.

Das zweitbedeutendste Zuwanderungsgebiet nach Berlin ist, wie wir bereits wissen, die Rheinprovinz. Sie hat den absolut größten Gewinn gegenüber Westfalen aufzuweisen mit 24 243, den zweitgrößten gegenüber Ostpreußen mit 23 692, es folgen die Gewinne gegenüber Hessen-Nassau (5 364), Niederschlesien (5 142), Oberschlesien (3 675), Sachsen (2 129) und der Grenzmark (1 851). Untersucht man, wie sich in dem Bevölkerungaustausch zwischen dem Rheinland und den genannten Provinzen die Abwanderung zur Zuwanderung verhält, so zeigt sich ein charakteristischer Unterschied zwischen Westfalen, Hessen-Nassau und Sachsen einerseits, den ostelbischen Gebieten andererseits. Gegenüber den drei erstgenannten Provinzen bleibt die Abwanderung nur wenig hinter der Zuwanderung zurück; sie erreicht 82,20 % der Zuwanderung bei Sachsen, 77,19 bei Westfalen und 77,14 bei Hessen-Nassau. Bei Westfalen und Hessen-Nassau spielt offenbar der Nahverkehr eine große Rolle. Die Grenze, welche die Rheinprovinz von Westfalen und Hessen-Nassau scheidet, durchschneidet an der Ruhr, im Rheintal zwischen Bingen und Koblenz und im Siegener Land organisch zusammenhängende Wirtschaftsgebiete, was einen lebhaften Bevölkerungsaustausch der diesseits und jenseits der Grenzpfähle liegenden Ortschaften zur Folge hat. Diese Betrachtungen gelten nicht für die Wanderströmungen zwischen dem Rheinland und Sachsen; hier handelt es sich um Fernverkehr. Während Westfalen, Hessen-Nassau und Sachsen auf die Bevölkerung des Rheinlandes fast die gleich starke Anziehungskraft ausüben wie das Rheinland auf ihre Bevölkerung, fließt der Wanderstrom zwischen Ostelbien und dem Rhein nur einseitig in ostwestlicher Richtung. Eine sich scharf von ihrer Umgebung abhebende Insel bilden in Ostelbien Berlin und Brandenburg. Diese empfangen von der Rheinprovinz mehr Menschen, als sie an diese abgeben (6 109 bezw. 1 286). Doch auch der Reichshauptstadt und ihrer Umgebung gegenüber bewahrt die Rheinprovinz ihre Anziehungskraft insofern, als der West-Ostwanderung eine immerhin nicht unbeträchtliche Ost-Westwanderung gegenübersteht (Zuwanderung 67,94 % der Abwanderung bei Berlin und 80,79 % bei Brandenburg). Die in der Mitte zwischen Ost- und Westelbien liegenden Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein sowie die vom Rheinland weit abliegenden Gebiete von Pommern und Hohenzollern haben mit dem Rheinland einen kaum nennenswerten Bevölkerungsaustausch.

An dritter Stelle unter den Zuwanderungsgebieten steht Westfalen. Dieses hatte gegenüber Ostelbien in seiner Gesamtheit einen Wandergewinn von 59 388, gegenüber Westelbien einen Wanderverlust von 21 014. Im Bevölkerungsaustausch mit Ostelbien wird mehr als zwei Drittel des Wandergewinns auf Kosten von Ostpreußen erzielt (44 813), viel geringer ist die Anziehungskraft Westfalens auf Niederschlesien (Wandergewinn 7 296), Oberschlesien (4 513), Sachsen (3 074) und die Grenzmark (2 370), ganz unbedeutend auf Pommern (853). Abgegeben wird Bevölkerung an Berlin (2 350) und Brandenburg (1 181). Im Bevölkerungsaustausch mit den westelbischen Gebieten kommt fast der gesamte Wanderverlust Westfalens der Rheinprovinz zugute (24 243), nur eine geringe Bevölkerung wird an Hannover abgegeben (1 585). Der Nachbarprovinz Hessen-Nassau gegenüber bewährt sich die Anziehungskraft Westfalens mit einem Wandergewinn von 4 264 als die stärkere, nur unbedeutend ist der Gewinn gegenüber Schleswig-Holstein (504) und Hohenzollern (46). Betrachtet man das Verhältnis zwischen Zuwanderung und Abwanderung, so kann man die Provinzen, die Bevölkerung

Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen

a) Zu- oder

Ziel der Wanderungen		Herkunfts-												
		I. Ostpreußen			II. Brandenburg			III. Stadt Berlin	IV. Pommern			V. Grenzmark Posen-Westpreußen		
		a	b	c	a	b	c	a (= c)	a	b	c	a	b	c
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Ostpreußen	a	—	—	—	328	685	1 013	3 299	399	630	1 029	115	151	266
	b	—	—	—	657	1 603	2 260	6 604	597	1 512	2 109	90	730	820
	c	—	—	—	**985**	**2 288**	**3 273**	**9 903**	**996**	**2 142**	**3 138**	**205**	**881**	**1 086**
II. Brandenburg	a	538	1 968	2 506	—	—	—	12 867	783	2 019	2 802	254	1 318	1 572
	b	1 267	7 610	8 877	—	—	—	79 719	2 979	13 815	16 794	405	6 886	7 291
	c	**1 805**	**9 578**	**11 383**	—	—	—	**92 586**	**3 762**	**15 834**	**19 596**	**659**	**8 204**	**8 863**
III. Stadt Berlin	a (= c)	**9 366**	**30 471**	**39 837**	**17 917**	**94 042**	**111 959**	—	**11 151**	**31 825**	**42 976**	**1 191**	**10 544**	**11 735**
IV. Pommern	a	638	2 028	2 666	687	3 259	3 946	5 106	—	—	—	244	895	1 139
	b	651	4 441	5 092	1 288	9 691	10 979	14 176	—	—	—	312	3 466	3 778
	c	**1 289**	**6 469**	**7 758**	**1 975**	**12 950**	**14 925**	**19 282**	—	—	—	**556**	**4 361**	**4 917**
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	a	97	287	384	100	295	395	414	134	386	520	—	—	—
	b	193	1 243	1 436	549	2 646	3 195	2 657	430	2 544	2 974	—	—	—
	c	**290**	**1 530**	**1 820**	**649**	**2 941**	**3 590**	**3 071**	**564**	**2 930**	**3 494**	—	—	—
VI. Niederschlesien	a	558	1 178	1 736	1 294	2 981	4 275	6 669	664	626	1 290	139	787	926
	b	437	1 729	2 166	1 848	8 311	10 159	10 996	548	1 252	1 800	103	1 750	1 853
	c	**995**	**2 907**	**3 902**	**3 142**	**11 292**	**14 434**	**17 665**	**1 212**	**1 878**	**3 090**	**242**	**2 537**	**2 779**
VII. Oberschlesien	a	124	208	332	168	264	432	1 098	97	93	190	13	66	79
	b	126	437	563	296	706	1 002	1 723	148	265	413	11	127	138
	c	**250**	**645**	**895**	**464**	**970**	**1 434**	**2 821**	**245**	**358**	**603**	**24**	**193**	**217**
VIII. Sachsen	a	699	1 654	2 353	1 447	3 462	4 909	7 825	770	1 115	1 885	108	480	588
	b	487	3 094	3 581	2 443	8 299	10 742	11 336	730	1 957	2 687	101	1 200	1 301
	c	**1 186**	**4 748**	**5 934**	**3 890**	**11 761**	**15 651**	**19 161**	**1 500**	**3 072**	**4 572**	**209**	**1 680**	**1 889**
IX. Schleswig-Holstein	a	676	1 997	2 673	545	1 279	1 824	3 097	891	1 642	2 533	41	189	230
	b	339	1 660	1 999	447	1 301	1 748	2 569	431	1 519	1 950	26	462	488
	c	**1 015**	**3 657**	**4 672**	**992**	**2 580**	**3 572**	**5 666**	**1 322**	**3 161**	**4 483**	**67**	**651**	**718**
X. Hannover	a	714	2 655	3 369	790	1 912	2 702	5 023	780	1 225	2 005	69	521	590
	b	425	2 381	2 806	659	2 272	2 931	3 964	488	1 423	1 911	64	763	827
	c	**1 139**	**5 036**	**6 175**	**1 449**	**4 184**	**5 633**	**8 987**	**1 268**	**2 648**	**3 916**	**133**	**1 284**	**1 417**
XI. Westfalen	a	1 962	29 225	31 187	708	1 802	2 510	4 349	657	1 673	2 330	105	1 484	1 589
	b	1 742	22 109	23 851	625	1 960	2 585	4 278	510	1 912	2 422	109	1 708	1 817
	c	**3 704**	**51 334**	**55 038**	**1 333**	**3 762**	**5 095**	**8 627**	**1 167**	**3 585**	**4 752**	**214**	**3 192**	**3 406**
XII. Hessen-Nassau	a	365	745	1 110	331	672	1 003	3 774	365	328	693	27	235	262
	b	266	707	973	297	727	1 024	2 261	265	375	640	38	237	275
	c	**631**	**1 452**	**2 083**	**628**	**1 399**	**2 027**	**6 035**	**630**	**703**	**1 333**	**65**	**472**	**537**
XIII. Rheinprovinz	a	2 739	18 572	21 311	1 209	2 461	3 670	9 624	1 092	2 227	3 319	213	1 701	1 914
	b	856	7 969	8 825	502	1 236	1 738	3 319	429	1 125	1 554	84	699	783
	c	**3 595**	**26 541**	**30 136**	**1 711**	**3 697**	**5 408**	**12 943**	**1 521**	**3 352**	**4 873**	**297**	**2 400**	**2 697**
XIV. Hohenzoll. Lande	b (= c)	**4**	**4**	**8**	**10**	**11**	**21**	**42**	**7**	**3**	**10**	**2**	**3**	**5**
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz)	a	18 476	90 988	109 464	25 524	113 114	138 638	63 145	17 783	43 789	61 572	2 519	18 371	20 890
	b	6 793	53 384	60 177	9 621	38 763	148 384	143 644	7 562	27 702	35 264	1 345	18 031	19 376
	c	**25 269**	**144 372**	**169 641**	**35 145**	**151 877**	**187 022**	**206 789**	**25 345**	**71 491**	**96 836**	**3 864**	**36 402**	**40 266**

*) Es bedeutet: a = Stadtkreise, b = Landkreise, c = zusammen.

an Westfalen abgeben, in zwei Gruppen teilen, diejenigen, bei denen die Rückwanderung aus Westfalen nur gering ist (Ostpreußen: Rückwanderung 18,58 % der Zuwanderung, Oberschlesien 22,93 %, Grenzmark 30,42 % und Niederschlesien 32,79 %), und diejenigen, bei denen diese sehr stark ist. (Sachsen 69,76 %, Pommern 82,05 % und Schleswig-Holstein 87,92 %). Besonders überraschend ist die Tatsache, daß im Bevölkerungsaustausch zwischen Westfalen und Pommern sich die Zu- und Abwanderung fast aufheben. Bei den Provinzen, die Bevölkerung von Westfalen empfangen, ist die Rückwanderung durchweg sehr groß; sie beträgt bei Hannover 93,2 %, Brandenburg 81,2 %, Berlin 78,6 % und der Rheinprovinz 77,2 %. Faßt man den Gesamteindruck, den man aus den Zahlen gewinnt, zusammen, so geht er dahin, daß sich der Wanderstrom, der aus dem Osten, hauptsächlich Ostpreußen, geflossen kommt, zunächst nach Westfalen ergießt und von dort teilweise seinen Weg weiter nach dem Westen, dem Rheinlande, fortsetzt. Die Anziehungskraft Westfalens auf Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein beschränkt sich, wie die Zahlen für die Stadt- und Landkreise beweisen, hauptsächlich auf das Land, während bei den Städten sich die Kraft, mit der die Wirtschaftsgebiete von Frankfurt a./M. und Hamburg-Altona die Bevölkerung ansaugen, als die stärkere erweist. Ebenso ist der Verlust, den Westfalen gegenüber Hannover erleidet, im wesentlichen auf die Stadt Hannover und die Nähe Hamburgs zurückzuführen, während die Landkreise Hannovers eher Bevölkerung an Westfalen abgeben.

Die Provinz, welche als Zuwanderungsgebiet an fünfter Stelle steht (hinter dem bereits vorweggenommenen Brandenburg), nämlich Hannover, hat gegenüber Ostelbien im ganzen einen Wandergewinn von 14 243, gegenüber Westelbien im ganzen einen solchen von 2 624. Dieses Ergebnis entsteht jedoch als Resultante aus sehr verschiedenen Kräften. Die Zuwanderungen aus Ostelbien mit 52 650 und aus Westelbien mit 56 025 sind fast ganz gleich; aber der Zuwanderung aus Ostelbien steht eine Abwanderung dorthin von nur 38 407 Personen gegenüber, der aus Westelbien dagegen eine solche von 53 401 Personen. Betrachten wir die Beziehungen Hannovers

in der Zeit vom 1. August 1914 bis 16. Juni 1925.

Abwanderung.*)

Wiederholung der Spalte 1	gebiet VI. Niederschlesien a	b	c	VII. Oberschlesien a	b	c	VIII. Sachsen a	b	c	IX. Schleswig-Holstein a	b	c	X. Hannover a	b	c
	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29
I. a	504	559	1 063	93	232	325	394	342	736	466	268	734	453	283	736
I. b	588	1 184	1 772	150	445	595	511	758	1 269	655	584	1 239	442	615	1 057
I. c	**1 092**	**1 743**	**2 835**	**243**	**677**	**920**	**905**	**1 100**	**2 005**	**1 121**	**852**	**1 973**	**895**	**898**	**1 793**
II. a	1 501	3 312	4 813	312	873	1 185	1 680	4 119	5 799	535	420	955	646	835	1 481
II. b	3 565	14 450	18 015	836	3 929	4 765	3 414	10 800	14 214	1 036	1 420	2 456	1 176	2 422	3 598
II. c	**5 066**	**17 762**	**22 828**	**1 148**	**4 802**	**5 950**	**5 094**	**14 919**	**20 013**	**1 571**	**1 840**	**3 411**	**1 822**	**3 257**	**5 079**
III. a (=c)	**14 153**	**29 525**	**43 678**	**3 224**	**9 182**	**12 406**	**12 733**	**19 187**	**31 920**	**4 756**	**3 175**	**7 931**	**6 183**	**5 856**	**12 039**
IV. a	715	861	1 576	225	360	585	733	643	1 376	813	513	1 326	559	561	1 120
IV. b	727	1 832	2 559	237	894	1 131	981	1 649	2 630	1 114	1 003	2 117	658	941	1 599
IV. c	**1 442**	**2 693**	**4 135**	**462**	**1 254**	**1 716**	**1 714**	**2 292**	**4 006**	**1 927**	**1 516**	**3 443**	**1 217**	**1 502**	**2 719**
V. a	56	70	126	21	43	64	48	26	74	26	14	40	26	16	42
V. b	388	1 225	1 613	73	218	291	131	209	340	67	89	156	119	146	265
V. c	**444**	**1 295**	**1 739**	**94**	**261**	**355**	**179**	**235**	**414**	**93**	**103**	**196**	**145**	**162**	**307**
VI. a	—	—	—	4 961	10 814	15 775	1 102	804	1 906	616	268	884	631	462	1 093
VI. b	—	—	—	4 114	18 058	22 172	1 269	2 373	3 642	544	426	970	590	820	1 410
VI. c	—	—	—	**9 075**	**28 872**	**37 947**	**2 371**	**3 177**	**5 548**	**1 160**	**694**	**1 854**	**1 221**	**1 282**	**2 503**
VII. a	3 109	3 331	6 440	—	—	—	187	127	314	162	62	224	128	99	227
VII. b	4 649	8 363	13 012	—	—	—	290	459	749	190	129	319	188	347	535
VII. c	**7 758**	**11 694**	**19 452**	—	—	—	**477**	**586**	**1 063**	**352**	**191**	**543**	**316**	**446**	**762**
VIII. a	1 239	2 109	3 348	500	1 282	1 782	—	—	—	1 137	860	1 997	2 394	2 917	5 311
VIII. b	1 219	3 962	5 181	446	2 876	3 322	—	—	—	995	1 000	1 995	2 508	5 386	7 894
VIII. c	**2 458**	**6 071**	**8 529**	**946**	**4 158**	**5 104**	—	—	—	**2 132**	**1 860**	**3 992**	**4 902**	**8 303**	**13 205**
IX. a	646	851	1 497	201	420	621	1 288	1 175	2 463	—	—	—	2 185	3 315	5 500
IX. b	363	817	1 180	119	475	594	742	1 073	1 815	—	—	—	1 532	3 770	5 302
IX. c	**1 009**	**1 668**	**2 677**	**320**	**895**	**1 215**	**2 030**	**2 248**	**4 278**	—	—	—	**3 717**	**7 085**	**10 802**
X. a	920	1 267	2 187	261	665	926	3 228	4 963	8 191	2 525	3 094	5 619	—	—	—
X. b	578	1 565	2 143	296	2 675	2 971	2 656	7 448	10 104	2 000	3 542	5 542	—	—	—
X. c	**1 498**	**2 832**	**4 330**	**557**	**3 340**	**3 897**	**5 884**	**12 411**	**18 295**	**4 525**	**6 636**	**11 161**	—	—	—
XI. a	1 222	3 902	5 124	425	2 684	3 109	1 648	2 872	4 520	1 002	1 086	2 088	3 274	5 416	8 690
XI. b	1 020	4 711	5 731	377	2 370	2 747	1 707	3 939	5 646	891	1 193	2 084	3 590	9 531	13 121
XI. c	**2 242**	**8 613**	**10 855**	**802**	**5 054**	**5 856**	**3 355**	**6 811**	**10 166**	**1 893**	**2 279**	**4 172**	**6 864**	**14 947**	**21 811**
XII. a	665	727	1 392	202	397	599	1 754	1 801	3 555	513	406	919	1 488	1 824	3 312
XII. b	343	692	1 035	135	391	526	1 200	2 117	3 317	321	318	639	1 400	2 331	3 731
XII. c	**1 008**	**1 419**	**2 427**	**337**	**788**	**1 125**	**2 954**	**3 918**	**6 872**	**834**	**724**	**1 558**	**2 888**	**4 155**	**7 043**
XIII. a	2 061	4 615	6 676	690	2 825	3 515	3 330	4 981	8 311	1 843	1 475	3 318	4 488	4 968	9 456
XIII. b	743	2 681	3 424	309	1 336	1 645	1 328	2 322	3 650	773	812	1 585	1 642	2 616	4 258
XIII. c	**2 804**	**7 296**	**10 100**	**999**	**4 161**	**5 160**	**4 658**	**7 303**	**11 961**	**2 616**	**2 287**	**4 903**	**6 130**	**7 584**	**13 714**
XIV. b (=c)	**2**	**12**	**14**	**3**	**3**	**6**	**18**	**15**	**33**	**6**	**4**	**10**	**10**	**21**	**31**
insges. a	26 791	51 129	77 920	11 115	29 777	40 892	28 125	41 040	69 165	14 394	11 641	26 035	22 455	26 552	49 007
insges. b	14 185	41 494	55 679	7 095	33 670	40 765	14 247	33 162	47 409	8 592	10 520	19 112	13 855	28 946	42 801
insges. c	**40 976**	**92 623**	**133 599**	**18 210**	**63 447**	**81 657**	**42 372**	**74 202**	**116 574**	**22 986**	**22 161**	**45 147**	**36 310**	**55 498**	**91 808**

zu den anderen Provinzen im einzelnen, so sehen wir, daß es gegenüber folgenden ostelbischen Gebieten Wandergewinne erzielt: Sachsen (5 090), Ostpreußen (4 382), Oberschlesien (3 135), Niederschlesien (1 827), Pommern (1 197), Grenzmark (1 110), Brandenburg (554). Das einzige ostelbische Gebiet, ja, das einzige preußische Gebiet überhaupt, dem gegenüber Hannover mit einem Verlust abschneidet, ist Berlin (3 052). Was die westelbischen Provinzen anbetrifft, so zieht Hannover den größten Bevölkerungsüberschuß aus Westfalen an sich (1 585 Personen); es folgen mit unbedeutenden Zahlen Schleswig-Holstein (359), Hessen-Nassau (352), die Rheinprovinz (298) und Hohenzollern (30). Wie wir bereits festgestellt haben, ist die Rückwanderung von Hannover nach den Herkunftsgebieten der Zuwanderer, gegenüber den ostelbischen Provinzen prozentual im allgemeinen unbedeutender als gegenüber den westelbischen; doch bestehen hier erhebliche Unterschiede. Schwach ist die Rückwanderung nach Oberschlesien (19,55 % der Zuwanderung), der Grenzmark (21,67 %), Ostpreußen (29,04 %), bedeutend gegenüber Niederschlesien (57,81 %), Pommern (69,43 %), Sachsen (72,18 %) und Brandenburg (90,17 %). Im Bevölkerungsaustausch mit Westelbien gleichen sich, wie wir schon wissen, Zuwanderung und Abwanderung mit Ausnahme von Hohenzollern fast aus. Die Abwanderung betrug in Prozent der Zuwanderung bei der Rheinprovinz 97,87, Schleswig-Holstein 96,78, Hessen-Nassau 95,24, Westfalen 93,23 und Hohenzollern 50,82.

Bei Schleswig-Holstein, dem letzten der Zuwanderungsgebiete, gibt unsere Statistik von der Wanderbewegung insofern kein ganz richtiges Bild, als die Grenze zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg mitten durch das hamburgische Wirtschaftsgebiet hindurch geht. Die Abwanderung aus Schleswig-Holstein in das hamburgische Staatsgebiet erscheint mithin in unseren Zahlen nicht, andererseits entfällt ein Teil der Zuwanderung nach Schleswig-Holstein vermutlich auf die in Preußen liegenden Teile des hamburgischen Wirtschaftsgebietes. Schleswig-Holstein zeigt gegenüber Ostelbien einen Wandergewinn von 3 938, gegenüber Westelbien einen Wanderverlust von 1 218. Der Wander-

Noch: Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen in der Zeit vom 1. August 1914 bis 16. Juni 1925.

Noch: a) Zu- oder Abwanderung.*)

Ziel der Wanderungen		Herkunftsgebiet: XI. Westfalen a	b	c	XII. Hessen-Nassau a	b	c	XIII. Rheinprovinz a	b	c	XIV. Hohenzoll. Lande b (= c)	Preußen insgesamt (ohne die Zielprovinz) a	b	c
1		30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42
I. Ostpreußen	a	621	479	1 100	224	173	397	745	474	1 219	9	7 641	4 285	11 926
	b	3 896	5 229	9 125	214	220	434	3 050	2 175	5 225	37	17 454	15 092	32 546
	c	4 517	5 708	10 225	438	393	831	3 795	2 649	6 444	46	25 095	19 377	44 472
II. Brandenburg	a	516	775	1 291	399	383	782	1 121	774	1 895	12	21 152	16 808	37 960
	b	1 750	3 235	4 985	723	1 049	1 772	2 617	2 182	4 799	29	99 487	67 827	167 314
	c	2 266	4 010	6 276	1 122	1 432	2 554	3 738	2 956	6 694	41	120 639	84 635	205 274
III. Stadt Berlin	a (= c)	5 619	5 358	10 977	5 418	3 292	8 710	13 008	6 044	19 052	122	104 719	248 623	353 342
IV. Pommern	a	481	393	874	253	232	485	851	464	1 315	21	11 305	10 230	21 535
	b	1 430	1 595	3 025	316	308	624	2 147	1 224	3 371	25	24 037	27 069	51 106
	c	1 911	1 988	3 899	569	540	1 109	2 998	1 688	4 686	46	35 342	37 299	72 641
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	a	62	29	91	8	10	18	96	51	147	—	1 088	1 227	2 315
	b	429	516	945	48	58	106	447	252	699	4	5 531	9 150	14 681
	c	491	545	1 036	56	68	124	543	303	846	4	6 619	10 377	16 996
VI. Niederschlesien	a	752	594	1 346	494	345	839	1 414	643	2 057	16	19 294	19 518	38 812
	b	778	1 435	2 213	328	424	752	1 700	1 201	2 901	85	23 255	37 864	61 119
	c	1 530	2 029	3 559	822	769	1 591	3 114	1 844	4 958	101	42 549	57 382	99 931
VII. Oberschlesien	a	248	221	469	71	37	108	406	161	567	8	5 811	4 677	10 488
	b	363	511	874	76	94	170	575	343	918	8	8 635	11 789	20 424
	c	611	732	1 343	147	131	278	981	504	1 485	16	14 446	16 466	30 912
VIII. Sachsen	a	1 379	1 580	2 959	1 434	1 260	2 694	3 098	1 650	4 748	13	22 030	18 382	40 412
	b	1 606	2 527	4 133	1 216	1 740	2 956	2 869	2 215	5 084	21	25 956	34 277	60 233
	c	2 985	4 107	7 092	2 650	3 000	5 650	5 967	3 865	9 832	34	47 986	52 659	100 640
IX. Schleswig-Holstein	a	774	834	1 608	481	362	843	1 646	827	2 473	15	12 471	12 906	25 377
	b	813	1 247	2 060	300	332	632	1 187	953	2 140	13	8 868	13 622	22 490
	c	1 587	2 081	3 668	781	694	1 475	2 833	1 780	4 613	28	21 339	26 528	47 867
X. Hannover	a	3 590	5 759	9 349	1 654	2 193	3 847	4 612	2 438	7 050	32	24 166	26 724	50 890
	b	4 704	9 343	14 047	1 121	2 427	3 548	4 135	2 827	6 962	29	21 090	36 695	57 785
	c	8 294	15 102	23 396	2 775	4 620	7 395	8 747	5 265	14 012	61	45 256	63 419	108 675
XI. Westfalen	a	—	—	—	1 520	4 462	5 982	21 228	22 191	43 419	40	38 100	76 837	114 937
	b	—	—	—	1 543	6 871	8 414	20 823	17 796	38 619	68	37 215	74 168	111 383
	c	—	—	—	3 063	11 333	14 396	42 051	39 987	82 038	108	75 315	151 005	226 320
XII. Hessen-Nassau	a	1 765	2 273	4 038	—	—	—	5 237	4 418	9 655	126	16 486	13 952	30 438
	b	2 205	3 889	6 094	—	—	—	4 071	4 379	8 450	70	12 802	16 233	29 035
	c	3 970	6 162	10 132	—	—	—	9 308	8 797	18 105	196	29 288	30 185	59 473
XIII. Rheinprovinz	a	25 148	42 109	67 257	4 889	9 289	14 178	—	—	—	171	57 326	95 394	152 720
	b	12 634	26 390	39 024	2 417	6 874	9 291	—	—	—	99	25 036	54 159	79 195
	c	37 782	68 499	106 281	7 306	16 163	23 469	—	—	—	270	82 362	149 553	231 915
XIV. Hohenzoll. Lande	b (= c)	10	52	62	56	57	113	90	120	210	—	260	305	565
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz)	a	40 955	60 404	101 359	16 845	22 038	38 883	53 462	40 135	93 597	585	341 589	549 563	891 152
	b	30 618	55 969	86 587	8 358	20 454	28 812	43 711	35 667	79 378	488	309 626	398 250	707 876
	c	71 573	116 373	187 946	25 203	42 492	67 695	97 173	75 802	172 975	1 073	651 215	947 813	1 599 028

*) Es bedeutet: a = Stadtkreise, b = Landkreise, c = zusammen.

gewinn betrug gegenüber Ostpreußen 2 699, Pommern 1 040, Niederschlesien 823, Oberschlesien 672, der Grenzmark 522, Sachsen 286 und Brandenburg 161. Berlin ist das einzige ostelbische Gebiet, demgegenüber Schleswig-Holstein einen Wanderverlust hat, und zwar in Höhe von 2 265 Personen. Gegenüber den westelbischen Gebieten dagegen hat es mit Ausnahme von Hohenzollern nur Wanderverluste, nämlich gegenüber Westfalen in Höhe von 504 Personen, Hannover 359, Rheinprovinz 290 und Hessen-Nassau 83; aus Hohenzollern wanderten 18 Personen mehr zu. Die Abwanderung betrug in Prozent der Zuwanderung bei der Grenzmark 27,30, Hohenzollern 35,71, Ostpreußen 42,23, Oberschlesien 44,69, Niederschlesien 69,26, Pommern 76,80, Sachsen 93,31, Brandenburg 95,49; die Zuwanderung war in Prozent der Abwanderung bei Berlin 71,4, Westfalen 87,9, der Rheinprovinz 94,1, Hessen-Nassau 94,7 und Hannover 96,8.

Wir wenden uns nunmehr den Abwanderungsgebieten zu, und zwar zunächst dem bedeutendsten, nämlich Ostpreußen. Über die Abwanderung aus dieser Provinz und die Zuwanderung dorthin unterrichtet folgende Tabelle:

Ziel der Abwanderer bezw. Herkunft der Zuwanderer	Wanderverlust (−), Wandergewinn (+)	Abwanderung nach der Provinz der Vorspalte	Zuwanderung aus der Provinz der Vorspalte	Zuwanderung in Prozent der Abwanderung bezw. (in Klammern) Abwanderung in Prozent der Zuwanderung
Westfalen	− 44 813	55 038	10 225	18,58
Berlin	− 29 934	39 837	9 903	24,86
Rheinland	− 23 692	30 136	6 444	21,38
Brandenburg	− 8 110	11 383	3 273	28,75
Pommern	− 4 620	7 758	3 138	40,45
Hannover	− 4 382	6 175	1 793	29,04
Sachsen	− 3 929	5 934	2 005	33,79
Schleswig-Holstein	− 2 699	4 672	1 973	42,23
Hessen-Nassau	− 1 252	2 083	831	39,89
Niederschlesien	− 1 067	3 902	2 835	72,66
Grenzmark Pos.-Westpr.	− 734	1 820	1 086	59,67
Hohenzollerische Lande	+ 38	8	46	(97,28)
Oberschlesien	+ 25	895	920	(17,39)

An vorstehender Tabelle fällt auf, daß die Rangordnung der Provinzen, wenn man sie einerseits nach dem Wanderverlust, andererseits nach der Abwanderung in fallender

Noch: Die Binnenwanderungen zwischen den preußischen Provinzen in der Zeit vom 1. August 1914 bis 16. Juni 1925.

b) Gewinn oder Verlust durch Wanderungen.*)

in nachstehendem Gebiete	Der Wandergewinn oder Wanderverlust (–) betrug gegenüber nachstehendem Gebiete: I. Ostpreußen a	I. Ostpreußen b	I. Ostpreußen c	II. Brandenburg a	II. Brandenburg b	II. Brandenburg c	III. Stadt Berlin a (= c)	IV. Pommern a	IV. Pommern b	IV. Pommern c	V. Grenzmark Posen-Westpreußen a	V. Grenzmark Posen-Westpreußen b	V. Grenzmark Posen-Westpreußen c
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
I. Ostpreußen a	—	—	—	– 210	– 582	– 792	– 6 067	– 239	– 21	– 260	18	– 42	– 24
I. Ostpreußen b	—	—	—	– 1 311	– 6 007	– 7 318	– 23 867	– 1 431	– 2 929	– 4 360	– 197	– 513	– 710
I. Ostpreußen c	—	—	—	**– 1 521**	**– 6 589**	**– 8 110**	**– 29 934**	**– 1 670**	**– 2 950**	**– 4 620**	**– 179**	**– 555**	**– 734**
II. Brandenburg a	210	1 311	1 521	—	—	—	– 5 050	96	731	827	154	769	923
II. Brandenburg b	582	6 007	6 589	—	—	—	– 14 323	– 280	4 124	3 844	110	4 240	4 350
II. Brandenburg c	**792**	**7 318**	**8 110**	—	—	—	**– 19 373**	**– 184**	**4 855**	**4 671**	**264**	**5 009**	**5 273**
III. Stadt Berlin a (= c)	**6 067**	**23 867**	**29 934**	**5 050**	**14 323**	**19 373**	—	**6 045**	**17 649**	**23 694**	**777**	**7 887**	**8 664**
IV. Pommern a	239	1 431	1 670	– 96	280	184	– 6 045	—	—	—	110	465	575
IV. Pommern b	21	2 929	2 950	– 731	– 4 124	– 4 855	– 17 649	—	—	—	– 74	922	848
IV. Pommern c	**260**	**4 360**	**4 620**	**– 827**	**– 3 844**	**– 4 671**	**– 23 694**	—	—	—	**36**	**1 387**	**1 423**
V. Grenzmark Posen-Westpreußen a	– 18	197	179	– 154	– 110	– 264	– 777	– 110	74	– 36	—	—	—
V. Grenzmark Posen-Westpreußen b	42	513	555	– 769	– 4 240	– 5 009	– 7 887	– 465	– 922	– 1 387	—	—	—
V. Grenzmark Posen-Westpreußen c	**24**	**710**	**734**	**– 923**	**– 4 350**	**– 5 273**	**– 8 664**	**– 575**	**– 848**	**– 1 423**	—	—	—
VI. Niederschlesien a	54	590	644	– 207	– 584	– 791	– 7 484	– 51	– 101	– 152	83	399	482
VI. Niederschlesien b	– 122	545	423	– 1 464	– 6 139	– 7 603	– 18 529	– 313	– 580	– 893	33	525	558
VI. Niederschlesien c	**– 68**	**1 135**	**1 067**	**– 1 671**	**– 6 723**	**– 8 394**	**– 26 013**	**– 364**	**– 681**	**– 1 045**	**116**	**924**	**1 040**
VII. Oberschlesien a	31	58	89	– 144	– 572	– 716	– 2 126	– 128	– 144	– 272	– 8	– 7	– 15
VII. Oberschlesien b	– 106	– 8	– 114	– 577	– 3 223	– 3 800	– 7 459	– 212	– 629	– 841	– 32	– 91	– 123
VII. Oberschlesien c	**– 75**	**50**	**– 25**	**– 721**	**– 3 795**	**– 4 516**	**– 9 585**	**– 340**	**– 773**	**– 1 113**	**– 40**	**– 98**	**– 138**
VIII. Sachsen a	305	1 143	1 448	– 233	48	– 185	– 4 908	37	134	171	60	349	409
VIII. Sachsen b	145	2 336	2 481	– 1 676	– 2 501	– 4 177	– 7 851	87	308	395	75	991	1 066
VIII. Sachsen c	**450**	**3 479**	**3 929**	**– 1 909**	**– 2 453**	**– 4 362**	**– 12 759**	**124**	**442**	**566**	**135**	**1 340**	**1 475**
IX. Schleswig-Holstein a	210	1 342	1 552	10	243	253	– 1 659	78	528	606	15	122	137
IX. Schleswig-Holstein b	71	1 076	1 147	27	– 119	– 92	– 606	– 82	516	434	12	373	385
IX. Schleswig-Holstein c	**281**	**2 418**	**2 699**	**37**	**124**	**161**	**– 2 265**	**– 4**	**1 044**	**1 040**	**27**	**495**	**522**
X. Hannover a	261	2 213	2 474	144	736	880	– 1 160	221	567	788	43	402	445
X. Hannover b	142	1 766	1 908	– 176	– 150	– 326	– 1 892	– 73	482	409	48	617	665
X. Hannover c	**403**	**3 979**	**4 382**	**– 32**	**586**	**554**	**– 3 052**	**148**	**1 049**	**1 197**	**91**	**1 019**	**1 110**
XI. Westfalen a	1 341	25 329	26 670	192	52	244	– 1 270	176	243	419	43	1 055	1 098
XI. Westfalen b	1 263	16 880	18 143	– 150	– 1 275	– 1 425	– 1 080	117	317	434	80	1 192	1 272
XI. Westfalen c	**2 604**	**42 209**	**44 813**	**42**	**– 1 223**	**– 1 181**	**– 2 350**	**293**	**560**	**853**	**123**	**2 247**	**2 370**
XII. Hessen-Nassau a	141	531	672	– 68	– 51	– 119	– 1 644	112	12	124	19	187	206
XII. Hessen-Nassau b	93	487	580	– 86	– 322	– 408	– 1 031	33	67	100	28	179	207
XII. Hessen-Nassau c	**234**	**1 018**	**1 252**	**– 154**	**– 373**	**– 527**	**– 2 675**	**145**	**79**	**224**	**47**	**366**	**413**
XIII. Rheinprovinz a	1 994	15 522	17 516	88	– 156	– 68	– 3 384	241	80	321	117	1 254	1 371
XIII. Rheinprovinz b	382	5 794	6 176	– 272	– 946	– 1 218	– 2 725	– 35	– 99	– 134	33	447	480
XIII. Rheinprovinz c	**2 376**	**21 316**	**23 692**	**– 184**	**– 1 102**	**– 1 286**	**– 6 109**	**206**	**– 19**	**187**	**150**	**1 701**	**1 851**
XIV. Hohenzoll. Lande b (= c)	**– 5**	**– 33**	**– 38**	**– 2**	**– 18**	**– 20**	**– 80**	**– 14**	**– 22**	**– 36**	**2**	**– 1**	**1**
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz) a	10 835	73 534	84 369	4 372	13 627	17 999	– 41 574	6 478	19 752	26 230	1 431	12 840	14 271
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz) b	2 508	38 292	40 800	– 7 187	– 29 064	– 36 251	– 104 979	– 2 668	633	– 2 035	118	8 881	8 999
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz) c	**13 343**	**111 826**	**125 169**	**– 2 815**	**– 15 437**	**– 18 252**	**– 146 553**	**3 810**	**20 385**	**24 195**	**1 549**	**21 721**	**23 270**

*) Es bedeutet: a = Stadtkreise, b = Landkreise, c = zusammen.

Reihe ordnet, fast übereinstimmt. Darin kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß Ostpreußen das Gepräge eines Abwanderungsgebietes in ganz besonderer Schärfe trägt; nur einer einzigen Provinz des Preußischen Staates gegenüber, wenn wir von dem kleinen Hohenzollern absehen, nämlich Oberschlesien, hat Ostpreußen keinen Wanderverlust; sonst ist es bei den Beziehungen, welche die Wanderungen von Provinz zu Provinz knüpfen, überall der Menschen abgebende Teil. Von dem Gesamtwanderverlust Ostpreußens in Höhe von 125 169 Personen entfallen 76 800 oder 61,38 % auf die westelbischen, 48 369 oder 38,62 % auf die ostelbischen Gebiete. Von dem Anteil der westelbischen Provinzen kommen 54,8 % auf Westfalen und die Rheinprovinz, d. h. im wesentlichen das Ruhrgebiet, und nur 6,6 % auf den Rest; an der Prozentzahl von Ostelbien sind Berlin und Brandenburg mit 30,4, die übrigen Provinzen mit 8,2 beteiligt. Im ganzen entfallen von dem Wanderverlust Ostelbiens auf die beiden wichtigsten Wanderungsziele, das Ruhrgebiet und das Berliner Wirtschaftsgebiet, mehr als 80 %. Die Merkmale eines Abwanderungsgebietes zeigen sich bei Ostpreußen ganz besonders deutlich auch darin, daß die Zuwanderung nur 26,2 % der Abwanderung ausmacht, und zwar steht beim Ruhrgebiet der Abwanderung eine schwächere Rückwanderung gegenüber als bei dem Berliner Wirtschaftsgebiet (19,6 % gegen 25,7 %). Bemerkenswert ist, daß die Wirkung der Wanderströme, die von Ostpreußen nach Niederschlesien und der Grenzmark gerichtet sind, durch starke Gegenströmungen zum Teil wieder aufgehoben wird.

Über das an zweiter Stelle stehende Abwanderungsgebiet, Oberschlesien, unterrichtet im einzelnen nachfolgende Übersicht:

Oberschlesien zeigt fast ebenso deutlich die Züge eines Abwanderungsgebietes wie Ostpreußen; aber die Richtung der Abwanderung ist, wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht, ganz anders. Von dem Gesamtwanderverlust in Höhe von 50 745 Personen entfallen 74,7 % auf Ostelbien und nur 25,3 % auf die westelbischen Gebiete. Die Rollen, die beide Teile des preußischen Staats als Wanderungsziel spielen, sind also für Oberschlesien im Vergleich mit Ostpreußen vertauscht. Von dem Anteil Ostelbiens in Höhe von 74,7 % kommen 36,4 auf

Noch: b) Gewinn oder Verlust

in nachstehendem Gebiete		Der Wandergewinn oder … gegenüber nachstehendem …											
		VI. Niederschlesien			VII. Oberschlesien			VIII. Sachsen			IX. Schleswig-Holstein		
		a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c
1		15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26
I. Ostpreußen	a	— 54	122	68	— 31	106	75	— 305	— 145	— 450	— 210	— 71	— 281
	b	— 590	— 545	— 1 135	— 58	8	— 50	— 1 143	— 2 336	— 3 479	— 1 342	— 1 076	— 2 418
	c	**— 644**	**— 423**	**— 1 067**	**— 89**	**114**	**25**	**— 1 448**	**— 2 481**	**— 3 929**	**— 1 552**	**— 1 147**	**— 2 699**
II. Brandenburg	a	207	1 464	1 671	144	577	721	233	1 676	1 909	— 10	— 27	— 37
	b	584	6 139	6 723	572	3 223	3 795	— 48	2 501	2 453	— 243	119	— 124
	c	**791**	**7 603**	**8 394**	**716**	**3 800**	**4 516**	**185**	**4 177**	**4 362**	**— 253**	**92**	**— 161**
III. Stadt Berlin	a (= c)	**7 484**	**18 529**	**26 013**	**2 126**	**7 459**	**9 585**	**4 908**	**7 851**	**12 759**	**1 659**	**606**	**2 265**
IV. Pommern	a	51	313	364	128	212	340	— 37	— 87	— 124	— 78	82	4
	b	101	580	681	144	629	773	— 134	— 308	— 442	— 528	— 516	— 1 044
	c	**152**	**893**	**1 045**	**272**	**841**	**1 113**	**— 171**	**— 395**	**— 566**	**— 606**	**— 434**	**— 1 040**
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	a	— 83	— 33	— 116	8	32	40	— 60	— 75	— 135	— 15	— 12	— 27
	b	— 399	— 525	— 924	7	91	98	— 349	— 991	— 1 340	— 122	— 373	— 495
	c	**— 482**	**— 558**	**— 1 040**	**15**	**123**	**138**	**— 409**	**— 1 066**	**— 1 475**	**— 137**	**— 385**	**— 522**
VI. Niederschlesien	a	—	—	—	1 852	6 165	8 017	— 137	— 415	— 552	— 30	— 95	— 125
	b	—	—	—	783	9 695	10 478	— 840	— 1 589	— 2 429	— 307	— 391	— 698
	c	—	—	—	**2 635**	**15 860**	**18 495**	**— 977**	**— 2 004**	**— 2 981**	**— 337**	**— 486**	**— 823**
VII. Oberschlesien	a	— 1 852	— 783	— 2 635	—	—	—	— 313	— 319	— 632	— 39	— 57	— 96
	b	— 6 165	— 9 695	— 15 860	—	—	—	— 992	— 2 417	— 3 409	— 230	— 346	— 576
	c	**— 8 017**	**— 10 478**	**— 18 495**	—	—	—	**— 1 305**	**— 2 736**	**— 4 041**	**— 269**	**— 403**	**— 672**
VIII. Sachsen	a	137	840	977	313	992	1 305	—	—	—	— 151	118	— 33
	b	415	1 589	2 004	319	2 417	2 736	—	—	—	— 180	— 73	— 253
	c	**552**	**2 429**	**2 981**	**632**	**3 409**	**4 041**	—	—	—	**— 331**	**45**	**— 286**
IX. Schleswig-Holstein	a	30	307	337	39	230	269	151	180	331	—	—	—
	b	95	391	486	57	346	403	— 118	73	— 45	—	—	—
	c	**125**	**698**	**823**	**96**	**576**	**672**	**33**	**253**	**286**	—	—	—
X. Hannover	a	289	677	966	133	477	610	834	2 455	3 289	340	1 562	1 902
	b	116	745	861	197	2 328	2 525	— 261	2 062	1 801	— 1 315	— 228	— 1 543
	c	**405**	**1 422**	**1 827**	**330**	**2 805**	**3 135**	**573**	**4 517**	**5 090**	**— 975**	**1 334**	**359**
XI. Westfalen	a	470	3 124	3 594	177	2 321	2 498	269	1 266	1 535	228	273	501
	b	426	3 276	3 702	156	1 859	2 015	127	1 412	1 539	57	— 54	3
	c	**896**	**6 400**	**7 296**	**333**	**4 180**	**4 513**	**396**	**2 678**	**3 074**	**285**	**219**	**504**
XII. Hessen-Nassau	a	171	399	570	131	321	452	320	585	905	32	106	138
	b	— 2	268	266	98	297	395	— 60	377	317	— 41	— 14	— 55
	c	**169**	**667**	**836**	**229**	**618**	**847**	**260**	**962**	**1 222**	**— 9**	**92**	**83**
XIII. Rheinprovinz	a	647	2 915	3 562	284	2 250	2 534	232	2 112	2 344	197	288	485
	b	100	1 480	1 580	148	993	1 141	— 322	107	— 215	— 54	— 141	— 195
	c	**747**	**4 395**	**5 142**	**432**	**3 243**	**3 675**	**— 90**	**2 219**	**2 129**	**143**	**147**	**290**
XIV. Hohenzoll. Lande	b (= c)	— 14	— 73	— 87	— 5	— 5	— 10	5	— 6	— 1	— 9	— 9	— 18
Preußen insgesamt (ohne die Herkunftsprovinz)	a	7 497	27 874	35 371	5 304	21 142	26 446	6 095	15 084	21 179	1 923	2 773	4 696
	b	— 5 333	3 630	— 1 703	2 418	21 881	24 299	— 4 135	— 1 115	— 5 250	— 4 314	— 3 102	— 7 416
	c	**2 164**	**31 504**	**33 668**	**7 722**	**43 023**	**50 745**	**1 960**	**13 969**	**15 929**	**— 2 391**	**— 329**	**— 2 720**

*) Es bedeutet: a = Stadtkreise, b = Landkreise, c = zusammen.

Ziel der Abwanderer bezw. Herkunft der Zuwanderer	Wanderverlust (—) bezw. Wandergewinn (+)	Abwanderung nach der Provinz der Vorspalte	Zuwanderung aus der Provinz der Vorspalte	Zuwanderung in Prozent der Abwanderung bezw. (in Klammern) Abwanderung in Prozent der Zuwanderung
Niederschlesien	— 18 495	37 947	19 452	51,26
Berlin	— 9 585	12 406	2 821	22,74
Brandenburg	— 4 516	5 950	1 434	24,10
Westfalen	— 4 513	5 856	1 343	22,93
Sachsen	— 4 041	5 104	1 063	20,83
Rheinprovinz	— 3 675	5 160	1 485	28,78
Hannover	— 3 135	3 897	762	19,55
Pommern	— 1 113	1 716	603	35,14
Hessen-Nassau	— 847	1 125	278	24,71
Schleswig-Holstein	— 672	1 215	543	44,69
Grenzmark Pos.-Westpr.	— 138	355	217	61,13
Ostpreußen	— 25	920	895	97,28
Hohenzollerische Lande	+ 10	6	16	(37,50).

die Nachbarprovinz Niederschlesien, 27,8 auf Berlin und Brandenburg, 8,0 auf Sachsen und der unbedeutende Rest von 2,5 auf den übrigen Osten. Von dem Anteil Westelbiens in Höhe von 25,3 % kommen 16,1 auf das Ruhrgebiet, 6,2 auf Hannover und 3,0 auf den übrigen Westen. Die Unterschiede in den Wanderungszielen dürften vermutlich zum Teil damit zusammenhängen, daß die Wirtschaftszweige, welche die Abwanderer aufnehmen, bei Oberschlesien anderer Natur sind als bei Ostpreußen; der Wanderstrom fließt offenbar weniger in den Bergbau der mehr westlich gelegenen Gebiete ab, als vielmehr in die Landwirtschaft (Zuckerrübenbau usw.). Die Elemente, die Befähigung und Neigung zu bergmännischer oder industrieller Arbeit zeigen, werden vermutlich zum großen Teil von den eigenen Betrieben Oberschlesiens festgehalten.

Ich habe im vorstehenden das Bild nachgezeichnet, das uns die Volkszählung von 1925 zu liefern scheint, will aber dem Leser nicht verschweigen, daß sich hiergegen auch gewisse Zweifel vorbringen lassen. Ist die Anziehungskraft der westelbischen Gebiete auf die oberschlesischen Abwanderer in der Tat so gering, wie wir aus der Statistik entnehmen zu können glauben? Ist Niederschlesien für die Wanderer nicht bloß eine Zwischenstation, von der aus sie ihren Weg nach Berlin

in der Zeit vom 1. August 1914 bis 16. Juni 1925.
durch Wanderungen.*)

Wanderverlust (—) betrug

Gebiete																	
X. Hannover			XI. Westfalen			XII. Hessen-Nassau			XIII. Rheinprovinz			XIV. Hohenz. Lande	Preußen insgesamt (ohne die Provinz der Spalte 1)			Wiederholung der Spalte 1	
a	b	c	a	b	c	a	b	c	a	b	c	b (=c)	a	b	c		
27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42		
— 261	— 142	— 403	— 1 341	— 1 263	— 2 604	— 141	— 93	— 234	— 1 994	— 382	— 2 376	5	— 10 835	— 2 508	— 13 343	a	I.
— 2 213	— 1 766	— 3 979	— 25 329	— 16 880	— 42 209	— 531	— 487	— 1 018	— 15 522	— 5 794	— 21 316	33	— 73 534	— 38 292	— 111 826	b	
— 2 474	— 1 908	— 4 382	— 26 670	— 18 143	— 44 813	— 672	— 580	— 1 252	— 17 516	— 6 176	— 23 692	38	— 84 369	— 40 800	— 125 169	c	
— 144	176	32	— 192	150	— 42	68	86	154	— 88	272	184	2	— 4 372	7 187	2 815	a	II.
— 736	150	— 586	— 52	1 275	1 223	51	322	373	156	946	1 102	18	— 13 627	29 064	15 437	b	
— 880	326	— 554	— 244	1 425	1 181	119	408	527	68	1 218	1 286	20	— 17 999	36 251	18 252	c	
1 160	1 892	3 052	1 270	1 080	2 350	1 644	1 031	2 675	3 384	2 725	6 109	80	41 574	104 979	146 553	a (=c)	III.
— 221	73	— 148	— 176	— 117	— 293	— 112	— 33	— 145	— 241	35	— 206	14	— 6 478	2 668	— 3 810	a	IV.
— 567	— 482	— 1 049	— 243	— 317	— 560	— 12	— 67	— 79	— 80	99	19	22	— 19 752	— 633	— 20 385	b	
— 788	— 409	— 1 197	— 419	— 434	— 853	— 124	— 100	— 224	— 321	134	— 187	36	— 26 230	2 035	— 24 195	c	
— 43	— 48	— 91	— 43	— 80	— 123	— 19	— 28	— 47	— 117	— 33	— 150	— 2	— 1 431	— 118	— 1 549	a	V.
— 402	— 617	— 1 019	— 1 055	— 1 192	— 2 247	— 187	— 179	— 366	— 1 254	— 447	— 1 701	1	— 12 840	— 8 881	— 21 721	b	
— 445	— 665	— 1 110	— 1 098	— 1 272	— 2 370	— 206	— 207	— 413	— 1 371	— 480	— 1 851	— 1	— 14 271	— 8 999	— 23 270	c	
— 289	— 116	— 405	— 470	— 426	— 896	— 171	2	— 169	— 647	— 100	— 747	14	— 7 497	5 333	— 2 164	a	VI.
— 677	— 745	— 1 422	— 3 124	— 3 276	— 6 400	— 399	— 268	— 667	— 2 915	— 1 480	— 4 395	73	— 27 874	— 3 630	— 31 504	b	
— 966	— 861	— 1 827	— 3 594	— 3 702	— 7 296	— 570	— 266	— 836	— 3 562	— 1 580	— 5 142	87	— 35 371	1 703	— 33 668	c	
— 133	— 197	— 330	— 177	— 156	— 333	— 131	— 98	— 229	— 284	— 148	— 432	5	— 5 304	— 2 418	— 7 722	a	VII.
— 477	— 2 328	— 2 805	— 2 321	— 1 859	— 4 180	— 321	— 297	— 618	— 2 250	— 993	— 3 243	5	— 21 142	— 21 881	— 43 023	b	
— 610	— 2 525	— 3 135	— 2 498	— 2 015	— 4 513	— 452	— 395	— 847	— 2 534	— 1 141	— 3 675	10	— 26 446	— 24 299	— 50 745	c	
— 834	261	— 573	— 269	— 127	— 396	— 320	60	— 260	— 232	322	90	— 5	— 6 095	4 135	— 1 960	a	VIII.
— 2 455	— 2 062	— 4 517	— 1 266	— 1 412	— 2 678	— 585	— 377	— 962	— 2 112	— 107	— 2 219	6	— 15 084	1 115	— 13 969	b	
— 3 289	— 1 801	— 5 090	— 1 535	— 1 539	— 3 074	— 905	— 317	— 1 222	— 2 344	215	— 2 129	1	— 21 179	5 250	— 15 929	c	
— 340	1 315	975	— 228	— 57	— 285	— 32	41	— 9	— 197	54	— 143	9	— 1 923	4 314	2 391	a	IX.
— 1 562	228	— 1 334	— 273	54	— 219	— 106	14	— 92	— 288	141	— 147	9	— 2 773	3 102	329	b	
— 1 902	1 543	— 359	— 501	— 3	— 504	— 138	55	— 83	— 485	195	— 290	18	— 4 696	7 416	2 720	c	
—	—	—	316	2 169	2 485	166	793	959	— 124	796	920	22	1 711	12 869	14 580	a	X.
—	—	—	— 712	— 188	— 900	— 703	96	— 607	— 833	211	— 622	8	— 5 462	7 749	2 287	b	
—	—	—	— 396	1 981	1 585	— 537	889	352	— 709	1 007	298	30	— 3 751	20 618	16 867	c	
— 316	712	396	—	—	—	— 245	2 257	2 012	— 3 920	9 557	5 637	30	— 2 855	46 219	43 364	a	XI.
— 2 169	188	— 1 981	—	—	—	— 730	2 982	2 252	— 21 286	— 8 594	— 29 880	16	— 23 189	18 199	— 4 990	b	
— 2 485	900	— 1 585	—	—	—	— 975	5 239	4 264	— 25 206	963	— 24 243	46	— 26 044	64 418	38 374	c	
— 166	703	537	245	730	975	—	—	—	348	2 001	2 349	70	— 359	5 594	5 235	a	XII.
— 793	— 96	— 889	— 2 257	— 2 982	— 5 239	—	—	—	— 5 218	— 2 495	— 7 713	13	— 9 236	— 4 221	— 13 457	b	
— 959	607	— 352	— 2 012	— 2 252	— 4 264	—	—	—	— 4 870	— 494	— 5 364	83	— 9 595	1 373	— 8 222	c	
— 124	833	709	3 920	21 286	25 206	— 348	5 218	4 870	—	—	—	81	3 864	51 683	55 547	a	XIII.
— 796	— 211	— 1 007	— 9 557	8 594	— 963	— 2 001	2 495	494	—	—	—	— 21	— 15 099	18 492	3 393	b	
— 920	622	— 298	— 5 637	29 880	24 243	— 2 349	7 713	5 364	—	—	—	60	— 11 235	70 175	58 940	c	
— 22	— 8	— 30	— 30	— 16	— 46	— 70	— 13	— 83	— 81	21	— 60	—	— 325	— 183	— 508	b (=c)	XIV.
— 1 711	5 462	3 751	2 855	23 189	26 044	359	9 236	9 595	— 3 864	15 099	11 235	325	+ 0	+ 239 937	+ 239 937	a	insges.
— 12 869	— 7 749	— 20 618	— 46 219	— 18 199	— 64 418	— 5 594	4 221	— 1 373	— 51 683	— 18 492	— 70 175	183	— 239 937	± 0	— 239 937	b	
— 14 580	— 2 287	— 16 867	— 43 364	4 990	— 38 374	— 5 235	13 457	8 222	— 55 547	— 3 393	— 58 940	508	.	.	:	c	

und dem Ruhrgebiet fortsetzen? Nimmt nicht Breslau für das Gesamtgebiet von Schlesien (Nieder- und Oberschlesien zusammengenommen) ungefähr dieselbe Stellung ein, wie Königsberg für Ostpreußen? Würde nicht in Ostpreußen, wenn man zwischen Königsberg und dem Rest der Provinz eine Grenze ziehen würde, ein großer Teil der Abwanderung nach Berlin und dem Ruhrgebiet auch statistisch verschwinden und als Abwanderung nach Königsberg erscheinen, ebenso wie jetzt in Schlesien die Abwanderung aus Oberschlesien zum großen Teile als eine Abwanderung nach Niederschlesien, d. h. vermutlich Breslau, erscheint? (Von der Gesamtzahl der Abwanderer aus Oberschlesien nach Niederschlesieu in Höhe von 37 947 gingen 15 775 nach Stadtkreisen, 22 172 nach Landkreisen). Die Beseitigung dieser Zweifel würde eingehende Spezialuntersuchungen voraussetzen, die im Rahmen dieses Aufsatzes nicht vorgenommen werden können und die einer Darstellung vorbehalten bleiben müssen, die sich mehr mit den Gründen der Erscheinungen befaßt. Es liegt hier wieder der in der Statistik sehr häufige Fall vor, daß uns die Zahlen eine völlig eindeutige Antwort auf unsere Fragen nicht geben. Diese dem Produzenten der Statistik durchaus vertraute Vieldeutigkeit wird von den statistischen Konsumenten nicht selten übersehen und ist der wichtigste Scheingrund für die in der Tat völlig unzutreffende Behauptung, daß man mit der Statistik alles beweisen könne.

Kehren wir von dieser kurzen Abschweifung wieder zu unserem eigentlichen Thema zurück, so wollen wir das Verhältnis der Zuwanderung nach Oberschlesien zur Abwanderung dorther ins Auge fassen. Wir stellen fest, daß die Zuwanderung 37,9 % der Abwanderung ausmacht. Bei denjenigen Gebieten, welche die Abwanderer aus Oberschlesien hauptsächlich aufnehmen, schwankt der Anteil der Zuwanderung an der Abwanderung von 19,55 % bei Hannover bis zu 28,78 % bei der Rheinprovinz; nur bei Niederschlesien ist die Gegenströmung mit 51,26 % beträchtlicher. Vielleicht handelt es sich hierbei nicht um eigentliche Rückwanderer, sondern um Personen mit ganz anderen wirtschaftlichen Zielen, einerseits eine Abwanderung in den Bergbau Oberschlesiens, andererseits eine Abwanderung in die Landwirtschaft Niederschlesiens. Doch bedürfte diese Vermutung noch sorgfältiger Nachprüfung.

Zuwanderungsgebiete.

in nachstehenden Gebieten	Die Abwanderung betrug in Prozent der Zuwanderung gegenüber nachstehenden Gebieten: Ost-preußen	Bran-den-burg	Berlin	Pom-mern	Grenz-mark Posen-Westpr.	Nieder-schle-sien	Ober-schle-sien	Sachsen	Schles-wig-Hol-stein	Han-nover	West-falen	Hessen-Nassau	Rhein-provinz	Hohen-zolle-rische Lande	Preußen insgesamt (ohne die in der Vorspalte genannte Provinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Berlin	24,86	82,70	—	44,87	26,17	40,44	22,74	60,03	71,44	74,65	78,59	69,29	67,94	34,43	58,52
Rheinprovinz	21,38	123,78	147,20	96,16	31,37	49,09	28,78	82,20	94,09	102,17	77,19	77,14	—	77,78	74,59
Westfalen	18,58	123,18	127,24	82,05	30,42	32,79	22,93	69,76	87,92	107,27	—	70,38	129,55	57,41	83,04
Hannover	29,04	90,17	133,96	69,43	21,67	57,81	19,55	72,18	96,78	—	93,23	95,24	97,87	50,82	84,48
Brandenburg	28,75	—	120,92	76,16	40,51	63,23	24,10	78,20	104,72	110,91	81,18	79,37	80,79	51,22	91,11
Schleswig-Holstein	42,23	95,49	139,98	76,80	27,30	69,26	44,69	93,31	—	103,32	113,74	105,63	106,29	35,71	94,32

Abwanderungsgebiete.

in nachstehenden Gebieten	Die Zuwanderung betrug in Prozent der Abwanderung gegenüber nachstehenden Gebieten: Ost-preußen	Bran-den-burg	Berlin	Pom-mern	Grenz-mark Posen-Westpr.	Nieder-schle-sien	Ober-schle-sien	Sachsen	Schles-wig-Hol-stein	Han-nover	West-falen	Hessen-Nassau	Rhein-provinz	Hohen-zolle-rische Lande	Preußen insgesamt (ohne die in der Vorspalte genannte Provinz)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Hessen-Nassau	250,66	79,87	69,29	120,20	433,06	152,55	404,68	121,63	105,63	95,24	70,38	—	77,14	173,45	87,85
Sachsen	295,96	78,20	60,03	114,13	456,28	153,73	480,15	—	93,31	72,18	69,76	82,22	82,20	103,03	86,84
Pommern	247,28	76,16	44,87	—	143,73	133,82	284,58	87,62	76,80	69,43	82,05	83,20	96,16	460,00	75,01
Niederschlesien	137,64	63,23	40,44	74,73	159,80	—	195,08	65,05	69,26	57,81	32,79	65,55	49,09	721,43	74,80
HohenzollerischeLande	17,39	51,22	34,43	21,74	125,00	13,86	37,50	97,06	35,71	50,82	57,41	57,65	77,78	—	52,66
Grenzm. Pos.-Westpr.	167,59	40,51	26,17	71,06	—	62,58	163,59	21,92	27,30	21,67	30,42	23,09	31,37	80,00	42,21
Oberschlesien	97,28	24,10	22,74	35,14	61,13	51,26	—	20,83	44,69	19,55	22,93	24,71	28,78	266,67	37,86
Ostpreußen	—	28,75	24,86	40,45	59,67	72,66	102,79	33,79	42,23	29,04	18,58	39,89	21,38	575,00	26,22

An dritter Stelle steht unter den Abwanderungsgebieten mit einem Wanderverlust von 33 863 Personen die Provinz Niederschlesien; auf sie bezieht sich folgende Tabelle:

Ziel der Abwanderer bezw. Herkunft der Zuwanderer	Wanderverlust (—) bezw. Wandergewinn (+)	Abwanderung nach der Provinz der Vorspalte	Zuwanderung aus der Provinz der Vorspalte	Zuwanderung in Prozent der Abwanderung bezw. (in Klammern) Abwanderung in Prozent der Zuwanderung
Berlin	— 26 013	43 678	17 665	40,44
Brandenburg	— 8 394	22 828	14 434	63,23
Westfalen	— 7 296	10 855	3 559	32,79
Rheinprovinz	— 5 142	10 100	4 958	49,09
Sachsen	— 2 981	8 529	5 548	65,05
Hannover	— 1 827	4 330	2 503	57,81
Pommern	— 1 045	4 135	3 090	74,73
Hessen-Nassau	— 836	2 427	1 591	65,55
Schleswig-Holstein	— 823	2 677	1 854	69,26
Hohenzollerische Lande	+ 87	14	101	(13,86)
Grenzmark Pos.-Westpr.	+ 1 040	1 739	2 779	(62,58)
Ostpreußen	+ 1 067	2 835	3 902	(72,65)
Oberschlesien	+ 18 495	19 452	37 947	(51,26)

Wir wissen bereits, daß Niederschlesien auf Kosten von Oberschlesien einen erheblichen Wandergewinn (18495 Personen) erzielt, vorstehende Tabelle zeigt uns aber, daß es viel mehr, als es empfangen hat, auf der anderen Seite wieder abgibt, und zwar 34 407 Personen an Berlin und Brandenburg, 12 438 Personen an Westfalen und die Rheinprovinz. Nennenswert ist noch der Bevölkerungsverlust, der gegenüber Sachsen und Hannover eintritt. Immerhin trägt Niederschlesien weniger deutlich das Gepräge eines Abwanderungsgebietes wie die bisher behandelten Landesteile; die Zuwanderung macht nicht weniger als 74,80 % der Abwanderung aus. Ebenso wie Niederschlesien seiner oberschlesischen Nachbarprovinz gegenüber nicht lediglich der empfangende, sondern auch der abgebende Teil ist, steht andererseits dem nach Berlin und dem Ruhrgebiet gerichteten Wanderstrom eine nicht unbeträchtliche Gegenströmung gegenüber. Sie ist bei Berlin und Brandenburg mit 48,26 % der Abwanderung größer als bei Rheinland und Westfalen mit nur 40,64 %. Um 60 % herum liegt die Rückströmung bei Sachsen und Hannover.

Den vierten Platz unter den preußischen Provinzen nimmt seinem Wanderverlust nach Pommern ein; aber das Land ist ebenso wenig wie das eben behandelte Niederschlesien einseitig nur Abwanderungsgebiet, sondern hat auch eine nicht unerhebliche Zuwanderung, die 75,01 % der Abwanderung ausmacht. Pommern saugt Bevölkerung an besonders aus Ostpreußen (4 620 Personen), Schlesien (2 158) und der Grenzmark (1 423). Für die Zuwanderung aus Ostpreußen und der Grenzmark dürfte allerdings Pommern zum Teil wohl nur Zwischenstation sein. Der Wanderverlust Pommerns entsteht hauptsächlich durch die Abgabe von Bevölkerung an Berlin und Brandenburg (28 365 Personen); der Wanderverlust gegenüber dem Berliner Wirtschaftsgebiet ist also größer als der Gesamtwanderverlust der Provinz, was sich durch die Zuwanderung auf den anderen Gebieten erklärt. Im Übrigen sei auf folgende Tabelle verwiesen:

Ziel der Abwanderer bezw. Herkunft der Zuwanderer	Wanderverlust (—) bezw. Wandergewinn (+)	Abwanderung nach der Vorspalte der Provinz	Zuwanderung aus der Vorspalte der Provinz	Zuwanderung in Prozent der Abwanderung bezw. (in Klammern) Abwanderung in Prozent der Zuwanderung
Berlin	— 23 694	42 976	19 282	44,87
Brandenburg	— 4 671	19 596	14 925	76,16
Hannover	— 1 197	3 916	2 719	69,43
Schleswig-Holstein	— 1 040	4 483	3 443	76,80
Westfalen	— 853	4 752	3 899	82,05
Sachsen	— 566	4 572	4 006	87,62
Hessen-Nassau	— 224	1 333	1 109	83,20
Rheinprovinz	— 187	4 873	4 686	96,16
Hohenzollerische Lande	+ 36	10	46	(21,74)
Niederschlesien	+ 1 045	3 090	4 135	(74,72)
Oberschlesien	+ 1 113	603	1 716	(35,14)
Grenzmark Pos.-Westpr.	+ 1 423	3 494	4 917	(71,06)
Ostpreußen	+ 4 620	3 138	7 758	(40,45)

Die Provinz, die der absoluten Höhe ihres Wanderverlustes nach den fünften Platz einnimmt, nämlich die Grenzmark Posen-Westpreußen, trägt wieder viel ausgeprägter die Züge eines reinen Abwanderungsgebietes als Niederschlesien und Pommern; die Zuwanderung macht nur 42,21 % der Abwanderung aus. Die Grenzmark hat den anderen preußischen Provinzen gegenüber mit Ausnahme von Ostpreußen und Oberschlesien durchweg Wanderverluste; auch der Wandergewinn gegenüber den oben genannten Hauptabwanderungsgebieten des preußischen Staates ist nur minimal. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung, welche die Grenzmark verliert, gibt sie an Berlin und Brandenburg ab (13 937 Personen), nur den fünften bis sechsten Teil an Westfalen und das Rheinland (4 221). Auch die Bevölkerungsabgabe an das benachbarte Pommern (1423 Personen) und Mitteldeutschland (Sachsen und Hannover 2533 Personen) ist nennenswert. Alles übrige ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Ziel der Abwanderer bezw. Herkunft der Zuwanderer	Wanderverlust (—) bezw. Wandergewinn (+)	Abwanderung nach	Zuwanderung aus	Zuwanderung in Prozent der Abwanderung bezw. (in Klammern) Abwanderung in Prozent der Zuwanderung
		der Provinz der Vorspalte		
Berlin	— 8 664	11 735	3 071	26,17
Brandenburg	— 5 273	8 863	3 590	40,51
Westfalen	— 2 370	3 406	1 036	30,42
Rheinprovinz	— 1 851	2 697	846	31,37
Sachsen	— 1 475	1 889	414	21,92
Pommern	— 1 423	4 917	3 494	71,06
Hannover	— 1 110	1 417	307	21,67
Niederschlesien	— 1 040	2 779	1 739	62,58
Schleswig-Holstein	— 522	718	196	27,30
Hessen-Nassau	— 413	537	124	23,09
Hohenzollerische Lande	— 1	5	4	80,00
Oberschlesien	+ 138	217	355	(61,13)
Ostpreußen	+ 734	1 086	1 820	(59,67)

Sachsen, das den sechsten Platz unter den Abwanderungsprovinzen einnimmt, ist fast in gleichem Maße Zuwanderungs- wie Abwanderungsgebiet; die Zuwanderung beträgt 86,34 % der Abwanderung. Die Beziehungen zu den anderen Provinzen ergeben sich aus folgender Übersicht:

Ziel der Abwanderer bezw. Herkunft der Zuwanderer	Wanderverlust (—) bezw. Wandergewinn (+)	Abwanderung nach	Zuwanderung aus	Zuwanderung in Prozent der Abwanderung bezw. (in Klammern) Abwanderung in Prozent der Zuwanderung
		der Provinz der Vorspalte		
Berlin	— 12 759	31 920	19 161	60,03
Hannover	— 5 090	18 295	13 205	72,18
Brandenburg	— 4 362	20 013	15 651	78,20
Westfalen	— 3 074	10 166	7 092	69,76
Rheinprovinz	— 2 129	11 961	9 832	82,20
Hessen-Nassau	— 1 222	6 872	5 650	82,22
Schleswig-Holstein	— 286	4 278	3 992	93,31
Hohenzollerische Lande	+ 1	33	34	(97,06)
Pommern	+ 566	4 006	4 572	(87,62)
Grenzmark Pos.-Westpr.	+ 1 475	414	1 889	(21,92)
Niederschlesien	+ 2 981	5 548	8 529	(65,05)
Ostpreußen	+ 3 929	2 005	5 934	(33,79)
Oberschlesien	+ 4 041	1 063	5 104	(20,82)

Wir ersehen aus dieser Tabelle, daß die ostelbischen Gebiete mit Ausnahme von Berlin und Brandenburg 12 984 Personen an Sachsen abgeben, während Sachsen seinerseits 17 121 Personen an das Berliner Wirtschaftsgebiet und 11 800 Personen an die westelbischen Provinzen verliert, davon 5 203 Personen an das Rheinland und Westfalen und 5 090 Personen an Hannover. Die Gegenströmung ist aber überall sehr bedeutend, und zwar im Bevölkerungsaustausch mit Rheinland und Westfalen noch stärker als gegenüber Berlin und Brandenburg sowie Hannover.

Das letzte der Abwanderungsgebiete, das wir ausführlicher betrachten wollen, nämlich Hessen-Nassau, ist ebenso wenig wie Sachsen ein reines Abwanderungsgebiet, da die Zuwanderung 87,85 % der Abwanderung beträgt. Hessen-Nassau hat acht Provinzen gegenüber einem Wandergewinn und nur 5 Provinzen gegenüber einem Wanderverlust. (Vgl. die folgende Tabelle).

Ziel der Abwanderer bezw. Herkunft der Zuwanderer	Wanderverlust (—) bezw. Wandergewinn (+)	Abwanderung nach	Zuwanderung aus	Zuwanderung in Prozent der Abwanderung bezw. (in Klammern) Abwanderung in Prozent der Zuwanderung
		der Provinz der Vorspalte		
Rheinprovinz	— 5 364	23 469	18 105	77,14
Westfalen	— 4 264	14 396	10 132	70,38
Berlin	— 2 675	8 710	6 035	69,29
Brandenburg	— 527	2 554	2 027	79,37
Hannover	— 352	7 395	7 043	95,24
Hohenzollerische Lande	+ 83	113	196	(57,65)
Schleswig-Holstein	+ 83	1 475	1 558	(94,67)
Pommern	+ 224	1 109	1 333	(83,20)
Grenzmark Pos.-Westpr.	+ 413	124	537	(23,09)
Niederschlesien	+ 836	1 591	2 427	(65,55)
Oberschlesien	+ 847	278	1 125	(24,71)
Sachsen	+ 1 222	5 650	6 872	(82,22)
Ostpreußen	+ 1 252	831	2 083	(39,89)

Von den acht Provinzen, von denen Hessen-Nassau Bevölkerung empfängt, gehören sechs zu den ostelbischen Gebieten. Der Wandergewinn aus diesen Provinzen beträgt 4 794 Personen. Eine Abgabe von Bevölkerung erfolgt nur an Berlin und Brandenburg (3 202 Personen). Was die Beziehungen Hessen-Nassaus zu den westelbischen Gebieten anbetrifft, so ist der Bevölkerungsaustausch mit Hannover und Schleswig-Holstein nur gering; dagegen erleidet Hessen-Nassau an die Rheinprovinz und Westfalen bedeutende Wanderungsverluste (9 628 Personen).

Die vorhin gegebene Tabelle liefert übrigens ein gutes Beispiel dafür, wie wenig die Berechnung von Wandergewinnen und Wanderverlusten häufig geeignet ist, ein richtiges Bild von der Wirklichkeit zu geben. Sie zeigt, daß der Wandergewinn von Hessen-Nassau gegenüber Sachsen und Ostpreußen fast gleich groß ist, und zwar gegenüber Ostpreußen sogar eine Kleinigkeit größer, während die Zuwanderung aus Ostpreußen noch nicht einmal ein Drittel der Zuwanderung aus Sachsen beträgt. Das hängt damit zusammen, daß die Abwanderung von Hessen-Nassau nach Sachsen fast sieben mal so groß ist wie die Abwanderung nach Ostpreußen.

Von einer eingehenden Behandlung von Hohenzollern wollen wir absehen, einerseits wegen der Kleinheit dieses Gebietes, andererseits wegen der weiten Entfernung des Ländchens von dem Hauptteil des preußischen Staates. Für Hohenzollern ist natürlich der Bevölkerungsaustausch mit Württemberg und Baden viel wichtiger als der mit den übrigen preußischen Landesteilen; unsere Statistik würde daher ein ganz verzerrtes Bild geben.

4. Schluß.

Wenn wir am Schlusse unserer Untersuchungen uns deren Ergebnisse nochmals vor unserem geistigen Auge vorüberziehen lassen, so werden wir finden, daß sie uns mehr Fragen gestellt als Lösungen gebracht haben. Bei der Beschränkung, die ich mir mit Rücksicht auf den Umfang und den Zeitpunkt der Fertigstellung vorliegender Arbeit auferlegen mußte, war aber von vornherein nichts anderes zu erwarten. Wie bereits in der Einleitung angedeutet wurde, sind die Beiträge, welche die Statistik zur Lösung der Binnenwanderungsfragen liefern kann, mit vorstehenden Untersuchungen noch keineswegs erschöpft. Darüber hinaus ist zu beachten, daß man mit der Statistik allein dieser Probleme überhaupt nicht Herr werden kann, daß es dazu vielmehr insbesondere eingehender volkswirtschaftlicher Darlegungen bedürfen würde. Meine Arbeit hatte sich nur das bescheidene Ziel gesteckt, für diese künftigen Untersuchungen einige Zahlen als Unterlage zu liefern.

Über die Indexziffern der reagiblen Warenpreise.

Von

Dr. Alexander Gutfeld.

Beim Gebrauch von Preisindexziffern in der Konjunkturstatistik geht man von dem Gedanken aus, daß zwischen der allgemeinen Wirtschaftslage und den Warenpreisen ein Zusammenhang bestehen müsse. Oft werden Preisbewegung und Konjunkturbewegung ohne weiteres (d. h. ohne theoretische Begründung) einander gleichgesetzt. Denkt man bei „Konjunktur" an Preise und Produktion, so denkt man sich den Zusammenhang zwischen Preisbewegung und Konjunkturbewegung in Anwendung der Preisgesetze als wechselseitig kausal (funktional). Der theoretisch scheinbar zur Beurteilung der „allgemeinen Wirtschaftslage" nötigen Erfassung der Preise aller Waren, des „allgemeinen Preisniveaus", stehen technische Hindernisse entgegen. Die weitere Überlegung zeigt dann, daß die als Ersatz verwandten allgemeinen Indexziffern der Großhandelspreise ein einwandfreies Werkzeug der Konjunkturbeobachtung darstellen. Denn die „allgemeine Wirtschaftslage" ist garnicht so „allgemein": was unter diesem Ausdruck verstanden wird, ist – die gegenseitige Beeinflussung der Lage verschiedener Zweige der Gesamtwirtschaft beiseite gesetzt – die Lage der Industrie. Und zwar, wie weitere Überlegungen zeigen, vorzüglich in Hinblick auf die Kapitalgüter herstellenden Zweige. (Vom Effekten- und vom Geldmarkt sei hier ganz abgesehen.) So ergibt sich schließlich die Aufspaltung der zunächst unbedenklich benutzten Großhandelspreisgesamtindexziffern in eine Reihe Teilindices zur besseren Erkenntnis der Bewegungen in den einzelnen Marktgebieten.[1])

Die Verfeinerung der Indexziffertechnik geht jedoch weiter. Bei der Beobachtung der Meßziffern der einzelnen Warenpreise, aus denen die Indices bestehen, fanden sich einige, die den „allgemeinen Rhythmus" der Konjunkturbewegungen, ihre Höhe- und Tiefpunkte, besonders deutlich zeigten. Durch die Zusammenfassung einiger solcher Meßziffern wurden „reagible Indexziffern" gebildet, also Indexziffern, deren Eigentümlichkeit es ist, deutlicher als die Gesamt- oder im allgemeinen auch die Gruppenziffern den Verlauf der Konjunktur anzugeben.

Die Entdeckung der „sensitive commodity prices" geschah, wie gesagt, rein empirisch bei der Zusammenstellung anderer Indices; die Warenzusammenstellungen der reagiblen Indexziffern haben keine theoretische Grundlage.[2]) Indem der Begriff Reagibilität, die Zusammensetzung reagibler Indexziffern und ihre Verwendung untersucht werden, soll ein Beitrag zur theoretischen Grundlegung gegeben werden.

Die Übersicht 1 zeigt den Inhalt (die Waren) von vier reagiblen Indexziffern. Der Inhalt der vier Ziffern ist sehr ähnlich; die Waren des einzelnen stammen jedoch aus den verschiedensten Produktionsgebieten, und die Ursache ihrer gemeinsamen Eigenschaft „reagibel" ist nicht zu erkennen.

Übersicht 1. **Zusammensetzung einiger Indizes reagibler Warenpreise.**

Vereinigte Staaten von Amerika	Deutsches Reich		Österreich
Harvard-Institut	Harvard-Institut	Institut für Konjunkturforschung, Berlin	Österreichisches Institut für Konjunkturforschung
Ten commodity index (geometrisches Mittel)	sensitive index	Indexziffer der (10) reagiblen Warenpreise (geometrisches Mittel)	Index reagibler Großhandelspreise
1	2	3	4
Kattun	Kattun	Wolle	Schafwolle
Stoff für Bettbezüge	Baumwollgarn	Hanf	Hanfgarn
Kammgarn	Rohwolle (2x)	Flachs	Leinengarn
	Rohseide		
Häute	Kalbfelle	Kalbfelle	Kalbfelle
		Ochsenhäute	Ochsenhäute
Roheisen	Roheisen (2x)	Maschinengußbruch	Stabeisen
Stabeisen	Blei	Blei	Blei
Zink	Zinn	Mittelbleche	Zink
		Schrott	Kernschrot
		Messingblechabfälle	
Schweinefleisch			Rindstalg
Koks			
Baumwollsaatöl			Leinöl
im Text zitiert als			
ten commodity index	sensitive index	reagibler Index	österreichischer Index

Der Begriff reagibel deckt zwei Tatbestände:

1. Der reagible Index kann zeitlich die Bewegungen vorausnehmen, die das gesamte Preisniveau oder ein Ausschnitt daraus unter dem Einfluß der Konjunkturgestaltung macht (**zeitliche Reagibilität**);

2. Die Schwankungen des reagiblen Index können gleichzeitig mit denen eines anderen Index erfolgen, jedoch mit stärkeren Ausschlägen nach oben und/oder unten (**graduelle Reagibilität**).

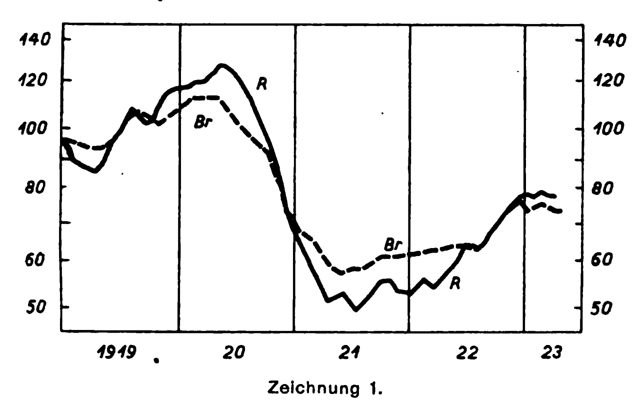
Alle bekannteren reagiblen Indizes, nämlich der „ten commodity index" für Amerika und der „sensitive index" für Deutschland des Havardinstituts, der „reagible Index" und die beiden „Indizes 10 gleicher Waren" für Deutschland und für das Ausland des deutschen Instituts für Konjunkturforschung

---

[1]) Beispiele: die Hauptgruppen der Großhandelspreisindexziffer des Statistischen Reichsamts: Agrarstoffe, industrielle Rohstoffe und Halbwaren, industrielle Fertigwaren, Gesamt; nach einem anderen Gesichtspunkt die französische Ziffer: Indice général, Produits nationaux, Produits importés; Denrées alimentaires, Matières industrielles. — [2]) Review of economic statistics, Band 5, S. 73: Commodities varied in nature, important in industry, unusually sensitive in price, not greatly affected by the seasons, and similar with respect to their main cyclical price movements.

wie schließlich der österreichische Index, sind graduell reagibel, und die Ziffern sind offensichtlich wegen dieser Eigenschaft errechnet worden. Immerhin ergeben sich infolge des empirischen Ursprungs nicht nur hinsichtlich der graduellen Reagibilität einige Fragen theoretischer Art — etwa nach der Ursache, dem Umfange, der Sicherheit —, sondern wie sich zeigen wird, führt auch die Betrachtung unter dem Gesichtspunkte der zeitlichen Reagibilität zu wesentlichen Erkenntnissen über die Natur und die Brauchbarkeit dieser Indexziffern. Diese Fragen sollen in der Weise entwickelt werden, daß zunächst der Gebrauch dargestellt wird, den die berechnenden Institute von dem ten commodity index, dem sensitive index und dem reagiblen Index in ihren Veröffentlichungen machen.

Der ten commodity index des Harvard-Instituts und Bradstreets Index.



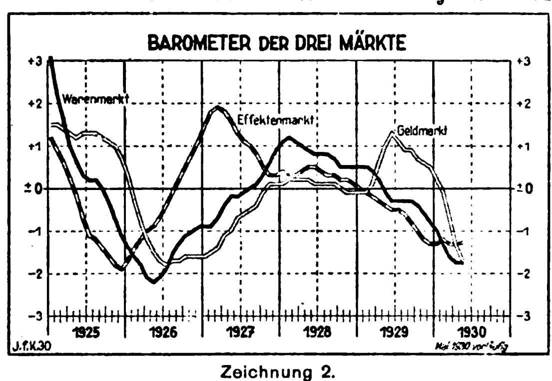
Zeichnung 1.

Als älteste reagible Indexziffer sei der „ten commodity index" des Harvardinstituts zuerst besprochen. Seine Zusammensetzung: siehe Übersicht 1, Spalte 1. Er wurde in der Indexkarte der allgemeinen Geschäftslage, die fast in jedem Wochenbrief (Weekly Letter) des Instituts erscheint, einige Zeit lang in folgender Weise verwandt: Wie bekannt, enthält die B-Kurve (Business, allgemeine Lage des Warengeschäfts) des Barometers, das außerdem je eine Kurve der Lage der Effektenbörse (A-Kurve) und des Geldmarkts (C-Kurve) umfaßt, zwei Komponenten: eine Preisindexziffer und die Scheckbelastungen bei den Banken in 140 Städten. Als Preisindexziffer wurde zuerst Bradstreets Index, ein Großhandelspreisindex ohne besondere Feinheiten, verwandt. Im Mai 1923 wurde diese Indexziffer durch den „cyclical index of commodity prices" (Konjunkturindex der Warenpreise) ersetzt, der durch das Verhältnis des ten commodity index zu Bradstreets Index gebildet wurde. (Wie die Zeichnung 1 zeigt, liegt der ten commodity index in der Hochspannung höher, in der Depression tiefer als Bradstreets Index.) Als Grund dieser Änderung wurde angegeben, daß man die Grundbewegung (trend) der Preisentwicklung noch nicht kannte, daß aber dies neue Verfahren die Grundbewegung dadurch automatisch ausschaltete, daß beide Reihen wohl die gleiche Grundbewegung hätten[3]). Gerade die Frage der Grundbewegung aber führte dazu, daß der cyclical index im März 1926 wieder fallen gelassen wurde. Als Preiselement der B-Kurve wurde nunmehr die Großhandelspreisindexziffer des Bureau of Labor Statistics benutzt. Als Grundbewegung wurde dieser Ziffer eine Horizontale in der Höhe von 150 v. H. des Preisniveaus von 1913 unterlegt[4]). (Ein durchschnittlicher Preisstand von 150 gegenüber 1913 = 100 wurde also als „normal" angesehen[5])). Die Begründung dieser Änderung lautet: „Wegen der Grundbewegung des Verhältnisses während der Jahre 1924 und 1925 schien es wünschenswert, dieses Vorgehen aufzugeben. Das Verhältnis wies eine dauernde Grundbewegung nach unten auf, die sich hauptsächlich aus der starken Senkung des ten commodity index seit April 1923 ergab. Infolgedessen klafften Preiselement und Mengenelement der B-Kurve nach dem Frühjahr 1923 langsam auseinander[6])". Damit ist die Rolle des ten commodity index in der Konjunkturstatistik des Harvardinstituts beendet: er wird von nun an weder in den Weekly Letters noch in der Review weiter verwandt.

Im Dezember 1925 erschien in der Review of Economic Statistics eine Studie, welche die Grundsätze des Dreikurvenbarometers auf die deutsche Wirtschaft der Vorkriegszeit anwandte[7]). Hierfür wurde auf empirischem Wege ein „sensitive index" geschaffen. Seine Zusammensetzung: siehe Übersicht 1. Mit dem ten commodity index für Amerika hat er nur zwei Waren gemeinsam: Kattun und Roheisen. Interessant ist, daß der sensitive index ein gewogener Index ist. Er enthält nur acht Waren, von diesen aber zwei, nämlich Rohwolle und Roheisen, in je zwei verschiedene Notierungen. Ob hierfür eine Ansicht über die Struktur der deutschen Wirtschaft maßgebend war, ob man nur die Zehnzahl aufrechterhalten wollte, oder was sonst der Grund dieser Auswahl war, ist aus dem Bericht nicht zu entnehmen. Die Verwendung im Dreikurvenbarometer war die gleiche wie die des ten commodity index: als Preiselement der B-Kurve.

Die „Indexziffer der (10) reagiblen Warenpreise" ist von den beiden amerikanischen Ziffern in der Zusammensetzung und in der Verwendung verschieden. Wenn sie auch wohl unter der Anregung durch die amerikanischen Ziffern entstanden ist, so sind die Experimente doch durchaus selbständig vorgenommen worden. Der deutsche reagible Index umfaßt statt der 8 Waren des sensitive Index 10, von denen 3 mit dem sensitive Index gemeinsam sind: Wolle, Kalbfelle und Blei. Eine Ware, Ochshäute, kann mit den Häuten (hides) des ten commodity index identisch sein.

Das Barometer der drei Märkte des Instituts für Konjunkturforschung.



Zeichnung 2.

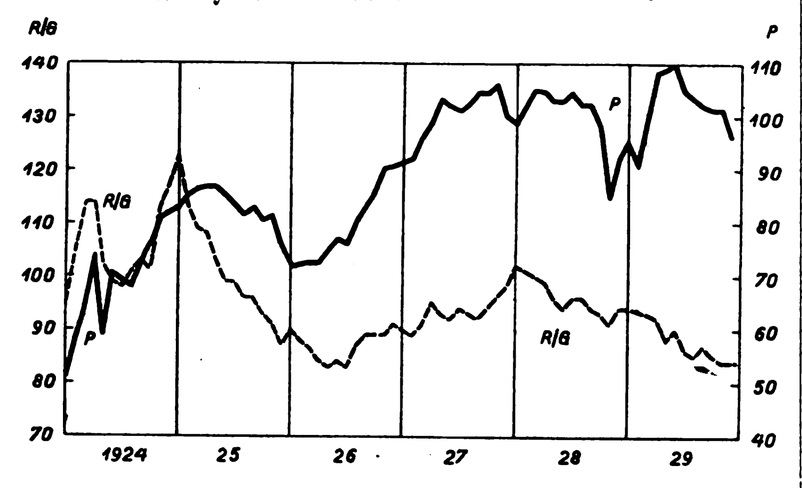
In den Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung wird der reagible Index sehr häufig verwandt. Erstens wird er im „Barometer der drei Märkte", das dem Harvardbarometer (s. o.) nachgebildet ist, als Repräsentant des Warenmarktes

[3]) Review, B. 5, S. 192 ff. — [4]) Weekly Letters J. 5, Nr. 14, S. 78. Inzwischen wieder geändert. — [5]) Dagegen ließe sich, so roh diese Art der Festsetzung eines „Trend" auch ist, nichts sagen, wenn das Harvardinstitut die Grundbewegung nur als ein technisches Hilfsmittel betrachtet hätte, das dazu dient, die optische Betrachtung mehrerer Kurven zu erleichtern. Aber in dieser Festsetzung scheint ein Stück Zahlenmystik (nach Meerwarth) zu stecken: das Institut hat offenbar geglaubt, daß „150 v. H. des Vorkriegsniveaus" eine reale, dauernde Höhe des Preisniveaus, ein „Normalwert", ein irgenwie (aber wie??) begründetes Niveau der Preise sein werde. Das geht daraus hervor, daß es 1925 (Weekly Letters 1925, S. 50) zur Beruhigung der Geschäftswelt unter anderem erklärte, daß von einer neuen Inflation nicht die Rede sein könne, solange das Preisniveau nicht über 168 v. H. von 1913 steige. — [6]) Review, J. 8, S. 66/67. Ob man sich damals darüber Gedanken gemacht hat, daß dies Auseinanderklaffen von Preis- und Mengenindex vielleicht in einer Änderung der Struktur der Wirtschaft begründet sein könnte (was wohl tatsächlich der Fall war, s. meine Arbeit Konjunkturprognose und Konjunkturpolitik, Zeitschr. d. Preuß. Statist. Landesamts, J. 68), geht aus dem Text nicht hervor. — [7]) Review, J. 7, S. 277 ff.: An Index of General Business Conditions for Germany, 1898—1913.

benutzt. Zweitens wird er mit allen möglichen anderen Preisindexziffern zusammengestellt.

Wenden wir uns also zunächst der Verwendung des reagiblen Index als — in Harvardscher Ausdrucksweise — B-Kurve zu.

Ein zyklischer Index und die Produktionskurve.



Zeichnung 3.

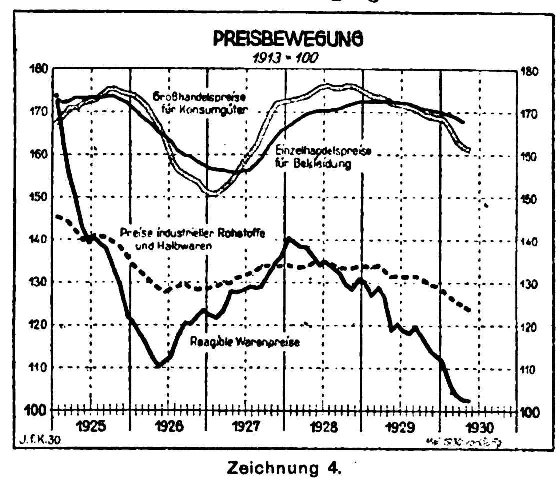
R/G: Das Verhältnis der reagiblen Indexziffer zur Gesamt-Großhandelspreisindexziffer.
P: Produktionsindex wichtiger Industriezweige (1928 = 100).

Die Vergleichung der Kurve R in Zeichnung 5A mit einem Index der industriellen Produktion (Kurve P in Zeichnung 3) zeigt, daß die Bewegungen der reagiblen Indexziffer für den Verlauf der Lage auf dem Warenmarkt — als Bewegung der Produktion aufgefaßt — repräsentativ sein könnten. Gegen die Verwendung des reagiblen Index im Barometer der drei Märkte — siehe Zeichnung 2 — scheint demnach nichts einzuwenden zu sein. Die Übereinstimmung von R und P würde noch deutlicher sein, wenn die Grundbewegungen der beiden Kurven bekannt und ausschaltbar wären.

Die Kurve R/G in Zeichnung 3 stellt einen Versuch dar, den oben genannten cyclical index nachzuahmen. Ihre Werte sind das Verhältnis des reagiblen Index R und der Gesamtindexziffer der Großhandelspreise G (Zeichnung 5A), mit hundert multipliziert, also 100 R : G. Das Ergebnis ist nicht sehr befriedigend. Zwar zeigt R/G die gleichen Bewegungen wie R und P und gibt soweit anscheinend den Konjunkturverlauf exakt genug wieder. Aber es bleibt zweifelhaft, ob die Grundbewegung von R ausgeschaltet worden ist; denn R/G verläuft seit Juli 1926 auf einem so tiefen Niveau, daß man annehmen kann, daß R eine nicht ausgeschaltete absteigende Grundbewegung, G eine entweder horizontale oder nur gering fallende Grundbewegung hat. P dagegen dürfte eine stark steigende Grundbewegung haben[8]).

Weiter unten befindet sich eine Übersicht 2 über die Zeitpunkte der Umschwünge verschiedener Indizes. Zur Klärung der Frage der zeitlichen Reagibilität von R oder R/G gegenüber P dienen neben Zeichnung 3 die Spalten 2, 11 und 12 dieser Übersicht. Bis zum April 1926 besteht eine regelmäßige zeitliche Reagibilität sicher nicht: R/G wendet sich bald gleichzeitig mit P, bald kurz vor P, bald kurz nach P. Später, das heißt im Verhältnis zu dem Wendepunkt von R/G im Anfang des Jahres 1928, ist die Sache ganz unsicher[9]). Im Grunde kann also eine Zusammenstellung des reagiblen Index mit dieser allgemeinen — aber auch mit jeder speziellen — Produktionsindexziffer nichts neues bieten. Dies ist eine rein statistische Feststellung, die die Fragwürdigkeit der Gleichung „steigende Preise = steigende Produktion" (oder, von der Produktionsseite, umgekehrt) nicht weiter berührt. — Die graduelle Reagibilität ist bei den Kurven P, R und R/G ungefähr gleich groß.

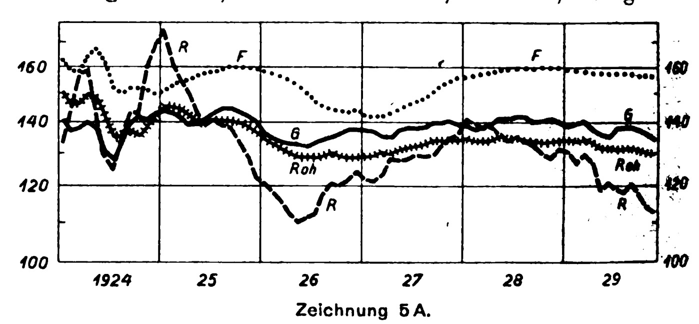
Die Preisbewegung.



Zeichnung 4.

Als Beispiel der Form der Vergleichung des reagiblen Index mit anderen Preisindizes entnehmen wir dem letzten zur Zeit vorliegenden Hefte zur Konjunkturforschung die Zeichnung 4[10]). Da diese für die Zwecke unserer Untersuchung nicht recht brauchbar ist, sind in den Zeichnungen 5A und 5B, 6A und 6B einige andere Großhandelspreisindexziffern des Statistischen Reichsamts vergrößert und technisch verfeinert mit der reagiblen Ziffer verglichen. Es sind dies: G Gesamtindex, Roh Index der industriellen Rohstoffpreise, A Index der Agrarstoffe und F Index der Fertigwaren.

Der reagible Index, die Indizes: Gesamt, Rohstoffe, Fertigwaren.



Zeichnung 5A.

Großhandelspreisindexziffern: R = Reagible Warenpreise.
Roh = Rohstoffe.
F = Industrielle Fertigwaren.
G = Gesamt.

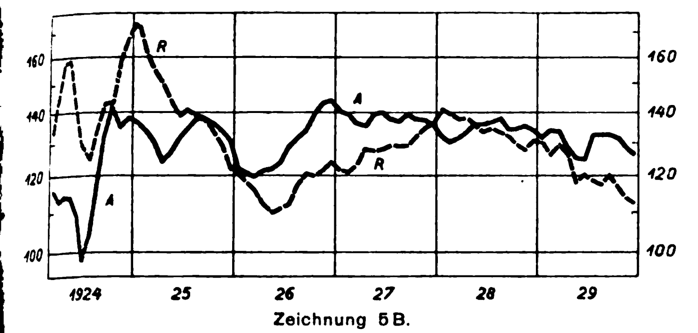
(Logarithmische Skala.)

---

[8]) Es scheint sich also die Lehre zu ergeben, daß man die Grundbewegung eines Preisindex nicht durch einen anderen ausschalten kann, gleichgiltig, wie die Zusammensetzung der beiden Ziffern ist. — [9]) Die Schwierigkeit liegt darin, daß die Grundbewegung von P nicht bekannt ist, sodaß man die konjunkturmäßige Wendung der Kurve nicht exakt lokalisieren kann. Die Hilfe anderer Indizes versagt: Der Index der Beschäftigung, aufgebaut auf dem Anteil der Vollarbeiter an der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, sinkt bereits gegen Ende 1927, — wohl infolge der Rationalisierungsmaßnahmen. Der Index des Auftragseingangs sinkt schon vom Frühjahr 1927 ab, also an einem Zeitpunkte, den man noch nirgends als Krise bezeichnet hat. Der Stromverbrauch, die Erzeugung von Stein- und Braunkohlen, einiger Metalle u. a. m. haben ihre Höhepunkte erst im Herbst 1929, — welche Zeit allgemein als tiefe Depression gilt. Danach muß es als sehr fraglich gelten, ob der reagible Index wirklich mit Recht im Dreimärktebarometer den Warenmarkt repräsentieren kann. — [10]) Das Konjunkturinstitut berechnet seit 1929 zwei weitere 10 Waren-Indizes, in denen die gleichen Waren einmal mit deutschen, das andere Mal mit ausländischen Notierungen enthalten sind. Die Waren sind: Schrott, Feinblech, Weißblech, Wolle, Baumwollgarn, Kattun, Leinengarn, Rindshäute, Kalbfelle, Holz. Der Verlauf der beiden Indizes ist sehr ähnlich. Vergl. VJH z. Konjunkturforschung, 4. J H. 3, T. A. S. 21 ff. Auch der österreichische Index läuft mit dem deutschen fast parallel: Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Konjunkturforschung, J. 4, H. 5, S. 80.



Der reagible Index und der Index der Agrarstoffe.



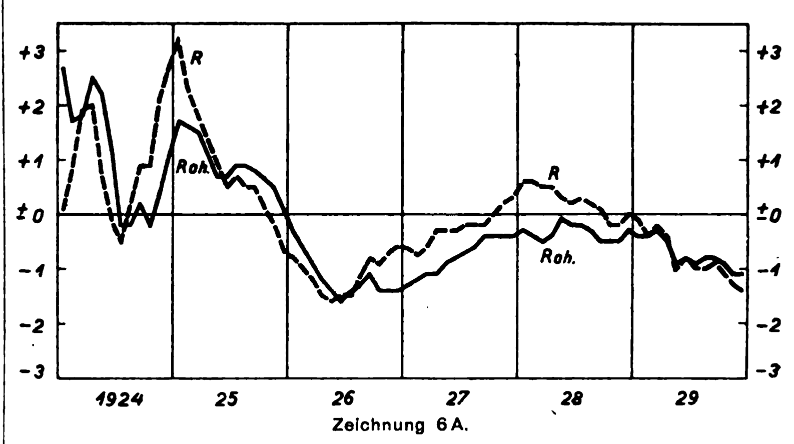
Zeichnung 5 B.

Großhandelspreisindexziffern: R = Reagible Warenpreise.
A = Agrarstoffe.
(Logarithmische Skala.)

In den Zeichnungen 5A und 5B ist statt des arithmetischen Maßstabes der y- (Preis-) Achse in der Darstellung des Konjunkturinstituts der logarithmische benutzt worden. Diese Darstellungsart hat den Vorteil, daß prozentual gleiche Bewegungen der Reihen durch gleiche Winkel erkennbar gemacht werden. Die Kurve R zeigt sich hier wie schon in Zeichnung 4 graduell wesentlich reagibler als alle anderen Kurven. Auch zeitlich scheint sie eine größere Reagibilität zu besitzen. Eigenartig ist das Verhältnis des reagiblen Index zum Großhandelspreisindex der Agrarstoffe (Kurve A, Zeichnung 5 B): nach 1924 kann man kaum noch einen Zusammenhang ihrer Bewegungen finden. Tatsächlich ist unter den 10 Waren kein Agrarstoff im Sinne dieses Index. Die beiden Gruppen haben also offenbar jede für sich ihre eigenen Abhängigkeiten. (Wäre der Zeitraum der Beobachtung nicht so kurz, so könnte man auf den Gedanken kommen, daß die Bewegungen von A denen der R-Kurve vorausgehen[11]). Für unsere weiteren Untersuchungen scheidet A jedenfalls aus. Der Gewinn aus der Zeichnung 5 A ist, daß die graduelle Reagibilität des 10 Waren-Index in aller Deutlichkeit hervortritt.

Um die Frage der zeitlichen Reagibilität auf zeichnerischem Wege lösen zu können, sind die Kurven R (reagibel), Roh (industrielle Rohstoffe), F (industrielle Fertigwaren) und G (gesamt) in den Zeichnungen 6 A und 6 B rechnerisch etwas verfeinert dargestellt worden. Die Schwierigkeiten des Vergleichens, die in den Verschiedenheiten des Niveaus und des Umfangs der Schwankungen der vier Kurven liegen, sind dadurch beseitigt, daß die Abweichungen der Werte jedes Index

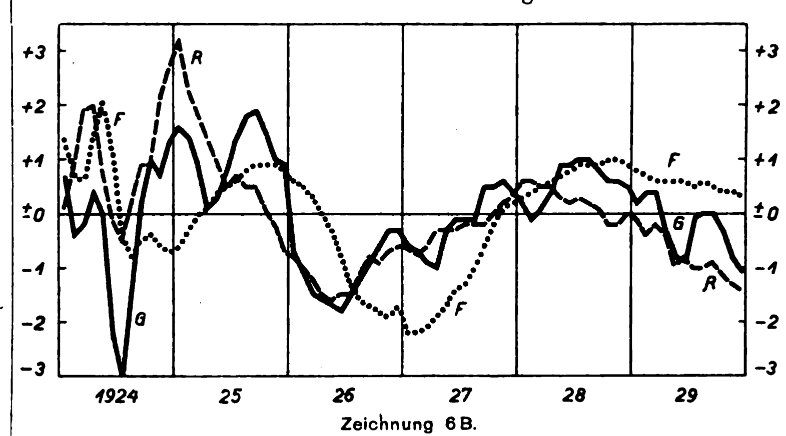
Der reagible Index und der Index der Großhandelspreise industrieller Rohstoffe.



Zeichnung 6 A.

Großhandelsindizes: R = Reagible Warenpreise.
Roh = Rohstoffe.
(In Einheiten des quadratischen durchschnittlichen Abstands.)

Der reagible Index und die Großhandelspreisindexziffern Gesamt und industrielle Fertigwaren.



Zeichnung 6 B.

Großhandelspreisindexziffern: R = Reagible Warenpreise.
F = Industrielle Fertigwaren.
G = Gesamt.
(In Einheiten des quadratischen durchschnittlichen Abstands.)

von seinem (arithmetischen) Durchschnitt auf seinen quadratischen durchschnittlichen Abstand (σ) bezogen worden sind[12]). Zur Erleichterung des Verständnisses ist die Übersicht 2 zusammengestellt.

Übersicht 2. Die Bewegungen einiger Indizes.

Richtung nach der Wendung + steigend — fallend	Kurve R	Kurve Roh		Kurve F			Kurve G			Kurve P	
	Monat	Monat	Monate nach R	Monat	Monate nach R	Monate nach Roh	Monat	Monate nach R	Monate nach Roh	Monat	Monate nach R
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
+	1. 24	3. 24	2	3. 24	2	0	2. 24	1	(1)	1. 24	0
—	4. 24	4. 24	0	5. 24	1	1	4. 24	0	0	4. 24	0
+	7. 24	7. 24	0	8. 24	1	1	7. 24	0	0	5. 24	(2)
—	1. 25	1. 25	0	9. 25	8	8	{ 1. 25	0	0	} 5. 25	4
							9. 25	8	8		
+	5. 26	6. 26	1	2. 27	9	8	6. 26	1	0	1. 26	(4)
—	1. 28	5. 28	4	10. 28	9	5	7. 28	6	2	6. 29	17

In Klammern gesetzte Monatsabstandszahlen bedeuten, daß die betreffende Kurve sich vor R gewendet hat.

[11]) Siehe z. B. den Versuch von Anderson, die Konjunkturbewegungen in USA. 1919 bis 1925 nur aus den Schwankungen der Kaufkraft der Landwirtschaft zu erklären (The American Economic Journal, B. XVII, S. 230 ff.). Ein Versuch zum statistischen Beweise der Theorien, die die Konjunkturschwankungen aus den Ernteverhältnissen ableiten wollen (s. a. Jevons, Moore u. a). — [12]) Die dazu nötigen Rechengänge liefern die Elemente des als Maß der Streuung, demnach als Maß der graduellen Reagibilität dienenden Pearsonschen Variationskoeffizienten. Dieser Koeffizient ist das hundertfache von σ, dividiert durch den arithmetischen Durchschnitt (also σ als Prozentsatz von M_a ausgedrückt). Die Werte für die vier Kurven der Zeichnungen 6 A und 6 B sind:

Index	M_a	σ	$v = \frac{100\,\sigma}{M_a}$
R	131,6	13,225	10,05
Roh	136,0	5,452	4,08
F	154,3	5,853	3,79
G	138,1	3,369	2,24.

Die graduelle Reagibilität von R wird hierdurch bestätigt. Beachtenswert ist die Abstufung von v für die verschiedenen Indizes, die den theoretischen Erwartungen besser entspricht als die Abstufung von σ.

Die Zeichnung 6 A läßt auf den ersten Blick die enge Verwandtschaft des reagiblen Index R mit dem Rohstoffindex Roh erkennen. Die Übersicht 1 über die Zusammensetzung der reagiblen Indizes zeigt, daß diese überwiegend Rohstoffe enthalten. Der rechnerische Ausdruck dieser „Verwandtschaft", der Korrelationskoeffizient[13]), hat den besonders hohen Wert $r_{R, Roh} = + 0{,}931$. Erst im Jahre 1928 findet sich eine Spur zeitlicher Reagibilität von R gegenüber Roh, die zunächst nicht erklärbar scheint. Anders liegt die Sache bei den beiden anderen Indizes. Wie die Zeichnung 6 B und die Übersicht 2 zeigen, ist es nur das Jahr 1924, in dem die Bewegungen (Wendepunkte) der Kurven R, F und G zusammenfallen oder einander in kurzen Abständen folgen. Dem Absturz der Kurve R im Januar 1925 dagegen entsprechen die Abschwünge von F und G im September[14]) dieses Jahres. G macht den Wiederanstieg von R Mitte 1926 fast gleichzeitig mit; aber abgesehen von dieser Ausnahme, — die, wie Zeichnung 5 B vermuten läßt, unter dem Einfluß der Agrarstoffe zustandekam —, bleiben F und G nunmehr stets einige Monate hinter R zurück[15]). Man braucht nicht zu erklären, weshalb R und Roh seit 1925 gegenüber F und G zeitlich reagibel sind, sondern eher, weshalb sie es im Jahre 1924 nicht waren. Da für die Preisbildung der Fertigwaren, die F ausmachen und die auch in G enthalten sind, noch andere Einflüsse wirksam sind als die Preise der Rohstoffe, nämlich Löhne, Kraft- und Frachttarife u. a. m., reagieren sie auf Veränderungen der Preise der Rohstoffe nicht immer, jedenfalls kaum sofort[16]). Daß es 1924 noch anders war, läßt sich für die Steigerungen durch die aus der letzten Inflationszeit übernommene Gewohnheit der mechanischen Preisanpassung, für die Senkung durch die Wirkung der Kreditrestriktion der Reichsbank erklären.

In einem einzigen Satz zusammengefaßt ist das bisherige Ergebnis dieser Untersuchung: die Indexziffer der 10 reagiblen Warenpreise ist so gut wie überflüssig. Hinsichtlich der zeitlichen Reagibilität leistet die Indexziffer der Rohstoffpreise ganz dasselbe[17]). Die graduelle Reagibilität des Rohstoffpreisindex ist mit $v = 4{,}01$ freilich wesentlich geringer als die des reagiblen Index ($v = 10{,}05$) und nur unbedeutend höher als die des Fertigwarenindex ($v = 3{,}79$) Nur aus dieser Tatsache könnte die Errechnung des reagiblen Index samt der Experimente und Kontrollen gerechtfertigt werden[18]), wenn nicht auch noch der Index der freien Rohstoffpreise vorhanden wäre[19]). Im übrigen täte man gut, den reagiblen Index stets als das zu kennzeichnen, was er ist: ein bestimmter sehr enger Ausschnitt aus der „allgemeinen Preisbewegung", die er repräsentieren soll.

Der österreichische Index reagibler Großhandelspreise wird anstelle aller sonst üblichen Großhandelspreisindexziffern in den Zusammenstellungen und Berichten des österreichischen Konjunkturinstituts benutzt, ohne irgendeine besondere Rolle zu spielen. In seiner Zusammensetzung ist bemerkenswert, daß von den 11 in ihm enthaltenen Waren sich sieben auch in der deutschen reagiblen Indexziffer, zwei weitere sich auch im ten commodity index finden.

Es bleibt nun noch die Klärung der Ursachen der Reagibilität der Preise der einzelnen Waren in den verschiedenen Ländern und der Ursachen der Übereinstimmung und Nichtübereinstimmung der verschiedenen reagiblen Waren in den verschiedenen Ländern offen. Wenn diese Fragen auch nur durch sehr umfassende Experimente und Einzeluntersuchungen geklärt werden können, läßt sich doch bei einer kurzen Analyse, die sich vor allem auf die 10 Waren des deutschen reagiblen Index stützt, schon einiges erkennen.

Die zehn Waren des deutschen reagiblen Index dienen sämtlich, die Waren der anderen Indizes fast alle zur Weiterverarbeitung in der Industrie[20]). Sie lassen sich in folgender Weise gruppieren:

I. Landwirtschaftliche Erzeugnisse:
   1. Ackerbaulich gewonnene Einzigprodukte:
      Hanf, Flachs.
   2. Viehwirtschaftlich gewonnene:
      a) Einzigprodukte:
         Wolle.
      b) Neben- oder Verbundprodukte:
         Kalbfelle, Ochshäute.

II. Industrielle Erzeugnisse:
   1. Willentlich gewonnene:
      Blei, Mittelbleche.
   2. anfallende:
      Maschinengußbruch, Schrott, Messingblechabfälle.

Bergbauliche Erzeugnisse finden sich in keinem der Indizes. „Einzigprodukte" und „willentlich gewonnene" sind insofern einander ähnlich, als ihr Vorhandensein vom Willen der Erzeuger abhängt. Die Menge und die Qualität der Erzeugung landwirtschaftlicher Einzigprodukte ist nur in geringem Maße vom Willen der Erzeuger zu bestimmen, während die entsprechenden Industrieerzeugnisse auch ihrer Menge und ihrer Qualität nach vom Willen der Erzeuger bestimmt werden. Den landwirtschaftlichen „Neben- und Verbundprodukten" (Felle und Häute fallen bei der Fleischproduktion an)[21]) und den industriellen Anfallgütern ist gemeinsam, daß weder ihre Existenz noch ihre Menge noch ihre Güte vom Willen der Erzeuger abhängen[22]). Die Waren der drei anderen in Übersicht 1 zusammengestellten Indizes und der beiden oben erwähnten Indizes des Konjunkturinstituts (Inland und Ausland) lassen sich ebenso gruppieren; tatsächlich bestehen fast alle Indizes aus den gleichen Waren, nur oft in anderen Zuständen der Verarbeitung.

Wollte man nun den Grund der graduellen Reagibilität nur darin sehen, daß die Existenz eines größeren Teiles der in den Indizes enthaltenen Waren nicht oder nur teilweise vom menschlichen Willen abhängt, daß also der Schwerpunkt der Preisbildung auf der Seite der Nachfrage liegt[23]), so wäre darauf hinzuweisen, daß die übrigen reagiblen Indexziffern mehr nach Existenz, Güte und Menge frei bestimmbare

---

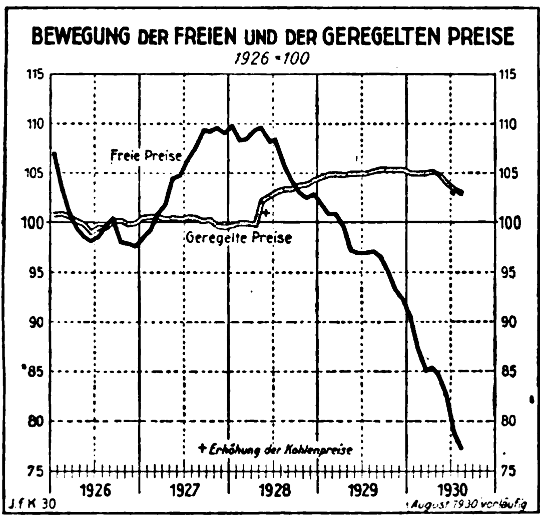
[13]) Errechnet über σ nach der Formel $r_{x,y} = \frac{\sum\left(\frac{x}{\sigma_x} \cdot \frac{y}{\sigma_y}\right)}{n}$.

[14]) „Im Januar" usw.: da die Indizes Monatsdurchschnitte sind, kann man annehmen, daß die Wendung innerhalb des Monats erfolgt, dessen Wert einen Höhe- oder Tiefpunkt darstellt. — [15]) $r_{R, G} = + 0{,}621$; Formel wie oben. — [16]) Aus denselben Gründen ist ihr Schwankungsumfang geringer. s. Anm. 12. — [17]) Über die Entwicklung im Jahre 1928 s. unten. — [18]) Sobald die Werte der Indizes in Einheiten von σ dargestellt werden, fällt auch dieser Vorteil weg; z. B. in Zeichnung 2. — [19]) s. Zeichnung 7. Auf die Errechnung von v mußte verzichtet werden, da diese Ziffer erst seit 1926 vorhanden ist.

[20]) Nur als Nahrungsmittel dient allein das im ten commodity index enthaltene Schweinefleisch. — [21]) Da das Fell des Tieres nur einen kleinen Teil des Wertes des ganzen Tieres hat, der vom Fleisch bestimmt ist, ist nicht anzunehmen, daß das Verhältnis von Fleisch und Haut sich umkehren kann. — Zur Gewinnung von Wolle braucht das Tier nicht getötet zu werden, daher „Einzigprodukt". — [22]) Für II, 2 kann man eigentlich nicht von „Erzeugern" sprechen. — [23]) Für Maschinengußbruch findet sich eine Analyse der Preisbestimmungsgründe in Wirtschaft und Statistik, J. 9 (1929), H. 21, S. 875.

Waren enthalten als der 10 Waren-Index. Es scheint jedoch durchaus wesentlich, daß wenigstens ein Teil der Waren aus diesem Grunde reagible Preisbildung zeigt. Dann taucht jedoch die Frage auf, weshalb so verschieden geartete Waren wie Flachs, ein von der Witterung abhängiges Produkt, und Schrott, dessen Anfall nach seiner Menge von sehr vielen Bedingungen beeinflußt wird, in ihrer Preisbildung einen ähnlichen Rhythmus zeigen (vergl. VJH z. Konjunkturforschung, 4. J., H. 3, T. A, S. 22)[24]).

Freie Preise und geregelte Preise.



Zeichnung 7.

Ein anderer Grund der graduellen Reagibilität der Preise wenn nicht aller, so doch eines großen Teils der in den reagiblen Indices enthaltenen Waren ist, daß die Waren einen „Weltmarkt" haben, also in der Preisbildung nicht allein auf die wirtschaftliche Lage eines einzelnen Gebietes reagieren, und daß keine der Waren national oder international fest kartelliert ist. Auch wo der Handel oder die Erzeugung organisiert ist, ist dennoch einstweilen kein entscheidender Einfluß auf die Preisbildung erkennbar geworden (Schrott, Zink). Umgekehrt ist es kennzeichnend, daß die deutsche reagible Indexziffer für die Nachkriegszeit Roheisen nicht mehr enthält, das noch das Harvardinstitut in den sensitive index für Deutschland vor 1914 aufgenommen hatte. Der in Zeichnung 7 wiedergegebene Index der freien Rohstoffpreise ist dem reagiblen Index außerordentlich ähnlich. Das Auseinanderklaffen von R und Roh in Zeichnung 6 A, auf das oben bereits hingewiesen war, führt sich, wie Zeichnung 7 zeigt, auf die Erhöhung der gebundenen Preise zurück!

Fassen wir schließlich zusammen: „reagible" Preise sind also zur Hauptsache Preise solcher Waren, deren Rohstoffe oder die selbst nach Existenz, Güte und Menge nicht frei bestimmbar sind, die ferner überwiegend zur industriellen Verarbeitung dienen, und deren Preisbildung frei ist. Warum der Rhythmus der Preisbildung einer Gruppe solcher Waren so ähnlich ist, daß man 10 „beliebige" zu einem Index zusammenfassen darf, kann nicht erklärt werden[25]). Ob die Reagibilität erhalten bleibt, dürfte hauptsächlich davon abhängen, ob die Freiheit der Preisbildung bestehen bleibt.

[24]) Besonders interessant ist die Tatsache, daß die Preisbildung von Flachs und Hanf, also zweier ackerbaulich gewonnener Rohstoffe, offenbar mehr von der Industriekonjunktur abhängt als von dem Ernteausfall. Darf man daraus den Schluß ziehen, daß diese Rohstoffe stets verhältnismäßig knapp sind? (Vergleiche auch meine Analyse des Preises von Baumwolle und Baumwollerzeugnissen in „Annalen der Betriebswirtschaft", Band III, Seite 4 ff., insbesondere S. 35 ff.). — [25]) Natürlich weichen die Bewegungen der Preise im einzelnen stark von einander ab.

Die Ergebnisse der Fleischbeschau bei dem in das Zoll-

1. Nach Unter-

Unter-suchungs-stellen	Eingeführt und zur Unter-											
	Frisches Fleisch											
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch				Schweinefleisch				Sonstiges Fleisch			
	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Königsberg i. Pr.	—	—	—	—	—	—	3	5	—	—	—	—
2. Eydtkuhnen	10	4 075	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Tilsit	—	—	—	—	2	210	—	—	—	—	—	—
4. Elbing	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Berlin	33 267	2 047 217	10 812	12 448	1 554	182 319	14 698	21 789	5 430	143 071	22 040	16 451
6. Frankfurt a. O.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	12
7. Stettin	—	—	—	—	—	—	62 873	105 698	—	—	—	—
8. Saßnitz	6	1 859	—	—	30	4 794	38 943	65 551	—	—	—	—
9. Breslau	1 194	114 595	—	—	118	10 293	—	—	400	12 268	—	—
10. Görlitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Beuthen O./S.	—	—	—	—	449	69 919	—	—	21	700	—	—
12. Gleiwitz	—	—	—	—	267	41 043	—	—	—	—	—	—
13. Hindenburg O. S.	—	—	—	—	1 369	201 789	—	—	—	—	—	—
14. Halberstadt	1 227	27 700	—	—	146	24 630	—	—	—	—	—	—
15. Magdeburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16. Halle a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17. Erfurt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
18. Altona	1 021	41 951	23	98	73	10 101	2 429 962	1 945 462	—	—	—	—
19. Elmshorn	66	14 312	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Flensburg	3 438	532 731	317	745	919	26 466	1 102 954	866 750	—	—	—	—
21. Kiel	798	149 046	—	—	9	1 556	91 290	635 645	—	—	—	—
22. Preetz	1	248	—	—	1	207	77 114	298 935	—	—	—	—
23. Hannover	—	—	—	—	—	—	24 712	38 212	—	—	—	—
24. Wesermünde	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Bentheim	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—
26. Emden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27. Weener	1 757	171 598	—	—	—	—	—	—	1 810	49 774	3 000	2 420
28. Bocholt	—	—	5 633	6 871	—	—	61 082	554 997	—	—	—	—
29. Borken	566	70 468	—	—	9	716	582	734	53	1 080	—	—
30. Gelsenkirchen	1 713	175 498	—	—	283	23 024	18 315	76 384	32	928	—	—
31. Gronau i./W.	3 139	332 657	—	—	200	18 379	—	—	3 030	10 787	—	—
32. Münster i./W.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33. Bielefeld[1])	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34. Gütersloh	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
35. Bochum	612	95 848	—	—	230	20 860	3 099	23 722	6	175	—	—
36. Dortmund	744	63 268	815	724	—	—	249	490	—	—	—	—
37. Hagen (Westf.)	115	30 730	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
38. Wanne-Eickel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
39. Kassel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
40. Frankfurt a./M.	3 884	186 524	—	—	3 427	286 547	—	—	—	—	—	—
41. Wiesbaden	323	8 831	68	34	680	59 144	8 292	22 650	19	509	—	—
42. Koblenz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
43. Cleve	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
44. Duisburg	5 989	483 171	95	504	2 723	234 787	8 547	11 097	413	11 513	—	—
45. Duisburg-Hamborn	238	15 576	90	90	1 274	117 719	—	—	—	—	—	—
46. Duisburg-Ruhrort	526	17 037	—	—	2 925	248 853	12 478	27 512	—	—	—	—
47. Düsseldorf	21 105	1 680 356	—	—	5 358	465 161	—	—	57	1 398	—	—
48. Emmerich	—	—	1 025	504	51	4 818	1 720	1 476	—	—	—	—
49. Essen (Ruhr)	4 253	362 868	—	—	11 188	1 056 500	1 029	30 079	2 321	67 362	286	15 133
50. Gladbach-Rheydt	85	6 982	21	1 174	2 499	231 960	349	18 859	—	—	—	—
51. Goch	2 745	236 331	6 105	4 566	131	10 816	18 160	19 618	163	4 065	—	—
52. Kaldenkirchen	—	—	120	102	20	2 167	19 049	16 191	—	—	—	—
53. Krefeld	190	7 074	250	160	—	—	56 078	54 786	—	—	—	—
54. Mülheim a./d. Ruhr	29	7 644	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
55. Neuß[1])	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
56. Wuppertal Barmen	—	—	—	—	65	6 363	1 171	326	—	—	—	—
57. „ Elberfeld	5 872	440 169	21 033	18 109	396	39 385	175 654	84 054	35	895	27	17
58. Köln	74 199	4 236 764	3 197	22 367	5 171	418 694	557 293	835 938	1 612	38 392	—	—
59. Trier	26	5 476	—	—	14	1 144	—	—	—	—	1 475	6 667
60. Aachen	8 612	632 404	93 038	103 596	666	62 423	1	2	63	1 578	—	—
61. Düren	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Staat zusammen	177 750	12 201 008	142 642	172 092	42 247	3 882 787	[4]) 4 785 697	[4]) 5 756 964	15 465	344 495	[3]) 26 830	[3]) 40 700
Vor der Untersuchung freiwillig zurückgezogen und ohne Untersuch. beanstand.	—	—	38	40	—	—	76	265	2	12	—	—
Staat 1929	177 750	12 201 008	142 604	172 052	42 247	3 882 787	4 785 621	5 756 699	15 463	344 483	26 830	40 700
	817	*38 192*	*275*	*417*	*111*	*5 157*	*139 557*	*46 541*	*60*	*446*	*489*	*665*
Staat 1928	189 690	13 572 438	16 860	37 856	32 391	2 903 409	4 173 860	5 150 983	50 764	1 428 722	8 863	26 428
	1 062	*63 871*	*149*	*426*	*25*	*2 683*	*140 387*	*279 605*	*58*	*1 489*	*556*	*549*
1929 gegen 1928 mehr	—	—	125 744	134 196	9 856	979 378	611 761	605 716	—	—	17 967	14 272
1929 gegen 1928 weniger	11 940	1 371 430	—	—	—	—	—	—	35 301	1 084 239	—	—
oder in Hundertteil. mehr	—	—	745,81	354,49	30,43	33,73	14,66	11,76	—	—	202,72	54,09
oder in Hundertteil. weniger	6,29	10,10	—	—	—	—	—	—	69,54	75,89	—	—

*) Die gewöhnlichen Zahlen betreffen das eingeführte und zur Untersuchung gestellte Fleisch, die schrägen Zahlen das davon beanstandete Fleisch. — köpfe = 2 218 kg (Spalte 8 u. 9) — [3]) darunter 286 Körbe = 15 133 kg Kalbs-, Schaf- und Rinderlebern. — (Spalte 12 u. 13). — [4]) darunter 259 130 Fleisch-

inland eingeführten Fleisch und Fett für das Jahr 1929.

suchungsstellen.*)

suchung gestellt sind:

Gefrierfleisch												Wiederholung der Spalte 1
Rindfleisch einschl. Kalbfleisch				Schweinefleisch				Sonstiges Fleisch				
Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
16 434	1 037 212	3 098	14 444	—	—	212 078	337 793	33 334	734 070	6 700	5 037	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	8 994	449 542	—	—	180	750	1 408	30 308	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
1 590	99 674	20	91	—	—	—	—	30	5 610	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
—	—	—	—	—	—	6 530	7 889	—	—	—	—	17.
33 254	8 652 556	31 650	168 411	—	—	6 788	12 391	19 739	468 292	—	—	18.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.
—	—	—	—	—	—	3 154	20 080	—	—	—	—	20.
—	—	—	—	—	—	568	837	—	—	—	—	21.
372	21 937	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22.
—	—	521	32 238	—	—	—	—	—	—	—	—	23.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.
43 967	2 642 576	—	—	—	—	613	13 273	783	23 912	—	—	30.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31.
2 746	173 136	30	518	—	—	—	—	10	196	—	—	32.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.
—	—	9 583	641 982	—	—	—	—	—	—	—	—	35.
15 172	1 045 089	—	—	—	—	750	1 411	—	—	—	—	36.
—	—	5 716	338 514	—	—	1 615	1 885	—	—	—	—	37.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38.
2 031	123 736	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.
21 181	1 253 269	—	—	45	1 074	—	—	—	—	—	—	40.
2 983	192 083	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41.
1 444	88 510	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43.
5 174	317 619	20	91	—	—	—	—	—	—	—	—	44.
4 908	265 869	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45.
6 032	340 274	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	46.
11 300	765 320	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	48.
35 653	2 128 989	—	—	—	—	565	9 204	40	900	—	—	49.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	50.
—	—	—	—	—	—	9 692	14 720	—	—	—	—	51.
450	30 964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	52.
14 678	890 819	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53.
4 639	274 325	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	54.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55.
16 842	952 769	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	56.
13 606	847 335	20	102	—	—	—	—	1 502	31 064	—	—	57.
11 820	3 100 696	—	—	—	—	5 244	30 045	779	14 821	—	—	58.
—	—	—	—	—	—	—	—	47	1 196	—	—	59.
27 512	1 787 772	—	—	—	—	3 995	7 394	—	—	—	—	60.
40	11 534	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	61.
[4]) 293 828	[5])27 044 063	59 652	1 645 933	45	1 074	251 772	457 672	57 672	1 310 369	6 700	5 037	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
293 828	27 044 063	59 652	1 645 933	45	1 074	251 772	457 672	57 672	1 310 369	6 700	5 037	
6	*1 128*	*1*	*13*	—	—	*23*	*112*	—	—	—	—	
576 940	35 361 969	33 155	1 314 964	300	3 919	51 397	75 877	29 078	661 853	—	—	St.
3	*629*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	26 497	330 969	—	—	200 375	381 795	28 594	648 516	—	—	
283 112	8 317 906	—	—	255	2 845	—	—	—	—	—	—	
—	—	79,92	25,17	—	—	389,86	503,18	98,34	97,98	—	—	
49,07	23,52	—	—	85,00	72,60	—	—	—	—	—	—	

[1]) keine Beschau. — [2]) darunter 267 Körbe Flomen und Darmfett = 23 434 kg, 257 Körbe Schweinelebern und Herzen = 4 427 kg und 505 Stück frische Schweinsviertel = 18 302 997 kg (Spalte 14 u. 15).

Unter-suchungs-stellen	Eingeführt und zur Unter-									
	Zubereitetes Fleisch									
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweine-schinken		Speck		Sonstiges Schweinefleisch		Sonstiges Fleisch	
	Fleisch-stücke	Ge-wicht kg	Fleisch-stücke	Ge-wicht kg	Fleisch-stücke	Ge-wicht kg	Fleisch-stücke	Ge-wicht kg	Fleisch-stücke	Ge-wicht kg
1	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
1. Königsberg i. Pr.	1	1	11	41	71	117	48	77	100	3 660
2. Eydtkuhnen	—	—	—	—	—	—	4	16	—	—
3. Tilsit	—	—	18	169	11	51	137	984	—	—
4. Elbing	—	—	9	34	14	24	2	1	—	—
5. Berlin	225	260	10 128	55 086	1 097	1 063	2 694	5 070	43	58
6. Frankfurt a. O.	5	4	27	128	19	43	35	70	1	1
7. Stettin	340	10 959	57	219	25	38	1 208	3 077	—	—
8. Saßnitz	—	—	4	19	—	—	—	—	—	—
9. Breslau	8	11	484	2 679	7 067	44 283	334	8 625	3	4
10. Görlitz	—	—	44	273	25	32	15	20	—	—
11. Beuthen O./S.	—	—	3	14	1	1	1	1	—	—
12. Gleiwitz	2	3	62	310	10	7	5	10	—	—
13. Hindenburg O. S.	—	—	2	9	—	—	1	1	—	—
14. Halberstadt	—	—	9	22	19	17	36	55	—	—
15. Magdeburg	1	1	40	206	137	108	53	60	1	1
16. Halle a. S.	8	17	67	183	115	167	64 385	96 695	3	5
17. Erfurt	—	—	21	101	1 479	7 949	20	31	—	—
18. Altona	35	123	23	91	10 570	114 520	31 973	264 414	2	9
19. Elmshorn	—	—	—	—	2	4	—	—	—	—
20. Flensburg	2	1	16	74	6 431	41 154	107	201	62	73
21. Kiel	1	2	11	45	20	28	47	76	4	1
22. Preetz	—	—	—	—	1	3	—	—	—	—
23. Hannover	2	4	76	331	57	109	4 673	4 030	—	—
24. Wesermünde	1	95	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Bentheim	2	2	3	31	3	9	3 013	56 358	607	22 343
26. Emden	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27. Weener	80	725	6	37	28	335	—	—	4	3
28. Bocholt	—	—	—	—	7 599	67 763	—	—	—	—
29. Borken	—	—	1	9	32 029	799 751	—	—	—	—
30. Gelsenkirchen	—	—	4	19	1 692	9 541	13	27	—	—
31. Gronau i./W.	—	—	—	—	219	4 680	—	—	—	—
32. Münster i./W.	3	8	14	65	7 476	52 029	10	14	2	1
33. Bielefeld[1])	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
34. Gütersloh	1	2	17	71	10 246	120 941	347	1 406	—	—
35. Bochum	—	—	17	64	159	1 527	5	6	—	—
36. Dortmund	13	20	112	490	16 197	101 978	19	28	—	—
37. Hagen (Westf.)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
38. Wanne-Eickel	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
39. Kassel	3	5	25	84	27	40	13	19	—	—
40. Frankfurt a./M.	—	—	—	—	14	23	1 190	30 432	508	6 800
41. Wiesbaden	—	—	21	90	116	801	17	27	—	—
42. Koblenz	—	—	66	310	13	20	—	—	—	—
43. Cleve	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
44. Duisburg	—	—	9	51	111 348	690 300	9	26	640	22 455
45. Duisburg-Hamborn	—	—	8	21	2	4	—	—	—	—
46. Duisburg-Ruhrort	—	—	16	78	56 548	744 775	412	12 108	—	—
47. Düsseldorf	43 464	71 849	89	353	24 866	195 766	163 535	246 625	—	—
48. Emmerich	—	—	1	10	41 954	654 692	1 301	39 850	—	—
49. Essen (Ruhr)	—	—	51	207	11 646	85 549	6	12	—	—
50. Gladbach-Reydt	—	—	13	61	2 689	46 505	—	—	—	—
51. Goch	—	—	—	—	5 917	141 195	1 179	34 480	—	—
52. Kaldenkirchen	2 918	8 949	6	33	6	10	1	2	—	—
53. Krefeld	1	1	15	58	144	1 840	1 457	8 481	—	—
54. Mülheim a./d. Ruhr	2	4	12	52	628	5 131	—	—	—	—
55. Neuß[1])	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
56. Wuppertal Barmen	—	—	13	55	5	8	12	21	—	—
57. „ Elberfeld	66	60	9	28	29 174	684 090	9	7	—	—
58. Köln	7 433	211 871	134	575	376	3 857	2 390	917	4	5
59. Trier	2	23	42	148	48	234	44	75	4	15
60. Aachen	—	—	17	84	7	32	504	2 498	1320	23 962
61. Düren	—	—	8	33	1	2	—	—	—	—
Staat zusammen	[2]) 54 619	[2]) 305 000	11 841	63 151	388 348	4 623 146	281 264	816 933	[3]) 3 308	[3]) 79 396
Vor der Untersuchung freiwillig zurückgezogen und ohne Untersuch. beanstand.	—	6	—	—	—	—	12	122	—	1
Staat 1929	54 619	304 994	11 841	63 151	388 348	4 623 146	281 252	816 811	3 308	79 395
	—	—	*2*	*11*	*1 093*	*7 092*	*236*	*284*	*202*	*400*
Staat 1928	34 469	137 053	11 725	62 359	173 753	2 702 215	213 356	830 864	10 262	140 229
	3	*70*	*1*	*2*	*23*	*134*	*828*	*1 990*	*42*	*123*
1929 gegen 1928 mehr	20 150	167 941	116	792	214 595	1 920 931	67 896	—	—	—
1929 gegen 1928 weniger	—	—	—	—	—	—	—	14 053	6 954	60 834
oder in Hundertteil. mehr	58,46	122,54	0,99	1,27	123,51	71,09	31,82	—	—	—
oder in Hundertteil. weniger	—	—	—	—	—	—	—	1,69	67,76	43,38

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 298. — [1]) keine Beschau. — [2]) darunter 1 Packet (Dose) 1 Rinderzunge und 1 Kiste = 48 Dosen Corned Beef

inland eingeführten Fleisch und Fett für das Jahr 1929.
suchungsstellen*).

suchung gestellt sind:

Därme		Zubereitete Fette: Schweineschmalz		Rindertalg, Premier jus, Oleomargarin		Margarine		Kunstspeisefette		Sonstiges Fett warmblütiger Tiere		Wiederholung der Spalte 1
Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	
36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
858	167 165	153 740	4 208 887	286	49 957	—	—	—	—	—	—	1.
71	35 016	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
944	110 580	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
4	994	2 576	65 904	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
9 281	426 691	7 912	463 725	52	5 275	42	43	3	8	2	5	5.
238	3 835	3	15	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
16 931	2 173 715	133 945	5 255 206	173	28 185	3	6	—	—	1	392	7.
1	268	1	176	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
779	16 255	16 604	419 494	37	5 912	—	—	—	—	—	—	9.
60	1 669	1	5	12	2 141	—	—	—	—	1	375	10.
283	32 463	3	12	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
72	7 962	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
8	1 314	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13.
535	9 519	3	15	—	—	—	—	—	—	—	—	14.
435	8 939	3 200	83 400	30	5 442	—	—	—	—	—	—	15.
1 526	110 958	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
1 990	33 891	197	10 279	135	12 690	—	—	3	14	1	186	17.
424	56 656	1 443	97 858	1	2	1	4	—	—	—	—	18.
5	688	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19.
751	107 634	5 129	202 317	1	3	30	971	—	—	—	—	20.
172	22 444	4 067	197 788	—	—	—	—	—	—	—	—	21.
59	3 187	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22.
99	1 612	—	—	1	459	10	1 838	—	—	10	466	23.
7	1 342	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.
755	113 370	745	127 828	3 755	660 673	129	11 143	—	—	494	64 508	25.
—	—	150	4 255	—	—	1	6	—	—	—	—	26.
265	45 747	—	—	5 820	167 669	—	—	112	12 220	—	—	27.
3	255	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.
74	99 862	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29.
48	4 064	7 878	195 949	—	—	—	—	—	—	—	—	30.
119	31 607	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31.
51	8 190	800	28 438	1	180	—	—	—	—	—	—	32.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33.
200	5 536	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.
50	7 685	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35.
157	6 658	38 873	1 005 807	9	22	—	—	—	—	—	—	36.
6	1 125	1 500	37 343	—	—	—	—	—	—	—	—	37.
13	802	2 290	75 723	—	—	—	—	—	—	—	—	38.
201	2 111	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39.
8 255	1 660 452	127 439	3 217 951	156	21 626	—	—	3	15	—	—	40.
47	9 981	8 050	206 261	—	—	—	—	—	—	—	—	41.
46	7 071	22 859	581 868	—	—	—	—	—	—	—	—	42.
—	—	562	89 545	90	15 750	4	5	—	—	244	43 945	43.
1 168	203 685	106 140	2 986 661	2 261	389 738	—	—	—	—	—	—	44.
99	5 808	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45.
704	129 823	21 164	504 884	1	22	—	—	—	—	—	—	46.
7 885	1 508 168	54 076	1 326 564	610	104 084	—	—	—	—	36	6 570	47.
389	29 416	13 237	331 535	2	365	1	13	—	—	—	—	48.
1 481	221 551	11 492	291 322	—	—	—	—	—	—	—	—	49.
301	29 945	150	3 435	—	—	—	—	—	—	—	—	50.
30	3 672	43 775	1 066 875	9	1 621	8	17	—	—	—	—	51.
82	9 147	1 500	37 500	—	—	50	9 066	—	—	—	—	52.
2 977	500 154	5 923	145 689	—	—	—	—	30	683	—	—	53.
1	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	54.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	55.
122	2 963	1 196	33 880	—	—	—	—	—	—	—	—	56.
224	21 632	1 463	37 525	180	31 949	—	—	—	—	7	968	57.
12 027	2 394 826	86 943	2 370 243	91	15 726	2 525	31 100	—	—	—	—	58.
217	20 133	4 692	156 323	1 683	668 917	608	16 575	—	—	5	20	59.
667	96 334	12 907	307 714	2	63	—	—	—	—	3	1 162	60.
121	13 119	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	61.
74 318	**10 529 691**	**904 630**	**26 176 210**	**15 398**	**2 188 471**	**3 412**	**70 787**	**151**	**12 940**	**804**	**118 597**	
—	—	1 930	53 801	—	—	—	—	—	—	—	—	
74 318	**10 529 691**	**902 700**	**26 122 409**	**15 398**	**2 188 471**	**3 412**	**70 787**	**151**	**12 940**	**804**	**118 597**	
27	*2 792*	*935*	*37 009*	*105*	*5 250*	*36*	*2 102*	—	—	—	—	
84 511	11 331 617	850 708	26 548 020	20 175	2 751 231	439	5 197	281	27 321	430	80 455	St.
73	*11 146*	*2 968*	*110 125*	*11*	*419*	*14*	*150*	—	—	*5*	*1 110*	
—	—	51 992	—	—	—	2 973	65 590	—	—	374	38 142	
10 193	801 926	—	425 611	4 777	562 760	—	—	130	14 381	—	—	
—	—	6,11	—	—	—	677,22	1 262,07	—	—	86,98	47,41	
12,06	7,08	—	1,60	23,68	20,45	—	—	46,26	52,64	—	—	

im Gesamtgewicht von 23 kg (Spalte 26 und 27). — [3]) darunter 1 247 Packstücke und 100 Kisten = 48 458 kg Corned Beef (Spalte 34 und 35).

Noch: Die Ergebnisse der Fleischbeschau bei dem in das Zoll-

2. Nach Herkunfts-

Herkunftsländer	Eingeführt und zur Unter-											
	Frisches Fleisch											
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch				Schweinefleisch				Sonstiges Fleisch			
	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Aus Zollausschlüssen	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
2. Belgien	8 736 *7*	849 623 *651*	1 065 —	4 175 —	1 —	81 —	2 845 —	2 401 —	7 —	213 —	— —	— —
3. Bulgarien	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
4. Freistaat Danzig	— —	— —	— —	— —	178 —	23 845 —	3 —	5 —	— —	— —	— —	— —
5. Dänemark	8 419 *149*	1 426 860 *14 188*	340 *199*	843 *333*	1 459 *14*	111 981 *2 187*	3 696 015 *136 695*	3 683 583 *37 714*	— —	— —	— —	— —
6. Estland	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
7. Finnland	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
8. Frankreich	21 —	5 065 —	— —	— —	12 —	984 —	— —	— —	— —	— —	33 —	408 —
9. Griechenland	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
10. Großbrit. und Irland	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
11. Italien	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
12. Jugoslawien	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	2 —	137 —	— —	— —
13. Lettland	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
14. Litauen	10 —	4 075 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
15. Luxemburg	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	1 433 *9*	6 203 *44*
16. Memelgebiet	— —	— —	— —	— —	2 —	210 —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
17. Niederlande	160 558 *661*	9 913 526 *23 353*	141 237 *76*	167074 *84*	40 323 *95*	3 717 907 *2 790*	991 458 *2 862*	1 907 235 *8 827*	15 408 *60*	342 230 *446*	25 362 *480*	34 077 *621*
18. Norwegen	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
19. Österreich	— —	— —	— —	— —	242 *2*	22 985 *180*	— —	— —	— —	— —	— —	— —
20. Polen	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	45 —	1 755 —	2 —	12 —
21. Rumänien	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
22. Rußland	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
23. Saargebiet	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
24. Schweden	6 —	1 859 —	— —	— —	30 —	4 794 —	94 861 —	162 968 —	— —	— —	— —	— —
25. Schweiz	— —	— —	— —	— —	— —	— —	515 —	772 —	— —	— —	— —	— —
26. Spanien	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
27. Tschecho-Slowakei	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	3 —	160 —	— —	— —
28. Türkei	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
29. Ungarn	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
30. Asien	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
31. Afrika	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
32. Canada	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
33. Mittel- und Südamerika	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
34. Vereinigte Staaten von Amerika	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
35. Australien	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —	— —
Zusammen	177 750	12 201 008	142 642	172092	42 247	3 882 787	4 785 697	5 756 964	15 465	344 495	26 830	40 700
davon beanstandet	*817*	*38 192*	*275*	*417*	*111*	*5 157*	*139 557*	*46 541*	*60*	*446*	*489*	*665*

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 298.

inland eingeführten Fleisch und Fett für das Jahr 1929.

ländern *).

suchung gestellt sind:

Gefrierfleisch												Wiederholung der Spalte 1
Rindfleisch einschl. Kalbfleisch				Schweinefleisch				Sonstiges Fleisch				
Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Tierkörper	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	
14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	
33 254	8 652 556	31 650	168 411	—	—	6 788	12 391	19 739	468 292	—	—	1.
182	21 592	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
170	11 198	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31.
—	—	—	—	—	—	9 000	14 143	—	—	—	—	32.
212 082 *6*	15 724 852 *1 128*	26 155 *1*	1 391 824 *13*	45	1 074	5 857 *20*	43 318 *96*	36 306	805 205	6 700	5 037	33
1 956	116 074	—	—	—	—	230 127 *3*	387 820 16	50	994	—	—	34.
46 184	2 517 791	1 847	85 698	—	—	—	—	1 577	35 878	—	—	35.
293 828 *6*	27 044 063 *1 128*	59 652 *1*	1 645 933 *13*	45	1 074	251 772 *23*	457 672 *112*	57 672	1 310 369	6 700	5 037	Zus.

3. Außerdem wurden beanstandet:

Herkunftsländer	Frisches Fleisch				Gefrierfleisch				Zubereitetes Fleisch								Zum Genuß ungeeignete Teile von Schweineherzschlägen	
	Veränderte Teile von[1])				Veränderte Teile von[1])				Veränderte Teile von[2])						Därmen			
	insgesamt Tierkörpern	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch kg	Schweinefleisch kg	sonstigem Fleisch kg	insgesamt Tierkörpern	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch kg	Schweinefleisch kg	sonstigem Fleisch kg	insgesamt Fleischstücken	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch kg	Schweineschinken kg	Speck kg	sonstigem Schweinefleisch kg	sonstigem Fleisch kg	Packstücke	Gewicht kg	Stück	kg
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1. Belgien	3 914	6 606	35	—	—	—	—	—	250	646	—	—	—	—	1	7	—	—
2. Dänemark	19 686	25 602	5 362	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	84	575
3. Danzig	130	—	140	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Niederlande	73 028	42 921	17 650	7 102	—	—	—	—	4 222	1 002	—	75	1 876	—	1	3	10 545	2 009
5. Österreich	173	—	108	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Polen	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	1	4	—	—
7. Schweden	1 554	12	276	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	862	859
8. Tchecho-Slowakei	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—
9. Mittel- und Südamerika	—	—	—	—	4	20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Vereinigte Staaten von Amerika	—	—	—	—	—	—	—	—	1 696	—	—	7	1	—	—	—	—	—
Staat	[3]) 98 485	[3]) 75 141	[3]) 23 571	[3]) 7 102	4	20	—	—	6 170	1 648	2	82	1 877	—	3	14	11 491	3 443

[1]) Vergl. § 18 (1) I. C. der Ausführungsbestimmungen D zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz. — [2]) desgl. § 19 (1) I. d. —
[3]) darunter 49 255 Fleischstücke = 1 478 kg Rindfleisch einschl. Kalbfleisch, 9 751 kg Schweinefleisch und 458 kg sonstiges Fleisch.

Außerdem wurden durch die Untersuchungsstelle Flensburg von 56 533 frischen Schweinsköpfen, die aus Dänemark eingeführt wurden, 11 815 kg wegen Verunreinigung (Augen- und Ohrenausschnitte) beanstandet; ebenso wurden durch die Untersuchungsstelle Altona von 9 112 Köpfen, die zum Genuß untauglich waren, 570 kg die ebenfalls aus Dänemark eingeführt wurden, beanstandet.

Herkunftsländer	Eingeführt und zur Unter-									
	Zubereitetes Fleisch									
	Rindfleisch einschl. Kalbfleisch		Schweineschinken		Speck		Sonstiges Schweinefleisch		Sonstiges Fleisch	
	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg	Fleischstücke	Gewicht kg
1	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35
1. Aus Zollausschlüssen	—	—	—	—	1	1	5	6	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Belgien	7 209	8 605	59	297	19	31	24	67	1	2
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Bulgarien	—	—	—	—	3	2	7	7	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Freistaat Danzig	14	6	23	92	67	75	294	249	—	—
	—	—	—	—	—	—	*1*	*2*	—	—
5. Dänemark	11	12	41	139	1 499	8 018	31 539	17 371	67	82
	—	—	—	—	*3*	*18*	*219*	*71*	—	—
6. Estland	2	2	14	68	9	15	77	127	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7. Finnland	—	—	2	7	2	1	5	12	4	7
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8. Frankreich	2	4	21	87	31	43	27	41	390	741
	—	—	—	—	—	—	—	—	*195*	*388*
9. Griechenland	—	—	—	—	—	—	3	1	18	13
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Großbrit. und Irland	35	214	19	111	8	14	129	160	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11. Italien	1	6	3	14	2	6	9	15	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
12. Jugoslawien	2	4	20	87	26	36	24	31	4	1
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13. Lettland	17	20	66	250	67	105	211	323	8	8
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14. Litauen	15	12	16	66	26	45	68	104	1	1
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
15. Luxemburg	—	—	54	247	71	276	41	75	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16. Memelgebiet	3	1	28	205	34	90	162	1 000	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
17. Niederlande	36 368	64 340	98	405	140 520	2 903 371	168 782	581 701	5	5
	—	—	—	—	*22*	*279*	*2*	*49*	*4*	*3*
18. Norwegen	2	1	3	12	2	3	10	13	10	22
	—	—	—	—	—	—	*1*	*1*	—	—
19. Österreich	49	66	93	310	199	243	429	947	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
20. Polen	26	31	110	666	434	830	311	511	7	22
	—	—	—	—	—	—	*2*	*37*	—	—
21. Rumänien	10	15	18	59	95	91	66	112	3	1
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
22. Rußland	7	4	26	104	26	30	40	63	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
23. Saargebiet	—	—	9	24	18	16	53	42	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
24. Schweden	3	4	10	45	3	7	3 653	4 934	13	33
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25. Schweiz	21	37	17	70	26	45	33	61	3	4
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
26. Spanien	—	—	5	23	288	6 582	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
27. Tschecho-Slowakei	35	45	10 947	59 205	584	589	1 028	1 539	9	15
	—	—	*2*	*11*	—	—	—	—	—	—
28. Türkei	—	—	1	4	1	1	—	—	2	1
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
29. Ungarn	29	26	81	317	7 705	159 348	4 627	91 097	4	2
	—	—	—	—	—	—	*6*	*115*	—	—
30. Asien	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
31. Afrika	5	7	3	13	—	—	4	2	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
32. Canada	—	—	—	—	—	—	2	4	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
33. Mittel- und Südamerika	10 742	231 501	3	18	2 364	14 682	5	14	2 324	74 288
	—	—	—	—	—	—	—	—	*3*	[illegible]
34. Vereinigte Staaten von Amerika	11	37	51	206	234 218	1 528 550	69 595	116 302	435	4 148
	—	—	—	—	*1 068*	*6 795*	*5*	*9*	—	—
35. Australien	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen	54 619	305 000	11 841	63 151	388 348	4 623 146	281 264	816 933	3 308	79 3[illegible]
davon beanstandet	—	—	*2*	*11*	*1 093*	*7 092*	*236*	*284*	*202*	[illegible]

*) Vergl. die Anmerkung *) auf Seite 298.

inland eingeführten Fleisch und Fett für das Jahr 1929.

ländern *).

suchung gestellt sind:

Därme		Zubereitete Fette										Wiederholung der Spalte 1
		Schweineschmalz		Rindertalg, Premier jus, Oleomargarin		Margarine		Kunstspeisefette		Sonstiges Fett warmblütiger Tiere		
Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	Packstücke	Gewicht kg	
36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	46	47	
100	14 210	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1.
6 074	685 155	9	34	9	34	3 118	39 562	—	—	—	—	2.
505	6 982	—	—	1	1	—	—	—	—	—	—	3.
251	24 455	26	22	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
14 070	1 748 143	23 829	1 932 306	1	3	53	1 003	—	—	5	203	5.
1	*11*	*156*	*16 187*	—	—	—	—	—	—	—	—	
6	918	3	4	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
46	3 701	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7.
5 133	896 696	1	2	145	26 305	—	—	—	—	—	—	8.
265	3 088	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9.
6 934	1 268 663	—	—	114	18 815	4	5	—	—	4	16	10.
2	*262*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
291	6 113	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
202	8 529	3	39	—	—	—	—	—	—	—	—	12.
95	8 421	8	17	—	—	1	1	—	—	—	—	13.
2	*294*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
194	46 721	6	6	1	2	1	1	—	—	—	—	14.
124	6 780	2	52	580	637 000	18	8 125	—	—	—	—	15.
3	*136*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
99	1 473	2	13	—	—	—	—	—	—	—	—	16.
10 108	1 664 289	17 677	428 019	5 889	177 731	148	13 004	143	12 908	2	5	17.
16	*1 850*	*58*	*1 576*	*105*	*5 250*	*36*	*2 102*	—	—	—	—	
4	552	62	2 845	—	—	—	—	—	—	—	—	18.
3 328	94 068	78	2 858	—	—	1	1	—	—	1	4	19.
2 416	143 223	56	107	4	4	—	—	—	—	—	—	20.
530	69 800	14	64	—	—	—	—	—	—	—	—	21.
994	152 520	—	—	—	—	—	—	—	—	5	263	22.
14	354	—	—	3	27	—	—	—	—	—	—	23.
7 166	931 826	872	155 446	—	—	4	10	—	—	—	—	24.
305	8 150	4	19	2	5	3	3	6	29	—	—	25.
37	1 298	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.
1 553	67 764	902	12 518	4	1 334	9	5	—	—	1	30	27.
2	*2*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
259	13 854	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28.
1 631	42 803	19	79	—	—	2	1	—	—	—	—	29.
1 809	72 253	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30.
31	2 259	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31.
72	17 810	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32.
1 687	441 217	12 772	315 444	1 047	185 435	—	—	—	—	464	70 279	33.
7 939	2 062 400	848 285	23 326 316	7 597	1 141 316	50	9 066	2	3	317	45 868	34.
1	*227*	*721*	*19 246*	—	—	—	—	—	—	—	—	
46	[illegible]	—	—	1	459	—	—	—	—	5	1 929	35.
74 318	[illegible]	904 630	26 176 210	15 398	2 188 471	3 412	70 787	151	12 940	804	118 597	Zus.
27	*2 792*	*935*	*37 009*	*105*	*5 250*	*36*	*2 102*	—	—	—	—	

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Freistaat Preußen für das Jahr 1929.[1]

Nachweisung 1. Zahl der Schlachttiere, bei denen die Beschau ausgeführt wurde.

(Übers. 1) Schlachtungen bezw. Untersuchungen	Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Rinder überhaupt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Ordnungsmäßige Schlachtungen	1929	104 570	204 755	277 460	1 056 938	569 214	2 108 367	2 395 920	10 588 840	1 075 857	186 236	1 393
	1928	*90 965*	*187 062*	*243 199*	*959 730*	*477 131*	*1 867 122*	*2 353 801*	*12 043 390*	*1 091 534*	*192 471*	*1 435*
	1913	*99 090*	*244 161*	*298 235*	*864 642*	*360 226*	*1 767 264*	*1 852 144*	*9 743 353*	*1 331 782*	*122 106*	*2 260*
2. Schlachtungen, bei denen eine Beschau der Tiere im lebenden Zustande nicht stattgefunden hat	1929	9 581	1 517	1 533	43 857	8 794	55 701	18 484	48 566	4 040	1 417	3
	1928	*9 576*	*1 639*	*1 556*	*41 177*	*8 171*	*52 543*	*17 374*	*47 775*	*4 747*	*1 369*	*9*
	1913	*4 816*	*2 204*	*1 442*	*27 675*	*6 593*	*37 914*	*19 834*	*52 203*	*4 546*	*913*	—
3. **Zusammen**	1929	**114 151**	**206 272**	**278 993**	**1 100 795**	**578 008**	**2 164 068**	**2 414 404**	**10 637 406**	**1 079 897**	**187 653**	**1 39[illegible]**
	[2])1928	*100 541*	*188 701*	*244 755*	*1 000 907*	*485 302*	*1 919 665*	*2 371 175*	*12 091 165*	*1 096 281*	*193 840*	*1 44[illegible]*
	[3])1913	*103 906*	*246 365*	*299 677*	*892 317*	*366 819*	*1 805 178*	*1 871 978*	*9 795 556*	*1 336 328*	*123 019*	*2 26[illegible]*
1929 gegen 1928 mehr (+) oder weniger (—)		+13 610	+ 17 571	+ 34 238	+ 99 888	+ 92 706	+244 403	+ 43 229	—1 453 759	— 16 384	— 6 187	— 48[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 13,54	+ 9,31	+ 13,99	+ 9,98	+ 19,10	+ 12,73	+ 1,82	— 12,02	— 1,49	— 3,19	— 3,[illegible]
1929 gegen 1913 mehr (+) oder weniger (—)		+10 245	— 40 093	— 20 684	+208 478	+211 189	+358 890	+542 426	+ 841 850	—256 431	+64 634	— 864
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 9,86	— 16,27	— 6,90	+ 23,36	+ 57,57	+ 19,88	+ 28,78	+ 8,59	— 19,19	+ 52,54	— 38,[illegible]
4. Zahl der Schlachttiere nach Abzug der unter „2. Beanstandete ganze Tierkörper I. Untauglich" nachgewiesenen Tiere	1929	111 617	.	.	.	.	2 148 572	2 406 220	10 629 058	1 078 643	187 227	1 39[illegible]
	1928	*97 573*	.	.	.	.	*1 904 322*	*2 364 040*	*12 083 909*	*1 094 944*	*193 540*	*1 44[illegible]*
	1913	*102 583*	*245 590*	*298 899*	*882 485*	*363 921*	*1 790 895*	*1 860 891*	*9 775 532*	*1 334 731*	*122 154*	*2 25[illegible]*
1929 gegen 1928 mehr (+) oder weniger (—)		+14 044	.	.	.	.	+244 250	+ 42 180	—1 454 851	— 16 301	— 6 313	— 5[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 14,39	.	.	.	.	+ 12,83	+ 1,78	— 12,04	— 1,49	— 3,26	— 3,[illegible]
1929 gegen 1913 mehr (+) oder weniger (—)		+ 9 034	.	.	.	.	+357 677	+545 329	+ 853 526	—256 088	+65 073	— 86[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 8,81	.	.	.	.	+ 19,97	+ 29,30	+ 8,73	— 19,19	+ 53,27	— 38,[illegible]
5. Von den unter „3. Zusammen" aufgeführten Schlachttieren sind untersucht durch a) tierärztliche Beschauer und Beschauämter, an denen neben Tierärzten auch andere Personen als Beschauer tätig sind	1929	114 151	185 252	247 358	923 184	414 404	1 770 198	2 010 592	7 975 493	1 000 935	82 640	1 27[illegible]
	1928	*100 541*	*169 864*	*216 580*	*835 775*	*348 071*	*1 570 290*	*1 967 545*	*8 997 823*	*1 011 227*	*86 197*	*1 30[illegible]*
	1913	*103 906*	*219 366*	*252 542*	*690 833*	*234 590*	*1 397 331*	*1 473 458*	*7 074 753*	*1 192 782*	*71 611*	*1 88[illegible]*
b) nichttierärztliche Beschauer	1929	—	21 020	31 635	177 611	163 604	393 870	403 812	2 661 913	78 962	105 013	119
	1928	—	*18 837*	*28 175*	*165 132*	*137 231*	*349 375*	*403 630*	*3 093 342*	*85 054*	*107 643*	*137*
	1913	—	*26 999*	*47 135*	*201 484*	*132 229*	*407 847*	*398 520*	*2 720 803*	*143 546*	*51 408*	*377*
6. Zahl der (wegen Unzuständigkeit) dem Tierarzt zur Beurteilung überwiesenen Schlachtungen	1929	—	553	524	17 790	3 611	—	5 411	31 652	836	358	1
	1928	—	*527*	*486*	*15 404*	*3 146*	—	*4 807*	*30 579*	*779*	*307*	*3*
	1913	—	*1 096*	*947*	*17 548*	*4 178*	—	*7 549*	*29 145*	*1 012*	*208*	—
7. Gesamtzahl der auf Trichinen und Finnen untersuchten Schweine einschl. derjenigen, bei denen auch die Schlachtvieh- und Fleischbeschau ausgeführt wurde. (Nach den Vierteljahrsergebnissen der Trichinenschau in Preußen)	1929	—	—	—	—	—	—	—	12 670 465	—	—	—
	1928	—	—	—	—	—	—	—	*14 465 556*	—	—	—
	1913	—	—	—	—	—	—	—	*12 424 631*	—	—	—

[1]) ohne das Saargebiet. Einschließlich der früheren waldeckschen Kreise. Die Ergebnisse sind bis auf wenige Fälle, in denen noch Berichtigungen erforderlich werden, vollständig. — [2]) Die Ergebnisse einschließlich der früheren waldeckschen Kreise für 1928 sind endgültig. — [3]) einschließlich der waldeckschen Kreise.

Nachweisung 2a. Tuberkulöse Tiere, bei denen Fleischviertel ganz oder teilweise beanstandet wurden.

(Übers. 2a) Beurteilung		Erhebungsjahr	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
1		2	3	4	5	6	7	8
1. Bedingttauglich	ganz beanstandete Fleischviertel	1929	—	2 656	180	2 393	7	4
		1928	—	2 789	172	2 664	10	10
	teilweise beanstandete Fleischviertel	1929	1	401	7	440	—	—
		1928	—	473	1	358	—	3
2. Minderwertig	ganz beanstandete Fleischviertel	1929	6	7 250	423	6 311	23	10
		1928	—	6 901	365	6 356	11	16
	teilweise beanstandete Fleischviertel	1929	—	1 032	36	2 110	1	1
		1928	—	972	23	1 615	—	3
3. Genußtaugliche ganze Fleischviertel		1929	9	11 617	434	11 972	53	9
		1928	—	10 520	383	11 648	31	12
Summe der ganz oder teilweise beanstandeten Fleischviertel		1929	16	22 956	1 080	23 226	84	24
		1928	—	21 655	944	22 641	52	44
Außerdem untaugliche Fleischviertel		1929	—	—	—	2	—	—
		1928	—	5	—	3	—	—

Nachweisung 2b. Gesamtzahl der mit Tuberkulose behafteten Tiere.

(Übers. 2b) Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
1929	238	49 533	44 690	382 674	53 836	8 049	231 518	2 812	1 354
1928	231	49 374	40 792	346 950	46 543	7 019	248 302	2 533	1 504

4. Sondernachweisung über bakteriologische Fleischuntersuchung

gemäß § 29 letzter Satz.

(Übers. 4) Durch die bakteriologische Fleischuntersuchung wurden ermittelt	Erhebungsjahr	Pferde: Zahl der untersuchten Tiere	Pferde: Beurteilung[1] ○	⊡	□	△	Rinder: Zahl der untersuchten Tiere	Rinder: Beurteilung ○	⊡	□	△	Kälber: Zahl der untersuchten Tiere	Kälber: Beurteilung ○	⊡	□	△
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
a) keine Bakterien	1929	3 583	3 395 8/4	57 3/4	—	128 3/4	17 485	12 509 66/4	4 392 64/4	47 3/4	499 19/4	4 873	3 508 4/4	1 160 4/4	2	201
	1928	3 621	3 387 10/4	86 2/4	—	144 4/4	16 162	11 963 49/4	3 662 54/4	42 11/4	462 18/4	3 906	2 842	926	—	138
b) Bakterien, jedoch keine Fleischvergifter (oder Tierseuchenerreger)	1929	2 565	1 745	180 3/4	—	639 1/4	13 402	5 664 88/4	5 777 86/4	129 4/4	1 782 22/4	4 481	1 813	1 644 2/4	53	970 2/4
	1928	2 222	1 399 6/4	133 6/4	1	686	10 252	4 402 47/4	4 128 80/4	97 2/4	1 586 27/4	3 241	1 151	1 102 2/4	39	948 2/4
c) Fleischvergifter	1929	83	—	—	—	83	466	—	—	2	464	1 143	—	—	420	723
	1928	72	—	—	—	72	495	—	—	2	493	748	—	—	232	516
d) Tierseuchenerreger	1929	10	—	—	—	10	157	—	—	9	147 4/4	31	—	—	7	24
	1928	2	—	—	—	2	197	—	—	15	182	20	—	—	8	12
Zusammen	1929	6 241	5 140 8/4	237 5/4	—	860 3/4	31 510	18 173 154/4	10 169 150/4	187 7/4	2 892 45/4	10 528	5 321 4/4	2 804 6/4	482	1 918 2/4
	1928	5 917	4 786 16/4	219 8/4	1	904 4/4	27 106	16 365 96/4	7 790 134/4	156 13/4	2 723 45/4	7 915	3 993	2 028 2/4	279	1 614 1/4
Davon waren Notschlachtungen	1929	4 564	3 685 2/4	192 5/4	—	685 1/4	17 996	9 344 61/4	6 531 66/4	74 2/4	2 009 23/4	4 154	1 687	1 273	77	1 117
	1928	4 337	3 499 14/4	166 6/4	1	665 4/4	15 991	9 075 46/4	4 921 50/4	62	1 906 12/4	3 470	1 516	902	85	967

(Noch: Übers. 4) Durch die bakteriologische Fleischuntersuchung wurden ermittelt	Erhebungsjahr	Schweine: Zahl der untersuchten Tiere	Schweine: Beurteilung ○	⊡	□	△	Schafe: Zahl der untersuchten Tiere	Schafe: Beurteilung ○	⊡	□	△	Ziegen: Zahl der untersuchten Tiere	Ziegen: Beurteilung ○	⊡	□	△
1	2	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32
a) keine Bakterien	1929	4 568	3 218 6/4	1 198 2/4	29	121	474	362 2/4	93	—	18 2/4	115	90	20	—	5
	1928	4 189	3 101 2/4	943 4/4	33	110 2/4	595	405	168	—	22	85	65	15	—	5
b) Bakterien, jedoch keine Fleischvergifter (oder Tierseuchenerreger)	1929	3 570	1 448 2/4	1 542 3/4	57 3/4	521	389	160 3/4	140 1/4	2	86	66	34	22	—	10
	1928	2 821	1 109 4/4	1 199	49 4/4	462	349	157	137	1	54	60	29	24	—	7
c) Fleischvergifter	1929	105	—	—	—	105	13	—	—	—	13	12	—	—	—	12
	1928	102	—	—	1	101	8	—	—	—	8	—	—	—	—	—
d) Tierseuchenerreger	1929	817	3	—	600	214	11	—	—	—	11	—	—	—	—	—
	1928	883	—	—	676	207	5	—	—	—	5	—	—	—	—	—
Zusammen	1929	9 060	4 669 8/4	2 740 5/4	686 3/4	961	887	522 5/4	233 1/4	2	128 2/4	193	124	42	—	27
	1928	7 995	4 210 6/4	2 142 4/4	759 4/4	880 2/4	957	562	305	1	89	145	94	39	—	12
Davon waren Notschlachtungen	1929	5 167	2 361	1 700	448	658	528	298 3/4	131 1/4	2	96	109	65	34	—	10
	1928	4 658	2 383 4/4	1 212	499 4/4	562	557	324	167	1	65	85	52	26	—	7

[1] Zeichenerklärung: ○ = tauglich, ⊡ = minderwertig, □ = bedingttauglich, △ = untauglich.

Nachweisung 2. Beanstandete ganze Tierkörper*

(Übers. 2) Beanstandungsgründe	Erhebungsjahr	I. Untauglich (§ 33 und 34)					
		Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Blutvergiftungen a) ohne Nachweis von Fleischvergiftern	1929	724	3 913	2 999	1 391	216	[illegible]
	1928	*884*	*4 031*	*2 914*	*1 341*	*211*	[illegible]
b) Vorhandensein von Fleischvergiftern	1929	83	464	723	105	13	[illegible]
	1928	*72*	*493*	*517*	*101*	*8*	—
2. Milzbrand, Rauschbrand, Rinderseuche (Sp. I), örtlicher Milzbrand bei Schweinen, Verunreinigung mit Milzbrandkeimen (Sp. II)	1929	3	407	17	249	20	
	1928	*5*	*428*	*15*	*239*	*13*	
3. Rotz (Sp. I), Verunreinigung mit Rotzkeimen (Sp. II)	1929	3	—	—	—	—	—
	1928	*6*	—	—	—	—	—
4. Schweineseuche	1929	—	—	—	111	—	—
	1928	—	—	—	*129*	—	—
5. Schweinepest	1929	—	—	—	558	—	—
	1928	—	—	—	*437*	—	—
6. Rotlauf der Schweine	1929	—	—	—	822	—	—
	1928	—	—	—	*1 177*	—	—
7. Tuberkulose	1929	44	3 580	95	914	22	[illegible]
	1928	*41*	*3 854*	*91*	*982*	*18*	[illegible]
8. Trichinen bei Schweinen	1929	—	—	—	14	—	—
	1928	—	—	—	*36*	—	—
9. Gesundheitsschädliche Finnen[1])	1929	—	61	15	510	8	[illegible]
	1928	—	*53*	*6*	*69*	—	[illegible]
10. Allgemeine Wassersucht	1929	104	1 044	220	178	218	[illegible]
	1928	*154*	*1 256*	*216*	*152*	*268*	[illegible]
11. Gelbsucht, mäßige Gelbfärbung infolge Gelbsucht	1929	10	182	485	417	62	7
	1928	*9*	*155*	*489*	*442*	*56*	[illegible]
12. Wässerigkeit, Durchsetzung mit Blutungen, abweichende Farbe, Kalkablagerungen usw.	1929	—	17	28	17	7	4
	1928	—	*5*	*13*	*4*	*6*	*9*
13. Fäulnis und ähnliche Zersetzungsvorgänge	1929	608	1 353	828	827	179	28
	1928	*687*	*1 303*	*722*	*661*	*175*	*35*
14. Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	1929	32	442	91	295	22	8
	1928	*61*	*365*	*94*	*292*	*29*	*13*
15. Unreife oder nicht genügende Entwicklung der Kälber	1929	—	—	138	—	—	—
	1928	—	—	*150*	—	—	—
16. Geschwülste	1929	72	978	31	65	4	[illegible]
	1928	*77*	*874*	*19*	*55*	*3*	[illegible]
17. Vollständige Abmagerung infolge einer vorstehend nicht genannten Krankheit oder beim Fehlen einer Krankheit	1929	146	1 177	364	269	149	[illegible]
	1928	*203*	*1 188*	*402*	*331*	*249*	[illegible]
18. Im § 33 Abs. 2 genannte Mängel	1929	378	1 055	1 374	1 113	205	[illegible]
	1928	*370*	*1 066*	*1 423*	*1 061*	*292*	[illegible]
19. Verschiedene andere Erkrankungen und Mängel, Miescherache Schläuche	1929	327	823	776	493	129	[illegible]
	1928	*399*	*906*	*823*	*638*	*170*	[illegible]
Zusammen	1929	2 534	15 496	8 184	8 348	1 254	426
	1928	*2 968*	*15 977*	*7 894*	*8 147*	*1 498*	*454*

*) Außerdem waren 1929 4 Hunde untauglich, davon keine wegen Trichinen (§ 33 (1), 15).
1928 *2* „ „ „ „ „ „ „

und nach § 40 Nr. 3 beanstandete ganze Fleischviertel.

II. Bedingttauglich (§ 37) Pferde	Rinder		Kälber		Schweine	Schafe	Ziegen	III. Minderwertig (§ 40) Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Wiederholung der Spalte 1
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	
—	11	—	7	—	2	—	—	—	20	2	6	—	—	1. a)
—	8	—	14	—	7	—	—	—	1	—	1	—	—	
—	2	—	420	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	b)
—	2	—	232	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	1	—	1	—	86	—	—					—		2.
—	6	—	3	—	58	1	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	1 007	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	1 077	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	6 075	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	4 662	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	7 725	—	—	—	—	—	—	—	—	6.
—	—	—	—	—	10 030	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	2 132	—	109	—	2 452	7	6	441	12 660	429	8 135	20	26	7.
2	2 082	—	125	—	2 439	7	5	1	12 416	355	7 853	24	26	
—	—	—	—	—	76	—	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	—	—	—	135	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	6 826	[1]) 6 436	53	[1]) 41	582	4	1	—	—	—	—	—	—	9.
—	5 659	[1]) 5 110	67	[1]) 50	181	—	1	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	12	$536^{7}/_{4}$	675	812	142	22	11.
—	—	—	—	—	—	—	—	3	$436^{5}/_{4}$	$663^{1}/_{4}$	$786^{4}/_{4}$	194	26	
—	—	—	—	—	—	—	—	$165^{25}/_{4}$	$8\,307^{1042}/_{4}$	$1\,643^{18}/_{4}$	$4\,578^{81}/_{4}$	$811^{13}/_{4}$	113	12.
—	7	—	—	—	1	—	—	$140^{11}/_{4}$	$7\,187^{603}/_{4}$	$1\,426^{22}/_{4}$	$3\,527^{71}/_{4}$	$1\,260^{16}/_{4}$	104	
—	26	—	16	—	16	—	—	$91^{3}/_{4}$	$1\,420^{99}/_{4}$	372	$836\,^{9}/_{4}$	$50^{4}/_{4}$	10	13.
—	14	—	4	—	$5^{1}/_{4}$	—	—	$54^{3}/_{4}$	$1\,135^{84}/_{4}$	$274^{2}/_{4}$	$523^{10}/_{4}$	126	$12^{3}/_{4}$	
—	—	—	—	—	—	—	—	209	$1\,215^{50}/_{4}$	$213^{3}/_{4}$	$4\,359^{12}/_{4}$	54	88	14.
1	—	—	—	—	—	—	—	$8^{2}/_{4}$	$1\,102^{87}/_{4}$	$252^{2}/_{4}$	$4\,104^{9}/_{4}$	77	84	
—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	5 534	—	—	—	15.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 412	—	—	—	
—	36	—	—	—	2	—	—	—	3	—	—	—	—	16.
—	32	—	1	—	1	—	—	—	2	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	24	$1\,319^{11}/_{4}$	263	563	237	60	17.
—	—	—	—	—	—	—	—	46	1 195	249	699	380	58	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	86	—	29	—	38	1	—	204	$7\,016^{27}/_{4}$	$2\,030^{3}/_{4}$	$4\,611^{6}/_{4}$	368	$97^{4}/_{4}$	19.
2	95	—	23	—	44	1	—	$151^{2}/_{4}$	$5\,720^{22}/_{4}$	1 786	$3\,772^{5}/_{4}$	442	97	
2	9 120	6 436	636	41	18 061	12	7	$1\,146^{28}/_{4}$	$32\,496^{1\,238}/_{4}$	$11\,161^{32}/_{4}$	$23900^{108}/_{4}$	$1\,682^{17}/_{4}$	$416^{4}/_{4}$	Zus.
7	7 905	5 110	469	50	$18\,641^{4}/_{4}$	9	6	$403^{18}/_{4}$	$29\,195^{802}/_{4}$	$10\,417^{27}/_{4}$	$21265\,^{99}/_{4}$	$2\,503^{16}/_{4}$	$407^{2}/_{4}$	

[1]) Die Zahlen in den Spalten 11 und 13 (Rinder und Kälber), die in den Zahlen der Spalten 10 und 12 mitenthalten sind, bezeichnen die Tiere, die nach 21 tägiger Aufbewahrung in Kühl- oder Gefrierräumen oder Pökelung dem freien Verkehr übergeben worden sind.

Nachweisung 3

a) Unschädlich beseitigte veränderte Teile von den in der Nachweisung 2 als bedingttauglich oder ...

(Übers. 3a) Beanstandungsgründe	Erhebungsjahr	I. Köpfe von Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	II. Zungen von Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	III. Lungen von Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen
		Zahl der Tiere, von denen ...																	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1. Mit Fleischvergiftungserregern behaftete Organe in den Fällen des § 37 III	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	415	—	—	—
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	183	—	—	—
2. Schweineseuche	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28 710	—	—
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23 813	—	—
3. Schweinepest	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 117	—	—
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3 888	—	—
4. Rotlauf der Schweine	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Herzklappenrotlauf	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6. Tuberkulose	1929	1	960	20	737	3	4	—	371	9	216	3	4	175	518 569	6 973	191 442	2 650	1 156
	1928	3	809	12	705	2	4	2	431	5	266	—	3	174	469 489	6 200	203 184	2 313	1 307
7. Strahlenpilzkrankheit oder Traubenpilzkrankheit	1929	6	1 144	52	102	5	14	10	1 471	28	24	3	1	1	360	6	43	6	[illegible]
	1928	9	1 032	34	74	3	5	2	1 408	28	24	1	1	2	275	6	54	11	—
8. Hülsenwürmer	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	238	10 589	125	9 864	15 774	[illegible]
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	185	9 646	114	12 743	11 831	[illegible]
9. Gehirnblasenwürmer	1929	—	—	—	—	292	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	1928	—	—	1	1	161	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
10. Leberegel	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 057	—	124	17	[illegible]
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7 994	—	181	9	[illegible]
11. Lungenwürmer	1929	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2 059	460	29 635	68 837	[illegible]
	1928	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 699	666	34 656	80 785	[illegible]
12. Geschwülste	1929	23	67	13	49	7	3	3	36	3	11	2	—	76	712	89	381	162	[illegible]
	1928	14	64	13	51	4	3	2	25	9	9	—	—	87	611	101	531	288	[illegible]
13. Akute Entzündungen	1929	49	279	47	102	16	1	8	76	29	10	4	1	2 067	11 179	9 196	105 814	4 734	[illegible]
	1928	57	271	76	106	19	3	17	94	45	13	2	—	1 992	11 867	9 075	112 607	4 177	[illegible]
14. Verschiedene andere Erkrankungen und Mängel einschl. der abgekapselten Eiterherde	1929	128	546	135	246	45	14	31	239	68	512	4	4	3 050	59 946	7 612	950 894	13 318	[illegible]
	1928	142	521	89	267	42	5	31	265	71	119	8	1	2 605	40 979	5 571	868 271	7 881	[illegible]
Zusammen	1929	207	2 996	267	1 236	368	37	52	2 193	137	773	16	10	5 608	611 471	24 876	1 322 024	105 498	[illegible]
	1928	225	2 697	225	1 204	231	21	54	2 223	158	431	11	5	5 045	543 560	21 916	1 259 928	107 295	[illegible]

b) Minderwertigkeit veränderter Teile von den im übrigen nicht beanstandeten Tierkörpern ...

(Übers. 3b)	Erhebungsjahr	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
	1929	1	57	2	32	—	—	—	39	2	5	—	—	8	103	18	146	2	—
	1928	—	43	3	421	2	—	—	21	—	6	2	—	6	72	12	133	2	[illegible]

c) Beanstandungen von Muskelfleisch ...

(Übers. 3c1)	Erhebungsjahr	Pferden kg	Rindern kg	Kälbern kg	Schweinen kg	Schafen kg	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8
1. Untauglichkeit (§ 35)	1929	36 518	241 108	4 371	82 820	1 942	[illegible]
	1928	28 110	206 939	3 714	89 425	2 054	[illegible]

…standete veränderte Teile.

…wertig aufgeführten sowie von den im übrigen nicht beanstandeten Tierkörpern (§ 35).

IV. Lebern von					V. Därme von						VI. Sonstige einzelne Organe (je eines Tieres) von						VII. Sämtliche Baucheingeweide von						Wiederholung der Spalte 1
Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	
…e beanstandet sind																							
22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
1	209	—	—	—	—	2	181	—	—	—	—	1	343	—	—	—	—	—	252	—	—	—	1.
—	*52*	—	—	—	—	—	*43*	—	—	—	—	*2*	*141*	—	—	—	—	*3*	*173*	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	675	—	—	—	—	—	1 986	—	—	—	—	—	1	—	—	2.
—	—	—	—	—	—	—	—	*672*	—	—	—	—	—	*2 203*	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	3 462	—	—	—	—	—	3 363	—	—	—	—	—	2 768	—	—	3.
—	—	—	—	—	—	—	—	*3 014*	—	—	—	—	—	*2 841*	—	—	—	—	—	*1 862*	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	5 257	—	—	—	—	—	5 976	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	*6 244*	—	—	—	—	—	*6 170*	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 244	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*2 471*	—	—	—	—	—	—	—	—	
52 765	3 447	115 973	478	292	15	42 942	645	28 665	44	99	40	61 946	1 270	60 297	81	118	21	30 033	701	12 723	23	54	6.
61 182	*3 094*	*116 180*	*476*	*330*	*17*	*36 578*	*556*	*28 580*	*46*	*67*	*37*	*56 240*	*1 120*	*53 523*	*68*	*77*	*20*	*29 352*	*578*	*12 266*	*32*	*42*	
54	1	52	1	1	—	7	—	10	—	—	1	157	9	1 161	12	4	—	19	3	26	—	—	7.
65	—	*110*	*4*	*1*	—	*9*	—	*15*	—	—	—	*182*	*5*	*1 055*	*6*	*2*	—	*28*	*2*	*23*	—	—	
8 529	174	92 501	7 699	213	—	—	—	—	—	—	19	464	2	1 355	29	7	—	—	—	—	—	—	8.
8 120	*111*	*109 919*	*6 462*	*242*	—	—	—	—	—	—	*7*	*464*	*7*	*1 695*	*61*	*6*	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	16	2	—	20	—	—	—	—	—	—	—	9.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	*9*	*2*	—	*19*	*2*	—	—	—	—	—	—	
8 712	539	2 801	47 420	1 780	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10.
3 649	*820*	*3 769*	*65 516*	*2 649*	—	*5*	—	—	—	—	—	*8*	—	*1*	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	—	11.
3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
697	131	363	58	13	20	174	13	70	4	1	53	794	242	383	24	14	14	299	11	37	—	1	12.
546	*118*	*364*	*57*	*4*	*18*	*146*	*17*	*74*	*1*	—	*60*	*669*	*184*	*342*	*22*	*33*	*17*	*256*	*4*	*41*	*1*	*1*	
4 559	2 141	6 892	469	57	874	2 712	2 022	3 051	130	45	869	19 629	2 796	12 703	337	99	731	4 186	1 005	1 470	148	48	13.
4 081	*1 894*	*7 358*	*553*	*55*	*845*	*2 313*	*1 628*	*3 155*	*133*	*27*	*740*	*14 369*	*2 355*	*15 037*	*364*	*79*	*658*	*3 698*	*780*	*1 613*	*182*	*27*	
11 014	2 794	9 537	1 212	141	494	4 769	1 091	4 336	186	43	1 301	25 378	5 753	31 433	613	382	918	7 521	1 435	3 134	349	54	14.
9 312	*2 292*	*8 825*	*1 031*	*133*	*594*	*3 569*	*847*	*3 092*	*280*	*32*	*1 249*	*19 332*	*4 681*	*29 751*	*715*	*255*	*903*	*6 023*	*1 011*	*2 510*	*443*	*54*	
306 332	9 436	228 120	57 337	2 498	1 403	50 606	3 952	45 526	364	188	2 285	108385	10417	120 908	1 116	624	1 684	42 058	3 407	20 159	520	157	Zus.
316 958	*8 381*	*246 525*	*74 099*	*3 414*	*1 474*	*42 620*	*3 091*	*44 846*	*460*	*126*	*2 093*	*91 275*	*8 495*	*115 089*	*1 255*	*454*	*1 598*	*39 360*	*2 548*	*18 315*	*658*	*124*	

…Abweichungen in bezug auf Farbe, Geruch, Zusammensetzung usw. (§ 40 Nr. 3)

22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44
331	19	245	30	1	—	20	3	10	4	—	1	75	9	231	—	—	9	46	5	33	1	1
295	*11*	*208*	*18*	—	—	*26*	*4*	*3*	—	—	—	*104*	*4*	*64*	*1*	—	—	*65*	*5*	*12*	*1*	*1*

…en, Fett- und Hautteilen von

…s. 3c2)	Erhebungsjahr	Pferden kg	Rindern kg	Kälbern kg	Schweinen kg	Schafen kg	Ziegen kg
1	2	3	4	5	6	7	8
2. Minderwertigkeit (§ 40 Nr. 3)	1929	278	22 180	683	9 208	151	36
	1928	*1 193*	*30 934*	*574*	*11 688*	*243*	*12*

Anhang.

A. Von den in der Übersicht 1, Zahl der Schlachttiere, an denen die Beschau ausgeführt wurde, entfielen auf die Provinzen und Regierungsbezirke:

(Übers. 5) Provinzen — Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Außer dem Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A. Provinzen.											
1. Ostpreußen	1929	7 201	6 084	11 251	52 590	34 074	122 909	412 985	51 641	1 445	—
	1928	6 651	5 327	10 774	44 849	28 525	123 904	459 496	65 865	1 865	—
2. Brandenburg	1929	8 294	4 489	29 755	69 933	50 522	204 469	759 072	61 835	16 504	[illegible]
	1928	7 291	3 947	24 252	64 606	41 576	202 278	842 739	60 484	15 589	[illegible]
3. Stadt Berlin	1929	9 861	48 839	25 782	98 128	55 422	262 590	1 472 513	502 585	7 165	—
	1928	9 884	46 867	20 726	89 882	46 923	257 342	1 679 092	492 080	7 654	—
4. Pommern	1929	4 632	2 086	18 123	48 112	18 577	108 619	569 377	61 397	975	—
	1928	4 267	5 417	17 143	43 387	17 227	103 806	630 575	65 091	1 130	—
5. Grenzm. Posen-Westpr.	1929	163	132	2 250	7 243	5 756	21 740	119 572	8 018	1 583	—
	1928	157	134	1 916	6 189	4 816	21 288	135 911	8 786	1 754	—
6. Niederschlesien	1929	12 114	10 140	48 446	85 343	46 411	287 899	953 934	56 791	20 051	[illegible]
	1928	10 452	9 450	44 517	77 063	45 581	290 381	1 084 523	55 327	22 731	[illegible]
7. Oberschlesien	1929	1 856	2 026	10 649	44 147	29 392	98 017	409 745	3 438	6 546	[illegible]
	1928	1 508	1 774	9 016	39 876	31 148	106 106	483 906	3 450	7 734	[illegible]
8. Sachsen	1929	14 010	5 997	26 125	92 242	50 988	174 668	1 351 172	107 226	101 177	[illegible]
	1928	12 685	5 255	23 340	81 601	43 699	176 512	1 509 076	105 731	102 145	[illegible]
9. Schleswig-Holstein	1929	4 212	16 404	11 244	108 088	28 992	109 754	387 490	15 970	1 392	[illegible]
	1928	4 042	11 660	11 318	105 342	23 950	102 976	418 182	19 365	2 116	[illegible]
10. Hannover	1929	10 683	15 267	19 684	65 038	44 082	147 268	755 359	71 666	3 724	[illegible]
	1928	9 554	12 683	17 312	58 044	35 335	139 707	813 007	77 944	3 818	[illegible]
11. Westfalen	1929	14 276	11 208	29 502	146 490	35 349	249 855	957 858	17 265	5 012	[illegible]
	1928	11 748	9 998	24 263	130 077	29 023	236 268	1 102 926	16 733	4 533	[illegible]
12. Hessen-Nassau	1929	2 386	23 903	10 827	65 437	84 397	213 631	825 738	41 983	10 366	—
	1928	2 341	22 239	10 498	62 546	67 446	209 399	963 765	41 721	10 492	[illegible]
13. Rheinprovinz	1929	24 461	59 492	35 116	216 334	92 061	408 998	1 654 097	79 990	11 537	[illegible]
	1928	19 959	53 798	29 496	195 784	68 152	397 259	1 958 842	83 615	11 909	[illegible]
14. Hohenzollerische Lande	1929	2	205	239	1 670	1 985	3 987	8 494	92	176	—
	1928	2	152	184	1 661	1 901	3 949	9 125	89	370	—
B. Regierungsbezirke.											
1. Königsberg	1929	3 562	4 337	6 858	25 001	11 764	53 714	189 656	24 105	305	—
	1928	3 358	3 838	6 496	20 380	9 528	51 137	210 595	29 348	433	—
2. Gumbinnen	1929	1 959	1 044	2 111	11 205	7 921	21 720	75 787	9 553	202	—
	1928	1 597	943	2 184	10 548	6 955	26 910	87 605	13 367	320	—
3. Allenstein	1929	1 247	491	994	10 160	10 438	27 604	90 415	14 857	442	—
	1928	1 188	338	886	8 361	8 774	27 243	99 955	19 764	485	—
4. Westpreußen	1929	433	212	1 288	6 224	3 951	19 871	57 127	3 126	496	—
	1928	508	208	1 208	5 560	3 268	18 614	61 341	3 386	627	—
5. Potsdam	1929	3 969	1 582	13 042	36 291	24 381	98 898	354 695	31 823	3 658	—
	1928	3 570	1 490	10 470	34 137	20 207	98 577	391 752	31 413	3 565	[illegible]
6. Frankfurt	1929	4 325	2 907	16 713	33 642	26 141	105 571	404 377	30 012	12 846	[illegible]
	1928	3 721	2 457	13 782	30 469	21 369	103 701	450 987	29 071	12 024	[illegible]
7. Berlin	1929	9 861	48 839	25 782	98 128	55 422	262 590	1 472 513	502 585	7 165	—
	1928	9 884	46 867	20 726	89 882	46 923	257 342	1 679 092	492 080	7 654	—
8. Stettin	1929	2 478	575	13 083	23 165	11 575	56 998	349 343	30 359	538	—
	1928	2 235	580	11 488	21 253	10 055	55 375	385 880	31 962	606	—
9. Köslin	1929	1 409	270	2 944	17 933	4 900	32 663	132 174	22 711	293	—
	1928	1 382	264	2 480	15 586	4 167	31 322	146 238	23 693	401	—
10. Stralsund	1929	745	1 241	2 096	7 014	2 102	18 958	87 860	8 327	144	—
	1928	650	4 573	3 175	6 548	3 005	17 109	98 457	9 436	123	—
11. Schneidemühl	1929	163	132	2 250	7 243	5 756	21 740	119 572	8 018	1 583	—
	1928	157	134	1 916	6 189	4 816	21 288	135 911	8 786	1 754	—
12. Breslau	1929	7 818	6 730	35 546	45 607	28 202	163 763	581 733	38 740	10 280	[illegible]
	1928	6 590	6 144	32 609	41 222	28 203	167 225	662 061	37 815	11 131	[illegible]
13. Liegnitz	1929	4 296	3 410	12 900	39 736	18 209	124 136	372 201	18 051	9 771	[illegible]
	1928	3 862	3 306	11 908	35 841	17 378	123 156	422 462	17 512	11 600	[illegible]
14. Oppeln	1929	1 856	2 026	10 649	44 147	29 392	98 017	409 745	3 438	6 546	[illegible]
	1928	1 508	1 774	9 016	39 876	31 148	106 106	483 906	3 450	7 734	[illegible]
15. Magdeburg	1929	5 254	1 449	15 247	32 663	21 340	62 447	581 880	28 692	21 225	[illegible]
	1928	4 556	1 347	13 639	27 973	17 913	61 995	658 346	28 455	23 486	[illegible]
16. Merseburg	1929	7 025	3 189	8 321	38 653	17 851	75 775	603 870	54 439	61 785	[illegible]
	1928	6 475	2 804	7 223	35 363	15 046	76 659	703 090	55 783	75 240	[illegible]
17. Erfurt	1929	1 731	1 359	2 557	20 926	11 797	36 446	165 422	24 095	18 167	[illegible]
	1928	1 654	1 104	2 478	18 265	10 740	37 858	147 640	21 493	3 419	[illegible]
18. Schleswig	1929	4 212	16 404	11 244	108 088	28 992	109 754	387 490	15 970	1 392	[illegible]
	1928	4 042	11 660	11 318	105 342	23 950	102 976	418 182	19 365	2 116	[illegible]

Noch: A. Von den in der Übersicht 1, Zahl der Schlachttiere, an denen die Beschau ausgeführt wurde, entfielen auf die Provinzen und Regierungsbezirke:

(Noch: Übers. 5) Provinzen — Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über	Kälber bis	Schweine	Schafe	Ziegen	Außerdem Hunde
						3 Monate alt					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Noch: B. Regierungsbezirke.											
19. Hannover	1929	4 158	5 887	8 652	11 403	11 631	44 085	231 282	15 421	1 602	—
	1928	*3 653*	*4 669*	*7 900*	*10 549*	*9 822*	*40 498*	*256 160*	*16 140*	*1 759*	—
20. Hildesheim	1929	1 747	1 403	4 634	12 854	9 767	39 824	142 146	17 522	1 005	—
	1928	*1 559*	*1 291*	*3 804*	*11 732*	*8 467*	*40 474*	*150 617*	*17 196*	*1 013*	—
21. Lüneburg	1929	1 631	1 712	1 353	8 547	7 164	19 427	124 720	9 484	218	49
	1928	*1 521*	*1 630*	*1 159*	*7 674*	*5 566*	*18 012*	*134 734*	*9 879*	*210*	*68*
22. Stade	1929	1 320	4 981	1 654	8 422	10 032	12 102	110 500	11 460	194	7
	1928	*1 246*	*4 002*	*1 273*	*7 699*	*7 470*	*10 681*	*117 007*	*13 032*	*219*	—
23. Osnabrück	1929	1 452	981	3 152	16 618	3 346	20 551	115 725	3 399	258	—
	1928	*1 257*	*821*	*2 894*	*14 008*	*2 432*	*18 986*	*118 285*	*4 375*	*252*	—
24. Aurich	1929	375	303	239	7 194	2 142	11 279	30 986	14 380	447	—
	1928	*318*	*270*	*282*	*6 382*	*1 578*	*11 056*	*36 204*	*17 322*	*365*	—
25. Münster	1929	4 644	856	9 832	36 623	7 009	65 861	270 170	3 961	1 107	24
	1928	*4 184*	*799*	*8 236*	*31 602*	*6 437*	*62 347*	*317 422*	*3 417*	*1 033*	*20*
26. Minden	1929	2 478	1 978	6 718	38 842	7 981	48 453	221 587	3 200	1 384	—
	1928	*2 074*	*1 816*	*5 464*	*34 082*	*6 412*	*44 266*	*229 014*	*3 373*	*1 145*	*1*
27. Arnsberg	1929	7 154	8 374	12 952	71 025	20 359	135 541	466 101	10 104	2 521	5
	1928	*5 490*	*7 383*	*10 563*	*64 393*	*16 174*	*129 655*	*556 490*	*9 943*	*2 355*	*23*
28. Kassel	1929	1 059	5 094	4 213	26 443	36 066	74 905	420 130	17 013	6 671	—
	1928	*955*	*4 566*	*4 154*	*24 979*	*27 809*	*72 124*	*478 115*	*16 497*	*6 867*	*1*
29. Wiesbaden	1929	1 327	18 809	6 614	38 994	48 331	138 726	405 608	24 970	3 695	—
	1928	*1 386*	*17 673*	*6 344*	*37 567*	*39 637*	*137 275*	*485 650*	*25 224*	*3 625*	—
30. Koblenz	1929	935	9 829	1 980	26 800	23 392	65 568	107 613	3 217	2 110	—
	1928	*894*	*10 088*	*1 919*	*25 111*	*17 861*	*65 005*	*127 727*	*3 814*	*2 087*	—
31. Düsseldorf	1929	17 516	22 002	22 365	108 319	30 655	180 763	1 020 317	53 443	4 239	3
	1928	*13 994*	*18 131*	*18 418*	*97 802*	*22 262*	*172 167*	*1 210 520*	*54 964*	*4 618*	*3*
32. Köln	1929	4 170	22 441	7 979	44 393	11 107	94 211	346 815	17 015	3 188	—
	1928	*3 618*	*21 176*	*6 538*	*39 591*	*8 520*	*95 827*	*415 511*	*17 567*	*2 968*	—
33. Trier	1929	657	3 359	1 849	14 138	17 891	35 768	45 608	2 327	803	—
	1928	*585*	*2 809*	*1 768*	*12 682*	*13 628*	*34 135*	*57 921*	*2 386*	*1 004*	—
34. Aachen	1929	1 183	1 861	943	22 684	9 016	32 688	133 744	3 988	1 197	5
	1928	*868*	*1 594*	*853*	*20 598*	*5 881*	*30 125*	*147 163*	*4 884*	*1 232*	*12*
35. Sigmaringen	1929	2	205	239	1 670	1 985	3 987	8 494	92	176	—
	1928	*2*	*152*	*184*	*1 661*	*1 901*	*3 949*	*9 125*	*89*	*370*	—

B. Von den in der Übersicht 2b aufgeführten tuberkulösen Tieren entfielen auf die Provinzen und Regierungsbezirke:

(Übers. 6) Provinzen — Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über	Kälber bis	Schweine	Schafe	Ziegen
						3 Monate alt				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
A. Provinzen.										
1. Ostpreußen	1929	5	332	595	11 778	1 303	154	6 354	65	7
	1928	*6*	*277*	*528*	*11 530*	*985*	*125*	*7 181*	*55*	*12*
2. Brandenburg	1929	27	897	3 201	19 034	3 256	491	15 060	189	41
	1928	*14*	*866*	*2 831*	*18 419*	*3 014*	*479*	*15 860*	*149*	*23*
3. Stadt Berlin	1929	5	15 710	6 118	57 675	8 116	1 588	36 913	459	22
	1928	*6*	*16 602*	*5 577*	*51 285*	*8 385*	*1 488*	*41 317*	*228*	*13*
4. Pommern	1929	22	512	4 241	17 703	2 142	557	16 366	133	9
	1928	*13*	*2 442*	*5 229*	*16 505*	*1 924*	*446*	*18 554*	*143*	*14*
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	1929	2	44	198	1 918	317	20	1 788	17	7
	1928	*1*	*40*	*163*	*1 773*	*269*	*21*	*1 693*	*24*	*4*
6. Niederschlesien	1929	34	2 725	9 834	33 227	4 584	1 092	25 738	308	171
	1928	*34*	*2 737*	*8 594*	*29 785*	*4 208*	*970*	*26 019*	*279*	*204*
7. Oberschlesien	1929	5	873	1 827	15 598	2 280	252	8 602	30	83
	1928	*5*	*643*	*1 258*	*13 683*	*2 090*	*197*	*8 941*	*18*	*70*
8. Sachsen	1929	29	1 700	5 349	36 208	6 226	701	48 324	1 351	579
	1928	*37*	*1 606*	*4 947*	*32 426*	*5 076*	*711*	*52 980*	*1 418*	*742*
9. Schleswig-Holstein	1929	5	3 380	2 004	51 323	2 963	399	7 521	10	9
	1928	*7*	*2 074*	*1 839*	*48 519*	*2 431*	*320*	*8 248*	*5*	*11*
10. Hannover	1929	28	1 119	2 548	11 154	3 138	344	13 566	92	13
	1928	*22*	*1 106*	*2 322*	*10 773*	*2 662*	*249*	*11 978*	*72*	*18*
11. Westfalen	1929	41	1 769	1 757	35 869	1 697	347	12 089	29	26
	1928	*46*	*1 817*	*1 675*	*32 046*	*1 574*	*329*	*11 038*	*19*	*25*
12. Hessen-Nassau	1929	5	5 527	2 174	22 272	9 279	740	16 011	50	201
	1928	*8*	*5 420*	*1 802*	*21 044*	*7 803*	*605*	*17 816*	*54*	*197*
13. Rheinprovinz	1929	30	14 933	4 826	68 489	8 459	1 351	23 089	76	183
	1928	*32*	*13 735*	*4 022*	*58 799*	*6 067*	*1 077*	*26 611*	*69*	*170*
14. Hohenzollerische Lande	1929	—	12	18	426	76	13	97	3	3
	1928	—	*9*	*5*	*363*	*55*	*2*	*66*	—	*1*

Noch: B. Von den in der Übersicht 2b aufgeführten tuberkulösen Tieren entfielen auf die Provinzen und Regierungsbezirke:

(Noch: Übers. 6) Provinzen — Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
B. Regierungsbezirke.										
1. Königsberg	1929	—	202	273	5 716	539	60	2 358	19	—
	1928	2	*164*	*244*	*5 664*	*395*	*47*	*2 709*	*24*	*2*
2. Gumbinnen	1929	4	51	88	1 956	187	23	385	4	1
	1928	4	*35*	*83*	*2 036*	*170*	*24*	*518*	*7*	*3*
3. Allenstein	1929	—	43	46	1 899	346	35	1 669	12	3
	1928	—	*57*	*45*	*1 771*	*235*	*20*	*1 574*	*12*	*1*
4. Westpreußen	1929	1	36	188	2 207	231	36	1 942	30	3
	1928	—	*21*	*156*	*2 059*	*185*	*34*	*2 380*	*12*	*6*
5. Potsdam	1929	11	312	1 638	11 301	1 652	278	8 195	50	15
	1928	*4*	*346*	*1 442*	*11 060*	*1 685*	*298*	*9 766*	*89*	*8*
6. Frankfurt	1929	16	585	1 563	7 733	1 604	213	6 865	139	26
	1928	*10*	*520*	*1 389*	*7 359*	*1 329*	*181*	*6 094*	*60*	*15*
7. Berlin	1929	5	15 710	6 118	57 675	8 116	1 588	36 913	459	22
	1928	*6*	*16 602*	*5 577*	*51 285*	*8 385*	*1 488*	*41 317*	*228*	*13*
8. Stettin	1929	17	170	3 069	9 215	1 425	400	11 026	93	6
	1928	*5*	*140*	*3 322*	*8 608*	*1 201*	*269*	*12 148*	*98*	*10*
9. Köslin	1929	2	88	592	5 707	549	73	2 829	28	2
	1928	*5*	*77*	*504*	*5 168*	*495*	*73*	*3 175*	*35*	*2*
10. Stralsund	1929	3	254	580	2 781	168	84	2 511	12	1
	1928	*3*	*2 225*	*1 403*	*2 729*	*228*	*104*	*3 231*	*10*	*2*
11. Schneidemühl	1929	2	44	198	1 918	317	20	1 788	17	7
	1928	*1*	*40*	*163*	*1 773*	*269*	*21*	*1 693*	*24*	*4*
12. Breslau	1929	27	1 836	7 313	18 817	2 753	664	15 621	160	84
	1928	*22*	*1 899*	*6 386*	*16 682*	*2 547*	*535*	*15 418*	*114*	*121*
13. Liegnitz	1929	7	889	2 521	14 410	1 831	428	10 117	148	87
	1928	*12*	*838*	*2 208*	*13 103*	*1 661*	*435*	*10 601*	*165*	*83*
14. Oppeln	1929	5	873	1 827	15 598	2 280	252	8 602	30	83
	1928	*5*	*643*	*1 258*	*13 683*	*2 090*	*197*	*8 941*	*18*	*70*
15. Magdeburg	1929	9	453	3 155	14 411	2 960	302	24 311	331	78
	1928	*11*	*437*	*2 919*	*12 053*	*2 346*	*290*	*27 581*	*319*	*113*
16. Merseburg	1929	15	979	1 744	15 056	2 005	301	20 626	949	385
	1928	*26*	*944*	*1 685*	*14 592*	*1 693*	*316*	*22 791*	*1 079*	*615*
17. Erfurt	1929	5	268	450	6 741	1 261	98	3 387	71	116
	1928	—	*225*	*343*	*5 781*	*1 037*	*105*	*2 608*	*20*	*14*
18. Schleswig	1929	5	3 380	2 004	51 323	2 963	399	7 521	10	9
	1928	*7*	*2 074*	*1 839*	*48 519*	*2 431*	*320*	*8 248*	*5*	*11*
19. Hannover	1929	12	504	1 336	2 205	1 136	112	4 251	22	7
	1928	*12*	*484*	*1 317*	*2 241*	*937*	*83*	*3 576*	*6*	*6*
20. Hildesheim	1929	6	206	915	3 602	1 042	92	4 098	66	4
	1928	*7*	*188*	*692*	*3 563*	*885*	*65*	*3 521*	*57*	*8*
21. Lüneburg	1929	5	238	196	1 608	574	79	2 827	2	1
	1928	*3*	*248*	*182*	*1 673*	*550*	*52*	*2 772*	*6*	*1*
22. Stade	1929	2	117	34	917	253	16	763	1	—
	1928	—	*121*	*39*	*870*	*178*	*15*	*717*	—	—
23. Osnabrück	1929	1	40	44	958	48	17	501	—	1
	1928	—	*46*	*50*	*893*	*33*	*8*	*439*	—	*2*
24. Aurich	1929	2	14	23	1 864	85	28	1 126	1	—
	1928	—	*19*	*42*	*1 533*	*79*	*26*	*953*	*3*	*1*
25. Münster	1929	10	80	251	6 883	206	67	2 206	5	7
	1928	*9*	*92*	*215*	*6 252*	*188*	*42*	*1 960*	*3*	*3*
26. Minden	1929	10	346	404	8 860	507	71	3 775	5	9
	1928	*7*	*417*	*455*	*7 546*	*444*	*59*	*3 040*	*6*	*5*
27. Arnsberg	1929	21	1 343	1 102	20 126	984	209	6 108	19	10
	1928	*30*	*1 308*	*1 005*	*18 248*	*942*	*228*	*6 038*	*10*	*17*
28. Kassel	1929	4	676	683	7 469	4 057	200	8 556	29	85
	1928	*7*	*713*	*700*	*7 087*	*3 760*	*156*	*9 436*	*40*	*83*
29. Wiesbaden	1929	1	4 851	1 491	14 803	5 222	540	7 455	21	116
	1928	*1*	*4 707*	*1 102*	*13 957*	*4 043*	*449*	*8 380*	*14*	*114*
30. Koblenz	1929	5	2 896	460	8 990	2 305	299	2 144	14	58
	1928	*1*	*3 033*	*419*	*8 649*	*1 878*	*267*	*2 559*	*8*	*65*
31. Düsseldorf	1929	19	3 886	2 500	33 616	2 530	376	14 193	25	25
	1928	*22*	*3 598*	*2 104*	*27 833*	*1 531*	*339*	*16 100*	*17*	*24*
32. Köln	1929	3	6 697	1 402	13 182	1 414	304	3 895	9	59
	1928	*4*	*6 080*	*1 106*	*12 026*	*946*	*252*	*4 324*	*16*	*32*
33. Trier	1929	—	888	282	5 729	1 421	248	1 038	18	28
	1928	*2*	*721*	*245*	*4 494*	*1 167*	*162*	*1 329*	*15*	*39*
34. Aachen	1929	3	566	182	6 972	789	124	1 819	10	13
	1928	*3*	*303*	*148*	*5 797*	*545*	*57*	*2 299*	*13*	*10*
35. Sigmaringen	1929	—	12	18	426	76	13	97	3	3
	1928	—	*9*	*5*	*363*	*55*	*2*	*66*	—	*1*

C. Von den in der Übersicht 2 bei laufender Nummer 4, 5, 6, 7, 8 und 9 aufgeführten beanstandeten ganzen Tierkörpern entfielen auf die Regierungsbezirke:

(Übers. 7) Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Beanstandungen wegen											
		4. Schweineseuche		5. Schweinepest		6. Rotlauf der Schweine		7. Tuberkulose — Untauglich					
		untauglich	bedingttaugl.	untauglich	bedingttaugl.	untauglich	bedingttaugl.	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Königsberg	1929	2	35	19	566	26	294	—	129	—	12	—	—
	1928	—	*19*	*48*	*988*	*24*	*318*	—	*168*	*3*	*7*	—	—
2. Gumbinnen	1929	1	19	24	489	14	151	1	109	2	6	—	—
	1928	*1*	*47*	*8*	*153*	*14*	*140*	—	*104*	*1*	*4*	—	—
3. Allenstein	1929	—	19	10	399	17	277	—	69	—	2	—	—
	1928	—	*26*	*9*	*255*	*16*	*297*	—	*64*	—	—	—	—
4. Westpreußen	1929	1	19	28	552	4	132	1	59	1	4	—	—
	1928	*1*	*19*	*12*	*366*	*33*	*143*	—	*89*	—	*3*	—	—
5. Potsdam	1929	4	49	14	83	76	296	—	59	4	47	2	3
	1928	*2*	*44*	*24*	*118*	*70*	*295*	—	*68*	*4*	*44*	—	—
6. Frankfurt	1929	5	34	2	81	38	395	4	107	7	25	2	1
	1928	*6*	*24*	*8*	*31*	*63*	*540*	*1*	*115*	*5*	*12*	*1*	—
7. Berlin	1929	4	38	13	488	23	179	2	484	4	21	—	1
	1928	*13*	*94*	*79*	*666*	*25*	*264*	*2*	*559*	*3*	*33*	*4*	*2*
8. Stettin	1929	1	94	15	198	38	413	—	55	1	18	1	—
	1928	*5*	*92*	*21*	*270*	*87*	*621*	*1*	*31*	*2*	*18*	—	—
9. Köslin	1929	—	17	2	51	22	225	—	65	—	15	—	—
	1928	*3*	*13*	*2*	*49*	*36*	*297*	—	*69*	*1*	*10*	—	—
10. Stralsund	1929	1	11	5	38	6	67	1	27	1	16	—	—
	1928	*3*	*35*	*12*	*175*	*17*	*146*	*1*	*39*	—	*30*	—	—
11. Schneidemühl	1929	5	34	3	20	31	315	—	34	2	12	—	—
	1928	*2*	*18*	*4*	*15*	*34*	*417*	—	*35*	—	*8*	—	—
12. Breslau	1929	5	66	28	230	57	626	—	203	9	31	—	—
	1928	*3*	*42*	*4*	*12*	*102*	*892*	*3*	*190*	*8*	*56*	*2*	*8*
13. Liegnitz	1929	2	68	2	129	55	616	2	207	4	47	—	1
	1928	*4*	*83*	*11*	*177*	*80*	*970*	*1*	*212*	*4*	*52*	—	—
14. Oppeln	1929	—	27	13	151	74	1 596	1	71	4	23	—	2
	1928	*1*	*32*	*4*	*59*	*73*	*1 786*	*1*	*78*	*1*	*16*	—	*2*
15. Magdeburg	1929	2	39	4	51	34	217	1	79	2	119	9	3
	1928	*7*	*20*	*41*	*216*	*55*	*333*	*2*	*98*	*4*	*119*	*6*	*4*
16. Merseburg	1929	2	21	4	116	36	315	1	101	6	83	4	12
	1928	*1*	*28*	*3*	*98*	*44*	*428*	*5*	*96*	*6*	*80*	*5*	*19*
17. Erfurt	1929	1	23	1	16	14	134	3	76	—	10	—	3
	1928	—	*10*	*1*	*4*	*18*	*130*	—	*69*	*1*	*10*	—	—
18. Schleswig	1929	8	19	70	268	39	152	—	112	9	63	—	7
	1928	*11*	*68*	*9*	*75*	*57*	*170*	—	*160*	*14*	*92*	—	*1*
19. Hannover	1929	1	26	7	13	12	56	6	102	1	37	—	—
	1928	—	*36*	*7*	*25*	*8*	*71*	*4*	*81*	*1*	*25*	—	*1*
20. Hildesheim	1929	1	16	1	2	15	74	2	81	1	45	1	1
	1928	—	*6*	—	*6*	*14*	*83*	*3*	*75*	*3*	*35*	—	—
21. Lüneburg	1929	5	7	4	8	8	71	—	31	1	27	—	—
	1928	*3*	*18*	*4*	*27*	*19*	*73*	—	*39*	—	*34*	—	*1*
22. Stade	1929	4	22	28	15	14	35	—	27	3	22	—	—
	1928	*19*	*21*	*6*	*19*	*15*	*37*	—	*35*	—	*18*	—	—
23. Osnabrück	1929	—	11	79	336	8	52	1	55	—	13	—	1
	1928	3	*37*	*9*	*105*	*16*	*47*	—	*57*	—	*18*	—	*1*
24. Aurich	1929	—	—	—	—	—	6	—	102	—	10	—	—
	1928	—	—	—	—	*2*	*3*	—	*81*	—	*4*	—	—
25. Münster	1929	6	43	2	93	12	72	3	102	4	6	—	—
	1928	*15*	*27*	*29*	*111*	*25*	*107*	*2*	*137*	*2*	*9*	—	*2*
26. Minden	1929	1	13	38	83	42	172	—	63	—	26	—	1
	1928	*10*	*14*	*35*	*145*	*38*	*238*	—	*87*	*1*	*29*	—	—
27. Arnsberg	1929	5	85	10	197	21	171	6	177	4	18	—	—
	1928	*4*	*92*	*12*	*88*	*31*	*260*	*5*	*147*	*2*	*23*	—	*2*
28. Kassel	1929	—	14	5	14	17	208	3	125	5	42	1	4
	1928	—	*16*	*4*	*12*	*50*	*382*	*1*	*145*	*8*	*57*	—	*5*
29. Wiesbaden	1929	13	12	22	113	33	146	—	288	9	68	—	11
	1928	*6*	*19*	*14*	*68*	*46*	*214*	*1*	*329*	*4*	*71*	—	*8*
30. Koblenz	1929	3	19	4	39	10	86	1	66	6	10	1	—
	1928	—	*6*	*3*	*57*	*19*	*120*	—	*77*	*5*	*18*	—	*2*
31. Düsseldorf	1929	26	88	89	554	9	97	4	99	1	18	—	—
	1928	*6*	*46*	*14*	*127*	*31*	*141*	*4*	*129*	*2*	*22*	—	—
32. Köln	1929	—	2	3	624	5	41	—	69	2	8	—	4
	1928	—	*14*	—	*138*	*2*	*24*	*1*	*64*	*1*	*6*	—	—
33. Trier	1929	—	11	4	11	6	17	—	76	1	6	—	—
	1928	—	*1*	—	*2*	*1*	*23*	*1*	*51*	*3*	*10*	—	—
34. Aachen	1929	1	5	5	47	5	18	1	62	1	4	1	1
	1928	—	*10*	—	*5*	*10*	*18*	*2*	*65*	*2*	*8*	—	—
35. Sigmaringen	1929	1	1	—	—	1	3	—	9	—	—	—	—
	1928	—	—	—	—	*2*	*2*	—	*11*	—	*1*	—	—
Zusammen	1929	111	1 007	558	6 075	822	7 725	44	3 580	95	914	22	56
	1928	*129*	*1 077*	*437*	*4 662*	*1 177*	*10 030*	*41*	*3 854*	*91*	*982*	*18*	*58*

Noch: C. Von den in der Übersicht 2 bei laufender Nummer 4, 5, 6, 7, 8 und 9 aufgeführten

(Noch: Übers. 7)

Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Noch: Beanstandungen													
		Noch: 7. Tuberkulose												8. Trichinen bei Schweinen	
		Bedingttauglich						Minderwertig							
		Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	untauglich	bedingt tauglich
1	2	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28
1. Königsberg	1929	—	34	2	10	—	—	—	515	2	69	1	—	5	12
	1928	—	*44*	—	*14*	—	—	—	*525*	*6*	*111*	—	—	*3*	*34*
2. Gumbinnen	1929	—	122	—	18	—	—	—	199	1	11	—	—	—	6
	1928	—	*103*	*2*	*10*	*1*	—	—	*162*	*4*	*6*	—	—	*2*	*3*
3. Allenstein	1929	—	16	1	9	—	—	—	206	3	17	1	—	2	5
	1928	—	*11*	—	*7*	—	—	—	*216*	—	*14*	—	—	*2*	*10*
4. Westpreußen	1929	—	54	2	21	—	—	—	164	2	46	—	—	—	1
	1928	—	*38*	*2*	*20*	—	—	—	*170*	*4*	*39*	*1*	—	—	*1*
5. Potsdam	1929	—	30	—	45	—	—	2	140	9	137	—	1	1	3
	1928	—	*28*	*6*	*89*	—	—	—	*170*	*5*	*144*	*1*	—	*2*	*5*
6. Frankfurt	1929	—	34	8	69	—	—	1	300	14	176	3	5	—	10
	1928	—	*44*	*3*	*57*	—	—	—	*243*	*12*	*97*	*1*	—	*2*	*22*
7. Berlin	1929	—	935	16	363	3	1	—	1 504	60	1 429	2	3	—	6
	1928	—	*963*	*14*	*270*	*1*	*1*	—	*1 625*	*39*	*1 421*	*4*	*3*	*1*	*5*
8. Stettin	1929	—	49	1	35	1	—	—	199	26	211	—	1	—	2
	1928	—	*53*	*3*	*53*	*1*	—	—	*173*	*12*	*142*	*2*	—	*4*	—
9. Köslin	1929	—	11	1	15	—	—	—	209	2	51	—	—	1	—
	1928	—	*22*	*1*	*28*	—	—	—	*166*	—	*64*	—	—	—	—
10. Stralsund	1929	—	19	—	34	—	—	1	108	4	74	—	—	1	2
	1928	*1*	*9*	*1*	*31*	*1*	—	—	*108*	*3*	*66*	—	—	*3*	*4*
11. Schneidemühl	1929	—	13	1	23	—	—	—	82	—	33	—	—	—	1
	1928	—	*20*	*2*	*22*	—	—	—	*85*	*1*	*13*	*1*	*1*	—	*1*
12. Breslau	1929	—	69	8	116	—	—	435	388	19	554	2	3	—	9
	1928	—	*51*	*9*	*117*	—	*1*	—	*827*	*33*	*630*	*3*	*2*	—	*9*
13. Liegnitz	1929	—	52	4	109	—	—	—	637	19	335	3	—	—	2
	1928	—	*59*	*5*	*104*	—	—	—	*560*	*18*	*313*	*2*	*1*	*3*	*11*
14. Oppeln	1929	—	36	2	55	—	—	—	156	16	110	—	—	—	7
	1928	—	*30*	*1*	*53*	—	—	—	*170*	*8*	*72*	—	*1*	*1*	*1*
15. Magdeburg	1929	—	36	4	232	1	—	1	305	12	561	3	1	—	2
	1928	—	*34*	*6*	*236*	*2*	—	—	*256*	*18*	*522*	*1*	—	*4*	*2*
16. Merseburg	1929	—	28	4	192	1	3	—	325	8	383	—	2	—	2
	1928	—	*24*	*5*	*214*	—	*2*	*1*	*270*	*12*	*368*	*4*	*4*	*1*	*6*
17. Erfurt	1929	—	26	2	51	—	—	—	253	8	140	—	—	—	—
	1928	—	*14*	*8*	*16*	—	—	—	*196*	*9*	*116*	—	—	—	—
18. Schleswig	1929	—	120	3	145	—	—	—	421	18	326	—	—	—	—
	1928	—	*107*	*9*	*160*	—	—	—	*400*	*8*	*328*	—	*1*	*2*	*2*
19. Hannover	1929	—	39	4	62	—	—	—	193	6	155	—	—	—	1
	1928	—	*23*	*4*	*38*	—	—	—	*226*	*2*	*112*	—	—	*3*	*3*
20. Hildesheim	1929	—	23	5	75	1	—	—	89	6	129	—	—	1	2
	1928	—	*18*	*2*	*74*	*1*	—	—	*93*	*4*	*78*	—	*1*	*2*	—
21. Lüneburg	1929	1	11	1	42	—	—	—	52	3	90	—	—	—	1
	1928	—	*18*	—	*55*	—	—	—	*42*	*4*	*93*	—	—	—	*3*
22. Stade	1929	—	8	—	40	—	—	—	33	2	21	—	—	—	1
	1928	—	*9*	*2*	*36*	—	—	—	*48*	—	*32*	—	—	—	—
23. Osnabrück	1929	—	11	—	19	—	—	—	54	2	12	—	—	—	—
	1928	—	*16*	—	*40*	—	—	—	*68*	*1*	*12*	—	—	—	—
24. Aurich	1929	—	11	—	8	—	—	—	193	4	42	—	—	—	—
	1928	—	*12*	*1*	*13*	—	—	—	*140*	*6*	*30*	—	—	—	—
25. Münster	1929	—	34	3	40	—	—	—	358	4	178	1	—	—	—
	1928	—	*30*	*1*	*32*	—	—	—	*386*	*5*	*174*	—	*1*	—	—
26. Minden	1929	—	17	5	42	—	—	1	122	8	192	—	—	—	—
	1928	—	*23*	*2*	*55*	—	—	—	*111*	*6*	*120*	—	*1*	—	*1*
27. Arnsberg	1929	—	41	—	55	—	—	—	1 075	20	463	—	—	—	—
	1928	—	*31*	*1*	*45*	—	—	—	*977*	*12*	*436*	—	—	—	*2*
28. Kassel	1929	—	91	1	101	—	1	—	735	24	322	—	1	1	—
	1928	*1*	*87*	*6*	*123*	—	—	—	*621*	*18*	*335*	—	*2*	*1*	*9*
29. Wiesbaden	1929	—	40	15	161	—	1	—	849	31	366	—	4	—	1
	1928	—	*30*	*10*	*212*	—	*1*	—	*791*	*11*	*324*	—	*3*	—	—
30. Koblenz	1929	—	16	11	27	—	—	—	325	17	85	—	1	—	—
	1928	—	*33*	*8*	*44*	—	—	—	*335*	*9*	*107*	*1*	*4*	—	—
31. Düsseldorf	1929	—	50	1	185	—	—	—	1 127	32	864	2	—	—	—
	1928	—	*41*	*6*	*105*	—	—	—	*1 021*	*30*	*875*	*1*	*1*	—	—
32. Köln	1929	—	36	2	22	—	—	—	865	31	443	2	4	—	—
	1928	—	*25*	*1*	*32*	—	—	—	*766*	*29*	*581*	*2*	—	—	*1*
33. Trier	1929	—	6	1	14	—	—	—	253	12	70	—	—	2	—
	1928	—	*13*	*1*	*15*	—	—	—	*237*	*25*	*35*	—	—	—	—
34. Aachen	1929	—	13	1	14	—	—	—	195	3	38	—	—	—	—
	1928	—	*15*	*3*	*19*	—	—	—	*198*	*1*	*40*	—	—	—	—
35. Sigmaringen	1929	—	1	—	3	—	—	—	31	1	2	—	—	—	—
	1928	—	*4*	—	—	—	—	—	*34*	—	*3*	—	—	—	—
Zusammen	1929	1	2 132	109	2 452	7	6	441	12 660	429	8 135	20	26	14	76
	1928	*2*	*2 082*	*125*	*2 439*	*7*	*5*	*1*	*12 416*	*355*	*7 853*	*24*	*26*	*36*	*135*

[1]) Die Zahlen in den Spalten 35 und 37 (Rinder und Kälber), die in den Zahlen der Spalten 34 und 36 mitenthalten sind, bezeichnen die Tiere, die nach

beanstandeten ganzen Tierkörpern entfielen auf die Regierungsbezirke:

wegen

9. gesundheitsschädlicher Finnen[1]) (*Cysticercus cellulosae* und *Cysticercus inermis*)																	Wiederholung der Spalte 1.
Untauglich					Bedingttauglich							Minderwertig					
Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Rinder[1])		Kälber[1])		Schweine	Schafe	Ziegen	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	
29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45	
1	1	2	—	—	186	180	7	4	4	—	—	—	—	—	—	—	1.
1	—	3	—	—	165	155	4	2	13	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	—	—	76	70	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	2.
2	—	—	—	—	66	65	2	1	3	—	—	—	—	—	—	—	
1	1	5	—	—	149	142	—	—	5	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	—	4	—	—	104	98	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	3	—	—	49	47	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	1	—	—	34	34	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	
3	—	2	—	—	121	103	1	1	3	—	—	—	—	—	—	—	5.
1	—	—	—	—	139	117	3	2	4	—	—	—	—	—	—	—	
3	—	—	—	1	259	229	1	—	8	—	—	—	—	—	—	—	6.
2	—	3	—	—	242	221	2	2	14	—	1	—	—	—	—	—	
4	1	421	—	—	1 406	1 377	11	10	435	—	—	—	—	—	—	—	7.
1	—	12	—	—	1 261	1 245	11	11	41	—	—	—	—	—	—	—	
3	—	1	—	—	81	80	3	2	1	—	—	—	—	—	—	—	8.
—	—	1	—	—	55	54	2	2	5	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	—	—	31	29	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	9.
2	—	—	—	—	23	22	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	
1	1	1	—	—	35	27	4	4	1	—	—	—	—	—	—	—	10.
—	1	2	—	—	37	31	2	2	4	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	31	29	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	11.
1	—	—	—	—	32	27	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
6	1	2	—	—	780	768	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	12.
3	3	1	—	—	616	583	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	
—	2	1	7	—	231	208	1	1	1	—	—	—	—	—	—	—	13.
—	1	—	—	—	223	201	8	4	6	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	1	—	—	299	279	6	5	4	1	—	—	—	—	—	—	14.
1	—	2	—	—	242	203	5	4	8	—	—	—	—	—	—	—	
3	1	4	1	—	277	255	1	1	3	—	—	—	—	—	—	—	15
4	—	10	—	—	203	184	3	1	1	—	—	—	—	—	—	—	
2	—	1	—	—	127	107	1	—	7	1	—	—	—	—	—	—	16.
3	—	9	—	—	103	91	—	—	11	—	—	—	—	—	—	—	
4	1	1	—	—	242	240	—	—	4	—	1	—	—	—	—	—	17.
3	—	3	—	—	174	155	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—	
3	—	—	—	6	410	397	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	18
6	—	1	—	—	323	219	6	3	4	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	2	—	—	42	40	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	19
—	—	—	—	—	41	38	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	
—	2	3	—	—	48	39	2	—	7	—	—	—	—	—	—	—	20
—	—	1	—	—	54	44	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	
—	2	2	—	—	31	31	2	2	1	—	—	—	—	—	—	—	21.
2	—	2	—	—	31	23	2	2	1	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	—	—	80	75	2	1	1	—	—	—	—	—	—	—	22.
3	—	1	—	—	51	47	5	4	1	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	17	16	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	23.
—	—	—	—	—	9	8	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	7	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24.
—	—	—	—	—	8	7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	—	—	148	82	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	25.
—	—	—	—	—	67	54	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	
3	—	2	—	—	35	33	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26.
2	—	1	—	—	25	19	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	
2	—	—	—	—	346	330	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	27.
4	1	2	—	—	242	168	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	
6	—	2	—	—	189	160	—	—	8	1	—	—	—	—	—	—	28.
2	—	2	—	—	125	—	—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	53	—	—	373	356	1	1	65	1	—	—	—	—	—	—	29.
3	—	—	—	—	318	314	1	—	5	—	—	—	—	—	—	—	
1	1	—	—	—	107	99	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	30.
3	—	1	—	—	104	91	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	
5	—	1	—	—	340	339	1	1	2	—	—	—	—	—	—	—	31.
1	—	4	—	1	288	273	4	4	—	—	—	—	—	—	—	—	
1	—	—	—	—	180	179	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	32.
2	—	1	—	—	168	143	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
4	1	—	—	—	78	72	1	1	6	—	—	—	—	—	—	—	33.
—	—	1	—	—	73	64	2	2	1	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	13	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34.
1	—	1	—	—	13	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	2	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
61	15	.510	8	7	6 826	6 436	53	41	582	4	1	—	—	—	—	—	Zus.
53	6	69	—	1	5 659	5 007	67	50	181	—	1	—	—	—	—	—	

21 tägiger Aufbewahrung in Kühl- oder Gefrierräumen oder Pökelung dem freien Verkehr übergeben worden sind.

D. Von den in der Übersicht 2a, Tuberkulöse Tiere, bei denen Fleischviertel

(Übers. 8) Regierungsbezirke	Erhebungsjahr	Bedingttaugliche												Minderwertige								
		Ganz beanstandete Fleischviertel						Teilweise beanstandete Fleischviertel						Ganz beanstandete Fleischviertel						Teilweise Fleisch-		
		Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
1. Königsberg . .	1929	—	81	—	5	—	—	—	—	—	1	—	—	—	148	—	31	—	—	—	—	—
	1928	—	72	—	7	—	—	—	2	—	1	—	—	—	147	2	59	—	—	—	3	—
2. Gumbinnen . .	1929	—	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31	—	—	—	—	—	6	—
	1928	—	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41	—	1	—	—	—	—	—
3. Allenstein . .	1929	—	51	5	26	—	—	—	17	—	12	—	—	—	101	4	42	—	—	—	9	—
	1928	—	53	—	15	—	—	—	24	—	3	—	—	—	99	—	27	—	—	—	4	—
4. Westpreußen .	1929	—	21	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	62	2	29	—	—	—	—	—
	1928	—	15	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	59	1	28	—	—	—	—	—
5. Potsdam . . .	1929	—	31	—	21	—	—	—	4	1	5	—	—	2	104	2	155	2	—	—	11	—
	1928	—	50	11	50	2	—	—	6	—	14	—	—	—	115	13	198	—	—	—	10	1
6. Frankfurt . . .	1929	—	82	—	40	1	—	—	3	—	7	—	—	—	146	5	174	2	—	—	12	—
	1928	—	87	1	51	1	—	—	6	—	7	—	—	—	175	11	165	1	—	—	6	—
7. Berlin	1929	—	173	—	180	—	—	—	30	—	44	—	—	—	980	14	628	3	—	—	59	3
	1928	—	336	4	220	—	—	—	19	—	20	—	—	—	1 053	17	768	—	—	—	38	—
8. Stettin	1929	—	91	—	38	—	—	—	3	—	—	—	—	—	599	—	73	—	—	—	3	—
	1928	—	67	—	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	423	1	56	—	—	—	16	—
9. Köslin	1929	—	42	3	25	—	—	—	1	—	—	—	—	—	97	5	70	—	—	—	6	—
	1928	—	57	2	21	—	—	—	2	—	3	—	—	—	73	9	50	—	—	—	4	—
10. Stralsund . . .	1929	—	27	—	4	—	—	—	—	—	6	—	—	—	97	3	68	2	—	—	3	—
	1928	—	17	—	13	—	—	—	1	—	6	—	—	—	90	3	82	—	—	—	3	—
11. Schneidemühl.	1929	—	94	2	39	—	—	—	6	—	6	—	—	—	62	2	41	—	—	—	6	—
	1928	—	71	—	14	—	—	—	6	—	8	—	—	—	59	—	20	—	—	—	—	—
12. Breslau	1929	—	97	—	53	—	—	—	—	—	—	—	—	—	629	52	314	—	—	—	26	—
	1928	—	115	1	72	—	—	—	1	—	—	—	—	—	600	34	184	2	—	—	11	—
13. Liegnitz . . .	1929	—	107	1	24	5	—	—	—	—	1	—	—	—	282	13	84	10	—	—	12	—
	1928	—	121	6	36	2	4	—	—	—	—	—	—	—	256	11	79	—	—	—	1	—
14. Oppeln	1929	—	77	—	53	—	—	—	—	1	—	—	—	—	64	4	22	—	—	—	—	—
	1928	—	71	1	59	—	—	—	4	—	4	—	—	—	85	—	42	—	—	—	—	—
15. Magdeburg . .	1929	—	61	—	157	—	—	—	87	3	122	—	—	—	190	4	366	—	—	—	229	11
	1928	—	83	2	182	1	—	—	75	—	107	—	3	—	175	3	320	—	3	—	131	9
16. Merseburg . .	1929	—	80	6	189	—	—	—	3	—	48	—	—	—	115	11	211	1	1	—	30	8
	1928	—	100	14	242	3	1	—	3	—	2	—	—	—	143	35	432	5	3	—	—	—
17. Erfurt	1929	—	24	1	45	—	—	—	15	—	24	—	—	—	102	11	144	—	—	—	46	5
	1928	—	22	4	10	—	—	—	22	1	19	—	—	—	42	8	31	—	1	—	22	8
18. Schleswig . . .	1929	—	152	1	128	—	—	—	157	—	52	—	—	1	448	5	298	—	—	—	471	6
	1928	—	111	—	93	—	—	—	235	—	52	—	—	—	457	4	303	—	—	—	647	3
19. Hannover . . .	1929	—	25	—	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	101	2	130	—	—	—	2	—
	1928	—	27	—	24	—	—	—	—	—	—	—	—	—	77	2	164	—	—	—	—	—
20. Hildesheim . .	1929	—	19	—	34	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	1	176	—	—	—	—	—
	1928	—	32	—	68	1	1	—	—	—	—	—	—	—	42	—	135	—	—	—	2	—
21. Lüneburg . . .	1929	—	24	—	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35	1	156	—	—	—	4	—
	1928	—	23	1	19	—	—	—	5	—	6	—	—	—	30	3	109	—	—	—	—	—
22. Stade	1929	—	31	2	67	—	—	—	1	—	—	—	—	—	61	2	113	—	—	—	9	—
	1928	—	34	—	36	—	—	—	—	—	2	—	—	—	51	—	48	—	—	—	—	—
23. Osnabrück . .	1929	—	10	1	11	—	—	—	11	—	—	—	—	—	16	—	8	—	—	—	—	—
	1928	—	13	4	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	—	2	—	—	—	—	—
24. Aurich	1929	—	15	—	4	—	—	—	7	—	—	—	—	—	77	—	5	—	—	—	21	—
	1928	—	16	—	4	—	—	—	2	—	—	—	—	—	63	2	6	—	—	—	21	—
25. Münster . . .	1929	—	74	2	31	—	—	1	18	—	1	—	—	3	120	7	65	—	—	—	14	1
	1928	—	80	—	42	—	—	—	—	—	2	—	—	—	142	2	83	—	—	—	—	—
26. Minden	1929	—	58	2	61	—	—	—	2	—	7	—	—	—	156	4	138	—	—	—	28	—
	1928	—	61	11	99	—	—	—	12	—	6	—	—	—	129	5	205	—	—	—	17	—
27. Arnsberg . . .	1929	—	125	15	114	1	—	—	—	—	1	—	—	—	262	18	207	3	—	—	9	1
	1928	—	120	3	88	—	—	—	16	—	12	—	—	—	295	5	156	3	—	—	13	2
28. Kassel.	1929	—	74	8	108	—	—	—	3	—	3	—	—	—	182	9	253	—	1	—	2	1
	1928	—	54	4	92	—	—	—	—	—	5	—	—	—	138	12	246	—	—	—	3	—
29. Wiesbaden . .	1929	—	406	111	532	—	4	—	4	—	2	—	—	—	849	184	1 179	—	8	—	2	—
	1928	—	429	86	560	—	3	—	1	—	7	—	—	—	877	151	1 123	—	9	—	1	—
30. Koblenz	1929	—	34	—	29	—	—	—	—	—	9	—	—	—	153	18	147	—	—	—	—	—
	1928	—	62	—	19	—	—	—	9	—	4	—	—	—	142	7	151	—	—	—	2	—
31. Düsseldorf . .	1929	—	227	4	247	—	—	—	26	2	87	—	—	—	574	10	833	—	—	—	4	—
	1928	—	204	7	393	—	—	—	22	—	68	—	—	—	437	9	917	—	—	—	8	—
32. Köln	1929	—	67	2	21	—	—	—	—	—	—	—	—	—	88	2	61	—	—	—	2	—
	1928	—	66	2	26	—	1	—	—	—	—	—	—	—	157	2	54	—	—	—	5	—
33. Trier	1929	—	32	—	14	—	—	—	—	—	2	—	—	—	99	2	44	—	—	—	5	—
	1928	—	26	2	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	94	3	71	—	—	—	2	—
34. Aachen	1929	—	120	14	27	—	—	—	3	—	—	—	—	—	174	26	46	—	—	—	1	—
	1928	—	68	6	23	—	—	—	—	—	—	—	—	—	113	10	41	—	—	—	2	—
35. Sigmaringen .	1929	—	3	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9	—	—	—	—	—	—	—
	1928	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	—	—
Zusammen . .	1929	—	2 656	180	2 393	7	4	1	401	7	440	—	—	6	7 250	423	6 311	23	10	—	1032	36
	1928	—	2 789	172	2 664	10	10	—	473	1	358	—	3	—	6 901	365	6 356	11	16	—	972	23

Außerdem untaugliche Viertel: 1) 1, — 2) 1, — 3) 3, — 4) 2, — 5) 1, — 6) 1, — 7) 1, — 8) 2, — 9) 5, — 10) 3.

ganz oder teilweise beanstandet wurden, entfielen auf die Regierungsbezirke:

beanstandete viertel			Genußtaugliche ganze Fleischviertel					Summe der ganz oder teilweise beanstandeten Fleischviertel						Mithin von ganzen Tieren						Wiederholung der Spalte 1
Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	
24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	
—	—	—	—	123	—	51	—	—	—	352	—	88	—	—	—	88	—	22	—	—	1.
—	—	—	—	172	6	105	—	—	—	396	8	172	—	—	—	99	2	43	—	—	
—	—	—	—	42	—	—	—	—	—	100	—	—	—	—	—	25	—	—	—	—	2.
—	—	—	—	23	—	3	—	—	—	88	—	4	—	—	—	22	—	1	—	—	
4	—	—	—	102	7	36	—	—	—	280	16	120	—	—	—	70	4	30	—	—	3.
1	—	—	—	88	—	42	—	—	—	268	—	88	—	—	—	67	—	22	—	—	
—	—	—	—	49	2	43	—	—	—	132	4	76	—	—	—	33	1	19	—	—	4.
—	—	—	—	90	3	43	—	—	—	164	4	72	—	—	—	41	1	18	—	—	
20	—	—	6	182	5	327	2	—	8	332	8	528	4	—	2	83	2	132	1	—	5.
25	—	—	—	171	23	405	2	—	—	352	48	692	4	—	—	88	12	173	1	—	
16	—	—	—	253	11	275	9	—	—	496	16	512	12	—	—	124	4	128	3	—	6.
5	—	—	—	193	20	276	6	—	—	1) 467	32	504	8	—	—	117	8	126	2	—	
1042	—	—	—	1 742	35	3 334	9	—	—	2 984	52	5 228	12	—	—	746	13	1 307	3	—	7.
800	—	—	—	1 626	39	3 076	—	—	—	3 072	60	4 884	—	—	—	768	15	1 221	—	—	
2	—	—	—	1 136	—	159	—	—	—	1 832	—	272	—	—	—	458	—	68	—	—	8.
3	—	—	—	758	3	138	—	—	—	1 264	4	232	—	—	—	316	1	58	—	—	
5	—	—	—	198	8	172	—	—	—	344	16	272	—	—	—	86	4	68	—	—	9.
1	—	—	—	144	9	101	—	—	—	280	20	176	—	—	—	70	5	44	—	—	
—	—	—	—	177	5	142	2	—	—	304	8	220	4	—	—	76	2	55	1	—	10.
4	—	—	—	193	1	163	—	—	—	304	4	268	—	—	—	76	1	67	—	—	
2	—	—	—	136	—	76	—	—	—	304	4	164	—	—	—	76	1	41	—	—	11.
6	—	—	—	132	—	52	—	—	—	268	—	100	—	—	—	67	—	25	—	—	
—	—	—	—	1 084	108	449	—	—	—	1 836	160	816	—	—	—	459	40	204	—	—	12.
—	—	—	—	981	69	372	6	—	—	1 708	104	628	8	—	—	427	26	157	2	—	
3	—	—	—	455	22	124	25	—	—	856	36	236	40	—	—	214	9	59	10	—	13.
1	—	—	—	410	15	164	6	4	—	788	32	280	8	8	—	197	8	70	2	2	
—	—	—	—	151	7	89	—	—	—	292	12	164	—	—	—	73	3	41	—	—	14.
2	—	—	—	152	3	101	—	—	—	312	4	208	—	—	—	78	1	52	—	—	
466	1	—	—	777	30	1 577	3	—	—	1 344	48	2 688	4	—	—	336	12	672	1	—	15.
420	—	—	—	536	26	1 335	3	2	—	1 000	40	2 364	4	8	—	250	10	591	1	2	
187	—	—	—	260	23	585	3	3	—	488	48	1 220	4	4	—	122	12	305	1	1	16.
2	—	—	—	242	35	641	—	—	—	488	84	2) 1 319	8	4	—	122	21	330	2	1	
28	—	—	—	225	19	311	—	—	—	412	36	552	—	—	—	103	9	138	—	—	17.
44	—	—	—	108	7	136	—	3	—	216	28	240	—	4	—	54	7	60	—	1	
257	—	—	3	2 032	28	1 037	—	—	4	3 260	40	1 772	—	—	1	815	10	443	—	—	18.
263	—	—	—	2 374	21	1 081	—	—	—	3 824	28	1 792	—	—	—	956	7	448	—	—	
—	—	—	—	128	2	261	—	—	—	256	4	416	—	—	—	64	1	104	—	—	19.
2	—	—	—	92	6	322	—	—	—	196	8	512	—	—	—	49	2	128	—	—	
—	—	—	—	48	3	286	—	—	—	104	4	496	—	—	—	26	1	124	—	—	20.
—	—	—	—	69	—	133	3	3	—	3) 145	—	336	4	4	—	37	—	84	1	1	
6	—	—	—	33	3	225	—	—	—	96	4	4) 422	—	—	—	24	1	106	—	—	21.
—	—	—	—	26	—	138	—	—	—	84	4	272	—	—	—	21	1	68	—	—	
2	—	—	—	42	—	30	—	—	—	144	4	212	—	—	—	36	1	53	—	—	22.
—	—	—	—	15	—	14	—	—	—	100	—	100	—	—	—	25	—	25	—	—	
—	—	—	—	55	3	25	—	—	—	92	4	44	—	—	—	23	1	11	—	—	23.
—	—	—	—	28	4	54	—	—	—	56	8	92	—	—	—	14	2	23	—	—	
—	—	—	—	112	—	7	—	—	—	232	—	16	—	—	—	58	—	4	—	—	24.
—	—	—	—	114	2	6	—	—	—	216	4	16	—	—	—	54	1	4	—	—	
6	—	1	—	186	10	153	—	3	4	412	20	256	—	4	1	103	5	64	—	1	25.
—	—	—	—	150	6	169	—	—	—	372	8	296	—	—	—	93	2	74	—	—	
24	—	—	—	296	6	214	—	—	—	540	12	444	—	—	—	135	3	111	—	—	26.
6	—	—	—	229	4	352	—	—	—	448	20	668	—	—	—	112	5	167	—	—	
22	—	—	—	144	6	156	—	—	—	540	40	500	4	—	—	135	10	125	1	—	27.
23	—	—	—	204	14	229	5	—	—	648	24	508	8	—	—	162	6	127	2	—	
4	—	—	—	251	34	428	—	3	—	512	52	796	—	4	—	128	13	199	—	1	28.
1	—	—	—	244	20	399	—	—	—	5) 439	36	6) 743	—	—	—	110	9	186	—	—	
1	—	—	—	199	9	150	—	—	—	1 460	304	1 864	—	12	—	365	76	466	—	3	29.
1	—	—	—	140	11	208	—	—	—	1 448	248	7) 1 899	—	12	—	362	62	475	—	3	
—	—	—	—	161	38	235	—	—	—	348	56	420	—	—	—	87	14	105	—	—	30.
—	—	—	—	165	17	238	—	—	—	380	24	412	—	—	—	95	6	103	—	—	
12	—	—	—	489	—	865	—	—	—	1 320	16	2 044	—	—	—	330	4	511	—	—	31.
4	—	—	—	317	8	918	—	—	—	988	24	2 300	—	—	—	247	6	575	—	—	
—	—	—	—	63	—	22	—	—	—	220	4	104	—	—	—	55	1	26	—	—	32.
—	—	3	—	76	—	32	—	—	—	304	4	112	—	4	—	76	1	28	—	1	
—	—	—	—	180	6	84	—	—	—	316	8	144	—	—	—	79	2	36	—	—	33.
1	—	—	—	162	11	138	—	—	—	284	16	224	—	—	—	71	4	56	—	—	
1	—	—	—	94	4	42	—	—	—	392	44	116	—	—	—	98	11	29	—	—	34.
—	—	—	—	89	—	64	—	—	—	272	16	128	—	—	—	68	4	32	—	—	
—	—	—	—	12	—	2	—	—	—	24	—	4	—	—	—	6	—	1	—	—	35.
—	—	—	—	7	—	—	—	—	—	16	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	
2110	1	1	9	11 617	434	11972	53	9	16	22 956	1 080	8)23 226	84	24	4	5 739	270	5 807	21	6	Zus.
1615	—	3	—	10 520	383	11648	31	12	—	9)21 655	944	10)22641	52	44	—	5 415	236	5 661	13	11	

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau in den Seegrenzschlachthöfen Altona, Flensburg, Kiel und Saßnitz für das Jahr 1929.*)

Nachweisung 1. Zahl der Schlachttiere, bei denen die Beschau (einschl. Beurteilung des Fleisches) ausgeführt wurde.

Schlachtungen bezw. Untersuchungen	Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Ziegen	Außer dem Hunde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1. Ordnungsmäßige Schlachtungen . . .	—	5 093	8 320	67 863	2 461	6 373	15 040	121	—	—
2. Schlachtungen, bei denen eine Beschau der Tiere im lebenden Zustande nicht stattgefunden hat	—	1	—	9	—	—	2	—	—	—
Zusammen . . .	—	**5 094**	**8 320**	**67 872**	**2 461**	**6 373**	**15 042**	**121**	—	—

Nachweisung 2 a. Tuberkulöse Tiere, bei denen Fleischviertel ganz oder teilweise beanstandet wurden (§§ 37 II und 40,1 b).

Beurteilung der 4 Fleischviertel des Tierkörpers		Rinder	Schweine
1. Bedingttaugliche	ganz beanstandete Fleischviertel . .	31	4
	teilweise beanstandete Fleischviertel	60	2
2. Minderwertige	ganz beanstandete Fleischviertel . .	217	26
	teilweise beanstandete Fleischviertel	211	8
3. Genußtaugliche ganze Fleischviertel		989	92
Zusammen . . .		**1 508**	**132**

Nachweisung 2 b.
Gesamtzahl der mit Tuberkulose behafteten Tiere.

Pferde	Ochsen	Bullen	Kühe	Jungrinder über 3 Monate alt	Kälber bis 3 Monate alt	Schweine	Schafe	Zieg
—	2 004	1 988	38 155	134	132	1 150	—	—

Nachweisung

a) Unschädlich beseitigte veränderte Teile von den in der Nachweisung 2 als bedingttaugl

Zahl der Tiere, von de

Beanstandungsgründe		I. Köpfe von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	II. Zungen von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	III. Lungen von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen
1		2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
1. Tuberkulose	§ 35, 4	—	94	—	1	—	—	—	5	—	—	—	—	—	42 152	131	1 137	—
2. Strahlenpilzkrankheit oder Traubenpilzkrankheit	§ 35, 5	—	5	—	—	—	—	—	12	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3. Hülsenwürmer	§ 35, 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	—
4. Leberegel	§ 35, 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Lungenwürmer	§ 35, 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7
6. Akute Entzündungen	§ 35, 8	—	5	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	64	2	36	—
7. Verschiedene andere Erkrankungen und Mängel einschl. der abgekapselten Eiterherde	§ 35, 8	—	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1 305	57	6 922	7
Zusammen . . .		—	**105**	—	**1**	—	—	—	**19**	—	—	—	—	—	**43 523**	**192**	**8 095**	**14**

b) Minderwertigkeit veränderter Teile von den im übrigen nicht beanstandeten Tierkörp

		I. Köpfe von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	II. Zungen von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	III. Lungen von: Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen
		—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—

c) Beanstandungen von Muskelflei

	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen
1. Untauglichkeit (§ 35) . . . . kg	—	770	25	528	—	—

Sondernachweisung über bakteriologisch

Durch die bakteriologische Fleischuntersuchung wurden ermittelt	Rinder: Zahl der untersuchten Tiere	Beurteilung[1]) ○	⊡	□	△
1	2	3	4	5	6
a) keine Bakterien	77	75	2	—	—
b) Bakterien, jedoch keine Fleischvergifter (oder Tierseuchenerreger)	19	15	1	1	2
c) Fleischvergifter	—	—	—	—	—
d) Tierseuchenerreger	—	—	—	—	—
Zusammen . . .	**96**	**90**	**3**	**1**	**2**
Davon waren Notschlachtungen	9	5	1	1	2

[1]) Zeichenerklärung: ○ = tauglich, ⊡ = minderwertig

*) Diese Angaben für die Seegrenzschlachthöfe sind in den vorhergehenden Nachweisungen mitenthalten. Der Seegrenzschlachthof Altona

Nachweisung 2. Beanstandete ganze Tierkörper und nach § 40 Nr. 3 beanstandete ganze Fleischviertel.

Beanstandungsgründe	I. Untauglich						II. Bedingttauglich						III. Minderwertig					
	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen	Pferde	Rinder	Kälber	Schweine	Schafe	Ziegen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19
1. Blutvergiftungen	—	2	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2. Tuberkulose, nur ganze Tierkörper	—	11	—	7	—	—	—	33	2	1	—	—	—	174	1	20	—	—
3. Trichinen[1]) bei Schweinen	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4. Gesundheitsschädliche Finnen	—	—	—	—	—	—	—	[1]) 86	[1]) 1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5. Gelbsucht	—	—	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	—	—
6. Wässerigkeit, Durchsetzung mit Blutungen, abweichende Farbe, Kalkablagerungen usw.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	—	2	—	—
7. Geruchs- und Geschmacksabweichungen des Fleisches	—	1	—	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—
8. Verschiedene andere Erkrankungen und Mängel, Mieschersche Schläuche	—	2	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—
Zusammen	—	**16**	—	**18**	—	—	—	**119**	**3**	**1**	—	—	—	**190**	**1**	**28**	—	—

[1]) Hiervon sind 81 Rinder und 1 Kalb nach 21 tägiger Aufbewahrung in Kühlräumen oder Gefrierräumen oder Pökelung dem freien Verkehr übergeben worden § 37, 4.

Beanstandete veränderte Teile.

oder minderwertig aufgeführten sowie von den im übrigen nicht beanstandeten Tierkörpern (§ 35).

Organe beanstandet wurden

IV. Lebern von						V. Därme von						VI. Sonstige einzelne Organe (je eines Tieres) von						VII. Sämtliche Baucheingeweide von						Wiederholung der Spalte 1
Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen	
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	
—	2 966	40	985	—	—	—	1 493	1	10	—	—	—	8 032	7	676	—	—	—	2 468	—	17	—	—	1.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2.
—	28	—	49	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3.
—	4 529	2	6	11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4.
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5.
—	88	3	9	—	—	—	72	—	3	—	—	—	1 320	2	51	—	—	—	46	—	12	—	—	6.
—	688	4	9	—	—	—	4	—	5	—	—	—	205	7	43	—	—	—	8	—	—	—	—	7.
—	**8 299**	**49**	**1 058**	**11**	—	—	**1 569**	**1**	**18**	—	—	—	**9 557**	**16**	**770**	—	—	—	**2 522**	—	**29**	—	—	**Zus.**

wegen Abweichungen in bezug auf Farbe, Geruch, Geschmack, Zusammensetzung usw. (§ 40 Nr. 3).

20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43
—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Knochen, Fett- und Hautteilen von

	Pferden	Rindern	Kälbern	Schweinen	Schafen	Ziegen
2. Minderwertigkeit (§ 40 Nr. 3) . kg	—	—	—	—	—	—

Fleischuntersuchung gemäß § 29 letzter Satz.

Kälber: Zahl der untersuchten Tiere	Kälber: Beurteilung ○	Kälber: Beurteilung ⊡	Kälber: Beurteilung □	Kälber: Beurteilung △	Schweine: Zahl der untersuchten Tiere	Schweine: Beurteilung ○	Schweine: Beurteilung ⊡	Schweine: Beurteilung □	Schweine: Beurteilung △
7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
—	—	—	—	—	14	12	2	—	—
1	1	—	—	—	7	6	—	—	1
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
1	1	—	—	—	21	18	2	—	1
—	—	—	—	—	7	7	—	—	—

□ = bedingttauglich, △ = untauglich.

wurde im November 1929 geschlossen.

Kleinere Beiträge.

Die Preußische Statistik im letzten Vierteljahrhundert.

Zur 125. Wiederkehr der Gründung des Preußischen Statistischen Landesamts am 28. Mai 1805.

Seitdem am 18. Mai 1905 das Statistische Landesamt seinen 100 jährigen Geburtstag feierte, sind wieder 25 Jahre ins Land gegangen. 25 Jahre, die für die Entwicklung und das Geschick Deutschlands und Preußens kaum weniger bedeuten als das Jahrhundert, das ihnen voranging, wenn auch die Geschicke eine andere Folge in beiden Perioden aufweisen. Einer großen und stetigen Wirtschafts- und Macht-Entwicklung von 1905 bis 1914 folgte die kürzere, aber inhaltsschwere Zeit des Krieges bis zum Schluß des Jahres 1918, an die sich dann die 12 Jahre des Friedens mit ihrem Ringen um den Aufbau, die Gesundung unserer Volkswirtschaft und unseres Volkslebens anschlossen, und diese wieder schließen in sich die unheilvollen Jahre der Inflation, die schon im Kriege begann und erst im Jahre 1923 ihr Ende fand.

Diese Perioden und ihre Bedeutung spiegeln sich auch deutlich in den Arbeiten und der Entwicklung der preußischen Statistik und des Preußischen Statistischen Landesamts wieder. Auch hier sind die gleichen Perioden zu unterscheiden. Allerdings haben in der ganzen Zeit, obwohl die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse das Statistische Landesamt nicht unberührt ließen, die statistischen Arbeiten ständig an Bedeutung und an Umfang zugenommen. Wie im Jahre 1805 aus der Zeit der Not heraus das damalige Preußische Statistische Büro gegründet wurde, so hat sich erwiesen, daß ganz abgesehen von den komplizierten wirtschaftlichen Verhältnissen, die eine größere statistische Unterlage für ihre Beurteilung verlangen, gerade die schweren Zeiten unseres Landes nach dem Kriege besonders hohe Anforderungen an die Statistik stellen, die sich meist sprunghaft geltend machten.

Hiergegen zeichnete sich die Friedenszeit bis zum Kriege durch eine ruhige aber stetige Entwicklung aus. In dieser Zeit waren neben den laufenden statistischen Arbeiten die Volkszählung von 1905 und die von 1910 und außerdem die dritte große Berufs- und Betriebszählung seit Gründung des Reiches im Jahre 1907 durchzuführen Dabei wurden die statistischen Arbeiten nennenswert erweitert; so forderte das Vordringen des Polentums in unseren Grenzen eine genauere zahlenmäßige Beobachtung und Feststellung der in verschiedener Hinsicht merkbaren Verschiebungen. Es wurde daher im Jahre 1910 eine Nationalitätenstatistik angeordnet, die nicht nur die Volkszahl und die Geburtlichkeit der sprachlich verschiedenen Bevölkerungskreise, sondern auch die Wanderung der Polen nach dem Westen und ihre Beteiligung an Grundbesitz und den Gewerbebetrieben im Osten untersuchte. Nur auf dieser Grundlage konnte man die Bedeutung der Gefahr und die etwa zu ergreifenden Maßnahmen beurteilen. Im gleichen Zeitraum machte sich die Bedeutung, die das Anwachsen der Kommunen und vor allem die Ausdehnung der Kommunalwirtschaft für den gesamten Staatsorganismus besaß, geltend. Auch sie konnte man nur durch umfangreiches statistisches Zahlenmaterial, das zu gleicher Zeit einer gleichmäßigen Verarbeitung nach neuen statistischen Methoden bedurfte, erfassen. Nach kleinen Vorarbeiten, die die Finanzstatistik der Kreise und Provinzen für das Jahr 1903 betrafen, begannen daher Ende 1906 die Vorarbeiten zu einer Steuer-, Schulden- und Vermögensstatistik der Städte und Landgemeinden über 10 000 Einwohner für das Jahr 1905, an die sich für das Rechnungsjahr 1908, eine größere Finanzstatistik der Provinzialverbände und Landkreise anschloß. Schließlich wurde hier für das Rechnungsjahr 1911 die große Statistik sämtlicher preußischen Gemeinden mit ihren gesamten Finanzen, Haushalt, Steuern, Vermögen und Schulden in Angriff genommen. Infolge der Kriegsjahre gelangte sie nicht zur vollen Auswirkung, sie fand aber ihren Niederschlag in verschiedenen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes.

Als drittes Beispiel der damaligen Erweiterung der statistischen Aufgaben seien schließlich die Sparkassen genannt. Die Sparkassen hatten mit zunehmender Erstarkung der Gemeinden auf der einen Seite und der Vermögensansammlung auch in den minderbemittelten und Mittelschichten des Volkes, die sich der Sparkassen als Kapitalanlage bedienten, auf der anderen Seite einen ungeahnten Aufschwung genommen. Die Sparkasseneinlagen waren von Beginn des Jahrhunderts von 5,7 Milliarden auf 8,2 im Jahre 1913 und auf 13,6 Milliarden im Jahre 1914 angewachsen. Damit hatten sie für die Geldwirtschaft vornehmlich für dauernde Anlagewerte eine ausschlaggebende Bedeutung erlangt. Zugleich waren die erstarkten Gemeinden bestrebt, für ihre Sparkassen einen immer größeren Kundenkreis zu werben, und deshalb bemüht ihren Geschäftskreis auch sachlich zu erweitern. Es erschien daher nicht mehr ausreichend, ihren Geschäftsbetrieb in der alten den Belangen einer einfachen Staatsaufsicht genügenden Form zu erfassen, es war vielmehr notwendig geworden, ihre Geschäftsentwicklung auch in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung genauer verfolgen zu können. Es wurde daher noch vor dem Kriege versuchsweise in 2 Provinzen eine umfangreiche Sparkassenstatistik durchgeführt, die von diesen eine nach den Grundsätzen der Bilanz aufgestellte eingehende Übersicht verlangte. Mit geringen Abänderungen sind diese Übersichten noch heute die Grundlage der Sparkassenstatistik.

Während des Krieges wurden, obwohl durch die Einberufung zum Heere der Personalbestand des Statistischen Landesamts erheblich vermindert wurde, die laufenden statistischen Arbeiten mit möglichst gleicher Zuverlässigkeit durchgeführt. Doch war es selbstverständlich, daß die für den 1. Dezember 1915 in Aussicht genommene Volkszählung unterblieb.

Während man aber zu Beginn des Krieges der Meinung war, daß, da die statistischen Arbeiten vornehmlich der ordentlichen Staatsaufsicht und der Entwicklung des Volkes und seiner wirtschaftlichen Verhältnisse im Frieden dienten, während des Krieges der Tätigkeit des Statistischen Landesamts eine geringere Beachtung zukam, zeigte es sich bald, daß gerade der Krieg dem Amte neue unabweisbare Arbeiten im Interesse der Lebens- und Kriegsbedingungen des deutschen Volkes zuwies. Eine möglichst genaue Erfassung und Übersicht, sowie die Verteilung zunächst der Nahrungsmittel und dann einer Anzahl von anderen wichtigen Rohstoffen war nur durch statistische Erhebungen möglich, die zum größten Teil dem Statistischen Landesamt zugewiesen wurden. Zum ersten Male erwies sich dabei eine bis dahin nicht gekannte Beschleunigung der statistischen Erhebungen als notwendig. So wurde bei der ersten



und daher bedeutsamsten Bestandserhebung des Getreides und der Kartoffeln eine telegraphische Berichterstattung der Kreise an das Statistische Landesamt angeordnet, die als vorläufiges Ergebnis innerhalb eines Tages zusammengestellt werden mußte, und die als Unterlage für die sofort zu ergreifenden Maßnahmen diente, bis ebenfalls in einer kurz gesetzten Frist die geprüften schriftlichen und vom Statistischen Landesamt noch einmal überprüften Ergebnisse bearbeitet und vorgelegt wurden.

Die Bestandsaufnahme der Nahrungsmittel genügte aber nicht zu einer auch nur einigermaßen zutreffenden Verteilung auf die Bevölkerung. Für diese konnte die Volkszählung einschließlich der nach bestimmter für den Frieden geltenden Methode durchgeführten Fortschreibung nicht mehr eine genügend gute, sichere Unterlage bilden, zumal jeder Staat und jeder Kreis bestrebt war, für seine Angehörigen einen möglichst großen Teil von den vorhandenen Beständen zu erhalten. Es wurden daher zwei vereinfachte Volkszählungen am 1. Dezember 1916 und am 5. Dezember 1917 angeordnet und eine genaue Fortschreibung der Bevölkerung den statistischen Ämtern auf Grund der Lebensmittel-An- und -Abmeldescheine übertragen, die wegen der eigenartigen Verhältnisse, die auch noch während des größten Teiles der Inflation herrschten, bis zum 21. August 1923 weitergeführt wurden.

An dieser Tatsache erweist sich bereits, daß sich der Einschnitt zwischen der Kriegszeit und der nachfolgenden Friedenszeit bei weitem nicht so scharf ausprägte, wie der im Jahre 1914. Die Gründe hierfür sind bekannt, einerseits lagen sie in der Tatsache, daß sich jeder Aufbau langsam vollzieht und die Kriegswirkungen erst allmählich verschwinden, und andererseits in der Fortführung des wirtschaftlichen Krieges auch nach Einstellung der Feindseligkeiten und vornehmlich in der nur zu einem kleinen Teil durch den Krieg veranlaßten Inflation.

Diese Verhältnisse gaben auch den Arbeiten des Statistischen Landesamts nach Schluß des Krieges ihr besonderes Gepräge. Zunächst wurde das Pr. Stat. Landesamt zu den Vorarbeiten für die Friedensverhandlungen hinzugezogen. So erhielt es bereits Ende des Jahres 1918 den wichtigen Auftrag, eine eingehende Darstellung der Verhältnisse in den gemischt-sprachigen Gebieten Preußens zu geben. Auf Grund der Nationalitäten-Statistik fertigte das Amt Karten für die einzelnen Kreise und die Regierungsbezirke der gemischt-sprachigen östlichen Gebiete an, aus denen für jede Gemeinde (Gutsbezirk) der Anteil der deutsch und der polnisch sprechenden Bevölkerung zu ersehen war. Die Karten wurden mit deutschen, englischen und französischen Erklärungen versehen. Zugleich wurde in Tafeln eine Übersicht über den Anteil der Polen und Deutschen an den Gewerbebetrieben dem städtischen und ländlichen Grundbesitz für die Kreise der Provinzen Posen und Westpreußen gegeben. Auch für die Verhältnisse in Eupen und Malmedy sowie der Nordmark wurden Unterlagen angefertigt. Das Karten- und Tafel-Material wurde mit einem eingehenden Bericht, der auch eine historische Einleitung enthielt, der deutschen Friedens-Delegation überreicht. Welche Bedeutung dieses Material hatte, kann nicht festgestellt werden, da statt der vorbereiteten Friedensverhandlungen Deutschland ein Friedens-Diktat auferlegt wurde. Welche Bedeutung diesem Material aber hätte zukommen müssen, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß sich nach den Karten von Brandenburg bis nach Ostpreußen ein breiter Gürtel von Kreisen zog, der einen größeren oder geringeren Überschuß der deutsch sprechenden über die polnisch sprechende Bevölkerung nachwies.

Ferner hatte das Amt wesentliche Unterlagen für die Vorbereitungen der Abstimmung und die Abstimmung selbst zu liefern, ohne die die Abstimmung nicht hätte durchgeführt werden können. Sodann fiel ihm die Aufgabe zu, eine genaue Darstellung der abgetretenen Gebiete zu veröffentlichen. Diese Darstellung gab eine genaue Übersicht über alle Gemeinden (Gutsbezirke), die in den von der Abtretung betroffenen Kreisen lagen. Hierbei mußte für die vielen bei der Trennung durchschnittenen Gemeinden die Einwohnerzahl und die Fläche, die bei Preußen verblieb und die an einen anderen Staat fiel, genau festgestellt werden. Vervollständigt wurden diese Veröffentlichungen durch ein Buch, das für alle abgetretenen Gemeinden einschließlich derer von Elsaß-Lothringen den jetzigen fremden Namen und die jetzt zuständige untere Verwaltungsbehörde angab. Schließlich wurde auch bei dem Preuß. Statist. Landesamt alles Material über die Besatzungszone einschließlich der Einbruchsgebiete gesammelt und gesichtet und hierauf eine Karte angefertigt, die die Besatzungs-Grenze und die drei Zonen und die Einbruchs-Gebiete darstellte.

Neben diesen Arbeiten wurde bald nach dem Kriege eine genaue Beobachtung der Preisbewegung auf Grund allgemeiner Vorschriften für das Deutsche Reich als neue Arbeit aufgenommen, da das Sinken des Geldwertes bald als unerträgliche Teuerungswelle empfunden wurde. Zu diesem Zweck wurde neben der Preisstatistik eine besondere Teuerungsstatistik durchgeführt, die ihre Spitze in dem berechneten Lebenshaltungsindex — ein bis dahin außerhalb der Fachkreise fast unbekannter Begriff — fand. Die rasche Bewegung, die die Preise trotz aller Versuche sie zu hemmen, vollführten, war zum zweiten Male ein wichtiger Anstoß, eine statistische Erhebung gegenüber dem früheren langsamen Tempo, das wegen der Sicherheit der Erhebung eingehalten wurde, wesentlich zu beschleunigen. Diese Beschleunigung übertrug sich dann mit wenigen Ausnahmen auf sämtliche Erhebungen. Man hatte einsehen gelernt, daß die vorläufigen Ergebnisse nicht so stark von den endgültigen abwichen, als daß man sie nicht mit Nutzen der Öffentlichkeit hätte übergeben können, und das immer stärker zu Tage tretende Bedürfnis der praktischen Arbeit im Staat und in der Wirtschaft nach statistischen Unterlagen verlangte gebieterisch eine schnelle Bekanntgabe der Erhebungen. Es ist seitdem eine besondere Aufgabe des Statistischen Landesamts, wie aller sonstigen statistischen Ämter, geworden, die Erhebungen so durchzuführen und die Zahlen so zusammenzustellen, daß möglichst bald nach dem Stichtage die Öffentlichkeit ein Ergebnis erhalten kann. Allerdings lassen sich alle Wünsche, die nach dieser Richtung hin laut werden, wegen der Notwendigkeit, zuverlässige Zahlen zu besitzen, bei deren Sprödigkeit nicht erfüllen. Besonders lassen sich in einem so großen Gebiete wie Preußen, das zugleich so wirtschaftlich verschiedene Gebiete besitzt, die Zahlen nicht so rasch zusammentragen und zusammenstellen, wie in einem kleineren Lande mit im allgemeinen gleichen Verhältnissen.

Noch eine weitere statistische Arbeit, die durch die Inflationszeit bedingt war, sei hier aufgeführt. Es handelt sich um die Ortsklasseneinteilung. Früher und auch jetzt beruhen die Ortsklassen, die nicht nur für die Gehälter der Beamten und Staatsangestellten, sondern auch für die Berechnung einer Reihe sonstiger Gehalts- und Lohnfragen wesentlich ist, auf dem Unterschied in den Mietspreisen der Wohnungen. In der Inflationszeit jedoch war der Unterschied in den Kosten der Lebenshaltung in den einzelnen Orten so verschieden, daß es hier notwendig wurde, für diese Zeit die Klasseneinteilung der Orte nach dem Gesichtspunkt der allgemeinen Teuerung vorzunehmen. Die Unterlage für die Einteilung, die in den Händen der Regierung lag, mußte das Statistische Landesamt beschaffen und im wesentlichen Ausmaße auch die Vorverhandlungen mit den einzelnen Gemeinden führen. Bei dem Lebensinteresse, das die einzelnen Orte und ihre Einwohner an dieser Klasseneinteilung hatten, läßt sich ermessen, welchen Umfang diese Arbeit in der Inflationszeit annahm, zumal sich die Teuerungsverhältnisse zwischen den einzelnen Orten immer wieder verschoben. Später, nachdem die Inflationszeit endgültig überwunden war, mußte eine völlig neue Ortsklasseneinteilung wieder auf Grund der Mietspreise vorgenommen werden, deren Revision für die nahe Zukunft in Aussicht genommen ist.

Negativ wirkte dagegen die Inflationszeit auf die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung. Es herrschte nirgends darüber Zweifel, daß unmittelbar nach dem Kriege die großen

Verschiebungen, die seit 1909 in der Bevölkerungsdichtigkeit, in der Bevölkerungszusammensetzung, in der verschiedenen Richtung der Berufe, in der Bedeutung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Betriebe erfolgt waren, und die nach den allgemeinen Beobachtungen fast einer Umwälzung gleichkamen, durch eine große Statistik erfaßt werden mußten; aber alle Pläne, die in dieser Hinsicht erwogen oder vorbereitet wurden, waren zum Scheitern verurteilt, solange die Inflationszeit herrschte, die keine Berechnung einer Statistik zuließ, deren Bearbeitung sich über Jahre erstrecken muß. Bei den Vorarbeiten, die die Durchführung einer derartigen Statistik verlangt, bei den langwierigen Besprechungen und Verhandlungen, die vorher mit den einzelnen Ländern, mit dem Reiche und verschiedensten an der Statistik interessierten Wirtschaftsverbänden geführt werden müssen, ist es schon als Erfolg zu buchen, daß im Juni 1925, also 1 1/2 Jahre nach dem Siege über die Inflation die Erhebung der großen Berufs- und Betriebszählung, mit der eine Volkszählung verbunden war, durchgeführt werden konnte. Es ist nicht möglich, an dieser Stelle alle die Neuerungen, die bei dieser Erhebung eingeführt wurden, darzustellen. Nur auf eine wirtschaftlich besonders wichtige Erweiterung bei der Frage nach dem Berufe sei hier hingewiesen. Schon vor dem Kriege hatte die industrielle Entwicklung und vor allem der Drang der größeren Unternehmungen, sich nicht nur horizontal, sondern auch vertikal zu erweitern, dazu geführt, daß eine große Zahl von Berufsangehörigen in einem ihrem Berufe an und für sich vollkommen fremden Wirtschaftszweige beschäftigt wurde. Diese Gestaltung im statistischen Bilde festzuhalten, war eine der wesentlichen Aufgaben der neuen Zählung. Die Ergebnisse haben gezeigt, wie notwendig es war, einmal einen Einblick in diese Verhältnisse zu erhalten. Zugleich aber hat sich dabei ergeben, daß die praktische Durchführung einer solchen Statistik, die bisher keine Vorbilder besaß, unerwartete und ungeheure Schwierigkeiten mit sich brachte, die sowohl erheblich größere Kosten als auch zu ihrer Bearbeitung infolge der Unzahl von notwendig gewordenen Rückfragen einen erheblich größeren Zeitaufwand, als vorgesehen war, verlangte. Die erstmalige Verbindung der Volkszählung mit der Berufs- und Betriebszählung brachte auch hier eine einschneidende Veränderung. Während es nämlich bisher bei den Volkszählungen im Dezember genügte, nach der ortsanwesenden Bevölkerung zu fragen, erschien eine solche Frage für die Erfassung der Einwohnerzahl der einzelnen Gemeinden im Juni unzureichend, da während dieses Monats nicht nur größere und kleinere Orte eine erhebliche Zahl von Einwohnern an Bäder- und Kurorte abgeben, sondern weil auch sonst im Gewerbebetriebe, vor allem in der Schifferbevölkerung, die sommerliche Wanderbewegung aus dem ständigen winterlichen Wohnort eingesetzt hatte. Es mußte daher nach der Wohnbevölkerung gefragt werden. Bei der Bearbeitung zeigte es sich, daß es mit dieser Befragung nicht getan war, sondern daß die Haushaltungslisten besonders in dieser Hinsicht so unzuverlässige Ergebnisse brachten, daß erhebliche Arbeiten notwendig wurden, um auch hier ein einigermaßen zutreffendes Zahlenbild zu erhalten.

Diese Arbeit der Erfassung der Wohnbevölkerung wurde durch ein völlig neues Moment, das bisher keine Rolle gespielt hatte, wesentlich erschwert. Es konnte früher niemals die Aufgabe der Volkszählung sein, über ein bestimmtes Maß hinaus die Einwohnerzahl der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände scharf zu erfassen. Immer mußte man mit einer Abweichung der statistischen Zahl von der Wirklichkeit rechnen, sei es, daß hier und da Doppelzählungen vorkamen, oder sei es, daß hier und da einige Familien oder Einwohner bei der Aufnahme vergessen waren, oder sei es, daß vorübergehend anwesende Personen oder vorübergehend abwesende nicht zutreffend in ihrem Verhältnis zur Wohnbevölkerung in den Haushaltslisten aufgeführt waren. Kleinere Unterschiede konnten auch kaum für irgend eine Gemeinde eine besondere Rolle spielen, es sei denn, daß die verwaltungsrechtlich bedeutsame Grenze in Preußen von 10 000 oder die Grenze für die Kreisfreiheit in Frage stand. Nachdem aber durch die Reichsfinanzgesetze die Einwohnerzahl zu einem wichtigen Berechnungsfaktor für die Steuerüberweisung gemacht worden war, sahen die Kommunalverwaltungen vielfach ihre Aufgabe darin, um eine möglichst hohe Einwohnerzahl in der Volkszählung zu kämpfen. Es bedarf keines Wortes, welche Belastung und Verantwortung hierdurch mit der Volkszählung verknüpft und dem Statistischen Landesamt übertragen war.

Die völlig andere Gestaltung des Steuerwesens im Reich und in Preußen, die dadurch hervorgerufene Abhängigkeit der Finanzen der Kommunen von den Steuerüberweisungen, der große Einfluß, den ferner die Gemeindefinanzen und ihr Deckungsbedarf auf die Reichs- und Staatsfinanzen ausüben, und schließlich die Verantwortung, die das Reich für die Ordnung der gesamten öffentlichen Finanzen gegenüber den Gläubigerstaaten übernommen hatte, führte zu der Notwendigkeit, der Landesregierung und dem Reiche eine genaue Kenntnis der Gestaltung des gesamten Steuer- und Finanzwesens der Gemeinde- und Kommunalverbände zu gewähren. Hiermit war die große Finanzstatistik gegeben, für die im Jahre 1924 die ersten Vorarbeiten begannen, und die allmählich den gesamten Umfang des Haushalts, der Steuern und zuletzt auch der Schulden der Kommunen erfaßte, und die in Gemeinschaft mit dem Reichsamte in der Hauptsache den Statistischen Ämtern der Länder übertragen wurde. Um klar zu stellen, welche Schwierigkeiten hier, sowohl bei der Einrichtung der statistischen Erhebung, als auch bei ihrer Aufarbeitung zu überwinden waren, wieviel neue Gesichtspunkte berücksichtigt, wieviele Begriffe genau festgelegt werden mußten, genügt es, auf die Verschiedenartigkeit der Ordnung der Haushaltspläne innerhalb Preußens und innerhalb des deutschen Reiches hinzuweisen und sich vor Augen zu führen, daß es galt, um hier einen Einblick zu erhalten, diese verschiedenartigen Haushaltspläne auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Erst in jahrelangem Kampfe mit den sich hieraus ergebenden Problemen ist es gelungen, zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Hierin ist auch neben anderen Schwierigkeiten, die in der ganzen Art der Erhebung liegen, der Grund dafür zu finden, daß erst seit kurzer Zeit die Ergebnisse der Finanzstatistik der Allgemeinheit vorgelegt werden konnten. Die Notwendigkeit, sich nicht mit der Feststellung der Finanzen der Gemeinden in einem Erhebungsjahre zu begnügen, sondern die Entwicklung der Gemeindefinanzen aufmerksam zu verfolgen, hat dann mit der Zeit dazu geführt, die Gemeindefinanzstatistik auf weitere Jahre auszudehnen.

Zugleich mit der Finanzstatistik macht die neue Steuergesetzgebung nach dem Kriege und die damit verbundenen Reichssteuerüberweisungen an die Gemeindeverbände es erforderlich, rechnerische Grundlagen für diese Steuerüberweisungen zu finden und festzulegen. Diese Aufgabe der preußischen Regierung führte zu der Bildung einer neuen Abteilung im Statistischen Landesamt, die der Finanzstatistik angegliedert wurde, und der als Referat für die Steuerverteilung die Aufgabe übertragen wurde, der Landesregierung diese Unterlagen für die Steuerverteilung und für alle Pläne und Möglichkeiten, die diese gesetzlich festgelegten Steuerüberweisungen zuließen, zu liefern. Es wurde daher bereits im Oktober 1923 das Preußische Statistische Landesamt mit der Festsetzung des Steuerverteilungsschlüssels für die Gemeinden und Gemeindeverbände für Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz- und Kraftfahrzeugsteuer, Dotationen, sowie die Hauszinssteuer beauftragt, um so eine leidlich zufriedenstellende Verteilung von jährlich einer Milliarde Reichsmark zu ermöglichen. Hieran schlossen sich verschiedene andere damit zusammenhängende Arbeiten, von denen besonders die schwierige Erfassung der Länge und des Bauzustandes, sowie der Kostendeckung der den verschiedenen Kommunen eigenen Straßen erwähnt werden mag, die die Vorarbeit für eine neue Regelung der Kraftfahrzeugsteuer bildete.

Auch im übrigen waren die Inflations- und Teuerungsverhältnisse sowie die Veränderungen, die sich in der Organisation des Staates und der Wirtschaft vollzogen hatten, den Arbeiten des

Statistischen Landesamts nicht günstig. Es war ganz verständlich, daß die neu gebildeten oder völlig anders zusammengesetzten Behörden zunächst vielfach glaubten, die statistischen Unterlagen, die sie zu ihren Arbeiten benötigten, am einfachsten und raschesten in ihrer Behörde selbst anfertigen zu können. Erst allmählich brach sich die Erkenntnis wieder Bahn, daß man die eine Statistik nicht von der anderen lösen könne, ohne ihren Aufbau und ihren Erkenntniswert zu gefährden, und daß die Technik der Statistik von den Fragebogen bis zu ihrer letzten Aufarbeitung von einem statistischen Amte besser und billiger gehandhabt werden könne als an den einzelnen Stellen, deren wirkliche Aufgabe auf anderem als statistischem Gebiete liegt.

Dazu kam, daß man, ebenfalls verständlicherweise bei der Notwendigkeit zu sparen, auch besonders an die Einstellung einer Reihe von statistischen Arbeiten dachte, deren Notwendigkeit gerade in dem Augenblick nicht empfunden wurde, und die nicht so mit der praktischen Arbeit verbunden zu sein schienen wie andere Staatsaufgaben. Trotz des Widerspruchs des Statistischen Landesamts wurden daher eine Reihe von statistischen Arbeiten aufgehoben.

Jedoch zeigte es sich hier schon im Laufe der ersten Jahre, daß es für die Regierung und ebenso für jede wissenschaftliche Arbeit ausgeschlossen ist, sich auf die Äußerungen, Beobachtungen, auf die Zahlbilder oder sogar statistischen Unterlagen von Wirtschaftsverbänden oder anderer an dem Ergebnis der Zahlen interessierter Organisationen zu stützen, und daß man ferner zuverlässige Zahlen, sobald man sie brauchte, auch durch eine sofortige Umfrage nicht erhalten kann und daß schließlich, wenn man solche Zahlen erhält, jede Möglichkeit, die Bewegung und Entwicklung einer Erscheinung zu verfolgen, infolge des Ausfalles der Statistik der vorhergehenden Jahre, genommen war und dadurch der Wert der für sich alleinstehenden Zahlen sehr erheblich vermindert wurde.

Es ergab sich daraus, daß dem Statistischen Landesamt, mit Ausnahme der Arbeiten, die es durch das anders gewordene Verhältnis zwischen Reich und Ländern, wie z. B. die Einkommensteuerstatistik, verlor, fast sämtliche früheren statistischen Arbeiten, meist sogar in einer erweiterten Form, übertragen wurden.

Außerdem erwiesen sich aber auch weitere laufende Statistiken als notwendig, sei es, daß die verwickelteren Verhältnisse gegen früher ohne Hilfe zahlenmäßiger Unterlagen nicht mehr klar genug entwirrt werden konnten, sei es, daß die Bedürfnisse der Zeit in ihren weitgehenden Notmaßnahmen neue statistische Beobachtungen erforderlich machten.

Infolge dieser Umstände sind die Arbeiten des Statistischen Amtes heute erheblich umfangreicher und eingehender als vor dem Kriege.

Verhältnismäßig am wenigsten hat sich noch die Statistik der Bevölkerungsbewegung verändert. Die Fragekarten, auf Grund deren die Statistik über die Geburten, Eheschließungen und Todesfälle zusammengestellt wird, sind der Hauptsache nach die gleichen wie früher geblieben, wenn auch mannigfache Verbesserungen hinsichtlich der einen oder der anderen Frage vorgenommen worden sind. Jedoch hat sich die Bearbeitung und Durchdringung dieses Materials nicht unwesentlich verschoben. Die rückläufige Geburtenzahl hat eine eingehendere Beobachtung der Geburtenfälle notwendig gemacht, und die fortschreitende Zahl der Ehescheidungen sowie die Bestrebungen, die Ehescheidungen gesetzlich zu erleichtern, haben der Statistik der Ehescheidungen ein erhöhtes Interesse gegeben.

Nach zwei Richtungen ist aber auch die Statistik der Bevölkerungsbewegung durch neue Erhebungen vermehrt worden. Die Bedeutung der Auswanderung, die vor dem Kriege ein geringes Interesse beanspruchte, ist zahlenmäßig gewachsen. Auch ist bei der zunehmenden Dichte der Bevölkerung in Deutschland, die vielfach auch bei uns als Überbevölkerung angesehen wird, die Frage der Einwanderung und die Fernhaltung unerwünschter Elemente wichtiger geworden als vorher. Es wird daher jährlich eine Statistik der gesamten Ein- und Auswanderung, nicht nur etwa der nach und von Übersee, durchgeführt. Daneben läuft eine vor wenigen Jahren neu eingerichtete Fremdenverkehrsstatistik, um die soziale und vornehmlich die wachsende wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs für einzelne wichtigere Orte und Gegenden Preußens, und zwar getrennt nach Personen, die ihren Wohnsitz im Inland haben, und solchen aus dem Ausland zu erfassen. An die Statistik der Bevölkerungsbewegung schließt sich die Medizinalstatistik an, die vornehmlich die Gestaltung und Bewegung der Todesursachen und die der in den öffentlichen und privaten Heilanstalten behandelten Krankheiten zu beobachten hat. Die wachsende Bedeutung, die der medizinischen Wissenschaft und Hygiene beigemessen wird, hat auch hier, obwohl die Fragekarten unverändert geblieben sind, der Bearbeitung des Urmaterials einen größeren Umfang und ein größeres Interesse gegeben. Voraussichtlich wird aber auch hier in kurzer Frist eine Vermehrung der Arbeit eintreten, da das bisher geltende Todesursachen-Verzeichnis nach den Beschlüssen im Völkerbund eine erhebliche Erweiterung erfahren wird. Im Bereich der Medizinalstatistik ist vor kurzer Zeit auf Grund der großen Zählung von 1925 die erste große Gebrechlichenzählung zu Ende geführt worden.

Unter den statistischen Arbeiten, die wirtschaftlicher Erkenntnis dienen, haben besonders die landwirtschaftlichen Statistiken ein steigendes, bei der Bedeutung und Not der Landwirtschaft verständliches Interesse gewonnen. Abgesehen von Vermehrungen der Fragen und der eingehenden Befragung in verschiedener Hinsicht, ist es besonders bei diesen Arbeiten notwendig geworden, in einem besonders kurzen Zeitmaß nach der Erhebung Zahlen herauszugeben, die, wenn sie auch für vorläufig gelten, doch bereits im weiten Maße stichhaltig sein müssen.

Dadurch ist nicht nur die Methode der Statistik beeinflußt, sondern es ist damit auch eine erhebliche Mehrbelastung des Amtes verbunden worden. Im einzelnen bedarf es wohl keiner besonderen Hervorhebung der wirtschaftlichen Bedeutung und des Zweckes der einzelnen Statistiken, da diese auch an sich in ihrem Werte allgemein bekannt sind.

Es seien aber, um wenigstens eine Übersicht zu geben, hier die mit der landwirtschaftlichen Produktion zusammenhängenden oder sich an sie anschließenden statistischen Arbeiten erwähnt.

Neben dem Saatenstand, der auf Grund kurzer formularmäßiger Berichte von über 5 000 Saatenstands-Berichterstattern für alle für die Saaten wichtigen Monate innerhalb kürzester Frist zusammengestellt wird, steht die Ernte-Statistik, die jetzt eine gesonderte vorläufige und endgültige Erhebung kennt, und die von allen interessierten Wirtschaftskreisen mit Spannung als die erste zuverlässige Unterlage erwartet wird. Die Ernte-Statistik würde aber ein unvollständiges Bild ergeben, wenn nicht außerdem jährlich die Anbauflächen auf Grund von Berichten der Gemeinden erhoben würden, die es erst ermöglichen, die auf Grund der Ernte zur Verfügung stehendenden Erntemengen zu errechnen.

Ferner wird die seit 1905 jedes Jahr im Dezember erhobene Viehzählung nicht nur jährlich im zunehmenden Umfange weiterdurchgeführt, sondern es werden auch Zwischenzählungen, die sich in erster Linie auf die Schweine beziehen, vorgenommen, die nunmehr eine vierteljährliche Einrichtung werden sollen.

Daneben ist im vorigen Jahre zum ersten Male eine Milchproduktions-Statistik und in diesem Jahre eine Molkerei-Statistik, die allmonatlich auf Grund der freiwilligen Berichte einer großen Zahl von Molkereien verarbeitet wird, getreten, da die Versorgung und die Möglichkeit der Versorgung der Konsumenten mit Molkereiprodukten durch den Inlandsmarkt im Interesse unserer Volkswirtschaft beobachtet und festgestellt werden muß.

Auch die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, die durch eine Statistik der Trichinenschau ergänzt wird, wird vornehmlich im Interesse der Höhe und Deckung des Bedarfs an Fleischprodukten, ebenso wie vor dem Kriege allerdings beschleunigt erhoben und aufbereitet.

Hieran schließen sich die Erhebungen, die der Beobachtung der Lage der Landwirtschaft oder besonderen wichtigeren Verhältnissen dienen. So wird vierteljährlich die seit langem bestehende Statistik der Zwangsversteigerung ländlicher Grundstücke erhoben, die heute aber nicht nur die durchgeführten, sondern auch die angemeldeten Zwangsversteigerungen umfaßt und die die Grundstücke nach verschiedenen Größenklassen und danach, ob der Eigentümer ausschließlich Landwirt ist oder nicht, auseinanderhält.

Ferner ist hier die Statistik der eingetragenen und gelöschten Hypotheken zu nennen, die sich jedoch nicht nur auf den ländlichen, sondern auch auf den städtischen Grundbesitz bezieht. Sie soll die zunehmende oder abnehmende Belastung im ganzen Lande und in kleineren Gebietsteilen beobachten und erfassen. Da es sich gezeigt hat, daß für die heutigen schwierigen Verhältnisse die frühere Form dieser Erhebung nicht mehr ausreicht, sind jetzt Vorarbeiten für eine Umwandlung der Statistik beendigt worden, die ein genaueres Eingehen auf die hypothekarischen Verhältnisse ermöglichen soll.

Schließlich muß auch die Siedlungs-Statistik genannt werden. Bei der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung, die die Neuschaffung von Bauernstellen auf Grund des Siedlungsgesetzes erhalten hat, war es notwendig, diese Statistik, die seit 1922 in einer einfachen Listenform erhoben wurde, völlig umzugestalten; sie wird seit dem 1. Januar v. Js. auf Grund von Individualzählkarten durchgeführt. Sie erfaßt die gesamte Tätigkeit der Siedlungsträger in Preußen, und zwar sowohl den Erwerb von Siedlungsland als auch die Begründung von Neusiedlungen und die Vergrößerung bestehender Bauernstellen; zudem soll sie jetzt einen besseren Einblick in die besonderen Verhältnisse des einzelnen Ansiedlers gewähren und die Möglichkeit bieten, sowohl ein abschließendes Bild über die Durchführung der Siedlung eines großen Gutes zu erhalten, als auch die wirtschaftliche Entwicklung der Ansiedler in späterer Zeit auf diesem Landkomplex zu verfolgen.

Andererseits sind drei frühere landwirtschaftliche statistische Arbeiten sehr bald nach dem Kriege in Fortfall gekommen. So die Fideikommiß-Statistik, die nach Aufhebung ihre Bedeutung verloren hat, und die Statistik der Kaufpreise landwirtschaftlicher Besitzungen, die ohne eine weitere umfassende Ausgestaltung, denen sich aber finanzielle und andere Schwierigkeiten entgegenstellten, kein genügend sicheres Bild der wahren Kaufpreise in der Zeit nach dem Kriege gaben.

Schließlich ist auch die Statistik des Besitzwechsels der Grundstücke, die vornehmlich der Land- und Forstwirtschaft dienen, aufgegeben worden. Auch für diese Aufgabe war die Erkenntnis maßgebend, daß die alte einfache Form der Erhebung nicht genügte, um wirkliche der Wirtschaft dienende Erkenntniswerte zu erhalten, und daß die für diesen Zweck notwendige Umgestaltung eine Vermehrung der Kosten mit sich gebracht hätte, die zur Zeit nicht aufgewandt werden konnten. Das Statistische Landesamt bemüht sich aber um eine Einführung der Besitzwechsel-Statistik wenigstens in den national-gemischten Gebieten. Es glaubt, daß es notwendig ist, frühzeitig Material zu erhalten, ob hier die nationalen Minderheiten in der Erwerbung des Landbesitzes Fortschritte machen oder hier keine Gefährdung des deutschen Besitzes vorliegt.

Neben diesen, vornehmlich der Landwirtschaft dienenden statistischen Arbeiten besteht ein weites Feld der Tätigkeit des Preußischen Statistischen Landesamts auf dem Gebiete der allgemeinen Wirtschafts-Statistik, einschließlich der Verkehrs-Statistik.

Nach dem Alter steht hier die Preis-Statistik an erster Stelle; sie ist zum ersten Male bereits im Jahre 1811 erhoben worden und verfolgt die Marktpreise und Ladenpreise einer größeren Zahl verschiedener Lebensmittel und Bedarfsartikel in nicht weniger als 121 Orten. Ist auch die Grundlage dieser Statistik in der Hauptsache die gleiche geblieben, so richtet die amtliche Statistik vornehmlich seit Beendigung der Inflationszeit ihr Augenmerk im wachsenden Maß auf die Erhebung der Preise an Ort und Stelle. Die Grundlage für die Preiserhebung nach einheitlichen Gesichtspunkten so gleichmäßig zu gestalten, daß die Allgemeinheit ohne zu große Fehlschlüsse sich der Statistik bedienen kann, ist ein Problem, das zur Zeit noch nicht vollständig gelöst ist. Um zu zeigen, wie schwierig dies Problem ist, braucht nur darauf hingewiesen zu werden, welche verschiedenen Preisberechnungen auch heute noch innerhalb Preußens bestehen und wie stark der Unterschied der Anforderungen an die Qualität und der Unterschied in der Bevorzugung dieser oder jener Lebensmittel in den einzelnen Gegenden Preußens ist. — Neben den Kleinhandelspreisen für 45 Lebensmittel und Hausbedarfsartikel steht in dieser Statistik die Erhebung der Fleischpreise im Großhandel und die Erhebung von Großbezugspreisen sowohl wichtiger landwirtschaftlicher Produkte als von Kohlen u. a. Hieran schließt sich die Beobachtung der Marktverhältnisse von Ferkeln und Läuferschweinen durch die statistische Erfassung ihres Auftriebes auf den Märkten und der Gestaltung der Preise und der Erfassung des Auftriebes von Vieh auf Schlachthöfen nach verschiedenen Tiergattungen, die seit dem Jahr 1910 fast unverändert fortgeführt wurde.

Auf einem anderen Gebiete der Wirtschaft liegt die Sparkassen-Statistik. Es ist bereits erwähnt, daß nach dem Kriege ein umfangreiches Bilanz-Formular für alle Sparkassen eingeführt ist, das nach jeder Richtung erkennen läßt, welche große Bedeutung heute den kommunalen Sparkassen zukommt. Daneben steht seit dem Jahre 1925 die monatliche Eildienst-Statistik, durch die die wichtigsten Zahlen der monatlichen Bewegung im Betriebe der Sparkassen bekanntgegeben werden.

Die Statistik der Seeschiffahrt, die früher nur einen Überblick über das Anlaufen und Auslaufen der Schiffe von Hafen zu Hafen gewährte, ist seit dem Jahre 1925 zu einer Wirtschafts-Statistik geworden, sodaß nunmehr auch eine Erhebung der auf dem Seewege beförderten wichtigsten Güter stattfindet.

So ist auch die Statistik des Binnenwasserverkehrs seit 1920 aus einer reinen Verkehrsstatistik zu einer Statistik wirtschaftlicher Bedeutung gewandelt, da sie seitdem auch Auskunft über die Art und die Menge der hauptsächlichsten Güter gibt, die in den wichtigsten Binnenhäfen und Schleusen befördert werden.

Von ganz besonderer Bedeutung ist auch noch die Wohnungszählung, obwohl sie im Gegensatz zu den jährlichen Erhebungen der vorhergenannten Statistiken nach dem Kriege nur einmal, und zwar im Jahre 1927, durchgeführt ist. — Die Wichtigkeit dieser Statistik geht bereits aus der Tatsache hervor, daß sie den Beweis dafür lieferte, daß zwar die Zahl der vorhandenen Wohnungen für die Zahl der Wohnungssuchenden erheblich zu gering ist, daß aber der auf einen Einwohner entfallende Wohnraum zu gleicher Zeit größer geworden ist als vor dem Kriege. Diese besondere statistische Erhebung gewährt u. a. einen Einblick in die Wohndichte, in die Belegung der Wohnungen der Untermieter und die etwa zwischen diesen und dem Mieter bestehenden Verwandschaftsverhältnisse sowie in die Wohnweise der kinderreichen Familien, die Zahl der Einzelpersonen mit eigener Wohnung, die Kenntnis der Wohnungssuchenden und des ausländischen Grundbesitzes.

Die Wohnungszählung bietet ein gutes Beispiel, um zu zeigen welche Arbeiten, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten des Entwurfes der Fragebogen, der Durchführung der Rückfragen und der Auswertung des gewonnenen Materials, mit einer Zählung verbunden sind.

Als selbständige Einzelzählung gehört die Wohnungszählung zu den Zählungen mittleren Umfanges. Sie erforderte einen Kostenaufwand von etwa einer Million RM, wovon auf persönliche Kosten 85 % entfielen und dauerte von dem Zähltermin ab 16. Mai 1927 bis zum 31. März 1930, an welchem Tage die Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse und deren Besprechung erfolgte. Es waren während dieser Zeit 2 Millionen Grundstückslisten und

6,7 Millionen Wohnungskarten zu verarbeiten. Zu dieser Verarbeitung wurden 165 000 Blatt Hilfstabellen und 15 000 Blatt Liefertabellen gebraucht, und es waren 7½ Millionen Zahlen-Eintragungen, 3½ Millionen Rechen-Operationen und 5 Millionen Einzelsignierungen notwendig. Aus diesen Zahlen, die in diesem Falle einmal zur Kontrolle zusammengestellt sind, ergibt sich, weshalb statistische Erhebungen so viel Kosten erfordern und so lange Zeit beanspruchen. Man kann sich ein Bild machen, zu welchen ungemessenen Millionen die hier gegebenen Zahlen bei der Bearbeitung der großen Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1925 anschwellen mußten.

Auch auf einem Gebiete, das der Hauptsache nach fern ab vom wirtschaftlichen Interesse liegt, haben sich die Veränderungen der Verhältnisse nach dem Kriege auf die Statistik übertragen. Während vor dem Kriege die voneinander unabhängigen verschiedenen Schulsysteme gesondert erhoben werden konnten, war es im Jahre 1921, nach dem inzwischen eingetretenen Umbau des Preußischen Schulwesens und der vorgesehenen Durchführung der Einheitsschule notwendig, die Volks- und die mittleren Schulen gleichzeitig mit den höheren Berufs- und Fortbildungsschulen nach einem für alle Schularten einheitlichen, gegen früher erweiterten Plane zu erheben. Die Fachschulen wurden damit überhaupt zum erstenmale in den Kreis der statistischen Untersuchung gezogen. Im Jahre 1926 wurde die Schulzählung wiederholt. Diese Zählung wird voraussichtlich in einem ähnlichen Umfang im Jahre 1931 wiederholt werden; inzwischen hat aber mit dem Stichtage vom 1. Dezember 1929 die Durchführung einer gesonderten Erhebung und Bearbeitung der Berufsschulen eingesetzt. Daneben läuft eine jährliche Statistik für die Volksschule, die lediglich die Zahl der Schulen selbst, der Stunden, der Klassen, der Lehrkräfte, der Schüler nach ihrer Religionszugehörigkeit erfaßt. Ihre Spitze findet die Schulzählung in der umfassenden Hochschulstatistik, wenn diese auch nach anderen Gesichtspunkten geordnet ist; sie dient der Beobachtung des wechselnden Andrangs zu den einzelnen Studienfächern und der Beschaffung der Unterlagen für die Berufsberatung. Auf die interessanten Einzelheiten dieser statistischen Erhebung kann hier nicht eingegangen werden; es sei nur bemerkt, daß sie auf Grund der von den Studierenden auszufüllenden Individual-Zählkarten erhoben wird und daß heute das gesamte Material nach Eingang innerhalb einer Frist von 3 Monaten verarbeitet wird, während früher die ersten Ergebnisse erst nach einem bis 1½ Jahren herauszukommen pflegten; außerdem hat das Preußische Statistische Landesamt heute nicht nur die Preußischen Hochschulen, sondern auch die Hochschulen sämtlicher anderen Länder, die das Material allerdings zum Teil aufarbeiten, zusammenzustellen und zu einem Ganzen zu gestalten.

Ein ganz neues Gebiet der Statistik, auf dem vor dem Kriege erst schüchterne Versuche gemacht wurden, ist heute die Wohlfahrts-Statistik. In ihrem Bereich wird eine jährliche Statistik über Fürsorgeerziehung Minderjähriger im statistischen Landesamt durchgeführt, die früher im Ministerium für Volkswohlfahrt und dessen Vorgänger im Ministerium des Innern bearbeitet wurde; sodann eine Reichsstatistik der öffentlichen Fürsorge, die nach der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 24 notwendig geworden war, die erst eine Übersicht über die Arbeit der Fürsorgeverbände und der dafür aufgewendeten Kosten gewährt. — Der besonderen Bedeutung der Jugendhilfe wird die Statistik der öffentlichen Jugendhilfe gerecht, die jährlich eine Übersicht über den Umfang und die Wirksamkeit der öffentlichen Jugendhilfe gewährt. Daneben hat in dem Bereich der Wohlfahrts-Statistik für das Jahr 1928 eine Erhebung über den Erfolg der Fürsorgeerziehung Minderjähriger stattgefunden; auch war das Statistische Landesamt bei der Sport- und Spielplatz-Statistik des Jahres 1927 beteiligt.

Schließlich ist noch die Wahlstatistik zu nennen, die durch die vollständige Änderung des Wahlgesetzes umgestaltet wurde. Die Aufgaben, die dieser Statistik gestellt sind, sind mannigfache. Zurzeit ist das besondere Augenmerk auf die Erfassung der Nichtwähler und der Untersuchung der Gründe für die Nichtausübung des Wahlrechtes gerichtet, da trotz der größeren Bedeutung, die den Parlamenten zukommt und trotzdem das Wahlrecht ohne Arbeitsversäumnis ausgeübt werden kann, die Anteilnahme der Bevölkerung an der Wahl eine rückläufige Bewegung aufweist.

Neben den vornehmlich statistischen Arbeiten liegt dem Statistischen Landesamt auch die Führung des Gemeinde-Katasters ob. Dieses Gemeinde-Kataster, das in der Plankammer geführt wird, enthält ein genaues Verzeichnis sämtlicher Gemeindeeinheiten Preußens und aller Veränderungen, die diese Gemeindeeinheiten erfahren.

Neben der Feststellung der räumlichen Ausdehnung und der Einwohnerzahl, ist sie für die richtige Schreibweise der Gemeinde verantwortlich und dafür, daß alle Gemeindeveränderungen gemeldet werden, und ferner für eine Kontrolle darüber, ob bei Gemeindeveränderungen die gesetzlichen Bestimmungen beobachtet worden sind. Sie schreibt die Standesamtsbezirke und Amtsgerichtsbezirke, die für die einzelnen Gemeinden zuständig sind, vor und hat dem Ministerium des Innern bei Änderung von Ortsnamen oder ihrer Schreibweise Gutachten zu erstatten. — Aus diesen gesamten Arbeiten ergeben sich dann die schon vor dem Kriege herausgegebenen, für die einzelnen Provinzen aufgestellten Ortschaftsverzeichnisse. Nachdem die neue Volkszählung durchgeführt ist, die Gutsbezirke aufgelöst und die Gemeinde-Veränderungen im Rheinland und Westfalen beendet worden sind, werden zurzeit neue provinzielle Ortschaftsverzeichnisse herausgegeben, die für jede Gemeinde alle in Frage kommenden zuständigen Behörden enthalten. Eine äußerst sorgfältige Arbeit muß für diese Herausgabe, um trotz aller eingetretenen Veränderungen zuverlässiges Material zu bieten, aufgewandt werden.

Das Statistische Landesamt muß schließlich auch dafür sorgen, diese Arbeiten, soweit sie nicht nur für die Regierung bestimmt und dem Ministerium in besonderen Berichten vorgelegt werden, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Diesem Zwecke dient ein eigener Verlag, dem die Herausgabe und der Vertrieb dieser Veröffentlichungen obliegt. Wöchentlich erscheint die Statistische Korrespondenz, die noch vor wenigen Jahren dadurch erweitert wurde, daß eine besondere landwirtschaftliche Korrespondenz, die vornehmlich für die Saatenstands-Berichterstatter bestimmt ist, herausgegeben wird. Hieran reihen sich Veröffentlichungen der Finanz-Statistik, die in einer finanzstatistischen Korrespondenz zusammengefaßt werden und schließlich werden wegen der anderen Zusammensetzung des Interessenkreises auch die Ergebnisse der Molkerei-Erhebungen besonders herausgegeben.

Die Veröffentlichungen von Arbeiten, die längerer Ausführung bedürfen, finden in der Zeitschrift des Amtes statt, die vierteljährlich erscheint und in den Sonderheften zur Statistik, die vornehmlich zur Aufnahme der Ergebnisse besonderer Erhebungen bestimmt ist.

Die Bewegung der statistischen Zahlen, auf allen Gebieten statistischer Feststellungen wird jährlich in einem Jahrbuch des statistischen Landesamts zusammengestellt. Für die Ergebnisse der Medizinalabteilung bestehen außerdem noch die Medizinalstatistischen Nachrichten, die ebenfalls vierteljährlich erscheinen. Neben diesen regelmäßig erscheinenden Büchern und Zeitschriften gibt das Statistische Landesamt noch je nach Bedürfnis andere Schriften heraus, von denen als besonders wichtig die Gemeinde-Verzeichnisse für die einzelnen Provinzen bereits benannt sind.

Obgleich der Aufgabenkreis des Preußischen Statistischen Landesamts, seit dem Kriege erheblich umfangreicher geworden ist und obwohl die Beschleunigung der Aufarbeitung und die allgemeine Herausgabe vorläufiger Zahlen neue Kosten verursachen, ist das Amt doch gezwungen, infolge der Finanzlage mit einem verhältnismäßig geringeren Betrage als früher seine Arbeiten zu leisten.

Um mit den geringen Mitteln diese Aufgabe zu erfüllen, hat es zunächst zu seinem eigenen Bedauern seine statistisch wissenschaftliche Tätigkeit und die Untersuchung neuer Methoden und Wege der Statistik, in denen heute Deutschland von dem Ausland überflügelt worden ist, zurückzustellen, um seine ganze Kraft auf die Arbeit für die praktischen Bedürfnisse des Tages zu konzentrieren. Hierbei, als auch bei der Beschleunigung der Aufbereitung des Urmaterials hat es eine wesentliche Hilfe an den immer mehr und mehr durchgebildeten Maschinen, deren es sich im weitesten Umfange für seine Arbeit bedient. Neben den allgemein bekannten verschiedenartigen Büromaschinen benutzt es besonders konstruierte, komplizierte Rechenmaschinen aller Art und vor allem in weiter steigendem Maße das „Hollerith- und Powes-System" zur maschinellen Auszählung des Materials, das zu diesem Zwecke auf Lochkarten übertragen wird, auf denen jede Zahl eine Erhebungs-Tatsache bedeutet. Vor der Anwendung der Maschine muß aber jedes Mal eingehend geprüft werden, ob sie tatsächlich gegenüber der Handauszählung eine Verbilligung und Beschleunigung der Arbeit mit sich bringt. Es gibt auch heute noch zahlreiche Fälle, in denen die Maschinen nach ihrer bisherigen Konstruktion die Handarbeit bei der Auszählung nicht zu ersetzen vermögen.

Selbstverständlich ist ferner, daß jede Doppelarbeit mit einem anderen statistischen Amt, besonders dem Reichsamt, vermieden wird. Schon vor dem Kriege waren solche Doppelarbeiten Ausnahmen, da selbst bei statistischen Arbeiten, bei denen sowohl das Reichsamt als auch die Landesämter beteiligt sind, der Aufnahmekreis, der dem Reichsamt einerseits und den Landesämtern andererseits zufällt, ein verschiedener ist. In solchen Fällen hat das Landesamt, nachdem durch die notwendigen gemeinschaftlichen Beratungen und durch Beratungen mit den Regierungen und den interessierten Kreisen und Organisationen der Fragebogen und der Umfang der Ausarbeitung festgestellt ist, die Erhebung praktisch durchzuführen und das Material aufzubereiten, während das Statistische Reichsamt dafür zu sorgen hat, daß in den verschiedenen Ländern nach den gleichen Grundsätzen die Aufbereitung durchgeführt wird; es liegt ihm nachher ob, die Zahlen der Länder für das Reich zusammenzustellen und zu veröffentlichen.

Diese Teilung der Arbeit, die sich bereits seit Bestehen des Reiches bewährt hat, ist zweifellos auch billiger und praktischer als wenn auch die Erhebung und die Aufbereitung des Rohmaterials an einer einzigen Stelle konzentriert ist.

Es ist ein Irrtum, hier wie im sonstigen wirtschaftlichen Leben anzunehmen, daß jede Konzentration eine Verbilligung und Verbesserung bedeutet. Mannigfache Schwierigkeiten ergeben sich überhaupt erst bei einer starken Ansammlung der Arbeit. So hat sich bei großen Zählungen fast regelmäßig gezeigt, daß Preußen bei der Durchführung größerer Erhebungen schon infolge seiner Größe mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, die bei den mittleren und kleineren Ländern, nicht in dem Maße hervortreten.

Irrig würde es auch sein anzunehmen, daß hier durch die maschinelle Auszählung eine Änderung eingetreten ist. Selbstverständlich erfordert die maschinelle Auszählung eine bestimmte Größe des Landes. Diese ist aber bereits bei 2 Millionen Einwohner erreicht. Darüber hinaus können nicht mehr verbesserte Maschinen eingestellt werden, sondern die Arbeit nur noch durch Inbetriebnahme einer größeren Zahl gleichartiger Maschinen bewältigt werden.

Also auch von dem finanziellen Standpunkte aus hat sich auch für die heutigen Zeiten das Bestehen der statistischen Landesämter neben dem Reichsamt bewährt.

Für die Bedürfnisse der wissenschaftlichen und praktischen Statistik des Amts ist bereits in den ersten Jahren eine Bibliothek angelegt worden, die heute mit ihren mehr als 200 000 Bänden die größte volkswirtschaftliche Bibliothek Deutschlands ist. In ihr finden sich viele Seltenheiten, unter anderem die meisten statistischen Veröffentlichungen aller Kulturländer in ununterbrochener Reihenfolge. Ihre Benutzung ist durch einen neuen systematischen Katalog erleichtert, so daß sie in steigendem Maße in ihrem Lesesaal von der Allgemeinheit benutzt wird.

Die Ernte in Preußen 1930. — Die Witterungsfaktoren haben auch in diesem Jahre die Ernteergebnisse nicht unwesentlich beeinflußt.

Die junge Herbstsaat ging in kräftigem Zustand in den Winter 1929/1930 hinein. Infolge des milden Winters waren die Auswinterungen gering. Mit der Frühjahrsbestellung konnte rechtzeitig begonnen werden; die Feldbestände machten vom Beginn der Vegetationsperiode an im Wachstum gute Fortschritte. In den für das Getreide entscheidenden Monaten Mai und Juni fielen wenig Niederschläge. Das trockene Wetter artete sogar zu einer Dürreperiode aus, die für die Hackfrüchte verhängnisvoll zu werden schien. Da setzte etwa um die Mitte des Monats Juli eine Regenperiode ein, die sich bis in den September/Oktober hinzog. Wenn sie auch für die Hackfrüchte die entscheidende Wendung brachte, so minderte sie nicht unerheblich Menge und Qualität der Getreideernte.

In den Übersichten 1 bis 3 ist die Ernte der einzelnen Feldfrüchte zahlenmäßig unter Vergleich mit den zurückliegenden Jahren und aufgegliedert nach Provinzen dargestellt worden.

Die Ernte an Brotgetreide ist nur um 0,7 v. H. kleiner als im Vorjahre. Die Qualität ist allerdings geringer.

Brotgetreideernte:

	1930	1929
Winterweizen	20 838 011 dz	17 715 820 dz
Sommerweizen	2 367 650 „	1 973 309 „
Spelz	123 235 „	140 034 „
Winterroggen.	56 630 952 „	60 543 309 „
Sommerroggen	470 200 „	592 681 „
	80 430 048 dz	**80 965 153 dz**

Abnahme 1930 gegenüber 1929 = — 535 105 dz
= — 0,7 v. H.

Der Ernteertrag des Winterweizens ist gegenüber dem des Vorjahres um 17,6 v. H. gestiegen. Das dürfte zunächst mit der um 13,6 v. H. vergrößerten Anbaufläche zusammenhängen. Außerdem ist der Hektarertrag gegenüber 1929 um 0,8 dz gestiegen. Die Erntefläche des Winterweizens ist selbst um 5,4 v. H. größer als die des Jahres 1913 nach dem heutigen Umfang des Staatsgebiets.

Die Sommerweizenernte ist um 20 v. H. gegenüber derjenigen vom Jahre 1929 gestiegen. Auch hier rührt die Steigerung von der um 24 v. H. erhöhten Anbaufläche her. Sie hat allerdings die Ausdehnung des letzten Vorkriegsjahres noch nicht wieder erreicht.

An Winterroggen sind mengenmäßig um 6,5 v. H. weniger geerntet worden als im Vorjahre. Die Erntefläche ist etwa die gleiche geblieben, doch ist der Hektarertrag um 1,1 dz gegenüber 1929 zurückgegangen.

Die Erntemenge des Sommerroggens ist von untergeordneter Bedeutung. Immerhin ist der gegenüber dem Jahre 1929 um 20,7 v. H. verminderte Ernteertrag beachtlich. Der lange Herbst des Vorjahres ermöglichte das Säen des Winterroggens bis in den Monat November hinein. Infolgedessen blieb nur wenig Roggenboden unbestellt. Das ergab einen Rückgang der Sommerroggenanbaufläche um 6,8 v. H. Daneben ist der Hektarertrag um 1,9 dz gegenüber 1929 zurückgegangen.

Der Ernteertrag der Wintergerste zeigt von allen Getreidearten die verhältnismäßig stärkste Steigerung. Gegenüber dem letzten Jahre ist die Ernte mengenmäßig um 30,2 v. H. gestiegen. Das bewirkt der um 12,1 v. H. vergrößerte Anbau und der höhere Hektarertrag. Dieser ist gegenüber 1929 um 3,4 dz gestiegen. Die Zunahme des Wintergerstenanbaues gegenüber dem letzten Vor-



kriegsjahr tritt besonders in die Erscheinung. Die Erntefläche ist gegenüber 1913 um 352,6 v. H. gestiegen, der Gesamternteertrag um 344,4 v H.

Dagegen hat die Sommergerste in diesem Jahr schlechter abgeschnitten. Sie litt zunächst unter der Trockenheit in den Monaten ihrer Entwicklungszeit und mußte im Gegensatz zur Wintergerste, die im allgemeinen noch vor der Mitte Juli einsetzenden Regenperiode eingefahren werden konnte, unter den schwierigsten Witterungsverhältnissen geborgen werden. Die Sommergerste hat somit nicht unbeträchtlich an Menge und Qualität eingebüßt.

Der Ernteertrag ist um 16,3 v. H. kleiner als im Vorjahre. Die Anbaufläche der Vorkriegszeit, die im vorigen Jahre bereits um 2,4 v. H. überschritten wurde, ist in diesem Jahre nicht ganz wieder erreicht worden.

Die Haferernte muß als außergewöhnlich schlecht bezeichnet werden. Sie ist, was den Hektarertrag anbelangt, die schlechteste seit dem Jahre 1924. Die gesamte Haferernte ist um mehr als 1/4 kleiner als diejenige des Vorjahres, obgleich nur 4,1 v. H. weniger Hafer angebaut wurde. Der Ernteausfall gegenüber 1913 beträgt sogar 32,8 v. H. Der Hafer, unsere wichtigste Sommerfrucht, litt zunächst während seiner Hauptwachstumsperiode im allgemeinen unter der damals herrschenden Trockenheit. Zudem verregnete die Ernte vollkommen.

Auch beim Gemenge aus Getreide aller Art hat sich die Trockenheit im Mai und Juni, wie auch die schlechte Witterung während der Erntezeit nachteilig ausgewirkt. Der Ernteertrag ist um 17,7 v. H gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen.

Wenn auch beim Buchweizen der Hektarertrag um 1,3 dz gegenüber 1929 gestiegen ist, so ist doch die Erntemenge, mit der vorjährigen verglichen, um 13,3 v. H. zurückgegangen, weil die Anbaufläche eine nicht unerhebliche Verminderung — um 23 v. H. — erfahren hat.

Die Ernte an Hülsenfrüchten ist gegenüber der des vergangenen Jahres schlechter ausgefallen. Das ist zunächst auf einen Rückgang des Hektarertrages, weiter auch auf eine verminderte Anbaufläche dieser Feldfrüchte gegenüber 1929 zurückzuführen. Selbst bei den Lupinen, beim Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne und mit Getreide ist trotz der nicht unerheblichen Vergrößerung der Anbauflächen bedeutend weniger als im Vorjahr geerntet worden.

Die Frühkartoffelernte ist mengenmäßig etwa genau so ausgefallen wie im Jahre 1929, obschon ein geringer Rückgang der Anbaufläche festgestellt werden muß.

Die Spätkartoffelernte ergibt trotz des Rückgangs der Anbaufläche um 1,5 v. H. immerhin den bedeutenden Mehrertrag von 21,9 v. H. gegenüber 1929.

Bei den Zuckerrüben ist der Mehrertrag verhältnismäßig noch größer, weil einmal die Anbaufläche gegenüber 1929 um 5,3 v. H. vergrößert wurde, dann aber auch der Hektarertrag von 246,1 dz im Jahre 1929 auf 310,8 dz 1930 gestiegen ist. Somit ergibt sich eine beträchtliche Mehrernte von 33,0 v. H.

Bei den Futterrüben liegen die Verhältnisse ähnlich. Auch die Erntemenge der Kohlrüben ist um 13,4 v. H. gestiegen.

Trotz des Rückgangs der Mohrrübenanbaufläche um 6,6 v. H. und der Weißkohlanbaufläche um 4,0 v. H. sind die Gesamterntemengen gegenüber 1929 bei den Mohrrüben um 17,9 v. H., beim Weißkohl um 23,7 v. H. gestiegen. Das ist auf die beträchtliche Steigerung der Hektarerträge dieser Feldfrüchte zurückzuführen. Die verhältnismäßig größte Ernteertragszunahme von allen Feldfrüchten ist bei den Zwiebeln festzustellen. Hier sind auf den ha um 75,5 dz mehr Zwiebeln geerntet worden als im Vorjahre. Obgleich die Anbaufläche nur um 8,3 v. H. vergrößert wurde, ergibt sich immerhin eine Erntezunahme von 53,4 v. H. Der Ernteertrag der Ölfrüchte ist um 14,4 v. H. zurückgegangen. Das liegt lediglich an der um 14,5 v. H. verringerten Anbaufläche. Die Hektarerträge sind gegenüber dem Vorjahr die gleichen geblieben. Die Heuernte an Klee, an Luzerne und an Gräsern überragt die vorjährige mengenmäßig ganz bedeutend. Das ist einmal auf die höheren Hektarerträge gegenüber dem Vorjahr, dann aber auch auf die Vergrößerung der Grünlandflächen zurückzuführen. Die Qualität der Heuernte läßt allerdings zu wünschen übrig.

(Übersicht 1) Hektarerträge in Doppelzentnern

	1930	1929	1928	1927	1926	1925	1924	1913 [1]	1909 bis 1913 [1]
Winterweizen	22,6	21,8	23,4	19,4	17,2	22,6	17,7	25,5	23,1
Sommerweizen	22,0	22,7	23,9	19,8	17,7	19,7	19,1	25,4	23,7
Spelz	11,6	12,8	13,0	11,6	11,3	13,1	9,7	16,0	15,0
Winterroggen	16,1	17,2	18,5	14,4	13,7	17,4	13,6	19,2	18,4
Sommerroggen	11,4	13,3	13,9	11,6	11,8	12,1	11,3	13,4	12,4
Wintergerste	24,4	21,0	25,6	23,5	21,4	25,6	20,3	24,9	22,2
Sommergerste	19,3	21,8	23,2	18,6	17,1	19,2	18,9	23,6	
Hafer	16,6	21,6	20,9	18,8	18,8	17,3	16,9	22,3	20,4
Erbsen	14,6	15,8	16,5	13,9	12,5	13,9	14,7	.	.
Acker- (Sau-) bohnen	17,0	18,6	19,1	16,4	16,4	13,4	17,7	.	.
Wicken	12,8	14,3	15,0	13,2	13,7	13,0	13,0	.	.
Frühkartoffeln	123,6	123,6	122,7	112,2	117,6	153,4	140,1	167,9	147,0
Spätkartoffeln	178,1	144,0	154,7	136,6					
Zuckerrüben	310,8	246,1	243,3	250,4	261,1	261,3	262,3	302,6	304,2
Futterrüben (Runkeln)	449,8	352,2	347,5	360,4	370,5	397,6	356,7	425,7	427,2
Kohlrüben	306,4	271,4	345,6	298,8	358,2	341,6	322,3	.	.
Winterraps und Rübsen	14,0	14,0	14,1	13,8	11,9	14,7	12,3	15,0	15,9
Klee	51,5	42,7	42,7	51,5	45,7	46,2	46,8	55,9	47,4
Luzerne	64,1	46,7	47,5	61,9	59,6	54,5	52,1	63,5	56,4
Be- u. Entwäss.-Wiesen	54,3	44,1	46,3	51,0	52,9	51,6	50,3	57,9	51,8
Andere Wiesen	40,9	33,5	34,2	40,3	40,3	37,7	39,5	44,6	39,1

[1]) umgerechnet auf das jetzige Staatsgebiet.

(Übersicht 2)

Staat — Provinzen	Hektarerträge in dz von: Winterweizen	Winterroggen	Sommergerste	Hafer	Frühkartoffeln	Spätkartoffeln	Zuckerrüben	Runkelrüben	Kohlrüben	Klee	gewöhnlichen Wiesen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Staat	**22,6**	**16,1**	**19,3**	**16,6**	**123,6**	**178,1**	**310,8**	**449,8**	**306,4**	**51,5**	**40,9**
Provinzen.											
Ostpreußen	19,2	14,8	16,5	15,5	119,1	145,9	288,9	414,2	374,2	49,4	39,1
Brandenburg	22,3	14,2	18,6	12,1	119,2	191,4	309,0	463,9	300,3	44,2	39,1
Stadt Berlin	21,2	16,7	16,4	13,5	118,0	178,5	280,0	522,1	223,9	46,4	41,1
Pommern	23,2	15,1	18,4	15,2	112,8	173,6	272,3	340,7	184,5	43,0	39,2
Grenzmark Posen-Westpreußen	19,0	12,2	15,2	10,9	122,1	172,9	333,2	396,6	260,7	36,6	38,1
Niederschlesien	20,2	15,4	19,7	14,7	108,4	182,9	308,4	433,9	329,2	48,4	36,0
Oberschlesien	19,9	16,1	19,9	14,6	99,1	176,6	312,0	424,7	317,8	46,5	33,2
Sachsen	25,4	17,4	23,1	17,6	130,3	200,0	310,7	438,2	358,6	53,1	38,8
Schleswig-Holstein	29,4	18,1	21,7	21,4	122,6	165,3	297,2	501,2	419,4	52,6	39,9
Hannover	27,3	18,6	19,9	20,3	146,5	187,6	319,8	418,1	320,6	56,3	43,1
Westfalen	21,7	18,9	16,4	16,9	134,3	172,0	256,0	473,4	352,0	63,6	45,5
Hessen-Nassau	21,2	18,1	17,0	18,6	129,6	175,9	273,3	422,8	280,3	62,1	46,5
Rheinprovinz	20,6	17,7	18,8	18,8	133,6	163,1	354,5	518,5	308,9	62,8	48,4
Hohenzoll. Lande	13,5	13,4	9,8	9,0	79,9	111,2	—	270,5	242,3	59,0	56,3

Die Ernte der wichtigsten Fruchtarten in Preußen in den Jahren 1930, 1929 und 1913.

(Übersicht 3)

Fruchtarten	Ernte 1930 Erntefläche ha	Ernte 1930 Ernteertrag vom ha dz	Ernte 1930 Ernteertrag im ganzen dz	Ernte 1929 Erntefläche ha	Ernte 1929 Ernteertrag vom ha dz	Ernte 1929 Ernteertrag im ganzen dz	Ernte 1913 Erntefläche ha	Ernte 1913 Ernteertrag vom ha dz	Ernte 1913 Ernteertrag im ganzen dz
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Winterweizen	922 881	22,6	20 838 011	812 104	21,8	17 715 820	875 581	25,5	22 308 181
Sommerweizen	107 750	22,0	2 367 650	86 913	22,7	1 973 309	135 263	25,4	3 434 898
Spelz, Emer, Einkorn	10 650	11,6	123 235	10 902	12,8	140 034	16 749	16,0	268 330
Winterroggen	3 514 048	16,1	56 630 952	3 520 798	17,2	60 543 309	3 804 704	19,2	73 187 090
Sommerroggen	41 406	11,4	470 200	44 425	13,3	592 681	46 466	13,4	623 731
Wintergerste	138 116	24,4	3 372 489	123 154	21,0	2 590 088	30 522	24,9	758 931
Sommergerste	647 435	19,3	12 510 057	685 388	21,8	14 937 888	669 148	23,6	15 798 146
Hafer	2 310 693	16,6	38 384 355	2 408 720	21,6	52 106 399	2 558 836	22,3	57 105 282
Gemenge aus Getreide aller Art	261 367	15,9	4 162 143	268 724	18,8	5 055 912	.	.	.
Buchweizen	11 873	12,0	142 489	15 417	10,7	164 327	.	.	.
Erbsen	63 598	14,6	925 385	66 969	15,8	1 059 651	.	.	.
Speisebohnen	4 781	15,3	73 114	5 199	15,0	77 729	.	.	.
Ackerbohnen	49 647	17,0	845 599	51 039	18,6	949 877	.	.	.
Wicken	27 141	12,8	346 822	27 761	14,3	397 531	.	.	.
Lupinen	28 427	8,4	239 949	25 625	11,1	284 196	.	.	.
Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide	28 824	12,4	357 471	27 782	15,8	437 800	.	.	.
„ „ „ mit „	90 410	14,8	1 334 272	83 464	17,9	1 496 303	.	.	.
Frühkartoffeln	165 520	123,6	20 463 700	165 728	123,6	20 477 994	} 1 819 289	167,9	305 489 958
Spätkartoffeln	1 679 680	178,1	299 198 818	1 704 751	144,0	245 443 345	}		
Zuckerrüben	364 284	310,8	113 229 811	345 915	246,1	85 140 338	345 183	302,6	104 461 030
Futterrüben (Runkeln)	375 598	449,8	168 931 020	370 360	352,2	130 423 757	298 307	425,7	126 982 659
Kohlrüben	189 507	306,4	58 066 170	188 607	271,4	51 192 087	.	.	.
Mohrrüben	17 645	267,2	4 714 828	18 884	211,7	3 998 056	.	.	.
Weißkohl	19 661	356,5	7 009 868	20 482	276,8	5 668 734	.	.	.
Zwiebeln	3 766	256,7	966 904	3 478	181,2	630 264	.	.	.
Raps und Rübsen	7 765	14,0	108 591	9 086	14,0	126 925	17 957	15,0	269 271
Klee, auch mit Beimischung von Gräsern	1 021 683	51,5	52 595 572	1 002 393	42,7	42 849 976	1 076 707	55,9	60 165 757
Luzerne	111 479	64,1	7 148 320	104 231	46,7	4 864 657	84 997	63,5	5 395 536
Be- (Ent-) wässerungswiesen	117 844	54,3	6 401 034	115 962	44,1	5 111 619	97 364	57,9	5 639 910
Andere Wiesen	2 674 904	40,9	109 292 949	2 685 063	33,5	89 931 957	2 681 357	44,6	119 508 860

(Fortsetzung)

Fruchtarten	1930 gegen 1929 mehr (+), weniger (—) Erntefläche ha	Erntefläche v. H.	Ernteertrag dz	Ernteertrag v. H.	1930 gegen 1913 mehr (+), weniger (—) Erntefläche ha	Erntefläche v. H.	Ernteertrag dz	Ernteertrag v. H.
1	11	12	13	14	15	16	17	18
Winterweizen	+ 110 777	+ 13,6	+ 3 122 191	+ 17,6	+ 47 300	+ 5,4	— 1 470 170	— 6,6
Sommerweizen	+ 20 837	+ 24,0	+ 394 341	+ 20,0	— 27 513	— 20,3	— 1 067 248	— 31,1
Spelz, Emer, Einkorn	— 252	— 2,3	— 16 799	— 12,0	— 6 099	— 36,4	— 145 095	— 54,1
Winterroggen	— 6 750	— 0,2	— 3 912 357	— 6,5	— 290 656	— 7,6	— 16 556 138	— 22,6
Sommerroggen	— 3 019	— 6,8	— 122 481	— 20,7	— 5 060	— 10,9	— 153 531	— 24,6
Wintergerste	+ 14 962	+ 12,1	+ 782 401	+ 30,2	+ 107 594	+ 352,5	+ 2 613 558	+ 344,4
Sommergerste	— 37 953	— 5,5	— 2 427 831	— 16,3	— 21 713	— 3,2	— 3 288 089	— 20,8
Hafer	— 98 027	— 4,1	— 13 722 044	— 26,3	— 248 143	— 9,7	— 18 720 927	— 32,8
Gemenge aus Getreide aller Art	— 7 357	— 2,7	— 893 769	— 17,7	.	.	.	.
Buchweizen	— 3 544	— 23,0	— 21 838	— 13,3	.	.	.	.
Erbsen	— 3 371	— 5,0	— 134 266	— 12,7	.	.	.	.
Speisebohnen	— 418	— 8,0	— 4 615	— 5,9	.	.	.	.
Ackerbohnen	— 1 392	— 2,7	— 104 278	— 11,0	.	.	.	.
Wicken	— 620	— 2,2	— 50 709	— 12,8	.	.	.	.
Lupinen	+ 2 802	+ 10,9	— 44 247	— 15,6	.	.	.	.
Gemenge aus Hülsenfrüchten ohne Getreide	+ 1 042	+ 3,8	— 80 329	— 18,3	.	.	.	.
„ „ „ mit „	+ 6 946	+ 8,3	— 162 031	— 10,8	.	.	.	.
Frühkartoffeln	— 208	— 0,1	— 14 294	— 0,1	} — 139 609	— 7,7	— 6 291 140	— 2,1
Spätkartoffeln	— 25 071	— 1,5	+ 53 755 473	+ 21,9	}			
Zuckerrüben	+ 18 369	+ 5,3	+ 28 089 473	+ 33,0	+ 19 101	+ 5,5	+ 8 768 781	+ 8,4
Futterrüben (Runkeln)	+ 5 238	+ 1,4	+ 38 507 263	+ 29,5	+ 77 291	+ 25,9	+ 41 948 361	+ 33,0
Kohlrüben	+ 900	+ 0,5	+ 6 874 083	+ 13,4	.	.	.	.
Mohrrüben	— 1 239	— 6,6	+ 716 772	+ 17,9	.	.	.	.
Weißkohl	— 821	— 4,0	+ 1 341 134	+ 23,7	.	.	.	.
Zwiebeln	+ 288	+ 8,3	+ 336 640	+ 53,4	.	.	.	.
Raps und Rübsen	— 1 321	— 14,5	— 18 334	— 14,4	— 10 192	— 56,8	— 160 680	— 59,7
Klee, auch mit Beimischung von Gräsern	+ 19 290	+ 1,9	+ 9 745 596	+ 22,7	— 55 024	— 5,1	— 7 570 185	— 12,6
Luzerne	+ 7 248	+ 7,0	+ 2 283 663	+ 46,9	+ 26 482	+ 31,2	+ 1 752 784	+ 32,5
Be- (Ent-) wässerungswiesen	+ 1 882	+ 1,6	+ 1 289 415	+ 25,2	+ 20 480	+ 21,0	+ 761 124	+ 13,5
Andere Wiesen	— 10 159	— 0,4	+ 19 360 992	+ 21,5	— 6 453	— 0,2	— 10 215 911	— 8,5

Die Ergebnisse der preußischen Weinbaustatistik für 1929.

a) Das Rebland.

Das Anbaugebiet der Weinrebe umfaßte 1929 im Freistaat Preußen 18 568,2 ha gegenüber 18 584,7 ha im Jahre 1928. Das sind 0,1 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche oder 0,063 v. H. der gesamten Fläche Preußens.

Von der Rebfläche waren 15 626,5 ha oder 84,2 v. H ertragsfähig. Der beachtenswerte Rückgang der ertragsfähigen Rebfläche gegenüber 1928 (über 700 ha) ist auf den überaus strengen Winter 1928/29 zurückzuführen.

Die Verteilung der Anbauflächen der Weinrebe ergibt sich aus Übersicht 1.

Es entfielen in Hektar

(Übersicht 1)

auf die Regierungsbezirke	Rebland überhaupt	im Ertrage: mit weißem Gewächs	im Ertrage: mit rotem Gewächs	im Ertrage: zusammen	nicht im Ertrage
Potsdam	1,0	0,2	0,6	0,8	0,2
Frankfurt	50,8	3,0	4,0	7,0	43,8
Schneidemühl . .	10,0	1,5	1,5	3,0	7,0
Liegnitz	239,4	129,6	29,0	158,6	80,8
Merseburg	250,9	60,8	24,8	85,6	165,3
Erfurt	1,5	1,0	—	1,0	0,5
Kassel	2,3	1,0	—	1,0	1,3
Wiesbaden . . .	3 593,6	2 700,7	42,2	2 742,9	850,7
Koblenz	8 845,2	6 797,7	556,8	7 354,5	1 490,7
Köln	70,4	40,8	14,0	54,8	15,6
Trier	5 503,1	5 213,8	3,5	5 217,3	285,8
Staat 1929 . .	18 568,2	14 950,1	676,4	15 626,5	2 941,7
„ *1928* . .	*18 584,7*	*15 573,2*	*800,4*	*16 373,6*	*2 211,1*.

Danach ist in nur 11 von 35 preußischen Regierungsbezirken Rebland vorhanden. Dieses erstreckt sich über 465 Gemeinden, von denen 272 eigentliche Weingemeinden sind, d. h. solche, in denen die Ertragsfläche je 10 ha und mehr beträgt. Von einem ausgesprochenen Weinbaugebiet kann man allerdings nur am Mittelrhein und an den in diesen Rheinabschnitt mündenden Nebenflüssen sprechen. Diese Gebiete gehören zu den Regierungsbezirken Wiesbaden, Koblenz und Trier.

Nach Bayern hat Preußen das größte Weinbaugebiet aller deutschen Freistaaten, wie das aus Übersicht 2 ersichtlich ist.

(Übersicht 2)

	Rebfläche ha	v. H. des ganzen Gebietes	Anteil an der Reichsrebfläche v. H.
Preußen	18 568	0,063	22,81
Bayern	21 206	0,281	26,05
Württemberg	11 822	0,606	14,53
Baden	14 451	0,959	17,75
Hessen	15 065	1,959	18,51
Sachsen	173	0,012	0,21
Thüringen	114	0,010	0,14
Deutsches Reich 1929 . .	81 401	0,174	100,00
„ „ *1928* . .	*81 306*	*0,174*	*100,00*.

Die hier wiedergegebenen Zahlen über den preußischen Weinbau gelten für das gegenwärtige Staatsgebiet. Sie können mit denen der Vorkriegsjahre verglichen werden, da die Rebfläche in den abgetretenen preußischen Gebieten und im Saarland im Jahre 1913 überaus gering und insgesamt nur 89 ha groß war.

Der Weinbau kann nur unter bestimmten geologischen und klimatischen Vorbedingungen betrieben werden. Infolgedessen hat sich seine Ausdehnung in den letzten 50 Jahren nicht sehr beträchtlich verändert. In den einzelnen Anbaugebieten sind jedoch z. T. erhebliche Änderungen festzustellen. Übersicht 3 gibt diese seit dem Jahre 1878 zahlenmäßig wieder.

(Übersicht 3)

in den Regierungsbezirken	Die Rebfläche betrug in Hektar: 1878	1893	1913	1925	1926	1927	1928	1929
Wiesbaden, Koblenz und Trier	16 008	16 850	18 341	17 841	17 948	17 851	17 895	17 942
im übrigen Staatsgebiet	4 010	3 544	1 752	803	814	712	690	626
überhaupt . . .	20 018	20 394	20 093	18 644	18 762	18 563	18 585	18568.

Die ausgesprochenen Weinbaugebiete in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Koblenz und Trier haben demnach seit 1878 eine Zunahme von 1 934 ha Rebland zu verzeichnen. Davon entfallen auf Trier 1 750 ha, auf Koblenz 110 ha und auf Wiesbaden 74 ha.

Die Rebflächen der übrigen Weinbaugebiete sind insgesamt um 84,4 v. H. seit dem Jahre 1878 zurückgegangen.

(Übersicht 4)

Weinbaugebiete	1909 im ganzen	1909 davon Weißwein	1909 davon Rotwein	1914 im ganzen	1914 davon Weißwein	1914 davon Rotwein	1919 im ganzen	1919 davon Weißwein	1919 davon Rotwein	1924 im ganzen	1924 davon Weißwein	1924 davon Rotwein	1929 im ganzen	1929 davon Weißwein	1929 davon Rotwein	1929 gegen 1909 mehr (+), weniger (—): im ganzen	davon Weißwein	davon Rotwein	vom Hundert im ganzen	vom Hundert Weißwein	vom Hundert Rotwein
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1. Gebiet (Reg.-Bez. Frankfurt, Schneidemühl u. Liegnitz)	1 588	734	854	1 001	562	439	638	429	209	365	249	116	169	134	35	—1419	— 600	— 819	—89,4	—81,7	—95,9
2. Gebiet (Reg.-Bez. Potsdam u. einige Kreise des Reg.-Bez. Merseburg)	102	40	62	52	26	26	41	21	20	32	16	16	15	7	8	— 87	— 33	— 54	—85,3	—82,5	—87,1
3. Saale- u. Unstrutgebiet	358	305	53	276	235	41	103	90	13	137	122	15	71	54	17	— 287	— 251	— 36	—74,5	—82,3	—67,9
4. Maingebiet . . .	209	204	5	138	136	2	120	118	2	96	91	5	106	104	2	— 103	— 100	— 3	—49,3	—49,0	—60,0
5. Rheingau	2 180	2 147	33	2 251	2 217	34	2 317	2 282	35	2 265	2 192	73	2 201	2 165	36	+ 21	+ 18	+ 3	+ 1,0	+ 0,8	+ 9,1
6. Rheingebiet außer Rheingau	2 434	2 051	383	2 099	1 875	224	2 020	1 828	192	1 969	1 850	119	1 765	1 677	88	— 669	— 374	— 295	—27,5	—18,2	—77,0
7. Nahegebiet	3 068	3 030	38	3 059	3 043	16	2 655	2 612	43	2 942	2 885	57	2 823	2 793	30	— 245	— 237	— 8	— 8,0	— 7,8	—21,1
8. Mosel-, Saar-, Ruwergebiet . . .	6 796	6 792	4	7 396	7 392	4	7 967	7 967	.	7 823	7 822	1	7 905	7 902	3	+1109	+1110	— 1	+16,3	+16,3	—25,0
9. Ahrgebiet	794	64	730	664	72	592	612	57	555	543	73	470	547	91	456	— 247	+ 27	— 274	—31,1	+42,2	—37,5
10. Lahngebiet	35	29	6	40	35	5	29	25	4	30	28	2	22	21	1	— 13	— 8	— 5	—37,1	—27,6	—83,3
11. Gebiet (Reg.-Bez. Erfurt, Kassel sowie Obertaunuskreis)	37	27	10	10	8	2	1	1	.	1	1	.	2	2	.	— 35	— 25	— 10	—94,6	—92,6	—100,0
zusammen . . .	17601	15423	2178	16986	15601	1385	16503	15430	1073	16203	15 329	874	15 626	14 950	676	—1975	— 473	—1502	— 11,2	— 3,1	—69,0.

In der Übersicht 4 ist die Veränderung des Umfanges der ertragsfähigen Rebfläche für die einzelnen Weingebiete in den letzten 20 Jahren, und zwar in fünfjährigen Zwischenräumen wiedergegeben worden.

Danach hat im Staatsdurchschnitt die ertragsfähige Anbaufläche des weißen Gewächses 3,1 v. H. seit 1909, die des roten aber 69 v. H. eingebüßt, was mit der Bevorzugung ausländischer Rotweine in Deutschland zusammenhängen dürfte.

Typisch für die Entwicklung des Weinbaus in Preußen seit den letzten 20 Jahren ist der von Jahrfünft zu Jahrfünft festzustellende starke Rückgang der ertragsfähigen Rebflächen in den nicht ausgesprochenen Weingebieten.

Das am weitesten östlich gelegene Gebiet in den Regierungsbezirken Frankfurt, Schneidemühl und Liegnitz umfaßte im Jahre 1909 im ganzen noch 1 588 ha ertragsfähiges Rebland. Es stand also damals mit nur rund 600 ha hinter dem Rheingaugebiet zurück. Heute beträgt die Rebfläche in diesem östlichen Distrikt im ganzen nur noch 169 ha.

Eine ähnliche Entwicklung hat der Weinbau im Regierungsbezirk Potsdam und einigen Kreisen des Regierungsbezirks Merseburg durchgemacht. Nicht anders liegen die Verhältnisse im Saale-Unstrutgebiet und in den Regierungsbezirken Erfurt und Kassel.

Die Veränderungen der Anbauflächen in den ausgesprochenen Weingebieten dürften auf konjunkturmäßige Schwankungen zurückzuführen sein, die sich in den einzelnen Gegenden mehr oder weniger stark auswirkten. Nur das Mosel-, Saar- und Ruwergebiet zeigt im Verlauf der letzten 20 Jahre im allgemeinen eine Zunahme der Rebfläche. Sie ist im letzten Jahrfünft um 16,3 v. H. größer geworden.

b) Die Mosternte.

Wetter und Wachstumsbedingungen waren nach dem strengen Winter 1928/29, der vielen älteren Kulturen beträchtlich geschadet hatte, im Jahre 1929 für die Reben günstig. Über den Mostertrag und dessen Preisgestaltung gibt die Übersicht 5 Aufschluß.

Es entfallen auf

(Übersicht 5)

Weinbaugebiet	Ertragsfläche ha	Mostertrag überhaupt hl	Mostertrag überhaupt Reichsmark	Mostertrag vom Hektar hl	Mostertrag vom Hektar Reichsmark	Wert eines Hektoliters Reichsmark
Weiß- und Rotweine zusammen:						
1.	168,6	771	69 215	4,6	410,5	89,8
2.	15,4	47	4 341	3,1	281,9	92,4
3.	71,0	498	39 602	7,0	557,8	79,5
4.	106,4	2 255	166 177	21,2	1 561,8	73,7
5.	2 201,1	54 961	4 106 878	25,0	1 865,8	74,7
6.	1 765,3	41 021	2 797 993	23,2	1 585,0	68,2
7.	2 822,6	91 956	4 003 625	32,6	1 418,4	43,5
8.	7 905,5	290 723	21 050 510	36,8	2 662,8	72,4
9.	546,7	13 173	964 606	24,1	1 764,4	73,2
10.	21,9	760	48 298	34,7	2 205,4	63,6
11.	2,0	6	300	3,0	150,0	50,0
zus. 1929	**15 626,5**	**496 171**	**33 251 545**	**31,8**	**2 127,9**	**67,0**
„ 1928	16 373,6	394 482	42 369 624	24,1	2 587,7	107,4
Weißweine:						
1.	134,1	601	54 115	4,5	403,5	90,0
2.	7,0	23	2 095	3,3	299,3	91,1
3.	54,0	352	28 031	6,5	519,1	79,6
4.	104,6	2 213	163 027	21,2	1 558,6	73,7
5.	2 164,6	54 510	4 026 598	25,2	1 860,2	73,9
6.	1 677,5	38 106	2 624 873	22,7	1 564,8	68,9
7.	2 792,9	90 802	3 965 403	32,5	1 419,8	43,7
8.	7 902,0	290 719	21 050 390	36,8	2 663,9	72,4
9.	90,6	2 235	151 522	24,7	1 672,4	67,8
10.	20,8	739	46 912	35,5	2 255,4	63,5
11.	2,0	6	300	3,0	150,0	50,0
zus. 1929	**14 950,1**	**480 306**	**32 113 266**	**32,1**	**2 148,0**	**66,9**
„ 1928	15 573,2	383 100	40 988 718	24,6	2 632,0	107,0
Rotweine:						
1.	34,5	170	15 100	4,9	437,7	88,8
2.	8,4	24	2 246	2,9	267,4	93,6
3.	17,0	146	11 571	8,6	680,6	79,3
4.	1,8	42	3 150	23,3	1 750,0	75,0
5.	36,5	451	80 280	12,4	2 199,5	178,0
6.	87,8	2 915	173 120	33,2	1 971,8	59,4
7.	29,7	1 154	38 222	38,9	1 286,9	33,0
8.	3,5	4	120	1,1	34,3	30,0
9.	456,1	10 938	813 084	24,0	1 782,7	74,3
10.	1,1	21	1 386	19,1	1 260,0	66,0
11.	—	—	—	—	—	—
zus. 1929	**676,4**	**15 865**	**1 138 279**	**23,5**	**1 682,6**	**71,7**
„ 1928	800,4	11 382	1 380 906	14,2	1 725,3	121,3.

Im Staatsdurchschnitt sind also von der ertragsfähigen Rebfläche, die immerhin um 700 ha kleiner war als 1928, trotzdem über etwa 100 000 hl, das sind 25,8 v. H. mehr an Most (roter und weißer zusammen) als im Vorjahr geerntet worden.

Beim Weißwein ergibt sich im Staatsdurchschnitt ein Hektarertrag von 32,1 hl, das sind 30,5 v. H. mehr als im Jahre 1928. Über dem Staatsdurchschnitt liegt der Hektarertrag in dem Nahe-, Mosel-, Saar-, Ruwer- und Lahngebiet. In den übrigen Weinbaugebieten werden z. T. nicht einmal 10 hl von der Flächeneinheit geerntet.

An Rotwein ist im Staatsdurchschnitt beträchtlich weniger als Weißwein vom ha eingebracht worden, nämlich 23,5 hl. Immerhin sind das 65,5 v. H. mehr als 1928. Über dem Staatsdurchschnitt liegende Hektarerträge sind im Rheingebiet (außer Rheingau), im Nahe- und Ahrgebiet erzielt worden.

Der Geld-Bruttoertrag vom ha ist im Staatsdurchschnitt für Weiß- und Rotwein zusammen gegenüber 1928 um 17,8 v. H. zurückgegangen. Der höchste Bruttoertrag an Weißwein vom ha ist im Mosel-, Saar- und Ruwergebiet erzielt worden, an Rotwein im Reingaugebiet.

(Übers. 6)

Im Jahre	Weingemeinden (je 10 ha u. mehr)	Mostertrag[1] von Hektaren	Mostertrag[1] überhaupt hl	Mostertrag[1] im Gesamtwerte RM	Durchschnitts-Ertrag vom Hektar hl	Durchschnitts-Preis für das Hektoliter RM
1911 .	237	17 100	537 197	44 136 256	31,4	82,2
1912 .	236	17 101	422 558	21 511 808	24,7	50,9
1913 .	233	17 216	218 264	15 925 798	12,7	73,0
1914 .	236	16 986	223 302	11 683 994	13,1	52,3
1915 .	228	16 429	737 905	44 390 575	44,9	60,2
1916 .	225	16 392	262 264	38 854 540	16,0	148,1
1917 .	213	16 618	566 316	207 519 141	34,1	366,4
1918 .	218	16 537	543 888	111 315 285	32,9	204,7
1919 .	282	16 503	394 060	389 183 677	23,9	987,6
1920 .	289	16 705	603 172	758 224 037	36,1	1 257,1
1921 .	281	16 516	496 377	853 933 437	30,1	1 720,3
1922 .	287	16 542	682 280	12 459 629 768	41,2	18 261,8
1923 .	287	16 614	110 760	*) 5 752 965	6,7	*) 51,9
1924 .	277	16 202	536 188	**) 29 581 803	33,1	**) 55,2
1925 .	282	16 156	427 280	18 721 144	26,4	43,8
1926 .	279	16 041	182 657	17 771 969	11,4	97,3
1927 .	274	16 305	311 946	40 605 858	19,1	130,2
1928 .	273	16 374	394 482	42 369 624	24,1	107,4
1929 .	272	15 626	496 171	33 251 545	31,8	67,0.

*) Goldmark, **) seit 1924 Reichsmark. — [1]) aus sämtl. Weingemeinden.

Wie die Gegenüberstellung der Ernteergebnisse seit dem Jahre 1911 in der Übersicht 6 zeigt, kann der Jahrgang 1929 mit zu den ergiebigsten gerechnet werden.

(Übersicht 7) Weinbaugebiet	Weißes Gewächs sehr gut	gut	mittel	gering	sehr gering	Rotes Gewächs sehr gut	gut	mittel	gering	sehr gering
1929 1 . . .	8,9	90,4	0,7	—	—	4,6	92,3	3,1	—	—
2 . . .	77,8	11,1	5,6	5,5	—	75,0	12,5	6,3	6,2	—
3 . . .	38,6	57,2	3,9	0,3	—	83,6	15,6	0,8	—	—
4 . . .	2,8	95,3	1,8	0,1	—	—	100,0	—	—	—
5 . . .	15,8	84,2	—	—	—	—	100,0	—	—	—
6 . . .	1,1	90,6	8,3	—	—	0,5	83,2	16,3	—	—
7 . . .	16,0	79,3	4,7	—	—	17,3	42,8	39,9	—	—
8 . . .	10,0	65,0	24,4	0,3	0,2	—	100,0	—	—	—
9 . . .	—	96,8	3,1	0,1	—	0,1	99,7	0,2	—	—
10 . . .	—	66,9	33,1	—	—	—	100,0	—	—	—
11 . . .	—	100,0	—	—	—	—	—	—	—	—
Staat 1929 .	**11,2**	**72,0**	**16,4**	**0,2**	**0,2**	**2,3**	**91,9**	**5,8**	**0,0**	**—**
„ 1928 .	0	49	50	1	0	1	30	62	4	3
„ 1927 .	—	14	75	10	1	—	42	26	31	1
„ 1926 .	1	28	65	5	1	3	47	49	1	—
„ 1925 .	—	8	77	14	1	—	20	72	5	3
„ 1924 .	—	5	64	28	3	—	6	60	34	—
„ 1923 .	—	9	40	41	10	—	1	88	10	1
„ 1922 .	—	5	66	28	1	—	3	86	10	1
„ 1921 .	82	18	—	—	—	65	31	4	—	—
„ 1920 .	10	64	25	1	—	1	28	68	2	1
„ 1919 .	—	10	65	23	2	—	11	79	9	1
„ 1918 .	1	7	73	19	—	—	20	76	4	—
„ 1917 .	57	39	3	1	—	66	33	1	—	—
„ 1916 .	—	6	55	33	6	—	15	77	6	2
„ 1915 .	41	52	7	—	—	1	18	81	—	—
„ 1914 .	—	11	81	7	1	13	43	44	—	—
„ 1913 .	2	19	64	14	1	—	3	84	13	—
„ 1912 .	—	4	53	31	12	—	12	56	21	11
„ 1911 .	33	59	8	—	—	10	69	21	—	—.

Was die Qualität anbelangt, so steht das weiße Gewächs im Staatsdurchschnitt den Jahrgängen 1911, 1915, 1917 und 1921 nicht viel nach. Die Güte des roten Gewächses liegt beträchtlich über dem längjährigen Mittel. Die von den Winzern erzielten Preise bleiben jedoch erheblich hinter denen des Vorjahres zurück. Die Preisangebote sollen die Gestehungskosten nicht decken. Der Absatz stockt. Dies wird, nach Ansicht der Winzer, durch die allgemeine schlechte Wirtschaftlage und durch den Import billiger Auslandsweine verursacht.

An Trauben sind 22 346 dz zum Keltern an anderem Ort verkauft worden. 110 dz wurden zur Essigfabrikation, zum Verspeisen usw. abgesetzt. Pro Doppelzentner wurden dafür je nach Güte der Trauben 25,00 bis 75,00 RM erzielt. Der Durchschnittspreis stellte sich auf 46,46 RM gegenüber 83,40 im Jahre 1928 und 30,00 RM im Jahre 1913.

Die Ergebnisse der preußischen Weinbaustatistik für das Jahr 1930.

a) Das Rebland.

Die preußische Rebfläche, die seit Jahren insgesamt nicht nennenswerten Veränderungen unterworfen war, weist auch 1930 mit 18 595,8 ha Ausdehnung (d. i. etwa 0,1 v. H. der landwirtschaftlich genutzten Fläche oder 0,063 v. H. der gesamten Fläche Preußens) nur eine unwesentliche Zunahme gegenüber 1929 (18 568,2 ha) auf.

Das im Ertrage stehende Rebland hat allerdings im Berichtsjahr um etwa 250 ha gegen das Vorjahr zugenommen. Dadurch sind 1930 85,4 v. H. der gesamten Anbaufläche der Weinrebe ertragsfähig gegenüber 84,2 im Vorjahre. Diese Zunahme dürfte auf die Bemühungen der Winzer zurückzuführen sein, die Frostschäden des harten Winters 1928/29 durch Nachwuchs nach und nach auszugleichen.

Die Verteilung der Anbaugebiete der Weinrebe im Freistaat Preußen ergibt sich aus der Übersicht 1.

Danach ist nur in 11 von 35 preußischen Regierungsbezirken Rebland vorhanden. Von einem ausgesprochenen Weinbaugebiet kann man allerdings lediglich am Mittelrhein und an den in diesen Rheinabschnitt mündenden Nebenflüssen sprechen. Diese Gebiete liegen in erster Linie in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Koblenz und Trier.

Es entfielen in Hektar

(Übersicht 1) auf die Regierungsbezirke	Rebland überhaupt	im Ertrage mit weißem Gewächs	im Ertrage mit rotem Gewächs	im Ertrage zusammen	nicht im Ertrage
Potsdam	1,0	0,2	0,6	0,8	0,2
Frankfurt	41,7	13,0	10,7	23,7	18,0
Schneidemühl . .	9,5	9,5	—	9,5	—
Liegnitz	202,5	161,1	25,9	187,0	15,5
Merseburg	220,0	114,6	19,2	133,8	86,2
Erfurt	1,3	1,2	—	1,2	0,1
Kassel	2,3	0,8	—	0,8	1,5
Wiesbaden	3 616,6	2 649,5	42,8	2 692,3	924,3
Koblenz	8 867,4	6 916,8	593,6	7 510,4	1 357,0
Köln	67,4	34,5	10,1	44,6	22,8
Trier	5 566,1	5 282,2	3,2	5 285,4	280,7
Staat 1930 . .	**18 595,8**	**15 183,4**	**706,1**	**15 889,5**	**2 706,3**
„ *1929* . .	*18 568,2*	*14 950,1*	*676,4*	*15 626,5*	*2 941,7*
„ *1928* . .	*18 584,7*	*15 573,2*	*800,4*	*16 373,6*	*2 211,1*

Nach Bayern hat Preußen mit einem Anteil von 22,73 v. H. an der Reichsrebfläche das größte Weinbaugebiet aller deutschen Freistaaten, wie aus der Übersicht 2 ersichtlich ist.

(Übersicht 2)	Rebfläche ha	v. H. des ganzen Gebietes	Anteil an der Reichsrebfläche v. H.
Preußen	18 596	0,064	22,73
Bayern	21 135	0,278	25,83
Württemberg	11 833	0,607	14,47
Baden	14 645	0,972	17,90
Hessen	15 323	1,992	18,73
Sachsen	165	0,011	0,20
Thüringen	111	0,009	0,14
Deutsches Reich 1930 . .	**81 808**	**0,175**	**100,00**
„ „ *1929* . .	*81 401*	*0,174*	*100,00*

Die hier wiedergegebenen Zahlen über den preußischen Weinbau gelten für das gegenwärtige Staatsgebiet. Sie können mit denen der Vorkriegsjahre verglichen werden, da die Rebfläche in den abgetretenen preußischen Gebieten und im Saarland im Jahre 1913 überaus gering und insgesamt nur 89 ha groß war.

Wenn sich auch das Anbaugebiet der Weinrebe in Preußen während der letzten 50 Jahre nicht beträchtlich verändert hat, da die geologischen und klimatischen Vorbedingungen für diese Kultur nicht überall gegeben sind, so können immerhin in den einzelnen Weinbaugebieten zum Teil erhebliche Verschiebungen im Laufe der Jahrzehnte festgestellt werden. Übersicht 3 gibt diese Verschiebungen seit dem Jahre 1878 zahlenmäßig wieder.

(Übersicht 3) in den Regierungsbezirken	Die Rebfläche betrug in Hektar 1878	1893	1913	1926	1927	1928	1929	1930
Wiesbaden, Koblenz und Trier	16 008	16 850	18 341	17 948	17 851	17 895	17 942	18 050
im übrigen Staatsgebiet	4 010	3 544	1 752	814	712	690	626	546
überhaupt . . .	**20 018**	**20 394**	**20 093**	**18 762**	**18 563**	**18 585**	**18 568**	**18 596**

Während die ausgesprochenen Weinbaugebiete in den Regierungsbezirken Wiesbaden, Koblenz und Trier hiernach seit 1878 eine Zunahme von 2 000 ha Rebland zu verzeichnen haben, sind die Rebflächen im übrigen Staatsgebiet von 4 010 ha im Jahre 1878 auf 546 ha im Berichtsjahr, also insgesamt um 86,4 v. H. zurückgegangen.

Der Anteil der ertragsfähigen Rebfläche an der gesamten Anbaufläche der Rebe hat in den letzten 20 Jahren zwischen 83,8 und 88,1 v. H. geschwankt. Die ertragsfähige Rebfläche selber weist seit dem Jahre 1910 von Jahrfünft zu Jahrfünft mit Ausnahme des Zeitraumes von 1915 zu 1920 eine dauernde Verminderung auf.

(Übersicht 4)

Weinbaugebiete	1910 im ganzen	1910 davon Weißwein	1910 davon Rotwein	1915 im ganzen	1915 davon Weißwein	1915 davon Rotwein	1920 im ganzen	1920 davon Weißwein	1920 davon Rotwein	1925 im ganzen	1925 davon Weißwein	1925 davon Rotwein	1930 im ganzen	1930 davon Weißwein	1930 davon Rotwein	1930 gegen 1910 mehr (+), weniger (—) im ganzen	davon Weißwein	davon Rotwein	vom Hundert im ganzen	vom Hundert Weißwein	vom Hundert Rotwein
	Ertragsfähige Rebfläche in Hektar																				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22
1. Gebiet (Reg.-Bez. Frankfurt, Schneidemühl u. Liegnitz)	1 402	656	746	816	369	447	710	527	183	345	238	107	220	184	36	—1182	— 472	— 710	—84,3	—72,0	—95,2
2. Gebiet (Reg.-Bez. Potsdam u. einige Kreise des Reg.-Bez. Merseburg)	109	41	68	41	18	23	43	20	23	31	15	16	12	6	6	— 97	— 35	— 62	—89,0	—85,4	—91,2
3. Saale- u. Unstrutgebiet	292	243	49	246	195	51	189	161	28	146	132	14	123	109	14	— 169	— 134	— 35	—57,9	—55,1	—71,4
4. Maingebiet	192	190	2	145	143	2	118	116	2	108	107	1	107	105	2	— 85	— 85	—	—44,3	—44,7	—
5. Rheingau	2 184	2 151	33	2 256	2 221	35	2 314	2 274	40	2 280	2 241	39	2 175	2 138	37	— 9	— 13	+ 4	— 0,4	— 0,6	+12,1
6. Rheingebiet außer Rheingau	2 346	1 994	352	2 015	1 806	209	2 014	1 802	212	1 872	1 763	109	1 743	1 663	80	— 603	— 331	— 272	—25,7	—16,6	—77,3
7. Nahegebiet	3 013	2 973	40	2 776	2 753	23	2 671	2 632	39	2 835	2 818	17	2 880	2 837	43	— 133	— 136	+ 3	— 4,4	— 4,6	+ 7,5
8. Mosel-, Saar-, Ruwergebiet	6 885	6 879	6	7 450	7 444	6	8 008	8 002	6	7 936	7 931	5	8 028	8 025	3	+1143	+1146	— 3	+16,6	+16,7	—50,0
9. Ahrgebiet	742	75	667	645	60	585	608	58	550	567	69	498	577	94	483	— 165	+ 19	— 184	—22,2	+25,3	—27,6
10. Lahngebiet	37	31	6	34	32	2	29	25	4	34	31	3	23	21	2	— 14	— 10	— 4	—37,8	—32,3	—66,7
11. Gebiet (Reg.-Bez. Erfurt, Kassel sowie Obertaunuskreis)	30	26	4	5	4	1	1	1	—	2	2	—	2	2	—	— 28	— 24	— 4	—93,3	—92,3	—100
zusammen	17232	15259	1973	16429	15045	1384	16705	15618	1087	16156	15 347	809	15 890	15 184	706	—1342	— 75	—1267	— 7,8	— 0,5	—64,2

Wie Übersicht 4 zeigt, beträgt der Rückgang der ertragsfähigen Rebfläche für alle Weinbaugebiete zusammen seit dem Jahre 1910 1 342 ha, das sind 7,8 v. H. Dabei entfällt auf das rote Gewächs der stärkste Rückgang mit 64,2 v. H., während die Anbaufläche des weißen Gewächses nur 0,5 v. H. eingebüßt hat. In den einzelnen Weinbaugebieten ist der seit 20 Jahren mehr oder minder starke Rückgang der ertragsfähigen Anbaufläche der Rebe festzustellen. Die östlichen Gebiete sind davon am stärksten betroffen. So war z. B. die ertragsfähige Rebfläche in den Regierungsbezirken Frankfurt, Schneidemühl und Liegnitz im Jahre 1910 nur um 782 ha kleiner als diejenige im Rheingaugebiet. Im Jahre 1930 befinden sich in den Regierungsbezirken Frankfurt, Schneidemühl und Liegnitz nur noch 220 ha ertragsfähige Rebfläche, während im Rheingaugebiet die jetzige Fläche mit 2 175 ha gegenüber 1910 etwa unverändert geblieben ist. Lediglich im Mosel-, Saar- und Ruwergebiet hat die ertragsfähige Rebfläche im Berichtsjahr gegenüber 1910 eine Zunahme von 16,6 v. H. zu verzeichnen.

b) Die Mosternte.

Wetter- und Wachstumsbedingungen waren nach dem milden Winter 1929/30 zu Beginn der Vegetationsperiode für den Weinbau ausgezeichnet. Die in der zweiten Julihälfte einsetzende und den ganzen Sommer über mit einigen Unterbrechungen andauernde Regenperiode zerstörte jedoch die Hoffnung der Weinbauern auf eine Qualitätsernte für das Jahr 1930. Mengenmäßig läßt jedoch der Mostertrag nichts zu wünschen übrig. Es entfallen auf

(Übersicht 5)

Jahr	Ertragsfläche ha	Mostertrag überhaupt hl	Mostertrag überhaupt Reichsmark	vom Hektar hl	vom Hektar Reichsmark	Wert eines Hektoliters Reichsmark
Weiß- und Rotweine zusammen:						
1.	220,2	1 844	142 678	8,4	647,9	77,4
2.	11,9	98	7 672	8,2	644,7	78,3
3.	122,7	2 133	171 273	17,4	1 395,9	80,3
4.	106,4	1 756	99 648	16,5	936,5	56,7
5.	2 175,1	40 949	2 228 896	18,8	1 024,7	54,4
6.	1 743,2	35 676	1 848 094	20,5	1 060,2	51,8
7.	2 880,2	96 116	3 100 100	33,4	1 076,3	32,3
8.	8 027,9	391 983	20 617 222	48,8	2 568,2	52,6
9.	577,2	23 064	1 188 392	40,0	2 058,9	51,5
10.	22,7	470	27 679	20,7	1 219,3	58,9
11.	2,0	8	360	4,0	180,0	45,0
zus. 1930	**15 889,5**	**594 097**	**29 432 014**	**37,4**	**1 852,3**	**49,5**
„ 1929	15 626,5	496 171	33 251 545	31,8	2 127,9	67,0

Weinbaugebiet	Ertragsfläche ha	Mostertrag überhaupt hl	Mostertrag überhaupt Reichsmark	vom Hektar hl	vom Hektar Reichsmark	Wert eines Hektoliters Reichsmark
Weißweine:						
1.	183,6	1 518	117 765	8,3	641,4	77,6
2.	5,7	48	3 575	8,4	627,2	74,5
3.	109,1	1 904	152 269	17,5	1 395,7	80,0
4.	104,6	1 738	98 208	16,6	938,9	56,5
5.	2 138,4	40 508	2 179 446	18,9	1 019,2	53,8
6.	1 662,6	33 570	1 734 670	20,2	1 043,3	51,7
7.	2 837,2	94 313	3 030 872	33,2	1 068,3	32,1
8.	8 024,7	391 935	20 615 182	48,8	2 569,0	52,6
9.	94,2	3 331	171 701	35,4	1 822,7	51,5
10.	21,3	450	25 999	21,1	1 220,6	57,8
11.	2,0	8	360	4,0	180,0	45,0
zus. 1930	**15 183,4**	**569 323**	**28 130 047**	**37,5**	**1 852,7**	**49,4**
„ 1929	14 950,1	480 306	32 113 266	32,1	2 148,0	66,9
Rotweine:						
1.	36,6	326	24 913	8,9	680,7	76,4
2.	6,2	50	4 097	8,1	660,8	81,9
3.	13,6	229	19 004	16,8	1 397,4	83,0
4.	1,8	18	1 440	10,0	800,0	80,0
5.	36,7	441	49 450	12,0	1 347,4	112,1
6.	80,6	2 106	113 424	26,1	1 407,2	53,9
7.	43,0	1 803	69 228	41,9	1 610,0	38,4
8.	3,2	48	2 040	15,0	637,5	42,5
9.	483,0	19 733	1 016 691	40,9	2 105,0	51,5
10.	1,4	20	1 680	14,3	1 200,0	84,0
11.	—	—	—	—	—	—
zus. 1930	**706,1**	**24 774**	**1 301 967**	**35,1**	**1 843,9**	**52,6**
„ 1929	676,4	15 865	1 138 279	23,5	1 682,8	71,7

So sind denn im Staatsdurchschnitt von der vorhandenen ertragsfähigen Rebfläche insgesamt 100 000 Hektoliter, das sind 19,7 v. H. mehr an Most (roter und weißer zusammen) geerntet worden als im Vorjahr.

Beim Weißwein ergibt sich im Staatsdurchschnitt ein Hektarertrag von 37,5 Hektolitern, das sind 5,4 Hektoliter oder 16,8 v. H. mehr als im Jahre 1929. Über dem Staatsdurchschnitt liegt der Hektarertrag nur im Mosel-, Saar- und Ruwergebiet mit 48,8 Hektolitern. Im Rhein-, (außer Rheingau) Nahe-, Ahr- und Lahngebiet sind je ha 20 und mehr Hektoliter geerntet worden. In den übrigen Weinbaugebieten liegt der Hektarertrag beträchtlich unter dem Staatsdurchschnitt.

An Rotwein sind im Staatsdurchschnitt 35,1 Hektoliter von der Flächeneinheit gegen 23,5 hl im Jahre 1929 eingebracht worden. Das bedeutet immerhin eine Ertragssteigerung von 49,4 v. H. Über dem Staatsdurchschnitt liegt der Hektarertrag im Nahe- und Ahrgebiet.

Der Wert je Hektoliter für Weißwein wird im Jahre 1930 durchschnittlich auf 49,4 RM geschätzt gegenüber 66,0 RM im Jahre 1929. Somit ergibt sich ein Preisrückgang von 17,5 RM = 26,2 v. H. Auch beim Rotwein ist der Verkaufswert je Hektoliter zurückgegangen. Während im Jahre 1929 71,7 RM erzielt wurden, beträgt er im Berichtsjahre 52,6 RM, was einen Verlust von 26,6 v. H. je Hektoliter bedeutet.

(Übers. 6)

Im Jahre	Weingemeinden (je 10 ha u. mehr)	Mostertrag¹) von Hektaren	Mostertrag¹) überhaupt hl	Mostertrag¹) im Gesamtwerte RM	Durchschnitts-Ertrag vom Hektar hl	Durchschnitts-Preis für das Hektoliter RM
1911 .	237	17 100	537 197	44 136 256	31,4	82,2
1912 .	236	17 101	422 558	21 511 808	24,7	50,9
1913 .	233	17 216	218 264	15 925 798	12,7	73,0
1914 .	236	16 986	223 302	11 683 994	13,1	52,3
1915 .	228	16 429	737 905	44 390 575	44,9	60,2
1916 .	225	16 392	262 264	38 854 540	16,0	148,1
1917 .	213	16 618	566 316	207 519 141	34,1	366,4
1918 .	218	16 537	543 888	111 315 285	32,9	204,7
1919 .	282	16 503	394 060	389 183 677	23,9	987,6
1920 .	289	16 705	603 172	758 224 037	36,1	1 257,1
1921 .	281	16 516	496 377	853 933 437	30,1	1 720,3
1922 .	287	16 542	682 280	12459 629 768	41,2	18 261,8
1923 .	287	16 614	110 760	*) 5 752 965	6,7	*) 51,9
1924 .	277	16 202	536 188	**) 29 581 803	33,1	**) 55,2
1925 .	282	16 156	427 280	18 721 144	26,4	43,8
1926 .	279	16 041	182 657	17 771 969	11,4	97,3
1927 .	274	16 305	311 946	40 605 858	19,1	130,2
1928 .	273	16 374	394 482	42 369 624	24,1	107,4
1929 .	272	15 626	496 171	33 251 545	31,8	67,0
1930 .	265	15 890	594 097	29 432 014	37,4	49,5.

*) Goldmark, **) seit 1924 Reichsmark. — ¹) aus sämtl. Weingemeinden.

Wie die Gegenüberstellung der Ernteerträge seit dem Jahre 1911 in der Übersicht 6 zeigt, kann der Jahrgang 1930 mit zu den ergiebigsten gerechnet werden. Der Durchschnittsertrag vom ha wird nur übertroffen von den Jahrgängen 1915 und 1922.

(Übersicht 7)

Weinbaugebiet	Weißes Gewächs sehr gut	Weißes Gewächs gut	Weißes Gewächs mittel	Weißes Gewächs gering	Weißes Gewächs sehr gering	Rotes Gewächs sehr gut	Rotes Gewächs gut	Rotes Gewächs mittel	Rotes Gewächs gering	Rotes Gewächs sehr gering
1930 1. . .	—	40,7	59,0	0,3	—	—	51,1	47,8	1,1	—
2. . .	—	83,0	16,6	—	0,4	—	84,3	13,9	0,6	1,2
3. . .	0,4	31,1	68,5	—	—	—	22,4	77,6	—	—
4. . .	—	6,1	91,1	2,8	—	—	—	100,0	—	—
5. . .	—	12,0	69,2	18,8	—	—	—	99,1	0,9	—
6. . .	—	26,8	71,0	2,4	0,0	—	25,8	56,9	17,1	0,2
7. . .	—	18,8	75,3	5,9	0,0	—	18,0	79,3	2,7	—
8. . .	—	9,5	78,3	11,9	0,3	—	—	100,0	—	—
9. . .	—	30,1	54,0	15,9	—	—	10,0	85,5	4,5	—
10. . .	—	85,5	14,1	—	0,4	—	45,0	55,0	—	—
11. . .	—	60,0	40,0	—	—	—	—	—	—	—
Staat 1930 .	**0,0**	**12,5**	**76,5**	**10,8**	**0,2**	**—**	**12,0**	**83,1**	**4,9**	**0,0**
„ 1929 .	11	72	17	—	—	2	92	6	—	—
„ 1928 .	0	49	50	1	0	1	30	62	4	3
„ 1927 .	—	14	75	10	1	—	42	26	31	1
„ 1926 .	1	28	65	5	1	3	47	49	1	—
„ 1925 .	—	8	77	14	1	—	20	72	5	3
„ 1924 .	—	5	64	28	3	—	6	60	34	—
„ 1923 .	—	9	40	41	10	—	1	88	10	1
„ 1922 .	—	5	66	28	1	—	3	86	10	1
„ 1921 .	82	18	—	—	—	65	31	4	—	—
„ 1920 .	10	64	25	1	—	1	28	68	2	1
„ 1919 .	—	10	65	23	2	—	11	79	9	1
„ 1918 .	1	7	73	19	—	—	20	76	4	—
„ 1917 .	57	39	3	1	—	66	33	1	—	—
„ 1916 .	—	6	55	33	6	—	15	77	6	2
„ 1915 .	41	52	7	—	—	1	18	81	—	—
„ 1914 .	—	11	81	7	1	13	43	44	—	—
„ 1913 .	2	19	64	14	1	—	3	84	13	—
„ 1912 .	—	4	53	31	12	—	12	56	21	11
„ 1911 .	33	59	8	—	—	10	69	21	—	—

Die Qualität des weißen Gewächses ist jedoch nur als mittel zu bezeichnen, sie kommt etwa der der Jahrgänge 1927, 1925, 1918 und 1913 nahe.

Die Güte des roten Gewächses ist bedeutend geringer als im Vorjahre. Sie kann etwa mit derjenigen der Jahrgänge 1923, 1922, 1915 und 1913 verglichen werden.

Die von den Winzern erzielten Preise blieben, wie bereits oben erwähnt, erheblich hinter denen des Vorjahres zurück. Die Preisangebote sollen die Gestehungskosten nicht decken. Der Absatz an billigen Weinen ist in letzter Zeit etwas gestiegen, der an Qualitätsweinen stockt jedoch.

An Trauben sind 23 980 dz zum Keltern an anderen Orten verkauft worden. 692 dz wurden zur Essigfabrikation, zum Verspeisen usw. abgesetzt. Je dz wurde davon je nach Güte der Trauben 20 bis 75 RM erzielt. Der Durchschnittspreis stellte sich auf 35,98 RM gegenüber 46,46 RM im Jahre 1929 und 30,00 RM im Jahre 1913.

Schädigungen und Krankheiten der Feldfrüchte 1930. — Die amtlichen Berichterstatter über den Saatenstand und die Ernte melden auch das Auftreten von Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschädlingen. Diese Meldungen werden an die Biologische Reichsanstalt weitergeleitet, der die Bekämpfung der Krankheiten und Schädlinge obliegt.

Der hier für Staat und Regierungsbezirke gegebene Überblick erstreckt sich auf die Zeit vom April bis zum Dezember 1930. Zur Erleichterung der Beurteilung sind in der Übersicht die landwirtschaftlich genutzten Gesamtflächen angegeben. Im Berichtsjahr sind mit Ausnahme der Überwinterungsschäden und einiger tierischer Schädigungen im allgemeinen mehr Pflanzenkrankheiten und -schädlinge festgestellt worden als im Jahre 1929. Die Auswinterungsschäden sind infolge des überaus milden Winters 1929/30 gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich zurückgegangen. Dagegen begünstigte das in der zweiten Hälfte des Jahres einsetzende Regenwetter eine Verbreitung der jungen Schädlinge, zu deren Lebensbedingungen u. a. genügend Feuchtigkeit gehört. Bei den Pilzkrankheiten an den verschiedensten Getreidearten (Brandkrankheiten und Rostkrankheiten), die besonders zurzeit der Wachstums- und Reifungsperiode auftreten, ist eine merkliche Zunahme zu verzeichnen. Die meisten Meldungen über das Auftreten dieser pflanzlichen Parasiten kommen aus dem Regierungsbezirk Breslau, es folgen die Regierungsbezirke Liegnitz, Königsberg und Stettin. Kartoffelschorf wurde in diesem Jahr das erste Mal gesondert aufgeführt; er trat in den Regierungsbezirken Lüneburg, Düsseldorf und Hannover häufiger auf als in den übrigen Gebieten. Die Schwarzbeinigkeit an Kartoffeln ist gegenüber 1929 erheblich zurückgegangen. Dagegen ist bei der Kartoffelfäule eine stärkere Zunahme zu verzeichnen. Wenn sich auch ein beträchtlicher Teil der Meldungen auf die überwinterten Kartoffelbestände der Ernte 1929 bezieht, ist doch gegenüber dem Vorjahre die neue Ernte stärker befallen worden. Dies trifft in erster Linie für die Regierungsbezirke Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Frankfurt, Arnsberg, Düsseldorf, Köln und Trier zu. Der Wildschaden hat gegenüber 1929 unerheblich zugenommen. Der Saatkrähen-Schaden ist, wie auch im Jahre 1929, nicht bemerkenswert. Mäuse (Feld- und Wühlmäuse) haben in einigen Regierungsbezirken Schaden angerichtet. Beachtenswert ist die Zahl der Meldungen über Mäuseschaden in den Regierungsbezirken Breslau, Merseburg, Schleswig, Liegnitz, Königsberg, Kassel und Magdeburg. Die Hamster haben zugenommen, und zwar hauptsächlich in den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg. Maulwürfe und Drahtwürmer sind stärker, Engerlinge und Erdflöhe weniger als im Vorjahre aufgetreten. Bei den Getreidefliegen zeigt sich eine Zunahme; hier ist allerdings zu berücksichtigen, daß in diesem Jahr das erste Mal die Getreidefliegen insgesamt aufgeführt wurden, während in den zurückliegenden Jahren nur das Auftreten der Fritfliegen in der Übersicht verzeichnet wurde. Die Rübenfliegenschäden sind für das gesamte Staatsgebiet zurückgegangen. Ein stärkeres Auftreten war in der Provinz Schlesien festzustellen, auch

Auftreten von Schädigungen usw. an Feldfrüchten in Preußen 1930.

Staat — Regierungsbezirke	Landwirtschaftlich genutzte Fläche ohne Rebland und feldmäßigen Obstbau ha	Anzahl der Meldungen der Saatenstandsberichterstatter über das hauptsächlichste Vorkommen von Schädlingen usw. an Feldfrüchten																					
		Auswinterung an Getreide	Auswinterung an Klee	Auswinterung an Raps	Brandkrankheiten am Getreide	Rostkrankheiten am Getreide	Kartoffelschorf	Schwarzbeinigkeit an Kartoffeln	Kartoffelfäule	Wild	Saatkrähen	Mäuse	Hamster	Maulwürfe	Engerlinge	Drahtwürmer	Erdflöhe	Rapskäfer	Getreidefliegen	Rübenfliegen	Wiesenschnaken (-Larven)	Kohlraupen	Ackerschnecken	Andere
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
Staat																								
Anfang April	—	23	8	—	—	—	1	—	307	35	80	1 620	29	49	9	14	—	—	9	—	—	—	9	69
„ Mai	—	58	38	7	2	18	—	—	—	34	48	1 400	4	22	11	411	30	5	73	—	4	—	12	180
„ Juni	—	—	—	—	29	86	—	—	—	37	11	670	10	36	46	689	154	6	327	215	118	—	13	3 124
„ Juli	—	—	—	—	832	440	—	3	—	19	2	421	7	10	23	125	109	1	79	787	37	12	2	3 155
„ August	—	—	—	—	327	264	8	13	3	15	1	884	14	3	12	20	51	—	25	519	13	20	5	1 705
„ September	—	—	—	—	2	1	78	60	152	8	—	1 476	68	—	19	8	21	—	4	34	2	120	5	454
„ Oktober	—	—	—	—	—	1	40	1	131	17	3	2 004	54	2	23	11	5	—	3	109	1	104	191	354
„ November	—	—	—	—	—	—	3	—	75	157	39	2 359	31	11	50	61	—	—	32	3	1	3	800	56
„ Dezember	—	—	—	—	—	—	—	—	30	176	418	2 282	15	3	4	16	—	—	10	—	1	—	616	22
Im ganzen 1930	**18 204 682**	**81**	**46**	**7**	**1 192**	**810**	**130**	**77**	**698**	**498**	**602**	**13 116**	**232**	**136**	**197**	**1 355**	**370**	**12**	**562**	**1667**	**177**	**259**	**1 653**	**9 119**
1929	*18 213 876*	*3 722*	*1743*	*349*	*750*	*677*	.	*144*	*43*	*399*	*514*	*5 349*	*48*	*82*	*609*	*919*	*1138*	*21*	[1] *311*	*1981*	*40*	*590*	*349*	*889*
Regierungsbezirke:																								
1. Königsberg	977 007	3	2	1	75	63	1	3	47	9	7	702	1	15	3	20	25	1	20	14	—	30	69	494
2. Gumbinnen	709 169	5	1	1	38	19	—	1	30	2	6	321	1	6	1	9	9	—	15	6	—	17	70	307
3. Allenstein	725 594	—	—	—	66	29	—	9	37	12	9	343	—	4	5	27	4	—	11	3	—	26	19	331
4. Westpreußen	215 474	—	—	—	14	9	—	—	2	3	2	111	—	1	—	2	2	—	5	3	1	5	4	76
5. Potsdam u. Berlin	1 157 603	1	—	—	36	17	3	—	17	15	29	225	5	5	21	33	3	—	28	13	4	5	14	355
6. Frankfurt	1 015 838	3	—	—	63	17	3	4	32	6	34	302	2	1	9	41	9	—	31	19	18	5	7	374
7. Stettin	856 611	1	—	—	71	34	3	3	14	12	35	345	4	3	9	32	25	—	42	29	—	39	27	541
8. Köslin	887 055	4	5	—	67	27	3	15	19	24	4	352	1	4	7	59	28	—	52	8	—	33	24	605
9. Stralsund	306 191	3	—	—	21	19	—	—	5	13	4	135	—	1	3	21	4	—	15	16	—	9	—	167
10. Schneidemühl	446 649	1	1	—	15	6	—	3	16	7	7	112	—	2	2	5	3	—	22	6	—	8	1	121
11. Breslau	928 394	7	2	—	129	71	7	2	29	34	42	1 015	5	5	20	52	7	1	15	278	—	2	14	625
12. Liegnitz	750 392	2	3	—	92	43	8	4	22	12	43	770	4	6	14	54	6	2	14	123	2	8	21	508
13. Oppeln	633 863	2	3	—	63	32	3	1	10	16	14	595	9	8	10	56	3	5	6	114	—	2	8	275
14. Magdeburg	787 925	1	1	—	56	48	4	—	29	11	49	679	101	3	14	111	21	—	48	58	42	1	15	604
15. Merseburg	716 671	3	—	—	54	48	1	1	27	15	10	921	46	2	24	138	1	1	55	60	76	1	9	641
16. Erfurt	233 499	1	1	—	36	22	—	3	5	7	6	410	14	4	9	43	4	—	11	14	1	3	25	249
17. Schleswig	1 154 686	1	—	—	18	19	3	1	13	9	14	895	—	2	2	22	49	2	20	11	14	19	44	353
18. Hannover	365 371	4	3	—	26	19	11	—	8	11	30	342	4	5	2	67	13	—	7	97	1	5	35	203
19. Hildesheim	297 942	8	7	1	15	32	4	2	6	4	13	430	15	2	2	68	4	—	5	104	—	7	53	277
20. Lüneburg	549 902	3	—	—	16	6	31	1	20	11	24	264	—	4	12	27	23	—	17	19	—	13	28	262
21. Stade	391 205	2	1	—	—	—	2	—	3	9	5	283	—	3	3	3	4	—	7	11	12	3	3	85
22. Osnabrück	317 557	4	1	1	2	5	3	3	20	8	10	163	—	1	1	34	9	—	4	74	2	1	20	60
23. Aurich	241 538	1	—	—	3	6	1	—	3	3	—	87	2	1	—	15	6	—	3	19	2	2	26	43
24. Münster	477 511	4	2	—	2	7	5	1	10	21	12	44	2	2	—	20	7	—	12	73	—	1	50	76
25. Minden	364 189	4	1	—	10	13	3	2	8	21	13	210	3	1	—	33	11	—	9	74	2	2	42	128
26. Arnsberg	361 160	1	2	—	20	27	5	1	40	45	22	321	—	6	—	42	22	—	13	195	—	3	106	211
27. Kassel	604 689	5	5	1	33	68	2	—	14	13	31	702	5	6	9	121	5	—	13	57	—	5	161	405
28. Wiesbaden	276 396	1	1	1	15	8	2	2	16	16	12	428	1	14	2	19	4	—	5	3	—	—	131	103
29. Koblenz	301 036	—	1	1	25	18	—	3	19	32	14	554	1	2	1	25	8	—	3	7	—	—	136	106
30. Düsseldorf	350 470	1	1	—	20	13	16	1	60	18	37	94	2	9	7	36	19	—	26	110	—	2	137	193
31. Köln	227 428	—	1	—	31	31	4	3	33	39	32	278	—	1	—	54	7	—	13	35	—	1	98	140
32. Trier	308 343	2	—	—	36	16	1	4	55	20	11	519	—	2	2	36	18	—	8	4	—	1	197	112
33. Aachen	199 829	1	1	—	20	14	1	4	27	19	18	102	3	5	1	25	7	—	6	10	—	—	52	60
34. Sigmaringen	67 495	2	—	—	4	4	—	—	2	1	3	62	1	—	2	5	—	—	1	—	—	—	7	29

[1] Nur Fritfliegen.

aus den Regierungsbezirken Arnsberg, Hildesheim und Düsseldorf wurde über einen wesentlichen Rübenfliegenschaden berichtet. Die Wiesenschnaken (-Larven) sind gegenüber dem Vorjahre stärker aufgetreten und zwar in erster Linie in den Bezirken Merseburg und Magdeburg. Die Kohlraupen haben gegenüber 1929 abgenommen. Dagegen ist der Schaden, der durch die Ackerschnecken hervorgerufen wurde, größer als im vergangenen Jahr, und zwar besonders in den Bezirken des Westens.

Ergebnisse der Schweinezwischenzählung vom 1. März 1930 im Freistaat Preußen. — Von der Schweinezwischenzählung am 1. März d. J. werden nachstehend die vollständigen Ergebnisse für Preußen in zusammenfassenden Übersichten für den Staat, die Provinzen und Regierungsbezirke veröffentlicht.[1] Die herangezogenen Bestandsziffern des Schweinestapels vom Dezember 1929 sollen zeigen, ob und welche Fortschritte die Schweinezucht nach den vorangegangenen Winterschlachtungen bis zum März d. J. gemacht hat.

Der gegenwärtige Schweinestapel beziffert sich auf rund 12 800 000 Stück. Den größten Teil des Stapels bildet der unter ½ Jahr alte Nachwuchs von rund 9 200 000 Stück. Dieser besteht aus einer Nachzucht von rund 3 430 000 Ferkeln und rund 5 800 000 Läufern, worunter ein Teil des Wurfes zwischen Dezember und März enthalten sein dürfte. Der Stapel zählt ferner 69 000 Zuchteber, 1 340 000 Zuchtsauen, darunter 880 000 trächtige Sauen und schließlich rund 2 100 000 mehr oder weniger schlachtreife Schweine.

Trotz der an sich recht erheblichen Nachzucht und dem Mehr an Sauen gegenüber Dezember 1929 hat der gegenwärtige Schweinestapel die Gesamtzahl vom Dezember noch nicht erreicht. Er bleibt hinter dieser noch um über 900 000 Stück zurück, weil der Zuwachs offenbar nicht ausgereicht hat, um zahlenmäßig die Lücke, die durch die Winterschlachtungen entstanden ist, ganz auszufüllen.

Das gleiche Bild zeigt sich bei dem gegenwärtigen Stand der Schweinezucht in den einzelnen Provinzen. Überall tritt hier bei einem Mehr an trächtigen Sauen der junge Nachwuchs stark in den Vordergrund, ohne daß die Gesamtbestände vom Dezember 1929 erreicht werden. Eine Ausnahme hierin bilden nur Nieder- und Oberschlesien, wo die Nachzucht den Abgang der Schlachtungen übersteigt und den Stapel besonders in Oberschlesien auf eine noch höhere Zahl bringt als im Dezember 1929.

Hervorzuheben ist aus dem Ergebnis der Märzzählung, daß, obwohl der gegenwärtige Schweinestapel hinter dem vom Dezember 1929 noch zurückbleibt, er schon jetzt eine höhere Zahl aufweist als am 1. Juni des Vorjahres. Daneben ist für den Stand und die Entwicklung der Schweinezucht bis zum 1. Juni d. J. bezeichnend, daß der jetzige Schweinestapel außer der erheblichen Nachzucht noch ein Mehr von rund 72 000 trächtigen Zuchtsauen gegenüber Dezember 1929 verzeichnet. Das sind Anzeichen, die um so mehr auf eine weitere Vermehrung des Schweinestapels in den Monaten März, April und Mai hindeuten, als in diesen Monaten die Schweineschlachtungen in der Regel sich vermindern und geringer sein werden als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Endgültige Schlüsse über die weitere Bewegung des Schweinestapels lassen sich jedoch erst nach Vorliegen der Zählergebnisse für das ganze Deutsche Reich ziehen.

[1]) Es ist ein Sonderabdruck, in dem auch die Kreisergebnisse enthalten sind, hergestellt, der beim Verlag des Preußischen Statistischen Landesamts zum Preise von 1 RM erhältlich ist.

Der Schweinebestand am 1. März 1930.

Staat	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine			½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine		
			Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen insgesamt	Zuchtsauen darunter trächtige
1	1 a	2	3	4	5	6	7	8
A. Staat[1]) [2])	1. 3. 30	**1 929 508**	**3 430 698**	**5 797 921**	**9 228 619**	**36 485**	**503 534**	**331 524**
	[3]) 2. 12. 29	2 306 901	3 048 739	5 862 913	8 911 652	38 910	441 572	266 960
	1. 6. 29	2 069 630	2 893 037	5 502 652	8 395 689	30 642	483 126	299 803

Staat	Zeit der Zählung	Noch: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine		1 Jahr alte und ältere Schweine					Gesamtzahl der Schweine
		Die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	Zuchtsauen insgesamt	Zuchtsauen darunter trächtige	Die übrigen Schweine	zusammen	
1	1 a	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Staat[1]) [2])	1. 3. 30	**1 938 606**	**2 478 625**	**32 523**	**837 111**	**549 231**	**219 238**	**1 088 872**	**12 796 116**
	[3]) 2. 12. 29	2 740 893	3 221 375	32 478	811 889	542 016	743 471	1 587 838	13 720 865
	1. 6. 29	1 646 917	2 160 685	35 243	785 980	552 348	195 108	1 016 331	11 572 705

[1]) ohne das Saargebiet. Die 33 Großstädte (Königsberg i. Pr., Berlin, Stettin, Breslau, Gleiwitz, Hindenburg O. S., Magdeburg, Halle a. S., Erfurt, Altona, Kiel, Hannover, Harburg-Wilhelmsburg, Gelsenkirchen-Buer, Münster i./W., Bochum, Dortmund, Hagen (Westf.), Kassel, Frankfurt a./M., Wiesbaden, Düsseldorf, Duisburg-Hamborn, Essen, Gladbach-Rheydt, Krefeld-Uerdingen a. Rh., Mühlheim a./d. Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal, Köln und Aachen) mit je 100 000 und mehr Einwohnern sind von der Zählung ausgenommen worden. In Bezug auf den Schweinebestand sind für die Stadt Berlin, in der 1929 die Zählung nicht stattfand, die Zahlen der Dezemberzählung 1928, darunter Auftrieb 9 470 Schweine, bei den übrigen Städten die der Dezemberzählung 1929, darunter Auftrieb: 29 474 Schweine, eingesetzt. Die Zahlen der Haushaltungen mit Schweinen dieser Städte sind den veröffentlichten Ergebnissen der Septemberzählung 1929 entnommen. — [2]) In den Teilen der Regierungsbezirke Aurich, Münster, Kassel und Sigmaringen, in denen die Hausschlachtungen von Schweinen der Beschaupflicht nicht unterliegen, sind diese in der Zeit vom 1. Dezember 1929 bis 28. Februar 1930 vorgenommenen Hausschlachtungen miterhoben worden. Die Zählung ergab insgesamt 148 837 Hausschlachtungen. — [3]) Vorläufige Ergebnisse.

Provinzen. — Regierungsbezirke.	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchtsauen insgesamt	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchtsauen darunter trächtige	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Die übrigen Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: zusammen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchtsauen insgesamt	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchtsauen darunter trächtige	1 Jahr alte und ältere Schweine: Die übrigen Schweine	1 Jahr alte und ältere Schweine: zusammen	Gesamtzahl der Schweine
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
B. Provinzen.																
1. Ostpreußen	1. 3. 30	208 117	305 298	453 393	758 691	6 308	63 864	41 650	206 689	276 861	4 559	80 679	54 317	23 007	108 245	1 14[illegible]
	2. 12. 29	225 388	245 221	507 533	752 754	6 041	52 143	29 443	231 554	289 738	4 313	74 203	49 601	68 543	147 059	1 18[illegible]
2. Brandenburg	1. 3. 30	180 943	237 245	484 544	721 789	2 743	38 750	25 226	195 317	236 810	2 734	60 595	40 134	20 705	84 034	1 04[illegible]
	2. 12. 29	206 303	217 325	473 430	690 755	2 899	32 022	19 454	241 692	276 613	2 566	58 718	39 955	101979	163 263	1 13[illegible]
3. Stadt Berlin	1. 3. 30	3 286	1 363	5 280	6 643	23	183	107	11 851	12 057	38	322	148	13 592	13 952	32 [illegible]
	2. 12. 29	3 286	1 363	5 280	6 643	23	183	107	11 851	12 057	38	322	148	13 592	13 952	32 [illegible]
4. Pommern	1. 3. 30	151 513	297 350	546 357	843 707	3 480	42 648	29 052	221 354	267 482	3 378	76 239	51 582	16 352	95 969	1 207 [illegible]
	2. 12. 29	169 824	288 985	556 495	845 480	3 431	36 090	21 687	235 054	274 575	3 568	73 963	49 475	49 473	127 004	1 247 [illegible]
5. Grenzm. Posen-Westpr.	1. 3. 30	31 209	49 104	94 157	143 261	620	8 076	5 440	33 412	42 108	499	13 573	8 758	3 162	17 234	202 [illegible]
	2. 12. 29	34 732	45 980	94 786	140 766	681	7 335	4 325	39 852	47 868	477	12 747	8 165	10 918	24 142	212 [illegible]
6. Niederschlesien	1. 3. 30	140 259	199 728	426 542	626 270	2 449	32 248	20 748	144 038	178 735	2 583	36 467	23 932	9 832	48 882	853 [illegible]
	2. 12. 29	161 471	164 781	419 009	583 790	2 861	26 871	15 721	173 665	203 397	2 611	34 355	22 679	27 875	64 841	852 [illegible]
7. Oberschlesien	1. 3. 30	89 100	129 358	189 816	319 174	996	21 340	14 359	48 042	70 378	1 018	33 371	21 297	4 055	38 444	427 [illegible]
	2. 12. 29	89 507	105 222	180 862	286 084	1 032	16 207	9 693	50 718	67 957	1 001	30 329	19 044	10 929	42 259	396 [illegible]
8. Sachsen	1. 3. 30	227 703	295 872	584 002	879 874	3 457	41 455	28 114	234 770	279 682	3 336	73 334	49 431	25 383	102 053	1 261 [illegible]
	2. 12. 29	269 534	277 658	531 698	809 356	3 846	36 336	22 658	339 251	379 433	3 490	74 746	52 669	102593	180 829	1 369 [illegible]
9. Schleswig-Holstein	1. 3. 30	75 665	359 924	599 813	959 737	3 022	41 944	30 814	106 880	151 846	3 027	79 608	55 238	7 674	90 309	1 201 [illegible]
	2. 12. 29	103 934	338 164	624 423	962 587	3 198	37 052	24 849	143 619	183 869	2 921	76 453	54 031	27 865	107 239	1 25[illegible]
10. Hannover	1. 3. 30	273 926	854 407	1 193 988	2 048 395	5 508	103990	68 194	311 965	421 463	5 237	224008	144946	31 472	260 717	2 730 [illegible]
	2. 12. 29	326 388	781 913	1 283 448	2 065 361	5 998	90 538	55 449	477 270	573 806	5 410	224640	150446	130144	360 194	2 999 [illegible]
11. Westfalen	1. 3. 30	207 827	376 581	539 318	915 899	3 698	57 200	36 923	181 026	241 924	2 565	81 681	52 022	27 462	111 708	1 26[illegible]
	2. 12. 29	280 334	306 022	514 028	820 050	4 047	55 118	34 732	390 390	449 555	2 539	78 441	51 100	82 766	163 746	1 43[illegible]
12. Hessen-Nassau	1. 3. 30	140 140	146 404	296 569	442 973	1 652	20 483	12 146	98 397	120 532	1 415	34 974	21 716	11 777	48 166	611 [illegible]
	2. 12. 29	181 753	127 788	279 760	407 548	2 030	20 928	11 470	191 656	214 614	1 400	33 371	21 058	60 639	95 410	717 [illegible]
13. Rheinprovinz	1. 3. 30	191 472	172 752	368 008	540 760	2 485	30 517	18 267	140 265	173 267	2 096	41 007	24 993	24 401	67 504	781 [illegible]
	2. 12. 29	246 218	143 172	376 790	519 962	2 775	29 852	16 912	208 253	240 880	2 101	38 554	23 108	55 345	96 000	85[illegible]
14. Hohenzollerische Lande	1. 3. 30	8 348	5 312	16 134	21 446	44	836	484	4 600	5 480	38	1 253	717	364	1 655	28 [illegible]
	2. 12. 29	8 229	5 145	15 371	20 516	48	897	460	6 068	7 013	43	1 047	537	810	1 900	29 [illegible]
C. Regierungsbezirke.																
1. Königsberg		75 265	98 263	153 804	252 067	2 225	22 615	14 099	80 542	105 382	1 789	26 552	17 589	9 017	37 358	394 [illegible]
2. Gumbinnen		58 519	97 181	123 954	221 135	2 081	19 196	12 869	47 917	69 194	1 213	21 880	14 677	4 714	27 807	31[illegible]
3. Allenstein		55 015	75 028	123 338	198 366	1 365	14 878	10 108	43 896	60 139	962	21 370	14 755	5 125	27 457	28[illegible]
4. Westpreußen		19 318	34 826	52 297	87 123	637	7 175	4 574	34 334	42 146	595	10 877	7 296	4 151	15 623	144 [illegible]
5. Potsdam		84 577	104 245	231 548	335 793	1 391	16 770	11 050	100 290	118 451	1 464	27 348	18 667	11 027	39 839	494 [illegible]
6. Frankfurt		96 366	133 000	252 996	385 996	1 352	21 980	14 176	95 027	118 359	1 270	33 247	21 467	9 678	44 195	548 [illegible]
7. Berlin		3 286	1 363	5 280	6 643	23	183	107	11 851	12 057	38	322	148	13 592	13 952	32 [illegible]
8. Stettin		64 830	106 630	207 674	314 304	1 373	18 459	12 611	95 536	115 368	1 270	28 841	19 638	7 277	37 388	467 [illegible]
9. Köslin		69 399	157 598	283 319	440 917	1 515	19 187	13 614	101 762	122 464	1 371	36 492	24 484	6 042	43 905	607 [illegible]
10. Stralsund		17 284	33 122	55 364	88 486	592	5 002	2 827	24 056	29 650	737	10 906	7 460	3 033	14 676	152 [illegible]
11. Schneidemühl		31 209	49 104	94 157	143 261	620	8 076	5 440	33 412	42 108	499	13 573	8 758	3 162	17 234	202 [illegible]
12. Breslau		76 687	118 015	243 165	361 180	1 496	18 710	12 319	86 492	106 698	1 463	21 272	14 166	5 998	28 733	496 [illegible]
13. Liegnitz		63 572	81 713	183 377	265 090	953	13 538	8 429	57 546	72 037	1 120	15 195	9 766	3 834	20 149	357 [illegible]
14. Oppeln		89 100	129 358	189 816	319 174	996	21 340	14 359	48 042	70 378	1 018	33 371	21 297	4 055	38 444	427 [illegible]
15. Magdeburg		91 889	144 423	266 114	410 537	1 632	20 061	13 543	106 659	128 352	1 542	44 569	30 389	11 938	58 049	59[illegible]
16. Merseburg		97 454	113 203	238 873	352 076	1 502	16 488	11 210	98 505	116 495	1 484	22 885	15 159	10 456	34 825	50[illegible]
17. Erfurt		38 360	38 246	79 015	117 261	323	4 906	3 361	29 606	34 835	310	5 880	3 883	2 989	9 179	161 [illegible]
18. Schleswig		75 665	359 924	599 813	959 737	3 022	41 944	30 814	106 880	151 846	3 027	79 608	55 238	7 674	90 309	1 20[illegible]
19. Hannover		53 341	241 105	316 176	557 281	1 136	20 754	13 178	78 741	100 631	1 024	63 103	39 724	8 598	72 725	730 [illegible]
20. Hildesheim		56 592	53 988	146 755	200 743	500	6 603	3 877	41 340	48 443	557	14 306	9 453	3 549	18 412	267 [illegible]
21. Lüneburg		52 506	157 189	255 649	412 838	1 364	16 314	9 931	89 003	106 681	1 587	47 732	30 672	7 498	56 817	576 [illegible]
22. Stade		42 597	162 722	277 872	440 594	962	23 355	16 267	59 359	83 676	788	36 242	23 992	4 310	41 340	56[illegible]
23. Osnabrück		43 843	206 375	149 797	356 172	1 285	26 033	17 167	35 038	62 356	1 130	58 562	38 418	6 572	66 264	484 [illegible]
24. Aurich [1])		25 047	33 028	47 739	80 767	261	10 931	7 774	8 484	19 676	151	4 063	2 687	945	5 159	105 [illegible]
25. Münster [2])		76 911	143 089	206 394	349 483	1 966	27 908	17 855	71 920	101 794	1 042	26 094	16 432	9 668	36 804	48[illegible]
26. Minden		74 307	187 242	235 189	422 431	1 159	23 660	15 463	62 135	86 954	1 000	47 217	30 240	9 821	58 038	567 [illegible]
27. Arnsberg		56 609	46 250	97 735	143 985	573	5 632	3 605	46 971	53 176	523	8 370	5 350	7 973	16 866	214 [illegible]
28. Kassel [3])		93 444	107 979	207 240	315 219	1 234	13 294	7 783	68 920	83 448	1 061	26 549	16 554	8 199	35 809	434 [illegible]
29. Wiesbaden		46 696	38 425	89 329	127 754	418	7 189	4 363	29 477	37 084	354	8 425	5 162	3 578	12 357	177 [illegible]
30. Koblenz		42 604	27 469	74 242	101 711	249	4 261	2 563	22 102	26 612	252	6 489	3 847	1 332	8 073	136 [illegible]
31. Düsseldorf		63 034	66 967	148 055	215 022	1 302	13 465	8 198	69 511	84 278	1 040	14 529	9 735	16 959	32 528	331 [illegible]
32. Köln		23 610	14 213	32 513	46 726	303	2 571	1 408	18 733	21 607	314	2 826	1 748	2 133	5 273	73 [illegible]
33. Trier		38 472	46 745	71 258	118 003	361	6 152	3 514	19 531	26 044	303	14 851	8 204	2 867	18 021	162 [illegible]
34. Aachen		23 752	17 358	41 940	59 298	270	4 068	2 584	10 388	14 726	187	2 312	1 459	1 110	3 609	77 [illegible]
35. Sigmaringen [4])		8 348	5 312	16 134	21 446	44	836	484	4 600	5 480	38	1 253	717	364	1 655	28 [illegible]

[1]) Vergl. die Anmerkung 2 auf Seite 337. Hier ergab die Zählung 28 413 Hausschlachtungen. — [2]) desgl. 102 571. — [3]) desgl. 11 926. — [4]) desgl. 59[illegible]

Ergebnisse der Schweinezählung vom 2. Juni 1930 in Preußen. — Um die Markt- und Produktionsverhältnisse der Schweinezucht genau verfolgen zu können, hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vierteljährliche Sonderzählungen der Schweine angeordnet.

Am 2. Juni d. J. ist die zweite Vierteljahrszählung in diesem Jahre in allen Ländern des Deutschen Reiches durchgeführt worden. Ihr Ergebnis für Preußen ist in nachfolgenden Übersichten für den ganzen Staat, die Provinzen und die Regierungsbezirke veröffentlicht.[1])

[1]) Es ist ein Sonderdruck, in dem auch die Kreisergebnisse enthalten sind, hergestellt, der beim Verlag des Preußischen Statistischen Landesamts zum Preise von 1 RM erhältlich ist.

Der Stapel im ganzen Lande beträgt zur Zeit rund 13 500 000 Schweine und hat folgende Zusammensetzung: 2 200 000 mehr oder weniger schlachtreife über $1/2$ Jahr alte Schweine, rund 9 700 000 junge Tiere (Läufer und Ferkel), die aus der Nachzucht im Winter und Frühjahr herrühren, 75 000 Zuchteber und 1 500 000 Zuchtsauen, worunter sich 1 Million trächtige, in den nächsten Monaten ferkelnde Sauen befinden. Alle diese Alters- und Zuchtklassen haben sich seit der März-Zählung d. J. teils durch Nachzucht und teils durch Aufwuchs nicht unerheblich vermehrt. Nachdem schon die Zählung vom März d. J. eine starke Ausdehnung der Schweinezucht und einen höheren Stand als zu Beginn des

[Fortsetzung des Textes auf Seite 342]

Staat	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter $1/2$ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht $1/2$ Jahr alte Jungschweine	zusammen	$1/2$ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber	Zuchtsauen: insgesamt	darunter trächtige
1	1a	2	3	4	5	6	7	8
A. Staat[1])[2])[3])	2. 6. 30	**2 310 672**	**3 534 764**	**6 156 017**	**9 690 781**	**38 749**	**609 286**	**412 785**
	1. 3. 30	1 929 508	3 430 698	5 797 921	9 228 619	36 485	503 534	331 524
	1. 6. 29	2 069 630	2 893 037	5 502 652	8 395 689	30 642	483 126	299 803
	1. 6. 28	2 451 285	3 392 459	6 441 870	9 834 329	33 240	492 605	306 965
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29: mehr (+) oder weniger (—)		+ 241 042	+ 641 727	+ 653 365	+ 1 295 092	+ 8 107	+ 126 160	+ 112 982
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 11,65	+ 22,18	+ 11,87	+ 15,43	+ 26,46	+ 26,11	+ 37,69
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28: mehr (+) oder weniger (—)		— 140 613	+ 142 305	— 285 853	— 143 548	+ 5 509	+ 116 681	+ 105 820
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 5,74	+ 4,19	— 4,44	— 1,46	+ 16,57	+ 23,69	+ 34,47

Staat	Zeit der Zählung	Noch: $1/2$ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Die übrigen Schweine	zusammen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber	Zuchtsauen: insgesamt	darunter trächtige	Die übrigen Schweine	zusammen	Gesamtzahl der Schweine
1	1a	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Staat[1])[2])[3])	2. 6. 30	**2 042 071**	**2 690 106**	**37 181**	**920 074**	**629 014**	**187 019**	**1 144 274**	**13 525 161**
	1. 3. 30	1 938 606	2 478 625	32 523	837 111	549 231	219 238	1 088 872	12 796 116
	1. 6. 29	1 646 917	2 160 685	35 243	785 980	552 348	195 108	1 016 331	11 572 705
	1. 6. 28	2 400 394	2 926 239	38 906	771 869	.	203 015	1 013 790	13 774 358
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29: mehr (+) oder weniger (—)		+ 395 154	+ 529 421	+ 1 938	+ 134 094	+ 76 666	— 8 089	+ 127 943	+ 1 952 456
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 23,99	+ 24,50	+ 5,50	+ 17,06	+ 13,88	— 4,15	+ 12,59	+ 16,87
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28: mehr (+) oder weniger (—)		— 358 323	— 236 133	— 1 725	+ 148 205	.	— 15 996	+ 130 484	— 249 197
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 14,93	— 8,07	— 4,43	+ 19,20	.	— 7,88	+ 12,87	— 1,81

[1]) ohne das Saargebiet. Die 33 Großstädte (Königsberg i. Pr., Berlin, Stettin, Breslau, Gleiwitz, Hindenburg O.S., Magdeburg, Halle a. S., Erfurt, Altona, Kiel, Hannover, Harburg-Wilhelmsburg, Gelsenkirchen-Buer, Münster i./W., Bochum, Dortmund, Hagen (Westf.), Kassel, Frankfurt a./M., Wiesbaden, Düsseldorf, Duisburg-Hamborn, Essen, Gladbach-Rheydt, Krefeld-Uerdingen a. Rh., Mühlheim a./d. Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal, Köln und Aachen) mit je 100 000 und mehr Einwohnern sind von der Zählung ausgenommen worden. In bezug auf den Schweinebestand sind für die Stadt Berlin, in der 1929 die Zählung nicht stattfand, die Zahlen der Dezemberzählung 1928 (darunter Auftrieb: 9 470 Schweine), bei den übrigen Städten die der Dezemberzählung 1929 (darunter Auftrieb: 29 474 Schweine), eingesetzt. Die Zahlen der Haushaltungen mit Schweinen dieser Städte sind den Ergebnissen der Junizählung 1928 entnommen.

[2]) In den Teilen der Regierungsbezirke Aurich, Münster, Kassel und Sigmaringen, in denen die Hausschlachtungen von Schweinen der Beschaupflicht nicht unterliegen, sind diese in der Zeit vom 1. März 1930 bis 31. Mai 1930 vorgenommenen Hausschlachtungen miterhoben worden. Die Zählung ergab insgesamt 23 488 Hausschlachtungen.

[3]) Bei dieser Zählung ist in den Kreisen Eiderstedt, Husum, Norderdithmarschen, Pinneberg, Schleswig, Steinburg, Süderdithmarschen und Süd-Tondern der Provinz Schleswig-Holstein, das zu Mastzwecken auf den Fettweiden gegräste Rindvieh erhoben worden. Die Gesamtzahl beträgt 88 805 Stück.

Provinzen	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Jungschweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen insgesamt	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen darunter trächtige	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrigen Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: zusammen	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen insgesamt	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen darunter trächtige	1 Jahr alte und ältere: übrigen Schweine	1 Jahr alte und ältere: zusammen	Gesamtzahl der Schweine
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
B. Provinzen.																
1. Ostpreußen	2. 6. 30	232 577	365 934	486 596	852 530	6 424	76 422	50 320	198 782	281 628	5 240	93 199	64 829	23 858	122 297	[illegible]
	1. 6. 29	205 911	264 188	394 351	658 539	4 705	55 122	30 983	152 844	212 671	4 860	74 376	51 162	28 078	107 314	[illegible]
	1. 6. 28	232 545	300 382	440 385	740 767	5 104	52 956	31 489	242 163	300 223	5 862	71 916	.	31 369	109 147	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr(+) od. weniger(—)		+26666	+101746	+92245	+193991	+1719	+21300	+19337	+45938	+68957	+ 380	+18823	+13667	—4220	+14983	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 12,95	+ 38,51	+ 23,39	+ 29,46	+36,54	+ 38,64	+ 62,41	+ 30,06	+ 32,42	+ 7,82	+ 25,31	+ 26,71	—15,03	+ 13,96	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr(+) od. weniger(—)		+ 32	+65 552	+46211	+111763	+1320	+23466	+18831	—43381	—18595	— 622	+21283	.	—7511	+13150	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 0,01	+ 21,82	+ 10,49	+ 15,09	+25,86	+ 44,31	+ 59,80	— 17,91	— 6,19	—10,61	+ 29,59	.	—23,94	+ 12,05	[illegible]
2. Brandenburg	2. 6. 30	206 586	242 064	458 234	700 298	3 225	55 679	39 275	240 225	299 129	2 987	64 317	45 165	17 472	84 776	[illegible]
	1. 6. 29	193 266	181 295	411 493	592 788	2 550	39 817	25 210	208 197	250 564	2 745	53 272	38 996	23 817	79 834	[illegible]
	1. 6. 28	224 641	224 867	486 429	711 296	2 610	38 748	25 698	299 820	341 178	3 003	53 002	.	24 611	80 616	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr(+) od. weniger(—)		+13320	+60 769	+46741	+107510	+ 675	+15862	+14065	+32028	+48565	+ 242	+11045	+6 169	—6345	+4 942	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 6,89	+ 33,52	+ 11,36	+ 18,14	+26,47	+ 39,84	+ 55,79	+ 15,38	+ 19,38	+ 8,82	+ 20,73	+ 15,82	—26,64	+ 6,19	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr(+) od. weniger(—)		—18055	+17 197	—28195	—10 998	+ 615	+16931	+13577	—59595	—42049	— 16	+11315	.	—7139	+4 160	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 8,04	+ 7,65	— 5,80	— 1,55	+23,56	+ 43,70	+ 52,83	— 19,88	— 12,32	— 0,53	+ 21,35	.	—29,01	+ 5,16	[illegible]
3. Stadt Berlin	[1] 2. 6. 30	3 286	1 363	5 280	6 643	23	183	107	11 851	12 057	38	322	148	13 592	13 952	[illegible]
	1. 6. 29 [2] 1. 6. 28	3 286	1 711	8 618	10 329	28	219	125	13 064	13 311	44	364	—	1 872	2 280	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1.6.28/29 mehr(+) od. weniger(—)		—	— 348	— 3 338	— 3 686	— 5	— 36	— 18	—1 213	—1 254	— 6	— 42	.	+ 11 720	+11672	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		—	— 20,34	— 38,73	— 35,69	—17,86	— 16,44	— 14,40	— 9,29	— 9,42	—13,64	— 11,54	.	+626,07	+511,93	[illegible]
4. Pommern	2. 6. 30	166 689	345 133	527 874	873 007	3 561	58 411	41 347	216 217	278 189	3 644	81 421	55 131	14 402	99 467	[illegible]
	1. 6. 29	160 094	277 560	491 961	769 521	2 885	41 684	27 551	192 669	237 238	3 545	68 108	47 817	20 889	92 542	[illegible]
	1. 6. 28	173 776	291 228	531 188	822 416	3 061	38 917	25 974	240 483	282 461	3 788	64 885	.	18 677	87 350	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr(+) od. weniger(—)		+6 595	+67 573	+35913	+103486	+ 676	+16727	+13796	+23548	+40951	+ 99	+13313	+7 314	—6487	+6 925	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 4,12	+ 24,35	+ 7,30	+ 13,45	+23,43	+ 40,13	+ 50,07	+ 12,22	+ 17,26	+ 2,79	+ 19,55	+ 15,30	—31,05	+ 7,48	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr(+) od. weniger(—)		—7 087	+53 905	— 3 314	+50 591	+ 500	+19494	+15373	—24266	—4 272	— 144	+16536	.	—4275	+12117	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 4,08	+ 18,51	— 0,62	+ 6,15	+16,33	+ 50,09	+ 59,19	— 10,09	— 1,51	— 3,80	+ 22,49	.	—22,89	+ 13,87	[illegible]
5. Grenzmark Posen-Westpr.	2. 6. 30	35 005	58 783	92 953	151 736	721	11 312	7 717	32 910	44 943	574	14 661	9 661	2 716	17 951	[illegible]
	1. 6. 19	32 536	43 983	87 430	131 413	648	8 051	5 088	28 986	37 685	528	12 044	8 066	4 351	16 923	[illegible]
	1. 6. 28	36 716	49 070	97 787	146 857	648	8 239	5 595	40 695	49 582	569	11 340	.	3 768	15 677	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr(+) od. weniger(—)		+2 469	+14 800	+ 5 523	+20 323	+ 73	+3 261	+2 629	+3 924	+7 258	+ 46	+2 617	+1 595	—1635	+1 028	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 7,59	+ 33,65	+ 6,32	+ 15,46	+11,27	+ 40,50	+ 51,67	+ 13,54	+ 19,26	+ 8,71	+ 21,78	+ 19,77	—37,58	+ 6,07	[illegible]
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr(+) od. weniger(—)		—1 711	+ 9 713	— 4 834	+ 4 879	+ 73	+3 073	+2 122	—7 785	—4 639	+ 5	+3 321	.	—1052	+2 274	[illegible]
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 4,66	+ 19,79	— 4,94	+ 3,32	+11,27	+ 37,30	+ 37,93	— 19,13	— 9,36	+ 0,88	+ 29,29	.	—27,92	+ 14,51	[illegible]

[1]) Zahlen der Dezemberzählung 1928. — [2]) Zahlen der Junizählung 1928.

Provinzen	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Jungschweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen insgesamt	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen darunter trächtige	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrigen Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: zusammen	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen insgesamt	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen darunter trächtige	1 Jahr alte und ältere: übrigen Schweine	1 Jahr alte und ältere: zusammen	Gesamtzahl der Schweine
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Noch: B. Provinzen.																
6. Niederschlesien	2. 6. 30	173 544	213 604	470 886	684 490	2 882	40 661	26 953	154 892	198 435	2 962	39 612	26 725	9 660	52 234	935 159
	1. 6. 29	146 448	151 450	375 586	527 036	2 032	24 453	15 532	105 104	131 589	2 551	32 956	22 814	11 103	46 610	705 235
	1. 6. 28	184 227	190 756	473 870	664 626	2 253	28 024	17 065	174 925	205 202	3 019	35 382	.	13 902	52 303	922 131
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+27096	+62 154	+95 300	+157454	+ 850	+16208	+11421	+49788	+66846	+ 411	+6 656	+3 911	—1443	+5 624	+229924
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 18,50	+ 41,04	+ 25,37	+ 29,88	+41,83	+ 66,28	+ 73,53	+ 47,37	+ 50,80	+16,11	+ 20,20	+ 17,14	—13,00	+ 12,07	+ 32,60
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		—10683	+22 848	— 2 984	+19 864	+ 629	+12637	+9 888	—20033	—6 767	— 57	+4 230	.	—4242	— 69	+13 028
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 5,80	+ 11,98	— 0,63	+ 2,99	+27,92	+ 45,09	+ 57,94	— 11,45	— 3,30	— 1,89	+ 11,96	.	—30,51	— 0,13	+ 1,41
7. Oberschlesien	2. 6. 30	104 132	149 806	194 621	344 427	1 167	28 777	19 021	54 854	84 798	1 084	37 235	23 595	4 563	42 882	472 107
	1. 6. 29	81 765	86 431	144 275	230 706	813	15 953	10 307	39 489	56 255	988	26 979	17 494	4 992	32 959	319 920
	1. 6. 28	105 066	120 744	190 607	311 351	915	20 005	13 339	58 859	79 779	1 104	27 847	.	6 100	35 051	426 181
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+22367	+63 375	+50 346	+113721	+ 354	+12824	+8 714	+15365	+28543	+ 96	+10256	+6 101	— 429	+9 923	+152187
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 27,36	+ 73,32	+ 34,90	+ 49,29	+43,54	+ 80,39	+ 84,54	+ 38,91	+ 50,74	+ 9,72	+ 38,01	+ 34,87	— 8,59	+ 30,11	+ 47,57
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		— 934	+29 062	+ 4 014	+33 076	+ 252	+8 772	+5 682	—4 005	+5 019	— 20	+9 388	.	—1537	+7 831	+45 926
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 0,89	+ 24,07	+ 2,11	+ 10,62	+27,54	+ 43,85	+ 42,60	— 6,80	+ 6,29	— 1,81	+ 33,71	.	—25,20	+ 22,34	+ 10,78
8. Sachsen	2. 6. 30	268 079	280 783	594 033	874 816	3 883	52 656	37 204	273 536	330 075	3 727	78 328	56 495	16 916	98 971	1 303 862
	1. 6. 29	247 735	236 586	547 808	784 394	3 183	43 921	28 803	232 794	279 898	3 764	70 544	52 936	23 466	97 774	1 162 066
	1. 6. 28	299 029	287 152	676 693	963 845	3 415	43 116	28 686	354 547	401 078	4 085	73 319	.	23 263	100 667	1 465 590
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+20344	+44 197	+46 225	+90 422	+ 700	+8 735	+8 401	+40742	+50177	— 37	+7 784	+3 559	—6550	+1 197	+141796
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 8,21	+ 18,68	+ 8,44	+ 11,53	+21,99	+ 19,89	+ 29,17	+ 17,50	+ 17,93	— 0,98	+ 11,03	+ 6,72	—27,91	+ 1,22	+ 12,20
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		—30950	— 6 369	—82 660	—89 029	+ 468	+9 540	+8 518	—81011	—71003	— 358	+5 009	.	—6347	—1 696	—161728
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 10,35	— 2,22	— 12,22	— 9,24	+13,70	+ 22,13	+ 29,69	— 22,85	— 17,70	— 8,76	+ 6,83	.	—27,28	— 1,68	— 11,04
9. Schleswig-Holstein	2. 6. 30	99 410	371 371	599 608	970 979	3 219	46 235	33 335	130 864	180 318	3 200	85 331	61 020	7 704	96 235	1 247 532
	1. 6. 29	86 491	348 771	532 159	880 930	2 703	38 455	27 602	94 977	136 135	3 149	77 415	57 985	8 177	88 741	1 105 806
	1. 6. 28	105 793	382 409	608 330	990 739	2 942	41 326	29 382	132 277	176 545	3 623	78 601	.	9 854	92 078	1 259 362
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+12919	+22 600	+67 449	+90 049	+ 516	+7 780	+5 733	+35887	+44183	+ 51	+7 916	+3 035	— 473	+7 494	+141726
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 14,94	+ 6,48	+ 12,67	+ 10,22	+19,09	+ 20,23	+ 20,77	+ 37,78	+ 32,46	+ 1,62	+ 10,23	+ 5,23	— 5,78	+ 8,44	+ 12,82
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		—6 383	—11 038	— 8 722	—19 760	+ 277	+4 909	+3 953	—1 413	+3 773	— 423	+6 730	.	—2150	+4 157	—11 830
in % mehr (+) oder weniger		— 6,03	— 2,89	— 1,43	— 1,99	+ 9,42	+ 11,88	+ 13,45	— 1,07	+ 2,14	—11,68	+ 8,56	.	—21,82	+ 4,51	— 0,94
10. Hannover	2. 6. 30	319 327	848 269	1 227 390	2 075 659	5 515	113 865	77 482	288 485	407 865	6 299	248 045	168 383	21 419	275 763	2 759 287
	1. 6. 29	293 955	733 195	1 126 042	1 859 237	4 540	105 053	67 627	250 053	359 646	6 122	221 341	157 688	29 111	256 574	2 475 457
	1. 6. 28	329 255	866 640	1 239 217	2 105 857	4 845	104 577	64 942	348 087	457 509	6 345	215 861	.	26 981	249 187	2 812 553
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+25372	+115074	+101348	+216422	+ 975	+8 812	+9 855	+38432	+48219	+ 177	+26704	+10695	—7692	+19189	+283830
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 8,63	+ 15,69	+ 9,00	+ 11,64	+21,48	+ 8,39	+ 14,57	+ 15,37	+ 13,41	+ 2,89	+ 12,06	+ 6,78	—26,42	+ 7,48	+ 11,47
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		—9 928	—18 371	—11 827	—30 198	+ 670	+9 288	+12540	—59602	—49644	— 46	+32184	.	—5562	+26576	—53 266
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 30,15	— 2,12	— 0,95	— 1,43	+13,83	+ 8,88	+ 19,31	— 17,12	— 10,85	— 0,72	+ 14,91	.	—20,61	+ 10,67	— 1,89

Provinzen	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Jungschweine	zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	Zuchtsauen insgesamt	darunter trächtige	übrigen Schweine	zusammen	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	Zuchtsauen insgesamt	darunter trächtige	übrigen Schweine	zusammen	Gei…
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	1…
Noch: B. Provinzen.																
11. Westfalen	2. 6. 30	271 614	343 711	717 976	1 061 687	3 737	58 251	37 929	172 757	234 745	3 260	93 827	63 035	19 202	116 289	141…
	1. 6. 29	243 483	302 936	679 719	982 655	3 070	55 618	31 947	130 040	188 728	2 899	77 273	51 246	15 428	95 600	126…
	1. 6. 28	290 178	345 670	795 212	1 140 882	3 271	57 468	31 609	185 092	245 831	3 110	69 420	.	16 555	89 085	147…
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+28131	+40 775	+38 257	+79 032	+ 667	+2 633	+5 982	+42717	+46017	+ 361	+16554	+11789	+3774	+20689	+14…
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 11,55	+ 13,46	+ 5,63	+ 8,04	+21,73	+ 4,73	+ 18,72	+ 32,85	+ 24,38	+12,45	+ 21,42	+ 23,00	+24,40	+ 21,61	+
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		—18564	— 1 959	—77 236	—79 195	+ 466	+ 783	+6 320	—12335	—11086	+ 150	+24407	.	+2647	+27204	—63…
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 6,40	— 0,57	— 9,71	— 6,94	+14,25	+ 1,36	+ 19,99	— 6,66	— 4,51	+ 4,82	+ 35,16	.	+15,99	+ 30,54	—
12. Hessen-Nassau	2. 6. 30	179 069	135 527	340 432	475 959	1 718	27 761	17 526	115 511	144 990	1 731	38 210	25 767	10 788	50 729	671…
	1. 6. 29	159 454	113 436	303 181	416 617	1 385	24 657	12 687	96 663	122 705	1 689	32 516	21 841	10 071	44 276	583…
	1. 6. 28	188 913	141 623	376 797	518 420	1 567	23 812	13 637	156 055	181 434	1 801	33 154	.	11 520	46 475	746…
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+19615	+22 091	+37 251	+59 342	+ 333	+3 104	+4 839	+18848	+22285	+ 42	+5 694	+3 926	+ 717	+6 453	+5…
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 12,30	+ 19,47	+ 12,29	+ 14,24	+24,04	+ 12,59	+ 38,14	+ 19,50	+ 18,16	+ 2,49	+ 17,51	+ 17,98	+ 7,12	+ 14,57	+ 1…
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		—9 844	— 6 096	—36 365	—42 461	+ 151	+3 949	+3 889	—40544	—36444	— 70	+5 056	.	— 732	+4 254	—74…
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 5,21	— 4,30	— 9,65	— 8,19	+ 9,64	+ 16,58	+ 28,52	— 25,98	— 20,09	— 3,89	+ 15,25	.	— 6,35	+ 9,15	— …
13. Rheinprovinz	2. 6. 30	242 626	173 020	423 222	596 242	2 624	37 763	23 710	146 291	186 678	2 396	44 206	28 195	24 203	70 805	85…
	1. 6. 29	207 838	147 063	386 903	533 966	2 066	29 423	15 998	99 551	131 040	2 324	37 747	23 683	13 515	53 586	71…
	1. 6. 28	268 844	185 141	501 338	686 479	2 532	34 274	18 869	149 550	186 356	2 517	35 895	.	14 315	52 727	925…
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+34788	+25 957	+36 319	+62 276	+ 558	+8 340	+7 712	+46740	+55638	+ 72	+6 459	+4 512	+10 688	+17219	+1…
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 16,74	+ 17,65	+ 9,39	+ 11,66	+27,01	+ 28,35	+ 48,21	+ 46,95	+ 42,46	+ 3,10	+ 17,11	+ 19,05	+79,08	+ 32,13	+
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		-26218	—12 121	—78 116	-90 237	+ 92	+3 489	+4 841	—3 259	+ 322	— 121	+8 311	.	+9 888	+18075	—7…
in % mehr (+) oder weniger (—)		— 9,75	— 6,55	— 15,58	— 13,14	+ 3,63	+ 10,18	+ 25,66	— 2,18	+ 0,17	— 4,81	+ 23,15	.	+69,07	+ 34,2…	+
14. Hohenzollerische Lande	2. 6. 30	8 728	5 396	16 912	22 308	50	1 310	859	4 896	6 256	39	1 360	865	524	1 923	…
	1. 6. 29	7 368	4 432	13 126	17 558	34	700	343	2 486	3 220	35	1 045	620	238	1 318	22…
	1. 6. 28	9 016	5 066	15 399	20 465	49	924	555	4 777	5 750	36	883	.	228	1 147	27…
2. 6. 30 gegen 1. 6. 29 mehr (+) od. weniger (—)		+1 360	+ 964	+ 3 786	+ 4 750	+ 16	+ 610	+ 516	+2 410	+3 036	+ 4	+ 315	+ 245	+ 286	+ 605	+ …
in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 18,46	+ 21,75	+ 28,84	+ 27,05	+47,06	+ 87,14	+150,44	+ 96,94	+ 94,29	+11,43	+ 30,14	+ 39,52	+120,17	+ 45,90	+ …
2. 6. 30 gegen 1. 6. 28 mehr (+) od. weniger (—)		— 288	+ 330	+ 1 513	+ 1 843	+ 1	+ 386	+ 304	+ 119	+ 506	+ 3	+ 477	.	+ 296	+ 776	+ 3…
in % mehr (+) oder weniger (—)		- 3,19	+ 6,51	+ 9,83	+ 9,01	+ 2,01	+ 41,77	+ 54,77	+ 2,49	+ 8,80	+ 8,33	+ 54,02	.	+129,82	+ 67,65	+ …

(Fortsetzung des Textes von Seite 339.)

Sommers 1929 (am 1. Juni) ergeben hat, hat der weitere Zuwachs im März, April und Mai d. J. um rund 700 000 Stück bewirkt, daß der gegenwärtige Stapel nahezu 2 000 000 Schweine (16 %) mehr zählt als zu gleicher Zeit des Vorjahres. Diese Ausdehnung der Schweinezucht zeigt sich in mehr oder weniger starkem Ausmaß ausnahmslos in allen Landesteilen. Sie hat sich über eine **erheblich** größere Anzahl Haushaltungen verbreitet als im Vorjahr: **es sind** bei der gegenwärtigen Zahl von über 2 300 000 **schweinebesitzenden** Haushaltungen ein Zugang von über 200 000 **Haushaltungen vorhanden**, von denen der größte Teil erst im **Frühjahr meist für den** Selbstbedarf Ferkel und Läufer zur Aufzucht **und Mast aufgestellt hat.**

Regierungsbezirke	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Jungschweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen insgesamt	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: Zuchtsauen darunter trächtige	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: übrigen Schweine	½ bis noch nicht 1 Jahr alte: zusammen	1 Jahr alte und ältere: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen insgesamt	1 Jahr alte und ältere: Zuchtsauen darunter trächtige	1 Jahr alte und ältere: übrigen Schweine	1 Jahr alte und ältere: zusammen	Gesamtzahl der Schweine
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
C. Regierungsbezirke.															
1. Königsberg	84 754	123 127	167 552	290 679	2 153	26 249	16 721	77 029	105 431	2 043	31 397	21 898	9 946	43 386	439 496
2. Gumbinnen	65 919	109 741	133 302	243 043	2 085	23 020	15 649	45 635	70 740	1 481	25 464	18 002	5 134	32 079	345 862
3. Allenstein	59 698	92 748	128 615	221 363	1 500	18 993	12 729	38 766	59 259	1 062	23 931	16 474	4 571	29 564	310 186
4. Westpreußen	22 206	40 318	57 127	97 445	686	8 160	5 221	37 352	46 198	654	12 407	8 455	4 207	17 268	160 911
5. Potsdam	96 064	107 740	210 127	317 867	1 610	24 722	17 551	131 858	158 190	1 640	29 045	20 621	9 231	39 916	515 973
6. Frankfurt	110 522	134 324	248 107	382 431	1 615	30 957	21 724	108 367	140 939	1 347	35 277	24 544	8 241	44 860	568 230
7. Berlin	3 286	1 363	5 280	6 643	23	183	107	11 851	12 057	38	322	148	13 592	13 952	32 652
8. Stettin	71 619	122 444	199 333	321 777	1 430	26 211	18 777	97 311	124 952	1 397	30 958	21 346	6 773	39 128	485 857
9. Köslin	74 462	189 681	273 035	462 716	1 477	26 783	19 001	95 813	124 073	1 450	38 549	25 573	5 275	45 274	632 063
10. Stralsund	20 608	33 008	55 506	88 514	654	5 417	3 569	23 093	29 164	797	11 914	8 212	2 354	15 065	132 743
11. Schneidemühl	35 005	58 783	92 953	151 736	721	11 312	7 717	32 910	44 943	574	14 661	9 661	2 716	17 951	214 630
12. Breslau	97 304	127 217	268 465	395 682	1 658	23 393	15 689	92 023	117 074	1 618	23 219	15 617	6 174	31 011	543 767
13. Liegnitz	76 240	86 387	202 421	288 808	1 224	17 268	11 264	62 869	81 361	1 344	16 393	11 108	3 486	21 223	391 392
14. Oppeln	104 132	149 806	194 621	344 427	1 167	28 777	19 021	54 854	84 798	1 084	37 235	23 595	4 563	42 882	472 107
15. Magdeburg	104 142	141 670	249 690	391 360	1 779	25 594	18 153	132 116	159 489	1 717	48 049	34 849	7 791	57 557	608 406
16. Merseburg	116 289	102 316	251 146	353 462	1 777	20 240	14 163	107 598	129 615	1 646	23 990	17 121	7 067	32 703	515 780
17. Erfurt	47 648	36 797	93 197	129 994	327	6 822	4 888	33 822	40 971	364	6 289	4 525	2 058	8 711	179 676
18. Schleswig	99 410	371 371	599 608	970 979	3 219	46 235	33 335	130 864	180 318	3 200	85 331	61 020	7 704	96 235	1 247 532
19. Hannover	60 963	250 437	308 541	558 978	1 114	21 459	13 908	68 004	90 577	1 211	67 794	43 302	5 721	74 726	724 281
20. Hildesheim	67 475	50 178	148 883	199 061	521	8 443	5 364	65 069	74 033	670	15 339	10 588	3 052	19 061	292 155
21. Lüneburg	60 648	147 819	277 652	425 471	1 325	20 632	14 309	70 600	92 557	1 860	51 355	35 136	4 663	57 878	575 906
22. Stade	50 089	161 296	274 045	435 341	1 047	24 896	17 779	45 832	71 775	989	42 468	29 890	3 105	46 562	553 678
23. Osnabrück	49 227	197 790	160 867	358 657	1 258	26 270	17 666	29 685	57 213	1 346	65 277	45 165	3 866	70 489	486 359
24. Aurich	30 925	40 749	57 402	98 151	250	12 165	8 456	9 295	21 710	223	5 812	4 302	1 012	7 047	126 908
25. Münster	91 938	125 762	264 645	390 407	1 958	28 561	18 667	61 218	91 737	1 450	31 439	21 816	6 090	38 979	521 123
26. Minden	89 231	177 989	278 032	456 021	1 159	23 773	15 428	65 445	90 377	1 120	53 276	35 112	6 081	60 577	606 975
27. Arnsberg	90 445	39 960	175 299	215 259	620	5 917	3 834	46 094	52 631	590	9 112	6 107	7 031	16 733	284 623
28. Kassel	117 949	96 706	235 082	331 788	1 308	18 174	11 499	84 324	103 806	1 321	28 957	19 590	6 520	36 798	472 392
29. Wiesbaden	61 120	38 821	105 350	144 171	410	9 587	6 027	31 187	41 184	410	9 253	6 177	4 268	13 931	199 286
30. Koblenz	60 924	26 729	92 548	119 277	249	6 028	3 829	26 145	32 422	272	6 735	4 244	1 858	8 865	160 564
31. Düsseldorf	73 309	69 114	159 343	228 457	1 350	15 735	10 054	64 443	81 528	1 219	15 984	11 012	16 048	33 251	343 236
32. Köln	34 751	13 755	50 358	64 113	340	2 727	1 472	17 716	20 783	358	2 936	1 829	2 079	5 373	90 269
33. Trier	44 639	44 165	74 564	118 729	347	8 809	5 521	27 459	36 615	358	16 026	9 500	3 180	19 564	174 908
34. Aachen	29 003	19 257	46 409	65 666	338	4 464	2 834	10 528	15 330	189	2 525	1 610	1 038	3 752	84 748
35. Sigmaringen	8 728	5 396	16 912	22 308	50	1310	859	4 896	6 256	39	1 360	865	524	1 923	30 487

Der Größe nach verteilt sich der gegenwärtige Stapel auf die einzelnen Provinzen in folgender Reihe:

Provinz	rund … Schweine	darunter … Ferkel und Läufer	… über ½ Jahr alte Mastschweine
Hannover	rund 2 759 000 Schweine,	darunter 2 076 000 Ferkel und Läufer,	310 000 über ½ Jahr alte Mastschweine
Westfalen	„ 1 413 000 „ ,	„ 1 062 000 „ „ „ ,	192 000 „ „ „ „ „
Sachsen	„ 1 304 000 „ ,	„ 875 000 „ „ „ ,	290 000 „ „ „ „ „
Ostpreußen	„ 1 256 000 „ ,	„ 853 000 „ „ „ ,	223 000 „ „ „ „ „
Pommern	„ 1 251 000 „ ,	„ 873 000 „ „ „ ,	231 000 „ „ „ „ „
Schleswig-Holstein	„ 1 248 000 „ ,	„ 971 000 „ „ „ ,	139 000 „ „ „ „ „
Brandenburg	„ 1 084 000 „ ,	„ 700 000 „ „ „ ,	258 000 „ „ „ „ „
Niederschlesien	„ 935 000 „ ,	„ 684 000 „ „ „ ,	165 000 „ „ „ „ „
Rheinprovinz	„ 854 000 „ ,	„ 596 000 „ „ „ ,	170 000 „ „ „ „ „
Hessen-Nassau	„ 672 000 „ ,	„ 476 000 „ „ „ ,	126 000 „ „ „ „ „
Oberschlesien	„ 472 000 „ ,	„ 344 000 „ „ „ ,	59 000 „ „ „ „ „
Grenzmark Posen-Westpreußen	„ 215 000 „ ,	„ 152 000 „ „ „ ,	36 000 „ „ „ „ „
Hohenzollerische Lande	„ 30 000 „ ,	„ 22 000 „ „ „ ,	5 000 „ „ „ „ „

Die nähere Gliederung des Stapels und das Maß der Vermehrung seiner einzelnen Mast- und Zuchtgruppen gegenüber den Zahlen im Vorjahr geht aus den Gegenüberstellungen hervor, die in den nachstehenden provinzweisen Zusammenfassungen der Ergebnisse dargestellt sind.

Eine wesentliche Überschreitung der Schweinezahl vom Juni 1929 zeigt sich in allen Provinzen. Bedeutsam ist hierbei die Zunahme des Bestandes an über ½ Jahr alten Mastschweinen um 23 % bis 50 % in Ostpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Sigmaringen (hier sogar fast 100 %), Schleswig-Holstein, Westfalen und in der Rheinprovinz. Gleich hohen Zuwachs auch an jungen Tieren sieht man in den erstgenannten 4 Provinzen.

Während der heutige Stapel im ganzen Land noch um einen Rest von 250 000 Schweinen (1,8 %) hinter der hohen Zahl vom Juni 1928 (rund 13 770 000 Stück) zurückbleibt, hat er sich bereits über die Zahlen von 1928 hinaus in Ostpreußen (um 9 %), in Pommern (um 5 %) und in der Grenzmark Posen-Westpreußen (um 1 %) vermehrt.

Nicht minder bezeichnend für die Ausdehnung der Schweinezucht in diesem Jahre ist, daß gegenwärtig in allen Landesteilen eine höhere Zahl trächtiger Sauen vorhanden ist als zu gleicher Zeit des Vorjahres. Im ganzen Lande beziffert sich die heutige Zahl trächtiger Sauen auf über 1 Million Stück, ihr Zuwachs gegen Juni 1929 beträgt nahezu 200 000 Muttertiere. Durch die Abferkelung dieser Tiere wird der heutige Stapel in den nächsten Monaten eine weitere Auffüllung erfahren, die ihn wahrscheinlich auf einen höheren Stand bringen wird als im Jahre 1928.

Die Schweinezählung vom 1. September 1930. — Die Ergebnisse der Schweinezwischenzählung vom 1. September dieses Jahres sind von ganz besonderer Wichtigkeit, denn sie zeigen sowohl gegenüber der letzten Zählung als auch gegenüber der Zählung zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres eine so erhebliche Vermehrung der Schweinebestände, daß dadurch ernsthafte Sorgen für die nächste Zukunft ausgelöst werden. Der Reichsernährungsminister hat gemeinsam mit dem Preußischen Landwirtschaftsminister und den Spitzenverbänden bereits eine Mahnung zur Vorsicht hinausgehen lassen. Angesichts dieser Bedeutung der Zahlen wurden die preußischen Ergebnisse bereits ohne Text noch in die in der Herstellung begriffene letzte Nummer (37) der Statistischen Korrespondenz aufgenommen, um den interessierten Kreisen möglichst rasch Gelegenheit zu geben, die provinzweisen Unterschiede festzustellen.

Das Charakteristikum der diesmaligen September-Zählung ist eine rund 18 prozentige Vermehrung der Gesamtzahl der Schweine sowohl gegenüber der letzten Zählung im Juni dieses Jahres als auch, was besonders wichtig ist, gegenüber der September-Zählung des Vorjahres. Angesichts der hohen Zuchtsauenziffern der Juni-Zählung überrascht dieses Ergebnis nicht gerade, aber es

[Fortsetzung des Textes auf Seite 348.]

Ergebnisse der Schweinezwischenzählung vom 1. September 1930 im Freistaat Preußen.

1. Der Schweinebestand im Staate.

Staat	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Ferkel	Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	Unter ½ Jahr alte Schweine: zusammen	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchtsauen insgesamt	½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchtsauen darunter trächtige
1	1a	2	3	4	5	6	7	8
A. Staat[1])								
Städte	1. 9. 30	*387 060*	*242 020*	*586 471*	*828 491*	*2 533*	*31 379*	*16 061*
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	*2 107 688*	*4 245 521*	*5 946 819*	*10 192 340*	*36 056*	*519 491*	*295 370*
zusammen	1. 9. 30	**2 494 748**	**4 487 541**	**6 533 290**	**11 020 831**	**38 589**	**550 870**	**311 431**
	2. 6. 30	2 310 672	3 534 764	6 156 017	9 690 781	38 749	609 286	412 785
	2. 9. 29	2 306 901	3 760 699	5 604 959	9 365 658	32 939	451 569	262 143
1. 9. 30 gegen 2. 6. 30: mehr (+) oder weniger (—)		+ 184 076	+ 952 777	+ 377 273	+ 1 330 050	— 160	— 58 416	— 101 354
1. 9. 30 gegen 2. 6. 30: in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 7,97	+ 26,95	+ 6,13	+ 13,72	— 0,41	— 9,59	— 24,55
1. 9. 30 gegen 2. 9. 29: mehr (+) oder weniger (—)		+ 187 847	+ 726 842	+ 928 331	+ 1 655 173	+ 5 650	+ 99 301	+ 49 288
1. 9. 30 gegen 2. 9. 29: in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 8,14	+ 19,33	+ 16,56	+ 17,67	+ 17,15	+ 21,99	+ 18,80

Staat	Zeit der Zählung	Noch: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Die übrigen Schweine	Noch: ½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: zusammen	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchtsauen insgesamt	1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchtsauen darunter trächtige	1 Jahr alte und ältere Schweine: Die übrigen Schweine	1 Jahr alte und ältere Schweine: zusammen	Gesamtzahl der Schweine
1	1a	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Staat[1])									
Städte	1. 9. 30	*404 944*	*438 856*	*2 470*	*45 183*	*26 017*	*64 410*	*112 063*	*1 379 410*
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	*2 593 466*	*3 149 013*	*37 261*	*955 696*	*571 171*	*245 572*	*1 238 529*	*14 579 882*
zusammen	1. 9. 30	**2 998 410**	**3 587 869**	**39 731**	**1 000 879**	**597 188**	**309 982**	**1 350 592**	**15 959 292**
	2. 6. 30	2 042 071	2 690 106	37 181	920 074	629 014	187 019	1 144 274	13 525 161
	2. 9. 29	2 543 574	3 028 082	37 759	832 884	515 976	266 851	1 137 494	13 531 234
1. 9. 30 gegen 2. 6. 30: mehr (+) oder weniger (—)		+ 956 339	+ 897 763	+ 2 550	+ 80 805	—31 826	+ 122 963	+ 206 318	+ 2 434 131
1. 9. 30 gegen 2. 6. 30: in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 46,83	+ 33,37	+ 6,86	+ 8,78	— 5,06	+ 65,75	+ 18,03	+ 18,00
1. 9. 30 gegen 2. 9. 29: mehr (+) oder weniger (—)		+ 454 836	+ 559 787	+ 1 972	+167995	+81 212	+ 43 131	+ 213 098	+ 2 428 058
1. 9. 30 gegen 2. 9. 29: in % mehr (+) oder weniger (—)		+ 17,88	+ 18,49	+ 5,22	+ 20,17	+ 15,74	+ 16,16	+ 18,73	+ 17,94

[1]) ohne das Saargebiet.

2. Der Schweinebestand im Staate und in den Provinzen (ohne die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern) nach den Zählungen vom 1. September 1930, 2. Juni 1930 und 2. September 1929 mit den Anteilzahlen der einzelnen Gruppen.

Staat. — Provinzen.	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter ½ Jahr alte Schweine: Unter 8 Wochen alte Schweine		Unter ½ Jahr alte Schweine: 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Jungschweine		½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: Zuchteber		½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: trächtige Zuchtsauen		½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: nichtträchtige Zuchtsauen		½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine: übrige Schweine		1 Jahr alte und ältere Schweine: Zuchteber		1 Jahr alte und ältere Schweine: trächtige Zuchtsauen		1 Jahr alte und ältere Schweine: nichtträchtige Zuchtsauen		1 Jahr alte und ältere Schweine: übrige Schweine		Gesamtzahl der Schweine
			Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	Anzahl	v. Tausend d. Gesamtzahl (Sp. 23)	
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
A. Staat.	1. 9. 30	2 416 160	4 469 941	283,9	6 469 804	410,9	38 285	2,4	310 056	19,7	237 846	15,1	2 913 337	185,0	39 427	2,5	594 891	37,8	402 072	25,5	268 011	17,0	15 743 670
	2. 6. 30	2 233 114	3 517 379	264,3	6 092 769	457,8	38 451	2,9	411 436	30,9	194 946	14,6	1 956 729	147,0	36 879	2,8	626 756	47,1	289 447	21,7	145 051	10,9	13 309 843
	2. 9. 29	2 229 166	3 732 148	280,7	5 472 222	411,6	32 557	2,4	260 202	19,6	187 456	14,1	2 483 619	186,8	37 327	2,8	515 918	38,8	312 949	23,5	259 778	19,5	13 294 176
B. Provinzen.																							
I. Ostpreußen . . .	1. 9. 30	248 302	460 350	302,9	580 334	381,8	6 522	4,3	33 436	22,0	30 577	20,1	262 859	173,0	5 810	3,8	61 253	40,3	43 117	28,4	35 519	23,4	1 519 777
	2. 6. 30	231 405	365 915	292,0	485 471	387,4	6 428	5,1	50 340	40,2	26 132	20,9	197 320	157,4	5 240	4,2	64 846	51,7	28 366	22,6	23 183	18,5	1 253 241
	2. 9. 29	224 091	350 383	296,7	434 637	368,0	5 137	4,3	24 132	20,4	23 126	19,6	219 932	186,2	5 211	4,4	47 261	40,0	33 858	28,7	37 406	31,7	1 181 083
II. Brandenburg . .	1. 9. 30	214 352	354 820	270,9	478 923	365,6	3 190	2,4	29 001	22,1	21 189	16,2	304 887	232,8	3 240	2,5	43 221	33,0	28 259	21,6	43 049	32,9	1 309 779
	2. 6. 30	206 591	242 081	223,3	458 182	422,5	3 225	3,0	39 275	36,2	16 405	15,1	240 255	221,6	2 987	2,8	45 165	41,7	19 153	17,7	17 471	16,1	1 084 199
	2. 9. 29	206 199	284 721	267,3	371 589	348,8	2 505	2,4	21 519	20,2	15 060	14,1	265 894	249,6	3 085	2,9	35 503	33,3	21 872	20,5	43 616	40,9	1 065 364
IV. Pommern	1. 9. 30	176 003	427 029	296,5	598 823	415,7	3 553	2,5	30 344	21,1	21 879	14,7	245 894	170,8	4 014	2,8	54 607	37,9	35 672	24,8	19 014	13,2	1 440 829
	2. 6. 30	166 363	344 969	276,2	527 147	422,2	3 556	2,8	41 337	33,1	17 052	13,7	215 717	172,7	3 641	2,9	55 106	44,1	26 264	21,0	14 090	11,3	1 248 879
	2. 9. 29	169 498	354 828	292,5	504 752	416,1	2 941	2,4	23 587	19,4	16 097	13,3	213 290	175,8	3 822	3,2	45 733	37,7	27 395	22,6	20 575	17,0	1 213 020
V. Grenzm. Posen-Westpreußen	1. 9. 30	37 090	73 334	291,6	105 969	421,3	767	3,0	6 137	24,4	4 392	17,5	40 212	159,9	654	2,6	9 619	38,2	6 942	27,6	3 484	13,9	251 510
	2. 6. 30	35 005	58 783	273,9	92 953	433,0	721	3,4	7 717	36,0	3 595	16,7	32 910	153,3	574	2,7	9 661	45,0	5 000	23,3	2 716	12,7	214 630
	2. 9. 29	34 732	58 972	287,9	85 697	418,0	619	3,0	4 635	22,6	3 409	16,6	34 453	168,0	605	3,0	7 441	36,3	5 385	26,3	3 810	18,6	205 026
VI. Niederschlesien . .	1. 9. 30	182 572	251 632	240,2	504 138	481,4	2 782	2,7	21 039	20,1	16 826	16,1	193 202	184,5	2 901	2,8	26 407	25,2	17 003	16,2	11 383	10,8	1 047 313
	2. 6. 30	171 890	212 929	228,7	469 328	504,0	2 880	3,1	26 891	28,9	13 592	14,6	153 795	165,2	2 952	3,2	26 628	28,6	12 846	13,8	9 225	9,9	931 066
	2. 9. 29	159 774	195 262	245,8	390 991	492,3	2 165	2,7	14 835	18,7	11 043	13,9	134 759	169,7	2 706	3,4	20 565	25,9	12 803	16,1	9 144	11,5	794 273
VII. Oberschlesien . . .	1. 9. 30	109 236	174 640	328,6	221 954	417,8	1 153	2,2	14 154	26,6	11 545	21,7	60 189	113,3	1 180	2,2	23 245	43,7	18 017	33,9	5 338	10,0	531 415
	2. 6. 30	100 144	148 350	318,1	191 780	411,2	1 164	2,5	18 997	40,7	9 677	20,8	53 894	115,6	1 077	2,3	23 526	50,5	13 503	29,0	4 346	9,3	466 314
	2. 9. 29	85 519	118 646	332,9	144 413	405,2	846	2,4	9 582	26,9	6 777	19,0	43 090	120,9	971	2,7	16 804	47,2	11 279	31,6	4 006	11,2	356 414
VIII. Sachsen	1. 9. 30	282 554	370 209	242,6	558 717	366,1	3 699	2,4	29 592	19,4	19 069	12,5	423 693	277,6	4 191	2,7	55 177	36,2	30 369	19,9	31 362	20,6	1 526 078
	2. 6. 30	265 476	280 159	216,2	591 825	456,6	3 877	3,0	37 195	28,7	15 392	11,9	270 662	208,8	3 716	2,9	56 443	43,5	21 795	16,8	15 015	11,6	1 296 079
	2. 9. 29	267 031	325 473	246,7	481 591	365,1	3 371	2,6	24 956	18,9	15 603	11,8	355 323	269,4	4 475	3,4	49 251	37,3	25 951	19,7	33 101	25,1	1 319 095
IX. Schleswig-Holstein	1. 9. 30	111 346	410 773	300,0	624 398	456,0	3 044	2,2	23 478	17,1	14 750	10,8	179 253	130,9	3 435	2,5	57 945	42,3	32 998	24,1	19 321	14,1	1 369 395
	2. 6. 30	96 565	369 879	298,8	594 910	480,6	3 201	2,6	33 267	26,9	12 859	10,4	127 881	103,3	3 189	2,6	60 876	49,2	24 244	19,6	7 375	6,0	1 237 681
	2. 9. 29	101 089	385 951	298,6	612 413	474,0	2 657	2,1	23 605	18,3	12 399	9,6	158 850	122,9	3 176	2,5	55 612	43,0	24 526	19,0	12 961	10,0	1 292 150
X. Hannover	1. 9. 30	341 415	1 089 982	328,3	1 330 228	400,6	5 698	1,7	58 880	17,7	43 787	13,2	478 116	144,0	6 671	2,0	156 624	47,2	107 696	32,4	42 838	12,9	3 320 520
	2. 6. 30	315 962	847 541	308,2	1 225 093	445,4	5 504	2,0	77 427	28,2	36 339	13,2	284 223	103,3	6 292	2,3	168 268	61,2	79 585	28,9	20 152	7,3	2 750 424
	2. 9. 29	323 023	964 298	324,4	1 186 120	399,0	4 953	1,7	55 753	18,7	38 152	12,8	440 650	148,2	6 414	2,1	148 371	49,9	86 728	29,2	41 684	14,0	2 973 123
XI. Westfalen	1. 9. 30	271 294	428 396	262,9	672 714	412,9	3 609	2,2	30 384	18,6	24 608	15,1	344 563	211,5	3 256	2,0	56 240	34,5	40 700	25,0	24 850	15,3	1 629 320
	2. 6. 30	245 738	338 710	249,2	701 293	515,8	3 645	2,7	37 477	27,6	19 917	14,7	149 948	110,3	3 177	2,3	62 337	45,9	30 391	22,3	12 547	9,2	1 359 442
	2. 9. 29	254 458	351 276	247,3	606 711	427,1	3 435	2,4	29 633	20,8	22 315	15,7	302 826	213,2	2 876	2,0	48 831	34,4	31 085	21,9	21 638	15,2	1 420 626
XII. Hessen-Nassau . .	1. 9. 30	191 458	199 738	243,6	335 380	408,9	1 651	2,0	13 377	16,3	12 118	14,8	198 040	241,5	1 595	1,9	22 824	27,8	19 127	23,3	16 356	19,9	820 206
	2. 6. 30	175 303	134 333	203,8	336 549	510,7	1 690	2,6	17 436	26,5	10 052	15,2	111 119	168,6	1 703	2,6	25 563	38,8	12 326	18,7	8 213	12,5	658 984
	2. 9. 29	177 987	159 385	234,2	274 626	403,4	1 700	2,5	11 756	17,4	10 199	15,0	170 184	250,0	1 641	2,4	18 842	27,7	14 957	22,0	17 307	25,4	680 597
XIII. Rheinprovinz . .	1. 9. 30	241 370	221 236	235,1	440 248	467,7	2 576	2,7	19 546	20,6	16 443	17,5	175 403	186,4	2 394	2,5	26 993	28,7	21 423	22,8	15 016	16,0	941 278
	2. 6. 30	213 944	168 334	216,3	401 326	515,6	2 510	3,2	23 218	29,8	13 483	17,3	114 109	146,6	2 292	2,9	27 472	35,3	15 479	19,9	10 194	13,1	778 417
	2. 9. 29	217 536	177 876	231,7	364 337	474,5	2 189	2,8	15 717	20,5	12 940	16,9	140 411	182,9	2 278	3,0	21 111	27,5	16 683	21,7	14 223	18,5	767 765
XIV. Hohenzoll. Lande	1. 9. 30	9 168	7 802	215,2	17 978	495,9	41	1,1	688	19,0	663	18,3	7 026	193,8	86	2,4	736	20,3	749	20,7	481	13,3	36 250
	2. 6. 30	8 728	5 396	177,0	16 912	554,7	50	1,6	859	28,2	451	14,8	4 896	160,6	39	1,3	865	28,4	495	16,2	524	17,2	30 487
	2. 9. 29	8 229	5 077	198,0	14 345	559,6	39	1,5	492	19,2	336	13,1	3 957	154,3	67	2,6	593	23,1	427	16,6	307	12,0	25 640

3. Der Schweinebestand in den Provinzen (einschl. der Großstädte*) am 1. September 1930 nach Stadt und Land sowie im Vergleich mit den Zählungen vom 2. 6. 1930 und 2. 9. 1929.

Provinzen.	Zeit der Zählung	Haushaltungen mit Schweinen	Unter 1/2 Jahr alte Schweine			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine					1 Jahr alte und ältere Schweine					Gesamtzahl der Schweine
			Unter 8 Wochen alte Schweine	8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alte Schweine	zusammen	Zuchteber	trächtige Zuchtsauen	nichtträchtige Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	Zuchteber	trächtige Zuchtsauen	nichtträchtige Zuchtsauen	Die übrigen Schweine	zusammen	
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
I. Ostpreußen.																
Städte	1. 9. 30	31 146	23 392	48 232	71 624	268	1 091	1 416	24 704	27 479	279	2 164	1 640	3 339	7 422	106 525
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	218 453	437 170	533 526	970 696	6 256	32 351	29 168	239 314	307 089	5 533	59 111	41 486	32 859	138 989	1 416 774
zusammen	1. 9. 30	**249 599**	**460 562**	**581 758**	**1 042 320**	**6 524**	**33 442**	**30 584**	**264 018**	**334 568**	**5 812**	**61 275**	**43 126**	**36 198**	**146 411**	**1 523 299**
	2. 6. 30	232 577	365 934	486 596	852 530	6 424	50 320	26 102	198 782	281 628	5 240	64 829	28 370	23 858	122 297	1 256 455
	2. 9. 29	225 388	350 739	436 044	786 783	5 141	24 151	23 137	220 800	273 229	5 211	47 261	33 868	37 467	123 807	1 183 819
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+17 022	+ 94 628	+ 95 162	+ 189 790	+ 100	−16 878	+ 4 482	+ 65 236	+ 52 940	+ 572	− 3 554	+14 756	+12 340	+24 114	+ 266 844
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 7,8	+ 25,9	+ 19,6	+ 22,3	+ 1,6	− 33,5	+ 17,2	+ 32,8	+ 18,8	+ 10,9	− 5,5	+ 52,0	+ 51,7	+ 19,7	+ 21,2
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+24 211	+ 109 823	+ 145 714	+ 255 537	+ 1 383	+ 9 291	+ 7 447	+ 43 218	+ 61 339	+ 601	+14 014	+ 9 258	− 1 269	+22 604	+ 339 480
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 10,7	+ 31,3	+ 33,4	+ 32,5	+ 26,9	+ 38,5	+ 32,2	+ 19,6	+ 22,4	+ 11,5	+ 29,7	+ 27,3	− 3,4	+ 18,3	+ 28,7
II. Brandenburg.																
Städte	1. 9. 30	30 380	24 900	43 266	68 166	302	1 975	1 846	37 856	41 979	288	2 548	1 824	4 633	9 293	119 438
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	183 972	329 920	435 657	765 577	2 888	27 026	19 343	267 031	316 288	2 952	40 673	26 435	38 416	108 476	1 190 341
zusammen	1. 9. 30	**214 352**	**354 820**	**478 923**	**833 743**	**3 190**	**29 001**	**21 189**	**304 887**	**358 267**	**3 240**	**43 221**	**28 259**	**43 049**	**117 769**	**1 309 779**
	2. 6. 30	206 586	242 064	458 234	700 298	3 225	39 275	16 404	240 225	299 129	2 987	45 165	19 152	17 472	84 776	1 084 203
	2. 9. 29	206 303	284 822	371 795	656 617	2 509	21 530	15 066	266 112	305 217	3 087	35 546	21 884	43 725	104 242	1 066 076
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+ 7 766	+ 112 756	+ 20 689	+ 133 445	− 35	−10 274	+ 4 785	+ 64 662	+ 59 138	+ 253	− 1 944	+ 9 107	+25 577	+32 993	+ 225 576
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 3,8	+ 46,6	+ 4,5	+ 19,1	− 1,1	− 26,2	+ 29,2	+ 26,9	+ 19,8	+ 8,5	− 4,3	+ 47,6	+ 146,4	+ 38,9	+ 20,8
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+ 8 049	+ 69 998	+ 107 128	+ 177 126	+ 681	+ 7 471	+ 6 123	+ 38 775	+ 53 050	+ 153	+ 7 675	+ 6 375	− 676	+13 527	+ 243 703
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 3,9	+ 24,6	+ 28,8	+ 27,0	+ 27,1	+ 34,7	+ 40,6	+ 14,6	+ 17,4	+ 5,0	+ 21,6	+ 29,1	− 1,0	+ 13,0	+ 22,8
IV. Pommern.																
Städte	1. 9. 30	25 273	29 231	46 261	75 492	293	2 102	1 855	23 189	27 439	248	3 219	2 329	2 266	8 062	110 993
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	152 056	397 962	553 289	951 251	3 265	28 252	20 036	223 205	274 758	3 769	51 413	33 369	17 060	105 611	1 331 620
zusammen	1. 9. 30	**177 329**	**427 193**	**599 550**	**1 026 743**	**3 558**	**30 354**	**21 891**	**246 394**	**302 197**	**4 017**	**54 632**	**35 698**	**19 326**	**113 673**	**1 442 613**
	2. 6. 30	166 689	345 133	527 874	873 007	3 561	41 347	17 064	216 217	278 189	3 644	55 131	26 290	14 402	99 467	1 250 663
	2. 9. 29	169 824	355 042	505 529	860 571	2 944	23 593	16 110	214 417	257 064	3 831	45 733	27 438	20 887	97 889	1 215 524
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+10 640	+ 82 060	+ 71 676	+ 153 736	− 3	−10 993	+ 4 827	+ 30 177	+ 24 008	+ 373	− 499	+ 9 408	+ 4 924	+14 206	+ 191 950
geg. 2. 6. 29 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 6,4	+ 23,8	+ 13,6	+ 17,6	− 0,1	− 26,6	+ 28,3	+ 14,0	+ 8,6	+ 10,2	− 0,9	+ 35,8	+ 34,2	+ 14,3	+ 15,3
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+ 7 505	72 151	94 021	166 172	+ 614	+ 6 761	+ 5 781	+ 31 977	+ 45 133	+ 186	+ 8 899	+ 8 260	− 1 561	+15 784	+ 227 089
geg. 2. 9 29 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 4,4	+ 20,3	+ 18,6	+ 19,3	+ 20,9	+ 28,7	+ 35,9	+ 14,9	+ 17,6	+ 4,9	+ 19,5	+ 30,1	− 7,5	+ 16,1	+ 18,7
V. Grenzmark Posen-Westpreußen.																
Städte	1. 9. 30	6 364	6 898	12 089	18 987	85	539	465	5 277	6 366	69	893	605	474	2 041	27 394
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	30 726	66 436	93 880	160 316	682	5 598	3 927	34 935	45 142	585	8 726	6 337	3 010	18 658	224 116
zusammen	1. 9. 30	**37 090**	**73 334**	**105 969**	**179 303**	**767**	**6 137**	**4 392**	**40 212**	**51 508**	**654**	**9 619**	**6 942**	**3 484**	**20 699**	**251 510**
	2. 6. 30	35 005	58 783	92 953	151 736	721	7 717	3 595	32 910	44 943	574	9 661	5 000	2 716	17 951	214 630
	2. 9. 29	34 732	58 972	85 697	144 669	619	4 635	3 409	34 453	43 116	605	7 441	5 385	3 810	17 241	205 026
1. 9 30 mehr (+) oder weniger (−)		+ 2 085	+ 14 551	+ 13 016	+ 27 567	− 46	+ 1 580	+ 797	+ 7 302	+ 6 565	+ 80	− 42	+ 1 942	+ 768	+ 2 748	+ 36 880
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 6,0	+ 24,8	+ 14,0	+ 18,2	− 6,4	+ 20,5	+ 22,2	+ 22,2	+ 14,6	+ 13,9	− 0,4	+ 38,8	+ 28,3	+ 15,3	+ 17,2
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+ 2 358	+ 14 362	+ 20 272	+ 34 634	+ 148	+ 1 502	+ 983	+ 5 759	+ 8 392	+ 49	+ 2 178	+ 1 557	− 326	+ 3 458	+ 46 484
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 6,8	+ 24,4	+ 23,7	+ 23,9	+ 23,9	+ 32,4	+ 28,8	+ 16,7	+ 19,5	+ 8,1	+ 29,3	+ 28,9	− 8,6	+ 20,0	+ 22,7
VI. Niederschlesien.																
Städte	1. 9. 30	11 025	9 329	21 565	30 894	91	595	684	11 634	13 004	118	842	618	1 236	2 814	46 712
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	173 201	242 983	484 131	727 114	2 693	20 506	16 258	182 669	222 126	2 793	25 662	16 426	10 582	55 463	1 004 703
zusammen	1. 9. 30	**184 226**	**252 312**	**505 696**	**758 008**	**2 784**	**21 101**	**16 942**	**194 303**	**235 130**	**2 911**	**26 504**	**17 044**	**11 818**	**58 277**	**1 051 415**
	2. 6. 30	173 544	213 604	470 886	684 490	2 882	26 953	13 708	154 892	198 435	2 962	26 725	12 887	9 660	52 234	935 159
	2. 9. 29	161 471	196 311	394 290	590 601	2 174	14 880	11 108	136 165	164 327	2 721	20 566	12 917	9 417	45 621	800 549
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+10 682	+ 38 708	+ 34 810	+ 73 518	− 98	− 5 852	+ 3 234	+ 39 411	+ 36 695	− 51	− 221	+ 4 157	+ 2 158	+ 6 043	+ 116 256
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 6,2	+ 18,1	+ 7,4	+ 10,7	− 3,4	− 21,7	+ 23,6	+ 25,4	+ 18,5	− 1,7	− 0,8	+ 32,3	+ 22,3	+ 11,6	+ 12,4
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+22 755	+ 56 001	+ 111 406	+ 167 407	+ 610	+ 6 221	+ 5 834	+ 58 138	+ 70 803	+ 190	+ 5 938	+ 4 127	+ 2 401	+12 656	+ 250 866
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (−)		+ 14,1	+ 28,5	+ 28,3	+ 28,3	+ 28,1	+ 41,8	+ 52,5	+ 42,7	+ 43,1	+ 7,0	+ 28,9	+ 32,0	+ 25,5	+ 27,7	+ 31,3
VII. Oberschlesien.																
Städte	1. 9. 30	11 157	8 180	15 179	23 359	69	541	598	5 466	6 674	66	885	889	733	2 573	32 606
Landgemeinden und Gutsbezirke	1. 9. 30	102 067	167 916	209 607	377 523	1 087	13 637	11 026	55 683	81 433	1 121	22 429	17 265	4 822	45 637	504 593
zusammen	1. 9. 30	**113 224**	**176 096**	**224 786**	**400 882**	**1 156**	**14 178**	**11 624**	**61 149**	**88 107**	**1 187**	**23 814**	**18 154**	**5 555**	**48 210**	**537 199**
	2. 6. 30	104 132	149 806	194 621	344 427	1 167	19 021	9 756	54 854	84 798	1 084	23 595	13 640	4 563	42 882	472 107
	2. 9. 29	89 507	119 890	148 749	268 639	870	9 663	6 890	44 245	61 668	978	16 804	11 413	4 403	33 598	363 905
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (−)		+ 9 092	+ 26 290	+ 30 165	+ 56 455	− 11	− 4 843	+ 1 868	+ 6 295	+ 3 309	+ 103	− 281	+ 4 514	+ 992	+ 5 328	+ 65 092
geg. 2. 6. 30 in % [illegible]		[illegible]	[illegible]	[illegible]	+ 16,4	− 0,9	− 25,5	+ 19,1	+ 11,5	+ 3,9	+ 9,5	− 1,2	+ 33,1	+ 21,7	+ 12,4	+ 13,8

zusammen . . .	1. 9. 30	285 057	370 833	560 925	931 758	3 705	29 601	19 129	426 567	479 002	4 202	55 229	30 407	33 263	123 101	1 533 861
	2. 6. 30	268 079	280 783	594 033	874 816	3 883	37 204	15 452	273 536	330 075	3 727	56 495	21 833	16 916	98 971	1 303 862
	2. 9. 29	269 534	325 959	484 513	810 472	3 384	24 982	15 640	358 549	402 555	4 484	49 251	26 029	33 614	113 378	1 326 405
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+16 978	+ 90 050	— 33 108	+ 56 942	— 178	— 7 603	+ 3 677	+ 153 031	+ 148 927	+ 475	— 1 266	+ 8 574	+16 347	+24 130	+ 229 999
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 6,3	+ 32,1	— 5,6	+ 6,5	— 4,6	— 20,4	+ 23,8	+ 55,9	+ 45,1	+ 12,7	— 2,2	+ 39,3	+ 96,6	+ 24,4	+ 17,6
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+15 523	+ 44 874	+ 76 412	+ 121 286	+ 321	+ 4 619	+ 3 489	+ 68 018	+ 76 447	— 282	+ 5 978	+ 4 378	— 351	+ 9 723	+ 207 456
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 5,8	+ 13,8	+ 15,8	+ 15,0	+ 9,5	+ 18,5	+ 22,8	+ 19,0	+ 19,0	— 6,3	+ 12,1	+ 16,8	— 1,0	+ 8,6	+ 15,6
IX. Schleswig-Holstein.																
Städte	1. 9. 30	16 836	15 148	47 400	62 548	144	850	630	17 084	18 708	107	1 311	916	1 082	3 416	84 672
Landgemeinden und Gutsbezirke . .	1. 9. 30	97 355	397 117	581 696	978 813	2 918	22 696	14 161	165 152	204 927	3 339	56 778	32 149	18 568	110 834	1 294 574
zusammen . . .	1. 9. 30	**114 191**	**412 265**	**629 096**	**1 041 361**	**3 062**	**23 546**	**14 791**	**182 236**	**223 635**	**3 446**	**58 089**	**33 065**	**19 650**	**114 250**	**1 379 246**
	2. 6. 30	99 410	371 371	599 608	970 979	3 219	33 335	12 900	130 864	180 318	3 200	61 020	24 311	7 704	96 235	1 247 532
	2. 9. 29	103 934	388 187	619 688	1 007 875	2 666	23 699	12 456	160 973	199 794	3 190	55 612	24 735	13 023	96 560	1 304 229
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+14 781	+ 40 894	+ 29 488	+ 70 382	— 157	— 9 789	+ 1 891	+ 51 372	+ 43 317	+ 246	— 2 931	+ 8 754	+11 946	+18 015	+ 131 714
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 14,9	+ 11,0	+ 4,9	+ 7,2	— 4,9	— 29,4	+ 14,7	+ 39,3	+ 24,0	+ 7,7	— 4,8	+ 36,0	+ 155,1	+ 18,7	+ 10,6
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+10 257	+ 24 078	+ 9 408	+ 33 486	+ 396	— 153	+ 2 335	+ 21 263	+ 23 841	+ 256	+ 2 477	+ 8 330	+ 6 627	+17 690	+ 75 017
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) oder weniger . .		+ 9,9	+ 6,2	+ 1,5	+ 3,3	+ 14,9	— 0,6	+ 18,7	+ 13,2	+ 11,9	+ 8,0	+ 4,5	+ 33,9	+ 50,9	+ 18,3	+ 5,8
X. Hannover.																
Städte	1. 9. 30	45 918	39 905	94 113	134 018	223	2 054	1 829	49 780	53 886	192	4 587	3 386	3 368	11 533	199 437
Landgemeinden und Gutsbezirke . .	1. 9. 30	298 862	1 050 805	1 238 412	2 289 217	5 486	56 881	42 002	432 598	536 967	6 486	152 152	104 387	40 737	303 762	3 129 946
zusammen . . .	1. 9. 30	**344 780**	**1 090 710**	**1 332 525**	**2 423 235**	**5 709**	**58 935**	**43 831**	**482 378**	**590 853**	**6 678**	**156 739**	**107 773**	**44 105**	**315 295**	**3 329 383**
	2. 6. 30	319 327	848 269	1 227 390	2 075 659	5 515	77 482	36 383	288 485	407 865	6 299	168 383	79 662	21 419	275 763	2 759 287
	2. 9. 29	326 388	965 283	1 191 314	2 156 597	4 959	55 824	38 215	444 072	543 070	6 421	148 371	86 924	42 056	283 772	2 983 439
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+25 453	+ 242 441	+ 105 135	+ 347 576	+ 194	—18 547	+ 7 448	+ 193 893	+ 182 988	+ 379	—11 644	+28 111	+22 686	+39 532	+ 570 096
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 8,0	+ 28,6	+ 8,6	+ 16,7	+ 3,5	— 23,9	+ 20,5	+ 67,2	+ 44,9	+ 6,0	— 6,9	+ 35,3	+ 105,9	+ 14,3	+ 20,7
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+18 392	+ 125 427	+ 141 211	+ 266 638	+ 750	+ 3 111	+ 5 616	+ 38 306	+ 47 783	+ 257	+ 8 368	+20 849	+ 2 049	+31 523	+ 345 944
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 5,6	+ 13,0	+ 11,9	+ 12,4	+ 15,1	+ 5,6	+ 14,7	+ 8,6	+ 8,8	+ 4,0	+ 5,6	+ 24,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 11,6
XI. Westfalen.																
Städte	1. 9. 30	88 896	31 024	112 040	143 064	327	2 224	2 079	86 616	91 246	330	3 272	2 423	9 143	15 168	249 478
Landgemeinden und Gutsbezirke . .	1. 9. 30	208 274	402 373	577 357	979 730	3 374	28 612	22 934	280 756	335 676	3 009	53 666	38 678	22 362	117 715	1 433 121
zusammen . . .	1. 9. 30	**297 170**	**433 397**	**689 397**	**1 122 794**	**3 701**	**30 836**	**25 013**	**367 372**	**426 922**	**3 339**	**56 938**	**41 101**	**31 505**	**132 883**	**1 682 599**
	2. 6. 30	271 614	343 711	717 976	1 061 687	3 737	37 929	20 322	172 757	234 745	3 260	63 035	30 792	19 202	116 289	1 412 721
	2. 9. 29	280 334	359 101	646 684	1 005 785	3 532	30 211	22 907	314 547	371 197	2 984	48 831	32 127	22 546	106 488	1 483 470
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+25 556	+ 89 686	— 28 579	+ 61 107	— 36	— 7 093	+ 4 691	+ 194 615	+ 192 177	+ 79	— 6 097	+10 309	+12 303	+16 594	+ 269 878
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 9,4	+ 26,1	— 4,0	+ 5,8	— 1,0	— 18,7	+ 23,1	+ 112,7	+ 81,9	+ 2,4	— 9,7	+ 33,5	+ 64,1	+ 14,3	+ 19,1
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+16 836	+ 74 296	+ 42 713	+ 117 009	+ 169	+ 625	+ 21 06	+ 52 825	+ 55 725	+ 355	+ 8 107	+ 8 974	+ 8 959	+26 395	+ 199 129
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 6,0	+ 20,7	+ 6,6	+ 11,6	+ 4,9	+ 2,1	+ 9,2	+ 16,8	+ 15,0	+ 11,9	+ 16,6	+ 27,9	+ 39,7	+ 24,8	+ 13,4
XII. Hessen-Nassau.																
Städte	1. 9. 30	23 217	14 178	31 196	45 374	182	954	906	25 599	27 641	191	1 886	1 390	3 829	7 296	80 311
Landgemeinden und Gutsbezirke . .	1. 9. 30	172 007	186 754	308 067	494 821	1 497	12 513	11 395	176 833	202 238	1 432	21 142	17 854	15 102	55 530	752 589
zusammen . . .	1. 9. 30	**195 224**	**200 932**	**339 263**	**540 195**	**1 679**	**13 467**	**12 301**	**202 432**	**229 879**	**1 623**	**23 028**	**19 244**	**18 931**	**62 826**	**832 900**
	2. 6. 30	179 069	135 527	340 432	475 959	1 718	17 526	10 235	115 511	144 990	1 731	25 767	12 443	10 788	50 729	671 678
	2. 9. 29	181 753	161 082	281 960	443 042	1 728	11 896	10 366	173 956	197 946	1 683	18 842	15 300	17 520	53 345	694 333
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+16 155	+ 65 405	— 1 169	+ 64 236	— 39	— 4 059	+ 2 066	+ 86 921	+ 84 889	— 108	— 2 739	+ 6 801	+ 8 143	+12 097	+ 161 222
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 9,0	+ 48,3	— 0,3	+ 13,5	— 2,3	— 23,2	+ 20,2	+ 75,2	+ 58,5	— 6,2	— 10,6	+ 54,7	+ 75,5	+ 23,8	+ 24,0
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+13 471	+ 39 850	+ 57 303	+ 97 153	— 49	+ 1 571	+ 1 935	+ 28 476	+ 31 933	— 60	+ 4 186	+ 3 944	+ 1 411	+ 9 481	+ 138 567
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 7,4	+ 24,7	+ 20,3	+ 21,9	— 2,8	+ 13,2	+ 18,7	+ 16,4	+ 16,1	— 3,6	+ 22,2	+ 25,8	+ 8,1	+ 17,8	+ 20,0
XIII. Rheinprovinz.																
Städte	1. 9. 30	45 282	15 494	54 772	70 266	288	1 413	1 427	47 739	50 867	282	1 819	1 380	15 082	18 563	139 696
Landgemeinden und Gutsbezirke . .	1. 9. 30	224 770	210 428	407 372	617 800	2 402	18 625	15 586	159 846	196 459	2 216	25 897	20 575	13 943	62 631	876 890
zusammen . . .	1. 9. 30	**270 052**	**225 922**	**462 144**	**688 066**	**2 690**	**20 038**	**17 013**	**207 585**	**247 326**	**2 498**	**27 716**	**21 955**	**29 025**	**81 194**	**1 016 586**
	2. 6. 30	242 626	173 020	423 222	596 242	2 624	23 710	14 053	146 291	186 678	2 396	28 195	16 011	24 203	70 805	853 725
	2. 9. 29	246 218	188 523	415 733	604 256	2 346	16 462	13 692	158 264	190 764	2 453	21 125	18 097	16 204	57 879	852 899
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+27 426	+ 52 902	+ 38 922	+ 91 824	+ 66	— 3 672	+ 2 960	+ 61 294	+ 60 648	+ 102	— 479	+ 5 944	+ 4 822	+10 389	+ 162 861
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 11,3	+ 30,6	+ 9,2	+ 15,4	+ 2,5	— 15,5	+ 21,1	+ 41,9	+ 32,5	+ 4,3	— 1,7	+ 37,1	+ 19,9	+ 14,7	+ 19,1
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+23 834	+ 37 399	+ 46 411	+ 83 810	+ 344	+ 3 576	+ 3 321	+ 49 321	+ 56 562	+ 45	+ 6 591	+ 3 858	+12 821	+23 315	+ 163 687
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 9,7	+ 19,8	+ 11,2	+ 13,9	+ 14,7	+ 21,7	+ 24,3	+ 31,2	+ 29,7	+ 1,8	+ 31,2	+ 21,8	+ 79,1	+ 40,3	+ 19,2
XIV. Hohenzollerische Lande.																
Städte	1. 9. 30	192	113	321	434	1	1	3	107	112	2	26	25	61	114	660
Landgemeinden und Gutsbezirke . .	1. 9. 30	8 976	7 689	17 657	25 346	40	687	660	6 919	8 306	84	710	724	420	1 938	35 590
zusammen . . .	1. 9. 30	**9 168**	**7 802**	**17 978**	**25 780**	**41**	**688**	**663**	**7 026**	**8 418**	**86**	**736**	**749**	**481**	**2 052**	**36 250**
	2. 6. 30	8 728	5 396	16 912	22 308	50	859	451	4 896	6 256	39	865	495	524	1 923	30 487
	2. 9. 29	8 229	5 077	14 345	19 422	39	492	336	3 957	4 824	67	593	427	307	1 394	25 640
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+ 440	+ 2 406	+ 1 066	+ 3 472	— 9	— 171	+ 212	+ 2 130	+ 2 162	+ 47	— 129	+ 254	— 43	+ 129	+ 5 763
geg. 2. 6. 30 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 5,0	+ 44,6	+ 6,3	+ 15,6	— 18,0	— 19,9	+ 47,0	+ 43,5	+ 34,6	+ 120,5	— 14,9	+ 51,3	— 8,2	+ 6,7	+ 18,9
1. 9. 30 mehr (+) oder weniger (—) . .		+ 939	+ 2 725	+ 3 633	+ 6 358	+ 2	+ 196	+ 327	+ 3 069	+ 3 594	+ 19	+ 143	+ 322	+ 174	+ 658	+ 10 610
geg. 2. 9. 29 in % mehr (+) od. weniger (—)		+ 11,4	+ 53,7	+ 25,3	+ 32,7	+ 5,1	+ 39,8	+ 97,3	+ 77,6	+ 74,5	+ 28,4	+ 24,1	+ 75,4	+ 56,7	+ 47,2	+ 41,4

*) Die Stadt Berlin ist nicht mit aufgeführt, da neue vergleichbare Ergebnisse nicht vorliegen.

[Fortsetzung des Textes von Seite 344.]

zeigt doch andererseits, wie schwer es offenbar für die östliche Landwirtschaft war, bei den Preisverhältnissen auf dem Roggen- und Kartoffelmarkt die Schweinehaltung dem Markt anzupassen.

Betrachtet man die einzelnen Altersklassen gesondert, so muß man in erster Linie den Vergleich mit der Septemberzählung des Vorjahres vornehmen. Hier zeigen sich kleine Abweichungen, im großen und ganzen aber weichen die relativen Zunahmeziffern der einzelnen Gruppen von der Höhe des Gesamtdurchschnittes nur wenig ab.

Bei einer provinzweisen Betrachtung der Ergebnisse tritt der Unterschied zwischen den östlichen Provinzen und den typischen Mastprovinzen Schleswig-Holstein und Hannover besonders stark hervor. In diesen beiden Provinzen beträgt die Vermehrung gegen das Vorjahr in Schleswig-Holstein nur 5,8 und in Hannover 11,6 v. H. Die Vermehrung gegenüber der letzten Zählung entspricht in Hannover mit 20,7 dem Durchschnitt, liegt aber in Schleswig-Holstein mit 10,6 v. H. nur ungefähr auf halber Höhe des Staatsdurchschnittes. Dieses typische Mastgebiet hat sich also offenbar am stärksten und am frühesten der Marktlage anzupassen versucht und anpassen können.

Besonders hohe Verhältniszahlen weisen Ostpreußen und Niederschlesien mit ca. 30 v. H. und Oberschlesien mit nahezu 48 v. H. auf. Die Betrachtung der einzelnen Provinzen nach Altersklassen zeigt sowohl bei einem Vergleich mit dem Vorjahr als mit der letzten Zählung, daß die Zunahmeziffern der einzelnen Altersgruppen im wesentlichen dem betreffenden Provinzdurchschnitt entsprechen. Lediglich in den Gruppen „übrige Schweine" (Spalten 9 und 14) finden sich beim Vergleich der beiden letzten Zählungen miteinander größere saison- und marktbedingte Abweichungen; man wird annehmen dürfen, daß Spalte 9 im wesentlichen die Mastschweine für den Markt, Spalte 14 überwiegend die für den Haushalt bestimmten Schweine umfaßt.

Von ganz besonderem Erkenntniswert für die Beurteilung der Entwickelung der Schweinehaltung sind die Ziffern der Zuchtsauen, die sich sehr stark vermehrt haben.

Die Zahl der jungen Sauen stieg gegen das Vorjahr von 451 569 auf 550 870. Die alten Sauen vermehrten sich im gleichen Zeitraum von 832 884 auf 1 000 879 Stück. Gegenüber dem Vorjahr haben wir also insgesamt 267 000 Sauen mehr. Diese Vermehrung um mehr als $^1/_5$ bei den Sauen, während die anderen Schweine sich schwächer vermehrt haben, zeigt, daß im Schweinebestand immer noch eine Tendenz zu beschleunigter Vermehrung vorhanden ist.

Die Vergleichung mit dem Vorvierteljahr zeigt bei den Zuchtsauen ein geringeres Anwachsen. Es sind nur noch 22 000 $= ^1/_{65}$ mehr, die Zunahme beträgt also nur $^1/_{10}$ der Zunahme der anderen Schweine. Dabei ergab die Zählung, daß die Zuchtsauen unter 1 Jahr im letzten Vierteljahr um fast 60 000 abgenommen haben, die älteren zeigen dagegen noch einen Zuwachs von 80 805 Stück. Schlußfolgerungen aus dieser einmaligen Vierteljahresbewegung lassen sich nicht ziehen.

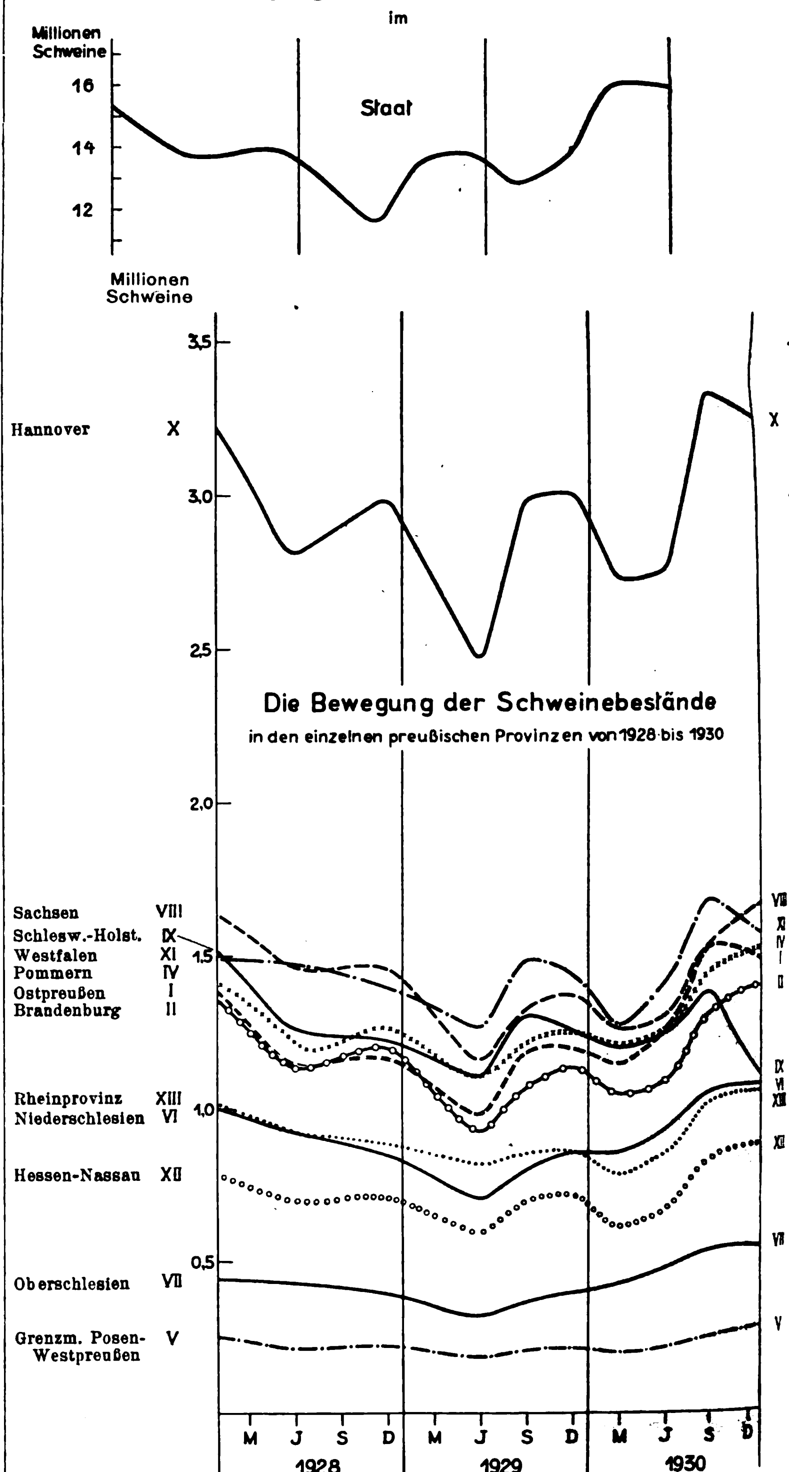
Ganz besonders vermehrt ist die Zahl der Sauen in Ostpreußen. Die Gesamtzahl für den 2. 9. 1929 ist 128 000, heute haben wir dagegen 168 000. Das bedeutet eine Vermehrung um fast $^1/_3$ in einem Jahr. In den letzten 3 Monaten ist hier jedoch eine Verminderung eingetreten, und zwar von 169 000 am 2. 6. 1930 auf 168 000.

Die Ferkel zeigen seit dem Vorjahre eine Steigerung von 19,33 v. H. und gegenüber dem Vorvierteljahr eine Steigerung von 27 v. H. Es hat bei der Ferkelmenge also eine Zunahme stattgefunden, die die Zunahme in den anderen Gruppen übersteigt. Das bedeutet mit der Zunahme der Sauenzahl auf weiteres Steigen der Gesamtzahl der Schweine.

Die Ergebnisse der letzten Schweinezählung zeigen, daß die Lehren der vorhergehenden Zählungen offenbar nur in einzelnen Gebieten Preußens die Landwirtschaft ernsthaft beeinflußt haben. Es ist hier nicht der Ort zu untersuchen, welche Rolle der Zwang der Marktverhältnisse bei ausreichender Erkenntnis der Lage gespielt hat. Es zeigt sich jedoch gerade an den Ergebnissen der beiden letzten Zählungen mit außerordentlicher Deutlichkeit, welche große Bedeutung sie für die Regelung der Schweinemast haben können, und es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, noch mehr als bisher für die Verbreitung dieser Erkenntnisse zu sorgen. Auf dieser Grundlage muß es alsdann dem einzelnen Landwirt überlassen bleiben, inwieweit er sich im Interesse der Gesamtrentabilität seiner Wirtschaft zu einer Einschränkung der Schweinehaltung oder zur Einschränkung in der Anwendung gekaufter Futtermittel entschließen will.

Die Schweinehaltung in Preußen am 1. Dezember 1930. — Bei der allgemeinen Viehzählung am 1. Dezember 1930 wurde der seit 1928 vierteljährlich erhobene Schweinebestand erneut festgestellt. Die auf Seite 20 abgedruckten Gesamtergebnisse ergeben gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 16 %. Der Vergleich mit dem Vorvierteljahr (September 1930)

[Fortsetzung des Textes auf Seite 352.]



Der Schweinebestand im Freistaat Preußen nach der Viehzählung vom 1. Dezember 1930
(Vorläufiges Ergebnis).

1. Der Schweinebestand im Staate.

Staat	Zeit der Zählung	Zuchteber: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Zuchteber: 1 Jahr alt und älter	Zuchteber: insgesamt (Spalten 2+3)	Zuchtsauen: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	Zuchtsauen: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	Zuchtsauen: insgesamt (Spalten 5 bis 8)
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9
Staat[1] [2]	1. 12. 30	**42 844**	**42 008**	**84 852**	**237 287**	**187 984**	**665 305**	**382 354**	**1 472 930**
	1. 9. 30	*38 589*	*39 731*	*78 320*	*311 431*	*239 439*	*597 188*	*403 691*	*1 551 749*
	2. 12. 29	*34 658*	*30 789*	*65 447*	*267 264*	*173 787*	*542 682*	*269 932*	*1 253 665*
gegenüber September 1930 mehr (+) oder weniger (—) absolut		+ 4 255	+ 2 277	+ 6 532	— 74 144	— 51 455	+ 68 117	— 21 337	— 78 819
gegenüber September 1930 mehr (+) oder weniger (—) %		+ 11,0	+ 5,7	+ 8,3	— 23,8	— 21,5	+ 11,4	— 5,3	— 5,1
gegenüber Dezember 1929 mehr (+) oder weniger (—) absolut		+ 8 186	+ 11 219	+ 19 405	— 29 977	+ 14 197	+ 122 623	+ 112 422	+ 219 265
gegenüber Dezember 1929 mehr (+) oder weniger (—) %		+ 23,6	+ 36,4	+ 29,6	— 11,2	+ 8,2	+ 22,6	+ 41,6	+ 17,5

Staat	Zeit der Zählung	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Ferkel unter 8 Wochen alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine 1 Jahr alt und älter	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: insgesamt (Spalten 10 bis 13)	Gesamtzahl der Schweine (Spalten 4 + 9 + 14)
1	1a	10	11	12	13	14	15
Staat[1] [2]	1. 12. 30	**3 738 154**	**6 625 514**	**3 390 054**	**629 312**	**14 383 034**	**15 940 816**
	1. 9. 30	*4 487 541*	*6 533 290*	*2 998 410*	*309 982*	*14 329 223*	*15 959 292*
	2. 12. 29	*3 051 812*	*5 873 171*	*2 747 759*	*744 897*	*12 417 639*	*13 736 751*
gegenüber September 1930 mehr (+) oder weniger (—) absolut		— 749 387	+ 92 224	+ 391 644	+ 319 330	+ 53 811	— 18 476
gegenüber September 1930 mehr (+) oder weniger (—) %		— 16,7	+ 1,4	+ 13,1	+ 103,0	+ 0,4	— 0,1
gegenüber Dezember 1929 mehr (+) oder weniger (—) absolut		+ 686 342	+ 752 343	+ 642 295	— 115 585	+ 1 965 395	+ 2 204 065
gegenüber Dezember 1929 mehr (+) oder weniger (—) %		+ 22,5	+ 12,8	+ 23,4	— 15,5	+ 15,8	+ 16,0

[1]) Ohne das Saargebiet. — [2]) Für den Stadtkreis Berlin, in dem die Zählung vom 1. Dezember 1930 nicht durchgeführt worden ist sind die Zahlen vom 1. Dezember 1928 eingesetzt worden.

2. Der Schweinebestand in den Provinzen am 1. Dezember 1930.

Provinzen.	Zuchteber: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Zuchteber: 1 Jahr alt und älter	Zuchteber: insgesamt (Spalten 2+3)	Zuchtsauen: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	Zuchtsauen: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	Zuchtsauen: insgesamt (Spalten 5 bis 8)	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Ferkel unter 8 Wochen alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine 1 Jahr alt und älter	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: insgesamt (Spalten 10 bis 13)	Gesamtzahl der Schweine (Spalten 4+9+14)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
B. **Provinzen.**														
I. Ostpreußen	7 595	5 950	13 545	26 254	25 348	67 933	37 555	157 090	333 193	623 440	317 896	59 258	1 333 787	1 504 422
II. Brandenburg	3 572	3 502	7 074	19 217	12 999	52 772	28 149	113 137	291 294	572 231	312 228	93 051	1 268 804	1 389 015
III. Stadt Berlin[1])	23	38	61	107	76	148	174	505	1 363	5 280	11 851	13 592	32 086	32 652
IV. Pommern	3 640	4 338	7 978	19 415	13 527	64 300	36 296	133 538	361 495	660 256	306 155	36 330	1 364 236	1 505 752
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	971	716	1 687	4 064	2 907	11 805	7 078	25 854	61 310	114 901	56 623	8 094	240 928	268 469
VI. Niederschlesien	3 324	3 421	6 745	14 657	10 516	34 230	19 918	79 321	219 916	489 022	254 177	20 224	983 339	1 069 405
VII. Oberschlesien	1 409	1 419	2 828	9 144	6 979	26 122	19 195	61 440	151 432	231 631	86 092	9 673	478 828	543 096
VIII. Sachsen	3 666	4 280	7 946	20 275	13 473	60 938	30 993	125 679	359 293	630 724	416 758	95 192	1 501 967	1 635 592
IX. Schleswig-Holstein	3 197	3 519	6 716	19 745	13 206	58 816	28 235	120 002	332 184	536 529	142 174	17 774	1 028 661	1 155 379
X. Hannover	6 052	6 427	12 479	49 957	44 521	162 710	96 939	354 127	912 191	1 349 187	538 290	113 805	2 913 473	3 280 079
XI. Westfalen	4 083	3 503	7 586	30 485	21 953	64 565	34 981	151 984	343 623	594 093	431 816	70 334	1 439 866	1 599 436
XII. Hessen-Nassau	1 687	1 730	3 417	9 004	8 159	27 459	17 868	62 490	170 216	345 266	241 929	49 467	806 878	872 785
XIII. Rheinprovinz[2])	3 589	3 104	6 693	14 610	13 911	32 603	24 061	85 185	193 803	456 521	265 859	41 977	958 160	1 050 038
XIV. Hohenzollerische Lande	36	61	97	353	409	904	912	2 578	6 841	16 433	8 206	541	32 021	34 696

[1]) Vergl. vorstehende Anmerkung [2]). — [2]) Vergl. vorstehende Anmerkung [1]).

3. Der Schweinebestand in den Provinzen (ohne die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern) im Vergleich mit den Zählungen vom 1. September 1930 und 2. Dezember 1929.

Provinzen	Zeit der Zählung	Zuchteber: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	Zuchteber: 1 Jahr alt und älter	Zuchteber: insgesamt (Spalten 3+4)	Zuchtsauen: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt, trächtig	Zuchtsauen: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt, nicht trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter, trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter, nicht trächtig	Zuchtsauen: insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Ferkel unter 8 Wochen alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine 1 Jahr alt und älter	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: insgesamt (Spalten 11 bis 14)	Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5+10+15)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
B. Provinzen.															
I. Ostpreußen	1.12.30	7 592	5 946	13 538	26 239	25 327	67 928	37 538	157 032	332 886	621 850	316 358	58 454	1 329 548	1 500 118
	1. 9.30	*6 522*	*5 810*	*12 332*	*33 436*	*30 577*	*61 253*	*43 117*	*168 383*	*460 350*	*580 334*	*262 859*	*35 519*	*1 339 062*	*1 519 777*
	2.12.29	*5 442*	*4 131*	*9 576*	*29 474*	*22 698*	*49 728*	*24 534*	*126 434*	*245 599*	*507 689*	*231 507*	*68 270*	*1 053 065*	*1 189 075*
gegenüber Sept. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+1070	+ 136	+1206	−7197	−5250	+ 6 675	− 5 579	−11351	−127464	+ 41 516	+53499	+22935	− 9 514	− 19 659
%		+ 16,4	+ 2,3	+ 9,8	− 21,5	− 17,2	+ 10,9	− 12,9	− 6,7	− 27,7	+ 7,2	+ 20,4	+ 64,6	− 0,7	− 1,[illegible]
gegenüber Dez. 1929 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+2150	+1812	+3962	−3235	+2629	+18200	+13004	+30598	+ 87 287	+114161	+84851	− 9 816	+276483	+311043
%		+ 39,5	+ 43,8	+ 41,4	− 11,0	+ 11,6	+ 36,6	+ 53,0	+ 24,2	+ 35,5	+ 22,5	+ 36,7	− 14,4	+ 26,3	+ 26,2
II. Brandenburg	1.12.30	3 572	3 502	7 074	19 217	12 999	52 772	28 149	113 137	291 294	572 231	312 228	93 051	1 268 804	1 389 015
	1. 9.30	*3 190*	*3 240*	*6 430*	*29 001*	*21 189*	*43 221*	*28 259*	*121 670*	*354 820*	*478 923*	*304 887*	*43 049*	*1 181 679*	*1 309 779*
	2.12.29	*2 658*	*2 477*	*5 135*	*19 474*	*12 595*	*39 974*	*18 783*	*90 826*	*217 230*	*474 032*	*242 073*	*102 055*	*1 035 390*	*1 131 351*
gegenüber Sept. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 382	+ 262	+ 644	−9784	−8190	+ 9 551	− 110	− 8 533	− 63 526	+ 93 308	+ 7 341	+50002	+ 87 125	+ 79 236
%		+ 12,0	+ 8,1	+ 10,0	− 33,7	− 38,7	+ 22,1	− 0,4	− 7,0	− 17,9	+ 19,5	+ 2,4	+ 116,2	+ 7,4	+ 6,0
gegenüber Dez. 1929 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 914	+1025	+1939	− 257	+ 404	+12798	+ 9 366	+22311	+ 74 064	+ 98 199	+70155	− 9 004	+233414	+257664
%		+ 34,4	+ 41,4	+ 37,8	− 1,3	+ 3,2	+ 32,0	+ 49,9	+ 24,6	+ 34,1	+ 20,7	+ 29,0	− 8,8	+ 22,5	+ 22,8
IV. Pommern	1.12.30	3 628	4 327	7 955	19 388	13 514	64 230	36 267	133 399	361 171	659 503	305 565	36 190	1 362 429	1 503 783
	1. 9.30	*3 553*	*4 014*	*7 567*	*30 344*	*21 879*	*54 607*	*35 672*	*142 502*	*427 029*	*598 823*	*245 894*	*19 014*	*1 290 760*	*1 440 829*
	2.12.29	*3 200*	*3 385*	*6 585*	*21 725*	*14 341*	*49 569*	*24 500*	*110 135*	*289 968*	*557 058*	*235 352*	*49 324*	*1 131 702*	*1 248 422*
gegenüber Sept. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 75	+ 313	+ 388	−10 956	−8365	+ 9 623	+ 595	− 9 103	− 65 858	+ 60 680	+59671	+17176	+ 71 669	+ 62 954
%		+ 2,1	+ 7,8	+ 5,1	− 36,1	− 38,2	+ 17,6	+ 1,7	− 6,4	− 15,4	+ 10,1	+ 24,3	+ 90,3	+ 5,6	+ 4,[illegible]
gegenüber Dez. 1929 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 428	+ 942	+1370	−2337	− 827	+14661	+11767	+23264	+ 71 203	+102445	+70213	−13134	+230727	+255361
%		+ 13,4	+ 27,8	+ 20,8	− 10,8	− 5,8	+ 29,6	+ 48,0	+ 21,1	+ 24,6	+ 18,4	+ 29,8	− 26,6	+ 20,4	+ 20,[illegible]
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	1.12.30	971	716	1 687	4 064	2 907	11 805	7 078	25 854	61 310	114 901	56 623	8 094	240 928	268 46[illegible]
	1. 9.30	*767*	*654*	*1 421*	*6 137*	*4 392*	*9 619*	*6 942*	*27 090*	*73 334*	*105 969*	*40 212*	*3 484*	*222 999*	*251 51[illegible]*
	2.12.29	*658*	*471*	*1 129*	*4 334*	*3 010*	*8 164*	*4 584*	*20 092*	*45 986*	*94 786*	*39 874*	*10 914*	*191 560*	*212 78[illegible]*
gegenüber Sept. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 204	+ 62	+ 266	−2073	−1485	+ 2 186	+ 136	− 1 236	− 12 024	+ 8 932	+16411	+ 4 610	+ 17 929	+ 16 95[illegible]
%		+ 26,6	+ 9,5	+ 18,7	− 33,8	− 33,8	+ 22,7	+ 2,0	− 4,6	− 16,4	+ 8,4	+ 40,8	+ 132,3	+ 8,0	+ 6,[illegible]
gegenüber Dez. 1929 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 313	+ 245	+ 558	− 270	− 103	+ 3 641	+ 2 494	+ 5 762	+ 15 324	+ 20 115	+16749	− 2 820	+ 49 368	+ 55 68[illegible]
%		+ 47,6	+ 52,0	+ 49,4	− 6,2	− 3,4	+ 44,6	+ 54,4	+ 28,7	+ 33,3	+ 21,2	+ 42,0	− 25,8	+ 25,8	+ 26,[illegible]
VI. Niederschlesien	1.12.30	3 311	3 413	6 724	14 580	10 416	34 147	19 860	79 003	219 366	487 214	252 702	19 794	979 076	1 064 8[illegible]
	1. 9.30	*2 782*	*2 901*	*5 683*	*21 039*	*16 826*	*26 407*	*17 003*	*81 275*	*251 632*	*504 138*	*193 202*	*11 383*	*960 355*	*1 047 3[illegible]*
	2.12.29	*2 341*	*2 320*	*4 661*	*15 692*	*10 839*	*22 613*	*11 651*	*60 795*	*164 004*	*418 233*	*173 138*	*27 489*	*782 864*	*848 32[illegible]*
gegenüber Sept. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 529	+ 512	+1041	−6459	−6410	+ 7 740	+ 2 857	− 2 272	− 32 266	− 16 924	+59500	+ 8 411	+ 18 721	+ 17 49[illegible]
%		+ 19,0	+ 17,6	+ 18,3	− 30,7	− 38,1	+ 29,3	+ 16,8	− 2,8	− 12,8	− 3,4	+ 30,8	+ 73,9	+ 1,9	+ 1,[illegible]
gegenüber Dez. 1929 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 970	+1093	+2063	−1112	− 423	+11534	+ 8 209	+18208	+ 55 362	+ 68 981	+79564	− 7 695	+196212	+21648[illegible]
%		+ 41,4	+ 47,1	+ 44,3	− 7,1	− 3,9	+ 51,0	+ 70,5	+ 29,9	+ 33,8	+ 16,5	+ 46,0	− 28,0	+ 25,1	+ 25,[illegible]
VII. Oberschlesien	1.12.30	1 381	1 408	2 789	9 129	6 926	26 039	19 009	61 103	150 010	227 908	83 918	9 218	471 054	534 94[illegible]
	1. 9.30	*1 153*	*1 180*	*2 333*	*14 154*	*11 545*	*23 245*	*18 017*	*66 961*	*174 640*	*221 945*	*60 189*	*5 338*	*462 112*	*531 4[illegible]*
	2.12.29	*907*	*964*	*1 871*	*9 672*	*6 324*	*18 977*	*11 165*	*46 138*	*103 738*	*178 210*	*49 953*	*10 714*	*342 615*	*390 624*
gegenüber Sept. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 228	+ 228	+ 456	−5025	−4619	+ 2 794	+ 992	− 5 858	− 24 630	+ 5 963	+23729	+ 3 880	+ 8 942	+ 3 54[illegible]
%		+ 19,8	+ 19,3	+ 19,5	− 35,5	− 40,0	+ 12,0	+ 5,5	− 8,7	− 14,1	+ 2,7	+ 39,4	+ 72,7	+ 1,9	+ 0,[illegible]
gegenüber Dez. 1929 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 474	+ 444	+ 918	− 543	+ 602	+ 7 062	+ 7 844	+14965	+ 46 272	+ 49 698	+33965	− 1 496	+128439	+14432[illegible]
%		+ 52,3	+ 46,1	+ 49,1	− 5,6	+ 9,5	+ 37,2	+ 70,3	+ 32,4	+ 44,6	+ 27,9	+ 68,0	− 14,[illegible]	+ 37,5	+ 36,[illegible]
VIII. Sachsen	1.12.30	3 654	4 270	7 924	20 264	13 441	60 878	30 932	125 515	358 493	627 509	413 750	93 759	1 493 511	1 626 950
	1. 9.30	*3 699*	*4 191*	*7 890*	*29 592*	*19 069*	*55 177*	*30 369*	*134 207*	*370 209*	*558 717*	*423 693*	*31 362*	*1 383 981*	*1 526 078*
	2.12.29	*3 407*	*3 194*	*6 601*	*22 632*	*13 538*	*52 612*	*21 992*	*110 774*	*277 187*	*529 980*	*337 094*	*100 786*	*1 245 047*	*1 362 422*
gegenüber Sept. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		− 45	+ 79	+ 34	−9328	−5628	+ 5 701	+ 563	− 8 692	− 11 716	+ 68 792	− 9 943	+62397	+109530	+100872
%		− 1,2	+ 1,9	+ 0,4	− 31,5	− 29,5	+ 10,3	+ 1,9	− 6,5	− 3,2	+ 12,3	− 2,3	+ 199,0	+ 7,9	+ 6,6
gegenüber Dez. 1929 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 247	+1076	+1323	−2368	− 97	+ 8 266	+ 8 940	+14741	+ 81 306	+ 97 529	+76656	− 7 027	+248464	+264528
%		+ 7,2	+ 33,7	+ 20,0	− 10,5	− 0,7	+ 15,7	+ 40,7	+ 13,3	+ 29,3	+ 18,4	+ 22,7	− 7,0	+ 20,0	+ 19,[illegible]

Noch: 3. Der Schweinebestand in den Provinzen (ohne die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern) im Vergleich mit den Zählungen vom 1. September 1930 und 2. Dezember 1929.

Provinzen	Zeit der Zählung	Zuchteber: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	Zuchteber: 1 Jahr alt und älter	Zuchteber: insgesamt (Spalten 3+4)	Zuchtsauen: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	Zuchtsauen: 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	Zuchtsauen: insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Ferkel unter 8 Wochen alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Schweine 1 Jahr alt und älter	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: insgesamt (Spalten 11 bis 14)	Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5 + 10 + 15)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Noch: B. Provinzen.															
IX. Schleswig-Holstein	1.12.30	3 175	3 506	6 681	19 692	13 132	58 684	28 120	119 628	330 619	531 307	139 168	17 600	1 018 694	1 145 003
	1. 9.30	*3 044*	*3 435*	*6 479*	*23 478*	*14 750*	*57 945*	*32 998*	*129 171*	*410 773*	*624 398*	*179 253*	*19 321*	*1 233 745*	*1 369 395*
	2.12.29	*2 915*	*2 823*	*5 738*	*24 805*	*12 167*	*54 038*	*22 415*	*113 425*	*337 389*	*621 146*	*141 014*	*27 469*	*1 127 018*	*1 246 181*
gegenüber Sept. 1930 absol.		+ 131	+ 71	+ 202	—3786	—1618	+ 739	— 4 878	— 9 543	— 80 154	— 93 091	—40085	— 1 721	—215051	—224392
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 4,8	+ 2,1	+ 3,1	— 16,1	— 11,0	+ 1,3	— 14,8	— 7,4	— 19,5	— 14,9	— 22,4	— 8,9	— 17,4	— 16,4
gegenüber Dez. 1929 absol.		+ 260	+ 683	+ 943	—5113	+ 965	+ 4 646	+ 5 705	+ 6 203	— 6 770	— 89 839	— 1 846	— 9 869	—108324	—101178
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 8,9	+ 24,2	+ 16,4	— 20,6	+ 7,9	+ 8,6	+ 25,5	+ 5,5	— 2,0	— 14,5	— 1,3	— 35,9	— 9,6	— 8,1
X. Hannover.....	1.12.30	6 041	6 411	12 452	49 935	44 464	162 574	96 839	353 812	911 033	1 345 807	533 676	112 413	2 902 929	3 269 193
	1. 9.30	*5 698*	*6 671*	*12 369*	*58 880*	*43 787*	*156 624*	*107 696*	*366 987*	*1 089 982*	*1 330 228*	*478 116*	*42 838*	*2 941 164*	*3 320 520*
	2.12.29	*5 455*	*5 242*	*10 697*	*55 428*	*34 956*	*150 431*	*74 246*	*315 061*	*782 048*	*1 283 605*	*474 508*	*129 240*	*2 669 401*	*2 995 159*
gegenüber Sept. 1930 absol.		+ 343	— 260	+ 83	—8945	+ 677	+ 5 950	—10857	—13175	—129085	+ 15 579	+55560	+69575	— 38 235	— 51 327
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 6,0	— 3,9	+ 0,7	— 15,2	+ 1,5	+ 3,8	— 10,1	— 3,6	— 16,4	+ 1,2	+ 11,6	+ 162,4	— 1,3	— 1,5
gegenüber Dez. 1929 absol.		+ 586	+1169	+1755	—5493	+9508	+12143	+22593	+38751	+178949	+ 62 202	+59168	—16827	+233528	+274034
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 10,7	+ 22,3	+ 16,4	— 9,9	+ 27,2	+ 8,1	+ 30,4	+ 12,3	+ 16,5	+ 4,8	+ 12,5	— 13,0	+ 8,7	+ 9,1
XI. Westfalen.....	1.12.30	3 974	3 401	7 375	30 154	21 554	63 616	34 335	149 659	336 633	571 558	402 831	65 707	1 376 729	1 533 763
	1. 9.39	*3 609*	*3 256*	*6 865*	*30 384*	*24 608*	*56 240*	*40 700*	*151 932*	*428 396*	*672 714*	*344 563*	*24 850*	*1 470 523*	*1 629 320*
	2.12.29	*3 549*	*2 305*	*5 854*	*34 328*	*19 873*	*50 414*	*26 930*	*131 545*	*301 054*	*497 705*	*368 064*	*76 210*	*1 243 033*	*1 380 432*
gegenüber Sept. 1930 absol.		+ 365	+ 145	+ 510	— 230	—3054	+ 7 376	— 6 365	— 2 273	— 91 763	—101156	+58268	+40857	— 93 794	— 95 557
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 10,1	+ 4,5	+ 7,4	— 0,8	— 12,4	+ 13,1	— 15,6	— 1,5	— 21,4	— 15,0	+ 16,9	+ 164,4	— 6,4	— 5,9
gegenüber Dez. 1929 absol.		+ 425	+1096	+1521	—4174	+1681	+13202	+ 7 405	+18114	+ 35 579	+ 73 853	+34767	—10503	+133696	+153331
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 12,0	+ 47,5	+ 26,0	— 12,2	+ 8,5	+ 26,2	+ 27,5	+ 13,8	+ 11,8	+ 14,8	+ 9,4	— 13,8	+ 10,8	+ 11,1
XII. Hessen-Nassau.	1.12.30	1 665	1 673	3 338	8 946	8 040	27 201	17 601	61 788	168 497	340 996	230 895	47 943	788 331	853 457
	1. 9.30	*1 651*	*1 595*	*3 246*	*13 377*	*12 118*	*22 824*	*19 127*	*67 446*	*199 738*	*335 380*	*198 040*	*16 356*	*749 514*	*820 206*
	2.12.29	*1 531*	*1 278*	*2 809*	*11 405*	*9 166*	*20 888*	*12 128*	*53 587*	*126 669*	*276 218*	*187 421*	*58 318*	*648 626*	*705 022*
gegenüber Sept. 1930 absol.		+ 14	+ 78	+ 92	—4431	—4078	+ 4 377	— 1 526	— 5 658	— 31 241	+ 5 616	+32855	+31587	+ 38 817	+ 33 251
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 0,8	+ 4,9	+ 2,8	— 33,1	— 33,7	+ 19,2	— 8,0	— 8,4	— 15,6	+ 1,7	+ 16,6	+ 193,1	+ 5,2	+ 4,1
gegenüber Dez. 1929 absol.		+ 134	+ 395	+ 529	—2459	—1126	+ 6 313	+ 5 473	+ 8 201	+ 41 828	+ 64 778	+43474	—10375	+139705	+148435
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 8,8	+ 30,9	+ 18,8	— 21,6	— 12,3	+ 30,2	+ 45,1	+ 15,3	+ 33,0	+ 23,5	+ 23,2	— 17,8	+ 21,5	+ 21,1
XIII. Rheinprovinz[1]).	1.12.30	3 361	2 911	6 272	14 142	13 503	31 725	23 270	82 640	186 422	427 772	226 446	31 138	871 778	960 690
	1. 9.30	*2 576*	*2 394*	*4 970*	*19 546*	*16 443*	*26 993*	*21 423*	*84 405*	*221 236*	*440 248*	*175 403*	*15 016*	*851 903*	*941 278*
	2.12.29	*2 246*	*1 852*	*4 098*	*16 459*	*12 273*	*22 440*	*14 876*	*66 048*	*138 213*	*355 699*	*176 613*	*41 322*	*711 847*	*781 993*
gegenüber Sept. 1930 absol.		+ 785	+ 517	+1302	—5404	—2940	+ 4 732	+ 1 847	— 1 765	— 34 814	— 12 476	+51043	+16122	+ 19 875	+ 19 412
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 30,5	+ 21,6	+ 26,2	— 27,6	— 17,9	+ 17,5	+ 8,6	— 2,1	— 15,7	— 2,8	+ 29,1	+ 107,4	+ 2,3	+ 2,1
gegenüber Dez. 1929 absol.		+1115	+1059	+2174	—2317	+1230	+ 9 285	+ 8 394	+16592	+ 48 209	+ 72 073	+49833	—10184	+159931	+178697
mehr(+) od. wenig.(—) %		+ 49,6	+ 57,2	+ 53,1	— 14,1	+ 10,0	+ 41,4	+ 56,4	+ 25,1	+ 34,9	+ 20,3	+ 28,2	— 24,6	+ 22,5	+ 22,9
XIV. Hohenz. Lande.	1.12.30	36	61	97	353	409	904	912	2 578	6 841	16 433	8 206	541	32 021	34 696
	1. 9.30	*41*	*86*	*127*	*688*	*663*	*736*	*749*	*2 836*	*7 802*	*17 978*	*7 026*	*481*	*33 287*	*36 250*
	2.12.29	*45*	*40*	*85*	*461*	*414*	*537*	*509*	*1 921*	*5 127*	*15 315*	*6 075*	*815*	*27 332*	*29 338*
gegenber Sept. 1930 absol.		— 5	— 25	— 30	— 335	— 254	+ 168	+ 163	— 258	— 961	— 1 545	+ 1 180	+ 60	— 1 266	— 1 554
mehr(+) od. wenig.(—) %		— 12,2	— 29,1	— 23,6	— 48,7	— 38,3	+ 22,8	+ 21,8	— 9,1	— 12,3	— 8,6	+ 16,8	+ 12,5	— 3,8	— 4,3
gegenüber Dez. 1929 absol.		— 9	+ 21	+ 12	— 108	— 5	+ 367	+ 403	+ 657	+ 1 714	+ 1 118	+ 2 131	— 274	+ 4 689	+ 5 358
mehr(+) od. wenig.(—) %		— 20,0	+ 52,5	+ 14,1	— 23,4	— 1,2	+ 68,3	+ 79,2	+ 34,2	+ 33,4	+ 7,3	+ 35,1	— 33,6	+ 17,2	+ 18,3

[1]) Vergl. die Anmerkung [1]) auf Seite 349.

4. Die Anteilzahlen des Schweinebestandes im Staate und in den Provinzen (ohne die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern) nach den Zählungen vom 1. Dezember 1930, 1. September 1930 und 2. Dezember 1929.

Staat — Provinzen	Zeit der Zählung	Von 1 000 Schweinen insgesamt (Sp. 16) waren: Zuchteber ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Zuchteber 1 Jahr alt und älter	Zuchteber insgesamt (Spalten 3+4)	Zuchtsauen ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	Zuchtsauen ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	Zuchtsauen 1 Jahr alt und älter: trächtig	Zuchtsauen 1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	Zuchtsauen insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alt	Schweine ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 11 bis 14)	Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5 + 10 + 15)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Staat¹)	1. 12. 30	2,7	2,6	5,3	15,1	11,9	42,2	24,2	93,4	236,8	417,3	209,3	37,9	901,3	1 000,0
	1. 9. 30	2,4	2,5	4,9	19,7	15,1	37,8	25,5	98,1	283,9	410,9	185,0	17,0	896,8	1 000,0
	2. 12. 29	2,5	2,3	4,8	19,7	12,7	40,0	19,8	92,2	224,4	429,7	196,9	52,0	903,0	1 000,0
B. Provinzen.															
I. Ostpreußen	1. 12. 30	5,1	4,0	9,2	17,5	16,9	45,3	25,0	104,7	221,9	414,5	210,9	39,0	886,3	1 000,0
	1. 9. 30	4,3	3,8	8,1	22,0	20,1	40,3	28,4	110,8	302,9	381,8	173,0	23,4	881,1	1 000,0
	2. 12. 29	4,6	3,5	8,1	24,8	19,1	41,8	20,6	106,3	206,5	427,0	194,7	57,4	885,6	1 000,0
II. Brandenburg	1. 12. 30	2,6	2,5	5,1	13,8	9,4	38,0	20,3	81,5	209,7	412,0	224,8	67,0	913,5	1 000,0
	1. 9. 30	2,4	2,5	4,9	22,1	16,2	33,0	21,6	92,9	270,9	365,6	232,8	32,9	902,2	1 000,0
	2. 12. 29	2,3	2,2	4,5	17,2	11,1	35,3	16,6	80,2	192,0	419,0	214,0	90,2	915,2	1 000,0
IV. Pommern	1. 12. 30	2,4	2,9	5,3	12,9	9,0	42,7	24,1	88,7	240,2	438,6	203,2	24,1	906,5	1 000,0
	1. 9. 30	2,5	2,8	5,3	21,1	14,7	37,9	24,8	98,5	296,5	415,7	170,8	13,2	896,2	1 000,0
	2. 12. 29	2,6	2,7	5,3	17,4	11,5	39,7	19,6	88,2	232,3	446,2	188,5	39,5	906,5	1 000,0
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	1. 12. 30	3,6	2,7	6,3	15,1	10,8	44,0	26,4	96,3	228,4	428,0	210,9	30,1	897,4	1 000,0
	1. 9. 30	3,0	2,6	5,6	24,4	17,5	38,2	27,6	107,7	291,6	421,3	159,9	13,9	886,7	1 000,0
	2. 12. 29	3,1	2,2	5,3	20,4	14,1	38,4	21,5	94,4	216,1	445,5	187,4	51,3	900,3	1 000,0
VI. Niederschlesien	1. 12. 30	3,1	3,2	6,3	13,7	9,8	32,1	18,7	74,3	206,0	457,6	237,3	18,6	919,5	1 000,0
	1. 9. 30	2,7	2,8	5,5	20,1	16,1	25,2	16,2	77,6	240,2	481,4	184,5	10,8	916,9	1 000,0
	2. 12. 29	2,8	2,7	5,5	18,5	12,8	26,7	13,7	71,7	193,3	493,0	204,1	32,4	922,8	1 000,0
VII. Oberschlesien	1. 12. 30	2,6	2,6	5,2	17,1	12,9	48,7	35,6	114,4	280,4	426,1	156,9	17,3	880,6	1 000,0
	1. 9. 30	2,2	2,2	4,4	26,6	21,7	43,7	33,9	125,9	328,6	417,8	113,3	10,0	869,7	1 000,0
	2. 12. 29	2,3	2,5	4,8	24,8	16,2	48,6	28,6	118,2	265,6	456,2	127,9	27,4	877,1	1 000,0
VIII. Sachsen	1. 12. 30	2,2	2,6	4,9	12,5	8,3	37,4	19,0	77,2	220,3	385,7	254,3	57,6	918,0	1 000,0
	1. 9. 30	2,4	2,7	5,1	19,4	12,5	36,2	19,9	88,0	242,6	366,1	277,6	20,6	906,9	1 000,0
	2. 12. 29	2,5	2,3	4,8	16,6	9,9	38,6	16,1	81,2	203,5	389,0	247,4	74,0	913,9	1 000,0
IX. Schleswig-Holstein	1. 12. 30	2,8	3,1	5,8	17,2	11,5	51,3	24,6	104,5	288,7	464,0	121,5	15,4	889,7	1 000,0
	1. 9. 30	2,3	2,5	4,7	17,1	10,8	42,3	24,1	94,3	300,0	456,0	130,9	14,1	901,0	1 000,0
	2. 12. 29	2,3	2,3	4,6	19,9	9,8	43,4	18,0	91,1	270,7	498,4	113,2	22,0	904,3	1 000,0
X. Hannover	1. 12. 30	1,8	2,0	3,8	15,2	13,6	49,6	29,6	108,0	278,1	411,3	164,1	34,7	888,2	1 000,0
	1. 9. 30	1,7	2,0	3,7	17,7	13,2	47,2	32,4	110,5	328,3	400,6	144,0	12,9	885,8	1 000,0
	2. 12. 29	1,8	1,8	3,6	18,5	11,7	50,2	24,8	105,2	261,1	428,6	158,0	43,1	891,2	1 000,0
XI. Westfalen	1. 12. 30	2,6	2,2	4,8	19,7	14,1	41,5	22,4	97,6	219,5	372,7	262,6	42,8	897,6	1 000,0
	1. 9. 30	2,2	2,0	4,2	18,6	15,1	34,5	25,0	93,2	262,9	412,9	211,5	15,3	902,6	1 000,0
	2. 12. 29	2,6	1,7	4,3	24,9	14,4	36,5	19,5	95,3	218,1	360,5	266,6	55,2	900,4	1 000,0
XII. Hessen-Nassau	1. 12. 30	2,0	2,0	4,0	10,5	9,4	31,9	20,6	72,4	197,4	399,6	270,7	56,2	923,7	1 000,0
	1. 9. 30	2,0	1,9	3,9	16,3	14,8	27,8	23,3	82,2	243,6	408,9	241,5	19,9	913,9	1 000,0
	2. 12. 29	2,2	1,8	4,0	16,2	13,0	29,7	17,2	76,1	179,7	391,8	265,8	82,7	920,0	1 000,0
XIII. Rheinprovinz¹)	1. 12. 30	3,5	3,0	6,5	14,7	14,1	33,0	24,2	86,0	194,1	445,3	235,7	32,4	907,4	1 000,0
	1. 9. 30	2,7	2,5	5,2	20,6	17,5	28,7	22,8	89,6	235,1	467,7	186,4	16,0	905,2	1 000,0
	2. 12. 29	2,9	2,4	5,3	21,0	15,7	28,7	19,0	84,4	176,7	454,9	225,8	52,8	910,2	1 000,0
XIV. Hohenzollerische Lande	1. 12. 30	1,0	1,8	2,8	10,2	11,8	26,1	26,3	74,3	197,2	473,6	236,5	15,6	922,9	1 000,0
	1. 9. 30	1,1	2,4	3,5	19,0	18,3	20,3	20,7	78,3	215,2	495,9	193,8	13,3	918,2	1 000,0
	2. 12. 29	1,5	1,4	2,9	15,7	14,2	18,3	17,3	65,5	174,8	522,0	207,1	27,8	931,7	1 000,0

¹) Vergl. die Anmerkung ¹) auf Seite 349.

[Fortsetzung des Textes von Seite 348.]

läßt dagegen eine geringe Abnahme des Gesamtbestandes erkennen. Hieraus kann jedoch nicht geschlossen werden, daß die allgemeine Zunahmebewegung aufgehört hätte. Die Abnahme ist vielmehr lediglich dadurch bedingt, daß in drei Provinzen (Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen) eine Verminderung des Schweinebestandes gegenüber dem Vorvierteljahr eingetreten ist. Wie das Schaubild „Die Bewegung der Schweinebestände (Staat)" zeigt, sind die Schweinebestände an sämtlichen Zählterminen des Jahres 1930 gegen 1929 stark gestiegen; der Vierteljahresverlauf des letzten Quartals entspricht ungefähr der Entwicklung in früheren Jahren.

In den Provinzen ergibt sich folgende Bewegung: Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein ist der Gesamtstapel in allen Provinzen seit Dezember 1929 gestiegen. Die Zunahme liegt in Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Nieder-

schlesien, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz zwischen 20 und 30 %, sie beträgt in Oberschlesien fast 37 % und in Sachsen und Hohenzollern etwas weniger als 20 %. Hannover und Westfalen mit einer Zunahme von nur rund 10 % fallen aus diesem Rahmen heraus. Die Verminderung in Schleswig-Holstein beläuft sich auf 8 %.

Gegenüber dem Vorvierteljahr ist mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen sowie Ostpreußen, wo in den letzten drei Monaten eine Verminderung des Schweinebestandes stattgefunden hat, überall eine Vermehrung eingetreten.

Die prozentual bedeutendste Zunahme gegenüber dem Vorjahr weisen die Ferkel bis 8 Wochen (22,5 %) und die Schweine von ½ bis 1 Jahr (23,4 %) auf. Die Zuchtsauen haben um 17,8 % zugenommen. Im Sauenbestand zeigt sich deutlich eine Verschiebung des Gewichts von den jüngeren Sauen zu den älteren, eine Entwicklung, die nach den Septemberergebnissen anzunehmen war. Gegenüber dem Septemberbestand haben die Sauen um 5 % abgenommen. In den Provinzen ist die Zunahme der Zuchtsauen gegenüber dem Vorjahr sehr verschieden. Sie beträgt in Schleswig-Holstein 5,5, Hannover 12,3, Sachsen 13,3, Westfalen 13,8, Hessen-Nassau 15,3 % und liegt in diesen Provinzen also unter dem Staatsdurchschnitt. Über dem Durchschnitt liegen Grenzmark (28,7 %), Niederschlesien (29,9 %), Oberschlesien (32,4 %), Rheinprovinz (25,1 %), Hohenzollern (34,4 %). Die Vermehrung der Eber liegt in Ostpreußen, Grenzmark, Nieder- und Oberschlesien und der Rheinprovinz stark über dem Staatsdurchschnitt.

Von Bedeutung ist die Zusammensetzung des Schweinebestandes hinsichtlich der Alters- und Verwendungsklassen. Tabelle 4 enthält die Anteilzahlen dieser Klassen, den Gesamtbestand gleich 1 000 gesetzt. Wesentliche Verschiebungen haben innerhalb der Klassen bei den letzten drei Zählungen nicht stattgefunden. In Ostpreußen und Oberschlesien haben die Zuchtschweine den stärksten Anteil, die meisten Ferkel wurden dagegen außer in Oberschlesien in Hannover und Schleswig-Holstein festgestellt.

Nach dem Ergebnis dieser Zählung besteht die in der Entwicklung des Schweinestapels liegende Gefahr für die Preise und die Rentabilität der Schweinehaltung unvermindert fort. Sucht man nach dem Grund der immer noch starken Vermehrungstendenz im Osten, so muß man die Verhältnisse am Roggen- und Kartoffelmarkt berücksichtigen. Die abweichende Entwicklung in den nordwestlichen Provinzen dürfte in der Gestaltung der Futterpreise — im Verhältnis zu den Schweinepreisen — begründet sein.

Die Schweinehaltung in Preußen am 2. März 1931. — Der Schweinebestand (14,8 Mill. Stück), der infolge der Sonderentwicklung in Schleswig-Holstein, Hannover und Westfalen bereits im Dezember 1930 (15,94 Mill. Stück) gegenüber September (15,91 Mill. Stück) eine geringe Abnahme aufwies, hat sich nach der Zählung im März d. J. weiterhin verringert, was in erster Linie auf die alljährlich im Winter erfolgenden Hausschlachtungen zurückzuführen sein dürfte. Ein solcher Vergleich mit dem Ergebnis der ein Vierteljahr zurückliegenden Dezemberzählung gibt nicht genügend Aufschluß über die jahreszeitlichen Zusammenhänge. Diese sind deutlicher zu erkennen bei einer Gegenüberstellung der Märzzahlen mit denen, die zur gleichen Zeit des Vorjahres ermittelt wurden. Danach ist die Gesamtzahl der Schweine gegenüber dem 1. März 1930 (12,8 Mill. Stück) um 15,8 v. H. gestiegen. Diese Steigerung betrug bei den vorausgegangenen 3 Zählungen, und zwar im Juni 1930 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres: 16,9 v. H., im September 1930: 17,9 v. H., im Dezember 1930: 16,0 v. H. In den Provinzen ergeben sich, wie das die nachstehende Übersicht zeigt, hiervon teilweise erhebliche Abweichungen.

Prozentuale Zunahme (bezw. Abnahme) des Schweinebestandes.

Provinzen	Juni 1930 gegen Juni 1929	September 1930 gegen September 1929	Dezember 1930 gegen Dezember 1929	März 1931 gegen März 1930
Schleswig-Holstein	+ 13 v. H.	+ 6 v. H.	− 8 v. H.	— 10 v. H.
Hannover	+ 11 „	+ 12 „	+ 9 „	+ 9 „
Westfalen	+ 12 „	+ 13 „	+ 11 „	+ 14 „
Niederschlesien	+ 33 „	+ 31 „	+ 26 „	+ 20 „
Pommern	+ 14 „	+ 19 „	+ 21 „	+ 20 „
Sachsen	+ 12 „	+ 16 „	+ 19 „	+ 21 „
Oberschlesien	+ 48 „	+ 48 „	+ 37 „	+ 22 „
Ostpreußen	+ 28 „	+ 29 „	+ 26 „	+ 22 „
Hessen-Nassau	+ 15 „	+ 20 „	+ 21 „	+ 24 „
Brandenburg	+ 17 „	+ 23 „	+ 23 „	+ 24 „
Rheinprovinz	+ 19 „	+ 19 „	+ 23 „	+ 26 „
Grenzmark Posen-Westpr.	+ 15 „	+ 23 „	+ 26 „	+ 28 „
Staat . . .	**+ 17** „	**+ 18** „	**+ 16** „	**+ 16** „

Niederschlesien, Oberschlesien und Ostpreußen zeigen im Gegensatz zu den anderen Provinzen bereits im Juni und September 1930 wesentlich stärkere Zunahmen. Dieser Unterschied verringert sich dann aber von Zählung zu Zählung bis zum März 1931. Umgekehrt hierzu verläuft die Entwicklungstendenz in der Grenzmark, in der Rheinprovinz und in Brandenburg, die jetzt die größten Zuwachsprozente aufweisen. Somit besteht ein grundsätzlicher Gegensatz nur zwischen dem Nordwesten und dem übrigen Staatsgebiet, d. h. zwischen Gegenden mit einer besonders stark ausgeprägten Schweinehaltung und einem nicht unbeträchtlichen Futterzuschußbedarf einerseits und Gegenden mit starkem Roggen- und Kartoffelbau und -Überschuß andererseits.

Die Vermehrung der Bestände in den einzelnen Gruppen ist im Staatsdurchschnitt nicht einheitlich (s. Übersicht 1). So weisen die Zuchteber insgesamt eine Zunahme gegenüber März 1930 um 15,3 v. H. auf, wobei festzustellen ist, daß die über ein Jahr alten Tiere um 25,9 v. H., die ½ — 1 Jahr alten nur um 5,8 v. H. zugenommen haben.

Bei den Zuchtsauen zeigt sich deutlich eine Einschränkung des Nachschubs. Es sind nämlich bei den ½ — 1 Jahr alten trächtigen Tieren gegen März 1930 um 10,7 v. H. weniger gezählt worden. Die nicht trächtigen der gleichen Altersklasse weisen im Verhältnis zur Vermehrung des gesamten Schweinestapels im Staatsdurchschnitt die nicht erhebliche Zunahme von 5,5 v. H. auf.

Der über 1 Jahr alte trächtige Zuchtsauenbestand ist um 16,5 v. H. vermehrt worden. Auffallend ist die bedeutende Zunahme der nicht trächtigen Sauen dieser Altersklasse um 40,2 v. H., was auf eine Einschränkung der Ferkelproduktion hinweisen dürfte.

In der Gruppe der nicht zur Zucht benutzten Schweine ist gegenüber der Zählung der gleichen Zeit des Vorjahres bei den unter 8 Wochen alten Ferkeln eine Zunahme um 14,3 v. H., bei den Jungschweinen eine solche von 18,2 v. H. und bei den von ½ — 1 Jahr alten Tieren eine Zunahme von 16,1 v. H. festzustellen. Von den über 1 Jahr alten Schweinen dieser Gruppe wurden allerdings um 15,7 v. H. weniger gezählt.

In den Provinzen zeigt die Zunahme oder Abnahme der Schweinebestände in den einzelnen Gruppen zum Teil eine erhebliche Abweichung gegenüber dem Staatsdurchschnitt. Das Nähere ist der Übersicht 3 zu entnehmen.

Um die Bedeutung der Alters- und Verwendungsklassen bei den einzelnen Zählungen und innerhalb der Provinzen feststellen zu können, ist in Übersicht 4 (S. 358) errechnet

worden, wieviel Zuchteber, Zuchtsauen und nicht zur Zucht benutzte Schweine auf 1 000 Tiere entfallen. Dabei haben wesentliche Verschiebungen innerhalb der Klassen bei den letzten Zählungen nicht stattgefunden. In Hannover, Oberschlesien, Schleswig-Holstein und Ostpreußen kommen auf 1 000 Schweine die meisten Zuchttiere. In Schleswig-Holstein haben die Sauen anteilmäßig am stärksten, d. h. um fast 20 ‰ gegenüber März 1930 zugenommen. Hannover hat ständig einen nicht unerheblichen Sauenanteil. Auch Ostpreußen muß an dieser Stelle erwähnt werden.

Einen beachtenswerten Ferkel-Anteil weisen Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Oberschlesien und Ostpreußen auf. Während in Schleswig-Holstein und Westfalen eine Zunahme dieses Anteils gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres festzustellen ist, ergibt sich in den Provinzen Hannover, Oberschlesien und Ostpreußen eine Abnahme.

Der Schweinebestand im Freistaat Preußen nach der Schweinezwischenzählung vom 2. März 1931.

(Übersicht 1)

1. Der Schweinebestand im Staate.

Staat		Zeit der Zählung	Zahl der Haushaltungen mit Schweinen	Zuchteber			Zuchtsauen				
				1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 3+4)	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt		1 Jahr alt und älter		insgesamt (Spalten 5 bis 8)
							trächtig	nicht trächtig	trächtig	nicht trächtig	
1		1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A. Staat[1])		2. 3. 31 [2])	2 120 228	38 615	40 942	79 557	295 932	181 438	639 683	403 504	1 520 557
		1. 12. 30	*2 495 733*	*42 844*	*42 008*	*84 852*	*237 287*	*187 984*	*665 305*	*382 354*	*1 472 930*
		1. 3. 30	*1 929 508*	*36 485*	*32 523*	*69 008*	*331 524*	*172 010*	*549 231*	*287 880*	*1 340 645*
gegenüber Dezember 1930 mehr (+) oder weniger (—)	absolut		—375 505	— 4 229	— 1 066	— 5 295	+ 58 645	— 6 546	— 25 622	+ 21 150	+ 47 627
	%		— 15,0	— 9,9	— 2,5	— 6,2	+ 24,7	— 3,5	— 3,9	+ 5,5	+ 3,2
gegenüber März 1930 mehr (+) oder weniger (—)	absolut		+190 720	+ 2 130	+ 8 419	+ 10 549	— 35 592	+ 9 428	+ 90 452	+115 624	+179 912
	%		+ 9,9	+ 5,8	+ 25,9	+ 15,3	— 10,7	+ 5,5	+ 16,5	+ 40,2	+ 13,4

Staat		Zeit der Zählung	Nicht zur Zucht benutzte Schweine					Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5+10+15)
			Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt	Schweine 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	Insgesamt (Spalten 11 bis 14)	
1		1a	11	12	13	14	15	16
A. Staat[1])		2. 3. 31 [2])	3 921 323	6 855 609	2 250 335	184 827	13 212 094	14 812 20[illegible]
		1. 12. 30	*3 738 154*	*6 625 514*	*3 390 054*	*629 312*	*14 383 034*	*15 940 816*
		1. 3. 30	*3 430 698*	*5 797 921*	*1 938 606*	*219 238*	*11 386 463*	*12 796 1[illegible]*
gegenüber Dezember 1930 mehr (+) oder weniger (—)	absolut		+ 183 169	+ 230 095	— 1 139 719	— 444 485	— 1 170 940	— 1 128 [illegible]
	%		+ 4,9	+ 3,5	— 33,6	— 70,6	— 8,1	— 7,[illegible]
gegenüber März 1930 mehr (+) oder weniger (—)	absolut		+ 490 625	+ 1 057 688	+ 311 729	— 34 411	+ 1 825 631	+ 2 01[illegible]
	%		+ 14,3	+ 18,2	+ 16,1	— 15,7	+ 16,0	+ 1[illegible]

[1]) Ohne das Saargebiet. Die 34 Großstädte (Königsberg i. Pr., Berlin, Stettin, Breslau, Gleiwitz, Hindenburg O. S., Magdeburg, Halle a. [illegible] Erfurt, Altona, Kiel, Hannover, Harburg-Wilhelmsburg, Gelsenkirchen, Münster i. W., Bielefeld, Bochum, Dortmund, Hagen, Kassel, Frankfurt a. [illegible] Wiesbaden, Düsseldorf, Duisburg-Hamborn, Essen, Gladbach-Rheydt, Krefeld-Uerdingen a. Rh., Mülheim a./d. Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Soling[illegible] Wuppertal, Köln und Aachen) mit je 100 000 und mehr Einwohnern sind von der Zählung ausgenommen worden. In Bezug auf den Schweinebestand [illegible] für die Stadt Berlin, in der sowohl 1930 als auch 1929 die Zählung nicht stattfand, die Zahlen der Dezemberzählung 1928 (darunter Auftrieb: 9 47[illegible] Schweine), bei den übrigen Städten die der Dezemberzählung 1930 (darunter Auftrieb: 33 711 Schweine), eingesetzt worden. Die Zahlen der Haushaltung[illegible] mit Schweinen sind für die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern sowie für das vorläufige Ergebnis vom 1. 12. 1930 den veröffentlicht[illegible] Ergebnissen der Septemberzählung 1930 entnommen.

[2]) Vorläufige Ergebnisse.

(Übersicht 2)

2. Der Schweinebestand in den Provinzen und Regierungsbezirken am 2. März 1931.

Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der Haushaltungen mit Schweinen	Zuchteber			Zuchtsauen					Nicht zur Zucht benutzte Schweine					Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5 + 10 + 15)
		½ bis noch nicht 1 Jahr alt	1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 3+4)	½ bis noch nicht 1 Jahr alt		1 Jahr alt und älter		insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alt	Schweine ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 11 bis 14)	
					trächtig	nicht trächtig	trächtig	nicht trächtig							
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
B. Provinzen															
I. Ostpreußen	223 801	7 311	6 221	13 532	37 494	24 065	65 978	38 943	166 480	350 818	595 993	252 825	19 083	1 218 719	1 398 731
II. Brandenburg	197 775	3 076	3 278	6 354	25 048	13 754	49 832	30 171	118 805	297 959	608 763	244 300	20 329	1 171 351	1 296 510
III. Stadt Berlin	3 286	23	38	61	107	76	148	174	505	1 363	5 280	11 851	13 592	32 086	32 652
IV. Pommern	160 078	3 783	4 128	7 911	26 024	14 330	61 345	36 017	137 716	356 424	672 226	260 641	12 193	1 301 484	1 447 111
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	33 667	828	651	1 479	5 432	2 890	11 284	7 207	26 813	62 602	119 599	45 927	2 982	231 110	259 402
VI. Niederschlesien	151 422	2 664	3 280	5 944	18 396	11 150	33 300	20 927	83 773	235 689	506 348	184 630	8 657	935 324	1 025 041
VII. Oberschlesien	97 092	983	1 291	2 274	10 917	6 421	27 071	18 035	62 444	151 185	232 516	69 530	4 746	457 977	522 695
VIII. Sachsen	258 392	3 418	3 940	7 358	22 946	13 181	53 294	31 979	121 400	352 788	739 737	276 820	22 315	1 391 660	1 520 418
IX. Schleswig-Holstein	79 114	3 076	3 674	6 750	26 325	12 952	59 212	32 053	130 542	349 845	515 386	82 659	4 471	952 361	1 089 653
X. Hannover	297 095	5 519	6 440	11 959	62 769	40 382	158 218	101 141	362 510	927 747	1 344 597	309 801	25 799	2 607 944	2 982 413
XI. Westfalen	229 224	3 695	3 394	7 089	33 285	21 142	59 360	41 521	155 308	434 389	646 325	199 512	21 345	1 301 571	1 463 968
XII. Hessen-Nassau	158 589	1 468	1 743	3 211	10 122	7 686	26 947	19 818	64 573	177 860	378 648	128 178	9 447	694 133	761 917
XIII. Rheinprovinz	222 137	2 727	2 814	5 541	16 745	13 078	32 710	24 686	87 219	216 836	473 516	177 844	19 673	887 869	980 629
XIV. Hohenzoll. Lande	8 546	44	50	94	322	331	984	832	2 469	5 818	16 675	5 817	195	28 505	31 068
C. Regierungsbezirke															
1. Königsberg	81 177	2 537	2 344	4 881	13 381	9 091	22 133	12 646	57 251	113 216	204 473	99 535	7 264	424 488	486 620
2. Gumbinnen	62 122	2 430	1 774	4 204	10 725	6 591	17 853	10 623	45 792	107 837	163 256	59 535	4 584	335 212	385 208
3. Allenstein	59 526	1 600	1 364	2 964	9 128	5 216	18 000	10 528	42 872	88 598	159 687	56 378	3 960	308 623	354 459
4. Westpreußen	20 976	744	739	1 483	4 260	3 167	7 992	5 146	20 565	41 167	68 577	37 377	3 275	150 396	172 444
5. Potsdam	91 763	1 608	1 660	3 268	10 897	6 117	22 652	12 589	52 255	129 556	292 483	122 869	10 120	555 028	610 551
6. Frankfurt	106 012	1 468	1 618	3 086	14 151	7 637	27 180	17 582	66 550	168 403	316 280	121 431	10 209	616 323	685 959
7. Berlin	3 286	23	38	61	107	76	148	174	505	1 363	5 280	11 851	13 592	32 086	32 652
8. Stettin	69 492	1 500	1 636	3 136	11 124	5 854	23 573	13 775	54 326	127 901	258 607	111 600	5 813	503 921	561 383
9. Köslin	72 061	1 665	1 597	3 262	12 261	6 093	29 389	17 289	65 032	189 600	342 136	120 970	4 446	657 152	725 446
0. Stralsund	18 525	618	895	1 513	2 639	2 383	8 383	4 953	18 358	38 923	71 483	28 071	1 934	140 411	160 282
1. Schneidemühl	33 677	828	651	1 479	5 432	2 890	11 284	7 207	26 813	62 602	119 599	45 927	2 982	231 110	259 402
2. Breslau	82 946	1 425	1 883	3 308	9 903	5 828	19 376	11 771	46 878	135 460	284 188	111 799	5 213	536 660	586 846
3. Liegnitz	68 476	1 239	1 397	2 636	8 493	5 322	13 924	9 156	36 895	100 229	222 160	72 831	3 444	398 664	438 195
4. Oppeln	97 092	983	1 291	2 274	10 917	6 421	27 071	18 035	62 444	151 185	232 516	69 530	4 746	457 977	522 695
5. Magdeburg	104 890	1 554	1 818	3 372	9 650	6 581	30 095	18 122	64 448	166 079	340 328	124 245	10 737	641 389	709 209
6. Merseburg	110 272	1 549	1 739	3 288	10 210	5 032	17 857	10 794	43 893	139 388	300 509	117 634	8 966	566 497	613 678
7. Erfurt	43 230	315	383	698	3 086	1 568	5 342	3 063	13 059	47 321	98 900	34 941	2 612	183 774	197 531
8. Schleswig	79 114	3 076	3 674	6 750	26 325	12 952	59 212	32 053	130 542	349 845	515 386	82 659	4 471	952 361	1 089 653
9. Hannover	58 689	1 181	1 277	2 458	11 979	8 940	41 018	29 095	91 032	265 696	345 186	70 244	6 770	687 896	781 386
0. Hildesheim	63 629	504	653	1 157	3 408	3 310	10 922	6 623	24 263	66 449	177 681	47 880	2 626	294 636	320 056
1. Lüneburg	55 828	1 313	1 864	3 177	8 910	6 927	33 293	21 258	70 388	175 162	310 925	93 971	5 502	585 560	659 125
2. Stade	43 478	911	1 006	1 917	14 303	7 015	26 877	15 697	63 892	162 371	273 521	49 369	3 625	488 886	554 695
3. Osnabrück	46 325	1 330	1 426	2 756	16 032	10 773	41 715	26 474	94 994	222 359	169 616	37 131	6 260	435 366	533 116
4. Aurich	29 146	280	214	494	8 137	3 417	4 393	1 994	17 941	35 710	67 668	11 206	1 016	115 600	134 035
5. Münster	86 674	2 041	1 501	3 542	17 272	10 113	21 111	14 340	62 836	167 415	252 992	76 903	8 417	505 727	572 105
6. Minden	76 663	1 068	1 252	2 320	12 935	8 839	31 552	22 539	75 865	207 705	267 193	66 868	7 380	549 146	627 331
7. Arnsberg	65 887	586	641	1 227	3 078	2 190	6 697	4 642	16 607	59 269	126 140	55 741	5 548	246 698	264 532
8. Kassel	104 347	1 121	1 314	2 435	6 322	5 114	19 945	14 575	45 956	129 666	266 222	84 196	7 205	487 289	535 680
9. Wiesbaden	54 242	347	429	776	3 800	2 572	7 002	5 243	18 617	48 194	112 426	43 982	2 242	206 844	226 237
0. Koblenz	50 873	230	278	508	2 258	1 714	5 330	4 269	13 571	33 376	100 072	28 545	1 194	163 187	177 266
1. Düsseldorf	71 183	1 509	1 475	2 984	7 844	5 618	12 434	7 586	33 482	87 518	189 475	86 621	13 678	377 292	413 758
2. Köln	27 415	334	426	760	1 372	1 425	2 303	1 897	6 997	18 267	40 093	22 036	1 812	82 208	89 965
3. Trier	44 394	266	372	638	2 683	2 528	10 197	9 186	24 594	52 810	90 506	25 363	2 112	170 791	196 023
4. Aachen	28 272	388	263	651	2 588	1 793	2 446	1 748	8 575	24 865	53 370	15 279	877	94 391	103 617
5. Sigmaringen	8 546	44	50	94	322	331	984	832	2 469	5 818	16 675	5 817	195	28 505	31 068

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 354.

(Übersicht 3)

3. Der Schweinebestand in den Provinzen (ohne die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern) im Vergleich mit den Zählungen vom 1. Dezember 1930 und 1. März 1930.

Provinzen	Zeit der Zählung	Zuchteber: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Zuchteber: 1 Jahr alt und älter	Zuchteber: insgesamt (Spalten 3+4)	Zuchtsauen: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	Zuchtsauen: ½ bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: trächtig	Zuchtsauen: 1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	Zuchtsauen: insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Nicht zur Zucht benutzte Schweine: Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alt	Schweine ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 11 bis 14)	Schwei… (Spa… 5+…)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	1…
B. Provinzen.															
I. Ostpreußen	2. 3. 31	7 308	6 217	13 525	37 479	24 044	65 973	38 926	166 422	350 511	594 403	251 287	18 279	1 214 480	1 39…
	1. 12. 30	*7 592*	*5 946*	*13 538*	*26 239*	*25 327*	*67 928*	*37 538*	*157 032*	*332 886*	*621 850*	*316 358*	*58 454*	*1 329 548*	*1 500…*
	1. 3. 30	*6 306*	*4 557*	*10 863*	*41 644*	*22 207*	*54 295*	*26 353*	*144 499*	*305 086*	*451 969*	*205 530*	*22 328*	*984 913*	*1 140…*
gegenüber Dez. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 284	+ 271	— 13	+11 240	—1283	— 1 955	+ 1 388	+ 9 390	+17 625	— 27 447	—65071	—40175	—115068	—105…
%		— 3,7	+ 4,6	— 0,1	+ 42,8	— 5,1	— 2,9	+ 3,7	+ 6,0	+ 5,3	— 4,4	— 20,6	— 68,7	— 8,1	—
gegenüber März 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+1002	+1660	+2662	—4165	+1837	+11678	+12573	+21923	+45 425	+142434	+45757	— 4 049	+229567	+25…
%		+ 15,9	+ 36,4	+ 24,5	— 10,0	+ 8,3	+ 21,5	+ 47,7	+ 15,2	+ 14,9	+ 31,5	+ 22,3	— 18,1	+ 23,3	+
II. Brandenburg	2. 3. 31	3 076	3 278	6 354	25 048	13 754	49 832	30 171	118 805	297 959	608 763	244 300	20 329	1 171 351	1 29…
	1. 12. 30	*3 572*	*3 502*	*7 074*	*19 217*	*12 999*	*52 772*	*28 149*	*113 137*	*291 294*	*572 231*	*312 228*	*93 051*	*1 268 804*	*1 38…*
	1. 3. 30	*2 743*	*2 734*	*5 477*	*25 226*	*13 524*	*40 134*	*20 461*	*99 345*	*237 245*	*484 544*	*195 317*	*20 705*	*937 811*	*1 04…*
gegenüber Dez. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 496	— 224	— 720	+5831	+ 755	— 2 940	+ 2 022	+ 5 668	+ 6 665	+ 36 532	—67928	—72722	— 97 453	— 9…
%		— 13,9	— 6,4	— 10,2	+ 30,3	+ 5,8	— 5,6	+ 7,2	+ 5,0	+ 2,3	+ 6,4	— 21,8	— 78,2	— 7,7	—
gegenüber März 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 333	+ 544	+ 877	— 178	+ 230	+ 9 698	+ 9 710	+19460	+60 714	+124219	+48983	— 376	+233540	+25…
%		+ 12,0	+ 19,9	+ 16,0	— 0,7	+ 1,7	+ 24,2	+ 47,5	+ 19,6	+ 25,6	+ 25,6	+ 25,1	— 1,8	+ 24,9	+
IV. Pommern	2. 3. 31	3 771	4 117	7 888	25 997	14 317	61 275	35 988	137 577	356 100	671 473	260 051	12 053	1 299 677	1 445…
	1. 12. 30	*3 628*	*4 327*	*7 955*	*19 388*	*13 514*	*64 230*	*36 267*	*133 399*	*361 171*	*659 503*	*305 565*	*36 190*	*1 362 429*	*1 503…*
	1. 3. 30	*3 475*	*3 375*	*6 850*	*29 042*	*13 584*	*51 557*	*24 631*	*118 814*	*297 186*	*545 630*	*220 850*	*16 044*	*1 079 710*	*1 205…*
gegenüber Dez. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 143	— 210	— 67	+6609	+ 803	— 2 955	— 279	+ 4 178	— 5 071	+ 11 970	—45514	—24137	— 62 752	— 58…
%		+ 3,9	— 4,9	— 0,8	+ 34,1	+ 5,9	— 4,6	— 0,8	+ 3,1	— 1,4	+ 1,8	— 14,9	— 66,7	— 4,6	—
gegenüber März 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 296	+ 742	+1038	—3045	+ 733	+ 9 718	+11357	+18763	+58 914	+125843	+39201	— 3 991	+219967	+23…
%		+ 8,5	+ 22,0	+ 15,2	— 10,5	+ 5,4	+ 18,8	+ 46,1	+ 15,8	+ 19,8	+ 23,1	+ 17,8	— 24,9	+ 20,4	+ …
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	2. 3. 31	828	651	1 479	5 432	2 890	11 284	7 207	26 813	62 602	119 599	45 927	2 982	231 110	259…
	1. 12. 30	*971*	*716*	*1 687*	*4 064*	*2 907*	*11 805*	*7 078*	*25 854*	*61 310*	*114 901*	*56 623*	*8 094*	*240 928*	*268…*
	1. 3. 30	*620*	*499*	*1 119*	*5 440*	*2 636*	*8 758*	*4 815*	*21 649*	*49 104*	*94 157*	*33 412*	*3 162*	*179 835*	*202…*
gegenüber Dez. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 143	— 65	— 208	+1368	— 17	— 521	+ 129	+ 959	+ 1 292	+ 4 698	—10696	— 5 112	— 9 818	— 9…
%		— 14,7	— 9,1	— 12,3	+ 33,7	— 0,6	— 4,4	+ 1,8	+ 3,7	+ 2,1	+ 4,1	— 18,9	— 63,2	— 4,1	—
gegenüber März 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 208	+ 152	+ 360	— 8	+ 254	+ 2 526	+ 2 392	+ 5 164	+13 498	+ 25 442	+12515	— 180	+ 51 275	+56…
%		+ 33,5	+ 30,5	+ 32,2	— 0,1	+ 9,6	+ 28,8	+ 49,7	+ 23,9	+ 27,5	+ 27,0	+ 37,5	— 5,7	+ 28,5	+
VI. Niederschlesien	2. 3. 31	2 651	3 272	5 923	18 319	11 050	33 217	20 869	83 455	235 139	504 540	183 155	8 227	931 061	1 02…
	1. 12. 30	*3 311*	*3 413*	*6 724*	*14 580*	*10 416*	*34 147*	*19 860*	*79 003*	*219 366*	*487 214*	*252 702*	*19 794*	*979 076*	*1 064…*
	1. 3. 30	*2 447*	*2 573*	*5 020*	*20 686*	*11 384*	*23 835*	*12 494*	*68 399*	*199 048*	*424 984*	*142 940*	*9 397*	*776 369*	*849…*
gegenüber Dez. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 660	— 141	— 801	+3739	+ 634	— 930	+ 1 009	+ 4 452	+15 773	+ 17 326	—69547	—11567	— 48 015	—44…
%		— 19,9	— 4,7	— 12,2	+ 25,6	+ 6,1	— 2,7	+ 5,1	+ 5,6	+ 7,2	+ 3,6	— 27,5	— 58,4	— 4,9	—
gegenüber März 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		+ 204	+ 699	+ 903	—2367	— 334	+ 9 382	+ 8 375	+15056	+36 091	+ 79 556	+40215	— 1 170	+154692	+17…
%		+ 8,3	+ 26,4	+ 17,6	— 11,4	— 2,9	+ 39,4	+ 67,0	+ 22,0	+ 18,1	+ 18,7	+ 28,1	— 12,5	+ 19,9	+
VII. Oberschlesien	2. 3. 31	955	1 280	2 235	10 902	6 368	26 988	17 849	62 107	149 763	228 793	67 356	4 291	450 203	514…
	1. 12. 30	*1 381*	*1 408*	*2 789*	*9 129*	*6 926*	*26 039*	*19 009*	*61 103*	*150 010*	*227 908*	*83 918*	*9 218*	*471 054*	*534…*
	1. 3. 30	*991*	*1 011*	*2 002*	*14 335*	*6 902*	*21 228*	*11 937*	*54 402*	*127 902*	*186 977*	*47 082*	*3 838*	*365 799*	*422…*
gegenüber Dez. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 426	— 128	— 554	+1773	— 558	+ 949	— 1 160	+ 1 004	— 247	+ 885	—16562	— 4 927	— 20 851	—20…
%		— 30,8	— 9,1	— 19,9	+ 19,4	— 8,1	+ 3,6	— 6,1	+ 1,6	— 0,2	+ 0,4	— 19,7	— 53,4	— 4,4	—
gegenüber März 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 36	+ 269	+ 233	—3433	— 534	+ 5 760	+ 5 912	+ 7 705	+21 861	+ 41 816	+20274	+ 453	+ 84 404	+92…
%		— 3,6	+ 26,6	+ 11,6	— 23,9	— 7,7	+ 27,1	+ 49,5	+ 14,2	+ 17,1	+ 22,4	+ 43,1	+ 11,8	+ 23,1	+ …
VIII. Sachsen	2. 3. 31	3 406	3 930	7 336	22 935	13 149	53 234	31 918	121 236	351 988	736 522	273 812	20 882	1 383 204	1 511…
	1. 12. 30	*3 654*	*4 270*	*7 924*	*20 264*	*13 441*	*60 878*	*30 932*	*125 515*	*358 493*	*627 509*	*413 750*	*93 759*	*1 493 511*	*1 626…*
	1. 3. 30	*3 450*	*3 320*	*6 770*	*28 105*	*13 281*	*49 379*	*23 864*	*114 629*	*295 248*	*581 794*	*231 900*	*23 481*	*1 132 423*	*1 25…*
gegenüber Dez. 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 248	— 340	— 588	+2671	— 292	— 7 644	+ 986	— 4 279	— 6 505	+109013	— 139 938	—72877	—110307	—115…
%		— 6,6	— 8,0	— 7,4	+ 13,2	— 2,2	— 12,6	+ 3,2	— 3,4	— 1,8	+ 17,4	— 33,8	— 77,7	— 7,4	—
gegenüber März 1930 mehr(+) od. wenig.(—) absol.		— 44	+ 610	+ 566	—5170	— 132	+ 3 855	+ 8 054	+ 6 607	+56 740	+154728	+41912	— 2 599	+250781	+257…
%		— 1,3	+ 18,4	+ 8,4	— 18,4	— 1,0	+ 7,8	+ 33,7	+ 5,8	+ 19,2	+ 26,6	+ 18,1	— 11,1	+ 22,1	+ …

Noch: Der Schweinebestand in den Provinzen (ohne die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern) im Vergleich mit den Zählungen vom 1. Dezember 1930 und 1. März 1930.

Provinzen	Zeit der Zählung	Zuchteber			Zuchtsauen					Nicht zur Zucht benutzte Schweine					Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5 + 10 + 15)
		½ bis noch nicht 1 Jahr alt	1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 3+4)	½ bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	½ bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	1 Jahr alt und älter: trächtig	1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alt	Schweine ½ bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 11 bis 14)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Noch: B. Provinzen.															
IX. Schleswig-Holstein	2. 3.31	3 054	3 661	6 715	26 272	12 878	59 080	31 938	130 168	348 280	510 164	79 653	4 297	942 394	1 079 277
	1.12.30	*3 175*	*3 506*	*6 681*	*19 692*	*13 132*	*58 684*	*28 120*	*119 628*	*330 619*	*531 307*	*139 168*	*17 600*	*1 018 694*	*1 145 003*
	1. 3.30	*3 004*	*3 016*	*6 020*	*30 746*	*11 084*	*55 094*	*24 303*	*121 227*	*358 432*	*595 115*	*103 903*	*7 344*	*1 064 794*	*1 192 041*
gegenüber Dez. 1930 absol.		— 121	+ 155	+ 34	+6580	— 254	+ 396	+ 3 818	+10540	+17 661	— 21 143	—59515	—13303	— 76 300	— 65 726
mehr (+) od. wenig. (—) %		— 3,8	+ 4,4	+ 0,5	+ 33,4	— 1,9	+ 0,7	+ 13,6	+ 8,8	+ 5,3	— 4,0	— 42,8	— 75,6	— 7,5	— 5,7
gegenüber März 1930 absol.		+ 50	+ 645	+ 695	—4474	+1794	+ 3 986	+ 7 635	+ 8 941	—10 152	— 84 951	—24250	— 3 047	—122400	—112764
mehr (+) od. wenig. (—) %		+ 1,7	+ 21,4	+ 11,5	— 14,6	+ 16,2	+ 7,2	+ 31,4	+ 7,4	— 2,8	— 14,3	— 23,3	— 41,5	— 11,5	— 9,5
X. Hannover	2. 3.31	5 508	6 424	11 932	62 747	40 325	158 082	101 041	362 195	926 589	1 341 217	305 187	24 407	2 597 400	2 971 527
	1.12.30	*6 041*	*6 411*	*12 452*	*49 935*	*44 464*	*162 574*	*96 839*	*353 812*	*911 033*	*1 345 807*	*533 676*	*112 413*	*2 902 929*	*3 269 193*
	1. 3.30	*5 497*	*5 230*	*10 727*	*68 139*	*35 752*	*144 834*	*78 985*	*327 710*	*853 679*	*1 191 691*	*307 707*	*30 223*	*2 383 300*	*2 721 737*
gegenüber Dez. 1930 absol.		— 533	+ 13	— 520	+12812	—4139	— 4 492	+ 4 202	+ 8 383	+15 556	— 4 590	—228489	—88006	—305529	—297666
mehr (+) od. wenig. (—) %		— 8,8	+ 0,2	— 4,2	+ 25,7	— 9,3	— 2,8	+ 4,3	+ 2,4	+ 1,7	— 0,3	— 42,8	— 78,3	— 10,5	— 9,1
gegenüber März 1930 absol.		+ 11	+1194	+1205	—5392	+4573	+13248	+22056	+34485	+72 910	+149526	— 2 520	— 5 816	+214100	+249790
mehr (+) od. wenig. (—) %		+ 0,2	+ 22,8	+ 11,2	— 7,9	+ 12,8	+ 9,1	+ 27,9	+ 10,5	+ 8,5	+ 12,5	— 0,8	— 19,2	+ 9,0	+ 9,2
XI. Westfalen	2. 3.31	3 574	3 283	6 857	32 923	20 708	58 275	40 806	152 712	426 818	621 658	165 492	16 324	1 230 292	1 389 861
	1.12.30	*3 962*	*3 392*	*7 354*	*30 123*	*21 519*	*63 480*	*34 266*	*149 388*	*336 052*	*569 426*	*397 796*	*65 313*	*1 368 587*	*1 525 329*
	1. 3.30	*3 589*	*2 476*	*6 065*	*36 477*	*19 874*	*51 327*	*29 256*	*136 934*	*371 550*	*522 682*	*158 239*	*20 809*	*1 073 280*	*1 216 279*
gegenüber Dez. 1930 absol.		— 388	— 109	— 497	+2800	— 811	— 5 205	+ 6 540	+ 3 324	+90 766	+ 52 232	—232304	—48989	—138295	—135468
mehr (+) od. wenig. (—) %		— 9,8	— 3,2	— 6,8	+ 9,3	— 3,8	— 8,2	+ 19,1	+ 2,2	+ 27,0	+ 9,2	— 58,4	— 75,0	— 10,1	— 8,9
gegenüber März 1930 absol.		— 15	+ 807	+ 792	—3554	+ 834	+ 6 948	+11550	+15778	+55 268	+ 98 976	+ 7 253	— 4 485	+157012	+173582
mehr (+) od. wenig. (—) %		— 0,4	+ 32,6	+ 13,1	— 9,7	+ 4,2	+ 13,5	+ 39,5	+ 11,5	+ 14,9	+ 18,9	+ 4,6	— 21,6	+ 14,6	+ 14,3
XII. Hessen-Nassau	2. 3.31	1 446	1 686	3 132	10 064	7 567	26 689	19 551	63 871	176 141	374 378	117 144	7 923	675 586	742 589
	1.12.30	*1 711*	*1 697*	*3 408*	*9 073*	*8 124*	*27 452*	*17 752*	*62 401*	*170 126*	*346 469*	*235 971*	*48 354*	*800 920*	*866 729*
	1. 3.30	*1 624*	*1 374*	*2 998*	*12 056*	*8 154*	*21 513*	*13 141*	*54 864*	*145 210*	*292 692*	*94 011*	*9 202*	*541 115*	*598 977*
gegenüber Dez. 1930 absol.		— 265	— 11	— 267	+ 991	— 557	— 763	+ 1 799	+ 1 470	+ 6 015	+ 27 909	—118827	—40431	—125334	—124140
mehr (+) od. wenig. (—) %		— 15,5	— 0,6	— 8,1	+ 10,9	— 6,9	— 2,8	+ 10,1	+ 2,4	+ 3,5	+ 8,1	— 50,4	— 83,6	— 15,6	— 14,3
gegenüber März 1930 absol.		— 178	+ 312	+ 134	—1992	— 587	+ 5 176	+ 6 410	+ 9 007	+30 931	+ 81 686	+23133	— 1 279	+134471	+143612
mehr (+) od. wenig. (—) %		— 11,0	+ 22,7	+ 4,5	— 16,5	— 7,2	+ 24,1	+ 48,8	+ 16,4	+ 21,3	+ 27,9	+ 24,6	— 13,9	+ 24,9	+ 24,0
XIII. Rheinprovinz[1])	2. 3.31	2 499	2 621	5 120	16 277	12 670	31 832	23 895	84 674	209 455	444 767	138 431	8 834	801 487	891 281
	1.12.30	*3 315*	*2 887*	*6 202*	*14 015*	*13 419*	*31 474*	*23 119*	*82 027*	*184 793*	*422 299*	*221 370*	*30 727*	*859 189*	*947 418*
	1. 3.30	*2 350*	*1 987*	*4 337*	*17 775*	*11 680*	*24 270*	*15 483*	*69 208*	*168 041*	*346 099*	*108 105*	*10 386*	*632 631*	*706 176*
gegenüber Dez. 1930 absol.		— 816	— 266	—1082	+2262	— 749	+ 358	+ 776	+ 2 647	+24 662	+ 22 468	—82939	—21893	— 57 702	— 56 137
mehr (+) od. wenig. (—) %		— 24,6	— 9,2	— 17,4	+ 16,1	— 5,6	+ 1,1	+ 3,4	+ 3,2	+ 13,3	+ 5,3	— 37,5	— 71,3	— 6,7	— 5,9
gegenüber März 1930 absol.		+ 149	+ 634	+ 783	—1498	+ 990	+ 7 562	+ 8 412	+15466	+41 414	+ 98 668	+30326	— 1 552	+168856	+185105
mehr (+) od. wenig. (—) %		+ 6,3	+ 31,9	+ 18,1	— 8,4	+ 8,5	+ 31,2	+ 54,3	+ 22,3	+ 24,6	+ 28,5	+ 28,1	— 14,9	+ 26,7	+ 26,2
XIV. Hohenzoll. Lande	2. 3.31	44	50	94	322	331	984	832	2 469	5 818	16 675	5 817	195	28 505	31 068
	1.12.30	*36*	*61*	*97*	*353*	*409*	*904*	*912*	*2 578*	*6 841*	*16 433*	*8 206*	*541*	*32 021*	*34 696*
	2. 3.30	*44*	*38*	*82*	*484*	*352*	*717*	*536*	*2 089*	*5 312*	*16 134*	*4 600*	*364*	*26 410*	*28 581*
gegenüber Dez. 1930 absol.		+ 8	— 11	— 3	— 31	— 78	+ 80	— 80	— 109	— 1 023	+ 242	— 2 389	— 346	— 3 516	— 3 628
mehr (+) od. wenig. (—) %		+ 22,2	— 18,0	— 3,1	— 8,8	— 19,1	+ 8,8	— 8,8	— 4,2	— 15,0	+ 1,5	— 29,1	— 64,0	— 11,0	— 10,5
gegenüber März 1930 absol.		—	+ 12	+ 12	— 162	— 21	+ 267	+ 296	+ 380	+ 506	+ 541	+ 1 217	— 169	+ 2 095	+ 2 487
mehr (+) od. wenig. (—) %		—	+ 31,6	+ 14,6	— 33,5	— 6,0	+ 37,2	+ 55,2	+ 18,2	+ 9,5	+ 3,4	+ 26,5	— 46,4	+ 7,9	+ 8,7

[1]) Ohne das Saargebiet.

4. Die Anteilzahlen des Schweinebestandes im Staate und in den Provinzen (ohne die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern) nach den Zählungen vom 2. März 1931, 1. Dezember 1930 und 1. März 1930.

(Übersicht 4)

Staat — Provinzen	Zeit der Zählung	Von 1 000 Schweinen insgesamt (Sp. 16) waren: Zuchteber			Zuchtsauen					Nicht zur Zucht benutzte Schweine					Gesamtzahl der Schweine
		1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 3+4)	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	1 Jahr alt und älter: trächtig	1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt	Schweine 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 11 bis 14)	(Spalten 5+10+15)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Staat[1]	2. 3. 31	2,6	2,8	5,4	20,3	12,4	43,8	27,6	104,0	267,9	465,6	146,9	10,2	890,6	1 000,0
	1. 12. 30	2,7	2,6	5,4	15,1	11,9	42,3	24,2	93,4	236,9	417,4	209,1	37,9	901,2	1 000,0
	1. 3. 30	2,9	2,6	5,4	26,2	13,5	43,5	22,8	106,0	271,3	455,8	147,3	14,1	888,5	1 000,0
B. Provinzen															
I. Ostpreußen	2. 3. 31	5,2	4,5	9,7	26,9	17,2	47,3	27,9	119,3	251,4	426,3	180,2	13,1	871,0	1 000,0
	1. 12. 30	5,1	4,0	9,2	17,5	16,9	45,3	25,0	104,7	221,9	414,5	210,9	39,0	886,3	1 000,0
	1. 3. 30	5,5	4,0	9,5	36,5	19,5	47,6	23,1	126,7	267,6	396,4	180,2	19,6	863,8	1 000,0
II. Brandenburg	2. 3. 31	2,4	2,5	4,9	19,3	10,6	38,5	23,3	91,7	229,8	469,5	188,4	15,7	903,4	1 000,0
	1. 12. 30	2,6	2,5	5,1	13,8	9,4	38,0	20,8	81,5	209,7	412,0	224,8	67,0	913,5	1 000,0
	1. 3. 30	2,6	2,6	5,2	24,2	13,0	38,5	19,6	95,3	227,5	464,7	187,8	19,9	899,4	1 000,0
IV. Pommern	2. 3. 31	2,6	2,8	5,4	18,0	9,9	42,4	24,9	95,3	246,4	464,6	179,9	8,3	899,2	1 000,0
	1. 12. 30	2,4	2,9	5,3	12,9	9,0	42,7	24,1	88,7	240,2	438,6	203,2	24,1	906,0	1 000,0
	1. 3. 30	2,9	2,8	5,7	24,0	11,2	42,8	20,4	98,4	246,6	452,7	183,2	13,3	895,8	1 000,0
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	2. 3. 31	3,2	2,5	5,7	20,9	11,1	43,5	27,8	103,3	241,3	461,1	177,0	11,5	890,9	1 000,0
	1. 12. 30	3,6	2,7	6,3	15,1	10,8	44,0	26,4	96,3	228,4	428,0	210,9	30,1	897,4	1 000,0
	1. 3. 30	3,1	2,5	5,6	26,9	13,0	43,2	23,8	106,9	242,4	464,7	164,9	15,6	887,6	1 000,0
VI. Niederschlesien	2. 3. 31	2,6	3,2	5,8	18,0	10,8	32,6	20,5	81,9	230,4	494,4	179,5	8,1	912,4	1 000,0
	1. 12. 30	3,1	3,2	6,3	13,7	9,8	32,1	18,7	74,3	206,0	457,6	237,3	18,6	919,5	1 000,0
	1. 3. 30	2,9	3,0	5,9	24,3	13,4	28,0	14,7	80,4	234,2	500,1	168,2	11,1	913,6	1 000,0
VII. Oberschlesien	2. 3. 31	1,9	2,5	4,4	21,2	12,4	52,5	34,7	120,8	291,1	444,7	130,9	8,3	875,0	1 000,0
	1. 12. 30	2,6	2,6	5,2	17,1	12,9	48,7	35,6	114,4	280,4	426,1	156,9	17,8	880,6	1 000,0
	1. 3. 30	2,3	2,4	4,7	34,0	16,3	50,3	28,3	128,9	302,9	442,9	111,5	9,1	866,4	1 000,0
VIII. Sachsen	2. 3. 31	2,3	2,6	4,9	15,2	8,7	35,1	21,1	80,1	232,8	487,2	181,1	13,8	914,9	1 000,0
	1. 12. 30	2,2	2,6	4,9	12,5	8,3	37,4	19,0	77,2	220,3	385,7	254,3	57,6	918,0	1 000,0
	1. 3. 30	2,8	2,6	5,4	22,4	10,6	39,4	19,0	91,4	235,5	464,0	185,0	18,7	903,2	1 000,0
IX. Schleswig-Holstein	2. 3. 31	2,8	3,4	6,2	24,3	11,9	54,7	29,6	120,5	322,7	472,7	73,8	4,0	873,2	1 000,0
	1. 12. 30	2,8	3,1	5,8	17,2	11,5	51,3	24,6	104,5	288,7	464,0	121,5	15,4	889,7	1 000,0
	1. 3. 30	2,5	2,5	5,0	25,8	9,3	46,2	20,4	101,7	300,7	499,2	87,2	6,2	893,3	1 000,0
X. Hannover	2. 3. 31	1,9	2,2	4,1	21,1	13,6	53,2	34,0	121,9	311,8	451,4	102,7	8,2	874,1	1 000,0
	1. 12. 30	1,8	2,0	3,8	15,2	13,6	49,6	29,6	108,0	278,1	411,3	164,1	34,7	888,2	1 000,0
	1. 3. 30	2,0	1,9	3,9	25,0	13,1	53,2	29,0	120,3	313,7	437,8	113,1	11,1	875,7	1 000,0
XI. Westfalen	2. 3. 31	2,6	2,4	4,9	23,7	14,9	41,9	29,4	109,9	307,1	447,3	119,1	11,7	885,2	1 000,0
	1. 12. 30	2,6	2,2	4,8	19,7	14,1	41,6	22,5	97,9	220,3	373,3	260,8	42,8	897,2	1 000,0
	1. 3. 30	2,9	2,0	5,0	30,0	16,3	42,2	24,0	112,5	305,8	429,6	130,1	17,1	882,6	1 000,0
XII. Hessen-Nassau	2. 3. 31	1,9	2,3	4,2	13,6	10,2	35,9	26,3	86,0	237,2	504,2	157,8	10,7	909,8	1 000,0
	1. 12. 30	2,0	2,0	4,0	10,5	9,4	31,9	20,6	72,4	197,3	399,6	270,7	56,2	923,7	1 000,0
	1. 3. 30	2,7	2,3	5,0	20,1	13,6	35,9	21,9	91,6	242,4	488,7	157,0	15,4	903,4	1 000,0
XIII. Rheinprovinz[1]	2. 3. 31	2,8	2,9	5,7	18,3	14,2	35,7	26,8	95,0	235,0	499,0	155,3	9,9	899,2	1 000,0
	1. 12. 30	3,5	3,0	6,5	14,7	14,1	33,0	24,2	86,0	194,1	445,3	235,7	32,4	907,4	1 000,0
	1. 3. 30	3,3	2,8	6,1	25,1	16,5	34,4	21,9	98,0	238,0	490,1	153,1	14,7	895,9	1 000,0
XIV. Hohenzoll. Lande	2. 3. 31	1,4	1,6	3,0	10,4	10,7	31,7	26,8	79,6	187,3	536,7	187,2	6,3	917,5	1 000,0
	1. 12. 30	1,0	1,8	2,8	10,2	11,8	26,1	26,3	74,3	197,2	473,6	236,5	15,6	922,9	1 000,0
	1. 3. 30	1,5	1,3	2,8	16,9	12,3	25,1	18,8	73,1	185,9	564,5	161,0	12,7	924,1	1 000,0

[1]) ohne das Saargebiet.

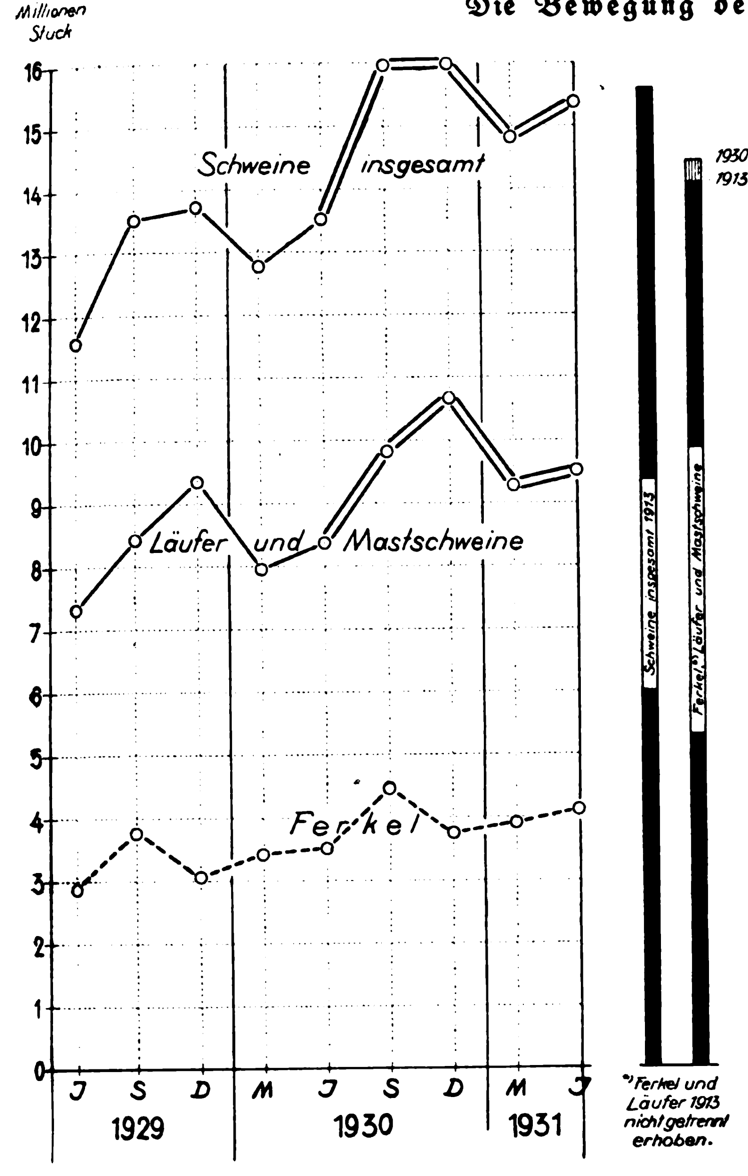
Der Schweinebestand in Preußen nach der Juni-Zählung 1931.

Die Saisonbewegung.

Die saisonmäßige Bewegung, d. h. in diesem Fall die Zunahme vom März zum Juni ist in diesem Jahre prozentual und absolut schwächer als im Vorjahre. Das hat seinen Grund in der Tatsache, daß die Zunahme im Vorjahre von einem Märzbestand von 12,8 Millionen ausging, in diesem Jahre jedoch im März bereits 14,8 Millionen Schweine vorhanden waren. Diese weit stärkere Besetzung der landwirtschaftlichen Betriebe und die unzureichenden Schweinepreise haben zur Folge, daß die wirtschaftliche Möglichkeit der Vermehrung 1931 geringer ist als im Jahre 1930.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 359.

Die Bewegung des Schweinebestandes.

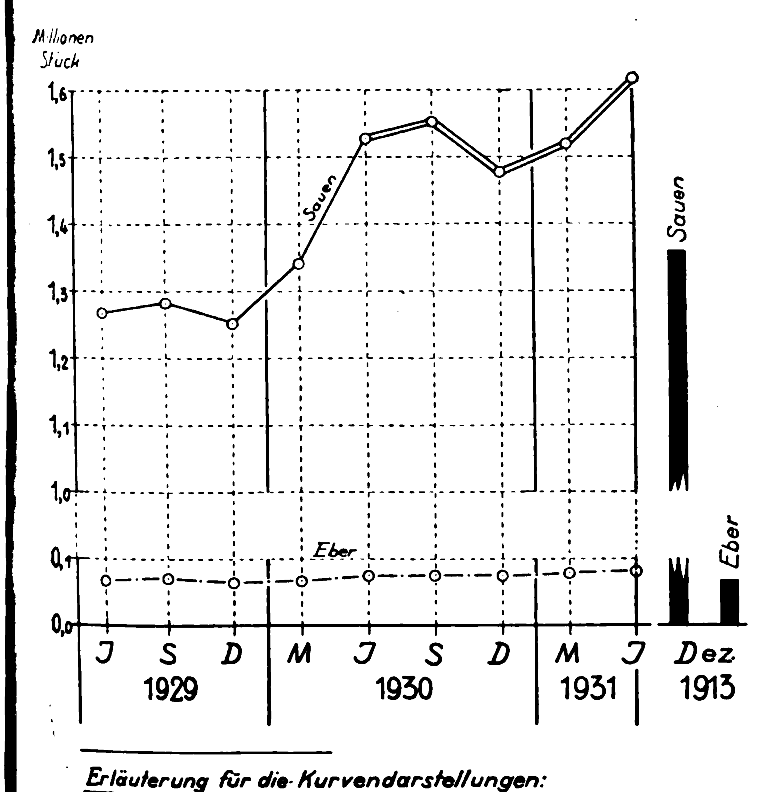


Eine bequeme Übersicht über die Bewegung des Schweinebestandes seit Einführung der Vierteljahreszählungen geben die beiden Kurvendarstellungen. Die obere zeigt, wie das zweite Jahr (zweistrichig dargestellt) auf einem höheren Niveau etwa die Bewegungen des ersten Jahres (einstrichig dargestellt) wiederholt. Das gilt nicht nur für die Kurven des Gesamtbestandes, sondern auch für die anderen, wenngleich das Ausmaß der Bewegung in den beiden Jahren etwas verschieden ist. Die zahlenmäßig bedeutendsten Gruppen, die Ferkel und die Läufer- und Mastschweine bedingen den Verlauf der Gesamtbestandskurve. Bemerkenswert ist, wie aus der gegenläufigen Bewegung der Ferkel- und Läufer-Mastschweinekurve von September nach Dezember 1930 die ungefähr ebene September/Dezemberkurve beim Gesamtbestand entsteht.

Die Kurven für die Zuchtschweine (untere Kurve) sind um das Zehnfache überhöht gezeichnet, um die absolut kleinen Unterschiede deutlicher zu zeigen. Würde man die Überhöhung der Ferkelerzeugungsmöglichkeit anpassen, so könnte man über das benutzte Verhältnis noch hinausgehen. Die Darstellung zeigt nur roh die Möglichkeit der Ferkelerzeugung. Für die in den nächsten Monaten zu erwartenden Ferkel zieht man die für die trächtigen Sauen ermittelten Zahlen heran. Zum Vergleich sind die Bestände des Jahres 1913 in Balken neben die Darstellungen gesetzt.

Die abgedruckte Balkendarstellung vergleicht die letzten Dezemberzählungen mit der Zählung 1913, wobei aus der Zählung 1913 nur die Schweinebestände, die auf das neue Staatsgebiet entfallen, berücksichtigt sind. Weiter zeigt sie, wenn auch ganz roh, den letzten Schweinezyklus seit dem Schweinehöchstbestand 1927/28.

Der Schweinebestand nach den Dezemberzählungen 1913 u 1925 – 1930.



Erläuterung für die Kurvendarstellungen:
1. Zählungsjahr ——— 2. Zählungsjahr ═══

(Die Darstellung der Zuchtschweine ist der Deutlichkeit wegen 10fach überhöht gezeichnet.)

[Fortsetzung des Textes der vorigen Seite „Schweinebestand in Preußen"]

Diese Saison-Vermehrung März-April-Mai betrug

	1930	1931	1930	1931
	in 1 000 Stück		%	
bei den Schweinen insgesamt	729	551	5,7	3,7
bei den nicht zur Zucht benutzten Schweinen	533	451	4,7	3,4
bei den Sauen	189	97	14	6,3
bei den Ebern	7	3,5	10	4,4

Bei den einzelnen Alters- und Gebrauchsuntergruppen sind allerdings Abweichungen von dieser allgemeinen Entwicklung festzustellen. So ist die Zunahme der (nicht zur Zucht benutzten) Schweine von ½ bis 1 Jahr in den Monaten März-April-Mai 1931 mit 9,8 % (= 221 000) größer als die Zunahme um 5,4 % (= 104 000) in der entsprechenden Zeit 1930. Diesem stärkeren Saisonzuwachs steht bei der außerordentlich wichtigen Gruppe der Jungschweine (8 Wochen bis ½ Jahr) eine gegen das Vorjahr sehr abgeschwächte Bewegung gegenüber. Betrug die Zunahme März/Juni 1930 6,2 % (= 358 000), so beträgt sie März/Juni 1931 nur 0,5 % (= 36 000). Die Ferkel zeigen gegen das gleiche Vierteljahr 1930 eine um 2,7 % stärkere Saisonaufwärtsbewegung (5,7 [= 224 000] statt 3 % [= 104 000]).

Bei den einzelnen Sauengruppen finden wir Entwicklungen in verschiedener Richtung. Die alten Sauen haben sich weit stärker vermehrt als der Gesamtentwicklung entspricht. Die nicht trächtigen Altsauen zeigen auch eine stärkere Vermehrung als in den gleichen drei Monaten des Vorjahres, die jungen Sauen statt einer Vermehrung von 24 % (trächtig) und 14 % (nicht trächtig) im Vor-

1. Der Schweinebestand im Staate.

Staat	Zeit der Zählung	Zahl der Haushaltungen mit Schweinen	Zuchteber			Zuchtsauen				
			1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 3+4)	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt trächtig	1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt nicht trächtig	1 Jahr alt und älter trächtig	1 Jahr alt und älter nicht trächtig	insgesamt (Spalten 6 bis 9)
1	1a	2	3	4	5	6	7	8	9	10
A. Staat[1])[2])	1. 6. 31	2 437 294	35 772	47 265	83 037	281 958	181 199	712 027	441 884	1 617 068
	2. 3. 31	*2 120 228*	*38 615*	*40 942*	*79 557*	*295 932*	*181 438*	*639 683*	*403 504*	*1 520 557*
	2. 6. 30	*2 310 672*	*38 749*	*37 181*	*75 930*	*412 785*	*1 96 501*	*629 014*	*291 060*	*1 529 3*[illegible]
gegenüber März 1931 mehr (+) oder weniger (—) absolut		+317 066	— 2 843	+ 6 323	+ 3 480	— 13 974	— 239	+ 72 344	+ 38 380	+ 96 51[illegible]
%		+ 15,0	— 7,4	+ 15,4	+ 4,4	— 4,7	— 0,1	+ 11,8	+ 9,5	+ 6,[illegible]
gegenüber Juni 1930 mehr (+) oder weniger (—) absolut		+126 622	— 2 977	+ 10 084	+ 7 107	—130 827	— 15 302	+ 83 013	+150 824	+ 87 70[illegible]
%		+ 5,5	— 7,7	+ 27,1	+ 9,4	— 31,7	— 7,8	+ 13,2	+ 51,8	+ 5,[illegible]

Staat	Zeit der Zählung	Nicht zur Zucht benutzte Schweine					Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5 + 10 + 15)
		Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht 1/2 Jahr alt	Schweine 1/2 bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 11 bis 14)	
1	1a	11	12	13	14	15	16
A. Staat[1])[2])	1. 6. 31	4 145 139	6 891 552	2 471 346	154 775	13 662 812	15 [illegible]
	2. 3. 31	*3 921 323*	*6 855 609*	*2 250 335*	*184 827*	*13 212 094*	*14 812 20*[illegible]
	2. 6. 30	*3 534 764*	*6 156 017*	*2 042 071*	*187 019*	*11 919 871*	*13 525 161*
gegenüber März 1931 mehr (+) oder weniger (—) absolut		+ 223 816	+ 35 943	+ 221 011	— 30 052	+ 450 718	+ 550 709
%		+ 5,7	+ 0,5	+ 9,8	— 16,3	+ 3,4	+ 3,7
gegenüber Juni 1930 mehr (+) oder weniger (—) absolut		+ 610 375	+ 735 535	+ 429 275	— 32 244	+ 1 742 941	+ 1 837 756
%		+ 17,3	+ 11,9	+ 21,0	— 17,2	+ 14,6	+ 13,6

[1]) Ohne das Saargebiet. — [2]) Die 34 Großstädte (Königsberg i. Pr., Berlin, Stettin, Breslau, Gleiwitz, Hindenburg O. S., Magdeburg, Halle a. S., Erfurt, Altona, Kiel, Hannover, Harburg-Wilhelmsburg, Gelsenkirchen, Münster i. W., Bielefeld, Bochum, Dortmund, Hagen, Kassel, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Düsseldorf, Duisburg-Hamborn, Essen, Gladbach-Rheydt, Krefeld-Uerdingen a. Rh., Mülheim a./d. Ruhr, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Wuppertal, Köln und Aachen) mit je 100 000 und mehr Einwohnern sind von der Zählung ausgenommen worden. Der Schweinebestand für die Stadt Berlin, in der sowohl 1930 als auch 1929 die Zählung nicht stattfand, ist der Dezemberzählung 1928 [darunter Auftrieb: 9 470 (3 549)[3]) Schweine], bei den übrigen Städten der Dezemberzählung 1930 [darunter Auftrieb: 33 711 (33 019)[3]) Schweine], entnommen worden. Die Zahl der Haushaltungen mit Schweinen ist bei der Aufbereitung der Dezemberzählung 1930 besonders festgestellt worden. Die Zahlen wurden für Berlin aus dem Zählmaterial vom Dezember 1928, für die übrigen Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern aus dem Zählmaterial vom Dezember 1930 ermittelt. — [3]) Die neben den Schweineauftriebszahlen vom Dezember 1928 (Berlin) und Dezember 1930 (übrige Großstädte) beim Staat sowie bei den Kreisen in Klammern () stehenden Zahlen geben den Schweineauftrieb vom 1. Juni 1931 an.

[Fortsetzung des Textes der vorigen Seite „Schweinebestand in Preußen."]

jahre Abnahmen von 4,7 und 0,1 % (März/Juni 1931). Es hat also der Nachschub an jungen Sauen nachgelassen.

Ähnliches zeigt sich bei den Zuchtebern. Die Saisonvermehrung ist in diesem Jahre bei den alten Ebern etwas größer als im Vorjahre. Die jungen Eber zeigen statt einer Zunahme von 6,2 % von März bis Juni 1930 eine Abnahme von 7,4 % von März bis Juni 1931. Ungeachtet der eben betrachteten verschiedenartigen Einzelbewegungen zeigt das Gesamtbild eine gegen das Vorjahr kleinere Saisonaufwärtsbewegung.

Auch die Schweinehalter haben im Frühjahrsvierteljahr 1931 schwächer zugenommen als in der gleichen Zeit 1930. Der Zuwachs vom März bis Juni betrug

1930	1931	1930	1931
in 1 000 Schweinehalter		in vom Hundert	
381	317	20	15

Die Jahresbewegung.

(Im Staate).

Die Jahresbewegung, vom Juni 1930 zum Juni 1931, ist ein Teil der zyklischen, nicht saisonmäßigen Bewegung. Da 1928 bereits eine Junizählung stattgefunden hat, so liegen diesmal vier Zählungen vor, die miteinander verglichen werden können. Setzt man den Schweinebestand Juni 1928 = 100, so ergibt sich

für 1929 die Meßzahl 84
„ 1930 „ „ 98
„ 1931 „ „ .... 112.

Der Bestand 1928 ist demnach jetzt um 12 % überschritten. Gegenüber dem Vorjahre beträgt die Zunahme 13,6 %.

Die Zahl der Schweinehalter hat sich in den Zwischenjahren ähnlich entwickelt, erreicht jedoch 1931 nicht ganz den Bestand von 1928.

2. Der Schweinebestand in den Provinzen am 1. Juni 1931.

Provinzen — Regierungsbezirke	Zahl der Haushaltungen mit Schweinen	Zuchteber			Zuchtsauen					Nicht zur Zucht benutzte Schweine					Gesamtzahl der Schweine (Spalten 5 + 10 + 15)
		$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alt	1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 3+4)	$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alt: trächtig	$^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alt: nicht trächtig	1 Jahr alt und älter: trächtig	1 Jahr alt und älter: nicht trächtig	insgesamt (Spalten 6 bis 9)	Ferkel unter 8 Wochen alt	Jungschweine 8 Wochen bis noch nicht $^1/_2$ Jahr alt	Schweine $^1/_2$ bis noch nicht 1 Jahr alt	Schweine 1 Jahr alt und älter	insgesamt (Spalten 11 bis 14)	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
B. Provinzen.															
I. Ostpreußen	236 475	6 171	7 530	13 701	29 466	22 140	74 205	47 570	173 381	424 249	558 364	259 120	20 223	1 261 956	1 449 038
II. Brandenburg	215 817	2 897	3 607	6 504	29 437	14 274	56 412	30 937	131 060	312 513	554 935	296 057	16 739	1 180 244	1 317 808
III. Stadt Berlin	3 287	23	38	61	107	76	148	174	505	1 363	5 280	11 851	13 592	32 086	32 652
IV. Pommern	173 670	3 705	4 631	8 336	30 357	15 583	65 546	38 287	149 773	406 323	618 500	263 397	11 887	1 300 107	1 458 216
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	36 669	805	811	1 616	5 618	3 128	12 347	8 038	29 131	69 800	112 428	45 466	2 335	230 029	260 776
VI. Niederschlesien	177 769	2 676	3 552	6 228	17 468	11 411	36 136	22 634	87 649	252 008	517 348	178 347	7 793	955 496	1 049 373
VII. Oberschlesien	105 902	942	1 386	2 328	10 775	6 823	26 541	20 886	65 025	168 545	217 119	68 387	4 618	458 669	526 022
VIII. Sachsen	291 727	3 364	4 558	7 922	25 973	14 049	60 706	32 846	133 574	342 118	708 784	368 777	15 572	1 435 251	1 576 747
IX. Schleswig-Holstein	103 322	2 749	4 275	7 024	22 748	12 984	67 078	35 458	138 268	388 581	520 704	99 297	3 539	1 012 121	1 157 413
X. Hannover	333 221	5 056	7 538	12 594	56 464	39 933	175 500	111 284	383 181	982 814	1 339 713	316 847	16 441	2 655 815	3 051 590
XI. Westfalen	299 737	3 309	4 147	7 456	25 543	19 843	68 351	45 597	159 334	402 121	820 123	215 486	15 879	1 453 609	1 620 399
XII. Hessen-Nassau	191 873	1 566	2 000	3 566	11 452	7 899	31 412	20 221	70 984	166 573	402 732	157 650	7 597	734 552	809 102
XIII. Rheinprovinz	259 079	2 465	3 135	5 600	16 271	12 818	36 642	26 967	92 698	221 695	499 351	185 661	18 396	925 103	1 023 401
XIV. Hohenzoll. Lande	8 746	44	57	101	279	238	1 003	985	2 505	6 436	16 171	5 003	164	27 774	30 380

[Fortsetzung des Textes der vorigen Seite „Schweinebestand in Preußen"]

Die Zahl der Schweinehalter betrug in Preußen in 1 000

	1928	1929	1930	1931
bei der Junizählung	2 451	2 070	2 311	2 437

Bemerkenswert ist immerhin die Zunahme von Juni 1929 bis Juni 1930 um 12 % und die weitere Vermehrung bis Juni 1931 um 5,5 %. Da die Zahl der Schweine um 13,6 % stieg, so hat sich die Durchschnittsschweinezahl pro schweinehaltenden Haushalt beträchtlich vermehrt.

Um die fast 14 %ige Zunahme der Schweine gegenüber 1930 zu verstehen, führt man sich zweckmäßigerweise die Hauptgruppen vor Augen:

	Ferkel bis 8 Wochen	Läufer 8 Wochen bis $^1/_2$ Jahr	Mastschweine $^1/_2$ bis 1 Jahr	Schweine insgesamt
	in 1 000 Stück			
Juni 1930	3 535	6 156	2 042	13 525
„ 1931	4 145	6 892	2 471	15 363
Zunahme 1930/31				
in 1 000 Stück	610	736	429	1 838
„ %	17,3	11,9	21,0	13,6

Bei der Betrachtung dieser Tabelle ist zu beachten, daß der Zuwachs bei den Ferkeln in Erscheinung tritt. Die Läufergruppe entsteht automatisch durch Älterwerden der Ferkelgruppen. Das Gleiche gilt teilweise für die Mastschweine, doch wird diese Zahl auch durch das Abschlachtungstempo bestimmt.

Prozentual am stärksten ist der Zuwachs bei Mastschweinen und Ferkeln, die absolute Zugangsziffer ist bei den Läufern am höchsten. Doch sind die Zahlen, die der Willkür des Züchters unterliegen (Eingang und Endgruppe) zusammen größer als die der Durchgangsgruppe. Maßgebend ist also, das Handeln der Schweinezüchter im Erhebungsquartal gewesen, und es handelt sich weniger um die Auswirkung früherer Vierteljahre (Läufer), obwohl man nicht übersehen darf, daß diese mit 736 000 Stück am Gesamtzuwachs von 1,8 Mill. beteiligt sind.

Die übrigen Schweinegruppen haben zwar auf die Gesamtzahl nur geringen Einfluß, jedoch sind sie für die künftige Bewegung des Schweinebestandes ausschlaggebend. Die Zahl der Zuchtsauen hat sich insgesamt um 5,7 % gehoben. Die Bewegung innerhalb der einzelnen Sauengruppen ist jedoch sehr verschieden. Nicht trächtige Altsauen haben sich fast um 52 %, die trächtigen Altsauen um 13 % vermehrt. Die trächtigen Jungsauen zeigen einen Minderbestand von fast 32 %, die nicht trächtigen von 8 %. Diese Ergebnisse bei den Sauen zeigen, daß die Einstellung von Jungsauen nachgelassen hat und daß ein großer Teil der durch Älterwerden in die Gruppe der Altsauen versetzten Jungsauen nicht mehr belegt worden ist. Insgesamt ist die Zahl der trächtigen Sauen in Preußen um etwa 4,6 % gefallen. Die Verminderung im Reich beträgt nur 3,9 %. Die Gesamtheit der außerpreußischen Länder hat ihre Sauen nur halb so stark um 2,25 % vermindert.

Hinsichtlich der Altersklassen liegt bei den Zuchtebern eine entsprechende Entwicklung vor. Ihre Zahl vermehrt sich insgesamt um 9,4 %, die der Alteber um 27 %, während die der Jungeber sich um fast 8 % vermindert.

Die trächtigen Sauen und die Entwicklung des Schweinebestandes.

Die Bedeutung der Sauen für die kommende Entwicklung des Schweinebestandes und für die Preisgestaltung im nächsten Jahr rechtfertigt eine eingehendere Betrachtung dieser Gebrauchsgruppe. Da ihre Saisonbestandsschwankungen nicht so stark sind, wie die durch die Winter-Hausschlachtungen hervorgerufenen bei den Mastschweinen, so ist neben dem Jahresvergleich hier auch der Vierteljahresvergleich — wenn auch nur mit Vorsicht — zulässig.

Die Gesamtzahl der Sauen stieg im Vergleich der letzten vier Junizählungen von 1 265,000 im Juni 1928
auf 1 269,000 „ „ 1929
1 529,000 „ „ 1930 und
auf 1 617,000 „ „ 1931.

Bei den letzten sechs Vierteljahrszählungen stieg der Bestand von
März 1930 1 341,000 Stück über
Juni 1930 1 529,000 „
Sept. 1930 auf 1 552,000 „ ,
fiel dann im Dez. 1930 auf 1 478,000 „
und stieg schließlich März 1931 über 1 521,000 „ auf einen bis dahin noch nicht erreichten
Bestand Juni 1931 von 1 617,000 „ an.

Aus dieser gesteigerten Möglichkeit zur Ferkelerzeugung kann sich sehr leicht eine große Gefahr für die Preise der Ferkel und auch der Mastschweine entwickeln.

Günstiger wird das Bild, wenn man nur die trächtigen Sauen von Jahr zu Jahr vergleicht. Zahlen dafür liegen erst

seit Juni 1929 vor. Von Juni 1929 bis 1930 stieg die Zahl der trächtigen Sauen von 852 000 um 22 % auf 1 042 000, bis Juni 1931 fiel sie dann um 4 % auf 994 000. Eine solche deutliche Verminderung gegenüber einer gleichen Zählung des Vorjahres (siehe Schaubilder) tritt hiermit zum ersten Mal im jetzigen Zyklus auf. Nach den augenblicklichen Verhältnissen am Schweinemarkt und nach der 22 %igen Vermehrung im Vorjahr reicht diese Verminderung aber noch nicht, um den Schweinemarkt zu entlasten.

Aber trotz der schlechten Schweine- und Ferkelpreise stieg während der drei letzten Vierteljahrszählungen die Zahl der belegten Sauen von 905 000 (Dezember 1930) über 936 000 (März 1931) auf 994 000 (Juni 1931). Die März-Juni-Steigerung 1930 (von 881 000 auf 1 042 000) war — veranlaßt von dem vorhergegangenen Preishochstand — bedeutend stärker. Die diesjährige schwächere Vermehrung (936 000 auf 994 000) ist die Folge der augenblicklichen Unrentabilität der Schweinehaltung. Welchen Einfluß die jetzt saisonmäßig gestiegenen Preise auf die Ausdehnung der Zucht — deren Erfolg später den Schweinemarkt belastet — haben werden, ist nicht zu übersehen.

Viel durchsichtiger noch werden die Verhältnisse wenn man sich überlegt, wie die Bestände trächtiger Sauen, Ferkel und Mastschweine sich in ihrer Abhängigkeit voneinander entwickeln. Es folgt die Ferkelzahl den Veränderungen dem Auf und Ab der Zahl der trächtigen Sauen im Abstand von drei Monaten und wieder drei Monate später machen die Läufer- und Mastschweinezahlen fast die gleiche Bewegung nach. Die Zunahme der trächtigen Sauen ist März-Juni 1931 nicht so stark wie in der gleichen Zeit 1930. Das bedeutet eine Beruhigung der Aufwärtsbewegung.

Der Zuwachs an Ferkeln und älteren Schweinen wird daher — was der Meinung des Sachverständigenausschusses für die Beurteilung der Lage der deutschen Schweinehaltung entspricht — in den kommenden 6 Monaten nicht so stürmisch, aber immerhin beträchtlich sein. Der Höhepunkt der Schweinevermehrung scheint fast erreicht, es muß aber für die Septemberzählung noch mit einem Zuwachs gerechnet werden. Drohend hinter der für später erhofften Wendung stehen die vielen unbelegten Sauen. Sollte eine reichliche Kartoffelernte winken oder sich die saisonmäßige Preisbesserung für Schweine auswirken, so könnte die Zahl der belegten Sauen leicht wieder steigen. Tritt das nicht ein, so werden diese Sauen für die nächste Zeit den Schlachtschweinemarkt belasten. Diese Belastung wird um so fühlbarer, je später sie an den Markt kommen, da sie dann außer durch ihre Zahl durch ihr höheres Gewicht die Angebotsmenge vermehren.

Die Viehschlachtungen und die Schlachtviehpreise in Preußen im 1. Vierteljahr 1930 und im Winterhalbjahr 1929/1930 im Vergleich mit dem Vorjahr. — Die im folgenden veröffentlichten Ergebnisse der Fleischbeschau und Trichinenschau für den Staat und die größeren Verwaltungsbezirke zeigen, daß in Preußen im ersten Vierteljahr 1930 vorwiegend für gewerbliche Zwecke geschlachtet worden sind: rund 111 000 Ochsen und Bullen, 264 000 Kühe, 116 000 Jungrinder und 556 000 Kälber, also insgesamt 1 047 000 Stück Rindvieh; ferner rund 31 000 Pferde, 202 000 Schafe und 38 000 Ziegen. Die durch die Trichinenschau festgestellte Zahl, die nicht allein die gewerblichen, sondern auch den größten Teil der Hausschlachtungen von Schweinen umfaßt, beträgt rund 3 692 000 Stück. In den Schlachtungszahlen ist das in den preußischen Seegrenzschlachthöfen Flensburg, Kiel und Saßnitz [1]) geschlachtete Auslandvieh mitenthalten. Seine Zahl ist verhältnismäßig gering: sie beträgt rund 14 000 Stück Rindvieh (vorwiegend Kühe), 1,3 v. H. aller Rindviehschlachtungen, 2 855 (0,1 v. H.) Schweine und nur 2 Schafe.

Gegenüber den Zahlen im ersten Vierteljahr 1929 zeigt sich diesmal fast durchweg eine Verminderung der Schlachtungen. So waren an Rindern rund 102 000 = 8,9 v. H. weniger geschlachtet als in den ersten drei Monaten des Vorjahres. Dieser Rückgang erstreckt sich auf fast alle Rindvieharten; lediglich bei den Ochsen ist eine geringfügige Zunahme um 306 Stück = 0,6 v. H. zu verzeichnen. In besonders starkem Maße haben sich die Kälberschlachtungen, nämlich um rd. 89 000 Stück = 13,8 v. H. verringert, aber auch die Kuhschlachtungen sind nicht unerheblich um rd. 12 000 Stück = 4,4 v. H. zurückgegangen.

Während in den Vorjahren bei rückläufigen Schweineschlachtungsziffern zeitweise eine Vermehrung der Rindviehschlachtungen beobachtet wurde, haben im abgelaufenen Vierteljahr Januar bis März sowohl die Rindviehschlachtungen wie auch die Schweineschlachtungen abgenommen. Die Verringerung der Schlachtungsziffer bei Schweinen war — um rund 321 000 Stück oder 8,0 v. H — recht beträchtlich. Außerdem hat auch noch die Zahl der Schafschlachtungen um rd. 10 000 Stück = 4,5 v. H. und der Ziegenschlachtungen um rd. 2 000 Stück oder 4,9 v. H. abgenommen. Bei den Pferdeschlachtungen ist eine geringe Zunahme von 667 = 2,2 v. H. zu verzeichnen.

Mithin dürfte im ersten Vierteljahr 1930 die Fleischerzeugung in Preußen nicht unbeträchtlich geringer gewesen sein, als in dem entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres.

Ein erweiterter Einblick über den Umfang der Fleischerzeugung der Bevölkerung wird aus der nachstehenden Übersicht gewonnen, die einen Vergleich der Schlachtungen während des Winterhalbjahres (Oktober bis März) 1929/30 mit denen des entsprechenden Zeitraumes von 1928/29 bringt.

Die Übersicht läßt auch für diesen Zeitraum eine, namentlich bei Schweinen, ansteigende Abnahme der Schlachtungen erkennen.

Der Rückgang der Rindviehschlachtungen gegenüber dem vergangenen Winterhalbjahr 1928/29 um rund 107 000 = 4,7 v. H. ist nahezu ausschließlich auf die Abnahme der Kälberschlachtungen um rund 124 000 Stück = 10,2 v. H., die größtenteils in den ersten drei Monaten d. J. eingetreten ist, zurückzuführen. Geringer war die Verminderung der Kuhschlachtungen um rund 1 000 Stück = 0,2 v. H., während bei den Ochsen und Bullen wie auch bei den Jungrindern Mehrschlachtungen von 4 000 Stück = 1,7 v. H. bzw. 14 000 Stück = 5,2 v. H. zu verzeichnen waren.

Erheblich war der Rückgang der Schweineschlachtungen um rund 960 000 Stück = 11,3 v. H., der wohl hauptsächlich auf die schon bei der Dezemberzählung 1929 festgestellte Verminderung des Stapels an Schlachtschweinen zurückzuführen ist.

[1]) Der Seegrenzschlachthof Altona ist seit November 1929 geschlossen.

Schlachtungen in den Winterhalbjahren 1929/30 und 1928/29 im Freistaat Preußen.

(Übersicht 1)

Zeitraum	Pferde	Ochsen und Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber	Rindvieh insgesamt	Schweine	Schafe	Ziegen
	in 1000 Stück								
Oktober-März 1929/30	68	238	555	285	1 095	2 173	7 519	457	111
Oktober-März 1928/29	66	234	556	271	1 219	2 280	8 479	460	107
1929/30 gegen 1928/29 (+ oder —)	+ 2	+ 4	— 1	+ 14	— 124	— 107	— 960	— 3	+ 4
in % (+ oder —)	+ 3,0	+ 1,7	— 0,2	+ 5,2	— 10,2	— 4,7	— 11,3	— 0,7	+ 3,7

Im Anschluß an diese Bewegung der Schlachtungsziffern ist nachstehend die Preisentwicklung der meistgeschlachteten Viehgattungen in den drei ersten Monaten 1930 und 1929 im Durchschnitt von 16 preußischen Schlachtviehmärkten dargestellt. (Übers. 2).

(Übersicht 2)

Monate	Durchschnittlicher Marktpreis in Reichsmark für 50 kg Lebendgewicht bei					
	Kühen (Klasse B. Vollfleischige oder ausgemästete)		Kälbern (Klasse C. Mittlere Mast- und Saugkälber)		Schlachtschweinen (Klasse C. 100—120 kg)	
	1930	1929	1930	1929	1930	1929
Januar	41,9	39,7	70,2	65,4	82,7	74,8
Februar	41,9	40,5	65,7	63,6	78,1	75,2
März	42,0	41,0	66,2	65,7	71,0	78,6.

Die Preise für Schlachtkühe (Klasse B) waren in den drei ersten Monaten d. J. mit 41,9 bis 42,0 RM für 50 kg Lebendgewicht stabil, während im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres Preisschwankungen zwischen 39,7 RM und 41,0 RM zu verzeichnen waren. Die Preise waren also im Durchschnitt um 1,5 RM höher als im vorjährigen Vierteljahr. Bei den Schlachtkälbern zeigten sich in den drei ersten Monaten 1930 Preisschwankungen, insbesondere aber ein Fallen der Preise von 70,2 RM im Januar auf 65,7 RM im Februar, während im März wieder eine geringere Erhöhung auf 66,2 RM eingetreten ist. Die gleiche Bewegung war auch — innerhalb engerer Grenzen — in den Monaten Januar bis März des Vorjahrs zu beobachten. Der Durchschnittspreisstand im ersten Vierteljahr 1930 war bei den Kälbern um 5,4 RM höher als im vergangenen Jahre. Hier zeigt sich ein zusammenhängendes Verhältnis zwischen Preisstand und Schlachtungszahlen, indem die Preise bei erheblichem Rückgang der Schlachtungsziffern gegenüber dem Vorjahre nicht unbeträchtlich angezogen haben.

Bei den Preisen für Schlachtschweine der Klasse C (100—120 kg Lebendgewicht) ist in den Monaten Januar bis März 1930 eine nicht unbeträchtliche Abwärtsbewegung festzustellen. Besonders stark war der Preisrückgang von Februar (78,1 RM) bis März (71,0 RM) gegenüber 82,7 RM im Januar. In den entsprechenden Monaten des Vorjahres war die Preisbewegung steigend von 74,8 RM im Januar auf 78,6 RM im März. Immerhin war der durchschnittliche Preisstand im ersten Vierteljahr 1930 noch um 1,1 RM höher als im ersten Vierteljahr 1929.

Während die vorhin besprochene Preisbewegung nur ein Durchschnittsbild aus den 16 hauptsächlichen Schlachtviehmärkten Preußens veranschaulicht, zeigt die folgende Übersicht die Entwicklung der Preise auf den vier wichtigen Viehmärkten Berlin, Breslau, Magdeburg und Köln.

(Übersicht 3)

Monate		Marktpreis in Reichsmark je 50 kg Lebendgewicht					
		Kühe (Klasse B, vollfleischige oder ausgemästete)		Kälber (Klasse C, mittlere Mast- und Saugkälber)		Schweine (Klasse C, von 100—120 kg)	
		1930	1929	1930	1929	1930	1929
Januar	Berlin	35,4	33,9	70,4	67,8	82,7	76,3
	Breslau	35,0	32,9	64,3	60,8	84,4	79,3
	Magdeburg	42,0	39,4	58,5	57,0	81,6	74,7
	Köln	43,1	43,6	75,9	70,0	84,9	75,1
Februar	Berlin	37,0	34,9	67,0	62,6	78,5	76,6
	Breslau	34,3	34,0	67,3	63,4	79,3	80,4
	Magdeburg	42,8	40,3	60,9	57,1	77,9	74,8
	Köln	44,6	43,9	69,5	66,9	80,4	76,6
März	Berlin	36,4	35,4	68,3	67,9	70,7	78,1
	Breslau	34,8	33,9	68,3	69,1	69,0	80,9
	Magdeburg	42,1	40,5	62,3	60,3	70,0	76,1
	Köln	45,1	44,4	70,3	64,8	74,0	81,6

Aus dieser Übersicht geht hervor, daß im allgemeinen auf jedem der größten Schlachtviehmärkte die Preisnotierungen von 1930 höher waren als die entsprechenden des Vorjahres. Lediglich in Köln blieb der Preis für Schlachtkühe im Monat Januar 1930 um 0,5 RM hinter dem vorjährigen zurück; ebenso zeigte sich in Breslau für Kälber im März 1930 eine um 0,8 RM niedrigere Preisnotierung als im März 1929. Die Preise für Schlachtschweine waren im Monat März durchweg niedriger als im Vorjahre.

Diese Märkte untereinander zeigen erhebliche Preisunterschiede. Für Schlachtkühe weist Köln die höchsten Preisnotierungen auf, an zweiter Stelle steht Magdeburg, dann Berlin, während der niedrigste Preisstand in Breslau zu beobachten ist. Die Unterschiede der Preise von Breslau und Köln betragen fast durchgängig 10 RM oder 30 %. Für Kälber sind auch in Köln die höchsten Preise festzustellen, die niedrigsten Notierungen hingegen in Magdeburg. Die Preisunterschiede sind auch hier recht erheblich, insbesondere im Monat Januar; in den Monaten Februar und März erfolgte eine geringe Angleichung.

Bei den Preisnotierungen für Schlachtschweine ist die Reihenfolge der vier dargestellten Märkte nicht so stetig wie bei den Rindviehpreisen. Im allgemeinen zeigten sich im Jahre 1929 in Breslau die höchsten und in Magdeburg die niedrigsten Preise für Schlachtschweine. Im Jahre 1930 hingegen weist Köln die höchsten Preisnotierungen auf. Die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Orten sind für Schlachtschweine erheblich geringer als für Kühe und Kälber; sie betrugen in den Grenzfällen 5,0 RM bis 5,5 RM im März 1930 und 1929.

Die Viehschlachtungen und Schlachtviehpreise in Preußen im II. Vierteljahr und I. Halbjahr 1930. — Im zweiten Vierteljahr 1930 wurden, nach den Nachweisungen über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, im Freistaat Preußen — hauptsächlich für gewerbliche Zwecke — geschlachtet: rund 121 000 Ochsen und Bullen, 234 000 Kühe, 109 000 Jungrinder und 649 000 Kälber, also insgesamt 1 113 000 Stück Rindvieh; ferner rund 253 000 Schafe, 69 000 Ziegen und 21 000 Pferde. Die bei der Trichinenschau ermittelten Schweineschlachtungen beziffern sich auf rund 2 595 000 Stück; in dieser Zahl ist auch der größte Teil der Hausschlachtungen der Selbstverbraucher mitenthalten. Das in den Seegrenzschlachthöfen Flensburg, Kiel und Saßnitz geschlachtete Auslandsvieh ist in den Schlachtungszahlen inbegriffen; seine Zahl ist verhältnismäßig gering: insgesamt rund 10 000 Stück Rindvieh (zum größten Teil Kühe), d. s. weniger als ein Prozent aller Rindviehschlachtungen; ferner 706 Schweine und 13 Schafe.

Im Vergleich mit den Schlachtungsziffern des zweiten Vierteljahres von 1929 ist in erster Linie ein nicht unbeträchtlicher Rückgang der Rindviehschlachtungen um rund 63 000 Stück oder 5,4 % festzustellen. Seit Ende 1929 zeigt sich, gegenüber den entsprechenden Zeiträumen des Vorjahres, eine rückläufige Tendenz der Rindviehschlachtungen. Während im letzten Vierteljahr 1929 die Abnahme (4 000 Stück) noch gering war, betrug sie bereits in den ersten drei Monaten dieses Jahres rund 102 000 Stück. Der jetzige Rückgang um rund 63 000 Stück erstreckt sich auf fast alle Rindvieharten, lediglich die Schlachtungen von Ochsen haben um rund 3 600 Stück oder 8,3 % zugenommen. Der Hauptanteil der Minderschlachtungen (rund 30 000 Stück) entfällt auf die Kühe; aber auch bei den Kälbern und Jungrindern waren die Abnahmeziffern — rund 23 000 bezw. 13 000 Stück — nicht unbeträchtlich.

Demgegenüber kann, das erste Mal seit Mitte 1928, eine Vermehrung der Schweineschlachtungen festgestellt werden. Wenngleich die Zunahme um 51 000 Stück = 2,0 % verhältnismäßig gering ist und bei weitem nicht der Zunahme des Schweine-

Schlachtungen in den ersten Halbjahren 1930 und 1929 im Freistaat Preußen.

(Übersicht 1)

Zeitraum	Pferde	Ochsen und Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber	Rindvieh überhaupt	Schweine	Schafe	Ziegen
	in 1000 Stück								
I. Halbjahr 1930	52	232	498	225	1 205	2 160	6 288	455	108
I. „ 1929	54	229	540	239	1 317	2 325	6 558	446	102
1930 gegen 1929 (+ oder —)	— 2	+ 3	— 42	— 14	— 112	— 165	— 270	+ 9	+ 6
in % (+ oder —)	— 3,7	+ 1,3	— 7,8	— 5,9	— 8,5	— 7,1	— 4,1	+ 2,0	+ 5,9

stapels entspricht, stellt sie doch einen teilweisen Ausgleich gegenüber dem Ausfall an Rindviehschlachtungen dar. Es bleibt abzuwarten, ob sich hierin ein Tendenzumschwung zeigt.

Zugenommen haben noch die Schlachtungszahlen der Schafe um rund 18 000 Stück, d. s. 7,9 v. H. und der Ziegen um rund 8 000 Stück = 12,9 v. H., während 2 400 oder 10,0 v. H. weniger Pferde geschlachtet wurden als im zweiten Vierteljahr des Vorjahres.

Einen erweiterten Einblick über den Umfang der Fleischgewinnung im Freistaat Preußen gibt Übersicht 1, die eine Gegenüberstellung der Schlachtungszahlen der ersten sechs Monate dieses Jahres mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres bringt.

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß im ersten Halbjahr 1930 die heimische Gewinnung von Rind- und Schweinefleisch nicht unerheblich geringer war als im ersten Halbjahr 1929; es wurden rund 165 000 Stück (7,1 v. H.) weniger Rindvieh und rund 270 000 Stück (4,1 v. H.) weniger Schweine geschlachtet. Von dem Rückgang an Rindviehschlachtungen entfällt der weitaus größte Teil auf die Minderschlachtungen an Kälbern (112 000 Stück) und Kühen (42 000 Stück). Dagegen ist die Schlachtungsziffer bei Ochsen und Bullen um 3 000 Stück (1,3 %) gestiegen. Ebenfalls weisen die Schlachtungsziffern bei Schafen eine Steigerung um 9 000 Stück (2 %) und bei Ziegen eine Steigerung um 6 000 Stück (5,9 %) auf.

Um den Rückgang der Fleisch- und Fettgewinnung zu erfassen, sind die Schlachtungsziffern der einzelnen Viehgattungen für das erste und zweite Vierteljahr 1929 und 1930 mit den auf den Schlachtviehhöfen des Deutschen Reiches ermittelten durchschnittlichen Schlachtgewichten der entsprechenden Vierteljahre multipliziert und die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1930 denen des gleichen Halbjahres 1929 gegenübergestellt worden. Es ergibt sich dann folgendes Bild: die Fleisch- und Fettgewinnung hat durch die Minderschlachtungen einen Rückgang erfahren beim Rindvieh um 8,973 Mill. kg und bei Schweinen um 13,281 Mill. kg, dagegen hat auf der anderen Seite eine Steigerung stattgefunden bei Pferden um 160 000 kg, bei Schafen um 1,347 Mill. kg und bei Ziegen um 184 000 kg.

Die gesamte Fleisch- und Fettgewinnung hat demnach im ersten Halbjahr 1930 gegenüber 1929 bei den für die Volksernährung wichtigen Viehgattungen einen Rückgang von 20,563 Millionen kg oder 2,2 v. H. erfahren.

Im Anschluß an die Darstellung der Schlachtungszahlen ist in nachstehender Übersicht die Preisbewegung der drei meistgeschlachteten Viehgattungen in den ersten sechs Monaten 1930 und 1929 im Durchschnitt von 16 preußischen Schlachtviehmärkten zusammengestellt.

(Übersicht 2)

Monate	Kühe (Klasse B, vollfleischige oder ausgemästete) 1930	Kühe 1929	Kälber (Klasse C, mittlere Mast- und Saugkälber) 1930	Kälber 1929	Schweine (Klasse C, von 100 bis 120 kg) 1930	Schweine 1929
	Durchschnittlicher Marktpreis in Reichsmark für 50 kg Lebendgewicht					
Januar	41,9	39,7	70,2	65,4	82,7	74,8
Februar	41,9	40,5	65,7	63,6	78,1	75,2
März	42,0	41,0	66,2	65,7	71,0	78,6
April	42,8	41,7	67,8	65,0	66,9	75,8
Mai	43,2	42,1	66,5	66,1	63,7	73,9
Juni	43,9	43,7	65,2	66,2	62,5	79,2

Für Schlachtkühe (Klasse B) waren die Preise von Januar bis März d. J. mit 41,9 bis 42,0 RM für 50 kg Lebendgewicht stabil; in den Monaten April bis Juni ist sodann ein stetiges Anziehen der Preise bis 43,9 RM zu beobachten. Der Preisstand war durchweg höher als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres; die Unterschiede bewegen sich zwischen 2,2 RM im Januar und 0,2 RM im Juni. Im Durchschnitt der ersten sechs Monate waren in diesem Jahre die Preise für Schlachtkühe um 1,2 RM höher als im Vorjahre.

Bei den Schlachtkälbern (Klasse C) zeigten sich in den Monaten Januar bis März d. J. nicht unerhebliche Preisschwankungen; in den Monaten Mai und Juni fielen die Preise auf 66,5 bzw. 65,2 RM; damit ist auch der Juni-Preisstand des Vorjahres unterschritten. Immerhin war der Durchschnittspreis im zweiten Vierteljahr 1930 noch um 0,7 RM höher als im zweiten Vierteljahr 1929.

Nachdem die Preise für Schlachtschweine der Klasse C (100—120 kg Lebendgewicht) bereits im Monat März d. J. auf 71,0 RM je 50 kg gefallen sind, setzte sich die Abwärtsbewegung in den folgenden Monaten in erheblicher Weise fort. Die Preise im April (66,9 RM) und Mai (63,7 RM) lagen etwa 9,— bis 10,— RM niedriger als in den entsprechenden Monaten des Vorjahres; der Monat Juni weist mit 62,5 RM den niedrigsten Preisstand seit zwei Jahren auf. Während im ersten Vierteljahr 1930 der durchschnittliche Preisstand noch um 1,1 RM höher war als im ersten Vierteljahr 1929, war der Durchschnittspreis des zweiten Vierteljahres um 11,9 RM niedriger als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.

Die Viehschlachtungen in Preußen im 3. Vierteljahr und in den ersten 9 Monaten des Jahres 1930. — Im 3. Vierteljahr 1930 wurden im Freistaat Preußen auf Grund der Nachweise über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau rund 1,011 Millionen Stück Rindvieh, 388 000 Schafe, 15 000 Ziegen und 20 000 Pferde und andere Einhufer in erster Linie für gewerbliche Zwecke geschlachtet. Etwa 2,5 Millionen Schweineschlachtungen einschließlich der Hausschlachtungen der Selbstversorger sind mit Hilfe der Trichinenschau für den gleichen Zeitraum festgestellt worden. In diesen Zahlen ist das in den Grenzschlachthöfen Flensburg, Kiel und Saßnitz geschlachtete ausländische Vieh mit enthalten.

In allen Rindviehgruppen — die Ochsen ausgenommen — sind im gesamten Staatsgebiet weniger Tiere während des Berichtszeitraumes gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres geschlachtet worden. Am stärksten zeigt sich der Rückgang bei den Jungrindern mit 21,82 v. H. und bei den Kälbern mit 11,41 v. H. Allerdings sind immer noch mehr Jungrinder und Kälber geschlachtet worden als im 3. Vierteljahr 1913. Kühe wurden um 8,01 v. H. und Bullen um 5,31 v. H. weniger, Ochsen hingegen um 1,45 v. H. mehr geschlachtet als zur gleichen Zeit des Jahres 1929. Trotzdem konnte auch für Kühe eine noch höhere Schlachtungsziffer ermittelt werden als im Jahre 1913. Bei Ochsen und Bullen dagegen wurden die Schlachtungszahlen des Jahres 1913 nicht erreicht. Bei der Beurteilung des Rückganges der Rindviehschlachtungen um 11,2 v. H. gegenüber dem 3. Vierteljahr 1929 muß daran erinnert werden, daß während der Sommermonate der Jahre 1928 und 1929 die Futterknappheit den Landwirt zwang, mehr Rindvieh als üblich

Schlachtungen in den ersten 9 Monaten der Jahre 1930 und 1929 im Freistaat Preußen.

Zeitraum	Pferde	Ochsen und Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber	Rindvieh überhaupt	Schweine	Schafe	Ziegen
	in 1000 Stück								
Januar/September 1930	72	359	748	360	1 704	3 171	8 803	842	122
„ 1929	77	360	811	411	1 880	3 462	8 859	826	119
1930 gegen 1929 (+ oder —) . .	— 5	— 1	— 63	— 51	— 176	— 291	— 56	+ 16	+ 3
in % (+ oder —)	— 6,5	— 0,3	— 7,8	— 12,4	— 9,4	— 8,4	— 0,6	+ 1,9	+ 2,5

abzustoßen, was sich damals in der hohen Zahl der Rindviehschlachtungen auswirkte. Der regenreiche Sommer dieses Jahres ließ eine Futterknappheit nicht aufkommen. Die Schlachtungsziffern für Schweine sind um 9,27 v. H. gegenüber denen des 3. Vierteljahres 1929 gestiegen. Es wäre zu untersuchen, ob diese Zunahme schon auf das Mästen leichterer, fleischiger Schweine zurückzuführen ist, wie es ja im Interesse einer Befestigung des Schweinepreises von maßgebenden landwirtschaftlichen Stellen propagiert wird. Leider kann die Frage hier nicht näher untersucht werden, da die Angaben über Durchschnitts-Lebendgewichte für das 3. Vierteljahr noch fehlen. Bei der Beurteilung der Schlachtungszahlen für Schweine darf nicht vergessen werden, daß im 3. Vierteljahr 1929 um 11,33 v. H. weniger Schweine geschlachtet wurden, als zur gleichen Zeit 1928. Schafe sind im Berichtszeitraum um 1,86 v. H. mehr, Ziegen hingegen um 14,6 v. H. weniger geschlachtet worden als im 3. Vierteljahr 1929. Die Schlachtungen der Pferde und der anderen Einhufer gingen um 11,44 v. H. zurück.

In den einzelnen Provinzen ist, was die Zunahme oder Abnahme der Schlachtungszahlen angeht, zum Teil eine andere Tendenz zu erkennen als im Staatsdurchschnitt. So sind z. B. die Schlachtungen der Ochsen in den Provinzen Niederschlesien, Oberschlesien und Ostpreußen um 33 bis 48 v. H. gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgegangen, während in der Provinz Pommern eine starke, in der Stadt Berlin eine beachtenswerte Zunahme zu verzeichnen ist. Weit über die Hälfte der Ochsenschlachtungen im Freistaat entfallen auf die Rheinprovinz und die Stadt Berlin (zusammengenommen). An Bullen sind die meisten in der Provinz Niederschlesien geschlachtet worden. Hier ist sogar gegenüber dem 3. Vierteljahr 1929 eine kleine Zunahme der Schlachtungsziffern festzustellen. Nennenswert sind die Bullenschlachtungen in der Rheinprovinz, in Westfalen, Berlin, Brandenburg usw. Die meisten Kühe sind in der Rheinprovinz geschlachtet worden. An zweiter Stelle folgt die Provinz Westfalen, dann erst die Stadt Berlin. Eine bedeutende Abnahme bei den Schlachtungszahlen der Kühe ist in der Provinz Schleswig-Holstein mit 41,6 v. H. gegenüber dem 3. Vierteljahr 1929 ermittelt worden. Die höchste Zahl der Jungrinderschlachtungen wurde in der Provinz Hessen-Nassau festgestellt. Es folgen dann die Rheinprovinz, Sachsen, Niederschlesien usw. Ein erheblicher Rückgang an Jungrinderschlachtungen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zeigt sich in der Provinz Ostpreußen mit 37,2 v. H., in Westfalen mit 34,3 v. H., in Berlin mit 33,9 v. H. und in der Rheinprovinz mit 33,0 v. H. Die höchste Zahl der Kälberschlachtungen weist die Rheinprovinz auf. Es folgen dann Niederschlesien, die Stadt Berlin, Hessen-Nassau, Westfalen usw. Den geringsten Rückgang an Kälberschlachtungen hat die Stadt Berlin zu verzeichnen. Entsprechend der Zunahme der Schweinebestände in den einzelnen Provinzen nach der letzten Schweinezwischenzählung vom 1. September 1930 sind auch die verhältnismäßig stärksten Steigerungen der Schlachtungsziffern für Schweine in den Provinzen Ostpreußen mit 20,3 v. H. und Oberschlesien mit 18,3 v. H. festzustellen. Die bedeutenste Zunahme an Schweineschlachtungen gegenüber dem 3. Vierteljahr 1929 finden wir in der Provinz Schleswig-Holstein mit 27,5 v. H. Nicht unerheblich ist auch die Zunahme der Schweineschlachtungen in Hannover mit 11,8 v. H. Die bei weitem meisten Schweine sind in der Rheinprovinz geschlachtet worden. Sie machen 17,2 v. H. der insgesamt im Freistaat Preußen während des 3. Vierteljahrs geschlachteten Schweine aus. An zweiter Stelle folgt die Stadt Berlin, an dritter die Provinz Sachsen usw. Von den während des 3. Vierteljahrs 1930 im Freistaat Preußen geschlachteten Schafen wurden allein in der Stadt Berlin 42,5 v. H. ermittelt. In weitem Abstand folgen dann erst die Provinzen Sachsen, Hannover, Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, die Rheinprovinz usw. Die stärkste Zunahme an Schafschlachtungen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ist in der Rheinprovinz mit 25,5 v. H. festzustellen. Die höchste Schlachtungszahl der Ziegen ist in der Provinz Sachsen ermittelt worden. Sie beträgt etwa 32,3 v. H. der in ganz Preußen geschlachteten Ziegen. In allen Provinzen mit Ausnahme von Oberschlesien, wo sich eine Zunahme von 20,8 v. H. ergibt, ist ein starker Rückgang der Ziegenschlachtungen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres festzustellen.

Die Schlachtungen in den Seegrenzschlachthöfen weisen einen beträchtlichen Rückgang in der Zeit vom 1. 7. bis 30. 9. 1930 gegenüber der gleichen Zeitspanne des Vorjahres auf. An Rindvieh ist in ihnen um 47,82 v. H. und an Schweinen um 55,21 v. H. weniger geschlachtet worden als im 3. Vierteljahr 1929. Der Anteil der in den Seegrenzschlachthöfen geschlachteten Tiere an der Gesamtschlachtungszahl im Staatsgebiete ist verschwindend gering. Im 3. Vierteljahr 1930 wurden in den Seegrenzschlachthöfen von dem in Preußen insgesamt geschlachteten Rindvieh nur 0,82 v. H. gegenüber 1,89 im 3. Vierteljahr 1929, von den geschlachteten Schweinen nur noch 0,06 v. H. gegenüber 0,25 v. H. geschlachtet.

In den ersten 9 Monaten des Jahres 1930 sind die Schlachtungen aller Viehgattungen mit Ausnahme der Schafe und Ziegen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres zurückgegangen. Das dürfte meist auf die Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Jahre, die sich bekanntlich beim Fleischkonsum zuerst auswirkt, zurückzuführen sein. Trotzdem sind in den ersten 9 Monaten dieses Jahres immer noch um 12,5 v. H. mehr Rindvieh, um 5,7 v. H. mehr Schweine und um 40,2 v. H. mehr Ziegen geschlachtet worden als während des gleichen Zeitraumes des Jahres 1913. Die Schlachtungsziffer der Schafe ging allerdings in diesem Zeitraum gegenüber dem gleichen des Jahres 1913 um 18,6 v. H. zurück.

Die Viehschlachtungen in Preußen im 4. Vierteljahr 1930. — In der folgenden Übersicht 1 sind die Ergebnisse des IV. Vierteljahres 1930 der Erhebungen über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau und der Trichinenschau zusammengestellt.

Als besonderes Merkmal zeigen die Ergebnisse des IV. Vierteljahres 1930 gegen 1929 ein außerordentlich starkes Ansteigen der **Schweineschlachtungen**. Die Zunahme der Schlachtungen beträgt 16,89 %. (Die Zunahme der Schweine nach der Viehzählung im Dezember 1930 gegen 1929 beträgt 16 %).

Die Schlachtungen in Preußen im 4. Vierteljahr 1930 nach den Erhebungen über die amtliche Beschau.

(Übersicht 1) Tierart	Schlachtungen im 4. Vierteljahr 1929	Schlachtungen im 4. Vierteljahr 1930	Zu- bezw. Abnahme in %
	in 1 000 Stück		
1	2	3	4
			Zunahme
Schweine	3 831	4 478	16,89
			Abnahme
Pferde	37	29	22,32
Rinder (Ochsen, Bullen Kühe, Jungrinder)	587	471	19,84
Kälber	540	459	14,96
Schafe	256	218	14,52
Ziegen	73	58	19,99

Alle **übrigen Viehgattungen** zeigen gegenüber dem Vorjahre kleinere Schlachtungszahlen. Die Zahl der geschlachteten Jungrinder war um 27,28 % geringer (122 832 statt 168 911). Die Zahl der geschlachteten Kühe fiel um 16,83 % von 291 776 Stück auf 242 656 Stück. Die Ochsen- und Bullen-Schlachtungen zusammengenommen verminderten sich von 126 616 auf 105 314. Dabei zeigten die Ochsen eine Verminderung um 23,24 % und die Bullen um 10,57 %. Somit schwankt die Verminderung der Schlachtungen bei den Rindern zwischen 10,57 und 27,28 %.

Stellt man dieser Verminderung der Rinder-Schlachtungen nun diejenigen Schweineschlachtungen gegenüber, die der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterlegen haben, läßt also die nur trichinenbeschauten — die sicher Hausschlachtungen sind — unberücksichtigt, so zeigen diese Schweine-Schlachtungen eine Zunahme von 2 949 625 auf 3 532 349 also um 19,76 %. Gegenüber einer Abnahme der Schlachtungen bei den Rindern und Kälbern um 197 237 Stück ergibt sich bei diesen Schweinen eine Zunahme von 582 724 Stück.

Die übrigen Viehgattungen haben für die Fleischversorgung keine große Bedeutung, jedoch zeigt sich bei ihnen ebenfalls eine Abnahme der Schlachtungen, die zwischen 14,52 % bei den Schafen und 22,32 % bei den Pferden schwankt.

In allen **Provinzen** haben die Zahlen der geschlachteten Schweine stark zugenommen, ganz besonders fällt aber die Zunahme in den Provinzen Schleswig-Holstein, Oberschlesien, Hessen-Nassau und Westfalen auf. Während im Staat bei sämtlichen übrigen Viehgattungen eine Abnahme der Schlachtungen erfolgt ist, zeigen einzelne Provinzen eine hiervon abweichende Entwicklung.

In Ostpreußen haben die Bullen-Schlachtungen entgegen der anderweitigen Entwicklung zugenommen, auch in Berlin und Hessen-Nassau hat eine geringe Vermehrung der Bullen-Schlachtungen stattgefunden. Oberschlesien zeigt eine Zunahme der Schlachtungen bei den Kälbern.

Besonders starke Abnahmen weisen folgende Provinzen bei den angeführten Tiergattungen auf: Die Ochsenschlachtungen verringerten sich besonders stark in Oberschlesien (56,8 %), Ostpreußen (50,3 %), Niederschlesien (40,7 %), Sachsen (40,5 %), Westfalen (33,9 %) und Brandenburg (31,6 %). Die Jungrinder-Schlachtungen gingen besonders stark zurück in Ostpreußen, Westfalen und Berlin. Die Schaf-Schlachtungen verminderten sich besonders stark in Hessen-Nassau und Westfalen, die Ziegen-Schlachtungen besonders in der Rheinprovinz (39,2 %). Bei Betrachtung der absoluten Zahlen der Schweine-Schlachtungen steht die Rheinprovinz mit 634 000 Schlachtungen an erster Stelle. Es folgen Hannover mit 535 000, Sachsen mit 498 000, Westfalen mit 484 000, Berlin mit 425 000, Brandenburg mit 379 000. Die übrigen Provinzen haben Schlachtungszahlen unter 350 000.

Betrachtet man die Schweine-Schlachtungen in einzelnen Provinzen in den Monaten, so ergeben sich einige Besonderheiten. In den Provinzen mit starker städtischer Bevölkerung liegen die Schlachtungszahlen in den drei letzten Monaten des Jahres, über die hier berichtet wird, ziemlich auf gleicher Höhe. Auch in Ostpreußen, wo die Hausschlachtungsschweine überwiegend nur der Trichinenschau unterliegen, zeigen die schlachtvieh- und fleischbeschauten Schweine eine ziemliche Konstanz. So bewegt sich zum Beispiel in Ostpreußen die Zahl der schlachtvieh- und fleischbeschauten Schweine um 40 000 herum, während die Zahl der auf Trichinen untersuchten Schweine von 57 000 im Oktober auf 73 000 im November und 114 000 im Dezember ansteigt. In Hannover bewegt sich die Zahl der schlachtvieh- und fleischbeschauten Schweine um etwa 80 000, die Zahl der trichinenbeschauten steigt von 113 000 im Oktober auf 199 000 im November und auf 222 000 im Dezember.

Auch in anderen Provinzen mit bedeutender landwirtschaftlicher Bevölkerung kann man das Anschwellen der Schlachtungszahlen im Dezember, Januar und Februar als den Hauptmonaten für Hausschlachtungen beobachten. So zeigen die Ostprovinzen, aber auch andere Provinzen mit überwiegend ländlicher Bevölkerung ein ganz anderes Gesicht des Schlachtungsjahres als Gebiete mit starker städtischer Bevölkerung. Das ist auch in den Gebieten zu erkennen, die den Fleischbeschauzwang für alle Schweine durchgeführt haben, sodaß sich die Zahlen der Trichinenschau wenig oder gar nicht von den Fleischbeschauzahlen unterscheiden.

Die in den **Seegrenzschlachthöfen** geschlachteten Tiere sind im Vergleich mit der Gesamtzahl der im Inland geschlachteten Tiere ohne Bedeutung. Während im ganzen vorigen Jahr noch das in den Seegrenzschlachthäusern geschlachtete Rindvieh 2 % des im Inland sonst geschlachteten Rindviehs ausmachte, ist der Anteil 1930 auf 0,92 % zurückgegangen. Auch die Zahl der in den Seegrenzschlachthöfen geschlachteten Schweine hat sich um mehr als die Hälfte, von 15 000 auf noch nicht 7 000, vermindert. Für 1929 sind das 0,12 %, für 1930 0,05 % der Inlandsschlachtungen. Für das letzte Vierteljahr allein ergeben die Anteilsberechnungen der Seegrenzschlachtungen an den Inlandsschlachtungen für das Rindvieh nur noch 0,49 % und für die Schweine nur noch 0,03 %.

Mit dem IV. Vierteljahr liegen auch die Ergebnisse für das **Gesamtjahr 1930** vor (Übersicht 2). Wurde oben gesagt, daß die Entwicklung in den letzten 3 Monaten ungefähr dem normalen Ablauf entspräche, so trifft das auch für die Schlachtungszahlen im Ablaufe der Vierteljahre zu.

Die Schlachtungen verteilen sich 1930 in ähnlicher Weise über das Jahr wie 1929.

Die Zahl der Schlachtungen in Preußen 1929 und 1930 vierteljährlich nach den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau und der Trichinenschau.

(Übersicht 2) Zeitraum	Pferde	Kälber	Rindvieh (einschl. Kälber)	Schweine (Trichinenschau)	Schafe
1	2	3	4	5	6
1930					
1. Vierteljahr	31 095	555 678	1 046 605	3 692 342	201 585
2. „	21 177	649 330	1 113 365	2 595 378	252 974
3. „	20 152	499 247	1 010 847	2 515 131	387 780
4. „	29 077	458 853	929 655	4 477 957	218 436
	101 501	**2 163 108**	**4 100 472**	**13 280 808**	**1 060 775**
1929					
1. Vierteljahr	30 428	644 620	1 149 027	4 012 982	211 133
2. „	23 541	671 926	1 175 530	2 544 588	234 571
3 „	22 755	563 562	1 137 903	2 301 705	380 696
4. „	37 431	539 589	1 126 892	3 830 797	255 542
	114 155	**2 419 697**	**4 589 352**	**12 690 072**	**1 081 942**

Einen eingehenden Vergleich mit dem Vorjahr (1929) ermöglicht die nach Monaten aufgestellte Übersicht 3.

Die Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau sowie der Trichinenschau im Freistaat Preußen für die einzelnen Monate der Jahre 1929 und 1930.

(Übersicht 3)

Monate	Pferde 1929	Pferde 1930	Rinder 1929	Rinder 1930	Kälber 1929	Kälber 1930	Schweine (Trichinenschau) 1929	Schweine (Trichinenschau) 1930	Schafe 1929	Schafe 1930
	in 1 000 Stück									
1	2		3		4		5		6	
Januar . .	11,2	11,8	176	175	194	176	1 490	1 332	75	71
Februar . .	9,5	10,1	157	156	185	174	1 190	1 204	64	62
März . . .	9,8	9,3	171	160	265	207	1 330	1 156	73	68
April . . .	8,5	8,0	168	159	220	247	909	972	66	75
Mai	8,1	7,3	172	157	255	194	887	829	64	78
Juni . . .	6,9	5,9	163	148	197	208	749	794	104	101
Juli	7,3	6,3	187	173	208	196	786	834	134	148
August . .	7,5	6,4	190	162	182	152	738	765	137	127
September	7,9	7,4	197	177	175	151	778	916	110	113
Oktober . .	11,3	9,3	215	165	183	145	935	1 160	105	90
November .	12,8	9,8	188	149	160	136	1 243	1 494	85	71
Dezember .	13,3	10,5	184	157	197	178	1 653	1 824	66	58

Hiernach hat sich die Zahl der **Rinderschlachtungen** gegenüber den gleichen **Monaten** des Vorjahres von Monat zu Monat allmählich vermindert. Die größte Abnahme ist im Oktober erreicht. Dieser 25 %igen Abnahme im Oktober bei den Rindern steht eine etwa 25 %ige Zunahme bei den Schweinen gegenüber. Die absolute Zunahme ist bei den Schweinen allerdings im November noch höher. Man kann aber mit großer Wahrscheinlichkeit die Novemberzunahme (November 1930 gegen November 1929) ganz auf die Stadtbevölkerung verrechnen, sodaß auf diese bezogen auch für November sich noch eine verstärkte relative Zunahme gegenüber dem Vorjahre ergäbe. Die Schweine zeigen nur im Anfang des Jahres in den Monaten Januar, März und Mai noch gegenüber dem Vorjahre geringere Schlachtungszahlen, sonst durchweg Zunahmen. Trotz der verminderten Rinderschlachtungen ergibt sich hierdurch eine Vermehrung der Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch aus Inlandsschlachtungen (gegenüber 1929). Im Verlauf des Jahres 1930 findet allmählich eine teilweise Umstellung der Fleischversorgung vom Rind- zum Schweinefleisch statt. Zurückzuführen ist diese Umstellung auf das große Angebot in Schweinen und die besonders stark gefallenen Schweinepreise.

Um die Entwicklung der Fleischversorgung der Bevölkerung zutreffend zu kennzeichnen, ist neben der Kenntnis der Zahl der geschlachteten Tiere die Berücksichtigung ihres Gewichtes erforderlich.

Der Fleischanfall in Preußen 1929 und 1930.

(Aus den erhobenen Schlachtungszahlen und den erhobenen Durchschnittsschlachtgewichten errechnet.)

(Übersicht 4)

Tierart	Gewichte*) 1929	Gewichte*) 1930	1930 + oder —
	in 1 000 kg		
1	2	3	4
Pferde	27 626	25 477	— 2 149
Ochsen	65 933	64 566	— 1 367
Bullen	84 711	84 258	— 453
Kühe	264 800	247 628	— 17 172
Jungrinder	111 951	97 469	— 14 482
Rinder überhaupt . .	*527 395*	*493 921*	— *33 474*
Kälber	106 467	99 503	— 6 964
Schweine	1 142 106	1 208 554	+ 66 448
Schafe	24 885	25 459	+ 574
Ziegen	3 457	3 437	— 20
Gesamtgewicht . . .	**1 831 936**	**1 856 351**	+ 24 415 + 1,3 %

*) Berechnet auf Grund der amtlich festgestellten Durchschnittsschlachtgewichte im Deutschen Reiche in den Jahren 1930 und 1929.

Bei der Umrechnung der geschlachteten Tiere unter Verwendung der amtlich festgestellten Durchschnitts-Schlachtgewichte kommt man dann zu den in der Tabelle 4 festgestellten Zahlen. Eine Zusammenrechnung des anfallenden Fleisches ergibt gegen 1929 ein Mehr an Schweinefleisch von 66 Millionen kg und ein Weniger an Rindfleisch von 33 Millionen kg. Alles zusammengerechnet ist nach dieser Aufstellung die Fleischmenge aus Inlands- und Grenzschlachtungen im Jahre 1930 um 1,3 % größer als im Vorjahre.

Wenn man an die starke Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage in Deutschland besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 denkt, durch die vor allem der Konsum der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung stark beeinträchtigt worden ist, ist man zunächst von der Tatsache einer — wenn auch sehr geringen — Zunahme des Fleischanfalls in Preußen überrascht. Diese Veränderung erscheint aber in einem anderen Licht, wenn man ihr die inzwischen eingetretene Veränderung in der Bevölkerungszahl gegenüberstellt. Nach sorgfältigen Schätzungen hat nämlich die preußische Bevölkerung von 1929 auf 1930 um mehr als 250 000 Personen oder $^2/_3$ v. H. zugenommen. Der Mehranfall aus Inlandsschlachtungen macht also auf den Kopf der Bevölkerung nur noch etwa 300 g aus. Ferner sind in den obigen Zahlen, wie erwähnt, nur die Fleischmengen aus inländischen Schlachtungen (einschließlich der Seegrenzschlachtungen) enthalten. Will man sich ein Urteil über die Bewegung des Fleischverbrauchs im ganzen bilden, so muß man den Einfuhrüberschuß an Fleisch

Schlachtungen in Preußen in den Jahren 1913, 1929 und 1930.

(Übersicht 5)

Zeitraum	Pferde	Ochsen und Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber	Rindvieh überhaupt	Schweine	Schweine unter Hinzurechnung der sonst noch geschlachteten (bei der Viehzählung erhobenen oder geschätzten) Schweine	Schafe	Ziegen
	in 1 000 Stück									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
1930	102	464	991	483	2 163	4 101	13 281	13 523	1 061	181
1929	114	486	1 103	580	2 420	4 589	12 690	—	1 082	192
1913	104	546	893	367	1 871	3 677	12 353	12 974	1 335	122
1930 gegen 1929 (+ oder —)	— 12	— 22	— 112	— 97	— 257	— 488	+ 591		— 21	— 11
in % (+ „ —)	— 10,5	— 4,5	— 10,2	— 16,7	— 10,6	— 10,6	+ 4,7		— 1,9	— 5,7
1930 gegen 1913 (+ oder —)	— 2	— 82	+ 98	+ 116	+ 292	+ 424	+ 928	+ 549	— 274	+ 59
in % (+ „ —)	— 1,9	— 15,0	+ 11,0	+ 31,6	+ 15,6	+ 11,5	+ 7,5	+ 4,2	— 20,5	+ 48,4

mitberücksichtigen. Infolge der Aufhebung der zollfreien Gefrierfleischeinfuhr und der verstärkten Fleischausfuhr im Jahre 1930 ist der Einfuhrüberschuß an Fleisch und Speck usw. gegen 1929 **stark zurückgegangen**, und zwar um etwa $^1/_3$ (gleich 33 000 t). Auf den Kopf der Reichsbevölkerung bedeutet dieser Rückgang eine Minderversorgung von etwa 1 Pfund Fleisch. Wenn wir diesen Pro-Kopf-Anteil auch für die preußische Bevölkerung als maßgebend ansehen dürften, so stände dem nach der obigen Berechnung sich ergebenden Mehranfall von nur 300 g eine Minderversorgung von 500 g infolge Verringerung des Einfuhrüberschusses gegenüber. Weiter wird man annehmen dürfen, daß der Einfuhrüberschuß an Fleisch sich im wesentlichen auf Preußen (und das übrige Norddeutschland) verteilen dürfte; bei den in Berlin und in den Industriebezirken vorhandenen Anhäufungen von städtischen Verbrauchern erscheint diese Annahme nicht unberechtigt. Ist sie aber richtig, so darf man auch die Minderung des Einfuhrüberschusses fast ganz auf Preußen verrechnen, wodurch die Prokopfmenge aus der Einfuhr gegen 1929 nicht nur um 500 g, sondern um 700 bis 800 g zurückgehen würde. Wesentlich für die Vieh verwertende Landwirtschaft ist die Feststellung, daß sich offenbar dank der Einschränkung der Einfuhr (und einer Mehrausfuhr) ihre Absatzmöglichkeiten im Inland um ein Geringes verbessert haben.

Die Übersicht 5 stellt die beiden letzten Jahre dem Jahre 1913 gegenüber und rechnet in der Fettdruckspalte die anläßlich der Viehzählung ermittelten und die anderweitig geschätzten Schlachtungen hinzu. Das ist notwendig, weil die Verschiedenheit der gesetzlichen Bestimmungen von 1913 und heute es verhindert, ohne weiteres vergleichbare Zahlen herzustellen. Daher sind für 1913 auf Grund von Vergleichungen innerhalb der verschiedenen Verbrauchsgegenden[1]) 621 000 Schweine den erhobenen Zahlen hinzugezählt. In der fetten Zahl für 1930 (Übersicht 5) sind 242 000 Schweine enthalten, die nicht mehr geschätzt zu werden brauchten, da 1930 anläßlich der Viehzählungen die sonst nicht erfaßten Hausschlachtungen gesondert erhoben worden sind. Wenn auch damals teilweise Schafe und Kälber ohne Beschau geschlachtet wurden, so spielen diese Schlachtungen bei weitem nicht die Rolle, wie die nicht zur Untersuchung kommenden Schweineschlachtungen. Will man die Zahlen zu Vergleichungen über die Versorgung der Bevölkerung benutzen, so ist vor allem die Bevölkerungsvermehrung von etwa 8,5 % seit 1913 (berechnet für das heutige Staatsgebiet) zu beachten. Zu berücksichtigen ist ferner die ganz andere Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersklassen und nach Berufszugehörigkeit. Für die Berechnung der Fleischgewichte wird man sich auch nicht auf die erhobenen Schlachtgewichte beschränken dürfen, da sich seit 1913 gewiß auch die Gewichte der hausgeschlachteten Schweine stärker geändert haben.

Die Viehschlachtungen in Preußen im 1. Vierteljahr 1931. — Gegenüber dem 1. Vierteljahr 1930 haben die Schweineschlachtungen im 1. Vierteljahr 1931 der Zahl nach um 19,66 % zugenommen. Die starke Vermehrung der Schweineschlachtungen, die bereits bei der Veröffentlichung des vorigen Vierteljahrsergebnisses[2]) hervorgehoben wurde, hat sich demnach in erhöhtem Maße fortgesetzt. Die Schlachtungen bei den anderen wichtigeren Tierarten haben abgenommen, jedoch ist die Verringerung der Rinderschlachtungen in dem Vierteljahr Januar/März 1931 gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres nicht mehr so stark wie die Verringerung im Vorvierteljahr (IV/1930 gegen IV/1929). Auch die Kälber- und Schafschlachtungen gehen bei weitem nicht mehr so stark zurück, wie es die Erhebung für das letzte Vierteljahr 1930 ausgewiesen hat. Den gegenwärtigen Stand der Schlachtungen im Vergleich mit früher zeigt die folgende Übersicht 1.

Schlachtungen bei den Haupttierarten in Preußen im 1. Vierteljahr 1931.

(Übersicht 1)	Schlachtungen in 1 000 Stück		Zu- oder Abnahme in 1 000 Stück	Zu- oder Abnahme + oder — in %	Zu- oder Abnahme + oder — im 4. Vierteljahr 1930 gegen 4. Vierteljahr 1929 in %
	1. Vierteljahr 1931	1. Vierteljahr 1930			
			Zunahme	**Zunahme**	**Zunahme**
Schweine	4 426	3 699	727	+ 19,66	+ 16,89
			Abnahme	**Abnahme**	**Abnahme**
Pferde	22	31	9	— 28,95	— 22,32
Rinder ohne Kälber .	436	491	55	— 11,17	— 19,81
Kälber	532	556	24	— 4,34	— 14,96
Schafe	194	202	8	— 3,99	— 14,52
Ziegen	36	38	2	— 5,04	— 19,99

Die Zunahme der Schlachtungen betrug bei den Schweinen 727 000 Stück, die Abnahme bei den Rindern 79 000 Stück, darunter 24 000 Kälber, das ergibt mit dem gleichen Vierteljahr des Vorjahrs verglichen, auch unter Berücksichtigung der verschiedenen Gewichte, eine Vergrößerung der insgesamt aus inländischen Schlachtungen anfallenden Fleischmenge. Zu dieser Entwicklung haben ohne Zweifel die weiter stark gesunkenen Schweinepreise wesentlich beigetragen.

Die Ergebnisse der Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Hannover, Westfalen, Rheinprovinz lassen auf Grund der gesetzlichen Beschaubestimmungen[1]) bis zu einem gewissen Grade eine Trennung in reine **Hausschlachtungen** (nur auf Trichinen beschautes Vieh) und in **„gewerbliche“** Schlachtungen zu, die der allgemeinen Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterliegen, allerdings auch zu einem Teil Hausschlachtungen mitenthalten.

Eine solche Trennung ist in Übersicht 3 durchgeführt. Gleichzeitig sind die Zahlen für die einzelnen **Monate** des Berichtsvierteljahres angegeben und zum Vergleich die Zahlen der Vorjahre 1929 und 1930 hinzugesetzt. Neben der Zunahme der Schweineschlachtungen im Vierteljahrsvergleich (Januar bis März 1931 gegen beide Vorjahre) zeigt diese Zusammenstellung, welche Veränderungen vom Januar bis zum März stattgefunden haben und welche davon als regelmäßig und jahreszeitlich anzusprechen sind. Diese regelmäßigen, jahreszeitlichen Veränderungen verlangen unter Umständen eine besondere Bewertung der nachgewiesenen Zunahme der Schlachtungen.

Aus der Nachweisung über die Trichinenschau Abteilung C der Übersicht 3 ergibt sich, daß regelmäßig jährlich die Hausschlachtungszahlen vom Januar zum März absinken. Nur die Provinzen Pommern und Ostpreußen machen hiervon im Jahre 1931, teilweise auch früher, eine Ausnahme, jedoch sind trotz der abweichenden Entwicklung dieser beiden Provinzen die Hausschlachtungszahlen im Staatsdurchschnitt im März immer noch um 20 % niedriger als im Januar. In keiner der hier genannten Provinzen haben die gewerblichen Schlachtungen abgenommen. So ergibt sich im März 1931 gegenüber Januar, Februar, ebenso wie in diesen **drei Monaten** zusammen gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres überall eine **starke Vermehrung der Schlachtungen zur städtischen Versorgung.**

[1]) Vergl. die methodologischen Ausführungen von P. Quante, Der Fleischverbrauch in Preußen in den Jahren 1913 und 1921 (Zeitschr. d. Pr. Stat. Landesamts, Jg. 1921, S. 311—317). — [2]) Vergl. Stat. Korresp. Nr. 9 vom 20. 3. 1931.

[1]) In den Regierungsbezirken: **Frankfurt, Berlin, Stettin, Stralsund, Schneidemühl, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, Kassel** und **Wiesbaden** unterliegen **alle Schweine einer Schlachtvieh- und Fleischbeschau und einer Trichinenschau. In den Regierungsbezirken: Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Westpreußen, Potsdam, Köslin, Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück, Minden, Arnsberg, Koblenz, Düsseldorf, Köln, Trier, Aachen sind die Schweine,** die nur im **Haushalt** verwendet werden, **nicht der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterworfen, müssen jedoch auf Trichinen untersucht werden.**

Die Schlachtungen im Winterhalbjahr Oktober 1930 bis März 1931 zeigen gegen die gleiche Zeit des Vorjahres eine Zunahme um 1 375 000 Schweine. Der Vermehrung der Schweineschlachtungen um 1 375 000 Stück steht eine Abnahme bei den Rindern (einschließlich Kälbern) um 276 000 Stück gegenüber. Das bedeutet angesichts des starken Kälberanteils an den Rinderzahlen zweifellos eine Vermehrung der Gesamt-Inlands-Fleischproduktion und eine Vergrößerung des Gesamtabsatzes. Dagegen wurden im Winter 1930/31 gegenüber dem Winter 1928/29 nur 425 000 Schweine mehr und 382 000 Rinder (einschließlich Kälber) weniger geschlachtet. Die Fleischversorgung der beiden Winter 1928/29 und 1930/31 aus der gesamten inländischen Schlachtung ist danach ziemlich ähnlich. Dazwischen liegt der Winter 1929/30, in dem die Fleischversorgung aus dem Inland wesentlich geringer war.

Schlachtungen in den Winterhalbjahren 1930/31, 1929/30 und 1928/29 im Freistaat Preußen.

Zeitraum	Pferde	Ochsen und Bullen	Kühe	Jungrinder	Kälber	Rindvieh insges.	Schweine	Schafe	Ziegen
	in 1 000 Stück								
Oktober-März									
1930/31	51	207	479	221	991	1 898	8 904	412	95
1929/30	69	238	556	285	1 095	2 174	7 529	457	111
1928/29	66	234	556	271	1 219	2 280	8 479	460	107

Zu- oder Abnahmen

1930/31 gegen 1929/30

[illegible]	— 18	— 31	— 77	— 64	—104	—276	+1 375	— 45	— 16
[illegible]	— 26,1	— 13,0	— 13,8	— 22,5	— 9,5	— 12,7	+ 18,3	— 9,8	— 14,4

1930/31 gegen 1928/29

[illegible]	— 15	— 27	— 77	— 50	—228	—382	+425	— 48	— 12
[illegible]	— 22,7	— 11,5	— 13,8	— 18,5	— 18,7	— 16,8	+ 5,0	— 10,4	— 11,2

Aus der verringerten Zahl der Kälberschlachtungen im Winter 1930/31 gegenüber den Wintern 1928/29 und 1929/30 (siehe vorstehende Aufstellung) ist zu schließen, daß ein Aufbau des Rindviehbestandes stattfindet. Dies ergibt sich auch aus folgender Aufstellung. Es wurden in Preußen Kälber geschlachtet:

	1929	1930	1931
	in 1 000 Stück		
Januar	193	176	144
Februar	185	174	157
März	264	207	231
I. Vierteljahr	**642**	**557**	**532.**

In den ersten 3 Monaten 1931 fand gegenüber den gleichen Monaten 1929 eine weit geringere Zahl von Kälberschlachtungen statt. Gegenüber dem Jahre 1930 hat zwar der März 1931 eine starke Vermehrung der Kälberschlachtungen gebracht, jedoch haben im Januar und Februar 1931 bedeutend weniger Kälberschlachtungen stattgefunden, sodaß insgesamt von Januar bis März 1931 fast 25 000 Kälber weniger als 1930 geschlachtet wurden.

Für die kommenden Jahre ist daher voraussichtlich mit einem reichlicheren Angebot an Rindern am Schlachtmarkt zu rechnen. Die Zahlen der Rinder unter einem Jahr, wie sie die Dezember-Viehzählungen 1929 und 1930 nachweisen, zeigen eine entsprechende Entwicklung.

Die Zahl der Seegrenzschlachtungen hat sich im Berichtszeitraum gegen das Vorjahr etwa um die Hälfte vermindert. Gegen das Vorvierteljahr ist die Zahl der Schlachtungen bei Bullen und Jungrindern wesentlich gefallen und bei den Ochsen, Kälbern und Schweinen etwa gleich geblieben. Nur bei den Kühen zeigt sich eine Vermehrung der Seegrenzschlachtungen.

Die Schlachtungen in den 3 ersten Monaten der Jahre 1929, 1930, 1931 in Provinzen, in denen die Hausschlachtungen vom Januar zum März abnehmen.

Abteilung A enthält alle Schlachtungen, Abteilung C enthält nur Hausschlachtungen, Abteilung B enthält vorwiegend gewerbliche Schlachtungen, daneben auch Hausschlachtungen, die fleischbeschaut sind.

(Übersicht 3) Staat — Provinzen	Monate — Vierteljahr	A Geschlachtete Schweine insgesamt			B Schweine, die der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterlagen			C Schweine, die nur der Trichinenschau unterlagen		
		1929	1930	1931	1929	1930	1931	1929	1930	1931
		in 1 000 Stück								
Staat Preußen	Januar	1 490	1 332	1 458	1 054	981	1 124	436	351	334
	Februar	1 190	1 204	1 425	899	921	1 123	291	283	302
	März	1 327	1 156	1 542	1 030	958	1 279	297	198	263
	I. Vierteljahr	**4 007**	**3 692**	**4 425**	**2 983**	**2 860**	**3 526**	**1 024**	**832**	**899**
Provinz Ostpreußen	Januar	75	69	74	38	37	38	37	32	36
	Februar	59	60	74	33	33	39	26	27	35
	März	71	59	90	38	35	48	33	24	42
	I. Vierteljahr	**205**	**188**	**238**	**109**	**105**	**125**	**96**	**83**	**113**
Provinz Pommern	Januar	68	64	68	56	52	55	12	12	13
	Februar	62	63	75	50	51	59	12	12	16
	März	80	63	90	60	49	69	20	14	21
	I. Vierteljahr	**210**	**190**	**233**	**166**	**152**	**183**	**44**	**38**	**50**
Provinz Hannover	Januar	203	189	199	71	69	72	132	120	127
	Februar	149	165	190	61	63	73	88	102	117
	März	160	141	175	69	66	81	91	75	94
	I. Vierteljahr	**512**	**495**	**564**	**201**	**198**	**226**	**311**	**297**	**338**
Rheinprovinz	Januar	199	170	184	142	124	135	57	46	49
	Februar	166	160	181	130	121	137	36	39	44
	März	176	164	221	142	141	178	34	23	43
	I. Vierteljahr	**541**	**494**	**586**	**414**	**386**	**450**	**127**	**108**	**136**
Provinz Westfalen	Januar	174	154	166	93	80	89	81	74	77
	Februar	128	127	147	80	74	90	48	53	57
	März	125	116	150	85	84	110	40	32	40
	I. Vierteljahr	**427**	**397**	**463**	**258**	**238**	**289**	**169**	**159**	**174**
Provinz Brandenburg	Januar	129	114	127	65	75	92	64	39	35
	Februar	106	107	129	57	77	96	49	30	33
	März	118	95	133	71	78	109	47	17	24
	I. Vierteljahr	**353**	**316**	**389**	**193**	**230**	**297**	**160**	**86**	**92**

Die Zahl der Trichinenfälle hat gegenüber dem Vorjahr abgenommen. Das gilt auch für das Vorkommen von Finnen. Die außerordentliche Häufigkeit von Finnen im Vorjahre hatte das Landwirtschaftsministerium veranlaßt, die Schweine beobachten zu lassen, die aus dem vermuteten Finnigkeitsherd kommen. Dabei ist festgestellt, daß von den 261 Finnenfällen im 1. Vierteljahr 1931 223 aus Litauen stammen.

Gleichzeitig hat aber auch die Maßnahme, die litauischen Schweine zu kennzeichnen, den Erfolg gehabt, daß die Finnenfälle vom ersten Vierteljahr 1930 sich von 1 074 um 813 vermindert haben und im ersten Viertel 1931 nur noch die oben erwähnten 261 Fälle vorgekommen sind.

Die Leistung der Milchkühe in Preußen. — Wenn auch die Erträge der deutschen Milchkühe volkswirtschaftlich und privatwirtschaftlich einen der wichtigsten Posten in der deutschen Agrarproduktion ausmachen, so ist man doch über den genauen Umfang dieser Erträge von jeher viel weniger unterrichtet als beispielsweise auf dem Gebiete der Körnerproduktion. Diese geringe Kenntnis der Milchleistungen im Gegensatz zu den Körnererträgen des Ackerbaues beruht zum guten Teil auf einem wichtigen Unterschied dieser Produktionen: Die jeweilige Erzeugung

Ergebnisse der Milchproduktionserhebung im Staat, in den Provinzen und Regierungsbezirken im Jahre 1929.

Staat — Provinzen — Regierungsbezirke	Milchkühe ausschließlich zur Milchgewinnung: insgesamt: durchschnittl. Jahresertrag je Kuh[1] (Liter)	insgesamt: Zahl der Kühe[2]	insgesamt: gesamte erzeugte Milchmenge (Liter)	davon unter Leistungskontrolle: durchschnittl. Jahresertrag je Kuh[3] (Liter)	unter Leistungskontrolle: Zahl der Kühe[3]	unter Leistungskontrolle: gesamte erzeugte Milchmenge (Liter)	außerhalb d. Leistungskontrolle: durchschnittl. Jahresertrag je Kuh[4] (Liter)	außerhalb d. Leistungskontrolle: Zahl der Kühe[5]	außerhalb d. Leistungskontrolle: gesamte erzeugte Milchmenge[6] (Liter)	Milchkühe zur Arbeit verwendet (Zugkühe): durchschnittlicher Jahresertrag je Kuh[1] (Liter)	Zugkühe: Zahl der Kühe[2]	Zugkühe: Gesamte erzeugte Milchmenge (Liter)	Milchkühe überhaupt: durchschnittlicher Jahresertrag je Kuh[1] (Liter)	Milchkühe überhaupt: Zahl der Kühe[2]	Milchkühe überhaupt: Gesamte erzeugte Milchmenge (Liter)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
A. Staat[7][8] . . .	**2 568**	**4471911**	**11 484 342 048**	**3 542**	**636021**	**2 252 876 847**	**2 407**	**3 835 890**	**9 231 465 201**	**1 680**	**872236**	**1 465 444 576**	**2 432**	**5344147**	**12 949 786 62[illegible]**
B. Provinzen.															
I. Ostpreußen . . .	2 591	552 265	1 431 186 699	3 502	128933	451 513 120	2 314	423 332	979 673 579	1 448	1 488	2 154 100	2 588	553 753	1 433 340 7[illegible]
II. Brandenburg . .	2 337	417 595	975 741 454	3 354	68 797	230 741 583	2 136	348 798	744 999 871	1 836	37 516	68 865 942	2 295	455 111	1 044 607 3[illegible]
III. Stadt Berlin . .	4 400	25 263	111 157 200	—	—	—	4 400	25 263	111 157 200	1 800	8	14 400	4 399	25 271	111 171 60[illegible]
IV. Pommern	2 350	466 844	1 097 308 536	3 232	99 849	322 746 011	2 111	366 995	774 562 525	1 657	1 904	3 155 400	2 348	468 748	1 100 463 9[illegible]
V. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	1 931	83 945	162 078 168	3 231	8 976	28 999 616	1 775	74 969	133 078 552	1 346	1 836	2 471 270	1 918	85 781	164 549 43[illegible]
VI. Niederschlesien . .	2 328	423 202	985 387 205	3 460	55 683	192 669 081	2 157	367 519	792 718 124	1 663	139033	231 218 160	2 164	562 235	1 216 605 [illegible]
VII. Oberschlesien . . .	2 066	161 949	334 543 868	3 296	11 459	37 766 780	1 972	150 490	296 777 088	1 867	55 942	76 445 118	1 886	217 891	410 988 9[illegible]
VIII. Sachsen	2 589	312 383	808 862 922	3 489	39 110	136 463 813	2 461	273 273	672 399 109	1 878	89 722	168 491 797	2 431	402 105	977 354 71[illegible]
IX. Schleswig-Holstein	2 922	396 025	1 157 277 411	3 404	60 217	204 963 800	2 836	335 808	952 313 611	2 435	631	1 536 400	2 921	396 656	1 158 813 81[illegible]
X. Hannover	2 833	650 783	1 843 951 843	3 947	101162	399 275 741	2 628	549 621	1 444 676 102	2 137	86 847	185 572 511	2 751	737 630	2 029 524 35[illegible]
XI. Westfalen	2 697	395 895	1 067 698 938	3 960	37 590	148 865 384	2 564	358 305	918 833 554	2 048	72 061	147 645 812	2 597	467 956	1 215 344 75[illegible]
XII. Hessen-Nassau[8] .	2 178	149 201	324 997 552	3 517	8 261	29 052 527	2 100	140 940	295 945 025	1 516	201460	305 401 264	1 798	350 661	630 398 81[illegible]
XIII. Rheinprovinz[7] .	2 729	428 400	1 169 301 047	4 386	15 805	69 325 351	2 666	412 595	1 099 975 696	1 482	168276	249 338 002	2 378	596 676	1 418 639 04[illegible]
XIV. Hohenzoll. Lande	1 820	8 161	14 849 205	2 760	179	494 040	1 798	7 982	14 355 165	1 491	15 512	23 134 400	1 605	23 673	37 983 60[illegible]
C. Regierungsbezirke.															
1. Königsberg	2 727	208 992	569 976 636	3 464	69 731	241 555 201	2 358	139 261	328 421 435	1 681	251	421 900	2 726	209 243	570 398 536
2. Gumbinnen	2 748	155 141	426 312 355	3 594	28 619	102 867 980	2 556	126 522	323 444 375	2 009	256	514 400	2 747	155 397	426 826 755
3. Allenstein	1 879	127 401	239 443 999	3 241	15 928	51 626 824	1 685	111 473	187 817 175	1 138	896	1 019 800	1 874	128 297	240 463 79[illegible]
4. Westpreußen	3 218	60 731	195 453 709	3 785	14 655	55 463 115	3 038	46 076	139 990 594	2 329	85	198 000	3 217	60 816	195 651 70[illegible]
5. Potsdam	2 437	222 782	542 937 576	3 355	45 046	151 148 104	2 204	177 736	391 789 472	1 812	6 814	12 346 075	2 419	229 596	555 283 65[illegible]
6. Frankfurt	2 222	194 813	432 803 878	3 351	23 751	79 593 479	2 065	171 062	353 210 399	1 841	30 702	56 519 867	2 170	225 515	489 323 7[illegible]
7. Berlin	4 400	25 263	111 157 200	—	—	—	4 400	25 263	111 157 200	1 800	8	14 400	4 399	25 271	111 171 60[illegible]
8. Stettin	2 246	191 253	429 628 001	3 249	41 597	135 148 715	1 968	149 656	294 479 286	1 489	441	656 500	2 245	191 694	430 284 50[illegible]
9. Köslin	2 343	211 153	494 630 919	3 176	34 922	110 911 428	2 177	176 231	383 719 491	1 693	1 353	2 290 500	2 338	212 506	496 921 41[illegible]
10. Stralsund	2 686	64 438	173 049 616	3 287	23 330	76 685 868	2 344	41 108	96 363 748	1 895	110	208 400	2 684	64 548	173 258 0[illegible]
11. Schneidemühl . . .	1 931	83 945	162 078 168	3 231	8 976	28 999 616	1 775	74 969	133 078 552	1 346	1 836	2 471 270	1 918	85 781	164 549 4[illegible]
12. Breslau	2 467	223 425	551 240 632	3 460	29 841	103 255 491	2 314	193 584	447 985 141	1 649	71 215	117 467 366	2 270	294 640	668 707 9[illegible]
13. Liegnitz	2 173	199 777	434 146 573	3 460	25 842	89 413 590	1 982	173 935	344 732 983	1 677	67 818	113 750 794	2 047	267 595	547 897 3[illegible]
14. Oppeln	2 066	161 949	334 543 868	3 296	11 459	37 766 780	1 972	150 490	296 777 088	1 367	55 942	76 445 118	1 886	217 891	410 988 [illegible]
15. Magdeburg	2 693	137 078	369 084 458	3 523	22 711	80 016 683	2 528	114 367	289 067 775	1 980	23 682	46 897 010	2 588	160 760	415 981 4[illegible]
16. Merseburg	2 542	141 291	359 124 186	3 452	13 870	47 881 716	2 443	127 421	311 242 470	1 919	37 705	72 373 695	2 411	178 996	431 497 [illegible]
17. Erfurt	2 371	34 014	80 654 278	3 387	2 529	8 565 414	2 290	31 485	72 088 864	1 737	28 335	49 221 092	2 083	62 349	129 875 [illegible]
18. Schleswig	2 922	396 025	1 157 277 411	3 404	60 217	204 963 800	2 836	335 808	952 313 611	2 435	631	1 536 400	2 921	396 656	1 158 813 [illegible]
19. Hannover	3 177	107 788	342 428 397	4 230	8 361	35 366 190	3 088	99 427	307 062 207	2 417	19 529	47 194 310	3 060	127 317	389 62[illegible]
20. Hildesheim	2 804	68 281	191 483 561	3 837	9 391	36 032 774	2 640	58 890	155 450 787	1 930	26 638	51 403 729	2 559	94 919	242 88[illegible]
21. Lüneburg	2 914	130 663	380 738 564	4 024	24 772	99 685 241	2 654	105 891	281 053 323	2 265	23 530	53 298 342	2 815	154 193	434 03[illegible]
22. Stade	2 695	135 181	364 293 054	4 013	18 493	74 221 393	2 486	116 688	290 071 661	2 071	2 268	4 696 700	2 684	137 449	368 98[illegible]
23. Osnabrück	2 451	115 272	282 518 736	4 060	7 738	31 412 597	2 335	107 534	251 106 139	1 930	14 541	28 187 050	2 393	129 813	310 70[illegible]
24. Aurich	3 018	93 598	282 489 531	3 782	32 407	122 557 546	2 614	61 191	159 931 985	2 324	341	792 380	3 516	93 939	283 2[illegible]
25. Münster	2 836	175 047	496 489 463	4 094	18 323	75 016 290	2 689	156 724	421 473 173	2 235	15 915	35 564 180	2 786	190 962	532 05[illegible]
26. Minden	2 578	109 329	281 870 758	3 891	9 585	37 295 865	2 452	99 744	244 574 893	2 152	30 471	65 581 350	2 485	139 800	347 45[illegible]
27. Arnsberg	2 595	111 519	289 338 717	3 775	9 682	36 553 229	2 482	101 837	252 785 488	1 811	25 675	46 500 282	2 448	137 194	335 83[illegible]
28. Kassel[8]	2 199	97 733	214 951 356	3 655	7 317	26 743 850	2 082	90 416	188 207 506	1 451	118663	172 232 314	1 789	216 396	387 18[illegible]
29. Wiesbaden	2 138	51 468	110 046 196	2 446	944	2 308 677	2 132	50 524	107 737 519	1 608	82 797	133 168 950	1 811	134 265	243 21[illegible]
30. Koblenz	1 827	64 467	117 757 351	—	—	—	1 827	64 467	117 757 351	1 472	71 131	104 715 925	1 641	135 598	222 47[illegible]
31. Düsseldorf	3 316	160 835	533 397 791	4 503	8 601	38 727 697	3 249	152 234	494 670 094	2 277	2 087	4 751 788	3 303	162 922	538 14[illegible]
32. Köln	2 805	80 807	226 636 252	4 101	4 325	17 738 413	2 731	76 482	208 897 839	1 631	7 665	12 500 747	2 703	88 472	239 13[illegible]
33. Trier[7]	1 735	45 696	79 284 095	—	—	—	1 735	45 696	79 284 095	1 404	81 506	114 466 290	1 523	127 202	193 7[illegible]
34. Aachen	2 771	76 595	212 225 558	4 467	2 879	12 859 241	2 705	73 716	199 366 317	2 192	5 887	12 903 252	2 729	82 482	225 12[illegible]
35. Sigmaringen . . .	1 820	8 161	14 849 205	2 760	179	494 040	1 798	7 982	14 355 165	1 491	15 512	23 134 400	1 605	23 673	37 98[illegible]

[1]) Angaben aus den Fragebogen. — [2]) Viehzählung vom 1. Dezember 1928 unter Berücksichtigung von nachträglichen Änderungen in den Stadtkreisen: **Allenstein (Prov. Ostpr.), Grei**[illegible] Prov. Pommern), Merseburg (Prov. Sachsen) und Wilhelmshaven (Prov. Hannover). — [3]) Angaben der Kontrollvereine. — [4]) Aus Spalte 2 und 5 errechnet. — [5]) **Spalte 3 weniger Spalte 6.** — [6]) [illegible] Abweichung vom Resultat aus Durchschnittsertrag und Kuhzahl erklärt sich daraus, daß der Durchschnittsertrag durch Division der Gesamtmilchmenge durch die **Kuhzahl errechnet wurde.** — [7]) ohne [illegible] biet. — [8]) einschl. Waldeck.

an Ackerfrüchten kann, da die Entwicklung bis zur Ernte in voller Öffentlichkeit vor sich geht, jederzeit von allen interessierten Stellen beobachtet und kontrolliert werden. Daraus ergibt sich für die Statistik des Anbaus, des Saatenstands und der Ernte trotz allen Fehlern im einzelnen auch gleichzeitig eine recht starke Gewähr für die Richtigkeit der Ergebnisse. Im Gegensatz hierzu ist dem Beobachter ein unmittelbarer Einblick in die Melkergebnisse fast stets verwehrt, er kann meist nur nachträglich die Ergebnisse von Anschreibungen

und von Molkereibuchführungen verwenden. Darüber hinaus aber ist er fast ausschließlich auf den guten Willen und die oft unzureichende Kenntnis der Befragten und auf reine Schätzungen angewiesen, für die es vielfach an Anhaltspunkten fehlt.

Um diesem Mangel an einigermaßen zuverlässigen Unterlagen über die deutsche Milchproduktion abzuhelfen, ist im Laufe des Jahres 1929 in allen deutschen Ländern auf Grund von sachverständigen Schätzungen eine Erhebung durchgeführt worden, die die Durchschnittsleistung der Milchkühe zum Gegenstand hatte. Die Ergebnisse dieser Feststellungen für Preußen sind in der anläßlich der 5. „Grünen Woche" herausgegebenen Landwirtschaftlichen Statistischen Korrespondenz (3. Jahrgang, Sondernummer) veröffentlicht worden. Mit dieser Veröffentlichung kam das Statistische Landesamt dem Verlangen weiterer Kreise nach, die wichtigsten Einzelheiten aus diesem für alle beteiligten Kreise gleich bedeutsamen Erhebungswerk zu erfahren. Entsprechend dem großen Interesse an diesen Fragen sind denn auch die Zahlen des Statistischen Landesamts inzwischen häufiger besprochen und kommentiert worden. Dabei sind die veröffentlichten Zahlen zunächst so hingenommen worden wie sie dastanden, eine kritische Stellungnahme zur Frage der Zuverlässigkeit und der Fehlergrenzen dieser Ergebnisse ist bisher nicht erfolgt. Um einer mißverständlichen Verwendung dieser Zahlen und falschen Schlüssen daraus vorzubeugen, soll die notwendige kritische Beleuchtung der Ergebnisse hiermit nachgeholt werden.

Die Milchproduktionserhebung wurde im Herbst 1929 von Sachverständigen-Kommissionen unter Leitung der Direktoren der preußischen Landwirtschaftsschulen durchgeführt, weil man mit Recht in ihnen die geeigneten Auskunftspersonen für eine solche Feststellung sah. Eine genau umrissene Erhebungsmethode konnte das Statistische Landesamt den Direktoren, die im allgemeinen je für einen preußischen Kreis zu berichten hatten, schon deshalb nicht vorschreiben, weil es hierfür an jeglicher Erfahrung mangelte. Infolge der schwierigen Vorverhandlungen mußte auch die Zeit für die Vornahme der Erhebung selbst recht kurz bemessen werden, sodaß die Direktoren in einigen wenigen Wochen tatsächlich statistisches Neuland bearbeiten mußten. Infolgedessen war auch das Verfahren selbst in den einzelnen Kreisen recht verschiedenartig, was auch in den Ergebnissen zutage tritt.

Was nun die Zuverlässigkeit dieser Ergebnisse selbst angeht, so ist dazu folgendes zu sagen: Allgemein gleichen sich zunächst Schätzungsfehler der kleineren Einheiten (hier der Kreise) in den größeren Zusammenfassungen (Regierungsbezirken und Provinzen) mehr und mehr aus. Die hier veröffentlichten Zahlen sind deshalb als wesentlich bessere Unterlage anzusehen als etwa die Kreiszahlen, von deren Abdruck deshalb auch abgesehen worden ist. Dessen ungeachtet bestehen aber auch gegen die Bezirks- und Provinzialzahlen Bedenken in verschiedener Richtung. Verhältnismäßig am sichersten sind die Ergebnisse bei den unter Leistungskontrolle stehenden, also auf ihre Milchleistung dauernd beobachteten Kühen; da diese aber nur — im Staatsdurchschnitt — 12 v. H. des gesamten Milchkuhbestandes ausmachen[1]), will diese Feststellung nicht allzuviel besagen. Bei den Kühen außerhalb der Leistungskontrolle haben wir wenigstens zu einem großen Teil[2]) einigermaßen sichere Anhaltspunkte; das ist überall da und in dem Umfange der Fall, wo der größte Teil der erzeugten Milch durch die Molkereien geht. Die Anschreibungen dieser Molkereien liefern durchaus stichhaltiges Material über die hier angelieferte Milch, sogar nach den einzelnen Orten und Betrieben. Hier kommt es nun darauf an, fachmännisch richtige Zuschläge für Hausverbrauch, Jungviehfütterung usw. einzusetzen, um zuverlässige Zahlen für diese bei weitem größere Gruppe von Milchkühen zu erhalten. Nach schriftlichen und mündlichen Mitteilungen, die das Statistische Landesamt von den Schuldirektoren erhalten hat, ist dieses Schätzungsverfahren auch im allgemeinen ausgiebig benutzt worden und hat zu Ergebnissen geführt, die die Billigung der übrigen zu Rate gezogenen Sachverständigen gefunden haben.

Sehr viel schwieriger lagen die Dinge aber bei der dritten großen Gruppe von Milchkühen, nämlich den Kühen aus den Betrieben, die weder unter Leistungskontrolle standen noch ihre Milch (ganz oder zum größten Teil) an die Molkereien lieferten. Es handelt sich dabei meist um kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe. Gewiß ist auch hierbei alles versucht worden, um positive Angaben zu erzielen, durch Befragung von örtlichen Vertrauensmännern, Versuchsringleitern, älteren Schülern der Landwirtschaftsschulen; gewiß konnten auf diese Weise gelegentlich auch die Ergebnisse von Probemelkungen zugrunde gelegt werden — im allgemeinen oder wenigstens in einer überaus großen Zahl von Fällen war man hier aber auf Schätzungen angewiesen, für die dann wieder die oben genannten Tatsachen die Anhaltspunkte abgeben mußten. Zweifellos haben die Auskunftspersonen auch hier versucht, sich so weitgehend wie möglich Einblicke zu verschaffen, um diese Schätzungen zu stützen, und das Ergebnis ist dabei sicher so gut ausgefallen, wie das unter den obwaltenden Umständen überhaupt der Fall sein konnte. Es muß aber mit aller Entschiedenheit an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß durch die Eigenart dieser Betriebe ein Unsicherheitsfaktor in die Erhebung hineingebracht worden ist. Von verschiedenen maßgeblichen Sachverständigen ist dabei darauf hingewiesen worden, daß alle Momente für eine gewisse Überhöhung des Ergebnisses sprechen. Da die Betriebe, deren Milchleistung auch für Außenstehende feststellbar ist, in der Regel zu den besser geleiteten gehören, liegt das Ergebnis aus diesen Betrieben über dem Durchschnitt. Es ist verständlich, daß man bei der Einschätzung der übrigen Betriebe doch immer wieder von diesen überdurchschnittlichen Ergebnissen ausgeht, weil man ja nur an Bekanntes anknüpfen kann. Die Abschläge, die man dabei entsprechend der bekannten oder zu vermutenden Minderleistung dieser kleineren und mittleren Betriebe macht, fallen dabei sicher meist zu vorsichtig aus.

Als Gesamtdurchschnitt erhalten wir dann für die Milchkühe außerhalb der Leistungskontrolle eine zu hohe Zahl, ohne daß wir einen Anhalt für das Maß dieser Überhöhung haben. Diese vermutliche Abweichung von den tatsächlichen Verhältnissen wird umso größer sein, je größer in den einzelnen Provinzen und Regierungsbezirken die Zahl der außerhalb jeder Kontrollmöglichkeit stehenden Betriebe und Milchkühe ist. Das wird man sich bei der Bewertung der hier mitgeteilten Ergebnisse immer vor Augen zu halten haben. Unter dieser Einschränkung können wir folgende Einzelheiten aus der vorstehenden Übersicht hervorheben.

Der durchschnittliche Jahresertrag je Kuh (Milchkühe überhaupt) beträgt im Freistaat Preußen 2 432 Liter, das bedeutet eine Tagesleistung je Kuh von rund 8 Litern unter Zugrundelegung einer Laktationsperiode von 300 Tagen. Aus dem Rahmen dieses Ergebnisses fällt die Stadt Berlin nicht unerheblich mit 4 399 Litern heraus. Diese hohe Durchschnittsleistung erklärt sich durch die Abmelkbetriebe der Berliner Molkereien. Der Höhe der Leistung nach gestaffelt folgen:

1.	Provinz Schleswig-Holstein	mit 2 921	Liter
2.	„ Hannover	„ 2 751	„
3.	„ Westfalen	„ 2 597	„
4.	„ Ostpreußen	„ 2 588	„
5.	„ Sachsen	„ 2 431	„
6.	„ Rheinprovinz	„ 2 378	„
7.	„ Pommern	„ 2 348	„
8.	„ Brandenburg	„ 2 295	„
9.	„ Niederschlesien	„ 2 164	„
10.	„ Grenzmark	„ 1 918	„
11.	„ Oberschlesien	„ 1 886	„
12.	„ Hessen-Nassau	„ 1 798	„
13.	Hohenzollerische Lande	„ 1 605	„ .

[1]) Die Zahlen der einzelnen Provinzen und Regierungsbezirke gehen aus der Übersicht hervor. — [2]) Zahlenangaben hierüber liegen nicht vor.

Die beiden Gruppen von Milchkühen unter Leistungskontrolle und außerhalb der Leistungskontrolle weisen nach Provinzen gegliedert beträchtliche Unterschiede in den Jahreserträgen auf. Die Leistungen weichen voneinander beinah überall um mehr als 1 000 Liter ab. Eine nennenswerte Ausnahme macht nur Schleswig-Holstein. Die Milchleistung der Zugkühe ist in den einzelnen Provinzen ganz verschieden, ausschlaggebend sind Rasse, Fütterung und Pflege. Die in Preußen erzeugte gesamte jährliche Milchmenge betrug rund 13 Milliarden Liter. Sie ist errechnet worden mit Hilfe der Zahl der Kühe nach dem Viehzählungsergebnis vom 1. Dezember 1928.

Die höchste Gesamtmenge weist die Provinz Hannover auf; es folgen dann die Provinzen:

1. **Ostpreußen**
2. **Rheinprovinz**
3. **Niederschlesien**
4. **Westfalen**
5. **Schleswig-Holstein**
6. **Pommern**
7. **Brandenburg**
8. **Sachsen**
9. **Hessen-Nassau**
10. **Oberschlesien**
11. **Grenzmark Posen-Westpreußen**
12. **Stadt Berlin**
13. **Hohenzollerische Lande.**

Gerade diese Angaben über die gesamten Milchmengen im Staat und seinen einzelnen Gebieten sind nach den obigen Ausführungen nur mit Vorsicht zu verwerten. Besonders sind Schlüsse abzulehnen, die daraus auf die mögliche Marktleistung an Milch und Milcherzeugnissen gezogen werden könnten.

Das endgültige Ergebnis der Reichsgebrechlichen-Zählung in Preußen. — Nachdem bereits in Nr. 12 der „Statist. Korrespondenz" vom 24. März 1927 vorläufige Angaben über die Zahl der Gebrechlichen in Preußen veröffentlicht worden waren, liegt nunmehr das endgültige Ergebnis vor.

Die Erhebung im Oktober 1925, die mit Hilfe der alljährlich im Herbst stattfindenden Personenstandsaufnahme zur Einkommensteuer-Veranlagung bis gegen Ende des Jahres 1926 durchgeführt wurde, war nur eine vorbereitende Maßnahme, durch welche die notwendigen Unterlagen für die eigentliche Zählung gewonnen werden sollten. Die eigentliche Erfassung der im Sinne der Zählung Gebrechlichen, die Ausfertigung der sehr ins einzelne gehenden Zählkarten war planmäßig Aufgabe der Wohlfahrtsbehörden der einzelnen Kreise und Kommunen. Leider stellten sich einer schnellen und reibungslosen Durchführung der Erhebung unliebsame Verzögerungen in den Weg; Geldnot, Personalmangel, Überlastung der mit der Durchführung der Erhebung betrauten Kräfte veranlaßte eine immer weitere Verzögerung bei der Ablieferung der Karten. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1929 gelangte das Statistische Landesamt in den Besitz der letzten Unterlagen! Aber auch die Schwierigkeiten der Bearbeitung, mit der inzwischen längst begonnen war, waren außergewöhnlich groß, sodaß erst mit Beginn des laufenden Jahres der Abschluß erreicht werden konnte.

Von dem Umfang der Reichsgebrechlichen-Zählung geben am besten vielleicht die folgenden Angaben Aufschluß: Für jeden der 35 Regierungsbezirke des Freistaates und für seine 29 Großstädte, außerdem für das ehemalige Fürstentum Waldeck wurden auf Grund der 4 verschiedenen Zählkarten mit insgesamt 108 Fragen 79 verschiedene Tabellen angelegt, außerdem eine Hauptübersicht über die 534 Kreise des Freistaates.

Die Reichsgebrechlichen-Zählung erstreckte sich auf blinde, taubstumme und ertaubte, geistig oder körperlich gebrechliche Personen (Krüppel). Während die ersten 3 Arten Gebrechlicher in Preußen teilweise schon seit über 100 Jahren zahlenmäßig erfaßt worden waren, seit dem Jahre 1867 im Anschluß an die Volkszählungen, ist eine allgemeine Zählung der körperlich Gebrechlichen zum ersten Male vorgenommen worden; eine Erhebung im Jahre 1906 bezog sich nur auf jugendliche Krüppel unter 15 Jahren.

Die beiden anschließenden Tabellen bringen nun zunächst eine allgemeine Übersicht über die Zahl der Gebrechlichen insgesamt wie über die einzelnen Arten ihrer Gebrechen unter besonderer Hervorhebung der mehrfach Gebrechlichen in Staat und Regierungsbezirken; Tabelle 1 enthält die Grundzahlen unter Trennung der Geschlechter, Tabelle 2 die zugehörigen Beziehungsziffern auf 100 000 Lebende jedes Geschlechts.

Von den 422 159 durch die Zählung als gebrechlich ermittelten Personen sind 269 051 oder 64 v. H. männlichen und 153 108 oder 36 v. H. weiblichen Geschlechts. Trotzdem sich also die männliche Bevölkerung nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1925 um über 5 v. H. gegenüber der weiblichen in der Minderheit befindet, entfallen doch fast ²/₃ aller Gebrechlichen auf sie.

Unter den Gebrechlichen befanden sich 19 148 oder 4,5 v. H. Blinde einschl. derer mit anderen Gebrechen, 25 549 oder 6,1 v. H. Taubstumme und Ertaubte einschl. derer mit anderen Gebrechen außer Blindheit, 256 473 oder 60,8 v. H. körperlich Gebrechliche einschl. derer mit anderen Gebrechen außer Blindheit und Taubstummheit (Ertaubung) und endlich 120 989 oder 28,7 v. H. geistig gebrechliche Personen.

Die Beteiligung der Geschlechter bei den einzelnen Gebrechensarten ist recht verschieden. So ist der Anteil des weiblichen bei den geistig Gebrechlichen mit rund 49 v. H. der Gesamtfälle nur wenig geringer als der des männlichen, auch bei den Taubstummen und Ertaubten ist der Unterschied mit 47 w. : 53 m. nicht sehr bedeutend; unter den Blinden aber befinden sich nur 42 v. H. weiblicher Personen, und bei den körperlich Gebrechlichen beträgt ihr Anteil sogar nur 29 v. H. Von wesentlichem Einfluß auf die stärkere Belastung des männlichen Geschlechts ist naturgemäß bei den beiden letzten Gebrechensarten die durch den Weltkrieg verursachte Gebrechlichkeit männlicher Personen.

Insgesamt entfallen im Staate auf 100 000 Lebende 1 107 (1 454 m., 781 w.) Gebrechliche. Infolge des starken Unterschiedes der Geschlechter ist in den Tabellen auf Errechnung von Gesamtziffern verzichtet worden.

In den einzelnen Regierungsbezirken Preußens schwankt sowohl die Gesamtzahl der Gebrechlichen wie auch die der Personen mit einzelnen Gebrechensarten erheblich. So stehen beim männlichen Geschlecht den höchstbelasteten Bezirken Breslau mit 1 832, Königsberg mit 1 761, Minden mit 1 729 und Allenstein mit 1 706 Gebrechlichen auf 100 000 Lebende überhaupt, die Bezirke Köln mit nur 1 057, Arnsberg mit 1 188, Münster mit 1215 und Aurich mit 1 225 gegenüber; beim weiblichen weisen die Bezirke Potsdam mit 1 224, Königsberg mit 1 163, Allenstein mit 1 050 und Minden mit 998 die höchste, dagegen Köln mit nur 539, Berlin mit 603, Arnsberg mit 642 und Hannover mit 650 Gebrechlichen auf 100 000 Lebende gleichen Geschlechts die niedrigste Belastung auf.

Im allgemeinen sind die höher belasteten Regierungsbezirke im Osten, die niedriger belasteten im Westen des Freistaates gelegen. Eine gewisse Ausnahme macht bei ersteren der Bezirk Berlin, der nicht nur, wie hervorgehoben, beim weiblichen Geschlecht, sondern auch beim männlichen eine ziemlich geringe Belastung aufweist. Bei den westlichen fällt die verhältnismäßig hohe Belastung des Regierungsbezirks Minden auf, der insbesondere durch einen auffallend hohen Bestand an Geistig-Gebrechlichen ausgezeichnet ist.

Hier spielt aber teilweise ein äußerer Umstand mit, der für die Höhe der Gebrechlichenziffer verschiedener Regierungsbezirke von bisweilen erheblicher Bedeutung ist, inwieweit nämlich Gebrechliche eines Bezirks in Anstalten Aufnahme gefunden haben, die außerhalb seiner Grenzen liegen. So wird z. B. gerade der Bezirk Berlin

Endgültiges Ergebnis der Reichsgebrechlichenzählung in Preußen 1925.

Gesamtzahl der Gebrechlichen nach den einzelnen Arten der Gebrechen.

a) Grundzahlen.

Größere Verwaltungsbezirke und Staat	Zahl der																			
	Blinden		Taubstummen		Ertaubten		Körperlich-Schwer-Gebrechlichen		Körperlich-Leicht-Gebrechlichen		Geistig Gebrechlichen		Blinden mit anderen schweren Gebrechen		Taubstummen oder Ertaubten mit anderen schweren Gebrechen außer Blindheit		Körperlich-Schwer- u. zugleich Geistig-Gebrechlichen		Gebrechlichen insgesamt	
	ohne andere oder nur mit leichten körperlichen Gebrechen																			
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1. Königsberg	343	278	398	370	56	80	2 845	1 475	1 633	669	2 053	2 404	37	47	61	63	201	182	7 627	5 568
2. Gumbinnen	141	140	296	255	37	45	1 809	839	1 050	364	433	477	26	16	13	20	110	82	3 915	2 238
3. Allenstein	141	162	304	314	44	41	1 901	826	1 114	444	871	971	8	19	33	29	109	82	4 525	2 888
4. Westpreußen	59	61	107	87	20	15	829	383	500	220	198	166	6	8	8	4	31	40	1 758	984
5. Potsdam	314	235	326	337	81	70	3 809	1 888	2 066	636	3 637	4 500	69	64	47	55	255	262	10 604	8 047
6. Frankfurt	304	235	343	338	71	69	4 340	2 264	2 478	857	1 850	1 896	36	26	37	36	199	138	9 658	5 859
7. Berlin	1 196	981	1 005	815	337	435	9 377	4 292	5 635	1 264	5 319	4 784	101	104	68	66	358	375	23 396	13 116
8. Stettin	260	221	339	322	58	63	2 750	1 246	1 615	432	1 490	1 605	28	27	28	21	129	82	6 697	4 019
9. Köslin	165	139	253	244	45	50	2 450	1 283	1 450	497	946	966	17	10	17	28	107	99	5 450	3 316
10. Stralsund	56	41	31	37	16	11	912	374	415	143	436	558	4	6	6	5	35	16	1 911	1 191
11. Schneidemühl	73	67	100	103	20	15	983	478	630	192	531	530	15	15	13	19	70	60	2 435	1 479
12. Breslau	617	452	538	529	142	122	7 308	3 160	4 438	1 571	2 828	3 151	56	53	37	68	305	253	16 269	9 359
13. Liegnitz	297	265	249	251	93	61	4 325	2 187	2 602	940	1 975	2 140	47	28	58	60	218	184	9 864	6 116
14. Oppeln	298	270	510	463	100	101	3 908	1 793	2 389	956	1 816	1 860	36	32	67	50	226	172	9 350	5 697
15. Magdeburg	425	290	275	247	137	63	4 566	1 693	2 489	576	2 154	1 768	43	27	31	32	229	164	10 349	4 860
16. Merseburg	446	264	322	315	85	71	4 421	1 999	2 721	735	1 782	1 876	40	29	33	22	183	174	10 033	5 485
17. Erfurt	174	144	135	127	32	27	1 736	859	937	275	891	990	11	13	19	13	89	67	4 024	2 515
18. Schleswig	426	333	307	294	125	115	4 862	2 142	2 814	715	2 422	2 386	54	46	41	29	208	168	11 259	6 228
19. Hannover	339	223	147	134	46	32	2 586	1 062	1 377	308	1 075	870	30	19	17	8	131	83	5 748	2 739
20. Hildesheim	145	87	159	129	41	34	2 060	843	1 016	314	1 224	1 368	15	12	28	13	79	65	4 767	2 865
21. Lüneburg	139	85	86	76	32	28	1 885	724	1 164	256	1 139	743	14	14	12	11	102	57	4 573	1 994
22. Stade	92	43	108	88	23	26	1 405	595	891	251	640	579	14	10	7	5	76	67	3 256	1 664
23. Osnabrück	100	71	117	90	23	17	1 321	671	933	305	608	504	14	8	10	8	63	52	3 189	1 726
24. Aurich	52	47	58	63	11	15	813	420	548	220	228	209	2	8	5	1	45	34	1 762	1 017
25. Münster	211	122	249	198	58	42	2 992	1 337	1 967	574	2 200	1 934	18	14	25	22	154	106	7 874	4 349
26. Minden	254	156	259	239	41	26	2 362	980	1 228	340	2 344	2 152	34	23	53	26	249	169	6 824	4 111
27. Arnsberg	618	345	541	435	127	104	7 249	2 830	3 993	1 007	3 404	3 615	56	41	50	42	280	236	16 318	8 655
28. Kassel	310	171	351	314	68	47	3 438	1 462	1 992	577	1 852	1 714	33	17	32	32	204	161	8 280	4 495
29. Wiesbaden	363	201	334	259	111	84	3 303	1 432	2 070	556	2 647	2 397	40	33	46	31	201	110	9 115	5 103
30. Koblenz	238	124	231	170	49	37	2 366	936	1 360	411	1 642	1 703	23	25	33	23	163	91	6 105	3 520
31. Düsseldorf	726	458	722	661	295	209	10 020	4 104	6 499	1 523	7 097	5 396	97	65	79	63	455	378	25 990	12 857
32. Köln	320	214	312	262	85	56	3 177	1 189	1 698	496	1 537	1 615	32	30	33	28	155	101	7 349	3 991
33. Trier[1])	126	79	154	139	36	14	1 474	782	938	332	966	430	13	9	10	24	62	59	3 779	1 868
34. Aachen	184	145	121	120	58	30	1 873	873	1 125	305	986	1 236	22	22	18	13	103	107	4 490	2 851
35. Sigmaringen	18	16	10	14	1	1	186	97	156	44	124	151	1	1	1	7	11	7	508	338
Staat Preußen[1])	**9 970**	**7 165**	**9 797**	**8 839**	**2 604**	**2 256**	**111 641**	**49 518**	**65 931**	**19 305**	**61 345**	**59 644**	**1 092**	**921**	**1 076**	**977**	**5 595**	**4 483**	**269 051**	**153 108**
Außerdem:																				
Waldeck	26	9	10	17	—	—	236	133	151	62	84	69	1	—	1	3	20	12	529	305

[1]) ohne Saargebiet.

dadurch nicht unerheblich entlastet, daß ihm im Bereich der Provinz Brandenburg über 6 000 Betten für Geisteskranke, Altersschwache und Sieche zur Verfügung stehen, während ebendadurch in erster Linie eine Belastung des Bezirks Potsdam eintritt, in dessen Bereich die meisten dieser Anstalten liegen. Auf gleiche Weise kommt auch die starke Belastung des Regierungsbezirks Minden, aber auch mancher anderen Bezirke, zustande; sie ist also auf Umstände zurückzuführen, die mit einer wirklichen Häufung von Gebrechen in bestimmten Gegenden nichts zu schaffen haben.

Noch ein kurzer Blick auf die Belastung der verschiedenen Regierungbezirke durch die einzelnen Arten der Gebrechlichen.

Bei den Blinden männlichen Geschlechts weisen die Bezirke Hannover, Königsberg und Breslau die höchsten, dagegen Münster, Aurich und Düsseldorf die niedrigsten Ziffern auf; beim weiblichen Geschlecht stehen Blinden-Höchstziffern in den Bezirken Allenstein, Königsberg und Hannover Niedrigstziffern der Bezirke Stade, Münster und Düsseldorf gegenüber.

Bei den Taubstummen sind die 3 ostpreußischen Regierungsbezirke Allenstein, Gumbinnen und Königsberg bei beiden Geschlechtern am stärksten belastet; die geringsten Ziffern finden sich hier beim männlichen Geschlecht in den Bezirken Stralsund, Lüneburg und Aachen, beim weiblichen in Lüneburg, Stralsund und Münster.

Bei den Ertaubten weisen die Bezirke Magdeburg, Berlin und Wiesbaden männliche Höchst-, dagegen Aurich, Münster und Arnsberg Mindestziffern auf, während beim weiblichen Berlin,

Endgültiges Ergebnis der Reichsgebrechlichenzählung in Preußen 1925.

Gesamtzahl der Gebrechlichen nach den einzelnen Arten der Gebrechen.

b) Verhältnisziffern.

Größere Verwaltungsbezirke und Staat	Auf 100 000 Lebende entfielen: Blinde		Taubstumme		Ertaubte		Körperlich-Schwer-Gebrechliche		Körperlich-Leicht-Gebrechliche		Geistig Gebrechliche		Blinde mit anderen schweren Gebrechen		Taubstumme oder Ertaubte mit anderen schweren Gebrechen außer Blindheit		Körperlich-Schwer- u. zugleich Geistig-Gebrechliche		Gebrechliche insgesamt	
	ohne andere oder nur mit leichten körperlichen Gebrechen																			
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21
1. Königsberg	79	58	92	77	13	17	657	308	377	140	474	502	8	10	14	13	46	38	1 761	1 163
2. Gumbinnen	54	51	113	92	14	16	689	303	400	131	165	172	10	6	5	7	42	30	1 492	807
3. Allenstein	53	59	115	114	17	15	717	300	420	161	328	353	3	7	12	11	41	30	1 706	1 050
4. Westpreußen	46	44	84	63	16	11	651	279	393	160	156	121	5	6	6	3	24	29	1 381	718
5. Potsdam	49	36	51	51	13	11	593	287	322	97	566	685	11	10	7	8	40	40	1 650	1 224
6. Frankfurt	48	36	54	51	11	10	687	343	392	130	293	287	6	4	6	5	32	21	1 529	887
7. Berlin	65	45	54	37	18	20	507	197	305	58	288	220	5	5	4	3	19	17	1 265	603
8. Stettin	56	45	73	66	13	13	594	255	349	89	322	329	6	6	6	4	28	17	1 446	824
9. Köslin	50	40	76	70	14	14	739	367	438	142	285	277	5	3	5	8	32	28	1 645	949
10. Stralsund	47	32	26	29	13	9	759	295	345	113	363	440	3	5	5	4	29	13	1 590	940
11. Schneidemühl	45	39	62	60	12	9	607	280	389	113	328	311	9	9	8	11	43	35	1 504	867
12. Breslau	69	45	61	52	16	12	823	313	500	156	318	312	6	5	4	7	34	25	1 832	927
13. Liegnitz	50	41	42	39	16	9	735	338	442	145	336	331	8	4	10	9	37	28	1 677	945
14. Oppeln	45	37	78	64	15	14	594	248	363	132	276	258	5	4	10	7	34	24	1 422	789
15. Magdeburg	68	43	44	37	22	9	731	253	399	86	345	264	7	4	5	5	37	24	1 658	725
16. Merseburg	64	37	47	44	12	10	639	277	393	102	258	260	6	4	5	3	26	24	1 451	761
17. Erfurt	64	48	50	43	12	9	637	288	344	92	327	332	4	4	7	4	33	22	1 477	844
18. Schleswig	57	43	41	38	17	15	649	278	375	93	323	310	7	6	5	4	28	22	1 502	809
19. Hannover	84	53	37	32	11	8	644	252	343	73	268	207	7	5	4	2	33	20	1 430	650
20. Hildesheim	50	29	55	42	14	11	712	276	351	103	423	448	5	4	10	4	27	21	1 648	939
21. Lüneburg	46	29	29	26	11	9	629	243	388	86	380	249	5	5	4	4	34	19	1 526	669
22. Stade	40	19	47	39	10	11	613	262	389	111	279	255	6	4	3	2	33	30	1 420	734
23. Osnabrück	47	33	55	42	11	8	621	310	439	141	286	233	7	4	5	4	30	24	1 499	797
24. Aurich	36	32	40	43	8	10	565	286	381	150	159	142	1	5	3	1	31	23	1 225	693
25. Münster	33	19	38	31	9	7	462	211	303	90	339	305	3	2	4	3	24	17	1 215	685
26. Minden	64	38	66	58	10	6	599	238	311	83	594	522	9	6	13	6	63	41	1 729	998
27. Arnsberg	45	26	39	32	9	8	528	210	291	75	248	268	4	3	4	3	20	18	1 188	649
28. Kassel	58	30	66	56	13	8	648	260	376	103	349	305	6	3	6	6	38	29	1 561	800
29. Wiesbaden	58	30	54	38	18	12	529	210	332	82	424	352	6	5	7	5	32	16	1 461	750
30. Koblenz	62	30	60	42	13	9	614	230	353	101	426	418	6	6	9	6	42	22	1 585	864
31. Düsseldorf	38	23	38	34	15	11	524	210	340	78	371	276	5	3	4	3	24	19	1 359	656
32. Köln	46	29	45	35	12	8	457	161	244	67	221	218	5	4	5	4	22	14	1 057	539
33. Trier[1]	54	33	66	58	15	6	631	324	401	138	413	178	6	4	4	10	27	24	1 617	774
34. Aachen	55	41	36	34	17	9	556	248	334	87	292	352	7	6	5	4	31	30	1 332	811
35. Sigmaringen	52	43	29	37	3	3	542	258	455	117	362	402	3	3	3	19	32	19	1 482	90[illegible]
Staat Preußen[1]	54	37	53	45	14	12	603	252	356	98	332	304	6	5	6	5	30	23	1 454	78[illegible]
Außerdem: Waldeck	96	31	37	59	—	—	871	463	557	216	310	240	4	—	4	10	74	42	1 952	106[illegible]

[1]) ohne Saargebiet.

Königsberg und Gumbinnen hier am stärksten, Minden, Trier und Münster dagegen am geringsten belastet sind.

Die körperlich Schwergebrechlichen weisen Höchstziffern beim männlichen Geschlecht in den Regierungsbezirken Breslau, Stralsund und Köslin, beim weiblichen in Köslin, Frankfurt und Liegnitz auf, Niedrigstziffern dagegen bei beiden Geschlechtern in den Bezirken Köln, Münster und Berlin auf. (Die weiblichen Mindestziffern der Bezirke Arnsberg, Wiesbaden und Düsseldorf sind zwar unbeträchtlich niedriger als die von Münster, die männlichen aber erheblich höher.)

Bei den körperlich Leichtgebrechlichen haben die Bezirke Breslau, Liegnitz und Osnabrück männliche Höchst-, Köln, Arnsberg und Münster dagegen Niedrigstziffern aufzuweisen; das weibliche Geschlecht ist hier am stärksten in den Bezirken Allenstein, Westpreußen und Breslau, am geringsten in Berlin, Köln und Hannover belastet.

Die geistig Gebrechlichen endlich weisen Höchstziffern bei beiden Geschlechtern in den Regierungsbezirken Minden, Potsdam und Königsberg auf, nur ist beim weiblichen die Ziffer des Bezirks Minden kleiner als die von Potsdam. Die niedrigsten Ziffern finden sich hier, ebenfalls für beide Geschlechter, in den Regierungsbezirken Westpreußen, Aurich und Gumbinnen.

Etwas ausführlichere Angaben über die einzelnen Arten der Gebrechlichen sind in den folgenden Artikeln — Seite 375 bis 382 — zu finden.

Die Blinden in Preußen nach der Reichsgebrechlichenzählung 1925. — Nach dem endgültigen Ergebnis der Reichsgebrechlichenzählung belief sich die Zahl der Blinden in Preußen einschl. derer mit sonstigen Gebrechen auf insgesamt 19 148 oder 50 auf 100 000 Lebende. Davon waren 11 062 oder 58 v. H. männlichen, 8 086 oder 42 v. H. weiblichen Geschlechts. Auf 100 000 Lebende des gleichen Geschlechts entfielen bei den Männern 60, bei den Frauen nur 41 Blinde. Unter den männlichen Personen waren 1 382 oder 12,5 v. H. Kriegsblinde.

Als blind im Sinne der Zählung galten außer den völlig Erblindeten auch solche Personen, deren Sehrest so gering war, daß sie auch mit Hilfe von passenden Augengläsern sich an fremden Orten nicht zurechtfinden oder in einer Entfernung von über einem Meter die ausgespreizten Finger der Hand auf dunklem Hintergrund nicht zählen konnten.

Unter Rückblicken auf die Jahre 1910 und 1880 bietet Tabelle 1 zunächst eine Übersicht über die Blinden nach ihrem Lebensalter.

Lebensalter der Blinden im Preußischen Staate.

(Tab. 1) Lebensalter	Zahl überhaupt 1925		vom Hundert 1925		auf 100 000 Lebende 1925		1910		1880	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
0— 5	81	78	0,7	1,0	4	4	9	7	13	12
5—10	141	126	1,3	1,6	11	10	16	12	20	17
10—15	269	217	2,4	2,7	14	12	24	17	32	30
15—20	465	311	4,2	3,9	23	16	27	20	41	31
20—30	1 099	669	9,9	8,3	32	19	31	22	45	35
30—40	1 790	667	16,2	8,3	72	22	40	30	69	54
40—60	3 594	2 061	32,5	25,5	90	48	88	63	137	118
über 60	3 623	3 957	32,8	49,0	229	208	304	290	453	476
Insgesamt	**11 062**	**8 086**	**100,0**	**100,0**	**60**	**41**	**55**	**49**	**85**	**82**

Wie aus den Spalten 4 und 5 der Tabelle hervorgeht, standen rund 1/3 der männlichen und fast die Hälfte der weiblichen auf Grund der Reichsgebrechlichenzählung in Preußen ermittelten Blinden in einem Lebensalter von über 60 Jahren; 40 Jahre und darüber waren etwa 2/3 der männlichen und rund 3/4 der weiblichen Blinden, während die Zahl der blinden Kinder nicht ganz 5 v. H. der Gesamtheit ausmachte. Schon bei diesen macht sich — betrachtet man die Blindenziffern der Geschlechter (Spalte 6 und 7) — von Klasse zu Klasse eine Mehrbelastung des männlichen Geschlechts bemerkbar, die dann, deutlicher betont, bei den 15 bis 20 und 20 bis 30 jährigen erscheint, ganz besonders stark aber bei den 30 bis 40 Jahre alten Blinden hervortritt; hier macht die männliche Blindenziffer mehr als das Dreifache der weiblichen aus, während sie in den Jahren 1880 und 1910 höchstens um 1/3 größer gewesen war als diese. Auch bei den 40 bis 60 jährigen Blinden ist sie noch fast doppelt so groß wie die der Frauen; erst bei den 60 und mehr Jahre alten Personen nähert sich diese stark der männlichen, ohne sie indessen ganz zu erreichen. Wie man aus früheren Blindenzählungen, bei denen die über 70 jährigen noch besonders ausgezählt wurden, schließen kann, dürften auch diesmal die Frauen dieses Alters eine höhere Blindenziffer aufzuweisen haben als die Männer gleichen Alters. — Daß allgemeinhin die männlichen Blindenziffern bis zum 60. Jahre höher sind als die weiblichen, hat im wesentlichen seine Ursache in der größeren Häufigkeit von Augenverletzungen und deren Folgen, Verletzungen, die zumeist beruflichen Ursprungs sind; der besonders starke Unterschied bei der jetzigen Zählung ist durch die Kriegserblindungen hervorgerufen. — Vergleicht man die Altersklassen-Blindenziffern der letzten Zählung mit denen der Jahre 1910 und 1880, so zeigen sich beim weiblichen Geschlecht überall mehr oder minder starke Abnahmen, während beim männlichen 2 Altersgruppen, die 20 bis 30 und die 30 bis 40 jährigen infolge der zahlreichen Kriegsblinden eine Ausnahme machen; bei den letzteren ist diesmal die Ziffer sogar noch höher als im Jahre 1880. Besonders beachtenswert erscheint die Ziffernabnahme bei den 0 bis 5 jährigen beider Geschlechter, die im Laufe des letzten halben Jahrhunderts auf rund 1/3 ihres Standes von 1880 zurückgegangen sind.

Daß allgemein die Häufigkeit der Blindheit mit zunehmendem Alter wächst, ist eine wohlbekannte und, wenn man sich ihre Gründe klarmacht, keineswegs überraschende Tatsache. Einmal vergrößert sich unter sonst gleichen Bedingungen für den einzelnen Menschen mit der Zahl der durchlebten Jahre die Möglichkeit, durch Erkrankung oder Unfall, in vorgerückten Jahren besonders durch Alterungserscheinungen des Sehorgans zu erblinden, zum andern liegen in Anbetracht der Fortschritte der Hygiene im allgemeinen wie der Augenheilkunde im besonderen die Aussichten, drohender Erblindungsgefahr zu begegnen, um so günstiger, je näher die Geburt eines Menschen der Gegenwart liegt d. h. je jünger er ist. Die Blinden vorgerückten Alters auch der letzten Zählung haben teilweise ihr Gebrechen erworben, als noch gewisse Erkrankungen (Blennorrhoe, Trachom, Tuberkulose, selbst Pocken usw.) weit verbreiteter waren als heute und die Sonderbehandlung erkrankter Augen noch keineswegs die Höhe der Gegenwart erreicht hatte.

In der nun folgenden Tabelle 2 sind die erblindeten Personen nach ihrem Erblindungsalter aufgeführt.

Lebensalter der Blinden zur Zeit der Erblindung im Preußischen Staate.

(Tab. 2) Erblindungsalter	überhaupt		von 100 der Gesamtsumme	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1	2	3	4	5
angeboren .	1 027	875	9,3	10,8
— 5. . .	970	806	8,8	10,0
5—15. . .	1 036	728	9,4	9,0
15—20. . .	530	317	4,8	3,9
20—30. . .	1 789	568	16,2	7,0
30—40. . .	1 432	674	12,9	8,3
40—50. . .	1 320	831	11,9	10,3
50—60. . .	1 109	929	10,0	11,5
60—70. . .	944	1 132	8,5	14,0
70—80. . .	614	831	5,6	10,3
80—	134	232	1,2	2,9
unbekannt .	157	163	1,4	2,0
Insgesamt	**11 062**	**8 086**	**100,0**	**100,0**

Danach sind rund 10 v. H. aller Blinden als von Geburt an blind bezeichnet; gewöhnlich sind hierzu auch die Fälle von Blindheit gerechnet, die in der ersten Lebenszeit erworben wurde. Nicht ganz 20 v. H. waren dann noch im weiteren Kindesalter erblindet, sodaß fast 30 v. H. aller Blinden der Reichsgebrechlichenzählung in Preußen bis zum 15. Lebensjahre von ihrem traurigen Schicksal ereilt worden sind. Im Alter zwischen 15 und 60 Jahren haben etwa 56 v. H. der männlichen, aber nur 41 v. H. der weiblichen Blinden das Augenlicht verloren, während jenseits des 60. Jahres von ersteren 15, von letzteren aber 27 v. H. erblindeten. — Da sich der Zeitraum, innerhalb dessen alle diese Menschen ihr Gebrechen erwarben, über 3 Menschenalter erstreckt und somit auch die äußeren Bedingungen, unter denen sie ihre Sehkraft verloren, ganz verschieden waren, so haben Folgerungen in Bezug auf die verschiedene Gefährdung der einzelnen Altersstufen, zu erblinden, höchstens historischen Wert, für die Gegenwart und Zukunft sind sie belanglos; auch die Anwendung besonderer Rechnungsmethoden vermag daran wenig zu ändern.

Das zur Erblindung führende örtliche Augenleiden ist für die doppelseitig gleichen Leiden nur bei 57 v. H. der männlichen und 61 v. H. der weiblichen Blinden festgestellt worden, da die hierzu nötige Mitwirkung der Augenärzte vielfach nicht erreicht werden konnte. Daß bei den einseitigen, also verschiedenen zur Erblindung führenden örtlichen Leiden nur etwa 5 v. H. der männlichen und 3 v. H. der weiblichen als nicht festgestellt vermerkt

wurden, ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß bei einer nicht unbeträchtlichen Zahl Blinder mit verschiedenen örtlichen Augenleiden nicht einmal diese Tatsache ermittelt wurde; sie mußten vielmehr als „blind (näheres nicht festgestellt)" unter die doppelseitig gleicherweise Erblindeten gerechnet werden. — Sichere Schlüsse auf den wirklichen Anteil der einzelnen örtlichen Leiden an den Gesamtfällen läßt natürlich die hohe Zahl der nicht festgestellten kaum zu. Unter den festgestellten doppelseitigen Leiden stehen Sehnervenschwund, grauer und grüner Star, Hornhauttrübung und Netzhautablösung an erster Stelle; auf sie fallen fast 80 v. H. davon. Bei den einseitigen spielt der Augapfelschwund, in zweiter Linie auch die Iridozyklitis, Leiden, die doppelseitig weniger hervortreten, neben Hornhauttrübung, grauem Star und Netzhautablösung eine Rolle, während hier wieder Sehnervenschwund und grüner Star gegenüber den doppelseitig gleichen Fällen etwas zurücktreten. Über die verschiedene Verteilung bei den Geschlechtern gibt am besten ein Blick auf die Tabelle 3 Auskunft.

Örtliche Augenleiden der Blinden in Preußen.

(Tab. 3)

Augenleiden	Zahl der Blinden mit nebenstehendem Augenleiden			
	a) doppelseitig		b) einseitig	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5
1. Hornhauttrübung	504	472	503	493
2. Regenbogenhautentzündung, ringf. (Iridozyklitis)	136	129	324	282
3. Grauer Star (Katarakt)	906	1 170	638	514
4. Grüner Star (Glaukom)	572	616	284	280
5. Netzhautablösung	549	303	372	176
6. Netzhaut-Pigmententartung (Retinitis pigmentosa)	156	96	93	53
7. Sehnervenschwund (Atrophia nervi optici)	1 449	743	267	174
8. Gewächs (Tumor oculi)	25	13	7	10
9. Mißbildung	108	93	43	44
10. Augapfelschwund (Phthisis bulbi)	295	224	531	378
11. andere benannte Leiden	455	183	740	328
12. nicht festgestellte Leiden	3 904	2 635	204	86
Insgesamt	**9 059**	**6 677**	**4 006**	**2 818**

Bei rund 3/5 der Blinden war die Frage nach der Besserungsfähigkeit des Gebrechens beantwortet, die aber nur in 326 Fällen, d. h. noch nicht 3 v. H., bejaht wurde.

Über die Erblindungsursache liegen bei noch nicht 50 v. H. der Blinden bestimmte Angaben vor, eine bedauerliche Tatsache, die wie schon bei den örtlichen Augenleiden sichere Schlüsse auf wirkliche anteilsmäßige Bedeutung der einzelnen Erblindungsursachen nicht zuläßt. Von den ursächlich festgestellten Fällen entfielen neben 30 v. H. verschiedenen benannten Ursachen im einzelnen auf Augenverletzungen 26,5 v. H. (einschl. Schädelverletzung 29,6 v. H.), auf Tuberkulose (Skrofulose) 7,4 v. H., Vererbung 6,9 v. H., Kurzsichtigkeit 6,2 v. H., Gehirnerkrankungen 4,6 v. H., eitrige Bindehautentzündung 4,7 v. H., Syphilis 4,3 v. H. (einschl. Rückenmarkschwindsucht 6,1 v. H.), sympathische Augenentzündung 2,1 v. H. aller ursächlich festgestellten Fälle. Die sog. ägyptische Augenkrankheit (Trachom) und die Pocken, beides Krankheiten, die als Erblindungsursachen in Preußen zu früherer Zeit von Bedeutung waren und auch jetzt noch in anderen, vornehmlich außereuropäischen Ländern eine erhebliche Rolle spielen, treten mit 1,8 und 0,6 v. H. gegen die vorgenannten Ursachen erheblich zurück. — Die Geschlechter verhalten sich anteilsmäßig bisweilen recht verschieden. Ohne weiteres verständlich ist ja die Tatsache, daß die Verletzungen als Erblindungsursache beim männlichen Geschlecht eine ganz besondere Rolle spielen. Hier beträgt ihr Anteil ein Vielfaches von dem des weiblichen; auch bei der Rückenmarkschwindsucht überwiegt er stark. Andererseits ist z. B. bei der Tuberkulose (Skrofulose) die Zahl der ermittelten weiblichen Blinden erheblich höher als die der männlichen.

Blindenzählungen sind im Gebiet des preußischen Staates zwar bereits seit dem Jahre 1831 in regelmäßigen Abständen vorgenommen worden, die Erhebungen bis in die 60er Jahre hinein gelten jedoch nicht als vollständig; überdies beziehen sie sich bis dahin auf ein geringeres Gebiet (ohne Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau), sodaß Vergleiche hier kaum am Platz sind. Aber auch das Ergebnis der Blindenzählung von 1871 bleibt besser noch außer Betracht, da hier, abweichend von allen früheren und späteren Zählungen, eine höhere weibliche als männliche Blindenziffer festgestellt wurde. In der folgenden Tabelle 4 ist daher der Vergleich der zeitlichen Entwicklung der Blindenziffern in Preußen erst mit dem Jahre 1880 begonnen worden.

Bei der Betrachtung der Ziffern der Vor- und Nachkriegszeit ist zunächst noch daran zu erinnern, daß die abgetretenen Gebiete Preußens größtenteils eine überdurchschnittliche Blindenziffer aufzuweisen hatten. Eine Umrechnung auf den heutigen Gebietsumfang ist jedoch schlechterdings unmöglich, überdies ist der hierdurch etwa bedingte Unterschied der Gesamtblindenziffern kaum von wesentlicher Bedeutung, von weit größerer dagegen ein anderer, durch die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung hervorgerufener, von dem noch späterhin die Rede sein wird.

Auf 100 000 Einwohner in Preußen entfielen Blinde

(Tab. 4)

Jahr	männliche	weibliche	überhaupt
1	2	3	4
1880	85	82	83
1895	72	63	67
1900	66	60	62
1910	55	49	52
1925	60 (52)	41	50 (47)

( ) ohne Kriegsblinde.

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, hat sich seit dem Jahre 1880 die Blindenziffer im Staate um rund 40 v. H. verringert; die Geschlechter verhalten sich etwas verschieden, da beim weiblichen die Abnahme rund 50 v. H., beim männlichen jedoch nur etwa 30 v. H. des Ziffernstandes von 1880 beträgt. Diese Minderabnahme bei den Männern ist zum Teil auf die Kriegserblindungen zurückzuführen. Ohne sie wäre bei einer Gesamtzifferabnahme von etwa 44 v. H. eine solche von rund 39 beim männlichen Geschlecht vorhanden; der Ziffernrückgang des weiblichen wird also auch in diesem Fall nicht erreicht. Vergleicht man nun die Abnahme der Blindenziffern innerhalb der drei gleichen Zeitabschnitte von 1880/95, 1895/1910 und 1910/25, so weisen die Gesamtziffern einen Rückgang von 20, 22 und 4 v. H. des Standes am Anfang jedes Abschnitts auf. Beim weiblichen Geschlecht beträgt die Abnahme zunächst 23 und 22, zuletzt aber nur 16 v. H., beim männlichen sind die Verhältnisse noch wechselnder, da einer Abnahme von 15 v. H. im ersten und 24 v. H. im zweiten eine Zunahme von 9 v. H. im dritten gegenübersteht, die natürlich durch die Kriegsblinden bedingt ist. Bleiben sie außer Betracht, so weist der dritte Abschnitt einen Gesamtrückgang der Blindenziffer von rund 10 v. H., der männlichen allein von 5—6 v. H. auf. So war also der Rückgang im letzten Zeitabschnitt bei den Frauen um fast die Hälfte geringer als von 1895 zu 1910, bei den Männern war er, selbst ohne die Kriegsblinden, sogar nur höchstens 1/4 so groß. Hier aber spielt ein Umstand mit, auf den schon vorher hingewiesen wurde. Seit dem Jahre 1910 hat sich der Altersaufbau der Bevölkerung in Preußen erheblich verändert: infolge des Geburtenrückganges hat der Anteil der jugendlichen Altersklassen an der Gesamtbevölkerung ab-, der der älteren dagegen zugenommen; dazu kommt insbesondere noch der Ausfall von etwa 1 Million Männern vornehmlich unter 40 Jahren durch die Kriegsverluste. Da nun die Blindenziffer mit zunehmenden Alter wächst (s. a. vorher Tabelle 1), so kommt durch diese Verhältniszunahme der älteren

Leute gegenüber der Vorkriegszeit eine Rückgangsminderung bei den Blinden zustande, die also nur äußerlich, nicht innerlich bedingt ist. Rechnet man, um den Einfluß der verschiedenen Altersbesetzung zu beseitigen, die Blindenziffern des Jahres 1925 auf eine Bevölkerung mit einer Altersverteilung gleich der des Jahres 1910 um, so weist die so bereinigte (standardierte) Ziffer des männlichen Geschlechts nur einen Stand von 52 einschl. und von 45 ausschl. der Kriegsblinden, die weiblichen einen solchen von 37 auf 100 000 Lebende gleichen Geschlechts auf, während die Gesamtziffer einschl. der Kriegsblinden 44, ohne sie 41 auf 100 000 Lebende ausmacht. Das aber bedeutet beim männlichen Geschlecht einen Rückgang von rund 18 v. H., beim weiblichen sogar von 24 v. H. gegenüber dem Stande von 1910, bei den Blinden insgesamt von 21 v. H., wenn man von den Kriegsblinden, die ihr Gebrechen einem außergewöhnlichen Ereignis verdanken, absieht. Tatsächlich ist also eine Abnahme der Blindenhäufigkeit in ähnlichem Ausmaß wie in den beiden ersten Zeitabschnitten auch im dritten und letzten nachweisbar; ihr scheinbar geringerer Umfang beruht nur auf einer äußeren Ursache, der Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung.

Der gleiche Umstand scheint auch eine gewisse Rolle bei der Betrachtung der Blinden nach dem Bekenntnis zu spielen. Unter den 19 148 Blinden waren 13 305 evangelisch, 5 265 katholisch und 244 israelitisch, 334 endlich sonstigen und unbekannten Bekenntnisses, das sind bei den Evangelischen 55, bei den Katholiken nur 44, bei den Juden dagegen etwa 60 Blinde auf 100 000 Lebende gleichen Bekenntnisses nach der Volkszählung von 1925. Inwieweit der immerhin beträchtliche Unterschied zwischen den beiden christlichen Bekenntnissen auf etwaigen Verschiedenheiten des Altersaufbaues beruht, muß dahinstehen, da dieser nicht bekannt ist. Bei der jüdischen Bevölkerung aber steht fest, daß der Anteil der unter 25 Jahre alten Personen nur rund 33 v. H. gegenüber fast 50 v. H. in der Gesamtbevölkerung beträgt; ohne Zweifel ist also ein großer Teil der Mehrbelastung der jüdischen Bevölkerung, wenn nicht die ganze, nicht auf größere Erblindungshäufigkeit, sondern nur auf ihre im Vergleich zur Gesamtbevölkerung stärkere Überalterung zurückzuführen.

Die Taubstummen und die Ertaubten in Preußen in der Reichsgebrechlichenzählung 1925/26.

I. Die Taubstummen.

In Preußen gehen die Erhebungen über die Taubstummen bis 1819 zurück. Sie sind zunächst in der „statistischen Tabelle" und seit 1867 aus Anlaß der Volkszählungen fortlaufend ermittelt. Brauchbare, mit späteren Jahren vergleichbare Ergebnisse liegen jedoch erst seit 1871 vor. Bei einer Gegenüberstellung mit der Reichsgebrechlichenzählung ist zu beachten, daß sich die Bevölkerung Preußens durch Verkleinerung des Gebietsumfangs etwa um $^1/_{10}$ verminderte, weshalb absolute Zahlen nicht vergleichbar sind, sondern nur Beziehungszahlen aufgeführt werden können. Zudem waren die abgetretenen Provinzen Posen und Westpreußen bei früheren Erhebungen stets verhältnismäßig hoch mit Taubstummen belastet, weshalb das Ausscheiden dieser Gebiete für den Staatsdurchschnitt vielleicht an sich schon ein günstigeres Ergebnis bedingt. Ferner ist bei den Volkszählungen weder in der Zählkarte noch in den Anweisungen an die Zähler der Begriff „taubstumm" irgendwie umschrieben, während ihn die Reichsgebrechlichenzählung genau festlegt. Sie bezeichnet als taubstumm die von Geburt oder früher Kindheit an völlig Tauben und solche Personen, deren Gehörreste so gering sind, daß sie die Sprache auf natürlichem Wege nicht erlernen können oder konnten, und zwar auch dann noch, wenn sie die Lautsprache durch Taubstummenunterricht erlernt haben und sich dadurch verständigen können. Es wäre denkbar, daß die hier mitgeteilte Abgrenzung der Taubstummen die Feststellungen der Reichsgebrechlichenzählung in einer Richtung beeinflußt haben könnte, die eine Vergleichbarkeit mit den Volkszählungen beeinträchtigt.

Die Reichsgebrechlichenzählung ergab für Preußen 20 426 Taubstumme oder 5,3 auf je 10 000 der Bevölkerung, einschließlich der Personen, die taubstumm und gleichzeitig körperlich oder geistig gebrechlich sind. Die mit Blindheit behafteten Taubstummen sind bei den Blinden mitgeführt und im einzelnen nicht zu erfassen. Die 1925 festgestellte Belastung von 5,3 Taubstummen auf 10 000 Lebende erscheint verhältnismäßig günstig, da die 1910er Volkszählung noch 8,7 Taubstumme ergab und die zwischen 1905 und 1871 veranstalteten Erhebungen einen Satz von 9 bezw. 10 Taubstummen ermittelten. Da Taubstummheit entweder angeboren oder im jüngsten Kindesalter erworben ist, dürfte dieses günstige Ergebnis dem Rückgang der Morbidität bei Krankheiten, die Ohrleiden zur Folge haben können, sowie den Fortschritten der Kinderheilkunde und des Ohrenspezialistentums zu verdanken sein. Denn viele Erkrankte mit Ohrenleiden, die früher taubstumm geworden wären, können jetzt durch rechtzeitige Behandlung geheilt und vor diesem Gebrechen bewahrt werden. Außerdem sind auch wohl Ertaubte früher oft als Taubstumme geführt worden, während die 1925er Zählung beide Gruppen von Gebrechlichen scheidet und damit wohl auch eine Entlastung der Taubstummen bewirkt. Unter den 20 426 Taubstummen sind 10 731 männliche und 9 695 weibliche Personen. Mithin erscheinen diese weniger gefährdet als jene. Die stärkere Belastung des männlichen Geschlechts tritt bei Berücksichtigung der Gesamtbevölkerung noch deutlicher hervor, und zwar treffen auf je 10 000 Lebende 5,8 männliche, aber nur 4,9 weibliche Taubstumme. Die größere Gefährdung der männlichen Personen tritt in allen Altersklassen auf und wird zumeist damit erklärt, daß die Knaben den epidemischen Krankheiten, die im frühesten Kindesalter als Ursachen der Taubstummheit genannt werden, in höherem Grade ausgesetzt sind als die Mädchen. Die Frage, ob die Knaben auch im Fötalleben von Erkrankungen der Hirnhäute mit anschließender Taubstummheit häufiger betroffen sein mögen, wird verschieden beurteilt. Vielleicht spielt auch Vererbung dabei eine Rolle.

Für die Altersgliederung der Taubstummen unterscheidet die Reichsgebrechlichenzählung

Alter		Personen		auf 10 000 Lebende
0 bis unter 7 jährige		776 Personen	oder	1,6 auf 10 000 Lebende
7 „ „ 10 „		735 „	„	5,7 „ „ „
10 „ „ 15 „		2 337 „	„	6,1 „ „ „
15 „ „ 20 „		2 067 „	„	5,1 „ „ „
20 „ „ 30 „		3 365 „	„	4,7 „ „ „
30 „ „ 40 „		2 819 „	„	5,1 „ „ „
40 „ „ 60 „		5 792 „	„	7,0 „ „ „
60 und mehr „		2 535 „	„	7,2 „ „ „
Insgesamt		20 426 „	„	5,3 „ „ „ .

Das auffallend seltene Vorkommen der Taubstummheit bei den Kleinkindern wird zumeist als nicht zutreffend beurteilt, weil das Vorhandensein dieses Gebrechens in den ersten Lebensjahren besonders auf dem Lande zunächst häufig übersehen oder verheimlicht und mitunter erst bei Beginn der Schulpflicht offenbar wird. Infolgedessen ist auch die Gesamtzahl der Taubstummen vermutlich größer als die Zählung ermittelt. Unter den Schulkindern kommt Taubstummheit $3^1/_2$ mal so häufig vor als bei den Kleinkindern. Für Jugendliche und Erwachsene der verschiedenen Altersstufen steigt der Anteil unwesentlich und erreicht bei den alten Leuten den Höhepunkt. Die Zunahme der Taubstummenziffer bei den älteren Jahrgängen darf wohl der früher weit stärkeren Morbidität bei bestimmten, zur Ertaubung führenden Krankheiten, auf deren Rückgang schon vorher hingewiesen worden ist, wie dem gleichfalls erwähnten Umstand zugeschrieben werden, daß die medizinische Wissenschaft ehedem für Diagnose und Behandlung der zur Taubstummheit führenden Kinderkrankheiten weniger Hilfsmittel besaß als jetzt, wo sie häufiger in der Lage ist, von Taubstummheit bedrohte Kleinkinder vor diesem Gebrechen zu

bewahren. Eine Erklärung für das häufigere Vorkommen der Taubstummheit unter den 7 bis 15 jährigen im Vergleich zu den älteren (bis 40 Jahre zählenden) Gruppen ist durch die (1915—1917) auffallend hohe Morbidität an Diphtherie, Scharlach und Typhus kaum ausreichend erklärt, zumal die früheren Jahrgänge von der epidemischen Genickstarre betroffen wurden, die in den Jahren 1905—1909 ungewöhnlich stark verbreitet war.

Die Religionszugehörigkeit der Taubstummen wird von jeher bearbeitet. Sie ergibt stets eine stärkere Belastung der Juden. Bei der Reichsgebrechlichenzählung sind gegenüber einem Gesamtdurchschnitt von 5,3 auf 10 000 der Bevölkerung die Juden mit 9 vertreten. Sie übertreffen ihn mithin sehr erheblich (um 70 %). Die hohe Zahl der Taubstummen unter den Juden wird allgemein auf das häufigere Vorkommen von Verwandtenehen zurückgeführt.

Besonders aufmerksam behandelt die Reichsgebrechlichenzählung die Ertaubungsursachen, die bei den Volkszählungen bisher nicht erfaßt wurden. Dafür verzichtet sie auf die übliche Unterscheidung zwischen angeborener und erworbener Taubstummheit und begnügt sich damit, die angeborene Taubheit ohne besondere Angabe den „unbekannten Ursachen" zuzurechnen. Von den 11 252 Fällen mit unbekannten Ursachen dürfte die angeborene Taubstummheit einen erheblichen Teil beanspruchen.

Nur für 9 174 Taubstumme (das sind 45 % der Gesamtzahl) sind die Ursachen des Gebrechens mitgeteilt. Jedoch können die Feststellungen keinen Anspruch auf Zuverlässigkeit erheben. Wenn schon Spezialisten die Ertaubungsursachen bei Schulkindern auf Grund des ärztlichen Befundes mit allem Vorbehalt mitteilen, ist bei den hauptsächlich von Laien vorgenommenen Ermittlungen der Reichsgebrechlichenzählung größte Vorsicht geboten, zumal bei älteren Taubstummen, deren Angaben sich jeder Nachprüfung entziehen.

Von den 9 174 Taubstummen, bei denen die Ursache des Gebrechens angegeben ist, werden in mehr als der Hälfte aller Fälle (nämlich 4 783) Infektionskrankheiten genannt, hauptsächlich

Scharlach	1 967 Personen	oder	21,4 %
Epidemische Genickstarre	959 „	„	10,4 %
Masern	744 „	„	8,1 %
Diphtherie	431 „	„	4,6 %
Typhus	344 „	„	3,7 %.

Hingegen treten die als Ertaubungsursachen sonst häufig ermittelten Erkrankungen an Keuchhusten, Mumps und angeborener Syphilis durchaus zurück; Tuberkulose und Pocken werden nur vereinzelt aufgeführt.

Den Infektionskrankheiten schließen sich 1 830 Erkrankungen des Gehirns und der Nerven an, die etwa ein Fünftel aller Taubstummen betreffen. Besonders wichtig erscheinen

Gehirnentzündung	656 Personen	oder	7,1 %
Gehirnhautentzündung	579 „	„	6,3 %
Krämpfe	459 „	„	5 %.

Unter Gehirn- bzw. Gehirnhautentzündung dürften noch zahlreiche Fälle von epidemischer Genickstarre enthalten sein, die ja auch zu einer Meningitis führt.

Bei den Erkrankungen des Ohres, die in 800 Fällen (oder $1/12$ der Gesamtheit) als Ertaubungsursachen vorkommen, finden sich vor allem Mittelohreiterungen oft sekundärer Natur.

Mitunter (bei 160 Personen) wird das Gebrechen auf Krankheiten der Luftwege zurückgeführt; noch seltener (112 mal) auf Entwicklungskrankheiten, bei denen Rachitis überwiegt.

Bei mehr als $1/8$ aller Fälle wird das Gebrechen einer Verunglückung zugeschrieben. Da ein Trauma bei künstlicher Entbindung insbesondere bei Anwendung der Zange zur Taubstummheit führen kann, ebenso Schädelverletzung durch Sturz oder Schlag auf den Kopf in den ersten Lebensmonaten, ist anzunehmen, daß entsprechende Vorkommnisse dieser Gruppe zugeteilt sind. Desgleichen dürften Verunglückungen durch Explosion und Detonation hier aufgeführt sein, ebenso Verletzungen des Trommelfells durch Fremdkörper. Inwieweit auf diese Weise beide Ohren beschädigt worden sind oder einseitige Verletzungen nach vorausgegangener Zerstörung des ersten Ohres durch Krankheit vorliegen, wird nicht unterschieden. Jedenfalls ist der Anteil der auf Trauma beruhenden Gruppe der Taubstummen bei der Reichsgebrechlichenzählung viel stärker als in der bisherigen Literatur, sodaß die Zuverlässigkeit der vorliegenden Feststellungen doch zweifelhaft erscheint.

Die Reichsgebrechlichenzählung ist auch bemüht, den Ertaubungsgrad zu ermitteln. Die Frage nach etwa vorhandenen Gehörresten wurde für $1/6$ aller Taubstummen bejaht, jedoch ist bei den übrigen $5/6$ nicht bekannt, ob die entsprechende Antwort fehlt oder verneint ist. Deshalb hat die Zählung über das Vorkommen von Gehörresten bei den Taubstummen keinen verwertbaren Aufschluß erbracht.

II. Die Ertaubten.

Die Ertaubten sind in Preußen durch die Reichsgebrechlichenzählung zum ersten Male ermittelt. Als ertaubt gelten Personen, die nach Erlernung der Sprache das Gehör vollständig und soweit verloren haben, daß sie gesprochene Worte durchs Ohr auch mit Hilfe von Hörrohren oder ähnlichen Apparaten nicht verstehen können. Ferner ist zu beachten, daß als ertaubt erst Personen vom 7. Lebensjahre an gelten, während die jüngeren mit gleichen Erscheinungen den Taubstummen zugerechnet werden. Als ertaubt sind 2 919 männliche und 2 574 weibliche, zusammen 5 493 Personen gemeldet. Das häufigere Vorkommen der Ertaubung bei den Männern zeigt sich bei einer Gegenüberstellung dieser Gebrechlichen mit der Gesamtbevölkerung noch deutlicher. Während für beide Geschlechter auf je 10 000 der Bevölkerung 1,4 Ertaubte nachgewiesen sind, entfallen auf die männliche Bevölkerung 1,6 und auf die weibliche nur 1,3 Gebrechliche. Eine Gruppierung der Ertaubten nach dem Lebensalter

7 bis unter 10 jährige	7	oder	0,05	auf 10 000 Lebende
10 „ „ 15 „	89	„	0,23	„ „ „
15 „ „ 20 „	164	„	0,41	„ „ „
20 „ „ 30 „	415	„	0,59	„ „ „
30 „ „ 40 „	800	„	1,46	„ „ „
40 „ „ 60 „	1 909	„	2,30	„ „ „
60 und mehr	2 109	„	6,05	„ „ „

zeigt eine schwache Besetzung der jüngeren Klassen und eine beständige Zunahme des Gebrechens bei den späteren Jahrgängen.

Die Reichsgebrechlichenzählung hat auch das Ertaubungsalter erfaßt. Es war

7 bis unter 15 Jahre	bei 1 608	Personen
15 „ „ 20 „	„ 480	„
20 „ „ 30 „	„ 1 009	„
30 „ „ 40 „	„ 820	„
40 „ „ 50 „	„ 603	„
50 „ „ 60 „	„ 432	„
60 „ „ 70 „	„ 267	„
70 „ „ 80 „	„ 142	„
80 und mehr „	„ 33	„
unbekannt	„ 99	„ .

Mithin zeigt sich, daß bei $3/10$ aller Fälle die Ertaubung schon bis zum 15. Lebensjahre vorliegt, während die späteren Termine mehr zurücktreten. Offenbar hat gerade der bei weitem größte Teil der über 60 Jahre alten Ertaubten das Gebrechen in jungen Jahren erworben. Es ist anzunehmen, daß in anbetracht der Besserung der gesundheitlichen Verhältnisse und der Fortschritte der ärztlichen Wissenschaft, worauf schon bei den Taubstummen hingewiesen wurde, die zur Zeit noch hohen Ertaubtenziffern bei den älteren Leuten in Zukunft wesentlich geringeren Platz machen werden.

Die Religionszugehörigkeit der Ertaubten erweist nicht das von den Taubstummen her bekannte Überwiegen der jüdischen Gebrechlichen. Vielmehr nähert sich ihre Anzahl von 1,56 auf 10 000 Lebende sehr dem Vorkommen der Ertaubten bei den Evangelischen in Höhe von 1,51.

Reichlich $^2/_5$ der Ertaubten geben das Vorhandensein eines Gehörrestes an. Da bei den übrigen $^3/_5$ nicht unterschieden wird, ob jegliche Angabe fehlt, oder die Frage nach dem Vorliegen des Gehörrestes verneint ist, können aus dieser Feststellung keinerlei Folgerungen abgeleitet werden.

Unter den Ertaubungsursachen ist 500 mal Kriegsbeschädigung vertreten, die wohl hauptsächlich unter „Verunglückung" aufgeführt sein dürfte. Diese Gruppe enthält 24 % aller ertaubten Männer, jedoch nur 7 % der ertaubten Frauen, sodaß das Zahlenverhältnis aller Ertaubungsursachen bei Männern und Frauen außerordentlich voneinander abweicht.

Die weitaus wichtigste Ursache bilden Infektionskrankheiten aller Art mit 1 247 Personen oder 29 % aller Fälle. Besonders hervorzuheben sind

Scharlach . . . . 469 Personen oder 11 %
Epidemische Genickstarre 252 „ „ 6 %
Typhus . . . . 121 „ „ 2,8 %
Masern . . . . 117 „ „ 2,7 %
Diphtherie . . . . 95 „ „ 2,2 %.

Grippe ist 77 mal genannt, und vereinzelt kommen noch angeborene und erworbene Syphilis sowie Tuberkulose vor.

Von großer Bedeutung sind Krankheiten des Ohres, die bei 22 % als Ursache der Ertaubung angegeben waren. Insbesondere sind zu erwähnen:

Mittelohreiterung . . . 786 Personen oder 18,6 %
Otosklerose . . . . 61 „ „ 1,4 %

außerdem Gehörnerverkrankung bzw. -abtötung oder -lähmung, Mittelohrkatarrh und Tubenkatarrh.

Krankheiten des Gehirns und der Nerven gelten bei 10 % als Ertaubungsursache, darunter

Gehirnentzündung . . . 116 Personen oder 2,7 %
Gehirnschlag . . . . . . 67 „ „ 1,5 %
Gehirnhautentzündung . 58 „ „ 1,3 %.

Auf Erkrankung der Luftwege wird jede 12. Ertaubung zurückgeführt. Endlich ist das Gebrechen öfters (bei 5 %) noch als Alterserscheinung bezeichnet.

Die Schwergebrechlichen im Freistaat Preußen nach der Reichsgebrechlichenzählung von 1925. — Während Erhebungen über Blinde, Taubstumme und Geisteskranke in Preußen teilweise 100 Jahre zurückgehen, ist eine Feststellung der gesamten körperlich Gebrechlichen (Krüppel) durch die Reichsgebrechlichenzählung von 1925 zum ersten Male erfolgt. Einige früher, teilweise privat, teilweise mit amtlicher Hilfe durchgeführte Erhebungen über Gebrechliche dieser Art erstreckten sich nur auf einzelne Gebietsteile des Staates, während andererseits die Reichszählung des Jahres 1906 nur Kinder bis zum 14. Lebensjahre erfaßte.

Als körperlich gebrechlich im Sinne der Zählung von 1925 galten alle Personen, deren normale Bewegungsfähigkeit dauernd stark eingeschränkt ist oder deren Körperform von der Norm stark abweicht, sei es infolge Fehlens, Verkürzung, Verkrümmung, Verstümmelung und Lähmung von Gliedmaßen oder ihrer Teile oder infolge von Versteifung, Verrenkung, Erschlaffung oder sonstiger Bewegungshinderungen von Gelenken oder endlich infolge hochgradiger Wirbelsäulenverkrümmung oder Lähmung des Rumpfes.

Je nach dem Grade des Gebrechens wurde dabei zwischen Schwergebrechlichen und Leichtgebrechlichen unterschieden.

Die Gesamtzahl der körperlich Gebrechlichen einschl. derer mit anderen Gebrechen belief sich nach der Zählung von 1925 auf 258 305 (184 182 m., 74 123 w.) Personen, von denen 173 069 (118 251 m., 54 818 w.) als schwergebrechlich und 85 236 (65 931 m., 19 305 w.) als leichtgebrechlich im Sinne der Zählung anzusehen sind. Von ersteren entfallen auf 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts 639 männliche, aber nur 279 weibliche, ein Unterschied, der größtenteils, aber nicht völlig durch Kriegsbeschädigungen und Berufseinwirkungen bedingt ist. Zieht man die durch den Weltkrieg schwergebrechlich Gewordenen — es sind das 48 176 männliche und 29 weibliche Personen — nicht mit in Rechnung, so sinkt die Schwerbeschädigten-Ziffer des männlichen Geschlechts auf 380, während die des weiblichen unverändert bleibt; die Gesamtziffer der Schwergebrechlichen stellt sich mit den Kriegsbeschädigten auf 454, ohne sie auf 328 auf 100 000 Einwohner.

Lebensalter der Schwergebrechlichen.

(Tab. 1)

Lebensalter	Zahl der körperlich Schwergebrechlichen					Auf 100 000 Einw. entfallen Schwergebrechliche		
	überhaupt			vom Hundert				
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	m.	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
0 bis unter 5 Jahre	927	876	1 803	0,8	1,6	51	50	50
5 „ „ 10 „	2 602	2 304	4 906	2,2	4,2	208	191	200
10 „ „ 15 „	4 041	3 638	7 679	3,4	6,6	209	193	201
15 „ „ 20 „	6 123	5 279	11 402	5,2	9,6	304	266	285
20 „ „ 30 „	15 675	7 394	23 069	13,2	13,5	461	205	329
30 „ „ 40 „	35 079	6 240	41 319	29,7	11,4	1 416	209	756
40 „ „ 60 „	36 687	14 450	51 137	31,0	26,4	915	339	618
60 und mehr Jahre	17 117	14 637	31 754	14,5	26,7	1 082	769	911
Zusammen . . .	**118 251**	**54 818**	**173 069**	**100,0**	**100,0**	**639**	**279**	**454**

Betrachtet man zunächst die Belastung der Geschlechter durch Schwergebrechliche in den einzelnen Altersklassen, so tritt schon im Kindesalter, also zu einer Zeit, in der Berufseinflüsse noch nicht in Frage kommen, eine deutliche Mehrbelastung des männlichen Geschlechts zutage. Bei den Kleinkindern ist der Unterschied zwar noch unbedeutend, aber bei den Kindern von 5 bis 15 Jahren sind die Knaben im Durchschnitt schon um etwa 10 v. H. stärker betroffen als die Mädchen; jenseit dieser Altersgrenze, bei den 15 bis 20 jährigen, macht die Mehrbelastung des männlichen Geschlechts bereits 15 v. H. aus. Dann nimmt sie rasch zu und erreicht in der Altersklasse der 30 bis 40 jährigen, unter denen sich die Hauptmasse der Kriegsbeschädigten befindet, ihren Höchststand; sie macht hier das Siebenfache der weiblichen Belastung aus. Aber schon bei den 40 bis 60 jährigen erreicht sie nicht mehr ganz die dreifache Höhe. Denn einmal ist hier der Anteil der durch den Krieg schwerbeschädigten männlichen Personen bereits erheblich geringer, zum andern aber zeigt das weibliche Geschlecht eine erhebliche Zunahme an Schwergebrechlichen gegenüber der vorigen Altersklasse, ein Umstand, der bei den über 60 Jahre alten Personen den Unterschied zwischen den Ziffern der Geschlechter noch weiter verringert; hier ist die männliche Ziffer nicht mehr ganz um die Hälfte höher als die weibliche. — Daß die Häufigkeit schwerer Gebrechen namentlich im höheren Lebensalter stark zunimmt, ist auch beim männlichen Geschlecht trotz der außergewöhnlichen Belastung der 30 bis 40 jährigen durch Kriegsbeschädigungen unverkennbar, beim weiblichen tritt diese Tatsache jedenfalls deutlich hervor. Eigenartig ist die verhältnismäßig hohe Belastung der 15 bis 20 jährigen, die bei den Frauen deutlich gegenüber der vorangehenden und den beiden folgenden Altersstufen zutage tritt, während sie bei den Männern durch die kriegsbeschädigten Schwergebrechlichen verdeckt wird, aber doch wenigstens gegenüber den 20 bis 30 jährigen vermutet werden kann. Die gleiche Erscheinung zeigt sich übrigens auch bei den Leichtgebrechlichen.

In der folgenden Tabelle 2 sind die Schwergebrechlichen nach dem Alter, in welchem das Gebrechen eintrat, ausgezählt.

Während danach angeborene Schwergebrechen beim weiblichen Geschlecht etwas häufiger sind, zeigt sich bereits bei den im frühen Kindesalter erworbenen eine deutliche Mehrbeteiligung der Knaben, die noch stärker bei den zwischen dem 5. und 15. Lebensjahre erworbenen Leiden hervortritt; hier ist die Zahl der Knaben bereits um die Hälfte größer. Nun kommen die Jahre des Berufslebens und der Kriegsdienstzeit der Männer, wodurch die Spannung zwischen ihnen und den Frauen bei den bis zum 40. Jahre erworbenen Gebrechen ganz besonders verstärkt wird; zwischen

Lebensalter der körperlich Schwergebrechlichen bei Eintritt des Gebrechens.

(Tab. 2) Lebensalter bei Eintritt des Gebrechens	überhaupt		vom Hundert	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1	2	3	4	5
angeboren	10 545	12 307	8,92	22,45
0 bis unter 5 Jahre	11 485	9 971	9,71	18,19
5 „ „ 15 „	9 336	6 177	7,90	11,27
15 „ „ 20 „	9 189	2 293	7,77	4,18
20 „ „ 30 „	36 682	3 788	31,02	6,91
30 „ „ 40 „	18 970	3 868	16,04	7,06
40 „ „ 50 „	9 327	4 627	7,89	8,44
50 „ „ 60 „	6 158	5 011	5,21	9,14
60 „ „ 70 „	3 903	3 922	3,30	7,15
70 „ „ 80 „	1 212	1 714	1,02	3,13
80 und mehr Jahre	104	242	0,09	0,44
unbekannt	1 340	898	1,13	1,61
Insgesamt	118 251	54 818	100,00	100,00

30 und 40 Jahren haben etwa 5 mal so viel Männer als Frauen ein schweres Gebrechen davongetragen. Jenseit des 40. Jahres ist vor allem die Zahl der durch Kriegsbeschädigung erworbenen Schwergebrechen nur noch gering, immerhin haben noch rund doppelt so viel Männer als Frauen ihr Gebrechen zwischen 40 und 50 Jahren erworben, zwischen 50 und 60 Jahren aber nur noch etwa 1/5 mehr. Zwischen 60 und 70 Jahren sind die Zahlen ziemlich gleich groß und in höherem Alter überwiegt der Anteil der Frauen, wobei deren stärkere Besetzung der Lebenden in höheren Altersstufen in Betracht zu ziehen ist. Die Verteilung der Schwergebrechlichen beider Geschlechter auf die einzelnen Altersstufen bei Eintritt des Gebrechens ist hauptsächlich infolge der durch den Krieg erworbenen Gebrechen ganz verschieden (s. Spalte 4 und 5 der Tabelle). Im Kindesalter haben beim weiblichen Geschlecht 52 v. H., beim männlichen, wenn man die Kriegsfälle nicht mitrechnet, etwa 45 v. H. der Schwergebrechlichen ihr Leiden erworben.

Über Art und Sitz des Leidens der Schwergebrechlichen gibt die folgende Tabelle 3 Auskunft. Da einzelne von ihnen gleichzeitig mit mehreren Gebrechen behaftet sind, ist die Zahl der in dieser Tabelle ausgezählten Fälle etwa um 3 v. H. größer als die der schwergebrechlichen Personen.

Körperlich Schwergebrechliche, Art und Sitz des Leidens.

(Tabelle 3)	Zahl der Fälle					
	überhaupt			vom Hundert		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
1	2	3	4	5	6	7
Lähmungen	40 108	24 940	65 048	33,0	44,0	36,5
Fehlen von Gliedmaßen	39 755	4 580	44 335	32,7	8,1	24,8
Versteifungen od. Verrenkungeu	15 171	14 817	29 988	12,5	26,1	16,8
Starke Verkürzungen	15 268	6 666	21 934	12,5	11,7	12,3
Sonstige Verunstaltungen	6 103	4 227	10 330	5,0	7,5	5,8
Mehrf. leichte körperliche Gebrechen	3 301	640	3 941	2,7	1,1	2,2
Schlotter- oder falsche Gelenke	1 414	144	1 558	1,2	0,2	0,9
Hochgradige Verkrümmungen	563	713	1 276	0,5	1,3	0,7
Zusammen	121 683	56 727	178 410	100,0	100,0	100,0

Die zum großen Teil durch Kriegsbeschädigungen, vielfach aber auch im Berufsleben erworbenen schweren Gebrechen der Männer bedingen ein wesentlich verschiedenes Bild ihrer Verteilung nach Art und Sitz bei den Geschlechtern. Unter den Hauptgruppen der Tabelle — sie ist nach Höhe der Gesamtfälle innerhalb der einzelnen Gebrechensarten geordnet — fallen besonders die Fälle von fehlenden Gliedmaßen auf, deren Zahl beim männlichen Geschlecht fast 9 fach so hoch ist wie beim weiblichen. Starke Verkürzungen von Gliedmaßen haben mehr als doppelt so viel Männer als Frauen aufzuweisen. Bei den Lähmungen, die der Zahl nach an erster Stelle stehen und über 1/3 der Gesamtfälle ausmachen, zeigt das männliche Geschlecht eine um rund 3/5 größere Zahl. Unbedeutend ist dagegen der Unterschied zwischen den Geschlechtern bei den an dritter Stelle stehenden Versteifungen und Verrenkungen. Aber bei den der Zahl nach weniger ins Gewicht fallenden Schwergebrechensarten überwiegen die männlichen Fälle z. T. noch erheblicher, so z. B. bei den falschen oder Schlottergelenken, bei denen sie fast das 10 fache der weiblichen Fälle dieser Art ausmachen. Nur bei den hochgradigen Verkrümmungen der Gliedmaßen und der Wirbelsäule sind die Frauen etwas stärker beteiligt.

Soweit die eigentlichen Ursachen der schweren Gebrechen festgestellt werden konnten, sind sie in der folgenden Tabelle 4 nachgewiesen.

Ursachen des Leidens der Schwergebrechlichen.

(Tabelle 4)	männl.	weibl.	zusammen
1	2	3	4
1. Geburtsfehler	10 545	12 307	22 852
2. Infektionskrankheiten	12 963	10 655	23 618
darunter			
Tuberkulose	4 409	3 529	7 938
Spinale Kinderlähmung	7 072	5 912	12 984
3. Gehirn- und Nervenleiden	9 036	8 760	17 796
darunter			
Schlaganfall	4 397	4 709	9 106
Krampflähmung	1 831	1 705	3 536
Rückenmarksleiden	529	345	874
4. Erkrankungen der Knochen u. Gelenke	4 026	3 224	7 250
darunter			
Rachitis	1 022	1 274	2 296
Knochenmarkentzündung	1 769	1 061	2 830
5. Rheuma oder Gicht	5 486	7 552	13 038
6. Äußere Einwirkung	72 650	8 638	81 288
7. Andere benannte Ursachen	1 150	1 477	2 627
8. Unbekannte Ursachen	2 395	2 205	4 600
Zusammen	118 251	54 818	173 069

Rund 47 v. H. der gesamten Schwergebrechlichen haben danach ihr Leiden sich durch äußere Einwirkung zugezogen. Selbst wenn man die Kriegsschäden nicht mitrechnet, bleibt diese Ursache doch mit über 30 000 oder 27 v. H. der Gesamtfälle bei weitem die häufigste. Maßgebend ist dabei natürlich die Beteiligung des männlichen Geschlechts, bei dem sich, die Kriegsbeschädigten miteingerechnet, 61 v. H. und ohne sie 35 v. H. ihr Schwergebrechen durch äußere Einwirkung zugezogen haben, wozu im letzterem Falle wohl Berufsunfälle das Meiste beitragen. Bei den Frauen spielen die äußeren Einwirkungen als Ursache schwerer Gebrechen mit 16 v. H. der Gesamtfälle zwar auch eine gewisse Rolle, treten jedoch zahlenmäßig hinter anderen Ursachen zurück. In weitem Abstand hinter den äußeren Einflüssen folgen der Gesamtzahl nach als Ursache schwerer Gebrechen die Infektionskrankheiten, bei denen interessanter Weise die Zahl der männlichen Schwergebrechlichen um rund 20 v. H. größer ist als die der weiblichen. Von einzelnen Krankheiten dieser Gruppe sind noch besonders die spinale Kinderlähmung und die Tuberkulose aufgeführt, von denen erstere über die Hälfte, letztere etwa 1/3 der Gesamtfälle dieser Gruppe ausmacht. Bei der Tuberkulose ist der Anteil des männlichen Geschlechts sogar um 25 v. H. größer als der des weiblichen. Nur wenig geringer an Zahl als durch die Infektionen verursachten Schwergebrechen sind die angeborenen, sei es, daß hier fehlerhafte Anlage oder Geburtsschädigung die eigentliche Ursache ist. Bei den Schwergebrechlichen dieser Art ist jedenfalls die Zahl der weiblichen um fast 17 v. H. größer als die der männlichen; wahrscheinlich spielt dabei die bei den Frauen weit häufigere angeborene Hüftgelenkverrenkung eine entscheidende Rolle. Dagegen ist wieder bei den in der Ursachenreihe der Gesamtzahl nach an vierter Stelle folgenden Gehirn- und Nervenkrankheiten der Anteil der männlichen Schwer-

gebrechlichen ein wenig größer. Unter den besonders angeführten einzelnen Ursachen dieser Gruppe weist der Schlaganfall mehr als die Hälfte ihrer Gesamtfälle auf, wobei das weibliche Geschlecht etwas stärker beteiligt ist; entscheidend ist dabei wohl die größere Zahl der Lebenden weiblichen Geschlechts in vorgerücktem Alter. Verhältnismäßig selten erscheinen Rückenmarksleiden als Ursache schwerer Gebrechen; wahrscheinlich aber sind sie vielfach nur allgemeinhin als Nervenleiden angegeben worden. Auch bei den an fünfter Stelle stehenden, durch Rheumatismus oder Gicht schwergebrechlich Gewordenen, bei denen die Zahl der Frauen um fast 40 v. H. größer ist als die der Männer, mag die verschiedene Altersbesetzung von Bedeutung sein. Bei den in der Reihe der Gebrechensursachen an sechster Stelle folgenden Erkrankungen der Knochen und Gelenke ist wieder die Zahl der männlichen Schwergebrechlichen um etwa 1/4 größer; unter den besonders aufgeführten Einzelursachen dieser Gruppe überwiegt sie bei der Knochenmarkentzündung sogar um fast 70 v. H., während andererseits bei den durch Rachitis verursachten schweren Gebrechen die Zahl der weiblichen Personen um etwa 25 v. H. größer ist.

Der Religion nach waren von den Schwergebrechlichen

evangelisch	78 810 männl.	37 801 weibl.	zus. **116 611** Pers.
katholisch	35 089 „	16 117 „	„ **51 206** „
israelitisch	613 „	325 „	„ **938** „

Auf 100 000 Einwohner gleichen Bekenntnisses entfielen bei den Evangelischen 471 und bei den Katholiken 429 körperlich Schwergebrechliche, bei den Juden nur 232. Diese erhebliche Minderbelastung der jüdischen Bevölkerung ist großenteils wohl durch die durchschnittlich weitaus geringere Berufsgefährdung der männlichen Juden zu erklären, aber auch hinsichtlich der Gefährdung durch Krankheitsfolgen mit ihrer durchschnittlich besseren sozialen Lage; denn auch die jüdischen Frauen weisen eine nur wenig mehr als halb so starke Belastung auf wie die der beiden christlichen Bekenntnisse.

Die geistig Gebrechlichen in Preußen in der Reichsgebrechlichenzählung 1925/26. — Als geistig Gebrechliche im Sinne dieser Zählung gelten Personen, die infolge Geisteskrankheit oder geistig schwer abnormer Zustände, gehäufter epileptischer Anfälle, angeborenen oder durch Hirnkrankheiten bezw. Verletzungen erworbenen Schwachsinns einer besonderen Beaufsichtigung oder Pflege bedürfen. Die Zählung hat **133 240** Personen dieser Art ermittelt, nämlich 68 072 männliche und 65 168 weibliche. Das Überwiegen der Männer zeigt sich noch deutlicher bei der Berechnung auf 100 000 Lebende, unter denen je 368 Erkrankte erscheinen, während von den Frauen nur 332 betroffen sind und sich für die Gesamtbevölkerung ein Durchschnitt von 349 ergibt. In diesen Berechnungen sind auch die Personen, bei denen geistige Erkrankungen zusammen mit Taubstummheit, Blindheit oder körperlichen Gebrechen auftreten, enthalten.

Die für 1925 festgestellten Verhältnisse können mit früheren Ergebnissen kaum verglichen werden. Allerdings sind die Geisteskranken bei den Volkszählungen der Jahre 1867, 1871, 1880 und 1895 ermittelt; 1905 und 1910 kommen noch die Geistesschwachen hinzu. Jedoch ist bei den Volkszählungen der Begriff „geisteskrank bzw. geistesschwach“ nirgends erläutert, während ihn die Reichsgebrechlichenzählung genau umschreibt und auf diejenigen Personen beschränkt, die infolge ihres Gebrechens einer besonderen Aufsicht und Pflege bedürfen.

Auf 100 000 Lebende kamen geistig Gebrechliche

	1910	1925
Männer	417	368
Frauen	369	332
Gesamtbevölkerung	392	349.

Wenn daher im Widerspruch mit der sonst vielfach angenommenen Zunahme der geistigen Defekte 1925 etwa 11 % weniger Gebrechliche dieser Art erscheinen als bei der letzten Erhebung vor dem Kriege, so muß man sich hier doch wohl die Frage vorlegen, ob nicht bei dem Rückgang der Ziffern gegenüber den Ergebnissen von 1910 die für 1925 gewählte engere Abgrenzung des Begriffes „geisteskrank“ eine Rolle spielt. Von nicht zu unterschätzendem Einfluß dürfte die starke Übersterblichkeit der Geisteskranken in den Anstalten, auf die in der Folge noch näher eingegangen ist, gewesen sein. Weit schwerer zu beurteilen ist die Frage, inwieweit etwa durch eine Allgemeinbesserung des Gesundheitszustandes und durch Fortschritte der Heilkunst eine Verringerung in der Zahl der geistig Gebrechlichen bewirkt worden ist. Es soll in diesem Zusammenhange nur an die Salvarsanbehandlung der Syphilis, durch die ein Befallenwerden der Organe des Zentralnervensystems in stärkerem Maße verhindert wird als früher, und ferner an die neuerdings mit Erfolg in Angriff genommene Behandlung der progressiven Paralyse durch Malaria-Impfung erinnert werden.

Eine Untersuchung der Religionszugehörigkeit ergibt bei Protestanten ebenso wie bei Katholiken 353 Gebrechliche auf je 100 000 Lebende, gegenüber 466 bei den Juden. Diese Zahlen bestätigen das seit langem bekannte häufigere Vorkommen von Geisteskrankheiten bei den Juden.

Das Lebensalter der geistig Gebrechlichen zeigt die nachstehende Übersicht:

0 bis unter 5 Jahre	741 Pers.,	das sind	21	auf 100 000 Lebende
5 „ „ 10 „	3 638 „	„ „	148	„ „ „
10 „ „ 15 „	7 236 „	„ „	190	„ „ „
15 „ „ 20 „	11 808 „	„ „	295	„ „ „
20 „ „ 30 „	26 358 „	„ „	376	„ „ „
30 „ „ 40 „	25 564 „	„ „	468	„ „ „
40 „ „ 60 „	40 074 „	„ „	485	„ „ „
60 und mehr „	17 821 „	„ „	511	„ „ „
Zusammen	133 240 „	„ „	350	„ „ „

Die ungemein geringe Belastung der Kleinkinder dürfte den Tatsachen kaum entsprechen. Angeborener Schwachsinn oder Blödsinn wird in den ersten Lebensjahren häufig nicht erkannt, weil sich die Angehörigen über die wahre Sachlage oft im Unklaren befinden und das Vorhandensein des Gebrechens erst später deutlich hervortritt. Infolgedessen wird sich auch die Gesamtheit der geistig Gebrechlichen erhöhen. Die aufgeführte Zahlenreihe erweist die mit dem Lebensalter wachsende Bedeutung der geistigen Gebrechen. Sie ist bei beiden Geschlechtern zu beobachten, tritt jedoch bei den Frauen so stark hervor, daß im Gegensatz zum Gesamtdurchschnitt bei der Gruppe der 60 und mehr jährigen die Belastung der geisteskranken Frauen die der Männer um etwa 10 % überragt. Bei zwei Fünftel aller ermittelten Personen soll das geistige Gebrechen angeboren sein; bei drei Fünftel hingegen erworben, und zwar wird die Entstehung hauptsächlich in das 20. bis 40. Lebensjahr verlegt.

Die Zählung hat auch die Art des Gebrechens genauer festgestellt. Hierbei sind aber nicht die Personen ausgezählt, sondern die Krankheitsfälle, sodaß Personen, bei denen gleichzeitig mehr als ein Gebrechen angegeben ist, bei jedem aufgeführt sind. Infolgedessen kommt diese Gliederung zu (etwa 7 %) höheren Zahlen als die Unterscheidung nach Personen. Die geistigen Gebrechen werden in 5 Gruppen zusammengefaßt. Unter die Geisteskrankheiten entfallen die gesamten organischen und funktionellen Psychosen. Zu den geistig abnormen Zuständen zählen unter anderem: Hysterie, Neurasthenie, Kokainismus und Morphinismus, sodann Zwangsvorstellungen. Die dritte Gruppe bilden die Epileptiker mit gehäuften Anfällen; die vierte betrifft die durch Hirnkrankheit oder Hirnverletzung erworbenen Fälle von Schwachsinn; die fünfte enthält die Fälle von angeborenem Schwachsinn einschließlich Cretinismus, Idiotie, Imbezillität und Mongolismus.

Als geistige Gebrechen sind im einzelnen ermittelt

Geisteskrankheiten	51 707	Fälle	36 %
Schwachsinn (angeborener)	45 786	„	32 „
Gehäufte epileptische Anfälle	25 508	„	18 „
Schwachsinn (erworbener)	13 403	„	9 „
Geistig abnorme Zustände	6 339	„	4 „.

Darunter sind 3 887 Fälle, bei denen Kriegsbeschädigung als Gebrechensursache vorliegen soll. Für die Gruppen „Geisteskrankheiten" und „erworbener Schwachsinn" ist auch der Zeitpunkt, an welchem das Gebrechen zuerst bemerkt worden ist, mitgeteilt.

Demnach sind die Geisteskrankheiten erworben

vor dem 20. Lebensjahr	bei 20 % der Fälle
im 20. bis vor dem 40. Lebensjahr	„ 50 „ „ „
im 40. Lebensjahr und später	„ 30 „ „ „.

Hingegen tritt erworbener Schwachsinn auf

vor dem 20. Lebensjahr	bei 58 % der Fälle
im 20. bis vor dem 40. Lebensjahr	„ 20 „ „ „
im 40. Lebensjahr und später	„ 22 „ „ „.

Endlich gewährt die Zählung auch über das Lebensalter der Gebrechlichen am Erhebungstage in der Gliederung nach der Art des Leidens Aufschluß.

Art des Leidens	Lebensalter bei der Erhebung: unter 20	20 bis unter 40	40 und mehr	Zusammen
Geisteskrankheiten	1 425	17 449	32 833	51 707
Angeborener Schwachsinn	16 006	18 447	11 333	45 786
Gehäufte epileptische Anfälle	4 626	12 814	8 068	25 508
Erworbener Schwachsinn	2 571	4 832	6 000	13 403
Geistig abnorme Zustände	915	2 538	2 886	6 339.

Das Überwiegen des angeborenen Schwachsinns in den ersten beiden Altersgruppen bedarf keiner besonderen Erklärung. Wenn die Zahl der Fälle bei den 20—40 jährigen noch größer ist als bei Jugendlichen, so kann hierbei sowohl die abweichende Altersbesetzung mitsprechen als auch der Umstand, daß früher vielleicht der angeborene Schwachsinn im Kindesalter noch häufiger vorkam als jetzt. Die bedeutende Abnahme dieses Leidens unter den älteren Personen dürfte damit zusammenhängen, daß viele von Geburt an Schwachsinnige nicht alt werden. Außerdem hat vielleicht auch die allgemeine Übersterblichkeit der Geisteskranken in Anstalten während der Kriegsjahre, welche aus der folgenden kleinen Übersicht hervorgeht, eine besonders starke Abnahme der Schwachsinnigen herbeigeführt.

Von den in Anstalten untergebrachten Geisteskranken starben auf 1 000 Behandelte:

1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1921
60,1	68,7	92,8	116,6	207,4	168,4	109,2	72,9	61,1.

Auch die Epilepsie-Fälle treten in der 2. Altersgruppe am häufigsten auf. Im Gegensatz zu diesen beiden Gebrechen erhalten die übrigen mit zunehmendem Lebensalter wachsende Bedeutung, weshalb die 40 und mehr jährigen überall am stärksten betroffen sind.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Freistaat Preußen im Jahre 1929. — Im Jahre 1929 wurden in Preußen 365 301 Ehen geschlossen; auf je 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen 9,3 Eheschließungen. Die Heiratsziffer war somit auf der Höhe geblieben, die sie im Jahre 1928 erreicht hatte, überstieg aber nicht unerheblich die Ziffern der vorhergehenden Jahre (1924 7,2 v. T., 1925 und 1926 je 7,8 v. T., 1927 8,6 v. T.) sowie die der letzten Vorkriegsjahre (1913 7,8 v. T.). Da aber die Alterszusammensetzung der Bevölkerung gegenüber der Vorkriegszeit sich sehr geändert hat, insbesondere der Anteil der im heiratsfähigen Alter stehenden Jahresklassen stark gewachsen ist, gibt die Heiratsziffer kein zutreffendes Bild der Heiratsintensität beider Zeitabschnitte. Geht man statt von der Gesamtbevölkerung von der im heiratsfähigen Alter stehenden Bevölkerung aus, so ergibt sich, daß erst in den beiden letzten Jahren die Heiratsintensität der Vorkriegsjahre erreicht wurde. Unter den Provinzen wies, wie auch in früheren Jahren, die Stadt Berlin mit 10,9 v. T. die höchste Heiratsziffer auf; es folgten Sachsen (9,7 v. T.), Brandenburg (9,5 v. T.) und die Rheinprovinz (9,3 v. T.). Die niedrigsten Ziffern zeigten die Grenzmark Posen-Westpreußen (7,5 v. T.) und Ostpreußen (7,8 v. T.). Der Unterschied zwischen den Heiratsziffern der einzelnen Provinzen war also verhältnismäßig gering.

Heiratsziffern auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929[1])
1.	5,4	5,7	5,7	6,1	7,0	6,7
2.	7,9	8,7	8,6	9,5	10,4	10,1
3.	6,6	7,4	7,3	8,1	8,8	9,2
4.	8,9	9,4	9,7	10,8	10,8	11,1
im Jahre	7,2	7,8	7,8	8,6	9,3	9,3

[1]) vorläufiges Ergebnis.

Die Geburtlichkeit Preußens ist im Berichtsjahre weiter zurückgegangen. Die Geburtenziffer, die im Jahre 1928 noch 19,2 v. T. betrug, fiel auf 18,5 v. T., verringerte sich also um 3,6 v. H. Von den Provinzen hatte die niedrigste Geburtenziffer die Stadt Berlin mit 10,4 v. T.; es folgten Hessen-Nassau und Brandenburg mit je 16,9 v. T. Die höchsten Geburtenziffern wiesen Oberschlesien mit 26,2 v. T., Ostpreußen mit 22,3 v. T., die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 21,5 v. T. und Westfalen mit 20,7 v. T. auf; auch das Saargebiet hatte eine verhältnismäßig hohe Geburtlichkeit (21,4 v. T.).

Geburtenziffern (einschl. der Totgeborenen) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929[1])
1.	22,7	23,1	21,4	20,0	20,1	19,6
2.	21,6	22,8	20,9	19,7	19,6	19,3
3.	20,7	20,9	20,0	18,9	18,8	18,3
4.	21,0	19,9	18,9	17,8	18,1	16,7
im Jahre	21,5	21,6	20,3	19,1	19,2	18,5

[1]) vorläufiges Ergebnis.

Die Sterblichkeit war im Berichtsjahre erheblich höher als im Vorjahre; die Sterblichkeitsziffer stieg von 12,1 v. T. auf 13,2 v. T., wobei jedoch zu beachten ist, daß das Jahr 1928 eine sehr günstige Sterblichkeit hatte. Die Erhöhung der Sterblichkeit ist darauf zurückzuführen, daß im ersten Vierteljahre 1929 infolge der ungewöhnlich starken Kälte die Zahl der Sterbefälle an Grippe und anderen Erkältungskrankheiten außerordentlich anschwoll. — Mit Ausnahme von Oberschlesien, dessen Sterbeziffer schon im Vorjahre infolge starker Säuglingssterblichkeit sehr hoch war, haben sämtliche Provinzen eine Erhöhung ihrer Sterblichkeitsziffer erfahren. An der Spitze stand diesmal Niederschlesien mit 14,6 Sterbefällen auf je 1 000 Einwohner; dann folgten Brandenburg mit 14,4 v. T. und Oberschlesien mit 14,1 v. T. Die geringsten Sterbeziffern wiesen wieder Westfalen (12,1 v. T.), Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein (je 12,2 v. T.), ferner die Rheinprovinz (12,6 v. T.), Hannover (12,7 v. T.) und die Stadt Berlin (12,8 v. T.) auf.

Sterbeziffern (einschl. der Totgeborenen) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929[1])
1.	15,1	13,4	13,7	15,2	13,4	18,1
2.	12,8	12,6	12,5	12,0	12,6	12,6
3.	11,3	11,6	11,2	10,9	10,8	10,8
4.	12,3	12,7	11,9	12,2	11,7	11,3
im Jahre	12,9	12,6	12,3	12,6	12,1	13,2

[1]) vorläufiges Ergebnis.

Die Säuglingssterblichkeit mit 9,8 Sterbefällen auf je 100 Lebendgeborene hat sich ebenfalls gegen das Vorjahr erhöht, stand aber unter dem Mittel der Jahre 1924 bis 1927 (10,2 v. H.). Oberschlesien, das, wie wir gesehen haben, die höchste Geburtenziffer verzeichnete, hatte auch wieder die größte Säuglingssterblichkeit (13,5 v. H.). Am geringsten war sie in Hessen-Nassau (6,1 v. H.) und Hannover (7,6 v. H.).

Säuglingssterblichkeitsziffern auf 100 Lebendgeborene.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929[1]
1.	11,7	11,5	10,7	11,3	10,0	12,1
2.	10,4	9,7	9,8	9,1	9,2	9,3
3.	10,4	10,4	10,0	8,7	8,3	8,6
4.	10,2	9,9	9,3	9,0	8,3	8,5
im Jahre . . .	**10,6**	**10,4**	**10,1**	**9,7**	**8,9**	**9,8**

[1]) vorläufiges Ergebnis.

Der Geburtenüberschuß war infolge der hohen Sterblichkeit und der geringen Geburtlichkeit klein; er betrug 207 757 gegenüber 275 535 im Vorjahre und 252 328 im Jahre 1927. Die Geburtenüberschußziffer belief sich auf 5,3 v. T. gegenüber von 7,0 v. T. im Jahre 1928 und 6,5 v. T. im Jahre 1927; in den letzten Vorkriegsjahren hatte der preußische Staat damaligen Gebietsumfangs dagegen einen Geburtenüberschuß von rund 13 v. T. und um die Jahrhundertwende 16 v. T. Von den Provinzen hatte wieder Oberschlesien mit 12,0 v. T. die höchste Geburtenüberschußziffer; auch Ostpreußen (8,8 v. T.), Westfalen (8,6 v. T.) und die Grenzmark Posen-Westpreußen (7,9 v. T.) hatten einen verhältnismäßig hohen Geburtenüberschuß. Am niedrigsten war die Geburtenüberschußziffer in der Provinz Brandenburg (2,5 v. T.), während Berlin einen Sterbeüberschuß von 10 646 Personen (− 2,5 v. T.) verzeichnete.

Geburtenüberschußziffern auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929[1]
1.	7,6	9,7	7,7	4,8	6,7	1,5
2.	8,8	10,2	8,4	7,7	7,0	6,7
3.	9,4	9,2	8,8	8,0	8,0	7,5
4.	8,6	7,2	7,1	5,6	6,5	5,5
im Jahre . . .	**8,6**	**9,1**	**8,0**	**6,5**	**7,0**	**5,3**

[1]) vorläufiges Ergebnis.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Staate und in den Provinzen im Jahre 1929.

(Ergebnis der vorläufigen Auszählung.)

Provinzen / Staat	Eheschließungen		Geborene einschl. Totgeborener		Totgeborene		Gestorbene einschl. Totgeborener		Geburtenüberschuß / Sterbeüberschuß		Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle lebendgeborener Kinder im 1. Lebensjahre)	
	1928	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929	1928	1929
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
					a) Grundzahlen.							
1. Ostpreußen . . .	18 924	18 412	54 230	52 346	1 576	1 527	30 895	31 720	23 335	20 626	5 347	5 348
2. Brandenburg . .	25 185	25 073	46 318	44 665	1 698	1 683	34 260	37 957	12 058	6 708	3 898	4 455
3. Stadt Berlin . .	46 030	47 102	45 128	44 740	1 776	1 592	51 369	55 386	− 6 241	− 10 646	3 379	3 720
4. Pommern	16 732	16 616	40 831	38 605	1 266	1 203	24 083	25 774	16 748	12 831	3 683	3 852
5. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	2 754	2 593	7 704	7 421	244	220	4 170	4 692	3 534	2 729	733	828
6. Niederschlesien . .	28 740	28 222	66 117	62 956	2 524	2 422	43 920	46 982	22 197	15 974	7 020	7 311
7. Oberschlesien . . .	11 937	12 314	38 517	38 071	813	875	20 611	20 558	17 906	17 513	5 093	5 013
8. Sachsen	32 957	32 650	66 444	63 565	2 435	2 268	42 156	46 476	24 288	17 089	6 147	6 825
9. Schleswig-Holst.	14 203	14 157	27 963	26 865	918	910	17 781	18 985	10 182	7 880	2 306	2 307
10. Hannover	28 675	28 880	62 201	60 014	2 191	2 027	37 287	41 926	24 914	18 088	4 260	4 397
11. Westfalen	44 338	45 372	107 350	103 180	3 356	3 275	53 710	60 302	53 640	42 878	8 739	9 608
12. Hessen-Nassau[1]) .	22 222	22 798	43 187	42 649	1 369	1 288	27 675	30 593	15 512	12 056	2 486	2 509
13. Rheinprovinz einschl. Hohenzoll. Lande	69 320	71 112	143 509	139 940	4 089	3 989	86 047	95 909	57 462	44 031	11 544	12 500
Staat[1]) . . .	**362 017**	**365 301**	**749 499**	**725 017**	**24 255**	**23 279**	**473 964**	**517 260**	**275 535**	**207 757**	**64 635**	**68 673**
Außerdem:												
Saargebiet	6 546	6 525	15 206	14 672	418	382	7 309	7 901	7 897	6 771	1 279	1 503
					b) Verhältnisziffern auf 1000 der mittleren Bevölkerung.						Auf 100 Lebendgeborene des Berichtsjahres	
1. Ostpreußen . . .	8,1	7,8	23,2	22,3	0,7	0,7	13,2	13,5	10,0	8,8	10,2	10,5
2. Brandenburg . .	9,6	9,5	17,6	16,9	0,6	0,6	13,0	14,4	4,6	2,5	8,7	10,4
3. Stadt Berlin . .	10,8	10,9	10,6	10,4	0,4	0,4	12,0	12,8	− 1,5	− 2,5	7,8	8,6
4. Pommern	8,7	8,6	21,1	19,9	0,7	0,6	12,5	13,3	8,7	6,6	9,3	10,3
5. Grenzmark Posen-Westpreußen . . .	8,0	7,5	22,4	21,5	0,7	0,6	12,1	13,6	10,3	7,9	9,8	11,5
6. Niederschlesien . .	8,9	8,8	20,6	19,5	0,8	0,8	13,7	14,6	6,9	5,0	11,0	12,1
7. Oberschlesien . . .	8,3	8,5	26,8	26,2	0,6	0,6	14,3	14,1	12,4	12,0	13,5	13,5
8. Sachsen	9,8	9,7	19,3	18,8	0,7	0,7	12,5	13,8	7,2	5,1	9,6	11,1
9. Schleswig-Holst.	9,1	9,1	18,0	17,2	0,6	0,6	11,4	12,2	6,5	5,1	8,5	8,9
10. Hannover	8,7	8,8	19,0	18,2	0,7	0,6	11,4	12,7	7,6	5,5	7,1	7,6
11. Westfalen	8,9	9,1	21,6	20,7	0,7	0,7	10,8	12,1	10,8	8,6	8,4	9,6
12. Hessen-Nassau[1]) .	9,1	9,1	17,6	16,9	0,6	0,5	11,3	12,2	6,3	4,8	5,9	6,1
13. Rheinprovinz einschl. Hohenzoll. Lande	9,2	9,3	19,0	18,4	0,5	0,5	11,4	12,6	7,6	5,8	8,3	9,2
Staat[1]) . . .	**9,3**	**9,3**	**19,2**	**18,5**	**0,6**	**0,6**	**12,1**	**13,2**	**7,0**	**5,3**	**8,9**	**9,8**
Außerdem:												
Saargebiet	9,6	9,5	22,4	21,4	0,6	0,6	10,8	11,5	11,6	9,9	8,6	10,5

[1]) für 1929 einschl. Waldeck.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Freistaat Preußen im Jahre 1930. — Die Bevölkerungsbewegung des Jahres 1930 stand im Zeichen der allgemeinen Wirtschaftskrise. Die Zahl der Eheschließungen, die seit dem Jahre 1924 — dem Tiefpunkt der Heiratshäufigkeit nach der gewaltigen Heiratshochflut in den ersten Nachkriegsjahren — andauernd langsam gestiegen war und auch in der ersten Hälfte von 1930 noch ebenso groß gewesen ist wie im gleichen Zeitraum der beiden Vorjahre, hat im zweiten Halbjahr 1930 unter dem Einfluß der verschlechterten wirtschaftlichen Lage erheblich abgenommen. Insgesamt heirateten im Jahre 1930 im preußischen Staate nur 350 340 Paare gegenüber 365 221 im Jahre 1929 und 362 017 im Jahre 1928; die Heiratsziffer sank dementsprechend von 9,3 v. T. (1928 und 1929) auf 8,9 v. T. Allerdings ist die Heiratshäufigkeit im Berichtsjahre immer noch größer gewesen als 1927; damals

Heiratsziffern auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930[1])
1.	5,4	5,7	5,7	6,1	7,0	6,7	7,1
2.	7,9	8,7	8,6	9,5	10,4	10,1	10,1
3.	6,6	7,4	7,3	8,1	8,8	9,2	8,3
4.	8,9	9,4	9,7	10,8	10,8	11,1	9,9
im Jahre	7,2	7,8	7,8	8,6	9,3	9,3	8,9

[1]) vorläufiges Ergebnis.

gingen nur 333 245 Paare (= 8,6 v. T.) eine neue Ehe ein. Bei diesem Vergleiche ist jedoch zu beachten, daß die Zahl der für eine Eheschließung in Betracht kommenden Personen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung in den letzten Jahren ständig gewachsen ist (und auch etwa in den nächsten 10 Jahren noch weiter wachsen wird), da augenblicklich die starkbesetzten Geburtsjahrgänge der letzten Vorkriegszeit in das heiratsfähige Alter einrücken. Es ist deshalb richtiger, die Zahl der Eheschließungen nicht auf die Gesamtbevölkerung zu beziehen, sondern nur auf die unverheirateten Männer im Alter von 21 und mehr Jahren, die jeweils zu Beginn eines Kalenderjahres vorhanden waren. (Eine gleiche Berechnung für die unverheirateten Frauen ist wegen des hohen Frauenüberschusses in den Altersklassen zwischen 30 und 45 Jahren nicht angängig.) Es ergeben sich dann folgende besondere Heiratsziffern:

für 1927	95,9 ‰	für 1929	100,4 ‰
„ 1928	101,6 „	„ 1930	94,3 „

Die Heiratsintensität des männlichen Geschlechts war demnach im Berichtsjahre nicht nur geringer als 1928 und 1929, sondern blieb auch noch etwas hinter der des Jahres 1927 zurück, das ungefähr die gleiche Eheschließungshäufigkeit aufwies wie die letzten Jahre vor dem Kriege. (1911 kamen im damaligen preußischen Staatsgebiet ohne die Provinzen Posen und Westpreußen 95,1 Eheschließungen auf 1 000 unverheiratete Männer über 21 Jahre.) Nach den bereits vorliegenden Ergebnissen hat die Heiratshäufigkeit in den bisher verflossenen Monaten von 1931 noch weiter nachgelassen.

An dem Rückgang der Eheschließungen waren sämtliche Provinzen beteiligt; im Vergleich mit 1929 war er am größten in der Provinz Sachsen (6,1 %), die schon im 1. Halbjahr 1930 eine leichte Abnahme der Heiraten zeigte, am geringsten in Hannover (0,5 %) und Ostpreußen (1,1 %). Die Reihenfolge der Provinzen nach der Höhe der Heiratsziffer wurde jedoch dadurch nur wenig geändert; an der Spitze stehen, wie auch sonst immer, Berlin (mit 10,5 Eheschließungen auf 1 000 Einwohner), Sachsen und Brandenburg (mit je 9,0 ‰), am Schluß die Grenzmark Posen-Westpreußen (7,1 ‰), Ostpreußen (7,7 ‰) und Oberschlesien (8,0 ‰). Beachtlich ist, daß im Gegensatz zu allen sonstigen Landesteilen in dem der preußischen Verwaltung vorübergehend entzogenen Teile des Saargebiets die Zahl der Heiraten ebenso wie die Heiratsziffer 1930 größer gewesen ist als im Vorjahre, obwohl auch hier bereits seit der Jahresmitte ein Rückgang in der Eheschließungshäufigkeit zu verzeichnen war; dieser Rückgang war aber nicht groß genug, um die starke Zunahme der Heiraten im ersten Halbjahr wettzumachen.

Das Absinken der Geburtenzahl, das seit Kriegsende fast ständig beobachtet werden konnte und das nur in den Jahren 1925 und 1928 zeitweilig unterbrochen wurde, hat sich auch 1930 weiter fortgesetzt. Allerdings war der Rückgang von 1929 zu 1930 nur etwa halb so groß wie der von 1928 zu 1929. Die Gesamtzahl der Geborenen (einschl. der Totgeborenen) betrug im vergangenen Jahre nur 713 099; dagegen waren es 1929 noch 725 299, 1928 sogar 749 499. Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung berechnet kamen 1930 18,0 Geborene gegenüber 18,5 bzw. 19,2 in den beiden Vorjahren. Ein Vergleich mit der Geburtenhöhe des Jahres 1913 — damals kamen auf dem gegenwärtigen Staatsgebiet 28,1 Geburten auf 1 000 Einwohner — zeigt, daß die jetzige Geburtenziffer bereits um rund 36 % niedriger ist als die des letzten Vorkriegsjahres.

Geburtenziffern (einschl. der Totgeborenen) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930[1])
1.	22,7	23,1	21,4	20,0	20,1	19,6	19,2
2.	21,6	22,8	20,9	19,7	19,6	19,3	18,9
3.	20,7	20,9	20,0	18,9	18,8	18,3	17,4
4.	21,0	19,9	18,9	17,8	18,1	16,7	16,7
im Jahre	21,5	21,6	20,3	19,1	19,2	18,5	18,0

[1]) vorläufiges Ergebnis.

In Wirklichkeit ist die Geburtenabnahme jedoch noch größer gewesen, da die Zahl der gebärfähigen Frauen und ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung bisher fortdauernd gestiegen ist. Setzt man die Zahl der Geburten in Beziehung zu der Zahl der Frauen zwischen 16 und 45 Jahren, so erhält man folgende allgemeine Fruchtbarkeitsziffern:

für 1911[1])	136,4 ‰	für 1929	73,7 ‰
„ 1928	77,2 „	„ 1930	71,9 „

Tatsächlich ist also die Geburtenhäufigkeit, auf 1 000 weibliche Personen im gebärfähigen Alter berechnet, im vergangenen Jahre nur noch wenig mehr als halb so groß gewesen wie kurz vor dem Weltkriege. Sicherlich wird die Geburtenzahl im Jahre 1931 noch weiter absinken, da die Verschärfung der wirtschaftlichen Not in den Herbst- und Wintermonaten von 1930 erst in der Geburtenzahl des laufenden Jahres zum Ausdruck kommen kann. Hiergegen spricht auch nicht die Beobachtung, daß die Geburtenziffer des 4. Vierteljahres 1930 genau so hoch war wie die des 4. Vierteljahrs 1929, in dem die Geburtlichkeit gegenüber früheren Jahren eine ungewöhnliche Tiefe erreicht hatte.

Die Geburtenabnahme des Jahres 1930 erstreckte sich ziemlich gleichmäßig auf die meisten Provinzen; nur Oberschlesien und Hannover vermochten den Stand von 1929 zu halten. Am größten war der Rückgang der absoluten Zahl der Geborenen in der Grenzmark (um 3,5 %), in Sachsen und Hessen-Nassau (um je 3,1 %). Ordnet man die einzelnen Landesteile nach der Höhe ihrer Geburtenziffer, so ergibt sich trotz des verschiedenen Ausmaßes des Geburtenrückganges fast die gleiche Reihenfolge wie in den vorangegangenen Jahren. Die höchsten Geburtenziffern hatten wieder Oberschlesien (26,1 v. T.), Ostpreußen (21,6 v. T.) und die Grenzmark (20,5 v. T.). Diese Provinzen behaupten ihre Stellung auch, wenn man nur die ehelichen Geburten berücksichtigt. Da in ihnen zugleich — wie oben erwähnt wurde — die Heiratshäufigkeit stets besonders niedrig ist, muß in diesen Landesteilen noch eine verhältnismäßig hohe eheliche Fruchtbarkeit vorhanden sein. Auch im Saargebiet stand die Geburtlichkeit mit 21,2 v. T. erheblich über

[1]) altes Staatsgebiet, jedoch ohne Posen und Westpreußen.

dem Staatsdurchschnitt. Am geringsten war dagegen, wie immer, die Geburtenhäufigkeit in Berlin (10,2 v. T.); hier blieb die Zahl der Geburten im Jahre 1930 um mehr als 2 700 hinter der Zahl der Eheschließungen des Vorjahres zurück, während im Staat als Ganzem die Geburten fast genau das Doppelte der Eheschließungen ausmachten. Recht niedrig war auch die Geburtenziffer in Hessen-Nassau (16,3 v. T.), Brandenburg und Schleswig-Holstein (je 16,8 v. T.).

Entsprechend der Zahl der Geborenen überhaupt ist auch die Zahl der **Totgeborenen** in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. Sie sank von 24 255 im Jahre 1928 über 23 303 im Jahre 1929 auf 22 974 im Jahre 1930; ihr Anteil an der Gesamtzahl der Geborenen betrug stets etwas über 3,2 v. H. Allerdings bestehen zwischen den einzelnen Teilen des Staatsgebietes ziemlich beträchtliche Unterschiede.

Sehr günstig verlief die Entwicklung der **Sterblichkeit**, da das Jahr 1930 von größeren Infektionskrankheiten verschont blieb, insbesondere von der Grippe, die nach dem Kriege mehrfach, zuletzt noch 1927 und besonders 1929, zahlreiche Opfer gefordert hat. Unter Einrechnung der Totgeburten starben diesmal insgesamt bloß 454 521 Personen (= 11,5 auf 1 000 der Bevölkerung), während es in dem gesundheitlich ebenfalls recht günstigen Jahre 1928 noch 473 964 (= 12,1 ‰) waren; 1929 war die Zahl der Gestorbenen unter dem Einfluß der Grippe und ihrer Folgekrankheiten (vgl. die Ziffern des 1. Vierteljahrs, in dem 1929 die Grippeepidemie herrschte) vorübergehend sogar auf 517 345 (= 13,2 ‰) emporgeschnellt.

Sterbeziffern (einschl. der Totgeborenen) auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930¹)
1.	15,1	13,4	13,7	15,2	13,4	18,1	12,6
2.	12,8	12,6	12,5	12,0	12,6	12,6	12,0
3.	11,3	11,6	11,2	10,9	10,8	10,8	10,2
4.	12,3	12,7	11,9	12,2	11,7	11,3	11,2
im Jahre . . .	12,9	12,6	12,3	12,6	12,1	13,2	11,5

¹) vorläufiges Ergebnis.

An der Verminderung der Sterblichkeit nahmen sämtliche Provinzen des Staates teil. Nicht nur gegenüber dem Jahre 1929, das wegen seiner ungewöhnlich hohen Zahl von Todesfällen für einen Vergleich wenig geeignet ist, sondern auch gegenüber 1928 ist die absolute Zahl der Gestorbenen ebenso wie die allgemeine Sterbeziffer im Berichtsjahre in allen Gegenden zum Teil erheblich zurückgegangen, obwohl die Gesamtzahl der lebenden Personen gleichzeitig dauernd angewachsen ist. Besonders stark war die Abnahme in der Rheinprovinz einschl. Hohenzollerische Lande: Von den 19 443 Todesfällen, die 1930 im ganzen Staate weniger gezählt wurden als 1928, entfiel fast ein Viertel (4 853 = 24,96 %) allein auf diesen Landesteil. Am höchsten war 1930 — wie bereits in früheren Jahren — die Sterbeziffer in Ober- und Niederschlesien (13,0 bzw. 12,9 v. T.), Brandenburg (12,5 v. T.) und Ostpreußen (12,3 v. T.), am geringsten in Westfalen (10,2 v. T.), der Rheinprovinz einschl. Hohenzollerische Lande (10,6 v. T.) und Hessen-Nassau (10,7 v. T.); auch im Saargebiet war die Sterblichkeit wie stets außerordentlich niedrig (10,5 v. T.). Wenn die Sterbeziffern der westlichen Landesteile im allgemeinen geringer sind als die der östlichen Provinzen, so erklärt sich dies in der Hauptsache aus der besonderen Alterszusammensetzung der Bevölkerung in den Städten und Industriebezirken jener Gebiete, in denen die mittleren Altersklassen mit ihrer relativ niedrigen Sterblichkeit stark überwiegen.

Einen etwas tieferen Einblick in die Veränderungen, die die Sterblichkeitsverhältnisse in den letzten Jahren erfahren haben, gewinnt man, wenn man die Gestorbenen nach einigen größeren Altersgruppen aufteilt und neben die absoluten Zahlen die auf je 1 000 lebende Personen berechneten besonderen Sterbeziffern für jede Altersgruppe setzt, wie dies in der folgenden Tabelle geschehen ist.

Die Gestorbenen nach Altersgruppen.

Altersgruppe	Gestorbene						
	überhaupt			auf 1 000 Lebende jeder Altersgruppe			
	1928	1929	1930¹)	1928	1929	1930¹)	Durchschnitt 1910/11²)
0 bis 1 Jahr	64 635	68 717	58 316	³) 89,12	³) 97,89	³) 84,50	³) 172,34
1 „ 5 Jahre	15 894	18 491	14 691	5,90	6,94	5,60	15,81
5 „ 15 „	10 697	11 469	10 928	1,76	1,91	1,82	2,89
15 „ 30 „	38 297	38 900	34 423	3,37	3,40	3,03	4,31
30 „ 60 „	107 465	115 669	104 698	7,47	7,90	7,03	10,03
60 „ 70 „	81 350	87 755	78 044	32,78	34,62	30,11	39,88
über 70 „	131 326	153 000	130 249	100,49	113,03	92,60	113,12
unbekannt . . .	45	41	198	.	.	.	.
Insgesamt (ohne Totgeborene)	449 709	494 042	431 547	11,53	12,57	10,92	16,44

¹) vorläufiges Ergebnis. — ²) altes Staatsgebiet ohne Posen und Westpreußen. — ³) berechnet auf 1 000 Lebendgeborene desselben Jahres.

Es zeigt sich dann, daß ein ganz wesentlicher Teil des Sterblichkeitsrückganges von 1928 auf 1930 auf die anhaltende Verringerung der **Säuglingssterbefälle** zurückzuführen ist. Von den 18 162 Personen, die — bereits unter Abrechnung der Totgeborenen — im Berichtsjahr weniger gestorben sind als 2 Jahre zuvor, kam mehr als ein Drittel (6 319 = 34,79 %) auf Kinder unter 1 Jahr. Die Gesamtzahl der gestorbenen Säuglinge belief sich 1930 auf 58 316; 1928 waren es hingegen noch 64 635, 1929 infolge der ungünstigen Witterung, die in allen Vierteljahren eine höhere Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre zur Folge hatte, sogar 68 717. Die auffallende Verminderung der Säuglingssterbefälle im vergangenen Jahre ist nur zum Teil auf das Sinken der Geburtenzahl zurückzuführen; daneben hat auch eine tatsächliche Besserung in den Sterblichkeitsverhältnissen der jüngsten Altersklasse stattgefunden. Man ersieht dies deutlich aus der Entwicklung der Sterbeziffer auf je 100 Lebendgeborene. Von diesen wurden nämlich bereits im ersten Jahre wieder dahingerafft: 1930 8,5, 1929 9,8, 1928 8,9, 1927 9,7; in den noch weiter zurückliegenden Jahren waren es stets mehr als 10 v. H. Im Vergleich zur Vorkriegszeit, in der zuletzt jährlich

Säuglingssterblichkeitsziffern auf 100 Lebendgeborene.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930¹)
1.	11,7	11,5	10,7	11,3	10,0	12,1	9,7
2.	10,4	9,7	9,8	9,1	9,2	9,3	9,2
3.	10,4	10,4	10,0	8,7	8,3	8,6	7,3
4.	10,2	9,9	9,3	9,0	8,3	8,5	7,4
im Jahre . . .	10,6	10,4	10,1	9,7	8,9	9,8	8,5

¹) vorläufiges Ergebnis.

etwa 14 bis 15 Säuglingssterbefälle auf 100 Lebendgeborene gezählt wurden, ist heutzutage die Sterblichkeit um mehr als zwei Fünftel zurückgegangen. Unter den preußischen Provinzen hatten die größte Säuglingssterblichkeit, wie regelmäßig, die Gebiete mit den höchsten Geburtenziffern, also Oberschlesien (12,2 v. H.), die Grenzmark (10,1 v. H.) und Ostpreußen (9,9 v. H.), während die niedrigsten Säuglings-Sterbeziffern auch diesmal wieder auf Hessen-Nassau (mit 5,5 v. H.) und Hannover (mit 6,7 v. H.) entfielen.

Aber auch bei den **über 1 Jahr alten Personen** ist die absolute Zahl der Todesfälle 1930 im allgemeinen niedriger gewesen als 1928. Am stärksten war hier der Rückgang mit 10,1 % bei den 15 bis 30 jährigen; es folgten die Kleinkinder zwischen 1 und 5 Jahren, von denen im Berichtsjahre 7,6 % weniger gestorben sind. Bei den übrigen Gruppen blieb die Abnahme der Sterblichkeit unter 5 %. Eine Zunahme der Todesfälle hatten allein die Kinder zwischen 5 und 15 Jahren; bei ihnen war die absolute Zahl der Todesfälle 1930 um 2,2 % höher als 1928. Der Rückgang der relativen Sterbeziffern betrug durchschnittlich 5 bis 10 %. Es dürfte dies mit der Steigerung der Diphtheriesterblichkeit zusammenhängen, die in den letzten Jahren ständig beobachtet werden

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Staate und in den Provinzen im Jahre 1930.
(Ergebnis der vorläufigen Auszählung.)

Provinzen — Staat	Eheschließungen		Geborene einschl. Totgeborener		Totgeborene		Gestorbene einschl. Totgeborener		Geburtenüberschuß Sterbeüberschuß		Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle lebendgeborener Kinder im 1. Lebensjahre)	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930	1929	1930	1929	1930	1929	1930
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
a) Grundzahlen.												
1. Ostpreußen	18 413	18 205	52 346	51 201	1 529	1 490	31 719	29 165	20 627	22 036	5 349	4 918
2. Brandenburg	25 069	23 767	44 672	44 364	1 684	1 755	37 956	33 213	6 716	11 151	4 454	3 679
3. Stadt Berlin	47 104	45 426	44 948	44 387	1 604	1 576	55 413	50 298	— 10 465	— 5 911	3 725	3 172
4. Pommern	16 616	15 944	38 607	37 786	1 203	1 228	25 776	23 336	12 831	14 450	3 863	3 479
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	2 593	2 474	7 421	7 164	220	209	4 694	4 154	2 727	3 010	835	705
6. Niederschlesien	28 123	27 064	62 959	61 767	2 424	2 268	46 974	41 802	15 985	19 965	7 312	5 857
7. Oberschlesien	12 323	11 729	38 100	38 352	875	777	20 558	19 198	17 542	19 154	5 011	4 586
8. Sachsen	32 654	30 668	63 566	61 567	2 271	2 354	46 477	40 058	17 089	21 509	6 831	5 245
9. Schleswig-Holst.	14 158	13 688	26 867	26 358	910	906	18 988	17 568	7 879	8 790	2 307	2 053
10. Hannover	28 880	28 748	60 007	60 269	2 025	2 090	41 934	36 135	18 073	24 134	4 406	3 910
11. Westfalen	45 261	43 172	102 845	101 934	3 261	3 159	60 103	51 255	42 742	50 679	9 563	8 161
12. Hessen-Nassau	22 802	22 154	42 673	41 348	1 289	1 281	30 606	27 145	12 067	14 203	2 521	2 213
13. Rheinprovinz einschl. Hohenzoll. Lande	71 225	67 301	140 288	136 602	4 008	3 881	96 147	81 194	44 141	55 408	12 540	10 338
Staat	**365 221**	**350 340**	**725 299**	**713 099**	**23 303**	**22 974**	**517 345**	**454 521**	**207 954**	**258 578**	**68 717**	**58 316**
Außerdem:												
Saargebiet	6 526	6 642	14 682	14 638	382	434	7 902	7 262	6 780	7 376	1 504	1 298
b) Verhältnisziffern auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.											Auf 100 Lebendgeborene des Berichtsjahres	
1. Ostpreußen	7,8	7,7	22,3	21,6	0,7	0,6	13,5	12,3	8,8	9,3	10,5	9,9
2. Brandenburg	9,5	9,0	16,9	16,8	0,6	0,7	14,4	12,5	2,5	4,2	10,4	8,6
3. Stadt Berlin	10,9	10,5	10,4	10,2	0,4	0,4	12,8	11,6	— 2,4	— 1,4	8,6	7,4
4. Pommern	8,6	8,1	19,9	19,3	0,6	0,6	13,3	11,9	6,6	7,4	10,3	9,5
5. Grenzmark Posen-Westpreußen	7,5	7,1	21,5	20,5	0,6	0,6	13,6	11,9	7,9	8,6	11,6	10,1
6. Niederschlesien	8,7	8,4	19,5	19,1	0,8	0,7	14,6	12,9	5,0	6,2	12,1	9,8
7. Oberschlesien	8,5	8,0	26,2	26,1	0,6	0,5	14,1	13,0	12,1	13,0	13,5	12,2
8. Sachsen	9,7	9,0	18,8	18,2	0,7	0,7	13,8	11,8	5,1	6,3	11,1	8,9
9. Schleswig-Holst.	9,1	8,7	17,2	16,8	0,6	0,6	12,2	11,2	5,1	5,6	8,9	8,1
10. Hannover	8,8	8,7	18,2	18,2	0,6	0,6	12,7	10,9	5,5	7,3	7,6	6,7
11. Westfalen	9,1	8,6	20,6	20,3	0,7	0,6	12,1	10,2	8,6	10,1	9,6	8,3
12. Hessen-Nassau	9,1	8,8	17,0	16,3	0,5	0,5	12,2	10,7	4,8	5,6	6,1	5,5
13. Rheinprovinz einschl. Hohenzoll. Lande	9,4	8,8	18,4	17,8	0,5	0,5	12,6	10,6	5,8	7,2	9,2	7,8
Staat	**9,3**	**8,9**	**18,5**	**18,0**	**0,6**	**0,6**	**13,2**	**11,5**	**5,3**	**6,5**	**9,8**	**8,5**
Außerdem:												
Saargebiet	9,5	9,6	21,4	21,2	0,6	0,6	11,5	10,5	9,9	10,7	10,5	9,1

konnte, und von der besonders die schulpflichtigen Altersklassen betroffen worden sind. Bei einer Gegenüberstellung der Jahre 1930 und 1929 zeigen aber auch diese Altersjahrgänge einen Sterblichkeitsrückgang. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahre war dabei am stärksten bei denjenigen Gruppen, die im Frühjahr 1929 besonders schwer von der Grippe heimgesucht wurden; es waren dies vor allem die Kleinkinder von 1 bis 5 Jahren und die über 60 Jahre alten Personen. Auch während der Grippeepidemie 1929 ist aber die Sterbeziffer bei allen Altersklassen niedriger gewesen als vor dem Kriege. Wählt man den Durchschnitt der Jahre 1910 und 1911 zum Vergleichsmaßstab, so ergibt sich, daß in der Altersgruppe 1 bis 5 Jahre, in der der Rückgang am schärfsten war, 1929 nur noch 44 %, 1930 sogar bloß 35 1/2 % der Personen starben, die unter der Sterblichkeit von 1910/11 dem Tode verfallen gewesen wären; für die nachfolgende Gruppe der 5 bis 15jährigen sind die entsprechenden Meßziffern 66 und 63 %, für die 15 bis 60jährigen 79 und 70 %. Selbst bei den über 70jährigen, von denen 1929 ungefähr ebensoviele starben wie 1910/11, betrug die Sterbeziffer 1930 nur noch 82 % der Vorkriegszeit.

Die erhebliche Abnahme der Todesfälle gegenüber dem Grippejahr 1929 bewirkte, daß der Geburtenüberschuß des Jahres 1930 mit 258 578 Personen um über 50 000 Köpfe größer war als der des vorangegangenen Jahres (207 954). Nimmt man jedoch die letzten grippearmen Jahre zur Grundlage eines Vergleichs, so zeigt sich, daß trotz der günstigen Entwicklung der Sterblichkeit der Geburtenüberschuß ständig geringer geworden ist, da die Geburtenzahl meistens noch stärker gesunken ist als die Zahl der Gestorbenen. So überstiegen die Geburten 1928 die Sterbefälle um 275 535 Personen, 1926 um 308 287, 1925 um 345 906; nur im Jahre 1927, in dem einer besonders geringen Geburtenzahl eine erhöhte Sterblichkeit an Grippe gegenüberstand, war der Geburtenüberschuß mit 252 328 Seelen noch etwas kleiner als im Berichtsjahr. Auf 1 000 Einwohner berechnet, ist der Geburtenüberschuß in den vergangenen sechs Jahren von 9,1 im Jahre 1925 allmählich auf 7,0 im Jahre 1928 und 6,5 im Jahre 1930 herabgegangen; in der letzten Zeit vor dem Kriege betrug dagegen die Geburtenüberschußziffer noch rund 13 ‰, war also genau doppelt so groß wie gegenwärtig.

Geburtenüberschußziffern auf 1 000 der mittleren Bevölkerung.

Vierteljahre	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930[1]
1.	7,6	9,7	7,7	4,8	6,7	1,5	6,5
2.	8,8	10,2	8,4	7,7	7,0	6,7	6,9
3.	9,4	9,2	8,8	8,0	8,0	7,5	7,2
4.	8,6	7,2	7,1	5,6	6,5	5,5	5,6
im Jahre	8,6	9,1	8,0	6,5	7,0	5,3	6,5

[1]) vorläufiges Ergebnis.

In den einzelnen Provinzen ist der Geburtenüberschuß im Jahre 1930 überall größer gewesen als 1929, aber kleiner als 1928. Eine Ausnahme macht gegenüber 1928 nur Oberschlesien,

wo die Abnahme der Todesfälle (insbesondere bei den Säuglingen) in Verbindung mit einer nur wenig veränderten Geburtenzahl eine Zunahme des Geburtenüberschusses um rund 7 % zur Folge hatte. Oberschlesien ist zugleich die Provinz, die die höchste Geburtenüberschußziffer (13,0 v. T.) nachweisen kann; erst in weitem Abstande folgen Westfalen (mit 10,1 v. T.) und Ostpreußen (mit 9,3 v. T.). Auch im Saargebiet war der Überschuß (mit 10,7 v. T.) recht beträchtlich. Sehr niedrig war dagegen, wie früher, der Geburtenüberschuß in Brandenburg (4,2 v. T.), Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein (je 5,6 v. T.); Berlin hatte, wie in allen Jahren seit 1922 (außer 1925), einen Sterbeüberschuß, der diesmal 5 911 Personen (= −1,4 ‰) betrug.

Die folgende Tabelle zeigt die Unterschiede in der Bevölkerungsbewegung zwischen Stadt und Land; maßgebend für die Zuteilung der Gemeinden zu beiden Gruppen war dabei der verwaltungsrechtliche Charakter, den die einzelnen Orte am Ende jedes Kalenderjahres besaßen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß bei der z. Zt. üblichen Methode der Auszählung, nach der jede Geburt und jeder Sterbefall dem Orte zugerechnet wird, in dem sie erfolgt sind, die auf die Stadtbevölkerung entfallenden Bevölkerungsvorgänge überhöht, die des Landes dagegen zu gering erscheinen, da heutzutage die Landbevölkerung von Jahr zu Jahr mehr städtische Entbindungs- und Krankenanstalten aufzusuchen pflegt. Das umgekehrte gilt vielleicht für die Ehen, die sehr häufig am Wohnort der Braut geschlossen werden, trotzdem die Niederlassung zumeist am bisherigen Wohnsitz des Bräutigams erfolgt. Blickt man allein auf die Zahlen, wie sie aus den Zählkarten gewonnen werden, so muß man sagen, daß die Bevölkerungsentwicklung in den letzten 7 Jahren im allgemeinen auf dem Lande ungünstiger gewesen ist als in den Städten. So war die jährliche Zunahme der Eheschließungen von 1924 bis 1929 auf dem Lande geringer, die Abnahme im Jahre 1930 größer als in den Städten; auf dem Lande begann die Heiratsziffer sogar schon 1929 zu sinken. Ebenso ist die Geburtenziffer in den ländlichen Gemeinden stets stärker zurückgegangen als in den städtischen; die geringen Unterbrechungen, die die Geburtenabnahme in den Jahren 1925 und 1928 erfahren hatte, sind ausschließlich der städtischen Bevölkerung zugute gekommen. Gewiß ist auch heute noch die Geburtenziffer des Landes ein gut Teil höher als die der Städte; während aber der Abstand zwischen beiden Ziffern 1924 noch 7,8 ‰ betrug, hatten sich beide 1930 bereits auf 3,2 ‰ genähert. Freilich ist der Rückgang der Sterblichkeit in den grippearmen Jahren in der Hauptsache der Landbevölkerung zu verdanken gewesen; hier hat sich der Abstand zwischen den Sterbeziffern zu Ungunsten der Städte von 0,3 ‰ auf 2,6 ‰ vergrößert. Trotzdem war das Ergebnis, daß mit Ausnahme der Influenzajahre 1927 und 1929 der Geburtenüberschuß auf dem Lande stets stärker abgesunken ist als in den Städten. Während in den letzteren — auf 1 000 Einwohner berechnet — 1930 noch ein Geburtenüberschuß von 4,1 Personen festgestellt werden konnte gegenüber 5,0 im Jahre 1924, war die entsprechende Ziffer auf dem Lande von 13,1 auf 9,9 herabgegangen.

Die Bewegung der Bevölkerung in Stadt und Land.

Jahre	Auf 1 000 der mittleren Bevölkerung entfielen											
	Eheschließungen			Geborene einschl. Totgeborener			Gestorbene einschl. Totgeborener			Geburtenüberschuß		
	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat	Stadt	Land	Staat
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1924	7,4	7,0	7,2	18,0	25,8	21,5	13,0	12,7	12,9	5,0	13,1	8,6
1925	8,1	7,4	7,8	18,8	25,2	21,6	12,9	12,1	12,6	5,9	13,0	9,1
1926	8,2	7,4	7,8	17,9	23,3	20,3	12,7	11,8	12,3	5,3	11,5	8,0
1927	9.1	8,0	8,6	17,0	21,7	19,1	13,2	11,8	12,6	3,9	9,9	6,5
1928	9,8	8,5	9,3	17,4	21,5	19,2	13,1	10,9	12,1	4,3	10,6	7,0
1929	9,9	8,4	9,3	17,1	20,4	18,5	14,3	11,6	13,2	2,8	8,7	5,3
1930[1]	9,5	8,0	8,9	16,7	19,9	18,0	12,6	10,0	11,5	4,1	9,9	6,5

[1]) vorläufiges Ergebnis.

Die Bevölkerungsbewegung in den preußischen Großstädten im Jahre 1930. — Seit einigen Jahren ist in der Entwicklung der Großstädte ein Umschwung eingetreten, der freilich zunächst durch Eingemeindungen verdeckt war. Das früher fast selbstverständliche, sich von Jahr zu Jahr verstärkende Wachstum der Großstädte hat aufgehört, und an seine Stelle ist zunächst eine verlangsamte Zunahme, schließlich im Jahre 1930 sogar eine Abnahme getreten. Tabelle 1 zeigt dies sehr deutlich in Spalte 9. Dieser Umschwung in der Entwicklung ist in erster Linie auf eine Richtungsänderung in der Binnenwanderung zurückzuführen. Während 1927 der Wanderungsüberschuß der Großstädte des Freistaates Preußen (ohne Saargebiet) noch 103 568 betrug, verringerte er sich in den folgenden Jahren immer mehr: 1928 belief er sich auf 95 180 und 1929 auf 54 158. 1930 trat sogar ein erheblicher Wanderungsverlust ein. Die Zahl der Fortgezogenen übertraf die der Zugezogenen um 50 569. Der Geburtenüberschuß dieses Jahres, der sich auf 43 228 Personen belief, reichte daher nicht aus, den Wanderungsverlust wett zu machen, sodaß die preußischen Großstädte zusammen im Jahre 1930 mit einem Bevölkerungsverlust von 7 341 Personen abschlossen, da im Gegensatz zu dem vorhergehenden Jahr im Berichtsjahre auch Eingemeindungen nicht stattfanden. (Nur Bielefeld wurde im Laufe des Jahres durch Eingemeindung zur Stadt mit über 100 000 Einwohnern, konnte aber in dieser Übersicht noch nicht berücksichtigt werden.)

1. Die Bevölkerungsentwicklung in den Großstädten des Freistaates Preußen (ohne Saargebiet) in den Jahren 1926 bis 1930.

(Auf Grund der Meldungen der Großstädte über die fortgeschriebene Bevölkerung. — Vorläufiges Ergebnis.)

Jahr	Zahl der Großstädte	Einwohnerzahl der Großstädte zu Beginn des Jahres	Zunahme bzw. Abnahme (—) der Einwohnerzahl durch			Einwohnerzahl der Großstädte am Ende des Jahres	Zunahme bzw. Abnahme (—) der Einwohnerzahl ohne Eingemeindung (Sp. 5 + 6)	
			Umgemeindung	natürliche Bevölkerungsvermehrung (Geburtenüberschuß)	Wanderung (Zu- und Fortzüge)		Zahl	v. T. der Anfangsbevölkerung
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1926	30	11 303 524	89 368	48 343	40 313	11 481 548	88 656	+ 7,8
1927	32 [1])	11 719 086	59 135	34 320	103 568	11 916 109	137 888	+ 11,8
1928	33 [2])	12 119 812	295 934	40 914	95 180	12 551 840	136 094	+ 11,2
1929	31 [3])	12 551 840	698 910	27 010	54 158	13 331 918	81 168	+ 6,5
1930	33 [4])	13 574 813	—	43 228	− 50 569	13 567 472	—7 341	— 0,5

[1]) Zu den 30 Großstädten traten durch Erreichung der 100 000-Einwohnergrenze hinzu: Hindenburg O. S. und Harburg-Wilhelmsburg. — [2]) Zu den 32 Großstädten traten hinzu: Hagen (Westf.) und Gleiwitz. — Durch Zusammenlegung der Großstädte Gelsenkirchen und Buer ging die Zahl der preußischen Großstädte auf 33 zurück. — [3]) Durch Zusammenlegung der Großstädte Barmen und Elberfeld einerseits (Wuppertal) und der Großstädte Duisburg und Hamborn andererseits verringerte sich die Zahl der Großstädte auf 31. — [4]) Zu den 31 Großstädten traten hinzu: Solingen und Remscheid. — Bielefeld wurde noch nicht einbezogen.

Einen Geburtenüberschuß (Tabelle 2) hatten bis auf Berlin sämtliche Großstädte. Absolut am größten war er in Duisburg-Hamborn, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen mit rund 4 000 und mehr Personen, absolut am kleinsten in Magdeburg und Wiesbaden mit unter 200. Den höchsten relativen Geburtenüberschuß hatten die Großstädte des rheinisch-westfälischen und des oberschlesischen Bergbaugebietes: Oberhausen mit 12,5 ‰, Duisburg-Hamborn mit 11,9 ‰, Gelsenkirchen mit 11,7 ‰, Hindenburg O. S. mit 11,0 ‰ und Gleiwitz mit 10,3 ‰. Die niedrigsten Geburtenüberschußziffern hatten Hannover und Altona (je 2,0 ‰), Frankfurt a./M. (1,7 ‰), Wiesbaden (0,9 ‰) und Magdeburg (0,6 ‰). Die mittlere Geburtenüberschußziffer der Großstädte war 5,3 ‰. Wenn sie auch größer war als die des Vorjahres (4,1 ‰), so blieb sie doch wesentlich hinter der der vorausgehenden Jahre zurück (1928: 5,9 ‰, 1927: 5,9 ‰, 1926: 7,0 ‰). Berlin hatte wieder einen Sterbeüberschuß, der 5 911 Personen oder −1,4 ‰ seiner mittleren Bevölkerung betrug.

Wanderungsverluste ergaben sich im Berichtsjahre bei 23 Großstädten, und zwar beliefen sich diese zusammen auf 58 817

2. Die Bevölkerungsentwicklung in den preußischen Großstädten 1930.

Großstädte	Einwohnerzahl am 1. Januar 1930	Zunahme oder Abnahme (—) der Einwohnerzahl im Jahre 1930						Einwohnerzahl am 1. Januar 1931
		insgesamt		davon durch				
				natürliche Bevölkerungsbewegung (Geburtenüberschuß)		Wanderung (Zu- und Fortzüge)		
		Zahl	‰ der mittleren Bevölkerung	Zahl	‰ der mittleren Bevölkerung	Zahl	‰ der mittleren Bevölkerung	
1	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Berlin . . .	4 346 437	—14403	— 3,3	—5911	— 1,4	—8 492	— 1,9	4 332 034
2. Köln . . .	736 914	3 168	4,3	3 703	5,0	— 535	— 0,7	740 082
3. Essen . . .	645 738	2 797	4,3	5 100	7,9	—2 303	— 3,6	648 535
4. Breslau . .	613 866	3 191	5,2	1 370	2,2	1 821	3,0	617 057
5. Frankfurt a./M. . . .	547 000	—6 000	—11,0	914	1,7	—6 914	—12,7	541 000
6. Dortmund	537 891	—2 720	— 5,1	4 006	7,5	—6 726	—12,5	535 171
7. Düsseldorf	478 977	—2 667	— 5,6	2 272	4,8	—4 939	—10,3	476 310
8. Hannover .	443 000	2 200	5,0	885	2,0	1 315	3,0	445 200
9. Duisburg-Hamborn .	441 389	— 231	— 0,5	5 238	11,9	—5 469	—12,4	441 158
10. Wuppertal.	416 715	—2 007	— 4,8	1 465	3,5	—3 472	— 8,3	414 708
11. Gelsenkirchen	338 588	—2 361	— 7,0	3 962	11,7	—6 323	—18,7	336 227
12. Bochum . .	323 526	— 809	— 2,5	2 666	8,3	—3 475	—10,7	322 717
13. Magdeburg	299 330	— 25	— 0,1	179	0,6	— 204	— 0,7	299 305
14. Königsberg i. Pr. . . .	294 525	421	1,4	1 051	3,6	— 630	— 2,1	294 946
15. Stettin . .	270 163	62	0,2	1 201	4,4	—1 139	— 4,2	270 225
16. Altona . .	242 231	566	2,3	492	2,0	74	0,3	242 797
17. Kiel	217 385	1 819	8,3	616	2,8	1 203	5,5	219 204
18. Halle a. S.	203 094	781	3,8	614	3,0	167	0,8	203 875
19. Gladbach-Rheydt . .	199 942	710	3,5	1 485	7,4	— 775	— 3,9	200 652
20. Oberhausen	193 854	— 57	— 0,3	2 431	12,5	—2 488	—12,8	193 797
21. Kassel . . .	175 279	— 386	— 2,2	548	3,1	— 934	— 5,3	174 893
22. Krefeld-Uerdingen a.Rh.	163 834	1 905	11,6	434	2,6	1 471	9,0	165 739
23. Aachen . .	154 548	134	0,9	619	4,0	— 465	— 3,1	154 682
24. Wiesbaden	153 617	— 358	— 2,3	136	0,9	— 494	— 3,2	153 259
25. Hagen (Westf.)	147 519	— 21	— 0,1	1 012	6,9	—1 033	— 7,0	147 498
26. Erfurt. . .	140 309	1 490	10,6	544	3,9	946	6,7	141 799
27. Solingen .	140 071	158	1,1	384	2,7	— 226	— 1,6	140 229
28. Mülheim (Ruhr) . .	132 634	1 333	10,0	1 026	7,7	307	2,3	133 967
29. Hindenburg O. S.	131 670	690	5,2	1 447	11,0	— 757	— 5,7	132 360
30. Münster i./W.	118 568	1 775	14,9	1 202	10,1	573	4,8	120 343
31. Harburg-Wilhelmsburg	114 682	368	3,2	574	5,0	— 206	— 1,8	115 050
32. Gleiwitz . .	108 693	1 498	13,7	1 127	10,3	371	3,4	110 191
33. Remscheid .	102 824	— 362	— 3,5	436	4,2	— 798	— 7,8	102 462
Zusammen	13574813	—7 341	— 0,5	43 228	3,2	—50569	— 3,7	13567472

Personen, während der Wanderungsgewinn der übrigen 10 Großstädte nur 8 248 ausmachte. Auch in dem vorausgehenden Jahr war bei einer Reihe von Großstädten die Abwanderung größer als die Zuwanderung gewesen. Im Jahre 1929 betrug der Wanderungsverlust, den 17 Großstädte aufzuweisen hatten, insgesamt 23 838 Personen, 1928 bei 11 Großstädten 15 911 Personen, 1927 bei 10 Großstädten 8 187 Personen und 1926 bei 18 Großstädten 18 749 Personen. Diesem Wanderungsverlust stand aber in früheren Jahren stets ein bedeutend höherer Wanderungsgewinn der übrigen Großstädte gegenüber, sodaß sich für die Großstädte zusammen immer ein starker Zuwanderungsüberschuß ergab. Von ausschlaggebender Bedeutung war hierbei regelmäßig die Stadt Berlin, die — wenn man von dem Hauptinflationsjahr 1923 absieht — seit Kriegsende stets einen starken Wanderungsgewinn gehabt hat. 1926 betrug er 48 503 Personen, 1927 81 264, 1928 86 391 und 1929 59 742. Als nun das Berichtsjahr für Berlin statt eines Wanderungsgewinnes einen Wanderungsverlust von 8 492 Personen brachte, ergab sich auch für die Gesamtheit der preußischen Großstädte ein Wanderungsverlust, der sich auf 50 569 oder 3,7 Personen auf das Tausend der mittleren Bevölkerung belief.

Unter den Großstädten mit Wanderungsverlusten stand Gelsenkirchen mit einem Mehrfortzug von 18,7 ‰ der Bevölkerung an erster Stelle. Es folgten Oberhausen mit 12,8 ‰, Frankfurt a./M. mit 12,7 ‰, Dortmund mit 12,5 ‰, Duisburg-Hamborn mit 12,4 ‰, Bochum mit 10,7 ‰ und Düsseldorf mit 10,3 ‰. Sieht man von Frankfurt a./M. ab, so sind es im wesentlichen die großen Industriestädte des Ruhrgebietes, die bei gleichzeitig starker natürlicher Vermehrung der Bevölkerung (s. oben) einen bedeutenden Wanderungsverlust haben. Diese Städte hatten übrigens auch in den vorhergehenden Jahren fast immer einen Wanderungsverlust gehabt. Er belief sich in den fünf Jahren 1926 bis 1930 bei Gelsenkirchen auf rund 20 000 Personen, bei Duisburg-Hamborn auf rund 12 500 Personen, bei Bochum auf 8 400 und bei Dortmund auf 9 800.

Den größten Wanderungsgewinn hatte im Berichtsjahre Krefeld-Uerdingen a. Rh. mit 9,0 ‰, Erfurt mit 6,7 ‰, Kiel mit 5,5 ‰, Münster i./W. mit 4,8 ‰, Gleiwitz mit 3,4 ‰ und Breslau und Hannover mit je 3,0 ‰. Abgesehen von Kiel hatten die ebengenannten Großstädte auch in den vorangehenden Jahren fast regelmäßig einen Wanderungsgewinn. In den fünf Jahren 1926 bis 1930 belief er sich bei Hannover insgesamt auf rund 11 200 Personen, bei Breslau auf 7 000, bei Münster i./W. auf 6 500, bei Krefeld-Uerdingen a. Rh. auf 3 800 und bei Gleiwitz — in den drei letzten Jahren allein — auf 3 200 Personen.

Aus dem Unterschied zwischen der Zahl der Geburten und Sterbefälle einerseits und der Zu- und Fortzüge andererseits ergab sich bei 14 Großstädten eine Bevölkerungsabnahme und bei 19 eine Bevölkerungszunahme. Den höchsten absoluten Bevölkerungsverlust hatte Berlin mit 14 403 Personen; an zweiter Stelle stand Frankfurt a./M. mit einer absoluten Abnahme von 6 000 Personen. Damit hatte Frankfurt a./M. die relativ höchste Bevölkerungsabnahme unter den Großstädten (11,0 ‰). Es folgte Gelsenkirchen mit 7,0 ‰, Düsseldorf mit 5,6 ‰, Dortmund mit 5,1 ‰, Wuppertal mit 4,8 ‰ und Remscheid mit 3,5 ‰; erst dann kam Berlin mit 3,3 ‰. Unter den Großstädten mit Bevölkerungszunahme waren Münster i./W. mit 14,9 ‰, Gleiwitz mit 13,7 ‰, Krefeld-Uerdingen a. Rh. mit 11,6 ‰, Erfurt mit 10,6 ‰ und Mülheim (Ruhr) mit 10,0 ‰ an der Spitze.

* * *

Die Häufigkeit der Eheschließungen hat sich, wie aus Tabelle 3 hervorgeht, gegenüber dem Vorjahre verringert. Der mittlere Wert der jeweils auf das Tausend der mittleren Bevölkerung berechneten Heiratsziffern der Großstädte ist von 10,0 auf 9,5 zurückgegangen. Harburg-Wilhelmsburg hatte, wie auch im Vorjahre, mit 10,7 ‰ die höchste Heiratsziffer. Es folgten Frankfurt a./M. mit 10,6 ‰ und Berlin mit 10,5 ‰. Münster i./W. (7,7 ‰) und Gleiwitz (7,9 ‰) hatten, wie auch in den vorangehenden Jahren, die niedrigsten Eheschließungsziffern.

Der Geburtenrückgang hat sich im Berichtsjahre weiter fortgesetzt. Der Mittelwert der Geburtenziffern aller preußischen Großstädte, der noch 1928 18,0 betrug, ist von 17,2 auf 16,6 zurückgegangen. Mit Ausnahme von Hagen (Westf.), Hindenburg O. S., Münster i./W. und Mülheim (Ruhr) ist die Geburtenziffer bei allen preußischen Großstädten zurückgegangen oder auf dem Stande des Vorjahres geblieben. Berlin, dessen Geburtenziffer von 10,4 ‰ auf 10,2 ‰ zurückging, hatte, wie regelmäßig, die bei weitem niedrigste Ziffer von allen preußischen Großstädten. An zweiter Stelle folgte die neue Großstadt Solingen mit 11,8 ‰; dann kamen Frankfurt a./M. (12,7 ‰), Krefeld-Uerdingen a. Rh. (13,4 ‰), Altona und Wuppertal (je 13,5 ‰), Hannover und Wiesbaden (je 13,7 ‰). Die höchsten Geburtenziffern hatten Hindenburg O. S. (23,0 ‰), Oberhausen (22,2 ‰), Gelsenkirchen, Münster i./W. (je 21,9 ‰), Duisburg-Hamborn (21,8 ‰), Gleiwitz (21,0 ‰), Königsberg i. Pr. (18,6 ‰), Bochum (18,5 ‰), Halle a. S.

3. Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in den preußischen Großstädten in den Jahren 1930 und 1929.

Städte	Eheschließungen				Geborene einschl. Totgeborener				Totgeborene			
	1930[1]		1929		1930[1]		1929		1930[1]		1929	
	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Berlin	45 426	10,5	47 104	10,9	44 387	10,2	44 948	10,4	1 576	0,4	1 604	0,4
2. Köln	7 290	9,9	7 767	10,6	11 616	15,7	12 244	16,7	319	0,4	399	0,5
3. Essen[2]	6 493	10,0	6 465	10,0	11 368	17,6	11 773	18,3	340	0,5	372	0,6
4. Breslau	5 450	8,9	5 749	9,4	9 803	15,9	10 116	16,5	364	0,6	425	0,7
5. Frankfurt a./M.	5 781	10,6	5 890	10,7	6 900	12,7	7 076	12,9	229	0,4	224	0,4
6. Dortmund[2]	5 473	10,2	5 655	10,5	9 681	18,0	9 677	18,0	360	0,7	361	0,7
7. Düsseldorf[2]	4 851	10,2	5 166	10,8	7 102	14,9	7 382	15,4	183	0,4	245	0,5
8. Hannover	4 194	9,4	4 434	10,1	6 072	13,7	6 190	14,1	294	0,7	293	0,7
9. Duisburg-Hamborn[2]	4 343	9,8	4 805	11,1	9 627	21,8	9 596	22,1	282	0,6	260	0,6
10. Wuppertal[2]	3 799	9,1	4 137	9,9	5 620	13,5	5 886	14,1	199	0,5	185	0,4
11. Gelsenkirchen[2]	3 164	9,4	3 374	9,9	7 402	21,9	7 651	22,6	241	0,7	253	0,7
12. Bochum[2]	2 928	9,1	3 224	10,0	5 982	18,5	6 500	20,1	222	0,7	243	0,8
13. Magdeburg	2 913	9,7	2 940	9,8	4 324	14,4	4 435	14,8	204	0,7	211	0,7
14. Königsberg i. Pr.	2 686	9,1	2 812	9,6	5 493	18,6	5 525	18,8	201	0,7	227	0,8
15. Stettin	2 618	9,7	2 591	9,6	4 738	17,5	4 811	17,9	163	0,6	137	0,5
16. Altona	2 260	9,3	2 516	10,7	3 262	13,5	3 243	13,8	142	0,6	150	0,6
17. Kiel	1 869	8,6	1 902	8,7	3 417	15,7	3 566	16,4	116	0,5	111	0,5
18. Halle a. S.	1 877	9,2	2 087	10,3	3 723	18,3	3 935	19,4	165	0,8	170	0,8
19. Gladbach-Rheydt[2]	1 890	9,4	2 012	10,1	3 493	17,4	3 646	18,3	90	0,4	107	0,5
20. Oberhausen[2]	1 905	9,8	1 924	9,9	4 306	22,2	4 586	23,7	115	0,6	117	0,6
21. Kassel	1 589	9,1	1 601	9,1	2 650	15,1	2 797	16,0	91	0,5	102	0,6
22. Krefeld-Uerdingen a. Rh.[2]	1 426	8,7	1 546	9,5	2 202	13,4	2 312	14,2	70	0,4	78	0,5
23. Aachen	1 500	9,7	1 561	10,1	2 706	17,5	2 708	17,5	68	0,4	74	0,5
24. Wiesbaden	1 560	10,2	1 560	10,2	2 100	13,7	2 274	14,8	66	0,4	75	0,5
25. Hagen (Westf.)[2]	1 370	9,3	1 546	10,5	2 525	17,1	2 487	16,8	93	0,6	78	0,5
26. Erfurt	1 400	9,9	1 340	9,6	2 243	15,9	2 392	17,1	96	0,7	86	0,6
27. Solingen[2]	1 350	9,6	1 461	10,4	1 660	11,8	1 815	13,0	72	0,5	71	0,5
28. Mülheim (Ruhr)[2]	1 286	9,6	1 396	10,5	2 153	16,2	2 136	16,1	59	0,4	51	0,4
29. Hindenburg O. S.	1 251	9,5	1 243	9,5	3 037	23,0	2 985	22,9	109	0,8	92	0,7
30. Münster i./W.	917	7,7	924	7,9	2 619	21,9	2 542	21,7	63	0,5	62	0,5
31. Harburg-Wilhelmsburg	1 229	10,7	1 254	11,0	1 736	15,1	1 805	15,8	58	0,5	56	0,5
32. Gleiwitz	868	7,9	834	7,8	2 297	21,0	2 257	21,0	40	0,4	55	0,5
33. Remscheid[2]	941	9,2	999	9,7	1 497	14,6	1 505	14,6	59	0,6	59	0,6
34. Saarbrücken	1 217	9,5	1 259	9,9	2 237	17,5	2 360	18,6	86	0,7	80	0,6
Mittlere Ziffern	.	9,5		10,0	.	16,6	.	17,2		0,6	.	0,6

Städte	Gestorbene einschl. Totgeborener				Geburtenüberschuß oder Sterbeüberschuß (—)				Säuglingssterblichkeit (Sterbefälle lebendgeborener Kinder im 1. Lebensjahre)			
	1930[1]		1929		1930[1]		1929		1930[1]		1929	
	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 1 000 der mittleren Bevölkerung	insgesamt	auf 100 Lebendgeborene des Berichtsjahres	insgesamt	auf 100 Lebendgeborene des Berichtsjahres
1	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
1. Berlin	50 298	11,6	55 413	12,8	— 5 911	— 1,4	— 10 465	— 2,4	3 172	7,4	3 725	8,6
2. Köln	7 913	10,7	9 366	12,7	3 703	5,0	2 878	3,9	939	8,3	1 198	10,1
3. Essen[2]	6 268	9,7	7 296	11,3	5 100	7,9	4 477	6,9	1 064	9,6	1 265	11,1
4. Breslau	8 433	13,7	9 174	15,0	1 370	2,2	942	1,5	876	9,3	1 112	11,5
5. Frankfurt a./M.	5 986	11,0	6 505	11,8	914	1,7	571	1,0	342	5,1	429	6,3
6. Dortmund[2]	5 675	10,6	6 612	12,3	4 006	7,5	3 065	5,7	900	9,7	1 075	11,5
7. Düsseldorf[2]	4 830	10,1	5 902	12,3	2 272	4,8	1 480	3,1	513	7,4	594	8,3
8. Hannover	5 187	11,7	5 686	12,9	885	2,0	504	1,1	400	6,9	470	8,0
9. Duisburg-Hamborn[2]	4 389	9,9	5 165	11,9	5 238	11,9	4 431	10,2	844	9,0	1 028	11,0
10. Wuppertal[2]	4 155	10,0	5 192	12,5	1 465	3,5	694	1,7	340	6,3	365	6,4
11. Gelsenkirchen[2]	3 440	10,2	4 272	12,6	3 962	11,7	3 379	10,0	652	9,1	901	12,2
12. Bochum[2]	3 316	10,3	3 804	11,8	2 666	8,3	2 696	8,3	549	9,5	604	9,7
13. Magdeburg	4 145	13,8	4 806	16,0	179	0,6	— 371	— 1,2	390	9,5	479	11,3
14. Königsberg i. Pr.	4 442	15,1	4 826	16,4	1 051	3,6	699	2,4	484	9,1	487	9,2
15. Stettin	3 537	13,1	3 878	14,4	1 201	4,4	933	3,5	383	8,4	457	9,8
16. Altona	2 770	11,4	3 006	12,8	492	2,0	237	1,0	267	8,6	316	10,2
17. Kiel	2 801	12,8	2 959	13,6	616	2,8	607	2,8	297	9,0	327	9,5
18. Halle a. S.	3 109	15,3	3 550	17,5	614	3,0	385	1,9	358	10,1	527	14,0
19. Gladbach-Rheydt[2]	2 008	10,0	2 401	12,0	1 485	7,4	1 245	6,2	274	8,1	292	8,3
20. Oberhausen[2]	1 875	9,7	2 360	12,2	2 431	12,5	2 226	11,5	338	8,1	462	10,3
21. Kassel	2 102	12,0	2 355	13,4	548	3,1	442	2,5	183	7,2	228	8,5
22. Krefeld-Uerdingen a. Rh.[2]	1 768	10,7	2 207	13,5	434	2,6	105	0,6	174	8,2	205	9,2
23. Aachen	2 087	13,5	2 513	16,2	619	4,0	195	1,3	248	9,4	319	12,1
24. Wiesbaden	1 964	12,8	2 240	14,6	136	0,9	34	0,2	139	6,8	157	7,1
25. Hagen (Westf.)[2]	1 513	10,3	1 788	12,1	1 012	6,9	699	4,7	211	8,7	259	10,8
26. Erfurt	1 699	12,0	1 886	13,5	544	3,9	506	3,6	171	8,0	212	9,2
27. Solingen[2]	1 276	9,1	1 513	10,8	384	2,7	302	2,2	114	7,2	101	5,8
28. Mülheim (Ruhr)[2]	1 127	8,5	1 476	11,1	1 026	7,7	660	5,0	146	7,0	204	9,8
29. Hindenburg O. S.	1 590	12,0	1 617	12,4	1 447	11,0	1 368	10,5	368	12,6	424	14,7
30. Münster i./W.	1 417	11,9	1 663	14,2	1 202	10,1	879	7,5	163	6,4	193	7,8
31. Harburg-Wilhelmsburg	1 162	10,1	1 295	11,4	574	5,0	510	4,5	118	7,0	163	9,3
32. Gleiwitz	1 170	10,7	1 263	11,7	1 127	10,3	994	9,2	263	11,7	264	12,0
33. Remscheid[2]	1 061	10,3	1 321	12,9	436	4,2	184	1,8	79	5,5	76	5,3
34. Saarbrücken	1 375	10,8	1 567	12,4	862	6,8	793	6,3	210	9,8	282	12,4
Mittlere Ziffern	.	11,3	.	13,1	.	5,3	.	4,1	.	8,4	.	9,7

[1]) vorläufiges Ergebnis. — [2]) für 1929 nach dem jetzigen Gebietsumfang.

(18,3 ‰), Dortmund (18,0 ‰) und Essen (17,6 ‰). Neben Universitätsstädten waren es fast ausschließlich Großstädte mit starker Bergarbeiterbevölkerung, die die größte Geburtenhäufigkeit zeigten. Die hohen Geburtenziffern der Universitätsstädte erklären sich daraus, daß in den Kliniken dieser Städte besonders viele Geburten ortsfremder Mütter vorkommen, die bei der Berechnung der Geburtenziffern dieser Städte mitberücksichtigt wurden.

Die Sterblichkeit war gering. Das arithmetische Mittel der Sterbeziffern aller Großstädte belief sich auf 11,2 gegenüber 13,1 im Vorjahre, wobei jedoch zu beachten ist, daß die überaus starke Kälte des ersten Vierteljahres 1929 die Sterblichkeit außergewöhnlich gesteigert hat. Aber auch gegenüber den Ziffern der vorangehenden Jahre blieb das Ergebnis des Berichtsjahres wesentlich zurück; im Jahre 1928 betrug der mittlere Wert der Sterbeziffern 12,1, im Jahre 1927 12,2 und im Jahre 1926 11,9. Die höchsten Sterbeziffern hatten, wie im Vorjahre, die Universitätsstädte Halle a. S. (15,3 ‰) und Königsberg i. Pr. (15,1 ‰), bei denen allerdings wieder die zahlreichen Sterbefälle von Ortsfremden in den medizinischen Kliniken das Ergebnis beeinflußt haben. Die niedrigste Sterblichkeit hatten Mülheim (Ruhr) mit 8,5 ‰, Solingen mit 9,1 ‰, Essen und Oberhausen mit je 9,7 ‰ und Duisburg-Hamborn mit 9,9 ‰.

Auch die Säuglingssterblichkeit war gering. Auf je 100 Lebendgeborene kamen im Durchschnitt der Großstädte 8,4 Sterbefälle von Kindern unter einem Jahr gegenüber 9,7 Sterbefällen im Vorjahre und 9,1 Sterbefällen im Jahre 1928. Am geringsten war die Säuglingssterblichkeit in Frankfurt a./M. (5,1 %) und in Remscheid (5,5 %); auch Wuppertal, Münster i./W., Wiesbaden und Hannover hatten niedrige Säuglingssterbeziffern. Die höchsten Ziffern hatten die oberschlesischen Industriestädte Hindenburg O. S. (12,6 %) und Gleiwitz (11,7 %) sowie die Universitätsstadt Halle a. S. (10,1 %).

Die Sterblichkeit im Freistaat Preußen unter besonderer Berücksichtigung der Todesursachen im Jahre 1929. (Ohne Saargebiet) — Die Zahl der Sterbefälle, die in der Nachkriegszeit seit 1924 bedeutend unter einer halben Million gelegen und jährlich rund 445 000 bis 460 000 betragen hatte, stieg im Berichtsjahre wieder auf 494 042 (249 272 m., 244 770 w.) an. Zeitlich entfiel die gesamte Zunahme lediglich auf das 1. Vierteljahr des Berichtsjahres, in dem die Zahl der Sterbefälle um rund 45 000 größer war als im 1. Vierteljahr 1928, während in den übrigen Vierteljahren sich gegenüber dem Vorjahre wesentliche Unterschiede nicht ergaben.

Die Sterbeziffer, die in den Jahren 1924: 121,8, 1925: 118,3, 1926: 115,9, 1927: 119,3 und 1928: 115,3 betragen hatte, stieg im Berichtsjahre auf 125,7 (130,4 m., 121 w.) an.

Es starben

im Alter	1929 überhaupt		davon mehr gegen 1928		auf 10 000 Lebende ihrer Altersklasse 1929		davon gegen 1928 + mehr — weniger	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
bis 1 Jahr	39 149	29 568	2 396	1 686	1 153	910	+ 79	+ 58
über 1 bis 5 Jahre	10 002	8 489	1 559	1 038	74	65	+ 12	+ 9
„ 5 „ 15 „	6 205	5 264	447	325	20	18	+ 1	+ 2
„ 15 „ 30 „	21 544	17 356	262	341	38	30	+ 1	± 0
„ 30 „ 60 „	59 688	55 981	4 401	3 803	87	72	+ 5	+ 4
„ 60 „ 70 „	45 045	42 710	3 030	3 375	375	320	+ 17	+ 20
„ 70 Jahre und unbekannt	67 639	85 402	8 993	12 677	1 152	1 114	+113	+134

An dieser Mehrsterblichkeit sind besonders die Kinder im 1. Lebensjahre und die über 70 Jahre alten Leute beteiligt; bei den ersteren betrug das Mehr, auf 10 000 Lebende berechnet, 69, bei letzteren 126 Sterbefälle. In der nächsthöheren Altersgruppe der Kinder vom 1. bis 5. Lebensjahre waren es 10—11 und in der nächstniedrigeren der Erwachsenen vom 60. bis 70. Lebensjahre 18—19. Vom 5. bis zum 30. Lebensjahre war die Erhöhung unwesentlich, während sie bei den 30 bis 60 jährigen 4—5 Sterbefälle ausmachte. Bei den Geschlechtern war die Zunahme vom 1. bis 5. Lebensjahre beim männlichen, nach dem 60. Lebensjahre beim weiblichen etwas stärker.

Die erhöhte Sterblichkeit stand im Zusammenhang mit der ungünstigen Witterung im 1. Vierteljahr des Berichtsjahres. Infolge des strengen Frostes nahmen besonders die tödlichen Erkältungskrankheiten darunter die Grippe um 17 935 Sterbefälle oder 4,6 auf 10 000 Lebende, die Lungenentzündung um 6 469 oder 1,6 und die sonstigen Krankheiten der Atmungsorgane um 2 801 oder 0,7 zu. Auf diese drei Todesursachen entfielen allein von rund 45 000 Mehrsterbefällen fast ²/₃. Aus der Gruppe der Infektionskrankheiten (außer Grippe und Lungenentzündung) betrug die Zunahme der Sterbefälle bei Diphtherie 778 oder 0,2 auf 10 000 Lebende, bei Masern und Röteln 471 oder 0,1, bei Rose und den anderen Wundinfektionskrankheiten 425 oder 0,1 und bei den übertragbaren Krankheiten 53 oder 0,01.

Nach Grippe und Lungenentzündung hat die Todesursache „Krankheiten der Kreislauforgane" um 6 529 Sterbefälle oder 1,5 auf 10 000 Lebende am meisten zugenommen. An 5. und 6. Stelle folgen die Todesursachen „Altersschwäche" mit einer Zunahme von 2 667 und die Gruppe „Krankheiten der Verdauungsorgane" mit 2 155 Sterbefällen. Die Erhöhung der Sterbeziffer bei beiden Todesursachen betrug 0,6 bzw. 0,5 auf 10 000 Lebende. Auch bei diesen drei Todesursachen ist das Anwachsen der Sterblichkeit wahrscheinlich durch eine erhöhte Krankheitsbereitschaft infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse im 1. Vierteljahr 1929 begünstigt worden.

Unabhängiger von den Temperatureinflüssen haben die Todesursachen Krebs und andere Neubildungen weiter um 1 420 oder um 0,3 auf 10 000 Lebende und die tödlichen Verunglückungen um 1 104 oder um 0,2 bis 0,3 zugenommen, und auch bei den Todesursachen: Gehirnschlag und andere Krankheiten des Nervensystems stieg die Zahl der Sterbefälle um 937 oder um 0,17 bei Zuckerkrankheit um 566 oder um 0,14 und bei Selbstmord um 232 oder 0,04 an.

Die Todesursachen Lebensschwäche, im Kindbett gestorben, Scharlach, Typhus, Tuberkulose und die Sammelgruppe „Todesursachen nicht angegeben und unbekannt" sind um ein Geringes zurückgegangen, während die Todesursachen Keuchhusten, übertragbare Tierkrankheiten, Mord und Totschlag und Alkoholismus unverändert geblieben sind.

Unterschiede in der Zunahme der Sterblichkeit zwischen den Geschlechtern kamen hauptsächlich bei den Todesursachen Tuberkulose, Lungenentzündung, Grippe, Krankheiten der Kreislauforgane und Krebs vor. Bei Tuberkulose nahm im Gegensatz zu den letzten Jahren die Sterblichkeit beim männlichen Geschlecht etwas zu, beim weiblichen hielt der bisherige Rückgang dagegen an. Bei der Todesursache Lungenentzündung nahm die Sterbeziffer des männlichen Geschlechts, bei Grippe und den Krankheiten der Kreislauforgane die des weiblichen etwas mehr zu, das gleiche ist auch bei Krebs der Fall.

Genauere Angaben können aus der vorstehenden Tabelle, die die Zahl der Gestorbenen nach einzelnen Todesursachen nebst ihren Anteil auf 10 000 Lebende sowie Zu- und Abnahme gegenüber dem Vorjahr nachweist, ersehen werden.

Wie aus der Höhe der Sterbeziffern der Regierungsbezirke hervorgeht, haben die Sterbefälle in sämtlichen Bezirken mit Ausnahme von Westpreußen und Oppeln zugenommen. Am schwersten wurden die Bezirke Aurich mit einer Zunahme der Sterbeziffer um 17,3, berechnet auf 10 000 Lebende, Hildesheim

Todesursachen	Summe der Gestorbenen 1929			Davon gegen das Vorjahr + mehr, — weniger			Auf 10 000 Lebende starben 1929			Davon gegen das Vorjahr + mehr, — weniger		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler	14 965	11 380	26 345	— 142	— 78	— 220	7,83	5,64	6,71	— 0,14	— 0,08	— 0,10
darunter: im 1. Lebensmonat	13 740	10 318	24 058	— 90	— 12	— 102	7,19	5,12	6,12	— 0,10	— 0,04	— 0,08
2. Altersschwäche (über 60 Jahre)	18 334	27 244	45 578	+ 845	+ 1 822	+ 2 667	9,59	13.51	11,60	+ 0,37	+ 0,81	+ 0,59
3. Im Kindbett gestorben	—	4 364	4 364	—	— 160	— 160	—	2,16	1,11	—	— 0,10	— 0,05
darunter: Kindbettfieber	—	2 356	2 356	—	— 52	— 52	—	1,17	0,60	—	— 0,03	— 0,02
4. Scharlach	553	543	1 096	— 62	— 101	— 163	0,29	0,27	0,28	— 0,03	— 0,05	— 0,04
5. Masern und Röteln	1 023	911	1 934	+ 229	+ 242	+ 471	0,53	0,45	0,49	+ 0,11	+ 0,12	+ 0,11
6. Diphtherie und Krupp	1 740	1 663	3 403	+ 392	+ 386	+ 778	0,91	0,82	0,87	+ 0,20	+ 0,18	+ 0,20
7. Keuchhusten	1 149	1 360	2 509	— 49	+ 67	+ 18	0,60	0,67	0,64	— 0,03	+ 0,02	± 0
8. Typhus	365	389	754	— 60	— 45	— 105	0,19	0,19	0,19	— 0,03	— 0,03	— 0,03
9. Übertragbare Tierkrankheiten	9	2	11	± 0	+ 2	+ 2	0,004	0,001	0,002	± 0	± 0	± 0
10. a) Rose (Erysipel)	901	947	1 848	+ 121	+ 161	+ 282	0,47	0,47	0,47	+ 0,06	+ 0,08	+ 0,07
b) Andere Wundinfektionskrankheiten	2 328	1 688	4 016	+ 4	+ 139	+ 143	1,22	0,84	1,02	— 0,01	+ 0,07	+ 0,03
11. Tuberkulose	17 925	17 014	34 939	+ 411	— 399	+ 12	9,37	8,44	8,89	+ 0,14	— 0,26	— 0,07
darunter:												
a) der Lungen (Lungenschwindsucht)	15 215	14 385	29 600	+ 573	— 219	+ 354	7,96	7,13	7,53	+ 0,24	— 0,16	+ 0,03
b) anderer Organe	2 397	2 322	4 719	— 103	— 176	— 279	1,25	1,15	1,20	— 0,07	— 0,10	— 0,08
c) akute allgemeine Miliartuberkulose	313	307	620	— 59	— 4	— 63	0,16	0,15	0,16	— 0,04	— 0,01	— 0,02
12. Lungenentzündung (Pneumonie)	23 187	20 239	43 426	+ 3 387	+ 3 082	+ 6 469	12,13	10,04	11,05	+ 1,69	+ 1,47	+ 1,57
13. Grippe (Influenza)	12 161	14 409	26 570	+ 8 061	+ 9 874	+17 935	6,36	7,14	6,76	+ 4,20	+ 4,88	+ 4,55
14. Andere übertragbare Krankheiten	1 361	1 071	2 432	— 36	+ 89	+ 53	0,71	0,53	0,62	— 0,03	+ 0,04	+ 0,01
darunter: Venerische Krankheiten	831	625	1 456	— 42	— 5	— 47	0,43	0,31	0,37	— 0,03	± 0	— 0,02
15. Krankheiten der Atmungsorgane (ausschl. 6, 7, 11, 12, 13 und 20)	11 698	10 035	21 733	+ 1 338	+ 1 463	+ 2 801	6,12	4,98	5,53	+ 0,66	+ 0,70	+ 0,67
16. Krankheiten der Kreislauforgane (Herz usw.)	39 568	42 654	82 222	+ 3 016	+ 3 513	+ 6 529	20,69	21,15	20,93	+ 1,42	+ 1,60	+ 1,52
17. a) Gehirnschlag	10 084	11 694	21 778	— 26	+ 311	+ 285	5,27	5,80	5,54	— 0,06	+ 0,12	+ 0,03
b) Andere Krankheiten des Nervensystems	8 110	7 318	15 428	+ 359	+ 293	+ 652	4,24	3,63	3,93	+ 0,15	+ 0,12	+ 0,14
18. Krankheiten der Verdauungsorgane	17 799	16 179	33 978	+ 1 204	+ 951	+ 2 155	9,31	8,02	8,65	+ 0,56	+ 0,42	+ 0,49
darunter:												
a) Magen- und Darmkatarrh	4 791	4 014	8 805	+ 420	+ 303	+ 723	2,51	1,99	2,24	+ 0,21	+ 0,14	+ 0,17
b) Brechdurchfall	1 578	1 234	2 812	+ 358	+ 289	+ 647	0,83	0,61	0,72	+ 0,19	+ 0,14	+ 0,17
c) Blinddarmentzündung	2 146	1 687	3 833	— 5	+ 50	+ 45	1,12	0,84	0,98	— 0,01	+ 0,02	+ 0,01
19. Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane (ausschl. 3, 11b, 14 und 20)	7 767	6 145	13 912	+ 338	— 23	+ 315	4,06	3,05	3,54	+ 0,14	— 0,03	+ 0,05
20. a) Krebskrankheit	19 701	24 800	44 501	+ 427	+ 837	+ 1 264	10,30	12,30	11,33	+ 0,14	+ 0,33	+ 0,24
b) Andere Neubildungen	2 577	3 160	5 737	+ 65	+ 91	+ 156	1,35	1,57	1,46	+ 0,03	+ 0,04	+ 0,03
21. a) Selbstmord	6 920	2 842	9 762	+ 230	+ 2	+ 232	3,62	1,41	2,48	+ 0,09	— 0,01	+ 0,04
b) Mord und Totschlag	505	311	816	+ 7	— 19	— 12	0,26	0,15	0,21	± 0	— 0,01	± 0
c) Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung	13 487	4 083	17 570	+ 807	+ 297	+ 1 104	7,05	2,02	4,47	+ 0,36	+ 0,13	+ 0,25
22. Andere benannte Todesursachen	14 658	12 047	26 705	+ 294	+ 513	+ 807	7,67	5,97	6,80	+ 0,10	+ 0,21	+ 0,16
darunter:												
a) Alkoholismus (Säuferwahnsinn)	463	42	505	+ 3	— 5	— 2	0,24	0,02	0,13	± 0	± 0	± 0
b) Zuckerkrankheit	2 767	3 225	5 992	+ 323	+ 243	+ 566	1,45	1,60	1,53	+ 0,16	+ 0,11	+ 0,14
23. Todesursachen nicht angegeben und unbekannt	397	278	675	— 72	— 65	— 137	0,21	0,14	0,17	— 0,04	— 0,03	— 0,04
Gestorbene überhaupt	249 272	244 770	494 042	+21 088	+23 245	+44 333	130,35	121,37	125,74	+10,04	+10,75	+10,40

um 17,2 und Stade um 16,7 betroffen; nicht so schlimm bedroht waren dagegen die Bezirke Gumbinnen, wo die Zunahme nur 1,7, in Allenstein nur 2,6 und in Königsberg nur 4,3 betrug.

Im Westen und in der Mitte des Staates liegen hauptsächlich die Bezirke, die eine größere Zunahme der Sterbeziffer aufweisen, während mehr im Osten mit einigen Ausnahmen die Bezirke mit einer geringeren Zunahme liegen. Die Kältewelle, die während des ganzen 1. Vierteljahres des Berichtsjahres anhielt, hat also der Bevölkerung im Osten nicht soviel anhaben können als in den übrigen Landesteilen; ob die größere Abhärtung gegen niedrige Temperaturen oder andere Umstände dabei eine Rolle spielen, mag dahin gestellt sein.

Ordnet man die Regierungsbezirke nach der Höhe der Sterbeziffern, die zwischen der höchsten mit 139,8 im Bezirk Breslau und der niedrigsten mit 112,2 im Bezirk Arnsberg schwanken, so bleiben diejenigen, die im Vorjahre über dem Staatsdurchschnitt lagen meistens auch diesmal darüber; nur einige im Osten wie Gumbinnen, Allenstein und Westpreußen liegen infolge der geringeren Zunahme der Sterblichkeit diesmal unter dem Staatsdurchschnitt; eine weitere Ausnahme machten die Bezirke Trier, Schneidemühl,

Sterbeziffern der Regierungsbezirke

Regierungsbezirke	Auf 10 000 Lebende starben	Davon gegen das Vorjahr + mehr — weniger	Regierungsbezirke	Auf 10 000 Lebende starben	Davon gegen das Vorjahr + mehr — weniger
Breslau	139,8	+ 7,2	**Staat**	**125,7**	**+ 10,4**
Potsdam	138,8	+ 14,6	Westpreußen	125,5	— 1,7
Stralsund	138,5	+ 4,6	Gumbinnen	125,1	+ 1,7
Magdeburg	137,5	+ 14,7	Allenstein	124,4	+ 2,6
Sigmaringen	136,3	+ 11,0	Aurich	122,4	+ 17,3
Frankfurt	136,1	+ 12,6	Trier	122,2	+ 5,0
Liegnitz	136,0	+ 11,9	Köslin	121,5	+ 10,1
Oppeln	135,4	— 2,5	Minden	119,7	+ 14,1
Berlin	134,3	+ 10,8	Hannover	119,5	+ 10,8
Königsberg	134,0	+ 4,3	Wiesbaden	118,9	+ 9,3
Hildesheim	132,5	+ 17,2	Lüneburg	118,5	+ 12,0
Aachen	132,3	+ 11,5	Osnabrück	118,2	+ 12,9
Schneidemühl	129,3	+ 14,8	Stade	116,0	+ 16,7
Koblenz	129,1	+ 14,5	Schleswig	115,9	+ 7,2
Erfurt	128,0	+ 15,1	Düsseldorf	114,9	+ 12,9
Köln	127,1	+ 12,4	Münster	114,1	+ 11,8
Stettin	126,9	+ 7,7	Kassel	113,6	+ 8,6
Merseburg	126,5	+ 9,7	Arnsberg	112,2	+ 12,2

Erfurt, Koblenz und Köln, die im Vorjahr eben unter dem Staatsdurchschnitt lagen, ihn aber diesmal überschreiten.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus dem 1. Halbjahr 1930 wird aller Voraussicht nach die Zahl der Sterbefälle im nächsten Berichtsjahr wieder auf den Stand der vorletzten Jahre zurückfallen. Die Sterblichkeitszunahme des Jahres 1929 stellt wahrscheinlich einen durch klimatisch-hygienische Einflüsse bedingten Ausnahmezustand dar.

Der Fremdenverkehr in Preußen 1929/30.

I. Allgemeine Bemerkungen.

Mit Nachstehendem wird zum dritten Mal eine Jahresübersicht über den Fremdenverkehr in Preußen der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Anordnung des Stoffes hat gegenüber dem Vorjahr keine Veränderung erlitten. Es wird der Fremdenverkehr der in die preußische Fremdenverkehrsstatistik einbezogenen Orte, deren Zahl wiederum gestiegen ist, für das Sommer- und das Winterhalbjahr nachgewiesen, stets unter Gliederung nach der Herkunft der Fremden, da der Besuch aus dem Inland und der aus dem Ausland verschiedene wirtschaftliche Bedeutung hat. Die Fremdenorte sind bei den Städten nach der Ortsgröße gegliedert, bei den Kur- und Badeorten in die 4 Gruppen: Ostseebäder, Nordseebäder, Heilbäder und Luftkurorte geteilt. Am Schluß des Aufsatzes sind in den Tabellen 15 und 16 sämtliche an der Statistik teilnehmenden Orte mit der Zahl der gemeldeten Fremden und der Zahl der Übernachtungen nachgewiesen. Neu hinzugekommen ist bei den Schlußtabellen die Spalte 13: „Auf 100 deutsche Gäste kamen Auslandsfremde."

Wegen einiger weiterer grundsätzlicher Fragen wird auf die Vorbemerkung zu der Darstellung des Fremdenverkehrs im Jahre 1928/29 in der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 70. Jahrgang (1931) 1. Abtg. verwiesen.

II. Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1929.

An der Fremdenverkehrsstatistik des Sommerhalbjahres 1929 beteiligten sich 398 Orte, und zwar 229 Bade- und Kurorte und 169 Städte. Damit hat sich die Zahl der Berichtsorte gegenüber dem Sommerhalbjahr 1928 etwas erhöht (362). Die Zunahme ist im wesentlichen die Folge einer Ausdehnung der Statistik, die bekanntlich auf freiwilliger Mitarbeit der Gemeinden beruht, auf die große Mehrzahl der Städte mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern. Außerdem sind einige noch fehlende Badeorte und größere Städte hinzugekommen. Fortgefallen sind Neukuhren und Helgoland, von denen Angaben nicht eingetroffen sind. Der Ausfall Helgolands ist ein wesentlicher Verlust für die Statistik. Die übrigen Verschiebungen gegenüber 1928 beruhen auf kommunalen Veränderungen.

Insgesamt wurden (Tab. 1) in den an der Fremdenverkehrsstatistik teilnehmenden Orten im Sommer 1929 5,3 Millionen Fremde erfaßt, davon 830 000 (= 15,7 %) in Berlin. 1,4 Mill. (= 26,4 %) wurden in den anderen Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern gezählt, 300 000 (= 5,7 %) in den übrigen Großstädten, 500 000 (= 9,4 %) in den größeren und 423 000 (= 8,0 %) in den kleineren Mittelstädten, 173 000 (= 3,3 %) in den Städten mit unter 20 000 Einwohnern, 600 000 (= 11,3 %) in Heilbädern, 512 000 (= 9,7 %) in Luftkurorten, 425 000 (= 8,0 %) in Ostseebädern und 129 000 (= 2,5 %) in Nordseebädern. In der letzten Zahl macht sich das Fehlen Helgolands sehr stark bemerkbar.

Die vorgenannten Zahlen sind die Summen der in den Orten gezählten Fremden. Sie geben nicht die unterwegs befindlich gewesenen Personen an, da der Besuch mehrerer Orte und mehrfache Reisen wiederholt gezählt werden. Das ist besonders beim Auslandsfremdenverkehr beachtlich.

Dieser umfaßte im vorgenannten Sinne rund 530 000 Personen, d. h. 10% der gesamten Fremdenbewegung. In Berlin betrug er sogar 19,3% und im Durchschnitt der übrigen größten Städte 14,0%. Aber auch die preußischen Heilbäder hatten zu fast 10% Fremde aus dem Auslande, wogegen in unseren Seebädern auffallend wenig Fremde dieser Art gezählt sind. Dabei haben die deutschen Nordseebäder Besonderheiten des Wellenschlags und der Heilwirkung, die von keinem sonstigen mitteleuropäischen Seebad erreicht werden. Hier dürfte die Verkehrswerbung noch ein weites Feld für Betätigung finden. Zum Teil hängt der mangelnde Besuch aus dem Ausland wohl damit zusammen, daß unsere deutschen Nordseebäder zumeist etwas unbequem zu erreichen sind.

Leider war von 1,1% der Fremden die Herkunft nicht bekannt, jedoch betrifft dieser Ausfall zu 55% eine neu in die Statistik aufgenommene Mittelstadt, die in der Hauptsache Fremde aus dem Inland gehabt haben dürfte.

1. Die Zahl der Fremden im Sommerhalbjahr 1929 (1. 4. bis 30. 9.).

Ortsgruppen	Zahl der Berichtsorte	In den Berichtsorten sind gezählt: Fremde überhaupt: Zahl	v. H. der Gesamtzahl in Spalte 3	Fremde mit Wohnsitz in Deutschland: Zahl	v. H. der Spalte 3	Fremde mit Wohnsitz im Auslande: Zahl	v. H. der Spalte 3	Fremde mit unbekanntem Wohnsitz: Zahl	v. H. der Spalte 3
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ostseebäder	62	425 060	8,0	415 455	97,7	8 310	2,0	1 295	0,3
Nordseebäder	12	129 486	2,5	127 496	98,5	1 990	1,5	—	—
Heilbäder im Binnenlande	71	600 444	11,3	541 243	90,1	58 699	9,8	502	0,1
Luftkurorte	84	512 282	9,7	487 539	95,2	23 759	4,6	984	0,2
Berlin	1	829 757	15,7	669 175	80,6	159 789	19,3	793	0,1
Städte mit über 200 000 Einwohnern (ohne Berlin)	16	1 399 342	26,4	1 192 879	85,2	195 237	14,0	11 226	0,8
„ „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	11	303 912	5,7	289 499	95,3	13 649	4,5	764	0,3
„ „ „ 50 000 „ 100 000 „	25	498 942	9,4	445 216	89,2	46 359	9,3	7 367	1,5
„ „ „ 20 000 „ 50 000 „	50	423 377	8,0	373 814	88,3	15 287	3,6	[1]) 34 276	8,1
„ „ unter 20 000 Einwohnern	66	172 845	3,3	166 057	96,1	6 619	3,8	169	0,1
Zusammen	**398**	**5 295 447**	**100**	**4 708 373**	**88,9**	**529 698**	**10,0**	**57 376**	**1,1**

[1]) darunter eine Mittelstadt mit 31 512 Fremden ohne Angabe der Herkunft.

2. Die Dauer des Aufenthalts der Fremden im Sommerhalbjahr 1929 (1. 4. bis 30. 9.).

Ortsgruppen	Zahl der Berichtsorte mit Übernachtungsangabe	In den Berichtsorten mit Übernachtungsangabe sind gezählt: insgesamt – Fremde	insgesamt – Übernachtungen	hiervon hatten ihren Wohnsitz in Deutschland – Fremde	in Deutschland – Übernachtungen	im Auslande – Fremde	im Auslande – Übernachtungen	unbekannter Wohnsitz [2] – Fremde	unbekannter Wohnsitz [2] – Übernachtungen	Es entfallen Übernachtungen auf einen Fremden: überhaupt	aus Deutschland	aus dem Auslande	mit unbekanntem Wohnsitz
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ostseebäder	51	396 491	5 220 802	346 880	4 740 068	6 915	98 197	42 696	382 537	13,2	13,7	14,2	9,0
Nordseebäder	8	90 329	1 588 442	81 434	1 350 794	966	10 056	7 929	227 592	17,6	16,6	10,4	28,7
Heilbäder im Binnenlande	68	554 612	5 705 238	493 577	5 251 144	57 992	417 544	3 043	36 550	10,3	10,6	7,2	12,0
Luftkurorte	83	487 817	2 908 264	457 722	2 703 875	23 039	91 346	7 056	113 043	6,0	5,9	4,0	16,0
Berlin	1	829 757	1 765 804	669 175	1 282 629	159 789	481 301	793	1 874	2,1	1,9	3,0	2,4
Städte mit über 200 000 Einw. (ohne Berlin)	10	1 017 892	1 795 384	324 953	581 430	22 323	39 205	670 616	1 174 749	1,8	1,8	1,8	1,8
„ „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	10	230 691	328 037	218 990	308 816	10 937	17 910	764	1 311	1,4	1,4	1,6	1,7
„ „ „ 50 000 „ 100 000 „	23	454 267	619 393	376 787	517 184	42 901	62 189	34 579	40 020	1,4	1,4	1,4	1,2
„ „ „ 20 000 „ 50 000 „	[1] 48	387 432	522 618	369 915	495 202	15 220	24 740	2 297	2 276	1,3	1,3	1,6	1,2
„ „ unter 20 000 Einwohnern	66	172 845	332 863	166 057	322 491	6 619	10 188	169	184	1,9	1,9	1,5	1,1
Zusammen	**368**	**4 622 133**	**20 786 845**	**3 505 490**	**17 553 633**	**346 701**	**1 252 676**	**769 942**	**1 980 536**	4,5	5,0	3,6	2,6
[1]) Dazu eine Stadt ohne Angabe der Fremdenzahl	1	.	38 411	.	36 645	.	1 766	—	—	.	.	.	—

[2]) Sämtliche Fälle, bei denen zwar der Wohnsitz der Fremden bekannt ist, aber die Aufenthaltsdauer nicht nach Wohnsitz aufgeteilt, sondern nur in einer Zahl angegeben war, mußten bei dieser Tabelle (im Gegensatz zu Tabelle 1) in den Spalten 9 und 10 nachgewiesen werden, da es hier auf den Vergleich zwischen Personenzahl und Aufenthaltsdauer ankommt.

Bei 30 Orten fehlt die Angabe der Aufenthaltsdauer. Ein Ort teilt regelmäßig nur diese, aber nicht die Zahl der Fremden mit. Die Durchschnittsziffern, die sich aus der Gegenüberstellung der Fremdenzahl und der Aufenthaltsdauer ergeben (Tab. 2), waren gegenüber dem Sommerhalbjahr 1928 fast unverändert. Der Gesamtdurchschnitt war in beiden 4,5 Übernachtungen auf 1 Fremden, und zwar bei denen aus dem Inland 5,0 (i. V. 5,1), bei denen aus dem Ausland beidemal 3,6. Im einzelnen haben sich die Gäste aus dem Inland in den Ostseebädern im Durchschnitt 13,7 Tage (i. V. 17,1 Tage) aufgehalten, in den Nordseebädern 16,6 Tage (i. V. 15,6 Tage). Bei den Heilbädern war der Durchschnittsaufenthalt mit 10,6 Tagen (i. V. 10,1 Tage) und bei den Luftkurorten mit 5,9 Tagen (i. V. 5,6 Tage) nahezu unverändert.

Die Fremden aus dem Ausland haben sich durchschnittlich in den Ostseebädern etwas länger aufgehalten als die Fremden aus dem Inland (13,7 zu 14,2 Tage). Bei den anderen Gruppen der Bade- und Kurorte übertraf die Aufenthaltsdauer der Fremden aus dem Inland die derjenigen aus dem Ausland stets nicht unbeträchtlich: Nordseebäder 16,6 Tage gegen 10,4 Tage, Heilbäder 10,6 Tage gegen 7,2 Tage, Luftkurorte 5,9 Tage gegen 4,0 Tage. Es ist wohl anzunehmen, daß der Grund hierfür darin liegt, daß die Fremden aus dem Ausland leichter geneigt sind, den Aufenthaltsort zu wechseln, sofern sie nicht eine ortseigentümliche Kur gebrauchen. Das gilt aber weniger für die Ostseebäder, die ausgesprochene Familienbäder sind.

Die auf diese Weise errechnete Durchschnittsaufenthaltsdauer der Fremden in Bade- und Kurorten leidet aber unter dem Mangel, daß bisher nicht zwischen Passanten und wirklichen Kurgästen geschieden werden kann.

In den Städten hielten sich die Personen aus dem Inland ebenso wie die aus dem Ausland im allgemeinen zwischen 1 und 2 Tagen auf. Eine Ausnahme machten die Fremden aus dem Ausland, die Berlin aufsuchten, da sich bei ihnen eine mittlere Aufenthaltsdauer von 3 Tagen errechnete. Die gleichen Unterschiede zeigte auch die Tabelle aus dem Vorjahr sodaß hieraus wohl auf typische Erscheinungen geschlossen werden kann.

Eine vollständige Übersicht über den Fremdenverkehr in 229 preußischen Bade- und Kurorten und in 170 sonstigen Orten für den Sommer 1929 ist bereits im 69. Jahrgang dieser Zeitschrift (S. 494) veröffentlicht worden.

III. Der Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1929/30.

Im Winter 1929/30 hat sich die Zahl der Berichtsorte (Tab. 3) gegenüber dem Vorwinter von 252 auf 283 erhöht. Die Zunahme beruht zum größten Teil auf dem Hinzutreten von 30 Mittelstädten, die im Vorwinter an der Fremdenverkehrsstatistik nicht teilgenommen hatten. Insgesamt beteiligten sich (Tab. 3) 10 (10) Ostseebäder, 3 (5) Nordseebäder, 50 (46) Heilbäder, 68 (69) Luftkurorte, 17 (15) Großstädte mit über 200 000 Einwohnern, 11 (15) Großstädte mit über 100 000 bis 200 000 Einwohnern, 24 (22) Städte mit über 50 000 bis 100 000 Einwohnern, 49 (19) Städte mit über 20 000 bis 50 000 Einwohnern und 51 (51) Städte mit weniger als 20 000 Einwohnern. — Im ganzen wurden in den 283 (252) Orten 3 097 675 (2 684 127) Fremde gezählt[1]).

Von der Gesamtzahl der Fremden entfielen allein auf Berlin 20,3 %, weitere 35,3 % auf die übrigen 16 Großstädte mit über 200 000 Einwohnern und 8,7 % auf 11 Großstädte mit über 100 000 bis 200 000 Einwohnern, während auf die Kur- und Badeorte nur 9,1 % der Fremden kamen. Der Anteil der Fremden mit ständigem Wohnsitz im Ausland war 7,5 %; jedoch ist diese Ziffer unsicher wegen der verhältnismäßig hohen Zahl von Fremden mit unbekanntem Wohnsitz (1,5 %).

Die volkswirtschaftlich wichtigen Übernachtungszahlen (Tab. 4) fehlten noch bei 11 Orten, darunter 7 Großstädten; dagegen gibt ein Ort regelmäßig nur die Übernachtungen, nicht aber die Fremdenzahlen an. Insgesamt entfielen auf 21 Großstädte einschl. Berlin 47,9 %, auf 129 Bade- und Kurorte 35,8 % und auf die 121 restlichen Berichtsorte 16,3 % der ermittelten Übernachtungen.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist von 2,6 Tagen im Vorwinter auf 2,4 Tage im Berichtshalbjahr zurückgegangen. Dabei ergaben sich für die Besucher aus Deutschland 2,5 (2,7) und für die aus dem Ausland 3,3 (3,7) Tage. (Zum Vergleich sei angeführt, daß der durchschnittliche Aufenthalt im Mittel sämtlicher Berichtsorte im Sommerhalbjahr 1929 4,5 Tage betrug.) Leider bringt auch hier die große Zahl von Fremden, deren ständiger Wohnsitz nicht bekannt ist, eine Unsicherheit in die Berechnung. — In Berlin war der durchschnittliche Aufenthalt 2,1 Tage, in den übrigen Städten erreichte er nicht die Dauer von 2 Tagen.

[1]) Bei Besuch mehrerer Berichtsorte ist leider Mehrfachzählung der Personen (nicht der Aufenthaltsdauer) unvermeidlich.



Zwischen der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer der Fremden in den Städten besteht damit für Sommer und Winter kein Unterschied. Bei den Bade- und Kurorten war diese im Winter 1 bis fast 2 Wochen, woraus ersichtlich ist, daß die Werbetätigkeit für Winterkuren doch nicht ganz ohne Erfolg geblieben ist, insbesondere wenn man berücksichtigt, daß die Fremden nicht nach dem Reisezweck unterschieden sind, und daß bei einer im Winter geringeren Gesamtzahl von Fremden der Anteil der Geschäftsreisenden, die sich zumeist nur ganz wenige Tage aufhalten, die Durchschnittszahlen in Richtung nach abwärts stärker beeinflussen muß als im Sommer.

3. Die Zahl der Fremden im Winterhalbjahr 1929/30 (1. 10. 1929 bis 31. 3. 1930).

Ortsgruppen	Zahl der Berichtsorte	In den Berichtsorten sind gezählt: Fremde überhaupt: Zahl	Fremde überhaupt: v. H. der Gesamtzahl in Spalte 3	Fremde mit Wohnsitz in Deutschland: Zahl	in Deutschland: v. H. der Spalte 3	Fremde mit Wohnsitz im Auslande: Zahl	im Auslande: v. H. der Spalte 3	Fremde mit unbekanntem Wohnsitz: Zahl	unbekanntem Wohnsitz: v. H. der Spalte 3
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ostseebäder	10	7 284	0,2	7 267	99,8	17	0,2	—	—
Nordseebäder	3	2 215	0,1	2 209	99,7	6	0,3	—	—
Heilbäder im Binnenlande	50	180 964	5,8	169 054	93,4	11 786	6,5	124	0,1
Luftkurorte	68	92 992	3,0	90 841	97,7	1 867	2,0	284	0,3
Berlin	1	628 791	20,3	530 785	84,4	97 462	15,5	544	0,1
Städte mit über 200 000 Einwohnern (ohne Berlin)	16	1 094 772	35,3	996 168	91,0	87 941	8,0	10 663	1,0
„ „ „ 100 000 bis 200 000 Einwohnern	11	269 838	8,7	258 449	95,8	11 131	4,1	258	0,1
„ „ „ 50 000 „ 100 000 „	24	349 354	11,3	325 905	93,3	13 157	3,8	10 292	2,9
„ „ „ 20 000 „ 50 000 „	49	409 202	13,2	376 931	92,1	9 334	2,3	[1]) 22 937	5,6
„ „ unter 20 000 Einwohnern	51	62 263	2,0	60 763	97,6	1 020	1,6	480	0,8
Zusammen	**283**	**3 097 675**	**100**	**2 818 372**	**91,0**	**233 721**	**7,5**	**45 582**	**1,5**

[1]) darunter eine Mittelstadt mit 20 869 Fremden ohne Angabe der Herkunft.

4. Die Dauer des Aufenthalts der Fremden im Winterhalbjahr 1929/30 (1. 10. 1929 bis 31. 3. 1930).

Ortsgruppen	Zahl der Berichtsorte mit Übernachtungsangabe	In den Berichtsorten mit Übernachtungsangabe sind gezählt: insgesamt: Fremde	insgesamt: Übernachtungen	hiervon hatten ihren Wohnsitz in Deutschland: Fremde	in Deutschland: Übernachtungen	im Auslande: Fremde	im Auslande: Übernachtungen	unbekannter Wohnsitz [2]): Fremde	unbekannter Wohnsitz: Übernachtungen	Es entfallen Übernachtungen auf einen Fremden: überhaupt	aus Deutschland	aus dem Auslande	mit unbekanntem Wohnsitz
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
Ostseebäder	10	7 284	86 091	7 267	85 974	17	117	—	—	11,8	11,8	6,9	—
Nordseebäder	2	2 074	25 394	2 068	25 373	6	21	—	—	12,2	12,3	3,5	—
Heilbäder im Binnenlande	49	179 763	1 539 648	167 853	1 408 669	11 786	130 163	124	816	8,6	8,4	11,0	[illegible]
Luftkurorte	68	92 992	657 535	90 841	646 693	1 867	10 278	284	564	7,1	7,1	5,5	[illegible]
Berlin	1	628 791	1 345 394	530 785	1 039 450	97 462	304 475	544	1 469	2,1	2,0	3,1	[illegible]
Städte mit über 200 000 Einw. (ohne Berlin)	10	745 744	1 415 176	300 820	551 369	17 374	33 096	427 550	830 711	1,9	1,8	1,9	[illegible]
„ „ „ 100 000 bis 200 000 Einw.	10	224 006	324 712	213 712	308 799	10 036	15 575	258	338	1,4	1,4	1,6	[illegible]
„ „ „ 50 000 „ 100 000 „	23	320 264	457 017	280 034	402 746	11 856	18 595	28 374	35 676	1,4	1,4	1,6	[illegible]
„ „ „ 20 000 „ 50 000 „	[1]) 47	379 915	507 683	369 735	489 969	9 243	15 834	937	1 880	1,3	1,3	1,7	[illegible]
„ „ unter 20 000 Einwohnern	51	62 263	84 753	60 763	82 153	1 020	1 816	480	784	1,4	1,4	1,8	[illegible]
Zusammen	**271**	**2 643 096**	**6 443 403**	**2 023 878**	**5 041 195**	**160 667**	**529 970**	**458 551**	**872 238**	**2,4**	**2,5**	**3,3**	[illegible]
[1]) Dazu eine Stadt ohne Angabe der Fremdenzahl	1	.	11 194	.	10 978	.	216	—	—	.	.	.	—

[2]) Vergl. die Anmerkung [2]) zu Tabelle 2.

IV. Jahresbilanz.

Im ganzen Berichtsjahr 1929/30 sind demnach in Preußen 8 393 122 (Vorjahr: 7 490 899) Fremde von der Statistik des Fremdenverkehrs erfaßt worden. 763 419 (648 080) oder 9,1 % (8,7 %) der gezählten Fremden sind Auslandsfremde gewesen. Es wurden 27 230 248 (24 036 895) Übernachtungen für 7 265 229 (6 310 768) Fremde gezählt, sodaß sich eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 3,7 (3,8) Übernachtungen ergibt.

V. Sonderdarstellung des Fremdenverkehrs in den Bade- und Kurorten.

Unter den 398 Orten, die sich an der preußischen Fremdenverkehrsstatistik des Sommers 1929 beteiligten, waren, wie bereits aus der Tabelle 1 ersichtlich, 229 Bade- und Kurorte.

Die Zahl der Fremden in diesen 229 Orten betrug 1 667 272 oder 31,5 % der Gesamtzahl der in den 398 Orten gemeldeten Fremden. Unter den im Sommer 1929 zum ersten Mal in der



Fremdenverkehrsstatistik erscheinenden Badeorten ist Wildungen, das durch das am 1. 4. 1929 in Kraft getretene Gesetz betr. die Einverleibung Waldecks preußisch geworden ist. Seine Besucherzahl, besonders aber die Zahl der Übernachtungen (127 635), ist recht erheblich.

5. Orte mit über 100 000 Übernachtungen.
Sommer 1928 und 1929[1])
geordnet nach der Zahl der Übernachtungen im Sommer 1929.

Gemeinden		Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1		2	3	4
1. Wiesbaden	1928	110 053	718 395	6,5
	1929	105 744	695 753	6,6
2. Kolberg	1928	60 634	771 361	12,7
	1929	59 443	640 973	10,8
3. Norderney	1928	31 147	468 972	15,1
	1929	38 815	637 658	16,4
4. Oeynhausen	1928	24 178	482 333	19,9
	1929	24 593	513 739	20,9
5. Ahlbeck	1928	28 537	467 122	16,4
	1929	25 235	456 124	18,1
6. Swinemünde	1928	43 040	.	.
	1929	41 767	370 713	8,9
7. Misdroy	1928	20 494	334 341	16,3
	1929	21 847	366 619	16,8
8. Cranz	1928	12 580	231 729	18,4
	1929	14 132	302 259	21,4
9. Binz	1928	27 259	333 522	12,2
	1929	26 488	291 295	11,0
10. Ems	1928	27 287	213 731	7,8
	1929	29 675	280 336	9,4
11. Reinerz	1928	18 794	211 914	11,3
	1929	18 968	266 044	14,0
12. Schreiberhau	1928	31 612	290 098	9,2
	1929	28 149	260 829	9,3
13. Kudowa	1928	16 097	183 504	11,4
	1929	15 869	228 630	14,4
14. Wyk auf Föhr	1928	.	.	.
	1929	7 929	227 592	28,7
15. Landeck i. Schles.	1928	20 751	212 129	10,2
	1929	17 250	225 286	13,1
16. Juist	1928	11 372	191 523	16,8
	1929	11 705	222 840	19,0
17. Sellin	1928	16 792	213 337	12,7
	1929	19 661	220 571	11,2
18. Orb	1928	7 467	180 894	24,2
	1929	7 930	213 588	26,9
19. Heringsdorf	1928	12 053		
	1929	10 922	212 007	19,4
20. Göhren	1928	13 038	191 291	14,7
	1929	14 388	211 272	14,7
21. Neuenahr	1928	20 572	138 827	6,7
	1929	15 722	207 069	13,2
22. Aachen	1928	25 483	171 266	6,7
	1929	28 521	204 474	7,2
23. Altheide	1928	13 520	197 728	14,6
	1929	13 897	197 981	14,3
24. Rauschen	1928	8 126	148 750	18,3
	1929	9 850	197 825	20,1
25. Lippspringe	1928	8 467	228 338	27,0
	1929	6 781	197 642	29,1
26. Zinnowitz	1928	12 570	.	.
	1929	12 012	193 257	16,1
27. Bansin	1928	12 007	182 534	15,2
	1929	7 914	183 672	23,2
28. Flinsberg	1928	14 299	183 399	12,8
	1929	13 695	169 980	12,4
29. Sankt Peter und Ording	1928	11 783	175 508	14,9
	1929	10 774	169 237	15,7
30. Kösen	1928	.	.	.
	1929	5 618	164 108	29,2
31. Ilsenburg	1928	.	.	.
	1929	25 998	157 248	6,0
32. Nenndorf	1928	7 308	176 075	24,1
	1929	7 720	154 270	20,0

[1]) Die Punkte in den Spalten bedeuten, daß die Zahl der Fremden oder der Übernachtungen nicht bekannt ist.

Noch: 5. Orte mit über 100 000 Übernachtungen.
Sommer 1928 und 1929[1])
geordnet nach der Zahl der Übernachtungen im Sommer 1929.

Gemeinden		Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1		2	3	4
33. Bockswiese-Hahnenklee	1928	12 913	139 661	10,8
	1929	15 498	154 093	9,9
34. Langeoog	1928	8 429	168 056	19,9
	1929	8 314	141 338	17,0
35. Sachsa	1928	8 927	113 471	12,7
	1929	9 597	135 868	14,2
36. Driburg i. Westf.	1928	7 125	124 110	17,4
	1929	7 332	135 430	18,5
37. Wildungen	1928	.	.	.
	1929	24 208	127 635	5,3
38. Sooden-Allendorf	1928	6 375	125 570	19,7
	1929	6 184	122 547	19,8
39. Schierke	1928	19 831	124 159	6,3
	1929	20 113	116 030	5,8
40. Homburg v. d. Höhe	1928	8 010	78 881	9,8
	1929	8 420	112 190	13,3
41. Schwarzbach	1928	.	.	.
	1929	6 077	111 663	18,4
42. Prerow	1928	5 064	76 350	15,1
	1929	6 144	110 501	18,0
43. Polzin	1928	9 832	110 260	11,2
	1929	8 561	103 562	12,1
44. Bertrich	1928	5 728	84 791	14,8
	1929	4 683	101 911	21,8
45. Pyrmont	1928	28 288	.	.
	1929	32 962	.	.
46. Wernigerode	1928	.	.	.
	1929	24 465	.	.
47. Westerland	1928	.	.	.
	1929	21 747	.	.

[1]) Vergl. die Anmerkung zu Tab. 5.

Tabelle 5 ist eine Zusammenstellung der 44 Bade- und Kurorte[1]), die im Sommer 1929 mehr als 100 000 Übernachtungen meldeten. Zum Vergleich sind, soweit bekannt, die entsprechenden Angaben vom Sommer 1928 hinzugefügt. Es ist schwer, aus diesen Zahlen eine einheitliche Bewegung des Fremdenverkehrs zu entnehmen, denn es finden sich im einzelnen fast alle denkbaren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, so z. B. Zunahme der Fremdenzahl und der Übernachtungen, Zunahme der Fremdenzahl bei gleichzeitiger Abnahme der Übernachtungen und umgekehrt. 36 Orte lieferten Angaben über die Aufenthaltsdauer für beide Jahre. Diese nahm absolut in 23 Fällen zu und in 13 Fällen ab, relativ (d. h. pro Besucher) sogar in 26 Fällen zu und in 9 Fällen ab. (In einem Fall unveränderte Durchschnittsziffer.) Dies Ergebnis widerspricht den Klagen, die man häufig aus Interessentenkreisen hörte, daß nämlich zwar die Besucherzahl gestiegen, aber gleichzeitig die Aufenthaltsdauer insgesamt und pro Kurgast gegenüber dem Vorjahre gesunken ist. Es ist bedauerlich, daß die Statistik zur Aufklärung dieser Unstimmigkeit keine Möglichkeit der Ausgliederung nach Aufenthaltsdauerklassen gibt. Glaubhaft ist aber, daß trotzdem das wirtschaftliche Ergebnis für die einzelnen Orte zu wünschen übrig läßt und sich gegen 1928 verschlechtert hat, weil trotz etwaiger Verlängerung der Aufenthaltsdauer die Gäste angesichts der schlechten Wirtschaftslage ihren Konsum außerordentlich einschränken. — Manche auffallenden Erscheinungen sind ohne nähere Kenntnis der örtlichen Verhältnisse schwer zu erklären, so, wenn sich z. B. in Neuenahr die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von einem Jahr zum andern verdoppelt hat, und wenn z. B. in Bansin die Gesamtzahl der Übernachtungen fast unverändert blieb, obgleich die Gästezahl von rund 12 000 auf 8 000 zurückging.

[1]) Weiter sind in die Tabelle die Orte Pyrmont, Wernigerode und Westerland aufgenommen, die keine Aufenthaltsdauerzahl angaben, aber nach ihrer Besucherzahl sicherlich in diese Gruppe gehören. Von Helgoland fehlen sämtliche Angaben.

Für die 36 vergleichbaren Orte ergibt sich durch Zusammenfassung folgendes Gesamtbild:

	Fremdenzahl	Übernachtungen	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer eines Fremden
1928	691 891	8 443 930 Tage	12,2 Tage
1929	689 612	8 949 436 „	13,0 „

Also auch bei der Summierung[1]) ist in diesen 36 größten Badeorten die Besucherzahl um ein geringes gefallen (2 279) und gleichzeitig die Übernachtungszahl um 505 506 gestiegen, was eine Zunahme der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 12,2 auf 13,0 Tagen zur Folge hatte.

6. Orte mit über 15 000 Fremden (aber unter 100 000 Übernachtungen). Sommer 1928 und 1929[1])

geordnet nach der Zahl der Fremden im Sommer 1929.

Gemeinden		Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1		2	3	4
1. Rüdesheim a. Rh.	1928	57 048	66 782	1,2
	1929	55 107	60 993	1,1
2. Königswinter	1928	42 814	81 229	1,9
	1929	46 312	98 129	2,1
3. Saßnitz	1928	26 816	.	.
	1929	36 079	85 116	2,4
4. Honnef	1928	19 364	81 289	4,2
	1929	21 593	89 457	4,1
5. Thale	1928	21 207	64 898	3,1
	1929	18 142	47 185	2,6
6. Lüneburg	1928	8 943	25 023	2,8
	1929	17 733	48 507	2,7
7. Godesberg	1928	18 943	81 849	4,3
	1929	17 223	65 453	3,8

[1]) Vergl. die Anmerkung zu Tab. 5.

Eine Reihe von Orten hat einen erheblichen Fremdenverkehr, ohne daß die Reisenden einen längeren Aufenthalt nehmen. Tabelle 6 bringt deshalb 7 weitere Orte, in denen mindestens 15 000 Fremde gezählt wurden, ohne daß je 100 000 Übernachtungen erreicht wurden. Für 6 von ihnen lagen vergleichbare Vorjahreszahlen vor. In 3 Orten gingen dabei die Übernachtungen absolut zurück, in 3 stiegen sie, während relativ (auf 1 Fremden im Durchschnitt) 5 Orte eine Abnahme zeigten. Der höchsten Besucherzahl in dieser Gruppe, 55 107 in Rüdesheim a. Rh., entspricht hier die kürzeste Aufenthaltsdauer mit 1,1 Tagen. Königswinter hatte bei 46 312 Fremden und einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 2,1 Tagen fast 100 000 Übernachtungen.

Wenn man speziell den Auslandsfremdenverkehr in den Bade- und Kurorten betrachtet, so stammten im Sommer 1929 in den Ostseebädern 2,0 %, in den Nordseebädern 1,5 %, in den Heilbädern 9,8 % und in den Luftkurorten 4,6 % der Gäste aus dem Ausland. Von den beigefügten zwei Tabellen bringt die eine (Tab. 7) die Ergebnisse für 23 Orte, in denen die Ausländer-Übernachtungen die Zahl 5 000 überschritten; die andere (Tab. 8) führt noch 3 Orte mit erheblichem Auslandsfremdenverkehr auf, d. h. mit über 1 000 Gästen aus dem Ausland, ohne daß 5 000 Übernachtungen erreicht wurden. Es sind dies Rüdesheim a. Rh., Swinemünde (Übernachtungszahl unbekannt, möglicherweise über 5 000) und Sankt Goar. Für die meisten der in den zwei Tabellen aufgezählten Orte waren die entsprechenden Besucherzahlen des Vorjahres bekannt. Von ihnen hatten 17 im Sommer 1929 mehr und 6 weniger Gäste aus dem Ausland als im Sommer 1928. Eine gegen 1928 größere absolute Übernachtungszahl ergab sich für 15 Orte; relativ

[1]) Die Summierung der Besucherzahlen, gegen die grundsätzlich spricht, daß damit Personen, die mehrere Orte aufgesucht hatten, mehrfach gezählt werden, ist in diesem Falle weniger bedenklich, weil es sich um Orte handelt, die im allgemeinen nicht in wirtschaftlicher Beziehung zueinander stehen.

7. Orte mit über 5 000 Übernachtungen der Gäste aus dem Auslande. Sommer 1928 und 1929[1])

geordnet nach der Zahl der Übernachtungen im Sommer 1929.

Gemeinden		Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1		2	3	4
1. Wiesbaden	1928	33 239	207 146	6,2
	1929	34 603	215 452	6,2
2. Ems	1928	3 623	25 000	6,9
	1929	4 616	37 820	8,2
3. Aachen	1928	5 003	14 703	2,9
	1929	5 420	24 594	4,5
4. Königswinter	1928	6 753	15 121	2,2
	1929	10 165	22 333	2,2
5. Heringsdorf	1928	210	.	.
	1929	1 054	20 562	19,5
6. Wildungen	1928	.	.	.
	1929	2 508	17 997	7,2
7. Neuenahr	1928	1 312	17 075	13,0
	1929	1 596	17 238	10,8
8. Binz	1928	1 147	.	.
	1929	1 534	15 726	10,3
9. Godesberg	1928	2 909	13 243	4,6
	1929	2 382	11 938	5,0
10. Reinerz	1928	335	7 742	23,1
	1929	396	11 802	29,8
11. Sellin	1928	505	5 251	10,4
	1929	564	9 203	16,3
12. Obernigk	1928	111	4 656	41,9
	1929	152	8 529	56,1
13. Homburg v. d. Höhe	1928	696	.	.
	1929	684	8 211	12,0
14. Bentheim, Schloß	1928	517	6 304	12,2
	1929	639	7 684	12,0
15. Altheide	1928	527	9 077	17,2
	1929	373	7 563	20,3
16. Rauschen	1928	200	1 858	9,3
	1929	301	7 282	24,2
17. Kudowa	1928	382	7 080	18,5
	1929	365	7 131	19,5
18. Norderney	1928	634	7 268	11,5
	1929	756	6 882	9,1
19. Landeck i. Schles.	1928	507	5 240	10,3
	1929	416	6 559	15,8
20. Carlsruhe O. S.	1928	.	.	.
	1929	579	6 317	10,9
21. Kolberg	1928	122	2 663	21,8
	1929	284	6 140	21,6
22. Schreiberhau	1928	833	8 160	9,8
	1929	663	5 234	7,9
23. Schierke	1928	350	3 642	10,4
	1929	408	5 163	12,7

[1]) Vergl. die Anmerkung zu Tab. 5.

8. Orte mit mehr als 1 000 Gästen aus dem Auslande (aber weniger als 5 000 Übernachtungen). Sommer 1928 und 1929[1])

geordnet nach der Zahl der Fremden im Sommer 1929.

Gemeinden		Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1		2	3	4
1. Rüdesheim a. Rh.	1928	1 926	2 303	1,2
	1929	2 819	3 114	1,1
2. Swinemünde	1928	1 104	.	.
	1929	1 238	.	.
3. Sankt Goar	1928	.	.	.
	1929	1 134	1 840	1,6

[1]) Vergl. die Anmerkung zu Tab. 5.

(d. h. auf 1 Fremden) war sie größer in 11 Orten. Das gleiche zeigt sich, wenn man die Zahlen aus den für 1928 und 1929 auch hierbei vergleichbaren 19 Orten addiert. Es waren in diesen zusammen:

1928	59 788 Gäste aus dem Ausland mit	363 532	Übernachtungen
1929	66 918 „ „ „ „	421 661	„

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer stieg in diesen Orten von 6,1 auf 6,3 Tage. Hier zeigt sich also eine Zunahme bei allen drei Faktoren, der Gästezahl, den Übernachtungen und der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer. Der Fremdenverkehr aus dem Ausland hat sich also im Sommerhalbjahr in den Bade- und Kurorten gut entwickelt.

Unter den 283 Orten, die über den Fremdenverkehr im Winter 1929/30 berichteten, waren, wie bereits in den Tabellen 3 und 4 nachgewiesen, 131 Bade- und Kurorte, von denen 129 Übernachtungsangaben machten. Daß der Fremdenverkehr auch im Winter mit ziemlich hohen Zahlen rechnen darf, zeigt die Tabelle 9. Hiernach belief sich die Zahl der Übernachtungen in 53 der 129 Orte auf über 5 000. Weit voran steht, wie stets, Wiesbaden mit 418 000. In weitem Abstand folgen noch 4 Gemeinden mit über 100 000 Übernachtungen: Aachen (176 000), Schreiberhau (147 000), Oeynhausen (119 000) und Lippspringe (118 000).

9. Bade- und Kurorte mit über 5 000 Übernachtungen im Winter 1929/30
geordnet nach der Zahl der Übernachtungen.

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1	2	3	4
1. Wiesbaden	43 948	418 464	9,5
2. Aachen	27 747	175 612	6,3
3. Schreiberhau	12 586	147 061	11,7
4. Oeynhausen	7 758	119 484	15,4
5. Lippspringe	3 997	117 652	29,4
6. Kolberg	5 219	82 971	15,9
7. Orb	2 333	68 128	29,2
8. Obernigk	1 384	62 575	45,2
9. Sülzhayn	899	57 538	64,0
10. Ems	2 382	48 080	20,2
11. Reinerz	9 497	46 912	4,9
12. Kudowa	2 449	42 366	17,3
13. Königstein a. Taunus	2 351	41 090	17,5
14. Mölln (Lauenburg)	2 557	40 582	15,9
15. Schierke	6 624	39 384	5,9
16. Nenndorf	1 547	39 193	25,3
17. Polzin	2 778	34 845	12,5
18. Driburg i. Westf.	2 056	33 226	16,2
19. Krummhübel	5 084	32 140	6,3
20. Flinsberg	3 258	30 993	9,5
21. Bockswiese-Hahnenklee	3 764	28 793	7,6
22. Homburg v. d. Höhe	1 962	28 160	14,4
23. Altheide	1 896	27 921	14,7
24. Godesberg	5 942	27 222	4,6
25. Sachsa	1 719	27 120	15,8
26. Landeck i Schles.	1 571	25 477	16,2
27. Norderney	2 045	24 205	11,8
28. Benneckenstein	2 980	24 066	8,1
29. Wildungen	3 822	23 943	6,3
30. Kösen	807	23 166	28,7
31. Wölfelsgrund	1 331	20 193	15,2
32. Warmbrunn	1 456	19 785	13,6
33. Winterberg	4 373	16 669	3,8
34. Neuenahr	937	15 311	16,3
35. Petersdorf	1 204	12 457	10,3
36. Buckow i. d. Mark	1 315	12 408	9,4
37. Königswinter	4 076	12 230	3,0
38. Friedrichsbrunn	804	12 012	14,9
39. Salzelmen	382	11 924	31,2
40. Lähn	680	11 917	17,5
41. Charlottenbrunn	814	11 502	14,1
42. Unna	8 943	10 792	1,2
43. Sobernheim	1 673	10 718	6,4
44. Jannowitz	375	9 917	26,4
45. Falkenstein	415	8 538	20,6
46. Honnef	1 587	7 175	4,5
47. Neuruppin	4 878	6 929	1,4
48. Grund	338	6 877	20,3
49. Monschau	1 098	6 627	6,0
50. Suhl	5 104	6 443	1,3
51. Hersfeld	5 281	5 708	1,1
52. Oberfalzbrunn	827	5 530	6,7
53. Altenau	523	5 003	9,6

Demgegenüber ist aber im Winter der Besuch aus dem Ausland gering. Tabelle 10 zeigt, daß nur in 8 Orten 1 000 Übernachtungen überschritten wurden. Eine Sonderstellung nimmt allerdings auch hier Wiesbaden ein. In diesem Großstadt-Bad mit 104 000 Übernachtungen fiel also ein Viertel davon auf Auslandsfremde. Einigermaßen erheblich ist daneben noch die Ausländerübernachtungszahl in Aachen (10 000).

10. Bade- und Kurorte mit mehr als 1 000 Übernachtungen der Gäste aus dem Ausland im Winter 1929/30
geordnet nach der Zahl der Übernachtungen.

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1	2	3	4
1. Wiesbaden	6 822	103 899	15,2
2. Aachen	3 465	10 389	3,0
3. Obernigk	95	4 217	44,4
4. Schreiberhau	363	3 211	8,8
5. Godesberg	215	1 904	8,9
6. Wildungen	178	1 766	9,9
7. Polzin	52	1 300	25,0
8. Reinerz	47	1 296	27,6

Bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer stehen Sülzhayn mit 64,0, Obernigk mit 45,2 und Salzelmen mit 31,2 Tagen an der Spitze. Diese hohen Zahlen hängen mit den dort vorhandenen Heilstätten und Sanatorien zusammen. Es folgen Lippspringe mit 29,4, Orb mit 29,2 Kösen mit 28,7, Jannowitz mit 26,4 und Nenndorf mit 25,3 Tagen.

Ein Vergleich mit der Frequenz aus dem Winter des Vorjahres ist mangels einer entsprechenden Auszählung nicht möglich.

VI. Sonderdarstellung des Fremdenverkehrs in den Groß- und Mittelstädten.

In Berlin nahm die Zahl der Fremden um 20 000 auf 1 459 000 zu, während die der Übernachtungen um 16 800 zurückging. Aus dem Ausland kamen hiervon 257 000 (1928: 241 000). Es folgen: Köln mit 524 000, Frankfurt a./M. mit 345 000, Hannover mit 270 000, Breslau mit 230 000, Düsseldorf mit 211 000, Koblenz mit 172 000, Wiesbaden mit 150 000, Essen mit 146 000, Dortmund mit 130 000, Magdeburg mit 128 000, Kassel mit 119 000, Erfurt mit 118 000, Münster i./W. mit 104 000, Halle a. S. mit 103 000 und Stettin mit 102 000 Fremden.

In Tabelle 11 sind die 12 Großstädte mit mehr als 100 000 Übernachtungen aufgeführt, denen 4 Großstädte mit mehr als 100 000 Fremden, aber ohne Übernachtungsangaben, hinzugefügt sind. Die entsprechenden Zahlen des Vorjahres sind beigegeben mit Ausnahme für Essen, das neu hinzugekommen ist. Bei der Zahl der Fremden ergibt sich für 10 Orte eine Zunahme und für 5 eine Abnahme. Bei den Übernachtungen haben 4 Städte eine Zunahme und 7 eine Abnahme; bei der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer schließlich haben von den 11 vergleichbarem Städten nur 3 eine Zunahme und 7 eine Abnahme, während bei 1 die Aufenthaltsdauer unverändert blieb.

Die Summierung von 9 Großstädten mit vergleichbaren Angaben (ohne Aachen, Wiesbaden und Essen) zeigt folgendes Bild:

1928: 3 173 951 Fremde mit 6 644 767 Übernachtungen, durchschnittlicher Aufenthalt 2,1 Tage.

1929: 3 219 937 Fremde mit 6 212 439 Übernachtungen, durchschnittlicher Aufenthalt 1,9 Tage.

Das bedeutet eine Zunahme der Fremden um 45 986 und eine Abnahme der Übernachtungen um 432 328. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer liegt in den meisten Städten, wie gewöhnlich, zwischen 1 und 2 Tagen, selten etwas darüber. Eine Reihe von Orten, bei denen sich eine höhere Aufenthaltsdauer ergibt, haben wohl weniger städtischen Charakter. Bei Aachen (mit einer Durchschnittsaufenthaltsdauer von 6,8 Tagen) und Wiesbaden (7,4 Tagen) erklärt sich der Durchschnitt aus dem Charakter dieser Großstädte als Heilbäder.

11. Der Fremdenverkehr in den Großstädten, die im Berichtsjahr über 100 000 Übernachtungen bzw. über 100 000 Fremde gehabt haben.

Gemeinden		Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1		2	3	4
1. Berlin	1928	1 438 497	3 127 988	2,2
	1929	1 458 548	3 111 198	2,1
2. Wiesbaden	1928	156 223	1 123 745	7,2
	1929	149 692	1 114 217	7,4
3. Köln	1928	540 660	1 404 526	2,6
	1929	523 954	929 396	1,8
4. Frankfurt a./M.	1928	365 382	657 201	1,8
	1929	345 290	625 355	1,8
5. Breslau	1928	218 337	452 304	2,1
	1929	229 600	436 017	1,9
6. Düsseldorf	1928	175 033	314 968	1,8
	1929	211 407	428 529	2,0
7. Aachen	1928	44 907	309 143	6,9
	1929	56 268	380 086	6,8
8. Essen	1928	.	.	.
	1929	145 559	327 279	2,2
9. Stettin	1928	98 193	204 579	2,1
	1929	101 998	196 730	1,9
10. Erfurt	1928	119 220	170 719	1,4
	1929	117 809	174 096	1,5
11. Magdeburg	1928	121 864	166 221	1,4
	1929	127 634	163 214	1,3
12. Münster i./W.	1928	96 765	146 261	1,5
	1929	103 697	147 904	1,4
13. Hannover	1928	263 773	.	.
	1929	270 120	.	.
14. Dortmund	1928	139 205	.	.
	1929	129 711	.	.
15. Kassel	1928	110 537	.	.
	1929	119 053	.	.
16. Halle a. S.	1928	102 285	.	.
	1929	103 361	.	.

Die folgende Tabelle (12) enthält die 30 Groß- und Mittelstädte mit mehr als 2 000 Gästen aus dem Ausland. Zum Vergleich ist das Jahr 1928 beigefügt. Es sind dieselben Orte wie im Vorjahre mit Ausnahme von Bielefeld, das diesmal nur 1 689 Gäste aus dem Ausland verzeichnet gegenüber 2 015 im Jahre 1928. Hinzugekommen sind dagegen Essen, Erfurt, Marienburg, Westpr. und Beuthen O. S.

12. Groß- und Mittelstädte mit mehr als 2 000 Auslandsfremden.

Gemeinden		Zahl der Auslandsfremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1		2	3	4
1. Berlin	1928	240 510	764 020	3,2
	1929	257 251	785 776	3,1
2. Köln	1928	91 819	.	.
	1929	126 067	.	.
3. Frankfurt a./M.	1928	49 205	.	.
	1929	47 688	.	.
4. Wiesbaden	1928	40 070	330 632	8,3
	1929	41 425	319 351	7,7
5. Düsseldorf	1928	21 559	.	.
	1929	35 151	.	.
6. Koblenz	1928	15 035	19 596	1,3
	1929	24 209	32 424	1,3
7. Breslau	1928	12 487	28 098	2,3
	1929	15 415	31 262	2,0
8. Aachen	1928	7 986	21 009	2,6
	1929	8 885	34 943	3,9
9. Königsberg i. Pr.	1928	6 186	.	.
	1929	7 980	.	.
10. Dortmund	1928	7 701	.	.
	1929	7 727	.	.
11. Bonn	1928	7 149	12 287	1,7
	1929	7 710	13 731	1,8
12. Essen	1928	.	.	.
	1929	7 363	13 785	1,9
13. Stettin	1928	5 499	10 522	1,9
	1929	6 420	12 607	2,0
14. Hannover	1928	8 578	.	.
	1929	5 977	.	.
15. Münster i./W.	1928	3 136	5 295	1,7
	1929	5 570	8 544	1,5
16. Flensburg	1928	4 148	6 949	1,7
	1929	5 365	9 233	1,7
17. Wuppertal	1928	4 312	.	.
	1929	5 083	.	.
18. Magdeburg	1928	4 412	5 799	1,3
	1929	5 025	6 384	1,3
19. Kiel	1928	3 526	.	.
	1929	4 450	.	.
20. Krefeld-Uerdingen a. Rh.	1928	4 492	.	.
	1929	4 278	7 696	1,8
21. Duisburg-Hamborn	1928	3 875	7 195	1,9
	1929	4 041	6 520	1,6
22. Kassel	1928	3 961	.	.
	1929	3 807	.	.
23. Trier	1928	3 332	4 276	1,3
	1929	3 628	4 427	1,2
24. Halle a. S.	1928	4 060	.	.
	1929	3 358	.	.
25. Hagen (Westf.)	1928	2 651	4 148	1,6
	1929	2 803	3 725	1,3
26. Görlitz	1928	2 944	.	.
	1929	2 288	.	.
27. Hildesheim	1928	2 162	.	.
	1929	2 113	.	.
28. Erfurt	1928	1 742	.	.
	1929	2 101	4 021	1,9
29. Marienburg, Westpr.	1928	.	.	.
	1929	2 081	2 252	1,1
30. Beuthen O. S.	1928	1 984	2 089	1,1
	1929	2 051	2 125	1,0

Es ergibt sich, daß auch die Gäste aus dem Ausland sich in den einzelnen Städten nicht länger als 1 bis 2 Tage aufhalten. Eine Ausnahme bildet nur Berlin mit 3,1 Tagen.

VII. Der Auslandsfremdenverkehr im Jahre 1929/30 nach der Herkunft der Fremden.

Von den 5 295 447 Fremden, die insgesamt in Preußen während des Sommerhalbjahrs 1929 in 398 Orten gezählt wurden, kamen 529 698 oder 10,0% aus dem Ausland (Sommer 1928: 434 132 = 9,0 % in 362 Orten). Es läßt sich schwer schätzen, wieviel Einzelpersonen diesen gezählten 529 698 entsprachen, da beim Aufenthalt in mehreren Orten Mehrfachzählung erfolgt.

Wenn man die Herkunftsländer nach der Besucherzahl ordnet, so ergibt sich folgende Reihe: Niederlande 112 688 = 21,3 % der Gesamtzahl der Auslandsfremden (Sommer 1928: 18,0 %), Vereinigte Staaten von Amerika 98 091 = 18,5 % (20,4 %), Großbritannien und Irland 52 856 = 10,0 % (9,3 %), Österreich 33 845 = 6,4 % (6,5 %), Dänemark 29 086 = 5,5 % (5,0 %), Tschechoslowakei 24 088 = 4,5 % (4,1 %), Schweden 21 440 = 4,0 % (3,7 %), Polen 19 140 = 3,6 % (4,4 %), Schweiz 18 346 = 3,5 % (3,8 %) und Frankreich 16 912 = 3,2 % (3,4 %). Auf diese 10 Staaten entfallen 80,5 % (78,6 %) der Gesamtzahl der Auslandsfremden, und man sieht, daß die Verschiebungen dem Vorjahre gegenüber gering sind.

Die Gesamtzahl der Übernachtungen belief sich für 346 701[1]) Fremde auf 1 252 676. Damit ist durchschnittlich die Aufenthalts-

[1]) Für die übrigen Fremden fehlen die Übernachtungsangaben.

13. Die Herkunft der Auslandsfremden.

Herkunftsland	Sommerhalbjahr 1929: Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl in Sp. 2	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland: Fremde	Übernachtg.	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Winterhalbjahr 1929/30: Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl in Sp. 7	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland: Fremde	Übernachtung.	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Österreich	33 845	6,4	16 862	65 921	3,9	24 922	10,7	12 951	31 155	2,4
Tschechoslowakei	24 088	4,5	15 298	55 614	3,6	14 692	6,3	8 699	21 590	2,5
Ungarn	8 805	1,7	4 327	16 818	3,9	5 812	2,5	2 688	9 427	3,5
Jugoslawien	1 890	0,4	857	3 780	4,4	1 456	0,6	637	2 752	4,3
Rumänien	3 924	0,7	2 494	9 947	4,0	2 687	1,1	1 469	5 028	3,4
Bulgarien	1 349	0,3	475	2 468	5,2	860	0,4	279	1 039	3,7
Türkei	983	0,2	575	2 943	5,1	903	0,4	471	1 921	4,1
Griechenland, Albanien	1 229	0,2	827	4 183	5,1	863	0,4	546	2 098	3,8
Italien	8 423	1,6	3 995	17 068	4,3	5 459	2,3	2 249	9 516	4,2
Schweiz	18 346	3,5	7 887	29 593	3,8	12 767	5,5	5 204	18 251	3,5
Frankreich	16 912	3,2	7 725	27 634	3,6	11 883	5,1	4 640	14 070	3,0
Spanien, Portugal	4 269	0,8	1 876	7 980	4,3	2 284	1,0	883	4 329	4,9
Großbritannien und Irland	52 856	10,0	24 560	91 381	3,7	18 951	8,1	7 794	31 087	4,0
Niederlande	112 688	21,3	64 007	218 291	3,4	37 114	15,9	14 153	61 485	4,3
Belgien	11 274	2,1	4 309	13 551	3,1	7 598	3,3	2 402	6 339	2,6
Luxemburg	2 051	0,4	1 046	3 365	3,2	1 240	0,5	612	2 189	3,6
Schweden	21 440	4,0	10 804	42 069	3,9	10 398	4,4	4 631	15 075	3,3
Dänemark	29 086	5,5	15 063	42 043	2,8	10 667	4,6	5 625	15 949	2,8
Norwegen	6 300	1,2	2 980	11 182	3,8	3 991	1,7	1 746	7 024	4,0
Danzig	15 381	2,9	10 344	53 688	5,2	7 365	3,2	4 325	17 142	4,0
Finnland	3 553	0,7	2 106	7 235	3,4	1 682	0,7	808	3 676	4,5
Estland	1 144	0,2	633	2 553	4,0	736	0,3	291	1 222	4,2
Lettland	3 595	0,7	1 732	8 183	4,7	2 061	0,8	812	4 014	4,9
Litauen, Memelgebiet	3 976	0,8	1 821	7 487	4,1	2 206	0,9	883	2 642	3,0
Polen	19 140	3,6	13 557	72 720	5,4	13 519	5,8	8 794	25 658	2,9
Rußland	5 708	1,1	3 540	17 303	4,9	3 915	1,7	2 179	6 402	2,9
Vereinigte Staaten	98 091	18,5	49 699	172 692	3,5	18 931	8,1	9 008	45 922	5,1
Kanada	1 520	0,3	961	4 271	4,4	475	0,2	169	1 299	7,7
Mexiko	499	0,1	273	1 786	6,5	166	0,1	86	877	10,2
Südamerika	6 879	1,3	3 364	20 032	6,0	3 221	1,4	1 517	10 373	6,8
Übriges Amerika	2 099	0,4	993	6 110	6,2	483	0,2	274	1 270	4,6
China	776	0,1	514	2 365	4,6	574	0,2	348	1 691	4,9
Japan	2 711	0,5	1 533	5 612	3,7	1 117	0,5	572	2 070	3,6
Übriges Asien	1 186	0,2	609	3 306	5,4	558	0,2	286	1 319	4,6
Afrika	889	0,2	606	4 003	6,6	396	0,2	245	1 347	5,5
Australien	858	0,2	444	2 577	5,8	346	0,1	212	1 177	5,6
Ohne Angabe	1 935	0,4	—	—	—	1 423	0,6	—	—	—
I. Zusammen	**529 698**	**100**	**278 696**	**1 057 754**	3,8	**233 721**	**100**	**108 488**	**388 425**	3,6
II. dazu Fremde mit Übernachtungsangabe, aber ohne deren Trennung nach dem Herkunftsland	—	—	68 005	194 922	2,9	—	—	52 179	141 545	2,7
Zusammen I und II	—	—	**346 701**	**1 252 676**	3,6	—	—	**160 667**	**529 970**	3,3
III. dazu Fremde ohne Übernachtungsangabe	—	—	182 997	.	.	—	—	73 054	.	.
Zusammen I bis III	—	—	**529 698**	—	—	—	—	**233 721**	—	—

dauer pro Fremder und Ort von 3,6 Tagen die gleiche geblieben wie im Vorjahre[1]).

Für einzelne Länder ist der Durchschnitt erheblich überschritten, so bei Afrika (6,6 Tg.), Mexiko (6,5 Tg.), Übriges Amerika, d. h. Mittelamerika ohne Mexiko (6,2 Tg.), Südamerika (6,0 Tg.), Australien (5,8 Tg.), Übriges Asien, d. h. Asien ohne Japan und China, und Polen (je 5,4 Tg.), Bulgarien und Danzig (je 5,2 Tg.), Türkei und Griechenland, Albanien (je 5,1 Tg.), Rußland 4,9 Tg.), Lettland (4,7 Tg.), China (4,6 Tg.), Kanada und Jugoslawien (je 4,4 Tg.), Spanien, Portugal und Italien (je 4,3 Tg.), Litauen, Memelgebiet (4,1 Tg.) und Rumänien und Estland (je 4,0 Tg.). Erheblich ist dabei leider immer noch die Zahl der Orte, die zwar die Fremden nach Herkunftsländern aufteilen, aber ihre Übernachtungen nur in einer Zahl mitteilen (68 005 Fremde mit 194 922 Übernachtungen), sodaß diese in den soeben gemachten Angaben für die einzelnen Herkunftsländer fehlen.

[1]) Bei den Gästen aus dem Inland betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Sommer 1929 5,0 (5,1) Tage. — [2]) Zwei Hotelbesitzerverbände.

Von den 283 Berichtsorten, die sich im Winter 1929/30 an der Fremdenverkehrsstatistik beteiligten, hatten 231 Orte Gäste mit Wohnsitz im Ausland. Von den insgesamt gezählten 233 721 Fremden aus dem Ausland entfielen allein auf die Großstädte mit über 200 000 Einwohnern 185 403, davon auf Berlin[2]) 97 462.

Wenn man die Herkunftsländer (Tab. 13) dieser Fremden nach der Größe ihrer Besucherzahl ordnet, so findet man nur geringe Abweichungen gegenüber dem Vorwinter. An erster Stelle stehen die Niederlande mit 37 114 = 15,9 % der Gesamtauslandsfremden (im Vorwinter 14,2 %); es folgen Österreich mit 24 922 = 10,7 % (10,7 %), Großbritannien und Irland mit 18 951 = 8,1 % (8,4 %), Vereinigte Staaten mit 18 931 = 8,1 % (8,2 %), Tschechoslowakei mit 14 692 = 6,3 % (5,9 %), Polen mit 13 519 = 5,8 % (6,6 %), Schweiz mit 12 767 = 5,5 % (5,1 %), Frankreich mit 11 883 = 5,1 % (5,1 %), Dänemark mit 10 667 = 4,6 % (4,0 %) und Schweden mit 10 398 = 4,4 % (4,5 %).

Nur für 160 667 Fremde aus dem Ausland ist die Aufenthaltsdauer mit 529 970 Übernachtungen bekannt. Im vorigen Winter kamen auf 145 176 Fremde aus dem Ausland

14. Die Herkunft der Auslandsfremden in Berlin.

(Zwei Berliner Hotelbesitzerverbände.)

Herkunftsland	Sommerhalbjahr 1929: Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl in Sp. 2	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland: Fremde	Übernachtg.	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Winterhalbjahr 1929/30: Gesamtzahl der Fremden	v. H. der Gesamtzahl in Sp. 7	darunter Fremde mit Übernachtungsangabe bei gleichzeitiger Trennung dieser Übernachtungen nach dem Herkunftsland: Fremde	Übernachtung.	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Österreich	12 052	7,5	6 104	16 378	2,7	9 992	10,3	5 141	15 567	3,0
Tschechoslowakei	9 834	6,2	6 299	15 089	2,4	7 889	8,1	4 542	12 291	2,7
Ungarn	4 124	2,6	2 471	7 382	3,0	3 253	3,3	1 601	5 608	3,5
Jugoslawien	886	0,6	478	1 433	3,0	688	0,7	312	1 227	3,9
Rumänien	2 134	1,3	1 425	4 514	3,2	1 431	1,5	793	3 175	4,0
Bulgarien	564	0,4	300	1 126	3,8	406	0,4	159	557	3,5
Türkei	572	0,4	333	1 370	4,1	472	0,5	275	967	3,5
Griechenland, Albanien	721	0,5	554	1 927	3,5	580	0,6	391	1 495	3,8
Italien	3 759	2,4	2 412	10 827	4,5	2 560	2,6	1 278	4 996	3,9
Schweiz	4 783	3,0	3 098	9 477	3,1	4 570	4,7	2 753	10 280	3,7
Frankreich	4 757	3,0	2 948	9 649	3,3	4 460	4,6	2 198	7 948	3,6
Spanien, Portugal	1 642	1,0	1 108	3 971	3,6	1 076	1,1	542	2 123	3,9
Großbritannien u. Irland	13 506	8,5	9 391	30 629	3,3	8 489	8,7	4 863	17 166	3,5
Niederlande	7 595	4,8	5 067	15 121	3,0	7 124	7,3	3 890	12 490	3,2
Belgien	1 531	1,0	1 003	2 688	2,7	1 382	1,4	724	2 225	3,1
Luxemburg	184	0,1	91	289	3,2	127	0,1	45	135	3,0
Schweden	13 349	8,4	7 032	16 512	2,3	7 577	7,8	3 707	10 482	2,8
Dänemark	11 245	7,0	6 800	15 753	2,3	6 001	6,1	3 321	9 254	2,8
Norwegen	3 536	2,2	2 107	5 586	2,7	2 595	2,7	1 406	4 266	3,0
Danzig	4 469	2,8	3 125	6 909	2,2	2 862	2,9	1 922	4 678	2,4
Finnland	2 470	1,5	1 710	4 643	2,7	1 187	1,2	629	2 063	3,3
Estland	579	0,4	384	1 029	2,7	467	0,5	188	700	3,7
Lettland	1 693	1,1	835	2 266	2,7	1 209	1,2	521	1 861	3,6
Litauen, Memelgebiet	1 021	0,6	590	1 435	2,4	636	0,7	303	941	3,1
Polen	7 261	4,5	4 734	12 039	2,5	5 715	5,8	3 166	9 103	2,9
Rußland	2 597	1,6	1 936	6 103	3,2	1 570	1,6	1 034	3 420	3,3
Vereinigte Staaten	36 228	22,7	27 081	99 198	3,7	9 962	10,2	6 664	30 127	4,5
Kanada	464	0,3	385	1 350	3,5	252	0,3	90	437	4,9
Mexiko	201	0,1	160	476	3,0	73	0,1	54	268	5,0
Südamerika	2 789	1,7	2 114	10 507	5,0	1 529	1,6	1 012	4 765	4,7
Übriges Amerika	526	0,3	374	1 522	4,1	168	0,2	97	390	4,0
China	383	0,2	231	798	3,5	257	0,3	125	542	4,3
Japan	1 347	0,8	982	3 872	3,9	474	0,5	324	1 268	3,9
Übriges Asien	453	0,3	340	1 507	4,4	189	0,2	128	393	3,1
Afrika	293	0,2	197	721	3,7	125	0,1	90	393	4,4
Australien	241	0,2	187	733	3,9	115	0,1	86	339	3,9
I. Zusammen	**159 789**	**100**	**104 386**	**324 829**	**3,1**	**97 462**	**100**	**54 374**	**183 940**	**3,4**
II. Dazu Fremde mit Übernachtungsangabe, aber ohne deren Trennung nach dem Herkunftsland	—	—	55 403	156 472	2,8	—	—	43 088	120 535	2,8
Zusammen I und II	—	—	**159 789**	**481 301**	3,0	—	—	**97 462**	**304 475**	3,1

531 385 Übernachtungen. Damit ist die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 3,7 auf 3,3 Tage gesunken, ein Ergebnis, das man nach allem, was man aus Interessentenkreisen hörte, erwarten mußte. Bei den Besuchern aus einer ganzen Reihe von Staaten ist jedoch der Durchschnittssatz überschritten worden, vor allem bei Mexiko mit 10,2 Tagen (nur aus den Angaben für 86 Fremde gewonnen), sodann bei Kanada (7,7 Tage), Südamerika (6,8 Tage), Australien (5,6 Tage), Afrika (5,5 Tage), Vereinigte Staaten (5,1 Tage), Spanien, Portugal, Lettland und China (je 4,9 Tage).

Für fast 1/3 der Gäste aus dem Ausland (73 054) sind leider gar keine Übernachtungszahlen angegeben; für 52 179 Personen mit 141 545 Übernachtungen (also durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2,7 Tage) fehlt die Aufteilung auf die Herkunftsländer.

Für **Berlin** (2 Hotelbesitzerverbände) ist, wie bisher, eine besondere Tabelle (14) aufgestellt worden. Es trafen hier im Sommer 1929 159789 Fremde (Sommer 1928: 146 538) ein. Nach den Herkunftsländern geordnet standen die Vereinigten Staaten mit 22,7 % (22,8 %) der Gesamtheit der Auslandsfremden wieder an erster Stelle. Es folgten Großbritannien und Irland mit 8,5 % (7,8 %), Schweden mit 8,4 % (7,9 %), Österreich mit 7,5 % (7,1 %), Dänemark mit 7,0 % (7,0 %), Tschechoslowakei mit 6,2 % (5,0 %), Niederlande mit 4,8 % (4,6 %) und Polen mit 4,5 % (6,2 %). Die Gäste aus diesen 8 Ländern bilden 69,6 % der Gesamtheit.

Für 104 386 Fremde, mit 324829 **Übernachtungen** waren auch die Übernachtungen nach Herkunftsländern geteilt. Dagegen war das bei 55 403 Fremden mit 156 472 Übernachtungen nicht der Fall. Insgesamt ergaben sich somit für 159 789 Fremde 481 301 Übernachtungen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von 3,0 Tg. ist gegenüber dem Vorjahre damit um ein wenig (gegen 3,1 Tg.) gefallen.

Im Winter wurden in den Hotels der zwei Hotelbesitzerverbände 97 462 (Winter 1928/29 93 972) Gäste aus dem Ausland gezählt. Hier ist die Reihenfolge der beteiligten Länder eine etwas andere als in ganz Preußen. An erster Stelle steht Österreich mit 10,3 % der Gesamtauslandsfremden; es folgen Vereinigte Staaten (10,2 %), Großbritannien und Irland (8,7 %), Tschechoslowakei (8,1 %), Schweden (7,8 %). Jetzt erst kommen die Niederlande (7,3 %), dann Dänemark (6,1 %), Polen (5,8 %),

[Fortsetzung des Textes auf Seite 406.]

15. Der Fremdenverkehr in den preußischen Bade- und Kurorten im Jahre 1929/30 (1. April 1929 bis 31. März 1930), soweit Angaben darüber vorhanden sind[1]).

Gemeinden	Zahl der		Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz								Auf 100 deutsche Gäste kamen Auslandsfremde
				in Deutschland		Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	im Auslande		Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	m. unbekannt. Wohnsitz		
	Fremden	Übernachtungen		Fremde	Übernachtungen		Fremde	Übernachtungen		Fremde	Übernachtungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Aachen	56 268	380 086	6,8	47 383	345 103	7,3	8 885	34 983	3,9	—	—	18,8
2. Agnetendorf	3 900	36 273	9,3	3 794	34 036	9,0	106	2 237	21,1	—	—	2,8
3. Ahlbeck	25 235	456 124	18,1	25 073	453 699	18,1	162	2 425	15,0	—	—	0,6
4. Ahrenshoop	2 684	47 095	17,5	2 655	46 275	17,4	29	820	28,3	—	—	1,1
5. Altefähr	263	433	1,6	260	429	1,7	3	4	1,3	—	—	1,2
6. Altenahr	43 944	52 412	1,2	40 533	48 434	1,2	3 411	3 978	1,2	—	—	8,4
7. Altenau	6 017	82 516	13,7	5 963	81 657	13,7	54	859	15,9	—	—	0,9
8. Altenkirchen-Westerwald	2 814	3 227	1,1	2 802	3 215	1,1	12	12	1,0	—	—	0,4
9. Altheide	15 775	225 902	14,3	15 209	215 964	14,2	419	8 552	20,4	147	1 386	2,8
10. Alt Reichenau	208	659	3,2	208	659	3,2	—	—	—	—	—	—
11. Arnsdorf	637	6 224	9,8	630	6 179	9,8	4	42	10,5	3	3	0,6
12. Baabe	4 061	77 616	19,1	3 976	76 013	19,1	55	1 073	19,5	30	530	1,4
13. Baltrum	3 966	54 731	13,8	3 966	54 731	13,8	—	—	—	—	—	—
14. Bansin	7 914	183 672	23,2	7 770	181 234	23,3	140	2 318	16,6	4	120	1,8
15. Bauerhufen	875	.	.	875	.	.	—	—	—	—	—	—
16. Benneckenstein	11 458	86 367	7,5	11 409	85 229	7,5	49	1 138	23,2	—	—	0,4
17. Bentheim, Schloß	831	9 805	11,8	192	2 121	11,0	639	7 684	12,0	—	—	332,8
18. Berg Dievenow	5 129	89 864	17,5	5 104	89 384	17,5	25	480	19,2	—	—	0,5
19. Bernkastel-Cues	8 983	10 407	1,2	8 724	10 007	1,1	259	400	1,5	—	—	3,0
20. Bertrich	4 683	101 911	21,8	4 592	99 998	21,8	91	1 913	21,0	—	—	2,0
21. Beuron	12 417	31 119	2,5	11 993	29 854	2,5	424	1 265	3,0	—	—	3,5
22. Bibra	172	2 503	14,6	172	2 503	14,6	—	—	—	—	—	—
23. Biedenkopf	4 832	17 482	3,6	4 777	17 088	3,6	55	394	7,2	—	—	1,2
24. Binz	26 871	291 878	10,9	25 337	276 152	10,9	1 534	15 726	10,3	—	—	6,1
25. Bockswiese-Hahnenklee	19 262	182 886	9,5	19 034	180 166	9,5	228	2 720	11,9	—	—	1,2
26. Bodenhagen	874	13 984	16,0	874	13 984	16,0	—	—	—	—	—	—
27. Bodenwerder	5 191	9 907	1,9	5 187	9 881	1,9	4	26	6,5	—	—	0,1
28. Boppard	12 716	21 765	1,7	11 989	19 120	1,6	727	2 645	3,6	—	—	6,1
29. Braunfels	2 540	12 896	5,1	2 493	12 677	5,1	47	219	4,7	—	—	1,9
30. Breege	3 329	.	.	3 303	.	.	26	.	.	—	—	0,8
31. Brotterode	4 217	6 528	1,5	4 203	6 480	1,5	14	48	3,4	—	—	0,3
32. Buckow (Märkische Schweiz)	10 646	76 439	7,2	10 635	76 290	7,2	11	149	13,5	—	—	0,1
33. Büsum	8 050	.	.	8 023	.	.	27	.	.	—	—	0,3
34. Carlshafen	8 363	37 997	4,5	8 297	37 809	4,6	66	188	2,8	—	—	0,8
35. Carlshagen auf Usedom	2 001	..	.	1 994	.	.	7	.	.	—	—	0,4
36. Carlsruhe O. S.	2 083	12 494	6,0	1 476	6 031	4,1	606	6 462	10,7	1	1	41,1
37. Charlottenbrunn	4 945	65 540	13,3	4 913	65 016	13,2	32	524	16,4	—	—	0,7
38. Clausthal-Zellerfeld	4 893	31 678	6,5	4 872	31 271	6,4	21	407	19,4	—	—	0,4
39. Cleve	9 081	21 193	2,3	7 907	16 737	2,1	1 149	4 363	3,8	25	93	14,5
40. Cranz	14 132	302 259	21,4	14 054	302 122	21,5	78	137	1,8	—	—	0,6
41. Dillenburg	4 257	8 240	1,9	4 131	7 666	1,9	126	574	4,6	—	—	3,1
42. Driburg i. Westf.	9 388	168 656	18,0	9 382	168 549	18,0	6	107	17,8	—	—	0,1
43. Dürrenberg	709	709	1,0	702	702	1,0	7	7	1,0	—	—	1,0
44. Eckartsberga	1 123	3 158	2,8	1 110	3 139	2,8	13	19	1,5	—	—	1,2
45. Elbingerode	4 870	33 097	6,8	4 863	33 003	6,8	7	94	13,4	—	—	0,1
46. Elend	6 902	39 753	5,8	5 763	37 937	6,6	111	711	6,4	1 028	1 105	1,9
47. Ellrich	1 393	1 654	1,2	1 378	1 574	1,1	15	80	5,3	—	—	1,1
48. Ems	32 057	328 416	10,2	27 366	289 811	10,6	4 691	38 605	8,2	—	—	17,1
49. Eslohe	1 618	14 361	8,9	1 599	14 258	8,9	17	94	5,5	2	9	1,1
50. Essen, Bad	3 675	40 700	11,1	3 675	40 700	11,1	—	—	—	—	—	—
51. Falkenstein	1 495	30 900	20,7	1 476	30 592	20,7	19	308	16,2	—	—	1,3
52. Flinsberg	16 953	200 973	11,9	16 701	198 733	11,9	252	2 240	8,9	—	—	1,5
53. Freest	439	550	1,3	439	550	1,3	—	—	—	—	—	—
54. Freienwalde a. O.	9 254	48 285	5,2	9 189	47 217	5,1	65	1 068	16,4	—	—	0,7
55. Friedeberg a. Queis	1 965	2 239	1,1	1 926	2 199	1,1	39	40	1,0	—	—	2,0
56. Friedrichsbrunn	4 592	60 024	13,1	4 572	59 772	13,1	20	252	12,6	—	—	0,4
57. Gelnhausen	4 477	5 921	1,3	4 351	5 714	1,3	55	81	1,5	71	126	1,3
58. Gemünd	12 786	17 353	1,4	12 345	16 769	1,4	441	584	1,3	—	—	3,6
59. Gerolstein, Amt	6 403	11 959	1,9	5 866	10 790	1,8	536	1 168	2,2	1	1	9,1
60. Giersdorf	2 328	11 864	5,1	2 307	11 774	5,1	17	85	5,0	4	5	0,7
61. Gingst	764	822	1,1	764	822	1,1	—	—	—	—	—	—
62. Glowe	2 386	23 329	9,8	2 386	23 329	9,8	—	—	—	—	—	—
63. Godesberg	23 165	92 675	4,0	20 563	78 827	3,8	2 597	13 842	5,3	5	6	12,6
64. Göhren	14 388	211 272	14,7	13 923	203 550	14,6	194	2 883	14,8	271	4 839	1,4
65. Grenzhausen	833	7 959	9,6	833	7 959	9,6	—	—	—	—	—	—
66. Groß Kuhren	700	.	.	700	.	.	—	—	—	—	—	—
67. Großmöllen	1 645	29 824	18,1	1 637	29 787	18,2	8	37	4,6	—	—	0,5
68. Grund (Harz)	5 587	92 249	16,5	5 551	91 497	16,5	36	752	20,9	—	—	0,6
69. Heidebrink auf Wollin	3 690	67 953	18,4	3 685	67 874	18,4	5	79	15,8	—	—	0,1
70. Henkenhagen	4 441	96 648	21,8	4 414	96 136	21,8	27	512	19,0	—	—	0,6
71. Heringsdorf	10 922	212 007	19,4	9 747	189 047	19,4	1 054	20 562	19,5	121	2 398	10,8
72. Hermsdorf u. K.	4 296	24 340	5,7	4 235	24 011	5,7	61	329	5,4	—	—	1,4
73. Hersfeld	12 652	57 063	4,5	12 401	56 377	4,5	244	679	2,8	7	7	2,0
74. Herzberg a. Harz	10 771	28 798	2,7	10 647	28 168	2,6	120	619	5,2	4	11	1,1
75. Hönningen a. Rh	326	326	1,0	314	314	1,0	12	12	1,0	—	—	3,8
76. Höxter	14 400	17 684	1,2	14 330	17 604	1,2	70	80	1,1	—	—	0,5
77. Hohenwiese	1 037	13 854	13,4	1 036	13 853	13,4	1	1	1,0	—	—	0,1
78. Homburg v. d. Höhe	10 382	140 350	13,5	9 658	131 759	13,6	721	8 588	11,9	3	3	7,5
79. Honnef	23 180	96 632	4,2	22 686	92 936	4,1	494	3 696	7,5	—	—	2,2
80. Horst	4 433	91 146	20,6	4 401	90 420	20,5	32	726	22,7	—	—	0,7
81. Ilsenburg	25 998	157 248	6,0	25 811	155 018	6,0	187	2 230	11,9	—	—	0,7

[1]) Die Punkte in den Spalten bedeuten, daß die Zahl der Fremden oder der Übernachtungen nicht bekannt ist.



Noch: 15. Der Fremdenverkehr in den preußischen Bade- und Kurorten im Jahre 1929/30 (1. April 1929 bis 31. März 1930), soweit Angaben darüber vorhanden sind[1]).

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	in Deutschland: Übernachtungen	in Deutschland: Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	im Auslande: Fremde	im Auslande: Übernachtungen	im Auslande: Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	m. unbekannt. Wohnsitz: Übernachtungen	Auf 100 deutsche kamen Auslandsfremde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
82. Jmnau	371	7 393	19,9	365	7 375	20,2	2	10	5,0	4	8	0,5
83. Jannowitz	1 767	33 321	18,9	1 755	32 858	18,7	12	463	38,6	—	—	0,7
84. Jershöft	681	16 782	24,6	666	16 533	24,8	15	249	16,6	—	—	2,3
85. Juist	11 705	222 840	19,0	11 657	221 983	19,0	48	857	17,9	—	—	0,4
86. Kahlberg-Liep	6 490	84 720	13,1	6 096	82 511	13,5	394	2 209	5,7	—	—	6,5
87. Kampen	3 759	.	.	3 713	.	.	46	.	.	—	.	1,2
88. Kaub	7 685	14 540	1,9	7 442	14 135	1,9	235	397	1,7	8	8	3,2
89. Kempenich	472	4 118	8,7	471	4 117	8,7	1	1	1,0	—	—	0,2
90. Klein Dievenow	1 828	32 993	18,0	1 827	32 981	18,1	1	12	12,0	—	—	0,05
91. Kloster Grieben	2 300	.	.	2 268	.	.	31	.	.	1	.	1,4
92. Kölpinsee	1 678	31 882	19,0	1 674	31 806	19,0	4	76	19,0	—	—	0,2
93. Königstein a. Taunus	7 884	132 586	16,8	7 591	127 639	16,8	293	4 947	16,9	—	—	3,9
94. Königswinter	50 388	110 359	2,2	40 024	87 453	2,2	10 364	22 906	2,2	—	—	25,9
95. Kösen	6 425	187 274	29,1	6 407	186 779	29,2	17	465	27,4	1	30	0,3
96. Köslin	10 086	13 168	1,3	9 839	12 785	1,3	231	363	1,6	16	20	2,3
97. Kolberg	64 662	723 944	11,2	64 333	717 024	11,1	285	6 171	21,7	44	749	0,4
98. Kolberger Deep	1 347	37 533	27,9	1 347	37 533	27,9	—	—	—	—	—	—
99. Koserow	6 522	.	.	6 522	.	.	—	.	.	—	.	—
100. Krummhübel	18 203	119 858	6,6	17 889	117 703	6,6	297	2 041	6,9	17	114	1,6
101. Kudowa	18 318	270 996	14,8	17 927	263 424	14,7	385	7 464	19,4	6	108	2,1
102. Kupferberg	500	521	1,0	500	521	1,0	—	—	—	—	—	—
103. Lähn	1 969	31 312	16,0	1 848	30 608	16,6	22	218	9,9	99	486	1,2
104. Lagow	5 151	18 895	3,7	5 151	18 895	3,7	—	—	—	—	—	—
105. Landeck i. Schles.	18 821	250 763	13,3	18 379	243 851	13,3	442	6 912	15,6	—	—	2,4
106. Langenau	3 156	83 341	26,4	3 148	83 136	26,4	8	205	25,6	—	—	0,3
107. Langenbielau	977	1 203	1,2	968	1 174	1,2	9	29	3,2	—	—	0,9
108. Langeoog	8 314	141 338	17,0	8 314	141 338	17,0	—	—	—	—	—	—
109. Lannesdorf	342	841	2,5	337	836	2,5	5	5	1,0	—	—	1,5
110. Lauchstädt	440	962	2,2	440	962	2,2	—	—	—	—	—	—
111. Lauterberg i. Harz	5 843	44 993	7,7	5 824	44 497	7,6	19	496	26,1	—	—	0,3
112. Leba	841	4 545	5,4	840	4 544	5,4	1	1	1,0	—	—	0,1
113. Leutesdorf	842	2 969	3,5	822	2 891	3,5	20	78	3,9	—	—	2,4
114. Linz a. Rh.	4 293	5 997	1,4	4 075	5 679	1,4	218	318	1,5	—	—	5,3
115. Lippspringe	10 778	315 294	29,3	10 761	315 195	29,3	17	99	5,8	—	—	0,2
116. Lohme	2 873	17 826	6,2	2 786	17 023	6,1	69	780	11,3	18	23	2,5
117. Lubmin	3 612	50 568	14,0	3 612	50 568	14,0	—	—	—	—	—	—
118. Luckau	733	13 678	18,7	733	13 678	18,7	—	—	—	—	—	—
119. Lübben	9 824	10 605	1,1	9 393	9 867	1,1	84	89	1,1	347	649	0,9
120. Lüchenthin	653	14 345	22,0	103	2 495	24,2	550	11 850	21,5	—	—	534,0
121. Lüneburg	31 735	69 776	2,2	31 669	69 574	2,2	61	197	3,2	5	5	0,2
122. Lychen	6 803	51 668	7,6	6 798	51 615	7,6	5	53	10,6	—	—	0,1
123. Mayen	6 664	7 907	1,2	6 235	7 344	1,2	429	563	1,3	—	—	6,9
124. Mehlem	3 659	14 156	3,9	2 855	10 680	3,7	804	3 476	4,3	—	—	28,2
125. Meinerzhagen	2 147	3 956	1,8	2 119	3 793	1,8	28	163	5,8	—	—	1,3
126. Melle	904	1 905	2,1	904	1 905	2,1	—	—	—	—	—	—
127. Misdroy	21 847	366 619	16,8	21 672	363 244	16,8	158	3 150	19,9	17	225	0,7
128. Mölln (Lauenburg)	7 693	102 444	13,3	7 586	101 638	13,4	76	720	9,5	31	86	1,0
129. Monschau	5 122	22 627	4,4	4 368	20 515	4,7	754	2 112	2,8	—	—	17,3
130. Münden (Hann. Münden)	15 082	18 027	1,2	14 873	17 556	1,2	208	470	2,3	1	1	1,4
131. Münster a. Stein	7 214	93 658	13,0	6 862	89 670	13,1	352	3 988	11,3	—	—	5,1
132. Muskau O. L.	5 908	7 207	1,2	5 795	7 088	1,2	113	119	1,1	—	—	2,0
133. Nammen	154	2 346	15,2	154	2 346	15,2	—	—	—	—	—	—
134. Nenndorf	9 267	193 463	20,9	9 215	192 443	20,9	52	1 020	19,6	—	—	0,6
135. Nest	1 300	.	.	1 300	.	.	—	.	.	—	.	.
136. Neuenahr	16 659	222 380	13,3	15 048	204 915	13,6	1 611	17 465	10,8	—	—	10,7
137. Neuendorf (Hiddensee)	1 605	23 694	14,8	1 595	23 602	14,8	10	92	9,2	—	—	0,6
138. Neuenhain	90	1 702	18,9	86	1 684	19,6	4	18	4,5	—	—	4,7
139. Neuhäuser	2 357	.	.	2 332	.	.	25	.	.	—	.	1,1
140. Neuhof, Insel Usedom	2 451	50 320	20,5	2 449	50 285	20,5	2	35	17,5	—	—	0,1
141. Neuruppin	13 210	17 864	1,4	12 733	17 224	1,4	410	550	1,3	67	90	3,2
142. Neuwarp	924	1 775	1,9	923	1 774	1,9	—	—	—	1	1	—
143. Niederbreisig	2 020	9 300	4,6	1 987	9 142	4,6	33	158	4,8	—	—	1,7
144. Niedermendig	1 242	1 242	1,0	1 242	1 242	1,0	—	—	—	—	—	—
145. Nöschenrode	5 322	32 030	6,0	4 959	29 679	6,0	363	2 351	6,5	—	—	7,3
146. Norderney	40 860	661 863	16,2	40 098	654 960	16,3	762	6 903	9,1	—	—	1,9
147. Nümbrecht	2 790	22 372	8,0	2 786	22 368	8,0	4	4	1,0	—	—	0,1
148. Oberlahnstein	1 902	6 880	3,6	1 777	6 546	3,7	125	334	2,7	—	—	7,0
149. Obernigk	3 452	152 142	44,1	3 205	139 396	43,5	247	12 746	51,6	—	—	7,7
150. Obersalzbrunn	6 525	54 063	8,3	5 778	48 601	8,4	501	4 476	8,9	246	986	8,7
151. Oberwesel	5 162	11 942	2,3	4 820	11 336	2,4	342	606	1,8	—	—	7,1
152. Oeynhausen	32 351	633 223	19,6	32 211	629 112	19,5	140	4 111	29,4	—	—	0,4
153. Oldesloe	1 260	1 506	1,2	1 214	1 442	1,2	34	51	1,5	12	13	2,8
154. Orb	10 263	281 716	27,4	10 235	280 928	27,4	28	788	28,1	—	—	0,3
155. Ost Dievenow	2 718	48 927	18,0	2 692	48 052	17,8	15	135	9,0	11	740	0,6
156. Osterode a. Harz	3 782	11 970	3,2	3 733	11 474	3,1	49	496	10,1	—	—	1,3
157. Ostswine-Osternothafen	5 389	89 418	16,6	5 380	89 265	16,6	9	153	17,0	—	—	0,2
158. Overath	444	1 920	4,3	435	1 896	4,4	9	24	2,7	—	—	2,1
159. Palmnicken	195	386	2,0	186	346	1,9	9	40	4,4	—	—	4,8
160. Petersdorf	5 208	51 147	9,8	5 079	50 221	9,9	129	926	7,2	—	—	2,5
161. Pillau	1 009	1 906	1,9	949	1 827	1,9	60	79	1,3	—	—	6,3
162. Plön	9 913	21 745	2,2	9 787	21 474	2,2	126	271	2,2	—	—	1,3

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 401.

Noch: 15. Der Fremdenverkehr in den preußischen Bade- und Kurorten im Jahre 1929/30 (1. April 1929 bis 31. März 1930), soweit Angaben darüber vorhanden sind[1]).

Gemeinden	Zahl der		Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz								Auf 100 deutsche Gäste kamen Auslandsfremde
				in Deutschland			im Auslande			m. unbekannt. Wohnsitz		
	Fremden	Übernachtungen		Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Fremde	Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Fremde	Übernachtungen	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
163. Polzin	11 339	138 407	12,2	11 098	132 382	11,9	241	6 025	25,0	—	—	2,2
164. Prerow	6 144	110 501	18,0	6 055	108 931	18,0	89	1 570	17,6	—	—	1,5
165. Pretzsch	2 299	37 582	16,3	2 298	37 569	16,3	1	13	13,0	—	—	0,04
166. Putbus	2 709	15 200	5,6	2 594	14 543	5,6	81	605	7,5	34	52	3,1
167. Pyrmont	32 962	.	.	32 668	.	.	280	.	.	14	.	0,9
168. Rauschen	9 850	197 825	20,1	9 526	190 165	20,0	301	7 282	24,2	23	378	3,2
169. Rehburg	1 019	33 329	32,7	1 016	33 319	32,8	3	10	3,3	—	—	0,3
170. Reinerz	28 465	312 956	11,0	28 019	299 773	10,7	443	13 098	29,6	3	85	1,6
171. Rewahl	3 381	.	.	3 359	.	.	22	.	.	—	—	0,7
172. Rheinbrohl	216	294	1,4	214	292	1,4	2	2	1,0	—	—	0,9
173. Rheinsberg (Mark)	4 730	16 932	3,6	4 644	16 772	3,6	82	143	1,7	4	17	1,8
174. Rhens	1 042	1 275	1,2	960	1 193	1,2	82	82	1,0	—	—	8,5
175. Rossitten	8 181	23 480	2,9	8 051	23 088	2,9	125	377	3,0	5	15	1,6
176. Rothenfelde	12 851	.	.	12 728	.	.	123	.	.	—	—	1,0
177. Rüdesheim a. Rh.	55 107	60 993	1,1	52 288	57 879	1,2	2 819	3 114	1,1	—	—	5,4
178. Rügenwaldermünde	1 334	31 015	23,2	1 334	31 015	23,2	—	—	—	—	—	—
179. Sachsa	11 316	162 988	14,4	11 284	162 697	14,4	32	291	9,1	—	—	0,3
180. Salzderhelden	1 220	.	.	1 220	.	.	—	—	—	—	—	—
181. Salzdetfurth	2 871	61 263	21,3	2 860	61 120	21,4	11	143	13,0	—	—	0,4
182. Salzelmen	1 088	18 954	17,4	1 088	18 954	17,4	—	—	—	—	—	—
183. Salzgitter	1 446	15 312	10,6	1 439	15 296	10,6	7	16	2,3	—	—	0,5
184. Salzig	3 585	32 737	9,1	3 513	31 744	9,0	72	993	13,8	—	—	2,0
185. Salzschlirf	3 042	57 545	18,9	2 867	53 990	18,8	175	3 555	20,3	—	—	6,1
186. Sankt Goar	9 067	14 643	1,6	7 866	12 725	1,6	1 196	1 912	1,6	5	6	15,2
187. Sankt Peter und Ording	10 774	169 237	15,7	10 665	168 080	15,8	109	1 157	10,6	—	—	1,0
188. Saßnitz	36 079	85 116	2,4	35 142	81 001	2,3	587	2 361	4,0	350	1 754	1,7
189. Schierke	26 737	155 414	5,8	26 238	149 304	5,7	499	6 110	12,2	—	—	1,9
190. Schlangenbad	5 060	67 772	13,4	4 833	64 840	13,4	227	2 932	12,9	—	—	4,7
191. Schmiedeberg i. Schles.	2 225	13 750	6,2	2 184	13 694	6,3	40	55	1,4	1	1	1,8
192. Schmiedeberg i. S.	3 183	57 294	18,0	3 183	57 294	18,0	—	—	—	—	—	—
193. Schmiedefeld (Kr. Schleus.)	3 736	12 014	3,2	3 719	11 958	3,2	17	56	3,3	—	—	0,5
194. Schömberg	898	2 372	2,6	893	2 100	2,4	5	272	54,4	—	—	0,6
195. Schönfließ (Nm.)	3 371	9 169	2,7	3 371	9 169	2,7	—	—	—	—	—	—
196. Schreiberhau	40 735	407 890	10,0	39 708	399 424	10,1	1 026	8 445	8,2	1	21	2,6
197. Schwalbach	2 555	33 456	13,1	2 251	.	.	304	.	.	—	—	13,5
198. Schwarzbach	6 077	111 663	18,4	6 024	.	.	48	.	.	5	.	0,8
199. Segeberg	3 001	23 660	7,9	2 942	23 242	7,9	59	418	7,1	—	—	2,0
200. Sellin	19 798	220 742	11,1	19 234	211 539	11,0	564	9 203	16,3	—	—	2,9
201. Sobernheim	5 097	51 301	10,1	5 014	49 221	9,8	83	2 080	25,1	—	—	1,7
202. Sooden-Allendorf	6.184	122 547	19,8	6 184	122 547	19,8	—	—	—	—	—	—
203. Sorenbohm	1 861	49 435	26,6	1 854	49 275	26,6	7	160	22,9	—	—	0,4
204. Spiekeroog	5 662	89 520	15,8	5 617	88 574	15,8	45	946	21,0	—	—	0,8
205. Steinkunzendorf	1 118	8 295	7,4	1 116	8 249	7,4	2	46	23,0	—	—	0,2
206. Stolberg	3 108	12 720	4,1	3 072	12 632	4,1	36	88	2,4	—	—	1,2
207. Stolpmünde	3 575	63 507	17,8	3 478	62 385	17,9	97	1 122	11,6	—	—	2,8
208. Stonsdorf	303	2 613	8,6	301	2 587	8,6	2	26	13,0	—	—	0,7
209. Stromberg	1 604	10 137	6,3	1 551	9 917	6,4	53	220	4,2	—	—	3,4
210. Suderode	5 066	66 979	13,2	5 035	66 523	13,2	31	456	14,7	—	—	0,6
211. Sülzhayn	2 247	138 148	61,5	2 232	137 288	61,5	15	860	57,3	—	—	0,7
212. Suhl	11 310	14 558	1,3	11 034	14 033	1,3	273	522	1,9	3	3	2,5
213. Swinemünde	41 767	370 713	8,9	40 164	.	.	1 238	.	.	365	.	3,1
214. Tennstedt	396	959	2,4	396	959	2,4	—	—	—	—	—	—
215. Thale	19 940	50 931	2,6	19 815	50 521	2,5	125	410	3,3	—	—	0,6
216. Thießow	2 134	25 815	12,1	2 126	25 727	12,1	8	88	11,0	—	—	0,4
217. Ückeritz	3 072	51 095	16,6	3 060	50 841	16,6	12	254	21,2	—	—	0,4
218. Unna	16 786	24 464	1,5	16 460	24 081	1,5	326	383	1,2	—	—	2,0
219. Vetschau	1 212	1 470	1,2	1 203	1 458	1,2	9	12	1,3	—	—	0,7
220. Vitte	2 357	.	.	2 347	.	.	10	.	.	—	—	0,4
221. Vlotho	1 258	21 038	16,7	1 256	20 994	16,7	2	44	22,0	—	—	0,2
222. Waldliesborn	546	12 663	23,2	546	12 663	23,2	—	—	—	—	—	—
223. Warmbrunn	8 842	117 546	13,3	8 595	114 543	13,3	242	2 891	11,9	5	112	2,8
224. Wartha	1 875	40 682	21,7	1 875	40 682	21,7	—	—	—	—	—	—
225. Wenningstedt	5 742	.	.	5 694	.	.	48	.	.	—	—	0,8
226. Wernigerode	24 465	.	.	23 793	.	.	672	.	.	—	—	2,8
227. West Dievenow	450	9 000	20,0	450	9 000	20,0	—	—	—	—	—	—
228. Westerburg	3 265	7 633	2,3	3 219	7 398	2,3	46	235	5,1	—	—	1,4
229. Westerland	21 747		.	21 025	.	.	722	.	.	—	—	3,4
230. Wiesbaden	149 692	1 114 217	7,4	108 232	794 284	7,3	41 425	319 351	7,7	35	582	38,3
231. Wildemann	5 574	66 433	11,9	5 556	66 221	11,9	18	212	11,8	—	—	0,3
232. Wildungen	28 030	151 578	5,4	25 287	131 367	5,2	2 686	19 763	7,4	57	448	10,6
233. Wilsnack	1 856	2 625	1,4	1 855	2 623	1,4	1	2	2,0	—	—	0,1
234. Winterberg	7 322	33 886	4,6	7 154	33 098	4,6	168	788	4,7	—	—	2,3
235 Wittdün	3 193	46 715	14,6	3 185	46 501	14,6	8	214	26,8	—	—	0,3
236. Wölfelsgrund	5 469	49 153	9,0	5 427	48 355	8,9	42	798	19,0	—	—	0,8
237. Wyk auf Föhr	7 929	227 592	28,7	7 748	.	.	181	.	.	—	—	2,3
238. Zell a. Mosel	645	822	1,3	563	685	1,2	82	137	1,7	—	—	14,6
239. Zempin	3 447	.	.	3 411	.	.	36	.	.	—	—	1,1
240. Zeven, Flecken	2 805	3 067	1,1	2 759	3 021	1,1	46	46	1,0	—	—	1,7
241. Ziegenrück	4 555	17 085	3,8	4 540	17 025	3,8	15	60	4,0	—	—	0,3
242. Zingst	3 735	65 533	17,5	3 697	64 871	17,5	38	662	17,4	—	—	1,0
243. Zinnowitz	12 012	193 257	16,1	11 917	191 441	16,1	95	1 816	19,1	—	—	0,8
244. Zinten	1 236	1 964	1,6	1 226	1 940	1,6	10	24	2,4	—	—	0,8

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 401.

16. Der Fremdenverkehr in den sonstigen preußischen Orten im Jahre 1929/30 (1. April 1929 bis 31. März 1930), soweit Angaben darüber vorhanden sind[1]).

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	in Deutschland: Übernachtungen	in Deutschland: Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	im Auslande: Fremde	im Auslande: Übernachtungen	im Auslande: Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	m. unbekannt. Wohnsitz: Übernachtungen	Auf 100 deutsche Gäste kamen Auslandsfremde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Aachen	56 268	380 086	6,8	47 383	345 103	7,3	8 885	34 983	3,9	—	—	18,8
2. Allenstein	35 638	49 728	1,4	34 672	48 175	1,4	966	1 553	1,6	—	—	2,8
3. Alt-Schönau	14	288	20,6	14	288	20,6	—	—	—	—	—	—
4. Andernach	8 150	9 770	1,2	7 549	8 909	1,2	600	860	1,4	1	1	7,9
5. Antweiler	595	3 991	6,7	581	3 956	6,8	14	35	2,5	—	—	2,4
6. Aschersleben	11 881	15 451	1,3	11 538	14 855	1,3	338	591	1,7	5	5	2,9
7. Balve	925	2 053	2,2	909	1 998	2,2	16	55	3,4	—	—	1,8
8. Belzig	4 509	5 038	1,1	4 452	4 980	1,1	51	52	1,0	6	6	1,1
9. Berlin	1 458 548	3 111 198	2,1	1 199 960	2 322 079	1,9	257 251	785 776	3,1	1 337	3 343	21,4
10. Beuthen O. S.	17 229	18 647	1,1	14 926	16 269	1,1	2 051	2 125	1,0	252	253	13,7
11. Bielefeld	62 502	91 376	1,5	60 808	88 687	1,5	1 689	2 678	1,6	5	11	2,7
12. Bocholt	5 460	6 613	1,2	5 385	6 491	1,2	75	122	1,6	—	—	1,4
13. Bochum	27 757	29 397	1,1	26 663	28 095	1,1	1 090	1 298	1,2	4	4	4,1
14. Bonn	59 548	96 737	1,6	51 808	82 954	1,6	7 710	13 731	1,8	30	52	14,9
15. Bottrop	978	1 022	1,0	956	958	1,0	22	64	2,9	—	—	2,3
16. Brandenburg (Havel)	47 757	63 628	1,3	46 473	61 751	1,3	752	1 024	1,4	532	853	1,6
17. Breslau	229 600	436 017	1,9	213 746	403 811	1,9	15 415	31 262	2,0	439	944	6,2
18. Brück a./Ahr	306	358	1,2	255	290	1,1	51	68	1,3	—	—	20,0
19. Burg a. d. Wupper	585	664	1,1	551	628	1,1	34	36	1,1	—	—	6,2
20. Cammin i. Pomm.	3 344	3 593	1,1	3 344	3 593	1,1	—	—	—	—	—	—
21. Celle	11 592	12 059	1,0	11 161	11 614	1,0	427	441	1,0	4	4	3,8
22. Cottbus	24 496	47 908	2,0	23 180	46 033	2,0	998	1 426	1,4	318	449	4,3
23. Dabringhausen	721	1 085	1,5	721	1 085	1,5	—	—	—	—	—	—
24. Dhünn	152	1 306	8,6	152	1 306	8,6	—	—	—	—	—	—
25. Dortmund	129 711	.	.	121 880	.	.	7 727	.	.	104	.	6,3
26. Düren	13 531	16 389	1,2	12 571	15 042	1,2	707	1 025	1,4	253	322	5,6
27. Düsseldorf	211 407	428 529	2,0	176 082	.	.	35 151	.	.	174	.	20,0
28. Duisburg-Hamborn	39 833	59 587	1,5	35 791	53 066	1,5	4 041	6 520	1,6	1	1	11,3
29. Ehrenbreitstein	3 159	4 268	1,4	3 087	4 153	1,3	72	115	1,6	—	—	2,3
30. Eisleben	5 247	5 875	1,1	5 128	5 756	1,1	119	119	1,0	—	—	2,3
31. Elbing	22 582	30 636	1,4	20 715	27 171	1,3	1 832	3 379	1,8	35	86	8,8
32. Emden	18 231	20 842	1,1	17 981	20 323	1,1	250	519	2,1	—	—	1,4
33. Erfurt	117 809	174 096	1,5	115 650	170 017	1,5	2 101	4 021	1,9	58	58	1,8
34. Essen	145 559	327 279	2,2	137 934	311 903	2,3	7 363	13 785	1,9	262	1 591	5,3
35. Finkenwalde	496	496	1,0	495	495	1,0	1	1	1,0	—	—	0,2
36. Fischhausen	420	493	1,2	413	479	1,2	7	14	2,0	—	—	1,7
37. Flensburg	29 834	42 134	1,4	24 431	32 841	1,3	5 365	9 233	1,7	38	60	22,0
38. Forst (Lausitz)	16 447	26 405	1,6	15 614	24 938	1,6	813	1 436	1,8	20	31	5,2
39. Frankfurt a./M.	345 290	625 355	1,8	293 937	.	.	47 688	.	.	3 665	.	16,2
40. Frankfurt a. O.	29 394	37 034	1,3	28 933	36 230	1,3	363	658	1,8	98	146	1,3
41. Fulda	22 813	26 139	1,1	22 041	24 891	1,1	663	1 098	1,7	109	150	3,0
42. Gelsenkirchen	10 604	14 996	1,4	10 260	14 550	1,4	343	445	1,3	1	1	3,3
43. Gerdauen	5 076	8 015	1,6	5 036	7 950	1,6	37	58	1,6	3	7	0,7
44. Gladbach-Rheydt	18 467	34 926	1,9	17 041	32 224	1,9	1 389	2 645	1,9	37	57	8,2
45. Gladbeck	1 158	1 258	1,1	1 077	1 177	1,1	62	62	1,0	19	19	5,8
46. Gleiwitz	23 022	30 299	1,3	21 002	27 367	1,3	1 838	2 670	1,5	182	262	8,8
47. Glogau	12 851	.	.	11 095	.	.	158	.	.	1 598	.	1,4
48. Görlitz	63 071	.	.	60 672	.	.	2 288	.	.	111	.	3,7
49. Göttingen	26 060	36 492	1,4	25 516	35 388	1,4	544	1 104	2,0	—	—	2,1
50. Goldentraum	780	1 009	1,3	774	1 003	1,3	6	6	1,0	—	—	0,7
51. Goslar	.	49 605	.	.	47 623	.	.	1 982	.	—	—	.
52. Gottesberg	2 205	2 968	1,3	2 178	2 934	1,3	23	28	1,2	4	6	1,1
53. Greifswald	14 953	17 675	1,2	14 762	17 336	1,2	191	339	1,8	—	—	1,3
54. Großalmerode	439	439	1,0	435	435	1,0	4	4	1,0	—	—	0,9
55. Grünberg (Schles.)	12 680	14 998	1,2	12 601	14 872	1,2	79	126	1,6	—	—	0,6
56. Guben	17 002	17 002	1,0	16 515	16 515	1,0	438	438	1,0	49	49	2,7
57. Hagen (Westf.)	62 660	86 961	1,4	59 846	83 225	1,4	2 803	3 725	1,3	11	11	4,7
58. Halberstadt	36 113	44 160	1,2	34 362	41 655	1,2	1 468	2 126	1,4	283	379	4,3
59. Halle a. S.	103 361	.	.	100 003	.	.	3 358	.	.	—	—	3,4
60. Hameln	4 630	5 280	1,1	4 550	5 196	1,1	75	79	1,1	5	5	1,6
61. Hamm i. Westf.	32 459	51 181	1,6	32 070	50 495	1,6	389	686	1,8	—	—	1,2
62. Hanau	15 194	21 896	1,4	14 288	20 422	1,4	892	1 458	1,6	14	16	6,2
63. Hannover	270 120	.	.	264 135	.	.	5 977	.	.	8	.	2,3
64. Harburg-Wilhelmsburg	62 270	67 848	1,1	61 306	66 675	1,1	945	1 153	1,2	19	20	1,5
65. Harriehausen	811	9 900	12,2	810	9 885	12,2	1	15	15,0	—	—	0,1
66. Hechingen	6 941	7 255	1,0	6 645	6 874	1,0	285	370	1,3	11	11	4,3
67. Heepen, Amt	123	1 467	11,9	121	1 447	12,0	2	20	10,0	—	—	1,7
68. Heiligenhaus	134	193	1,4	130	185	1,4	4	8	2,0	—	—	3,1
69. Herford	13 696	14 890	1,1	13 413	14 509	1,1	282	380	1,3	1	1	2,1
70. Herne	2 627	2 695	1,0	2 586	2 654	1,0	41	41	1,0	—	—	1,5
71. Herten	155	187	1,2	155	187	1,2	—	—	—	—	—	—
72. Hildesheim	58 901	70 132	1,2	43 292	.	.	2 113	.	.	13 496	.	4,9
73. Hindenburg O. S.	7 646	9 941	1,3	6 805	8 649	1,3	757	1 117	1,5	84	175	11,1
74. Hirschberg i. Rsgb.	32 882	51 944	1,6	31 298	48 756	1,6	1 306	2 767	2,1	278	421	4,2
75. Horka	954	1 001	1,0	926	969	1,0	28	32	1,1	—	—	3,0
76. Hückeswagen	128	186	1,5	124	179	1,4	4	7	1,8	—	—	3,2
77. Insterburg	2 813	3 530	1,3	2 697	3 366	1,2	116	164	1,4	—	—	4,3
78. Iserlohn	8 596	10 494	1,2	8 418	10 316	1,2	177	177	1,0	1	1	2,1
79. Johannisburg	4 919	6 656	1,4	4 689	6 320	1,3	222	327	1,5	8	9	4,7
80. Kapellen-Stolzenfels	1 473	1 628	1,1	1 303	1 447	1,1	170	181	1,1	—	—	13,0
81. Kassel	119 053	.	.	115 246	.	.	3 807	.	.	—	—	3,3

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 401.

Noch: 16. Der Fremdenverkehr in den sonstigen preußischen Orten im Jahre 1929/30 (1. April 1929 bis 31. März 1930), soweit Angaben darüber vorhanden sind[1]).

Gemeinden	Zahl der Fremden	Zahl der Übernachtungen	Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	Hiervon kamen auf Personen mit Wohnsitz in Deutschland: Fremde	in Deutschland: Übernachtungen	in Deutschland: Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	im Auslande: Fremde	im Auslande: Übernachtungen	im Auslande: Durchschnittlicher Aufenthalt in Tagen	m. unbekannt. Wohnsitz: Fremde	m. unbekannt. Wohnsitz: Übernachtungen	Auf 100 deutsche Gäste kamen Auslandsfremde
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
82. Kiel	68 062	.	.	63 549	.	.	4 450	.	.	63	.	7,0
83. Koblenz	171 772	229 173	1,3	145 005	193 338	1,3	24 209	32 424	1,3	2 558	3 411	16,7
84. Köln	523 954	929 396	1,8	397 875	.	.	126 067	.	.	12	.	31,7
85. Königsberg i. Pr.	85 461	.	.	77 176	.	.	7 980	.	.	305	.	10,3
86. Krefeld-Uerdingen a. Rh.	42 067	76 331	1,8	37 243	67 682	1,8	4 278	7 696	1,8	546	953	11,5
87. Landsberg a. W.	20 746	33 196	1,6	20 226	31 459	1,6	477	1 145	2,4	43	592	2,4
88. Lebus	276	289	1,0	209	209	1,0	7	20	2,9	60	60	3,3
89. Liegnitz	25 165	28 781	1,1	24 504	27 945	1,1	661	836	1,3	—	—	2,7
90. Lügde	592	5 135	8,7	592	5 135	8,7	—	—	—	—	—	—
91. Märzdorf	375	6 597	17,6	375	6 597	17,6	—	—	—	—	—	—
92. Magdeburg	127 634	163 214	1,3	105 856	137 293	1,3	5 025	6 384	1,3	16 753	19 537	4,7
93. Marburg a. d. Lahn	32 522	53 643	1,6	31 343	51 193	1,6	1 168	2 438	2,1	11	12	3,7
94. Marienburg, Westpr.	21 575	23 945	1,1	19 378	21 569	1,1	2 081	2 252	1,1	116	124	10,7
95. Merseburg	16 339	16 455	1,0	14 556	14 672	1,0	392	392	1,0	1 391	1 391	2,7
96. Minden	15 497	27 841	1,8	15 006	27 111	1,8	415	622	1,5	76	108	2,8
97. Mühlhausen i. Th.	18 974	20 927	1,1	18 675	20 564	1,1	295	359	1,2	4	4	1,6
98. Mülheim (Ruhr)	9 268	14 691	1,6	8 635	13 648	1,6	597	988	1,7	36	55	6,9
99. Münster i./W.	103 697	147 904	1,4	98 108	139 336	1,4	5 570	8 544	1,5	19	24	5,7
100. Naumburg a. S.	35 060	43 233	1,2	34 476	42 576	1,2	575	648	1,1	9	9	1,7
101. Neisse	7 677	8 995	1,2	7 437	8 680	1,2	237	312	1,3	3	3	3,2
102. Neudamm	592	1 202	2,0	526	1 126	2,1	26	33	1,3	40	43	4,9
103. Neuenkirchen	556	556	1,0	534	534	1,0	22	22	1,0	—	—	4,1
104. Neusalz a. O.	7 823	9 607	1,2	7 700	9 464	1,2	108	128	1,2	15	15	1,4
105. Neustettin	6 441	7 001	1,1	6 397	6 941	1,1	44	60	1,4	—	—	0,7
106. Neuß	2 682	2 697	1,0	2 524	2 539	1,0	155	155	1,0	3	3	6,1
107. Niederheimbach, Amt	916	2 252	2,5	904	2 163	2,4	12	89	7,4	—	—	1,3
108. Nordhausen	52 381	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
109. Nordhorn	6 040	10 129	1,7	5 870	9 595	1,6	170	534	3,1	—	—	2,9
110. Oberhausen	7 791	9 752	1,3	7 066	8 792	1,2	695	926	1,3	30	34	9,8
111. Odermünde	24	497	20,7	19	299	15,7	5	198	39,6	—	—	26,0
112. Oppeln	22 857	36 220	1,6	22 217	35 394	1,6	596	773	1,3	44	53	2,7
113. Oranienburg	1 358	1 576	1,2	1 322	1 539	1,2	28	29	1,0	8	8	2,1
114. Osnabrück	70 234	77 607	1,1	68 284	75 033	1,1	1 948	2 569	1,3	2	5	2,9
115. Ottmachau	1 246	1 499	1,2	1 231	1 478	1,2	15	21	1,4	—	—	1,2
116. Paderborn	24 227	32 362	1,3	22 849	30 288	1,3	1 378	2 074	1,5	—	—	6,0
117. Passenheim	479	1 153	2,4	476	1 150	2,4	3	3	1,0	—	—	0,6
118. Potsdam[2])	22 084	12 368	.	21 519	12 070	.	561	294	.	4	4	2,6
119. Preetz	1 188	1 496	1,3	1 159	1 463	1,3	29	33	1,1	—	—	2,5
120. Radevormwald	216	233	1,1	216	233	1,1	—	—	—	—	—	—
121. Rathenow	13 385	18 163	1,4	12 986	17 577	1,4	387	568	1,5	12	18	3,0
122. Ratibor	17 502	27 841	1,6	16 496	26 011	1,6	941	1 703	1,8	65	127	5,7
123. Rheinhausen	137	137	1,0	137	137	1,0	—	—	—	—	—	—
124. Rietberg	480	488	1,0	480	488	1,0	—	—	—	—	—	—
125. Runkel	463	463	1,0	459	459	1,0	4	4	1,0	—	—	0,9
126. Sangerhausen	6 990	6 990	1,0	6 941	6 941	1,0	49	49	1,0	—	—	0,7
127. Schlochau	2 694	3 635	1,3	2 188	2 794	1,3	499	834	1,7	7	7	22,8
128. Schneidemühl	14 688	32 356	2,2	13 892	30 633	2,2	677	1 496	2,2	119	227	4,9
129. Schweidnitz	10 208	10 578	1,0	10 081	10 451	1,0	125	125	1,0	2	2	1,2
130. Schwiebus	5 690	6 272	1,1	5 624	6 198	1,1	63	71	1,1	3	3	1,1
131. Siegen	20 523	24 266	1,2	20 219	23 700	1,2	304	566	1,9	—	—	1,5
132. Soldin	3 846	4 029	1,0	3 670	3 853	1,0	52	52	1,0	124	124	1,4
133. Solingen	5 845	6 407	1,1	5 404	5 931	1,1	390	423	1,1	51	23	7,2
134. Spangenberg	919	2 103	2,3	918	2 101	2,3	1	2	2,0	—	—	0,1
135. Stargard i. Pomm.	16 152	24 945	1,5	15 736	24 209	1,5	370	661	1,8	46	75	2,4
136. Steinbach-Hallenberg	1 060	2 268	2,1	1 053	2 179	2,1	7	89	1,3	—	—	0,7
137. Stendal	12 035	13 094	1,1	11 970	12 989	1,1	65	105	1,6	—	—	0,5
138. Stettin	101 998	196 790	1,9	95 523	184 081	1,9	6 420	12 607	2,0	55	102	6,7
139. Stolp	14 388	15 882	1,1	13 515	14 958	1,1	738	786	1,1	135	138	5,5
140. Stralsund	30 304	43 150	1,4	28 873	40 618	1,4	1 388	2 445	1,8	43	87	4,8
141. Strausberg	1 497	2 110	1,4	1 493	2 086	1,4	4	24	6,0	—	—	0,3
142. Tilsit	13 480	28 566	2,1	12 221	25 943	2,1	1 251	2 602	2,1	8	21	10,2
143. Treffurt	1 090	1 350	1,2	1 080	1 340	1,2	10	10	1,0	—	—	1,1
144. Trier	43 006	68 072	1,6	39 333	63 572	1,6	3 628	4 427	1,2	45	73	9,2
145. Viersen	1 343	1 563	1,2	1 154	1 309	1,1	81	94	1,2	108	160	7,0
146. Virneburg	277	813	2,9	276	812	2,9	1	1	1,0	—	—	0,4
147. Waldenburg i. Schles.	25 407	39 772	1,6	25 180	39 381	1,6	227	391	1,7	—	—	0,9
148. Wandsbek	866	4 718	5,4	841	4 562	5,4	25	156	6,2	—	—	3,0
149. Wanne-Eickel	795	901	1,1	775	881	1,1	20	20	1,0	—	—	2,6
150. Wattenscheid	607	1 000	1,6	605	997	1,6	1	1	1,0	1	2	0,2
151. Weilburg	12 133	19 770	1,6	12 076	19 441	1,6	57	329	5,8	—	—	0,5
152. Weißenfels	12 523	14 815	1,2	12 307	14 595	1,2	216	220	1,0	—	—	1,8
153. Wermelskirchen	2 084	2 796	1,3	2 017	2 716	1,3	67	80	1,2	—	—	3,3
154. Wesel	11 927	13 495	1,1	11 318	12 838	1,1	608	656	1,1	1	1	5,4
155. Wesermünde	32 992	56 795	1,7	32 078	55 152	1,7	858	1 577	1,8	56	66	2,7
156. Wiesbaden	149 692	1 114 217	7,4	108 232	794 284	7,3	41 425	319 351	7,7	35	582	38,3
157. Witten	10 107	12 759	1,3	9 779	12 241	1,3	328	518	1,6	—	—	3,4
158. Wittenberg	12 727	14 317	1,1	12 423	13 982	1,1	301	332	1,1	3	3	2,4
159. Wittenberge	14 568	16 687	1,1	14 443	16 556	1,1	125	131	1,0	—	—	0,9
160. Wuppertal	73 763	.	.	68 637	.	.	5 083	.	.	43	.	7,4
161. Zeitz	10 784	10 877	1,0	10 728	10 821	1,0	56	56	1,0	—	—	0,5

[1]) Vergl. die Anmerkung 1 auf Seite 401. — [2]) Die Übernachtungszahlen beziehen sich nur auf das Winterhalbjahr 1929/30.

[Fortsetzung des Textes von Seite 400.]

Schweiz (4,7 %) und Frankreich (4,6 %). Bei 43 088 Fremden mit 120 535 Übernachtungen ist keine Trennung nach Herkunftsländern erfolgt.

Auch für Berlin ist ebenso wie für ganz Preußen ein Rückgang der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer, und zwar von 3,3 auf 3,1 Tage, zu verzeichnen. Einen Durchschnittssatz von über 4 Tagen finden wir nur bei Besuchern aus außereuropäischen Ländern, nämlich aus Mexiko 5,0 (nur 54 Fremde), Kanada 4,9, Südamerika 4,7, Vereinigte Staaten 4,5, Afrika 4,4 und China 4,3 Tage.

VIII. Übersicht über den Fremdenverkehr in den einzelnen Orten.

Zum Schluß folgen Übersichten (Tabelle 15 und 16) über den Fremdenverkehr in den einzelnen Orten. Tabelle 15 enthält 244 Bade- und Kurorte, die teils für den Sommer, teils für den Winter, in der Hauptsache aber für das ganze Jahr berichteten. Besonders hingewiesen wird auf Spalte 13, die angibt, wieviel Auslandsfremde auf 100 deutsche Gäste kamen. Wenn man von Lüchenthin und Bentheim, Schloß (mit überhaupt geringem Fremdenverkehr) absieht, so sind es 15 Orte, in denen die Verhältnisziffer 10 überschritten wird: Carlsruhe O. S. 41,1, Wiesbaden 38,3, Mehlem 28,2, Königswinter 25,9, Aachen 18,8, Monschau 17,3, Ems 17,1, St. Goar 15,2, Zell a. d. Mosel 14,6, Cleve 14,5, Schwalbach 13,5, Godesberg 12,6, Heringsdorf 10,8, Neuenahr 10,7 und Wildungen 10,6.

Tabelle 16 enthält die sonstigen preußischen Orte, die für ein Halbjahr oder für das ganze Jahr berichtet haben. Es sind 161 (Aachen und Wiesbaden sind auch hier aufgenommen worden). Es ergibt sich also, daß sich im ganzen während des Berichtsjahres 403 Orte an der Fremdenverkehrsstatistik beteiligt haben.

Aus der Spalte 13 ist zu entnehmen, daß, abgesehen von Aachen und Wiesbaden und 2 Orten mit ganz unbedeutendem Fremdenverkehr, in folgenden 16 Orten mehr als 10 Auslandsfremde auf 100 deutsche Gäste kamen: Köln 31,7, Schlochau 22,8, Flensburg 22,0, Berlin 21,4, Düsseldorf 20,0, Koblenz 16,7, Frankfurt a./M. 16,2, Bonn 14,9, Beuthen O. S. 13,7, Kapellen-Stolzenfels 13,0, Krefeld-Uerdingen a. Rh. 11,5, Duisburg-Hamborn 11,3, Hindenburg O. S. 11,1, Marienburg, Westpr. 10,7, Königsberg i. Pr. 10,3 und Tilsit 10,2.

Betriebskombinationen in den preußischen Gewerbebetrieben. — Im folgenden sollen die gewerblichen Betriebe im Freistaat Preußen daraufhin untersucht werden, in welchem Maße in ihnen mehrere Gewerbezweige gleichzeitig betrieben werden. Die Darstellung beschränkt sich darauf, die zahlenmäßige Bedeutung dieser wirtschaftlichen Erscheinung, wie sie sich in der Zahl der Betriebe und des beschäftigten Personals ausdrückt, wiederzugeben. Als Grundlage werden die Ergebnisse der gewerblichen Betriebszählung vom 16. Juni 1925 benutzt, da sie sowohl nach „örtlichen Betriebseinheiten“ wie nach „technischen Betriebseinheiten“ zusammengestellt sind und durch einen Vergleich beider Zahlen die Frage der Betriebskombination in großen Zügen beantwortet werden kann. Über den Einfluß der Betriebskombination auf die innere Struktur der Betriebe kann man allerdings daraus keinen Aufschluß gewinnen; auch ob es sich um eine Betriebsverbindung sich ergänzender Gewerbearten handelt, oder ob vielmehr (bei den kleinen Betrieben) von einer Betriebsvermischung zu sprechen wäre, soll dabei nicht erörtert werden.

Zum Verständnis der Unterscheidung von örtlichen und technischen Betriebseinheiten seien einige Bemerkungen vorausgeschickt. Jeder Gewerbebetrieb im üblichen Sinne des Wortes ist eine örtliche Betriebseinheit. Das entscheidende Merkmal ist hierbei die räumliche Zusammengehörigkeit; in den meisten Fällen ist hiermit die Beschränkung auf einen einzigen Gewerbezweig verbunden. Der Gewerbebetrieb bleibt jedoch auch dann eine örtliche Einheit, wenn in ihm mehrere Gewerbezweige nebeneinander betrieben werden. Wenn dagegen ein Unternehmen mehrere räumlich getrennte Betriebsstätten (Verkaufsfilialen, Werke usw.) hat, so gilt jede als eine besondere örtliche Einheit. Jeder Handwerksbetrieb, jede Verkaufsfiliale, jede Fabrik mit mehreren räumlich zusammenhängenden Produktionsabteilungen usw. ist eine örtliche Betriebseinheit.

Da in der überwiegenden Anzahl der gewerblichen Betriebe nur ein einziges Gewerbe (Bäckerei, Fahrradbau, Baumwollspinnerei) betrieben wird, so waren diese Betriebe bei einer Gliederung nach Gewerbezweigen ohne weiteres einzuordnen. Bei den „kombinierten“ Betrieben, die mehrere Gewerbezweige (Produktionszweige oder -stufen) in sich vereinigen, ist die Einordnung in verschiedener Weise vorgenommen worden. Zum Teil sind diese Gewerbekombinationen bereits bei der Aufstellung des Gewerbeschemas berücksichtigt worden. Das Gewerbeschema führt als „Gewerbearten“ nicht nur 582 verschiedene Gewerbezweige einzeln auf, sondern außerdem noch eine Reihe von Kombinationen dieser Gewerbezweige (z. B. Hochofen, Stahlwerk und Walzwerk; Fleischerei und Gastwirtschaft). In diese 104 Kombinationsgewerbearten sind nur diejenigen Betriebe eingeordnet worden, bei denen eine der vorgesehenen Kombinationen vorlag; es handelt sich hierbei in vielen Fällen um große und in ihrer Zusammensetzung so charakteristische Betriebe, daß ihre Einordnung etwa nach einem der betriebenen Gewerbezweige in vieler Hinsicht unbefriedigend gewesen wäre.

Für den weitaus größeren Teil der kombinierten Betriebe sind jedoch keine besonderen Kombinationsgewerbearten vorgesehen worden. Diese Gewerbebetriebe sind deshalb mit ihrem gesamten Personal nach dem wichtigsten der in ihnen betriebenen Gewerbezweige eingeordnet worden; das in den übrigen Gewerbezweigen beschäftigte Personal wird diesem also mit zugerechnet.

Es ergibt sich somit aus den örtlichen Einheiten kein vollkommen deutliches Bild von dem Umfang der einzelnen Gewerbezweige: für die Betriebe der Kombinationsgewerbearten kennt man den Anteil der einzelnen darin vereinigten Gewerbezweige nicht; auch können in Betrieben, die in einem bestimmten Gewerbezweig gezählt sind, zum Teil noch andere Gewerbezweige betrieben werden. Zur Ergänzung der Ergebnisse nach örtlichen Einheiten ist daher noch eine Zusammenstellung nach „technischen Betriebseinheiten“ vorgenommen worden. Zum großen Teil deckt sich diese mit der nach örtlichen Einheiten, weil jeder Betrieb (örtliche Einheit), in dem nur ein einziges Gewerbe betrieben wird, zugleich auch als „technische Betriebseinheit“ zählt. Dagegen wird jeder kombinierte Betrieb nach den verschiedenen Gewerbezweigen in Teilbetriebe aufgeteilt. Jeder von diesen Teilbetrieben gilt als eine besondere technische Betriebseinheit und wird dem entsprechenden Gewerbezweig zugeordnet. Hierbei ist jedoch folgendes zu beachten. In jedem größeren Gewerbebetrieb gibt es neben der oder den eigentlichen Produktionsabteilungen meist ein besonderes Verwaltungsbüro, ferner oft noch eine Kraftzentrale, eine Reparaturwerkstätte usw. Bei der Aufteilung der kombinierten Betriebe auf die einzelnen Gewerbezweige (Produktionsabteilungen) bleiben diese „Hilfsbetriebe“ übrig, da sie weder auf die verschiedenen Produktionsabteilungen verteilt, noch einer einzigen zugerechnet werden können. Für die Hilfsbetriebe sind deshalb bei der Zusammenstellung nach technischen Betriebseinheiten besondere Positionen vorgesehen. In diesen sind jedoch nur die Hilfsbetriebe der kombinierten Betriebe zusammengefaßt. Sind in einem nicht kombinierten Betrieb Hilfsbetriebe vorhanden, so sind sie — mit einer später zu erwähnenden Ausnahme — nicht ausgegliedert, sondern der ganze Betrieb ist dem entsprechenden Gewerbezweig zugewiesen worden.

Für eine richtige Würdigung und Benutzung der Angaben nach örtlichen und technischen Einheiten ist daher zu beachten, daß die technischen Einheiten zwar in mancher Hinsicht einen besseren Überblick über die Stärke der einzelnen Gewerbezweige gewähren

(Übersicht 1)

Gewerbegruppen	Zahl der Betriebe: Gewerbebetriebe (örtliche Einheiten) insgesamt	Gewerbebetriebe mit Teilbetrieben (kombinierte Betriebe): in Kombinationsgewerbearten	in anderen Gewerbearten	insgesamt	v. H. aller Gewerbebetriebe	Gewerbebetriebe ohne Teilbetriebe	Teilbetriebe (einschl. der Hilfsbetriebe)	technische Einheiten insgesamt	darunter Hilfsbetriebe
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
I. Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht	8 697	—	13	13	0,1	8 684	131	8 815	—
II. Hochseefischerei	382	—	10	10	2,6	372	10	382	—
III. Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	2 062	294	233	527	25,6	1 535	2 724	4 259	1 736
IIIA. Mit Bergbau kombinierte Werke	77	77	—	77	100,0	—	—	—	—
IV. Industrie der Steine und Erden	16 182	169	365	534	3,3	15 648	2 228	17 876	596
V. Eisen- und Metallgewinnung	2 100	196	166	362	17,2	1 738	3 147	4 885	1 612
VA. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	451	451	—	451	100,0	—	—	—	—
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	85 939	164	698	862	1,0	85 077	3 089	88 166	633
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	24 258	441	969	1 410	5,8	22 848	5 763	28 611	1 996
VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	25 886	102	72	174	0,7	25 712	1 683	27 395	328
IX. Chemische Industrie	4 218	345	101	446	10,6	3 772	2 076	5 848	909
X. Textilindustrie	27 238	415	475	890	3,3	26 348	4 487	30 835	2 081
XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	18 488	1 824	1 723	3 547	19,2	14 941	7 192	22 133	1 172
XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie	17 544	—	45	45	0,3	17 499	159	17 658	49
XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie	824	17	3	20	2,4	804	122	926	44
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	109 381	—	1 227	1 227	1,1	108 154	7 559	115 713	910
XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	2 369	—	3	3	0,1	2 366	18	2 384	5
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	160 955	5 942	6 565	12 507	7,8	148 448	18 771	167 219	2 081
XVII. Bekleidungsgewerbe	350 569	—	60	60	0,02	350 509	657	351 166	39
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	125 536	912	1 775	2 687	2,1	122 849	6 819	129 668	2 504
XIX. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung	7 612	474	1 150	1 624	21,3	5 988	4 476	10 464	1 807
XX. Handelsgewerbe	676 948	265	7 318	7 583	1,1	669 365	23 138	692 503	2
XXI. Versicherungswesen	11 594	—	30	30	0,3	11 564	37	11 601	1
XXII. Verkehrswesen	57 405	37	505	542	0,9	56 863	2 432	59 295	86
XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	147 741	—	7 991	7 991	5,4	139 750	18 389	158 139	134
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe	6 080	—	18	18	0,3	6 062	136	6 198	1
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	2 839	—	5	5	0,2	2 834	18	2 852	—
XXVI. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	47 923	—	26	26	0,1	47 897	138	48 035	7
Gewerbe überhaupt	1 941 298	12 125	31 546	43 671	2,2	1 897 627	115 399	2 013 026	18 733

(Noch: Übersicht 1)

Gewerbegruppen	Zahl der Personen: Gewerbebetriebe (örtliche Einheiten) insgesamt	Gewerbebetriebe mit Teilbetrieben (kombinierte Betriebe): in Kombinationsgewerbearten	in anderen Gewerbearten	insgesamt	v. H. aller Gewerbebetriebe	Gewerbebetriebe ohne Teilbetriebe	Teilbetriebe (einschl. der Hilfsbetriebe)	technische Einheiten insgesamt	darunter Hilfsbetriebe
1	11	12	13	14	15	16	17	18	19
I. Nichtlandwirtschaftliche Gärtnerei und Tierzucht	29 146	—	255	255	0,9	28 891	234	29 125	—
II. Hochseefischerei	4 986	—	628	628	12,6	4 358	495	4 853	—
III. Bergbau, Salinenwesen und Torfgräberei	611 474	390 389	170 348	560 737	91,7	50 737	669 589	720 326	86 520
IIIA. Mit Bergbau kombinierte Werke	118 917	118 917	—	118 917	100,0	—	—	—	—
IV. Industrie der Steine und Erden	380 802	39 709	29 979	69 688	18,3	311 114	81 896	393 010	7 903
V. Eisen- und Metallgewinnung	240 288	143 414	31 233	174 647	72,7	65 641	339 244	404 885	90 913
VA. Mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke	293 627	293 627	—	293 627	100,0	—	—	—	—
VI. Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	482 022	25 060	39 408	64 468	13,4	417 554	104 918	522 472	12 216
VII. Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	659 936	204 264	146 742	351 006	53,2	308 930	445 584	754 514	87 901
VIII. Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik	375 259	151 874	34 343	186 217	49,6	189 042	177 622	366 664	36 447
IX. Chemische Industrie	188 269	99 653	16 557	116 210	61,7	72 059	119 381	191 440	53 837
X. Textilindustrie	488 369	93 307	127 628	220 935	45,2	267 434	219 112	486 546	28 276
XI. Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe	296 757	123 817	68 368	192 185	64,8	104 572	167 816	272 388	18 482
XII. Lederindustrie und Linoleumindustrie	79 345	—	4 305	4 305	5,4	75 040	4 343	79 383	606
XIII. Kautschuk- und Asbestindustrie	48 040	29 347	729	30 076	62,6	17 964	31 060	49 024	9 546
XIV. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	499 567	—	48 465	48 465	9,7	451 102	82 906	534 008	5 433
XV. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	27 992	—	73	73	0,3	27 919	417	28 336	13
XVI. Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	771 115	51 226	92 362	143 588	18,6	627 527	129 570	757 097	27 717
XVII. Bekleidungsgewerbe	830 244	—	9 640	9 640	1,2	820 604	20 814	841 418	684
XVIII. Baugewerbe (einschl. der Baunebengewerbe)	949 590	124 140	73 278	197 418	20,8	752 172	185 841	938 013	14 474
XIX. Wasser-, Gas- u. Elektrizitätsgewinnung u. -versorgung	90 658	20 137	45 728	65 865	72,7	24 793	45 83[illegible]	70 624	19 109
XX. Handelsgewerbe	1 935 244	984	85 086	86 070	4,4	1 849 174	96 787	1 945 961	23
XXI. Versicherungswesen	64 219	—	1 408	1 408	2,2	62 811	1 062	63 873	3
XXII. Verkehrswesen	919 990	3 404	11 437	14 841	1,6	905 149	22 465	927 614	2 086
XXIII. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	409 466	—	39 783	39 783	9,7	369 683	43 225	412 908	1 840
XXIV. Theater-, Musik-, Sport- und Schaustellungsgewerbe	49 754	—	307	307	0,6	49 447	336	49 783	5
XXV. Gewerblich betriebener Unterricht	14 18[illegible]	—	32	32	0,2	14 157	34	14 191	—
XXVI. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe	239 339	—	785	785	0,3	238 554	1 594	240 148	97
Gewerbe überhaupt	11 098 604	1 913 269	1 078 907	2 992 176	27,0	8 106 428	2 992 176	11 098 604	504131

— die Kombinationsgewerbearten fallen z. B. ganz fort —, daß aber dieser Vorteil durch die nicht einheitliche Behandlung der Hilfsbetriebe zuweilen stark beeinträchtigt werden kann.

Nach diesen einleitenden Bemerkungen sollen nun im einzelnen die Verhältnisse in den großen Gewerbegruppen (Industriezweigen) dargelegt werden. In der Übersicht 1 werden die Angaben über sämtliche Gewerbebetriebe, über die kombinierten Betriebe, über die Teilbetriebe und über alle technischen Einheiten einer Gewerbegruppe gegenübergestellt, und zwar bringen die Spalten 2—10 Angaben über die Zahl der Betriebe, die Spalten 11—19 Angaben über die Zahl der in den Betrieben jeweils beschäftigten Personen. Die Übersicht zeigt also, in welchem Maße die kombinierten Betriebe in Erscheinung treten und ihre Aufteilung die Bedeutung der einzelnen Gewerbegruppen verändert. Von der Art und dem Grad der Verflechtung gibt sie jedoch nur für den Fall, daß Gewerbezweige verschiedener Gewerbegruppen vereinigt sind, eine ungefähre Vorstellung. In wieviel Teilbetriebe die kombinierten Betriebe (Spalte 5 und 14) aufgeteilt sind und zu welchen Gewerbegruppen diese Teilbetriebe gehören, oder umgekehrt, wieviel von den Teilbetrieben jeder Gruppe (Spalte 8 und 17) zu kombinierten Gewerbebetrieben derselben Gewerbegruppen gehören, ist aus der Übersicht nicht zu ersehen. Die Spalte 8 gibt die Zahl der zu der vorstehenden Gewerbegruppe gehörigen Teilbetriebe wieder (nicht etwa — wie sofort aus einem Vergleich der Spalten 14 und 17 hervorgeht — die Zahl der Teilbetriebe, in die die kombinierten Betriebe dieser Gewerbegruppe aufgeteilt sind). In den Zahlen der Spalte 8 (bezw. 17) sind auch die Hilfsbetriebe (bezw. die darin beschäftigten Personen) enthalten, die in Spalte 10 (bezw. 19) noch besonders angegeben sind. (Die Hilfsbetriebe sind übrigens nicht für jeden Gewerbezweig besonders, sondern nur für jede Gewerbegruppe insgesamt nachgewiesen).

Eine besondere Erwähnung verdienen noch die beiden Gewerbegruppen III A (mit Bergbau kombinierte Werke) und V A (mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierte Werke). Diese Gruppen sind nur aus Kombinationsgewerbearten zusammengesetzt und fallen daher bei den technischen Einheiten ganz fort. Bei der Aufteilung dieser Gewerbegruppen — wie überhaupt aller Kombinationen von Gewerbezweigen verschiedener Gewerbegruppen — ist die Entscheidung darüber, welcher Gewerbegruppe die Hilfsbetriebe einzugliedern sind, manchmal von erheblicher Bedeutung.

Vergleicht man in der Übersicht 1 zuerst die Angaben für das Gesamtgewerbe, so erkennt man, daß im Verhältnis zur Gesamtzahl in einer sehr geringen Zahl von Betrieben (2,2 v. H.) mehrere Gewerbezweige vereinigt sind, daß aber trotzdem diesen Betrieben eine große wirtschaftliche Bedeutung zukommt: Unter den 1 941 298 gewerblichen Betrieben Preußens mit 11 098 604 beschäftigten Personen sind nur 43 671 Betriebe mit Teilbetrieben; diese Betriebe beschäftigten jedoch 2 992 176 Personen (Spalte 14), d. h. über ein Viertel (27 v. H.) aller gewerblich tätigen Personen. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist also bei den kombinierten Betrieben etwa 10 mal so hoch wie bei sämtlichen Gewerbebetrieben. Man darf daraus nicht schließen, daß eine Betriebskombination hauptsächlich bei den größeren Betrieben vorhanden ist. Zum großen Teil handelt es sich um Betriebe, für die wegen ihrer zahlenmäßigen Häufigkeit manchmal sogar eine Kombinationsgewerbeart vorgesehen ist, die aber nur geringen Betriebsumfang haben und auch in ihrer Gesamtheit keine große wirtschaftliche Bedeutung besitzen (z. B. Gastwirtschaft verbunden mit Fleischerei oder Kolonialwarenhandel, Getreidemüllerei verbunden mit Sägewerk oder Bäckerei usw.). Eine gewisse Abstufung der Betriebsgröße tritt schon hervor, wenn man die beiden Arten von kombinierten Betrieben besonders betrachtet (vergl. Spalte 3 mit 12 und Spalte 4 mit 13). Von den 43 671 kombinierten Betrieben sind nur 12 125 Betriebe in Kombinationsgewerbearten eingeordnet, sie beschäftigen aber 1 913 269 Personen; in den übrigen 31 546 Betrieben (Spalte 3) sind dagegen nur 1 078 907 Personen tätig. Es ist leicht einzusehen, daß für die großen kombinierten Betriebe in viel stärkeren Maße eine besondere Kombinationsgewerbeart bestehen wird als für die kleinen. Daß aber auch in den 12 125 Betrieben kleine Betriebe enthalten sind, zeigt die folgende Zusammenstellung: von diesen Betrieben beschäftigten

0	Personen	276	Betriebe				
1—3	„	3 546	„	mit	insgesamt	7 831	Personen
4—5	„	1 485	„	„	„	6 538	„
6—10	„	817	„	„	„	6 101	„
0—10	„	6 124	„	„	„	20 470	„

In der Hälfte aller Betriebe der Kombinationsgewerbearten sind hiernach höchstens 10 Personen tätig. In der Hauptsache handelt es sich um die schon erwähnten Kombinationen von Getreidemüllerei mit Sägewerk und Bäckerei und von Gastwirtschaft mit Fleischerei; die Betriebe ohne (hauptberuflich tätige) Personen sind meist landwirtschaftliche Nebenbetriebe oder ruhende Betriebe.

Dieser großen Zahl von Kleinbetrieben stehen verhältnismäßig wenig Riesenbetriebe gegenüber, die aber durch ihr Personal von allergrößter Bedeutung sind. In den rund 400 Betrieben, die mehr als 1 000 Personen beschäftigen, sind insgesamt etwa 1,15 Millionen Personen tätig, d. h. 60 v. H. des in den 12 125 Betrieben beschäftigten Personals (Spalte 12). Zum Vergleich sei erwähnt, daß von dem Personal sämtlicher Gewerbebetriebe (Spalte 11) nur 16 v. H. auf Betriebe mit mehr als 1 000 Personen entfallen.

Bei den übrigen 31 546 kombinierten Betrieben (Spalte 4) ist der Anteil der einzelnen Größenklassen nicht festgestellt worden. Man wird vielleicht annehmen können, daß der Anteil der kleinen Betriebe zwar unter 50 v. H. liegen, aber nicht allzusehr davon abweichen wird.

Einen weiteren Einblick in die Verschiedenheiten der Betriebskombination erhält man bei einer Betrachtung der einzelnen Gewerbegruppen. Der Anteil der kombinierten Betriebe an sämtlichen Gewerbebetrieben (Spalte 6) ist sehr verschieden (ganz abgesehen von den nur kombinierte Betriebe enthaltenden Gewerbegruppen III A und V A). Während er in vielen Gruppen sehr gering ist (unter 1 v. H.), liegt er bei vier Gewerbegruppen zwischen 15 und 25 v. H. Diesen hohen Anteilsätzen entspricht auch eine starke Zusammenballung des Personals in den kombinierten Betrieben (Spalte 15).

Zahlenmäßig am stärksten tritt dies bei der Gruppe Bergbau in die Erscheinung: ein Viertel aller Betriebe und über 90 v. H. der Personen entfallen auf die kombinierten Betriebe. Diese Anteilsätze sind jedoch im Vergleich mit denjenigen der übrigen Gewerbegruppen zu hoch. Es sind nämlich bei den größeren reinen Kohlen-, Erz oder Salzbergwerken, also denen, die nicht mit Brikettherstellung und Kokerei, Erzverhüttung, Chlorkaliumfabrikation oder sonstigen Gewerbezweigen verbunden sind, trotzdem Hilfsbetriebe ausgegliedert worden. Daher liegt bei den 233 kombinierten Betrieben in Spalte 4 oft keine echte Kombination mehrerer Gewerbezweige zugrunde. Unter diesem Gesichtspunkt kommt die große Bedeutung der Betriebe, bei denen die Stein- oder Braunkohlenförderung mit Brikettherstellung oder Kokerei (Schwelerei) verbunden ist (Spalte 3 und 12), noch stärker zum Ausdruck.

Hohe Anteilziffern der kombinierten Betriebe und ihres Personals finden sich noch in den Gewerbegruppen Eisen- und Metallgewinnung, Papierindustrie und Vervielfältigungsgewerbe sowie Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -versorgung. In der Eisen- und Metallgewinnung (Gruppe V) sind die verschiedenen Kombinationen von Hochofenwerk, Stahlwerk und Walzwerk in der Großeisenindustrie ausschlaggebend. Die vertikale und horizontale Konzentration in der Papierfabrikation und die Verbindung von Druckerei und Verlagsgewerbe spielen in

der zweiten der eben angeführten Gewerbgruppen (XI) eine sehr bedeutende Rolle. Bei den Versorgungsbetrieben (Gruppe XIX) tritt weniger die Verbindung der eigentlichen Erzeugungsbetriebe (Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke) miteinander hervor als die Verbindung mit den gleichartigen Verteilungsbetrieben und mit den zugehörigen Hilfsgewerben, wie Installation, Leitungsbau usw. Die Angaben in Spalte 4 bezw. 13 sind mehr als doppelt so hoch wie die in Spalte 3 bezw. 12. Auch hier dürfen die Angaben nicht ohne weiteres mit denen anderer Gruppen verglichen werden, da von sämtlichen Gewerbebetrieben dieser Gruppe die Hälfte auf (nicht kombinierte) ländliche Elektrizitätsverteilungs-Genossenschaften ohne Personen entfällt; durch diese verhältnismäßig sehr hohe Zahl von Betrieben ohne Personen erscheint der Anteil der kombinierten Betriebe gegenüber dem ihres Personals viel zu niedrig.

In einer Gewerbegruppe mit einem hohen Anteilsatz der kombinierten Betriebe muß der Unterschied in der Betriebsgröße geringer sein als im Gesamtgewerbe. In der Tat ist auch in jeder der bisher erwähnten Gewerbgruppen die Betriebsgröße der kombinierten Betriebe nur etwa 3—4 mal so groß wie die sämtlicher Betriebe der betreffenden Gruppe. Umgekehrt bedeutet ein geringer Anteil der kombinierten Betriebe in Verbindung mit einem hohen Anteil ihres Personals, daß diese Betriebe sich durch ihren Betriebsumfang sehr stark von der Masse der übrigen Betriebe abheben. In dieser Hinsicht ist die Gewerbgruppe Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik (VIII) besonders bemerkenswert. Obwohl die Zahl der kombinierten Betriebe sehr gering ist (174) und noch nicht 1 v. H. aller Betriebe beträgt, ist darin die Hälfte aller in dieser Gewerbegruppe tätigen Personen beschäftigt; die Betriebsgröße der kombinierten Betriebe — es handelt sich dabei ganz überwiegend um Werke der großen elektrotechnischen Firmen — beträgt im Durchschnitt das 70fache derjenigen sämtlicher Betriebe. Zum Vergleich läßt sich etwa noch die Kautschuk- und Asbestindustrie (XIII) heranziehen, deren Umfang allerdings sehr gering ist, sodaß allein auf die 3 großen Gummifabriken der Provinz Hannover mehr als die Hälfte aller Personen entfällt.

Nachdem bisher der Umfang der Betriebskombination behandelt worden ist, soll gezeigt werden, wie sich die Aufteilung in Teilbetriebe in den Zählungsergebnissen ausgewirkt hat. Welche Verschiebungen im einzelnen stattgefunden und in welchem Maße sie sich zum Teil ausgeglichen haben, ist allerdings nicht zu ersehen. Ob von den Teilbetrieben der kombinierten Betriebe einer Gewerbegruppe ein Teil zu anderen Gewerbgruppen gekommen ist und wieviel Teilbetriebe dafür etwa aus kombinierten Betrieben anderer Gewerbgruppen neu hinzugekommen sind, läßt sich im allgemeinen nicht angeben; nur bei den mit Bergbau bezw. mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierten Werken (Gruppe III A und V A) ist eine solche Verschiebung zu erkennen. Die Spalte 8 der Übersicht 1 gibt daher die Zahl der zu jeder Gewerbgruppe gehörenden Teilbetriebe wieder, sagt aber wenig über ihre Zusammensetzung aus. Der größte Teil der Teilbetriebe stammt allerdings aus den kombinierten Betrieben der gleichen Gruppe, eine Ausnahme macht lediglich die Gruppe Eisen- und Metallgewinnung (V).

Betrachtet man die Auswirkung der Aufteilung zunächst für das Gesamtgewerbe, so zeigt die Übersicht, daß die 43 671 kombinierten Betriebe (Sp. 5) in 115 399 Teilbetriebe (Sp. 8) aufgeteilt sind. Im Durchschnitt kommen somit auf jeden kombinierten Betrieb etwa 2,6 Teilbetriebe. Beachtet man, daß in der Gesamtzahl der Teilbetriebe auch die 18 733 Hilfsbetriebe enthalten sind (Sp. 10), so beträgt die Zahl der Teilbetriebe, in denen einer der verschiedenen Gewerbezweige betrieben wird, bloß noch 96 666; berücksichtigt man ferner, daß die 18 733 Hilfsbetriebe in rd. 11 000 Betrieben vorkommen, so wird im allgemeinen ein kombinierter Betrieb nur zwei Gewerbezweige vereinigen und keine besonderen Hilfsbetriebe haben. Das trifft einmal für die meisten Zeitungs- und Bücherverlage mit eigener Druckerei zu, bei denen diese und die Verlagsabteilung als die einzigen Teilbetriebe erscheinen; grundsätzlich sind nämlich in den Fällen, in denen selbständige Handelsabteilungen als Teilbetriebe vorkommen (Kombinationen von Produktion und Handel), besondere Verwaltungsbetriebe nicht ausgegliedert worden. Vor allem aber trifft es für die vielen kombinierten Kleinbetriebe des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, des Handelsgewerbes und des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes zu (s. o.).

Eine vergleichende Betrachtung der Zahl der Teilbetriebe (Spalte 8), etwa in Bezug auf die Zahl der Betriebe ohne Teilbetriebe (Spalte 7) oder in Bezug auf ihre Häufigkeit in den verschiedenen Gewerbegruppen, würde ohne gleichzeitige Heranziehung der Angaben in Spalte 10 oft zu falschen Schlüssen Anlaß geben. Der Anteil der Hilfsbetriebe an sämtlichen Teilbetrieben ist in den einzelnen Gruppen sehr verschieden; in manchen Gruppen liegt er zwischen 30 und 45 v. H., in den Gruppen Bergbau (III) und Eisen- und Metallgewinnung (V) beträgt er sogar über 60 v. H. bezw. 50 v. H. In diesen beiden Gruppen ist er deshalb so hoch, weil ihnen der größte Teil der Hilfsbetriebe aus den mit Bergbau bezw. mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierten Betrieben (Gruppe III A bezw. V A) zugerechnet worden ist. Allgemein bedeutet ein hoher Anteil von Hilfsbetrieben in einer Gewerbegruppe, daß einmal kombinierte Betriebe mit Hilfsbetrieben verhältnismäßig zahlreich vertreten sind und außerdem in vielen dieser Betriebe nicht nur eine selbständige Verwaltungsabteilung, sondern daneben noch eine besondere Kraftzentrale, Reparaturwerkstätte usw. besteht. Die Häufigkeit der verschiedenen Hilfsbetriebe geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor:

Art der Hilfsbetriebe	Zahl der Betriebe	Zahl der Personen
Verwaltungs- und Wohlfahrtseinrichtungen (einschl. Hausdruckereien	11 085	282 219
Reparaturwerkstätten	2 925	135 168
Transportanlagen	2 341	54 897
Kraftzentralen	2 382	31 847
Insgesamt	18 733	504 131

Bei den meisten kombinierten Betrieben, die überhaupt Hilfsbetriebe haben, besteht also nur eine Verwaltungsabteilung. Die anderen Hilfsbetriebe sind nur vertreten, wenn eine Verwaltungsabteilung besteht, und zwar kommen sie dann fast immer gleichzeitig vor.

Können aus der Zahl der Teilbetriebe die durch die Aufteilung bewirkten Verschiebungen in und zwischen den Gewerbegruppen überhaupt nicht festgestellt werden, so läßt sich aus den Personenveränderungen wenigstens erkennen, wie die einzelnen Gewerbegruppen durch die Aufteilung an Personalstärke gewonnen oder verloren haben, d. h. ob nach der Art ihrer Tätigkeit mehr Personen einer Gewerbegruppe zuzurechnen als bei ihr in Abzug zu bringen sind.

Aus der Übersicht 1 (Spalte 14 und 17) geht zunächst hervor, daß zwischen dem Personal der kombinierten Betriebe und der Teilbetriebe in den Gewerbgruppen Bergbau (III), Eisen- und Metallgewinnung und -verarbeitung (V und VI) und Maschinenbau (VII) sehr große Unterschiede bestehen. Die größere Personenzahl der Teilbetriebe erklärt sich aber fast ausschließlich aus der vollständigen Auflösung der Kombinationsgruppen III A und V A. Die erste dieser beiden Gruppen umfaßt die Bergbaubetriebe, die mit Eisen- und Metallgewinnung bezw. chemischer Industrie vereinigt sind; in der zweiten sind die Gewerbebetriebe enthalten, in denen die Eisen- und Metallgewinnung mit der Weiterverarbeitung zu Eisen- und Metallwaren oder zu Maschinen usw. verbunden ist. In welchem Umfang nun diese Gewerbegruppen in den 528 Gewerbebetrieben der beiden Kombinationsgruppen vertreten sind, zeigt die folgende Übersicht:

(Übersicht 2)

Gewerbegruppen, zu welchen die Teilbetriebe gehören	Mit Bergbau kombinierte Betriebe (III A)			
	Teilbetriebe		darunter Hilfsbetriebe	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
1	2	3	4	5
III. Bergbau usw.	352	107 367	249	16 862
V. Eisen- und Metallgewinnung	22	5 041	1	18
VI. Herstellung v. Eisen- u. Metallwaren	—	—	—	—
VII. Maschinenbau usw.	3	730	—	—
IX. Chemische Industrie	74	4 944	—	—
Sonstige Gruppen	13	835	—	—
Insgesamt	**464**	**118 917**	**250**	**16 880**

(Noch: Übersicht 2)

Gewerbegruppen, zu welchen die Teilbetriebe gehören	Mit Eisen- u. Metallgewinnung kombinierte Betriebe (V A)			
	Teilbetriebe		darunter Hilfsbetriebe	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
1	6	7	8	9
III. Bergbau usw.	—	—	—	—
V. Eisen- und Metallgewinnung	1 475	159 437	837	51 353
VI. Herstellung v. Eisen- u. Metallwaren	315	28 536	43	1 516
VII. Maschinenbau usw.	527	96 274	77	20 398
IX. Chemische Industrie	7	1 044	—	—
Sonstige Gruppen	[1]) 247	[1]) 8 336	—	—
Insgesamt	**[1]) 2 571**	**[1]) 293 627**	**957**	**73 267**

Die 77 mit Bergbau kombinierten Betriebe (Gruppe III A) haben hiernach insgesamt 464 Teilbetriebe (Sp. 2), die 451 mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierten Betriebe (Gruppe V A) 2 571 Teilbetriebe (Sp. 6). Von jenen 464 Teilbetrieben gehören allein 352 Teilbetriebe, d. h. 75 v. H. zur Gruppe Bergbau; in ihnen sind sogar 9/10 des gesamten Personals tätig. Die Zahl der Teilbetriebe in der Gruppe Bergbau ist nur deshalb so hoch, weil darin fast sämtliche Hilfsbetriebe (249) enthalten sind; diese Hilfsbetriebe machen sogar mehr als die Hälfte aller 464 Teilbetriebe aus. Auf den eigentlichen Bergbau entfallen daher nur 103 Teilbetriebe, die allerdings 90 505 Personen beschäftigen. Der Anteil der Gruppen Eisen- und Metallgewinnung und chemische Industrie ist verhältnismäßig gering, wenn man dabei die Personenzahl zugrunde legt; freilich wird durch diese gerade bei der chemischen Industrie die Bedeutung der Betriebe nur ungenügend gekennzeichnet.

In den mit Eisen- und Metallgewinnung kombinierten Gewerbebetrieben tritt das Übergewicht einer Gewerbegruppe nicht so stark hervor, wenn auch die zur Gruppe Eisen- und Metallgewinnung gehörigen Teilbetriebe der Zahl und dem Personal nach am stärksten und zwar ungefähr gleich stark vertreten sind. Das liegt zum Teil ebenfalls daran, daß von den 957 Hilfsbetrieben allein 837 auf diese Gruppe entfallen. Diese 837 Hilfsbetriebe beschäftigten 51 353 Personen, also fast ein Drittel des Personals in allen Teilbetrieben dieser Gruppe. Von den anderen Gruppen hat nur noch die Gruppe Maschinenbau einen starken Anteil, die Herstellung von Eisen- und Metallwaren tritt schon stark zurück. Immerhin erscheint die Bedeutung beider Gruppen zusammen etwa ebenso groß wie die der Gruppe Eisen- und Metallgewinnung, wenn man bei diesem Vergleich die Hilfsbetriebe in jeder Gruppe außer Betracht läßt.

Aus einem Vergleich der beiden Übersichten ergibt sich, daß der Personalanteil der in Übersicht 2 (Sp. 1) angeführten Gruppen fast genau der Personenzunahme dieser Gruppen in Übersicht 1 entspricht (Sp. 14 und 17). Die stärkere Zunahme in der Gruppe Herstellung von Eisen- und Metallwaren erklärt sich daraus, daß in den Betrieben des Maschinenbaues und in den Versorgungsbetrieben vielfach Teilbetriebe dieser Gruppe vertreten sind; beim Maschinenbau kommt dafür das Personal der Teilbetriebe hinzu, die in den mit Maschinenbau kombinierten elektrotechnischen Betrieben enthalten sind.

Außer in diesen besonders hervortretenden Gruppen sind ziemlich große Personalveränderungen noch in einigen anderen Gruppen festzustellen. Von der Papierindustrie und dem Vervielfältigungsgewerbe (XI) sind die Verlagsabteilungen zur Gruppe Handel (XX) gekommen, die nicht nur den Warengroß- und -kleinhandel, sondern auch das Verlagsgewerbe, das Bankgewerbe, das Speditions- und Lagergewerbe usw. umfaßt. Die erhebliche Zunahme bei der Holzindustrie (XIV) beruht darauf, daß im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (XVI) zahlreiche mit Sägewerk verbundene Mühlenbetriebe gezählt sind und daß besonders in vielen Gewerbebetrieben des Baugewerbes (XVIII) Teilbetriebe aus der Holzindustrie vorkommen. Auf die besonders häufige Kombination der Versorgungsbetriebe (Gruppe XIX) mit Teilbetrieben aus anderen Gruppen ist bereits früher hingewiesen worden. Schließlich ist noch die Gewerbegruppe Handel zu erwähnen, bei der z. B. die Verbindung von Textilwarengroßhandel und Konfektionshandel mit Konfektionswerkstätten oder von Speditionsgewerbe mit Fuhrwesen eine gewisse Rolle spielt. In den übrigen Gruppen sind die Unterschiede nur gering.

Das Personal der Hilfsbetriebe hat in den einzelnen Gewerbegruppen durchaus nicht die gleiche Bedeutung. In sämtlichen Hilfsbetrieben der kombinierten Betriebe sind insgesamt 504 131 Personen beschäftigt (Spalte 19), also mehr als 15 v. H. des Gesamtpersonals aller Teilbetriebe (Spalte 17). In verschiedenen Gewerbegruppen ist dieser Anteil erheblich größer; er beträgt für die Eisen- und Metallgewinnung (V) rund 25 v. H., für die Chemische Industrie (IX) und die Versorgungsbetriebe (XIX) sogar über 40 v. H. Bemerkenswert ist, daß er im Bergbau trotz der großen Zahl der Hilfsbetriebe verhältnismäßig gering ist.

Auf die Unterschiede in den Gesamtzahlen der örtlichen Einheiten (Spalte 2 und 11) und der technischen Einheiten (Spalte 9 und 18) noch besonders einzugehen, ist nicht notwendig. Da beide die Betriebe ohne Teilbetriebe (Spalte 7 und 16) gemeinsam haben und bei den örtlichen Einheiten die kombinierten Betriebe, bei den technischen Einheiten die Teilbetriebe hinzukommen, gilt für ihre Unterschiede das gleiche, was über die Beziehungen zwischen kombinierten Betrieben und Teilbetrieben gesagt worden ist.

Es ist schon betont worden, daß die Übersicht 1 nur ein ungefähres Bild von den Verschiebungen zwischen den Gewerbegruppen geben kann. Über die meist viel wichtigeren Umstellungen innerhalb der einzelnen Gruppen, insbesondere durch die Auflösung der Kombinationsgewerbearten, sagt sie nichts aus. In welchem Maße durch die Aufteilung bei den einzelnen Gewerbezweigen Veränderungen auftreten, könnte wegen der großen Mannigfaltigkeit der Erscheinungen nur in Einzeldarstellungen gezeigt werden.

Die Bautätigkeit in Preußen im Jahre 1929. — Die Statistik der Bautätigkeit im Jahre 1929 ist gegenüber den Vorjahren erheblich eindringlicher gestaltet worden. Durch die Einfügung neuer Fragen über den Zu- und Abgang an öffentlichen Gebäuden und an Gebäuden für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke unter Angabe der Größe des umbauten Raumes, ferner von Fragen über die Zahl der Wohnhäuser und Wohnungen, die vorwiegend mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichtet worden sind, ist die Statistik nicht nur erweitert, sondern für die Beurteilung der gesamten Bautätigkeit an Unterlagen bereichert worden.

In sämtlichen Gemeinden Preußens sind im Berichtsjahre 1929 insgesamt 129 845 Gebäude errichtet worden,

[1]) darunter 239 Modelltischlereien mit 7 642 Personen.

von denen 1 797 öffentliche, 46 297 gewerblichen Zwecken dienende und 81 751 Wohngebäude waren. In allen neuerrichteten Gebäuden befanden sich 199 577 Wohnungen, von denen 197 859 in Wohngebäuden lagen. Die Zahlen sind, soweit sie die Gebäude betreffen, niedriger als die des Jahres 1928, und zwar bei den

Gebäuden insgesamt um . . . . 5,3 %,
Wohngebäuden um . . . . 2,1 %.

Dagegen ist die Zahl der 1929 errichteten Wohnungen höher als 1928, und zwar bei den

Wohnungen insgesamt um . . . . 4,1 %,
„ in Wohngebäuden um . . 4,2 %.

Hiernach hat sich die bereits in den Vorjahren beobachtete Tendenz zur Vergrößerung der Wohngebäude weiter fortgesetzt.

Das Ergebnis des Wohnungsbaues kann als günstig bezeichnet werden, besonders wenn man die im Berichtsjahr anhaltende schlechte Finanzlage in Betracht zieht. Die Befürchtung, daß die Herstellung der gleichen Zahl von Wohnungen wie im Vorjahre kaum möglich sein würde, hat sich, wenn man das Gesamtergebnis betrachtet, nicht erfüllt; in ungefähr der Hälfte aller Regierungsbezirke liegen die Zahlen des letzten Baujahres allerdings unter denen von 1928; hiervon zeigten 3 Bezirke, nämlich Allenstein, Köslin und Sigmaringen bereits von 1927 zu 1928 eine rückläufige Bewegung.

Von sämtlichen im Jahre 1929 erbauten Gebäuden dienen 1,4 % öffentlichen, 35,7 % vorwiegend gewerblichen und 63,0 % Wohnzwecken. Diese Vomhundertsätze der auf die einzelnen Regierungsbezirke entfallenden 3 Gruppen von Gebäuden sind örtlich sehr verschieden. Die meisten öffentlichen Gebäude sind erbaut im Regierungsbezirk Trier (4,2 %), die meisten gewerblichen in Allenstein (64,7 %), die meisten Wohngebäude in Aurich (91,8 %); am niedrigsten waren die Zahlen für öffentliche Gebäude im Regierungsbezirk Stade (0,6 %), für gewerbliche im Regierungsbezirk Aurich (7,3 %) und für Wohngebäude im Regierungsbezirk Allenstein (34,4 %). Nach Größenklassen betrachtet, zeigt sich bei den öffentlichen Gebäuden ebenfalls ein unregelmäßiges Bild. In den Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern sind die meisten (1,94 %), in den Gemeinden mit 100 000 und mehr die wenigsten öffentlichen Gebäude (1,00 %) erstellt. Dagegen zeigt sich bei den anderen beiden Gebäudegruppen eine Regelmäßigkeit in entgegengesetzter Richtung, nämlich, daß bei den gewerblichen Gebäuden die Zahlen mit zunehmender Gemeindegröße sinken, bei den Wohngebäuden aber ansteigen, wie die nachfolgende Übersicht zeigt.

in den Gemeinden mit ..... Einwohnern	Von je 100 Gebäuden insgesamt waren öffentliche Gebäude	Gebäude für vorwiegend gewerbliche Zwecke	Wohngebäude
unter 2 000	1,32	49,5	49,2
2 000 bis unter 5 000	1,63	28,4	70,0
5 000 „ „ 10 000	1,88	26,4	71,7
10 000 „ „ 20 000	1,50	24,0	74,5
20 000 „ „ 50 000	1,94	22,4	75,7
50 000 „ „ 100 000	1,21	17,6	81,2
100 000 und mehr	1,00	17,6	81,4.

Da unter den Gebäuden für gewerbliche und wirtschaftliche Zwecke auch landwirtschaftliche Wirtschaftsgebäude enthalten sind, da weiterhin die Wohnungsnot in den Städten noch immer am empfindlichsten ist, erklärt sich die regelmäßige Abwandelung der beiden letzten Zahlenreihen leicht.

Auf ein öffentliches Gebäude kamen im Durchschnitt aller Regierungsbezirke 3 336 cbm umbauten Raumes. Über diesem Durchschnitt lag — wie nicht anders zu erwarten war — Berlin mit 6 767 cbm. Es folgten dann der Regierungsbezirk Oppeln (5 148), Düsseldorf (5 010), Breslau (4 765) usw. Unter dem Durchschnitt lagen 21 Regierungsbezirke, von denen Lüneburg (1 043 cbm) durchschnittlich die kleinsten öffentlichen Gebäude nachwies.

Die gewerblichen Gebäude hatten durchschnittlich je 718 cbm umbauten Raum. Hier blieb ebenfalls Berlin mit 3 183 cbm an der Spitze, dem Düsseldorf (1 786), Köln (1 162), Arnsberg (1 045) folgten. Am kleinsten war die Durchschnittszahl je Gebäude im Regierungsbezirk Trier mit 350 cbm.

Betrachtet man die Zahlen für öffentliche und gewerbliche Gebäude nach Gemeindegrößenklassen, so kann man feststellen, daß der Rauminhalt je Gebäude mit zunehmender Gemeindegröße ansteigt, und zwar bei den öffentlichen Gebäuden ganz regelmäßig, bei den gewerblichen mit einer kleinen Rückläufigkeit in der Größenklasse 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern, wie aus nachstehender Übersicht zu ersehen ist:

in den Gemeinden mit ..... Einwohnern	Durchschnittlich entfielen auf ein öffentliches Gebäude (cbm umbauten Raumes)	Gebäude für vorwiegend gewerbliche Zwecke (cbm umbauten Raumes)
unter 2 000	1 282	471
2 000 bis unter 5 000	2 572	665
5 000 „ „ 10 000	3 530	680
10 000 „ „ 20 000	4 336	1 018
20 000 „ „ 50 000	6 387	1 221
50 000 „ „ 100 000	7 164	1 173
100 000 und mehr	8 116	2 311

Von den Wohngebäuden waren 79,4 % Kleinhäuser mit 1 bis 2 Wohngeschossen und höchstens 4 Wohnungen. Im Jahre 1928 betrug dieser Vomhundertsatz 82,2. Die Abnahme der Kleinhäuser und demzufolge die Zunahme größerer Wohnhäuser wirkt sich entsprechend auf die Zahl der durchschnittlich auf ein Wohnhaus entfallenden Wohnungen aus, die im Durchschnitt sämtlicher Gemeinden auf 2,4 gegen 2,3 im Jahre 1928 gestiegen ist. Bei den Großstädten tritt diese Steigerung (4,8 gegen 3,9) und damit die bereits vorher erwähnte Tendenz zur Vergrößerung der Wohngebäude noch deutlicher zu Tage.

Durch Umbau von Gebäuden wurden außer den bereits angegebenen 199 577 noch weitere 11 637 Wohnungen gewonnen. Demgegenüber gingen durch Umbau, Abbruch, Brände usw. 13 451 Wohnungen verloren, sodaß der Reinzugang an Wohnungen 197 763 oder 3,9 % mehr als im Vorjahre betrug. Neben dem laufenden Neubedarf konnte dadurch wie im Vorjahr ein weiterer Teil des aufgestauten Altbedarfs abgetragen werden.

Die Art der Bauherren wurde bei den in Wohngebäuden errichteten Wohnungen wieder nach den im Kopf der Tabelle bezeichneten drei Gruppen festgestellt. Von diesen Wohnungen wurden im Durchschnitt aller Gemeinden 53,6 % von privaten Bauherren, 38,0 % von gemeinnützigen Baugesellschaften und 8,3 % von öffentlichen Körperschaften und Behörden erbaut. Obwohl auch in diesem Jahre wie 1928 (57,2 %) die Mehrzahl der Wohnungen von privaten Bauherren errichtet wurde, muß die Steigerung der von gemeinnützigen Gesellschaften errichteten Wohnungen von 33,2 % im Jahre 1928 auf 38,0 % beachtenswert erscheinen. Im übrigen zeigte sich dasselbe Bild wie 1928, daß mit wachsender Gemeindegröße die Wohnungserstellung der gemeinnützigen Gesellschaften zu- und die der privaten Bauherren abnahm, wie die folgende Übersicht zeigt:

in den Gemeinden mit ..... Einwohnern	Von je 100 Wohnungen in Wohngebäuden wurden errichtet durch öffentliche Körperschaften und Behörden	gemeinnützige Baugesellschaften	private Bauherren
unter 2 000	7,0	11,9	81,1
2 000 bis unter 5 000	9,8	18,4	71,8
5 000 „ „ 10 000	12,5	30,3	57,2
10 000 „ „ 20 000	14,0	37,4	48,6
20 000 „ „ 50 000	10,2	50,5	39,3
50 000 „ „ 100 000	10,6	48,2	41,3
100 000 und mehr	6,3	53,1	40,6

(Fortsetzung des Textes auf Seite 414.)

Regierungsbezirke — Staat — Gemeindegrößenklassen	Gesamteinwohnerzahl in 1 000[1])	Gebäude: I. Zugang durch Neubau: Gebäude insgesamt	davon öffentliche Gebäude[2]): Zahl	öffentliche Gebäude[2]): cbm umbauter Raum in 1000	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke[2]): Zahl	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke[2]): cbm umbauter Raum in 1000	Wohngebäude: insgesamt	davon Kleinhäuser mit 1—2 Wohngeschossen und höchstens 4 Wohnungen	Von den Wohngebäuden (Sp. 8) sind errichtet mit Unterstützung aus öffentl. Mitteln[2]): insgesamt	davon Kleinhäuser mit 1—2 Wohngeschossen u. höchstens 4 Wohnungen	Von den Wohngebäuden (Sp. 8) sind erbaut von[2]): öffentlichen Körperschaften und Behörden	gemeinnützigen Bauvereinigungen usw.	sonstigen (privaten) Bauherren	II. Abgang durch Abbrüche, Brände usw.: Gebäude insgesamt	davon öffentliche Gebäude[2])	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke[2])	Wohngebä[ude]: insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
A. Nach größeren Verwalt[ungsbezirken]																	
1. Königsberg	912	2 966	55	117	1 245	829	1 666	1 323	1 380	1 056	75	688	903	547	2	325	220
2. Gumbinnen	540	1 873	26	71	928	531	919	828	690	604	51	442	426	516	6	320	190
3. Allenstein	540	2 962	29	53	1 915	893	1 018	947	571	511	65	189	764	957	4	611	342
4. Westpreußen	264	1 164	28	114	495	414	641	575	487	428	53	346	242	129	2	56	71
5. Potsdam	1 300	6 483	77	131	2 394	1 210	4 012	3 576	1 831	1 520	207	742	3 063	464	9	311	144
6. Frankfurt	1 293	6 635	101	223	3 587	1 595	2 947	2 620	1 791	1 534	227	469	2 251	1 034	6	681	347
7. Berlin	4 024	5 610	60	406	958	3 049	4 592	1 302	3 420	869	106	2 038	2 448	250	14	130	106
8. Stettin	951	3 245	41	95	1 456	1 060	1 748	1 545	1 211	1 031	138	515	1 095	411	6	284	121
9. Köslin	681	2 841	65	161	1 524	865	1 252	1 097	949	831	160	320	772	444	6	263	175
10. Stralsund	247	972	12	41	511	392	449	409	363	338	71	212	166	80	—	50	30
11. Schneidemühl	332	2 254	38	64	1 313	537	903	812	719	643	71	235	597	288	2	130	156
12. Breslau	1 897	4 787	98	467	1 702	960	2 987	2 210	2 249	1 560	257	1 000	1 730	621	2	312	307
13. Liegnitz	1 235	3 916	59	262	1 728	909	2 129	1 752	1 346	1 018	205	339	1 585	761	6	353	402
14. Oppeln	1 379	5 286	61	314	1 584	886	3 641	3 146	1 934	1 584	226	714	2 701	772	4	293	475
15. Magdeburg	1 295	3 201	65	163	1 347	927	1 789	1 465	1 494	1 194	182	675	932	422	4	257	161
16. Merseburg	1 413	5 763	93	362	2 445	1 734	3 225	2 432	2 315	1 626	252	1 052	1 921	501	12	304	185
17. Erfurt	570	1 770	24	66	668	336	1 078	904	917	761	65	172	841	138	1	89	48
18. Schleswig	1 519	5 040	82	236	1 317	1 033	3 641	3 198	2 613	2 256	225	721	2 695	491	9	188	294
19. Hannover	823	3 388	29	42	1 674	740	1 685	1 040	1 320	701	58	533	1 094	268	2	110	156
20. Hildesheim	594	2 349	34	76	1 172	509	1 143	971	867	729	41	284	818	198	—	106	92
21. Lüneburg	598	2 770	23	24	1 051	785	1 696	1 544	1 119	996	107	433	1 156	282	8	121	153
22. Stade	456	2 043	12	17	740	338	1 291	1 237	998	948	67	182	1 042	237	2	93	142
23. Osnabrück	429	3 111	28	62	1 310	529	1 773	1 647	1 266	1 160	43	382	1 348	223	4	40	179
24. Aurich	291	1 263	12	20	92	75	1 159	1 132	725	701	32	109	1 018	214	—	21	193
25. Münster	1 463	4 829	56	253	1 433	1 121	3 340	2 848	2 743	2 325	109	1 140	2 091	335	6	103	226
26. Minden	807	3 966	53	223	955	601	2 958	2 681	1 895	1 714	51	393	2 514	304	4	58	242
27. Arnsberg	2 514	6 172	116	502	1 525	1 594	4 531	3 264	3 708	2 588	283	1 685	2 563	334	11	68	255
28. Kassel	1 138	5 479	49	112	2 576	1 402	2 854	2 600	2 016	1 783	125	335	2 394	404	3	154	247
29. Wiesbaden	1 314	4 784	50	169	1 532	1 322	3 202	2 238	2 446	1 628	481	832	1 889	306	1	146	159
30. Koblenz	793	3 213	45	73	1 018	519	2 150	2 044	1 553	1 466	61	406	1 683	256	7	60	189
31. Düsseldorf	3 893	10 109	102	511	2 130	3 805	7 877	5 341	6 610	4 488	564	3 182	4 131	496	2	122	372
32. Köln	1 435	4 658	39	170	989	1 149	3 630	2 497	2 906	1 904	275	782	2 573	352	1	108	243
33. Trier (ohne Saargebiet)	475	1 619	68	165	371	130	1 180	1 164	1 009	994	210	39	931	182	—	28	154
34. Aachen	689	3 076	63	224	521	414	2 492	2 338	1 676	1 530	160	882	1 450	178	5	66	107
35. Sigmaringen	72	248	4	6	91	64	153	151	96	96	17	1	135	33	—	11	22
Staat . . .	**38 176**	**129 845**	**1 797**	**5 995**	**46 297**	**33 257**	**81 751**	**64 878**	**59 233**	**45 115**	**5 320**	**22 469**	**53 962**	**13 428**	**151**	**6 372**	**6 905**
B. Nach Ge[meindegrößenklassen]																	
Gemeindegrößenklassen Gemeinden																	
unter 2 000 Einw.	12 721	63 122	832	1 067	31 252	14 714	31 038	30 497	18 475	18 210	1 574	3 452	26 012	9 455	79	4 832	4 544
mit 2 000 bis unt. 5 000 E.	3 510	15 358	250	643	4 359	2 900	10 749	10 436	7 292	7 081	671	1 822	8 256	1 234	12	453	769
„ 5 000 „ „ 10 000 „	2 277	8 960	168	593	2 364	1 608	6 428	5 864	4 827	4 404	497	1 682	4 249	490	12	200	278
„ 10 000 „ „ 20 000 „	2 152	7 532	113	490	1 806	1 838	5 613	4 757	4 658	3 980	564	2 024	3 025	433	3	170	260
„ 20 000 „ „ 50 000 „	2 723	7 998	155	990	1 789	2 184	6 054	4 097	5 298	3 639	482	2 771	2 801	370	9	129	232
„ 50 000 „ „ 100 000 „	2 041	4 540	55	394	799	937	3 686	2 264	3 180	1 977	402	1 628	1 656	184	2	42	140
„ 100 000 und mehr Einw.	12 752	22 335	224	1 818	3 928	9 076	18 183	6 963	15 503	5 824	1 130	9 090	7 963	1 262	34	546	682
Staat . . .	**38 176**	**129 845**	**1 797**	**5 995**	**46 297**	**33 257**	**81 751**	**64 878**	**59 233**	**45 115**	**5 320**	**22 469**	**53 962**	**13 428**	**151**	**6 372**	**6 905**
dagegen nach der Erhebung vom Jahre 1928	38 120	137 079	—	—	—	—	83 468	68 604	—	—	6 408	20 086	56 974	13 550	—	—	7 188
„ „ 1927	38 120	132 602	—	—	—	—	80 328	68 884	—	—	6 936	16 496	56 896	12 817	—	—	6 978
„ „ 1926	38 120	105 361	—	—	—	—	61 079	53 362	—	—	—	—	—	10 823	—	—	5 703
„ „ 1925	38 120	104 826	—	—	—	—	54 876	48 464	—	—	—	—	—	7 615	—	—	4 438
„ „ 1924	36 103	68 974	—	—	—	—	34 094	29 158	—	—	—	—	—	5 865	—	—	3 330
„ „ 1923	36 103	71 465	—	—	—	—	36 408	30 389	—	—	—	—	—	4 106	—	—	2 127
„ „ 1922[3])	36 103	—	—	—	—	—	49 666	44 769	—	—	—	—	—	—	—	—	3 620
„ „ 1921[3])	36 103	—	—	—	—	—	42 452	38 385	—	—	—	—	—	—	—	—	2 879
„ „ 1920[3])	36 103	—	—	—	—	—	27 840	25 257	—	—	—	—	—	—	—	—	1 904
„ „ 1919[3])	36 103	—	—	—	—	—	13 199	11 758	—	—	—	—	—	—	—	—	1 533

[1]) nach der Volkszählung vom 16. Juni 1925 unter Berücksichtigung der bis zum 31. Dezember 1929 eingetretenen kommunalen Veränderungen. — [2]) Die Zahlen für die Angaben … sind nur die Wohnzwecken dienenden Gebäude gezählt worden, ferner sind unter „II. Abgang" in diesen Jahren auch die durch Umbauten in Wegfall gekommenen Wohngebäude und Wohnungen a…

im Jahre 1929.

III. Reinzugang an: Gebäuden insgesamt (Sp. 3 minus Sp. 15)	öffentlichen Gebäuden[2]) (Sp. 4 minus Sp. 16)	Gebäuden für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke[2]) (Sp. 6 minus Sp. 17)	Wohngebäuden: insgesamt (Sp. 8 minus Sp. 18)	Wohngebäuden: Kleinhäusern mit 1–2 Wohngeschossen und höchstens 4 Wohnungen (Sp. 9 minus Sp. 19)	Wohnungen — I. Zugang durch Neubau: Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden: insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden: errichtet mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln[2])	Von den Wohnungen in Wohngebäuden (Sp. 26) sind erbaut von[3]): öffentlichen Körperschaften und Behörden	gemeinnützigen Bauvereinigungen usw.	sonstigen (privaten) Bauherren	durch Umbau: Wohnungen insgesamt	durch Umbau: davon Wohnungen in Wohngebäuden	II. Abgang durch Umbau: Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden	durch Abbrüche, Brände usw.: Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden	III. Reinzugang an: Wohnungen insgesamt [(Sp. 25 + Sp. 31) minus (Sp. 33 + Sp. 35)]	Wohnungen in Wohngebäuden [(Sp. 26 + Sp. 32) minus (Sp. 34 + Sp. 36)]	Auf je 1 000 Einwohner (Sp. 2) kommen: Wohngebäude (Sp. 8)	Wohnungen (Sp. 26)	Wiederholung der Spalte 1
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
bezirken.																					
2 419	53	920	1 446	1 118	4 408	4 372	3 987	191	1 271	2 910	274	150	61	56	497	491	4 124	3 975	1,83	4,79	1.
1 357	20	608	729	641	1 828	1 803	1 496	209	866	728	131	105	49	42	310	304	1 600	1 562	1,70	3,34	2.
2 005	25	1 304	676	607	1 828	1 798	1 208	218	463	1 117	131	120	40	35	425	420	1 494	1 463	1,88	3,33	3.
1 035	26	439	570	508	1 387	1 364	1 169	135	813	416	102	55	12	11	172	172	1 305	1 236	2,42	5,16	4.
6 019	68	2 083	3 868	3 437	7 656	7 556	4 673	654	2 179	4 723	641	508	56	54	254	250	7 987	7 760	3,01	5,43	5.
5 601	95	2 906	2 600	2 283	6 304	6 256	4 351	604	1 612	4 040	490	413	65	63	501	493	6 228	6 113	2,28	4,84	6.
5 360	46	828	4 486	1 288	24 079	23 952	20 800	198	13 134	10 620	314	178	79	72	885	846	23 429	23 212	1,14	5,95	7.
2 834	35	1 172	1 627	1 429	4 236	4 201	3 359	434	1 832	1 935	244	189	30	30	240	234	4 210	4 126	1,94	4,42	8.
2 397	59	1 261	1 077	936	2 617	2 584	1 965	400	684	1 500	162	116	61	56	298	290	2 420	2 354	1,84	3,80	9.
892	12	461	419	384	785	783	616	163	306	314	58	57	13	12	60	59	770	769	1,82	3,17	10.
1 966	36	1 183	747	660	1 758	1 732	1 486	263	446	1 023	89	82	21	18	211	204	1 615	1 592	2,72	5,21	11.
4 166	96	1 390	2 680	1 918	9 027	8 921	7 730	1 211	4 070	3 640	856	719	133	131	625	609	9 125	8 900	1,57	4,70	12.
3 155	53	1 375	1 727	1 354	5 372	5 329	4 087	1 096	1 371	2 862	597	544	86	86	534	525	5 349	5 262	1,72	4,31	13.
4 514	57	1 291	3 166	2 691	9 402	9 346	5 792	1 029	2 558	5 759	771	714	125	119	666	660	9 382	9 281	2,64	6,78	14.
2 779	61	1 090	1 628	1 317	4 389	4 333	3 845	467	2 281	1 585	276	233	31	31	302	294	4 332	4 241	1,38	3,35	15.
5 262	81	2 141	3 040	2 272	7 863	7 786	6 251	908	3 418	3 460	825	688	111	103	341	330	8 236	8 041	2,28	5,51	16.
1 632	23	579	1 030	862	2 505	2 477	2 213	114	459	1 904	190	171	9	8	69	67	2 617	2 573	1,89	4,34	17.
4 549	73	1 129	3 347	2 931	7 145	7 030	5 568	804	2 207	4 019	565	494	78	71	527	494	7 105	6 959	2,40	6,98	18.
3 120	27	1 564	1 529	913	5 161	5 139	4 656	218	2 169	2 752	177	162	19	19	231	226	5 088	5 056	2,01	6,24	19.
2 151	34	1 066	1 051	883	2 560	2 524	2 058	216	747	1 561	154	104	7	3	134	121	2 573	2 504	1,92	4,25	20.
2 488	15	930	1 543	1 394	3 132	3 122	2 352	422	1 178	1 522	146	142	10	9	216	208	3 052	3 047	2,84	5,22	21.
1 806	10	647	1 149	1 097	1 898	1 895	1 554	108	470	1 317	102	94	26	26	163	162	1 811	1 801	2,83	4,16	22.
2 888	24	1 270	1 594	1 468	2 818	2 802	2 143	56	684	2 062	117	104	14	14	196	196	2 725	2 696	4,15	6,53	23.
1 049	12	71	966	939	1 541	1 528	1 046	70	366	1 092	48	48	6	6	209	205	1 374	1 365	3,98	5,26	24.
4 494	50	1 330	3 114	2 640	7 215	7 146	6 053	263	2 886	3 997	274	241	36	34	323	305	7 130	7 048	2,28	4,88	25.
3 662	49	897	2 716	2 446	5 302	5 235	3 483	225	1 093	3 917	211	197	43	39	300	292	5 170	5 101	3,67	6,49	26.
5 838	105	1 457	4 276	3 061	13 436	13 298	11 734	1 131	6 017	6 150	522	457	53	40	529	518	13 376	13 197	1,80	5,29	27.
5 075	46	2 422	2 607	2 367	5 179	5 142	3 914	245	1 243	3 654	516	419	24	24	353	352	5 318	5 185	2,51	4,52	28.
4 478	49	1 386	3 043	2 096	7 487	7 425	6 335	1 276	2 867	3 282	614	506	307	293	217	211	7 577	7 427	2,44	5,65	29.
2 957	38	958	1 961	1 858	3 171	3 136	2 357	133	771	2 232	239	235	25	21	244	242	3 141	3 108	2,71	3,96	30.
9 613	100	2 008	7 505	5 035	22 992	22 872	19 701	1 672	9 649	11 551	866	766	72	70	759	746	23 027	22 822	2,02	5,87	31.
4 306	38	881	3 387	2 313	9 446	9 381	8 234	564	3 721	5 096	536	215	23	22	468	455	9 491	9 119	2,53	6,54	32.
1 437	68	343	1 026	1 015	1 452	1 414	1 219	225	69	1 120	165	159	43	40	187	187	1 387	1 346	2,48	2,98	33.
2 898	58	455	2 385	2 244	4 020	3 999	3 027	562	1 322	2 115	206	191	25	21	183	181	4 018	3 988	3,62	5,81	34.
215	4	80	131	130	178	178	111	17	1	160	28	26	4	4	25	25	177	175	2,13	2,48	35.
16 417	**1 646**	**39 925**	**74 846**	**58 535**	**199 577**	**197 859**	**160 573**	**16 501**	**75 223**	**106 135**	**11 637**	**9 602**	**1 797**	**1 683**	**11 654**	**11 374**	**197 763**	**194 404**	2,14	5,18	Staat
ößenklassen.																					
53 667	753	26 420	26 494	26 002	42 789	42 356	25 962	2 962	5 028	34 366	4 433	4 034	688	654	5 534	5 446	41 000	40 290	2,44	3,32	
14 124	238	3 906	9 980	9 678	17 958	17 753	12 595	1 732	3 272	12 749	1 677	1 487	171	160	1 093	1 066	18 371	18 014	3,06	5,06	
8 470	156	2 164	6 150	5 605	13 401	13 193	10 489	1 653	3 997	7 543	1 075	861	118	109	539	512	13 819	13 433	2,82	5,79	
7 099	110	1 636	5 353	4 520	13 256	13 131	11 108	1 841	4 909	6 381	882	650	78	73	527	506	13 533	13 202	2,61	6,10	
7 628	146	1 660	5 822	3 910	19 430	19 218	17 213	1 960	9 710	7 548	779	578	138	121	654	633	19 417	19 142	2,22	7,06	
4 356	53	757	3 546	2 162	13 529	13 455	11 961	1 419	6 485	5 551	447	355	47	41	446	439	13 483	13 330	1,81	6,59	
21 073	190	3 382	17 501	6 658	79 214	78 753	71 245	4 934	41 822	31 997	2 344	1 637	557	525	2 861	2 772	78 140	76 993	1,42	6,18	
16 417	**1 646**	**39 925**	**74 846**	**58 535**	**199 577**	**197 859**	**160 573**	**16 501**	**75 223**	**106 135**	**11 637**	**9 602**	**1 797**	**1 683**	**11 654**	**11 374**	**197 763**	**194 404**	2,14	5,18	Staat
23 529	—	—	76 280	61 898	191 628	189 822	—	18 323	62 998	108 501	11 759	9 931	1 837	1 705	11 146	10 912	190 404	187 136	—	—	1928
19 785	—	—	73 350	62 317	178 951	176 988	—	19 935	53 246	103 807	11 684	9 995	1 661	1 547	10 599	10 374	178 375	175 062	—	—	1927
94 538	—	—	55 376	47 840	127 313	125 499	—	—	—	—	11 876	9 483	1 462	1 353	8 635	8 414	129 092	125 215	—	—	1926
97 211	—	—	50 438	44 303	103 492	101 766	—	—	—	—	14 728	12 644	1 870	1 732	6 849	6 769	109 501	105 909	—	—	1925
63 118	—	—	30 764	26 412	59 833	57 953	—	—	—	—	11 446	9 571	983	878	4 948	4 837	65 348	61 809	—	—	1924
67 359	—	—	34 281	28 732	64 712	62 700	—	—	—	—	14 279	11 743	930	869	3 159	3 072	74 902	70 502	—	—	1923
—	—	—	46 046	—	—	80 048	—	—	—	—	—	16 718	—	—	—	5 494	—	91 272	—	—	1922
—	—	—	39 573	—	—	68 054	—	—	—	—	—	17 080	—	—	—	4 272	—	80 862	—	—	1921
—	—	—	25 936	—	—	46 783	—	—	—	—	—	16 456	—	—	—	2 916	—	60 323	—	—	1920
—	—	—	11 666	—	—	21 875	—	—	—	—	—	12 870	—	—	—	2 351	—	32 394	—	—	1919

…alten 4–7, 10–11, 16–17, 21–22 und 27 sind erstmalig im Jahre 1929, diejenigen für die Spalten 12–14 und 28–30 erstmalig im Jahre 1927 ermittelt worden. — [3]) In den Jahren 1919–1922

[Fortsetzung des Textes von Seite 411.]

Bereits von den Gemeinden mit 20 000 und mehr Einwohnern ab wurde also die Hälfte oder nahezu die Hälfte der Wohnungen von gemeinnützigen Gesellschaften hergestellt. Im Jahre 1928 war dies nur in den Großstädten der Fall.

Die im Gesamtergebnis festgestellte Zunahme an neuerbauten Wohnungen gegenüber dem Jahre 1928 verteilt sich nicht gleichmäßig auf alle Bezirke. Wie bereits vorweg bemerkt, war vielmehr gegenüber dem Vorjahre bei der Hälfte aller Regierungsbezirke sogar eine Abnahme der erstellten Wohnungen festzustellen. Diese Bezirke verteilen sich über das ganze Staatsgebiet. Im Staatsdurchschnitt wurden 5,18 Wohnungen in Wohngebäuden auf je 1 000 Einwohner erbaut. Von den Bezirken lagen 16 über und 19 unter diesem Durchschnitt; ebenfalls — wenn man von der Provinz Ostpreußen absieht, die zu den letzteren gehört — ohne eine besondere Ordnung nach geographischen oder sonstigen Gesichtspunkten erkennen zu lassen.

Bei der Betrachtung der Gemeinden nach Größenklassen zeigt sich wie in den Vorjahren, daß im Verhältnis zur Einwohnerzahl in den Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnern die Bautätigkeit am stärksten (7,06 Wohnungen auf 1 000 Einwohner) und in den Gemeinden mit unter 2 000 Einwohnern am schwächsten war (3,32 Wohnungen auf 1 000 Einwohner). Bemerkenswert im Vergleich zu 1928 ist, daß die Großstädte, die damals an vorletzter Stelle standen, in diesem Jahre bereits an die 3. Stelle aufgerückt sind.

Die Steigerung des Wohnungsneubaues gegenüber dem Jahre 1928 war wie in den Vorjahren am größten bei den Großstädten. Sie betrug bei den durch Neubau insgesamt erstellten Wohnungen in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern 16,6 % (1927 zu 1928: 23,5 %). Bei den Gemeinden mit 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern betrug die Steigerung 4,1 % (1927 zu 1928: 6,3 %), während die übrigen Gemeindegrößenklassen Rückgänge bis zu 7 % aufzuweisen hatten. Auch die Gemeinden unter 2 000 Einwohnern hatten den im vorigen Jahre noch nachgewiesenen Steigerungssatz von 2,1 % nicht halten, sondern ihren Stand (— 0,1 %) nur noch gerade behaupten können.

Die im Berichtsjahre zum ersten Mal festgestellte Zahl der Wohngebäude und Wohnungen, die mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln errichtet worden sind, steigt im Verhältnis zur Gesamtzahl der Wohnungen gleichmäßig mit der Zunahme der Gemeindegröße. Während z. B. von den Wohnungen in den Gemeinden der Größenklasse unter 2 000 Einwohnern nur 61,3 % mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln gebaut worden sind, steigt der Prozentsatz in den einzelnen Größenklassen fast regelmäßig bis auf 90,5 bei den Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern. Bei der Hergabe öffentlicher Mittel spielt eine wichtige Rolle die Wohnungsnot, die allgemein in den Großstädten immer noch am größten sein dürfte.

Die Bautätigkeit in Preußen im Jahre 1930 *). (Endgültige Ergebnisse.) — In Nr. 7 der „Statistischen Korrespondenz" vom 5. März 1931 war an Hand vorläufiger Feststellungen ein Überblick über die Ergebnisse der Wohnungsbautätigkeit im Jahre 1930 gegeben worden. Der Reingewinn an Wohnungen war dabei auf rd. 191 000 zu berechnen, was gegenüber dem Jahre 1929 fast 6 800 Wohnungen weniger bedeutet. Die damals bereits ausgesprochene Annahme, daß die nunmehr abgeschlossenen endgültigen Ergebnisse der Statistik der Bautätigkeit — die nachstehend im einzelnen besprochen werden sollen — jenes Bild der Wohnungsbautätigkeit verändern würden, hat sich in erfreulicher Weise bestätigt: es sind im Jahre 1930 in ganz Preußen (ohne Saargebiet) 214 634 neue Wohnungen erstellt worden; 12 521 Wohnungen sind durch Umbau, Abbruch, Brand usw. fortgefallen; der wirkliche Wohnungsreingewinn des letzten Jahres betrug sonach 202 113, d. s. 11 113 mehr als sich nach der vorläufigen Berechnung ergab und 4 350 mehr als im Jahre 1929. — Ausschlaggebend für dies günstige Gesamtergebnis ist die außerordentlich starke Steigerung der Wohnungsbautätigkeit der Stadt Berlin, die für 1930 einen Wohnungsreingewinn von nicht weniger als 43 892 gegen nur 23 429 im Jahre 1929 ergab.

Das Ergebnis des Versuchs, den Anfang 1931 noch bestehenden Wohnungsfehlbedarf im ganzen auf Grund der vorläufigen Feststellungen abzuschätzen, ist nach Maßgabe der endgültigen Unterlagen ebenfalls im günstigen Sinne zu berichtigen, und zwar sowohl infolge des endgültig höheren Bauergebnisses, als auch durch den Umstand, daß die nunmehr vorliegenden endgültigen Ergebnisse der Statistik der Eheschließungen und der Sterbefälle die Zahl der 1930 neugegründeten wohnungsbedürftigen Haushaltungen gegenüber der vorläufigen Feststellung von rd. 178 000 auf rd. 175 500 erniedrigten. Nimmt man, wie früher, an, daß rd. 15 v. H. oder 26 000 von diesen jungen Haushaltungen aus wirtschaftlichen Gründen teils einstweilen in Untermiete, teils dauernd mit einem Elternteil zusammen zogen, so ließ der Wohnungsreingewinn von 202 113 rund 52 600 Wohnungen zur Abdeckung des außerdem noch bestehenden tatsächlichen Wohnungsbedarfs übrig, der danach für Anfang 1931 auf rd. 314 000 Wohnungen (gegen rund 327 000 nach der vorläufigen Berechnung) anzunehmen sein wird [1]).

Nach Vorwegnahme dieser der breiten Öffentlichkeit wichtigsten Feststellungen seien nachstehend die Ergebnisse der Statistik der Bautätigkeit für das Jahr 1930 an Hand der umstehenden Zahlenübersicht im einzelnen erörtert.

a) Gebäude.

In sämtlichen Gemeinden Preußens sind im Jahre 1930 insgesamt 136 455 Gebäude neu errichtet worden. Davon sind

	1930	(1929)	v. H. 1930	v. H. (1929)
öffentliche Gebäude	1 815	(1 797)	1,33	(1,38)
Gebäude für vorwiegend gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke	56 852	(46 297)	41,66	(35,65)
Wohngebäude	77 788	(81 751)	57,01	(62,97)
	136 455	**(129 845)**	**100,00**	**(100,00)**

Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung der neuen Gebäude insgesamt um 5,1 v. H., aber einen Rückgang in der Erstellung von Wohngebäuden um 4,8 v. H., der die bereits in den Vorjahren erkennbare Tendenz zur Vergrößerung der Wohngebäude verstärkt fortsetzt. Die Steigerung trat vor allem bei den vorwiegend für landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke benutzten Gebäuden hervor, und zwar erstreckt sich diese Zunahme — wie aus der folgenden Zusammenstellung ersichtlich ist — auf die Gemeinden sämtlicher Größenklassen, mit Ausnahme der Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern. Diese allein hatten dagegen eine verstärkte Zunahme der Wohngebäude aufzuweisen.

Von je 100 neu erstellten Gebäuden waren

in den Gemeinden mit . . . Einwohnern	öffentliche Gebäude 1930	öffentliche Gebäude (1929)	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und landwirtschaftl. Zwecke 1930	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und landwirtschaftl. Zwecke (1929)	Wohngebäude 1930	Wohngebäude (1929)
unter 2 000	1,05	(1,32)	56,73	(49,5)	42,22	(49,2)
2 000 bis unter 5 000	1,66	(1,63)	34,08	(28,4)	64,26	(70,0)
5 000 „ „ 10 000	2,12	(1,88)	32,12	(26,4)	65,76	(71,7)
10 000 „ „ 20 000	2,36	(1,50)	25,87	(24,0)	71,77	(74,5)
20 000 „ „ 50 000	1,77	(1,94)	24,17	(22,4)	74,06	(75,7)
50 000 „ „ 100 000	2,37	(1,21)	21,78	(17,6)	75,85	(81,2)
100 000 und darüber	1,17	(1,00)	16,79	(17,6)	82,04	(81,4)

*) Vgl.: „Der Wohnungsbau in Preußen 1930 (vorläufige Angaben)", Statist. Korrespondenz 1931, Nr. 7.

[1]) Vgl. für die Art der Berechnung des Wohnungsbedarfs: Bd. 299 der Preußischen Statistik „Wohnungsbestand, Wohnungsbedarf und Wohnungsbau in Preußen." (Verlag des Preußischen Statistischen Landesamts).



Wie im Vorjahr, so ist auch im Jahre 1930 festzustellen, daß mit zunehmender Gemeindegröße der Anteil der erstellten Gebäude für vorwiegend gewerbliche und landwirtschaftliche Zwecke sinkt, dagegen der Anteil der Wohngebäude steigt.

Innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke ist der Anteil der drei verschiedenen Gebäudegruppen an der Gesamtzahl der neu errichteten Gebäude sehr verschieden. So überwiegt in folgenden Regierungsbezirken der Bau gewerblichen und landwirtschaftlichen Zwecken dienender Gebäude: Königsberg, Gumbinnen, Allenstein, Westpreußen, Frankfurt, Stettin, Köslin, Stralsund, Liegnitz, Hannover, Hildesheim, Stade, Osnabrück und Kassel. In den übrigen, zum Teil sehr dicht besiedelten, von zahlreichen Großstädten durchsetzten und vorwiegend industriellen Regierungsbezirken steht der Wohngebäudebau im Vordergrund, wobei Berlin mit 88,7 v. H. neu erstellter Wohngebäude an der Spitze steht, während es im Bau gewerblicher Gebäude die letzte Stelle einnimmt.

Bedeutsamer als die Anzahl der neu errichteten wirtschaftlichen und öffentlichen Gebäude ist indessen ihre Größe; sie steigt mit zunehmender Gemeindegröße, wie das schon im vergangenen Jahre beobachtet wurde.

in den Gemeinden mit . . . Einwohnern	Durchschnittlich entfallen auf ein öffentliches Gebäude	auf ein gewerbl. und landw. Gebäude
	cbm umbauter Raum	
unter 2 000	1 189	483
2 000 bis unter 5 000	2 952	515
5 000 „ „ 10 000	3 209	596
10 000 „ „ 20 000	4 031	839
20 000 „ „ 50 000	6 594	1 088
50 000 „ „ 100 000	8 785	1 211
100 000 und darüber	10 725	2 031

Bei beiden Gebäudegruppen steht Berlin mit durchschnittlich 13 564 bezw. 3 174 cbm an der Spitze.

Was den Zuwachs an Wohngebäuden anlangt, so hat der Bau von Kleinhäusern im Berichtsjahr weiterhin abgenommen. Im Jahre 1928 betrug deren Anteil an der Gesamtzahl der neu errichteten Wohngebäude noch 82,2 v. H., er sank im Jahre 1929 auf 79,4 v. H. und im Berichtsjahr auf 72,2 v. H. Die bereits im Vorjahr festgestellte Tendenz, größere Wohngebäude zu schaffen, hat also angehalten.

b) Wohnungen.

Im Jahre 1930 wurden insgesamt 203 331 Wohnungen neu erstellt, davon 201 877 in Wohngebäuden. Das bedeutet, daß im Jahre 1930 insgesamt 1,9 v. H. mehr Wohnungen errichtet worden sind als im Vorjahr, und zwar 2,0 v. H. mehr in Wohngebäuden. Bei einer Abnahme der Erstellung von Wohngebäuden um 4,8 v. H. zeigt sich somit, daß auf 1 neu erbautes Wohngebäude 2,6 Wohnungen entfallen gegen 2,4 im Vorjahr.

Außer den durch Neubau entstandenen 203 331 Wohnungen wurden durch Umbau weitere 11 303 Wohnungen geschaffen, während durch Umbau, Abbruch, Brände usw. 12 521 Wohnungen — also weniger als in den Jahren 1928 und 1929 — verloren gegangen sind.

Daraus ergibt sich für das Jahr 1930 der bereits eingangs erwähnte Reinzugang von 202 113 Wohnungen.

Fast die Hälfte aller neu erstellten Wohnungen entfällt 1930, wie die folgende Übersicht zeigt, auf großstädtische Gemeinden, die im Vorjahr nur mit knapp 40 % am Wohnungsbau beteiligt waren. Auf Berlin allein kommt ein Anteil von 21,6 v. H. gegen nur 12,1 v. H. im Jahre 1929. Knapp 20 v. H. verteilten sich 1930 auf die Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, also auf vorwiegend ländliche Bezirke, deren Anteil im Vorjahr noch 21,4 v. H. ausmachte.

Es entfielen

auf Gemeinden mit . . . Einwohnern	v. H. der neu erstellten Wohnungen
unter 2 000	19,6
2 000 bis „ 5 000	7,8
5 000 „ „ 10 000	5,4
10 000 „ „ 20 000	5,6
20 000 „ „ 50 000	7,6
50 000 „ „ 100 000	4,8
100 000 und darüber . . .	49,1

Im Jahre 1930 wurde zum ersten Male auch die Größe der neu erstellten Wohnungen ermittelt. Von je 100 Wohnungen waren

Kleinwohnungen	mit 1—3 Räumen	— 52,7
Mittelwohnungen	„ 4—6 „	— 44,7
Großwohnungen	„ 7 und mehr Räumen	2,7

Es ist bemerkenswert, daß mit steigender Wohnungsgröße der Anteil der kleinen Gemeinden an den überhaupt erbauten Wohnungen wächst, während er umgekehrt in den Großstädten sinkt. Hier spricht möglicherweise die Vorortlage kleinerer Gemeinden mit.

Es entfielen

von je 100 insgesamt neuerbauten Wohnungen	auf Gemeinden mit . . . Einwohnern unter 2 000	2 000 bis 5 000	5 000 bis 10 000	10 000 bis 20 000	20 000 bis 50 000	50 000 bis 100 000	100 000 und mehr
überhaupt	19,6	7,8	5,4	5,6	7,6	4,8	49,1
mit 1—3 Räumen	18,0	7,0	5,4	5,9	7,8	5,1	50,9
„ 4—6 „	21,0	8,6	5,5	5,4	7,6	4,5	47,4
„ 7 und mehr Räumen . .	26,3	10,0	6,6	4,9	5,4	5,4	41,3

Mit öffentlichen Mitteln wurden im Berichtsjahr 81,7 v. H. aller in Wohngebäuden erbauten Wohnungen hergestellt. Mit steigender Gemeindegröße wächst dieser Anteil. Mit öffentlichen Mitteln wurden errichtet:

in Gemeinden mit . . . Einwohnern	v. H. der Wohnungen in Wohngebäuden	v. H. der Wohnungen mit 1—3 Räumen	4—6 Räumen	7 und mehr Räumen
unter 2 000	57,2	55,2	60,7	37,4
2 000 bis „ 5 000	68,2	67,3	70,7	43,6
5 000 „ „ 10 000	76,5	78,9	75,3	51,6
10 000 „ „ 20 000	88,9	93,0	85,5	52,9
20 000 „ „ 50 000	89,0	91,6	87,6	48,4
50 000 „ „ 100 000	89,8	89,0	92,2	70,2
100 000 und darüber .	91,3	94,0	90,6	41,0
Staat . . .	81,7	83,8	81,4	43,6

Er ist am größten bei den Kleinwohnungen der Mittel- und Großstädte.

Die Frage nach dem Bauherrn hat folgendes Ergebnis gehabt: Von den Wohnungen in Wohngebäuden wurden erbaut

	1930	(1929)
durch öffentliche Körperschaften und Behörden	8,0	(8,3)
„ gemeinnützige Baugesellschaften	43,7	(38,0)
„ sonstige private Bauherren	48,4	(53,6)

Wenn also auch noch der größte Teil der neugeschaffenen Wohnungen von privaten Bauherren erstellt wurde, so zeigt sich doch gegenüber dem Jahre 1929, daß deren Beteiligung zugunsten der gemeinnützigen Baugesellschaften zurückgegangen ist, die im Jahre 1930 weiterhin eine stärkere Bautätigkeit entfaltet haben.

Die folgende Übersicht zeigt, daß die Bautätigkeit der gemeinnützigen Baugesellschaften mit zunehmender Gemeindegröße ansteigt, während die Beteiligung privater Bauherren an der Erstellung von

[Fortsetzung des Textes auf Seite 418.]



Regierungsbezirke — Staat — Gemeindegrößenklassen	Gesamteinwohnerzahl in Tausend[1]	Gebäude: I. Zugang durch Neubau: Gebäude insgesamt	davon öffentliche Gebäude[2]: Zahl	öffentliche Gebäude[2]: cbm umbauter Raum in Tausend	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und sonst. wirtschaftliche Zwecke[2]: Zahl	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und sonst. wirtschaftliche Zwecke[2]: cbm umbauter Raum in Tausend	Wohngebäude: insgesamt	davon Kleinhäuser mit 1—2 Wohngeschossen und höchstens 4 Wohnungen	Von den Wohngebäuden (Sp. 8) sind errichtet mit Unterstützung aus öffentl. Mitteln[2]: insgesamt	davon Kleinhäuser mit 1—2 Wohngeschossen u. höchstens 4 Wohnungen	Von den Wohngebäuden (Sp. 8) sind erbaut von[2]: öffentlichen Körperschaften und Behörden	gemeinnützigen Bauvereinigungen usw.	sonstigen (privaten) Bauherren	II. Abgang durch Abbrüche, Brände usw.: Gebäude insgesamt	davon öffentliche Gebäude[2]	Gebäude für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke[2]	Wohngebäude: insgesamt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
A. Nach größe																	
1. Königsberg	912	4 044	39	91	2 139	1 570	1 866	1 572	1 632	1 389	219	1 046	601	557	8	356	193
2. Gumbinnen	540	1 984	26	49	1 204	666	754	616	500	396	80	219	455	513	4	344	165
3. Allenstein	540	3 331	20	42	2 234	1 132	1 077	990	618	567	38	273	766	1 168	4	779	385
4. Westpreußen	264	1 196	21	113	638	351	537	505	472	446	34	277	226	160	3	84	73
5. Potsdam	1 300	8 222	111	247	3 153	1 722	4 958	4 444	1 881	1 605	132	868	3 958	499	8	330	161
6. Frankfurt	1 293	6 614	71	202	3 840	1 564	2 703	2 359	1 619	1 318	159	545	1 999	1 012	7	737	268
7. Berlin	4 024	8 804	78	1 058	915	2 904	7 811	1 960	6 720	1 474	59	4 806	2 946	130	—	81	49
8. Stettin	951	4 158	49	181	2 269	1 709	1 840	1 546	1 245	1 024	89	648	1 103	581	4	420	157
9. Köslin	681	3 542	53	95	2 031	956	1 458	1 345	1 123	1 047	207	436	815	565	1	355	209
10. Stralsund	247	1 375	21	29	726	686	628	582	591	556	163	316	149	120	1	86	33
11. Schneidemühl	332	2 368	26	80	1 433	673	909	854	753	706	65	363	481	347	2	199	146
12. Breslau	1 897	5 216	76	223	2 264	1 570	2 876	2 139	2 085	1 431	213	874	1 789	692	6	354	332
13. Liegnitz	1 235	3 851	42	130	1 983	869	1 826	1 531	1 095	848	170	240	1 416	707	4	405	298
14. Oppeln	1 379	5 876	76	305	2 686	1 290	3 114	2 753	1 653	1 376	234	552	2 328	865	2	414	449
15. Magdeburg	1 295	3 666	70	190	1 723	1 038	1 873	1 332	1 502	1 017	187	876	810	439	8	318	113
16. Merseburg	1 413	5 227	104	242	2 166	1 138	2 957	2 187	2 054	1 427	153	869	1 935	628	10	390	228
17. Erfurt	570	1 976	28	138	875	360	1 073	870	904	742	42	227	804	259	3	191	65
18. Schleswig	1 519	5 899	83	375	1 782	1 313	4 034	3 236	2 765	2 188	325	811	2 898	551	23	231	297
19. Hannover	823	3 870	21	47	2 108	915	1 741	972	1 255	642	60	497	1 184	224	2	87	135
20. Hildesheim	594	2 028	37	73	1 059	585	932	621	697	462	53	133	746	210	—	143	67
21. Lüneburg	598	2 604	29	154	1 154	679	1 421	1 151	977	805	84	373	964	324	2	177	145
22. Stade	456	2 721	18	55	1 496	689	1 207	1 022	709	614	75	140	992	262	3	136	123
23. Osnabrück	429	2 795	37	114	1 413	657	1 345	1 190	935	825	49	166	1 130	314	4	108	202
24. Aurich	291	1 250	15	62	195	111	1 040	999	474	457	13	47	980	199	—	15	184
25. Münster	1 463	4 632	72	394	2 224	1 404	2 336	1 785	1 822	1 423	56	660	1 620	326	6	125	195
26. Minden	807	4 008	37	100	1 295	707	2 676	2 320	1 456	1 276	36	184	2 456	340	3	59	278
27. Arnsberg	2 514	5 940	111	590	1 860	1 878	3 969	2 389	3 377	1 968	208	1 756	2 005	358	1	138	219
28. Kassel	1 138	5 136	48	242	2 855	1 214	2 233	1 895	1 389	1 184	67	235	1 931	525	2	280	243
29. Wiesbaden	1 314	4 561	88	363	1 670	1 184	2 803	1 645	2 073	1 186	364	1 020	1 419	418	7	227	184
30. Koblenz	793	2 849	56	140	991	564	1 802	1 603	1 110	1 005	47	213	1 542	276	4	103	169
31. Düsseldorf	3 893	8 861	114	800	2 340	2 542	6 407	3 817	5 147	3 090	811	2 268	3 328	641	5	235	401
32. Köln	1 435	4 446	59	197	1 126	1 177	3 261	2 249	2 543	1 766	334	680	2 247	329	—	109	220
33. Trier (ohne Saargeb.)	475	1 287	29	87	373	136	885	763	748	660	87	49	749	173	4	47	122
34. Aachen	689	1 827	45	126	501	524	1 281	995	905	743	95	257	929	164	1	54	109
35. Sigmaringen	72	291	5	5	131	62	155	137	90	80	13	2	140	61	1	27	33
Staat	38 176	136 455	1 815	7 339	56 852	36 539	77 788	56 374	54 919	37 743	5 021	22 926	49 841	14 937	143	8 144	6 650
B. Nach Gem																	
Gemeinden mit ... Einw. unter 2 000	12 579	72 441	766	911	41 097	19 887	30 578	28 329	17 347	16 405	1 442	4 158	24 978	10 773	93	6 311	4 369
2 000 bis unter 5 000	3 520	14 654	244	720	4 994	2 574	9 416	8 429	6 059	5 496	650	1 357	7 409	1 340	15	590	735
5 000 „ „ 10 000	2 297	8 307	176	565	2 668	1 591	5 463	4 679	3 883	3 382	431	1 132	3 900	593	8	290	295
10 000 „ „ 20 000	2 171	6 281	148	597	1 625	1 364	4 508	3 566	3 700	2 971	470	1 348	2 690	364	6	135	223
20 000 „ „ 50 000	2 777	6 508	115	758	1 573	1 712	4 820	3 323	4 059	2 830	304	2 011	2 505	347	7	122	218
50 000 „ „ 100 000	2 160	2 998	71	624	653	792	2 274	1 176	1 994	994	273	1 028	973	150	—	36	114
100 000 und mehr	12 672	25 266	295	3 164	4 242	8 619	20 729	6 872	17 877	5 665	1 451	11 892	7 386	1 370	14	660	696
Staat	38 176	136 455	1 815	7 339	56 852	36 539	77 788	56 374	54 919	37 743	5 021	22 926	49 841	14 937	143	8 144	6 650
dagegen nach der Erhebung vom Jahre 1929	38 176	129 845	1 797	5 995	46 297	33 257	81 751	64 878	59 233	45 115	5 320	22 469	53 962	13 428	151	6 372	6 905
1928	38 120	137 079	—	—	—	—	83 468	68 604	—	—	6 408	20 086	56 974	13 550	—	—	7 188
1927	38 120	132 602	—	—	—	—	80 328	68 884	—	—	6 936	16 496	56 896	12 817	—	—	6 978
1926	38 120	105 361	—	—	—	—	61 079	53 362	—	—	—	—	—	10 823	—	—	5 703
1925	38 120	104 826	—	—	—	—	54 876	48 464	—	—	—	—	—	7 615	—	—	4 438
1924	36 103	68 974	—	—	—	—	34 094	29 158	—	—	—	—	—	5 865	—	—	3 330
1923	36 103	71 465	—	—	—	—	36 408	30 389	—	—	—	—	—	4 106	—	—	2 127
1922[4])	36 103	—	—	—	—	—	49 666	44 769	—	—	—	—	—	—	—	—	3 620
1921[4])	36 103	—	—	—	—	—	42 452	38 385	—	—	—	—	—	—	—	—	2 879
1920[4])	36 103	—	—	—	—	—	27 840	25 257	—	—	—	—	—	—	—	—	1 904
1919[4])	36 103	—	—	—	—	—	13 199	11 758	—	—	—	—	—	—	—	—	1 533

[1]) nach der Volkszählung vom 16. VI. 1925 unter Berücksichtigung der bis 31. Dezember 1930 eingetretenen kommunalen Änderungen. — [2]) Die Zahlen für die Angaben in den Spalten erstmalig für das Jahr 1930 ermittelt worden. — [4]) In den Jahren 1919—1922 sind nur die Wohnzwecken dienenden Gebäude gezählt worden, ferner sind unter „II Abgang" in diesen Jahren

im Jahre 1930.

III. Reinzugang an: Gebäuden insgesamt (Sp. 3 minus Sp. 15)	öffentlichen Gebäuden [2] (Sp. 4 minus Sp. 16)	Gebäuden für vorwiegend gewerbliche und sonstige wirtschaftliche Zwecke [2] (Sp. 6 minus Sp. 17)	Wohngebäuden: insgesamt (Sp. 8 minus Sp. 18)	Wohngebäuden: Kleinhäuser mit 1–2 Wohngeschossen und höchstens 4 Wohnungen (Sp. 9 minus Sp. 19)	Wohnungen – I. Zugang durch Neubau: Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden: insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden: errichtet mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln [2]	Von den Wohnungen in Wohngebäuden (Sp. 26) sind erbaut von [3]: öffentlichen Körperschaften und Behörden	gemeinnützigen Bauvereinigungen usw.	sonstigen (privaten) Bauherren	I. Zugang durch Umbau: Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden	II. Abgang durch Umbau: Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden	II. Abgang durch Abbrüche, Brände usw.: Wohnungen insgesamt	davon Wohnungen in Wohngebäuden	III. Reinzugang an Wohnungen insgesamt [(Sp. 25 + Sp. 31) minus (Sp. 33 + Sp. 35)]	Wohnungen in Wohngebäuden [(Sp. 26 + Sp. 32) minus (Sp. 34 + Sp. 36)]	Auf je 1 000 Einwohner (Sp. 2) kommen: Wohngebäude (Sp. 8)	Wohnungen (Sp. 26)	Wiederholung der Spalte 1
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	
Verwaltungsbezirken.																					
3 487	31	1 783	1 673	1 408	4 199	4 147	3 635	410	1 935	1 802	303	256	76	72	424	417	4 002	3 914	2,0	4,5	1.
1 471	22	860	589	461	1 562	1 560	1 205	197	457	906	173	148	52	50	222	221	1 461	1 437	1,4	2,9	2.
2 163	16	1 455	692	610	1 823	1 815	1 220	213	457	1 145	127	110	49	45	470	463	1 431	1 417	2,0	3,4	3.
1 036	18	554	464	434	860	847	761	85	438	324	53	44	56	54	120	113	737	724	2,0	3,2	4.
7 723	103	2 823	4 797	4 299	8 402	8 346	4 325	396	2 142	5 808	665	581	77	73	278	258	8 712	8 596	3,8	6,4	5.
5 602	64	3 103	2 435	2 108	5 987	5 950	4 372	555	1 895	3 500	424	340	80	43	464	450	5 867	5 797	2,1	4,6	6.
8 674	78	834	7 762	1 945	43 854	43 667	40 625	334	29 473	13 860	510	321	128	110	344	325	43 892	43 553	1,9	10,9	7.
3 577	45	1 849	1 683	1 405	4 402	4 375	3 447	212	2 354	1 809	328	276	96	74	304	294	4 330	4 283	1,9	4,6	8.
2 977	52	1 676	1 249	1 157	2 614	2 587	2 130	501	676	1 410	161	131	47	42	348	342	2 380	2 334	2,1	3,8	9.
1 255	20	640	595	561	948	942	891	217	432	293	97	86	14	14	57	55	974	959	2,5	3,8	10.
2 021	24	1 234	763	714	1 527	1 505	1 300	143	608	754	62	59	15	14	201	197	1 373	1 353	2,7	4,5	11.
4 524	70	1 910	2 544	1 839	8 472	8 370	7 104	1 370	3 074	3 926	768	639	110	99	704	681	8 426	8 229	1,5	4,4	12.
3 144	38	1 578	1 528	1 241	4 487	4 462	3 383	863	1 059	2 540	666	544	109	96	395	379	4 649	4 531	1,5	3,6	13.
5 011	74	2 272	2 665	2 323	7 270	7 218	4 484	1 070	1 713	4 435	766	717	110	105	600	584	7 326	7 246	2,3	5,2	14.
3 227	62	1 405	1 760	1 239	5 195	5 169	4 586	507	3 306	1 356	336	289	29	26	191	187	5 311	5 245	1,4	4,0	15.
4 599	94	1 776	2 729	2 018	6 881	6 847	5 489	683	2 937	3 227	717	590	93	83	350	338	7 155	7 016	2,1	4,8	16.
1 717	25	684	1 008	807	2 792	2 764	2 391	124	802	1 838	197	188	8	7	79	74	2 902	2 871	1,9	4,8	17.
5 348	60	1 551	3 737	3 008	7 845	7 777	5 958	1 205	2 479	4 093	584	474	85	75	483	444	7 861	7 732	2,7	5,1	18.
3 646	19	2 021	1 606	885	5 331	5 321	4 661	185	2 097	3 039	131	119	10	10	227	226	5 225	5 204	2,1	6,5	19.
1 818	37	916	865	556	2 127	2 114	1 772	167	613	1 334	124	91	5	3	93	88	2 153	2 114	1,6	3,6	20.
2 260	27	977	1 276	1 025	3 210	3 196	2 524	483	1 323	1 390	149	138	2	2	230	225	3 127	3 107	2,4	5,3	21.
2 459	15	1 360	1 084	913	1 733	1 712	1 119	99	417	1 196	154	127	21	19	145	144	1 721	1 676	2,6	3,8	22.
2 481	33	1 305	1 143	994	2 057	2 010	1 476	137	320	1 553	163	155	48	47	240	235	1 932	1 883	3,1	4,7	23.
1 051	15	180	856	815	1 188	1 183	596	36	114	1 033	42	41	5	5	201	201	1 024	1 018	3,6	4,1	24.
4 306	66	2 099	2 141	1 620	4 948	4 866	4 057	120	2 122	2 624	252	187	65	58	252	251	4 883	4 744	1,6	3,3	25.
3 668	34	1 236	2 398	2 054	4 470	4 441	2 610	95	591	3 755	224	186	34	30	356	353	4 304	4 244	3,3	5,5	26.
5 582	110	1 722	3 750	2 221	13 268	13 126	11 845	803	7 198	5 125	525	423	71	63	434	422	13 288	13 064	1,6	5,2	27.
4 611	46	2 575	1 990	1 671	3 876	3 837	2 612	158	900	2 779	343	320	17	14	322	320	3 880	3 823	2,0	3,4	28.
4 143	81	1 443	2 619	1 491	6 783	6 730	5 756	598	3 823	2 309	601	487	313	298	252	241	6 819	6 678	2,1	5,1	29.
2 573	52	888	1 633	1 445	2 628	2 598	1 707	137	359	2 102	215	181	21	17	248	242	2 574	2 520	2,3	3,3	30.
8 220	109	2 105	6 006	3 490	20 474	20 381	16 870	2 835	8 234	9 312	814	648	104	93	793	787	20 391	20 149	1,6	5,2	31.
4 117	59	1 017	3 041	2 074	8 472	8 409	7 204	614	3 331	4 464	290	205	21	20	361	356	8 380	8 238	2,2	5,9	32.
1 114	25	326	763	650	1 069	1 054	913	126	73	855	103	98	13	13	136	135	1 023	1 004	1,9	2,2	33.
1 663	44	447	1 172	901	2 408	2 386	1 746	363	448	1 575	210	195	19	18	154	153	2 445	2 410	1,9	3,5	34.
230	4	104	122	109	169	165	98	14	2	149	26	23	7	6	33	33	155	149	2,2	2,8	35.
1 518	1 672	48 708	71 138	50 491	203 331	201 877	164 872	16 055	88 202	97 620	11 303	9 417	2 010	1 798	10 511	10 234	202 113	199 262	2,0	5,3	Staat.
Ortsklassen.																					
51 668	673	34 786	26 209	24 220	39 848	39 471	22 586	2 351	4 927	32 193	4 101	3 689	850	772	5 213	5 083	37 886	37 305	2,4	3,1	
13 314	229	4 404	8 681	7 738	15 827	15 688	10 693	1 681	2 877	11 130	1 567	1 362	119	111	987	960	16 288	15 979	2,7	4,5	
7 714	168	2 378	5 168	4 414	11 080	10 973	8 389	1 353	2 788	6 832	1 075	890	94	83	505	497	11 556	11 283	2,4	4,8	
5 917	142	1 490	4 285	3 367	11 460	11 362	10 101	2 000	4 111	5 251	834	652	82	42	511	496	11 701	11 476	2,1	5,2	
6 161	108	1 451	4 602	3 157	15 507	15 372	13 685	1 644	7 206	6 522	771	630	99	91	557	538	15 622	15 373	1,7	5,5	
2 848	71	617	2 160	1 096	9 824	9 744	8 746	1 208	4 820	3 716	531	372	60	55	368	366	9 927	9 695	1,1	4,5	
23 896	281	3 582	20 033	6 499	99 785	99 267	90 672	5 818	61 473	31 976	2 424	1 822	706	644	2 370	2 294	99 133	98 151	1,6	7,8	
31 518	1 672	48 708	71 138	50 491	203 331	201 877	164 872	16 055	88 202	97 620	11 303	9 417	2 010	1 798	10 511	10 234	202 113	199 262	2,0	5,3	Staat.
Davon Wohnungen mit: [3])																					
1—3 Räumen					107 093	106 570	89 335	11 086	51 260	44 224											
4—6 „					90 814	90 023	73 235	4 639	36 161	49 223											
7 und mehr Räumen . . .					5 424	5 284	2 302	330	781	4 173											
16 417	1 646	39 925	74 846	58 535	199 577	197 859	160 573	16 501	75 223	106135	11 637	9 602	1 797	1 683	11 654	11 374	197 763	194 404	—	—	1929
23 529	—	—	76 280	61 898	191 628	189 822	—	18 323	62 998	108501	11 759	9 931	1 837	1 705	11 146	10 912	190 404	187 136	—	—	1928
19 785	—	—	73 350	62 317	178 951	176 988	—	19 935	53 246	103807	11 684	9 995	1 661	1 547	10 599	10 374	178 375	175 062	—	—	1927
34 538	—	—	55 376	47 840	127 313	125 499	—	—	—	—	11 876	9 483	1 462	1 353	8 635	8 414	129 092	125 215	—	—	1926
97 211	—	—	50 438	44 303	103 492	101 766	—	—	—	—	14 728	12644	1 870	1 732	6 849	6 769	109 501	105 909	—	—	1925
63 118	—	—	30 764	26 412	59 833	57 953	—	—	—	—	11 446	9 571	983	878	4 948	4 837	65 348	61 809	—	—	1924
67 359	—	—	34 281	28 732	64 712	62 700	—	—	—	—	14 279	11743	930	869	3 159	3 072	74 902	70 502	—	—	1923
—	—	—	46 046	—	—	80 048	—	—	—	—	—	16718	—	—	—	5 494	—	91 272	—	—	1922
—	—	—	39 573	—	—	68 054	—	—	—	—	—	17080	—	—	—	4 272	—	80 862	—	—	1921
—	—	—	25 936	—	—	46 783	—	—	—	—	—	16456	—	—	—	2 916	—	60 323	—	—	1920
—	—	—	11 666	—	—	21 875	—	—	—	—	—	12870	—	—	—	2 351	—	32 394	—	—	1919

. 11, 16, 17, 21, 22 und 27 sind erstmalig im Jahre 1929, diejenigen für die Spalten 12—14 und 28—30 erstmalig im Jahre 1927 ermittelt worden. — [3]) Die Zahlen für die Wohnungsgröße sind durch Umbauten in Wegfall gekommenen Wohngebäude und Wohnungen aufgeführt.



[Fortsetzung des Textes von Seite 415.]

Wohnungen mit zunehmender Gemeindegröße sinkt, und zwar waren beide Bewegungen 1930 ausgeprägter als im Vorjahr:

Von je 100 Wohnungen in Wohngebäuden wurden errichtet durch

in den Gemeinden mit . . . Einwohnern	öffentliche Körperschaften und Behörden 1930	(1929)	gemeinnützige Baugesellschaften 1930	(1929)	private Bauherren 1930	(1929)
unter 2 000	6,0	(7,0)	12,5	(11,9)	81,6	(81,1)
2 000 bis „ 5 000	10,7	(9,8)	18,3	(18,4)	70,9	(71,8)
5 000 „ „ 10 000	12,3	(12,5)	25,4	(30,3)	62,3	(57,2)
10 000 „ „ 20 000	17,6	(14,0)	36,2	(37,4)	46,2	(48,6)
20 000 „ „ 50 000	10,7	(10,2)	46,9	(50,5)	42,4	(39,3)
50 000 „ „ 100 000	12,4	(10,5)	49,5	(48,2)	38,1	(41,3)
100 000 und darüber .	5,9	(6,3)	61,9	(53,1)	32,2	(40,6)
Staat . . .	7,9	(8,3)	43,7	(38,0)	48,4	(53,6)

Im Hinblick auf die Einwohnerzahl ergibt sich, daß im Jahre 1930 im Staatsdurchschnitt auf 1 000 Einwohner 5,8 Wohnungen in Wohngebäuden neu errichtet wurden, gegenüber 5,18 im Jahre 1929. Lediglich die Gemeinden mit 20 000 bis unter 50 000 und mit 100 000 und mehr Einwohnern stehen über diesem Durchschnitt, regional gesehen nur Berlin und die Regierungsbezirke Potsdam, Lüneburg, Minden und Köln. Am stärksten war auch im Verhältnis zur Einwohnerzahl, wie im Vorjahre, die Wohnungsbautätigkeit in den großstädtischen Gemeinden, in denen je 1 000 Einwohnern 7,8 Wohnungen neu zur Verfügung gestellt wurden gegen nur 6,18 im Jahre 1929. In Berlin kamen 1930 auf 1 000 Einwohner fast doppelt soviel neu erbaute Wohnungen als im Vorjahr, nämlich 10,9 gegen 5,95. Die Reichshauptstadt marschierte also auch in dieser Hinsicht 1930 weitaus an der Spitze, während sie im Jahre 1929 vom Durchschnitt der Regierungsbezirke Oppeln, Schleswig, Hannover, Osnabrück, Minden und Köln übertroffen wurde.

Die Struktur des städtischen Brotverbrauchs in Preußen. — 1. Die Brotarten. Zur Gewinnung von Unterlagen für die laufende amtliche Brotpreisermittlung veranstaltete Anfang Mai d. J. das Preußische Statistische Landesamt bei den an der Berichterstattung über die Einzelhandelspreise wichtiger Lebensmittel beteiligten 136 preußischen Gemeinden eine besondere Erhebung, um die Auswirkung des Brotgesetzes vom 10. Dezember 1930 (RGBl. Teil I, S. 625) auf die Zusammensetzung des in den einzelnen Gemeinden meistgekauften Brotes zu erforschen. Diese Erhebung kann, da sie sich auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte in genügender Anzahl erstreckte, als repräsentativ für den städtischen Brotverbrauch in Preußen angesehen werden. Sie ist, besonders, wenn sie in gewissen Abständen wiederholt wird, über ihren engeren preisstatistischen Zweck hinaus von Wichtigkeit, da sie einen gewissen Einblick in die Entwicklung der Verbrauchsgewohnheiten beim Brotkonsum der städtischen Bevölkerung gewährt und zeigt, in welchem Maße Roggen- und Weizenmehl zur Brotherstellung verwendet werden. Eine Wiederholung der Erhebung wird schon infolge der durch die Notverordnung vom 5. 6. 1931 vorgenommenen Aufhebung der wesentlichen Teile des Brotgesetzes binnen kurzem erfolgen müssen.

Das Brotgesetz schränkte die Freiheit in der Herstellung verschiedener Brotsorten insofern ein, als es nur noch die Herstellung einiger weniger bestimmter Brotsorten zuließ und deren Zusammensetzung nach Mehlarten genau vorschrieb; die Ausmahlungsgrenze für Roggenmehl ist später durch die Verordnungen vom 27. 3. 1931 und 4. 4. 1931 neu geregelt und von 60 auf 70 % heraufgesetzt worden. Durch das Brotgesetz wurde eine gewisse Vereinheitlichung in der Vielzahl hergestellter Brotsorten herbeigeführt, auch ist nach

Die meistgekauften Brotsorten (Hauptsorten) in 136 preußischen Gemeinden nach Provinzen.

(Übersicht 1)

Provinzen	Anzahl der Berichtsorte	I Roggenbrot (97—100 Teile 60—70 %iges Roggenmehl)	II Roggenmischbrot a) (80—85 Teile Roggenmehl, 15—20 Teile Weizenmehl) b) (80—85 Teile Roggenmehl, 15—20 Teile Roggenschrotmehl) mit * bezeichnet	III Roggenschrotbrot (97—100 Teile Roggenschrotmehl)	IV Mischbrot mit stärkerem Anteil von Weizenmehl (30—70 Teile Weizenmehl)	Sorte I kombiniert mit Sorte II	Sorte II kombiniert mit Sorte III	Sorte II kombiniert mit Sorte IV
		ist Hauptsorte in . . . Orten						
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Ostpreußen	9	7	* 1	—	—	1	—	—
Brandenburg . . .	14	14	—	—	—	—	—	—
Berlin	1	1	—	—	—	—	—	—
Pommern	10	10	—	—	—	—	—	—
Grenzmark	1	1	—	—	—	—	—	—
Niederschlesien . . .	15	14	* 1	—	—	—	—	—
Oberschlesien . . .	8	8	—	—	—	—	—	—
Sachsen	22	21	—	—	—	—	—	1
Schleswig-Holstein	9	—	3	4	—	—	2	—
Hannover	13	9	2	2	—	—	—	—
Westfalen	11	2	7	—	—	—	—	2
Hessen-Nassau . . .	7	2	4	—	—	—	1	—
Rheinprovinz . . .	14	—	7	2	1	2	2	—
Hohenzoll. Lande .	2	—	—	—	1	—	—	1
Staat . . .	136	89	25	8	2	3	5	4

den Ergebnissen der Erhebung anzunehmen, daß der Weizenanteil im Brotverbrauch in manchen Städten, vor allem im Westen und Nordwesten des Staates, zugunsten des Roggenanteils herabgesetzt wurde; doch dürfte es sich zum größten Teil, und zwar hauptsächlich im Osten, aber auch in Sachsen und Hannover, nur um eine gesetzliche Festlegung bestehender Verhältnisse gehandelt haben. Dafür spricht, daß auch vorher schon in diesen Landesteilen Brotsorten den Konsum beherrscht haben, die zu einem sehr großen Teil in ihrer Zusammensetzung den im Brotgesetz festgesetzten Mischungsverhältnissen entsprachen; lediglich die Ausmahlungsverhältnisse dürften durch das Gesetz und die Verordnungen stärker beeinflußt worden sein[1]).

Im Brotgesetz waren grundsätzlich 2 Brottypen vorgesehen:

1. reines Roggenbrot, bestehend entweder aus Rogenschrotmehl (Schrotbrot) oder aus bis höchstens 60 %, ab April bis höchstens 70 % ausgemahlenem Roggenmehl (Roggenfeinbrot), mit einer Beimischung bis zu 3 % Weizenmehl;
2. Mischbrot, bestehend aus Roggen- und Weizenmehl:
   a) Roggenmischbrot, bei dem der Roggenmehlanteil mindestens 80 Hundertteile betragen mußte,
   b) Weizengroßbrot (mehr als 200 g), das durch den Beimischungszwang (mindestens 30 Hundertteile Roggenmehl) zu einem Mischbrot mit starkem Weizenanteil umgewandelt wurde.

Variationsmöglichkeiten waren weiter dadurch gegeben, daß das reine Roggenbrot sowohl aus Roggenfeinmehl (60 bis 70% Ausmahlung) oder Roggenschrotmehl (bis 100 % Ausmahlung) allein als auch aus einer Mischung von beiden hergestellt werden und daß in dem Mischbrot mit starkem Weizenmehlanteil der Weizenmehlzusatz von dem Höchstsatz (70 Hundertteile) ab nach unten schwanken konnte. Die Erhebung ergab, daß Abweichungen von den gesetzlich festgelegten Zusammensetzungsmöglichkeiten selten sind

[1]) Spezialbrotarten sind wegen ihres unbedeutenden Anteils am Brotverbrauch bei der hier besprochenen Erhebung unberücksichtigt geblieben.

[Fortsetzung des Textes auf Seite 420.]

Die verbrauchsüblichsten Brotarten in 136 preußischen Stadtgemeinden.

(Übersicht 2)

Berichtsgemeinden	Einwohnerzahl	I. Roggenbrot (97—100 Teile 60—70 %iges Roggenmehl): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	I. Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs	II. Roggenmischbrot a) (80—85 Teile Roggenmehl, 15—20 Teile Weizenmehl), b) (80—85 Teile Roggenmehl, 15—20 Teile Roggenschrotmehl, mit * bezeichnet): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	II. Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs	III. Roggenschrotbrot (97—100 Teile Roggenschrotmehl): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	III. Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs	IV. Mischbrot mit stärkerem Anteil von Weizenmehl (30—70 Teile Weizenmehl): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	IV. Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ostpreußen.									
önigsberg Pr.	287 312	H zus. m. II	40	* H zus. m. I	40	—	—	—	—
raunsberg . . .	14 031	H	—	—	—	N	—	—	—
ilsit	50 834	N	—	* H	80	—	—	—	—
nsterburg	39 311	H 60 % Ausmhl.	—	—	—	—	—	—	—
„		N 70 % Ausmhl.	—	—	—	—	—	—	—
umbinnen . . .	19 002	H	70	—	—	N	—	—	—
llenstein	38 105	H	70—75	—	—	N	—	—	—
yck	15 361	H	67	—	—	—	—	—	—
„		N	—	—	—	—	—	—	—
lbing	68 206	H	75	N	—	—	—	—	—
arienburg Wstpr.	21 039	H	75	—	—	N	—	—	—
Brandenburg.									
otsdam	66 776	H	80	—	—	—	—	—	—
randenburg (Hav.)	60 953	H	90	—	—	1) N	—	—	—
berswalde . . .	29 592	H	90	—	—	N	—	—	—
athenow	27 588	H	90—95	—	—	—	—	—	—
uckenwalde . . .	24 796	H	100	—	—	—	—	—	—
renzlau	21 799	H	95	—	—	N	—	—	—
euruppin	18 705	H	85	—	—	—	—	—	—
chwedt	8 949	H	80—90	—	—	—	—	—	—
rankfurt a. O. .	71 139	H	80—90	—	—	—	—	—	—
ottbus	50 600	H	90	—	—	2) N	—	—	—
andsberg a. W. .	43 303	H	90	—	—	N	—	—	—
ürstenwalde . . .	23 278	H	95	—	—	2) N	—	—	—
üstrin	20 098	H	90	—	—	3) N	—	—	—
uben	40 689	H	80—90	—	—	—	—	—	—
erlin	4 024 286	H	—	—	—	—	—	—	—
Pommern.									
tettin	254 466	H	66,7	N	—	—	—	—	—
targard i. Pom.	32 545	H	66,6	N	—	—	—	—	—
nklam	14 789	H	80	N	—	—	—	—	—
emmin	12 787	H	80	N	—	—	—	—	—
asewalk	11 768	H	fast 100	—	—	—	—	—	—
tolp	41 605	H	80	—	—	N	—	—	—
olberg	30 115	H	65	—	—	—	—	—	—
öslin	28 812	H	80	N	—	—	—	N	—
tralsund	40 105	H	60	* N	—	—	—	—	—
reifswald	26 695	H	75—80	—	—	N	—	—	—
Grenzmark.									
chneidemühl . .	37 520	H	100	—	—	—	—	—	—
Niederschlesien.									
reslau	599 770	H	80—84	4) N 5) N	—	N	—	—	—
chweidnitz . . .	30 758	H 60 % Ausmhl.	—	—	—	—	—	—	—
„ . . .		N 70 % Ausmhl.	—	—	—	—	—	—	—
rieg	27 344	H	75	—	—	—	—	—	—
aldenburg Schles.	44 120	H 60 % Ausmhl.	85	—	—	—	—	—	—
Waldenburg Schles.	44 120	N 70 % Ausmhl.	—	—	—	—	—	—	—
Glatz	17 438	6) H	60	—	—	7) N	—	—	—
Striegau	14 143	H	—	—	—	N	—	—	—
Oels	14 665	—	—	* H	65—70	—	—	—	—
Görlitz	91 702	H 60 % Ausmhl.	66,6	—	—	—	—	—	—
„		N 70 % Ausmhl.	—	—	—	—	—	—	—
Liegnitz	73 123	H	80	N	—	N	—	—	—
Glogau	26 098	H	80	—	—	2) N	—	—	—
Grünberg Schles. .	24 898	H	97	—	—	—	—	—	—
Hirschberg i. Rsgb.	28 673	H	98	—	—	—	—	—	—
Lauban	16 012	H	ca. 80	* N	—	—	—	—	—
Sagan	18 005	H	95	—	—	—	—	—	—
Jauer	12 191	H	80	—	—	8) N	—	—	—
Oberschlesien.									
Gleiwitz	95 572	H	80—90	* N	—	—	—	—	—
Beuthen O./S. .	86 881	H	80—90	* N	—	—	—	—	—
Ratibor	49 076	H	70	—	—	N	—	—	—
Hindenburg O./S.	122 671	H	90	* N	—	—	—	—	—
Oppeln	41 507	H	60	* N	—	—	—	—	—
Neisse	32 604	9) H	99	—	—	—	—	—	—
Neustadt O./S. .	17 052	H	100	—	—	—	—	—	—
Leobschütz	13 077	H 60 % Ausmhl.	75	—	—	—	—	—	—
„		N 70 % Ausmhl.	—	—	—	—	—	—	—
Sachsen.									
Magdeburg . .	297 151	H	97	—	—	—	—	—	—
Halberstadt	48 184	H	90—95	—	—	N	—	—	—
Aschersleben . . .	28 627	H	90	—	—	—	—	—	—
Stendal	29 701	H	90	—	—	N	—	—	—
Quedlinburg . . .	27 014	H	90	—	—	N	—	—	—
Burg b. Magdebg.	24 532	H	96	—	—	—	—	—	—
Salzwedel	14 927	H	90	—	—	—	—	—	—
Schönebeck	21 378	H	85	—	—	10) N	—	—	—
Halle a. S. . . .	194 636	H	90—95	N	—	—	—	—	—
Weißenfels	36 756	H	99	—	—	—	—	—	—
Zeitz	35 122	H	90	—	—	N	—	—	—
Eisleben	23 694	H	—	—	—	—	—	—	—
Naumburg a. S.	29 410	H	98	—	—	N	—	—	—
Wittenberg Bez. Halle	23 457	H	70	—	—	N	—	—	—
Merseburg	25 633	11) H	95	—	—	—	—	—	—
Eilenburg	18 172	H	75	* N	—	—	—	—	—
Sangerhausen . .	11 951	H	90	—	—	—	—	—	—
Torgau	12 650	H	—	—	—	N	—	—	—
Erfurt	135 579	H	100	—	—	—	—	—	—
Mühlhausen i. Th.	36 755	H	100	—	—	—	—	—	—
Nordhausen . . .	35 056	H	80	—	—	—	—	—	—
Langensalza . . .	11 979	—	—	—	—	—	—	H	80
Schleswig-Holst.									
Altona	227 433	—	—	H	55	N	—	—	—
Kiel	213 881	—	—	N	—	H	60	N	—
Flensburg	63 146	—	—	N	—	H	75	—	—

1) 85 Hundertteile Roggenschrot, 15 Hundertteile Roggenmehl. — 2) 90 %ige Ausmahlung. — 3) 82 %ige Ausmahlung. — 4) 55 %ige Ausmahlung. — 5) 65 %ige Ausmahlung. — 6) 90 Hundertteile Roggenmehl und 10 Hundertteile Kartoffelmehl. — 7) 90 Hundertteile mit 80—85 %iger Ausmahlung und 10 Hundertteile Kartoffelmehl. — 8) nur 70 Hundertteile Roggenschrot und 30 Hundertteile 60 %ig ausgemahlenes Roggenmehl. — 9) 95 Hundertteile Roggenmehl und 5 Hundertteile Kartoffelmehl. — 10) 83 Hundertteile Roggenschrotmehl und 17 Hundertteile Weizenschrotmehl. — 11) 95 Hundertteile Roggenmehl.

(Noch: Übersicht 2)

Berichtsgemeinden	Einwohnerzahl	I. Roggenbrot (97—100 Teile 60—70 %iges Roggenmehl): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	I.: Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs	II. Roggenmischbrot a) (80—85 Teile Roggenmehl, 15—20 Teile Weizenmehl), b) (80—85 Teile Roggenmehl, 15—20 Teile Roggenschrotmehl, mit * bezeichnet): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	II.: Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs	III. Roggenschrotbrot (97—100 Teile Roggenschrotmehl): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	III.: Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs	IV. Mischbrot mit stärkerem Anteil von Weizenmehl (30—70 Teile Weizenmehl): ist Haupt- (H) oder Nebensorte (N)	IV.: Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Wandsbek	41 416	—	—	H	60	N	—	—	—
Neumünster	39 895	—	—	H zus. m. III	—	H zus. m. II	—	—	—
Schleswig	18 505	—	—	N	—	H	60	N	—
"		—	—	—	—	[1]) N	—	—	—
Itzehoe	19 656	—	—	H zus. m. III	50	H zus. m. II	50	—	—
Rendsburg	17 452	—	—	—	—	H	50	—	—
"		—	—	—	—	[2]) N	—	—	—
Mölln	5 288	—	—	H	60	N	—	—	—
Hannover.									
Hannover	425 274	H	95	—	—	N	—	—	—
Hameln	25 649	H	100	—	—	—	—	—	—
Hildesheim	58 522	H	80—90	—	—	—	—	—	—
Göttingen	41 514	H	75	—	—	N	—	—	—
Goslar	21 229	H	80	—	—	N	—	—	—
Harburg-Wilhelmsbg.	105 765	—	—	H	70	N	—	—	—
Lüneburg	28 899	H	75	—	—	N	—	—	—
Celle	25 545	H	80	—	—	N	—	—	—
Stade	13 765	H	55	N	—	—	—	—	—
Osnabrück	89 079	N	—	H	50	—	—	—	—
Wilhelmshaven	25 403	H	66,6	*[3]) N	—	—	—	—	—
Emden	31 729	N	—	N	—	H	50	—	—
Leer	12 238	—	—	N	—	H	60—70	—	—
Westfalen.									
Münster i./W.	106 418	—	—	H zus. m. IV	45	—	—	H zus. m. II	45
Bielefeld	114 180	—	—	H	60	—	—	—	—
"		—	—	[4]) N	—	—	—	—	—
Herford	35 940	—	—	H	70	N	—	—	—
Paderborn	33 719	—	—	H	80—90	—	—	—	—
Minden	27 139	H	90	—	—	N	—	—	—
Dortmund	525 837	—	—	H zus. m. IV	40	—	—	H zus. m. II	40
Bochum	313 554	N	—	H	70	—	—	—	—
Hagen (Westf.)	143 701	H	50	N	—	—	—	—	—
Hamm (Westf.)	50 040	—	—	H	75	—	—	—	—
Witten	73 288	N	—	H	50—60	—	—	—	—
Soest	20 995	N	—	H	50—60	—	—	—	—
Hessen-Nassau.									
Bäckerzwangsinnung:									
Kassel	172 062	H	90	—	—	N	—	—	—
Konsum- und Sparverein:									
"		H	95	—	—	N	—	—	—
Großbäckerei:									
"		H	85	—	—	N	—	—	—
Hanau	38 918	H	60—65	N	—	—	—	—	—
Fulda	26 140	N	—	H	80	—	—	—	—
Marburg	24 676	N	—	H	—	—	—	—	—
Frankfurt a./M.	540 115	N	—	H	50—55	—	—	—	—
Wiesbaden	151 961	—	—	H	85	—	—	—	—
Bad Homburg v. d. H.	16 325	—	—	H zus. m. III	35	H zus. m. II	35	—	—
Rheinprovinz.									
Koblenz	58 322	—	—	N	—	—	—	H	60
Mayen	14 327	—	—	H	70	—	—	N	—
Düsseldorf	464 543	—	—	H	40	N	—	—	—
Essen	629 564	H zus. m. II	40	H zus. m. I	40	—	—	—	—
Duisburg-Hamborn	421 217	—	—	H	70	—	—	N	—
Krefeld-Uerdingen a./Rh.	159 064	—	—	—	—	H	50	N	—
Neuß	48 668	—	—	H zus. m. III	33,3	H zus. m. II	33,3	—	—
Wesel	24 136	N	—	H	—	—	—	—	—
Cleve	20 241	—	—	N	—	H	—	—	—
Goch	11 798	—	—	H zus. m. III	ca. 50	H zus. m. II	ca. 50	—	—
Köln	700 222	—	—	H	ca. 72	N	—	—	—
Trier	68 469	—	—	H	66,6	—	—	N	—
Aachen	155 816	H zus. m. II	25	H zus. m. I	25—30	N	—	—	—
Düren	37 176	—	—	[4]) H	40	N	—	—	—

[1]) 80 Hundertteile Roggenschrotmehl, 20 Hundertteile Roggenmehl. — [2]) 83 Hundertteile Roggenschrotmehl. — [3]) 70 Hundertteile Roggenmehl. — [4]) 90 Hundertteile Roggenmehl m[it] 85 %iger Ausmahlung und 10 Hundertteile Weizenmehl. — [5]) nur 75 Hundertteile Roggenmehl und 23 Hundertteile Weizenmehl.

[Fortsetzung des Textes von Seite 418.]

und daß sich die hergestellten Brotarten entsprechend dem Gesetz in folgende 4 Hauptgruppen einteilen lassen:

I. Roggenbrot, zu 97 bis 100 Hundertteilen aus 60 bis 70 %ig ausgemahlenem Roggenmehl bestehend,

II. Roggenmischbrot

a) aus Roggen- und Weizenmehl, zu 80 bis 85 Hundertteilen aus 60—70 %ig ausgemahlenem Roggenmehl bestehend,

b) aus 80 Teilen Roggenmehl und 17 bis 20 Teilen Roggenschrotmehl,

III. Roggenschrotbrot, zu 97 bis 100 Hundertteilen aus 90—100 %ig ausgemahlenem Roggenschrotmehl bestehend,

IV. Mischbrot mit stärkerem Anteil von Weizenmehl (30 bis 70 Hundertteile).

Während die Erhebung diese 4 Gruppen von Brotsorten mit Klarheit ergeben hat, konnten Angaben über den Anteil der meistgekauften Brotsorte am Gesamtverbrauch nicht von sämtlichen Gemeinden gemacht werden; immerhin hat der größte Teil auch die Frage nach dem Absatzanteil beantwortet.

2. Die Struktur des Brotverbrauchs. Das Staatsgebiet zerfällt hinsichtlich des Verbrauchs dieser Sorten in zwei deutlich voneinander geschiedene Gebiete. (Im folgenden ist mit „Hauptsorte“ stets die Sorte bezeichnet, die überwiegend zum Verkauf gelangt [meistgekaufte Brotart], mit „Nebensorte“ diejenige, die außerdem noch von nennenswerter Bedeutung ist; manchmal sind zwei Brotarten gleichmäßig als Hauptsorten genannt worden.) In den östlichen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Grenzmark, Nieder- und Oberschlesien, sowie in Sachsen und Berlin ist das Roggenfeinbrot (97 bis 100 Hundertteile Roggenmehl mit 60—70 %iger Ausmahlung) das bei weitem meistgekaufte Brot (vgl. Übersicht 1). In diesen Provinzen geben 78 bis 100 % der Gemeinden

diese Brotsorte als Hauptsorte an; die Anteile am Gesamtverbrauch betragen in den einzelnen Orten über 60 %, in der Mehrzahl über 75 %, recht oft auch 100 %. Es sind die Roggenüberschußgebiete, die Provinzen mit den stärksten Ernteerträgen an Roggen je Kopf der Bevölkerung, in denen sich der starke Roggenanbau so deutlich im Brotverzehr ausdrückt. Weizenmehl wird hier dem meistgekauften Brot so gut wie gar nicht beigemischt. Als Nebensorte kommt mit Weizenmehl gemischtes Brot im Osten nur in Pommern häufiger vor. Außer in den genannten Provinzen hat das Roggenfeinbrot noch in Hannover Bedeutung, wo fast 70 % der Berichtsorte dieses Brot als Hauptsorte mit Anteilen von 55 bis 100 % am Gesamtabsatz angeben, in den restlichen Orten sind Schrotbrot und zu überwiegendem Teil aus Roggenmehl bestehendes Mischbrot Hauptsorten, die auch fast ausschließlich als Nebensorten in Betracht kommen. In Schleswig-Holstein sind in der Hauptsache das stark mit Roggenmehl gemischte Brot und, mit noch etwas stärkerem Anteil, Roggenschrotbrot üblich. In den drei westlichsten Provinzen (Hessen-Nassau, Westfalen, Rheinprovinz) herrscht im Gegensatz zum Osten das Mischbrot (etwa 80 Teile Roggen- und 20 Teile Weizenmehl) vor, das hier in etwa zwei Drittel der Orte das meistgekaufte Brot ist, im übrigen Drittel ist zum größeren Teil Roggen- (oder Schrot-) brot und nur zum kleineren Teil Weizenbrot (mit dem gesetzlichen Roggenanteil) Hauptsorte. Bei den Nebensorten, die im Westen etwas größere Bedeutung haben, weil die meistgekauften Sorten nicht so stark überwiegen, ergibt sich ein ähnliches Bild.

Einzelheiten sind aus der ausführlichen Ortsübersicht (Übersicht 2) zu entnehmen; die Berichtsorte sind durch Hinzufügung der Einwohnerzahlen charakterisiert.

Zusatz von Kartoffelmehl wurde nur von 2 Orten (Schlesien) angegeben, die Beimischung beträgt 5 bis 10 %. Mischbrot, das nicht aus Roggen- und Weizenmehl, sondern aus Roggenmehl und Roggenschrotmehl besteht, kommt fast nur im Osten (Ostpreußen und Schlesien) und zwar als Nebensorte vor. In Schleswig-Holstein und im Westen, wo das Mischbrot aus Roggen- und Weizenmehl vielfach Hauptsorte ist oder als Nebensorte Bedeutung hat, enthält es meist den im Gesetz genannten starken Anteil von Roggenmehl (80 Teile); Weizengroßbrot, d. h. Brot mit einer starken Beimischung von Weizenmehl (bis zu dem gesetzlichen Höchstsatz von 70 Hundertteilen) ist selbst im Westen seltener. (Von den Hohenzollerischen Landen wird wegen der in Süddeutschland fast völlig auf Weizenmehl eingestellten Verhältnisse hier abgesehen.)

Im ganzen gesehen ist das Bild im Staate hinsichtlich der Verwendung von Roggen zur Brotherstellung nicht ungünstig, soweit die ermittelte anteilmäßige Zusammensetzung des Brotes nach den Bestimmungen des Brotgesetzes Schlüsse zuläßt. Im Osten wird fast ausschließlich, jenseits der Elblinie noch zu erheblichem Teil reines Roggenbrot gegessen. Zwei Drittel aller Berichtsorte im Staate bezeichnen reines Roggenbrot als Hauptsorte; einschließlich des Verbrauchs von Schrotbrot als Hauptsorte und des Verbrauchs von Roggenbrot in Verbindung mit Mischbrot als Hauptsorten beträgt der Verbrauch von reinem Roggen- und Roggenschrotbrot in ¾ aller Orte mindestens 50, meist mehr vom Hundert des Gesamtverbrauchs. Der Rest ist hauptsächlich Mischbrot (mit 80 Hundertteilen Roggenmehl). Brotsorten, in denen der Anteil des Roggenmehls geringer ist als 80 %, wurden als meistgekaufte Sorten nur selten angegeben, denn gerade in den westlichen Provinzen, wo mit Weizenmehl gemischtes Brot üblich ist, kommt, wie erwähnt, nicht das Mischbrot mit dem starken Weizenanteil in erster Linie in Betracht, sondern das Mischbrot mit dem Roggenanteil von 80 %, daneben vielfach reines Roggenbrot. Die Heraufsetzung der Ausmahlungsgrenze auf 70 % beim Roggenmehl hat nach den hier zugrunde liegenden Angaben, die nicht näher nachgeprüft werden können, eine starke Verwendung des zu 70 % ausgemahlenen Roggenmehls zur Folge.

Die starke Bedeutung des Roggens für die Brotversorgung nach dem Brotgesetz ersieht man am besten aus der zusammenfassenden Übersicht 3, die ein ungefähres Bild davon gibt, in welchem Umfang prozentmäßig in den Provinzen Mahlerzeugnisse des Roggens und Weizens Brotbestandteile sind. Da die Anzahl der Berichtsstädte in manchen Provinzen gering ist, sind die Berechnungen hier nur als Annäherungswerte zu betrachten. Beim „meistgekauften Brot" sind von allen Städten Zahlenangaben über die Brotzusammensetzung gemacht worden, beim „gesamten Brotverbrauch" dagegen mußte zu Schätzungen gegriffen werden. Wo der Anteil der Hauptsorte am Gesamtabsatz bekannt ist, ist die Nebensorte, — falls nicht mehrere Sorten als Nebensorten angegeben worden sind —, als typisch für den Restverbrauch angesehen worden. Wo kein Absatzanteil der Hauptsorte angegeben worden ist (was seltener vorkam), ist der Prozentsatz eines Nachbarortes zugrunde gelegt, ebenso ist, wenn keine Nebensorte angegeben worden ist, die Nebensorte des nächsten Nachbarortes angenommen worden. Ein Staatsdurchschnitt ist nicht berechnet.

Die Anteile von Mahlerzeugnissen des Roggens und Weizens am Brot.[1]

(Nach den Einwohnerzahlen der Berichtsstädte gewogene Provinzdurchschnitte.)

(Übersicht 3)

Provinzen	Anzahl der Berichtsstädte	Es entfallen von 100 v. H. Roggen- und Weizenerzeugnissen			
		beim meistgekauften Brot auf		beim gesamten Brotverbrauch[2]) auf	
		Roggen v. H.	Weizen v. H.	Roggen v. H.	Weizen v. H.
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen	9	100,00	—	99,54	0,46
Brandenburg	14	99,14	0,86	99,26	0,74
Berlin	1	97,00	3,00	[3]) —	[3]) —
Pommern	10	97,89	2,11	94,51	5,49
Grenzmark Posen-Westpreußen	[4]) 1	100,00	—	100,00	—
Niederschlesien	15	100,00	—	99,54	0,46
Oberschlesien	8	100,00	—	99,45	0,55
Sachsen	22	99,37	0,63	99,16	0,84
Schleswig-Holstein	9	92,28	7,72	87,87	12,13
Hannover	13	96,20	3,80	97,32	2,68
Westfalen	11	80,37	19,63	81,18	18,82
Hessen-Nassau	6	88,05	11,95	89,24	10,76
Rheinprovinz	14	84,88	15,12	[5]) 83,20	[5]) 16,80
Hohenzollerische Lande	2	44,83	55,17	41,27	58,73

[1]) Angaben von 136 preußischen Berichtsstädten auf Grund des Brotgesetzes vom 10. 12. 1930. — [2]) z. T. geschätzt. — [3]) Für Berlin konnte die Berechnung für den gesamten Brotverbrauch mangels Angabe des Absatzanteils der meistgekauften Sorte nicht erfolgen. — [4]) Schneidemühl. — [5]) In der Rheinprovinz konnten in 5 Orten (Düsseldorf, Essen, Neuß, Aachen, Düren) nur 60—80 % des Gesamtverbrauchs aufgeteilt werden, für den Restverbrauch lagen keine Angaben vor.

Das Ergebnis dieser Aufteilung in den Provinzen ist folgendes: Mahlerzeugnisse des Roggens sind — wenn man von Hohenzollern absieht — in keiner Provinz mit weniger als 80 v. H. an der Brotherstellung beteiligt, d. h. sowohl beim meistgekauften Brot als auch beim Gesamtbrotverbrauch entfallen mindestens vier Fünftel der verwendeten Roggen- und Weizenerzeugnisse auf Roggen. Dieser Mindestsatz trifft zweifellos auch für Berlin, für das keine Ziffer berechnet wurde, zu. Der Roggenanteil am Gesamtbrotverbrauch in der Rheinprovinz kann möglicherweise etwas geringer sein als in der Übersicht 3 angegeben, da in einigen Orten die Aufteilung des vollen Brotverbrauchs nach Arten nicht möglich war. Unter der Annahme, daß an dem unaufgeteilten Rest Roggen- und Weizenmehl zu gleichen Teilen beteiligt sind, würde der Roggenanteil 77,8 v. H. betragen, und selbst wenn man annimmt, daß der Rest voll auf Weizen entfällt, ergibt sich noch ein Roggenanteil von 71,8 v. H.

3. Preisvergleiche der einzelnen Brotsorten. Durch die bei der Erhebung gewonnenen Einblicke in die Zusammensetzung

[Fortsetzung des Textes auf Seite 423.]

Preisvergleich.

I. Roggenbrot.

(95 bis 100 Hundertteile[1]) 60—70 %ig ausgemahlenes Roggenmehl.)

(Übersicht 4a)

Berichtsgemeinden	Mehlart R = Roggenmehl W = Weizenmehl K = Kartoffelmehl	Bestandteile v. H.[2])	Ausmahlung %	Hauptsorte (Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs) oder Nebensorte[3])	Kleinhandelspreis je kg in Rpf Ende Mai
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen.					
Königsberg i. Pr.	R	100	60	40	40
Marienburg, Westpr.	R	97	70	75	40
Braunsberg	R	100	60	Nebensorte	36
Insterburg	R	100	60	„	36
Gumbinnen	R	100	60	70	36
Lyck	R	100	60	67	36
Allenstein	R	100	62—65	70—75	34
Elbing	R	100	60—65	75	34
Tilsit	R	97	70	Nebensorte	34
Brandenburg.					
Potsdam	R	97	70		
	W	3	60—65	80	39
Eberswalde	R	100	60—70	90	36,7
Luckenwalde	R	100	70	100	36
Schwedt	R	97	60		
	W	3	60—65	80—90	36
Fürstenwalde	R	100	70	90—95	36
Landsberg a. W.	R	100	70	90	35,4
Brandenburg (Havel)	R	100	60—70	90	34
Rathenow	R	97	60—70		
	W	3	—	90—95	34
Frankfurt a. O.	R	100	70	80—90	34
Cottbus	R	100	60	90	34
Guben	R	100	65—70	80—90	34
Küstrin	R	97	65—70		
	W	3	65	90	33,5
Prenzlau	R	97	65—70		
	W	3	65	95	33,3
Neuruppin	R	100	65	85	33
Berlin	R	97	70		
	W	3	70	Hauptsorte	39
Pommern.					
Kolberg	R	100	70	65	40
Stralsund	R	97	70	60	39
Greifswald	R	100	65	75—80	38
Stargard i. Pom.	R	97	60		
	W	3	65—70	66,7	36
Anklam	R	97	60		
	W	3	65	80	36
Köslin	R	97	60—70		
	W	3	50—60	80	35,3
Stettin	R	97	60		
	W	3	60	66,7	35
Pasewalk	R	100	60 u. 70	100	34
Stolp	R	100	70	80	34
Demmin	R	95	60		
	W	4	60	80	33
Grenzmark Posen-Westpr.					
Schneidemühl	R	97	60	100	36
Niederschlesien.					
Breslau	R	99	60—65	80—84	37
Schweidnitz	R	100	60	Hauptsorte	34
	R	100	70	Nebensorte	32
Brieg	R	100	60	75	34
Liegnitz	R	100	60	80	34
Waldenburg i. Schles.	R	100	60	85	33,3
	R	100	70	Nebensorte	31,8
Hirschberg i. Rsgb.	R	100	60	98	33
Glogau	R	100	60	80	32,5
Glatz	R	90	70		
	K	10	—	60	32
Striegau	R	100	60	Hauptsorte	32
Grünberg i. Schles.	R	100	65—70	97	32
Jauer	R	100	60	80	32
Görlitz	R	100	60	66,7	30

Berichtsgemeinden	Mehlart R = Roggenmehl W = Weizenmehl K = Kartoffelmehl	Bestandteile v. H.[2])	Ausmahlung %	Hauptsorte (Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs) oder Nebensorte[3])	Kleinhandelspreis je kg in Rpf Ende Mai
1	2	3	4	5	6
Lauban	R	97	60	80	30
Sagan	R	100	60	95	30
Oberschlesien.					
Gleiwitz	R	97	60	80—90	38
Beuthen O./S.	R	97	60	80—90	38
Hindenburg	R	97	60	90	36
Ratibor	R	98	70	70	34
Oppeln	R	100	60	60	34
Neisse	R	95	60		
	K	5	—	99	30
Neustadt O./S.	R	100	60—65	100	30
Leobschütz	R	100	60	75	30
	R	100	70	Nebensorte	28
Sachsen.					
Halle a. S.	R	100	60—65	90—95	37,5
Halberstadt	R	97	65—70	90—95	37
Aschersleben	R	97	70	90	37
Magdeburg	R	97	70	97	36,5
Stendal	R	100	70	90	36
Salzwedel	R	100	65—70	90	36
Weißenfels	R	100	70	99	36
Naumburg a. S.	R	100	65	98	36
Merseburg	R	95	60—70		
	W	5	70	95	36
Erfurt	R	100	70	100	36
Mühlhausen i. Th.	R	97	65		
	W	3	70	100	36
Nordhausen	R	97	60—70	80	36
Schönebeck	R	100	70	85	36
Quedlinburg	R	100	70	90	35
Zeitz	R	100	70	90	35
Eisleben	R	100	60—70	Hauptsorte	35
Wittenberg Bez. Halle	R	100	70	70	35
Eilenburg	R	100	70	75	34,2
Torgau	R	100	70	Hauptsorte	34
Sangerhausen	R	97	70		
	W	3	65	90	33
Burg b. Magdeburg	R	97	70		
	W	3	65	96	32
Hannover.					
Hameln	R	97	70		
	W	3	60	100	40
Stade	R	100	70	55	39,5
Lüneburg	R	100	70	75	38
Hannover	R	97	70	95	36,7
Hildesheim	R	97	68—70	80—90	36,7
Göttingen	R	100	70	75	36
Goslar	R	100	60—70	80	34,3
Celle	R	100	70	80	34
Osnabrück	R	97	70	Nebensorte	33,3
Wilhelmshaven	R	97	70	66,7	30
Westfalen.					
Bochum	R	97	60—70	70	42
Hagen (Westf.)	R	97	70	50	40
Witten	R	97	70		
	W	3	70	50—60	40
Bielefeld	R	85	70		
	W	13	70	60	40
Minden	R	100	70	90	36
Hessen-Nassau.					
Hanau	R	97	60	60—65	38
Kassel	R	97—100	65—70	90	35
Fulda	R	100	60	Nebensorte	34,7
Rheinprovinz.					
Essen	R	100	60	40	33
Wesel	R	95	60		
	W	5	50	Nebensorte	33

1) In einem Fall (Glatz) 90 Hundertteile. — 2) Backhilfsmittel sind nur von wenigen Orten besonders angegeben worden; sie sind hier nicht aufgeführt, stellen also in den Fällen, in denen die angeführten Brotbestandteile nicht ganz 100 ergeben, den Rest dar. — 3) In dieser Spalte ist angegeben, ob es sich um die meistgekaufte Sorte (Hauptsorte) oder eine Nebensorte handelt; bei der Hauptsorte konnte meist der Anteil am örtlichen Gesamtbrotverbrauch angegeben werden.



II a. Roggenmischbrot.

(80 bis 85 Hundertteile[1]) 60—70 %ig ausgemahlenes Roggenmehl
15 „ 20 „ Weizenmehl).

(Übersicht 4b)

Berichtsgemeinden	Mehlart R = Roggenmehl W = Weizenmehl	Bestandteile v. H.[2])	Ausmahlung %	Hauptsorte (Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs) oder Nebensorte[3])	Kleinhandelspreis je kg in Rpf Ende Mai
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen.					
Elbing	R	85	65		
	W	15	65	Nebensorte	40
Pommern.					
Stettin	R	80	60		
	W	17	60	Nebensorte	37
Stargard i. Pom.	R	80	60		
	W	17	65—70	Nebensorte	37
emmin	R	82	60		
	W	17	60	Nebensorte	36
Schleswig-Holstein.					
lensburg	R	80	65		
	W	17	50	Nebensorte	50
Neumünster	R	80	60—70		
	W	20	60—70	Hauptsorte	50
ehoe	R	80	60—70		
	W	20	60—70	50	45
iel	R	80	60—70		
	W	17	60—70	Nebensorte	42
ölln	R	80	65		
	W	17	65	60	42
ltona	R	80	60—70		
	W	17	65	55	40
andsbek	R	80	60		
	W	17	70	60	40
chleswig	R	80	60		
	W	20	65	Nebensorte	50
Hannover.					
mden	R	80	60—70		
	W	17	65	Nebensorte	46
er	R	80	70		
	W	17	65—70	Nebensorte	44
snabrück	R	80	70		
	W	17	65	50	40
arburg-Wilhelmsburg	R	83	60—70		
	W	17	60—65	70	37
Westfalen.					
agen (Westf.)	R	80	70		
	W	17	70	Nebensorte	48
chum	R	80	60—70		
	W	17	65—70	70	45
ünster i./W.	R	80	70		
	W	17	70	Nebensorte	43
amm (Westf.)	R	80	60		
	W	17	70	75	43
erford	R	80	70		
	W	20	70—80	70	40

Berichtsgemeinden	Mehlart R = Roggenmehl W = Weizenmehl	Bestandteile v. H.[2])	Ausmahlung %	Hauptsorte (Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs) oder Nebensorte[3])	Kleinhandelspreis je kg in Rpf Ende Mai
1	2	3	4	5	6
Witten	R	70—80	70		
	W	17—30	70	50—60	40
Soest	R	80	60—70		
	W	20	60	50—60	40
Dortmund	R	80	60—70		
	W	20	70	40	38
Paderborn	R	80	70		
	W	17	60—65	80—90	36
Hessen-Nassau.					
Frankfurt a./M.	R	70—80	60		
	W	20—30	60	50—55	44
Bad Homburg v. d. H.	R	90	70		
	W	7—10	60	35	43,5
Hanau	R	60—80	60		
	W	17—37	60—70	Nebensorte	43
Wiesbaden	R	83	60		
	W	17	60	85	43
Fulda	R	82	60		
	W	18	60	80	38,7
Marburg	R	85	60		
	W	15	60	Hauptsorte	38
Rheinprovinz.					
Düsseldorf	R	80	70		
	W	20	70	40	50
Neuß	R	80	70		
	W	17	75	33,3	50
Köln	R	80	70		
	W	20	70	72	49
Duisburg-Hamborn	R	80	70		
	W	17	60	70	48
Goch	R	80	60		
	W	20	60	50	48
Aachen	R	80	60		
	W	17	Vollmehl	25—30	48
Trier	R	80	60		
	W	20	65	66,7	45,3
Düren	R	75	70		
	W	23	70	40	45
Essen	R	83	60		
	W	17	70	40	44
Wesel	R	80	60		
	W	17	50	Hauptsorte	44
Mayen	R	83	60		
	W	17	60	70	38
Kleve	R	80—83	60—70		
	W	17	65—70	Nebensorte	35

[1]) Abweichend: Frankfurt a./M., Bad Homburg v. d. Höhe, Hanau. — [2]) und [3]) siehe Anmerkung [2]) und [3]) in Übersicht 4 a.

[Fortsetzung des Textes von Seite 421.]

der meistgekauften Brotsorten wird ein zwischenörtlicher Vergleich der Preise ermöglicht, der vordem wegen der Verschiedenheit der bei den einzelnen örtlichen Preisen jeweils zugrunde gelegten Brotsorten sehr erschwert war.

Für das aus 97 bis 100 Hundertteilen bestehende Roggenfeinbrot (60—70 %ige Ausmahlung) beträgt der Preis Ende Mai (am 27. 5. 1931) je kg

in	Zahl der Fälle	zwischen	
Ostpreußen	9	40 und 34 Rpf	
Brandenburg	14	39 „ 33 „	
Berlin	1	39 „	
Pommern	10	40 und 33 „	
Grenzmark[1])	1	36 „	
Niederschlesien	16	37 und 30 „	
Oberschlesien	9	38 „ 28 „	
Sachsen	20	37,5 „ 32 „	
Hannover	10	40 „ 30 „	
Westfalen	4	42 „ 36 „	von geringerer Bedeutung.
Hessen-Nassau	3	38 „ 34,7 „	
Rheinprovinz	2	33 „	

[1]) Schneidemühl.

Für das Roggenschrotbrot (97 bis 100 Hundertteile Schrotmehl) beträgt der Preis je kg

Ostpreußen	4	33,3 und 30 Rpf
Brandenburg	6	36,7 „ 32 „
Pommern	2	32 „ 30 „
Niederschlesien	3	34 „ 32 bzw. 28 Rpf (Kartoffelmehl)
Oberschlesien	1	27 Rpf
Sachsen	1	30 „
Schleswig-Holstein	9	33,5 und 27 „
Hannover	6	34,3 „ 25 „
Westfalen	2	36 „ 30 „
Hessen-Nassau	1	40 „
Rheinprovinz	8	34 und 26 „ .

Für das Roggenmischbrot (70 bis 85 Hundertteile Roggenmehl, 15 bis 30 Hundertteile Weizenmehl) beträgt der Preis je kg:

Pommern	3	37 und 36 Rpf
Schleswig-Holstein	5	50 „ 40 „
Hannover	4	46 „ 37 „
Westfalen	9	48 „ 36 „
Hessen-Nassau	6	44 „ 38 „
Rheinprovinz	12	50 „ 35 „ .

IIb. Roggenmischbrot.

(80 Hundertteile 60—70 %ig ausgemahlenes Roggenmehl, 17 bis 20 Hundertteile Roggenschrotmehl).

(Übersicht 4c)

Berichtsgemeinden	Mehlart R = Roggenmehl Rsch = Roggenschrot	Bestandteile v. H.[1]	Ausmahlung %	Hauptsorte (Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs) oder Nebensorte[2]	Kleinhandelspreis je kg in Rpf Ende Mai
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen.					
Königsberg i. Pr.	R	40	60		
	R	40	70		
	Rsch	20	100	40	40
Tilsit	R	80	70		
	Rsch	17	97	80	28
Pommern.					
Köslin	R	80	60—70		
	Rsch	20	—	Nebensorte	35,3
Stralsund	R	80	70		
	Rsch	17	100	„	31
Niederschlesien.					
Oels	R	80	60		
	R	10	—		
	Rsch	10	—	65—70	30
Lauban	R	80	60		
	Rsch	17	100	Nebensorte	30
Oberschlesien.					
Gleiwitz	R	80	70		
	Rsch	20	—	„	34
Beuthen O./S.	R	80	70		
	Rsch	20	—	„	34
Oppeln	R	80	70		
	Rsch	20	—	„	32
Hindenburg O./S.	R	80	70		
	Rsch	20	—	„	31

[1]) und [2]) siehe Anmerkungen [2]) und [3]) in Übersicht 4a.

III. Roggenschrotbrot.

(97 bis 100 Hundertteile[1]) Roggenschrotmehl.)

(Übersicht 4d)

Berichtsgemeinden	Mehlart R = Roggenmehl W = Weizenmehl Rsch = Roggenschrot K = Kartoffelmehl	Bestandteile v. H.[2])	Ausmahlung %	Hauptsorte (Verbrauchsanteil in v. H. des Gesamtverbrauchs) oder Nebensorte[3])	Kleinhandelspreis je kg in Rpf Ende Mai
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen.					
Marienburg, Westpr.	Rsch	97	97	Nebensorte	33,3
Braunsberg	Rsch	100	95	„	33
Allenstein	Rsch	100	—	„	32
Gumbinnen	Rsch	100	97	„	30
Brandenburg.					
Eberswalde	Rsch	100	100	„	36,7
Küstrin	R	100	82	„	33,5
Fürstenwalde	Rsch	100	90	„	34
Prenzlau	Rsch	97	100		
	W	3	65	„	33,3
Landsberg a. W.	Rsch	100	97	„	33
Brandenburg (Hav.)	R	15	70		
	Rsch	85	100	„	32
Pommern.					
Greifswald	Rsch	100	97	„	32
Stolp	Rsch	100	97	„	30
Niederschlesien.					
Breslau	Rsch	99	95	„	34
Liegnitz	Rsch	100	100	„	32
Glatz	R	90	80—85		
	K	10	—	„	28
Oberschlesien.					
Ratibor	Rsch	100	97	„	27
Sachsen.					
Wittenberg Bez. Halle	Rsch	100	90—97	„	30
Schleswig-Holstein.					
Schleswig	Rsch	100	100	60	33,5
Flensburg	Rsch	97	95		
	W	3	60	75	33,3
Neumünster	Rsch	100	96	Hauptsorte	30
Itzehoe	Rsch	100	100	50	30
Rendsburg	Rsch	100	95—98	50	30
Altona	Rsch	100	98	Nebensorte	29
Wandsbek	Rsch	97	97	„	29
Kiel	Rsch	97	97—100	60	27,5
Mölln	Rsch	100	100	Nebensorte	27
Hannover.					
Goslar	Rsch	100	97	Nebensorte	34,3
Lüneburg	Rsch	100	97	„	32
Celle	Rsch	100	—	„	31
Harburg-Wilhelmsburg	Rsch	100	94—98	„	30
Leer	Rsch	100	100	60—70	27
Emden	Rsch	100	100	50	25
Westfalen.					
Herford	Rsch	100	97	Nebensorte	36
Minden	Rsch	100	100	„	30
Hessen-Nassau.					
Bad Homburg v. d. H.	Rsch	100	90	35	40
Rheinprovinz.					
Düsseldorf	Rsch	100	100	30	34
Neuß	Rsch	100	100	33,3	34
Köln	Rsch	100	100	Nebensorte	34
Aachen	Rsch	100	100	„	34
Krefeld-Uerdingen a. Rh.	Rsch	100	100	50	32
Cleve	Rsch	97—100	100	Hauptsorte	30
Düren	Rsch	100	100	Nebensorte	30
Goch	Rsch	100	100	50	26

[1]) Abweichend: Brandenburg (Hav.). In Küstrin 82 %, in Glatz 80—85 % Ausmahlung. — [2]) und [3]) siehe Anmerkung [2]) und [3]) in Übersicht 4a.

Bei dem Mischbrot aus Roggenmehl und Roggenschrot sind ebenfalls Preisunterschiede innerhalb der gleichen Provinz festzustellen. Bei einer Zusammensetzung von etwa 80 Hundertteilen Roggenmehl und 17 bis 20 Hundertteilen Roggenschrotmehl beträgt der Preis in Ostpreußen in zwei Orten 40 Rpf und 28 Rpf, in Pommern in zwei Orten 35,3 und 31 Rpf, in Niederschlesien in zwei Orten 30 Rpf und in Oberschlesien schwankt er in vier Orten zwischen 34 und 31 Rpf.

Gründe für die Preisunterschiede werden nur in Einzelfällen in der unterschiedlichen Ausmahlung, stärkeren Verwendung von besserem Mehl usw. ersichtlich, sonst beziehen sich die Preise auf auch in der Zusammensetzung nach Mehlarten und der Ausmahlung nahezu gleichartiges Brot. Auch die Größe des Ortes (Großstädte) läßt keine begründeten Preisunterschiede erkennen. Ein Vergleich der Kosten (Mehlpreise, Brennstoffpreise, Löhne usw.) ist nicht durchgeführt worden, eine eingehende kritische Würdigung der Preisunterschiede muß deshalb unterbleiben. Der Nachweis der örtlichen Schwankungen im Brotpreis ist jedoch an sich schon von Belang. In diesem Zusammenhang mag darauf hingewiesen werden, daß für die Höhe des Brotpreises nicht nur die tatsächlichen Kostenverhältnisse, sondern auch die örtlichen Verbrauchsverhältnisse selbst eine Rolle spielen werden, z. B. kann Schrotbrot bei geringem Umsatz als teureres Brot statt als billigeres Brot auftreten, oder es kann aus kalkulatorischen Gründen ein einheitlicher Preis für zwei ganz verschiedene Brotsorten am selben Ort bestehen. Bei der Preisvergleichungstabelle (Übersicht 4) ist deshalb angegeben (Spalte 5), ob es sich um Hauptsorte oder Nebensorte handelt, die Nebensorte ist jedoch nur aufgenommen, wenn sie größere Bedeutung hat.

Für die Gesamtheit der untersuchten Orte ergibt sich: Beim Roggenfeinbrot liegt der (öfter vorkommende) höchste Preis von 40 Rpf 33 1/3 % über dem niedrigsten von 30 Rpf (die äußersten Grenzpreise von 28 und 42 Rpf sind dabei als nur einmal vorkommend ausgeschieden). Bei dem Roggenbrot, dem etwa 20 Hundertteile Schrotmehl zugesetzt werden, besteht der gleiche Unterschied. Beim Mischbrot mit etwa 20% Weizenmehlanteil beträgt der Unterschied zwischen dem höchsten (50 Rpf) und niedrigsten Preis (35 Rpf) sogar 42,9 % und bei dem reinen Schrotbrot, wenn man von dem nur einmal vorkommenden Höchstpreis von 40 Rpf absieht, bei einer oberen und unteren Preisgrenze von 36,7 und 25 Rpf 46,8 %.

Läßt man einmal die Sortenunterschiede (Zusammensetzung und Ausmahlung) gänzlich außer Betracht, um den höchsten und niedrigsten überhaupt vorkommenden Brotpreis einander gegenüberzustellen, so ergibt sich das bemerkenswerte Ergebnis, daß dem niedrigsten Preis von 25 Rpf (Schrotbrot) ein höchster Preis von 50 Rpf für das kg (Mischbrot, 80 Teile Roggenmehl, 20 Teile Weizenmehl) gegenübersteht, d. i. eine Spanne von genau 100 %. Der Preis von 25 Rpf kommt zwar nur einmal (Emden) vor, die Preise von 26 Rpf (Goch) und 27 Rpf (Ratibor, Mölln) grenzen aber dicht an diesen Preis; der Preis von 50 Rpf kommt häufiger vor (Schleswig-Holstein, Rheinprovinz).

Auf eine Formel gebracht: Das meistgekaufte Brot zeigt in Preußen eine Abstufung vom Schrotbrot über Feinbrot zum Mischbrot, das am teuersten ist. Im Osten wird fast nur Roggenbrot, d. h. im allgemeinen billigeres Brot, im Westen und Nordwesten in starkem Maße Brot mit Weizenzusatz, d. h. im allgemeinen teureres Brot, verbraucht.

Zwangsversteigerung landwirtschaftlich genutzter Grundstücke in Preußen.

a) im Vierteljahr Januar/März 1930.

In der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1930 ist über 2 610 ländliche Grundstücke, die 56 955 ha Gesamtfläche mit insgesamt 618871 RM Grundsteuer-Reinertrag umfassen, das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet worden. Im gleichen Zeitraum sind 857 landwirtschaftliche Anwesen im Gesamtumfange von 36 792 ha Fläche mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 300 205 RM zur Versteigerung gelangt. Danach sind gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr und dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres in der Berichtszeit 352 und 462 weniger Liegenschaften aber mit einer um 3 621 ha und 6 391 ha größeren Fläche zur Zwangsversteigerung angemeldet worden, die Zahl der durchgeführten Versteigerungen hat um 309 und 417 zugenommen, während die versteigerte Fläche um 12 255 und 25 721 ha größer als in den beiden Vergleichsvierteljahren gewesen ist.

Von den eingeleiteten Verfahren haben 5,3 v. H. aller Fälle mit 1,0 v. H. der Gesamtfläche, von den durchgeführten 7,7 v. H. der Fälle und 0,6 v. H. der Fläche die Aufhebung einer Gemeinschaft behufs Erbteilung, Auseinandersetzung usw. zum Ziele gehabt. Über zwei Drittel (68,1 v. H.) derartiger Anmeldungen entfallen auf die Provinzen Sachsen (35), Rheinprovinz (31), Hannover (14) und Hessen-Nassau (14); in nennenswerter Anzahl durchgeführt sind solche Verfahren jedoch nur in Hessen-Nassau (18) und Sachsen (10). Auf Liegenschaften, deren Besitzer in Land- oder Forstwirtschaft nur ihren Nebenberuf sehen, kommen 50,7 v. H. der eingeleiteten mit 10,7 v. H. der Fläche und 40,0 v. H. der durchgeführten Zwangsversteigerungsverfahren mit 4,6 v. H. der Fläche. Schließlich treffen 44,0 v. H. der Anmeldungen mit 88,3 v. H. der Fläche und 52,3 v. H. der Zwangsversteigerungen mit 94,8 v H. der Fläche auf die reinen landwirtschaftlichen Grundstücke, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben.

Gegenüber den Ergebnissen des vorangehenden Vierteljahres ist die Zahl der eingeleiteten und durchgeführten Zwangsversteigerungsverfahren bei den landwirtschaftlichen Hauptbetrieben um 4,5 und 48,3 v. H., die betroffene Fläche um 6,1 und 57,5 v. H. gestiegen. Bei den Nebenbetrieben ist die Zahl der Anmeldungen um 21,3 v. H. kleiner, die angemeldete Fläche um 26,2 v. H. größer als in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1929, während sich hier die Zahl der Zwangsversteigerungen um 74,1 v. H. gehoben und die versteigerte Fläche um 22,1 v. H. gesenkt hat. Verglichen mit dem gleichen Viertel des Vorjahres weisen die neueröffneten Verfahren nach Zahl und Fläche bei den reinen landwirtschaftlichen Grundstücken eine Zunahme um 21,8 und 15,7 v. H., bei den Anwesen von Besitzern mit Land- oder Forstwirtschaft als Nebenberuf dagegen eine Abnahme 32,9 und 5,2 v. H. auf. Zahl und Fläche der versteigerten Betriebe sind erheblich größer als im Zeitraum Januar/März 1929, nämlich bei den Hauptbetrieben um 121,8 und 247,4, bei den Nebenbetrieben um 100,6 und 105,1 v. H.

Nach der Übersicht, welche die dem Zwangsversteigerungsverfahren unterworfenen Haupt- und Nebenbetriebe nach Größenklassen gliedert, sind bei den reinen landwirtschaftlichen Grundstücken diesmal fast alle Besitzgruppen mehr als im vorhergehenden Vierteljahr und auch sämtliche Gruppen stärker als im gleichen Vorjahrsviertel betroffen. Gegenüber dem Vorvierteljahr ist nur bei den gegen Kleinbauernbetriebe (2 bis unter 5 ha) eingeleiteten Verfahren ein Rückgang nach Zahl und Fläche, und zwar um 9,2 und 8,4 v. H. festzustellen; ferner ist die Zahl der angemeldeten Betriebe von 5 bis unter 20 ha unverändert geblieben und die versteigerte Fläche von Zwerg- und Parzellenbetrieben (unter 2 ha) um 5,1 v. H. zurückgegangen. Zahl und Fläche der unter den Hammer gekommenen Grundstücke sind erheblich größer als im Vierteljahr Januar/März 1929. Die Zunahme beträgt, abgesehen von den klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften (2 bis unter 20 ha), überall mehr als 100 v. H., bei den beiden Besitzgruppen von 50 und mehr ha sogar über 200 v. H.

Die gegen landwirtschaftliche Nebenbetriebe angeordneten Zwangsversteigerungsverfahren weisen gegenüber den Ergebnissen der beiden Vergleichsvierteljahre in den Größenklassen von 20 bis unter 50 ha und von über 100 ha, gegen das vorangehende Vierteljahr außerdem auch in der Gruppe von 2 bis unter 5 ha, eine Steigerung, in den übrigen Betriebsgruppen einen Rückgang auf. Versteigert sind fast durchweg mehr Anwesen von nebenberuflich in Land- oder Forstwirtschaft tätigen Besitzern als im ersten und letzten Kalendervierteljahr 1929. Eine Ausnahme

1. Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke.

(Tab. 1)

Im Vierteljahr	Eingeleitete		Durchgeführte		Eingeleitete		Durchgeführte	
	Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher							
	Hauptbetriebe				Nebenbetriebe			
	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Januar/März 1930	**1 149**	**50 294**	**448**	**34 886**	**1 323**	**6 103**	**343**	**1 688**
Oktober/Dezember 1929	1 099	47 391	302	22 156	1 681	4 835	197	2 66
Januar/März 1929	943	43 472	202	10 041	1 972	6 435	171	823
gegen Oktober/Dezember 1929:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 50	+ 2 903	+ 146	+ 12 730	— 358	+ 1 268	+ 146	— 478
i. v. H.	+ 4,5	+ 6,1	+ 48,3	+ 57,5	— 21,8	+ 26,2	+ 74,1	— 22,1
gegen Januar/März 1929:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 206	+ 6 822	+ 246	+ 24 845	— 649	— 332	+ 172	+ 865
i. v. H.	+ 21,8	+ 15,7	+ 121,8	+ 247,4	— 32,9	— 5,2	+ 100,6	+ 105,1

2. Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenbetriebe nach Größenklassen.

(Tab. 2)

Vierteljahr	Es sind Zwangsversteigerungsverfahren in den Größenklassen											
	unter 2 ha		2 bis unter 5 ha		5 bis unter 20 ha		20 bis unter 50 ha		50 bis unter 100 ha		über 100 ha	
	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. eingeleitet.												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe.												
Januar/März 1930	**207**	**193**	**187**	**634**	**366**	**3 902**	**192**	**6 142**	**86**	**6 391**	**111**	**33 032**
Oktober/Dezember 1929	180	172	206	692	366	3 887	165	5 363	79	5 630	103	31 647
Januar/März 1929	137	130	148	503	336	3 686	165	5 220	75	5 370	82	28 563
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe.												
Januar/März 1930	**875**	**702**	**278**	**877**	**127**	**1 091**	**31**	**935**	**2**	**144**	**10**	**2 354**
Oktober/Dezember 1929	1 248	872	272	831	137	1 280	17	498	4	317	3	1 037
Januar/März 1929	1 456	933	295	968	189	1 731	21	605	3	171	8	2 027
II. durchgeführt.												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe.												
Januar/März 1930	**43**	**37**	**52**	**194**	**137**	**1 528**	**80**	**2 643**	**53**	**3 867**	**83**	**26 617**
Oktober/Dezember 1929	36	39	33	110	89	969	59	1 892	31	2 319	54	16 827
Januar/März 1929	19	17	32	117	80	863	28	917	16	1 112	27	7 015
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe.												
Januar/März 1930	**199**	**149**	**85**	**278**	**49**	**461**	**4**	**111**	**4**	**329**	**2**	**360**
Oktober/Dezember 1929	120	68	36	110	32	273	3	87	2	150	4	1 478
Januar/März 1929	94	59	41	131	32	347	3	102	—	—	1	184

bilden nur die Betriebe von 100 und mehr ha, deren Zahl und Fläche um 50,0 und 75,6 v. H. kleiner als im Vorvierteljahr gewesen ist. Am meisten sind hier selbstverständlich die eigentlichen Nebenbetriebe im Umfange bis unter 20 ha betroffen und zwar mit 1 280 (96,7 v. H.) angemeldeten Betrieben und 2 670 ha (43,7 v. H.) Fläche, und ferner mit 333 (97,1 v. H.) Subhastationen mit 888 ha (52,6 v. H.). Auf die westlichen Landesteile[1]) entfallen mit 797 Fällen und allerdings nur 1 502 ha Fläche die meisten Anmeldungen, auf die östlichen Provinzen[1]) dagegen mit 230 Fällen und 1 383 ha Fläche die meisten Versteigerungen. Die 797 neuen Verfahren im Westen richten sich gegen 602 und 138 Betriebe in Größe von unter 2 ha und von 2 bis unter 5 ha, ferner gegen 51 mittelbäuerliche Nebenbetriebe und gegen 6 Bauernbetriebe von 20 bis unter 50 ha. Versteigert sind im Osten 114 Zwerg- und Parzellenbetriebe, 67 klein- und 42 mittelbäuerliche Wirtschaften, 5 Großbauernbetriebe und 2 große Güter, im Westen 85 und 18 Nebenbetriebe von unter 2 ha und von 2 bis unter 5 ha, 7 Anwesen in Größe von 5 bis unter 20 ha und 3 Betriebe von 20 bis unter 100 ha. Weitaus die meisten Verfahren gegen Zwerg- und Parzellenbetriebe sind hier eingeleitet in der Rheinprovinz (201), Hessen-Nassau (147) und Sachsen (88), durchgeführt in Brandenburg (35), der Rheinprovinz (31), Hessen-Nassau (26), Nieder- und Oberschlesien (23 und 21) und Pommern (20). Neue Zwangsversteigerungsverfahren gegen große Güter, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft im Nebenberufe betreiben, liegen in 5 Landesteilen, nämlich in Ostpreußen und Niederschlesien (je 3), Brandenburg (2), Stadt Berlin und Pommern (je 1) vor, während derartige Nebentriebe nur je einmal in Ostpreußen und Brandenburg zur Versteigerung gelangt sind.

Aus der Verteilung der angemeldeten und durchgeführten Zwangsversteigerungsverfahren im Staate und in den Provinzen nach Größenklassen der **reinen landwirtschaftlichen Grundstücke** ist zu ersehen, wie vor allem die **Bauernbetriebe wieder an den Verfahren stark beteiligt** gewesen und inwieweit die östlichen Provinzen betroffen sind. Eröffnet ist das Zwangsversteigerungsverfahren gegen 207 Zwerg- und Parzellenbetriebe, 187 Kleinbauernbetriebe, 366 Mittelbauernwirtschaften und 278 großbäuerliche Anwesen, also **gegen 831 Bauernbetriebe** mit 17 069 ha **Gesamtfläche** — das sind 15 = 1,8 v. H. (mit einer um 1 497 ha = 9,6 v. H. größeren Fläche) mehr als im Vorvierteljahr — schließlich **gegen 111 Großbetriebe** mit 33 032 ha

[1]) Als östliche Provinzen oder Landesteile gelten hier: Ostpreußen, Brandenburg, Stadt Berlin, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien und Oberschlesien; — als westliche Provinzen oder Landesteile zählen hier: Sachsen, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, die Rheinprovinz und die Hohenzollerischen Lande.

3. Zwangsversteigerungen reiner landwirtschaftlicher Grundstücke im Januar/März 1930.

(Tab. 3)

Staat / Provinzen	Von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben, sind: überhaupt Zahl	überhaupt Fläche ha	überhaupt Grundsteuer Reinertrag RM	in Größe von ... ha: unter 2 Zahl	unter 2 Fläche ha	2 bis 5 Zahl	2 bis 5 Fläche ha	5 bis 20 Zahl	5 bis 20 Fläche ha	20 bis 50 Zahl	20 bis 50 Fläche ha	50 bis 100 Zahl	50 bis 100 Fläche ha	100 bis 200 Zahl	100 bis 200 Fläche ha	200 und mehr Zahl	200 und mehr Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
a) zur Zwangsversteigerung angemeldet worden:																	
A. Staat	**1 149**	**50 294**	**538 545**	**207**	**193**	**187**	**634**	**366**	**3 902**	**192**	**6 142**	**86**	**6 391**	**55**	**7 752**	**56**	**25 280**
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	250	16 057	136 072	20	24	32	113	73	782	48	1 638	27	2 080	30	4 363	20	7 057
II. Brandenburg	123	6 086	73 995	16	16	19	65	43	481	20	657	13	912	7	908	5	3 047
III. Stadt Berlin	1	0,41	10	1	0,41	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	126	11 617	81 666	10	11	6	21	51	551	25	817	16	1 254	4	554	14	8 409
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	35	2 394	7 966	2	1	3	10	13	171	7	197	3	213	3	424	4	1 378
VI. Niederschlesien	132	6 568	103 632	11	9	22	76	44	471	31	925	10	729	5	701	9	3 657
VII. Oberschlesien	65	669	23 634	11	13	19	63	25	275	9	245	1	73	—	—	—	—
VIII. Sachsen	71	2 592	56 542	10	9	8	29	23	243	17	573	8	565	3	406	2	767
IX. Schleswig-Holstein	63	2 106	24 604	7	6	9	28	27	291	13	388	3	194	2	234	2	965
X. Hannover	94	1 356	17 811	24	22	21	69	29	309	15	511	4	283	1	162	—	—
XI. Westfalen	30	340	3 770	9	11	5	17	11	106	4	118	1	88	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	39	173	2 787	16	13	13	46	8	67	2	47	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	117	322	5 402	70	58	28	90	18	148	1	26	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande	3	14	654	—	—	2	7	1	7	—	—	—	—	—	—	—	—
b) zwangsversteigert worden:																	
A. Staat	**448**	**34 886**	**283 567**	**43**	**37**	**52**	**194**	**137**	**1 528**	**80**	**2 643**	**53**	**3 867**	**37**	**5 292**	**46**	**21 325**
B. Provinzen																	
I. Ostpreußen	135	11 529	88 981	8	6	10	35	29	352	30	976	19	1 437	24	3 459	15	5 264
II. Brandenburg	86	8 037	50 163	7	7	12	43	32	348	11	368	11	814	4	518	9	5 939
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	69	10 460	73 605	5	6	5	19	16	176	14	459	7	531	5	816	17	8 453
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	10	976	3 215	—	—	—	—	6	78	1	30	—	—	1	130	2	738
VI. Niederschlesien	59	2 152	40 960	7	5	14	55	18	188	9	305	6	419	2	249	3	931
VII. Oberschlesien	16	182	3 072	4	4	5	19	5	51	1	41	1	67	—	—	—	—
VIII. Sachsen	15	413	7 016	—	—	—	—	9	92	4	140	1	61	1	120	—	—
IX. Schleswig-Holstein	25	642	7 120	1	2	2	9	11	119	7	234	4	278	—	—	—	—
X. Hannover	17	310	7 036	3	3	3	9	6	56	2	70	3	172	—	—	—	—
XI. Westfalen	4	131	1 645	—	—	1	5	1	18	1	20	1	88	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	5	41	636	2	1	—	—	3	40	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	7	13	118	6	3	—	—	1	10	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Gesamtumfang, 8 Güter mit 1 385 ha mehr als im 4. Kalendervierte 1929. Auf die östlichen Landesteile kommen 732 = 63,7 v. H. Anmeldungen, und zwar gegen 71 Zwerg- und Parzellenbetriebe, 560 Bauernbetriebe — darunter gegen 210 Großbauernwirtschaften — und gegen 101 Großbetriebe. Weitaus die meisten Verfahren sind in Ostpreußen, nämlich 250 (21,8 v. H.) — davon 50 gegen Großbetriebe und 75 gegen großbäuerliche Anwesen — eingeleitet. In weitem Abstande folgen Niederschlesien mit 132, Pommern mit 126, Brandenburg mit 123 und die Rheinprovinz, wo es sich ausschließlich um Betriebe in Größe bis unter 50 ha und zwar überwiegend um Kleinbetriebe bis unter 5 ha (98) handelt, mit 117 Anmeldungen. Mehr als 10 Zwangsversteigerungsverfahren gegen große Güter sind außer in Ostpreußen in Pommern (18), Niederschlesien (14) und Brandenburg (12) neu eröffnet. Weniger als 10 Anmeldungen gegen Großbauernwirtschaften liegen — abgesehen von Berlin und den Hohenzollerischen Landen (0) — nur in der Rheinprovinz (1), Hessen-Nassau (2) und Westfalen (5) vor.

Zur Zwangsversteigerung gelangt sind im Berichtsvierteljahr 43 Zwerg- und Parzellenbetriebe, ferner 52 Kleinbauernstellen, 137 mittelbäuerliche Anwesen, 133 Großbauernwirtschaften, zusammen 322 Bauernbetriebe mit 8 232 ha Gesamtfläche, d. i. 51,9 v. H. mehr als im vorhergehenden Vierteljahr, endlich 83 große Güter mit 26 617 ha Gesamtumfang, d. i. 53,7 v. H. mehr als im Vorvierteljahr. Auf die östlichen Provinzen entfallen 375 Subhastationen mit 33 336 ha, und zwar 31 Versteigerungen von Zwerg- und Parzellenbetrieben, 262 Versteigerungen von bäuerlichen Grundstücken — darunter 110 großbäuerliche Anwesen — und 82 Zwangsversteigerungen von Großbetrieben mit 26 497 ha Fläche. Allein 30,1 v. H. der Subhastationen kommen auf Ostpreußen, 19,2 v. H. auf Brandenburg, 15,4 v. H. auf Pommern und 13,2 v. H. auf Niederschlesien, zusammen also 77,9 v. H. aller Zwangsversteigerungen und 92,2 v. H. ihrer Fläche auf diese 4 östlichen Provinzen. An Großbetrieben entfallen auf Ostpreußen, Pommern und Brandenburg zusammen 89,2 v. H. der zwangsversteigerten großen Güter über 100 ha und 91,9 v. H. ihrer Gesamtfläche. Großbetriebe in Größe von 200 und mehr ha sind nur in 5 Provinzen, in Pommern, Ostpreußen, Brandenburg, Niederschlesien und der Grenzmark Posen-Westpreußen unter den Hammer gekommen. Von den 133 der Subhastation verfallenen Großbauernwirtschaften liegen in Ostpreußen 49, in Brandenburg 22, in Pommern 21, in Niederschlesien 15 und in Schleswig-Holstein 11.

4. Auf je 10 000 bei der Betriebszählung von 1925 ermittelte landwirtschaftliche Betriebe der einzelnen Größengruppen entfielen Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe

(Tab. 4)

bei den	im Okt./Dez. 1929 eingeleitete	im Okt./Dez. 1929 durchgeführte	im Jan./März 1930 eingeleitete	im Jan./März 1930 durchgeführte
1	2	3	4	5
Zwerg- und Parzellenbetrieben	0,69	0,14	0,60	0,17
Kleinbauernbetrieben	4,48	0,72	4,07	1,13
Mittelbauernbetrieben	7,10	1,73	7,10	2,66
Großbauernbetrieben	18,77	6,92	21,39	10,23
Großbetrieben	69,64	36,51	75,05	56,12

b) im Vierteljahr April/Juni 1930.

In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni 1930 ist über 2 537 ländliche Grundstücke, die 63 429 ha Gesamtfläche mit insgesamt 720 801 RM Grundsteuer-Reinertrag umfassen, das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet worden. Im gleichen Zeitraum sind 687 landwirtschaftliche Anwesen im Gesamtumfange von 30 765 ha Fläche mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 338 621 zur Versteigerung gelangt. Danach sind gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr und dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres in der Berichtszeit 73 und 495 weniger Liegenschaften, aber mit einer um 6 474 ha und 9 895 ha größeren Fläche zur Zwangsversteigerung angemeldet worden, die Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen hat nur gegen das Vorvierteljahr um 170 Fälle abgenommen, gegen das gleiche Vierteljahr 1929 aber um 124 zugenommen, während die versteigerte Fläche um 6 027 ha kleiner und um 13 562 ha größer als in den beiden Vergleichsvierteljahren gewesen ist.

Von den eingeleiteten Verfahren haben 6,5 v. H. aller Fälle mit 1,1 v. H. der Gesamtfläche, von den durchgeführten 7,3 v. H. der Fälle und 0,5 v. H. der Fläche die Aufhebung einer Gemeinschaft behufs Erbteilung, Auseinandersetzung usw. zum Ziele gehabt. Auf Liegenschaften, deren Besitzer in Land- und Forstwirtschaft nur ihren Nebenberuf sehen, kommen 46,6 v. H. der eingeleiteten mit 7,7 v. H. der Fläche und 31,8 v. H. der durchgeführten Zwangsversteigerungsverfahren mit 5,5 v. H. der Fläche. Schließlich treffen 46,9 v. H. der Anmeldungen mit 91,2 v. H. der Fläche und 61,4 v. H. der Zwangsversteigerungen mit 94,0 v. H. der Fläche auf die reinen landwirtschaftlichen Grundstücke, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben.

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke.

(Tab. 1)

Im Vierteljahr	Eingeleitete (Hauptbetriebe) Zahl	Eingeleitete (Hauptbetriebe) Fläche ha	Durchgeführte (Hauptbetriebe) Zahl	Durchgeführte (Hauptbetriebe) Fläche ha	Eingeleitete (Nebenbetriebe) Zahl	Eingeleitete (Nebenbetriebe) Fläche ha	Durchgeführte (Nebenbetriebe) Zahl	Durchgeführte (Nebenbetriebe) Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9
April/Juni 1930	1 190	57 865	422	28 914	1 182	4 889	215	1 691
Januar/März 1930	1 149	50 294	448	34 886	1 323	6 103	343	1 688
April/Juni 1929	1 157	44 666	286	15 992	1 710	6 635	222	1 093
geg. Jan./März 1930								
Zu- od. Abn. überh.	+ 41	+ 7 571	− 26	− 5 972	−141	−1214	−128	+ 3
i. v. H.	+ 3,6	+ 15,1	− 5,8	− 17,1	− 10,7	− 19,9	− 37,3	+ 0,2
geg. Apr./Juni 1929								
Zu- od. Abn. überh.	+ 33	+13 199	+136	+12 922	−528	−1746	− 7	+598
i. v. H.	+ 2,9	+ 29,6	+ 47,6	+ 80,8	− 30,9	− 26,3	− 3,2	+ 54,7

(Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe: Spalten 2–5; Nebenbetriebe: Spalten 6–9)

Wie die vorstehende Tabelle (Tabelle 1) zeigt, haben gegenüber den Ergebnissen von Januar/März 1930 und April/Juni 1929 die eingeleiteten Zwangsverfahren gegen landwirtschaftliche Hauptbetriebe nach Zahl und Fläche zugenommen, gegen landwirtschaftliche Nebenbetriebe jedoch abgenommen. Die durchgeführten Zwangsversteigerungen sind nach Zahl und Fläche nur gegenüber dem Vierteljahr des Vorjahres bei den landwirtschaftlichen Hauptbetrieben gestiegen, sonst jedoch in beiden Vergleichsvierteljahren bei den Haupt- und den Nebenbetrieben nach der Zahl zurückgegangen, während die Fläche zugenommen hat.

Nach der Übersicht, die die dem Zwangsversteigerungsverfahren unterworfenen Haupt- und Nebenbetriebe nach Größenklassen gliedert, ist bei den **reinen landwirtschaftlichen Grundstücken** in allen Besitzgruppen eine erhebliche Zunahme der Zwangsversteigerungen gegen das Vorjahr festzustellen; gegen das vorangehende Vierteljahr jedoch ist mit Ausnahme der geringfügigen Steigerung in den beiden untersten Gruppen durchweg ein Rückgang sowohl in der Zahl der versteigerten Betriebe wie in deren Flächengröße eingetreten. Die eingeleiteten Verfahren haben sich in den Gruppen bis 20 ha Fläche gegen das Vorjahr vermindert, in den übrigen Gruppen nicht unerheblich erhöht. Besonders in den Größenklassen von 50 – 100 ha und über 100 ha haben die eingeleiteten Verfahren um mehr als ein Drittel zugenommen und die gleichen Größenklassen zeigen auch eine Zunahme gegen das Vorvierteljahr. Bei den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben zeigt sich im ganzen betrachtet ein Rückgang der eingeleiteten und der durchgeführten Zwangsversteigerungen mit Ausnahme der durchgeführten Verfahren in den Gruppen 20 – 50 ha und über 100 ha Flächengröße.

Nach wie vor sind es hauptsächlich die östlichen Landesteile, die von den Zwangversteigerungen betroffen worden sind. Dabei ist es bemerkenswert, daß anscheinend in den west-

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenbetriebe nach Größenklassen.

(Tab. 2)

Es sind Zwangsversteigerungsverfahren in den Größenklassen

Vierteljahr	unter 2 ha Zahl	unter 2 ha Fläche ha	2 bis unter 5 ha Zahl	2 bis unter 5 ha Fläche ha	5 bis unter 20 ha Zahl	5 bis unter 20 ha Fläche ha	20 bis unter 50 ha Zahl	20 bis unter 50 ha Fläche ha	50 bis unter 100 ha Zahl	50 bis unter 100 ha Fläche ha	über 100 ha Zahl	über 100 ha Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. eingeleitet												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe												
April/Juni 1930	215	210	177	582	370	3 892	172	5 556	106	7 641	150	39 984
Januar/März 1930	207	193	187	634	366	3 902	192	6 142	86	6 391	111	33 032
April/Juni 1929	238	234	210	724	371	3 972	156	5 012	81	5 640	101	29 084
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe												
April/Juni 1930	805	685	217	692	133	1 259	15	402	4	271	8	1 580
Januar/März 1930	875	702	278	877	127	1 091	31	935	2	144	10	2 354
April/Juni 1929	1 286	868	235	743	150	1 391	26	767	7	498	6	2 368
II. durchgeführt												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe												
April/Juni 1930	44	39	60	203	125	1 370	72	2 326	48	3 622	73	21 354
Januar/März 1930	43	37	52	194	137	1 528	80	2 643	53	3 867	83	26 617
April/Juni 1929	25	26	33	114	93	1 006	65	2 027	29	2 215	41	10 604
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe												
April/Juni 1930	138	108	39	122	24	208	8	230	2	139	4	884
Januar/März 1930	199	149	85	278	49	461	4	111	4	329	2	360
April/Juni 1929	145	104	40	129	31	310	2	47	1	77	3	426

Zwangsversteigerungen reiner landwirtschaftlicher Grundstücke im April/Juni 1930.

(Tab. 3)

Staat — Provinzen	Von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben, sind: überhaupt			in Größe von . . . ha: unter 2		2 bis 5		5 bis 20		20 bis 50		50 bis 100		100 bis 200		200 und mehr	
	Zahl	Fläche ha	Grundsteuer-Reinertrag RM	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
a) zur Zwangsversteigerung angemeldet worden:																	
A. **Staat**	**1 190**	**57 865**	**648 043**	**215**	**210**	**177**	**582**	**370**	**3 892**	**172**	**5 556**	**106**	**7 641**	**86**	**12137**	**64**	**27 847**
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	280	25 258	223 181	12	12	32	109	65	677	46	1 615	48	3 518	42	6 188	35	13 139
II. Brandenburg	132	9 635	87 013	19	22	16	60	43	540	21	652	13	1 022	9	1 211	11	6 128
III. Stadt Berlin	1	4	209	—	—	1	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	114	7 893	69 953	7	6	12	42	44	454	22	657	9	589	13	1 871	7	4 274
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	26	2 150	10 683	1	0,10	1	3	13	129	4	148	2	136	2	279	3	1 455
VI. Niederschlesien	120	4 921	99 232	14	16	14	45	44	466	23	761	13	923	7	889	5	1 821
VII. Oberschlesien	70	766	18 586	26	28	12	37	24	235	5	116	2	134	—	—	1	216
VIII. Sachsen	105	2 853	65 345	20	17	17	53	41	395	11	354	9	641	6	820	1	573
IX. Schleswig-Holstein .	67	1 712	31 432	9	6	4	13	26	296	21	647	4	295	2	214	1	241
X. Hannover	83	1 806	25 844	13	15	15	57	34	382	11	357	5	330	5	665	—	—
XI. Westfalen	29	267	3 198	9	10	6	17	9	74	5	166	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	39	167	3 126	14	12	13	40	11	84	1	31	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	123	432	10 202	70	65	34	102	16	160	2	52	1	53	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande . .	1	1	39	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) zwangsversteigert worden:																	
A. **Staat**	**422**	**28 914**	**324 647**	**44**	**39**	**60**	**203**	**125**	**1 370**	**72**	**2 326**	**48**	**3 622**	**35**	**4 998**	**38**	**16 366**
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	139	10 582	109 151	5	4	14	50	39	416	22	692	26	1 988	19	2 738	14	4 694
II. Brandenburg	48	5 025	64 536	6	5	9	31	8	108	8	270	5	379	5	762	7	3 470
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	56	5 232	29 987	4	5	6	24	20	213	9	336	9	753	3	446	5	3 455
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	10	972	2 252	—	—	1	4	5	60	2	69	—	—	1	113	1	726
VI. Niederschlesien	54	3 987	63 444	6	6	8	28	16	213	9	289	5	319	2	299	8	2 833
VII. Oberschlesien	13	142	2 152	3	3	4	13	3	41	3	85	—	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen	23	1 397	22 141	2	2	2	2	9	83	4	91	2	131	2	261	2	827
IX. Schleswig-Holstein .	26	964	25 226	1	0,37	4	15	11	119	6	210	1	52	2	207	1	361
X. Hannover	19	424	3 413	4	6	3	12	4	24	7	220	—	—	1	162	—	—
XI. Westfalen	5	78	514	2	2	—	—	1	12	2	64	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	8	43	515	2	1	3	8	3	34	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	16	62	899	5	2	5	13	6	47	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande . .	5	6	417	4	3	1	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

lichen Provinzen die eingeleiteten Verfahren verhältnismäßig weniger zur Durchführung gelangen als in den östlichen Landesteilen, eine Beobachtung, die noch genauer nachgeprüft werden soll.

Auf je 10 000 bei der Betriebszählung von 1925 ermittelte landwirtschaftliche Betriebe der einzelnen Größengruppen entfielen Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe:

(Tab. 4)

bei den	im Januar/März 1930: eingeleitete	durchgeführte	im April/Juni 1930: eingeleitete	durchgeführte
1	2	3	4	5
Zwerg- und Parzellenbetrieben .	0,80	0,17	0,83	0,17
Kleinbauernbetrieben	4,07	1,13	3,85	1,30
Mittelbauernbetrieben	7,10	2,66	7,17	2,42
Großbauernbetrieben	21,39	10,23	21,39	9,23
Großbetrieben	75,05	56,12	101,41	49,35

c) im Vierteljahr Juli/September 1930.

In der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1930 ist über 2 810 ländliche Grundstücke, die eine Fläche von 44 265 ha mit 518 269 RM Grundsteuer-Reinertrag umfassen, das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet worden. In der gleichen Zeit sind 630 landwirtschaftliche Anwesen im Umfange von 27 222 ha Fläche mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 289 656 RM zur Versteigerung gelangt. Gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr sind 273 mehr Liegenschaften mit 19 164 ha weniger Fläche und gegenüber dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres 95 weniger Liegenschaften mit 4 770 ha weniger Fläche zur Zwangsversteigerung angemeldet worden. Die durchgeführten Zwangsversteigerungen bleiben hinter dem Vorvierteljahr um 57 Fälle mit 3 543 ha Fläche zurück, haben aber gegen das gleiche Vierteljahr 1929 um 190 Fälle und 739 ha Fläche zugenommen.

Von den eingeleiteten Verfahren haben 6,7 v. H. aller Fälle mit 3,9 v. H. der Gesamtfläche, von den durchgeführten Verfahren 9,7 v. H. der Fälle und 3,0 v. H. der Fläche die Aufhebung einer Gemeinschaft behufs Erbteilung, Auseinandersetzung usw. zum Ziel gehabt. Auf Liegenschaften, deren Besitzer in Land- und Forstwirtschaft nur ihren Nebenberuf sehen, kommen 53,3 v. H. der eingeleiteten Zwangsversteigerungsverfahren mit 13,0 v. H. der Fläche und 31,9 v. H. der durchgeführten Verfahren mit 3,3 v. H. der Fläche. Schließlich treffen 39,9 v. H. der Anmeldungen mit 83,1 v. H. Fläche und 58,4 v. H. der Zwangsversteigerungen 93,7 v. H. der Fläche auf die reinen landwirtschaftlichen Grundstücke, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben.

Die nachstehende Tabelle 1 bringt die eingeleiteten und durchgeführten Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke nach Haupt- und Nebenbetrieben und zeigt, wieweit die Zahlen der Zwangsverfahren und der Umfang der betroffenen Flächen von den

für April/Juni 1930 und Juli/September 1929 festgestellten Ergebnissen abweichen.

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke.

(Tab. 1) Im Vierteljahr	Eingeleitete		Durchgeführte		Eingeleitete		Durchgeführte	
	Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher							
	Hauptbetriebe				Nebenbetriebe			
	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Juli/Sept. 1930	**1 123**	**36 794**	**368**	**25 515**	**1 498**	**5 748**	**201**	**888**
April/Juni 1930	1 190	57 865	422	28 914	1 182	4 889	215	1 691
Juli/Sept. 1929	1 063	43 631	222	23 399	1 672	4 843	162	1 533
geg. Apr./Juni 1930								
Zu- od. Abn. überh.	— 67	—21 071	— 54	— 3 399	+316	+ 859	— 14	—803
i. v. H.	— 5,6	— 36,4	— 12,8	— 11,8	+ 26,7	+ 17,6	— 6,5	— 47,5
geg. Juli/Sept. 1929								
Zu- od. Abn. überh.	+ 60	— 6 837	+146	+ 2 116	—174	+ 905	+ 39	—645
i. v. H.	+ 5,6	— 15,7	+ 65,8	+ 9,0	— 10,4	+ 18,7	+ 24,1	— 42,1

Nach der Übersicht, die die dem Zwangsversteigerungsverfahren unterworfenen Haupt- und Nebenbetriebe nach Größenklassen gliedert, ist bei den reinen landwirtschaftlichen Grundstücken gegen das vorangegangene Vierteljahr April/Juni eine Zunahme der eingeleiteten Verfahren in den Größenklassen bis 20 ha festzustellen, während in den Größenklassen über 20 ha eine erhebliche Abnahme nach Zahl und Fläche eingetreten ist; dieser letztere Rückgang übersteigt in der Größenklasse 50—100 ha sogar 50 v. H. und macht auch in der Größenklasse über 100 ha noch mehr als 40 v. H. aus. Die gegen landwirtschaftliche Nebenbetriebe eingeleiteten Zwangsverfahren haben in allen Größenklassen nach Zahl und Fläche zugenommen mit Ausnahme der Gruppe über 100 ha. Die Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen ist in den meisten Größenklassen unter den Zahlen vom April/Juni geblieben; eine Zunahme ist nur in der Klasse „unter 2 ha" der landwirtschaftlichen Hauptbetriebe und in den Größenklassen 5—20 ha und 50—100 ha der Nebenbetriebe eingetreten. Vergleicht man das Berichtsvierteljahr mit dem gleichen Vierteljahr des Vorjahres, so wird ersichtlich, daß Rückgänge der Verfahren in einem Vierteljahr noch keinen Stillstand oder gar Rückgang in dem allgemeinen Ansteigen der Zwangsversteigerungsverfahren bedeuten. Bei den landwirtschaftlichen Hauptbetrieben ist in allen Größenklassen eine Steigerung der Zahl der durchgeführten Zwangsverfahren und in den Größenklassen unter 2 ha, 5—20 ha und 20—50 ha der eingeleiteten Verfahren eingetreten. Bei den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben zeigen auch nur die Größenklassen unter 2 ha und über 100 ha nach den eingeleiteten Zwangsverfahren und die Größenklassen 20—50 ha und über 100 ha nach den durchgeführten Zwangsversteigerungen einen geringen Rückgang gegenüber Juli/September 1929.

Zur Zwangsversteigerung gelangt sind im Berichtsvierteljahr 49 Zwerg- und Parzellenbetriebe, ferner 43 Kleinbauernstellen, 112 mittelbäuerliche Anwesen, 91 Großbauernwirtschaften, zusammen 295 Bauernbetriebe mit 6 440 ha Gesamtfläche, und 73 große Güter mit 19 075 ha Gesamtumfang. Auf die östlichen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen und die beiden Schlesien entfallen 275 Subhastationen mit 22 653 ha und zwar 24 Versteigerungen von Zwerg- und Parzellenbetrieben, 185 Versteigerungen von bäuerlichen Grundstücken — darunter 72 großbäuerliche Anwesen — und 66 Zwangsversteigerungen von Großbetrieben mit 17 503 ha Fläche. So kommen auf die östlichen Provinzen 74,7 v. H. aller Subhastationen und 88,8 v. H. der versteigerten Fläche. Ostpreußen allein ist mit 29,6 v. H. nach der Zahl und 47,8 v. H. nach der Fläche an den Zwangsversteigerungen beteiligt. Von den 73 zwangsversteigerten Großbetrieben über 100 ha Umfang kommen 39 auf Ostpreußen, 11 auf Pommern und 9 auf Brandenburg, die übrigen verteilen sich auf die Grenzmark Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover. Von den 91 der Subhastation verfallenen Großbauernwirtschaften liegen 31 in Ostpreußen, 15 in Pommern, 14 in Niederschlesien, je 6 in Brandenburg und Hannover, je 5 in Sachsen und Schleswig-Holstein, 4 in Oberschlesien, je 2 in Posen-Westpreußen und der Rheinprovinz und 1 in Westfalen.

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenbetriebe nach Größenklassen.

(Tab. 2) Vierteljahr	Es sind Zwangsversteigerungsverfahren in den Größenklassen											
	unter 2 ha		2 bis unter 5 ha		5 bis unter 20 ha		20 bis unter 50 ha		50 bis unter 100 ha		über 100 ha	
	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. eingeleitet												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe												
Juli/September 1930	243	227	194	660	391	4 151	155	4 881	51	3 607	89	23 268
April/Juni 1930	215	210	177	582	370	3 892	172	5 556	106	7 641	150	39 984
Juli/September 1929	205	179	205	703	352	3 704	131	4 063	71	5 199	99	29 783
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe												
Juli/September 1930	1 026	806	271	851	163	1 559	24	740	8	545	6	1 247
April/Juni 1930	805	685	217	692	133	1 259	15	402	4	271	8	1 580
Juli/September 1929	1 288	884	229	709	134	1 177	10	335	3	220	8	1 518
II. durchgeführt												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe												
Juli/September 1930	49	52	43	153	112	1 269	44	1 462	47	3 504	73	19 075
April/Juni 1930	44	39	60	203	125	1 370	72	2 326	48	3 622	73	21 354
Juli/September 1929	25	23	26	90	68	786	33	1 064	19	1 388	51	20 048
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe												
Juli/September 1930	125	83	41	119	27	286	4	98	3	193	1	109
April/Juni 1930	138	108	39	122	24	208	8	230	2	139	4	884
Juli/September 1929	101	54	28	92	21	231	5	148	2	159	5	849

Zwangsversteigerungen reiner landwirtschaftlicher Grundstücke im Juli/September 1930.

(Tab. 3)

Staat. — Provinzen.	Von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben, sind überhaupt			in Größe von ... ha													
				unter 2 ha		2 bis 5 ha		5 bis 20 ha		20 bis 50 ha		50 bis 100 ha		100 bis 200 ha		200 ha u. mehr	
	Zahl	Fläche ha	Grundsteuer-Reinertrag RM	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
				a) zur Zwangsversteigerung angemeldet worden:													
A. Staat	1 123	36 794	430 349	243	227	194	660	391	4 151	155	4 881	51	3 607	45	6 309	44	16 959
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	198	13 417	128 077	13	18	24	85	61	616	34	1 080	23	1 596	22	3 292	21	6 730
II. Brandenburg	136	5 175	60 848	18	20	22	70	60	677	17	582	7	480	6	770	6	2 576
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	96	5 875	44 856	11	13	11	38	39	442	20	590	6	442	3	430	6	3 920
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	33	2 097	9 211	2	1	2	7	14	145	6	199	3	198	2	229	4	1 318
VI. Niederschlesien	137	3 198	50 798	15	16	20	74	67	742	29	886	2	175	1	168	3	1 137
VII. Oberschlesien	59	366	6 153	17	16	12	38	29	284	1	28	—	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen	88	2 357	60 837	17	18	18	62	34	373	8	252	4	309	6	773	1	570
IX. Schleswig-Holstein	62	1 074	19 525	11	10	14	48	20	230	14	427	2	139	—	—	1	220
X. Hannover	78	1 521	17 120	19	21	17	57	23	238	12	420	3	196	3	346	1	243
XI. Westfalen	34	443	6 860	4	2	9	28	11	108	10	305	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	47	766	17 085	22	23	10	39	9	67	3	91	—	—	2	301	1	245
XIII. Rheinprovinz	151	487	8 072	92	68	34	109	23	217	1	21	1	72	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande	4	18	907	2	1	1	5	1	12	—	—	—	—	—	—	—	—
				b) zwangsversteigert worden:													
A. Staat	368	25 515	265 821	49	52	43	153	112	1 269	44	1 462	47	3 504	35	4 875	38	14 200
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	109	12 187	118 377	5	9	9	31	25	280	13	475	18	1 387	18	2 542	21	7 463
II. Brandenburg	39	3 638	28 977	3	4	9	33	12	108	—	—	6	439	4	490	5	2 564
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	49	4 026	41 499	2	2	6	20	15	182	9	311	6	414	4	704	7	2 393
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	9	1 054	3 460	—	—	1	3	3	38	—	—	2	160	1	148	2	705
VI. Niederschlesien	50	1 535	23 179	9	10	3	9	20	247	6	185	8	590	4	494	—	—
VII. Oberschlesien	19	213	6 097	5	5	1	2	9	90	4	116	—	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen	22	537	13 857	3	4	7	26	5	44	3	87	2	114	2	262	—	—
IX. Schleswig-Holstein	23	1 597	19 569	2	3	2	8	10	124	3	99	2	158	1	130	3	1 075
X. Hannover	19	556	6 207	4	3	—	—	8	105	3	101	3	242	1	105	—	—
XI. Westfalen	3	58	2 956	—	—	—	—	2	20	1	38	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	5	17	136	2	1	2	9	1	7	—	—	—	—	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	20	96	1 444	13	10	3	12	2	24	2	50	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande	1	1	63	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Auf je 10 000 bei der Betriebszählung von 1925 ermittelte landwirtschaftliche Betriebe der einzelnen Größengruppen entfielen Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe:

(Tab. 4)

bei den	im April/Juni 1930		im Juli/September 1930	
	eingeleitete	durchgeführte	eingeleitete	durchgeführte
1	2	3	4	5
Zwerg- und Parzellenbetrieben	0,83	0,17	0,94	0,19
Kleinbauernbetrieben	3,85	1,30	4,22	0,93
Mittelbauernbetrieben	7,17	2,42	7,58	2,17
Großbauernbetrieben	21,39	9,23	15,85	7,00
Großbetrieben	101,41	49,35	60,17	49,35

---

d) im Vierteljahr Oktober/Dezember 1930.

In der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1930 wurde über 3 099 ländliche Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 43 092 ha das Zwangsversteigerungsverfahren eröffnet; versteigert wurden 677 landwirtschaftliche Anwesen im Gesamtumfang von 23 553 ha. Gegenüber dem vorangegangenen Vierteljahr Juli/September 1930 und dem Vierteljahr Oktober/Dezember 1929 wurden in der Berichtszeit 289 und 137 mehr Liegenschaften, aber eine um 1 173 ha und 10 242 ha kleinere Fläche zur Zwangsversteigerung angemeldet, während die durchgeführten Zwangsversteigerungen um 47 und 129 Fälle zunahmen und die versteigerte Fläche um 3 669 ha und 984 ha zurückging.

Von den eingeleiteten Verfahren hatten 6,2 v. H. aller Fälle mit 2,1 v. H. der gesamten Fläche und von den durchgeführten Verfahren 10,5 v. H. der Fälle und 1,9 v. H. der Fläche die Aufhebung einer Gemeinschaft behufs Erbteilung, Auseinandersetzung usw. zum Ziele. Auf Grundstücke, deren Besitzer in Land- oder Forstwirtschaft nur ihren Nebenberuf sehen, kamen 53,0 v. H. der eingeleiteten Zwangsverfahren mit 13,2 v. H. der Fläche und 36,6 v. H. der durchgeführten Versteigerungen mit 9,5 v. H. der Fläche. Endlich trafen 40,7 v. H. der Anmeldungen mit 84,7 v. H. der Fläche und 52,9 v. H. der Subhastationen mit 88,6 v. H. der Fläche auf die reinen landwirtschaftlichen Grundstücke, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben.

Diese Zahlen bedeuten gegenüber dem Vorvierteljahr bei den eingeleiteten Verfahren eine Zunahme der Hauptbetriebe, ein Gleichbleiben der Nebenbetriebe und eine Abnahme bei den Verfahren zur Aufhebung einer Gemeinschaft, bei den durchgeführten Zwangsverfahren dagegen eine stärkere Abnahme der Hauptbetriebe, eine Zunahme der Nebenbetriebe und ein geringeres Anwachsen der Verfahren zur Aufhebung einer Gemeinschaft.

In der Übersicht 2 sind die dem Zwangsversteigerungsverfahren unterworfenen landwirtschaftlichen Betriebe nach Besitzgruppen aufgeteilt. Bei den reinen landwirtschaftlichen Grundstücken ist gegen das Vorvierteljahr Juli/September 1930 eine Zunahme der ein-

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke.

(Tabelle 1)

Im Vierteljahr	Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe: eingeleitete		durchgeführte		Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Nebenbetriebe: eingeleitete		durchgeführte	
	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha	Zahl	Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Oktober/Dezember 1930	1 262	36 493	358	20 868	1 644	5 687	248	2 235
Juli/September 1930	1 123	36 794	368	25 515	1 498	5 748	201	888
Oktober/Dezember 1929	1 099	47 391	302	22 156	1 681	4 835	197	2 166
gegen Juli/September 1930:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 139	− 301	− 10	− 4 647	+ 146	− 61	+ 47	+ 1 347
i. v. H.	+ 12,4	− 0,8	− 2,7	− 18,2	+ 9,7	− 1,1	+ 23,4	+ 151,7
gegen Oktober/Dezember 1929:								
Zu- oder Abnahme überhaupt	+ 163	− 10 898	+ 56	− 1 288	− 37	+ 852	+ 51	+ 69
i. v. H.	+ 14,8	− 23,0	+ 18,5	− 5,8	− 2,2	+ 17,6	+ 25,9	+ 3,2

Die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Haupt- und Nebenbetriebe nach Größenklassen.

(Tabelle 2)

Vierteljahr	Es sind Zwangsversteigerungsverfahren in den Größenklassen: unter 2 ha		2 bis unter 5 ha		5 bis unter 20 ha		20 bis unter 50 ha		50 bis unter 100 ha		100 und mehr ha	
	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
I. eingeleitet:												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe												
Oktober/Dezember 1930	291	263	263	879	388	3 958	151	4 715	87	6 359	82	20 319
Juli/September 1930	243	227	194	660	391	4 151	155	4 881	51	3 607	89	23 268
Oktober/Dezember 1929	180	172	206	692	366	3 887	165	5 363	79	5 630	103	31 647
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe												
Oktober/Dezember 1930	1 260	841	244	791	115	1 030	11	324	3	255	11	2 446
Juli/September 1930	1 026	806	271	851	163	1 559	24	740	8	545	6	1 247
Oktober/Dezember 1929	1 248	872	272	831	137	1 280	17	498	4	317	3	1 037
II. durchgeführt:												
a) über landwirtschaftliche Hauptbetriebe												
Oktober/Dezember 1930	60	51	59	189	103	1 184	48	1 538	31	2 247	57	15 659
Juli/September 1930	49	52	43	153	112	1 269	44	1 462	47	3 504	73	19 075
Oktober/Dezember 1929	36	39	33	110	89	969	59	1 892	31	2 319	54	16 827
b) über landwirtschaftliche Nebenbetriebe												
Oktober/Dezember 1930	160	100	41	134	30	289	7	225	5	336	5	1 151
Juli/September 1930	125	83	41	119	27	286	4	98	3	193	1	109
Oktober/Dezember 1929	120	68	36	110	32	273	3	87	2	150	4	1 478

geleiteten Verfahren in den Größenklassen unter 2 ha (+ 19,8 v. H.), 2 bis 5 ha (+ 35,6 v. H.) und 50 bis 100 ha (+ 70,6 v. H.) festzustellen, während in den Größenklassen 5 bis 20 ha (− 0,8 v. H.), 20 bis 50 ha (− 2,6 v. H.) und über 100 ha (− 7,9 v. H.) ein verhältnismäßig geringer Rückgang eingetreten ist. Die gegen die nebenberuflich bewirtschafteten Betriebe eingeleiteten Zwangsverfahren sind mit Ausnahme der Größenklassen unter 2 ha (+ 22,8 v. H.) und über 100 ha (+ 83,3 v. H.) in allen Klassen zurückgegangen, besonders in den Größenklassen 20 bis 50 ha (− 54,2 v. H.) und 50 bis 100 ha (− 62,5 v. H.). Die Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen ist in den meisten Größenklassen gestiegen; abgenommen haben nur die Klassen 5 bis 20 ha (− 8,0 v. H.), 50 bis 100 ha (− 34,0 v. H.) und über 100 ha (− 21,9 v. H.) der reinen landwirtschaftlichen Betriebe.

Zur Zwangsversteigerung gelangten im Berichtsvierteljahr 60 Zwerg- und Parzellenbetriebe, 59 Kleinbauernstellen, 103 mittelbäuerliche Anwesen und 79 Großbauernwirtschaften, zusammen 301 Bauernbetriebe mit 5 209 ha Gesamtfläche und 57 große Güter mit 15 659 ha Gesamtumfang. Davon entfielen auf die östlichen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen und die beiden Schlesien zusammen 253 Subhastationen mit 18 845 ha, und zwar 28 Versteigerungen von Zwerg- und Parzellenbetrieben, 173 Versteigerungen von bäuerlichen Grundstücken — darunter 65 großbäuerliche Anwesen — und 52 Zwangsversteigerungen von Großbetrieben mit 14 711 ha Fläche. So kamen auf die östlichen Provinzen 70,7 v. H. aller Subhastationen und 90,3 v. H der versteigerten Fläche. Ostpreußen allein war mit 30,4 v. H. nach der Zahl und 41,4 v. H. nach der Fläche an den Zwangsversteigerungen beteiligt. Von den 57 zwangsversteigerten Großbetrieben über 100 ha Umfang kamen 25 auf Ostpreußen, 13 auf Brandenburg und 10 auf Pommern, je 2 auf die Grenzmark Posen-Westpreußen, auf Niederschlesien,

Zwangsversteigerungen rein landwirtschaftlicher Grundstücke im Oktober/Dezember 1930.

(Tabelle 3)

Staat — Provinzen	Von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Besitzer Land- oder Forstwirtschaft als Hauptberuf betreiben, sind: überhaupt Zahl	überhaupt Fläche ha	überhaupt Grundsteuer-Reinertrag RM	in Größe von … ha: unter 2 ha Zahl	unter 2 ha Fläche ha	2 bis unter 5 ha Zahl	2 bis unter 5 ha Fläche ha	5 bis unter 20 ha Zahl	5 bis unter 20 ha Fläche ha	20 bis unter 50 ha Zahl	20 bis unter 50 ha Fläche ha	50 bis unter 100 ha Zahl	50 bis unter 100 ha Fläche ha	100 bis unt. 200 ha Zahl	100 bis unt. 200 ha Fläche ha	200 und mehr ha Zahl	200 und mehr ha Fläche ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18
a) zur Zwangsversteigerung angemeldet worden:																	
A. Staat	**1 262**	**36 493**	**441 970**	**291**	**263**	**263**	**879**	**388**	**3 958**	**151**	**4 715**	**87**	**6 359**	**41**	**5 573**	**41**	**14 746**
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	226	14 106	109 298	15	15	26	91	81	872	36	1 201	30	2 284	19	2 668	19	6 975
II. Brandenburg	145	3 935	44 504	26	27	35	113	47	469	18	524	9	646	5	639	5	1 517
III. Stadt Berlin	2	1	24	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	127	5 092	53 363	25	25	19	57	39	471	19	578	9	572	8	1 056	8	2 333
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	35	949	6 114	2	3	4	13	13	132	12	363	2	113	2	325	—	—
VI. Niederschlesien	138	6 102	89 590	13	14	31	104	55	499	17	602	9	684	5	631	8	3 568
VII. Oberschlesien	68	515	10 171	17	16	19	67	27	257	4	110	1	65	—	—	—	—
VIII. Sachsen	102	2 125	54 609	25	23	22	79	30	292	12	391	10	733	2	254	1	353
IX. Schleswig-Holstein	64	972	17 700	12	12	10	30	24	291	16	486	2	153	—	—	—	—
X. Hannover	104	1 525	34 723	24	22	27	92	31	298	10	264	12	849	—	—	—	—
XI. Westfalen	49	493	6 323	16	17	17	54	10	116	4	128	2	178	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	61	279	5 655	32	24	14	47	13	105	1	21	1	82	—	—	—	—
XIII. Rheinprovinz	136	397	9 739	77	62	39	132	18	156	2	47	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande	5	2	157	5	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) zwangsversteigert worden:																	
A. Staat	**358**	**20 868**	**220 557**	**60**	**51**	**59**	**189**	**103**	**1 184**	**48**	**1 538**	**31**	**2 247**	**30**	**4 180**	**27**	**11 479**
B. Provinzen.																	
I. Ostpreußen	109	8 638	65 077	8	8	13	43	26	285	20	687	17	1 193	14	1 934	11	4 488
II. Brandenburg	57	3 544	45 655	8	10	6	20	22	266	4	147	4	287	7	1 020	6	1 794
III. Stadt Berlin	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
IV. Pommern	40	4 801	39 227	8	7	2	5	12	139	5	143	3	218	5	645	5	3 644
V. Grenzmark Posen-Westpreußen	7	706	4 731	—	—	—	—	2	17	1	20	2	111	—	—	2	558
VI. Niederschlesien	32	1 038	20 336	4	5	7	22	12	143	6	173	1	67	1	121	1	507
VII. Oberschlesien	8	118	2 373	—	—	1	2	5	66	2	50	—	—	—	—	—	—
VIII. Sachsen	18	633	14 390	6	5	3	10	2	16	3	106	2	193	2	303	—	—
IX. Schleswig-Holstein	21	255	4 762	2	3	4	14	11	137	4	101	—	—	—	—	—	—
X. Hannover	17	647	12 600	4	3	6	18	2	18	1	30	2	178	1	157	1	243
XI. Westfalen	5	93	1 041	—	—	3	12	—	—	2	81	—	—	—	—	—	—
XII. Hessen-Nassau	13	281	8 535	4	2	6	22	2	12	—	—	—	—	—	—	1	245
XIII. Rheinprovinz	28	101	1 176	14	7	8	21	6	73	—	—	—	—	—	—	—	—
XIV. Hohenzoll. Lande	3	13	654	2	1	—	—	1	12	—	—	—	—	—	—	—	—

Auf je 1 000 bei der Betriebszählung von 1925[1]) ermittelte landwirtschaftliche Betriebe der einzelnen Größengruppen entfielen Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Hauptbetriebe.

(Tab. 4)

bei den	im Juli/September 1930 eingeleitete	im Juli/September 1930 durchgeführte	im Oktober/Dezemb. 1930 eingeleitete	im Oktober/Dezemb. 1930 durchgeführte
1	2	3	4	5
Zwerg- und Parzellenbetrieben	0,13	0,03	0,16	0,03
Kleinbauernbetrieben	0,45	0,10	0,61	0,14
Mittelbauernbetrieben	0,72	0,21	0,71	0,19
Großbauernbetrieben	1,07	0,47	1,24	0,41
Großbetrieben	3,80	3,12	3,50	2,44

[1]) ohne die Betriebe der öffentlichen Hand und ohne die Kleingärten unter 5 ar.

Sachsen und Hannover und ein Großbetrieb auf Hessen-Nassau. Von Großbetrieben mit 200 ha und mehr Fläche fielen in Ostpreußen 11, in Brandenburg 6, in Pommern 5, in Posen-Westpreußen 2 und in Niederschlesien, Hannover und Hessen-Nassau je 1 Betrieb der Zwangsversteigerung anheim. Von den 79 der Subhastation verfallenen Großbauernwirtschaften lagen 37 in Ostpreußen, je 8 in Brandenburg und Pommern, 7 in Niederschlesien, 5 in Sachsen, 4 in Schleswig-Holstein, je 3 in der Grenzmark und in Hannover und je 2 in Oberschlesien und Westfalen.

Die folgende Zusammenstellung gewährt einen Einblick in den Wert, die Belastung und das Ergebnis des Zwangsverfahrens bei allen im letzten Vierteljahr 1930 zur Zwangsversteigerung gelangten land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, deren Eigentümer haupt- oder nebenberuflich die Landwirtschaft betreiben.

Die zwangsversteigerten land- oder forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke.

nach	insgesamt	mit einer Fläche von: unter 2 ha	2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 50 ha	50 bis unter 100 ha	100 bis unter 200 ha	200 und mehr ha
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Zahl der durchgeführten Zwangsversteigerungen	606	220	100	133	55	36	33	29
Fläche der versteigerten Grundstücke in ha	23 103	151	323	1 473	1 763	2 583	4 618	12192
Einheitswert der versteigerten Grundstücke in 1 000 RM	23 990	1 564	1 086	2 322	2 419	2 966	4 267	9 366
durchschn. pro ha in RM	1 038	10 358	3 362	1 576	1 372	1 148	924	768
hypoth. Belastung der versteigerten Grundstücke in 1 000 RM	29 456	2 230	1 598	3 333	2 778	3 011	5 856	10650
durchschn. pro ha in RM	1 275	14 768	4 947	2 263	1 576	1 166	1 268	874
in v. H. des Einheitswertes	122,8	142,6	147,1	143,6	114,9	101,6	137,2	113,8
Meistgebote, auf die die Zuschläge erteilt sind in 1 000 RM	18 387	1 166	892	1 857	1 683	2 133	3 190	7 466
in v. H. der Belastung	62,4	52,3	55,8	55,7	60,6	70,8	54,5	70,1
in v. H. des Einheitswertes	76,6	74,6	82,1	80,0	69,6	71,9	74,8	79,7

Danach übersteigt die hypothekarische Belastung den Einheitswert der zwangsversteigerten Grundstücke in allen Besitzgruppen erheblich, besonders in den unteren Gruppen. Obwohl schon der Einheitswert recht hoch angesetzt erscheint, sind die Zwerg- und Parzellenbetriebe sowie die Kleinbauernstellen und mittelbäuerlichen Anwesen noch um über 40 v. H. mehr mit Hypotheken belastet. Auch die Hypotheken auf dem Großgrundbesitz von 100 bis unter 200 ha Umfang sind um 37 v. H. höher als der Einheitswert, während die Güter über 200 ha Größe um vieles geringer (13,8 v. H.) über den Einheitswert hinaus belastet sind. Wie diese erscheint auch der großbäuerliche Besitz verhältnismäßig gering belastet.

Die Verluste der Hypothekengläubiger aus den Zwangsversteigerungen bewegen sich zwischen 30 und 48 v. H. der gesamten hypothekarischen Belastung der zwangsversteigerten Grundstücke. Sie sind am größten bei den Zwerg- und Parzellenbetrieben, wo wenig mehr als die Hälfte der Forderungen durch das Meistgebot gedeckt wird, am niedrigsten in den Besitzgruppen von 50 bis 100 ha und 200 und mehr ha Fläche.

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in den preußischen Stadtkreisen am 17. November 1929. — Von den Ergebnissen der allgemeinen Neuwahlen zu den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften vom 17. November 1929 liegt weiterhin die Verteilung der Stadtverordnetensitze in den preußischen Stadtkreisen vor.

Es ist von Bedeutung, daß die jüngsten Gemeindewahlen als allgemeine Wahlen stattgefunden haben. Hieraus sind allerdings gewisse Schwierigkeiten hinsichtlich der Zusammenstellung von Vergleichszahlen erwachsen. Auf Vergleichsangaben früherer Wahlen kann unmöglich verzichtet werden, da sie erst den neuen Ergebnissen den erforderlichen perspektivischen Hintergrund verleihen. Um ein ungefähres Bild der Besetzung der Stadtverordnetenversammlungen in den jetzigen Stadtkreisen gegen Ende des Jahres 1924 für Vergleichszwecke in ähnlicher Weise zu gewinnen, wie dies bei der Besprechung der Provinziallandtags- und Kreistagswahlen in Nr. 7 und 11 der „Statistischen Korrespondenz" geschehen ist, sind die Ergebnisse der diesem Zeitpunkt zunächst liegenden Stadtverordnetenwahlen nach dem Material des Städtetages und nach den Angaben des Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte XXIII. Jahrgang, S. 275 ff. zusammengestellt worden. Wenngleich die meisten dieser Wahlergebnisse aus dem Jahre 1924 stammen, so ließ es sich doch nicht ganz vermeiden, daß auch Wahlergebnisse aus den Jahren 1923 und 1925, vereinzelt auch selbst von 1926, 1927 und Anfang 1928 übernommen wurden. Das Gesamtbild dürfte jedoch dadurch kaum gestört werden. Gegen die Benutzung des Materials der vorherigen, in den Jahren 1928 oder 1929 erfolgten Wahlen spricht es im übrigen auch, daß in den meisten Fällen die Unterschiede in den Ergebnissen zu gering sind, um als Merkmale gewertet werden zu können.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Stadtverordnetenwahlen[1]) sind in ihren Grundzügen etwa die gleichen wie diejenigen über die Kreistagswahlen. Insbesondere sind auch hier Listenverbindungen unstatthaft.

Die Zahl der Stadtverordneten beträgt mindestens 11 und kann durch Ortssatzung

	bis zu 15000 Einw.		für je angefangene	1000 Einw.,
bei mehr als 15000	„ „ 30000	„ „ „	„ weitere	2000 „ ,
„ „ „ 30000	„ „ 60000	„ „ „	„ „	3000 „ ,
„ „ „ 60000	„ „ 300000	„ „ „	„ „	10000 „ ,
und bei mehr als	300000	„ „ „	„ „	15000 „

um je 1 Stadtverordneten, aber nicht über 100 hinaus, erhöht werden. Abweichend ist die Stadtverordnetenzahl Berlins durch § 8 des Gesetzes über die Bildung der neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 (GS. S. 123) auf 225 festgesetzt.

Nach obiger Staffel könnte ein Stadtkreis von 20 000 Einwohnern 29 Stadtverordnete wählen, ein solcher von 30 000 = 34, bei 60 000 Einwohnern 44, bei 300 000 = 68 und von 765 001 Einwohnern an 100. Tatsächlich bleibt jedoch die Zahl der Stadtverordneten vielfach unter der Höchstgrenze.

Ein zwischen den beiden letzten, hier berücksichtigten Stadtverordnetenwahlen eingetretener (häufig mit Gebietsvergrößerungen verbundener) Bevölkerungszuwachs findet in der Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten seinen Ausdruck, sofern es sich nicht gerade um die Zusammenlegung von Stadtkreisen zu neuen großen Stadtkreisen (wie bei Gelsenkirchen-Buer, Barmen-Elberfeld, Duisburg-Hamborn, Gladbach-Rheydt) handelt. In diesen Fällen vermindert sich nämlich die neue Stadtverordnetenzahl gegenüber der Summe der Stadtverordneten der früher selbständigen Stadtkreise, wie sich dies bei den Städten der Regierungsbezirke Münster und Düsseldorf zeigt. Wo sonst noch eine Verminderung der Zahl der Stadtverordneten eingetreten ist — in den Regierungsbezirken Allenstein, Stralsund, Liegnitz, Magdeburg und Osnabrück —, dürften Neufestsetzungen in einzelnen Stadtkreisen stattgefunden haben.

An Wahlvorschlägen wurden in den 116 Stadtkreisen insgesamt 1 077 zugelassen, davon erhielten 206, also rund 19 v. H. kein Mandat. Im einzelnen

wurden rechtzeitig eingereicht:		blieben erfolglos:								
... Wahlvorschläge	in ... Stadtkreisen	0	1	2	3	4	5	6	8	12
		Wahlvorschläge in ... Stadtkreisen								
4	5	5	—	—	—	—	—	—	—	—
5	10	9	1	—	—	—	—	—	—	—
6	8	5	2	1	—	—	—	—	—	—
7	16	7	6	3	—	—	—	—	—	—
8	13	3	5	4	1	—	—	—	—	—
9	13	—	3	7	3	—	—	—	—	—
10	16	—	8	7	1	—	—	—	—	—
11	7	—	3	2	2	—	—	—	—	—
12	6	—	—	—	2	3	1	—	—	—
13	11	—	1	3	3	4	—	—	—	—
14	4	—	—	1	2	1	—	—	—	—
15	3	—	—	1	—	1	—	1	—	—
16	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—
17	1	—	—	—	—	—	1	—	—	—
18	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—
22	1	—	—	—	—	—	—	—	—	1
		29	29	29	14	9	3	1	1	1

Die Stadtkreise mit der niedrigsten Zahl von Wahlvorschlägen sind Brieg, Burg b. M., Quedlinburg, Neumünster und Lüneburg, die Höchstzahl hat Berlin, dem Köln, Hindenburg, Erfurt, Breslau, Kiel und Oberhausen am nächsten kommen. Auch bei den erfolglosen Wahlvorschlägen steht Berlin vor Köln, Breslau, Schneidemühl, Hindenburg und Erfurt an der Spitze. Im allgemeinen zeichnen sich die westlichen Stadtkreise vor den anderen durch zahlreichere Wahlvorschläge aus: unter den 44 Stadtkreisen von Westfalen, Hessen-Nassau und der Rheinprovinz befinden sich nur 14 mit weniger als 10 Wahlvorschlägen, unter den 72 Stadtkreisen der Mitte und des Ostens dagegen nicht weniger als 51.

Von den im preußischen Landtage vertretenen Parteien lagen insgesamt 664 eigene Listen vor, d. i. fast zwei Drittel der überhaupt zugelassenen Wahlvorschläge. Die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei haben in sämtlichen Stadtkreisen eigene Listen eingereicht, die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in 94, das Zentrum in 77 Stadtkreisen, ferner die Demokratische Partei in 72, die Wirtschaftspartei in 58, die Deutschnationale Volkspartei in 49, die Deutsche Volkspartei in 42 Stadt-

[1]) Gesetz über die vorläufige Regelung der Gemeindewahlen vom 9. April 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1924 (GS. S 99), Gesetz über die Festsetzung der Gemeindewahlen vom 18. April 1928 in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. November 1928 (GS. S. 207); Wahlordnung für die Wahlen zu den Gemeinde-, Amts- und Kirchspiellandgemeindevertretungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 25 Juli 1929 (Min. Bl. f. d. i. preuß. Verw. 1929 Nr. 31), Wahlordnung für die Wahlen der Stadtverordneten und Bezirksverordneten in Berlin vom 26. August 1925 (a. a. O. 1925 Nr. 37).

kreisen, die Volksrechtpartei in 30, der Völkisch-Nationale Block in 8 und die Deutsch-Hannoveraner in 2 Stadtkreisen. An **Wahlvorschlägen weiterer politischer Parteien sind zu erwähnen:** 19 der kommunistischen Opposition, 7 der U. S. P. D., 2 demokratische und 1 Zentrums-Sonderlisten, 23 Wahlvorschläge des Christlichen Volksdienstes, 9 der Christlich-Sozialen Reichspartei, 4 der Deutschsozialen Partei und 6 der Allgemeinen Volkspartei sowie 16 Listen der Polen und je 1 der Dänen und Litauer. Die Zahl der übrigen Listen ist — die 86 Gemeinschaftslisten ungerechnet — 238, und zwar sind dies fast zur Hälfte Mittelstandslisten (Haus- und Grundbesitzer, Handwerk und Gewerbe), ferner Wahlvorschläge der Mieter und Bodenreformer, der Beamten, Angestellten und Arbeiter, der Kriegs- und Arbeitsopfer und schließlich vereinzelte Listen der Alkoholgegner, der berufstätigen Frauen, der Kinderreichen, von Sportvereinigungen, des Kulturbundes Osten (in Hindenburg), der oberschlesischen Volksgemeinschaft (in Bottrop).

Einen neuen Beitrag für die politische Statistik liefert die Untersuchung der **Gemeinschaftslisten.** Das graphische Bild dieser Gemeinschaftslisten ist folgendes:

Gemeinschaftslisten	A. An den Gemeinschaftslisten beteiligte Parteien: Demokr.	Zentr.	Wirtsch. P.	Dtsch. Vp.	Dtsch. Ntl. Vp.	Natl. Soz.	B. Zahl der auf die Gemeinschaftslisten entfallenden Stadtverordnetensitze 1929	früher	C. Zahl der vertretenen Stadtkreise 1929	früher	D. Durchschnittswert der Gemeinschaftslisten (B : C) 1929	früher
a	o	o	o	o	o		91	191	8	12	11,4	15,9
b	o	o	o	o			15	15	2	2	7,5	7,5
c	o	o		o	o		63	69	4	4	15,8	17,3
d	o	o		o			5	8	1	1	5,0	8,0
e	o	o					12	4	3	1	4,0	4,0
f	o		o	o	o	o	6	68	1	4	6,0	17,0
g	o		o	o	o		18	11	2	1	9,0	11,0
h	o		o	o			24	8	2	1	12,0	8,0
i	o			o	o		58	56	6	4	9,7	14,0
k	o			o			12	7	4	1	3,0	7,0
l		o	o	o	o		19	8	2	1	9,5	8,0
m		o		o	o		59	100	5	6	11,8	16,7
n		o		o			5	—	1	—	5,0	—
o			o	o	o		164	134	11	9	14,9	14,9
p			o	o			9	9	1	1	9,0	9,0
q				o	o		180	159	19	13	9,5	12,2
r				o	o	o	—	17	—	2	—	8,5
s					o	o	13	18	2	1	6,5	18,0
t	Bürgerliche Einheitslisten ohne nähere Angabe						73	99	12	15	6,1	6,6
							826	981	86	79	9,6	12,4

Demnach waren von den obigen Parteien beteiligt: Die Demokraten 1929 an 10 (früher an 10) Arten der Gemeinschaftslisten a bis s, das Zentrum an 8 (7), die Wirtschaftspartei an 8 (8), die Deutsche Volkspartei an 15 (15), die Deutschnationalen an 10 (11) und die Nationalsozialisten an 2 (3) Arten. Die Zahl der Stadtkreise, in denen keine Gemeinschaftslisten vorkommen, war 39 (früher 42); 69 (69) Stadtkreise haben je eine Gemeinschaftsliste, 7 (5) deren 2 und 1 (—) 3 Gemeinschaftslisten aufzuweisen.

Es sei bemerkt, daß die Gemeinschaftslisten außer von den aufgeführten Parteien bisweilen noch von anderen Parteien oder von kommunalen Vereinen unterzeichnet worden sind — so in Tilsit und Weißenfels vom Völkisch-Nationalen Block, in Göttingen und Lüneburg von den Deutsch-Hannoveranern, in Dortmund und Wiesbaden von der Volksrechtpartei, in Wanne-Eickel von der Christlich-Sozialen Partei, ferner in Greifswald, Stralsund und Altona von den Bürgervereinen, endlich in Tilsit, Görlitz, Liegnitz, Quedlinburg und Halle a. S. von Wirtschaftsverbänden. Der Übersichtlichkeit halber ist davon abgesehen worden, die kleineren Parteien besonders aufzuführen, und die Hinzunahme der Bürgervereine und Wirtschaftsverbände verbietet sich von selbst deshalb, weil ihre Mitglieder wohl überwiegend der einen oder der anderen großen politischen Partei zuzurechnen sind.

Die grundsätzliche Abneigung der Kommunisten und der Sozialdemokraten gegen Wahlbündnisse darf als bekannt vorausgesetzt werden. Ausnahmsweise wird eine Gemeinschaftsliste der S. P. D. und der U. S. P. D. aus Lüdenscheid gemeldet, aber die U. S. P. D. ist dort der Zahl ihrer Wähler nach ziemlich bedeutungslos. Auch den Nationalsozialisten kann eine steigende Vorliebe für eigene Listen nachgesagt werden. Beim Zentrum ist es in der Regel so, daß Wahlbündnisse da abgeschlossen werden, wo seine Anhängerschaft nicht stark genug ist, um eigene Mandate zu erzielen. Anders steht es dagegen mit den vier übrigen Parteien, den Demokraten, der Wirtschaftspartei, der Volkspartei und den Deutschnationalen. Bei ihnen, insbesondere bei den beiden letztgenannten Parteien, darf von einer grundsätzlichen Bereitschaft zu Wahlbündnissen gesprochen werden. Ist doch unter den — ohne die zu t gezählten — 74 (64) mit Gemeinschaftslisten vertretenen Stadtkreisen die Volkspartei in 69 (62), die Deutschnationale Volkspartei in 60 (57), die Demokratische Partei in 33 (31), die Wirtschaftspartei in 29 (31) beteiligt, das Zentrum als zweitgrößte Partei dagegen bloß in 26 (27), die Nationalsozialistische Arbeiterpartei gar nur in 3 (7) Stadtkreisen.

Von besonderem Gewicht sind nach der Zahl der auf sie entfallenden Stadtverordnetensitze und nach der Häufigkeit ihres Vorkommens die 7 Gemeinschaftslisten a, c, f, i, m, o und q — die Liste t scheidet hier aus. Die Zahl der auf die verschiedenen Arten von Gemeinschaftslisten entfallenden Mandate hat sich bei 7 Arten vermindert. Hierunter befinden sich die vier Listen a, c, f und m; zwei von diesen umfassen je 5 Parteien, je eine 4 und 3 Parteien. Unter den Gemeinschaftslisten, deren Mandatszahl sich mehr oder minder erhöht hat, sind die Listen i, o und q zu finden, von denen die beiden ersten je 3 und die letzte 2 Parteien zusammenschließen. Es dürfte nicht ohne Bedeutung sein, daß die wichtigeren Wahlbündnisse von 5 und 4 Parteien Mandatsverluste zu verzeichnen hatten gegenüber den Mandatsgewinnen der Wahlbündnisse von 3 und 2 Parteien. Nebenbei bemerkt haben von den sechs Wahlbündnissen zweier Parteien nicht weniger als vier Mandatsgewinne erzielt, und nur bei einem ist ein Verlust zu buchen.

Die Durchschnittswerte der Gemeinschaftslisten (die Zahl der auf sie entfallenden Mandate geteilt durch die Zahl der dabei in Frage kommenden Stadtkreise) sind in 11 von 18 Fällen überhaupt gesunken; bei den Wahlbündnissen b, e, o und p sind sie unverändert geblieben und bei h, l und n gestiegen. Von diesen letzten sieben Gemeinschaftslisten hat nur die Liste o größere Bedeutung.

Eine nicht uninteressante Feststellung ist hinsichtlich des Einflusses der Beteiligung einer Partei auf die Erfolge der Gemeinschaftslisten zu treffen, nämlich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Es hat sich die Zahl der auf die unter Beteiligung der Nationalsozialisten gebildeten Gemeinschaftslisten f, r und s entfallenden Sitze insgesamt von früher 103 auf 19 vermindert (bei f von 68 auf 6, bei r von 17 auf 0 und bei s von 18 auf 13), und die Durchschnittswerte dieser Gemeinschaftslisten sind bei f von 17,0 auf 6,0, bei r von 8,5

Die Mandatsverteilung in den preußischen Stadtkreisen nach den Stadtverordnetenwahlen

Stadtkreise der Regierungsbezirke	Polen, Dänen	Kommunisten	Sozialdemokraten	Demokraten	Zentrum	Wirtschaftspartei	Deutsche Volkspartei	Deutschnationale	a = Dtsch.-Hannoveran. b = Deutschsoziale c = Völk. Freiheitsp. d = Volksrechtpartei	Nationalsozialisten	Unaufgeteilte Mandate auf gemeinsame Listen mehrerer Parteien*)	Sonstige	Gesamtzahl der Stadtverordnetensitze
	Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Königsberg	—	14	16	2	1	2	16	7	—	3	—	3	64
2. Gumbinnen	—	15	20	.	.	.	.	.	d 1	5	a 11, e 6, o 10, t 4	5	77
3. Allenstein	—	2	2	1	17	3	—	4	—	1	—	5	35
4. Westpreußen	—	5	15	1	5	.	.	6	—	—	p 9	4	45
5. Potsdam	—	19	72	3	2	6	4	25	—	9	b 7, d 5, m 13, o 15	4	184
6. Frankfurt	—	18	76	1	1	6	.	[4] 4	—	10	a 18, i 8, e 3, o 17, q 13	24	199
7. Berlin	—	56	64	14	8	10	16	40	c 1	13	—	3	225
8. Stettin	—	11	36	1	1	4	4	20	c + d 1	3	h 7	8	96
9. Köslin	—	6	38	5	—	2	3	12	—	5	o 12, q 17	6	106
10. Stralsund	—	4	23	1	—	8	.	12	—	3	k 3, q 15	1	70
11. Schneidemühl	—	2	4	1	9	.	.	2	.	.	t 15	2	35
12. Breslau	—	9	73	7	25	3	8	25	b 1	12	a 15, q 4, t 3	5	190
13. Liegnitz	—	9	70	8	13	.	.	.	.	10	a 9, g 10, i 9, o 30, t 4	18	190
14. Oppeln	5	29	22	5	118	5	3	33	.	6	k 2, q 7, t 5	20	260
15. Magdeburg	—	19	101	8	2	.	.	.	c + d 1	16	b 8, l 8, o 36, q 14, s 5, t 11	6	235
16. Merseburg	—	47	56	4	.	12	6	9	—	17	c 46, e 3, m 8, o 24	13	245
17. Erfurt	—	14	33	8	2	5	5	5	.	9	l 11, m 10, t 10	12	124
18. Schleswig	4	22	95	7	1	5	6	6	—	10	c 12, m 13, o 20, q 16	23	240
19. Hannover	—	4	47	2	3	1	.	.	a 6	5	a 7, q 16	4	95
20. Hildesheim	—	1	31	3	8	4	5	2	.	15	c 5, q 11, t 9	4	98
21. Lüneburg	—	14	50	4	1	.	.	.	d 1	4	a 12, q 25	—	111
22. Stade	—	3	25	1	.	—	.	.	—	2	m 15	—	46
23. Osnabrück	—	1	12	.	10	.	4	1	.	1	t 5	11	45
24. Aurich	—	6	17	6	.	2	4	3	—	3	n 5, s 8	5	59
25. Münster[1]	3	53	37	1	110	20	10	8	.	3	f 6, q 8, t 3	30	292
26. Minden	—	2	36	3	3	10	15	8	—	3	—	2	82
27. Arnsberg[2]	4	80	155	10	153	33	25	20	—	20	g 8, i 41, q 14	52	615
28. Kassel	—	13	35	6	27	5	17	13	.	6	q 3, t 4	25	154
29. Wiesbaden	—	17	38	4	17	6	11	7	—	18	h 17	4	139
30. Koblenz	—	2	5	.	16	5	.	2	—	8	k 2	4	44
31. Düsseldorf[3]	2	138	105	12	209	70	46	43	d 6	16	a 19, k 5, q 17	31	719
32. Köln	—	16	27	4	53	11	15	5	—	12	—	—	143
33. Trier	—	4	4	1	22	5	2	2	—	1	—	1	42
34. Aachen	—	7	6	3	27	5	4	1	—	1	—	—	54
Stadtkreise überhaupt	18	662	1 446	137	864	248	229	[4] 325	18	250	826	335	5 358
darunter		7 der Opposition		2 der Opposition	3 der Opposition				a 6, b 1, c 1, d 8, c + d 2				

*) a = Demokr., Zentr., Wirtsch. P., Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp. (Sp. 4—8). — b = Demokr., Zentr., Wirtsch. P., Dtsch. Vp. (Sp. 4—7). Zentr. (Sp. 4 u. 5). — f = Demokr., Wirtsch. P., Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp., Natl. Soz. (Sp. 4, 6—8 u. 10). — g = Demokr., Wirtsch. P., Natl. Vp. (Sp. 4, 7 u. 8). — k = Demokr., Dtsch. Vp. (Sp. 4 u. 7). — l = Zentr., Wirtsch. P., Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp. (Sp. 5—8). — (Sp. 6—8). — p = Wirtsch. P., Dtsch. Vp. (Sp. 6 u. 7). — q = Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp. (Sp. 7 u. 8). — r = Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp.,
[1]) bei den vorhergehenden Wahlen einschl. Gelsenkirchen. — [2]) desgl. ohne Gelsenkirchen. — [3]) desgl. ohne Rheydt und Uerdingen. — [4]) 4 Stadt-

auf 0,0 und bei s von 18,0 auf 6,5 gesunken. Diese Tatsachen lassen nur den Schluß zu, daß die Minderbeteiligung der Nationalsozialisten an den Wahlbündnissen bei den jüngsten Wahlen erheblichen, abträglichen Einfluß auf die Mandatserfolge der Gemeinschaftslisten gehabt hat.

Die in der Haupttafel wiedergegebene politische Verteilung der Stadtverordnetensitze läßt mancherlei Veränderungen der Mandatszahlen der einzelnen politischen Gruppen erkennen. Die Gesamtzahl der Stadtverordnetensitze hat sich mit 5 358 gegenüber dem vorigen Stand (5 329) nur scheinbar erhöht, in Wirklichkeit jedoch etwas vermindert, weil bei dem vorigen Stand neben den Stadtverordneten von Rheydt und Uerdingen auch diejenigen aller kreisangehörigen Städte fehlen, die inzwischen in Stadtkreise eingemeindet worden sind. Das Gesamtbild ist folgendes:

Auf die politischen Richtungen entfallen . . . Sitze:

	1929 überhaupt	1929 v. H.	früher überhaupt	früher v. H.
Nationale Minderheiten	18	0,3	25	0,5
Kommunisten	662	12,4	784	14,7
Sozialdemokraten	1 446	27,0	1 104	20,7
Demokraten	137	2,6	196	3,7
Zentrum	864	16,1	789	14,8
Wirtschaftspartei	248	4,6	105	2,0
Deutsche Volkspartei	229	4,3	262	4,9
Deutschnationale Volkspartei	325	6,1	428	8,0
Deutsch-Hannoveraner	6	0,1	19	0,4
Deutsch-Soziale	1	0,02	29	0,5
Volksrechtpartei	} 11	0,2	6	0,1
Völkische Freiheitspartei			} 135	2,5
Nationalsozialisten	250	4,7		
Gemeinschaftslisten	826	15,4	981	18,4
Sonstige	335	6,3	466	8,7
	5 358	100,0	5 329	100,0

vom 17. November 1929 und den letzten Stadtverordnetenwahlen der Jahre 1924 bis 1928.

Letzte Stadtverordnetenwahlen der Jahre 1924 bis Anfang 1928													
Polen, Dänen	Kommunisten	Sozialdemokraten	Demokraten	Zentrum	Wirtschaftspartei	Deutsche Volkspartei	Deutschnationale	a = Dtsch.-Hannoveran. b = Deutschsoziale c = Völk. Freiheitsp. d = Volksrechtpartei	Nationalsozialisten	Unaufgeteilte Mandate auf gemeinsame Listen mehrerer Parteien*)	Sonstige	Gesamtzahl der Stadtverordnetensitze	Wiederholung der Vorspalte
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
—	12	6	3	1	—	12	8	b 3, c 4	—	—	15	64	1.
—	15	10	3	.	—	.	.	—	8	m 14, q 14	13	77	2.
—	4	2	1	14	.	.	.	.	1	t 12	2	36	3.
—	6	6	2	.	—	.	.	c 5	—	m 22	4	45	4.
—	23	45	2	1	.	3	28	c 3	2	a 51, b 7	14	179	5.
—	13	50	4	2	6	3	20	b 5	—	a 11, b 8, i 14, q 17	32	185	6.
—	43	74	21	8	10	14	47	b 3, c 3	—	—	2	225	7.
—	13	21	1	.	.	3	16	b 1, c 6	.	h 8, t 4	21	94	8.
—	7	21	3	.	1	8	21	b 4, d 2	—	l 8, s 18	11	104	9.
—	8	11	2	.	.	1	14	.	1	q 19, t 10	6	72	10.
—	3	3	1	7	—	2	5	c 9	—	—	5	35	11.
—	16	54	9	21	.	8	31	b 1, c 5	3	a 18, o 12	6	184	12.
—	11	55	4	8	4	4	6	b 6	.	f 15, a 34, o 19, t 11	17	194	13.
5	40	16	6	92	6	5	33	b 4, c 1	1	t 6	34	249	14.
—	16	86	10	1	.	.	.	b 2, c 8, d 1	1	a 50, m 22, o 37	3	237	15.
—	52	39	5	.	.	6	5	c 8	5	a 42, c 16, g 11, e 4, o 13, q 6, t 6	26	244	16.
—	20	20	11	16	11	.	7	—	6	d 8, o 14	10	123	17.
7	28	84	5	.	.	.	3	c 8	1	c 10, m 14, o 16, q 27	29	232	18.
—	10	28	3	3	.	.	.	a 11	3	q 22, t 11	4	95	19.
—	3	25	9	8	3	4	9	a 3, c 1	.	m 8, p 9, t 7	9	98	20.
—	15	41	3	1	.	.	.	a 5, c 2	—	a 14, o 14, q 7	9	111	21.
—	4	19	3	.	—	.	.	—	—	m 20	—	46	22.
—	4	10	2	6	—	4	1	—	1	—	19	47	23.
—	1	13	4	.	.	7	3	c 4	.	k 7, t 10	10	59	24.
4	72	36	5	112	14	16	14	c 3	—	q 8	38	322	25.
—	6	28	2	1	—	10	9	c 4	—	c 22	—	82	26.
6	91	117	22	133	13	35	27	c 2	3	f 11, i 23, o 9, q 23, r 13, t 2	44	574	27.
—	18	28	7	19	.	12	20	c 1	5	a 13, t 10	19	152	28.
—	14	36	11	15	10	15	12	c 4, d 2	—	—	4	123	29.
—	2	4	.	20	.	.	.	.	.	q 12, t 3	3	44	30.
3	182	93	24	207	21	65	77	c 9	2	c 21, i 19, q 4, r 4, t 4	28	763	31.
—	21	17	4	50	6	14	10	c 2, d 1	—	—	14	139	32.
—	3	3	2	20	—	6	—	—	—	—	8	42	33.
—	8	3	2	23	.	5	2	.	.	t 3	7	53	34.
25	784	1 104	196	789	105	262	428	146	43	981	466	5 329	Se.
	6 der Opposition	16 U. S. P. D.						a 19, b 29, c 92, d 6					

— c = Demokr., Zentr., Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp. (Sp. 4, 5 u. 7, 8). — d = Demokr., Zentr., Dtsch. Vp. (Sp. 4, 5 u. 7). — e = Demokr., Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp. (Sp. 4 u. 6—8). — h = Demokr., Wirtsch. P., Dtsch. Vp. (Sp. 4, 6 u. 7). — i = Demokr., Dtsch. Vp., Dtsch. m = Zentr., Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp. (Sp. 5, 7 u. 8). — n = Zentr., Dtsch. Vp. (Sp. 5 u. 7). — o = Wirtsch. P., Dtsch. Vp., Dtsch. Natl. Vp. Natl. Soz. (Sp. 7, 8 u. 10). — s = Dtsch. Natl. Vp., Natl. Soz. (Sp. 8 u. 10). — t = Bürgerliche Einheitslisten ohne nähere Angabe. — verordnetensitze für Dtsch. Natl. und Landwirtschaft.

Ein klares Bild der Mandatsverschiebungen geben nur die Zahlen derjenigen Parteien, die keine Wahlbündnisse eingegangen sind: nämlich der Nationalen Minderheiten, der Kommunisten und der Sozialdemokraten. Mandatsverluste von 7 bezw. 122 Sitzen hatten die Nationalen Minderheiten und die Kommunisten; bei den Kommunisten die in Berlin und in 6 Regierungsbezirken noch Sitze erobern konnten, waren die Wahlen in den westlichen industriellen Stadtkreisen besonders verlustbringend. Der Sozialdemokratie, die in allen Regierungsbezirken außer in Berlin Mandatsgewinne erzielte, sind insgesamt 342 Sitze mehr als früher zugefallen, also noch 220 Sitze mehr als die Kommunisten verloren haben.

Von den übrigen Parteien haben — unter Ausschaltung der Gemeinschaftslisten — nur vier ihren früheren Mandatsstand zu erhöhen vermocht: das Zentrum um 75 Mandate, die Wirtschaftspartei um 143, die Nationalsozialisten um 125 bis 130 und die Volksrechtpartei um 2 bis 4 Sitze. Das Zentrum konnte in den Stadtkreisen seine auf die großen Umgemeindungen zurückgehenden Verluste an Kreistagssitzen großenteils ausgleichen. Bei den Nationalsozialisten war zu berücksichtigen, daß bei den vorhergehenden Wahlen die Scheidung in Nationalsozialisten und Völkische zumeist noch nicht vollzogen war; daher die hohe Zahl von Sitzen in Spalte 9 der Haupttafel unter c, die überwiegend den Nationalsozialisten zuzurechnen ist. Die Wirtschaftspartei hat namentlich in den Stadtkreisen der Regierungsbezirke Münster, Arnsberg und Düsseldorf Mandate gewonnen, also in den gleichen Bezirken, in denen die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen erheblich verloren. Diese drei Parteien hatten ferner im Regierungsbezirk Wiesbaden Einbußen, die Demokraten und die Deutschnationalen auch noch in

Berlin. Die Demokraten büßten insgesamt 59 Mandate ein, die Deutsche Volkspartei 33 und die Deutschnationalen 103. Die Deutsch-Hannoveraner, die sich bei den jüngsten Wahlen stärker an den Gemeinschaftslisten beteiligten, haben infolgedessen 13 Sitze weniger als früher auf eigene Listen, den Deutschsozialen ist von 29 Mandaten nur eins geblieben, und auch die Völkischen dürften Verluste zu verzeichnen haben.

Hinsichtlich der Gemeinschaftslisten ist zwar zu bedenken, daß die Mandatszahl derjenigen Wahlbündnisse, an denen die Nationalsozialisten beteiligt waren, um 84 Sitze zurückgegangen ist, aber die Gesamtzahl der auf die Gemeinschaftslisten entfallenden Mandate ist gleichzeitig noch stärker, um 155, gesunken.

Die ausländischen Arbeiter in Preußen 1930. — Im Jahre 1930 waren in Preußen nach den Berichten der Deutschen Arbeiterzentrale 185 780 ausländische Arbeiter beschäftigt. Diese Zahl umfaßt alle in irgend einem Betriebe — mit Ausnahme der See- und Binnenschiffahrt — als Arbeiter beschäftigten Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzen. Personen, die als Angestellte — im Sinne des Reichsversicherungsgesetzes für Angestellte — tätig waren, sind dagegen in diesen Zahlen nicht enthalten.

Tabelle 1 zeigt, wie sich die ausländischen Arbeiter auf die einzelnen Nationen verteilen. Die polnischen Arbeiter machen fast die Hälfte aus; es folgen die tschechoslowakischen Staatsangehörigen mit 18,6 v. H. und die Niederländer mit 12,4 v. H. Bei den tschechoslowakischen Staatsangehörigen handelt es sich, ebenso wie bei den österreichischen und schweizerischen, fast ausschließlich um deutschstämmige Personen. Daß trotz der großen Arbeitslosigkeit die Niederländer in so großer Zahl zugelassen sind, ist damit zu erklären, daß auch die niederländische Regierung die Beschäftigung deutscher Arbeitskräfte in Holland gestattet.

1. Die in den letzten Jahren in Preußen beschäftigten ausländischen Arbeiter nach der Staatsangehörigkeit.

Staatsangehörigkeit	In Preußen waren ausländische Arbeiter nebenstehender Staatsangehörigkeit beschäftigt in den Jahren							
	1930		1929		1928		1927	
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Polen	84 825	45,7	93 555	47,6	101 758	50,5	97 842	49,6
Sonstige Oststaaten	5 741	3,1	6 467	3,3	6 528	3,2	7 130	3,6
Tschechoslowakei	34 579	18,6	35 752	18,2	35 587	17,7	35 455	18,0
Jugoslawien	7 923	4,2	6 840	3,5	6 641	3,3	6 444	3,3
Ungarn	1 482	0,8	1 639	0,8	1 872	0,9	1 753	0,9
Österreich	9 040	4,9	9 680	4,9	8 321	4,1	8 072	4,1
Schweiz	3 680	2,0	3 467	1,8	3 190	1,6	3 054	1,5
Italien	3 902	2,1	4 111	2,1	3 971	2,0	3 867	1,9
Niederlande	23 022	12,4	24 845	12,6	25 091	12,5	24 772	12,6
Belgien	1 173	0,6	1 340	0,7	1 392	0,7	1 437	0,7
Sonstige Staaten u. Staatlose	10 413	5,6	8 928	4,5	7 149	3,5	7 491	3,8
Zusammen	**185 780**	**100,0**	**196 624**	**100,0**	**201 500**	**100,0**	**197 317**	**100,0**

Die Zahl der ausländischen Arbeiter ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Während in den Jahren vor dem Weltkriege in Preußen rund 900 000 Ausländer Beschäftigung fanden, hielt sich deren Zahl in den Jahren nach Beendigung der Inflation auf etwa 200 000. Von 1928 auf 1929 fiel sie um 2,4 % auf 196 624 und ging dann im Jahre 1930 um 5,6 % auf 185 780 zurück. Von diesem Rückgang sind in erster Linie die polnischen Staatsangehörigen betroffen; während sie früher mehr als die Hälfte aller Ausländer ausmachten, ist ihr Anteil im Berichtsjahr nur noch 45,7 %. Eine wesentliche Zunahme ist nur bei den Ausländern, die unter der Bezeichnung „Sonstige Staaten" zusammengefaßt sind, festzustellen.

2. Die ausländischen Arbeiter nach der Art der Legitimierung.

Staatsangehörigkeit	Von den ausländischen Arbeitern nebenstehender Staatsangehörigkeit wurden 1930 von der Deutschen Arbeiterzentrale legitimiert durch					
	Befreiungsschein		Grenzläuferkarte		Legitimationskarte	
	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
1	2	3	4	5	6	7
Polen	21 375	25,2	118	0,1	63 332	74,7
Sonstige Oststaaten	3 963	69,0	—	—	1 778	31,0
Tschechoslowakei	26 755	77,4	687	2,0	7 137	20,6
Jugoslawien	5 916	74,7	—	—	2 007	25,3
Ungarn	1 320	89,1	—	—	162	10,9
Österreich	6 794	75,2	—	—	2 246	24,8
Schweiz	3 439	93,5	—	—	241	6,5
Italien	3 503	89,8	—	—	399	10,2
Niederlande	19 712	85,6	2 568	11,2	742	3,2
Belgien	886	75,5	203	17,3	84	7,2
Sonstige Staaten u. Staatlose	8 948	85,9	79	0,8	1 386	13,3
Zusammen	**102 611**	**55,2**	**3 655**	**2,0**	**79 514**	**42,8**
Dagegen:						
1929	100 126	50,9	4 672	2,4	91 826	46,7
1928	95 542	47,4	6 124	3,1	99 834	49,5
1927	92 307	46,8	6 254	3,2	98 756	50,0

Nach der Art der Legitimierung (Tabelle 2) gliedern sich die 185 780 ausländischen Arbeiter wie folgt: 102 611 (55,2 v. H.) waren Inhaber eines Befreiungsscheines, 3 655 (2,0 v. H.) hatten eine Grenzläuferkarte und 79 514 (42,8 v. H.) die eigentliche Legitimationskarte. Wenn man von ausländischen Arbeitern spricht, denkt man vornehmlich an diese letzteren. Es ist deshalb wesentlich zu erwähnen, daß ihre Zahl 1929 noch 91 826 und 1928 99 834 betrug, so daß sie von 1928 zu 1929 um 8,0 %, von 1929 zu 1930 um 13,4 % abgenommen hat. Freilich beruht diese Abnahme, wie an späterer Stelle gezeigt werden wird, zum Teil auf einer verstärkteren Gewährung von Befreiungsscheinen.

Die Inhaber eines Befreiungsscheines sind — vgl. Tabelle 3 — vornehmlich (73,2 v. H.) in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben tätig. Es sind dies im wesentlichen Arbeiter, die schon jahrelang im Inlande ansässig oder gar hier geboren sind, zumeist auch als Facharbeiter besonderen Ruf genießen. Etwa die Hälfte der Befreiungsscheininhaber ist deutschstämmig. Sie sind deshalb von manchen Verpflichtungen, die den im Deutschen Reich beschäftigten Ausländern auferlegt sind, insbesondere von dem Zwange der alljährlichen Rückkehr in die Heimat, befreit.

Die Inhaber von Grenzläuferkarten sind im Auslande ansässige Arbeiter, die zur Arbeitsleistung täglich über die Grenze kommen. Neben tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die in schlesischen Betrieben arbeiten, sind es vor allem Holländer, die vornehmlich in den Textilwerken des Aachener und Nordhorner Bezirks, aber auch in der hannoverschen Torfindustrie tätig sind.

Zu den Arbeitern mit Legitimationskarte gehören in erster Linie die aus den Oststaaten, insbesondere aus Polen stammenden Landarbeiter, die vor dem Weltkriege ausnahmslos dem Rückkehrzwang unterlagen. Während des Krieges und auch in den ersten Nachkriegsjahren ließ sich aber diese Bestimmung nicht durchführen. Als man dann die polnischen Arbeiter zwingen wollte, wie früher nach Schluß der Erntesaison in die Heimat zurückzukehren, hat sich die polnische Regierung auf diplomatischem Wege für ihre Untertanen verwandt; in dem deutsch-polnischen Abkommen vom Jahre 1927 erreichte sie, daß die Landarbeiter nicht auf einmal zur Rückkehr gezwungen würden, sondern allmählich (bis 1931) in das Verhältnis der rückkehrpflichtigen Wanderarbeiter übergeleitet würden, und daß andererseits alle diejenigen polnischen Arbeiter, die vor dem 1. Jannuar 1919 nach Deutschland gekommen und dort verblieben sind, den Befreiungsschein erhielten.

Der Anteil der Legitimationskarteninhaber ist, wie aus Tabelle 2 hervorgeht, im Laufe der letzten Jahre wesentlich zurückgegangen. Während 1927 noch 50,0 v. H. der ausländischen Arbeiter die Legitimationskarte hatten, sind es im Berichtsjahre nur noch 42,8 v. H. Umgekehrt hat sich der Prozentsatz der Inhaber von Befreiungsscheinen von 46,8 im Jahre 1927 auf 55,2 im Jahre 1930 erhöht. Diese Veränderungen sind im wesentlichen Auswirkungen des erwähnten deutsch-polnischen Abkommens von 1927. Im Jahre 1926 hatten nur 10 001 polnische Arbeiter, davon 3 267 in der Landwirtschaft beschäftigte, den Befreiungsschein; 1927 sind es schon 13 584, 1928 15 722, 1929 17 331 und im Berichtsjahre 21 375, davon 13 541 in der Landwirtschaft. Der Rückgang, den die „Grenzläufer" erfahren haben (von 3,2 v. H. auf 2,0 v. H.), ist mit der in diesen Jahren eingetretenen Verschlechterung der Wirtschaftslage, insbesondere in der Textilindustrie, in Verbindung zu bringen.

3. Die ausländischen Arbeiter nach Art der Legitimation und Beschäftigung.

Art der Legitimation	Von den ausländischen Arbeitern mit nebenstehender Legitimationsart waren 1930 beschäftigt				
	überhaupt	davon in			
		landwirtschaftlichen Betrieben		nichtlandwirtschaftlichen Betrieben	
		Zahl	v. H.	Zahl	v. H.
1	2	3	4	5	6
Befreiungsschein . . .	102 611	27 482	26,8	75 129	73,2
Grenzläuferkarte . .	3 655	269	7,4	3 386	92,6
Legitimationskarte . .	79 514	71 181	89,5	8 333	10,5
Zusammen . . .	**185 780**	**98 932**	**53,3**	**86 848**	**46,7**
Dagegen:					
1929	196 624	104 990	53,4	91 634	46,6
1928	201 500	108 802	54,0	92 698	46,0
1927	197 317	105 618	53,5	91 699	46,5

Etwas mehr als die Hälfte der ausländischen Arbeiter (53,3 v. H.) sind in der Landwirtschaft und verwandten Betrieben (Forstwirtschaft und Gärtnerei) beschäftigt. Auch in den vorangehenden Jahren war dieser Anteil, wie Tabelle 3 zeigt, gleich hoch. Von den 98 932 in landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Personen waren 71 181 oder 71,9 v. H. Legitimationsinhaber, 27 482 oder 27,8 v. H. Inhaber von Befreiungsscheinen und nur 269 oder 0,3 v. H. hatten Grenzläuferkarten. Von den 86 848 in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeitern waren 19 278 im Bergbau, im Hütten- und Salinenwesen und in der Torfgräberei tätig, 11 306 in der Metallverarbeitung und im Maschinenbau, 9 846 im Spinnstoffgewerbe, 6 822 in der Industrie der Steine und Erden, 9 853 in häuslichen Diensten.

Welche Bedeutung die ausländischen Arbeiter für den Arbeitsmarkt haben, ergibt sich, wenn man die Zahl der überhaupt in Preußen vorhandenen Arbeitskräfte zum Vergleich heranzieht. Nach der Berufszählung vom 16. 6. 1925 gibt es in Preußen – einschließlich der Hausangestellten – rund 9¾ Millionen Arbeiter, davon 1,8 Millionen in der Landwirtschaft und den verwandten Betrieben und 7,9 Millionen in den übrigen Betrieben. Unter der wohl berechtigten Annahme, daß sich die Gesamtzahl der Arbeiter seitdem nicht sehr stark verändert haben wird, machen die Ausländer demnach 1,9 v. H. aller Arbeiter aus (1929: 2,0, 1928: 2,1 v. H.). In der Landwirtschaft entfallen 5,4 Ausländer auf je 100 Arbeiter, in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben dagegen nur 1,1. Die höchste Belegung hatten von den Provinzen (vergl. Tabelle 4) Pommern mit 3,8 Ausländern auf je 100 Arbeiter und Sachsen mit 3,4 Ausländern; es folgten Brandenburg mit 2,4, die Rheinprovinz mit 2,3 und Niederschlesien mit 2,0 Ausländern auf 100 Arbeiter. Den geringsten Prozentsatz hatten Berlin mit 0,6, Schleswig-Holstein mit 0,7 und Hessen-Nassau mit 0,8 Ausländern. Betrachtet man lediglich die landwirtschaftlichen Betriebe, so steht die Provinz Sachsen mit 12,6 Ausländern an der Spitze; hier ist also jede achte landwirtschaftliche Arbeitskraft Ausländer. Es folgen Pommern mit 7,8, die Rheinprovinz mit 7,1 und Brandenburg mit 6,0 Ausländern auf je 100 landwirtschaftliche Arbeiter. In den nichtlandwirtschaftlichen Betrieben hat die Rheinprovinz mit 2,0 den größten Prozentsatz von Ausländern unter den Arbeitern; es kommen dann Westfalen mit 1,6 und Niederschlesien mit 1,4 Ausländern auf je 100 Arbeiter.

4. Die ausländischen Arbeiter in den preußischen Provinzen.

Provinzen	In den nebenstehenden Provinzen wurden ausländische Arbeiter beschäftigt								
	in der Land- und Forstwirtschaft, Gärtnerei usw.			in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben			insgesamt		
	Zahl	v. H. der in der Landwirtschaft usw. beschäftigten ausländischen Arbeiter	v. H. aller in der Landwirtschaft usw. beschäftigten Arbeiter überhaupt	Zahl	v. H. der in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten ausländischen Arbeiter	v. H. aller in nichtlandwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter überhaupt	Zahl	v. H. der ausländischen Arbeiter	v. H. aller Arbeiter überhaupt
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Ostpreußen . . .	7 612	7,7	2,9	1 374	1,6	0,6	8 986	4,8	1,8
Brandenburg .	14 046	14,2	6,0	3 464	4,0	0,7	17 510	9,4	2,4
Stadt Berlin .	113	0,1	0,9	6 527	7,5	0,6	6 640	3,6	0,6
Pommern . . .	17 167	17,4	7,8	384	0,4	0,2	17 551	9,5	3,8
Grenzmark . . . Posen-Westpr.	733	0,7	1,9	130	0,2	0,4	863	0,5	1,2
Niederschlesien .	8 201	8,3	3,4	9 058	10,4	1,4	17 259	9,2	2,0
Oberschlesien . .	2 355	2,4	2,9	2 230	2,6	0,9	4 585	2,5	1,4
Sachsen	27 937	28,2	12,6	2 014	2,3	0,8	29 951	16,1	3,4
Schleswig-Holst.	833	0,8	0,9	1 851	2,1	0,7	2 684	1,4	0,7
Hannover . . .	8 543	8,6	4,7	4 547	5,2	0,8	13 090	7,1	1,8
Westfalen . . .	2 350	2,4	2,6	18 651	21,5	1,6	21 001	11,3	1,6
Hessen-Nassau .	1 880	1,9	3,6	2 254	2,6	0,5	4 134	2,2	0,8
Rheinprovinz u. Hohenzollerische Lande	7 162	7,3	7,1	34 364	39,6	2,0	41 526	22,4	2,3
Zusammen . . .	**98 932**	**100,0**	**5,4**	**86 848**	**100,0**	**1,1**	**185 780**	**100,0**	**1,9**

Betrachtet man die Verteilung der ausländischen Arbeiterschaft auf die einzelnen Provinzen rein zahlenmäßig, so erscheint die volkreichste preußische Provinz auch mit der größten Zahl ausländischer Arbeiter: auf die Rheinprovinz entfallen nämlich 41 526 oder 22,4 v. H. sämtlicher ausländischen Arbeiter. An zweiter Stelle steht Sachsen mit 29 951 oder 16,1 v. H.; es folgen Westfalen mit 21 001 oder 11,3 v. H., Pommern mit 17 551 oder 9,5 v. H., Brandenburg mit 17 510 oder 9,4 v. H. und Niederschlesien mit 17 259 oder 9,2 v. H.

Die allgemeinen Heilanstalten in Preußen 1928 (ohne Saargebiet). — Die Krankenhausstatistik umfaßte im Berichtsjahre 2 285 allgemeine Heilanstalten, und zwar 1 816 öffentliche, 411 private Anstalten und 58 selbständige Abteilungen in den Universitätskliniken. In Zugang kamen während des Berichtsjahres 41 öffentliche und 23 private Anstalten, wovon 6 bereits bestehende private Anstalten ihren Bettenbestand über 10 hinaus erhöht hatten. In Abgang kamen 2 öffentliche und 3 private Anstalten wegen Unrentabilität oder weil ein Bedarf nicht vorlag und 18 öffentliche und 15 private, weil sie zu Siechenhäusern, Erholungsheimen umgewandelt worden waren oder aus unbekannten Gründen den Betrieb eingestellt hatten. Die Zahl der Anstalten hat somit gegenüber dem Vorjahre um 21 öffentliche und 5 private zugenommen.

Betten waren 240 960 vorhanden. Dem Bettenabgang von 2 309 stand ein Zugang von 10 501 gegenüber, von dem ⅓ auf die neu eröffneten Anstalten entfiel, während der Rest noch in bereits vorhandenen Anstalten aufgestellt werden konnte. Von der Gesamtzahl der Betten entfielen auf je 10 000 Lebende rund 62;

diesen Durchschnitt überschritten nach der folgenden Tabelle 11 Regierungsbezirke, die mit Ausnahme von Potsdam, das dafür eine längere Verpflegungsdauer aufweist, zu den 13 Regierungsbezirken gehörten, die auch mit ihrer Krankenziffer über dem Staatsdurchschnitt lagen.

Daß die Regierungsbezirke des Westens eine größere Bereithaltung von Betten aufweisen, wird durch den stärkeren Zudrang begründet. Berlin als Großstadt stand an 7., Breslau dagegen an 11. Stelle der Regierungsbezirke mit einer Bettenziffer über dem Staatsdurchschnitt, während Potsdam und Hildesheim infolge der großen bzw. zahlreichen Heilstätten den 8. und 9. Platz einnahmen.

Bettenziffern.

Münster	97	Osnabrück	61	Westpreußen	43
Köln	93	Aachen	60	Frankfurt	43
Arnsberg	86	Kassel	52	Stettin	43
Düsseldorf	80	Königsberg	51	Oppeln	40
Minden	77	Hannover	50	Sigmaringen	40
Koblenz	76	Liegnitz	49	Merseburg	38
Berlin	72	Schleswig	47	Köslin	37
Hildesheim	71	Aurich	45	Lüneburg	32
Potsdam	71	Erfurt	45	Gumbinnen	29
Wiesbaden	70	Trier	45	Allenstein	27
Breslau	69	Stralsund	44	Stade	24
Staat	**62**	Magdeburg	44	Schneidemühl	22

Die Höchstziffer der Betten in Münster mit 97 war ungefähr viermal so groß als die Niedrigstziffer in Schneidemühl mit 22 und Stade mit 24.

Teilt man die Heilanstalten nach der Zahl ihrer Betten in Größenklassen ein, so ergibt sich folgendes Bild:

Zahl der Betten von bis	Anstalten	Betten überhaupt
1	2	3
1. 0 bis 50	1 122	32 334
2. 51 „ 100	503	37 342
3. 101 „ 200	369	53 405
4. 201 „ 300	145	35 967
5. 301 „ 400	66	23 310
6. 401 „ 500	26	11 914
7. 501 „ 750	29	17 791
8. 751 „ 1 000	12	10 272
9. 1 001 und mehr	13	18 625
zusammen	**2 285**	**240 960**

Die 1. Klasse bis 50 Betten umfaßte fast die Hälfte aller Heilanstalten mit einem Anteil von 13,4 v. H. der gesamten Betten. Die 2. Klasse beinahe halb so groß wie die 1. hatte einen Bettenanteil von 15,5 v. H. Beide Klassen zusammen, fast drei Viertel aller Heilanstalten, umfassen aber noch nicht ein Drittel der Gesamtbetten. Bei der 3. Klasse war der Bettenanteil mit 22,2 v. H. am größten; bei der 4. Klasse ging er schon wieder bis unter den Anteil der 2. Klasse auf 14,9 v. H. zurück. Die nächsten Klassen, zusammen 146 Anstalten, hatten in der 6. und 8. Klasse einen Bettenanteil von unter 5 v. H., bei den übrigen einen solchen von 7 bis 10 v. H.; im ganzen ist in ihnen ein Drittel aller Betten aufgestellt.

In sämtlichen Heilanstalten wurden 2 329 984 Kranke (1 180 619 m., 1 149 365 w.) oder 7,8 v. H. (7,2 m., 8,3 w.) mehr als im Vorjahre verpflegt. Die Krankenziffer ist, auf 10 000 Lebende berechnet, von 558 auf 598 gestiegen; durchschnittlich wurde also jeder 17. Einwohner des Freistaates einmal während des Berichtsjahres in eine Heilanstalt aufgenommen.

Wie verschieden jedoch die Krankenziffer in den einzelnen Regierungsbezirken war, geht aus der nachstehenden Tabelle hervor.

Krankenziffern.

Köln	831	Aachen	619	Frankfurt	437
Münster	822	**Staat**	**598**	Stettin	417
Arnsberg	789	Hannover	540	Aurich	411
Berlin	787	Westpreußen	529	Trier	407
Düsseldorf	765	Osnabrück	520	Lüneburg	393
Wiesbaden	718	Kassel	503	Köslin	369
Koblenz	696	Potsdam	499	Allenstein	332
Hildesheim	655	Schleswig	474	Oppeln	310
Stralsund	655	Erfurt	472	Gumbinnen	308
Königsberg	629	Magdeburg	460	Stade	256
Breslau	628	Merseburg	457	Sigmaringen	235
Minden	624	Liegnitz	454	Schneidemühl	220

Die Regierungsbezirke, die den Staatsdurchschnitt überschritten, liegen größtenteils im dichtbevölkerten Industriegebiet, deren Bewohner der Krankenhausbehandlung häufiger zugeführt wurden, weil eine bequemere Gelegenheit zu ihrer Benutzung vorliegt. Die übrigen Regierungsbezirke, die noch über dem Staatsdurchschnitt lagen, sind Königsberg, Berlin, Stralsund, Breslau und Hildesheim; bei ihnen dürfte die hohe Zahl der Verpflegten in den Universitätskliniken den Ausschlag gegeben haben. Der erhebliche Unterschied zwischen der größten Krankenziffer von Köln und der kleinsten von Stade, wenn Sigmaringen und Schneidemühl wegen ihres geringen Umfanges außer Betracht bleiben, betrug das drei bis dreieinhalbfache.

Die Zahl der Verpflegungstage betrug 65 000 686 gegen 62 034 953; sie hat also um 4,7 v. H. zugenommen. Die durchschnittliche Verpflegungsdauer ist aber von 28,7 auf 27,9 um fast einen Tag zurückgegangen, weil der Andrang der Kranken verhältnismäßig größer war, als die Zunahme der Betten.

Von diesem Durchschnitt weichen besonders ab Stralsund mit 21, Königsberg und Gumbinnen mit je 22, Lüneburg mit 23, Merseburg mit 24, Minden mit 32 und Potsdam mit 41 Tagen. Die

Von den in allgemeinen Heilanstalten Behandelten litten an		entfielen auf 100
1. Entwicklungskrankheiten	102 510	4,4
2. Infektions- und parasitären Krankheiten	381 117	16,4
3. sonstigen allgemeinen Krankheiten	170 735	7,3
4. örtlichen Krankheiten	1 597 057	68,5
und zwar:		
Krankheiten des Nervensystems	129 863	5,6
„ der Atmungsorgane	158 289	6,8
„ der Kreislauforgane	90 251	3,9
„ der Verdauungsorgane	468 355	20,1
„ der Harn- u. Geschlechtsorgane	226 290	9,7
„ der äußeren Bedeckungen	127 350	5,5
„ der Bewegungsorgane	113 171	4,9
„ der Ohren	36 741	1,6
„ der Augen	28 776	1,2
mechanische Verletzungen	217 971	9,4
5. anderweitige Krankheiten	40 596	1,7
6. außerdem Entbindungen	37 969	1,6

Jahre	Zahl der Anstalten	Zahl der Betten	Zahl der Verpflegten	Zahl der Verpflegungstage	Auf 10 000 Einwohner kamen Betten	Auf 10 000 Einwohner kamen Verpflegte	Auf ein Bett kamen Verpflegte	Auf einen Verpflegten kamen Verpflegungstage	Gestorbene in den Heilanstalten	Von 100 Verpflegten starben	Nutzungsziffer (Theoretischer Höchstwert = 1)
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1928	2 285	240 960	2 329 984	65 000 686	61,80	597,57	9,67	27,90	114 120	4,90	0,74
1927	2 259	230 459	2 162 137	62 034 953	59,51	558,80	9,38	28,69	106 778	4,94	0,74
1926	2 225	221 397	1 969 939	58 776 010	57,59	512,38	8,90	29,84	97 740	4,96	0,73
1913	2 344	177 184	1 534 209	42 715 475	42,54	368,37	8,66	27,84	84 786	5,53	0,66

hohe Verpflegungsdauer in den beiden letzten Regierungsbezirken ist auf den langen Aufenthalt der Lungenkranken in den Heilstätten zurückzuführen.

Die Anstaltssterblichkeit mit 4,9 auf 100 Behandelte ist nur gering zurückgegangen. Der Bezirk Berlin hatte mit 7,4 (1927: 7,7) die höchste Sterbeziffer, danach folgten Magdeburg mit 6,2 (1927: 6,0) und Stettin mit 5,7 (1927: 6,0); Koblenz mit 3,0 (1927: 3,1) wies die niedrigste Sterbeziffer auf.

Die Nutzungsziffer ist mit 0,74 gegenüber dem Vorjahre unverändert geblieben. Bei 14 Regierungsbezirken beträgt sie 0,75 bis 0,84, bei der Mehrheit der Regierungsbezirke liegt sie darunter. Stralsund weist mit 0,84 die höchste, Osnabrück mit 0,59 die niedrigste Nutzungsziffer auf.

Die vorstehende Tabelle gibt ein Bild von der fortschreitenden Inanspruchnahme der Krankenhausbehandlung in den letzten Jahren auch im Vergleich mit dem Jahre 1913.

Die Irren- und Nervenheilanstalten und die Krankenbewegung in denselben im Freistaat Preußen im Jahre 1928 (ohne Saargebiet). — Im Berichtsjahre wurden 2 öffentliche Irrenanstalten mit anderen Irrenanstalten zusammengelegt und 4 öffentliche und 1 private neu eröffnet, sodaß sich die Zahl der Irren- und Nervenheilanstalten von 253 um 3 auf 256 erhöhte. Von diesen gehörten

	Anstalten	mit Betten
dem Staate	15	1 465
den Provinzen	65	61 663
„ Städten	17	8 923
„ Religionsgemeinschaften und Genossenschaften	50	16 240
„ milden Stiftungen	38	11 647
Ärzten	35	3 555
sonstigen Privatunternehmungen	36	3 118.

Der Gesamtbettenbestand betrug 106 611 gegen 100 176 im Vorjahr. Hiervon entfielen 57,8 v. H. auf die Provinzen, während der Anteil der im Besitz von Religionsgemeinschaften und milden Stiftungen befindlichen zusammen 26,2 v. H. betrug. Von dem Anteil der Städte mit 8,4 v. H. kamen allein 7,2 v. H. auf Berlin. Dem Erwerb dienende Privatanstalten einschl. der ärztlichen waren mit 6,3 v. H. beteiligt. Der Staat kam mit 1,4 v. H. nur für die bei den Universitätskliniken errichteten selbständigen Abteilungen für Irre und Nervenkranke und für die in den Irrenabteilungen der Gefängnisse untergebrachten Strafgefangenen in Betracht.

Teilt man die Anstalten nach der Zahl der vorhandenen Betten in Größenklassen ein, so entfiel auf die Klasse bis zu 50 Betten ein schwaches Viertel der Anstalten, die zumeist Privatunternehmungen waren, mit noch nicht 2 v. H. der Plätze. In der nächsten Klasse mit 51 bis 250 Betten, die mehr als ein Drittel der Anstalten mit einem Bettenanteil von fast 10 v. H. umfaßte, sind alle vorstehend genannten Besitzer mit einer Anstaltszahl von 10 bis 17 mit Ausnahme der Provinzen, die nur 4 Anstalten aufweisen, vertreten. Die Anstalten des Staates, der Städte ohne Berlin und die dem Erwerb dienenden (mit 5 Ausnahmen) schließen mit dieser Klasse ab. Bei der folgenden Klasse (31 Anstalten in der Größe von 251 bis 500 Betten) ist deren Anteil mit 11,4 v. H. noch etwas größer als in der vorigen; sie umfaßte in der Mehrzahl die Anstalten der Religionsgemeinschaften, je 6 Anstalten mit zusammen rund 5 000 Betten waren Eigentum der Provinzen bzw. gehörten milden Stiftungen, 2 Anstalten waren in Privathänden. In der Klasse 501 bis 1 000 Betten gehörten von 47 Anstalten allein 30 den Provinzen; ihr Bettenanteil betrug fast ²/₃ der Klasse mit 33,2 v. H. der Gesamtbettenzahl; von den übrigen Anstalten gehörten je 7 mit zusammen rund 9 400 Betten den Religionsgemeinschaften und den milden Stiftungen; 2 Anstalten mit zusammen 1 580 Betten waren im Besitz von Ärzten, 1 war in sonstiger privater Hand. Bei 1 001 bis 2 000 Betten gehörten sämtliche 29 Anstalten mit Ausnahme von 2 Anstalten der Religionsgemeinschaften den Provinzen bezw. der Stadt Berlin. Der Bettenanteil der Provinzen betrug mit Berlin 34,7 v. H. ohne Berlin 30 v. H. Von den 3 Anstalten über 2 000 Betten gehört eine mit 2 473 der Stadt Berlin, eine mit 2 600 der Rheinprovinz, die dritte mit 2 214 Betten war die bekannte Anstalt der inneren Mission Bethel bei Bielefeld.

Die Zahl der in diesen Anstalten Verpflegten stieg von 168 371 im Vorjahr auf 180 581 (100 174 m., 80 407 w.) oder um 7,3 v. H. (1927: 7,1 v. H.). Hiervon wurden 93 860 (46 812 m., 47 048 w.) aus dem Vorjahre übernommen; 86 721 (53 362 m., 33 359 w.) kamen im Laufe des Berichtsjahres hinzu und 81 131 (50 336 m., 30 795 w.) verließen die Anstalt wieder, sodaß am Schluß des Jahres 99 450 (49 838 m., 49 612 w.) Verpflegte oder 6,0 v. H. (1927: 6,2 v. H.) mehr als zu Beginn des Jahres in der Anstalt vorhanden waren.

Von den Anstaltsinsassen waren 144 514 (76 610 m., 67 904 w.) oder rund ⁴/₅ geistes- und 36 067 (23 564 m., 12 503 w.) oder rund ¹/₅ nervenkrank. Von den Geisteskranken

litten an	m.	w.	zus.	m. (v. H.)	w. (v. H.)	zus. (v. H.)
einfacher Seelenstörung	32 926	42 140	75 066	43,0	62,1	51,9
paralytischer „	6 029	2 180	8 209	7,9	3,2	5,7
Imbezillität (angeborene), Idiotie und Kretinismus	18 346	15 423	33 769	23,9	22,7	23,4
Epilepsie mit und ohne Seelenstörung	10 291	7 628	17 919	13,4	11,2	12,4
Alkoholismus	9 018	533	9 551	11,8	0,8	6,6.

Bringt man die Gesamtbevölkerung mit den geistes- und nervenkranken Anstaltsinsassen in Beziehung, dann entfielen auf 10 000 Lebende 46,3 (52,8 m., 40,2 w.) gegen 43,5 (49,2 m., 38,1 w.) im Vorjahre; die Zunahme beträgt somit 6,4 v. H.

Beinahe die Hälfte aller Anstaltsinsassen — 48,0 v. H. gegen 47,5 v. H. im Vorjahr — entfielen auf den Zugang, der sich von Jahr zu Jahr erhöhte. Während im Jahre 1925 auf 10 000 Lebende 17,9 Kranke kamen, stieg er im Jahre 1926 weiter um 1,5, im folgenden Jahr um 1,2 und im letzten um 1,6 auf 22,2 an, was einer Steigerung um 24,0 v. H. in diesem Zeitraum entsprach. Das Maß des Zugangs den hiervon Geisteskranke, Nervenkranke und Alkoholiker in den einzelnen Jahren hatten, war, wie aus der nachstehenden Tabelle hervorgeht, bei den beiden ersten wechselnd, bei den Alkoholikern betrug es in den ersten zwei Jahren je 0,1; im letzten Jahre aber 0,3.

Der Zugang betrug an

	Geisteskranken überhaupt	davon auf 10 000 Lebende	Nervenkranken überhaupt	davon auf 10 000 Lebende	Alkoholiker überhaupt	davon auf 10 000 Lebende
1925	41 833	11,0	21 112	5,5	5 178	1,4
1926	43 272	11,3	25 493	6,6	5 808	1,5
1927	45 744	11,8	27 891	7,2	6 292	1,6
1928	47 761	12,2	31 383	8,0	7 577	1,9.

Die Zunahme der Alkoholiker im letzten Jahre mit 19,7 v. H. übertraf die der Geisteskranken mit 3,7 v. H. um das Mehrfache und die der Nervenkranken mit 11,8 v. H. fast um das Doppelte. Mit 24 in Anstalten dieser Art untergebrachten Trinkern auf 100 000 Lebende wurde der Stand des Vorjahres um 3 und der von 1913 um 5 überschritten.

Von den im Laufe des Berichtsjahres aufgenommenen 47 761 Geisteskranken, der 35,4 v. H. des Gesamtbestandes der in den Irren- und Nervenheilanstalten verpflegten Geisteskranken ausmachte, waren 3 577 Personen noch nicht 16 Jahre alt; bei 7 994 konnte Erblichkeit und bei 1 462 Alkoholmißbrauch nachgewiesen werden. Jugendliche finden sich verhältnismäßig am häufigsten, und zwar mit 35,5 v. H. bei Imbezillität und mit 11,2 v. H. bei Epilepsie; bei 22,2 v. H. und 13,7 v. H. der vorgenannten Geisteskrankheiten waren die Kranken erblich belastet. Die letzte Ziffer wird jedoch bei der einfachen Seelenstörung mit 17,9 v. H. noch überschritten. Von den 7 577 neu aufgenommenen Alkoholikern konnte bei einem Zehntel erbliche Belastung nachgewiesen werden.

Bei den Nervenkranken, deren Aufenthaltsdauer im Durchschnitt wesentlich kürzer ist, betrug der Zugang 87 v. H. Jugendliche kamen hier nur in geringem Maße in Betracht; erblich belastet waren 5,9 v. H.

Die Besitzverhältnisse sowie Umfang der Anstalten für Geistes- und Nervenkranke im Staate im Jahre 1928.

	Anstalten	bis 50 Betten	Anstalten	51 bis 250 Betten	Anstalten	251 bis 500 Betten	Anstalten	501 bis 1 000 Betten	Anstalten	1 001 bis 2 000 Betten	Anstalten	2 001 und mehr Betten
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Staat	4	156	11	1 309	—	—	—	—	—	—	—	—
Provinzen	—	—	[1]) 4	544	6	2 689	30	23 852	24	31 978	1	2 600
Städte	3	86	10	1 398	—	—	—	—	3	4 966	1	2 473
Religionsgemeinschaften und Genossenschaften	8	239	17	2 484	17	6 681	7	4 622	—	—	1	2 214
Milde Stiftungen	9	306	14	1 928	6	2 202	7	4 738	2	2 473	—	—
Ärzte	18	555	15	1 420	—	—	2	1 580	—	—	—	—
Sonstige Personen	17	428	16	1 445	2	615	1	630	—	—	—	—
Zusammen	**59**	**1 770**	**87**	**10 528**	**31**	**12 187**	**47**	**35 422**	**29**	**39 417**	**3**	**7 287**

[1]) darunter eine Anstalt des Kreises Pinneberg.

Die Zahl der Verpflegungstage betrug 34 852 425 gegen 32 961 351 im Vorjahr. Bei einer Zunahme der Verpflegten um 7,3 v. H., die größer war als die der Betten um 6,4 v. H., ging die durchschnittliche Aufenthaltsdauer bei einer Nutzungsziffer von 0,90 (theoretischer Höchstwert = 1) von 196 auf 193 Tage zurück. Auf 10 Betten kamen bei den Anstalten von 251 Betten an 12 bis 13 Verpflegte mit durchschnittlich langer Aufenthaltsdauer also hauptsächlich Geisteskranke, während in den Anstalten bis 250 Betten die Belegung mit Nervenkranken überwog, sodaß jedes Bett 3 bis 5 mal belegt werden konnte.

Im Laufe des Berichtsjahres starben 8 318 (4 014 m., 4 304 w.) Geistes- und Nervenkranke oder 4,6 v. H.

Für die Behandlung der Geistes- und Nervenkranken standen 862 Ärzte, als Verpflegungs- und Wartepersonal 7 949 Männer und 9 246 Frauen zur Verfügung.

Die Heilanstalten in Preußen im Jahre 1929*). — Die Zahl der Heilanstalten einschl. der selbständigen Abteilungen im Berichtsjahre betrug 2 840 gegen 2 781 im Vorjahr.

Hiervon waren

2 320 allgemeine Krankenanstalten,
266 Irren- und Nervenheilanstalten,
79 Augenheilanstalten und
175 Entbindungsanstalten.

Von den 2 320 allgemeinen Krankenanstalten einschl. 58 Abteilungen in den Universitätskliniken und 39 Abteilungen für körperlich Kranke in den Irren- und Nervenheilanstalten, Augenheil- und Entbindungsanstalten hatten 1 929 öffentlichen und 391 privaten Charakter.

In Zugang kamen im Berichtsjahr 36 öffentliche und 15 private Krankenanstalten.

Von den 36 öffentlichen Krankenanstalten wurden 31 neu eröffnet, 3 von Waldeck übernommen und je eine Irrenanstalt und Entbindungsanstalt in Krankenanstalten umgewandelt; von den 15 privaten Krankenanstalten wurden 12 neu eröffnet und 3 durch Erhöhung der Bettenzahl über 10 hinaus berichtspflichtig.

In Abgang kamen 8 öffentliche und 8 private Krankenanstalten. Bei beiden Anstaltsarten wurde ungefähr die eine Hälfte wegen Unrentabilität aufgelöst oder aus unbekannten Gründen geschlossen und die andere Hälfte in Erholungsheime und Siechenhäuser umgewandelt.

Betten waren 251 545 vorhanden; einem Abgang von 1 149 stand ein Zugang von 2 726 gegenüber. Die Bettenziffer betrug, auf 10 000 Lebende berechnet, 64, d. h. 2 mehr als im Vorjahr. In einem kleinen Teil der Regierungsbezirke blieb sie auf gleicher Höhe wie 1928, während in den übrigen eine Erhöhung eintrat. Über dem Staatsdurchschnitt lagen die Regierungsbezirke Münster mit 100, Köln mit 93, Arnsberg mit 88, Düsseldorf mit 85, Minden mit 81, Koblenz mit 80, Berlin mit 75, Wiesbaden mit 74, Breslau und Hildesheim mit je 73 und Potsdam mit 70. Die niedrigste Bettenziffer wies der Bezirk Stade mit 26 auf.

*) ohne Saargebiet.

Verpflegt wurden 2 470 595 (1 252 404 m., 1 218 191 w.) Personen gegen 2 329 984 (1 180 619 m., 1 149 365 w.) im Vorjahr. Die Krankenziffer, auf 10 000 Lebende berechnet, ist von 598 auf 629 gestiegen. Über diesem Durchschnitt lagen wieder die oben erwähnten Regierungsbezirke mit hoher Bettenziffer, ausschließlich Potsdam, dazu noch die Bezirke Königsberg, Stralsund und Aachen. Auch hier weist wieder der Regierungsbezirk Stade die niedrigste Krankenziffer auf, wenn man von den beiden kleinen Regierungsbezirken Schneidemühl und Sigmaringen absieht.

Die Zahl der Verpflegungstage ist von 65 000 686 auf 67 595 577 gestiegen, trotzdem ging die durchschnittliche Verpflegungsdauer eines Kranken von 27,9 auf 27,4 zurück.

Von den Behandelten starben 127 991 oder 5,2 auf 100 gegen 4,9 im Vorjahr.

Die Nutzungsziffer ist mit 0,74 unverändert geblieben. Jedes Bett wurde im Durchschnitt 10 mal belegt.

Für die Behandlung der Kranken standen 8 533 Ärzte, an Pflege- und Wartepersonal 4 370 m., 34 588 w. Personen zur Verfügung.

Von den 266 Irren- und Nervenheilanstalten einschl. 10 Abteilungen in den Universitätskliniken und 28 Abteilungen für Irre- und Nervenkranke in den allgemeinen Krankenanstalten waren 198 öffentlich und 68 privat.

Im Laufe des Berichtsjahres wurden hiervon 11 öffentliche und 4 private Anstalten, darunter 6 bzw. 1 Abteilung neu eröffnet, und 3 öffentliche und 2 private aus unbekannten Gründen geschlossen bzw. in Altersheime usw. umgewandelt. Die Zahl der Betten betrug 110 875 gegen 106 611 im Vorjahr, was ein Mehr von 4,0 v. H. bedeutet.

Verpflegt wurden 191 738 (106 544 m., 85 194 w.) Geistes- und Nervenkranke; hiervon wurden 99 694 (49 953 m., 49 741 w.) aus dem Vorjahr übernommen, 92 044 (56 591 m., 35 453 w.) wurden im Berichtsjahr neu aufgenommen, während 87 661 (54 197 m., 33 464 w.) die Anstalt wieder verließen, sodaß am Schluß des Berichtsjahres 104 077 (52 347 m., 51 730 w.) in den Anstalten verblieben. Im Laufe des Berichtsjahres starben 9 245 (4 465 m., 4 780 w.) Geistes- und Nervenkranke.

Von den Anstaltsinsassen waren 142 197 (71 422 m., 70 775 w.) geisteskrank, 10 262 (9 690 m., 572 w.) waren wegen Alkoholmißbrauchs in Behandlung, während der Rest sich auf die verschiedensten Arten der Nervenkrankheiten verteilte.

Die Krankenziffer betrug, auf 10 000 Lebende berechnet, 48,8 (55,7 m., 42,2 w.) gegen 46,3 (52,8 m., 40,2 w.) im Vorjahr.

Die Zahl der Verpflegungstage stieg von 34 852 425 auf 36 540 760 oder betrug durchschnittlich auf jeden Verpflegten 191 Tage.

Für die Behandlung der Geistes- und Nervenkranken standen 897 Ärzte, an Pflege- und Wartepersonal 8 279 Männer und 9 550 Frauen zur Verfügung.

Von den 79 Augenheilanstalten einschl. 11 Abteilungen in den Universitätskliniken und 33 Abteilungen in den allgemeinen Krankenanstalten waren 49 öffentlich und 30 privat. Unter dem

Zugang von 6 Anstalten befanden sich 5 Abteilungen, darunter 1 private, die früher schon bestanden hatten, aber erst jetzt in die Statistik der Augenheilanstalten miteinbezogen worden sind.

2 private Anstalten und eine öffentliche Abteilung sind eingegangen, die ersteren wegen Unrentabilität.

Betten waren 2 710 vorhanden. Verpflegt wurden 25 967 (15 190 m., 10 777 w.) Augenkranke an 582 294 Tagen. Betten, Verpflegte und Verpflegungstage weichen vom Vorjahr nur wenig ab.

Die Zahl der in den Augenheilanstalten tätigen Ärzte betrug 176, die des Pflegepersonals 331 (20 m., 311 w.).

Von den 175 Entbindungsanstalten einschl. 11 Abteilungen in den Universitätskliniken und 112 Abteilungen für Entbindungen in den allgemeinen Krankenanstalten waren 107 öffentlich und 68 privat. Hinzukamen im Berichtsjahr: 1 private Entbindungsanstalt, 1 öffentliche und 4 private Entbindungsabteilungen in neu gemeldeten Krankenanstalten und 1 öffentliche und 5 private Entbindungsabteilungen, über die bisher im Rahmen der allgemeinen Krankenanstalten berichtet wurde. Eine private Entbindungsabteilung wurde aufgelöst.

Betten waren 6 267 gegen 5 959 im Vorjahr vorhanden. Entbunden wurden 90 242 Frauen, darunter 12 993 Fehlgeburten, gegen 85 353 einschl. 11 781 Fehlgeburten im Jahre 1928.

Von den 78 134 Neugeborenen kamen 2 838 tot zur Welt. und 1 697 starben noch während ihres Aufenthalts in der Anstalt. 859 mal wurden Zwillinge und 13 mal Drillinge geboren.

Von den Schwangeren bzw. Wöchnerinnen starben 613, davon 116 an Kindbettfieber. Bei 1 256 322 Verpflegungstagen gegen 1 222 132 im Vorjahr betrug die durchschnittliche Verpflegungsdauer 13,9 gegen 14,3. Unter Einschluß der allgemeinen Krankenanstalten wurden von den 725 299 überhaupt Geborenen 121 665 oder 16,8 v. H. in Anstalten geboren.

Die Zahl der Ärzte in den Entbindungsanstalten betrug 338, die der Pflegerinnen 1 177.

Die tödlichen Unfälle im Freistaat Preußen 1928 (ohne Saargebiet). — Im Berichtsjahre verunglückten tödlich 16 466 Personen gegen 15 629 im Vorjahr; ihre Zahl ist mithin um 5,4 v. H. angestiegen und betrug 3,7 v. H. der insgesamt Gestorbenen.

Hiervon entfielen auf

die Städte m.	w.	zus.	das Land m.	w.	zus.	zusammen m.	w.	zus.
8 216	2 620	10 836	4 464	1 166	5 630	12 680	3 786	16 466
gegen das Vorjahr + mehr — weniger								
+ 691	+ 247	+ 938	— 58	— 43	— 101	+ 633	+ 204	+ 837.

Errechnet man hieraus den Anteil auf je 100 000 Lebende der

in den Städten m.	w.	zus.	auf dem Lande m.	w.	zus.	zusammen m.	w.	zus.
77,6	22,8	49,1	53,3	13,7	33,3	66,9	18,9	42,2
gegen das Vorjahr + mehr — weniger								
+ 5,2	+ 1,8	+ 3,5	— 0,3	— 0,4	— 0,4	+ 2,9	+ 0,9	+ 1,8

betrug, so ergibt sich, daß in den Städten wieder eine Zunahme von 7,1 v. H. (6,7 m., 7,9 w.) und auf dem Lande eine Abnahme von 1,3 v. H. (0,6 m., 2,9 w.) vorhanden ist.

Die Zunahme ist, wie vorweg genommen sein mag, auf die Steigerung der tödlichen Verkehrsunfälle zurückzuführen. Teilt man nämlich die tödlichen Unfälle in tödliche Verkehrsunfälle und übrige ein, so ergibt sich nach der folgenden Tabelle seit dem Jahre 1925 bei einer Steigerung der Gesamtfälle von 15 194 auf 16 466 oder 8,4 v. H. eine Zunahme der tödlichen Verkehrsunfälle von 3 976 auf 5 749 oder 44,6 v. H., dagegen eine Abnahme der übrigen tödlichen Unfälle von 11 218 auf 10 717 oder 4,5 v. H.

Tödliche Unfälle im Staat

	überhaupt	davon Verkehrsunfälle	andere	auf 100 000 Lebende überhaupt	davon Verkehrsunfälle	andere
1925 . . .	15 194	3 976	11 218	39,9	10,4	29,4
1926 . . .	14 753	4 018	10 735	38,4	10,5	27,9
1927 . . .	15 629	4 672	10 957	40,4	12,1	28,3
1928 . . .	16 466	5 749	10 717	42,2	14,7	27,5.

Ganz besonderen Anteil an dieser Zunahme der Verkehrsunfälle haben die Städte, insbesondere die Großstädte, wie die Entwicklung der tödlichen Verkehrsunfälle in Berlin zeigt, wo sie bei einer Steigerung der gesamten tödlichen Unfälle von 1 471 auf 1 694 oder um 15,2 v. H. seit dem Jahre 1925 von 466 auf 745 oder um 59,9 v. H. zunahmen, während die übrigen tödlichen Unfälle von 1 005 auf 949 oder um 5,6 v. H. zurückgegangen sind.

Tödliche Unfälle in Berlin

	überhaupt	davon Verkehrsunfälle	andere	auf 100 000 Lebende überhaupt	davon Verkehrsunfälle	andere
1925 . . .	1 471	466	1 005	36,4	11,5	24,9
1926 . . .	1 462	516	946	35,6	12,6	23,0
1927 . . .	1 530	570	960	36,7	13,7	23,0
1928 . . .	1 694	745	949	39,9	17,5	22,3.

Der Anstieg der Verkehrsunfälle, der sich noch von 1925 zu 1926 und von da zu 1927 hier in mäßigen Grenzen hielt, hat also im letzten Jahre sprunghaft zugenommen, während die übrigen tödlichen Unfälle der Zahl nach sich ungefähr auf gleicher Höhe hielten.

Die nachstehende Übersicht enthält Angaben über die Art und Anzahl der tödlichen Verunglückungen, über ihre prozentuale Häufigkeit und über den Anteil der Bevölkerung auf je 100 000 Lebende berechnet.

Tödliche Unfälle 1928

Art	Anzahl m.	Anzahl w.	gegen das Vorjahr mehr (+) weniger (—) m.	w.	v. H. m.	v. H. w.	auf 100 000 Lebende m.	w.
Verkehrsunfälle . . .	4 770	979	+943	+134	37,6	25,9	25,2	4,9
darunter a) Überfahren . . .	3 316	748	+621	+ 66	26,1	19,8	17,5	3,7
b) Sturz aus oder mit dem Fahrzeug	1 454	231	+322	+ 68	11,5	6,1	7,7	1,2
Sturz, sofern nicht aus od. mit dem Fahrzeug	2 098	1 369	+ 79	+164	16,5	36,2	11,1	6,8
Ertrinken	1 890	321	— 67	— 76	14,9	8,5	10,0	1,6
Verschütten und Erschlagen	1 252	47	—131	+ 11	9,9	1,2	6,6	0,2
Verbrennen nnd Verbrühen	553	463	— 24	— 3	4,4	12,2	2,9	2,3
Ersticken	477	295	— 52	— 15	3,8	7,8	2,5	1,5
darunter durch Rauch u. Gase	321	212	— 29	— 18	2,5	5,6	1,7	1,1
Maschinenverletzung .	339	35	— 30	— 19	2,7	0,9	1,8	0,2
Verletzung durch elektrischen Strom . .	266	6	— 18	— 11	2,1	0,2	1,4	0,02
Schlag und Biß durch Tiere	223	39	+ 27	+ 18	1,8	1,0	1,2	0,2
Erschießen und Schußverletzung	219	35	— 4	+ 9	1,7	0,9	1,2	0,2
Stoß, Schlag und Anprall	172	14	+ 2	— 3	1,4	0,4	0,9	0,1
Vergiftung	160	106	— 21	— 3	1,3	2,8	0,8	0,5
Hitzschlag u. Sonnenstich	44	8	+ 21	— 1	0,3	0,2	0,2	0,03
Blitzschlag	43	17	— 45	— 14	0,3	0,4	0,2	0,1
Erfrieren	43	12	— 32	— 3	0,3	0,3	0,2	0,1
Sonstige u. nicht angegebene Ereignisse	131	40	— 15	+ 16	1,0	1,1	0,7	0,2
Zusammen . . .	**12 680**	**3 786**	**+633**	**+204**	**100,0**	**100,0**	**66,9**	**18,9**

34,9 v. H. oder mehr als ein Drittel waren Verkehrsunfälle, dann folgten als weitere Arten Sturz mit 21,1 v. H., Ertrinken mit 13,4 v. H., Verschütten und Erschlagen mit 7,9 v. H., Verbrennen und Verbrühen mit 6,2 v. H. und Ersticken mit 4,7 v. H. Die übrigen noch festgestellten 10 Todesarten zusammen betrugen 11,9 v. H. Von den genannten 6 Hauptarten nahmen die beiden ersten zu, während die übrigen abnahmen, und zwar war die Zunahme bei den Verkehrsunfällen größer als die Zunahme der tödlichen Unfälle überhaupt. Auch die sonstigen Todesarten haben überwiegend abgenommen.

In den Provinzen weicht wie gewöhnlich die Sterbeziffer für die tödlichen Unfälle der männlichen Personen von dem Staatsdurchschnitt zum Teil erheblich ab. Auch im Berichtsjahre lagen die Industrieprovinzen über, die Agrarprovinzen unter dem Staatsdurchschnitt.

Zugenommen haben gegen das Vorjahr die tödlichen Unfälle in der Provinz Brandenburg mit 16,1 v. H., Berlin und die Rheinprovinz mit je 14,2 v. H., Provinzen, die einen besonders großen Verkehr aufweisen.

Sterbeziffern für tödlich verunglückte männliche Personen:

Oberschlesien	80,5	Berlin	62,1
Westfalen	76,2	Schleswig-Holstein	60,8
Rheinprovinz	74,8	Hannover	60,1
Brandenburg	74,2	Pommern	52,2
Niederschlesien	67,2	Hessen-Nassau	51,1
Staat	**66,9**	Hohenzollerische Lande	48,5
Sachsen	63,5	Grenzmark	47,2
Ostpreußen	62,2		

Beim weiblichen Geschlecht schwankt die Sterbeziffer für tödlich Verunglückte bei einem Staatsdurchschnitt von 18,9 zwischen 13,7 in Hessen-Nassau und 25,2 v. H. in Berlin. Die hohe Sterbeziffer in Berlin ist, wie schon früher erwähnt, auf die häufigen Sterbefälle durch Sturz und Gasvergiftungen, die allein 46 bzw. 11 v. H. der gesamten tödlichen Unfälle bei den Frauen ausmachten, zurückzuführen.

Dem Lebensalter nach verunglückten im Berichtsjahre tödlich

im Alter von	Personen							
	überhaupt		gegen das Vorjahr + mehr — weniger		auf 100 000 Lebende		gegen das Vorjahr + mehr — weniger	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m	w.
0 bis 5 Jahre	951	638	— 151	— 27	55,5	38,7	— 7,9	— 1,0
5 „ 15 „	944	400	— 83	— 1	30,6	13,4	— 2,6	+ 0,2
15 „ 30 „	4 132	459	+ 600	+ 31	72,7	8,1	+ 9,8	+ 6,5
30 „ 60 „	4 530	728	+ 18	+ 33	67,2	9,5	— 0,7	+ 0,2
über 60 Jahre und unbekannt	2 123	1 561	+ 249	+ 168	122,2	76,1	+ 11,3	+ 6,8.

Der Rückgang der tödlichen Unfälle der Knaben bis zum 5. Lebensjahre beruht auf der Abnahme der Fälle durch Verbrennen und Verbrühen, Ertrinken und Überfahren, während der der Knaben vom 5. bis zum 15. Lebensjahr wesentlich sich auf den Rückgang der Fälle durch Ertrinken beim Baden zurückführen läßt. Die Zunahme der tödlichen Unfälle im Lebensalter von 15 bis 30 Jahren entfiel zumeist auf die Verkehrsunfälle, und zwar waren hieran Kraftradfahrer durch Sturz bis zu fast 50 v. H. beteiligt. Das Mehr der über 60 Jahre alten Personen verunglückte durch Sturz und Überfahren.

Von den 16 466 Getöteten verunglückten bei der Ausübung des Berufs 4 851 (4 660 m., 191 w.), also noch nicht ein Drittel, und zwar waren es von den in der Landwirtschaft tätig gewesenen überhaupt tödlich verunglückten 1 842 Personen 60,7 v. H., von 5 922 in Industrie und Handwerk Tätigen 47,8 v. H. und von 2 004 in Handel und Verkehr Beschäftigten 39,3 v. H.

Die tödlichen Unfälle in Preußen 1929 (ohne Saargebiet). — Die Zahl der tödlichen Unfälle betrug im Berichtsjahr 17 570 (13 487 m., 4 083 w.) gegen 16 466 (12 680 m., 3 786 w.) im Vorjahr; sie ist mithin um 1 104 (807 m., 297 w.) oder 6,7 v. H. (6,4 m., 7,8 w.) gestiegen. Von der Gesamtzahl der tödlichen Unfälle entfielen auf die Städte 12 058 (9 140 m., 2 918 w.) gegen 10 836 (8 216 m., 2 620 w.) und auf das Land 5 512 (4 347 m., 1 165 w.) gegen 5 630 (4 464 m., 1 166 w.) im Vorjahr. In den ersteren hielt danach die Zunahme bei den letzteren die Abnahme weiter an. Dasselbe bestätigt die Sterbeziffer, wenn man die tödlichen Unfälle in Beziehung zu der Bevölkerung bringt; sie betrug auf 100 000 Einwohner berechnet im Staat 44,7 (70,5 m., 20,2 w.) gegen 42,2 (66,9 m., 18,9 w.) in den Städten 53,1 (83,9 m., 24,8 w.) gegen 49,1 (77,6 m., 22,8 w.) und auf dem Lande 33,2 (52,9 m., 13,9 w.) gegen 33,3 (53,3 m., 13,7 w.) im Vorjahr.

Ungefähr ein Drittel aller tödlichen Unfälle waren Verkehrsunfälle durch Überfahren oder durch Sturz aus oder mit dem Fahrzeug. An 2. Stelle stand der Sturz, sofern er nicht aus oder mit dem Fahrzeug erfolgte; die nächsten hauptsächlichsten Todesursachen waren Ertrinken, Verschütten oder Erschlagen, Verbrennen und Verbrühen sowie Ersticken. Näheres ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich.

Dem Lebensalter nach verunglückten tödlich im Berichtsjahr 1 617 Personen im Alter von 0 bis 5, 1 416 von 5 bis 15, 4 833 von 15 bis 30, 5 647 von 30 bis 60 und 4 057 von 60 und mehr Jahren.

In den Provinzen weicht wie gewöhnlich die Sterbeziffer für die tödlichen Unfälle von der Staatsdurchschnittssterbeziffer erheblich ab. Im allgemeinen liegen die Industrieprovinzen Oberschlesien mit 53,6, Brandenburg mit 53,1, Berlin mit 46,9, Rheinprovinz mit 45,9, Westfalen mit 45,7 und Niederschlesien mit 45,6 darüber, während die Agrarprovinzen meistenteils darunter bleiben.

Tödliche Unfälle 1929.

Art	Anzahl		Gegen das Vorjahr + mehr — weniger		V. H. entfielen auf		Auf 100 000 Lebende	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Verkehrsunfälle	5 054	1 000	+284	+ 21	37,5	24,5	26,4	5,[illegible]
darunter:								
a) Überfahren	3 389	745	+ 73	— 3	25,1	18,2	17,7	3,7
b) Sturz aus oder mit dem Fahrzeug	1 665	255	+211	+ 24	12,3	6,2	8,7	1,3
Sturz, sofern nicht aus od. mit dem Fahrzeug	2 277	1 550	+179	+181	16,9	38,0	11,9	7,7
Ertrinken	2 018	296	+128	— 25	15,0	7,2	10,6	1,5
Verschütten und Erschlagen	1 222	42	— 30	— 5	9,1	1,0	6,4	0,2
Verbrennen und Verbrühen	642	501	+ 89	+ 38	4,8	12,3	3,4	2,5
Ersticken	554	341	+ 77	+ 46	4,1	8,4	2,9	1,7
darunter durch Rauch und Gase	387	257	+ 66	+ 45	2,9	6,3	2,0	1,3
Maschinenverletzung	294	26	— 45	— 9	2,2	0,6	1,5	0,1
Verletzung durch elektrischen Strom	253	20	— 13	+ 14	1,9	0,5	1,3	0,1
Schlag und Biß durch Tiere	234	38	+ 11	— 1	1,7	0,9	1,2	0,2
Erschießen und Schußverletzung	211	30	— 8	— 5	1,6	0,7	1,1	0,[illegible]
Stoß, Schlag und Anprall	179	15	+ 7	+ 1	1,3	0,4	0,9	0,1
Vergiftung	176	120	+ 16	+ 14	1,3	2,9	0,9	0,6
Hitzschlag u. Sonnenstich	52	20	+ 8	+ 12	0,4	0,5	0,3	0,1
Blitzschlag	40	29	— 3	+ 12	0,3	0,7	0,2	0,1
Erfrieren	160	32	+117	+ 20	1,2	0,8	0,8	0,2
Sonstige und nicht angegebene Ereignisse	121	23	— 10	— 17	0,9	0,6	0,6	0,1
Zusammen	13 487	4 083	+807	+297	100,00	100,00	70,5	20,2

Die Selbstmorde im Freistaat Preußen im Jahre 1928 (ohne Saargebiet). — Im Jahre 1928 starben durch Selbstmord 9 530 (6 690 m., 2840 w.) Personen, und zwar in den Städten 6 413 (4 384 m., 2 029 w.), auf dem Lande 3 117 (2 306 m., 811 w.). Durchschnittlich gaben sich 26 Personen an jedem Tage des Jahres freiwillig den Tod. Nach dem vorjährigen Rückgang der Zahl der Selbstmorde 9 746 auf 9 470 ergab sich im Berichtsjahre wieder eine geringe Zunahme; jedoch wird die vorjährige Höhe der Selbstmordsterbeziffer trotzdem nicht ganz erreicht. Die Abnahme der Selbstmorde der Männer in den Städten und auf dem Lande hielt auch im Berichtsjahre an, während bei den Frauen in den Städten eine geringe, auf dem Lande aber eine etwas größere Zunahme festgestellt werden konnte.

Auf 100 000 Lebende berechnet, betrug die Selbstmordsterbeziffer

	im Staat			in den Städten			auf dem Lande		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1928	35,27	14,18	24,44	41,39	17,65	29,03	27,54	9,51	18,44
1927	35,63	13,88	24,45	41,73	17,57	29,13	28,10	9,03	18,48
1926	37,42	13,95	25,35	44,51	17,51	30,46	28,73	9,27	18,91.

In den Provinzen Ostpreußen, Grenzmark, Oberschlesien, Westfalen, Rheinprovinz und den Hohenzollerischen Landen war die Selbstmordsterbeziffer geringer als im Staatsdurchschnitt für das Land, während die Provinzen Sachsen und Schleswig-Holstein die Staatsdurchschnittsziffer der Städte, die um 33 % höher lag als die des Landes, noch übertrafen. Berlin erreicht sogar das Anderthalb-

sache der Städte. Die hohe Selbstmordsterbeziffer der Provinz Schleswig-Holstein ist zum Teil auf ortsfremde Selbstmörder, die besonders aus Hamburg stammen, zurückzuführen. Aus der nachstehenden Tabelle ist die Zahl der Selbstmörder und die Sterbeziffer an Selbstmord für die einzelnen Provinzen ersichtlich.

Provinz	Anzahl der Selbstmörder			Auf 100 000 Lebende kamen Selbstmörder		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7
Ostpreußen	283	86	369	25,13	7,16	15,86
Brandenburg	509	224	733	39,32	16,78	27,87
Stadt Berlin	1 020	639	1 659	55,17	29,50	41,82
Pommern	260	102	362	27,62	10,33	18,77
Grenzm. Posen-Westpreußen	36	14	50	21,51	7,98	14,59
Niederschlesien	643	255	898	42,41	15,11	28,01
Oberschlesien	142	38	180	20,66	5,08	12,54
Sachsen	742	355	1 097	45,58	20,59	32,73
Schleswig-Holstein	421	155	576	54,97	19,75	37,14
Hannover	632	234	866	39,08	14,17	26,50
Westfalen	624	160	784	25,03	6,48	15,80
Hessen-Nassau	373	209	582	31,58	16,52	23,79
Rheinprovinz	998	365	1 363	27,22	9,63	18,28
Hohenzollerische Lande	7	4	11	19,96	10,50	15,03

Die Selbstmordsterbeziffer ging in allen Altersklassen mit Ausnahme der 15 bis 30jährigen bei beiden Geschlechtern zurück; beim männlichen Geschlecht betrug dieser Rückgang in der Altersklasse 10 bis 15 Jahre 0,33, in der Altersklasse 30 bis 60 Jahre 1,59 und in der Altersklasse über 60 Jahre 1,65 auf 100 000 Lebende, während er bei dem weiblichen nur ganz gering war. In der Altersklasse der 15 bis 30jährigen ist dagegen die männliche Selbstmordsterbeziffer um 0,25, die weibliche aber um 0,72 angestiegen.

Dem Lebensalter nach verteilten sich die Selbstmörder, wie folgt:

Alter	Anzahl der Selbstmörder			Auf 100 000 Lebende kamen Selbstmörder		
	m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1	2	3	4	5	6	7
Unter 10 Jahre	1	1	2	.	.	.
Über 10 bis 15 "	41	10	51	2,96	0,74	1,86
" 15 " 30 "	2 152	856	3 008	37,85	15,07	26,47
" 30 " 60 "	3 070	1 404	4 474	45,55	18,36	31,09
" 60 Jahre	1 416	568	1 984	81,53	27,68	52,36
Unbekannt	10	1	11	.	.	.
zusammen	**6 690**	**2 840**	**9 530**	**35,27**	**14,18**	**24,44**

Die häufigste Art des Selbstmordes war auch im Berichtsjahre wieder bei beiden Geschlechtern das Erhängen. Von den männlichen Selbstmördern schieden auf diese Art fast die Hälfte (3 067), von den weiblichen fast ein Drittel (823) aus dem Leben. Der fünfte Teil der Männer (1 349) griff zur Schußwaffe, während fast ein Viertel der Frauen (684) den Tod im Wasser, und eine nicht viel geringere Zahl (624) durch Einatmen von Koch- und Leuchtgas suchten. Bei den Männern folgten diese beiden Selbstmordarten mit 801 und 584 Fällen an 3. und 4. Stelle, während bei den Frauen in ziemlich weitem Abstande 298 Selbstmorde durch Nehmen von Gift den 4. Platz einnahmen. Von den übrigen Selbstmordarten bleibt noch das Überfahrenlassen durch die Eisenbahn in 425 Fällen (354 m., 71 w.) zu erwähnen.

Was die Jahreszeit anbetrifft, in der die Selbstmorde verübt wurden, so zeigt sich, daß die meisten Selbstmorde beider Geschlechter 959 (669 m., 290 w.) im Monat Mai, die wenigsten dagegen 600 (419 m., 181 w.) im Monat Dezember erfolgten.

Die Angaben über die jeweiligen Ursachen des Selbstmordes sind, wie schon oft hervorgehoben, teils unvollständig, teils willkürlich von den Angehörigen angegeben, sodaß sie nur einen bedingten Wert besitzen. Bei 37,6 v. H. (33,5 m., 47,3 w.) aller Selbstmörder waren Geistes- und Nervenkrankheiten, bei 26,1 v. H. (27,0 m., 24,2 w.) Gemütsbewegungen (Trauer, Kummer, Reue, Scham, Ärger usw.), bei 12,0 v. H. (11,8 m., 12,6 w.) körperliche Leiden, bei 8,1 v. H. (9,9 m., 3,6 w.) wirtschaftliche Not und bei 2,6 v. H. (2,8 m., 1,8 w.) Lebensüberdruß als Ursache angegeben, während bei dem Rest 13,6 v. H. (15,0 m., 10,5 w.) die Ursache als unbekannt bezeichnet oder überhaupt keine Angabe vorhanden war. In den gemeinsamen Tod gingen, soweit sich feststellen ließ, 28 Ehepaare, 48 Braut- und Liebespaare und 38 andere Personen, während 97 Personen sich das Leben nahmen, nachdem sie vorher eine oder mehrere Personen getötet hatten.

Nach dem Familienstande waren 3 622 Selbstmörder (2 547 m., 1 075 w.) ledig, 4 359 (3 195 m., 1 164 w.) verheiratet, 1 287 (756 m., 531 w.) verwitwet, 183 (122 m., 61 w.) geschieden und 79 (70 m., 9 w.) ohne Angabe dieses Standes.

Von den Selbstmördern gehörten 6 865 (4 716 m., 2 149 w.) der evangelischen Landeskirche, 1 827 (1 337 m., 490 w.) der katholischen Kirche an; 175 (107 m., 68 w.) waren Juden. Auffallend hoch war die Zahl der Dissidenten mit 374 (296 m., 78 w.). Der Rest bestand aus sonstigen Christen, Freidenkern und den als unbekannt oder unbestimmten Bekenntnisses Bezeichneten.

Die Selbstmorde in Preußen im Jahre 1929 (ohne Saargebiet). — Im Jahre 1929 starben durch eigene Hand 9 762 (6 920 m., 2 842 w.) Personen gegen 9 530 (6 690 m., 2 840 w.) im Jahre 1928. Die Zahl der Selbstmörder hat somit um 232 zugenommen und den bisher höchsten Stand an Selbstmorden im Jahre 1926 um 16 Fälle überschritten. Die Sterbeziffer dagegen, auf 100 000 Lebende berechnet, hat mit 24,85 die Höhe von 25,35 im Jahre 1926 nicht erreicht.

Die Zahl der Selbstmorde betrug:

in den Städten			auf dem Lande		
m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
4 682	2 100	**6 782**	2 238	742	**2 980**;

sie hat in den ersteren um 369 (298 m., 71 w.) gegenüber dem Vorjahr zu- und auf dem Lande um 137 (68 m., 69 w.) abgenommen. Dementsprechend ist die Sterbeziffer in den Städten von 29,03 (41,39 m., 17,65 w) auf 29,89 (42,96 m., 17,82 w.) angestiegen und auf dem Lande von 18,44 (27,54 m., 9,51 w.) auf 17,95 (27,21 m., 8,85 w.) zurückgegangen. Die in den letzten Jahren beobachtete Abnahme beim männlichen Geschlecht und die Zunahme beim weiblichen in den Städten sowohl wie auf dem Lande erleidet dabei eine Unterbrechung.

Mehr als $^2/_5$ aller Selbstmörder erhängten sich und mehr als $^1/_8$ starben durch Gift. Der Rest entfiel auf Erschießen, Ertrinken, Überfahrenlassen usw. Beim Erhängen und Erschießen war das männliche, beim Vergiften und Ertrinken dagegen das weibliche Geschlecht stärker beteiligt.

Aus wirtschaftlicher Not begingen 986 (852 m., 134 w.) oder 10,1 v. H. (12,3 m., 4,7 w.) gegen 768 (665 m., 103 w.) oder 8,1 v. H. (9,9 m., 3,6 w.) im Vorjahr Selbstmord. Die Zahl der Selbstmorde dieser Art hat somit um 218 zugenommen, sie hat aber die Zahl 995 des Jahres 1926 noch nicht erreicht. Die Zahl der Selbstmorde, bei denen Trunksucht als Ursache angegeben war, betrug 394 (388 m., 6 w.) oder 4,0 (5,6 m., 0,2 w.) gegen 385 (363 m., 22 w.) oder 4,0 (5,0 m., 0,8 w.) im Vorjahr; sie zeigt in den letzten Jahren keine großen Unterschiede, sondern schwankt zwischen 350 bis 400.

Bei der Ausführung der Tat waren 43 (33 m., 10 w.) noch nicht 15 Jahre alt, 2 889 (2 075 m., 814 w.) standen im Alter von 15 bis 30 Jahren, 4 789 (3 334 m., 1 455 w.) im Alter von 30 bis 60 Jahren und 2 041 (1 478 m., 563 w.) hatten das 60. Lebensjahr überschritten. Die Sterbeziffer auf je eine Million der betreffenden Altersklasse berechnet, betrug bei den Kindern 1,7, bei den Jugendlichen 25, bei den 30 bis 60jährigen 33 und bei den alten Leuten 52.

Unter den Provinzen weist Berlin mit 45 auf eine Million Lebende die höchste Selbstmordsterbeziffer auf. Niederschlesien, Sachsen, Brandenburg und Schleswig-Holstein standen mit 30 bis 34 auf ungefähr gleicher Höhe. Alle übrigen Provinzen lagen unter dem Staatsdurchschnitt von 25. Die geringste Sterbeziffer mit 12 hatte Oberschlesien, wenn man von den beiden kleinen Provinzen Grenzmark und die Hohenzollerischen Lande absieht.

Bücheranzeigen.

An dieser Stelle werden alle der Schriftleitung der „Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts", Berlin SW 68, Lindenstr. zur Verfügung gestellten Bücher usw. dem Titel nach angezeigt. Inhaltsangaben und Besprechungen bleiben vorbehalten.

Banse, K.: Organisation und Methoden der betriebswirtschaftlichen Statistik (Allgemeine betriebswirtschaftliche Statistik). Berlin und Wien: Spaeth & Linde 1929. 271 S. 8° 8.20 *RM*. (Bücherei für Industrie und Handel. Bd. 11.)

Bei der Lektüre dieses Buches wird man zunächst dieselbe Feststellung zu machen haben, zu der man etwa auch bei verschiedenen amerikanischen Werken über „business statistics" gelangt, daß man nämlich nach dem Titel doch etwas anderes erwartet, als tatsächlich gegeben wird. Man fragt sich, ob ein Buch, das — wenn auch mit Auswahl — die allgemeinen statistischen Methoden behandelt und seine Beispiele aus dem Gebiet der Betriebswirtschaftslehre nimmt, deshalb als ein Werk über „business statistics" oder betriebswirtschaftliche Statistik bezeichnet werden kann. Mit demselben Recht könnte ein gleichartiges Buch, das seine Beispiele etwa nur der Bevölkerungslehre entnimmt, den Anspruch erheben, die Methoden der Bevölkerungsstatistik darzustellen. Dieser Einwand kann auch durch eine „Grundlegung" nicht ganz entkräftet werden, in der der Verfasser Begriff und Aufgabe der betriebswirtschaftlichen Statistik als „Methode" näher umschreibt und in großen Zügen darlegt, in welcher Weise die betriebswirtschaftliche Statistik ihrer Aufgabe gerecht werden kann. Man vermißt etwas den Zusammenhang zwischen dieser Einführung und dem folgenden praktischen Teil, in dem dann in der herkömmlichen Weise die statistischen Methoden behandelt werden. In dem Abschnitt über die Wiedergabe statistischer Angaben durch Tabellen und graphische Darstellungen nehmen die Ausführungen über die verschiedenen



Arten der graphischen Darstellung einen unverhältnismäßig breiten Raum ein. Die „sachliche Darstellung" der statistischen Zahlen erfolgt ebenfalls in der üblichen Art. Es werden in etwas elementarer Weise die verschiedenen Verhältniszahlen, die Reihenbildung, die Mittelwerte und Streuungsmaße behandelt. Bei den Erörterungen über die Verhältniszahlen wird auch die Ausschaltung des *trends* und der Saisonschwankungen erläutert. Im Schlußabschnitt wird dann noch kurz auf die Möglichkeiten der Ursachenforschung hingewiesen, wie sie sich durch die Anwendung der graphischen Darstellung, Heranziehung einer großen Zahl von Angaben und Benutzung der Korrelationsrechnung ergeben. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis bildet eine willkommene Ergänzung für den Leser, der sich noch etwas gründlicher über die hier behandelten Fragen unterrichten will. Wenn auch das vorliegende Werk in seiner Anlage nicht ganz befriedigt, so dürften doch die hier angedeuteten Mängel in dem angekündigten Ergänzungsband zu einem guten Teil wieder ausgeglichen werden. **L.**

Breisky, Walter: Die Weltlage der Statistik.
Winkler, Wilhelm: Die Statistik in Österreich. Wien: Springer 1930. 23 S. 8°. (Wiener Statistische Sprechabende. H. 1.)

Das vorliegende Heft gibt die beiden Vorträge wieder, die auf dem ersten Wiener statistischen Sprechabend gehalten wurden. In dem ersten Vortrag schilderte der Präsident des österreichischen Bundesamtes für Statistik in großen Zügen den gegenwärtigen Stand der Statistik, wie er sich aus dem wachsenden Bedürfnis der menschlichen Gemeinschaften nach statistischen Erkenntnissen entwickelt hat. Je nach der Stärke und der Art dieses Bedürfnisses ist auch die Organisation und der Aufgabenbereich der einzelnen statistischen Werkstätten (staatliche und städtische Ämter, sonstige öffentliche und nichtöffentliche Stellen) sehr verschieden. Die Bedeutung der verschiedenen Werkstätten, insbesondere der staatlichen Ämter, sowie der Umfang der internationalen Zusammenarbeit (internationale statistische Institute, Statistik des Völkerbundes usw.) werden knapp und anschaulich dargestellt. Man gewinnt aus diesen Darlegungen einen deutlichen Eindruck, welche wichtige Rolle die Statistik heute im sozialen und wirtschaftlichen Leben spielt.

Im Anschluß daran gibt Winkler einen allgemeinen Überblick über die geschichtliche Entwicklung der österreichischen Statistik, wobei er besonders auf die Ausdehnung der Verwaltungsstatistik und die geringe Bedeutung der Statistik im Hochschulunterricht hinweist. Die Ausführungen Winklers bilden eine schätzenswerte Ergänzung des vorhergehenden Vortrages. **Lucht.**

Bürgers, Joseph, und Franz Schmidt: Demographie Ostpreußens. Halle: Niemeyer 1930. S. 195–263. 8° 8.– *RM.* Aus: Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft. Naturwissenschaftl. Klasse. Jg. 7. H. 6.

Die Schrift will eine Übersicht über Stand und Bewegung der Bevölkerung unserer östlichsten Provinz geben. In Anbetracht des Einflusses klimatischer Verhältnisse auf Konstitution, Krankheit und Tod der Bewohner geht als I. Abschnitt eine kurze Schilderung des ungünstigen ostpreußischen Klimas voran, dessen besondere Eigentümlichkeiten hauptsächlich in erheblichen Unterschieden der Jahresklimawerte bei starker Spitzenschwankung, ferner in beträchtlichen Tagestemperatur-Veränderungen im Frühjahr und Spätherbst sowie in langen kalten Wintern zu erblicken sind.

Der II. Abschnitt handelt von der Dichte der Bevölkerung, ihrer Berufszugehörigkeit, ihrem Wachstum im letzten Jahrhundert, ihrer Verteilung nach Geschlecht, Familienstand und Alter, ferner von den Wanderungen, Eheschließungen, von Geburten und Fruchtbarkeit; hier wie später sind den Zahlen und Ziffern der Provinz oder ihrer Teile solche für den gesamten Freistaat Preußen und einzelne seiner anderen Provinzen, in einigen Fällen auch solche für das Reich, Hamburg und Polen zum Vergleich gegenübergestellt. Mit nur 61 Bewohnern auf den *qkm* (Stand von 1925) gehört das noch immer überwiegend agrarische Ostpreußen zu den dünnstbesiedelten Gebieten unseres Vaterlandes. Die gesamte Bevölkerungszunahme betrug in den letzten 100 Jahren nur wenig mehr als die Hälfte des Durchschnitts für das übrige Preußen; durch starke Binnenabwanderung sind seit 1840 schätzungsweise fast 900 000 Menschen verlorengegangen. Dabei sind Geburtenwie Fruchtbarkeitsziffern noch immer überdurchschnittlich. Bei einer Betrachtung des Geschlechtsverhältnisses der Geborenen (S. 217, oben) ist anscheinend ein Irrtum unterlaufen; wie aus den Ziffern der Tabelle 20 hervorgeht, beträgt die des Jahres 1909 nicht 100,4 sondern 104,5, zeigt also keine besondere Abweichung. Die hier als besonders auffallend angesehenen Schwankungen für die Stadt Königsberg weisen allerdings eine ziemlich große Varitationsbreite auf; indessen bewegt sich diese gerade noch innerhalb des Dreifachen des mittleren Fehlers, ist also doch als Zufallserscheinung anzusehen.

Im folgenden Abschnitt III sind zunächst die allgemeinen Sterblichkeitsverhältnisse der Provinz, dann deren Verschiedenheiten in Stadt und Land, in den Bezirken, ferner in Bezug auf Geschlecht und Alter sowie nach der Todesursache betrachtet. Bei der Bewertung der Sterbeziffern wird auch der Altersberechnung Rechnung getragen. Hier trägt auf S. 221, oben die Tab. 23 (korrigierte Sterblichkeit) für Deutschland die Angabe „1910"; jedoch ist nur der Bevölkerungsaufbau dieses Jahres zu Grunde gelegt, die Rechnung selbst bezieht sich auch für das Reich auf das Jahr 1925. Auf gleicher Seite gibt es im mittleren Absatz, Zeile 5, das Wort „fiktiv" keinen Sinn; es soll wohl „faktisch" heißen. – 2 weitere Unterkapitel dieses Abschnitts handeln vom Geburtenüberschuß und der Säuglingssterblichkeit, bei deren Höhe der in O. ziemlich große Anteil unehelicher Geburten eine gewisse Rolle spielt. Die Verteilung der gestorbenen Säuglinge auf die Jahresmonate (Tabelle 34 a) berücksichtigt leider nicht deren verschiedene Länge; dadurch erscheint namentlich der Februar im Vergleich mit seinen Nachbarmonaten zu gering belastet. – Sehr bemerkenswert (Tab. 35) sind die Säuglingssterbeziffern der einzelnen Kreise im Vergleich mit dem Beginn der öffentlichen Fürsorge; es zeigt sich hier eine Abnahme gleichen Umfangs auch bei einer Reihe von fürsorgerisch noch nicht betreuten Kreisen. – Im Schlußkapitel dieses Abschnitts, der von Erkrankung und Tod an Diphtherie, Scharlach und Typhus handelt, ist für die beiden erstgenannten Krankheiten angesichts der vielfach unzureichen sanitätspolizeilichen Meldungen eine Ergänzung durch theoretische Berechnung vorgenommen worden. In der Tab. 46 (S. 243) ist aber beim Scharlach für das Jahr 1927 die sanitätspolizeiliche Ziffer ganz abweichend von ihrer sonstigen Höhe um über die Hälfte größer als die errechnete: es konnte leider nicht nachgeprüft werden, ob hier irgend ein Versehen vorliegt.

Abschnitt IV handelt von der Versorgung der Provinz mit Heil- und Pflegepersonal, Hebammen, Apotheken, Heilanstalten und Krankenkassen, der Überschrift nach; ein Nachweis über die Kassen ist jedoch erst am Schluß des allerletzten Abschnitts zu finden. Gering ist in O. auf dem Lande noch die Versorgung mit Ärzten, auch mit Zahnärzten; die Zahl der amtlich bekannten Kurpfuscher weist gegenüber dem letzten

Vorkriegsjahr keine besondere Steigerung auf. — Im folgenden, V. Abschnitt ist von der Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung die Rede; hier wird auf mancherlei Rückständigkeiten und Mängel hingewiesen.

Der letzte, VI. Abschnitt behandelt die Fürsorgeeinrichtungen der Provinz. Bemerkenswert ist hier die starke Wiederzunahme Alkoholkranker im Laufe der Nachkriegszeit. Die Belastung Ostpreußens durch Personen, die ganz oder teilweise der Öffentlichkeit zur Last fallen, ist erheblich. Aus der Fürsorgetätigkeit ist zu erwähnen, daß jetzt sämtliche Kreise Stellen für Mütter und Säuglinge, Kleinkinder, Schulkinder, Tuberkulöse, Krüppel und Kriegsbeschädigte besitzen.

In dem harten Klima des Landes wird ein ausleseförderender Umstand erblickt; auch das dauernde Ertragen vieler Unbilden und Mängel im Vergleich zu günstiger dastehenden Gegenden unserer Heimat zeugt nach den Verf. von einer an sich guten und gesunden Konstitution der Ostpreußen.

Von einigen kleinen Mängeln abgesehen bietet die Schrift im Ganzen ein gutes Bild über die demographischen Verhältnisse des abgetrennten Ostgebiets und kann als Beitrag zur Bevölkerungskunde unseres Vaterlandes empfohlen werder.

Gajewski.

Busch, Hellmut von: Die natürliche Bevölkerungsbewegung im Nachkriegsrußland. Berlin-Charlottenburg 1929: Hoffmann. 63 S. 8°.

Der Verfasser, Deutschbalte, der bis 1917 in Rußland wohnte, hat sich der mühevollen Arbeit unterzogen, die Bevölkerungsbewegung Rußlands in der Nachkriegszeit zu untersuchen. Leider konnte er nur für 18 Gouvernements und für die beiden Großstädte Moskau und Leningrad Geburten- und Sterbeziffern geben, da in den übrigen Gebieten, die etwa 60 % des europäischen Teiles von RSFSR ausmachen, diese Bevölkerungsvorgänge von den neueingerichteten Standesämtern nur ungenügend (weniger als 90 % der tatsächlichen Fälle) erfaßt waren. Auf die Berechnung von Heiratsziffern hat er ganz verzichtet: Da der russische Staat den Personen, die eine Ehe eingehen, freistellt, ob sie die Ehe registrieren lassen wollen oder nicht, bedeuten nach der Ansicht des Verfassers die Angaben, die die russische Statistik über Eheschließungen und Ehescheidungen veröffentlicht, „nichts als leere Zahlen“. Die vom Verfasser errechneten Geburten- und Sterbeziffern, die übrigens sowohl von den amtlichen Ziffern als auch von denen eines von ihm zitierten russischen Statistikers Kuwschinnikow nicht unerheblich abweichen, beginnen mit dem Jahre 1920 und schließen schon mit dem Jahre 1926 ab, sodaß nur sieben Jahre zur Darstellung kommen. Um auch für die Vorkriegszeit eine Vergleichsbasis zu haben, werden in dem einleitenden Kapitel noch Geburts- und Sterbeziffern der in Frage stehenden Gouvernements für acht Vorkriegsjahre mitgeteilt.

Als Ergebnis seiner Untersuchungen stellt Dr. von Busch fest, daß Rußland in den letzten Vorkriegsjahren eine ähnliche Entwicklungstendenz gehabt habe wie die west- und mitteleuropäischen Länder, nämlich einen nicht unbeträchtlichen Rückgang der Geburtenziffern (1902/04: 50,6 ‰, 1911/13: 46,1 ‰) bei gleichzeitigem Sinken der Sterbeziffern (1902/04: 34,2 ‰, 1911/13: 30,6 ‰). Dagegen habe die Entwicklung der Nachkriegszeit einen anderen Verlauf genommen. Während in den westeuropäischen Staaten die Geburtenziffern zunächst stark emporgeschnellt seien, um dann aber um so rascher zu fallen, hätte Rußland in den ersten Nachkriegsjahren 1920 bis 1922 eine verhältnismäßig niedrige Geburtenfrequenz gehabt (1920: 28,9, 1921: 29,6, 1922: 33,7 ‰); erst von 1923 ab sei ein starker Anstieg der Geburtenziffer erfolgt (1923: 42,7, 1924: 41,8, 1925: 45,1, 1926: 42,4 ‰): die Sterbeziffern dagegen, die schon in den Vorkriegsjahren absteigende Tendenz gezeigt haben, seien in der Nachkriegszeit, besonders von 1923 ab, weiter gesunken, vor allem habe in den letzten Jahren die Säuglingssterblichkeit stark nachgelassen. Der Verfasser sucht nun die Ursachen für die abweichende Gestaltung der Geburtlichkeit zu finden; er prüft alle Momente, die in der Literatur über den Geburtenrückgang als geburtenfördernd oder geburtenmindernd genannt werden, in ihrer Anwendbarkeit auf die russischen Verhältnisse und kommt zu dem Schluß, daß die Zunahme der Geburten und gleichzeitig der Rückgang der Säuglingssterblichkeit in Rußland durch die Aufhebung der gesetzlichen Unterscheidung zwischen ehelichen und unehelichen Kindern sowie durch die Freigabe der Abtreibung verursacht sei.

Wie die Freigabe der Abtreibung (nur die unentgeltlich in den Spitälern der Sowjetregierung oder von Privatärzten in Kliniken durchgeführten Operationen sind straffrei) die Geburtenfrequenz erhöhen kann, dafür bleibt uns der Verfasser den Beweis schuldig; er beruft sich allein darauf, daß trotz dieser Maßnahme in Rußland die Geburtenziffer gestiegen sei, während sie in allen anderen Ländern abgenommen habe. Wir möchten eher der Ansicht sein, daß die scheinbare Steigerung der Geburtenziffern in der Nachkriegszeit zum Teil darauf zurückzuführen sein dürfte, daß die Erfassung der Geburten durch die Standesämter, die in den ersten Nachkriegsjahren sicherlich viel zu wünschen übrig ließ, mit der Konsolidierung der Verhältnisse vollkommener geworden ist. Dann aber scheint der Verfasser die wirtschaftlichen Verhältnisse, die doch für die Geburtenfrequenz von ausschlaggebender Bedeutung sind, nicht genügend für die Erklärung der Abweichungen zu berücksichtigen. Die ersten Nachkriegsjahre waren in den westeuropäischen Ländern eine Zeit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur; Landwirtschaft, Handel und Industrie waren voll beschäftigt, da die während des Weltkrieges geleerten Warenlager aufzufüllen waren. Anders in Rußland. Obwohl hier der Weltkrieg schon 1917 beendet war, dauerte der Kriegszustand noch jahrelang an; die inneren Wirren arteten zum offenen Kampfe zwischen den roten und weißen Armeen aus; dazu kam noch 1920 der Krieg mit Lettland und Polen, sodaß erst Ende 1920 ein Teil des Heeres demobilisiert werden konnte. Handel und Industrie kamen in dieser Zeit überhaupt nicht zur Entfaltung, und die Landwirtschaft war durch die Sozialisierungspolitik der Regierung so geschwächt, daß 1922 eine verheerende Hungersnot in Rußland eintrat. Kein Wunder, daß in diesen Jahren die Geburtenziffer niedrig blieb und die hohe Sterbeziffer nicht zurückging. Als sich dann 1923 die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse besserten, stieg auch die Geburtenziffer, ohne jedoch die Höhe von 1911/13 zu erreichen. Offenbar wurden erst jetzt die während der Kriegs- und Unruhejahre ausgefallenen Geburten nachgeholt.

Ob nun die hohen Geburtenziffern der Jahre 1923 bis 1926 anhalten werden oder, wie die der westeuropäischen Völker in den Jahren 1919 bis 1921, nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen sind, wird man erst beurteilen können, wenn die Zahlen für die folgenden Jahre vorliegen. Dann erst wird man auch der Frage, ob und wieweit die vom Verfasser aufgeführten Gründe von Einfluß auf die Gestaltung der Geburtlichkeit waren, nähertreten können.

Trotz dieser Einwendungen wird man dem Verfasser Dank wissen, daß er die Zahlen über die russische Bevölkerungsbewegung sowie ein nicht unerhebliches statistisches Material über die Frage der Abtreibung in Rußland einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat.

Semrau.



Enderlen, Lisel: Versuch einer Synthese zwischen Metallismus und Nominalismus. Berlin und Leipzig: de Gruyter 1929. 188 S. 8° (Sozialwissenschaftliche Forschungen. Abt. 1. H. 10.)

Als historischen Unterbau für den Versuch einer Synthese gibt die Verfasserin eine ausführliche und weitgehend gegliederte Darstellung des Geldes als technische Einrichtung zur Preiszahlung und der Währung als Rechnungs- und Zahlungsgrundlage. Vermittels einer Antithese der metallistischen und nominalistischen Theorie, deren bedeutendste Vertreter sie behandelt, kommt sie zu dem — an sich nicht neuen — Schluß, daß man die Erscheinungen des Geldwesens nur mit Hilfe metallistischer und nominalistischer Gedankengänge klären könne; nämlich: „das Geldwesen ist durch die Doppelfunktionen des Preisguts und der Preiseinheit gekennzeichnet“. Diese Funktionen werden *ceteris paribus* immer noch am besten durch die gebundene Währung, insbesondere gebundene Goldkernwährung (Synthese von Quantitäts- und Monopolgutstheorie) erfüllt.

Innerhalb der im großen und ganzen klaren Darstellungen scheinen jedoch die Zusammenhänge zwischen Geldmenge und Preusniveau nicht richtig gesehen. Daß Preissteigerungen eine Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs nach sich ziehen müssen, sind Gedankengänge, die zur Zeit der Inflation vorherrschten, aber längst theoretisch und durch die Tatsachen überholt sind.

Dr. Berolzheimer.

Friedrichs, Karl: Das Recht der Versorgungsbetriebe. Berlin-Friedenau: Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H. 1928. X, 92 S. 3.— *RM.* (Verein f. Kommunalwirtschaft u. Kommunalpolitik. Vereinsschriften. Nr. 26.)

Eine ausgezeichnete Studie über das Recht der Versorgunsbetriebe aus der Feder des bekannten, auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts, insbesondere des Verwaltungsrechts, maßgebend zu nennenden Justizrats Dr. Friedrichs-Ilmenau, bringt der Deutsche Kommunal-Verlag heraus. Je stärker der Einfluß der öffentlichen Hand auf allen Gebieten des Lebens hervortritt, umso größerem Interesse wird auch eine Betrachtung der Rechtsbeziehungen der öffentlichen Unternehmungen begegnen. Friedrichs unterzieht in erster Linie die gemeindlichen Versorgungsbetriebe einer eingehenden Untersuchung, die sich zwanglos in 2 Teile gliedert: Die Rechtsbeziehungen der Versorgungsbetriebe zu ihrem Träger und zu ihren Angestellten und Abnehmern. In den der Darstellung beigegebenen Anmerkungen sind nicht nur die einschlägigen Gesetzesbestimmungen, sondern auch Schrifttum und Rechtsprechung in ausgedehntem Maße berücksichtigt, sodaß das Buch als zuverlässiger Führer durch das Recht der Versorgungsbetriebe gelten kann und als solcher für alle Interessenten, insbesondere aber für die Gemeindebehörden, wertvoll ist.

Hannes.

Gesetzgebungs-Archiv. Nachweiser der noch geltenden Gesetze, Verordnungen, Ministerialerlasse usw. 1794 bis Juni 1930, f. Reich und Preußen. Hrsg. v. Arthur Sudau. 7. erw. Ausg. Band 1. 2. Berlin: Sudau 1930. 8° (Verwaltungsbücherei. Bd. 7.) 21.— *RM.*

Im Wirtschaftsverlag A. Sudau erschien in 7. erweiterter Auflage das Gesetzgebungs-Archiv, das in alphabetischer Reihenfolge eine Nachweisung aller Rechtsquellen für das Reich und Preußen enthält, die in der Zeit von 1794 bis Januar 1930 entstanden und noch heute gültig sind.

Schon allein die Tatsache, daß dieses Verzeichnis 1 728 Seiten umfaßt, rechtfertigt das Erscheinen des Werks, ganz abgesehen davon, daß seit 1925 sieben Auflagen notwendig wurden, ein Beweis, daß auch der Fachmann das überwältigende Gesetzgebungsmaterial ohne einen zuverlässigen Führer nicht zu überblicken vermag.

Das Werk bringt nach alphabetischen Schlagworten das etwa in Frage kommende Reichsgesetz mit den Abänderungen nach der Zeitfolge nebst den hierzu ergangenen Ausführungs-, Durchführungs- und usw. -Bestimmungen. In gleicher Weise sind dem einzelnen Stichwort die preußischen Gesetzesvorschriften angefügt, worauf noch der Inhalt der einschlägigen Rechtsquellen, ebenfalls alphabetisch geordnet, unter Hinweis auf die Paragraphen aufgezählt wird. Der Zusammenhang zwischen den Schlagworten wird durch zahlreiche Verweisungen hergestellt. Im Beiheft befindet sich ein Literaturnachweis.

Das Gesetzgebungs-Archiv ist für jeden, der sich über ein umfangreicheres oder abgelegeneres Rechtsgebiet unterrichten will, ein unentbehrlicher Wegweiser, dem die weiteste Verbreitung zu wünschen ist.

Hannes.

Grimm, Viktor: Der Kampf des Bauerntums mit der Großstadt. Eine kritische Studie in letzter Stunde. Berlin: Schoetz 1929. 116 S. 8° 5.— *RM.* (Veröffentlichungen aus d. Geb. d. Medizinalverwaltung. Bd 30. H. 3.)

Uralt, sich in jeder Kultur wiederholend, ist der Kampf des Bauern gegen die Stadt, insbesondere die Großstadt, die gleich dem Moloch die Kinder des Landes verschlingt; die Erkenntnis, daß auch für unser Volk die Schicksalsstunde naht, hat dem Verfasser die Feder in die Hand gedrückt.

Die beiden ersten Abschnitte handeln von den sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verhältnissen früherer Jahrhunderte; die „gute, alte Zeit“ trägt ihren Namen, insbesondere was den Gesundheitszustand in den Städten anlangt, zu Unrecht. Ihre Besserung ist nach Ansicht des Verf. (Abschn. 3), ohne daß er die Fortschritte der Hygiene leugnet, großenteils auf Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Eine Reihe statistischer Angaben über den gegenwärtigen Stand der Geburten und der Sterblichkeit und deren zukünftige Entwicklung beschließt diesen Abschnitt. Wenn der Verf. hier (S. 19) Vergleiche für die Sterblichkeit in Stadt und Land nach dem Alter der Gestorbenen in der amtlichen Statistik vermißt, so ist dem entgegenzuhalten, daß sie ohne genaue Feststellung und Umrechnung der ortsfremd Gestorbenen von zweifelhaftem Wert sind; er muß ja selbst zugeben, daß die Sterblichkeitsziffern der Städte durch das Ableben ländlicher Kranker in städtischen Anstalten ungünstig beeinflußt werden. Bei der Bewertung der verschiedenen Höhe einzelner Todesursachen mahnt auch die mangelhaftere Feststellung auf dem Lande zu besonderer Vorsicht; auf die Verschiedenheit der Altersbesetzung in Stadt und Land weist er selbst hin. Der Ansicht, daß zur Zeit nennenswerte Unterschiede in der wahren Sterblichkeit von Stadt und Land nicht bestehen, wird man beipflichten können. In den folgenden beiden Abschnitten wird die Kehrseite hoher Zivilisationen beleuchtet: Domestikation beeinträchtigt die Fruchtbarkeit bei Tier und Mensch, mangelhafte Gebärleistungen auch infolge mangelnden Willens zum Kinde und Selbstmordneigung sind besonders in den Großstädten auftretende ungünstige Erscheinungen vorgeschrittener Zivilisation. Die Schattenseiten des modernen Hastens und Jagens, die seelischen Wirkungen des großstädtischen Lebens sind in den Abschnitten 6 und 7 geschildert; Abschnitt 8 versucht der Eigenart des Landmannes gerecht zu werden, dem geistig Wertvollen, das er auch den abwandernden Nachkommen zu Nutz und Frommen der Stadt mitgibt. Ein größerer Abschnitt 9 befaßt sich mit den körper-

lichen und seelischen Mängeln der Großstädter, und wenn man auch dem Verf. wie z. B. hinsichtlich der zunehmenden Krebshäufigkeit nicht immer ganz beizupflichten vermag, so scheint es doch unzweifelhaft, daß eine Reihe von Krankheiten, selbst unter Berücksichtigung einer mangelhafteren Feststellung in früheren Zeiten, im Laufe der letzten Jahrzehnte häufiger geworden sind. — Infolge der Unfähigkeit des modernen Kulturmenschen zur fruchtbaren Ehe droht Auflösung der Familienbande, die allein den Bestand des Staates sichern. In den Großstädten gehen Familien zumeist in wenigen Generationen zugrunde. Bedenklich ist auch die zunehmende Zahl der Psychopathen. Abhilfe sieht der Verf. im wesentlichen in einer verstärkten Intensivierung der Landwirtschaft und ausgedehnter Siedelung von Landarbeitern. (Abschnitt 10.)

Offenbar steht der Verf. stark im Banne von Oswald Spengler, den er auch in der Einleitung erwähnt. Er selbst nennt sein Werk, das eine reiche Belesenheit und eingehende Beschäftigung mit dem Problem verrät, eine kritische Studie, die er nur als Ganzes zu werten bittet. Man kann es als seelischen Befreiungsversuch eines Menschen, der sein Volk liebt und es so lange als möglich vor dem Untergang bewahren möchte, dem Leser warm empfehlen; auch eine Reihe statistischer Angaben sind durchaus der Beachtung wert.

Gajewski.

Halter, Rudolf: Die technischen Grundlagen der Donauschiffahrt. — Wien: (Springer) 1931. 68 S. 8° (Österreichisches Kuratorium für Wirtschaftlichkeit. ÖKW-Veröffentlichung. 5.) 4.50 *RM.*

Obgleich das verkleinerte Österreich an der schiffbaren Gesamtlänge des Donaustromes, die von Ulm bis zur Mündung bei Sulina rund 2 600 *km* beträgt, und an der heute 7 selbständige Staaten teilhaben, nur mit dem kleinen Bruchteil von 343 *km* unmittelbar beteiligt ist, und obgleich nach der politischen Neuordnung der Donau-Uferstaaten der Strom internationalisiert und die Verwaltung der Donau-Angelegenheiten einem internationalen Forum, nämlich der internationalen Donau-Kommission übertragen worden ist, hat die österreichische Wirtschaft in der richtigen Erkenntnis der überragenden Bedeutung dieser wichtigen mitteleuropäischen Wasserstraßenverbindung mit einer Reihe selbständiger Untersuchungen und Beschlüsse für die wirtschaftliche Ausgestaltung und freie Benutzung dieser Verkehrsstraße die Initiative ergriffen. Die Wünsche und Hoffnungen Österreichs decken sich insofern mit den deutschen, als Deutschland durch den Rhein-Main-Donau-Kanal die wirtschaftliche Verbindung des Deutschen Reiches und der Donauländer vermittels einer Weltwasserstraße von der Nordsee zum Schwarzen Meer zu fördern anstrebt.

Nachdem im Auftrage und unter der Führung des Donau-Ausschusses des österreichischen Kuratoriums für Wirtschaftlichkeit (ÖKW), dem neben führenden Männern der Wissenschaft und Wirtschaft auch Delegierte der Bundesministerien angehören, bereits in zwei früheren Veröffentlichungen „Die wirtschaftlichen Grundlagen der Donauschiffahrt" (Verfasser Hofrat Ludwig Wertheimer, Generaldirektor der Ersten Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft) und „Die österreichische Donau im mitteleuropäischen Binnenschiffahrtsnetz" (Verfasser Sektionschef a. D. Ing. Schneller) zum Gegenstand der Untersuchung gemacht sind, liegt nunmehr als dritte Abhandlung zu diesem Thema die technisch-nautische Beschreibung der Donau in ihrem gesamten schiffbaren Laufe vor. Der Verfasser gibt zunächst ein allgemeines Bild von der Donau mit einer Anzahl Aufstellungen über Stromgeschwindigkeiten, Wasserstände und Wassertiefen. Es folgen Detailbeschreibungen der einzelnen nach den durchflossenen Staaten geteilten Stromstrecken und zwar: Die Donau in Bayern, die österreichische Donaustrecke stromabwärts von Passau bis Devin, die vormals ungarische Donau von Devin bis Moldova-veche, die Kataraktenstrecke von Moldova-veche bis Turnu Severin, der untere Donauabschnitt Turnu Severin bis Sulina und die Donaumündung. Weitere Kapitel behandeln die Fahrwasserbezeichnung und Fahrwasserbeleuchtung sowie die Donauhäfen. Zum Schluß werden die vom Donauausschuß des ÖKW gefaßten „Beschlüsse im Interesse der Sicherung und Förderung der Schiffahrt auf der europäischen Großwasserstraße" bekanntgegeben.

Dem Bericht lag, wie es im Vorwort heißt, die Absicht zu Grunde, ihn in einer Art zu verfassen, die auch dem Nichtfachmann die Möglichkeit geben soll, sich über die technischen Grundlagen der Donau zu informieren. Vom volkswirtschaftlichen, insbesondere verkehrswirtschaftlichen Standpunkte ergeben sich aus dem vielseitigen Fragenkomplex um das Donauproblem als Großwasserstraße zwei Fragen von ausschlaggebender Bedeutung: 1. Welches ist die größtmögliche Leistungsfähigkeit, die durchgängig in der ganzen schiffbaren Länge des Stromes erzielt werden kann? und 2. Welchen Kostenaufwand erfordert eine derartige Regulierung einschließlich der notwendigen Nebeneinrichtungen? Um zur ersten Frage Stellung zu nehmen, muß man sich vergegenwärtigen, daß der natürliche Zustand der Donau in ihrem Verlauf grundverschiedenen Charakter trägt: er wechselt vom Gebirgsstrom bis zum Tieflandstrom nicht ohne wiederholten Wechsel der Erscheinungen in den einzelnen Strecken. „Das unausgeglichene Stromgefälle, die voneinander stark abweichenden Stromgeschwindigkeiten, Fahrbreiten und Wassertiefen, der Wechsel in der Stromrichtung, die oft jähen Flußkrümmungen und die streckenweise reichliche Geschiebeführung, durch welche sogenannte Furtschwellen entstehen, ergeben in den einzelnen Stromstrecken eine verschiedene Schiffbarkeit". Ein besonderes Kapitel bilden die Schiffahrtshindernisse, die durch Felsgesteinmassen verursacht werden. Mit Recht weist der Verfasser nachdrücklichst darauf hin, daß die Regulierungsmaßnahmen nur dann die gewünschte Wirkung zeitigen können, wenn die Arbeiten für die gesamte Stromlänge nach einem einheitlichen Plan geleitet und durchgeführt werden. Nur auf diese Weise würde die Schaffung einer einheitlichen Mindestwassertiefe gewährleistet sein, die wiederum Vorbedingung für die Verwendung eines wirtschaftlichen Schiffstyps wäre. Eine Beantwortung der Kostenfrage kann selbstverständlich erst dann erwartet werden, wenn in den maßgebenden Kreisen wenigstens in den Grundzügen des Ausbauplanes Einigkeit erzielt ist. Soviel steht jedenfalls fest, daß die Investitionskosten für eine großzügige Ausgestaltung nicht gering zu veranschlagen sind, und daß letzten Endes der Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit, d. h. der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Wasser- und Schienenweg, von maßgebender Bedeutung sein wird. Der Forderung nach Schaffung einer verläßlichen Schiffahrtsstatistik kann nur beigepflichtet werden.

Bei der Abfassung der Arbeit hat der Verfasser sich von der Absicht leiten lassen, weniger zu Gunsten eines der vorhandenen Projekte Stellung zu nehmen, als vielmehr die technischen Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Donau-Regulierung in ihrer Gesamtheit kritisch zu untersuchen. Durch die Zusammenfassung aller wichtigen Momente, nicht zuletzt durch das übersichtliche Zahlen- und Tabellenmaterial, ist eine Grundlage zur Diskussion geschaffen, die auch über den gegenwärtigen Stand der Regulierungsarbeiten hinaus von Wert sein wird.

Gg.

Hedemann, Justus Wilhelm: Die Fortschritte des Zivilrechts im XIX. Jahrhundert. Ein Überblick über die Entfaltung des Privatrechts in Deutschland, Österreich, Frankreich und der Schweiz. T. 2: Die Entwicklung des Bodenrechts von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Hälfte 1: Das materielle Bodenrecht. Berlin: Heymann 1930. XXXII, 421 S. 8° 30.— *RM.*

„Staaten und Menschen gehen dahin, aber die Erde bleibt.“ Mit diesem Satz schließt Hedemann seine tiefschürfenden Untersuchungen. Es ist darin gewissermaßen kurz zusammengedrängt, was einem bei der Lektüre des Buches immer wieder klar wird: daß es dem Verfasser um das lebendige Verhältnis des Volkes zum Boden zu tun ist, nicht um das trockene formale Recht. Dabei kommt dieses Recht keineswegs zu kurz, Vergangenheit und Gegenwart werden hier genau kontrolliert und die Entwicklung des geltenden Rechts (aller vier im Titel genannten Länder) aus den früheren Normen und den rechtsphilosophischen Auffassungen seit der französischen Revolution in aller Gründlichkeit dargestellt. Aber was uns das Wesentliche scheint: Über die in erster Linie den Juristen interessierende Rechtsgeschichte hinaus bietet das Buch dem Nationalökonomen, der sich mit der Frage des Bodens auseinandersetzen muß, einen vorzüglichen Wegweiser. Wer tiefer in Agrarpolitik und Wohnungspolitik eindringen will, sollte an dieser Darstellung nicht vorübergehen, da sie in gleicher Klarheit die rechtlichen wie die sachlichen Probleme beleuchtet.

Der Verfasser beginnt mit der Befreiung des Bodeneigentums aus den Schranken des 18. Jahrhunderts, in dem ein „geteiltes Eigentum“ (Obereigentum) weder dem einen noch dem anderen Eigentümer eine beliebige Verfügung erlaubte. Die neuen Freiheitsideen, wie sie vor allem in der französischen Revolution durchdrangen, führten hin zum unbeschränkten Eigentum des den Boden nutzenden Bürgers, unter Abbau der bisher auf dem Boden ruhenden Lasten; vor allem auch das Erbrecht (am Boden) wurde im Sinn dieser neuen Freiheit umgestaltet (§§ 1 und 2).

Die nachteiligen Folgen dieser Bodenbefreiung, bei der der Boden in kurzer Zeit, durchaus gewollt, zur Ware wurde, zeigten sich nur zu bald. Die Gesetzgebung sucht ihrer Herr zu werden, sie muß ankämpfen gegen Bodenzersplitterung, Bodenverschuldung und „Bodenegoismus“. Besonders die alte Erbsitte ist im 19. Jahrhundert zerstört worden: „Dieses Jahrhundert hat auf der ganzen Linie Gläubigkeit und Sitte ins Schwanken gebracht, „Utilitarismus“ und „Materialismus“ an ihren Platz gesetzt“ (S. 87). Ein seit Jahrhunderten blühender Bauernstand im Eifelgebiet ist durch die Gleichteilung vernichtet worden. Die unbeschränkte Verschuldungsmöglichkeit hat es mit sich gebracht, daß der Boden im Deutschen Reich 1910 (schätzungsweise) mit 60 Milliarden Mark belastet war. Der Bodenegoismus zeigt sich in der Verschließung von Heilquellen vor der Benützung der Hilfe suchenden Allgemeinheit, in der Vernichtung von Kunstdenkmälern oder Naturschönheiten aus egoistischen, geldgierigen Motiven usw. Auf der anderen Seite hebt der Verfasser mit Recht hervor, daß dieses freiheitliche Bodenrecht auch seine großen Vorteile gebracht habe, durch den Ansporn zu immer höheren Leistungen des Besitzers, die auch der Allgemeinheit zugute gekommen sind (§ 3).

Es liegt aber in der Natur des Rechts, daß es vor allem da wirksam wird, wo Nachteile zu verhüten sind, die die bisherige Entwicklung mit sich gebracht hat. In dem Kampf gegen die Bodenzersplitterung (§ 4) gedenkt Verf. u. a. der preußischen Ansiedlungs- und Rentengütergesetzgebung, der Neuregelung des Anerbenrechts, das von Aereboe heftig bekämpft wird, der Schaffung von Heimstätten, der Teilungsverbote, der Vorschriften über Minimalparzellen, über Zusammenlegung.

In dem Kapitel über den Kampf gegen die Bodenverschuldung (§ 5) finden wir einen interessanten Exkurs über die deutsche Inflation und die (Hypotheken-) Aufwertung. In diesem Kampf spielen eine Rolle die verschiedenen Entschuldungsprogramme, die Festlegung von Verschuldungsgrenzen (ebenfalls von Aereboe scharf abgelehnt), Unkündbarkeit, Amortisation von Hypotheken, die Schaffung von Kreditanstalten — im Gegensatz zum reinen Privatkredit —, wobei besonders die preußischen Landschaften hervorgehoben werden.

Besonders ausführlich ist die Darstellung des Kampfes gegen den Bodenegoismus (§§ 6 bis 9). Als Mittel ist hier vor allem die Enteignung wichtig, die bereits bei der Einziehung der Kirchengüter in Frankreich eine Rolle gespielt hat; in dem Zusammenhang ist von besonderer Bedeutung die Frage der Entschädigung. Daneben stehen Eigentumsbeschränkungen (Restriktionen), wie sie angewandt wurden zum Schutz der Alpwirtschaften, beim Denkmalschutz, beim Bauhandwerkerschutz, zur Verhütung von Güterschlächterei, ferner bei der Grundstückssperre der Kriegszeit. Die stärkste Form des Kampfes gegen den Bodenegoismus, die vollkommene Sozialisierung, gibt dem Verfasser Anlaß, die Sozialisierung ganz allgemein, ohne Beschränkung auf den Boden, in ihrer geistesgeschichtlichen und tatsächlichen Entwicklung zu behandeln. Er unterscheidet hier drei „Bedeutungsrichtungen“ (S. 287): „Die erste und weiteste nennt alles Sozialisierung, was das menschliche Einzelwesen zur gesellschaftlichen Betätigung antreibt. .... Die zweite Richtung macht das Wort enger und gleicht es dem an, was gemeinhin sozialistisch genannt wird. .... Die dritte Bedeutungsrichtung setzt das Sozialisierungsverlangen zu einer ganz bestimmten Größe in Beziehung, nämlich zum Privateigentum. Diese Richtung wird am klarsten, wenn dabei Sozialisierung und Privateigentum als unvereinbare Gegensätze behandelt und Sozialisierung schlechthin gleichgesetzt wird mit der Aufhebung des Privateigentums.“ Weiter unterscheidet der Verfasser im 19. Jahrhundert fünf Linien der Entwicklung des Sozialismus (S. 298), die genossenschaftliche, die staatssozialistische, die marxistische, die rechtswissenschaftliche und die bodenreformerische. Bei der Bodenreform hebt er als wesentlich hervor, daß sie sich mehr und mehr Einzeloperationen zugewandt habe.

Die Sozialisierungsbewegung der Jahre 1918/19 kritisiert er scharf. Er behandelt hier die verschiedenen „Programme“, beschreibt die Tätigkeit der Sozialisierungskommissionen, ihre Einwirkung auf die Gesetzgebung, stellt aber im ganzen das Scheitern der Sozialisierung fest. Als das „Abbiegen“ von der Sozialisierungslinie bezeichnet er das Abbiegen zum Arbeitsrecht, die sogenannte „indirekte Sozialisierung“ (Steuermaßregeln, Wohnungszwangswirtschaft), die sogenannte „kalte Sozialisierung“ (das Hineingehen des Staates und der Gemeinden in die Privatwirtschaft). „Diese sogenannte kalte Sozialisierung erscheint als die trübste Begleiterscheinung oder richtiger wohl als ein besonders trübes Nachspiel der Sozialisierungsbewegung von 1918/19“ (S. 357).

Im letzten Kapitel (§ 10. Das neue Siedlungsrecht) kommt der Verfasser wieder ausschließlich auf die Verhältnisse des Bodens zurück, unter Zusammenfassung bereits da und dort verstreut gebrachter Rechtsfragen. Neben der städtischen Bodenpolitik ist in erster Linie wichtig die innere Kolonisation; hier werden ausführlich behandelt die Fragen der Siedlungsträger, der Enteignung und des Vorkaufs, des Pachtrechts, des Erbbaurechts, des Heimstättenrechts. Das Kapitel schließt mit der Frage, ob man nicht doch zum Schutz dieser neueren Errungenschaften ein neues Obereigentum des Staates über den Boden wieder einführen müsse.

Es war gewiß nicht leicht, diesen Stoff jeweils in klarer Ein- und Unterteilung durch die vier genannten Länder hin-

durch zu behandeln; man wird aber zugeben müssen, daß der Verfasser seine Aufgabe durchweg gut gelöst hat. Einige kleinere Versehen dürfen angemerkt werden: Auf S. 163 unten spricht der Verf. vom „jetzigen Königreich Sachsen", auf S. 376, Anm. 37 spricht er von „Bundesstaaten", wo die neuen Reichsgesetze nur noch „Länder" kennen. Da das Werk eigentlich schon 1915 herauskommen sollte, dürfte es sich hier um Überreste aus der ersten Fassung handeln, die allerdings besser ausgemerzt würden.

Quante.

Heimann, Eduard: Soziale Theorie des Kapitalismus. Theorie der Sozialpolitik. Tübingen: Mohr 1929. VIII, 234 S. 8° 9.— *RM.*

In seinem Aufsatz „Sozialpolitik als Wissenschaft" im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (64. Band, 3. Heft, Dezember 1930) schildert Walter Weddigen eingehend die neueren Versuche, den Begriff der Sozialpolitik darzustellen und sie in das System der Wirtschaftswissenschaft einzugliedern. Dabei hebt er besonders den Gegensatz hervor, in dem Eduard Heimann, wie das auch aus den Königsberger Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik hervorgegangen sei, zu seiner, Weddigens, Auffassung der Theorie der Sozialpolitik stehe. Im Hinblick auf diese Ausführungen dürfen wir hier von allgemeinen Betrachtungen über die neuere Wissenschaft von der Sozialpolitik absehen und können sofort versuchen, die Besonderheiten des Heimannschen Gedankenganges aufzuzeigen.

Heimann definiert Sozialpolitik (auf S. 211) folgendermaßen: „Sozialpolitik ist der institutionelle Niederschlag der sozialen Idee im Kapitalismus und gegen den Kapitalismus, der Idee also von einer sozialen Freiheitsordnung, welche die arbeitenden Menschen umfassen und tragen soll." Wie hat sich nach seiner Darstellung die soziale Idee, d. h. die Idee von „Freiheit und Würde der Arbeit in der großbetrieblichen Arbeitswelt" (S. 101), im Kapitalismus entwickelt? H. vertritt, wie er selbst sagt, die „dialektische Auffassung" der Sozialpolitik — wie bei Marx besteht auch für ihn das Wesen der Dialektik offenbar darin, „in dem positiven Verständnis des Bestehenden zugleich auch das Verständnis seiner Negation, seines notwendigen Unterganges einzuschließen". Er schildert den Weg vom demokratischen Liberalismus über den Kapitalismus zum Sozialismus, dem, wie auch er meint, notwendigen Endpunkt der Entwicklung.

Die Markttheorie des demokratischen Liberalismus zeigt die ökonomische Harmonie in dem Sinne der Übereinstimmung zwischen Produktion und Bedarf (S. 8), und zwar unter Gewährleistung einer fortschreitenden Verbesserung der Versorgung. Dem Gedanken der vollen wirtschaftlichen Freiheit hätte auch eine kleinbetriebliche Demokratie entsprochen, bei der der Arbeitende infolge des Eigentums an den Produktionsmitteln keinen Herrn über sich gehabt hätte. Vor allem dank der technischen Entwicklung (aber nicht nur durch diese) ist aber statt dessen der kapitalistische Großbetrieb beherrschend geworden, wenn auch unter mancherlei Reibungen, die H. als „vorkapitalistische und kapitalistische Hemmungen" bezeichnet. Diese kapitalistische Entwicklung war für das Gedeihen der Wirtschaft notwendig, denn „erst die kapitalistische Produktivität hat die Vervielfachung der Menschenzahl erlaubt und ihre Erhaltung ist für die physische Erhaltung der Menschen notwendig" (S. 111, Anm. 1). In sozialer Beziehung aber hat diese Entwicklung schwere Nachteile mit sich gebracht: sie hat aus der Freiheit des arbeitenden Menschen die Freiheit der Herrschaft über den arbeitenden Menschen gemacht (S. 59), sie hat den Kapitalismus als „großbetriebliche Herrschaftsorganisation" konstituiert. Dabei ist Freiheit und Würde der Arbeitenden verloren gegangen, denn „der Kapitalismus hat eine falsche Rangordnung der Werte aufgestellt, Eigentum vor Freiheit und Würde der Person gestellt" (S. 114). Die Auffassung, daß der entfaltete Kapitalismus notwendig die Unfreiheit des Arbeiters zur Folge habe, findet sich bei H. in den verschiedensten Formulierungen, so auf S. 122: „Willkürlicher Herrschaftsbereich des freien Kapitals — das ist der Kapitalismus", so auf S. 135: „Der Kapitalismus beruht auf der Unterdrückung der Menschen".

Diese Unfreiheit des Arbeiters aufzuheben ist die Aufgabe der sozialen Bewegung: „Sozialpolitik ist Abbau der Herrschaft zu Gunsten der Beherrschten. Sozialpolitik ist also der Einbau des Gegenprinzips in den Bau der Kapitalherrschaft und Sachgüterordnung; es ist die Verwirklichung der sozialen Idee im Kapitalismus gegen den Kapitalismus. In der Doppelstellung der Sozialpolitik als Fremdkörper und zugleich als Bestandteil im kapitalistischen System liegt ihre eigentümliche Bedeutung: darin ihre Dynamik, darin ihre dialektische Paradoxie und theoretische Problematik, welche schon als solche für ein undialektisches Denken unerkennbar ist" (S. 118). Die Rolle der Sozialpolitik erläutert H. im folgenden dann noch weiter eingehend dahin, „daß jeder Einzelakt der Sozialpolitik den Bestand des Kapitalismus aus einer akuten Gefahr rettet oder vor dem Eintreten einer drohenden Gefahr bewahrt". Wenn somit die Unternehmerschaft gewissermaßen aus Gründen der Notwehr dem Arbeiter schrittweise soziale Vorteile zugestehen muß, so ist H. davon überzeugt, daß nur dann echte Sozialpolitik (S. 163) vorliegt, wenn diese für den Kapitalisten unvermeidliche Förderung des Arbeiters „vom Standpunkt des Kapitalismus aus unerwünscht" ist. In der Richtung dieses Gedankenganges liegt auch das Einteilungsprinzip der Heimannschen Sozialpolitik: a) Die Sozialpolitik dient der Sicherung des Wirtschaftsverlaufes, d. h. sie ist innerkapitalistischen Ursprungs, sie hat den Wirtschaftsablauf gesichert und geglättet, ihn aber auch der sozialen Dynamik ausgeliefert; b) die Sozialpolitik bedeutet aber weiter oft eine Veränderung des Wirtschaftsverlaufes, sie verbessert die Lage der Arbeiter auf Kosten der anderen Klassen, wobei der gesamte Umfang der Wirtschaft entweder unverändert bleibt oder vermindert wird; c) die Sozialpolitik führt zur Beeinträchtigung des Wirtschaftsverlaufes, wovon schließlich niemand einen wirtschaftlichen (wenn auch der Arbeiter einen sozialen) Vorteil hat. Ein großer Teil des Buches (die Seiten 156 bis 210) dient dem Nachweis, wie sich die einzelnen Gebiete der Sozialpolitik in das genannte Schema einreihen lassen. Den Schluß des Buches bildet ein Abschnitt Sozialpolitik und Sozialismus, in dem die Sozialpolitik als „unmittelbare Sozialisierung im engsten Sinne des Wortes" (S. 213) bezeichnet wird. Und zwar vollzieht sich diese Sozialisierung von unten her, dadurch, daß sich der Arbeiter schrittweise durch Leistung und durch lebendige und verständnisvolle Teilnahme am Geschehen zum Gipfel der sozialen Freiheit emporkämpft.

Diese dialektische Entwicklung der Sozialpolitik hat zweifellos etwas Bestechendes, umsomehr als sie gepaart ist mit hohem sittlichem Ernst. Die Frage bleibt aber offen, ob die hier geschilderte Entwicklung des Kapitalismus wesensnotwendig ist. Diese Frage muß verneinen, wer, wie der Referent, das Wesen des Kapitalismus nicht in der Ausbeutung des Arbeiters sieht, sondern in der Ausnutzung der eigentlichen Entfaltungsmöglichkeiten des kapitalistischen Erwerbs. Auf den Kapitalismus, wie ihn z. B. von Schulze-Gävernitz im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik (Band 63, Heft 2) und M. J. Bonn für Amerika schildern, trifft die Darstellung Heimanns bestimmt nicht zu. Mit einer Bemerkung im Vorwort seines Buches entzieht sich auch H. gewissermaßen von vornherein solcher Kritik, indem er feststellt, daß das Buch

nur von deutschen Verhältnissen handle, daß seine Aussagen nicht ohne weiteres auf die Verhältnisse anderer Länder zu übertragen seien. Durch diese, wie man sieht, notwendige Einschränkung verliert aber das Buch, das dem Titel nach eine soziale Theorie des Kapitalismus sein will, einen nicht unerheblichen Teil seiner Bedeutung. Man kann noch einen Schritt weiter gehen: Die von H. beschriebene Gesinnung des deutschen Unternehmers, die sich u. a. in Herrschaftsgelüsten offenbare und darin, daß er dem Arbeiter gutwillig keinen Vorteil zukommen lasse — diese Gesinnung ist ja in Wirklichkeit gar nicht kapitalistisch, sondern „vorkapitalistisch", um Heimanns eigenen Ausdruck zu gebrauchen. Ob diese Kennzeichnung des deutschen Unternehmertums im übrigen zutreffend ist, muß im Rahmen dieser Besprechung dahingestellt bleiben; die Kritik muß jedenfalls mit dieser Annahme Heimanns rechnen. Schulze-Gävernitz stellt aber mit Recht fest, daß z. B. der amerikanische Unternehmer die vorkapitalistische Gesinnung abgestreift habe und „reiner Kapitalist" geworden sei. Der deutsche Unternehmer Heimanns müßte im Gegensatz hierzu in jener veralteten feudalen Wirtschaftsauffassung befangen geblieben sein. Insofern gibt sein Buch keine grundsätzliche Kritik des kapitalistischen System, keine allgemeine Theorie des Kapitalismus, sondern mit bewußter Einschränkung eine solche des deutschen Kapitalismus, der nach seiner Darstellung noch weitgehend mit vorkapitalistischem Geist erfüllt ist. In dieser Begrenzung und auf diesen Voraussetzungen aufbauend ist das Buch zweifellos eine zutreffende Darstellung des Seienden und möglicher Entwicklungslinien.

Quante.

Herzfelder, Edmund: Kreditkontrolle. Berlin: Junker & Dünnhaupt 1930. XVIII, 302 S. 8°.

Das vorliegende Buch stellt eine theoretische Untersuchung über die Probleme der Geld- und Kreditpolitik dar, Probleme, die gerade heute besonders zeitgemäß erscheinen. Der Verfasser geht bei seinen theoretischen Überlegungen von einer freien Währung aus, bei der es nur darauf ankommt, die Wertbeständigkeit des Geldes durch eine planmäßige Veränderung der Geld- und Kreditmenge aufrechtzuerhalten. Die Kenntnis dieser Methoden einer „regulierten" Währung ist nach ihm Voraussetzung für jede praktische Geldpolitik, die bei einer — heute vorherrschenden — Goldwährung nicht nur wie oben die durch die Geld- und Kreditmenge bestimmte Kaufkraft der Produktion von Waren und Leistungen anpassen, sondern auch für die Wertbeständigkeit der Zahlungsmittel gegenüber dem Gold sorgen muß. Die Methoden einer solchen praktischen Geldpolitik (manipulierte Währung) sind jedoch ein Ergebnis der theoretischen Untersuchungen und werden daher nur in einem Schlußkapitel kurz dargestellt. Der Verfasser will diese Methoden in ein theoretisches System hineinstellen, um so ihre Berechtigung und ihre Bedeutung beurteilen zu können.

Den eigentlichen Inhalt des Buches bildet somit die Darstellung der Grundsätze der regulierten Währung. Im ersten Abschnitt werden aus der Wert- und Preistheorie die theoretischen Grundlagen für die Geld- und Kreditpolitik eines autarken Staates abgeleitet; hierbei wird insbesondere gezeigt, wie sich aus dem „dynamischen Preisgesetz" der Ausgleich zwischen der Geldseite und der Warenseite ergibt. Im Anschluß daran werden die Auswirkungen dieser Politik auf den einzelnen Märkten (Waren-, Wechsel-, Effekten- und Geld- und Kapitalmarkt) und auf die Gesamtheit aller Märkte behandelt. Der Verfasser untersucht dann, wieweit nun diese theoretischen Gesetze verallgemeinert werden können, d. h. auch bei einer praktischen Geldpolitik Geltung haben. Er zeigt zunächst, daß die Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Staaten, wie sie in der Handels- und Zahlungsbilanz ihren Niederschlag finden, keine grundsätzliche Änderung der Geldpolitik des autarken Staates bedingen. Er stellt dann dar, wie die Hauptbegriffe der Theorie in die Wirklichkeit übertragen werden können, wie der Geldbedarf, d. h. der Kaufkraft ausübende Teil des gesamten Kreditvolumens ermittelt werden kann und in welcher Weise sich dieser Bedarf erweitert und auf die einzelnen Märkte verteilt. Um die Wertbeständigkeit des Geldes aufrecht zu erhalten, ist durch die Maßnahmen der Diskontpolitik, der Kreditrestriktionen usw. — immer bei einer substanzlosen Währung — die Entwicklung des Bedarfs zu beeinflussen. Das Schlußkapitel bringt dann, wie bereits erwähnt, den Übergang zu dem heute noch vorherrschenden Währungssystem.

Den Hauptnachdruck legt der Verfasser auf die theoretischen Untersuchungen, obwohl er sich bemüht, die Ergebnisse dieser Untersuchungen an der Wirklichkeit zu verifizieren. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese Verifizierung nur bei bestimmten Annahmen erreicht werden kann, wenn auch der Mangel an brauchbaren statistischen Angaben sie an und für sich schon ziemlich schwierig gestaltet. Man kann daher vielleicht mit dem Verfasser selbst fragen, ob seine „Wahrheiten" ein „Bekenntnis" oder eine „Erkenntnis" sind, die man hoffentlich „in einigen Jahren verstehen wird." Allerdings wird man zu diesem Verständnis nicht um die Lektüre der anderen Werke des Verfassers herumkommen.

Lucht.

Hieß, Franz: Methodik der Volkszählungen. Jena: G. Fischer 1930. XII, 242 S. 8° 13.— RM.

Der Verfasser, Rechnungsrat und technischer Leiter im österreichischen Bundesamt für Statistik, gibt in dem vorliegenden Werke eine systematische Darstellung der Volkszählungsmethoden in den wichtigsten Kulturstaaten. Nach kurzer Erläuterung des Wesens einer Volkszählung werden zuerst die Rechtsgrundlagen behandelt, auf denen in den verschiedenen Ländern die Einrichtung einer solchen Erhebung beruht. Hieran schließen sich Ausführungen über die Frage, in welchem Zeitpunkte am besten eine Zählung durchgeführt wird und welche Bevölkerungsgesamtheiten (ortsanwesende oder Wohnbevölkerung) als Grundlage genommen werden sollen. Diesen mehr allgemeinen Erörterungen folgt im Hauptteil des Werkes eine Darlegung aller einzelnen Merkmale, die bei einer Volkszählung erhoben zu werden pflegen. Geschlecht, Alter, Familienstand, Gebürtigkeit, Heimatberechtigung, Staatsangehörigkeit, Religion, sprachliche und Volkszugehörigkeit, Beruf, Bildungsgrad, Gebrechen sowie Fragen haushaltungs- und familienstatistischer Natur werden nacheinander eingehend untersucht. Bei jeder einzelnen Frage wird zunächst ihr Zweck und ihre Bedeutung auseinandergesetzt, dann die Art der Fragestellung wiedergegeben und auf die Fehlerquellen hingewiesen, die sich hierbei ergeben. Besonders interessant sind die Untersuchungen über die Zehnerhäufung bei der Altersgliederung; der Verfasser weist hier daraufhin, daß nicht nur in Staaten mit geringerer Allgemeinbildung der Bevölkerung (wie z. B. in Polen), sondern auch in hochkultivierten Ländern (wie in England und Wales) bei direkter Erfragung des Alters (statt des genauen Geburtsdatums) ein auffällige Bevorzugung der auf 0 endenden Altersjahre besteht. Sehr lehrreich sind ferner die Erörterungen über den Berufsbegriff und die Zuteilung einzelner Berufe zu bestimmten Berufsgruppen und Wirtschaftszweigen in den verschiedenen Staaten. Leider wurden bei diesen vergleichenden Betrachtungen nicht immer dieselben Länder zugrunde gelegt. So beziehen sich z. B. die Übersichten über die Wahl des kritischen Augenblicks und über die verschiedene Anwendung der Begriffe „gerichtlich

geschieden“ und „gerichtlich getrennt“ (das erstere bedeutend nach österreichischem Recht das, was im deutschen BGB. als „Trennung von Tisch und Bett“ bezeichnet wird, und umgekehrt) nur auf 17 verschiedene Staaten, die Darlegungen über den Stichtag der Volkszählung dagegen auf 33. Der reichsdeutsche Statistiker vermißt ferner des öfteren einen Hinweis auf wertvolle Untersuchungen, die in einzelnen deutschen Ländern über den Rahmen des allgemeinen Reichsprogramms hinaus bezüglich einiger Merkmale der Volkszählung angestellt worden sind, wie z. B. auf dem Gebiete der Muttersprachenerhebung. Ebenso fehlen Ausführungen über die letzte Reichsgebrechlichen-Zählung, die 1925 im Deutschen Reiche stattgefunden hat. Andererseits ist aber die Fülle des gebotenen Materials so groß, daß die erwähnten Ausstellungen den Wert des Buches nur wenig mindern können; besonders als Nachschlagewerk bei internationalen Vergleichen wird es dem praktischen Statistiker stets gute Dienste leisten.

Heinel.

Jahrbuch der Frauenarbeit. Im Auftrage des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten, E. V., hrsg. von J. Silbermann. Bd. 6. 7. Berlin-Wilmersdorf: Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten 1930 — 31. 8° je 4.— *RM.*

Die beiden vorliegenden Bände des Jahrbuchs enthalten im Rahmen des durch die Zweckbestimmung des Jahrbuchs gegebenen Themenkreises eine Reihe von interessanten Aufsätzen, deren wichtigste nachstehend besonders hervorgehoben werden.

Der sechste Band des Jahrbuchs eröffnet eine Reihe von Darstellungen, in denen die Erwerbstätigkeit der Frau in außerdeutschen Ländern behandelt werden soll, mit einer Untersuchung über „Die Frauenarbeit in den Niederlanden“. Ihr folgt im siebenten Band ein Aufsatz über „Die Frauenberufsarbeit in Frankreich“. Beide Veröffentlichungen bringen wertvolles statistisches Material über den Umfang der Beschäftigung von Frauen, die Entwicklung der Frauenberufsarbeit, die Stellung der berufstätigen Frau im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben, die Einkommensverhältnisse, die Organisation in Berufsverbänden und die besondere Lage in einzelnen typischen Berufen.

Die Reihe der im Jahrbuch veröffentlichten Monographien über die tatsächliche Gestaltung der Frauenarbeit in den einzelnen Berufen wird durch die Wiedergabe von Berufsbildern der Stenotypistin, der Verkäuferin (im 6. Bd.), der Bibliothekarin, der Säuglingspflegerin und der Tabakarbeiterin (im 7. Bd.) erweitert.

Ganz besondere Beachtung verdient eine Zusammenfassung der Ergebnisse der von der Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenberufsverbände veranstalteten Erhebung über die Arbeits- und Lebensbedingungen der berufstätigen Frau. Sie gibt Aufschluß über das Durchschnittseinkommen, die Unterstützung Angehöriger und die Wohnverhältnisse der weiblichen Handels- und Büroangestellten, der Arbeiterinnen, vor allem in der Textil- und Tabakindustrie, und der Wohlfahrtspflegerinnen.

Zu der umstrittenen Frage, inwieweit Sonderbestimmungen zum Schutze der berufstätigen Frau die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen beschränken, bringt der 6. Band des Jahrbuchs einen beachtlichen Beitrag durch die Veröffentlichung der wichtigsten Ergebnisse einer vom Referat für weibliche Angelegenheiten beim Arbeitsministerium in Washington durchgeführten Untersuchung über den Einfluß der Arbeitsgesetzgebung auf die Arbeitsbedingungen und die Beschäftigungsmöglichkeiten der Frauen. Abgesehen von dem Verbot, Frauen in besonderen Berufen überhaupt zuzulassen, und dem Verbot der Nachtarbeit, die gelegentlich eine Beschränkung der Frauen mit sich gebracht haben, ist im allgemeinen keine entscheidende Beeinflussung der Arbeitsmöglichkeiten für Frauen durch die Arbeitsschutzgesetze beobachtet worden.

Daß die Ausdehnung oder Einengung der Frauenarbeit zu einem sehr erheblichen Teil entscheidend von der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes abhängig ist, hat die jüngste Entwicklung gezeigt. Aus den im siebenten Band des Jahrbuchs in dem Aufsatz „Die Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmerin in den Jahren 1929 und 1930“ veröffentlichten amtlichen Zahlen geht deutlich hervor, daß das Verhältnis der von der Reichsanstalt unterstützten arbeitslosen Männer und Frauen in den Jahren 1928, 1929 und 1930 relativ konstant geblieben ist. Freilich wird z. Zt. das Recht auf Arbeit für die Frau, insbesondere die verheiratete, wieder einmal sehr umkämpft. Da aber die Mehrzahl der verheirateten Frauen aus wirtschaftlicher Not berufstätig ist und auf einer nicht unbedeutenden Zahl von ihnen allein die Sorge für den Lebensunterhalt der Familie lastet, da ferner ihre Eignung für bestimmte Berufe und ihre im allgemeinen geringere Entlohnung ein einfaches Auswechseln nicht zulassen, ist zu hoffen, daß das von den Frauen für zahlreiche Berufe unter schwersten Kämpfen errungene Recht, sie auszuüben, unangetastet bleibt.

M. Bühring.

Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 6. 1930. Amsterdam 1930. 244 S. 8° 3.30 *RM.*

Das sechste Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. B.) — das Jahrbuch wird nach einem Beschluß des Vorstandes nach dem Jahre 1927 nur alle drei Jahre herausgegeben — berichtet über die Jahre 1926, 27 und 28. Im Gegensatz zu früheren Ausgaben wurden diesmal die Berichte der angeschlossenen Organisationen und der Internationalen Berufssekretariate fortgelassen, doch konnte das statistische Material beträchtlich erweitert werden.

Das Jahrbuch enthält die Mitgliederzahlen aller dem I. G. B. angeschlossenen Organisationen und Internationalen Berufssekretariate mit ihren genauen Anschriften und eine Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landeszentralen und ihrer Organisationen.

Am Schluß interessiert besonders das Kapitel über die Weltgewerkschaftsbewegung mit einer tabellarischen Darstellung der verschiedenen Richtungen der organisierten Arbeitnehmer. Die Zahlen sind nach Ländern und Erdteilen geordnet. Wenn sie auch noch zahlreiche Lücken, besonders für Südamerika und die Kolonialgebiete, enthalten, so darf man die großen Schwierigkeiten nicht verkennen, die einer lückenlosen Zusammenstellung entgegenstehen; dabei muß anerkannt werden, daß an den einzelnen Stellen auf diese Mängel und Fehler deutlich verwiesen wird.

Schweda.

Jahrbuch für Wirtschaft, Verwaltung und Kultur Niederschlesiens 1930. Hrsg. mit amtlicher Unterstützung des Oberpräsidenten von Niederschlesien. (Breslau:) Neuer Breslauer Verl. X, 400 S. 8° 7.50 *RM.*

Diese Jahrbücher, die sich zwischen Lokalliteratur, Politik und wirtschaftlichen Einzelfragen bewegen, haben gewöhnlich etwas Peinliches an sich, das aus dem Gegensatz zwischen dem Umfang des Stoffes und der Gründlichkeit der Behandlung, selbst der Neuheit des Behandelten ergibt. Das vorliegende Werk macht im ganzen eine angenehme Ausnahme. Rund 300 Seiten sind der Wirtschaft und damit zusammenhängenden Fragen gewidmet. Darunter befinden sich einige sehr interessante und gründliche kleine Arbeiten, von denen besonders

hervorgehoben sein mögen: Böhmer, Landwirtschaftliche Produktionsumstellung; Moeller, Die niederschlesische Getreidewirtschaft; Fuhrmann, Die Lage der Angestellten. Die Bearbeitung der Industrie ist merkwürdig dürftig. Ein zusammenfassender, allgemein den Aufbau der Bevölkerung und der Wirtschaft umreißender Aufsatz, in dem insbesondere die Schäden der Abtretungen zahlenmäßig nachgewiesen werden könnten, wäre sehr nützlich. **G.**

Jahresberichte des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege im Reg.-Bez. Düsseldorf e. V. 1927 bis 1929. Düsseldorf 1929. 169 S. 8°.

Die Jahresberichte 1927 bis 1929 des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege im Regierungsbezirk Düsseldorf e. V. bieten neben einer kurzen Darstellung der äußeren Entwicklung des Vereins in den beiden Berichtsjahren und den Jahresberichten der Niederrheinischen Frauenakademie Düsseldorf und der Westdeutschen Sozialhygienischen Akademie Düsseldorf, eine Fülle von Material aus der geleisteten praktischen Arbeit. Für das Rechnungsjahr 1927/28 ist besonders die Arbeit des Vereins auf dem Gebiet der örtlichen Erholungsfürsorge für Kinder und Jugendliche dargestellt, während für 1928/29 einige richtige Tatsachen und Probleme aus dem Gebiet der offenen Fürsorge, und zwar der Familienfürsorge, sowie die halboffene Fürsorge, vor allem das Kinderhorf- und Kindergartenwesen besonders behandelt werden. Sehr ansprechend sind die diesem Abschnitt beigegebenen Abbildungen von Spiel- und Beschäftigungsmaterial aus der eigenen Werkstatt des Vereins.

Den Statistiker dürften an dem vorliegenden Band in erster Linie das umfangreiche Zahlenmaterial und einige der veröffentlichten graphischen Darstellungen über Bevölkerungsbewegung und Säuglingssterblichkeit im Regierungsbezirk Düsseldorf interessieren.

Bühring.

Kuczynski, Jürgen: Löhne und Konjunktur in Amerika. Berlin-Schlachtensee: Verl. d. Finanzpol. Korrespondenz 1928. 28 S. 4° 3.– *RM.*

Die fünf ersten Abschnitte dieser Sammlung von Korrespondenzartikeln enthalten eine Darstellung der Bewegung der Löhne der Arbeiter von 1899 bis 1927 auf Grund amtlichen und gewerkschaftlichen Materials. Die Fragen der Lohnhöhe werden vom Standpunkt des Arbeiters und des Unternehmers behandelt. Den Kosten der Arbeit für den Produzenten — einer Frage, die nur wegen ihrer Bedeutung für die zurzeit in Deutschland umstrittene Lohnpolitik in dieser Besprechung besonders herausgehoben wird — ist ein besonderer Abschnitt gewidmet, in dem nachgewiesen wird, daß die absolute Lohnhöhe und der Anteil des Arbeitslohnes am Erzeugnis sich nicht in gleicher Richtung bewegen müssen, daß vielmehr dieser „Lohnanteil" von der Produktivität der Arbeit (daneben natürlich von der Höhe der Kosten des Rohmaterials usw. usw.) abhängt.

Die Zusammenhänge zwischen Kaufkraft und Krisen behandelt der vierte Abschnitt. Insbesondere wird hier die Bedeutung der Nahrungsmittelindustrie und ihrer Entwicklung innerhalb des Konjunkturzyklus abgeleitet und gezeigt, daß sie ein gutes Krisenbarometer darstellen müßte.

Es ist bedauerlich, daß Kuczynski diese 5 Artikel — wie auch den letzten, der sich mit der Lohnpolitik der Federation of Labor und deren Hilfsmittel befaßt —, nicht ausgebaut hat. Sie sind im jetzigen Zustand nur ein Gerüst, das auszufüllen wichtig und reizvoll wäre.

G.

Kuhn, Walter: Bevölkerungsstatistik des Deutschtums in Galizien. Wien: Springer 1930. VIII, 183 S. 8° (Schriften des Institutes für Statistik der Minderheitsvölker an der Universität Wien. 7.) 6.– *RM.*

Nach den amtlichen Volkszählungen betrug die Zahl der Deutschen in Galizien im Jahre 1846 rund 100 000; sie stieg 1869 auf 165 000 und weiter bis auf 324 000 im Jahre 1880; dann aber fiel sie schnell: 1900 auf 212 000, 1910 auf 90 000 und endlich bei der polnischen Volkszählung von 1921 auf 39 500. Es ist klar, daß diese sprunghaft sich ändernden Zahlen nicht den tatsächlichen Entwicklungsgang des bodenständigen galizischen Deutschtums widerspiegeln; die starken Abweichungen sind vielmehr durch die Verschiedenheit der Erhebungsmethoden, zum Teil auch durch Erhebungsfehler zustande gekommen. Aus diesem so verschiedenartig zusammengesetzten Zahlenmaterial, zumal für die weiter zurückliegenden Zeiten die tatsächliche Zahl der eingesessenen Deutschen nicht nur für ganz Galizien, sondern auch für jeden Bezirk und jede Gemeinde herauszurechnen, war keine leichte Aufgabe. Sie konnte nur jemandem gelingen, der, wie der Verfasser der angezeigten Schrift, sich nicht nur in die statistischen Methoden der in Frage kommenden Zählungen vertieft hatte, sondern auch die deutschen Siedlungen Galiziens persönlich kennt und in ihrer Kultur und Geschichte Bescheid weiß. Kuhn, der bereits mit mehreren vortrefflichen Abhandlungen über einzelne deutsche Siedlungen Galiziens an die Öffentlichkeit getreten ist und noch kurz vor dem Erscheinen des vorliegenden Werkes ein sehr beachtenswertes Buch über „Die jungen deutschen Sprachinseln in Galizien" (Heft 26/27 der von Georg Schreiber herausgegebenen Sammlung „Deutschtum und Ausland", München 1930) verfaßt hat, beginnt seine Untersuchungen mit den Zahlen, die im Jahre 1786 über die seit dem Beginn der staatlichen Kolonisation (1781) in Galizien angesetzten Deutschen aufgestellt worden sind. Er beleuchtet dann eine Erhebung, die im Jahre 1812 von dem Superintendenten der evangelischen Gemeinden Galiziens gemacht worden ist, und wendet sich schließlich den amtlichen Zählungen zu. Die erste österreichische Zählung, bei der die Nationalität erhoben wurde, war die des Jahres 1846. Damals wurde jedoch die Nationalität nicht nach dem Personalitätsprinzip, d. h. nach der Volkszugehörigkeit jedes einzelnen Bürgers festgestellt, sondern nach dem Territorialitätsprinzip, also nach dem nationalen Charakter einer ganzen Ortschaft — bestenfalls unter Angabe des nationalen Mischungsverhältnisses. Hierdurch ergab sich aber eine starke Überhöhung des deutschen Bevölkerungsanteils. An Hand der Zahlen, die 1846 für die evangelische Bevölkerung Galiziens ermittelt wurden, berechnet der Verfasser unter Zugrundelegung des aus anderen Erhebungen gewonnenen Verhältnisses der evangelischen zu den katholischen Deutschen, daß die wirkliche Zahl des damals in Galizien seßhaften Deutschtums nur etwa die Hälfte der obengenannten amtlichen Zahl ausmachte. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der für 1869 angegebenen Zahl, denn diese ist nicht auf Grund einer tatsächlichen Erhebung, sondern nur durch Übertragung des für 1846 festgestellten Nationalitätenverhältnisses auf die Ergebnisse dieser Zählung errechnet worden. Erst von 1880 an wurde bei den österreichischen Volkszählungen die Sprache — und zwar die Umgangssprache — erhoben. Damit kam aber ein erheblicher Störungsfaktor in die Zählungen. Während bis dahin die Juden als besondere Nationalität gezählt worden waren, erscheinen sie fortab unter den übrigen im Lande vertretenen Nationalitäten, denn ihre eigene Umgangssprache, das Jiddisch, wurde als besondere Sprache von der österreichischen Statistik nicht anerkannt. Da weder für 1880 noch für 1890 eine Kombination der Umgangssprache mit der Religionszugehörigkeit vorgenommen wurde, ließ

sich die Zahl der Juden, die sich bei diesen Zählungen zur deutschen Sprache bekannt hatten, nicht feststellen; aus der Tatsache aber, daß im Jahre 1900 unter den 212 000 Deutschsprachigen 138 400 Juden und 1910 unter den 90 100 Deutschsprachigen 25 600 gezählt wurden, geht geht hervor, daß im Jahre 1880 ein sehr großer Teil des galizischen Judentums die deutsche Sprache als Umgangssprache angegeben hat und daß die starke Abnahme, die die Zahl der Deutschsprachigen in den folgenden Zählungen erfahren hat, im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß die jüdische Bevölkerung unter dem Druck der nationalpolnisch eingestellten Zähler und Zählbehörden — die Regierung Galiziens ist seit etwa 1870 rein polnisch — sich immer mehr zur polnischen Sprache bekannt haben. Bei der polnischen Volkszählung von 1921, bei der nur die Nationalität, nicht aber die Muttersprache ausgezählt wurde, haben sich in Galizien nur 497 Juden zur deutschen Nationalität bekannt.

Ein anderer Umstand, der seit 1880 die Feststellung der eingesessenen Deutschen besonders behinderte, war die Mitzählung des Militärs. Da Galizien das militärisch wichtigste Grenzland der österreichischen Monarchie war, stand dort etwa ein Drittel des gesamten österreichischen Heeres in Garnison, darunter natürlich auch viele Deutsche aus den altösterreichischen Gebieten. Die Absetzung dieser Personen, insbesondere bei den Orts- und Bezirkszahlen war um so schwieriger, als erst 1900 die Militärpersonen in den Spezialortsrepertorien gesondert angegeben wurden.

War so der Verfasser genötigt, zwecks Errechnung der eingesessenen Deutschen an den amtlichen Zahlen erhebliche Abstriche zu machen, so mußte er andererseits wieder Zuschläge machen, denn die nach den Abzügen sich ergebenden Zahlen entsprachen in sehr vielen Fällen nicht dem Bestande des bodenständigen Deutschtums. Die nationalpolnische Einstellung der Zähler hatte sich nämlich nicht nur den Juden, sondern auch den Deutschen gegenüber ausgewirkt und dazu geführt, daß sowohl bei den österreichischen Zählungen von 1880 an, als auch ganz besonders bei der polnischen Zählung von 1921 ein Teil der Deutschen als Polen erscheint. Bei den österreichischen Zählungen, bei denen nicht die Muttersprache, sondern die Umgangssprache erfragt wurde, könnte man vermuten, daß die betreffenden Deutschen selbst Polnisch als ihre Umgangssprache angegeben hätten, da die deutschen Landwirte im Verkehr mit ihrem polnischen oder ukrainischen Gesinde sich der polnischen bzw. der ukrainischen Sprache bedienen. Gegen diese Annahme spricht aber, wie der Verfasser mit Recht sagt, unter anderem besonders der Umstand, daß dann sich diese Erscheinung auch im ukrainischen Siedlungsgebiete hätte zeigen müssen. Daß diese Fehlzählungen lediglich durch die polnischen Zähler verursacht worden sind, geht nach der Ansicht des Verfassers auch daraus hervor, daß oft deutsche Gemeinden in der einen Zählung als völlig polnisch erscheinen und dann bei der nächsten Zählung wieder als deutsch auftreten. Der Verfasser übersieht dabei keineswegs, daß die Polonisierungsbestrebungen der galizischen Behörden auch bei den Deutschen — sowohl bei den katholischen als auch bei den evangelischen — Erfolge gehabt haben. Wenn verschiedene Orte, die seinerzeit mit Deutschen besiedelt wurden, heute keine deutsche Bevölkerung aufweisen, so hat dies in vielen Fällen darin seinen Grund, daß hier die Deutschen polonisiert worden sind: viel häufiger aber dürfte diese Entwicklung darauf zurückzuführen sein, daß die dort angesiedelten Deutschen in andere Orte Galiziens oder nach der Bukowina, nach Rußland oder nach Amerika weitergewandert sind. Im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts haben die evangelischen Siedlungen Galiziens, nach Angabe des Verfassers, für die ihm die Verantwortung überlassen bleiben muß, auch durch die Auswanderung nach den preußischen Ansiedlungsgebieten in Westpreußen und Posen stark gelitten. Insgesamt wird der Verlust, den das Deutschtum Galiziens seit 1870 durch Auswanderung erlitten hat, auf 42 – 45 000 Personen geschätzt, wovon 28 000 allein auf die Evangelischen entfallen.

Die auf Grund dieser Untersuchungen berichtigten Angaben der Volkszählungen liegen zumeist weit unter den anfangs genannten amtlichen Ergebnissen; nur für das Jahr 1921 errechnet der Verfasser, insbesondere an Hand von Zahlen, die durch eine private Erhebung im Jahre 1925 festgestellt worden sind, einen höheren Bestand. Danach ist die ansässige deutsche Bevölkerung von der Mitte des vorigen Jahrhunderts, wo sie ungefähr 50 000 betrug, bis etwa zum Ende des Jahrhunderts zwar langsam, aber ständig gestiegen. 1869 erreichte sie 67 500, 1880 stieg sie auf 71 000, 1890 auf 75 500 und 1900 auf 77 500. Von da ab verringert sie sich infolge der stärkeren Auswanderung ständig; im Jahre 1910 sind es nur noch 69 500, 1921 sogar nur 58 300 Deutsche. Von der Gesamtbevölkerung machten die eingesessenen Deutschen 1846 1,04 v. H. aus, 1869 = 1,24, 1900 1,06 und 1921 0,78 v. H.

An die Kritik der Volkszählungsergebnisse schließt der Verfasser noch Ausführungen über die Bevölkerungsgliederung: nach der Lage der Siedlungen, nach der Stammeszugehörigkeit und der Religion, ferner nach dem Geschlecht und dem Alter der Siedler. Dann folgen einige Angaben über die Bevölkerungsbewegung, die an Hand des für die evangelische Bevölkerung vorliegenden amtlichen Materials, für die katholischen Deutschen aus den Pfarrarchiven errechnet sind. Reichhaltige Tabellen und kartographische Darstellungen beschließen die wertvolle Arbeit. Die Tabellen hätten noch an Wert gewonnen, wenn der Verfasser die Erläuterungen der dort gebrauchten Abkürzungen und Zeichen, die er im Text bei der Besprechung der Tabellen gibt, in einer Fußnote an Ort und Stelle kurz wiederholt oder wenigstens die Seite, auf der die Erläuterungen zu finden sind, angegeben hätte. Bei der Übersicht 5 a sind die im Tabellenkopf gegebenen Bezeichnungen unrichtig.

Semrau.

Maß, Konrad: Kameralistik. Berlin u. Wien: Spaeth & Linde 1930. 85 S. 8° 3.50 RM.

Der Abschnitt „Kameralistik" der Zeitschrift „Beamten-Hochschule" ist hier in Buchform erschienen. Der Verfasser sucht seine Aufgabe weniger darin, die Grundlagen dieser Wissenschaft, die er als die Summe der praktischen und theoretischen Lehren über die formale Gestaltung und Handhabung des Finanzdienstes definiert, darzulegen, als den Verwaltungsbeamten alles Wissenswerte über die äußeren Einrichtungen des öffentlichen Etats-, Kassen- und Rechnungswesens zu übermitteln.

Den Gegenstand der Untersuchung bilden die Probleme des öffentlichen Rechnungswesens unter dem Gesichtspunkt des Verwaltungsrechts, der Verwaltungslehre und der Finanzwissenschaft. Ihre Darstellung ist durch Kürze und Klarheit ausgezeichnet. Allerdings hat der Verfasser den Rahmen der Darstellung reichlich weit gesteckt. Das Rechnungswesen wird nicht nur unter den oben erwähnten Gesichtspunkten behandelt, es werden in Kürze privatrechtliche Fragen des Zahlungsverkehrs, Dienstanweisungen für Kassenbeamte besprochen und sogar finanzstatistische Probleme des Etatswesens gestreift. Ferner werden neben einer Erörterung der allgemeinen Grundsätze des Etats-, Kassen- und Rechnungswesens Sonderdarstellungen für die Regelung beim Reich, bei den Ländern und bei den Selbstverwaltungskörperschaften (unter denen wieder Städte, Landgemeinden und Gemeindeverbände für sich

behandelt werden) gegeben. Dies erklärt, daß sich zahlreiche Wiederholungen finden, weil die Grundsätze des Rechnungswesens bei allen öffentlichen Körperschaften im allgemeinen übereinstimmen, während die Form der Etats und Rechnungen sowie die Bezeichnung der mit dem Rechnungswesen und mit der Rechnungskontrolle befaßten Dienststellen stark abweichen. Die Darstellung des Grundsätzlichen kommt hierdurch auch etwas zu kurz. Hiervon abgesehen, kann die leichtverständliche Darstellung als Einführung in die Grundfragen des öffentlichen Rechnungswesens durchaus empfohlen werden.

Dr. Bernhard.

Mewes, Bernhard: Die erwerbstätige Jugend. Berlin und Leipzig: de Gruyter 1929. VI, 202 S. 8° 8.— *RM.*

In seiner Einführung zu dem in der Reihe der Schriften zur Jugendkunde erschienenem Buche „Die erwerbstätige Jugend" betont der Verfasser, daß die Untersuchungen zu dem verhältnismäßig jungen Zweige wissenschaftlicher Forschung der Jugendkunde bisher vom pädagogischen Standpunkt ausgingen. Sie erstreckten sich auf das Seelenleben der Jugendlichen mit dem Ziele, Erkenntnisse für die Jugenderziehung zu gewinnen, sie streiften die sozialpolitischen Fragen nur, die allerdings nicht außer Acht gelassen waren. Alle bisherigen Arbeiten stimmten aber darin überein, daß eine Grundlage für das Seelenleben die soziale Lage der Jugend sei. Der Verfasser weist auf den Mangel hin, der darin bestand, daß man sich bei der Jugendarbeit nicht auf exaktes Zahlenmaterial stützen konnte, da für sämtliche Jugendfragen einwandfreie Statistiken fehlten. Diese Lücke galt es auszufüllen. Zeitpunkt sämtlicher Erhebungen für die Mewes'sche Untersuchung ist das Frühjahr 1927. Das gesamte Zahlenmaterial wurde fast ausnahmslos in einer besonderen statistischen Abteilung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände bearbeitet, die die Ergebnisse zunächst in Schaubildern anläßlich der Ausstellung „Das junge Deutschland" im Jahre 1927 der Öffentlichkeit übergab. Die Zusammenstellung des Materials zu der vorliegenden Schrift ist so erfolgt, daß in dem ersten großen Abschnitte die Lebensverhältnisse der erwerbstätigen Jugend, von der rund 200 000 Berufsschüler aus allen Teilen Deutchlands befragt worden sind, in dem zweiten Teile die jugendpflegerischen Leistungen der öffentlichen und freien Körperschaften behandelt werden.

Ausgangspunkt der Arbeit ist die Stellung, die die Jugend in der Gesamtbevölkerung einnimmt. Es folgen Ausführungen über die Gesundheitsverhältnisse, Wohnverhältnisse, Arbeitsverhältnisse, diese besonders gegliedert in Darstellungen über Dauer der Lehrzeit, Arbeitsweg, Lage und Länge der Arbeitszeit, Überstunden, Arbeitsschluß am Sonnabend, Aufräumungsarbeiten nach der Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Berufsschulstunden, durchschnittlichen Arbeitstag, Lohnverhältnisse. Der erste Abschnitt schließt ab mit den Kapiteln über Urlaubs- und Freizeit-Verhältnisse.

Die Unterlagen zum zweiten Teile der Arbeit sind vom Reich, von Ländern, Provinzen, Kreisen, Gemeinden und Jugendverbänden geliefert worden und geben Aufschluß, besonders hinsichtlich der Gemeinden und Jugendverbände über die Leistungen, die Tätigkeit der Jugendämter, über Inanspruchnahme der jugendpflegerischen Einrichtungen und der Stadt- und Landjugendheime. Zahlreiche Zahlenübersichten und Schaubilder illustrieren die textlichen Darlegungen.

Die Untersuchung ist, wie der Verfasser bemerkt, ein Anfang und soll Grundlage sein für spätere Arbeiten und Anregung geben für weitere Untersuchungen. Sie ist eine Arbeit der Jugend für die Jugend und ist der älteren Generation zur Beachtung geschrieben worden. Sollten bei den jetzigen Verhandlungen über die von bittrer Not diktierten Ausgabensenkungen auch Maßnahmen erwogen werden, die in die Jugendpflege eingreifen, so werden die Mewes'schen Untersuchungen Anhaltspunkte für eine Mindestbemessung der öffentlichen finanziellen Leistungen bieten. Diese besondere Bedeutung hat das Buch auch heute noch und insofern ist es aktuell.

Spn.

Neuling, Willy: Deutschlands Wirtschaftserfolg. Theorie und Praxis volkswirtschaftlicher Erfolgsrechnungen. Jena: G. Fischer 1931. 142 S. 8° 7.50 *RM.*

Die dem Buche zugrunde liegende Idee könnte vor allem den Statistiker reizen: Es wird hier versucht, in Zahlen ein Bild vom wirtschaftlichen Erfolg einer Nation, seinen Quellen und Verwendungen zu erlangen. Dabei bekennt der Verfasser selbst, daß der Ausführung dieses Planes dadurch noch ungeheure Schwierigkeiten entgegenstehen, daß fast überall ausreichende statistische Unterlagen fehlen. Insofern will er den zweiten, praktischen Teil seiner Arbeit, der Deutschlands Wirtschaftserfolg von 1924 bis 1929 behandelt, nur als Versuch gewertet wissen. Wichtiger aber als die Frage, ob dieser Versuch im großen und ganzen als gelungen zu betrachten sei, ist die Frage nach der Zulässigkeit solcher Berechnungen überhaupt. Es handelt sich dabei um ganz ähnliche Probleme, wie sie bei der Feststellung von „Volksvermögen und Volkseinkommen" auftauchen. Die grundsätzlichen Bedenken gegen die Bildung solcher Summen veranlassen den Verfasser, auf einer eingehenden Kritik jener Begriffe aufbauend ihnen eine Theorie von der Wirtschaftsbilanz, angewandt auf das ganze Volk, gegenüberzustellen.

Seine Kritik des Volkseinkommens weist diesem Begriff Unklarheiten und Widersprüche nach. Eine grundsätzliche Schwierigkeit bedeutet z. B. die Frage der Einbeziehung der „abgeleiteten" Einkommen (die beim Vorbesitzer schon einmal Einkommen dargestellt hatten, wie der Lohn eines Dienstboten oder das Gehalt eines Beamten); Verfasser führt eine Reihe von Äußerungen namhafter Gelehrter an, deren Gegensätzlichkeit die Gewinnung eines einheitlichen Standpunktes auf diesem Gebiet schier unmöglich erscheinen läßt. Wesentlich ist weiter der Unterschied der subjektiven und der objektiven Methode der Berechnungen; hier handelt es sich u. a. um die Frage, ob die sachliche Erzeugung allein in Ansatz gebracht oder ob auch gewisse Dienstleistungen einbezogen werden dürfen. Die Unwahrscheinlichkeit und innere Unmöglichkeit der ganzen Volkseinkommens-Berechnungen illustriert Verfasser z. B. an den praktischen Konsequenzen sowie an dem unmöglichen Betrag, den man bei einer „Kapitalisierung" dieses Volkseinkommens (in seiner naturalen Form) für das werbende Vermögen des Deutsches Reiches erhält, schließlich an gewissen Paradoxen wie der angeblichen Vermehrung des Volkseinkommens dadurch, daß man den Privathaushalt zum Erwerbsbetrieb erklärt. Als einen Gegner der Vorstellung des Volksvermögens nennt er G. Colm — „Die Errechnung eines Gesamtertragwerts mittels der Kapitalisierung (ergänze: privatwirtschaftlicher Erträge) ist ein Zahlenspiel ohne ökonomischen Sinn" —, der aber gleichwohl am Gedanken des Volkseinkommens festhalte. Noch radikaler geht E. Schuster vor, der die ganze Einkommensvorstellung als historische Kategorie nachweist.

Von diesen Kritikern des Volkseinkommensbegriffs trennt sich aber Verfasser insofern, als er von der „Erfolgsrechnung" her das Volkseinkommen als „Umsatzzahl" gelten lassen will. Der Sinn dieser Umsatzzahlen „ist nicht der, addiert zu werden und so zu einem Erfolgsergebnis zu führen, sondern jener, möglichst viele der Ereignisse und Veränderungen zu erfassen und so zu gliedern, daß aus ihnen Materialien für die Gewinn- und Verlustrechnung erwachsen". Durch die volkswirtschaft-

liche Betrachtungsweise, für die das Individualeinkommen gleich volkswirtschaftlichem Umsatz ist, verschwinden die aufgezeigten Schwierigkeiten. Für diese Umsatzlehre sollen aber nicht nur die Sachgüter, sondern auch die Menschen Betriebsteile und Durchgangsposten sein. „So sicher der Nettozuwachs an Rindvieh als volkswirtschaftlicher Überschuß gerechnet und andererseits das dafür aufgewandte Heu und Korn abgesetzt wird, so gewiß ist das gleiche Verfahren für den Menschen notwendig, soll der volle nationale Ertrag ermittelt werden. Kind und Kalb sind Teile des nationalen Überschusses bezw. der nationalen Anlagen“ (Seite 47).

Also nicht auf „die Versorgung der Individuen als Endzweck“ kommt es dem Verfasser an, sondern auf „den betriebswirtschaftlichen Erfolg der Nation als von der Summe der Individuen verschiedener Gesamtheit“ (Seite 20). Nicht der einzelne Mensch soll der Beziehungsmaßstab sein, sondern eine überindividuelle Gesamtheit, das Volk oder besser die Nation. Es ist zu fragen: Können wir überhaupt mit der Denkweise der Verkehrswirtschaft solche „überindividuellen“ Begriffe bilden, hat der Verfasser die Richtigkeit eines solchen Vorgehens glaubhaft gemacht?

Neuling will die Volkswirtschaft als „Erwerbseinheit“ gelten lassen. Gegenüber dem Argument von der mangelnden Einheitlichkeit und Planmäßigkeit der wirtschaftlichen Vorgänge in der Volkswirtschaft im Gegensatz zu den Privatwirtschaften will Verfasser seine Auffassung durch die Feststellung aufrecht erhalten, „daß die mangelnde Einheitlichkeit der Volkswirtschaft nur einen graduellen Unterschied gegenüber privatwirtschaftlichen Organisationen bedeutet“. Diese Beweisführung schlägt m. E. nicht durch. Denn die Tatsache, daß auch in privatwirtschaftlichen Organisationen „nicht nur oft, sondern sogar in der Regel verschiedene Willen an verschiedenen Stellen des Organismus und Mechanismus mehr oder weniger selbständig handeln“, beweist nichts für die Gleichartigkeit von Volkswirtschaft und Privatwirtschaft, solange nicht für die erste das Vorhandensein einer bewußt einheitlichen Zielsetzung festgestellt ist, die nun einmal das Privatunternehmen kennzeichnet, trotz oder vielleicht gerade wegen der Selbständigkeit der Einzelglieder. Gleichwohl will Neuling eine „hundertprozentige Erwerbsabsicht“ für alle erfaßten Glieder und Vorgänge der Volkswirtschaft unterstellen, bewußt als Fiktion, weil er diese Annahme für die Durchführung der Wirtschaftsbilanz braucht. In dieser Wirtschaftsbilanz „soll nicht mehr ‚der (individualistische) Wohlstand der Nationen, auch nicht irgend ein „Fortschritt der Kultur“ gemessen werden, sondern einzig der „volkswirtschaftliche Erfolg“ (S. 19). Die Frage ist berechtigt, was dieser volkswirtschaftliche Erfolg darstellen soll, wenn die Einheit, auf die er bezogen wird, in erwerbswirtschaftlicher Hinsicht eine Fiktion ist.

In der Fiktion der Volkswirtschaft als Erwerbseinheit spielt der Begriff des „volkswirtschaftlichen Kapitals“ eine besondere Rolle. Das gibt dem Verfasser Anlaß, in kritisch überzeugender Weise den längst überwundenen Kapitalbegriff von den „produzierten Produktionsmitteln“ als ungeeignet abzulehnen. So sehr man ihm hier zustimmen kann, so schwierig — nicht nur „ungewohnt und unerwartet“ — erscheint die Vorstellung, der der Verfasser folgenden Ausdruck gibt: „Mochte auf der Ebene der Privatwirtschaft der Mensch das Maß aller Dinge sein; — auf der Ebene der Volkswirtschaft ist dieser gleiche Mensch jetzt nichts anderes als ein Pferd, ein Schaf, eine Kuh, als eine Maschine oder ein Stück Erde, nämlich mitwirkendes Glied im (evtl. gedachten) erwerbswirtschaftlichen Produktionsprozeß, also evtl. werbend angelegter Volksvermögensteil, Teil des (National-) Kapitals“ (S. 23). Hinsichtlich der Messung des „volkswirtschaftlichen Erfolges“ stellt der Verfasser dann die drei — aus der alten Lehre bekannten — „Produktionsfaktoren“ gleichberechtigt nebeneinander: „Und doch erscheint es, einmal ausgesprochen, schon dem Gefühl fast ohne jeden neuen Beweisversuch zutreffend, daß der volkswirtschaftliche Erfolg sich in jenen drei Richtungen gleichermaßen auswirken kann: In einer Stärkung der Boden-, Sach- oder Menschenanlagen. Und zwar ist sowohl eine extensive Vermehrung wie eine intensive Verbesserung jedes Produktionsfaktors möglich und kann einen volkswirtschaftlichen Kapitalzuwachs bedeuten“ (S. 26).

Gerade im Hinblick auf diese letzte Feststellung dürfen starke Zweifel geäußert werden, ob man überhaupt berechtigt ist, von einem volkswirtschaftlichen Erfolge, also dem Erfolg einer (fiktiven) Volkswirtschaft genau so zu sprechen, wie man von dem Erfolg einer Privatwirtschaft sprechen kann. Einstweilen möchte Referent an der Auffassung festhalten, daß das, was wir Volkswirtschaft nennen, im wesentlichen aus verkehrswirtschaftlichen Beziehungen der Einzelglieder dieser Wirtschaftsgesellschaft besteht, daß auch die Begriffe Grundrente, Kapitalanlage usw. nur Sinn haben im Zusammenhang dieser verkehrswirtschaftlichen Beziehungen, daß endlich und letztens die Beziehungen von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft im wesentlichen — vielleicht auch grundsätzlich — nur solche von Einzelgliedern der einen zu Einzelgliedern der anderen Volkswirtschaft sind: Mithin besteht nicht ohne weiteres eine Möglichkeit, von dem angeblichen Ganzen, das doch auf einer ganz anderen Ebene liegt wie seine „Teile“, ähnliche Aussagen zu machen wie von eben diesen Teilen.

Man hat auch, wenn man den statistischen (II.) Teil des Buches, der sicher mit unendlicher Mühe und großer Liebe zusammengestellt ist, durchgearbeitet hat, keinen rechten Eindruck davon, welchen „Erfolg“ Verfasser nunmehr für die Wirtschaft „Deutsches Reich“ festgestellt haben will — ich meine hier nicht zahlenmäßig, sondern grundsätzlich. Wie soll man das Ergebnis auswerten, das er auf S. 137 als möglichen Schluß aus seiner Untersuchung hinstellt: „Der Kapitalwert der deutschen Volkswirtschaft, als Einheit betrachtet, ist gegenwärtig nur gering, vielleicht gleich Null oder gar negativ, wenn die bisherigen Reinerträge zugrunde gelegt werden“? Ich glaube auch nicht, daß nur der kurze Zeitraum der Untersuchung daran schuld ist, daß sich „noch kein genügend brauchbares Ergebnis in dieser Richtung gewinnen“ läßt.

Gleichwohl scheint mir die Fortführung solcher Untersuchungen wertvoll, vor allem wegen der Frage, der der Verfasser ganz am Schluß näher kommt, ob und in welcher Weise nämlich die deutsche „Volkswirtschaft“ — gleichgültig ob wir sie als ein wesentliches Ganzes oder als Summe von Einzelwirtschaften fassen — in die Lage versetzt werden kann, die Reparationslasten zu tragen. Wenn der Verfasser bei weiteren Untersuchungen konkretere Unterlagen für die Beantwortung dieser Frage liefern kann, so kann er das als einen Erfolg der von ihm angewandten Methode buchen, auch wenn man ihr grundsätzlich nicht zustimmen kann.

Quante.

Palla, Edmund: Probleme der Sozialstatistik. Wien: Springer 1930. 16 S. 8° 1.— RM. (Wiener Statistische Sprechabende. H. 2.)

Das Heft enthält die Wiedergabe eines Vortrages, den Dr. Palla, der Generalsekretär der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte, auf dem zweiten der Wiener Statistischen Sprechabende im Januar 1930 gehalten hat. Eine Abgrenzung des Begriffes „Sozialstatistik“ ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. Einzelne Materien lassen sich ohne weiteres in das Gebiet der Sozialstatistik einreihen: doch können sozialstatistische Erkenntnisse auf allen statisti-

schen Gebieten gewonnen werden. Der Vortragende sieht die Hauptaufgabe der modernen Statistik darin, möglichst viele, verläßliche und aufschlußreiche sozialrelevante Tatsachen bei den statistischen Erhebungen auf den verschiedensten Gebieten zu erfahren. Die engen Beziehungen zwischen der Sozialstatistik und allen anderen Gebieten der Statistik werden kurz für die verschiedensten Gebiete gezeigt (Wirtschafts-, Lohn-, Finanz-, Verkehrsstatistik usw.). Palla tritt für eine Zentralisierung des gänzlich zersplitterten und unübersichtlichen statistischen Dienstes im Staate, und zwar sowohl des amtlichen als auch des privaten, im Bundesamt für Statistik ein, dem außer den Vertretern der Zentralstellen auch Praktiker, insbesondere die Konsumenten statistischer Arbeiten beratend zur Seite stehen müßten. Für die Erweiterung der statistischen Aufgaben sollten Mittel der produktiven Arbeitslosenfürsorge bereitgestellt werden. **Schweda.**

Peller, Sigismund: Fehlgeburt und Bevölkerungsfrage. Stuttgart - Leipzig: Hippokrates - Verl. 1930. 295 S. 8° 14.— RM. (Hippokrates-Bücher f. Ärzte. Bd 5.)

Zu den wichtigsten Fragen auf dem Gebiete der Bevölkerungslehre und -politik gehört wohl zur Zeit die nach den Ursachen der rückläufigen Geburtenentwicklung der meisten Kulturstaaten, wobei der gesetzeswidrigen Fruchtabtreibung eine bedeutende Rolle zugemessen wird. Das große russische Experiment der Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung hat verschiedentlich einen Widerhall gefunden; namentlich in Deutschland und Österreich ist es zu Vorstößen gegen die Beibehaltung der eine Abtreibung unter Strafe stellenden Gesetzesparagraphen gekommen. Zugleich ist im Laufe der Nachkriegszeit ein außerordentlich reiches Schrifttum auf diesem Gebiete entstanden; Juristen, Mediziner, Volkswirte, Politiker aus allen Lagern, Vertreter der Frauenwelt, der Religionsgemeinschaften und andere, Berufene wie Unberufene, haben in der Tages- und sonstigen Presse für und wider Stellung genommen; eine Reihe größerer, selbständiger Schriften ist erschienen, zu denen auch das Werk des Verfassers, eines bekannten Wiener Arztes und Sozialhygienikers, gehört.

Er hat sich zur Aufgabe gestellt, in knapper Form, aber doch möglichst umfassender Darstellung Wesen und Bedeutung der Fehlgeburten nach allen nur möglichen Gesichtspunkten hin zu untersuchen. Dabei spielen statistische Betrachtungen natürlich eine erhebliche Rolle, und so entfallen von den 8 Abschnitten des Buches auf sie allein 4, aber auch die anderen enthalten noch mancherlei Zahlenangaben.

Der erste Abschnitt bietet eine kurze Übersicht über Bevölkerungsprobleme und Bevölkerungspolitik in Vergangenheit und Gegenwart; es ist dem Verfasser hier im wesentlichen darum zu tun, nachzuweisen, daß das Problem des Geburtenrückganges wie auch das der Fehlgeburten keineswegs neueren Datums ist. — Mit dem zweiten Abschnitt beginnt der eigentlich statistische Teil. Er handelt zunächst von der Aufgabe, Literatur und Methodik der Fehlgeburten-Statistik und ihrer Entwicklung in den letzten 25 Jahren, dann folgen Angaben über die Beziehungen zur Gesamtzahl der Schwangerschaften, ferner zu Alter und Familienstand, zur Wohnungsnot, endlich über die Häufigkeit wiederholter Fehlgeburten und die Berechnung ihrer Erwartung. In drei weiteren Kapiteln ist die Rede von der Fortpflanzungsleistung bei gesunden, bei später krebskrank gewordenen und bei innerlich kranken Frauen und insbesondere von der Rolle der Fehlgeburten dabei — vor und nach dem Weltkriege. Sodann spricht der Verfasser von der Bedeutung der Empfängnis-Vorbeugung und der Sterilität in ihrem Verhältnis zu Fehlgeburt und Geburtenrückgang; als vermeintliche Ursache ihrer Vermehrung lehnt er mit Recht eine verringerte biologische Fruchtbarkeit und ebenso den schädigenden Einfluß vermehrter Berufsarbeit der Frau ab. Vielmehr kommt für die Vermehrung der Fehlgeburten allein die kriminelle Fehlgeburt in Frage, deren zahlenmäßige Berechnung er aber, gleichfalls mit guten Gründen, verwirft. — Der dritte Abschnitt handelt von den Ergebnissen statistischer Untersuchungen über Komplikationen und tödlichen Ausgang bei Fehlgeburt, Verblutungen, Perforationen und Infektionen; dann folgen Letalitätsziffern und Anstalts-Statistiken. Weiterhin sind die Ergebnisse der amtlichen Todesursachen-Statistik in verschiedenen Ländern und Städten erörtert, wobei ausgiebig auch von der Preußischen Statistik Gebrauch gemacht wird. Zum Schluß ist von den Spätfolgen der Fehlgeburt die Rede. — Im vierten Abschnitt endlich gelangt der Verfasser auf Grund russischer Zahlen, hauptsächlich aber seiner eigenen Berechnungen für Wien zu dem Ergebnis, daß die Bedeutung der Fehlgeburt als eines wesentlichen Umstandes für den Geburtenrückgang allgemein überschätzt wird, daß vielmehr der Empfängnis-Vorbeugung die Hauptrolle dabei zufalle. Es ist aber doch zweifelhaft, ob hier seine etwas künstlich gewonnenen Ziffern Anspruch auf allgemeine Gültigkeit haben. Hält man sich andererseits eine Mitteilung des soeben verstorbenen Sozialhygienikers Grotjahn über 426 Schwangerschaftsunterbrechungen, die innerhalb eines Jahres von einem einzigen Landarzt vorgenommen wurden, vor Augen und hat man zugleich ein offenes Ohr für alles, was in dieser Hinsicht *intra muros collegarum et extra* geflüstert wird, so darf man doch wohl den Einfluß der Fehlgeburten auf die Gestaltung der Geburtenziffer nach dem Kriege nicht unterschätzen. — Nach einem kurzen fünften Abschnitt, der Kriminalstatistik über Fehlgeburten hauptsächlich aus Österreich bringt, ist der Verfasser im folgenden, sechsten, bemüht, den Nachweis zu führen, daß alle gegen eine Freigabe der Fruchtabtreibung vorgebrachten Einwände, gleichviel von welchem Gesichtspunkt aus auch immer sie erhoben werden, keineswegs hinreichend begründet sind. Tatsächlich aber — das ist seine Schlußfolgerung im vorletzten, siebenten Abschnitt — dürfte sich in absehbarer Zeit an den bestehenden Zuständen nichts ändern; denn die öffentliche Meinung sei überwiegend gegen die Freigabe, für die eigentlich nur die Kommunisten eintreten. — Im Schlußabschnitt, in dem nochmals eine kurze Übersicht über die gewonnenen Erkenntnisse gegeben wird, bedauert er besonders, daß auch der größte Teil seiner ärztlichen Kollegen, denen er bereits in der Einleitung Mangel an Kenntnis der wahren Sachlage vorgeworfen hat, im gegnerischen Lager zu finden ist und sich von anderen als rein wissenschaftlichen Beweggründen leiten läßt.

Es würde hier viel zu weit führen, zu untersuchen, ob der Verfasser wirklich allen gegen die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung gerichteten Gründen gerecht geworden ist, namentlich auch den medizinischen; so haben sich z. B. in Rußland doch allerlei z. T. recht schwere Gesundheitsstörungen gezeigt und zwar in einem solchen Umfang, daß nach Niedermeyer (Dt. med. Wschr. 1931, Nr. 37, S. 1588) die Sowjetregierung ernstlich ein Verbot der Unterbrechung einer Erstschwangerschaft wie der frühzeitigen Unterbrechung überhaupt geplant hat. Im übrigen befindet sich Rußland hinsichtlich seiner Bevölkerungspolitik in der glücklichen Lage des reichen Mannes, den auch eine verfehlte Spekulation noch nicht gleich zu Grunde richtet; wir dürften uns dergleichen schwerlich leisten. — Auch sonst ließen sich gegen die Behauptungen und Folgerungen des Verfassers mancherlei Einwände erheben; vor allem ist oft auch bei ihm rein weltanschaulich bedingt, was er als unbefangene Darstellung ansieht.

Kann man sich also mit einer Reihe von Einzelheiten und vor allem auch mit seinen Haupt-Schlußfolgerungen nicht einverstanden erklären, so bietet sein Werk doch andererseits so manches Wertvolle zu den Fragen des Geburtenrückganges und der Fehlgeburtenzunahme, namentlich auf statistischem Gebiete, daß man es dem kritischen Benutzer durchaus empfehlen kann.

Gajewski.

Pfannschmidt, Martin: Die Deckung des örtlichen Wohnungsbedarfs (Sonderdruck aus der Zeitschrift „Die Wohnung" 1931) Berlin. 28 S.

Mit der vorliegenden Arbeit will der Verfasser den Bestrebungen dienen, die auf eine Rationalisierung der Bauwirtschaft und des Siedlungswesens hinzielen und die ihre praktische Auswirkung bereits in der Gründung zahlreicher Stadt- und Landesplanungsstellen gefunden haben. Er behandelt darin alle die Gesichtspunkte, welche diese Stellen bei der Lösung ihrer Aufgabe zu berücksichtigen haben, und gibt ihnen unter Verwendung zahlreicher Tabellen und graphischen Darstellungen die hierfür erforderliche bevölkerungs- und wohnungsstatistische Grundlage.

Die Arbeit ist in 4 Hauptabschnitte gegliedert. Im Abschnitt A „Aufgabestellungen" wird zunächst eine begriffliche Erörterung vorgenommen, wobei dem bisher bekannten subjektiven und objektiven Wohnungsbedarf ein volkswirtschaftlicher Wohnungsbedarf gegenübergestellt wird. Die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dieser Unterscheidung darf bezweifelt werden. Es ist nicht klar, was man sich unter diesem volkswirtschaftlichen Bedarf eigentlich vorzustellen hat. Nach den Erläuterungen soll er sich aus dem subjektiven und objektiven Bedarf unter Berücksichtigung der vorhandenen Produktionsmittel ergeben. Das bedeutet aber eine Vermischung der Begriffe Angebot und Nachfrage und läuft letzten Endes darauf hinaus, daß der volkswirtschaftliche Bedarf gleich einem irgendwie festgesetzten Bauprogramm ist. Als Ergebnis der Ausführungen dieses Abschnittes sieht der Verfasser die Hauptaufgabe in der richtigen örtlichen Bemessung des volkswirtschaftlichen Wohnungsbedarfs, wobei einerseits die rationale Entwicklung der Wohnstandorte und andererseits die Entwicklungsmöglichkeiten der Erwerbsstandorte zu berücksichtigen seien.

Im Abschnitt B „Der örtliche Wohnungsbedarf als Funktion der Wohnstandorte" wird die bisherige Entwicklung der Bevölkerung und der Wohnungsgrößenklassen geschildert und eine Darstellung der Methoden gegeben, nach denen die zukünftige Entwicklung der Wohnbevölkerung der Wohnstandorte berechnet werden kann. Neu ist hierbei die Schätzung des zukünftigen Wohnungsbedarfs nach der voraussichtlichen Besetzung der Altersstufen von 30 bis 60 Jahren (Wohnkernalter), ein Verfahren, das einfacher ist als die bekannte Methode der Stadt Halle, die die eigentlichen Haushaltsbildner (stehende Ehen, verwitwete Männer, verwitwete und geschiedene Frauen) berücksichtigt. Nach der vom Verfasser in der vorliegenden und — ausführlicher — in einer anderen Arbeit gegebenen Begründung erscheint seine Methode zuverlässig.

Im Abschnitt C „Der Wohnungsbedarf als Funktion der Erwerbsstandorte" behandelt der Verfasser die Gesichtspunkte, die bei einer Beurteilung der zukünftigen Entwicklung der Erwerbsstandorte zu beachten sind. Aus dieser Zusammenstellung ersieht man noch mehr als aus dem vorhergehenden Abschnitt die Schwierigkeit und Problematik der Landesplanung, da Fehlurteile bei der Fülle der zu beachtenden Beziehungen und Verflechtungen, die sich noch dazu durch konjunkturelle Verschiebungen jeden Tag ändern können, wohl nicht zu vermeiden sein werden.

Der letzte Abschnitt D trägt die Überschrift der gesamten Arbeit. Es sind hier die Grundsätze und Aufgaben dargelegt, die bei der rationalen Entwicklung der Städte zugrunde zu legen sind. An dem Beispiel von 5 preußischen Großstädten (Barmen, Essen, Köln, Hannover und Halle) wird das einzuschlagende Verfahren in der Praxis gezeigt. Im Anschluß hieran werden einige Vorschläge und Forderungen besprochen, die von amtlicher (Wohnungsausschuß des Reichstages) und privater (Karl Pribram) Seite für das Wohnungswesen aufgestellt worden sind. In einer Anmerkung wird hierbei auch das Preußische Statistische Landesamt erwähnt, von dem behauptet wird, daß es in der Landtagsdrucksache Nr. 4114, 3. Wahlperiode, 1. Tagung 1928/30 die Forderung nach einer zu geringen Zahl von Neubauwohnungen aufgestellt habe, indem es unter Ausschaltung von 50 % der in Mittel- und Großwohnungen untergebrachten Untermieter — Haushaltungen aus einem objektiven Fehlbedarf von 900 000 wohnungslosen Familien einen tatsächlichen Fehlbedarf von 522 563 Wohnungen berechnet habe. Hieran ist richtigzustellen, daß die genannte Forderung a. a. O. nicht vom Preußischen Statistischen Landesamt sondern vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt aufgestellt worden ist, das hierbei allerdings die Unterlagen des Statistischen Landesamts benutzt hat. Letzteres hat es jedoch in seiner Veröffentlichung über die Reichswohnungszählung von 1927 (Preußische Statistik Band Nr. 299) ausdrücklich abgelehnt, vom Standpunkt des Statistikers eine bestimmte baupolitische Forderung aufzustellen, und darauf hingewiesen, daß die Höhe des objektiven Wohnungsbedarfs von den zugrundegelegten sozialpolitischen Merkmalen abhängig ist. Als Beispiel hierfür wurden 5 verschiedene Bedarfszahlen für Preußen berechnet, deren höchste 621 714 und niedrigste 522 563 war. Durch die an den wohnungslosen Haushaltungen vorgenommenen Abstriche trat also eine Kürzung des Wohnungsbedarfs um nur rund 100 000 ein. Die vom Verfasser angegebene Zahl 900 000 für den ursprünglichen objektiven Wohnungsbedarf ist für Preußen nicht berechnet worden.

Dem vom Verfasser am Schluß seiner Ausführungen zusammengefaßten Leitgedanken für die Deckung des örtlichen Wohnungsbedarfs wird man zustimmen können, wenn man auch in bezug auf die Möglichkeit der Verwirklichung skeptisch sein darf.

Dr. Frenkel.

Pirquet, Clemens: Allergie des Lebensalters. Die bösartigen Geschwülste. Leipzig: Thieme 1930. 170 S. 8° 25.— RM

Unter Allergie versteht man die durch mannigfache Ursachen wie z. B. überstandene ansteckende Krankheiten, Serumeinspritzungen oder Einverleibung irgendwelcher anderer Stoffe bewirkten Veränderungen der Empfänglichkeit eines Organismus für denselben Reiz, der dann im menschlichen Körper u. U. zu Erkrankungen führt, die man heutzutage als allergische bezeichnet. Indessen verhalten sich in dieser Hinsicht nicht nur die Menschen im allgemeinen bisweilen recht verschieden, sondern auch der Einzelne scheint hinsichtlich der Anfallbereitschaft seines Körpers gegenüber vielen Krankheiten im Laufe des Lebens einem gewissen Wechsel unterworfen; die Forschungen auf diesem ungemein schwierigem Gebiete sind noch keineswegs abgeschlossen.

Mit Fragen dieser Art hatte sich der im Jahre 1929 verstorbene, hervorragende Wiener Kliniker v. **Pirquet** seit langem beschäftigt. Er glaubte, bei einer ganzen Anzahl von Krankheiten auf ein bestimmtes verschiedenartiges Verhalten der Menschen je nach Alter und Geschlecht schließen zu dürfen. Seine auf Grund langjähriger klinischer Beobachtungen gewonnenen Erkenntnisse versuchte er auf statistischem Wege

zu erweitern und zu vertiefen. Zu diesem Zweck bediente er sich vornehmlich der englichen Todesursachen-Statistik, deren gute Unterlagen und eingehende Gliederung ihm besonders zusagten.

Im vorliegenden Werk, das erst nach seinem Tode erschien, beschäftigt er sich mit der Bereitschaft der verschiedenen Altersstufen beider Geschlechter gegenüber den bösartigen Geschwülsten namentlich mit Rücksicht auf deren Sitz im menschlichen Körper. Er gelangt dabei zu einer Reihe von mehr oder minder symmetrischen Kurven, deren Gipfel zumeist zwischen dem 60. und 70. Lebensjahre liegt, und zieht dann aus bestimmten Übereinstimmungen und andererseits Abweichungen Folgerungen, auf die im einzelnen einzugehen es sich vollkommen erübrigt. Denn der Verfasser hat sich bei seinen graphischen Darstellungen leider nur der Grundzahlen bedient oder Anteilsziffern v. T. der Gesamtsterbefälle einer Geschwulstgruppe z. B. des Mastdarmkrebses berechnet, die, auf eine Zehnerpotenz abgestimmt, nichts anderes auszusagen vermögen als erstere. Er hat anscheinend völlig übersehen, daß zwischen den Lebendenzahlen in den einzelnen Altersstufen erhebliche Unterschiede bestehen und daß die Zahl ihrer Sterbefälle auch davon mehr oder minder abhängig ist; auch daß sich die Geschlechter in dieser Hinsicht verschieden verhalten, hat er nicht berücksichtigt. So ist von zwei Punkten gleicher Höhe seiner „symetrischen" Kurven der im aufsteigenden Ast gelegene im wesentlichen durch die größere Masse der Lebenden, im absteigenden durch die höhere Sterbebereitschaft bedingt; nur diese allein aber kann Gegenstand der Untersuchung sein. Tatsächlich wächst mit zunehmendem Alter im großen und ganzen die Neigung, an bösartigen Geschwülsten zu erkranken und zu sterben; jedoch mögen im einzelnen Ausnahmen vorhanden zu sein. — Wie wenig eigentlich der sonst so verdienstvolle Forscher und hochbedeutende Kliniker auf dem Gebiete graphischer Darstellung zu Hause war, zeigen auch die Abbildungen 2—4; hier vergrößert er zur Verdeutlichung des Kurvenverlaufs in den ersten 5 Lebensjahren, die er links eingehend unterteilt, nur die Abszissenaxe, sodaß ein ganz verschiedenes Kurvengefälle entsteht, ein durchaus fehlerhaftes Verfahren.

Infolge der oben gekennzeichneten schweren Unterlassungssünde ist leider die ganze sonst sicher mit großen Fleiß und liebevoller Hingabe vollbrachte Arbeit als verfehlt anzusehen; zu bedauern ist insbesondere der Verlag, der dem letzten Werke des Verstorbenen eine vorzügliche Ausstattung hat zuteil werden lassen.

Gajewski.

Prinzing, Friedrich: Handbuch der medizinischen Statistik. 2. Aufl. Jena: G. Fischer 1931. IV, 672 S. 8° 36.— *RM.*

Mit der vorliegenden Neubearbeitung seines Werkes ist der weltbekannte Verfasser einem schon lange bestehenden Wunsche Vieler nachgekommen. Wie er selbst im Vorwort schreibt, ist seit dem Erscheinen der ersten Auflage im Jahre 1906 ein gut Teil neuer, reichhaltiger Arbeit auf dem Gebiete der Medizinalstatistik geleistet worden; ihre Ergebnisse zusammenzufassen und vor allem auch unter Beibringung möglichst neuer Zahlenbelege fruchtbringend zu verwerten war die mühevolle Aufgabe, die er sich gestellt hatte, ein Vorhaben, das mehr einer fast völligen Neubearbeitung des alten Werks als einer bloßen Umarbeitung und Ergänzung gleichkam.

Das neue Werk erschien in 2 Halbbänden, von denen der erste in 3 Teilen die Geburten, dann das statistisch Erfaßbare von Konstitution, Vererbung und Gebrechen umfaßt und mit der Statistik der Erkrankungen und Unfälle schließt, während den ganzen zweiten Halbband die eigentliche Sterblichkeits-Statistik einnimmt. In der Einleitung wird kurz der Begriff der medizinischen Statistik, ihre Aufgaben, Methoden erläutert sowie ihre geschichtliche Entwicklung dargestellt. — Die Unterlagen hat der Verf. der Weltliteratur entnommen, er betont indessen selbst, daß er nach Möglichkeit sich vor allem deutscher Statistiken bedient hat; auch die Ergebnisse der amtlichen Preußischen Statistik sind vielfach herangezogen.

Es würde hier viel zu weit führen, auf nähere Einzelheiten dieses Standardwerkes einzugehen, immerhin erscheint es notwendig, doch eine kurze Übersicht über das in den einzelnen Unterabschnitten Gebotene zu geben, um wenigstens auf diese Weise dem Leser einen Eindruck von der reichen Fülle des Stoffes wie der Mühe seiner Verarbeitung zu übermitteln.

So sind im ersten Teil in 10 Kapiteln die Geburtenziffern, die eheliche Fruchtbarkeit und Kinderzahl in der Familie, die sterilen und kinderlosen Ehen, die Fehl- und Totgeburten, die monatlichen Schwankungen der Geburten, die Mehrlingsgeburten, die Unehelichen, das Geschlecht der Geborenen und endlich der Verlauf von Geburt und Wochenbett Gegenstand der Untersuchung.

Der zweite Teil betrachtet zunächst die körperliche und geistige Verfassung der Bevölkerung, die Konstitution des Menschen und ihre hauptsächlichsten krankhaften Abweichungen sowie ihre Beziehungen zu den Körpermaßen. In zwei besonderen Kapiteln werden Größe und Gewicht der Schulkinder sowie Begriff, Wesen und Ergebnisse der Untersuchung über Militärtauglichkeit behandelt. Das folgende Kapitel bringt Wichtiges über Vererbung krankhafter Zustände und Bereitschaft zu Erkrankungen, in einem weiteren wird der Einfluß der Kultur auf den Menschen unter besonderer Berücksichtigung der Entartungsfrage untersucht. Die letzten 5 Kapitel dieses Abschnitts handeln von den Blinden, Taubstummen sowie von den geistig und körperlich Gebrechlichen.

In den beiden ersten Kapiteln des dritten Teiles ist die Häufigkeit der Erkrankungen im allgemeinen sowie ihre Verschiedenheit je nach dem Alter und bei den Geschlechtern untersucht; ein besonderes Kapitel bilden die gewerblichen Erkrankungen. Dann folgt die Statistik der Unfälle, während in 3 weiteren Kapiteln noch Geisteskrankheiten, Geschlechtskrankheiten und Trunksucht behandelt werden. Das letzte Kapitel ist der Invaliditäts-Statistik gewidmet.

Der ganze vierte Abschnitt, der räumlich genau die Hälfte des ganzen Werkes einnimmt, handelt von den Sterbefällen. Er zerfällt wieder in 5 Unterabschnitte. Der erste handelt von der Messung der Sterblichkeit und von den biologischen Einflüssen auf deren Höhe; in 5 Kapiteln wird über allgemeine und Standard-Sterbeziffern, über Sterbetafeln und Lebenserwartung gesprochen, dann über Sterblichkeit nach Geschlecht und Alter, auch nach Familienstand sowie über Kindersterblichkeit. — Der zweite Unterabschnitt betrifft die Todesursachen; zunächst ist in 3 Kapiteln die Art ihrer Erhebung und Einteilung, ihre Häufigkeit in den verschiedenen Ländern, ihre Beziehungen zu Alter und Geschlecht Gegenstand der Betrachtung, während sich das vierte mit den Beobachtungen über Letalität und Erfolge ärztlicher Behandlung befaßt. Ein Schlußkapitel zeigt die Veränderung der wichtigsten Todesursachen in ihren zeitlichen Wandlungen. — Im dritten Unterabschnitt sind die natürlichen Einflüsse auf die Höhe der Sterblichkeit, zunächst Jahreszeit und Witterung, dann Klima und Rasse erörtert. — Von den Einflüssen der Umwelt handelt in 4 Kapiteln der vierte Unterabschnitt. Im ersten ist die Sterblichkeit in Stadt und Land, im zweiten der Einfluß der sozialen Gliederung, der Wohlhabenheit, der Wohnung betrachtet, im dritten die Beziehungen zwischen Sterblichkeit und Beruf, im vierten die Bedeutung der Versorgung mit Ärzten, Heilanstalten sowie die Zugehörigkeit zu Krankenkassen. — Der fünfte Unterabschnitt endlich ist eine kurze

historische Abhandlung über die Sterblichkeitsverhältnisse Europas; insbesondere werden hier Beziehungen zu Hungersnot und Krieg betrachtet, die Höhe der allgemeinen Sterblichkeit in früheren Zeiten, ihre Abnahme im Laufe des 19. Jahrhunderts und die dadurch bedingten Veränderungen im Bevölkerungsstand. Ein etwas kurz gehaltenes Sachregister beschließt das Gesamtwerk, dem eine Inhaltsübersicht sowie das Vorwort zu beiden Auflagen vorangestellt sind. Die Literaturnachweise wurden aus Sparsamkeitsgründen beschränkt, jedoch sind alle Zahlenangaben belegt.

Mit ausgezeichnetem Wissen und verständnisvollster Kritik hat der Verf. aus einem bereits ins Ungeheure angewachsenen Material das Wesentliche und Bedeutende entnommen und es mit dem, was aus der ersten Auflage an bleibend Wertvollem noch übernommen werden konnte, zu einem neuen Werk wie aus einem Guß zusammengeschweißt. Jeder, der auf dem weiten Gefilde der Medizinalstatistik arbeiten oder sich belehren will, der praktische Mediziner, der Sozialhygieniker, der Bevölkerungsstatistiker wird wieder und wieder zum neuen „Prinzing" greifen, der ja nicht nur ein wertvolles Nachschlagewerk, sondern zugleich auch ein ausgezeichnetes Lehrbuch darstellt, vor allem, da der Verf. immer wieder auf die zahlreichen Fehlerquellen hinweist, durch die gerade auf diesem Gebiete der Wert so mancher mühevollen Arbeit erheblich beeinträchtigt wird. Alles in allem: ein Meisterwerk!

Gajewski.

Religion und Seelenleiden. Vorträge d. 4. Sondertagung des Kath. Akademikerverbandes in Kevelaer. Hrsg. von Wilhelm Bergmann. Augsburg: Haas & Grabherr 1929. 264 S. 8° 7.–

In einer Reihe von Vorträgen sind die Zusammenhänge zwischen dem Entstehen von Psychopathien und geschlechtlicher Enthaltsamkeit oder Ausschweifung, mangelhafter Erziehung, geschlechtlicher Unwissenheit und Unklarheit, Irr- und Unglaube vom Standpunkt der katholischen Kirche aus betrachtet. Die besonderen Gefahren der Großstadt, vor allem die starke Verbreitung unsittlicher Schriften und Darbietungen werden vom Standpunkt des Moraltheologen wie auch des Arztes gewürdigt; für das neue Reichsstrafgesetzbuch werden schärfere Schutz- und Strafmaßnahmen verlangt. Die pastoralmedizinischen Vorträge sollen den Bedürfnissen der Seelsorge, namentlich im Beichtstuhl, dienen. Statistische Angaben finden sich nur über die Zahl der wegen Sexualvergehen in den Jahren 1923–1925 Verurteilten.

Wer sich unvoreingenommen mit dem Wesen und der Bedeutung der sexuellen Frage für unsere heutige Zeit beschäftigt, kann hier manches kluge und beherzigenswerte Wort finden, und selbst ein Gegner der hier vertretenen Weltanschauung wird mindestens den sittlichen Ernst in der Behandlung der in den Vorträgen erörterten Dinge anerkennen müssen.

Gajewski.

Richter-Altschäffer, Hans: Einführung in die Korrelationsrechnung. Berlin: Institut f. landw. Marktforschung 1931. 58 S. 8° 2.50. (Schriftenreihe des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung. H. 1.)

Diese Einführung in die Korrelationsrechnung stellt einen neuen Versuch dar, einen größeren, nicht mathematisch geschulten Leserkreis in leichtverständlicher Form mit einem wichtigen Verfahren der mathematischen Statistik vertraut zu machen, das, wie Professor Brandt, der Leiter des Instituts, im Vorwort meint, durch eine zu „mathematische" Darstellung bisher nur wenigen Spezialisten zugänglich geworden ist. Man wird nach der Lektüre des vorliegenden Heftes etwas im Zweifel sein, ob dem Verfasser die Absicht, die Arbeitsweise „einer nichts weniger als geheimnisvollen Wissenschaft" in populärer Form klarzumachen, in allen Punkten gelungen ist. Man wird gerade von solchen populären Einführungen noch mehr als von „hochwissenschaftlichen" Lehrbüchern — diese haben es mit ihren Formeln oft leichter — eine klare Darstellung fordern müssen, wenn ihr Zweck erreicht und beim Leser nicht irrige und übertriebene Anschauungen geweckt werden sollen.

Der Verfasser geht davon aus, daß das Streben, zukünftige Dinge vorauszusehen, auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens besonders stark ist und daß die Hilfsmittel sowohl der Theorie als auch der Erfahrung herangezogen werden müssen, um zu einem Erfolg zu gelangen. Er zeigt, wie man vom wahllosen Raten über Vermutungen und Schätzungen (nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit) zu einem begründeten Urteil auf Grund der Korrelationsrechnung gelangen kann. Das Wesen der Korrelationsrechnung wird an einem praktischen Beispiel erläutert, das die Abhängigkeit der Weizenernte von der Niederschlagsmenge des vorhergehenden Winters zeigt. Bei dieser Darstellung, die zunächst mit den Begriffen der Normalkurve (des Verteilungsgesetzes) und der mittleren Abweichung bekannt macht, hätte man in manchen Fällen eine klarere oder — knappere Darstellung gewünscht. Eine Anmerkung, daß „es unter Umständen jedoch zulässig ist, die mittlere Gruppe ein wenig zu erweitern, wiewohl dadurch die Darstellung der Verteilung einigermaßen tendenziös beeinflußt wird" (S. 26), scheint in einer solchen Einführung doch bedenklich, besonders wenn durch diese „liberale Gruppenbildung" die Annäherung an die Normalkurve stärker zum Ausdruck kommt. Bei der Darstellung der eigentlichen Korrelationsrechnung dürfte dem Laien die Erklärung des linearen Zusammenhanges zwischen den beiden zu korrelierenden Größen (S. 31 „Veränderung in x, in y") einige Schwierigkeiten bereiten; man hätte — wie es etwa bei der Berechnung der Regressionsgleichung geschieht — besser von der Formel ausgehen und sie erklären sollen, statt umgekehrt vorzugehen. Daß bei der Berechnung der Regressionsgleichung als Zeichen große und kleine Buchstaben gewählt worden sind, dürfte für viele auch etwas verwirrend sein; hinzu kommt, daß anscheinend nicht immer die gleichen mathematischen Vorkenntnisse vorausgesetzt werden, daß die Ableitung an manchen Stellen daher entweder zu breit oder zu knapp erscheint. Was soll z. B. ein mathematischer Laie mit der folgenden Erklärung anfangen: „Man faßt jene Werte von a und b als die wahrscheinlichsten auf, die, in die Regressionsgleichung eingestellt, solche theoretischen y ergeben, deren quadrierte und dann summierte Abweichungen von den tatsächlichen y die kleinstmögliche Summe solcher quadrierter Abweichungen ergeben: ein Minimum" (S. 34). Auch bei der Erläuterung des gewonnenen Ergebnisses macht sich die etwas willkürliche Anwendung der mathematischen Zeichen störend bemerkbar (vgl. etwa S. 43: „die Veränderung $0 + 20\,x$, also der absolute Wert 20 von x korrespondiert mit der Veränderung $2{,}30 + 9{,}20\,y$, also dem absoluten Werte 11,50 von y").

Durch die didaktische Anlage des Heftes ergibt sich schließlich der Korrelationskoeffizient als eine Funktion des Verhältnisses von Standardfehler und Standardabweichung. Für die Berechnung des Korrelationskoeffizienten, auf die es doch in vielen Fällen allein ankommt, bedeutet dieses Verfahren einen gewissen Umweg gegenüber dem üblicheren, den Korrelationskoeffizienten aus den Abweichungen der Einzelwerte von ihren arithmetischen Mitteln zu berechnen. Es ist zwar in einer Anmerkung (S. 31) auf dieses Verfahren hingewiesen, aber nicht gesagt worden, daß dieses Verfahren zu dem gleichen Ergebnis wie das im Text behandelte führt. Diese zweite Berechnungsmethode hätte etwas ausführlicher dargestellt werden sollen.

Da am Schluß des Heftes eine zweite Arbeit über die Korrelationsrechnung angekündigt wird, so wird man nochmals darauf hinweisen müssen, daß eine allgemeinverständliche Erklärung mathematischer, formelmäßiger Zusammenhänge nur durch eine klare und wohlüberlegte Darstellung erreicht werden kann. Es ist eine alte Erfahrung, daß es oft schwieriger ist, Formeln in Worte zu kleiden als mit ihnen zu rechnen.

Lucht.

Riemer, Rudolf: Die rechtlichen und methodischen Grundlagen der österreichischen Betriebszählung 1930. Wien: Springer 1930. 20 S. 8° 1.– *RM.* (Wiener Statistische Sprechabende. H. 3.)

Durch das Bundesgesetz vom 25. 2. 1930 – B. G. Bl. Nr. 64 – wurde für den Bundesstaat Österreich eine land- und forstwirtschaftliche und gewerblich-industrielle Betriebszählung beschlossen, die inzwischen – nach einer Vorerhebung vom 6. April zum Zwecke der Feststellung der Adressen und der Zahl der vorhandenen Betriebe mittels Haus- und Gemeindelisten – am 14. Juni 1930 als erste derartige Erhebung nach dem Kriege stattgefunden hat. Leitende Zählbehörden waren die politischen Bezirksbehörden; eine Mitwirkungspflicht hatten die Gemeinden, die Hauseigentümer und die wirtschaftlichen Körperschaften; aus den letzteren wurden ehrenamtliche Landes- und Bezirkszählbeiräte gebildet. Als Zählorgane wurden wie bei der vorigen Betriebszählung im Jahre 1902 besoldete Zähler und Überprüfer amtlich bestellt. Die Durchführung der Zählung erfolgte durch Begehung von Haus zu Haus oder durch Vernehmungen der Betriebsinhaber vor einer Zählungskommission.

Der Erhebungsbereich der Zählung deckt sich im wesentlichen mit dem Bereich der deutschen Betriebszählung von 1925. Im Gegensatz zur deutschen Zählung wurden in die land- und forstwirtschaftliche Betriebszählung die land- und forstwirtschaftlichen Nebenbetriebe und Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sowie mit gewissen Einschränkungen auch die ohne Grund und Boden betriebenen Tierhaltungen einbezogen. Für die zuerst genannten Nebenbetriebe und Genossenschaften war jedoch der Fragebogen für die gewerblichen Betriebe zu verwenden. Von der gewerblichen Betriebszählung waren die dem öffentlichen Verkehr dienenden öffentlichen und privaten Unternehmungen der Eisenbahnen, der Schiff- und Luftfahrt ausgenommen. Mitgezählt wurden die Betriebe der in den freien Berufen selbständig tätigen Personen. Als wichtigstes Hilfsmittel für die Abgrenzung des Zählungsbereichs sollte das systematische Verzeichnis der gewerblichen und sonstigen Betriebe herangezogen werden. Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß als Erhebungseinheit wie bei der letzten reichsdeutschen Zählung die örtliche Betriebseinheit diente und daß offenbar auch eine Aufbereitung nach technischen und Wirtschaftseinheiten vorgesehen ist.

Was den Inhalt der Fragebogen anbelangt, so ist auch hier eine enge Angleichung an die letzte deutsche Zählung festzustellen. Auf dem zehnseitigen Fragebogen für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe sind jedoch noch einige Sonderfragen (Anzahl und Arten der Weinstöcke und Obstbäume, Waldflächen nach dem Alter der Bäume und Unterscheidung der Gesamtflächen nach Stammgut und Zuhuben) eingefügt. Bei den beschäftigten Personen erfolgt eine Aufgliederung nach 7 Altersklassen und eine Aufstellung über die im letzten Jahr geleisteten Arbeitstage und über die Fachschulbildung der Familienangehörigen. Auf dem siebenseitigen Fragebogen für die gewerbliche Betriebszählung fällt vor allem auf, daß eine Aufteilung der Arbeiter nach Facharbeitern, Lehrlingen, qualifizierten Hilfsarbeitern, nichtqualifizierten Arbeitern und Heimarbeitern verlangt wird. Ein besonderer Teil des Fragebogens bringt Fragen nach der Stromerzeugung und -verteilung und nach dem Strombezug, bei deren Beantwortung Jahreserzeugung und -verbrauch von 1929 zugrunde zu legen ist.

Schweda.

Ritter, Kurt: Die Krise der deutschen Agrarpolitik. Berlin: Parey 1931. 46 S. 8°. (Ritter: Agrarpolitische Aufsätze und Vorträge. H. 17.)

Die Schrift will keine wissenschaftliche Untersuchung sein, weshalb sie auch auf Beibringung von umfangreichem Material verzichtet, sondern will für einen weiteren Leserkreis „einen Überblick über die dringendsten agrarpolitischen Probleme geben und die Notwendigkeit beweisen, daß alle agrarpolitischen Maßnahmen auf die Dauer Nutzen nur dann bringen können, wenn sie einer leitenden Idee untergeordnet sind".

Ritter befaßt sich zunächst mit der bereits zum Schlagwort gewordenen Frage des Binnenmarktes und tritt energisch dafür ein, daß der Außenhandel zugunsten des starken Bevölkerungsüberschusses Deutschlands weiter gepflegt wird. Im Innern fordert er, vor allem aus außerwirtschaftlichen Gründen, die Sicherung dünn besiedelten Landes im Osten durch verstärkte Siedlung, auch wenn man dafür wesentliche Opfer bringen muß. Er tritt weiter für Steigerung der inländischen Agrarerzeugung ein, trotz teilweise vorhandener Überproduktion, unter der Voraussetzung, daß sich diese Steigerung privatwirtschaftlich und volkswirtschaftlich rentabel durchführen läßt.

Die Agrarpolitik darf sich demgemäß nicht nur mit der Überwindung der gegenwärtigen Krise befassen, sondern muß zum Ziel haben „sinnvolle Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auf lange Sicht unter Betonung einer dichten Besiedlung des platten Landes, um angesichts der Exportschwierigkeiten für Industrieerzeugnisse die inländische Agrarproduktion zwecks Verringerung der Einfuhrnotwendigkeiten zu vergrößern".

Bei der Bekämpfung der Krise warnt Verfasser vor einer Überschätzung der Staatshilfe; hinsichtlich des Umfanges der Krise glaubt er, daß von der landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands etwa die Hälfte im Zeichen der Unrentabilität steht. Bedenklich wird die Krise vor allem dadurch, daß die einzelnen Länder, bei dem Versuch, sie zu beheben, sich immer stärker autarkisch abschließen und durch Preisstützungsmaßnahmen, Exportprämien usw. die Überproduktion noch vergrößern helfen.

Den Aufbau einer grundsätzlichen Agrarpolitik – nach Überwindung der Krise – auf dem Wege der Planwirtschaft lehnt Verfasser ab, vielmehr verlangt er vor allem Selbsthilfe auf genossenschaftlicher Basis, unterstützt durch eine möglichst einfache Wirtschaftspolitik.

Soviel über das Grundsätzliche der Schrift. Der weitere Inhalt sei durch Stichworte wie Agrarzölle und Preisabbau, Zollkontingent, Einfuhrscheine, Produktions- und Absatzförderung, landwirtschaftliches Bildungswesen, Überschätzung der Qualitätsproduktion, West-Ost-Siedlung nur kurz angedeutet. Wesentlich Neues im Vergleich mit früheren Schriften gibt uns der Verfasser hier nicht, aber es ist zweifellos verdienstlich, die wichtigsten Punkte in knapper Zusammenfassung und allgemein verständlich dargestellt zu haben. Eine eingehende kritische Behandlung ist deshalb dem hier Vorgebrachten gegenüber nicht am Platze. Dazu müßte man sich in die ausführlicheren Schriften Ritters vertiefen, für die das Büchlein gewissermaßen einen Wegweiser abgibt.

Quante.



Schickenberg, Wilhelm: 1 500 kinderreiche Familien. Hannover: Th. Schulze in Komm. 1930. 35 S. 8° (Schriften des Wohlfahrtsamtes der Stadt Hannover. H. 1.)

Das Material für diese Statistik ist im Wohlfahrtsamt der Stadt Hannover in Wiederholung ähnlicher Erhebungen aus den Jahren 1918—19 und 1921 gesammelt worden; alle Familien, die mit dem Wohlfahrtsamt irgendwie in Berührung gekommen waren und mindestens fünf Kinder unter 16 Jahren hatten, wurden um die Mitte des Jahres 1926 erneut erfaßt. Dadurch, daß der Verfasser nicht bloß auf die Angaben eines Fragebogens angewiesen war, sondern die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Familien durch die städtischen Fürsorgerinnen an Ort und Stelle feststellen lassen konnte, war er in der Lage, sich bei seiner Schilderung nicht nur auf die rein familienstatistischen Verhältnisse zu beschränken, sondern konnte auch über manches andere berichten, was sich durch Fragebogen nicht feststellen läßt, zum Beispiel über den Gesundheitszustand der kinderreichen Mütter, über ihre Wirtschaftsführung, über das Zusammenleben von Mann und Frau bezw. aller Familienmitglieder sowie über die Wohnverhältnisse. Daß gerade dadurch die Darstellung an Lebhaftigkeit gewonnen hat, braucht kaum besonders erwähnt zu werden.

Sehr zu begrüßen ist es, daß der Verfasser auch die Frage nach der Herkunft der kinderreichen Eltern in den Bereich seiner Untersuchung gezogen hat. Da überrascht es, zu hören, daß diese kinderreichen Personen nicht überwiegend vom Lande stammen: 54 v. H. sind in einer Stadt geboren, davon die Hälfte in der Stadt Hannover. Beachtenswert ist auch, daß 70 v. H. dieser kinderreichen Eltern ihrerseits wieder aus kinderreichen Familien stammen. In den 1 500 Familien waren 11 337 Kinder geboren, sodaß im Durchschnitt 7,82 Kinder auf eine Familie entfallen. Dabei waren die Fälle von Mehrlingsgeburten keineswegs häufig; auf 100 Geborene entfielen nur 2,1 Mehrlinge, während in Preußen die entsprechende Zahl der Mehrlinge sich auf etwa 2,4 beläuft. Besondere Beachtung verdient noch der Abschnitt über die Wohnverhältnisse. Auf einen Raum kamen 1,74 Bewohner gegen 1,23 in der ganzen Stadt Hannover: 29,4 v. H. der Familien schliefen in überfüllten Schlafräumen.

Die kleine, nur 35 Seiten umfassende Arbeit bedeutet eine sehr zu begrüßende Bereicherung unserer noch immer recht armen familienstatistischen Literatur.

Semrau.

Schroeter-Hellich: Das Fleischbeschaugesetz nebst preußischem Ausführungsgesetz und Ausführungsbestimmungen sowie dem preußischen Schlachthausgesetze. Mit Erl. Bearb. von Hellich, F. Backhaus [und] Klimmeck. 4. Aufl. Berlin: Schoetz 1930. XV, 800 S. 8° 26.— RM.

Seit dem Erscheinen der 3. Auflage dieses für die Praxis außerordentlich wertvollen Sammelwerks haben es bisher fortschreitende veterinärärztliche und hygienische Erkenntnisse sowie volkswirtschaftliche Umwandlungen notwendig gemacht, im Wege der Gesetzgebung mehrfache Änderungen und Ergänzungen der ursprünglichen gesetzlichen Bestimmungen wie auch der Ausführungsvorschriften zum Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetz durchzuführen. Es ist daher außerordentlich zu begrüßen, daß die Bearbeiter sich der Mühe unterzogen haben, all diese Neuerungen sowie die in der Zwischenzeit ergangenen Ministerialerlasse zu sammeln und zu verarbeiten, um das Werk in der vorliegenden 4. Auflage auf den neuesten Stand der Dinge zu bringen. Das Erscheinen dieser Auflage entspricht in der Tat einem dringenden Bedürfnis der Zeit. Es muß mit besonderer Anerkennung hervorgehoben werden, daß in ihr auch die Auslegungsgrundsätze, die bisher Praxis und Rechtsprechung geliefert haben, in Erläuterungen, Hinweisen und Anmerkungen zu den betreffenden Bestimmungen sachkundig, dank der Mitwirkung des tierärztlichen Sachverständigen Dr. Klimmeck, verwertet worden sind. Dadurch hat das Werk noch mehr an praktischem Gebrauchswert gewonnen. Das Sachregister, das bei solchen Ausgaben einen ganz besonderen praktischen Wert besitzt, ist entsprechend dem neu aufgenommenen Stoff ergänzt worden. Es wäre aber zu wünschen, daß die bei dem Sachregister angewandten Abkürzungen für die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften möglichst mit denen des Inhaltsverzeichnisses in Einklang gebracht und hierbei auch die Anfangs- und Endzahlen der betreffenden Abschnitte bezeichnet werden. Für das leichtere Auffinden der dem Gesetz beigegebenen zahlreichen Anlagen und Muster werde es sich empfehlen, auch diese als Stichwörter im Sachregister aufzunehmen und mit Hinweisen auf die entsprechenden Seitenzahlen des Werkes zu versehen, desgleichen den Begriff „Statistische Zusammenstellungen" in einzelne Stichwörter entsprechend der Art statistischer Berichterstattung zu zerlegen. Bei grundlegenden Begriffen, die in der Praxis eine Rolle spielen, z. B. Notschlachtung, Hausschlachtung usw. wäre es von Nutzen, im Sachregister alle in Frage kommenden Seitenzahlen des Werkes aufzuführen, statt nur die Seiten einzelner Bestimmungen, bei denen sich nicht wenige weitere Verweise finden, die vom Leser von neuem verfolgt werden müssen. In der Praxis wird nicht selten der gesetzliche mit dem landläufigen Begriff der Notschlachtung verwechselt, namentlich in Fällen, wo an dem notgeschlachteten Tier eine Beschau bezw. eine Behandlung im lebenden Zustand noch stattfinden konnte. Auf die gültige Auslegung dieser Fälle im Sinne des Gesetzes und der Statistik müßten im Sachregister besondere Hinweise gegeben werden.

Dr. Kupperberg.

Graf Stolberg-Wernigerode: Fragen der deutschen Milchwirtschaft im Lichte der Statistik. (Berlin: Schmalfeldt) o. J. 10 S. 4° Aus: Ernährungswirtschaft.

Das äußerlich schmale Heft gibt mit Hilfe von vielen Zahlen und knappen Zwischenbemerkungen eine gute Übersicht über das Gebiet der Milchwirtschaft. Ganz besonders klar zeigt der Absatz 4, daß für die Fortentwicklung der deutschen Milchwirtschaft die Verbilligung der Erzeugung die Hauptsache ist. Für die Magermilch, für die vorläufig noch keine bessere Verwendung im großen als der Schweinemagen gefunden ist, bietet auch die Margarineerzeugung keinen genügenden Absatz. Sie kann zur Preisverbesserung nicht beitragen, da je *kg* Margarine nur 250 *g* Magermilch verbraucht werden, während je *kg* Butter 25 000 *g* Mager- und Buttermilch anfallen. Da der Butter- und Margarineverbrauch nach der Aufstellung 7 etwa gleich sind, so kann nur ein Hundertstel der bei der Buttererzeugung anfallenden Reste von der Margarinefabrikation verbraucht werden, ganz abgesehen davon, daß neuerdings gewisse Verfahren versuchen, den Milchverbrauch bei der Herstellung der Margarine einzuschränken. Als größte Gefahr für den deutschen Buttermarkt sind die Überseeländer anzusehen, die, z. Zt. noch verhältnismäßig unerschlossen, bei Ausbau ihrer Milchwirtschaft große Mengen zu billigen Preisen und — wahrscheinlich später — auch in guter Qualität anbieten können. Diese Gefahr ist für die nächste Zeit nur dadurch abzuwenden, daß, wie es für Dänemark und Holland nachgewiesen wird, Qualitätskontrolle und Standardisierung in Deutschland die „beste" Butter hervorbringen, mit der auf Grund des kurzen Transports vorläufig die Überseeländer nicht konkurrieren können. Auf die Einführung der Einfuhrscheine setzt Graf Stolberg-Wernigerode wenig Hoffnungen. Neben der Verbesserung der Inlandsproduktion hält er Zölle für das

wirksamste Mittel zur Förderung der Milchwirtschaft. Wie man sich auch zu den praktischen Vorschlägen des Verfassers stellen mag, so stellt doch jedenfalls seine Arbeit eine außerordentlich begrüßenswerte Verwendung der Statistik dar.

Reuber.

Störck, Richard: Die ständische Kreditverfassung. Berlin-Wien: Erneuerungs-Verl. 1931. 48 S. 8° 1.80 *RM.*

Der Verfasser „schwört auf Spann und gebraucht dunkle Wendungen“ — um eine Formel anzuwenden, die Ulrich Unfried geschaffen hat (die Intellektuellen und der „Kapitalismus“, Teil II, Frankfurter Zeitung Nr. 675 — 77 v. 11. 9. 1931). Die „dunklen Wendungen“, in denen das Wesentliche über die ständische Kreditverfassung zusammengefaßt enthalten ist, stehen auf S. 13, wo es heißt: „Jede ständische Kreditorganisation steht grundsätzlich in enger organischer Verbindung mit den Kreditnehmern. Der Aufbau der ständischen Kreditorganisationen, die Formen und Bedingungen ihrer Krediteinräumung, sind grundsätzlich der besonderen Lage des zu beleihenden (soll wohl heißen: des mit Leihgeld zu versehenden!) Wirtschaftszweiges angepaßt. Die Unmittelbarkeit der Darlehnsgewährung sowie die durch die Standeszugehörigkeit gegebene Kenntnis der Voraussetzungen der Fruchtbarkeit der gewährten Kredite und der Persönlichkeit des Darlehnsnehmers gibt den ständischen Kreditorganisationen die Möglichkeit, die sachlichen Kreditunterlagen gegenüber den persönlichen zurücktreten zu lassen und die persönliche Tüchtigkeit der Kreditnehmer sowie die genossenschaftliche Haftung der Standesgenossen der Kreditgewährung zugrunde zu legen. Der enge Zusammenhang mit den Kreditnehmern und die Unmittelbarkeit der Darlehnsgewährung verleiht dem ständischen Kreditwesen eine besondere Fruchtbarkeit.“ (Sperrungen von mir.) (S. 6 derselbe Gedanke noch dunkler: „Diese Wirtschaftsgemeinsamkeit (zwischen der verleihenden und der das Kapital nutzenden Wirtschaft) schafft eine selbständige neue Fruchtbarkeit, welche über seine allgemeine Ergiebigkeit, die das zur Verfügung gestellte Kapital bereits besitzt, hinausgeht.“ (Sperrungen von mir.)

Diese rätselhafte „besondere Fruchtbarkeit“ entpuppt sich nach der Lektüre der folgenden Seiten, besonders S. 16, als folgender Tatbestand: Eine „ständische“ Kreditorganisation ist ein Spar- und Dahrlehnsverein, dem selbständige Mitglieder eines einzigen Berufes, sagen wir Landwirte, angehören. (Wie ein „Stand“ abgegrenzt wird, bleibt unklar.) Diese Mitglieder kennen einander („organische Verbindung der Kreditnehmer mit der Kreditorganisation“), kennen die Grundlagen und Aussichten ihres Berufes („Kenntnis der Voraussetzungen der Fruchtbarkeit“ usw. usw.). Die Möglichkeit, Leihkapital an falscher Stelle, d. h. ohne entsprechenden Nutzen, anzusetzen, ist deshalb weniger groß als bei Beschaffung des Geldkapitals von Banken, für die ausschließlich der erzielbare Zins und die gebotene Sicherheit maßgebend sind. (Dieser Sachverhalt wird auf S. 27 so ausgedrückt: „Die ständische Krediteinräumung übertrifft . . . die kapitalistische an Lebenswahrheit . . .“) Soweit und hinsichlich der späteren Ausführungen über die Organisation des Kredits ist nichts gegen Störck zu sagen. Dagegen scheint er die Möglichkeit der Verallgemeinerung dieser für Landwirtschaft und Handwerk ausreichenden Kreditform zu überschätzen. Wie soll etwa die deutsche eisenschaffende Industrie wieder in Zunftform gebracht werden? Hier wird der Vertreter der einzigen „wirklichen“ Wirtschaftsform (Spann, tote und lebendige Wissenschaft, 2. Aufl. Jena 9251, S. 26) utopisch. Die Ausführungen auf S. 34 ff. überzeugen nicht im geringsten! Man sieht eigentlich nur das Ressentiment gegen Großindustrie und Finanzkapital.

Die Darlegungen über das Wesen des Kredits bleiben seitenlang unklar. Bis schließlich (S. 25) doch die Formel kommt, aus der ersichtlich ist, daß auch die viel beredete, nirgends wirklich und überzeugend nachgewiesene „höhere Fruchtbarkeit“ des ständischen Kredits nicht mehr vermag als jeder Kredit, wenn er nicht inflatorisch wirken soll — nämlich an irgendeiner Stelle der Volkswirtschaft brachliegende Gelder oder Güter in anderen Händen zu vereinen und in Kapitalform arbeiten zu lassen.

Gutfeld.

Storck, Hans: Die Zahl in der Orthopädie. Stat. Erhebungen an 49 255 Krankheitsfällen der Jahre 1919—1928. Stuttgart: Enke 1930. 162 S. 8° 22.— *RM.* (Deutsche Orthopädie. Bd 7.)

Fast 50000 Fälle der Berliner Orthopädischen Universitätsklinik aus den Jahren 1919—1928 sind hier unter dem Gesichtspunkt der Häufigkeit ihres Vorkommens, ihrer Unterschiede in Bezug auf Ursache, Erscheinungsort und -form nach Alter und Geschlecht ausgewertet.

Eine Einführung in die Technik der Aufstellung zeugt von sorgfältiger Überlegung und guten statistischen Vorkenntnissen. Der Verfasser ist sich über die Gültigkeitsgrenze der Ergebnisse seiner Statistik durchaus klar. Statistische Beobachtungen auch größerer Kliniken sind im allgemeinen nicht repräsentativ, d. h. man kann nicht ohne weiteres annehmen, daß die dort beobachteten und behandelten Fälle gewissermaßen ein verkleinertes, aber sonst genaues Bild der gleichen Verhältnisse in der Gesamtbevölkerung, der die Fälle entstammen, widerspiegelt. Es kommt ihm im wesentlichen nur darauf an, die Häufigkeit irgend einer Leidensursache im Vergleich zu deren Gesamtheit festzustellen. Zur Ermittelung der Verhältnis-Häufigkeit in den einzelnen Altersgruppen dient ein Vergleich mit dem Altersaufbau der Bevölkerung Groß-Berlins. Über den Wert zweier kurzer Vergleiche mit der Krüppelstatistik Biesalskis und dem Ergebnis einer Wiener Statistik aus dem Universitätsambulatorium 1901—1923, bearbeitet von Scheller, kann man geteilter Meinung sein.

Die eigentliche Bearbeitung umfaßt 3 Abschnitte. Im ersten ist bei der Auszählung die Art des Leidens, im zweiten der befallene Körperteil übergeordnet; der dritte bringt Zahlenangaben über die Häufigkeit des Gesamtvorkommens der einzelnen Erkrankungen einschl. ihrer Kombinationen. Den Schluß macht eine kurze Zusammenfassung der Hauptergebnisse. Wir entnehmen daraus folgendes: Der Anteil des weiblichen Geschlechts an orthopädischen Erkrankungen ist im allgemeinen etwas größer; dem Alter nach überwiegen jugendliche Fälle. Die unteren Gliedmaßen sind mit 68 v. H., die oberen nur mit 5 v. H. der Gesamtfälle beteiligt; am häufigsten sind hier Verletzungen, besonders Brüche, bei den unteren Gliedmaßen dagegen weitaus die Deformitäten verschiedener Art. Zeitlich steht einem Rückgang der als Folge von Rachitis und Tuberkulose auftretenden Erkrankungen ein Anstieg der mit Arthritis deformans zusammenhängenden gegenüber. Von den gesamten Fällen betrafen

30	v. H.	Platt- und Knickfüße
18	„	Wirbelsäulenverkrümmungen
11	„	Rachitische Deformitäten
10	„	Mechan. Fuß- „
7,5	„	Angeborene „
7	„	Verletzungen
5	„	Lähmungen
4,5	„	Arthritis deformans
4	„	Knochen- und Weichteilerkrankungen
3	„	Infektiöse Gelenkerkrankungen.

Wenn auch die zahlreichen weiteren Einzelheiten des Werkes im wesentlichen nur für den Fachmann in Betracht kommen, so ist doch immerhin noch Manches auch für den Sozialhygieniker von Wert. Mit seinen zahlreichen Tabellen und vielen, bisweilen recht originellen graphischen Darstellungen stellt die Arbeit entschieden eine Bereicherung unserer Kenntnis von der Häufigkeit der Ursachen von Deformitäten und Verkrüppelungen unserer Bevölkerung dar und bietet in gewissem Sinne eine wertvolle Ergänzung zur Reichszählung der körperlich Gebrechlichen vom Jahre 1925/26, die sich zwar auf die gesamte Bevölkerung des Reiches erstreckte, dafür aber namentlich hinsichtlich der Ermittlung der Gebrechenursache natürlich erheblich hinter der vorliegenden klinischen Statistik mit ihren auf rein fachmännischem Urteil beruhenden Unterlagen zurücksteht. **Gajewski.**

Tobis, Hans: Das Mittelstandsproblem der Nachkriegszeit und seine statistische Erfassung (unter vergleichender Berücksichtigung der französischen Verhältnisse). Berlin-Charlottenburg: Selbstverlag 1930. 119 S. 8° 3.40 *RM.*

Die Arbeit, die als volkswirtschaftliche Dissertation an der Universität Frankfurt a./M. entstanden ist, bietet in knappen, treffenden Formulierungen einen ziemlich umfassenden Überblick über die wirtschaftliche und soziale Lage des Mittelstandes und über die Mittelstandspolitik der Vor- und Nachkriegszeit in den Ländern Deutschland und Frankreich. Es werden die Fragen des alten Mittelstandes (Handwerker, Bauern, die kleinen Unternehmer des Handels und des Verkehrsgewerbes), des neuen Mittelstandes (Angestellte, Beamte, freie Berufe, Hausbesitzer) und der Sondergruppe der Rentner behandelt.

Die statistische Erfassung dieses weitschichtigen Problems unterliegt großen Schwierigkeiten, zumal primärstatistische Unterlagen fast vollkommen fehlen. In der Hauptsache bedient sich der Verfasser der Berufs- und Betriebszählung, sowie der Vermögens- und Einkommensstatistik, nur bei einigen Fragen eigener oder in der Literatur aufgefundener Angaben und Schätzungen. Es ist anzuerkennen, daß in einem besonderen Abschnitt die Methoden der verschiedenen Zählungen, soweit sie hier interessieren, auseinandergesetzt sind. Wenn trotzdem die zahlreichen statistischen Tabellen und Zahlenangaben nur recht unbefriedigenden Aufschluß über Größe und Umfang des Mittelstandes und seiner einzelnen Gruppen geben, so liegt dies weniger an dem Verfasser, der das Material streng wissenschaftlich verwendet und erläutert, als vielmehr, wie schon gesagt, an dem Fehlen eindeutiger, positiver Unterlagen. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob die Statistik jemals zur Lösung des Gesamtproblems in vollkommener Weise beitragen wird, da schon allein der Begriff „Mittelstand“ nicht nach festen, d. h. ökonomischen Größen gewertet werden kann, sondern bei seiner Bestimmung speziell in der Nachkriegszeit auch soziale Momente herangezogen werden müssen, die sich einer statistischen Darstellung in starkem Maße entziehen. Wer sich bei der Bearbeitung von Teilproblemen der Mittelstandsbewegung eine Gesamtschau oder einen Einblick über das Verhältnis der einzelnen Mittelstandsschichten zueinander verschaffen will, wird in dieser Arbeit wertvolle Anregungen finden. **Schweda.**

Tremöhlen, Ernst: Die Geschichte des Fremdenverkehrs im Auslande und im Inlande und seine Förderung durch private und staatliche Organisationen. T. 1. Das Ausland. Berlin: Funk 1931. 207 S. 8° 4.75 *RM.*

Tremöhlen war als Geschäftsführer des „Bundes Deutscher Verkehrsverbände“ gewiß für die Abfassung des vorliegenden Buches berufen. Er hat Material aus 36 Staaten, darunter 24 europäischen, verarbeitet. Man ersieht aus der Arbeit die außerordentlich mannigfaltigen Systeme der Fremdenverkehrsorganisation, die in den einzelnen Ländern herrschen. Wenn daraus hervorgeht, daß in fast allen Ländern der Staat diese Organisationen nicht nur ideell, sondern auch materiell unterstützt, so sollte die Nutzanwendung auf Deutschland nahe liegen. Daß auch die Parlamente sich des Fremdenverkehrs annehmen, zeigt die Bildung einer parlamentarischen Gruppe für Verkehr, Touristik und Hotelwesen in der Schweiz und einer parlamentarischen oder interfraktionellen Gruppe des Tourismus in Frankreich, die aus 144 Mitgliedern des Senats und der Deputiertenkammer besteht. — Viel zu wünschen läßt noch die wissenschaftliche Erforschung des Fremdenverkehrs, obgleich auf diesem Gebiete sicherlich in nächster Zeit Fortschritte zu erwarten sind. Bisher bestehen drei Institute dafür: das Forschungsinstitut für den Fremdenverkehr in Berlin, die Einrichtungen in Rom (Prof. Mariotti), die nach einem Vorschlag des „Enit“ an den Unterrichtsminister zu der Gründung einer Hochschule für Fremdenverkehr in Rom führen sollen und das Forschungsinstitut für den Fremdenverkehr in Athen (*Institut d'Etudes et Relations Touristiques*). Als Unikum berichtet Tr. über ein einziges Gesetz, betreffend den Schutz des Fremdenverkehrs, und zwar in der Südafrikanischen Union.

Für alle Länder gibt Tr., soweit überhaupt Material vorliegt, Angaben aus der Fremdenverkehrsstatistik. Wenn man daraus die Verschiedenheiten der Statistik erkennt, so muß man den Bestrebungen auf Schaffung einer internationalen Fremdenverkehrsstatistik Erfolg wünschen, die auch das Internationale Statistische Institut auf seiner Tagung in Kairo und später in Warschau gefordert hat. — Interessant ist, was nach Mitteilung des Leiters des französischen *Office National du Tourisme*, Vallat, der Fremdenverkehrsrat dem Innenministerium vorgeschlagen hat:

> „Es soll eine Verordnung erlassen werden, nach der alle Anmeldezettel der Hotelgäste gesammelt werden. Aus diesen Anmeldezetteln läßt sich mit Leichtigkeit die Staatsangehörigkeit und der Wohnort des Reisenden feststellen. Wir werden so die genaue Zahl der von Fremden in den einzelnen Städten verbrachten Nächte erhalten und auf diese Weise die Gründe der Zu- und Abnahme leichter feststellen können.“

In diesem Zusammenhang sei auf eine soeben auf Grund entsprechender Anträge des neuen italienischen Kommissariats für den Tourismus erfolgte Maßnahme hingewiesen. Danach sind die ausländischen Touristen zu keiner anderen Formalität als derjenigen der einmaligen Anmeldung im ersten Ankunftsort in Italien verpflichtet. Auch sollen die Polizeibehörden Sorge tragen, daß die Touristen durch die notwendige Abfertigung in keiner Weise behelligt werden.

Gerade in der jetzigen Zeit, in der durch die „Ausreisegebühr“ die Frage der Reisen der Deutschen ins Ausland lebhaft erörtert wurde, interessiert es zu hören, daß der Touristenverkehr der Deutschen nach der Schweiz von 1926 bis 1928 um rund 140 000 = 34 v. H. gestiegen ist und bei vorsichtiger Schätzung Tremöhlens die Ausgaben der Deutschen allein für Unterkunft und Verpflegung mindestens jährlich 35 Mill. Francs betragen haben.

Nach dem aufschlußreichen ersten Band „Das Ausland“ darf man dem zweiten Band über „Deutschland“ erwartungsvoll entgegensehen. **Dr. W. Bloch.**

Vahlbruch, Rudolf: Ausgleich der Arbeitsspitzen unter den verschiedenen Verhältnissen der Landwirtschaft und besonderer Berücksichtigung schleswig-holsteinischer Betriebe. Zugleich ein Beitrag zu der Frage einer zweckmäßigeren Gestaltung des Arbeits- und Lohnaufwandes. Berlin: Parey 1930. X, 129 S. 4° 15.— *RM.*

Die Schrift gibt in einer Zeit, wo die Landwirtschaft infolge Kaufkraftsschwächung der breiten Massen vorläufig nicht auf höhere Preise ihrer Erzeugnisse rechnen kann, manche Anregung für den landwirtschaftlichen Betriebsleiter, wie er durch Drosselung und sachgemäße zeitliche Verteilung seines Betriebsaufwandes versuchen muß, einen Reingewinn zu erzielen.

Wechselnder Arbeitsbedarf im Verlaufe eines Jahres, der u. a. durch die Abhängigkeit von Saat und Ernte, von Sommer und Winter, Frühling und Herbst bedingt ist, entsteht in steigendem Maße mit fortschreitender Intensivierung. Der höchste Arbeitsverbrauch, die sogenannte Arbeitsspitze, ist für die Betriebsorganisation in der Landwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung. Diese Arbeitsspitzen können, wenn sie nicht organisch im Betriebe ausgeglichen werden, die Reinerträge beträchtlich drücken. Daher muß ein Ausgleich der entstandenen Arbeitsspitzen bei Hand- und Gespannarbeiten angestrebt werden.

Im ersten allgemeinen Teil der Schrift zeigt der Verfasser wie es möglich ist, diese Arbeitsspitzen auszugleichen durch: Rationellen Fruchtfolgeplan — Praktische Anlage der Gebäude — Günstige Hof- und Feldlage — Zeitgemäße Anwendung von Maschinen und Geräten — Passende Arbeiten im Wald, Knick und in den Korbweideanlagen — Zweckmäßige Winterarbeit (Dreschen, Meliorationen, Wegeverbesserungen usw.) — Technische Nebengewerbe — Beschäftigung von Wanderarbeitern — Zweckentsprechende Formen der Gespannhaltung — Kraftpflüge — Verkehrsanlage, Transportarbeiten, Feldbahn, Wasserwege, Lastkraftwagen, Lage der Mühle, Schmiede usw.

Ausschlaggebend für eine rationelle Betriebsorganisation ist natürlich der Betriebsleiter. Von ihm hängt einzig und allein der sinngemäße Ausgleich der Arbeitsfaktoren in seinem Unternehmen ab. Dabei ist jegliches Organisationsschema zu verwerfen, da bekanntlich nach Rezepten in der Landwirtschaft nicht verfahren werden kann.

Im 2. Teil untersucht der Verfasser die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse von 12 schleswig-holsteinischen Wirtschaften, um darzutun, wie sich der Landwirt einen Überblick über den Arbeitsrythmus seines Betriebes verschaffen kann.

Vahlbruch kommt zum Schluß zu dem Ergebnis, daß heute die Rentabilität eines jeden landwirtschaftlichen Betriebes im wesentlichen vom Lohnaufwand, der 20—50 % des Gesamtaufwandes beträgt, abhängt. Infolgedessen muß der Landwirt den Arbeitshaushalt seines Betriebes genau überwachen, um stets in der Lage zu sein, die Hand- und Gespann-Arbeitsspitzen auszugleichen.

Buhl.

Wagemann, Ernst: Einführung in die Konjunkturlehre. Leipzig: Quelle & Meyer 1929. 161 S. 8° 1.80 *RM.*

Der Präsident des Statistischen Reichsamts und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung gibt in dieser Einführung einen Überblick über den heutigen Stand der Konjunkturwissenschaft und zugleich über die Grundsätze, nach denen im deutschen Konjunkturinstitut die praktische Konjunkturbeobachtung vorgenommen wird.

Zuerst werden die methodischen Grundlagen geschildert, auf denen sich die Konjunkturlehre aufbaut. Im Gegensatz zu den Krisentheorien betrachtet die Konjunkturforschung alle Veränderungen des Wirtschaftslebens und sucht von einer empirischen Grundlage aus die Bewegungen der Wirtschaftselemente zu erklären, wobei die Betrachtung der eigentlichen Konjunktur als der wichtigsten Bewegungsform im Vordergrund steht. Aus den festgestellten Tatsachen erkennt man zunächst eine bestimmte Verbundenheit der Bewegungserscheinungen und schließt daraus auf ein System konjunktureller Funktionalbeziehungen, das in seinen Veränderungen von den Veränderungen der Wirtschaftsverfassung abhängig ist. Für diese Abhängigkeit wird dann die kausale Begründung gegeben.

Im Anschluß an die Darstellung der methodischen Grundlagen wird die praktische Durchführung der Konjunkturbeobachtung behandelt. Die Grundlage bilden eine große Anzahl von einfachen oder zusammengesetzten Zahlenreihen, aus denen einmal die nicht konjunkturellen Veränderungen (Saisonschwankungen, *trend* usw.) auszuschalten sind, damit sie als Ausdruck der Konjunktur angesehen werden können. Die „bereinigten" Reihen sind dann noch in ihrer Bewegung vergleichbar zu machen. Nach der Art ihrer Bewegung zueinander können die Reihen dann zu Wirtschaftsbarometern zusammengefaßt werden. Wie nun die Konjunkturbeobachtung durchzuführen ist, wird an einem praktischen Beispiel, den Beziehungen zwischen dem industriellen Beschäftigungsgrad und dem Volkseinkommen, der Kapitalbildung usw., gezeigt. Zum Schluß werden die für die Jahre 1926/29 vom Konjunkturinstitut aufgestellten Diagnosen mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen und dadurch ihre Bedeutung als Prognosen charakterisiert.

Seiner Bestimmung gemäß beschränkt sich das Buch auf eine knappe Darstellung und Begründung der behandelten Probleme und Tatsachen; vieles wird nur angedeutet oder zu unmittelbar nebeneinander gestellt, was der Leser sich zum besseren Verständnis gern ausführlicher und zusammenhängender wünschen dürfte. Das gilt umsomehr, als die Meinungen über den Wert der Konjunkturforschung sehr auseinandergehen. Wer sich daher über diesen neuen Zweig der Wirtschaftswissenschaft ein eigenes Urteil bilden will, wird schon zu größeren Werken, etwa der „Konjunkturlehre" des Verfassers, greifen müssen; als Leitfaden dazu, wie es auch gedacht ist, wird ihm das vorliegende Buch dienen können.

L.

Weltmontanstatistik. Herausgegeben von der Preußischen Geologischen Landesanstalt. Die Versorgung der Weltwirtschaft mit Bergwerkserzeugnissen. I. 1860—1926. T. 2: Erze und Nichterze. Bearbeitet von M. Meisner. Stuttgart: Enke 1929. 394 S.

Der 1. Teil der „Weltmontanstatistik", umfassend Kohle, Erdöl, Steinsalz, Kali und Salpeter, ist bereits im Jahre 1925 erschienen und an dieser Stelle gewürdigt worden. Mit dem nunmehr vorliegenden 2. Teil, umfassend Erze und Nichterze, findet das von der Preußischen Geologischen Landesanstalt herausgegebene und von M. Meisner bearbeitete Gesamtwerk einen vorläufigen Abschluß, wobei hinzugefügt werden muß, daß nach dem Vorwort des Verfassers geplant ist, anschließend an diese zunächst geschaffene breite Grundlage über eine Reihe laufender Fortsetzungen allmählich zu einer Art Jahrbuch der Weltmontanstatistik zu gelangen. Neben diesem begrüßenswerten Vorhaben ist das bisher Erreichte schon ein bedeutender Fortschritt in der Ausfüllung einer oft empfundenen Lücke der deutschen Statistik. Dabei wird jeder, der die Schwierigkeiten internationaler Materialsammlung bei der Zusammenstellung montanwirtschaftlicher Angaben erfahren hat, die Leistung des Verfassers doppelt zu würdigen wissen.

Die beiden Hauptabschnitte des neuerschienenen 2. Teiles gliedern sich in 24 Unterabschnitte, in denen die „Erze" und „Nichterze" einzeln dargestellt sind:

I. Erze: Gold, Silber, Platin und Platinmetalle, Aluminium und Bauxit, Eisen und Stahl, Manganerz, Quecksilber, Zinn, Kupfer, Blei und Zink (einschl. Kadmium), Stahlveredeler (Nickel, Kobalt, Wolfram- und Chromerze, Vanadin), Sprödmetalle (Arsen, Antimon, Wismut, Molybdän) und die seltenen Grundstoffe (Radium, Uran, Thorium, Zer usw.).

II. Nichterze: Asbest, Glimmer, Schwefel (einschl. Schwefelkies), Phosphat, Graphit, Asphalt, Flußspat und Kryolith, Schwerspat und Witherit, Strontianit und Zölestin, Magnesit, Edelsteine.

Jeder dieser Unterabschnitte enthält ausführliche Angaben über Vorkommen und Eigenschaften der Mineralien, Schätzungen der noch auszubeutenden Vorräte, Art der Gewinnung, Umfang der Produktion nach Menge und Wert, Preisentwicklung, Besitzverhältnisse, Konzerne und Kartelle, Verwendungszwecke, Weiterverarbeitung und Verbrauch sowie Absatzgebiete und Handelsverkehr (Aus- und Einfuhr), wobei neben der rein wirtschaftspolitischen oft auch die allgemein- und finanzpolitische Bedeutung der Mineralien für die Gewinnungsländer hervorgehoben ist. Darüber hinaus findet beim Gold und Silber der monetäre Charakter der beiden Edelmetalle eine eingehende Würdigung. In dem Abschnitt über Eisen und Stahl ist den ersten Stufen der Weiterverarbeitung des Erzes eine breitere Darstellung gewidmet, obgleich im Hinblick auf die große Bedeutung von Eisen und Stahl im Rahmen der Weltmontanwirtschaft hierbei sich noch manches — ähnlich wie bei der Kohle — ergänzen ließe.

Das umfangreiche Zahlenmaterial veranschaulichen viele graphische und kartographische Abbildungen. Geschichtliche Überblicke heben die wichtigsten Daten der weltmontanwirtschaftlichen Entwicklung hervor. Ein besonderer Vorzug des Werkes liegt ferner darin, daß neben den mannigfachen anmerkungsweisen Quellenbezeichnungen bei jedem Unterabschnitt die einschlägige internationale Literatur nachgewiesen ist, sodaß jedem, der tiefer in eine Spezialfrage eindringen will, das Aufsuchen des Quellenmaterials ungemein erleichtert wird.

Gewiß sind noch manche Lücken auszufüllen, dessen ist sich der Verfasser auch bewußt, doch dürfte dies bei den später vorgesehenen Überarbeitungen leicht nachgeholt werden. Besonders vermißt wird vielfach eine etwas eingehendere und zahlenmäßig belegte Kennzeichnung der Betriebsverhältnisse (Zahl und Größe der Betriebe, Arbeiterzahl, Umfang der wirtschaftlichen und technischen Rationalisierung), über die — zumindest bei Eisen und Stahl, Kupfer, Blei, Zink und Zinn ebenso wie bei Kohle und Kali — Veröffentlichungen der Hauptproduktionsländer vorliegen. Leider ist auch der 1925 erschienene 1. Teil durch den kurzen Nachtrag im 2. Teil, der nur eine Seite umfaßt, nicht genügend ergänzt. Weiterhin sei angeregt, ob es nicht bei künftigen Fortführungen zweckmäßig wäre, in einem Schlußabschnitt eine zusammenfassende Darstellung Deutschlands innerhalb der Weltmontanwirtschaft zu geben.

Wenn auch dem Werk vereinzelt noch Mängel anhaften, so vermögen diese den großen Wert, der in der für Deutschland erstmaligen umfassenden statistischen Darstellung der Weltmontanwirtschaft liegt, um nichts zu schmälern. Zudem ist es keine Zusammenballung nüchternen Zahlenmaterials, sondern ein flüssiger, leicht verständlicher und lebendig gestaltender Text ergänzt und verbindet sich mit Schaubildern und Zahlen zu einem einheitlichen Ganzen, das vielen ein unentbehrliches Nachschlagewerk und ausgezeichnetes Lehrbuch der Weltmontanwirtschaft sein wird. Bleibt nur zu wünschen, daß es dem Verfasser ermöglicht wird, dieses grundlegende Werk laufend zu ergänzen.

Sicha.

Wiemann, Josef, und Georg Franke: Der deutsche Viehbestand und die Tierseuchen in Zahlen, Karten und Tafeln. Berlin: Schoetz 1928. 183 S. 8° 12.80 RM.

Die Verfasser haben sich im vorliegenden Werk die Aufgabe gestellt, die seit 1886 im Deutschen Reich geführte Tierseuchenstatistik, die aber bisher für die veterinärärztliche Erkenntnis nicht genügend ausgewertet und zusammenfassend dargestellt wurde, einheitlich zu bearbeiten, um das Auftreten, den zeitlichen Ablauf und die räumliche Verbreitung der in Deutschland durch die Gesetzgebung bekämpften Viehseuchen darzustellen. Die Untersuchung erstreckt sich über einen Zeitraum von 40 Jahren. Die Verfasser, die selbst anerkannte veterinärärztliche Fachmänner sind, gehen von der richtigen Erkenntnis aus, daß die „Statistik als wissenschaftliches Untersuchungsverfahren für die Erforschung der Entstehung und des Ablaufs der Tierseuchen von mindestens ebenso großer Bedeutung ist wie die Bakteriologie, Serologie, Theropie und Immunitätswissenschaft. .... Insbesondere ist aber die Statistik untrügliches Hilfsmittel zur Nachprüfung der Wirksamkeit der zur Bekämpfung der Tierseuchen angewendeten Maßnahmen". In diesem methodologischen Rahmen werden die wichtigsten anzeigepflichtigen Viehseuchen, die Gegenstand gesetzlicher Bekämpfung sind, unter Benutzung lehrreicher graphischer Darstellungen nach ihrem Vorkommen bei den verschiedenen Viehgattungen, ihrem Ablauf, ihrer örtlichen Verbreitung und der Höhe ihres Schadens am deutschen Viehstand behandelt. In einem besonderen Abschnitt geben die Verfasser einen Abriß über die Entwicklung der Viehseuchen-Gesetzgebung und der Maßnahmen, die die Veterinärpolizei zur Bekämpfung der Seuchen anwendet. Sowohl geschichtlich wie statistisch-methodologisch stellt dieses Werk eine wertvolle Bereicherung des statistischen Schrifttums dar. Es wäre zu wünschen, daß das Werk wegen seines belehrenden Inhalts auch in den veterinärärztlichen Kreisen große Verbreitung findet.

Dr. Kupperberg.

Leipziger Wirtschafts-Handbuch. Systematisch-statistische Darstellung der Leipziger Wirtschaft. Hrsg. von der Industrie- und Handelskammer Leipzig durch Dr. Hans Rückert.

Bd 1. Die Wirtschaftsvertretungen (Öffentliche und private wirtschaftliche Körperschaften). 1 000 S. Leipzig 1927.

Bd 2. Die Behörden und öffentlichen Anstalten (Ämter und Einrichtungen der Verwaltung und Rechtspflege). 403 S. Leipzig 1928.

Bd 3. Die Unternehmungen (Gerichtlich eingetragene Firmen und Genossenschaften). 1 100 S. Leipzig 1930.

Ein umfangreiches Adressen-, Auskunfts- und Zahlenmaterial ist in dem vorliegenden dreibändigen Wirtschafts-Handbuch auf 2 500 Seiten mit großer Sorgfalt zusammengetragen. Nach dem eigenen Geleitworte will dieses Werk ein Führer durch die Leipziger Wirtschaft sein und zugleich die Wege weisen, die zu ihr leiten und von ihr ausstrahlen. Dieser erste mühevolle und durch Aufbau und Zielsetzung bemerkenswerte Versuch, von der Leipziger Wirtschaft ein möglichst vollständiges und einwandfreies Gesamtbild zu entwerfen, wird gerechtfertigt durch die hervorragende Stellung Leipzigs unter den Marktplätzen Deutschlands und der Welt und durch die weitgehende Verflechtung der großen Messestadt mit der internationalen Wirtschaft. Das Werk sollte daher auch eine über den engeren Leipziger Bezirk hinausgehende Beachtung im In- und Ausland finden; diesem Umstand trägt das Firmen-Handbuch (3. Band) dadurch Rechnung, daß es die hauptsächlichsten, der Ordnung dienenden Teile und

Überschriften in deutscher, englischer und französischer Sprache wiedergibt.

Jeder Band, das Verbände-, das Behörden- und das Firmen-Handbuch, zerfällt in einen systematischen und einen statistischen Teil, dem jeweils alphabetische und Sachverzeichnisse angeschlossen sind. Der systematische Teil, der etwa in Form eines Adreßbuches die Einzelglieder des zu behandelnden Sachgebietes mit allen wünschenswerten Merkmalen und in möglichst vollkommener Weise darstellt, fällt nicht so sehr durch diese mit viel Kleinarbeit aufgebauten Einzelteile auf, als vielmehr durch die mit Geschick und Erfolg erdachte logische und systematische Ordnung, durch die diese Einzelglieder sowohl miteinander verbunden, als auch in den größeren Rahmen der sächsischen und deutschen Wirtschafts- und Staatsordnung hineingestellt werden. Es ist deshalb nicht zuviel gesagt, wenn man die Inhaltsverzeichnisse, als Spiegel dieser in allen drei Bänden trotz der Verschiedenheiten des Stoffes gleichartig wiederkehrenden Ordnungsprinzipien, als die beachtlichste Leistung des ganzen Werkes hinstellt. Dies gilt auch selbst dann, wenn man nicht mit allen Einzelheiten der Einteilung einverstanden ist, wie z. B. der Unterteilung der Erwerbswirtschaft im I. Abschnitt des Firmenbuches in Industrie, Handel und Gewerbe. In jedem Band ist der systematische Teil in drei Abschnitte untergegliedert, die hier kurz genannt seien. Im Verbände-Handbuch sind im 1. Abschnitt die öffentlichen, im 2. die privaten Wirtschaftsvertretungen und im 3. die Spitzenvereinigungen der Leipziger Wirtschaft dargestellt. Das Behörden-Handbuch gliedert seinen Stoff nach Verwaltung, Rechtspflege und Spitzenverbänden, das Firmen-Handbuch nach Erwerbswirtschaft, Gemeinwirtschaft und Spitzenunternehmungen auf.

Der statistische Teil jedes Bandes versucht im Rahmen der gesamtdeutschen Wirtschaft eine Zerlegung und Zusammenfassung der charakteristischen und zahlenmäßig erfaßbaren Merkmale des systematischen Teils in mannigfacher Gliederung. Hiervon macht das Behörden-Handbuch insofern eine kleine Ausnahme, als die dort enthaltenen Zahlenbilder charakteristische Ausschnitte aus der Tätigkeit der Behörden und öffentlichen Anstalten bringen unter planmäßiger Auswahl solcher Aufstellungen, die der Aufgabe des gesamten Werkes, dem Dienst an der Wirtschaft, gelten. Ein verhältnismäßig geringer Teil der Zusammenstellungen ist anderen amtlichen und privaten Quellen entnommen. Eine ganze Reihe von Tabellen hat erst eine Sonderbearbeitung erfahren oder fußt sogar auf eigenen größeren Erhebungen. Hier sei besonders die Zählung der Unternehmungen des eigenen Kammerbezirkes vom 16. Juni 1927 erwähnt, die sich im allgemeinen an die genau zwei Jahre vorher stattgefundene Reichsgewerbezählung anlehnt, in vielen Einzelheiten darüber hinausgeht. Diese sicherlich recht kostspielige Erhebung hätte jedoch erst dann ihren vollen Wert erhalten, wenn sowohl in gewerbesystematischer Hinsicht — was übrigens auch für viele andere Teile des Handbuches gilt — und im methodischen Aufbau, insbesondere bei der Erhebungseinheit und bei der Aufbereitung, als auch durch die ohne allzu große Kosten mögliche Einbeziehung der in der Handwerksrolle eingetragenen Handwerksbetriebe eine stärkere Angleichung an die amtliche Reichsstatistik erfolgt und damit die überaus wichtige Vergleichsmöglichkeit mit der Gewerbezählung von 1925 geschaffen worden wäre. Dieser Fehler wird durch die Bestandsbewegung der handelsgerichtlich eingetragenen Firmen mittels Fortschreibung bis zum Jahre 1929 wenigstens etwas auszugleichen versucht.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß die großen Vorzüge dieses Werkes erst dann in das rechte Licht gerückt werden würden, wenn der Verfasser sich zu einer Auswertung der systematischen und statistischen Aufstellungen in einem Sonderband entschließen könnte und auf diese Weise die allzu nüchternen Zahlenreihen zum Leben erwecken würde. Dabei sollte nicht vergessen werden, durch weitergehende Erläuterungen, als es in den knappen Einführungen geschehen ist, zum besseren Verständnis der Tabellen, der jeweiligen Unterlagen und ihrer Entstehung beizutragen. **Schweda.**

Woytinsky, Wladimir: Der deutsche Arbeitsmarkt. Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik 1919 bis 1929. I: Text und statistische Unterlagen. II: Graphische Darstellungen. Berlin: Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1930. 8° 6.— RM.

Woytinsky nimmt eine gründliche Analyse der Ergebnisse der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik vor, wobei der Zeitraum von 1919 bis 1929 im Vordergrund steht. Zunächst wird eine Übersicht über die Materialien gebracht, und die Methode ihrer Auswertung wird kurz kizziert. Dabei wird festgestellt, daß die Betrachtung des Arbeitsmarktes schon vor dem Wiedereinsetzen „normaler" Verhältnisse — das Institut für Konjunkturforschung setzt dieses Ereignis erst für Ende 1925 an — beginnen soll. Wenn Woytinsky freilich meint, daß die Ziffern des Arbeitsmarktes dadurch, daß sie schon von 1919 bis zur Stabilisierungskrise einigermaßen erkennbare Saisonschwankungen zeigten, die „Normalität" der Verhältnisse vor 1925 bewiesen, so möchte ich ihm angesichts der schwachen Ausbildung und häufigen Durchkreuzung dieser Saisonschwankungen hier doch nicht folgen — und die Notwendigkeit, die Betrachtung vor 1925 einsetzen zu lassen, doch lieber darauf abstellen, daß man die Entwicklung einer Erscheinung wohl umso besser verstehen wird, je weiter man zu ihrem Ursprung vordringt. Gerade zum Verständnis des Gegensatzes zwischen der Verschwendung menschlicher Arbeitskraft zwischen 1918 und 1924 und der Rationalisierung, die das Bild des Arbeitsmarktes so gründlich verändert — und wohl für die Dauer verändert — hat, ist das Zurückgreifen bis 1919 ohne Rücksicht auf ein immerhin in jeder Beziehung schwankendes Kriterium wie Saisonbewegungen nötig. In der auf die methodologischen Ausführungen folgenden Schätzung der Entlastung des Arbeitsmarkts in den Jahren 1930 bis 1934 durch die „natürliche" (da heißt hier: durch die Kriegsentwicklung beeinflußte) Bevölkerungentwicklung kommt Woytinsky mit gutem Grund zu Ziffrön, die von den Schätzungen des Statistischen Reichsamts nach unten abweichen.

Den Häuptteil der Untersuchung bildet die Darstellung der Entwicklung der Arbeitsmarktverhältnisse (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Einflüsse der Konjunktur und der Saisonschwankungen, verschiedene Entwicklung bei Männern und Frauen) der verschiedenen in der gewerkschaftlichen Statistik vertretenen Berufsgruppen. Sehr wertvoll scheinen mir die hierin als Nebenprodukte anfallenden Hinweise auf die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsverfassung in einzelnen Gewerben. Diese Darstellung wird in einem späterem Kapitel in den Grundzügen auch für die Vorkriegszeit durchgeführt; das interessanteste Ergebnis ist die für 1919 bis 1929 gegenüber 1906 bis 1914 festzustellende Minderung der Stärke der saisonmäßigen Arbeitslosigkeit, eine Erscheinung, die nicht nur für den Arbeitgeber, sondern auch durch die erhöhte Stetigkeit der Beschäftigung für den Arbeitnehmer wertvoll i t. Leider weist Woytinsky nicht darauf hin, daß diese Stetigkeit durch erhöhte Arbeitslosigkeit im ganzen erkauft werden mußte und daß es durchaus denkbar ist, daß diese gewaltig vermehrte Reservearmee (vielleicht nicht gerade in dem augenblicklichen Umfang von 5 Millionen) eine Dauererscheinung bleibt.

Schließlich vergleicht Woytinsky die gewerkschaftliche Arbeitslosenstatistik mit der gewerkschaftlichen Statistik der Geschäftslage (Konjunkturstatistik) und mit der Statistik der Erwerbslosenversicherung (einschließlich der Arbeitsnachweisstatistik). In beiden Fällen kommt er zu [illegible] erfreulich genauen Übereinstimmung der Ergebnisse m[illegible] der gewerkschaftlichen Arbeitslosenstatistik. Was die „Konjunkturstatistik" als solche angeht, so gibt sie freilich in vielen Fällen zu stark den augenblicklichen Stand der Beschäftigung in den erfaßten Betrieben wieder, wie er nicht allein unter dem Einfluß der Konjunktur selbst, sondern auch aus saisongemäßen Einflüssen sich bildet: die wirkliche Geschäftslage, deren wichtigste Komponente das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von in Zukunft erst auszuführenden Aufträgen ist, wird von dieser Statistik in ihrer augenblicklichen Form nicht erfaßt. Woytinskys Ansätze zu Vorschlägen zu ihrer Verbesserung im Sinne einer wirklichen, in die (nähere) Zukunft weisenden Konjunkturstatistik sind noch ziemlich summarisch, wie es bei einem so schwierigen Unternehmen auch nicht anders sein kann.

Gutfeld.

Woytinsky, Wladimir: Tatsachen und Zahlen Europas. Wien-Leipzig-Paris: Paneuropa Verlag 1930. 210 S. 8° 6.— *RM.*

In diesem Buche sucht der bekannte Verfasser aufs neue von einem ganz bestimmten Gesichtspunkt aus zu der großen Frage der Völkerverständigung Stellung zu nehmen. Er gibt in einer Reihe von Tabellen und graphischen Darstellungen die sozialen und wirtschaftlichen Grundtatsachen der europäischen Völker wieder, die die bisherige Entwicklung und den heutigen Stand der europäischen Wirtschaft zeigen und auch ihre zukünftige Entwicklung erkennen lassen sollen. Mit diesen Angaben soll die Bedeutung eines vereinigten Europas — sei es nur Kontinentaleuropas oder eines Europas mit Einschluß Großbritanniens und weiterhin auch Rußlands — gekennzeichnet, aus ihnen die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses gefolgert werden. Die wirtschaftliche Stellung Europas in der Welt und besonders gegenüber Nordamerika hat sich in den letzten Jahrzehnten geändert; seine Vormachtstellung ist — nicht zuletzt durch den Krieg — erschüttert. Es ist daher darauf angewiesen, in friedlicher Zusammenarbeit neue Wege zu seiner Weiterentwicklung zu gehen. Die enge wirtschaftliche Verbundenheit der europäischen Staaten und das Aufhören des Druckes der Übervölkerung bilden die günstigen Voraussetzungen für einen Zusammenschluß. Europa braucht aber auch diesen Zusammenschluß, um sich eine neue eigene Rohstoff- und Ernährungsbasis zu schaffen, nicht etwa, um ein autarkes Gebilde zu werden, sondern um seine Abhängigkeit in bezug auf Rohstoffe und Nahrungsmittel durch die Ausnutzung seiner Bodenschätze und Entwicklung seiner produktiven Kräfte (vor allem in der Landwirtschaft) zu vermindern. An die Stelle der Macht, die Europa durch seine technische und kulturelle Überlegenheit, durch seine Auswanderung, seinen Kolonialbesitz ausgeübt hat, treten jetzt mehr und mehr Wirtschaftsbeziehungen mit gleichberechtigten Partnern. Europa kann sich in diesen Wirtschaftsbeziehungen nur behaupten und am wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt teilnehmen, wenn es — nicht zum mindesten durch eine einheitliche wirtschaftliche und soziale Gesetzgebung — eine freiwillige und gerechte Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Völkern und Volksschichten erstrebt.

Zu diesen Gedankengängen gelangt der Verfasser, wie bereits erwähnt, auf Grund zahlreicher statistischer Angaben über den Stand und die Bewegung der Bevölkerung, über die industrielle und landwirtschaftliche Produktion, über den Kolonialbesitz, über das Volkseinkommen usw. und vor allem über den Außenhandel mit Rohstoffen, Nahrungsmitteln und industriellen Erzeugnissen. Diese Angaben sind den Veröffentlichungen der deutschen und ausländischen amtlichen Statistik, den Statistiken des Völkerbundes, der großen statistischen Institute usw. entnommen. Manche Zahlenangaben sind nur durch Schätzung gewonnen; diese Tatsache darf bei der Beurteilung der einzelnen Schlußfolgerungen nicht außer acht gelassen werden. Ob man nun mit der Einstellung, aus der heraus diese Schlußfolgerungen gezogen werden, übereinstimmt oder nicht, man wird diese Zusammenstellung von „Tatsachen und Zahlen" als einen schätzenswerten Beitrag zur Beurteilung des Problems einer europäischen Völkergemeinschaft ansehen können.

L.

Eingesandte Schriften.

Bircher-Benner, M., und Max Edwin Bircher: Früchtespeisen und Rohgemüse. 13. Aufl. Basel, Leipzig, Wien: Wendepunkt-Verlag 1931. 57 S. 8° (Wendepunkt-Bücher. Nr. 1.)

Glungler, W.: Rechtsschöpfung und Rechtsgestaltung. 3. Aufl. München: Maidl 1930. 86 S. 8° 2.50 *RM.*

Jahrbuch der Frauenarbeit. Hrsg. von J. Silbermann. Bd. 7. 1931. Berlin-Wilmersdorf: Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten (1931). 128 S. 8° 4.— *RM.*

Jahrbuch, Statistisches, der Stadt Wien. (N. F. Jg. 2.) 1929. Wien 1930. IX, 316 S. 8° 15 Sch.

Ortschaftsverzeichnis, Amtliches, für die Provinz Oberschlesien. Hrsg.: Presse-, Statistisches- und Verkehrsamt. Ratibor: Niekammer in Komm. 1930. XV, 128 S. 8°.

Ortsverzeichnis, Mecklenburgisches, 1930. Rostock: Rostocker Anzeiger (1930). 186 S. 8°.

Südwestdeutschland als Kultur- und Wirtschaftseinheit. 7 Rundfunkvorträge von Stadtrat Michel (u. a.). Frankfurt a./M.: Brönner 1931. 95 S. 8° 1,50 *RM.*

Buchdruckerei W. Koebke, Berlin S., Alexandrinenstraße 99.

Berlin SW 68. **Verlag des Preussischen Statistischen Landesamts.** Lindenstr. 28.

Preußische Statistik (Amtliches Quellenwerk).

Herausgegeben in zwanglosen Heften vom

Preußischen Statistischen Landesamt in Berlin.

Format: Hoch-Quart.

Jedes Heft bildet ein abgeschlossenes Ganzes und ist einzeln käuflich.

Verzeichnis der früher erschienenen Hefte dieses Quellenwerks kostenfrei.

Heft 243. Finanzstatistik der preußischen Städte und Landgemeinden für das Rechnungsjahr 1911:
Ostpreußen. (VIII u. 324 S.) 1914 . . . . 8,40 RM
Westpreußen. (VIII u. 282 S.) 1915 . . . . 7,40 „
Pommern. (XXII u. 362 S.) 1916 . . . . 9,80 „
Brandenburg. (CXXII u. 780 S.) 1918 . . . . 23,20 „
Schleswig-Holstein. (L. u. 334 S.) 1918 . . . . 9,80 „
Rheinprovinz und Hohenzollernsche Lande. (XCIV u. 416 S.) 1919 . . . . 13,— RM
Posen und Schlesien. (VIII u. 432 S.) 1919 . . . . 11,20 „
Sachsen und Hannover. (VIII u. 347 S.) 1919 . . 9,— „
Westfalen und Hessen-Nassau. (VIII u. 415 S.) 1920 10,80 „
Staat. (183* u. 47 S.) 1920 . . . . 6.— „

Heft 244. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1913. (XII u. 212 S.) 1914 . . . . 5,80 RM

Heft 245. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1913. (XXIX u. 250 S.) 1914. 7,20 RM

Heft 246. Statistik der Landwirtschaft (land- und forstwirtschaftliche Bodenbenutzung) im preußischen Staate für das Jahr 1913.
I. Teil: Die Bodenbenutzung im allgemeinen. (LII u. 193 S.) 1918 . . . . 6,80 RM
II. Teil: Die Forsten und Holzungen im besonderen. (XXIV u. 86 S.) 1918 . . . . 3,— RM

Heft 249. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1914. (XXIX u. 250 S.) 1916. 7,20 RM

Heft 250. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1915. (XIV u. 186 S.) 1917 . . . . 5,20 RM

Heft 251. Die Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Februar 1921.
Erster Teil (79 S.) . . . . 2,40 RM
Zweiter Teil. (130 S.) 1924 . . . . 3,60 „

Heft 252. Die endgültigen Ergebnisse der Vieh- und Obstbaumzählung vom 1. Dezember 1913 und der Viehzählungen vom 1. Dezember 1914 und 1915 im preußischen Staate sowie in den Fürstentümern Waldeck und Pyrmont. (116 S.) 1916. 3,20 RM

Heft 253. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel usw. im Jahre 1916. (11* u. 176 S.) 1918. 5,20 RM

Heft 254. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1915. (14* u. 188 S.) 1918. 5,40 RM

Heft 255. Desgl. für 1916. (14* u. 188 S.) 1919 . . . . 5,40 RM

Heft 256. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel usw. im Jahre 1917. (11* u. 141 S.) 1919. 4,20 RM

Heft 257. Statistik der Landwirtschaft im preußischen Staate für die Jahre 1915 bis 1918 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (94* u. 198 S.) 1921 . . . . 7,80 RM

Heft 258. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preuß. Staate während des Jahres 1917. (14* u. 188 S.) 1919. 5,40 RM

Heft 259. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1918. (11* u. 129 S.) 1920 . . . . 3,60 RM

Heft 260. Der Viehstand im Freistaat Preußen sowie in Waldeck und Pyrmont nach den endgültigen Ergebnissen sämtlicher Zählungen im Zeitraum 1913 bis 1918. Dazu eine Tafel graphischer Darstellungen. (143 S.) 1921 . . . . 4,20 RM

Heft 261. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1919 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (68* u. 81 S.) 1922 . . . . 4,40 RM

Heft 262. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im preußischen Staate während des Jahres 1918. (14* u. 172 S.) 1920. 5,— RM

Heft 263. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1919 (8* u. 130 S.) 1921 . . . . 3,80 RM

Heft 264. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1920 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (58* u. 81 S.) 1922 . . . . 4,40 RM

Heft 265. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen während des Jahres 1919. (15* u. 151 S.) 1922. 4,40 RM

Heft 266. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1920. (10* u. 135 S.) 1921 . . . . 4,— RM

Heft 267. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1921 nebst den Ergebnissen in Waldeck und Pyrmont. (56* u. 63 S.) 1923 . . . . 3,40 RM

Heft 268. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen während des Jahres 1920. (16* u. 185 S.) 1922. 5,40 RM

Heft 269. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1921. (10* u. 82 S.) 1923 . . . . 2,80 RM

Heft 270. Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen während des Jahres 1921. (18* u. 183 S.) 1923. 5,40 RM

Heft 271. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1922 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (56* u. 63 S.) 1923 3,40 RM

Heft 272. Das Schulwesen in Preußen 1921. (VIII, 65*, 366 u. 16 S. Anhang) 1924 . . . . 11,80 RM

Heft 273. Für 1922 wie Heft 269 nebst Monatspreisen von 10 Städten im Jahre 1923. (30* u. 90 S.) 1924 . . . . 4,80 RM

Heft 274. Die Geburten, Eheschließungen, Ehescheidungen und Sterbefälle im Freistaat Preußen 1922 (14* u. 150 S.) 1924 4,40 RM

Heft 275. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1923 nebst den Ergebnissen in Waldeck (61* u. 63 S.) 1924 3,60 RM

Heft 276. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen 1923. (18* u. 146 S.) 1925 6,90 RM

Heft 277. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1924 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (50* u. 63 S.) 1925 5,20 RM

Heft 278. Die Wahlen zum preußischen Landtag am 7. Dezember 1924. Erster Teil. (106 S.) 1925 . . . . 4,20 RM
Zweiter Teil. (120 S.) 1927 . . . . 4,80 RM

Heft 279. Statistik der Landesuniversitäten und Hochschulen mit Einschluß der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und der Akademie zu Braunsberg, Winterhalbjahr 1924/25. (105 S.) 1925 4,— RM

Heft 280. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1924. (10* u. 111 S.) 1926 . . . . 5,20 RM

Heft 281. Statistik der Landesuniversitäten und Hochschulen mit Einschluß der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und der Akademie zu Braunsberg, Sommerhalbjahr 1925 (85 S.) 1925 4.— RM

Heft 282. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen für das Jahr 1924. (18* u. 164 S.) 1926 . . . . 7,60 RM

Heft 283. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1925 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (82* u. 63 S.) 1926 . . . . 6,40 RM

Heft 284. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1925. (14* u. 76 S.) 1926 . . . . 4,20 RM

Heft 285. Statistik der Landesuniversitäten und Hochschulen mit Einschluß der Medizinischen Akademie zu Düsseldorf und der Akademie zu Braunsberg, Sommerhalbjahr 1926. (33 S.) 1926 . . 3,75 RM

Heft 286. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1926 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (48* u. 63 S.) 1927 . . . . 4,80 RM

Heft 287. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1925 (22* u. 116 S.) 1927 . . . . 5,40 RM

Heft 288. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschl. lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1926 (11* u. 75 S.) 1927 . . . . 3,60 RM

Heft 289. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1926. (22* u. 79 S.) 1927 . . . . 4,20 RM

Heft 290. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1927 nebst den Ergebnissen in Waldeck (56* u. 63 S.) 5,— RM

Heft 291. Statistik der Land- und Forstwirtschaft. Die Ergebnisse der Bodenbenutzungsaufnahme von 1927 im Freistaat Preußen nebst Waldeck. Teil I: Die Bodenbenutzung im allgemeinen und die landwirtschaftlich genutzte Fläche. (53* u. 176 S.) 1928 9,40 RM
Teil II: Die Forsten und Holzungen und ihre Erträge (27* u. 90 S.) 1929 . . . . 5,20 RM

Heft 292. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschließlich lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1927. (10* u. 75 S.) 1928 . . . . 3,60 RM

Heft 293. Die Wahlen zum preußischen Landtag am 20. Mai 1928.
Erster Teil (118 S.) 1929 . . . . 5,— RM
Desgl. II. Teil. (152 S.) 1931. . . . . 6,— RM

Heft 294. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1927. (22* u. 79 S.) 1928 . . . . 4,20 RM

Heft 295. Das Schulwesen in Preußen 1926. (126* u. 768 S.) 1929 . . . . 20,— RM

Heft 295a. Das Schulwesen in Preußen von 1921 bis zur Gegenwart. (Auszug aus Heft 295 ohne Tabellenteil, 64 S.) . . . . 3,— RM

Heft 296. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1928 nebst den Ergebnissen in Waldeck. (37* u. 54 S.) 1929 . . . . 4,50 RM

Heft 297. Monats- und Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel einschließlich lebenden Viehs in Preußen im Jahre 1928. (10* u 75 S.) 1929 . . . . 3,60 RM

Heft 298. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1928. (25* u. 79 S.) 1929 . . . . 4,60 RM

Heft 299. Wohnungsbestand, Wohnungsbedarf und Wohnungsbau in Preußen. (115* u 545 S.) 1930 . . . . 15,— RM

Heft 300. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1929. (28* u. 54 S.) 1930 . . . . 15,— RM

Heft 301. Die Geburten, Eheschließungen, Sterbefälle und Ehescheidungen im Freistaat Preußen während des Jahres 1929. (26* u. 79 S.) 1930. . . . . 4,20 RM

Heft 302. Statistik der Landwirtschaft im Freistaat Preußen für das Jahr 1930. (60* u. 190 S.) 1931 . . . . 10,— RM

Buchdruckerei W. Koebke, Berlin S., Alexandrinenstraße 99.

